

Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors
der Philosophie der Philosophischen Fakultäten
der Universität des Saarlandes

„Deutsch die Saar, immerdar!“

**Die Saarpropaganda des Bundes der Saarvereine
1919–1935**

vorgelegt im Dezember 2004
von Frank G. BECKER

inzwischen auch als inhaltlich gekürzte Fassung erhältlich:
Frank G. BECKER: „Deutsch die Saar, immerdar!“
Die Saarpropaganda des Bundes der Saarvereine 1919–1935, Saarbrücken 2007
(Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und
Volksforschung, Bd. 40),
501 S., 29 EUR,
ISBN 978-3-939150-01-5.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
Prolog: Das Saargebiet	25
TEIL 1: PRIVATE SAARPROPAGANDA 1918–1933	67 – 573
1. Die deutsche Saarpropaganda zwischen Waffenstillstand und Unterzeichnung des Friedensvertrages – Der Saargebietsschutz	68
2. Der Aufbau der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine (Juli 1919 – Mai 1933)	108
Exkurs 1: Theodor Vogel (1870–1942)	110
3. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine bis 1933	135
3.1 Die Kooperation mit reichsdeutschen Behörden	135
a) Kulturpropaganda im Verborgenen: Die Kooperation mit der „Reichszentrale für Heimatdienst“ (Juli 1919 – August 1920)	136
b) Verlängerter Arm des Reiches an der Saar: Die Kooperation mit der „Rheinischen Volkspflege“ (September 1920 – Herbst 1930)	158
c) Die Kooperation mit offiziellen Saarstellen (September 1920 – Frühjahr 1933)	165
3.2 „Bindeglied zwischen dem deutschen Saarland und dem großen deutschen Vaterlande“	179
a) Die Königgrätzer Straße als Auskunftsstelle in Saarangelegenheiten	182
b) Der Bund der Saarvereine als Anwalt des Saargebietes	182
i) Initiativen zur Bildung eines Saarausschusses	184
ii) Das karitative Engagement des Bundes der Saarvereine	188
iii) Wirtschaftspropagandistische Maßnahmen des Bundes der Saarvereine	208
3.3 Das Wirken des Bundes der Saarvereine im Saargebiet	216
a) Das Vertrauensmännersystem an der Saar	217
b) Die Unterstützung saarländischer Vereine	222
c) Die Reisen saarländischer Kinder ins Reichsgebiet	230
d) Die Repräsentation des Saargebiets in deutschen Parlamenten	233
e) Die Wahrnehmung des Vereins im Saargebiet	234
3.4 Kooperation und Konkurrenz in der Saarpropaganda	245
a) Die Kooperation mit anderen Deutschtumsorganisationen	247
b) Die Kooperation mit den Landsmannschaften des Westens	256
c) Die Propagandaarbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Ausland	266

d) Saarpropaganda im akademischen Umfeld	268
i) Die Gründung akademischer Saargruppen	270
ii) Die Anregung von Dissertationen und allgemeinen wissenschaftlichen Werken	276
iii) Akademische Saarvorträge	278
iv) Die finanzielle Unterstützung von saarländischen Studierenden	278
v) Die Kooperation mit wissenschaftlichen Institutionen	280
e) Die Zusammenarbeit mit den Kirchen	282
f) Konkurrenz in Saargelegenheiten	287
3.5 Die Erfassung der Abstimmungsberechtigten vor 1933	289
4. Die Ortsgruppen und körperschaftlichen Mitglieder des Bundes der Saarvereine	299
4.1 Die Mitgliederentwicklung des Bundes der Saarvereine	300
4.2 Die Mitglieder und Vorstände der Ortsgruppen	311
4.3 Der Ortsgruppenalltag	319
4.4 Besondere Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine	335
a) Berlin	335
b) Die süddeutschen Landesverbände	341
c) Ortsgruppen jenseits der Reichsgrenzen	349
5. Die Medien der Saarpropaganda	355
5.1 Der Aufbau der Presseabteilung	355
5.2 „Der Saar-Freund“	371
5.3 Publikationen und Druckschriften	401
5.4 Die Bildpropaganda	412
5.5 Die Vortragspropaganda	419
5.6 Die Lichtbild- und Filmpropaganda	422
5.7 Die Rundfunkpropaganda	428
5.8 Saarausstellungen vor 1933	430
5.9 Saarpropaganda durch Symbole	433
6. Aspekte der Saarvereinspropaganda	440
6.1 Die Agitation gegen das Völkerbundsregime an der Saar	441
6.2 Die Bekämpfung der französischen Propaganda an der Saar	465
a) Der „Saarbund“	473
b) Die „Association Française de la Sarre“	478
6.3 Das Sabotieren der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich	482

7. Die alljährlichen Saarkundgebungen im Reich	500
8. „Unbeirrt und unbeeinflußt von parteipolitischen Strömungen“. Die vermeintliche Objektivität des Bundes der Saarvereine	516
8.1 Die Überparteilichkeit	516
8.2 Die Überkonfessionalität	537
8.3 Nationalismus und Militarismus gegen Pazifismus und Völkerverständigung	541
9. Die Finanzierung der Propagandaarbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine 1919–1933	547
10. Reaktionen Frankreichs, der Regierungskommission und des Völkerbundes auf die Propaganda des Bundes der Saarvereine	563
TEIL 2: PRIVATE SAARPROPAGANDA 1933–1935	574 – 749
11. Der gleichgeschaltete Bund der Saarvereine	575
11.1 Der Gleichschaltungsprozeß bis zur Übernahme der Führung durch Gauleiter Simon	575
Exkurs 2: Gustav Simon (1900–1945)	597
11.2 Die Ortsgruppen des Bundes nach 1933	606
Exkurs 3: Die Landesgruppe Westmark	616
11.3 Simons Rückzug aus der Bundesführung	624
12. Die Propaganda des Bundes der Saarvereine im Abstimmungskampf	631
13. Staatsakte der Reichsregierung: Die Saarkundgebungen 1933 und 1934	657
Exkurs 4: Die Kölner Saarausstellung	685
Exkurs 5: Die „ <i>Heerschau der gesamten Antifaschistischen Front des Saargebietes</i> “ in Sulzbach	694
14. Das Plebiszit vom 13. Januar 1935	703
14.1 Die Erfassung der Abstimmungsberechtigten	703
14.2 Die „Betreuung“ der Abstimmungsberechtigten durch den Bund der Saarvereine	709
14.3 Die ausländischen Abstimmungsberechtigten und ihr Transport nach Deutschland	718
a) Die Abstimmungsberechtigten aus dem europäischen Ausland	720
Exkurs 6: Die französischen Maßnahmen im Vorfeld des Saarreferendums	722
b) Die Abstimmungsberechtigten aus Übersee	733
14.4 Der Transport der reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten	738

TEIL 3: „NACHKLANG“	750 – 769
15. Die Auflösung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und die weitere Entwicklung des Bundes der Saarvereine	751
Epilog: Das Saarland und die zweite Saarabstimmung 1955	763
Zusammenfassung der Ergebnisse und Perspektiven für die Forschung	770
Abkürzungsverzeichnis	777
Nachweis der Photographien und Graphiken	780
Archivverzeichnis	783
Quellen- und Literaturverzeichnis	784
1. Quellen	784
1.1 Unveröffentlichte Quellen	784
1.2 Veröffentlichte Quellen	830
2. Literatur	832
2.1 Bibliographien	832
2.2 Zeitgenössische Literatur	832
2.3 Zeitgenössische Zeitschriften und Zeitungen	841
2.4 Literatur nach 1945	841
Anhang	875

Einleitung

„Der Saar-Verein will und muß das Gewissen sein, das das deutsche Volk in all seinen Gliedern und behördlichen Instanzen immer und immer wieder daran erinnert, daß die von der Entente in Versailles geschaffene Saarfrage noch keineswegs einer Lösung zugeführt worden ist, die dem Selbstbestimmungsrecht, dem geschichtlichen Recht, dem allgemeinen Völkerrecht entspreche.“¹

Als die Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auf diese Weise im Spätsommer 1927 über den „Saar-Freund“ ihre eigene Rolle in dem 15jährigen Ringen um die nationale Zukunft des Industriereviere an der westlichen Peripherie des Reiches charakterisierte, erfreute sich das deutsch-französische Verhältnis einer kurzen relativen Stabilität, deren Auswirkungen auch an der Saar zu spüren waren. Der Höhepunkt der vehement ausgefochtenen Auseinandersetzungen zwischen der Saarbevölkerung und der international besetzten fünfköpfigen Regierungskommission um die Einführung des französischen Francs, um die Schulpolitik und um allgemeine administrative Maßnahmen war bereits überschritten. Aus Sicht der „prodeutsch“ orientierten Kräfte stand zwar längst nicht mehr zu befürchten, daß die Saarländer mehrheitlich zu Parteigängern Frankreichs wurden, wohl aber, daß sie in dieser Phase zunehmender Kooperation Gefallen am gegenwärtigen Zustand finden könnten. Schließlich erfreute sich die Saar dank einiger Zusatzartikel des Versailler Vertrages Privilegien, die den Deutschen jenseits der neuen Grenzen verwehrt blieben, und welcher Saarländer machte sich schon ernsthaft darüber Gedanken, welches Staatswappen auf die Kasse geprägt war, die ihm Lohn oder Rente auszahlte? Ebenso wie ein intaktes Gewissen in Krisenzeiten helfen kann, die jeweils moralisch „richtige“ Alternative zu wählen, rufen reflektierte Fehlentscheidungen plagende Gewissensbisse hervor. Beides hatte sich der Bund der Saarvereine, eine 1919/20 gegründete private Saarhilfsorganisation, auf die Fahne geschrieben: Er wollte zugleich die Saarpolitik der Reichs- und Länderregierungen konstruktiv beeinflussen, wie er auch bemüht war, vermeintlich falsche Entwicklungen und Mißstände aufzuzeigen, anzuprangern und abzustellen. Seine Berliner Zentrale argumentierte über die vereinsinterne Halbmonatsschrift meist mit moralischem Impetus; ähnlich wie im obigen Zitat appellierte sie bei den Behörden und Verbänden ebenso wie gegenüber einzelnen Personen und gegenüber der breiten Öffentlichkeit an die Ehre und das Pflichtbewußtsein der Adressaten, wenn es galt, die erforderliche finanzielle oder moralische Unterstützung für eine Kampagne zu mobilisieren².

¹ SF 8 (1927) 16, S. 260. Vgl. ebenso: Theodor VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, in: DERS. (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 219–252, hier: S. 226.

² „Jeder Deutsche muß wissen, daß es ein Gebot vaterländischer Pflicht ist, mitzuwirken an der Befreiung unserer Volksgenossen an der Saar aus Ketten und Fesseln und muß ohne Unterschied des Standes, der Konfession und der Partei bereit sein, hierfür ein kleines Opfer zu bringen.“: Vgl. Rundschreiben der GSV an Städte und Gemeinden (Februar 1925), in: StA Bonn, Pr 10/325. Dieser Grundtenor findet sich in nahezu allen Publikationen der GSV. Bisweilen erregte dieses Vorgehen bei den Behörden auch Unmut: So vermerkte der Referent der RVP am Rande eines derartigen Schreibens nur lakonisch: „Was nicht alles ‚Ehrenpflicht‘ ist!“: Vgl. Brief der GSV an die RVP (28.02.22), in: BA-R 1603/2520.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung des Saarkampfes von 1934/35 ließ lange Jahre auf sich warten. Teilweise läßt sich dies aus den besonderen Verhältnissen an der Saar nach dem Zweiten Weltkrieg erklären, als die Befürworter des „Status quo“ von 1935 ähnlich ins politische und publizistische Abseits gedrängt wurden, wie zwanzig Jahre später die „Ja“-Sager nach dem zweiten Saarreferendum. Sofern die beiden Abstimmungskämpfe in den sechziger und siebziger Jahren nicht generell tabuisiert wurden, überlagerten die aktuellen Erlebnisse die historische Interpretation und beeinflussten die Frontstellungen des zweiten Referendums die Forschung zur ersten Saarabstimmung.

Bereits vor zwei Jahrzehnten konstatierte Klaus-Michael MALLMANN:

„50 Jahre nach dem 13. Januar 1935 kann dieses komplexe Kapitel deutscher und saarländischer Geschichte als im wesentlichen aufgearbeitet gelten.“³

Mochte dieser Eindruck angesichts der Flut an Publikationen und Untersuchungen anlässlich des 50. Jahrestages der ersten Saarabstimmung seinerzeit – zumindest für den engen Zeitraum zwischen 1933 und 1935 – nachvollziehbar sein⁴, so zeigt ein Blick in die Bibliotheken, daß die dem Plebiszit vorangehenden Kapitel deutscher, französischer und saarländischer Geschichte noch keineswegs hinlänglich erforscht sind. Keine Frage: Die saarländische Parteienlandschaft in den Jahren der Völkerbundsregierung wurde schon früh aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet⁵. Nicht zuletzt dank eines umfangreichen Forschungsprojektes konnte das Alltagsleben der Saarländer nach der Rückgliederung facettenreich aufgearbeitet werden⁶. Auch die

³ Klaus-Michael MALLMANN: Neue Bücher zu einem schwierigen Jubiläum, in: ZgSaarg 33 (1985), S. 184–205, hier: S. 205.

⁴ Vgl. hierzu: Erinnerungsarbeit: Die Saar '33 – '35. Ausstellung zur 50jährigen Wiederkehr der Saarabstimmung vom 13. Januar 1935, hrsg. von Richard VAN DÜLMEN, Jürgen HANNIG und Ludwig LINSMAYER, Saarbrücken 1985; Fritz JACOBY: Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar. Die innenpolitischen Probleme der Rückgliederung des Saargebietes bis 1935, Saarbrücken 1973; Der Kampf um die Zukunft des Saargebietes 1934/1935. Das Einheitsfrontabkommen der KPD und SPD im Saargebiet vom 2. Juli 1934 zum gemeinsamen Kampf gegen den Hitlerfaschismus, Berlin 1984; Patrik VON ZUR MÜHLEN: „Schlagt Hitler an der Saar!“ Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933–1935, Bonn 1979; Gerhard PAUL: „Deutsche Mutter – heim zu Dir!“ Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933 bis 1935, Köln 1984; Sarah WAMBAUGH: The Saar Plebiscite with a Collection of official Documents, Cambridge (Mass.) 1940.

⁵ Vgl. Luitwin BIES: Klassenkampf an der Saar 1919–1935. Die KPD im Saargebiet im Ringen um die soziale und nationale Befreiung des Volkes, Frankfurt am Main 1978; Markus GESTIER: Die christlichen Parteien an der Saar und ihr Verhältnis zum deutschen Nationalstaat in den Abstimmungskämpfen 1935 und 1955, St. Ingbert 1991; Ernst KUNKEL: Die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets im Abstimmungskampf 1933/35, Saarbrücken 1967; Gerhard PAUL: Die NSDAP des Saargebietes 1920–1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987; Maria ZENNER: Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920–1935, Saarbrücken 1966.

⁶ Vgl. Klaus-Michael MALLMANN/ Gerhard PAUL: Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler, Bonn 1989; DIES.: Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991; DIES.: Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995. Siehe hierzu ebenfalls: Dieter MUSKALLA: NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel. Gleichschaltung – Neuordnung – Verwaltung, Saarbrücken 1995.

politische Kultur und die Frage nach dem regionalen Sonderbewußtsein der Saarländer stand mit größerem zeitlichen Abstand im Mittelpunkt des historischen Interesses⁷.

Während die zweite Besatzungszeit nach 1945 gerade in den letzten beiden Jahrzehnten eingehend erforscht wurde⁸, fehlen noch immer grundlegende Einzelstudien über die französischen Besatzungsmonate an der Saar, wie sie beispielsweise Martin SÜSS über Rheinhessen⁹ vorgelegt hat. Ungeachtet der schwierigen Quellenlage wäre diese Zeit ein lohnendes Untersuchungsobjekt, da Darstellungen aus den zwanziger und dreißiger Jahre entlang der nationalen und ideologischen Fronten erfolgten und die Forschung der Nachkriegszeit diese Periode bislang eher stiefmütterlich behandelte. Beispielsweise wäre das Bild der allgemeinen Ablehnung Frankreichs durch die Saarländer, welches LEMPERT nur cursorisch anreißt¹⁰, kritisch zu hinterfragen. Mit Antritt der Regierungskommission waren die Weichen für die weitere Entwicklung im Prinzip schon gestellt, da sich Frankreich potentielle Sympathien bereits in den Monaten der Besatzung verspielt hatte¹¹.

Obwohl schon vor zehn Jahren von Jacques BARIÉTY angemahnt, fehlt es noch immer an eingehenden Untersuchungen über die Rolle des Saargebiets im deutschlandpolitischen Konzept des Quai d'Orsay zu Ende des Ersten Weltkrieges¹². Bislang konzentrierte sich die historische

⁷ Vgl. Armin FLENDER: Vom Saargebiet zum Saarland. Zum Gebrauch kollektiver Erinnerungen in einer Grenzregion nach dem Ersten Weltkrieg, in: Detlef BRIESEN/ Rüdiger GANS/ DERS. (Hrsg.): Regionalbewußtsein in Montanregionen im 19. und 20. Jahrhundert. Saarland - Siegerland - Ruhrgebiet, Bochum 1994, S. 107–143; Bernd KREWER/ Mechthild MOMPER/ Lutz H. ECKENBERGER: Das Saarland war zumeist Objekt der Geschichte. Zur Identität des Saarländers, in: Regionale politische Kultur, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart [u.a.] 1985, S. 90–115; Ludwig LINSMAYER: Politische Kultur im Saargebiet 1920–1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region, St. Ingbert 1992.

⁸ Siehe hierzu die einschlägige Literatur im Epilog.

⁹ Martin SÜSS: Rheinhessen unter Französischer Besatzung. Vom Waffenstillstand im November 1918 bis zum Ende der Separatistenunruhen im Februar 1924, Stuttgart 1988.

¹⁰ Vgl. Peter LEMPERT: „Das Saarland den Saarländern!“ Die frankophilen Bestrebungen im Saargebiet 1918–1935, Köln 1985.

¹¹ „Diese Periode der ‚Generalherrschaft‘, die mit Unrecht unsere raschlebige Zeit zu unterschätzen geneigt ist, hat, obgleich selbst von kurzer Dauer, aus den Verlauf der späteren politischen Entwicklung des Saargebietes einen nachhaltigen Einfluß ausgeübt. Denn sie schuf in doppeltem Sinne ‚politische Tradition‘: Für die späteren Machthaber, die unter französischer Führung gewisse Prinzipien aus der Okkupationszeit glatt übernahmen – wie auf der anderen Seite für die Bevölkerung selbst, deren vorwiegend passives, weil bis dahin kaum ernsthaft in Frage gestelltes nationales Gefühlsleben sich nun angesichts einer ständigen Bedrohung zu einer aktiven, selbstbewußten Kampfbereitschaft durchrang, die spätere Rückschläge und Mißerfolge nicht mehr zu fürchten brauchte. Man kann daher die Zeit der Militärdiktatur als eine Art Vorspiel ansehen, welches innerlich mit dem darauffolgenden Freiheitskampf des Saargebietes unter der Völkerbundsherrschaft untrennbar verbunden ist.“: Max von der KALL: Das Saargebiet in der Politik der Gegenwart, in: Fritz KLOEVEKORN. (Hrsg.): Das Saargebiet. Seine Struktur, seine Probleme, Saarbrücken 1929, S. 469–548, hier S. 486. Auch HERRMANN zählt diese Phase „zu den spannendsten Abschnitten der saarländischen Geschichte.“: Hans-Walter HERRMANN: 1919 – Schicksalsjahr für die Saar, in: „Als der Krieg über uns gekommen war...“. Die Saarregion und der Erste Weltkrieg, hrsg. vom Stadtverband Saarbrücken, Merzig 1993, S. 248–265, hier: S. 262.

¹² Vgl. Jacques BARIÉTY: Die Französische Besatzungspolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Historisch-politische Mythen und geostrategische Realitäten, in: Tilman KOOPS/ Martin VOGT (Hrsg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919–1930 und 1945–1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchives und der Universität Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994, Koblenz 1995, S. 5–18, hier: S. 7. In seinem umfangreichen „Inventar von

Forschung zumeist auf die allgemeinen deutsch-französischen Beziehungen oder auf die linksrheinischen Pläne Frankreichs, häufig ohne dabei zwischen dem Rheinland und dem Gebiet an der mittleren Saar zu differenzieren bzw. dieses in die Untersuchung einzubeziehen¹³. Als eigenständiges Forschungsobjekt wurde die Saar vor der heißen Phase des Abstimmungskampfes¹⁴ nicht hinreichend gewürdigt; weder über die französische¹⁵ noch über die deutsche Saarpolitik¹⁶ existieren eingehende Untersuchungen.

Während zahlreiche zeitgenössische juristische Abhandlungen die Saarpolitik des Völkerbundes analysierten, wurde dieser Aspekt nach dem Zweiten Weltkrieg durch allgemeine Darstellungen der Genfer Minderheitenpolitik verdrängt. Das bis dahin einmalige Experiment internationaler Verwaltung eines eigenstaatlich nicht lebensfähigen Gebietes durch eine fünfköpfige Regierungskommission fand hingegen nicht mehr die ihm gebührende Beachtung¹⁷. Infolgedessen stehen Völkerbund und Saarregierung noch immer vielfach unter dem Verdikt der deutschen Propaganda, während ihrer 15jährigen Tätigkeit unzureichend für „*das Wohlergehen der Bevölkerung des Saargebietes*“¹⁸ gesorgt zu haben. Ein vorurteilsfreies Herangehen an die Rolle der Regierungskommission wäre notwendig, um die nationalistisch gefärbten Darstellungen der

Quellen zur deutschen Geschichte in Pariser Archiven und Bibliotheken“ hat Frank WITTENDORFER gezeigt, daß sich dieses Defizit keineswegs aus einer schmalen Quellenbasis heraus erklären ließe. Vgl. ebenfalls: Pascal EVEN: Deux siècles de relations franco-allemandes, in: Francia 16 (1989) 3, S. 83–97; Andreas WILKENS: Archivführer Paris 19. und 20. Jahrhundert. Zentrale Bestände zu Politik, Wissenschaft und Gesellschaft in Archiven und Bibliotheken, Sigmaringen 1997, S. 15–44 und S. 47–85.

¹³ Vgl. u.a. Jacques BARIÉTY: Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale, Paris 1977 sowie den Abschnitt von Jacques BARIÉTY („Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg“) in: Raymond POIDEVIN/DERS.: Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982, S. 293–422; Georges-Henri SOUTOU: L’or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre Mondiale, Paris 1989. Karl J. MAYER klammerte das Saargebiet in seiner Untersuchung über „Die Weimarer Republik und das Problem der Sicherheit in den deutsch-französischen Beziehungen 1918–1925“ (Frankfurt am Main [u.a.] 1990) sogar expressis verbis aus (S. 3).

¹⁴ In der damaligen Wahrnehmung setzte die Auseinandersetzung hingegen sehr früh ein: „*Das Versailler Diktat sieht für das Saargebiet einen 15jährigen Abstimmungskampf vor, der von der französischen Seite mit aller Brutalität, allen Schlichen und aller Unwahrhaftigkeit geführt wird.*“: Vgl. Pressemeldung an den „Rheinischen Beobachter“ (März 1922), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1.

¹⁵ Ebenso wären die französische Propaganda und französische Geschichtsbilder eine eigene Untersuchung wert. An zeitgenössischer Literatur hierzu mangelt es hierzu keineswegs: Vgl. Fritz HELLWIG: Die Saarliteratur Frankreichs und des übrigen Auslandes von 1914–1935, Kaiserslautern 1937. Insbesondere das französische Pendant zum BdS, die Ende 1928 ins Leben gerufene „Association Française de la Sarre“, verdiente eine eingehendere Untersuchung.

¹⁶ Eine vergleichbare Arbeit wie die von KREKELER über Polen steht noch immer über das Saargebiet aus: Vgl. Norbert Friedrich KREKELER: Zur Deutschtumspolitik des Auswärtigen Amtes in den durch den Versailler Vertrag abgetretenen Gebieten 1918–1933. Der Revisionsanspruch und die finanzielle Unterstützung deutscher Volksgruppen in Polen, Bonn 1972.

¹⁷ Lediglich die Berichte der Regierungskommission an den Völkerbund (im „Journal Officiel“) sowie die Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (in den Serie B und C der „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik“) wurden bislang fragmentarisch publiziert. „Das Saargebiet unter der Herrschaft des Waffenstillstandsabkommens und des Vertrages von Versailles, Berlin 1921“, als apologetisches Weißbuch der Reichsregierung herausgegeben, spiegelt nur den Zeitraum bis April 1921 wider.

¹⁸ Zitiert aus den Instruktionen des Völkerbundsrats für die Regierungskommission vom 13.02.20, in: JO 2 (1920), S. 50.

Zwischenkriegszeit kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls zu revidieren¹⁹. Eine noch zu schreibende Wirtschaftsgeschichte des Saargebiets 1920–1935 könnte sich auf zahlreiche Detailstudien stützen, die aufgrund ihrer ökonomischen Bedeutung zeitnah über die Wirtschaft des südwestlichen Industriereviere entstanden sind.

Aus den bereits aufgezeigten Defiziten folgt, daß noch immer keine in sich geschlossene Gesamtdarstellung der saarländischen Zwischenkriegszeit vorliegt²⁰.

Diese Arbeit erhebt nicht den Anspruch, eine neue Variante der bisherigen Interpretationen zum – selbst für fest im deutschen Lager stehende zeitgenössische Beobachter – überraschenden Ausgang des Plebiszits zu präsentieren²¹. Die generelle Dominanz des Nationalen in der politischen Kultur und die damit einhergehende Verknüpfung der sozialen mit der nationalen Frage, das jahrelange Einschwören auf die Rückkehr zur „Deutschen Mutter“, von dem die in der „Einheitsfront“ zusammengeschlossenen Linksparteien erst viel zu spät abrückten, die Faszinationskraft des neuen Deutschland²² in Abgrenzung zum diskreditierten Völkerbundsregime, das es in der subjektiven Wahrnehmung der Saarländer nicht verstanden hatte, Frankreich während der 15 Jahre politisch, wirtschaftlich und kulturell in die Schranken zu weisen, mögen hierzu ebenso anzuführen sein wie die allgegenwärtige Präsenz und der Terror der „Deutschen Front“ im Abstimmungskampf²³. Mit ihren rationalen Argumenten und abstrakten Begriffen blieb die gegnerische „Einheitsfront“ zu defensiv, so daß es ihr nicht gelang, den emotionalen Parolen der Rückgliederungsfraktion, welche die tiefsten Wünsche und Sehnsüchte der Saarländer ansprachen, etwas Ebenbürtiges – und schon gar nicht den nie verstandenen Status quo²⁴ – ent

¹⁹ Siehe hierzu das Kapitel „Die Bilanz der internationalen Saarregierung“ (S. 65–91), in: Helmut HIRSCH: Die Saar von Genf. Die Saarfrage während des Völkerbundregimes von 1920–1935, Bonn 1954; Frank M. RUSSELL: The International Government of the Saar, Berkeley (Cal.) 1926.

²⁰ Auch HIRSCH: Die Saar von Genf wurde der Thematik nicht gerecht. Einen ersten Versuch unternahm Laing Gray COWAN: France and the Saar 1680–1948, New York 1950, S. 121–170. Komprimierte Überblicke bieten die meisten einleitenden Kapitel der bereits zitierten Werke sowie Hans-Walter HERRMANN/ Georg Wilhelm SANTE: Geschichte des Saarlandes, Würzburg 1972, S. 31–41 und S. 63–67; Maria ZENNER: Das Saargebiet 1920–1935 und 1945–1957, in: Theodor SCHIEDER (Hrsg.): Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7: Europa im Zeitalter der Weltmächte, Stuttgart 1979, S. 586–605, hier: S. 588–595.

²¹ Die bislang beste komprimierte Darstellung hierzu: Alexander von WEGNER (Die „Saarländische Sphinx“. Zur Interpretation der Saarabstimmung 1935, in: JbWestdtLG 20 (1994), S. 273–317), der das Erklärungsmuster „Für Deutschland – trotz Hitler“ in Frage stellt. Vgl. ebenso als Abstrakt seiner Dissertation: Gerhard PAUL: Die Saarabstimmung 1935. Determinanten eines verhinderten Lernprozesses über den Faschismus an der Macht, in: PVS 26 (1985) 1, S. 5–28. Ferner: Hans-Walter HERRMANN: Die Volksabstimmung vom 13. Januar 1935, in: Saarheimat 29 (1985) 1–2, S. 21–24.

²² Im Saargebiet hatten sich die Folgen der Weltwirtschaftskrise erst verzögert bemerkbar gemacht und es schien, als wolle sich Frankreich auf Kosten der Saar sanieren. Diesem Eindruck standen die beschönigten Zahlen des rapiden wirtschaftlichen Aufschwungs im Reich gegenüber, das binnen weniger Monate das zur damaligen Zeit drückendste Problem der Massenarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen schien.

²³ Vgl. hierzu insbesondere PAUL: Deutsche Mutter, S. 92–162.

²⁴ „*Ins Deutsche übersetzt hieß Status quo: Es soll so bleiben wie jetzt. Wer aber von den Saarbewohnern wollte schon, daß es so blieb, wie es damals war.*“: Erich HONECKER: Erich Honecker. Aus meinem Leben, Berlin 1980, S. 78. Gustav REGLER (Das Ohr des Malchus, Frankfurt am Main 1975) resümierte Jahre nach der

gegenzusetzen. Bei der Wertung des Ergebnisses kann auch der Faktor „Angst“ nicht vernachlässigt werden, da ernsthafte Zweifel an der wirklich geheimen Stimmabgabe herrschten²⁵. Hingegen können die unmittelbar aufkommenden Gerüchte über eine mögliche Fälschung inzwischen als widerlegt gelten²⁶.

Bestehen bereits Forschungslücken im Bereich der internationalen Politik, so wurde die phasenweise staatlich protegierte und schließlich nationalsozialistisch instrumentalisierte private Saarpropaganda, die im Rahmen dieses Pilotprojektes am Beispiels ihres Prototyps untersucht wird, noch weit weniger thematisiert.

Die bislang einzige Gesamtdarstellung des „Bundes der Saarvereine“ ist der von Theodor Vogel als Schlußband des „Saar-Freunds“ herausgegebene „Saar-Befreiungskampf“²⁷, ein Werk, das trotz der subjektiven Perspektive des Autors einen hohen Wert als zeitgenössische Quelle besitzt. Nach seiner Abwicklung ist der Bund weitgehend in Vergessenheit geraten; wie in Kapitel 15 dargelegt, drängt sich der Eindruck auf, daß auf Betreiben nationalsozialistischer Parteistellen eine „damnatio memoriae“ stattgefunden hat. Sofern die neueren Untersuchungen die Assoziation überhaupt thematisieren, zeichnen sie ein unzureichendes²⁸, verzerrtes²⁹ oder

Abstimmung: „Das Volk wollte unsere Wahrheit nicht. Wir kämpften gegen eine Hydra. Doktor Goebbels spekulierte auf simple Gefühle. ‚Nix wie hemm!‘ sagte sein volkstümliches Plakat. Unsere Losung hatte einen lateinischen Namen: Status quo. Status quo vor Arbeitern, die nur eine Volksschule besucht hatten, Status quo vor Bauern, die zum Teil nicht lesen konnten - war das nicht eine Falle, dieser Status quo, oder sogar eine soziale Erniedrigung?“ (S. 305. Zum Abstimmungskampf dort S. 295–311.) Vgl. hierzu ebenso: Ludwig HARIG: Weh dem, der aus der Reihe tanzt, München - Wien 1990, S. 56 f. Zur pejorativen Konnotation von „Status quo“ vgl. Rolf GLUNK: Erfolg und Mißerfolg der nationalsozialistischen Sprachlenkung, in: Zeitschrift für deutsche Sprache 27 (1971), 1/2, S. 112–123, hier: S. 119.

²⁵ Der Saarbevollmächtigte Josef Bürckel leistete diesbezüglichen Befürchtungen durch ein Interview mit der „Tribune de Genève“ weiteren Auftrieb: Vgl. SF 15 (1934) 21, S. 435 f. Die Abstimmungskommission bemühte sich, die Gemüter durch eine offizielle Bekanntmachung zu beruhigen: Vgl. PAUL: Deutsche Mutter, S. 364–370; Remigius RECOLATOR: Betrachtungen zur Saarabstimmung von 1935, in: Saarheimat 19 (1975) 5–6, S. 105–108, hier: S. 106; WAMBAUGH, S. 448.

²⁶ Vgl. Patrik VON ZUR MÜHLEN: War die Volksabstimmung am 13. Januar 1935 eine Fälschung?, in: ZGSaarg 30 (1982), S. 114–118. Die unmittelbar nach dem Plebiszit aufgekommenen Zweifel am Ergebnis der Abstimmung griffen nach Kriegsende auf: Gauthier GEBELEIN: 13. Januar 1935 - Was in Wirklichkeit geschah, Saarbrücken 1946; Helmut HIRSCH: The Saar-Plebiscite of 1935, in: The South Atlantic Quarterly 45 (1946), S. 13–30, hier: S. 20.

²⁷ Vgl. Anm. 1. 1983 erschienen gleich zwei kürzere Aufsätze über den Bund: Vgl. Joachim DOLLWET: Der „Bund der Saarvereine“ und die Volksabstimmung von 1935, in: Verein für Heimatkunde im Kreis Merzig-Wadern e.V. (Hrsg.): Zwölftes Jahrbuch, Merzig 1983, S. 3–6; sowie Manfred WEISSBECKER: Bund der Saarvereine (BSv) 1920–1935, in: Dieter FRICKE (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 1, Köln 1983, S. 278–281.

²⁸ Vgl. ZENNER: Parteien und Politik, S. 174 und S. 258.

²⁹ LINSMAYER (Politische Kultur, S. 427) beispielsweise sah die primäre Funktion des Vereins als Koordinationsstelle für Reisen saarländischer Vereine ins Reichsgebiet; Gerhard BUNGERT und Charly LEHNERT (Vereine im Saarland, Saarbrücken 1988, S. 53–56) konstatierten nicht ganz zutreffend, daß der BdS nach 1933 die saarländischen Vereine „ferngesteuert“ habe. Vgl. ebenso BIES: Klassenkampf an der Saar, S. 86; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 46 und S. 73.

schlichtweg falsches³⁰ Bild. Selbst in Darstellungen, welche die Bedeutung der reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten erkannten, sucht man den Bund der Saarvereine vergebens³¹. Zumeist wurde der Bund pauschal mit anderen Vereinigungen in die Nationalismusschublade gesteckt und damit sein Potential verkannt³². Es scheint, als sei das kritische Urteil Fritz JACOBYs wegweisend für die nachfolgende Forschung gewesen: *„Die Bedeutung dieser Vereinigung blieb, da sie nur für die reichsdeutsche Öffentlichkeit gedacht war, relativ gering.“* Der Verein sei nur auf unterer Ebene aktiv geworden und habe die offizielle Saarpolitik nicht entscheidend beeinflussen können³³. Wie diese Arbeit zeigen wird, muß der Schlüssel seines Erfolges aber insbesondere hier gesucht werden: Gerade weil er in erster Linie unterhalb der Behördenebene direkt mit den Menschen an der Saar und vor allem mit den Tausenden Exilsaarländern kommunizierte, band er diese schon lange Jahre vor der Abstimmung 1935 an sich und hielt unter ihnen die emotionalen Bindungen an die einstige Heimat wach³⁴.

Immerhin wurde der Bund der Saarvereine als einziger landsmannschaftlicher Verband des Westens für wert empfunden, in das ostdeutsche „Lexikon zur Parteiengeschichte“ aufgenommen zu werden.

„Der BSv war eine nationalistische, angeblich überparteiliche landmannschaftliche Organisation, die nach dem ersten Weltkrieg eine Annexion des Saargebietes durch das imperialistische Frankreich verhindern bzw. die im Friedensvertrag von Versailles vorgesehene Volksabstimmung langfristig zugunsten des Deutschen Reiches vorbereiten wollte. Er erfaßte alle in Deutschland oder im Ausland lebenden ehemaligen Einwohner des Saargebietes. Im Saargebiet selbst schuf er ein gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und in zunehmenden Maße auch gegen die Anti-

³⁰ So beispielsweise GESTIER, S. 53, S. 67 (Anm. 29) und S. 104 oder Bernhard HAUPERT/ Franz Josef SCHÄFER: Saarländischer katholischer Klerus zwischen Anpassung und Widerstand 1933–1935. Studie zum politischen Verständnis und Handeln des katholischen Klerus, in: ZGSaarg 46 (1998), S. 99–157, hier: S. 130: *„Der Bund der Saarvereine stand bereits sehr früh der NSDAP nahe und wurde seit etwa 1930 maßgeblich von Nationalsozialisten beeinflusst.“*

³¹ Vgl. Dieter GEBHARDT: Das Saargebiet (1919–1935), in: Saarheimat 19 (1975) 5, S. 96–103, hier: S. 96

³² Vgl. hierzu Klaus-Michael MALLMANN/ Horst STEFFENS (Lohn der Mühen. Geschichte der Bergarbeiter an der Saar, München 1989, S. 160); Gerhard PAUL (Von der Bastion im Westen zur Brücke der Verständigung. Politische Geschichte 1815–1957, in: Das Saarland. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, hrsg. vom Chef der Staatskanzlei, Saarbrücken 1990, S. 23–50, hier: S. 31 f.); Frank M. RUSSELL (The Saar. Battleground and Pawn, New York 1951, Ndr. 1970, S. 36 f.) und ZENNER (Parteien und Politik, S. 258).

³³ JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 127. Vgl. ebd., S. 36 f. Kurt SCHÖNDORF: Die Aktivität der Saar-Vereine im Reich während der Saargebietszeit, in: Saarpfalz 50 (1996) 3, S. 49–52

³⁴ Vgl. hierzu beispielsweise MUSKALLA (S. 39, S. 77 und insbesondere S. 110 f.), der allerdings teilweise der Selbstdarstellung des Vereins erlag. Vgl. ebenso: COWAN (S. 129 und S. 157: Gemeinsam mit dem Deutschen Schutzbund und der Reichszentrale für Heimatdienst habe der BdS unaufhörlich im Reich die öffentliche Meinung zu beeinflussen versucht.); Richard VAN DÜLMEN/ Jürgen HANNIG/ Ludwig LINSMAYER: Der Weg der Saarländer ins Dritte Reich, in: DIES. (Hrsg.): Erinnerungsarbeit, S. 33–46, hier: S. 39 sowie S. 61 (Bildbegleittext); PAUL: Deutsche Mutter, S. 76.

faschisten gerichtetes ‚Vertrauensmännersystem‘. Der BSv unterstützte aktiv die Konsolidierung der faschistischen Diktatur.“³⁵

Liest man diese Darstellung gegen den ideologischen Strich, so bietet sie einen guten Gesamtüberblick; auch WEISSBECKER gelangt zu dem Schluß, daß die Bedeutung des Bundes bislang unterschätzt worden sei³⁶.

Am umfassendsten, wenngleich aus einer anderen Perspektive, hat sich bislang Hans-Ulrich MICHALIK mit der Organisation beschäftigt, als er die Verbindungslinien zwischen dem saarländischen Sängerbund und dem reichsdeutschen Bund der Saarvereine untersuchte³⁷.

Die Quellenlage zum Bund der Saarvereine kann als gut bezeichnet werden³⁸. Nach der nicht ganz freiwilligen Selbstauflösung bzw. Umwandlung des Bundes in eine ausschließlich landsmannschaftlich orientierte Vereinigung von Saarländern und Pfälzern wurde der heimliche Vorsitzende Theodor Vogel mit der Abwicklung „seiner“ Berliner Geschäftsstelle betraut. Sukzessive ging der von ihm selbst geordnete Aktenbestand in den Besitz des Potsdamer Reichsarchivs über, während die Bücher und Druckschriften des Vereins die Bestände des Historischen Vereins für die Geschichte der Saargegend (Saarbrücken) auffüllten. Nach der Wiedervereinigung gelangten die Potsdamer Deposita in die Sammlung des Bundesarchivs Berlin. Dieser zentralen Überlieferung mit etwa 1.160 Aktenbänden des Bundes ist – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen – von der historischen Forschung bislang kaum Beachtung geschenkt worden. Sie umfaßt sowohl die Korrespondenz mit Reichs- und Staatsbehörden, Parteien, landsmannschaftlichen Vereinigungen, karitativen Organisationen, Wirtschaftsverbänden, Vertrauensleuten im Reich und an der Saar, mit Kommunen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie den Schriftverkehr mit den etwa 400 reichsdeutschen und ausländischen Ortsgruppen. Ferner finden sich dort vereinsinterne Aufzeichnungen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Vortragsmanuskripte oder auch unveröffentlichte Artikel zur Tagespolitik³⁹.

³⁵ WEISSBECKER: Bund der Saarvereine (BSv), S. 278.

³⁶ Vgl. ebd., S. 281. Ansonsten ignorierte die DDR-Historiographie den BdS vollständig, obwohl dessen Akten im Potsdamer Zentralarchiv deponiert waren: Vgl. beispielsweise: Gertrud MARKUS: Die deutsch-französischen Auseinandersetzungen um das Saargebiet 1918–1935, Berlin (Ost) 1967; Kurt PÄTZOLD: Demagogie, Terror und Korruption bei der imperialistischen Beeinflussung der Saarbevölkerung, in: Der Kampf um die Zukunft des Saargebietes, S. 68–75, hier: S. 74.

³⁷ Vgl. Hans-Ulrich MICHALIK: Untersuchungen zum Chorgesangwesen im Saargebiet zur Zeit der Verwaltung durch den Völkerbund, Saarbrücken 1987, S. 141–165 und S. 187.

³⁸ Das ursprüngliche Vorhaben, Zeitzeugenbefragungen im größerem Stil durchzuführen, um die Wahrnehmung des BdS durch die saarländische Bevölkerung nachzuzeichnen, erwies sich aus forschungspragmatischen Gründen als nicht realisierbar. Stichproben haben zudem gezeigt, daß in der Erinnerung der Befragten verschiedene Details der zweiten Saarabstimmung in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg projiziert wurden und daher die Aussagekraft der Zeugnisse zu relativieren waren.

³⁹ Die umfangreiche Korrespondenz mit Kooperationspartnern wie dem Arbeitsausschuß Deutscher Verbände (BA-R 8014/744–749), dem Deutschen Schutzbund (BA-R 8014/756–759) oder der Reichszentrale für Heimatdienst (BA-R 8014/775–778) kann zugleich verlorene Überlieferungen dieser Vereinigungen ersetzen.

Eine wertvolle Ergänzung zur Hauptüberlieferung bieten weitere 32 Aktenbände sowie die Akten des „Nachlasses Vogel“ im Landesarchiv Saarbrücken⁴⁰. Sie enthalten zum einen die Privatkorrespondenz des Geschäftsführers und gewähren zum anderen detaillierte Einblicke in die Organisation und Durchführung des Transports der 48.000 reichsdeutschen bzw. ausländischen Abstimmungsberechtigten. Aufgrund des regen Schriftverkehrs mit staatlichen Behörden ließen sich in zahlreichen Aktenbeständen der Reichs- und Länderministerien interne Stellungnahmen zur Propagandaarbeit des Bundes der Saarvereine finden. Die dort archivierten Reaktionen auf Eingaben, Denkschriften und Anregungen der Berliner Geschäftsstelle ergänzen die vereinseigene Überlieferung. Explizit mit der Saarhilfsorganisation setzen sich mehrere Aktenbände im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes⁴¹, im Bundesarchiv Berlin⁴² sowie im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München auseinander.

Im Hinblick auf die Rolle der Ortsgruppen und die Breitenwirkung des Bundes der Saarvereine wurden insgesamt über 50 ausgewählte Staats-, Stadt-, Universitäts- und Bistumsarchive aufgesucht⁴³. Sie erwiesen sich in zweierlei Hinsicht als ergiebig: Zum einen gaben sie ein beredtes Zeugnis über das regionale Auftreten der Saarvereine ab und zum anderen zeigte sich, daß gerade vermeintlich unwichtige Deposita kleinerer Archive sonst nicht erhaltene Faszikel konservieren.

Sei es, daß die Vertreter des Quai d’Orsay während der Weimarer Republik anderen Vereinigungen der politischen Rechten eine größere Relevanz beimaßen oder sei es, daß sie bei der Beobachtung der unzähligen Veranstaltungen in der Phase des Abstimmungskampfes schlichtweg überfordert waren – die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine wurde von seiten Frankreichs und des Völkerbundes in weitaus geringerem Umfang zur Kenntnis genommen als es zunächst zu vermuten gewesen wäre. Nichtsdestotrotz boten die Akten des französischen Außenministeriums in Paris und Nantes (Archives du Ministère des Affaires Étrangères bzw. Centre des Archives Diplomatiques) wertvolle Einblicke in die französische Saarpolitik, die wie bereits oben umrissen, in weiteren Detailstudien näher zu erforschen sein wird. Eine ähnliche Aussage kann auch für die Bestände der Archives de la Société des Nations in Genf getroffen werden; es zeigte sich, daß der Völkerbund es der Regierungskommission des Saargebiets überließ, sich mit

⁴⁰ Zu den Saarbrücker und Koblenzer Landeshauptarchiv-Beständen vgl. Wolfgang LAUFER/ Joachim DOLLWET: Akten des „Bundes der Saarvereine“, in: *Unsere Archive* 21 (1984), S. 9 ff. Der „Nachlaß Vogel“ wurde dem LA Saarbrücken im April 1986 vom Koblenzer Bundesarchiv übergeben.

⁴¹ Vgl. PA AA, II a Saargebiet, R 76.090–76.098. Die von der französischen Propaganda unterstellte enge Fühlungnahme des Vereins mit dem für von Behördenseite zuständigen Ministerium beschränkte sich in den ersten Jahren allerdings auf wenige, punktuelle Kontakte. Allgemein zum Saargebiet in der Zwischenkriegszeit vgl. ebd., R 75.430–75.449. Zum Plebiszit: Ebd., R 75.454–75.471 und R 75.473–75.497.

⁴² Außer den Akten des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete (BA-R 1601/1696–1699) und der Rheinischen Volkspflege (BA-R 1603/2519–2525) erwiesen sich die allgemeinen Saarakten der Reichskanzlei (BA-R 43-I/239–257) sowie des Reichsfinanzministeriums (BA-R 2/2689–2698) als wichtige Quelle. Infolge von Fliegerangriffen gelten die Saarakten des Goebbelschen Propagandaministeriums ebenso wie die der NSDAP-Reichspropagandaleitung als weitgehend vernichtet.

⁴³ Siehe dazu das Archivverzeichnis (S. 783).

der oft lästigen Propaganda des Bundes auseinanderzusetzen und Maßnahmen hiergegen zu ergreifen.

Als zweite größere Quellengattung wurden die vereinseigenen Publikationen herangezogen. Neben Flugblättern, allgemeinen Rundschreiben und Drucksachen erschienen etwa 40 Propagandaschriften unterschiedlicher Thematik im Verlag der Geschäftsstelle „Saar-Verein“⁴⁴. Sie erwiesen sich zur Analyse der Außendarstellung als ebenso unerlässlich wie die 16 Jahrgänge des „Saar-Freund“, der durch Notverordnung seit 1923 im Saargebiet verboten war. Dessen Bedeutung als Quelle zur Geschichte des Saargebiets der Zwischenkriegszeit ist bislang völlig unterschätzt worden. Einige zeitgenössische Dissertationen griffen noch auf ihn zurück, doch ist die zweiwöchentlich erscheinende Zeitschrift nach 1935 ähnlich wie die Gesamtorganisation weitgehend in Vergessenheit geraten.

Vereine als nichtstaatliche Organisationsform erlebten sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht ihren ersten Höhepunkt im Vormärz; während des 19. Jahrhunderts entwickelten sie sich gar zum „*Strukturprinzip der bürgerlichen Gesellschaft*“⁴⁵. Im Vergleich zur Vereinskultur des Kaiserreichs und der Bundesrepublik ist das Vereinswesen der Zwischenkriegszeit weniger gut bekannt⁴⁶. Ersten Ansätzen seiner systematischen Untersuchung wurden

⁴⁴ Siehe hierzu Dok. 2 im Anhang.

⁴⁵ Vgl. Hans-Jörg SIEWERT: Zur Thematisierung des Vereinswesens in der Deutschen Soziologie, in: Otto DANN (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984, S. 151–180, hier: S. 154. Vgl. hierzu allgemein den im Nachklang des Münsteraner Historikertags 1982 von Otto DANN herausgegebenen obigen Sammelband mit der in den Fußnoten aufgeführten einschlägigen Sekundärliteratur sowie: Peter BRÜCKNER: Psychologie und Geschichte. Vorlesungen im „Club Voltaire“ 1980/81, Berlin 1982, S. 243–257; Werner K. BLESSING: Fest und Vergnügen der „kleinen Leute“. Wandlungen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, in: Richard VAN DÜLMEN/ Norbert SCHINDLER (Hrsg.): Volkskultur. Zur Wiederentdeckung des vergessenen Alltags (16.–20. Jahrhundert), Frankfurt am Main 1984, S. 352–379 und S. 432–437, hier: S. 365–369; Heinz SAHNER: Vereine und Verbände in der modernen Gesellschaft, in: Heinrich BEST (Hrsg.): Vereine in Deutschland. Vom Geheimbund zur freien gesellschaftlichen Organisation, Bonn 1993, S. 11–118, hier: S. 14–23. Zeitgenössische Stimmen zu Vereinen, Gruppen und Verbänden: Vgl. Max Hildebert BOEHM: Die nationale Bedeutung des deutschen Vereinswesens, in: Hans PRAESENT (Hrsg.): Die Verbände des Deutschen Schutzbundes und ihre Veröffentlichungen, Berlin 1928, S. 11–19; Leopold VON WIESE: System der Allgemeinen Soziologie als Lehre von den sozialen Prozessen und den sozialen Gebilden der Menschen (Beziehungslehre), München – Leipzig 1933. Dort weitergehende Ausführungen über gruppensystematische Prozesse (S. 482–507) und die Abgrenzung der „Gruppe“ (S. 447–462) von der „Masse“ (S. 405–446).

⁴⁶ Vgl. Andreas WIRSCHING: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000, S. 93. Folgende grundlegenden Arbeiten zur Weimarer Republik flossen in diese Arbeit ein: Karl-Dietrich BRACHER: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf 1984; DERS./ Manfred FUNKE/ Hans-Adolf JACOBSEN (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft, Bonn 1988; Hans MOMMSEN: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimarer in den Untergang 1918–1933, Berlin 1989; Detlev J. K. PEUKERT: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987; Gerhard SCHULZ: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930, Berlin 1987. Bd. 2: Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin 1987. Bd. 3: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933, Berlin - New York 1992; Hans-Ulrich WEHLER: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 227–593 und S. 1028–1093; Heinrich August WINKLER: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1998.

durch die nationalsozialistische „Machtergreifung“ ein Ende gesetzt⁴⁷. Entsprechend dürftig ist daher auch die Forschungslage zur Vereinskultur während des „Tausendjährigen Reiches“⁴⁸.

Die begrenzte soziale Einheit des Vereins ermöglichte es, gleichzeitig das „Allgemeine im Besonderen“ herauszuarbeiten, ohne dabei spezifische Unterschiede aus dem Auge zu verlieren. So ließen sich auf der Grundlage eines – verglichen mit dem „Verein für das Deutschtum im Ausland“ – kleinen Verbandes Protagonisten und Medien der Saarpropaganda detailliert untersuchen oder die unterschiedlichen Etappen des Gleichschaltungsprozesses im Frühjahr 1933 exemplarisch nachzeichnen. Insgesamt ist diese Arbeit daher weniger der Landes- oder der Regionalgeschichte⁴⁹ zuzuordnen, sondern sie widmet sich vielmehr der Geschichte und Tätigkeit eines im Deutschen Reich ansässigen Verbandes, der sich dem Schicksal einer Region verschrieben hatte⁵⁰. Das ursprüngliche Vorhaben, mit dieser Untersuchung einen interdisziplinären Beitrag zu einer „*Soziologie des Vereinswesens*“ zu leisten, wie sie bereits Max WEBER auf dem Ersten Deutschen Soziologentag 1910 in Frankfurt eingefordert hatte⁵¹, ließ sich wegen des unzureichenden statistischen Materials nicht realisieren. Die im Kapitel 4 („Die Ortsgruppen und körperschaftlichen Mitglieder des Bundes der Saarvereine“) getroffenen Aussagen beruhen auf der Beobachtung einzelner lokaler Vereine, die sich nur in Teilbereichen auf die Gesamtorganisation übertragen lassen. Es wird daher weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben, diese Forschungslücke zu schließen. Wertvolle Anregungen zu einer Systematik hat FOLTIN gegeben⁵².

⁴⁷ Vgl. SIEWERT, S. 158–166.

⁴⁸ Vgl. Michael SCHWARTZ: Schützenvereine im „Dritten Reich“. Etappen der Gleichschaltung traditioneller Vereinskultur am Beispiel des ländlich-katholischen Schützenvereinswesens Westfalens 1933–1939, in: AKG 79 (1997), S. 439–484, hier: S. 441. Zu den allgemeinen Forschungsdefiziten vgl. Hans-Friedrich FOLTIN: Geschichte und Perspektiven der Vereinsforschung, in: DERS./ Dieter KRÄMER (Hrsg.): Vereinsforschung, Gießen 1984, S. 3–31, hier: S. 9–14.

⁴⁹ Vgl. hierzu Jürgen REULECKE: Von der Landesgeschichte zur Regionalgeschichte, in: Geschichte im Westen 6 (1991), S. 202–207 sowie als komprimierter Forschungsüberblick das Kapitel „Anknüpfungspunkte in Landes- und Regionalgeschichte“, in: Marcus HAHN: Das Saarland im doppelten Strukturwandel 1956–1970. Regionale Politik zwischen Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland und Kohlekrise, Saarbrücken 2003, S. 253–263.

⁵⁰ Hohes Arbeitsethos sollte die Organisation vor der Gefahr der Vereinsmeierei bewahren: „*Unsere Bundesarbeit ist keine Vereinsarbeit schlechthin [...]. Nicht zur Freude am Vereinsleben wurde sie geboren, sondern zur Steuerung der Not, zur Wahrung des Rechts, zur Deutscherhaltung des Saargebiets.*“: SF 3 (1922) 9, S. 129. In späteren Jahren wurden die Ortsgruppen gar zu „*völkische[n] Kampfgemeinschaften*“ stilisiert: Vgl. Presseveröffentlichung des Pressewarts Schmitz (Koblenz; 18.12.34), in: LHA Koblenz, 661,11/7.

⁵¹ Vgl. Max WEBER: Geschäftsbericht, in: Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages vom 19.–22.10.1910 in Frankfurt/M., Tübingen 1911, S. 52–56. Weitergehende Forderungen WEBERS: Ebd., S. 56–60.

⁵² Vgl. FOLTIN, S. 21 ff. Er forderte dabei auf der Grundlage detaillierter Mikrostudien Synthesen des Vereinswesens auf der horizontal-überlokalen und auf der vertikalen Ebene, in welcher unterschiedliche Vereinsarten verglichen werden. Vgl. hierzu auch die Fragestellungen in Henning DUNCKELMANN: Lokale Öffentlichkeit. Eine gemeindesoziologische Untersuchung, Stuttgart [u.a.] 1975, S. 48–125 und S. 256–279.

Doch was soll im folgenden unter einem „Verein“ verstanden werden? Als kleinster gemeinsamer Nenner verschiedener in der Literatur angebotener Definitionen⁵³ offenbart sich der Verein als ein auf Dauer konzipierter freiwilliger Zusammenschluß von natürlichen und juristischen Personen zur Erreichung mindestens eines gemeinsamen, alle Mitglieder verbindenden Ziels innerhalb eines organisatorischen Rahmens⁵⁴. Dabei erfüllen Vereine unterschiedliche Funktionen – pauschal für die Gesellschaft, aber primär natürlich für das ihnen angeschlossene Mitglied⁵⁵. Mit graduellen Abstufungen treffen diese Punkte auch auf die Saarvereine der Zwischenkriegszeit zu:

- * Vereine befriedigen das Bedürfnis nach Freizeit, Geselligkeit und Geborgenheit;
- * über die Mitgliedschaft in Vereinen kommuniziert das Individuum mit Menschen auch außerhalb seines eigenen Arbeitsbereiches;
- * Vereinsmitglieder stützen sich wechselseitig bei der Umsetzung gemeinsamer Interessen;
- * Vereine stärken das Selbstwertgefühl des Einzelmitglieds als Teil einer größeren Gemeinschaft;
- * die Zugehörigkeit zu einem Verein kann das lokale Ansehen und den Einfluß von Mitgliedern erhöhen, selbst wenn sie keine außergewöhnlichen Funktionen begleiten;
- * innerhalb der Vereine können Fähigkeiten erlernt und Fertigkeiten weiterentwickelt werden;
- * durch die Übernahme der Wertvorstellungen der Gruppe reduzieren sich für die Mitglieder komplexere Sachverhalte.

Am Beispiel eines eineinhalb Jahrzehnte wirkenden Vereins sollen im Rahmen dieser Arbeit Inhalte, Medien und Träger dessen untersucht werden, was heute gerne beschönigend mit „Öffentlichkeitsarbeit“, „Informationspolitik“ oder „Public Relations“ umschrieben wird: Propaganda⁵⁶. Während dieser Terminus im Kaiserreich als subversiv und geheim verpönt war

⁵³ Vgl. FOLTIN, S. 5–8; C. Wayne GORDON/ Nicholas BABCHUK: A Typology of Voluntary Associations, in: *American Sociological Review* 24 (1959) 1, S. 22–29; SAHNER, S. 23–27. Unterscheidungskategorien von Verbänden vgl. bei Jürgen WEBER: *Verbände*, in: *Staatslexikon. Recht. Wirtschaft. Gesellschaft*, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, Bd. 5, Freiburg [u.a.] 1989, Sp. 594–600.

⁵⁴ Obwohl diese Definition die äußere Organisationsform und Differenzierungen zwischen Vereinen und Interessenverbänden ausblendet, subsumiert sie die unterschiedlichen Ausprägungen freiwilliger Assoziationen.

⁵⁵ Vgl. die folgenden idealtypischen, auf Freizeitvereine bezogenen Ausführungen bei: Hans-Georg WEHLING: *Heimat Verein. Leistung und Funktionen des lokalen Vereinswesens*, in: DERS. (Red.): *Heimat heute*, Stuttgart [u.a.] 1984, S. 86–99, hier: S. 90 f. Die von ihm herausgearbeiteten gesellschaftlichen Funktionen siehe in Anm. 1464. Eine ähnliche Typologie bieten auch Walter BÜHLER/ Horst KANITZ/ Hans-Jörg SIEWERT (*Lokale Freizeitvereine. Entwicklung, Aufgaben, Tendenzen*, St. Augustin 1978, S. 114–142), allerdings erkennen sie ebenso dysfunktionale Elemente wie beispielsweise die Exklusivität von Vereinen.

⁵⁶ Vgl. hierzu: Ute DANIEL/ Wolfram SIEMANN: *Historische Dimensionen der Propaganda*, in: DIES. (Hrsg.): *Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung (1789–1989)*, Frankfurt am Main 1994, S. 7–20. Als Ergebnis eines interdisziplinären Kolloquiums Ende 1995 in Leipzig: Gerald DIESENER/ Rainer GRIES (Hrsg.): *Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1996; Nicholas CULL/ David CULBERT/ David WELCH: *Propaganda and Mass Persuasion. A Historical Encyclopedia, 1500 to the Present*, Santa Barbara (Cal.) 2003. Eine geraffte Darstellung bei Alfred STURMINGER: *3000 Jahre politische Propaganda*, Wien – München 1960, S. 9–20.

und durch die Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur in der Bundesrepublik ebenfalls negativ konnotiert ist, galt er den Saarkämpfern der Zwischenkriegszeit als wertneutral. Sie verstanden Propaganda als Synonym für Werbung, welche einem breiten Publikum die Vorzüge einer Idee nahezubringen versucht⁵⁷. Als Mittel der psychologischen Kriegführung hatte sie ihren Durchbruch erlebt⁵⁸, und der geistige Vater der „Dolchstoßlegende“, Erich Ludendorff, machte den Mythos in der Bevölkerung populär, daß die alliierte Propaganda der deutschen Aufklärung überlegen gewesen sei. Es war bequem, die schwindende Zustimmung zur Fortsetzung des Krieges simplifizierend durch diese manipulationsbedingte Auflösung der „Heimatfront“ zu erklären, die schließlich dem Revolutionsgedanken Vorschub geleistet habe⁵⁹. Im Vertrauen auf die Omnipotenz der Propaganda hofften die Mitstreiter des Bundes der Saarvereine, in einer erneuten Propagandaschlacht um die öffentliche Meinung Frankreich mit publizistischen Waffen besiegen, die Folgen der nicht eingestandenen Niederlage beseitigen und letztendlich die „Schmach von Versailles“ aus der Geschichte tilgen zu können⁶⁰.

Es ist eher unwahrscheinlich, daß sich die führenden Köpfe des Bundes mit theoretischen Schriften zur Propaganda oder der damals modernen Massenpsychologie auseinandersetzten⁶¹. Insbesondere der langjährige Geschäftsführer Theodor Vogel knüpfte an Erfahrungen aus seiner Saarbrücker Zeit als Redakteur im Dienst der Königlich Preußischen Bergwerksdirektion an, für die er über Jahrzehnte tendenziöse Artikel verfaßt hatte, während er im bürgerlich-nationalen Vereinsmilieu und innerhalb des „Nationalliberalen Wahlvereins“ Mechanismen der Massenbeeinflussung und Suggestion kennenlernte. Die Wirkung von symbolgeschmückten Aufmär-

⁵⁷ Einer der bedeutendsten Theoretiker der zwanziger Jahre, Edgar STERN-RUBARTH, konstatierte sogar (Die Propaganda als politisches Instrument, Berlin 1921, S. 7): „*Propaganda ist eine vornehmere Ausdrucksform für das dem kaufmännischen Leben entnommene Wort ‚Reklame‘.*“ Vgl. hierzu: Jeffrey VERHEY: Some Lessons of the War. The Discourse on Propaganda and Public Opinion in Germany in the 1920s, in: Bernd HÜPPAUF (Hrsg.): War, Violence and the Structure of Modernity, New York 1997, S. 99–118. Vgl. zur Entstehung des Begriffs „Propaganda“ und seinem Bedeutungswandel im 19. Jahrhundert: Walther DIECKMANN: Zum Wörterbuch des Unmenschen: IV. Propaganda, in: Zeitschrift für deutsche Sprache 21 (1965), S. 105–114; Wolfgang SCHIEDER/ Christoph DIPPER: Propaganda, in: Otto BRUNNER/ Werner CONZE/ Reinhart KOSELLECK (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 69–112.

⁵⁸ Vgl. Jürgen WILKE: Deutsche Auslandspropaganda im Ersten Weltkrieg: Die Zentralstelle für Auslandsdienst, in: DERS. (Hrsg.): Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg, Köln – Weimar – Wien 1997, S. 79–125.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 104 f.; Ernest K. BRAMSTED: Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925–1945, Frankfurt 1971, S. 24 f.; Gerhard PAUL: Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, S. 26 ff.

⁶⁰ Vorbild für die Diskreditierungskampagnen gegen den „Erbfeind“ (siehe hierzu S. 483–488) war die alliierte Greuelpropaganda des Krieges, die darauf abzielte, Deutschland aus der Reihe der kultivierten Nationen auszuschließen.

⁶¹ In 16 Jahrgängen des Bundesorgans erschien lediglich ein Artikel, der die Thematik streifte: Emil Heitjan erhob hier die Behauptung, daß der BdS im Gegensatz zu den sonstigen Kräften in Deutschland eine „*ehrliche, aufrichtige, wahrheitsgemäße intensive Propaganda*“ entfalte und zog daraus die Konsequenz, daß angesichts der systematischen und zielbewußten französischen Propaganda von deutscher Seite eine stärkere Abwehrpropaganda notwendig sei: Vgl. SF 10 (1929) 14, S. 300 f. Sinngemäß griff Heitjan damit ein Anliegen STERN-RUBARTHS (S. 25 f.) auf.

schen war ihm ebenso vertraut wie die Erwartungshaltung eines Publikums, das der Einladung zu einer Vortragsveranstaltung gefolgt war. Infolgedessen findet sich beim Bund der Saarvereine kein geschlossenes theoretisches Propagandakonzept, sondern eine eklektizistische Kumulation, Selektion und letztendlich Adaption von diversen Elementen aus der damaligen Vereinskultur und Publizistik. Zur Steigerung der propagandistischen Durchschlagskraft wandte Vogel Methoden der kommerziellen Reklame zielgruppenorientiert an, wenn er beispielsweise für das Produkt „Deutsche Saar“ die immer wiederkehrende Parole „Deutsch ist die Saar“ einhämmerte. Schenkt man STERN-RUBARTH Glauben, daß propagandistisches Geschick eine Gabe ist und daher nicht erlernt werden könne⁶², so folgt für Vogel, daß er die fünf „Grundgesetze“ der Propaganda⁶³ instinktiv beherrschte: Mit emotionalem Pathos polarisierte, trivialisierte, reduzierte und wiederholte er⁶⁴. Trotz alledem war für ihn Propaganda ein Instrument und lediglich Mittel zum Zweck, nicht das Ziel seiner Tätigkeit.

In Anlehnung an die Überlegungen MALETZKES und PAULS sollen im folgenden unter „Propaganda“ sowohl die Gesamtheit der Mittel und Methoden als auch all jene planmäßig initiierten Versuche⁶⁵ verstanden werden, durch Kommunikation und konkrete Hilfsmaßnahmen Einstellungen, Meinungen und Verhaltensweisen von Zielgruppen zu beeinflussen⁶⁶. Die Grenze zur „Aufklärung“, die ähnliche Ziele verfolgt, ist sicherlich oft verschwommen, doch wird der Unterschied ihrer Methoden insbesondere an den Kampagnen des Bundes der Saarvereine

⁶² Vgl. ebd., S. 47.

⁶³ Sabine BEHRENBECCK: „Der Führer“. Die Einführung eines politischen Massenartikels, in: DIESENER/ GRIES (Hrsg.): Propaganda in Deutschland, S. 51–78, hier: S. 51.

⁶⁴ Auch die Nationalsozialisten hatten dieses Konzept verinnerlicht: *„Jede Propaganda hat volkstümlich zu sein und ihr geistiges Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten unter denen, an die sie sich zu richten gedenkt. Damit wird ihre rein geistige Höhe um so tiefer zu stellen sein, je größer die zu erfassende Masse der Menschen sein soll. [...] Gerade darin liegt die Kunst der Propaganda, daß sie, die gefühlsmäßige Vorstellungswelt der großen Masse begreifend, in psychologisch richtiger Form den Weg zur Aufmerksamkeit und weiter zum Herzen der breiten Masse findet. [...] Die Aufnahmefähigkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergeßlichkeit groß. Aus diesen Tatsachen heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig so lange zu verwenden, bis auch bestimmt der Letzte unter einem solchen Worte das gewollte sich vorzustellen vermag. [...] Die Propaganda] hat sich auf wenig zu beschränken und dies ewig zu wiederholen. Die Beharrlichkeit ist hier, wie bei so vielem auf der Welt, die erste und wichtigste Voraussetzung zum Erfolg.“*: Adolf HITLER: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band, München ^{509–513}1939, S. 196 ff. und S. 202. Joseph Goebbels formulierte es noch prägnanter: *„Je einfacher und je primitiver, desto wirkungsvoller.“*: Vgl. Rede Goebbels' bei der Sondertagung der Gau- und Kreispropagandaleiter anlässlich des 7. Reichsparteitags der NSDAP (16.09.35), in: Helmut HEIBER (Hrsg.): Goebbels-Reden, Bd. 1: 1932–1939, Düsseldorf 1971, S. 240.

⁶⁵ Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, auch schon den Versuch der Beeinflussung als „Propaganda“ zu bezeichnen, da anderenfalls in jedem einzelnen Fall zunächst untersucht werden müßte, ob das angestrebte Ziel tatsächlich erreicht wurde.

⁶⁶ Vgl. Gerhard MALETZKE: Propaganda. Eine begriffskritische Analyse, in: Publizistik 17 (1972), S. 153–165, hier: S. 156 f. und PAUL: Aufstand der Bilder, S. 18. Vgl. hierzu ebenfalls: Garth S. JOWETT/ Victoria O'DONNELL: Propaganda and Persuasion, Thousand Oaks (Cal.) ³1999, S. 5–11; Gerhard STRAUSS/ Ulrike HASS/ Gisela HARRAS: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist, Berlin - New York 1989, S. 303 ff.; WILKE: Pressepolitik und Propaganda, S. VI.

deutlich: Weder seine publizistische Tätigkeit noch seine Vorträge fanden unter der Prämisse statt, den Rezipienten auf der Grundlage objektiv nachprüfbarer Fakten zu einem eigenen Urteil gelangen zu lassen und individuelle Schlußfolgerungen zu ziehen. Vogel und seine Mitstreiter lieferten die von ihnen erwarteten Antworten bereits mit, die anschließend – beispielsweise durch unzählige Resolutionen – als scheinbar gültige Wahrheiten weitertransportiert wurden⁶⁷. Die Analyse der unterschiedlichen Ausprägungen der Saarpropaganda orientiert sich in groben Zügen an dem Zehn-Phasen-Modell von JOWETT und O'DONNELL, die folgende Vorgehensweise vorschlagen:

- | | |
|--|--|
| „1. <i>The ideology and purpose of the propaganda campaign</i> | 5. <i>The target audience</i> |
| 2. <i>The context in which the propaganda occurs</i> | 6. <i>Media utilization techniques</i> |
| 3. <i>Identification of the propagandist</i> | 7. <i>Special techniques to maximize effect</i> |
| 4. <i>The structure of the propaganda organization</i> | 8. <i>Audience reaction to various techniques</i> |
| | 9. <i>Counterpropaganda, if present</i> |
| | 10. <i>Effects and evaluation.</i> “ ⁶⁸ |

Gerade die Evaluierung von Bewußtseinsveränderungen, wie sie seit längerem von der Forschung gefordert wird⁶⁹, erweist sich in der praktischen Umsetzung als großes Problem, insbesondere dann, wenn wie in diesem Fall kaum mehr eine Befragung der angesprochenen Zielgruppe möglich ist. Die Frage nach der Wirkung und Effizienz der Saarvereinspropaganda war auch diese Arbeit nicht mit letzter Gewißheit zu beantworten imstande. Es scheint zwar plausibel, daß es den Kreisen um Theodor Vogel während ihrer 15jährigen Tätigkeit gelungen ist, eine kurzfristige⁷⁰ „*Veränderung des Wissens, der Einstellung und des Verhaltens beim Rezipienten*“ durch ihre unermüdliche Agitation herbeizuführen, doch ließen sich für diese These keine eindeutigen Beweise finden. Allein aus dem Ausgang des Plebiszits diese Schlußfolgerung zu ziehen, hieße die inzwischen durch neuere Kommunikationskonzepte als überholt geltende „*Stimulus-Reaktions-Theorie*“ der zwanziger Jahre unreflektiert zu neuen Ehren

⁶⁷ Vgl. die sinngemäße zeitgenössische Differenzierung von Otto SCHÖNY: Propaganda oder Aufklärung, in: „Der Heimatdienst“ 2 (1921) 30, S. 293, zitiert nach Klaus W. WIPPERMANN: Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Köln 1976, S. 237.

⁶⁸ Vgl. JOWETT/ O'DONNELL, S. 279–298, hier: S. 280. Da die einzelnen Aspekte nicht logisch-hierarchisch aufeinander aufbauen, wurde in dieser Arbeit eine andere Reihenfolge gewählt.

⁶⁹ Vgl. Harwood L. CHILDS: Public Opinion: Nature, Formation, and Role, Princeton (N.J.) 1965, S. 110–137; Jeffrey VERHEY: Neuere Arbeiten zur Propagandageschichte, in: AfS 41 (2001), S. 624–632, hier: S. 632.

⁷⁰ Hierin unterscheidet sich die Propaganda des BdS von der herkömmlichen politischen, ideologischen oder religiösen Propaganda, da sie keine längerfristige Bewußtseinsveränderung oder dauerhafte Bindung anstrebte, sondern nahezu ausschließlich auf die Abstimmung 1935 fixiert war. In groben Zügen galt für seine Propaganda analog, was der Saarbrücker Stadtarchivar 1932 auf der Tagung der Rheinischen Forschungsgemeinschaft in Trier betonte: „*Also das sind unsere Operationsfelder: das kulturelle - wir haben das Deutschtum in allen Formen zum Schwingen zu bringen, das historische - wir haben die deutsche Vergangenheit unübersehbar deutlich zu machen, und das politische, insofern hier das Staatsbewußtsein wurzelt und sich mit der deutschen Geschichte und Kultur verbindet [...]*“: Vgl. Vortrag Santes (01.08.32), in: LA Speyer, H 38/1151.

kommen zu lassen⁷¹. Daß selbst die lange Zeit als höchst effizient geltende nationalsozialistische Propaganda ins Leere laufen konnte, haben verschiedene Arbeiten hinlänglich belegt⁷².

Die folgende Darstellung gliedert sich in zwei Hauptteile, in welchen die Ausprägungen, die Träger und die Medien der (privaten) Saarpropaganda zunächst während der Weimarer Republik und anschließend unter der nationalsozialistischen Diktatur untersucht werden⁷³. Ein kürzerer, dritter Teil gewährt einen Ausblick über die weitere Entwicklung des Bundes der Saarvereine nach dem Plebiszit des 13. Januar 1935. Ein Prolog über die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen soll dem Leser das Verständnis der Saargebietsgeschichte erleichtern. Der abschließenden Epilog skizziert das Schicksal der Saar zwischen der Rückgliederung im Frühjahr 1935 und dem zwanzig Jahre später stattfindenden zweiten Saarreferendum vom Oktober 1955, in dessen Vorfeld sich erneut eine scheinbar private Organisation der „prodeutschen“ Propaganda annahm.

Das erste Kapitel setzt sich mit der Saarpropaganda in der frühen Phase zwischen Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens von Compiègne und des Versailles „Friedensdiktats“ auseinander, während derer sich der mehrköpfige, in Berlin beheimatete Saargebietsschutz der „Deutscherhaltung“ der Saar annahm, angesichts der gravierenden außenpolitischen und vor allem innenpolitischen Probleme das Bewußtsein für die bedrängte Saar schärfte und damit das Fundament für die nachfolgende 15jährige Agitationsarbeit des Bundes der Saarvereine legte. Dessen Aufbau und Struktur steht im Mittelpunkt des zweiten Kapitels, in welchem vor allem das Koordinationszentrum und Herzstück der privaten Saarpropaganda, die Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“, sowie die Person ihres langjährigen Leiters Theodor Vogel thematisiert werden.

Das umfangreiche dritte Kapitel beschreibt die wesentlichen Tätigkeitsfelder der Saarorganisation, ihren Kampf gegen „*nationale Müdigkeitserscheinungen*“⁷⁴, ihre Kooperationspartner, ihr Wirken und ihre Wahrnehmung an der Saar selbst. Allzu gerne fühlten sich Vogel und sein Mitarbeiterstab als moralische „Wächter“ der nationalen Gesinnung, wodurch Konflikte mit den

⁷¹ Vgl. hierzu: Claus EURICH: Kommunikationstheorien, in: Kurt KOSZYK/ Karl Hugo PRUYS (Hrsg.): Handbuch der Massenkommunikation, München [u.a.] 1981, S. 122–132, hier: S. 124 ff. Vgl. zur Wirkung von Kommunikation: Klaus MERTEN/ Helmut GIEGLER/ Friederike UHR: Grundlegende Ansätze und Methoden der Medienwirkungsforschung, Wiesbaden 1992, S. 11–37, Zitat: S. 12.

⁷² Vgl. Ian KERSHAW: How effective was Nazi Propaganda?, in: David WELCH (Hrsg.): Nazi Propaganda. The Power and the Limitations, London [u.a.] 1983, S. 180–205; PAUL: Aufstand der Bilder; David WELCH: Propaganda and Indoctrination in the Third Reich: Success or Failure?, in: European History Quarterly 17 (1987), S. 403–422.

⁷³ Die strikte chronologische Trennung ließ sich nicht immer durchhalten, so daß in manchen Bereichen bereits im ersten Teil die Entwicklung nach der Zäsur 1933 thematisiert werden mußte. Aus Gründen der dokumentarischen Vollständigkeit wurde verschiedene, insbesondere die bislang von der Forschung kaum zur Kenntnis genommenen Aspekte eingehender beleuchtet.

⁷⁴ Vgl. Brief der RVP an die GSV (15.11.23), in: BA-R 8014/782.

zurückgeblieben „Saarkämpfern“ praktisch vorprogrammiert waren⁷⁵. Schließlich werden die Vorarbeiten der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zur Erfassung der Abstimmungsberechtigten vor der heißen Phase 1934/35 thematisiert⁷⁶.

Auf die Ortsgruppen und körperschaftlichen Mitglieder des Bundes wird im vierten Kapitel näher eingegangen. Vogel schwebte vor, die Organisation über das ganze Reichsgebiet auszuweiten und, basierend auf dieser Massenbewegung, „*ein allgewaltiges Sprachrohr deutschen Willens*“ zu schaffen⁷⁷. Keineswegs sollten nur gebürtige Saarländer in den lokalen Vereinen erfaßt werden. Die vier Unterkapitel geben Auskunft über die Mitgliederentwicklung, Strukturen innerhalb der Ortsgruppen und deren nicht immer Vogels Ansprüchen genügende Propagandaarbeit. Abschließend fokussiert sich der Blick auf einige ausgewählte Orts- bzw. Landesverbände. Ein großes Problem, mit dem der Bund der Saarvereine Zeit seines Bestehens zu kämpfen hatte, war die Gefahr, daß das Saargebiet an der Südwestecke des Reiches in Vergessenheit geraten und hierdurch als Kompensation für andere Erleichterungen geopfert werden konnte. Hier setzte die Öffentlichkeitsarbeit des Bundes an: Neben der kostengünstigen Vortragspropaganda waren Zeitungen, Druckschriften und Bücher seine wichtigsten Medien. Er baute allerdings ebenso auf die Wirkung visueller und auditiver Propagandaelemente und integrierte in beschränktem Umfang auch Plakate, das Radio und den Film in seine Agitationsarbeit. Im fünften Kapitel werden des weiteren Saarausstellungen und symbolbasierende Propaganda erörtert.

Nach den Ausführungen über Träger und Mittel kommen im sechsten Kapitel schließlich die Inhalte der Saarvereinspropaganda zum Tragen. An den drei Themenfeldern „Agitation gegen das Völkerbundsregime“⁷⁸, „Bekämpfung der französischen Propaganda“ und „Sabotieren der deutsch-französischen Verständigung“ wird die Arbeitsweise des Bundes exemplarisch dargestellt.

Alljährliche Höhepunkte der Berichterstattung über die Saarfrage und zugleich der Außendarstellung des Vereins waren die mit immer größerem Aufwand inszenierten Bundestagungen mit ihren öffentlichen Saarkundgebungen⁷⁹. Sie verbanden traditionelle Feerriten mit saarspezi-

⁷⁵ Nach außen suggerierte der BdS freilich ein anderes Bild: „*Es wird eine enge Fühlung mit der Bevölkerung des Saargebiets aufrechterhalten. Die Bevölkerung gewöhnt sich immer mehr daran, bei allen möglichen Anliegen den Bund und die Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ als ihren Mittler und Sprecher in Anspruch zu nehmen.*“: Denkschrift über Bund und Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin 1925, S. 3. Eine Schwierigkeit dieser Arbeit bestand darin, Wunschdenken und bewußte Verzerrungen in der Selbstdarstellung des Vereins auszublenden bzw. mit den tatsächlichen Verhältnissen zu konfrontieren. Insbesondere die alljährlichen Tätigkeitsberichte mußten kritisch hinterfragt werden.

⁷⁶ Die „Saarfreunde“ zogen frühzeitig in Betracht, daß das Plebiszit vor Ablauf der 15jährigen Frist anberaumt werden konnte.

⁷⁷ Vgl. Ansprache Vogels auf der Bundestagung in Kassel (03.04.21), in: SF 2 (1921) 8, S. 95.

⁷⁸ Die Saarländer seien „*kulturell bedrängt, politisch entrechtet und wirtschaftlich versklavt*“: Vgl. Rundschreiben der GSV an Städte und Gemeinden (Februar 1925), in: StA Bonn, Pr 10/325.

⁷⁹ Beispielsweise sei die Saarkundgebung in Koblenz 1932 „*ein nationales Ereignis über alle Parteischränken hinweg in dem Einheitswillen der deutschen Nation*“ gewesen: Vgl. Brief der GSV u.a. an das RMI, das AA, an von Papen und Fuchs (20.09.32), in: BA-R 8014/681.

fischer Symbolik und entwickelten sich Anfang der dreißiger Jahre zu einem derartigen Publikumsmagneten, daß sich mehrere Städte um die Ausrichtung der Veranstaltungen bewarben. Mit integrativen Parolen wie „*Ein Volk, ein Wille, ein Vaterland, von der Memel bis zur Saar!*“⁸⁰ sollten alle Deutschen ins Boot der scheinbar überparteilichen Saarpropaganda geholt werden. Die Skepsis der Sozialdemokratie gegenüber derartigen Verlautbarungen konnte vor allem angesichts des sonstigen Auftretens der Saarvereinsmitstreiter nicht aus der Welt geschaffen werden. Daher blieb der Bund der Saarvereine letzten Endes eine Domäne der bürgerlichen und rechtsstehenden Parteien. Nichtsdestotrotz lief das Postulat der Überparteilichkeit ebenso wie die überkonfessionelle Ausrichtung wie ein roter Faden durch die Verlautbarungen des Bundes. Beide Ausprägungen der proklamierten Objektivität werden im achten Kapitel kritisch hinterfragt.

Ein Schwerpunkt der Saarvereins-Aktivität bildete die Beschaffung der finanziellen Mittel. Unzählige Schreiben an Behörden, Privatpersonen, Banken, Wirtschaftsverbände oder andere Organisationen der Deutschtumspflege verließen zu diesem Zweck die Königgrätzer Straße. Trotz teilweise beträchtlicher Zuwendungen aus Staatsmitteln wurde gebetsmühlenartig an der offiziellen Lesart festgehalten, der Verein finanziere sich ausschließlich durch Spendengelder und Mitgliedsbeiträge.

Das zehnte und letzte Kapitel des ersten Teils wendet sich der Frage zu, wie die internationale Regierungskommission, der Völkerbund und Frankreich auf die regelmäßigen polemischen Seitenhiebe des Bundes reagierten. Daß die direkte Kommunikation und die Resonanz schwächer ausfielen, als zunächst erwartet, wurde oben bereits thematisiert. Während sich im politischen Meinungskampf die Gegner auf gleichem Terrain begegnen, fehlte dem Bund der Saarvereine damit der Interaktionspartner.

Mit der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ hatten sich die Rahmenbedingungen insofern verändert, als daß die jahrelang von niemandem ernsthaft angezweifelte überwältigende Majorität für die deutsche Abstimmungsoption zu bröckeln begann. Die Rückkehr zu einem Deutschland, das die Grundpfeiler der Demokratie beseitigt hatte, Andersdenkende schärfsten Repressionen aussetzte und die jüdische Bevölkerung drangsalierte, schien vielen Saarländern bei weitem nicht mehr so verlockend wie zu Zeiten der Weimarer Republik.

Als im Reichsgebiet ansässige Organisation sah sich der Bund der Saarvereine mit den Begleiterscheinungen der „nationalsozialistischen Revolution“ konfrontiert, die bei ihm weit mehr als nur einen personellen Wechsel auf der Führungsebene zur Folge hatten. Der Gleichschaltungsprozeß des Bundes gliederte sich in verschiedene Phasen, die anfangs durch die Versuche gekennzeichnet waren, die sich abzeichnenden Veränderungen schlichtweg zu ignorieren. Im Laufe des Frühjahres 1933 änderte der Vorstand die Strategie in unverhohlene Anbiederung und

⁸⁰ Vgl. SF 8 (1927) 16, S. 263.

bemühte sich, durch vorausseilenden Gehorsam gravierende Einschnitte abzuwenden. In diesem elften Kapitel soll die kurze Ära des neuen Bundesleiters Gustav Simon von Frühjahr 1933 bis Sommer 1934 ebenfalls thematisiert werden wie die allgemeinen Umstrukturierungen der Gesamtorganisation und die Umwälzungen innerhalb der Ortsgruppen.

Das zwölfte Kapitel gibt Auskunft über die Propaganda des Bundes der Saarvereine im eigentlichen Abstimmungskampf. Welche Unterschiede lassen sich zur Zeit vor 1933 feststellen, wo finden sich Kontinuitätsstränge und wie verbreitete der gleichgeschaltete Bund unter den neuen Rahmenbedingungen sein Konzept der „Deutschen Saar“? Es wird sich zeigen, daß er nicht nur gegen die Propaganda der Rückgliederungsgegner ankämpfen, sondern sich ebenso gegenüber der privaten, parteinahen und staatlichen Propagandakonzurrenz behaupten mußte.

Während die Bundestagungen der Saarvereine mit ihren anschließenden Massenkundgebungen in den Jahren der Weimarer Republik das nach außen öffentlichkeitswirksamste Propagandainstrument der Saarhilfsorganisation waren, entpuppte sich die Niederwaldkundgebung 1933 ebenso wie die Ehrenbreitsteinkundgebung zum Leidwesen der einstigen Führungsriege als ausschließlicher Staatsakt der Reichsregierung. Der Bund gab im Grunde nur noch seinen Namen für die grandios aufgezogene Selbstpräsentation der inzwischen nationalsozialistischen „Deutschen Mutter“. Dem zweimaligen Ruf an den Rhein hatte das erst spät vereinte Lager der Rückgliederungsgegner nichts Adäquates entgegenzusetzen.

Das 14. Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, wie die über 46.000 reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten trotz nicht nachvollziehbarer Versäumnisse auf Behördenseite im Laufe des Frühjahres 1934 von Obleuten des Bundes erfaßt, betreut und auf die Teilnahme am Plebizit des 13. Januar 1935 eingeschworen wurden. Große organisatorische Schwierigkeiten und eine erhebliche finanzielle Belastung stellten die mehreren Tausend Auslandsdeutschen dar, die eigens zur Stimmabgabe auf Kosten des Reichs ins Saargebiet befördert wurden. Die durchaus ähnlich verlaufende Mobilisierungskampagne Frankreichs vermochte letztendlich nicht, die Niederlage des Status quo abzuwenden: Der nicht mehr an der Saar beheimatete Personenkreis, der dem Ruf des nationalsozialistischen Deutschlands an die Wahlurnen gefolgt war, war größer als die Summe aller Wähler, die nicht für die Rückgliederung votiert hatten.

Im letzten Kapitel dieser Arbeit steht die Abwicklung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und die Umwandlung des Bundes in eine Landsmannschaft der Saarländer und Pfälzer im Mittelpunkt. Es ergibt sich der überraschende Befund, daß sich manche Ortsgruppe bis in die sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts behaupten konnte.

Nach den zusammenfassenden Bemerkungen und dem Literatur- und Quellenverzeichnis finden sich im Anhang 27 Dokumente. Hier wurden ausgewählte und bislang nicht publizierte Quellen entweder als Faksimile-Abdruck oder in Abschrift wiedergegeben. Verschiedene Graphiken und Tabellen visualisieren komplexere Zusammenhänge aus der Darstellung.

Diese Dissertation ist 2007 in der Reihe der Veröffentlichungen der „Kommission für saarländische Landesgeschichte und Volksforschung“ als 40. Band erschienen. Die Saarländische Landesregierung förderte den Druck finanziell, wofür sich der Autor an dieser Stelle bedanken möchte.

Prolog: Das Saargebiet

Wenige Tage vor der Saarabstimmung gab Reichsaußenminister von Neurath seinem Kabinettskollegen Frick im Innenministerium zu bedenken, daß bei der Rückgliederung des Saargebietes als geschlossene Verwaltungseinheit die in Versailles künstlich geschaffene Lösung verewigt und dadurch auch nachträglich anerkannt werde. Aus außenpolitischen Erwägungen habe die Reichsregierung hingegen „*alles Interesse daran, das Versailler Gebilde ohne jeden Rest aus der Geschichte verschwinden zu lassen.*“ Das Saargebiet solle daher nur noch während einer Übergangsphase als Einheit behandelt werden⁸¹. Doch schon das „Gesetz über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes“ vom 30. Januar 1935⁸² besiegelte drei Wochen darauf das definitive Ende der seit 1920 ruhenden staatsrechtlichen Zugehörigkeit der saarländischen Landkreise bzw. Bezirke zu Preußen und Bayern. Nach Gebietserweiterungen im Norden und Osten fand schließlich 1957 die „kleine Wiedervereinigung“, die zunächst politische, zwei Jahre darauf auch wirtschaftliche Rückgliederung des nach dem Zweiten Weltkrieg teilautonomen Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland statt.

Im folgenden wird auf eine detaillierte Überblicksdarstellung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschichte der Saarregion vor 1918 verzichtet, da der interessierte Leser derartige chronologische Abrisse unschwer in der einschlägigen Sekundärliteratur findet⁸³. Statt dessen beschränken sich die Ausführungen auf einzelne Episoden und Entwicklungslinien, die sich im kollektiven Gedächtnis der Saarländer einnisteten, sich zu ihrem Erfahrungshorizont verdichteten, in den Schulen unterrichtet und von der Saarpropaganda immer wieder aufgegriffen wurden. Über ihre Authentizität herrschte kein Zweifel. Vor diesem Hintergrund betrieben die Saarländer in der Zwischenkriegszeit Politik, kämpften gegen die als Unrecht empfundene französische Besetzung und die Völkerbundsregierung und ließen sich nicht zuletzt 1935 in ihrer Entscheidung beeinflussen⁸⁴.

⁸¹ Vgl. Brief von Neuraths an Frick (07.01.35), in: BA-R 43-I/256. Abgedruckt bei JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, Dok. 16, S. 236 f.

⁸² RGBI 1935/I, S. 66 ff.

⁸³ Bezogen auf die politische Geschichte des Reviers vgl. Joseph BELLOT: Hundert Jahre politisches Leben an der Saar unter preußischer Herrschaft (1815–1918), Bonn 1954; Hanns KLEIN: Geschichte des Landkreises Saarbrücken 1815–1965, in: Grenze als Schicksal – 150 Jahre Landkreis Saarbrücken, hrsg. von der Kreisverwaltung Saarbrücken, Saarbrücken 1966, S. 37–108 und S. 210–215; Fritz KLOEVEKORN: Zur politischen Geschichte des Saargebietes: Preußischer Gebietsteil, in: DERS. (Hrsg.): Das Saargebiet, S. 67–119; Carl PÖHLMANN: Zur politischen Geschichte des Saargebietes: Bayerischer Gebietsteil, in: Ebd., S. 121–147. Weiterführende Literatur siehe im Quellen- und Literaturverzeichnis, Teil 2.1: Bibliographien.

⁸⁴ Zur Problematik der Erinnerung, die sich auf persönliche Erlebnisse und vermeintliche Fakten vom „Hörensagen“ stützt, vgl. das Kapitel „Das lebendige Band der Generationen“ in: Maurice HALBWACHS: Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt am Main 1985, S. 48–55.

Am Vorabend der Französischen Revolution war das Gebiet des heutigen Bundeslandes hauptsächlich in das Kurfürstentum Trier im Norden, das Königreich Frankreich im Westen, das Fürstentum Nassau-Saarbrücken auf dem Saarkohlensattel sowie das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken im (Nord-) Osten parzelliert⁸⁵. Die territoriale Neuordnung des Grenzgebietes an der mittleren Saar bestätigte nach der Napoleonischen Ära jedoch nicht die vorrevolutionäre Grenze von 1792, sondern übertrug im Ersten Pariser Frieden (30. Mai 1814) neben der Festung Saarlouis und der Doppelstadt Saarbrücken-St. Johann⁸⁶ auch den Großteil des saarländischen Kohlengebietes an Frankreich. Während die europäischen Großmächte damit vornehmlich das Ziel verfolgten, den Herrschaftsantritt der wiedereingesetzten Bourbonen unter Ludwig XVIII. zu erleichtern⁸⁷, rief diese restaurative Konzession beim Saarbrücker Bürgertum Proteste hervor. Diese fielen um so heftiger aus, als die bisherigen Verlautbarungen aus Paris die feste Überzeugung genährt hatten, daß alle ehemals nassau-saarbrückischen Gebiete zurück an das Deutsche Reich fallen würden.

Wenige Tage nach Bekanntwerden der Friedensbestimmungen trat der Saarbrücker Kaufmann Heinrich Böcking in Kontakt mit dem Herausgeber des „Rheinischen Merkurs“, Joseph Görres, der bereits Mitte Juni 1814 in einer Artikelserie auf das Problem des Saarbeckengebietes hinwies. Die Resonanz dieser publizistischen Betätigung und infolgedessen ihre Bedeutung für die Grenzrevision dürfte kaum allzu hoch zu veranschlagen sein⁸⁸. Das Pariser Friedenswerk wurde vielmehr durch den gescheiterten Versuch des nach Elba verbannten Napoleon zerstört, sich die wachsende Unzufriedenheit in Frankreich zunutze zu machen. Nach der Schlacht von Waterloo zeigten die siegreichen europäischen Großmächte erheblich weniger Konzessionsbereitschaft gegenüber Frankreich, als dies noch im Vorjahr der Fall gewesen war. Bei den erneuten Verhandlungen kreuzten sich die legitimistischen Prinzipien der europäischen Großmächte und die Forderung nach Restauration der vorrevolutionären Grenzen mit den militärstrategischen und wirtschaftlichen Interessen Preußens: Wenngleich der preußische Staatskanz-

⁸⁵ Siehe hierzu die Karte in: HERRMANN/ SANTE, S. 27. Die ehemalige Zugehörigkeit zu diesen vier größeren Herrschaften schlug sich 1956 bei der Gestaltung des saarländischen Wappens nieder, in welchem die jeweiligen charakteristischen ikonographisch-heraldischen Elemente kombiniert wurden.

⁸⁶ Obwohl die Vereinigung der beiden oftmals konkurrierenden Städte erst im April 1909 erfolgte, wird fortan auf eine Differenzierung verzichtet und mit „Saarbrücken“ die Gesamtkommune bezeichnet.

⁸⁷ Die Restituierung des Königtums in Frankreich sollte nicht mit dem Makel inakzeptabler territorialer Einbußen behaftet sein: Vgl. Heinz-Otto SIEBURG: Geschichte Frankreichs, Stuttgart 1995, S. 248 f.

⁸⁸ Nichtsdestotrotz beharrte die deutsche Propaganda der Zwischenkriegszeit auf diesem Mythos und konstruierte Parallelen zwischen der Situation von 1814/15 und 1918, um sich selbst in die Tradition der Saarbrücker Bürger um Böcking zu stellen und die eigene Tätigkeit moralisch zu legitimieren: Ebenso wie sich Görres als Anwalt des unterdrückten Saarvolkes betätigt habe, nehme der BdS nun die Funktion des Sprachrohrs im Reich wahr: Vgl. Theodor VOGEL: Oberbergrat Heinrich Böcking. Ein Vorkämpfer für das Deutschtum an der Saar, in: DERS. (Hrsg.): Saar-Befreiungskampf, S. 17–22; DERS.: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, in: Ebd., S. 219–252, hier: S. 226. Zum Kontakt zwischen Böcking und Görres siehe auch: KLOEVEKORN: Preußischer Gebietsteil, S. 91 sowie Wilhelm SCHMITZ: Politische Zustände und Personen in Saarbrücken in den Jahren 1813, 1814 und 1815, in: August KROHN (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Saargegend, Saarbrücken 1901, S. 221–429; Robert CAPOT-REY: Quand la Sarre était française, Paris 1928, S. 279–288.

ler Hardenberg diese in Paris zunächst auch mit nationalen Argumenten zu untermauern versuchte, erstrebte Preußen primär die Westverschiebung der französischen Grenze und beanspruchte insbesondere die Festung Saarlouis mit ihrem Umland. Bedeutende fiskalische Gewinne aus den zunächst bei Frankreich belassenen Kantonen versprach die zur gleichen Zeit unternommene Enquete des Geheimen Oberbergrats von Beust⁸⁹.

Es gehörte bereits Jahre vor dem Ersten Weltkrieg zum festen Kanon der saarländischen Geschichtsschreibung, die Grenzkorrektur als Ergebnis einer freien Meinungsäußerung anzusehen. Doch welche Bedeutung kam der Saarbrücker Bevölkerung tatsächlich in dieser Frage zu? Fest steht, daß dem nach Paris durchreisenden Fürsten Hardenberg am 11. Juli 1815 ein von 345 Saarbrücker Bürgern unterzeichnetes Pro Memoria übergeben wurde, in welchem diese baten, „*die den Preußen durch Sitten, Sprache, Religion und Gesinnungen so verwandten Saarbrücker*“⁹⁰ in Schutz zu nehmen. Es folgten weitere Petitionen⁹¹ an preußische und ausländische Staatsmänner. In einer Zeit, in der sich die aktive Teilnahme am politischen Leben auf die Minderheit der bürgerlichen Oberschicht beschränkte, ist die Zahl von über 300 Unterschriften sicherlich bemerkenswert, die Entscheidung der in Paris versammelten Diplomaten wird sie jedoch nicht beeinflußt haben. Noch viel weniger ist der Versammlung ein plebiszitärer Charakter über die nationale Zugehörigkeit zu attestieren oder wird man der oppositionellen Minderheit unter den Saarbrücker Kaufleuten, die für den Verbleib bei Frankreich plädierten, dezidierte Franzosenfreundlichkeit unterstellen können. Fragen der nationalen Zugehörigkeit, Frankophilie oder Prussophobie spielten in einer Grenzregion, die in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten nicht nur mehrfache Wechsel der Obrigkeiten miterlebt, sondern die Grenze nie als statisch und abschließend empfunden hatte, bei weitem keine so große Rolle wie die der individuellen Besserstellung. Die Sicherung der eigenen wirtschaftlichen Existenz besaß sowohl für die ländliche Bevölkerung als auch die entstehende Industriearbeiterschaft eindeutige Priorität vor nationalpolitischen Fragen: „*Man war einfach noch Untertan.*“⁹²

So nebensächlich die Ereignisse der Jahre 1814/15 auf dem diplomatischen Parkett auch gewesen sein mögen, die Grenzziehung zwischen Lothringen und Preußen bzw. Bayern, wie sie schließlich im Zweiten Pariser Frieden (20. November 1815) festgeschrieben wurde, konnte sich

⁸⁹ Vgl. KLEIN: Landkreis Saarbrücken, S. 37; Klaus-Michael MALLMANN: Die heilige Borussia. Das Saarrevier als preußische Industriekolonie, in: DERS./ Gerhard PAUL/ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken 31995, S. 16–20, hier: S. 16.

⁹⁰ Beilage 22, in: SCHMITZ, S. 353. Etwa zur gleichen Zeit reaktivierte Böcking seinen Kontakt zu Görres: Vgl. Beilagen 20, 27 und 29, in: Ebd., S. 351, S. 365–368 und S. 375–378.

⁹¹ So beispielsweise am 19.08.15 an Freiherr von Stein: „*Die Saarbrücker, so alt-deutschen Stammes, durch Gesinnung und Handlungen ihres Vaterlandes so würdig, wurden Sklaven des Franzosenvolkes, das sie hassen und verabscheuen und mit dem sie sich nie vertragen werden.*“ Beilage 28, in: SCHMITZ, S. 370 f.

⁹² KLEIN: Landkreis Saarbrücken, S. 45. Den Kategorien Wolfgang HAUBRICHS folgend (Über die allmähliche Verfestigung von Sprachgrenzen. Das Beispiel der Kontaktzonen von Germania und Romania, in: DERS./ Reinhard SCHNEIDER (Hrsg.): Grenzen und Grenzregionen. Frontières et régions frontalières. Borders and Border Regions, Saarbrücken 1994, S. 99–130), bildete die Saarregion zu Frankreich zugleich eine dezisionäre und eine Ausgleichsgrenze mit einem kulturellen Überlappungsraum.

bis auf den heutigen Tag behaupten. Insbesondere in der Erinnerung der Saarbrücker Bürgerschaft bildete sich bald die Legende des freien Bekenntnisses zu Preußen, verbunden mit der erfolgreichen Abwehr französischer Expansionsbestrebungen heraus. Bis zum deutsch-französischen Krieg wurde dieser Mythos immer wieder dann beschworen, wenn der westliche Nachbar aktiv zu werden schien⁹³. Nie wirklich aus der Erinnerung verdrängt, wurde er während des Weltkrieges als Zeichen des besonderen Nationalbewußtseins der Saarländer wiederbelebt. So führte ein Geistlicher in seiner Festrede anlässlich der 100jährigen Zugehörigkeit zu Preußen am 30. November 1915 aus, daß die Grafschaft Saarbrücken das einzige Gebiet gewesen sei,

*„das dem Königreich Preußen durch den freien Entschluß der Bevölkerung, gleichsam durch eine Art Volksabstimmung gewonnen wurde.“*⁹⁴

Die Ausführungen der saardeutschen Geschichtsschreibung über die Rolle der Saarbrücker Denkschriften und Deputierten dürften mehr über den nationalen und geistigen Hintergrund ihrer Autoren sowie deren projiziertes Wunschenken aussagen, als sie Rückschlüsse auf historische Tatsachen zulassen. So entwickelte beispielsweise die Petition vom Juli 1815 in der ersten Nachkriegszeit in dreierlei Hinsicht eine Eigendynamik: Zunächst war sie das Vorbild einer an den amerikanischen Präsidenten Wilson gerichteten Resolution vom Dezember 1918. Wenn ferner Fritz KLOEVEKORN 1929 konstatierte,

*„diese Veränderungen [der Grenzziehung von 1814–F.B.] wären nicht geschehen, wenn nicht die Saarbrücker Bevölkerung und ihr Führer Heinrich Böcking zu einer Zeit, da Frankreich hier noch gebot, ganz offen die Loslösung von Frankreich und den Anschluß an Preußen betrieben hätten“*⁹⁵,

so muß diese Feststellung zugleich als Appell an seine Zeitgenossen verstanden werden, angesichts der aktuellen französischen Dominanz im Saargebiet nicht zu resignieren, sondern sich am historischen Beispiel der Saarbrücker Bürgerschaft zu orientieren. Letztlich wurde die Petition einschließlich ihrer langen Unterschriftenliste von 1815 vielfach als Faksimile nach-

⁹³ So beispielsweise im Jahr 1866, als Gerüchte über den Verkauf der Saargruben aufkamen und Napoleon III. zunächst in der schleswig-holsteinischen Frage sowie wenige Monate darauf während des deutsch-österreichischen Krieges die Saar als Kompensation für sein Stillhalten verlangte: Vgl. Fritz HELLOWIG: Der Kampf um die Saar 1860–1870. Beiträge zur Rheinpolitik Napoleons III., Leipzig 1934, S.132–170. Die Darstellung von SCHMITZ entstand bereits im Jahr 1865. Siehe auch BELLOT, S. 70–81 sowie SF 2 (1921) 6, S. 61; SF 3 (1922) 1, S. 3. Vgl. allgemein zum integrativen Charakter derartiger Gründungsmythen: Sabine BEHRENBECK: Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945, Köln 1995, S. 40–46.

⁹⁴ Zitiert nach Gustav HERR/ Heinrich JAHNS: Die Kohlenlagerstätte und der Bergbau an der Saar, in: KLOEVEKORN: Saargebiet, S. 149–221, hier: S. 176. Es kann weder von einer Preußenbegeisterung gesprochen werden, noch trifft die von französischer Seite erhobene Behauptung zu, daß die Saarländer 1815 „*Prussiens par contrainte*“ (André TARDIEU: La paix, Paris 1921, S. 280) geworden seien. Abgesehen davon, daß das protestantische Bürgertum der Handelsstadt Saarbrücken eher zur Hohenzollernmonarchie als zu den katholischen Staaten Bayern und Frankreich tendierte, schien Preußen nach den Wirren der Revolution der potenteste Sicherheits- und Stabilitätsfaktor zu sein.

⁹⁵ KLOEVEKORN: Preußischer Gebietsteil, S. 92.

gedruckt; fand sich hierauf der Name eines Vorfahren, ehrte dies zugleich die Nachkommen des Unterzeichnenden und prädestinierte diese zu Wortführern der deutschen Sache⁹⁶.

Die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des „Saargebietes“⁹⁷ zwischen 1815 und 1914 läßt sich anhand von vier Rahmenbedingungen charakterisieren⁹⁸, die im folgenden kurz dargestellt werden:

- a) Die in einem landwirtschaftlich geprägten Umfeld immer stärker hervortretende Dominanz der Montanindustrie gegenüber Betrieben der Eisenverarbeitung sowie der Glas- und Keramikindustrie⁹⁹.
- b) Eine patriarchalische Sozialpolitik, welche die in anderen industriellen Kernregionen erfolgte Proletarisierung ebenso wie den Aufstieg der Sozialdemokratie verhinderte bzw. verzögerte.
- c) Die geographische Randlage mit politischen und wirtschaftlichen Entscheidungszentren außerhalb des Gebiets.
- d) Eine verbreitete Heimatverbundenheit mit Tendenzen zum Nationalismus, der sich aus dem konstruierten „Trauma von 1814“ – aufgefrischt durch den Mythos von „Spichern“ – nährte.

a) Im Laufe des 19. Jahrhunderts bildeten sich zwei bedeutende Industrieachsen¹⁰⁰ in der Saarregion heraus: Auf einer Länge von etwa 52 km und einer maximalen Breite von 15 km erstreckt sich von Nordost nach Südwest der Saarkohlensattel, dessen Ausläufer über die 1815 gezogene Grenze nach Lothringen reichen. Entlang der Saar hingegen siedelten sich Betriebe

⁹⁶ Siehe hierzu beispielsweise Hermann RÖCHLING: *Wir halten die Saar!*, Berlin 1935, Anhang nach S. 150 oder aus der Zeit der Versailler Friedensverhandlungen: Herbert STEGEMANN: *Rettet das Saarland! Ein Aufruf*, Berlin 1919, S. 34–39. Vgl. ebenso: SF 1 (1920) 19, S. 189–196; SF 8 (1927) 8, S. 127; SF 10 (1929) 11, S. 200–205; Beilage zum SK 3 (1925).

⁹⁷ Erstmals wurde dieser Terminus 1832 verwandt, bezog sich allerdings nur auf die preußischen Kreise und kennzeichnete das *Saarindustriegebiet*. Die Gesamtregion, in ihrer Ausdehnung etwa vergleichbar mit dem heutigen Saar-Lor-Lux, galt im Sprachgebrauch als „südwestdeutsch“: Vgl. Hans-Walter HERRMANN: *Das Saarrevier zwischen Reichsgründung und Kriegsende*, in: DERS. (Hrsg.): *Das Saarrevier zwischen Reichsgründung und Kriegsende (1871–1918)*, Saarbrücken 1990, S. 9–39, hier: S. 13 und S. 37 ff.; Wolfgang LAUFER: *Der Weg zum „Saarland“*. Beobachtungen zur Benennung einer Region, in: Wolfgang HAUBRICHS/ DERS./ Reinhard SCHNEIDER (Hrsg.): *Zwischen Saar und Mosel*. Festschrift für Hans-Walter HERRMANN zum 65. Geburtstag, Saarbrücken 1995, S. 367–380, hier: S. 372–376.

⁹⁸ Vgl. KREWER/ MOMPER/ ECKENSBERGER, S. 90–106.

⁹⁹ Der folgende kursorische Überblick soll den ökonomischen Wert der anderen Industrien des Saargebiets keineswegs schmälern. Bei Kriegsausbruch fanden in der eisenverarbeitenden Industrie (Maschinen- und Anlagenbau, Drahtseilfabriken, Gießereien etc.) insgesamt etwa 8.000 Personen Arbeit. Die Industrie der Steine und Erden (Porzellane, Tonwaren etc.) beschäftigte über 4.000 Arbeiter, während insgesamt 2.200 Menschen ihren Lebensunterhalt in der saarländischen Glasindustrie verdienten. Siehe hierzu verschiedene kurze Artikel in: *Handel und Industrie im Saargebiet*, Saarbrücken [u.a.] 1924; *Führer durch das industrielle Saargebiet*, bearbeitet von der Handelskammer zu Saarbrücken, Saarbrücken 1934.

¹⁰⁰ Vgl. *Saar-Atlas*, hrsg. und bearb. im Auftrag der Saar-Forschungsgemeinschaft von Hermann OVERBECK und Georg Wilhelm SANTE, Gotha 1934, S. 88 und Abb. 29 e.

der eisenschaffenden und -verarbeitenden Industrie an¹⁰¹. Preußen setzte nach Gründung des „Königlichen Bergamtes zu Saarbrücken“ (1816) die Tradition des seit 1751/54 staatlich betriebenen Steinkohlenbergbaus an der Saar fort¹⁰²; auch der bayerische Staat nahm die Ausbeutung seiner Grubenbetriebe in St. Ingbert und Bexbach (ab 1825) selbst in die Hand. Durch dieses staatliche Monopol erhielt der Saarbergbau seine besondere Prägung:

„Das Saarrevier wurde eine Art preußischer Industriekolonie: ein Objekt von fiskalischer Nutzung, auswärtiger Modernisierungslogik und Staatsraison, in seinen Entwicklungsmöglichkeiten abhängig von den Bedürfnissen hoheitlicher Wertabschöpfung.“¹⁰³

Dessen ungeachtet erfolgte der – wenn auch langsame, so doch kontinuierliche – Ausbau des Staatsunternehmens zu einem leistungsfähigen und modernen Industriebetrieb. Die Produktion stieg von 105.000 t (Jahresdurchschnitt 1816–1820) auf 1,75 Mio. t (1856–1860), um schließlich im letzten Friedensjahr vor dem Weltkrieg 12,23 Mio. t zu erreichen. Im gleichen Zeitraum wuchs die Belegschaft von 823 (1816) auf 51.320 Arbeiter (1913)¹⁰⁴. Begünstigt durch die Kleinräumigkeit des Saarbeckens ermöglichte bzw. förderte die Kohle – nach Verdrängung der Holzkohle als Hauptenergieträger¹⁰⁵ – erst das Wachstum anderer Industrien. Nicht nur als größter Arbeitgeber und aufgrund seiner ökonomischen Potenz als wichtigster Unternehmer und Energielieferant für die anderen Industrien entwickelte sich der staatliche Steinkohlenbergbau

¹⁰¹ Ferner bildeten sich „Industrieinseln“ um Mettlach, St. Ingbert und Homburg. Vgl. Ralf BANKEN: Die Industrialisierung der Saarregion 1815–1914. Bd. 1: Die Frühindustrialisierung 1815–1850, Stuttgart 2000, S. 387–429 (Glashütten), S. 430–461 (Keramikindustrie) und S. 462–471 (Sonstige Industrien); Jürgen KARBACH/ Paul THOMES: Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes, Bd. 3, Teil 2: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Saarlandes (1792–1918), hrsg. von Hans-Walter HERRMANN, Saarbrücken 1994. Ältere und zeitgenössische Literatur siehe bei JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S.18, Anm. 6.

¹⁰² Wegen ihrer Zugehörigkeit zu Frankreich im 18. Jahrhundert bildete die Grube Hostenbach eine Ausnahme; sie wurde bis 1920 weiterhin in privater Konzession betrieben.

¹⁰³ MALLMANN: Borussia, S. 17.

¹⁰⁴ Vgl. Tabellen 5 (Durchschnittliche Jahresförderung an Steinkohlen im Saarrevier 1816–1918) und 6 (Entwicklung der Belegschaft des Steinkohlenbergbaus im Saarrevier 1816–1918), in: KARBACH/ THOMES, S. 237 f. sowie Gerd LINDEN: Der Steinkohlenbergbau an der Saar unter preußischer Verwaltung (1815–1920), Graz 1961, Anhang IV. Der Anteil der bayerischen Staatsgruben an der Gesamtförderung des Saargebietes betrug 1913 etwa 3,6%; insgesamt wurden in diesem Jahr in den Grenzen des Saargebietes etwa 13,6 Mio. t Steinkohle gefördert; Vgl. Walther CARTELLIERI: Wirtschaftskunde des Saargebietes, Saarlouis ³1934, S. 23. Im letzten Friedensjahr förderte der Saarbergbau etwa 7% der deutschen Gesamtproduktion: Vgl. SWS 5 (1931), S. 11.

¹⁰⁵ Die saarländische Fettkohle eignete sich besonders zur Gaserzeugung sowie als Industrie- und Kesselkohle, wohingegen sie sich für die Herstellung vom Koks als weniger brauchbar erwies. Aufgrund der geringeren Festigkeit und der damit verbundenen verminderten Tragfähigkeit im Hochofen konnte die Saarkohle nur bedingt mit der Qualität der Ruhrkohle konkurrieren und wurde daher meist mit dieser gemischt zu Koks verarbeitet. Allgemeine Standortnachteile des Saarreviers vgl. bei Fritz HELWIG: Saar zwischen Ost und West. Die wirtschaftliche Verflechtung des Saarindustriebezirks mit seinen Nachbargebieten, Bonn 1954, S. 24.

zum zentralen Leitsektor der saarländischen Industrialisierung¹⁰⁶: Auch die Sozialpolitik des preußischen Fiskus spielte in der Region eine Vorreiterrolle.

Nach Schließung kleinerer Eisenschmelzen behaupteten sich bis 1914 schließlich fünf Hüttenbetriebe in Brebach, Burbach, Völklingen, Dillingen und Neunkirchen¹⁰⁷. Ihren Standortvorteil konnten sie jedoch erst vollständig durch die Einführung des Thomasverfahrens (1879) nutzen, das die Verhüttung der phosphorreichen lothringischen und luxemburgischen Minette in großem Umfang ermöglichte. Der Ausgang des deutsch-französischen Krieges und die kontinuierliche Erweiterung des Eisenbahnnetzes¹⁰⁸ trugen das ihre zur Steigerung der Produktion bei. Im Zuge dieses Konzentrationsprozesses in der Schwerindustrie kristallisierte sich die Kommanditgesellschaft der Gebrüder Stumm in Neunkirchen unter Leitung ihres exponiertesten Vertreters, Carl Ferdinand Freiherr von Stumm als größter privater Arbeitgeber der Saarregion heraus¹⁰⁹. Sein liberaler Konkurrent Carl Ludwig Röchling (1827–1910), der 1881 das wenige Jahre zuvor gegründete Völklinger Eisenwerk erworben hatte, baute von der mittleren Saar aus ein nach Lothringen hinausreichendes, in unterschiedliche Industrie- und Handelsunternehmen stark diversifiziertes Wirtschaftsimperium auf¹¹⁰. Bis Ausbruch des Weltkrieges war die Belegschaft der saarländischen eisenschaffenden Industrie auf insgesamt etwa 31.000 Personen angewachsen. 7,1% der deutschen Roheisenproduktion und knapp 11% der Rohstahlproduktion wurden hier gewonnen, die ebenso wie die Steinkohle zu ihrem überwiegenden Teil auf den reichsdeutschen Markt gelangte¹¹¹.

Nach dem Stand von 1913 betrug der Anteil der Saarregion an der gesamten Teererzeugung knapp 11%, an der Tafelglasproduktion 24% und fast ein Drittel des Thomasmehls wurde an der Saar gewonnen, die nur etwa 0,4% der Fläche ausmachte und nur 1,3% der reichsdeutschen

¹⁰⁶ Vgl. zum saarländischen Steinkohlenbergbau vor 1920 allgemein: BANKEN, Bd. 1, S. 66–209; DERS.: Take-Off-Phase und Hochindustrialisierung 1850–1914, Stuttgart 2003, S. 24–284; HERR/JAHNS, S. 149–173, S. 176–180 und S. 184–191; LINDEN; Leon MORGENROTH: Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus im Saargebiet, Würzburg 1931, S. 1–92. Neben den eigentlichen Förderanlagen gehörten zahlreiche Nebenbetriebe wie die Kraftzentralen in Heinitz, Luisenthal und Götteleborn, das Hafenamtsamt oder die Bergfaktorei zur Bergwerksdirektion.

¹⁰⁷ Vgl. zur saarländischen Eisenhüttenindustrie vor 1920 allgemein: BANKEN, Bd. 2, S. 285–515; Jacques BARIÉTY: Le rôle de la minette dans la sidérurgie allemande et la restructuration de la sidérurgie allemande après le traité de Versailles, in: Travaux et Recherches, Metz 1973, S. 233–277, hier: S. 235–243; Walther CARTELLIERI: Die Eisenindustrie an der Saar, in: KLOEVEKORN: Saargebiet, S. 223–262; Franz EMMRICH: Die Nachkriegsentwicklung der Eisen-Industrie im Saargebiet (eine volkswirtschaftliche Studie), Neunkirchen 1931, S. 3–40; Gerhard SEIBOLD: Röchling. Kontinuität im Wandel, Stuttgart 2001, S. 49–106.

¹⁰⁸ Vgl. HERRMANN: Saarrevier, S. 9 f.

¹⁰⁹ Zwischen 1867 und 1882 sowie von 1890 bis zu seinem Tod 1901 gehörte der freikonservative Stumm auch dem Reichstag an. Vgl. Fritz HELLWIG: Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg (1836–1901), Heidelberg – Saarbrücken 1936; Joachim JACOB: Carl Ferdinand Stumm. Hüttenbesitzer und Politiker, in: Richard VAN DÜLMEN/ DERS. (Hrsg.): Stumm in Neunkirchen. Unternehmerschaft und Arbeiterleben im 19. Jahrhundert. Bilder und Skizzen aus einer Industriegemeinde, St. Ingbert 1993, S. 13–38.

¹¹⁰ Vgl. SEIBOLD; SF 12 (1931) 21, S. 360 f.

¹¹¹ Vgl. SWS 5 (1931), S. 25; Hermann KURZ: Das Standortsproblem der saarländischen Eisenindustrie vor und nach der Rückgliederung des Saargebietes, München 1940.

Bevölkerung beherbergte¹¹². Ein Blick auf die Bevölkerungsstruktur zeigt den besonderen Charakter des Saargebiets als Arbeiterregion¹¹³:

	Landwirtschaft und Forsten ¹¹⁴	Industrie und Handwerk	Handel und Verkehr	Verwaltung, freie Berufe, Wohlfahrt etc.	Häusliche Dienste etc.	Ohne Beruf/Angabe	Summe
Juni 1910	78.136 (12,84%)	382.564 (62,87%)	60.121 (9,88%)	25.171 (4,14%)	4.565 (0,75%)	57.907 (9,52%)	608.464 (100%)
Juli 1927	65.572 (8,52%)	453.929 (58,95%)	119.147 (15,47%)	44.029 (5,72%)	16.169 (2,10%)	71.184 (9,24%)	770.030 (100%)

b) Der Fokussierung der Industrie auf eine relativ begrenzte Kernregion stand die Dezentralisierung¹¹⁵ der Arbeiterschaft entgegen, die sich bis ins 20. Jahrhundert aus einem peripheren Wohngürtel rekrutierte. Der preußische Staat förderte dies sowohl durch den Ausbau der Infrastruktur mit verbilligten Eisen- und Straßenbahntarifen, als auch durch die Gewährung von Prämien und zinsgünstige Darlehen zum Bau eigener Häuser. Auf diese Weise entstanden im Saargebiet zwischen 1842 und 1910 insgesamt etwa 8.000 staatlich subventionierte Eigenheime, so daß Anfang des neuen Jahrhunderts etwa 37% der Belegschaft Hauseigentum nachweisen konnten¹¹⁶. Charakteristisch für die Region war der seßhafte Bergmanns- bzw. Arbeiterbauer, der Kumpel oder Hüttenarbeiter mit enger Verwurzelung in der dörflichen Gemeinschaft und landwirtschaftlichem Nebenerwerb unter zwei Hektar¹¹⁷. War die Entfernung für das tägliche

¹¹² Vgl. Christa OLSCHESKI: Die ökonomische Bedeutung des Saargebietes für den faschistischen deutschen Imperialismus, in: Der Kampf um die Zukunft des Saargebietes, S. 25–28, hier: S. 25; CARTELLIERI: Wirtschaftskunde, S. 15.

¹¹³ Angaben nach der Volks-, Berufs- und Betriebszählung von 1927 (Zahlenangaben einschließlich der Familienangehörigen): Vgl. SWS 5 (1931), S. 8; Walther CARTELLIERI: Das „Saargebiet“ in Zahlen, in: Adolf GRABOWSKY/ Georg Wilhelm SANTE (Hrsg.): Grundlagen des Saarkampfes. Handbuch zur Volksabstimmung, Berlin 1934, S. 83–90. Reichsweit betrug der Anteil der Arbeiter unter den Erwerbstätigen zur gleichen Zeit lediglich 45,1% während fast jeder Vierte in der Landwirtschaft tätig war: Vgl. DERS.: Wirtschaftskunde, S. 8.

¹¹⁴ Das Saargebiet war eine klassische Importregion für landwirtschaftliche Erzeugnisse; schon vor 1920 stammten diese überwiegend aus dem benachbarten Lothringen: Vgl. ebd., S. 60–64; Hermann GROSS: Die saarländische Landwirtschaft, in: Josef BÜRCKEL/ Jakob PIRRO/ Gustav SIMON (Hrsg.): Kampf um die Saar, Stuttgart - Berlin 1934, S. 217–266; Bruno RAUECKER: Die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet 1920–1935, Heidelberg - Berlin 1937, S. 129–144.

¹¹⁵ Im Jahr 1905 verteilten sich die Saarbergleute auf 654 Wohnorte: Vgl. Ludwig NIEDER: Die Arbeitsleistung der Saarbergleute in den kgl. Steingruben bei Saarbrücken seit dem Jahre 1888, Stuttgart 1909, S. 22; Otto RIXECKER: Die Bevölkerungsverteilung im Saargebiet, Berlin 1930.

¹¹⁶ Vgl. HERR/JAHNS, S. 207 f. Berücksichtigt man nur die verheirateten Bergleute, steigt der Prozentsatz sogar auf über 60%. Unter den Hüttenarbeitern lag der Anteil an Eigenheimbesitzern zur gleichen Zeit immerhin bei 28%: Vgl. Charlotte GLÜCK-CHRISTMANN: Das häusliche Leben. Die Hüttenarbeiter und ihre Familien, in: VAN DÜLMEN/ JACOB (Hrsg.): Stumm in Neunkirchen, S. 61–78, hier: S. 74.

¹¹⁷ Zur Mentalität der patriotischen, selbstbewußten, bodenständigen, religiösen und innerhalb ihrer Ortskameradschaften solidarischen saarländischen Arbeiterschaft vgl.: Gerhard AMES: Arbeiten auf der Hütte. Lebenskontexte von Hüttenarbeitern, in: Richard VAN DÜLMEN (Hrsg.): Industriekultur an der Saar. Leben und Arbeit in einer Industrieregion 1840–1914, München 1989, S. 109–122 und S. 275; Peter KIEFER: Der Saarbergmann, in: GRABOWSKY/ SANTE (Hrsg.): Grundlagen des Saarkampfes, S. 295–303; Klaus-Michael MALLMANN: Verfleißigung und Eigensinn. Bergmännische Lebenswelten, in: VAN DÜLMEN (Hrsg.): Industriekultur an der Saar, S. 98–108 und S. 274 f.; NIEDER, S. 22; A. J. SCHIERLE: Zur Psychologie des saarländischen Arbeiters, in: BÜRCKEL [u.a.] (Hrsg.): Kampf um die Saar, S. 274–291; Horst STEFFENS: Arbeitstag, Arbeitszumutungen und

Pendeln zur Arbeitsstätte zu groß, fand er während der Woche Unterkunft in den Schlafhäusern der Gruben- und Hüttenbetriebe oder bei privaten Vermietern. Die Verkehrs- und Siedlungspolitik der „Königlichen Bergwerksdirektion zu Saarbrücken“ (1861) verhinderte so nicht nur die Entstehung eines Industrieproletariats wie im Ruhrbergbau, sondern schuf unter den Bergarbeitern ein Klima relativer sozialer Sicherheit.

Die Zunahme der Einwohnerzahl in der Region von etwa 327.000 (um 1815) auf 652.000 (1910) läßt sich allerdings nicht alleine durch natürliches Wachstum erklären¹¹⁸, sondern ist das Ergebnis einer durch Realerbteilung begünstigten Zuwanderung aus strukturschwachen Regionen wie dem Hunsrück, der Eifel, der Westpfalz und Lothringen. Gleichzeitig führte die Binnenimmigration zu einer Verschiebung der Konfessionsverhältnisse: Der Katholikenanteil in der ehemals protestantischen Grafschaft Nassau-Saarbrücken pendelte sich bis 1927 auf etwa 72% ein¹¹⁹ – ein Prozentsatz, der unter den Bergleuten bereits 1875 erreicht wurde¹²⁰ –, während in der Staats- und Grubenhierarchie weiterhin Protestanten dominierten. Diese Sozialstruktur blieb nicht ohne Folgen für die Entstehung und Entwicklung der politischen Parteien und Gewerkschaften: Trotz mehrfacher Versuche konnte die Sozialdemokratie im Saargebiet bis zum Weltkrieg kaum Fuß fassen. Konfessionelle Vorbehalte einerseits, die zugleich präventiv-fürsorgliche¹²¹ und repressive¹²² Betriebsordnung der Bergwerksdirektion und der saarländischen Schwerindustrie andererseits hemmten ebenso wie die Dezentralisierung und Heterogenität der Arbeiterschaft die Zuspitzung der sozialen Frage. Noch 1913 zählte die SPD im Revier gerade 800 Mitglieder, im Vorjahr hatte sie bei den Reichstagswahlen vernachlässigbare 5.800 Stim-

Widerstand. Bergmännische Arbeitserfahrungen an der Saar in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: AFS 21 (1981), S. 1–54.

¹¹⁸ Vgl. Paul THOMES: Die Phase der Hochindustrialisierung 1871–1918, in: KARBACH/ DERS., S. 119–233, hier: S. 215 und Tabelle 12 (Bevölkerungszahlen des Saarlandes 1815–1919), S. 244 f. Mit 342 Menschen pro Quadratkilometer zählte das Saargebiet vor dem Weltkrieg zu den am dichtesten besiedelten Regionen des Deutschen Reiches: Vgl. SWS 5 (1931), S. 7.

¹¹⁹ Vgl. Die Bevölkerung des Saargebietes nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 19.7.1927, hrsg. vom Statistischen Amt der Regierungskommission des Saargebietes. Bd. 1, Saarbrücken 1930, S. 390–397.

¹²⁰ Vgl. Klaus-Michael MALLMANN: Zwischen Machtanbetung und Revolte – Protestanten und Proletarisierung an der Saar, in: HERRMANN (Hrsg.): Saarrevier, S. 57–70, hier: S. 59. Der Katholizismus erhielt hier das Profil einer Unterschichtenreligion und Gegenbewegung zur preußisch-protestantischen Obrigkeit: Vgl. PAUL: Bastion im Westen, S. 27.

¹²¹ Das patriarchalische System in „Saarabien“ mit seiner quasi-militärischen Disziplin auf den Gruben und Hütten gewährte der Arbeiterschaft außer den oben bereits erwähnten Bauprämien und Werkswohnungen weitere, über die gesetzlichen Vorschriften hinausreichende Vergünstigungen und Leistungen: Vgl. MALLMANN/ STEFFENS, S. 35 ff.; Georg KRAUSE-WICHMANN: Arbeiterverhältnisse im Saargebiet vor und nach dem Kriege, Gießen 1923, S. 1–13; LINDEN, S. 123–140.

¹²² Sowohl das dienstliche wie auch das private Leben der Arbeiterschaft sah sich strengen Reglementierungen ausgesetzt: Vgl. Karl Alfred GABEL: Kämpfe und Werden der Hüttenarbeiter-Organisationen an der Saar, Saarbrücken 1921, S. 36–103.

men erreicht¹²³. Zur eigentlichen Arbeiterpartei entwickelte sich das Zentrum als politischer Vertreter des Katholizismus, das anders als die Linksparteien und Freien Gewerkschaften

„über einen durch Klerus, Kirchengemeinde und Vereinswesen strukturierten Milieuzusammenhang mit langer Tradition und verbindlicher Moral, mit akzeptierten Riten und anerkannten Autoritäten, mit einem ebenso hohen Maß an sozialer Kontrolle wie an ganzheitlicher Eingebundenheit“¹²⁴

verfügte. Zahlreiche Gewerkschaften und Fachvereine, unter denen der „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter“ und der „Christliche Metallarbeiterverband“ naturgemäß die stärksten waren, trugen zur Integration der religiösen Arbeiterschaft in dieses Milieu bei¹²⁵. Politische Hochburg des Zentrums bei Landtags- und Reichstagswahlen war der Wahlkreis Saarburg-Merzig-Saarlouis, wo sich während des Kaiserreiches stets der Zentrumskandidat durchsetzen konnte, während der Kreis Saarbrücken fest in der Hand der Nationalliberalen blieb. Lediglich im Wahlkreis Ottweiler-St. Wendel dominierten die Freikonservativen unter ihrem exponierten Vertreter Carl Freiherr von Stumm¹²⁶.

c) Die politischen Entscheidungszentren lagen bis 1920 stets außerhalb des späteren Saargebietes; die preußischen Landräte waren der Bezirksregierung in Trier und die Bergwerksdirektion Saarbrücken dem Bonner Oberbergamt unterstellt¹²⁷. Behinderte das „System Stumm“, zu dessen Gralshüter nach dem Tod des autoritären Freiherrn der Syndikus der Saarbrücker Handelskammer Alexander Tille aufstieg¹²⁸, ohnehin die Bildung eines politischen Bewußtseins der Bevölkerung, existierten ferner außer den kommunalen Vertretungen keine Foren zur Herausbildung eines eigenen Politikerstandes. Verstärkt wurde dieses Manko noch durch den

¹²³ Vgl. Klaus-Michael MALLMANN: „Dies Gebiet ist bis jetzt noch eine vollständige terra incognita“. Die verspätete SPD im Saarrevier in: DERS. (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie, S. 65–70; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 39–47. Nur wenig besser erging es den Freien Gewerkschaften: Vgl. GABEL; Klaus-Michael MALLMANN: Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung an der Saar (1848–1904), Saarbrücken 1981, insbesondere S. 47–130 und S. 242–315; Julius SCHWARZ: Das Saargebiet, sein Bergbau und seine Sozialpolitik, Kämpfe der Bergarbeiter und des Verbandes der Bergarbeiter, Saarbrücken 1926, S. 53–66. Bereits ein Jahr vor dem reichsdeutschen Sozialistengesetz schlossen sich die Saarindustriellen unter Führung Stumms gemeinsam mit der Bergwerks- und Eisenbahndirektion zu einem „Komitee der Arbeitgeber zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ zusammen. Schwarze Listen sorgten dafür, daß als sozialistisch gebrandmarkte Arbeiter auch in den anderen Betrieben keine Anstellung mehr fanden. Vgl. Hans HORCH: Herr und Knecht im Hause Stumm, in: MALLMANN [u.a.] (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie, S. 55–60.

¹²⁴ MALLMANN/ STEFFENS, S. 182.

¹²⁵ Vgl. allgemein: Michael SANDER: Gewerkschaftsbewegung im Montanrevier - Arbeiter und ihre Organisation an der Saar, in: HERRMANN (Hrsg.): Saarrevier, S. 40–56. Zur Lage der Gewerkschaften während der Völkerbundszeit vgl. GABEL, S. 176–190; Karl SCHNELL: Die Bergarbeiterbewegung im Saargebiet seit der französischen Okkupation, München 1924.

¹²⁶ Nach dem Tod des Freiherrn erlangte auch hier das Zentrum bzw. der Nationalliberale Wahlverein die Mehrheit: Vgl. die Übersichtstabellen bei BELLOT, S. 247–251. Allerdings sind dort die Spaltenüberschriften vertauscht worden.

¹²⁷ Zur Fremdbestimmung vgl. Kurt BOHR: Ein besonderes Land. Politische Kultur im Saarland, in: Das Saarland, hrsg. vom Chef der Staatskanzlei, S. 141–149, hier: S. 141 ff.; MALLMANN: Borussia, S. 20 f.

¹²⁸ Vgl. GABEL, S. 104–175.

Umstand, daß sich die Eliten der preußischen und bayerischen Verwaltung aus anderen Regionen rekrutierten und das Saargebiet lediglich als Durchgangsstation auf der Karriereleiter galt. Obwohl diese Fremdbestimmung im Kulturschatten Preußens und Bayerns, die oft den Vorwurf der Bevormundung provozierte, zur Herausbildung eines eigenständigen, vom Rheinland bzw. der Pfalz zu separierenden regionalen Bewußtseins hätte führen können, ist eine derartige Entwicklung vor 1920 nicht festzustellen.

d) Die vielfachen Erinnerungen an den französischen Annexionsdrang von 1814/15, die Abtretungs- bzw. Kompensationsgerichte der 1860er Jahre und die kurzzeitige Besetzung Saarbrückens als einziger deutscher Stadt zu Beginn des deutsch-französischen Krieges schürten die Frankophobie in der Saarbevölkerung. Nach Wegfallen der Bedrohung 1871 wurde diese kollektive Grenzlanderfahrung durch eine ebenso verbreitete patriotische Heimatverbundenheit überlagert¹²⁹, die sich immer wieder aus dem Mythos von Spichern¹³⁰ nährte, in den zahlreichen Vereinen und Kriegerbünden gepflegt wurde und alle sozialen Schichten erfaßte. Der zweifelsohne auch in der Saarregion zu Beginn des Weltkrieges nachweisbare Nationalismus läßt sich aber nicht monokausal durch diese Bedrohungsszenarien bzw. das Bedürfnis der Saarländer nach Abgrenzung gegenüber Frankreich erklären. Vielmehr kompensierte er die Auflösungserscheinungen der bisherigen ständisch-bäuerlichen Sozialstruktur durch die Eingliederung in den industriellen Arbeitsprozeß und den Verlust traditioneller Bindungen an die dörfliche Solidargemeinschaft¹³¹.

Resümierend bleibt festzuhalten, daß die Saarregion bei Ausbruch des Weltkrieges¹³² weder eine geographische noch eine politische oder kulturelle Einheit war. Die Bevölkerung fühlte sich preußisch oder bayerisch und vor allem deutsch. Wirtschaftlich war der Strukturwandel von der land- und forstwirtschaftlich geprägten Region mit industriellen Kleinbetrieben zur modernen Montanregion vollzogen, und die Saar zu einer der wichtigsten deutschen Wirtschaftszonen

¹²⁹ Vgl. Hans FENSKE: Nachbarn – Erbfeinde – Freunde. Zu den Schwierigkeiten der deutsch-französischen Beziehungen seit dem 17. Jahrhundert, in: JbWestdtLG 17 (1991), S. 263–298, hier: S. 279–282.

¹³⁰ Die aus einer unzureichenden Feindaufklärung resultierenden hohen Verluste der Saarbrücker Regimenter auf dem unmittelbar vor der Stadt gelegenen Schlachtfeld galten in der Erinnerung an den Krieg als Gradmesser für die Treue zum deutschen Vaterland. Während die Stadt seit 1905 alljährlich das Spicherer Turn- und Spielfest beging, sollte das 1874 errichtete Winterbergdenkmal Stein gewordene Erinnerung sein. So verschaffte letztendlich eine militärisch unbedeutende Schlacht „dem kollektiven nationalen Narzißmus Auftrieb.“: MALLMANN: Bergarbeiterbewegung, S. 44. Zu Spichern vgl. Uwe-Peter BÖHM: Zwischen Képi und Pickelhaube. Der deutsch-französische Krieg 1870/71 und der Mythos von Spichern, in: Lieselotte KUGLER (Hrsg.): GrenzenLos. Lebenswelten in der deutsch-französischen Region an Saar und Mosel seit 1840, Saarbrücken 1998, S. 91–113.

¹³¹ Vgl. im Gegensatz zu ZENNER: Parteien und Politik, S. 25 und VON WEGNER, S. 281: Jürgen HANNIG: Die deutsche Saar 1935 und 1955. Nationalbewußtsein als politisches Argument, in: Informationen für den Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer 34 (1987), S. 25–37, hier: S. 26 f. und S. 34 f.

¹³² Vgl. hierzu allgemein: „Als der Krieg über uns gekommen war...“. Die Saarregion und der Erste Weltkrieg, hrsg. vom Stadtverband Saarbrücken, Merzig 1993.

herangewachsen. Eine ambivalente Sozialpolitik federte die damit verbundenen Brüche ab und beugte so in der „preußischen Industriekolonie mit kaplanokratischer Opposition“¹³³ einer ausgeprägten Proletarisierung vor.

Eine erschöpfende Darstellung der französischen Kriegsziele und ihrer Genese als Reaktion auf die Entwicklung des Krieges oder in Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessengruppen und der Publizistik der „Rheintheoretiker“ kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. Eine ausschließliche Fokussierung auf saarspezifische Ziele erweist sich jedoch ebenfalls als problematisch, da die Saar zunächst nur als Teil des Rheinlandes bzw. als natürliche Fortsetzung Lothringens und – angesichts des Scheitern ambitionierterer Pläne – erst auf der Friedenskonferenz als eigenständiges Regierungsziel wahrgenommen wurde. Infolge dessen bleibt die Saar in den Darstellungen der französischen Rheinpolitik meist nur ein Randthema und ebenso wenig haben die Wurzeln der nach Kriegsende äußerst regen französischen Saarpropaganda bislang die ihnen gebührende Beachtung gefunden¹³⁴.

Die überraschende Niederlage im deutsch-französischen Krieg rief in Frankreich ein Trauma der Unterlegenheit gegenüber Deutschland hervor, welches durch das Dogma einer intellektuellen und kulturellen Überlegenheit der „Grande Nation“ kompensiert wurde. Das Bedürfnis nach Sicherheit vor dem als aggressiv und imperialistisch wahrgenommenen wilhelminischen Kaiserreich prägte das Verhältnis zum östlichen Nachbarn, wobei sich die französischen Militärs und mit ihnen Publizisten und Politiker in erster Linie von der Verschiebung der deutsch-französischen Militärgrenze an den Rhein einen wirkungsvollen Schutz versprachen. Die damit verbundene Rückkehr des Elsaß und Lothringens blieb in den 43 Friedensjahren zwar als Wunsch präsent, ein Revanchekrieg für die verlorenen Ostdépartements hätte in Frankreich aber keine Mehrheit hinter sich gehabt. Erst mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Belgien 1914 entwickelte sich die Rückgabe Elsaß-Lothringens zu einem konkreten französischen Kriegsziel¹³⁵, das in allen politischen Lagern Unterstützung fand. Die Forderung nach territoria-

¹³³ Mit diesem Begriff überschrieben die Herausgeber des Sammelbandes „Richtig daheim waren wir nie“ das Kapitel über die Jahre 1815–1918.

¹³⁴ So auch bei Hermann ONCKEN: Die historische Rheinpolitik der Franzosen, Stuttgart – Gotha 1922, der sich unmittelbar nach Kriegsende durchaus mit der eigenständigen französischen Saarpolitik auseinandergesetzt hatte. Siehe hierzu ausführlicher: Pierre RENOUVIN: Les buts de guerre du gouvernement français, 1914–1918, in: RH 90 (1966) 235, S. 1–38. Die Wechselwirkung zwischen politischen und wirtschaftlichen Zielen untersuchte SOUTOU: L’or, S. 109–229. Vgl. auch DERS.: La France et les Marches de l’Est 1914–1919, in: RH 260 (1978), S. 341–388; DERS.: Die Kriegsziele Frankreichs im Ersten Weltkrieg, in: Wolf D. GRUNER/ Klaus-Jürgen MÜLLER (Hrsg.): Über Frankreich nach Europa. Frankreich in Geschichte und Gegenwart, Hamburg 1996, S. 327–339; Henning KÖHLER: Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschlandpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1980, S. 189–224. Zur französischen Rheintheorie vgl. Werner KERN: Die Rheintheorie in der historisch-politischen Literatur Frankreichs im Ersten Weltkrieg, Saarbrücken 1973; Pierre MIQUEL: La paix de Versailles et l’opinion publique française, Paris 1972, S. 304–313. Eine Sammlung französischer Äußerungen zur Saar während des Krieges bei: Fritz HELLWIG/ Karl OLLMERT: Die Saar unter Fremdherrschaft. Eine Chronik der Tatsachen, Saarbrücken 1934 f., S. 2–6.

¹³⁵ Vgl. François ROTH: Die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich, in: Gerd KRUMEICH/ Silke FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001, S. 126–144, hier: S. 126 ff.

lem Zugewinn auf Kosten des Reiches wurde bei Kriegsausbruch hingegen nur von der extremen Rechten thematisiert¹³⁶. Es ist daher notwendig, bei den französischen Kriegszielen in doppelter Hinsicht zu differenzieren: Auf der einen Seite standen die Konzepte und Strategien des offiziellen Frankreichs, wie sie von den verschiedenen Kriegskabinetten zwischen 1914 und 1918 auch in der Öffentlichkeit vertreten wurden. Die verantwortlichen Politiker und Militärs sahen sich auf der anderen Seite aber mit sehr viel weitreichenderen, radikaleren und aggressiveren Plänen französischer Publizisten unterschiedlicher politischer Orientierung konfrontiert, deren Realisierung teilweise illusorisch war. Ferner lassen sich Ausmaß und Inhalte der offiziellen Regierungsziele an der aktuellen Entwicklung der Lage auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen nachzeichnen¹³⁷.

Trotz anfänglicher Erfolge der deutschen Armee herrschte in Frankreich der Glaube an einen schnellen Siegfrieden vor. Ähnlich wie im wilhelminischen Deutschland wurde in der Presse der Mythos des gerechten Verteidigungskrieges lanciert. Die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens war der kleinste gemeinsame Nenner, der die Franzosen bis zur Linken einte; auch Ministerpräsident Aristide Briand gab in seiner Regierungserklärung von November 1915 zu verstehen, daß die französische Regierung in territorialer Hinsicht lediglich die Annexion von 1871 zu revidieren und die Unabhängigkeit Belgiens zu restituieren beabsichtige¹³⁸. Zu diesem Zeitpunkt allerdings hatte Maurice Barrès¹³⁹ bereits in einer Artikelserie eine linksrheinische Pufferzone zwischen beiden Staaten gefordert; die deutsche Souveränität müsse dort beseitigt werden und

¹³⁶ So forderte Louis Dimier schon im September 1914 in einer Artikelserie die Zerstückelung des Deutschen Reiches: Vgl. Klaus REIMER: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918–1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland, Frankfurt am Main [u.a.] 1979, S. 49. Vgl. auch KERN, S. 11–16.

¹³⁷ RENOUVIN unterschied so bereits in seiner wegweisenden Studie von 1966 drei Phasen in Abhängigkeit von der aktuellen Kriegsentwicklung: Bis Sommer 1916 vermied die französische Regierung weitgehend, ihre Absichten klar zu benennen. Als Reaktion auf die veränderte Kriegslage wurde diese anfängliche Zurückhaltung in den Monaten bis zum Frühjahr 1917 aufgegeben. Das ehrgeizige, zwischen Paris und St. Petersburg ausgehandelte Programm vom Jahresbeginn 1917 wurde schließlich durch die Russische Revolution zunichte gemacht, so daß von März 1917 bis zum Kriegsende die französischen Ambitionen wieder zurückgeschraubt werden mußten. Sofern keine andere Quelle angeführt ist, stützen sich die folgenden Ausführungen auf die Darstellung RENOUVINS.

¹³⁸ „*A aucun moment, le gouvernement ne fait allusion à une extension territoriale qui devrait être réalisée aux dépens de l'Allemagne, sauf la restitution de l'Alsace-Lorraine, qui dans son esprit n'est pas une annexion.*“: Ebd., S. 7.

¹³⁹ Als Vertreter des rechten republikanischen Nationalismus und Wortführer der französischen Rheinpropaganda im Weltkrieg vertrat der Abgeordnete, Publizist und Schriftsteller Maurice Barrès (1862–1923) in seiner Funktion als Präsident der „Ligue des Patriotes“ das Ziel, „[de] ,travailler continuellement à l'union de tous les Français autour de la revendication des provinces perdues““ (zitiert nach: KERN, S. 261). Barrès hatte zugleich den Vorsitz im (dem „Office Central d'expansion Nationale“ angeschlossenen) „Comité de la Rive gauche du Rhin“ inne. „Was den Franzosen [...] an nationaler Begeisterung in der Rheinfrage fehlte, ersetzten sie durch historische und kulturelle Exkurse. In Frankreich, nicht in Deutschland, existierte eine Rheintheorie.“ (Ebd., S. 266). Allerdings wurde die Rheinliteratur vor allem von französischen Publizisten und Wissenschaftlern rezipiert und erlangte über diesen literarisch-historischen Kreis hinaus kaum Breitenwirkung: Vgl. Thomas NICKLAS: Rheinpoesie und Rheinpolitik. Maurice Barrès, Frankreich und der Rhein 1919–1923, in: Historisches Jahrbuch 122 (2002), S. 263–285.

die Bevölkerung sich zwischen Autonomie und dem Anschluß an Frankreich entscheiden können.

In der zweiten Jahreshälfte 1916 machte sich in der politischen Führung Frankreichs Optimismus über den Ausgang des Krieges breit; auch ohne daß es entsprechende Parlamentsdebatten oder Ausschußsitzungen zu dieser Frage gab, belegen die Artikelserien in Pariser Zeitungen über die Annexion der Saar oder die Zerschlagung der deutschen Reichseinheit, daß derartige Forderungen der französischen Regierung zumindest nicht ungelegen kamen¹⁴⁰. Im August 1916 wies Präsident Raymond Poincaré den französischen Generalstab an, Bedingungen für einen Waffenstillstand auszuarbeiten. Das von Joseph Joffre entworfene Konzept sah die Bildung von mehreren – von Deutschland separierten und mit Frankreich in Zollunion verbundenen – Staaten auf dem linken Rheinufer, die Errichtung französischer Brückenköpfe auf der rechten Rheinseite sowie die territoriale Neuordnung Restdeutschlands vor. Erstmals machte sich hier das französische Hauptquartier die Forderung nach Annexion des Saarreviers zu eigen. Auch in den Instruktionen Briands vom 12. Januar 1917 an den französischen Botschafter in London tauchte das Saarbecken als französische Forderung auf. In den Verhandlungen mit der britischen Regierung sollte Paul Cambon den Standpunkt vertreten,

*„daß uns Elsaß und Lothringen nicht so verstümmelt, wie sie durch den Vertrag von 1815 waren, sondern in den Grenzen, die sie vor 1790 hatten, zurückgegeben werden müssen. Wir werden so das geographische und das Bergwerksbecken der Saar haben, dessen Besitz für unsere Industrie wesentlich ist.“*¹⁴¹

Nur wenig später, Anfang Februar 1917, präzisierte der Leiter der französischen Militärdelegation in St. Petersburg, Kolonialminister Gaston Doumergue, die territorialen Ambitionen der französischen Regierung, die *„eine besondere Stellung für das Saarbecken zu sichern“* beabsichtigte¹⁴². In weiteren Gesprächen mit der russischen Regierung wurden die französischen Forderungen konkretisiert:

*„1. Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben.
2. Die Grenzen (dieses Gebietes) werden mindestens bis zum Umfange des früheren Herzogtums Lothringen ausgedehnt und sind nach den Wünschen der französischen Regierung festzusetzen,*

¹⁴⁰ Dies zeigt die Tatsache, daß das Zensuramt nicht gegen derartige Veröffentlichungen vorging. Ende Juni 1916 hatte das „Comité des Forges“ eine Resolution verabschiedet, in welcher explizit sowohl die Annexion des saarländischen Kohlenbeckens als auch Gebietszugewinne im Rheinland gefordert wurden.

¹⁴¹ Vgl. Brief Briands an Cambon (12.01.17). Zitiert nach: Franzosen sprechen über die Saar. Politische, wissenschaftliche und publizistische Stimmen zur Saar- und Rheinpolitik von 1444 bis 1934, zusammengestellt von Martin HEROLD und Josef NIESSEN, Köln 1935, S. 122. Als weitere französische Forderungen nannte Briand die Beseitigung der deutschen Souveränität auf der linken Rheinseite, die neutralisiert und besetzt werden sollte.

¹⁴² Vgl. Brief des russischen Außenministeriums an den russischen Botschafter Isvolsky in Paris (30.01./12.02.17), in: SF 5 (1924) 8, S. 115 f., hier: S. 116 (Paul RÜHLMANN: Was im französischen Gelbbuch nicht steht). Vgl. auch SOUTOU: L'or, S. 172–177.

wobei die strategischen Notwendigkeiten berücksichtigt werden müssen, damit auch das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarreviers dem französischen Territorium einverleibt wird.“

Die übrigen linksrheinischen Gebiete sollten, von jeglicher deutschen Souveränität befreit, ein autonomes und neutrales Staatswesen unter französischer Besatzung bilden, bis alle im Friedensvertrag vereinbarten Bedingungen und Forderungen abgegolten sein würden¹⁴³. Briand erteilte nach anfänglichem Zögern am 10. März seine Zustimmung zu einem Geheimabkommen zwischen der Republik und dem Zarenreich, das Rußland freie Hand an seiner Westgrenze zusicherte, während Frankreich einen entsprechenden Blankoscheck für seine Ostgrenze erhielt. Allerdings war die Vereinbarung durch die russische Februarrevolution praktisch schon Makulatur und Frankreich somit eines seiner wichtigsten Verbündeten beraubt.

Angesichts der aus französischer Sicht dramatischen Wende traten die hochfliegenden Pläne des Generalstabs wieder in den Hintergrund; zunächst mußte der Krieg gewonnen werden, was in diesem Fall der Frage gleichkam, ob Frankreich bis zum vollen Anlaufen der amerikanischen Unterstützung würde durchhalten können. Eingeleitet wurde diese Phase zunehmender öffentlicher Zurückhaltung durch die Regierungserklärung von Ministerpräsident Alexandre Ribot im März 1917: Frankreich strebe zwar noch immer einen Siegfrieden an, beabsichtige aber lediglich die Rückeroberung der 1871 geraubten Provinzen, Schadensersatzleistungen sowie wirkungsvolle Garantien für einen dauerhaften Frieden. Auch in der Kammerdebatte von Ende Mai 1917 wurde allen Annexionsplänen eine klare Absage erteilt; die mit breiter Zustimmung verabschiedete Resolution vom 4. Juni wandte sich gegen territoriale Eroberungen, ließ aber die Möglichkeiten offen, Autonomiebewegungen in den linksrheinischen Gebieten zu unterstützen¹⁴⁴.

Während das offizielle Frankreich – diskreditiert durch die Veröffentlichung des französisch-russischen Geheimabkommens – seine territorialen und wirtschaftlichen Pläne also zurückschraubte, war das von Briand im Februar 1917 eingesetzte „Comité national d’Études“ nicht nur damit beschäftigt, „*d’apporter des solutions, mais de constituer ,une série de dossiers‘ en vue de la lointaine conférence de la paix.*“¹⁴⁵ Unter der Leitung des Historikers Ernest Lavisse, Direktor der École Normale Supérieure, forderte das Studienkomitee die Verschiebung der Wirtschaftsgrenze nach Osten durch den Einschluß des linken Rheinufer in das französisch-belgische Zollgebiet sowie als politische und territoriale Konsequenzen die Korrektur des

¹⁴³ Vgl. Brief des russischen Außenministers Pokrovskij an den französischen Botschafter Paléologue in St. Petersburg (01.02./14.02.17), in: Ebd.

¹⁴⁴ Ähnlich äußerte sich auch der neue Regierungschef Paul Painlevé im September des gleichen Jahres. Entgegen der These RENOUVINS („*En fait, la question d’Alsace-Lorraine est la seule qui, dans le domaine des relations franco-allemandes, retienne l’attention des pouvoirs publics.*“: S. 24) sieht KERN (S. 288–297) eine weitere Konstante in den französischen Kriegszielen: Alle Kabinette seien davon überzeugt gewesen, daß Frankreichs Sicherheit nur am Rhein organisiert werden könne. Während des Krieges sei die Rheinfrage aber „*nur eine verhaltene Begleitmelodie auf der politischen Bühne*“ gewesen, wohingegen die Rheinliteratur „*das Thema wesentlich kräftiger intonieren*“ konnte (S. 288).

¹⁴⁵ RENOUVIN, S. 27.

Grenzverlaufs im Nordosten Lothringens durch die Einbeziehung des gesamten Saarkohlebeckens¹⁴⁶. Am 19. März erstattete der Vizepräsident des Comités, der Geograph Paul Vidal de la Blanche, auf Grundlage eines detaillierten Kartenmaterials den ersten Bericht über die Saarregion¹⁴⁷. Als Spezialist wurde allerdings sein Pariser Kollege Lucien Gallois mit der Bearbeitung der Saarfrage betraut, der zwei unterschiedliche Szenarien entwarf: Der weitreichendere Entwurf für die künftige Grenzziehung im Saarraum, der – wie es hieß – natürlichen „*Verlängerung Lothringens*“¹⁴⁸, sah die Einbeziehung der preußischen Kreise Merzig und St. Wendel sowie des pfälzischen Bezirks Homburg vor – gegebenenfalls ergänzt durch weitere Verschiebungen im vorderpfälzischen Raum zwischen Landau und Zweibrücken. Nach Ansicht Gallois’ entspräche diese Lösung am ehesten den dortigen Gegebenheiten, da sowohl die Kernregion um die Schachtanlagen als auch das Umland mit den eisenverarbeitenden Industrien und den Wohngemeinden einbezogen würde. Die bescheidenere Variante ging von einer Erneuerung der Grenzziehung von 1814 aus, welche allerdings die inzwischen gewachsenen Verbindungen zwischen Arbeits- und Wohnstätten zerschnitten hätte und daher als wenig sinnvoll galt¹⁴⁹. In jenem Bericht von Anfang Mai 1917 präsentierte das Comité detaillierte Argumente wirtschaftlicher, militärischer und politischer Natur für eine spätere Annexion des Saarbeckens; die französische Delegation in Versailles konnte sich auf diese Vorarbeiten stützen. Unabhängig von diesen wissenschaftlichen Untersuchungen beschäftigte sich ebenso die französische Schwerindustrie im Laufe des Jahres 1917 verstärkt mit den wirtschaftlichen Aspekten der Gewinnung des Saarbeckens¹⁵⁰:

¹⁴⁶ Unter zunächst größter Geheimhaltung erörterten 16 renommierte französische Wissenschaftler ethnographische, historische und wirtschaftliche Fragen für die bevorstehende Friedensordnung. Aufgrund dieser Untersuchungen, die durch weitere des „Bureau d’Études Économiques“ unter der Leitung des Senators Jean Morel ergänzt wurden, verfügte Frankreich schon zu Beginn der Friedenskonferenz über reichhaltiges, wissenschaftlich fundiertes Material und war somit im Vergleich zu den anderen Alliierten am besten für die Verhandlungen gewappnet: Vgl. Gitta STEINMEYER: Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1919, Stuttgart 1979, S. 64–67. Verschiedene Exposés und Gutachten des halboffiziellen Comités in deutscher Übersetzung siehe bei: Franzosen sprechen über die Saar, S. 127–193.

¹⁴⁷ Vgl. Helmut HIRSCH: Die Saar in Versailles. Die Saarfrage auf der Friedenskonferenz von 1919, Bonn 1952, S. 20 f.

¹⁴⁸ Zitiert nach STEINMEYER, S. 67.

¹⁴⁹ Bericht Gallois’ vom 07.05.17: Vgl. STEINMEYER, S. 67 ff. Probleme wirtschaftlicher Natur sah Gallois durch den Wechsel der Besitzverhältnisse im saarländischen Kohlenbergbau nicht, da die Zechen von Bayern bzw. Preußen betrieben würden und nach dem Krieg vom französischen Staat übernommen werden sollten. Den Widerstand der ansässigen Bevölkerung glaubte er wegen der Assimilierungsfähigkeit der Republik vernachlässigen zu können; ohnehin bestünden in Teilen des Gebietes wie beispielsweise der französischen Gründung Saarlouis noch immer Sympathien für die „Grande Nation“.

¹⁵⁰ Eine erste Untersuchung hatte zu Jahresende 1914 bereits ein ehemaliger französischer Grubendirektor angestellt, der den Anspruch mit den Leistungen rechtfertigte, die französische Ingenieure zu Anfang des 19. Jahrhunderts für den Saarkohlebergbau erbracht hätten: Vgl. HIRSCH: Saar in Versailles, S. 15 f. Im folgenden: Robert PINOT: La métallurgie et l’après-guerre, S’ Etienne 1917, zitiert nach: STEINMEYER, S. 56 ff. Vgl. auch: SOUTOU: L’or, S. 183 f. und S. 777–781. Schon im Oktober 1915 hatte Pinot als Generalsekretär des „Comité des Forges“ die ökonomischen Vorteile der Gewinnung des saarländischen Kohlenbeckens in einer ersten Note herausgearbeitet: Vgl. RENOUVIN, S. 4.

Im letzten Friedensjahr habe Frankreich bei einem Eigenverbrauch von 63 Mio. t Kohlen selbst nur 40 Mio. t gefördert, die französische Erzproduktion lag bei 22 Mio. t. Während sich letztere durch die Rückgliederung Elsaß-Lothringens auf 43 Mio. t fast verdoppeln würde, war abzusehen, daß sich das bestehende Kohlendefizit weiter vergrößern würde: Einer Förderung von vier Mio. t stand der Verbrauch von sechs Mio. t Kohle und 4,5 Mio. t Koks gegenüber. Da die Verflechtung der saarländischen mit der lothringischen Wirtschaft durch den Wegfall der Zollschranken nach 1871 noch bedeutend enger geworden war, lag es aus wirtschaftsgeographischen Gründen nahe, die Verbindungslinien nach einem französischen Sieg nicht wieder zu trennen. Vordergründig schien auch die saarländische Produktion (13,6 Mio. t) zumindest das lothringische Defizit zu decken. Das Bild relativiert sich jedoch, wenn nach der qualitativen Zusammensetzung der Fördermenge in Rohkohle und Koks Kohle unterschieden wird¹⁵¹.

Der kriegsbedingte Förderausfall der nordfranzösischen Zechen trieb die Differenz zwischen Produktion und Verbrauch um weitere 20 Mio. t jährlich in die Höhe. Da die Zerstörung dieser Gruben dem deutschen Militär angelastet wurde und die Verschiebung des schwerindustriellen Zentrums in Europa von Deutschland nach Frankreich ohnehin der Intention der französischen Industrie entsprach, kam zur Kompensation nur das Deutsche Reich als Lieferant in Frage. Das Comité des Forges umschrieb dies wie folgt:

*„Pour que la France ne se trouve pas dans la dépendance de l'Allemagne, il semble qu'il est nécessaire que le traité de paix impose à l'Allemagne, pour une période aussi longue que possible et comme un véritable tribut payable en nature, la fourniture des tonnages qui font défaut à notre pays.“*¹⁵²

Auch das Comité d'Études war sich einig, daß das französische Defizit rein quantitativ durch Steigerung der französischen Produktion einschließlich der Saargruben kompensiert werden konnte; hinsichtlich der Kohlenqualität müsse sich die französische Eisenindustrie aber die drei linksrheinischen Reviere um Aachen, Brüggel-Erkelenz und nördlich von Krefeld als natürliche Verlängerung der lothringischen Kohlenfelder sichern¹⁵³. Während ein wirtschaftlich

151

Angaben in Mio. t.	Förderung in	Verbrauch in	Differenz in	Förderung in	Verbrauch in	Differenz in	Förderung in	Verbrauch in	Differenz in	zu erwartendes Gesamtdefizit nach 1918
	Elsaß-Lothringen 1913			Saarbecken 1913			Frankreich 1913			Frankreich einschl. EL und Saar
Rohkohle	4	- 6	- 2	10	- 2	8	40	- 63	- 19	- 13
Kokskohle	0	- 6	- 6	3	- 3	0			- 4	- 10
Gesamt	4	- 12	- 8	13	- 5	8	40	- 63	- 23	- 23

So unumgänglich die Annexion der Saar wegen der Vergrößerung des Rohkohlendefizits infolge der Rückgewinnung Elsaß-Lothringens war, zog sie zugleich die Konsequenz nach sich, weitere Lieferungen (von Kokskohle) aus dem restlichen Deutschen Reich zu beziehen.

¹⁵² PINOT, S. 20. Zitiert nach: STEINMEYER, S. 57.

¹⁵³ Untersuchung von Maurice Alfassa von Juni 1917: Vgl. ebd., S. 65.

geschwächtes Deutschland somit das französische Kohlendefizit verringern sollte, war es gleichzeitig als Abnehmer des französischen Erz- und Metallüberschusses vorgesehen.

Ungeachtet dieser hochfliegenden Pläne von Wissenschaft und Wirtschaft hielt der neue Regierungschef Georges Clemenceau an der offiziellen französischen Linie fest. Aus taktischen Erwägungen wich der „Tiger“ im Dezember 1917 im außenpolitischen Ausschuß der Deputiertenkammer der Aufforderung nach Konkretisierung der französischen Kriegsziele aus und bekräftigte vier Monate später vor dem gleichen Gremium, „*il faudra que nous soyons vainqueurs ou vaincus*“¹⁵⁴. Angesichts der Erklärungen aus London und Washington von Jahresanfang 1918 blieb der französischen Regierung ohnehin wenig anderes üblich, als sich nach außen auf die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens zu beschränken. Außenminister Stéphane Pichon vermied daher in Sitzungen der Deputiertenkammer und des außenpolitischen Ausschusses, Forderungen nach linksrheinischen Gebieten oder der Saar zu erheben, die durch die alliierten Kriegsziele nicht gedeckt waren. Diese Haltung änderte sich bis Kriegsende nicht wesentlich. Fehlende Äußerungen in Regierungserklärungen und Kammerdebatten sollten allerdings nicht zu der Vermutung verleiten, daß die Rhein- und damit auch Saarambitionen tatsächlich aufgegeben worden seien. Die Ziele wurden lediglich nicht mehr in der Öffentlichkeit diskutiert. Ohnehin war nie ein Dementi erfolgt und wie die Waffenstillstandsverhandlungen zeigen sollten, waren die Pläne nur vordergründig zu den Akten gelegt worden, um im Herbst 1918 wieder geballt zum Vorschein zu kommen.

Mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens von Compiègne am 11. November 1918¹⁵⁵ war für die französische Regierung eine neue Situation eingetreten: Frankreich hatte zwar mit der Wiedereingliederung Elsaß-Lothringens den Gebietsstand von 1870 zurückerlangt, war aber aus dem Krieg als schwacher Sieger hervorgegangen. Nur dank massiver britischer und vor allem amerikanischer Unterstützung war die Republik der Niederlage entgangen. Die industriellen und agrarischen Regionen im Osten des Landes glichen Mondlandschaften mit praktisch nicht mehr vorhandener Infrastruktur. Etwa 1,3 Millionen französische Soldaten hatten in den vergangenen vier Jahren ihr Leben auf den Schlachtfeldern gelassen oder galten als vermißt; aufgrund einer höheren Sterblichkeitsrate müssen weitere 200.000 Zivilpersonen sowie Hunderttausende Verwundete und Versehrte zu dieser Bilanz des Todes gerechnet werden. Noch immer war Frankreich dem deutschen Nachbarn sowohl demographisch als auch ökonomisch unterlegen¹⁵⁶. Angesichts dessen besaß der Aufbau einer Nachkriegsordnung, die der

¹⁵⁴ Zitiert nach: RENOUVIN, S. 32. Vgl. hierzu: KÖHLER: Novemberrevolution, S. 17–34.

¹⁵⁵ Vgl. Urkunden zum Friedensvertrage von Versailles vom 28. Juni 1919, zusammengestellt von Herbert KRAUS/Gustav RÖDIGER, Bd. 1, Berlin 1920, Dok. 3 f., S. 11–59.

¹⁵⁶ Vgl. BARIÉTY: Les relations, S. 175 f.; J. NÉRÉ (The Foreign Policy of France from 1914 to 1945, London – Boston 1975, S. 11) sprach von einem „*Pyrrhic Victory*“. Als weiteres demographisches Moment kam noch die

geschwächten Republik künftig Sicherheit vor deutscher Aggression bot, für die französischen Politiker nach 1918 höchste Priorität¹⁵⁷.

Die Frage, wie diese „sécurité“ organisiert werden sollte, ist gleichbedeutend mit der nach den französischen Zielen für die bevorstehende Friedensordnung. Ausgehend von der Prämisse, daß die militärische, geopolitische und wirtschaftliche strukturelle Überlegenheit Deutschlands entscheidend geschwächt werden sollte, basierte die französische Verhandlungskonzeption auf vier Säulen¹⁵⁸: Eine Ostverschiebung der deutsch-französischen Militärgrenze durch die Errichtung autonomer Staaten zwischen beiden Ländern¹⁵⁹, die Beseitigung des preußischen Militarismus und der preußischen Dominanz durch weitgehende Entwaffnung und Föderalisierung des Reiches, die Schaffung eines kollektiven Bündnissystems gegen eine künftige deutsche Aggression sowie insgesamt die Reduzierung des politischen und wirtschaftlichen Potentials des Reiches zugunsten einer ökonomischen Kräfteverschiebung nach Westen.

Eine eingehende Beschäftigung mit den einzelnen Aspekten muß hier unterbleiben, da sie zum einen den Rahmen der Untersuchung sprengen würde und da zum anderen die Frage im Vordergrund stehen muß, welche Rolle die Saar in diesen Überlegungen spielte.

Drei Wochen nach Beendigung der Kriegshandlungen einigte sich der auswärtige Ausschuß der Deputiertenkammer auf die Wiederherstellung der französischen Grenze von 1814, „*en y comprenant notamment les territoires de Schaumbourg et de Tholey*“¹⁶⁰. Entsprechend lancierte Artikel im regierungsnahen „Temps“ und der Londoner Presse flankierten diesen Beschluß. Für die Stimmung nach Kriegsende war die Kammerdebatte von Ende Dezember 1918 bezeichnend: Als der Sozialist Marcel Cachin die Forderung erhob, auf die Annexion des Saarbeckens zu verzichten, wurde er nicht durch erregte Zwischenrufe unterbrochen, sondern zwei Tage später erwiderte der Präsident des Auswärtigen Ausschusses, Henry Franklin-Bouillon, auf die Gedankengänge seines Kollegen, daß Preußen in den vergangenen hundert Jahren zweimal Frankreich seines Territoriums beraubt habe; der Diebstahl der Saar 1815 sei gleichbedeutend mit dem

Überalterung in Frankreich hinzu, welche sowohl direkt durch den Krieg als auch indirekt durch den Geburtenausfall weiter verschärft wurde: Vgl. STEINMEYER, S. 121 f. und S. 184 f. (Anm. 3).

¹⁵⁷ Vgl. POIDEVIN/ BARIÉTY, S. 293–316; Karl J. MAYER; MIQUEL: *La paix*, S. 215–418.

¹⁵⁸ Die Rückeroberung Elsaß-Lothringens galt als Selbstverständlichkeit: Vgl. NÉRÉ, S. 12–16; Wilfried LOTH: Die Saarfrage und die deutsch-französische Verständigung. Versuch einer Bilanz, in: *ZGSaarg* 34/35 (1986/87), S. 276–291, hier: S. 277; Jean-Jacques BECKER: Frankreich und der gescheiterte Versuch, das Deutsche Reich zu zerstören, in: KRUMEICH/ FEHLEMANN (Hrsg.): *Versailles 1919*, S. 65–70 sowie den Forschungsüberblick von Jost DÜLFER: Die französische Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, in: *AfS* 21 (1981), S. 593–601.

¹⁵⁹ Innerhalb dieser neutralisierten Pufferzone aus deutschen, aber in das französische Zollgebiet inkorporierten Staaten sollten alliierte Truppen stationiert werden. Die strategische Bedeutung der Rheinlinie relativiert Maurice VAÏSSE: *La ligne stratégique du Rhin (1919–1930). De la réalité au mythe*, in: *Problèmes de la Rhénanie 1919–1930. Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg. Actes du Colloque d’Otzenhausen 14–16 octobre 1974*, Metz 1975, S. 1–13.

¹⁶⁰ Zitiert nach: STEINMEYER, S. 72.

Elsaß-Lothringens von 1871¹⁶¹. Mit weniger idealisierend-historischen, sondern vielmehr handfesten ökonomischen Argumenten plädierte das französische Kriegsministerium Ende November ebenfalls für die Annexion der Saar. In der Denkschrift der technischen Abteilung hieß es:

„Sur une consommation de 73 millions de tonnes, déficit de 47 m, au 1er Janvier 1919. La France s'enrichira des 21 millions de tonnes des minerais de fer de la région de Thionville. L'Allemagne perdra en outre les 7.300.000 tonnes de Luxembourg (si on détache celui-ci du Zollverein) - Mais la France ne possède pas le charbon nécessaire à la transformation de ce minerais. - Donc il lui faut du charbon - du bon charbon. [...]

Il faudra deux ans pour reprendre l'exploitation des Mines du Nord, - mais 12 ans (maximum) ou 9 ans (minimum) pour nos mines du Nord porte notre déficit en charbon de 22 à 40 millions de tonnes.

Comment combler ce déficit?

Le bassin de Sarre (y compris sa partie prussienne et palatino) fournissait en 1913, 17 millions de tonnes de houille. Or, la Sarre lorraine n'en produit que 4 millions, alors qu'elle en consomme plus de 10 millions pour son industrie métallurgique, même en améliorant la houille lorraine, l'acquisition de la Lorraine et de l'Alsace seulement, entraînerait pour l'ensemble de la France un accroissement de déficit; l'acquisition du bassin de la Sarre nous fournirait immédiatement 8,5 millions de tonnes.“

Angesichts eines Jahresdefizits von 20 Mio. t in Frankreich sollten die westfälischen Minen bis 1931 ausgebeutet werden:

„a) aux autres bassins Rhénans (Aix-La-Chapelle et Bonn), le déficit tomberait à 14 millions.

b) aux houillères fiscales prussiennes qui pourraient nous fournir 18 millions de tonnes, soit l'équivalent du déficit temporaire créé par la destruction de nos charbonnages: il faut réquisitionner cette production jusqu'à ce que nos charbonnages soient revenus à leur taux normal de production (à titre de réparations de dommages causés). Comme le déficit temporaire ira en décroissant, porter la différence au compte général: Indemnités. [...]

L'Allemagne peut fournir tout ce charbon: elle sera encore en mesure d'exporter onze millions de tonnes.“

Deutschland solle demnach unter dem Aspekt der Wiedergutmachung auf zehn Jahre je 10 Mio. t aus den westfälischen Gruben sowie als Schadensersatz zum Ausgleich des Defizits in Frankreich und Elsaß-Lothringen 20 Mio. t liefern. Darüber hinaus solle Frankreich

„1°.- incorporer le bassin houillier de la Sarre

2°.- échanger minerais contre charbon

3°.- exploiter pendant douze ans les houillères Westphaliennes, au baux de 18 millions de tonnes par an.

4°.- réquisitionner une partie de la production allemande jusque vers 1927.

¹⁶¹ Auch der französische Außenminister Stéphane Pichon dementierte den Vorwurf der Annexion; es handele sich lediglich um die Wiedergutmachung eines Frankreich zugefügten historischen Unrechts: Vgl. HIRSCH: Saar in Versailles, S. 27.

Question de vie ou de mort économique pour la France.

*Union douanière qui engloberait la France, la Belgique, le Luxembourg et la Prusse Rhénane.*¹⁶²

Die französische Regierung konnte sich hierbei der breiten Unterstützung in der Bevölkerung sicher sein. Nach dem Waffenstillstand herrschte eine anfängliche Euphorie, die sich aus der Hoffnung nährte, als letztendliche Siegermacht könne Frankreich seine gewaltigen Schwierigkeiten auf Deutschland abwälzen¹⁶³. Nach Jahren der Entbehrung schien es selbstverständlich, Deutschland als eine Nation von Verbrechern, die den Krieg vom Zaun gebrochen hatte, finanziell und moralisch für die materiellen und physischen Schäden zahlen und büßen zu lassen, ohne zwischen ehemals verantwortlicher militärisch-politischer Führung und den neuen demokratischen Kräften zu unterscheiden. Die Parole „*Il faut faire payer l'Allemagne*“ wurde zur heilsverheißenden Zauberformel, hinter der sich die französische Öffentlichkeit im Frühjahr 1919 vereinigte¹⁶⁴ und seit dem ersten Kriegswinter waren die Forderungen nach dem Saarbecken wegen der Kohleknappheit besonders populär.

Zur Koordinierung der diversen Untersuchungen privater und offiziöser Organisationen sowie der verschiedenen Ministerien beauftragte Ministerpräsident Clemenceau gegen Ende des Krieges André Tardieu mit der Erarbeitung des französischen Verhandlungskonzeptes¹⁶⁵. Die Bedeutung der Denkschriften des Comité d'Études wurde in der Ansprache Poincarés anlässlich der Eröffnung der Vorfriedenskonferenz am 18. Januar 1919 deutlich:

*„Wenn Sie heute die Landkarte der Erde zu ändern haben, so wird das im Namen der Völker geschehen und unter der Voraussetzung, daß Sie ihren Ansichten getreu Rechnung tragen.‘ Das sei ein gewaltiges Werk, aber man könne es bewältigen, weil zwei große Ratgeber, Wissenschaft und Geschichte, es klären und erleichtern würden.“*¹⁶⁶

¹⁶² Ministère de la Guerre, 2^e bureau (30.11.18), in: MAE, Paix 59 (Hervorhebungen im Original). Auch das französische Außenministerium machte sich schon früh ähnliche Forderungen nach Sicherung der Saargruben zu eigen. In einem Rapport vom 16.05.16 hieß es: „*Le bassin houillier de Sarrebrück est pour notre industrie de l'Est de la plus haute importance. [...] autant nous pourrions après la victoire définitive, si nous n'avions pas les houillères de la Sarre, notre industrie de l'Est ne pourra s'étendre ni prospérer.*“: MAE, Sarre 1. Hier weitere ähnlichlautende Berichte und Forderungen.

¹⁶³ Die Kosten für Behebung der Schäden wurden in der Zeit vom Waffenstillstand bis zum 01.05.21 (einschließlich 5% Zinsen) auf 140 Milliarden Francs bilanziert, zu denen weitere 78 Milliarden an Militärpensionen und Leistungen für die Familien der Gefallenen hinzukamen. Durch die Zerstörungen im Osten des Landes verstärkte sich die schon vor dem Krieg defizitäre Handelsbilanz weiter. Enorme Zinslasten aufgrund der zwischen 1914 und 1919 zur Kriegsfinanzierung aufgenommenen Anleihen in Höhe von insgesamt 181,5 Milliarden Francs über Auslandskredite – davon allein über 25 Milliarden bei den USA – sowie „Bons et Obligations de la défense nationale“ trieben die Inflation in die Höhe und verteuerten so das Leben in Frankreich: Vgl. STEINMEYER, S. 121–129.

¹⁶⁴ Vgl. allgemein: KÖHLER: Novemberrevolution. Clemenceau hatte im September 1918 vor dem Senat eine ähnliche Parole gebraucht. Die französische Theorie eines Friedens mit Deutschland ließ sich damit auf die Formel „*Deutschland muß verurteilt werden, es muß überwacht werden, es muß zahlen*“ komprimieren: Pierre MIQUEL: Versailles im politischen Meinungsstreit Frankreichs 1919–1926, in: VjhZG 20 (1972) 1, S. 1–15, hier: S. 7. Zum Schlagwort „*L'Allemagne paiera*“ und dessen Auswirkungen in Frankreich vgl.: DERS.: La paix, S. 425–453; STEINMEYER, S. 129–134.

¹⁶⁵ Vgl. ebd., S. 161 (Anm. 104); HIRSCH: Saar in Versailles, S. 20.

¹⁶⁶ Zitiert nach: Ebd., S. 28.

Je deutlicher sich im Verlauf der Konferenz abzeichnete, daß das französische Kriegsziel, die Souveränität des Reiches links des Rheins durch die Errichtung autonomer Pufferstaaten zu beseitigen, nicht gegen den Willen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens durchzusetzen war¹⁶⁷, desto stärker rückte der „Petit Rhin“ in den Vordergrund der französischen Verhandlungsdelegation. Doch selbst mit dieser Minimalforderung, die Saar mit ihren Industriebetrieben zu annektieren, sollten die Franzosen in Versailles scheitern.

Bis Ende Januar 1919 erstellte Tardieu ein Memorandum, das sich in die beiden Hauptkapitel „*Restitution juridique*“ und „*Réparation économique*“ gliederte und zahlreiche, während des Krieges gesammelte Argumente aufgriff¹⁶⁸. Im Laufe des Monats März wurde es an die Führer der in Versailles versammelten Delegationen verteilt. Die historische Zugehörigkeit des Saarbeckens zu Frankreich¹⁶⁹ sei gemäß des Memorandums Anfang des 19. Jahrhunderts nur mit Gewalt beseitigt worden; die dort ansässige Bevölkerung – „*partiellement au moins, français de cœur*“ – habe sich selbst als „*Mußpreußen*“ bezeichnet. Die Rückkehr zur Grenzziehung von 1814 sei daher „*le minimum que la France doit revendiquer*“, um das Unrecht von 1815 wiedergutzumachen. Angesichts der historisch-kulturellen Gemeinsamkeiten der Saarländer und Franzosen einerseits und den insbesondere im Saarlouiser Raum noch immer vorhandenen großen Sympathien für die Republik andererseits sei der Einwand nichtig, die Grenzrevision zerstöre die während des Jahrhunderts preußischer Bevormundung gewachsenen Verbindungen. Außerdem habe die Friedenskonferenz ähnliche Ansprüche der Polen und Tschechen bereits anerkannt.

¹⁶⁷ Vgl. Klaus SCHWABE: Deutsche Revolution und Wilson-Friede. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971, S. 480–493. Ungeachtet dessen hielt Marschall Foch zwischen November 1918 und März 1919 kontinuierlich an dem Ziel, die deutsche Westgrenze an das rechte Rheinufer zu verschieben, fest: Vgl. BARIÉTY: Les relations, S. 32–45. In Versailles sollte es sich für die französische Delegation als Handicap erweisen, in keiner der mit den Alliierten verabschiedeten gemeinsamen Erklärungen und in keiner offiziellen Regierungserklärung während des Krieges die Forderung nach dem Saargebiet erhoben zu haben.

¹⁶⁸ Im folgenden, sofern keine andere Quelle genannt: TARDIEU, S. 279–289.

¹⁶⁹ Tatsächlich lassen sich vor 1918 insgesamt nur drei Episoden der Zugehörigkeit zu Frankreich nachweisen: Da der Westfälische Frieden 1648 sowohl die Bistümer Metz, Verdun und Toul Frankreich zusprach, als er auch die Saarbrücker Grafen in deren Besitztümern bestätigte, ließ Ludwig XIV. in den 1670er Jahren Saarbrücken mit der Begründung besetzen, die Grafschaft sei ein Lehen des Metzzer Bischofs. Nach dem Frieden von Nymwegen 1679 kehrte die Saargegend erneut zum Deutschen Reich zurück. Die von Ludwig XIV. eingesetzte Metzger Reunionskammer ließ nun prüfen, welche ehemals zum Bistum gehörenden Gebiete im Laufe der Jahrhunderte wieder verloren gegangen waren. Auf Grundlage einer Urkunde von 1065 mußte die Saarbrücker Gräfin Eleonore Klara ihre Grafschaft 1680 als Lehen von Frankreich nehmen, was der Frieden von Ryswyk 1697 wieder revidierte. Lediglich die Festung Saarlouis mit Umgebung sowie das ebenfalls von Vauban erbaute Landau blieben als Exklave Frankreichs erhalten. Im Zuge der Französischen Revolution marschierten französische Truppen 1792 in der Saarregion ein. Infolge der Friedensschlüsse von Campo Formio 1797 und Lunéville 1801, die das gesamte linke Rheinufer der Republik zusprachen, fiel auch das Saargebiet an Frankreich, was erst der Zweite Pariser Frieden 1815 revidierte: Vgl. Hermann ONCKEN: Historische Beleuchtung der französischen Ansprüche auf das Saarbecken, in: Die Woche Nr. 10 (08.03.19); SIEBURG, S. 130–257.

Wesentlich ausführlicher argumentierte das Memorandum ökonomisch¹⁷⁰. Ausgehend von der wirtschaftlichen Einheit des Saarbeckengebietes¹⁷¹ verlangte Tardieu aus drei Gründen eine Grenzkorrektur zugunsten Frankreichs: Zum einen habe Deutschland die gezielte Zerstörung von 220 Schachtanlagen im nordfranzösischen Revier zu verantworten, wodurch Frankreich ein Verlust von etwa 20 Mio. t Kohle, 2,24 Mio. t Koks und weiteren Nebenprodukten entstanden sei. Den materiellen Schaden bezifferte Tardieu auf mindestens zwei Milliarden Francs jährlich. Sollte Frankreich nicht in den Besitz des Saarbeckens gelangen, wäre die Lage der französischen Wirtschaft fatal, da die Differenz zwischen Kohlenförderung und –verbrauch durch die Rückkehr Elsaß-Lothringens und die zerstörungsbedingten Ausfälle noch beträchtlich zunehmen würde¹⁷².

„En d’autres termes, la France serait économiquement tributaire de l’Allemagne, qui, par le charbon, contrôlerait les prix de toute notre métallurgie de l’Est et dominerait ainsi toute notre politique.“

Schließlich und endlich rechtfertigte *„le problème de la dette de l’Allemagne vis-à-vis de la France“* die Abtretung des Saarbeckens. Rückblickend charakterisierte Tardieu zwei Jahre später die französischen Saarziele in Versailles wie folgt:

1. Reintegration des Gebietes südlich der Grenzlinie von 1814 unter französische Souveränität;
2. Politisches Sonderregime für das Kohle- und Industriebecken nördlich dieser Linie;
3. Übertragung des vollen Eigentums an den Minen an Frankreich in beiden Zonen¹⁷³.

Obwohl die Saarfrage auf der Versailler Friedenskonferenz nur während zweier Wochen, vom 28. März bis 13. April, erörtert wurde¹⁷⁴ und im Vergleich zu anderen Themenkomplexen lediglich eine Nebenrolle spielte, drohten die inhaltlichen Differenzen zwischen Wilson und der französischen Delegation um Clemenceau nichtsdestoweniger, die gesamte Konferenz zum Scheitern zu bringen: Schon am ersten Verhandlungstag des Viererrates in Wilsons Pariser Wohnsitz zeichneten sich die Konfliktlinien ab, denn während der britische Premier David Lloyd George prinzipiell bereit war, dem politischen Sonderstatus für das Saargebiet zuzustim-

¹⁷⁰ In einer nicht unterzeichneten Note zur Saarfrage (20.01.19, in: MAE, Paix 60) war auf die Zweischneidigkeit der historischen Argumentation hingewiesen worden: *„Pour motiver l’annexion du bassin de la Sarre, en invoque des arguments historiques, stratégiques, économiques. Nous n’insisterons pas sur les arguments historiques, parce qu’ils sont difficilement opposable à la volonté de populations, c’est à dire à leur volonté actuelle exprimée par un vote sincère. Les arguments stratégiques sont plus forts. [...] Les arguments économiques sont très forts [...]“*. Da sich die historischen Motive nicht in juristische Ansprüche kleiden ließen, fielen sie in den folgenden Memoranden der französischen Delegation weitgehend unter den Tisch.

¹⁷¹ Inkonsequenterweise bezog Tardieu einmal Lothringen in das Industriegebiet ein, an anderer Stelle bezeichnete er mit *„Bassin de la Sarre“* lediglich das jenseits der Grenze von 1815 gelegene Territorium.

¹⁷² Tardieu ging von einem Gesamtdefizit in Höhe von 51 Mio. t Rohkohle aus.

¹⁷³ TARDIEU, S. 289.

¹⁷⁴ Vgl. Viktor BRUNS: Die Volksabstimmung im Saargebiet, Berlin 1934, S. 1–40 und S. 100–172; E. W. FISCHER: Die Verhandlungen über die Saarfrage auf der Pariser Friedenskonferenz, Berlin 1924; HIRSCH: Saar in Versailles, S. 33–47; Erwin HÖLZLE: Die Saarentscheidung auf der Pariser Friedenskonferenz, Stuttgart 1935; Klaus SCHWABE: Die Saarlandfrage in Versailles, in: Saarheimat 29 (1985), S. 17–20; DERS.: L’Allemagne à Versailles: Stratégie diplomatique et contraintes intérieurs, in: Francia 27 (2000) 3, S. 49–62.

men¹⁷⁵, widersetzte sich der amerikanische Präsident vehement den französischen Wünschen¹⁷⁶. Historische Argumente waren ihm zufolge ungeeignet, eine dauerhafte Friedensordnung in Europa zu entwerfen, zumal damit Präzedenzfälle geschaffen worden wären. Anders als im Falle Danzigs besaßen die im französischen Memorandum skizzierten ethnographischen Gesichtspunkte für ihn gegenüber den wirtschaftlichen Aspekten geringere Priorität. Angesichts der von Deutschen zerstörten nordfranzösischen Zechenanlagen akzeptierte Wilson lediglich eine zeitlich befristete Ausbeutung der saarländischen Minen. Durch die Errichtung eines politischen Sonderregimes sah er jedoch seinen eigenen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes gefährdet, zumal er sich moralisch und juristisch an die bisherigen Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich gebunden fühlte¹⁷⁷.

Am gleichen Tag (28. März 1919) unternahm Clemenceau den letzten Versuch, den amerikanischen Präsidenten von der Rechtmäßigkeit der Annexion des Saarbeckens zu überzeugen, indem er seinerseits ebenfalls moralische Argumente („*besoin de réparations morales*“) ins Feld führte:

*„Il y a là [an der Saar – F.B.] 150.000 hommes qui sont des Français. Ces hommes, qui ont envoyé en 1918 des adresses au président Poincaré, ont, eux aussi, droit à la justice. Vous voulez respecter les droits des Allemands, moi aussi. Mais tenez compte du droit de ces Français, – comme vous aurez à tenir compte du droit historique de la Bohême et de la Pologne.“*¹⁷⁸

Da auch dieser Vorstoß nicht von Erfolg gekrönt war, verzichtete die französische Delegation künftig auf ihre Forderung nach Annexion der Saar; eine weitere Note¹⁷⁹, die am folgenden Tag vorgelegt wurde, ließ Konzessionen an Wilson erkennen: Frankreich beanspruchte zwar weiterhin die „*propriété perpétuelle*“ an den Saargruben, signalisierte aber in der Frage der staatsrechtlichen Zugehörigkeit des Gebietes seine Kompromißbereitschaft.

„Temporairement, elle ne sera placée ni sous la souveraineté de l'Allemagne, ni sous la souveraineté de la France. Elle sera sous la sauvegarde de la Société des Nations.“

Nach Ablauf einer Frist von 15 Jahren – „*prévu pour laisser le temps agir*“ – sollte die Bevölkerung des Gebietes die Möglichkeit erhalten, zwischen Frankreich und Deutschland zu optieren¹⁸⁰. Wilson war jedoch noch immer nicht zu einer dauerhaften Übertragung der Saargruben

¹⁷⁵ Allgemein zur Haltung der britischen Delegation in Versailles vgl. Douglas NEWTON: *British Policy and the Weimar Republic 1918–1919*, Oxford 1997, S. 374–414.

¹⁷⁶ Vgl. SCHWABE: *Deutsche Revolution*, S. 470–480.

¹⁷⁷ Mit dieser Haltung desavouierte Wilson sogar seine eigenen Sachverständigen, die sich bereits am 21.02.19 mit ihren britischen Kollegen auf den wirtschaftlichen Anschluß der Saar an Frankreich durch die Übertragung der Kohlengruben in französisches Eigentum geeinigt hatten. Politisch hätte das Gebiet autonom unter französischer Oberhoheit werden sollen: Vgl. STEINMEYER, S. 74; HIRSCH: *Saar in Versailles*, S. 30 ff.

¹⁷⁸ TARDIEU, S. 292 f. Zur publizistischen Auseinandersetzung um diese bald so titulierte „Saarlüge“ siehe Kap. 5.3.

¹⁷⁹ Vgl. Note sur la question de la Sarre (29.03.19), in: Ebd., S. 294 ff.

¹⁸⁰ Während dieser 15jährigen Periode sollten die Bewohner des Gebietes, das Tardieu in Abgrenzung zur „*Lorraine de Metz et de Thionville*“ geschickt als „*Lorraine de Sarrebruck*“ bezeichnete (ebd., S. 296) lediglich für die Angliederung an Frankreich plädieren dürfen.

an Frankreich und zur Errichtung des von der französischen Delegation geforderten politischen und wirtschaftlichen Sonderregimes bereit. Obwohl die Verhandlungen insbesondere in Bezug auf den letzten Punkt Anfang April festgefahren zu sein schienen¹⁸¹, begann eine Dreierkommission aus André Tardieu, dem Amerikaner Charles Haskins und dem Briten Headlam Morley die Modalitäten für die Übergabe der Steinkohlegruben an Frankreich auszuarbeiten. Erst am 9. April 1919 erzielte die Konferenz einen Kompromiß: Wilson stimmte der Suspendierung der deutschen Souveränität auf 15 Jahre zu. Während dieser Übergangszeit sollte das Saargebiet nicht von einer Schiedskommission, sondern von einem dem Völkerbund verantwortlichen Gremium verwaltet werden. Auch gab er dem französischen Drängen nach, in diesem Gebiet künftig Reichstagswahlen zu unterbinden. Zuvor genannte Dreierkommission entwarf bis zum folgenden Tag gemeinsam mit juristischen und technischen Sachverständigen den Text des vorläufigen Saarstatuts, dessen 46 Artikel bis zum 13. April vom Viererrat verabschiedet wurden¹⁸².

Drei Wochen später, am 7. Mai, wurde der deutschen Delegation in Versailles die „Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen“ übergeben. Das undiplomatische und provozierende Verhalten des Delegationsleiters, Außenminister Graf Ulrich von Brockdorff-Rantzau, der nach den anklagenden Worten Clemenceaus den deutschen Standpunkt sitzend vortrug, war kaum geeignet, die Entente davon abzubringen, weiterführende mündliche Aussprachen und Verhandlungen über den Vertrag kategorisch abzulehnen¹⁸³. Waren sich die Reichsregierung und die Friedensdelegation im Prinzip darüber einig, daß der im Raum stehende Vorschlag unerfüllbar und inakzeptabel war, divergierten die Vorstellungen hinsichtlich der Methoden, mit denen dem „Konglomerat von Moral und Geld“¹⁸⁴ begegnet werden sollte. Brockdorff-Rantzau betrieb in den kommenden drei Wochen teilweise eine von der Berliner Zentrale losgelöste und mit dem Kabinett nicht abgestimmte eigene Politik. Ihm ging es nach der Beseitigung des Kriegszustandes und der Wirtschaftsblockade in erster Linie um die Wahrung der deutschen Großmacht durch die Wiederherstellung normaler Beziehungen eines ungeschmälerten Nationalstaates zu anderen Staaten. Hierbei realisierte der Vernunftrepublikan-

¹⁸¹ Das Verhandlungsklima der folgenden Tage verschlechterte sich derart, daß Wilson am 07.04.19 ein Telegramm nach Washington absandte, in welchem er sein Schiff nach Brest zurückbeordnete und damit die Möglichkeit des Scheiterns der Gesamtkonferenz als Drohung im Raum stand: Vgl. hierzu: HIRSCH: Saar in Versailles, S. 39–43.

¹⁸² Vgl. Curt GROTEN: Urkunden zur Entstehungsgeschichte des Saarstatuts, in: GRABOWSKY/ SANTE (Hrsg.): Grundlagen des Saarkampfes, S. 374–379.

¹⁸³ Urkunden zum Friedensvertrage, Dok. 31 c, S. 205–208. Erklärungen für das Verhalten des deutschen Außenministers: Vgl. Christiane SCHEIDEMANN: Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869–1928). Eine politische Biographie, Frankfurt am Main [u.a.] 1998, S. 462–469. „Dieses [...] Diktat der Sieger demonstrierte aber weniger deren machtbewußten Übermut. Vielmehr kaschierte es die inneren Widersprüche der Alliierten, die nur hinter verschlossenen Türen noch zu Kompromissen kommen konnten.“ PEUKERT, S. 54.

¹⁸⁴ Jost DÜLFFER: Versailles und die Friedensschlüsse des 19. und 20. Jahrhunderts, in: KRUMEICH /FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919, S. 17–34, hier: S. 28.

ner Brockdorff-Rantzau, daß diese angestrebte Gleichberechtigung nicht wie vor dem Krieg auf militärischer Überlegenheit basieren konnte, sondern daß Deutschland auf absehbare Zeit sein Wirtschaftspotential als einzig verbliebenen Aktivposten einzusetzen in der Lage sein würde. Somit legte die Konservierung und der Ausbau der 1918/19 noch weitgehend intakten Wirtschaftsstrukturen ebenso wie die Attraktivitätssteigerung des deutschen Absatzmarktes insbesondere für die amerikanische Wirtschaft die Politik des deutschen Außenministers fest¹⁸⁵. Je leistungsfähiger das Deutsche Reich aus dem Krieg hervorginge, desto interessanter war es als Partner in der reorganisierten Weltwirtschaft. Gleichzeitig glaubte der Karrierediplomat aus holsteinischem Adel, für Deutschland jene ideellen und moralischen Grundsätze beanspruchen zu können, wie sie in den 14 Punkten Wilsons skizziert und in der Lansing-Note vom 5. November 1918 bekräftigt worden waren. Die Forderungen nach einem Rechtsfrieden und einer auch Deutschland nützlichen Völkerbundsordnung bestimmte den strategischen Kurs Brockdorff-Rantzaus in Versailles. Er ignorierte hierbei allerdings, daß sich Deutschland zu diesem Zeitpunkt keineswegs in der Position befand, Gegenforderungen zu stellen¹⁸⁶, und überschätzte die zweifellos vorhandenen Divergenzen zwischen den Westmächten.

Bis zum 29. Mai wurden die alliierten Delegationen mit insgesamt 17 deutschen Noten und Gegenvorschlägen überschüttet, die zunächst die Undurchführbarkeit des alliierten Entwurfes demonstrieren sollten. Als sich Mitte des Monats das Scheitern des Versuches, auf die Wilsonschen Grundsätze zu pochen, durch die Unnachgiebigkeit der Alliierten abzeichnete, erklärten sich die Deutschen zu Konzessionen in militärischen und innenpolitischen Fragen sowie bei den Reparationen bereit¹⁸⁷; territoriale Zugeständnisse wurden weiterhin abgelehnt¹⁸⁸.

¹⁸⁵ Vgl. Peter GRUPP: Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918–1920. Zur Politik des Auswärtigen Amtes vom Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrags, Paderborn 1988, S. 139–146; Leo HAUPTS: Deutsche Friedenspolitik 1918–19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges?, Düsseldorf 1976, S. 382–417; Peter KRÜGER: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 61–76; SCHEIDEMANN, S. 374–428.

¹⁸⁶ Der Chef der politischen Abteilung im amerikanischen Großen Hauptquartier in Europa, Oberst Arthur Conger charakterisierte diese Haltung: „*Deutschland macht seine eigenen Interpretationen der 14 Punkte Wilsons und vergißt dabei, daß die Alliierten den Krieg gewonnen haben.*“: Bericht Walter Loeb über seine Unterredung mit Conger am 08./09.03.19 in Trier (10.03.19), in: AdR, Kabinett Scheidemann, Dok. 8, S. 27–32, hier: S. 28.

¹⁸⁷ Vgl. Peter KRÜGER: Deutschland und die Reparationen 1918–1919. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973.

¹⁸⁸ Nachfolgendes Zitat bei: SCHEIDEMANN, S. 447. Unmittelbar nach der Revolution wurden keine wesentlichen Eingriffe in die Struktur des AA als traditionsreichster und konservativster Reichsbehörde vorgenommen – außer dem diskreditierten StS Wilhelm Solf mußten nur die beiden UStSe demissionieren –, so daß das Monopol der geschulten Elite für die Außenpolitik erhalten blieb: Vgl. GRUPP: Deutsche Außenpolitik, S. 25–29. „*Das Auswärtige Amt konnte also ohne grundlegende Veränderungen an Haupt und Gliedern vom Kaiserreich in die Republik hinübergleiten, und es läßt sich im einzelnen eine erstaunliche personelle Kontinuität aufzeigen. [...] Was fehlte, [...] war ein gedankliches Innehalten. [...] Die personelle Kontinuität förderte die mentale Kontinuität, verhinderte einen gedanklichen Neuanatz.*“: Ebd., S. 17 und S. 40; HAUPTS, S. 38–46; SCHEIDEMANN, S. 360–373.

„Im Frühjahr 1919 stellte sich die deutsche Außenpolitik [...] als Zwitter dar; einerseits baute sie auf traditionellen Großmachtambitionen und dem Gedanken an die Revision der kleindeutschen Lösung auf, andererseits zog sie die Wilsonsche Prinzipien, speziell das Selbstbestimmungsrecht, als Legitimation heran.“

Explizit mit der Saar beschäftigten sich die Noten vom 13. und 16. Mai sowie die abschließende große Denkschrift vom 29. Mai, worin insbesondere die Behauptung zu widerlegen versucht wurde, daß es im Saargebiet eine gemischte Bevölkerung gäbe¹⁸⁹. Mit diesen Vorstößen verlor die ursprünglich zur Ausarbeitung deutscher Friedensvorschläge betraute „Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen“¹⁹⁰ ihre Bedeutung und obwohl sie mehrfach ihrem eigenmächtig handelnden Außenminister untersagte, derartige Noten zu übergeben, wurde auch die Reichsregierung in die Rolle des Statisten verwiesen¹⁹¹. Gleichzeitig trug die deutsche Delegation in Versailles mit dieser intransigenten Haltung ebenso wie das nach Überreichung des alliierten Gegenentwurfes¹⁹² am 20. Juni zurückgetretene Kabinett Scheidemann eine entscheidende Mitschuld an der anschließenden partei- und schichtenübergreifenden Diskreditierung des Vertragswerkes. Zweifellos bestand eine Diskrepanz zwischen den ideellen Grundsätzen des amerikanischen Präsidenten und den tatsächlichen Bestimmungen des Vertrages; durch das konsequente Nähren der Hoffnung auf einen Rechtsfrieden im Zeichen von Ausgleich und Verständigung¹⁹³ schürten die Verantwortlichen der deutschen (Außen-) Politik aber unerfüllbare Erwartungen. Die innere Distanz der desillusionierten Bevölkerung und die Ablehnung des Vertragswerkes wurden durch ein derartiges Vorgehen geradezu provoziert; erst hierdurch entstand der Eindruck der ohnmächtigen Kapitulation vor der Gewalt und Macht der Alliierten. Wenngleich das Unvermögen, die deutsche Schuld am und im Kriege schon ein halbes Jahr nach Einstellung der Kampfhandlungen zu akzeptieren, diese Haltung erklären dürfte, wurde doch *„eine Art demokratischer Dolchstoßlegende“*¹⁹⁴ geschaffen, die der späteren Instrumentalisierung des Vertrages durch die politische Rechte in Deutschland die Tür öffnete.

¹⁸⁹ Vgl. Urkunden zum Friedensvertrage, Dok. 40, S. 242–245, Dok. 42, S. 247 ff., Dok. 60, S. 433–548, insbesondere S. 459–462. Vgl. HIRSCH: Saar in Versailles, S. 57–67; E. W. FISCHER, S. 24 ff.

¹⁹⁰ Als Anlauf- und Koordinationsstelle für die verschiedenen Reichsressorts war die Geschäftsstelle Ende 1918 vom Rat der Volksbeauftragten eingesetzt worden. Unter der Leitung des ehemaligen deutschen Botschafters in Washington Johann Heinrich Graf von Bernstorff, einem Vetter des späteren Außenministers Brockdorff-Rantzau, sollte die Clearingstelle die deutsche Friedensprogrammatische entwerfen. Vgl. Peter GRUPP/ Pierre JARDIN: Une tentative de renouvellement de la diplomatie traditionnelle. La „Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen“ (1919), in: Francia 13 (1986), S. 447–473; GRUPP: Deutsche Außenpolitik, S. 29 ff.

¹⁹¹ Vgl. SCHEIDEMANN, S. 474.

¹⁹² Vgl. Urkunden zum Friedensvertrage, Dok. 64, S. 555–683.

¹⁹³ Auch Brockdorff-Rantzaus große programmatische Rede vor der Weimarer Nationalversammlung vom 14.02.19 trug hierzu bei: Vgl. 7. Sitzung, in: Die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihre Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, hrsg. von Eduard HEILFRON, Bd. I, Berlin 1921, S. 147–193, insbesondere S. 153 f.

¹⁹⁴ SCHWABE: Deutsche Revolution, S. 660. Siehe auch: DERS.: „Gerechtigkeit für die Großmacht Deutschland“ – Die deutsche Friedensstrategie in Versailles, in: KRUMEICH/ FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919, S. 71–86.

Spätestens nach Bekanntwerden des Ententeentwurfs der Friedensbedingungen hätte die deutsche Öffentlichkeit nüchtern auf die zu erwartenden Härten vorbereitet werden müssen; statt dessen plädierte aber die Delegation dafür, die Bevölkerung in Protestkundgebungen zu mobilisieren. Am nachhaltigsten zeigte sich das „*Anti-Versailles-Syndrom*“¹⁹⁵ in der Diskussion um die deutsche Kriegsschuld, wie sie im Artikel 231 des Versailler Vertrages festgeschrieben worden war¹⁹⁶.

Eine leidenschaftliche Debatte entbrannte nun um die Unterzeichnung des „Schandvertrages“. Schon am 12. Mai hatte Reichsministerpräsident Scheidemann in der emotional geladenen Sitzung der Nationalversammlung in der Aula der Berliner Universität erklärt, der Vertrag sei „*nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar!*“¹⁹⁷, worin er parteiübergreifend bei weiteren Rednern Unterstützung fand. Die deutsche Sozialdemokratie befreite sich nach ihrem Kooperationskurs während des Krieges nun endgültig vom Vorwurf des „vaterlandslosen Gesellen“.

Die Entscheidung, vor die sich das Kabinett Mitte Juni gestellt sah, war eine Wahl zwischen Scylla und Charybdis. Jede der beiden Alternativen, Unterzeichnung oder Konfrontationskurs durch Ablehnung mit anschließender alliierter Besetzung, barg die Risiken des Bürgerkriegs, des Zerfalls der Reichseinheit und damit das Ende des im Chaos versinkenden deutschen Nationalstaates in sich. Am 23. Juni 1919 ermächtigte schließlich die Weimarer Nationalversammlung die neue Reichsregierung unter Gustav Bauer (SPD) in nichtnamentlicher Abstimmung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages – wenige Stunden vor Ablauf eines alliierten Ultimatums¹⁹⁸. Fünf Tage später setzten der deutsche Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) im Spiegelsaal von Versailles ihre Unterschriften unter den Friedensvertrag¹⁹⁹.

¹⁹⁵ Christoph CORNELISSEN: „Schuld am Weltfrieden“. Politische Kommentare und Deutungsversuche deutscher Historiker zum Versailler Vertrag 1919–1933, in: KRUMEICH/ FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919, S. 237–258, hier: S. 257.

¹⁹⁶ Nach vierjährigem Einschwören auf den Mythos des Verteidigungskrieges und einen deutschen Siegfrieden erschütterte der Kriegsschuldvorwurf die deutsche Gesellschaft schwer. Ein Schuldeingeständnis wurde auch schon dadurch verhindert, daß die Reichsregierung die Veröffentlichung einer Quellenedition zur Julikrise unter Verschluß hielt. Aus dieser Strategie „*erwuchs binnen kurzem eine deutsche Kriegsunschuldlegende. Sie trug kaum weniger als ihre Zwillingsschwester, die Dolchstoßlegende, dazu bei, jenes nationalistische Klima zu erzeugen, in dem sich das politische Leben der Weimarer Republik entwickelte.*“: WINKLER: Weimar, S. 98.

¹⁹⁷ Vgl. 39. Sitzung, in: HEILFRON, Bd. IV, S. 2648.

¹⁹⁸ Vgl. 40. Sitzung, in: HEILFRON, Bd. V, S. 2790. Vgl. Ragna BODEN: Die Weimarer Nationalversammlung und die deutsche Außenpolitik. Waffenstillstand, Friedensverhandlungen und internationale Beziehungen in den Debatten von Februar bis August 1919, Frankfurt am Main [u.a.] 2000, S. 136–154.

¹⁹⁹ Vgl. Der Friedensvertrag von Versailles. Unter Hervorhebung der abgeänderten Teile mit Inhaltsaufbau, Karten und Sachregister, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes, Berlin 1919. Anlässlich der Vertragsunterzeichnung hatte Clemenceau neben anderen Kriegsversehrten auch fünf Gesichtsverletzte zur Demonstration der deutschen Kriegsschuld in den Spiegelsaal eingeladen. Vgl. Stéphane AUDOIN-ROUZEAU: Die Delegation der „*gueules cassées*“ in Versailles am 28. Juni 1919, in: KRUMEICH/ FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919, S. 280–287.

Die Abtretung großer Teile Westpreußens und Posens an Polen, die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, die Autonomisierung Danzigs, die Volksabstimmungen in Oberschlesien und Nordschleswig sowie die territorialen Regelungen für die Saar und Eupen-Malmedy reduzierten Deutschland um 13% seiner Fläche und 10% seiner Bevölkerung. Bedeutende deutsche Minderheiten lebten fortan in den neu entstandenen Staaten im Osten. Gleichzeitig büßte die deutsche Wirtschaft 75% ihrer Eisenerzförderung, 26% der Steinkohleförderung, 44% der Roheisen- und 38% der Stahlproduktion ein. Das linke Rheinufer sollte bis zu 15 Jahre durch alliierte Truppen besetzt bleiben; ein 50 km breiter rechtsrheinischer Streifen wurde entmilitarisiert. Einschneidende Sach- und Finanzreparationsleistungen, deren endgültige Höhe zunächst offen gehalten wurde, zählten ebenso wie die demütigende Obergrenze für das Militär zu den materiellen Folgen des Versailler Vertrages²⁰⁰. Wenngleich die Bestimmungen aus heutiger Sicht nicht so hart waren, wie sie 1919 empfunden wurden²⁰¹, bestand während der Jahre der Weimarer Republik ein parteiübergreifender Grundkonsens, die schmachvollen Auflagen schnellstmöglich revidieren zu wollen.

Was speziell die Saarregelung betraf, standen die Versailler Friedensmacher kaum weniger im Kreuzfeuer der Kritik. Insbesondere Wilson sah sich nach Veröffentlichung der deutschen Akten²⁰² mit dem Vorwurf der Heuchelei konfrontiert, da er zwar die Annexion des Saargebietes verhindert habe, aber insgesamt zu schwach gewesen sei, eine wirklich gerechte Lösung durchzusetzen²⁰³. Für ihn selbst stellte seine Zustimmung zu dem Kompromiß der befristeten Völkerbundsverwaltung hingegen nur einen zeitlich klar begrenzten Verstoß gegen das nationale Selbstbestimmungsrecht dar, zumal der Bevölkerung auf lokaler Ebene ihre politischen Rechte erhalten blieben. Insbesondere der saarländischen Arbeiterschaft sollte mit der Saarregelung entgegengekommen werden, um sowohl einem weiteren Vordringen des Bolschewismus Einhalt zu gebieten als auch den aufflackernden deutschen Nationalismus einzudämmen.

²⁰⁰ Vgl. Gottfried NIEDHART: Die Außenpolitik der Weimarer Republik, München 1999, S. 8 f.; PEUKERT, S. 54–57; BARIÉTY: Le rôle de la minette, S. 244–258. Hiermit war praktisch allen Leitlinien der künftigen deutschen Außenpolitik, die Scheidemann am 13.02.19 vor der Nationalversammlung umrissen hatte, der Boden entzogen: Vgl. 6. Sitzung, in: HEILFRON, Bd. I, S. 97–108.

²⁰¹ Vgl. hierzu die Sammelbände von Manfred BOEMEKE (Hrsg.): The Treaty of Versailles. 75 Years later, Cambridge 1998 und KRUMEICH/ FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919. „Hier verknüpften sich aktuelle und symbolische Härten mit struktureller Milde und einer längerfristigen Revisions- und Versöhnungschance.“: PEUKERT, S. 54. Vgl. ebenso Andreas HILLGRUBER (Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871–1945, Düsseldorf 1980, S. 63–66), der auf das Potential zum Wiedererstarken verweist.

²⁰² Vgl. Weißbuch.

²⁰³ „Ein Evangelium war verheißen, eine Sklavenkette wurde geschmiedet.“: E. W. FISCHER, S. 35. Vgl. ebenso: Max VON DER KALL: Versailles – das Schicksal des Saargebietes, in: Fritz KLOEVEKORN (Hrsg.): Deutsches Land – Deutsches Volk. Ein Buch von der Saar, Frankfurt am Main 1934, S. 88–93; Karl OLLMERT: Die Regelung der Saarfrage auf der Pariser Friedenskonferenz, in: Der Weg zur Freiheit 10 (1930) 3, 41–44. Tatsächlich hatte Wilson den nüchternen Plan seines Wirtschaftsberaters Bernard M. Baruch vom 09.04.19 verworfen, der den Verbleib der Saar beim Reich bei gleichzeitiger Entschädigung Frankreichs erwogen hatte: Brief Baruchs an Wilson, in: HIRSCH: Saar in Versailles, Dok. III, S. 70 f. Hier (S. 66 f.) auch zeitgenössische amerikanische, britische und französische Stimmen zur Saarregelung.

Gemeinsam sollten Deutschland und Frankreich zu einer Verständigung gelangen²⁰⁴. Das Problem hierbei war allerdings, daß keiner der beiden Hauptkontrahenten des Krieges wirklich hinter der Versailler Ordnung stand: Frankreich fühlte sich um die Früchte seines hart erkämpften Sieges betrogen, Deutschland hingegen war noch nicht so weit, Kriegsschuld und Niederlage einzugestehen, und betrieb in den folgenden Jahren Obstruktionspolitik: *„On aurait eu affaire d'un côté à un pays trop persuadé de sa victoire, de l'autre à un pays pas assez convaincu de sa défaite.“*²⁰⁵

Tatsächlich mußte sich die französische Delegation von der politischen Rechten in Frankreich den Vorwurf gefallen lassen, in Versailles gescheitert zu sein. Keine der beiden sich diametral widersprechenden Illusionen hatten sich verwirklichen lassen: Weder war es zu einem Wilson-Frieden noch zu einer „Paix française“ gekommen²⁰⁶. Nachdem sich die ehrgeizigen Rheinambitionen nicht realisieren lassen, schien der französische Verhandlungsführer Clemenceau schrittweise auch die Minimalforderung der Saar zu opfern: Die Annexion des Saargebietes konnte ebensowenig erreicht werden, wie sich die Forderung durchsetzen ließ, daß Frankreich dauerhaft das militärische Besetzungsrecht und die Aufsicht über Verwaltung und Unterrichtswesen sowie das Ernennungsrecht für die Bürgermeister und Beigeordneten erhielt²⁰⁷. General Henri Mordarq, der Leiter des Clemenceauschen Militärkabinetts, notierte hierzu in sein Tagebuch: *„Die alliierten Freunde von 1918 [...] waren Frankreich gegenüber nicht großzügiger als die alliierten Feinde von 1815.“*²⁰⁸ Tatsächlich agierte Clemenceau in Versailles keineswegs so unflexibel und halsstarrig, wie es ihm von deutscher Seite zum Vorwurf gemacht wurde²⁰⁹, noch war er der übervorteilte alte Mann, der ausschließlich französische Interessen geopfert hatte. Ihm ging es ebenfalls bei der Redaktion des Friedensvertrages um die Befriedigung des französischen Sicherheitsbedürfnisses vor dem noch immer mächtigen Deutschland, nur war er im Gegensatz zu Marschall Foch flexibel genug, um zu erkennen, daß der französische Wunsch der „natürlichen Grenzen“ am Rhein nicht gegen den Willen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu realisieren war. Vor allem wollte Clemenceau nicht die von ihm angestrebte Verteidigungsallianz mit seinen wichtigsten Verbündeten aufs Spiel

²⁰⁴ Vgl. SCHWABE: Die Saarlandfrage, S. 20.

²⁰⁵ Georges-Henri SOUTOU: L'Allemagne et la France en 1919, in: Jacques BARIÉTY/ Alfred GUTH/ Jean-Marie VALENTIN (Hrsg.): La France et l'Allemagne entre les deux guerres mondiales. Actes du colloque tenu en Sorbonne (Paris IV). 15-16-17 janvier 1987, Nancy 1987, S. 9–20, hier: S. 9.

²⁰⁶ Vgl. MIQUEL: La paix, S. 543–548.

²⁰⁷ Siehe hierzu: Note sur la question de la Sarre (29.03.19), in: TARDIEU, S. 294 ff.

²⁰⁸ Zitiert nach STEINMEYER, S. 76.

²⁰⁹ Siehe hierzu die Mission Émile Haguenins in Berlin während der Monate März bis Mai 1919, in: Stefan MARTENS/ Martina KESSEL (Hrsg.): Documents diplomatiques français sur l'Allemagne 1920. Bd. 1: 9. Januar – 30. Juni, Bonn - Berlin 1992, S. 43–48; KÖHLER: Novemberrevolution, S. 270–294.

setzen²¹⁰, die kein Interesse daran hatten, die deutsche Hegemonie in Europa durch eine französische zu ersetzen. Daß diese Konzeption an der ausbleibenden Ratifizierung durch die USA scheiterte, war während der Konferenz nicht abzusehen und – bezogen auf die Saar – ebensowenig, daß es Frankreich während der 15jährigen Völkerbundsverwaltung nicht gelingen würde, das Plebiszit für sich zu entscheiden. Schließlich konnte die „pénétration pacifique“, also die diskrete Beeinflussung der Saarländer zugunsten Frankreichs, bereits erste Erfolge nachweisen und die Abstimmungsmodalitäten hatten die Möglichkeit einer Teilung des Gebietes gelassen.

Wie sah nun die in Versailles für das Saarbeckengebiet getroffene Kompromißformel²¹¹ aus, welche die deutsche Propaganda eineinhalb Jahrzehnte nicht zu bekämpfen müde wurde? Gemäß § 1 des Saarstatuts erhielt der französische Staat mit Inkrafttreten des Friedensvertrages

„la propriété entière et absolue de tous les gisements de houille situés dans les limites du Bassin de la Sarre, telles qu’elles sont spécifiées dans l’article 48 du dit Traité²¹².

L’Etat français aura le droit d’exploiter ou de ne pas exploiter les dites mines, ou de céder à des tiers le droit de les exploiter, sans avoir à obtenir aucune autorisation préalable ni à remplir aucune formalité.“²¹³

Die Übergabe hatte als Ersatz für die während des Krieges zerstörten nordfranzösischen Kohlenruben und als Anzahlung für die allgemeine Wiedergutmachung an Frankreich zu erfolgen

²¹⁰ Vgl. Georges-Henri SOUTOU: The French Peacemakers and their Home Front, in: BOEMEKE (Hrsg.), S. 167–188; David STEVENSON: French War Aims and Peace Planning, in: Ebd., S. 87–109, v.a. S. 107 ff.

²¹¹ Teil III der politischen Bestimmungen für Europa, 4. Abschnitt, Art. 45–50, ergänzt durch das im Versailler Vertrag selbst nicht so genannte, sich aber bald in den Sprachgebrauch einbürgernde „Saarstatut“, das als untrennbarer Bestandteil des Vertrages anzusehen war (Art. 50). Aus der Flut zeitgenössischer staats- und völkerrechtlicher Untersuchungen zwischen 1920 und 1935 seien genannt: Otto ANDRES: Grundlagen des Rechtes im Saargebiet, Berlin 1926; Ekkart BRÜCKNER: Die völkerrechtliche Stellung des Gebietes, der Einwohner und der Staatsgewalt im Saargebiet 1919–1934, Marburg 1935; Alexander GEIMER: Die völkerrechtliche Stellung des Saargebietes unter besonderer Berücksichtigung der ausländischen Literatur, Saarbrücken 1931; Hans WEHBERG: Saargebiet. Die staats- und völkerrechtliche Stellung des Saargebietes, Mönchen-Gladbach 1924. Auf französischer Seite: Alexandre ALLOT: Le Bassin de la Sarre. Organisation politique et administrative. Finances – Douanes, Paris 1924. Zu Publikationen über die Saarfrage während der Zwischenkriegszeit siehe Anm. 1869. Bemerkenswerterweise fand der völkerrechtliche Status nach Liquidierung der Saarfrage keine wissenschaftliche Beachtung mehr.

²¹² Die neue Grenze kappte traditionelle Verbindungslinien. Siehe hierzu die Karte im Anhang (Dok. 1) So war die Saar nicht nur von ihrem landwirtschaftlichen Hinterland und die saarländische Industrie von ihrem reichsdeutschen Absatzmarkt im Osten abgeschnitten, sondern zahlreiche Arbeiter sahen nun ihren Wohnsitz von ihrem Arbeitsplatz durch Schlagbäume getrennt: Vgl. Friedrich METZ: Zur Geographie des Saargebiets, in: KLOEVEKORN (Hrsg.): Saargebiet, S. 13–66, hier: S. 58–62; Elisabeth SCHMIDT: Die Grenze zwischen Pfalz und Saargebiet, München 1935. Der Generalsekretär der Franco-Saarländischen Handelskammer urteilte hierüber: „Man hat ein großes Stück Preußen genommen, dazu ein wenig Bayern geschweißt und hat die Leute Saarländer genannt, weil ein Flüßchen Saar in der Gegend vorbeifließt. Geographisch, etymologisch, politisch ist dieser Versailler Artikel grober Unfug.“: Hans BRINGOLF: Der Lebensroman des Leutnants Bringolf sel., Zürich 1927, S. 231. Zu den wirtschaftlichen Folgen der Grenzziehung für die strukturschwache Westpfalz vgl. Fritz BLAICH: Grenzlandpolitik im Westen 1926–1936. Die „Westhilfe“ zwischen Reichspolitik und Länderinteressen, Stuttgart 1978.

²¹³ Zitiert nach ALLOT, S. 366. Neben der französischen Textfassung war lediglich die englische Version maßgebend für Auslegungen. Vgl. die deutsche Fassung des Saarstatuts im RGBI 1919/I, S. 769–803.

(Art. 45)²¹⁴. Das Eigentums- und Ausbeutungsrecht des französischen Staates erstreckte sich sowohl auf die preußischen und bayerischen Staatsgruben als auch auf die beiden in Privatbesitz befindlichen kleineren Zechen Frankenholz²¹⁵ und Hostenbach. Außer den eigentlichen Förderbetrieben ging ebenso das Eigentum an den zahlreichen Nebenanlagen (Elektrizitätswerke, Kokereien, Schulen, Wohnhäuser usw.) schulden- und lastenfrei in den Besitz Frankreichs über. Gegnern wie Anhängern der Idee einer französisierten Saar war gleichermaßen klar, daß sich aus dem ökonomischen Gewicht – Frankreich war direkter Arbeitgeber von etwa 53.000 Bergleuten sowie 21.500 über Tage beschäftigten Arbeitern bzw. Angestellten – enormer politischer Einfluß ergab²¹⁶, zumal die saarländische Industrie durch die Verkehrssperre zum besetzten Gebiet noch stärker als zuvor in die Abhängigkeit der Saargruben geriet. Für das „Bureau français de ré-partition des charbons du Bassin de la Sarre“ war es daher ein Leichtes, die saarländische eisenschaffende und –verarbeitende Industrie zur Aufnahme französischen Kapitals zu zwingen. Anderenfalls drosselten die französischen Ingenieure die Kohlelieferungen derart, daß die Produktion nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Schon Mitte 1919 hatte sich bei allen saarländischen Eisenhütten eine französische Aktienmajorität durchgesetzt; lediglich den Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken in Völklingen gelang es, diese Zwangsmaßnahme abzuwehren²¹⁷.

²¹⁴ Die deutsche Propaganda ignorierte in der Folgezeit gerade diesen zweiten Aspekt der Reparationsverpflichtung, so auch Hans WESTHOFF (Bearb.): *Recht und Verwaltung im Saargebiet*, Trier 1934, S. 203. Nach § 2 der Anlage 5 zu Reparationsklauseln des Versailler Vertrages mußte Deutschland auf zehn Jahre Wiedergutmachung für die Verluste auf den nordfranzösischen Zechen leisten: In den ersten fünf Jahren je 20 Mio. t Steinkohle, danach je 8 Mio. t. Unabhängig hiervon waren zehn Jahre lang je 7 Mio. t an Frankreich, 8 Mio. t an Belgien und 4,5–8,5 Mio. t an Italien zu liefern. Schon Anfang der zwanziger Jahre konstatierte der britische Ökonom John Maynard KEYNES (*Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*, München – Leipzig 1920), daß angesichts der Abtrennung des Saargebietes und Oberschlesiens die Kohlenparagrafen des Vertrages nicht zu erfüllen sein würden und daher den Frieden in Europa gefährdeten.

²¹⁵ Diese saarpfälzische Grubenanlage wurde an eine französische Privatgesellschaft verpachtet. Infolge der Kohlenkrise erfolgte ab 1932 auch hier die Ausbeutung auf Rechnung des französischen Staates: Vgl. CARTELLIERI: *Wirtschaftskunde*, S. 20.

²¹⁶ Schon 1920 bezeichnete der SF (1 (1920) 14, S. 125) die französische Bergverwaltung daher als „*Gegenregierung*“, die anders als die Regierungskommission nicht der Kontrolle des Völkerbundes unterworfen war. Entsprechende Äußerungen im französischen Parlament stützten die Befürchtung, daß Frankreich die Gruben als Instrument zur Beeinflussung des Plebiszits nutzen wollte: Vgl. Weißbuch, Dok. 230, S. 358.

²¹⁷ „*Die Besetzung wurde so zur Erreichung politischer und wirtschaftsimperialistischer Ziele ausgenützt.*“: J. M. BUMILLER: *Die völkerrechtliche Stellung der fremden Truppen im Saargebiet*, Berlin – Leipzig 1928, S. 22. Vgl. hierzu Robert CAPOT-REY: *La région industrielle Sarroise. Territoire de la Sarre et Bassin Houiller de la Moselle*, Paris 1934, S. 349–456; Rolf E. LATZ: *Die Entwicklung der Schwerindustrie des Saargebietes während des Völkerbundsregimes 1920 bis 1935. Eine Studie zur Entwicklung von Kohlebergbau und eisenschaffender Industrie unter dem Einfluß der deutsch-französischen Wirtschaftsinteressen*, Saarbrücken 1978, S. 80–87 und S. 117–124; MARKUS, S. 63–68; Friedrich PACK: *Französische Wirtschaftspolitik im Saargebiet*, Bottrop 1934, S. 70–77; Hermann SVELKOUKS: *Der Franc im Saargebiet*, Stuttgart – Berlin 1922, S. 55–59.

Am 18. Januar 1920 nahm die „Administration des Mines Domaniales Françaises du Bassin de la Sarre“ ihre Tätigkeit in Saarbrücken auf²¹⁸. Unter der Leitung eines Bevollmächtigten des Ministers für öffentliche Arbeiten etablierte sich in Paris ein 16köpfiger Verwaltungsrat aus Bergwerksbesitzern, Vertretern verschiedener Ministerien, der Bergwerksarbeiterschaft und Kohlenverbrauchern. Die Geschäftsführung erfolgte unter privatwirtschaftlichen Prinzipien; bis auf einen Amortisations- und Reservefonds floß der Reingewinn vollständig an den französischen Fiskus. Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich massiv durch die Reorganisation der bestehenden zwölf Berginspektionen unter der jeweiligen Leitung eines „Ingénieur principal“. Zwischen ihm und den „Ingénieurs divisionnaires“, die für die einzelnen Schachtanlagen verantwortlich waren, fungierten nun die „Ingénieurs en Chef“ als Mittelinstanzen²¹⁹. Anstelle der bisherigen Bonner und Münchener Behörden führte das neu errichtete Saarbrücker Oberbergamt die Aufsicht; es selbst unterstand einem Mitglied der Regierungskommission. Die Entfernung der höheren deutschen Bergbeamten sicherte die französische Dominanz; lediglich die Beamten auf der mittleren und unteren Ebene wurden weitgehend übernommen. Erst im Herbst 1921 – und damit später als im Deutschen Reich – beschränkte die Arbeitsordnung der „Mines Domaniales de la Sarre“ die tägliche Arbeitszeit unter Tage auf 7,5 Stunden. Großen Unmut erregten die beiden Pachtverträge, welche die Regierungskommission in den Jahren 1923 und 1927 über die im Versailler Vertrag garantierten Rechte hinaus mit der „Société Houillère de Sarre et Moselle“ und der Firma „de Wendel & Cie.“ abschloß. Mit einer Laufzeit von 99 Jahren gestattete sie den beiden Unternehmen die Ausbeutung zweier im Warndt gelegener Kohlenfelder von lothringischer Seite aus. Im vorletzten Jahr vor dem Plebiszit förderten die unmittelbar an der Grenze zum Saargebiet errichteten Schachtanlagen Reumeaux und Peyerimhoff etwa 2 Mio. t, was etwa einem Drittel der gesamten lothringischen Kohlenförderung entsprach²²⁰.

²¹⁸ Vgl. HERR/ JAHNS, S. 180–183 und S. 221; CARTELLIERI: Wirtschaftskunde, S. 18–32; PACK, S. 27–55, WESTHOFF: Recht und Verwaltung, S. 201–212. Parallel zur Errichtung des Militärapparates im Saargebiet hielt Ende November 1918 ein Grubenkontrolldienst („Service des Mines“) auf den preußischen Fiskalbergwerken Einzug. Gemeinsam mit einem wenig später aufgebauten „Service des Forges“ wurden die beiden Schlüsselindustrien des Saarreviers vom französischen Ministère d’Armement überwacht. Etwa 100 Ingenieure aus dem zerstörten nordfranzösischen Revier trugen Sorge für die Ausbeutung der saarländischen Gruben und entschieden über Arbeitszeit, Fördermenge, Preisgestaltung und Verteilung der Kohlen. Die deutsche Bergwerksdirektion war nur noch ausführendes Organ: Vgl. Bekanntmachung des Commandant Siegler vom 04.12.18, in: HERRMANN: 1919, S. 252 ff. (Foto auf S. 252). Siehe auch: Weißbuch, Dok. 230, S. 359; SCHWARZ, S. 41; MALLMANN/ STEFFENS, S. 127.

²¹⁹ Ihnen oblag die Verwaltung der drei neuen Bergbezirke Centre, Ouest und Est: Vgl. CARTELLIERI: Wirtschaftskunde, S. 20 f. Der Anteil der Angestellten und Ingenieure am Grubenpersonal stieg um mehr als das Doppelte von 2,32% (1919) auf 5,5% (1934). Ihren Höchststand erreichte die Gesamtbelegschaft im Jahr 1924 mit 78.000 Beschäftigten über und unter Tage; 1933 waren es fast 30.000 Personen weniger: Vgl. SWS 9 (1934), S. 13; SF 2 (1921) 15, S. 209; SF 3 (1922) 22, S. 329; SF 7 (1926) 5, S. 74 f.

²²⁰ Nicht ganz zu Unrecht monierten die saarländischen Parteien dieses Arrangement als Vorspiel zu Annexion des Warndt: Im Oktober 1927 bezeichnete der französische Generaldirektor der Saargruben, André Defline (1920–1930), die Verpachtung als „*sorte de rectification de frontière*“, während zur gleichen Zeit etwa 5.300 „Lothringengänger“ (17% der Belegschaft lothringischer Steinkohlengruben: Vgl. METZ, S. 63 f.) aus dem Saargebiet auf den beiden Betrieben angelegt waren. Weiteren Unmut erregte der Verzicht der Regierungs-

Wie aus folgender Graphik ersichtlich, verzeichneten die saarländischen Gruben im Jahr 1924 ihren Förderhöchststand – nach dem Ruhrkampf des vorangegangenen Jahres herrschte verstärkter Kohlenbedarf²²¹.

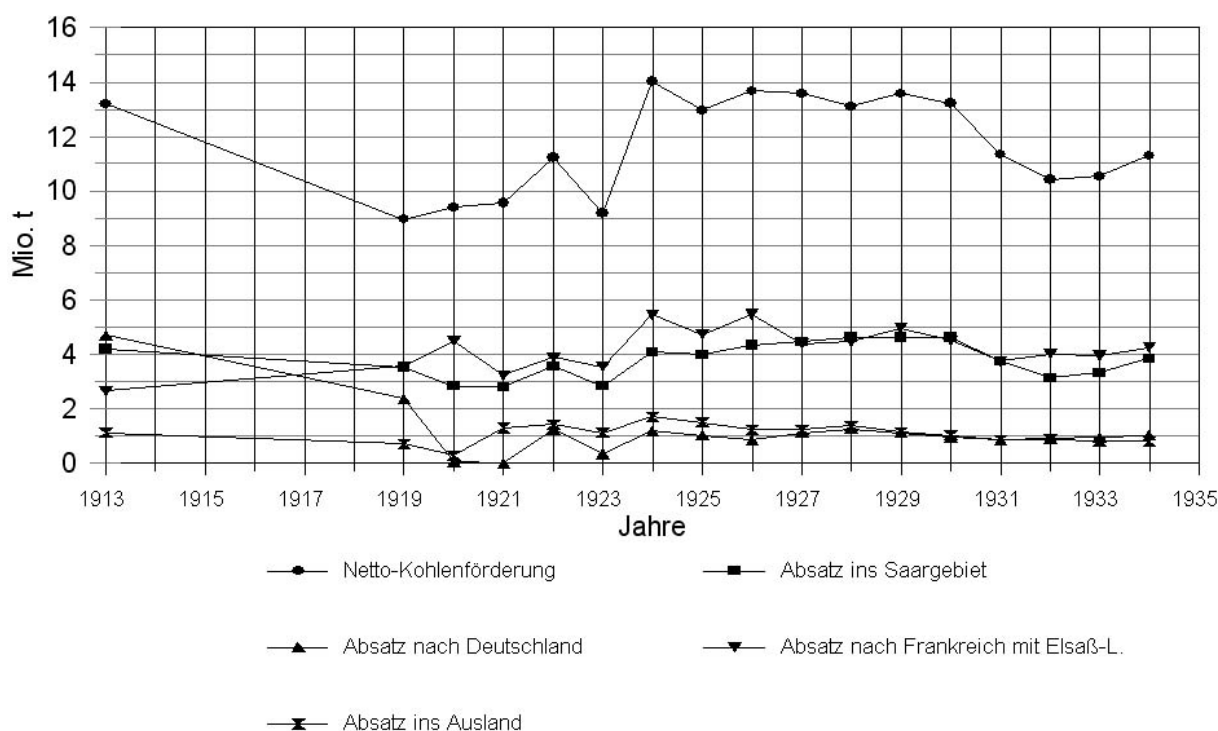


Abb. 1: Kohlenförderung und Absatz 1913-1934

Das Konjunkturohoch hatte allerdings keinen langen Bestand: Die Beendigung des Bergarbeiterstreiks in England, die Beseitigung der Kriegsschäden und die daraus resultierende Erhöhung der Förderung auf den nordfranzösischen Zechen beendeten die Blütephase. Seit 1927 und damit zwei Jahre vor der Weltwirtschaftskrise befand sich der saarländische Bergbau durch ein Kohlenüberangebot in einer Dauerkrise, aus welchem er sich bis zur Rückgliederung 1935 nicht mehr befreien konnte; erstmals seit Übernahme der Gruben 1920 wurden diese für den französischen Staat zum Verlustgeschäft²²². Durch die Steigerung des Exports auf den süddeutschen

kommission, die Gesellschaften fiskalisch zu belangen, da im Saargebiet keine Grubenanlagen über Tage errichtet worden waren: Vgl. HERR/JAHNS, S. 195 ff.; PACK, S. 56–61; SF 8 (1927) 8, S. 120 f.

²²¹ Vgl. SWS 9 (1934), S. 13–17; HELLWIG: Saar zwischen Ost und West, S. 41–59. Selbstverständlich gingen die Veränderungen bei Förderung und Absatz zwischen 1913 und 1919 nicht so linear von statten, wie dies die Graphik suggeriert. Auf diese Weise zeigt sich allerdings die Umkehr des Kohlenabsatzes am deutlichsten: Während vor dem Krieg über ein Drittel der an der Saar geförderten Kohlen ins Deutsche Reich (ohne Elsaß-Lothringen) gingen und nur ein Fünftel nach Westen exportiert wurde, brach der Absatz nach Deutschland Anfang der zwanziger Jahre fast gänzlich zusammen und stabilisierte sich auf niedrigem Niveau (6–9%), während Frankreich ab 1920 der größte Abnehmer mit einem Anteil von bis zu 40% (1926) war. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die Einführung des Francs an der Saar bzw. die steigende Inflation im Reich. Der Verbrauch im Saargebiet selbst sowie der Absatz ins Ausland unterlag bei weitem nicht derartigen Schwankungen.

²²² Von 1920 bis 1928 erwirtschaften die Saargruben einen Gesamtüberschuß von fast 632 Millionen Francs: Vgl. Tafel 6, in: BÜRCKEL [u.a.] (Hrsg.): Kampf um die Saar; Werner LEHMANN: Abriß der Wirtschaftsgeschichte

Markt versuchte die Administration des Mines Domaniales dieser Kohlenkrise, die primär eine Absatzkrise war, zu begegnen. Zwar führte ein spezieller Durchgangstarif der Reichsbahn im Herbst 1927 wieder zur einer stärkeren Position der Saarkohle in Deutschland, doch wurde dieser Wettbewerbsvorteil durch die Einführung von Staffeltarifen bei der Reichsbahn und den Ausbau der Wasserwege weitgehend nivelliert²²³. Mit der Erkenntnis, daß Frankreich kaum das Plebiszit für sich würde entscheiden können, sank die Bereitschaft der französischen Administration des Mines, weiterhin in die Saargruben zu investieren. Bis zur Rückgabe an Deutschland 1935 sollte daher größtmöglicher Profit aus dem Pfand gezogen werden: Unrentable Zechen wurden stillgelegt²²⁴, überzählige Arbeiter entlassen und Feierschichten gehörten in den letzten Jahren der französischen Verwaltung zum Alltag der Bergleute²²⁵.

Nach einer fünfjährigen Übergangsfrist wurde das Saargebiet vollständig in das französische Zollsystem eingegliedert. Bis 1925 genossen die aus dem Saargebiet stammenden Erzeugnisse freie Einfuhr nach Deutschland; ebensowenig wurden auf reichsdeutsche Waren Zölle erhoben, sofern sie für den örtlichen Verbrauch bestimmt waren. Zum Schutz der eigenen Wirtschaft kontingentierte Frankreich während dieser Übergangsfrist die deutschen Waren, Rohstoffe und Halbfabrikate für den Import nach Frankreich auf den Jahresdurchschnitt von 1911 bis 1913 (§ 31 Saarstatut). Mangelnde Kapazitäten des französischen Marktes und infolgedessen alarmierende Absatzschwierigkeiten der saarländischen Wirtschaft führten dazu, daß bereits ein halbes Jahr nach Errichtung der Zollschranke (10. Januar 1925) zwischen der französischen und deutschen Regierung Sonderkonditionen vereinbart werden mußten²²⁶.

Nach § 32 des Saarstatuts unterlag der Umlauf französischen Geldes im Saargebiet „*aucune prohibition ni restriction*“, wodurch der französische Staat das Recht erhielt, alle Käufe und Zahlungen in Zusammenhang mit dem Grubenbetrieb in Francs abzuwickeln. Sukzessive wurden nach den Bergleuten auch die Beamten, Hüttenarbeiter und weitere Gruppierungen in Francs entlohnt, bis die Regierungskommission durch Verordnung vom 1. Juni 1923 der nicht länger hinnehmbaren Phase der Doppelwährung ein Ende bereitete und den französischen Franc als alleiniges Zahlungsmittel einführte²²⁷.

des Saargebietes. Teil I, Saarbrücken 1925, S. 66; SF 13 (1932) 17, S. 285. Das Wegbrechen der Gewinnmarge trug in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zur Bereitschaft Frankreichs bei, die Saarfrage vorzeitig zu liquidieren.

²²³ Der Preis pro Tonne Förderkohle ab Zeche belief sich 1928 auf umgerechnet 18 Mk. bei Saarfettkohle gegenüber 14,87 Mk. bei Ruhrfettkohle. Eine ähnliche Relation war auch noch Anfang 1934 festzustellen, als Saarkohle mit umgerechnet 17,50 Mk. 23% teurer als die ohnehin qualitativ hochwertigere Ruhrkohle war: Vgl. HERR/ JAHNS, S. 205; CARTELLIERI: Wirtschaftskunde, S. 29.

²²⁴ Sieben der ehemals 30 saarländischen Gruben wurden 1931/32 geschlossen: Vgl. ebd., S. 21.

²²⁵ Zur Reaktion der deutschen Saarpropaganda hierzu vgl. S. 213 ff.

²²⁶ Vgl. SF 6 (1925) 15, S. 241 ff.; SF 6 (1925) 16, S. 265–268.

²²⁷ Vgl. Verordnung Nr. 352 (22.05.23), in: Amtsblatt der Regierungskommission 4 (1923) 13, S. 114 f. Vgl. hierzu: Albert LÜTKE (Hrsg.): Die Währungsverordnung und die Umstellungsbestimmungen für das Saargebiet vom 18. Mai 1923, Saarbrücken [u.a.] 1923; SVELKOUKS: Der Franc.

Da § 14 des Saarstatuts dem französischen Staat das Recht einräumte,

„[de] fonder et entretenir, comme dépendances des mines des écoles primaires ou techniques à l'usage du personnel et des enfants de ce personnel et y faire donner l'enseignement en langue française, conformément à des programmes et par des maîtres de son choix“,

erwuchs in der Schulfrage weiteres Konfliktpotential. Sukzessiv wurde der Adressatenkreis der französischen Schulen ausgeweitet, bis die Regierungskommission schließlich am 10. Juli 1920 die Verfügung erließ, daß auch die Kinder des nichtfranzösischen Personals ihrer Schulpflicht auf den Domanialschulen genügen konnten. Eine weitere Verordnung vom gleichen Tag gestattete den Eltern, die nicht zum Personal der Administration des Mines gehörten, ihre Kinder auf die französischen Lehranstalten zu schicken²²⁸. Somit konkurrierten während der Völkerbundsjahre zwei verschiedene Schulsysteme an der Saar miteinander: Die bisherige deutsche Schule, welche in Vertretung Bayerns und Preußens der Regierungskommission unterstand, sowie die französische Schule unter Leitung des „Service de l'enseignement“ der Grubenverwaltung. Aus heutiger Sicht eine Selbstverständlichkeit, war die Entscheidung, im Frühjahr 1922 auch an deutschen Schulen fakultativen Französischunterricht einzuführen, für viele Saarländer eine Zumutung²²⁹.

In dieser frühen Phase setzten die Franzosen noch große Hoffnungen darauf, daß die zweisprachig erzogenen und französisch geprägten jungen Erwachsenen nach der 15jährigen Übergangsphase für den Anschluß an Frankreich votierten²³⁰.

Das Deutsche Reich hatte zugunsten des Völkerbundes – „*considérée ici comme fidéicommissaire*“ – auf die Regierungsbefugnisse im Saargebiet zu verzichten (Art. 49 VV). Diese wurden wiederum einem fünfköpfigen Gremium mit Sitz im Saargebiet übertragen. Neben einem Franzosen und einem „*membre non français, originaire et habitant du territoire du*

²²⁸ Vgl. hierzu: Weißbuch, Dok. 194–199, S. 312–319; Gerhard BUNGERT/ Klaus-Michael MALLMANN: Die Domanialschulen, in: Saarheimat 20 (1976) 12, S. 228–231; Die französischen Domanialschulen im Saargebiet. Denkschrift der III. Lehrerkammer für das Saargebiet, Saarbrücken 1929; Gottfried FITTBOGEN: Die französischen Schulen im Saargebiet. Eine Studie, Berlin 1925; Der Notenwechsel über die französischen Schulen im Saargebiet, Berlin 1924; Peter Alwin VOGT: Die rechtlichen Grundlagen der französischen Schulpolitik im Saargebiet, Köln 1929; ZENNER: Parteien und Politik, S. 100–107. Zur französischen Position vgl. Paul BOURSON: Autour de la question sarroise, Strasbourg 1930, S. 119–130.

²²⁹ „Sprachenpolitik nutzt, wenn sie von der Politik instrumentalisiert wird, sprachliche Gegebenheiten für nichtsprachliche Zwecke. Sie ist insbesondere nützlich für die Rechtfertigung bestehender Grenzen oder bei einer angestrebten Grenzveränderung. Es erstaunt deshalb kaum, daß Sprachenpolitik gerade in Grenzregionen eine wichtige Rolle spielt. Grenzregionen sind öfter sprachpolitischen Maßnahmen ausgesetzt, die in erster Linie politischen Zielen des Gesamtstaates und nicht den Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete dienen, und sprachpolitische Maßnahmen, die den Gesamtstaat betreffen, erfahren hier vielfach eine besonders markante Ausprägung.“: Roland MARTI: Einleitung, in: DERS. (Hrsg.): Sprachenpolitik in Grenzregionen. Politique linguistique dans les régions frontalières, Saarbrücken 1996, S. 11–16, hier: S. 11. Vgl. auch Jakob SZLISKA: Westliche Kulturbestrebungen, in: BÜRCKEL [u.a.] (Hrsg.): Kampf um die Saar, S. 292–316, hier: S. 299–305.

²³⁰ Vgl. hierzu die vielzitierte Rede des französischen Abgeordneten Desiré Ferry vom 22.02.23 auf einer Sitzung der „Union du Commerce et de l'Industrie“, in: Wilhelm MARTIN: Die französische Schule im Saargebiet, in: BÜRCKEL [u.a.] (Hrsg.): Kampf um die Saar, S. 317–326, hier: S. 317; SF 4 (1923) 13, S. 170; SF 4 (1923) 16, S. 218 ff.; SF 5 (1924) 21, S. 320 f.

„*Bassin de la Sarre*“ sollten dem Ausschuß drei weitere Mitglieder angehören²³¹. Rasch setzte sich für das Gremium, das mit Stimmenmehrheit entschied und dessen Mandat jährlich vom Völkerbundsrat bestätigt werden mußte, die Bezeichnung „Regierungskommission“ durch (§§ 16–19). Alle Gesetze und Verordnungen, die im Bereich des Saargebiets vor dem 11. November 1918 in Kraft waren, wurden mit Ausnahme der aufgrund des Kriegszustands getroffenen Bestimmungen bestätigt. Vor der Verabschiedung neuer Verordnungen und ebenso vor der Erhebung weiterer Abgaben und Steuern mußten die gewählten Vertreter der Bevölkerung gehört werden (§§ 23, 26)²³². Der Gebrauch der Muttersprache, das bestehende Schulsystem, die religiösen Freiheiten und örtlichen Vertretungen wurden ausdrücklich garantiert (§ 28)²³³.

„Les présentes dispositions ne porteront aucune atteinte à la nationalité actuelle des habitants du territoire du Bassin de la Sarre. Aucun obstacle ne sera opposé à ceux qui désireraient acquérir une autre nationalité, étant entendu qu'en pareil cas leur nouvelle nationalité sera acquise à l'exclusion de toute autre.“ (§ 27)

Die Regierungskommission war für den Schutz der Interessen der Saarbevölkerung im Ausland verantwortlich. Gegen den Widerstand der Reichsregierung übertrug sie diesen bereits im Sommer 1920 dem französischen Staat und schuf durch eine ebenso umstrittene Verordnung vom 23. Mai 1921 für die Saarländer und zugezogene Ausländer die „Eigenschaft als Saareinwohner“²³⁴.

²³¹ Diese drei weiteren Mitglieder durften weder die deutsche noch die französische Nationalität besitzen. In den 15 Jahren der Völkerbundsverwaltung arbeiteten insgesamt je zwei Kanadier und Briten sowie ein Däne, ein Belgier, ein Tschechoslowake, ein Jugoslawe, ein Spanier und ein Finne in der Regierungskommission: Vgl. ZENNER: Parteien und Politik, S. 420–423. Die Kommission tagte gewöhnlich zweimal wöchentlich und verfaßte vierteljährliche Berichte an den Völkerbundsrat, welche im Amtsblatt des Völkerbundes veröffentlicht wurden: Vgl. Procès-Verbaux de la Commission de Gouvernement de la Sarre, in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 1–46; Journal Officiel, hrsg. von der Société des Nations, 1 (1920) – 16 (1935). Vgl. allgemein CURT GROTEN: Die Rechtsstellung der Regierungskommission des Saargebietes im Organismus des Völkerbundes, in: SF 13 (1932) 8, S. 118 f.; SF 13 (1932) 10, S. 147 ff.; DERS.: Das Regierungssystem an der Saar, in: BÜRCKEL [u.a.] (Hrsg.): Kampf um die Saar, S. 113–157; HIRSCH: Saar von Genf, S. 51–54 und S. 65–91; WESTHOFF: Recht und Verwaltung. Eine kritische zeitgenössische Darstellung mit konstruktiven Verbesserungsvorschlägen legte Frank M. RUSSELL (The International Government of the Saar) vor.

²³² Bis zur Errichtung des Landesrates nahmen lediglich die lokalen Vertretungen zu Verordnungsentwürfen der Regierungskommission Stellung. Es blieb der Saarregierung aber vorbehalten, über die näheren Modalitäten zu entscheiden, d.h. sie war nicht an die gutachterlichen Empfehlungen der „*représentants élus*“ gebunden. „*Man darf sich mit Recht fragen, ob dies nicht eine Wiedergeburt des aufgeklärten Absolutismus war:*“: HIRSCH: Saar in Versailles, S. 53. Eine grundlegende Veränderung trat durch den 1922 eingerichteten Landesrat nicht ein, dem die üblichen parlamentarischen Befugnisse wie das Initiativrecht, das Interpellationsrecht oder das Budgetrecht vorenthalten blieben. Die fehlende Immunität der Abgeordneten – per Wahlordnung ausschließlich gebürtige Saarländer – verhinderte die Kontrolle der Regierung. Ungeachtet dieser überholten Relikte des klassischen Obrigkeitsstaates entwickelte sich der Landesrat zu einem wichtigen Sprachrohr der Interessen des Saargebiets: Vgl. ZENNER: Parteien und Politik.

²³³ Auf ausdrücklichen Wunsch der französischen Delegation in Versailles war das Wahlrecht zu reichsdeutschen Parlamenten und sonstigen Vertretungskörperschaften suspendiert worden: Vgl. TARDIEU, S. 304.

²³⁴ Vgl. Verordnung Nr. 530 (23.05.21), in: Amtsblatt der Regierungskommission 2 (1921) 4, S. 92 f. Ziel der Verordnung sei es gewesen, „*das reinrassige deutsche Saargebiet [...] im Sinne französischer Aspirationen in eine Mischrasse*“ zu verwandeln: SF 8 (1927) 4, S. 52. Vgl. hierzu: Horst GEIERSBACH: Staatsangehörigkeitsfragen im Saargebiet, Göttingen 1934, S. 24–38.

Im Saargebiet bestand weder eine allgemeine Wehrpflicht noch freiwilliger Heeresdienst; zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sollte eine örtliche Gendarmerie eingerichtet werden (§ 30), deren Aufbau allerdings nur schleppend vonstatten ging²³⁵.

Das dritte und letzte Kapitel des Saarstatuts regelte die Volksabstimmung über die künftige staatsrechtliche Stellung des Saargebiets:

„A l’expiration d’un délai de quinze ans, à compter de la mise en vigueur du présent Traité, la population du territoire du Bassin de la Sarre sera appelée à faire connaître sa volonté comme il suit:

Un vote aura lieu par commune ou par district et portera sur les trois alternatives suivantes:

a) maintien du régime établi par le présent Traité et par la présente Annexe;

b) union à la France;

c) union à l’Allemagne.“

Unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Nationalität oder ihrem Stand sollten alle Personen stimmberechtigt sein, deren Wohnsitz am 28. Juni 1919 in den Grenzen des Saargebietes gelegen hatte und die am Tag der Abstimmung das 20. Lebensjahr vollendet hatten. Unter der Prämisse, daß *„la liberté, le secret et la sincérité“* der Stimmabgabe gewährleistet sein würde, oblag es dem Völkerbundsrat, zu gegebener Zeit detaillierte Ausführungsbestimmungen und den genauen Zeitpunkt des Plebiszits festzulegen (§ 34). Die endgültige Entscheidung über den Verbleib des Saargebiets, also die Interpretation des Abstimmungsergebnisses, blieb dem Völkerbund vorbehalten, wobei explizit auch die Möglichkeit einer Teilung des Gebietes in Betracht gezogen werden konnte (§ 35).

Für den Fall, daß die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausgehen werde, war das Reich gemäß § 36 des Saarstatuts zum Rückkauf der Eigentumsrechte an den Gruben und Nebenanlagen verpflichtet. Wie im Statut gefordert, einigte sich Anfang Dezember 1934 eine Dreierkommission auf den Kaufpreis²³⁶, den das Deutsche Reich binnen eines Jahres zu entrichten hatte. Anderenfalls hätte diese Dreierkommission auf Weisung des Völkerbundes für die

²³⁵ Vgl. BUMILLER; RUSSELL: *The International Government*, S. 184–197. Siehe hierzu Kap. 6.1.

²³⁶ Am 03.12.34 wurde in Rom eine Rückgliederungsvereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland unterzeichnet, in welcher Frankreich auch nach außen zu erkennen gab, daß es mit keiner anderen Lösung als der Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland rechnete. Gegen die Zahlung von 900 Millionen Francs wurde das Eigentum des französischen Staates an den Bergwerken, Eisenbahnen usw. an das Dritte Reich übertragen. *„Der Führer und Reichskanzler bezeichnete den Abschluß des Abkommens als einen unzweifelhaften Erfolg, der auf das Konto des Wiedererstarkens Deutschlands als Großmacht zurückzuführen sei. Die Franzosen hätten die Gelegenheit zu einem Präventivkrieg endgültig verpaßt. Daher seien auch die Annäherungsbestrebungen von französischer Seite zu erklären. Die Regelung der Saarfrage, wie sie in dem Abkommen gestaltet sei, wäre als die erste außenpolitische Rechtfertigung der inneren Neugestaltung Deutschlands zu verstehen.“*: Protokoll der Ministerbesprechung vom 04.12.34, in: AdR Hitler, II/1, Dok. 53, S. 201. Siehe hierzu: Vgl. JO 16 (1935) 3, S. 461 und S. 470–478; Wilfried LOTH: *Frankreichs Abschied von der Saar*, in: VAN DÜLMEN [u.a.] (Hrsg.): *Erinnerungsarbeit*, S. 65–74, hier: S. 72; JACOBY: *Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme*, S. 149–158; MUSKALLA, S. 32–46; ADAP, C III/2, Dok. 372, S. 685 f.

Liquidation der Grubenanlagen zu sorgen gehabt²³⁷. § 38 gestattete den beiden Hauptinteressenten, die Bestimmungen der §§ 36 und 37 in direkten Verhandlungen zu revidieren.

Die nationalistisch aufgeladene zeitgenössische Kritik am Saarstatut²³⁸ verhinderte eine urteilsfreie und konstruktive Kooperation mit der als landesfremd empfundenen Regierungskommission. Schuld daran waren vor allem die Meinungsführer des öffentlichen Lebens, die, von unbedeutenden frankophilen Splittergruppen abgesehen, innerhalb der Kirchen, Vereine, Gewerkschaften und nicht zuletzt in den Parteien des Saargebietes jenen Konfrontationskurs vorexerzierten, der das politische Leben der Völkerbundszeit an der Saar charakterisierte²³⁹:

Bis 1933 herrschte von den Kommunisten auf der Linken über die bürgerliche Mitte bis hin zur extremen Rechten – die freilich vor der „Machtergreifung“ im Reich nur eine unbedeutende Rolle spielte – prinzipielle Einigkeit über den Wunsch nach Wiedervereinigung. Schon Jahre vor dem Plebiszit proklamierte ein Arbeiterführer:

*„Die Staatsform, die Farbenfrage spielt für uns keine Rolle, wir wollen zum deutschen Vaterland zurück, gleichgültig, ob es ein monarchischer, ein republikanischer oder ein kommunistischer Staat ist - wir wollen nur deutsch sein und deutsch bleiben!“*²⁴⁰

Dies unterschied sich nur wenig von Äußerungen, wie sie der saarländische Großindustrielle Hermann Röchling vor der Trierer Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine im August 1932 traf:

²³⁷ Im ursprünglichen Entwurf, den die Ententestaaten der deutschen Delegation am 07.05.19 übergaben, war noch eine andere Regelung getroffen worden: Sollte Deutschland nicht binnen eines halben Jahres in der Lage sein, die Gruben zum festgelegten Preis in Gold zurückzukaufen, wäre das Gebiet endgültig an Frankreich gefallen. Diese Modifizierung des § 36 war die einzige wesentliche Abänderung des Saarstatuts: Vgl. Urkunden zum Friedensschluß, Anhang, S. 970.

²³⁸ Vgl. exemplarisch: Hermann SAVELKOULS: Die Wirtschaft im Saargebiet, in: BÜRCKEL [u.a.] (Hrsg.): Kampf um die Saar, S. 158–216, hier: S. 168: *„Es gibt wohl kein Dokument in der neueren Geschichte, wo Menschen, gar eine Bevölkerung von 800.000 Seelen, in solch schamlos offener Weise einfach als Zubehörteil von Industrieanlagen behandelt werden, und wo rücksichtslos über den geschlossenen nationalen Willen hinweggeschritten wird. Die Saarländer sind nach dieser Auffassung nur die Leibeigenen, die Grundholde, sie sind Zubehör des Kohlenlagers, wie die Maschinen, wie die Schächte, sie gehören zum Kohlengebiet, und sie sollten so als Sache behandelt und verhandelt werden.“*

²³⁹ Vgl. hierzu: LINSMAYER: Politische Kultur. Ferner: LOTH: Die Saarfrage und die deutsch-französische Verständigung, S. 279; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 25–38; PAUL: Deutsche Mutter, S. 48–61; Emil STRAUS: Die gesellschaftliche Gliederung des Saargebietes. Eine soziographische Beschreibung, Würzburg 1935, S. 109–128; ZENNER: Parteien und Politik, S. 202–205. Ein unbekannter Beobachter beurteilte Mitte der zwanziger Jahre die politische Reife der Saarländer noch sehr pessimistisch: *„Zur Zeit kann man sich das Saargebiet nicht anders denken, als wie eine philanthropische Erziehungsanstalt, wo die Zöglinge irrtümlicherweise wie Großjährige behandelt werden, mit der Folge, daß die sich dauernd widerspenstig und ungezogen benehmen, ihre Versorger ständig ärgern und die Aufsichtsbehörde in Genf periodisch zur Verzweiflung bringen.“*: Vgl. die Denkschrift über „Psychologische und vermittelnde Betrachtungen über den Völkerbund und das Saargebiet“ (Juli 24), in: Arch. SDN 19–27, Sous-Section Saar Basin, R 96/37.483/2.

²⁴⁰ SF 5 (1924) 11, S. 155. *„Wenn auch das ‚Gefühl Deutschland‘ je nach politischer Zugehörigkeit in anderen Farben geträumt wurde - schwarz-rot-goldene Republik oder braunes Reich, schwarz-weiß-rote Kaiserzeit oder rotes Sowjet-Deutschland -, der Weg zurück in den Schoß der Nation erschien allen als Silberstreif am Horizont.“* MALLMANN: Neue Bücher, S. 188.

„Wir stehen vor der Tür des Vaterhauses und wollen hinein, gleichgültig, welche Hausordnung gerade in ihm gilt.“²⁴¹

Aus der negativen Haltung zum Völkerbundsregime an der Saar einerseits sowie aus der quer durch alle politischen Lager und Milieus gehenden Haltung in der Frage der Rückgliederung andererseits entwickelte sich die allseits beschworene „Einheitsfront“. Gestärkt wurde sie durch die fehlenden parlamentarischen Mitspracherechte des saarländischen Landesrates, dessen Fraktionen nicht unter dem Zwang standen, Gesetzesinitiativen gegen konkurrierende Parteien verteidigen zu müssen.

Sieht man von der 1924 gegründeten „Deutsch-saarländischen Volkspartei“²⁴² ab, so entsprachen die Saarparteien weitgehend den reichsdeutschen Mutterparteien. In einer von Katholiken dominierten Region entwickelte sich das Zentrum zum Gegenpol zur preußisch-protestantischen Obrigkeit²⁴³, wie auch die mit der Partei eng verbundenen katholischen Arbeitervereine und Gewerkschaften an der Saar eine Alternative zum sozialistischen Gedankengut darstellten. Anders als auf Reichs- oder Länderebene konnte das Zentrum seine Stellung als stärkste Kraft während der Völkerbundsjahre behaupten und mußte nur geringfügige Stimmeneinbußen hinnehmen²⁴⁴. In enger Bindung an das rheinische Zentrum sah es sich selbst als eine Partei der bürgerlichen Mitte, die darauf achtete, Distanz zu den Gruppierungen am Rand des politischen Spektrums zu wahren und durch die Umsetzung christlich-moralischer Grundsätze den sozialen Ausgleich zu schaffen. Damit einher ging in den Völkerbundsjahren stets die Forderung nach vollständiger Rückgliederung des Mandatsgebiets an das deutsche Mutterland.

Wie an anderer Stelle ausgeführt, bereiteten die patriarchalisch-repressiven Fürsorgemaßnahmen der Arbeitgeber – allen voran des preußischen Bergbaus – und der starke Einfluß des politischen Katholizismus der Sozialdemokratie große Schwierigkeiten, in der Saarregion als Arbeiterpartei Fuß zu fassen. Nach dem Krieg erlebten die in Berlin zur Regierungskraft aufgestiegenen „vaterlandslosen Gesellen“ auch an der Saar zunächst einen sprunghaften Aufschwung, was sich

²⁴¹ SF 13 (1932) 16, S. 243. Vgl. ebenso das Fazit zur Würzburger Bundestagung 1927: „Man will zurück zum Reich um jeden Preis, ganz gleich wie es aussieht und in Zukunft werden wird.“ (SF 8 (1927) 18, S. 342) bzw. die Beiträge Picks und Ollmerts in: SF 10 (1929) 12/13, S. 266; SF 13 (1932) 16, S. 248 f. Um so schwieriger war es für die Status-quo-Bewegung im Abstimmungskampf, von diesem jahrelang gefestigten Basiskonsens abzurücken und das Votum 1935 erstmals von der Staatsform in Deutschland abhängig zu machen. Vgl. hierzu die Rede des Saarbevollmächtigten Bürckel in Kaiserslautern vom 18.10.34, in: Josef BÜRCKEL: „Wir wollen den Frieden, sie leben vom Haß“, in: DERS. [u.a.] (Hrsg.): Kampf um die Saar, S. 401–423.

²⁴² Die DSVP entstand aus dem Zusammenschluß der Liberalen Volkspartei und der DDP; ihr herausragender Vertreter im Landesrat war Hermann Röchling; Vgl. ZENNER: Parteien und Politik, S. 170–179.

²⁴³ Da die soziale Grenzen oftmals entlang der konfessionellen Grenzen verliefen, ging Gerhard PAUL (Bastion im Westen, S. 27) sogar so weit, dem Katholizismus „das Ansehen einer Unterschichtenreligion“ zu attestieren: „Klassenauseinandersetzungen hatten an der Saar daher immer auch konfessionellen Charakter, Glaubenskämpfe umgekehrt Klassencharakter.“

²⁴⁴ In den vier Wahlen zum Landesrat errang die erste moderne „Volkspartei“ jeweils zwischen 42,8 und 47,7% der abgegebenen Stimmen und stellte damit 14 bzw. 16 der insgesamt 30 Mandate; Vgl. GESTIER, S. 1–129; Maria ZENNER: Saarländischer Katholizismus in der Völkerbundszeit, in: MALLMANN [u.a.] (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie, S. 143–147.

einerseits in Mitgliederzahlen, andererseits in Wahlergebnissen niederschlug²⁴⁵. Charakteristisch für die organisatorisch defizitäre saarländische SPD war ihr betont nationalpatriotischer Kurs: Ebenso energisch, wie sie sich gegen den Vorwurf der Religionsfeindlichkeit zur Wehr setzte, ließ sie bis 1933 keinen Zweifel an ihrem Bekenntnis zur Rückgliederung aufkommen. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Kräften trat sie – insbesondere unter ihrem neuen Vorsitzenden Max Braun – für Völkerverständigung, Aussöhnung mit Frankreich und eine konstruktive Mitarbeit im Völkerbund ein, was sie allerdings nicht daran hinderte, die Mißstände des Genfer Systems an der Saar in aller Deutlichkeit anzuprangern.

Im Gegensatz zu ihrer Schwesterpartei gelang es der KPD während der Völkerbundsjahre, neue Anhänger zu mobilisieren bzw. der SPD Wähler abzuwerben²⁴⁶, so daß sie diese erstmals in den Landesratswahlen 1928 überrundete. Vier Jahre später stellte sie mit acht Abgeordneten (23,1%) die zweitstärkste Partei in der von ihr als „*Parlamentskomödie*“²⁴⁷ verspotteten Kammer. Predigte die moskautreue Sektion sonst den Internationalismus, so nahm sie in der Frage der staatsrechtlichen Zugehörigkeit der Saar eine ähnliche Position wie ihre bürgerlichen Konkurrenten ein:

*„Wir sprachen deutsch und fühlten uns immer als Deutsche. [...] Für uns stand fest, daß das Saargebiet eines Tages wieder zu Deutschland kommen würde. Die Frage für uns war, ob das dann ein kapitalistisches oder ein sozialistisches Deutschland [...] sein würde.“*²⁴⁸

Als revolutionäre Partei blieb sie dennoch innerhalb der saarländischen Parteienlandschaft weitgehend isoliert und konnte nicht die Rolle spielen, die ihrem Wählerpotential entsprochen hätte. Ihr Festhalten an der Sozialfaschismusthese verhinderte in den Jahren der Völkerbundsverwaltung eine Kooperation mit den Sozialdemokraten; erst wenige Monate vor der Saarabstimmung wich sie Mitte 1934 von ihrem Konfrontationskurs ab und schloß ein Einheitsfrontbündnis zur Bekämpfung des Nationalsozialismus. Im Abstimmungskampf wurde die KPD fast vollständig von reichdeutschen Kommunisten gesteuert, die entweder als Emigranten an die Saar geflüchtet oder wie Herbert Wehner nach dort delegiert worden waren.

Obwohl erste Ortsgruppen bereits seit den frühen Zwanzigern existierten, blieb die saarländische NSDAP vor 1933 weitgehend bedeutungslos. Die Dominanz der links-proletarischen und

²⁴⁵ Ihren Stimmenanteil von über 36% in den Wahlen zur Nationalversammlung konnte die SPD allerdings nicht behaupten: Ihr bestes Ergebnis (18,4%) bei den Landesratswahlen 1924 brachte ihr 6 Sitze ein; bis 1932 halbierte sich ihre Mandatszahl zugunsten der KPD: Vgl. VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 39–47; ZENNER: Parteien und Politik, S. 179–190.

²⁴⁶ Ihre große Anziehungskraft auf Jungwähler und Arbeitslose basierte weniger auf ihren Sozialutopien als vielmehr auf ihrer harschen Kritik an den bestehenden Verhältnissen. Zur saarländischen KPD während der Völkerbundsjahre vgl. Günter BERS: Der Bezirk Mittelrhein/ Saar der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Jahre 1922, Wentorf/Hamburg 1975, S. 14–17; Joachim HEINZ: Zum Abstimmungskampf an der Saar 1933–1935, in: ZGSaarg 38/39 (1990/91), S. 118–147; MALLMANN/ STEFFENS, S. 187–192; VON ZUR MÜHLEN, S. 48–63; ZENNER: Parteien und Politik, S. 190–202 und die orthodox marxistische Kritik an ihrer Darstellung bei Luitwin BIES: Klassenkampf an der Saar.

²⁴⁷ So der Abgeordnete Helfgen über den Landesrat. Zitiert nach ebd., S. 32.

²⁴⁸ HONECKER, S. 17 f. Honecker war seit Ende 1931 politischer Leiter der KJVD-Bezirksleitung an der Saar.

katholischen Milieus²⁴⁹, Restriktionen der Regierungskommission, fehlende Profilierungsmöglichkeiten, interne Streitigkeiten und mangelnde Unterstützung von Seiten der Münchener Mutterpartei verzögerten die Konsolidierung der Protestbewegung²⁵⁰. Während die reichsdeutsche NSDAP im Reichstag die stärkste Fraktion stellte, gelang es ihrer saarländischen Sektion dank der propagandistischen Unterstützung des pfälzischen Gauleiters Bürckel erstmals 1932 mit 6,7% der Stimmen zwei Landesratsmandate zu erringen. Doch erst als sich die Hitler-Partei mit der Machtübernahme in Berlin als regierungsfähig darstellen konnte, erlebte die bis dahin stark mittelständisch geprägte NSDAP auch an der Saar einen beträchtlichen Aufschwung: Massenhafter Zulauf in den verschiedenen Parteigliederungen und Übertritte von Vertretern anderer Parteien ließen die bisherige Splittergruppierung nach 1933 zum Rückgrat der „Deutschen Front“ werden, mit deren Hilfe die Saarländer auf die Rückgliederung eingeschworen werden sollten. Wie in früheren Episoden der saarländischen Geschichte auch liefen die organisatorischen Fäden dieser Einheitsbewegung außerdem des Saargebiets, in Berlin bzw. im pfälzischen Neustadt zusammen.

²⁴⁹ Zur Begrifflichkeit vgl. Mario Rainer LEPSIUS: Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: DERS. (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 25–50 und S. 337 ff.; PAUL/ MALLMANN: Milieus und Widerstand, S. 26–59 und S. 154–204.

²⁵⁰ Im Jahr 1930 zählte die Partei gerade 261 Mitglieder: Vgl. Luitwin BIES: Zur Entwicklung der faschistischen NSDAP im Saargebiet (1926–1929). Kleinbürgerliche Kräfte auf kapitalistischen Positionen, Saarbrücken 1977; PAUL: Deutsche Mutter, S. 62–91; DERS.: Die NSDAP des Saargebietes 1920–1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987; DERS.: „Schlagt die Hakenkreuzler mit dem Knüppel zum Dorf hinaus!“ Die NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, in: MALLMANN [u.a.] (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie, S. 140–143; ZENNER: Parteien und Politik, S. 251–255.

TEIL I

PRIVATE SAARPROPAGANDA
1918 – 1933

Kapitel 1: Die deutsche Saarpropaganda zwischen Waffenstillstand und Unterzeichnung des Friedensvertrages – Der Saargebietsschutz

Die Nachricht von der deutschen Mobilmachung und dem darauf folgenden Kriegsausbruch versetzte auch die Bevölkerung an der Saar Anfang August 1914 in eine kurzzeitige nationale Euphorie. Die „Saarbrücker Zeitung“, das auflagenstärkste Blatt der Saarmetropole, jubelte am 6. August:

„Helle Begeisterung und tiefste Entschlossenheit leuchtet aus den Augen der Männer, die da herbeieilen, ihr Letztes mit an die Ehre des Vaterlandes zu setzen.“

Die Waggons der am Hauptbahnhof eintreffenden Truppentransporte waren wie überall mit Tannengrün geschmückt, Kapellen spielten „*Kriegs- und patriotische Weisen*“ auf, spontane Straßenversammlungen ließen den Kaiser und die Nation hochleben. Das Saarbrücker Infanterieregiment Nr. 70 sah sich schon zwei Tage nach der deutschen Kriegserklärung an Frankreich gezwungen, vorerst weitere Kriegsfreiwillige zurückzuweisen²⁵¹. Nach Wochen ungewissen Wartens, in welchen Gerüchte fehlende Informationen kompensierten, erschien das Anlaufen der Kriegsmaschinerie als erlösender Befreiungsschlag²⁵². Erinnerungen an die ruhmreichen Tage des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 wurden wach.

Auf die Hochstimmung folgte jedoch – schneller als in den von der Front weiter entfernten deutschen Regionen – recht bald die Ernüchterung. Aus dem „*Ausflug nach Paris*“ wurde nach anfänglichen deutschen Erfolgen ein unerbittlicher Stellungskrieg mit bis dahin nicht gekannten Menschenverlusten, das erhoffte „*Wiedersehen auf dem Boulevard*“²⁵³ blieb Illusion und wandelte sich zur „*Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts*“ (George F. Kennan).

Trotz Engpässen in der Lebensmittelversorgung, trotz zunehmender Terrorisierung der Zivilbevölkerung durch alliierte Bombenabwürfe, trotz einzelner Streiks und Proteste und trotz verbreiteter Kriegsmüdigkeit innerhalb der Industriearbeiterschaft infolge der Arbeitszeit-

²⁵¹ S.Z. Nr. 212 (06.08.14). Siehe hierzu Rita GEHLEN: Ein einzig Volk von Brüdern? Das „Augusterlebnis“ der Menschen an der Saar, in: „Als der Krieg über uns gekommen war...“, S. 38–51, hier: S. 40 ff. Neuere Veröffentlichungen: Vgl. Jean-Jacques BECKER: Frankreich, in: Gerhard HIRSCHFELD/ Gerd KRUMEICH/ Irina RENZ (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn [u.a.] 2003, S. 31–43; Michael SALEWSKI: Der Erste Weltkrieg, Paderborn [u.a.] 2003. Siehe hierzu ebenfalls die beiden Themenportale zum Ersten Weltkrieg: <http://www.erster-weltkrieg.clio-online.de> und <http://www.dhm.de/lemo/html/wk1>.

²⁵² Diese Aussage ist zu relativieren: Bilder und Erzählungen von jubelnden Massen auf den Straßen prägen bis heute die Vorstellung von der Stimmungslage der Bevölkerung bei Kriegsausbruch. Das scheinbar kollektive Augusterlebnis läßt sich durch die breite Auswertung der deutschen Tagespresse jedoch in erster Linie als ein Phänomen des männlichen, protestantischen Bildungsbürgertums der Städte – in diesem Fall Saarbrückens – und v.a. der jüngeren Generation beschreiben, die den Krieg von 1870/71 noch nicht selbst miterlebt hatte und nun die Möglichkeit sahen, sich zu bewähren. Die katholische Landbevölkerung verhielt sich hingegen ebenso wie die Arbeiterschaft eher passiv und skeptisch: Vgl. Jeffrey VERHEY: Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000, S. 28–193; Sven Oliver MÜLLER: Zweierlei Kriegsausbrüche. Neue Tendenzen in der Kultur- und Politikgeschichte des Ersten Weltkriegs, in: AfS 41 (2001), S. 556–565.

²⁵³ Vgl. das Foto der mit Kreide angebrachten Parolen auf Waggons nach Westen rollender Truppentransporte im August 1914, in: Wolfgang J. MOMMSEN: Das Zeitalter des Imperialismus, Augsburg 1998, S. 286.

verlängerungen hielt die „Heimatfront“ in der Saarregion bis zuletzt stand²⁵⁴. Noch am 8. November 1918, als sich die von Kiel ausgehende Revolution bereits über den Norden des Reiches bis ins Rheinland ausgebreitet und in Köln schon ein Arbeiter- und Soldatenrat die Kontrolle der Stadt übernommen hatte, riefen 19 konfessionell-bürgerliche Vereinigungen und Wirtschaftsverbände zu einer Kundgebung im städtischen Saalbau auf:

*„Die Kraft des deutschen Volkes ist unerschöpflich. Sie ist stark genug, wieder aufzubauen. Untrennbar verbunden mit dem Deutschen Reiche ist uns das Deutsche Kaisertum und die Person unseres Kaisers.“*²⁵⁵

Als am darauf folgenden Tag revolutionäre Matrosen am Hauptbahnhof eintrafen, war von dieser Solidarität mit der Monarchie nichts zu spüren. Etwa zeitgleich mit der Proklamation der „Deutschen Republik“ durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann am Berliner Reichstag konstituierte sich auch in der Saarmetropole ein Arbeiter- und Soldatenrat, ohne daß Militär- oder Zivilbehörden Widerstand geleistet hätten²⁵⁶. Das alte System kapitulierte schließlich vor den Kräften, die es jahrzehntelang klein zu halten bemüht war. Hatte das Hilfsdienstgesetz von 1916 bereits das Fundament der autoritär-patriarchalischen Gesellschaftsordnung im „Königreich Stumm“ erschüttert, versetzte ihm die Revolution – wie auch den realen Monarchien im Deutschen Reich – den Todesstoß.

Den Vorsitz dieses Rates aus Mitgliedern beider sozialdemokratischer Parteien und der Saarbrücker Garnison übernahm der Saarbrücker SPD-Führer und Gewerkschaftssekretär Valentin Schäfer; zu seinen Stellvertretern wurden der SPDler Gottlieb Reese und der Gewerkschaftssekretär Karl Krämer gewählt²⁵⁷. Der Saarbrücker Rat, dem sich in den kommenden Tagen zahlreiche weitere Arbeiter- und Soldatenräte benachbarter Kommunen unterstellten und der dadurch zu einer Art Repräsentativorgan für die Saarregion wurde²⁵⁸, sah in der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung seine primäre Aufgabe. Da dies nur in Kooperation mit

²⁵⁴ Vgl. MALLMANN/ STEFFENS, S. 117–121.

²⁵⁵ S.Z. Nr. 310 (08.11.18). Die Initiative zu der für den 10.11.18 angesetzten Großveranstaltung ging von Obleuten des Heimatdienstes aus. Innenpolitische Ereignisse überholten allerdings die Planungen, so daß die Kundgebung nicht mehr stattfand. Der Text der dort zu verabschiedenden Solidaritätserklärung mit der Monarchie stammte von Theodor Vogel (06.11.18), in: StA Saarbrücken, Großstadt 1552.

²⁵⁶ Vgl. Klaus-Michael MALLMANN: „Auf dem Bürgermeisteramt ist die rote Fahne zu hissen.“ Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz, in: DERS [u.a.] (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie, S. 90–95; Helmut METZMACHER: Die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates in Saarbrücken 1918, in: ZGSaarg 19 (1971), S. 230–248; Hanns KLEIN: Preußens Ende an der Saar. Das persönliche Kriegstagebuch des Generalleutnants Fritz von Unger, des letzten Kommandierenden Generals des Saarbrücker Generalkommandos XXI./XVI. Armeekorps von Januar bis November 1918, in: Irmtraud EDER-STEIN [u.a.] (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte von Gewerbe, Industrie und Verwaltung im Westrich und an der Saar. Für und mit Hanns KLEIN aus Anlaß seines 75. Geburtstages, St. Ingbert 1995, S. 363–411, hier: S. 401–405.

²⁵⁷ Krämer war im Frühjahr 1918 neben Ludwig Hetterich einer der beiden Initiatoren zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), die während des Krieges kaum nennenswerten Anhang im Revier finden konnte und ein eher sektenartiges Dasein fristete.

²⁵⁸ Er selbst nannte sich schließlich „Arbeiter- und Soldatenrat für das Saargebiet“: Vgl. MALLMANN/ STEFFENS, S. 122 f. Die Grenze spielte offensichtlich keine Rolle, da sich dem Rat auch einige ostlothringische Räte unterstellten. Durch Erlaß des PrMI vom 14.11.18 waren die Räte legalisiert und etatisiert.

den lokalen Autoritäten zu erreichen war, suchten Delegationen des Saarbrücker Rates noch am 10. November den Oberbürgermeister, die Polizeidirektion bzw. den Landrat auf, die sich dem Rat ebenso wie der Kommandierende General des stellvertretenden XXI./ XVI. Armeekorps in Saarbrücken dem Rat unterstellten. Alle städtischen und staatlichen Beamten sollten weiterhin im Namen des Rates ihren Dienst versehen, dessen bevollmächtigte Vertreter Anordnungen gegenzuzeichnen hatten²⁵⁹. Anders als in der Reichshauptstadt, wo sich schon am 10. November eine provisorische Regierung, der paritätisch sozialdemokratisch besetzte „Rat der Volksbeauftragten“, konstituiert hatte, traten die Revolutionäre in der saarländischen Provinz neben die bisherigen Autoritäten, ohne diese generell zu ersetzen. Sie sahen sich selbst bis zum Antritt einer demokratisch gewählten Regierung als Organe des Übergang. Der gemäßigte Saarbrücker Rat verband die Lösung der akuten Probleme wie die Beseitigung der prekären Ernährungslage, die Demobilisierung der Soldaten und die Aufrechterhaltung der Ordnung mit allgemeinen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Forderungen²⁶⁰. Die Aufbruchstimmung im Kreise der Arbeiterschaft währte indes nur kurze Zeit: Mit der militärischen Besetzung der Saarregion durch französische Truppen endete auch dort die Episode der Räteherrschaft; am 24. November verfügte der französische kommandierende General Grégoire die Auflösung des Saarbrücker Arbeiter- und Soldatenrates²⁶¹.

Wenige Tage zuvor hatte das Saarbrücker Bürgertum versucht, seinen eingebüßten Einfluß zurückzugewinnen: Während bürgerliche Kräften in anderen saarländischen Gemeinden vereinzelt mit den überwiegend mehrheitssozialdemokratisch und freigewerkschaftlich geführten Räten kooperierten, fanden sie im Saarbrücker Arbeiter- und Soldatenrat keine Berücksichtigung. Daher gründete sich auf Einladung des dortige Hansa-Bundes am 18. November ein Bürgerausschuß im Hotel Monopol²⁶²,

²⁵⁹ Vgl. Hanns KLEIN: Das stellvertretende Generalkommando des Saarbrücker XXI./XVI. Armeekorps als Organ der Militärverwaltung im Ersten Weltkrieg, in: HERRMANN (Hrsg.): Saarrevier, S. 148–184, hier: S. 177.

²⁶⁰ „Nationale Unzuverlässigkeit“ war dem Arbeiter- und Soldatenrat nicht nachzusagen: Noch vor dem Einmarsch der Franzosen gab er bekannt: „[...] *Wir erwarten nach diesem Worte [Wilson's, bei der künftigen Friedensordnung keinen Länderschacher zu dulden - F.B.] die unangetastete Zugehörigkeit unseres Saarlandes zum Deutschen Reiche.*“: S.Z. Nr. 322 (20.11.18).

²⁶¹ „*Die im Weltkrieg diskreditierten alten Gewalten galten fortan [wieder – F.B.] als alleinige Ansprechpartner des Besatzungsregimes.*“: MALLMANN: Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz, S. 94. Bekanntmachung in: S.Z. Nr. 326 (24.11.18). Zugleich wurde der Elsässer Oberst Stuhl zum Leiter der Militärverwaltung in Saarbrücken ernannt.

²⁶² Im folgenden: S.Z. Nr. 322 (20.11.18). Falsche Datierung bei Ludwig BRUCH: Die Franzosen im Saargebiet. Erinnerungen an die ersten saarländischen Besatzungsjahre, Saarbrücken 1934, S. 12. Vermutlich meinte Hermann RÖCHLING (Das Saargebiet und der Völkerbund, in: GRABOWSKY/ SANTE (Hrsg.): Grundlagen des Saarkampfes, S. 204–221, hier: S. 204) diesen Ausschuß, als er während des Abstimmungskampfes von einem kleinen „Kreis führender Männer“ berichtete, die zur Beratung geeigneter Abwehrmaßnahmen im Hotel Monopol zusammengekommen seien. Im Protokoll der Sitzung grenzte sich der Bürgerausschuß noch deutlicher von den Räten ab: Er sei sowohl angesichts der drohenden Disziplinlosigkeit bei der Demobilisierung des deutschen Heeres als auch aufgrund der „*Herrschaft eines auf keinerlei Rechtsbasis stehenden Rates von Leuten, die durchaus nicht das Können, zum Teil aber auch nicht einmal den Willen hätten, Zucht und Ordnung in unserer Stadt zu wahren*“, notwendig. Dem 18köpfigen Gremium unter Vorsitz des Saarbrücker Bankdirektors Georg Schmitt gehörten u.a. die beiden Pfarrer Schlich und Reichardt, der Saarbrücker Großhandels-

„der die Interessen des Bürgertums in dieser ernsten Zeit wahrnehmen soll[te], um einen Ausgleich zu schaffen gegenüber der einseitigen Interessenvertretung, die in dem Arbeiter- und Soldatenrat zu erblicken [... war].“

Zum Aufbau einer Einheitsfront wurde an die gegenseitige Achtung religiöser und parteipolitischer Bekenntnisse appelliert; wegen der erpresserischen Politik der Räte sollte der Ausschuß über Saarbrücken hinauswachsen und zum Kristallisationspunkt ähnlich orientierter bürgerlicher Vereinigungen in allen größeren Ortschaften des Saargebietes werden²⁶³. Die Aufgabenzuschreibung und Namensgebung „Bürgerausschuß für das Saarrevier“ erfolgte also analog zum konkurrierenden Rätegremium.

Zwei Tage später präsentierte sich der Ausschuß im städtischen Saalbau einer breiten Öffentlichkeit. Er forderte die Durchführung von Wahlen zur Reichskonstituante, da dies am ehesten Gewähr zu bieten schien, den unter den revolutionären Ereignissen gewonnenen Einfluß der Sozialdemokratie zurückzudrängen. Zunächst bekannte der Ausschuß aber – notgedrungen – seine Bereitschaft zur befristeten Kooperation mit den Räten und dementierte Gerüchte, er beabsichtige eine Gegenrevolution. Seine demokratische Legitimierung erhielt er durch die Verabschiedung einer Resolution:

„[...] Auf dem Boden der neuen Reichsleitung stehend will dieser Ausschuß die bürgerlichen Rechte und die volle Gleichberechtigung des Saarbrücker Bürgertums, der Beamten-, Lehrer- und Angestelltenschaft, des Handwerker-, Gewerbe- und Handelsstandes, des schaffenden Unternehmertums und nicht zuletzt der bürgerlich denkenden Schichten unserer Arbeiterschaft im Zusammenarbeiten mit dem Arbeiter- und Soldatenrat Saarbrücken sichern und wahrnehmen. Die eisige Erstarrung, mit der das deutsche Bürgertum die neue politische Bewegung hingenommen hat, darf nicht andauern! [...]“²⁶⁴

Aus der Zwangsauflösung des Saarbrücker Rates und der Wiedereinsetzung des Oberbürgermeisters Mangold am 24. November schöpfte der Bürgerausschuß neues Selbstvertrauen. Schon am folgenden Tag beschloß er die Erweiterung seiner organisatorischen Basis und distanzierte sich vom Berliner „Rat der Volksbeauftragten“. Dieser sei nur von einem Bruchteil der Berliner Arbeiterschaft getragen und solle daher lediglich die laufenden Geschäfte fortführen sowie die behördlichen Vorbereitungen zu den Wahlen der verfassungsgebenden Versammlung treffen²⁶⁵. Bemerkenswert an den Kundgebungen und Sitzungen des Saarbrücker Bürgerausschusses waren weniger die dort verabschiedeten Resolutionen und Beschlüsse, als vielmehr das, was nicht thematisiert wurde: Während die Legitimation der Räteherrschaft in Frage gestellt wurde und

kaufmann Arnold Becker, Wilhelm Schmelzer, Oberrealschullehrer Wagner, der Chefredakteur der katholischen „Saarbrücker Volkszeitung“, Dr. Heinrich Krueckemeyer, sowie der Vorsitzende des Saarbrücker Volksbildungsvereins, Prof. Dr. Theodor Meyer, an. Die Gründung einer Geschäftsstelle wurde ins Auge gefaßt, aber nicht realisiert: Vgl. undatiertes Protokoll der Gründungsversammlung vom 18.11.18, in: LA Saarbrücken, NL Schmelzer 7. Zu derartigen bürgerlichen Räten vgl. Hans-Joachim BIEBER: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–1920, Hamburg 1992, S. 49–71.

²⁶³ Vgl. undatiertes Protokoll der Gründungsversammlung vom 18.11.18, in: LA Saarbrücken, NL Schmelzer 7.

²⁶⁴ S.Z. Nr. 323 (21.11.18); „Saarbrücker Volkszeitung“ Nr. 271 (21.11.18).

²⁶⁵ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung vom 25.11.18, in: LA Saarbrücken, NL Schmelzer 7.

die damit einhergehenden Versuche zur Wahrung des eigenen Einflusses auf die revolutionären Ereignisse im Vordergrund standen, fanden noch keine Bekenntnisse zum Deutschtum statt. Die Gefahr der Separation des Saarindustrialgebietes von Preußen bzw. Deutschland wurde demzufolge in der Phase des Übergangs nicht gesehen. Ebenso wie dem „Arbeiter- und Soldatenrat für das Saargebiet“ galt den Saarbrücker Honoratioren die Zugehörigkeit der Saar zum deutschen Staatsverband noch als Selbstverständlichkeit. Diese Haltung änderte sich jedoch gegen Ende des Monats: Am 30. November veröffentlichte die „Saarbrücker Zeitung“ den Artikel „Frankreich und das Saargebiet“²⁶⁶, in welchem Auszüge aus der französischen Presse in deutscher Übersetzung wiedergegeben wurden. Die dort erhobenen Forderungen nach Rückgabe des 1815 „gestohlenen“ Gebietes ließen ebenso wie die Maßnahmen der französischen Militäradministration in Saarbrücken ahnen, welches Schicksal der Saar drohte.

Nach dem Vorbild der Saarbrücker Bürgerschaft von 1815 wurde Mitte Dezember eine Resolution verabschiedet, die *„im Auftrage von Tausenden wahlfähiger Einwohner des Stadt- und Landkreises Saarbrücken“* im Januar 1919 vom Stadtschulrat Dr. Niemann und der späteren deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Anna Therese Rawengel dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, Matthias Erzberger, in Berlin zur Weiterleitung an Wilson übergeben wurde. Das Saarbrücker Bürgertum demonstrierte hiermit, daß es nach dem Schock und der vorübergehenden Lähmung durch die Novemberereignisse nun nicht mehr das Heft des Handelns aus der Hand geben wollte und ebenso wie seine Vorfahren zu Anfang des 19. Jahrhunderts noch immer den Anspruch erhob, stellvertretend für die Gesamtbevölkerung sprechen zu können bzw. dies auch tun zu müssen:

„Unser Wille zum Deutschen Reich. Ein Bekenntnis der Saarbrücker Bürgerschaft.

Wir Einwohner des Stadt- und Landkreises Saarbrücken, eines rein deutschen Gebietes, erheben feierlichst Einspruch gegen das in verschiedenen französischen Zeitungen hervorgetretene Verlangen, uns von unserem deutschen Vaterlande zu trennen und uns Frankreich, einem uns innerlich völlig fremden Staate, einzuverleiben. Wir wollen auch jetzt in der Zeit des tiefen Unglücks mit unseren deutschen Brüdern und Schwestern weiter vereint bleiben. Neun Jahrhunderte hindurch war das Saarbrücker Land ein selbständiges deutsches Fürstentum, es wurde 1801, zur Zeit der französischen Revolution, Frankreich einverleibt, kam aber durch den Pariser Kongreß 1815 wieder an Deutschland, und zwar an die preußische Rheinprovinz, entsprechend dem lebhaft und einmütig bekundeten Willen der Bürgerschaft von Saarbrücken und St. Johann, der in dem anliegenden Beschlusse vom 11. Juli 1815 niedergelegt ist. Eine nochmalige Angliederung des Saarbrücker Gebietes an Frankreich würde unvereinbar sein mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson, die nicht nur von Deutschland, sondern auch von unseren Gegnern als

²⁶⁶ Vgl. S.Z. Nr. 332 (30.11.18). Vgl. auch: George Bernard NOBLE: Policies and opinions at Paris 1919. Wilsonian diplomacy, the Versailles Peace and French public opinion, Ndr. New York 1968, S. 206 ff. Richard Hofer, der Eigentümer des Saarbrücker Blattes, gehörte ebenfalls dem Ausschuß an.

*Grundlage für die Friedensverhandlungen angenommen worden sind. Wir bitten den Herrn Präsidenten und alle, die einen Frieden der Gerechtigkeit und der Versöhnung herbeiführen wollen, nicht zu dulden, daß wir von Deutschland losgerissen werden.*²⁶⁷

Dieses Bekenntnis der Saarbrücker Bürger zum Verbleib im deutschen Staatsverband skizziert die Grundzüge der Propagandastrategie, wie sie bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages verfolgt wurde. So ist es auch kein Zufall, daß ein drei Monate später in Saarlouis verabschiedetes Manifest²⁶⁸ nur graduelle Unterschiede aufweist. Primäres Ziel war die Abwehr der tatsächlichen oder zumindest befürchteten französischen Annexionspläne. Die Betonung des deutschen Charakters der Bevölkerung in all seinen Ausprägungen²⁶⁹ bei gleichzeitiger Abgrenzung vom „Erbfeind“ ist ein in mannigfaltiger Variation immer wiederkehrendes Motiv der deutschen Saarpropaganda. Ein geschickter Schachzug war es, die politische Willensäußerung der Bürgerversammlung von 1815 als Artikulation des Selbstbestimmungsrechtes der Saarbevölkerung umzuinterpretieren und die neue Petition an den amerikanischen Präsidenten in eine über 100jährige Traditionslinie einzuordnen²⁷⁰. Auf diese Weise erkoren die Saarbrücker Bürger im Dezember 1918 nicht ihre eigene sozialdemokratische Regierung in Berlin, sondern den mystifizierten Präsidenten in Washington zum Anwalt des anscheinend bedrohten Saargebietes. Ob damit dem Rat der Volksbeauftragten indirekt seine Legitimität abgesprochen werden sollte oder erkannt worden war, daß die Zukunft des Saarlandes nicht an der Spree entschieden werden würde, sei dahingestellt. Die im Waffenstillstandsabkommen vereinbarte Besetzung des linken Rheinufer schuf jedenfalls in der Zwischenzeit Fakten, die letzteren Schluß zulassen²⁷¹.

²⁶⁷ Im Original folgten nun die Unterschriften: Vgl. Weißbuch, Dok. Nr. 4, S. 22 f.; SF 2 (1921) 19, S. 265 ff. Da die Saarbrücker Presse wegen der Militärzensur nicht berichtete, sind das Datum und die Autoren der Resolution nicht mehr zu rekonstruieren. Die Vermutung liegt jedoch nahe, daß es sich um ein rein bürgerliches Manifest handelte, weil – abgesehen vom Titel der Resolution – sich in den kommenden Jahren kein führender saarländischer Sozialdemokrat darauf berief, einer der Mitautoren oder Unterzeichner des Aufrufes vom Dezember 1918 gewesen zu sein.

²⁶⁸ „Kundgebung der Vorstände sämtlicher politischer Parteien, Arbeiterorganisationen und Vereine in Stadt und Kreis Saarlouis vom 7. März 1919“, in: Weißbuch, Dok. 9, S. 31 f.

²⁶⁹ Das Argument der rassischen Verbundenheit wurde noch nicht ins Feld geführt.

²⁷⁰ Wilsons zu Jahresanfang 1918 proklamierte „14 Punkte“ bildeten aus deutscher Sicht das Fundament der künftigen Friedensordnung: Vgl. SCHWABE: Deutsche Revolution, S. 17–226. Ob die Denkschrift Wilson tatsächlich erreichte, ist nicht sicher; sie sei zumindest nicht in amerikanischen Akten zu finden gewesen: Vgl. ebd., S. 474 (Anm. 22). Aus einem Schriftwechsel vom März 1934 zwischen Theodor Vogel und Hermann Meyer, dem Sohn des ehemaligen Vorsitzenden des Saarbrücker Volksbildungsvereins, geht hervor, daß während der Friedensverhandlungen Prof. Theodor Meyer ebenfalls eine Abschrift der Denkschrift gemeinsam mit Wilhelm Schmelzer nach Trier zur Weiterleitung an Wilson geschmuggelt habe: Vgl. Aufzeichnung Hermann Meyers, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 8; RÖCHLING: Saargebiet und Völkerbund, S. 204; SK 14 (1936), S. 31–34.

²⁷¹ Der Bürgerausschuß trat im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung erneut an die Öffentlichkeit, als er zu einer Volksversammlung in den städtischen Saalbau einlud. Der unterzeichnende Arbeitsausschuß unter dem Vorsitz Schmitts wandte sich insbesondere an die erstmalig wahlberechtigten bürgerlichen Frauen, denen „die volle Größe der politischen Pflichten“ bei der bevorstehenden Wahl nähergebracht werden sollten: Vgl. Abb. 28, in: Gerhard PAUL/ Ralph SCHOCK: Saargeschichte im Plakat 1918–1957, Saarbrücken 1987, S. 44.

Den bis 21. November aus Lothringen zurückströmenden deutschen Front- und Etappen-einheiten folgten französische Truppen auf dem Fuß; mancherorts drohten die besser ausgerüsteten Verbände, ihren Kriegsgegner zu überrennen²⁷². Ähnlich anekdotenhaft ausgeschmückt wie die letzte feindliche Besetzung Saarbrückens 48 Jahre zuvor, grub sich der Einmarsch der Franzosen tief in das Bewußtsein der Bevölkerung ein. Immer wieder gerne wurde an den freundlichen Empfang der ruhmreichen deutschen Armee erinnert²⁷³. Die Häuser seien mit Blumen und Fahnen geschmückt gewesen und die erschöpften Soldaten auf der Straße bereitwillig gepflegt worden. Auch sonst erinnern die Berichte eher an den August 1914 als an die einsetzende Demobilisierung. Saarbrücken bot insofern das gleiche Bild wie zahlreiche andere Dörfer und Städte, die heimkehrende Truppen empfangen²⁷⁴. In der kollektiven Erinnerung wurde es durch das ostentativ kühle Verhalten der Bevölkerung beim Einmarsch der Franzosen ergänzt: Die als Patriotismus verklärte Reserviertheit äußerte sich in den nur von wenigen Neugierigen gesäumten Straßen sowie dem eingezogenem Festschmuck und geschlossenen Fensterläden²⁷⁵; in Saarlouis lehnte die Stadtverordnetenversammlung die Forderung nach feierlicher Begrüßung des Generals Lecomte mit der diplomatischen Begründung ab, derartige Ehrbezeugungen seien auch bei deutschen Truppen nicht üblich gewesen²⁷⁶. Abgesehen von diesen stillen Protesten verlief die sukzessive Besetzung des Saarbeckengebietes bis Anfang Dezember 1918 ohne Widerstand²⁷⁷. Formal blieb die deutsche Souveränität unbe-

²⁷² Vgl. BRUCH: Franzosen im Saargebiet, S. 13.

²⁷³ Vgl. ebd., S. 14–25 und S. 33–36 (mit Fotos); SF 2 (1921) 19, S. 265 ff.; Karl OLLMERT: Stimmungsbilder aus dem Saarkampf, in: VOGEL (Hrsg.): Saar-Befreiungskampf, S. 175–186, hier: S. 176; RÖCHLING: Wir halten die Saar!, S. 22 f.

²⁷⁴ Der Mythos des „doppelten Dolchstoßes“, der insbesondere in den Krisenjahren zu Ende der Weimarer Republik Konjunktur hatte, widerspricht diesen Zeugnissen: Das „im Felde unbesiegte“ deutsche Heer sei nicht nur von den Revolutionären in Berlin verraten, sondern von der Zivilbevölkerung auf dem Rückmarsch gedemütigt und mißhandelt worden. Zur Dekonstruktion dieser Legende vgl. Richard BESSEL: Die Heimkehr der Soldaten: Das Bild der Frontsoldaten in der Öffentlichkeit der Weimarer Republik, in: Gerhard HIRSCHFELD/ Gerd KRUMEICH/ Irina RENZ (Hrsg.): „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch...“. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, Essen 1993, S. 221–239.

²⁷⁵ Hierzu hatte die „Saarbrücker Zeitung“ aufgerufen: S.Z. Nr. 323 (21.11.18). Vgl. hierzu aus der Zeit des Abstimmungskampfes: Friedrich GRIMM: Frankreich an der Saar. Der Kampf um die Saar im Lichte der historischen französischen Rheinpolitik, Hamburg 1934, S. 107 f.

²⁷⁶ Vgl. Weißbuch, Dok. 3, S. 20. Dessen ungeachtet führte Tardieu in seiner für die Versailler Friedenskonferenz bestimmten Denkschrift ausgerechnet das Verhalten von Saarlouis beim Einzug der Besatzungstruppen als Beleg für profranzösische Sympathien an: „*Cette ville a acclamé les troupes françaises [...]*“: TARDIEU, S. 281.

²⁷⁷ Vgl. Jacques BARIÉTY: L'administration des territoires rhénans occupés pendant la période de l'armistice. 11 novembre 1918 – 18 juin 1919, in: Travaux et Recherches 1973/2, Metz 1974, S. 59–78, hier: S. 61 ff.; HIRSCH: Saar von Genf, S. 11–15. Eine interessante Quelle über die Ereignisse zwischen Revolution und Mitte 1919 außerhalb der Metropole Saarbrücken bieten die Aufzeichnungen des damaligen St. Wendeler Landrates Dr. Hermann SOMMER (1882–1945), in: Heimatbuch des Landkreises St. Wendel 21 (1985/86), S. 171–181 (Der Landrat und der Arbeiter- und Soldatenrat im November des Kriegsjahres 1918 in St. Wendel), 22 (1987/88), S. 136–149 (Französische Besetzung St. Wendels im Dezember 1918) und 23 (1989/90), S. 117–136 (Bevor der Landkreis St. Wendel 1919 geteilt wurde. Das Ende der Amtszeit des letzten preußischen Landrats). Vgl. auch SK 13 (1935), S. 33–45 (Albert ZÜHLKE: Die französische Militärherrschaft und ihre Opfer des Saargebiets. Ein Gedenkblatt); SF 8 (1927) 15, S. 243 ff.

rührt und die am 11. November 1918 bestehende Rechtsordnung – mit Ausnahme der aufgrund des Krieges getroffenen Bestimmungen – in Kraft, de facto griff der verhängte Belagerungszustand massiv in das private und öffentliche Leben der Saarländer ein: Nächtliche Ausgangssperren, die Überwachung des Telefon-, Telegramm- und Briefverkehrs, die Auflösung militärischer Organisationen und die Ablieferung von Waffen, die Einführung von Passierscheinen für den Verkehr zwischen zwei Ortschaften, die strenge Reglementierung für Versammlungen, Einquartierungen in Privathäuser oder die bald einsetzende Pressezensur ließen sich noch als nachvollziehbare Präventivmaßnahmen zur Sicherung der eigenen Truppen bzw. Verhinderung der Wiederaufnahme von Kriegshandlungen erklären²⁷⁸. Die Anwesenheit farbiger Besatzungssoldaten oder symbolische Akte wie Ehrerweisungen gegenüber französischen Regimentsfahnen oder der Tricolore schienen der Bevölkerung hingegen bewußte Provokationen zu sein²⁷⁹. Zur gleichen Zeit liefen die Vorarbeiten zur Separation des Saarbeckens von Deutschland mit dem Ziel der späteren Annexion auf Hochtouren: Bereits am 3. Dezember war die Deutsche Waffentillstandskommission im belgischen Spa vom Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, Marschall Ferdinand Foch, informiert worden, daß die elsäß-lothringische Grenze gegenüber Baden, der Pfalz und Luxemburg vorübergehend gesperrt würde²⁸⁰. Aus deutscher Sicht war daher die Errichtung des militärischen Verwaltungsbezirks Saargebiet „*bien que provisoire, sur la base de l'unité économique de la région*“ ein bedrohlicher Schritt auf dem Weg zur Abtrennung dieses Industriegebietes²⁸¹. Erstmalig in ihrer Geschichte bildeten die aus dem Regierungsbezirk Trier herausgelösten preußischen Saarkreise eine administrative Einheit; die scheinbar pragmatische Verwaltungsorganisation des Militärs präjudizierte damit die Entscheidungen der Friedenskonferenz. Weitere Maßnahmen der Militärbehörde unter Leitung des „Administrateur supérieur de la Sarre“, General Joseph Andlauer, wie beispielsweise die infolge der Einstellung des Personen- und Güterverkehrs mit den rechtsrheinischen Gebieten forcierte

²⁷⁸ Vgl. HELLWIG/ OLLMERT, S. 7 ff.; HERRMANN: Schicksalsjahr 1919, S. 254; RÖCHLING: Wir halten die Saar!, S. 23–27; Theodor VOGEL: Das deutsche Saarland unter dem Zwange von Versailles. Mit 88 Abbildungen, in: DERS. (Hrsg.): Saar-Befreiungskampf, S. 37–112, hier: S. 54–58.

²⁷⁹ „Schwarze als Herren und Gönner! Schwarze Diener Frankreichs Deutschen über- und gleichberechtigt!“, BRUCH: Franzosen im Saargebiet, S. 38.

²⁸⁰ Vgl. BUMILLER, S. 14.

²⁸¹ Zitiert aus: Mémoire présenté par la délégation française, in: TARDIEU, S. 284. Dessen ungeachtet blieb die Militärbehörde für das Saargebiet auch weiterhin dem Kommando der X. Armee in Mainz unterstellt, und zumindest bis zum Beginn der Versailler Friedenskonferenz unterschied sich die Saarpolitik der Franzosen nicht wesentlich vom Vorgehen im Rheinland. Erst im Laufe des Frühjahres 1919, als die Saar einen besonderen Status erhalten sollte, wuchsen auch die Handlungsspielräume Andlauers gegenüber der „Commission interalliée des territoires Rhénans“ (C.I.T.R.) unter Leitung Paul Tirards.

Umorientierung nach Westen²⁸² ließen sich nur schwer mit den Vereinbarungen des regelmäßig erneuerten Waffenstillstandes in Einklang bringen²⁸³.

Die französischen Annexionisten konnten sich vorübergehend ihren Zielen näher fühlen: Die Autorität der deutschen Behörden und ihrer Amtsträger wurde systematisch untergraben, wobei die Engpässe in der Lebens- und Futtermittelversorgung aufgrund der alliierten Blockade den Franzosen zugute kamen. Einerseits sorgte der „Directeur du Ravitaillement“ Graf de Nadaillac für eine Überschwemmung des Saargebietes mit Lebensmitteln aus deutschen Heeresbeständen²⁸⁴, während auf der anderen Seite der französische Import erhöht wurde. Die neuen Machthaber an der Saar schienen damit im Gegensatz zu den scheinbar unfähigen deutschen Beamten in der Lage, die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten²⁸⁵. Ein reichhaltiges kulturelles Angebot mit Theater- und Filmvorstellungen, „salles de dépêche et de lecture“ mit profranzösischen Büchern und Zeitungen, Vorträgen, Konzerten und Ausstellungen, eine insbesondere in Abgrenzung zu den Maßnahmen des preußischen Kultusministers Adolf Hoffmann betont katholiken- und kirchenfreundliche Politik oder auch die wirtschaftspolitischen Aktivitäten der „Association des Industriels et Commerçants français de la Sarre“ dienten neben dieser instrumentalisierten Lebensmittelzuteilung als Lockmittel der Franzosen²⁸⁶.

²⁸² So wurde das Saargebiet Ende Januar 1919 dem Lebensmittelversorgungsgebiet Elsaß-Lothringen angegliedert: Vgl. Weißbuch, Dok. 7, S. 27 f. Mitte Dezember 1918 erfolgte die Einführung der westeuropäischen Zeit auch in Saarbrücken: Vgl. BUMILLER, S. 23. Zu den wirtschaftlichen Folgen der hermetischen Absperrung nach Osten vgl. SÜSS, S. 17–21. Die eigene Darstellung des Militärverwalters (Joseph ANDLAUER: *L'occupation française à Sarrebruck et dans le bassin de la Sarre, 1er décembre 1918 – 20 novembre 1919*, in: *Fait du jour 22* (1946)) konnte leider nicht eingesehen werden.

²⁸³ Ungeachtet dessen galt die Person Andlauer als integer und wurde sein Gerechtigkeitsempfinden geschätzt. Ende August 1919 verfaßten Vertreter der DDP, DVP und Angehörige sozialdemokratischer Organisationen eine Petition, in welcher sie die Ernennung des Generals zum französischen Mitglied der Regierungskommission forderten. Auch der spätere Vertreter des Saargebiets in dem Gremium Koßmann schloß sich dieser Eingabe an: Vgl. Petition (25.08.19), in: *Arch. SDN 19–27, Sous-Section Saar Basin, R 90/760/2*; Petition (28.08.19), in: *Ebd, R 90/950/2*; Petition Koßmanns (27.09.19), in: *Ebd, R 90/1342/2*. Siehe hierzu auch die Veröffentlichungen in: BA-R 8014/705; SF 8 (1927) 15, S. 243. HERRMANN (Schicksalsjahr 1919, S. 263) wertet dies als Indiz dafür, daß die später gerne beschworene nationale Abwehrfront gegen Frankreich in dieser frühen Phase noch nicht gefestigt war.

²⁸⁴ Da die saarländischen Kommunen die Differenz zwischen dem Wert der Waren und dem billigen Verkaufspreis zu tragen hatten, riß diese künstliche Preisschere gewaltige Löcher in den Etat der Gemeinden. Vgl. Eugen BARTH: *Die französische Währungs- und Zollpolitik im Saargebiet und ihre Auswirkungen auf die saarländischen Wirtschaftsverhältnisse*, Erlangen 1924, S. 11; VON DER KALL, S. 489; SOMMER II, S. 144 und S. 149; *Nachrichtensammlung X* (02.05.19), in: BA-R 8014/5.

²⁸⁵ Diese Strategie wurde auch im gesamten Bereich der X. französischen Armee angewandt, wo nur im Notfall zum Mittel der Requisition gegriffen werden sollte: Vgl. SÜSS, S. 27.

²⁸⁶ Vgl. Fritz MAYER: *Französische Politik im Saargebiet. (Eine völkerrechtliche Studie)*, Würzburg 1923, S. 73–77; Heike AREND: *Gleichzeitigkeit des Unvereinbaren. Verständigungskonzepte und kulturelle Begegnungen in den deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit*, in: *Francia 20* (1993) 3, S. 131–149, hier: S. 132–138; RÖCHLING: *Wir halten die Saar!*, S. 25 f. Weitere Aspekte der französischen Propagandatätigkeit speziell im Raum Saarlouis siehe im Weißbuch, Dok. 7, S. 27–30 und allgemein: „Nachrichten aus dem Saargebiet“ I–XV, in: BA-R 8014/820.

Der „pénétration pacifique“ standen Drohungen und Repressalien gegenüber. Lokale Autoritäten, die nicht für die französische Sache gewonnen werden konnten, wurden eingeschüchtert und gegebenenfalls demonstrativ abgesetzt bzw. ausgewiesen. Für die Verhinderung prodeutscher Gesinnungsäußerungen sorgte die Pressezensur; Übergriffe der französischen Soldaten gegen die Zivilbevölkerung²⁸⁷ gehörten ebenso zum Alltag, wie der übertriebene Sadismus der Militärgerichtsbarkeit, die schon bei geringfügigen Vergehen drastische Strafen verhängte.

Aus deutscher Sicht war es verhängnisvoll, die Bevölkerung nur unzureichend aufklären zu können. Schon Ende November 1918 griff die Militärzensur in die freie Meinungsäußerung ein, wenige Tage darauf erfolgte ein erstes vorübergehendes Zeitungsverbot. Die saarländische Presse geriet sukzessive in französisches Fahrwasser: Zunächst wurde die Verbreitung antifranzösischer Flugblätter sowie der Abdruck mißliebiger Artikel untersagt. Zur Kaschierung der zensurbedingten „larges blancs“ sollten die deutschen Zeitungen schon im Vorfeld genehmigte Artikel übernehmen, wobei die französische Militärverwaltung verstärkt eigene Artikel in saarländischen Blättern lancierte²⁸⁸. Die Verleger der vier großen in Saarbrücken erscheinenden Blätter einigten sich zwar, derartige tendenziöse Berichte ohne Quellenangabe als Bekanntmachung der Militärverwaltung zu veröffentlichen, riskierten dadurch aber regelmäßig ein Verbot ihrer Zeitungen. Auflagenschwächere Blätter konnten sich diese Konfrontation nicht leisten und waren gezwungen, die Artikel kommentarlos zu übernehmen²⁸⁹, zumal sich schon Ende 1918 Engpässe in der Papierversorgung auftraten. Als vorläufiger organisatorischer Höhepunkt der französischen Pressepropaganda im Saargebiet erfolgte Mitte Juni 1919 die Gründung einer eigenen Zeitung, des zweisprachigen „Neuen Saar-Kuriers/ Le Nouveau Courier de la Sarre“²⁹⁰.

In die Zeit der Besatzungsherrschaft fällt die Entstehung der von der deutschen Propaganda gerne und oft gepflegte Legende, daß dem französischen Werben kein Erfolg beschieden gewesen sei und die saarländische Bevölkerung vom Moment des französischen Einmarsches

²⁸⁷ „Der einfache Soldat gibt der Kreisbevölkerung zu Klagen nur ganz selten Anlaß, anders der Offizier, besonders der jüngere. Mit der Reitpeitsche in der Hand geht er durch die Straße, jeder Zoll ein vainqueur. Dieses Wort wiederholt er dem Deutschen gegenüber nur gar zu gern immer wieder.“: SOMMER: Französische Besetzung, S. 136. Zur Stimmungslage unter den Besatzern vgl.: Bruno CABANES: Die französischen Soldaten und der „Verlust des Sieges“, in: KRUMEICH/ FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919, S. 269–279.

²⁸⁸ Vgl. SÜSS, S. 29. Siehe auch Nachrichtensammlung VI (15.04.19) und VIII (23.04.19), in: BA-R 8014/5.

²⁸⁹ Vgl. Erich-Hans KADEN/ Max SPRINGER: Der politische Charakter der französischen Kulturpropaganda am Rhein auf Grund authentischer Dokumente, Berlin 1924, S. 30; Eugen WAGNER: Die Presse des Saargebietes und ihr Kampf gegen die französischen Annexionsbestrebungen 1918 bis 1925, Saarbrücken 1933, S. 52–69; Weißbuch, Dok. 7, S. 29; SF 7 (1926) 2, S. 21 f. Außerhalb des militärischen Verwaltungsbezirks Saargebiet wurden die Restriktionen im Frühjahr 1919 wieder gelockert: Vgl. SÜSS, S. 15.

²⁹⁰ Siehe hierzu S. 470.

wie ein Mann Widerstand geleistet hätte²⁹¹. Die Realität sah anders aus. Wenn gleichwohl die Ausführungen Tardieus in Versailles über die überschwenglichen Sympathien der Saarländer zu relativieren sind, gab es durchaus in Teilen der Saarbevölkerung profranzösische Tendenzen²⁹². Protegiert von den französischen Behörden riefen diese frankophilen Gruppierungen die Bevölkerung des Kreises Saarlouis Mitte Januar 1919 auf, sich der Stimme bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung zu enthalten; die „*Mußpreußen*“²⁹³ sollten ihre kulturelle und wirtschaftliche Verbundenheit mit Lothringen dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie darauf verzichteten, Vertreter nach Berlin zu entsenden. Großen Erfolg hatte die „Los-von-Berlin“-Kampagne allerdings nicht: Die Wahlbeteiligung im Kreis Saarlouis entsprach mit 83% ziemlich exakt dem reichsweiten Durchschnitt, was die französische Militärverwaltung nicht daran hinderte, schon vor der Eröffnung der Friedenskonferenz Fakten zu schaffen. Mit der Begründung, daß Saarlouis dauerhaft französisch bleiben würde, sollte hier auf Anordnung Mangins bis Mitte Februar 1919 in allen Schulen Französisch als Pflichtfach eingeführt werden²⁹⁴.

Auch innerhalb der Saarbrücker Kaufmannschaft waren frankophile Neigungen festzustellen. Die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsverbindungen zu Lothringen wogen schwerer als nationale Argumente aus dem entfernten Berlin; auch die Anhänger der USPD maßen der Lösung sozialer Probleme verglichen mit der nationalen Zugehörigkeit ein weitaus höheres Gewicht bei. In Abgrenzung zur traditionell preußisch-protestantischen Beamtenerschaft suchte ferner eine Minderheit innerhalb des saarländischen Zentrums ebenfalls Unterstützung bei der Besatzungsmacht²⁹⁵.

Obwohl die Äußerungen der wenigen und in ihrer Bedeutung überschätzten frankophilen Elemente keineswegs als Stimmungsbarometer der Bevölkerung angesehen werden konnten, instrumentalisierten beide Seiten die Bekenntnisse: Von der französischen Militärbehörde bzw. der Delegation in Versailles wurden sie als Belege für die französische Position ins Feld geführt, von der deutschen Gegenpropaganda hingegen wurde die von ihnen ausgehende Gefahr aufgebauscht. Im Grunde bewiesen die diffamierten „Vaterlandsverräter“ lediglich den größten Realitätssinn: Es war nach dem verlorenen Krieg abzusehen, daß Frankreich auf längere Zeit die tonangebende Ordnungsmacht im Saargebiet sein würde. Daher schien energischer Widerstand

²⁹¹ Vgl. die Artikelserie „Des Saarvolkes Leiden in der Besatzungszeit“, in: SF 15 (1934) 10–30.

²⁹² Vgl. LEMPERT, S. 33–46; HERRMANN: Krisenjahr 1919, S. 262 f.

²⁹³ Zitiert aus einem Flugblatt eines namentlich nicht näher gekennzeichneten Vertrauensausschusses: Weißbuch, Dok. 6, S. 25 f. Die französische Kommandantur legte damit im Grunde die Anordnung Fochs „*de ne pas entraver les élections à la Constituante et aux Assemblées des États*“ sehr offen aus. Die Besatzungsarmee sollte nur Maßnahmen zur Verhinderung ergreifen, „*s’il apparaissait que les élections ne pourront se poursuivre régulièrement en Allemagne, ou si des troubles éclataient sur la rive gauche [...]*“: Foch an Clemenceau (03.01.19), in: BARIÉTY: L’administration, S. 65.

²⁹⁴ Vgl. Weißbuch, Dok. 7, S. 28. Vgl. auch SÜSS, S. 44 f. und S. 48.

²⁹⁵ Die Distanz zu Preußen brachte ihnen schnell den Vorwurf des Vaterlandsverrats ein: „*Die Renegaten des Volkstums heißen Mouth und Notton.*“: BRUCH: Franzosen im Saargebiet, S. 42.

fehl am Platze, zumal von deutscher Seite wegen der innenpolitischen Umwälzungen zunächst kaum Unterstützung zu erwarten war. Die Saarländer standen zum Jahreswechsel 1918/19 lediglich vor der Alternative, auch nach außen entschieden an ihrem Deutschtum festzuhalten und damit Repressalien der Franzosen zu riskieren²⁹⁶ oder aber stillschweigend die gegenwärtigen Machtverhältnisse zu akzeptieren. Für die meisten Saarländer stellte sich freilich die Entscheidung zwischen aktiver Kooperation mit bzw. Widerstand gegen die Besatzer nicht: Für sie stand die Bewältigung des Alltags im Vordergrund. Die Befriedigung der unmittelbaren wirtschaftlichen Bedürfnisse besaß auch hier Priorität vor nationalen Bekenntnissen. Heroischer Widerstand verbot sich angesichts der selbst in den kleinsten Dörfern stationierten französischen Truppen. Auch im Saargebiet machte sich nach dem Schock der unerwarteten Niederlage Resignation breit.

Aus deutscher Sicht bestand die Gefahr, daß ausnahmslos von der Militäradministration kolportierte Nachrichten ins unbesetzte Deutschland gelangten; Nachrichten, denen zufolge die französischen Ambitionen auf fruchtbaren Boden fielen und die saarländische Bevölkerung den Franzosen große Sympathien entgegenbrächte. Dieses verzerrte Bild fand um so leichter Verbreitung in der deutschen Öffentlichkeit, als sich einige reichsdeutsche Zeitungen weigerten, entsprechende Berichte über die Verhältnisse an der Saar zu veröffentlichen²⁹⁷ bzw. andere Themen wichtiger schienen. Die französische Militärbehörde unterband außerdem nicht nur weitgehend den Personen- und Güterverkehr zwischen den besetzten linksrheinischen Gebieten und Restdeutschland, sondern erließ – formal zur Sicherung der eigenen Truppen – restriktive Richtlinien für die Kommunikation und die Presse. Korrespondenzen durften nur in den gängigen europäischen Sprachen unter deutlicher Angabe des Absenders verfaßt werden. Ferner war es

„jeder Person und jedem Unternehmer, der nicht im Dienste der Post ... [stand], verboten, Korrespondenzen auf dem Land- und Wasserweg, auf Schienen- und Luftwegen zu befördern und sich in die Überbringung von Korrespondenzen einzumischen.“

²⁹⁶ Die französischen Militärs ließen keinen Zweifel, welche Konsequenzen deutsche Obstruktionspolitik hätte: In seinem Appell zur loyalen Kooperation mit den Besatzern warnte der kommandierende General die anwesenden Vertreter der Saarbrücker Behörden eindrücklich: *„Sollten Sie die Pflichten vergessen, die Ihnen die jetzige Lage auferlegt, und von ihnen abweichen, sollten Sie die gebotene und höfliche Haltung gegenüber denjenigen, die das Recht sowie die Macht haben, zu befehlen und Gehorsam zu verlangen, nicht beachten, dann würden Sie nicht mehr auf das Wohlwollen des Siegers rechnen können. Sie hätten dann nur noch einzig und allein mit seiner Gerechtigkeit zu tun, und diese wäre unmittelbar und unbeugsam. [...] Die Stunde nicht der Rache, aber der Sühne hat geschlagen.“*: Rede des Generals Garnier-Duplessis in Saarbrücken (22.01.19), in: S.Z. Nr. 23 (23.01.19). Der zweite Teil der Textpassage zitiert nach HIRSCH: Saar von Genf, S. 11.

²⁹⁷ Angeblich berichteten lediglich der Scherl-Verlag und die „Tägliche Rundschau“ über die Saar: Vgl. RÖCHLING: Wir halten die Saar!, S. 30; Richard POSSELT: Die pressepolitischen Aufgaben der Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Saar-Freund/ Saarheimatbilder. Flugschriften. Broschüren und Saarliteratur, in: VOGEL (Hrsg.): Saar-Befreiungskampf, S. 253–281, hier: S. 260; SF 15 (1934) 18/19, S. 387. Vgl. hierzu die Absagen verschiedener Redaktionen an die GSV (Februar – März 1920), in: BA-R 8014/1019.

Bis zu einer künftigen Regelung waren „*alle Zeitungen, Zeitschriften usw. in Zugang und Abgang strengstens untersagt.*“²⁹⁸ Da auch Berichte der deutschen Behörden an ihre übergeordneten reichsdeutschen Stellen den Militärbehörden vorgelegt werden mußten, waren die linksrheinischen Gebiete und somit die Saar nahezu hermetisch vom Reich abgeriegelt.

Als Reaktion auf die Isolation des Saargebiets und unter dem Eindruck der innenpolitischen Unruhen im Reich, die durch den Spartakusaufstand neu entfacht wurden, fanden sich Mitte Januar 1919 Vertreter des preußischen Handelsministeriums – insbesondere der Bergverwaltung –, des Finanzministeriums sowie der saarländischen Privatwirtschaft²⁹⁹ zusammen. Eine Vielzahl der anwesenden preußischen Beamten hatte mehrere Jahre im Saargebiet zugebracht und so vielfältige familiäre Verbindungen zur eingewachsenen bürgerlichen Führungsschicht geknüpft. Da die größeren saarländischen Unternehmen in der Reichshauptstadt Zweigniederlassungen besaßen, waren die Kontakte nach der „Bewährung“ der Beamten in der Provinz und der beförderungsbedingten Versetzung in die Berliner Zentralstellen nicht abgerissen³⁰⁰.

Von welcher Seite die Initiative zu diesem Treffen im Berliner Hotel „Excelsior“ ausging, läßt sich aus den überlieferten Protokollen nicht rekonstruieren. Die Frage nach dem „*cui bono?*“ legt aber den Schluß nahe, daß es Angehörige des Röchlingschen Hütten- und Finanzkonzerns waren³⁰¹, die es verstanden, andere Persönlichkeiten der Saarwirtschaft zu mobilisieren bzw. offene Türen beim Ministerium vorzufinden³⁰². Vor allem aber zeigt das nachfolgende Engagement der Röchlings am deutlichsten, wer den Stein ins Rollen gebracht hatte.

²⁹⁸ Bekanntmachung der Verordnung des französischen Generals Charles Emmanuel Mangin vom 23.12.18 durch den Saarbrücker Oberbürgermeister, in: S.Z. Nr. 4 (04.01.19). Ausführlicher in S.Z. Nr. 12 (12.01.19) und Nr. 27 (27.01.19). Privatkorrespondenzen innerhalb der Besatzungszone unterlagen hingegen keiner Einschränkung.

²⁹⁹ In seiner Abschlußrede auf der letzten Tagung des BdS in Saarbrücken am 23.03.35 nannte Theodor Vogel die Familien Röchling, von Stumm-Halberg, Heckel und Mannesmann, in: BA-R 8014/113.

³⁰⁰ Vgl. Hans-Werner HAHN: „Die preußische Art, ein Land zu verwalten ...“. Die Beamten, in: VAN DÜLMEN (Hrsg.): Industriekultur an der Saar, S. 122–131 und S. 275. Gerade diese informellen Verbindungen integrierten die protestantische Beamtenoligarchie in das gesellschaftliche Leben der Saarmetropole und ermöglichten erst den Erfolg des Stummschen „Komitees der Arbeitgeber zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“.

³⁰¹ Infolge der Annexion des Reichslandes Elsaß-Lothringen hatte auch das 1873 gegründete Völklinger Eisenwerk einen Teil der Produktion in die Nähe der lothringischen Erzlagerstätten verlegt. Die schließlich von Robert Röchling (1877–1948) geleitete Carlshütte in Diedenhofen produzierte mit ihren drei Hochöfen im letzten Friedensjahr 317.000 t Roheisen. Beteiligungen an lothringischen Betrieben und vor allem der wachsende Erwerb von Erzfeldern stärkten das Standbein der Röchling im Nachbarland: Vgl. SEIBOLD, S. 115–120.

³⁰² Auch das Selbstzeugnis Hermann Röchlings aus dem Abstimmungskampf stützt diese These: „*Die Erkenntnis, daß unter der Militärdiktatur wenig für die internationale Aufklärung über das Deutschtum des von welscher Begehrlichkeit wieder einmal bedrohten Saargebiets geschehen konnte, veranlaßte mich [Hervorhebung F.B.], eine Reihe von Mitgliedern der Familie Stumm und meiner Familie zu bitten, tatkräftig zum Schutz unseres Saargebiets die öffentliche Meinung im In- und Auslande zu bearbeiten.*“: RÖCHLING: Wir halten die Saar!, S. 30. Der anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr der Gründung des Saargebietsschutzes im SF veröffentlichte Artikel (SF 10 (1929) 4, S. 63–69, hier: S. 64) stellt es zwar ebenfalls als den „*Plan des Hauptführers*“ Hermann Röchling („*Seele und treibende Kraft*“) dar, jedoch ist hier die finanzielle Abhängigkeit der GSV von Röchlingschen Zuwendungen zu berücksichtigen: „*Behufs etwaiger Ergänzungen*“ war der Artikel vor seiner Veröffentlichung Röchling zugesandt worden: Vgl. Brief der GSV an Posselt (12.02.29), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5.

Waren zum ersten Treffen Mitte Januar etwa 40 mit dem Saargebiet verbundene Persönlichkeiten erschienen, folgten vier Wochen später bereits 81 Personen der Einladung. Am Abend dieses 13. Februar 1919 gründete sich – ebenfalls im „Excelsior“ – unter der Leitung Dr. Karl Röchlings³⁰³ ein 16köpfiger „Ausschuß für den Saargebietsschutz“³⁰⁴, dem die Herren Gustaf Braun von Stumm³⁰⁵, Oberstleutnant Fritz von Stumm, der Geheime Bergrat Flemming³⁰⁶, Bergrat Dr. Herbig, Dr. Kurt Köhler³⁰⁷, Generalleutnant Neven du Mont, D. Everling, Hüttendirektor a.D. Müller³⁰⁸, Dr. Fritz Röchling, Kommerzienrat Hermann Röchling³⁰⁹, Karl Rupp³¹⁰,

³⁰³ Von diesem war auch die Einladung zu dieser Versammlung ergangen: Vgl. Schreiben Karl Röchlings an Rupp (10.02.19), in: BA-R 8014/835. Der Landgerichtsdirektor und Geheime Justizrat Dr. Karl Röchling (1858–1941) war seit 1903 nationalliberaler Abgeordneter im Preußischen Landtag und zugleich Lobbyist der Familie in Berlin. Vgl. SF 9 (1928) 19, S. 362. Dort wird er als Initiator des Saargebietsschutzes bezeichnet. Obwohl Röchling nach außen nicht mehr in Erscheinung trat, besaß er weiterhin erheblichen Einfluß, da Vogel die Einberufung der Bielefelder Gründungsversammlung des BdS von seiner Zustimmung abhängig machte: Vgl. Brief der GSV an Karl Röchling (22.06.20), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1.

³⁰⁴ Künftig verkürzt nur „Saargebietsschutz“ genannt. Im undatierten Protokoll der Sitzung vom 13.02.19 finden sich einschließlich des später hinzugewählten Dr. Köhler allerdings nur die hier erwähnten 15 Namen: Vgl. BA-R 8014/835. Eine falsche Datierung auf Ende November 1918 bei VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 220; SF 15 (1934) 3, S. 37.

³⁰⁵ Zum damaligen Zeitpunkt Attaché in der politischen Abteilung des AA: Vgl. Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, hrsg. vom Historischen Dienst des Auswärtigen Amtes, Bd. 1: A–F, Paderborn [u.a.] 2000, S. 265 f.

³⁰⁶ Flemming, ehemaliger Bergwerksdirektor der saarländischen Grube Camphausen (1907–1915) und vortragender Rat im Handelsministerium, wurde wenig später Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Versailles und führte im Sommer 1919 unter Oberbergrat Fuchs die Verhandlungen zur Übergabe der Kohlegruben an Frankreich: Vgl. SF 9 (1928) 18, S. 344; SF 9 (1928) 20, S. 381; Hans-Walter HERRMANN: Der Oberpräsident der Rheinprovinz als Reichskommissar für die Übergabe des Saargebietes, in: Friedrich P. KAHLBERG (Hrsg.): Aus der Arbeit der Archive. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und zur Geschichte. F Schr. für Hans BOOMS, Boppard am Rhein 1989, S. 746–770, hier: S. 748.

³⁰⁷ Dr. Kurt Köhler war von 1919–1921 geschäftsführender Vorsitzender des „Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie“, welcher zahlreiche Spitzenverbände der Schwer- und Fertigwarenindustrie, des Handels, von Großbanken sowie von Handwerker- und Angestelltenorganisationen vereinigte. Vor dem Krieg hatte u.a. auch der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie“ zeitweise zur Unterstützung des Bundes aufgerufen, um den gebührenden Einfluß der Schwerindustrie zu sichern. Politisch stand die Interessenorganisation, die 1919 etwa 150.000 Einzelmitglieder im Reich zählte, der DVP und DDP nahe: Vgl. Claudia HOBERG: Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie (HB) 1909–1934, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 3, Köln 1985, S. 91–108, hier: S. 91 f.

³⁰⁸ Müller, ehemaliger Direktor der Neunkircher Hütte, zählte als Vertreter der westdeutschen Eisenindustrie zu den 22 Sachverständigen der deutschen Friedensdelegation in Versailles: Vgl. Kabinettsitzung (18.03.19), in: AdR, Kabinett Scheidemann, Dok. 16, S. 64.

³⁰⁹ Kommerzienrat Hermann Röchling (1872–1955) war Sachverständiger für Wirtschaftsfragen der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa. Auf seinem Weg zurück nach Völklingen erfuhr er von dem gegen ihn erlassenen französischen Haftbefehl und blieb in Trier, wo er von den Amerikanern verhaftet wurde. Es gelang ihm allerdings nach Berlin zu flüchten, wo er oben erwähnter Saarbrücker Delegation im Januar 1919 eine Besprechung bei Matthias Erzberger zur Übergabe der Bürgerresolution vermittelte: Vgl. RÖCHLING: Wir halten die Saar!, S. 27 f. Vgl. allgemein: Konrad FUCHS: Hermann Röchling, in: Peter NEUMANN (Hrsg.): Saarländische Lebensbilder, Bd. 2, Saarbrücken 1984, S. 221–251. Siehe auch S. 240 ff.

³¹⁰ Rupp (1856–1943), Privatsekretär Hermann Röchlings und dessen rechte Hand von 1908 bis zu seinem Tod, dürfte als Kassierer des nationalliberalen Wahlvereins in Saarbrücken die Bekanntschaft mit Theodor Vogel gemacht haben: Vgl. SEIBOLD, S. 110, S. 136 und S. 205.

Albert Schmidtborn³¹¹, Generalleutnant von Schubert³¹² und Dr. Herbert Stegemann angehörten. Die beiden anwesenden Vertreter der Weimarer Nationalversammlung, Bartholomäus Koßmann und Otto Pick, hatten ebenso wie der Zentrumsabgeordnete der Preußischen Landesversammlung, Dr. Franz Steegmann, gebeten, von ihrer Wahl Abstand zu nehmen; statt ihrer sollten von ihren Berliner Zentralstellen Vertreter in den Ausschuß entsandt werden³¹³. Es wurde bereits an diesem Abend beschlossen, in Berlin eine große Protestversammlung als Startschuß für weitere Kundgebungen im Reich abzuhalten sowie eine breit angelegte Pressepropaganda gegen die französischen Annexionsabsichten zu entfalten. Drei eng verbundene Ziele hatte sich der Saargebietsschutz gesteckt: Eine möglichst umfassende Aufklärung im unbesetzten Deutschland sollte die Bevölkerung mobilisieren und so auf die verantwortlichen Berliner Politiker Druck ausüben, sich dem Problem der drohenden Annexion an der südwestlichen Peripherie des Reiches verstärkt zuzuwenden. Somit ins Licht der Öffentlichkeit gerückt, sollte zugleich über eine aktive Abwehr der französischen Begehrlichkeiten – wie es der Name der Vereinigung ja auch suggerierte – der Verbleib der Saar beim Reich garantiert werden³¹⁴. Schließlich und endlich wollte der Ausschuß der saarländischen Bevölkerung signalisieren, daß sie entgegen aller grassierenden Gerüchte keineswegs in Vergessenheit geraten sei. Durch seine Existenz und sein Wirken sollte den Saarländern Mut zugesprochen werden, weiterhin auf die deutsche Karte zu setzen. Anhand dieser drei Tätigkeitsfelder, zu denen Mitte der zwanziger Jahre noch vorbereitende Maßnahmen für die Volksabstimmung kamen, läßt sich die private deutsche Saarpropaganda auch über die Brüche 1920 (Inkrafttreten des Versailler Vertrages) und 1933 (Nationalsozialistische „Machtergreifung“) hinweg grob charakterisieren.

Schon am folgenden Tag, dem 14. Februar 1919, fand eine weitere Zusammenkunft unter dem Vorsitz Karl Röchlings im Berliner Abgeordnetenhaus statt. Zur Koordinierung der bevorstehenden Aufgaben wurden drei Spezialausschüsse eingesetzt: Ein achtköpfiger Presseausschuß mit Karl Rupp als Schriftführer, ein Propagandaausschuß unter dem Vorsitz Oberstleutnants von

³¹¹ Schmidtborn (1872–1934) arbeitete als Bankdirektor bei der Gebr. Röchling-Bank in Berlin.

³¹² Den Nationalliberalen nahestehender preußischer Landtags- (1903–1918) und Reichstagsabgeordneter (1907–1912): Vgl. BELLOT, S. 250 f.

³¹³ Bezeichnend für den gesellschaftlichen Umbruch an der Saar war es, daß alle saarländischen Abgeordneten der Reichskonstituante aus der Arbeiterbewegung – wenn auch unterschiedlicher Provenienz – hervorgingen: Bartholomäus Koßmann und Karl Ollmert für das Zentrum, Otto Pick für die Liste „Deutsche Demokratische Partei und Deutsche Volkspartei“ sowie Valentin Schäfer und Franz Pokorny für die Mehrheitssozialdemokratie: Vgl. Joachim HEINZ: 19. Januar 1919. Wahlen zur Nationalversammlung im Saargebiet. Vor 75 Jahren fanden die ersten freien, gleichen und geheimen Wahlen im Saargebiet statt, in: *Arbeitnehmer* 42 (1994) 1, S. 37 ff.; *Die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihre Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates*, Bd. 1, hrsg. von Eduard HEILFRON, Berlin 1921, S. 182.

³¹⁴ In einer der frühesten Darstellungen über den Saargebietsschutz durch Dr. Rochlitz hieß dies: „*Es bedurfte nach den Erfahrungen des Weltkrieges eines geistigen und propagandistischen Trommlers, um den Kampf gegen die drohende Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes und gegen die schamlosen Annexionsbestrebungen Frankreichs von hoher Warte und in großem Rahmen aufzunehmen.*“, in: SF 15 (1934) 22, S. 458. Hervorhebung im Original.

Stumm³¹⁵, der die Aufgabe hatte, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für die Saarsache zu gewinnen und geeignete Lichtbilder zu verbreiten, sowie ein Finanzausschuß aus Hermann Röchling, Stumm und Flemming zur Deckung der Unkosten. Im ganzen Reich sollten Geistliche beider Konfessionen gebeten werden, als Multiplikatoren der anlaufenden Saarpropaganda zu fungieren³¹⁶.

Schon von Anfang an besaß der Saargebietsschutz kein Monopol in Fragen der Saarpropaganda: Bereits im Februar 1919 gründete sich unabhängig von ihm die Stuttgarter „Vereinigung gegen die Lostrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz“³¹⁷ und parallel zu den Vorbereitungen für die ursprünglich auf Ende Februar angesetzte Berliner Massenkundgebung fand am 1. März 1919 eine Protestversammlung „gegen Frankreichs Anspruch auf Pfalz und Saarbecken“ in der Aula der Heidelberger Ruprecht-Karls-Universität statt³¹⁸. Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den Rektor der Universität sprach Hermann Oncken. An den Anfang seiner Rede stellte der Historiker das berühmte Zitat Wilhelms II. vom August 1914, um auf den partei- und klassenübergreifenden Charakter der Veranstaltung und damit des Kampfes um die Verteidigung von Saar und Pfalz hinzuweisen. Oncken argumentierte gegen die französischen Ansprüche mit der jahrhundertelangen Zugehörigkeit der umstrittenen Territorien zum Reich. Indem er von Frankreich das Bild eines imperialistischen Aggressors seit den Tagen Ludwigs XIV. zeichnete, diskreditierte er die französischen Forderungen auf die 1815 verlorenen Gebiete:

³¹⁵ Ferner gehörten dem Gremium Hermann Röchling, Dr. Reichard, Dr. Herbert Stegemann und ab dem 20.02.19 auch der Geheime Oberbergrat Wilhelm Cleff (1861–1932) vom preußischen Handelsministerium an.

³¹⁶ Vgl. undatierte Niederschrift über die Ausschusssitzung vom 14.02.19, in: BA-R 8014/835.

³¹⁷ Vgl. Denkschrift der „Vereinigung gegen die Lostrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz“ an das RMFinanz (08.09.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.430. Über die Tätigkeit der Vereinigung vor ihrem Anschluß an die Berliner Zentrale ist wenig bekannt. Das französische Generalkonsulat Stuttgart berichtete am 20.02.22 dem Außenministerium (in: MAE, Sarre 115): „*Elle se propose d’entretenir et de resserrer les relations économiques et intellectuelles entre la région de la Sarre et l’Allemagne.*“ Sie werde von der Handelskammer, der Industriekammer, der Vereinigung württembergischer Industrieller und der „*Union centrale allemande du commerce*“ unterstützt. Siehe hierzu Kap. 4.4 b.

³¹⁸ Die Initiative dürfte von der „Heidelberger Vereinigung für eine Politik des Rechts“ ausgegangen sein. Diese war einen Monat zuvor auf Anregung des letzten kaiserlichen Reichskanzlers Prinz Max von Baden im Heidelberger Haus des Soziologen und Sozialökonomen Max Weber (1864–1920) gegründet worden. Namhafte Persönlichkeiten wie die Brüder Max und Alfred Weber, die Historiker Hermann Oncken, Friedrich Meinecke und Hans Delbrück, der Nationalökonom Lujo Brentano, der Völkerrechtler Walther Schücking, Maximilian Graf von Montgelas, Max Warburg oder auch Albrecht Mendelssohn-Bartholdy versuchten über diese parteiübergreifende Plattform, Beweise für die Unhaltbarkeit der alliierten Kriegsschuldthese zu erbringen und sie einer breiten Öffentlichkeit im In- und Ausland zu vermitteln. Zahlreiche Mitglieder wirkten im Frühjahr 1919 auch in der Friedensdelegation in Versailles mit. Vgl. Wolfgang J. MOMMSEN: Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, Tübingen 21974, S. 338 ff. Nach außen hin erfolgte die Einladung gemeinsam vom Rektor und Senat („Heidelberger Tageblatt“ Nr. 47 (28.02.19)), wobei sich im Universitätsarchiv keine entsprechenden Unterlagen finden ließen: Vgl. Mitteilung des UA Heidelberg (20.01.2003).

*„Es ist [...] immer derselbe Geist in wechselnden Gestalten: im 17. Jahrhundert nannte er sich Réunion, im Jahre 1866 Compensation, heute nach dem großen Kriege Réparation. Es ist der Geist der Gewaltpolitik und Eroberung [...], es ist der Geist, der dem Rechte einer neuen Zeit diametral entgegengesetzt ist.“*³¹⁹

Sein Fachkollege Dr. Wolfgang Windelband³²⁰ akzentuierte noch stärker die deutsche Geschichte der Pfalz und des Saargebietes. Nach ihm appellierte der Vertreter der saarländischen Studierenden an der Heidelberger Universität an die deutsche Regierung, die Saar und die Pfalz nicht im Stich zu lassen. Seine Ausführungen, in welchen er die ersten Französisierungsmaßnahmen und die Unterdrückung des Deutschtums schilderte, zeigen, daß die zum damaligen Zeitpunkt noch provisorische Abriegelung der linksrheinischen Gebiete von den Betroffenen bereits als unüberwindbare Absperrung empfunden wurde.

Als letzter Redner beleuchtete Max Weber, der zwischen 1897 und 1903 in Heidelberg die Professur für Nationalökonomie innehatte, die Saarfrage unter wirtschaftlichen Aspekten: Trotz der zurückliegenden kriegerischen Auseinandersetzung müsse der grenzüberschreitende Austausch von saarländischer Kohle und lothringischer Minette aus ökonomischer Sicht aufrechterhalten bleiben. Ohnehin sei das Saarbecken mit seiner qualitativ minderwertigen Kohle zur Deckung des französischen Fehlbedarfes kaum geeignet. Für die verarbeitende saarländische Industrie hätte darüber hinaus der Verlust ihres deutschen Absatzmarktes und die daraus resultierende Ausrichtung nach Westen katastrophale wirtschaftliche Folgen. Während Weber in seinen Ausführungen über die ökonomischen Konsequenzen noch überwiegend sachlich und nüchtern argumentierte, warnte er abschließend die Westmächte vor Provokationen:

„Gegen die politische Vergewaltigung deutscher Brüder im Osten oder Westen würde die Welt eine deutsche Irredentabewegung entstehen sehen, die in ihren revolutionären Mitteln sich von der italienischen, serbischen und irischen nur dadurch unterscheiden würde, daß der Wille von 70 Millionen dahinterstände und - ich vermute, und ich sage es offen, ich erwarte es: - die

³¹⁹ Gegen Frankreichs Anspruch auf Pfalz und Saarbecken. Protestkundgebung von Lehrkörper und Studentenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1. März 1919, Heidelberg 1919, S. 10. Siehe auch die Berichte im „Heidelberger Anzeiger“ Nr. 52 (03.03.19); „Heidelberger Tageblatt“ Nr. 49 (03.03.19).

³²⁰ Privatdozent Dr. Wolfgang Windelband (1886–1945) spürte die Konsequenzen seiner entschiedenen Stellungnahme („Wir sind hier zusammengekommen, um unsere Stimme zu erheben gegen die Vergewaltigung, die unserem Vaterlande droht. Urdeutsche Gebiete, die durch Stammes-, Sprach- und Blutsverwandtschaft sowie durch die geschichtliche Überlieferung Teile des Reiches darstellen, sollen ihm entrissen werden [...]“: Ebd., S. 14 f.) am eigenen Leib: Im Mai 1919 wurde er aus dem saarländischen Dillingen aufgrund von Denunziationen ausgewiesen: Vgl. BA-R 8014/977. Siehe auch: Otto ECKLER: Die Ausweisungen aus dem Saargebiet, in: VOGEL (Hrsg.): Saar-Befreiungskampf, S. 211–217, hier: S. 217.

*akademische Jugend (stürmischer Beifall der Studenten). Das wäre gar nicht anders möglich. Schon als Privatmann vergißt man zwar Kränkungen seiner Interessen, nicht aber Kränkungen seiner Ehre. Erst recht so eine Nation.*³²¹

Die Resonanz dieser ersten größeren Saarkundgebung im Reich blieb auf die Berichterstattung in der lokalen Presse beschränkt. Da sie ohne Unterstützung des Saargebietsschutzes konzipiert und durchgeführt wurde³²², verdient sie dennoch in diesem Rahmen erwähnt zu werden. Sie zeigt, daß auch im unbesetzten Teil Deutschlands Interesse am Schicksal der Saar vorhanden war. Hierauf ließ sich die Agitation des Saargebietsschutzes aufbauen.

Die Werbetrommel für die Kundgebung im Berliner Sportpalast³²³ wurde Anfang März eifrig gerührt: Mehrfach kündigten Inserate in der Berliner und der überregionalen Presse die Veranstaltung an, und Firmen, Vereine, Verbände sowie die Berliner Universitäten erhielten Einladungskarten zur Verteilung an Kunden, Mitglieder und Studierende. In den angrenzenden Stadtbezirken um das Regierungsviertel erfolgte zudem eine rege Hausagitation. Die Parteivorstände der in der Nationalversammlung vertretenen Fraktionen, deren Präsident Konstantin Fehrenbach und die saarländischen Abgeordneten in beiden Vorparlamenten wurden ebenso mit persönlichen Einladungsschreiben bedacht wie die Berliner Ministerien, akademische und kirchliche Behörden, Berliner Kommunalpolitiker und sonstige mit dem Saargebiet verbundene Persönlichkeiten. Mit dem „Verein der Lichtbild-Theater-Besitzer Groß-Berlins und Brandenburgs“ war die Vereinbarung getroffen worden, zwischen dem 1. und 4. März in Berliner Kinos nach dem eigentlichen Film einen Kurzfilm über die Saar vorzuführen³²⁴.

³²¹ Gegen Frankreichs Anspruch, S. 36. Weber hatte sich schon unmittelbar nach dem Waffenstillstand von der „*revolutionäre[n] Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts gegen eine fremde Gewalt und Tribut Herrschaft*“ (ebd.) die Entfaltung des nationalen Widerstandes der Bevölkerung – und insbesondere der Studentenschaft – versprochen. Das Schreckensszenario eines Bürger- und Partisanenkrieges mit dem Risiko der Bolschewisierung Deutschlands sollte die Alliierten davor bewahren, weitergehende territoriale Forderungen zu stellen. Ähnlich argumentierte er im späten Frühjahr 1919, als die Entscheidung über die Unterzeichnung des Friedensvertrages zur Debatte stand. Vgl. MOMMSEN: Max Weber und die deutsche Politik, S. 335–338; DERS.: Max Weber und die deutsche Revolution, Heidelberg 1994, S. 1–17.

³²² Erst im Anschluß verschickte der Saargebietsschutz gleichlautende Telegramme (03.03.19, in: BA-R 8014/3), in welchen er den Rednern für die Kundgebung gegen die Annexionspläne Frankreichs dankte.

³²³ Die Wahl des Sportpalastes als Kundgebungsstätte muß als ehrgeiziges Unterfangen des Saargebietsschutzes bezeichnet werden. Ursprünglich war eine kleinere Veranstaltung im Preußischen Abgeordnetenhaus vorgesehen, der eine Protestkundgebung unter freiem Himmel folgen sollte: Vgl. undatiertes Protokoll der Ausschußsitzung vom 16.02.19, in: BA-R 8014/835. Auch das Reichswehrministerium war im Vorfeld um kostenlose Überlassung von Räumlichkeiten gebeten worden: Undatiertes Protokoll der Sitzung des Propagandaausschusses vom 20.02.19, in: Ebd. Jahre später wurde die Veranstaltung im Sportpalast „*als Vorläuferin [der ...] großen deutschen Saar-Kundgebungen des später gegründeten Bundes der Saar-Vereine*“ bezeichnet: Vgl. SF 15 (1934) 16/17, S. 314.

³²⁴ Vgl. Brief des Saargebietsschutzes an eine Berliner Theater-Direktion (28.02.19), in: BA-R 8014/1102.



Abb. 2: Werbeplakat des Saargebietsschutzes

Das von Alexander M. Cay entworfene großformatige Veranstaltungsplakat zog durch sein ungewohntes Layout die Aufmerksamkeit auf sich³²⁵. Da die saarländischen Abgeordneten hierzu nicht gewonnen werden konnten³²⁶, mußte das zugehörige Flugblatt von Karl Rupp stellvertretend für den „Ausschuß für Saargebietsschutz“ unterzeichnet werden. Die Finanzierung der Veranstaltung konnte spätestens seit der Zusage Preußens, die Hälfte der veranschlagten 500.000 Mark für Saarpropaganda beizusteuern, als gesichert gelten³²⁷. Wegen des Belagerungszustandes, der am 3. März 1919 durch Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) verhängt worden war, sah sich der Saargebietsschutz allerdings gezwungen, die Großkundgebung um zwei Wochen zu verschieben. Das Risiko, daß die Veranstaltung in den Sog der Berliner Märzunruhen

geraten könnte, schien zu groß; außerdem wäre die beabsichtigte Wirkung verpufft, da wegen des Generalstreiks der Verkehrsbetriebe auch die Voraussetzungen für den erhofften Massenandrang nicht gewährleistet waren.

Eröffnet wurde die auf den 17. März verschobene Veranstaltung³²⁸ durch den ehemaligen preußischen Staatsminister für Handel und Gewerbe Dr. Reinhold Sydow, der die Notwendigkeit des Saargebietsschutzes als Abwehrstelle hervorhob. Nicht allein die reine Annexion des Saarbeckens, sondern ebenso die dauerhafte wirtschaftliche Bevormundung und Abhängigkeit der dortigen Industrie von Frankreich sollte seiner Meinung nach verhindert werden. Angesichts der drohenden Mißachtung des Wilsonschen Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechtes und der derzeitigen Ohnmacht der Saarbevölkerung stelle sich die Frage:

³²⁵ Für derartige Aufrufe und Proklamationen herrschte im Winter 1918/19 bei den Druckereien Hochkonjunktur: Vgl. PAUL/ SCHOCK, S. 32 und Abb. 26, S. 35. Ein Original des Plakates befindet sich in: BA-R 8014/5.

³²⁶ Undatierte Niederschrift über die Sitzung des Propagandaausschusses vom 20.02.19, in: BA-R 8014/835.

³²⁷ Die anderen 250.000 Mark sollten von saarländischen Industriellen und reichsdeutschen Unternehmern auf ein Sonderkonto „Saargebietsschutz“ eingezahlt werden. Für den Fall, daß sich die 500.000 Mark als nicht ausreichend erweisen sollten, waren weitere Verhandlungen in Aussicht gestellt: Vgl. undatiertes Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses vom 17.02.19, in: Ebd. Als die Behörden im Februar 1922 den Verwendungshinweis für die überwiesenen 250.000 Mark erbat, entgegnete Vogel, daß die Saarindustrie einen noch höheren Betrag aufgebracht habe: Vgl. Brief der GSV an das PrMFinanz (14.02.22), in: BA-R 8014/667.

³²⁸ Zur Kundgebung insgesamt: Vgl. Pressebericht des Saargebietsschutzes zur Verteilung an verschiedene Redaktionen (17.03.19), in: BA-R 8014/5. Während der Kundgebung war im Sportpalast ein Büro mit drei Schreibmaschinen und einem Vervielfältigungsapparat eingerichtet, um die Berichterstattung nach stenographischer Mitschrift noch am gleichen Abend erledigen zu können. Die Entschließung lag bereits zu Beginn in ausreichender Anzahl für die Journalisten vor, die auf der Reichspressekonferenz informiert worden waren: Vgl. Brief Rupp an Kraus (13.03.19), in: BA-R 8014/835.

„Was kann also die alte Heimat tun?

Sie kann nichts anderes tun[,] als durch Wort und Schrift einzutreten für die Gerechtigkeit der Sache des Saargebiets und seiner Bevölkerung, für seine Interessen, kann suchen, das Gewissen zu schärfen nicht nur allen Angehörigen des deutschen Volkes, sondern auch den Angehörigen der neutralen Staaten und, wenn es möglich ist, den Feinden.

Diesen Aufgaben hat sich der Ausschuß für den Saargebietsschutz gewidmet.“³²⁹

Nach ihm demonstrierte Geheimrat Dr. Albrecht Penck, Direktor des Geographischen Instituts, anhand von Lichtbildern die geostrategische Lage sowie die wirtschaftliche und historische Bedeutung des Saargebiets, während Prälat Dr. Baumgarten³³⁰ den urdeutschen kulturellen und künstlerischen Charakter betonte. Nachdem der Sozialdemokrat Otto Hué eine Absage erteilt hatte, war es den Organisatoren gelungen, mit Karl Legien dennoch einen prominenten Vertreter der Freien Gewerkschaftsbewegung für die Saarsache zu verpflichten³³¹. In seiner Ansprache hob Legien die im Vergleich zum Reich mangelhaften Arbeiterschutzgesetze Frankreichs hervor. Bevor der Geheime Justizrat Dr. Bollert (MdL) unter tosendem Beifall an die Reichsregierung appellierte, keinen Frieden zu unterzeichnen, der deutsche Länder raube, steigerte der Versammlungsleiter das Gefühl der Bedrohung: Dramaturgisch geschickt inszeniert schob er die Eilmeldung aus Saarlouis ein, daß dort anlässlich des Besuchs Marschall Fochs Vorbereitungen liefen, die Stadt als Teil Frankreichs zu proklamieren³³². Wie bei solchen Kundgebungen üblich, wurden Begrüßungs- und Zustimmungstelegramme verlesen, so unter anderem von Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann und den saarländischen Abgeordneten in Weimar³³³. Dr. Franz Steegmann (MdL), der auch schon der Gründungssitzung des Saargebietsschutzes beigewohnt hatte, sprach als einziger Saarländer zum Auditorium. In der abrundenden EntschlieÙung wurde der überparteiliche und ständeübergreifende Charakter der Veranstaltung hervorgehoben und erneut die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes für die Saarländer gefordert. Als roter Faden zog sich deren Bekenntnis, deutsch bleiben zu wollen, durch die einzelnen Redebeiträge.

³²⁹ SF 10 (1929) 4, S. 64 f.; SF 15 (1934) 16/17, S. 314.

³³⁰ In der Kabinettsitzung vom 18.03.19 wurde der liberale Kieler Theologieprofessor Otto Baumgarten (1858–1934), ein Vetter Max Webers, als Vertreter der evangelischen Kirche zum Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Versailles nominiert: Vgl. AdR, Kabinett Scheidemann, Dok. 16, S. 64.

³³¹ Auch der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald (1874–1945) war ursprünglich als Redner über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Saargebiet vorgesehen gewesen. Dr. Adolf Dominicus (1873–1945), der Oberbürgermeister von Berlin-Schöneberg, hatte zumindest für die am 04.03.19 geplante Veranstaltung seine Zustimmung erteilt. Der Plan, eine gemeinsame Veranstaltung mit rheinländischen Organisationen aufzuziehen, wurde Mitte Februar 1919 wieder verworfen, nachdem durch die Zusage Legiens als Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine ausreichende Beteiligung der Arbeiterorganisationen und damit entsprechender Massenbesuch gewährleistet war: Vgl. undatiertes Protokoll der Ausschußsitzung vom 14.02.19, in: BA-R 8014/835.

³³² Siehe auch Weißbuch, Dok. 13 mit Anlagen, S. 36 f.; SF 10 (1929) 10, S. 187 f.

³³³ „Mit unseren Wählern an der Saar [...] wissen wir uns eins, wenn wir hiermit feierlichst erklären, daß wir deutsch sind und deutsch bleiben wollen jetzt und immerdar!“: Unterzeichnet von Koßmann, Schäfer und Ollmert: SF 15 (1934) 16/17, S. 314. Auf einer Liste der anwesenden Persönlichkeiten (BA-R 8014/835) waren außer dem Sozialdemokraten Franz Pokorny alle saarländischen Parlamentarier verzeichnet. Aus Rücksicht auf ihr Mandat hatten sie allerdings im Gegensatz zu Steegmann verzichtet, das Wort zu ergreifen.

Obwohl der provisorische Rat der Volksbeauftragten bereits am 23. November 1918 gegen französische Annexionspläne an der Saar protestiert hatte³³⁴, rückte das Saargebiet im folgenden Winter zusehends in den Hintergrund. Die Bedrohung der territorialen Integrität des Reiches durch die neu- bzw. wiederentstandenen Staaten Tschechoslowakei und Polen, dänische und belgische Ambitionen im Norden und Westen, der drohende Zerfall des Reiches in einen lockeren Staatenbund, die Autonomiebewegung im Rheinland und schließlich auch der Verlust der Kolonien beschäftigten die deutsche Außen- und Innenpolitik in den ersten Wochen nach der Revolution. Zusätzlich belasteten die bürgerkriegsähnlichen Zustände während des Spartakusaufstandes im Januar, die blutigen Zusammenstöße während der Märzunruhen in Berlin, die innenpolitischen Spannungen im Frühjahr durch die Streikbewegungen in einigen industriellen Kernregionen, die Auseinandersetzungen um die Verfassung, die angespannte Ernährungs- und Versorgungslage und das abschreckende Beispiel der beiden Münchener Räterepubliken³³⁵ die Konsolidierungsphase des republikanischen Experiments. Die Gefahr, daß sich die Reichsregierung in den bevorstehenden Friedensverhandlungen dazu hinreißen lassen könnte, durch Zugeständnisse an der Südwestecke ihren Kooperationswillen zu demonstrieren und das Saargebiet anstelle der Gebietsverluste im Osten des Reiches zu opfern³³⁶, schwebte im Frühjahr 1919 wie ein Damoklesschwert über der Saar. Erschwerend kam hinzu, daß – wie oben dargelegt – die französische Besatzungsbehörde systematisch alle Verbindungslinien zwischen der Saar und reichsdeutschen Behörden entweder gänzlich unterbunden hatte oder streng kontrollierte. Trotz der hohen personellen und organisatorischen Kontinuität in nahezu allen Reichsbehörden³³⁷ fehlte so auf deutscher Seite im Frühjahr 1919 eine für das Saargebiet zuständige Instanz und Interessenvertretung³³⁸. Gerüchte über oben angeschnittenes Kompensationsszenario fanden ihre scheinbare Bestätigung in der mangelnden Beteiligung von Regierungsvertretern an

³³⁴ Vgl. NOBLE, S. 206.

³³⁵ Vgl. WINKLER: Weimar, S. 72–82.

³³⁶ Abgesehen vom Prestigeverlust bedeutete die Abtretung des oberschlesischen Kohlreviers eine jährliche Einbuße in Höhe von 32,3 Mio. t Steinkohle gegenüber 13,6 Mio. t an der Saar: Vgl. SWS 5 (1932), S. 11.

³³⁷ Vgl. Kurt DOSS: Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1977, S. 188–215; Wolfgang ELBEN: Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919, Düsseldorf 1965; GRUPP, S. 12–24.

³³⁸ Mitte Juni 1919 war zwar der Kölner Regierungspräsident Karl von Starck zum Reichs- und Staatskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete ernannt worden, doch beschränkten sich dessen Befugnisse auf die Wahrnehmung allgemeiner Besatzungsangelegenheiten gegenüber der Rheinlandkommission. Die Ernennung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Rudolf von Groote, zum „Reichskommissar für die Übergabe des Saargebietes“ erfolgte erst Anfang 1920 durch das AA. Vgl. Karl Heinrich POHL: Der „Rheinlandkommissar“ und die besetzten deutschen Gebiete. Regionale Einflüsse bei den innenpolitischen Auseinandersetzungen um die „Rückwirkungen“ von Locarno, in: JbWestdtLG 5 (1979), S. 273–301, hier: S. 281 f.; HERRMANN: Oberpräsident, S. 754 ff.; Weißbuch, Dok. 37 f., S. 73 ff. (27.02.20).

der Protestkundgebung vom 17. März³³⁹: Nur eine Woche später ergriffen bei den verschiedenen Kundgebungen gegen die Abtrennungen im Osten Persönlichkeiten wie Matthias Erzberger und Eduard Bernstein als Redner das Wort ergriffen und dokumentierten damit, daß der Bedrohung durch Polen eine höhere Priorität als den französischen Annexionsplänen an der Saar beigemessen wurde. Auch anschließend hatten die Ostkundgebungen eine größere Resonanz und schlugen Wellen bis zur Weimarer Nationalversammlung, wo Reichsministerpräsident Scheidemann am 26. März eine programmatische Rede hielt³⁴⁰.

Beschränkte sich die unmittelbare Wirkung der Veranstaltung vor allem auf selbst lancierte Presseberichte³⁴¹ und blieb den „Saarfreunden“ somit zunächst die erhoffte öffentliche Anerkennung verwehrt, war die Sportpalastkundgebung kein singuläres Phänomen. Sie bildete vielmehr den Startschuß zu einer im ganzen nichtbesetzten Reichsgebiet verbreiteten, in vielfachen Erscheinungsformen durchgeführten und bis in die Tage der Unterzeichnung des Friedensvertrages andauernden Propagandakampagne des Saargebietsschutzes³⁴².

Schon Anfang März 1919 hatte sich Generalleutnant a.D. Hermann Heidborn³⁴³ im Auftrag des Saargebietsschutzes an alle preußischen Oberpräsidien mit der Bitte gewandt, Kundgebungen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu veranlassen. Die deutschen Unterhändler in Versailles stünden vor großen Schwierigkeiten, so Heidborn, da das Schweigen der deutschen Öffentlichkeit von der französischen Delegation als stille Zustimmung zu deren Plänen interpretiert werde. Es gelte

„also ein Echo zum Ausdruck zu bringen, welches im deutschen Blätterwald und im deutschen Volk hervorgerufen ist durch die Gerüchte über die Ventilierung einer Abstimmung hinsichtlich

³³⁹ Nach der Liste vom 17.03.19 waren außer dem Leiter des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung, Oberst Dr. Koeth, auf der ersten öffentlichen Kundgebung des Saargebietsschutzes nur die beiden StSe Mügel und Dönhoff als Vertreter von Staats- und Reichsregierung erschienen: Vgl. BA-R 8014/836. Oscar Mügel (1858–1947), seit 1890 StS im PrMJustiz, war kinderlos mit Hermann und Karl Röchlings Schwester Maria verheiratet und zugleich juristischer Berater der Familie Röchling. Neben den bereits erwähnten saarländischen Abgeordneten finden sich auf der Liste zahlreiche Beamte aus dem preußischen Bergwesen wie Ewald Hilger.

³⁴⁰ Freilich war dies in erster Linie durch die Präsenz Erzbergers bedingt gewesen, die Zwischenfälle mit dem rechtsgerichteten „Nationalbund deutscher Offiziere“ provoziert hatte, während die Versammlung des Saargebietsschutzes ruhig verlief. Vgl. Kabinettsitzung vom 25.03.19, in: AdR, Kabinett Scheidemann, Dok. 22, S. 95–100, hier: S. 98 f. sowie die Rede Scheidemanns auf der 29. Sitzung der Nationalversammlung (26.03.19), in: HEILFRON, Bd. IV, S. 1976.

³⁴¹ Immerhin war die Reichskanzlei gebeten worden, die deutschen Journalisten auf der Pressekonferenz mobil zu machen: Vgl. „Merkblatt für die Agitation betr. Saargebiet und Elsaß-Lothringen“ (15.03.19), in: BA-R 8014/836.

³⁴² Wie schon die Heidelberger Saarkundgebung gezeigt hatte, bedurfte es nicht unbedingt der Anregung des Saargebietsschutzes oder staatlicher Stellen: Schon am 01.02.19 verabschiedete beispielsweise eine Versammlung von Pfälzerinnen und Pfälzern in München eine Resolution, welche feierlich gegen jeden Versuch Verwahrung einlegte, die Pfalz oder Teile derselben von Bayern und dem Reich abzutrennen: Vgl. Brief des BayMA an die bayerische Gesandtschaft und das BayMIInn (13.02.19), in: BayHStA, MIInn 47.085.

³⁴³ Heidborn (1857–1924) war mit Helene, der Schwester Hermann Röchlings, verheiratet: Vgl. SEIBOLD, S. 106.

*des Saargebiets. So wird den Gegnern der franz. Auffassung die Möglichkeit gegeben, auf die Ablehnung des in dieser Frage geschlossenen deutschen Volkes hinzuweisen.*³⁴⁴

Der nationale Schulteranschluß sollte durch das Wiederbeleben jener fest gefügten Einheitsfront des Sommers 1914 vollzogen werden.

Da während der Phase der Saarverhandlungen in Versailles (28. März bis 13. April 1919) nur wenige gesicherte Details an die Öffentlichkeit gelangten und Gerüchte und Übertreibungen die fehlenden Sachinformationen zunächst ersetzten³⁴⁵, dauerte es bis Mitte April, bis Heidborn die Pläne des Saargebietsschutzes konkretisierte: Die Oberpräsidenten sollten bis spätestens Anfang Mai³⁴⁶ eine Protestkundgebung initiieren. Damit die lokalen Veranstalter nicht auf sich selbst gestellt waren, reiste Heidborn zwecks persönlicher Rücksprache zwischen dem 15. April und dem 6. Mai 1919 durch 17 deutsche Städte zwischen Kiel, Bremen, Leipzig und Breslau³⁴⁷; ein zur gleichen Zeit versandtes allgemeines Rundschreiben gab weitere organisatorische Anregungen³⁴⁸:

Die Werbe- und Aufklärungskampagnen sollten insbesondere bei der Arbeiterschaft ansetzen; *„politische Gesinnung spielt[e] bei dieser patriotischen Kundgebung keine Rolle.“* Ob auf den Protestversammlungen auch die Problematik Elsaß-Lothringens angeschnitten wurde, mußte vor Ort entschieden werden; die Notwendigkeit derartiger Kundgebungen für das Reichsland wurde prinzipiell anerkannt. Es war

„wünschenswert, die Protestbewegung nicht allein auf die Annexion, sondern auch gegen eine etwaige Fortdauer der wirtschaftlichen Bevormundung zu richten“,

da diese unweigerlich politische Folgen nach sich ziehen werde.

³⁴⁴ Brief Heidborns an den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig (02.03.19), in: StA Leipzig, Kap. 35/1252, Nr. 1. Zugleich rief der Saargebietsschutz dazu auf, bis in die kleinsten Schulen und Lehranstalten begleitende Vorträge durch die Lehrer zu halten. Das notwendige Material könne der Saar-Sondernummer der „Woche“ und den noch zu verteilenden Informationsbroschüren entnommen werden. Eine entsprechende Verfügung des PrMWissenschaft vom 12.03.19 erleichterte dieses Vorhaben. Allerdings konnte der Saargebietsschutz nicht überall auf ein solches Entgegenkommen zählen: Der Staatskommissar für das Unterrichtswesen in Bremen erteilte Heidborn am 19.04.19 eine diesbezügliche Absage: Vgl. Staatsarchiv Bremen, 3-V.2/ 2053.

³⁴⁵ Bevor zwischen dem 11. und 15.04.19 über halb-offizielle Kanäle Einzelheiten bekannt wurden, geisterte die Behauptung durch die Presse, bei den bevorstehenden territorialen Verschiebungen im Saarraum würden über eine Million Deutsche unter französische Herrschaft gelangen: Vgl. NOBLE, S. 211–214. Noch auf dem Weg nach Versailles soll Oberst Conger dem deutschen Außenminister abgeraten haben, in der Frage des Saarbeckens Verhandlungen anzustreben. Es werde nach 15jähriger französischer Verwaltung quasi automatisch wieder an Deutschland zurückfallen: Vgl. geheime Aufzeichnung Brockdorff-Rantzau (29.04.19), in: ADAP, A I, Dok. 238, S. 452 f.

³⁴⁶ Am 07.05.19 wurde der deutschen Delegation der alliierte Entwurf des Friedensabkommens übergeben.

³⁴⁷ Vgl. Brief Heidborns an den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig (12.04.19), in: StA Leipzig, Kap. 35/1252, Nr. 1. Angesichts der schwierigen Verhältnisse im Bahnverkehr stellte dies durchaus eine organisatorische Leistung dar. Im Hinblick auf die in Weimar tagende Nationalversammlung dürfte es kein Zufall sein, daß seine Reiseroute vornehmlich durch Mitteldeutschland führte.

³⁴⁸ Vgl. Rundschreiben des Saargebietsschutzes an Städte und Gemeinden sowie Verbände, Vereinigungen und Parteien, hier an den Magistrat der Stadt Leipzig (14.04.19), in: Ebd. Bereits Mitte März erschien ein „Merkblatt für die Agitation betr. Saargebiet und Elsaß-Lothringen“ (15.03.19, in: BA-R 8014/836). Die folgenden Zitate stammen aus den beiden detaillierten Handlungsanweisungen für die Saarpropaganda.

Mindestens zwei Wochen vor einem geplanten Termin sollte der Saargebietsschutz als Koordinationsstelle³⁴⁹ kontaktiert werden. Die Zentrale versprach den Veranstaltern, ihren Propagandaapparat zur Verfügung zu stellen und im Vorfeld der Kundgebung an die ansässigen Kinobetreiber mit der Bitte heranzutreten, Kurzfilme des Saargebietsschutzes zu zeigen. Ebenso konnte ein Lichtbildvortrag aus 53 Dias mit zugehörigem Text ausgeliehen werden³⁵⁰. Diese detaillierten Handlungsanweisungen für die Planung der Veranstaltungen und Ausgestaltung der Propaganda³⁵¹ erfüllten einen doppelten Zweck: Zum einen sollten sie in der Öffentlichkeitsarbeit weniger versierten Personen ermöglichen, sich propagandistisch zu betätigen, und zum anderen mußte dem Saargebietsschutz daran gelegen sein, von allen nur erdenklichen Manifestationen zur Saar Kenntnis zu erhalten.

Die Redner über die historischen, wirtschaftlichen, geographischen und kulturellen Themen sollten vor Ort gesucht werden, wozu ihnen gleichzeitig mit dem Rundschreiben umfangreiches Informationsmaterial³⁵² überlassen wurde. Für den Fall, daß keine geeigneten Redner zur Verfügung standen, empfahl der Saargebietsschutz, sich an die aus dem Saargebiet ausgewiesenen Herren Dr. Zillessen, Pfarrer Rudolf August de Haas³⁵³, Theodor Vogel, den Syndikus der Burbacher Hütte Dr. C. Brettschneider sowie an Oberstleutnant von Pilchrim im Bensheimer Hotel „Germania“ zu wenden³⁵⁴. Schließlich bat der Saargebietsschutz sogar um Mitteilung, in welcher Höhe ein Vorschuß für die Deckung der entstehenden Kosten beantragt werden würde:

„Einer Rechnungslegung im Sinne fiskalischer Grundsätze bedarf es nicht, doch ist die Belegung größerer Ausgaben durch quittierte Rechnungen sehr erwünscht, weil dem Saargebietsschutz auch staatliche Mittel gegeben sind. In der Art der Verfügung sind Ew. Hochwohlgeboren voll-

³⁴⁹ Die Geschäftsstelle des Saargebietsschutzes befand sich in der Berliner Zimmerstraße 72–74, jedoch trugen vereinzelte Schreiben schon die Adresse des späteren Saar-Vereins, Königgrätzer Str. 94 (erstmalig am 21.02.19, in: BA-R 8014/835). Ihre Leitung lag in den Händen von Karl Rupp, Prokurist Lutz und Albert Schmidtborn, die alle drei dem Röchlingschen Unternehmensverbund angehörten: Vgl. SF 10 (1929) 7, S. 130. Als weitere Mitarbeiter tauchen in Rundschreiben ein Leutnant Dreßler sowie ein Herr von Arnim auf.

³⁵⁰ Etwa zehn jeweils einige Minuten lange Schwanzfilme wiesen vor allem auf die wirtschaftliche Bedeutung der saarländischen Kohle für die deutsche Gesamtwirtschaft hin bzw. warben für die jeweilige Versammlung. Der „eiserne Film“ über ein saarländisches Hüttenwerk besaß eine längere Spieldauer und war in fünf Kopien ebenfalls über die Geschäftsstelle des Saargebietsschutzes erhältlich: Vgl. Brief der GSV an das PrMFinanz (14.02.22), in: BA-R 8014/667. Zur Lichtbildpropaganda vgl. auch BA-R 8014/1102 sowie SF 15 (1934) 23, S. 497: Lichtbildvorträge seien an 65 Stellen versandt worden.

³⁵¹ Ankündigung der Veranstaltung in der Presse sowie durch Plakate und Postkarten, Einladung der Lokalpresse, Kooperation mit den Parteien, Vereinen und Körperschaften, vor allem auch dem akademischen Umfeld vor Ort, Erwirkung von Grußtelegrammen einflußreicher Persönlichkeiten, entsprechende Nachbereitung in der Presse, Einbeziehung der Schulen, usw. „Es kommt darauf an, daß zu und bei den Veranstaltungen das Thema den Zuhörern schmackhaft gemacht wird und daß die Agitation durchdringt bis in die kleinsten Orte. Das persönliche Interesse der einzelnen Schichten muß möglichst wachgehalten bleiben durch kurze sich wiederholende Hinweise in Wort und Schrift [...]“.

³⁵² Außer den unten aufgeführten Publikationen wurde ein 53seitiger Bericht über die Berliner Kundgebung vom 17.03.19 sowie die ersten Nummern der „Nachrichten aus dem Saargebiet“ übersandt.

³⁵³ 1864–1931. (Garnisons-) Pfarrer in Saarlouis 1893–1919, anschließend bis 1930 Pfarrer in Essen-Borbeck.

³⁵⁴ Vgl. Brief des Saargebietsschutzes an die Stadt Bremen (15.04.19), in: Staatsarchiv Bremen, 3-V.2/ 2053.

*ständig frei und selbständig. Sofern der Betrag jedoch wider Erwarten nicht ausreichen sollte, darf ich um vorherige rechtzeitige Benachrichtigung bitten.*³⁵⁵

Der Verlauf der zahlreichen Protestkundgebungen ähnelte sich stark, orientierte er sich doch an der traditionellen und vielfach eingeübten Form politischer Feiern. So lassen sich keine gravierenden dramaturgischen Unterschiede zu den Demonstrationen des späteren Bundes der Saarvereine und seiner Ortsgruppen erkennen³⁵⁶, allerdings setzte der Saargebietsschutz andere Prioritäten. Oberstes Ziel jeglicher propagandistischer Betätigung mußte sein, die Annexion zu verhindern bzw. die französische wirtschaftliche Dominanz zu brechen. Meist wurde in drei Schritten historisch, ökonomisch und völkisch-national in Abgrenzung zu Frankreich argumentiert: Zunächst richteten sich energische Proteste gegen die französische These, es sei ein Akt historischer Wiedergutmachung, wenn das Saarbecken zurück an Frankreich falle. Eng damit verbunden, quasi die andere Seite der gleichen Medaille, war die Betonung des Jahrhunderte währenden „urdeutschen“ oder „kerndeutschen“ Charakters des Saargebiets und der blutsmäßigen Stammesverwandtschaft seiner Einwohner mit anderen Deutschen. Schließlich und endlich wurde mit einer ähnlichen Argumentation, wie sie Max Weber schon in Heidelberg herangezogen hatte, auf die Bedeutung der Saarwirtschaft für die deutsche Friedenswirtschaft hingewiesen. Eine abschließende Resolution appellierte entweder an die deutsche Regierung, das Saargebiet nicht preiszugeben, oder das (feindliche und neutrale) Ausland, den Saarländern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wie auch bei den späteren Veranstaltungen des Bundes der Saarvereine vermischten sich auf den Protestkundgebungen des Saargebietsschutzes und seiner Sympathisanten zwei Strömungen: Einerseits wollte man die Bevölkerung durch Vorträge aufklären und für das Problem sensibilisieren³⁵⁷, auf der anderen Seite gehörte die Emotionalisierung der Saarfrage eben gerade durch den beabsichtigten Massenauflauf zum integralen Bestandteil des Konzepts. Dabei war das äußerste, was von den Teilnehmern erwartet wurde, deren physische Präsenz, ihre Akklamation zu der Resolution und gegebenenfalls ihre Unterschrift auf einer ausgelegte Protestliste³⁵⁸. Weitergehende Pläne wie das Sammeln finanzieller

³⁵⁵ Freiwillige Sammlungen während der Veranstaltung könnten die Summe gegebenenfalls noch erhöhen. Über eine derartige finanzielle Handlungsfreiheit verfügte die spätere GSV nicht mehr.

³⁵⁶ Siehe hierzu Kap. 7 und S. 330 f.

³⁵⁷ Die Notwendigkeit des Saargebietsschutzes als Informationsquelle weist die populäre saarländische Schriftstellerin Liesbet DILL (1877–1962) in ihrem Roman „Wir von der Saar“ (Stuttgart 1934) nach: Im Mittelpunkt der Erzählung steht das Schicksal des Saarländers Hans Helder, der nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs eine Schule im unbesetzten Teil Deutschlands (Halle) besucht und seine dortigen Eindrücke wie folgt schildert: „Die meisten Mitschüler hatten den Rhein nie gesehen, und von der Saar wußten sie kaum etwas anderes, als daß sie ein Nebenfluß der Mosel war. In den Zeitungen standen Nachrichten über den besetzten Rhein, das Ruhrgebiet, über Schlesien und Ostpreußen, von der Saar fand er wenig. Die Zeitungen kamen nicht mehr über den Rhein, und Reisen ins Saargebiet konnte man nur mehr mit der Erlaubnis der französischen Behörden unternemen, und es dauerte wochenlang, bis sie kam.“ (S. 96).

³⁵⁸ Beispielsweise wurden im thüringischen Mühlhausen nach einer Protestversammlung unter Beteiligung aller politischen Parteien insgesamt knapp 19.500 Unterschriften gesammelt: Vgl. Brief des Magistrats an den Saargebietsschutz (25.04.19), in: BA-R 8014/5. Nach Mitteilung des Stadtarchivs Mühlhausen vom 19.12.2002 zählte die Stadt am 01.01.19 selbst nur 32.689 Einwohner. Weitere Berichte über Protestveranstaltungen sowie Abrechnungen über getätigte Ausgaben und Unterschriftenlisten in: BA-R 8014/3 ff.

Mittel oder gar der feste Zusammenschluß in Saarvereinigungen bestanden im Frühjahr 1919 noch nicht.

Mit dem Massenandrang und der breiten Streuung der Kundgebungen im ganzen Reich sollte vor allem der amerikanischen Öffentlichkeit der Eindruck einer alle Regionen, Stände, Konfessionen und Parteien erfassenden Volksbewegung suggeriert werden und damit die deutsche Waffenstillstandskommission bzw. Friedensdelegation den notwendigen Rückhalt aus der Bevölkerung – und nicht nur den der unmittelbar betroffenen Saarbevölkerung – erhalten³⁵⁹. Der Schwerpunkt der etwa 30 Propagandakundgebungen lag im sächsisch-thüringischen Raum und in den rechtsrheinischen Städten zwischen Kassel und Stuttgart³⁶⁰. In Bayern waren derartige Versammlungen in der Zeit der Freikorpskämpfe nicht möglich, der Norden und Osten des Reiches hatte – abgesehen von der räumlichen und damit verbundenen gefühlsmäßigen Distanz – selbst gegen territoriale Verluste zu kämpfen, und in den linksrheinischen Städten konnten derartige Kundgebungen nur unter einer vorgeschobenen Tagesordnung stattfinden, wenn sie nicht Gefahr laufen wollten, von der Besatzung unterbunden zu werden. Vor allem schien dort das Rheinland als Ganzes und nicht nur die Saar bedroht. Derartige Kundgebungen rissen auch in der entscheidenden Phase nach Überreichung des ernüchternden alliierten Friedensvertragsentwurfes nicht ab³⁶¹; knapp eine Woche, nachdem die Reichsregierung auf der Sondersitzung der Nationalversammlung in der Aula der Berliner Universität ihr „Unannehmbar“ zum Ausdruck gebracht hatte, fand am 18. Mai 1919 im Dresdener Residenztheater eine Protestver-

³⁵⁹ „[...] Inoffiziellen Nachrichten zufolge soll die französische Annexion des Landes bei den anderen Ententevölkern zwar auf Widerstand stoßen, aber die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes soll den Franzosen zugestanden werden. Daß diese wirtschaftliche Ausbeutung einer Annexion in der Praxis ungefähr gleich kommen würde [-] man denke nur an Marokko [-] unterliegt keinem Zweifel. Es müßte also sofort und mit allen Mitteln versucht werden, diesen Bestrebungen unserer Feinde entgegenzuwirken, solange die Vorverhandlungen über die Friedensbedingungen in Paris noch schweben. Nur ein einheitlicher Protest von ganz Deutschland, in welchem unzweideutig zum Ausdruck kommt, daß das ganze Volk ohne Ansehen irgend welcher Parteien- oder Klassen-Interessen geschlossen hinter seiner Regierung steht, findet die nötige Beachtung im Auslande [...].“ Rundschreiben des Saargebietsschutzes, hier an den Magistrat der Stadt Leipzig (14.04.19), in: StA Leipzig, Kap. 35/1252, Nr. 1.

³⁶⁰ In Berichten wurden explizit genannt: Clausthal, Cottbus, Dresden, Eisenach, Frankfurt am Main, Fulda, Gießen, Halle an der Saale, Hamburg, Hanau, Hannover, Heidelberg, Jena, Kassel, Leipzig, Liegnitz, Magdeburg, Marburg, Oldenburg, Salzwedel, Schmiedeberg und Stuttgart: Vgl. SF 10 (1929) 4, S. 67; SF 15 (1934) 16/17, S. 314. Siehe auch: Judith VOELKER: „Unerträglich, unerfüllbar und deshalb unannehmbar.“ Kollektiver Protest gegen Versailles im Rheinland in den Monaten Mai und Juni 1919, in: Jost DÜLFFER/ Gerd KRUMEICH (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002, S. 229–241, hier: S. 233.

³⁶¹ Dies geschah mit wohlwollender Unterstützung der Reichsregierung: Siehe Kabinettsitzung vom 09.05.19, in: AdR, Kabinett Scheidemann, Dok. 67, S. 308; WIPPERMANN, S. 111–117. Solche Kundgebungen mußten nicht von amtlichen Stellen initiiert werden. Wie eine Untersuchung in vier rheinischen Städten ergab, erfaßte die nationale Enttäuschung über das alliierte Vertragskonzept praktisch alle Teile der deutschen Bevölkerung: Allein während der sieben Wochen bis zur deutschen Unterzeichnung fanden hier insgesamt 84 Versammlungen statt: Vgl. VOELKER, S. 230 ff. Der Schock nach der zerplatzten Illusion des Rechtsfriedens und der Wunsch, seiner Entrüstung Ausdruck zu geben, garantierte den notwendigen Massenandrang. Der Saargebietsschutz kam mit seinen Kundgebungen also nur einem verbreiteten Bedürfnis in der Bevölkerung nach, wengleich noch immer die Gefahr bestand, daß die Saar angesichts anderer, als noch demütigender empfundener Artikel, unter den Tisch zu fallen drohte und die reichsdeutsche Bevölkerung in erster Linie an der Schaffung normaler Zustände interessiert war.

anstellung gegen den Raub des Saargebiets statt³⁶². Auf Einladung des „Sozialen Freiheitsbundes, Abt. Saargebietsschutz“ wurden die inzwischen bekannten Saargebietsklauseln als potentieller Keim neuer kriegerischer Auseinandersetzungen verworfen und das Saarproblem auf eine reine Kohlenlieferungsfrage zwischen Deutschland und Frankreich reduziert.

Wie bereits Hermann Oncken in Heidelberg gefordert hatte, galt es, den Saarländern durch die Versammlungen Mut zu machen. Jenseits des Rheins lebten

„Millionen von Volksgenossen [...], die sich nicht frei bewegen, nicht frei sprechen können, aber aus unserem Mund hören wollen, daß wir aufrecht stehen, daß wir ihnen die Treue bewahren und alles tun, was in unseren Kräften steht.“³⁶³

Es genügte nicht alleine, die Kundgebungen zu veranstalten, sondern der Saargebietsschutz mußte auch dafür Sorge tragen, daß die Saarländer davon erfuhren. Obwohl in den saarländischen Zeitungen durchaus über Kundgebungen gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrages oder die Abtrennung der Ostgebiete berichtet wurde³⁶⁴, fehlte jeder Hinweis über saarspezifische Versammlungen im Reich, die Gründung des Saargebietsschutzes oder dessen propagandistische Tätigkeit. Es darf der französischen Besatzungsbehörde unterstellt werden, daß sie mit dieser Presselenkung den Eindruck schüren wollte, das unbesetzte Deutschland habe sich bereits ebenso wie die Reichsregierung mit der französischen Annexion der Saar abgefunden – mit ein Grund dafür, daß die ohnehin nicht stark politisierten Saarländer enttäuscht und resigniert ihren Rückzug ins Privatleben antraten. Ferner versuchte der Saargebietsschutz zugleich auch in die andere Richtung zu wirken und als *„Dolmetscher [...] der Gefühle unserer Heimatgenossen“³⁶⁵* durch seine Kundgebungen Sprachrohr für die Saarländer zu sein, die aufgrund der französischen Zensur nicht ihre politische, wirtschaftliche oder nationale Position artikulieren konnten.

Trotz der hermetischen Abriegelung durch die französischen Behörden erfolgte über Vertrauensmänner des Saargebietsschutzes dennoch ein wechselseitiger Austausch von Informationen aus dem Saargebiet und dem unbesetzten Deutschland über den Rhein hinweg³⁶⁶. Mitte April 1919 schaltete die Geschäftsstelle ein Zeitungsinserat:

³⁶² Siehe hierzu das Flugblatt und Zeitungsausschnitte von Mai 1919 (in: BA-R 8014/837), in denen der nationalen Geschlossenheit mit der Beteiligung von Rednern aller Parteien gehuldigt werden sollte. Tatsächlich ergriffen nur Vertreter der DNVP, DDP und DVP das Wort.

³⁶³ Gegen Frankreichs Anspruch, S. 12. Franz Steegmann hatte am 17.03.19 im Sportpalast bekannt: *„Wir fühlen uns [...] etwas verlassen von unseren Mitbrüdern rechts des Rheins [...]. Richtet eure Blicke nach Westen über den Rhein nach der Saar hin, veranstaltet mächtige Kundgebungen, damit man bei unseren Gegnern sieht, daß man sich in Deutschland die Abtrennung deutschen Gebiets nicht gefallen läßt, damit wir Hilfe von euch haben hier in Berlin und in anderen großen und kleinen Städten Deutschlands. Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben.“* SF 10 (1929) 4, S. 65 f.

³⁶⁴ Vgl. beispielsweise S.Z. Nr. 82 (25.03.19) und Nr. 83 (26.03.19).

³⁶⁵ So der saarländische Student Thiel in Heidelberg: Vgl. Gegen Frankreichs Anspruch, S. 30.

³⁶⁶ Vgl. SF 15 (1934) 16/17, S. 314 f. Vgl. exemplarisch die Schilderung des später ausgewiesenen Pfarrers de Haas, der vermeintlich frankophile Persönlichkeiten in seiner Heimatstadt Saarlouis anprangerte. Seine Informationen verarbeitete Herbert Stegmann in einem Artikel in „Der Heinzelmann“ vom 01.04.19, in: BA-R 8014/5.

„Jede Nachricht aus dem Saargebiet und dem anschließenden Gebieten der Rheinpfalz bitten wir uns zukommen zu lassen. Auch die unscheinbarste hilft uns in unserem Bestreben, dieses reindeutsche Gebiet, das aufs schwerste bedroht ist, dem deutschen Volke zu erhalten. Das Gebiet gehört von jeher zum Deutschen Reiche und ist bewohnt von einer unvermischten deutschen Bevölkerung. Nur die reichen Bodenschätze und die reich entfaltete Industrie der fleißigen Bevölkerung locken die Franzosen, dieses Grenzgebiet entgegen allem Rechte von Deutschland loszureißen und sich anzugliedern. Jede, auch die kleinste Nachricht aus dem besetzten Gebiet ist wertvoll.“³⁶⁷

Möglicherweise konnte Vogel auf ehemalige Mitarbeiter der Kriegsamtsstellen (KAST) beim Generalkommando³⁶⁸ zurückgreifen. Das Fehlen schriftlich fixierter Abkommen in den Akten spricht jedenfalls nicht gegen diese Vermutung, da Kooperationen in dieser frühen Phase eher formlos vonstatten gingen und die Verbindungsleute nach ihrer Enttarnung nicht nur Repressalien der Militärbehörde in Kauf nehmen mußten, sondern äußerstenfalls ihre sofortige Ausweisung riskierten³⁶⁹. Diskreter und ungefährlicher ließen sich Informationen durch die Auswertung der saarländischen, der bedeutenden überregionalen und der internationalen Presse beziehen; amtliche Meldungen gingen beim Saargebietsschutz durch den Anschluß an das Wolffsche Telegraphenbüro (WTB) ein.

Die derart gewonnenen Informationen wurden mehrfach publizistisch verwertet: Zum einen gab der Saargebietsschutz ab Ende März 1919 seine „Nachrichten aus dem Saargebiet“ heraus, eine in unregelmäßigem Abstand maschinenschriftlich erschienene, nicht thematisch geordnete Materialsammlung. Anscheinend fehlte die notwendige Zeit ebenso wie geeignete Fachkräfte, um diese Nachrichten zu kommentieren und aufzuarbeiten; zumindest beschränkten sich die Nachrichten überwiegend auf die Wiedergabe der Fakten nach vorheriger Selektion³⁷⁰. Die hektographierte Synthese wurde von einem eigenen Pressebüro ebenfalls über das WTB bzw. zwei weitere Korrespondenzen an etwa 50 Redaktionen im In- und Ausland³⁷¹ verteilt und ging neben allen mit der Saar betrauten Reichs- und Länderministerien auch kooperierenden Verbänden, der Nationalversammlung sowie der deutschen Friedensdelegation in Versailles zu³⁷². Des

³⁶⁷ Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung 4 (1919) 15/16, S. 428. Einen Monat später folgten weitere Inserate in verschiedenen Zeitungen, in welchen sich der Saargebietsschutz über die zahlreichen Zuschriften von Städten, Korporationen und Privatpersonen bedankte. Gleichzeitig rief er erneut auf, ihn mit Nachrichten zu versorgen, in: BA-R 8014/3. Diese Appelle blieben auch dem Besatzungsapparat der Franzosen nicht verborgen; der *État-Major de l'Armée* in Mainz leitete entsprechende Zeitungsausschnitte dem *Quai d'Orsay* weiter: Vgl. MAE, Sarre 1.

³⁶⁸ Vgl. KLEIN: Das stellvertretende Generalkommando, S. 160 f. Die Zentrale für Heimatdienst befand sich zu dieser Zeit noch im Umbruch. Sie war während des Frühjahres 1919 mit der Abwicklung der militärischen Propagandastellen beschäftigt und verfügte in der Provinz noch über keinen starken organisatorischen Unterbau, sondern fokussierte ihre Tätigkeit vor allem auf die Reichshauptstadt: Vgl. Johannes Karl RICHTER: Die Reichszentrale für Heimatdienst. Geschichte der ersten politischen Bildungsstelle in Deutschland und Untersuchung ihrer Rolle in der Weimarer Republik, Berlin 1963, S. 34–37. Siehe auch Kap. 3.1 a.

³⁶⁹ Vgl. SF 7 (1926) 2, S. 22 ff.; SF 10 (1929) 9, S. 168–171.

³⁷⁰ Eine vollständige Überlieferung der insgesamt 15 Ausgaben zwischen dem 26.03.19 und 27.06.19 findet sich in BA-R 8014/820. Zwischen den einzelnen Nummern erschienen weitere Nachrichtensammlungen mit eigener Zählung: Vgl. PA AA Ia, Friedensdelegation Paris/ Versailles, R 22.536 sowie BayHStA, MA 108.225.

³⁷¹ Vor allem die Presse der Vereinigten Staaten, der Schweiz, der Niederlande und Skandinaviens wurde beliefert.

³⁷² Vgl. Brief der GSV an das PrMFinanz (14.02.22), in: BA-R 8014/667.

weiteren versorgte der Saargebietsschutz die Presse über bereits vorgefertigte Artikel und wies in der Öffentlichkeit auf vermeintliche Mißstände und Versäumnisse der Reichsregierung sowie verfälschende Darstellungen hin. Da die Saarpresse selbst keine kritische Kommentierung der Zustände an der Saar vornehmen konnte, sollten die vom Saargebietsschutz lancierten Artikel das Defizit kompensieren.

Noch während die Alliierten in Versailles über das künftige Schicksal verhandelten, erschienen auf Betreiben des Saargebietsschutzes verschiedene Druckschriften: Auch ohne die Initiative zu der Protestversammlung ergriffen zu haben, übernahm die er die Drucklegung der in Heidelberg gehaltenen Reden und sorgte für den Vertrieb der 38seitigen Broschüre³⁷³. In einer Auflage von jeweils 10.000 Exemplaren erschienen parallel hierzu das dreisprachige Werk des Münchener Völkerrechtsprofessors Reinhard Frank³⁷⁴ sowie das bei Puttkamer & Mühlbrecht publizierte Büchlein von Herbert Stegemann³⁷⁵. Drei Zeitschriftenondernummern hofften auf massenhaften Absatz: Die „Woche“ vom 8. März in einer Auflagenhöhe von 75.000³⁷⁶, die offiziöse „Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung“ von April 1919 mit 25.000 deutsch- und 5.000 englischsprachigen Exemplaren³⁷⁷ und 60.000 Hefte der „Lustigen Blätter“ zur Verteilung in Wartezimmern, Hotels, Gasthöfen usw. In seinen Publikationen beschränkte sich der Saargebietsschutz nicht allein auf die Saarregion, sondern widmete seine Aufmerksamkeit ebenso dem Problem der Reannexion Elsaß-Lothringens³⁷⁸. Vordergründiges Ziel dieser vor allem ins

³⁷³ Vgl. Gegen Frankreichs Anspruch. Siehe hierzu im Anhang: Veröffentlichungen des Saargebietsschutzes (im Dok. 2). Die folgenden Zahlen über die Auflagenhöhen stammen aus dem Rechenschaftsbericht 1922: Vgl. Brief der GSV an das PrMFinanz (14.02.22), in: BA-R 8014/667.

³⁷⁴ Vgl. Reinhard FRANK: Das Saargebiet im Friedensschluß. The Saar-District at the conclusion of peace. Le Bassin de la Sarre au Traité de Paix, München 1919. 1.000 Exemplare gingen der Waffenstillstandskommission zu.

³⁷⁵ Vgl. STEGEMANN: Rettet das Saarland! Außer den deutschen Exemplaren erschien eine 6.000 Stück umfassende englische Ausgabe. Stegemann beginnt seine Ausführungen mit den Worten: „*Unsere Brüder im Saarlande sollen wissen, daß ihre Not die unsere ist: Sollen wissen, daß wir ihnen die Treue halten, wie sie uns, und daß das ganze deutsche Volk, so krank, so leidend, so zerklüftet in Parteien und Gruppen es auch sein mag, doch in einem fest und einig bleibt: Daß kein Zollbreit deutschen Bodens dem Feinde abgetreten und kein Deutscher in fremde Knechtschaft verkauft werden soll. [...] Es gibt Dinge, die stärker sind, als die äußere Macht: Ideen, die mit der langsamen Kraft der Wahrheit unwiderstehlich wirken. Zu ihnen gehören die Menschenrechte, zu ihnen gehört das Selbstbestimmungsrecht der Völker.*“

³⁷⁶ Autoren dieser Ausgaben waren neben Liesbet DILL (Heimat), Karl LOHMEYER (Saarbrücken und die rheinisch-fränkische Kunst) und Eberhard GOTHEIN (Die wirtschaftliche Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland) auch Hermann ONCKEN, dessen Aufsatz „Historische Beleuchtung der französischen Ansprüche auf das Saarbecken“ vom AA als so bedeutsam angesehen wurde, daß eine gekürzte Veröffentlichung im Weißbuch (Dok. 2, S. 15–19) erfolgte. Außerdem sollten der „Simplizissimus“, die „Berliner Illustrierte Zeitung“ und „Die Jugend“ in den Dienst der Saar gestellt werden: Vgl. undatiertes Protokoll der Ausschußsitzung vom 16.02.19, in: BA-R 8014/835.

³⁷⁷ Hierin fanden sich neben verschiedenen Artikeln über die wirtschaftliche Bedeutung der Saar Aufsätze von Matthias ERZBERGER (Frankreichs Hunger nach dem Saargebiet, S. 381–386), Friedrich MEINECKE (Der „historische“ Anspruch Frankreichs auf das Saargebiet, S. 386–390), Albrecht PENCK (Geographische Skizze des Saarbrückener Gebiets, S. 391–394), Hermann SCHUMACHER (Die Stellung des Saargebietes in der Weltwirtschaft, S. 410–419) und Walter SCHÜCKING (Deutschlands Recht auf das Saargebiet, S. 422–426).

³⁷⁸ „*Als eine besondere glückliche Lösung der elsäß-lothringischen Frage würde die Autonomie des Landes unter französischem oder deutsch-französischem Protektorat erscheinen.*“: Herbert STEGEMANN: Die elsäß-lothringi-

Englische übersetzten Schriften war es – abgesehen von der noch immer als notwendig erachteten Mobilisierung der deutschen Bevölkerung –, die Öffentlichkeit im neutralen Ausland, vor allem in den Vereinigten Staaten, anzusprechen. So wurden Zugeständnisse³⁷⁹ und an die Adresse Wilsons gerichtete Schmeicheleien gezielt mit ethnographischen, geographischen, historischen und wirtschaftlichen Details vermischt. Es schien

„undenkbar, daß ein Land, dessen Zugehörigkeit zu Deutschland kulturell und staatsrechtlich in so unzweifelhafter Weise festgestellt ist, in dem jetzt abzuschließenden Frieden [...] durch eine zwangsweise Angliederung an Frankreich vergewaltigt werden könnte. [...]

Führt der kommende Friede zu einer Vergewaltigung Deutschlands, bringt er statt Segen, Arbeit und Versöhnung Sklaverei, Haß und Hunger ins deutsche Land hinein: dann schlagen die vom Osten heranbrausenden Fluten des Bolschewismus nicht nur über dem unglücklichen Deutschland, sondern über ganz Europa zusammen. Ein einziges Unrecht hat oft Völker ins Unglück gestürzt und blühende Staaten vernichtet: die Vergewaltigung des Volkes an der Saar wäre eines der größten Verbrechen, das je von machtsüchtigen Tyrannen begangen worden ist: die böse Tat würde fortzeugend Böses gebären, neue Kriege erzeugen und die Menschlichkeit wieder in jenes Elend zurückstoßen, aus dem sie sich soeben mühsam emporzuheben trachtet.“³⁸⁰

Der Saargebietsschutz entfaltete allerdings nicht nur auf dem propagandistischen Sektor eine rege Aktivität, sondern versuchte ebenfalls, Einfluß auf die Tagespolitik zu nehmen³⁸¹. Im direkten Verkehr mit der Reichsregierung und den Staatsregierungen in München und Berlin bemühte er sich, die Lebens- und Futtermittelversorgung im Saargebiet zu verbessern, um damit die französische Militäradministration ihres Lock- und Druckmittels zu berauben. Schon frühzeitig nahm er zu allen Fraktionen und insbesondere zu den fünf saarländischen Abgeordneten der Nationalversammlung³⁸² Verbindung auf, um diese zu einer entschiedenen Stellungnahme gegen die Abtrennung des Saargebiets zu bewegen. Ähnliche Anstrengungen wurden auch bei anderen deutschen Parlamenten unternommen.

sche Frage, Berlin 1919, S. 11. Vgl. außerdem: Brief Heidborns an den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig (02.03.19), in: StA Leipzig, Kap. 35/1252, Nr. 1; „Merkblatt für die Agitation betr. Saargebiet und Elsaß-Lothringen“ (15.03.19), in: BA-R 8014/836.

³⁷⁹ FRANK (S. 4) spricht beispielsweise vom „*Sturze des unverantwortlichen Kaisertums und der Dynastien*“.

³⁸⁰ STEGEMANN: *Rettet das Saarland!*, S. 21 und S. 34.

³⁸¹ Vgl. im folgenden: SF 10 (1929) 4, S. 68; SF 15 (1934) 16/17, S. 314 f.; SF 15 (1934) 23, S. 497.

³⁸² Am 20.05.19 erhoben die saarländischen Abgeordneten im Namen der geknebelten Saarbevölkerung Einspruch gegen die Saarklauseln des Versailler Vertrages. Sie seien eine Mißachtung der 14 Punkte Wilsons und widersprüchen dem einmütigen Willen der Saarländer: „*Die Saarbevölkerung war deutsch, ist deutsch und will deutsch bleiben.*“ (S.Z. Nr. 139 (22.05.19).) Das Abstimmungsverhalten der saarländischen Abgeordneten am 22.06.19: Schäfer, Ollmert, Pick und Koßmann stimmten mit Nein, lediglich der Sozialdemokrat Pokorny plädierte für die Annahme des Versailler Vertrages. Bei fünf Enthaltungen und einer ungültigen Stimme erfolgte die Annahme mit 237 Ja- gegen 138 Neinstimmen: Vgl. HEILFRON, Bd. IV, S. 2774–2778. Das Verhältnis zu den Parlamentariern blieb auch nach deren Ausscheiden im Juli 1919 gut: Beispielsweise unterstützte der Saargebietsschutz die Forderung, daß sie nach Niederlegung ihrer Mandate die Freifahrtscheine bei der Reichsbahn behalten dürfen, in: Vgl. Brief der GSV an das Reichsamt des Innern (09.07.19), in: BA-R 8014/662.

Als zentrales Aufgabenfeld betrachtete der Saargebietsschutz selbst die Versorgung der deutschen Friedensdelegation in Versailles mit Sachinformationen³⁸³. Hierbei dürfte es ihm gelungen sein, das Ansehen seiner Ausschußmitglieder in die Waagschale zu werfen; insbesondere Hermann Röchling als ehemaliger Sachverständiger der Waffenstillstandskommission³⁸⁴ und die preußischen Ministerialbeamten dienten dem Saargebietsschutz als „Türöffner“ zu den deutschen Unterhändlern. Gegen Ende der deutschen Erwidierungsfrist intervenierte der Ausschuß auch direkt und bemühte sich, die Delegation in seinem Sinne zu beeinflussen: Am 26. Mai übersandten Hermann Röchling und Bergrat Flemming gemeinsam mit einem bis dahin nicht in Erscheinung getretenen Zapf eine sechsseitige Denkschrift, die um einige Passagen entschärft unter der Rubrik „Saargebiet“ in der deutschen Antwortnote vom 29. Mai aufging. Hierin bekundete die Reichsregierung wie auch schon in den vorangegangenen Noten vom 13. und 16. Mai ihre prinzipielle Bereitschaft, den französischen Kohlebedarf durch entsprechende Lieferverträge und Beteiligungen sicherzustellen, legte aber Verwahrung gegen die vereinbarte Abtrennung des Saargebietes zu diesem Zwecke ein, zumal bedeutende saarländische Industriebetriebe und Forsten betroffen waren. Sie mußte *„es noch vielmehr ablehnen, die der Gesamtheit zugedachte Strafe in Gestalt nationaler Leiden auf einzelne Bevölkerungsteile abzuwälzen.“* Abschließend empfahl die Denkschrift den alliierten und assoziierten Regierungen, den gegenwärtigen Entwurf einer eingehenden Revision zu unterziehen³⁸⁵.

Nur einen Tag später überreichte Flemming eine als Manuskript gedruckte weitere Denkschrift des Saargebietsschutzes: „Das Saargebiet in den durch den vorgeschlagenen Vorfrieden geschaffenen Verhältnissen“:

³⁸³ Alle nur erdenklichen politischen, wirtschaftlichen, historischen und kulturellen Belege für den deutschen Charakter des Saargebietes wurden in der Geschäftsstelle des Saargebietsschutzes archiviert und bei Bedarf zu Dossiers aufgearbeitet: Vgl. SF 15 (1934) 16/17, S. 314. Die Berliner „Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen“ des AA sollte zwar koordinierend das benötigte Material für die Friedensverhandlungen ausarbeiten, war aber gegenüber den Vorarbeiten des französischen „Comité d'Études“ in einer erheblich schlechteren Position: Da es auf deutscher Seite während des Krieges versäumt worden war, die damals außer Zweifel stehende Zugehörigkeit der Saar zum Reich wissenschaftlich zu legitimieren, mußte sich die Geschäftsstelle nicht nur mit den Partikularinteressen der Reichsressorts und Länder auseinandersetzen (vgl. Peter GRUPP/Pierre JARDIN: Une tentative de renouvellement de la diplomatie traditionnelle. La „Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen“ (1919), in: Francia 13 (1986), S. 447–473, hier: S. 455 und S. 470 f.), sondern befand sich auch in der Position des bedrängten Verteidigers. Gerade nach Überreichung des alliierten Entwurfes am 07.05.19 mußte sie unter großem Zeitdruck ein deutsches Gesamtkonzept entwerfen, während sich das Studienkomitee auf Fragen bezüglich der deutschen Westgrenze hatte beschränken können. Letzendlich wurde ihre Arbeit durch die Eigenmächtigkeit Brockdorff-Rantzaus in Versailles praktisch paralysiert.

³⁸⁴ Zudem war sein älterer Bruder Louis (1863–1926) Sachverständiger in Versailles.

³⁸⁵ Vgl. ursprüngliche Denkschrift (26.05.19), in: PA AA, Ia Friedensdelegation Paris /Versailles, R 22.536. Endgültige Fassung in: Urkunden zum Friedensvertrage, Dok. 60, S. 459–462. Zitat auf S. 462.

„Nach den Friedensbedingungen, wie sie jetzt vorliegen, gibt es eigentlich keine Saarfrage im alten Sinne mehr, indem die früher gebrachten geschichtlichen oder gar völkischen Gründe für die in den Bedingungen formulierten Ansprüche nicht mehr geltend gemacht werden können. Dagegen hat das auf das Genaueste ausgearbeitete System dieser Formulierungen den nicht mißzuverstehenden Zweck und Sinn, eine neue Saarfrage zu schaffen, indem alles darauf hinzielt, für die Übergangszeit von 15 Jahren den Boden zu gründlich zu bereiten, daß die Volksbefragung alsdann zu Gunsten Frankreich ausfallen muß.“³⁸⁶

Der anonyme Autor³⁸⁷ war bemüht, die Schwächen und Haken des Statuts nachzuweisen, welche aus dem alliierten Entwurf resultierten; wie beispielsweise über die Konsequenzen der Währungsverordnung erfüllten sich teilweise seine Prognosen in den kommenden Jahren.

Insgesamt nahm der Saargebietsschutz eine ambivalente Haltung zum Friedensvertrag und Saarstatut ein: Konstruktiv ergriff er auf der einen Seite mit seinen Denkschriften selbst die Initiative zur Revision der drückendsten Bestimmungen³⁸⁸, vermittelte im Juni 1919 saarländischen Abordnungen Audienzen bei reichsdeutschen Behörden³⁸⁹ und erreichte, daß der Berliner Unterausschuß folgende Erklärung Theodor Vogels in sein Votum aufnahm:

„Die Kommission glaubt nachdrücklich darauf hinweisen zu müssen, daß die Treue zu den Saarbewohnern es dem Reich zur Pflicht macht, jede territoriale Lösung der Saarfrage, die eine Preisgabe des Saargebiets bedeuten würde, als unannehmbar zu bezeichnen. Die nicht etwa zusammengesetzte, sondern rein deutsche Bevölkerung des Saargebiets würde eine solche Preisgabe nicht verstehen und sie bei der künftigen Abstimmung nicht vergessen.“³⁹⁰

Auf der anderen Seite lehnte die Saarheimatorganisation öffentlichkeitswirksam die Unterzeichnung des „Raubfriedens“ ab, weil er Deutschland zerstückelte und auf Generationen unterjochte. Eine gemeinsame Entschließung des Saargebietsschutzes, des „Deutschen Schutzbundes“, des „Reichsverbandes Ostschutz“, des „Hilfsbunds für Elsaß-Lothringer“, des „Pfälzerhilfsbundes“ und des „Deutschen Ausschusses für Schleswig“ erhob daher die Wahrung der nationalen Ehre

³⁸⁶ „Das Saargebiet in den durch den vorgeschlagenen Vorfrieden geschaffenen Verhältnissen“, S. 3 und Brief Flemmings an die Deutsche Friedensdelegation (27.05.19), in: PA AA, Ia Friedensdelegation Paris /Versailles, R 22.536. Das Manuskript wurde in insgesamt 50.000 Exemplaren an deutsche Behörden, Parlamentarier und Versammlungsredner verteilt: Vgl. Brief der GSV an das PrMFinanz (14.02.22), in: BA-R 8014/667. Die Schrift skizzierte die politischen Wirkungen (S. 3–7), die wirtschaftliche Zukunft (S. 7–10) sowie die Lage der Arbeiterschaft (S. 10–24) im Falle der Realisierung des gegenwärtigen Entwurfes.

³⁸⁷ Die Wiederholung verschiedener Argumente in der Kritik an Bestimmungen des Saarstatuts deuten darauf hin, daß die 24seitige Denkschrift unter großem Zeitdruck verfaßt wurde bzw. sie gegebenenfalls aus zwei verschiedenen Federn stammte.

³⁸⁸ Nach SF 10 (1929) 7, S. 131 hatte der Saargebietsschutz als Erwiderung auf den alliierten Entwurf ein eigenes Saarstatut ausgearbeitet, das zwar die Zustimmung der saarländischen Abgeordneten fand, sich aber nicht durchsetzen konnte. Allerdings ließ sich ein derartiges Alternativkonzept weder in den Akten des AA noch des BdS finden.

³⁸⁹ Vgl. Fritz Max CAHÉN: Der Weg nach Versailles. Erinnerungen 1912/1919. Schicksals epoche einer Generation, Boppard 1963, S. 278. Vertreter des Saargebietes sollen auf Vermittlung des Saargebietsschutzes auch an den Kommissionsberatungen über die Annahme des Vertrages in Berlin und Weimar teilgenommen haben: Vgl. SF 10 (1929) 4, S. 68.

³⁹⁰ Ebd.

zur Maxime politischen Handelns: „*Lieber tot, als ehrlos in Sklaverei und unter Fremdherrschaft.*“³⁹¹

Derartige patriotische Zusammenschlüsse und nationalistische Vereinigungen der Grenzlanddeutschen waren in der Umbruchsphase 1918/19 wie Pilze aus dem Boden geschossen³⁹². Zur Verbreiterung seiner Öffentlichkeitswirkung kooperierte der Saargebietsschutz schon früh mit ihnen. So zählte er Ende Mai 1919 gemeinsam mit dem „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA), dem „Österreichisch-Deutschen Arbeitsausschuß“, dem „Verein Kriegerhilfe Ost“, dem „Verein der aus dem feindlichen Ausland vertriebenen Deutschen“, dem „Hilfsverein für die Elsaß-Lothringer im Reich“ und dem „Nationalbund“ zu den Gründern des „Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschtum“ (DSB)³⁹³. Als Kartellverband vereinigte dieser in den folgenden Jahren über zwei Millionen Mitglieder in bis zu 120 landmannschaftlichen Vereinigungen, Institutionen der Deutschtumsarbeit, karitativen, kulturellen und konfessionellen Verbänden, deutsch-völkischen Gruppierungen und Kolonialvereinen. Auf einer der ersten Vollversammlungen des Schutzbundes wurde am 19. Juni 1919 Direktor Schmidtborn für die Geschäftsstelle des Saargebietsschutzes in den Presseausschuß des Schutzbundes gewählt³⁹⁴. Er dürfte auch der Saarvertreter im Arbeitsausschuß der Grenzschutzverbände gewesen sein. Als Reaktion auf die Ausweisungen aus dem Saargebiet und die sonstigen Repressalien im Frühjahr 1919 schloß der Saargebietsschutz ein Abkommen mit dem Roten Kreuz, das den über

³⁹¹ Undatierte EntschlieÙung, in: BA-R 8014/973. Diese intransigente Position spiegelt sich ebenso in anonym veröffentlichten Aufsätzen („Was will Frankreich vom Saargebiet?“ und „Die Lage des Saargebietes nach dem Friedensvorschlag der Entente“) wider, in welchen Frankreich unter anderem zum Vorwurf gemacht wurde, die Saarbevölkerung „in einem Zustand politischer Verblödung und Interessenlosigkeit großzuziehen“, indem die Mitbestimmungsrechte auf lokale Belange beschränkt blieben, in: BA-R 8014/5. Siehe auch Nachrichtensammlung VII (17.04.19), in: Ebd.

³⁹² Siehe hierzu das vierbändige Werk: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Köln 1983–1986.

³⁹³ Vgl. Brief des Saargebietsschutzes an den DSB (02.06.19), in: BA-R 8014/793. Vgl. Dorothea FENSCH: Zur Vorgeschichte, Organisation und Tätigkeit des Deutschen Schutzbundes in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Revanchismus, Rostock 1966, S. 64–72; Karl Christian VON LOESCH/ Fritz VON UNGER: Zehn Jahre Deutscher Schutzbund, in: Deutscher Schutzbund 1919–1929, Berlin 1929, S. 9–37, hier: S. 9–12.

³⁹⁴ Den Vorsitz in Personalunion übernahm der erste Vorsitzende des VDA, Franz von Reichenau; zu seinem Stellvertreter wurde Friedrich Wilhelm Freiherr von Willisen gewählt. Die Geschäfte führte Karl Christian von Loesch. Vgl. ebd., S. 290–294. Nach seiner Satzung (§ 1) bezweckte der Schutzbund „den Zusammenschluß aller im weitesten Sinne für das Deutschtum in den Grenzländern und im Auslande tätigen Körperschaften zur Pflege des Gemeinschaftsgefühls zwischen allen Deutschen und zum Schutze gefährdeter Volksgenossen ohne Unterschied der Religion und unter Zurückstellung aller parteipolitischen und Klassengegensätze.“ Die angeschlossenen Körperschaften blieben selbständig; durch enge Kooperation sollte ihre Effizienz gesteigert werden. Im Entwurf der Satzung war noch die Rede von der Pflege eines „völkischen Selbstbewußtseins und Selbstwertgefühls beim gesamten deutschen Volke.“ Zur Kooperation des Saargebietsschutzes mit dem DSB in dieser frühen Phase: BA-R 8014/756. Siehe weiterhin Kap. 3.4.

den Rhein Geflüchteten und Vertriebenen die Grundversorgung sichern sollte. Er selbst konnte keine Mittel für die Unterkunft, Verpflegung, Kleidung und erste Finanzhilfen zur Verfügung



Abb. 3: Werbeplakat der ZfH (1919)

stellen, da seine eigenen Gelder für Propagandazwecke reserviert waren, sorgte aber an Bahnhöfen für eine Plakatierung mit Hinweisen auf die nächste Fürsorgestelle des Roten Kreuzes³⁹⁵. Zumindest punktuell kooperierte der Saargebietsschutz auch mit der Zentralstelle für Heimatschutz, da ihm zur Verteilung seiner Druckschriften im besetzten und unbesetzten Gebiet³⁹⁶ der organisatorische Unterbau fehlte³⁹⁷. Die Vorläuferorganisation der „Reichszentrale für Heimatdienst“ unterstützte die Bestrebungen des Saargebietsschutzes sogar mit einer eigenen Plakatpropaganda, auf welcher ein farbiger französischer Soldat mit geschultertem Gewehr und Säbel einen unbewaffneten Bergmann im Würgegriff hält. Beide Figuren symbolisieren die Akteure an der Saar: Die wehrlose Saarbevölkerung

ringt im Todeskampf gegen die übermächtige Besatzungsmacht; ein Synonym für die Fortsetzung des Krieges nach dem Krieg.

In einem Rundschreiben, das einen Tag vor Unterzeichnung des „Schmachfriedens“ in Versailles versandt wurde, stellte der Saargebietsschutz resigniert fest, daß auch seine fünfmonatige Propagandaarbeit dem Saargebiet das nun drohende Schicksal nicht hatte ersparen können. Doch wie schon die Saarbrücker Bürgerschaft ein Jahrhundert zuvor, wollte er nicht müde werden in seinem Bestreben,

„unter Anpassung der neuen Verhältnisse [...], den deutschen Charakter unserer Heimat, deutsche Sprache und deutsche Gesinnung zu pflegen und gegen alle fremden Bedrückungen zu schützen! An den im unbesetzten Deutschland wohnenden Saarbrückern wird es in erster Linie liegen, unsere Brüder und Schwestern an der Saar darin zu unterstützen. Ein fester Zusammenschluß unserer rechtsrheinischen Landsleute und aller Freunde unserer Heimat erscheint dringend geboten. [...]

Für heute aber richten wir an alle unsere Landsleute und Freunde die dringende Aufforderung, etwaigen Abwanderungsabsichten aus dem Saarrevier mit allen Kräften entgegenzuwirken. Wohl ist es verständlich, wenn Deutsche aus dem Saargebiet lieber nach dem unbesetzten Deutschland

³⁹⁵ Ausführlicher zur Flüchtlingsfürsorge siehe Kap. 3.2 b.

³⁹⁶ Vgl. Brief des Saargebietsschutzes an die ZfH (02.07.19), in: BA-R 8014/662; Brief des État-Major der X. Armee an das Ministère de la Guerre (01.10.19), in: MAE, Sarre 1. Eine weitergehende Übereinkunft wurde erst im Herbst 1919 getroffen (10.10.19), in: BA-R 8014/775.

³⁹⁷ Allerdings scheint der Saargebietsschutz über mindestens eine Filiale verfügt zu haben: Vgl. Brief des Bergassessors Sauerbrey vom „Ausschuß des Saargebietsschutz für den Oberharz“ an den Saargebietsschutz (27.03.19), in: BA-R 8014/885.

*auswandern, als 15 Jahre lang dem Drucke der Franzosen unterworfen zu sein. Man muß aber bedenken, daß jeder einzelne Volksgenosse an der Saar, der sich zur Auswanderung und damit zur Preisgabe aller seiner Beziehungen zur Heimat entschließt, für das Deutschtum an der Saar verloren ist. Wo nicht ganz zwingende Verhältnisse vorliegen, muß jeder deutsche Saarländer Träger des deutschen Gedankens sein und gerade deshalb im Saargebiet an seinem Platze bleiben, zumal die Möglichkeit besteht, daß das Saargebiet unter der Verwaltung des Völkerbundes zunächst erträglichere Verhältnisse haben wird, als das durch den Friedensvertrag wirtschaftlich an Händen und Füßen gebundene übrige Deutschland.*³⁹⁸

Die Auflösung des Büros des Saargebietsschutzes war schon am 8. Juni 1919 beschlossen worden³⁹⁹; seine Akten, Druckschriften, Kassenbücher und Belege wurden einem Berliner Bankhaus versiegelt übergeben. Erst nach Rückgliederung des Saargebietes sollten sie dem „Historischen Verein für die Saargegend“ in Saarbrücken zur Verfügung gestellt werden⁴⁰⁰.

Es ist schwer zu ermessen, ob der Saargebietsschutz seine selbst gesteckten Ziele erreicht hat. Rückblickend charakterisierte er zehn Jahre später sein Wirken wie folgt:

„Die Aufgabe des Ausschusses für den Saargebietsschutz darf somit als eine ‚Rettungsaktion‘ gelten. Durch sie sollte das Saargebiet für Deutschland gerettet werden. Wenn dieser Erfolg auch nicht erzielt worden ist, da durch den Friedensvertrag das Saargebiet von Deutschland tatsächlich abgetrennt worden ist, so braucht die dem Ausschuß für den Saargebietsschutz gestellte Aufgabe nicht als unerfüllt und als vergeblich angesehen werden, da doch immerhin nicht zu unterschätzende indirekte Erfolge zu verzeichnen sind. Die Protestbewegung war eine Volksbewegung, die sich eindrucksvoll gestaltet hat in ihrer Auswirkung auf das In- und Ausland. Die verschiedenen ‚Unannehmbar‘ der ersten Reichsregierung sind zu einem wesentlichen Teil mit auf die Propagandatätigkeit des Ausschusses für den Saargebietsschutz zurückzuführen. Die weitgehende Aufklärungsarbeit der letzteren hat aber auch unsere Saarheimat den weitesten Kreisen Deutschlands nahe gebracht und war eine hervorragende Werbung für Land und Volk an der deutschen Saar. [...] Das eine steht fest und kann nicht genug hervorgehoben werden, daß das Saargebiet mit größter Wahrscheinlichkeit das Schicksal Elsaß-Lothringens geteilt hätte, wenn der Ausschuß für den Saargebietsschutz nicht so erfolgreiche Propaganda getrieben hätte. Es wäre sonst in gleicher Weise, wie Elsaß-Lothringen, eine direkte Angliederung an Frankreich ausgesprochen worden.“⁴⁰¹

Obwohl diese Behauptungen keine Stütze in den Akten finden und die Propagandaarbeit des Saargebietsschutzes weder in den Beratungen des Reichskabinetts noch den Debatten der Nationalversammlung thematisiert wurde, kann nicht pauschal von einem Scheitern seiner

³⁹⁸ Rundschreiben des Saargebietsschutzes „an unsere Landsleute!“ (27.06.19), in: StA Frankfurt, S 2086. Hervorhebungen im Original. Die letzte Formulierung im Rundschreiben überrascht, da der Saargebietsschutz ähnlich wie die Anhänger der Autonomie mit der wirtschaftlichen Misere Deutschlands argumentierte.

³⁹⁹ Vgl. SF 10 (1929) 4, S. 69; Rundschreiben Vogels (19.07.19), in: BA-R 8014/9.

⁴⁰⁰ Vgl. Brief der GSV an das PrMFinanz (14.02.22), in: BA-R 8014/667; VOGEL: Rettet das Saarland!, S. 69.

⁴⁰¹ SF 10 (1929) 4, S. 68 f. Hervorhebung im Original. Siehe auch: VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 221 f.; SF 15 (1934) 3, S. 36 ff. „Gewiß, das Saargebiet blieb eine ‚offene Wunde‘ am deutschen Volkskörper. Wenn sie in Deutschland als solche immer mehr und schmerzhafter empfunden wurde, dann gerade durch die aufrüttelnde Tätigkeit des ‚Saargebietsschutzes‘ und seiner Nachfolgerin der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘“ (SF 15 (1934) 23, S. 497).

Bemühungen gesprochen werden. Es waren zahlreiche mehr oder weniger gewichtige Informationen, die gemeinsam die saarspezifischen Instruktionen für die deutschen Friedensunterhändler beeinflussten⁴⁰². Wie die Denkschrift der Versailler Delegation vom 29. Mai zeigt, gelang es einzelnen Ausschußmitgliedern aufgrund ihres Prestiges und familiären Verbindungen, ihrem Standpunkt Geltung zu verschaffen. Der Erfolg des Saargebietsschutzes war demnach nicht institutionell-organisatorischer, sondern persönlicher und informeller Art. Auf der anderen Seite hieß es aber, dem ersten Reichskabinett ein Armutszeugnis auszustellen, wollte man behaupten, daß es anderenfalls in der Saarfrage inaktiv geblieben wäre. Sicherlich besaß die Saar nicht den gleichen – vor allem emotionalen – Stellenwert wie die bedrohten Ostgebiete, es mangelte aber keineswegs an eindeutigen Äußerungen der verantwortlichen Politiker in Berlin⁴⁰³. Die Reichsregierung verfügte auch ohne Exekutivgewalt im besetzten Rheinland über Informationen aus dem Saargebiet; allerdings war die nachrichtendienstliche Tätigkeit des Saargebietsschutzes eine wertvolle und erwünschte Ergänzung.

Auf alle Fälle leistete der Saargebietsschutz der deutschen Politik einen wichtigen Hilfsdienst: Mit seinen zahlreichen Protestkundgebungen unterstützte er die deutsche Verhandlungsstrategie in Versailles, auf das nationale Selbstbestimmungsrecht zu pochen. Selbst nach deren Scheitern hielt dieser an der Taktik fest; schon zwei Tage nach Unterzeichnung des Friedensvertrages fand in Berlin eine Besprechung zwischen Vertretern des Saargebietsschutzes und dem ehemaligen Volksbeauftragten Otto Landsberg (SPD) statt. Rupp empfahl, daß Ebert und die Reichsregierung eine offizielle Kundgebung veranstalten sollten, in welcher sie die Verbundenheit des Reiches mit dem Saargebiet zum Ausdruck brächten, da die Nationalversammlung bereits einen

⁴⁰² „Saargebiet. Eine Loslösung dieses Gebietes von Deutschland sowie seine Stellung unter ein besonderes internationales Regime, desgleichen die Forderung einer späteren Abstimmung sind unannehmbar. Nach Möglichkeit ist aber auch zu verhindern, daß seine Kohleförderung in feindliche Hände gerät. Die Ansprüche Frankreichs in dieser Richtung, die sich auf die Zerstörung der nordfranzösischen Kohlengruben stützen, können durch Austauschgeschäfte von Kohle und Koks gegen Minette geregelt werden. Derartige Geschäfte wären aber nur für eine kurze Reihe von Jahren abzuschließen.“ (21.04.19): AdR, Kabinett Scheidemann, Dok. 49, S. 194.

⁴⁰³ So beispielsweise die programmatische Erklärung der Reichsregierung vom 13.03.19 vor der Nationalversammlung: „Die Reichsregierung sieht in jedem Versuch der Losreißung links- oder rechtsrheinischen Landes einen durch keinen Vorwand zu beschönigenden Verstoß gegen das allgemein anerkannte Nationalitätsprinzip, eine unerhörte Vergewaltigung des einheitlich fühlenden deutschen Volkes. Die Reichsregierung weiß sich darin völlig einig mit der heiligen Überzeugung der gesamten links- und rechtsrheinischen Bevölkerung, die nichts gemein haben will mit eigennützigem Bestrebungen einzelner interessierter Personen. Die rheinische Bevölkerung ist deutsch und will deutsch bleiben. Das Verhältnis der rheinischen Lande zu den deutschen Gliedstaaten ist eine rein innere Angelegenheit Deutschlands. Diese Frage kann nur in fester Reichseinheit gelöst werden. Reichsregierung und Nationalversammlung widmen ihr die ernsteste Beachtung. Eine endgültige Lösung kann erst nach Friedensschluß und nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen.“: 27. Sitzung, in: HEILFRON, Bd. III, S. 1903). Siehe außerdem: Reden des Zentrumsabgeordneten Gröber vor der Nationalversammlung am 13.02.19 (6. Sitzung, in: HEILFRON, Bd. I, S. 109–123), Brockdorff-Rantzaus am 14.02.19 (7. Sitzung, in: Ebd., S. 153 f.), Erzbergers am 19.02.19 (11. Sitzung, in: Ebd., S. 469), Stegerwalds am 21.02.19 (13. Sitzung, in: HEILFRON, Bd. II, S. 628 f.) sowie AdR, Kabinett Scheidemann, Dok. 21, S. 94 (22.03.19), Dok. 41, S. 159 (14.04.19) und Dok. 44, S. 180 (17.04.19).

entsprechenden Protest versäumt habe, wie ihn die elsäß-lothringischen Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung am 1. März 1871 in Bordeaux erhoben hatten⁴⁰⁴.

Ebensowenig, wie es möglich ist, den Grad der Einflußnahme des Saargebietsschutzes auf Entscheidungen der Reichsregierung exakt nachzuzeichnen, lassen sich stichhaltige Beweise finden, ob und inwieweit seine Mitglieder handfeste wirtschaftliche Eigeninteressen verfolgten und ihr umfangreiches Engagement lediglich nationalistisch-patriotische Maskerade war. Die für die „Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen“ erstellte Denkschrift Hermann Röchlings ließe zumindest letzteren Schluß zu. Röchling argumentierte hierin einseitig durch die Gegenüberstellung französischer Versäumnisse und preußisch-bayerischer Leistungen auf technischem Gebiet und zweifelte insgesamt den Nutzen der Saarindustrie für Frankreich an, da die französischen Industriellen im Saargebiet nicht einmal die benötigte Qualität an Kohlen und Koks vorfänden. Außerdem besäßen sie „*weder die Energie noch den Wagemut*“, den Saarkohlenbergbau weiterzuentwickeln, und „*bei der sattsam bekannten Unreinlichkeit der Franzosen*“ sei abzusehen, daß ebenso die eisenverarbeitende Industrie ihrem Ruin entgegen steuere, zumal schon „*Wasserleitungen und ähnliche hygienische Einrichtungen in Frankreich kein Bedürfnis für die Bevölkerung*“ seien⁴⁰⁵.

Die Effektivität der Arbeit des Saargebietsschutzes an der Saar selbst ist zu relativieren: Das Netz von Vertrauensmännern war noch nicht so dicht, daß bedeutende Teile der Saarbevölkerung auch tatsächlich erreicht wurden, und die saarländischen Zeitungen konnten kaum über die Veranstaltungen im Reich berichten. Aufgrund seines geringen Bekanntheitsgrades erfuhr die Agitation des Saargebietsschutzes daher nicht die erhoffte Resonanz und konnte somit nur unzureichend Optimismus verbreiten. Darüber hinaus wurde seine propagandistische Tätigkeit keineswegs von allen Seiten gewürdigt: So lehnte der Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“, Arnold Nagel, noch Jahre später die Veröffentlichung eines Artikels anläßlich des 70. Geburtstages von Karl Röchling mit der Begründung ab, dieser schmälere die Verdienste derjenigen Männer, die an der Saar geblieben waren. Für den Saargebietsschutz seien in Berlin schließlich keine Gefahren zu bestehen gewesen⁴⁰⁶.

Im Reich führte die Saarhilfsorganisation nach dem verlorenen Krieg einen Kampf gegen Resignation und Lethargie und versuchte, die Bevölkerung durch Appelle an den omnipräsenten

⁴⁰⁴ Vgl. Brief des Saargebietsschutzes an die ZfH (02.07.19), in: BA-R 8014/662. Landsberg, der spätere Reichsjustizminister und Geschäftsträger der deutschen Gesandtschaft in Brüssel, war zu dieser Zeit Mitarbeiter der RfH: Vgl. WIPPERMANN, S. 101 (Anm. 20).

⁴⁰⁵ Zitiert nach: Fritz MAYER, S. 101–108, Zitate: S. 105 und S. 107. Angesichts dessen, daß nach Abschluß des Waffenstillstandes der Röchlingsche Besitz in Lothringen als verloren gelten konnte, mußten günstige Modalitäten für dessen Abwicklung getroffen und vor allem das Vöklinger Stammwerk in die Nachkriegszeit gerettet werden. Die Mitarbeit im Saargebietsschutz wurde zu einer Familienaufgabe; neben verschiedenen Angestellten betätigten sich insgesamt sechs Mitglieder der Familie aktiv im Saargebietsschutz: Herrmann Röchling, sein älterer Bruder Karl als Vorsitzender, dessen Sohn Max (1892–1972), der Vetter der beiden Brüder, Fritz Röchling (1864–1934), sowie die Schwäger Hermann Heidborn und Oscar Mügel.

⁴⁰⁶ Vgl. Brief Nagels an die GSV (12.10.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 10.

„Geist von 1914“ zu einer partei- und klassenübergreifenden Abwehrfront gegen die französischen Annexionspläne zu mobilisieren. Die Niederlage im November 1918 wurde nicht eingestanden und später ohnehin auf politische – nicht militärische – Ursachen zurückgeführt⁴⁰⁷. Da dem Reich die militärischen Möglichkeiten zu einer Wiederaufnahme der Kriegshandlungen genommen waren, sollte der „Erbfeind“ im Westen nun mit propagandistischen Waffen besiegt werden. In diesem Stellvertreterkrieg um die öffentliche Meinung war der Saargebietsschutz bemüht, an den Jahre zuvor geschlossenen Burgfrieden anzuknüpfen⁴⁰⁸. Das kaum zu leugnende Übergewicht protestantisch-preußischer Beamter innerhalb des Ausschusses sollte durch kontinuierlich wiederholtes Betonen der Überparteilichkeit sowie stände- und konfessionenübergreifende⁴⁰⁹ Ausrichtung kaschiert werden. Allerdings suchte der Saargebietsschutz – ungeachtet der bis dahin eher konfliktgeprägten Kontakte seiner Mitglieder zu konfessionellen und sozialistischen Organisationen – tatsächlich die Kooperation mit deren reichsdeutschen Gewerkschaften⁴¹⁰. Waren die Warnungen vor der katastrophalen wirtschaftlichen Zukunft der Saarwirtschaft bei Realisierung der Vertragsbestimmungen zwar in erster Linie auf mittelständische Unternehmen und in noch stärkerem Maße auf die Großindustrie gemünzt, mußte der Saargebietsschutz schon allein aus taktischen Erwägungen bemüht sein, die Arbeiterschaft auf seine Seite zu ziehen:

„Der tragische Kampf des um sein Deutschtum ringenden Volkes an der Saar wird in erster Linie in der Arbeiterschaft ausgefochten werden. Sie ist zahlenmäßig am bedeutsamsten und Erfolge großen Umfanges, die bei der Volksabstimmung nach 15 Jahren in die Waagschale fallen, sind nur bei dieser Bevölkerungsklasse zu erzielen. Nicht deshalb zu erzielen, weil der Saararbeiter

⁴⁰⁷ Der Schock innerhalb der deutschen Bevölkerung ist nachvollziehbar; schließlich hatte das Deutsche Reich noch vor Jahresfrist dem einst mächtigen Rußland Friedensbedingungen diktieren können. Nun befand es sich, völlig unerwartet dank der in die Irre führenden Regierungspropaganda, in der demütigenden Rolle des Besiegten. Paradoxerweise leistete gerade die ausgebliebene innere Liquidation des Krieges einen wichtigen Beitrag zur Konsensbildung innerhalb des neuen Staates: *„Gerade in der Herstellung nationaler Geschlossenheit bei der Ablehnung des Friedensvertragsentwurfes von Versailles konstituierte sich die Republik erstmals in der Verlängerung des Kriegserlebnisses.“* Jost DÜLFFER: Frieden schließen nach einem Weltkrieg? Die mentale Verlängerung der Kriegssituation in den Friedensschluß, in: DERS./ KRUMEICH: Der verlorene Frieden, S. 19–37, hier: S. 33. Vgl. hierzu außerdem: Boris BARTH: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf 2003; Ulrich HEINEMANN: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

⁴⁰⁸ Dabei sah er sich mit dem Problem konfrontiert, daß die Deutschen im Jahr 1919 trotz aller Massenbeteiligung an den Kundgebungen vor allem zweierlei wollten: Frieden und Sicherung der eigenen Existenz.

⁴⁰⁹ Gelegentlich schimmerte latenter Antisemitismus durch: So wurde in einem Artikel vom April 1919 beispielsweise behauptet, lediglich einige jüdische Mädchen hätten sich in Saarlouis mit ihrer landesverräterischen Lehrerin David bereit erklärt, zum Empfang Marschall Fochs französische Lieder vorzutragen, in: BA-R 8014/5. Vgl. auch Weißbuch, Dok. 13, S. 36 f.

⁴¹⁰ Siehe hierzu die Briefe des Saargebietsschutzes an die katholischen Arbeitervereine, den Zentralrat der Freien Gewerkschaften, den Zentralrat der christlichen Gewerkschaftsvereine sowie den Zentralrat der Deutschen Gewerkschaftsvereine (29.02.19), in: BA-R 8014/835.

*etwa weniger deutsch gesinnt sei als die Angehörigen anderer Stände, sondern weil er wirtschaftlich in einer Weise getroffen werden kann, daß es seinen und seiner Familie Ruin bedeutet.*⁴¹¹

Dabei kam der Propaganda des Saargebietsschutzes zugute, daß die französische Militäradministration schon im Frühjahr 1919 die Abkoppelung von den arbeits- und sozialpolitischen Errungenschaften der Weimarer Republik durch die Rücknahme des Achtstundentages vorgenommen hatte. Es war somit ein leichtes, auf die fehlende Arbeitslosenversicherung bzw. die generell schlechteren Leistungen der französischen Sozialversicherung und die hinlänglich bekannte Unterdrückung von Streikbewegungen hinzuweisen. Man brauchte der Arbeiterschaft nur das Schreckgespenst des Zehnstundentages, der Streichung der „Berechtigungskohlen“ und Hausbauprämien aufzuzeigen, um sie vor den prodeutschen Propagandakarren spannen zu können⁴¹². Zudem erleichterten die Erfahrungen der französischen Besatzung sicherlich nicht die Herausbildung eines „état d’esprit favorable à la France“ an der Saar.

In der Bilanz kann festgehalten werden, daß von verschiedener Seite nach dem Waffenstillstand versucht wurde, die französischen Saarpläne zu durchkreuzen:

1. Im Saargebiet selbst bildete sich um die traditionellen Führungseliten eine parteiübergreifende Abwehrfront aus konfessionellen Verbänden, Gewerkschaften und Vereinen, die nach außen den Eindruck erweckte, daß die gesamte Bevölkerung des Mandatslandes geschlossen für die Rückgliederung eintrete.
2. Von offizieller Seite bemühten sich die Behörden des Reichs und der Länder in Berlin und München, deren untergeordnete Verwaltungen in Trier und der Pfalz, die Waffenstillstandskommission sowie die deutsche Delegation in Versailles, die Friedensbedingungen für die Saarländer erträglich zu gestalten und alles daran zu setzen, die Verbindungen an die Saar bzw. von der Saar nicht abreißen zu lassen. Ihnen waren allerdings aus außenpolitischen Erwägungen vielfach die Hände gebunden.
3. Unterhalb der staatlichen Ebene beschäftigten sich zahlreiche bereits etablierte oder neu gegründete Vereinigungen mit den Folgen des Friedensvertrages. Unter ihnen stachen der mit staatlicher Protektion ins Leben gerufene Saargebietsschutz bzw. die stärker wirtschaftlich orientierte Stuttgarter Vereinigung insofern hervor, als sie sich als einzige primär der Saarfrage annahmen und diese nicht als Variante der allgemeinen Agitation gegen das „Schanddiktat“, die „schwarze Schmach“ oder die „Schuldlüge“ begriffen.

⁴¹¹ „Das Saargebiet in den durch den vorgeschlagenen Vorfrieden geschaffenen Verhältnissen“, S. 11 f. In der gesamten Denkschrift, die der deutschen Friedensdelegation Ende Mai zuzuging, nahmen Arbeiterfragen den größten Raum ein.

⁴¹² Vgl. den undatierten Aufsatz „Was will Frankreich vom Saargebiet?“, in: BA-R 8014/5. Nachrichtensammlung I (26.03.19): Durch die Übergabe der Steinkohlegruben in französische Privathände müßte die unvermischt reindeutsche Rasse der Arbeiter „Sklavendienste für fremde Kapitalisten leisten“.: Ebd.

Obwohl der Saargebietsschutz zugleich Anlauf- und Informationsstelle für alle mit dem Saargebiet zusammenhängenden Fragen, Koordinationsbüro für die verschiedenen Kundgebungen und Initiator eindeutiger Stellungnahmen zur französischen Saarpolitik zu sein bemüht war, blieb er zu unbekannt und unbedeutend, als daß er sich als zentrale Vermittlungsinstanz hätte etablieren können⁴¹³. Längerfristig ist sein Verdienst darin zu sehen, daß er – wenn auch unbeabsichtigt – in den wenigen Monaten seines Bestehens das Fundament für die Strukturen der künftigen Saarvereinsarbeit legte und als Sammelbecken für ausgewiesene und geflüchtete Saarländer, finanzstarke Industrielle mit Wirtschaftsinteressen im Saarrevier, Eliten aus der preußischen Staats- und Bergwerksbürokratie und demobilisierte Offiziere fungierte, die alle ihre Verbundenheit mit der Saar während der folgenden Jahre im Rahmen des Bundes der Saarvereine artikulierten. Unabhängig davon, daß die Saarpropaganda weiterhin intensiviert wurde, blieben deren Methoden ebenso wie deren Inhalte und Medien nahezu identisch.

⁴¹³ Vgl. beispielsweise die direkte Eingabe des Evangelischen Konsistoriums der Rheinprovinz an die Friedensabteilung des AA, in welcher vor der kirchlichen Trennung der Kreissynoden Saarbrücken, St. Johann und St. Wendel von der Preußischen Landeskirche gewarnt wurde (13.05.19), in: PA AA Ia, Friedensdelegation Paris/Versailles, R 22.536.

Kapitel 2: Der Aufbau der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine (Juli 1919 – Mai 1933)

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles und die anschließende Ratifizierung durch die Nationalversammlung machten den Saargebietsschutz mit seiner auf ein Nahziel angelegten Strategie überflüssig. An der Uneinigkeit der Alliierten war zwar die drohende Annexion des Saarkohlebeckens durch Frankreich gescheitert, doch lag es angesichts der im Saarstatut festgesetzten 15jährigen Völkerbundsverwaltung nahe, eine dauerhafte Abwehrorganisation zu schaffen. Da Artikel 49 die bisherigen reichsdeutschen Autoritäten im Saargebiet ausschaltete, mußte fortan eine Art Arbeitsteilung vorgenommen werden: Offizielle politische Kontakte zur französischen Besatzungsmacht an der Saar bzw. der späteren Regierungskommission liefen über das Auswärtige Amt als zuständiger Reichsbehörde, während sich das Reichsinnenministerium ebenso wie die Länder um kulturelle Angelegenheiten kümmerte. Die Wahrnehmung informeller Verbindungen zwischen dem Reich und dem Saargebiet, die Stärkung und Bekräftigung des Zugehörigkeitsgefühls zu Deutschland, kurz: die prodeutsche Propaganda mußte hingegen in die Hände einer formal unabhängigen und privaten Organisation gelegt werden.

Es ergab sich zwangsläufig, daß die mit Saarpropaganda betraute Vereinigung zumindest offiziell auf einer breiteren gesellschaftlichen und politischen Grundlage stehen mußte als der mit den preußischen Ministerien eng verzahnte Saargebietsschutz. Das Bild, das die Saarheimat-Schutzbewegung damit bot, fügt sich in das bekannte Muster zahlreicher anderer Organisationen und Institutionen ein, die sich nach dem Ersten Weltkrieg der Deutschtumspflege und landsmannschaftlichen Interessenvertretung verschrieben hatten: Nach außen autark gegenüber staatlichen Direktiven und aus Mitteln der Bevölkerung getragen, tatsächlich aber finanziert und gesteuert von den verschiedenen Reichs- und Länderministerien⁴¹⁴. Unter den nur widerwillig zur Kenntnis genommenen und innerlich nie akzeptierten veränderten Rahmenbedingungen entschloß sich der noch halbamtliche Saargebietsschutz zur Selbstauflösung⁴¹⁵, schuf zugleich aber eine Rechtsnachfolgerin, die bis nach der Volksabstimmung 1935 Bestand haben sollte. Offiziell erfolgte die Gründung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, zu der auch eine Anzahl namentlich nicht genannter Persönlichkeiten erschienen war, am 18. Juli 1919 unter der Leitung Karl Röchlings⁴¹⁶. Nach § 2 der Geschäftsordnung verfolgte das Unternehmen

⁴¹⁴ Vgl. KREKELER: Deutschtumspolitik. Am Beispiel des DSB demonstriert dies: Dorothea FENSCH: Deutscher Schutzbund (DtSB) 1919–1936, in: FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, Köln 1984, S. 290–310, hier: S. 296.

⁴¹⁵ Die Auflösung war um so notwendiger, da die Regierungskreise enttarnt worden waren, die hinter dem Saargebietsschutz standen: Vgl. Brief der GSV an die RVP (14.04.28), in: BA-R 8014/784.

⁴¹⁶ JACOBY (Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 36) datiert die Gründung irrtümlicherweise auf September 1919. Wie Vogel einem Dr. Grüters mitteilte (30.10.19, in: BA-R 8014/737), wurde der neutrale Name „Saarverein“ gewählt, um jeden Anschein der Aggressivität gegenüber Frankreich zu vermeiden.

„den Zweck, durch eine unabhängige Propaganda die Befreiung des Saargebietes aus der Fremdherrschaft zu fördern und eine reibungslose Überleitung in die alten Verhältnisse nach der Rückgliederung sicher zu stellen.“⁴¹⁷

Zum Treuhänder wurde der ehemalige Bergwerksdirektor und Bergassessor Adolf Dröge⁴¹⁸ bestimmt, der zu seiner Unterstützung Ausschüsse einsetzen und nach eigenem Ermessen einberufen konnte. Ihm unterstand kraft Amtes die Aufsicht über die Geschäftsführung und damit über die Verwendung der durch freiwillige Sammlungen zu erbringenden Gelder (§§ 3, 4, 6 und 7).

„Als Mittel zum Zwecke liegt es der Geschäftsstelle ob, möglichst viele ‚Saarvereine‘ zusammenschließen. Die Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine und der Bund der Saarvereine sind selbständig: Die Geschäftsstelle hat ihnen aber auch bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.“ (§ 8)

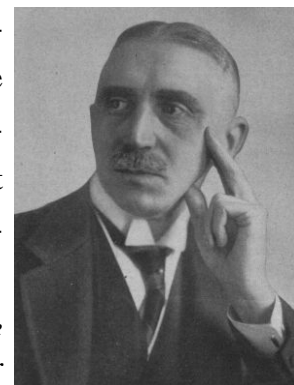


Abb. 4: Adolf Dröge
(1865–1933)

Auf der Basis eines beiderseitiges Abkommens von Mitte Juni 1919 übertrug Dröge die Geschäftsleitung dem damals 48jährigen Theodor Vogel, der zwei Monate zuvor durch den Administrateur Supérieur Andlauer ausgewiesen worden war. Demnach übernahm der ehemalige Redakteur des Saarbrücker „Bergmannsfreundes“ ab dem 1. Juli gegen ein monatliches Entgelt von 1.200 Mark die Tätigkeit von Albert Schmidtborn. Repräsentationsverpflichtungen irgendwelcher Art waren mit seiner Stellung nicht verknüpft⁴¹⁹. Parallel zur Gründung der

⁴¹⁷ Die Aufklärungsarbeit in Wort, Schrift und Film sollte durch die Herausgabe einer Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ sowie die Veranstaltung von Vorträgen, die Versendung von Informationsmaterialien oder die Veröffentlichung entsprechender Artikel ergänzt werden: Vgl. Geschäftsordnung für die GSV, in: LA Saarbrücken, NL Vogel 9. Siehe Dok. 3 im Anhang. Obwohl die Geschäftsordnung dort auf den 18.07.19 datiert ist, dürfte sie in dieser Form erst Mitte der zwanziger Jahre erlassen worden sein: Die genannten Ausschüsse konstituierten sich erstmals 1922 und die Bezeichnung „Bund der Saarvereine“ wurde erst 1925 auf der Hannoveraner Bundestagung beschlossen: Vgl. BA-R 8014/29. Eine eigene Satzung erhielt die GSV im Spätsommer 1919 (Vgl. Brief der GSV an Unbekannt (09.09.19), in: BA-R 8014/9); gemäß § 1 war ihr Hauptziel: *„Das gefährdete Deutschtum im Saargebiet zu erhalten und zu kräftigen und die Wiedervereinigung des Saarlandes mit seinem Mutterlande durch die Abstimmung zu sichern, allen aus dem Saargebiet vertriebenen und geflüchteten Deutschen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, für die Interessen der geschädigten Saardeutschen einzutreten, für alle das Saargebiet betreffenden Fragen eine Auskunftsstelle zu sein, den landsmannschaftlichen Zusammenschluß der Saarländer im Reiche zu pflegen, Aufklärungsvorträge über die Saarheimat zu halten und alle Saarländer und Freunde des Saarlandes zu sammeln.“* Zitiert nach: VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 223.

⁴¹⁸ Der 1865 geborene Dröge bekleidete als Jurist verschiedene Posten in der saarländischen Bergwerksverwaltung, bis er Anfang des neuen Jahrhunderts die Leitung einer Berliner Kohlen Großhandlung übernahm, deren Miteigentümer er während des Krieges wurde. Seine Treuhänderschaft übte er bis zur Gleichschaltung des BdS im Sommer 1933 aus, hielt sich aber auch nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Aufsichts- und Beratungsausschusses stets im Hintergrund. Die Ernennung zum Ehrenmitglied des Bundes auf der Niederwaldtagung 1933 konnte er nur wenige Tage genießen: Am 05.09.33 verstarb Dröge: Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 349. Seine Bekanntschaft zu Vogel resultierte aus der Zeit seiner Tätigkeit in Saarbrücken. Dröge trat beim damaligen Oberberghauptmann Gustav von Velsen für eine Aufbesserung von Vogels Bezügen ein: Vgl. Brief Dröges an Vogel (07.08.12), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 13.

⁴¹⁹ Vogel erreichte das Angebot im Verlauf einer von der DVP initiierten Vortragsreise durch Norddeutschland: Vgl. Brief des Saargebietsschutzes an Vogel (17.06.19) und Antwortschreiben Vogels (19.06.19) sowie Vertragsverhandlungen zwischen Dröge und Vogel (Juli 1919), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 9.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“ erfolgte die Liquidierung des Saargebietsschutzes, mit der ebenfalls Vogel bis Ende September 1919 betraut wurde.

Während der folgenden 16 Jahre war Theodor Vogel die treibende Kraft der privaten Saarpropaganda⁴²⁰. Er prägte wie kein anderer die Arbeit des Bundes der Saarvereine und dessen Berliner Geschäftsstelle. Bevor im folgenden einzelne Tätigkeitsfelder der Saarorganisation ins Zentrum der Untersuchungen rücken, soll seine Person zunächst in einem Exkurs beleuchtet werden.

Exkurs 1: Theodor Vogel

Geboren wurde Theodor Vogel am 14. Oktober 1870 im pfälzischen St. Ingbert. Sein aus dem Badischen stammender gleichnamiger Vater (1840–1893) hatte im Jahr 1880 die Redaktion der „Saarbrücker Zeitung“ übernommen, für die er ab 1887 bis zu seinem frühen Tod allein verantwortlich zeichnete. Die Auflage von etwa 3.000 Exemplaren zweimal täglich verschaffte Vogel einen relativen Bekanntheitsgrad und Ansehen in der aufstrebenden Doppelstadt⁴²¹. Von diesem Prestige profitierte noch Jahre später auch sein Sohn, der im April 1888 als Markscheider-Aspirant auf der Grube von der Heydt einfuhr⁴²² und 1891/92 sein „Einjähriges“ beim Saarbrücker Infanterie-Regiment Nr. 70 ableistete; nach zwei achtwöchigen Übungen war er Reserveoffizier. Als Nachfolger des späteren Vorsitzenden der Saarbrücker Bergwerksdirektion Ewald Hilger, der sich wegen einer zu offenen Parteinahme zugunsten der Nationalliberalen diskreditiert hatte, übernahm Vogel die Redaktion des Saarbrücker „Bergmannsfreundes“. Die Erstausgabe dieses in der Literatur als erste Werkzeitschrift der Welt⁴²³ titulierten Blattes war am 1.



Abb. 5: Theodor Vogel
(1870–1942)

⁴²⁰ Otto ECKLER (Verwaltungsdirektor Theodor Vogel. Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und Gründer des Bundes der Saarvereine, in: VOGEL (Hrsg.): Saar-Befreiungskampf, S. 31 ff., hier: S. 33) nannte ihn die „Seele der Eidgenossenschaft im Kampfe um die Saar“. Zu Vogel vgl. die Sonderausgabe des SF (11 (1930) 20) anlässlich seines 60. Geburtstags. Friedrich Thamerus widmete ihm aus diesem Anlaß das Gedicht „Einem treuen Deutschen zum 60. Geburtstag!“, in: SF 11 (1930) 20, S. 371.

⁴²¹ Vogels Nachfolger als Chefredakteur ab Anfang Oktober 1893 wurde der damals 36jährige Albert Zühlke: Vgl. Ludwig BRUCH: Weg und Schicksal einer deutschen Zeitung, in: 200 Jahre Saarbrücker Zeitung 1761–1961, Saarbrücken 1961, S. 15–203, hier: S. 94–105.

⁴²² Vogels Entlassungszeugnis vom Saarbrücker Gymnasium von Ende März 1888 weist ihn als eher mittel-mäßigen Schüler aus: Vgl. LA Saarbrücken, NL Vogel 3.

⁴²³ Vgl. Joachim HEINZ: Älteste deutsche Werkzeitschrift feiert 125jähriges Jubiläum, in: Saarbrücker Bergmannskalender 1996, S. 37–55; Ludwig BRUCH: Vor 100 Jahren gegründet - Der Bergmannsfreund, in: Saarbrücker Bergmannskalender 1970, S. 68–83. Bruch hatte als Redaktionsanwärter Vogel in den Jahren 1911 bis 1914 selbst kennengelernt. Vgl. auch das Projekt „Saarländische Arbeiterliteratur und Literatur der Arbeitswelt“ des Literaturarchivs Saar-Lor-Lux-Elsaß und der Kooperationsstelle Hochschule und Arbeitswelt an der Universität des Saarlandes: <http://www.sulb.uni-saarland.de/fachinfo/litarchiv/projekte/arbeitswelt/akframe.html>.

Juli 1870 als vierseitige wöchentliche Gratisbeilage zur Saarbrücker Zeitung erschienen. In ihr verbanden sich bieder-leichte Unterhaltung mit den betriebswirtschaftlichen und politischen Interessen der Bergwerksdirektion. So finden sich hierin aufklärende und nicht selten in Oberlehrermanier verfaßte Artikel zur Sicherheit auf den Gruben, technische Unterweisungen, Berichte über lokale Zechenangelegenheiten und Förderstatistiken, die mit Anekdoten aus dem Bergmannsleben, Rätseln, populärwissenschaftlichen Abhandlungen und Meldungen über das Kaiserhaus vermischt waren. Zunehmend wurde der „Bergmannsfreund“ als eine Art Presseamt zum Sprachrohr der Bergwerksdirektion, was ihm unter Bergleuten den Spottnamen „Bergmannsfeind“ eintrug. Sein Erscheinen war nur kurz durch den Krieg 1870/71 unterbrochen. Die verantwortlichen Redakteure forderten stets zur kaiserlichen Untertanentreue auf; dabei mischten sie sich mitunter auch aktiv in politische Kämpfe ein. So erklärte es der Bergmannsfreund 1893 zur

*„ernste[n] Pflicht eines jeden patriotisch gesinnten Bergmannes, in dem bevorstehenden Wahlkampf mit allen Kräften für diejenigen Männer einzutreten, welche auf dem Boden der Militärvorlage stehen.“*⁴²⁴

Obwohl Vogel als erster hauptberuflicher Redakteur das Blatt unpolitischer gestaltete als sein Vorgänger⁴²⁵, ergriff der „Bergmannsfreund“ massiv Partei für die Kandidaten der Freikonservativen und Nationalliberalen. Auch weiterhin diente er als Plattform der Bergverwaltung gegen sozialdemokratische Umtriebe auf den Zechen; eine ausdrückliche Ermunterung seitens der Bergbehörde war bei Vogel nicht erforderlich, da dieser als Schriftleiter selbst die notwendige „patriotisch-nationale“ Gesinnung zeigte.

Vogel, der mit Abstand die längste Zeit Redakteur der Zeitschrift war, sorgte nicht allein für deren äußerliche Umgestaltung – ab 1898 erschien sie als eigenständige Publikation dreimal wöchentlich achtseitig –, sondern konnte die Auflage seines Blattes von knapp 4.000 (1891) auf 20.500 (1914) erhöhen⁴²⁶. Zum Ausgleich dafür, daß ihm die Rangerhöhung zum Berginspektor trotz seiner guten Kontakte zu allen Vorsitzenden der Bergwerksdirektion nicht bewilligt wurde, gestattete man Vogel die Herausgabe des 1873 erstmals erschienenen „Saarbrücker Bergmannskalenders“⁴²⁷ auf eigene Rechnung.

⁴²⁴ Zitiert nach: MALLMANN: Bergarbeiterbewegung, S. 307.

⁴²⁵ Vgl. ebd., S. 307 f.; BELLOT, S. 190–224.

⁴²⁶ Obwohl die Grubenbelegschaft natürlich um ein Vielfaches höher war, erreichte der „Bergmannsfreund“ vor dem Krieg fast alle Kumpel, da das Blatt in den Schlafhäusern und Kaffeeküchen auslag und meist mehrere Familienangehörige gleichzeitig angelegt waren: Vgl. BRUCH: Bergmannsfreund, S. 78 und S. 82; Brief Vogels an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe (10.09.18), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 13. In diesem Schreiben bat Vogel u.a. wegen seiner sonstigen Verdienste für das Vaterland um eine Höhergruppierung und die Amtsbezeichnung „Schriftleiter des Bergmannsfreunds“.

⁴²⁷ Vgl. Reiner JUNG: Selbst- und Fremdbilder in Kalendern des Saargebiets 1920–1935, in: KUGLER (Hrsg.): GrenzenLos, S. 322–343, hier: S. 326 f. Vgl. auch Heinrich BALDAUF: Fünfzehn Jahre publizistischer Kampf um die Saar, Saarbrücken 1934, S. 59–63 sowie <http://www.sulb.uni-saarland.de/fachinfo/itarchiv/projekte/arbeitswelt/akframe.html>;

Kommunalpolitische Erfahrungen sammelte der Protestant als stellvertretender Vorsitzender des „Nationalliberalen Wahlvereins für den Kreis Saarbrücken“⁴²⁸, für den er von 1906 bis zu seiner Ausweisung im April 1919 in der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung saß.

„Theodor Vogel war [...] als redegewandter Bürgervertreter rasch volkstümlich geworden. Er war der Mann der ‚kleinen Leute‘. So kam es, daß über städtische Angelegenheiten beim ‚Bergmannsfreund‘ oftmals konferiert und der mit Theodor Vogels Mandat verbundene Schriftverkehr dort miterledigt wurde. Alle ‚Interpellationen‘ des Volkstribunen nahmen von hier aus ihren Weg zu dem Herrn Oberbürgermeister. Im Hinblick auf Tendenz und Geschichte des ‚Bergmannsfreunds‘ mag es den einen oder anderen in jener Zeit verwundert haben, daß selbst die in Frankfurt erscheinende sozialdemokratische ‚Volksstimme‘ Vogels Stadtratstätigkeit lobte: ‚Dieser Herr versteht es, im Rathaus eine gewisse Opposition zu machen. Hoffentlich schadet diese Anerkennung von unserer Seite nicht seinem Avancement.‘“⁴²⁹

Im Sommer 1910 lehnte Vogel das Angebot ab, zur Burbacher Hütte zu wechseln, wofür ihn sein damaliger Vorgesetzter, der Geheime Bergrat Wilhelm Cleff, die Beförderung zum Berginspektor in Aussicht gestellt haben soll⁴³⁰. Gerade weil Vogel bis zu seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst einfacher Bergwerksdirektionssekretär blieb, strebte er auf anderen Ebenen nach gesellschaftlicher Reputation: Aktiv in das Vereinswesen Saarbrückens eingebunden, pflegte der Reserveoffizier Vogel vor allem standesgemäße Kontakte zu bürgerlichen Vereinigungen wie beispielsweise dem Männergesangverein von 1861 Saarbrücken⁴³¹. Sein Engagement im Kreiskriegerverband Saarbrücken und Kyffhäuserbund führte so weit, daß die Redaktionsräume im Gebäude der Bergwerksdirektion zugleich als Anlaufstation für Veteranen dienten⁴³². Vogels

⁴²⁸ Sein Vater hatte 1885 zu den Gründern der Partei gezählt: Vgl. Brief des Schriftführers an den königlichen Landrat von Richthofen (09.02.1885), in: StA Saarbrücken, Alt-Saarbrücken 1728.

⁴²⁹ BRUCH: Bergmannsfreund, S. 81. Seine Tätigkeit in der Saarbrücker Kommunalpolitik sorgte für einen relativ hohen Bekanntheitsgrad; wie zahlreiche Zeitungsberichte zeigen, gehörte Vogel – auch ohne eine herausgehobene Position zu bekleiden – zu den aktivsten Stadtverordneten. Er machte sich als Mitglied der Schuldeputation für das allgemeine und direkte Wahlrecht in Preußen stark: Vgl. LA Saarbrücken, NL Vogel 3; Brief der GSV an Glahn (02.12.20), in: BA-R 8014/145. Vogel scheute sich nicht, unpopuläre Positionen zu vertreten, so zum Beispiel, als er am 25.02.19 zum allgemeinen Verzicht auf Vergnügungsveranstaltungen aufrief und von der Stadtverwaltung forderte, keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen: Vgl. S.Z. Nr. 56 (27.02.19).

⁴³⁰ Vgl. Brief Vogels an Generaldirektor Weisdorff (10.08.10) und Brief Cleffs an Vogel (19.08.10), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 3; Autobiographie Vogel von 1940, in: LA Saarbrücken, NL Vogel 39.

⁴³¹ Außer seiner Mitgliedschaft in diesen Vereinigungen war Vogel Ehrenmitglied des „Naßmacher-Clubs ‚Kohlentaub‘ Dudweiler Menage“ (17.04.1899), des „Bergmanns-Unterstützungs-Vereins Dudweiler“ (01.01.02), des „Kappen-Vereins Neudorf-Altenkessel“ (19.07.03) und des „Vereins ehemaliger 70er Saarbrücken und Umgebung“ (07.05.10). Ferner Fechtmeister der „Deutschen Reichsfechtschule, Verband Rheinland“, ein Wohltätigkeitsverein zum Zwecke der Waisenfürsorge (25.11.06), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 51–67. Am 10.07.18 lud er als Vorsitzender des Arbeitsausschusses des Kreiskriegerverbands-Vorstandes Saarbrücken zu einer Besprechung über Fürsorgefragen und Werbung ein: Vgl. Karte Vogels, in: StA Saarbrücken, Großstadt 801. Ferner war Vogel bis zu deren Auflösung Mitglied der christlichen Freimaurerloge „Zur Beständigkeit“ und der Loge „Zur Schönheit und Stärke“: Vgl. Briefe Vogels an Pfarrer Becker (19.03.36, in: LA Saarbrücken, NL Vogel 27) und Schellenberger (08.12.26), in: BA-R 804/619.

⁴³² Vogel war mit seinem konservativen Hurratriotismus, seinem Gesinnungsmilitarismus und ausgeprägten Elitenbewußtsein geradezu das idealtypische Mitglied eines kaiserzeitlichen Kriegervereins: Vgl. Hansjoachim HENNING: Kriegervereine in den preußischen Westprovinzen. Ein Beitrag zur preußischen Innenpolitik

bürgerliches Geltungsbewußtsein äußerte sich auch in der Wahl seiner Wohnung auf dem Saarbrücker Triller, wo die gehobene Gesellschaft der Doppelstadt ihre Anwesen hatte⁴³³.

Ihr karitatives Engagement während des Krieges brachte Vogels zwei Jahre älterer Gattin Frieda verschiedene Ehrungen ein⁴³⁴; aus der Ehe ging 1894 als einziges Kind der Sohn Theodor Ewald hervor⁴³⁵.

Anlässlich der 100jährigen Zugehörigkeit des Saarbrücker Landes zu Preußen sprach sich Vogel 1914 gemeinsam mit seinen Stadtverordnetenkollegen Jacobs und Prof. Albert Ruppertsberg für die Errichtung eines Denkmals für Heinrich Böcking aus⁴³⁶; der Ausbruch des Weltkrieges dürfte die Realisierung des Vorhabens verhindert haben.

Schon am zweiten Tag der deutschen Mobilmachung trat Vogel als Vizefeldwebel beim Hagenauer Landsturmbataillon ein, das Anfang 1915 an die Ostfront verlegt wurde. Dort hatte er seine Führungsqualitäten unter Beweis gestellt und war als Leutnant der Landwehr bis zum Kompagnieführer aufgestiegen⁴³⁷, als er auf gemeinsames Betreiben der Saarbrücker KAST und des Bergrats Dr. Herbig auf seinen alten Posten bei der Bergwerksdirektion zurückgerufen wurde. Nach über dreijähriger Unterbrechung erschien der „Bergmannsfreund“ zum 1. September 1917 wieder als achtseitiges Wochenblatt, das nun verstärkt Durchhalteparolen und Meldungen der Militärstellen kolportierte. In dieser letzten Phase des Krieges funktionierte Vogel die Zeitschrift „zur Hauspostille des Generalkommandos“⁴³⁸ um. An seiner Loyalität zur Monarchie

zwischen 1860 und 1914, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 32 (1968), S. 430–475, hier: S. 470 f.; Dietmar KLENKE: Zwischen nationalkriegerischem Gemeinschaftsideal und bürgerlich-ziviler Modernität. Zum Vereinsnationalismus der Sängere, Schützen und Turner im Deutschen Kaiserreich, in: GWU 45 (1994), S. 207–223; Thomas ROHKRÄMER: Der Militarismus der „kleinen Leute“. Die Kriegervereine im deutschen Kaiserreich 1871–1914, München 1990.

⁴³³ Vogel lehnte es ab, sein Haus auf dem Grafenhof 7 während der Völkerbundsjahre zu veräußern, um seinen Anspruch auf Rückkehr an die Saar zu dokumentieren. Max Wentz verwaltete das Anwesen bis 1935. Vgl. zu Vogels Sozialisation im Kaiserreich: Thomas NIPPERDEY: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1993, S. 374–380; Klaus TENFELDE: Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert, in: DERS./ Hans-Ulrich WEHLER (Hrsg.): Wege zur Geschichte des Bürgertums. Vierzehn Beiträge, Göttingen 1994, S. 317–353; Hans-Ulrich WEHLER: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995, S. 757–763.

⁴³⁴ Siehe die Urkunden in: LA Saarbrücken, NL Vogel 5.

⁴³⁵ Die Namensgebung dürfte eine Ehrerweisung Vogels an seinen Vorgesetzten Ewald Hilger gewesen sein. Vgl. zum Ende 1932 bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückten Admiralstabsoffizier Vogel: SF 1 (1920) 1, S. 5; SF 13 (1932) 24, S. 390 ff.

⁴³⁶ Vgl. S.Z. Nr. 48 (18.02.14). Die Initiative hierzu war von Oberbürgermeister Emil Mangold ausgegangen. Vgl. Christof TREPESCH: Ein Jahrhundertdenkmal für Heinrich Böcking, in: Zeitriss. Mitteilungen zur regionalen Kultur und Geschichte 5 (2001) 2, S. 10 ff.

⁴³⁷ Sein Vorgesetzter stellte ihm das „Zeugnis eines überaus befähigten, gewandten und besorgten Kompagnieführers“ aus (05.06.17), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 24. Während des Krieges erhielt Vogel folgende Auszeichnungen: Eisernes Kreuz 2. Klasse, Oldenburgisches Ehren-Ritterkreuz 2. Klasse, Oldenburgisches Ehrenkreuz 1. Klasse mit der goldenen Krone, Oldenburgisches Friedrich-August-Kreuz 2. Klasse: Vgl. LA Saarbrücken, NL Vogel 4.

⁴³⁸ KLEIN: Das stellvertretende Generalkommando, S. 161.

ließ er keinen Zweifel; in der Ausgabe vom 9. November 1918 kommentierte Vogel die Abdankung des Kaisers:

*„In schwerer Stunde gedenken wir des unzerreißbaren Bandes, das seit dem 18. Januar 1871 für alle Zeiten das deutsche Volk mit dem Hohenzollernhause verknüpft. Wir geloben, für Kaiser und Reich einzutreten.“*⁴³⁹

Die Revolution und der damit einhergehende Zerfall der bestehenden Ordnung wirkte auf Theodor Vogel schockierend. Als Verehrer Bismarcks und bedingungsloser Anhänger der Monarchie⁴⁴⁰ war er ebenso wie der Großteil der deutschen Bevölkerung außerstande, die militärische und die aus ihr resultierende moralische Niederlage einzugestehen. Unabhängig davon, daß er sich selbst als Patriot und Demokrat charakterisierte⁴⁴¹, blieb Vogel die Weimarer Republik Zeit ihres Bestehens suspekt. In kritischer Distanz zu ihr präferierte er jene autoritäre Staatsführung, wie sie ab 1925 von Hindenburg ausübte⁴⁴². Als Vogel einem Bekannten von den Nachwehen des Kapp-Putsches berichtete, bemerkte er schadenfroh, daß auf Eberts Amtssitz die demokratische Fahne wehe, *„und zwar in verkehrter Farbenfolge und auf Halbmast. Möge dies ein gutes Omen für diese alte Regierung sein.“*⁴⁴³ Ähnlich unerträglich wie die neue Staatsform war ihm die Zerstückelung und Entmachtung Preußens⁴⁴⁴.

⁴³⁹ Zitiert nach BRUCH: Bergmannsfreund, S. 82. Für die auf den 10.11.18 anberaumte Bürgerversammlung hatte Vogel bereits eine ähnliche Loyalitätserklärung verfaßt; die Erhaltung des Kaisertums sei *„eine Lebensnotwendigkeit und eine Ehrensache des deutschen Volkes.“* Die Entschliebung unterstützte die Friedensbemühungen der deutschen Regierung, lehnte aber die wirtschaftlich Erniedrigung Deutschlands entschieden ab: Vgl. Entschliebung (November 1918), in: StA Saarbrücken, Großstadt 1552.

⁴⁴⁰ Vogel hatte 1901 den Saarbrücker „Bismarck-Club der Getreuen“ ins Leben gerufen, dessen stellvertretenden Vorsitz er bis zu seiner Ausweisung innehatte: Vgl. SF 6 (1925) 8, S. 126; SF 10 (1929) 8, S. 155. Zu seinem Bekenntnis zur Monarchie vgl. Briefe Vogels an Unbekannt (21.07.19, in: BA-R 8014/159) und seinen Neffen Hellmuth Gansser (11.10.19), in: BA-R 8014/141. Vgl. ebenso den Schriftwechsel zwischen Vogel und Rechtsanwalt Spengler (Juni 1921), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1.

⁴⁴¹ Letzteres wolle er in dem Sinn verstanden wissen, *„daß alle Standesunterschiede und jeglicher Kastengeist unbedingt verschwinden müsse [...] Ich habe stets aufrecht dagestanden und bin auch nach der Revolution meiner Gesinnung treu geblieben, da ich dieselbe von heute auf morgen nicht wie ein Hemd wechseln konnte.“*: Vgl. Brief der GSV an Monz (31.08.20), in: BA-R 8014/143. Gegenüber StS Adelman brüstete sich Vogel (14.07.21, in: BA-R 1601/1696), ein aufrechter deutscher Mann zu sein, *„dem am Wohle seines Vaterlandes und seiner Saarheimat alles gelegen ist, [und der sich] infolge der Umwälzungen auf politischem Gebiete nicht hat beeinflussen lassen.“*

⁴⁴² Vor dem Generalfeldmarschall besaß Vogel eine so hohe Achtung, daß ihn die gegen diesen gerichteten Vorwürfe in seiner eigenen Ehre kränkten: Vgl. Brief Vogels an Rechtsanwalt Meissner (17.11.19), in: BA-R 8014/141. In einem direkten Schreiben an von Hindenburg bekannte er sich als *„aufrichtiger Verehrer der genialen [militärischen – F.B.] Führung durch Ew. Excellenz“*: Vgl. Brief der GSV an von Hindenburg (15.07.20), in: BA-R 8014/143.

⁴⁴³ Vgl. Brief der GSV an Freiherr von Korff (23.03.20), in: Ebd.

⁴⁴⁴ Die Saarländer seien zweifelsfrei Preußen und sie trügen *„den Ehrennamen als Preußen heute, da knabenhafter Unverstand den preußischen Staat zerschlagen und einen föderalistisch-stammesstaatlichen Nebeldunst an die Stelle eines ‚Rocher de bronze‘ setzen will.“*: SF 2 (1921) 3, S. 25. Vogel idealisierte die „gute alte Zeit“ als Gegenentwurf zur harten und wenig glanzvollen Weimarer Realität: Vgl. Ulrich HEINEMANN: Die verdrängte Niederlage, S. 14.

In dem Orientierungsvakuum nach Abdankung des Kaisers schienen selbst eigene Parteifreunde, die während des Krieges zu den Annexionisten gezählt hatten, das Saarbecken bereits aufgegeben zu haben: Keine Woche nach der Übernahme der Verwaltung durch den Saarbrücker Arbeiter- und Soldatenrat verweigerten die reichsdeutschen Nationalliberalen die von Vogel angeforderte finanzielle Unterstützung zum Aufbau der bürgerlichen Gegenkräfte mit der Begründung, daß mit einer Abtretung Saarbrückens an Frankreich gerechnet werden müsse⁴⁴⁵. Vogel war jedoch zu sehr Parteipolitiker, um seiner Enttäuschung freien Lauf zu lassen; einen Tag nach Gründung der „Deutschen Volkspartei“ (DVP) teilte Vogel als stellvertretender Vorsitzender die Auflösung des „Nationalliberalen Wahlvereins für den Kreis Saarbrücken“ mit, rief zugleich aber zu einer Sammlungsbewegung aller bürgerlichen Kreise auf⁴⁴⁶.

Für den Kriegsteilnehmer Vogel war es nach dem Einzug der Franzosen eine Ehrensache, die Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern in Saarbrücken zu verweigern, da dies zur Konsolidierung der Verhältnisse beigetragen hätte. Konsequenterweise lehnte er das Angebot der Bergwerksdirektion ab, den „Bergmannsfreund“ für die französische Verwaltung weiterzuführen⁴⁴⁷. Statt dessen regte er im Januar 1919 in der Stadtverordnetenversammlung vergeblich eine Erklärung an, in welcher Saarbrückens Verbundenheit zum Reich und Preußen zum Ausdruck gebracht werden sollte. Diese Proklamation scheiterte im Ratsgremium, das nicht Gefahr laufen wollte, die Franzosen zu brüskieren⁴⁴⁸. Daß Vogel auch vor gezielter Provokation

⁴⁴⁵ Vgl. Brief Stresemanns an Vogel (16.11.18), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 39. Derartige ernüchternde persönliche Erfahrungen, von Kräften jenseits des Rheins im Stich gelassen worden zu sein, erklären Vogels Bemühen in späteren Jahren, den Saarländern die Leistungen des Reiches für die bedrängte Saar vor Augen zu halten.

⁴⁴⁶ „In jahrelangem uneigennützigem Wirken hat unser Wahlverein dahin gestrebt, auf nationaler und monarchischer Grundlage die vaterländischen Interessen zu vertreten und in der hiesigen Bevölkerung eine treu nationale Staatsauffassung zu festigen. [...] Neue Zeiten verlangen neue Formen! Der Wiederaufbau unserer staatlichen Verhältnisse erheischt die weitgehendste Mitarbeit aller Stände unseres werktätigen und werkwil-ligen Volkes, soll nicht die Diktatur der radikalsten Elemente unser Vaterland dem vollständigen Ruin entgegenführen. Hierzu ist der Zusammenschluß des gesamten ordnungsliebenden Bürgertums, vom Arbeiter angefangen bis zu den Vertretern von Handel und Gewerbe und dem gesamten Unternehmertum, erforderlich. Die bisherigen Parteigebilde könnten in ihrem engen Rahmen, der den überholten politischen Verhältnissen Rechnung trug, dabei nur hemmend wirken. [...] Was uns also nottut, ist ein geschlossenes Bürgertum, das die Einigkeit gegen den Willen zur Fortdauer des Umsturzes und der Unordnung bei den kommenden Wahlen entscheiden bekundet und damit den Wiederaufbau des staatlichen Lebens und der staatlichen Ordnung ermöglicht und die Diktatur einer einzelnen Klasse verhindert. Aus diesem Bürgertum müßte die Kraft zu einer politischen Organisation hervorgehen, die geleitet ist von dem Willen, in neuzeitlichem Geiste unser Staatswesen auf- und auszubauen, jede Parteizersplitterung [...] beiseite zu setzen, und dafür den Zusammenschluß des Bürgertums zu fördern. Einigkeit tut not, die ist der Stunde Machtgebot! [...]“ Rundschreiben Vogels (16.12.18), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 39. Hervorhebungen im Original. Zur Neuformierung des liberalen Bürgertums nach der Revolution vgl. Lothar ALBERTIN: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972, S. 45–88.

⁴⁴⁷ Die Bergleute sollten Vertrauen zum neuen Arbeitgeber fassen: Vgl. Autobiographie Vogels aus dem Jahr 1940, in: LA Saarbrücken, NL Vogel 39. Eine davon abweichende Darstellung in: NSK Nr. 19 (27.01.24); SF 5 (1924) 2, S. 17 f.

⁴⁴⁸ Vgl. SF 7 (1926) 23, S. 422; SF 11 (1930) 20, S. 375. Angeblich war diese Entschließung verantwortlich für die Ausweisung Vogels: Vgl. Autobiographie Vogels aus dem Jahr 1940, in: LA Saarbrücken, NL Vogel 39.

der Besatzung nicht zurückschreckte, demonstrierte er am 18. Januar (dem Reichsgründungstag) und 27. Januar anlässlich des Kaisergeburtstages, als er sich am Fenster seiner Wohnung in Offiziersuniform zeigte⁴⁴⁹. Der Konflikt mit der Besatzungsbehörde war abzusehen, und so wurde der Generalstreik der Bergleute im April 1919 zum willkommenen Anlaß, die Ausweisung des halsstarrigen Redakteurs zu verfügen.

Während die „Königlich Preußische Bergwerksdirektion zu Saarbrücken“ am 12. November 1918 Konzessionsbereitschaft signalisiert und der Einführung von Achtstundenschichten auf den Gruben zugestimmt hatte, wurde diese Zusage schon Ende des gleichen Monats durch den „Service des Mines“ unter Hinweis auf die Arbeitsverhältnisse in Frankreich wieder aufgehoben. Eine erste Streikwelle verebte Ende 1918 ohne Wirkung; angesichts des Erwartungsdrucks innerhalb der Arbeiterschaft⁴⁵⁰, garte es im Frühjahr 1919 jedoch erneut im Saarrevier. Auf den Generalstreik Ende März mit dem Ziel, den Achtstundentag und Lohnerhöhungen durchzusetzen, reagierte General Andlauer seinerseits mit der Zwangsrequirierung von Bergleuten, während die französischen Kriegsgerichte drastische Exempel an einzelnen streikenden Arbeitern statuierten⁴⁵¹. Die Militäradministration nutzte den Belagerungszustand, um weitere unliebsame Personen loszuwerden. Nachdem Ende März bereits erste Ausweisungsbefehle vollstreckt worden waren, wurden nach dem 5. April etwa 50 Personen des besetzten Gebietes verwiesen. Betroffen waren vor allem Staats- und Kommunalbeamte in führenden Positionen, Rechtsanwälte, Geistliche, Parteiführer und Lehrer sowie Angehörige der Bergbehörde, denen als „sujets les plus dangereux“ die Störung der öffentlichen Ordnung vorgeworfen wurde⁴⁵². Die Ausweisung erfolgte ohne vorangehendes Verfahren; in der Regel wurden die aufgegriffenen Personen direkt verhaftet, in Saarbrücken interniert und in Sammeltransporten in ein Gefangenenlager bei Worms gebracht.

⁴⁴⁹ Vgl. BRUCH: Bergmannsfreund, S. 82.

⁴⁵⁰ Diese war nicht bereit, die sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution wieder preiszugeben. Das gewachsene Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft läßt sich passend charakterisieren: „[...] *der Satz ‚Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche‘ [entwickelte] eine ungewollte Eigendynamik, weckte egalitäre Hoffnungen, nährte den Wunsch auf Gleichberechtigung nach überstandem Hunger und Schützengraben.*“: MALLMANN/ STEFFENS, S. 119. Die französische Militäradministration hielt daran fest, nach dem Waffenstillstand keine deutschen Gesetze einzuführen, so mußten beispielsweise auch Arbeiter- und Angestelltenausschüsse wieder aufgelöst werden: Vgl. BUMILLER, S. 22 f.

⁴⁵¹ 21 Bergleute wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, etwa 400 weitere auf die rechte Rheinseite abgeschoben: Vgl. Weißbuch, Dok. 21, S. 46 f.; HELLWIG/ OLLMERT, S. 13 ff.; Nachrichtensammlung V (10.04.19), Nachrichtensammlung IX (25.04.19) und Nachrichtensammlung XII (02.06.19), in: BA-R 8014/5. An den Ausweisungen zeigte sich der Interessenkonflikt zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Zielen Frankreichs. Die Einführung des Achtstundentages erfolgte schließlich am 12.04.19.

⁴⁵² Eine Liste der 1919/20 ausgewiesenen Personen mit 230 Namen in: ECKLER: Die Ausweisungen, S. 211–217. Vgl. BRUCH: Franzosen im Saargebiet, S. 56–67; SF 10 (1929) 9, S. 168–171. Vogels Schicksal in: SF 1 (1920) 1, S. 7 f.

Gemeinsam mit den beiden späteren Vorsitzenden des Bundes der Saarvereine, Dr. Otto Zillesen und Dr. Otto Andres, traf dieses Schicksal am 8. April 1919 auch Theodor Vogel⁴⁵³. Mit der Ausweisung des Redakteurs war auch das Ende des „Bergmannsfreunds“ besiegelt. Vogels Nachfolger Ferdinand Baumann führte das Blatt nur noch drei Monate weiter, bis sein Erscheinen am 4. Juli 1919 eingestellt wurde⁴⁵⁴.

Vogel begab sich nach seiner Ausweisung von Worms über Bensheim zum Kuraufenthalt nach Bad Salzschlirf, wobei er die Gelegenheit nutzte, im hessischen Raum (meist auf Veranstaltungen der DVP⁴⁵⁵) über die Verhältnisse an der Saar und insbesondere über seine eigene Ausweisung zu berichten⁴⁵⁶. Auch wenn er sich mit seinem Schicksal als Verbannter recht schnell arrangierte, hörte er nie auf, sich in Angelegenheiten seiner Heimatstadt einzumischen: Gemeinsam mit seinem ausgewiesenen Stadtverordnetenkollegen Zillesen forderte er aus Bad Salzschlirf den kommissarischen Bürgermeister August Klein auf, in Saarbrücken eine Treuekundgebung zum Reich zu organisieren. Als „*Todesurteil*“ für Deutschland dürfe der Friedensvertrag nicht unterzeichnet werden, er sei ein „*weltgeschichtlicher Hohn auf Wilson*“⁴⁵⁷.

Die Kontaktaufnahme zwischen Vogel und dem Saargebietsschutz erfolgte auf Vermittlung des ebenfalls ausgewiesenen ehemaligen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Prof. Friedrich Herwig, der Vogel Ende April 1919 riet, der Berliner Organisation die Umstände seiner Verbannung aus Saarbrücken mitzuteilen⁴⁵⁸. Wenngleich Vogel bis zur Abstimmung um die Anerkennung der Rechtsungültigkeit seiner Ausweisung kämpfte und sich zumindest im Frühjahr 1919 noch der Hoffnung hingab, daß der gegen ihn erlassene Beschluß spätestens mit Abzug des französischen Militärs wieder aufgehoben werden würde, war doch abzusehen, daß er nicht mehr in seiner bisherigen Stellung als Sekretär der Bergwerksdirektion würde arbeiten können. Aufgrund der starken französischen Position in der saarländischen Privatwirtschaft konnte Vogel

⁴⁵³ Angeblich soll eine nächtliche Kranzniederlegung am Saarbrücker Bismarckdenkmal mit schwarz-weiß-roten Schleifen der unmittelbare Auslöser gewesen sein: Vgl. SF 7 (1926) 2, S. 22 f. Die Behauptung Vogels, ein Dolmetscher der französischen Besatzungsbehörde in Saarbrücken sei verantwortlich gewesen, daß er, Andres und Zillesen auf die schwarze Liste gesetzt wurden (vgl. SF 3 (1922) 18, S. 265 f.), ließ sich nicht überprüfen. Siehe auch SF 1 (1920) 12, S. 93 f.

⁴⁵⁴ Vgl. NSK Nr. 27 (12.07.19).

⁴⁵⁵ Er selbst trat der Partei Ende 1919 bei: Vgl. BA-R 8014/1018.

⁴⁵⁶ Vgl. neben eigenen Zeitungsartikeln die Berichte in: „Darmstädter Täglicher Anzeiger“ Nr. 97 (26.04.19) und „Fuldaer Zeitung“ Nr. 114 (19.05.19). Der Kuraufenthalt war wegen der hygienischen Verhältnisse im Gefangenenlager notwendig geworden: Vgl. Brief der GSV an einen K. Möller (13.11.19), in: BA-R 8014/144.

⁴⁵⁷ Vgl. Brief Vogels und Zillesens an Klein (10.05.19), in: StA Saarbrücken Großstadt 2958. Vier Tage später wurde die Stadtverordnetenversammlung in geheimer Sitzung entsprechend informiert: Vgl. ebd.

⁴⁵⁸ Vgl. Brief Herwigs an Vogel (29.04.19), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 6. Herwig, zugleich erster Vorsitzender des nationalliberalen Wahlvereins in Saarbrücken, war es, der 1910 versprach, sich für Vogels Wechsel zur Burbacher Hütte einzusetzen: Vgl. Brief Herwigs an Vogel (03.07.10), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 3.

auch dort auf keine Karriere hoffen. Eine Rückkehr nach Saarbrücken hätte für ihn somit einen sozialen Abstieg bedeutet⁴⁵⁹, ein Umstand, der bei einem so standesbewußten Menschen wie Vogel nicht außer Acht gelassen werden darf. Die Stelle als Verwaltungsdirektor der Geschäftsstelle „Saar-Verein“⁴⁶⁰ hingegen brachte nicht nur einen Prestigegewinn, sondern Vogel befand sich mit einem Jahresgehalt von 15.000 Mark und sechs Wochen Urlaub- verglichen mit anderen Ausgewiesenen dieser Zeit – in einer finanziell günstigen Position. Unter diesen Umständen schied er auf eigenen Wunsch zum 1. Oktober 1919 aus dem Staatsdienst aus⁴⁶¹.

Um die junge Geschäftsstelle über den engen Kreis der diversen Bünde, Vereinigungen, Institute und Zirkel, die sich nach dem verlorenen Weltkrieg der Deutschtumspflege verschrieben hatten, hinaus bekannt zu machen, trat Vogel im Juli 1919 mit einem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit. In Anlehnung an die zum Mythos verklärte Willenserklärung der Saarbrücker Bürgerschaft von 1815 versuchte er, den Saarverein in eine Reihe mit dem inzwischen glorifizierten Böcking zu stellen und damit den eigenen Kampf gegen die Bedrohung aus dem Westen historisch zu legitimieren:

„Wie unsere Väter vor hundert Jahren, so dürfen auch wir nimmer müde werden, dem Deutschtum an der Saar einen festen Halt zu geben und nach wie vor für deutsche Art und Sitten, für die Pflege deutscher Kultur in unserer Saar-Heimat einzutreten.

Vorläufig müssen sich unsere lieben Brüder im Saarlande in das Unvermeidliche schicken. Sie sollen und müssen aber wissen, daß das Vaterland und ihre Landsleute von der Saar, die rechtsrheinisch wohnen, sie nicht verlassen und vergessen werden. [...]

Mit leidenschaftlicher Liebe hängen wir an unserer schönen Saarheimat. Der Saarbrücker Boden ist uns immer heilig gewesen, weil er mit deutschem Herzblut getränkt ist und weil ihn Heldengräber bedecken. Die heiligsten Stätten sind uns die Spicherer Höhen, das Saarbrücker Ehrental und der neue Ehrenfriedhof, wo wir bei den unvergeßlichen Gedächtnisfeiern das Gelöbnis der Treue zu unserem Vaterland in hehren Stunden so oft abgelegt haben, wo unsere Saarbrücker Jugend alljährlich daran erinnert wurde, daß das Große und Herrliche das wir besessen nur mit heiligen Opfern hatte errungen werden können. Nie dürfen wir aber auch vergessen, daß unsere Brüder an der Saar während des Weltkrieges mit ihren deutschen Brüdern gekämpft, geblutet, gelitten und gebetet haben und daß sie bereit waren und heute noch bereit sind, als gute Deutsche in Deutschlands tiefster Not mit uns weiter zu darben, zu arbeiten und aufzubauen. [...]“

⁴⁵⁹ Prof. Herwig hatte ihn zwar gebeten, nach Saarbrücken zurückzukehren, um dort der französischen Zeitungspropaganda entgegenzuarbeiten, konnte Vogel aber keine konkrete Stelle anbieten: Vgl. Brief Herwigs an Vogel (09.07.19), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 6.

⁴⁶⁰ Ehemalige Beamte der Saarbrücker Bergwerksdirektion wie Flemming und Herbig hatten die organisatorischen und agitatorischen Fähigkeiten des ambitionierten Redakteurs vor Ort kennengelernt und brachten daher Vogel als künftigen Geschäftsstellenleiter ins Gespräch.

⁴⁶¹ Vgl. Brief Vogels an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe (August 1919), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 3. Hierin bat Vogel um die Versetzung in den Ruhestand, da er seine Dienstpflichten als Beamter, der sich „zeitlebens als Anhänger der Monarchie bekannt habe [, ...] ohne die schwerste Gewissensbedrückung nicht mehr erfüllen“ könne. Diese Äußerung – so treffend sie im Falle Vogels auch gewesen sein mag – sollte allerdings nicht überbewertet werden, da derartige Lippenbekenntnisse die Voraussetzung für das Ausscheiden der Beamten aus dem Staatsdienst waren.

Diese schwülstige Verbindung aus sakraler Überhöhung des Abwehrkampfes und emotionalem Appell an das Pflichtbewußtsein war ein Stilmittel, auf welches Vogel immer wieder gerne zurückgriff. Zum Ende des Aufrufes wurde er konkreter und offenbarte, was die Initiatoren der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ mit ihrer Forderung meinten, der Nachfolger des Saargebiets-schutzes müsse auf einer breiteren Basis stehen:

„Zur Unterstützung unserer Brüder und Schwestern an der Saar gilt es nun, einen festen Zusammenschluß aller rechtsrheinischen Saarbrücker Landsleute und aller Freunde des Saarlandes zu schaffen. [...] Durch den Zusammenschluß aller rechtsrheinischen [Saar – F.B.] Vereine soll dazu eine stetige Fühlungnahme zur Wahrung und Pflege des Deutschtums an der Saar gewonnen werden [...]“⁴⁶²

Während der halbamtliche Saargebietsschutz organisatorisch und strukturell auf sein Geschäftsbüro in Berlin mit einigen wenigen, eher zufällig gegründeten Nebengruppen beschränkt war, sollten fortan systematisch und möglichst flächendeckend Ableger der Berliner Zentrale im unbesetzten Reich unter einer noch zu schaffenden Dachorganisation ins Leben gerufen werden. Herzstück und Motor des Gesamtverbandes war von Anfang an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“; hieran änderte auch die Gleichschaltung des Bundes 1933 nichts Prinzipielles. Bevor ihre Tätigkeit näher dargestellt wird, soll zunächst der organisatorische Aufbau der Geschäftsstelle bis zur Gründung des Bundes skizziert werden. Der Entwicklung und Expansion der Ortsgruppen ist ein eigenes Kapitel gewidmet.

Nach dem Umzug der Geschäftsstelle des Saargebietsschutzes in die Königgrätzerstraße 94 begann Theodor Vogel seine dortige Arbeit zunächst in zwei Räumen und mit anfangs nur wenigen Mitarbeitern⁴⁶³. Den materiellen Grundstock legte der preußische Staat mit einem Propagandafonds in Höhe von drei Millionen Mark, während verschiedene Reichsministerien und andere Behörden das notwendige Inventar zur Verfügung stellten⁴⁶⁴. Erstmals mit der Frage der Finanzierung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ konfrontiert, antwortete Vogel auf der Gründungssitzung der Berliner Saarländervereinigung Ende Oktober 1919, daß die Verwaltungskosten von privater Hand, „von einzelnen dem Saarrevier sehr nahestehenden Herren“, gedeckt würden⁴⁶⁵.

⁴⁶² Rundschreiben der GSV (Juli 1919), in: BA-R 8014/737. Hervorhebungen im Original. Auszugsweise abgedruckt in: VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 223.

⁴⁶³ Außer einer Stenographin und einem Materialverwalter, die beide noch vom Saargebietsschutz übernommen wurden, war ab Oktober 1919 (bis Ende 1922) auch Hildegard Matthaei (*1899) als Bürovorsteherin und persönliche Sekretärin Vogels tätig: Vgl. Zeugnisse für die verschiedenen Angestellten, in: BA-R 8014/9 ff. Gerade im Herbst 1919 wurde die Geschäftsstelle von Anfragen demobilisierter Militärangehöriger überschwemmt, was die hohe Fluktuation an Mitarbeitern erklären dürfte. Nachdem Frieda ihrem Mann im Herbst 1919 nach Berlin gefolgt war, bezog das Ehepaar im Laufe des Winters 1919/20 eine Wohnung unter der gleichen Anschrift wie die GSV: Vgl. Brief der GSV an einen Funk (16.08.19), in: BA-R 8014/9.

⁴⁶⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 23.03.29 (28.03.29), in: BA-R 8014/7. Ausführlicher zur Finanzierung der GSV vgl. Kap. 9.

⁴⁶⁵ Vgl. Protokoll der Gründungssitzung der Berliner Ortsgruppe vom 30.10.19 (31.10.19), in: LA Berlin, Rep. 42, Acc. 2147/ 26.420.

Unabhängig von der glorifizierenden Selbstdarstellung Vogels spricht der überlieferte Schriftverkehr der Berliner Zentrale für sich: Schon in dieser frühen Phase entfaltete Vogel mit einem bescheidenen Apparat, der erst langsam im Zuge der konkreten Arbeit organisch wuchs⁴⁶⁶, eine außergewöhnlich rege Aktivität. Jene militärische Ordnung, die ihm ehemalige Mitarbeiter aus Saarbrücker Redaktionszeiten bescheinigten⁴⁶⁷, dürfte auch die Effizienz seiner neuen Arbeitsstelle gesteigert haben.

Anknüpfend an den guten Kontakten, die der Saargebietschutz zu den Fraktionen der beiden verfassungsgebenden Versammlungen in Berlin und Weimar aufgebaut hatte, begab sich Vogel Ende Juli 1919 in die Stadt Goethes und Schillers⁴⁶⁸. Insbesondere für die Außendarstellung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gegenüber den reichsdeutschen Behörden war die Unterstützung der saarländischen Abgeordneten unverzichtbar. Allen Anschein nach verliefen die Gespräche erfolgreich, denn sowohl die Sozialdemokraten Schäfer und Pokorny, wie auch die beiden Zentrumsmitglieder Ollmert und Koßmann waren sich ebenso wie der Demokrat Pick einig,

„daß es unter allen Umständen notwendig [... war], im Interesse der Wahrung und Pflege des Deutschtums an der Saar die Organisation Saar-Verein zu schaffen, um so das Bindeglied zwischen der Saarheimat und der Regierung [und] eine ständige Fühlungnahme zwischen den Saarländern und Freunden des Saargebiets, die rechtsrheinisch wohnen, mit den im Saargebiet Verbleibenden herzustellen.“⁴⁶⁹

Die Aussprache war in zweierlei Hinsicht bedeutsam: Zum einen demonstrierte Vogel, daß er in der Lage war, im Dienst der Sache selbst mit seinen ehemaligen kommunalpolitischen Widersachern aus Saarbrücker Zeiten zu kooperieren und in der praktischen Arbeit parteipolitische Gegensätze auszublenden⁴⁷⁰, zum anderen erhielt die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ über die saarländischen Abgeordneten Zugang zu bisher fernstehenden gesellschaftlichen Gruppen im Saargebiet. Während Pokorny dafür Sorge tragen wollte, daß die Arbeiterorganisationen mit ihren reichsdeutschen Dachverbänden in Kontakt blieben und die Fühlung mit der Berliner

⁴⁶⁶ Zur Gliederung des Geschäftsbetriebes: Vgl. VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 228. Im Laufe der folgenden drei Jahre stieg Vogels Mitarbeiterstab auf fünf Personen an, die in der Regel unter Tarif entlohnt wurden: Vgl. BA-R 8014/11.

⁴⁶⁷ Vgl. BRUCH: Bergmannsfreund, S. 81.

⁴⁶⁸ Die Behauptung Clara Mendes (DVP) vor der Berliner Ortsgruppe am 23.10.24, daß die in Weimar isoliert tagende Nationalversammlung erst von Vogel etwas über die Bedrohung des Saargebiets erfahren habe, dürfte kaum den Tatsachen entsprechen, da Vogel nachweislich erstmals im Juni 1919 für den Saargebietschutz aktiv wurde: Vgl. BA-R 8014/220.

⁴⁶⁹ Protokoll der Besprechung mit den saarländischen Abgeordneten der Nationalversammlung (31.07.19), in: BA-R 8014/1058.

⁴⁷⁰ Für den ehemaligen Sekretär des Bauarbeiterverbandes Valentin Schäfer (1882–1938), der als einziger sozialdemokratischer Abgeordneter in der namentlichen Abstimmung gegen die Annahme des Versailler Vertrages votiert hatte bzw. der Ratifizierungssitzung am 09.07.19 fernblieb (Vgl. BODEN, S. 147 und S. 157; HEILFRON, Bd. IV, S. 2776), empfand Vogel sogar durchaus Sympathien; über ihn hielt Vogel den Kontakt zu seiner Frau in Saarbrücken: Vgl. Brief Vogels an Schäfer (09.07.19), in: BA-R 8014/159.

Vereinigung aufnahmen, versprach Koßmann, den Weg zur katholischen Geistlichkeit des Saargebiets zu ebnen.

Vogel, der während seines Weimarer Aufenthaltes auch mit anderen Abgeordneten sowie dem preußischen Ministerpräsidenten Hirsch sprach, wurde von seiten der DVP angetragen, selbst für den nächsten Reichstag zu kandidieren. Möglicherweise war es der Idealismus, mit dem er an seine neue Aufgabe heranging, oder sein soldatisches Pflichtbewußtsein gegenüber seinen einstigen Vorgesetzten, die Vogel diese Offerte ausschlagen ließen. Ohnehin ist es schwierig, die hinter einer Fassade aus Patriotismus, preußischem Dienstethos und Obrigkeitseingebundenen tatsächlichen Beweggründe Vogels für seine Arbeit zu benennen. Er selbst behauptete, „aus Haß gegen die Franzosen und aus Liebe zu [seiner ...] Saarheimat“ tätig geworden zu sein⁴⁷¹, was angesichts seiner Biographie plausibel klingt: Der Offizier Vogel hatte den militärischen Zusammenbruch in der sicheren Heimat erlebt und zählte damit zu denjenigen, die das Vaterland nicht bis zuletzt an der Front verteidigt hatten. Sein propagandistischer Feldzug gegen die französische Besatzung, gegen Völkerbundsregierung und Pariser Annexionspläne, könnte als Mittel der persönlichen Psychohygiene sein individueller Zugang gewesen sein, dieses Defizit auszugleichen⁴⁷². Der Drang, in praktischer Betätigung seinen Haß gegen die Franzosen abzubauen und sich durch die „Rettung der Saar“ für die erlittene Niederlage zu revanchieren, wurde für Vogel zur Obsession. Zweifelsohne wird es dem ehrgeizigen und auf Prestige bedachten Protestanten auch geschmeichelt haben, in leitender Position ohne unmittelbare Vorgesetzte zu wirken; dabei glaubte er fest an die Omnipotenz der Propaganda, die – wenn sie nur geschickt genug betrieben würde – die gewünschten Erfolge zeitigen müsse. Gegenüber dem DVP-Abgeordneten der Nationalversammlung Dr. Hugo begründete Vogel die Ablehnung des angetragenen Mandats mit seiner Tätigkeit in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, für die er „unter allen Umständen jegliche Parteipolitik im Interesse der [... ihm für die] Saarheimat gestellten Aufgaben ausschließen“ müsse⁴⁷³.

Parallel zu seiner publizistischen Tätigkeit und ersten Hilfsmaßnahmen für das Saargebiet rührte Vogel schon im Sommer 1919 kräftig die Werbetrommel für die Gründung lokaler Saarvereinigungen im Reich. Zunächst richtete sich die Kampagne an Privatpersonen, die mit oben zitierten Gründungsaufrief gebeten wurden, entweder selbst einen „Verein der Saarbrücker und der Freunde des Saarlandes“ ins Leben zu rufen oder eine geeignete Persönlichkeit damit zu

⁴⁷¹ Brief der GSV an H. Reuter (01.07.21), in: BA-R 8014/160. Mit gleichem Tenor: Vgl. Brief Vogels an Hans Weiser (18.12.19), in: BA-R 8014/341.

⁴⁷² Schon allein die Tatsache, daß Vogel unaufgefordert Beurteilungen seiner militärischen Vorgesetzten verschickte, zeigt, wie wichtig es für ihn war, im Krieg seine Pflicht geleistet zu haben. Ihm übergeordnete Offiziere waren auch in den folgenden Jahren Respektpersonen.

⁴⁷³ Brief Vogels an Dr. Hugo (12.08.19), in: BA-R 8014/9. Eine ähnliche Begründung führte er eineinhalb Jahre erneut an, als er seine Nominierung für die Wahl ins Preußische Abgeordnetenhaus ablehnte: Vgl. Brief der GSV an die Reichsgeschäftsstelle der DVP (21.01.21), in: BA-R 1603/2519.

betrauen⁴⁷⁴. Wenige Wochen darauf folgte ein weiteres Rundschreiben an alle preußischen Städte und Kreise mit der Aufforderung, einen Vertrauensmann „*einer für Preußen zu gründenden Saarländervereinigung*“⁴⁷⁵ zu benennen. Die Reaktionen der Magistrate lassen sich in drei Kategorien unterscheiden: Entweder sie lehnten das Ansinnen mit der Begründung ab, ein derartiger Verein hätte angesichts der allgemeinen schwierigen Lage in ihrer Stadt keine Erfolgsaussichten, oder sie kamen der Bitte nach und benannten einen Ansprechpartner. Einige Städte wiederum leisteten weitere Unterstützungsdienste und übermittelten aus den Unterlagen der Meldeämter die Anschriften der in ihrem Zuständigkeitsbereich lebenden gebürtigen Saarländer⁴⁷⁶. Nachdem zwischenzeitlich erste Ortsgruppen aus der Taufe gehoben worden waren, versandte die Geschäftsstelle Ende November 1919 den Aufruf „Der Saarlande Not und Hilfe“ an die bis dahin bekannt gewordenen Vertrauensleute. Diese sollten durch heimatdialektische Unterhaltungs- und Kunstabende, Vortragsveranstaltungen, saarländische Brauchumsfeste und zwanglose Zusammenkünfte die geistige Verbindung zum Saargebiet halten und daher entweder der Berliner Zentrale oder einem lokalen Saarverein beitreten. Denn es gelte, so Vogel, ein Band zu schaffen, welches

*„das Saarland trotz oder gerade wegen der zeitweisen Losreißung vom deutschen Vaterlande fester denn je an Deutschland bindet. Das festeste Band, das Geschlechter überdauert und fremden Gewalten trotzt, ist die Heimatliebe und die deutsche Treue! Auf diese Heimatliebe und auf diese deutsche Treue allein baut der ‚Saar-Verein‘ seine Arbeit auf, von ihnen nimmt er seine Kraft und die Gewißheit des Erfolges seiner Arbeit. Das Saarland ist deutsch und muß deutsch bleiben: das ist der Wahlspruch, unter dem er arbeitet.“*⁴⁷⁷

Ebenso wichtig wie die Gewinnung von Einzelmitgliedern war es, Körperschaften des öffentlichen Rechts, Industrieunternehmen, Vereine und Institutionen jeder Art, aber auch Städte, Gemeinden und Kreise zum Beitritt zu bewegen, da die für die Propagandarbeit erforderlichen Finanzmittel im Grunde nur von diesen erbracht werden konnten. Entsprechend drastisch schilderte Vogel daher in einem Rundschreiben an die Kommunen die drohende Gefahr für das Deutschtum an der Saar⁴⁷⁸.

⁴⁷⁴ Bevorzugte Adressaten waren aus naheliegenden Gründen ehemalige Bergbeamte bzw. ausgewiesene Saarländer. Beispielsweise erbat die GSV von der Bergwerksdirektion Recklinghausen deren Anschriften (24.07.19, in: BA-R 8014/737) und erkundigte sich zur gleichen Zeit bei den Behörden (26.07.19, in: Ebd.), ob „*Herren, die lange Zeit im Saargebiet gewohnt haben oder tätig gewesen sind, dort ansässig sind.*“ Gelangte sie auf diese Weise an potentielle Vertrauensleute, nahm die GSV Kontakt zu ihnen auf und bat – unter Berufung auf die amtliche Mitteilung der Anschrift –, die Vorarbeiten zur Gründung einer Vereinigung zu übernehmen.

⁴⁷⁵ Vgl. Rundschreiben der GSV an Kommunen und Kreise (01.09.19), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 3.

⁴⁷⁶ Vgl. BA-R 8014/144.

⁴⁷⁷ Aufruf „Der Saarlande Not und Hilfe“ (November 1919), in: BA-R 8014/2. In den kommenden Monaten wurde der Aufruf reichsweit in Zeitungen geschaltet. Vgl. auch: Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein“ wissen muß, Berlin 1920, S. 7.

⁴⁷⁸ Das Schreiben ging zunächst an alle preußischen Kommunen und den Vorsitzenden des Preußischen Städte-tages, bevor es im darauf folgenden Monat an zahlreiche rechtsrheinische Städte versandt wurde: Vgl. Rundschreiben „Gedenket der Deutschen an der Saar“ (September 1919), in: StA Hannover, HR 15/693 bzw. (Oktober 1919), in: StA Freiburg, C 4/ IX/ 2/1.

In der Anfangs- und Aufbauphase der Saarvereinsbewegung ging die Initiative zur Gründung lokaler Zweigvereine in aller Regel von der Berliner Zentrale aus. Dabei kamen ihr die mannigfachen persönlichen Bekanntschaften Vogels sowie das frühe Engagement der Geschäftsstelle in der Flüchtlingsfürsorge zugute, über welches sie relativ einfach die ausgewiesenen Saarländer erreichte⁴⁷⁹. Wandte sich ein Bittsteller in einer persönlichen Angelegenheit an Vogel, gingen ihm mit dem Antwortschreiben zugleich Informationsmaterial und ein Kartenblock zur Mitgliederwerbung zu⁴⁸⁰. Sobald in einer Stadt ausreichend viele Einzelmitgliedern rekrutiert waren, beauftragte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die ihr am geeignetsten erscheinende Person mit der Gründung einer lokalen Vereinigung. Mitunter ergingen hierfür sehr detaillierte Instruktionen.

Gemessen an der Zahl von oben inszenierter und gesteuerter Ortsgruppengründungen bildeten die Gründungen „von unten“, also die nach Zeitungsinseraten erfolgten Zusammenschlüsse in der Frühphase die Ausnahme. Wenn in einem späteren Kapitel die Frage diskutiert wird, daß sich vor der Abtrennungszeit kein saarspezifisches Eigenbewußtsein entwickelt hatte, so soll das nicht heißen, daß die Idee des Zusammenschlusses von Saarländern im Reich originär den Reihen des Saargebietsschutzes bzw. der späteren Geschäftsstelle „Saar-Verein“ entsprungen wäre. Schon vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages existierte in Düsseldorf ein „Verein der Saarländer für Düsseldorf Stadt und Land“, der mit der im November des gleichen Jahres gegründeten Saarländervereinigung Berliner Prägung nichts gemein hatte. Völlig unabhängig und zu Anfang sogar in Konkurrenz zur Berliner Geschäftsstelle fand sich ferner die Stuttgarter „Vereinigung gegen die Lostrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz“ zusammen⁴⁸¹.

Der Aufbau der Ortsgruppen schritt zügig voran. Im März 1920 hatten sich bereits neun Vereinigungen mit zusammen 200 Mitgliedern der Berliner Zentrale unterstellt, die ihrerseits 500 Einzelmitglieder zählte⁴⁸². Einen Monat später sollen es 15, zum 1. Juli 1920 schon 23 Ableger

⁴⁷⁹ Vogel kontaktierte ehemalige Regimentskameraden, Schulfreunde oder Logenbrüder wie den ehemaligen Oberpostdirektor von Saarbrücken Georg Holle, den er im März 1928 aufforderte (vgl. BA-R 8014/552), in Osnabrück eine neue Ortsgruppe zu initiieren. Ebenso wandte er sich wie im Falle Gießens an den Sohn seines Volksschullehrers oder, wie im Fall Hamburgs, an einen Bekannten seines Vaters: Vgl. BA-R 8014/358 und 390. Kurt BOHR hat dieses Charakteristikum der saarländischen politischen Kultur treffend als leistungsfähiges „System von ‚Brückenköpfen‘ informeller Sozialbeziehungen“ beschrieben: Vgl. BOHR, S. 141 und S. 146 f.

⁴⁸⁰ Im großen Maßstab wurden lokale Honoratioren angegangen. Zur Mitgliederwerbung in der Frühphase vgl. den umfangreichen Schriftwechsel in: BA-R 8014/141–145. Selbstverständlich verliefen auch sehr viele Versuche der GSV im Sand, assistierend eine Ortsgruppe gründen zu lassen.

⁴⁸¹ Zu Düsseldorf vgl. „Düsseldorfer Nachrichten“ Nr. 122 (04.06.19). Da die spätere Stuttgarter Ortsgruppe auch in sonstiger Hinsicht eine Besonderheit darstellte, soll sie erst in Kap. 4.4 näher dargestellt werden.

⁴⁸² Im Brief an die „Vermittlungsstelle Vaterländischer Verbände“ (03.03.20, in: BA-R 8014/720) nennt die GSV Berlin, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, Halle, Heidelberg, Kassel und Stuttgart. Die Aufzählung der württembergischen Zentrale überrascht allerdings und dürfte zu diesem Zeitpunkt eher dem Wunsch-

gewesen sein; bei seiner Gründung verfügte der Bund der Saarvereine über 32 Ortsgruppen mit angeblich 3.500 Mitgliedern, zu denen weitere 744 Einzelmitglieder in verschiedenen Städten des Reiches gerechnet werden mußten. Als Körperschaften waren bereits 95 Vereine und Unternehmen, 175 Städte und 50 Landkreise beigetreten⁴⁸³.

Während in den kommenden Jahren schon im Vorfeld der Bundestagungen stets größter Wert auf eine möglichst starke Presseresonanz gelegt wurde, verzichtete die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Sommer 1920 auf derartige Inszenierungen. Sie zog damit vermutlich die Konsequenzen aus den gegen sie erhobenen Vorwürfen im Zusammenhang mit dem saarländischen Beamtenstreik. Die einzelnen Saarvereinigungen im Reich wurden lediglich gebeten, am 10. Oktober 1920 je zwei bevollmächtigte Vertreter des Vorstandes zum Hotel „Vereinshaus“ in Bielefeld zu entsenden, wo in „möglichst einfacher Weise“ die Gründung des Dachverbandes vollzogen werden sollte⁴⁸⁴.

Nach Feststellung der anwesenden Vereine – es waren insgesamt 34 Delegierte von 17 Ortsverbänden erschienen⁴⁸⁵ – und einem Vortrag Vogels über die bisherige Tätigkeit der Geschäftsstelle sowie die künftigen Ziele und Aufgaben des Bundes, segneten die „Saar-Freunde“ die von Otto Eckler entworfenen Satzungen ab. Gemäß § 1 trug der Bund den Namen „Saar-Verein“⁴⁸⁶ und bezweckte

denken Vogels entsprochen haben. Es folgten Buer in Westfalen, Dortmund, Herne und Schönebeck: Vgl. undatierte Auflistung, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1.

⁴⁸³ Vgl. Mitgliederverzeichnis des BdS (06.10.20), in: Ebd. Die Angabe, daß die Vereinigung Düsseldorf etwa 750 Mitglieder zählte, dürfte zu bezweifeln sein.

⁴⁸⁴ Da zur gleichen Zeit der SPD-Parteitag in Kassel tagte, scheinen keine Interessenkonflikte bei den Ortsgruppendelegierten erwartet worden zu sein. Vgl. Rundschreiben der GSV an alle Saarländervereinigungen (September 1920), in: Ebd. Siehe dort auch den undatierten Aufruf zur Gründung des BdS. Ursprünglich war diese für Juni oder Juli 1920 in Berlin geplant gewesen: Vgl. Rundschreiben der GSV an alle Saarländervereinigungen (25.02.20), in: Ebd. Die einzelnen Ortsvereine hatten die Kosten für die Reise selbst zu tragen; da die Resonanz auf die Einladung bis zwei Wochen vor dem geplanten Termin zu wünschen übrig ließ, stellte Vogel schließlich dennoch die Kostenübernahme für jeweils einen Delegierten in Aussicht: Vgl. Rundschreiben der GSV an alle Saarländervereinigungen (29.09.20), in: Ebd.

⁴⁸⁵ Vgl. Anwesenheitsliste (10.10.20), in: Ebd. Offiziell vertreten waren: Berlin, Buer, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hamm, Herne, Ickern, Kassel, Mengede mit zwei Vereinen, Oberhausen, Wanne und Wissen. Die Stuttgarter Vereinigung wurde von ihrem Vorsitzenden Teich repräsentiert, ohne daß dieser den Beitritt erklärte. Außerdem nahm der Saarbrücker DDP-Abgeordnete in der Preußischen Landesversammlung Karl Ommert teil. Leider war kein Protokoll der Versammlung zu finden, so daß keine Rückschlüsse auf eventuelle kontroverse Diskussionen möglich sind.

⁴⁸⁶ Obwohl der Name „Bund der Saarvereine“ erst fünf Jahre später in Hannover eingeführt wurde, wird er aus Gründen der Einheitlichkeit im folgenden anstelle des in Bielefeld gewählten Namens verwendet.

„[...] die Erhaltung und Kräftigung des Deutschtums im Saargebiet, die Sicherung der im Friedensvertrag nach fünfzehn Jahren vorgesehenen Abstimmung, die Pflege der Landsmannschaft, die Unterstützung ausgewiesener oder flüchtiger Saarländer und die Förderung und Fühlungnahme der das gleiche Ziel verfolgenden Vereine (Saarländer-Vereinigungen usw.) untereinander und mit der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘. Konfessionelle Fragen und parteipolitische Bestrebungen [sind ...] ausgeschlossen.“⁴⁸⁷

Mit Otto Zillessen (1873–1934)⁴⁸⁸ wählte die Versammlung einen promovierten Juristen für Straf- und Zivilrecht zum Bundesvorsitzenden, der während seiner kurzen Amtszeit bis Februar 1922 eine eher blasse Erscheinung blieb⁴⁸⁹. Zillessen, der am gleichen Tag wie Vogel im April 1919 aus dem Saargebiet ausgewiesen worden war – selbstredend *„wegen seiner deutschen Gesinnung“*⁴⁹⁰ –, war selbst erst wenige Wochen vor seiner Wahl der Berliner Ortsgruppe beigetreten⁴⁹¹. Das Verhältnis zwischen Bundesvorsitzendem und -geschäftsführer war in dieser frühen Phase zwar förmlich, aber noch durchaus freundschaftlich, was sich beispielsweise an den zahlreichen Versuchen Vogels zeigte, Zillessen eine neue Arbeitstelle zu verschaffen⁴⁹². Gemeinsam hatten sie auch im Mai 1919 den kommissarischen Bürgermeister von Saarbrücken aufgefordert, eine Protestsitzung des Stadtverordnetenkollegiums gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrags zu initiieren⁴⁹³. Der Bruch zwischen beiden Vereinsspitzen erfolgte Ende 1921 aufgrund einer nicht mehr aufzufindenden Denkschrift, in welcher Zillessen Kritik am bisherigen Kurs und dem strukturellen Aufbau der Organisation übte. Es ist bezeichnend für den Charakter Vogels, daß er den Streit über diese Anregungen derart eskalieren ließ, daß Zillessen

⁴⁸⁷ „Satzungen des Bundes ‚Saar-Verein‘ und seiner Ortsgruppen“ (10.10.20), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1. Siehe auch Anhang, Dok. 4. Die Zweifel an eben dieser überparteilichen und interkonfessionellen Ausrichtung werden im Kapitel 8 erörtert.

⁴⁸⁸ Vgl. den Nachruf auf Zillessen, in: SF 15 (1934) 24, S. 532.

⁴⁸⁹ Beispielsweise stammte nur ein Artikel im SF aus der Feder des Vorsitzenden: Vgl. Vortrag Zillessens vor der Berliner Ortsgruppe (27.07.20), in: SF 1 (1920) 15, S. 133–137.

⁴⁹⁰ Vgl. Pressemitteilung des BdS (19.10.20), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1.

⁴⁹¹ Vgl. Brief der GSV an Zillessen (27.08.20), in: BA-R 8014/212.

⁴⁹² Auf Vermittlung des StS im PrMJJustiz Mügel erhielt Zillessen vorübergehend eine Anstellung beim Berliner Landespolizeiamt, bevor er zum Kammergerichtsrat ernannt wurde: Vgl. Brief der GSV an Dr. Mügel (01.04.20), in: BA-R 8014/10. Wie oben ausgeführt, hatte sich der Schwager Hermann Röchlings bereits im Saargebietsschutz engagiert.

⁴⁹³ Vgl. Brief Vogels und Zillessens an Klein (10.05.19), in: StA Saarbrücken, Großstadt 2958. Zillessens Bekanntschaft mit Vogel stammte aus ihrer gemeinsamen Tätigkeit in der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung sowie im „Bismarck-Klub der Getreuen“, dessen Vorsitzender Zillessen war. Kritik am Inhalt seiner Druckschriften akzeptierte Vogel ebensowenig wie an seiner Person: Vgl. Schriftwechsel zwischen der GSV und dem Provinzial-Schulkollegium der Provinz Brandenburg (April/ Mai 1930), in: BA-R 8014/88. Wie Herr Fritz Hellwig in einem Gespräch am 04.06.2002 mitteilte, war Vogel *„äußerst empfindlich, wenn die Arbeit des Bundes der Saarvereine nicht genügend beachtet und gerühmt wurde.“* Meist ging er zum Gegenangriff über und bezichtigte seine Kritiker im Dienst der französischen Propaganda zu stehen: Vgl. Brief Vogels an Hendler (Bonn; 16.12.20), in: BA-R 8014/267. Dabei nahm er sogar billigend in Kauf, mit seinen überzogenen Reaktionen wertvolle Fürsprecher zu verprellen: Brief Vogels an Dr. Otto Hugo (12.08.19), in: BA-R 8014/9.

Mitte Dezember 1921 sein Amt niederlegte und sich nach seiner Abdankung ganz aus der Saarpolitik zurückzog⁴⁹⁴.

Auf der Mitgliederversammlung in Dortmund 1922 wurde der Naumburger Oberlandesgerichtsrat Otto Andres zu Zillessens Nachfolger gewählt. Trotz seiner häufigen berufsbedingten Umzüge sorgte der 1874 in Kirm an der Nahe geborene Sohn eines Brauereibesitzers⁴⁹⁵ bis zur Gleichschaltung des Bundes 1933 für das notwendige Maß an Kontinuität. Während des Krieges fungierte Andres in seiner Eigenschaft als Saarbrücker Landgerichtsrat als Oberkriegsgerichtsrat und zugleich als Leiter der politischen Abteilung beim stellvertretenden Generalkommando des Saarbrücker XXI./XVI. Armeekorps. In dieser Eigenschaft empfing er im November 1918 mit anderen lokalen Autoritäten die Delegation des Saarbrücker Arbeiter- und Soldatenrates und zählte neben von Halfern und von Unger zu den Unterzeichnern des oben erwähnten Kooperationsabkommens⁴⁹⁶. Wegen seiner Tätigkeit als Richter erhielt er in den Monaten vor seiner Ausweisung im April 1919 von französisch gesinnten Lothringern Drohbriefe und sah sich noch Jahre später mit Anschuldigungen konfrontiert⁴⁹⁷.



Abb. 6: Otto Andres

Nach dem Krieg wurde Andres Oberlandesgerichtsrat in Naumburg, wo er auch als Vertrauensmann der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ fungierte⁴⁹⁸. Zum 1. April 1928 erfolgte seine Beförderung zum Senatspräsident am Oberlandesgericht Frankfurt am Main, doch zog er drei Jahre später zurück an die Saale⁴⁹⁹. Politisch war Andres bei der DNVP beheimatet⁵⁰⁰.

In erster Linie repräsentierte er den Bund nach außen, während die eigentliche Arbeit in der Berliner Geschäftsstelle erledigt wurde. Nach seiner Demission im Juli 1933 zugunsten von Gauleiter Gustav Simon charakterisierte Andres seine Aufgabe dahingehend,

*„die leicht zum Himmelstürmen und zur Extravaganz neigende Propaganda in Einklang zu halten mit der Besonnenheit der Stelle, die berufen war, unsere verantwortliche Politik in der Saarfrage durchzuführen.“*⁵⁰¹

⁴⁹⁴ Vgl. Protokoll über die Verhandlungen am 10.12.21 (12.12.21), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1. Vogel und Zillessen erklärten schriftlich (13.01.23, in: Ebd.), keine schädigenden Schritte gegeneinander einleiten zu wollen.

⁴⁹⁵ Vgl. allgemein: SF 15 (1934) 25, S. 543 ff.; Theodor VOGEL: Senatspräsident Otto Andres. Ehren-Präsident des Bundes der Saar-Vereine, in: DERS. (Hrsg.): Saar-Befreiungskampf, S. 25 f.; Personalakte: BA-R 1601/1705.

⁴⁹⁶ Vgl. KLEIN: Das stellvertretende Generalkommando, S. 169 und S. 177; StA Saarbrücken, Großstadt 5871.

⁴⁹⁷ Vgl. Nachrichten aus dem Saargebiet IX (25.04.19), in: BA-R 8014/820; Aufzeichnung Walter Wolfs (Januar 1931), in: BA-R 43-I/251.

⁴⁹⁸ Vgl. Brief der GSV an Andres (18.02.20), in: BA-R 8014/143.

⁴⁹⁹ Vgl. SF 9 (1928) 7, S. 109.

⁵⁰⁰ Vgl. Brief Andres' an Treviranus (14.04.30), in: BA-R 1603/2525.

⁵⁰¹ Vgl. Brief Andres' an das AA (18.07.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

Da er als Vorsitzender über keinen persönlichen Mitarbeiterstab verfügte, waren ihm zu größerer Aktivität die Hände gebunden⁵⁰². Schien der von Vogel eingeschlagene Kurs aus dem Ruder zu laufen, scheute sich Andres allerdings keineswegs, seine Autorität wie im Fall des VDA-Konflikts in die Waagschale zu werfen⁵⁰³. Infolgedessen blieb das Verhältnis zwischen Vorsitzendem und Geschäftsführer bis zuletzt kühl und förmlich; phasenweise fühlte sich Vogel gegenüber Andres zurückgesetzt, von diesem bevormundet und in seiner Arbeit nicht ausreichend gewürdigt⁵⁰⁴.

Als Fachmann für juristische Angelegenheiten im Umfeld der Saarfrage war Andres vor allem in die Vortragspropaganda des Bundes vor akademischem Publikum eingebunden, wo er zwar deutliche, aber im Vergleich zu Vogel gemäßigte Worte fand⁵⁰⁵. Andres, der auch dem Aufsichts- und Beratungsausschuß der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ angehörte, wurde nach elfjähriger Amtszeit auf der Niederwald-Bundestagung 1933 zum Ehrenpräsidenten des Bundes gewählt. Im Gleichschaltungsprozeß setzte er sich massiv dafür ein, daß wenigstens Vogel auf seinem Posten bleiben und damit eine gewisse Kontinuität in der Saarorganisation wahren konnte⁵⁰⁶.

Die Gefahr, durch rebellierende Kräfte von innen und äußeren Druck ausgebootet zu werden, bestand für Vogel im Herbst 1920 freilich nicht; seine dominierende Position innerhalb des Gesamtverbandes wurde sogar noch dadurch gestärkt, daß er kraft Amtes zum Bundesgeschäftsführer ernannt wurde⁵⁰⁷. In der Wahl des ersten Beisitzerergremiums demonstrierte die Bielefelder Versammlung ihre proklamierte Überparteilichkeit und war zugleich bemüht, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen zu befriedigen: Mit dem zentrumsnahen Studienrat Dr. Scholl (Essen), dem sozialdemokratischen Kaufmann Gustav Pillon (Düsseldorf) und dem Gewerkschaftssekretär Heinrich Schneider (Herne), der Mitglied der DVP war, sollte dem selbst erhobenen Anspruch auf Objektivität Rechnung getragen werden.

Die Konferenz ging nicht auseinander, ohne zuvor – wie bei derartigen Versammlungen üblich – unisono eine Entschließung zu verabschieden:

⁵⁰² In seiner Eigenschaft als Gesamtorganisation wurde der BdS ohnehin nur anlässlich seiner Jahreskongresse bzw. als Mitunterzeichner diverser Schreiben der Geschäftsstelle aktiv.

⁵⁰³ Siehe S. 255 f. Hier machte er Vogel deutlich, daß er „*nicht nur zur Dekoration Vorsitzender sein wollte*“: Vgl. Brief Andres' an die GSV (05.05.32), in: BA-R 8014/794.

⁵⁰⁴ Vgl. Brief der GSV an Posselt (17.07.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5.

⁵⁰⁵ Vgl. Andres' Vorträge in München und Danzig, in: SF 8 (1927) 7, S. 103–108. Seine besonnenere Art schlug sich auch in seinen wenigen Aufsätzen im SF nieder. Zu den Publikationen von Andres siehe S. 405 f.

⁵⁰⁶ Vgl. Brief Andres' an Simon (18.07.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19.

⁵⁰⁷ Vgl. Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein“ wissen muß, S. 16. Nach § 7 der Bundessatzungen war der jeweilige Leiter der GSV in Personalunion zugleich Geschäftsführer des Bundes. Vgl. „Satzungen des Bundes ‚Saar-Verein‘ und seiner Ortsgruppen“ (10.10.20), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1. Siehe auch Anhang, Dok. 4.

„Wir gedenken unserer Brüder an der Saar, die für uns alle dulden und leiden, gedenken des deutschen Landes mit seinen Wäldern und Strömen, mit seinen Stätten blühenden Arbeitslebens, seinen Eisenhütten und Kohlschächten und geloben uns, nicht zu ruhen und zu rasten, bis das Saarland, dieses unersetzliche Kleinod des Reiches, uns dereinst in besseren Tagen wiedergegeben sein wird.“⁵⁰⁸

Im Vergleich zu späteren Bundestagungen fiel die publizistische Aufbereitung der Versammlung ebenfalls dürftig aus. Erst nach über einem Monat erschien am 15. November ein wenig aussagekräftiger Aufsatz im „Saar-Freund“, in welchem eher die allgemeinen Ziele des Bundes als dessen Gründung thematisiert wurden⁵⁰⁹. Dies deutet darauf hin, daß dem Zusammenschluß intern nur eine zweitrangige Bedeutung beigemessen wurde. Welchen Charakter die lokalen Zweigstellen für die Berliner Zentrale besaßen, erläuterte Vogel Jahre später gegenüber der „Rheinischen Volkspflege“:

„Um eine auch in der Öffentlichkeit sich äußernde Tätigkeit ausüben zu können, mußte der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ nach außen hin eine Sammelorganisation angegliedert werden, die den Charakter einer reinen Vereinsgründung trug. [...] Die erwähnte Sammelorganisation ist der Bund der Saarvereine, der mit seinen Ortsgruppen nicht nur eine Scheinorganisation [! F.B.] darstellt, sondern über das ganze Reichsgebiet wertvolle Aufklärungsarbeit über die politische Seite der Saarfrage in das deutsche Volk trägt.“⁵¹⁰

Die Tagung dürfte keineswegs so harmonisch verlaufen sein, wie es die wenigen Berichte zu suggerieren versuchten. Insbesondere den Ortsgruppen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet stieß der Berliner Zentralisierungskurs negativ auf, erinnerte er sie doch an die unlängst abgeschüttelte Bevormundung durch Preußen. Wie an späterer Stelle noch auszuführen sein wird, ließen sich die Widerstände vor allem an der Person Vogels festmachen, der ein unachgiebiger Verfechter einer strengen hierarchischen Ordnung zwischen Geschäftsstelle und den Ortsgruppen war. Als direkte Folge der Bielefelder Beschlüsse löste sich die erste akademische Saargruppe an der Bonner Friedrich-Wilhelms-Universität wieder auf⁵¹¹.

Für die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hingegen lagen die Vorzüge des Zusammenschlusses auf der Hand: Sie erzielte über die Reichshauptstadt hinaus eine höhere propagandistische Breitenwirkung und konnte sich als Volksbewegung präsentieren. Ferner ließen sich konkrete Hilfs-

⁵⁰⁸ SF 11 (1930) 13/14, S. 255.

⁵⁰⁹ Vgl. SF 1 (1920) 21, S. 209 f. Lediglich eine Randnotiz in: SF 1 (1920) 20, S. 207. Die saarländischen Blätter, die zwei Monate zuvor während des Beamtenstreiks hatten Repressalien erdulden müssen und gerade erst jede Verbindung zum Heimatdienst und dem Berliner Saarverein dementiert hatten, verzichteten ebenfalls auf eine Berichterstattung über die Gründung des Bundes: Vgl. S.Z. Nr. 222 (27.08.20) und Nr. 259 (03.10.20).

⁵¹⁰ Brief der GSV an die RVP (14.04.28), in: BA-R 8014/784.

⁵¹¹ Wie ein V. Hendler der GSV am 12.12.20 (in: BA-R 8014/267) mitteilte, wurde das Verhalten der Berliner Zentrale mißbilligt. „Man will sich nicht mehr durch Ollmert-Schläue auf die Verweisungslisten setzen lassen.“ Die Gruppe war erst zum Sommersemester 1920 gegründet worden und zählte im August etwa 30 Mitglieder: Vgl. SF 1 (1920), S. 16. S. 162. Daß die Skepsis der Ortsgruppen in den folgenden Jahren nicht abriß, belegt eine Äußerung Vogels: „Wenn einzelne Ortsgruppen sich noch im dem unproduktiven Streit der Kleinlichkeitsarbeit verlieren, so werden diese, dessen sind wir gewiß, durch die Bundestagung [in Dortmund 1922 – F.B.] neue Anregungen mitgenommen haben, um sich einzustellen auf die großen Richtlinien, deren Erfüllung den Erfolg der Arbeit zum Besten des Saargebietes ausmacht.“ SF 3 (1922) 3, S. 146.

maßnahmen wie die ohnehin nur dezentral zu bewältigende Flüchtlingsfürsorge in die Provinz delegieren, wodurch die Berliner Zentrale entlastet wurde. Schließlich und letztlich sollte die Bündelung verstreut und nebeneinander wirkender Kräfte eine Zersplitterung der finanziellen Unterstützungen verhindern. Wie sehr die einzelnen Ortsgruppen jedoch eine Eigendynamik entwickelten und keineswegs gewillt waren, den Berliner Direktiven widerstandslos zu folgen, soll in einem eigenen Kapitel untersucht werden.

In der Außendarstellung legte Vogel großen Wert auf die volle Selbständigkeit der Bundesorganisation, der Ortsgruppen und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“⁵¹²; de facto bestimmte jedoch die Berliner Zentrale den Kurs der Propaganda. In der Königgrätzer Straße liefen die Fäden der Saarvereinsarbeit zusammen, dort fielen die richtungsweisenden Entscheidungen und von dort erhielten auch die einzelnen Saarvereine ihre Instruktionen. So berechtigt es daher erscheint, sich in der folgenden Darstellung auf das Herzstück der Gesamtorganisation, die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, zu konzentrieren, kann dem Bund der Saarvereine keineswegs seine Bedeutung abgesprochen werden: Ohne die lokalen Ableger wären viele Maßnahmen der Zentrale praktisch nicht zu realisieren gewesen, zudem die Geschäftsstelle – auf Berlin beschränkt – bei den Behörden kaum Beachtung gefunden hätte. Erst die Symbiose aus flexibler Geschäftsstelle und mitgliederstarkem Bund machte die Gesamtorganisation arbeitsfähig.

Um dem Bedürfnis der süddeutschen Ortsgruppen nach Repräsentation im Bundesvorstand Rechnung zu tragen, wurde bereits 1922 die Zahl der ursprünglich drei Beisitzer auf 12 bis 18 erweitert⁵¹³. Für die Außendarstellung und die damit verbundene Einwerbung von Geldern erwies sich weniger dieser regionale Proporz als vielmehr die Einbindung namhafter Persönlichkeiten in den Bundesvorstand als nützlich. Adam Stegerwald⁵¹⁴ und Albert Südekum⁵¹⁵ konnten

⁵¹² Vgl. Rundschreiben der GSV an Industrielle und die Presse (Juli 1922), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1; Brief der GSV an das zuständige Berliner Postamt (22.05.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

⁵¹³ Vgl. Brief der GSV an Karl Meyer, München (04.04.22), in: BA-R 8014/20. Vgl. § 7 der Satzungen von 1925, in: StA Gießen, L 1365/III. Der Vorsitzende und die Beisitzer waren auf drei Jahre gewählt; durch Auslosung schied alljährlich ein Drittel der Beisitzer aus, deren Wiederwahl allerdings zulässig war. Alle diese Ämter im Bund wurden ehrenamtlich begleitet.

⁵¹⁴ Der aus der katholischen Arbeiterbewegung stammende Dr. Stegerwald (1874–1945) stieg nach dem Zusammenbruch der Monarchie in die Führungsspitze der Zentrumsparterie auf. Als deren stellvertretender Parteivorsitzender zwischen 1920 und 1933 vertrat er die Partei im gleichen Zeitraum im Reichstag, seit 1929 sogar als Fraktionsvorsitzender. Daneben hatte er lange Jahre den Vorsitz des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften inne. Zwischen März 1919 und November 1921 bekleidete er das Amt des preußischen Wohlfahrtsministers, von April bis November 1921 war er zugleich preußischer Ministerpräsident. Zunächst als Verkehrsminister (April 1929 bis April 1930), dann als Arbeitsminister (März 1930 bis Mai 1932) gehörte er allen Kabinetten Brüning an. Nach dem Urteil des Bundesvorsitzenden Andres habe es Stegerwald allerdings im Gegensatz zu Dominicus an praktischer Unterstützung fehlen lassen und nur seinen Namen hergegeben: Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung (06.06.25), in: BA-R 8014/27. Vgl. zu Stegerwald allgemein: Bernhard FORSTER: Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschaftler, Zentrumsolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003.

⁵¹⁵ Der Publizist Dr. Südekum (1871–1944) gehörte dem rechten Flügel der SPD an und bekleidete von März 1919 bis März 1920 das Amt des preußischen Finanzministers im Kabinett Hirsch.

im Frühjahr 1922 ebenso wie Alexander Dominicus⁵¹⁶ zur Mitarbeit gewonnen werden⁵¹⁷; insbesondere letzterer beteiligte sich rege an den vierteljährlichen Ausschußsitzungen des Bundes. Auf Beschluß der Mitgliederversammlung in Hannover 1925 sollten nur noch Ortsgruppendelegierte dem Vorstand angehören; mit Ausnahme des Regierungspräsidenten von Würzburg, Julius von Henle, und des Regierungsrats Julius Bachem bzw. des Staatsministers a.D. Max Wallraf wechselten alle Parteivertreter in den 1922 geschaffenen und nun erweiterten Aufsichts- und Beratungsausschuß der Geschäftsstelle „Saar-Verein“⁵¹⁸. Die Aufgabe dieses zeitweise 26köpfigen Gremiums bestand in der Praxis allerdings weniger in der Kontrolle der Geschäftsstelle als vielmehr darin, den anvisierten Kurs vor einem einflußreichen Publikum zu diskutieren⁵¹⁹. Die Mitgliedschaft von Sozialdemokraten wie August Brust⁵²⁰, Direktor Löffler oder Albert Südekum verhalf der Saarorganisation, ihr Postulat der Überparteilichkeit weiterhin aufrechtzuerhalten⁵²¹.

Ein zweifelhaftes Demokratieverständnis offenbart sich in Vogels Bemühungen, den ehemaligen saarländischen Abgeordneten der Nationalversammlung auch nach den vorgezogenen Wahlen zum Reichstag einen Sitz im Parlament zu garantieren und damit die Bestimmungen des Saarstatuts (§ 28) zu unterlaufen⁵²². Seine Initiative scheiterte ebenso wie der gemeinsame

⁵¹⁶ Dr. Adolf Alexander Dominicus (1873–1945) erwarb sich nach dem Krieg mit der Reorganisation der Berliner Stadtverwaltung große Verdienste während ihrer Entwicklung zur Großstadt. Als Mitglied der DDP gehörte er dem Kabinett Stegerwald von April bis November 1921 als preußischer Innenminister an.

⁵¹⁷ Vgl. Rundschreiben der GSV an verschiedene Persönlichkeiten und Vertreter von Ortsgruppen (April 1922), in: BA-R 8014/20. Eine Übersicht über den Bundesvorstand, den Vorstand der GSV und die jeweiligen Beisitzer 1920–1935 siehe im Anhang, Dok. 5 und Dok. 6.

⁵¹⁸ Vgl. SF 6 (1925) 12/13, S. 187. Dieser Ausschuß wurde als Konsequenz aus den internen Querelen um Zillessen ins Leben gerufen, um Vogel künftig zu entlasten und die vierteljährlichen Geschäfts- und Kassenberichte der GSV zu prüfen. Mit gleichem Datum erfolgte erst die Trennung der Finanzen von Berliner Ortsgruppe und GSV: Vgl. Brief der GSV an Scholl (13.12.21), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1; Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 30.03.22 (31.03.22), in: BA-R 8014/7.

⁵¹⁹ Unter den Beisitzern befanden sich 1925 ein preußischer Ministerpräsident a.D. (Stegerwald), zwei preußische Staatsminister a.D. (Südekum, Dominicus), zwei Reichsminister a.D. (Becker, Jarres), drei Parlamentarier (Bachem, Löffler, Winkler), zwei Regierungspräsidenten (von Halfern, von Henle), ein Oberlandesgerichtsrat (Andres), ein Berghauptmann (Cleff), zwei Bergräte (Hilger, Flemming), ein ausgeschiedener (Mangold) und zwei amtierende Oberbürgermeister (Jarres, Dominicus): Vgl. „Die Organisation der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ und des Bundes der Saarvereine“ (Sommer 1925), in: StA Gießen, L 1365/III. Innerhalb dieses Kreises wurde 1926 aus den Herren Andres, Dröge, Halfern und Vogel ein Arbeitsausschuß gebildet, dem wenig später Löffler und Ollmert beitraten: Vgl. SF 7 (1926) 9, S. 145 f.

⁵²⁰ August Brust (1862–1924) gehörte dem Aufsichts- und Beratungsausschuß von etwa 1923 bis zu seinem Tod Ostern 1924 an. Als Gründer und langjähriger Vorsitzender (1894–1904) des „Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter“ verfügte er über nicht unerheblichen Einfluß in der christlichen Arbeiterbewegung und half der GSV in seiner Funktion als Direktor des niedersächsischen Kohlsyndikates in Hannover während der Inflation über die Runden: Vgl. den Nachruf auf Brust in: SF 5 (1924) 7, S. 105.

⁵²¹ Sofern die Parteizugehörigkeit ermittelt werden konnte, waren außer ihnen im Ausschuß vertreten: Die DDP durch Dominicus, Ommert und Winkler, das Zentrum durch Karius, Ollmert und Stegerwald, die DVP durch Becker, von Halfern, Jarres, Schlenker und Vogel sowie die DNVP durch Andres und Bachem.

⁵²² Vgl. Brief der GSV an die Reichskanzlei, verschiedene Ministerien sowie Parteivorstände (20.04.20), in: BA-R 43-I/239; SF 1 (1920) 12, S. 95.

Vorstoß Otto Picks und des „Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Saarbrücken“, die früheren Mandatsträger mit beratender Stimme zu den Verhandlungen des Reichstags hinzuzuziehen⁵²³. Um nicht völlig auf ein parlamentarisches Standbein verzichten zu müssen, trat die Geschäftsstelle an die Landtags- und Reichstagsfraktionen mit der Bitte heran, ihr Ansprechpartner in Saargelegenheiten benennen zu dürfen⁵²⁴. Sukzessive reifte im Vereinsvorstand die Idee heran, die bisherigen unregelmäßigen und informellen Kontakte in einem interfraktionellen Saarausschuß zu institutionalisieren. Kristallisationskerne dieses neuen Gremiums waren jeweils die parlamentarischen Mitglieder im Aufsichts- und Beratungsausschuß, um welche sich im Reichstag sowie verschiedenen Landtagen Vertreter aller Fraktionen zur parteiübergreifenden Erörterung aller saarrelevanten Fragen gruppierten⁵²⁵. Anders als beispielsweise der parlamentarische Beirat der „Reichszentrale für Heimatdienst“⁵²⁶ diente der interfraktionelle Saarausschuß weniger der Kontrolle oder einer wirklichen Beratung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ als vielmehr deren Finanzierung⁵²⁷.

Die erste Zusammenkunft des Saarausschusses erfolgte Mitte Dezember 1922 in den Räumen der Deutschen Gesellschaft mit Vertretern des Preußischen Landtages und der Reichstags. Nachdem Vogel die Ziele des Saarvereins dargelegt hatte, nutzte der Bundesvorstand die Gelegenheit, Klagen über das Verhalten der Behörden vorzutragen und notwendige Veränderungen anzuregen⁵²⁸.

Die Bedeutung des Gremiums, das in der Folgezeit etwa vierteljährlich zusammentrat, ist schwer zu ermessen. Zwar ergriffen Vertreter des interfraktionellen Saarausschusses mehrfach die Initiative zu parlamentarischen Anfragen⁵²⁹, doch bewegen sich Aussagen über die Hinter-

⁵²³ StS Dr. Lewald (RMI) wies Vogels Antrag am 05.05.20 mit der Begründung zurück, daß die Alliierten diesen Vorstoß gegen den Versailler Vertrag nicht duldeten und daß die Interessen des Saargebiets auch ohne eigene Vertreter im Reichstag ihre Berücksichtigung fänden: Ebd. Dem zweiten Antrag von Mitte Juli erteilte das Reichskabinett in der Sitzung vom 23.07.20 eine Absage: Vgl. AdR, Kabinett Fehrenbach, Dok. 30, S. 78. Immerhin wurde Schäfer, Ollmert und Pick die beantragte Freifahrkarte der Reichsbahn nach Niederlegung ihrer Mandate bewilligt, was Vogel mit der Bitte verbunden hatte, für die eigene Organisation ebenfalls zwei Freifahrkarten zu erhalten. Sowohl die Reichsbehörden als auch preußische Stellen lehnten dieses Ansinnen ab: Vgl. Brief des Saargebietsschutzes an das Reichsamt des Innern (09.07.19) und das preußische Ministerium für Öffentliche Arbeiten (16.08.19), in: BA-R 8014/662.

⁵²⁴ Vgl. Rundschreiben der GSV an die Fraktionen (20.07.21), in: BA-R 8014/696. Dort auch die entsprechenden Reaktionen der Fraktionen von SPD, DDP, Zentrum, DVP und DNVP.

⁵²⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 16.08.22 (17.08.22), in: BA-R 8014/7; Rundschreiben der GSV an die Fraktionen im Bayerischen Landtag (29.09.22), in: BA-R 8014/887.

⁵²⁶ Vgl. RICHTER, S. 67–93.

⁵²⁷ Überdeutlich wurde dies in der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses Ende Oktober 1922, als das Vorstandsmitglied von Halfern empfahl, „den interfraktionellen Saarausschuß den Ministern auf den Hals [zu] hetzen, damit endlich einmal seitens des Reiches und Preußens geholfen würde“: Undatiertes Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 28.10.22, in: BA-R 8014/7.

⁵²⁸ Vgl. Tagesordnung für die Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses am 15.12.22 (20.11.22), in: BA-R 8014/887. Bericht über die Versammlung: Vgl. SF 4 (1923) 1, S. 8.

⁵²⁹ Vgl. exemplarisch die Beratungen der Saarfrage im Preußischen Landtag: BA-R 8014/889; SF 2 (1921) 12, S. 153–156.

gründe dieser Initiativen im Bereich der Spekulation und sollen daher nicht weiter ausgeführt werden. Es blieb den Fraktionen selbst überlassen, geeignete Kandidaten zu benennen; zumindest im Hinblick auf den Reichstag läßt sich konstatieren, daß die in den Saarausschuß delegierten Vertreter in ihrer Mehrzahl zugleich entsprechenden Parlamentsausschüssen angehörten⁵³⁰ und es sich bei ihnen nicht um die unbedeutendsten Abgeordneten handelte. Immerhin vier Mitglieder des Ausschusses stiegen zu Reichsministern auf⁵³¹.

Weniger spekulativ ist der Nutzen, den der Bund in seiner Außendarstellung aus der Existenz des Ausschusses zog: Gegenüber privaten und öffentlichen Geldgebern konnte er darauf verweisen, von den zuständigen Parlamenten und den dort repräsentierten Parteien als Kooperationspartner akzeptiert zu sein. Aus diesem Grund erneuerte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ regelmäßig nach Wahlen die Bitte an die Fraktionen, Vertreter zu nominieren⁵³². Während die Parlamentarier der KPD auch hier, wie in nahezu allen Rundschreiben, übergangen wurden, war die NSDAP erst nach ihrem Erdrutschsieg in der Septemberwahl 1930 mit je einem Mitglied aus Reichstag und Landtag im interfraktionellen Saarausschuß vertreten⁵³³.

Die einzige inhaltlich begründete Absage erhielt die Geschäftsstelle im Januar 1933 von der Reichstagsfraktion der SPD, die ihre Beteiligung am interfraktionellen Ausschuß als überflüssig bezeichnete, weil sie durch eigene Sachbearbeiter auch in Saarfragen auf dem laufenden sei⁵³⁴. Infolge der Auflösung des gerade erst zusammengetretenen Reichstags nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler verzichtete Vogel auf eine Stellungnahme seitens der Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Die Selbstentmachtung des Reichstages im Frühjahr 1933 und die nachfolgende Gleichschaltung der Länder besiegelte schließlich das Ende des interfraktionellen Saarausschusses.

⁵³⁰ Vorsitzender des Unterausschusses des 16. Ausschusses (für die besetzten Gebiete) war Dr. Bayersdörfer (BVP). Ihm gehörten als weitere Mitglieder an: Dr. von Dryander (DNVP), Dr. Kalle (DVP), Dr. von Guérard (Zentrum), Dr. Raschig (DDP) und Kirschmann (SPD): Vgl. BA-R 8014/887.

⁵³¹ Siehe Übersicht der Mitglieder des interfraktionellen Saarausschusses im Anhang, Dok. 7. Der Sozialdemokrat Wilhelm Sollmann (1881–1951) amtierte während der beiden Kabinette Stresemann (August – November 1923) als Innenminister, Johannes Becker (1869–1951) von der DVP hatte im Kabinett Cuno das Amt des Wirtschaftsministers inne, während sein Parteikollege Prof. Dr. Paul Moldenhauer (1876–1947) unter Müller und Brüning 21 Monate lang Finanzminister war. Prof. Dr. Johann Victor Bredt (Wirtschaftspartei, 1879–1940) bekleidete im ersten Präsidialkabinett Brüning das Amt des Justizministers. Der badische Staatspräsident (1924–1926) Willy Hellpach (1877–1955) gab zwar nur ein kurzes parlamentarisches Gastspiel, trat aber im Jahr 1925 als Kandidat der DDP bei den Reichspräsidentenwahlen an.

⁵³² Vgl. beispielsweise Rundschreiben der GSV an die Reichstags- und Landtagsfraktionen (16.02.25 und 16.07.28, in: BA-R 8014/887 bzw. 14.06.32 und 23.11.32, in: BA-R 8014/698).

⁵³³ Vgl. Briefe der GSV an MdR Franz Stöhr und MdL Heinz Haake (10.12.30), in: BA-R 8014/887.

⁵³⁴ Vgl. Brief der Reichstagsfraktion der SPD an die GSV (28.01.33), in: BA-R 8014/698. Die preußische DNVP-Landtagsfraktion fühlte sich auf den beiden Bundestagungen 1931 und 1932 nicht ihrer Bedeutung entsprechend beachtet und verzichtete ebenfalls auf Nominierung eines Vertreters: Vgl. Brief Dr. von Winterfelds an die GSV (26.11.32), in: ebd.

Der Geschäftsbetrieb in der Königgrätzer Straße nahm stetig zu. 1922 waren für die fünf Angestellten neben Vogel bereits vier Arbeitszimmer erforderlich⁵³⁵; Mitte der zwanziger Jahre pendelte sich der Personalbestand nach der Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse erneut auf diesem Niveau ein⁵³⁶. Die Arbeitsleistung, die Vogel in den 16 Jahren seiner Tätigkeit erbrachte, ist beeindruckend: Phasenweise gingen täglich Dutzende Briefe an Behörden, Vertrauensleute, Ortsgruppen und kooperierende Verbände heraus, die zumindest in den ersten Jahren allein von ihm diktiert wurden⁵³⁷. Alte, in seine Saarbrücker Zeit zurückreichende Verbindungen dienten ihm mehr als einmal als „Türöffner“ bei den Behörden, der Industrie oder einflußreichen Persönlichkeiten. Keine Gelegenheit ließ er aus, auf die Problematik der Saar aufmerksam zu machen. Eine Institution oder Vereinigung konnte gar nicht so unbedeutend sein, als daß ihr nicht mindestens einmal im Laufe der Jahre Informationsmaterial des Bundes zuzuging. Anfangs beschränkten sich Vogels Kontakte in der Reichshauptstadt vor allem auf die preußische Bergbaubürokratie, doch sehr bald erwies sich der Sitz der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in der Königgrätzer Straße⁵³⁸ als eine geschickte Wahl: Nur einen Steinwurf vom preußischen Abgeordnetenhaus und wenige hundert Meter von den wichtigsten preußischen Ministerien und Reichsbehörden sowie dem Reichstag entfernt, war es für Vogel ein leichtes, persönlich vorstellig zu werden und seine Anliegen vorzutragen⁵³⁹.

Bestand anfangs noch die Absicht, die Berliner Geschäftsstelle an den Main zu verlegen⁵⁴⁰, dürften sich derartige Pläne spätestens mit der Besetzung Frankfurts im Frühjahr 1920 zerschlagen haben, da die Niederlassung in Berlin trotz vereinzelter französischer Spitzel als sicher gelten konnte. Vogels Bemühungen, zur Arbeiterleichterung und Verschleierung in räumlicher Nähe zum Saargebiet Nebengeschäftsstellen aufzubauen, zogen sich hingegen noch bis Ende

⁵³⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 30.03.22 (31.03.22), in: BA-R 8014/7. Zum wachsenden Personalbestand der GSV vgl. BA-R 8014/9 ff. und 11-1.

⁵³⁶ So waren beispielsweise im Jahr 1925 außer Vogel noch ein Buchhalter und Sekretär, zwei Stenotypistinnen sowie ein Bürohilfsarbeiter für Botengänge sowie den Versand von Briefen, Druckschriften tätig, wofür 20.000 RM aufgebracht werden mußten: Vgl. „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2; Denkschrift über Bund und Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin 1925, S. 6.

⁵³⁷ Siehe hierzu den umfangreichen Schriftverkehr der GSV im Quellenverzeichnis. Die beiden Stenotypistinnen waren zugleich für die Weiterführung des Archivs mit seinen schließlich über 340 Mappen aller relevanten Presseartikel über das Saargebiet, die Instandhaltung der Registratur (900 Akten), die Führung der Mitgliederkarteien (über 10.000 Einträge, darunter auch Anschriften der relevanten Behörden, der Botschaften und Gesandtschaften), die Pflege der Bezieherlisten des SF sowie das Bildarchiv mit seinen 1.750 Klischees zuständig: Vgl. Jahresbericht 1933 über den deutschen Saarfreiheitskampf des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin, Berlin 1934, S. 31 f.

⁵³⁸ Vgl. Hans-Jürgen MENDE (Hrsg.): Lexikon Alle Berliner Straßen und Plätze. Von der Gründung bis zur Gegenwart, Bd. 2, Berlin 1998, S. 502. Nach dem Tod des langjährigen Reichsaußenministers trug sie ab Februar 1930 den Namen „Stresemannstraße“, den sie – nach einem zwölfjährigen Intermezzo als „Saarlandstraße“ – heute wieder führt: Vgl. ebd., Bd. 3, S. 528; Bd. 4, S. 159.

⁵³⁹ Im Preußischen Abgeordnetenhaus und im Reichstag besaß Vogel eine jährlich erneuerte Berechtigungskarte für die Poeschelttribüne: Vgl. Schriftwechsel zwischen der GSV und den Parlamentsverwaltungen, in: BA-R 8014/673–682.

⁵⁴⁰ Vgl. Brief der GSV an Dröge (26.07.19), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 9.

1921 hin. Sie scheiterten entweder an der Finanzierungsfrage oder ihrer Enttarnung durch die Franzosen⁵⁴¹. Als sich Anfang der dreißiger Jahre abzeichnete, daß es zu keiner direkten Einigung über die Saarfrage zwischen Frankreich und Deutschland kommen und das Plebiszit wie vorgesehen 1935 abgehalten werden würde, erlebten diese Pläne eine kurze Renaissance. Dennoch wurde die Filiale in Trier nie realisiert⁵⁴².

Nach diesen Ausführungen über den organisatorischen Aufbau der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine soll im folgenden deren Tätigkeit näher beleuchtet werden.

⁵⁴¹ Vgl. hierzu: Niederschrift über die Organisation der GSV in Frankfurt (08.09.19), in: BA-R 8014/340; Brief der GSV an das PrMI (16.10.20), in: BA-R 8014/665; Brief der GSV an Lillig (15.10.21), in: BA-R 8014/341; Tätigkeitsberichte Vogels auf der Gründungstagung in Bielefeld (10.10.20, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1) bzw. Mitgliederversammlung in Kassel (03.04.21, in: BA-R 8014/18).

⁵⁴² Vgl. Brief Karius' an die GSV (16.04.31) und Antwortschreiben (24.04.31), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 12.

Kapitel 3: Die Tätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine bis 1933⁵⁴³

Kap. 3.1: Die Kooperation mit reichsdeutschen Behörden

Der strukturelle Umbau des Saargebietsschutzes zur offiziell von den Reichs- und Staatsbehörden unabhängigen Geschäftsstelle „Saar-Verein“ änderte zunächst nichts an der inhaltlichen Ausrichtung der Propagandaarbeit. Für den gesamten Zeitraum zwischen Besetzung der Saar durch französische Truppen und Volksabstimmung im Januar 1935 lassen sich auch weiterhin drei Hauptstränge nachweisen: Erhaltung und Stärkung des deutschen Gedankens im Saargebiet bei gleichzeitiger Abwehr französischer Versuche, die in Versailles gescheiterte Annexion auf anderem Wege zu verwirklichen, und Ermutigung der Saarländer, ihr Schicksal zu ertragen. Die Aufgabenfelder, die der neu etablierten Geschäftsstelle innerhalb dieses weit gesteckten Rahmens erwachsen, bzw. eigene diesbezügliche Vorstellungen für die bevorstehende Arbeit der Heimatschutzorganisation, hatte Theodor Vogel schon auf der Gründungsversammlung am 8. Juli 1919 skizziert. Sein Konzept basierte auf der stillen Beobachtung der Verhältnisse im Saargebiet, der Sammlung allen wichtigen Materials, der lockeren persönlichen Fühlungnahme mit Vertrauensleuten⁵⁴⁴, der Erfassung von Saarländern in den größeren Städten des Reiches mit anschließendem Zusammenschluß zu einer allgemeinen Dachorganisation sowie der Sensibilisierung für die Saarfrage. Als Vogel Anfang August 1919 dem preußischen Ministerpräsidenten Hirsch (SPD) die Ergebnisse einer Besprechung als Denkschrift übersandte, zählte die Unterstützung der Reichs- und Staatsregierungen zu den erweiterten Aufgaben der Geschäftsstelle. Die private Vereinigung wollte als Mittler zwischen Saarbevölkerung und amtlichen Stellen fungieren⁵⁴⁵. So ziehen sich die Versuche, den Status einer halboffiziellen Regierungsstelle zu erlangen, wie ein roter Faden durch den Schriftverkehr. Dabei können die finanziellen Aspekte dieser angestrebten Symbiose in dieser frühen Phase nicht ausschlaggebend gewesen sein, da der Geschäftsbetrieb aufgrund einer beträchtlichen Dotation des preußischen Finanzministeriums zunächst gesichert war⁵⁴⁶. Vielmehr dürfte der Ehrgeiz Vogels die entscheidende Triebfeder gewesen sein, sich nicht mit der Rolle des Juniorpartners der von ihm

⁵⁴³ Siehe hierzu allgemein die seit 1926 in gedruckter Form erschienenen Tätigkeitsberichte der GSV und des BdS.

⁵⁴⁴ „*Irridenta* [sic!] von *Mund zu Mund*“: Vgl. SF 10 (1929) 11, S. 230; 15 (1934) 16/17, S. 315. Die *Irredenta* sollte nach Ansicht Vogels zwar unverzüglich, aber zunächst in aller Stille einsetzen, um Provokationen der Franzosen zu vermeiden. Erst mit dem Antritt der Völkerbundsregierung und damit dem Ende der Militärverwaltung könne sie, so Vogel, offener zu Tage treten. Zunächst sei es Aufgabe der GSV, grobe Mißstände im Saargebiet öffentlich zu rügen und Schritte zur Abhilfe einzuleiten: Vgl. Protokoll der Besprechung mit den saarländischen Abgeordneten der Nationalversammlung (31.07.19), in: BA-R 8014/1058.

⁵⁴⁵ Vogel schloß mit der Bitte, die preußische Regierung möge ein eigenes Dezernat für Saarangelegenheiten schaffen, welches dem Saarverein künftig als Anlaufstelle dienen sollte: Vgl. Denkschrift der GSV (06.08.19), in: BA-R 8014/662. Das Treffen zwischen Hirsch und Vogel fand am Vortag statt.

⁵⁴⁶ Zur Finanzierung der Propagandaarbeit siehe Kap. 9.

verachteten – weil sozialdemokratisch dominierten – „Reichszentrale für Heimatdienst“ (RfH) zu begnügen, sondern in Saargelegenheiten deren Position einzunehmen⁵⁴⁷.

In den nun folgenden Ausführungen über die Kooperation mit der RfH offenbart sich ein weiteres Charakteristikum der Propagandaarbeit der Geschäftsstelle: Ähnlich wie schon ihre Vorgängerorganisation agierte sie stets auf zwei Ebenen: Während sie als Veranstalterin von Saarkundgebungen und Saarvorträgen die Öffentlichkeit suchte, unzählige Artikel in den verschiedensten Zeitungen publizierte und bemüht war, als zentrale Anlaufstation in Saargelegenheiten bekannt zu werden, war sie auf der anderen Seite zunächst neben, ab Anfang 1920 im Auftrag und auf Rechnung der RfH verdeckt tätig. Durch Fahrlässigkeit fand die Integration der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in das System des Heimatdienstes jedoch bereits im Sommer des gleichen Jahres ein unerwartet frühes Ende.

a) Kulturpropaganda im Verborgenen: Die Kooperation mit der „Reichszentrale für Heimatdienst“ (Juli 1919 – August 1920)

Die Konzentration der mit Öffentlichkeitsarbeit betrauten Abteilungen verschiedener Reichsministerien in der „Vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes“ zum 1. Oktober 1919 beendete das bis dahin herrschende Kompetenzgerangel⁵⁴⁸. Entgegen der Absicht des ersten „Pressechefs“ der Reichsregierung erfolgte die Etatisierung der deutschen amtlichen Pressepolitik allerdings nicht bei der Reichskanzlei, sondern fiel in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes⁵⁴⁹. Parallel hierzu erfolgte aus Gründen der größtmöglichen Effizienz sowie finanziellen Erwägungen auch auf dem Gebiet der allgemeinen Propaganda die Zusammenfassung der zahlreichen halboffiziell-offiziösen Vereinigungen und Institutionen, die sich in der Übergangsphase von der Monarchie zur Republik gebildet hatten. An deren Stelle trat im Laufe des Jahres 1919 die „Reichszentrale für Heimatdienst“ als nachgeordnete mittlere Reichsbehörde⁵⁵⁰. Durch die Übernahme ehemaliger Mitarbeiter der militäri-

⁵⁴⁷ Allzugern stellte Vogel die GSV mit Regierungsbehörden und etablierten Institutionen auf eine Stufe: Vgl. SF 1 (1920) 14, S. 121 ff.; SF 2 (1921) 12, S. 153–156; SF 9 (1928) 21, S. 393 f.

⁵⁴⁸ Zur Pressestelle vgl. Peter BAUER: Die Organisation der amtlichen Pressepolitik in der Weimarer Zeit (Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes), Berlin 1962, S. 35–66. Der Konzentration fiel der Plan einer eigenständigen Propagandastelle als Zentralorganisation zur Bekämpfung der feindlichen Propaganda in den besetzten Westgebieten zum Opfer, dem das Reichskabinett noch im Mai 1919 seine Zustimmung erteilt hatte: Vgl. Kabinettsitzung (20.05.19), in: AdR, Kabinett Scheidemann, Dok. 80, S. 358.

⁵⁴⁹ Lediglich der Pressechef der Reichsregierung blieb als politischer Beamter im Rang eines Ministerialdirektors in der Reichskanzlei verankert: Vgl. Walter VOGEL: Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933, in: Zeitungswissenschaft 16 (1941) 8/9, S. 1–108, hier: S. 74.

⁵⁵⁰ Die Reichszentrale war aus der „Zentralstelle für Heimataufklärung“ (ZfH) hervorgegangen, die während des Krieges den Durchhaltewillen an der „Heimatfront“ stärken sollte. Stand sie zu dieser Zeit weitgehend im Schatten des militärischen Propagandaapparates der OHL und verhielt sich bis zuletzt kaisertreu, so betrieb sie unmittelbar nach dem 09.11.18 durch Aufklärungsschriften und geschulte Redner entschieden Propaganda für die Republik: Vgl. RICHTER, S. 29–34; WIPPERMANN, S. 21–91. Seit dem 16.08.19 war sie dem Leiter der Vereinigten Presseabteilung unterstellt: Vgl. Walter VOGEL: Presse- und Propagandapolitik, S. 73.

schen Propagandastellen wie dem Kriegspresseamt oder der Aufklärungsabteilung des Demobilisationsamtes konnte diese „*amtliche Stelle der Reichsregierung für alle Fragen der Volksaufklärung*“⁵⁵¹ ihren Personalbestand ab April 1919 erheblich verstärken und verfügte nun auch außerhalb der Zentrale Berlin über ein weitverzweigtes Netz von Nebenstellen und Vertrauensleuten⁵⁵². Während der ersten Nachkriegsmonate galt ihre Aufmerksamkeit vor allem der Bekämpfung spartakistischer und rätendemokratischer Bestrebungen sowie der Eindämmung der zahlreichen Streikbewegungen⁵⁵³; ihre zeitweilige Nähe zum Rat der Volksbeauftragten bzw. zu den Parteien der Weimarer Koalition setzte sie der Kritik von den Rändern des politischen Spektrums aus⁵⁵⁴.

Da die RfH in den linksrheinischen Gebieten anders als im nichtbesetzten Teil des Reiches agieren mußte, wurde zum 1. August 1919 eine besondere „B.G.-Stelle“⁵⁵⁵ unter der Leitung des Majors a.D. Alfred von Wrochem eingerichtet. Die räumliche Trennung sollte ihre formale Unabhängigkeit von der Reichszentrale demonstrieren; mit dieser Separation war zugleich beabsichtigt, das Wissen von der Existenz und Arbeitsweise des am Kronprinzenufer 20 ansässigen Westreferates weiterhin auf die Leitungsebene der RfH und einige kooperierende Regierungsstellen zu beschränken. Schließlich kam der RfH als amtlichem Aufklärungs- und Propagandadienst offiziell lediglich die Aufgabe zu,

*„über die schwebenden wirtschaftlichen und politischen Fragen Aufschluß im Sinne der Regierungspolitik in die breiten Massen der Bevölkerung zu tragen [...], innenpolitische Fragen zu erörtern und die Bevölkerung in unmittelbarem lebendigen Kontakt zur Demokratie und zur Republik zu erziehen“*⁵⁵⁶,

⁵⁵¹ So nach WIPPERMANN (S. 93) die offizielle Definition der RfH.

⁵⁵² Schon Anfang Oktober 1919 gliederte sich die Propagandabehörde in 24 Landesstellen, welche den Kontakt zu den mehreren Tausend Verbindungsmännern im gesamten Reich hielten: Vgl. Listen der Abteilungen (01.10.19 bzw. Februar 1920), in: BA-R 1603/2153 bzw. BA-R 43-I/2504. Die hauptamtlich angestellten Leiter der parteipolitisch paritätisch besetzten Landesabteilungen hatten zuvor meist eine einflußreiche Stellung im öffentlichen Leben bekleidet und waren gegenüber der Berliner Zentrale weisungsgebunden. Wöchentliche Stimmungsberichte, monatliche Tatsachenberichte und nach Aufforderung auch Einzel-Eilberichte erlaubten der Reichsregierung, sich ein umfassendes Bild der Verhältnisse in der Provinz zu machen. Die in der Mehrheit ehrenamtlich tätigen Vertrauensleute der RfH rekrutierten sich vor allem aus Kreisen der Lehrerschaft und Mitarbeitern der Volksbildung, Gewerkschafts- und Parteifunktionären, Journalisten sowie Parlamentariern. Gegen Ende der zwanziger Jahre konnte die RfH auf etwa 30–40.000 Mitarbeiter zurückgreifen: Vgl. RICHTER, S. 99–107; WIPPERMANN, S. 95–98.

⁵⁵³ Vgl. ebd., S. 49–91, v.a. S. 70. Zur Organisation und den Zielen der RfH: vgl. ebd., S. 92–110. Die RfH verließ zuweilen die Pfade der bisherigen Regierungspropaganda, da diese „zum mindesten in den heutigen demokratischen Zeiten zum Tode verurteilt“ sei, wenn sie sich zu sehr am Dienstweg orientiere: Vgl. Brief der RfH an die Reichskanzlei (11.05.20), in: BA-R 43-I/2504.

⁵⁵⁴ Vgl. die antisemitische und nationalchauvinistische Diffamierungsbroschüre Hermann Wilkes: Sincton UPCLAIR [Pseudonym]: Die Korruptionszentrale (RfH), Berlin 1920.

⁵⁵⁵ Diese Abkürzung für „Besetztes Gebiet“ entwickelte sich schließlich zum Synonym der gesamten Westabteilung; die Franzosen wußten zwar von dieser Sektion, vermuteten dahinter aber eine „Bezirksgeschäfts-Stelle“: Vgl. Note der Regierungskommission (29.07.20), in: MAE, Allemagne 415.

⁵⁵⁶ „Bericht über den Aufbau der Rheinischen Volkspflege und ihre einzelnen Arbeitszweige“ (21.08.20), in: BA-R 1603/2154.

wobei ihre Mitwirkung „*an den Bestrebungen zur Erhaltung der deutschen Kulturgüter und des Deutschtums (ohne jeden chauvinistischen oder nationalistischen Einschlag)*“⁵⁵⁷ zu erfolgen hatte. In der Praxis sah dies hingegen so aus, daß die Beigestelle die Kontakte zu den Vertrauensmännern der RfH in den verschiedenen linksrheinischen Besatzungszonen nicht abreißen ließ, sondern über diese zum einen gezielte Informationen über die aktuelle Lage bzw. Stimmung in der Bevölkerung bezog und zum anderen Nachrichten über deutsche Hilfsmaßnahmen an der Zensur vorbei ins besetzte Gebiet übermittelte⁵⁵⁸. Teilweise betrieben die Verbindungsleute der RfH bei ihrer Beobachtung der separatistischen Bestrebungen im Rheinland und ihrer Aufklärung über die Hintergedanken der französischen Kulturpropaganda offene Spionage gegen die alliierten Truppen. Schon aus diesem Grund konnten sie hier nur verdeckt arbeiten, wobei die Übermittlung der vertraulichen Informationen von verschiedenen Außenstellen über Kuriererefolgte, die mit Koffer-Funkgeräten ausgestattet waren⁵⁵⁹.

Angesichts dieser Interessen- und Aufgabenkongruenz zwischen der neu etablierten Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und der RfH bot sich die Kooperation, die von seiten der Behörden ebenfalls begrüßt wurde, geradezu an⁵⁶⁰. Regierungsrat Heinrich von Friedberg vom preußischen Ministerium des Innern verwies die Reichszentrale sogar explizit an den Saarverein mit der Begründung, dort werde sie „*alle Leute finden, die sie für eine Aufklärungsarbeit im Saargebiet braucht.*“ Es sei seiner Ansicht nach notwendig, daß in allen besetzten Gebieten aus Gründen der Glaubwürdigkeit und Effizienz nur jeweils dort gebürtige Agitatoren eingesetzt würden. Die Gremien der RfH müßten ferner paritätisch besetzt werden, um den Eindruck entgegenzuwirken, daß es sich bei ihr um eine „*sozialdemokratische Parteiorganisation*“ handle⁵⁶¹. Nach den Plänen Friedbergs sollte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ also lediglich verlängerter Arm einer verdeckt arbeitenden Reichsbehörde sein. In den nächsten Wochen drängte sich Vogel förmlich als Juniorpartner der RfH auf; ein Schreiben der Geschäftsstelle an den Leiter der Zentrale, Assessor Dr. Richard Strahl, liest sich wie ein Bewerbungsschreiben, in welchem die Vorzüge der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ herausgehoben wurden:

⁵⁵⁷ Zitiert nach WIPPERMANN, S. 109.

⁵⁵⁸ Der État-Major der X. Armee faßte dies in seinem „Rapport au sujet du ‚Heimatsdienst‘“ (16.07.20, in: MAE, Allemagne 415) wie folgt zusammen: „*Entre les sections, d’une part, et les hommes de confiance ou comités, d’autre part, les rapports étaient étroits et constants; les premières guidant, dirigeant, contrôlant, les seconds renseignant et rendant compte.*“

⁵⁵⁹ Vgl. RICHTER, S. 40 sowie „Bericht über den Aufbau ...“ (21.08.20), in: BA-R 1603/2154. Dabei stützte sich die RfH vor allem auf Personen, die aus beruflichen Gründen zwischen beiden Rheinseiten pendelten: Vgl. REIMER, S. 174.

⁵⁶⁰ Schon während des Frühjahres 1919 hatten der Saargebietsschutz und die ZfH bei der Verteilung von Flugblättern, Druckschriften, Plakaten oder sonstigen Propagandamaterial kooperiert: Vgl. Brief des Saargebietsschutzes an die ZfH (02.07.19), in: BA-R 8014/662.

⁵⁶¹ Vgl. Protokoll der Sitzung im PrMI vom 14.08.19 (18.08.19), in: BA-R 1603/2277.

„Unsere Hauptaufgabe ist es, das Deutschtum im Saargebiet durch Wort, Schrift und Tat zu erhalten und zu stärken, und die Wiedervereinigung des vorläufig losgelösten Gebietes mit dem Mutterlande in jeder Weise anzustreben. Mit allen Mitteln arbeiten wir darauf hin, daß das losgelöste urdeutsche Saarland wieder zu Deutschland zurückkehrt. [...] Vaterländisch gesonnene Männer und Frauen haben wir als Vertrauensleute gewonnen, die mit und für uns unermüdlich tätig sind. In engster Fühlungnahme mit der Zentrale für Heimatdienst wollen wir die uns gesetzte Aufgabe erfüllen, indem wir der Ansicht sind, daß es überaus förderlich ist, wenn wir auf unsere Weise die Bestrebungen des Heimatdienstes mitzuunterstützen suchen. Die Organisation und Propagandaarbeiten werden von uns in streng vertraulicher und unbedingt unauffälliger Weise betrieben. Die uns zur Verfügung stehenden Vertrauensleute gehören allen Schichten der Saarbevölkerung an und haben sich nur unter der Bedingung für eine Mitarbeit bereitfinden lassen, daß ihre Mitarbeit streng geheimgehalten bleibt. Wir beabsichtigen deshalb insbesondere die Propagandaarbeiten durch vertrauliche und geheime Unterstützungen der zahlreichen mit uns in Verbindung stehenden deutschen Vereine und Vereinigungen sowie durch Verteilung von Flugschriften und Aufrufen, die für diesen Zweck von uns besonders verfaßt und erlassen werden, durchzuführen.“⁵⁶²

Zur Durchführung ihrer vaterländischen Aufgaben erbat die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ pauschal 60.000 Mark als einmaligen Zuschuß, der durch von Wrochem am 23. Oktober bewilligt wurde. Rückwirkend zum Monatsanfang erhielt die Geschäftsstelle fortan aus dem Etat der RfH monatlich 5.000 Mark⁵⁶³.

Bevor diese Kooperation auf höchster Ebene im Herbst vereinbart werden konnte, hatte Vogel schon in den ersten Tagen des Bestehens seines Büros den Weg zu den Landesstellen der Reichszentrale an der Grenze zum besetzten Gebiet gesucht. Mit Genehmigung von Wrochems mündeten Sondierungsgespräche mit dem Leiter der Frankfurter RfH-Außenstelle Anfang September 1919 in die Gründung einer Saarvereins-Dependance. Gegen ein monatliches Entgelt von 200 Mark zuzüglich Spesen konnte Vogel seinen Vertrauensmann Adam Lillig⁵⁶⁴ als Geschäftsführer verpflichten, sämtliche Interessen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ dort stellvertretend wahrzunehmen. Gleichzeitig war der ehemalige Redakteur der „Saar-Zeitung“ Angestellter der Reichszentrale und stand in regelmäßiger Verbindung mit deren Umschlag- und Kopfstellen in Kreuznach, Heidelberg, Darmstadt, Trier, Mannheim, Köln sowie natürlich Frankfurt selbst. *„Der ‚Saar-Verein‘ tritt demnach als solcher überhaupt nicht in Erscheinung, das ist ausdrücklich vereinbart worden“*, hieß es in der entsprechenden Aufgabenbeschreibung

⁵⁶² Brief der GSV an die RfH (10.10.19), in: BA-R 8014/775. Hervorhebung im Original. Nach den Zwischenfällen im Zusammenhang mit der Verhaftung Ollmerts (s.u.) stellte es von Wrochem so dar, daß mit der GSV zwar eine Organisation geschaffen worden war, die mit den besten Absichten beseelt und mit großem Engagement an ihre Arbeit gegangen sei, im Saargebiet jedoch nicht über die nötigen Verbindungen verfügt habe, weshalb sie die Kooperation mit der RfH suchte: Vgl. Brief von Wrochems an das AA (23.08.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.430.

⁵⁶³ Vgl. Brief der GSV an die RfH (21.11.19), in: BA-R 8014/775.

⁵⁶⁴ Der 1874 geborene Lillig war – selbst Ende April ausgewiesen – zu dieser Zeit Kommissar für die Vertriebenenfürsorge in Bensheim. Im Januar hatte er als Zentrums kandidat im Kreis Saarlouis bei der Wahl zur Nationalversammlung kein Mandat erringen können: Vgl. HEINZ: 19. Januar 1919, S. 38 sowie den Nachruf auf den am 23.11.25 verstorbenen Lillig in: SF 6 (1925) 23, S. 394. Siehe auch die Personalakte Lilligs in: BA-R 1601/2204.

für Lillig⁵⁶⁵. Als Verbindungsmann zu den katholischen Kreisen im Saargebiet sollte er speziell mit den dortigen christlichen Gewerkschaftsorganisationen, den Angestellten- und Beamtenverbänden, konfessionellen Vereinen, der katholischen Geistlichkeit und insbesondere der Zentrumspresse Fühlung halten, während die Frankfurter RfH hingegen die freien Gewerkschaften und sozialdemokratischen Kreise betreute. In Kooperation mit dem Syndikus der Saarbrücker Handelskammer publizierte Lillig periodische Berichte über die wirtschaftliche Abschnürung des Saargebiets. Als ständiger Mitarbeiter der „Neuen Rheinischen Korrespondenz“, einem von der Frankfurter RfH-Landesstelle finanzierten Unternehmen, sowie der liberalen „Frankfurter Zeitung“, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und Blättern aus dem Scherl-Verlag hielt er Kontakt zu der Presseabteilung des Saarvereins. Über ihn bezog die Berliner Geschäftsstelle französische und frankophile Zeitungen; Lillig selbst fertigte teilweise mehrmals wöchentlich längere Lage- und Stimmungsberichte an, die zusammen mit dem sonstigen Briefwechsel durch einen geheimen Kurierdienst zwischen beiden Geschäftsstellen übermittelt wurden. Daß hinter dem Aufbau der „Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ Frankfurt am Main“ in der Gallusanlage 2 ein längerfristiges Konzept steckte, zeigen die weiteren Aufgabefelder: So sollte Lillig nicht nur Vortragsredner in großer Zahl anwerben und für diese Dispositionen anfertigen⁵⁶⁶, sondern auch den Aufbau einer eigenen Organisation für Flüchtlings- und Vertriebenenfürsorge in Frankfurt koordinierend überwachen. Die benötigten Gelder sollte die RfH zur Verfügung stellen. Schließlich war vorgesehen, daß Lillig gemeinsam mit dem Heidelberger RfH-Vertreter Wohlgemuth für den saarpfälzischen Teil des Saargebiets eine eigene Organisation aufbaute.

Für den Berliner Saarverein erwies sich diese Regelung als äußerst vorteilhaft. Lillig, der zur Tarnung einen Redakteursposten bekleidete⁵⁶⁷, wurde überwiegend aus Reichsmitteln finanziert und belastete damit nicht den eigenen Etat. Durch seine Integration in die lokale Struktur des Heimatdienstes konnte Lillig ferner auf die personellen und institutionellen Ressourcen der RfH zurückgreifen und diese in den Dienst der Saarpropaganda stellen. Die selbst noch junge Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ wurde durch die Kooperation mit der RfH aufgewertet und verfügte zugleich über eine arbeitsfähige Nebenstelle, die zur Verschleierung der Propagandatätigkeit der Zentrale beitrug.

Der wechselseitige Austausch von Informationen zwischen den beiden parallel arbeitenden Vertrauensmännernetzen im Saargebiet lief weitgehend reibungslos, wobei die RfH gelegentlich

⁵⁶⁵ Niederschrift über die Organisation der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Frankfurt (08.09.19), in: BA-R 8014/340. Zuvor hatte Vogel ein Paßbild an die Frankfurter Außenstelle der RfH übersandt und um die Zusendung eines Passes auf den Decknamen „Albert Brauneck“ gebeten (30.08.19), in: BA-R 8014/159.

⁵⁶⁶ Bisher war dies daran gescheitert, daß keine demokratischen, sozialdemokratischen und deutschnationalen Redner gefunden werden konnten: Vgl. Protokoll der Sitzung der rheinischen RfH-Vertreter vom 30.09.19 (01.10.19), in: BA-R 8014/775. Die Berichte Lilligs in BA-R 8014/807 und BayHStA, MA 108.205 sind interessante und aufschlußreiche Quellen für die politische Geschichte des frühen Saargebiets.

⁵⁶⁷ Vgl. Briefe der GSV an Lillig (30.08.19 und 06.03.20), in: BA-R 8014/159 und 341.

gezielte Anfragen über spionageverdächtige oder franzosenfreundliche Personen stellte und über den Saarverein Erkundigungen zu speziellen Vorgängen einzog⁵⁶⁸. Dabei versäumte es Vogel nicht, heftigen Protest gegen ihm mißliebige Berichte von RfH-Vertrauensleuten einzulegen, wenn diese beispielsweise Zweifel an der deutschen Gesinnung aufkommen ließen.

Ende September 1919 wurde auf einer Sitzung der rheinischen Abteilungen beschlossen, neben die bereits bestehenden Außenstellen in Frankfurt (zuständig für Wiesbaden und Lahnstein), Darmstadt (Rheinessen), Mannheim (Pfalz) und Heidelberg (Saargebiet, Saarpfalz, Kreis Meisenheim, Merzig, Birkenfeld) weitere Stellen in Köln (Regierungsbezirke Köln und Aachen sowie der besetzte Teil des Bezirks Düsseldorf) und Koblenz (Regierungsbezirke Koblenz und Trier) einzurichten. Die Zuständigkeit Heidebergs und Frankfurts für die Saar sollte allerdings nur vorübergehender Natur sein:

„Für die politische Propaganda stellt es sich als außerordentlich notwendig heraus, daß für das Saargebiet eine besondere Vertretung zu schaffen ist, die ihren Sitz in Saarbrücken hätte und mit einem ganz besonders gewandten Herrn zu besetzen wäre.“⁵⁶⁹

Der geeignete Kandidat für diesen Posten im Saargebiet war nach Ansicht Vogels wieder einer seiner Vertrauensleute, der Neunkircher Lotterieeinnehmer Otto Ludwig, der mit einem Jahresgehalt von 12.000 Mark fest angestellt wurde. Als Treffpunkt für konspirative Zusammenkünfte zwischen dem einstigen Major und Max Groger, dem Leiter der Frankfurter RfH-Stelle, diente das „Christliche Hospiz Hotel Schweizerhof“ in Frankfurt⁵⁷⁰.

Direktiven für ihre propagandistische Arbeit im besetzten Rheinland erhielten die Landesabteilungen der RfH Anfang November 1919. Unter Betonung der Verbindungen zum rechtsrheinischen Deutschland sollte dem Aufbau jeder separatistischen Kulturorganisation wie auch der Errichtung eines Saarbistums entgegengewirkt werden. Für den Fall, daß aus der Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Lebensmittellage, die Teuerung, die Kohlenknappheit oder die

⁵⁶⁸ Beispielsweise teilte die GSV der RfH die Namen von 16 im August 1919 ausgewiesenen saarländischen Polizeibeamten mit (12.12.19, in: BA-R 1603/2508). Vogel empfahl der RfH: „*Gegen Dörfert [Polizeimajor Paul Dörfert war Kommandant der Saarbrücker Schutzmannschaft – F.B.] und Münster müßte unseres Erachtens seitens der Ihnen vorgesetzten Behörde sofort und rücksichtslos vorgegangen werden.*“: Brief der GSV an die RfH (24.11.19), in: BA-R 8014/775.

⁵⁶⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung vom 30.09.19 (01.10.19), in: Ebd. Auf der gleichen Versammlung schlugen die Leiter der rheinischen Abteilungen zur Bekämpfung des Dortenschen Separatismus vor, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen im Rheinland darauf hinzuwirken, daß die Parteien nur Kandidaten aufstellen sollten, die sich zuvor schriftlich für die Einheit des Reiches und gegen jede Absplitterung ausgesprochen hatten.

⁵⁷⁰ Vgl. Brief der GSV an Lillig (17.09.19), in: BA-R 8014/340. Nach der Enttarnung von Anders übernahm Ludwig dessen Sektion (Bad Kreuznach): Vgl. „Rapport au sujet du ‚Heimatdienst‘“ des E.M.A. (16.07.20), in: MAE, Allemagne 415. Schon am 08.08.20 wurde er nach einer Haussuchung verhaftet und wegen Verschwörung gegen den französischen Staat inhaftiert. Aus den nachfolgenden Verhören erfuhren die Sicherheitsbehörden weitere Details über den Vertrauensmännerapparat. Ludwig, der unter dem Pseudonym „Otto Julius“ arbeitete, flüchtete Anfang September 1920 nach Hinterlegung einer Kautions: Vgl. Protokoll Otto Ludwigs (September 1920), in: BayHStA, Haupthilfsstelle Pfalz 104; Brief der GSV an das AA (18.08.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.623. Im Nachruf auf Ludwig hob Vogel die Verdienste des langjährigen Vorsitzenden der nationalliberalen Wahlvereins im Kreis Ottweiler um die Deutscherhaltung der Saar hervor: Vgl. SF 10 (1929) 17, S. 368 f.

Wohnungsnot Streiks erwachsen, sollten diese im deutschen Interesse ausgenutzt werden: Es war gemäß der Richtlinie

„dringend nötig, daß die Spannung zwischen der Bevölkerung und den französischen Behörden erhalten bleibt, damit letztere vor dem Äußersten zurückschrecken und nicht das Gefühl bekommen, daß sich die Bevölkerung mit ihren Kampfmitteln verausgabt hat.“⁵⁷¹

Als sich der Leiter der Frankfurter Stelle entsprechend der Arbeitsteilung mit Lillig Anfang Oktober in Saarbrücken mit Vertretern der saarländischen Sozialdemokratie *„zwecks Stellungnahme und Klärung über die politischen und kulturellen Aufgaben“* traf⁵⁷², provozierte dies den Widerstand Vogels und veranlaßte ihn, seine eigenen Vorstellungen über die Kulturpropaganda im Saargebiet darzulegen⁵⁷³.

Vogel begrüßte in seinen Ausführungen zwar grundsätzlich das vom Saarbrücker Beigeordneten Dr. Sartorius erstellte Konzept, welches den Aufbau von Volksbibliotheken, den Ausbau der Volkshochschule, Zuschüsse zur Arbeiterbildung und Jugendpflege sowie die Förderung bzw. den Aufbau des Theater- und Orchesterwesens vorsah, machte aber seine Vorbehalte in Einzelfragen geltend: Anstelle der geplanten neuen Bibliotheken in Saarbrücken, Neunkirchen, Völklingen und Saarlouis sowie in den Bergarbeitergemeinden Sulzbach, Dudweiler und Friedrichsthal plädierte er für den Ausbau bereits bestehender Lesehallen. Weitere ließen sich seiner Ansicht nach mit Hilfe der Gemeindeverwaltungen, der Geistlichkeit beider Konfessionen und der Gewerkschaften realisieren. An die Bewilligung von Zuschüssen für das Theater sollten Bedingungen geknüpft werden⁵⁷⁴. Des weiteren warnte Vogel vor dem Aufbau eines Volkswohlfahrtswesens in Saarbrücken, welches allein für einen noch zu errichtenden Neubau zwei Millionen Mark beansprucht hätte. Er persönlich hielt die Zeit für einen derartigen Wohlfahrtsausschuß noch nicht gekommen; erst müßte im Saargebiet eine politische Einheitsfront aufgebaut werden. Wenn Vogel in seinem Schreiben mehrfach anklingen ließ, daß die Propagandaarbeit unter Ausschaltung jeder Parteipolitik vor sich gehen müsse und die saarländischen Abgeordneten in der Nationalversammlung und Preußischen Landesversammlung ebenfalls der Ansicht seien, daß die *„Einigung und Einigkeit aller politischen Parteien in den Saarlanden zu erstreben“* sei, so macht dies deutlich, daß der einstige nationalliberale Partei-

⁵⁷¹ Politische Richtlinie Nr. 1 (07.11.19), zitiert nach: WIPPERMANN, S. 426. Auch dies wurde den Franzosen bekannt: Vgl. „Rapport au sujet du ‚Heimatsdienst‘“ des E.M.A. (16.07.20), in: MAE, Allemagne 415.

⁵⁷² Das PrMWissenschaft hatte zuvor *„weitestgehende moralische Unterstützung [...] in der Förderung künstlerischer Organisationen“* signalisiert: Vgl. Brief des Ministers an die RfH (28.09.19), in: BA-R 8014/775. Das undatierte Protokoll Grogers (Oktober 1919) nennt Dr. Basten, Bankier König, die Rechtsanwälte Dr. Lehmann und Dr. Sender, den Geschäftsführer der „Volkstimme“ Johann Feld, Dr. Plessow und den Vorsitzenden der saarländischen Sozialdemokratie Valentin Schäfer, in: Ebd. Daß sich eine Abschrift dieses Protokolls mit seinen detaillierten Kostenaufstellungen in den Akten der GSV findet, ist ein Indiz für die Kooperationsbereitschaft seitens der RfH.

⁵⁷³ Vgl. Brief der GSV an die RfH (27.10.19), in: Ebd. Vogel hatte schon drei Monate zuvor beim AA zugunsten des Saarbrücker Theatervereins interveniert (21.07.19), in: BA-R 8014/662.

⁵⁷⁴ *„Z.B. könnten diese Bedingungen so gemacht werden, daß für jedes deutsche Schauspiel ein Zuschuß von beispielsweise M 1.500,- gegeben wird, desgleichen, daß für eine jede deutsche Oper M 2.500 – 3.000 gezahlt würden.“* Hervorhebungen im Original: Brief der GSV an die RfH (05.11.19), in: BA-R 8014/775.

mann Vogel keineswegs den Sozialdemokraten das kulturpolitische Feld überlassen wollte. Die Verteilung der mitunter beträchtlichen Geldmittel durch linksstehende Parteifunktionäre und Gewerkschaftssekretäre hätte nicht nur zwangsläufig das Monopol in kulturellen Fragen in die Hände der saarländischen SPD gelegt, sondern zugleich auch deren politisches Gewicht zu Lasten der Liberalen und Konservativen gestärkt⁵⁷⁵. Angesichts dessen erscheint Vogels Forderung nach Überparteilichkeit als subtiler Versuch der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, die ihr nahestehenden bürgerlichen Kreise in das kulturpropagandistische Boot zu hieven. Aus diesem Grund sprach Vogel dem für das Bildungswesen ins Auge gefaßten Kandidaten Dr. Plessow die notwendige Befähigung mit der Begründung ab, er habe als Offizier im Krieg keinerlei Führungseigenschaften gezeigt. Anstelle des sozialdemokratisch orientierten Kriegsversehrten schlug Vogel seinen Verbindungsmann in Saarbrücken, Prof. Meyer, vor und regte die Bildung eines überparteilichen Arbeits- und Überwachungsausschusses an⁵⁷⁶. Zumindest in Teilbereichen gelang es Vogel, seine Vorstellungen durchzusetzen: Der Saarbrücker Volksbildungsverein Meyers erhielt in den nächsten Tagen 10.000 Mark von der RfH⁵⁷⁷ und mit der geplanten Orchestergründung im Saargebiet wurde die Berliner Geschäftsstelle selbst betraut⁵⁷⁸. Durch ein beiderseitiges Abkommen wurde die Kooperation zwischen RfH und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Januar 1920 schließlich auf eine vertragliche Basis gestellt, der zufolge der Apparat des Saarvereins der Reichszentrale „zur Durchführung zu vereinbarender Propagandaaufgaben zur Verfügung“ stand. Vogels Geschäftsstelle sollte gegenüber der RfH insofern weisungsgebunden sein, daß sie ihre Arbeit und insbesondere ihre Kontakte zu anderen Regierungsstellen mit der Reichszentrale zu koordinieren hatte⁵⁷⁹. Um keine Rückschlüsse auf die Kooperation zuzulassen, durfte die RfH offiziell weder als Geldgeberin in Erscheinung treten noch die Vertrauensleute im Saargebiet direkte Verbindung zu ihr auf-



Abb. 7: Anzeige im „Saar-Freund“ 1926

gandaaufgaben zur Verfügung“ stand. Vogels Geschäftsstelle sollte gegenüber der RfH insofern weisungsgebunden sein, daß sie ihre Arbeit und insbesondere ihre Kontakte zu anderen Regierungsstellen mit der Reichszentrale zu koordinieren hatte⁵⁷⁹. Um keine Rückschlüsse auf die Kooperation zuzulassen, durfte die RfH offiziell weder als Geldgeberin in

Erscheinung treten noch die Vertrauensleute im Saargebiet direkte Verbindung zu ihr auf-

⁵⁷⁵ Daß sich Groger und seine sozialdemokratischen Gesprächspartner ebensowenig frei von parteipolitischen Schranken machen konnten, zeigt folgende Formulierung in oben erwähnten Protokoll: „Es ist zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung des Saargebiets bisher in wirtschaftlicher und geistiger Knechtung sich befand und der Haß gegen die alten Unterdrücker auflodert [...]“

⁵⁷⁶ Gegebenenfalls sollte auf den kürzlich in Saarbrücken aus 16 Vereinen gegründeten „Bund für Volksbildungspflege“ zurückgegriffen werden.

⁵⁷⁷ Vgl. Brief der RfH an die GSV (10.11.19), in: BA-R 8014/775.

⁵⁷⁸ Ansprechpartner vor Ort für den Saarverein sollte der sozialdemokratische Rechtsanwalt Lehmann in Saarbrücken sein: Vgl. Brief der RfH an die GSV (14.10.19), in: Ebd.

⁵⁷⁹ Zur gleichen Zeit schloß die RfH ähnliche Verträge auch mit dem „Hilfsausschuß der Rheinländer in Berlin“ sowie den „Vereinigten Landsmannschaften Eupen-Malmedy“: Vgl. die Verträge in: BA-R 1603/2723. Das Abkommen zwischen RfH und der GSV siehe im Anhang, Dok. 8.

nehmen⁵⁸⁰. Trotz dieser vertraglichen Fixierung, die der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ immerhin die Deckung ihrer laufenden Unkosten sicherte, intrigierte Vogel weiter gegen die Reichsbehörde. So bezeichnete er die Zentralstelle als eine unnötige Instanz zwischen den zuständigen Berliner Stellen und den Landsmannschaften des Westens. Sie verschlinge zu viel Geld und gefährde durch ihren offiziellen Charakter die patriotische Arbeit der Vereinigungen⁵⁸¹. In dieser Vorgehensweise zeigt sich das Selbstverständnis Vogels: Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ sollte nicht bloß ausführendes Organ einer selbst nur nachgeordneten Reichsbehörde sein – die sich zu dieser Zeit noch fest in den Händen der Weimarer Koalitionsparteien befand⁵⁸² –, sondern wollte in direkter Verbindung mit den Reichs- und Länderministerien für politische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen des Saargebiets verantwortlich zeichnen. Um die RfH weiter in Mißkredit zu bringen, sprach Vogel bei seinem Vertrauten Dr. Carl von Halfern im preußischen Finanzministerium vor: Es sei ihm gelungen, den Saarwaldverein mit seinen etwa 2.000 über das Saargebiet verstreuten Mitgliedern für die Ziele des Saarvereins zu gewinnen. Die Vertreter des Vereins wollten allerdings nicht mit der Reichszentrale kooperieren, sondern hätten ihn, Vogel, im Vertrauen gebeten, die Vermittlung des Zuschusses für ihre Verbandszeitschrift zu übernehmen⁵⁸³.

Einen Teilerfolg seiner ambitionierten Pläne erreichte Vogel insofern, als daß er gemeinsam mit von Halfern und von Wrochem eine Kommission bilden sollte,

„welche die Arbeiten durchzuführen hat und welcher vor allem das Geld für das Saargebiet verantwortlich zur Verfügung gestellt werden soll.“⁵⁸⁴

Zusammen mit dem Saarausschuß war dieses Dreiergremium während der kommenden Monate für das Reichsfinanzministerium der zuständige Ansprechpartner in finanziellen Fragen der Saarpropaganda.

Jener Saarausschuß, der erstmals Anfang Januar 1920 in Frankfurt zusammentrat, bildete den Auftakt zu einer Reihe weiterer, die sich bis zur Abstimmung 1935 auf ebenso unterschiedliche Initiativen wie mit variierenden Zielsetzungen konstituierten. Gerade in dieser frühen Phase, in welcher die Saarländer nur über lokale Vertretungskörperschaften und nicht wie mit dem

⁵⁸⁰ In der Tat dürfte die Kooperation zwischen der RfH und der GSV nur auf der obersten Ebene abgelaufen sein, da sich keine Belege dafür finden ließen, daß die Vertrauensleute Vogels oder einzelne Ortsgruppen im besetzten Rheinland direkt mit dem Heimatdienst korrespondierten. Siehe hierzu die zahlreichen Berichte von RfH-Mitarbeitern in BA-R 1501/102.881 f.

⁵⁸¹ Vgl. Protokoll einer Vorstandssitzung des DSB (30.01.20), in: BA-R 8014/756. Vogels nachfolgender Redner empfahl sogar, die RfH von jeder Tätigkeit im westlichen Gebiet auszuschließen. Auf der anderen Seite sprach der Kölner RfH-Leiter Leonhard Wernerus den landsmannschaftlichen Organisationen die Befähigung ab, selbstständig ein Gebiet zu bearbeiten: Vgl. „Allgemeine Übersicht über die bisherige Arbeit der Rheinischen Volks-Pflege (R.V.P.) im besetzten Rheinland“ (06.07.20), in: BA-R 1603/2373.

⁵⁸² Vgl. die entsprechenden Vorwürfe bei UPCLAIR.

⁵⁸³ Vgl. Brief der GSV an von Halfern (11.02.20), in: BA-R 8014/340.

⁵⁸⁴ Vgl. Protokoll einer Sitzung der Begestelle (14.02.20), in: BA-R 1603/2153.

Landesrat über ein demokratisch legitimes Forum zur Artikulation der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Vorstellungen verfügten, schien dieses informelle und konspirative Organ am ehesten geeignet, mit den Reichsbehörden zu kommunizieren. Die in Frankfurt Versammelten – Otto Pick, Karl Ollmert, Valentin Schäfer, Prof. Theodor Meyer, Anna Therese Rawengel, Otto Ludwig und Hans Regitz – boten unter der Leitung Lilligs über aktuelle Fragen des Saargebietes, die sich aus dem bevorstehenden Amtsantritt der Regierungskommission ergaben. Zugleich traten sie als Fürsprecher ihrer Parteien und Gewerkschaften auf und trugen die Anträge diverser sozialer, kultureller und sportlicher Vereinigungen vor⁵⁸⁵. Als Vertreter der Regierungsparteien im Reich wurden Ollmert (Zentrum), Pick (DDP) und Feld (SPD) in einen engeren Arbeitsausschuß gewählt, der künftig wöchentlich unter der Leitung Ollmerts



Abb. 8: Karl Ollmert

in Saarbrücken zusammentrat. Einmal im Monat sollte der Gesamtausschuß jenseits des Rheins einberufen werden⁵⁸⁶. Von reichsdeutscher Seite gehörten dem Gremium außer dem Leiter der RfH-Landesstelle Köln, Wernerus, auch von Wrochem sowie Vogel als Vertreter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ an⁵⁸⁷. Die RfH alimentierte den Saarausschuß monatlich mit 20.000 Mark⁵⁸⁸, die gemäß der im Januar getroffenen Vereinbarung an diejenigen saarländischen Institutionen und Vereine weitergeleitet wurden, die geeignet schienen, das Deutschtum im Saargebiet zu fördern. Im beiderseitigem Interesse fiel die Entscheidung über die Verteilung der Gelder gemeinsam zwischen dem Saarausschuß und der Dreierkommission: Die Saarländer profitierten von

der Möglichkeit, ihre Anliegen ohne Zwischeninstanz vortragen zu können, während das überparteiliche Gremium aus unmittelbar Betroffenen die Vorgehensweise der im Kreuzfeuer der Kritik stehenden RfH legitimierten⁵⁸⁹. Auf der Basis der geleisteten Vorarbeiten entstand bis April 1920 ein umfangreiches Konzept zur kulturellen und wirtschaftlichen Unterstützung des

⁵⁸⁵ Vgl. die Protokolle der Sitzungen vom 11.01.20 in Frankfurt (in: BA-R 8014/340), 20.04.20 in Würzburg (in: BA-R 1603/2512) und 25.07.20 in Heidelberg (in: BA-R 1603/2509) sowie den Brief der GSV an Ollmert (28.04.20), in: BA-R 8014/775.

⁵⁸⁶ In der internen Aufzeichnung der RfH „Der Saarausschuß. Seine Gründung, seine Tätigkeit und sein Ziel“ (20.04.20, in: BA-R 1603/2526) wurde die Mitarbeit der USPD zwar als prinzipiell wünschenswert, aber derzeit nicht produktiv bezeichnet. Im Saarausschuß sollte „nur gegen die Verwelschung und für das Deutschtum gewirkt werden [...]“.

⁵⁸⁷ Als Nachfolger für den am 13.03.20 verstorbenen Meyer nahm ab Sommer 1920 der Direktor der Saarbrücker Knappschaftsberufsgenossenschaft Louis Büch an den Sitzungen teil: Vgl. Brief der GSV an von Wrochem (22.06.20), in: BA-R 1603/2512.

⁵⁸⁸ Insgesamt erhielt der Saarausschuß zwischen dem 21.02.20 und 09.08.20 von der Reichszentrale 135.000 Mark: Vgl. Auflistung der RVP (04.11.21), in: BA-R 8014/780.

⁵⁸⁹ Sowohl die sich in ihrer Kulturhoheit bedroht fühlenden Länder als auch die Parteien jenseits der Weimarer Koalition setzten die Reichsbehörde zu dieser Zeit massiv unter Druck.

Saargebiets⁵⁹⁰. Seine Bedeutung liegt weniger in der Höhe der Fördersumme von 5½ Millionen Mark begründet⁵⁹¹, sondern vielmehr in dem Umstand, daß dieses Projekt in seiner Art einzigartig gewesen sein dürfte. Natürlich flossen auch in den folgenden Jahren erhebliche Summen zur Stärkung des Deutschtums in das Saargebiet, doch ließ sich in den Akten kein vergleichbar detailliertes Konzept finden. Obwohl es in seiner Gänze nie realisiert wurde, zeigt es deutlich die Intention der materiellen Zuwendungen und späteren Hilfsmaßnahmen. Daher soll im folgenden näher auf das Programm eingegangen werden⁵⁹².

Den weitaus größten Posten nahm der Presseapparat mit drei Millionen Mark ein⁵⁹³. Für die Förderung des Theaterwesens in Saarbrücken standen weitere 700.000 Mark zur Verfügung, die außer für laufende Zuschüsse für Wanderauftritte im ganzen Saargebiet und nördlichen Lothringen sowie für Gastauftritte deutscher Theater verwendet werden sollten. Dem pfälzischen Landessinfonieorchester sowie den zwölf Bergkapellen des Saargebietes wurden jeweils 100.000 Mark bewilligt. Während Musik und Gesang also bedeutende Mittel erhielten, blieb dies den Literaten und bildenden Künstlern versagt, da die Förderung einer vom übrigen Deutschland zu unterscheidenden eigenständigen rheinischen – oder in diesem Fall saarländischen – Kunst der französischen Kulturpropaganda Vorschub geleistet hätte. Ganze 750.000 Mark sollten im Bereich der Volksbildung für Volkshochschulen, Vorträge oder Bibliotheken aufgebracht werden. Daß die Gelder dem „Bund für Volksbildungspflege des Saargebietes“ anvertraut werden sollten, zeigt, daß sich Vogel mit seinen Vorstellungen hatte behaupten können.

„Die Unterstützung der Vereine wird vom Saar-Ausschuß vorgenommen werden. Er wird an die Vertrauenspersonen dieser Vereine herantreten und mit ihnen nach ihrem Bedarf die Unterstützungen vereinbaren, die ihnen dann laufend zufließen. Es kommt vor allem in Betracht: die Turnvereine, Sportvereine, der Wandervogelbund, der Saarwaldverein, welche letztere beiden dadurch, daß ihre Mitglieder überall ins Land kommen, besonders gut im deutschen Sinne wirken können. [...]

⁵⁹⁰ Vgl. „Programm für die Verwendung der bewilligen 5½ Millionen für den mit der Bege-Stelle der Reichszentrale für Heimatdienst arbeitenden Ausschuß des Saargebiets“ (24.04.20), in: NSK Nr. 217 (12.08.20). Abschrift in: BA-R 1603/2508. Der Betrag von 5½ Millionen stand bereits seit Januar 1920 im Raum und wurde zu gleichen Teilen von Preußen und dem Reich erbracht: Vgl. Briefe von Wrochems an das AA (23.08.20, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.430) und des RMFinanz an die Stuttgarter „Vereinigung gegen die Lostrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz“ (08.10.20), in: BA-R 2/2689.

⁵⁹¹ Demgegenüber stand zur gleichen Zeit etwa die zwanzigfache Summe zur Unterstützung des Deutschtums in Polen bereit: Vgl. Norbert KREKELER: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen, Stuttgart 1973, S. 14.

⁵⁹² In der Literatur wurde es bislang nur von dem späteren Vorsitzenden der Frankfurter Ortsgruppe des BdS, Hugo ANSCHÜTZ (Der Kampf der Saarbeamten unter der Völkerbundsregierung, Frankfurt am Main 1922, S. 51–54) erwähnt. Durch den Wiederabdruck der Dokumente brachte er sich beinahe um die finanzielle Unterstützung seiner Broschüre durch die RVP: Vgl. Aktenvermerk (31.07.22), in: BA-R 1603/2520.

⁵⁹³ Da dieser Aspekt im folgenden Gegenstand einer eingehenderen Untersuchung ist, wird er an dieser Stelle ausgeklammert. Siehe hierzu Kap. 5.1 und 5.2.

Schließlich noch der Berliner Saar-Verein, der den Zusammenschluß aller Saarländer im unbesetzten Deutschland zur Aufgabe hat und durch seine in jeder Weise ausgenutzte enge Beziehung zum Saargebiet nicht zum geringsten Teil zu den Zusammenschlüssen beigetragen hat, die uns jetzt überhaupt eine einheitliche überparteiliche Unterstützung des Saargebiets ermöglichen. Für die Vereine werden 550.000 Mk. ausgeworfen, die in monatlichen Raten ebenfalls auf dem Wege über eine Privatperson dem Saarausschuß zufließen, der sie dann nach einem festzulegenden Schlüssel auf die Saar-Vereine verteilt und dadurch einen Einfluß auf ihr Deutschbleiben garantiert.“

Fortan sollte der Saarausschuß zweimal jährlich mit der Saarbrücker Handelskammer sowie deren Filiale in Berlin eine Statistik über den Grund und Boden erstellen, der in fremde – gemeint war: französische – Hände gekommen war. Hierfür wurden 100.000 Mark veranschlagt; die gleiche Summe, die für den Erwerb von Abstimmungsunterlagen bei den einzelnen Bürgermeistereien und die Beeinflussung des Auswanderungswesens in Aussicht gestellt wurde⁵⁹⁴. Die buchstabengetreue Umsetzung dieser Konzeption scheiterte daran, daß sie der Regierungskommission durch die Enttarnung eines Kuriers bekannt wurde. Daher sollen zunächst die französischen Reaktionen auf die Propagandatätigkeit des Heimatdienstes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ während des ersten Jahres ihres Bestehens dargestellt werden, bevor die entscheidende – und wie sich zeigen sollte: verhängnisvolle – Sitzung des Saarausschusses in Heidelberg am 25. Juli 1920 beleuchtet wird.

Auch ohne daß die Pläne der französischen Verhandlungsführer in Versailles aufgingen, die deutsche Souveränität in den linksrheinischen Gebieten dauerhaft zu suspendieren, bot der Friedensvertrag die Möglichkeit zu deren alliierter Besetzung⁵⁹⁵. Die stufenweise Räumung in Fünfjahresschritten wurde an die Bedingung geknüpft, daß Deutschland seinen Vertragsverpflichtungen nachkam. Als sich die amerikanischen Besatzungstruppen Anfang 1923 zurückzogen, wurde auch die Gegend um Koblenz zur französischen Besatzungszone unter der Verwaltung des Generals Jean-Marie Degoutte zugeschlagen. Frankreich kontrollierte nun mehr als zwei Drittel des linksrheinischen Gebietes.

Als Mittler zwischen den amerikanischen, belgischen, britischen und französischen Alliierten und den deutschen Zivilbehörden trat Ende Juni 1919 die „Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans“ (H.C.I.T.R.) unter der Leitung des Franzosen Paul Tirard in Koblenz ihr Amt an. Die französische Dominanz des Gremiums garantierte außer der sicheren belgischen Stimme der französische Vorsitz, da bei Stimmengleichheit das Votum des Präsidenten maß-

⁵⁹⁴ Anscheinend waren die Vorarbeiten in diesem Bereich noch nicht so weit gediehen, daß alle Beteiligten informiert waren: Vgl. „Vossische Zeitung“ Nr. 409 (19.08.20).

⁵⁹⁵ Ferner wurden die Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz besetzt sowie eine 50 km breite entmilitarisierte Zone rechts den Rheins geschaffen.

gebend war. Nach Ausscheiden des amerikanischen Kommissars fielen die Entscheidungen um so eindeutiger aus⁵⁹⁶.

Durch das Zusammenspiel von Rheinlandkommission und französischer Rheinarmee war Frankreich schon früh über Maßnahmen des Heimatdienstes unterrichtet⁵⁹⁷. Im Herbst 1919 gelang es daher dem militärischen Nachrichtendienst, zwei verdeckt arbeitende Mitarbeiter der RfH zu enttarnen. Aufgrund der Vernehmung Peter Webers, des Leiters der Trierer Außenstelle, erhielten die Franzosen auch detaillierte Einblicke in das deutsche Propagandawesen an der Saar⁵⁹⁸. Abgesehen von zahlreichen Druckschriften fiel ihnen eine Liste der Ansprechpartner Webers im Saargebiet sowie dessen Konzept zum Aufbau des Heimatdienstes in die Hände. Die Existenz und Arbeitsweise der verschiedenen RfH-Ableger an der Grenze zum besetzten Gebiet waren fortan ebensowenig ein Geheimnis wie die Namen der jeweiligen Leiter oder die Verbindungen zwischen Weber und dem „*service de Berlin intitulé ‚Saarschutz‘*“ in der Zimmerstraße⁵⁹⁹. Vogel galt sogar als „*chef de la propagande dans la Sarre [...] qui aurait eu comme adjoint un nommé Losch ou von Lorsch.*“⁶⁰⁰ Aufgrund der Funde bei Weber wurde wenige Tage später der Leiter der Bad Kreuznacher Außenstelle (Ludwig Anders) gefaßt, dem antifranzösische und pangermanische Propaganda sowie Spionage gegen die Rheinarmee zur Last gelegt wurde⁶⁰¹. Fast schon schadenfroh registrierte Vogel die Verhaftungswelle gegen die Groger-schen Vertrauensleute. Er sei froh, teilte er einem Bekannten mit, Groger nicht viel über die eigene Organisation erzählt zu haben, so daß seine Verbindungsmänner im Saargebiet weiter sicher waren⁶⁰².

⁵⁹⁶ Vgl. Jacques BARIÉTY: La Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans, in: Problèmes de la Rhénanie 1919–1930, S. 15–28; DERS.: Les relations, S. 46–61; DERS.: Die Französische Besatzungspolitik, S. 5–14; Walter A. MCDUGALL: France's Rhineland Diplomacy 1914–1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe, Princeton [N.J.] 1978, S. 42 ff.; Pierre JARDIN: La politique rhénane de Paul Tirard (1920–1923), in: Revue d'Allemagne 21 (1989), S. 208–216; Henning KÖHLER: Französische Besatzungspolitik 1918–1923, in: Peter HÜTTENBERGER/ Hansgeorg MOLITOR (Hrsg.): Franzosen und Deutsche am Rhein: 1789-1918-1945, Essen 1989, S. 113–126.

⁵⁹⁷ Der État-Major der X. Armee konnte dem französischen Kriegsministerium sogar die Stückzahlen der vom Saargebietschutz verteilten Propagandabroschüren mitteilen (01.10.19), in: MAE, Sarre 115.

⁵⁹⁸ Im folgenden: Abschrift des Vernehmungsprotokoll Webers vom 14.11.19, in: Ebd. Weber nahm nach seinen eigenen Angaben an den Beratungen der Waffenstillstandskommission als Sekretär Erzbergers teil, von dem er Ende Juni den Auftrag erhalten haben soll, „*de se rendre dans la zone occupée et en particulier à Trèves pour y étudier la situation dans le Saargebiet, la propagande française en général, les différentes formes de l'activité française au point de vue économique, commercial, financier, industriel, artistique etc ...*“: Ebd.

⁵⁹⁹ Wie aus einem Schreiben des E.M.A an das Kriegsministerium hervorgeht, hatte der „Administrateur Supérieur“ zu dieser Vereinigung bereits am 09.08.19 eine Verfügung erlassen (06.10.19), in: Ebd. Leider ließ sich diese Verfügung nicht finden.

⁶⁰⁰ Vgl. Feuille de renseignement Nr. 2880 (21.02.20), in: Ebd.

⁶⁰¹ Vgl. „Rapport au sujet du ‚Heimatdienst‘“ des E.M.A der X. Armee (16.07.20), in: MAE, Allemagne 415. Weber und Anders wurden am 05.02.20 zu je einem Jahr Gefängnis wegen eines versuchten „*attentat à la Sûreté de l'Armée*“ bzw. „*manœuvres contre la Sûreté de l'Armée*“ verurteilt. Französische Blätter werteten die bei Weber entdeckten Dokumente als Indiz für deutsche Putschpläne und entwarfen verschiedene Verschwörungsszenarien: Vgl. „La Démocratie Nouvelle“ (19.10.19).

⁶⁰² Vgl. Brief der GSV an Geheimrat Dr. Maurer (20.11.19), in: BA-R 8014/141.

Ein weiterer Schlag gegen den Heimatdienst⁶⁰³ gelang den Franzosen im Zuge der französisch-belgischen Besetzung des Maingaus einschließlich Frankfurts, Darmstadts und Hanaus am 6. April 1920⁶⁰⁴. Die Frankfurter RfH-Zentrale war zwar schon Ende 1919 wegen Eigenmächtigkeiten Grogers aufgelöst und nach Mannheim verlegt worden⁶⁰⁵, dennoch hatte es Groger versäumt, alle Akten zu vernichten. So konnte das französische Konsulat in der Mainmetropole der Berliner Botschaft mitteilen, daß die vom „Service de Sûreté de l'Armée“ in der Geschäftsstelle gefundenen Dokumente hinlänglich bewiesen,

*„que le Heimatdienst était un organe d'espionnage s'occupant plus particulièrement des troupes françaises d'occupation, en relation avec le service allemand pour l'Alsace-Lorraine, et envoyant également des agents en France; on a trouvé, par exemple, un rapport sur le moral de la garnison d'Orléans.“*⁶⁰⁶

Die völkerrechtlich fragwürdige Besetzung des Maingaus erfuhr durch diese Enthüllungen ihre nachträgliche Legitimation, gipfelten die französischen Vorwürfe doch in der Anschuldigung, die Reichszentrale habe eine bolschewistische Propaganda unter den alliierten Truppen durch Flugblätter und Geldsendungen sowie einen Spionagedienst im besetzten Gebiet aufzubauen versucht. Die vermeintlichen Vorbereitungen zu einem Generalstreik ließen sich – nach den blutigen Ereignissen des Kapp-Putsches in Berlin wenige Tage zuvor – unschwer als Angriff auf die Sicherheit der Besatzungstruppen interpretieren⁶⁰⁷. Spätestens nach diesen Funden bei Groger war dem französischen „Service de Sûreté“ die Struktur des Heimatdienstes im besetzten Gebiet detailliert bekannt und mußten alle leitenden Personen der Reichszentrale im Rheinland als enttarnt gelten. Auch die Existenz des Saarausschusses war offenkundig geworden⁶⁰⁸.

⁶⁰³ Die Franzosen unterschieden sprachlich nicht zwischen der RfH und ihren Vorläuferorganisationen im Krieg; nahezu die gesamte prodeutsche Propaganda fiel unter die Rubrik „Heimatdienst“: Vgl. „Note sur le ‚Heimatdienst‘“ (31.01.22), in: AN, AJ⁹ 3154/1; BOURSON, S. 111–118.

⁶⁰⁴ Im März 1920 waren Reichswehr- und Freikorpsseinheiten von der Reichsregierung im Ruhrkrieg gegen aufständische Linke eingesetzt worden, was Paris als Verletzung der Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages wertete. Die Besetzung währte allerdings nur sechs Wochen. Vgl. WINKLER: Weimar, S. 125–134; MCDUGALL, S. 109 ff.; Karl J. MAYER, S. 40–46.

⁶⁰⁵ In seiner Doppelfunktion als RfH-Mitarbeiter und Parteisekretär der SPD hatte sich Groger durch die Vorbereitung eines Generalstreiks für den Fall eines französischen Putsches diskreditiert. Er wurde am 19.12.19 entlassen: Vgl. „Bericht über den Aufbau der Rheinischen Volkspflege ...“ (21.08.20), in: BA-R 1603/2154.

⁶⁰⁶ Brief des französischen Konsulats Frankfurt an die Botschaft Berlin (05.05.20), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 353. Siehe auch „Rapport au sujet du ‚Heimatdienst‘“ (16.07.20, in: MAE, Allemagne 415), wonach die Frankfurter Zentrale „un centre de propagande anti-française, violent et dangereux“ sei. Hinweise auf die Existenz der Frankfurter Saarvereinigung, die sich aus Sicherheitsgründen vorübergehend auflöste (vgl. Brief Schiffbauers an die GSV (28.06.20), in: BA-R 8014/341), sind in den französischen Akten nicht zu finden.

⁶⁰⁷ Vgl. Brief Tirards an den französischen Außenminister (10.06.20), in: MAE, Allemagne 415; „Note sur le ‚Heimatdienst‘“ (31.01.22), in: AN, AJ⁹ 3154/1.

⁶⁰⁸ Siehe hierzu den ausführlichen „Rapport au sujet du ‚Heimatdienst‘“ (16.07.20), in: MAE, Allemagne 415. Um die Mitglieder des Saarausschusses nicht zu gefährden, wurden selbst in internen Schreiben der Beigestelle keine Namen mehr genannt. Vgl. Aufzeichnung „Der Saarausschuß. Seine Gründung, seine Tätigkeit und sein Ziel“ (20.04.20), in: BA-R 1603/2526; Brief von Wrochems an das AA (23.08.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.430. Lillig konnte sich mit seinen Unterlagen rechtzeitig nach Heidelberg absetzen, wo er während der französischen Besetzung Frankfurts im Hotel Silberner Hirsch weiter arbeitete. Im späteren Mainzer Spionageprozeß wurde er freigesprochen: Vgl. Bericht über den Spionageprozeß (13.08.20), in: BA-R 1501/102.883.

All dies hatte gezeigt, daß nur eine eigenständig und zumindest offiziell unabhängig von Regierungsstellen arbeitende Organisation die notwendige Gewähr bieten konnte, die staatlichen Behörden vor weiterer Diskreditierung zu schützen. Die Umwandlung des Westreferates der RfH in die „Rheinische Volkspflege“ (RVP)⁶⁰⁹ erfolgte im Juni 1920 daher mit der ausdrücklichen Maßgabe der Regierung, sich jederzeit von dem Unternehmen distanzieren und es entsprechend fallen lassen zu können⁶¹⁰. Eine zeitgenössische Aufzeichnung spiegelt die offizielle Sichtweise wider:

„Die Rh.V.P. hat keinerlei parteipolitische Färbung. Sie stützt sich grundsätzlich auf alle politischen Parteien und wirtschaftlichen, kulturellen u. sportlichen Organisationen. Eine chauvinistische Propaganda im Sinne einer Revanche-Politik ist jeder Zeit abzulehnen. Es handelt sich lediglich um eine Abwehrorganisation gegen Loslösungsbestrebungen vom Reich in den besetzten Gebieten, auch in wirtschaftlicher, kultureller und intellektueller Hinsicht. Diese Tätigkeit begreift Abwehr-Maßnahmen gegen französische Übergriffe in sich.

Zwischen der R.V.P. und der R.f.H. besteht keinerlei Verbindung, auch nicht hinsichtlich der Geldmittel.“⁶¹¹

Die einstige Beigestelle wurde in eine weitgehend selbständig agierende Tarnorganisation überführt, deren programmatischer Name als Zugeständnis an die autonomistische Bewegung im Rheinland verstanden werden konnte. Selbstverständlich sollten derartige Strömungen keineswegs gefördert werden, sondern zur Erhaltung der Reichseinheit im deutschen Sinn gesteuert und kanalisiert werden. Die Tätigkeit der RVP, deren Berliner Zentrale vor der Inflation etwa 25 Mitarbeiter umfaßte, basierte auf zwei Hauptsäulen: Beobachtung und Abwehr. Sie überwachte die rheinischen Abtrennungsbestrebungen mittels ihrer Außenstellen Köln und Mannheim und klärte über die französische Kulturpropaganda auf⁶¹². Gleichzeitig leitete sie entsprechende

⁶⁰⁹ „Dieses Büro, eine wunderliche Mischung aus kulturpolitischer Agentur und Spionageorganisation, war insbesondere daran interessiert, die Zahl der prodeutschen Propagandisten im Rheinland zu vergrößern [...]“: Ulrich HERBERT: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 2001, S. 70. Vgl. auch: Margarete GÄRTNER: Botschafterin des guten Willens. Außenpolitische Arbeit 1914–1950, Bonn 1955, S. 54–62; Franziska WEIN: Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919–1930, Essen 1992, S. 97–110.

⁶¹⁰ Vgl. WIPPERMANN, S. 202 f., der ebenso wie REIMER (S. 177) die Gründung der RVP fälschlicherweise als Reaktion auf die Enttarnung Ollmerts darstellt. Es dauerte noch bis Sommer 1925, bis sich ein parlamentarischer Ausschuß zur Kontrolle der RVP bildete, wie er bereits bei ihrer Mutterorganisation seit 1921 bestand: Unter dem Vorsitz Dr. Bayersdörfers (BVP) gehörten dem Unterausschuß des 16. Ausschusses (für die besetzten Gebiete) als weitere Mitglieder an: Dr. von Dryander (DNVP), Dr. Kalle (DVP), Dr. von Guérard (Zentrum), Dr. Raschig (DDP) und Kirschmann (SPD).

⁶¹¹ Undatierte Aufzeichnung (Juni 1920), in: BA-R 1603/2373. Hervorhebungen im Original. Die vorgebliche Trennung von der RfH empfahl sich auch wegen der Verstimmung der rheinischen Bevölkerung und der Länder gegen das Vertrauensmännersystem. Tirard hingegen ließ sich nicht täuschen: Vor der französischen Intervention habe sich die Tätigkeit des Heimatdienstes im besetzten Gebiet in eine offizielle und in eine verborgene Aktivität gegliedert. „*La première cesse, le seconde continue, parfois avec l'adrément officieux des autorités du Reich, mais le plus souvent par suite de l'initiative privée de ses membres.*“: „Note sur le ‚Heimatdienst‘“ (31.01.22), in: AN, AJ⁹ 3154/1.

⁶¹² Vgl. KADEN/SPRINGER, S. 11–25. Vgl. Denkschrift „Die kulturpolitische Arbeit der Beigestelle“ (Juni 1920, in: BA-R 1603/2154), auch wenn dort in Rechnung zu stellen ist, daß die durch Frankreich heraufbeschworene Gefährdung vor allem die eigene Existenz legitimieren sollte. Der unbekannt Autor empfahl, darauf zu achten, „*daß die Kulturarbeit nie den Stempel des künstlich Hereingetragenen hat*“. Die Stellen in Köln sowie in Mannheim waren parteipolitisch paritätisch besetzt; Wernerus hatte sein Büro als Elektrogeschäft getarnt: Vgl.

Gegenmaßnahmen ein, beispielsweise durch die Finanzierung und den Vertrieb von Büchern und Publikationen, in welchen bestehende Ressentiments gegen Frankreich verfestigt wurden. Die RVP baute insbesondere darauf, die gefühlsmäßigen Bindungen an das rechtsrheinische Deutschland zu stützen. Dies sollte durch die Weiterleitung der Wünsche und Bedürfnisse der rheinischen Bevölkerung an die zuständigen Regierungsstellen geschehen, wobei die Ansprechpartner gleichzeitig die Maßnahmen der Reichsregierung im besetzten Gebiet publik machen sollten⁶¹³.

Da sich die Mehrheitsverhältnisse bei den vorgezogenen Reichstagswahlen (6. Juni 1920) zu Lasten der gemäßigten Parteien verschoben hatten⁶¹⁴ und die SPD aus dem zentrumsgeführten Minderheitskabinett Fehrenbach ausgeschieden war, schien die an der Weimarer Koalition orientierte Zusammensetzung des Saarausschusses nicht mehr zeitgemäß. Dem Rechtsruck im Reich sollte Rechnung getragen werden. Zudem waren Preußen und Bayern nicht länger gewillt, die Federführung in Fragen der besetzten Gebiete alleine den Reichsbehörden zu überlassen, sondern drängten darauf, sowohl Mitspracherechte bei der Verteilung der Gelder zu erhalten, als auch in die praktische Arbeit einbezogen zu werden⁶¹⁵. Die Sitzung des Saarausschusses am 25. Juli 1920 stand also im Zeichen der Neuorganisation und Kompetenzabgrenzung.

Nach einführenden Worten des Regierungsrats Wintgens als Vertreter der RVP⁶¹⁶ sprach sich Ollmert gegen die von den Ländern gewünschte offenere Organisation aus:

„Die deutsche Propaganda im Saargebiet sei einzig und allein Sache des Reichs. Er halte es als ein ‚vollständiges Unglück‘, wenn Preußen und Bayern die Erhaltung und Förderung des deutschen Gedankens im Saargebiet übernähmen.“⁶¹⁷

Welche verhängnisvollen Konsequenzen der Zentrumsabgeordnete bei einer stärkeren preußischen und bayerischen Initiative befürchtete, führte er nicht näher aus.

Denkschrift über die Organisation und Tätigkeit der Bege-Stelle der RfH (März 1920), in: BA-R 1603/2153.

⁶¹³ Die Behörden wurden unter anderem durch die „Polwona“ und gesonderte Wochenberichte über die Lage an der Saar, in Elsaß-Lothringen und Rheinhessen, in der Pfalz sowie in den restlichen linksrheinischen Gebieten informiert: Vgl. „Bericht über den Aufbau der Rheinischen Volkspflege und ihre einzelnen Arbeitszweige“ (21.08.20), in: BA-R 1603/2154; Vorschlag für die Gesamtarbeit der R.V.P.“ (10.06.20), in: PA AA, II a Besetztes Rheinland, R 75.205. „Tägliche Informationen aus den besetzten Gebieten“ (bis 01.10.21 erschienen), in: BA-R 8014/818 f. Siehe auch WIPPERMANN, S. 204–209. Zur „Polwona“ siehe S. 365 ff.

⁶¹⁴ Die SPD büßte gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung 16,7% ein und kam nur noch auf 21,7%, die DDP halbierte sich auf 8,3% (von 18,6%), während die USPD von 7,6% auf 17,9%, die DVP von 4,4% auf 13,9% und die DNVP von 10,3% auf 15,1% zulegte. Das Zentrum blieb mit 13,6% nahezu konstant. Vgl. Jürgen W. FALTER/ Thomas LINDENBERGER/ Siegfried SCHUMANN: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986, S. 41–45.

⁶¹⁵ Aus diesem Grund sah sich die gerade erst geschaffene RVP den Angriffen der Länder ausgesetzt, die fürchteten, in kulturellen Fragen des besetzten Westens dauerhaft am Gängelband des Reiches gehalten zu werden und daher keinen weiteren Eingriff in ihre Kulturhoheit zu akzeptieren bereit waren. Gerade die preußischen Mittelbehörden im Rheinland wehrten sich gegen die unterschweligen Vorwürfe und Zweifel der RVP an ihrer nationalen Zuverlässigkeit: Vgl. WEIN, S. 106. Bayern schwebte eine am Vorbild der Mannheimer Pfalzzentrale orientierte und weniger konspirative Organisation als die RVP vor.

⁶¹⁶ Maßgeblich für die Bewilligung von Geldern sollte gemäß des Saarprogramms künftig nicht allein die Bedürftigkeit, sondern der Nutzen für die Propaganda sein.

⁶¹⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung vom 25.07.20, in: BA-R 1603/2509.

Aus parteipolitischem Proporz wurde die deutschnationale Abgeordnete Anna Rawengel⁶¹⁸ in den engeren Ausschuß kooptiert, während der Gesamtausschuß durch Personen aus den bisher nicht vertretenen Kreisen Merzig, Saarlouis und der Saarpfalz erweitert werden sollte. Bei den maßgebenden Stellen sollte auf eine Vertretung des Saargebiets im Reichstag hingewirkt werden; ebenso sollte das Saargebiet im Reichswirtschaftsrat und Eisenwirtschaftsbund repräsentiert sein. Neben verschiedenen Zuwendungen für saarländische Vereine beschloß der Saarausschuß, der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ eine einmalige Beihilfe von 100.000 Mark zu gewähren⁶¹⁹.

Am folgenden Tag wurde Ollmert auf der Rückreise in Homburg bei der Einreise in das Saargebiet von französischen Zollbeamten aufgegriffen. Obwohl die Enttarnung einiger RfH-Mitarbeiter und die Funde in Frankfurt ausreichend Anlaß zu erhöhten Vorsichtsmaßnahmen gegeben hätten und Ollmert in Heidelberg von Wintgens explizit auf die Gefahr hingewiesen worden war, trug dieser fast den gesamten Schriftverkehr der ebenfalls enttarnten Düsseldorfer RVP-Stelle mit sich⁶²⁰. Allen Anschein nach wurde Ollmert, der zusammen mit Pick und Rawengel aus Ludwigshafen kam, gezielt abgepaßt⁶²¹. Das Ausmaß des Schadens für die deutsche Propaganda war beträchtlich, da die Franzosen durch das fahrlässige Verhalten Ollmerts zum einen in den Besitz des „Saarprogramms“ kamen und zum anderen weitere Details über das Wirken der gerade erst gegründeten Rheinischen Volkspflege im Saargebiet erfuhren. Zunächst lag es an der Regierungskommission zu reagieren: Schon zwei Stunden nach dem Zwischenfall an der Grenze informiert, setzte ihr Generalsekretär am 29. Juli sowohl das französische Außenministerium als auch den Völkerbund in Kenntnis⁶²². Ziel des Heimatdienstes sei es, so Morize,

⁶¹⁸ Vgl. den Nachruf auf die Reichstagsabgeordnete Rawengel (1878–1932), in: SF 14 (1933) 1, S. 14.

⁶¹⁹ Die Verhandlungen um diesen beträchtlichen Zuschuß hatten sich bereits mehrere Monate hingezogen: Vgl. Brief der GSV an Ollmert (28.04.20) und an von Wrochem (15.06.20), in: BA-R 8014/775.

⁶²⁰ Vgl. Brief der RVP an das AA (11.08.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.894.

⁶²¹ Angeblich habe ein als Dolmetscher eingesetzter Lothringer ihm gegenüber die Bemerkung fallen lassen: „*Da haben wir ja, was wir suchen.*“: Notiz über Telefongespräch Lilligs mit der GSV (28.07.20), in: BA-R 8014/340. Aus dem undatierten Bericht, den Lillig anschließend für die RVP verfaßte, wird ebenfalls deutlich, daß es die Franzosen speziell auf Ollmert abgesehen hatten. Die Akten, die Pick über die Propagandaarbeit in Eupen-Malmedy mit sich trug, scheinen für die RVP noch wesentlich kompromittierender gewesen zu sein. Pick konnte diese Unterlagen allerdings noch rechtzeitig beseitigen: Vgl. Brief Lilligs an die RVP, in: BA-R 1603/2373.

⁶²² Dies zeigt, wie gut französische Dienststellen mit der formal neutralen Regierungskommission kooperierten: Vgl. Note der Regierungskommission (29.07.20), in: MAE, Allemagne 415; C.A.D.N., Cons. Munich A 46 sowie in: Arch. SDN 19–27, Sous-Section Saar Basin, R 100/5895.

„de lutter par tous les moyens possibles contre la pénétration française dans les pays occupés, et de préparer dès maintenant dans un sens favorable à l'Allemagne les plébiscites qui, conformément au Traité de Paix, doivent décider de la nationalité définitive de certains fractions de l'ancien Empire allemand. [...]

Le Saar-Ausschuß est la Section Sarroise du ‚Heimatdienst‘. Il est renforcé par le ‚Saarverein‘ fondé en Juillet 1919 par VOGEL expulsé de Sarrebruck, et il apparaît que le Député Olimert [sic!] est le représentant officiel pour notre Territoire de ces divers Comités et le dispensateur des deniers de la propagande. [...]

Toutes les manifestations de la vie politique, artistique, et même familiale des habitants de la Sarre sont l'objet de la part du ‚Heimatdienst‘ et de son représentant, d'une surveillance occulte, d'encouragements ou de blâme, de subventions en espèce ou en nature conformément à un plan qui n'est ni plus ni moins que celui d'une organisation gouvernementale: secrète et complète avec ses cadres, son budget, sa police.“

Gerade dieser letzte Vorwurf an die Adresse der RfH zeigt, daß die Regierungskommission entweder die Gefährlichkeit des Heimatdienstes im Saargebiet tatsächlich überschätzte oder aber durch eine bewußte Dramatisierung ein Bedrohungsszenario entwarf, mit dessen Hilfe das künftige Vorgehen gegen wirkliche oder vermeintliche Mitarbeiter der Reichszentrale gerechtfertigt werden sollte. Eine Stütze für diese letzte Vermutung liefert das Fazit, mit dem Morize seinen Bericht schloß, bevor er die bei Ollmert gefundenen Dokumente in französischer Übersetzung präsentierte:

„L'examen approfondi des documents saisis qui est une œuvre longue et délicate, nous permettra certainement de reconstituer les cadres de l'organisation qui fait actuellement échec à la Commission de Gouvernement et aux intentions de la Société des Nations.

Il sera alors possible d'épurer le corps des fonctionnaires qui fournirent le gros des dirigeants du ‚Heimatdienst‘ et de prendre des mesures d'expulsion contre toutes les personnalités qui, comme M. Olimert lui-même ne sont pas sarroises et ne représentent ni la mentalité ni les aspirations de la population autochtone.“

Für die prodeutsche Propaganda wurden die Enthüllungen vollends zum Fiasko, denn die Regierungskommission konnte dank des Aktenmaterials während des wenige Tage später ausbrechenden Beamtenstreiks⁶²³ eine scheinbar logische Verbindung zwischen der heimlichen Arbeit des Saarausschusses und dem Ausstand konstruieren und damit über die RfH zugleich die deutsche Reichsregierung diskreditieren.

Zunächst teilte Rault am 6. August 1920 seinen Kollegen die Umstände der Festnahme Ollmerts mit. Die beschlagnahmten Papiere seien der „Direction de la Sûreté“ übergeben worden und auf

⁶²³ Nach monatelangen Verhandlungen zwischen Regierungskommission und saarländischer Beamtenschaft über deren rechtlichen Status traten in der Nacht zum 06.08.20 – dem 50. Jahrestag der Schlacht bei Spichern! – die Beamten der Post- und Telegraphendienste, der Eisenbahnen, der Polizei sowie Lehrer und Kommunalbeamte aus Protest gegen den Entwurf eines Beamtenstatuts in den Streik. Das Ende Juli verabschiedete Statut sah bei Beamtenentlassungen kein gerichtliches Verfahren mehr vor, sondern unterwarf die Entscheidung dem Urteil des Vorgesetzten und untersagte ferner den Beamten, sich in gleichartigen Interessenverbänden zu organisieren: Vgl. ANSCHÜTZ; BRUCH: Franzosen im Saargebiet, S. 90–94; HELLWIG/ OLLMERT, S. 30–33; HIRSCH: Saar von Genf, S. 34–39; RUSSELL: Battleground and Pawn, S. 37–41; Weißbuch, Dok. 108–143, S. 152–215. Die Haltung des SF zum Streik ist bezeichnend: Die Beamten wollten „[...] lieber zugrunde zu gehen, als ihr Deutschtum zu verleugnen“: SF 1 (1920) 16, S. 155. Vgl. ebenso: SF 1 (1920), 15, S. 139 f.; SF 2 (1921) 15, S. 205 ff.; SF 15 (1934) 16/17, S. 335–338; SF 15 (1934) 18/19, S. 392 ff.

seine Initiative hin erfolge nun eine Untersuchung. Nach den bisherigen Erkenntnissen sei es möglich,

„d’ouvrir une instruction judiciaire pour complot contre la sûreté de l’Etat, complot contre la sécurité des Troupes de Garnison et espionnage. [...] Au fond, la Commission de Gouvernement se trouve en présence d’une tentative faite en Sarre pour gêner les communications de l’armée du Rhin, au cas où les événements de Pologne⁶²⁴ prendraient une tournure inquiétante.“⁶²⁵

Angesichts des gravierenden Vorwurfes der organisierten Verschwörung gegen die Sicherheit der französischen Garnisonstruppen, der durch vereinzelte Sabotageakte der Beamten seine Bestätigung fand, ließ sich der für den folgenden Tag von Rault verhängte Belagerungszustand leicht rechtfertigen. Berücksichtigt man die „Propagandaanweisungen für die Arbeit im besetzten Rheinland“ der RfH vom November 1919⁶²⁶, so stellt sich der Beamtenstreik tatsächlich als langfristig geplante Inszenierung reichsdeutscher Stellen dar.

Während nun wieder das Militär das Heft des Handelns in die Hand nahm⁶²⁷ und alle strategisch wichtigen Punkte besetzte, machten französische Gendarmen Jagd auf streikende Beamte. Im Schatten dieser Maßnahmen lief die gezielte Suche nach vermeintlichen Mitarbeitern des Heimatdienstes, was für die Franzosen dank eines bei Ollmert gefundenen Notizbuches mit den Decknamen und Adressen seiner Vertrauensleute⁶²⁸ ein leichtes Spiel war. Über diesen belasteten Personenkreis hinaus wurden insgesamt etwa 200 Personen während des Belagerungszustandes verhaftet und entweder aufgrund eines vorgefertigten hektographierten Ausweisungsbescheides Brissaud-Desmaillets, eines Kriegsgerichtsurteils oder aber auch ohne jede schriftliche Begründung über den Rhein bei Germersheim abgeschoben. Unter der „centaine de pangermanistes notoires, presque tous Allemands étrangers à la Sarre“⁶²⁹ befanden sich Professoren, Geistliche beider Konfessionen, Kaufleute, Lehrer, Bürgermeister, Rechtsanwälte, Ärzte und vor allem Redakteure. Da anscheinend auch bereits verstorbene oder aus dem Saargebiet verzogene Personen gesucht wurden, liegt die Vermutung nahe, daß schon vor dem August 1920 „schwarze Listen“ mißliebiger Personen kursierten. Das zufällige

⁶²⁴ Gemeint war eine französische Unterstützung der polnischen Armee im polnisch-russischen Krieg des Jahres 1920.

⁶²⁵ Procès-Verbal vom 06.08.20, in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 1.

⁶²⁶ Siehe Anm. 571.

⁶²⁷ Vgl. Verordnung des kommandierenden Generals der Truppen im Saargebiet Brissaud-Desmillet (07.08.20), in: Weißbuch, Dok. 125, S. 190.

⁶²⁸ Vgl. Besprechungsprotokoll in der Reichskanzlei mit Vertretern der RVP, des AA und des RMI (14.08.20), in: BA-R 43-I/239. Ollmert selbst flüchtete am 11.08.20 über den Rhein ins unbesetzte Deutschland. Zwei Monate später wurde er von einem französischen Kriegsgericht – „coupable d’attentat contre la sûreté extérieure de l’Etat Français“ – in contumaciam zu lebenslänglicher Deportation in ein befestigtes Lager verurteilt. Vgl. „Vossische Zeitung“ Nr. 409 (19.08.20) und Nr. 518 (21.10.20); SF 1 (1920) 20, S. 197 f.; NSK Nr. 280 (22.10.20); Brief des AA an das RMI (09.11.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.894. Die RVP kam für die Kosten auf: Vgl. Brief der RVP an Ollmert (03.02.21), in: PA AA, Presseabteilung, R 122.463.

⁶²⁹ Vgl. Bericht der Regierungskommission an den Völkerbund (18.08.20), zitiert im Bericht Wellington Koos: JO 2 (1921) 7, S. 687.

Zusammentreffen zweier voneinander unabhängiger Ereignisse, der Funde bei Ollmert und der Ausbruch des Beamtenstreiks, lieferte den nötigen Vorwand, diese des Landes zu verweisen⁶³⁰. Die Regierungskommission zögerte nicht, in einer Proklamation an die saarländische Bevölkerung die Schuld für die Unruhen der RfH zuzuschieben⁶³¹. Trotz der eidesstattlichen Erklärung der Streikleitung sowie des „Gewerkschaftsrings der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen des Saargebietes“, mit dem Heimatdienst in keinerlei Verbindung zu stehen⁶³², und des Protestes der Reichsregierung gegen derartige Vorwürfe⁶³³, gingen die Ausweisungen auch nach Ende des Streiks am 14. August weiter⁶³⁴.

Für die deutsche Saarpropaganda besaß der Zwischenfall aus mehreren Gründen Zäsurcharakter:

1. Sowohl für die Geschäftsstelle „Saar-Verein“⁶³⁵ als auch für die weiterhin im besetzten Gebiet wirkende RVP wurde es schwieriger, neue Vertrauensleute zu rekrutieren. Während die

⁶³⁰ Siehe dazu den Bericht der Regierungskommission vom 29.07.20. Ebenfalls deutet ein Schreiben des Knappschaftsarztes Dr. Faber an den Generalsekretär des Völkerbundes auf vorgefertigte Listen hin: Wochen vor dem Streik scheint in der „Frankfurter Zeitung“ ein Artikel erschienen zu sein, im welchem Richert, der Leiter der französischen Propagandastelle in Saarbrücken, mit der Behauptung zitiert wurde, beim nächsten Belagerungszustand werde es zu Ausweisungen kommen: Brief Fabers an Drummond (26.03.21), in: Arch. SDN 19–27, Sous-Section Saar Basin, R 102/11.557.

⁶³¹ Vgl. Weißbuch, Dok. 132, S. 198 f. (09.08.20). Die Auseinandersetzung wurde in der Presse fortgesetzt: Während französische Zeitungen ebenso wie das frankophile Blatt im Saargebiet, der NSK, den Streik im Zusammenhang mit der Verhaftung Ollmerts sahen, leugneten dies die Blätter der deutschen Gegenseite und wiesen statt dessen auf die Instrumentalisierung des Belagerungszustandes durch Major Richert hin: Vgl. NSK Nr. 216 (11.08.20) und Nr. 217 (12.08.20) mit Abdruck der bei Ollmert gefundenen Dokumente. Außerdem: „Le Matin“ (09.08.20), „L’Action Française“ (11.08.20) und „La France Libre“ (15.08.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.894. Vgl. hingegen exemplarisch: SF 1 (1920) 15, S. 137 f.; 1 (1920) 16, S. 149–153.

⁶³² Vgl. Weißbuch, Dok. 133 f., S. 199 f.; SF 1 (1920) 21, S. 211; SF 1 (1920) 22, S. 314. Vermutlich war die RfH nicht gänzlich ahnungslos über die Streikvorbereitungen der Beamten im Saargebiet. In der Übersetzung eines Briefes des RfH-Mitarbeiters Kraus an die Zentrale vom 29.07.20 heißt es, daß die bei Ollmert in Homburg gefundenen Dokumente die bisherige Organisation derart ans Tageslicht gebracht hätten, „*de sorte que le grève des fonctionnaires qui est préparée se déroulera très certainement sans aucun résultat.*“: Brief des Pariser Außenministeriums an Tirard (August 1920), in: MAE, Sarre 2. Im gleichen Schriftwechsel war auch die Übersetzung eines weiteren Briefes zu finden, dem zufolge die Initiative zum 24stündigen Generalstreik der saarländischen Beamten, Angestellten und Arbeiter vom 13.08.20 von Kraus ausging. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß es sich bei diesen beiden Briefen um Fälschungen handelt.

⁶³³ Haniel wies im Namen des AA jede Verdächtigung mit der größten Entschiedenheit zurück, daß die Reichsregierung den Streik gefördert oder finanziert habe. Wenn allerdings „*die Deutsche Regierung für diese Tätigkeit, die die Förderung der deutschen Musik, des deutschen Theaters, der deutschen Literatur und des deutschen Vereinswesens zum Ziele hat, Mittel zur Verfügung gestellt hat, so wird sie sich ihr gutes Recht dazu auch künftig umsoweniger bestreiten lassen, als es sich hierbei lediglich um die Abwehr der bekannten, mit reichlichen Mitteln arbeitenden Bestrebungen handelt, die das Ziel verfolgen, den deutschen Charakter des Saargebiets zu ändern.*“: Brief des AA an die Regierungskommission (14.08.20), in: Arch. SDN, CdG C 396.

⁶³⁴ Vgl. ECKLER: Die Ausweisungen, S. 214–217; Weißbuch, Dok. 143–161, S. 213–244.

⁶³⁵ Wie gezielt nach Verbindungen zum Saarverein gesucht wurde, soll an zwei Beispielen verdeutlicht werden: In Dudweiler wurde der Vater eines Sekretärs der GSV verhaftet, während in Saarbrücken ein französischer Offizier nach einem erfolglosen Versuch einer Verhaftung die Bemerkung „*Oh wirr wissen, wo er ist hingegangen: ... Bärrlin, Gönikgrätzerstraße!*“ fallen ließ: Vgl. SF 1 (1920) 16, S. 152; BRUCH: Franzosen im Saargebiet, S. 94.

bisherigen Mitarbeiter kompromittiert waren⁶³⁶, hatten die zahlreichen Ausweisungen gezeigt, daß die Regierungskommission bzw. das französische Militär auch nach Inkrafttreten des Friedensvertrages zu kompromißlosem Vorgehen gegen reichsdeutsche Einmischungsversuche bereit war⁶³⁷. Die Enttarnung tatsächlicher und vermeintlicher⁶³⁸ Mitarbeiter des Heimatdienstes und des Saarvereins machte daher einen Neuaufbau der Verbindungsnetze notwendig. Auf längere Sicht gesehen hingegen unterstrich der Kampf der Regierungskommission gegen den deutschen Nationalismus in Gestalt des Heimatdienstes und Saarvereins die Notwendigkeit einer prodeutschen Propaganda. Ihr wurden geradezu die Mitarbeiter in die Arme getrieben⁶³⁹, so daß die Reorganisation des Vertrauensmännernetzes nach kurzer Unterbrechung vonstatten gehen konnte.

2. Bislang hatte die prodeutsche Propaganda im Saargebiet von dem Umstand profitiert, sich mit dem Saarausschuß auf ein Gremium größtenteils gebürtiger Saarländer stützen und sich hinter dieser Fassade verbergen zu können. Die Offenlegung der Verbindungen zu einer Berliner Regierungsorganisation rief jedoch Erinnerungen an die Propaganda der letzten Kriegsmomente hervor, in welchen die staatlichen Stellen massiv ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt hatten⁶⁴⁰. In ihrer bisherigen Tätigkeit hatte die Reichszentrale darauf geachtet, *„daß in der zu beeinflussenden Bevölkerung der Eindruck erweckt wird, daß die Stimmung aus der eigenen Mitte herauskommt“*, weshalb sie im Hinblick auf mögliche alliierte Gegenreaktionen darauf drängte, *„nach außen hin jede unmittelbare Einflußnahme der*

⁶³⁶ Zeitgleich mit dem Beamtenstreik an der Saar wurden in Mainz auf Grundlage des bei Groger gefundenen Materials die Urteile gegen RfH-Funktionäre in contumaciam gesprochen: Wegen politischer, militärischer und industrieller Spionage wurden Groger, Wernerus, Loos (Leiter der Darmstädter Zentrale) und Markardth zu je 20 Jahren Gefängnis und 20 Jahren Aufenthaltsverbot in Frankreich bzw. im besetzten Gebiet verurteilt: Vgl. Bericht über den Spionageprozeß (13.08.20), in: BA-R 1501/102.883. Daß das Vertrauensmännersystem im Saargebiet durch den Fall Ollmert zusammengebrochen war, gestand Vogel auch auf der Kasseler Bundestagung im darauf folgenden Frühjahr ein: Vgl. Tätigkeitsbericht Vogels (03.04.21), in: BA-R 8014/18.

⁶³⁷ Wie Rault selbstbewußt dem Völkerbund mitteilte, führte seine Politik der Härte zunächst zu einer Befriedung des Gebietes: Vgl. V. periodischer Bericht der Regierungskommission (25.10.20), in: JO 1 (1920) 8, S. 65 f. Die Bereitschaft, sich offen zum Deutschtum zu bekennen, scheint im Herbst 1920 aus Angst vor weiteren Ausweisungen tatsächlich abgenommen zu haben: Vgl. SF 1 (1920) 20, S. 198. Nach einigen Wochen durfte der Großteil der Ausgewiesenen wieder zurückkehren: Vgl. VI. periodischer Bericht der Regierungskommission (25.01.21), in: JO 2 (1921) 2, S. 198.

⁶³⁸ So protestierte beispielsweise der katholische Pfarrer Schlich gegen die gegen ihn erhobenen Verdächtigungen. Obwohl er von Ollmert 5.000 Mark für die katholischen Bibliotheken erhalten hatte, wies er jeden Kontakt zum Heimatdienst zurück: Vgl. Brief Schlichs an das Generalvikariat Trier (19.08.20), in: Bistumsarchiv Trier, 85/1554.

⁶³⁹ Die Feststellung Bernhard TRITTELVITZS (Meine Patienten, die Kumpels und ich. 27 Jahre Arzt an der Saar, Leipzig 1934, S. 151) bezog sich zwar auf die Ausweisungen des Jahres 1919, trifft aber ebenso auf die längerfristigen Folgen des Beamtenstreiks zu: *„Durch die Festnahme so vieler Bergleute haben sich die Franzosen unbeliebt gemacht und haben Märtyrer geschaffen der deutschen Sache. Wenn es auch in diesem Streik gar nicht ums Deutschtum ging, die Hunderte von Bergleuten, die über den Rhein verbannt worden sind, werden das nie vergessen.“* Vgl. ebenso LOTH: Die Saarfrage, S. 279 und PAUL: Deutsche Mutter, S. 48–61.

⁶⁴⁰ Vgl. Volker ULLRICH: Zur inneren Revolutionierung der wilhelminischen Gesellschaft des Jahres 1918, in: Jörg DUPPLER/ Gerhard P. GROSS (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999, S. 273–283, hier: S. 280 f.

*offiziellen Regierungsstellen möglichst zurücktreten zu lassen.*⁶⁴¹ Nun waren die Herkunft der Propagandagelder ebenso wie die Auftraggeber ans Tageslicht gebracht und die gerade erst als Tarnunternehmen gegründete Rheinische Volkspflege als verlängerter Arm Berlins demaskiert worden. Der hieraus resultierende Vertrauensverlust erforderte erneut eine Reorganisation⁶⁴². Wenngleich die RfH/ RVP entgegen der Zusage der Reichsregierung ihre Tätigkeit weder im besetzten Gebiet noch an der Saar gänzlich einstellte⁶⁴³, erfolgte nach der Affäre Ollmert zumindest im Saargebiet ein Rückgang der eigenen Aktivitäten. Dank des Saarvereins konnte die RfH allerdings an der offiziellen Version festhalten; aus dem Juniorpartner in der Königgrätzer Straße wurde so eine weitere Tarn- bzw. Stellvertreterorganisation.

3. Stand die Reichszentrale nach den Wahlen im Sommer 1920 ohnehin von verschiedenen Seiten unter Druck⁶⁴⁴, so geriet sie infolge des Mißgeschicks noch stärker unter Legitimationszwang. Insbesondere die Ambitionen der Länder nach Mitsprache bei der Kulturpropaganda an der Saar ließen sich nicht länger ignorieren. Zugleich provozierte der Zwischenfall eine verstärkte Aktivität Bayerns.
4. Obwohl die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ihre Tätigkeit aufgrund des reduzierten Engagements der RfH/ RVP weiter ausbauen konnte, büßte sie infolge der Auflösung des Saarausschusses zunächst ihren Einfluß auf die Vergabe der zu verteilenden Gelder ein⁶⁴⁵. Ungeachtet dessen, daß das Auswärtige Amt offiziell erklärte, es sei ganz natürlich *„daß sich Deutsche im Reich der Saarfrage annehmen und im Zusammenhang mit den Bewohnern des Saargebiets bleiben“*⁶⁴⁶, zeigte gerade die Wilhelmstraße in den folgenden Monaten größere Zurückhaltung bei der Kooperation mit der privaten Saarheimatschutzorganisation.
5. Für die weitere Entwicklung der Saarvereinsarbeit von untergeordneter Bedeutung, für den Historiker hingegen mit bedauerlichen Auswirkungen war die Konsequenz, welche die

⁶⁴¹ Brief der RfH an die Reichskanzlei (11.05.20), in: BA-R 43-I/2504.

⁶⁴² Vgl. Protokoll der Besprechung in der Reichskanzlei mit Vertretern des AA (14.08.20), in: BA-R 43-I/239. Der Zwischenfall verbreiterte den Graben zwischen der saarländischen Mehrheitssozialdemokratie und den Unabhängigen Sozialdemokraten, die nicht bereit waren, mit der Nachfolgeorganisation des Kriegspresseamts oder der Berliner Saarvereinigung zu kooperieren. Dies hing vor allem mit der Person Vogels zusammen, *„der schon sehr viel Unheil vor und nach dem Kriege hierher gebracht hat.“*: Rede Herzbergers (USP) auf der Sitzung des Neunkircher Gemeinderates, in: „Volksstimme“ Nr. 194 (20.08.20).

⁶⁴³ Auch JACOBY (Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 32) erlag der Verschleierungstaktik der RfH, als er konstatierte, daß nach 1920 keine Tätigkeit mehr im Saargebiet feststellbar war. Vgl. hierzu: SF 1 (1920) 20, S. 197 f.

⁶⁴⁴ Vgl. WIPPERMANN, S. 161–165; RICHTER, S. 43–47. Erst infolge der Krise des Jahres 1920/21 wandelte sich die Reichszentrale von einer reinen Propagandastelle der Reichsregierung zu einer Institution politischer Bildung und Aufklärung.

⁶⁴⁵ Vogel mußte Anfang 1921 den Referenten der RVP für kulturelle Angelegenheiten, Dr. Paul Rühlmann, bitten, künftig wieder zu Besprechungen über Vereinszuschüsse hinzugezogen zu werden: Vgl. Brief der GSV an die RVP (22.02.21), in: BA-R 8014/780.

⁶⁴⁶ Protestnote der Reichsregierung an den Leiter der Minoritätenabteilung des Völkerbunds, Eric Colban (15.09.20), in: Arch. SDN 19–27, Sous-Section Saar Basin, R 91/7008/2.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“ aus dem Fall Ollmert zog: Fortan achtete Vogel nicht nur im externen Schriftverkehr auf äußerste Diskretion, sondern verzichtete selbst im internen Geschäftsbetrieb auf schriftliche Aufzeichnungen über seine Ansprechpartner und Verbindungsstellen an der Saar bzw. im Deutschen Reich⁶⁴⁷.

b) Verlängerter Arm des Reiches an der Saar: Die Kooperation mit der „Rheinischen Volkspflege“ (September 1920 – Herbst 1930)

Noch während die Verhaftungswelle im Saargebiet lief, berieten Vertreter der RVP, des Auswärtigen Amtes und des Reichsministeriums des Innern über die Konsequenzen aus dem Zwischenfall Ollmert⁶⁴⁸. Obwohl spätestens nach Verkündung der Urteile im Mainzer Spionageprozeß kein Zweifel mehr daran herrschen konnte, daß die Reichszentrale aufs schwerste kompromittiert war, hielt man am Konfrontationskurs fest. Beispielsweise erging die Presseanweisung, die RfH habe sich nichts zu Schulden kommen lassen, da sie nur die berechtigten Interessen des Reiches vertreten habe. Anstelle einer politischen Schadensbegrenzung trat die Reichszentrale die Flucht nach vorne an und polemisierte nun selbst gegen die französischen Propagandastellen im besetzten Gebiet⁶⁴⁹. Den gleichen Standpunkt vertrat auch die Reichsregierung gegenüber dem Völkerbund.

Um die Gefahr zu bannen, den noch immer nicht befriedigten Länderambitionen zum Opfer zu fallen und damit die Gesamtorganisation in Frage gestellt zu sehen, schob die RfH/ RVP die Schuld an dem Fiasko der Fahrlässigkeit Ollmerts bzw. der groben Pflichtverletzung Grogers zu⁶⁵⁰. Die Strategie erwies sich als erfolgreich, denn von der Entscheidung der Reichsregierung Ende August 1920 wurde die Berliner RVP-Zentrale nicht tangiert⁶⁵¹. Nach außen wurden somit lediglich die ohnehin nicht mehr einsatzfähigen Außenposten in Köln und Mannheim zugunsten der Gesamtorganisation geopfert. An die Stelle des bisherigen Systems der Verbindungsstellen und persönlichen Propaganda im besetzten Gebiet traten im Sommer 1920 die Kooperationen

⁶⁴⁷ Vgl. beispielsweise das Protokoll der Bundestagung 1921 (in: BA-R 8014/18) oder den Schriftwechsel zwischen der GSV und Posselt (08.05.28, 09.05.28 und 15.05.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5. Zur Rekonstruktion der Tätigkeit Vogels im Saargebiet bleibt somit nur der individuelle Schriftverkehr mit einzelnen Vertrauensleuten. Erst Ende der zwanziger Jahre finden sich wieder erste Verzeichnisse. Zum Vertrauensmännerapparat der GSV siehe Kap. 3.3 a).

⁶⁴⁸ Vgl. Besprechungsprotokoll in der Reichskanzlei (14.08.20), in: BA-R 43-I/239.

⁶⁴⁹ Vgl. „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 402 (19.08.20).

⁶⁵⁰ Vgl. „Bericht über den Aufbau der Rheinischen Volkspflege und ihre einzelnen Arbeitszweige“ (21.08.20), in: BA-R 1603/2154. Siehe auch WIPPERMANN, S. 204–209.

⁶⁵¹ „Die Aufklärungstätigkeit der Rheinischen Volkspflege ist auf Grund der Vorgänge und Erfahrungen der letzten Zeit einzustellen. Die Zweigstellen sind sofort aufzulösen.“: Brief der Presseabteilung der Reichsregierung an die RVP (28.08.20), in: BA-R 1603/2153. Am 02.09.20 erging ein entsprechendes Rundschreiben der RVP an ihre Zweigstellen. Während die RfH zunächst weiterhin ressortmäßig der Presseabteilung zugeordnet blieb, wechselte die Zuständigkeit für die RVP zum Jahresanfang 1921 auf das RMI über, wo sie im Mai des gleichen Jahres dem StSbesGeb unmittelbar unterstellt wurde. Ab 1923 bis zur ihrer Auflösung 1930 war sie im RMbesGeb ressortiert: Vgl. WEIN, S. 98. Das Kraussche Lektorat blieb hingegen der Presseabteilung der Reichsregierung zugeordnet: Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung im AA vom 19.11.20, in: PA AA, Presseabteilung, R 122.462.

mit selbständigen Unterorganisationen wie der „Rheinischen Kulturkonferenz“⁶⁵² und der „Rheinischen Frauenliga“⁶⁵³. Zugleich wurde auch die Zusammenarbeit mit Vertretern der rheinischen Wirtschaft, Kulturpolitik und Wissenschaft intensiviert. Offiziell waren fortan nur noch die politischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen, Berufsverbände und Jugendbünde Träger der Aufklärungs- und Abwehrarbeit, was einzelne Funktionäre vor Verfolgung schützen sollte. Die RVP beschränkte sich allerdings keineswegs auf die Subventionierung der rheinischen Organisationen und die Einberufung von Konferenzen, sondern unterhielt auch weiterhin einen Vertrauensmännerapparat jenseits des Rheins⁶⁵⁴ und blieb publizistisch aktiv⁶⁵⁵. Gewissermaßen als Zugeständnis an die Länder (Preußen, Bayern, Hessen, Oldenburg und Baden) wurden an der Grenze zum besetzten Gebiet am Vorbild der Mannheimer Pfalzzentrale orientierte Fürsorgestellen errichtet⁶⁵⁶. Jenseits des Rheins kooperierte die RVP mit der Reichszentrale für Heimatdienst und der Pressestelle der Reichsregierung. Auch nach der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische

⁶⁵² Die „Rheinische Kulturkonferenz“ hatte sich im Mai 1920 auf Initiative der RfH aus Spitzenverbänden kulturpolitischer Organisationen in Fulda konstituiert. In monatlichen Sitzungen beriet das Gremium unter Einbeziehung eines RVP-Vertreters über die Richtlinien der Kulturarbeit und Finanzierung anstehender Projekte und leitete entsprechend genehmigte Anträge an die Behörden weiter. Die RVP nahm den Nachteil, die Initiative abgegeben zu haben, billigend in Kauf, da künftig die Subventionierung von Volksbibliotheken, Theatern, sportlichen, volksbildenden oder musischen Einrichtungen, Wandervereinen, Wohlfahrts- und Jugendverbänden durch das Votum im Rheinland beheimateter Organisationen abgesegnet war und damit der Vorwurf der Bevormundung nicht mehr griff: Vgl. WIPPERMANN, S. 207; WEIN, S. 110 f.

⁶⁵³ Die „Rheinische Frauenliga“, ebenfalls im Frühjahr 1920 als parteiübergreifende und interkonfessionelle Arbeitsgemeinschaft der im Rheinland bestehenden Frauenverbände aus der Taufe gehoben, trat vor allem als Herausgeberin von Propagandaschriften über die farbigen Besatzungstruppen hervor, die auch in andere Sprachen übersetzt wurden. Des weiteren organisierte sie Protestversammlungen im unbesetzten Deutschland gegen die „schwarze Schmach“. Die spätere Geschäftsführerin der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“, Margarete Gärtner, war zugleich Geschäftsführerin der Liga und Leiterin des Frauenreferats der RVP: Vgl. WIPPERMANN, S. 207; GÄRTNER, S. 62–68; Denkschrift über die Arbeit und Organisation der RVP (01.02.21), in: BA-R 1603/2154. Im November 1921 zählte die Liga bereits 44 angeschlossene Vereine und Verbände: Vgl. Denkschrift über die Arbeit und Organisation der RVP (10.11.21), in: BA-R 1603/2155.

⁶⁵⁴ Vgl. Brief eines Dr. Gebhardt an die RVP (31.12.20, in: BA-R 1603/2526), in welchem dieser Rühlmann sehr detaillierte Vorschläge zur Propaganda im Saargebiet unterbreitete. Dr. Gebhardt war zugleich Mitglied des „Rhein-Main-Verbandes für Volksbildung“ und des Saarausschusses der „Rheinischen Kulturkonferenz“. Vgl. auch Brief der RVP an Wohlgemuth (04.11.21), in: BA-R 1603/2793. Prominentester Kurier und Verbindungsmann dürfte Werner Best, der spätere Stellvertreter Reinhard Heydrichs bei der Gestapo, gewesen sein: Vgl. HERBERT: Best, S. 72–87.

⁶⁵⁵ Insofern trifft die Feststellung WEINS (S. 107–110), kennzeichnend für die deutsche Gegenpropaganda am Rhein sei deren Passivität und überbordender Bürokratismus gewesen, nicht zu.

⁶⁵⁶ *„Die Stellen sind also an dem besetzten Gebiet sitzende Saugköpfe, die alle Klagen, Wünsche, Übergriffe, kurz alles, was Mißstimmung hervorruft, herausziehen, für jeden Zeit und Trost haben und so das im besetzten Gebiet vorhandene Gefühl des Verlassenseins ausschalten und durch schnelle Verbindung mit den Behörden die Klagen aus der Welt schaffen, daß die Behörden kein Interesse und keine Zeit für die Rheinländer hätten und daß die Organisation der Reichs- und Staatsbehörden den besonderen Verhältnissen des Rheinlandes nicht angepaßt sei.“* Gegen die Zusicherung der Kooperation mit der RVP sollte das Reich den Bundesstaaten für jede Stelle 10.000 Mark monatlich zur Verfügung stellen. Vgl. „Vorschläge für die Zusammenarbeit mit den Bundesstaaten bei der Abwehr der Separationsbestrebungen“ (19.11.20), in: PA AA, II a Presseabteilung, R 122.462. Siehe auch „Vorschläge für die Regelung der Zusammenarbeit der Rheinischen Volkspflege mit den Landesregierungen“ (April 1921), in: BayHStA, Haupthilfsstelle Pfalz 78 (auch im Anhang, Dok. 9). Zu dieser Zeit war die RVP erneut durch das PrMI ins Kreuzfeuer der Kritik geraten: Vgl. WEIN, S. 106 f.

Truppen blieb es im Westen bei der Ende 1920 vorgenommenen Arbeitsteilung: Während sich die RfH auf das Einbruchgebiet konzentrierte, fiel das eigentliche besetzte Rheinland weiterhin in den Zuständigkeitsbereich der RVP⁶⁵⁷.

Doch wie gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen der RVP und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bzw. dem inzwischen gegründeten Bund der Saarvereine? Im Zuge der Umstrukturierung der Berliner Zentrale am Kronprinzenufer richtete die RVP neben einem Spezialreferat für Eupen-Malmedy auch eine Saarabteilung unter der Leitung des Staatsanwaltschaftsrats Retienne ein, der ein Etat in Höhe von 500.000 Mark zur Verfügung stand⁶⁵⁸. Gerade in der Phase ihrer erneuten Konsolidierung fand die Geschäftsstelle in der Person des Saarländers Retienne die notwendige Unterstützung. Er bescheinigte ihr nicht nur, daß sie wegen der Versorgung der deutschen Presse mit Artikeln und vor allem durch den „Saar-Freund“ die erwartete Propagandaarbeit *„in geradezu hervorragender Weise erfüllt“* habe, sondern befürwortete entschieden die weitere Zahlung der zu Jahresanfang vereinbarten monatlichen 5.000 Mark, die im Verhältnis zum Nutzen vernachlässigbare Kosten seien:

*„Überhaupt besitzen unsere Bestrebungen in der Person des Herrn Vogel ein zur Entfaltung von Propaganda hervorragendes Talent, das zu fördern im dringendsten Interesse der Rheinischen Volkspflege liegt [...]“*⁶⁵⁹

Auf der Basis dieses Vertrauensverhältnisses übertrug die RVP, die ihrerseits selbst als Tarnorganisation der Reichszentrale für Heimatdienst im besetzten Gebiet agierte, die Organisation der deutschen Gegenpropaganda im Saargebiet auf den Saarverein bzw. stützte sich auf die im „Deutschen Schutzbund“ (DSB) vereinigten Verbände⁶⁶⁰. Dank dieser Konstruktion traten fortan offizielle Stellen nicht mehr propagandistisch in Erscheinung; freilich

⁶⁵⁷ Eine Wiedervereinigung beider Organisationen hätte die Aufmerksamkeit der Franzosen stärker auf die RVP gelenkt: Vgl. Brief des RMbesGeb an den Präsidenten des Rechnungshofes (24.01.24), in: PA AA, Presseabteilung, R 122.463. Auch das AA teilte diesen Standpunkt trotz der damit verbundenen höheren Kosten. Siehe hierzu die Selbstdarstellung der RVP vom Frühjahr 1925 (in: BA-R 1603/2157): *„Die Rheinische Volkspflege dient den verschiedenen Behörden, vor allem dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete als Treuhänder bei finanziellen Unterstützungen von Organisationen [...]“*

⁶⁵⁸ Vgl. Brief der RVP an StS Lewald (09.03.21), in: BA-R 1603/2526. *„Hier treffen sich wiederum politische, wirtschaftliche, kulturelle und Pressefragen, die der Saarreferent in Gemeinschaft mit den Sachreferenten der R.V.P. löst.“* Denkschrift über die Arbeit und Organisation der RVP (01.02.21), in: BA-R 1603/2154. Vermutlich wurde das Saarreferat aber schon im Herbst 1921 wieder den anderen Sachreferaten zugeschlagen, um eine einheitliche Regelung in allen Fragen des Rheinlandes zu gewährleisten: Vgl. Denkschrift über die Arbeit und Organisation der RVP (10.11.21), in: BA-R 1603/2155.

⁶⁵⁹ Brief der RVP an Pressechef Heilbron (27.11.20), in: BA-R 1603/2519. Retienne nahm an der Bundestagung in Kassel teil und führte dem BdS zahlreiche neue Mitglieder zu: Vgl. BA-R 8014/150.

⁶⁶⁰ Vgl. Brief der GSV an Geheimrat Maurer (31.01.21), in: BA-R 8014/142. Zum DSB siehe Kap. 3.4 a. Daß der Vertrag zwischen der Geschäftsstelle und der RVP nicht erneut schriftlich fixiert wurde, war eine der Lehren, die aus dem Fall Ollmert gezogen wurden; auch Vogel plädierte aus Gründen der Geheimhaltung für eine Reduzierung schriftlicher Berichte, Anträge und Übereinkünfte: Vgl. Brief der GSV an die RVP (28.12.20), in: BA-R 1603/2519. Ein ordnungsgemäßer Vertrag hätte das finanzielle Entgegenkommen der RVP einklagbar gemacht.

war „*dies nur das Mäntelchen, da natürlich die Regierung das alles nicht offiziell machen kann*“, wie das Auswärtige Amt feststellte⁶⁶¹. Der Schutzbund sah dies wiederum als Chance, seinen eigenen Einfluß zu steigern, und spekulierte in einer Denkschrift darauf, zu allen relevanten Sach- und Personalfragen hinzugezogen zu werden und die anfallende Propagandaarbeit mit seinen Mitgliedsvereinigungen durchzuführen. Nach Ansicht des Kartellverbandes sollte die RVP zwar zu einer eigenständigen Regierungsbehörde aufgewertet, zugleich aber zum subventionierenden Bindeglied zwischen den staatlichen Instanzen und den Verbänden degradiert werden⁶⁶². Obwohl Vogel prinzipiell mit diesem Gedanken geliebäugelt haben muß und er ebenfalls der Ansicht war, daß ein Großteil der Propagandaarbeit der RVP mit geringerem Aufwand auch vom Bund der Saarvereine wahrgenommen werden konnte⁶⁶³, verweigerte er im Namen seiner Organisation die Unterschrift unter die Eingabe des Schutzbundes. Er sah in der reformierten RVP die

„berufene Ausübungsstelle des Reichsministeriums des Innern und die Grundlage für ein gedeihliches Zusammenarbeiten [...] In diesem Sinne denken wir uns die Rheinische Volkspflege als diejenige Zentrale, mit der die einzelnen Landsmannschaften und Hilfsorganisationen, also auch der Bund und die Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ zusammenarbeiten müßten.“

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und der Bund der Saarvereine wollten fortan ihre Schlagkraft in den Dienst der RVP stellen – „*sofern ihren berechtigten Wünschen gebührend Rechnung getragen werden wird.*“⁶⁶⁴ Anscheinend rechnete sich Vogel durch die Kooperation mit der RVP größere Chancen aus als durch den Versuch, diese mit Hilfe des Schutzbundes auszubooten. Sein Kalkül scheint aufgegangen zu sein, denn binnen weniger Tage leitete Retienne den Antrag auf Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses für die bevorstehende Bundestagung in Kassel befürwortend an das Reichsministerium des Innern weiter⁶⁶⁵. Der Saarverein konnte also hoffen, seine „*berechtigten Wünsche*“ durch die Anlehnung an die RVP zu realisieren.

⁶⁶¹ Vgl. Gesprächsnotiz im AA (05.02.21), in: PA AA, Presseabteilung, R 122.465. Das Innenministerium hatte sich damit gegen die Skepsis des RMFinanz durchgesetzt, welches die Fähigkeiten der privaten Saarvereinigungen nüchterner beurteilte. In einem Rundschreiben von September 1920 (in: BA-R 2/2689) wies das Finanzressort darauf hin, daß es nicht ratsam wäre, „*die Propaganda in den einzelnen deutschen Ländern durch selbständige Vereine vornehmen zu lassen, sondern, daß es im Interesse der Einheitlichkeit der Durchführung der Propaganda zu empfehlen ist, daß die Propaganda einer einheitlichen, über das ganze Reich verbreiteten Vereinigung [der RfH – F.B.] übertragen wird.*“

⁶⁶² Vgl. „Entwurf einer Eingabe an das Reichsministerium des Innern betr. Rheinische Volkspflege“ (08.03.21), in: BA-R 8039/59.

⁶⁶³ Als er Dr. Sonnenschein die Vorzüge privat organisierter Propaganda am Beispiel der „Union Française“ vorzeichnete, machte sich Vogel die bekannten Vorbehalte Preußens gegen die getarnte Reichsbehörde zunutze: Vgl. Brief der GSV an das PrMI (08.07.21), in: BA-R 8014/666.

⁶⁶⁴ Brief der GSV an den DSB (16.03.21), in: BA-R 1601/1696. Da eine Kopie des Schreibens erst einen Monat später der Reichskanzlei, dem Reichspräsidenten und dem RMI zuing, scheint es von Vogel nicht mit der Intension verfaßt worden zu sein, bei den Behörden zu punkten. Es ist eher als Indiz für die wachsende Entfremdung zwischen der GSV und dem DSB zu werten.

⁶⁶⁵ Vgl. Brief der GSV an die RVP (09.03.21), in: BA-R 8014/780; Brief der RVP an das RMI (16.03.21), in: BA-R 1601/1696. Die GSV beschränkte sich in ihren Bittschriften um finanzielle Unterstützung selten auf eine einzelne Behörde; schon nach wenigen Tagen wandte sich Vogel selbst an das Innenministerium: Vgl. Brief der GSV an das RMI (16.03.21), in: BA-R 8014/780.

Im großen und ganzen war der Plan der deutschen Behörden erfolgreich, da Regierungskommission und die französische Regierung keine offiziellen rechtlichen Schritte gegen diese – von amtlicher Seite verbürgt – nichtamtliche Propaganda einleiteten konnten, obwohl ihnen die organisatorische Neuregelung nicht verborgen blieb: Als sich der Auswärtige Ausschuss im Frühjahr 1921 unter anderem auch mit der antifranzösischen Agitation an der Saar beschäftigte, führte der Berichterstatter Désiré Ferry aus, daß die deutsche Propaganda eine veränderte Form angenommen habe:

„Sie wurde im Saargebiet durch den ‚Saar-Verein‘ ersetzt. Diese neue Vereinigung zeigt sich von heftigster Feindschaft gegen Frankreich und verfügt außer einer gewissen Presse über eine besondere Zeitschrift, den ‚Saar-Freund‘. [...] Diese Propaganda für die Verteidigung des Alldeutschtums betätigt sich fortgesetzt ebenso im Saargebiet, wie im Ausland unter dem Einfluß der Großindustrie und der nationalistischen Partei, die die öffentliche Meinung in Deutschland schulmeistern möchte.“⁶⁶⁶

Auch nach Auflösung des Saarreferates verlief die Kooperation weitgehend reibungsfrei⁶⁶⁷; gegen Erstattung der Unkosten wurde die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ beispielsweise von der RVP beauftragt, für das Auswärtige Amt vorgefertigte Artikel in der Presse zu lancieren⁶⁶⁸. Verschiedene Ortsgruppenmitglieder, die an Rednerkursen der „Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung“ teilgenommen hatten, wurden in die Referentenliste der RVP übernommen⁶⁶⁹; auf der anderen Seite vermittelte diese der Geschäftsstelle ebenfalls namhafte Redner wie beispielsweise den Geographen Friedrich Metz. Als im Herbst 1923 die Schaffung

⁶⁶⁶ Gutachten des französischen Abgeordneten Désiré Ferry im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über den Plan zur Schaffung eines Bergamtes für die Saargruben im Saargebiet (19.04.21), zitiert nach: Fritz MAYER, S. 92–97; SF 2 (1921) 16, S. 217–221. Siehe auch Brief der Zentralfürsorgestelle für die besetzten Gebiete, Abt. Bayern an Jolas (25.06.21), in: BayHStA, MA 108.214. Ferry schlug als Gegenmaßnahme vor, daß die französische Grubenverwaltung ihre wirtschaftliche Dominanz zur Erreichung politischer Ziele einsetzen und den Saarländern die Vorzüge Frankreichs vermitteln solle. Hierzu schien ihm notwendig, daß die französischen Ingenieure die deutsche Sprache beherrschten. REIMER (S. 178) irrte sich also, als er feststellte, „daß in französischen Akten keinerlei Unterlagen über sie [die RVP – F.B.] gefunden werden konnten.“ Siehe hingegen: Renseignement Nr. 630 (13.05.21), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 641, in welchem der Saarverein unter der Leitung Vogels neben der RVP als Untersektion der RfH erscheint und dem PrMI zugeordnet wurde. „*Les syndicats ouvriers sarrois sont aidés et contrôlés dans leur action politique par la ‚Rheinische Volkspflege‘ Berlin, Kronprinzenufer, 21, qui est une filiale du Heimatdienst. Les fondateurs de la Rheinische Volkspflege sont un certain major Wrochem et une demoiselle Gartner.*“: Aktennotiz (06.09.22), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 604.

⁶⁶⁷ Gleichwohl war der Leiter der RVP Vogel ein Dorn im Auge; erleichtert teilte er Anfang Juli 1921 einem Vertrauten mit, „den berühmten Herrn von Wrochem glücklich abgesägt [zu] haben“: Brief der GSV an Ludwig (11.07.21), in: BA-R 8014/146. Von Wrochem schied Ende Juni 1920 verbittert aus dem Dienst. Bis Frühjahr 1924 war er Geschäftsführer der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“: Vgl. Rundschreiben von Wrochems (28.06.21), in: BayHStA, Haupthilfsstelle 78; GÄRTNER, S. 83–109. Zeitweise war sogar Ollmert als Leiter der RVP im Gespräch; von Wrochem folgte aber Freiherr Dr. von Solemacher-Antweiler, bis schließlich Paul Rühlmann von Januar 1926 bis zur Auflösung der RVP die Leitung übernahm: Vgl. Brief des RMbesGeb an die bayerische Vertretung (28.01.26), in: BayHStA, Bayerische Gesandtschaft Berlin 1751.

⁶⁶⁸ Vgl. Brief der GSV an die RVP (09.05.21), in: BA-R 1603/2511. Wie die RVP dem PrMI am 13.10.21 (in: BA-R 1603/2723) mitteilte, plante sie im Winterhalbjahr eine intensive Aufklärungsarbeit über die Verhältnisse im besetzten Gebiet. Hiermit sollten der BdS und der Reichsverband der Rheinländer betraut werden.

⁶⁶⁹ Für einen Kursus um Januar 1922 waren vorgesehen: Ollmert, Ommert, Vogel, Xyländer und Meyer (München), Röller (Berlin), Rau (Barmen), Kurz (Hagen), Scholl, de Haas (Essen) sowie Schneider und Korst (Herne): Vgl. Brief der GSV an die RVP (03.11.21), in: Ebd.

eines deutsch orientierten Kriegsversehrtenverbandes im Saargebiet als Pendant zum kommunistischen „Einheitsverband der Kriegsoffer des Saargebiets“ erwogen wurde, erging auch an den Saarverein die Bitte zur Mitarbeit⁶⁷⁰. Etwa zur gleichen Zeit forderte Vogel die Ortsgruppen des Bundes auf,

*„wo immer sich nur Gelegenheit dazu bietet, in möglichst enge Arbeitsgemeinschaft und gute Fühlungnahme mit den Leitern der Landesabteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst treten zu wollen.“*⁶⁷¹

Während so die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gegen eine feste jährliche Zuwendung für die RVP Handlangerdienste erfüllte⁶⁷² und in der Person Paul Rühlmanns einen entschiedenen Fürsprecher fand⁶⁷³, blieb das Verhältnis zur RVP und dem dahinter stehenden Rheinministerium dennoch nicht ungetrübt.

Anlaß bildeten die Verteilungskämpfe um die wenigen zur Verfügung stehenden Reichsmittel in der Phase der sich zuspitzenden Inflation. Vogel, ohnehin mit dem Vorwurf schnell zur Hand, die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ fände nicht die ihr gebührende Anerkennung bei den Behörden, protestierte vehement gegen die vollständige Finanzierung des „Rheinischen Beobachters“ für den „Reichsverband der Rheinländer“, während der Saarverein sein Verbandsorgan, den „Saar-Freund“, aus eigener Kraft bestreiten mußte⁶⁷⁴. Als Wochenzeitschrift war der „Rheinischer Beobachter“ nach 1922 anstelle der „Westdeutschen Nachrichten“⁶⁷⁵

⁶⁷⁰ Vgl. Rundschreiben der RVP an die GSV (06.09.23), in: BA-R 8014/782; SF 4 (1923) 1, S. 7.

⁶⁷¹ Bei Kundgebungen sollte deren Unterstützung etwa durch Redner, Vortragmaterial, Lichtbilder oder Zuschüsse angenommen werden. Vgl. Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (06.06.23), in: BA-R 8014/121. Detaillierte Listen der Landesabteilungen in: BA-R 43-I/2504 und RICHTER, S. 99–105. Die Kooperation war zwar nach 1920 reduziert worden, jedoch zählte die GSV auch weiterhin als zuverlässiger Partner: Vgl. Strahls Auflistung amtlicher, halbamtlicher und privater Organisationen der vaterländischen Aufklärung (16.11.21), in: PA AA, Presseabteilung, R 122.448.

⁶⁷² Beispielsweise regte die RVP Ende 1924 an, daß die GSV dafür Sorge tragen sollte, dem von der „Administration des Mines Domaniales“ herausgegebenen „Bergmannskalender“ keine Unterstützung deutscher Firmen zuteil werden zu lassen: Vgl. Brief der RVP an die GSV (22.12.24), in: BA-R 8014/783. Zwei Jahre später erfolgte eine ähnliche Bitte.

⁶⁷³ Rühlmann teilte Vogel unter anderem „*persönlich und streng vertraulich*“ mit, daß der DSB gegenüber dem RMI behauptet habe, der Saarverein sei lediglich eine seiner Unterorganisationen, um dessen Reichszuschüsse zu erhalten. Ferner gab er der GSV hinter vorgehaltener Hand detaillierte inhaltliche Hinweise für ihre Eingaben bei der RVP: Vgl. Brief Rühlmanns an die GSV (15.09.24), in: BA-R 1603/2521; undatierte Niederschrift über Besprechung vom 06.07.26, in: BA-R 8014/783. Rühlmann war außerdem Mitglied der Berliner Ortsgruppe: Vgl. Mahnliste für 1928, in: BA-R 8014/226.

⁶⁷⁴ Vgl. beispielsweise: Brief der GSV an den Vorsitzenden der Landsmannschaft Eupen-Malmedy, Freiherr von Broich (30.03.22), in: BA-R 8014/712 und Eingabe der GSV an das AA (12.01.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090. Zur tatsächlichen Finanzierung des SF siehe Anm. 2708.

⁶⁷⁵ Nach Einstellung der „Täglichen Informationen aus den besetzten Gebieten“ im Herbst 1921 überbrückte zunächst die Halbmonatsschrift „Westdeutsche Nachrichten. Kurze Übersicht über die Ereignisse und Pressestimmen der besetzten und abgetrennten deutschen Gebiete im Westen“ bis Anfang 1922 das Informationsdefizit. Auch sie wurde schon – zumindest offiziell – vom „Reichsverband der Rheinländer“ herausgegeben; für die Schriftleitung zeichneten nacheinander Hanns Heinrich Bormann und Dr. Herbert Stegemann verantwortlich: Vgl. BA-R 1601/1649 und BA-R 8014/1087.

erschienen; seine Auflagenhöhe⁶⁷⁶ orientierte sich an „den jeweiligen Anforderungen für propagandistische Verbreitung“⁶⁷⁷. In der Zeit der knappen öffentlichen Haushaltsmittel drohte er mit Parolen wie

„Der ‚Rheinische Beobachter‘ hat sich in den letzten Monaten zu der gelesensten Wochenschrift der Fragen der Saar [!], des Rheins und der Ruhr entwickelt und zwar im In- und Auslande“⁶⁷⁸, den „Saar-Freund“ zu verdrängen. Wenngleich der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ sonst prinzipiell daran gelegen war, saarspezifische Angelegenheiten auf einer möglichst breiten Plattform thematisiert zu sehen, mußte das Organ der Rheinländer während der Krise 1923 als unliebsame Konkurrenz erscheinen. Die Forderungen nach einer dem „Beobachter“ vergleichbaren Finanzierung rissen bis zur Einstellung der Zeitschrift 1930 nicht ab⁶⁷⁹. Begründet wurde dies unter anderem damit, daß im Saargebiet der Eindruck vermieden werden solle, das Reich interessiere und engagiere sich nicht so stark für die Saar wie für den Rhein⁶⁸⁰. Nachdem er im Vorjahr eine Anfrage abschlägig beschieden hatte, den „Rheinischen Beobachter“ mit dem „Saar-Freund“ zu verschmelzen⁶⁸¹, verzichtete Vogel 1924 wegen seiner Vorbehalte gegen den Schriftleiter des „Rheinischen Beobachters“ auf die Chance, seine Geschäftsstelle in eine Gesellschaft zur Herausgabe des Konkurrenzorgans einzubinden und damit größeren Einfluß auf die Gestaltung des Blattes zu gewinnen⁶⁸².

⁶⁷⁶ Vgl. Denkschrift über die Arbeit und Organisation der RVP (10.11.21), in: BA-R 1603/2155. Im Oktober 1923 erreichte das Blatt eine Auflage von 8.000 Exemplaren, von denen 1.500 kostenlos den Behörden zugingen und die gleiche Zahl über Vertrauensmänner im besetzten Gebiet verteilt wurden. Weitere 800 versandte der Verlag ins Ausland, so daß schließlich nur 500 Exemplare im freien Verkauf und 3.000 Exemplare an zahlende Abonnenten abgesetzt werden konnten: Vgl. Entwurf eines Briefes der RVP an das Büro des Reichspräsidenten (Oktober 1923), in: Ebd.

⁶⁷⁷ „Aufgabenkreis und Organisation der ‚Rheinischen Volkspflege‘“ (Februar 1923), in: Ebd.

⁶⁷⁸ Ebd. In der Sondernummer des „Rheinischen Beobachters“ zur Heidelberger Bundestagung (Nr. 7 (1928) 14) wurde er ferner als „Zentralorgan für Rheinland, Rheinpfalz, Rheinhessen und Saargebiet“ charakterisiert.

⁶⁷⁹ „Wir, der Bund ‚Saar-Verein‘ fühlen uns ganz besonders zurückgesetzt gegenüber dem Reichsverband der Rheinländer, weil für letzteren der ‚Rheinische Beobachter‘ fast nur mit Hilfe von Staatsgeldern herausgegeben wird, während wir für unseren ‚Saar-Freund‘ zur Zeit jährlich 500.000 Mark aus privaten Mitteln aufbringen müssen.“ Schließlich habe der BdS eine wichtigere Aufgabe als der Reichsverband zu erfüllen: Vgl. Brief der GSV an Freiherr von Broich (30.08.22), in: BA-R 8014/712. Ungeachtet dessen bestand zwischen beiden Verlagen die Übereinkunft, jeweils für das andere Blatt zu werben: Vgl. „Rheinischer Beobachter“ 4 (1924) 23; SF 6 (1925) 1, S. 16.

⁶⁸⁰ Vgl. Brief der GSV an das AA (12.01.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090; Eingabe der GSV an den Westausschuß (02.10.24), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; Brief der GSV an die Konkordia (05.04.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5; Brief der GSV an das RMI (06.12.30), in: BA-R 1601/1699.

⁶⁸¹ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Vorstandes, des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 17.11.23, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; Brief der GSV an die RVP (06.11.23), in: BA-R 1601/1697.

⁶⁸² Der „Rheinische Beobachter“ wurde vom ehemaligen Pressechef des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, Dr. Max Fischer, unter dem Pseudonym Dr. Wolfgang Scheidewin herausgegeben. Vogel hielt den getauften Juden für politisch unzuverlässig, da Fischer „pazifistisch völlig links eingestellt“ sei. Da die anderen Kooperationspartner die Vorbehalte Vogels nicht teilten, sah Rühlmann keinen Grund, Fischer zu entlassen, woraufhin Vogel im September 1924 klar machte, daß sich der Saarverein nicht an dem Unternehmen beteiligen werde. Letztendlich erschien der „Rheinische Beobachter“ ab Januar 1925 im gleichnamigen Verlag unter der Federführung Peter Hartmanns (Pseudonym Rühlmanns), da Fischer Ende 1924 gekündigt hatte: Vgl. Niederschrift über Verhandlungen zur Gründung der GmbH (02.04.24), Brief der RVP an die GSV (01.09.24)

Resümierend bleibt zur Kooperation zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und der „Reichszentrale für Heimatdienst“ festzuhalten, daß Vogel die eigene Organisation gerne an der Stelle des Tarnunternehmens „Rheinische Volkspflege“ gesehen hätte, aber realistisch genug war zu erkennen, daß sich diese Pläne nicht verwirklichen ließen. Im Gegenzug für die regelmäßigen Zuwendungen nahm er billigend in Kauf, von der RVP mit Propagandaaufgaben betraut zu werden, ohne jedoch Zweifel daran aufkommen zu lassen, daß eigentlich der Bund der Saarvereine *„als Beauftragter des deutschen Volkes und als Sprecher des Saarvolkes zu betrachten“* sei⁶⁸³. Die Zusammenarbeit mit der RfH/ RVP war für die private Saarhilfsorganisation anfangs notwendig, um sich in erfolgreich verlaufenden Projekten zu bewähren, sich im Bereich der Saarpropaganda zu etablieren und auf diese Weise neue (staatliche) Kooperationspartner zu finden. Dank dieser Kontakte traf die Auflösung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete⁶⁸⁴ – und damit zugleich der RVP – den Bund der Saarvereine im Herbst 1930 bei weitem nicht so schwer wie den „Reichsverband der Rheinländer“.

Im Zuge der deutsch-französischen Entspannungspolitik sank die Bedeutung der RVP, die in den letzten Jahren ihres Bestehens nur noch über einen Etat von 160.000 Mark verfügte und eher ein Schattendasein fristete⁶⁸⁵. Daraus ihr generelles Scheitern zu folgern,

*„weil sie ebenso unbekümmert wie ungeschickt operierte und sich auf diese Weise sowohl die preußische Verwaltung als auch die Bevölkerung der besetzten Gebiete der Rheinprovinz zum Feind machte“*⁶⁸⁶,

muß zumindest im Hinblick auf die frühen Nachkriegsjahre relativiert werden.

c) Die Kooperation mit offiziellen Saarstellen (September 1920 – Frühjahr 1933)

Parallel zur Propagandaarbeit im Fahrwasser von RfH und RVP suchte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ von Anfang an den Kontakt zu anderen, auch offiziell mit Saargelegenheiten betrauten deutschen Reichs- und Staatsbehörden. Dem Auswärtigen Amt als federführender Reichsinstanz⁶⁸⁷ widmete sie natürlich besondere Aufmerksamkeit. Es dürfte allerdings kaum

und Brief der GSV an die RVP (05.09.24), in: BA-R 8014/782. Siehe auch BA-R 8014/783. Nachfolger des „Beobachters“ wurden 1930 die „Deutsche Grenzlande. Zeitschrift für grenzdeutsche Politik, Kultur und Wirtschaft“.

⁶⁸³ Theodor VOGEL: Die Aufgaben des Bundes „Saar-Verein“ und seiner Ortsgruppen, Berlin 1923, S. 12.

⁶⁸⁴ Die Bearbeitung kultureller Saarfragen ging ab dem 01.10.30 auf das RMI über.

⁶⁸⁵ Vgl. Haushaltspläne, in: BA-R 1603/2708 und 2153. Exemplarisch läßt sich am Haushaltsentwurf für das Rechnungsjahr 1929 (11.04.29, in: Ebd.) zeigen, daß allein die Beihilfen für die landsmannschaftlichen Verbände des Westens (29.000 RM) fast 1/5 des Gesamtetats ausmachten. Weitere 33.860 RM verschlang der „Rheinische Beobachter“.

⁶⁸⁶ WEIN, S. 166.

⁶⁸⁷ Zunächst war die Friedensabteilung des AA unter Leitung des späteren deutschen Botschafters in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, für Eingaben der GSV zuständig: Vgl. Aktennotizen (30.10.19 und 16.02.20), in: BA-R 8014/663. Anfang 1920 kamen die Referenten verschiedener Reichs- und Staatsressorts überein, den Saarverein auch weiterhin an das Referat von Schulenburgs im AA zu verweisen: Vgl. Brief der

ein Ministerium in Berlin und München gegeben haben, das im Laufe der folgenden Jahre nicht mit Eingaben, Anfragen, Vorschlägen oder Bittschriften bedacht worden wäre⁶⁸⁸. Insbesondere in den Wochen vor und nach ihren Bundestagungen führte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ während der eineinhalb Jahrzehnte ihres Bestehens eine umfangreiche Korrespondenz mit allen mit der Saarfrage betrauten staatlichen Stellen und auf allen Ebenen des Behördenapparates⁶⁸⁹, so daß die Organisation zumindest bei den zuständigen Sachbearbeitern als bekannt vorausgesetzt werden kann. Im großen und ganzen läßt sich der Schriftwechsel der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ mit den Behörden in vier Kategorien unterteilen: Abgesehen von den regelmäßigen Bitten um finanzielle Unterstützung⁶⁹⁰ leitete Vogel Gesuche und Anträge von Saarländern bzw. reichsdeutschen Privatpersonen und Firmen weiter. In eine dritte Gruppe fällt der Schriftverkehr, den die Geschäftsstelle in ihrer Eigenschaft als Hilfsorgan der Behörden

Friedensabteilung an das RMFinanz (20.01.20), in: BA-R 2/2689; Brief des UStS der Reichskanzlei an die GSV (01.03.20), in: BA-R 8014/663. Im Zuge der neugeschaffenen Regionalabteilungen durch die „Schülersche Reform“ (vgl. DOSS, S. 215–286) zeichnete ab Anfang 1921 Legationsrat Heinrich von Friedberg als Leiter des Referates „Besetzte Gebiete“ in der Abteilung II (Westeuropa bzw. West- und Südosteuropa) verantwortlich. Von Friedberg hatte seinerzeit als Referent im RMFinanz den Kontakt zwischen RfH und dem Verein vermittelt: Vgl. Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes, S. XXIII–XXXIX und S. 614 f.; Nachruf auf von Friedberg in SF 14 (1933) 15, S. 244. Sein Mitarbeiter, Legationsrat Hermann Voigt (1889–1968), garantierte die personelle Kontinuität bis zur Abstimmung 1935. Vgl. allgemein zur Außenpolitik der Weimarer Republik: Wolfgang ELZ: Die Weimarer Republik und ihre Außenpolitik: Ein Forschungs- und Literaturbericht, in: Historisches Jahrbuch 119 (1999), S. 307–375; Peter KRÜGER: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985; Gottfried NIEDHART: Die Außenpolitik der Weimarer Republik, München 1999. Im PrMI war Landrat Böhme für den BdS zuständig.

⁶⁸⁸ Zu den Saarstellen im Reich vgl. JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 31–37. Zum Schriftverkehr mit Staats- und Reichsbehörden vgl. BA-R 8014/662–687, BA-R 1601/1696–1699, PA AA, II a Saargebiet, R 76.090–76.098 sowie BayHStA, MA 106.120 und 108.206 ff. Als er den Erhalt der Eingaben vom 23.07.23, 07.08.23 und 10.08.23 bestätigte, sah sich der StS im RMbesGeb genötigt, darauf hinzuweisen, „daß die Inanspruchnahme nicht zuständiger Reichsressorts die Erledigung nicht beschleunigt.“: Brief Adelmans an die GSV (16.08.23), in: BA-R 8014/671.

⁶⁸⁹ Zur weiteren Illustration der unterschiedlichen Tätigkeitsfelder seien hier die auf der ersten Bundestagung in Kassel erwähnten Eingaben an deutsche Behörden zitiert: *„Denkschrift über die Tätigkeit der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘, Vorschläge für eine neue Presseorganisation der besetzten und abgetrennten Gebiete, Subventionen von Theater und Orchester, desgl. von Zeitungen, Bergwerksfragen und Bergbeamtenangelegenheiten, Ausweisungen und Bedrückung der Saarbevölkerung, Knebelung der Presse, Gemeinde- und Staatssteuerangelegenheiten der ausgewiesenen Saarbewohner, Versorgung der deutscher Presse im Saargebiet mit Papier, Kleiderunterstützung für ausgewiesene Bergleute, Einsprüche gegen französische Verurteilungen, Lebensmittelversorgung für das Saargebiet (Kartoffeln), Vermittlung der Einfuhrerlaubnis für Saarbrücker Geschäftsleute, Abschieds- und Treugelöbnis-Kundgebung, Saargebietsfrage in Parlamenten, Veranlagung und Erhebung von Reichssteuern, Regelung der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterverhältnisse bei dem Übergang der Saargruben, Einreiseerlaubniserleichterungen, Briefmarken, Frankenwährung, Zollbeschwerden, Eingaben an alle politischen Parteien wegen Vertretung des Saargebietes in Parlamenten, gegen die Auslandsschalter in Köln, Berücksichtigung des Saargebietes in dem Gesetz über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden (Verdrängungsschädengesetz), Behandlung des Saargebietes als Ausland, Gesuche der Handel- und Gewerbetreibenden, Einsprüche gegen Verstöße gegen den Friedensvertrag, Anregungen von Kundgebungen im Reich- und Landtag, Errichtung einer Darlehnskasse, Verhandlungen mit freien und christlichen Gewerkschaften wegen Fühlungnahme mit Arbeiterorganisationen der übrigen Völker des Völkerbundes“*: Undatiertes Protokoll der Sitzung vom 03.04.21, in: BA-R 8014/18.

⁶⁹⁰ Siehe hierzu Kap. 9.

verfaßte⁶⁹¹: Schon lange vor der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ bewarben sich saarländische Freiwillige zum Eintritt in die Reichsmarine und das Reichsheer. Da hierfür neben einem Auszug aus dem Strafregister und einer Auskunft bei der zuständigen saarländischen Bürgermeisterei auch eine vertrauliche Auskunft über den Leumund, die politische Gesinnung, mögliche Parteizugehörigkeit sowie die geistige Zurechnungsfähigkeit des Bewerbers und dessen Familie erforderlich war, traf die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ mit dem Reichswehrministerium die Übereinkunft, die erforderlichen Informationen „grundsätzlich“ über ihre Vertrauensleute an der Saar einzuziehen⁶⁹². Der Schriftverkehr mit den einzelnen Reichswehrkommandos wurde schließlich so umfangreich, daß die Geschäftsstelle Vordrucke mit ihrem Briefkopf erstellen ließ, um die Arbeit zu rationalisieren⁶⁹³. Zur vierten und interessantesten Kategorie zählen die Schreiben, in welchen sie ihre eigenen Vorstellungen zur Saarfrage präsentierte und Anregungen zur Bewältigung aktueller Probleme gab⁶⁹⁴.

Ermutigt durch eine Anfrage der Waffenstillstandskommission – Vogel wurde gebeten, die Namen der ausgewiesenen saarländischen Verwaltungs- und Polizeibeamten zu übermitteln⁶⁹⁵ – unternahm die Geschäftsstelle schon im Sommer 1919 einen Vorstoß beim Auswärtigen Amt und brachte sich selbst ins Spiel:

⁶⁹¹ Hierin bat sie in Detailfragen wie der Rechtmäßigkeit eines eigenen Hoheitszeichens für das Saargebiet um Auskunft (vgl. Brief der GSV an die Friedensabteilung (23.08.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.430) oder tauschte Informationen über (vermeintliche) französische Spitzel bzw. mißliebige Personen aus. So übermittelte die GSV dem AA eine Abschrift des Schreibens von Hector an die französische Regierung vom 15.01.20: Vgl. Brief der GSV an das AA (29.08.21), in: BA-R 8014/666; Brief der GSV an das AA (10.11.24), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.129. Ähnliche Schreiben erhielten auch andere Ministerien, denen die eigenen Vertrauensleute bereitwillig zur Verfügung gestellt wurden. Auf der anderen Seite zog die GSV bei den Behörden Erkundigungen über einzelne Personen ein: Vgl. Brief der GSV an das AA (08.07.29), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.456.

⁶⁹² Vgl. Brief Oberstleutnant Stülpnagels an die GSV (31.03.25), in: BA-R 8014/805; Brief der GSV an Kratz (23.05.25), in: BA-R 8014/690. Zumindest nach 1933 war auch der Koblenzer Reichskommissar für die Übergabe des Saargebietes eine weitere Anlaufstelle: Vgl. HERRMANN: Oberpräsident, S. 767.

⁶⁹³ Siehe hierzu: BA-R 8014/690–693 (1925–1932).

⁶⁹⁴ Beispielsweise wurde das RMPPost im Jahr 1925 aufgefordert, eine direkte Telefonverbindung von Saarbrücken über Frankfurt auszubauen: Vgl. SF 6 (1925) 17, S. 288 f. In den zahllosen Entschließungen, die für gewöhnlich am Ende einer jeden Saarkundgebungen verlesen wurden, finden sich weitere, durch die Besucher quasidemokratisch legitimierte Petitionen.

⁶⁹⁵ Vgl. Briefe der Waffenstillstandskommission an die GSV (15.08.19 und 30.08.19) sowie Antwortschreiben der GSV (18.08.19 und 29.08.19), in: BA-R 8014/662.

„Wie wir wiederholt festgestellt haben, wandten sich Angehörige des Saargebietes und Elsaß-Lothringens an die amtlichen Stellen hier in verschiedenen Anliegen. Wir haben Grund, anzunehmen, daß unter diesen Persönlichkeiten recht zweifelhafte Elemente waren, denen das größte Mißtrauen entgegengebracht werden mußte.

Da in unserer Geschäftsstelle alle Persönlichkeiten des Saargebietes bekannt sind oder aber über ihre Personalien leicht Auskunft eingeholt werden kann, beehren wir uns hiermit ganz ergebenst, anheimzustellen, bei Gelegenheit unsere Geschäftsstelle zu benutzen, um die Vertrauenswürdigkeit der sich meldenden Personen festzustellen.“⁶⁹⁶

Gewissermaßen als Bestätigung dieser Behauptung folgte wenige Tage später eine Warnung vor vier Männern, die nach Ansicht Vogels unter dem Verdacht der Spionage für Frankreich standen⁶⁹⁷.

Das Auswärtige Amt war der privaten Saarorganisation in den ersten Monaten ihres Bestehens wohlgesinnt. Nachdem er sich in der zweiten Jahreshälfte 1919 durch verschiedene Hilfsdienste bewährt hatte⁶⁹⁸, wurde Vogel in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer von der Wilhelmstraße zu einer Sitzung eingeladen, welche Ende Oktober 1919 über die Ernennung Rudolf von Grootes zum „Reichskommissar für die Übergabe des Saargebietes“ beriet. In der Liste der wenigen Anwesenden findet sich Vogel neben dem ursprünglich als Übergabekommissar vorgesehenen ehemaligen Landrat von Saarbrücken, Carl von Halfern, saarländischen Abgeordneten der Nationalversammlung und Ressortleitern des Reichsinnenministeriums, des Finanzministeriums sowie des Auswärtigen Amtes⁶⁹⁹. Schon wenige Monate nach Gründung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ war es ihm also gelungen, zu Beratungen an oberster Stelle hinzugezogen zu werden. Die Wilhelmstraße bescheinigte Vogel sogar, „im Reichsinteresse“ gezwungen zu sein,

„Deutschland in allen seinen Teilen zu bereisen. Die sämtlichen Staats- und Reichsbehörden werden hierdurch gebeten, Herrn Theodor Vogel nicht nur bei der Erreichung seines Reisezweckes behilflich zu sein, sondern ihm auch vor allem im Rahmen der Möglichkeit jede erreichbare Reiseerleichterung zu gewähren“⁷⁰⁰

Stellt man hierzu noch das förmliche Abkommen mit der RfH in Rechnung, so zeigt sich, daß der Saarverein zu Jahresanfang 1920 von den maßgeblichen Saarstellen im Reich als Kooperationspartner akzeptiert wurde. Mehrfach äußerten sich verschiedene Behörden bis

⁶⁹⁶ Brief der GSV an das AA (21.09.19), in: PA AA, Friedensabteilung, R 95.913.

⁶⁹⁷ Vgl. Brief der GSV an das AA, das RMI und das preußische Staatsministerium (02.10.19), in: BA-R 8014/662.

⁶⁹⁸ Beispielsweise stellte die GSV den Kontakt zwischen dem Ministerium und dem ausgewiesenen Bürgermeister von Saarbrücken her, als dieser für einen Botschafterposten in Betracht gezogen wurde: Vgl. Brief der GSV an Mangold (27.09.19), in: BA-R 8014/9.

⁶⁹⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung vom 30.10.19 (30.10.19), in: BA-R 2/2689. Vgl. HERRMANN: Oberpräsident, S. 753 f. Weitere Sitzungen folgten, z.B. am 03.01.20 im PrMI über Währungsfragen oder am 23.01.20 im AA: Vgl. BA-R 8014/663.

⁷⁰⁰ Ausweis (30.10.19), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 9. Wenige Monate später attestierte die Friedensabteilung der Geschäftsstelle: *„Das Auswärtige Amt bringt der Tätigkeit des ‚Saar-Vereins‘ lebhaftes Interesse entgegen und befürwortet eine möglichst weitgehende Förderung der Bestrebungen dieser Organisation.“*: Ausweis (30.01.20), in: Ebd.

Sommer 1920 positiv über das Potential der Saar-Heimatschutzorganisation⁷⁰¹. Erst als Folge der Affaire Ollmert wurden bei den Regierungsstellen zunehmend kritische Töne laut. Bis dahin jedoch nahm Vogel weiterhin an Referentenbesprechungen teil, und es scheint, daß die Anregungen und Eingaben der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auf offene Ohren stießen⁷⁰².



Abb. 9: Theodor Vogel in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ (um 1934)

In den ersten beiden Monaten nach dem Zusammenbruch des RfH-Apparates im Saargebiet konzentrierte sich die Aktivität der Geschäftsstelle auf die Vorbereitung der Bielefelder Gründungsversammlung, und die Kontakte zu Regierungsstellen beschränkten sich in dieser Zeit fast ausschließlich auf die „Rheinische Volkspflege“. Nach erfolgtem Zusammenschluß der bis dahin unkoordiniert nebeneinander arbeitenden lokalen Saarvereinigungen wurden staatliche Behörden, verschiedenste Institutionen und Vereinigungen, politische Parteien, Privatpersonen und Kommunen mit Informations- und Propagandamaterial geradezu überschüttet, um die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ erneut ins Gedächtnis zu rufen. Hierin bat Vogel, künftig wieder zu allen Beratungen und Besprechungen über das Saargebiet hinzugezogen zu werden⁷⁰³, und war zugleich bemüht, die Vorzüge der neuen Bundesorganisation herauszustellen⁷⁰⁴. Beispielsweise versprach er, der Regierung gute Dienste leisten zu können, falls sich das Redeverbot für deutsche Minister im besetzten Gebiet durchsetzen sollte⁷⁰⁵. Als nichtstaatliche Vereinigung war der Bund schließlich keinen diplomatischen Zwängen unterworfen, woraus er das Vorrecht ableitete, seinen Standpunkt stets freier als Regierungsstellen artikulieren zu

⁷⁰¹ Beispielsweise habe Landrat Dilthey vom Reichskommissariat für die besetzte Gebiete in einer Besprechung nicht nur „*seine Freude über die vorzügliche Organisation und über die Art und Weise, wie der Saarverein arbeitet*“, zum Ausdruck gebracht, sondern auch die Überweisung von 50.000 Mark zugesagt: Vgl. Niederschrift der Besprechung (17.09.19), in: BA-R 8014/662. Diese Einschätzungen spiegelten sich in der Außendarstellung der GSV wider: Vgl. beispielsweise die Denkschrift über die Aufgaben der GSV (01.04.20), in: BA-R 8014/2: Die GSV arbeite Hand in Hand mit den maßgeblichen Reichsstellen in Berlin, von denen sie weitgehende Unterstützung erhalte. „*Unter völliger Wahrung unserer Selbständigkeit haben wir uns ganz in ihren Dienst gestellt*“.

⁷⁰² Vgl. Brief der GSV an das PrMI (02.01.20), in: BA-R 8014/663; SF 1 (1920) 3, S. 10 f.

⁷⁰³ Vgl. Rundschreiben des BdS u.a. an das AA (Dezember 1920), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.430.

⁷⁰⁴ Hierbei scheute er sich nicht, die Stärke der eigenen Organisation zu übertreiben: Während in einer internen Aufzeichnung vom April 1921 von 1.300 Einzelmitgliedern die Rede war, gab Vogel einen Unterbau von etwa 6.000 Mitgliedern vor: Vgl. Brief der GSV an die Reichskanzlei (08.04.21), in: BA-R 43-I/240.

⁷⁰⁵ Vgl. SF 1 (1920) 23, S. 236.

können⁷⁰⁶. Die zuständigen Behörden sahen dies naturgemäß skeptischer. Zwar begrüßte das Auswärtige Amt auch unmittelbar nach dem Beamtenstreik die Existenz des Vereines – nicht zuletzt, weil er die Aufmerksamkeit von anderen Organisationen ablenkte –, doch plädierte der Saarreferent Voigt inzwischen,

„von einer Zuziehung des Verwaltungsdirektors Vogel für alle das Saargebiet betreffenden Beratungen und Aussprachen [...] im allgemeinen abzusehen“⁷⁰⁷.

Zumindest für sein Ministerium entschied er, Vogel fortan nur in Ausnahmefällen einzuladen, da er den Methoden, mit denen der Verein seine Ziele verfolge, nur bedingt zustimmen konnte. Ungeachtet ihrer prinzipiell zugesicherten Kooperationsbereitschaft⁷⁰⁸ dürften auch andere Ressorts diesen Standpunkt geteilt haben, denn regelmäßige Beschwerdeschreiben der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ legen den Schluß nahe, daß sich die Behörden zunächst keine nennenswerten Vorteile mehr aus der Zusammenarbeit mit Vogel versprachen und noch weniger gewillt waren, sich von diesem unter Druck setzen zu lassen⁷⁰⁹. Allerdings läßt sich eine dezidierte Ablehnung der Saarvereinsarbeit auf Behördenseite nur beim Oberpräsidenten der Rheinprovinz in dessen Funktion als Reichskommissar für die Übergabe des Saargebiets nachweisen. Sein Stellvertreter, Oberregierungsrat von Gal, hatte schon vor der Enttarnung des

⁷⁰⁶ So der Bundesvorsitzende Andres auf einer Sitzung im RMbesGeb am 10.05.28 als Reaktion auf den Vorwurf, die Westverbände vergriffen sich im Ton und torpedierten damit die Reichspolitik: Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung im RMbesGeb am 10.05.28, in: ADAP, B IX, Dok. 13, S. 24–27. Schon in früheren Jahren hatte die GSV auf diesen Vorzug wiederholt hingewiesen: Vgl. Brief der GSV an Reichskanzler Cuno (15.03.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; Brief der GSV an das BayMA (07.05.23), in: BA-R 8014/670. Richard Posselt drückte es im SF wie folgt aus: Für die GSV bestünden *„keine diplomatischen Hemmungen, um so mehr aber die Pflicht, die Wahrheit über das Saargebiet zu verbreiten.“*: Vgl. SF 8 (1927) 16, S. 261. Siehe ebenso SF 13 (1932) 9, S. 132.

⁷⁰⁷ Vgl. Brief des AA an das RMI (27.01.21), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.431. Ähnlich äußerte sich das Amt Monate zuvor in einem Schreiben an Bayern: *„Es ist leider nicht zu leugnen, daß der Verein es in seiner Arbeits- und Kampfmethodem gelegentlich an gebotenen Maßhalten fehlen läßt; amtliche Stellen werden ihm gegenüber deshalb, bei voller Würdigung und Anerkennung seiner vaterländischen Gesinnung und ehrlichen Absichten, besser eine gewisse Zurückhaltung beobachten.“*: Brief des AA an das BayMA (18.08.20), in: BayHStA, MA 108.203.

⁷⁰⁸ Vgl. Briefe des RMWirtschaft (29.12.20), des PrMVolkswohlfahrt (27.12.20), des Reichwehrministeriums (18.01.21), des PrMWissenschaft (15.01.21), des RMWiederaufbau (15.01.21), des RMPost (21.01.21) sowie des RMArbeit (23.03.21) an die GSV, in: BA-R 8014/666.

⁷⁰⁹ Vgl. Briefe der GSV an das RMI (18.03.21 und 20.07.21), in: BA-R 1601/1696 sowie Brief des RMI an das PrMWissenschaft (21.12.21), in: Ebd. Bayern plädierte trotz aller Würdigung der Verdienste des Saarvereins dafür, die nichtamtliche Saarpropaganda den Heidelberger Fürsorgestellen der Länder zu übertragen: Vgl. Brief Dr. Walters (BayMA) an das PrMI (23.07.21), in: BayHStA, MA 108.206. Eine eingehende Untersuchung der preußischen und hessischen Fürsorgestellen an der Grenze zum besetzten Gebiet, insbesondere der bayerischen Pfalzzentrale, muß hier unterbleiben, da sie den Rahmen dieser Untersuchung zur nichtstaatlichen Saarpropaganda sprengen würde. Vgl. hierzu: Helmut GEMBRIES: Verwaltung und Politik in der besetzten Pfalz zur Zeit der Weimarer Republik, Speyer 1991, S. 156–195, S. 298–307, S. 327–361, S. 479–488 und S. 508–518; Alfred-Helmut JACOB: Das Ende des Separatismus in Deutschland. Dargestellt am Abwehrkampf der deutschen Publizistik in der Pfalz und an der Saar 1919 bis 1935, Berlin 1940, S. 65–68, sowie die entsprechenden Pfalzakten des BayMA und Akten der „Haupthilfsstelle für die Pfalz“ im BayHStA bzw. PA AA, II a Besetztes Rheinland, R 74.606. Die Pfalzzentrale widmete sich während der fünf Jahre ihres Bestehens (1919–1924) ähnlichen Aufgaben und Zielen wie der BdS, war aber im Gegensatz zu diesem eine getarnte Staatsbehörde: Vgl. hierzu: Brief von Wintersteins an die Fürsorgestelle (13.06.21), in: BayHStA, Vertreter beim Reichskommissar 11; Denkschrift Eberleins (22.03.24), in: BayHStA, Bayerische Gesandtschaft Berlin 1751.

Heimatsdienstes an der Saar „*die Tätigkeit des Saarvereins als ziemlich überflüssig*“⁷¹⁰ bezeichnet und konsequenterweise verweigerte der Oberpräsident im Frühjahr 1921 die Auskunft über ausgewiesene Saarländer⁷¹¹.

Somit ergibt sich nach Gründung des Bundes der Saarvereine ein mehr oder weniger einheitliches Bild der Kooperation mit den deutschen Behörden: Abgesehen von den beiden Extremen, der generellen Ablehnung durch den Koblenzer Oberpräsidenten und der Protektion seitens der RVP, wahrte die Mehrzahl der amtlichen Stellen zur Saarorganisation eine von Wohlwollen gekennzeichnete Distanz. In den Akten der verschiedenen Ministerien und Behörden finden sich zwar regelmäßig Äußerungen wie die des Reichsinnenministeriums, daß die Arbeit des Bundes für die Regierung „*unentbehrlich*“ sei, des Rheinministeriums, welches die Verdienste des Vereins sehr hoch schätzte und „*die rührige Tätigkeit seines Geschäftsführers für die Saarsache vollauf*“ anerkannte, oder des parteilosen Reichswehrministers Groener, der es für geboten hielt, daß die „*wertvolle Aufklärungsarbeit in der Saarfrage energisch*“ fortgesetzt werde⁷¹², doch handelt es sich hier meist um Reaktionen auf finanzielle Bittschreiben der Geschäftsstelle. Aus der grundsätzlichen Würdigung der Propagandatätigkeit ließ sich jedoch zu keiner Zeit jenes Mitspracherecht des Vereins herleiten,

⁷¹⁰ Vgl. Aufzeichnung von der Schulenburgs (03.06.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090. Wenige Tage später äußerte sich ein Legationssekretär im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten noch deutlicher: „*Die Tätigkeit dieses Vereins wird im Saargebiet abfällig beurteilt und zwar habe ich von den verschiedensten Seiten dieses Urteil gehört. Schon die Person des Herrn V. wird nicht besonders gut eingeschätzt; er war seinerzeit in Saarbrücken der Urheber einer kulturkämpferischen Bewegung, für die absolut kein Anlaß vorlag. Er hatte damit nur böses Blut auf beiden Seiten erregt; allerdings konnte er keinen großen Schaden anrichten. Wenn er auch selbst von den besten Absichten beseelt sein mag, so fehlen ihm aber alle Eigenschaften, die ihn befähigen könnten, eine Aufgabe wie die ihm im Saarverein gestellte einwandfrei zu lösen. Dazu kommt noch, daß er stark mit öffentlichen Mitteln (Reich, Staat, Gemeinden, u.s.w.) unterstützt wird; der bisherige Erfolg seiner Tätigkeit kann von hier aus nicht beurteilt werden, da er nicht verspürt worden ist. Es ist aber sicher anzunehmen, daß eine starke Entrüstung im Saargebiet sich aufmachen würde, wenn bekannt würde, daß V. mit oben bezeichneten Geldern unterstützt würde. Neuerlich war er längere Zeit im Bade; er soll überhaupt mehr krank als gesund sein.*“ Vgl. Brief Rühls an das AA (08.06.20), in: Ebd.

⁷¹¹ Vogel bat daraufhin um Klärung, bevor er drohte, sich beim Reichspräsidenten und dem RMI zu beschweren: Vgl. Brief der GSV an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz (18.03.21), in: BA-R 8014/666. Nach dem Tod von Grootes 1922 übernahm der ehemalige Trierer Regierungspräsident Johannes Fuchs das Amt des Oberpräsidenten. Dieser zeigte sich gegenüber den Bestrebungen des Vereins wesentlich wohlwollender als sein Vorgänger; beispielsweise übernahm Fuchs 1930 das Protektorat über die Trierer Bundestagung: Vgl. BA-R 8014/75. Zum Reichskommissar als vermittelnde Instanz zwischen Reichs- und Staatsbehörden auf der einen und der Regierungskommission sowie saarländischen Verwaltungsstellen auf der anderen Seite vgl. HERRMANN: Oberpräsident.

⁷¹² Eine Ansicht, die auch Reichskanzler Brüning teilte. Zu diesen und weiteren Stellungnahmen der Behörden vgl. Brief des RMI an die GSV (10.12.23), in: BA-R 8014/672; Brief des RMbesGeb an die GSV (20.12.23), in: Ebd.; Brief des RMbesGeb an das Büro des Reichspräsidenten (04.04.24), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; Brief des RMbesGeb an die GSV (16.03.29), in: BA-R 8014/680; Brief Groeners an die Reichskanzlei (19.02.31) und Antwortschreiben des StS (09.03.31), in: BA-R 43-I/252; Brief des PrMI an den Regierungspräsidenten von Trier (12.02.27), in: LHA Koblenz, 442/7521; Brief des PrMI u.a. an das AA (24.06.29), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093; Rundschreiben des Regierungspräsidenten von Düsseldorf an Oberbürgermeister und Landräte (21.02.29), in: StA Düsseldorf, III/1299; Rundschreiben des Regierungspräsidenten von Staade an Magistrate (03.03.30) in: StA Bremerhaven, 042/9/6–11 sowie die jährlichen Stellungnahmen des Trierer Regierungspräsidenten Saaßen nach 1925, in: LHA Koblenz 442/7520–7523.

welches dieser für sich in Anspruch nahm. Der Staatsapparat nahm bei Bedarf die angetragene Mithilfe dankend an; als einschlägiger und vor allem unverzichtbarer Experte in Saargelegenheiten wurde Vogel nicht wahrgenommen⁷¹³.

Im folgenden soll die Kooperation mit den reichsdeutschen Behörden am Beispiel der Kontakte des Vereins zum Auswärtigen Amt⁷¹⁴ näher beleuchtet und dabei sein Selbstverständnis als Partner herausgearbeitet werden. Die regelmäßigen Klagen, daß der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ nur in Einzelfällen die Einladungsschreiben zu Besprechungen auf Referentenebene zuzugingen, steigerten sich in der zweiten Jahreshälfte 1922 zu dem Vorwurf, daß der Verein nicht die ihm gebührende moralische – und angesichts der sich immer dramatischer zuspitzenden Inflation im Reich auch finanzielle – Unterstützung erhalte⁷¹⁵. Selbstbewußt wurde die Zurückhaltung der Behörden und insbesondere des Auswärtigen Amtes darauf zurückgeführt, daß der Verein keine Bereitschaft gezeigt habe,

*„sich vor den Wagen irgend einer behördlichen Stelle spannen zu lassen. Er hat es abgelehnt, sich irgend einem behördlichen Einfluß zu unterwerfen, da wir auf dem Standpunkt stehen, daß in allen Saargebietsfragen nicht die Behörden dem ‚Saar-Verein‘, sondern der ‚Saar-Verein‘ den Behörden Ratschläge und Richtlinien geben kann.“*⁷¹⁶

Zur Verbesserung der Kommunikation erging an verschiedene Ressorts die Bitte, künftig einen Vertreter zu den Vorstandssitzungen des Bundes zu delegieren. Dieser sollte sich selbst ein Bild von der Geschäftsführung machen können, wodurch dem Vorstand Gelegenheit „zur Besprechung aller Wünsche, Beschwerden usw.“ gegeben werde⁷¹⁷. Die Reaktion der Wilhelmstraße kennzeichnet den Standpunkt, den die reichsdeutschen Behörden gegenüber dem Bund der Saarvereine einnahmen: Diese Art der Kooperation müsse zurückgewiesen werden, da sie der Arbeit des Saarvereins einen offiziösen Stempel aufdrücken würde, „*der gerade mit einer*

⁷¹³ Für Vogel schien es nach einer Phase der Zurückhaltung selbstverständlich, zu Besprechungen hinzugezogen zu werden: Vgl. Brief der GSV an das AA (24.09.22), in: BA-R 8014/669. Zur Mitgliederwerbung und der damit verbundenen Erschließung neuer finanzieller Hilfsquellen war die Selbststilisierung jedoch unerlässlich, daß alle mit der Saar betrauten deutschen Stellen die Saarvereinstätigkeit als unentbehrliche Ergänzung ihrer eigenen Arbeit werteten: Vgl. „Denkschrift über Bund und Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘“ (Januar/ Februar 1925), in: StA Freiburg C 4/ IX/ 2/ 1, S. 6; Brief der GSV an Stresemann (15.12.25), in: BA-R 8014/676; SF 10 (1929) 23, S. 503; Rundschreiben der GSV (Februar 1930), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19; Das Wirken der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des „Bundes der Saarvereine“ um die Befreiung der Saar im Jahre 1930, Berlin 1931, S. 5 f.

⁷¹⁴ Zum AA in der Zeit der Weimarer Republik: Vgl. Hans-Jürgen DÖSCHER: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“, Berlin 1987, S. 35–50; Peter KRÜGER: Struktur, Organisation und außenpolitische Wirkungsmöglichkeiten der leitenden Beamten des Auswärtigen Dienstes 1921–1933, in: Klaus SCHWABE (Hrsg.): Das diplomatische Korps 1871–1945, Boppard am Rhein 1985, S. 101–169; Heinz Günther SASSE: Zur Geschichte des Auswärtigen Amtes, in: 100 Jahre Auswärtiges Amt 1870–1970, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1970, S. 23–46.

⁷¹⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 27.10.22 (27.10.22), in: BA-R 8014/7.

⁷¹⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 16.08.22 (17.08.22), in: Ebd.

⁷¹⁷ Vgl. Brief der GSV an das RMI, das AA und das PrMI (28.10.22), in: BA-R 1603/1696.

*Propagandatätigkeit, wie sie der Saarverein betreibt, unvereinbar ist.*⁷¹⁸ Auch wenn die Behörden von Zeit zu Zeit auf die Unterstützung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zurückgriffen, sollte die Grenze zwischen privater Vereinstätigkeit und amtlicher Behördenarbeit klar getrennt bleiben. So trat das Amt auch fortan allen Versuchen des Vereins entgegen, eben diese Grenze zu verwischen⁷¹⁹, weshalb beispielsweise kein Saarvereinsvertreter zu den Besprechungen mit saarländischen Politikern und Gewerkschaftlern hinzugezogen wurde⁷²⁰ oder Referenten staatlicher Behörden nur inoffiziell an Veranstaltungen des Bundes teilnahmen. Obwohl sich in der Person Vogels die Geister schieden⁷²¹, empfahlen die Reichsbehörden den Ländern und Kommunen die Gewährung von Unterstützungszahlungen für die Arbeit des Vereins – schließlich konnte so der eigene Etat entlastet werden⁷²².

Angesichts der begrenzten Kooperationsbereitschaft der Wilhelmstraße reiften im Bundesvorstand Überlegungen heran, die Zuständigkeit für das Saargebiet neu zu verteilen und im Zuge der Umstrukturierung sowohl ein größeres Mitspracherecht zu erhalten, als auch die Finanzierung der eigenen Arbeit auf solide Füße zu stellen. Im Frühjahr 1923 nahmen diese Gedanken schließlich Gestalt an.

Unter dem Vorwand, mit der Ressortierung des Saargebiets beim Auswärtigen Amt werde der französischen Propaganda Schützenhilfe geleistet, da diese permanent bemüht sei, den deutschen Charakter der Saar in Frage zu stellen, empfahl die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Mitte März dem parteilosen Reichskanzler Cuno die Übertragung der zentralen Leitung in Saarfragen an das Reichsinnenministerium⁷²³. Allerdings sollte es dort nicht in die Zuständigkeit

⁷¹⁸ Im Antwortschreiben an die GSV gab sich das Amt etwas konzilianter: Alle beteiligten Ressorts erkannten den Wunsch nach noch intensiverer Kooperation wohlwollend an, hielten die Entsendung von Kommissaren zu den Vorstandssitzungen allerdings „*im Interesse der Auseinanderhaltung von Vereinsarbeit und Tätigkeit der verantwortlichen Regierungsstellen nicht zweckmäßig*“. Vgl. Brief des AA an das PrMI und RMI (02.11.22) sowie an die GSV (27.12.22), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090.

⁷¹⁹ Vgl. Brief des PrMI an alle preußischen Staatsministerien, das RMbesGeb sowie an das AA (03.07.25), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; Brief des AA an das RMWirtschaft (27.10.25), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.455; Brief des PrMI an die GSV (06.12.25), in: BA-R 8014/676; Brief des AA an das Reichswehrministerium (08.05.29), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093; Aktenvermerk im RMbesGeb (03.05.29), in: BA-R 1601/1698; Brief des AA an Stresemann (22.06.29), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093, Brief des AA an das RMI (23.06.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.094.

⁷²⁰ Vgl. die Verhandlungen zur Reaktivierung des Saarausschusses (Kap. 3.2 b) bzw. Protokoll der Sitzung im RMArbeit vom 31.08.27 (09.09.27), in: BA-R 1601/1698.

⁷²¹ „*Die Ressorts sind auf die Leitung des Saarvereins und speziell auf Dr. Vogel nicht besonders gut zu sprechen, da er etwas Vereinsmeierei betreibt. Er entfaltet zwar eine eifrige Tätigkeit, die man auch zu einem gewissen Grade anerkennt, aber man findet doch, daß er des Guten etwas zu viel tut.*“: Undatierte Randnotiz des StS in der Reichskanzlei (Februar 1923), in: BA-R 43-I/240a.

⁷²² Vgl. Brief des RMI an die Schaumburg-Lippesche Landesregierung (01.07.23), in: BA-R 1601/1697; Brief des AA an das Württembergische Staatsministerium (30.06.24), in: HStA Stuttgart, B 130 b/ 2631; Brief des RMbesGeb an die Handelskammer Regensburg (01.04.24), in: BA-R 1601/1697.

⁷²³ Vgl. Brief der GSV an Reichskanzler Cuno (15.03.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091. Erst zwei Monate zuvor waren die Kompetenzen zwischen RMI und AA abgegrenzt worden, wonach die Wilhelmstraße für die Deutschumpflege in den abgetretenen Gebieten und jenseits der Grenzen von 1914 zuständig war: Vgl. KREKELER: Deutschumpolitik, S. 29–41.

des Staatssekretärs für die besetzten Gebiete⁷²⁴ fallen, sondern aufgrund der besonderen völkerrechtlichen Rahmenbedingungen ein eigenes Saardezernat geschaffen werden. Die Strategie, die beiden hauptsächlich am Schicksal des Saargebiets interessierten Länder Preußen und Bayern, die sich in den zurückliegenden Jahren wiederholt übergangen gefühlt hatten, in die Revolte gegen das Auswärtige Amt einzubeziehen⁷²⁵, war im Grunde ein kluger Schachzug des Vereins, erfuhr allerdings nicht die gewünschte Unterstützung aus München. Der bayerische Staatskommissar hatte das Vorhaben der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ durchschaut, welches durch die Tatsache bedingt wurde,

„daß das Auswärtige Amt mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des ergeizigen und wenig taktvollen Geschäftsführers des Saar-Vereins Vogel nicht so mitteilksam in Saarfragen ist, wie es Vogel erwünscht wäre. Die kulturelle Tätigkeit des Reichsministerium des Innern in Saargebietsangelegenheiten beschränkt sich auf die vertrauliche Zuwendung reichlicher Geldmittel an Organisationen, die im Saargebiet tätig sind.“⁷²⁶

Fehlte schon die notwendige Unterstützung der Länder, so scheiterte der Versuch der Geschäftsstelle, die Kompetenzen neu zu verteilen, vor allem aber am Widerstand der Wilhelmstraße selbst⁷²⁷. Auch ein wenige Tage später unterbreiteter modifizierter Vorschlag konnte sich nicht behaupten⁷²⁸.

Insgesamt muß das Verhältnis zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und dem Auswärtigen Amt in den Jahren 1923 und 1924 als gespannt bezeichnet werden. Eine Rüge von

⁷²⁴ Die Schaffung des Amtes des StSs war im März 1921 vom Reichskabinett beschlossen worden: Vgl. Protokollauszug (18.03.21), in: BA-R 43-I/240. Von dem zentrumsnahen StS Philipp Brugger versprach sich der Vereinsvorstand keine Verbesserung der bisherigen Position, da dieser *„einseitig und parteipolitisch orientiert“* und gänzlich ungeeignet sei. Zum Konflikt zwischen GSV und Brugger vgl. Protokolle der Sitzung des Bundesvorstandes vom 27.10.22 (27.10.22) und undatiertes Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 28.10.22, in: BA-R 8014/7 sowie die Briefe der GSV an den StSbesGeb (17.05.22, in: BA-R 1601/1696), das AA (29.08.22, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090) bzw. an Stresemann (21.09.22, in: BA-R 8014/695). Eine anschauliche Äußerung über Brugger stammt aus dem Mund des Vorsitzenden der Landsmannschaft Eupen-Malmedy, Freiherr von Broich: Brugger habe *„von Tuten und Blasen keine Ahnung. [...] Aber selbst wenn der Mann wirklich die Absicht hätte, ist er gar nicht fähig dazu, denn ein erfrorener Eskimo hat ja mehr Feuerblut im Leibe als dieser stumpfsinnige Staatssekretär!“*: Brief von Broichs an die GSV (30.03.22), in: BA-R 8014/711.

⁷²⁵ Federführend in Saargelegenheiten sollte fortan eine dreiköpfige Kommission im RMI sein, der außer dem Ressortleiter auch je ein Vertreter Bayerns und Preußens angehören sollten: Vgl. Protokolle der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 23.03.23 (24.03.23, in: BA-R 1601/1697) und 08.04.23, in: BA-R 8014/7.

⁷²⁶ Brief Jolas' an das BayMA (12.03.23), in: BayHStA, MA 108.206.

⁷²⁷ Vgl. Aufzeichnung (12.04.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091. Nach Ansicht des AA erstrebe der Verein *„eine Art Monopolstellung als bevollmächtigte Vertretung des Bewohner des Saargebiets in Berlin. Als solche kann er nicht betrachtet werden“* und auch an der Saar war diese Illusion zu vermeiden.

⁷²⁸ Die Referenten des AA sollten in ein anderes Ressort wechseln, um dem Eindruck entgegenzuwirken, das Saargebiet gehöre völkerrechtlich zum Ausland. Wie Vogel vorschlug, sollte die neue Zentralstelle mit den bisherigen Sachbearbeitern direkt dem Reichskanzler unterstellt werden, womit zugleich auch die Bedeutung hervorhoben worden wäre, welche die Regierung der Saarfrage beimaß: Vgl. Briefe der GSV an das AA (25.04.23, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091) und Röchling (11.05.23, in: BA-R 8014/1127). Neben Röchling, der ebenso wie die Saarbrücker Handelskammer für die Beibehaltung der Zuständigkeiten plädierte, wurden im Mai 1923 auch die Politiker innerhalb des Bundesvorstandes mobilisiert.

Friedbergs wegen einer nicht abgesprochenen Initiative⁷²⁹ kommentierte Andres wenige Wochen später auf der Mitgliederversammlung mit der Feststellung, man werde sich nicht das Recht nehmen lassen, auch in politischen Fragen Anstöße zu geben, selbst wenn diese „*Anregungen von gewissen Stellen oft lästig empfunden würden.*“⁷³⁰ Da aber das Auswärtige Amt auf derartige Anregungen keineswegs angewiesen war, verliefen zwei weitere Kooperationsangebote im Sand⁷³¹. Die Reaktion auf die Zurückhaltung der Wilhelmstraße ist als geradezu typisch für Vogels Geschäftsführung zu werten: In der Zeit der galoppierenden Inflation schaltete er den Reichspräsidenten gewissermaßen als oberste moralische Instanz ein und bat ihn, auf die zuständigen Ministerien hinzuwirken, künftig bei ihren Zuschüssen der Geldentwertung Rechnung zu tragen⁷³². Ähnliche Versuche, verschiedene Ressorts gegeneinander auszuspielen, lassen sich in zahlreichen weiteren Fällen nachweisen, in welchen Vogel die Verdienste der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ unzureichend gewürdigt empfand.

In der Phase der relativen Stabilität der „Goldenen Zwanziger“ konsolidierten sich nach ihrer Reorganisation auch wieder die finanziellen Verhältnisse der Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Entsprechend entspannt gestaltete sich das Verhältnis zur Wilhelmstraße. Etwa ab dieser Zeit taucht in allen wichtigen Publikationen des Vereins eine Standardphrase auf, die zwar die hierarchischen Verhältnisse widerspiegelte, der Saarvereinstätigkeit aber zugleich eine zumindest offiziöse Nuance verlieh:

„Der ‚Saar-Verein‘ treibt keine selbständige Politik. Es ist aber klar, daß seine Arbeit auf politischem Gebiete liegt und die Politik nahe berührt. Der ‚Saar-Verein‘ ordnet aber seine poli-

⁷²⁹ Die Kritik des britischen Unterhauses an der Politik der Regierungskommission hatte der Verein zum Anlaß genommen, zahlreiche deutsche Parlamentarier aufzufordern, im Reichstag ähnlich deutliche Interpellationen einzubringen. Nach Ansicht des AA liefe eine derartige Stellungnahme den Interessen der deutschen Außenpolitik zuwider, weshalb das Amt viel Zeit damit vergeudet habe, den Fehler des Saarvereins wieder zu korrigieren. Vgl. Brief des AA an Andres (16.05.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091.

⁷³⁰ Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 15.07.23 (21.07.23), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2. Eine sinngemäße Äußerung findet sich bereits im Vormonat: Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 19.06.23 (22.06.23), in: Ebd. Siehe auch die überzogene Kritik an der zurückhaltenden Reaktion des AA auf die Einführung des Franc als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel im Saargebiet, in: SF 4 (1923) 12, S. 158; SF 5 (1924) 9, S. 126. Selbst Stresemann blieb von der Kritik des SF nicht ausgenommen: Vgl. SF 5 (1924) 19, S. 285.

⁷³¹ Im Juni 1923 unterbreitete die GSV dem AA das Angebot, in allen Saargelegenheiten als kompetenter Gutachter zur Verfügung zu stehen: Vgl. Protokolle der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 19.06.23 (20.06.23, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091 und 22.06.23, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2). Im Januar 1925 wurde hingegen der Gedanke aufgeworfen, saarländischen Bittstellern in Berlin erst dann zu helfen, wenn diesen von der GSV eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt sei: Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 24.01.25, in: BA-R 8014/7.

⁷³² Vgl. Brief der GSV an Ebert (23.08.23), in: BA-R 8014/671. Ebert hatte im April des gleichen Jahres eine Abordnung des Vereins zur Besprechung von Saargelegenheiten empfangen: Vgl. Dankschreiben der GSV an Ebert (24.03.23), in: BA-R 8014/670; SF 4 (1923) 9, S. 111.

tische Betätigung der Politik unter, die vom Auswärtigen Amt und von den Führern der deutschen Politik im Saargebiet für gut befunden wird. Konfessionelle Fragen und parteipolitische Bestrebungen sind ausgeschlossen.“⁷³³

Trotz aller Skepsis, welche der Bund der Saarvereine dem Vertrag von Locarno entgegenbrachte, erwartete auch er vom vielbeschworenen „neuen Geist“ eine Wende in den deutsch-französischen Beziehungen. Um nicht vom Gang der Ereignisse überrollt zu werden, lag es auf der Hand, sich dem Auswärtigen Amt angesichts der modifizierten Rahmenbedingungen erneut ins Gedächtnis zu rufen⁷³⁴. Spätestens im Herbst 1925 dürfte sich in der Bundesführung die Erkenntnis durchgesetzt haben, daß die Strategie der Unterordnung die beste Chance bot, Gehör und Anerkennung bei der Wilhelmstraße zu finden. Im Gegenzug für das Entgegenkommen, die Propaganda vorab mit dem dortigen Saarreferat zu koordinieren, erhoffte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Einblicke in Regierungsinterna und – wenn schon nicht offiziell als Juniorpartner, so doch de facto als Sprachrohr des Auswärtigen Amtes – die eigene Existenzberechtigung demonstrieren zu können⁷³⁵. Erstmals läßt sich diese ungleichgewichtige Symbiose in der propagandistischen Aufarbeitung der Konferenz von Locarno⁷³⁶ nachweisen; sie spiegelte sich nachfolgend aber ebenso in verschiedenen Rundschreiben und Verlautbarungen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ wider⁷³⁷.

Eine weitere Konsequenz dieses neu angebrochenen Kapitels in den Beziehungen zwischen dem Verein und dem Auswärtigen Amt war das Verstummen der Klagen gegen die Saarpolitik des Ministeriums. Zwar kritisierte der „Saar-Freund“ auch weiterhin das mangelnde Interesse, welches der noch nicht gelösten Saarfrage entgegengebracht worden sei, doch erschienen die Regierungsbehörden dann meist pauschal in einer Reihe neben der deutschen Presse, der

⁷³³ „Denkschrift über Bund und Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘“ (Januar/ Februar 1925), in: StA Freiburg C 4/ IX/ 2/ 1, S. 5. Ebenso in: „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925 (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2. Intern wurde der bisherige Kurs gegenüber dem AA verteidigt. Zur gleichen Zeit, als obige Denkschrift erschien, bekannte Andres im Preußischen Abgeordnetenhaus: „Wir lassen uns das Recht, politische Anregungen jeder Art zu geben, nicht nehmen, auch wenn sie einmal dem Auswärtigen Amt lästig fallen und nicht in den Kram passen.“ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 24.01.25, in: BA-R 8014/7.

⁷³⁴ Vgl. Brief der GSV an Stresemann (15.12.25), in: BA-R 8014/676.

⁷³⁵ Es versteht sich von selbst, daß die Zusammenarbeit nur informeller Natur sein konnte; ein schriftlich fixiertes Abkommen, wie es Anfang 1920 mit der RfH geschlossen worden war, hätte auch dem Selbstverständnis des Ministeriums widersprochen.

⁷³⁶ Siehe hierzu Kap. 6.3.

⁷³⁷ So wies die GSV beispielsweise in einem Einladungsschreiben für eine Sitzung im März 1926 darauf hin, daß „die Aufklärungsarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ [...] in Hinblick auf die derzeitigen politischen Verhältnisse in gewissem Sinne eine Umstellung erfahren [...] müsse]. Die künftige Arbeit muß noch mehr als bisher in engster Anlehnung an die deutsche Gesamtpolitik und in engster Fühlung mit den führenden Persönlichkeiten in dem Abwehrkampf des Saargebiets ausgeübt werden, damit keine Unterscheidung der zu beschreitenden Wege und keine Abweichung der im einzelnen zu erstrebenden Ziele eintritt.“ Vgl. Rundschreiben der GSV (08.03.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19. Nahezu der gleiche Wortlaut findet sich im Einladungsschreiben für die Sitzung am 18.02.27 (25.01.27), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.092.

deutschen Wirtschaft oder dem deutschen Volk. In den folgenden Jahren übersandte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ dem Auswärtigen Amt regelmäßig die vorgefaßten Entschließungen von Saarkundgebungen und bat bei Publikationen um Stellungnahme⁷³⁸. Trotz einer gewissen Grundskepsis wegen der polemischen Sticheleien gegen die Regierungskommission, die französische Regierung oder den Völkerbund fanden die Saarreferenten in der Regel nur selten Anhaltspunkte zu ernsthafter Kritik. In Einzelfällen äußerten sie ihre Bedenken, die seitens der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ schon aus dem Grund beherzigt wurden, weil anderenfalls die benötigten finanziellen Zuwendungen weggefallen wären⁷³⁹.

Infolge der Wirtschaftskrise erlebte die Kooperationsbereitschaft mit den reichsdeutschen Behörden im Allgemeinen und dem Auswärtigen Amt im Besonderen in den letzten Jahren der Republik eine weitere Intensivierung. Wenn es galt, den Fortbestand der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu sichern, nahmen die Angebote bisweilen anbiedernde Züge an. Vogel, dessen wirtschaftliche Existenz und gesellschaftliche Reputation auf das Engste mit dem Schicksal der Saarorganisation verknüpft war, fürchtete offenbar nichts mehr, als daß die Reichsregierung fortan auf seine Mithilfe verzichten könnte. Wenngleich die Saarfrage nach dem Scheitern der Pariser Konferenz und angesichts massiver innenpolitischer Probleme vorübergehend in den Hintergrund rückte, dürfte von Regierungsseite während der Weltwirtschaftskrise wohl kaum an den Aufbau einer neuen Organisation gedacht worden sein⁷⁴⁰. Es war aber gerade diese Sorge, im Vorfeld der Saarabstimmung von der aktiven Mitwirkung ausgeschlossen zu sein, die Vogel zu Jahresende 1931 veranlaßte, den Bund der Saarvereine vollends als willfähiges Instrument zur Verfügung zu stellen. Nach einer Unterredung mit von Friedberg resümierte Vogel, fortan eine „Schlagwortpolitik“ betreiben zu wollen, die nach außen im scheinbaren Gegensatz zur diplomatischen Verhandlungspolitik stehen sollte. Je detaillierter die Geschäftsstelle „Saar-

⁷³⁸ Vgl. Brief Andres' an das AA (Entschließung von Heidelberg, 05.06.28), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.092; Aktenvermerk der RVP (Entschließung von Münster, 31.05.29), in: BA-R 1603/2525; Brief der GSV an das AA (Entschließung von Trier, 26.06.30), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093; Brief der GSV an das AA (Schallplattenaufnahme, 11.02.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.094. Stellungnahmen zu Publikationen des Bundes siehe allgemein in Kap. 5.3. Auch nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ bat die GSV beim AA vorab um dessen Votum zu Presseartikeln und Druckschriften: Vgl. PA AA, II a Saargebiet, R 76.094–76.097.

⁷³⁹ Sowohl die bayerische Landesvertretung in Berlin als auch das AA und Max Braun störten sich an verschiedenen antifranzösischen Formulierungen im Einladungsschreiben zur Neustädter Bundestagung 1931. Die kritisierten Passagen wurden daraufhin gestrichen: Vgl. Aktennotiz Voigts (10.06.31), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093; Brief der GSV an Andres (10.06.31), in: BA-R 8014/78; Brief Max Brauns an die GSV (25.06.31), in: Ebd.; Aktennotiz Jolas' (09.07.31), in: BayHStA, MA 108.207. Allerdings zahlte das AA keine laufenden Unterstützung wie das RMbesGeb oder RMI, sondern gewährte nur in Ausnahmefällen Zuwendungen – beispielsweise für die jährlichen Bundestagungen: Vgl. Brief des AA an das RMI (29.02.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.094.

⁷⁴⁰ Selbst die RfH drohte zu dieser Zeit der Brüning'schen Deflationspolitik zum Opfer zu fallen: Vgl. RICHTER, S. 57–61; WIPPERMANN, S. 340–348. Siehe zu Vogels Befürchtungen die entsprechenden Äußerungen in den Tätigkeitsberichten 1929–1932; SF 12 (1931) 3, S. 34.

Verein“ über die jeweiligen Absichten der offiziellen Saarpolitik unterrichtet sei, desto gezielter könne die Bundesorganisation ihre Propagandaarbeit gestalten.

„Es wird in bestimmten Fällen sogar nötig sein, von Ihnen, sehr verehrter Herr Geheimrat, bestimmte Winke zu erhalten, um in der Saarvereinsarbeit über das Ziel der Regierung hinausschießend eine Aktion einzuleiten, um in der Durchführung dieser Arbeit schließlich auf die Grenzen der Regierungspolitik zurückzukommen. Je weniger die amtliche Inspiration der Saarvereinsarbeit hervortritt, um so wirksamer wird die Aufklärungsarbeit sein können.“

Unter diesem Aspekt sei die vom Verein in der Öffentlichkeit geäußerte Kritik an Maßnahmen der Regierung eher als taktisches Mittel zur Förderung der Regierungsarbeit zu verstehen. In jedem einzelnen Fall, so schloß Vogel seine Ausführungen, wolle die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Vorfeld den jeweiligen Grad der Obstruktion mit dem Auswärtigen Amt koordinieren⁷⁴¹. Von Friedberg blieb die Antwort auf die Offerte schuldig.

Wie viele andere private Organisationen der Deutschtumspflege füllte der Bund der Saarvereine während der Weimarer Republik eine Nischenfunktion aus. Er wurde – oftmals gegen den Willen der verantwortlichen Ministerien – in Bereichen aktiv, in welchen offizielle Vertreter der Reichsregierung aus außenpolitischen Erwägungen Zurückhaltung üben mußten. Ab Mitte der zwanziger Jahre war der Saarverein in das System der offiziösen Saarpolitik integriert, wie es von Seiten der RfH/ RVP und des Auswärtigen Amtes betrieben wurde. Trotz mehrfacher Anläufe scheiterten allerdings alle Versuche, dem Bund ein generelles Mitspracherecht in Saaranangelegenheiten einzuräumen, am Widerstand der zuständigen Länder- und Reichsressorts. Allerdings hielt der bayerische Staatskommissar Jolas am Vorabend der „Machtergreifung“ ein Plädoyer für den Bund der Saarvereine:

„Sollte man von Deutschland außerhalb des Saargebiets auf die Vorbereitung und Durchführung der Agitation Einfluß nehmen wollen, dann müßte das durch private Organisationen (z.B. den Saarverein) geschehen. Reichs- und Staatsbehörden würden sich zweckmäßig jeder unmittelbaren Fühlungnahme mit Personen des Saargebiets enthalten.“⁷⁴²

Das Auswärtige Amt hingegen sah dies weitaus skeptischer. Die Bildung von Aktionsausschüssen zur agitatorischen Bearbeitung der Abstimmungsberechtigten sei zwei Jahre vor dem Plebiszit nicht nur verfrüht, sondern nach Ansicht Voigts kamen hierfür

⁷⁴¹ Vgl. Brief der GSV an das AA (01.12.31), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.094. Nach der Rückgliederung ließ sich die Unterordnung leicht rechtfertigen: „[...] ein Versuch, eigene Politik zu machen, hätte die Einheitlichkeit der Führung gefährdet und hätte leicht ausarten können zu einem uferlosen Kampf der Freiheitskämpfer untereinander zum Vorteil der begehrliehen Feinde.“: VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 223. Zu dieser sogenannten „schwarzen“ Propaganda vgl. JOWETT/O'DONNELL, S. 13 ff.

⁷⁴² Vgl. Aktennotiz Jolas' (23.10.32), in: BayHStA, MA 106.099. Als Jolas eineinhalb Jahre später gegenüber den neuen Machthabern in München seine eigene jahrelange Tätigkeit verteidigte, führte er die Arbeit des Bundes als Beleg für seine Behauptung ins Feld, daß die Saarfrage während der Weimarer Republik durchaus ihre gebührende Beachtung gefunden habe: Vgl. Brief Jolas' an Ministerpräsident Siebert (31.03.34), in: BayHStA, NL Jolas 10.

„nur Personen in Betracht, die im Saargebiet wohnen. Den Saar-Verein würde ich für diese Aufgabe nicht für geeignet halten; ich glaube, daß dies auch seine eigene Ansicht ist.“⁷⁴³

Kap. 3.2: „Bindeglied zwischen dem deutschen Saarland und dem großen deutschen Vaterlande“⁷⁴⁴

Satzungsgemäß hatte sich der Bund der Saarvereine der Erhaltung und Förderung des Deutschtums im Saargebiet verschrieben⁷⁴⁵. Das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen der saarländischen und der reichsdeutschen Bevölkerung, welches durch die Französisierungspolitik bzw. autonomistische Bewegung als gefährdet angesehen wurde, sollte ebenso wie das deutsche Volksbewußtsein immer wieder aufs neue bekräftigt werden⁷⁴⁶. Dabei gingen die „Saar-Freunde“ von der Annahme aus, daß, solange der Wunsch nach Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterland nicht ins Wanken geriete, sämtliche französischen Begehrlichkeiten zum Scheitern verurteilt seien. Das Festhalten am Gedanken der Rückgliederung schien als massiver

„Wall, der sich den feindlichen Bestrebungen entgegenstellt, und wenn er so rein und fest bleibt, wie er bisher war, [...] dann ist die Saar gerettet.“⁷⁴⁷

Wie zuvor der Saargebietsschutz hoffte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, die Entfremdung der Saarländer von Deutschland durch deren moralische und wirtschaftliche Unterstützung verhindern zu können. So versprachen die Vortragsredner des Bundes ebenso wie zahlreiche Publikationen bei allen sich bietenden Gelegenheiten, zu verhindern, daß das Saargebiet zugunsten anderer bedrohter Reichsteile geopfert werde, und dafür Sorge zu tragen, daß die Saar nicht in Vergessenheit geriete⁷⁴⁸. Drohte wie beispielsweise

während des Ruhrkampfes 1923 die Not des Saargebietes in den Hintergrund zu geraten, so nutzte die Geschäftsstelle „Saar-

**Nicht nur Rhein und Ruhr,
sondern stets Rhein, Ruhr und Saar!**

Abb. 10: Parole im „Saar-Freund“ 1923

Verein“ Kundgebungen, Aufrufe und Sammlungen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, um die Saar als gleichberechtigtes Problem zu thematisieren. Regelmäßige Erinnerungen bzw. – im

⁷⁴³ Brief Voigts an Sperr (07.11.32), in: BayHStA, MA 106.099. Die Reichskanzlei erkannte zu dieser Zeit den propagandistischen Nutzen des Bundes zwar prinzipiell an; verwies allerdings auf die notwendige Kontrolle durch die zuständigen Ressorts: Vgl. Aktenvermerk in der Reichskanzlei (16.02.33), in: BA-R 43-I/253.

⁷⁴⁴ Zitiert aus dem Brief des BdS an die Reichskanzlei und das AA (Dezember 1920), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.430; SF 11 (1930) 15, S. 278.

⁷⁴⁵ Vgl. § 1 der „Satzungen des Bundes ‚Saar-Verein‘ und seiner Ortsgruppen (10.10.20), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein I.

⁷⁴⁶ In der „Köllertaler Zeitung“ Nr. 288 (11.12.26) hieß es dazu: „Förderung der kulturellen, politischen, wirtschaftlichen, nationalen und bevölkerungsmäßigen Zusammenhänge zwischen Saargebiet und dem übrigen Deutschland“. Vgl. ebenso: Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Saar-Verein wissen muß, S. 6.

⁷⁴⁷ Vgl. Jahresrückschau und Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine für das Jahr 1928, Berlin 1929, S. 11.

⁷⁴⁸ Gerade während des Belagerungszustandes im August 1920 finden sich zuhauf derartige Beteuerungen: Vgl. beispielsweise SF 1 (1920) 16, S. 150. Vgl. ebenso: SF 1 (1920) 14, S. 121; SF 1 (1920) 21, S. 209; SF 1 (1920) 5/6, S. 25; Brief der GSV an verschiedene Schriftleitungen (19.01.24), in: BA-R 8014/1091.

Falle der Nichtbeachtung – Ermahnungen und Rügen riefen während dieser Zeit die südwestliche Ecke des Reiches immer wieder ins Gedächtnis⁷⁴⁹:

*„Das letzte deutsche Abstimmungsgebiet - 1935! - ist das Saargebiet. Frankreich beabsichtigt, das durch und durch deutsche Gebiet zu annektieren. Die Bevölkerung hat bisher alle Anschläge erfolgreich abgewiesen! Sie muß aber dem wirtschaftlichen und politischen Druck Frankreichs erliegen, wenn nicht das rechtsrheinische Deutschland an ihre Seite tritt.“*⁷⁵⁰

Ein energisches Vorgehen gegen das vermeintliche Ignorieren oder Ausblenden der Saarfrage war auch aus einem anderen Grund notwendig: Angesichts der zahlreichen privaten Abwehrstellen, die sich im Frühjahr 1923 konstituierten, stand zu befürchten, daß die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bei der Verteilung der Mittel aus dem „Deutschen Volksoffer“ oder der „Ruhrhilfe“ übergegangen wurde.

Schon in einem ihrer ersten Rundschreiben appellierte die Geschäftsstelle, *„oft und viel an Verwandte, Bekannte und Freunde in der Saarheimat“* zu schreiben, um diesen wieder Mut zu machen⁷⁵¹. Dem gleichen Ziel sollte der Ausbau der eigenen Organisation dienen:

*„Unsere Brüder und Schwestern an der Saar müssen von Tag zu Tag deutlicher fühlen, daß das unbesetzte Deutschland ihnen einmütig die Bruderhand entgegenstreckt. Deshalb müssen wir die Kunde von der Not der treudeutschen Saarbevölkerung weit über Deutschland, über seine Grenzen hinaus, tragen, müssen wir das Schicksal so sehr zur Herzenssache jedes Deutschen machen, daß jede deutsche Stadt, jede deutsche Gemeinde, jeder deutscher Verein, jede sonstige deutsche Körperschaft, jeder deutscher Mann und jede deutsche Frau Mitglieder des Bundes werden.“*⁷⁵²

Daß die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ alle Maßnahmen der Regierungskommission scharf kritisierte, welche auf eine Eigenständigkeit des Saargebiets vom deutschen Reich abzielten⁷⁵³, überrascht weniger als die Tatsache, daß sie zumindest in ihrer Frühphase ebenso unerbittlich tatsächliche Verfehlungen und scheinbare Ignoranz auf reichsdeutscher Seite anprangerte. Selbst

⁷⁴⁹ Vgl. Brief der GSV an Reichskanzler Cuno (15.03.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes, des Aufsichts- und Beratungsausschusses und des interfraktionellen Saarausschusses vom 23.03.23 (24.03.23), in: BA-R 1601/1697; Flugblatt „Rhein, Ruhr und Saar!“ (15.04.23), in: StA Gießen, L 1365/III; SF 4 (1923) 2, S. 17; SF 4 (1923) 4, S. 37 f.; SF 4 (1923) 5, S. 53 f.; SF 4 (1923) 8, S. 95; SF 4 (1923) 9, S. 112; SF 4 (1923) 12, S. 168; SF 4 (1923) 13, S. 171. Mit ähnlicher Intension: Bernhard RAUSCH: Die Saarpolitik Frankreichs. Vorläufer und Vorbild seiner Politik am Rhein und an der Ruhr, Berlin 1923. Siehe auch das Rundschreiben des MayMA an die bayerischen Staatsministerien und Präsidien der rechtsrheinischen Regierungen (12.04.23), in: Staatsarchiv Augsburg, BA Illertissen 2871. Vgl. hierzu allgemein: Fritz BLAICH: Der „30-Millionen-Fonds“. Die Auseinandersetzung um eine soziale Ruhrentschädigung 1925–1927, in: BDLG 113 (1977), S. 450–476.

⁷⁵⁰ Vgl. Erwin HÜLCHRATH: Rheinlandnot. Die Nöte und Leiden der Rheinlande (Rheinprovinz, Westfalen, Nassau, Saargebiet, Rheinlandpfalz, Rheinhessen, Birkenfeld und Kehl), Berlin 1923, Einbandseite.

⁷⁵¹ Als Nebeneffekt dieser Briefkampagne hoffte Vogel, an Informationen aus dem Saarrevier zu gelangen, die aufgrund der Postüberwachung nicht direkt an die Berliner Zentrale geschickt werden konnten: Vgl. Rundschreiben der GSV *„an alle Saarländer und Freunde des Saargebietes“* (März 1920), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1.

⁷⁵² Rundschreiben *„Unser Saargebiet in Gefahr!“* (Sommer 1921), in: Ebd. Vgl. ebenso SF 1 (1920) 5/6, S. 25; KLOEVEKORN: Preußischer Gebietsteil, S. 91.

⁷⁵³ Beispielsweise wurden verschiedene Ministerien Anfang Februar 1920 auf die neuen Saargebietsmarken mit dem Aufdruck *„Sarre“* hingewiesen: Vgl. Rundschreiben der GSV (05.02.20), in: BA-R 8014/664.

vor den obersten Reichsinstanzen machte sie nicht Halt: So glaubte Vogel Anfang 1920, Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Bauer rügen zu müssen, bei ihrem Abschiedsgruß an die durch den Versailler Vertrag abgetrennten Grenzgebiete die Saar nicht explizit erwähnt zu haben⁷⁵⁴. Regelmäßig erging an das Reichsverkehrsministerium die Bitte, fortan Eisenbahnfahrkarten in das Saargebiet nicht mehr an Auslandsschaltern zu verkaufen und auch das Auswärtige Amt handelte sich wegen Landkarten, auf denen die neuen Grenzen berücksichtigt worden waren, die Kritik der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ein⁷⁵⁵. Penibel achtete Vogel auf scheinbar nebensächliche Formalitäten: So verweigerte er im Frühjahr 1920 die Annahme von 500 zuvor bestellten Faltkarten mit der Begründung, sie trügen die Aufschrift „*Handkarte des Saarstaates*“ anstelle „*des Saargebietes*“⁷⁵⁶. In unzähligen persönlichen Schreiben und Presseartikeln rief die Geschäftsstelle immer wieder ins Gedächtnis, daß das Saargebiet nicht zum Ausland gerechnet werden dürfe und Saarbrücken weder in Lothringen liege, noch dort französisch gesprochen würde⁷⁵⁷. Sogar eine allgemeine Sprachregelung wollte die Vertreterversammlung 1925 in Hannover initiieren, als sie vorschlug, fortan anstelle der Bezeichnungen „Saarland“ und „Saarländer“ konsequent „Saargebiet“ und „Bewohner des Saargebietes“ zu verwenden⁷⁵⁸. Allerdings setzte sich diese Forderung selbst im vereinsinternen Schriftverkehr nicht durch⁷⁵⁹.

Die Tätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ging in den eineinhalb Jahrzehnten ihres Bestehens weit über derartige symbolische Unterstützungsakte hinaus. Wie im folgenden zu

⁷⁵⁴ Vgl. Briefe der GSV an den Reichskanzler und den Reichspräsidenten (12.01.20), in: BA-R 43-I/239; SF 1 (1920) 1, S. 5.

⁷⁵⁵ Vgl. Briefe der GSV an das RMVerkehr (03.05.20 und 02.02.22), in: BA-R 8014/664 und 667; Brief der GSV an das AA (09.11.20), in: BA-R 8014/665; SF 1 (1920) 21, S. 211. Das AA räumte gravierende Fehler und Versäumnisse deutscher Dienststellen selbst ein: Vgl. Brief Voigts an Göppert (05.02.20), in: PA AA, I a Friedensdelegation Paris/Versailles, R 22.755.

⁷⁵⁶ Vgl. Brief der GSV an die Gebr. Hofer Verlagsanstalt (03.04.20), in: BA-R 8014/1019. Mit dem Problem der staatsrechtlichen Anerkennung des Saargebiets sah sich auch das AA konfrontiert, als es Ende Januar 1920 in einem Runderlaß darauf hinzuwirken versuchte, künftig die Bezeichnung „*Saarstaat*“ nicht mehr in offiziellen Schreiben zu verwenden: Vgl. Runderlaß der Friedensabteilung (26.01.20), in: BA-R 43-I/239. Die mangelnde Umsetzung dieser Anordnung zeigt sich in Rundschreiben des BayMI vom 23.10.28 und 06.06.31 (in: Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Neunburg, 1754 bzw. Regierung der Oberpfalz, Kammer des Innern, 21.083), in welchen den bayerischen Kammern und Regierungen sogar „*dienstaufsichtliches Einschreiten*“ für den Fall der Nichtbeachtung angedroht wurde.

⁷⁵⁷ Vgl. Brief der GSV an Major Weberstedt (05.08.20), in: BA-R 8014/10; Brief der GSV an den Hugo Michels Briefmarkenkatalog (13.12.21), in: BA-R 8014/1022; Briefe der GSV an die Firma Gustav Gerdts, Bremen und Walther Fischer, Hamburg (15.11.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5. Vgl. ebenso SF 2 (1921) 17, S. 241; SF 4 (1923) 5, S. 64; SF 5 (1924) 17, S. 261; SF 7 (1926) 8, S. 118; SF 7 (1926) 9, S. 140 f.; SF 12 (1931) 2, S. 23 f.

⁷⁵⁸ Vgl. SF 6 (1925) 12/13, S. 188 f.; SF 6 (1925) 15, S. 260; SF 7 (1926) 8, S. 126 f. Bereits auf der ersten Bundestagung in Kassel war ein derartiger Gedanke aufgeworfen worden: Vgl. SF 2 (1921) 8, S. 95.

⁷⁵⁹ Nichtsdestotrotz sind diese symbolischen Gesten ebenso charakteristisch für ihre Wirken: So sandte sie nach der Volksabstimmung in Schleswig ein Telegramm an die Stadt Flensburg oder verpflegte einen saarländischen Kriegsinvaliden auf dessen Weg nach Berlin: Vgl. SF 1 (1920) 13, S. 116; vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses und saarländischer Vertreter vom 16.10.28 (20.10.28), in: BA-R 8014/7. Vgl. auch den „Saargruß an die befreiten Rheinlande“, in: SF 7 (1926) 3, S. 50.

zeigen sein wird, engagierte sie sich in noch viel größerem Umfang auf praktischem Gebiet, um das Ausharrungsvermögen der Saarländer zu stärken.

a) Die Königgrätzer Straße als Auskunftsstelle in Saargelegenheiten

Schon von Beginn seiner Tätigkeit für die Geschäftsstelle war Vogel bemüht, die eigene Organisation als kompetentes Informationsbüro für politische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen des Saargebiets zu etablieren⁷⁶⁰. Die zahlreichen Anfragen von privater und öffentlicher Seite deuten darauf hin, daß ihm dies in der Tat gelungen ist⁷⁶¹. Die Behauptung des Vereins, daß die deutschen Behörden durch die Tätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ eine merkliche Entlastung erfuhren, ist nicht von der Hand zu weisen⁷⁶²: In ihrer Funktion als Auskunftsstelle in Saargelegenheiten fing sie einen beträchtlichen Teil der sonst an die Ministerien gerichteten Anfragen ab, beantwortete diese entweder gleich oder leitete sie an die zuständigen Sachbearbeiter weiter. Schien das zugrundeliegende Problem von allgemeinerem Interesse zu sein, wurde es in einer der nächsten Ausgaben des „Saar-Freund“ thematisiert. Hunderte, wenn nicht gar Tausende, saarländischer und reichsdeutscher Bittsteller trugen auf diese Weise in Berlin zunächst ihr Anliegen in der Königgrätzer Straße vor, bevor sie gegebenenfalls an Reichs- oder Staatsbehörden verwiesen wurden. Durch ihr im Laufe der Jahre sukzessiv ausgebautes Archiv⁷⁶³ konnte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ schließlich relativ autonom Anfragen beantworten, so daß bisweilen selbst Reichsministerien um Auskunft baten⁷⁶⁴.

b) Der Bund der Saarvereine als Anwalt des Saargebietes

Auch die internationale Regierungskommission des Saargebiets setzte die Praxis der französischen Militärverwaltung fort, die saarländische Presselandschaft mittels befristeter Erscheinungsverbote zu disziplinieren⁷⁶⁵. Explodierende Preise für Druckmaterialien und

⁷⁶⁰ Auch in dieser Hinsicht setzte er die Vorarbeit des Saargebietsschutzes fort, beispielsweise als er in regelmäßigen Abständen über die aktuellen Einreisemodalitäten ins besetzte Gebiet aufklärte: Vgl. Brief des Kommandeurs des Abschnitts 4 der besetzten Zone in Frankfurt an den Saargebietsschutz (04.07.19), in: BA-R 8014/857.

⁷⁶¹ Verschiedene Briefe aus der Frühphase zeigen, daß der Verein noch relativ unbekannt war: So wurde er abwechselnd auch als „Saarschutz“, „Reichsstelle für aus dem Saargebiet Vertriebene“, „Auskunftsstelle für Saargebietsschutz“, „Ausschuß der Beratungsstelle für Rheinländer“ oder „Hilfsbund für Rheinländer“ angeschrieben: Diverse Briefe (Juli–August 1919), in: BA-R 8014/9. Allerdings gingen sogar aus Japan Anfragen ein (27.11.19), in: Ebd.

⁷⁶² Vgl. „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

⁷⁶³ Vgl. hierzu BA-R 8014/813–834, 838–842, 845–881, 885 f., 889–894, 897–965, 999–1005 und 1012–1015.

⁷⁶⁴ Beispielsweise bat das Reichswehrministerium am 22.08.23 (in: BA-R 8014/672) um die Übersendung von Informationsmaterial über die aktuellen Verhältnisse im Saargebiet, insbesondere über die Rolle und das Versagen des Völkerbundes.

⁷⁶⁵ Vgl. BALDAUF, S. 112 f.

steigende Löhne ließen die Einnahmenverluste aus Verkauf und Anzeigen doppelt schwer wiegen, was gerade kleinere Zeitungen vor die Entscheidung stellte, den Betrieb einzustellen oder künftig auf kritische Berichte über die Regierungskommission, die Grubenverwaltung und das französische Militär zu verzichten. Angesichts dessen war die Geschäftsstelle bemüht, die Mißstände an der Saar in ihrer literarischen und rednerischen Propaganda anzuprangern und auf diese Weise das Schweigen der geknebelten saarländischen Presse zu kompensieren⁷⁶⁶. Als eine seiner wesentlichen Aufgaben sah der Verein die öffentliche Verteidigung saarländischer Interessen – unabhängig davon, ob sich einzelne Personen in konkreten Fällen an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ wandten⁷⁶⁷ oder sich diese bemüßigt fühlte, die Rolle des Anwalts pauschal für ganze gesellschaftliche Gruppierungen auszuüben. Die gelegentlich vorgebrachte Beteuerung, sich im Kontakt der Saarländer zu Reichs- und Staatsbehörden nicht als Zwischeninstanz etablieren zu wollen⁷⁶⁸, dürfte in erster Linie zur Beruhigung der eigentlich zuständigen Sachbearbeiter gedient haben. Denn zweifelsohne hatte das Saarbüro ein vitales Eigeninteresse daran, als erste Anlaufstelle und verbindendes Relais zwischen die Saarbevölkerung und amtliche Stellen zu treten – was es in seiner Außendarstellung auch eigens betonte:

*„Es wird eine enge Fühlung mit der Bevölkerung des Saargebiets aufrechterhalten. Die Bevölkerung gewöhnt sich immer mehr daran, bei allen möglichen Anliegen den Bund und die Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ als ihren Mittler und Sprecher in Anspruch zu nehmen.“*⁷⁶⁹

Freilich entsprang diese Äußerung trotz des umfangreichen Schriftverkehrs eher dem Wunschen Vogel als der Realität: Obwohl sowohl die Behörden als auch Privatpersonen und Privatorganisationen auf ihre Vermittlungsdienste zurückgriffen⁷⁷⁰, war der Weg über die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ nur eine unter weiteren Optionen, welche in Erwägung gezogen wurde. Von einer generellen zentralen ersten Anlaufstelle konnte zu keiner Zeit die Rede sein⁷⁷¹.

⁷⁶⁶ Es galt, der saarländischen Bevölkerung, „die unter brutaler Gewalt verstummt, eine Zunge zu leihen.“: SF 2 (1921) 1, S. 3. Vgl. auch SF 1 (1920) 1, S. 1; SF 2 (1921) 8, S. 93. Zur publizistischen Tätigkeit der GSV und Hilfsmaßnahmen des Reiches siehe Kap. 5.1.

⁷⁶⁷ Beispielsweise intervenierte Vogel beim PrMWissenschaft zugunsten eines Lehrers aus dem saarländischen Wiebelskirchen, dessen Entlassung wegen seiner dezidiert prodeutschen Haltung abzusehen war, wie er sich bei verschiedenen Reichsministerien für seinen ehemaligen Stadtverordnetenkollegen Zillessen und die Ende 1919 ausgewiesenen Landräte von Halfern und Blank einsetzte: Vgl. Brief der GSV an das PrMWissenschaft (25.11.19) und positives Antwortschreiben (18.12.19) sowie Brief der GSV an das RMJustiz und das AA (10.12.19), in: BA-R 8014/663 bzw. PA AA, Friedensabteilung, R 95.913. Zu den Ausweisungen: Briefe der GSV an das PrMI (24.12.19) und das AA (03.01.20), in: BA-R 8014/663.

⁷⁶⁸ Vgl. „Völklinger Nachrichten“ Nr. 272 (21.11.25); Tätigkeitsbericht des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ über das Geschäftsjahr 1926, Berlin 1927, S. 3 f.

⁷⁶⁹ Theodor VOGEL: Deutsch die Saar immerdar! Was jeder Deutsche vom Saargebiet und vom „Bund der Saarvereine“ wissen muß. Ein Merkblatt mit Bildern und der Karte des Saargebietes, Berlin 1925, S. 26.

⁷⁷⁰ So leitete die GSV sowohl Gelder im Auftrag des RMI ins Saargebiet weiter, wie sie dem Ministerium eine Eingabe der Beamten und Angestellten der Stadt Saarbrücken an die preußische Regierung übersandte: Vgl. Brief des RMI an die GSV (28.09.21) und Brief der GSV an das RMI (11.10.21), in: BA-R 8014/667.

⁷⁷¹ Selbst persönliche Bekannte Vogels wählten bisweilen den direkten Kontakt zu den Ministerien: Vgl. Brief Pfarrer Schlichts an das RMI (02.09.26), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.430.

Im folgenden soll an verschiedenen Beispielen gezeigt werden, wie sich Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und Bund der Saarvereine, „*die berufenen Organisationen zur Vertretung der deutschen Saargebietsinteressen*“⁷⁷², für die Belange der Saarländer engagierten. Um überhaupt aktiv werden zu können, mußten die „Saar-Freunde“ zunächst von den Mißständen an der Saar und den Bedürfnissen der Saarländer Kenntnis erhalten.

i) Initiativen zur Bildung eines Saarausschusses

Der vorübergehende Zusammenbruch des Heimatdienstapparates im Sommer 1920 hatte zugleich das Ende des parteipolitisch paritätisch besetzten fünfköpfigen Saarausschusses zur Folge, dem Vogel als Vertreter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ angehörte. Um nicht dauerhaft bei Besprechungen über die Saar ausgeschlossen zu bleiben und vor allem, um den bisherigen Einfluß auf die Verteilung der staatlichen Hilfsgelder zurückzuerlangen, regte er die Reanimierung des enttarnten Gremiums an⁷⁷³. Um die Saarländer vor Repressalien zu schützen, sollten dem Ausschuß nach seiner Ansicht zwar dem Saargebiet nahestehende Persönlichkeiten, jedoch keine Einwohner des Saargebietes angehören. Was Vogel als Lehre aus der Misere mit Ollmert verkaufte, war in Wirklichkeit nichts anderes als der Versuch, Vertrauensmänner aus dem Umfeld der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in das Gremium zu lancieren. So sollten neben Parlamentariern verschiedener Parteien und Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden außer ihm selbst der Leiter der Polwona Kristian Kraus, Carl Ommert, Karl Ollmert, der Bundesvorsitzende Otto Zillessen sowie Staatsanwaltschaftsrat Retienne von der RVP vierwöchentlich über alle anstehenden Angelegenheiten des Saargebietes beraten⁷⁷⁴. Drei Aufgabengebiete wollte Vogel dem Komitee übertragen:

1. Die Fühlungnahme mit der saarländischen Bevölkerung sowie die Weiterleitung der von ihr geäußerten Wünsche und Bedürfnisse an die zuständigen Instanzen im Reich und den Ländern.
2. Das Sammeln relevanter Unterlagen und Informationen allgemeiner Art für die reichsdeutschen Behörden.
3. Das mündliche Werben für die Maßnahmen der Reichsregierung bzw. deren Bekanntmachung im Saargebiet.

Auch diese Initiative verlief im Sand. Zwar erkannten die Behörden den Nutzen eines solchen Saarausschusses prinzipiell an, doch wollte sich die bayerische Staatsregierung nicht auf die von

⁷⁷² SF 4 (1923) 2, S. 15.

⁷⁷³ Vgl. Brief der GSV an die RVP (02.12.20), in: BA-R 8014/780.

⁷⁷⁴ Das Spektrum der vertretenen Parteien sollte von der SPD bis zur DNVP reichen: Vgl. Briefe der GSV an die RVP (Juli 1921, in: Ebd.) und an das PrMI (08.07.21), in: BA-R 8014/666. Im gleichen Schreiben plädierte Vogel für den Aufbau eines eigenen Dezernats für Saargebietsfragen beim neu eingerichteten StSbesGeb im RMI, was nicht zuletzt am Widerstand der Länder scheiterte, die einen weiteren Verlust ihrer Kulturhoheit fürchteten und dem Saargebiet insgesamt keine Sonderrolle zuweisen wollten: Vgl. Brief Dr. Walters (BayMA) an das PrMI (23.07.21), in: BayHStA, MA 108.206.

Vogel ins Spiel gebrachte Repräsentationsfunktion des Vereins einlassen. Abgesehen von den generellen Vorbehalten gegen die Person Vogels, der kurz zuvor auf Konfrontationskurs zur Pfalzzentrale gegangen war⁷⁷⁵, begründete das Münchener Ministerium seine Ablehnung mit dem Hinweis auf die seit einem Jahr erfolgreich verlaufenden Kontakte des bayerischen Staatskommissars zu einem verdeckt arbeitenden Gremium in der Saarpfalz⁷⁷⁶. Ähnlich erfolglos endete der Versuch des Staatssekretärs Brugger im darauffolgenden Frühjahr, unter seiner Leitung einen überparteilichen Saarausschuß mit Beteiligung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu schaffen⁷⁷⁷.

Erst nach erfolgreicher Konsolidierung ihrer finanziellen Verhältnisse knüpfte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ wieder an ihrem alten Vorhaben an, über einen Saarausschuß

„politische Anregungen jeder Art zu geben [...], auch wenn sie einmal dem Auswärtigen Amt lästig fallen und nicht in den Kram passen.“

Auf einer gemeinsamen Sitzung der Vereinsausschüsse und saarländischer Vertreter warf Andres erneut den Gedanken auf, aus den Parteivorsitzenden und „sonstigen hervorragenden Führern des deutschen Gedankens im Saargebiet“ ein Komitee zu bilden, welches sich viertel- oder halbjährlich mit Vertretern des Bundes beraten sollte. Als potentielle Mitglieder brachte er neben Franz Levacher (Zentrum), Wilhelm Schmelzer (DSVP) und Valentin Schäfer (SPD) auch die beiden Pfarrer Heinrich Becker und Halke, die Verleger Otto Bauer und Fritz Kühner, die beiden Redakteure Albert Zühlke und Johann Feld, den Gewerkschaftssekretär Mathias Karius, ferner die Herren Kranz und Winter, Hans Bongard sowie Hermann Röchling ins Spiel. Der Generalsekretär des saarländischen Zentrums, Ludwig Meijer, sollte als Ansprechpartner und Kontaktperson nach Berlin fungieren. Wie wenig Bedeutung die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ dem saarländischen Landesrat beimaß, zeigt die Zusammensetzung des Gremiums: Lediglich drei der Nominierten (Schmelzer, Röchling und Levacher) gehörten dem Parlamentssubstitut an⁷⁷⁸.

⁷⁷⁵ Vgl. Brief der GSV an Dr. Ritter (17.05.21), in: BayHStA, Haupthilfsstelle Pfalz 100; Aufzeichnung Wappes (14.12.21), in: BayHStA, MA 108.206.

⁷⁷⁶ Vgl. Brief Dr. Walters (BayMA) an das PrMI (23.07.21), in: Ebd. Jener Ausschuß war am 22.09.20 als direkte Reaktion auf die Enttarnung des Heimatdienstes durch die Regierungskommission gegründet worden, da der Bevölkerung des bayerischen Teils des Saargebiets die Leistung der preußischen Regierung vor Augen geführt worden waren. Die Prüfung von Unterstützungs- und Entschädigungsgesuchen gehörte ebenso zu seinen Aufgaben wie die Beobachtung der Stimmungslage in der Saarpfalz und das Einleiten geeignet erscheinender Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums: Vgl. undatierte Aufzeichnung Jolas', in: BayHStA, MA 108.209. Dort sowie in 108.203 die Protokolle weiterer Sitzungen bis 1923. Vgl. auch Heinrich JOLAS: Saar-Denkschrift, München 1933 (in: LA Speyer, L 342), S. 31 f.; JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 33.

⁷⁷⁷ Die Vorschläge Bruggers müssen im Zusammenhang mit der Initiative gesehen werden, die Federführung in Saargelegenheiten auf sein Ressort im RMI zu übertragen. Obwohl das AA selbst wiederholt die Gründung eines Saarausschusses in Erwägung gezogen hatte, ließ es die weiterführenden Pläne Bruggers scheitern: Vgl. Brief des AA an die Reichskanzlei (13.05.22), in: BA-R 43-I/240; JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 32.

⁷⁷⁸ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 24.01.25, in: BA-R 8014/7; SF 5 (1924) 2, S. 64 f. Dabei hatte der Saargebietsschutz seinerzeit explizit die Errichtung eines Parlamentes als Sicherheitsventil gefordert: Vgl. „Das Saargebiet in den durch den vorgeschlagenen Vorfrieden

Es sollte sich bis Mitte 1928 hinziehen, bis sich die Bundesführung selbst eingestand, daß ihre Pläne zur Errichtung eines überparteilichen Saarausschusses gescheitert waren. Nach einem erneuten Vorstoß im Frühjahr 1926, bei welchem die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die direkte Unterstützung von Außenminister Stresemann suchte⁷⁷⁹, verging in den folgenden Monaten keine Sitzung der Vereinsausschüsse, in welcher das Thema nicht erörtert und über den gegenwärtigen Stand debattiert worden wäre. Begleitend wiesen mehrere Artikel im „Saar-Freund“ auf die Notwendigkeit und Ziele eines solchen Saarausschusses hin⁷⁸⁰.

Doch was stand der Schaffung eines Gremiums im Fahrwasser der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ entgegen, dessen Existenz nicht alleine das Prestige der „Saar-Freunde“ gesteigert hätte, sondern auch für die in ihm vereinten Saarländer von Vorteil gewesen wäre?

1. Das Auswärtige Amt war nicht gewillt, auf die Vermittlungsdienste einer privaten Organisation zurückzugreifen und somit Informationen nur aus zweiter Hand zu erhalten, wo es selbst problemlos aktiv werden konnte. Zur gleichen Zeit, als die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ intensiv für ihr Komitee warb, begannen auch in der Wilhelmstraße die Planungen, einen ähnlich überparteilich strukturierten Ausschuß zur Beratung der Reichsregierung in Saargelegenheiten ins Leben zu rufen⁷⁸¹. Das Interesse der von der Geschäftsstelle angesprochenen saarländischen Partei-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsvertreter schwand in dem Moment, als sich ihnen die Möglichkeit eröffnete, ihre Vorstellungen unmittelbar den politischen Entscheidungsträgern in Berlin vorzutragen⁷⁸². Allerdings entfaltete der Saarausschuß der Reichsregierung erst im Vorfeld der deutsch-französischen Verhandlungen Ende der zwanziger Jahre seine Tätigkeit, obwohl schon im Mai 1927 ein erstes vorbereitendes Treffen in Heidelberg stattgefunden hatte. Zu keiner dieser Besprechungen wurden Vertreter des Bundes der Saarvereine eingeladen⁷⁸³.

geschaffenen Verhältnissen“, S. 22, in: PA AA, I a Friedensdelegation Paris/ Versailles, R 22.536.

⁷⁷⁹ Die führenden Persönlichkeiten im Abwehrkampf des Saargebiets seien der Auffassung, „daß sie ihre künftige Arbeit mehr noch als bisher in engster Anlehnung an die deutsche Gesamtpolitik und in engster Fühlung mit der Arbeit des Bundes der Saarvereine ausüben müssen, damit keine Unterschneidung der zu beschreitenden Wege und keine Abweichung der im einzelnen zu erstrebenden Ziele eintritt.“: Brief der GSV an Stresemann (15.12.25), in: BA-R 8014/676. Vgl. auch Briefe der GSV an Röchling, Pfarrer Becker und Schmelzer (02.11.25 und 16.12.25, in: BA-R 8014/888), an das AA (24.02.26 und 01.03.26, in: BA-R 8014/677) sowie Rundschreiben der GSV (08.03.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19.

⁷⁸⁰ Vgl. SF 8 (1927) 5, S. 71 f.; SF 8 (1927) 6, S. 91 f.; SF 8 (1927) 7, S. 108 f.; SF 8 (1927) 8, S. 121 f.

⁷⁸¹ Vgl. allgemein zu Plänen des AA zur Schaffung eines Saarausschusses: PA AA, II a Saargebiet, R 76.068 f.

⁷⁸² Vgl. Brief des SPD-Unterbezirks Saargebiet an die GSV (15.03.27), in: BA-R 8014/888; Brief Pfarrer Beckers an die GSV (28.03.27), in: BA-R 8014/422.

⁷⁸³ Vgl. Protokoll der Heidelberger Besprechung vom 13.05.27 (18.05.27), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.069; Protokolle der Besprechungen vom 01.07.29 mit 50 Vertretern der politischen Parteien und Berufsorganisationen (in: BayHStA, MIInn 47.091), der Besprechung vom 23.09.29 (02.10.29, in: BA-R 43-I/246; hier auch Aufschlüsse über die internen parteipolitisch bedingten Friktionen im Ausschuß) und der Besprechung vom 01.09.30, in: BayHStA, MIInn 47.093. Vgl. auch ZENNER: Parteien und Politik, S. 129 (Anm. 101) und S. 227.

Auch andere Ministerien behielten das Heft des Handelns in der Hand und zogen nach eigenem Ermessen saarländische Vertreter zu Besprechungen hinzu⁷⁸⁴. Daß die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ebenfalls von Besprechungen saarländischer Wirtschaftskreise mit Vertretern des französischen Handelsministeriums ausgeschlossen blieb, überrascht angesichts ihrer intransigenten Haltung gegenüber Frankreich hingegen wenig⁷⁸⁵.

2. Die nötige Überparteilichkeit des Ausschusses war nicht zu bewerkstelligen. Mit ihrem Konfrontationskurs zur saarländischen SPD um Matthias Braun verbaute sich die Geschäftsstelle selbst die Chance, ein solches überparteiliches Gremium zu schaffen. So lange es aber nicht gelang, eine politische Einheitsfront aller Parteien zu initiieren, besaß Rumpfausschüsse keine Chance, von den Behörden als Sprachrohr der saarländischen Bevölkerung anerkannt zu werden⁷⁸⁶.
3. Anscheinend widersprach ein von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ initiiertes Saarausschuß auch den Interessen ihr sonst wohlwollend gegenüberstehender saarländischer Industrieller. Im Frühjahr 1927 bezichtigte Vogel die beiden DSVP-Mitglieder Röchling und Schmelzer, hinter vorgehaltener Hand das Zustandekommen eines Ausschusses sabotierten, um die Vertraulichkeit bisheriger Vereinbarungen mit dem Auswärtigen Amt zu wahren⁷⁸⁷.

Angesichts dieser Widrigkeiten fiel Ende Juli 1928 auf einer Sitzung des Bundesvorstandes die Entscheidung, von der Gründung eines eigenen Saarausschusses Abstand zu nehmen und statt dessen von Mal zu Mal saarländische Persönlichkeiten zu informellen Besprechungen einzuladen. Ein derartiges – einmaliges – Treffen fand drei Monate später in Frankfurt am Main nur geringe Resonanz: Unter den zehn Saarländern, die der Bitte gefolgt waren, befanden sich weder Sozialdemokraten noch christliche oder freie Gewerkschaftler. Auch das Auswärtige Amt sah seinerseits keine Veranlassung, der Versammlung Beachtung zu schenken⁷⁸⁸. Wenngleich die Geschäftsstelle das Projekt eines institutionalisierten Saarausschusses zu den Akten legte, suchte sie in den kommenden Jahren weiterhin den Kontakt zu exponierten Vertretern der

⁷⁸⁴ Vgl. Protokoll der Besprechungen am 31.08.27 im RMArbeit (09.09.27), in: BA-R 1601/1698. Das Ministerium lehnte die Bitte der GSV ab, ihr eine Kopie der Mitschrift zu übersenden.

⁷⁸⁵ Im Frühjahr 1925 verhandelten saarländische Industrielle und Gewerkschaftsführer mit dem französischen Ministerialdirektor Serruys über die praktische Handhabung der Handelsbeziehungen nach Errichtung der Zollgrenze zwischen dem Saargebiet und dem Deutschen Reich: Vgl. Aktennotiz von Friedbergs (12.03.25), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.672; ZENNER: Parteien und Politik, S. 145.

⁷⁸⁶ Im Gegensatz zum Saarzentrum standen die christlichen Gewerkschaften der Bildung des Ausschusses skeptisch gegenüber: Vgl. Brief Kratz' an die GSV (02.03.27), in: BA-R 8014/888.

⁷⁸⁷ Vgl. Brief der GSV an Ollmert (19.04.27), in: Ebd. Vogel vermutete die Distanz aufgrund des zinsgünstigen Millionenkredits aus dem Vorjahr, der Röchling von der Reichsregierung gewährt wurde. Vor Beginn der Saarverhandlungen schlug der Geschäftsführer des „Deutschen Rhein“, Karl Mehrmann, vor, den nun etablierten Saarausschuß der Reichsregierung mit Vertretern des Saarvereins zu ergänzen, da sich dort „eine Fülle von Sachkenntnis angesammelt“ habe. Röchling lehnte dies mit der Begründung ab, der Ausschuß sei ohnehin schon zu groß, um effektiv arbeiten zu können: Vgl. Brief Mehrmanns an Röchling (03.10.29) und Antwortschreiben Röchlings (14.10.29), in: BA-R 8014/799.

⁷⁸⁸ Vgl. Protokoll der Besprechung mit Andres vom 31.07.28 (04.08.28), in: BA-R 8014/7; Protokoll der Sitzung in Frankfurt am 16.10.28 (20.10.28), in: BA-R 8014/888; SF 9 (1928) 21, S. 399.

saarländischen Wirtschaft, Politik und Kultur sowie zu den Gewerkschaften⁷⁸⁹. Anfang der dreißiger Jahre konnten zumindest zeitweise Hans Bongard, Hermann Röchling, Peter Scheuer, Leo Wentzel und Max von Vopelius als Beisitzer im Aufsichts- und Beratungsausschuß der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ verpflichtet werden⁷⁹⁰. Dies ermöglichte es Vogel, in einer Phase, in welcher die Bewilligung von Staatszuschüssen zur Disposition stand, nach außen die vermeintlich guten Beziehungen der Geschäftsstelle zum Saargebiet zu betonen und die Notwendigkeit ihres Weiterbestehens zu demonstrieren.

Ende 1933 etablierte der Vizekanzler und Saarbevollmächtigte der Reichsregierung Franz von Papen ebenfalls einen „Saarausschuß“. Unter dem Vorsitz Voigts berieten Vertreter des Saarbevollmächtigten, des Auswärtigen Amtes, des Reichspropagandaministeriums sowie des preußischen Innenministeriums auf Referentenebene sämtliche Propagandafragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Abstimmung⁷⁹¹. Mit dem Gremium der Weimarer Jahre hatte dieses Expertenkomitee außer dem Namen nichts mehr gemein.

ii) Das karitative Engagement des Bundes der Saarvereine

Verglichen mit dem Flüchtlingsstrom, der nach Ende des Krieges aus den verlorenen Ostprovinzen und Elsaß-Lothringen einsetzte, stellten die Saarflüchtlinge quantitativ eine marginale Größe dar. Zwischen Sommer 1914 und 1923 hatten etwa 8.000 Personen aus der Saarregion ihrer ehemaligen Heimat den Rücken gekehrt⁷⁹², darunter auch diejenigen Binnenemigranten, die freiwillig ihren Wohnsitz ins Reichsgebiet verlegten. Schon weil das Saarbecken durch den Versailler Vertrag zum Abstimmungsgebiet geworden und Anfang der zwanziger Jahre der Ausgang der Volksbefragung noch völlig offen war, mußte von staatlicher Seite alles daran gesetzt werden, dem Exodus der Saarländer Einhalt zu gebieten⁷⁹³ bzw. den Vertriebenen und ihren Angehörigen helfend zur Seite zu stehen.

⁷⁸⁹ Vgl. Protokoll der Informationsreise verschiedener Vorstandsmitglieder der GSV ins Saargebiet vom 01.05.29–05.05.29 (15.05.29), in: BA-R 8014/831.

⁷⁹⁰ Vgl. Dok. 6 im Anhang.

⁷⁹¹ Vgl. Erlaß von Papens (02.12.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.070. Anfang Februar 1934 nannte sich der Propagandausschuß selbst in „Allgemeiner politischer Saarausschuß“ um: Vgl. Aktennotiz (08.02.34), in: BayHStA, StK 6126.

⁷⁹² Vgl. Brief der Presseabteilung des DSB an die GSV (27.08.23), in: BA-R 8014/758. Im Gegensatz hierzu wanderten von den etwa 1,25 Millionen Deutschen aus den an Polen abgetretenen Gebieten bis 1926 etwa 900.000 ab oder wurden assimiliert: Vgl. Denkschrift des AA (März 1930), siehe bei: KREKELER: Deutschtumspolitik, S. 188. Unmittelbar nach dem Waffenstillstand setzte eine Fluchtwelle von Elsaß-Lothringern über den Rhein ein, die bis Anfang 1920 bereits 100.000 Personen umfaßte. Wie ein Vertreter des Roten Kreuzes auf der Mitgliederversammlung in Kassel berichtete, war diese Zahl bis April 1921 um weitere 30.000 gestiegen, für die insgesamt 150 Mio. Mark aufgebracht werden mußten: Vgl. SF 2 (1921) 8, S. 95; ROTH: Die Rückkehr Elsaß-Lothringens, S. 132–135. Weiteres statistisches Material bei Dieter RIESENBERGER: Das Deutsche Rote Kreuz. Eine Geschichte 1864–1990, Paderborn 2002, S. 182.

⁷⁹³ Dies schien auch deshalb angeraten, weil die abgewanderten deutschen Arbeiter und Angestellten umgehend durch Franzosen mit deren Familien ersetzt wurden: Vgl. Aufzeichnung des AA (13.02.22), in: BA-R 43-I/240; Brief des Oberpräsidenten von Groote an die Regierungskommission (27.02.20), in: Weißbuch, Dok. 38, S. 75.

Es war abzusehen, daß sich die Entwicklung nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages noch verschärfen würde und hierdurch die staatliche Fürsorge angesichts der Massenemigration überfordert gewesen wäre. Aus diesem Grund schlossen sich im Frühjahr 1919 verschiedene landsmannschaftliche Vereinigungen, unter ihnen auch der Saargebietsschutz, zum „Bund der Deutschen Grenzmarken-Schutzverbände“ unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats von Tilly zusammen. Ähnlich wie der etwa zur gleichen Zeit aus der Taufe gehobene „Deutsche Schutzbund“ beanspruchte der Dachverband

„die Vertretung der gemeinsamen ideellen und materiellen Interessen der ihm angeschlossenen Vereine und Verbände und der von ihnen betreuten Grenzlandgebiete, sowie ihrer deutschen Bewohner und der aus diesen Grenzlanden Vertriebenen und Ausgewanderten.“⁷⁹⁴

Innerhalb des Bundes konstituierte sich ein spezieller Arbeitsausschuß für Flüchtlingsfürsorge unter der Leitung des Majors Friedrich Wilhelm Freiherr von Willisen⁷⁹⁵. Anlässlich eines geplanten Opfertages für die Flüchtlinge wurde Ende Juli 1919 im Festsaal des früheren Berliner Herrenhauses ein Ehrenausschuß gebildet, dessen Ehrenvorsitz Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Bauer sowie der preußische Ministerpräsident Hirsch innehatten und dem außer verschiedenen Reichs- und Länderministern Persönlichkeiten wie Paul von Hindenburg und Gustav Stresemann beitraten.

Vor Vertretern karitativer Organisationen, verschiedener Reichsministerien, landsmannschaftlicher Vereinigungen, des VDA, der RfH sowie vor Journalisten skizzierte Tilly die primären Aufgabenfelder des Kartells⁷⁹⁶. Zwar bezogen sich seine Ausführungen in erster Linie auf die gefährdeten Ostgebiete, die Präsenz Vogels im Verwaltungsrat sicherte allerdings die Berücksichtigung der saarländischen Flüchtlinge und Vertriebenen. Außer der notwendigen Versorgung der bereits aus den Grenzgebieten geflüchteten Deutschen stellte Tilly die prophylaktische Flüchtlingsfürsorge in den Mittelpunkt.

„Der Bund hat ein politisches Interesse daran, daß möglichst viele Deutsche in den abzutretenden Gebieten verbleiben, in erster Linie mit Rücksicht auf die Abstammung, die gefährdet scheint, wenn viele Deutsche, namentlich aus den wohlhabenderen Kreisen, abwandern.“

Ginschel wurde nach ihm noch deutlicher:

„Vor allem liegt nicht der entfernteste Grund vor, daß Deutsche aus den Gebieten abwandern, über deren staatsrechtliche Zukunft eine Volksabstimmung entscheiden soll. Im Gegenteil, wer von dort flieht, vergeht [!] sich am Volke und am Vaterlande.“

⁷⁹⁴ Satzungen (07.11.19), in: BA-R 8014/973. Gemäß dem Beschluß einer Vorstandssitzung vom 24.06.19 sollten die einzelnen Mitgliedsverbände Fürsorgemaßnahmen einleiten, wozu die gesammelten Gelder restlos zu verwenden seien: Undatiertes Protokoll, in: Ebd.

⁷⁹⁵ In den Jahren 1919 bis 1921 war der militärische Kopf der Grenzschutzbewegung im Osten stellvertretender Vorsitzender des DSB, im letzten Jahr vor seinem Tod 1933 sogar dessen erster Vorsitzender: Vgl. FENSCH: Deutscher Schutzbund, S. 307. Weitere Mitglieder des Arbeitsausschusses: Als geschäftsführender Vorsitzender Direktor Wilhelm Scheffen (Zentralkomitee vom Roten Kreuz), Verlagsdirektor Ginschel („Reichsverband Ostschutz“), Arbeitersekretär Nußbaum („Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich“), Frau Prof. Cornelia Hoetzsch (Hauptvorstand des Vaterländischen Frauenvereins). Tilly war 1928 Bundespräsident des „Deutschen Ostbundes e.V.“, Ginschel dessen Bundesdirektor: Vgl. PRAESENT, S. 50.

⁷⁹⁶ Im folgenden: Undatiertes Protokoll der Gründungsversammlung vom 25.07.19, in: BA-R 8014/973.

Prinzipiell sollten daher zwar alle bedürftigen „*Pioniere der deutschen Kultur*“ von seiten des Bundes Hilfe erfahren, jedoch seien die gegen ihren eigenen Willen Vertriebenen gegenüber den freiwillig Verzogenen bevorzugt zu unterstützen⁷⁹⁷.

Während die ihm angeschlossenen Verbände⁷⁹⁸ ihr Gebiet in eigener Verantwortung bearbeiteten, war der Ausschuß bemüht, als zentraler Ansprechpartner und Beratungsstelle in Flüchtlingsangelegenheiten zu koordinieren. Hierdurch sollte die effiziente Weiterleitung der Spendengelder gewährleistet sein. Die Durchführung des Opfertages Mitte September 1919 erfolgte in Kooperation mit den Landesverbänden des Roten Kreuzes und den Vaterländischen Frauenvereinen; die RfH hatte reichsweit für eine entsprechende Plakatierung gesorgt.

Der Beitritt des Saargebietsschutzes bzw. der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu dem Dachverband, dem das Finanzministerium im Kronprinzenpalais Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hatte, zeigt, daß Vogel bemüht war, in möglichst zahlreichen Organisationen der Deutschtumpflege vertreten zu sein. Auf diese Weise erhielt er die Möglichkeit, vor interessierten Foren auf die besondere Situation des Saargebietes hinzuweisen und damit die Saarfrage gerade angesichts der gravierenden Probleme in den östlichen Abstimmungsgebieten präsent zu halten. Zugleich sicherte ihm die Mitgliedschaft in den Führungsgremien Einfluß auf die Vergabe von Geldern.

Ähnlich wie beim Arbeitsausschuß der Grenzmarken-Schutzverbände basierte die Flüchtlingsfürsorge der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auf zwei Hauptpfeilern: Der Verhinderung weiterer Abwanderung als vorbeugende Fürsorge und der Hilfeleistung für bereits verdrängte und geflüchtete Saarländer⁷⁹⁹. Beide Aspekte besaßen hohen propagandistischen Wert und erlaubten der Geschäftsstelle, ihre sonstigen Aktivitäten hinter der Fassade der gemeinnützigen Fürsorge zu verbergen⁸⁰⁰.

Nach Ansicht Vogels lägen die Hilfsmaßnahmen

⁷⁹⁷ Die Betrugsfälle, in denen „*Wanderflüchtlinge*“ (so der amtliche Sprachgebrauch) an verschiedenen Stellen Unterstützungsgelder erschlichen, hatten derart überhand genommen, daß sich das RMI in einem Rundschreiben vom 07.11.19 genötigt sah, darauf hinzuweisen, daß Flüchtlinge künftig nur noch unter Vorlage eines amtlichen Ausweisungsbefehls oder einer Bescheinigung der Heimatbehörde durch die Fürsorgestellen zu betreuen waren: BayHStA, MA 108.097.

⁷⁹⁸ Zum Zeitpunkt der Gründung des Ehrenausschusses gehörten dem Bund an: Der „Reichsverband Ostschutz“, der „Zweckverband Ost“, der „Pfälzer Hilfsausschuß“, der „Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich“, der „Deutsche Ausschuß für Schleswig“, der „Rheinische Hilfsbund“ und der Saarverein. Wenig später trat auch der „Deutsche Heimatbund Posener Flüchtlinge“ bei.

⁷⁹⁹ Vgl. Bericht der GSV über die Verwendung von Geldern für die Flüchtlingsfürsorge (02.05.21), in: BA-R 8014/973. Vgl. auch den Aufruf „Der Saarlande Not und Hilfe“ (November 1919), in: BA-R 8014/2.

⁸⁰⁰ Vgl. Brief der GSV an Hilger (20.03.20), in: BA-R 8014/665.

„auch im Interesse der Stimmung der Saargebietsbewohner, daß man im Saargebiet immer wieder sieht, daß in solchen Fällen der Ausgewiesene und Flüchtling nicht verlassen dasteht, sondern daß ihm mit allen Mitteln und mit allen Kräften zu seinem weiteren Fortkommen verholfen wird.“⁸⁰¹

Hierbei war die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu einem Spagat gezwungen: Auf der einen Seite galt es, für die Flüchtlinge ausreichende Hilfsmaßnahmen einzuleiten, um deren unmittelbare Not zu lindern, ohne dabei auf der anderen Seite den bodenständigen, traditionell land- und hausbesitzenden Saarländern Anreize zur Auswanderung zu bieten. Die Absicht, die projektierte Frankfurter Geschäftsstelle mit der Wahrnehmung der Flüchtlings- und Vertriebenenfürsorge zu betrauen⁸⁰², zerschlug sich zunächst mit der französischen Besetzung des Maingaus, wurde aber im Herbst 1920 erneut in die Wege geleitet⁸⁰³. Über diese Schiene versuchte Vogel, doch noch eine zweite Geschäftsstelle des Saarvereins in der Nähe des besetzten Gebietes aufzubauen, was erneut von keinem Erfolg gekrönt war⁸⁰⁴.

Es sollte sich bis Februar 1921 hinziehen, bis eine einheitliche Regelung für Saarflüchtlinge vom Reichsministerium des Innern erlassen wurde. Bis dahin zeichneten die betroffenen Länder Preußen und Bayern in der Fürsorge verantwortlich – mit der Konsequenz, daß zeitweise mehr von Konkurrenz als von Kooperation gesprochen werden konnte. In dieser Phase engagierte sich die Geschäftsstelle fast ausschließlich für preußische Verdrängte, wobei sie an die Kooperation zwischen dem Saargebietsschutz, dem Roten Kreuz und Vaterländischen Frauenverbänden anknüpfen konnte⁸⁰⁵.

Anfänglich wurden die preußischen Saarflüchtlinge zunächst auf dem Bahnhof in Frankfurt erfaßt und an die Gießener „Übernahme- und Verteilungsstelle“ zur Ausstellung der amtlichen Flüchtlingspapiere weitergeleitet, welche die Voraussetzung für den Erhalt von Unterstützungsgeldern waren. Für den Fall, daß sich Saarländer ohne entsprechende Papiere aus Gießen bei anderen Fürsorgestellen meldeten, sollte diese entweder vom Roten Kreuz oder einer Ortsgruppe des Saarvereins bzw. des „Reichsverbands der Rheinländer“ vorläufig unterstützt werden. Die Kooperation mit den lokalen Saarvereinen wurde den Fürsorgestellen explizit ans Herz gelegt, da dadurch *„die Möglichkeit weitgehendster Auskunft und zuverlässiger*

⁸⁰¹ Vgl. Brief der GSV an die Flüchtlingsfürsorge des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände (27.08.21), in: BA-R 8014/973. Siehe auch SF 3 (1922) 10, S. 158 f.

⁸⁰² Vgl. Brief Vogels an Lillig (08.09.19), in: BA-R 8014/340. Die dezentrale Organisation war notwendig, da die Flüchtlinge – sei es aus finanziellen Gründen, sei es, um schnellstmöglich wieder zurückkehren zu können – meist in der Nähe des besetzten Gebietes blieben. In diesen Regionen herrschten katastrophale Verhältnisse.

⁸⁰³ Anstelle einer hauptamtlichen Fürsorgestelle für Flüchtlinge in Mannheim plädierte Vogel beim PrMI (16.10.20, in: BA-R 8014/665) für die Einrichtung einer Nebengeschäftsstelle, die entgegen der Absicht des Leiters der Pfalzzentrale nicht mit einem Beamten, sondern mit Vogels Vertrauensmann Adam Lillig besetzt werden sollte.

⁸⁰⁴ Vgl. Brief der GSV an Lillig (28.11.21), in: BA-R 8014/807.

⁸⁰⁵ Vgl. Brief der GSV an die Zentralfürsorgestelle in Düsseldorf (10.10.19), in: BA-R 8014/785 sowie den gesamten Schriftverkehr der Bände 785–789; RIESENBERGER, S. 181 ff.

Ermittlungen gegeben“ schien⁸⁰⁶. Die Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und die Landesverbände des Roten Kreuzes⁸⁰⁷ tauschten hierbei wechselseitig Listen der Antragsteller aus, um so den zahlreichen Betrugsfällen einen Riegel vorzuschieben. Saarpfälzische Flüchtlinge wandten sich in dieser Zeit an die „Zentralstelle für pfälzische Angelegenheiten“ in Mannheim, welche die Hilfesuchenden nach Feststellung der Bedürftigkeit an das Würzburger Durchgangsamts zur Verteilung in Bayern weiterleitete⁸⁰⁸.

Im ersten Jahr nach ihrer Gründung zahlte die Geschäftsstelle in 434 Fällen insgesamt etwas mehr als 20.000 Mark an Unterstützungsgeldern aus; durchschnittlich erhielten die Bittsteller zwischen 20 und 50 Mark, in besonderen Fällen – bei ausgewiesenen Lehrern, Redakteuren, Bürgermeistern oder Beamten – auch bedeutend höhere Summen. Obwohl Vogel im Verkehr mit den Behörden Hinweise über die politische Zuverlässigkeit der Ausgewiesenen gab, scheinen sich seine Vorbehalte nicht auf die Vergabe der Gelder ausgewirkt zu haben⁸⁰⁹. Neben der Alimentierung, die unter Umständen eine weitere Abwanderung provozierte, bemühte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ um die Anfechtung verhängter Ausweisungsbescheide sowie eine schnelle Arbeitsvermittlung⁸¹⁰. Angesichts des kontinuierlichen Anstiegs der Lebenshaltungskosten und wachsender Arbeitslosigkeit in der Reichshauptstadt mußte sie Sorge tragen, daß Berlin nicht auch noch von Saarflüchtlingen überschwemmt wurde⁸¹¹. Entsprechend forderten Plakate auf den westdeutschen Bahnhöfen die in ihrer überwiegenden Zahl aus Kreisen der Bergarbeiterschaft stammenden Saarländer auf, sich auf direktem Wege ins rheinisch-westfälische Revier zu begeben⁸¹².

⁸⁰⁶ Vgl. Richtlinien zur Zusammenarbeit, in: Nachrichten der Vertriebenen-Fürsorge (22.07.20), in: BA-R 8014/734.

⁸⁰⁷ Als Dachorganisation wurde das „Deutsche Rote Kreuz“ erst Anfang 1921 gegründet: Vgl. RIESENBERGER, S. 174.

⁸⁰⁸ Vgl. Brief des BayMInn an den Landeshilfsverein vom Roten Kreuz, Abteilung Flüchtlingsfürsorge (05.11.19), in: BayHStA, MA 108.097. Vgl. auch GEMBRIES, S. 157 f.

⁸⁰⁹ Die Unterstützungstätigkeit werde weiterlaufen, auch wenn *„diese Gelder in der heutigen Zeit eventuell noch Leuten zugute kommen, die an unseren heutigen traurigen Verhältnissen durch ihre radikale politische Gesinnung große Schuld haben.“*: Brief der GSV an Hilger (20.03.20), in: BA-R 8014/665.

⁸¹⁰ Vgl. Brief der GSV an die Flüchtlingsfürsorge des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände (30.06.20), in: BA-R 8014/973. In den Bänden 974 und 978 finden sich zahlreiche Schreiben der GSV zur Wohnraum- und Arbeitsvermittlung, bei welcher Vogel auf seine Verbindungen zu ihm bekannten Beamten der Bergbehörden zurückgriff. Namhafte Persönlichkeiten sollten in dieser Phase die Arbeit des Vereins unterstützen: Vgl. Brief der GSV an den *„Dichter Gerhard [sic!] Hauptmann“* (06.07.20), in: BA-R 8014/1020.

⁸¹¹ Angesichts der 3,8 Millionen Einwohner war die Versorgungslage in Berlin im ersten Nachkriegsjahr ohnehin existenzbedrohend: Vgl. Andreas WIRSCHING: *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 66 f.

⁸¹² Vgl. Plakat für die Eisenbahndirektionen Westdeutschlands (02.10.19), in: BA-R 8014/975. Siehe auch Aufruf der RfH, in: WIPPERMANN, vor S. 113. Dennoch suchten im Durchschnitt monatlich 40–80 Saarländer in Berlin die GSV auf: Vgl. Bericht der GSV über die Verwendung von Geldern für die Flüchtlingsfürsorge (02.05.21), in: BA-R 8014/973.

Eine besondere Situation trat mit den Ausweisungen ein, die der kommandierende General Brissaud-Desmaillet im August 1920 infolge des Beamtenstreiks verfügt hatte, da nun – anders als bei den Ausweisungsschüben von April und Oktober 1919 – überwiegend Personen des Landes verwiesen wurden, die zuvor führende Positionen in der Verwaltung und im Pressewesen bekleidet hatten. Es galt, dieser Gruppe besondere Aufmerksamkeit zu widmen, denn einerseits wurde die deutsche Position an der Saar durch ihre Verbannung geschwächt, andererseits standen die exponierten Persönlichkeiten⁸¹³ stärker im Interesse der Öffentlichkeit, was zur Folge hatte, daß an ihrem Schicksal auch größerer Anteil genommen wurde. Insbesondere bei ihnen mußte größte Sorgfalt darauf gelegt werden, sie

„unbedingt mit dem Gefühl in die Heimat zurückkehren zu lassen, daß sie von ihrem Mutterlande auch bezüglich einer würdigen Unterstützung unter keinen Umständen sich verlassen fühl[t]en.“⁸¹⁴

Ein weiterer, in den Akten zwar nicht erwähnter, aber nicht zu vernachlässigender Grund für die besondere Aufmerksamkeit, welche die Geschäftsstelle den im August Verdrängten widmete, dürfte darin zu sehen sein, daß zahlreiche Ausweisungen mit einer vorangegangenen Kooperation mit dem Heimatdienst oder dem Saarverein begründet wurden.

Da sich das bisherige Verfahren, die Saarflüchtlinge an die Übernahmestelle in Gießen zu delegieren, als wenig effektiv erwiesen hatte, mußten organisatorische Änderungen vorgenommen werden. Künftig erfaßte die Übernahmestelle für elsäß-lothringische Flüchtlinge in Frankfurt auch die preußischen Vertriebenen und versorgte sie mit den notwendigen Papieren. Ausgewiesene preußische Beamte hatten sich an die Kasseler Zweigstelle des Berliner Fürsorgeamtes zu wenden; für saarpfälzische Vertriebene hingegen blieb weiterhin die Pfalzzentrale in Mannheim zuständig⁸¹⁵.

Die Ausweisung einer größeren Zahl von Beamten im Sommer 1920 belastete den Flüchtlingsetat der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ erheblich, da den Staatsdienern aufgrund eines Beschlusses des preußischen Staatsministeriums vom Juli 1919 sowohl ihre laufenden Bezüge als auch zusätzliche Tagegelder für die doppelte Haushaltsführung und gegebenenfalls einmalige Unterstützungen gezahlt werden mußten⁸¹⁶. Gegenüber den etwa 20.000 Mark bis Jahresmitte 1920 gelangten in den folgenden fünf Monaten etwa 95.000 Mark zur

⁸¹³ Wegen Tätigkeit für den Heimatdienst bzw. den Saarverein wurden unter anderem ausgewiesen: Der Verleger der „Saarbrücker Zeitung“ Richard Hofer, die beiden Chefredakteure Dr. Carl Pützfeld und Albert Zühlke, der kaufmännische Direktor Karl Ditges sowie die Redakteure Richard Posselt, Adolf Franke und Ludwig Bruch. Vgl. Brief der GSV an die RVP (08.09.20), in: BA-R 1603/2511; S.Z. Nr. 222 (27.08.20). Noch am 03.10.20 (Nr. 259) beharrte Richard Hofer, die „Saarbrücker Zeitung“ sei nicht nach „*Berliner Richtlinien*“ geführt worden und habe nicht mit dem Heimatdienst kooperiert. Vgl. auch: ECKLER: Die Ausweisungen aus dem Saargebiet.

⁸¹⁴ Vgl. Bericht der GSV über die Verwendung von Geldern für die Flüchtlingsfürsorge (02.05.21), in: BA-R 8014/973.

⁸¹⁵ Vgl. SF 1 (1920) 17, S. 176 und SF 1 (1920) 20, S. 208 ohne Hinweise auf die bayerischen Fürsorgestellen.

⁸¹⁶ Vgl. Brief des PrMI an die GSV (17.11.20), in: BA-R 8014/979. Den besonderen Status der Beamten hatte Loehrs in diesem Schreiben zum Ausdruck gebracht: „*Mit einem Abbau der Unterstützungen für Nichtbeamte bin ich durchaus einverstanden.*“

Auszahlung⁸¹⁷. Dies überstieg die finanziellen Möglichkeiten der Geschäftsstelle bei weitem, weshalb Vogel beim preußischen Innenministerium intervenierte und mit dem Erlaß vom 8. Oktober eine generelle Neuordnung erreichte: Der Unterstützungssatz für ausgewiesene Nichtbeamte stieg danach auf pauschal 50 Mark am Tag⁸¹⁸, die allerdings in Höhe der allgemeinen Richtlinien von den Vertriebenenfürsorgestellen des Roten Kreuzes übernommen wurden. Nach außen hin übernahm die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ den potentiellen Fehlbetrag zu dieser Summe, was den Flüchtlingen ausdrücklich mitgeteilt werden sollte⁸¹⁹. Entscheidungsinstanz für die Bewilligung von finanziellen Hilfsmitteln für Saarländer war ab diesem Zeitpunkt die Geschäftsstelle „Saar-Verein“; bei allen Unterstützungen war *„zuvor das Einverständnis des ‚Saar-Verein‘ in jedem einzelnen Falle unmittelbar herbeizuführen“*⁸²⁰. Nach erneuten Verhandlungen in Berlin, zu denen Vogel als Vertreter des Saarvereins eingeladen wurde⁸²¹, verfügte das Reichsministerium des Innern zum 15. Februar 1921 eine einheitliche Regelung: Alle preußischen und bayerischen Flüchtlinge von der Saar wurden fortan von den Fürsorgestellen des Deutschen Roten Kreuzes betreut, der Saarverein gewährte gegebenenfalls zusätzliche Beihilfen zu dieser Grundversorgung. Damit war sowohl dem Antagonismus Berlins und Münchens zumindest in der Frage der aus dem Saargebiet Vertriebenen ein Ende gesetzt, wie auch die *„Opfer ihres deutschen Bekennermutes, ihres Deutschtums, des Kampfes um das Deutschtum“* einen Sonderstatus erhielten⁸²².

⁸¹⁷ Vgl. Brief der GSV an die Flüchtlingsfürsorge des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände (09.12.20), in: BA-R 8014/973. *„Grundsätzlich muß daran festgehalten werden, daß die einem Flüchtling gewährte Unterstützung niemals den Charakter eines Aktes der Armenpflege oder eines Almosens haben darf, sondern daß es sich hier um einen freiwilligen Akt barmherziger Nächstenliebe und völkischen Gemeinsamkeitsgefühls handelt.“*: Verlagsdirektor Ginschel auf der Gründungsversammlung des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände am 25.07.19, in: Ebd.

⁸¹⁸ Hiermit reagierte Preußen auf den nicht länger haltbaren Zustand, daß preußische (nichtbeamtete) Flüchtlinge bisher nur einen Tagessatz von 25 Mark erhalten hatten, wohingegen den saarpfälzischen Vertriebenen der doppelte Betrag bewilligt wurde. Schon am 17.08.20 hatte der Leiter der Pfalzzentrale dem RMI angeboten, in Mannheim die Versorgung der nach dort geflüchteten Preußen vorläufig zu übernehmen und zur Vermeidung von Unmut den Differenzbetrag vorzuschießen, was das PrMI zwei Tage später dankend annahm: Vgl. den Schriftwechsel in: BayHStA, Haupthilfsstelle Pfalz 1 sowie BayHStA, MA 108.236. Die Sonderbehandlung der saarländischen Flüchtlinge erregte bei anderen Vertriebenen berechtigten Neid, da sich elsäß-lothringische Flüchtlinge mit 9 Mark pro Tag begnügen mußten: Vgl. Brief der Fürsorgestelle Mannheim für vertriebene Elsaß-Lothringer an die GSV (18.09.20), in: BA-R 8014/788.

⁸¹⁹ Vgl. Aufzeichnung des RMI (21.10.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.624. Zur Verdeutlichung ein Rechenbeispiel: Das Rote Kreuz zahlte monatlich 1.000 Mark zuzüglich 6 Mark Erwerbslosenfürsorge und 3 Mark Zusatzunterstützung pro Tag, was einen Tagessatz von 42,30 Mark ergab. Den Rest von 7,70 Mark trug der Saarverein: Vgl. Brief des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz an die Landes- und Provinzialvereine und Zentralfürsorgestellen (Oktober 1920), in: BA-R 8014/981.

⁸²⁰ Punkt 3 der vertraulichen Verfügungen des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz (25.10.20), in: BA-R 8014/786. Vorausgegangen waren Ende August und Anfang September Verhandlungen in Berlin zwischen Enggram, Vogel und dem PrMI: Vgl. Brief Dr. Ritters an das AA (09.09.20), in: BayHStA, Haupthilfsstelle Pfalz 11.

⁸²¹ Vgl. Einladungsschreiben des PrMI an die GSV (26.01.21), in: BA-R 8014/666.

⁸²² Zitiert nach: SF 4 (1923) 2, S. 15. Vgl. Erlaß des RMI (02.02.21), in: BA-R 8014/666. Parallel hierzu hatte sich Preußen etwa zur gleichen Zeit entschlossen, dem Beispiel Hessens zu folgen und ebenfalls eine bei der bayerischen Pfalzzentrale angesiedelte eigene Abteilung zu schaffen. Offizieller Namen der neuen Behörde war

Um die Hilfsleistungen für Saarflüchtlinge auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, bemühte sich die Geschäftsstelle seit Jahresende 1920 um die Berücksichtigung des Saargebiets im „Gesetz über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden“. Vogel bat in einer Eingabe, auch den Saarvertriebenen die Berechtigung auf Schadensersatz zuzugestehen, obwohl das Saargebiet weder an einen anderen Staat abgetreten noch besetzt war. Schließlich seien die Ausweisungen nicht selbst verschuldet und hätte die Ausklammerung des Saargebiets den Eindruck erweckt, daß das Reich sich nicht für die Saar interessiere⁸²³. Doch auch die hierzu parallel laufende Initiative des Vorsitzenden der „Arbeitsgemeinschaft für das gesamte (nichtamtliche) Flüchtlingswesen“⁸²⁴, des ehemaligen Gouverneurs von Deutsch-Südwestafrika Friedrich von Lindequist, und eine weitere Eingabe der Vollversammlung am 8. März 1921 blieben erfolglos⁸²⁵. Ersatzweise wurde von staatlicher Seite im Mai 1921 eine eigene Darlehenskasse geschaffen, die der bereits bestehenden Kasse für Flüchtlinge aus der Ostmark als Abteilung B angegliedert wurde⁸²⁶. Ein Beleihungsausschuß aus Vertretern der Landsmannschaften⁸²⁷ tagte wöchentlich bis zur Auflösung der Darlehenskasse zum 1. April 1922 und befaßte sich in dieser Zeit mit etwa 1.000 Anträgen, darunter 5% aus dem Saargebiet⁸²⁸. Selbst amtlich anerkannte Flüchtlinge besaßen keinen Rechtsanspruch und freiwillig Ausgewanderte erhielten generell keine Darlehen.

Etwa zur gleichen Zeit stellte das Reichsfinanzministerium dem Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete einen Dispositionsfonds in Höhe von zehn Millionen Mark für die Unterstützung der Ausgewiesenen, Vertriebenen und Kriegsoffer zur Verfügung. Da es im Interesse der Reichsfinanzen notwendig schien, daß die Ententestaaten keine Kenntnis von

„Fürsorgestelle für das besetzte Gebiet, Abteilung Preußen“ für den Oberrhein, „Abteilung Hessen“ und „Abteilung Bayern“ für die Pfalz.

⁸²³ Vgl. Brief der GSV an alle Ministerien, die Reichskanzlei sowie die Parteien im Reichs- und Landtag (12.12.20), in: BA-R 8014/666. Diese Begründung ist symptomatisch für die Unterstützungsgesuche der GSV.

⁸²⁴ Diese kurzlebige Dachorganisation – sie löste sich im Dezember 1921 nach knapp eineinhalb Jahren auf – genoß das Vertrauen der Behörden. Zu ihren Mitgliedern zählten: „Ausschuß der deutschen Gruppen in den Ländern Altrußlands“, „Baltischer Vertrauensrat Berlin“, „Deutscher Ostmarkenverein“, DSB, „Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer Berlin“, „Hilfsausschuß für Rheinländer“, „Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich“, „Reichsverband für die katholischen Auslandsdeutschen“, „Reichsverband Ostschutz“, VDA, „Vereinigung Deutsch-Evangelisch im Ausland“, „Vereinigte Landsmannschaften Eupen-Malmedy“ und der Saar-Verein (Stand Dezember 1920): Vgl. die entsprechenden Korrespondenzen zwischen der Arbeitsgemeinschaft und der GSV, in: BA-R 8014/751.

⁸²⁵ In der endgültigen Fassung des Verdrängungsschädengesetzes vom 28.07.21 blieben Saar- und Rheinländer ausgenommen: Vgl. Carl PURPER: Das Verdrängungsschädengesetz. Gesetz über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden, Berlin 1921, S. 14.

⁸²⁶ Im folgenden: Niederschrift über die Mitgliederversammlung der Bundestagung vom 07.05.22 (18.05.22), in: BA-R 8014/21.

⁸²⁷ „Schleswig-Holsteiner Bund“ (Schimmack), „Hilfsausschuß der Rheinländer“ (Klößner), „Vereinigte Landsmannschaften von Eupen-Malmedy“ (Freiherr von Broich), „Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier“ (Dziok) sowie der Saarverein (Vogel).

⁸²⁸ Die tatsächliche Zahl der Bedürftigen muß höher veranschlagt werden, da „verschämte Arme“ aus Stolz auf finanzielle Hilfe verzichteten.

diesen Geldern erhielten, übertrug Lewald die Aufgabe der Verwaltung und Auszahlung von Unterstützungsgeldern dem „Hilfssausschuß der Rheinländer“ sowie der Geschäftsstelle „Saar-Verein“⁸²⁹.

Die dortigen Mitarbeiter kümmerten sich außerdem um die vorläufige Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge, boten im Bedarfsfall Rechtsberatung und organisierten die Zuteilung neuer Kleidung. Sie waren ferner bemüht, denjenigen, die nicht mehr zurückkehren konnten⁸³⁰, beim Aufbau einer neuen Existenz durch Arbeitsvermittlung bei den amtlichen Arbeitsnachweisorganisationen, bei Handels-, Gewerbe und Handwerkskammern, durch die Zuteilung von Wohnungen und Mobiliar, die Beschaffung von Gegenständen des täglichen Bedarfs und notwendigen Arbeitsutensilien, beim Transport der Möbel sowie beim Verkauf bzw. der Vermietung der zurückgelassenen Häuser behilflich zu sein⁸³¹. Das Reichsamt des Innern wurde ferner aufgefordert, Maßnahmen gegen den systematischen Immobilienankauf durch die Franzosen einzuleiten⁸³². Zugleich versuchte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, eine breite Öffentlichkeit auf die Ausweisungen aufmerksam zu machen; aufgrund ihrer Eingaben debattierte die Preußische Landesversammlung am 17. September und der Reichstag am 8. Oktober 1920 über die Lage der ausgewiesenen Beamten⁸³³. Zu dieser Zeit versorgte Vogel die Regierungsstellen mit aktuellen Informationen über den Stand der Ausweisungen⁸³⁴. Auch die Ortsgruppen des Bundes waren in die Flüchtlingsfürsorge eingespannt: Sie dienten im Idealfall als erste Anlaufstation, vermittelten an die zuständigen Stellen weiter, traten bei

⁸²⁹ Durch einen Spitzel erfuhr die Alliierte Rheinlandkommission allerdings trotzdem von den Geldern; am 06.07.21 übersandte der französische Hohe Kommissar Tirard seinen Kollegen neben anderen Schriftstücken auch eine französische Übersetzung des Schreibens von Lewald vom 11.04.21, in: MAE, Rive Gauche 194.

⁸³⁰ Trotz verschiedener Amnestien konnten nach Ansicht der Regierungskommission nicht alle Ausweisungen rückgängig gemacht werden. Nach dem Beamtenstreik rechtfertigte Rault dies gegenüber dem Völkerbund mit der Begründung, daß anderenfalls die Autorität der ausweisenden Behörde untergraben worden wäre und die *„éléments de désordre dont l'action tendait à paralyser la vie économique du Territoire et à mettre définitivement en échec la Commission de Gouvernement“* ermutigt hätte: Brief Raults an Generalsekretär Drummond (11.05.21), in: Arch. SDN 19–27, Sous-Section Saar Basin, R 102/11.557.

⁸³¹ Vgl. die Briefe der GSV an das PrMI (30.08.19 und 18.11.19), in: BA-R 8014/662, Brief der GSV an die Flüchtlingsfürsorge des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände (27.08.21), in: BA-R 8014/973 sowie den gesamten Schriftwechsel in BA-R 8014/979. In SF 1 (1920) 23, S. 244 bot ein Unternehmer aus Luckenwalde jungen Flüchtlingen mit guten Französischkenntnissen Arbeit in seinem Kontor an. Voraussetzung sei *„deutsche Gesinnung“*. Siehe auch: SF 1 (1920) 21, S. 220; SF 1 (1920) 17, S. 176; SF 2 (1921) 2, S. 24.

⁸³² Vgl. Brief der GSV an das RMI (21.07.19), in: BA-R 8014/662.

⁸³³ Vgl. Briefe der GSV an Reichskanzler Fehrenbach, das AA, das RMI und das PrMI (16.08.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.455 und an die Parteivorstände der Reichstagsfraktionen (08.09.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.624. Siehe auch Reichstagsdrucksache (08.10.20), in: BA-R 2/2689. Zu einer offiziellen Kundgebung für das Saargebiet im Zirkus Busch wollte sich die Reichsregierung nicht hinreißen lassen: Vgl. SF 1 (1920) 16, S. 154.

⁸³⁴ Vgl. die Briefe der GSV an das AA (07.09.20 und 09.02.21, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.624 f.), die RfH (12.12.19, in: BA-R 1603/2508) und die RVP (08.09.20, in: BA-R 1603/2511).

Unterstützungszahlungen in Vorlage und übernahmen vor Ort die soziale Integration der Vertriebenen⁸³⁵.

Ungeachtet ihrer Funktion als Entscheidungsinstanz über die Bewilligung von Hilfsmitteln⁸³⁶ darf die Rolle des Saarvereins nicht überschätzt werden: Nur ein geringer Teil der Ausgewiesenen nahm die Vermittlungsdienste der Geschäftsstelle oder der Ortsgruppen im Reich in Anspruch. Mehrheitlich korrespondierten die Saarflüchtlinge direkt mit den Behörden⁸³⁷. Entsprechend gering war die Resonanz auf den „Aufruf an alle aus dem Saargebiet ausgewiesenen Deutschen“, die ihre Personalien und den Grund der Ausweisung wegen einer geplanten Eingabe an den Völkerbund mitteilen sollten⁸³⁸.

Mit der Schaffung des Rechtsbegriffes des „Saareinwohners“ durch die Regierungskommission im Juli 1921 endeten die Ausweisungen aus dem Saargebiet⁸³⁹. Ungeachtet dessen hielt es Vogel für sehr wahrscheinlich, daß die „Mines Domaniales“ auch in den kommenden Jahren versuchen würde, deutsche Bergleute durch französische auszuwechseln, so daß er weiterhin die Notwendigkeit der Unterstützungszahlungen an saarländische Erwerbslose bzw. Hilfsleistungen für „Wirtschaftsflüchtlinge“ gegeben sah⁸⁴⁰. In der Tat übernahm die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ während des Ruhrkampfes, der an der Saar von einem hunderttägigen Bergarbeiterstreik begleitet wurde, wieder kurzzeitig die Vermittlung der staatlichen Hilfsleistungen⁸⁴¹. Obwohl

⁸³⁵ Vgl. Brief der GSV an die Flüchtlingsfürsorge des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände (27.08.21), in: BA-R 8014/973. Ein von Ortsgruppe Dortmund organisiertes Wohltätigkeitskonzert am 28.11.21 brachte 6.000 Mark Überschuß: Vgl. SF 2 (1921) 21, S. 310 f.; SF 2 (1921) 24, S. 360; SF 3 (1922) 1, S. 16.

⁸³⁶ Das PrMI teilte in einem Rundschreiben (23.10.24, in: BA-R 8014/674) mit, „daß künftig alle von Saarländern gestellte Anträge unmittelbar dem Saarverein zur Stellungnahme und Vorbereitung für die Beschlußfassung in der gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse [Hilfsausschuß der Rheinländer und der des SV] zugeleitet werden.“

⁸³⁷ Vgl. hierzu den umfangreichen Schriftverkehr in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.577.

⁸³⁸ Vgl. SF 2 (1921) 21, S. 312 sowie mehrfach in einigen überregionalen Zeitungen. Bis Anfang 1922 meldeten sich lediglich 50 Personen. Weder im Völkerbundsarchiv noch in den Akten des Bundes selbst ließ sich eine Eingabe finden.

⁸³⁹ Unabhängig von ihrer bisherigen Nationalität erwarb jede Person, die nachweislich drei Jahre im Saargebiet lebte und dort ihre Steuern zahlte, die Eigenschaft des Saareinwohners. Art. 6 bestimmte: „In Zukunft darf ein Saareinwohner nicht aus dem Saargebiet ausgewiesen werden.“: Vgl. Verordnung Nr. 530 (23.05.21), in: Amtsblatt der Regierungskommission 2 (1921) 4, S. 92 f.; SF 2 (1921) 10, S. 128. Nachfolgend wurden nur noch vereinzelt Personen des Landes verwiesen, so beispielsweise im Spätsommer 1922 die beiden Redakteure der sozialdemokratischen „Volksstimme“ Kurt Lehrmann und Bernhard Rausch: Vgl. Brief der GSV an das AA, das RMI und das PrMI (18.09.22), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.577.

⁸⁴⁰ Vgl. Brief der GSV an die Flüchtlingsfürsorge des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände (27.08.21), in: BA-R 8014/973.

⁸⁴¹ Vgl. Brief des StSbesGeb an die GSV (20.08.23), in: BayHStA, MA 108.203. Ebenso unterstützte die GSV Ruhrflüchtlinge: Vgl. Aufruf des Fürsorgeausschusses an die Berliner Ortsgruppenmitglieder, zur Unterstützung der Ruhrflüchtlinge Kleidungsstücke jeder Art zu spenden (25.01.23), in: BA-R 1603/1696.

die aus dem Saargebiet Ausgewiesenen Anfang 1925 den Ruhrverdrängten rechtlich gleichgestellt wurden⁸⁴², bemühte sich Vogel weiterhin um deren finanzielle Aufbesserung⁸⁴³.

Wie finanzierte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ihre Flüchtlingsfürsorge? Aus den Mitteln des Flüchtlingsausschusses des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände erhielt Vogel zwischen Oktober 1919 und November 1920 insgesamt 38.000 Mark; Anfang Mai 1921 folgten weitere 80.000 Mark⁸⁴⁴. Dem standen im gleichen Zeitraum Ausgaben in Höhe von etwa 213.000 Mark gegenüber⁸⁴⁵. Zwei Zuwendungen des preußischen Finanzministeriums glichen das Defizit weitgehend aus⁸⁴⁶. Ferner wurde dem Unterstützungs- und Fürsorgeausschuß der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Zeitraum von September 1922 bis April 1923 insgesamt 910.000 Mark vom Kuratorium „Rheinlanddank“ überwiesen, das sich sogar an den Verwaltungs- und Propagandakosten der Geschäftsstelle beteiligte⁸⁴⁷.

Auf die Entwicklung der folgenden Jahre gesehen, besaßen die Ausweisungen der Jahre 1919–1921 längerfristige Bedeutung für die Arbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“:

1. Viele der freiwillig aus dem Saargebiet Verzogenen kehrten ebenso wie die ausgewiesenen Bergleute nicht mehr in ihre alte Heimat zurück, sondern faßten im unbesetzten Teil des

⁸⁴² Dies ging auf eine Eingabe der GSV zurück: Vgl. Brief des RMI an AA (31.12.24), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.577. Im gleichen Jahr wurde auch die Forderung erhoben, den BdS ähnlich wie die landsmannschaftlichen Verbände für Oberschlesien und Westpreußen offiziell an der Regelung der Ausweisungsschäden zu beteiligen bzw. angesichts des systematischen Mißbrauchs von Unterstützungsgeldern saarländischen Bittstellern in Berlin erst dann zu helfen, wenn diesen von der GSV eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt worden sei: Vgl. SF 6 (1925) 12/13, S. 185; undatiertes Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 24.01.25, in: BA-R 8014/7.

⁸⁴³ Wie häufig, wählte er auch hier den Weg gezielter Provokation, als er den Behörden vorwarf, daß „die Saar-Verdrängten gegenüber den Rhein- und Ruhrverdrängten schon von jeher sehr benachteiligt worden“ seien: Vgl. Brief der GSV an „Ausschuß für ergänzende Fürsorge für Rhein-Ruhr-Verdrängte und Gefangene“ (13.01.25), in: BA-R 8014/981. Ähnliche Vorwürfe in SF 5 (1924) 14, S. 202.

⁸⁴⁴ Im Zeitraum zwischen August 1919 und Oktober 1921 erhielten demgegenüber der „Deutsche Ostbund e.V.“ 3,75 Millionen, der „Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich“ 2,9 Millionen, der „Hilfsausschuß für Rheinländer“ etwa 100.000 sowie die „Flüchtlingsfürsorge des Schleswig-Holsteiner Bundes“ etwa 76.000 Mark: Vgl. Auflistung Oktober 1921, in: BA-R 8014/752. Ende April 1921 wurde festgelegt, daß der Saar-Verein und der „Hilfsausschuß für Rheinländer“ je 6%, die Schleswig-Holsteiner 3%, der „Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich“ 35% und der „Ostbund“ 50% aller Spenden erhalten sollten. Nach der Abstimmung in Oberschlesien reduzierte sich die Quote des Saarvereins auf 5%: Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung vom 28.04.21, in: BA-R 8014/973.

⁸⁴⁵ Vgl. Brief der GSV an die Flüchtlingsfürsorge des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände (03.10.21), in: BA-R 8014/752.

⁸⁴⁶ Schon am 21.08.19 erhielt die GSV 20.000 Mark, weitere 150.000 Mark folgten Mitte Februar 1921: Vgl. Bewilligungsbescheid (21.08.19), in: BA-R 8014/662 und Quittung (14.02.21), in: BA-R 8014/666.

⁸⁴⁷ Die Sammlung von Geldern für die besetzten rheinischen Gebiete wurde gemeinsam veranstaltet vom BdS, dem „Reichsverband der Rheinländer“, dem „Rheinischen Verkehrsverband“, dem „Deutschen Caritasverband“, dem „Deutschen Verein für ländliche Heimat- und Wohlfahrtspflege“, dem „Zentralausschuß für innere Mission der Deutschen evangelischen Kirche“ sowie dem „Zentral-Wohlfahrtsausschuß der Deutschen Juden“. Auf einer Sitzung Mitte Mai wurde Vogel zum stellvertretenden Geschäftsführer und Finanzkontrolleur bestimmt: Vgl. Protokoll der Sitzung vom 17.05.22 (19.05.22), in: BA-R 8014/725. Sowohl der Bund als auch der Reichsverband nutzten die Sammlungen zum Werben neuer Mitglieder.

Reiches wieder Fuß. Die soziale Integration in die teils bestehenden, teils erst aus diesen Vertriebenen gegründeten Saarvereinigungen erleichterte ihnen den Neubeginn in der Fremde. Wie im folgenden noch zu zeigen sein wird, bildeten die ehemaligen Saarländer in der Regel den Kristallisationskern einer lokalen Vereinigung; sie erst ermöglichte den Aufbau eines umfangreichen Ortsgruppennetzes.

2. Auch diejenigen, die nach Aufhebung ihres Ausweisungsbeschlusses wieder heimkehrten, dürften kaum zu Propagandisten und Verteidigern des Völkerbundsregimes an der Saar gezählt haben. Auf sie griff die Geschäftsstelle beim Neuaufbau ihres Vertrauensmännernetzes an der Saar zurück.
3. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ konnte sich durch die Kooperation mit den Behörden in der Flüchtlingsfürsorge bewähren, was vor allem nach dem Mißgeschick Ollmert notwendig war.
4. Hinter der Fassade der Flüchtlingsfürsorge konnten andere Tätigkeiten der Geschäftsstelle verborgen werden. Außerdem steigerte das Engagement ihr Prestige bei den Hilfsbedürftigen und deren Angehörigen im Saargebiet, da die Geschäftsstelle – zumindest offiziell – als Geldgeberin in Erscheinung trat.
5. Letzten Endes spielte die Ausweisung bei der Selbstdarstellung der Saarvereinsmitarbeiter eine wichtige Rolle: Ihre Verbannung wurde zu einem Prädikat; sie erhob sie zu einer moralischen Instanz im Kampf um das Deutschtum und steigerte ihre Glaubwürdigkeit bei öffentlichen Vorträgen. Dies hatte zur Konsequenz, daß jede noch so kurzfristige Ausweisung als Ehrenzeugnis für deutsche Gesinnung gewertet wurde⁸⁴⁸. Der Terminus „ausgewiesener Saarländer“ erhielt damit die Konnotation eines ausgezeichneten und prädestinierten Vorkämpfers gegen die französischen Annexionsabsichten und die parteiische Regierungskommission⁸⁴⁹. Insbesondere Theodor Vogel wurde nie müde, bei jeder sich ihm bietenden Gelegenheit auf seine Verbannung hinzuweisen und sich ebenso wie seine Schicksalsgenossen zu „Märtyrer[n] unserer politischen Überzeugung“⁸⁵⁰ zu stilisieren.

⁸⁴⁸ Vgl. SF 3 (1922) 18, S. 265 f. Allein die Tatsache, auf der Ausweisungsliste gestanden zu haben, adelte die betreffenden Personen, wodurch Zweifel an ihrer nationalen Haltung im Keim erstickt wurden: Vgl. SF 9 (1928) 21, S. 395.

⁸⁴⁹ Posselt: „*Wer leistet im unbesetzten Gebiet die Arbeit des Saarvereins und des ‚Saar-Freund‘? Ausgewiesene Saardeutsche!*“: SF 7 (1926) 16, S. 269.

⁸⁵⁰ SF 2 (1921) 6, S. 61. Vgl. ebenso SF 1 (1920) 1, S. 5; SF 1 (1920) 12, S. 102; SF 3 (1922) 18, S. 266. „Festschrift zur Deutschen Saar-Kundgebung“ der Ortsgruppe Herne anlässlich ihres zwölfjährigen Vereinsjubiläums (12./13.09.31), in: StA Herne, Bund der Saarvereine; Vogel spielte die Flüchtlingskarte bei Bedarf gerne aus und beklagte sein Schicksal selbst bei ihm bisher unbekanntem Privatpersonen, beispielsweise bat er im gleichen Schreiben, in dem er einen Apotheker aus Fulda aufforderte, die Vorbereitungen für eine Ortsgruppengründung einzuleiten, um die Übersendung einiger Lebensmittel. Angesichts der Versorgungslage in der Hauptstadt ist dieses Verhalten, das sich während der Inflation 1922/23 wiederholte, allerdings nachvollziehbar: Vgl. Briefe Vogels an Frick (17.09.19), Hilger und Dröge (26.09.19), in: BA-R 8014/9; Brief der GSV an Johann Zimmer (29.11.23), in: BA-R 8014/151.

Im Hinblick auf die Abstimmung war es unumgänglich, nicht nur die bereits ausgewiesenen oder geflüchteten Saarländer zu alimentieren und deren Integration jenseits der Saargrenze zu erleichtern, sondern vorbeugende Maßnahmen zu treffen, um der Verdrängung von Deutschen entgegenzuwirken. Das Saarstatut hatte zwar die Abstimmungsberechtigung an den Wohnort im Juni 1919 geknüpft, was weder Ausweisung noch Umzug tangierten, doch war abzusehen, daß eine „Abstimmung mit den Füßen“ während der 15jährigen Übergangsfrist verheerende Folgen für das Plebiszit haben würde. Der Fortzug von Saarländern drohte für die Position des Deutschtums zu einer – in quantitativer Hinsicht – größeren Bedrohung als zuvor die Ausweisungen zu werden. Diejenigen, die sich aus wirtschaftlicher Zwangslage heraus zum Verlassen des Saargebiets durchgerungen hatten, nahmen das Gefühl mit, vom deutschen Staat im Stich gelassen worden zu sein. Obwohl die Franzosen, die an ihre Stelle traten, in der Regel selbst kein Stimmrecht besaßen, war gerade nach den Erfahrungen in Oberschlesien nicht auszuschließen, daß sich der Völkerbundsrat bei der Interpretation des Abstimmungsergebnisses von dem bis dahin geschaffenen Nationalitätenverhältnis beeinflussen lassen würde. Die moralische Unterstützung durch propagandistische Parolen des Bundes der Saarvereine war eine Methode, die saarländische Bevölkerung zum Bleiben zu motivieren⁸⁵¹; ohne entsprechende materielle Hilfsleistungen wäre sie angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse jedoch ins Leere gelaufen.

Mit der sukzessiven Einführung des Francs als gleichberechtigtem Zahlungsmittel neben der Mark stieg zwar bei einem Teil der Saarbevölkerung das verfügbare Einkommen, doch die Markempfänger auf der anderen Seite konnten die daraus resultierende Preissteigerung kaum aus eigener Kraft ausgleichen⁸⁵². Die Dominanz französischer Produkte verschärfte diese Situation weiterhin. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, die schon vor dem dramatischen Wertverfall der Mark im Saargebiet ab Herbst 1921 verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage einzuleiten versucht hatte⁸⁵³, erkannte, daß die gezielte finanzielle Unterstützung bedürftiger Markempfänger auf längere Sicht sinnvoller war, als den Wegzug aus

⁸⁵¹ Zu diversen Durchhalteparolen im SF vgl. exemplarisch: „*Und dräut uns Frankreich noch so sehr/ Mit trotziger Gebärde,/ Und schränkt man ein das Recht noch mehr/ Auf Saarlands deutscher Erde,/ So wird das Herz hier hart wie Stahl,/ Es kommt dereinst der Tag der Wahl,/ Wenn früher endet nicht die Qual -:/ Zerschellen wird dann Frankreichs Traum,/ Es hat hier fürder keinen Raum,/ Wir reichen treu die deutsche Hand,/ Wir bleiben treu dem Vaterland,/ Daß Saarlands heil'ge Erde,/ Dem Reiche wieder werde!*“: SF 1 (1920) 13, S. 119.

⁸⁵² Saarbrücken war zeitweise die teuerste deutsche Stadt: Vgl. Eugen BARTH, S. 29; Joachim HEINZ: Darbende Marklohnempfänger und Frankenkönige. Die Einführung des Franc im Saargebiet 1920–1923. Ein Beispiel für die Nationalisierung aller Lebensbereiche im Saargebiet der Völkerbundzeit, in: *Arbeitnehmer* 41 (1993), S. 292 f. Zu den Folgen dieses Währungs dualismus und der Propaganda des Saarvereins gegen die Einführung des Francs siehe Kap. 6.1.

⁸⁵³ So zählte die Förderung der kulturellen Einrichtungen im Saargebiet durch den 5½-Millionen-Fonds zu den Maßnahmen, die dem Exodus der Saarländer entgegenwirken sollte.

dem Saargebiet durch großzügige Entschädigungszahlungen zu fördern, ihn teilweise sogar zu prämiieren⁸⁵⁴.

Zur Entlastung der Geschäftsstelle konstituierte sich Ende Januar 1922 in Berlin ein „Fürsorge- und Unterstützungsausschuß“ unter der Leitung Karl Ommerts⁸⁵⁵. Außer dem Geheimen Regierungsrat Ernst Debus, dem Rechnungsrat Rosenkränzer und dem Magistratssekretär Wilhelm Halbach zählt auch der Otto Pick zu diesem Gremium, der als Saareinwohner zu seinem eigenen Schutz gegenüber der Öffentlichkeit nicht in Erscheinung trat⁸⁵⁶. Offiziell sollte sich der Ausschuß zwar auch weiterhin der Flüchtlingsfürsorge und den Ausgewiesenen zuwenden, sein hauptsächliches Aufgabengebiet lag allerdings in der vorbeugenden Fürsorge im Saargebiet. In monatlichen Sitzungen wurde über die Verteilung der nun fast ausschließlich zu diesem Zweck verwendeten Gelder beraten. Entweder erfolgte die Auszahlung direkt an Pfarrer oder Gewerkschaftssekretäre im Saargebiet oder über interkonfessionell und überparteilich besetzte Gremien⁸⁵⁷. Bis Mai 1922 flossen auf diese Weise mindestens 393.000 Mark ins Saargebiet, die größtenteils aus Spendengeldern erbracht worden waren⁸⁵⁸. Der ehemalige Landrat von Saarbrücken, Carl von Halfern, legte Mitte Oktober 1922 den Grundstock einer nach ihm benannten Stiftung, deren Zinsen ebenfalls der prophylaktischen Fürsorge zugute kamen. Da die Hyperinflation den auf etwa eine Million angewachsenen Fonds zusehends entwertete, wurde die gesamte Summe im April 1923 der „Allgemeinen Notstandshilfe“ in Saarbrücken, einer Vereinigung saarländischer karitativer Organisationen, zur Verfügung gestellt⁸⁵⁹. Ein mit großem Aufwand organisiertes Wohltätigkeitskonzert Anfang September

⁸⁵⁴ Vgl. Brief der GSV an die Flüchtlingsfürsorge des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände (27.08.21), in: BA-R 8014/973. Ohnehin waren diese Hilfsprojekte bis zur Hyperinflation in Deutschland kostengünstiger als die Flüchtlingsfürsorge jenseits der Saargrenzen. Bereits im Frühjahr 1921 hatten sich Preußen und das Reich darauf verständigt, künftig der starken Abwanderung aus den an Polen abgetretenen Ostgebieten durch private Organisationen entgegenzuwirken: Vgl. KREKELER: Deutschtumpolitik, S. 72–97.

⁸⁵⁵ Im folgenden, sofern keine andere Quelle genannt: BA-R 8014/966. Zu Ommert siehe Anm. 1715.

⁸⁵⁶ Vgl. Rundschreiben der GSV an alle Reichs- und preußischen Ministerien sowie die RVP (08.09.22), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090; SF 3 (1922) 19, S. 152.

⁸⁵⁷ Ein Beispiel für diese prophylaktische Fürsorge war die Abgabe kostenloser Milch an sechs bedürftige Kinder in Wiebelskirchen, die über den Pfarrer organisiert wurde. Anfang Oktober 1922 beriet ein solches Komitee in Saarbrücken über die Verteilung von 250.000 Mark an notleidende Markempfänger. Die Anwesenden, außer Frieda Vogel zwei weitere Frauen sowie Amtsgerichtsrat Bauer, Pfarrer Halke, Kuhnen und Pick, erstellten stadtteilweise Listen potentieller Unterstützungsbedürftiger: Vgl. BA-R 8014/975.

⁸⁵⁸ Vgl. Rechenschaftsbericht Ommerts auf der Bundestagung 1922, in: SF 3 (1922) 10, S. 152. Im Oktober 1921 erhielt die GSV aufgrund der im Frühjahr getroffenen Vereinbarung 5% aus dem 6-Millionen-Fonds des oberschlesischen Hilfswerks; weitere 300.000 Mark wurden am 28.03.22 vom Bund der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände überwiesen: Vgl. BA-R 8014/752. Die Grenzmarken-Schutzverbände organisierten sich Ende 1922 neu: Unter Vorsitz von Tillys und Scheffens bildete sich ein Reichsausschuß, dem erneut Ginschel, Hoetzsch und Nußbaum sowie Wolfgang Freiherr von Rotenhan (Abteilungsleiter für Flüchtlingsfürsorge und Kriegsgefangene beim Deutschen Roten Kreuz) angehörten. Vogel repräsentierte die kleineren Verbände, ein Dr. Hahl und ein Herr Reinhard die „Vereinigte Fürsorge“.

⁸⁵⁹ Vgl. Brief der GSV an die Schriftleitung der „Saarländischen Landeszeitung“ (06.04.23), in: BA-R 8014/966. Vgl. auch: SF 3 (1922) 21, S. 310; SF 4 (1923) 1, S. 7; SF 4 (1923) 2, S. 36; SF 4 (1923) 6/7, S. 85; SF 4

1922 in Berlin-Treptow, zu dem alle Berliner Reichs- und Staatsbehörden eingeladen worden waren, erbrachte lediglich 18.500 Mark Gewinn; bei einem Frankkurs von 1:111 war dies noch weniger als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein⁸⁶⁰.

Im Zuge der deutsch-französischen Entspannungspolitik Mitte der zwanziger Jahre endete die Flüchtlingsfürsorge der Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Vereinzelt setzte sie sich zwar noch weiterhin für „national zuverlässige“ Saarländer im Reich ein und vermittelte bei den Behörden, finanzielle Zuwendungen wurden allerdings kaum mehr gezahlt, zumal ab Anfang 1924 die Länder und Kommunen für die Wohlfahrtspflege zuständig waren⁸⁶¹. Der karitative Gedanke lebte allerdings infolge der Wirtschaftskrise in den letzten Jahren der Republik wieder auf. Ende 1930 unterbreitete Vogel verschiedenen Ministerien den Vorschlag, für die zahlreichen arbeitslosen und bedürftigen Saarländer, die in den vergangenen Wochen hilfeschend in die Reichshauptstadt geströmt waren, eine zentrale Anlaufstelle unter Regierungsaufsicht zu schaffen. Nach eingehender Prüfung sollten aus einem gemischten preußisch-reichsdeutschen Fonds Unterstützungsgelder zur Auszahlung gelangen und für die Rückkehr der Saarländer Sorge getragen werden. Da die Saarländer ohnehin zunächst die Geschäftsstelle kontaktierten, so Vogel, sei es zweckmäßig, daß ihr die Geldmittel überwiesen würden⁸⁶². Ein Motiv Vogels, die erhebliche Mehrarbeit billigend in Kauf zu nehmen, dürfte gewesen sein, daß mit der Einrichtung einer derartig halbamtlichen Anlaufstelle zugleich die Existenz der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gesichert gewesen wäre.

Während des Abstimmungskampfes entwickelte sich ein qualitativ neuartiges Flüchtlingsproblem, doch konnten die etwa 37.000 Emigranten, die nach der „Machtergreifung“ im Reich entweder im Saargebiet Zwischenstation nahmen oder dauerhaft Zuflucht suchten, nicht mit der Unterstützung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ rechnen⁸⁶³. Den zahlenmäßig

(1923) 9, S. 115. Vom „Santiago-Ausschuß für die deutsche Nothilfe“ erhielt der Fürsorgeausschuß ebenfalls im Frühjahr 1923 eine Million „mit der Bestimmung der Spender, daß dieses Geld zur Unterstützung notleidender Kinder im Saargebiet, unter Bevorzugung solcher des Mittelstandes, Verwendung finden soll.“: Brief der GSV an Pfarrer Halke (09.02.23), in: BA-R 8014/966; SF 4 (1923) 5, S. 64.

⁸⁶⁰ Vgl. BA-R 8014/989; SF 3 (1922) 16, S. 239; SF 3 (1922) 17, S. 260; SF 3 (1922) 18, S. 274. Zur Entwicklung des Wechselkurses vgl.: Die Währungsverordnung und die Umstellungsbestimmungen für das Saargebiet vom 18. Mai 1923. Mit Erläuterungen für die Praxis, hrsg. von Albert LÜTKE, Saarbrücken [u.a.] 1923, S. 53 f.

⁸⁶¹ Vgl. Schriftwechsel in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.577 und BA-R 8014/981. 1924 gelangten insgesamt 3.000 RM zur Auszahlung, 1925 sogar nur noch 1.000 RM: Vgl. Briefe der GSV an das PrMVolkswohlfahrt (03.10.24 und 01.05.25), in: BA-R 8014/673 und 675. Zum karitativen Engagement der GSV in den Jahren 1924 bis 1930 vgl. BA-R 8014/982 ff. sowie „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

⁸⁶² Vgl. Brief der GSV an das AA, das RMI, das RMArbeit, das PrMI sowie das PrMVolkswohlfahrt (19.12.30), in: BA-R 8014/233. Eine Antwort auf das Schreiben konnte nicht gefunden werden.

⁸⁶³ Vgl. VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 168–179. Zur Emigration siehe weiterführende Literatur in Anm. 3058.

kaum ins Gewicht fallenden Saarländern, die nach 1933 mit der Regierungskommission in Konflikt geraten waren, wurde hingegen bereitwillig geholfen⁸⁶⁴.

Die prophylaktische Fürsorge lief, wenn auch nicht unter diesem Namen, bis zur Abstimmung 1935 weiter. Zahlreiche karitative Initiativen, welche die Bundesorganisation zugunsten des Saargebiets einleitete, fielen in diese Kategorie.

Nach Grubenunglücken und anderen Katastrophen im Saargebiet trat die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ umgehend auf den Plan: Für die 13 Opfer einer Explosion in der Saarwellingener Dynamitfabrik Anfang Dezember 1921 rief sie einen „Hilfsausschuß für Saarwellingener“ unter dem Vorsitz Hermann Röchlings ins Leben, der mehrere zehntausend Mark an Spendengelder sammelte⁸⁶⁵. Das bis dahin schwerste Grubenunglück im Saarrevier, die Schlagwetterexplosion auf der Grube Maybach am 25. Oktober 1930 mit annähernd 100 Toten⁸⁶⁶, rief erstmals auch zahlreiche Ortsgruppen auf den Plan, welche unabhängig von der Berliner Zentrale Wohltätigkeitskonzerte, Trauerfeiern und Geldsammlungen organisierten⁸⁶⁷.

Als wenige Tage nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ am 10. Februar 1933 im saarländischen Neunkirchen der dortige Gasometer nach einem Brand der Benzolanlage explodierte und über 60 Menschen in den Tod riß⁸⁶⁸, sammelten die Ortsgruppen des Bundes erneut unter dem Motto „Treue um Treue“ und initiierten Konzerte oder Ferienbetreuungen für Kinder aus Neunkirchen⁸⁶⁹. Der Berliner Saarverein tat sich hier besonders hervor, indem er nicht nur auf Anregung der Gattinnen von Hindenburgs und von Papens Kleidungsstücke und Wäsche sammelte, sondern – neben verschiedenen anderen Wohltätigkeitsveranstaltungen – am 21. April 1933 ein Konzert in der Berliner Philharmonie unter der Leitung von Wilhelm

⁸⁶⁴ Die Frankfurter Ortsgruppe des Bundes fürchtete sogar, von flüchtigen und ausgewiesenen Saarländern überrannt zu werden. So habe sich bei ihr ein junger Mann eingefunden, der lediglich beim Abreißen von SPD-Plakaten erwischt wurde: Vgl. Brief der GSV an das AA (23.09.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.577.

⁸⁶⁵ Vgl. SF 2 (1921) 24, S. 348 f.; SF 3 (1922) 1, S. 10; SF 3 (1922) 2, S. 32; SF 3 (1922) 5, S. 80; SF 3 (1922) 9, S. 140.

⁸⁶⁶ „Deutsche Helden blieben auf dem Felde der Arbeit, auf dem Felde der Ehre [...]. Sie sind nicht nur für die deutsche Wirtschaftsfreiheit gestorben, sie starben um deutsche Saarfreiheit.“: SF 11 (1930) 21, S. 381. Vgl. ebenso SF 11 (1930) 21, S. 382 ff.; SF 12 (1931) 3, S. 44 f.

⁸⁶⁷ Vgl. die Berichte über die Ortsgruppen Berlin (SF 11 (1930) 23, S. 429), Hamburg (SF 11 (1930) 22, S. 416), Koblenz (SF 11 (1930) 24, S. 448), Köln (SF 11 (1930) 22, S. 415 f.), Leipzig (SF 11 (1930) 24, S. 447), Magdeburg (SF 11 (1930) 23, S. 429), Stettin (SF 11 (1930) 23, S. 430) und Trier (SF 11 (1930) 21, S. 394; SF 11 (1930) 22, S. 411).

⁸⁶⁸ Vgl. SF 14 (1933) 4, S. 49–54; SF 14 (1933) 5, S. 75 f.; LA Saarbrücken, Saar-Verein 15.

⁸⁶⁹ Vgl. die Berichte über die Ortsgruppen Dortmund (SF 14 (1933) 5, S. 82), Essen (SF 14 (1933) 16/17, S. 296), Hamborn (SF 14 (1933) 5, S. 81 f.; SF 14 (1933) 9, S. 147), Ibbenbüren (SF 14 (1933) 6, S. 98), Koblenz (SF 14 (1933) 6, S. 99 f.), Leipzig (SF 14 (1933) 5, S. 76 und S. 81), Mülheim (SF 14 (1933) 5, S. 76 f.), Recklinghausen (SF 14 (1933) 22, S. 427) Stettin (SF 14 (1933) 6, S. 98; SF 14 (1933) 9, S. 148), Stuttgart (SF 14 (1933) 8, S. 129 f.; SF 14 (1933) 13, S. 215) und Wiesbaden (SF 14 (1933) 18, S. 358).

Furtwängler organisierte⁸⁷⁰. Der instrumentale Charakter der Hilfsmaßnahmen ist im Spendenaufruf der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ deutlich akzentuiert:

„Das Saargebiet, die unglückliche Stadt Neunkirchen, sollen sehen, daß die Heimat zur Stelle ist, wenn es gilt, die unauslöschliche nationale Verbundenheit unter Beweis zu stellen.“⁸⁷¹

In ihren Bemühungen, die bestehenden Verbindungen des Saargebiets zum Deutschen Reich weitestgehend zu kappen und die Unabhängigkeit des Völkerbundslandes zu stärken⁸⁷², schuf die Regierungskommission unter der Führung Raults eine eigene vom Reich separierte Sozialversicherung. Sie begründete dieses Vorgehen damit, die Freiheit der Abstimmung gewährleisten und alle Einflüsse von reichsdeutscher Seite unterbinden zu wollen⁸⁷³. Nach Verhandlungen in Berlin und Frankfurt zwischen Vertretern der Reichsregierung und der Regierungskommission erfolgte zum 1. April 1922 die Gründung der Landes-Versicherungs-Anstalt Saargebiet, die ab Frühjahr 1923 auch für die saarländischen Anstellten verantwortlich war. Die Zuständigkeit der ehemaligen Knappschafts-Obersicherungsträger in Bonn und München war bereits im Frühjahr 1920 an das vom Saarbrücker Oberbergamt kontrollierte „Knappschafts-Obersicherungsamt für das Saargebiet“ übergegangen. Trotz einer durch die Inflation im Reich bedingten kurzzeitigen Besserstellung erwies sich die Trennung des saarländischen Sozialversicherungswesens für die Saarländer als extrem nachteilig; die saarländische Sozialgesetzgebung hinkte der reichsdeutschen hinterher und saarländische Arbeitnehmer kamen – wenn überhaupt – nur verspätet in den Genuß der sozialpolitischen Errungenschaften der Weimarer Republik⁸⁷⁴.

Erst mit der Heidelberger Abrede von Oktober 1927⁸⁷⁵, die einen jährlichen Zuschuß der reichsdeutschen Versicherungsträger an die saarländische Sozialversicherung in Millionenhöhe vorsah, verbesserte sich ihre materielle Lage. Das Abkommen war zugleich der Beweis dafür,

⁸⁷⁰ Zum Konzert: Vgl. SF 14 (1933) 9, S. 134 f. Sonstige Maßnahmen der Ortsgruppe: Vgl. SF 14 (1933) 6, S. 97 f.; SF 14 (1933) 7, S. 114 f.; SF 14 (1933) 8, S. 124 f. und S. 131.

⁸⁷¹ Vgl. Aufruf (15.02.33), in: SF 14 (1933) 4, S. 56.

⁸⁷² Im I. periodischen Bericht der Regierungskommission (25.03.20) hieß es hierzu: Die Regierungskommission „s’efforce de se conformer au Traité en faisant du Territoire de la Sarre un pays autonome et indépendant de l’Allemagne.“: JO 1 (1920) 3, S. 104.

⁸⁷³ Vgl. X. periodischer Bericht der Regierungskommission (03.01.22), in: JO 3 (1922) 3, S. 234 f. Weiteres Konfliktpotential entstand u.a. durch die Weigerung des französischen Staates, für Unfälle aufzukommen, die sich auf den Saargruben vor dem 10.01.20 ereignet hatten. Er berief sich hierbei auf Art. 45 des Versailler Vertrages, demzufolge das Eigentum an den saarländischen Kohlengruben „franche et quitte de toutes dettes ou charges“ übergehen sollte.

⁸⁷⁴ Vgl. hierzu: Matthias KARIUS: Zur Sozialpolitik im Saargebiet, in: KLOEVEKORN (Hrsg.): Saargebiet, S. 345–387; Wolfram SCHÖMER: Die Entwicklung der Sozial-Versicherung im Saargebiet 1920–1935 unter dem Einfluß der deutschen, elsässisch-lothringischen und französischen Sozial-Versicherungs-Gesetzgebung, Freiburg 1937, S. 79–228; Hans-Walter HERRMANN/ Hanns KLEIN: Zur sozialen Entwicklung im Landkreis Saarbrücken, in: Grenze als Schicksal, S. 132–144, hier: S. 141 ff.; RAUECKER, S. 7–91; ZENNER: Parteien und Politik, S. 116–132.

⁸⁷⁵ Vgl. RGBI. 1927/II, S. 896–902.

daß die von Rault forcierte vollständige Trennung der beiden Systeme als gescheitert angesehen werden mußte⁸⁷⁶.

Aus forschungspragmatischen Gründen können im Rahmen dieser Untersuchung die von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ausgehenden Initiativen zu Verbesserungen des saarländischen Sozialversicherungswesens nur in groben Zügen dargestellt werden, zumal Vogel deren fehlende Kompetenz in sozialpolitischen Fragen 1929 selbst eingestand. Angetreten mit dem Anspruch, die Interessen der Saarländer jenseits der willkürlich gezogenen Grenze zu vertreten, engagierte sich die Geschäftsstelle bis dahin für die Aufbesserung der Bezüge saarländischer Altpensionäre, wie sie ebenso für die Kriegsoffer und -invaliden im Saargebiet eintrat oder sich für die Beseitigung der Wohnungsnot nach 1918 einsetzte⁸⁷⁷. Ihr Fachmann in Fragen der Sozialversicherung war der langjährige Sekretär des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Matthias Karius⁸⁷⁸, der der Geschäftsstelle nicht nur bei finanziellen Engpässen über die Runden half und zahlreiche Aufsätze mit gutachterlichem Charakter für den „Saar-Freund“ verfaßte⁸⁷⁹, sondern verschiedentlich Anregungen für die praktische Ausgestaltung der karitativen Propaganda gab⁸⁸⁰, Besprechungen initiierte⁸⁸¹ und selbst bei Behörden intervenierte⁸⁸². Dank seines Sachverstandes konnte sich die Geschäftsstelle als Auskunftsinanz in Knappschaftsangelegenheiten profilieren⁸⁸³.

⁸⁷⁶ Allein in den Jahren 1924 bis 1931 flossen etwa 62,5 Mio. RM aus dem Reich in die Kassen der saarländischen Sozialversicherung: Vgl. Auflistung (09.03.31), in: BA-R 43-I/251. Siehe auch SCHÖMER, S. 203.

⁸⁷⁷ Vgl. beispielsweise den Schriftverkehr der GSV mit saarländischen Kleinrentnern ab Frühjahr 1924, in: BA-R 8014/673 und 980. Vgl. auch SF 1 (1920) 12, S. 102 ff.; SF 3 (1922) 22, S. 297 f.; SF 4 (1923) 12, S. 165; SF 4 (1923) 19, S. 258.

⁸⁷⁸ Vgl. den umfangreichen Schriftverkehr in LA Saarbrücken, Saar-Verein 11 f. und 25. Karius, seit 1904 Geschäftsleiter des Gewerkvereins in Lothringen, wechselte zehn Jahre später in die Saarbrücker Rechtsschutzabteilung über, wo er für knappschaftliche Fragen der Sozialversicherung zuständig war. 1922 und 1924 wurde er als Zentrumsmitglied in den Landesrat gewählt, trat aber schon im Oktober 1924 die Nachfolge von August Brust als Direktor des Niedersächsischen Kohlsyndikats in Hannover an. Aus gesundheitlichen Gründen gab er diesen Posten im Sommer 1930 auf: Vgl. SF 5 (1924) 19, S. 297. Dem Aufsichts- und Beratungsausschuß der GSV gehörte Karius von Oktober 1924 bis 1933 an. 1930 wurde er zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt: Vgl. SF 11 (1930) 21, S. 398.

⁸⁷⁹ Auf seinen eigenen Wunsch hin wurden die nüchtern gehaltenen Artikel zumeist anonym abgedruckt.

⁸⁸⁰ So empfahl er im Herbst 1925, sich verstärkt dem Problem der Zulagen bei Knappschaftspensionen zuzuwenden, da Erfolge auf diesem Gebiet das Ansehen der GSV an der Saar aufwerten konnten. Er selbst erklärte sich bereit, mit Vertreter des RMArbeit und der Reichsknappschaft zu verhandeln: Vgl. Brief Karius' an die GSV (07.11.25) und befürwortendes Antwortschreiben (10.11.25), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 25. Das Gespräch fand am 15.12.25 im RMArbeit statt: Notleidende Rentenempfänger sollten sich an die Wohlfahrtsämter wenden: Vgl. Brief Karius' an die GSV (16.12.25), in: Ebd.

⁸⁸¹ Vgl. Brief Karius' an die GSV (10.01.27), in: Ebd.; Rundschreiben der GSV (25.01.27), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19.

⁸⁸² Vgl. Brief Karius' an das PrMVolkswohlfahrt (16.11.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 11.

⁸⁸³ Vgl. Brief der GSV an die Reichskanzlei (13.07.26), in: BA-R 43-I/242; SF 7 (1926) 9, S. 138 f.; SF 11 (1930) 18, S. 343 f. Karius dürfte der Autor verschiedener Eingaben gewesen sein, die offiziell unter dem Namen der GSV liefen.

Bis Ende der zwanziger Jahre gehörten Anträge der Ortsgruppen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, sich stärker sozialpolitischen Themen zuzuwenden, zum festen Repertoire der Bundestagungen⁸⁸⁴. Obwohl in Münster wie im Vorjahr in Heidelberg entsprechende Petitionen eingegangen waren⁸⁸⁵, wies Vogel im Juni 1929 erstmals die Forderungen zurück. Er gab zu verstehen,

*„daß die Erörterung derartiger wirtschaftlicher Fragen in der Tat gar nicht unsere Aufgabe ist, da dafür die berufenen Organisationen allein in Frage kommen.“*⁸⁸⁶

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ war schlichtweg durch die Fülle von Gesuchen und Bitten um Rechtsbeistand überfordert, so daß sie ab Sommer 1929 Anfragen in Knappschafts- und Sozialversicherungsangelegenheiten an die Beratungsstellen der Gewerkschaften weiterleitete⁸⁸⁷.

Ohnehin hatte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu dieser Zeit mit einem weitaus größeren Problem zu kämpfen: Die Bewältigung der katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise und die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit⁸⁸⁸. Während sie sich selbst durch das nahezu vollständige Wegbrechen privater Zuwendungen nur schwer über Wasser halten konnte, sah sie sich ab Anfang der dreißiger Jahre zunehmend mit Bitten um finanzielle Unterstützung und Arbeitsvermittlung konfrontiert. In seitenlangen Schreiben legten im Völkerbundsland lebende oder bereits ins Reichsgebiet verzogene Saarländer ihr persönliches – natürlich unverschuldetes – Schicksal dar, nicht ohne auf ihren aufopferungsvollen Einsatz für die Stärkung des Deutschtums an der Saar hinzuweisen⁸⁸⁹.

Die Flut der Hilfsgesuche ebte auch nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ zunächst nicht ab. Erst in den letzten Monaten vor dem Saarplebiszit begannen die

⁸⁸⁴ Beispielsweise sollte sich die GSV für die Anrechnung der Dienstjahre ausgewiesener Saarbergleute einsetzen: Vgl. Briefe der Ortsgruppe Bottrop (20.05.25) und Ickern (25.05.25) an die GSV, in: BA-R 8014/29; SF 6 (1925) 12/13, S. 189.

⁸⁸⁵ Vgl. SF 9 (1928) 14715, S. 268; SF 10 (1929) 12/13, S. 258.

⁸⁸⁶ Vgl. Brief der GSV an Karius (20.06.29), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 12.

⁸⁸⁷ Vgl. Brief der GSV an Karius (13.07.29), in: Ebd. Karius begrüßte die Entscheidung, da die Rechtsbüros der Bergarbeiterverbände gerade bei derart komplizierten juristischen Sachverhalten besser unterrichtet und leichter auf dem Laufenden zu halten waren: Vgl. Antwortschreiben Karius' (18.07.29), in: Ebd. Er hatte schon im Vorjahr für den Rückzug des Bundes plädiert: Vgl. Brief Karius' an die GSV (14.07.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 11.

⁸⁸⁸ Bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise hielt sich die Arbeitslosenquote an der Saar noch im Rahmen; prozentual bewegte sich der Anteil der Erwerbslosen in den zwanziger Jahren zwischen 0,72% und 3,53%. 1932 verzehnfachte er sich auf 30,13%, wobei die „Saargänger“, also die Arbeiter in der saarländischen Wirtschaft mit Wohnsitz jenseits der Saargebietsgrenzen, nicht erfaßt waren: Vgl. SWS 9 (1934), S. 75. Statistisches Material zur Entwicklung der Arbeitslosenquote (1930–1934), in: LHA Koblenz, 403/16.856–16.861; SWS 9 (1934), S. 75–79. Vgl. Gerhard BUNGERT/ Klaus-Michael MALLMANN: Der „schwarze Freitag“. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise an der Saar, in: Arbeitnehmer 27 (1979) 10, S. 373 ff.

⁸⁸⁹ Vgl. BA-R 8014/967–972. In den sechs Jahren zwischen Inflation und Weltwirtschaftskrise waren nur etwa halb so viele Unterstützungsgesuche wie zwischen 1930 und Mitte 1935 eingegangen.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung zu greifen⁸⁹⁰. Als Instrument zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit war Mitte 1931 von Brüning der „Freiwillige Arbeitsdienst“ (FAD) ins Leben gerufen worden⁸⁹¹, dessen propagandistisches Potential sich auch die neuen Machthaber zunutze machten. Da der reichsdeutsche Arbeitsdienst auf viele junge Männer aus dem Saargebiet eine weitaus größere Anziehungskraft als das von der Regierungskommission initiierte Pendant ausübte, erfuhren in den Jahren 1933 und 1934 etwa 20.000 Saarländer in den Lagern eine vormilitärische Ausbildung, die von propagandistischen Schulungen flankiert wurde. Die regelmäßig von Seiten der Saarregierung erhobenen Beschwerden und das von ihr erlassene Werbeverbot für den FAD⁸⁹² leisteten dem Zulauf keinen Abbruch⁸⁹³. Schenkt man dem Sachbearbeiter beim Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst Glauben, so wurden die Saarländer in bevorzugten Lagern untergebracht und kamen in den Genuß von Privilegien, die ihren reichsdeutschen Kameraden verwehrt blieben⁸⁹⁴.

Großes Engagement konnte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in den letzten Monaten vor der Abstimmung für die Arbeitsdienstwilligen⁸⁹⁵ oder im Bereich der Arbeitsbeschaffung nicht mehr entfalten, da sie zu sehr mit der Erfassung, der Betreuung und den Planungen für den Transport der Abstimmungsberechtigten beschäftigt war. Allerdings leistete sie gemeinsam mit ihren Ortsgruppen und Obleuten wertvolle Unterstützungsdienste, indem sie den Landesarbeitsämtern

⁸⁹⁰ Das RMPropaganda teilte Ende Oktober 1934 mit, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung darauf drängen werde, „*die sich bei den Landesarbeitsämtern meldenden arbeitslosen Saarländer bevorzugt in Arbeit zu bringen, und zwar sofort*“: Vgl. Aufzeichnung (31.10.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 28. Als Indikator für die relative Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage kann der Umstand gewertet werden, daß nach 1934 verstärkt Anträge bei der GSV eingingen, in welchen sich private Initiativen für die Errichtung von Saar-Denkmalern stark machten. Zu den im Saargrenzgürtel forcierten Maßnahmen der Reichsregierung vgl. BLAICH: Grenzlandpolitik im Westen, S. 104–109; Lothar MEINZER: Von der Dauerkrise in die Staatskonjunktur. Die pfälzische Industrie in der Zwischenkriegszeit, in: Gerhard NESTLER/ Hannes ZIEGLER (Hrsg.): Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, Landau 1993, S. 161–184, hier: S. 163–170.

⁸⁹¹ Der FAD trug weniger zur Beseitigung der Ursachen der Wirtschaftskrise bei, als er Entschlossenheit, (Volks-) Gemeinschaft und Aufbruchsstimmung suggerierte. Zu Anfang des Jahres 1932 hatten erst etwa 7.000 Männer ihren nicht besoldeten Dienst angetreten, Anfang August des gleichen Jahres waren es bereits knapp 100.000. Bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht 1935 pendelte sich die Zahl zwischen 200.000 und 220.000 ein, so daß Mitte 1934 etwa 44% der arbeitslosen Jugendlichen im Reich erfaßt waren: Vgl. Kiran Klaus PATEL: „Soldaten der Arbeit“. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945, Göttingen 2003, S. 143–151.

⁸⁹² Vgl. Briefe der Regierungskommission an das Generalsekretariat des Völkerbundes (03.08.34 und 17.08.34), in: JO 15 (1934) 9, S. 1140 f. und JO 15 (1934) 10, S. 1188–1200.

⁸⁹³ Zum FAD im Saargebiet vgl. BUNBERT/ MALLMANN, S. 375; JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 138 ff.; PAUL: Deutsche Mutter, S. 145 f.; SAVELKOULS: Die Wirtschaft im Saargebiet, S. 198; SF 15 (1934) 18/19, S. 382–386.

⁸⁹⁴ Vgl. Brief eines Sachbearbeiters an die GSV (01.08.34), in: BA-R 8014/684. Vorausgegangen war eine Beschwerde der Marburger Ortsgruppe an die Adresse der GSV (05.07.34), daß es zu unzumutbaren Zwischenfällen beim Arbeitseinsatz von Saarländern im Reich gekommen sei. Vogel leitete das Schreiben am 10.07.34 an das PrMI/ RMI weiter: Vgl. ebd.

⁸⁹⁵ So sagte Vogel nach dem Werbeverbot für den FAD aus Termingründen eine Besprechung mit Bürckel am 03.10.34 ab: Vgl. Einladungsschreiben des FAD an die GSV (24.09.34), in: BA-R 8014/684.

Namen und Anschriften erwerbsloser Saarländer im Reich mitteilte⁸⁹⁶. Unmittelbar nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses forderte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die Personalien der noch immer arbeitslosen Saarländer bis Anfang Februar 1935 an, damit die Landesgruppenleiter mit den Landesarbeitsämtern schnelle Abhilfe leisten konnten⁸⁹⁷. Während dieser Übergangsphase traten zahlreiche Bergbeamte an Vogel mit der Bitte heran, sich für sie bei der Neubesetzung der Saarbrücker Grubendirektion zu verwenden. Aufgrund der staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ebnten derartige Hilfsdienste in Stellenvermittlungsangelegenheiten im Frühjahr 1935 immer weiter ab⁸⁹⁸.

iii) Wirtschaftspropagandistische Maßnahmen des Bundes der Saarvereine

Das Fehlen einer einheitlichen Wirtschaftspolitik infolge des Versailler Vertragswerks hemmte neben allgemeinen Standortnachteilen die saarländische Schwerindustrie in ihrer positiven Entwicklung. Mehrere, nur partiell in ihren Zielsetzungen übereinstimmende Protagonisten agierten neben- und gegeneinander und banden auf diese Weise Kräfte, so daß Chancen entweder nicht erkannt oder aus nationalpolitischen Erwägungen nicht genutzt wurden. Die Regierungskommission verzichtete angesichts ihrer begrenzten Amtsdauer, längerfristig wirkende Strukturmaßnahmen einzuleiten, während die Vertreter Frankreichs ihre Ambitionen ab einem gewissen Punkt darauf beschränkten, bis zur absehbaren Rückgliederung an Deutschland den größtmöglichen Profit aus dem saarländischen Pfand zu ziehen. Wegen der unzureichenden Kompetenzen des Landesrates mußten die Handelskammer, die Gewerkschaften sowie Arbeitgeberorganisationen auf der Seite der Saarländer mit der Regierungskommission bzw. der „Administration des Mines Domaniales“ verhandeln. Obwohl sich in ihren ersten Jahren eine Gründungswelle neuer Betriebe nachweisen läßt, fällt die Bilanz der Völkerbundsverwaltung insgesamt gesehen negativ aus⁸⁹⁹ – ein Umstand, auf den der Bund der Saarvereine kontinuierlich hinwies, wenn er wie die anderen Propagandisten des Rückgliederungslagers immer wieder betonte: „[...] *nur als ein wirtschaftliches und politisches Glied Deutschlands kann das Saargebiet existieren.*“⁹⁰⁰

⁸⁹⁶ Eine entsprechende Weisung war nach einer Besprechung zwischen Vertretern verschiedener Reichs- und Parteiressorts Ende Oktober 1934 mit Vogel und Debusmann ergangen: Vgl. Aktennotiz (23.10.34), in: BA-R 8014/1131. Vgl. hierzu den Schriftverkehr in BA-R 8014/1161 ff.; Rundschreiben der GSV (23.10.34) und vierte Anweisung der GSV an die Saarobmänner (09.11.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27. Vorgefertigte Fragebögen erfaßten die Qualifikation der abstimmungsberechtigten Saarländer, in: Ebd. Vgl. auch den Schriftwechsel zwischen der GSV und Dr. Siepmann (September 1934), in: BA-R 8014/896.

⁸⁹⁷ Vgl. Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen und selbständigen Saarobmänner im Reiche (19.01.35), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27.

⁸⁹⁸ Vgl. Schriftwechsel, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.494; streng vertraulicher Brief des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an die Abteilungsleiter (13.12.34), in: Archiv des LVR, 4858 c.

⁸⁹⁹ Vgl. HERRMANN/ SANTE, S. 63 ff.

⁹⁰⁰ PACK, S. 109. Vgl. ebenso: CARTELLIERI: Wirtschaftskunde, S. 72–77; Fritz MAYER, S. 49–63; Die Saarwirtschaft zwischen Deutschland und Frankreich, Köln 1934, S. 9–20; SAVELKOULS: Die Wirtschaft im Saargebiet, S. 207–216; SF 2 (1921) 17, S. 246 f.; SF 8 (1927) 13, S. 201 ff.; SF 8 (1927) 16, S. 272 f.; SF 11

Ähnlich wie ihre Flüchtlingsfürsorge und ihr sonstiges karitatives Engagement dienten die wirtschaftspropagandistischen Maßnahmen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ dem Zweck, sowohl unter den ausgewanderten und ausgewiesenen Saarländern als auch unter ihren zurückgebliebenen Verwandten dem Gefühl entgegenzutreten, von reichsdeutscher Seite im Stich gelassen worden zu sein. Angesichts einer unbestimmten Dauer der Abtrennung⁹⁰¹ mußte von Anfang an verhindert werden, daß die ebenfalls in propagandistischer Absicht erbrachten französischen „Wohltaten“ ihr Ziel erreichten und Frankreich als am Ausgang des Plebiszit interessierte Macht die Möglichkeit erhielt, sich auf Kosten des Reiches zu profilieren⁹⁰². Gleichzeitig galt es, das Bild der treusorgenden „deutschen Mutter“ frühzeitig im Bewußtsein der Saarbevölkerung zu verankern⁹⁰³. Ein positiv besetztes Image des Deutschen Reiches bot die beste und sicherste Gewähr für den erfolgreichen Ausgang des Plebiszits über die künftige staatsrechtliche Zugehörigkeit des saarländischen Industriereviers.

Schon der Saargebietsschutz hatte die Gefahren erkannt, die aus der mangelnden materiellen Versorgung des Saargebietes erwachsen. Der Loyalitätsverlust der deutschen Behördenvertreter vor Ort und – da diese das geschlagene Reich repräsentierten – Deutschlands insgesamt war abzusehen, wenn es nicht gelingen würde, die ausreichende Ernährung der Bevölkerung zu organisieren⁹⁰⁴. Die französische Besatzung schien leichtes Spiel zu haben, als sie das Saargebiet mit verbilligten Lebensmitteln versorgte, zumal die Saarländer während des Krieges Nahrungsmittelengpässe am eigenen Leib hatten erfahren müssen und die im saarländischen Kohlenrevier grassierende hohe Teuerungsrate die bescheidenen Lohnerhöhungen seit Kriegsende wieder entwertete⁹⁰⁵. Ungeachtet dessen, daß Frankreich schon aufgrund

(1930) 13/14, S. 244 f.

⁹⁰¹ Das Saarstatut sah zwar eine 15jährige Übergangsphase vor, doch hätte diese durch bilaterale Verhandlungen zwischen Berlin und Paris verkürzt werden können. So hielt Vogel als Fazit seiner Gespräche mit den saarländischen Abgeordneten der Nationalversammlung in Weimar fest, „daß man mit einer Revision des Friedensvertrages schon in aller kürzester Frist rechnen“ könne; Protokoll der Besprechung (31.07.19), in: BA-R 80147/1058.

⁹⁰² Nach Ansicht der GSV gehörte es zu den „national-politischen Aufgaben des Deutschtums“, die wirtschaftlichen Französisierungsmaßnahmen an der Saar abzuwehren – sei es durch eine genaue Beobachtung der französischen Maßnahmen, das Einleiten geeignet scheinender Gegenkampagnen oder der Einforderung derartiger Offensiven bei den zuständigen deutschen Behörden: Vgl. Rundschreiben der GSV (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

⁹⁰³ Die Allegorie war keineswegs eine propagandistische Erfindung der DF im Abstimmungskampf: Vgl. SF 11 (1930) 19, 355 f.; SK 9 (1931), S. 31 f.

⁹⁰⁴ Die scheinbare Unfähigkeit des deutschen Verwaltungsapparates legitimierte die Absetzung der so diskreditierten deutschen Beamten, die von Teilen der saarländischen Bevölkerung auch begrüßt wurde. Das Koblenzer Oberpräsidium hatte daher im Frühjahr 1919 die Parole ausgegeben, daß die preußischen Landräte möglichst lange auf ihren Posten ausharren „und hierbei Unannehmlichkeiten aller Art möglichst in Kauf“ nehmen sollten. Doch schon zu dieser Zeit war das französische Militär bemüht, bis zum Antritt der Regierungskommission vollendete Tatsachen zu schaffen und die abgesetzten Bürgermeister, Landräte oder Polizeidirektoren durch Frankreich wohlwollende Persönlichkeiten zu ersetzen. Zitiert nach SOMMER II, S. 148. Vgl. BUMILLER, S. 25 ff.

⁹⁰⁵ Vgl. MALLMANN/ STEFFENS, S. 143 f.

internationaler Abkommen verpflichtet war, die Versorgung der Zivilbevölkerung in einem besetzten Gebiet zu gewährleisten, und die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft eine ökonomische Selbstverständlichkeit sein mußte, konnten sich die neuen Machthaber als Garanten für das Wohlergehen der Saarländer präsentieren⁹⁰⁶. Ein geeigneter Ansatzpunkt für die doppelte Propagandaufgabe, Frankreichs „Wohltaten“ ins Leere laufen zu lassen und dem sukzessiven Schwinden der Loyalität zu Deutschland entgegenzutreten, bot die Lebens-, Futter- und Düngemittelversorgung: Anfang November 1919 wandte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ an das Reichswirtschaftsministerium mit der Bitte, angesichts der zu erwartenden Nahrungsmittelengpässe im Saargebiet für ein ausreichendes Angebot an günstigen Kartoffeln zu sorgen. Hierbei akzentuierte Vogel deutlich die propagandistische Wirkung⁹⁰⁷. Auch nach dem Antritt der Regierungskommission, die ebensowenig wie zuvor die französische Besatzung in die Lage versetzt werden sollte, die Verbesserung der Ernährungslage als ihr Verdienst ausweisen zu können, setzte die Geschäftsstelle ihre Bemühungen auf diesem Gebiet fort⁹⁰⁸. Im Frühjahr 1925 forderte sie beispielsweise den Import von Schweinen aus Memel, da die saarländischen Genossenschaften die Zollgebühren für deutsche Schweine nicht aufbringen konnten und anderenfalls französische Tiere hätten eingeführt werden müssen⁹⁰⁹.

Das wirtschaftspolitische Engagement die Berliner Saarfreunde mußte – ähnlich wie die sonstige Propaganda – an zwei Punkten ansetzen: Zum einen galt es, die Anstrengungen der Franzosen zu sabotieren, die Geschäfts- und Handelsbeziehungen durch Zollschranken oder den künstlich geschürten Währungs dualismus nach Westen umzulenken⁹¹⁰. Ebenso bedurfte es auf der anderen Seite regelmäßiger Appelle, Ermahnungen und Bitten an die Adresse der

⁹⁰⁶ Vgl. Angel MARVAUD: *Le Territoire de la Sarre. Son évolution économique et sociale*, Paris 1924, S. 46–49.

⁹⁰⁷ Vgl. Brief der GSV an das RMWirtschaft (06.11.19), in: BA-R 8014/662. Am 15.11.19 teilte das Ministerium für öffentliche Arbeiten die Bewilligung von 20.000 Zentnern Kartoffeln aus Pommern für die Saar mit: Vgl. ebd. Auch die RfH wandte im Vorfeld der Abstimmungen im Osten die gleichen Methoden an: *„Der Bruchteil einer Mehrzufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen beispielsweise – propagandistisch genutzt – hat viel mehr Wirkung und Erfolg als das Vielfache an Menge und Wert ohne propagandistische Auswertung.“*: Brief der RfH an die Reichskanzlei (20.04.20), in: BA-R 43-I/2504.

⁹⁰⁸ Dabei intervenierte sie sowohl zugunsten der allgemeinen Versorgungslage als auch einzelner saarländischer Unternehmen, wie beispielsweise der Neunkircher Schloßbrauerei: Vgl. Brief der GSV an das RMWirtschaft (04.03.20), in: BA-R 8014/664; Brief der GSV an das AA (09.09.25), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091. Vgl. auch das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 07.05.22 (18.05.22), in: BA-R 8014/21 sowie das Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 27.10.22 (27.10.22), in: BA-R 8014/7; SF 2 (1921) 24, S. 357. Als Reaktion auf die mangelnde Beachtung des Saargebietes auf der Berliner Ausstellung „Deutscher Rhein – deutscher Wein“ im Frühjahr 1927 startete im SF eine Artikelserie über den saarländischen Weinbau: Vgl. SF 8 (1927) 5, S. 75–78; SF 8 (1927) 6, S. 92 f.; SF 8 (1927) 9, S. 139 ff.; SF 8 (1927) 10, S. 158 f.; SF 8 (1927) 11, S. 178; SF 8 (1927) 13, S. 210 f. Zwei Jahre später fand erneut ein Saarwein-Propagandaabend in Berlin statt: Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 23.03.29 (28.03.29), in: BA-R 8014/7.

⁹⁰⁹ Vgl. Briefe der GSV an das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten (25.03.25 und 04.04.25) sowie an das AA (19.06.25), in: BA-R 8014/675.

⁹¹⁰ Vgl. BRINGOLF, S. 219–234; Philipp W. FABRY: *Bewährung im Grenzland. Genossenschaftsarbeit an der Saar von 1860 bis zur Gegenwart*, Saarbrücken 1986, S. 165–169. Zur Einführung des Francs als wirtschaftspolitische Maßnahme der Franzosen siehe Kap. 6.1.

reichsdeutschen Wirtschaft, sich von dem gesteigerten Verwaltungsaufwand nicht abschrecken zu lassen und selbst finanzielle Einbußen durch den Handelsverkehr mit der Saar in Kauf zu nehmen⁹¹¹. Schon früh intervenierte Vogel daher beim Syndikus der Saarbrücker Handelskammer in Berlin mit dem Vorhaben, gemeinsam die Außenhandelsstellen zu veranlassen, die Belieferung des Saargebiets zu Inlandspreisen vorzunehmen⁹¹². Mit ähnlicher Intention sprach er bei verschiedenen reichsdeutschen Behörden vor, um Zollformalitäten zu beschleunigen, Ausfuhrbewilligungen zu erhalten und Importgenehmigungen zu erwirken⁹¹³. Jahrelang zählte die Agitation gegen die Verschiebung der Zollgrenze nach Osten und den damit verbundenen Verlust des süddeutschen Absatzmarktes zu einem der Hauptinhalte der Saarvereinspropaganda⁹¹⁴. Bereits während der fünfjährigen Übergangszeit hatte sich abgezeichnet, daß die Aufnahmekapazität des französischen Marktes mit der lothringischen Produktion erschöpft war und sich die dortige Schwerindustrie vehement gegen weitere unerwünschte Konkurrenz aus dem Saargebiet zur Wehr setzen würde. Als die Saar zum 10. Januar 1925 endgültig aus dem deutschen Zollverband ausschied, fand sich die Reichsregierung bereit, die fälligen Eingangszölle zu stunden und somit der kostenintensiven saarländischen Stahl- und Eisenindustrie den Export nach Osten zu ermöglichen⁹¹⁵. Die nachfolgenden deutsch-französischen Verhandlungen, die schließlich in die Saarzollabkommen von Juli 1925, November 1926 und Februar 1928 mündeten, wurden vom „Saar-Freund“ genauestens beobachtet und als Indiz dafür gewertet, daß die wirtschaftspolitischen Bestimmungen des

⁹¹¹ Ebenso wenig sollten die saarländischen Industriellen ihr Kapital ins Reich verlagern und die bisherigen Investitionen stoppen. Vgl. die Forderung nach einer „*nationale[n] Wirtschaftspolitik im Saargebiet*“, in: SF 5 (1924) 6, S. 85 f. Schon in der frühen „Denkschrift über die Aufgaben der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘“ (01.04.20, in: BA-R 8014/2) hatte Vogel auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Handelsverbindungen zwischen Saar und Reich zu konservieren. Vgl. ebenso das undatierte Protokoll der Sitzung auf der Kasseler Bundestagung vom 03.04.21, in: BA-R 8014/18.

⁹¹² Vgl. Brief der GSV an die Saarbrücker Handelskammer (13.03.20), in: BA-R 8014/762; SF 1 (1920) 5/6, S. 33. Assessor Dittmar vertröstete die GSV am 22.03.20 (in: BA-R 8014/762) mit dem Hinweis, daß zwar keine Änderung der Einfuhrbedingungen möglich sei, man aber an die einzelnen Unternehmen appellieren könne: Vgl. hierzu allgemein: Eugen BARTH, S. 71.

⁹¹³ Vgl. SF 1 (1920) 13, S. 114; Protokoll der Mitgliederversammlung vom 07.05.22 (18.05.22), in: BA-R 8014/21; Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 27.10.22 (27.10.22), in: BA-R 8014/7.

⁹¹⁴ Vgl. SF 2 (1921) 6, S. 73; SF 2 (1921) 8, S. 110 f.; SF 3 (1922) 21, S. 311; SF 5 (1924) 2, S. 20; SF 5 (1924) 6, S. 84 f.; SF 5 (1924) 12, S. 170; SF 5 (1924) 13, S. 190; SF 5 (1924) 15, S. 220 f.; SF 5 (1924) 16, S. 240 ff.; SF 5 (1924) 17, S. 253 f.; SF 5 (1924) 17, S. 263; SF 6 (1925) 1, S. 1 f. („*Dieser 10. Januar 1925 ist damit der schwärzeste Tag für das Saargebiet, da es sich als sichtbar losgetrennt vom deutschen Mutterland betrachten muß.*“); SF 6 (1925) 1, S. 5 f.

⁹¹⁵ Vgl. AdR, Kabinett Luther I, Dok. 121, S. 426 (14.07.25); AdR, Kabinett Luther II, Dok. 235, S. 909 f. (27.11.25); EMMRICH, S. 41–195; KURZ, S. 36–126; LATZ, S. 68–93 und S. 100–269; Die Saarwirtschaft zwischen Deutschland und Frankreich, S. 2–8. Am fünften Jahrestag des Inkrafttretens des Versailler Vertrages wandte sich die GSV mit einem Rundschreiben an alle deutschen Regierungen und Reichsministerien mit der Aufforderung, angesichts der zollpolitischen Abschnürung alles in die Wege zu leiten, was dienlich sein konnte, die Saarfrage einer Lösung zuzuführen: Vgl. Rundschreiben der GSV u.a. an Reichskanzler Marx (10.01.25), in: BA-R 8014/674; SF 6 (1925) 2, S. 19 f.

Versailler Vertrages nicht realisierbar waren⁹¹⁶. So sehr sie die zwischen Paris und Berlin ausgehandelten Vereinbarungen prinzipiell befürwortete, mahnte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auch weiterhin die generelle Aufhebung der neuen Zollschranke an, um die Umleitung der Handelsströme aus dem Saargebiet zu verhindern⁹¹⁷.

Vor allem in der Frühphase der letztendlich 16jährigen Separation bemühte sie sich, dem Übergang deutschen Grundbesitzes und deutscher Immobilien in französische Hände entgegenzutreten. So schlug Vogel die Bildung einer Kommission zur Regelung von Bergschäden vor⁹¹⁸, mit deren Hilfe der preußische Staat im Kontakt zum saarländischen Grundbesitz bleiben konnte, plädierte für die Errichtung einer Treuhandbank im Saargebiet, die freiwerdendes Grundeigentum verwalten und wieder in deutsche Hände weitergeben sollte⁹¹⁹ bzw. bat kurz vor dem Inkrafttreten der Zollschranke, saarländischen Bauvorhaben großzügige Hypotheken zu gewähren, um die Bauherren aus der Abhängigkeit französischer Kapitalgeber zu befreien⁹²⁰.

Zuverlässiger Kooperationspartner bei all diesen Bemühungen war die Berliner Dependance der Saarbrücker Handelskammer, deren Syndikus Gramberg den „Saar-Freund“ bis zur Umwandlung des Hauptstadtbüros in eine Saar-Verbindungsstelle (Frühjahr 1921) mit detailgesättigten Artikeln über die aktuelle Entwicklung der wirtschaftlichen Lage an der Saar informierte⁹²¹. In späteren Jahren nahm diese Aufgabe das Saarwirtschaftsarchiv wahr⁹²². Mit Oberberghauptmann Flemming, Mitglied im Aufsichts- und Beratungsausschuß und Ministerialdirektor im preußischen Handelsministerium, verfügte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ über einen Insider im staatlichen Behördenapparat, den sie in Grubenangelegenheiten konsultieren konnte.

⁹¹⁶ Das hohe Detailwissen in den Berichten des Bundesorgans deutet darauf hin, daß die Redaktion vom AA über den Gang der Gespräche auf dem laufenden gehalten wurde: Vgl. SF 6 (1925) 8, S. 118 f.; SF 6 (1925) 15, S. 241 ff.; SF 6 (1925) 16, S. 265–268.

⁹¹⁷ Vgl. beispielsweise: SF 7 (1926) 6, S. 89 f.; SF 7 (1926) 13, S. 204 ff.; SF 8 (1927) 2, S. 23 f.; SF 8 (1927) 14, S. 221 ff. und S. 226. Zwar wollte Vogel zu keinem direkten Boykott französischer Waren aufrufen, doch wies er ausdrücklich darauf hin, „daß jeder Saarländer, der unnötigerweise französische Ware kauft, dazu beiträgt, daß der Kampf um die Wiedervereinigung mit Deutschland länger dauern und schwerer wird.“: Theodor VOGEL: Deutsch die Saar immerdar! Was jeder Deutsche vom Saargebiet und dem Bunde der Saarvereine wissen muß. Ein Merkblatt mit 63 Bildern und der Karte des Saargebietes, Berlin 1929, S. 106 f., Zitat: S. 107.

⁹¹⁸ Vgl. Brief der GSV an das PrMHandel (09.08.19), in: BA-R 8014/662.

⁹¹⁹ Vgl. „Denkschrift über die Aufgaben der Geschäftsstelle „Saar-Verein““ (01.04.20), in: BA-R 8014/2; undatiertes Protokoll der Sitzung vom 03.04.21, in: BA-R 8014/18.

⁹²⁰ Vgl. Briefe der GSV an verschiedene Ministerien (08.12.24), in: BA-R 8014/674.

⁹²¹ Vgl. Brief der GSV an die Saarbrücker Handelskammer in Berlin (17.02.21), in: BA-R 8014/762.

⁹²² Das Archiv unter der Leitung Walther Cartellieris war Anfang 1927 von der Saarbrücker Handelskammer und zwei saarländischen Verbänden ins Leben gerufen worden. Auf der Basis seines Materials entstanden mehrere Untersuchungen mit wissenschaftlichem Anspruch; so wurde beispielsweise auch die SWS ab 1927 vom Saarwirtschaftsarchiv herausgegeben. Vgl. hierzu: Fritz HELLWIG: Das Saarwirtschaftsarchiv. Werdegang und Aufgaben, Völklingen - Saarbrücken 1938, insbesondere S. 26 ff.

Die ökonomische Bedeutung des saarländischen Bergbaus⁹²³ spiegelt sich schon allein quantitativ in der Unmenge von Berichten und Aufsätzen wider; Statistiken der monatlichen Kohlenförderung, die Entwicklung der Kohlenpreise oder personelle Veränderungen in der Verwaltung zählten neben gezielten Diskreditierungskampagnen gegen die „Administration des Mines Domaniales“ zum Standardrepertoire des „Saar-Freund“⁹²⁴. Als größter Arbeitgeber im Saargebiet stand der französische Staat permanent in der Schußlinie des Blattes: Da sich der Widerstand gegen wirtschaftspolitische Maßnahmen mit nationalen Befindlichkeiten mischte, war es für die Propagandisten des Vereins ein leichtes, Entlassungen und Lohnkürzungen nicht als Reaktion auf eine allgemeine Wirtschaftskrise, sondern als Ergebnisse einer gezielten Politik der französischen Grubenverwaltung und ihrer Handlangerin, der Regierungskommission, anzuprangern⁹²⁵. Folgerichtig wurde die enorme Produktionssteigerung in den Jahren 1921/22 und 1923/24 als Indiz für den französischen Raubbau angeführt, während der kontinuierliche Belegschaftsabbau sowie die Stilllegung unrentabler Grubenbetriebe Ende der Zwanziger der arbeiterfeindlichen und kurzsichtigen Betriebsführung der Franzosen zur Last gelegt wurde⁹²⁶. Anfang März 1928 legte die Bergverwaltung beispielsweise 4.000 Bergleute auf den saarländischen Gruben zu einer Zeit ab⁹²⁷, in welcher die benachbarten lothringischen Grubenbetriebe weiterhin Bergleute einstellten. Es klang plausibel, daß dies im Hinblick auf die Abstimmung aus politischem Kalkül geschah⁹²⁸.

⁹²³ Vgl. zur Entwicklung des saarländischen Steinkohlebergbaus nach 1918: EMMRICH, S. 41–195; MORGENROTH, S. 93–129.

⁹²⁴ Vgl. die Rubriken „Aus der preußischen Bergverwaltung“, „Personalnachrichten der Preußischen Bergbehörde“, „Vom Saarbergbau“, „Saarbergbau und Saarindustrie“ und „Wirtschaftliche Nachrichten“. Hier konnten sich interessierte Unternehmer über die aktuellen Bestimmungen im Handelsverkehr mit der Saar informieren.

⁹²⁵ Selbst Sozialdemokraten stießen in das nationalchauvinistische Horn: Vgl. Wilhelm HOFFMANN: Die Ideenwelt der mehrheitssozialistischen Bergarbeiterschaft im Saargebiet, Bonn 1923, S. 84 f.; PAUL: Deutsche Mutter, S. 39–42.

⁹²⁶ Anders als die preußische Bergverwaltung, die langfristige Lieferverträge abgeschlossen hatte und aufgrund dessen nicht den Risiken größerer Preisschwankungen ausgeliefert gewesen war, nutzte die „Administration des Mines Domaniales“ auch kurzzeitige Konjunkturen und glich Rezessionen durch Entlassungen sowie Feierschichten im Bereich ihrer saarländischen Manövriermasse aus: Vgl. HELLWIG: Saar zwischen Ost und West, S. 33: „Der Saarkohlenbergbau [...] hat dem französischen Bergbau die Last der Konjunkturschwankungen abgenommen.“ Vgl. hierzu auch S. 35–39; HERR/ JAHNS, S. 201–204; SF 6 (1925) 11, S. 172 f.; SF 7 (1926) 16, S. 274–278.

⁹²⁷ Die Saargänger, deren Wohnorte außerhalb des Saargebietes lagen, waren überproportional von diesen Entlassungen betroffen: 1925 arbeiteten etwa 8.000 (11,2% der Gesamtbelegschaft) auf den Saargezeten, 1934 waren es nur noch 1.600 (3,3%): Vgl. SCHWARZ, S. 49 f.; BLAICH: Grenzlandpolitik im Westen, S. 73. Vgl. ebenso: AdR, Müller II, Dok. 12, S. 48 f. ((23.07.28); Dok. 89, S. 312 (17.12.28); Dok. 449, S. 1471 (17.02.30). Der SF ergriff schon früh zugunsten der Saargänger Partei, beispielsweise sollte die Reichsregierung die ungünstigen Rahmenbedingungen durch Fahrtkostenzuschüsse abfedern: Vgl. ebenso: SF 7 (1926) 5, S. 75 f.; SF 9 (1928) 3, S. 35 f.; SF 9 (1928) 5, S. 71 f.; SF 12 (1931) 11, S. 194 f. Schon Ende 1922 hatte der SF an die deutschen Zollbeamten appelliert, hinsichtlich der Saargänger nicht überkorrekt zu sein, wenn diese nicht für alle mitgeführten Gegenstände Ausfuhrgenehmigungen vorzeigen konnten: Vgl. SF 3 (1922) 19, S. 288.

⁹²⁸ Vgl. HERR/ JAHNS, S. 212; MALLMANN/ STEFFENS, S. 177 f. Angesichts dieser Politik klagte der SF sogar die saarländischen Bergleute an, sich der „Brotlosmachung [ihrer ...] Kameraden in der Heimat“ schuldig zu

Um die Pläne Frankreichs zu durchkreuzen, aus der wirtschaftlichen Dominanz an der Saar einen dauerhaften politischen Vorteil zu ziehen, warnte der „Saar-Freund“ praktisch ununterbrochen vor jeder noch so geringfügigen Veränderung, die auf Anweisung der Pariser Regierung in die Wege geleitet worden war⁹²⁹, erhob in regelmäßigen Abständen Vorwürfe gegen die vermeintlich inakzeptabel niedrigen Löhne⁹³⁰, die Begünstigung des französischen Staates aufgrund reduzierter Steuerzahlungen⁹³¹ oder die fehlenden Voraussetzungen für die weitere Aufrechterhaltung der Versailler Wirtschaftsordnung an der Saar⁹³². Ebenso prangerte sie den scheinbar rücksichtslosen Raubbau, die unzureichenden Sicherungsmaßnahmen, die nicht nur das Risiko für die Bergleute erhöhten, sondern auch schwere Grubenschäden über Tage hervorriefen⁹³³, sowie die allgemeine Vernachlässigung des saarländischen Bergbaus zum Schutz der innerfranzösischen Zechen an⁹³⁴. Jenseits der Polemik hatten die zahlreichen Berichte

machen, wenn sie sich über die Grenze hinweg in Lothringen anwerben ließen: Vgl. SF 9 (1928) 17, S. 323.

⁹²⁹ Wie Peter LEMPERT nachgewiesen hat, mangelte es der französischen Saarpolitik der Zwischenkriegszeit zwar nicht an Konzepten, dafür aber an einer einheitlichen Linie, weshalb es vielfach den Protagonisten vor Ort überlassen blieb, den Kurs zu bestimmen. Hierbei machten sich immer dann beträchtliche Interessendivergenzen bemerkbar, wenn die kurzfristigen ökonomischen Pläne von den länger angelegten politischen Zielen abwichen.

⁹³⁰ Vgl. SF 2 (1921) 9, S. 121; SF 6 (1925) 2, S. 25 ff.; SF 5 (1924) 3, S. 39; SF 5 (1924) 12, S. 170; SF 15 (1934) 12, S. 232 f.

⁹³¹ Dem saarländischen Fiskus entgingen Millionen an Steuereinnahmen, da die „Administration des Mines Domaniales“ nur 8,3% anstatt der fälligen 30% entrichtete: Vgl. SF 7 (1926) 9, S. 136 f. *„Die gesamte Finanz-, Steuer-, Zoll- und Währungspolitik der Regierungskommission läuft, begünstigt durch die vollkommene Rechtlosigkeit der Bevölkerung gegenüber ihrer Fremdregerung und durch das vollständige Desinteressement des Völkerbundes an dem Ergehen des Saarbeckens, auf eine systematische Auspowerung des Saargebietes zugunsten französischer Interessen heraus, wodurch die Bevölkerung von Tag zu Tag in tiefere Verelendung gerät.“*: Vgl. SF 7 (1926) 16, S. 281 ff., hier: S. 283.

⁹³² Schon sehr früh erhob das Blatt die Behauptung, daß die kriegsbedingten Förderausfälle in Nordfrankreich wettgemacht worden seien und der Nachbar daher kein Anrecht mehr auf die reparationsartigen Importe aus dem Saargebiet besäße: Vgl. SF 3 (1922) 6, S. 94; SF 3 (1922) 23, S. 345 f.; SF 4 (1923) 15, S. 201; SF 5 (1924) 9, S. 135; SF 6 (1925) 1, S. 3; SF 6 (1925) 22, S. 362 f. Tatsächlich förderten die französischen Gruben in den beiden Départements du Nord und Pas-de-Calais erst 1924 wieder die gleiche Menge wie im letzten Vorkriegsjahr: Vgl. BARIÉTY: Les relations, S. 763.

⁹³³ Die fachlich inkompetenten französischen Ingenieure hätten mit dem Abbau von Sicherheitsstempeln die wachsende Zahl der *„Opfer des französischen Raubbaus“* zu verantworten: SF 2 (1921) 13, S. 177. Vgl. ebenso: SF 4 (1923) 18, S. 259; SF 4 (1923) 22, S. 287; SF 4 (1923) 23, S. 298 f.; SF 5 (1924) 3, S. 40; SF 5 (1924) 4, S. 57; SF 6 (1925) 1, S. 12; SF 6 (1925) 18, S. 308 f.; SF 6 (1925) 21, S. 344; SF 7 (1926) 3, S. 42 f.; SF 7 (1926) 6, S. 96; SF 7 (1926) 7, S. 111; SF 7 (1926) 12, S. 195; SF 7 (1926) 13, S. 211. Durch den Abbau dieser Pfeiler mußte die saarpfälzische Gemeinde Schnappach schwere Bergschäden verkraften: Vgl. CARTELLIERI: Wirtschaftskunde, S. 22; SF 1 (1920) 15, S. 144 f.; SF 14 (1933) 4, S. 57.

⁹³⁴ Vgl. hingegen die Verteidigungsschrift des Generaldirektors der Saargruben, Marin GUILLAUME: Der technische Betrieb der Saargruben unter der französischen Verwaltung, Saarlouis 1934. Der Nachfolger Deflines dementierte hierin nicht nur alle Vorwürfe, die Frankreich des Raubbaus bezichtigten, sondern wies auf die gesteigerte Produktivität und Sicherheit der Gruben durch die erheblichen französischen Investitionen hin. Außerdem hätten französische Ingenieure den Versuch unternommen, die spezifischen Nachteile der Saarkohle durch Destillierungsverfahren in der Kokerei Heinitz auszugleichen und damit einen Spezialkoks mit annähernd den gleichen Eigenschaften wie Ruhrkoks herzustellen. Dessen ungeachtet lag die Pro-Kopf-Leistung an der Saar deutlich unter den Werten im Ruhrkohlenbergbau: 1933 förderte ein saarländischer Bergmann 1.118 kg/Tag gegenüber 1.677 kg/Tag an der Ruhr. Immerhin war dies schon eine beträchtliche Steigerung gegenüber 1913 (777 kg/Tag): Vgl. Eugen BARTH, S. 38 ff.

über den bedenklichen Zustand der Saargruben einen sehr pragmatischen Hintergrund: Da das Deutsche Reich gezwungen war, im Falle der Rückgliederung an Frankreich eine noch offene Summe in Goldmark zu entrichten, sollte der künftigen deutschen Verhandlungsdelegation vorsorglich der Rücken gestärkt werden, den Wert der Zechen nach 15jähriger französischer Verwaltung möglichst niedrig zu taxieren⁹³⁵. Ein ähnliches Ziel verfolgte der „Saar-Freund“, wenn er Behauptungen aus dem Nachbarland dementierte, daß die saarländische Wirtschaft aufgrund französischer Verdienste floriere⁹³⁶.

Ebenso wichtig wie die Diskreditierung der Völkerbundsadministration war die Werbung für die früheren Leistungen des preußischen und bayerischen Staates an der Saar⁹³⁷ bzw. der finanziellen Hilfsleistungen der Reichsregierung für die in Not geratene Saarwirtschaft⁹³⁸. Auf keinen Fall durfte sich unter den Saarländern eine solche Stimmung verbreiten, wie sie ein mit den Verhältnissen an der Saar vertrauter Beobachter Anfang 1926 konstatierte: Nach seiner Ansicht herrschte dort ein

*„Gefühl der Verlassenheit wie noch nie. Die gegenwärtige politische Einstellung in Berlin wird als reine Gefühlspolitik, einer sagte Knochenerweichungspolitik, bezeichnet. Die Beamten klammern sich an Berlin, die Bergleute an Paris und die anderen an Genf. Ergebnis - Null.“*⁹³⁹

Zur Mobilisierung der reichsdeutschen Öffentlichkeit instrumentalisierte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gerne den Ausgang der Oberschlesienabstimmung vom Frühjahr 1921, in welcher sich fast 60% der dort ansässigen bzw. hingereisten Bevölkerung für den Verbleib des Gebietes bei Deutschland ausgesprochen hatten. Da die Kriegsbündigten keine Einigung erzielen konnten, legte der Völkerbund die Grenzziehung in einem Schiedsspruch fest: Aufgrund des beträchtlichen Minderheitenvotums zugunsten Polens mußte Deutschland etwa ein Drittel des Abstimmungsgebietes mit dem wirtschaftlich wertvolleren Teil, der nahezu die gesamten Steinkohlevorräte umfaßte, an den wieder gegründeten Nachbarstaat abtreten⁹⁴⁰. Oberschlesien galt fortan als Menetekel, das der deutschen Bevölkerung die drohenden Gefahren vor Augen führen sollte. Eine Teilung des Saargebiets zwischen Frankreich und Deutschland wurde für den

⁹³⁵ Vgl. SF 2 (1921) 17, S. 235 ff.

⁹³⁶ Vgl. exemplarisch für eine Vielzahl weiterer Artikel: SF 8 (1927) 9, S. 136 f.; SF 12 (1931) 19, S. 317–320 sowie VOGEL: Deutsch die Saar immerdar!, Berlin 1929, S. 103–107.

⁹³⁷ Vgl. SF 2 (1921) 4, S. 38; SF 13 (1932) 24, S. 396 f.

⁹³⁸ Berichte über die Herausgabe des Weißbuches über das Saargebiet sollten dem Leser des SF näherbringen, wie aktiv die Reichsregierung an der Widerlegung französischer Behauptungen arbeitete: Vgl. SF 2 (1921) 9, S. 115; SF 2 (1921) 22, S. 316 f. Zu den sonstigen Hilfsleistungen wie beispielsweise der Verbesserung der Lebensmittelversorgung, den Zollstundungen oder der Zuschüsse zur saarländischen Sozialversicherung vgl. exemplarisch aus einer Vielzahl ähnlichlautender Artikel: SF 2 (1921) 23, S. 340; SF 3 (1922) 5, S. 67 ff.; SF 6 (1925) 22, S. 371 f.

⁹³⁹ Vgl. Brief Karius' an die GSV (08.01.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 25.

⁹⁴⁰ Vgl. Helmut NEUBACH: Die Abstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921, in: Richard BREYER (Hrsg.): Deutschland und das Recht auf Selbstbestimmung nach dem Ersten Weltkrieg. Probleme der Volksabstimmungen im Osten (1918–1922), Bonn 1985, S. 92–129, hier: S. 113–120. Anfangs keimte im unmittelbaren Anschluß an die Abstimmung noch die Hoffnung auf, daß das Selbstbestimmungsrecht in Kürze auch an der Saar angewandt werde: Vgl. SF 2 (1921) 7, S. 80; SF 2 (1921) 16, S. 221.

Fall an die Wand gemalt, daß die bevorstehende Abstimmung nicht ein überwältigendes Ergebnis zugunsten der Rückgliederung bringen würde⁹⁴¹. Regelmäßig konstruierte der „Saar-Freund“ Parallelen, die eben dieses Bedrohungsszenario ausschmückten und appellierte an das Pflichtgefühl der Deutschen, gemeinsam mit dem Bund der Saarvereine Widerstand zu leisten. Insbesondere nach Gründung der „Association Française de la Sarre“ 1928 und verstärkt in der wirtschaftlich schwierigen Phase zu Anfang der dreißiger Jahre forderte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, im „*Endkampf um die Saar*“ ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um der Saar das Schicksal Oberschlesiens zu ersparen⁹⁴².

Kap. 3.3: Das Wirken des Bundes der Saarvereine im Saargebiet

Noch im 1935 erschienenen Abschlußband über den „Saarbefreiungskampf im Reich“ bekräftigte Vogel die jahrelang befolgte offizielle Sprachregelung und unterstrich die scharfe Trennung zwischen der Abwehrtätigkeit der Saarländer selbst und der Saarpropaganda jenseits der Grenzen des Völkerbundsgebietes durch den Bund der Saarvereine:

*„Als Ziel stand klar vor Augen: die Befreiung der Saar –, politische Einsicht aber gebot, die Betätigung fest zu umgrenzen, damit die Reinheit des Kampfes, der an der Saar selbst geführt wurde, nicht verdunkelt werde und damit durch einen Überschwang des guten Willens nicht mehr geschadet als genützt werde.“*⁹⁴³

Nach außen gab der Verein stets vor, keine Aktivitäten im Saargebiet entfalten zu wollen, da die dort verantwortlichen Verfechter des deutschen Gedankens sich selbst am besten zu helfen wüßten und den Franzosen kein Vorwand zu Interventionen gegeben werden sollte. Nichtsdestotrotz hob Vogel gerne die enge Fühlungnahme mit Vertretern der saarländischen Politik, Wirtschaft und des kulturellen Lebens hervor, die er damit rechtfertigte, seine Arbeit mit den Bedürfnissen der Saar koordinieren zu müssen⁹⁴⁴. Da sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“

⁹⁴¹ Siehe hierzu die Warnungen, sich die Teilung Oberschlesiens eine Lehre sein zu lassen, in: SF 2 (1921) 3, S. 36; SF 2 (1921) 21, S. 297 ff. („*Was Oberschlesien dem Saargebiet sagt*“); SF 3 (1922) 8, S. 114 („*Wache auf, Oberschlesien hat man dir geraubt – willst du auch das Saargebiet dir entreißen lassen?*“); SF 3 (1922), 23, S. 361 f.; SF 4 (1923) 1, S. 8 f.; SF 6 (1925) 19, S. 316 f. („*Das Saargebiet, ein zweites Oberschlesien*“); SF 7 (1926) 4, S. 54 f.; SF 8 (1927) 9, S. 133 f.; SF 11 (1930) 23, S. 417 f. („*Ein zweites Oberschlesien-Betrug?*“); SF 12 (1931) 7, S. 98 ff.; Fritz MAYER, S. 83–91.

⁹⁴² Vgl. Rundschreiben der GSV „Vaterland, Saardeutschland ruft Dich!“ (November 1928), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19; Rundschreiben der GSV (Frühjahr 1931), in: Ebd. In einer undatierten Entschliebung (1929, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2) appellierte die GSV „*an das Gewissen der Welt, an die Verantwortung des Völkerbundes: [...] Schafft kein neues Oberschlesien an der Saar!*“ Zum Polenbild siehe S. 488.

⁹⁴³ VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 223. Dabei war eines der selbst gesteckten Ziele, mit welchem die GSV im Herbst 1920 werbend an die Öffentlichkeit trat, das Vorhaben, von reichsdeutscher Seite aus die Geschehnisse des Saarlandes mitzubestimmen: Vgl. undatierter Aufruf zur Gründung des Bundes (November 1920), in: BayHStA, Sammlung Varia 264.

⁹⁴⁴ Vgl. „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2. Vermutlich an die Adresse der anwesenden Mitglieder des interfraktionellen Saarausschusses gerichtet, erhob Vogel während einer Sitzung die Forderung, die Zusammenarbeit zwischen dem Saargebiet und der GSV zu verbessern, damit der Verein über alle wichtigen Vorgänge an der Saar unterrichtet blieb. „*An dem Grundsatz, daß sich der Bund Saar-Verein in den Kampf im*

als kompetente Saarinstanz profilieren wollte, waren diese Kontakte unumgänglich; nur im direkten Verkehr waren Informationen aus erster Hand zu beziehen.

Wie schon die Affäre Ollmert zeigte, war eine wirkliche Beschränkung der Saarorganisation auf das Reichsgebiet ohnehin nie beabsichtigt. Vom Tage ihrer Gründung an betätigte sie sich im Saargebiet, sei es, daß sie Reisen saarländischer Kinder und Vereine unterstützte, oder sei es, daß sie insgeheim einen ausgedehnten Vertrauensmännerapparat unterhielt, über den sie zumindest in der Frühphase auch aktiv in die internen Verhältnisse an der Saar eingriff. Vogel provozierte damit nicht nur den Widerstand frankophiler Vereinigungen, sondern brachte selbst fest im deutschen Lager verwurzelte saarländische Persönlichkeiten gegen sich auf.

a) Das Vertrauensmännersystem an der Saar

In der Umbruchs- und Konsolidierungsphase trug sich Vogel noch mit dem Gedanken, die Organisation auch innerhalb des Saargebietes aufzubauen⁹⁴⁵. Mitte Juli 1919 wandte er sich in dieser Angelegenheit an den ehemaligen Redakteur der „Saar-Zeitung“ Adam Lillig in Bensheim mit der Bitte, die Gründung von „Saarbrücker Vereinigungen“ im rechtsrheinischen Gebiet zu initiieren. Es war abzusehen, daß sich zunächst vor allem ausgewiesene und geflüchtete Saarländer in diesen Gruppierungen zusammenfinden würden. Nach Aufhebung der Ausweisungsbescheide sollten sie ins Saargebiet verpflanzt werden, um dort eine Mund-zu-Mund-Propaganda zu betreiben⁹⁴⁶. Das Vorhaben scheiterte; außer zwei konspirativen Gruppen

Saargebiet selbst unter keinen Umständen einmischen dürfe, soll unter allen Umständen festgehalten werden.“

Vgl. Protokolle der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 19.06.23 (20.06.23, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091 und 22.06.23, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2); SF 4 (1923) 13, S. 180.

⁹⁴⁵ Nach Antritt der Regierungskommission sollte im Verborgenen eine überparteiliche deutsche Vereinigung gebildet werden. Die Geheimhaltung schien angeraten, um nicht den Verdacht zu erregen, Irredentismus zu betreiben: Vgl. Denkschrift der GSV an den preußischen Ministerpräsidenten Hirsch (06.08.19), in: BA-R 8014/662. In der späteren „Denkschrift über die Aufgaben der Geschäftsstelle „Saar-Verein““ (01.04.20, in: BA-R 8014/2) hieß es hierzu, daß die Organisation im Saargebiet selbst „noch [!] nicht“ bestehe.

⁹⁴⁶ Als Vertriebenkommissar schien Lillig hierfür der geeignete Ansprechpartner zu sein: Vgl. Briefe der GSV an Lillig (16.07.19 und 17.09.19), in: BA-R 8014/159 und BA-R 8014/340). Ähnliche Äußerungen traf Vogel auch gegenüber dem ausgewiesenen Pfarrer de Haas (07.08.19): Vgl. ebd.

im saarländischen Altenwald⁹⁴⁷ bzw. Saarbrücken⁹⁴⁸, die beide keinen Vereinscharakter besaßen, ließen sich keine Ableger des Bundes an der Saar ermitteln⁹⁴⁹.

Aus diesem Grund trat wieder die individuelle Zusammenarbeit mit einzelnen Vertrauensleuten im Saargebiet in den Vordergrund, eine Arbeitsweise, wie sie auch die RfH im besetzten Gebiet anwandte. Für Vogel dürfte die Reaktivierung seiner zahlreichen Verbindungen und Kontakte, die er während seiner jahrzehntelangen Tätigkeit im Dienst der Bergwerksdirektion und in der Saarbrücker Kommunalpolitik geknüpft hatte, kein größeres Problem dargestellt haben⁹⁵⁰. Ein erhebliches und zumindest nach Lage der Akten bis zuletzt nicht behobenes Manko war die fehlende geographische und gesellschaftliche Streuung der Vogelschen Verbindungsmänner. Ein Verzeichnis von 40 Vertrauensleuten aus der Zeit des Abstimmungskampfes zeigt deren Konzentration auf die Gemeinden und Städte im Saarkohlesattel; demnach verfügte Vogel über keine Kontaktperson im Landkreis Merzig⁹⁵¹ und nur über einen bzw. zwei Ansprechpartner in den Landkreisen St. Wendel und Saarlouis. Selbst nach fast eineinhalb Jahrzehnten war es der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ anscheinend nicht gelungen, in der Saarpfalz Fuß zu fassen:

⁹⁴⁷ Vgl. Auflistung (30.03.22), in: BA-R 8014/1. Die Gruppe in Altenwald tarnte sich als Unterhaltungsklub und zählte 17 Mitglieder: Vgl. Schriftwechsel zwischen GSV und Fritz Moser (1921 f.), in: BA-R 8014/188.

⁹⁴⁸ Ansprechpartner der Saarbrücker Vereinigung, die Mitte Juli 1922 48 Mitglieder gezählt haben soll, war ein gewisser Arnold Kornell, der die GSV mit Zeitungsausschnitten und Informationen – beispielsweise über die aktuelle Preisentwicklung in Saarbrücken – versorgte und neue Abonnenten für den SF warb. Die verhältnismäßig lange Zeit, die er als Vertrauensmann agieren konnte, überrascht, da er äußerst unvorsichtig vorging: Zwar konnte ihm Vogel die Idee ausreden, im SF eine Anzeige zu schalten, die ihn als Ansprechpartner der GSV für Reisende ins Saargebiet benennen sollte, doch hielt er trotz mehrfacher Ermahnung am Stempelaufdruck „*Werbebüro Saarbrücken*“ auf seinen Briefen fest. Die Ähnlichkeit mit dem Briefkopf der GSV fiel dem Betrachter sofort ins Auge: Vgl. Schriftwechsel zwischen Arnold Kornell und der GSV (1921–1924), in: BA-R 8014/161–165.

⁹⁴⁹ Da auch nach der Ära Rault triftige Gründe gegen den organisierten Zusammenschluß in saarländischen Ortsgruppen sprachen, die Geschäftsstelle beitrittswillige Saarländer aber nicht verprellen wollte, wurden die dortigen Bezieher des SF zu „fördernden Mitgliedern“ erklärt: Vgl. Brief der GSV an vier Bahnbedienstete (03.12.27), in: BA-R 8014/176. Nach der Rückgliederung wurde diese informelle Mitgliedschaft auf die Mitgliedschaft in der DF angerechnet, was sich wiederum positiv auf die Mitgliedschaft in der NSDAP auswirkte: Vgl. Brief der GSV an Posselt (12.02.35), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 7.

⁹⁵⁰ Außerdem rekrutierte Vogel Vertrauensmänner unter Angehörigen seiner Kompanie während des Krieges: Vgl. Tagebuchaufzeichnungen Eckels (Januar – März 1925), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 26. Im Gegensatz hierzu behauptete die RfH, dem Berliner Saarverein hätten außer den erforderlichen Mittel auch die direkten Beziehungen zum Saargebiet gefehlt, weswegen er sich an den Heimatdienst gewandt habe: Vgl. Aufzeichnung „Der Saarausschuß. Seine Gründung, seine Tätigkeit und sein Ziel“ (20.04.20), in: BA-R 1603/2526; Brief von Wrochems an das AA (23.08.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.430. Vogels Bekanntheitsgrad war nicht unproblematisch: Nach dem Beamtenstreik soll auf seine Ergreifung eine Belohnung von 200.000 RM ausgesetzt gewesen sein. Wenn diese Summe auch übertrieben hoch scheint, so fühlte sich Vogel um den Jahreswechsel 1920/21 doch immerhin so bedroht, daß er einen Waffenschein zur Selbstverteidigung beantragte: Vgl. Brief der GSV an einen Herrn Kipp (28.12.20), in: BA-R 8014/145; Brief der GSV an das Polizeirevier Berlin (05.01.21), in: BA-R 8014/11. Schon im Vorjahr fürchtete er bei seinen Besuchen im Rhein-Main-Gebiet, nach Frankreich verschleppt zu werden: Vgl. Brief der GSV an Schiffbauer (10.07.20), in: BA-R 8014/341. Auch in den folgenden Jahren stand er unter Beobachtung, was seinen Bewegungsradius im Saargebiet bei seinen Besuchen erheblich einschränkte: Vgl. Brief der GSV an Wentz (25.08.27), in: BA-R 8014/1106. Vgl. „Forbacher Neuste Nachrichten“ (09.05.30).

⁹⁵¹ Zumindest Mitte der zwanziger Jahre stand die GSV noch in regelmäßigem Kontakt zur Buchhandlung Regler in Merzig, die auch für die verdeckte Verteilung des SF zuständig war.

Lediglich ein Vertrauensmann stammte aus Mittel-Bexbach. Mehr als die Hälfte der Verbindungsleute arbeitete als Steiger auf den verschiedenen Grubeninspektionen⁹⁵², die der Geschäftsstelle als Multiplikatoren wertvolle Dienste leisten konnten⁹⁵³. Auch wenn Vogel über diesen Kreis hinaus gute informelle Kontakte zu Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an der Saar wie den Mitgliedern des Landesrates, Redakteuren und Verbandsvorsitzenden besaß, so diente die von ihm erhobene Behauptung,

„die uns zur Verfügung stehenden Vertrauensleute gehören allen Schichten der Saarbevölkerung an und haben sich nur unter der Bedingung für eine Mitarbeit bereitfinden lassen, daß ihre Mitarbeit streng geheimgehalten bleibt.“

eher zur Befriedigung der Erwartungshaltung der Behörden, als sie die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelte⁹⁵⁴.

Die Tätigkeit der Vertrauensmänner läßt sich in drei Hauptaufgabenfelder unterteilen:

1. Beobachten und Sammeln: Um jeden noch so kleinen – vermeintlichen oder tatsächlichen – Verstoß des französischen Militärs, der Regierungskommission oder der „Administration des Mines Domaniales“ gegen Bestimmungen des Saarstatuts anschließend im „Saar-Freund“ propagandistisch ausschlichten zu können, war die Geschäftsstelle auf Informationen aus erster Hand angewiesen. Die Vertrauensleute leiteten interessant erscheinendes Material nach Berlin weiter, erstellten gelegentlich Analysen zur Stimmungslage⁹⁵⁵ und gaben Auskunft über einzelne Persönlichkeiten und Organisationen. Was Richard Posselt Jahre später beschönigend zu umschreiben versuchte⁹⁵⁶, war in der Praxis kaum anderes als Spionage gegen die französische Besatzung. Wie die Abschrift des Schriftwechsels zwischen dem Präsidenten der Regierungskommission, Victor Rault, und dem frankophilen Saarbund zeigt,

⁹⁵² Unter den 36 Personen mit ergänzender Berufsbezeichnung befanden sich 21 Steiger, fünf Lehrer sowie drei Polizeibeamte: Vgl. undatierte Liste der „*Vertrauensleute zur Einholung von Auskünften für Reichswehr, polizeiliche und sonstige Erkundigungen im Saargebiet*“ (vermutlich nach 1933), in: BA-R 8014/140. Insgesamt konnten außer dieser Liste nur zwei weitere Verzeichnisse gefunden werden; eine ebenfalls undatierte „*Vertrauensmännerliste für besondere Zwecke des Saarvereins*“ mit überwiegend Grubenbediensteten sowie eine zweite Liste aus dem Frühjahr 1928, in welcher 80 Bergleute als potentielle Vertrauensleute der GSV ins Spiel gebracht wurden: Vgl. BA-R 8014/1097.

⁹⁵³ Die Kommunikation unter den Bergleuten fand unter Tage, auf dem gemeinsamen Weg zwischen Wohnort und Arbeitsstätte, in den Schlafhäusern und nicht zuletzt jenseits der grubeninternen Hierarchie in zahlreichen Vereinen statt.

⁹⁵⁴ Brief der GSV an die RfH (10.10.19), in: BA-R 8014/775. Der Schriftverkehr verschiedener Kontaktpersonen mit beiden Stellen zeigt, daß keine strikte Trennung zwischen den jeweiligen Verbindungsleuten gezogen werden kann. Immerhin befand sich mindestens ein Kommunist unter Vogels Vertrauensleuten, wie eine entsprechende Aktennotiz (26.01.20, in: BA-R 8014/142) zeigt.

⁹⁵⁵ Vgl. den Stimmungsbericht über die Verhältnisse an der Saar aufgrund der Eindrücke eines höheren Bergbeamten im Brief der GSV an Cleff (31.07.19), in: BA-R 8014/939.

⁹⁵⁶ „*Im Saargebiet versuchte ein kleiner Kreis von Frauen und Männern, über die öffentlich zu Tage tretenden Vorgänge hinaus Einblick in das Wirken und Wollen der Besatzung zu erhalten, um dann durch ebenso mutige wie geschickte Kuriere das gesammelte Informationsmaterial über den Rhein zu bringen.*“: POSSELT: Die pressepolitischen Aufgaben der Geschäftsstelle, S. 257.

besaß Vogel sogar Spitzel an obersten Stellen der saarländischen Verwaltung⁹⁵⁷. Abgesehen von diesen Einzelfällen übermittelten die Vertrauensleute an der Saar keineswegs nur hochbrisantes Material und Information; der überwiegende Teil der Korrespondenz war unpolitischer, meist belangloser Natur⁹⁵⁸.

2. Empfangen und Verteilen: Über die gleichen Kanäle, wie sie Informationen über den Rhein brachten, erhielten die Verbindungsmänner auch Propagandamaterial der Geschäftsstelle wie beispielsweise den „Saar-Freund“, für dessen Verbreitung an der Saar sie zuständig waren.
3. Entkräften und Werben: Schließlich lag es an den Kontaktpersonen des Bundes, den regelmäßig gegen den Verein erhobenen Anschuldigungen entgegenzutreten⁹⁵⁹ und statt dessen weitere Kreise für die Zusammenarbeit mit ihm zu gewinnen. Dem darauf aufbauenden Versuch, über die Vertrauensleute Gelder bei saarländischen Industriebetrieben und einzelnen Persönlichkeiten einzuwerben, war kein Erfolg beschieden⁹⁶⁰.

Die Enttarnung der Grogerschen RfH-Verbindungsleute im Herbst 1919 und die noch immer aktive französische Postzensur⁹⁶¹ waren für Vogel Anlaß, an seiner bisherigen streng konspirativen Arbeitspraxis festzuhalten⁹⁶² und zumindest in den ersten Jahren einen Großteil des Schriftverkehrs über die Privatadressen seiner Angestellten abzuwickeln. Diese luden beispielsweise einen saarländischen „Neffen“ zu einem „Familienfest“ nach Frankfurt oder ins Rheinland ein, wo ein Wiedersehen mit ihrem „Onkel“ (Vogel) anberaumt war⁹⁶³. Es ist schwer

⁹⁵⁷ Vgl. Brief der GSV an das AA (18.11.21), in: BA-R 8014/667. Jahre später riet das AA, das Angebot eines bei der Regierungskommission beschäftigten Inspektors abzulehnen, den internen Schriftverkehr der Abteilung Öffentliche Arbeiten weiterzuleiten: Vgl. Brief der GSV an das AA (17.03.25), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091. Die von dem Spitzel übermittelten Akten über den separatistischen Saarbund finden sich in BA-R 8014/883. Vgl. auch SF 6 (1925) 1, S. 7 f.

⁹⁵⁸ Vielfach baten sie – sowohl stellvertretend als auch in eigenen Angelegenheiten – um Vermittlung bei staatlichen Behörden und finanzielle Unterstützung. Vgl. den umfangreichen Schriftverkehr in: BA-R 8014/159–182; „Denkschrift über Bund und Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘“ (Januar/ Februar 1925), in: StA Freiburg C 4/ IX/ 2/ 1, S. 3

⁹⁵⁹ So schlug beispielsweise Max Wentz die Schaffung eines Gremium vor, das bestimmt sei, „in allen Fragen, die uns und Euch betreffen, rechtzeitig die nötige Aufklärung zu geben [...] und über das segensreiche Wirken des Saarvereins Aufschluß zu erteilen.“ Hierdurch biete sich zugleich die Gelegenheit, „den gehässigen Ausstreunungen, die sich natürlich immer auf einen Mann erstrecken, der an etwas exponierter Stellung steht, entgegenzutreten“: Vgl. Brief Wentz’ an die GSV (20.08.27), in: BA-R 8014/1106.

⁹⁶⁰ Vgl. Sammelausweise für Fritz Kühner (08.02.28, in: Ebd.) und Max Wentz (20.7.28, in: BA-R 8014/1107). Im Frühjahr 1929 waren lediglich 1.400 Frs. auf dem Konto „Glückauf“ bei der Saarbrücker Saarhandelsbank eingegangen: Vgl. Brief Wentz’ an die GSV (19.04.29), in: Ebd.

⁹⁶¹ Vgl. die regelmäßigen Warnungen in: SF 1 (1920) 12, S. 94; SF 1 (1920) 15, S. 148; SF 2 (1921) 2, S. 16 ff.; SF 2 (1921) 2, S. 24; SF 2 (1921) 4, S. 43.

⁹⁶² Demgegenüber setzte er sich gegen diesbezügliche Vorwürfe vehement zur Wehr: Der Verein habe nichts zu verbergen, er arbeite nicht konspirativ und beabsichtige keineswegs eine gewaltsame Lösung der Saarfrage: Vgl. allein für 1924: SF 5 (1924) 8, S. 111; SF 5 (1924) 9, S. 126; SF 5 (1924) 14, S. 203.

⁹⁶³ „Hochzeitsfeier kann nicht verschoben werden, alle Verwandten sind durch Dich sofort zu benachrichtigen. Für Hochzeitsreise bei Baumert [Theodor Meyer – F.B.] M 4.000 abheben. Frieda“: Telegramm an Otto Ludwig (März 1920), in: BA-R 8014/142. Teilweise ging die Geheimhaltung so weit, daß selbst die GSV nicht mehr die Tarnnamen der Verbindungsleute eindeutig zuordnen konnte. So notierte Vogel im August 1920 auf einem eingegangenen Telegramm: „Wer ist das?“, in: BA-R 8014/148. Er selbst benutzte die Pseudonyme Otto

zu ermes-sen, ob die Behauptung Vogels, die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ verfüge an der Saar über eine „*vorzüglich wirkende geheime Organisation*“⁹⁶⁴, den Tatsachen entsprach. Längerfristig sollte das System derart ausgebaut werden, daß in jeder saarländischen Gemeinde Vertrauensleute zur Verfügung gestanden hätten, deren erster Ansprechpartner der überparteiliche Saarausschuß gewesen wäre⁹⁶⁵.

Nach der Verhaftungs- und Ausweisungswelle im August 1920 war der Vogelsche Vertrauensmännerapparat zunächst zusammengebrochen, doch auf längere Sicht betrachtet hatten die französischen Repressionen nicht nur abschreckende, sondern ebenso motivierende Wirkung: Einige Ansprechpartner wurden – eventuell nach der Erfahrung der eigenen kurzzeitigen Ausweisung – vorsichtiger und lehnten es zu ihrem eigenen Schutz ab, fortan für reichsdeutsche Behörden und Organisationen zu arbeiten. Auf der anderen Seite hatte sich die Regierungskommission durch ihre wohlwollende Passivität zugunsten Frankreichs in weiten Teilen der saarländischen Bevölkerung endgültig diskreditiert, so daß Appelle an den Widerstandswillen auf fruchtbaren Boden fielen und sich neben den bisherigen Verbindungsleuten wieder neue Mitarbeiter zur Kooperation mit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bereitfanden. Allerdings verging ein halbes Jahr, bis Vogel erste Schritte zur Reorganisation des Vertrauensmännerapparates einleiten konnte.

Stärker als bisher sollten auch die Ortsgruppen des Bundes in den privaten Nachrichtendienst eingespannt werden, indem die Mitglieder ihre saarländischen Kontakte zur Informationsbeschaffung nutzten. Vogel hielt es dabei für verzichtbar, die Ansprechpartner an der Saar über die wahren Hintermänner in Kenntnis zu setzen⁹⁶⁶. Auf diese Weise verfügte die Geschäftsstelle über eine Vielzahl unverdächtig scheinender Deckadressen außerhalb Berlins, die in ihrer Gesamtheit kaum von dem französischen „Service de Sûreté“ enttarnt werden konnten.

Im Laufe der Jahre entspannte sich die Situation zusehends. Konnte die Geschäftsstelle noch Anfang 1924 von einem saarländischen Vertrauensmann berichten, der nach einer (ergebnislosen) Haussuchung derart eingeschüchtert war, daß er sich völlig zurückgezogen habe⁹⁶⁷, erhielt sie ab Mitte des Jahrzehnts nahezu alle an sie gerichteten Schreiben. Zum Schutz

Schlichting und Franz Seiler.

⁹⁶⁴ Vgl. Brief der GSV an den „Bund der Pfälzer“ (14.02.20), in: BA-R 8014/791.

⁹⁶⁵ Vgl. „Denkschrift über die Aufgaben der Geschäftsstelle „Saar-Verein““ (01.04.20), in: BA-R 8014/2. Noch im Herbst des gleichen Jahres war die GSV auf der Suche nach Ansprechpartnern im Saargebiet: Vgl. SF 1 (1920) 17, S. 176.

⁹⁶⁶ Vgl. Brief der GSV an die RVP (21.02.21), in: BA-R 1603/2512; Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (22.02.21), in: BA-R 8014/18.

⁹⁶⁷ Vgl. Brief der GSV an die RVP (06.02.24), in: BA-R 8014/782.

seiner Verbindungsleute hielt Vogel dennoch an der Praxis fest, brisante Korrespondenz an Tarnadressen im Saargebiet zu versenden⁹⁶⁸.

Es ist nicht auszuschließen, daß die Vertrauensleute Vogels ihre Stellung mißbrauchten, um über Denunziationen alte Rechnungen zu begleichen. Gerade in kleineren Dörfern, in welchen sie die einzige Kontaktperson waren, wußten sie teilweise sehr intime Details über Dritte zu berichten⁹⁶⁹. Meist erfuhren die so Verleumdeten gar nichts von den über sie angefertigten Dossiers; war ihnen erst einmal das Stigma des Landesverrats aufgedrückt, besaßen sie kaum eine Möglichkeit der Rechtfertigung. In der aufgeheizten Stimmung des Abstimmungskampfes erlebten die Denunziationen ihren traurigen Höhepunkt. Stärker als in früheren Jahren gingen in der Berliner Stresemannstraße Hinweise ein, in welchen diverse Saarländer bezichtigt wurden, sich zugunsten des Status quo oder Frankreichs engagiert zu haben.

b) Die Unterstützung saarländischer Vereine

Das anfänglich vom Bürgertum dominierte Vereinswesen an der Saar hatte sich infolge der industrialisierungsbedingten Migrationsbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch auf unterbürgerliche Schichten ausgeweitet. Spätestens in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg vollzog es den Übergang zum Massenphänomen und legte nach einem vergleichsweise späten Beginn den Grundstein für die dort noch heute überdurchschnittlich hohe Vereinsdichte⁹⁷⁰. Neben den bis dahin vorherrschenden berufs- und geschlechtsspezifischen bzw. bürgerlichen Volksbildungsvereine etablierten sich nun zunehmend solche Verbände, welche das stetig wachsende Bedürfnis der Menschen nach gemeinsam verbrachter Freizeit befriedigten – ein Trend, der durch den Ersten Weltkrieg noch beschleunigt wurde. Während der Völkerbundszeit verdichtete und differenzierte sich das Vereinswesen weiter, bis es Ende der zwanziger Jahre schließlich seinen quantitativen Höhepunkt erreichte⁹⁷¹.

Angesichts dieser Konkurrenz – allein in Saarbrücken existierten nebeneinander 13 Sport- und elf Turnvereine – lag es auf der Hand, daß die einzelnen Vereine immer weniger in der Lage

⁹⁶⁸ Vgl. Brief der GSV an Bernhard Bohr (06.05.26), in: BA-R 8014/172. Sechs Jahre später wurde sogar der Name eines Lebacher Vertrauensmanns und SF-Beziehers unter der Rubrik „Personalnachrichten“ genannt: Vgl. SF 12 (1931) 10, S. 158.

⁹⁶⁹ So behauptete ein Verbindungsmitglied, der für ein Reichwehrkommando Nachforschungen über die politische Gesinnung, den Familienstand und den Leumund eines Bewerbers anstellen sollte, dessen Schwestern hielten im Dorf den Rekord im Ehebruch. Derartige Berichte lassen eher Aussagen über ihre Verfasser als über die beschuldigten Personen zu.

⁹⁷⁰ Beispielsweise existierten in der saarländischen Bergmannsgemeinde Dudweiler im Jahr 1900 bei 13.500 Einwohnern insgesamt etwa 140–150 verschiedene Vereine: Vgl. Ludwig LINSMAYER: Geselligkeit und Selbstbestimmung. Die Vereinskultur, in: VAN DÜLMEN (Hrsg.): Industriekultur an der Saar, S. 222–234 und S. 277, hier: S. 222 f. Auf die katalysatorische Funktion des Saarbrücker Vereinswesens zur Integration der zugezogenen preußischen Beamenschaft hat insbesondere Hans SCHWARZ (Das Vereinswesen an der Saar bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Der Verein als Medium der sozialen Kommunikation, Saarbrücken 1991) hingewiesen.

⁹⁷¹ Zum saarländischen Vereinswesen in der Zwischenkriegszeit vgl. LINSMAYER: Politische Kultur, S. 372–436; BUNGER/ LEHNERT, S. 53–123.

waren, notwendige Investitionen aus eigener Kraft zu bestreiten. Die finanziellen Bedürfnisse der saarländischen Vereine boten den reichsdeutschen Behörden hingegen willkommene Ansatzpunkte, deren konservative, staatsbejahende und prodeutsche Gesinnung zu fördern⁹⁷². Schon im Frühjahr 1920 hatten die Reichs- und Staatsbehörden 10% des mit 5½ Millionen Mark dotierten Hilfsfonds für saarländische Vereine vorgesehen. Auch wenn die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ als Folge des Ollmertschen Zwischenfalls zunächst von der Verteilung derartiger Hilfsgelder ausgeschlossen war, gewöhnten sich die saarländischen Vereine schon bald daran, in der Königgrätzer Straße ihre Bitten um finanzielle Unterstützung vorzutragen. Dabei spielte es keine Rolle, ob die Mittel zur generellen Förderung der Vereinsaktivitäten und -feierlichkeiten, wegen Zuschüssen für den Bau bzw. die Erweiterung von Vereinshäusern und -anlagen oder zur Anschaffung neuer Gerätschaften und Literatur benötigt wurden⁹⁷³. Der Umfang des Schriftverkehrs und ebenso die Art und Weise, wie Anträge gestellt wurden, legen die Vermutung nahe, daß erste erfolgreiche Vermittlungen eine Lawine weiterer Gesuche nach sich zogen und daß die Geschäftsstelle im Saargebiet als eine Art „Kulturinstitut“ wahrgenommen wurde.

Wie sehr dies den Vorstellungen Vogels entgegenkam, äußerte dieser bereits im Frühjahr 1920 in einer der ersten größeren Denkschriften über die weitere Arbeit der Saarorganisation: Der Förderung kultureller Institutionen, die sich direkt oder indirekt der Pflege deutschen Geistes und deutscher Kulturgüter verschrieben hatten, wollte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ihre besondere Aufmerksamkeit widmen⁹⁷⁴. Welches Verständnis von Kultur dieser Protektion zugrunde lag, zeigte sich beispielsweise auf einem Vortragsabend der Ortsgruppe Mannheim, auf welchem die Gattin des Vorsitzenden über das Volkslied an der Saar referierte und es als wertvoller als die sinnlose „Negermusik und den sentimental Kitschschlager der Jetztzeit“

⁹⁷² „Das bürgerliche Vereinsleben war schon vor dem Ersten Weltkrieg neben der Schule die wichtigste Sozialisationsinstanz zur Einübung, ja Einkörperung von nationalem Bewußtsein und wilhelminischem Patriotismus. Sein Einfluß reichte bis in die Geselligkeitsformen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Unter dem Eindruck von Fremdbesatzung und Abtrennung wurden diese Tendenzen nur noch weiter verstärkt.“ HANNIG: Die deutsche Saar, S. 32. Vgl. ebenso Hans BONGARD: Das Kulturleben an der Saar, in: KLOEVEKORN (Hrsg.): Saargebiet, S. 409–438, hier: S. 434 f.; BUNBERT/ LEHNERT, S. 73–78.

⁹⁷³ Vgl. den entsprechenden Schriftwechsel mit Freizeitvereinen wie Schützen- und Kriegervereinen, Turn- und Sportvereinen, Segelflug-Vereinen, Gesangsvereinen und Theatergruppen ebenso wie mit konfessionellen und genossenschaftlichen Vereinen oder landsmannschaftlichen Zusammenschlüssen, in: BA-R 8014/725–733. Außer den Gesuchen um direkte einmalige finanzielle Zuwendungen wurde die GSV auch um Vermittlung zinsgünstiger Darlehen angegangen. Vergleichbare Akten auf Behördenseite in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.140–76.143; BayHStA, MA 108.025–108.028, 108.211, 108.216 und 108.218. LINSMAYER (Politische Kultur, S. 429 f.) beschreibt das idealtypische Vorgehen der saarländischen Antragsteller.

⁹⁷⁴ Vgl. „Denkschrift über die Aufgaben der Geschäftsstelle „Saar-Verein““ (01.04.20), in: BA-R 8014/2; undatiertes Protokoll der Sitzung vom 03.04.21, in: BA-R 8014/18. In den frühen zwanziger Jahren engagierte sich die GSV in besonderer Weise für den Auf- und Ausbau der Volksbibliotheken und Lesehallen, die mit „geeigneter“ Literatur bestückt wurden: Vgl. Protokolle der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 19.06.23 (22.06.23, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2) und 17.11.23, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091.

pries⁹⁷⁵. Ebenso lag die Heimatdichtung Liesbet Dills den „Saarfreunden“ näher als die radikal verschrieenen expressionistischen Werke der „düsteren Fanatiker der Langeweile“ und „neurasthenischen Literaturmenschen“⁹⁷⁶.

Abgesehen vom klaren Bekenntnis des Antragstellers zum Deutschtum lassen sich keine einheitlichen Kriterien erkennen, nach welchen die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Gelder bewilligte. In aller Regel leitete sie die Schreiben an die preußischen Ministerien für Volkswohlfahrt, für Handel und Gewerbe bzw. für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, an den bayerischen Staatskommissar Jolas oder das Reichsinnenministerium bzw. das Reichsministerium für die besetzten Gebiete weiter. In Fällen, die Vogel besonders förderwürdig schienen, fügte er eine eigene Stellungnahme hinzu. Sofern von seiten der Behörden Gelder bewilligt wurden, gelangten diese über die Kölner Verbindungsstelle des preußischen Innenministeriums bzw. den bayerischen Saarkommissar an die saarländischen Vereine, ohne daß die Geschäftsstelle erneut dazwischengeschaltet wurde. Meist handelte es sich nur um begrenzte Zuschüsse in Höhe von maximal wenigen Tausend Reichsmark, die nach dem Gießkannenprinzip vergeben wurden: Möglichst breit gestreut sollten möglichst viele Organisationen in den Genuß finanzieller Hilfe kommen⁹⁷⁷. Trotz regelmäßiger Proteste der Regierungskommission gegen diese offene Subventionspolitik des Reiches⁹⁷⁸ rechtfertigen die – im Vergleich zu den im Saargebiet selbst aufgebrauchten – niedrigen Summen⁹⁷⁹ kaum den Vorwurf, die saarländischen Vereine hätten sich mit Reichsmitteln korrumpieren lassen⁹⁸⁰. Gleichwohl profilierten sich die Vereine schon während der zwanziger Jahre „zu örtlichen

⁹⁷⁵ Vgl. SF 10 (1929) 9, S. 117.

⁹⁷⁶ Vgl. den Artikel „Liesbet Dill, unsere Heimatdichterin“ mit einem Foto der Autorin, in: SF 2 (1921) 3, S. 33 f. Roman auszüge und Erzählungen Dills in: SF 2 (1921) 6, S. 70 f. Zu Dill vgl. Günter SCHOLDT: Liesbet Dill, in: Peter NEUMANN (Hrsg.): Saarländische Lebensbilder, Bd. 3, Saarbrücken 1986, S. 219–242. Vgl. hierzu allgemein: Peter GAY: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit 1918–1933, Frankfurt am Main 1970.

⁹⁷⁷ Vgl. Aktenvermerk in der Reichskanzlei (16.07.32), in: BA-R 43-I/252: „Eine besondere Bevorzugung einzelner Organisationen auf konfessioneller oder parteipolitischer Grundlage soll angeblich hierbei nicht vorkommen. Vielmehr wird streng darauf geachtet, daß die zur Verfügung stehenden Gelder an sämtliche Deutschumsorganisationen des Saargebiets gleichmäßig und paritätisch verteilt werden.“

⁹⁷⁸ Vgl. Verbalnote der Regierungskommission (13.10.27) und Antwortschreiben des AA (04.05.28), in: BA-R 43-I/244.

⁹⁷⁹ Jährlich gab das RMbesGeb 350.000 RM für die kulturelle Unterstützung saarländischer Vereine aus: Vgl. LINSMAYER: Politische Kultur, S. 428. Zwischen 1924 und 1930 flossen aus Reichs- und Landesmitteln in den ehemals bayerischen Teil des Saargebiets insgesamt 46.000 RM für Turn-, Sport- und Jugendpflege sowie 4.500 RM für Musik- und Gesangspflege: Vgl. „Übersicht über die Leistungen für das Saargebiet für kulturelle Zwecke“ (November 1930), in: BayHStA, Minn 47.093. Siehe auch Heinrich JOLAS: Saar-Denkschrift, S. 133, in: LA Speyer, L 342.

⁹⁸⁰ So aber BUNGERT/LEHNERT, S. 53–63.

*Aktivitätskernen des nationalen Protestes gegen das autoritäre Völkerbundsregime*⁹⁸¹, die zu fördern und zu erhalten vitales Interesse des Reiches sein mußte.

Abgesehen von der Vielzahl weitergeleiteter Anträge gewährte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Einzelfällen auch aus ihren eigenen Mitteln Unterstützungen. Auffallend häufig stiftete sie zu Anfang der dreißiger Jahre verschiedene Wanderpokale und Plaketten⁹⁸², was bei diesen Vereinen zu ihrem positiven Image beigetragen haben dürfte: Stets an einem Ehrenplatz präsentiert und mit dem entsprechenden Hinweis auf den Stifter versehen, visualisierten sie als kleine Denkmäler die Verbundenheit der Geschäftsstelle mit der Saar. Umgekehrt lud sie saarländische Vereine zu den alljährlichen Saarkundgebungen im Reich ein und erhoffte sich eine zusätzlich mobilisierende Massenkulisse. Hohe Teilnehmerzahlen von der Saar waren zugleich die wirkungsvollste Bestätigung für die Behauptung, im Mandatsgebiet von allen Seiten Anerkennung zu erfahren⁹⁸³.

Zwei Arten von Vereinen lagen Vogel persönlich besonders am Herzen: Kriegervereine und Gesangsvereine. So ist es kein Wunder, daß Vogel als langjähriger zweiter Vorsitzender des Saarbrücker Kreiskriegerverbandes⁹⁸⁴ dafür Sorge trug, daß der „Saar-Freund“ regelmäßig über Aktivitäten, Zusammenkünfte und personelle Veränderungen bei den saarländischen Kriegervereinen berichtete⁹⁸⁵. Zwischen 1919 und 1925 von der Regierungskommission verboten, erlebten die Vereine in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre einen erneuten Massenzulauf. Während sie im Kaiserreich willige Helfer der preußischen Staatsregierung zur Niederhaltung der Sozialdemokratie im Revier waren, bildeten sie in der Völkerbundszeit eine Bastion des Nationalismus⁹⁸⁶.

Von einer wirklichen Kooperation mit Gesangsvereinen kann nur in bezug auf den Saarsängerbund (SSB) gesprochen werden, da die Querelen mit der saarländischen Sozialdemokratie einer Zusammenarbeit mit dem etwa halb so großen Arbeitersängerbund im

⁹⁸¹ LINSMAYER: *Geselligkeit und Selbstbestimmung*, S. 235.

⁹⁸² Beispielsweise stellte die GSV anlässlich der Völklinger Westmarkkampfspiele im Juli 1930 einen Wanderpokal oder im darauffolgenden Jahre den Warndt-Wanderpreis für die Sportvereinigung 08 Ludweiler: Vgl. BA-R 8014/728.

⁹⁸³ Vgl. beispielsweise die Einladungsschreiben der GSV an verschiedene saarländische Vereinsvorstände (14.07.27), in: BA-R 8014/44. Die Idee, zur besseren Koordination einen Ausschuß aus saarländischen Turnern, Sängern sowie Vertretern des Saarvereins zu bilden, verlief allerdings im Sand: Vgl. Brief der GSV an Bongard (25.04.25), in: BA-R 8014/25.

⁹⁸⁴ Gemeinsam mit Andres zählte er zu dessen Ehrenmitgliedern: Vgl. Festbuch des Saarbrücker Kriegervereins, Mitglied des Kreisverbandes Saarbrücken im Landesverband Saargebiet im Kyffhäuserbund, zum 60-jähr. Stiftungsfest am 13. Oktober 1934 im städtischen Saalbau Saarbrücken, bearb. von Emil KLICKER, Saarbrücken 1934, S. 31. Siehe insbesondere den Schriftwechsel in BA-R 8014/765. 1924 trat Vogel dem „Stahlhelm“ bei: Vgl. LA Saarbrücken, NL Vogel 4.

⁹⁸⁵ Vgl. beispielsweise SF 1 (1920) 16, S. 153; SF 1 (1920) 17, S. 176; SF 1 (1920) 18, S. 188; SF 6 (1925) 19, S. 321; SF 7 (1926) 9, S. 148; SF 14 (1933) 13, S. 211 f.

⁹⁸⁶ Vgl. LINSMAYER: *Politische Kultur*, S. 467 (Anm. 131). Vgl. auch HENNING, S. 459 f.

Wege standen⁹⁸⁷. Schon Ende 1920 hatte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ für die Vorläuferorganisation des SSB, den „Sängerverband des Saarlandes“, einen Zuschuß in Höhe von 10–15.000 Mark beantragt⁹⁸⁸. In den folgenden Jahren unterstützte sie die Linie des SSB, ihm nicht angeschlossene Gesangsvereine zu boykottieren⁹⁸⁹ und förderte die Drucklegung und Verbreitung von sogenannten Saarliedern. Vogel, der bis zu seiner Ausweisung aktives Mitglied im Saarbrücker Männergesangsverein von 1861 war, besaß stets ein offenes Ohr für derartige volkstümliche Weisen, da es nach seinem Dafürhalten kaum etwas gab, das besser geeignet schien, „*die vaterländische Gesinnung des Saarvolks aufrecht zu erhalten, als das deutsche Lied*“⁹⁹⁰. Unzählige Kompositionen besangen den mystifizierten Fluß und glorifizierten die landschaftlichen Reize der Saargegend, die charakterlichen Vorzüge ihrer Bewohner oder priesen die industriellen Produkte des Reviers. Meist handelte es sich um biedere Werke von Freizeitdichtern, doch immerhin 26 Stücke fanden Eingang in das 1927 erschienene „Saarlieder-Buch des Bundes der Saarvereine“⁹⁹¹.

Keines der Saarlieder vermochte aber einen solchen Bekanntheitsgrad zu erlangen, wie das im Herbst 1920 von Hanns Maria Lux (1900–1967) gedichtete „Deutsch ist die Saar, deutsch immerdar!“, von dem schon vor der Volksabstimmung behauptet wurde, daß es mehr für die „Befreiung“ der Saar gewirkt habe, als die zahlreichen Publikationen und Untersuchungen über die wirtschaftliche Notwendigkeit der Rückgliederung⁹⁹². Mit seinen fünf Strophen, die nach der

⁹⁸⁷ Ende der zwanziger Jahre umfaßte der SSB annähernd 300 inkorporierte saarländische Gesangsvereine. Zu ihrer politischen Funktion in der Zwischenkriegszeit vgl. Hans-Ulrich MICHALIK: Untersuchungen zum Chorgesangwesen im Saargebiet zur Zeit der Verwaltung durch den Völkerbund, Saarbrücken 1987. Siehe auch DERS.: Saarsängerbund und Arbeitersängerbund im Saargebiet 1919–1935, in: JbWestdtLG 16 (1990), S. 381–397; Dietmar KLENKE: Der Gesangsverein, in: Étienne FRANÇOIS/ Hagen SCHULZE (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 3, München 2001, S. 392–407 und S. 717 f., hier: S. 404 ff.

⁹⁸⁸ Vgl. Brief der GSV an die RVP (02.12.20) und Antwortschreiben (17.02.21), in: BA-R 8014/780.

⁹⁸⁹ Vogel sagte zu, einen unabhängigen Verein zum Beitritt zu bewegen und ihm bis dahin keinen Zuschuß zu gewähren: Vgl. Brief der GSV an den Geschäftsführer Rauchholz (09.05.28), in: BA-R 8014/726. Die Konzentration kam den Interessen der Behörden entgegen: Vgl. MICHALIK: Chorgesangwesen, S. 26 ff. Zur Beteiligung des SSB an der Heidelberger Bundestagung siehe Kap. 7.

⁹⁹⁰ Brief der GSV an das PrMI (01.09.24), in: BA-R 8014/677.

⁹⁹¹ Das 35seitige Heft ohne Noten war als preisgünstigere Alternative zu dem im Vorjahr mit Protektion der GSV erschienenen und von ihr vertriebenen „Sang von der Saar“ (hrsg. von Philipp STILZ, Saarbrücken 1926) gedacht. Die Auswahl der Lieder hatte der langjährige Kassenwart der Berliner Ortsgruppe, Musiklehrer Albert Rölller, vorgenommen. Hiermit folgte der BdS dem Vorbild anderer Landsmannschaften wie der Rheinländer und Elsaß-Lothringer, die schon früher Liederbücher herausgegeben hatten: Vgl. Saarlieder-Buch des Bundes der Saarvereine, zusammengestellt von Theodor VOGEL, Berlin 1927. Variationen verschiedener Saarlieder hat MICHALIK: Chorgesangwesen, S. 141–206 beschrieben, der dem Bund die Rolle eines Mäzens zuschrieb (S. 287). Siehe auch LA Saarbrücken, Saar-Verein 20–23 und 29 f.; SF 1 (1920) 20, S. 208; SF 1 (1920) 21, S. 220; SF 2 (1921) 15, S. 215 f.

⁹⁹² Vgl. Fritz OBLASSER: Das deutsche Schrifttum an der Saar, in: BÜRCKEL [u.a.] (Hrsg.): Kampf um die Saar, S. 327–359, hier: S. 331. Im Frühjahr 1934 führte Lux sogar einen Prozeß gegen Fritz Kühner, der ihm die geistige Urheberchaft des Saarlieses bestritten hatte: Vgl. den diesbezüglichen Schriftwechsel in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 30. Vgl. ferner Gerhard BUNGERT/ Klaus-Michael MALLMANN: „Glückauf der Steiger kommt“ oder „Deutsch ist die Saar“. Die Geschichte eines Liedes, in: Saarheimat 21 (1977) 10, S. 196 f.

Melodie eines traditionsreichen Steigerliedes gesungen wurden, hielt es an der Saar einen raschen Siegeszug als Bekenntnis- und Trutzlied⁹⁹³, das 1928 von 2.000 Kindern Reichspräsident von Hindenburg vorgetragen wurde. Sein abschließender Schwur

*„Ihr Himmel hört! Ganz Saarvolk schwört,
Laßt uns es in den Himmel schrei'n:
Wir wollen niemals Knechte sein,
nie Knechte sein.“*⁹⁹⁴

diente zugleich der Bekräftigung der eigenen Haltung als auch als Warnung und Absage an die französisch dominierte Regierungskommission.

Eine kaum zu unterschätzende propagandistische Rolle spielten in der Völkerbundszeit die Reisen saarländischer Vereine ins Reich, die sich seit Anfang des Jahrhunderts auch bei weniger wohlhabenden gesellschaftlichen Schichten einer stetig wachsenden Beliebtheit erfreuten. Bei einem Mobilitätsradius, der sich nur wenig über die alltäglichen Strecke zur Arbeitsstelle bewegte, waren die gemeinsamen Fahrten eine willkommene Gelegenheit, dem Alltag auf einfache und zugleich günstige Weise zu entfliehen. Dank der finanziellen Unterstützung durch reichsdeutsche Behörden setzte sich dieser Trend auch während der vorübergehenden Abtrennung des Saarreviers fort⁹⁹⁵.

Naturgemäß stand die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ den Bitten der saarländischen Vereine wohlwollend gegenüber, erklärte sogar die Förderung der Vereinsreisen zu den primären Aufgaben der Ortsgruppen⁹⁹⁶ und wenn es galt, die Sinnhaftigkeit der deutsch-saarländischen Vereinsbegegnungen hervorzuheben, spielte Vogel auch hier die Karte der effizienten französischen Gegenpropaganda aus⁹⁹⁷. Dennoch dürfte die Behauptung zu weit führen, daß der

⁹⁹³ Das Erfolgsrezept von Lux, kollektive Erfahrungen der Saarländer zu verarbeiten, war denkbar einfach: *„Um Gemeingut eines Volkes oder eines Volksteils zu werden, um unterschiedslos in alle Schichten der Bevölkerung eindringen zu können, muß ein Lied schlicht und einfach in seiner Form, wahr und natürlich in seinem Gedankengang sein. Es muß sich der Form des Liedes nähern, die im Volk selbst entstanden ist, es muß Volksliedcharakter haben, es muß volkstümlich sein. [...] Heimatliebe, Heimatsehnsucht sind glücklich in Töne gekleidet, die besonders dem fern der Heimat weilenden Saarländer ans Herz greifen müssen.“* Brief Mathias Becks an die GSV (30.04.25), in: LA Saarbrücken 24. Vgl. auch SF 9 (1928) 16, S. 302. Als pseudosakrales Credo beendete das Saarlid zahlreiche Saarkundgebungen.

⁹⁹⁴ SF 13 (1932) 8, S. 120. Lux äußerte sich hier erstmals selbst zur Entstehung des Liedes, das schon kurz nach seiner Entstehung im SF erschien: Vgl. SF 2 (1921) 7, S. 88. Weiteres zum Saarlid, dessen Anfangstakte nach der Rückgliederung zum akustischen Erkennungszeichen des Reichssenders Saarbrücken wurden (vgl. MICHALIK: Chorgesangwesen, S. 167) siehe Anm. 3197.

⁹⁹⁵ *„Wir bezweifeln nicht, daß die angeregte Sängerfahrt zur Hebung des Zusammengehörigkeitsgefühls zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland wesentlich beitragen würde.“*: Brief des Würzburger Regierungspräsidenten Henle an Staatskommissar Wappes (10.01.23), in: BayHStA, MA 108.218. Zum *„Polit-Tourismus“* der Völkerbundszeit vgl. LINSMAYER: Politische Kultur, S. 425–431 sowie den Schriftverkehr in: BA-R 8014/738 und 1016.

⁹⁹⁶ Vgl. Punkt 15 der auf der Bundestagung in Hannover 1925 beschlossenen Leitsätze (Juli 1925), in: BA-R 8014/28; viertes Gebot des „Katechismus des Bundes der Saarvereine“ (Juni 1929), in: BA-R 8014/125.

⁹⁹⁷ So informierte Vogel die deutschen Behörden über die Ausflugsfahrt eines Kasinovereins mit 50–60 deutschen Mitgliedern nach Nancy und mahnte entsprechende Gegenmaßnahmen an: Vgl. Brief der GSV an die RVP (13.10.24), in: BA-R 1603/2511. Natürlich gab es auch Kontakte zwischen saarländischen und französischen

Bund der Saarvereine während der Weimarer Jahre als zentrale „Koordinierungsstelle“ dieser Vereinsfahrten fungiert habe⁹⁹⁸.

Der kaum zu leugnende aber gerne verschwiegene Vergnüungsaspekt der Fahrten saarländischer Vereine und deren Auftritte bei reichsdeutschen Meisterschaften, Wettbewerben und Heimattagen⁹⁹⁹ trat in aller Regel hinter die Fassade ernster und nationaler Bekenntnisse zurück. Vordergründig galt es,

„ein Gelübde dafür [abzulegen ...], daß das Saargebiet sich alle Zeit wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft untrennbar verbunden fühlt mit dem übrigen deutschen Vaterland.“¹⁰⁰⁰

Das Beispiel der „Pfungstfahrt saardeutscher Sänger“ zeigt den idealtypischen Ablauf einer solchen Veranstaltung: In Erwidung verschiedener Besuche reichsdeutscher Gesangsvereine unternahm der renommierte Saarbrücker Männergesangsverein im Mai 1926 eine Deutschlandfahrt über Eisenach und Berlin nach Dresden¹⁰⁰¹. Ähnlich wie an den beiden anderen Stationen wurden die Sänger bereits am Anhalter Bahnhof von Berliner

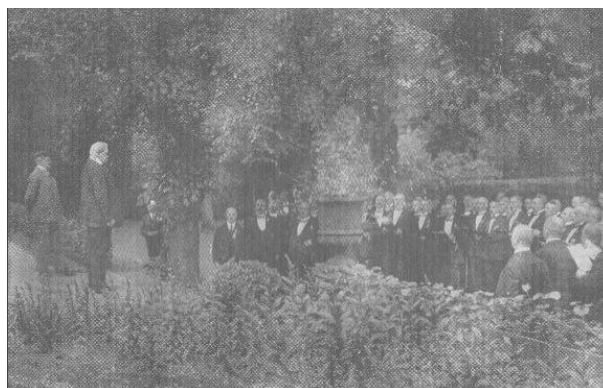


Abb. 11: Besuch des Saarbrücker Männergesangsvereins bei Reichspräsident von Hindenburg (Pfungsten 1926)

Vereinsdeputationen und Landsmannschaften empfangen. Nach einer offiziellen Begrüßung im Rathaus durch Oberbürgermeister Böß und einer Stadtrundfahrt fand am Abend des Pfungstmontags ein Konzert vor 5.000 Besuchern im „Clou“ statt. Seine politische Nuance erhielt die Veranstaltung in dem fahngeschmückten Saal durch die obligatorischen eingeschobenen kurzen Vorträge und Ansprachen. Als Vertreter der Reichsregierung brachte Außenminister Stresemann ein dreifaches Hoch auf die deutsche Saar aus.

Dramaturgischer Höhepunkt der Reise allerdings war die zwei Tage später angesetzte Audienz der Sänger bei Reichspräsident von Hindenburg, die auch in den Berichten der Berliner Presse ein reiches Echo fand.

Vereinen, doch spielten diese im Vergleich zu den „innerdeutschen“ Begegnungen nur eine untergeordnete Rolle.

⁹⁹⁸ Vgl. LINSMAYER: Politische Kultur, S. 427 f.; BUNGERT/LEHNERT, S. 64–72. Wenn überhaupt, dann trifft diese Behauptung nur bis etwa 1925 zu; in den folgenden Jahren blieb es den Ortsgruppen überlassen, den finanziellen und organisatorischen Rahmen der Vereinsreisen zu schaffen. Vgl. hierzu: SF 4 (1923) 15, S. 209–212; SF 5 (1924) 15, S. 233 f.; SF 6 (1925) 12/13, S. 212; SF 6 (1925) 19, S. 324; SF 6 (1925) 21, S. 356 ff.; SF 7 (1926) 11, S. 170–174; SF 7 (1926) 12, S. 188 ff.; SF 11 (1930) 16, S. 315.

⁹⁹⁹ Vgl. hierzu beispielsweise die Berichte über die Teilnahme von Saarländern an den Turnfesten 1923 (SF 4 (1923) 12, S. 165 und SF 4 (1923) 15, S. 208–212) und 1928 (SF 9 (1928) 16, S. 306–309) oder den jährlichen Karlsruher „Südwestdeutschen Heimattagen“.

¹⁰⁰⁰ SF 7 (1926) 11, S. 170. Im folgenden ebd., S. 170–174.

¹⁰⁰¹ Vgl. SK 5 (1927), S. 96–103 (Wilhelm REICHARD: Eine Pfungstfahrt saardeutscher Sänger ins Reich). Zwei Jahre zuvor hatte es bereits eine ähnliche Veranstaltung gegeben: Vgl. SF 5 (1924) 15, S. 233 f.

Nach weiteren Auftritten im Tiergarten und einem Ausflug nach Potsdam reisten die Saarbrücker Sänger nach vier Tagen schließlich in die sächsische Metropole weiter, nicht ohne zuvor durch eine Reichswehrkapelle gebührend verabschiedet worden zu sein.

Für die Berliner Ortsgruppe und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ war der organisatorische Aufwand des Kurzbesuches gewaltig: Sie hatten nicht nur die jeweiligen Treffen und Auftritte arrangiert, sondern den 165 Männern auch kostenlose Unterkünfte und Verpflegung verschafft. Allein für diese Reise waren drei Spezialausschüsse (Konzerte, Empfänge und Finanzierung) gegründet worden¹⁰⁰².

Das Hofieren der saarländischen Vereine durch ehrenvolle Empfänge, an denen sich nicht nur lokale Vereinsabordnungen, sondern in aller Regel ebenso Vertreter der Kommunal- und Staatsbehörden beteiligte, die geradezu gebetsmühlenartige wechselseitige Versicherung ewiger Treue an allen Zwischenstationen seitens der Gäste und Gastgeber sowie die Hervorhebung der vaterländischen Mission des besuchenden Vereins erwiesen sich als charakteristisch für derartige Reisen während der Völkerbundsjahre¹⁰⁰³. Verschiedene Interessen kreuzten sich bei diesem Zusammenkünften:

1. Vor dem Siegeszug des Individualtourismus boten sie auch weniger begüterten Saarländern die Möglichkeit, die großen Städte des Reiches auf einfache Weise kennenzulernen und dabei zugleich ein nationales Bekenntnis ohne Furcht vor Repressionen abzulegen. Derartige Statements wurden geradezu von ihnen erwartet und eingefordert. Jenseits des Saargebiets fanden die Saarländer ein an ihrem grenzdeutschen Schicksal interessiertes Publikum vor. Sie wurden hierdurch entschädigt und sollten aus dieser Belohnung weitere Kraft für das Ausharren bis 1935 schöpfen – oder wie es die Stuttgarter Ortsgruppe in einer Denkschrift an verschiedene Staats- und Reichsministerien ausdrückte: Saarländische Vereine sollten während ihrer Besuche in Süddeutschland *„Gelegenheit erhalten, im alten Vaterland hin und wieder deutsche Luft zu atmen“*¹⁰⁰⁴.
2. Auch wenn die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bei der Förderung der Vereinsreisen nicht die Rolle spielte, welche ihr rückblickend zugeschrieben wurde, erkannte sie deren propagandistische Wirkung auf die reichsdeutsche Öffentlichkeit. Im Umfeld des Besuches einer Saardelegation war es leichter, in den lokalen Blättern auch allgemeine Artikel über die Saarfrage zu lancieren bzw. neue Kräfte zur Mitarbeit in der Saarvereinsbewegung zu mobilisieren.

¹⁰⁰² Vgl. den umfangreichen Schriftverkehr in: BA-R 8014/766 ff. Vgl. auch Brief des MGV Saarbrücken von 1861 an das AA (14.04.26), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.141.

¹⁰⁰³ Hierin bildete die „Machtergreifung“ trotz der erheblichen Zunahme derartiger Fahrten und der Ergänzung der Besuchsliturgie durch typische nationalsozialistische Symbole keine Zäsur. Allerdings fungierte der BdS kaum mehr als Initiator dieser Zusammenkünfte. Vgl. hierzu Kap. 12.

¹⁰⁰⁴ Vgl. Denkschrift der Stuttgarter Vereinigung (08.09.20), in: BA-R 2/2689.

3. Die Behörden ihrerseits bezuschußten derartige Reisen, da sie – trotz aller unpolitischen Motive, welche sich mit dem patriotischen Habitus mischten – mit verhältnismäßig wenigen Mitteln eine positive Grundhaltung der Saarländer zum Reich fördern konnten:

*„Für das Gros saarländischer Vereinsmitglieder [...] war die Metapher von der nährenden ‚deutschen Mutter‘ zumindest ein Stück weit Realität, auch wenn von Berlin in vielen Fällen gar nichts oder weniger gezahlt wurde, als man verlangt hatte.“*¹⁰⁰⁵

c) Die Reisen saarländischer Kinder ins Reichsgebiet

Ein weiteres Mittel zur Stärkung der Verbundenheit des Saargebiets mit dem Reich schien die Förderung der seit Anfang der zwanziger Jahre aus privater Initiative entstandenen Reisen saarländischer Kindergruppen in den unbesetzten Teil Deutschlands zu sein¹⁰⁰⁶. Sofern sie rechtzeitig von den mehrtätigen Schülerfahrten und Auftritten saarländischer Kindergruppen im Reichsgebiet erfuhr, forderte die Geschäftsstelle Ortsgruppen des Bundes entlang der Reisestrecke auf, Privatquartiere und Preisermäßigungen bei Besichtigungen zu organisieren¹⁰⁰⁷. Mit Hinweis auf die Abstimmungs-berechtigung der Jugendlichen im Jahr 1935 beantragte sie auch Zuschüsse bei preußischen und bayerischen Staatsministerien, verzichtete allerdings anders als sonst üblich auf die publizistische Begleitmusik in den saarländische Zeitungen, um die Genehmigung solcher Begegnungen durch die saarländische Schulabteilung nicht zu gefährden¹⁰⁰⁸.

Mehrwöchige Erholungsaufenthalte führten Kinder bedürftiger saarländischer Eltern anfangs meist nach Pommern und Ostpreußen, so daß die Reisegruppen eine Zwischenstation in der Reichshauptstadt einlegen und dort noch einige Tage auf Kosten des Vereins verbringen konnten¹⁰⁰⁹. Als Anfang Oktober 1925 mehrere hundert Schulkinder nach Saarbrücken zurückreisten,

¹⁰⁰⁵ LINSMAYER: Politische Kultur, S. 430.

¹⁰⁰⁶ Vgl. VOGEL: Aufgaben des Bundes, S. 13. Zu den Reisen saarländischer Kinder, bei denen der Verein u.a. mit der „Reichszentrale Landaufenthalt für Kinder e.V.“, der „Zentralstelle der bayerischen Kinderhilfe für Ruhr, Saar und Pfalz beim Roten Kreuz“, der „Rheinischen Frauenliga“ sowie konfessionellen Vereinigungen wie dem „Evangelischen Volksbund“ kooperierte, vgl. BA-R 8014/1006–1010.

¹⁰⁰⁷ Vgl. Briefe der GSV an Helene von Vopelius (09.07.22) und Hanns Maria Lux (22.07.22), in: BA-R 8014/1006. Im Juni 1925 bewirtete die Hamburger Ortsgruppe die Volkstanzgruppe um Vopelius, deren Reise durch Sammlungen im Saargebiet und der Hansestadt finanziert worden war. Die Mädchen „sollten ein Stück ihrer deutschen Heimat lieben lernen und so gleichsam spielend das Zusammengehörigkeitsbewußtsein mit uns mit nach Hause nehmen.“ Angeblich kamen 10.000 Besucher zum Auftritt der Gruppe: Vgl. SF 6 (1925) 14, S. 236. Das Verhältnis zu Helene von Vopelius verschlechterte sich in dem Moment, als die GSV die Konkurrenz derartiger Reisen bei der Spendenfreudigkeit der Kommunen zu spüren bekam.

¹⁰⁰⁸ Vgl. Briefe der GSV an das bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus sowie das PrMWissenschaft (09.04.23, in: BA-R 8014/670) und das PrMI (11.07.24), in: BA-R 8014/673; SF 7 (1926) 14, S. 222; Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 27.10.22 (27.10.22), in: BA-R 8014/7.

¹⁰⁰⁹ Vgl. SF 4 (1923) 13, S. 180; Protokoll der Mitgliederversammlung vom 24.05.24 (10.06.24), in: BA-R 8014/24; Geschäftsbericht der GSV (24.10.24), in: BA-R 8014/7; Tätigkeitsbericht Vogels auf der Mitgliederversammlung der Berliner Ortsgruppe (24.03.25), in: LA Berlin, Rep. 042/26.420. Im Jahr 1924 hielten sich insgesamt 2.000 Stadtkinder aus dem Reich bei Gastfamilien im Saargebiet auf; auch im Folgejahr wurde diese Begegnung fortgesetzt: Vgl. SF 5 (1924) 1, S. 6; SF 5 (1924) 2, S. 22; SF 5 (1924) 3,

organisierte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gemeinsam mit der Berliner Ortsgruppe einen imposanten Abschied am Anhalter Bahnhof¹⁰¹⁰. Musikalisch umrahmt mit preußischen und deutschen Militärmärschen der Wachtruppenkapelle Berlin, richteten Vogel und Ommert das Wort an die Kinder und ermahnten sie, in Zukunft Deutschland die Treue zu halten. Außerdem sollten sie im Saargebiet berichten,

*„wie der Saarverein in Berlin überall und stets zur Stelle sei, wenn es gelte, Landsleuten, Sängern, Turnern und Schulkindern während ihres Aufenthaltes in Berlin Aufmerksamkeiten zu erweisen.“*¹⁰¹¹

Hinter diesen mit großem organisatorischen Aufwand betriebenen Empfängen und Bewirtungen verbargen sich also zwei Absichten des Vereins: Die positiven Impulse, welche den Kindern mit auf den Heimweg gegeben wurden, sollten sie natürlich *„mit Eindrücken aus dem deutschen nicht besetzten Reich ins Saargebiet scheiden lassen, welche das Deutschtum verbinden und befestigen.“*¹⁰¹² In dieser Hinsicht dienten die Reisen zur Stärkung des Verbundenheitsgefühls mit der deutschen Heimat und halfen, die Kinder gegen die Schulpolitik Frankreichs an der Saar¹⁰¹³ zu immunisieren. Gleichzeitig machte der Verein im Saargebiet für sich selbst Stimmung und wies explizit darauf hin, wer die Verpflegung bei Berliner Lebensmittelgroßbetrieben organisiert hatte.

Im Saargebiet fanden die Bemühungen des Bundes, der selbst keine eigene Jugendorganisation initiierte¹⁰¹⁴, nicht immer ungeteilte Zustimmung: Im Herbst 1924 provozierte der Empfang und die Bewirtung von etwa 100 saarländischen Kindern durch die preußischen Prinzen Oskar und August Wilhelm derartige Proteste¹⁰¹⁵, daß die Geschäftsstelle schließlich bei Kinderreisen auf das militärische Schauspiel der Berliner Wache verzichtete,

*„weil gewisse Leute in Saarbrücken [...] die Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ ihrer nationalistischen Einstellung wegen bei verschiedenen damaligen politischen Parteien so verdächtigten.“*¹⁰¹⁶

Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ ging die Zuständigkeit der Landverschickung zentral auf die NS-Volkswohlfahrt über. Allein für das Jahr 1933 sollten 50.000 Kinder, darunter 2.000 aus dem Saargebiet, in den Genuß *„körperliche[r] und*

S. 37; SF 5 (1924) 6, S. 87 f.; SF 5 (1924) 7, S. 102 f.; SF 6 (1925) 16, S. 278.

¹⁰¹⁰ Vgl. SF 6 (1925) 14, S. 341.

¹⁰¹¹ Derartige Ermahnungen gehörten zum festen Bestandteil der Empfänge und Abschiede von Kindergruppen: Vgl. SF 6 (1925) 19, S. 323 f.

¹⁰¹² Brief der GSV an den Direktor der Berliner UT-Gesellschaft (31.08.22), in: BA-R 8014/1006.

¹⁰¹³ Vgl. hierzu: Kap. 6.1.

¹⁰¹⁴ Vereinzelt wurden auch Schüler für das Schicksal ihrer Altersgenossen sensibilisiert, beispielsweise regte die Magdeburger Ortsgruppe in der dortigen Bismarckschule die Sammlung von wöchentlich 5 Pfennig für die Ferienreisen saarländischer Kinder an: Vgl. SF 7 (1926) 9, S. 146 f.

¹⁰¹⁵ Vgl. SF 5 (1924) 14, S. 214; vgl. Brief der GSV an FrL. Brönnner (13.09.24), in: BA-R 8014/451; Brief Ommerts an Helene von Vopelius (15.12.25), in: BA-R 1603/2523; vgl. SF 6 (1925) 23, S. 395.

¹⁰¹⁶ SF 15 (1934) 2, S. 27 f.

seelische[r] Erhaltung in allen Teilen des Vaterlandes“ gelangen¹⁰¹⁷. Als Anfang September 830 saarländische Kinder nach mehrwöchigem Aufenthalt in Pommern, Ostpreußen und Rügen auch für einige Tage in der Reichshauptstadt Station machten, wurden sie bereits am Bahnhof von Staatsrat Spaniol, Jugendführer Schnarr, Gaupropagandaleiter Schultze-Wechsungen, Dr. Heinrich Schneider von der neugegründeten Saarabteilung der NSDAP-Reichsleitung, Vertretern der SA, der SS, des BdM, der HJ und des Saarvereins feierlich empfangen. Auch wenn das dreitägige Besichtigungs- und Empfangsprogramm bis ins Detail dem früherer Fahrten glich, blieb die Berliner Ortsgruppe außen vor. Resigniert erkannte Vogel, daß der Saarverein fortan auch aus dieser jahrelangen Funktion verdrängt worden und seine Beteiligung bestenfalls am Rande erwünscht war¹⁰¹⁸.

Angesichts der bevorstehenden Abstimmung sollten diese Fahrten im Jahr 1934 eine erhebliche Steigerung erfahren: Ein Rundschreiben, in welchem das „Winterhilfswerk 1933/34“ bei bayerischen Familien um die Aufnahme von insgesamt 4.000 Kindern für jeweils mehrere Monate bat, verschwieg keineswegs die propagandistische Absicht, die hinter der Verschickung stand. Die Saarkinder sollten vorübergehend am täglichen Leben ihrer Gasteltern teilnehmen und auch die dortige Schule besuchen, um nach ihrer Rückkehr berichten zu können: „*Vater, Mutter, Brüder, Schwestern, glaubt mir, Eurem Kinde, wir sind nicht allein, mit uns ist unser Deutschland.*“¹⁰¹⁹ Gegenüber der Regierungskommission wurden vor allem soziale Aspekte in den Vordergrund gestellt, welche die Reichsregierung veranlaßten, unterernährte und dringend erholungsbedürftige Kinder aufzunehmen¹⁰²⁰.

¹⁰¹⁷ Vgl. Brief des RMPpropaganda an die NS-Volkswohlfahrt (08.09.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.446; SF 14 (1933) 15, S. 243. Zitiert nach SF 14 (1933) 18, S. 354. Genaue Statistiken, wie viele Saarkinder im Reich untergebracht worden seien, wurden auf Weisung des RMPpropaganda nicht veröffentlicht; Vgl. Hans BOHRMANN/ Gabriele TOEPSER-ZIEGERT (Hrsg.): NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation, Bd. 1: 1933, München 1984, S. 270 (Anweisung vom 29.12.33).

¹⁰¹⁸ Vgl. Brief der GSV an das AA (23.12.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.447 sowie den Bericht über den Empfang von 1.000 Saarkindern in den Krollfestsälen, zu dem auch Hitler erschien, in: SF 15 (1934) 3, S. 43. Allerdings engagierten sich vereinzelte Ortsgruppen auch weiterhin im Rahmen der staatlich organisierten Kinderlandverschickung. So rief die Ortsgruppe Meiderich im nächsten Jahre ihre besser bemittelten Mitglieder auf, Saarkinder zu beherbergen, „*um sie des nationalsozialistischen Geistes teilhaftig werden zu lassen*“: SF 15 (1934) 3, S. 50. Vgl. auch BA-R 8036/47.

¹⁰¹⁹ Insgesamt sollten 40.000 Kinder arbeitsloser Saarländer ins Reich verschickt werden: Vgl. Rundschreiben des „Winterhilfswerks 1933/34“ (04.01.34), in: Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Regensburg 1031. Dort auch die Zusagen von 103 Familien im Bezirk Regensburg. Da die NS-Volkswohlfahrt bei der Unterbringung der Kinder deren konfessionelle Zugehörigkeit ausblendete, sah sich der Trierer Bischof Bornewasser bei aller Wertschätzung dieser Fahrten veranlaßt, gegen die Einquartierung katholischer Kinder in protestantischen Familien zu protestieren: Vgl. den Schriftverkehr in: Bistumsarchiv Trier, 59/42 sowie JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 137 f.

¹⁰²⁰ Vgl. Brief der GSV an Frau Donath (02.05.34), in: BA-R 8014/1138. Die französischen Vertretungen zeigten sich von der Kinderverschickung wenig beeindruckt, werteten sie aber als Indikator, welche Bedeutung die Reichsregierung der Vorbereitung des Plebiszits beimaß: Vgl. Brief François-Poncets an Außenminister Barthou (04.04.34), in: MAE, Sarre 281.

d) Die Repräsentation des Saargebiets in deutschen Parlamenten

Da der Versuch gescheitert war, das Mandat der saarländischen Abgeordneten in den beiden verfassungsgebenden Berliner Versammlungen über das Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages hinaus zu verlängern, versuchte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in den folgenden Jahren immer wieder, saarländische Politiker bei Landtags- und Reichstagswahlen auf sichere Listenplätze zu setzen. Die Nominierung – und anschließende Wahl – des Sozialdemokraten Valentin Schäfer 1921 wurde als nachahmenswertes Beispiel empfohlen. Zwei Gründe sprachen nach Ansicht Vogels für die gebührende Berücksichtigung saarländischer Kandidaten¹⁰²¹:

- a) Da die Saarländer bislang nur über lokale Vertretungskörperschaften verfügten, sollten ihre Interessen auf diese Weise in der Öffentlichkeit artikuliert und ihnen die Möglichkeit zur Mitbestimmung gegeben werden.
- b) Gleichzeitig konnte dem Völkerbund und Frankreich durch saarländische Parlamentarier die ungebrochene Verbundenheit der Saar mit dem Vaterland demonstriert werden.

Diese erste Initiative war allerdings von ebenso wenig Erfolg gekrönt wie eine weitere anlässlich der Reichstags- und preußischen Landtagswahlen von Dezember 1924. Sie lassen jedoch Rückschlüsse auf den Wahrheitsgehalt der proklamierten parteipolitische Objektivität des Bundes zu: Während selbst Splittergruppen am äußersten rechten Rand des Parteienspektrums aufgefordert wurden, bei den bevorstehenden Wahlen aussichtsreiche Plätze für Saarländer zu reservieren, ignorierte Vogel die Kommunistische Partei gänzlich¹⁰²².

Da sich die in den saarländischen Landesrat gesetzten Erwartungen nicht erfüllten, erging im Frühjahr 1928 erneut die Bitte an die großen Parteien der drei Parlamente, als Zeichen der Anerkennung für die Treue, die das Saargebiet gegenüber dem Reich wahre, mindestens einen saarländischen Kandidaten an sicherer Stelle zu nominieren¹⁰²³. Der christliche Gewerkschaftssekretär Karl Hillenbrand erhielt allerdings erst 1929 im Nachrückverfahren für Heinrich Brüning ein Mandat im Preußischen Landtag. Er gehörte ebenso wie sein im folgenden Jahr in den Reichstag gewählter Parteikollege Fritz Kuhnen dem interfraktionellen Saarausschuß

¹⁰²¹ Vgl. SF 2 (1921) 3, S. 25 f.

¹⁰²² Dabei hatte diese bei den vorangegangenen Maiwahlen immerhin fast 3,7 Millionen Stimmen erhalten und war zur vierstärksten Kraft im Reichstag geworden: Vgl. FALTER [u.a.], S. 41. Vgl. Brief der GSV an die Vorsitzenden der Reichstags- und Landtagsfraktionen der BVP, DDP, DNVP, DVP und SPD, des Zentrums, an den „Völkischen Block“, die „Nationalliberale Landespartei in Bayern“, die „Deutsche Volkspartei der Pfalz“ in Bayern, die „Deutschvölkische Freiheitspartei“ im Preußischen Landtag sowie die Reichstagsfraktion der „Nationalsozialistischen Freiheitspartei“ (11.10.24), in: BA-R 8014/697. Dort sowie in SF 5 (1924) 19, S. 285 entsprechende Reaktionen der Parteien.

¹⁰²³ Vgl. SF 9 (1928) 8, S. 115 f.; SF 9 (1928) 12, S. 184.

der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ an¹⁰²⁴. Ungeachtet der ausbleibenden Resonanz früherer Petitionen hielt Vogel auch im Vorfeld der Juliwahl 1932 an seinen Forderungen fest¹⁰²⁵.

Zwei Erklärungen bieten sich für die fehlende Kooperationsbereitschaft der reichsdeutschen Parteien an:

- a) Nur die großen Parteien konnten sich überhaupt erlauben, einen Kandidaten zu nominieren, der aus seinem ursprünglichen Wahlkreis keine Stimmen beisteuern konnte. Aus diesem Grund landeten saarländische Politiker – wenn überhaupt – auf hinteren Listenplätzen¹⁰²⁶.
- b) Ein im Saargebiet wohnender Parlamentarier besaß nicht die durch die Reichsverfassung zugesicherte Immunität. Dies hätte ihn nach Ansicht der Reichsbehörden bei der Ausübung seines Mandats behindern können¹⁰²⁷.

e) Die Wahrnehmung des Vereins im Saargebiet

„Im Saargebiet selbst hat der Verein zunächst nur geringen Anhang, namentlich stehen ihm die Arbeitermassen fern. Von gewissen Kreisen wird er sogar heftig bekämpft.“¹⁰²⁸

Dieses Urteil des Auswärtigen Amtes vom Sommer 1920 bringt die Schwierigkeiten, mit denen die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in den ersten Jahren ihres Bestehens zu kämpfen hatte, auf den Punkt. Wenn auch Kritik an der Tätigkeit des Bundes gerne als „*persönliche Voreingenommenheit oder parteipolitische Engherzigkeit*“¹⁰²⁹ abqualifiziert wurde, mußte Vogel den Widersachern dennoch den Wind aus den Segeln nehmen. Anderenfalls riskierten er und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, die Unterstützung der Behörden zu verlieren. Insbesondere an seiner Person schieden sich die Geister: Fast zur gleichen Zeit, als ein Neunkircher USPD-Stadtrat die Rolle ins Gedächtnis rief, die Vogel vor und nach dem Krieg an der Saar gespielt hatte, mahnte ein Pfarrer den Verleger der „Saarbrücker Zeitung“, im Interesse des Blattes den Kontakt zu Vogel zu meiden; diesen Intriganten und Lügner hielt er für einen schlimmen Geist, dem Hofer sämtliche Schwierigkeiten verdanke:

„Es ist erstaunlich, wie gerade die größten Dummköpfe, die bekanntlich sperrangelweit die Schnauze aufreißen, immer wieder triumphieren, sie kennen allerdings keine Moral und ein weites Gewissen ist der beste Erfolg auf dem Markt des Lebens.“¹⁰³⁰

¹⁰²⁴ Vgl. SF 10 (1929) 14, S. 310; SF 11 (1930) 19, S. 359 f. Siehe Übersicht der Mitglieder der parlamentarischen interfraktionellen Saarausschüsse im Anhang, Dok. 7.

¹⁰²⁵ Vgl. Rundschreiben der GSV an die Parteivorsitzenden von NSDAP, DNVP, DVP, Zentrum, Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), Deutsche Staatspartei und SPD (17.06.32), in: BA-R 8014/698; SF 13 (1932) 13, S. 201.

¹⁰²⁶ Der Syndikus der Saarbrücker Handelskammer Max Schlenker rangierte im Dezember 1924 auf der Reichsliste der DVP auf Platz 20, der Vorsitzende des saarländischen Zentrums, Dr. Joseph Jordans auf Platz 17, während Pfarrer Heinrich Becker für die DDP auf Platz 27 stand: Vgl. SF 5 (1924) 19, S. 285.

¹⁰²⁷ Vgl. Aufzeichnung (31.03.28), in: BA-R 43-I/244.

¹⁰²⁸ Brief des AA an das BayMA (18.08.20), in: BayHStA, MA 108.203.

¹⁰²⁹ POSSELT: Die pressepolitischen Aufgaben, S. 261.

¹⁰³⁰ Vgl. „Volksstimme“ Nr. 194 (20.08.20); Brief Pfarrer Raguths an Hofer (21.08.20), in: BA-R 1603/2509.

Angesichts dieser Ressentiments war die Selbstpräsentation des Vereins als Bindeglied zwischen der Saar und dem reichsdeutschen Vaterland natürlich in Frage gestellt, da sich die Vorbehalte gegen Vogel auf die Gesamtorganisation übertrugen. Die Behörden, denen die Aversionen nicht entgangen waren, wahrten daher größere Distanz¹⁰³¹, um sich durch eine Kooperation mit Vogel nicht selbst im Saargebiet zu diskreditieren.

Vogel erklärte diese Feindschaft durch seine jahrelange Tätigkeit für den „Bergmannsfreund“, durch parteipolitische Frontstellungen aus seiner Zeit als Saarbrücker Stadtverordneter sowie durch seine eigene, persönliche Aufrichtigkeit und Integrität, die auch infolge der politischen Umwälzungen nach 1918 nicht gelitten habe¹⁰³². Anzeichen von Selbstkritik sucht man bei Vogel vergebens¹⁰³³. Wenn er gelegentlich rückblickend eingestand, daß viele Saarländer in den ersten Jahren aus Angst und – bedingt durch französische Hetze und Verleumdung – Unwissenheit eine ablehnende Haltung gegenüber dem Verein bezogen und ihn teilweise sogar bekämpft hätten, folgte darauf stets der Hinweis, daß sich das Verhältnis in der Zwischenzeit entscheidend gebessert habe. Die saarländische Bevölkerung habe sich

*„immer mehr daran [gewöhnt], bei allen möglichen Anliegen den Bund und die Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ als ihren Mittler und Sprecher in Anspruch zu nehmen.“*¹⁰³⁴

Die Zwischenfälle anlässlich des Stapellaufs des Dampfers „Saarbrücken“ sprechen hingegen eine andere Sprache: Vogels bekanntes intransigentes und polemisches Gebaren nährte schon im Vorfeld der bezeichnenderweise auf den 28. Juni 1923 gelegten Taufzeremonie die Befürchtung der offiziellen Saarbrücker Delegation um Bürgermeister Neikes, wegen eines gemeinsamen Auftritts Schwierigkeiten mit der Regierungskommission in Kauf nehmen zu müssen. Wie kaum anders zu erwarten, reagierte Vogel auf die Bitte des Stadtoberhauptes, sich von Seiten

¹⁰³¹ *„Die Persönlichkeit des jetzigen Leiters des Saarvereins, Verwaltungsdirektor Vogel, erfreut sich, wie ich bei jedem Zusammentreffen mit Vertretern aller Bevölkerungskreise des Saargebietes festzustellen Gelegenheit gehabt habe, einer kaum zu überbietenden Unbeliebtheit.“* Brief Dr. Walters (BayMA) an das PrMI (23.07.21), in: BayHStA, MA 108.206. Vgl. ebenso: Brief des AA an den StSbesGeb (24.11.21), in: BA-R 1601/1696; Aufzeichnung des AA (12.04.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; Brief eines Faust an den Trierer Regierungspräsidenten (12.02.27), in: LHA Koblenz 442/7521. Vgl. ferner den Schriftwechsel zwischen Vogel und Rechtsanwalt Spengler (Juni 1921), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1.

¹⁰³² Vgl. Brief der GSV an StS Adelman (14.07.21), in: BA-R 1601/1696. Zu dieser Zeit scheinen im Saargebiet Unterschriften gegen Vogel gesammelt worden zu sein: Vgl. Brief der GSV an Lillig (08.09.21), in: BA-R 8014/341.

¹⁰³³ So entgegnete er auf kritische Anmerkungen auf ein Rundschreiben, daß die GSV zwar prinzipiell die Fühlung mit den politischen Parteien des Saargebietes halte und diese als „Träger des Kampfes um die Rückgliederung“ ansehe, doch gleichzeitig nicht ausschließe, „einmal einen besonderen Weg ein[zuschlagen], wenn [sie ...] von der Bedeutung eines derartigen Schrittes fest überzeugt [sei ...]. Die Zeit wird es lehren, wer recht behält.“: Vgl. Brief der GSV an Hüttebräucker (28.11.29), in: BA-R 8014/842.

¹⁰³⁴ Vgl. „Denkschrift über Bund und Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘“ (Januar 1925), in: StA Freiburg, C 4/IX/2/1; VOGEL: Deutsch die Saar immerdar!, Berlin 1925, S. 26. Vgl. ähnlich lautende Wunschgedanken, in: SF 4 (1923) 6/7, S. 85; SF 7 (1926) 11, S. 165 f.; SF 10 (1929) 21, S. 450; Tätigkeitsbericht des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ über das Geschäftsjahr 1927, Berlin 1928, S. 14.

des Vereins in Bremen zurückzuhalten, mit Unverständnis: Wegen Kontakten zum Bund der Saarvereine brauche man sich im Saargebiet nicht zu verstecken¹⁰³⁵.

Die Rüge durch den Präsidenten der Regierungskommission ließ nicht lange auf sich warten; bereits am Tag nach dem Stapellauf stellte Rault den Bürgermeister über dessen Kontakte zum „bekannten Agitator Theodor Vogel“ zur Rede¹⁰³⁶. Neikes trat seinerseits die Flucht nach vorn an, distanzierte sich in aller Form von Vogel und verbat sich, mit Personen in Beziehung gebracht zu werden, zu denen er selbst keine Verbindung wünsche¹⁰³⁷. Seine Teilnahme an den Feierlichkeiten wollte er gegenüber dem Norddeutschen Lloyd an die Bedingung geknüpft haben, daß keine offizielle Beteiligung des Saarvereins erfolge¹⁰³⁸.

Das Beispiel zeigt, daß die geringe Bereitschaft von Saarländern, öffentlich mit dem Bund der Saarvereine zu kooperieren, maßgeblich Vogels undiplomatischem Vorgehen zuzuschreiben war. Zwar riskierten sie im Krisenjahr 1923 im allgemeinen keine Ausweisung mehr, doch für saarländische Beamte konnten sich Kontakte zur Königgrätzer Straße disziplinarisch auswirken bzw. enttarnten Vertrauensleuten auf den Grubeninspektionen drohte noch immer ihre Entlassung. Geriet Vogel wegen seines Verhaltens ins Kreuzfeuer der Kritik¹⁰³⁹, drehte er den Spieß um und prangerte die Zurückhaltung der intellektuellen Kreise des Saargebiets an, die – anders als die Arbeiterschaft¹⁰⁴⁰ – noch immer nicht die Bedeutung des Vereins erkannt hätten:

„Die gegen uns Stimmung hervorrufenden einzelnen Personen sind nicht nur Flaumacher, die den Kampf um die Aufrechterhaltung des Saargebiets als aufrechte Männer zu führen nicht bereit sind, sondern es handelt sich dabei hauptsächlich um solche Personen, die sich in ihrer ruhigen

¹⁰³⁵ Vgl. Brief Röchlings an die GSV (15.05.23) und Antwortschreiben Vogels (19.05.23), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 12. Die Initiative zur Benennung des Dampfers durch den Norddeutschen Lloyd ging auf einen Vortrag Vogels vor dem „Deutschen Reichsbürgerrat“ in Bremen am 07.06.22 zurück, weshalb überhaupt eine Delegation des Bundes eingeladen wurde: Vgl. SF 3 (1922) 12, S. 188; SF 4 (1923) 13, S. 175; SF 4 (1923) 14, S. 187 f.; SK 2 (1924), S. 101 ff.

¹⁰³⁶ Vgl. Brief der Regierungskommission an Neikes (29.06.23), in: StA Saarbrücken, Großstadt 885. Zwar konnten Zwischenfälle beim eigentlichen Stapellauf vermieden werden, da die Saarvereinsdelegation (Andres, Posselt, von Halfern und Vogel) verspätet erschien, doch wurde Vogel während eines Vortrages am Abend vor der Bremer Presse gegenüber der saarländischen Verwaltung ausfallend.

¹⁰³⁷ Vgl. Brief Neikes' an die Regierungskommission (04.07.23), in: Ebd.

¹⁰³⁸ Angeblich forderte Neikes im Finanzausschuß der Stadt 09.05.23, „daß bei Gelegenheit des Stapellaufes jedes provokatorische Auftreten der Leitung des Saarvereins vermieden werde, welches ihn als saarländischen Beamten in Konflikt mit der Regierungskommission und dem Völkerbundrat bringen könne.“: Niederschrift Neikes' (Juli 1924), in: StA Saarbrücken, Großstadt 2910.

¹⁰³⁹ Vgl. vertrauliche Aufzeichnung des AA (August 1923), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091. Auch die Franzosen wußten von den Vorbehalten gegen den patriotischen Heißsporn Vogel: „Il a laissé dans le Territoire de la Sarre le souvenir d'un homme très actif, entreprenant et intrigant.“: Brief Morizes an Außenminister Briand (29.08.27), in: MAE, Sarre 13.

¹⁰⁴⁰ Siehe hingegen: „Der deutsche Heimatdienst, in der der mehrheitssozialistische Bergarbeiter eine Einrichtung sieht, die von dem ihm verhaßten alten militärischen auf Revanche sinnenden Geist erfüllt ist, darf im Saargebiet deshalb nicht in die Erscheinung treten.“: HOFFMANN: Die Ideenwelt der mehrheitssozialistischen Bergarbeiterschaft, S. 87.

*Erwerbsmöglichkeit oder in ihren politischen Nebenzielen unter keinen Umständen stören lassen wollen.*¹⁰⁴¹

Daß es dem Bund der Saarvereine überhaupt gelungen ist, über das bergmännische Umfeld hinaus auch das nationalliberale (Saarbrücker) Bürgertum zu erreichen und im Saargebiet einen relativen Bekanntheitsgrad und Akzeptanz zu erlangen, verdankte er zu einem nicht unerheblichen Teil dem „Saarkalender“ Albert Zühlkes¹⁰⁴². Als „Volksbuch für heimatliche Geschichtsforschung, Kunst, Naturwissenschaft, für saarländische Literatur, Statistik und Volkshumor“ konzipiert, erlangte er nach 1923 schnell eine große Popularität an der Saar und ebenso unter den ausgewiesenen Saarländern. Sein „*geschlossener, andere Nationen ausgrenzender Nationalismus*“¹⁰⁴³ traf den Geist der Zeit. Ohne explizit den Namen des Bundes oder gar der Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu nennen, wies der „*Senior des Deutschlandskampfes an der Saar*“¹⁰⁴⁴ Zühlke im zweiten Jahrgang alle Verdächtigungen gegen die Zehntausenden im Reich vereinigten Saarländer zurück. Sie gingen weder einer konspirativen noch illegalen Tätigkeit nach und ihre Bestrebungen beruhten „*auf der ehrlichen Überzeugung von dem unumstößlichen Anrecht Deutschlands auf das Saargebiet*“¹⁰⁴⁵. Fast in jeder Ausgabe folgten weitere wohlwollende Berichte über die Bundestagungen und die führenden Persönlichkeiten der Organisation:

*„Über den Alltagsstreit hinweg rankt sich da der Gedanke einer tieferen Volksgemeinschaft empor und blüht in Taten für unser sturmtobtes Tal und damit für das Vaterland. Wir wissen, daß wir dem Bund der Saarvereine viel, viel Dank schulden, jeder sei Mithelfer am Werk!“*¹⁰⁴⁶

¹⁰⁴¹ Brief der GSV an den StBesGeb, das PrMI und die RVP (21.07.23), in: BA-R 8014/671 sowie an das RMFinanz (09.08.23), in: BA-R 1601/1697. Vgl. auch den Tätigkeitsbericht Vogels auf der Mitgliederversammlung in Karlsruhe (14.07.23), in: SF 4 (1923) 15, S. 203. Nach der erfolgreichen Saarabstimmung klagte Vogel, aufgrund egoistischer Einzelinteressen zeitweise einen Zweifrontenkrieg geführt zu haben. Während sich seine Organisation auf die Auseinandersetzung mit der Regierungskommission und den Franzosen konzentrieren wollte, seien die „Saarfreunde“ vielen Saarländern zu nationalistisch gewesen, weil „*sie keine echten Republikaner [waren ...], weil sie sich zu den alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot bekannten.*“ Vgl. SF 15/16 (1934/35) 30, S. 646.

¹⁰⁴² Zühlke (1857–1940) war fast drei Jahrzehnte lang als Nachfolger von Vogels Vater Chefredakteur der S.Z. Während dieser Zeit machte er sich in der Doppelstadt als Opponent zur freikonservativen Politik Stummischer Provenienz einen Namen: Vgl. BRUCH: Weg und Schicksal, S. 161; SF 13 (1932) 20, S. 325–328. Er zählte zu den Ausgewiesenen im August 1920, denen Tätigkeit für den Heimatdienst bzw. Saarverein vorgeworfen wurde: Vgl. Liste der Ausgewiesenen (07.09.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.624.

¹⁰⁴³ JUNG, S. 340; BALDAUF, S. 184 ff.

¹⁰⁴⁴ SF 8 (1927) 17, S. 309.

¹⁰⁴⁵ SK 2 (1924), S. 134. Zur bahnbrechenden Wirkung des Artikels vgl. den Geschäftsbericht der GSV (24.10.24), in: BA-R 8014/7 sowie den Tätigkeitsbericht Vogels auf der Hannoveraner Mitgliederversammlung (06.06.25), in: BA-R 8014/27.

¹⁰⁴⁶ SK 7 (1929), S. 76. Vgl. auch: SK 6 (1928), S. 43: „*Unsere vertriebenen Märtyrer wurden zum Stoßtrupp, zu den Rufnern im Streit um Aufklärung und Sicherung unseres Rechts.*“ Ähnlich: SK 4 (1926), S. 51 ff.; SK 7 (1929), S. 25; SK 7 (1929), S. 75 f.; SK 8 (1930), S. 4–7; SK 8 (1930), S. 126; SK 9 (1931), S. 117–121 (Der BdS sei der „*Herold unseres Stammes im Reiche*“, S. 116); SK 10 (1932), S. 112 ff.; SK 12 (1934), S. 67 f. Auch nach der Abstimmung schlug sich der Saarkalender auf die Seite des Bundes und verteidigte dessen Anteil am Ausgang des Plebiszits: Vgl. SK 14 (1936), S. 35 ff.

Die Ernennung Zühlkes zum Ehrenmitglied des Bundes in Würzburg war die logische Konsequenz¹⁰⁴⁷. Beinahe hätte sich die Geschäftsstelle ihres wichtigsten Türöffners zur Saarbevölkerung selbst beraubt, als sie zwar offiziell den Vertrieb des Saarkalenders unterstützte¹⁰⁴⁸, diesem aber hinter den Kulissen den finanziellen Boden zu entziehen versuchte. Vogel intrigierte bei den Staatsbehörden gegen die unerwünschte Konkurrenz¹⁰⁴⁹, indem er durchblicken ließ, daß die Summe der Subventionen ausreichen, um die Gesamtkosten des „Saar-Freunds“ für ein ganzes Jahr zu decken¹⁰⁵⁰. Spätestens nach der zweiten Ausgabe erkannte Vogel jedoch den Nutzen des Kalenders und trat fortan vorbehaltlos für diesen ein¹⁰⁵¹.

Sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht können die zahlreichen Berichte saarländischer Zeitungen nur bedingt als Gradmesser der Wahrnehmung des Saarvereins im Mandatsgebiet herangezogen werden, da ein Großteil der Artikel von der Geschäftsstelle selbst lanciert worden war¹⁰⁵². Vogels Feststellung, daß sich die saarländische Presse ab etwa 1924 nicht mehr gegen derartige Beiträge wehrte und ausgiebig über die Arbeit des Bundes berichtete¹⁰⁵³, zeigte sich auch quantitativ in der Anzahl der nun veröffentlichten Meldungen. Dank dieses Meinungsumschwungs konnten die Saarländer noch unter der Präsidentschaft Raults regelmäßig die Aktivitäten der Saarvereine im Reich verfolgen, was dem Bekanntheitsgrad der Gesamtorganisation naturgemäß erheblichen Aufschwung verlieh¹⁰⁵⁴. Fühlte sich die Geschäftsstelle von der

¹⁰⁴⁷ Noch im Sommer 1919 hatte Vogel Zühlke als national unzuverlässig eingestuft und Hofer nahegelegt, „Zühlke, auf dessen unseliges Wirken so viel zurückzuführen ist“, zu entlassen: Vgl. Bericht Vogels über seine Reise (nach 27.08.19), in: BA-R 8014/868; Brief Vogels an Dr. Maurer (06.11.19), in: BA-R 8014/141.

¹⁰⁴⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 27.10.22 (27.10. 22), in: BA-R 8014/7. Allein 1.000 Exemplare gingen auf Kosten Preußens an die Ortsgruppen des Bundes: Vgl. Rechnung der GSV an das PrMI (11.12.22), in: BA-R 8014/669.

¹⁰⁴⁹ Dabei hatte Vogel selbst die Idee Richard Hofers aufgegriffen, einen Volkskalender zu publizieren (vgl. Bericht Vogels über seine Reise (nach 27.08.19), in: BA-R 8014/868) und die Herausgabe einer Volksschrift als Unterhaltungsbeilage aller saarländischen Zeitungen angeregt: Vgl. Briefe der GSV an die RVP (10.12.20) und StS Brugger (16.09.21), in: BA-R 1603/2526.

¹⁰⁵⁰ Vgl. Brief der GSV an das PrMI (25.09.22), in: BA-R 8014/669.

¹⁰⁵¹ Beispielsweise übersandte er „Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit“ die Saarkalender 1923 und 1924: Vgl. Brief der GSV an Kronprinz Wilhelm von Preußen (01.04.24), in: BA-R 8014/151. Auch der SF bewarb den Volkskalender, der „deutsch vom ersten bis zum letzten Satz [sei], trotz Notverordnung und Presseknobel“: SF 4 (1923) 22, S. 283; SF 5 (1924) 6, S. 86; SF 6 (1925) 1, S. 1; SF 6 (1925) 20, S. 343; SF 6 (1925) 22, S. 364 f.; SF 11 (1930) 19, S. 356 f. Der Verkaufserlös des Saarkalenders 1935 diente zur Verschleierung der tatsächlichen Finanzquellen für die Anreise ausländischer Abstimmungsberechtigter zum Plebiszit: Vgl. Aktennotiz (24.11.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.484. Nach 1936 wurde sein Erscheinen eingestellt.

¹⁰⁵² Eine Analyse der saarländischen Presselandschaft wäre daher wenig ergiebig gewesen: Vgl. allgemein die Belegexemplare und den Schriftverkehr in BA-R 8014/119 und 1078–1081 sowie das Kapitel 5.1. Angesichts der starken Segmentierung des saarländischen Zeitungsmarktes während der Völkerbundsjahre mußte im Rahmen dieser Untersuchung ferner auf eine Quantifizierung der Berichte verzichtet werden, zumal das auflagenstärkste Blatt des Saargebietes, die „Saarbrücker Zeitung“ aus Platzmangel schon früh ablehnte, über jede Veranstaltung des Bundes zu berichten: Vgl. Brief der Schriftleitung der S.Z. an Studienrat Wolfanger (07.10.25), in: BA-R 8014/152.

¹⁰⁵³ Vgl. Geschäftsbericht der GSV (24.10.24), in: BA-R 8014/7.

¹⁰⁵⁴ Ohne es zu wollen, trug die gegnerische Presse ebenfalls hierzu bei: Die Anfeindungen des NSK dürften in der breiten Masse der Bevölkerung eher zu einer Solidarisierung als zur Distanzierung geführt haben. Siehe hierzu Kap. 6.2.

Presse übergegangen oder ihre Arbeit nicht gebührend gewürdigt, so folgte der Protest meist auf dem Fuß¹⁰⁵⁵.

Wie die Berichterstattung des „Saar-Freund“ über das von der Regierungskommission gegen Neikes¹⁰⁵⁶ eingeleitete Disziplinarverfahren zeigt¹⁰⁵⁷, verlor der Konflikt zwischen dem Saarbrücker Stadtoberhaupt und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ebenfalls 1924 an Schärfe. In den Jahren 1927 und 1928 mußte Neikes zwar aus grundsätzlichen Bedenken davon absehen, einen offiziellen Vertreter zur Bundesversammlung zu entsenden, doch nahm er seit 1930 persönlich an allen Jahrestagungen teil. In Neustadt 1931 ergriff er sogar das Wort¹⁰⁵⁸. Etwa ab dieser Zeit unterstützte Neikes den Verein auch finanziell: Konnte sich die Stadt Saarbrücken erstmals wieder Ende 1928 nach sechs Jahren zu bescheidenen Zuschüssen durchringen, so plädierte Neikes im Januar 1931 entschieden dafür, der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ den größten Teil des Kapitals eines aufgelösten Verbandes zukommen zu lassen¹⁰⁵⁹. Ebenso förderte er durch Empfehlungsschreiben die Verbreitung des „Saar-Freund“ bzw. von „Deutsch die Saar immerdar“ und sabotierte die Verbreitung konkurrierender Schriften¹⁰⁶⁰. Aus der anfänglichen Aversion entwickelte sich im Laufe der Jahre ein freundschaftliches Verhältnis. Vogel bedauerte nach

¹⁰⁵⁵ Vgl. beispielsweise den Brief der GSV an den Saarbrücker Verkehrsdirektor Dr. Ruppert (11.05.32), in: BA-R 8014/1032. Ähnlich reagierte Vogel auch auf die Jahre zuvor erschienene Publikation Hans Siegfried WEBERS (Der Kampf um die Saar, Berlin 1928), der in seinem Kapitel „Neues Führertum im Saargebiet“ (S. 155–169) die Verdienste einzelner Persönlichkeiten und Institutionen sowie der saarländischen Presse hervorhob, während er die Tätigkeit der GSV völlig unter den Tisch fallen ließ. Für Weber war das Verschweigen des Saarvereins eine nachträgliche Abrechnung, da er aus der Berliner Ortsgruppe ausgeschlossen worden war: Vgl. Brief der GSV an Karius (28.02.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 12. Weber bereitete dem Verein zum Leidwesen des AA auch auf dem Gebiet der akademischen Saartvorträge Konkurrenz: Vgl. BA-R 8014/718. „*Alles in allem: ein minderwertiger Charakter, vielleicht ein pathologischer Lügner, ein drittklassiger Schriftsteller, dreist, aufdringlich und unfähig.*“: Aufzeichnung Voigts (23.08.32), in: BA-R 43-I/252.

¹⁰⁵⁶ Der aus Köln stammende Neikes (1881–1954) wurde im Frühjahr 1921 zum Nachfolger des ausgewiesenen Mangold gewählt; seine Ernennung zum Oberbürgermeister der Saarmetropole erfolgte sieben Jahre später. Trotz seiner Wiederwahl im Februar 1933 wurde Neikes zwei Jahre später beurlaubt und im Mai 1935 pensioniert. Während seiner 14jährigen Amtszeit entwickelte sich das Verwaltungszentrum Saarbrücken auch auf kulturellem Gebiet zur Hauptstadt des Saargebietes: Vgl. Fritz JACOBY: Oberbürgermeister Hans Neikes, eine bedeutende Persönlichkeit im Saargebiet, in: ZGSaarg 19 (1971), S. 497–508, hier: S. 500. Vgl. auch: Das deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin 1934, S. 327 f.

¹⁰⁵⁷ Neikes hatte sich das Verfahren wegen seiner Angriffe gegen den Leiter der saarländischen Schulabteilung Dr. Notton eingehandelt: Vgl. SF 5 (1924) 18, S. 274 („*starke Stütze deutschen Rechtes an der Saar*“); SF 5 (1924) 19, S. 286; SF 6 (1925) 15, S. 246 f.; SF 6 (1925) 4, S. 55 f.; SF 8 (1927) 7, S. 111. Ähnlich positiv auch über die Verleumdungsklage gegen den NSK, in: SF 6 (1925) 11, S. 171 f. Vgl. hierzu: JACOBY: Neikes, S. 502–505.

¹⁰⁵⁸ Vgl. SF 11 (1930) 15, S. 283; SF 12 (1931) 15/16, S. 268; SF 13 (1932) 18/19, S. 309; SF 15/16 (1934/35) 31, S. 676. Ein Beitrag der Trierer SF-Sondernummer stammte aus der Feder von Neikes: Vgl. SF 11 (1930) 13/14, S. 251 ff. Vgl. Brief der GSV an Neikes (11.06.30), in: StA Saarbrücken, Großstadt 2874.

¹⁰⁵⁹ Vgl. Brief der GSV an Neikes (28.01.31) und Brief Neikes' an den Mainzer Bürgermeister Dr. Ehrhard (02.02.31), in: StA Saarbrücken, Großstadt 3199. Für die Jahre 1934 und 1935 wurden der GSV jeweils 1.000 Francs bewilligt: Vgl. Aktennotiz (Februar 1935), in: StA Saarbrücken, Großstadt 3322. Siehe auch den Schriftverkehr zwischen Oberbürgermeister Neikes und der GSV, in: StA Saarbrücken, Großstadt 797 und 802.

¹⁰⁶⁰ Vgl. Rundschreiben des „Deutschen Städtetages“ (30.03.31), in: StA Erlangen 406/110; Rundschreiben der GSV (Juli 1934), in: BA-R 8014/135; StA Saarbrücken, Großstadt 2944.

der Rückgliederung des Saargebietes aufrichtig die Beurlaubung des Saarbrücker Stadtoberhauptes, fühlte er sich ihm doch als Schicksalsgenosse verbunden, dessen jahrelange vaterländische Verdienste nicht ihre gebührende Würdigung erfuhren¹⁰⁶¹.

Eine äußerst wirkungsvolle Stütze fand der Bund der Saarvereine in der Person des Völklinger Hüttenbesitzers Hermann Röchling. Der Kommerzienrat hatte schon zu den Hauptinitiatoren des Saargebietsschutzes gezählt, und er entwickelte sich während der folgenden Jahre zu einem der wichtigsten Ansprechpartner an der Saar. Rückblickend wurde das Verhältnis zwischen ihm und der Berliner Zentrale gerne mit dem Heinrich Böckings zu Joseph Görres Anfang des 19. Jahrhunderts verglichen¹⁰⁶² und darauf abgehoben, daß sich Röchling bereits zu einer Zeit für den Verein engagiert habe, als viele andere einflußreiche saarländische Persönlichkeiten noch den Kontakt scheuten¹⁰⁶³.

Röchling blieb von der sonst breit gestreuten Kritik des „Saar-Freund“ konsequent ausgenommen. Sei es, daß das gegen ihn von einem französischen Kriegsgericht verhängte Urteil scharf zurückgewiesen wurde, sei es, daß das Bundesorgan ihn gegen den Vorwurf in Schutz nahm, er habe 1918 die Franzosen selbst ins Saargebiet gerufen, um seinen Besitz vor Kollektivierung zu schützen oder sei es, daß er die Gelegenheit erhielt, seine siebenwöchige Werksschließung zu rechtfertigen: Seine Person galt stets als unantastbar¹⁰⁶⁴. Unter dem Deckmantel der Völkerversöhnung durfte er im „Saar-Freund“ Revanchismus predigen und erhielt dort ebenso wie auf der Koblenzer Bundestagung 1932 ein Forum zur Verbreitung liberal-kapitalistischer Unternehmensstrategien¹⁰⁶⁵. Die ihm entgegengebrachten Schmeicheleien nahmen schon vor 1933 byzantinische Züge an; wenn vom „*Führer unserer lieben Saarheimat*“¹⁰⁶⁶ oder „*Herz des deutschen Freiheitskampfes an der Saar*“¹⁰⁶⁷ die Rede war, fehlte nur ein kleiner Schritt, seiner

¹⁰⁶¹ Vgl. Brief der GSV an Frau Böcking (03.05.35), in: BA-R 8014/113; JACOBY: Neikes, S. 507 f.

¹⁰⁶² Vgl. SF 13 (1932) 22, S. 358; Geschäftsbericht 1934/35 der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin, Berlin 1935, S. 5 f. Röchling war in vielen Fällen neben dem AA das Korrektiv für Entschließungen, Rundschreiben und besondere Aufsätze im SF: Vgl. Brief der GSV an Röchling (26.07.26), in: BA-R 8014/36; Brief der GSV an Posselt (12.09.29), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5. Zu Röchling allgemein vgl. SEIBOLD, S. 181–238.

¹⁰⁶³ Die enge Verbundenheit mit Röchling zeigte sich schon während der Gründungsphase der GSV, als Vogel seinem Vertrauten Hilger versichern mußte, daß es sich „*bei diesem Unternehmen nicht um eine ausgesprochene Sache der Firma Röchling*“ handelte: Vgl. Brief Vogels an Hilger (19.06.19), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 9.

¹⁰⁶⁴ Vgl. SF 3 (1922) 15, S. 233 f.; SF 4 (1923) 11, S. 148; SF 4 (1923) 13, S. 174; SF 5 (1924) 20, S. 301 f. (zur Aussperrung siehe S. 521); Geschäftsbericht der GSV (24.10.24), in: BA-R 8014/7. Siehe auch die Berichtserstattung des SF über den Prozeß gegen Röchling wegen Aufstachelung der saarländischen Bevölkerung, in: SF 14 (1933) 24, S. 450–456; SF 15 (1934) 2, S. 23 f.; SF 15 (1934) 5, S. 80–83.

¹⁰⁶⁵ Vgl. SF 12 (1931) 7, S. 104 f. Weitere Artikel Röchlings: SF 5 (1924) 20, S. 301 f.; SF 6 (1925) 14, S. 226 f.; SF 7 (1926) 3, S. 40; SF 12 (1931) 22, S. 370 f.; SF 15 (1934) 18/19, S. 387 f. Vgl. Aktennotiz Voigts (14.09.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.094.

¹⁰⁶⁶ Vgl. Brief der GSV an Röchling (02.04.32), in: BA-R 8014/844.

¹⁰⁶⁷ SF 13 (1932) 22, S. 358.

Person das Attribut der Genialität beizumessen¹⁰⁶⁸. Es überrascht, daß der Verein nur verhältnismäßig wenig finanzielle Zuwendung direkt von Röchling erhielt. Er machte sich zwar während der Inflation für die weitere Finanzierung der Geschäftsstelle stark¹⁰⁶⁹, hielt den Betrieb durch materielle Hilfslieferungen am Leben und öffnete dem Bund aufgrund seines Einflusses bei Wirtschaftsorganisationen wie dem „Reichsverband der deutschen Industrie“ die Türen zu privaten Geldgebern, doch im Grunde vermittelte er eher Kontakte, als dass er selbst bedeutendere Zahlungen leistete¹⁰⁷⁰. Nichtsdestotrotz wurde er aus Dankbarkeit auf der Heidelberger Tagung 1928 zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt.

Röchling verspürte bei aller Sympathie, die er der Berliner Vereinigung entgegenbrachte, nur wenig Interesse, sich von dieser in „seine“ Saarpolitik hineinreden zu lassen. Während er regelmäßig wohlwollende Kommentare über die Arbeit des Bundes verfaßte¹⁰⁷¹, bestand zwischen ihm und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die informelle Absprache, daß der Verein an der Saar Zurückhaltung wahre¹⁰⁷². Das Gründungsmitglied der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ dürfte – wie bereits erwähnt – auch die treibende Kraft gewesen sein, welche insgeheim das Zustandekommen des vereinsinternen Saarausschusses verhindert hatte. Für die Franzosen war Röchling der Kristallisationskern der prodeutschen Propaganda im Saargebiet; wie das französische Mitglied der Regierungskommission seinem Außenminister im Herbst 1932 mitteilte, betrachtete auch Morize Röchling als „*le représentant authentique du Gouvernement allemand en Sarre*“¹⁰⁷³.

¹⁰⁶⁸ Vgl. SF 14 (1933) 23, S. 446. Dies dürfte Röchlings Selbstverständnis entsprochen haben, da er sich als „spiritus rector“ der saarländischen Politik stilisierte: Vgl. RÖCHLING: Wir halten die Saar!

¹⁰⁶⁹ Vgl. Briefe Röchlings an Außenminister Stresemann (21.08.23) und Reichsminister Fuchs (29.08.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091. Röchling habe „*vom ersten Augenblick an erkannt [...], daß eine solche Organisation, wie wir sie sind, nötig ist bei dem Kampf um die Befreiung der Saarheimat [...] und der oft da war, wenn es schwer war*“: SF 9 (1928) 14/15, S. 266.

¹⁰⁷⁰ Siehe hierzu Kap. 9.

¹⁰⁷¹ Beispielsweise auf der Kölner Bundestagung 1926: „*Wir in Saargebiet haben Ihnen zu danken, Ihnen vom Saarverein, für die treue Arbeit, die Sie in unserem Interesse in den letzten Jahren geleistet haben. Wir haben stets die Mühen und die Ausdauer bewundert, die besonders vom Vorstand der Herr Vogel sich für uns alle gemacht hat. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, ihm heute unseren Dank dafür auszusprechen.*“ SF 7 (1926) 18, S. 339. Vgl. ebenso das Rundschreiben der GSV (Februar 1930), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19; SF 11 (1930) 2, S. 30.

¹⁰⁷² Vgl. Brief der GSV an die „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ (04.02.24), in: BA-R 8014/795. Aufgrund seiner persönlichen Kontakte zu Mitgliedern des Völkerbundsrates gehörte Röchling den meisten saarländischen Delegationen nach Genf an.

¹⁰⁷³ Vgl. Brief Morizes an Außenminister Herriot (08.10.32), in: MAE, Sarre 280. Schon ein Jahrzehnt zuvor hatte der Vertreter des Quai d’Orsay bei der Saarbrücker Bergwerksdirektion mitgeteilt, daß sich die Verteidigung des „Germanismus“ hauptsächlich unter der Ägide der „Deutschen Bank“ und des Röchlingkonzerns vollziehe: Vgl. Brief Koechlins an Außenminister Poincaré (23.06.23), in: MAE, Sarre 116.

„*Celui-ci considère qu'il est seul compétent en matière sarroise et qu'à lui seul, il appartiendrait de régler l'avenir du Bassin par des négociations avec la France.*“¹⁰⁷⁴

Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ drängte Röchling im Frühjahr 1933 massiv auf eine Audienz bei Hitler und regte den Empfang einer saarländischen Delegation beim Reichskanzler an¹⁰⁷⁵. Als Mitglied des Mitte Mai eingesetzten Aktionsausschusses setzten die „Saar-Freunde“ in der Berliner Stresemannstraße große Hoffnung auf ihn, doch konnte – und wollte – Röchling die personellen und strukturellen Eingriffe im Zuge des Gleichschaltungsprozesses nicht verhindern. Im darauffolgenden Frühjahr 1934 wurde er in den Führerrat der „Deutschen Front“ berufen; nach der Rückgliederung des Saargebietes gab sich Röchling als entschiedener Vertreter des Autarkiekurses zu erkennen¹⁰⁷⁶.

Um finanzielle Unterstützung bei staatlichen Stellen und privaten Spendern zu erhalten, mußte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ den Eindruck erwecken, „*in der Abwehr der französischen Ansprüche auf die Saar als unentbehrlich*“¹⁰⁷⁷ zu gelten. Scheinbar anonym eingegangene Zuschriften, die der „Saar-Freund“ regelmäßig abdruckte¹⁰⁷⁸, sollten diese Behauptung untermauern. Hilfreicher jedoch waren positive Stellungnahmen saarländischer Persönlichkeiten, mit denen sich der Verein in den alljährlich übersandten Geschäftsberichten schmückte¹⁰⁷⁹. Während anfangs noch saarländische Sozialdemokraten Aufrufe unterzeichneten¹⁰⁸⁰, fehlten ihre Unterschriften ab Ende der zwanziger Jahre auf Werbeschreiben der Saarorganisation. Im bürgerlichen Lager hingegen hatte sich der Bund etabliert und war als Kooperationspartner in der

¹⁰⁷⁴ Brief Morizes an Außenminister Herriot (02.09.32), in: MAE, Sarre 208. Morize schildert in dem Schreiben das gespannte Verhältnis zwischen Röchling und von Papen, der sich von dem saarländischen Industriellen nicht habe in den Hintergrund drängen lassen wollen und daher das Geleitschreiben zur Koblenzer Bundestagung im SF (13 (1932) 17, S. 261) verfaßte.

¹⁰⁷⁵ Vgl. JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 104 f.; Brief Röchlings an Hitler (28.04.33), in: BA-R 43-I/253. Hierin signalisierte er seine Bereitschaft, die drei größeren nichtmarxistischen Parteien des Saargebiets, deren weitere Existenz „*nicht die geringste Rolle*“ zu spielen hätte, aufzulösen. Er selbst gehörte der DSVP an und vertrat diese seit 1922 im saarländischen Landesrat. Zur Aussprache bei Hitler siehe S. 585.

¹⁰⁷⁶ Zur weiteren Rolle Röchlings, der im Mai 1942 den Vorsitz der „Reichsvereinigung Eisen“ als Zusammenschluß aller Unternehmen der Eisenindustrie übernahm, vgl. FUCHS, S. 238–248; Hans-Christian HERRMANN: Hermann Röchling in der deutschen Kriegswirtschaft. Ein Beitrag zum Verhältnis Politik und Wirtschaft im Dritten Reich und zur Polykratiendiskussion sowie zur deutsch-französischen Kollaboration, in: JbWestdtLG 20 (1994), S. 405–450.

¹⁰⁷⁷ Rundschreiben der GSV (Juni 1933), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19. An dieser Taktik hielt die GSV auch nach ihrer Gleichschaltung fest: Vgl. SF 14 (1933) 9, S. 135 ff.; SF 14 (1933) 13, S. 216; SF 15 (1934) 16/17, S. 318.

¹⁰⁷⁸ Vgl. beispielsweise: SF 8 (1927) 19, S. 361 f.

¹⁰⁷⁹ Vgl. SF 7 (1926) 1, S. 1–7; SF 11 (1930) 2, S. 29 f.; SF 11 (1930) 4, S. 77; SF 13 (1932) 2, S. 21; SF 13 (1932) 3, S. 43; SF 13 (1932) 4, S. 53; SF 13 (1932) 8, S. 117; SF 13 (1932) 9, S. 130; SF 13 (1932) 10, S. 146; SF 13 (1932) 11, S. 167; SF 15 (1934) 16/17, S. 318 f.; VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 232 f. Siehe auch die Bemühungen zur Schaffung des „Ehrenbeirats für den Saarheimatschutz“ im Winter 1932/33: S. 580.

¹⁰⁸⁰ Vgl. SF 7 (1926) 1, S. 5. Siehe hierzu Kap. 8.1.

Auseinandersetzung um die deutsche Zukunft des Saargebiets akzeptiert. In vielen Fällen hatten dabei zweifellos persönliche Begegnungen anlässlich der verschiedenen Saarkundgebungen im Reich geholfen¹⁰⁸¹. Die Liste der saarländischen Sympathisanten reicht in einem Rundschreiben von Anfang 1932¹⁰⁸² von Vertretern der saarländischen Wirtschaft wie dem Vorsitzenden des „Schutzvereins für Handel und Gewerbe“ Richard Becker und dem Vorsitzenden des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen“ Max von Vopelius über Gewerkschaftsführer wie den Sekretären des christlichen Gewerkschaftsbundes Karl Hillenbrand und Peter Kiefer¹⁰⁸³, den Bezirksleitern Fritz Kuhnen¹⁰⁸⁴ und Otto Pick¹⁰⁸⁵ bis zu Vertretern des kulturellen Lebens wie Hans Bongard und dem Vorsitzenden des Vereins der Saarpresse, Ludwig Bruch. Insgesamt unterzeichneten elf Mitglieder des saarländischen Landesrates, unter

¹⁰⁸¹ Beispielsweise konnte der Präsident des saarländischen Landesrates, Scheuer, durch eine Veranstaltung der Berliner Ortsgruppe zur Mitarbeit überzeugt werden; in den darauf folgenden Jahren schlichtete er mehrfach Streitereien zwischen der Berliner GSV und dem bayerischen Landesverband und empfahl in einem Rundschreiben eindringlich die finanzielle Unterstützung des Vereins: Vgl. Rundschreiben der GSV „Vaterland, Saardeutschland ruft Dich!“ (November 1928), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19.

¹⁰⁸² Vgl. Rundschreiben der GSV (Januar 1932), in: StA Bonn, P10/325. Die Akzeptanz spiegelte sich auch in der Mitarbeit von Saarländern in den Gremien des Bundes wider: So gehörten dem Aufsichts- und Beratungsausschuß der GSV an: Hans Bongard (1928–1932), Leo Wentzel (1931–1932), Max von Vopelius (1931–1932), Hermann Röchling (1931), Peter Scheuer (1931–1932) sowie die in Eltville wohnende Tochter Stumms, Bertha Gräfin von Sierstopff (1932). Siehe hierzu Dok. 6 im Anhang.

¹⁰⁸³ Kiefer, der dem rechten Flügel des Zentrums angehörte, war auf der Heidelberger Bundestagung aus gesellschaftspolitischem Proporz zum Ehrenmitglied ernannt worden. Nach 1933 bildete er mit Röchling und Bürckel zeitweise ein „Triumvirat“ zur Schaffung einer überparteilichen Einheitsfront an der Saar.

¹⁰⁸⁴ Fritz Kuhnen (1879–1947), ab 1912 Bezirksleiter des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter und Mitglied des Hauptvorstandes, war einer der drei saarländischen Abgeordneten in reichsdeutschen Parlamenten während der Völkerbundsjahre. Als Duzfreund Vogels gehörte er außerdem dem interfraktionellen Saarausschuß der GSV an. Aus seiner dezidiert prodeutschen Haltung hatte er bis Frühjahr 1933 nie einen Hehl gemacht; schon 1921 sprach er auf einer Zentrumsversammlung von zu wählenden „*völkischen Interessen*“ (SF 2 (1921) 15, S. 201). Erst angesichts der Repressalien, welche die reichsdeutschen Gewerkschaften hinzunehmen hatten, ging er auf Distanz zum Nationalsozialismus. Nach seinem Rücktritt als Bezirksleiter im Herbst 1933 vollzog sein Nachfolger Kiefer die Gleichschaltung des Gewerkvereins; Kuhnen selbst wirkte aktiv an der Gründung des „Volksbundes für christlich-soziale Gemeinschaft“ als Sammelbecken nicht-marxistischer Rückgliederungsgegner mit. Ähnlich wie in den Fällen Braun und Hoffmann kaschierte der SF frühere Kontakte zu Kuhnen, der unmittelbar nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses das Exil im benachbarten Luxemburg wählte, mit um so heftigeren verbalen Ausfällen: Vgl. Sondernummer des SF (1934/35) 1, S. 7 f.; Klaus-Michael MALLMANN/ Gerhard PAUL: Fritz Kuhnen, in: DIES.: Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler, Bonn 1989, S. 149–155 und S. 313 f.

¹⁰⁸⁵ Nicht ganz so wechselhaft wie zu Kuhnen war das Verhältnis zwischen der GSV und dem Bezirksleiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes Otto Pick (1882–1945), der 1919 für die DDP in die Weimarer Nationalversammlung gewählt worden war. Er zählte sehr früh zum Zirkel der engsten Vertrauensleute Vogels und war sowohl Mitglied des im Sommer 1920 entarteten Saarbrücker Arbeitsausschusses als auch des 1922/23 eingesetzten Fürsorgeausschusses. Seine Ausführungen auf der Bundestagung in Münster über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände an der Saar wurden in einer eigenen Denkschrift publiziert. Im Herbst 1933 gedachte der SF noch des „*nationalen und wirtschaftspolitischen Verantwortungsbewußtseins*“ des „*hochverdienten*“ Pick: Vgl. SF 13 (1932) 8, S. 124; SF 14 (1933) 19, S. 370 f. Vgl. Denkschrift Picks (09.06.29), in: BA-R 8014/8; Brief des PrMI u.a. an das AA (24.06.29), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093. Obwohl sich der Protestant Pick in der zweiten Jahreshälfte öffentlich vom Nationalsozialismus distanzierte, wurde sein scheinbarer Separatismus nicht im SF angeprangert: Vgl. VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 127–132.

ihnen die Parteivorsitzenden Wilhelm Schmelzer (DSVP), Franz Steegmann (Zentrum) und Gustav Schmoll (Vereinigung Hausbesitz und Landwirtschaft)¹⁰⁸⁶.

Bei aller Wertschätzung, die der Tätigkeit des Vereins ab der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre an der Saar widerfuhr, wurden auch außerhalb der Reihen der saarländischen Sozialdemokratie kritische Töne angeschlagen. Äußerungen, wie sie beispielsweise im Tätigkeitsbericht 1928 erhoben wurden, provozierten geradezu Proteste: Nach Ansicht Vogels waren nach dem Ende der Ära Rault die Verbindungen zum Saargebiet enger geworden und der Bund der Saarvereine befände sich

*„in regster Verbindung mit den politischen und wirtschaftlichen Führern des Saargebiets, die sich auch in dankenswerter Weise restlos in den Dienst unserer Aufklärungsarbeit im Reiche gestellt haben.“*¹⁰⁸⁷

Die Quintessenz dieser Behauptung, nicht die Saarvereine ordneten sich der saarländischen „Heimatfront“ unter, sondern diese vertraue sich im Abwehrkampf der Führung des Bundes an, läßt die Rivalität erkennen, die in den zurückliegenden Jahren eher unterschwellig herangereift war: Die während der französischen Militärverwaltung und unter Rault Ausgewiesenen waren bemüht, sich als moralische Instanz in Szene zu setzen, welche die Dimensionen und weiterreichenden Konsequenzen des Saarkampfes am besten einzuschätzen wußten¹⁰⁸⁸. Derartige Selbstbeweihräucherung wollten die Zurückgebliebenen, die täglich mit der Besatzungsmacht konfrontiert waren, nicht kommentarlos hinnehmen und zweifelten ihrerseits die Kompetenz und Qualifikation der Vertriebenen in Saargelegenheiten an. Beispielsweise wurde kein Vertreter des Saarvereins Anfang der dreißiger Jahre gebeten, einen Rundfunkbeitrag zur Sendereihe der Westdeutschen Rundfunk AG beizusteuern¹⁰⁸⁹, und Arnold Nagel, Chefredakteur der „Saar-

¹⁰⁸⁶ Zu dem Architekten besaß der Verein eine wechselhafte Beziehung: Da sich Schmoll Anfang der zwanziger Jahre nicht in die Einheitsfront der anderen Parteien einreichte und beispielsweise durch die Forderung nach Einführung des Francs einen unabhängigen Kurs einschlug, sah er sich zeitweise gemeinsam mit Personen wie Notton und Hector öffentlich angeprangert. 1934 gehörte er allerdings auch dem Führerrat der DF im Saargebiet an: Vgl. SF 3 (1922) 4, S. 60; SF 3 (1922) 6, S. 84; SF 3 (1922) 15, S. 225 f.; SF 4 (1923) 1, S. 8 f.; SF 4 (1923) 10, S. 128; SF 4 (1923) 12, S. 161; SF 4 (1923) 13, S. 174; SF 4 (1923) 19, S. 255 f.; SF 4 (1923) 21, S. 273; SF 7 (1926) 23, S. 422 f.; ZENNER: Parteien und Politik, S. 204 f.

¹⁰⁸⁷ Vgl. Jahres-Rückschau ... für das Jahr 1928, S. 30. Vgl. ebenso in: Die Tätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des „Bundes der Saarvereine“ im Dienste der Befreiung des Saargebiets im Jahre 1929, Berlin 1930, S. 8.

¹⁰⁸⁸ Vgl. hierzu den Brief Posselts an die GSV (20.03.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 4. Im Abschlußband des SF charakterisierte Posselt dies folgendermaßen: „Es haben nicht nur die um die Saar gekämpft, die bis zum letzten Kampftag an der Saar verweilen durften.“: POSSELT: Die pressepolitischen Aufgaben, S. 264. Dieses Selbstverständnis hatte entgegen der Selbstdarstellung des Vereins zur Folge, daß er sich sehr wohl in die inneren Angelegenheiten der saarländischen Politik einmischte. Beispielsweise kommentierte der SF die Äußerung des SPD-Abgeordneten im Landesrat, Dr. Sender, „daß es für die Sozialdemokratie keine Einheitsfront unter dem Zeichen des Hakenkreuzes gebe“ mit den Worten: „Wir enthalten uns jedes Urteils über diese das Deutschtum schädigenden Vorgänge im Landesrat, fürchten aber, daß der Ausspruch Rathenaus von dem Vorbild der Saargebietsbevölkerung bei solchen Vorfällen bald seine Berechtigung verlieren dürfte!“: SF 6 (1925) 14, S. 221.

¹⁰⁸⁹ Vgl. Georg Wilhelm SANTE (Hrsg.): Die Saarfrage, Saarbrücken 1931 und S. 429.

brücker Zeitung“ von 1925 bis 1933, monierte die aus diesem Selbstverständnis des Vereins resultierenden Versuche, sich zum Zensor der saarländischen Presselandschaft aufzuschwingen. „*Wir machen Politik – der Saarbund macht Propaganda*“, lautete der Vorwurf des Journalisten¹⁰⁹⁰. Er war es auch, der es im Herbst 1928 ablehnte, anlässlich des 70. Geburtstages von Karl Röchling einen ehrenden Artikel zu veröffentlichen – schließlich seien während der Gründungsphase des Saargebietsschutzes in Berlin anders als an der Saar keine wirklichen Gefahren zu bestehen gewesen¹⁰⁹¹. Derartige Kritik wurde von Vogel allerdings ebenso ignoriert wie der Vorwurf mangelnder parteipolitischer Objektivität; an seiner pedantisch-bevormundenden Art änderte sich nichts.

Kap. 3.4: Kooperation und Konkurrenz in der Saarpropaganda

Ulrich Herbert charakterisierte das vor allem in Berlin ausgeprägte Milieu kleinerer und kleinster Zirkel, literarischer Kreise, konfessioneller und vaterländischer Vereine, verschiedenster Jugendgruppen, Wehrverbände und Gesellschaften treffend als fiebrigen

*„Dauerzustand aus Kundgebungen und Geheimtreffen, Verbandsneugründungen und -auflösungen, gekennzeichnet eher durch Stimmungen und Personen als durch Interessen und Programme. Die Abgrenzung zwischen den Gruppen und Bündnissen war nicht scharf, Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften üblich“.*¹⁰⁹²

In dieses Netzwerk der unzähligen, schon im Kaiserreich etablierten oder nach der politischen Neuordnung nach 1918 aus der Taufe gehobenen Organisationen der Deutschtumpflege, war naturgemäß auch die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ eingebunden. Die hierzu erhaltenen Akten im Bundesarchiv lesen sich daher wie das „Who is who?“ des deutschen Irredentismus bzw. wie ein Verzeichnis der vaterländischen Verbände, Landsmannschaften und national(istisch)en Vereinigungen¹⁰⁹³. Da es nicht möglich ist, alle Verbindungslinien innerhalb dieses diffusen

¹⁰⁹⁰ Nagel verwechselte hier offensichtlich den BdS mit dem frankophilen „Saarbund“: Vgl. Briefe Nagels an Kraus (04.07.28 und 10.07.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 10. Grund des Zerwürfnisses war ein vom AA in Auftrag gegebener Artikel (SF 9 (1928) 4, S. 54 f.), in welchem der SF eine kurzzeitig entbrannte Pressefehde zwischen der S.Z. und der „Saarbrücker Landeszeitung“ tadelte. Jahre später trat Nagel dem Bund bei: Vgl. Brief der GSV an Nagel (22.04.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 10.

¹⁰⁹¹ Vgl. Brief Nagels an die GSV (12.10.28), in: Ebd. Ungeachtet dessen erschien die GSV in einem zu dieser Zeit vom Verlag der S.Z. herausgegebenen Kurzführer des Saargebietes als einziger Verein, dessen Sitz außerhalb des Mandatsgebietes lag: Vgl. Wegweiser durch das Saargebiet. Ein Handbüchlein der Verwaltung und Behörden, der sozialen Organisationen und Einrichtungen der Gemeinden und deren Einwohnerzahlen; genauestes Ortsverzeichnis, Saarbrücken 1928, S. 45.

¹⁰⁹² Ulrich HERBERT: „Generation der Sachlichkeit.“ Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre, in: DERS. (Hrsg.): Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1995, S. 31–58 und S. 234–241, hier: S. 35. Vgl. ebenfalls Armin MOHLER: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch, Darmstadt 1972, S. 64 f.

¹⁰⁹³ Siehe hierzu: BA-R 8014/708–801. Eine Übersicht in: Karl MÖLLER: Die deutsche Grenzrevisionsbewegung. Eine Materialsammlung, o.O. 1930. Der BdS erscheint dort unter den „Verbänden für deutsch-französische Grenzpolitik“ (S. 61).

Milieus darzustellen, sollen im folgenden die Kontakte zu einigen wenigen ausgewählten Verbänden untersucht und ihre jeweils charakteristischen Wesenszüge herausgearbeitet werden. Für den Saarverein brachten die Kooperationen¹⁰⁹⁴ verschiedene Vorteile mit sich: Da die Saarfrage auf diese Weise ebenfalls bei Schwesterorganisationen thematisiert wurde, vergrößerte Vogel die Stoßkraft der Saarvereinspropaganda, ohne dafür auf die eigenen Ressourcen zurückgreifen zu müssen. Die Einbindung in größere Dachverbände engte zwar auf der einen Seite die Bewegungsfreiheit ein, bot aber andererseits einer im Aufbau befindlichen Organisation mit eingeschränkten Verbreitungsmöglichkeiten eine Lobby für ihre Anliegen und sicherte dabei zugleich das finanzielle Überleben¹⁰⁹⁵. Dank seiner Kontakte zu anderen Verbänden konnte der Bund auf Reichsebene expandieren, da die in der Provinz verstreuten Zweigstellen der Partner oftmals die ersten Anlaufstellen in Saargelegenheiten waren¹⁰⁹⁶.

Vier generelle Vorbemerkungen seien zunächst angebracht:

1. Wenngleich die Palette der Kooperationspartner der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ von der „Deutschen Liga für Völkerbund“ bis zum „Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverband“ reicht, dominierten die Verbindungen zu rechtslastigen, mitunter auch völkischen Organisationen¹⁰⁹⁷.
2. Wie sich regelmäßig an den stellenweise heftig geführten Verteilungskämpfen um staatliche Zuschüsse und private Spenden zeigte, blieben die Kooperationen stets befristete Zweckbündnisse zur Vergrößerung der eigenen Breitenwirkung.
3. Obwohl Vogel durchaus Sympathien mit Ideen wie dem Anschluß Österreichs, der Wiedergewinnung der Kolonien oder der Ostexpansion empfunden haben dürfte, stand ausschließlich das Saargebiet im Fokus seiner langjährigen Tätigkeit. Es ist davon auszugehen, daß er innerhalb des oben skizzierten Netzwerks mit seinen zahlreichen personellen Querverbindungen auch die Bekanntschaft mit profilierten Volkstumspolitikern wie Karl von Loesch, Max Hildebert Boehm oder Martin Spahn gemacht hat. Deren theoretische Konzepte blieben Vogel jedoch ebenso fremd wie Jahre später die nationalsozialistische Volkstumsmythologie bzw. Blut-und-Boden-Politik. Er präferierte praktisch-konkrete Arbeit für seine

¹⁰⁹⁴ „Kooperation“ ist vielleicht ein zu umfassender Begriff; oftmals beschränkte sich die Zusammenarbeit auf das wechselseitige Schalten von Inseraten in den jeweiligen Verbandsorganen: Vgl. beispielsweise die Anzeige der „Deutschen Jugendgemeinschaft“, die Mitglied des „größten überbündischen Zusammenschlusses völkischer Jugend“ war, in: SF 2 (1921) 6, S. 76, der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Wahrheit, Recht und Ehre“, in: SF 2 (1921) 8, S. 112 oder den Aufruf an alle „Stammdeutschen“ zur Teilnahme an den „Deutschen Abenden“ in Berlin, in: SF 1 (1920) 18, S. 188.

¹⁰⁹⁵ Daß derartige Bündnisse auch im Interesse der staatlichen Behörden lagen, zeigt das Beispiel der Deutschtumspflege in Polen: Vgl. KREKELER: Deutschtumspolitik, S. 20–57.

¹⁰⁹⁶ Die Ortsgruppen kooperierten auf lokaler Ebene mit anderen Verbänden wie beispielsweise der Vorsitzende des Erfurter Saarvereins, der vor verschiedenen thüringischen Ortsgruppen des „Jungdeutschen Ordens“ ebenso Vorträge hielt wie der Stettiner Vorsitzende vor Mitgliedern des „Alldeutschen Verbandes“: Vgl. SF 10 (1929) 12/13, S. 285; SF 11 (1930) 21, S. 399.

¹⁰⁹⁷ Schon der Saargebietsschutz hatte eine Kundgebung des „Reichsverbandes Ostschutz“ Mitte Mai 1919 auf dem Berliner Königsplatz mit 6.000 Mark unterstützt: Vgl. Quittung (21.07.19), in: BA-R 8014/973.

Heimat und konzentrierte sich auf die Wiedergewinnung eines geographisch überschaubaren Gebiets, für welche er auch vor Verbänden der extremen Rechten warb.

4. Am Aufbau eines „Parlamentes des Deutschtums“, wie es dem Auswärtigen Amt zeitweise vorschwebte, war der Bund der Saarvereine nicht interessiert. Anstelle einer alle Organisationen aufsaugenden Irredentabewegung plädierte er für den Ausbau der bestehenden Verbände, die sich zu Arbeitsgemeinschaften vereinen sollten¹⁰⁹⁸.

a) Die Kooperation mit anderen Deutschtumsorganisationen

Eine der zeitlich frühesten Kooperationspartner der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ war der „Deutscher Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum“ (DSB), an dessen Gründung der Saargebietsschutz im Frühjahr 1919 maßgeblich beteiligt war¹⁰⁹⁹. Als Reaktion auf die nicht mehr zu überblickende Flut neu gegründeter, oftmals über einen lokalen Wirkungsbereich nicht hinausreichender und in ihrer politischen Bedeutung zu vernachlässigender Organisationen bezweckte der Schutzbund

„den Zusammenschluß aller im weitesten Sinne für das Deutschtum in den Grenzländern und im Auslande tätigen Körperschaften zur Pflege des Gemeinschaftsgefühls zwischen allen Deutschen und zum Schutze gefährdeter Volksgenossen ohne Unterschied der Religion und unter Zurückstellung aller parteipolitischen Klassengegensätze.

Selbständigkeit und Einzelarbeit der angeschlossenen Körperschaften bleiben unberührt. Ihre Bestrebungen will der Schutzbund vereinheitlichen, Doppelarbeit verhindern und die Wirkung durch planmäßige Zusammenarbeit vervielfachen.“¹¹⁰⁰

Seine lockere Kartellstruktur verhinderte zwar eine straffe, zentrale Führung, doch stellte der Schutzbund mit schließlich etwa 120 angeschlossenen Organisationen in Deutschland, Österreich und Danzig, die insgesamt über zwei Millionen Mitglieder repräsentierten, dennoch eine politische Größe dar. Vor allem bildete er eine wichtige organisatorische Plattform für das Netzwerk einflußreicher Führungseliten aus den unterschiedlichen landsmannschaftlichen, karitativen, kulturpolitischen, patriotisch-nationalistischen und irredentistischen Vereinigungen¹¹⁰¹. Als politische Ergänzung und gewissermaßen zeitgemäßere Alternative zum

¹⁰⁹⁸ Vgl. Vortrag Andres' auf der Mitgliederversammlung in Leipzig (25.05.24), in: SF 5 (1924) 9, S. 129. Vgl. hierzu Manfred WEISSBECKER: Zweckverband der freien Deutschtumsvereine (ZfD) 1922–1932/33, in: FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, Köln 1986, S. 642–646; KREKELER: Deutschtumspolitik, S. 20–30.

¹⁰⁹⁹ Vogel war als Vertreter des Saargebietsschutzes für den „Arbeitsausschuß der Grenzschutzverbände“ in Vorschlag gebracht worden: Vgl. Brief des Saargebietsschutzes an Vogel (21.06.19), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 9.

¹¹⁰⁰ Richtlinien für die Zweigstellen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsausschüsse und Auskunftsstellen des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen zur Ermittlung und Aufklärung der Abstimmungsberechtigten und zur Vorbereitung der Reise der Abstimmungsberechtigten in die Abstimmungsgebiete von Ostpreußen, Westpreußen und Oberschlesien, Berlin 21920, S. 6. Im Entwurf der Satzung war noch von der Pflege des „völkischen Selbstbewußtseins und Selbstwertgefühls beim gesamten deutschen Volke“ die Rede; in der endgültigen Fassung fehlt dieser Passus: Vgl. BA-R 8014/756.

¹¹⁰¹ Vgl. Karl Christian VON LOESCH: Der Deutsche Schutzbund und seine Verbände, in: PRAESENT (Hrsg.): Die Verbände des Deutschen Schutzbundes, S. 1–10; Dorothea FENSCH: Zur Vorgeschichte, Organisation und

„Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA)¹¹⁰² bezog er zunächst im Berliner Schloß Bellevue Quartier, bis er im Frühjahr 1920 eine eigene Geschäftsstelle in der Motzstraße 22 errichtete¹¹⁰³. „*Nicht die deutsche Nation als Staat, sondern das deutsche Volk in seiner regionalen Verbreitung*“ fand die Aufmerksamkeit des selbst erklärten geistigen Zentrums der „volks-deutschen Bewegung“. Allerdings konzentrierte sich die Aktivität des Schutzbundes auch nach den Volksabstimmungen vor allem auf die Ostgebiete¹¹⁰⁴. Alljährlich an Pfingsten veranstaltete er seine Bundestagungen, die den Vertretern der angeschlossenen Organisationen zugleich ein wechselseitiges Kennenlernen und den informellen Austausch ermöglichten. Mit dem Ziel, nationales Gedankengut in der deutschen Bevölkerung zu verbreiten und den „Geist von 1914“ nach der militärisch-moralischen Niederlage wach zu halten, ergaben sich für die Dachorganisation naturgemäß Kontakte zur politischen Rechten der Weimarer Republik¹¹⁰⁵. Je mehr sich der Schutzbund jedoch ab Mitte der zwanziger Jahre von „*einer Kampf- und Werbezentrale innerlich zu einer geistigen Schmiede des Grenz- und Auslandsdeutschtums*“¹¹⁰⁶ wandelte und sich stärker auf die Arbeit jenseits der Reichsgrenzen konzentrierte, distanzierten sich die Reichsbehörden von ihm. Auch der VDA war immer weniger bereit, die teilweise extremen nationalistischen Ambitionen einzelner Mitglieder des Schutzbundes und die Gefährdung seiner eigenen Mitglieder im Ausland mitzutragen; 1928 erklärte er seinen Austritt¹¹⁰⁷.

Die Finanzierung des Schutzbundes erfolgte nur zu einem geringen Teil aus eigenen Mitteln. Abgesehen von den gewaltigen staatlichen Zuwendungen, die er im Vorfeld der Abstimmungen im Osten und während des Ruhrkampfes für propagandistische Zwecke erhielt, subventionierten

Tätigkeit des Deutschen Schutzbundes in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Revanchismus, Rostock 1966, S. 84–91; Bastiaan SCHOT: Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Zur Völkerbundspolitik der Stresemann-Ära, Marburg 1988, S. 106–113.

¹¹⁰² Vgl. Max Hildebert BOEHM: Die Reorganisation der Deutschtumsarbeit nach dem ersten Weltkrieg, in: Ostdeutsche Wissenschaft. Jahrbuch des Ostdeutschen Kulturrates 5 (1959), S. 9–34, hier: S. 18. Bis 1921 führte der Erste Vorsitzende des VDA, Franz von Reichenau, in Personalunion auch den DSB. Ihm folgten in späteren Jahren Friedrich von Lindequist, Karl Friedrich von Loesch/ Adolf Goetz, Friedrich Wilhelm Freiherr von Willissen, Adolf von Trotha und Robert Ernst: Vgl. FENSCH: Deutscher Schutzbund, S. 290 f.

¹¹⁰³ Die Berliner Motzstraße wurde schließlich zum Synonym für die Ideen der „Konservativen Revolution“. Neben dem DSB und dem „Elsaß-Lothringischen Pressedienst“ waren dort unter anderem der „Juniklub“, das „Politische Kolleg“ Martin Spahns, der „Volksdeutsche Klub“, die „Großdeutsche Jugend“, der „Deutsche Hochschulring“ sowie der „Zweckverband der freien Deutschtumsvereine“ ansässig: Vgl. MOHLER, S. 60; VON LOESCH/ VON UNGER, S. 20–25.

¹¹⁰⁴ Zitiert nach FENSCH: Deutscher Schutzbund, S. 296.

¹¹⁰⁵ Einer seiner Protagonisten charakterisierte ihn als „*Aufnahmebecken für Strömungen im deutschen Volke, die zu einer Erneuerung auf volkspolitischen Gebiete drängen*“: VON LOESCH: Der Deutsche Schutzbund, S. 2.

¹¹⁰⁶ Vgl. ebd., S. 7 f. Der Zusatz im Namen des Bundes war bereits 1920 gestrichen worden: Vgl. FENSCH: Deutscher Schutzbund, S. 308.

¹¹⁰⁷ Vgl. Brief des RMbesGeb an die RVP (05.02.28), in: BA-R 1601/1608. Interessant ist auch die Stellungnahme des Ministeriums in einem Brief an das AA (10.05.28, in: Ebd.): „*Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des besetzten Gebietes steht den Methoden des Schutzbundes ablehnend gegenüber. Andererseits ist zweifellos eine kleine, aber einflußreiche Schicht im wesentlichen in gleicher Weise wie der Schutzbund eingestellt.*“ Nach einem Erlaß des RMI Severing vom 10.05.29 sollten Vertreter der Reichsbehörden nicht an der Tagung des DSB in Salzburg teilnehmen, in: Ebd.

das Auswärtige Amt, das Reichsministerium des Innern und preußische Staatsministerien sowohl den laufenden Geschäftsbetrieb als auch die mehrtägigen Bundestagungen. Hinzu kamen nicht unbedeutende Summen aus den Händen einzelner Persönlichkeiten und der deutschen Industrie¹¹⁰⁸.

Aufgrund des Beschlusses der preußischen Staatsregierung vom 8. Juli 1919, die Propaganda in den Abstimmungsgebieten privaten Organisationen unter staatlicher Kontrolle zu übertragen, avancierte der Schutzbund im Vorfeld der Plebiszite in Ost- und Westpreußen bzw. Oberschlesien zum Exekutivorgan der Behörden. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Heimatverbänden zeichnete er für die Erfassung, die Versorgung mit den erforderlichen amtlichen Unterlagen und die technische Durchführung des Transports der etwa 400.000 abgewanderten Abstimmungsberechtigten verantwortlich. Hierzu errichtete er im gesamten Reichsgebiet Zweigstellen, die den lokalen Arbeitsgemeinschaften und zahlreichen Vertrauensleuten als mittlere Anlaufinstanz dienten¹¹⁰⁹. Wurde der Schutzbund ohnehin als „*Versorgungsanstalt für ehemals aktive Offiziere*“ verspottet, so profitierte er hier von den logistischen Erfahrungen der demobilisierten Militärs¹¹¹⁰. Die propagandistischen Maßnahmen des Bundes beschränkten sich nicht allein auf den Kreis der unmittelbar Betroffenen, sondern zielten darauf ab, eine möglichst breite Volksbewegung zu entfachen und damit die polnische Gegenagitation zu entkräften. Nach außen hin sollte der Eindruck entstehen, daß die gesamte Organisation aus dem Solidaritätsgefühl der Bevölkerung entstanden war; so war es sicher kein Zufall, daß hinter der mit großem Aufwand betriebenen Sammelaktion „Grenzspende“ die tatsächlichen Finanzquellen verborgen wurden¹¹¹¹.

Nach den Abstimmungen wurde der Verwaltungsapparat des Schutzbundes wieder für den normalen Geschäftsbetrieb zurückgefahren; trotz seiner Agitation während der Ruhrbesetzung besaß er nicht mehr die gleiche Bedeutung wie zu Beginn seiner Tätigkeit. Ungeachtet dessen blieb er bis zu seiner Gleichschaltung 1933 ein wichtiges informelles Gremium, unter dessen Dach die Führungskader des Grenz- und Auslandsdeutschtums auch weiterhin Querverbindungen knüpfen und aufrechterhalten konnten. Auf seiner letzten ordentlichen Mitgliederversamm-

¹¹⁰⁸ Vgl. FENSCH: Deutscher Schutzbund, S. 297 ff.

¹¹⁰⁹ Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38, bearb. von Gerhard SCHULZE. Bd. 11: 14. November 1918 bis 31. März 1925, Hildesheim [u.a.] 2002, Dok. 51, S. 95 f. Am 12.08.19 präzisierte die Staatsregierung ihren Beschluß und benannte den Schutzbund „*als geeignetste Zentralstelle*“: Zitiert nach FENSCH: Deutscher Schutzbund, S. 300. Zur Kooperation zwischen der RfH und dem Schutzbund im Vorfeld der Volksabstimmungen im Osten, die nach außen hin geheimgehalten wurde: Vgl. WIPPERMANN, S. 171–192. Konkret zu den Hilfsmaßnahmen des Schutzbundes siehe: Richtlinien für die Zweigstellen ...; VON LOESCH/ VON UNGER, S. 14–20, FENSCH: Vorgeschichte, S. 126–149.

¹¹¹⁰ Vgl. BOEHM, S. 20. Zitiert nach FENSCH: Deutscher Schutzbund, S. 299.

¹¹¹¹ Allein der „Abstimmungsfonds für Oberschlesien“ war mit 300 Millionen Mark aus Reichsmitteln dotiert: Vgl. KREKELER: Deutschtumspolitik, S. 14; Peter-Christian WITT: Zur Finanzierung des Abstimmungskampfes und der Selbstschutzorganisationen in Oberschlesien 1920–1922, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 13 (1973), S. 59–76; Richtlinien für die Zweigstellen ..., S. 13 f.

lung im Mai 1936 löste sich der Schutzbund schließlich auf, nachdem seine Aufgaben zuvor weitgehend von nationalsozialistischen Institutionen okkupiert worden waren¹¹¹².

Die Zugehörigkeit im Schutzbund und die Mitarbeit in dessen Gremien war für die Außendarstellung des Saarvereins Anfang der zwanziger Jahre noch vorteilhaft. So wurde unter anderem im Briefkopf der Geschäftsstelle explizit auf die Mitgliedschaft verwiesen, was sich daraus erklären dürfte, daß der „Reichsverband der Deutschen Industrie“ ebenso wie die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ ihre Mitglieder aufgefordert hatten, ausschließlich dem Schutzbund angeschlossene Vereinigungen finanziell zu unterstützen¹¹¹³. In dieser Frühphase beteiligte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ außerdem an der Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Berlin“, einem Zusammenschluß Berliner Vereinigungen des Grenz- und Auslandsdeutschtums, der die Kooperation auf lokaler Ebene zu fördern beabsichtigte¹¹¹⁴. Des weiteren ließ sie sich im Vorfeld der Abstimmungen im Osten in die Schutzbundpropaganda einspannen. Zum einen dürfte dies den Mitarbeitern in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ein wirkliches Bedürfnis gewesen sein, zum anderen waren die Plebiszite der Jahre 1920 und 1921 aber zugleich wertvolle Testläufe für die spätere Abstimmung an der Saar¹¹¹⁵.

Offensichtlich stieß das Vorhaben des Kartellverbandes, die Bestrebungen seiner ihm angeschlossenen Organisationen koordinierend zu vereinheitlichen, auf den Widerstand Vogels, der darin eine nicht hinzunehmende Bevormundung sah. Nach seinem Dafürhalten lag

„aber auch nicht der geringste Grund vor, die Arbeit für das Saargebiet mit irgend einer anderen Stelle zu teilen, wir würden eine solche Änderung im Gegenteil außerordentlich beklagen.“

Nur auf der Basis einer klaren Kompetenzabgrenzung erachtete er die weitere Zusammenarbeit als sinnvoll. Das Konzept, das ihm vorschwebte, hätte – zumindest in Saarfragen – die Degradierung des Schutzbundes zu einer Geldverteilungsanstalt bedeutet, was Vogel durch die Tatsache gerechtfertigt sah, daß die bisherige Arbeit seiner Geschäftsstelle primär praktischer Art gewesen war, wohingegen der Schutzbund „mehr akademische und beratende“ Funktionen wahrgenommen habe. Vogel forderte nicht mehr und nicht weniger als das Monopol in Saar-

¹¹¹² Vgl. FENSCH: Deutscher Schutzbund, S. 305 f.

¹¹¹³ Vgl. ebd., S. 298. Vgl. Brief des Sekretariats von Hugo Stinnes an die GSV (07.09.21), in: BA-R 8014/795. Je tiefer der Graben zwischen DSB und dem BdS wurde, desto stärker bemühte sich Vogel, seinen eigenen Verband als Spitzenorganisation darzustellen.

¹¹¹⁴ Vogel wurde in den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft gewählt. Vgl. hierzu das Einladungsschreiben des DSB an die GSV (17.01.21), in: BA-R 8014/757; „Grundlegendes über den Aufbau des Deutschen Schutzbundes“ (Herbst 1921), in: BA-R 8014/758.

¹¹¹⁵ Beispielsweise schlossen sich Zillessen und Vogel der Forderung der „Heimattreuen Ostpreußen“ an, bei der bevorstehenden Abstimmung unter keinen Umständen vom Friedensvertrag abzuweichen oder protestierten gegen eine Trennung nach in Oberschlesien ansässigen und im Reich wohnenden Abstimmungsberechtigten: Vgl. Briefe der GSV an das AA (04.12.20 und 06.01.21), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1; SF 1 (1920) 15, S. 146; SF 2 (1921) 3, S. 36; SF 2 (1921) 5, S. 59 („*Tut, deutsche Brüder, eure Pflicht! Vergesst Oberschlesien nicht! Seid treu! Bewahrt von Schmach und Schand, vor Polenherrschaft dieses Land!*“); SF 2 (1921) 9, S. 124.

angelegenheiten für den Saarverein; selbst die Schutzbundpropaganda im Ausland sollte nur noch in Absprache mit der Geschäftsstelle erfolgen¹¹¹⁶.

Über dieses generelle Kompetenzgerangel hinaus erfüllte der Schutzbund aus Sicht des Saarvereins nicht die in ihn gesteckten Erwartungen. Wie Vogel dem Vorsitzenden der „Vereinigten Landsmannschaften Eupen-Malmedy“ mitteilte, hatte er schon 1922 fast nichts mehr von ihm gehört, „*der sowohl uns als auch Sie im großen Ganzen im Stich gelassen*“ habe. Dies war – so Vogel – um so mehr zu beklagen,

*„weil der Deutsche Schutzbund in der Tat eine große Aufgabe durch unsere Rückendeckung hätte erfüllen können, wenn er mit etwas mehr Energie und Zielbewußtsein an die Arbeit gegangen wäre.“*¹¹¹⁷

Die Entfremdung zwischen Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und „Deutschem Schutzbund“ war in erster Linie das Resultat der nie beseitigten Konkurrenz in Saarfragen. Folglich ziehen sich die Vorwürfe Vogels, die Berliner Motzstraße werbe systematisch Gelder für Saarpropaganda ein, ohne diese weiterzuleiten, durch den gesamten Schriftwechsel¹¹¹⁸. In dem Maße, wie sich der Schutzbund nicht als die erhoffte Geldquelle erwies, ließ auch das Interesse des Saarvereins an der Mitarbeit nach¹¹¹⁹. Der organisatorische Bruch erfolgte allerdings erst, als die Eigenständigkeit des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Frage gestellt wurde¹¹²⁰. Es dauerte zwar noch über ein Jahr, bis Vogel tatsächlich den Austritt des Saarvereins erklärte, er rechtfertigte diesen dann aber mit der unzureichenden Bewegungsfreiheit innerhalb des Kartells, das keine finanziellen Vorteile gebracht habe¹¹²¹. Die Lösung der offiziellen Bindungen Ende 1925 bedeutete nicht, daß der Kontakt zwischen beiden Verbänden gänzlich abgerissen wäre. Beispielsweise trat Vogel, der zumindest in den Jahren 1922/23 und 1925/26 dem Vorstand des Schutzbundes angehörte, nach der Reorganisation im Jahr 1930 ebenso wie der Bundesvorsit-

¹¹¹⁶ Vgl. Brief der GSV an den DSB (13.07.20), in: BA-R 1603/2519. Der Schutzbund reagierte empört auf die Vorwürfe Vogels: Seine Arbeit sei keineswegs rein akademisch, da er fast die Hälfte der Abstimmungsberechtigten nach Ost- und Westpreußen gebracht und damit den Prozentsatz polnischer Stimmen entscheidend gesenkt habe: Vgl. Brief des DSB an die GSV (17.07.20), in: BA-R 8014/757.

¹¹¹⁷ Brief der GSV an von Broich (30.08.22), in: BA-R 8014/712.

¹¹¹⁸ Beispielsweise: Briefe der GSV an den DSB (14.03.21 und 01.04.21), in: BA-R 8014/757.

¹¹¹⁹ Vogel nahm nicht nur immer seltener an Sitzungen des DSB teil, sondern lehnte schließlich sogar eine monatliche Beitragszahlung von nur 20 Mark ab: Vgl. Brief der GSV an den DSB (18.02.24), in: BA-R 8014/758.

¹¹²⁰ Vgl. Brief der RVP an die GSV (15.09.24), in: BA-R 8014/2521: Der DSB behauptete gegenüber dem RMI, daß der Saarverein eine seiner Unterorganisationen sei, um dadurch die für ihn vorgesehenen Reichsmittel treuhänderisch zu verwalten. Rühlmann riet Vogel deshalb, ebenso wie andere Landsmannschaften über die Neuordnung des Verhältnisses zum DSB nachzudenken: „*Es ist vitalstes Interesse des Bundes ‚Saarverein‘ und ein Gebot der Klarheit, genau wie der Reichsverband der Rheinländer, sich als selbständige Spitzenorganisation gegenüber den Behörden, besonders bei Verteilung von Mitteln, durchzudrücken.*“

¹¹²¹ Vgl. Brief der GSV an den DSB (20.10.25), in: BA-R 1601/1698. Der DSB nahm den Austritt mit Bedauern zur Kenntnis: Brief des DSB an die GSV (12.12.25), in: BA-R 1603/2522. Im Verzeichnis von PRAESENT (1928) taucht der BdS nicht mehr auf.

zende Andres dem „Großen Arbeitskreis“ des Schutzbundes bei¹¹²². Die Federführung bei der Veranstaltung von Vorträgen und Aussprachen über die Saarfrage wollte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ aber bis zur Gleichschaltung nicht nehmen lassen¹¹²³.

Zwei weitere Dachorganisationen, denen der Bund der Saarvereine kurzzeitig angehörte¹¹²⁴, seien hier zumindest am Rande erwähnt: Als Sammelbecken kaiserlicher Offiziersverbände, „gelber“ Angestelltenorganisationen sowie von Vertretern akademischer, deutschnationaler, völkischer und revisionistischer Vereinigungen, zählten die „Vereinigten Vaterländischen Verbänden Deutschlands“ auch den Bund der Saarvereine zu ihren Mitgliedern¹¹²⁵. Deren konservativ-monarchische Prägung und die breite Öffentlichkeitswirkung mögen auf Vogel anfänglich noch eine gewisse Anziehungskraft ausgeübt haben; je mehr sich die Verbände jedoch gegen die offizielle deutsche Außenpolitik stellten und sich gegen die Republik formierten¹¹²⁶, ließ sich die Mitgliedschaft des Bundes nicht länger mit dessen Überparteilichkeit vereinbaren. So erklärte Vogel schon vor der Konferenz von Locarno, die ebenso wie die

¹¹²² Vgl. die entsprechenden Schriftwechsel in BA-R 8014/758–761. Der „*Verband der Verbände*“ (Hans-Adolf JACOBSEN: Hans Steinacher. Bundesleiter des VDA 1933–1937. Erinnerungen und Dokumente, Boppard 1970, S. XXXIX) wurde durch den Zusammenschluß exponierter Persönlichkeiten aus dem Umfeld der verschiedenen Vereinigungen, der Politik, der Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft zu einem „Volksdeutschen Arbeitskreis“ modifiziert. Die maximal 400 kooptierten Mitglieder des „Großen Arbeitskreises“ wählten ihrerseits jährlich die maximal 60 Mitglieder des „Kleinen Arbeitskreises“. Vgl. hierzu: Satzungen des Deutschen Schutzbundes (Volksdeutscher Arbeitskreis) e.V. (19.02.30), in: BA-R 8014/759.

¹¹²³ Aus Protest gegen einen Vortrag Bongards vor dem „Volksdeutschen Klub“ in Berlin am 16.03.32 boykottierte der Saarverein die Veranstaltung; Vgl. Brief der GSV an Ernst (12.03.32), in: BA-R 8014/759.

¹¹²⁴ Außer in den hier näher dargestellten Vereinigungen war der BdS unter anderem Mitglied im „Bund zur Bewahrung Jugendlicher vor Straftaten durch rechtliche Belehrung und rechtlich-sittliche Erziehung“ (BA-R 8014/11-1), im „Deutschen Frauenbund“ (BA-R 8014/725) sowie im „Verein zur Verbreitung guter volkstümlicher Schriften“ (BA-R 8014/725). Die Zahlungsmoral des Bundes ließ zu wünschen übrig. Andererseits traten dem Bund andere Verbände wie die Ortsgruppe Groß-Berlin des „Deutschen Frauenbundes“ (BA-R 8014/725) kooperativ bei. Vogel war stets bemüht, so viele körperschaftliche Mitglieder wie möglich zu rekrutieren; Vgl. beispielsweise die Aufforderung an den „Schleswig-Holsteinerbund“ (16.03.21), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1.

¹¹²⁵ Die GSV gehörte bereits in September 1919 zu den Gründungsorganisationen der „Hauptvermittlungsstelle Vaterländischer Verbände“, die neben ähnlichen Gruppierungen im Januar 1923 in den „Vereinigten Verbänden“ aufging. Vgl. den Schriftwechsel zwischen der GSV und der Hauptvermittlungsstelle sowie deren Satzungen, in: BA-R 8014/720 sowie Kurt FINKER: Vereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands (VvVD) 1922–1933/34, in: FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, Köln 1986, S. 314–321.

¹¹²⁶ Nach ihren Richtlinien erstrebten die Vaterländischen Verbände: „[...] Erneute Wehrhaftmachung des deutschen Volkes, aktive, vom völkischen Staatsgedanken getragene Außenpolitik [...]. Vereinigung der angrenzenden deutschen Sprachgebiete mit dem deutschen Reich zum großdeutschen Gesamtstaat. Abkehr vom Geist der Weimarer Verfassung und Rückkehr zu der den Zeitverhältnissen anzupassenden Bismarckschen Reichsverfassung. Befreiung von der Parlamentsherrschaft und Wiederaufrichtung der angestammten, erblichen, starken monarchistischen Gewalt. Entfernung der jüdischen und sonstigen fremdstämmigen Elemente aus allen Stellungen des öffentlich-rechtlichen Lebens [...]“: Aufzeichnung der Reichskanzlei (Februar 1925), in: BA-R 43-I/770. Zur Republikfeindlichkeit der Verbände vgl. James M. DIEHL: Von der „Vaterlandspartei“ zur „nationalen Revolution“: Die „Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands“ (VVVD)“ 1922–1932, in: VfZG 33 (1985), S. 617–639, insbesondere: S. 623–639.

Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund von der Vereinigung heftig kritisiert wurde, den Austritt¹¹²⁷.

In seinem Kampf gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages und insbesondere gegen den Kriegsschuldvorwurf nach Artikel 231 entwickelte sich der „Arbeitsausschuß Deutscher Verbände“ zu einem Sammelbecken bürgerlicher Verbände und Parteien, in dem sich neben Zentrumspolitikern auch führende Vertreter der Sozialdemokratie engagierten. Er diente der offiziellen Politik gewissermaßen als Ventil, über welches diese unterhalb der diplomatischen Ebene in der Revisionsfrage Druck ablassen konnte. Nach seiner Gründung im April 1921 betrieb er eine rege literarische Aufklärungspropaganda mit begrenzt wissenschaftlichem Anspruch, die sich an ein breites Publikum im In- und Ausland richtete und insbesondere an Schulen und Hochschulen Verbreitung fand¹¹²⁸. Während die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ sich unter den mehreren hundert angeschlossenen Verbänden nicht besonders exponierte und das Verhältnis mangels direkter Kontakte insgesamt als wenig problembehaftet bezeichnet werden kann¹¹²⁹, entzündete sich im Frühjahr 1923 ein kurzzeitiger Streit mit dem Arbeitsausschuß. Vorausgegangen war ein Rundschreiben, in welchem er sein Vorhaben mitgeteilt, sich auch verstärkt Fragen des besetzten Westens zuzuwenden. Die rheinischen Spitzenorganisationen ihrerseits protestierten gegen diese Aneignung ihres ureigensten Arbeitsbereiches, die sie zu reinen Erfüllungsgehilfen des Dachverbandes degradiert hätte. Sie vertraten den Standpunkt,

*„daß der von ihnen gepflegte Heimatgedanke aus schwerwiegenden nationalen und politischen Gesichtspunkten heraus dem vom Arbeitsausschuß vertretenen Gedanken der Sammlung der Berufs- und Parteigruppen weder organisatorisch noch propagandistisch nachstehen darf.“*¹¹³⁰

Die Kontroverse wurde also nicht direkt zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und dem Arbeitsausschuß ausgetragen. Da Vogel aber als einer der Wortführer innerhalb der West-

¹¹²⁷ Vgl. Brief der GSV an die „Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands“ (04.07.25), in: BA-R 8014/722. Auch in den folgenden Jahren, in denen sich die Verbände immer stärker in Richtung DNVP und NSDAP bewegten und der DDR-Historiographie damit als „Wegbereiter der faschistischen Diktatur“ erschienen (FINKER: VvVD, S. 320), gingen der GSV weiterhin Materialien und Einladungen zu.

¹¹²⁸ Vgl. die Darstellung des langjährigen Geschäftsführers Hans DRAEGER (Hrsg.): Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände 1921–1931, Berlin 1931; Max WOLKOWICZ: Arbeitsausschuß Deutscher Verbände (AADV) 1921–1937, in: FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Köln 1983, S. 102–113; Ulrich HEINEMANN: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983, S. 120–154. Zur Kooperation zwischen dem Arbeitsausschuß und der RfH: Vgl. RICHTER, S. 41 f. Die Grundfinanzierung erfolgte durch das AA, weitere erhebliche Zuschüsse erhielt er von Industrie- und Arbeitgeberverbänden.

¹¹²⁹ Die GSV übersandte dem Arbeitsausschuß jeweils ihre neuesten Publikationen und kritisierte regelmäßig das Versäumnis, die Saar bei Veranstaltungen oder auf Flugblättern des Ausschusses gebührend zu berücksichtigen. Aufgrund ihrer Mitgliedschaft erhielt die GSV zunehmend auch Material anderer in der Dachorganisation angeschlossener Verbände. Siehe hierzu allgemein den Schriftverkehr in: BA-R 8014/744–749.

¹¹³⁰ Entschließung der rheinischen Verbände (19.12.22), in: BA-R 1603/2776. Schon zwei Wochen zuvor hatten sie festgestellt: „Die berufenen Träger der Abwehrarbeit gegenüber den imperialistischen Bestrebungen Frankreichs sind in erster Linie die rheinischen Sonderorganisationen [...]“: Protokoll der Besprechung vom 05.12.22, in: BA-R 8014/781. Das Vorgehen des Arbeitsausschusses dürfte die Verbände darin bestärkt haben, den im September 1922 begonnenen Weg zur Gründung eines eigenen Westausschusses weiter zu beschreiten: Siehe hierzu unten S. 262–265.

organisationen betrachtet werden kann, dürfte er ein Werbeschreiben mitgetragen haben, in welchem die rheinischen Spitzenverbände potentielle Geldgeber aufforderten, künftig nur noch die Landsmannschaften als Interessenvertreter der rheinischen Bevölkerung zu unterstützen. Nach einer Beschwerde des Arbeitsausschusses bei Reichsinnenminister Oeser, der RfH sowie dem Auswärtigen Amt gelang es Vogel noch im Laufe des Frühjahres 1923, mit dem Geschäftsführer Wilhelm von Vietsch eine beide Seiten befriedigende Übereinkunft zu finden: In Fragen des Westens, die mit dem Problem der Vertragsrevision zusammenhingen, sollten die Westverbände künftig ihr Vorgehen mit dem Arbeitsausschuß koordinieren, ohne ihre Selbständigkeit einzubüßen¹¹³¹.

Ähnlich problematisch wie mit dem „Deutschen Schutzbund“ gestaltete sich auch die Zusammenarbeit mit dem „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA). Ohne daß es einer schriftlich fixierten Vereinbarung bedurft hätte, tauschte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ mit der 1881 als „Deutscher Schulverein“ gegründeten Organisation Propagandamaterial aus und luden sich beide wechselseitig zu Tagungen und gelegentlichen Vorträgen ein. Aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einem weitverzweigten Netzwerk von Deutschtumsverbänden wie dem „Deutschen Schutzbund“ oder Vereinigungen der Flüchtlingsfürsorge kooperierte sie ohnehin bereits seit ihrer Gründung indirekt mit dem VDA¹¹³². Als dieser seine Glückwünsche zum Bielefelder Zusammenschluß übermittelte, bekundete Vogel seine Bereitschaft, *„auf allen Gebieten, die Ihren und unseren Zielen gemeinsam sind, gern mit Ihnen zusammenzuarbeiten.“*¹¹³³ In den Akten finden sich jedoch nur Vereinbarungen zu einem einzigen konkreten Projekt, bei welchem die in Aussicht gestellte Kooperation Konturen annehmen sollte: Auf der Grundlage von Geldsammlungen war die Schaffung einer im Saargebiet ansässigen Organisation anvisiert, welche vor allem die Kinder von Markempfängern und Kleinrentnern durch Prämien unterstützen sowie mit den erforderlichen Schulmaterialien und geeignet erscheinenden Druckschriften versorgen sollte. Die Initiative des stellvertretenden VDA-Vorsitzenden Hans Seebohm aufgreifend, machte sich die Geschäftsstelle auf die Suche nach einem gemeinsamen Ansprechpartner für diese Schulpropaganda. Angesichts der galoppierenden Inflation waren die zehn Millionen Mark, die der VDA dem Saarschulfonds stiftete, allerdings nicht mehr als der

¹¹³¹ Vgl. Werbeschreiben (21.03.23), in: BA-R 1603/2777; Beschwerdebrief des „Arbeitsausschusses Deutscher Verbände“ an das RMI (16.04.23), in: BA-R 8014/744; Vereinbarung zwischen Vogel und Dr. von Vietsch (26.06.23), in: Ebd.

¹¹³² Dessen Ziel war es, das Deutschtum jenseits der Reichsgrenzen zu erhalten und zu stärken sowie die Erinnerung der nach 1918 verlorenen Gebiete im Bewußtsein der Deutschen zu verankern. Zum VDA während der Weimarer Republik: Vgl. Rudolf LUTHER: Blau oder braun? Der Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) im NS-Staat 1933–1937, Neumünster 1999, S. 28–34; JACOBSEN: Steinacher, S. XXXVIII f.

¹¹³³ Brief der GSV an den VDA (07.01.21), in: BA-R 8014/793.

berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Mangels finanzieller Grundlage dürfte das Projekt letzten Endes gescheitert sein¹¹³⁴.

Nach einer darauf folgenden etwa zweijährigen Phase, in welcher die Kontakte ruhten, begann sich das bis dahin zwar lockere, aber doch weitgehend reibungsfreie Verhältnis zu verschlechtern. Wie so oft, wenn der Bund mit anderen Organisationen in einen Konflikt geriet, entzündete sich der Streit in der von Vogel für angemessen empfundenen Verteilung finanzieller Unterstützungen. Der VDA wollte im rheinisch-westfälischen Revier eine Lotterie mit dem Namen „Deutsch die Saar“ veranstalten, deren Erlös Helene von Vopelius zugute kommen sollte¹¹³⁵. Da aller Protest seitens der Geschäftsstelle nicht fruchtete und der VDA zu einer Subventionierung der Saarvereins-Arbeit nicht bereit war¹¹³⁶, ging Vogel auf Konfrontationskurs: Obwohl er selbst gelegentlich als Redner auf Veranstaltungen des VDA aufgetreten war, machte er in den folgenden Jahren mehrfach gegen die Vereinigung mobil¹¹³⁷. Er zog sich dabei auf den Standpunkt zurück, daß eine Kooperation mit dem VDA den unerwünschten Eindruck erwecken könnte, daß das Saargebiet völkerrechtlich betrachtet Ausland sei und die Saarländer somit zum Auslandsdeutschtum zählten. Nach einer vermeintlichen Zuschrift im „Saar-Freund“ eskalierte der Konflikt schließlich im Frühjahr 1932: Ein Saarbrücker VDA-Mitglied hatte vehement gegen ein Referat über das Saargebiet auf der VDA-Jahrestagung in Elbing protestiert. Da sich auch die Schriftleitung den Vorwurf zu eigen machte, der VDA habe sich Kompetenzen an-

¹¹³⁴ Vgl. Protokolle der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 19.06.23 (20.06.23, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091 und 22.06.23, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2). Siehe auch den Schriftwechsel zwischen GSV, VDA und Stadtschulrat Bongard im Frühjahr 1923, in: BA-R 8014/793.

¹¹³⁵ Vgl. Brief der GSV an Otto Bauer (13.01.27), in: BA-R 8014/1082. Die Tanzvorführungen der Kindergruppe um Vopelius im Reich hatten sich seit längerem das Mißfallen des Saarvereins zugezogen, da dort Gelder gesammelt wurden, die nicht mehr der eigenen Organisation zugute kamen: Vgl. Brief der GSV an Oberregierungsrat Moritz (17.01.27), in: BA-R 8014/482. Angesichts weiterer Ausfälle gegen Vopelius (SF 6 (1925) 23, S. 39; SF 7 (1926) 11, S. 178) mutet es fast ironisch an, wenn BOURSON (S. 67) feststellt, daß sich Helene von Vopelius in engen Beziehungen zum Saarverein befand. Bis März 1930 verzeichnete sie mit ihrer Gruppe 60 Auftritte im Reich: Vgl. Brief Helene von Vopelius' an Frau von Engelbrechten (06.01.30), in: Staatsarchiv Bremen, 3-V.2/ 2053.

¹¹³⁶ Vgl. Brief des VDA an die GSV (30.03.28), in: BA-R 8014/794. Wie von Friedberg dem Vorsitzenden des VDA mitteilte, fand dies durchaus die Zustimmung seines Ministeriums, da die Förderung des BdS nicht zum Aufgabenkreis des VDA gehöre: Vgl. Brief des AA an den VDA (19.03.29), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093. Immerhin übernahm der VDA zu dieser Zeit die Verteilung von Propagandamaterial für die GSV: Vgl. SF 9 (1928) 9, S. 146.

¹¹³⁷ Vgl. Brief der GSV an Sester (04.06.27), in: BA-R 8014/465; Brief der GSV an die Deutsch-Nordische Burse (22.07.31), in: BA-R 8014/1032; Brief der GSV an Nagel (22.04.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 10; S.Z. Nr. 174 (29.06.25). Für den cholerischen Vogel ist es bezeichnend, daß er – einmal in seiner Ehre getroffen – dabei selbst den Konflikt mit dem AA billigend in Kauf nahm, welches den VDA wohlwollend protegierte. Zudem ließ Vogel die Chance verstreichen, über die 5.500 Schulgruppen und 3.200 Ortsverbände des VDA mit etwa 300.000 Mitgliedern (Stand 1932: JACOBSEN: Steinacher, S. XXXVIII; LUTHER, S. 33) ein für die Saarfrage aufnahmebereites Publikum zu erreichen. Bis dahin hatte sich die Kooperation mit dem VDA prestigesteigernd für den Saarverein ausgewirkt, weshalb er in seinen Rundschreiben gerne auf sie hinwies.

geeignet, die ihm nicht zugestanden hätten¹¹³⁸, nahm dieser erstmals zu den Anschuldigungen selbst Stellung: Wie die Tätigkeit in Österreich und Danzig sowie die anderen Referate gezeigt hätten, beschäftige sich der VDA keineswegs ausschließlich mit auslandsdeutschen, sondern auch mit grenzlanddeutschen Fragen und er könne sich daher durchaus auch dem Problem der Saar zuwenden¹¹³⁹. Erst die Vermittlung des Bundesvorsitzenden Andres ließ die Emotionen auf beiden Seiten abkühlen¹¹⁴⁰. In einer persönlichen Aussprache zwischen Seebohm und Vogel wurden die Spannungen schließlich erfolgreich abgebaut, was zur Folge hatte, daß sich der Schriftverkehr in den wenigen Monaten bis zur Gleichschaltung des Bundes wieder intensivierte. Auf der Pfingsttagung des VDA 1934 ergriff zwar Gustav Simon das Wort, doch trat er auf dem Trierer Palastplatz in erster Linie als gastgebender Gauleiter und weniger als Bundesführer der Saarvereine in Erscheinung¹¹⁴¹.

Da die Intention des „Deutschen Auslands-Instituts“ (DAI) in Stuttgart, die Verbindung zwischen Auslands- und Binnendeutschum zu fördern sowie das Wissen über andere Länder und Völker im Reich zu verbreiten, nicht mit dem Arbeitsgebiet des Saarvereins kollidierte, blieben die wenigen Kontakte zwischen und Institut von derartigen Reibereien verschont. Die Sachinformationen für die Rubrik „Das Saargebiet“ in der Zeitschrift des DAI „Der Auslandsdeutsche“ stammten aus der Feder Vogels, der die Geschäftsstelle auch bei der Einweihung des „Hauses des Deutschtums“ 1925 vertrat¹¹⁴².

b) Die Kooperation mit den Landsmannschaften des Westens¹¹⁴³

Aufgrund ähnlicher Interessenlage wäre zu erwarten, daß die Kontakte zu anderen Landsmannschaften nicht von derartigen Konflikten geprägt waren, wie sie zwischen Geschäftsstelle „Saar-

¹¹³⁸ Vgl. SF 13 (1932) 8, S. 121. Daß es hierbei in erster Linie darum ging, die Referentin des Saarvortrages Helene von Vopelius zu treffen, zeigt das Protestschreiben der GSV aus dem Vorjahr. Dort hatte Vogel im Vorfeld der Aachener Pfingsttagung noch selbst gerügt, daß zwar eine Rheinlandkundgebung vorgesehen war, das Saargebiet aber anscheinend übergangen werden sollte. Der VDA erweiterte daraufhin sein Vortragsprogramm entsprechend: Vgl. Brief der GSV an den VDA (28.04.31), in: BA-R 8014/794.

¹¹³⁹ Vgl. Brief des VDA an die GSV (21.04.32), in: Ebd.

¹¹⁴⁰ Vgl. Briefe Andres an Vogel (28.04.32 und 05.05.32), in: Ebd.

¹¹⁴¹ Vgl. hierzu: Hans WESTHOFF (Bearb.): Deutsches Land an Rhein, Mosel und Saar. Festgabe des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland anlässlich seiner „Saarbrücker Tagung an Rhein und Mosel“ Pfingsten 1934, hrsg. von der Reichsführung des VDA, Mainz 1934.

¹¹⁴² Vgl. SF 6 (1925) 11, S. 166; Brief der GSV an das DAI (03.12.20), in: BA-R 8014/616. Die Stuttgarter Ortsgruppe stand zwar in regerem Kontakt mit dem DAI, allerdings beschränkte sich dieser größtenteils auf den gegenseitigen Austausch von Schriftmaterial. Vgl. allgemein: Ernst RITTER: Das deutsche Auslands-Institut in Stuttgart 1917–1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1976, S. 31–53.

¹¹⁴³ Im Gegensatz zu Organisationen wie dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, dem „Jungdeutschen Orden“, dem „Werwolf“, dem „Stahlhelm“ oder Krieger- und Offiziersvereinigungen fanden die verschiedenen deutschen Landsmannschaften so gut wie keine Beachtung seitens der französischen Informationsstellen in Deutschland. Vgl. hierzu exemplarisch die Note Tirards für die H.I.C.T.R. (25.05.28), in: AN, AJ⁹683 sowie MAE, Allemagne 342–345. Lediglich einzelne Berichte über Versammlungen und die Struktur des „Reichsverbandes der Rheinländer“ finden sich in: MAE, Rive Gauche 194 f.

Verein“ und den Verbänden der Deutschtumspflege zeitweise herrschten. Größtenteils trifft diese Vermutung auch zu. Der Saarverein unterhielt – wenn überhaupt – zum überwiegenden Teil der Heimatverbände mit regionaler oder lokaler Ausrichtung normale Beziehungen, ohne daß es zu nennenswerten Auseinandersetzungen sachlicher Art gekommen wäre. Allerdings verbat sich Vogel, mit diesen über einen Kamm geschoren zu werden, denn schließlich sei der Bund der Saarvereine

*„nicht eine landsmannschaftliche Vereinigung, die sich aus den verschiedenen landsmannschaftlichen Theater-, Wander-, Karnevals- und anderen Vereinen zusammensetzt, sondern eine Organisation, die alle deutschen Männer und Frauen umschließen soll, die sich die Deutscherhaltung des Saargebietes zum Ziele gesetzt haben. Ihre Arbeit ist ernstesten nationalen Dingen gewidmet, die sich mit den alltäglichen Vereinsangelegenheiten nicht vereinbaren lassen.“*¹¹⁴⁴

Vereinigungen hingegen, in deren Heimatregion ebenfalls durch den Versailler Vertrag Plebiszite stattfanden, brachte Vogel größeren Respekt entgegen. Entsprechende Durchhalteparolen sollten den dortigen Deutschtumskämpfern Mut machen¹¹⁴⁵. Gemeinsam mit anderen Verbänden trat der Saarverein gelegentlich auch als Mitveranstalter von Protestveranstaltungen auf, die keine Saarthemen tangierten, so beispielsweise im Februar 1922 in Berlin *„für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschböhmen“*¹¹⁴⁶.

Wie das folgende Beispiel des „Reichsverbandes der Rheinländer“ belegt, konnte sich die Kooperation dann zu einer Konkurrenz entwickeln, wenn sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ entweder in ihrer Propagandaarbeit in Frage gestellt oder ihre ausreichende Finanzierung gefährdet sah.

Der „Reichsverband der Rheinländer“ wurde im August 1921 durch den ehemaligen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Paul Kaufmann (1856–1945) sowie den Staatssekretär im preußischen Handelsministerium Dönhoff als Dachverband bereits bestehender rheinischer Vereine ins Leben gerufen. Nach drei Monaten hatten sich schon 94 Ortsgruppen angeschlossen¹¹⁴⁷. Die schnelle Entwicklung des Verbandes, eventuell schon die Gründung selbst,

¹¹⁴⁴ SF 4 (1923) 8, S. 99. Hintergrund war der Vorschlag des „Vereins der Pfälzer“ alle entsprechenden Landsmannschaften in einem „Reichsverband des besetzten Westdeutschland“ aufgehen zu lassen. Trotz dieser Arroganz gegenüber den „reinen“ Landsmannschaften war Vogel durchaus bemüht, diese als körperschaftliche – und damit zahlende – Mitglieder für den Bund zu gewinnen. Vgl. Brief der GSV an den „Verein der Württemberger zu Berlin“ (16.02.23), in: BA-R 8014/150.

¹¹⁴⁵ Vgl. Telegramm an den „Schleswig-Holsteinerbund“, in: SF 2 (1921) 7, S. 83. Nachdem die Vereinigung am Vortag telegraphisch *„mit inniger Teilnahme der Leiden des Bruderstammes an der Saar“* gedacht hatte, bat Vogel den Bund, körperschaftliches Mitglied im BdS zu werden: Vgl. Brief der GSV an den „Schleswig-Holsteinerbund“ (16.03.21), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1.

¹¹⁴⁶ Vgl. SF 3 (1922) 3, S. 48. Weitere Veranstalter waren u.a. der „Alldeutsche Verband“, der „Deutschnationale Kolonialverein“ und der „Hilfsverein für Deutschböhmen und Sudetenländer e.V.“.

¹¹⁴⁷ Organisatorisch war der Reichsverband aus dem „Hilfsaussschuß für Rheinländer“ hervorgegangen. Vgl. Verzeichnis der Ortsgruppen des „Reichsverbandes der Rheinländer“ (01.11.21), in: BA-R 1603/2722. Teilweise waren die Vereine noch im Entstehen begriffen. *„Der Verband will ein enges Gemeinschaftsgefühl der im unbesetzten Deutschland lebenden Landsleute aus den besetzten Gebieten am Rhein erhalten, zu Gunsten notleidender Landsleute fürsorglich eingreifen und im weitesten Kreisen des Volkes das Verständnis*

ging zurück auf die Protektion der „Rheinischen Volkspflege“, die ihm für 1925 drei Millionen RM aus dem Fonds für „Kulturelle Fürsorge im besetzten Gebiet“ zur Verfügung stellte¹¹⁴⁸. In diesem Jahr erreichte der Reichsverband mit den Vorbereitungen zur Rheinischen Jahrtausendfeier im Sommer 1925 seinen propagandistischen und organisatorischen Höhepunkt¹¹⁴⁹; in der zweiten Hälfte der Zwanziger sank er zur Bedeutungslosigkeit herab¹¹⁵⁰.

Mit der Zusammenfassung der Rheinländervereinigungen war dem Bund der Saarvereine im Sommer 1921 eine unliebsame Konkurrenz entstanden, die dem weiteren Ausbau der eigenen Organisation einen Riegel vorschob¹¹⁵¹. Da der Reichsverband dazu übergegangen war, außer Rheinländern auch Rheinhessen, Pfälzer und Saarländer als Mitglieder zu gewinnen, stand zu befürchten, daß sich beide Verbände wechselseitig das Wasser abgraben würden. Unter der Devise „*getrennt marschieren und vereint schlagen*“¹¹⁵² gingen Reichsverband und Bund schließlich im März 1922 eine Arbeitsgemeinschaft ein: Unter Wahrung ihrer vollen Selbständigkeit verpflichteten sich beide Vereinigungen, künftige Ortsgruppengründungen mit dem Partner zu koordinieren, wechselseitig den anderen Verband zu Bundestagungen einzuladen sowie Aufrufe zu größeren Veranstaltungen und Protestkundgebungen gemeinsam zu unterzeichnen. Die Arbeitsgemeinschaft, die auch auf die beiden Geschäftsstellen ausweitete wurde, bestand darin, daß die Verbände

für die geistigen und wirtschaftlichen Werte der Rheinlande im Zusammenhange des deutschen Volkstums sowie die Notwendigkeit inniger vaterländischer und kultureller Verbundenheit zwischen dem besetzten und freien Deutschland vertiefen. Zu diesem Zwecke werden im unbesetzten Deutschland lebende Rheinländer und Rheinlandfreunde [...] zu einem Verbände zusammengeschlossen. Von allen parteipolitischen und konfessionellen Bestrebungen hält sich der Verband grundsätzlich fern.“ Sowohl Einzelpersonen als auch Körperschaften konnten Mitglieder werden: Vgl. Satzungen (1923), in: BA-R 8014/770. Seine Ziele versuchte er mit ähnlichen Methoden wie der BdS zu erreichen, so daß diese hier nicht erneut dargestellt werden müssen: Vgl. Eingabe des „Reichsverbandes der Rheinländer“ an das RMbesGeb (12.07.25), in: PA AA, II a Besetztes Rheinland, R 74.593. Siehe auch BayHStA, MA 108.044.

¹¹⁴⁸ Vgl. Vermerk des StS in der Reichskanzlei (25.11.25), in: BA-R 43-I/195. Auch der laufende Geschäftsbetrieb wurde ebenso wie besondere Veranstaltungen durch Reichs- und Staatsmittel finanziert. Die Subventionierung des „Rheinischen Beobachters“ durch die RVP wurde bereits auf S. 163 ff. thematisiert.

¹¹⁴⁹ Vgl. BA-R 8014/771.

¹¹⁵⁰ Deutlichstes Anzeichen hierfür war die Auflösung der eigenen Geschäftsstelle in der Berliner Sigismundstraße im Sommer 1928; der langjährige Geschäftsführer Hans Joseph Klöckner ließ sich von seinen Aufgaben entbinden: Vgl. Rundschreiben des Westausschusses an seine Mitglieder (30.08.28), in: BA-R 1603/2780.

¹¹⁵¹ Der Expansion des Bundes räumte Vogel absolute Priorität ein; er ermunterte seine Ansprechpartner im Reich sogar, sich mit Ortsgruppengründungen zu beeilen, um dem Reichsverband zuvorzukommen, der – so Vogel – „*unsere Organisation in jeder Weise nachzuahmen bemüht*“ war. Brief der GSV an den Musikdirektor der Universität Göttingen, Hogrebe (14.03.22), in: BA-R 8014/150. Ähnlich auch der Brief der GSV an Landgerichtspräsident Gerstein (25.10.21), in: BA-R 8014/148.

¹¹⁵² Brief der GSV an Klöckner (14.03.22), in: BA-R 8014/770.

*„in engster Fühlung miteinander verbleiben und alle wichtigen Fragen von allgemeiner Bedeutung gemeinsam erledigen. Eingaben von besonderer Bedeutung sollen ebenfalls gemeinschaftlich gemacht werden.“*¹¹⁵³

Das Gefühl, trotz der wichtigen Aufgaben, die man stellvertretend für die Reichsbehörden im Saargebiet wahrnahm, im Vergleich zum Reichsverband von staatlicher Seite stiefmütterlich behandelt zu werden, und das hieraus resultierende Konkurrenzgehabe wurde durch diese Fusion allerdings keineswegs beseitigt¹¹⁵⁴.

Abgesehen von der gemeinsam veranstalteten Bundestagung 1925 sowie der Zusammenarbeit im Westausschuß und im Volksbund „Deutscher Rhein“¹¹⁵⁵, besaß das Arrangement in den folgenden Jahren kaum praktische Bedeutung; nur einmal scheint die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ versucht zu haben, die Synergieeffekte der Arbeitsgemeinschaft zu nutzen: Im Oktober 1925 trat Vogel an die Ortsgruppen des Reichsverbandes mit der Bitte heran, zur Anlegung einer Abstimmungsberechtigten-Kartothek je ein Mitglied als Verbindungsmann zu benennen. Der Bitte der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ kann nur wenig Erfolg beschieden gewesen sein, da Anfang 1928 ein fast gleichlautendes Rundschreiben folgte¹¹⁵⁶ und sich die Korrespondenz zwischen beiden Verbänden zu dieser Zeit auf eher unpolitische Aktivitäten wie Einladungen zu Vergnügungsveranstaltungen beschränkte. Da der Partnerverband aber über 120 Ortsgruppen im Reich verfügte, von denen immerhin ein Viertel als politisch wertvoll eingestuft wurde¹¹⁵⁷, versuchte Vogel, ihn über die Erfassung der Abstimmungsberechtigten hinaus vor den eigenen Propagandakarren zu spannen. Angesichts der drohenden Gefahr, daß die Saar *„deutscherseits auf Grund der deutsch-französischen Verständigungspolemik“* ins Hintertreffen geraten könne, forderte Vogel die Verbindungsleute des Reichsverbandes auf, Aufklärungs- und Protestversammlungen zu organisieren. Im Gegenzug versprach er, bei Bedarf Redner zum Saarproblem zu stellen¹¹⁵⁸.

¹¹⁵³ Vgl. Vertrag (22.03.22), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1. Sehr knappe Meldung in SF 3 (1922) 7, S. 111.

¹¹⁵⁴ Noch zwei Monate nach Abschluß des Abkommens forcierte Vogel die Gründung einer eigenständigen Saargruppe in Breslau, die in ihrer Entwicklung von einer Ortsgruppe des Reichsverbandes behindert wurde: Vgl. Brief der GSV an Hugo Diener (17.05.22), in: BA-R 8014/276. Da derartige Fragen auch noch auf der Leipziger Bundestagung 1924 debattiert wurden, scheint es sich um keinen Einzelfall gehandelt zu haben: Vgl. SF 5 (1924) 9, S. 129. Vgl. ebenfalls Brief der GSV an von Broich (30.08.22), in: BA-R 8014/712. Allerdings verspürte das AA kein Bedürfnis, sich in die Querelen einzumischen. Entscheidend sei *„ja nicht, wer in dem einen oder anderen Falle die Sache macht, sondern daß die Sache gut gemacht wird und daß alle sich zu einträchtigem Arbeiten zusammenfinden.“* Brief der Presseabteilung an die GSV (20.06.23), in: BA-R 8014/670.

¹¹⁵⁵ Siehe dazu unten. Der „Reichsverband der Rheinländer“ war anders als der BdS weder Mitglied im DSB noch im „Arbeitsausschuß Deutscher Verbände.“

¹¹⁵⁶ Vgl. Rundschreiben an die Ortsgruppen (01.10.25 und Januar 1928), in: BA-R 8014/153.

¹¹⁵⁷ Die Einschätzung stammte von der RVP: Vgl. Protokoll der Besprechung vom 27.05.27 (31.05.27), in: BA-R 1603/2712.

¹¹⁵⁸ Vogel selbst referierte mehrfach vor Ortsgruppen des Reichsverbandes, z.B. in Mai 1928 in Kiel (SF 9 (1928) 11, S. 176), am 30.11.28 in Stralsund (SF 9 (1928) 23, S. 436; SF 9 (1928) 24, S. 454 f.) oder am 03.12.28 in Königsberg (SF 9 (1928) 24, S. 455; SF 10 (1929) 1, S. 17). Andererseits lehnte es Vogel ab, für den Reichsverband zu werben: Vgl. Brief der GSV an Posselt (31.01.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5.

Mit der alliierten Räumung des Rheinlandes im Jahr 1930 und der damit verbundenen Auflösung des Rheinministeriums sowie der RVP geriet der Reichsverband in eine tiefe Identitätskrise. Mit Ausnahme der Entmilitarisierungsbestimmungen war schließlich die Souveränität des Reiches im Rheinland wiederhergestellt und damit die eigentliche Aufgabe der Vereinigung erreicht. Nach längerer Debatte einigte sich der geschäftsführende Vorstand dennoch auf den Fortbestand des Verbandes, wenngleich nun eher ideelle Ziele anvisiert wurden:

*„Es können große Fragen auftauchen und es wäre ein Jammer, wenn wir dann nicht beständen. Vom landsmannschaftlichen Gedanken müssen wir zum Gedanken der Volksgemeinschaft kommen.“*¹¹⁵⁹

An einer Weiterexistenz des Reichsverbandes hatte der Bund der Saarvereine hingegen kaum Interesse, wäre er durch dessen Auflösung gerade während der Weltwirtschaftskrise doch eines unliebsamen Konkurrenten bei der Werbung privater und öffentlicher Zuschüsse ledig geworden. So überrascht es nicht, daß Vogel im Frühjahr 1931 einen Rettungsversuch Kaufmanns und Dönhoffs zu sabotieren versuchte: Er wandte sich an die gleichen Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft, die zuvor vom Reichsverband um Unterstützung angegangen worden waren, mit einem eigenen Rundschreiben und forderte diese ebenso wie staatliche Behörden und die Ortsgruppen des Reichsverbandes explizit auf,

*„unter Führung des Bundes der Saarvereine und mit der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ sich mit allen Kräften jetzt lediglich und ausschließlich nur mit der Saarfrage zu beschäftigen.“*¹¹⁶⁰

Obwohl die Führungsrolle des Bundes der Saarvereine pro forma akzeptiert wurde¹¹⁶¹, war dem Versuch, dem Reichsverband eine neue Aufgabe zu oktroyieren, kein großer Erfolg beschieden. Daran änderte auch die Aussprache im Herbst 1931 zwischen den Vorsitzenden beider Verbände nichts, in der Andres erneut *„die richtungsgebende Leitung streng einheitlich“* für den eigenen Verein reklamierte¹¹⁶². Sei es, daß Vogel mit seinem Vorgehen die Rheinländer brüskierte, die es nach jahrelanger Eigenständigkeit ablehnten, vom Bund der Saarvereine „gleichgeschaltet“ zu werden, sei es, daß das Interesse an erneuter propagandistischer Betätigung schlichtweg erloschen war – eine merkliche Steigerung ihres Engagements für die Saar ist erst nach 1933

¹¹⁵⁹ So Direktor Scheffen nach dem Protokoll der Vorstandssitzung vom 08.03.30, in: BA-R 1603/2780. Auch StS Dönhoff äußerte sich ähnlich: *„Im Innern wird er [der Reichsverband – F.B.] sich nach wie vor bemühen müssen, die Durchsetzung des Gedankens der Volksgemeinschaft gegenüber Auswüchsen des Parteienwesens zu fördern.“*

¹¹⁶⁰ Rundschreiben der GSV (01.04.31), in: BA-R 8014/773. Vogel konnte hierbei auf einen Beschluß des „Westausschusses“ von Dezember 1931 verweisen, der zwar keine Hierarchien schaffen, in Saarfragen aber dem BdS die Federführung überlassen wollte: Vgl. Brief Mehrmanns an die GSV (29.04.31), in: BA-R 8014/799. Um sicherzustellen, daß die Jahrestagung der Rheinländer im April 1931 in Koblenz einen entsprechenden Beschluß fassen würde, entsandte Vogel den Vorsitzenden der Koblenzer Saarvereinsgruppe Heinz Kellner als Spitzel des Saarvereins: Vgl. Brief der GSV an Kellner (09.04.31), in: BA-R 8014/773.

¹¹⁶¹ Vgl. Jahresbericht auf der Mitgliederversammlung in Koblenz, in: Deutsche Grenzlande 10 (1931) 11/12, S.192.

¹¹⁶² Vgl. SF 13 (1932) 1, S. 14 f.

feststellbar, als ganze Ortsgruppen dem Bund der Saarvereine korporativ beitraten und Kundgebungen für die Rückgliederung des Saargebiets auf die Beine stellten¹¹⁶³.

Daß die Zusammenarbeit mit anderen Landsmannschaften des Westens keineswegs in derartiger Rivalität ausarten mußte, sollen zwei Beispiele zeigen.

Die Kontakte der Geschäftsstelle zu verschiedenen Organisationen, die ihren Wirkungsbereich auf das nach 1918 verlorene Reichsland Elsaß-Lothringen konzentrierten, datierten noch aus der Zeit der Friedensverhandlungen. Schon der Saargebietsschutz hatte die Notwendigkeit der propagandistischen Unterstützung derartiger Vereinigungen erkannt, erleichterte dies doch die eigene Argumentation hinsichtlich des „urdeutschen“ Charakters der Saarländer und des Saargebietes¹¹⁶⁴. So kooperierte die Geschäftsstelle in den folgenden Jahren sowohl mit dem „Hilfsbund der vertriebenen Elsaß-Lothringer im Reich“, was insbesondere in der Flüchtlingsfürsorge zum Tragen kam¹¹⁶⁵, als auch mit der im Januar 1923 gegründeten „Altelsaß-lothringischen Vereinigung“, für dessen Monatsschrift „Elsaß-Lothringen Heimatstimmen“ der „Saar-Freund“ regelmäßig warb¹¹⁶⁶. Ebenso versuchte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Konfrontationen mit den diversen Hilfsverbänden für die Pfalz zu vermeiden, obwohl in der Zusammenarbeit durchaus Konfliktpotential vorhanden war. Es kann als Indiz für die erst unzureichende Verbreitung der eigenen Organisation im ehemals bayerischen Teil des Saargebietes gewertet werden, daß Vogel auf das Angebot des „Bundes der Pfälzer“ einging, diesen mit Fürsorgemaßnahmen in der Saarpfalz zu betrauen¹¹⁶⁷. Schon drei Monate später hingegen erklärte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gegenüber dem „Pfälzer Hilfsbund in Unterfranken“ ihre Bereitschaft, sich

¹¹⁶³ Vgl. hierzu die entsprechenden Berichte in: BA-R 8014/772 ff.

¹¹⁶⁴ Auch die deutschen Behörden hatten eineinhalb Jahre nach Kriegsende das Denken in militärstrategischen Kategorien noch nicht abgelegt: Nach Ansicht der RVP beispielsweise bildeten Elsaß-Lothringen und das Saargebiet „*die Ausfallspforte für die französischen Ausdehnungsbestrebungen. Wenn Frankreich um das Elsaß schwer zu kämpfen hat, ist das übrige Rheinland mehr oder weniger gerettet.*“: „Die kulturpolitische Arbeit der Beigestelle“ (Juni 1920), in: BA-R 1603/2154.

¹¹⁶⁵ Vgl. BA-R 8014/763 f.

¹¹⁶⁶ Vgl. beispielsweise SF 4 (1923) 11, S. 152. Zu den verschiedenen Organisationen während der Weimarer Republik vgl. BARIÉTY: Les relations, S. 8–14; Robert ERNST: Rechenschaftbericht eines Elsässers, Berlin 21954, S. 129–156.

¹¹⁶⁷ Vgl. Brief des Heidelberger „Bundes der Pfälzer“ an die GSV (11.02.20) und Antwortschreiben (14.02.20), in: BA-R 8014/791. Obwohl durch den Versailler Vertrag sowohl preußische als auch bayerische Territorien im neugeschaffenen Saargebiet vereint wurden, konzentrierte sich die Propagandatätigkeit der Berliner GSV anfangs stärker auf die einstigen Teile der Rheinprovinz – und hier v.a. auf Saarbrücken – als auf die westlichen Ausläufer der Pfalz. So schwer es für den überzeugten Preußen Vogel auch schwer gewesen sein mag, die willkürliche Grenzziehung des Retortenstaates „Saargebiet“ nachzuvollziehen, dürften potentielle Ressentiments gegen Bayern kaum die Vernachlässigung der Saarpfalz hinreichend erklären. Selbst im bayerischen St. Ingbert geboren, hatte sich Vogel stets nach Saarbrücken orientiert; dort ging er zur Schule, machte er seine ersten journalistischen Erfahrungen, dort heiratete er und knüpfte seine zahlreichen Kontakte, die ihm in seiner späteren Tätigkeit im Saarverein hilfreich werden sollten. Auch ohne daß die von der Saarmetropole nur wenige Kilometer entfernte Grenze die beiden Staatsgebiete hermetisch abgeriegelt hätte (vgl. Fritz JACOBY: Bayern und Preußen an der Saar, in: MALLMANN [u.a.] (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie, S. 27–30, hier: S. 29), besaß Vogel so gut wie keine Verbindungen nach dort. Siehe hierzu auch die Ausführungen zum Vertrauensmännersystem der GSV in Kap. 3.3 a.

„der Bewohner dieses Gebietes [der nichtsaarländischen Pfalz – F.B.] genau wie der Bewohner des Saargebietes anzunehmen, und auch auf anderen Gebieten die Interessen dieses Teils der Pfalz wahrzunehmen und zu vertreten“.

Hierzu müßte sie aber „von irgend einer maßgebenden Stelle dazu ermächtigt werden“. Da sich hinter dem Hilfsbund der Würzburger Regierungspräsident Julius von Henle verbarg, scheint die angestrebte Ermächtigung nichts anderes als der Versuch gewesen zu sein, von der bayerischen Staatsregierung als Partner anerkannt zu werden, was der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bei anderen staatlichen Behörden, aber auch privaten Geldgebern als Türöffner gedient hätte¹¹⁶⁸. In enger Fühlungnahme mit dem Staatskommissar für die Pfalz war im Juni 1923 der „Pfälzer Treubund“ ins Leben gerufen worden, der nach seiner eigenen Darstellung ähnliche propagandistische Zielsetzungen wie der Bund der Saarvereine verfolgte und mit diesem sowohl indirekt im „Deutschen Schutzbund“ als auch unmittelbar zusammenarbeitete¹¹⁶⁹. Die Kooperation des „Vereins der Pfälzer in Berlin“ mit der dortigen Ortsgruppe des Bundes verlief ebenfalls weitgehend reibungsfrei, wenn sie sich auch größtenteils auf wechselseitige Einladungen zu Unterhaltungsveranstaltungen beschränkte. Während der Inflation fusionierte der „Saar-Freund“ mit den „Mitteilungen des Vereins der Pfälzer in Berlin“, nachdem deren Monatsschrift „Der Pfälzer in Berlin“ eingegangen war¹¹⁷⁰.

Als Reaktion auf die bekannt gewordenen Pläne verschiedener Organisationen wie dem „Arbeitsausschuß Deutscher Verbände“, sich künftig verstärkt Fragen des Westens zuzuwenden, schlossen sich die landsmannschaftlichen Spitzenverbände im September 1922 zum „Westausschuß für Rhein, Saar und Ruhr“ zusammen¹¹⁷¹. Schon im Dezember des gleichen Jahres – und

¹¹⁶⁸ Hierauf deutet ebenfalls die Anfrage der GSV hin, ob der Hilfsbund über finanzielle Mittel verfüge oder diese vermitteln könne: Vgl. Brief der GSV an den „Pfälzer Hilfsbund in Unterfranken“ (05.05.20), in: BayHStA, MA 108.206. Zum Hilfsbund siehe dort auch Nr. 108.043. Das RMbesGeb stufte den Hilfsbund eher als politisch denn als landsmannschaftlich ein: Brief des RMbesGeb an das AA (11.04.24), in: ADAP, A X, Dok. 16, S. 46.

¹¹⁶⁹ Vgl. Protokoll der Gründungssitzung vom 18.06.23 und Rundschreiben (30.07.23), in: BayHStA, MA 108.046. Die Zahlungen des BayMA wurden erst im Februar 1934 eingestellt: Vgl. ebd.

¹¹⁷⁰ Vgl. BayHStA, MA 108.048; SF 4 (1923) 1 – SF 5 (1924) 4.

¹¹⁷¹ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Vorstandes, des Beratungs- und Aufsichtsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 17.11.23, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091. Der „Westausschuß für Rhein, Saar und Ruhr“ gliederte sich gemäß einer Übersicht vom November 1923 (in BA-R 8014/782) in: A. Amtliche und halbamtliche Stellen: RVP, RfH, Politisches Informationsbüro; B. Engerer Kreis (Arbeitsausschuß): Reichsverband der Rheinländer, BdS, Vereinigte Landsmannschaften Eupen-Malmedy-Monschau, Westfalenbund, Rheinische Frauenliga, Pfälzer Hilfsbund für Unterfranken, Landsmannschaft ausgewanderter und ausgewiesener Süd-Rheinländer, Hilfsbund der vertriebenen Elsaß-Lothringer im Reich, Rheinischer Verkehrsverband (ab 1927: Verein der Hessen in Berlin, ab 1929: Verein der Badener); C. Erweiterter Kreis: Verein Rheinland, Verein der Rheinländer, Verein der Pfälzer, Rheinischer Männergesangsverein (ab 1924: Deutscher Rhein e.V.). Siehe auch ADAP, A X, Dok. 16, S. 45–48 (11.04.24) sowie den Organisationsplan der RVP (01.02.24), in: PA AA, Presseabteilung, R 122.463 (Dok. 10 im Anhang.) Ein früherer Westausschuß zur Koordinierung der Westpropaganda war Ende Januar 1920 innerhalb des DSB von der GSV, dem „Hilfsbund der vertriebenen Elsaß-Lothringer im Reich“ und den „Vereinigten Landsmannschaften für Eupen und Malmedy“ ins Leben gerufen worden, scheint sich dort aber nicht behauptet zu haben: Vgl. Protokoll einer Vorstandssitzung des DSB (30.01.20), in: BayHStA, MA 108.045.

damit noch vor Beginn des Ruhrkampfes – trat er mit einem Boykottaufruf belgischer und französischer Waren an die Öffentlichkeit. Aus Sicht der RVP hatten sich die großen landsmannschaftlichen Verbände „als recht brauchbare Organisationsgrundlage bewährt“ und

„der Gedanke der landsmannschaftlichen Treue und der Pflege des Heimatgedankens sich als besonders geeignet erwiesen [...], die Fragen des besetzten Westens aus der Parteeinstellung, sei es der religiösen, sei es der politischen, herauszuheben.“¹¹⁷²

Die endgültige Konstituierung erfolgte erst am 15. Juli 1923¹¹⁷³. Während der ehemalige Koblenzer Chefredakteur Dr. Karl Mehrmann die zentralisierten rheinischen Verbände nach außen als Geschäftsführer vertrat, wurde der Ausschuß Zeit seines Bestehens de facto von der RVP gelenkt, die den Ausschuß auch in ihren Räumen beherbergte¹¹⁷⁴.

Der Westausschuß, der viermal jährlich zusammentrat, erhielt zwar nicht den Status der „Rheinischen Kulturkonferenz“, als Sprachrohr der halboffiziellen RVP fungierte er aber als „Ausstrahlungsorgan für das unbesetzte Gebiet“¹¹⁷⁵, wo er sich durch Resolutionen und Aufrufe an die Öffentlichkeit wandte¹¹⁷⁶. Die angeschlossenen Vereinigungen profitierten von dem Zusammenschluß, da er es ihnen ermöglichte, sich unter Beibehaltung ihrer Selbständigkeit untereinander auszutauschen und ihre Propagandakampagnen zu koordinieren¹¹⁷⁷. Ferner stärkte der Westausschuß die Position der Verbände, indem er zum einen Neugründungen rheinischer Organisationen mit dem Vorwurf entgegentrat, die im Schatten des Ruhrkampfes entstandene

¹¹⁷² „Aufgabenkreis und Organisation der ‚Rheinischen Volkspflege‘“ (Februar 1923), in: BA-R 1603/2155.

¹¹⁷³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Westausschusses (12.09.23), in: BA-R 8014/782.

¹¹⁷⁴ Kurzzeitig war das Experiment einer doppelten Führungsspitze aus Andres (BdS) und Kaufmann („Reichsverband der Rheinländer“) unternommen worden. Schuld daran, daß sieh dieser Kompromiß nicht bewährte, war unter anderem der Protest der GSV gegen den turnusmäßigen Vorsitz, da während der Amtszeit Kaufmanns der Eindruck entstanden sein soll, daß der BdS sei dem Reichsverband untergeordnet wäre: Vgl. Brief der GSV an Andres (27.10.27), in: BA-R 1603/2524. Ab Sommer 1927 hielt Mehrmann in Absprache mit Rühlmann die Fäden alleine in der Hand, während die Leiter beider Hauptmitgliedsverbände zu Ehrenvorsitzenden erklärt wurden. Diese Konstellation behielt der Westausschuß bis zu seiner Überführung in den „Bund Deutscher Westen“ im Mai 1933 bei: Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung vom 22.07.27, in: BA-R 1603/2779.

¹¹⁷⁵ „Aufgabenkreis und Organisation der ‚Rheinischen Volkspflege‘“ (Februar 1923), in: BA-R 1603/2155. Zum Westausschuß allgemein vgl. BA-R 1603/2776–2780.

¹¹⁷⁶ Vgl. SF 8 (1927) 12, S. 200; SF 9 (1928) 3, S. 43; SF 11 (1930) 8, S. 154. Bei weitem nicht alle Entschlüsse wurden im SF abgedruckt: Vgl. Entschliebung (24.11.25), in: BA-R 43-I/195. Der Westausschuß war zudem auch der offizielle Veranstalter der Befreiungsfeiern nach Räumung einer besetzten Zone, wie sie am 07.03.26 und 10.08.30 im Reichstagsgebäude begangen wurden: Vgl. SF 7 (1926) 6, S. 88 f.; SF 11 (1930) 18, S. 339 ff.

¹¹⁷⁷ Wie eine Beschwerde der GSV beim Westausschuß bzw. der RVP über den „Reichsverband der Rheinländer“ am 30.04.25 zeigt (in: BA-R 1603/2778), hielten sich nicht alle Mitglieder an die Vereinbarung, propagandistisch nur noch im Rahmen des Westausschusses an die Öffentlichkeit zu treten.

gegenwärtige Konjunktur in rheinischen Angelegenheiten ausnutzen zu wollen¹¹⁷⁸, und zum anderen die Westverbände vor den Zugriffen der Behörden schützte.

Obwohl die Versuche der RVP, den Westausschuß über das ganze nichtbesetzte Reich auszuweiten¹¹⁷⁹, als gescheitert angesehen werden können, sagte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Herbst 1925 ihre Mitgliedschaft im „Deutschen Schutzbund“ zugunsten der lockeren Arbeitsgemeinschaft auf, die ihr größere Handlungsfreiheit beließ und dennoch eine Zersplitterung der Kräfte entgegenwirkte¹¹⁸⁰. Vogel forderte allerdings eine Neuorientierung des Ausschusses; man sollte ihn, so Vogel noch überwältigt von den Auswirkungen der Jahrtausendfeier im Saargebiet, *„aus einem bloßen Unterhaltungsinstitut zu einem Instrument der aktiven Politik machen“*¹¹⁸¹. In den folgenden Jahren scheint der Westausschuß sogar über sein Ziel herausgeschossen zu sein und sich in der Kommentierung der deutsch-französischen Verständigung bisweilen im Ton vergriffen zu haben, denn im Mai 1928 wurde den angeschlossenen Verbänden seitens verschiedener Reichs- und Staatsbehörden eingeschärft, die maßgeblichen Regierungsstellen künftig vorab zu kontaktieren¹¹⁸². Trotz der grundsätzlichen Einigkeit, sich fortan dreimal jährlich sowie vor besonderen Veranstaltungen *„zur Gewinnung gemeinsamer Richtlinien“* gemeinsam auszutauschen¹¹⁸³, fruchtete die Ermahnung der amtlichen Ressorts kaum: Schon in der nächsten Sitzung des Westausschusses relativierte Mehrmann die Kritik und verteidigte zugleich die eigene Politik, deren Aufgabe es sei, *„der deutschen Neigung zur Selbsttäuschung aus Schärffste entgegenzutreten“*, auch und gerade *„wenn die Illusionen von Regierungsstellen ausgehen oder von ihnen genährt werden.“* Für das weitere Vorgehen empfahl er:

¹¹⁷⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des Westausschusses vom 22.02.24 (26.02.24), in: BA-R 1603/2777. Zur Prüfung der Vertrauenswürdigkeit von Organisationen, die nach dem Krieg versuchten, unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit Millionenbeträge zu erhalten, war im Sommer 1920 auf Initiative des RMA die „Deutsche Schutzgemeinschaft“ gegründet worden. Während das Ministerium den Vorsitz behielt, lag die Geschäftsführung bei der Vereinsauskunftsstelle des DSB, die zugleich für das deutsche nichtkaritative Vereinswesen zuständig war: Vgl. BA-R 8039/29 f.; VON LOESCH/ VON UNGER, S. 60 f.

¹¹⁷⁹ Weder das PrMI noch die bayerischen Staatsministerien konnten sich für diesen Plan erwärmen: Vgl. Brief des bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das BayMA (06.09.25) und Aktennotiz Jolas' (05.10.25), in: BayHStA, MA 108.047.

¹¹⁸⁰ Vgl. Brief der GSV an den DSB (20.10.25), in: BA-R 1601/1698. Daß der „Westausschuß“ für den Bund auch nur eine Zweckgemeinschaft war, führte Andres im Frühjahr 1924 in Leipzig aus, als er die Probleme des deutschen Irredentismus ansprach: Hinsichtlich der Saar, Eupen-Malmedys, Elsaß-Lothringens, des Ruhrgebietes, der Pfalz und des Rheinlandes sei jeweils ein anderes Vorgehen von Nöten: Die Ruhrfrage konnte, so Andres, absolut auf der Basis des Vertrages von Versailles aufgerollt werden, während Elsaß-Lothringen nur absolut gegen den Vertrag hätte wieder zum Reich zurückkehren können. Angesichts dessen zog Andres das Fazit, daß die Arbeit der einzelnen Bewegungen trotz aller Kooperationen möglichst unabhängig und flexibel von statten gehen sollte: Vgl. SF 5 (1924) 5, S. 61 f.

¹¹⁸¹ Brief der GSV an den Westausschuß (27.06.25), in: BA-R 8014/798.

¹¹⁸² Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung im RMBesGeb am 10.05.28, in: ADAP, B IX, Dok. 13, S. 24–27. Anlaß war die Polemik des Westausschusses gegen die politische Aussprache Stresemanns mit Briand.

¹¹⁸³ Vgl. Aktennotiz (12.06.28), in: BA-R 1603/1608. Außerdem wollte Rühlmann als Leiter der RVP an den Sitzungen des Westausschusses teilnehmen.

„Notwendig ist die Belehrung, daß die bloße Verständigungs- und Versöhnungspolitik allein nicht zur Räumung geführt hat. Das ist nur eine Defensive. Frankreich ist groß in der Offensive des Forderns. Auch wir müssen aggressiv werden. Das bedeutet nicht die Suche nach Konflikt mit Frankreich. [...] Aber einmal: wir müssen mehr fordern, als wir zu erreichen glauben.“¹¹⁸⁴

Mit der Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete wurde der Westausschuß infolge der Abwicklung der RVP heimatlos. Trotzdem bestand er weiterhin als „Westausschuß für Rhein, Pfalz und Saar“, wenngleich er kaum praktische Bedeutung mehr erlangte, zumal er selbst die Rivalitäten unter seinen Mitgliedern nicht zu schlichten vermochte. Im letzten Jahr vor seiner Überführung in den „Bund Deutscher Westen“ wurde er schließlich gar nicht mehr einberufen¹¹⁸⁵.

Zu den „*ernst zu nehmende[n] Organisationen*“, die infolge des Ruhrkampfes aus dem Boden schossen, zählte das Reichsministerium für die besetzten Gebiete neben dem deutschnational und völkisch orientierten „Deutschen Rheinbund e.V.“ und dem „Volksbund für den deutschen Rhein“ des DNVP-Abgeordneten Bachem auch den „Deutscher Rhein e.V.“¹¹⁸⁶. Die Initiative zur Gründung des politischen Zweckverbandes, der seine Geschäftsräume ebenfalls in der Berliner Motzstraße 22 bezog, ging von dem langjährigen Duisburger Oberbürgermeister Dr. Karl Jarres aus¹¹⁸⁷. Eine wirkliche Neuerung wurde mit dem „Deutschen Rhein“ nicht geschaffen, da sich seine Zielsetzung und Aufgaben weitgehend mit denen ähnlicher Organisationen deckten¹¹⁸⁸. Enge Verbindungen zum Westausschuß, zu dessen erweitertem Kreis er gerechnet wurde, ergaben sich für den „Deutschen Rhein“ aus der Konstellation, daß Mehrmann in beiden Dachverbänden als Geschäftsführer fungierte¹¹⁸⁹.

Im November 1923 entschlossen sich der Saarvereins-Bundesvorstand und seine interfraktionellen parlamentarischen Gremien, dem „Deutschen Rhein“ korporativ beizutreten, was angesichts der Finanzmittel, über welche der Verein verfügte, um so leichter fiel¹¹⁹⁰. Wie schnell Vogel das

¹¹⁸⁴ Undatiertes Protokoll der Sitzung des Westausschusses vom 28.09.28, in: BA-R 1603/2780. Ob die Reichsbehörden überhaupt diese Kursvorgabe zur Kenntnis nahmen, ließ sich nicht ermitteln.

¹¹⁸⁵ Vgl. Brief Mehrmanns an die GSV (27.05.33), in: BA-R 8014/801.

¹¹⁸⁶ Vgl. Brief des RMbesGeb an das AA (11.04.24), in: ADAP, A X, Dok. 16, S. 45–48.

¹¹⁸⁷ Vgl. Einladungsschreiben Jarres' an die GSV (10.10.23), in: BA-R 8014/798. Jarres (1874–1951) hatte sich während des Ruhrkampfes einen Namen erworben, als er sich einem Ausweisungsbeschuß widersetzte. On November 1923 bis Januar 1925 gehörte er als Vizekanzler und Innenminister den ersten beiden Kabinetten Marx an. Im März 1925 erreichte er als Kandidat des „Reichsblocks“ zwar die meisten Stimmen im ersten Wahlgang zum Reichspräsidenten, trat im zweiten Wahlgang allerdings zugunsten von Hindenburgs nicht mehr an: Vgl. WINKLER: Weimar, S. 278–281.

¹¹⁸⁸ Vgl. undatiertes vertraulicher „Entwurf zu einem Aufruf zum Eintritt in den Volksbund ‚Deutscher Rhein‘“, in: BA-R 8014/798.

¹¹⁸⁹ Neben dem Vorsitzenden Jarres (DVP) und dem geschäftsführenden Vorsitzenden Professor Philipp Stein gehörten die ehemaligen preußischen Staatsminister Dr. Adam Stegerwald (Zentrum), Dr. Albert Südekum (SPD) und Max Wallraf (DNVP) dem Hauptvorstand an. Bis auf Stein waren diese Personen auch alle in den Aufsichtsgremien der GSV vertreten.

¹¹⁹⁰ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Vorstandes, des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 17.11.23, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091.

Fähnchen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in den jeweils günstigsten Wind hängte, zeigt eine geheime Absprache mit Mehrmann: Während der „Deutsche Rhein“ selbst von seiten des „Kartells der freien Aufklärungsverbände“ unter Druck stand¹¹⁹¹, kamen beide überein, das propagandistische Potential des Westausschusses auszubremsen. Gegen die Zusage Mehrmanns, sich für die gleiche fortlaufende Unterstützung für den „Saar-Freund“ stark zu machen, wie sie der „Rheinische Beobachter“ erhielt, wurde verabredet, daß die Westverbände eine größere Handlungsfreiheit gegenüber der RVP anstreben und künftig anstelle des Westausschusses den „Deutschen Rhein“ als Sprachrohr nutzen sollten¹¹⁹². Nur zwei Wochen später appellierte man gemeinsam an die deutsche Bevölkerung, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen Einigkeit zu wahren und anzuerkennen, daß „*Deutschlands Strom, der Rhein, nicht Deutschlands Grenze*“ sei¹¹⁹³. Auf längere Dauer konnte sich diese Revolte gegen die RVP nicht behaupten und der „Deutsche Rhein“ beschränkte sich wieder auf seine Aufgabe als Koordinationsstelle.

c) Die Propagandatätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Ausland

Auch nachdem sich die Hoffnung als illusorisch erwiesen hatte, die endgültige Fassung des Saarstatuts durch eine Aufklärungskampagne in den Heimatstaaten der in Versailles versammelten Delegierten zu beeinflussen, rissen die Bemühungen der „Saarfreunde“ nicht ab, die öffentliche Aufmerksamkeit jenseits der Reichsgrenzen auf die Saarfrage zu lenken. Während eine derartige Betätigung in Frankreich von vornherein ausschied, gelang es der Geschäftsstelle in den folgenden Jahren, wertvolle Kontakte ins „neutrale“ Ausland zu knüpfen. Über dortige Verbindungsmänner und Presseagenturen lancierte sie in unregelmäßigen Abständen Artikel, die für die deutsche Position warben, und versuchte ebenso, einflußreiche Politiker direkt zu beeinflussen. Besondere Beachtung fanden dabei Großbritannien, dessen phasenweise gespanntes Verhältnis zum ehemaligen Kriegsverbündeten jenseits des Kanals politisch instrumentali-

¹¹⁹¹ Vgl. Brief des RMbesGeb an AA (11.04.24), in: ADAP, A X, Dok. 16, S. 47. Dem Kartell gehörten an: DSB, „Arbeitsausschuß Deutscher Verbände“, „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ und „Wirtschaftspolitische Gesellschaft“.

¹¹⁹² Vgl. Protokoll der Besprechung zwischen Mehrmann, Posselt, Pick, Kraus und Vogel vom 28.03.24 (02.04.24), in: BA-R 8014/782. Vgl. Vortrag Mehrmanns auf der Leipziger Bundestagung, in welchem er die enge und gute Zusammenarbeit zwischen „Deutschem Rhein“ und dem Saarverein hervorhob (25.05.24), in: SF 5 (1924) 9, S. 127. Mehrmann legte im Frühjahr 1931 zukunftsweisende Visionen zu einem vereinten Europa mit einer gemeinsamen deutsch-französischen Achse vor: Vgl. Brief Mehrmanns an die GSV (29.04.31), in: BA-R 8014/799.

¹¹⁹³ Vgl. Aufruf des „Deutschen Rhein“, des „Reichsverbandes der Rheinländer“, der westfälischen Heimatverbände, des BdS sowie des „Vereins der Pfälzer“, in: SF 5 (1924) 6, S. 82.

siert werden sollte¹¹⁹⁴, die skandinavischen Staaten¹¹⁹⁵, die Schweiz¹¹⁹⁶ sowie die USA als wichtigster Gläubigerstaat nach 1918¹¹⁹⁷. Als die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Herbst 1923 die letzten drei Ausgaben des „Saar-Freund“ an verschiedene Berliner Botschaften und Gesandtschaften versandte, nahm ein Teil der konsularischen und diplomatischen Vertretungen das Angebot dankend an, künftig Gratisexemplare des „Saar-Freund“ zu beziehen¹¹⁹⁸. Bundesmitglieder und Vertrauensleute im Ausland erhielten ohnehin die Zeitschrift sowie das sonstige Propagandamaterial, auf dessen Grundlage Vorträge über die Saarfrage erarbeitet wurden¹¹⁹⁹. Trotz eigener Initiativen verblaßt die Lobbyarbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gerade in den angelsächsischen Ländern im Vergleich mit dem dortigen Engagement der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (WPG), die sehr effizient auf die öffentliche Meinung einwirken konnte¹²⁰⁰. Daher suchte Vogel auch – nach einem anfänglich gespannten Verhältnis – ab Mitte der zwanziger Jahre zunehmend die Kooperation mit der Gesellschaft, deren langjährige

¹¹⁹⁴ Aus diesem Grund fanden die britischen Parlamentsdebatten über die Saar stets wohlwollende Beachtung und Aufnahme im SF, so beispielsweise in: SF 4 (1923) 10, S. 121; SF 4 (1923) 10, S. 123 f.; SF 4 (1923) 12, S. 156 f.; SF 4 (1923) 16, S. 217 f.; SF 5 (1924) 7, S. 97; SF 5 (1924) 10, S. 142 ff.; SF 5 (1924) 12, S. 169 f. Insbesondere während des Ruhrkampfes, den ein hunderttägiger Bergarbeiterstreik an der Saar begleitete, hofierte die GSV die britischen Vertreter in Genf.

¹¹⁹⁵ Hier ist insbesondere der schwedische Oberst Ludvig af Petersen hervorzuheben, der ebenso Informationen über skandinavische Vertreter im Völkerbundsrat übermittelte, wie er finanzkräftige Landsleute und schwedische Ministerien mit Propagandamaterial des Vereins versorgte: Vgl. Schriftwechsel in: BA-R 8014/1027; SF 3 (1922) 8, S. 118 f.; SF 6 (1925) 9, S. 136; SF 8 (1927) 6, S. 89 f.; SF 9 (1928) 7, S. 101 f.

¹¹⁹⁶ In der Person des Präsidenten der Schweizer Völkerbundsliga und Vertreters der Schweiz beim Völkerbund, des Berner Staatsrats Ustéri, scheint die GSV einen wertvollen Fürsprecher gefunden zu haben: Vgl. Brief der GSV an die RVP (01.04.21), in: BA-R 8014/780. Vogels Plan ging offensichtlich auf: Im Frühjahr 1922 war die französische Botschaft Bern bemüht, die deutsche antifranzösische Propaganda in der Schweiz zu widerlegen: Vgl. Schriftwechsel, in: MAE, Sarre 115.

¹¹⁹⁷ Das AA stoppte allerdings die im August angekündigte Übersendung von Propagandamaterial und Druckschriften des Vereins an alle (!) Bürgermeister der Vereinigten Staaten, da die deutsche Vertretung derartige Maßnahmen für kontraproduktiv hielt: Vgl. Brief der GSV an die amerikanische Botschaft Berlin (14.08.23) und Brief des Deutschen Generalkonsulats New York an das AA (04.09.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091. Kontakte in die Staaten ergaben sich schließlich über die Ortsgruppen des Bundes (siehe hierzu S. 349–352), zur „Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York“, zur „Steuben Society of America“ bzw. zu deren 1930 gegründetem deutschen Pendant sowie zur „Hoover War Library“: Vgl. BA-R 8014/1089. Ferner lassen sich Verbindungen in fast alle südamerikanischen Staaten, Mexiko, Kanada sowie ins Baltikum, nach Spanien, die Niederlande, Luxemburg, nach Ungarn und sogar in die Tschechoslowakei als Mitgliedsstaat der „Kleinen Entente“ nachweisen. Gerade während der Inflation trugen diese Kontakte wesentlich zum Überleben der GSV bei: Vgl. SF 6 (1925) 24, S. 408 ff.; SF 9 (1928) 13, S. 212–216.

¹¹⁹⁸ Vgl. den Schriftverkehr der GSV mit den Vertretungen Argentiniens, Brasiliens, Bulgariens, Dänemarks, Großbritanniens, Italiens, Japans, Mexikos, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Schwedens, der Schweiz, Spaniens und Ungarns (September 1923 – Februar 1924), in: BA-R 8014/672.

¹¹⁹⁹ Vgl. aus der Zeit des Abstimmungskampfes: BA-R 8014/183.

¹²⁰⁰ Außer der Versendung von Presseaufsätzen, die im Ausland unter dem Namen einheimischer Autoren erschienen, setzte die 1922 auf Initiative rheinischer Industrieller gegründete Gesellschaft auf die direkte Einflußnahme auf ausländische Politiker und Journalisten. Diese sollten beispielsweise über Besuchsreisen durch die deutschen Grenzgebiete für die deutschen Interessen gewonnen werden: Vgl. GÄRTNER: Botschafterin, passim; Manfred WEISSBECKER: Wirtschaftspolitische Gesellschaft (WPG) 1922–1945, in: FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, Köln 1986, S. 493 ff.

Geschäftsführerin Margarete Gärtner fortan auch saarländische Interessen im Ausland vertrat¹²⁰¹. Vom Reichspropagandaministerium um Mithilfe gebeten, intensivierte sich die Aktivität der WPG in den Monaten vor der Saarabstimmung; Gärtner selbst betreute im Januar 1935 akkreditierte ausländische Journalisten in Saarbrücken¹²⁰².

d) Saarpropaganda im akademischen Umfeld

Anders als ihre Kollegen im Deutschen Reich hatten französische Historiker, Ethnologen und Geographen während des Ersten Weltkrieges einen wissenschaftlich fundierten Forderungskatalog für die künftige Friedensordnung ausgearbeitet, auf welchen sich die französische Delegation in Versailles stützen konnte. Weder im Hinblick auf das Rheinland und noch viel weniger über das Saargebiet existierten auf deutscher Seite vergleichbare Studien¹²⁰³. Mit dem Vorhaben, dieses Versäumnis aufzuarbeiten und der französischen Publizistik entgegenzutreten, wandte sich nun auch die deutsche Historikerkunft um den Jahreswechsel 1918/19 verstärkt der wissenschaftlichen Legitimierung deutscher Ansprüche auf Saar, Rhein und Pfalz zu¹²⁰⁴. Daher war es für den Saargebietsschutz im Frühjahr 1919 relativ einfach, namhafte Wissenschaftler für die Erörterung der Saarfrage zu gewinnen; Oncken, Weber und Windelband traten auf der Heidelberger Saarkundgebung auf, andere publizierten in den Saar-Sondernummern verschiedener Zeitschriften.

An diese Vorarbeit knüpfte in den folgenden Jahren die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ an. Ohne daß es förmliche Abkommen gegeben hätte, konnten die „Saar-Freunde“ in ihrer Aufklärungsarbeit im allgemeinen auf die Unterstützung der Wissenschaft zählen. Regelmäßige Kontakte ergaben sich zum späteren Direktor des Instituts für Zeitungsforschung Karl d’Ester¹²⁰⁵, zum

¹²⁰¹ Beispielsweise sorgte die WPG für die englische Übersetzung der Propagandabroschüre „Die Saarlüge“ und sorgte für entsprechende Werbung in britischen und amerikanischen Zeitungen: Vgl. Brief der WPG an die GSV (05.02.26), in: BA-R 8014/1049. Wenig später (17.05.26) teilte Gärtner mit, daß sie wieder Kontakte zu einem Vertrauensmann in London unterhielt, an welchen sie Informationsmaterial der GSV zur Veröffentlichung weiterleiten wollte. Vogel nahm das Angebot dankend an (19.05.26), in: BA-R 8014/745.

¹²⁰² Vgl. GÄRTNER: Botschafterin, S. 261–302.

¹²⁰³ Vgl. hierzu: KERN, S. 266: „In Frankreich, nicht in Deutschland, existierte eine Rheintheorie.“ Ebenso: Peter SCHÖTTLER: Der Rhein als Konfliktthema zwischen deutschen und französischen Historikern in der Zwischenkriegszeit, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 9 (1994) 2, S. 46–67, hier: S. 51–57 (deutsche Historiker) und S. 57–67 (französische Historiker).

¹²⁰⁴ Vgl. Ernst SCHILLY: Friedrich Meinecke und die Saarfrage 1919. Zum Verhältnis von Geschichtsschreibung und Politik, in: Saarbrücker Hefte 54 (1983), S. 21–55.

¹²⁰⁵ D’Ester war vor seinem Wechsel an die Ludwig-Maximilians-Universität München zum Wintersemester 1924/25 stellvertretender Leiter des Rheinland-Ausschusses der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Die dort für das Saargebiet zuständige Unterkommission kooperierte mit der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. D’Ester selbst führte in den Jahren 1922 und 1923 den Vorsitz der Saarvereinsortsgruppe Münster: Vgl. Schriftwechsel zwischen GSV und d’Ester, in: BA-R 8014/513. Vgl. ebenso die Unterlagen zum Rheinland-Ausschuß in: BayHStA, Haupthilfsstelle Pfalz 89.

Heidelberger Historiker Willy Andreas¹²⁰⁶ oder den Referenten auf der Heidelberger Saarkundgebung Hermann Oncken¹²⁰⁷ und Wolfgang Windelband.

Während der Weimarer Republik waren die deutschen Historiker bemüht, die französische Außenpolitik in die jahrhundertealte Tradition kontinuierlicher Ostexpansion und bewußter Schwächung des Deutschen Reiches einzureihen. Ihre oftmals eigene Teilnahme am Ersten Weltkrieg lieferte ihnen das praktische Rüstzeug für diese These, so daß – abgesehen von wenigen, ins Abseits gedrängten Ausnahmen – von ihnen kaum eine objektive Auseinandersetzung mit den Ursachen des Krieges und der Rolle Deutschlands im August 1914 zu erwarten war. Die Zunft versuchte, die deutsche Verantwortung für den Kriegsausbruch auf wissenschaftlicher Basis zu widerlegen und damit die Legitimität des gesamten Versailler Vertragswerkes in Frage zu stellen. Der deutsche Charakter der abgetrennten Westgebiete wurde konsequent aus den Quellen herausgearbeitet, galt es doch, den ehemaligen Kriegsgegnern nun mit publizistischen Waffen entgegenzutreten. Dabei führte die Furcht, den Alliierten in die Hände zu arbeiten, meist zu polemischen Schlagabtauschen: Ein wissenschaftlicher Diskurs fand allenfalls am Rande statt – sofern kritischere Meinungen oder gar die französische Forschung überhaupt zur Kenntnis genommen wurden¹²⁰⁸.

„Begrift man Rekonstruktion und Traditionskritik als Aufgabe der Historie, wird man auch kaum sagen können, daß die Historiographie während der Weimarer Jahre ihre traditionskritische Aufgabe gegenüber ihrer Vorgeschichte erfüllt hat. Dies festzustellen heißt nicht, alle Leistungen

¹²⁰⁶ Nachdem Andreas schon 1923 vergeblich für die Bundestagung in Karlsruhe 1923 angefragt worden war, sprach er fünf Jahre später auf der Heidelberger Kundgebung des BdS: Vgl. Brief der GSV an Andreas (18.06.23), in: BA-R 8014/22.

¹²⁰⁷ Zum Doyen der deutschen Historikerzunft zwischen den Kriegen vgl.: Dirk ONCKEN: Hermann Oncken aus Oldenburg (1869–1945). Historiker seiner Zeit, in: Oldenburger Jahrbuch 88 (1988), S. 17–27; Klaus SCHWABE: Hermann Oncken, in: Hans-Ulrich WEHLER (Hrsg.): Deutsche Historiker, Bd. 2, Göttingen 1971, S. 81–97. Anlässlich der Ruhrbesetzung hielt Oncken einen Vortrag auf der Protest- und Trauerkundgebung der Heidelberger Ortsgruppe und wurde ebenso wie Andreas für die Karlsruher Bundestagung angefragt: Vgl. SF 4 (1923) 4, S. 49. Er publizierte auch im SF: Vgl. SF 1 (1920) 7, S. 43 f.; SF 1 (1920) 8, S. 52–56.

¹²⁰⁸ Vgl. Peter SCHÖTTLER: Lucien Febvres Beitrag zur Entmythologisierung der rheinischen Geschichte, in: Lucien FEBVRE: Der Rhein und seine Geschichte, hrsg., übers. und mit einem Nachwort versehen von Peter SCHÖTTLER, Frankfurt am Main 1995, S. 217–263, hier: S. 227–230. Vgl. hierzu allgemein: CORNELISSEN: „Schuld am Weltfrieden“; Ernst SCHULIN: Das Frankreichbild deutscher Historiker in der Zeit der Weimarer Republik, in: Francia 4 (1976), S. 659–673; DERS.: Weltkriegserfahrung und Historikerreaktion, in: Wolfgang KÜTTLER/ Jörn RÜSEN/ DERS. (Hrsg.): Geschichtsdiskurs. Bd. 4: Krisenbewußtsein, Katastrophenerfahrungen und Innovationen 1880–1945, Frankfurt am Main 1997, S. 165–188. Vgl. hierzu auch die Rundfunkansprache Hermann Onckens anlässlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages: Hermann ONCKEN: Nach zehn Jahren, in: DERS. (Hrsg.): Nation und Geschichte. Reden und Aufsätze 1919–1935, Berlin 1935, S. 91–118 sowie weitere Aufsätze in seinem Sammelband. Nachfolgendes Zitat: Bernd FAULENBACH: Nach der Niederlage. Zeitgeschichtliche Fragen und apologetische Tendenzen in der Historiographie der Weimarer Zeit, in: Peter SCHÖTTLER (Hrsg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt am Main 1999, S. 31–51, hier: S. 47. Zur aktuellen Diskussion stellvertretend für eine Vielzahl von Publikationen der letzten Jahre: Karen SCHÖNWÄLDER: Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main - New York 1992, S. 20–65 sowie den von Winfried SCHULZE und Otto Gerhard OEXLE herausgegebenen Sammelband „Deutsche Historiker im Nationalsozialismus“, Frankfurt am Main 2000.

der Geschichtswissenschaft nach 1918 zu leugnen. Doch standen die deutschen Historiker eben nicht über, sondern inmitten jenes Prozesses, der in die ‚deutsche Katastrophe‘ führte.“

Da die wissenschaftliche Aufarbeitung der Saarfrage unlängst erschöpfend dargestellt worden ist¹²⁰⁹, kann in dieser Arbeit auf eine eingehende Untersuchung verzichtet werden. Zu klären bleibt jedoch die Frage, welche Rolle der Bund der Saarvereine hierbei spielte.

i) Die Gründung akademischer Saargruppen

Als die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Herbst 1919 im nichtbesetzten Teil des Reiches Saarländervereinigungen zu initiieren versuchte, wandte sie sich gleichzeitig an die saarländischen Studierenden deutscher Hochschulen mit der Bitte, akademische Saargruppen zu gründen und über diese die Bestrebungen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ tatkräftig zu unterstützen¹²¹⁰. Auf längere Sicht beabsichtigte Vogel die Bildung eines eigenen Akademischen Schutzbundes mit Zweigstellen an den einzelnen Hochschulen¹²¹¹, was letztlich an der fehlenden Unterstützung seitens der studentischen Verbände scheiterte, die – selbst noch in der Phase der Sammlung begriffen – keine unnötige Konkurrenz heranwachsen sehen bzw. eine Zersplitterung der Kräfte vermeiden wollten¹²¹². Ab Frühjahr 1920 wurde das Vorhaben seitens der Geschäftsstelle nicht weiter verfolgt, und sie beschränkte sich wieder auf das ursprüngliche Ziel, die Saarfrage auch im studentisch-akademischen Milieu im Bewußtsein zu verankern. Konnte sich an einer Hochschule keine eigenständige Saargruppe etablieren, richtete Vogel die Bitte an bestehende studentische Vereinigungen, den korporativen Beitritt zum Bund der Saarvereine zu vollziehen. Insbesondere die „Hochschulringe Deutscher Art“ standen den Bestrebungen der Saarorganisation wohlwollend gegenüber¹²¹³. So ergriff bereits auf der ersten Bundestagung 1921 in Kassel neben Parteirednern auch ein angehender Jurist vom „Nationalen Studentenbund

¹²⁰⁹ Vgl. Wolfgang FREUND: Volk, Reich und Westgrenze: Wissenschaften und Politik in der Pfalz, im Saarland und im annektierten Lothringen 1925–1945, phil. Diss. Saarbrücken 2001, S. 33–161.

¹²¹⁰ Vgl. Aushang der GSV an der Frankfurter Universität (04.09.19), in: BA-R 8104/739. Unter den 3.000 Studierenden in der Mainmetropole befanden sich lediglich 36 Saarländer. Vgl. ebenso den Brief der GSV an den Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität München (21.10.19), in: UA München, Sen 746/25. In Bonn und Hamburg konstituierten sich im Wintersemester 1919/20 erste derartige Vereinigungen. Statistische Angaben zu saarländischen Studierenden: Vgl. SF 10 (1929) 12/13, S. 280 ff.

¹²¹¹ Vgl. Brief der GSV an den Studenten Gerstein (12.11.19), in: BA-R 8014/739.

¹²¹² Vgl. Brief der „Deutschen Studentenschaft“ an die GSV (29.11.19), in: BA-R 8014/739. Die „Deutsche Studentenschaft“ als Dachverband der „Allgemeinen Studentenausschüsse“ hatte sich im Juli 1919 in Würzburg zusammengeschlossen; im Juli 1920 erfolgte die Vereinigung verschiedener „Hochschulringe Deutscher Art“ im „Deutschen Hochschulring“, der fortan die bedeutendste Gruppe innerhalb der Studentenschaft stellte. Vgl. Gerhard FLIESS/ Jürgen JOHN: Deutscher Hochschulring (DHR) 1920–1933, in: FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, Köln 1984, S. 116–127.

¹²¹³ Vgl. Tätigkeitsbericht Schulz van Enderts (03.04.21), in: BA-R 8014/18. Aufruf ebenfalls in: SF 1 (1920) 8, S. 51 f.; SF 2 (1921) 8, S. 94. In den Bänden BA-R 8014/739–742 findet sich umfangreicher Schriftwechsel mit Korporationen, Verbindungen, Hochschulringen und den Universitäten selbst. Meist handelte es sich um wechselseitige Einladungen zu Festveranstaltungen und die Koordinierung von Vorträgen. Sofern dies die Akten widerspiegeln, mischte sich der BdS nicht in den Verfassungstreit innerhalb der „Deutschen Studentenschaft“ ein: Vgl. Gerhard FLIESS/ Jürgen JOHN: Deutsche Studentenschaft (DSt) 1919–1936, in: FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Köln 1983, S. 367–379.

Tübingen“ stellvertretend für den „Deutschen Hochschulring“ in einer pathetischen Rede das Wort¹²¹⁴. Am Rande der Tagung arbeitete er gemeinsam mit Vogel Richtlinien für die weitere Kooperation aus, zu der die Studenten *„nicht nur sittlich verpflichtet, sondern auch in ganz besonderem Maße befähigt“* schienen¹²¹⁵: Sie sollten in eigener Verantwortung zu Beginn eines jeden Semesters an allen deutschen Universitäten und Hochschulen Vorträge, Lichtbildvorführungen und Kundgebungen in die Wege leiten¹²¹⁶, um in anschließenden akademischen Erörterungsabenden und Arbeitsgemeinschaften ausführlicher über die Saarfrage zu debattieren. Bei Bedarf konnten Redner der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ angefordert werden. Die Studierenden sollten darauf drängen, daß ihre eigenen Bibliotheken ebenso wie öffentliche Lesehallen mit der aktuellen Literatur des Saargebiets und dem Aufklärungsmaterial der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bestückt wurden. Ebenso sollten sie auf Dozenten der staatswissenschaftlichen, historischen und juristischen Fakultäten hinwirken, Lehrveranstaltungen über die Saarfrage anzubieten und entsprechende Seminararbeiten und Dissertationen anzuregen. Die Aufklärung sollte nicht an den Pforten der Hochschulen haltmachen, sondern studentische Redner waren aufgerufen, auf dem flachen Land vor Bauern und in Industrievierteln vor der Arbeiterschaft in zwangloser Form auf die besondere Situation der Saar hinzuweisen. Zur Kooperation mit ortsansässigen Saarvereinen sollten die Studierenden entweder eigenständige akademische Saargruppen oder zumindest im Rahmen der Allgemeinen Studentenausschüsse ein akademisches Saaramt ins Leben rufen. Während reichsdeutschen Studierenden ans Herz gelegt wurde, das Saargebiet in Ferienwanderungen zu erkunden¹²¹⁷, sollten ihre saarländischen Kommilitonen in deutsche Familien eingeführt werden. Wer über persönliche Kontakte an die Saar verfügte, sollte diese durch regelmäßigen Briefverkehr pflegen. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ erhoffte sich von dieser Verbindung weitaus mehr, als nur die Festigung bereits bestehender Bindungen:

„Sämtliche auf diesem Weg eintreffenden wertvollen Nachrichten wären sofort den vorher genannten Saararbeitsämtern als örtlichen Saar-Nachrichtenzentralen einzuliefern und von diesen gesichtet umgehendst an den Saar-Verein nach Berlin weiterzuleiten, da letzterer [...] zur

¹²¹⁴ Vgl. SF 2 (1921) 8, S. 98 f.

¹²¹⁵ Vgl. „Richtlinien für die Teilnahme der Ortsverbände des Deutschen Hochschulrings“ (Juni 1921), in: BA-R 8014/1020.

¹²¹⁶ Siehe hierzu S. 278.

¹²¹⁷ Für Schulungswochen stellte die GSV Informationsmaterial zur Verfügung: Vgl. Gespräch mit Herrn Hellwig (04.06.2002) sowie Brief Hellwigs an die GSV (21.07.32), in: BA-R 8014/1032; SF 13 (1932) 16, S. 250 f. Vgl. auch SF 3 (1922) 18, S. 268. Anscheinend nahmen die Saar-Fahrten reichsdeutscher Studenten ein solches Ausmaß an, daß die „Arbeitsgemeinschaft Saarländischer Heimatvereine und Heimatmuseen“ Anfang 1933 auf eine Reduzierung drängte: Vgl. FREUND, S. 49.

*Fortsetzung seiner bisherigen Tätigkeit gerade auf diese Nachrichtenunterstützung unbedingt angewiesen ist.*¹²¹⁸

Die Idee, Studenten als Kurier zwischen dem besetzten und unbesetzten Teil des Reiches einzusetzen, war nicht neu: Über die in den Jahren 1921 und 1922 gegründeten Rheinlandausschüsse an verschiedenen deutschen Universitäten bezog auch die getarnte Staatsbehörde RVP wichtige Informationen¹²¹⁹. Sie fand in den durch autoritäre Universitätsstrukturen geprägten Studenten bereitwillige Helfer, die zum Teil persönliche Erfahrungen mit der Besatzungsmacht gesammelt hatten. Ohnehin fielen völkische Ideen bei der nationalen Studentenschaft auf einen fruchtbaren Boden. Vielfach eigene Kriegserlebnisse bzw. die Beteiligung an den nach 1918 marodierenden Freikorpsverbänden, die Demütigung durch den Versailler Friedensvertrag, die scheinbar nicht zu bewältigenden innenpolitischen Schwierigkeiten und die Handlungsunfähigkeit des parlamentarischen Systems führten früh zu einer Radikalisierung und wachsenden Distanz zur jungen Republik¹²²⁰. Die Studenten zeigten sich als eine der ersten Gruppierungen empfänglich für die nationalsozialistische Ideologie: Lange vor der „Machtergreifung“ hatte der „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund“ (NSDStB) bereits seinen Eroberungszug an den deutschen Hochschulen angetreten: Erstmals zum Wintersemester 1929/30 verzeichnete eine Studierendenvertretung eine nationalsozialistische Mehrheit; bereits ab Sommer 1931 dominierte der NSDStB die „Deutsche Studentenschaft“.

In einer eigens an die Studierenden gerichteten Broschüre erläuterte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die Kasseler Vereinbarung¹²²¹. In derartigen Aufrufen und Ansprachen an junge Akademiker trug sie deren Erwartungen schon dadurch Rechnung, daß sie ihre Sprache dem gängigen Duktus anpaßte. So wurden das „deutsche Volk“, die völkische Verbundenheit aller Deutschen diesseits und jenseits der neuen Reichsgrenzen und deren partei- wie auch standesübergreifende Gemeinschaft stets als nationale Bezugsgrößen verabsolutiert. Über Appelle an das Ehrgefühl oder durch das Beschwören des „Geist[es] völkischen Pflichtgefühls“ und des Geistes von

¹²¹⁸ Das Saargebiet in Gefahr! Ein Notschrei an die Studentenschaften sämtlicher deutschen Hochschulen! An die akademische Jugend des gesamten deutschen Sprachgebiets!, hrsg. vom Bund und Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin 1922, S. 6. Vorbild war das im Vorjahr bereits in dritter Auflage erschienene Buch „Farbige Franzosen am Rhein: Ein Notschrei deutscher Frauen“. Zehn Jahre später erschien unter einem ähnlichen Titel ein weiterer Aufruf, der kostenlos in größerer Stückzahl – Vogel erbat Druckkostenzuschüsse für bis zu 60.000 Exemplare (vgl. Brief der GSV an das AA (07.05.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.094) – an die deutschen Hochschulen verschickt wurde: Vgl. BA-R 8014/718 f.; SF 13 (1932) 6, S. 77 f. Als gekürzten Neudruck publizierte die GSV die Broschüre letztmals 1935.

¹²¹⁹ Vgl. HERBERT: Best, S. 69–73; BayHStA, Haupthilfsstelle Pfalz 89.

¹²²⁰ Vgl. Jürgen SCHWARZ: Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik, Berlin 1971: „Sie [die Studenten – F.B.] wurden damit [...] nicht zu Wegbereitern, aber doch zu Vorläufern des Nationalsozialismus. Sie wirkten mit an der geistigen Revolutionierung in der gesamten Gesellschaft.“ (S. 408); HERBERT: „Generation der Sachlichkeit“.

¹²²¹ Vgl. Anm. 1215 sowie SF 3 (1922) 2, S. 18 ff.

Langemarck¹²²² wurden die Studierenden an ihren selbst so empfundenen Sendungsauftrag erinnert. Parolen wie „*Studenten an die Front!*“ hatten die „Kriegsjugendgeneration“¹²²³ im Visier, die aufgrund ihres Alters das „reinigende Gewitter“ der Schützengräben nicht persönlich durchlebt hatte und der nun die Gelegenheit geboten wurde, sich wie ihre älteren Kommilitonen im Abwehrkampf gegen die vermeintliche erneute französische Aggression für das Vaterland zu bewähren. Der Aufruf der Geschäftsstelle war erfolgreich; binnen eines Jahres traten die „Hochschulringe deutscher Art“ in Aachen, Berlin, Darmstadt, Erlangen, Freiburg, Greifswald, Karlsruhe, Kiel, München, Stuttgart und Tübingen der Bundesorganisation korporativ bei¹²²⁴. Eigenständige akademische Saargruppen hatten stets mit dem Problem mangelnder Kontinuität zu kämpfen. Wenn fast jedes Semester der Vorstand wechselte, konnte dies wie im Fall der „Vereinigung saardeutscher Studierender an der Universität Köln“ die Auflösung nach nur kurzer Zeit zur Folge haben¹²²⁵. Auf der anderen Seite wurden die ortsansässigen Saarvereine mitunter von den akademischen Gruppen an Dynamik und Engagement übertroffen, wie es im folgenden anhand der „Vereinigung saardeutscher Studierender an den Hochschulen zu Bonn“ dargestellt werden soll.

Im Juni 1929 entstand nach mehrjähriger Unterbrechung¹²²⁶ auch an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn wieder eine selbständige Saargruppe mit eigenen Satzungen, die entsprechend den noch immer gültigen Richtlinien mit der drei Jahre älteren Bonner Ortsgruppe des Bundes kooperierte¹²²⁷. Ihr Ziel war es, den

¹²²² Das Deutschlandlied auf den Lippen sollen nach offiziellen Heeresberichten über 2.000 junge Rekruten im November 1914 beim Sturm einer Hügelkette im feindlichen Maschinengewehrfeuer gefallen sein: Vgl. Benjamin ZIEMANN: Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in den Milieukulturen der Weimarer Republik, in: Thomas F. SCHNEIDER (Hrsg.): Kriegserlebnis und Legendenbildung. Das Bild des „modernen“ Krieges in Literatur, Theater, Photographie und Film, Bd. 1, Osnabrück 1999, S. 249–270, hier: S. 252; VERHEY: Der „Geist von 1914“, S. 344 f.

¹²²³ Vgl. HERBERT: „Generation der Sachlichkeit“, S. 32–36.

¹²²⁴ Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 07.05.22 (18.05.22), in: BA-R 8014/21.

¹²²⁵ Vgl. Brief der GSV an die „Vereinigung saardeutscher Studierender an der Universität Köln“ (14.05.29), in: BA-R 8014/444. Von den ursprünglich elf Gruppen, die 1925 in Berlin, Cöthen, Frankfurt am Main, Freiburg, Gießen, Heidelberg, Köln, Marburg, München und Münster existierten, waren im Mai 1932 lediglich noch die beiden Berliner, die Marburger sowie die Bonner Vereinigung aktiv.

¹²²⁶ Schon im Juni 1920 hatte sich eine etwa 30 Mitglieder starke Gruppe konstituiert, die auch zu den Gründern des Bundes in Bielefeld zählte und sich der Saarfrage in zwei Arbeitsgemeinschaften (Volkskunde und Presse) annahm. Sie löste sich bereits im Dezember des gleichen Jahres auf: Vgl. Brief Otto Spaniols an die GSV (13.06.20), in: BA-R 8014/267. Vgl. auch Schriftwechsel in: BA-R 8014/723; SF 1 (1920) 16, S. 162.

¹²²⁷ Auf einer der Gründung vorausgegangenen Saarkundgebung hatte der damals noch in Bonn lehrende Staats- und Völkerrechtler Carl Schmitt am 12.05.26 über die Saarfrage referiert: Vgl. SF 7 (1926) 10, S. 163 f.; „Bonner Zeitung“ Nr. 108 (08.05.26).

*„Gedanken der Zusammengehörigkeit von Heimat und Mutterland durch Pflege einer echt deutschen Gesinnung zu vertiefen [...], die Interessen der Saarländer an den Hochschulen zu vertreten und das landsmannschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl durch Veranstaltungen innerhalb der Vereinigung zu beleben.“*¹²²⁸

Seit 1930 führte der 1905 in Metz geborene Fritz Braun¹²²⁹ die akademische Saargruppe, die eine weitaus größere Aktivität als ihr bürgerliches Pendant entfaltete. Sie traf sich zeitweise sogar wöchentlich, initiierte mehrere Veranstaltungen im universitären Umfeld und organisierte Vorträge mit wissenschaftlichem Anspruch über das Saargebiet außerhalb der Hochschulen¹²³⁰. Durch Exkursionen und die gemeinschaftliche Aufführung von Theaterstücken wie dem Volksschwank „De Kurwel“ sollte der innere Zusammenhalt der Gruppe gestärkt werden. Hierzu erhielt sie Anfang Mai 1933 unter nationalsozialistischem Vorzeichen erneut Gelegenheit, als sie sich an der Kundgebung der „Deutschen Studentenschaft“ „Wider den undeutschen Geist“ beteiligte, in deren Verlauf der inzwischen zum Dr. phil. rer. nat. promovierte Braun am Denkmal Arndts das neue Saarbanner der Gruppe – ein Winterbergdenkmal auf schwarz-weiß-rottem Grund – weihte¹²³¹. Eine Anfang Juli 1933 vom Grenzlandamt der Studentenschaft organisierte Saar-Werbewoche in Bonn ging letztlich auch auf die Initiative der akademischen Saargruppe zurück¹²³².

Nachdem er Anfang Dezember 1933 in seiner Funktion als Saarreferent der „Deutschen Studentenschaft“ zum Besuch einer zwei Wochen später angesetzten Schulungstagung in Bonn aufgerufen hatte¹²³³, erließ Fritz Braun allgemeine Richtlinien für die Saararbeit der Grenzlandämter. Insbesondere die westdeutschen Hochschulen waren in die Saarpropaganda besonders einzubeziehen, was die übrigen Hochschulen im Reichsgebiet nicht von ihrer Verpflichtung entband, jedes Semester eine Saarkundgebung größeren Ausmaßes abzuhalten¹²³⁴. In seinem

¹²²⁸ SF 13 (1932) 10, S. 153.

¹²²⁹ Zur Biographie von Philipp Peter Friedrich Braun (1905–1976), der im Zweiten Weltkrieg als Mitarbeiter der „Volksdeutschen Mittelstelle“ aktiv an Umsiedlungsaktionen in Lothringen und Polen beteiligt war vgl. mit weiteren bibliographischen Hinweisen: FREUND, S. 261, Anm. 1464. Im August 1924 widerfuhr ihm während einer Ferienreise eine schikanöse Behandlung durch das französische Militär: Vgl. Brief der Deutsch-Saarländischen Volkspartei an die Regierungskommission (11.08.24) und Erklärung Brauns (19.09.24), in: Arch. SDN, CdG C 385/86.

¹²³⁰ Einige Titel der Vorträge lauteten: „Geologische Vergangenheit des Saargebietes“, „Sitten und Gebräuche an der Saar“ oder auch „Juristisches über das Saargebiet“: Vgl. SF 11 (1930) 23, S. 430 f.; SF 13 (1932) 17, S. 272 f. sowie den Jahresbericht der Vereinigung, in: SF 13 (1932) 10, S. 153 f.

¹²³¹ Vgl. SF 14 (1933) 11, S. 181.

¹²³² Zwischen dem 2. und 08.07.33 fanden verschiedene Vortragsveranstaltungen, u.a. mit Prof. Steinbach, Hermann Röchling und Hermann Savelkoults statt; die Schaufensterauslagen der Bonner Geschäfte waren eigens mit Photos und traditionellen saarländischen Fahnen drapiert worden: Vgl. SF 14 (1933) 15, S. 247; Brief Brauns an die GSV (21.05.33), in: BA-R 8014/268. Das Programm der Saar-Werbewoche in: LHA Koblenz, 403/16.857 sowie Jesco VON PUTTKAMER: Wahr bleibt wahr. Deutsch die Saar, Oldenburg – Berlin 1934, S. 75.

¹²³³ Vgl. Rundschreiben Brauns an die Grenzlandämter der westdeutschen Hochschulen (01.12.33), in: Staatsarchiv Würzburg, RSF I 32 g 107.

¹²³⁴ Siehe hierzu die Veranstaltung der Universität Erlangen am 21.02.34 mit einem feierlichen Umzug durch die Stadt und anschließenden Ansprachen eines saarländischen Studenten und des Rektors (vgl. Rundschreiben

Rundschreiben eignete sich Braun die alleinige Entscheidungskompetenz über Studienfahrten an die Saar an¹²³⁵, wie er auch anordnete, den gesamten Schriftverkehr mit Behörden fortan über seinen Schreibtisch laufen zu lassen. Sofern dies noch nicht geschehen war, sollten die saarländischen Studierenden schnellstmöglich erfaßt werden, „um sie in den Rückgliederungskampf ihrer Heimat einbauen zu können.“ Für sie erklärte er die Teilnahme an den Saarschulungskursen als obligatorisch. Braun gefiel sich in seiner Rolle als allein verantwortlicher akademischer Saarreferent, da er fortan keine Ambitionen mehr zeigte, sich wie bisher innerhalb des Bundes der Saarvereine zu engagieren. Zwar ordnete er an, daß in den Städten, in denen Ortsgruppen des Bundes bestanden, diese zu den Saarkundgebungen eingeladen werden sollten – was schließlich auch die notwendigen Besucherzahlen garantierte –, doch sollten die Grenzlandämter sowohl ihre Referenten als auch begleitendes Werbematerial fortan bei ihm und nicht in Berlin anfordern. Eine Beteiligung der seit Jahren mit akademischen Saarvorträgen betrauten Geschäftsstelle „Saar-Verein“ war nicht mehr vorgesehen, obwohl Braun selbst einräumen mußte, daß die Versorgung mit Schulungsunterlagen durch die „Deutsche Studentenschaft“ anfangs völlig unzureichend war. Wohl kaum allein aufgrund der räumlichen Nähe tendierte Braun eher zur Kooperation mit Simons Koblenzer Geschäftsstelle¹²³⁶.

Der Erfolg der von Berlin unabhängig betriebenen Saarpropaganda schien ihm Recht zu geben: Von seinem Saaramt aus wurden nicht nur zwei größere Schulungskurse mit 270 Teilnehmern der Universitäten Aachen, Bonn, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt, Gießen, Heidelberg, Köln, Mainz, Marburg und Münster in Bonn (15.–17.12.33)¹²³⁷ und Anfang Januar 1934 in Bad Kreuznach¹²³⁸ organisiert, sondern von dort gingen auch die Anregungen zu Saarwerbewochen,

des Rektors (16.02.34), in: UA Erlangen, A1/3a/910) sowie die Kundgebung am 15.02.34 im Berliner Sportpalast, in: SF 15 (1934) 5, S. 78 ff.

¹²³⁵ Die Genehmigung konnte nur in den Fällen erteilt werden, in denen der Nachweis erbracht wurde, „daß die Teilnehmer sich zuvor gründlich mit der Saarfrage befaßt haben.“

¹²³⁶ Vgl. Rundschreiben Brauns an die Grenzlandämter der Studentenschaften (21.12.33) und Tätigkeitsbericht Brauns im Wintersemester 1933/34 (20.04.34), in: Staatsarchiv Würzburg, RSF I 32 g 107.

¹²³⁷ Als Referenten sprachen in Bonn: Dr. Heinrich Schneider über „Die Grenzlandaufgaben des Staates und das Ringen Frankreichs an der Saar“, Franz Steinbach über „Die Geschichte der französischen Saarpolitik“, Hermann Overbeck über „Die Wirtschaft an der Saar“, Gustav Herr über den Saarbergbau, Peter Kiefer über saarländische Bergarbeiter, der Regierungsrat Watermann über Rückgliederungsfragen sowie Braun selbst über die Aufgaben der Hochschulen im letzten Jahr vor der Abstimmung.

¹²³⁸ Bereits seit 1932 fanden derartige Tagungen mit den Vertrauensleuten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen aus dem Saargebiet statt, die über die nationale, kulturelle und wirtschaftliche Dimension der bevorstehenden Abstimmung aufgeklärt wurden. In der ersten Aprilwoche 1933 beispielsweise waren 13 saarländische NSDAP-Mitglieder sowie je 15 Angehörige des Stahlhelm und des Kyffhäuser-Bundes auf die Burg Stahleck in Bacherach eingeladen worden, wo neben Walther Cartellieri und Fritz Kloevekorn unter anderem auch der Saarreferent im AA, Hermann Voigt und Hans Steinacher sprachen. In der ersten Oktoberwoche referierten Hans Bongard, Gustav Herr, Oberstleutnant Karwiese, Georg Wilhelm Sante, Heinrich Schneider, Staatsrat Spaniol, Voigt, Theodor Watermann und Pfarrer Wilhelm in Kreuznach vor Mitgliedern des SSB. Die Kosten dieser Veranstaltungen, die 1934 mindestens monatlich stattfanden, wurden von den staatlichen Behörden getragen: Vgl. Aktennotiz Watermanns (12.04.33), in: LHA Koblenz, 403/16.857; Programm (September 1933), in: BA-R 8014/16. Steinacher nahm nach eigenen Angaben an 34 Tagungen als Referent teil: Vgl. STEINACHER, Dok. 30, S. 156 f. Weiteres zu den Schulungskursen, zu denen die Berliner GSV im Gegensatz zur Koblenzer Gauzentrale nicht hinzugezogen wurde: Vgl. LHA Koblenz,

Saar-Arbeitsgemeinschaften, Saarkundgebungen und verpflichtenden Saarvorlesungen für alle Erstsemester aus. Er selbst fertigte ein Verzeichnis aller saarländischen Studierenden an deutschen Hochschulen an¹²³⁹.

ii) Die Anregung von Dissertationen und allgemeinen wissenschaftlichen Werken

Bereits in dem frühen Abkommen mit dem „Deutschen Hochschulring“ hatte die Geschäftsstelle versucht, die Studierenden zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Saarfrage zu motivieren. Durch die Einrichtung ihres Archives, in welchem sie alle wichtigen Pressestimmen des Saargebietes sammelte, wurde sie in den folgenden Jahren selbst zu einer wichtigen Auskunft- und Anlaufstelle für zeitgeschichtliche Untersuchungen¹²⁴⁰. Obwohl schon 1920 an der Bonner Universität das „Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande“ seine Pforten geöffnet hatte¹²⁴¹, welches sich in Ermangelung einer eigenen saarländischen Hochschule auch verstärkt der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Saarfrage verschrieb, verfolgte die Geschäftsstelle weiterhin das Vorhaben, eine derartige Hilfsstelle für das Saargebiet im Anschluß an die Universität Heidelberg einzurichten. Von dieser Zentrale aus sollten Impulse an alle deutschen Universitäten und Hochschulen ausgehen, die wissenschaftliche Erforschung des Saargebiets noch stärker zu fördern und weitere Publikationen anzuregen¹²⁴². Auch ohne ein solches saarspezifisches Institut entstanden bis Sommer 1933 insgesamt 127 Dissertationen, darunter alleine je 21 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt bzw. der Würzburger Julius-Maximilians-Universität¹²⁴³. Mit 16 Arbeiten nahmen staats- und völkerrechtliche Untersu-

403/16.857–16.861; LA Speyer, H 38/1419.

¹²³⁹ Vgl. Tätigkeitsbericht Brauns im Wintersemester 1933/34 (20.04.34) sowie die undatierte Übersicht „Westarbeit (Saar) der Deutschen Studentenschaft“ (vermutlich August 1934), in: Staatsarchiv Würzburg, RSF I 32 g 107.

¹²⁴⁰ Vgl. „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2. Schon im Laufe des Jahres 1922 entstanden unter ihrer Mithilfe mindestens sechs Dissertationen: Vgl. diverse Briefe der GSV (1922), in: BA-R 8014/1023.

¹²⁴¹ Als Vorläufer weiterer Forschungsinstitute hatte sich das Bonner Institut der Interdisziplinarität verschrieben. Gemeinsam geleitet von dem Historiker Hermann Aubin und dem Germanisten Theodor Frings entstanden dort richtungsweisende Werke wie der 1926 publizierte „Geschichtliche Handatlas der Rheinprovinz“. Vgl. Peter SCHÖTTLER: Die historische „Westforschung“ zwischen „Abwehrkampf“ und territorialer Offensive, in: DERS. (Hrsg.): *Geschichtsschreibung*, S. 204–261, hier: S. 206 f. Vgl. hierzu mit der neuesten Literatur: FREUND, S. 56–61. Aubin lehnte es im Namen des Instituts zwar ab, dem Bund korporativ beizutreten, versicherte Vogel jedoch, größten Wert darauf zu legen, „mit ihm im Zusammenhang zu bleiben, da es seiner Hilfe bei der Aufgabe, die ihm obliegt und die sich auf das ganze Rheinland, einschließlich des Saarlandes erstreckt, kaum entraten kann, sind es doch fast nur private Wege, auf denen dieses Gebiet zu erreichen ist.“: Vgl. Brief des „Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande“ an die GSV (13.02.22), in: BA-R 8014/1022. Die GSV bewilligte für Fortbildungskurse saarländischer Lehrer über rheinische Geschichte einen Zuschuß in Höhe von 1.000,- Mark: Vgl. Brief der GSV an das „Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande“ (27.02.22), in: Ebd.

¹²⁴² Vgl. Protokolle der Sitzungen des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 22.06.23 (in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2) und 17.11.23, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091.

¹²⁴³ Vgl. Walther CARTELLIERI: *Verzeichnis der Saardissertationen*, Berlin 1933; SF 14 (1933) 16/17, S. 279–284.

chungen den größten Umfang ein, gefolgt von 15 über den saarländischen Steinkohlenbergbau, 14 über Sozialpolitik und Gewerkschaftswesen sowie immerhin zehn Dissertationen über die saarländische Eisen- und Hüttenindustrie. Vergleichbar mit reinen Propagandaschriften dieser Jahre hielten sich viele dieser wissenschaftlichen Arbeiten an einen zwar nicht kodifizierten, aber allgemein bekannten und sowohl von studentischer Seite als auch vom Lehrkörper akzeptierten Interpretationskanon der saarländischen Geschichte und der aktuellen politischen Verhältnisse. So fehlten selten Hinweise auf den urdeutschen Charakter des Saargebietes, die traditionellen französischen Expansionsbestrebungen über den Rhein oder die vorbildliche Treue der Saarbevölkerung im Jahre 1815. Noch viel weniger ließen es sich die Autoren nehmen, die Versailler Friedensordnung als Ergebnis eines Täuschungsmanövers der Franzosen und als moralische und juristische Unmöglichkeit anzuprangern. Zwei Zitate aus Untersuchungen über die staats- und völkerrechtliche Stellung des Saargebietes mögen dies unterstreichen:

„Das Abkommen von Versailles ist der typische Fall eines einseitig aufoktroiierten Diktats, das sich gründet auf Haß und Unsachlichkeit, auf Eroberungssucht und Ungerechtigkeit.“¹²⁴⁴

Und wenige Jahre später:

„Die ganze Regelung der Saargebietsfrage, sowie die ganze Behandlung Deutschlands stellt eine Vergewaltigung dar.“¹²⁴⁵

Beseelt von dem Vorhaben, ihren eigenen Beitrag für die „Deutscherhaltung“ der Saar zu leisten, schossen manche Akademiker auch über das Ziel hinaus und erhoben ihre Wunschvorstellungen zur Grundlage ihrer wissenschaftlichen Untersuchungen. Das bei Martin Spahn in Köln entstandene sozialwissenschaftliche Werk über die Psyche der saarländischen Bergarbeiter, das seinen darstellenden Teil mit dem – die eigentliche Fragstellung kaum berührenden – Fazit *„Das Land an der Saar ist deutsch und wird deutsch bleiben!“* schloß¹²⁴⁶, ist hierfür nur ein vergleichsweise harmloses Beispiel.

Um solche Schnellschüsse künftig zu vermeiden, wurde die Idee erwogen, durch den „Historischen Verein für die Saargegend“ eine Art Vorauswahl treffen zu lassen und die Doktoranden aufzufordern, nur

„solche Themen zu bearbeiten, die für uns von Interesse sind. Damit würde verhütet werden, daß, wie das bisher z.Tl. der Fall war, ohne, bezw. gegen unsere Interessen gearbeitet würde. Die jungen Studenten sind billige und wertvolle Arbeitskräfte, die wir gleichzeitig zu unserem Nutzen beraten und unterstützen müssen.“¹²⁴⁷

¹²⁴⁴ Eduard RAUCH: Souveränität und Staatsgewalt und ihre Auswirkungen im Saargebiet, Erlangen 1928, S. 6.

¹²⁴⁵ Ludwig MÜLLER: Der Völkerbund als Treuhänder des Saargebiets, Würzburg 1931, S. 22.

¹²⁴⁶ Josef Karl KÖNIG: Die Einwirkung der französischen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen auf die Psyche der Saarbergarbeiter, Köln 1924, S. 123. Trotz ihrer Voreingenommenheit soll den Arbeiten, die in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen entstanden, nicht pauschal ihre Wissenschaftlichkeit abgesprochen werden. Wie bei allen Quellen gilt es, auch sie in den politischen Kontext einzuordnen und dabei das Herzensanliegen vieler junger Forscher, den deutschen Charakter der Saar um nahezu jeden Preis hervorzuheben, in Rechnung zu stellen.

¹²⁴⁷ Vgl. Brief von der Kalls an die GSV (Juli 1926), in: BA-R 8014/1113.

War die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Sommer 1925 noch an Staatsrechts- und Völkerrechtslehrer mit der Bitte herangetreten, sich der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Saarfrage zuzuwenden¹²⁴⁸, besaß sie nach Erscheinen der Untersuchung von Andres im darauf folgenden Jahr kaum mehr Interesse an derartiger unliebsamer Konkurrenz.

iii) Akademische Saarvorträge

Aufgrund der regelmäßig erneuerten Absprache zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und den Rektoraten der deutschen Hochschulen fanden zu Beginn eines jeden Semesters Vorträge über die Saarfrage vor akademischem Publikum statt. Während die Redner üblicherweise von der Geschäftsstelle gestellt wurden, lag die lokale Leitung in den Händen der studentischen Vereinigungen. Anfangs beschränkten sich die Vorträge auf reichsdeutsche Hochschulen; etwa ab 1927 konnten auch Kundgebungen in Österreich (Graz, Innsbruck und Wien) sowie der Tschechoslowakei (Brünn und Prag) gehalten werden¹²⁴⁹. Wie groß das Wohlwollen der Hochschulen war, läßt sich daran ermessen, daß lediglich eine reichsdeutsche Universität es 1928 grundsätzlich ablehnte, ein Forum für Saarvorträge zu stellen¹²⁵⁰.

iv) Die finanzielle Unterstützung von saarländischen Studierenden¹²⁵¹

Vergleichbar mit saarländischen Unternehmern und Handelstreibenden bekamen auch die saarländischen Studierenden an reichsdeutschen Hochschulen durch die sukzessive Einführung des Francs im Saargebiet die Auswirkungen des Währungs dualismus zu spüren. In den ersten Nachkriegsjahren profitierten sie vom unaufhaltsamen Niedergang der Mark, der ihnen einen – im Vergleich zu ihren reichsdeutschen Kommilitonen – hohen Lebensstandard erlaubte. Dies wandelte sich jedoch bald nach der Konsolidierung der deutschen Währung ins Gegenteil: Nach einer kurzen Phase der Währungsparität sahen sich die Saarländer ab 1924 mit der Franc-Inflation konfrontiert, die ihr dürftiges Budget nahezu gänzlich aufzehrte. Sofern sie nicht die

¹²⁴⁸ Vgl. Brief der GSV an verschiedene Dozenten (18.06.25), in: Ebd.

¹²⁴⁹ Beispielsweise fanden im Laufe des Jahres 1924 akademische Veranstaltungen in Bonn, Darmstadt, Erlangen, Frankfurt am Main, Halle, Jena, Karlsruhe, Köln, Marburg, München, Münster und Tübingen statt: Vgl. „Denkschrift über Bund und Geschäftsstelle „Saar-Verein““ (Januar/ Februar 1925), in: StA Freiburg, C 4/ IX/ 2/ 1, S. 4; S.Z. Nr. 225 (29.08.24); SF 5 (1924) 20, S. 313 f.; SF 10 (1929) 22, S. 483; SF 12 (1931) 19, S. 331; SF 13 (1932) 7, S. 112.

¹²⁵⁰ Vgl. Brief der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin an die GSV (17.11.28), in: BA-R 8014/1114. Siehe insgesamt: BA-R 8014/716–719 und 1113 ff. Um den Bestand der Deutschen Technischen Hochschule in Prag nicht zu gefährden, wandte sich deren Rektor Ende 1933 mit der Bitte an das AA, daß künftig kein Propagandamaterial mehr übersandt werden sollte. Saarvorträge waren bereits im Frühjahr 1932 auf Wunsch der Hochschule eingestellt worden: Vgl. Brief der Deutschen Technischen Hochschule an die GSV (15.04.32), in: BA-R 8014/718; Brief des AA an die GSV (30.11.33), in: BA-R 8014/683.

¹²⁵¹ Vgl. hierzu allgemein: Geschäftsbericht der GSV (24.10.24), in: BA-R 8014/7; Brief der GSV an Musiklehrer Stilz (07.08.24), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 20.

Möglichkeit besaßen, sich als Werkstudenten selbst zu finanzieren, blieb ihnen keine andere Wahl, als ihr Studium vorübergehend zu unterbrechen bzw. gänzlich aufzugeben¹²⁵².

Um diesem Schritt vorzubeugen und vor allem einen Wechsel der Saarländer an französische Hochschulen zu verhindern, wandte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Februar 1924 an das preußische Wissenschaftsministerium mit der Bitte, den saarländischen Studierenden finanziell unter die Arme zu greifen. Sie selbst bot sich aufgrund ihrer reichsweiten Organisation als Vermittlungsinstanz an¹²⁵³. Die prinzipielle Notwendigkeit staatlicher Subventionen sah auch eine Monate später einberufene Ressortbesprechung in der Wilhelmstraße, jedoch hinkten anfangs die bewilligten Hilfsmittel der Entwicklung der wirtschaftlichen Notlage hinterher. Erst ab dem Wintersemester 1925/26 wurde der Bedarf in halbjährlichen kommissarischen Besprechungen zwischen dem Auswärtigen Amt sowie den beiden Kultusministerien in Berlin und München ermittelt¹²⁵⁴. Um Mißbrauch vorzubeugen, waren die Anträge vom Rektor oder dem Senat einer Hochschule an die Ministerien zu richten, und die Bedürftigkeit mußte amtlich bescheinigt werden¹²⁵⁵.

Obwohl die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ also eigentlich nicht zuständig war, gingen dort zahlreiche Anträge auf finanzielle Unterstützung von Saarländern ein, welche sie in aller Regel befürwortend weiterleitete. Dies untermauert die oben formulierte These, daß die Organisation nicht nur von den saarländischen Vereinen als Kulturförderanstalt wahrgenommen bzw. beansprucht wurde¹²⁵⁶.

¹²⁵² Ein nicht unerheblicher Teil der deutschen Studierenden – je nach wirtschaftlicher Lage zwischen 20% und 50% – lebte unter dem Existenzminimum. Statistisches Material hierüber während der Weimarer Jahre bei: Michael H. KATER: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975, S. 43–56. SCHWARZ (Studenten, S. 58–85) hingegen betonte, daß sich die Studierenden im allgemeinen mit ihrer Situation zu arrangieren verstanden.

¹²⁵³ Vgl. Brief der GSV an das PrMWissenschaft (12.02.24), in: BA-R 8014/673. Gegen Jahresende (28.11.24) schlug die GSV dem Ministerium vor, alle saarländischen Studierenden in der Reichshauptstadt zu konzentrieren und ihnen die Studiengebühren zu erlassen: Vgl. ebd. sowie Tätigkeitsbericht Vogels auf der Mitgliederversammlung in Hannover (06.06.25), in: BA-R 8014/27.

¹²⁵⁴ Am 23.06.24 wurden seitens des Reiches jährlich 16.000 RM bewilligt, die den beiden Kultusministerien im Verhältnis 7:1 zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Planungen gingen bei insgesamt 700 saarländischen Studierenden von 40 unterstützungsbedürftigen Akademikern aus, deren Zuschußbedarf durchschnittlich bei 500 RM lag. Die fehlenden 4.000 RM sollten von den Ländern aufgebracht werden. Wie das bayerische Kultusministerium aber im Sommersemester 1925 feststellte, war allein im Freistaat mit 58 bedürftigen saarländischen Studierenden zu rechnen: Vgl. Schriftwechsel zwischen den Ministerien in: BayHStA, MA 108.177. Im Frühjahr 1927 unterstützte Preußen 630 Stipendiaten, Bayern 105: Vgl. Brief der Bayerischen Gesandtschaft Berlin an das BayMA (18.05.27), in: BayHStA, MInn 47.089.

¹²⁵⁵ Vgl. Aktennotiz (22.09.25), in: BA-R 8014/986. Allein für saarländische Studierende aus dem ehemals bayerischen Teil des Saargebiets wurden zwischen 1924 und 1930 insgesamt 200.000 RM aus Reichs- und Landesmitteln für Stipendien und Vergünstigungen aufgebracht: Vgl. „Übersicht über die Leistungen für das Saargebiet für kulturelle Zwecke“ (November 1930), in: BayHStA, MInn 47.093. Das Reich übernahm mit 120.000 RM den Löwenanteil der Summe. Weitere Details in: BayHStA, MA 108.178.

¹²⁵⁶ Vgl. BA-R 8014/986–989. Der Schriftwechsel ließ nach 1930 deutlich nach, was als Indiz dafür gewertet werden könnte, daß selbst die Aussicht auf finanzielle Unterstützung vielen Studierenden während der Weltwirtschaftskrise keine Fortsetzung ihres Studiums erlaubte.

v) Die Kooperation mit wissenschaftlichen Institutionen

Die „Forschungsgemeinschaft für die Saarlande“ wurde im Oktober 1926 in Frankfurt am Main durch saarländische und reichsdeutsche Heimatforscher, namhafte Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu dem Zweck aus der Taufe gehoben,

*„die wissenschaftlichen Forschungen in den Saarlanden und den durch Natur und Geschichte damit im Zusammenhang stehenden Gebieten [der Pfalz und Lothringens – F.B.] auf breiter Grundlage anzuregen und zu fördern. [...] Andere als wissenschaftliche Aufgaben liegen der Forschungsgemeinschaft fern.“*¹²⁵⁷

Die Gründung der Saarforschungsgemeinschaft (SFG), wie sie sich im folgenden Herbst offiziell nannte, stieß bei den zuständigen Saarstellen keineswegs auf ungeteilte Zustimmung. Sowohl Preußen als auch Bayern erachteten es als kontraproduktiv, den französischen Standpunkt zu stärken, daß es eine eigenständige – von der rheinischen oder deutschen zu unterscheidende – saarländische Kultur gäbe. Vielmehr schien die SFG geeignet, *„die notwendige Einheit der kulturpolitischen Abwehrarbeit zu schädigen.“*¹²⁵⁸ Während Preußen letztlich doch seine Zustimmung erteilte, unterstrich der bayerische Gesandte in Berlin den Standpunkt seiner Regierung, demzufolge München *„nach allgemeiner Auffassung an der Forschungsgemeinschaft nicht interessiert“* war¹²⁵⁹.

Ob für den Bund der Saarvereine die gleichen Bedenken wie bei den Staatsstellen maßgebend für seine Zurückhaltung waren, ließ sich nicht feststellen, doch sollte es zwei Jahre dauern, bis Vogel auf die SFG zuzuging und ihr das Angebot zur Kooperation unterbreitete. Der Vorsitzende Hermann Aubin, als Historiker inzwischen einem Ruf nach Breslau gefolgt, erkannte zwar prinzipiell an, daß die Tätigkeit beider Organisationen weitgehend parallel lief, doch behauptete er für die SFG, die Saarfrage ruhiger und besonnener zu bearbeiten. So nahm er das Angebot zur wissenschaftlichen Kooperation letztendlich dankend an, wies eine Beteiligung der Forschungsgemeinschaft an Saarkundgebungen aber als unvereinbar mit ihren Zielsetzungen zurück¹²⁶⁰. In den folgenden Jahren machte sich die Zusammenarbeit kaum bemerkbar. Zwar wies der „Saarfreund“ gelegentlich auf die Jahrestagungen der SFG hin bzw. veröffentlichte einen

¹²⁵⁷ Vgl. „Richtlinien für die Gründung einer Forschungsgemeinschaft für die Saarlande“ (26.10.26), in: HessHStA, NL Sante 56. Vgl. zur SFG allgemein: FREUND, S. 61–161; LINSMAYER: Politische Kultur, S. 347–362. Ein Mitgliederverzeichnis der SFG aus der Zeit nach der Saarabstimmung (14.03.35), in: HessHStA, NL Sante 57.

¹²⁵⁸ Vgl. Brief des PrMI an das RMI (02.01.27), in: BayHStA, MA 108.204.

¹²⁵⁹ Der Gesandte witterte vor allem eine unliebsame Konkurrenz zur „Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“. Aus diesem Grund beschränkte die SFG fortan ihre Tätigkeit auf den ehemals preußischen Teil des Saargebiets: Vgl. Brief Sperrs an das BayMA (08.04.27), in: Ebd. Dort auch weitere Belege für die Bedenken der Länder gegen die Gründung der Forschungsgemeinschaft. Vgl. auch das vertrauliche Rundschreiben Schmidt-Otts an die Mitglieder der SFG (19.04.27), in: HessHStA, NL Sante 56.

¹²⁶⁰ Vgl. Briefe Aubins an die GSV (06.06.29 und 06.07.29), in: BA-R 8014/725. Zur gleichen Zeit beschloß die Mitgliederversammlung in Münster, die SFG zu bitten, künftig einen Vertreter zu den Bundestagungen zu entsenden: Vgl. SF 10 (1929) 12/13, S. 258. Während des Abstimmungskampfes wahrte auch die „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ kritische Distanz zum gleichgeschalteten BdS: Vgl. Brief der Notgemeinschaft (Schmidt-Ott) an die GSV (23.12.33), in: BA-R 8014/725.

Vortrag des Schriftführers Georg Wilhelm Sante¹²⁶¹, doch wurden Vertreter des Bundes zu den Versammlungen der SFG nie persönlich eingeladen¹²⁶².

Wenig anders verhielt es sich mit der „Arbeitsgemeinschaft saarländischer Heimatvereine und Heimatmuseen“, welche Anfang 1932 auf Anregung einiger SFG-Mitglieder aus den saarländischen historischen Vereinen und dem geologischen Museum der Saarbrücker Oberrealschule gegründet wurde und deren Ziel weniger die eigene wissenschaftliche Forschung als vielmehr deren Verbreitung in weiten Teilen der Bevölkerung war¹²⁶³. Neben dem Vorsitzenden Fritz Kloevekorn und dem Schriftführer Sante sollte der Vorstand vornehmlich aus Saarländern gebildet werden,

*„damit es mindestens den Anschein hat, daß sie, und nicht die Auswärtigen handeln; [...] Um aber die Zügel unsichtbar von außen anziehen zu können, werden Geschäftsführung und Kasse dem gegeben, der zwar im Saarland ansässig, aber als Beauftragter der Behörden im Reich gelten kann.“*¹²⁶⁴

Zum Verbandsorgan wurde die bereits seit über fünf Jahren erscheinende Zeitschrift „Unsere Saar. Heimatblätter für die Saarlandschaft“ erklärt. Während die Kooperation mit dem Bonner „Institut für geschichtliche Landeskunde“ sowie der SFG ausdrücklich vereinbart wurde,

beabsichtigte die Arbeitsgemeinschaft anscheinend nicht, Redner der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in ihre Vortragsveranstaltungen einzubinden¹²⁶⁵.

Verständlich wird diese Zurückhaltung in einer Denkschrift Santes vom April 1932, in welcher er sich über den künftigen Kurs der Heimatforschung an der Saar ausließ und die Existenz dreier voneinander unabhängiger Organisationen – SFG, Arbeitsgemeinschaft und Westdeutsche Forschungsgemeinschaft – verteidigte:

¹²⁶¹ Vgl. SF 10 (1929) 21, S. 457; SF 14 (1933) 20, S. 390.

¹²⁶² Vgl. Liste der Einladungen zur Tagung 1929 (04.06.29), in: HessHStA, NL Sante 53. Vgl. auch die nachfolgenden Tagungen 25.09.27–26.09.27, 05.01.28, 04.10.30, 05.09.31, 10.09.32 und 30.09.33–02.10.33.

¹²⁶³ Vgl. FREUND, S. 96 ff. Vgl. Protokoll der Gründungsversammlung vom 24.01.32 sowie die „Denkschrift über die Arbeitsgemeinschaft saarländischer Heimatvereine und -museen“ (27.01.32), in: Archiv des LVR, 3794; SF 13 (1932) 23, S. 374 f. Im Folgejahr griff Sante den Gedanken gegenüber seinem Vertrauten Dr. Josef Busley, dem Leiter der Abteilung für Kultur- und Denkmalpflege der Rheinprovinz, erneut auf. *„Man könnte trennen: hier wissenschaftliche Forschung bezw. Saar-Forschungsgemeinschaft zur Vorbereitung und dort die Auswertung unmittelbar für den Abstimmungskampf bezw. Arbeitsgemeinschaft saarländischer Heimatvereine und -museen. Aber beide gehören zusammen für dasselbe Ziel.“*: Brief Santes an Busley (16.01.33), in: Ebd. Vgl. ebenso den Tätigkeitsbericht Santes (26.01.35), in: StA Saarbrücken, Großstadt 2073.

¹²⁶⁴ „Denkschrift über die Arbeitsgemeinschaft saarländischer Heimatvereine und -museen“ (27.01.32), in: Archiv des LVR, 3794. Noch deutlicher wurde Sante im privaten Schriftverkehr: *„Ein anderer Grundsatz: die saarländischen Heimatforscher handeln zu lassen - doch nur dem Anschein nach. Wir gründen eine Art Ausschuß, er mag reden und beschließen, aber die Gelder bleiben bei der Mittelstelle, Stadtarchiv, und werden nur von Fall zu Fall und in bestimmten Beträgen herausgegeben. Sie sollen die goldene Fessel sein, die alle bindet [...]“*: Brief Santes an Busley (14.01.32), in: Ebd.

¹²⁶⁵ Auf der anderen Seite hatte Vogel offensichtlich darauf verzichtet, sie in seine Pläne zur Schaffung eines Saarfilms einzuweißen.

„Gerade das Nebeneinander gibt ihnen die Möglichkeit, von dem einen auf das andere Feld hinüberzuwechseln, also bald wissenschaftlicher, bald volkstümlicher, bald politischer aufzutreten. Nur müssen sie an der Saar selbst arbeiten; von hier aus erbitten sie auf einem der drei Wege die jeweils wirksame Unterstützung im Reich, in den Rheinlanden. Nichts wirkt hier so häßlich wie wenn irgendeine Organisation das Saargebiet von außen ‚betreuen‘ will, womöglich nach der Melodie des [Berliner – F.B.] Saarvögels!“¹²⁶⁶

Sante war in seiner zentralen Position¹²⁶⁷ selbstbewußt genug, nationales Gedankengut auch ohne die Unterstützung und vor allem ohne die Bevormundung des Bundes der Saarvereine vermitteln zu wollen. Daran sollte sich auch in den beiden Jahren nach der Gleichschaltung des Bundes prinzipiell nichts ändern, obwohl Sante ab Frühjahr 1934 im „Saar-Freund“ unter dem Pseudonym „Saarabolicus“ die Aufsatzreihe „Des Saarvolkes Leiden in der Besatzungszeit“ verfaßte¹²⁶⁸.

e) Die Zusammenarbeit mit den Kirchen

Schon der Saargebietsschutz hatte in Erwägung gezogen, Geistliche beider Konfessionen als Multiplikatoren der anlaufenden Saarpropaganda heranzuziehen¹²⁶⁹. Dennoch gab es keine förmlichen Abkommen, welche die Kooperation der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ mit katholischen und protestantischen Pfarrern geregelt hätten. Die Initiative Vogel aus dem Jahr 1926, als er sich persönlich an den Evangelischen Oberkirchenrat mit der Bitte wandte, die Arbeit des Bundes zu unterstützen, scheint in ihrer Art einmalig gewesen zu sein. Sie sah zwei Modelle für eine Zusammenarbeit vor:

- a) Die lokalen Geistlichen sollten von den dort ansässigen Ortsgruppen des Bundes das notwendige Material für Vorträge und Lichtbildervorführungen beziehen.
- b) ein Vertreter des Bundes der Saarvereine sollte in einem von der Geistlichkeit organisierten Rahmen einen Vortrag halten¹²⁷⁰.

¹²⁶⁶ „Denkschrift über die Wissenschaftspflege und Heimatforschung an der Saar“ (20.04.32), in: Ebd. Santes Verständnis, wie Forschung und Politik zueinander stehen sollten, kann durchaus als symptomatisch für die Wissenschaftslandschaft der Zwischenkriegszeit bezeichnet werden: *„Die Politik stellt die Ziele auf, die zu erreichen sind, und die Wissenschaft berät mit ihr über die Wege zu ihnen.“*

¹²⁶⁷ Er war gleichzeitig Saarbrücker Stadtarchivar, Schriftführer der „Arbeitsgemeinschaft saarländischer Heimatvereine“ und Schriftführer der SFG, bei welcher er sich sukzessive die Befugnisse des Vorsitzenden aneignete. Zu Santes Biographie vgl. FREUND, S. 85 ff. Vgl. auch den Tätigkeitsbericht Santes (26.01.35), in: StA Saarbrücken, Großstadt 2073.

¹²⁶⁸ Vgl. HessHStA, NL Sante 84; SF 15 (1934) 10–30. Ein früherer Beitrag von „Saarabolicus“ datiert aus dem Jahr 1930: Vgl. SF 11 (1930) 11, S. 194 f.

¹²⁶⁹ Vgl. undatierte Niederschrift über eine Ausschußsitzung vom 14.02.19, in: BA-R 8014/835.

¹²⁷⁰ Vgl. Brief des Evangelischen Oberkirchenrats an die Konsistorien der verschiedenen Provinzialkirchen der Altpreußischen Union (13.02.26), in: AEKR, Konsistorium B I a 27 Beiakte 2, Bd. III. Der Präsident Dr. Kapler begrüßte die Anregungen der GSV und bat die Konsistorien, *„wenn sie von des Saarvereins Stellen um ihre Unterstützung für die vorbezeichneten Bestrebungen angegangen werden, sich dieser nicht zu versagen.“*

Großer Erfolg kann der Aktion nicht beschieden gewesen sein, da sie weder im „Saar-Freund“ noch in den Tätigkeitsberichten zur Sprache kam¹²⁷¹. Auch mit dem im darauf folgenden Jahr gestarteten Versuch, dem „Saar-Freund“ über die Geistlichkeit beider Konfessionen im Saargebiet stärkere Verbreitung zu verschaffen, landete die Geschäftsstelle eine Bruchlandung: Lediglich eine von 170 angeschriebenen katholischen Pfarreien ging auf das Angebot ein¹²⁷². Nichtsdestotrotz bestanden auf der persönlichen Ebene gute Beziehungen zu saarländischen Pfarrern, von denen die Geschäftsstelle erstmals im Zuge der prophylaktischen Flüchtlingsfürsorge Anfang der zwanziger Jahre profitierte. Auch in der Folgezeit unterzeichneten Geistliche beider Konfessionen regelmäßig die Rundschreiben des Bundes oder engagierten sich auf dessen Kundgebungen, wobei den Auftritten auf den Jahrestagungen natürlich die größte Bedeutung zukam.

Die Kontakte zu drei Persönlichkeiten des saarländischen Klerus sollen im folgenden näher dargestellt werden.

Zu den wichtigsten Ansprechpartnern und Vertrauensleuten Vogels im Saargebiet zählte der protestantische Pfarrer Heinrich Becker (*1870). Aus dem Rheinland stammend, verrichtete er seit 1897 seinen Gemeindedienst in Neunkirchen, der nur durch seine Tätigkeit als Felddivisionspfarrer während des Weltkrieges unterbrochen wurde¹²⁷³. Becker entwickelte sich zu einem entschiedenen Gegner und Kritiker der Schulpolitik an der Saar, verfaßte auch für den „Saar-Freund“ zahlreiche Artikel über diese Thematik und engagierte sich als Vortragsredner vor akademischem Publikum ebenso wie vor den Ortsgruppen des Bundes¹²⁷⁴. Zweimal, 1927 in Würzburg und 1929 in Münster, ergriff Becker auf Bundestagungen das Wort; für sein Engagement in der Saarfrage wurde er in Würzburg zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt. Hierzu dürften seine dezidiert positive Stellungnahme im Preußischen Abgeordnetenhaus¹²⁷⁵ sowie sein Statement in der „Vossischen Zeitung“ beigetragen haben, das sich schon bald zum Credo der Selbstdarstellung des Vereins entwickelte:

¹²⁷¹ Darauf deutet ferner die einzige überlieferte Reaktion hin: Das Koblenzer Konsistorium maß der geplanten Agitation wenig Bedeutung bei, da die Rheinprovinz dem Saargebiet ohnehin schon sehr nahe stehe: Vgl. Antwortschreiben (20.02.26), in: Ebd.

¹²⁷² Vgl. Briefe der GSV an 170 katholische (22.04.27) und etwa 130 evangelische (21.05.27) Pfarrämter im Saargebiet, in: BA-R 8014/175.

¹²⁷³ Vgl. SF 8 (1927) 4, S. 61; SF 8 (1927) 21, S. 397. Für seine Verdienste erhielt Becker des EK I.

¹²⁷⁴ Vgl. SF 9 (1928) 9, S. 135 f.; SF 9 (1928) (1928) 21, S. 399 f.; SF 10 (1929) 6, S. 126; SF 14 (1933) 8, S. 130; SF 15 (1934) 24, S. 515 f. Vgl. ebenso BA-R 8014/1115.

¹²⁷⁵ Becker betont dort, „daß die einzige Organisation, die bis jetzt in würdiger und wirkungsvoller Weise die Interessen des Saargebietes vertreten hat, der Saarverein gewesen ist. Wieviel er für uns getan hat, das können Sie lange nicht so beurteilen, wie wir im Saargebiet. Deshalb haben wir vom Saargebiet den Wunsch, daß der Saarverein nicht als eine Winkelsache oder als eine Liebhabersache angesehen wird, sondern als eine Notwendigkeit für unser Saargebiet.“: Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 24.01.25, in: BA-R 8014/7.

*„Ich bin der Meinung: Wenn es keinen ‚Saar-Verein‘ gäbe, müßte er schleunigst gegründet werden; und wenn er als lästiger Mahner manchem der Ruhe gern Pflgenden auf das politische Gewissen fällt, so ist das der schlagendste Beweis für die Notwendigkeit seines Daseins. Jedenfalls hat das Saargebiet, das immer schwereren Zeiten entgegengeht, mehr als je einen so wirkungsvollen Interessenvertreter, wie es der ‚Saar-Verein‘ ist, dringend nötig.“*¹²⁷⁶

Von Becker, der in späteren Jahren auch dem Saarausschuß der Reichsregierung angehörte¹²⁷⁷, erfuhr die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die dort besprochenen Themen aus erster Hand.

Wollte die fast ausschließlich von Protestanten geführte Saarorganisation in einer Region mit einem Katholikenanteil von über 70% eine wirkliche Breitenwirkung erzielen, so war der Schritt über die Konfessionsgrenzen unverzichtbar:

Gemeinsam mit Becker war auch der katholische Pfarrer Dr. Johannes Schlich (1876–1950) in Würzburg zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt worden. Schlich, der nach seiner Priesterweihe in Freiburg promoviert wurde und seit 1913 die Saarbrücker Pfarrei St. Jacob betreute¹²⁷⁸, geriet erstmals 1920 in den Verdacht, mit dem Heimatdienst zu kooperieren¹²⁷⁹. Nachdem er auf der umstrittenen Kölner Bundestagung 1926 einen Vortrag über „Die politische Seite der Saarfrage“¹²⁸⁰ gehalten hatte, führten zwei weitere Auftritte vor Ortsgruppen des Bundes zu förmlichen Protesten der Regierungskommission bei Bischof Bornewasser¹²⁸¹. Ungeachtet der Ermahnung des Trierer Generalvikariats trat der national-monarchisch gesinnte Schlich erneut 1931 vor der Württembergischen Saarvereinigung auf¹²⁸². Anders als sein Wehrdener Amts

¹²⁷⁶ „Vossische Zeitung“ Nr. 138 (22.03.25), zitiert in: SF 6 (1925) 7, S. 101. „[...] Weil der ‚Saar-Verein‘ seine Aufgabe nicht darin sieht, im Saargebiet eine politische Tätigkeit zu entfalten, und weil er davon überzeugt ist, daß die Saarbevölkerung durch unermüdliche Wachsamkeit und zielbewußte Arbeit am wirksamsten ihre nationalen Interessen selbst am besten zu vertreten weiß, und weil er immer wieder die traurige Erfahrung machen muß, daß das von uns erwartete und gewünschte Wissen und Verstehen unserer Lage fehlt, darum ist seine Aufklärungsarbeit für das nicht besetzte deutsche Vaterland bestimmt und eine dringende Notwendigkeit, von nicht hoch genug einzuschätzender Bedeutung. [...]“ Vgl. „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2; Theodor VOGEL: Das deutsche Saargebiet. Vom deutschen Schicksal an der deutschen Saar, Berlin 1933, S. 43 f.

¹²⁷⁷ Siehe Kap. 3.2.b.

¹²⁷⁸ Vgl. SF 7 (1926) 9, S. 144; SF 8 (1927) 21, S. 396. Im Jahr 1929 wurde Schlich päpstlicher Geheimkammerer und zugleich Dechant in Christ König, wo er bis Ende 1935 blieb: Vgl. SF 10 (1929) 21, S. 460. Vgl. auch die Personalakte Schlichs in: Bistumsarchiv Trier, 85/1554. Schlich gehörte dem Landesparteiausschuß des Saarzentrums an und saß im Aufsichtsrat der „Saarbrücker Landeszeitung“: Vgl. GESTIER, S. 13; ZENNER: Parteien und Politik, S. 292–295.

¹²⁷⁹ Vgl. Rechtfertigungsschreiben Schlichs an das Generalvikariat (19.08.20), in: Bistumsarchiv Trier, 85/1554. Schlich hatte von Ollmert 5.000 Mark für die katholischen Bibliotheken erhalten.

¹²⁸⁰ Vgl. SF 7 (1926) 17, S. 321 ff.

¹²⁸¹ Am 10.10.27 sprach Schlich in Frankfurt, am 30.11.27 in Berlin: Vgl. SF 8 (1927) 20, S. 382 ff.; Entschließung (10.10.27), in: BA-R 43-I/244; Procès-Verbal (27.10.27, 02.11.27 und 20.01.28), in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 36 f. Vgl. auch den Brief Morizes an Außenminister Briand (07.11.27), in: MAE, IG Sarre 671 und Briefe Wiltons an Bornewasser (08.11.27 und 25.01.28), in: Bistumsarchiv Trier, 85/1554.

¹²⁸² Vgl. SF 12 (1931) 13/14, S. 200–203. „Mit Rücksicht auf peinliche Folgen, die gerade durch das Auftreten von Saargeistlichen in politischen Versammlungen der Saarverbände entstanden sind, halten wir es für angemessen, daß Sie den Vortrag ablehnen. Es wird sich leicht ein Laie an Ihrer Stellen finden.“: Brief des

bruder stand Schlich dem Nationalsozialismus eher kritisch gegenüber und wahrte größere Distanz, was ihm den Vorwurf Berliner Parteistellen einhandelte, mit dem Status quo zu liebäugeln¹²⁸³. Wegen eines geringfügigen Devisenvergehens mußte er Ende 1935 das Saargebiet verlassen und versah nach einer kurzen Zwischenstation in der Schweiz sein Pfarramt von 1936 bis 1950 bei Koblenz.

Zu den polemischsten Autoren, die im „Saar-Freund“ schrieben, zählte der saarländische Pfarrer Peter Wilhelm¹²⁸⁴. Fast vier Jahrzehnte versah er, nur unterbrochen durch kurzzeitige Kriegsevakuierungen, seinen Dienst in der nahe Völklingen gelegenen Arbeitergemeinde Wehren. Als Vertreter des Zentrums gehörte er dem Landesrat seit dessen Gründung im Jahr 1922 an und war ebenso wie Becker Mitglied des 1929/30 von der Reichsregierung ins Leben gerufenen Saarausschusses. Mit Vogel verband ihn seit Anfang der zwanziger Jahre eine persönliche Freundschaft¹²⁸⁵. Nach seinem Auftritt auf der Heidelberger Bundestagung 1928 ergriff er vier Jahre später auf der Saarkundgebung am Deutschen Eck erneut das Wort. In dieser Rede, die über alle deutsche Sender übertragen wurde¹²⁸⁶, beschwor Wilhelm die Volksgemeinschaft:



Abb. 12: Peter Wilhelm
(1887–1947)

Generalvikariats an Pfarrer Bungarten (03.05.29), in: Bistumsarchiv Trier, 85/206.

¹²⁸³ In einem Protestschreiben an das AA und von Papen (27.01.34, in: Bistumsarchiv Trier, 59/51) erklärte Schlich, seit der Abtrennung des Saargebiets vom Reich Hunderte von Reden gehalten bzw. Artikel geschrieben und dabei „*stets auf den rein deutsch-sprachlichen und deutsch-rassischen Charakter des Saargebietes hingewiesen*“ zu haben. Im Herbst 1933 gab er in einem persönlichen Schreiben an Hitler zu bedenken, daß sich die kirchenfeindlichen Maßnahmen nachteilig auf die nationale Gesinnung der Bevölkerung auswirken könnten und protestierte gegen die Entlassung katholischen Beamter. Wochen später wandte er sich an von Hindenburg, den er auf die verbalen Ausfälle Görings in Trier gegen „rote Ratten“ und „schwarze Maulwürfe“ aufklärte: Vgl. Briefe Schlichs an Hitler (29.09.33) und von Hindenburg (11.11.33), in: Bistumsarchiv Trier, 59/61. Nach der Abstimmung wurde seine Schrift „Der Mythos des 20. Jahrhunderts von Alfred Rosenberg und das Christentum“ beschlagnahmt und vernichtet: Vgl. Brief der Stapo Saarbrücken an die Saarbrücker Druckerei (07.06.35), in: Bistumsarchiv Trier, 134/95.

¹²⁸⁴ Insbesondere die Schulpolitik der Regierungskommission hatte es ihm angetan: Vgl. SF 7 (1926) 21, S. 386 ff.; SF 11 (1930) 17, S. 327 ff.; SF 12 (1931) 20, S. 337 f.; SF 12 (1931) 21, S. 355 f.; SF 12 (1931) 22, S. 369 f.; SF 12 (1931) 23, S. 402 ff. In SF 12 (1931) 13/14, S. 212–216 rief er unverhohlen nach „*frisch- und jungfühlende[n] Menschen, die etwas Heldenhaftes in den Kampf hineinbringen, die nicht immer in der Defensive bleiben, sondern kühn auf der ganzen Linie die Offensive ergreifen, gegen Versailles und seine ‚Saar-Unordnung‘, die im krassen Widerspruch zu Natur und Christentum steht.*“ (S. 216). Vgl. die Personalakte Wilhelms in: Bistumsarchiv Trier 85/1985.

¹²⁸⁵ So zählte Wilhelm zum Kreis derjenigen, die sich im Sommer 1933 für den Verbleib Vogels auf dem Posten des Geschäftsstellenleiters aussprachen: Vgl. Brief Wilhelms an von Papen (18.07.33), in: BA-R 53/91.

¹²⁸⁶ Vgl. Brief Wilhelms an das Generalvikariat (05.08.32), in: Bistumsarchiv Trier, 85/1985.

„Uns ruft heim die Stimme des Blutes, die nicht erstickt wird;
 uns ruft heim geschichtliches Erkennen und Fühlen, das in großer Tradition gründet;
 uns ruft heim die Gemeinschaft der Muttersprache, - ist doch alles, was dieselbe Sprache spricht,
 von Natur aus zur Einheit und Ganzheit bestimmt -;
 uns ruft heim gemeinsame Geistesbildung und bodenständige ererbte deutsche Kultur;
 uns ruft heim mit Macht der volksdeutsche Gedanke, der wie ein goldener Faden die großen
 Zeitspannen unserer Geschichte durchzieht;
 uns ruft heim der gesamtdeutsche Gedanke, der uns in der Zeit der Verbannung leuchtend aufge-
 gangen ist, der in uns gewachsen und im Kampf mit Unrecht und Willkür erstarkt und ausgereift
 ist, ein Gedanke, der uns nicht nur in der bloßen Pflege des heimatlichen Volkstums aufgehen
 ließen, sondern der bewußt in uns nach der Gesamtheit deutschen Lebens strebt, der uns innerlich
 bindet und sittlich verpflichtet, unser bescheidenes [sic!] Teil zur Formung deutschen Gesamt-
 lebens beizutragen und an der nationalen und sittlichen Erneuerung des Reiches der Deutschen
 mitzuwirken.
 Siehe, Mutter Germania, am Rhein, an Deutschlands Strom, stehen heute deine treuen Kinder von
 der Saar.
 Höre, Mutter Germania, diese Kinder rufen nach dir, sie verlangen nach dir, sie wollen wieder bei
 dir sein, - aber bedingungslos, restlos, auf immer!“¹²⁸⁷

Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ leistete der energische Priester der Rück-
 gliederungspropaganda der „Deutschen Front“ massive Unterstützung. Als Mitglied des Führer-
 rates trat er auf zahlreichen Veranstaltungen der formal überparteilichen Sammlungsbewegung
 auf, was das Trierer Generalvikariat mit zunehmender Skepsis beobachtete¹²⁸⁸. Die Vereinbar-
 keit zwischen seinem Amt und derartigen Auftritten begründete Wilhelm drei Tage vor der
 Abstimmung gegenüber Hitler:

„In der Tat habe ich nationale Politik aus deutschen Gesichtspunkten an der Saar getrieben. Das
 ist auch einem kathol. Priester wohl möglich. Die sogenannte Saarfrage habe ich stets gesehen als
 die große weltgeschichtliche Auseinandersetzung zwischen Ost u. West, vom Schicksal auf engem
 Raum in dieser Zeit uns Saarländern zugewiesen.“¹²⁸⁹

Während der Evakuierungsmonate versah Wilhelm seinen Dienst in Bad Salzschlirf, geriet
 allerdings wegen seines absolutistischen Auftretens binnen kurzer Zeit mit der dortigen Geist-
 lichkeit in Konflikt, die schon im Januar 1940 Wilhelms Abberufung forderte¹²⁹⁰. Nach dem

¹²⁸⁷ Vgl. SF 12 (1931) 18/19, S. 315 f. Ähnlich pathetisch war Wilhelm bereits auf der Dortmunder Vertret-
 ertagung geworden, als er über „Saarbrückens Berufung als Eckpfeiler des Deutschtums an der Westfront“
 referierte und dabei über Blut-und-Boden-Romantik sinnierte: Vgl. SF 11 (1930) 23, S. 421 f.

¹²⁸⁸ Wie die im Bistumsarchiv gesammelten Presseberichte belegen, ignorierte Wilhelm die von dort kommenden
 Ermahnungen zur Mäßigung. Aus Sicht des Generalvikariats bestand das Hauptproblem darin, daß katho-
 lische Pfarrer wie Wilhelm in fremden Gemeinden gegen den Willen des dortigen Pfarrers auftraten: Vgl.
 Briefe des Generalvikariats an Wilhelm (24.09.34 und 08.10.34), in: Bistumsarchiv Trier 59/39. Die Gestapo
 zählte Wilhelm Ende Juni 1934 zur Gruppe der NS-Anhänger: Vgl. GESTIER, S. 106 f.; HAUPERT/ SCHÄFER:
 Saarländischer katholischer Klerus, S. 132 f.; RECOLATOR, S. 108.

¹²⁸⁹ Vgl. Dankeschreiben Wilhelms an Hitler (10.01.35), in: BA-R 43-I/256.

¹²⁹⁰ Vgl. Brief des Pfarrers von Bad Salzschlirf an das Generalvikariat (25.01.40), in: Bistumsarchiv Trier
 85/1985. Wilhelm denunzierte kritische Mitbrüder bei der Gestapo. Vgl. ebenfalls das negative Bild von
 Wilhelm bei Theodor BALK: Hier spricht die Saar. Ein Land wird interviewt, Ndr. St. Ingbert 1984, S. 26.

Krieg mußte der nach Wehrden zurückgekehrte Wilhelm schließlich sein Amt auf Druck der französischen Militärverwaltung niederlegen, um der Ausweisung zu entgehen¹²⁹¹.

f) Konkurrenz in Saargelegenheiten

Nicht nur unmittelbar nach Kriegsende, sondern ebenso während der folgenden Jahre entstanden verschiedene Vereinigungen, die sich pro forma der Förderung des deutschen Gedankens an der Saar verschrieben hatten. Aus Sicht der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ handelte es sich dabei um unliebsame Konkurrenz, welche die regelmäßig ins Feld geführte Behauptung, die einzige kompetente Saarheimatschutzbewegung zu sein, relativierte. Abgesehen von unseriösen Zusammenschlüssen wie dem Schutzbund „Freie Saar“¹²⁹², deren Ziele darin bestanden, unter dem Deckmantel vaterländischer Arbeit Spendengelder zu sammeln, konstituierten sich auch verschiedene private Vereinigungen mit ernstzunehmendem Hintergrund. Auf Dauer konnte sich allerdings weder die im Februar 1924 gegründete Darmstädter „Saararbeitsstelle des Deutschen Hochschulrings“¹²⁹³, noch der Kölner „Volksbund für die bedingungslose Befreiung der besetzten Gebiete“¹²⁹⁴ oder der 1931 ins Leben gerufene „Rhein-Saar-Pressedienst“¹²⁹⁵ behaupten. In aller Regel distanzierte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ öffentlich von diesen Vereinigungen und versuchte, die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden von Unterstützungszahlungen abzuhalten. In ihrem Revier der nichtstaatlichen Saarpropaganda duldeten sie keine propagandistisch-publizistische Wilderei.

¹²⁹¹ Vgl. Schriftverkehr 1946–1947, in: Bistumsarchiv Trier 85/1985.

¹²⁹² Der Schutzbund war allerdings nur eine Briefkastenfirma. Unter der gleichen Adresse hatte zuvor ein Verband „Freiheitliche Ukraine“ fungiert: Vgl. Schriftverkehr mit dem und über den Schutzbund „Freie Saar“ (Frühjahr 1931), in: BA-R 8014/725. Für derartige Vereinigungen war die „Deutsche Schutzgemeinschaft“ innerhalb des DSB gegründet worden.

¹²⁹³ Aus einer Denkschrift von Sommer 1924 ist zu entnehmen, daß sich die Arbeitsstelle als Ergänzung des BdS im Saargebiet verstand, wo sie über die Parteiführer hinaus auch die Massen mobilisieren wollte. Wichtig sei, daß die unhaltbaren Zustände, die das französische Spionage- und Spitzelsystem im Saargebiet herbeigeführt habe, einer Atmosphäre wichen, „in der vollkommen Klarheit über die Denkart des einzelnen herrscht.“ Über Listen und öffentliche Anprangerung sollte also ein Gesinnungsdruck auf die „saardeutsche Volksgemeinschaft“ ausgeübt werden. Ein eigenes Vertrauensmännersystem sollte das Fundament eines effizienten Nachrichtenapparats bilden. Angeblich bestanden nach zwei Monaten bereits elf überparteilich und interkonfessionell orientierte Ortsgruppen im Saargebiet: Vgl. undatierte Denkschrift, in: BA-R 1603/2509; Briefe der GSV an Mehrmann (29.09.24 und 08.01.25), in: BA-R 8014/782 und 798; SF 6 (1925) 7, S. 125. Siehe hierzu: Gerhard PAUL: Die NSDAP des Saargebietes 1920–1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987, S. 42 f.

¹²⁹⁴ Hauptanliegen des verantwortlichen Redakteurs Josef Mußweiler war die Mobilisierung der reichsdeutschen Öffentlichkeit, die er über die Sammlung von Unterschriften zu erreichen hoffte: Vgl. hierzu: BA-R 8014/800.

¹²⁹⁵ Der Pressedienst bezweckte satzungsgemäß, „vaterländische Schriften zur Befreiung des Saargebiets herauszugeben und dieselben der gesamten Volkspresse unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.“ Vgl. Schriftwechsel zwischen GSV und dem AA (1931–1933), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093. Zum Pressedienst allgemein: Vgl. BA-R 8014/821.

Im Wechselspiel von Kooperation und Konkurrenz, Konfrontation und Anbiederung stand das Geltungsbedürfnis und der Monopolanspruch Vogels oftmals konstruktiver Propagandaarbeit im Wege. Sein undiplomatisches Verhalten, beispielsweise in der Auseinandersetzung mit dem VDA, ließ nicht nur Ressourcen aus partikulären Interessen ungenutzt, sondern Vogel nahm sogar Unannehmlichkeiten mit Regierungsstellen billigend in Kauf.

Die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, Vereinigungen, Institutionen und Organisationen war immer dann weitgehend reibungsfrei, wenn diese den Führungsanspruch des Bundes in Saargelegenheiten akzeptierten bzw. dieser finanzielle Vorteile aus einer Kooperation ziehen konnte. Kontakte zu rechtslastigen und republikfeindlichen Vereinigungen wie beispielsweise dem 1890 gegründeten „Alldeutschen Verband“¹²⁹⁶ handelten dem Bund den Vorwurf der Einseitigkeit ein und rückten ihn in das nationalistische Lager. So wenig diese Verbindungen von der Hand zu weisen sind, trifft die Schuld nur zum Teil die Geschäftsstelle „Saar-Verein“: Sie war – wenn auch nicht unbedingt aus der inneren Überzeugung ihrer Führungskräfte heraus – prinzipiell zur Zusammenarbeit mit allen Organisationen bereit, die sich dem Kampf gegen die französische Vorherrschaft bzw. die Völkerbundsverwaltung an der Saar verschrieben hatten. Daß ihre aggressive Polemik gemäßigte und verständigungsbereite Vereinigungen eher abstieß, während sie bei den vaterländischen, national bis nationalistischen und irredentistischen Verbänden offene Türen einrannte, führte letztendlich zu den wenig ausgewogenen Kontakten¹²⁹⁷.

Fühlte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in ihrer Eigenständigkeit bedroht, sah sie ihre Leistungen in Frage gestellt oder fürchtete sie, daß andere Vereinigungen ihr das Wasser abgruben, fuhr sie so lange einen Konfrontationskurs, bis der Konflikt in ihrem Sinne gelöst war. Auf Schützenhilfe der Behörden konnte sie dabei nur bedingt bauen: Anders als ihre Protégés bei der RVP verzichtete das Auswärtige Amt wohlweislich darauf, die Rolle des Schiedsrichters einzunehmen. Die Wilhelmstraße verglich das Verhältnis der verschiedenen Vereinigungen mit der Ringparabel aus Lessings „Nathan der Weise“¹²⁹⁸ – ein durchaus diplomatischer Standpunkt, ließ er doch zugleich die Interpretation zu, daß alle ums Deutschtum bemühten Verbände gleichwertig seien, aber ebenso, daß sie miteinander im Wettstreit stünden, ständig ihr Bestes zu geben.

¹²⁹⁶ Vgl. Rainer HERING: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939, Hamburg 2003.

¹²⁹⁷ Ein anschauliches Bild von den Kontakten ergeben die Begrüßungstelegramme befreundeter Verbände anlässlich der Bundestagungen, beispielsweise zur ersten Versammlung in Kassel: Vgl. Auflistung (April 1921), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1; SF 2 (1921) 8, S. 96.

¹²⁹⁸ Vgl. Brief der Presseabteilung an die GSV (20.06.23), in: BA-R 8014/670.

Kap. 3.5: Die Erfassung der Abstimmungsberechtigten vor 1933

Nach § 1 ihrer Satzung verfolgte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ das Ziel, „*die Wiedervereinigung des Saarlandes mit seinem Mutterlande durch die Abstimmung zu sichern*“¹²⁹⁹. So überrascht es kaum, daß sie sich bereits wenige Tage nach dem offiziellen Amtsantritt der Regierungskommission an das Auswärtige Amt mit der Bitte wandte, unverzüglich mit der Zusammenstellung aller für die Abstimmung benötigten Unterlagen zu beginnen. Nach außen sollte das saarländische Mitglied der Völkerbundskommission, Luitwin von Boch, jene Vorarbeiten leisten, die tatsächlich die Vertrauensleute der Geschäftsstelle sowie die ortsansässigen Gemeindevorsteher hätten erbringen sollen¹³⁰⁰. Auch im Saarausschuß wurde schon in dieser frühen Phase die Problematik der Erfassung der Saarabstimmungsberechtigten diskutiert¹³⁰¹.

Die Regierungskommission jedoch unternahm bis Ende 1922 in diese Richtung nur wenig: Deren Präsident Rault untersagte vielmehr sogar die vorbereitenden Treffen der saarländischen Landräte und Bezirksamtsmänner, da er im Vorfeld nicht informiert worden war. Er plädierte zur Eingrenzung der berechtigten Wählergruppen für eine Volkszählung, wodurch nur noch die im Saargebiet lebenden Abstimmungsberechtigten erfaßt worden wären¹³⁰². Auch in Genf besaß die Angelegenheit keine Priorität: Das Sekretariat des Völkerbundes zog es vor, so lange zu warten, bis weder ein Franzose noch ein Deutscher den Vorsitz der Regierungskommission inne hätte. Zu gegebener Zeit sollte die Durchführung – „*in the interests of the fairest and smoothest plebiscite*“ – einem unabhängigen Gremium übertragen werden¹³⁰³.

Nach anfänglichen eher halbherzigen Versuchen startete die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Herbst 1922 eine entschiedener Initiative¹³⁰⁴. Nicht nur, um die Staatsbehörden zu einem stärkeren Engagement aufzufordern, sondern vor allem, um sich selbst als Kooperationspartner

¹²⁹⁹ Zitiert nach: VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 223. Vgl. ebenso die „Denkschrift über die Aufgaben der Geschäftsstelle „Saar-Verein““ (01.04.20), in: BA-R 8014/2. Ähnliches hatte sich auch die RVP vorgenommen: „*Der Apparat der ‚Rheinischen Volks-Pflege‘ hat die Aufgabe: Erhaltung des Deutschtums für den Zusammenschluß des Reiches und der Staaten im Sinne der Verfassung. Er hat die Vorarbeiten für die Abstimmung im Saargebiet und für Eupen-Malmedy durchzuführen.*“ Vgl. „Vorschlag für die Gesamtarbeit der R.V.P.“ (12.06.20), in: PA AA, II a Besetztes Rheinland, R 75.205.

¹³⁰⁰ Vgl. Brief der GSV an das AA (09.03.20), in: BA-R 8014/664. Eine Antwort konnte nicht ermittelt werden.

¹³⁰¹ Gemeindegewise sollte je eine Liste der abstimmungsberechtigten Deutschen, Franzosen und in der Zwischenzeit Ausgewiesenen erstellt werden: Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung vom 20.04.20 in Würzburg, in: BA-R 1603/2512.

¹³⁰² Vgl. Protokoll der Besprechungen zwischen Rault, Lambert, Delfau und Sartorius vom 20.05.20 (28.05.20), in: BA-R 8014/1127; SF 3 (1922) 18, S. 270. Zur Blockade durch Rault: Vgl. SF 1 (1920) 10, S. 71 f.

¹³⁰³ Vgl. Aufzeichnung (26.08.21), in: Arch. SDN, S 319/8. Die spätere Abstimmungskommission verdankte folglich ihre Existenz der Skepsis hinsichtlich der unparteiischen Haltung der Regierungskommission in Fragen der Abstimmung.

¹³⁰⁴ Vorausgegangen war eine entsprechender Antrag auf der Dortmunder Bundestagung: Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 07.05.22 (18.05.22), in: BA-R 8014/21. In der Zwischenzeit hatte der SF zwar ebenfalls gefordert: „*Sichert schon heute die Volksabstimmung im Saargebiet!*“, doch bezweckte der Aufruf in erster Linie, das diskreditierte Vertrauensmännersystem Vogels wieder ins rechte Licht zu setzen: Vgl. SF 2 (1921) 2, S. 13 f.

einzubringen, verfaßte sie eine Eingabe an die Adresse des Reichskanzlers und Außenministers Wirth sowie an die beiden Berliner Innenministerien. Schon zu diesem Zeitpunkt sollte eine Kartothek aller nach 1919 aus dem Saargebiet verzogenen Saarländer an einer Zentralstelle angelegt werden; die Geschäftsstelle bot sich an, zur Kontrolle eine Nebenkartothek aufzubauen, wozu ihr die Unterlagen der Meldeämter sowie der nächsten Volkszählung hätten zugehen müssen¹³⁰⁵. Die Reaktion war ernüchternd: Stellvertretend für die anderen Reichs- und Länderressorts erteilte die Wilhelmstraße dem Anliegen Mitte September eine klare Absage¹³⁰⁶. Behördenintern jedoch brachte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ damit einen Stein ins Rollen: Als der kommissarische Leiter der Westabteilung des Auswärtigen Amtes die zuständigen Ministerien in München und Berlin um eine Stellungnahme bat, wie dort über die Einrichtung einer derartigen Kartothek gedacht wurde, zeigte sich, daß diese – bei aller Skepsis, die sie dem Bund der Saarvereine entgegenbrachten – das Potential der privaten Organisation erkannt hatten. So meldete das preußische Innenministerium, daß Anfragen des Vereins über den aktuellen Wohnsitz von Personen, die aus dem Saargebiet verzogen waren, seit längerem kostenfrei beantwortet worden seien¹³⁰⁷, und das bayerische Außenministerium antwortete:

*„Durch eifrige Pflege der Beziehungen zu möglichst vielen Personen, die beim Abschluß des Friedensvertrages im Saargebiet gewohnt haben, kann der Saarverein jetzt schon sehr wertvolle Vorarbeit für seine spätere Mithilfe zur Ermittlung der Abstimmungsberechtigten leisten.“*¹³⁰⁸

Die Reaktion der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auf die offizielle Absage des Auswärtigen Amtes kann durchaus als symptomatisch bezeichnet werden: Als gelte es, die Behörden von einem offensichtlichen Irrtum zu überzeugen, trug sie ihr Anliegen immer wieder bei verschiedenen Ansprechpartnern vor und baute auf die Unterstützung ihrer einflußreichen Mit-

¹³⁰⁵ Vgl. Brief der GSV an Reichskanzler Wirth, AA, RMI und PrMI (28.08.22), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.454. In jenem Schreiben kündigte die GSV fern jeder Aussicht auf Realisierung auch an, eine Initiative in die Wege leiten zu wollen, die Abstimmungsberechtigung auf alle gebürtigen Saarländer auszuweiten. Drei Tage später entschied der Völkerbundsrat in Genf, mit der Aufstellung von Wählerverzeichnissen noch zu warten und statt dessen nur Maßnahmen zur Sicherung der amtlichen Unterlagen zu treffen. Mit dieser Aufgabe wurde am 26.09.22 der Schweizer Alfred Bonzon betraut: Vgl. JO 3 (1922) 11-2, S. 1213 ff.; JO 5 (1924) 1-2, S. 109-120; vgl. SF 4 (1923) 4, S. 46; SF 4 (1923) 12, S. 153; SF 4 (1923) 22, S. 283. Vgl. Josef M. GÖRGEN: Die Volksabstimmung im Saargebiet. Eine historisch politische Studie, München 1927, S. 45-66; Curt GROTEN: Die Volksabstimmung im Saargebiet. Eine völkerrechtliche Studie in allgemeinverständlicher Bearbeitung, Berlin 1934, S. 32-36.

¹³⁰⁶ Vgl. Brief des AA an die GSV (12.09.22), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.454. Was Mutius mit der Bemerkung meinte, entsprechende Maßnahmen seien bereits seit längerem im Gang, aber noch nicht abgeschlossen, ließ sich nicht feststellen. Er führte weiter aus: *„Es wäre durchaus untunlich, eine Privatorganisation an den Maßnahmen zu beteiligen. Ob dies später geschehen kann, muß späterer Entscheidung vorbehalten bleiben.“*: Vgl. Brief des AA an die Reichskanzlei (12.09.22), in: BA-R 43-I/240.

¹³⁰⁷ Vgl. Brief des PrMI an das AA (31.10.22), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.454.

¹³⁰⁸ Gemeint war allerdings eher die propagandistische als die organisatorische Unterstützung: Vgl. Brief des BayMA an das AA (21.09.22), in: Ebd. Diesen Standpunkt machte sich fortan auch das AA zu eigen: Vgl. Aktennotiz (02.11.22), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090; Brief Sperrs an das BayMA (10.03.23), in: BayHStA, MA 108.208.

glieder aus den Ausschüssen¹³⁰⁹. Es sei ein Fehler zu glauben, auf die im Reich lebenden Berechtigten verzichten zu können, oder gar darauf zu vertrauen, daß die Abstimmung gar nicht stattfände¹³¹⁰. Vielmehr müßte die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß das Plebiszit lange vor Ablauf der 15jährigen Frist anberaumt würde, weshalb die zwischenzeitlich Abgewanderten unverzüglich über eine Volkszählung ermittelt werden sollten. In den reichsdeutschen Gemeinden sollten Listen der Berechtigten erstellt und bei einer zentralen Stelle archiviert werden. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ erklärte zugleich ihre Bereitschaft, einen Beauftragten zu nominieren, der diese Aufgabe stellvertretend für die Behörden hätte organisieren können. Unter den Bedingungen der galoppierenden Inflation war dieses weitgehende Entgegenkommen und der Versuch, behördliche Kompetenzen an sich zu ziehen, verständlich, hätte seine Umsetzung doch die Existenz der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gesichert, deren Unkosten von staatlicher Seite getragen worden wären¹³¹¹. Gewissermaßen um die Notwendigkeit seines Anliegens zu unterstreichen, leitete Vogel im Laufe des Jahres 1923 verschiedene Anfragen von Saarländern über deren Abstimmungsberechtigung an das Auswärtige Amt weiter¹³¹². Doch auch dies brachte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ihrem Ziel kein Stück näher, denn wie das bayerische Landesamt urteilte, stünde der *„unzulängliche Erfolg“* einer Volkszählung

„in keinem Verhältnis zu der Größe der Arbeitsleistung. Der Vorschlag muß daher als unzweckmäßig abgelehnt werden.

Nicht minder unzweckmäßig wäre die Inanspruchnahme des Saarvereines zur Fertigung einer Sammlung der Anschriften aller Personen, die am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt haben. Die Darstellung, die der Saarverein selbst über die Art der zu diesem Zweck erforderlichen Maßnahmen gibt, läßt erkennen, wie außerordentlich mühevoll, zeitraubend und kostspielig eine solche freie Sammlung wäre. Auch diese Sammlung müßte große Lücken aufweisen. Sie würde voraussichtlich auch nur im unbesetzten Gebiet durchführen lassen. Das Anerbieten des Saarvereins wäre meines Erachtens nur dann annehmbar, wenn es keine anderen Mittel gäbe, die in einfacherer Weise zu dem gewünschten Ziele führen würden. Ich betrachte als solches Mittel die Verwendung von Vertrauensmännern im Saargebiet selbst, welche mit Hilfe deutscher Behör-

¹³⁰⁹ Vgl. Briefe der GSV an das AA (20.11.22) und das RMWirtschaft (07.06.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.454; Brief der GSV an das RMI (19.02.23), in: BA-R 1603/2520; Brief Dominicus' an den RMI Oeser (24.02.23), in: BA-R 1601/1696. Auch in den gemeinsamen Ausschusssitzungen mit Parlamentariern wurde das Problem angeschnitten: Vgl. Protokolle der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 23.03.23 (24.03.23, in: BA-R 1603/1697) und 08.04.23, in: BA-R 8014/7.

¹³¹⁰ Das AA pochte während der 15jährigen Völkerbundsverwaltung bei weitem nicht immer so entschieden auf der Lösung der Saarfrage durch ein Plebiszit wie im Herbst 1924: *„Auf die Abstimmung im Saargebiet kann Deutschland nicht verzichten.“* Nur so könnten die unwahren Behauptungen der Versailler Friedenskonferenz ein für alle mal aus der Welt geschaffen werden: Vgl. Rundschreiben des AA (14.10.24), in: BayHStA, MA 108.202.

¹³¹¹ Vgl. Rundschreiben der GSV an das AA, RMI, PrMI und BayMI (04.04.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.454.

¹³¹² Vgl. Schriftwechsel in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.455.

*den recht zuverlässige Verzeichnisse derjenigen Deutschen erhalten können, die am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt haben und daher abstimmungsberechtigt sind.*¹³¹³

Nicht ohne Stolz fügte das Ministerium die Bemerkung hinzu: *„Für die Saarpfalz sind solche Verzeichnisse vorhanden.“*¹³¹⁴

Wie das Beispiel Württembergs zeigt, wurden die in Berlin und München vorgebrachten Bedenken gegen die Beteiligung privater Verbände bei der Erfassung der Abstimmungsberechtigten nicht von allen Landesregierungen geteilt. Parallel und zumindest in der Frühphase unabhängig von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ beschäftigte sich auch die Stuttgarter „Vereinigung gegen die Lostrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz“ sowohl mit Fragen der propagandistisch-emotionalen als auch der organisatorischen Vorbereitung des Plebiszits:

*„Schon jetzt müssen wir daran denken und dafür sorgen, daß die Abstimmung nach 15 Jahren glatt vor sich geht, daß jeder abstimmungsberechtigte Saarländer am Tage der Entscheidung nach den Vorschriften des Vertrages in seiner Heimat an Ort und Stelle ist und Deutsch wählt, daß an diesem schicksalsschweren Tage eine Flut der Begeisterung alle Saarländer mit sich reißt, daß am Wahlabend die Glocken von Turm zu Turm frohlocken, daß durch die Straßen der Städte, durch die Gassen der Dörfer, durch die Hallen der Werke, durch die reichen Täler und die dichten Wälder jubelnd, dröhnend, mächtig, feierlich, das Lied rauscht: Deutschland, Deutschland über Alles!“*¹³¹⁵

Zum Erreichen dieses Zieles wollte die Vereinigung selbst die Erstellung von Listen der im Reich lebenden Abstimmungsberechtigten in die Hand nehmen, wie es auf einer gemeinsamen Sitzung der Gruppe mit dem Württembergischen Arbeitsministerium, der Stuttgarter Handelskammer, der Zentralstelle für Gewerbe und Handel sowie der Stadt Stuttgart beschlossen worden war¹³¹⁶. Anders als die Reichsbehörden gab das Stuttgarter Innenministerium der Bitte des Vereins statt und wies die Oberämter an, die erforderlichen Unterlagen der Kommunalbehörden und Einwohnermeldeämter weiterzureichen¹³¹⁷.

Zwei Jahre später zog die Vereinigung eine erste Bilanz: Sie habe zwar das relevante Behördenmaterial erhalten; dieses war aber aus mangelnder Kenntnis der rechtlichen Grundlagen der

¹³¹³ Vgl. Brief des BayMA an das AA (22.05.23), in: BayHStA, MA 108.202. Das RMI, welches dem BdS nicht auf Dauer die erforderlichen Mittel und Kräfte zutraute, sah dies ähnlich: Vgl. Brief des RMI an das AA (27.07.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.454.

¹³¹⁴ In der Tat hatte der bayerische Staatskommissar für die Saarpfalz schon im Herbst 1920 das Anlegen von Listen derjenigen Personen zwischen 4 und 60 Jahren angeordnet, allerdings noch mit einem falschem Stichtag für das Inkrafttreten des Versailler Vertrages: Vgl. Briefe Jolas' an den St. Ingberter Oberregierungsrat Blaß (14.10.20) und das Statistische Landesamt (22.12.20), in: BayHStA, MA 108.202. Bis September 1922 waren die Listen erstellt, welche Personen über den Zeitraum vom 01.04.19 bis 30.09.20 erfaßten.

¹³¹⁵ Vgl. Rundschreiben der Stuttgarter Vereinigung (Mai 1920), in: BA-R 8014/616.

¹³¹⁶ Vgl. Brief der Stuttgarter Vereinigung an das Württembergische Innenministerium (09.08.20), in: HStA Stuttgart, E 151/ 2/ 121; Denkschrift der „Vereinigung gegen die Lostrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz“ (08.09.20), in: BA-R 2/2689. Die Erfassung dürfte sich allerdings auf württembergisches Territorium beschränkt haben.

¹³¹⁷ Vgl. Briefe des Württembergischen Innenministeriums an die Vereinigung (16.08.20) sowie an die Stadtdirektion Stuttgart und die Oberämter (18.09.20), in: HStA Stuttgart, E 151/ 2/ 121.

Abstimmungsberechtigung lückenhaft und fehlerhaft. Zur Steigerung der Effektivität regte der Vorsitzende von Maur an, die Unterlagen künftig bei den lokalen württembergischen Behörden zu sammeln und zu aktualisieren. Da sich im Ministerium allerdings Skepsis breit machte, ob die Schultheisse dieser Aufgabe gewachsen wären, brachte der Verein den Vorschlag ins Spiel, über eigene Vertrauensleute „in jedem kleinsten Ort von Württemberg eine Kontrolle über die von den Schultheissen geführten Listen“ zu bewerkstelligen¹³¹⁸. Der Plan scheiterte allerdings an der hierzu benötigten großen Zahl an Vertrauensleuten. Statt dessen schlug die Stuttgarter Saarvereinigung vor, in den Formularen der nächsten Volkszählung eine Rubrik aufzunehmen, in welcher der Frage nach dem Wohnsitz am Tage der Unterzeichnung des Friedensvertrages gestellt werden würde – eine Anregung, die das Innenressort befürwortend an das Reichswirtschaftsministerium weiterleitete¹³¹⁹.

So ergibt sich im Frühjahr 1923 folgendes Bild: Fast gleichzeitig wurde von zwei privaten Stellen der Vorschlag gemacht, eine reichsweite Volkszählung zur Ermittlung potentieller Saarabstimmungsberechtigter zu nutzen. Während das Auswärtige Amt diese Initiative ebenso wie die bayerischen und preußischen Staatsministerien verwarf, fand sie in Stuttgart ein offenes Ohr. Obwohl das Reichswirtschaftsministerium, in dessen Zuständigkeitsbereich das Statistische Reichsamt lag, ebenfalls wohlwollend Stellung bezog¹³²⁰, sollten zwei weitere Jahre vergehen, bis von seiten der Reichsbehörden konkrete Schritte eingeleitet wurden.

So lange gedachte die Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ freilich nicht zu warten. Sie stellte trotz angespannter Finanzlage einen Mitarbeiter für die Erfassung der abstimmungsberechtigten Saarländer ab¹³²¹ und appellierte an die Leser des „Saar-Freund“, sich frühzeitig um den urkundlichen Nachweis ihres Wohnsitzes am 28. Juni 1919 im Saargebiet zu bemühen¹³²². Ferner griff sie den Vorschlag des Magdeburger Saarvereins auf, alle potentiellen Wahlberechtigten durch die Ortsgruppen zu erfassen und die derart gewonnenen Verzeichnisse in der Königgrätzer Straße zentral zu archivieren¹³²³. Einem entsprechenden Rundschreiben vom Herbst 1924 folgte auf der Hannoveraner Bundestagung die ausdrückliche Verpflichtung, daß

¹³¹⁸ Vgl. Brief der Vereinigung an das Württembergische Innenministerium (06.09.22), in: Ebd.; Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 27.10.22 (27.10.22), in: BA-R 8014/7.

¹³¹⁹ „Ich halte die Anregung der Saarvereinigung im vaterländischen Interesse für beachtenswert ...“: Vgl. Brief des Württembergischen Innenministeriums an das RMWirtschaft (07.02.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.454. Vgl. auch das Protokoll der Sitzung vom 10.01.23 (02.02.23), in: HStA Stuttgart, E 151/ 2/ 121.

¹³²⁰ Vgl. Brief des RMWirtschaft an das Württembergische Innenministerium (07.05.23), in: Ebd.

¹³²¹ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung im AA vom 28.09.23, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091.

¹³²² Vgl. SF 4 (1923) 12, S. 153.

¹³²³ Vgl. Tagesordnung der Sitzung des Vorstandes, des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 27.06.24, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; SF 5 (1924) 11, S. 167 f.; SF 5 (1924) 15, S. 220; Brief Giersbergs an die GSV (23.01.24), in: BA-R 8014/481.

„jede Landes- und Ortsgruppe [...] eine Kartei über diejenigen Landsleute führen [mußte], die am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt haben und die im Jahre 1935 das 20. Lebensjahr vollendet haben. Die Kartei [war ...] dauernd auf dem laufenden zu erhalten mit der genauen Anschrift der in Frage kommenden Personen.“¹³²⁴

Die Möglichkeit, auf diese Weise neue Mitglieder zu werben und diese mit Propagandamaterial zu versorgen, war ein durchaus erwünschter Nebeneffekt der öffentlichen Aufrufe¹³²⁵. Erstmals seit Gründung des Saargebietsschutzes wurden die ursprünglichen Tätigkeitsfelder der privaten Saarpropaganda – Aufklärung, Ermutigung und Abwehr – um die Erfassung und später auch Betreuung der Saarabstimmungsberechtigten erweitert.

Aufgrund reichsweit geschalteter Inserate¹³²⁶ dauerte es nicht lange, bis die französischen Vertretungen auf die Kampagne aufmerksam wurden. Der Nürnberger Gesandte vermutete dahinter gar eine von Berlin zentral gesteuerte Intrige:

„Quoi qu'il en soit, on peut s'attendre à une reprise des manoeuvres qui ont si bien réussi aux Allemands, en 1921, pour falsifier les résultats du plébiscite, dans la Haute-Silésie.“¹³²⁷

Erst im Zuge der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 entfalteten auch die Reichs- bzw. bayerischen und preußischen Staatsministerien eine stärkere Aktivität in der Angelegenheit der Wahlberechtigten jenseits der Saargebietsgrenzen¹³²⁸. Da der Vorschlag der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ kein Gehör fand, auf den Formularen die Frage nach dem Wohn-

¹³²⁴ Punkt 9 der auf der Bundestagung in Hannover 1925 beschlossenen Leitsätze (Juli 1925), in: BA-R 8014/28. Vgl. auch das Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (21.10.24), in: BA-R 8014/121 sowie das 13. Gebot des „Katechismus des Bundes der Saarvereine“ (Juni 1929), in: BA-R 8014/125. Reaktionen der Ortsgruppen Dortmund, Herne und Köln: Vgl. SF 6 (1925) 16, S. 279; SF 7 (1926) 15, S. 246; SF 6 (1925) 15, S. 261. Auch der „Reichsverband der Rheinländer“ wurde in die Erfassung eingespannt: Vgl. Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen des Reichsverbandes (01.10.25 und Januar 1928), in: BA-R 8014/153.

¹³²⁵ Allein in Berlin meldeten sich nach den ersten Inseraten 164 bislang nicht erfaßte Saarländer: Vgl. Schriftwechsel in: BA-R 8014/1128. Auf der anderen Seite reagierten selbst eingeschriebene Mitglieder dieser Ortsgruppe bisweilen nur unzureichend auf Anfragen im Zusammenhang mit der Abstimmungsberechtigung: Vgl. Tätigkeitsbericht Vogels auf Mitgliederversammlung der Berliner Ortsgruppe (30.04.26), in: LA Berlin, Rep. 42, Acc. 2147/ 26.420.

¹³²⁶ Vgl. SF 6 (1925) 15, S. 260; Brief der GSV an den Präsidenten des Statistischen Reichamtes (29.07.25), in: BA-R 8014/675. Vgl. „Berliner Lokal-Anzeiger“ Nr. 479 (09.10.25): Es sei „Ehrenpflicht jedes Abstimmungsberechtigten, seine Adresse recht bald einzureichen.“ Siehe auch „Tägliche Rundschau“ Nr. 235 (10.10.25) oder „Wilhelmshavener Zeitung“ Nr. 242 (16.10.25).

¹³²⁷ Vgl. Brief des französischen Konsulats in Nürnberg an das Außenministerium (10.12.24), in: MAE, Sarre 19.

¹³²⁸ Aufgrund der Richtlinien des Völkerbundskommissars Bonzon für die Sicherungsmaßnahmen zur Volksabstimmung vom 31.10.23 übersandten die Saarkreise und -bezirke selbst vierteljährliche Berichte an den Völkerbund über den Bestand und die Aufbewahrung der für die Erfassung der Abstimmungsberechtigten erforderlichen Urkunden: Vgl. Arch. SDN 19–27, Sous-Section Saar Basin, R 118 A und R 119. Vgl. ebenso: Bericht Bonzons über die Erfassung der notwendigen Abstimmungsunterlagen (31.10.23), in: JO 5 (1924) 1–2, S. 109–120 bzw. in: GROTEN: Die Volksabstimmung im Saargebiet, Anh. 4, S. 122–147. Dort auch eine Auflistung („Synoptische Tabelle über den Aufbewahrungsort der Volksabstimmungsurkunden sowie den Grad ihres Vorhandenseins“) der als relevant erachteten Dokumente aus den Jahren 1910 bis 1922. Im Gegensatz zur Annahme Louis MAISCHS (Zum Verständnis für das Saargebiet und zur Verständigung, Solothurn 1933, S. 38) fertigte Bonzon noch keine fertigen „Stimmregister“ an, da der Völkerbund den vorzeitigen Ausbruch des Abstimmungskampfes vermeiden wollte.

sitz im Juni 1919 aufzunehmen¹³²⁹, mußten die auf Grundlage der Erhebung angefertigten „Saarkarten“ in den folgenden Monaten überarbeitet und vor Ort ergänzt werden¹³³⁰. Änderte ein potentiell abstimmungsberechtigter Saarländer nach dem Stichtag der Volkszählung erneut seinen Wohnsitz innerhalb des Reichsgebietes, wurde seine Saarkarte länderübergreifend der neuen Gemeinde übersandt. Für den Fall, daß der Wohnsitz im Ausland bzw. im Saargebiet gewählt wurde oder die betreffende Person starb, ging die gelbe Karte zurück an das Statistische Reichsamt¹³³¹. Für diejenigen abstimmungsberechtigten Personen, die sich erst nach dem 16. Juni 1925 im Deutschen Reich anmeldeten, forderten die Ortspolizeibehörden jeweils eine neue Saarkarte an und trugen sie in die lokalen Listen ein. An- und Abmeldepapiere waren noch einmal eigens zu kennzeichnen und eine Abschrift der Gesamtverzeichnisse dem Statistischen Reichsamt zu übermitteln, wo eine Zentralkartei entstand. Ausdrücklich wiesen die Behörden darauf hin, wie bedeutsam die Saarabstimmung für die „*allmähliche Befriedung in Europa*“ sein werde, was es „*aus wichtigen staatspolitischen Gründen [...] erforderlich*“ mache, möglichst alle Abstimmungsberechtigten zur Teilnahme am Plebiszit zu bewegen¹³³². Die zunächst naheliegende Vermutung, daß die deutschen Behörden glaubten, der „Geist von Locarno“ werde zu einer Vorverlegung der Abstimmung führen, wird durch ein Rundschreiben des Badischen Innenministers widerlegt. Hierin hatte dieser die zum Jahresende 1925 eingeleiteten Maßnahmen bereits im Juni und damit drei Monate vor der bedeutsamen Konferenz angekündigt¹³³³. Nach Jahresfrist regte das Statistische Reichsamt an, die Fehler auszumerzen, die sich aufgrund des zu früh gewählten Stichtages in den vorläufigen Listen der reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten eingeschlichen hatten¹³³⁴. Da sich die Ortspolizeibehörden der Einfachheit wegen

¹³²⁹ Vgl. Rundschreiben der GSV an das AA, RMI, PrMI, RMbesGeb, BayMA und PrMHandel (05.03.25), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.455. Statt dessen wurde aus „erhebungspsychologischen“ Erwägungen nach dem Wohnsitz zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs gefragt: Vgl. Brief des Statistischen Reichsamtes an die GSV (20.11.31), in: BA-R 8014/1127.

¹³³⁰ Insgesamt wurden auf diese Weise 37.000 Personen ermittelt, die am 01.08.14 im Saargebiet gewohnt hatten und bis zum Stichtag der Volkszählung elf Jahre später ins Reich übersiedelt waren: Vgl. Brief des Statistischen Reichsamtes an die GSV (20.08.32), in: Ebd.

¹³³¹ Regelmäßige Ermahnungen zeigen die mangelhafte Umsetzung dieser Verfügung; so gingen beispielsweise noch im Frühjahr 1933 fälschlicherweise den Behörden des Saargebietes die Saarkarten der wieder ins Mandatsgebiet zurückkehrenden Abstimmungsberechtigten zu: Vgl. Rundschreiben des BayMIInn an die Regierungen und Kammern des Innern (18.04.33), in: Staatsarchiv Coburg, LRA Coburg 9127.

¹³³² Vgl. Rundschreiben des Badischen Bezirksamtes (21.12.25), in: GLA Karlsruhe, 344/7192; Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 298 (24.12.25), in: Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Neunburg 1760; Rundschreiben des Hessischen Ministers des Innern an die Kreisämter (28.01.26), in: Staatsarchiv Darmstadt, G 15 Bensheim, C 7; Erlaß des PrMI (20.03.26), in: BA-R 905/312. Preußen betrieb in den folgenden Jahren erheblich weniger Verwaltungsaufwand als Bayern: Während die bayerischen Gemeinden vierteljährliche Verzeichnisse über die Veränderungen nach dem 16.06.25 zu übermitteln hatten, wurde das von den preußischen Landräten nur einmal in jedem Frühjahr verlangt: Vgl. Schriftwechsel (1926–1932), in: LHA Koblenz, 442/7502.

¹³³³ Vgl. Rundschreiben des badischen Innenministers an die Landkommissäre und Bezirksamter (10.06.25), in: GLA Karlsruhe, 344/7192.

¹³³⁴ Vgl. Brief des Präsidenten des Statistischen Reichsamtes an das RMWirtschaft (11.11.26), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.455.

auf die Gemeinden mit mehr als 20 gemeldeten potentiellen Saarabstimmungsberechtigten beschränken sollten¹³³⁵, vermochten die von amtlicher Seite ergriffenen Maßnahmen die Zahl der tatsächlich Abstimmungsberechtigten lediglich annäherungsweise zu erfassen¹³³⁶.

Es wird Spekulation bleiben müssen, ob eine stärkere Kooperation mit dem Bund der Saarvereine die Mißstände in dieser frühen Phase hätte beseitigen können. Während die Berliner Ortsgruppe schon seit längerem auf die Unterstützung städtischer Behörden zählen konnte¹³³⁷, lag es am Reichswirtschaftsministerium, eine Lanze für die Gesamtorganisation zu brechen. Als „Sammelpunkt der an der Volksabstimmung unmittelbar interessierten Bevölkerungskreise“ sollte der Geschäftsstelle in der Königgrätzer Straße die Möglichkeit gegeben werden, sich frühzeitig mit den Abstimmungsberechtigten in Verbindung zu setzen. Erst nach einigem Zögern gab die Saarabteilung des Auswärtigen Amtes der Bitte des benachbarten Ressorts unter der Bedingung statt, daß der Verein nicht die Führung bei der Erstellung der Listen an sich ziehen, „sondern stets nur als privates Hilfsorgan tätig“ werde¹³³⁸. De facto blieben die Unterlagen auch in den kommenden Jahren unter Verschuß.

Erfolgreicher verlief die Kampagne hingegen in Württemberg, wo die Stuttgarter Behörden derartige Bedenken nicht teilten. Da eine Fortführung der Saarkarten durch die Ortspolizeibehörden nur in größeren Ortschaften sinnvoll schien, befand das Innenministerium, daß die Saarvereinigung

„für die übrigen Gemeinden [...] ergänzend einspringen [müßte], deren Ersuchen von den Ortspolizeibehörden entgegenkommend zu behandeln wären.“¹³³⁹

Auf Grundlage dieser Kooperation konnten die württembergischen Abstimmungslisten bereits bis Frühjahr 1926 vorläufig geschlossen und an das Statistische Reichsamts übersandt werden¹³⁴⁰.

Wenn sich die logistischen Probleme der Länder Preußen und Württemberg bei der Erfassung

¹³³⁵ Vgl. Rundschreiben des RMWirtschaft (04.01.27), in: GLA Karlsruhe, 344/7192; Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 34 (11.02.27), in: Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Burglengenfeld 16.108; Rundschreiben des Hessischen Ministers des Innern an die Kreisämter (19.02.27), in: Staatsarchiv Darmstadt, G 15 Bensheim, C 7;

¹³³⁶ Dies um so mehr, als selbst die erst nach dem Stichtag des 16.06.25 aus dem Saargebiet verzogenen Personen nur unzureichend erfaßt wurden, wie der badische Innenminister am 29.12.27 ermahnd seinen Bezirksämtern mitteilte, in: GLA Karlsruhe, 344/7192. Die französischen Behörden waren bestens über die Schwierigkeiten der deutschen Gegenseite informiert: Vgl. Brief des E.M.A an das Außenministerium (19.02.27), in: MAE, Sarre 117; Brief Außenminister Briands an Vaysses und Morize (28.12.28), in: MAE, Sarre 19.

¹³³⁷ Ähnlich kooperativ wie das Berliner Einwohnermeldeamt, welches wochenweise Listen derjenigen Personen übermittelte, die aus dem Saargebiet in die Reichshauptstadt gezogen waren, zeigte sich auch das Landesfinanzamt Berlin: Vgl. Brief des Berliner Polizeipräsidenten an die GSV (20.04.25), in: BA-R 8014/675; Schriftwechsel zwischen der GSV und dem Präsidenten des Landesfinanzamtes Berlin (Sommer 1927), in: BA-R 8014/679.

¹³³⁸ Vgl. Brief des RMWirtschaft an das AA (27.10.25) und Antwortschreiben des AA (13.11.25), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.455. Von Friedberg wollte an der bisher verfolgten Politik festhalten, die Grenze zwischen privater Vereinstätigkeit und amtlicher Behördenarbeit nicht zu verwischen. Das preußische Innenressort teilte diese Auffassung: Vgl. Rundschreiben des PrMI an die preußischen Staatsministerien, das RMbesGeb und das AA (03.07.25), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.091.

¹³³⁹ Aktennotiz (21.08.25), in: HStA Stuttgart, E 151/ 02/ 121.

¹³⁴⁰ Vgl. Bericht Schellenbergers auf der Mitgliederversammlung in Köln (14.08.26), in: BA-R 8014/33.

der Saarabstimmungsberechtigten auch nur sehr bedingt vergleichen lassen¹³⁴¹, so zeigt dieses Beispiel doch, wie wertvoll die Hilfsdienste der privaten Saarorganisation sein konnten.

Mit dem Schwinden der Chancen auf eine bilaterale Übereinkunft zwischen Paris und Berlin nach dem Scheitern der Pariser Saarverhandlungen rückten die organisatorischen Vorbereitungen des Saarplebiszits wieder in den Vordergrund¹³⁴². Obwohl sich auch die Geschäftsstelle in den zurückliegenden Jahren der Hoffnung hingegeben hatte, daß die Rückgliederung ohne Abstimmung vor 1935 stattfinden würde, hatte sie die sorgfältige Weiterführung der Abstimmungslisten im Auge¹³⁴³. Nach Ansicht Vogels galt es nun, die im Reich verstreut wohnenden abstimmungsberechtigten Saarländer rechtzeitig zu erfassen, ihnen die Teilnahme an der Abstimmung nahezulegen und durch staatliche Maßnahmen auch zu ermöglichen. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ihrerseits versprach, auf den ordnungsgemäßen Ablauf der Abstimmung, auf die unverzügliche Feststellung des Ergebnisses durch den Völkerbund, die rasche Abwicklung der Rückgliederung sowie das Einhalten aller Fristen zu drängen¹³⁴⁴. Im Oktober 1931 verließ sie ihrer Befürchtung Ausdruck, daß Frankreich versuchen könnte, die zu erwartenden Fehlstimmen für sich zu beanspruchen. Die Zahl der Wahlenthaltungen sollte daher auf ein Minimum reduziert werden, weshalb alle in Betracht kommenden Personen durch öffentliche Aufrufe veranlaßt werden sollten, sich in amtliche Listen eintragen zu lassen. Um der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ den Kontakt zu den potentiellen Abstimmungsberechtigten zu ermöglichen und diese mit den notwendigen Informationen versehen zu können, sollten diese dezentralen Verzeichnisse den Ortsgruppen des Bundes zugänglich gemacht werden¹³⁴⁵. Ohne eine Reaktion der Behörden abzuwarten, forcierte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Laufe des Jahres 1932 ihre Aufklärung im Hinblick auf das Plebiszit. Gegen den Willen der Regierungsstellen vertrieb sie das Rechtsgutachten des Völkerrechtsexperten der SFG Curt Groten über „Grundfragen der Volksabstimmung im Saargebiet“ als Sonderdruck¹³⁴⁶. Erstmals in der Juni-Ausgabe des „Saar-

¹³⁴¹ Selbst im endgültigen Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten stammten insgesamt nur 840 Personen aus Württemberg gegenüber 32.100 aus Preußen: Vgl. „Übersicht über die im Deutschen Reich (außerhalb des Saargebiets) wohnhaften Saarländer“ (15.10.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 28.

¹³⁴² Vgl. undatierte Mitschrift des Vortrags Vogel vom 30.11.30, in: LA Saarbrücken, NL Scheuer 61. Eine Sitzung Ende 1931 kam zu dem Schluß: „Die Aufgabe der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘, der Ortsgruppen der Saarvereine und des Bundes der Saarvereine wird es darum sein, ihre ganze Tätigkeit auf die bevorstehende Volksabstimmung einzustellen und dafür zu sorgen, daß alle außerhalb des Saargebiets wohnenden Abstimmungsberechtigten am Tage der Abstimmung zu Stelle sind.“: SF 12 (1931) 23, S. 393. Vgl. ebenso SF 12 (1931) 3, S. 34.

¹³⁴³ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 18.02.27, in: BA-R 8014/7.

¹³⁴⁴ Vgl. SF 12 (1931) 3, S. 34. Allen Anschein nach spielte Vogel mit dem Gedanken, im Vorfeld des Plebiszits eine Nebengeschäftsstelle in Saarnähe aufzubauen.

¹³⁴⁵ Vgl. Denkschrift der GSV an das RMI und PrMI (12.10.31), in: BA-R 8014/1128. Eine Reaktion der Behörden auf die von der Ortsgruppe Wiesbaden angeregte Denkschrift ließ sich nicht finden.

¹³⁴⁶ Vgl. Brief der GSV an das AA, PrMI und RMI (09.02.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.456. Erstmals abgedruckt wurde das Gutachten in SF 12 (1931) 23, S. 381–384 und SF 13 (1932) 24, S. 399–402. Weitere Gutachten aus der gleichen Feder folgten: „Der völkerrechtliche Wohnsitzbegriff“, in: SF 13 (1932) 1, S. 8;

Freund“ erschienen die allgemeinen Hinweise „Was jeder von der Volksabstimmung im Saargebiet zu Anfang 1935 jetzt schon wissen muß“, welche bis zu ihrer Überarbeitung im Herbst des gleichen Jahres regelmäßig in jedem Heft der Zeitschrift zum Abdruck gelangten¹³⁴⁷. In den Ortsgruppen fanden nun auch Vorträge über die rechtlichen Voraussetzungen der Abstimmung statt¹³⁴⁸.

Die Gleichschaltung des Bundes der Saarvereine im Jahr 1933 legte die intensivierten Vorarbeiten zur Erfassung der Abstimmungsberechtigten vorläufig wieder auf Eis. Es sollte sich noch bis Herbst 1933 hinziehen, bis sich die reichsdeutschen Behörden – angeregt durch eine Initiative aus dem Trierer Regierungspräsidium – verstärkt dieser Problematik zuwandten. Eine Steigerung amtlicher Aktivitäten von seiten der Reichsregierung läßt sich erst in zeitlicher Nähe zum Plebiszit feststellen¹³⁴⁹.

„Die Bedeutung des Wohnsitzbegriffes für die Volksabstimmung“, in: SF 13 (1932) 5, S. 65 ff.; „Die Rechtsstellung der Regierungskommission des Saargebietes im Organismus des Völkerbundes“, in: SF 13 (1932) 8, S. 118 f. und SF 13 (1932) 10, S. 147 ff.; „Die Rückgliederung des Saargebiets ist unabhängig von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands“, in: SF 13 (1932) 17, S. 278 f.; „Abstimmungsfragen“, in: SF 13 (1932) 24, S. 392 f. Auch in den Jahren 1933 und 1934 schrieb Groten für den SF.

¹³⁴⁷ Vgl. SF 13 (1932) 19, S. 154. Die neue, ausführlichere Version (erstmalig in SF 13 (1932) 22, S. 372) stammte vom Saarreferenten des AA, Herrmann Voigt und kann als Indiz dafür gewertet werden, daß sich auch die Wilhelmstraße ab Ende 1932 den organisatorischen Vorbereitungen der Saarabstimmung verstärkt zuzuwenden gedachte: Vgl. Aktennotiz Voigts (15.11.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.456. Diese Fassung erschien nun in unregelmäßigen Abständen bis etwa Mitte 1934 und war bei weitem nicht so neutral gehalten wie das Original: Beispielsweise wurde die erste Abstimmungsoption als „*Beibehaltung der Fremdherrschaft*“ verworfen und erklärt: „*Selbstverständlich kommt nur die dritte Frage in Betracht.*“

¹³⁴⁸ Vgl. SF 13 (1932) 7, S. 111.

¹³⁴⁹ Siehe hierzu Kap. 14.1.

Kapitel 4: Die Ortsgruppen und körperschaftlichen Mitglieder des Bundes der Saarvereine

Die Ortsgruppen¹³⁵⁰ des Bundes bildeten den organisatorischen Unterbau der Saarbewegung auf lokaler Ebene. Aufgrund ihrer Satzungen und ihrer eigenen Kassenführung waren sie selbständige, rechtsfähige Vereinigungen, deren Autonomiestreben den Interessen der Berliner Zentrale in der Regel entgegenlief. So sehr Vogel nach außen auch die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Ortsgruppen betonte¹³⁵¹, so wenig wünschte er tatsächlich eigenmächtige Initiativen der Ableger. Im Gegensatz zur bayerischen Staatsregierung unterstützten die Reichsbehörden diesen hierarchischen Kurs, da er die Kontakte auf einen zentralen Ansprechpartner reduzierte¹³⁵². So fanden auf den alljährlichen Mitgliederversammlungen des Bundes keine wirklichen Meinungsbildungsprozesse statt; im Grunde wurde dort nur der von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ vorgegebene Kurs nachträglich abgesegnet.

So umfangreich das überlieferte Quellenmaterial zu den Ortsgruppen des Bund der Saarvereine auch ist¹³⁵³, so wenig läßt es allgemeingültige qualitative Aussagen über Aktionsformen innerhalb der Vereine, Altersstruktur, Geschlechterverteilung oder den sozio-ökonomischen Hintergrund der Mitglieder zu. Pauschale Verallgemeinerungen verbieten sich aufgrund der Heterogenität der Vereine hinsichtlich ihrer Mitgliederstärke, Sozialstruktur sowie ihrer räumlichen – und damit vielfach auch emotionalen – Nähe zum Saargebiet. Was die Akten hingegen widerspiegeln, sind die Mitgliederentwicklung und die Erwartungen der Berliner Zentrale an die Ortsgruppen. Vor diesem Hintergrund sollen verschiedene Aspekte des Vereinsalltags skizziert werden, bevor einzelne Vereinigungen eine eingehendere Untersuchung erfahren.

¹³⁵⁰ Juristisch betrachtet ist die Ortsgruppe „ein auf der Organisation des Vereins beruhendes, dem Verein untergeordnetes Gebilde, das auf örtlichem Gebiet einen bestimmten Kreis von Vereinsmitgliedern zusammenfaßt und der wirksamen Durchführung des Vereinszweckes zu dienen bestimmt ist.“ Werner BÄREND: Das Verhältnis von Verein und Ortsgruppe, Freiburg 1927, S. 12.

¹³⁵¹ Vgl. Richtlinien (August 1920), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1; Rundschreiben der GSV an Industrielle und die Presse (Juli 1922), in: Ebd.

¹³⁵² Vgl. Brief der GSV an die Ortsgruppe Frankfurt am Main (16.02.23), in: BA-R 8014/341. Jahre später wandte sich eine Ortsgruppe anlässlich einer größeren Veranstaltung an Reichspräsident von Hindenburg mit der Bitte um finanzielle Unterstützung, ohne zuvor die GSV zu informieren. Dies wurde der GSV von einer Reichsbehörde mit der Bitte um Unterbindung derartiger Anträge mitgeteilt: Vgl. Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (Frühjahr 1929), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2. Anregungen aus dem Kreis der Ortsgruppen sollten zentral über Vogels Schreibtisch laufen, der sich die Entscheidung vorbehielt, die Schreiben an die Behörden weiterzuleiten. Vgl. die Petition der Ortsgruppe Bottrop zur Unterstützung Ausgewiesener und Saarinvaliden im Brief der GSV an das AA (19.02.25), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.577.

¹³⁵³ Allein im Berliner Bundesarchiv lagern hierzu 477 einschlägige Aktenordner: Vgl. BA-R 8014/184–661. Gute Gesamtüberblicke über die Einwirkung von Ortsgruppen auf lokaler Ebene lassen sich aus den Beständen der Stadtarchive Düsseldorf (III/1299), Frankfurt am Main (2478), Freiburg (C 4/ IX/ 2/1), Gießen (L 1365/III), Göttingen (II A 15/7), Hannover (HR 15/693 f.) und Leipzig (Kap. 35/ 1252, Bd. 1 ff.) sowie aus den Akten des Staatsarchivs Bremen (3-V.2/2053) und des LHA Koblenz (661,11/1) gewinnen.

Kap. 4.1: Die Mitgliederentwicklung des Bundes der Saarvereine

Wie an anderer Stelle bereits ausgeführt wurde, erfolgte die Gründung des Bundes der Saarvereine in vier Schritten: Nach verschiedenen Aufrufen der Geschäftsstelle sammelte diese zunächst Interessenten bzw. warb flächendeckend Vertrauensmänner. Ihr kam ferner die Aufgabe zu, die verstreut im Reich lebenden Einzelmitglieder zu motivieren, entweder selbst eine Vereinigung aus der Taufe zu heben oder einer bestehenden Gruppe beizutreten. Im letzten Schritt initiierte die Geschäftsstelle schließlich den Zusammenschluß der verschiedenen Saarvereine, der im Oktober 1920 in Bielefeld erfolgte. Entsprechend der dort ausgegebenen Parole

*„Sammelt alle vaterländisch gesonnenen Männer und Frauen, gründet überall Saarvereine zum Schutz des Saargebiets, leset und verbreitet den ‚Saar-Freund‘!“*¹³⁵⁴

ging die Werbung neuer Mitglieder mit dem Ziel, die Basis der Gesamtorganisation zu verbreitern, auch nach Gründung des Bundes unvermindert weiter¹³⁵⁵.

Wie die Beispiele von Kaiserslautern, Konz, Mannheim, Speyer oder Trier zeigen¹³⁵⁶, war zur Bildung einer Ortsgruppe weitaus mehr erforderlich, als daß zahlreiche Saarländer in einer Gemeinde lebten. Es hing stark von der Initiative und den Leitungsqualitäten der jeweiligen Vorstände ab, ob sich eine Gruppe behaupten konnte oder sich – wie im Fall Dresdens – nach bereits zwei Jahren wieder auflöste¹³⁵⁷. Scheiterten eigene Gründungen, so wurden lokale Ableger des „Reichsverbandes der Rheinländer“ oder Birkenfelder Vereine¹³⁵⁸ bzw. auch nicht landsmannschaftliche Verbände wie der Bremer „Deutsche Volksbund für Gerechtigkeit“ zu Ortsgruppen deklariert¹³⁵⁹. Neben den Ortsgruppen des Bundes existierten bis weit in die Zwanziger auch noch unabhängige Vereinigungen wie beispielsweise der Gelsenkirchener

¹³⁵⁴ SF 1 (1920) 21, S. 210.

¹³⁵⁵ Vgl. SF 1 (1920) 23, S. 243; SF 2 (1921) 2, S. 23; SF 2 (1921) 4, S. 47; SF 2 (1921) 6, S. 75; SF 2 (1921) 10, S. 139. Vgl. Aufruf des BdS (November 1920), in: BayHStA, Varia 264. Vgl. auch das Lehrbeispiel eines über den Rhein verzogenen Saarländers, der nach einer Reise ins Saargebiet von den dortigen Verhältnissen so ergriffen war, daß er nach seiner Rückkehr „zu einer Versammlung heimattreuer Saarländer zwecks Gründung einer Saarlandsmannschaft“ einlud: Vgl. SF 1 (1920) 21, S. 219.

¹³⁵⁶ Beispielsweise gründete sich die Konzer Gruppe erst Anfang 1934, zählte aber schon bald 320 Mitglieder: Vgl. den Schriftwechsel zwischen Ortsgruppe und der GSV, in: BA-R 8014/453. Ähnlich verhielt es sich in der pfälzischen Domstadt, wo zwar etwa 220 Abstimmungsberechtigte lebten, die Gründung einer Ortsgruppe aber ebenfalls erst 1934 von Frankenthal aus erfolgte: Vgl. undatiertes Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten der Stadt Speyer, in: StA Speyer, Best. 6/ IA17d sowie den Schriftwechsel zwischen der Ortsgruppe und der GSV, in: BA-R 8014/339 und 602. In Trier konstituierte sich erst im Vorfeld der Bundestagung 1930 eine immerhin 400 Mitglieder zählende Ortsgruppe: Vgl. BA-R 8014/623 f.; SF 11 (1930) 7, S. 141; SF 11 (1930) 10, S. 188; SF 11 (1930) 12, S. 219. Im Mannheim war eine solche Gründung zwei Jahre zuvor mit 100 Mitgliedern erfolgt: Vgl. BA-R 8014/485 f. sowie SF 9 (1928) 10, S. 164.

¹³⁵⁷ Vgl. SF 3 (1922) 7, S. 112. Siehe auch BA-R 8014/310.

¹³⁵⁸ Vgl. für Oldenburg, in: SF 4 (1923) 13, S. 181, für Chemnitz (1922–1934), in: SF 3 (1922) 22, S. 339 f.; SF 15 (1934) 9, S. 160 f. und für Bernburg (1930), in: SF 11 (1930) 16, S. 314; SF 11 (1930) 18, S. 346.

¹³⁵⁹ Vgl. BA-R 8014/275; SF 3 (1922) 8, S. 128; SF 4 (1923) 2, S. 20 f.; SF 4 (1923) 3, S. 33.

„Verein der Saarländer und Pfälzer“, der sich erst nach Jahren der Gesamtorganisation anschloß¹³⁶⁰.

Schenkt man dem Tätigkeitsbericht Vogels auf der ersten ordentlichen Bundestagung im April 1921 in Kassel Glauben, dann war es gelungen, die Zahl der Ortsgruppen binnen eines halben Jahres von ursprünglich 32 Gründungsvereinen auf 50 Zweigstellen zu steigern, die zusammen etwa 5.600 Mitglieder zählten. Verstreut auf verschiedene Städte des Reiches seien weitere 1.300 Einzelmitglieder und Vertrauensleute hinzugekommen, ferner hätten sich 140 Korporationen sowie 210 Städte und 50 Landkreise der Organisation angeschlossen¹³⁶¹. Wie folgende Graphik zeigt, wuchs der Bund der Saarvereine anfangs mehr oder weniger linear.

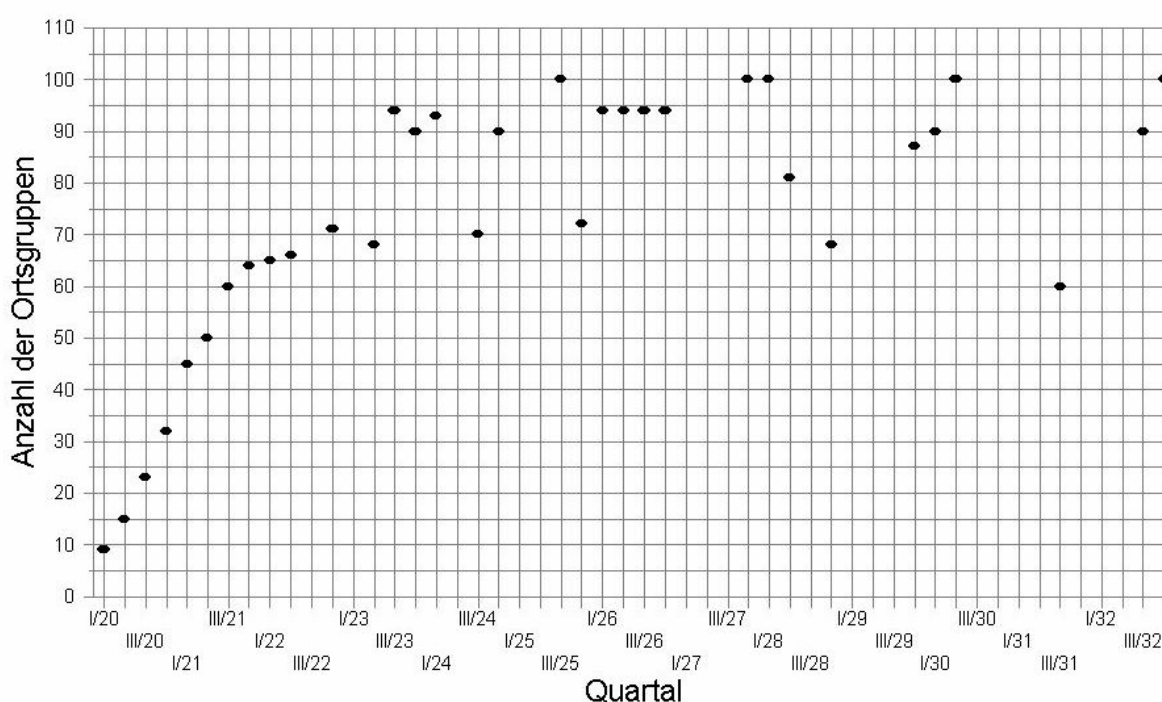


Abb 13: Die Entwicklung der Ortsgruppen 1920–1932

Bei genauerer Betrachtung lassen sich ab etwa 1923 zwei unterschiedliche Niveaulinien ablesen: Die obere pendelte sich zwischen 90 und 100 Ortsgruppen ein, während die untere mit gewissen

¹³⁶⁰ Vgl. SF 7 (1926) 18, S. 348. Es ist anzunehmen, daß zwischenzeitlich einzelne Ortsgruppen ihre Bindungen zur Bundesorganisation lösten, da Debusmann in einer Sitzung der Ruhrgruppen am 28.11.25 jede partikularistische Absonderungen und Eigenbrötelei verurteilte: „Jede kleine Gruppe, die sich außerhalb des Bundes der Saarvereine stelle, sei ein totgeborenes Kind, das aus sich selbst heraus nichts beginnen und durchführen könne.“: SF 6 (1925) 24, S. 415. Ob die Abspaltung des etwa 30köpfigen „Saar- und Pfalzvereins 1926“ von der Frankfurter Ortsgruppe in diesem Zusammenhang zu sehen ist, ließ sich nicht ermitteln: Vgl. Brief Hoffmanns an die GSV (20.01.26), in: BA-R 8014/343.

¹³⁶¹ Vgl. Tätigkeitsbericht Vogels auf der Mitgliederversammlung in Kassel (03.04.21), in: BA-R 8014/18.

Schwankungen bis zum Ende der Weimarer Republik etwa auf dem Stand von 1923 stagnierte¹³⁶².

Der scheinbare Widerspruch zwischen den beiden Werten löst sich dadurch auf, daß es für die Außendarstellung des Bundes – sowohl gegenüber Behörden als auch potentiellen Förderern und Mitarbeitern – wichtig war, eine möglichst breite Basis im gesamten Reich zu suggerieren. Da sich der Bund nicht wie eine Partei regelmäßigen Wahlen stellte, war allein der Zulauf zu den Ortsgruppen der wirklich zuverlässige Gradmesser für den Erfolg der Saarvereinspropaganda. Die höheren Zahlenangaben sind daher zwar keine reine Erfindung der Geschäftsstelle, doch dürfte Vogel hier alle im Entstehen begriffenen Ortsgruppen und ebenso kleinste Gruppierungen ohne eigentliche Vereinsstruktur summiert haben. Die untere gedachte Linie spiegelt hingegen die tatsächliche Stärke des Bundes wider, wie sie sich aus den wenigen detaillierten Auflistungen rekonstruieren läßt¹³⁶³. Das Fehlen derartiger Aufstellungen war die Folge aus der konspirativen Arbeitsweise der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, die sich während der ersten Jahre selbst gegenüber Behörden weigerte, Listen von Ortsgruppen bzw. die Anschriften der Vorsitzenden zu übermitteln¹³⁶⁴. Vogel rechtfertigte dies mit der vorgeschobenen Begründung, es solle der Eindruck vermieden werden, die privaten Vereinigungen bezögen ihre Weisungen von offizieller Seite; tatsächlich aber fürchtete er nach den Zwischenfällen Anfang der Zwanziger die erneute Enttarnung seiner Verbindungsleute im besetzten Gebiet. Außerdem lag es durchaus im Interesse der Geschäftsstelle, den gesamten Schriftverkehr über sie laufen zu lassen und damit ihre Position als Verbindungsstelle zu behaupten¹³⁶⁵.

Daß selbst diese wenigen Listen nur unter Vorbehalt Rückschlüsse zulassen, soll an folgendem Beispiel gezeigt werden. Vermutlich im Frühjahr 1926 ging der RVP ein von der Geschäftsstelle erstelltes Verzeichnis der Mitgliederstärke einzelner Ortsgruppen zu. Der Vergleich mit einer fast identischen Auflistung aus dem allgemeinen Schriftverkehr der Geschäftsstelle ergibt folgendes Bild: In mindestens 20 Fällen wurden die Mitgliederzahlen in größeren Städten um

¹³⁶² Es wurden alle verfügbaren Angaben über die Stärke des Bundes aufgenommen, die in Tätigkeitsberichten, Briefen und allgemeinen Rundschreiben, internen Auflistungen und den Publikationen des Saarvereins gefunden werden konnten. Bei Schätzungen wurde der jeweils untere Wert zu Grunde gelegt.

¹³⁶³ Markierung Herbst 1925 (72): Vgl. undatiertes „Verzeichnis der Postabonnenten der einzelnen Ortsgruppen der Halbmonatsschrift ‚Saar-Freund‘“, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2; Markierung Frühjahr 1928 (81): Vgl. undatiertes „Verzeichnis der dem Bund der Saarvereine angeschlossenen Ortsgruppen mit Angabe der Mitgliederzahl“, in: BA-R 8014/784. Hier wurden 13 Vereinigungen als „im Entstehen begriffen“ vermerkt, was exakt der Differenz zur Markierung von Ende 1928 (68) entspricht: Vgl. Auflistung (27.11.28), in: BA-R 8014/124. Markierung Sommer 1931 (60): Vgl. namentliche Auflistung, in: BA-R 8014/126. Ein kompetenter Beobachter urteilte nach der Leipziger Bundestagung 1924, daß die Organisation nun auf dem Höhepunkt ihrer Ausdehnung angelangt war. Eine Steigerung hielt er kaum mehr für möglich: Vgl. Bericht Rühlmanns über die Bundestagung 1924 (27.05.24), in: BA-R 1601/1697.

¹³⁶⁴ Vgl. Brief der GSV an die RVP (10.10.21), in: BA-R 1603/2723; Briefe der GSV an Unbekannt (20.07.27 und 26.06.29), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 21.

¹³⁶⁵ Im Grunde begegneten sich hier die Interessen der GSV und der Reichs- und Staatsregierungen, die aus verständlichen Gründen eine Zentralinstanz als Ansprechpartner benötigten, um nicht mit einer Vielzahl von Vereinen verhandeln zu müssen.

jeweils 50–100 Personen erhöht; die Ortsgruppe Elberfeld sollte statt 48 sogar 210 Mitglieder zählen, Leipzig statt 98 Mitgliedern mehr das Dreifache¹³⁶⁶. Die Differenz beider Listen beträgt über 2.600 Personen, was ungefähr der Hälfte der tatsächlichen Mitglieder entsprach.

Die folgende Tabelle spiegelt die wirkliche Größenordnung der einzelnen Ortsgruppen wider¹³⁶⁷:

Name der Ortsgruppe	Mitglieder	Name der Ortsgruppe	Mitglieder	Name der Ortsgruppe	Mitglieder
Barmen*	55	Essen*	150	Marten*	45
Barsinghausen	47	Frankfurt*	100	Mengede*	43
Bochum*	147	Gelsenkirchen	89	Merseburg	50
Beuthen O./S.	70	Goslar	75	Mülheim	62
Bottrop	54	Gladbeck	77	München*	200
Bövinghausen*	68	Halberstadt	54	Oberhausen*	110
Buer i.W.*	61	Halle*	176	Oldenburg	70
Cassel*	67	Hamm*	70	Obernkirchen	27
Castrop i.W.	95	Hamburg*	57	Recklinghausen	76
Chemnitz	87	Hannover	104	Betzdorf/ Siegen	40
Cöthen	87	Heidelberg*	80	Scherlebeck*	46
Crefeld*	72	Herne*	52	Stettin*	57
Darmstadt	75	Hövel*	76	Stuttgart*	200
Dortmund*	111	Ickern*	50	Waltrop i.W.*	49
Duisburg*	164	Ibbenbüren	50	Wanne*	47
Düsseldorf*	100	Karlsruhe	48	Wattenscheid	56
Elberfeld	48	Köln	197	Wissen a. Sieg*	43
Erfurt	56	Königsberg	67	Hervest/ Dorsten	40
Erkenschwick	185	Leipzig	98	Wetzlar	64
Erle*	140	Magdeburg	56	Summe:	4.838

¹³⁶⁶ Vgl. undatiertes Originalverzeichnis, in: BA-R 8014/124. Undatiertes Verzeichnis „Dem Bunde der Saarvereine angeschlossener Ortsgruppen mit Angabe der Mitgliederzahl“, in: BA-R 8014/784. Zwei Jahre später erhielt die RVP zusammen mit dem Etatentwurf für 1928/29 eine ähnlich frisierte Auflistung: Vgl. undatiertes „Verzeichnis der dem Bund der Saarvereine angeschlossenen Ortsgruppen mit Angabe der Mitgliederzahl“, in: Ebd. Selbst im Tätigkeitsbericht 1933 war nur von 87 Ortsgruppen zum Zeitpunkt der „Machtergreifung“ die Rede: Vgl. Jahresbericht 1933, S. 22.

¹³⁶⁷ Die Angaben stammen aus dem internen Verzeichnis von 1926; offensichtlich war die Ortsgruppe Berlin vergessen worden. Mit * gekennzeichnete Saarländer-Vereinigungen fanden sich auch schon in einer Auflistung von Ende 1920, in welcher außerdem noch die zwischenzeitlich aufgelösten Ortsgruppen Bonn, Schönebeck, Mengede, Essen-Borbeck und Neuwied verzeichnet waren: Vgl. Auflistung der Ortsgruppen (29.11.20), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1. Nach einem Verzeichnis aus dem Jahr 1934 erfolgte in Buer-Erle die erste Gründung einer Saarvereinigung: Vgl. Liste der 25 ältesten Ortsgruppen (August 1934), in: BA-R 8014/107. Vgl. ebenso: „Gelsenkirchener Allgemeine Zeitung“ Nr. 356 (29.12.34) und „Nationalzeitung“ Nr. 357 (29.12.34).

Zwei Graphiken sollen die geographische Verbreitung der Ortsgruppen illustrieren, die sich zwar einerseits entlang des Rheins und der Ruhr konzentrierten, aber spätestens ab Mitte der zwanziger Jahre ebenso in Mittel- und Ostdeutschland¹³⁶⁸ Fuß gefaßt hatten.

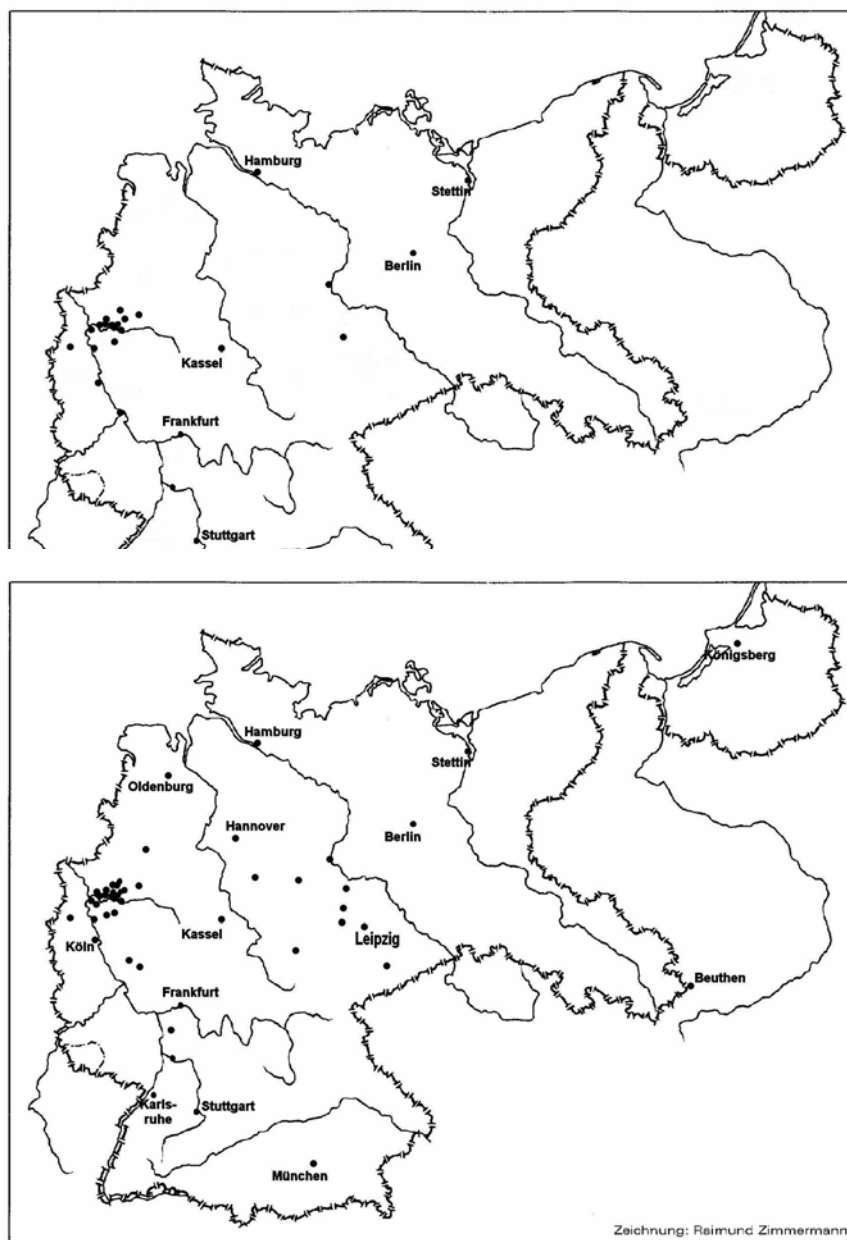


Abb. 15: Saarvereine im Deutschen Reich 1926

apparat sowie der Montan- und Eisenindustrie für die Saarvereinsarbeit insgesamt waren, lasteten viele gebürtige Saarländer im rheinisch-westfälischen Industrieviertel dem System „Hilger-Vogel“ die Schuld dafür an, daß sie wegen kritischer Äußerungen zu Anfang des

Noch in der Aufbau-
phase der Organisation
wurde Vogel von sei-
ner „saarabischen“
Vergangenheit einge-
holt. Während der um
sein Sozialprestige
bedachte Redakteur in
den Kreisen des na-
tionalliberalen, prote-
stantischen Saarbrü-
cker Bürgertums, in-
nerhalb der Krieger-
vereine, unter seinen
Kollegen und bei sei-
nen Vorgesetzten in
der Bergwerksdirekti-
on tatsächlich eine ge-
wisse Popularität
erlangt hatte, brachten
ihm Teile der Arbeiter-
schaft gerade aus die-
sem Grund Mißtrauen
entgegen. So wertvoll
seine Kontakte zu Per-
sönlichkeiten des preu-
ßischen Verwaltungs-

¹³⁶⁸ Bei der Gründung der Ortsgruppe Königsberg im Frühjahr 1922 stand der „Ostdeutsche Heimatdienst“ Pate: Vgl. SF 3 (1922) 7, S. 111. In den Jahren 1922 bis 1929 veranstaltete der dortige Saarverein mindestens fünf Kundgebungen für das Deutschtum im Saargebiet: Vgl. BA-R 8014/447 f.

Jahrhunderts ihre alte Heimat hatten aufgeben müssen¹³⁶⁹. Als offizielles Sprachrohr der Bergwerksdirektion hatte der „Bergmannsfreund“ unter Vogels Leitung stets den harten Kurs Hilgers gegen sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bestrebungen verteidigt¹³⁷⁰ und dem „saarländischen Bismarck“ anlässlich seines erzwungenen Ausscheidens 1905 sogar eine Sonderausgabe gewidmet¹³⁷¹. Über die Jahre hinweg bewahrte Vogel zu seinem ehemaligen Vorgesetzten ein zwar von Respekt geprägtes, aber nichtsdestotrotz vertrauensvolles Verhältnis¹³⁷², was er im „Saar-Freund“ nicht zu verbergen versuchte¹³⁷³.

Vogel wußte von den Vorbehalten der lokalen Saarvereine gegen seine Person. So bat er Ende Juni 1920 den Vorsitzenden der Ortsgruppe Herne, die Mitglieder aufzufordern, konfessionelle und parteipolitische Streitpunkte ebenso wie Standesdünkel¹³⁷⁴ zugunsten der gemeinsamen Sache beiseite zu schieben. Er selbst wehrte alle Anschuldigungen im Zusammenhang mit seiner früheren Tätigkeit als Redakteur des „Bergmannsfreunds“ mit der Begründung ab, daß er lediglich seine Pflicht gegenüber seinen Vorgesetzten erfüllt habe. Dabei habe er nicht nur deren Politik verteidigt, sondern auch die Interessen der Bergleute gewahrt,

¹³⁶⁹ Vgl. Protokoll einer Besprechung in Essen vom 11.06.22 (12.06.22), in: BA-R 8014/139.

¹³⁷⁰ Im Verlauf zweier Beleidigungsprozesse hatte der damalige Vorsitzende der Königlich Preußischen Bergwerksdirektion Saarbrücken Ewald Hilger ohne Umschweife zugegeben, daß nach seiner Ansicht Bergleute in preußischen Staatsbetrieben keine Mitglieder der SPD sein konnten, und er daher für deren unverzügliche Entlassung gesorgt hatte: *„Wer sich zur Sozialdemokratie bekennt, hat zu wählen zwischen der Grube und der Partei.“* Die Monopolstellung des preußischen Bergbaus an der Saar brachte es mit sich, daß einem derart gebranntmarkten Arbeiter keine andere Möglichkeit blieb, als in andere Montanregionen abzuwandern: Vgl. Saarabien vor Gericht. Bericht über den Prozeß Hilger gegen Krämer unter Benutzung stenographischer Aufzeichnungen, Berlin 1904, S. 53 ff.; BELLOT, S. 215–218. Zu Hilger (1859–1934), der 1928 Vorsitzender der Fachgruppe „Bergbau“ im „Reichsverband der Deutschen Industrie“ wurde, vgl. Fritz FAUS: Männer im Saarbergbau, in: Saarbrücker Bergmannskalender 1968, S. 92 f.

¹³⁷¹ Vgl. BRUCH: Bergmannsfreund, S. 77.

¹³⁷² Wiederholt breitete Vogel sehr offen seine Gedankengänge vor Hilger aus, mit dem er nach eigenen Worten *„so oft an der Spitze hochpatriotischer Kundgebungen im Saarrevier gestanden“* habe: Vgl. Brief Vogels an Hilger (29.09.19), in: BA-R 8014/9. Vgl. ebenso Briefe der GSV an Hilger (20.03.20, in: BA-R 8014/665; 02.09.26, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19). Entgegen den Behauptungen von Rückgliederungsgegnern (vgl. „Westland“ Nr. 35 (01.09.34)) war Hilger keineswegs ein begeisterter Anhänger des Nationalsozialismus: *„Es ist ein eigenartiges Geschick für mich, daß ich erst an den Saargelegenheiten nicht so mitarbeiten konnte und wollte, wie es eigentlich richtig gewesen wäre, wegen der Unmöglichkeit für mich, mit den Sozialdemokraten und Zentrumsleuten zusammenzuarbeiten, und jetzt bei der neuen Entwicklung der Dinge in Ansehung der Behandlung, die man meinem Schwiegersohn hat angedeihen lassen.“*: Vgl. Brief Hilgers an Vogel (20.02.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 17. Hilger zweifelte ferner an der Eignung Gustav Simons für das Amt des Bundesführers: Vgl. ebd.

¹³⁷³ Ehrenbezeugungen an Hilger und Beiträge Hilgers im SF: Vgl. SF 5 (1924) 15, S. 225; SF 6 (1925) 14, S. 219; SF 8 (1927) 9, S. 145; SF 8 (1927) 15, S. 249; SF 15 (1934) 13; SF 15 (1934) 18/19, S. 396 f.

¹³⁷⁴ Zu den traditionellen Vorbehalten der überwiegend katholischen Saararbeiterschaft gegen die protestantischen Arbeitgeber und das politisch dominierende Bürgertum der Doppelstadt Saarbrücken: Vgl. Rita GEHLEN: *„Wäre kein Kampf, so wäre keine Wehr“?* Saarländische und lothringische Katholiken im protestantischen Kaiserreich, in: KUGLER (Hrsg.): GrenzenLos, S. 233–255, hier: S. 234; HAHN: Die Beamten; MALLMANN: Zwischen Machtanbetung und Revolte, S. 60.

*„deren Vertrauen ich in der damaligen Zeit bei den damaligen politischen Verhältnissen in hohem Maße besessen habe. Weisen Sie aber auch diejenigen Herren, welche irrtümlicherweise der Ansicht sind, daß die ganze Bewegung der Saarländer-Vereinigungen von unten, und nicht von oben, gemacht werden müsse, darauf hin, daß die in so außerordentlich hohem Maße erforderlichen Geldmittel, welche für die verschiedenen Aufgaben auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete für die Interessen des Saargebietes unbedingt erforderlich sind, ganz gewiß nicht nur, vielleicht zu einem kleinen Teil nur, von den Arbeitern und Angestellten aufgebracht werden können.“*¹³⁷⁵

Der Schriftwechsel mit anderen Ortsverbänden belegt, daß es sich in Herne um keinen Einzelfall handelte; zwei Wochen nach seinem Schreiben an Schneider wollte Vogel zur bevorstehenden Gründung einer Gruppe in Ickern nur in Begleitung erscheinen¹³⁷⁶.

Auch wenn ihm diese Kritik keinen Anlaß gab, sein Verhalten als Sekretär der Bergwerksdirektion zu reflektieren oder sich gar dafür zu entschuldigen, erkannte Vogel, daß er den Vorbehalten der lange vor 1919 ausgewanderten Saarländer Rechnung tragen mußte. Anderenfalls drohte die Skepsis gegen den von ihm repräsentierten Zentralisierungskurs in offenen Widerstand gegen die Berliner Geschäftsstelle umzuschlagen¹³⁷⁷. Um die Gründung einer konkurrierenden Organisation abzuwenden, brachte er selbst den Vorschlag ins Spiel, die rheinisch-westfälischen Ortsgruppen zu einer unabhängigen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Nach außen wahrte diese regionale Allianz den Schein völliger Selbständigkeit von Berlin, was de facto schon deshalb nicht zutraf, weil der christliche Gewerkschaftssekretär Heinrich Schneider aus Herne als Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses¹³⁷⁸ insgeheim mit monatlich 500 Mark von der Königgrätzer Straße unterstützt wurde. Schneider entwickelte sich in dieser Aufbauphase zum wichtigsten Verbindungsmann im Revier, dessen Aufgabe es war, Vorträge über die Saar zu halten, weitere Ortsgruppen zu gründen und diese anschließend auf Berliner Kurs zu bringen¹³⁷⁹. Mag das Zugeständnis an die Befindlichkeit der rheinisch-westfälischen Ortsgruppen auch das eigentliche Motiv für Vogel gewesen sein, den von ihm zum Grundsatz erhobenen Zentralismus zu durchbrechen, so entlastete dieser Zu-

¹³⁷⁵ Vgl. Brief der GSV an Schneider (25.06.20), in: BA-R 8014/405.

¹³⁷⁶ Vgl. Brief der GSV an Bruttig (Dortmund; 13.07.20), in: BA-R 8014/307; Brief der GSV an Schneider (03.09.20; Herne), in: BA-R 8014/405. Vgl. aus dieser Zeit ebenso den Briefwechsel zwischen Fritz Huber (Düsseldorf) und Vogel, in: BA-R 8014/313. Im Laufe der folgenden Jahre verstummten die Unmutsäußerungen über Vogel, der von mehreren Ortsgruppen anläßlich seines 60. Geburtstages zum Ehrenmitglied ernannt wurde: Vgl. LA Saarbrücken, NL Vogel 57–60.

¹³⁷⁷ Auch die frankophile Gegenpropaganda hatte erkannt, daß publizistische Angriffe auf Vogel in Zusammenhang mit dessen Vergangenheit den größten Erfolg versprachen, um die Gesamtorganisation zu diskreditieren. Mehrfach griff der NSK daher die Vorbehalte gegen den Geschäftsführer auf: Vgl. NSK 215 (10.08.20); NSK 24 (29.01.21); NSK 70 (01.04.22); NSK 19 (27.01.24). Siehe hierzu allgemein S. 470 f.

¹³⁷⁸ Das Gremium wurde aus den Ortsgruppenvorständen des in vier Unterbezirke gegliederten Gesamtbezirks gebildet.

¹³⁷⁹ Vgl. Briefe der GSV an Schneider (08.07.20, 15.12.20 und 21.12.20), in: BA-R 8014/405. Schneider, der ab 1922 das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden begleitete, wurde im Herbst 1925 aus dem Verein wegen Veruntreuung von Geldern ausgeschlossen: Vgl. Brief der GSV an Pfarrer Schultz (05.10.25), in: BA-R 8014/406.

sammenschluß relativ vieler Vereine in einem verhältnismäßig kleinen Gebiet die Zentrale doch erheblich. Die Berliner Geschäftsstelle verfügte mit den Ausschuß über einen verantwortlichen Ansprechpartner, der Vogel zahlreiche Reisen in das Industrieviertel ersparte und das Konfliktpotential zwischen Ortsgruppen und Bundesleitung somit reduzierte. Zugleich ließen sich organisatorische Schwierigkeiten leichter als von der fernen Reichshauptstadt aus lösen. Die Aufgaben der „Arbeitsgemeinschaft der Ortsgruppen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks“ mit Sitz in Herne, welche die Geschäftsstelle auch finanziell unterstützte¹³⁸⁰, waren:

*„Austausch von Erfahrungen, Behebung von Schwierigkeiten in agitatorischer Hinsicht. Systematische Bearbeitung der Presse und Öffentlichkeit im Ausbreitungsbezirk. Veranstaltung von besonderen Unterrichtskursen für dazu besonders befähigte Landsleute vornehmlich aus Arbeitskreisen der einzelnen Ortsgruppen. Die Heranbildung eines besonders tüchtigen Stammes, Vertrauensleute in allen politischen Parteien.“*¹³⁸¹

Der ursprünglich ins Auge gefaßte Plan einer regionalen Geschäftsstelle wurde angesichts der immer deutlicher hervortretenden Auswirkungen der Inflation und mangelnden Zahlungsmoral der Ortsgruppen nicht realisiert.

War die Versammlungstätigkeit schon während der kurzzeitigen Besetzung des Industrieviertels im Frühjahr 1921 ins Stocken geraten¹³⁸², brach sie dort mit dem Beginn des Ruhrkampfes im Jahr 1923 vollends zusammen. Einige Gruppen lösten sich auf, andere verfielen in eine Art Dornröschenschlaf und wieder andere existierten unter einem Decknamen weiter. Erst nach dem Abzug der Franzosen konnte an eine Reaktivierung der Ortsgruppenarbeit gedacht werden¹³⁸³.

Da sich der regionale Zusammenschluß an Rhein und Ruhr bewährt hatte, vereinigten sich die rheinisch-westfälischen Ortsgruppen im Frühjahr 1926 zur ersten Landesgruppe des Bundes der

¹³⁸⁰ Vgl. Bescheinigung der GSV (13.12.21), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1. Das Einwerben von Geldern bei der dort ansässigen Großindustrie blieb der Berliner GSV vorbehalten: Vgl. undatiertes Protokoll der konstituierenden Sitzung vom 16.05.21, in: BA-R 8014/405.

¹³⁸¹ Ebd. Zu einer vorbereitenden Sitzung waren die Ortsgruppen Barmen, Bochum, Borbeck, Bövinghausen, Buer, Buer-Erle, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Hamm, Herne, Hövel, Ickern, Krefeld, Marten, Mengede, Neuwied, Oberhausen, Scherlebeck, Waltrop, Wanne und Wissen eingeladen worden: Vgl. Protokoll der Besprechungen vom 12.12.20 (17.12.20), in: BA-R 8014/734. Die rheinische Arbeitsgemeinschaft war das Vorbild einer zweiten süddeutschen unter der Führung der württembergischen Saarvereinigung: Siehe hierzu Kap. 4.4 c.

¹³⁸² Vgl. SF 2 (1921) 24, S. 260.

¹³⁸³ Um sich erneut in Erinnerung zu rufen, veranstalteten die reanimierten Saarvereinigungen im Herbst und Winter 1925/26 öffentliche Saarkundgebungen. Ende November 1925 existierten bereits wieder zwölf Gruppen: Vgl. SF 6 (1925) 24, S. 415 f. Vgl. auch SF 6 (1925) 19, S. 325; SF 6 (1925) 20, S. 341; SF 6 (1925) 24, S. 416; SF 7 (1926) 1, S. 19; SF 7 (1926) 5, S. 82; SF 7 (1926) 9, S. 147.

Saarvereine unter der Leitung des Mittelschullehrers Ernst Debusmann¹³⁸⁴. Mitte 1933 zählte der Verband 36 Ortsgruppen mit insgesamt 24.000 Mitgliedern¹³⁸⁵.

Während der wechselseitige Besuch von Veranstaltungen, Delegationen zu Kundgebungen oder auch gemeinsame Familienausflüge¹³⁸⁶ im Verkehr zwischen benachbarten Ortsgruppen üblich waren, behinderten sich die Vereine in dichter besiedelten Gegenden wechselseitig in ihrer Ausbreitung, weshalb schon auf der ersten Bundestagung in Kassel die Regelung getroffen wurde, daß keine zwei Ortsgruppen in einer Stadt zulässig sein sollten¹³⁸⁷. Diese Rivalitäten verschärften sich nach 1933 sogar eher noch als daß sie abklangen, da ein regelrechter Wettstreit unter den Ortsgruppen herrschte, welcher Verein die meisten Mitglieder rekrutieren konnte¹³⁸⁸.

Ebenso wichtig wie die Rekrutierung von Einzelmitgliedern und die Gründung neuer Saarländervereinigungen im Reich war es, möglichst viele finanzkräftige Körperschaften, Vereine, Städte, Landkreise, Banken und Industrieunternehmen zum Beitritt zu bewegen. Da es für die Kommunen nahezu unmöglich war, aus der Flut nach 1918 neu gegründeter Organisationen diejenigen mit ernsthaften Zielen von denen zu unterscheiden, die unter dem Deckmantel vaterländischer Arbeit Hilfsgelder für eigene Zwecke einwarben, wandten sich nach den ersten Rundschreiben der Geschäftsstelle „Saar-Verein“¹³⁸⁹ zahlreiche Magistrate und Bürgermeister an den „Deutschen Städtetag“. Dessen Geschäftsführer Paul Mitzlaff leistete der Saarvereinigung einen

¹³⁸⁴ „Es soll aber alles vermieden werden, was irgendwie zum Föderalismus führen könnte“: Vgl. SF 7 (1926) 5, S. 81 f. Nach Besuch des Lehrerseminars war der Protestant Debusmann (1883–1949) kurze Zeit in Wittlich tätig, bevor er 1907 als Seminarlehrer nach Ottweiler zurückkehrte. Im Frühjahr 1920 verzog er nach Essen, wo er zunächst Schriftführer und ab Anfang 1926 auch Vorsitzender der dortigen Ortsgruppe wurde. Drei Jahre später erfolgte Debusmanns Versetzung nach Elberfeld: Vgl. „Barmer Zeitung“ Nr. 45 (22.02.35); SF 7 (1926) 4, S. 64 f.; SF 10 (1929) 12/13, S. 286; SF 12 (1931) 3, S. 47. Vgl. auch Theodor VOGEL: Schulrat Ernst Debusmann. Stellv. Leiter des Bundes der Saarvereine, in: DERS. (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf, S. 29 f.; Meldekarte Debusmanns und Brief des StA Essen (08.01.2002).

¹³⁸⁵ Vgl. Brief der Ortsgruppe Herne an das AA, von Papen und das RMVerkehr (30.06.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

¹³⁸⁶ Vgl. beispielsweise den Familienausflug der Ortsgruppen Duisburg und Düsseldorf am 17.07.31 (vgl. SF 13 (1932) 15, S. 236) oder die Schilderung eines Vereinausflugs in Eschweiler im Sommer 1929, in: SF 10 (1929) 14, S. 313 f.

¹³⁸⁷ Vgl. Anträge zur Bundestagung 1921 (07.03.21), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1. Beispiele für konkurrierende Verbände: Duisburg, Meiderich und Hamborn bzw. Wuppertal, Elberfeld und Barmen: Vgl. SF 11 (1930) 4, S. 83 f.; SF 12 (1931) 7, S. 112.

¹³⁸⁸ So kam Stettin der Hansestadt Lübeck bei der Werbung neuer Mitglieder ins Gehege: Vgl. Brief des Hauptmanns Ruppe an die GSV (16.03.34), in: BA-R 8014/478. Sogar Vogel gestand ein, daß das Vorgehen des Stettiner Vorsitzenden Herrmann „abstoßend“ wirken und Mißtrauen hervorrufen mußte: Vgl. Brief der GSV an Stegner (01.03.34), in: BA-R 8014/326.

¹³⁸⁹ Vgl. Rundschreiben „Gedenket der Deutschen an der Saar“ (September 1919), in: StA Hannover, HR 15/693 bzw. (Oktober 1919), in: StA Freiburg, C 4/ IX/ 2/1. Hierin appellierte Vogel an das Solidaritätsgefühl der Städte, die sich dem Schicksal des „vergewaltigten“ Saargebiets annehmen sollten: „Deutschland bildet ein untrennbares Ganzes, und die Verstümmelung eines einzelnen Gliedes macht sich im ganzen Volkskörper bemerkbar.“

äußerst wertvollen Hilfsdienst, als er im Namen der Dachorganisation mittlerer und größerer Kommunen mitteilte,

*„daß die über den Saarverein eingezogenen Auskünfte einwandfrei lauten und danach der Saar-Verein als berufene Organisation für die Erhaltung des Deutschtums im Saarland anzusprechen ist. Die Geschäftsleitung des Vereins liegt m.W. in vertrauenswürdiger Hand.“*¹³⁹⁰

Erst nach dieser positiven Stellungnahme erklärten sich verschiedene Kommunen zu einmaligen finanziellen Unterstützungszahlungen bereit bzw. schlossen sich 26 Städte bis Anfang 1920 korporativ an¹³⁹¹. Gerade in der kritischen Phase der Inflation konnte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auf die Unterstützung des „Deutschen Städtetages“ bauen: Mitzlaff befürwortete im Frühjahr 1923 erneut die Bitte, Jahresbeiträge der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen und wies die körperschaftlichen Mitglieder eigens auf die *„dankenswerte Arbeit für die Deutscherhaltung des Saargebietes“* hin¹³⁹².

Die körperschaftlichen Mitglieder des Bundes sind noch schwieriger als seine Ortsgruppen zu quantifizieren. Bis zur Gründung in Bielefeld sollen neben 744 Einzelmitgliedern in verschiedenen Städten des deutschen Reiches auch 95 Korporationen wie Industrieunternehmen und Vereine sowie 175 deutsche Städte und 50 Landkreise den Beitritt zum Bund vollzogen haben. Schenkt man dem Tätigkeitsbericht Vogels Glauben waren es nach nicht ganz einem halben Jahr auf der ersten Tagung in Kassel bereits etwa 1.300 Einzelmitglieder, 140 Körperschaften sowie 210 Städte und 50 Landkreise¹³⁹³. Ein Vergleich dieser Größenordnungen mit den wenigen überlieferten namentlichen Verzeichnissen ergibt hingegen ein anderes Bild: Während eine Liste von August 1921 nur 528 Personen aufweist, die nicht über Ortsgruppen oder Dachverbände

¹³⁹⁰ Vgl. vertrauliches Rundschreiben des „Deutschen Städtetages“ (23.10.19), in: StA Frankfurt, S 2086. Erneut hatte sich die Präsenz der GSV in der Reichshauptstadt bewährt, deren Oberhaupt gewöhnlich zum Vorsitzenden des 1905 gegründeten Städtetages gewählt wurde: Vgl. Jürgen JOHN: Deutscher Städtetag (DStT) 1905–1933, in: FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteigeschichte, Bd. 1, Köln 1983, S. 311–319.

¹³⁹¹ In der Auflistung der beigetretenen Städte (17.01.20, in: StA Freiburg, C 4/ IX/ 2/ 1) ist keine regionale Konzentration festzustellen. Sofern keine andere Quelle zitiert wird, basieren die nachfolgenden Ausführungen auf den Beständen der Stadtarchive Düsseldorf (III/1299), Frankfurt am Main (S 2086), Freiburg (C 4/ IX/ 2/ 1), Gießen (L 1365/III), Göttingen (II A 15/ 7), Hannover (HR 15/693 f.), Konstanz (S II/4415), Leipzig (Kap. 35, Nr. 1252/1) und Mainz (70/XIX/17).

¹³⁹² Vgl. Rundschreiben der GSV (20.03.23), in: StA Freiburg, C 4/ IX/ 2/ 1; Rundschreiben des „Deutschen Städtetages“ (05.05.23), in: StA Konstanz, S II/4415. Mitzlaffs Stellungnahme brachte zumindest einen Teilerfolg: Vgl. Brief des Badischen Städteverbandes an den Oberbürgermeister von Freiburg (01.06.23) und Beschluß des Badischen Städteverbandes (23.06.23), in: StA Freiburg, C 4/ IX/ 2/ 1; Beschluß des Finanzausschusses der Stadt Erlangen (13.06.23), in: StA Erlangen, 406/110. Ähnlich wohlwollend verhielt sich auch der Reichsstädtebund als Dachorganisation der kleineren Städte und Gemeinden: Vgl. Brief des Reichsstädtebundes an die GSV (23.03.27), in: StA Konstanz, S II/4415.

¹³⁹³ Vgl. Tätigkeitsbericht Vogels (03.04.21), in: BA-R 8014/18. In einer wenige Tage zuvor veröffentlichten Pressemeldung war von über 4.000 Einzelmitgliedern, gegenüber der Reichskanzlei kurz darauf gar von 6.000 Einzelmitgliedern, die Rede: Vgl. Rundschreiben der GSV an verschiedene Schriftleitungen (01.04.21), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1; Brief der GSV an die Reichskanzlei (08.04.21), in: BA-R 43-I/240.

dem Bund beigetreten waren¹³⁹⁴, reduziert sich die Zahl der Kommunen in einer tabellarischen Übersicht aus dem Frühjahr 1922 um etwa ein Drittel auf 138 Städte und 26 Kreise¹³⁹⁵. Ab Sommer 1923 verzichtete Vogel auf die Differenzierung zwischen Kommunen und anderen Körperschaften: „Fast 600“ körperschaftliche Mitglieder sollen zu dieser Zeit dem Bund angehört haben; in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts war schlagartig von „mehr als 1.500“ die Rede¹³⁹⁶. Aufgrund derartig großer Schwankungen müssen die wenigen quantitativen Aussagen relativiert werden, zumal weitere Werbemaßnahmen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ belegen, daß sie weit von ihrem Ziel entfernt war, den Großteil der preußischen Kommunen für die Saar zu mobilisieren¹³⁹⁷.

Insgesamt prekär ist auch die Quellenlage zu den sonstigen körperschaftlichen Mitgliedern. Als gesichert kann angenommen werden, daß Ortsverbände von Parteien aus dem rechten Spektrum¹³⁹⁸ ebenso den Weg zu den Saarvereinen fanden wie beispielsweise der „Gewerkschaftsbund der Angestellten“¹³⁹⁹ oder Großbanken¹⁴⁰⁰, Industrieunternehmen und Wirtschafts-

¹³⁹⁴ Vgl. Liste der Einzelmitglieder (10.08.21), in: BA-R 8014/143. Abgesehen von einflußreichen Persönlichkeiten im Berliner Saarverein spielten Einzelmitglieder keine große Rolle. Anfangs bildeten die Beamten der verschiedenen Bergbehörden eine beträchtliche Minderheit unter den 1.300 Einzelmitgliedern (19,2%; vgl. Tätigkeitsbericht Vogels auf der Mitgliederversammlung in Kassel (03.04.21, in: BA-R 8014/18)), doch in späteren Jahren erzielte der Verein mit Aufrufen an die „deutsche[n] Männer von Schlägel und Eisen, [...] die durch ihren Beruf dem Saarbergbau nahestehen“, kaum mehr Resonanz, so daß fortan darauf verzichtet wurde, einzelne Berufsgruppen gezielt anzusprechen: Vgl. Aufruf „Gedenket des deutschen Saargebiets!“ (August 1924), in: BA-R 8014/944; SF 5 (1924) 12, S. 184; Tätigkeitsbericht Vogels auf der Mitgliederversammlung in Hannover (06.06.25), in: BA-R 8014/27. Im Frühjahr 1928 startete der Verein eine Initiative, um Einzelmitglieder und neue Abonnenten des SF zu gewinnen: Vgl. Rundschreiben der GSV an 350 Städte, 130 Kreise und 20 Ämter (02.04.28), in: BA-R 8014/1098.

¹³⁹⁵ Vgl. Übersicht der Mitgliederzahlen (30.03.22), in: BA-R 8014/1. Dort findet sich zwar der Hinweis, daß seit 1919 insgesamt 96 Städte und 25 Landkreise einmalige Geldzahlungen an die GSV geleistet hätten, doch wird man diese kaum als ordentliche Mitglieder bezeichnen können. Eine weitere Liste aus der gleichen Zeit führt insgesamt 248 Kommunen zwischen Flensburg und Garmisch auf, die im Jahr 1922 einen Beitrag abgeführt haben: Vgl. Verzeichnis der Städte (30.03.22), in: Ebd. In seinem Tätigkeitsbericht auf der Dortmunder Mitgliederversammlung (07.05.22, in: SF 3 (1922) 10, S. 150) sprach Vogel von 164 fortlaufenden und 145 einmaligen Zuwendungen.

¹³⁹⁶ Vgl. Geschäftsbericht der GSV (24.10.24), in: BA-R 8014/7; „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2. Im Dezember 1929 sollen es gar 2.200 Städte und Gemeinden gewesen sein: Vgl. undatierte Notiz (Dezember 1929), in: BA-R 8014/1144.

¹³⁹⁷ Vgl. Rundschreiben der GSV an preußische Städte und Gemeinden (10.01.24), in: StA Bonn, Pr 10/325. Vereinzelt versuchten auch saarländische Gemeinden dem Bund beizutreten, ein Schritt, zu dem sich die Metropole Saarbrücken trotz gelegentlicher finanzieller Zuwendungen nicht entschließen wollte: Vgl. Brief des Bürgermeisters von Merzig an die GSV (28.10.30), in: BA-R 8014/181; Auflistung der Mitgliedschaften in Vereinen (12.10.32), in: StA Saarbrücken, Großstadt 3323.

¹³⁹⁸ Vgl. Brief der GSV an Seminarlehrer Schön wegen des Beitritts des DNVP-Kreisvereins Anklam (16.02.20) und Brief der DVP Düsseldorf an die GSV (15.06.20), in: BA-R 8014/143.

¹³⁹⁹ Vgl. Brief des „Gewerkschaftsbundes der Angestellten“ an die GSV (22.04.25), in: BA-R 8014/25.

¹⁴⁰⁰ Vgl. Brief der Deutschen Bank Frankfurt an die GSV (15.06.20), in: BA-R 8014/143. Außer ihrem Jahresbeitrag entrichtete die Bank 1922 noch außerordentliche 100.000 Mk. an die GSV: Vgl. Brief der GSV an Dr. Rösecke (19.06.22), in: BA-R 8014/695. Im einem Verzeichnis körperschaftlicher Mitglieder aus dem Frühjahr 1922 erscheinen allein unter den Berliner Banken die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerz- und Privatbank, die Bank für Handel und Industrie sowie die Diskonto-Bank: Vgl. undatiertes

verbände¹⁴⁰¹. Immerhin brachten diese Körperschaften über ein Drittel der Jahresbeiträge des Bundes auf. Berücksichtigt man außerdem die einmaligen Zuwendungen ohne feste Mitgliedschaft, steigt die Quote auf fast 70%¹⁴⁰². Bereits 1920 sollen alle ehemals in Saarbrücken und Saarlouis stationierten preußischen Regimenter den korporativen Beitritt zum Bund vollzogen haben¹⁴⁰³. Nach einem Rundschreiben der Geschäftsstelle von Anfang Oktober 1933 schlossen sich die Universitäten Dresden, Erlangen, Frankfurt am Main, Greifswald, Hannover, Heidelberg¹⁴⁰⁴, Köln, Leipzig, Marburg, München, Münster und Rostock sowie die Technischen Hochschulen Berlin, Breslau, Dresden, München und Stuttgart dem Bund korporativ an¹⁴⁰⁵.

Kap. 4.2: Die Mitglieder und Vorstände der Ortsgruppen

Ein differenziertes Bild der Mitgliederstruktur zu zeichnen ist aufgrund der Quellenlage fast nicht möglich. Die überlieferten Vereinsakten lassen bestenfalls quantitative Aussagen zu, und selbst diese sind, wie oben bereits erörtert, nur unter Vorbehalt gültig. In den Berichten über die Tätigkeit der Ortsgruppen im Verbandsorgan „Saar-Freund“ verschwand das einfache Mitglied meist hinter der Vorstandsriege, so daß eine systematische Untersuchung der Saarländervereinigungen in qualitativer Hinsicht weitgehend ausscheidet. Nachfolgend soll der Versuch unternommen werden, anhand einzelner Mosaikstücke ein Gesamtbild zu rekonstruieren, das der Realität vielleicht am nächsten kommt.

Verzeichnis, in: BA-R 8014/1.

¹⁴⁰¹ Im genannten Verzeichnis finden sich unter anderem die Essener Friedrich Krupp AG, das Rheinische Braunkohlenbrikett-Syndikat, das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat sowie die Berliner Süßwarenfabrik „Sarotti“. Bis Dezember 1929 sollen neben 280 Mitgliedern aus der Industrie etwa 280 Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern dem BdS beigetreten sein: Vgl. undatierte Notiz (Dezember 1929), in: BA-R 8014/1144.

¹⁴⁰² Vgl. Übersicht der Mitgliederzahlen (30.03.22) sowie das Verzeichnis der körperschaftlichen Mitglieder (März 1922), in: BA-R 8014/1.

¹⁴⁰³ Vgl. SF 1 (1920) 22, S. 230. Als Mitglieder wurden in den folgenden Jahren genannt: Die „Kameradschaftliche Vereinigung der Reichsländischen Truppen und der ehemaligen Regimenter des 14., 15., 16. und 21. Armeekorps“, der „Verein der Offiziere des ehemaligen Infanterie-Regiments ‚Graf Werder‘ (4. Rheinisches) Nr. 30“, das „Westfälische Dragoner-Regiment Nr. 7“, der „Verein ehemaliger Offiziere und Beamte des früheren königlich preußischen Feldartillerie-Regiments von Holtzendorff (1. Rheinisches) Nr. 8“, der „Verein ehemaliger Angehöriger des Ulanen-Regiments Großherzog Friedrich von Baden (Rheinisches) Nr. 7“ sowie der „Saarbrücker Verein der 138er“: Vgl. SF 6 (1925) 3, S. 50; SF 2 (1921) 6, S. 75; SF 7 (1926) 6, S. 95 f.; SF 11 (1930) 21, S. 399; SF 9 (1928) 9, S. 146; SF 9 (1928) 8, S. 128; SF 13 (1932) 23, S. 385. Zum Schriftverkehr mit Offiziersvereinen, in welchem die wechselseitigen Einladungen zu Veranstaltungen im Vordergrund standen, vgl. BA-R 8014/723 f.

¹⁴⁰⁴ Wie der Rektor der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg mitteilte, habe diese sich „*stets auch als eine saarländische Universität gefühlt*“: Vgl. Brief des Rektors an die GSV (29.07.33), in: BA-R 8014/1011.

¹⁴⁰⁵ Vgl. SF 14 (1933) 16/17, S. 297; SF 14 (1933) 24, S. 463; SF 15 (1934) 14, S. 274. Vgl. aus Sicht der Hochschulen: UA Erlangen A 1/3a/910; UA München, Sen 746/25. Allgemein zum Schriftverkehr mit Universitäten und Hochschulen: Vgl. BA-R 8014/1011. Die diesbezüglichen Anstrengungen zum Beitritt der Hochschulringe Deutscher Art und Gründung akademischer Saarvereinigungen wurden bereits auf S. 270–276 thematisiert.

*„Besonders waren es die im Reich verstreuten ehemaligen Saarbrücker Bergleute, die sich den Saarvereinen anschlossen. Daß die führenden intellektuellen Kreise nicht in größerer Zahl beitraten, lag nicht daran, daß sie kein Interesse für die Saarheimat hatten. Sie waren vielmehr der Meinung, daß sie persönlich über die Verhältnisse an der Saar genügend aufgeklärt seien, und daß besondere Verpflichtungen für sie nicht bestünden.“*¹⁴⁰⁶

Auch wenn bei dieser Feststellung Vogels aus dem Jahr 1935 dessen idealisierende Sicht auf den deutschen Bergmann durchschimmert, scheint sie plausibel und wird durch vereinzelte Hinweise im „Saar-Freund“ gestützt: Sei es aufgrund verschiedener Ausweisungswellen in der Frühphase oder sei es freiwillig aus wirtschaftlichen Überlegungen – Tausende saarländischer Industriearbeiter hatten ihren Wohnsitz von der Saar an den Rhein bzw. die Ruhr verlegt¹⁴⁰⁷. Diese gebürtigen Saarländer bildeten den eigentlichen Kern der verschiedenen Saarvereine und es versteht sich von selbst, daß gerade sie einen emotionaleren Bezug zur Saarfrage hatten als Mitglieder, die das Saargebiet lediglich aus Erzählungen oder gelegentlichen Besuchen kannten. Bis 1933 scheinen Nichtsaarländer in den Ortsgruppen die Minderheit gebildet zu haben¹⁴⁰⁸; der massenhafte Zulauf nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ läßt darauf schließen, daß gerade in kleineren Ortschaften die Mitgliedschaft in einem Saarverein als Möglichkeit gewertet wurde, konformes Verhalten zu demonstrieren¹⁴⁰⁹.

Ebenso schwierig wie zur sozialen Zusammensetzung der Ortsgruppen ist es, qualifizierte Aussagen über die politische Orientierung ihrer Mitglieder treffen¹⁴¹⁰. Da sich Sozialdemokraten während der Weimarer Jahre selbst ehemalige Bastionen des Bürgertums wie die Kriegervereine eroberten, darf ihre Mitgliedschaft auch bei den Saarvereinigungen unterstellt werden. In den Gruppen des rheinisch-westfälischen Industriereviers sollen sie zumindest in der Frühphase sogar die Mehrheit gestellt haben¹⁴¹¹. Als sicher kann angenommen werden, daß die Vereine –

¹⁴⁰⁶ VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 240. Die Vereine standen allen offen; Voraussetzung für die Aufnahme in eine Ortsgruppe war die Bereitschaft, „an der Aufgabe, die sich der Verein gestellt hat, mitzuarbeiten“: Vgl. § 3 der Satzungen der Berliner Ortsgruppe, in: BA-R 8014/2 (Dok 11 im Anhang).

¹⁴⁰⁷ Die Ortsgruppe Alsdorf bei Aachen bildete sich aus 300 Abstimmungsberechtigten, die in ihrer Mehrheit Bergleute gewesen seien (vgl. SF 14 (1933) 22, S. 427), während die Mitglieder des Barsinghausener Saarvereins überwiegend aus nach dort versetzten Beamten bestand: Vgl. BA-R 8014/203. Die Ende Oktober 1928 gegründete Eschweiler Ortsgruppe soll sogar ausschließlich aus entlassenen oder verzogenen Bergarbeitern bestanden haben: Vgl. SF 10 (1929) 14, S. 314; SF 13 (1932) 23, S. 387 f. Ähnlich gelagert waren die Verhältnisse in Halle und Hervest-Dorsten: Vgl. SF 11 (1930) 12, S. 219; SF 6 (1925) 19, S. 325. Siehe unten die entsprechenden Angaben zu den Ortsgruppen Berlin und Stuttgart.

¹⁴⁰⁸ Anderenfalls wären Hinweise wie im Falle Trier, daß die Mitglieder allen Ständen und Berufen entstammten und nicht nur Saarländer waren, überflüssig gewesen: Vgl. SF 11 (1930) 12, S. 219. Vgl. für Ibbenbüren: Postkarte an die GSV (14.08.28), in: BA-R 8014/422, für Barmen: SF 2 (1921) 24, S. 360 und Breslau: SF 11 (1930) 9, S. 173.

¹⁴⁰⁹ Vgl. VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 242.

¹⁴¹⁰ Vgl. zum Hintergrund der Vereine: KLENKE: Vereinsnationalismus.

¹⁴¹¹ Vgl. Aktenvermerk (17.12.20), in: BA-R 1603/2526.

von eingeschleusten französischen Spitzeln abgesehen – keine franzosenfreundlichen Mitglieder in ihren Reihen zählten¹⁴¹².

Im Vergleich zu den einfachen Mitgliedern sind die Vorstände der Ortsgruppen geringfügig besser zu fassen. Schon 1924 erkannte Andres in seiner Rede auf der Bundestagung in Leipzig die Gefahr, daß die Saarvereine „*die Domäne einer gesellschaftlichen Schicht*“ werden könnten und forderte die Mitarbeit aller vaterländisch gesinnten Kreise ein¹⁴¹³. Demnach hatten die Ortsgruppen des Bundes mit dem gleichen Problem zu kämpfen wie die meisten Vereinigungen, die sich nach außen als stände-, partei- und konfessionsübergreifende Keimzellen der allseits herbeigesehnten „Volksgemeinschaft“ profilieren wollten: Innerhalb der bürgerlich geprägten Vereine spiegelte sich schließlich doch die Sozialstruktur der Gemeinde wider, und wurden bestehende Hierarchien bekräftigt. Funktionäre stammten meist aus den sozialen Schichten, die im öffentlichen Leben Ansehen genossen, was auf der einen Seite zwar das Prestige der Gruppe steigerte, andererseits aber unterbürgerliche Schichten zu verprellen drohte. Da es für den Erfolg der Vereinsarbeit entscheidend war, daß sich die Führung nicht von der Masse der Mitglieder elitär abgrenzte und sozial distanzierte¹⁴¹⁴, warnte der Schriftführer der Bonner Ortsgruppe vor dem Eindruck, den der ausnahmslos aus Beamten des dortigen Oberbergamtes zusammengesetzte Vorstand erwecken könnte¹⁴¹⁵. Vogels Frankfurter Vertrauensmann Otto Ludwig klagte indes darüber, daß es nahezu ausgeschlossen war, „*in dem Mainbabylon*“ etwas zu erreichen. Über den Vorsitzenden von Kraewel wurde nach Ansicht Ludwigs lediglich die bessere Frankfurter Gesellschaft interessiert: „*Natürlich ist das ein Unsinn, wir wollen an die Arbeiter heran, die kleinen Leute, aber das gelingt hier nicht.*“¹⁴¹⁶

Doch wie setzten sich die Vorstände der Saarvereinsortsgruppen zusammen? Auf der Grundlage aller 16 Jahrgänge des „Saar-Freund“ und des Schriftverkehrs der Berliner Zentrale mit den Ortsgruppen ließen sich bei insgesamt 570 Personen Aussagen über ihre berufliche und soziale Herkunft treffen¹⁴¹⁷. Eindeutig überrepräsentiert waren das Kleinbürgertum (183) und Akademi-

¹⁴¹² Als die Mitglieder eines lothringischen Saarvereins nach Deutschland überzusiedeln gedachten, wurde auf der Kasseler Bundestagung beschlossen, diesen generell den Beitritt zu verwehren: Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung in Kassel (03.04.21), in: BA-R 8014/18. Derartige Zusammenschlüsse gebürtiger Saarländer hatten sich unmittelbar nach Kriegsende in verschiedenen Ortschaften Elsaß-Lothringens mit dem Ziel gebildet, die befürchtete Sequestrierung deutschen Eigentums und Ausweisungen zu verhindern. Ein Vertrauensmann Vogels relativierte deren politische Bedeutung und reduzierte sie auf wirtschaftliche Interessenvertretungen: Vgl. Brief Ludwig Müllers an die GSV (26.04.22), in: BA-R 8014/343. Müller war zu dieser Zeit Schriftführer des Frankfurter Saarvereins und zog 1926 nach Bonn.

¹⁴¹³ Vgl. SF 5 (1924) 9, S. 129. Hervorhebung durch F.B.

¹⁴¹⁴ Meist wies der Zusatz „*Landsmann*“ in den Berichten über die Ortsgruppen auf eine besondere Befähigung zur Ausübung eines Vorstandsamtes hin.

¹⁴¹⁵ Vgl. Brief Klamps an die GSV (08.10.25), in: BA-R 8014/267.

¹⁴¹⁶ Brief Otto Ludwigs an die GSV (27.01.27), in: BA-R 8013/343. Drei Monate später stellte er resigniert fest: „*Die Leute an der Spitze haben kein Herz.*“: Brief Otto Ludwigs an die GSV (April 1927), in: Ebd.

¹⁴¹⁷ Da es keinen Grund zu der Annahme gibt, daß einzelne Berufe bewußt verschwiegen wurden, dürften die folgenden Aussagen auf die Gesamtorganisation übertragbar sein.

ker (167), unter denen Lehrer wiederum die größte Gruppe bildeten¹⁴¹⁸. Nur knapp zehn Prozent aller Vorstände (56) rekrutierten sich aus der Arbeiterschaft; begrenzt auf Facharbeiter halbiert sich dieser Anteil sogar noch. Diese Zusammensetzung entsprach dem romantischen Bild, das Vogel von den Arbeitern hatte: Treudeutsch, fromm und tapfer, aber nichtsdestotrotz auf die Führung durch das weitsichtige Bürgertum angewiesen¹⁴¹⁹. Etwa jeder achte Vorstand (72) stammte als dem Bergbaumilieu, was angesichts der angesprochenen Klientel nicht weiter verwundert¹⁴²⁰. Untergliedert nach sozialen Gruppen ergibt sich folgendes Bild der Vorstände:

Die Vorstände des Bundes der Saarvereine

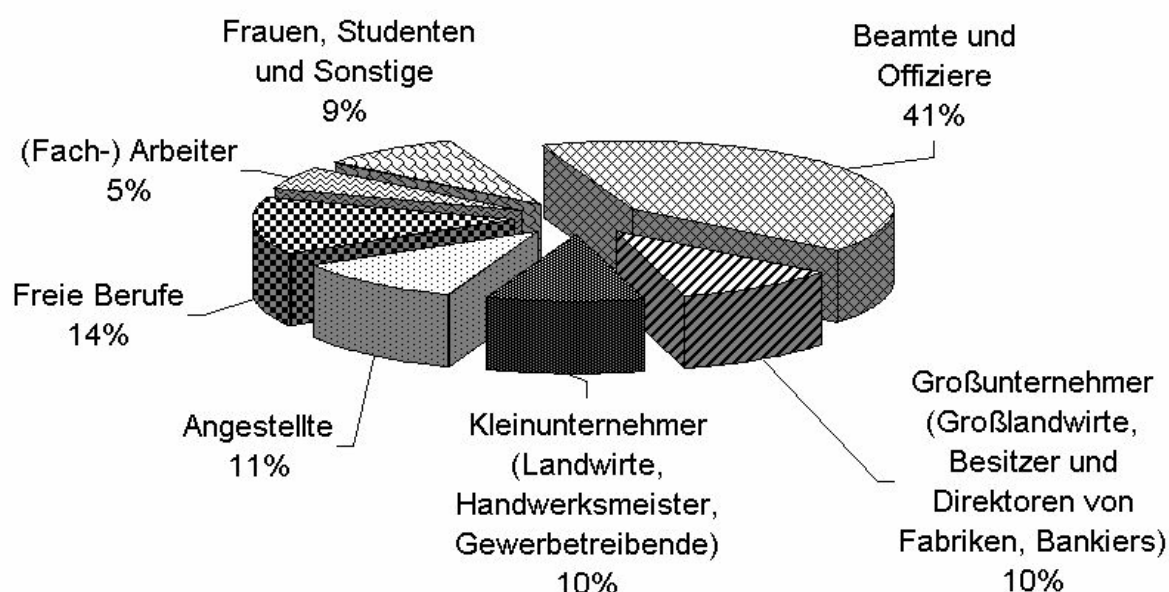


Abb. 16: Die Vorstände des Bundes der Saarvereine

Nach diesen allgemeinen Aussagen sollen einige Vereinsvorsitzende näher ins Auge gefaßt werden. Paradebeispiele hierzu geben die Ortsgruppen Siegerland, Kassel und Bonn ab: Erster Vorsitzender des 1922 gegründeten Siegerländer Vereins war der Geheime Bergrat Knops. Als Mitglied der deutschen Bergwerkskommission Saarbrücken war er ermächtigt, auf Grundlage des Saarstatuts die Übergabe der Kohlengruben an die Franzosen zu regeln und diesbezügliche Vereinbarungen zu treffen. Knops, der bereits vor Kriegsende im Saarrevier tätig

¹⁴¹⁸ Insgesamt 101 Vorstandmitglieder (17,7%) wurden als Lehrer, Studienräte oder Rektoren bezeichnet; zu ihnen gesellten sich drei Professoren.

¹⁴¹⁹ Grundlegende Voraussetzung für die Wahrnehmung einer ehrenamtlichen Vereinsfunktion war die notwendige Freizeit, was den potentiellen Kreis der Vorstandsmitglieder zusätzlich einengte.

¹⁴²⁰ Die Hierarchie reichte hier vom einfachen Bergmann über Steiger, Assessoren und Markscheider bis zu Oberbergräten und Berghauptmännern.

gewesen war, zählte zur Gruppe der im August 1920 infolge des Beamtenstreiks ausgewiesenen Deutschen¹⁴²¹.

Eine ähnliche Karriere wie Knops hatte der langjährige Luisenthaler Berginspektor und Bergwerksdirektor Dr. Weise hinter sich, der von 1933 bis zu seinem Tod im Sommer 1934 die bereits 1920 gegründete Kasseler Ortsgruppe leitete. Als Mitglied der Königlich Preußischen Bergwerksdirektion Saarbrücken war er ab 1916 Leiter der Lebensmittelbezugsstelle¹⁴²², nach seiner Ausweisung wurde er zum Berghauptmann in Clausthal ernannt. Im Herbst 1929 führte Weise in Heidelberg den Vorsitz einer Besprechung mit saarländischen Gewerkschaftlern sowie Vertretern von Reichs- und preußischen Ministerien über die Frage des Rückkaufs der Gruben. Ferner war er während der Pariser Saarverhandlungen beratend tätig¹⁴²³.

Ranghöchster Ortsgruppenvorsitzender aus dem montanen Milieu war der 1856 geborene Heinrich Vogel, der als Geheimer Bergrat im Jahre 1896 die Nachfolge Gustav von Velsens als Vorsitzender der Saarbrücker Bergwerksdirektion antrat. Nach vier Jahren erfolgte seine Beförderung zum Berghauptmann und gleichzeitig die Versetzung an das Oberbergamt Breslau. Ein kurzes Zwischenspiel beim Oberbergamt zu Bonn ging seiner privatwirtschaftlichen Tätigkeit ab 1906 voraus. Zwischen 1908 und 1911 nahm Vogel ein Mandat im Reichstag wahr. Als Ende der zwanziger Jahre die Reaktivierung der Bonner Ortsgruppe anstand, konnte Theodor Vogel seinen Namensvetter und ehemaligen Vorgesetzten für die Übernahme des Vorsitzes gewinnen. Vier Jahre lang bekleidete dieser das Amt, bis er es Ende 1933 aus Altersgründen an den bisherigen Schriftführer abgab¹⁴²⁴.

Diesen drei Vorsitzenden war gemein, daß sie sich – ohne selbst gebürtige Saarländer gewesen zu sein – aus Verbundenheit zu ihrer zeitweiligen Heimat verpflichtet fühlten, an ihrer neuen Wirkungsstätte für die Saarpropaganda im Rahmen des Bundes der Saarvereine einzusetzen¹⁴²⁵. Ähnliche Motive mögen auch den ehemaligen Landrat von Ottweiler, Waldemar Moritz, für sein starkes Engagement in der Vortragspropaganda auch außerhalb der Ortsgruppe Münster bewegt haben.

Schwieriger ist es hingegen, Aussagen über die parteipolitische Orientierung der Vorstände zu treffen, da es der Selbstdarstellung des Bundes widersprochen hätte, die Parteizugehörigkeit zu

¹⁴²¹ Vgl. BA-R 8014/595; PA AA, Ia, Friedensdelegation Paris/ Versailles, R 22.537; Weißbuch Dok. 149 f., S. 221–224.

¹⁴²² Vgl. Gerhard AMES: „Ein ungeheurer Faktor ist der Bergmann im Kriege ...“ Die Saarbergleute und der Erste Weltkrieg, in: „Als der Krieg über uns gekommen war...“, S. 190–205, hier: S. 196. Dort auch ein Foto von Weise.

¹⁴²³ Vgl. SF 15 (1934) 16/17, S. 348; LA Speyer, H 38/1149.

¹⁴²⁴ Vgl. FAUS 1967, S. 93; SF 7 (1926) 12, S. 192; SF 15 (1934) 3, S. 48.

¹⁴²⁵ Außer Vogel engagierten sich dort noch drei weitere Vorsitzende der Saarbrücker Bergwerksdirektion: Gustav von Velsen als normales Bundesmitglied, Ewald Hilger als Finanzier und Protegé im Hintergrund und Wilhelm Cleff innerhalb der Hallenser Ortsgruppe sowie für die GSV beim PrMHandel.

thematizieren und die Bundesleitung bemüht war, parteipolitisches Konfliktpotential in den Ortsgruppen gar nicht erst aufkommen zu lassen¹⁴²⁶.

Aus diesem Grunde ließen sich außer der oben bereits erwähnten Aktennotiz, derzufolge die Vorsitzenden im rheinisch-westfälischen Industrierevier ebenso wie die Mitglieder überwiegend Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratie waren¹⁴²⁷, nur wenige Selbstzeugnisse finden: Vogels Frankfurter Vertrauensmann Ludwig bekannte sich dazu, Mitglied einer rechtsstehenden Organisation zu sein, weshalb er eine Arbeitsteilung vorschlug: Er selbst wollte sich um die Personen kümmern, die sich ebenfalls dem rechten Parteienspektrum verbunden fühlten, während der Zentrumsmann Ollmert bei den Parteien der Weimarer Koalition werben sollte¹⁴²⁸. Der langjährige Vorsitzende (1919–1929) der Ortsgruppe Halle, Ingenieur Ludwig Schumacher, gehörte der Bundesleitung des „Werwolf. Bund Deutscher Männer“ an. Auf seine Initiative druckte das Verbandsorgan auch Beiträge aus dem „Saar-Freund“ ab¹⁴²⁹.

Im Gegensatz zu diesen eher vagen Aussagen über den politischen Hintergrund der Vorstände kann eine Feststellung als gesichert gelten: Die Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine befanden sich ebenso wie die Gesamtleitung fest in Männerhänden, schien es doch natürlich, daß

„die Führung des öffentlichen Abwehrkampfes ganz selbstverständlich in erster Linie den kampf-gewohnten Männern“

zufiel. Nach Ansicht der Redaktion des „Saarfreund“ blieb die Sehnsucht der Frauen nach Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland zwar nicht zurück hinter jener *„der im harten Lebens-kampf stehenden Männer“*, aber

*„man darf wohl sagen, sie ist vorwiegend herzensmäßig eingestellt und daher ursprünglicher und tiefgehend. Ihr Kampf für die Erhaltung des Deutschtums an der Saar ist die wertvollste Ergänzung des Kampfes der Männerwelt. Die vaterländische Arbeit der saarländischen Frauen verdient die größte Anerkennung.“*¹⁴³⁰

¹⁴²⁶ „In den Veranstaltungen der einzelnen Ortsgruppen haben parteipolitische Erörterungen oder Vergleiche herauszubleiben; es dürfen nur solche Fragen besprochen werden, die der Förderung unserer Aufgaben dienen. Zersplitterungen innerhalb der Orts- und Landesgruppen durch engherzige Auffassungen oder kleinliche Erwägungen sind zu vermeiden.“ SF 15 (1934) 23, S. 499; VOGEL: Die Aufgaben des Bundes, S. 12.

¹⁴²⁷ Vgl. Aktenvermerk (17.12.20), in: BA-R 1603/2526.

¹⁴²⁸ Vgl. Brief Otto Ludwigs an die GSV (16.12.26), in: BA-R 8013/343.

¹⁴²⁹ Vgl. Brief Schumachers an die GSV (11.03.24), in: BA-R 8014/382. Dieser vor allem in Mitteldeutschland starke Wehrverband, der zeitweise bis zum 40.000 Mitglieder zählte, vereinte junge Männer aus dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft, die selbst nicht am Weltkrieg teilgenommen hatten. In Kooperation mit ehemaligen Offizieren des kaiserlichen Heeres erhielten sie eine paramilitärische Schulung; zahlreiche Querverbindungen zu anderen rechtsextremen Organisationen lassen sich für die zwanziger Jahre nachweisen: Vgl. Aufzeichnung in der Reichskanzlei (Februar 1925), in: BA-R 43-I/770; vgl. auch Kurt FINKER/Reinhard GIERSCH: Werwolf. Bund deutscher Männer und Frontkrieger (Werwolf) 1923–1933, in: FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, Köln 1986, S. 475–481.

¹⁴³⁰ SF 8 (1927) 24, S. 440 f.

So überrascht es kaum, daß Frauen auf der Leitungsebene unterrepräsentiert und – wenn überhaupt – lediglich untergeordnete Funktionen wie die der Schriftführerin oder Beisitzerin wahrnahmen. Nur in 26 Ortsgruppenvorständen konnten insgesamt 39 Frauen (6,8%) nachgewiesen werden; nur in zwei Stützpunkten (Bleicherode und Eisleben) führten Frauen den Vorsitz¹⁴³¹.

Diese Beobachtung entspricht dem Frauenbild, das innerhalb der Saarorganisation vorherrschend war: Der Frau als treuer Gefährtin an der Seite ihres Gatten sollte vor allem die Aufgabe zufallen, die Männer nach deren harten Arbeitstagen noch für die vaterländische Sache zu motivieren¹⁴³². Im Saargebiet erwuchs ihnen zusätzlich die Pflicht, das neue Deutschland aufbauen zu helfen, oder wie es der „Saar-Freund“ ausdrückte, trat *„noch die Wahrung und Hochhaltung der deutschen Sitten und Gebräuche, der deutschen Erziehung und des deutschen Erbgutes hinzu.“* Die Frau sollte im heimischen Bereich niemanden die Schwere spüren lassen, die auf ihrer deutschen Seele lastete und statt dessen Frohsinn und Heiterkeit verbreiten. Als Erzieherin durfte gerade sie nicht den Verlockungen des französischen Schulwesens erliegen:

*„Bitter ist, zu leiden, aber selig, gelitten zuhaben. Deine Kinder und Nachkommen werden es dir danken. Heute verstehen sie noch nicht den Inhalt, die Schwere deines Lebens. Wenn aber einst die Erkenntnis kommt, dann werden sie an dein Grab treten mit dem Gedanken: sie war eine große, mütterliche, deutsche Seele, sie hielt Wacht, daß nichts Fremdländisches uns beeinflussen konnte.“*¹⁴³³

Der Glorifizierung der saardeutschen Hausfrau in der Propaganda des Saarvereins stand auf der anderen Seite die Diffamierung der Gattinnen französischer Bergwerksbeamter gegenüber, welche sich zu einem Luxus hinreißen ließen, der deutschen Frauen fremd zu sein hatte¹⁴³⁴.

Daß sich allerdings nicht alle Frauen innerhalb des Bundes auf das unpolitische Abstellgleis¹⁴³⁵ abschieben lassen wollten, zeigt das Beispiel Frieda Vogels. Die gebürtige Oldenburgerin, Protestantin wie ihr zwei Jahre jüngerer Gatte, faßte die neuen staatsbürgerlichen Rechte, welche den Frauen nach der Revolution zufielen, zugleich als nationale Verpflichtung auf¹⁴³⁶. Unab-

¹⁴³¹ Vgl. SF 15 (1934) 3, S. 47.

¹⁴³² Vgl. SF 3 (1922) 10, S. 148. Siehe hierzu vor allem die Ausführungen von Berta Gräfin Sierstorpff über „besondere heutige Aufgaben der Frauenarbeit an der Saar“, in: SF 10 (1929) 16, S. 342–346.

¹⁴³³ Vgl. SF 11 (1930) 13/14, S. 264 f. Vgl. ebenso die Gedanken der Saarländerin Gretel Michels anlässlich ihres Vortrages vor der Berliner Ortsgruppe Ende Oktober 1927 über „Die Heimatidee im Kampf um das Saargebiet“, in: SF 8 (1927) 21, S. 390–393.

¹⁴³⁴ Vgl. SF 8 (1927) 13, S. 214.

¹⁴³⁵ Im SF wurde das wöchentliche Kaffeekränzchen der Leipziger Frauen als nachahmenswert bezeichnet: *„Bei Kaffee und Kuchen, auch Schlagsahne, sitzen sie zusammen und plaudern bis gegen 7 und 8 Uhr abends, und so manche Erinnerung aus der schönen Heimat wird wachgerufen.“*: SF 6 (1925) 9, S. 146.

¹⁴³⁶ Frieda Vogel kann als Prototyp der konservativen Frau während der Weimarer Republik herangezogen werden, wie er beispielsweise von Andrea SÜCHTING-HÄNGER (Das „Gewissen der Nation“. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937, Düsseldorf 2002; DIES.: Die Anti-Versailles-Propaganda konservativer Frauen in der Weimarer Republik - Eine weibliche Dankesschuld?, in: KRUMEICH/ FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919, S. 302–313) oder Raffael SCHECK (Wahrung des Burgfriedens. Die Wirkung des Ersten Weltkrieges auf die bürgerliche Frauenbewegung der Weimarer Republik, in: DÜLFFER/ KRUMEICH (Hrsg.): Der verlorene Frieden, S. 215–228, hier: S. 215 f.) beschrieben wurde: Aus dem Gefühl heraus, eine Dankesschuld gegenüber den unzähligen Männern abtragen

hängig von ihrem Mann hielt sie selbst mehrere Vorträge über die Saarfrage im „Bund Königin Luise“ und publizierte verschiedene Aufsätze in Zeitschriften¹⁴³⁷. Sie beteiligte sich rege in der Berliner Ortsgruppe, wo sie beispielsweise dem Ausschuß vorstand, der mit der Aufnahme saarländischer Schulkinder betraut und in die Flüchtlingsfürsorge eingebunden war¹⁴³⁸. Für Frauen wie Frieda Vogel besaß derartiges karitatives Engagement durchaus politischen Charakter, demonstrierte es doch unter dem Schlagwort der „geistigen Mütterlichkeit“, daß Frauen keineswegs an den heimischen Herd gebunden sein mußten. Sie schienen aufgrund ihrer biologischen Rolle als Mutter prädestiniert, auch außerhalb des familiären Umfelds „typisch weibliche“ Wesensmerkmale einzubringen und ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft nun eben in idealtypischen Betätigungsfeldern konservativer Frauen zu erfüllen.

Nach dem Vorbild anderer Verbände gründete sich Anfang der zwanziger Jahre stellvertretend für die Bundesorganisation ein spezieller Frauenausschuß aus Mitgliedern der Berliner Ortsgruppe¹⁴³⁹, der im Februar 1925 in den „Deutschen Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldfrage“ aufgenommen wurde. Dieser hatte sich unter der Leitung der DVP-Reichstagsabgeordneten Clara Mende, die zumindest zeitweise auch der Berliner Ortsgruppe angehörte, der Revision des Versailler Vertrages verschrieben¹⁴⁴⁰. In den kommenden Jahren nahmen Frieda Vogel und Frau Hueck mehrfach an Schulungswochen teil, so beispielsweise im Oktober 1925 in Würzburg.

Als nach 1933 zahlreiche Frauengruppen in die Reichshauptstadt reisten, lag es wiederum an dem Ausschuß, den Gästen den inzwischen schon obligatorisch ehrenden Empfang zu bereiten und sie während ihres Aufenthaltes zu bewirten¹⁴⁴¹.

zu müssen, die auf den Schlachtfeldern ihr Leben gelassen hatten oder physisch und psychisch krank aus dem Krieg heimkehrten, engagierten sie sich in speziellen Frauenvereinigungen, in welchen mit teilweise großer Resonanz öffentlich gegen den Versailler „Schandfrieden“, den Schuldparagraphen oder die französischen Besatzungstruppen polemisiert wurde.

¹⁴³⁷ Vgl. SF 8 (1927) 11, S. 172 f.; SF 11 (1930) 6, S. 121; SF 11 (1930) 8, S. 157; SF 11 (1930) 12, S. 217; SF 11 (1930) 23, S. 429; Einladungsschreiben (März 1930), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 32; „Das deutsche Frauenblatt“ 2 (1934) 2, S. 19 ff.

¹⁴³⁸ Vgl. SF 4 (1923) 13, S. 180.

¹⁴³⁹ Dem Ausschuß gehörten außer Frieda Vogel die Damen Hueck, Hehner, Labbé und Schäfer an: Vgl. BA-R 8014/783.

¹⁴⁴⁰ Vgl. Brief Clara Mendes an die GSV (06.03.25), in: BA-R 8014/779. Für ihr Engagement bei der Aufnahme und Unterbringung saarländischer Kinder wurde ihr Ende Oktober 1924 die Bundesnadel des Vereins ehrenhalber verliehen: Vgl. BA-R 8014/704. Im Herbst 1933 löste sich der Frauenausschuß selbst auf: Vgl. Rundbrief Mendes (31.10.33), in: BA-R 8014/779. Vgl. ebenso SCHECK, S. 226; SÜCHTING-HÄNGER: „Gewissen der Nation“, S. 223–237.

¹⁴⁴¹ Vgl. Brief des Saarbrücker Hausfrauenvereins an die GSV (09.05.34) und undatierter Entwurf der Tagesordnung der Saarkommissionssitzung am 23.05.34 in der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin e.V., in: BA-R 8014/735; S.Z. Nr. 140 (30.05.34); SF 15 (1934) 12, S. 233; SF 15 (1934) 14, S. 273.

Kap. 4.3: Der Ortsgruppenalltag

Welche Rolle Vogel den Ortsgruppen zuzuweisen gedachte, hatte er schon im September 1919 gegenüber dem preußischen Innen- und Finanzministerium ausgeführt, als er diesen den Entwurf der Mustersatzungen für Saarvereinigungen übersandte. Nach seinem Verständnis sollten die einzelnen Mitglieder ebenso wie die Ortsvereine nur untergeordnete Organe der Geschäftsstelle darstellen und diese nicht in die Verlegenheit bringen können, über ihre Tätigkeit und die Kassenverhältnisse Rechenschaft ablegen zu müssen. Vielmehr wurde von den Ortsgruppen erwartet, daß sie am Ende eines jeweiligen Geschäftsjahres alle überschüssigen Finanzmittel an die Berliner Zentrale abführten. Deren Unabhängigkeit von den lokalen Saarvereinen war Vogel ein besonderes Anliegen. Sein Konzept der vereinsinternen Ordnung basierte auf einer strengen Hierarchie, an deren Spitze wie selbstverständlich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ stand, zu der die zu reinen Befehlsempfängern degradierten Mitglieder – seien es natürliche oder juristische Personen – *„die engsten Beziehungen pflegen [sollten], um sie in ihrer weitgehenden Aufgabe in jeder Beziehung zu unterstützen.“*¹⁴⁴²

Vergleicht man die Satzungen der Berliner Saarländervereinigung als erster Ortsgruppe des späteren Bundes mit dem hier dargelegten Entwurf, wird deutlich, daß sich Vogel in der Sache hatte durchsetzen können. Die endgültige Fassung vermied zwar Formulierungen, welche die Autonomie der einzelnen Ortsgruppen von vornherein in Frage stellte, allerdings ließen die Begleitschreiben keinen Zweifel an der beabsichtigten Unterordnung¹⁴⁴³.

Die ursprünglichen Aufgabenfelder der Ortsverbände deckten sich mit den allgemeinen Zielsetzungen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bzw. des Bundes der Saarvereine: Erhaltung des Deutschtums im Saargebiet, Vorbereitungsmaßnahmen für die Abstimmung nach 15 Jahren, Pflege der Landsmannschaft sowie Unterstützung der ausgewiesenen und geflüchteten Saarländer. Indem sie Arbeitsaufträge an die Ortsgruppen delegierte, sollte die Geschäftsstelle entlastet und damit die Effizienz der Gesamtorganisation erhöht werden. Diese theoretische Arbeitsteilung scheiterte allerdings bisweilen an der mangelnden Qualifikation der Ortsgruppen bzw. deren passiver Resistenz gegenüber den Berliner Anregungen und Weisungen.

Bezeichnenderweise wurden erste Richtlinien für die Ortsgruppenarbeit¹⁴⁴⁴ schon im Vorfeld der Bielefelder Gründungstagung von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ versandt und nicht erst dort gemeinsam beschlossen. Ähnlich wie die Berliner Zentrale sollten auch die lokalen Vereine Aufgaben mit bewußt öffentlicher Wirkung ebenso wie konspirative Funktionen wahrnehmen;

¹⁴⁴² Vgl. Briefe der GSV an Landrat Böhm (PrMI), Oberfinanzrat Ryll (PrMFinanz) und Dröge (16.09.19), in: BA-R 8014/2.

¹⁴⁴³ So wurde beispielsweise die GSV im Gründungsaufwurf als diejenige Instanz bezeichnet, die mit der Durchführung der Hauptaufgaben betraut sei und *„deren werbende örtliche Organe die Saarländer-Vereinigungen sowie Einzelmitglieder in allen Orten des deutschen Reiches darstellen.“* Aufruf „Der Saarlande Not und Hilfe“ (November 1919), in: BA-R 8014/2. Zu den Satzungen der Berliner Ortsgruppe siehe Dok. 11 im Anhang.

¹⁴⁴⁴ Vgl. Richtlinien (August 1920), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1.

nach außen galt es, die Verbundenheit zur saarländischen Heimat durch die Gründung weiterer Vereinigungen, die Veranstaltung „heimatdialektischer Unterhaltungs- und Kunstabende“ oder Vorträge über das Saargebiet sowie zwanglose Zusammenkünfte zu demonstrieren. Auch der Bezug des Bundesorgans „Saar-Freund“ und die Suche nach neuen Abonnenten sollte zu den selbstverständlichen Aufgaben der Mitglieder zählen. Im Bereich der Flüchtlingsfürsorge legte Vogel nahe, mit den örtlichen Fürsorgestellen des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuzes zu kooperieren.

Dem stand eine „*stille, geheime und gut wirkende Propaganda*“ durch die Ortsgruppen gegenüber. Die Mitglieder sollten die Kontakte zu ihren Freunden, Verwandten und Bekannten im Saargebiet nicht nur zu deren moralischer Unterstützung aufrecht erhalten, sondern diese Verbindungen zugleich zur Nachrichtenübermittlung nutzen. Über alle wichtigen Ereignisse und insbesondere alle Schritte der französischen Propaganda im Saargebiet sollte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ unverzüglich in Kenntnis gesetzt werden¹⁴⁴⁵. Da auch nach Antritt der Regierungskommission die Brief- und Postzensur verhinderte, daß größere Mengen an Propagandamaterial und Druckschriften zentral von Berlin aus an die Saar geschickt werden konnten, verfügte die Geschäftsstelle dank der immer größer werdenden Zahl von Ortsgruppen über eine Vielzahl von Tarnadressen außerhalb der Reichshauptstadt. Auf diese Weise wurde auch das Verbot des „Saar-Freund“ im Saargebiet unterlaufen¹⁴⁴⁶.

Mit dem Hinweis auf die hohen Herstellungskosten des Bundesorgans schärfte Vogel den Ortsgruppen ein, alle nicht für die eigene Arbeit benötigten Geldmittel an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ abzuführen. Während sich die selbständigen Ortsgruppen¹⁴⁴⁷ grundsätzlich aus eigener Kraft finanzieren und erhalten können mußten, sollte

„durch die Gründung von Saarländer-Vereinigungen [...] ja gerade die Möglichkeit geschaffen werden, uns in der Aufbringung der erforderlichen Geldmittel zu unterstützen; da unsere Geschäftsstelle aber eine vielseitige Tätigkeit zu entfalten hat, über welche in der Öffentlichkeit unter keinen Umständen gesprochen werden darf und für welche besondere, nur durch private Beziehungen aufgebrachte Geldmittel zur Verfügung stehen, so erbitten wir geldliche Unterstüt-

¹⁴⁴⁵ Drei Jahre später kritisierte Vogel die mangelnde Mithilfe der Ortsverbände bei der Übermittlung französischer Druckschriften, Flugblätter und ähnlicher Propagandamittel: Vgl. VOGEL: Die Aufgaben des Bundes, S. 14.

¹⁴⁴⁶ Die GSV ließ ohnehin einen Teil ihres allgemeinen Schriftwechsels über die Ortsgruppen als offizielle Absender laufen: Vgl. Brief der GSV an die Ortsgruppe Essen (08.03.20), in: BA-R 8014/332. Hinweise im SF warnten vor französischen Spitzeln: Vgl. SF 2 (1921) 2, S. 102. Wie notwendig diese Maßnahme war, zeigt ein Schreiben des Stabschefs der Rheinarmee an das Außenministerium (30.12.22, in: MAE, Sarre 116), demzufolge das französische Militär seinerseits versuchte, die Verbreitung prodeutscher Druckschriften zu unterbinden und dabei auf spezielle Absender und Adressaten achtete. Unter anderen richteten die Beamten der Grenzbahnhöfe ihr besonderes Augenmerk auf die Berliner GSV.

¹⁴⁴⁷ Die Phrase der Ortsgruppenautonomie verfolgte sicherlich auch den Hintergedanken, die Berliner GSV vor finanziellen Unterstützungsforderungen zu schützen.

*zungen von den Saarländer-Vereinigungen nur für unsere Propagandaschriften und die Halbmonatsschrift ‚Saar-Freund‘.*¹⁴⁴⁸

Gerade in diesem Punkt erfüllten die Ortsgruppen die in sie gesteckten Erwartungen nicht. Ihre Zahlungsmoral war so schlecht, daß sich die Geschäftsstelle mehrfach gezwungen sah, auf die satzungsmäßigen Pflichten ihrer Mitglieder hinzuweisen; während der Inflation mündete dies in der offenen Drohung, in den Städten, aus denen bislang keine Beiträge eingegangen waren, wieder verstärkt selbst finanzkräftige Einzelmitglieder zu werben¹⁴⁴⁹. Sofern die Bilanzen des Bundes überhaupt Rückschlüsse über zu verzeichnende Einnahmen zulassen, ergibt sich folgendes Bild:

Während im Haushaltsjahr 1921 noch insgesamt 10.660 Mark von den Ortsgruppen eingingen, was etwas mehr als einem Fünftel der gesamten Beitragszahlungen entsprach¹⁴⁵⁰, flossen im Folgejahr bei fast unveränderter Ortsvereinszahl nur noch 4.370 Mark (4,4%) in die Kasse der Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Dem standen immerhin 41.340 Mark (41,9%) von seiten der Kommunen und 45.000 Mark (45,6%) aus der Hand der angeschlossenen Körperschaften gegenüber¹⁴⁵¹. Angesichts dieser Relationen muß der im Juli 1923 entworfene und bereits überarbeitete Haushaltsplan eher dem Wunschdenken Vogels als den zu erwartenden Relationen entsprochen haben¹⁴⁵². Denn selbst unter weitgehend normalisierten wirtschaftlichen Bedingungen pendelten sich 1924 wie schon vor dem Höhepunkt der Inflation die tatsächlich eingegangenen Jahresbeiträge der Ortsgruppen auf etwa 5% aller Beitragseinnahmen ein, während die Zuwendungen von den Städten, Kreisen und körperschaftlichen Mitgliedern zusammen über 90% betragen¹⁴⁵³. Und selbst dieses niedrige Niveau konnte nicht gehalten werden. Setzt man die finanziellen Leistungen der Ortsgruppen in Relation mit den Ausgaben der Saarorganisation¹⁴⁵⁴,

¹⁴⁴⁸ Hervorhebungen im Original. Einzelheiten zur konspirativen Finanzierung der GSV siehe in Kap. 9.

¹⁴⁴⁹ Vgl. 4 (1923) 17, S. 244; SF 5 (1924) 6, S. 90; SF 5 (1924) 17, S. 267; SF 6 (1925) 2, S. 30 f.; SF 6 (1935) 16, S. 227 f. Der Tätigkeitsbericht des Stettiner Saarvereins ist die einzige überlieferte Quelle zur Finanzierung der Ortsgruppen: Im Jahr 1927 machten die Mitgliedsbeiträge etwa die Hälfte der Einnahmen aus, während die Verwaltung etwa 30% der Ausgaben verschlang. In aller Regel wurden die Ortsgruppen auch von den Kommunen unterstützt: Vgl. SF 9 (1928) 5, S. 78.

¹⁴⁵⁰ Demnach standen noch 1.780 Mark aus – ein Siebtel der zu erwartenden Summe. Die Städte und Landkreise zahlten zusammen 15.080 Mark (32%), die körperschaftlichen Mitglieder 16.250 Mark (34,4%) und die etwa 1.500 Einzelmitglieder 5.200 Mark (11%): Vgl. Auflistung (30.03.22), in: BA-R 8014/1. Hier wurden allerdings nicht die teilweise beträchtlichen einmaligen Zahlungen, sondern nur die regelmäßig entrichteten Jahresbeiträge berücksichtigt.

¹⁴⁵¹ Die Einzelmitglieder fielen mit 8.000 Mark (8,1%) ebenfalls kaum ins Gewicht: Vgl. undatierte Auflistung der Beiträge von Ortsgruppen, Einzelmitgliedern und Körperschaften (1922), in: BA-R 8014/21.

¹⁴⁵² Demnach erwartete Vogel bei Gesamtbeitragszahlungen von 8,81 Millionen Mark immerhin zwei Millionen Mark – also etwa ein Viertel – von den Ortsgruppen: Vgl. Haushaltsplan (19.07.23), in: BA-R 8014/22.

¹⁴⁵³ In absoluten Zahlen ausgedrückt waren es von den Ortsgruppen 1.219,95 RM, von den Einzelmitgliedern 791 RM sowie von den Kommunen und Körperschaften 21.549,10 RM: Vgl. undatierte Jahresbilanz 1924, in: BA-R 8014/28. Hiernach wurden in den Tätigkeitsberichten keine Angaben mehr über Einnahmen gemacht. Vgl. aber Äußerungen Vogels über den Kassenbericht 1924, in: SF 5 (1924) 20, S. 313.

¹⁴⁵⁴ Ohne dem späteren Kapitel vorgreifen zu wollen, hatte der Bund im Jahr 1925 Ausgaben in Höhe von 87.000 RM, denen ganze 650 RM Einnahmen durch die Ortsgruppen gegenüberstanden: Vgl. „Die Jahresarbeit des

so überraschen die zahlreichen Mahnungen, Bitten, Drohungen und Rügen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ kaum mehr. Dennoch zeitigten weder die ausdrückliche Aufforderung, „*der Geschäftsstelle des Bundes Saar-Verein möglichst viel Geldmittel [zu]zuführen*“¹⁴⁵⁵ noch das entsprechende Gebot im 1929 erlassenen „Katechismus des Bundes der Saarvereine“ die erhoffte Wirkung; im Großen und Ganzen blieben die Ortsgruppen ein finanzielles Zuschußgeschäft. Letzten Endes erwiesen sich die regelmäßigen Vorwürfe aus Berlin für die Motivation der Ortsgruppen als kontraproduktiv, vor allem, als die Geschäftsstelle dazu überging, bestimmte Finanzquellen für sich zu beanspruchen:

*„Ortsgruppen und Geschäftsstelle dürfen sich nicht gegenseitig finanziell das Wasser abgraben. Soweit die Geschäftsstelle von Personen oder Körperschaften Beiträge bezogen hat oder bezieht, ist diese Quelle für die Ortsgruppen verschlossen. Ebenso wird sich die Geschäftsstelle nicht an Stellen wenden, von denen sie weiß, daß die Ortsgruppen von ihnen Beiträge beziehen. Die Hilfe der Reichsregierung, der Landesregierungen, der Provinzen, Städte, Landkreise und Gemeinden, der staatlichen und gemeindlichen Behörden bleibt der Geschäftsstelle vorbehalten.“*¹⁴⁵⁶

Der Schriftwechsel mit der sehr aktiven und sonst keineswegs autonomistisch veranlagten Ortsgruppe in Halle gibt ein beredtes Zeugnis ab für die Spannungen zwischen Zentrale und untergeordneten Filialen¹⁴⁵⁷. Wenn auch die Überweisung von Geldbeträgen durch die Ortsgruppen eher zur Ausnahme zählte¹⁴⁵⁸, trugen die lokalen Vereine als kostenlose Verteiler von Propagandamaterial, Ansprechpartner vor Ort und Veranstalter von Kundgebungen erheblich zur finanziellen Entlastung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bei.

Drei Jahre nach den ersten richtungsgebenden Hinweisen für die Ortsgruppen erörterte die Geschäftsstelle erneut ihre Vorstellungen einer einheitlichen und erfolgreichen Vereinsarbeit. In der mit finanzieller Unterstützung der Reichsbehörden publizierten Broschüre „Die Aufgaben

Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2; Brief der GSV an Reichsgerichtsrat Linz (20.03.26), in: BA-R 8014/464. Diese Summe ist zu relativieren: Alleine Berlin und Köln zahlten zusammen schon 400 RM, der Rest verteilte sich auf etwa 90 Gruppen: Vgl. Brief der GSV an Knappschaftsingenieur Vogel (10.10.25), in: BA-R 8014/510. Daß sich dieses Bild erwartungsgemäß in der Weltwirtschaftskrise nicht änderte, zeigt eine interne Auflistung aus dem Jahr 1931 (in: BA-R 8014/82): Demnach hatte der Bund im Vorjahr insgesamt nur 633 RM von insgesamt 13 Ortsgruppen erhalten; die jeweiligen Beiträge lagen zwischen 13 und 300 RM. Siehe hierzu Anm. 2710.

¹⁴⁵⁵ Zitiert nach VOGEL: Die Aufgaben des Bundes, S. 5.

¹⁴⁵⁶ Punkt 18 der auf der Bundestagung in Hannover 1925 beschlossenen Leitsätze (Juli 1925), in: BA-R 8014/28. Die geringe Resonanz zeigen weitere Rundschreiben mit der gleichen Forderung: Vgl. SF 8 (1927) 12, S. 199 f.; Rundschreiben der GSV an Ortsgruppen (14.06.27), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2: „*Unter Mitarbeit ist in erster Linie die Aufbringung von Geldmitteln für die Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ zu verstehen.*“ Mit der bayerischen und württembergischen Landesgruppe gab es jeweils besondere Abkommen.

¹⁴⁵⁷ Vgl. BA-R 8014/383. Siehe auch den Brief der Ortsgruppe Hamburg an die GSV (November 1927, in: BA-R 8014/388): „*Bei der Gelegenheit möchten wir einmal ganz offen zum Ausdruck bringen, daß die Ortsgruppen nicht die melkende Kuh für alle möglichen Geldsammlungen sein können. Im allgemeinen sind wir froh, wenn wir unsere Beiträge einbekommen.*“

¹⁴⁵⁸ Anderenfalls wären eingegangene Zahlungen nicht so betont worden: Vgl. im Falle Kölns in: SF 12 (1931) 9, S. 163. Vgl. ebenso SF 13 (1932) 4, S. 64.

des Bundes ‚Saar-Verein‘ und seiner Ortsgruppen“ wurden in 20 Punkten nicht nur organisatorische Anregungen gegeben, sondern auch einzelne Aufgabenfelder skizziert, die bisher nur unzureichend wahrgenommen worden waren. Gleichgültig, ob es sich um den Redneraustausch zwischen einzelnen Vereinen, die Kooperation mit anderen Organisationen, Parteien und Verbänden vor Ort, die *„engste Zusammenarbeit mit der Bundesleitung“* oder Aspekte mit direkter propagandistischer Wirkung im Saargebiet handelte¹⁴⁵⁹ – oberster Grundsatz der Arbeit sollte sein:

*„Stärkung des Saar-Deutschtums, Förderung der kulturellen, politischen, wirtschaftlichen, nationalen und bevölkerungsmäßigen Zusammenhänge zwischen Saargebiet und dem übrigen Deutschland, Heranziehung des gesamten deutschen Volkes zu dieser Vaterlandsarbeit.“*¹⁴⁶⁰

Erstmals zog die Geschäftsstelle in dieser Broschüre die Konsequenz aus der Erfahrung, daß es eben nicht genügte, vom „grünen Tisch“ herab Richtlinien für die Ortsgruppen zu erlassen, ohne die lokalen Begebenheiten zu berücksichtigen und – was für die Ausgestaltung der Propaganda noch wichtiger war – die Fähigkeiten der Mitglieder und des Vorstandes der Saarländervereinigungen in Rechnung zu stellen. So folgten den Anregungen detaillierte Hinweise, worauf bei Vorträgen besonders zu achten war sowie – gewissermaßen als Vorlage für derartige Vorträge – eine Auflistung der wichtigsten Vorwürfe an die Adresse der Regierungskommission und in prägnanter Zusammenfassung die hauptsächlichen Forderungen des Bundes der Saarvereine¹⁴⁶¹. Keine zwei Jahre später ergingen erneute Leitsätze¹⁴⁶², bis schließlich Mitte 1929 ein „Katechismus des Bundes der Saarvereine“ erlassen wurde. Hohe pflichtethische Grundsätze, verbunden mit appellativen Forderungen sollten fortan die Propagandaarbeit der Ortsgruppen von der Belanglosigkeit des unspektakulären Vereinsalltags befreien und ihr quasi-religiösen und fast gottesdienstähnlichen Charakter verleihen. Der Katechismus begann mit dem Bekenntnis

- „1. Ich weiß, daß meine Brüder und Schwestern an der Saar gegen ihren Willen einer Fremdherrschaft unterworfen wurden und daß sie im schweren Kampf für ihre Befreiung stehen.*
- 2. Ich vertraue, daß ihre leuchtende Treue belohnt werden wird mit der endlichen Rückkehr ins Vaterhaus.*
- 3. Ich gelobe mit allen meinen Kräften ihnen zur Seite zu stehen im heiligen Befreiungskampf.“*

Es folgten 16 „Gebote“ mit eingehenden Erläuterungen, die im Grunde jedoch nur die bereits seit Jahren regelmäßig erhobenen Forderungen der Geschäftsstelle wiederholten¹⁴⁶³.

¹⁴⁵⁹ Hierunter verstand Vogel das Aufrechterhalten freundschaftlicher und geschäftlicher Beziehungen, den Bezug saarländischer Zeitungen, gelegentliche Heimatbesuche und Bücherschenkungen an saarländische Bibliotheken und Vereine.

¹⁴⁶⁰ VOGEL: Aufgaben des Bundes, S. 4 f. Zitate: S. 4.

¹⁴⁶¹ Vgl. ebd., S. 6–12.

¹⁴⁶² Vgl. Leitsätze für die Betätigung der Ortsgruppen (Juli 1925), in: BA-R 8014/28. Nach ihrer Verabschiedung auf der Bundestagung in Hannover warb Vogel bei zahlreichen Ortsgruppen für die neuen Richtlinien.

¹⁴⁶³ Vgl. „Der Katechismus des Bundes der Saarvereine“ (Juni 1929), in: BA-R 8014/125 sowie auszugsweise in Dok. 12 im Anhang. Es ist bezeichnend, daß es eine Meldung wert war, wenn Ortsgruppen wie Gladbeck und Dortmund den Katechismus einhielten: Vgl. SF 12 (1931) 21, S. 363 f.; SF 12 (1931) 10, S. 158.

Vor der Darstellung des Alltags in den Ortsgruppen stellt sich die Frage, was die „Saar-Freunde“ vereinte und verband. Was veranlaßte die Mitglieder, einem lokalen Saarverein beizutreten oder Einzelmitglied in der Bundesorganisation zu werden? Es dürften folgende Motive ausschlaggebend gewesen sein¹⁴⁶⁴:

1. Die Vereine dienten gerade in den Jahren 1919 und 1920 als erste Anlaufstation für die binnen kürzester Frist ausgewiesenen Saarländer, halfen diesen in ihrer neuen Umgebung Fuß zu fassen und erleichterten die Integration in der neuen Gemeinde.
2. Als Sammelbecken ausgewanderter und ausgewiesener Saarländer erfüllten sie das Bedürfnis nach heimatlicher Geborgenheit¹⁴⁶⁵. Das Festhalten an lieb gewonnenen Traditionen und das gemeinsame Zelebrieren alter Erinnerungen vermittelte auch in der Fremde das Gefühl von Vertrautheit und Sicherheit. Innerhalb der Vereine integrierten die Saarländer Elemente der alten Heimat in das neue Zuhause. Bereits an der Saar hatten sie die angesichts aufgeweichter traditioneller Gemeinschaftsformen stabilisierende Funktion von Vereinen zur Genüge erfahren können. Um die Tausenden ausgewanderter und geflüchteter Saarländer über eine so lange Zeit bei der Stange halten und somit ihre Mitgliedschaft im Bund instrumentalisieren zu können, war es unerläßlich, deren Verbundenheit mit der alten Heimat immer wieder aufs neue zu bekräftigen¹⁴⁶⁶. Die Vereine boten den „Exilsaarländern“ der Zwischenkriegszeit die Möglichkeit, ein Stück Heimat¹⁴⁶⁷ in die „Diaspora“ zu projizieren; Gefühle der Trennung

¹⁴⁶⁴ Über die einleitenden Ausführungen hinaus vgl. Max WEBER: Geschäftsbericht, S. 53–56. Zu den vier sozialen Wünschen der Mitglieder von Vereinen (Sicherheit, Erwidern, Anerkennung, Erfahrungen) vgl. VON WIESE, S. 493–496. Zu den möglichen gesellschaftlichen Funktionen von Vereinen wie Vermittlung, Aggregation, Selektion, Artikulation und Indikation, Partizipation, Kommunikation, Integration oder Kompensation vgl. SAHNER, S. 49–54; SIEWERT, S. 171–174; WEHLING: Heimat Verein, S. 91 ff.

¹⁴⁶⁵ Damit ist die Funktion der lokalen Saarvereine bis zu einem gewissen Grad mit der Aufgabe der Vereine im Saargebiet im 19. Jahrhundert vergleichbar: Diese fungierten *„als identitäts- und geborgenheitsstiftende Zentren, die eine Art Ersatz für die verlassene Heimat oder den verlorenen nachbarschaftlichen und korporativen Zusammenhalt schufen. Sowohl die soziale Integration und Akkulturation der Zuwanderer als auch die Entwicklung neoständischer Gruppenbildungen entlang der Klassengrenzen (Bergmanns-, Eisenbahner-, Handwerker-, Lehrervereine) vollzogen sich überwiegend auf vereinsmäßiger Grundlage.“*: LINSMAYER: Geselligkeit und Selbstbestimmung, S. 235. Zum mystifizierten Heimatbegriff in der Zwischenkriegszeit vgl. Michael NEUMEYER: Heimat. Zu Geschichte und Begriff eines Phänomens, Kiel 1992, S. 32–39.

¹⁴⁶⁶ Der Vorsitzende der Bochumer Ortsgruppe bezeichnete die Traditionspflege als eine Notwendigkeit, *„weil so mancher von der französischen Willkür aus seiner Heimat vertrieben wurde, aber trotzdem auch in der Ferne der vertrauten Erde treu bleiben wollte.“*: SF 13 (1932) 23, S. 386.

¹⁴⁶⁷ „Heimat“ muß nicht ausschließlich räumlich begrenzt sein: *„Die vertrauten menschlichen Beziehungen gehören ebenso dazu, die Familie und die Verwandten und die alten Freunde, die vertrauten Gewohnheiten, Gebräuche und Sitten, die Art, Feste zu feiern, und allgemein die festen Ordnungen, in denen das Leben abläuft.“*: Otto Friedrich BOLLNOW: Der Mensch braucht heimatliche Geborgenheit. Philosophische Betrachtungen, in: WEHLING: (Red.): Heimat heute, S. 28–33, hier: S. 29; Paul-Ludwig WEINACHT: Alte und neue Bodenständigkeit. Eine typologische Studie zur Politischen Kultur in Deutschland, in: Wolfgang LIPP (Hrsg.): Industriegesellschaft und Regionalkultur. Untersuchungen für Europa, Köln [u.a.] 1984, S. 105–122, hier: S. 108 f. Die Bedeutung der Heimat als *„Satisfaktionsraum“* (vgl. NEUMEYER, S. 96–121) bzw. *„Kompensationsraum, in dem die Versagungen und Unsicherheiten des eigenen Lebens ausgeglichen werden, in dem aber auch Annehmlichkeiten des eigenen Lebens überhöht erscheinen“* (Hermann BAUSINGER: Heimat und Identität, in: Konrad KÖSTLIN/ DERS. (Hrsg.): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur, Neumünster

und des Heimwehs ließen sich so leichter ertragen und wurden innerhalb der Gemeinschaft gleichgesinnter Schicksalsgenossen kompensiert¹⁴⁶⁸.

3. Die gemeinsame Erfahrung durchlittenen Unrechts infolge der Ausweisung förderte das Heranwachsen einer kollektiven Identität innerhalb der Gruppen¹⁴⁶⁹, die durch wechselseitige Besuche bei benachbarten Vereinen gleicher Ausrichtung weiter gefestigt wurde. In den rheinisch-westfälischen Ortsverbänden wurde diese Gruppensolidarität zusätzlich durch die Erfahrungen eines gefährlichen Arbeitsalltags verstärkt.
4. Die Ortsgruppen kanalisiert das Bedürfnis der Saarländer, weder ihr eigenes Schicksal noch das ihrer einstigen Heimat stillschweigend zu akzeptieren. Innerhalb einer größeren Gemeinschaft konnten sie sich zugunsten der Herstellung der alten Verhältnisse aktiv engagieren. Ähnliche Motive mögen auch die nichtsaarländischen Mitglieder zum Beitritt bewegt haben.
5. Wie im folgenden zu zeigen sein wird, kollidierten die hohen Ansprüche der Berliner Geschäftsstelle an die Ortsgruppen mit den Wünschen der „Saar-Freunde“ nach unpolitischem, geselligen Beisammensein. Die Abwechslung vom Arbeitsalltag und körperliche Regeneration besaß für viele Mitglieder eine höhere Priorität als die Vorbereitung und Durchführung aufwendiger Saarpropaganda.

Phasen der freiwilligen oder erzwungenen Trennung vertiefen naturgemäß die emotionalen Bindungen an die ursprüngliche Heimat¹⁴⁷⁰. Diesen Effekt konnte sich der Bund der Saarvereine bei der Rekrutierung neuer Mitglieder zunutze machen, indem er innerhalb der Ortsgruppen die zwar individuellen, aber bei der Mehrzahl der im Reich lebenden Saarländer in ähnlicher Weise vorhandenen Erinnerungen und Erfahrungen aufzufrischen versuchte. Zugleich propagierte er die gemeinsame Pflege des Heimatgedankens als Dienst am Vaterland¹⁴⁷¹. Im gleichen Maße wie die Vorträge und Ansprachen auf den monatlichen Versammlungen auch weiterhin Salz in die

1980, S. 9–24, hier: S. 13), hat in den vergangenen Jahren als Gegenbewegung zur Globalisierung eher zugenommen. Im Herbst 2002 fanden beispielsweise in Illingen die ersten saarländischen Heimattage statt: Vgl. S.Z. Nr. 227 (30.09.2002).

¹⁴⁶⁸ Vgl. die zahlreichen Parallelen zu den vertriebenen Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Eva HAHN: Die Sudetendeutschen in der deutschen Gesellschaft: ein halbes Jahrhundert politischer Geschichte zwischen „Heimat“ und „Zuhause“, in: Jörg K. HOENSCH/ Hans LEMBERG (Hrsg.): Begegnung und Konflikt. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815–1989, Essen 2001, S. 249–270. Nichtsdestotrotz hinkt der Vergleich mit den Vertriebenenverbänden nach dem Zweiten Weltkrieg, da es nach 1918 keine systematische Vertreibung von Deutschen aus dem Saargebiet gegeben hat. Außerdem hatten zahlreiche Saarländer schon lange vor Kriegsende der Saarregion den Rücken gekehrt.

¹⁴⁶⁹ Vgl. das Statement Andres' in Sondernummer 2 (1934/35), S. 18: „*Wir kommen nicht als Hergeloffene: wir fühlen uns der Heimat verbunden, wo immer wir auch sitzen.*“ Vgl. hierzu: Werner RAMMERT: Kollektive Identitäten und kulturelle Innovationen: Thema und Beiträge, in: DERS./ Gunther KNAUTHE/ Klaus BUCHNER/ Florian ALTENHÖNER (Hrsg.): Kollektive Identitäten und kulturelle Innovationen. Ethnologische, soziologische und historische Studien, Leipzig 2001, S. 9–20, hier: S. 11 f.

¹⁴⁷⁰ Vgl. Aloys FISCHER: Einführung in den Heimatgedanken, München 1930, S. 15.

¹⁴⁷¹ Vgl. Vortrag Kellners von der Ortsgruppe Koblenz am 10.08.32, in: SF 13 (1932) 16, S. 256.

Wunde der Trennung streuten, indem sie das Unrechtregime an der Saar gebetsmühlenartig anprangerten, fingen sie die Zuhörerschaft durch die (stetig zunehmenden) unterhaltenden Beiträge über Landschaft¹⁴⁷², Natur, Geschichte und Kultur der Saarheimat wieder auf. Ebenso stärkten die ersten Lichtbildervorträge der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, die an die Ortsgruppen ausgeliehen wurden und in naiver Weise „*besonders die Erinnerungen an die Jahre 1870/71*“ pflegten das Heimatgefühl¹⁴⁷³. Gerade in den frühen Jahren machte der „Saar-Freund“ den Trennungsschmerz der Saarländer im Reich zum Thema¹⁴⁷⁴. Rückblickend schrieb er sich das Verdienst zu, „*die deutsche Heimatliebe in ein gewaltiges Flußbett geleitet und richtungsgebend für den Heimatdienst zu machtvollen Kundgebungen geleitet*“ zu haben¹⁴⁷⁵.

Damit trug der Bund der Saarvereine – freilich ohne es zu wollen¹⁴⁷⁶ – zur Herausbildung eines saarländischen Eigenbewußtseins bei¹⁴⁷⁷. Einerseits versuchte er stets, die 15jährige Selbständigkeit der Saar als Fehlgriff der Versailler Friedensordnung zu brandmarken und den konstruierten, widernatürlichen Charakter des Saargebiets hervorzuheben, um der Autonomiebewegung keine Schützenhilfe zu leisten oder den Separatismusgedanken zu stärken¹⁴⁷⁸. Andererseits förderte

¹⁴⁷² In dieser Zeit entwickelte sich die durch menschliche Attribute glorifizierte „Saar“ zusehends zum Synonym für die einstige Heimat, wie es auch im Slogan „Deutsch ist die Saar“ zum Ausdruck gebracht wurde. Die regelmäßig bekundete Wiedersehensfreude vertrug sich daher nicht mit Verunglimpfungen ihrer landschaftlichen Reize: Vgl. SF 10 (1929) 22, S. 480. Vgl. hierzu allgemein Eva LABOUVIE: Flußbeschreibungen. Geschichte einer Wahrnehmung, in: Richard VAN DÜLMEN/ DIES. (Hrsg.): Die Saar. Geschichte eines Flusses, St. Ingbert 1992, S. 203–237 und S. 377–381, hier: S. 217.

¹⁴⁷³ Vgl. undatiertes Gutachten des Studienrats Hengstenberg für die RVP, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090.

¹⁴⁷⁴ Vgl. hierzu: „Hemmweh no Saarbricke“ (Friedrich Schön), in: SF 1 (1920) 4, S. 22; „Heimat“ (Lisbeth Dill), in: SF 1 (1920) 11, S. 90 ff.

¹⁴⁷⁵ SF 10 (1929) 11, S. 236. Einer der ambitioniertesten Förderer der neu kreierten Heimatkunde in der Zwischenkriegszeit erkannte allerdings auch ihre Gefahr: Das permanente Berufen auf saarländische Heimatverbundenheit hätte sich dann als kontraproduktiv erweisen können, wenn die Franzosen auf die Idee gekommen wären, eine selbständige Saar-Heimat zu proklamieren: Vgl. Brief Santes an Busley (16.01.33), in: Archiv des LVR, 3794. Im Grunde genommen lief die Forderung „Das Saarland den Saarländern!“ genau darauf hinaus: Vgl. LEMPERT.

¹⁴⁷⁶ Wie Andres auf der Bundestagung in Würzburg ausführte, habe die Erfahrung, zeitweise von Preußen und Bayern getrennt worden zu sein, nicht zur Herausbildung einer spezifisch saarländischen Identität geführt. Die Völkerbundsverwaltung werde, so der Bundesvorsitzende, als eine vorübergehende Erscheinung begriffen; an der Anhänglichkeit zu den ehemaligen Ländern habe sich nichts geändert: Vgl. SF 8 (1927) 17, S. 324. Ähnlich äußerte sich auch der Präsident des saarländischen Landesrates, Peter Scheuer: Vgl. SF 8 (1927) 17, S. 328.

¹⁴⁷⁷ Vgl. hierzu die Ausführungen über die Herausbildung einer saarländischen regionalen Identität durch verschiedene „Identitätsschübe“ bei: Edwin DILLMANN: „Land und Leute“. Regionalbewußtsein und Sozialkultur an der Saar, in: Lebenserfahrungen an der Saar. Studien zur Alltagskultur 1945–1995, hrsg. von DERS./ Richard VAN DÜLMEN, St. Ingbert 1996, S. 362–407 und S. 472–483; Jürgen HANNIG: Der gelenkte Blick. Ikonographie einer Flußlandschaft, in: VAN DÜLMEN/ LABOUVIE (Hrsg.): Die Saar, S. 238–262 und S. 381 f., hier: S. 253–256; PAUL: Bastion; Rolf WITTENBROCK: Identitätsbildung in einer Grenzregion: Das Saarland bis 1935, in: ZG Saarg 41 (1993), S. 219–227. Kritik an dieser Identitätskonstruktion äußert Hans HORCH: Saarländische Legenden. Anmerkungen zur regionalistischen Geschichtsschreibung, in: Saarbrücker Hefte 63 (1990), S. 33–38, hier: S. 35 f.

¹⁴⁷⁸ ANDRES (Grundlagen des Rechtes, S. 40) stützte dies wissenschaftlich ab. Das Leugnen der Staatlichkeit zieht sich wie ein roter Faden durch die Publikationen des Verein. Vgl. exemplarisch: SF 1 (1920) 5/6, S. 35: Die Bezeichnung „Saarstaat“ sei unangemessen, da es sich um kein eigenständiges Territorium handle. Es

gerade er unter den Saarländern im Reich deren Bindungen an das bis dato nur als wirtschaftliche Einheit verstandene Revier¹⁴⁷⁹: Die saarländischen Arbeiter, welche infolge der „Herr-im-Haus-Politik“ der saarländischen Industriellen während des Kaiserreiches aus dem Industriegebiet vertrieben worden waren, hatten anderenorts Aufnahme in den dort bestehenden Vereinen gefunden, ohne der Idee zu verfallen, Vereinigungen mit originär saarländischer Ausrichtung zu initiieren¹⁴⁸⁰. Das Beschwören „saarländischer“ Heimatgefühle war ein Spezifikum, das jenseits der neu gezogenen Grenzen erstmals vom Saargebietsschutz und als dessen Nachfolgerin der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ betrieben wurde. Versuche, sich von den traditionellen Landsmannschaften des Westens zu distanzieren, entsprangen der Überlegung, daß der „*ganze Volkscharakter des Saarländers von dem des eigentlichen Rheinländers doch verschieden sei*“ und den Saarvereinen aufgrund der Abstimmung andere, wichtigere Aufgaben zufielen¹⁴⁸¹. Als „*Pflegstätte[n] alter Heimatgefühle*“¹⁴⁸² trugen die expandierenden Ortsgruppen entscheidend zur Herausbildung eines landsmannschaftlichen Eigenbewußtseins oder – um den moderneren Terminus zu verwenden – einer kollektiven (regionalen) Identität bei, die auf den Erinnerungen an die alte Heimat und den Erfahrungen der nicht immer freiwilligen Trennung basierte¹⁴⁸³.

Die Bindungen an die Saar sollten durch praktische Erfahrungen gestärkt werden und sich nicht allein auf gebürtige Saarländer beschränken: Im Frühjahr 1928 rief die Geschäftsstelle die reichsdeutsche Bevölkerung auf, das „*landschaftlich so reizvolle Saargebiet*“ zu bereisen¹⁴⁸⁴.

dauerte allerdings, bis selbst der SF dieser Forderung Rechnung trug: Die Rubrik „Der Saarlande Not unter der Fremdherrschaft“ wurde erst ab SF 2 (1921) 6 in „Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft“ umbenannt.

¹⁴⁷⁹ Daß Identitäten ebenfalls nicht zwangsweise an geographische Räume gebunden sind, hat Rudolf VON THADDEN am Beispiel der Rußlanddeutschen ausgeführt, in: Aufbau nationaler Identität. Deutschland und Frankreich im Vergleich, in: Bernhard GIESEN (Hrsg.): Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit, Frankfurt ³1996, S. 493–510, hier: S. 496. Die Raumbezogenheit von Identität betont hingegen NEYMEYER, S. 112–121.

¹⁴⁸⁰ Die einzige Ausnahme dürfte die studentische Verbindung „Saravia“ in Berlin dargestellt haben. Außerhalb des akademischen Umfeldes schlossen sich die Berliner Saarländer dem 1894 gegründeten „Verein der Rheinländer zu Berlin“ an.

¹⁴⁸¹ Vgl. SF 6 (1925) 6, S. 98; SF 6 (1925) 8, S. 129.

¹⁴⁸² VOGEL: Deutsch die Saar immerdar!, Berlin 1929, S. 89.

¹⁴⁸³ Vgl. zur kollektiven Identität der Saarländer außer der bereits zitierten Literatur die Beiträge von Detlef BRIESEN („Historische Ausprägung und historischer Wandel von regionaler Identität in ausgewählten Montanregionen“. Einleitung zu einem Abschlußbericht, S. 7–47) und Armin FLENDER (Vom Saargebiet zum Saarland. Zum Gebrauch kollektiver Erinnerungen in einer Grenzregion nach dem Ersten Weltkrieg, S. 107–143, insbesondere S. 125–143) im Sammelband Regionalbewußtsein in Montanregionen im 19. und 20. Jahrhundert. Saarland - Siegerland - Ruhrgebiet, Bochum 1994; Jan ASSMANN: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München ⁴2002, S. 132: „*Unter einer kollektiven oder Wir-Identität verstehen wir das Bild, das eine Gruppe von sich aufbaut und mit dem sich deren Mitglieder identifizieren.*“

¹⁴⁸⁴ Vgl. Rundschreiben der GSV „Besucht das deutsche Saargebiet!“ (Mai 1928), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19 sowie in: Vogel: Deutsch die Saar immerdar!, Berlin 1929, S. 111 f.

Daß dieser Initiative zur Förderung des saarländischen Fremdenverkehrs insgesamt nur wenig Erfolg beschieden war, lag zu einem großen Teil an den hohen Kosten. Während Auslandsdeutschen auf Vermittlung des DAI Fahrpreismäßigungen bei Bahnfahrten ins Reich gewährt wurden¹⁴⁸⁵, konnten die Saarländer diese Vergünstigungen nicht von vornherein in Anspruch nehmen. Schon auf der Dortmunder Bundestagung 1922 wurde daher der Gedanke aufgeworfen, in der Ferienzeit Sonderzüge in das Saargebiet einzusetzen¹⁴⁸⁶, doch ließ sich die Idee erst vier Jahre später realisieren: Ab 1926 fuhr jeden Sommer ein derartiger Zug von Dortmund über Köln, Koblenz und Trier nach Saarbrücken, der vermutlich Vereinsmitgliedern reserviert war. Jeweils etwa 1.000 Personen nahmen das Angebot wahr, für die Hälfte des regulären Fahrpreises in die alte Heimat zu reisen¹⁴⁸⁷. Im letzten Jahr vor der Abstimmung wurden sogar vier Züge mit ähnlicher Belegung eingesetzt¹⁴⁸⁸.

Im Dezember 1931 beschloß eine Vertreterversammlung der rheinisch-westfälischen Ortsgruppen in Gelsenkirchen, hierzu ergänzend regelmäßige Autobusfahrten ins Saargebiet anzuregen. Die Resonanz auf dieses Angebot war so stark, daß neben den ursprünglichen Wochenendfahrten von Samstag bis Montag ein zweiter Bus zur Wochenmitte eingerichtet werden mußte. Spezielle Vergünstigungen konnten den Saarvereinsmitgliedern zwar nicht gewährt werden, doch lag der reguläre Fahrpreis ohnehin nur wenig über den Sondertarifen der Bahn¹⁴⁸⁹. Wegen seines großen Erfolges – schon im ersten Jahr fanden 35 Fahrten mit über 2.500 Reisenden statt – wurde der Service auch 1933 erneut angeboten¹⁴⁹⁰, sah sich aber von zwei Seiten bedrängt: Sowohl die Reichsbahndirektion Essen als auch die Regierungskommission des Saargebiets versuchten aus unterschiedlichen Motiven, die Busreisen zu unterbinden. Da die Ortsgruppe Herne den Reichsbehörden jedoch plausibel darlegte, welchen Beitrag die Fahrten zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls zwischen der reichsdeutschen und saarländischen Bevölkerung leisteten¹⁴⁹¹, konnten zumindest die Hindernisse der konkurrierenden Reichsbahn aus dem Weg geräumt werden. Die Regierungskommission hingegen ließ sich nicht beirren: Die Busse, die auch im letzten Jahr vor der Abstimmung eingesetzt wurden, durften nur

¹⁴⁸⁵ Vgl. RITTER, S. 50; Karl-Heinz GRUNDMANN: *Deutschumpolitik zur Zeit der Weimarer Republik. Eine Studie der deutsch-baltischen Minderheit in Estland und in Lettland*, Hannover-Döhren 1977, S. 179.

¹⁴⁸⁶ Vgl. den Antrag der Ortsgruppe Buer im Protokoll der Mitgliederversammlung vom 07.05.22 (18.05.22), in: BA-R 8014/21.

¹⁴⁸⁷ Vgl. SF 7 (1926) 17, S. 331; SF 8 (1927) 19, S. 372; SF 12 (1931) 13/14, S. 233; SF 12 (1931) 15/16, S. 281 f.; SF 12 (1931) 17, S. 300; SF 14 (1933) 15, S. 250.

¹⁴⁸⁸ Vgl. SF 15 (1934) 15, S. 294; VOGEL: *Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“*. Bund der Saarvereine, S. 241. Die Reichsbahn gewährte zu dieser Zeit ohnehin schon für Kleingruppenreisen, die als Propagandafahrt ins Saargebiet deklariert wurden, eine 75%ige Fahrpreismäßigung: Vgl. Rundschreiben Kellners an die Ortsgruppen (19.07.34), in: LHA Koblenz, 661,11/7.

¹⁴⁸⁹ Die erste Fahrt fand vom 12.–14.03.32 statt: Vgl. SF 12 (1931) 23, S. 396; SF 13 (1932) 5, S. 75.

¹⁴⁹⁰ Vgl. SF 14 (1933) 4, S. 58; SF 14 (1933) 6, S. 99.

¹⁴⁹¹ Vgl. Brief der Ortsgruppe Herne u.a. an das AA, von Papen und das RMVerkehr (30.06.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

bis zur deutsch-saarländischen Grenze fahren. Reisende mußten die Grenze zu Fuß überqueren und konnten erst ab Mettlach die Fahrt auf den saarländischen Bahnen fortsetzen¹⁴⁹².

Wie gestaltete sich nun die Propagandaarbeit in den Ortsgruppen? Als leuchtendes Beispiel galt stets die im Februar 1925 gegründete Stettiner Saarvereinigung¹⁴⁹³. Ihr gelang es, regelmäßig neue Mitglieder zu gewinnen, die nicht nur mehrheitlich den „Saar-Freund“ bezogen, sondern auch dafür sorgten, daß er in den städtischen Leseräumen auslag. Der Vorsitzende, Oberregierungsrat Dr. Max Stegner¹⁴⁹⁴, publizierte regelmäßig in der einheimischen Presse und in Zeitschriften der Eisenbahnvereine Artikel über die Saarfrage und transportierte damit die Thematik vor ein breites Publikum¹⁴⁹⁵. Das gesellige Beisammensein lief in harmonischer Weise ab, der jährliche Beitrag an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ wurde ordnungsgemäß abgeführt und keine andere Ortsgruppe entfaltete eine so große Aktivität bei der Benennung von Straßen wie Stettin. 1928 regte der Stettiner Saarverein sogar eine Eingabe beim preußischen Kultusministerium an, der Saar in den Unterrichtsplänen die ihr gebührende Beachtung zu schenken¹⁴⁹⁶.

Vieles spricht dafür, daß die Stettiner Gruppe eher als Ausnahme denn als Regel betrachtet werden muß. Auch wenn derartige Äußerungen mehr vom überzogenen Erwartungshorizont der Zentrale als von den tatsächlichen Leistungen der lokalen Vereinigungen offenbaren, stellte die regelmäßige und über die ausgebliebenen finanziellen Subsidienzahlungen hinausgehende Kritik Vogels den Ablegern kein gutes Zeugnis aus¹⁴⁹⁷. Ursprünglich war vorgesehen, die Ortsgruppen zu Speerspitzen der Saar-Aufklärung zu machen. Doch die propagandistische Praxis sah vielfach anders aus: In Versammlungen der lokalen Vereine standen meist Banalitäten und unpolitische Unterhaltungselemente anstelle der ernststen Auseinandersetzung mit der Saarfrage auf der

¹⁴⁹² Vgl. SF 14 (1933) 16/17, S. 288 f.; SF 15 (1934) 5, S. 87.

¹⁴⁹³ Vgl. BA-R 8014/608–612. Die Gruppe ging aus dem „Verein der Rheinländer Stettin“ hervor, der sowohl Mitglied im BdS als auch im „Reichsverband der Rheinländer“ war.

¹⁴⁹⁴ Nachdem der gebürtige Ostpreuße Stegner erst im Frühjahr 1922 von der Eisenbahndirektion des Saargebietes zur Reichsbahndirektion Trier gewechselt war, wurde er am 13.01.23 wegen Aufhetzung deutscher Eisenbahner gegen die französische Besetzung des Rheinlandes verwiesen: Vgl. SF 4 (1923) 8, S. 97; SF 5 (1924) 11, S. 158. Stegner, der 1925 in Hannover in den Bundesvorstand gewählt wurde, übernahm nach seinem Umzug nach Erfurt die Leitung der dortigen Ortsgruppe und fungierte zugleich als Vorsitzender einer Arbeitsgemeinschaft von grenz-, kolonial- und auslandsdeutschen Vereinigungen: Vgl. SF 13 (1932) 20, S. 339 f.; SF 13 (1932) 21, S. 355. Im Oktober 1934 wurde er in den Führerrat des Bundes berufen.

¹⁴⁹⁵ Vgl. „Die Fürsorge“ vom 05.11.25 mit einer Auflage von 30.000 Exemplaren oder in der Monatsschrift der Eisenbahnvereine des Bezirks Hannover 16 (1925) 10 mit immerhin 26.000 Exemplaren: Vgl. BA-R 8014/608.

¹⁴⁹⁶ Vgl. SF 9 (1928) 5, S. 77 f.

¹⁴⁹⁷ So beispielsweise Vogel auf der Bundestagung 1924 (Die Ortsgruppen ließen es bisweilen „an der nötigen Arbeitsfreude fehlen“: SF 5 (1924) 9, S. 127) oder im Aufruf zur Bundestagung 1925: Innerhalb der Ortsgruppen sei die Auffassung weit verbreitet, daß lediglich die Berliner GSV für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes zuständig sei und daher gelegentliche Veranstaltungen vor Ort genügten. Die Ortsgruppen, die nach dieser Devise handelten, hätten ihre Pflicht verletzt, da der Bund „große nationalpolitische Aufgaben zu erfüllen“ habe. Jedes Mitglieder einer gut geführten Ortsgruppe müsse jederzeit über die Verhältnisse an der Saar Bescheid wissen und darüber aufklären können: Vgl. SF 6 (1925) 9, S. 133.

Tagesordnung. Gerade in den rheinisch-westfälischen Vereinigungen war einem großen Teil der Mitglieder höhere Bildung versagt geblieben, so daß diese mit den organisatorischen Anforderungen an die literarische und rednerische Propaganda schlichtweg überfordert gewesen sein dürften¹⁴⁹⁸. Außerdem fehlte diesen Arbeiterortsgruppen vielfach die Zeit, sich derartigen Aufgaben zu widmen, weswegen sie bei öffentlichen Veranstaltungen in aller Regel auf die Aufsätze im „Saar-Freund“, vorgefertigte Lichtbildervorträge der Geschäftsstelle oder der Einfachheit wegen auf einen auswärtigen Redner zurückgriffen. Neben der oftmals mangelnden Befähigung der Redner erwiesen sich die allgemeine Saalnot und Versammlungskosten als nicht abzuschätzende Schwierigkeiten¹⁴⁹⁹. Die anfängliche Euphorie nach einer Gründung, die sich in den regelmäßigen und ausführlichen Berichten über Versammlungen und Veranstaltungen im „Saar-Freund“ widerspiegelte, ebte in den meisten Fällen wieder recht bald ab¹⁵⁰⁰.

Gewöhnlich wiesen Monatsversammlungen eine Dreiteilung auf: Nach der Klärung organisatorischer und vereinsinterner Angelegenheiten folgten vor dem unterhaltenden Ausklang meist Vorträge. Wie ermüdend die permanente Erörterung der Saarfrage für viele Ortsgruppen war, belegt das Repertoire der dargebotenen Themen: Sieht man von den saarspezifischen Vorträgen ab, wurden die Mitglieder unter anderem in Knappschaftsangelegenheiten aufgeklärt, hörten sie Erzählungen in saarländischer Mundart und ließen sich von Reiseberichten ebenso in den Bann ziehen wie sie wissenschaftlichen und medizinischen Vorträgen folgten¹⁵⁰¹.

Expandieren und die Saarfrage vor ein breiteres Publikum tragen konnten die Ortsgruppen jedoch nur, wenn sie den Schritt in die Öffentlichkeit wagten. Doch dürfte auch hier der Idealfall, in Zusammenarbeit mit anderen vaterländischen Verbänden und politischen Parteien mindestens einen öffentlichen Vortrag pro Jahr zu organisieren, der publizistisch aufbereitet anschließend der Lokalpresse zur Veröffentlichung zugeing¹⁵⁰², die Ausnahme dargestellt haben. Daß die Ortsgruppen weder inhaltlich noch quantitativ die in sie gesteckten Erwartungen

¹⁴⁹⁸ Vgl. hierzu nur die zahlreichen Rechtschreibfehler und den Stil im Schreiben des Vorsitzenden der Ortsgruppe Scherlebeck, in welchem dieser der GSV die Auflösung des Vereins mitteilte (23.07.28), in: BA-R 8014/587.

¹⁴⁹⁹ Vgl. SF 2 (1921) 24, S. 360.

¹⁵⁰⁰ Als Beispiel für derartigen Aktionismus wäre die studentisch geprägte Gruppe in Cöthen anzuführen, die nach ihrer Konstituierung im Juli 1925 zunächst wöchentliche Vereinsabende abhielt, sich jedoch im darauffolgenden Sommer schon wieder auflöste: Vgl. SF 6 (1925) 15, S. 260; BA-R 8014/450. Auch Gladbeck konnte zwar binnen eines Jahres seine Mitgliederzahl auf 237 „Saarfreunde“ verdreifachen, doch geriet das Vereinsleben schon bald ins Stocken: Vgl. SF 3 (1922) 4, S. 64; SF 3 (1922) 19, S. 291.

¹⁵⁰¹ Vgl. beispielsweise den Vortrag vor der Dortmunder Ortsgruppe am 14.03.26 über „Ernährung und Verdauung“, in: SF 7 (1926) 7, S. 115. Die Ortsgruppe Hamborn vertrat den Standpunkt, Sinn und Zweck der lokalen Vereine sei es, die geistige Bildung der Landsleute zu heben: Vgl. SF 7 (1926) 18, S. 348. Ebenso boten die Monatsversammlungen aber auch Foren für großdeutsche Ambitionen: Vgl. die Vorträge des deutschnationalen Landtagsabgeordneten Bachem vor der Berliner Ortsgruppe am 21.03.24 (SF 5 (1924) 6, S. 91) und Kills in Düsseldorf (SF 13 (1932) 10, S. 159).

¹⁵⁰² Vgl. Rundbriefe der GSV an die Ortsgruppen (12.06.22 und 26.06.25), in: BA-R 8014/121; Punkt 8 der auf der Bundestagung in Hannover 1925 beschlossenen Leitsätze (Juli 1925), in: BA-R 8014/28; SF 11 (1930) 21, S. 396.

erfüllten, belegen die häufigen Klagen der Geschäftsstelle, daß die propagandistische Wirkung der Vorträge wegen unzureichender Vorbereitung verpufft sei¹⁵⁰³.

Mehr Erfolg war den mit teilweise großem Aufwand organisierten Saarkundgebungen beschieden, die meist nach einem ähnlichen Muster abliefen, da sie sich am Vorbild der alljährlichen Bundestagungen orientierten und die dort bewährten Inszenierungselemente kopierten¹⁵⁰⁴. Dabei war die Außendarstellung der Ortsgruppen mindestens ebenso wichtig wie die Vorträge und Reden über aktuelle Saarbetreffe. Betrachtet man die Kundgebungen rheinisch-westfälischer Ortsgruppen näher, so wird deutlich, daß dort bekannte Elemente der traditionellen saarländischen Festkultur aufgegriffen und in modifizierter Form wiederholt wurden. Sie erfüllten eine wichtige binnenpropagandistische Funktion, indem sie den Mitgliedern das Gefühl vermittelten, Teil einer großen und bedeutenden Gemeinschaft zu sein, die sich einem hohen Ziel verschrieben hatte. Obligatorische Umzüge durch die Stadt boten gerade dem einfachen Vereinsmitglied die Gelegenheit, in die Rolle der höheren Beamtschaft der preußischen Bergwerksverwaltung zu schlüpfen, der er in früheren Jahren als Zuschauer selbst akklamiert hatte¹⁵⁰⁵. Die präsentierten saarländischen Bergmannsuniformen verlieh diesen Umzügen nicht nur eine folkloristische Note, sondern waren Ausdruck eines eigenen Standesbewußtseins. Die in aller Regel am Wochenende stattfindenden Kundgebungen besaßen zugleich festlichen wie auch feierlichen Charakter. Da den Bundestagungen ein eigenes Kapitel gewidmet ist, sei an dieser Stelle nur die Feststellung angebracht, daß allein im Jahr 1923 in insgesamt 28 Städten Saarkundgebungen stattfanden¹⁵⁰⁶.

Mit dem verstärkten Aufkommen der Freizeitkultur und den daraus resultierenden immer vielfältigeren Alternativangeboten¹⁵⁰⁷ geriet die Ortsgruppenarbeit im Laufe der Jahre ins Stocken. Die Mitglieder verhielten sich zunehmend passiv und das schwindende Interesse an trockenen und ausschließlich belehrenden Veranstaltungen ließ die Aktivitäten auf unterer Ebene erlahmen¹⁵⁰⁸. Um diesem Trend entgegenzusteuern, mußten von der Geschäftsstelle „Saar-

¹⁵⁰³ Vgl. sechstes Gebot des „Katechismus des Bundes der Saarvereine“ (Juni 1929), in: BA-R 8014/125; SF 11 (1930) 19, S. 362; SF 11 (1930) 21, S. 396. Vgl. im Gegensatz hierzu die „Festschrift zur Deutschen Saarkundgebung“ der Ortsgruppe Herne anlässlich ihres zwölfjährigen Vereinsjubiläums (12./13.09.31), in: StA Herne, Bund der Saarvereine.

¹⁵⁰⁴ Beispielsweise bildeten sich vielerorts Ehrenausschüsse aus den lokalen Honoratioren und wurden Begrüßungstelegramme anderer Verbände und Behörden erbeten.

¹⁵⁰⁵ Vgl. Stefan LEINER: Die Inszenierung des Feierns. Die Festkultur, in: VAN DÜLMEN (Hrsg.): Industriekultur an der Saar, S. 236–247 und S. 277.

¹⁵⁰⁶ Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 24.05.24 (10.06.24), in: BA-R 8014/24.

¹⁵⁰⁷ Vgl. hierzu die verschiedenen Aufsätze in AfS 33 (1993) zum Thema „Freizeit in der modernen Massen- und Konsumgesellschaft“.

¹⁵⁰⁸ „Auch seitens anderer Ortsgruppen wird darüber bittere Klage geführt, daß es so außerordentlich schwer fällt, unsere saarländischen Landsleute zusammenzuhalten. Es sind meist immer nur die gleichen Mitglieder, die fest zusammenstehen und die Ortsgruppe zu halten wissen. Pflicht jedes Einzelmitgliedes wäre es, sich unter allen Umständen jedesmal wenigstens durch den Besuch der Veranstaltungen und Versammlungen für die Saarsache zu interessieren.“: SF 6 (1925) 3, S. 49.

Verein“ Anreize gefunden und organisiert werden. Zur Stärkung des inneren Zusammenhalts einer Gruppe empfahl Vogel daher die Aufführung von Theaterstücken wie beispielsweise „Das deutsche Herz“ von Friedrich Schön, dessen Manuskript bei der Geschäftsstelle bezogen werden konnte¹⁵⁰⁹. Auch das 1926 von der Geschäftsstelle bei Schön in Auftrag gegebene „Bundeslied der Saarvereine“ ist in diesem Kontext zu sehen: Das gemeinschaftliche Singen des Saarlieses und Deutschlandliedes¹⁵¹⁰ hatte sich in vielen Gruppen zu einem festen Ritual zum Beenden von Versammlungen entwickelt. Ähnlich wie das Festhalten an alten Traditionen¹⁵¹¹ wirkte der kollektive Vollzug des Rituals identitätsstiftend und -begründend. Vogel versuchte zwar, eine saarvereinspezifische Hymne zu schaffen, doch konnte diese selbst innerhalb der Ortsgruppen nie die gleiche Popularität wie das Lux'sche Saarlies erlangen¹⁵¹².

Ein ähnliches „Verdichtungssymbol“¹⁵¹³ wie das Saarlies oder das Bundesabzeichen¹⁵¹⁴ war für viele Ortsgruppen die eigene Vereinsfahne. Meist mit dem Emblem des Winterbergdenkmals geschmückt, mußte oft jahrelang für die Anschaffung dieses gemeinsamen Erkennungszeichens gespart werden. Entsprechend feierlich erfolgte dann die Einweihung und öffentliche Präsentation der Fahne, die wegen ihres quasi-sakralen Charakters nur bei besonderen Anlässen gezeigt wurde: Am Pfingstmontag 1930 beispielsweise nahm der Schriftführer des SSB, Walter Stein (SPD), anstelle des verhinderten Andres eine Fahnenweihe in Köln vor, die unter dem Protektorat des Oberbürgermeisters Adenauer stand und an welcher sich die ortsansässigen Kriegervereine sowie die Saarvereine aus der näheren Umgebung und andere Landsmannschaften rege beteiligten. Nach der Begrüßungsansprache des Ortsgruppenvorsitzenden Weyand verabschiedete die Versammlung im fahnergeschmückten Gürzenichsaal eine von Vogel verfaßte EntschlieÙung. Der Bundesgeschäftsführer ließ es sich auch nicht nehmen, den Fahnen Nagel des Bundes persönlich zu überreichen¹⁵¹⁵.

¹⁵⁰⁹ Vgl. SF 8 (1927) 23, S. 435; SF 8 (1927) 14, S. 230; SF 9 (1928) 7, S. 111 f.; SF 13 (1932) 11, S. 175.

¹⁵¹⁰ Hierbei dürfte es nicht bei der dritten Strophe geblieben sein: Vgl. den Saarheimatabend in Eschweiler am 13.11.32, in: SF 13 (1932) 23, S. 388.

¹⁵¹¹ Beispielsweise legte die Berlin Ortsgruppe am 06.08.20 am Denkmal Wilhelms I. einen Kranz nieder, um der Schlacht bei Spichern zu gedenken: Vgl. SF 1 (1920) 15, S. 137. Der Wunsch nach Wiederbelebung des Mythos gerade nach dem verlorenen Krieg zeigte sich verschiedentlich schon in der Gründungsphase von Vereinen: Die Gruppe in Buer konstituierte sich ebenfalls am 50. Jahrestag der Schlacht; Barsinghausen und Elberfeld gründeten sich drei Jahre später am 04.08.23: Vgl. SF 1 (1920) 16, S. 163; SF 2 (1921) 15, S. 215; SF 4 (1923) 17, S. 244. Im Laufe der Jahre erhielt der 6. August den Charakter eines gruppeninternen Feiertages.

¹⁵¹² Vgl. LA Saarbrücken, Saar-Verein 20. Siehe Dok. 13 im Anhang. Das handschriftliche Original von Friedrich Schön dort in Bd. 29.

¹⁵¹³ Die Rituale und Symbole erfüllten drei miteinander verwobene Funktionen: Sie stärkten den Zusammenhalt der Gruppe nach innen und integrierten neue Mitglieder, warben nach außen und grenzten die Gruppe von anderen Vereinigungen ab: Vgl. hierzu: Rüdiger VOIGT: Mythen, Rituale und Symbole in der Politik, in: DERS. (Hrsg.): Politik der Symbole. Symbole der Politik, Opladen 1989, S. 9–37, hier: S. 14.

¹⁵¹⁴ Vgl. hierzu S. 439.

¹⁵¹⁵ Vgl. BA-R 8014/444; SF 11 (1930) 12, S. 218 f. Hier auch die Beschreibung der geweihten Fahne. Köln war damit nach dem Mörs-Meerbecker Verein die zweite Ortsgruppe, die eine eigene Fahne besaß: Vgl. SF 10

Einen wichtigen Bestandteil des Vereinslebens stellten die Feiern und Feste dar. Gleichgültig, ob sich die Gruppen an den Festivitäten ihrer Heimatgemeinde beteiligten, gemeinsam nationale Gedenktage begingen oder vereinsinterne Feiern wie Stiftungsfeste und Fahnenweihen ausrichteten – all diesen Veranstaltungen war gemein, daß sie den Mitgliedern und Gästen eine Alternative zum unspektakulären Arbeitsalltag boten. Wie bei gewöhnlichen Monatsversammlungen oder Saarkundgebungen auch diente der dem ernstesten Veranstaltungsteil folgende ungezwungene Ausklang als Regulierungsventil des seelischen Haushalts. Zugleich wohnte den Feiern und öffentlichen Veranstaltungen neben dieser entlastenden zugleich auch eine integrierende Funktion inne: Sie festigten den Zusammenhalt der Gruppe und warben neue Mitglieder. Angesichts des immer breiter gefächerten Angebots, freie Zeit zu verbringen, mußten auch auf lokaler Ebene immer spektakulärere Veranstaltungen aufgezogen werden, wollten sich die Ortsgruppen gegenüber der Konkurrenz behaupten¹⁵¹⁶:

Hatten die Ortsgruppen in der Frühphase auf ihren Versammlungen mit dem Problem zu kämpfen, angesichts der Abstimmungskämpfe im Osten das Interesse für Saarangelegenheiten zu wecken¹⁵¹⁷, versuchten sie schließlich, sich gegenseitig bei der Ausrichtung größerer Kundgebungen zu übertreffen. Das Kräftemessen mit anderen Landsmannschaften vor Ort ging sogar so weit, daß Andres auf der Leipziger Bundestagung 1924 die Zusammenarbeit mit gleichgerichteten Verbänden eigens ans Herz legen mußte¹⁵¹⁸. Weitere Ermahnungen in den folgenden Jahren deuten darauf hin, daß die Konkurrenz nicht beigelegt werden konnte. Doch anders als auf der Leitungsebene, wo das Konkurrieren mit anderen Organisationen die Kräfte der Zentrale band, dürfte der Wettstreit auf unterer Ebene die Gruppen auch zusammengeschweißt sowie die interne Solidarität und Identität gestärkt haben¹⁵¹⁹.

(1929) 17, S. 371.

¹⁵¹⁶ Zahlreiche Vereine setzten zu diesem Zweck eigens Vergnügungsausschüsse ein. Vgl. zu dieser Thematik allgemein: Winfried GEBHARDT: Fest, Feier und Alltag. Über die gesellschaftliche Wirklichkeit des Menschen und ihre Deutung, Frankfurt am Main 1987, S. 172–176. Weiterführende Literatur in: BLESSING, Anm. 2 (S. 432). Dies führte beispielsweise so weit, daß die kleine Ortsgruppe Lintfort im Mai 1929 eine dreitägige Vergnügungsveranstaltung plante, in welcher die kurze Saarkundgebung wie ein Fremdkörper wirkte: Vgl. Brief der GSV an Wilhelm Thomae (24.04.29), in: BA-R 8014/472.

¹⁵¹⁷ Vgl. SF 2 (1921) 24, S. 360.

¹⁵¹⁸ „Es kommt für unsere Sache nicht darauf an, wer von den verschiedenen Schwesternvereinigungen mit der glänzendsten Aufmachung äußerlich in die Erscheinung tritt, sondern nur darauf, daß bei der Tätigkeit, die überhaupt entfaltet wird, die Saarfrage nicht zu kurz kommt.“: SF 5 (1924) 9, S. 129. Zahlreiche Ortsgruppen schlossen Arbeitsgemeinschaften mit Grenzlandverbänden oder nationalen Vereinigungen wie dem Stahlhelm, Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz, dem VDA, Kriegervereinen usw.

¹⁵¹⁹ Vgl. Peter BRÜCKNER, S. 252; SF 11 (1930) 19, S. 362.

Wie Werner K. BLESSING feststellte, ist

*„das Bedürfnis nach Vergnügen und Geselligkeit [...] in allen Kulturen eine ‚gleichsam natürliche Anlage‘ und spielt ‚eine wichtige Rolle innerhalb des seelischen Haushalts und zwar im rhythmischen Wechsel mit Arbeit und Anstrengungen‘.“*¹⁵²⁰

Im Alltag der Ortsgruppen scheint die Befriedigung dieses Bedürfnisses aber schon früh ein solches Ausmaß angenommen zu haben, daß Charakterisierungen wie *„Vergnügungsverein“* oder *„landsmännisches Familienkränzchen“* aus den eigenen Reihen keine Seltenheit darstellten¹⁵²¹. Vor diesem konkreten Hintergrund mahnte daher die Hannoveraner Mitgliederversammlung:

*„Zwischen den Landsleuten ist die Pflege eines geselligen Verkehrs erwünscht, der aber nicht den einzigen Inhalt der Tätigkeit der Ortsgruppe, noch den Hauptzweck bilden darf.“*¹⁵²²

Derartige Appelle, sich die Ernsthaftigkeit der Saarvereinsarbeit zu vergegenwärtigen, ziehen sich wie ein roter Faden durch den Schriftverkehr des Bundes. Andres gestand zwar in seiner programmatischen Rede auf der Leipziger Jahrestagung 1924 die Notwendigkeit des geselligen Beisammenseins ein, doch sollte *„das hohe, ideale, vaterländische Ziel [...] immer im Vordergrund bleiben.“*¹⁵²³ Die mangelhafte Umsetzung dieser Forderung wird am Beispiel der 1921 gegründeten Ortsgruppe Darmstadt¹⁵²⁴ deutlich: Bis Mitte der zwanziger Jahre stellte die Vereinigung noch gelegentlich Vorträge auf die Beine, bis schließlich der Unterhaltungsteil mit Musik- und Gesangsdarbietungen in ihren Monatsversammlungen eindeutig in den Vordergrund rückte. Die Gruppe gab die Verlagerung der Prioritäten sogar offen zu:

¹⁵²⁰ BLESSING, S. 352. Peter BRÜCKNER (S. 245) konstatierte hierzu: *„Alle Vereine enthalten insofern Momente eines Hilfsvereins auf Geselligkeit.“*

¹⁵²¹ Vgl. Briefe Ernst Eichs (14.12.22) und Otto Teichs (10.09.19) an die GSV, in: BA-R 8014/570 und 616. Nicht von ungefähr dürfte auch Andres auf der Mitgliederversammlung 1927 in Würzburg davor gewarnt haben, daß die Organisation *„zu einer Vereinigung gemeinsamer Biertrinker oder Tänzer“* verkäme: Vgl. SF 8 (1927) 17, S. 315. Dabei bildeten die Saarvereine keineswegs eine Ausnahme; im ersten Drittel des Jahrhunderts wandelten sich selbst so patriotische Feiern wie der Sedanstag zu Vergnügungsfesten: Vgl. George L. MOSSE: Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 1976, S. 112 f.

¹⁵²² Punkt 2 der auf der Bundestagung in Hannover 1925 beschlossenen Leitsätze (Juli 1925), in: BA-R 8014/28. Vgl. ebenso: Fünftes Gebot des *„Katechismus des Bundes der Saarvereine“* (Juni 1929), in: BA-R 8014/125

¹⁵²³ Protokoll der Mitgliederversammlung vom 24.05.24 (10.06.24), in: BA-R 8014/24. Bisweilen mischte sich die GSV auch direkt in die Aktivitäten der Ortsgruppen ein. Die Ortsgruppe Duisburg beispielsweise sollte Anfang 1928 ermahnt werden, von ihrem Plan Abstand zu nehmen, einen Saarwagen im Rosenmontagsumzug zu stellen. Dies schien angesichts der ernsten Lage geschmacklos: Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 21.01.28 (25.01.28), in: BA-R 8014/7. Bei allem Verständnis für derartige Veranstaltungen bat Vogel im darauf folgenden Jahr vorsorglich, auf Berichte über karnevalistische Aktivitäten zu verzichten: Vgl. Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (31.01.29), in: BA-R 8014/153.

¹⁵²⁴ Vgl. BA-R 8014/300. Der ausgewiesene Saarbrücker Oberbürgermeister Mangold war Ehrenmitglied der Gruppe.

„Gar rasch ergab sich in dem kleineren Raum ein gemütliches Beisammensein im besten Sinne des Wortes. [...] Die Tagesordnung fand auch diesmal zwischen den einzelnen Vortragsnummern ihre prompte Erledigung.“¹⁵²⁵

Während die Propagandaarbeit der lokalen Saarvereinigungen auf der einen Seite somit auch sehr profane Elemente aufwies, wurde geselliges Beisammensein auf der anderen Seite politisiert. Ein Beispiel hierfür bieten die zahlreichen Besuche saarländischer Vereine im Reichsgebiet. Mochte das Ereignis als solches noch so unbedeutend sein, so ließen die Ortsgruppen kaum eine Gelegenheit verstreichen, anlässlich der Anwesenheit von Saarländern eine Kundgebung für die Befreiung des Saargebiets zu inszenieren. Wenn auch nicht mit dem gleichen propagandistischen Aufwand wie nach der Gleichschaltung des Bundes, so wurden saarländische Delegationen doch schon lange vor 1933 durch ehrenvolle Empfänge am Bahnhof hofiert. Meist folgte das öffentliche Präsentieren der Saarländer während eines Umzuges durch die Stadt. Obligatorische nationale Bekenntnisrituale werteten damit auch belanglose Veranstaltungen wie Fußballspiele oder Gastauftritte saarländischer Chöre entsprechend auf.

Im folgenden sollen nun spezielle Ortsgruppen eingehender dargestellt werden: Die Berliner Saarvereinigung wegen ihrer Symbiose mit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und ihrer Nähe zu den Regierungsstellen, die beiden süddeutschen Landesverbände mit Sitz in Stuttgart und München als Beispiele für die Heterogenität des Bundes sowie die „exotischen“ Ortsgruppen in Übersee.

Kap. 4.4: Besondere Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine

a) Berlin¹⁵²⁶

Vogel, der nach der Gleichschaltung des Bundes alle Hebel in Gang setzte, seine eigenen Verdienste um die Deutscherhaltung der Saar während der „Systemzeit“ hervorzuheben, attestierte der Berliner Ortsgruppe auch in Bezug auf ihre Gründung eine Vorreiterrolle. Wenngleich die Vorbereitungen in der Tat sehr früh anliefen, erfolgte die ordnungsgemäße Gründung erst am 30. Oktober 1919 – zu einer Zeit, als außer in Stuttgart bereits sieben lokale Vereinigungen unter anderem in Duisburg, Düsseldorf und Halle existierten¹⁵²⁷. Wie aus dem Protokoll der

¹⁵²⁵ Bericht über die Mitgliederversammlung vom 05.10.28, in: SF 9 (1928) 20, S. 384 f. Zu diesem Zeitpunkt zählte die Gruppe noch etwa 20 Mitglieder. Auch in der Kölner Ortsgruppe konnte der geschäftlicher Teil nur „zum Leidwesen vieler Mitglieder“ ausgedehnt werden: Vgl. SF 8 (1927) 9, S. 146.

¹⁵²⁶ Vgl. BA-R 8014/210–246. Der Umfang des Schriftverkehrs der Berliner Ortsgruppe erklärt sich aus den zahlreichen Schreiben Vogels zur Werbung neuer Mitglieder, zum Eintreiben von Spenden und Unterstützungen für den SF oder durch die Einladungen zu Vorträgen.

¹⁵²⁷ Vgl. die Liste der 25 ältesten Ortsgruppen (August 1934), in: BA-R 8014/107 und SF 15 (1934) 23, S. 498 im Gegensatz zu: SF 9 (1928) 16, S. 309. Keine Woche nach Gründung der GSV war vergangen, als Vogel ausgewählte Persönlichkeiten sowie seinen eigenen Bekanntenkreis im Großraum der Reichshauptstadt

konstituierenden Sitzung hervorgeht, waren der Einladung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ins Restaurant „Patzenhofer“ etwa 150 Personen gefolgt, darunter mehrere Mitarbeiter des früheren Saargebietsschutzes¹⁵²⁸. Zunächst instruierte Vogel die Anwesenden über die Ziele der Gesamtorganisation und die speziellen Aufgaben der Ortsgruppe. Die bereits ausgearbeiteten Satzungen der Vereinigung fanden wider Erwarten nicht die ungeteilte Zustimmung des Plenums; so protestierte der aus Neunkirchen stammende Gerichtsassessor Otto Spengler sowohl gegen die Unterstützung für Ausgewiesene und Flüchtlinge, die er für eine Aufgabe des Staates hielt, als auch gegen die grundsätzliche Zweckbestimmung der Vereinigung, das Deutschtum im Saargebiet zu stärken. Eine derartige Kampagne erachtete Spengler angesichts der eindeutig prodeutschen Haltung der Saarbevölkerung als nicht notwendig. Vor allem aber bat er um Aufklärung,

„mit welchem Recht die Versammlung einberufen sei und übte Kritik daran, daß die Geschäftsstelle Saarverein vor der Gründung der Saarländervereinigung geschaffen worden sei.“

Letztendlich gelang es Vogel, derartige Bedenken zumindest insoweit aus dem Weg zu räumen,

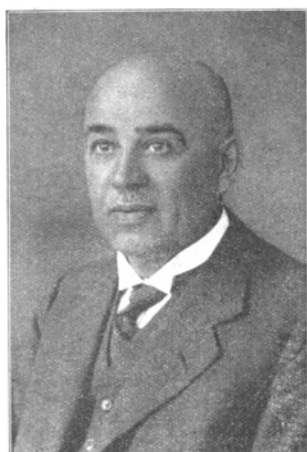


Abb. 17: Matthias Fett

daß die Satzungen¹⁵²⁹ verabschiedet werden konnten und die Wahl des Vorstandes erfolgte. Zum ersten Vorsitzenden der Berliner Saarländervereinigung wurde als Verlegenheitskandidat der Vorsitzende der Vereinigung Berliner Stahlgroßhändler und Direktor der Archimedes AG, Matthias Fett¹⁵³⁰ gewählt, der dieses Amt bis zum seinem Umzug nach Breslau 1927 bekleidete. Daß die finanziellen Verhältnisse der Berliner Gruppe in den ersten Jahren trotz der schlechten Zahlungsmoral der Mitglieder als gut bezeichnet werden können¹⁵³¹, lag an den zahlreichen Spenden von Berliner Firmen und Industrieunternehmen, die in der Regel durch Fett vermittelt worden waren. Ihm ist es zu einem großen Teil auch zu verdanken, daß die Geschäftsstelle „Saar-

aufforderte, der im Kürze entstehenden Saarbrücker Vereinigung beizutreten: Vgl. Rundschreiben der GSV (14.07.19), in: BA-R 8014/210. Anfang August setzte die Werbung an der Berliner Universität ein: Vgl. ebd.

¹⁵²⁸ Vgl. Protokoll der Gründungssitzung der Berliner Ortsgruppen vom 30.10.19 (31.10.19), in: LA Berlin, Rep. 042/26.420. Es handelt sich hier um die einzige aufgefundene ausführlichere Quelle einer Gründungsversammlung.

¹⁵²⁹ Siehe Dok. 11 im Anhang. Am Text der Berliner Satzungen orientierten sich nachfolgend zahlreiche andere Ortsgruppen: Vgl. Brief der GSV an Mangold (16.04.21), in: BA-R 8014/300.

¹⁵³⁰ Fett, der bereits 1885 aus Saarbrücken verzogen war und sich nach seiner eigenen Aussage in zahlreichen europäischen Großstädten sowie im Vorderen Orient besser als in der Saarmetropole auskannte, wollte ursprünglich nur so lange präsidieren, bis eine im Saargebiet bekanntere Persönlichkeit gefunden war: Vgl. Brief Fetts an die GSV (26.05.26), in: BA-R 8014/223. Dem Aufsichts- und Beratungsausschuß der GSV gehörte das DNVP-Mitglied Fett seit seinem Bestehen 1922 an; von 1925 bis zu seinem Tod 1928 war er zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender: Vgl. Nachruf in: SF 9 (1928) 16, S. 309 f.

¹⁵³¹ Beispielsweise erwirtschaftete die Ortsgruppe 1921 bei Einnahmen in Höhe von 9.753,15 Mark einen Überschluß von 833,45 Mark, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als 500 Mitglieder mit einem jährlichen Beitrag von 20 Mark zählte: Vgl. Jahresmitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin vom 31.03.22, in: SF 3 (1922) 8, S. 127. Die Gruppe konnte sich bis Ende 1922 sogar leisten, alle Mitglieder zu den regelmäßigen Veranstaltungen schriftlich einzuladen. Vgl. auch Rundschreiben der GSV (01.12.27), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19.

Verein“ während der Inflation ihre Arbeit nicht vollständig einstellen mußte¹⁵³². Eine 30.000 Mark-Spende der Archimedes AG im Oktober 1920 trug Fett die Ehrenmitgliedschaft des Bundes ein.

In der Gründungssitzung fiel die Wahl des Schriftführers auf Vogel, als Kassierer konnten ein Gewerbeassessor Kreis und als Beisitzer Rechnungsrat Rosenkränzer gewonnen werden. Die im Vereinsregister eingetragene Gruppe¹⁵³³ traf sich fortan monatlich; außerdem fanden wöchentlich Stammtischabende statt¹⁵³⁴.

Die Mitgliederentwicklung dürfte exemplarisch für andere großstädtische Ortsgruppen gewesen sein: Nach einem schnellen Zuwachs in den ersten Monaten stagnierte die Zahl der Vereinsangehörigen bis 1923, um sich nach der Inflation wieder auf einem etwas niedrigeren Niveau einzupendeln¹⁵³⁵. Fast wöchentlich erhielt die Geschäftsstelle vom Berliner Einwohnermeldeamt eine aktuelle Auflistung neu nach Berlin gezogener Saarländer, die umgehend aufgefordert wurden, die Mitgliedschaft zu erwerben. Der Erfolg dieser breit angelegten Aktion hielt sich jedoch in Grenzen¹⁵³⁶. Hingegen zählte die Berliner Saarvereinigung trotz der kaum zu überblickenden Vielzahl diverser vaterländischer Vereinigungen und landsmannschaftlicher Gruppierungen in der Reichshauptstadt auch einige exponierte Persönlichkeiten zu ihren Mitgliedern. So gehörten neben Abgeordneten des Reichstages, des Preußischen Landtages und der Berliner Stadtverordnetenversammlung unter anderem Gustav Stresemann (DVP)¹⁵³⁷, der ehemalige

¹⁵³² Vgl. SF 4 (1923) 13, S. 180.

¹⁵³³ Vgl. Verfügung des Polizeipräsidenten (07.01.20), in: LA Berlin, Rep. 042/26.420.

¹⁵³⁴ Vgl. Einladung zu den wöchentlichen Treffen „am ,runde Disch hinne in der hinnitusch Stubb im Egge“, in: SF 4 (1923) 2, S. 24. Allerdings waren selbst diese vermeintlich zwanglosen Zusammenkünfte organisiert und wurden von Vorstandsmitgliedern geleitet: Vgl. SF 6 (1925) 7, S. 114. Der Wunsch der Mitglieder nach mehr geselligen Veranstaltungen zieht sich wie ein roter Faden durch die Vereinsgeschichte: Vgl. SF 1 (1920) 17, S. 176; SF 1 (1920) 18, S. 188; SF 4 (1923) 8, S. 100; SF 5 (1924) 8, S. 123 f.; SF 9 (1928) 12, S. 192.

¹⁵³⁵ Am 01.07.20 zählte die Berliner Saarländervereinigung etwa 290 Mitglieder (vgl. BA-R 8014/212), Ende 1920 schon 398 (vgl. SF 2 (1921) 7, S. 91) und zur Kasseler Bundestagung etwa 550, was dem vorläufigen Höchststand entsprochen haben dürfte. Bis Ende 1922 blieb dieser mit 542 relativ stabil, sechs Monate später waren es bereits nur noch 450 (vgl. SF 4 (1923) 13, S. 180), um schließlich auf 431 zum Jahresende 1924 zu sinken: Vgl. Tätigkeitsbericht Vogels auf der Mitgliederversammlung der Berliner Ortsgruppe (24.03.25), in: LA Berlin, Rep. 042/26.420. Eine Besonderheit in der Entwicklung war 1928 zu verzeichnen, als der Vorstand die Konsequenz aus der katastrophalen Zahlungsmoral zog: Von 450 Mitgliedern wurden 213 gestrichen; da aber wieder 58 Beitritte erfolgt waren, zählte die Ortsgruppe Ende 1928 295 Mitglieder: Vgl. SF 10 (1929) 7, S. 135 f. Dieses Niveau blieb in etwa bis 1933 konstant. Anders als bei anderen Gruppen verlief der Mitgliederzuwachs in den letzten beiden Jahren vor der Abstimmung eher moderat. Anscheinend konnte der Berliner Saarverein Mitte März 1935 nur 436 Mitglieder verzeichnen; zumindest wurden am 18.03.35 nur so viele Einladungen zur Saarbrücker Abschlußtagung verschickt: Vgl. BA-R 8014/241.

¹⁵³⁶ Erfolgreicher waren die Bemühungen Vogels dann, wenn er gezielt gesellschaftliche Gruppierungen ansprach, so beispielsweise anlässlich eines Vortrages des Püttlinger Kaplans Schwickerath in Berlin am 10.09.26, als alle Berliner Pfarrämter und katholischen Organisationen eingeladen wurden oder nach einem Unterhaltungsabend am 15.02.27 unter Beteiligung der Berliner Offizier- und Truppenvereine mehrere höhere Offiziere für den Beitritt erwärmt werden konnten: Vgl. Rundschreiben der GSV (02.09.26), in: BA-R 8014/223 bzw. Rundschreiben der GSV (08.04.27), in: BA-R 8014/224; SF 8 (1927) 5, S. 80 f.

¹⁵³⁷ Stresemanns (1878–1929) Beitritt erfolgte am 19.06.23 (vgl. BA-R 8014/218); er blieb auch während seiner Amtszeit als Reichskanzler und als Außenminister Mitglied der Ortsgruppe.

preußische Finanzminister Albert Südekum (SPD)¹⁵³⁸, Clara Mende (DVP)¹⁵³⁹ sowie der Generalsekretär der DVP Trucksaess¹⁵⁴⁰ der Ortsgruppe an. Ferner zählten der im Saargebiet hoch angesehene Generalmajor Paul von Lettow-Vorbeck¹⁵⁴¹, die saarländische Heimatdichterin Liesbet Dill¹⁵⁴², Oberbergrat Wilhelm Cleff¹⁵⁴³ und Oberberghauptmann Flemming¹⁵⁴⁴, der Chef der Heeresleitung Wilhelm Heye¹⁵⁴⁵ oder auch Konteradmiral Seebohm¹⁵⁴⁶ zu den Mitgliedern. Zieht man die – im Gegensatz zu anderen Ortsgruppen erhaltenen – Mitgliederlisten zu Hilfe, so finden sich hier zahlreiche Angehörige des gehobenen Bürgertums: Direktoren, Rechtsanwälte, Ministerialbeamte, Ingenieure, Fabrikbesitzer und Ärzte prägten den Charakter des Vereins¹⁵⁴⁷. Diese Beobachtung spiegelt sich auch im Vorstand wider: Nach dem Wegzug Fetts leitete der bisherige Stellvertreter Direktor Dietz vorübergehend die Gruppe, bis 1928 der Rechtsanwalt und Notar Spengler, der noch auf der Gründungssitzung der Berliner Ortsgruppe deren Aufgaben

¹⁵³⁸ Vgl. Brief der GSV an Südekum (09.03.21), in: BA-R 8014/213. Südekum war 1922–1925 Mitglied im Bundesvorstand und 1925–1933 Beisitzer im Aufsichts- und Beratungsausschuß der GSV; über ihn hoffte Vogel, an ausländische Ansprechpartner zu gelangen.

¹⁵³⁹ Die Vorsitzende des „Deutschen Frauenausschusses zur Bekämpfung der Schuldlüge“ trat der Ortsgruppe am 12.06.23 bei. Mende erklärte sechs Jahre später ihren Austritt: Vgl. Brief Mendes an die GSV (02.01.29), in: BA-R 8014/704. Als Anhängerin des Stresemannschen Flügels in ihrer Partei war sie stellvertretende Fraktionsgeschäftsführerin in der Nationalversammlung und nahm im Mai 1924 Platz 2 auf der Reichstagswahlliste ein: Vgl. Ludwig RICHTER: Die deutsche Volkspartei 1918–1933, Düsseldorf 2002, S. 57 und S. 327.

¹⁵⁴⁰ Vgl. Mitgliederliste von 1933, in: BA-R 8014/237.

¹⁵⁴¹ Vgl. Brief Lettow-Vorbecks (1870–1964) an GSV (31.01.20), in: BA-R 8014/211; SF 1 (1920) 3, S. 12. Der in Saarlouis geborene ehemalige Kommandeur der Schutztruppe von Deutsch-Ostafrika wurde aus der Reichswehr wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch ausgeschlossen. Zwischen 1928 und 1930 gehörte er dem Reichstag für die DNVP an.

¹⁵⁴² Vgl. Mitgliederliste von 1933, in: BA-R 8014/237. Zu Dill siehe Anm. 976.

¹⁵⁴³ Wilhelm Cleff (1861–1932) leitete zwischen 1899 und 1904 das saarländische Steinkohlenbergwerk Friedrichsthal, um nach vorübergehender Tätigkeit im Breslauer Oberbergamt 1907 als Vorsitzender der Königlich Preußischen Bergwerksdirektion nach Saarbrücken zurückzukehren. Vier Jahre später wurde er zum Geheimen Oberbergrat im PrMHandel befördert, von wo er schließlich von 1922 bis 1927 zum Oberbergamt Halle als Berghauptmann wechselte. Im August 1924 wurde er zum Ehrenmitglied der dortigen Ortsgruppe ernannt: Vgl. SF 5 (1924) 13, S. 199 f.; FAUS 1968, S. 94 f. Vgl. auch den Nachruf auf Cleff, in: SF 13 (1932) 17, S. 292 f.

¹⁵⁴⁴ Vgl. Mahnliste für 1928, in: BA-R 8014/226. Zu Flemming siehe Anm. 306.

¹⁵⁴⁵ Beitritt zum 01.01.27: Vgl. BA-R 8014/224. Heye (1869–1946) bat allerdings am 31.12.26, „*bei Kundgebungen und in der Propaganda von meiner Stellung, deren Überparteilichkeit nach Innen und Außen ich strengstens zu wahren beabsichtige, keinen Gebrauch zu machen.*“: Ebd.

¹⁵⁴⁶ Seebohm war langjähriger geschäftsführender Vorsitzender des VDA: Vgl. Mahnliste für 1928, in: BA-R 8014/226.

¹⁵⁴⁷ Eine plausible Erklärung hierfür ist, daß die saarländische Arbeiterschaft eher in anderen Regionen des Reichs als in Berlin eine neue Beschäftigung fand. Hieran änderte der auch der vergleichsweise verhaltene Zulauf nach der nationalsozialistischen Machtübernahme nur wenig: Unter den neu beigetretenen Mitgliedern fanden sich zahlreiche Mitglieder der Berliner Ministerialbürokratie und Bergbeamte; so folgten alle Angehörigen der Bergabteilung des PrMWirtschaft dem Beispiel des Oberberghauptmann Winnacker: Vgl. SF 15 (1934) 10, S. 183. Sonst lassen sich aus dem SF nur für Stettin detaillierte Angaben über die Mitglieder gewinnen: Vgl. SF 8 (1927) 23, S. 435; SF 9 (1928) 2, S. 32; SF 9 (1928) 9, S. 144; SF 9 (1928) 10, S. 164; SF 9 (1928) 23, S. 436; SF 10 (1929) 14, S. 314; SF 10 (1929) 15, S. 331.

attackiert hatte¹⁵⁴⁸, nun selbst den Vorsitz übernahm. Ihm folgte von 1931 bis 1933 Oberbergrat Max Heckel, bis im Oktober 1933 schließlich das Führerprinzip mit Amtsrat Richard Hellwig Einzug hielt¹⁵⁴⁹.

Die Berliner Saarvereinigung besaß von anfangs sowohl hinsichtlich ihrer Organisation als auch ihrer Tätigkeit Modellcharakter. Die auffallend zahlreichen Vorträge in der Ortsgruppe – 1920 und 1921 mindestens in jeder zweiten Sitzung –, die auch im „Saar-Freund“ ausführlich wiedergegeben wurden, sollten den anderen Ortsgruppen zur Nachahmung dienen. Insbesondere bei renommierten externen Rednern wie Oberstleutnant Otto von Stülpnagel¹⁵⁵⁰, Paul Rühlmann¹⁵⁵¹ oder dem ehemaligen Vorsitzenden der saarländischen Grenzregulierungskommission Oberst Rudolf von Xylander¹⁵⁵² ergingen ebenso wie bei Gästen aus dem Saargebiet¹⁵⁵³ stets Einladungen an die Berliner Ministerien. Auch wenn diese in der Regel dankend absagten¹⁵⁵⁴, gab sich die Vereinigung mit Vortragstiteln wie „Die Fremdherrschaft am Rhein und an der Saar und die deutsche Einheit“, „Hat das Saargebiet von der Konferenz in Spa etwas zu erwarten?“ oder „Bergbau an der Ruhr und an der Saar“¹⁵⁵⁵ den Anstrich einer seriösen Organisation mit hoher Fachkenntnis.

Der Standortvorteil Berlin hatte aber zugleich den Haken, daß die Ortsgruppe im Vergleich zu anderen Vereinigungen in der Provinz recht exponiert war. Schon sehr früh wurde die französische Botschaft auf die „*Association des Berlinoises originaires de la Sarre*“ aufmerksam¹⁵⁵⁶ und mitunter konnte sich die Anwesenheit eines Vertreters der Ministerien auch negativ auswirken,

¹⁵⁴⁸ Spengler hatte aus Protest schon am 03.12.19 wieder seinen Austritt erklärt: Vgl. BA-R 8014/211.

¹⁵⁴⁹ Vgl. SF 14 (1933) 20, S. 393; SF 14 (1933) 21, S. 408 f.

¹⁵⁵⁰ Am 30.04.21: Vgl. SF 2 (1921) 10, S. 139.

¹⁵⁵¹ Am 05.07.21: Vgl. SF 2 (1921) 14, S. 193 f.

¹⁵⁵² Die Veranstaltung mit dem Vortrag Xylanders über „Die Not des Saargebietes“ am 22.11.20 sollen angeblich 2.000 Zuhörer besucht haben: Vgl. SF 1 (1920) 22, S. 231.

¹⁵⁵³ Es gehörte zur Inszenierung der Vortragspropaganda, daß saarländische Redner die Verdienste des BdS sowie dessen Ansehen im Saargebiet betonten. Herausragende Veranstaltungen mit Persönlichkeiten aus dem Saargebiet waren der „Liesbet-Dill-Abend“ am 12.10.21 (vgl. SF 2 (1921) 3, S. 33 f.) oder auch das „Festkonzert zu Ehren des Saarvolkes“ am 18.03.21 (vgl. SF 2 (1921) 5, S. 60 und SF 2 (1921) 7, S. 91 f.).

¹⁵⁵⁴ Vgl. den entsprechenden Schriftverkehr mit der Reichskanzlei, der RVP, dem AA, dem RMFinanz, dem RMI sowie dem PrMI in den entsprechenden Akten im Berliner Bundesarchiv bzw. im Politischen Archiv des AA. Gute Überblicke über den jeweiligen Adressatenkreis bieten die Einladungen zu dem „Saar-Idyll-Abend“ am 04.12.25 (in: BA-R 8014/243), zum „Westdeutschen Heimatabend“ am 30.11.27 (in: BA-R 8014/242) sowie zum „Saarheimatabend“ am 25.04.28 (in: BA-R 8014/750). Einladungen von anderen Saarvereins-Ortsgruppen fanden noch weniger Beachtung. Beispielsweise attestierte von Friedberg der geplanten Saarkundgebung am 16.10.28 in Frankfurt am Main „*nur ganz lokale Bedeutung. Das Auswärtige Amt bittet, von hier aus keine Notiz zu nehmen.*“: Aktennotiz (Oktober 1928), in: BA-R 43-I/246.

¹⁵⁵⁵ Vgl. SF 1 (1920) 4, S. 24; SF 1 (1920) 8, S. 56; SF 4 (1923) 10, S. 133. In den ersten Jahren fanden die Vorträge in den Räumlichkeiten des „Vereins Deutscher Ingenieure“ statt.

¹⁵⁵⁶ Wie der Chargé d’Affaires Henri Chassain de Marcilly Ende Januar 1920 seinem Außenminister Millerand mitteilte, habe die Mitgliederversammlung wenige Tage nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages eine Entschließung verabschiedet, welche den Saarländern versprach, die Treue zu halten: Vgl. Brief (30.01.20), in: MAE, Sarre 1. Abgedruckt auch bei: MARTENS, Dok. 34, S. 314. Vgl. hierzu SF 1 (1920) 2, S. 7 f.

wenn beispielsweise der Delegierte des Auswärtigen Amtes im Mai 1923 das Auftreten Fetts kritisierte, der mit „*der bei ihm üblichen nationalen Phraseologie*“ eine japanische Delegation brüskiert habe¹⁵⁵⁷.

Ähnlich wie die Gesamtorganisation kooperierte auch die Berliner Ortsgruppe mit vergleichbar orientierten Verbänden und Vereinen; beispielsweise ging sie im Herbst 1923 eine Arbeitsgemeinschaft mit acht anderen Landsmannschaften des Westens ein¹⁵⁵⁸ oder hielt den Kontakt zur 1872 gegründeten Burschenschaft Saravia¹⁵⁵⁹.

Der Vorbildcharakter der Berliner Vereinigung nahm jedoch schon früh wieder ab. Schlechte Zahlungsmoral der Mitglieder, die ihre Beiträge teilweise jahrelang schuldig blieben, sinkende Besucherzahlen trotz der kostenaufwendigen persönlichen Einladung bei Veranstaltungen und mangelnder Bezug des „Saar-Freund“ vermitteln den Eindruck, daß die Ortsgruppe nach einer euphorischen Startphase mehr mit sich selbst als mit ihren hohen Zielsetzungen beschäftigt war¹⁵⁶⁰. Während die Vortragspropaganda fast gänzlich zum Erliegen kam und die Berichte im „Saar-Freund“ immer belangloser wurden, häuften sich die Hinweise auf Veranstaltungen anderer Verbände oder reine Unterhaltungsabende¹⁵⁶¹. Schließlich wurde die Gruppe nur noch zu saarspezifischen Veranstaltungen eingeladen, anstatt sie wie früher selbst auszurichten¹⁵⁶². Trotz regelmäßiger Ermahnungen durch den Vereinsvorstand, daß sie die größte und bedeutendste Gruppe sein könnte¹⁵⁶³, wurden die Aktivitäten immer unpolitischer und rückte das gesellige Beisammensein zusehends in den Vordergrund¹⁵⁶⁴. Wenn der „Saar-Freund“ vielsagend ankündigte, das Fußballspiel am 19. Juni 1932 zwischen dem Saarbrücker Klub Saar 05 und dem Berliner Sportverein 1892 „*in den Dienst unserer Saar-Aufklärungsarbeit*“ stellen zu wollen, so bedeutete das zu diesem Zeitpunkt lediglich, daß zahlreiche Mitglieder erscheinen und an-

¹⁵⁵⁷ Vgl. Protokoll der Monatsversammlung vom 05.05.23 (06.05.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091.

¹⁵⁵⁸ Vgl. undatiertes Protokoll einer Sitzung vom 08.10.23, in: BA-R 8014/782. Schon im Januar 1921 wurde die Berliner Ortsgruppe im Vorfeld der Oberschlesienkampagne des DSB in eine derartige Arbeitsgemeinschaft eingebunden.

¹⁵⁵⁹ Vgl. Brief der GSV an die „Saravia“ (25.11.24), in: BA-R 8014/220.

¹⁵⁶⁰ Vgl. Vogel auf Versammlung der Berliner Ortsgruppe am 05.05.23: „*Durch völlige Gleichgültigkeit den Bestrebungen und der Arbeit des ‚Saar-Vereins‘ gegenüber beweist man eigentlich nicht seine Absicht, an der Deutscherhaltung des Saargebiets mitzuarbeiten.*“: SF 4 (1923) 10, S. 133.

¹⁵⁶¹ Vgl. allein für die drei Jahre 1929–1931: SF 10 (1929) 6, S. 118; SF 10 (1929) 7, S. 136; SF 10 (1929) 8, S. 158 f.; SF 10 (1929) 17, S. 370; SF 10 (1929) 22, S. 484; SF 11 (1930) 2, S. 39; SF 11 (1930) 4, S. 83; SF 12 (1931) 3, S. 47; SF 12 (1931) 19, S. 332.

¹⁵⁶² Vgl. SF 11 (1930) 18, S. 346.

¹⁵⁶³ Vgl. Tätigkeitsbericht Vogels auf Mitgliederversammlung der Berliner Ortsgruppe (30.04.26), in: LA Berlin, Rep. 042/26.420; SF 7 (1926) 10, S. 162. Ähnlich äußerte er sich auch 1928.

¹⁵⁶⁴ Bei den Ankündigungen der Stammtischabende fehlten nicht die Hinweise auf das günstige Bier. Als am 08.11.28 ein finanzkräftiges Mitglied aus Protest seinen Austritt erklärte, da er keinen Sinn darin erkennen konnte, wie man mit Vergnügungsveranstaltungen dem Saargebiet helfen solle, rechtfertigte die GSV die Pflege des geselligen Beisammenseins am 19.11.28 damit, daß sie darauf spekuliere, hierdurch neue Mitglieder zu gewinnen: Vgl. Schriftwechsel, in: BA-R 8014/228.

schließlich mit den Fußballern feiern sollten¹⁵⁶⁵. Die Vorkämpferrolle wie noch zu Anfang der zwanziger Jahre hatte die einst richtungsweisende Berliner Vereinigung längst eingebüßt; andere Saarvereine entfalteten eine erheblich größere Aktivität¹⁵⁶⁶.

Eine kurzzeitige Wiederbelebung erfolgte erst nach 1933, als die Mitgliederentwicklung einen Aufschwung erlebte und infolge dessen Vortragsveranstaltungen größeren Zulauf erhielten. Nun war die Ortsgruppe wieder „*der Bedeutung der Reichshauptstadt entsprechend [...] führend im Kampfe um die Deutscherhaltung des Saargebietes*“¹⁵⁶⁷.

b) Die süddeutschen Landesverbände¹⁵⁶⁸

Enge wirtschaftliche Beziehungen der saarländischen Schwerindustrie nach Süddeutschland¹⁵⁶⁹ hatten bereits im Februar 1919 württembergische Industrielle bewogen, eine Organisation zu schaffen, welche die Öffentlichkeit über das ökonomische Potential des Saarreviers und seine Bedeutung für die Region aufklären sollte¹⁵⁷⁰. Während sich der Berliner Saargebietsschutz noch mit seinem Schwesterverein dahingehend arrangierte, daß beide Organisationen unter vollständiger Wahrung ihrer Selbständigkeit nebeneinander arbeiten sollten¹⁵⁷¹, sah Vogel die Expansion seines Verbandes durch die Stuttgarter Vereinigung behindert. Dies wog um so schwerer, als die Existenzberechtigung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ von der württembergischen Gruppe in Frage gestellt wurde¹⁵⁷². Obwohl Vogel betonte, die Selbständigkeit der unerwünschten anderen Zentrale nicht antasten zu wollen, sammelte er in deren Einflußgebiet Gelder und forderte andere Organisationen auf, weiterhin nur mit der Berliner Vereinigung zu kooperieren¹⁵⁷³. Letztendlich konnte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ den Konkurrenzkampf für sich entscheiden, da die ursprüngliche Aufgabe der Stuttgarter Vereinigung mit Inkrafttreten des Versailler Vertrages obsolet geworden war. Ende August 1920 schlossen Vogel und der Stutt-

¹⁵⁶⁵ Vgl. SF 13 (1932) 12, S. 190 f. Die Ortsgruppe organisierte immerhin Freiquartiere für die saarländischen Fußballer und lud andere Berliner Landsmannschaften hierzu ein: Vgl. BA-R 8014/728.

¹⁵⁶⁶ Beispielsweise stellte die damals 60 Mitglieder zählende Stettiner Ortsgruppe am 11.03.30 gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände eine Saarkundgebung auf die Beine, zu der neben Vertretern der Reichswehr und Behörden Generalfeldmarschall von Mackensen, Reichsbahnpräsident Lohse und Oberpräsident von Halfern erschienen: Vgl. SF 11 (1930) 6, S. 120.

¹⁵⁶⁷ SF 15 (1934) 10, S. 183.

¹⁵⁶⁸ Zur Stuttgarter Gruppe vgl. BA-R 8014/616–621, zur Münchener BA-R 8014/509–512.

¹⁵⁶⁹ Nach den Betriebsberichten der Königlichen Bergwerksdirektion Saarbrücken gingen etwa 25% des gesamten Kohlen- und Koksabsatzes im Jahr 1913 in süddeutsche Staaten: Vgl. HERR/ JAHNS, S. 288.

¹⁵⁷⁰ Vgl. Denkschrift der „Vereinigung gegen die Lostrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz“ (08.09.20), in: BA-R 2/2689.

¹⁵⁷¹ Vgl. Brief Teichs an die GSV (09.01.20), in: BA-R 8014/616.

¹⁵⁷² „*Der ‚Saar-Verein‘ ist gewiß recht hübsch und verdient jede Sympathie und Unterstützung, er wird aber - befürchte ich - politisch ohne durchgreifende Wirkung bleiben, ein landsmännisches Familienkränzchen.*“: Brief Teichs an die GSV (10.09.19), in: Ebd.

¹⁵⁷³ Vgl. Briefe der GSV an die Vereinigung (13.01.20 und 27.01.20), in: Ebd. Vgl. demgegenüber den Brief der GSV an den „Bund der Deutschen Grenzmarken-Schutzverbände“ (16.01.20), in: Ebd.

garter Vorsitzende ein Abkommen, in welchem die jeweiligen Kompetenzen abgegrenzt wurden und sie eine Kooperation „im Sinne der gegenseitigen Mitarbeit, Beratung und Unterstützung“ vereinbarten¹⁵⁷⁴: In Württemberg, Bayern und Baden sollte die Stuttgarter Vereinigung die zentrale Organisation für Saarpropaganda sein und in diesen Ländern nach eigenem Ermessen auch Ortsgruppen gründen dürfen. Dafür sollten fortan alle größeren Unternehmungen der Stuttgarter im Vorfeld mit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ abgesprochen werden, wie auch die im August 1920 erlassenen Richtlinien als verbindlich galten.

Bereits wenige Tage später wandte sich die Vereinigung, die zu dieser Zeit schon etwa 470 Mitglieder zählte¹⁵⁷⁵, selbstbewußt an verschiedene Berliner Reichs- und Staatsministerien, um ihr Arbeitsprogramm darzulegen: Vorbereitende Maßnahmen zur Abstimmung, die Pflege der Kontakte zu saarländischen Vereinen, Propaganda in Wort und Schrift, eine groß angelegte Saarausstellung, sowie die Nachrichtenübermittlung und die Unterstützung geflüchteter und ausgewiesener Saarländer sollten als Kernpunkte ihrer künftigen Tätigkeit mit insgesamt 500.000 Mark bezuschußt werden¹⁵⁷⁶. Doch anders als die württembergischen Behörden, Kommunen und Industriellen, die den Verein finanziell und ideell unterstützten¹⁵⁷⁷, beurteilte das Reichsfinanzministerium den potentiellen Nutzen der privaten Saarvereinigungen skeptischer und verwies die Stuttgarter Gruppe an die RfH¹⁵⁷⁸.

In den ersten Jahren spielte die württembergische Saarvereinigung¹⁵⁷⁹ noch eine Sonderrolle. Sie trat dem Bund der Saarvereine erst nach dem Ausscheiden des umstrittenen Otto Teich als körperschaftliches Mitglied bei und verfügte als einzige Ortsgruppe über eine eigene Geschäftsstelle, die bei der Stuttgarter Handelskammer angesiedelt war¹⁵⁸⁰. Aufgrund dieser engen Symbiose setzte sie die 1919 begonnene Arbeit zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Saar und Süddeutschland auch unter den Bedingungen des Saarstatuts fort. Schon in einem frühen Rundschreiben wirkte sie wie eine Lobbyistin der württembergischen Industrie¹⁵⁸¹.

¹⁵⁷⁴ Vgl. Anlage 3 zur Denkschrift vom 08.09.20 (31.08.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.430. Abgedruckt bei: JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, Dok. 1, S. 203 f.

¹⁵⁷⁵ Vgl. BA-R 8014/723.

¹⁵⁷⁶ Vgl. Denkschrift der Stuttgarter Vereinigung (08.09.20), in: BA-R 2/2689.

¹⁵⁷⁷ So bescheinigte beispielsweise das württembergische Arbeitsministerium dem Vorsitzenden Otto Teich, im süddeutschen Raum „bereits äußerst wertvolle Arbeit geleistet zu haben“ und stellte sich als Treuhänderin für eingeworbene Reichsgelder zur Verfügung: Vgl. Anlage 1 der Denkschrift vom 08.09.20 (27.08.20), in: BA-R 2/2689.

¹⁵⁷⁸ Der württembergische Saarverein sollte demnach ebenfalls aus dem 5½-Millionen-Fonds für kulturelle Saarpropaganda unterstützt werden: Vgl. Brief des RMFinanz an die Stuttgarter Vereinigung (08.10.20), in: BA-R 2/2689.

¹⁵⁷⁹ Diesen Namen trug sie seit September 1921.

¹⁵⁸⁰ Vgl. SF 3 (1922) 8, S. 128.

¹⁵⁸¹ „Vor allem muß die süddeutsche Industrie wachsam sein und tatkräftig handeln, indem sie die bedeutenden Vorteile im Auge behält, die ihr die Zugehörigkeit des kohlen- und eisenreichen Saargebiets zum Reiche gewährt [...] Wir müssen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Hier und Dort, zwischen Saarland und Süddeutschland aufrecht erhalten, die alten Bande, wo sie sich zu lockern drohen, stärken, wo sie gelöst sind,

Vorstandssitzungen mit Vertretern des „Verbandes württembergischer Industrieller“, des Württembergischen Handelstages und des „Zentralverbandes des deutschen Großhandels“ verfestigen diesen Eindruck¹⁵⁸², zumal auch die Mitgliederstruktur eher auf einen wirtschaftlichen Zweckverband als auf eine landsmannschaftliche Vereinigung hindeutet¹⁵⁸³. Wie bereits ausgeführt, beschränkte sich die Stuttgarter Saarvereinigung nicht auf Wirtschaftspropaganda, sondern spielte bei der Erfassung der Abstimmungsberechtigten sogar eine Vorreiterrolle und stellte selbst die Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in den Schatten. Wenngleich die beabsichtigte Expansion im süddeutschen Raum nicht wie erwartet fortschritt¹⁵⁸⁴, besaß die Gruppe auch hinsichtlich ihrer Vortragstätigkeit Vorbildcharakter; mindestens einmal im Jahr trat sie mit einer größeren Saarkundgebung an die Öffentlichkeit¹⁵⁸⁵. Trotz mehrfacher persönlicher Aussprachen und Vereinbarungen zwischen Vogel und dem jeweiligen Vorsitzenden der Vereinigung schwelte ein permanenter Konflikt, der immer dann von neuem ausbrach, wenn sich die von Stuttgart geführte „Arbeitsgemeinschaft süddeutscher Saar-Vereine“¹⁵⁸⁶ durch die Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bedrängt fühlte¹⁵⁸⁷. Als Vogel beispielsweise versuchte, über den Kopf der Stuttgarter Gruppe hinweg Vereinbarungen mit dem württembergischen Staatsministerium zu treffen, handelte er sich im Frühjahr 1930 sogar eine anonyme Anzeige beim zuständigen Polizeipräsidium ein, da er außerdem immer ohne Genehmigung Mitglieder in Württemberg geworben hatte¹⁵⁸⁸. Wie auch im Fall der benachbarten bayerischen Landes-

neue flechten, und sie unlösbar verknüpfen, wo sie bestehen.“ Hervorhebungen im Original. Beispielsweise sollte eine Nebenstelle der Saarbrücker Handelskammer in Stuttgart errichtet werden: Vgl. Rundschreiben der Stuttgarter Vereinigung (Mai 1920), in: BA-R 8014/616.

¹⁵⁸² Vgl. SF 2 (1921) 24, S. 359 f. Auch die französische Vertretung wies auf die engen Verbindungen zu verschiedenen Wirtschaftsverbänden hin: Vgl. Brief des französischen Generalkonsulats Stuttgart an das Außenministerium (20.02.22), in: MAE, Sarre 115.

¹⁵⁸³ Unter den immerhin 800 Mitgliedern befanden sich nur wenige gebürtige Saarländer (Stand Oktober 1921, in: BA-R 8014/617); Unternehmer, Industrielle und Vertreter von Handel und Gewerbe bildeten die Mehrheit der Ortsgruppe: Vgl. Brief Teichs an die GSV (02.03.20), in: BA-R 8014/616; SF 10 (1929) 6, S. 118.

¹⁵⁸⁴ Beispielsweise hatte die Regierung von Oberfranken im September 1921 noch nicht von der Stuttgarter Vereinigung Kenntnis genommen: Vgl. Antwortschreiben der Regierung von Oberfranken (16.09.21) auf Rundschreiben des BayMInn (12.09.21), in: Staatsarchiv Bamberg, K 3, 1967/4850.

¹⁵⁸⁵ Vgl. SF 6 (1925) 17, S. 294; SF 8 (1927) 8, S. 130 f.; SF 9 (1928) 12, S. 192 f.; SF 9 (1928) 24, S. 456 f.; SF 10 (1929) 6, S. 118; SF 11 (1930) 15, S. 300; SF 12 (1931) 13/14, S. 233 f. Anscheinend war die Stuttgarter Vereinigung im Jahr 1928 sogar die aktivste aller Ortsgruppen; allein elf Vortragsveranstaltungen wurden von ihr organisiert: Vgl. Jahres-Rückschau ... für das Jahr 1928, S. 29.

¹⁵⁸⁶ Die AG gründete sich im Herbst 1921 als lockerer Zusammenschluß der Ortsgruppen Darmstadt, Frankfurt am Main, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Kassel, München und Stuttgart: Vgl. Rundschreiben der GSV an diese Ortsgruppen (20.09.21), in: BA-R 8014/734.

¹⁵⁸⁷ Nach einer erneuten Auseinandersetzung forderte der Vorsitzende der Stuttgarter Gruppe von seinem Logenbruder Vogel: „Lassen Sie unser Württ. Gebiet in Ruhe & wir kommen gut miteinander aus.“: Brief Schellenbergers an die GSV (10.09.25), in: BA-R 8014/618.

¹⁵⁸⁸ Vogel wollte das Ministerium veranlassen, die Gewährung des Staatsbeitrages für die Saarvereinigung an die Bedingung zu knüpfen, daß diese die Hälfte des Betrages an die Berliner GSV abführte: Vgl. Brief der GSV an das württembergische Staatsministerium (27.02.30), in: BA-R 8014/620; HStA Stuttgart, E 130 b/ 2632. Letztendlich verzichtete die Staatsanwaltschaft Heilbronn auf eine Klageerhebung.

gruppe verhinderten der Anspruch auf Eigenständigkeit und Dünkel gegenüber allem, was aus dem fernen Berlin stammte¹⁵⁸⁹, einerseits sowie uneinsichtiges Festhalten an Hierarchien und das Pochen auf der von Anfang an beanspruchten Führungsrolle andererseits eine effiziente Kooperation zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und der württembergischen Saarvereinigung¹⁵⁹⁰.

Wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, beschränkten sich die informellen Verbindungen Theodor Vogels nach seiner Ausweisung in erster Linie auf Kontakte zur preußischen Ministerialbürokratie und Bergbehörden sowie auf seine zahlreichen Bekanntschaften im Umfeld des bürgerlichen Vereins- und Parteiwesens der Saarmetropole. Dies hatte zur Konsequenz, daß der saarpfälzische Teil des Saargebietes in der ersten Phase der Saarvereinstätigkeit eher stiefmütterlich behandelt wurde¹⁵⁹¹. Um aber den pfälzischen Separatismusströmungen keinen weiteren Auftrieb zu verleihen, mußte die Organisation auch den kleineren, östlichen Teil des Saargebietes mit erfassen. Nach einer anfänglichen Arbeitsteilung mit der halboffiziellen Mannheimer Pfalzzentrale und ersten Kooperationen mit pfälzischen Hilfsverbänden im Frühjahr 1920 initiierte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ab Herbst 1920 die Gründung einer Ortsgruppe in der bayerischen Landeshauptstadt¹⁵⁹². Am 3. Juli 1921 konstituierte sich schließlich eine eigenständige Münchener Vereinigung unter der Leitung des kriegsbeschädigten Dr. Karl Meyer¹⁵⁹³. Schon die Anwesenheit des Staatskommissars Dr. Theodor von Winterstein¹⁵⁹⁴, der im Verlauf der Zeremonie das Wort ergriff, zeigte die enge Verknüpfung zwischen der Ver-

¹⁵⁸⁹ Vgl. Brief der württembergischen Saarvereinigung an die GSV (30.04.31), in: BA-R 8014/511.

¹⁵⁹⁰ Beispielsweise riet die GSV dem PrMI von einer finanziellen Unterstützung ab; die preußischen Gelder sollten der in Berlin ansässigen Vereinigung zugute kommen: Vgl. Brief der GSV an das PrMI (12.08.24), in: BA-R 8014/673.

¹⁵⁹¹ Vgl. Brief der GSV an den „Bund der Deutschen Grenzmarken-Schutzverbände“ (16.01.20), in: BA-R 8014/616.

¹⁵⁹² Hiermit verletzte Vogel die Vereinbarung mit der Stuttgarter Vereinigung. Vgl. Schriftwechsel der GSV mit Dr. Karl Meyer (Herbst 1920), in: BA-R 8014/509. Auch mit Oberst Rudolf von Xylander sowie der Mannheimer Pfalzzentrale war Vogel diesbezüglich in Kontakt getreten. Beide waren sich einig darin, daß die Gründung eines bayerischen Saarvereins nur begrüßt werden konnte, allerdings sollte er sich nicht „ganz ins Berliner Fahrwasser begeben“, sondern lediglich ein Kartell mit der GSV schließen: Vgl. Brief Xylanders an Dr. Ritter (25.12.20), in: BayHStA, Haupthilfsstelle Pfalz 27 sowie Antwortschreiben Dr. Ritters (07.01.21), in: BayHStA, MA 108.206.

¹⁵⁹³ Vgl. SF 2 (1921) 14, S. 194 f. Der 1885 im saarländischen Neunkirchen geborene Meyer hatte im Krieg das rechte Bein verloren; seit Juli 1917 war er als juristischer Hilfsarbeiter bei der Stadt München angestellt: Vgl. Auskunft der Polizeidirektion München an das BayMA (20.09.21), in: BayHStA, MA 108.206. Die französische Gesandtschaft in München kommentierte die Berichterstattung in den bayerischen Zeitungen wie folgt: „*Cette série d'articles anti-français et de manifestations pro-sarroises semble avant tout révéler la grosse inquiétude que cause aux conservateurs allemands le bon accueil qu'a trouvé la propagande française auprès de certains milieux sarrois.*“: Brief der französischen Gesandtschaft München an Außenminister Briand (11.07.21), in: C.A.D.N., Cons. Munich A 46.

¹⁵⁹⁴ Zur Biographie des ehemaligen Regierungspräsidenten der Pfalz vgl. GEMBRIES, S. 26 f. Als weitere Gäste bzw. Redner waren u.a. Vogel, Ommert und Oberst Rudolf von Xylander anwesend.

einigung und den bayerischen Staatsbehörden. Allerdings erfüllte sich die Hoffnung der Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ keineswegs, durch das Engagement eines exponierten Beamten auch an finanzielle Zuwendungen der bayerischen Staatsregierung zu gelangen¹⁵⁹⁵. Denn während von Winterstein zwar der Ortsgruppe München 5.000 Mark zur Verfügung stellte¹⁵⁹⁶, versagte das bayerische Innenministerium dem Bund der Saarvereine die erforderliche Genehmigung zur Mitgliederwerbung und Sammlung von Geldern im rechtsrheinischen Bayern mit der Begründung, die unerwünschte Zersplitterung von Hilfsmitteln verhindern zu wollen¹⁵⁹⁷. Da nach einer erneuten Bestätigung des Verbotes und einem ähnlich lautenden Rundschreiben des Bayerischen Städtetages nicht nur die kommunalen Zuwendungen aus dem Freistaat ausblieben¹⁵⁹⁸, sondern aufgrund der bayerischen Haltung auch verschiedene Reichsstellen bereits zugesagte finanzielle Unterstützungen zurückzogen, drängte die Berliner Geschäftsstelle auf eine schnelle Klärung der Verhältnisse. Anfang Dezember 1921 erfolgte im Bayerischen Außenministerium schließlich eine Besprechung, in welcher Vogel, der Vorsitzende der Münchener Ortsgruppe Meyer und Staatskommissar Jolas die Kompetenzen zwischen dem bayerischen Saarverein und der Berliner Zentrale abgrenzten¹⁵⁹⁹. Hiermit entstand nach der württem-

¹⁵⁹⁵ Vgl. die beiden Briefe der GSV an von Winterstein (06.07.21 und 07.07.21), in: BayHStA, MA 108.206 und 108.208

¹⁵⁹⁶ Vgl. Anweisung von Wintersteins an die Rheinische Kreditbank Mannheim (21.07.21), in: BayHStA, MA 108.206.

¹⁵⁹⁷ Vgl. Brief des BayMInn an den BdS (05.09.21), in: BA-R 8014/509. Die Anregung hierzu war von dem bayerischen Staatskommissar für die Saarpfalz Heinrich Jolas (1866–1949) ausgegangen, der dem Ministerium Ende August 1921 die Gründung der Ortsgruppe mitgeteilt hatte, welche *„die Interessen des Saargebiets in Süddeutschland selbständig und unter Ablehnung der Methode des Berliner Saarvereins wahrnehmen will. Dieser Münchener Verein, dessen Satzungen in der Ausarbeitung begriffen sind, würde die wünschenswerte Ausdehnung über Süddeutschland nicht erlangen können, wenn es dem Berliner Verein jetzt glücken würde, eine große Anzahl von Mitgliedern in Süddeutschland zu erlangen. Der Berliner Verein weiß von der Gründung des Saarvereins München und hat schon bei dessen Gründung eine unwillkommene Einflußnahme versucht. Er strebt augenscheinlich an, nachdem ihm das mißglückt ist, seinen Einfluß in Süddeutschland gegen den Saarverein München zu verstärken. Der Saarverein München steht in dauernder Fühlung mit dem Herrn Staatskommissar für die Pfalz und mir.“* Brief Jolas' an das BayMInn (25.08.21), in: BayHStA, Minn, 47.098. Vgl. ebenso: JOLAS: Saar-Denkschrift, in: LA Speyer, L 342, S. 33.

¹⁵⁹⁸ Vgl. Abschrift eines Briefes des BayMInn an den BdS (14.10.21) und Rundschreiben des Bayerischen Städtebundes (19.10.21), in: StA Erlangen, 406/110. Reibereien zwischen Vogel und der bayerischen Pfalzzentrale dürften dem Ansehen der GSV in München ebenfalls kaum zuträglich gewesen sein. Auch der württembergische Staat zahlte in aller Regel nur Gelder an die Stuttgarter Vereinigung und nicht an die GSV: Vgl. HStA Stuttgart, E 130 b/2631 f.

¹⁵⁹⁹ Vgl. SF 3 (1922) 10, S. 150 f. Vereinbarung vom 06.12.21, in: BA-R 8014/509:
*„1. Die bayrische Saarvereinsorganisation für den Staat Bayern, welche ihren Sitz in München hat, tritt dem Bund ‚Saar-Verein‘ in Berlin als Orts- bzw. Landesgruppe als Mitglied bei.
2. Der Ausbau der bayrischen Organisation soll sich über den ganzen bayrischen Staat erstrecken.
3. Der Bayrische Saarverein behält wie alle übrigen Ortsgruppen seine volle Selbständigkeit. Er gibt sich eigene Satzungen, aus denen seine Zugehörigkeit zum Bund ‚Saar-Verein‘ hervorgeht.
4. Die dem Bund ‚Saar-Verein‘ angehörigen und in Zukunft noch beitretenden Einzelmitglieder in einzelnen Städten des bayrischen Staates, in welchen bisher Ortsgruppen nicht bestanden haben, werden dem Bayerischen Saarverein in München nach dem vollendeten Ausbau der Organisation und nach der evtl. Gründung einzelner Ortsgruppen vom Bund ‚Saar-Verein‘ überwiesen werden.
5. Der Bayrische Saarverein in München versichert seine Bereitwilligkeit, in jeder Beziehung die Interessen*

bergischen Geschäftsstelle in Stuttgart eine zweite autonome Ortsgruppe in München, die ihre Saargebietspropaganda zwar in Anlehnung an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ betrieb, sich aber eher den protegierenden bayerischen Behörden als der eigentlichen Dachorganisation verpflichtet fühlte.

Während sich im rheinisch-westfälischen Industrierevier bereits bestehende Vereinigungen nur zu einer lockeren Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossen, dehnte die Münchener Ortsgruppe ihren Einflußbereich gemäß obiger Vereinbarung auf das gesamte bayerische Staatsgebiet aus;



Abb. 18: Franz Johannes

allerdings erfolgte die geplante Expansion erst im Laufe des Jahres 1925 unter der Leitung des neuen Vorsitzenden Franz Johannes¹⁶⁰⁰. Da dies aber den Ausfall erheblicher Geldmittel von bayerischen Einzelmitgliedern und – was noch schwerer wog – von den bayerischen Kommunen zur Folge hatte, war der erneute Konflikt mit Berlin vorprogrammiert. Auch diesmal erlitt die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ eine Niederlage, weil die Staatsbehörden noch immer ihre schützende Hand über die inzwischen zur Landesgruppe erhobene bayerische Vereinigung hielten und der Bayerische Städtetag wie vier Jahre zuvor

die Unterstützung der Münchener Gruppe „im Gegensatz zum Berliner Zentralverein“ empfahl¹⁶⁰¹. Dem trugen auch die wenig später in Hannover verabschiedeten Grundsätze zur Finanzierung des Bundes Rechnung: Sowohl die württembergische als auch die bayerische Landesgruppe waren explizit von der Verpflichtung ausgenommen, auf staatliche oder kommunale Hilfsquellen verzichten zu müssen. Die Genehmigung zur Mitgliederwerbung in Bayern blieb weiterhin dem Münchener Saarverein vorbehalten¹⁶⁰². Dank einer Intervention Vogels beim

der Saargebietssache in gedeihlicher Zusammenarbeit mit dem Bund und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ wahrnehmen zu wollen. Nach der endgültigen Konstituierung des Bayrischen Saarvereins in München soll sofort innerhalb des bayrischen Staates mit Unterstützung und Genehmigung der bayrischen Staatsregierung eine große Landesgeldsammlung veranstaltet werden, von deren Ergebnis ein noch festzusetzender Prozentsatz an den Bund ‚Saar-Verein‘ bzw. an die Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ in Berlin als Beitrag und Zuschuß für die Herstellungskosten der Halbmonatsschrift ‚Saar-Freund‘ abgeführt werden soll. Durch diese Regelung soll aber die Unterstützung des ‚Saar-Freund‘ durch den Bezug und durch sonstige Zuwendungen einzelner Mitglieder in keiner Weise beeinträchtigt werden.“

¹⁶⁰⁰ Vgl. SF 6 (1925) 23, S. 394. Zu dieser Zeit zählte die bayerische Ortsgruppe nur etwas mehr als 100 Mitglieder: Vgl. SF 6 (1925) 7, S. 115. Der 1877 im Saarrevier geborene Kunstmalers Johannes übernahm das Amt im Frühjahr 1923 von Meyer; in seiner Eigenschaft als Saarvereinsvorsitzender war er zum Beisitzer des rechtsstehenden „Deutschen Notbundes gegen die Zwingherrschaft am Rhein“ gewählt worden: Vgl. Flugblatt des Notbundes (April 1926), in: Staatsarchiv Amberg, Regierung der Oberpfalz, Kammer des Innern 21.082.

¹⁶⁰¹ Vgl. Brief des Bayerischen Städtetages an Erlangen (14.01.25). Die Stadt hatte am 09.01.25 nach einem Rundschreiben des „Bund Saar-Verein, Ortsgruppe München“ an alle bayerischen Städte und Landgemeinden um Rat ersucht: Vgl. StA Erlangen, 406/110.

¹⁶⁰² Aus einer Aktennotiz im BayMA vom 20.08.25 (BayHStA, MA 108.208) geht hervor, daß die Gruppe großen Wert auf dieses Privileg legte, was durchaus dem Interesse der Behörden entgegenkam, „weil die bayer. Regierung wohl auf den Saarverein München, nicht aber auf den Saarverein in Berlin Einfluß nehmen“ konnte.

interfraktionellen Saarausschuß des Bayerischen Landtages konnte im November des gleichen Jahres immerhin die Kompromißformel getroffen werden, daß die Münchener Gruppe nur nach außen als Empfängerin jener bayerischer Hilfsgelder auftrat, die intern an die Berliner Zentrale abgeführt werden sollten¹⁶⁰³.

Zu einer Entspannung des Verhältnisses zwischen Münchener Ortsgruppe und Geschäftsstelle „Saar-Verein“ trug diese Regelung allerdings nicht längerfristig bei. Vielmehr eskalierte die Situation 1929 vollends: Die inzwischen auf 140 Mitglieder gewachsene bayerische Landesgruppe drohte offen mit Abspaltung, nachdem Vogel und der Bundesvorsitzende Andres eine Prüfung der Münchener Geschäftsbücher hatten vornehmen wollen¹⁶⁰⁴. Die Trennung erfolgte zwar nicht, jedoch enden im Jahr 1929 die Berichte im „Saar-Freund“ über die Tätigkeit der bayerischen Gruppe.

Der Antagonismus zwischen Bayern und dem Reich setzte sich auf der Ebene der jeweiligen Saarvereins-Geschäftsstellen fort; im Grunde führten Vogel und Johannes in der Frage der Föderalisierung der (Kultur-) Propaganda eine Art Stellvertreterkrieg. Hinzu kamen persönliche Ambitionen, übersteigerter Ehrgeiz und nicht zuletzt auch Neid bei den beiden Protagonisten, die bis zur Gleichschaltung des Bundes der Saarvereine eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Berliner Zentrale und Münchener Landesgruppe behinderten. Als beispielsweise die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ 1931 einen erneuten Versuch unternahm, die schmerzhaften Einnahmeausfälle infolge der Weltwirtschaftskrise durch eine Sammlung in Bayern auszugleichen, torpedierte Johannes den Antrag beim Staatsministerium mit der Begründung, die Berliner räumten dem Eintreiben von Geldern höchste Priorität ein und vernachlässigten dabei – anders als die Münchener Ortsgruppe –, die Einbindung der Saarländer in die Volksgemeinschaft: *„Der freie und uneigennützig Dienst am Vaterlande verträgt sich nicht mit dem ewigen Schrei nach*

¹⁶⁰³ Vgl. Besprechung zwischen Vogel, Munzinger, Bühler und Körner (jeweils MdL) sowie Johannes und Vogel (Ortsgruppe München) am 10.11.25, in: BA-R 8014/510. In der Praxis gestaltete sich dies jedoch so, daß bayerische Städte trotz der ministeriellen Anordnung sowohl von Berlin als auch von München mit allgemeinen Rundschreiben und Bitten um finanzielle Unterstützung bedacht wurden: Vgl. hierzu exemplarisch: StA Erlangen, 406/110 und 110 a.

¹⁶⁰⁴ Vgl. Brief der Ortsgruppe München an die GSV (01.02.29), in: BA-R 8014/511. Vogel nahm die Drohung, eine eigene bayerische Geschäftsstelle aufzubauen, nach außen relativ gelassen hin; er gab vor, nicht zu wissen, *„wie gerade unser berühmter Herr Johannes der Mann sein könnte, der geistig in der Lage wäre, eine Geschäftsstelle aufzubauen und zu führen.“*: Brief der GSV an Scheuer (07.02.29), in: LA Saarbrücken, NL Scheuer 61.

finanzieller Unterstützung.“¹⁶⁰⁵ Auf der anderen Seite sabotierte Vogel den Ausbau der bayerischen Organisation, indem er seinen Vertrauten Hans Kratz aufforderte,

„bei der Gründung von Ortsgruppen diesselben zu veranlassen, daß sie sich dem Bund der Saarvereine als selbständige Ortsgruppen anschließen und nicht etwa der Landesgruppe Bayern in München, die dem untätigen Herrn Johannes untersteht [...]“¹⁶⁰⁶

Nach der ersten Ablehnung ihres Antrages zur Mitglieder- und Geldwerbung trugen Andres und Vogel das Anliegen erneut dem bayerischen Saarpfalzkommissar Jolas in München vor. Obwohl sie dabei vom Präsidenten des saarländischen Landesrates Peter Scheuer¹⁶⁰⁷ unterstützt wurden, gelang ihnen lediglich ein Achtungserfolg: Das Staatsministerium des Innern erteilte zwar die gewünschte Genehmigung, jedoch mußten alle in Bayern geworbenen fördernden Mitglieder dem bayerischen Saarverein überwiesen werden, an den auch die Mitgliederbeiträge und Spenden abzuführen waren¹⁶⁰⁸. Die erhoffte finanzielle Entlastung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ scheiterte damit ebenso wie eine arbeitsteilige Propaganda nach Berliner Direktiven am Widerstand der süddeutschen Landesgruppe.

Hinsichtlich der beiden teilautonomen süddeutschen Landesverbände läßt sich festhalten, daß partikularistische und zentralistische Eigeninteressen Kräfte banden und somit eine konstruktive Auseinandersetzung mit wichtigeren Problemen erschwerten. Die Weigerung Münchens und Stuttgarts, sich der Berliner Zentrale unterzuordnen, verhinderte die von Vogel angestrebte Homogenität, und die immer wieder hochkochenden Konflikte führten auf beiden Seiten zu einem Verlust der Effektivität.

¹⁶⁰⁵ Vgl. Brief der Ortsgruppe München an das BayMA (04.03.31), in: BayHStA, MA, 108.207. Eine Woche zuvor hatte Johannes Vogel beim bayerischen Staatskommissar Jolas zu diskreditieren versucht: „Johannes behauptete u.a., daß der Sekretär der Geschäftsstelle Vogel auffallend hohe Bezüge erhalte, daß die Geschäftsstelle die im ‚Saarfreund‘ erscheinenden Aufsätze besonders hoch honoriere, Reichstagsabgeordnete gut bezahle und daß auch Landesratspräsident Scheuer sich unter den mit Saarvereinsgeld Geköderten befände. Vogel sei der tatsächliche Leiter der Geschäftsstelle und richte seine ganze Tätigkeit darnach [sic] ein, aus der Geschäftsstelle eine ‚Futterkrippe‘ für sich zu machen. Er, Johannes, rate dringend davon ab, der Geschäftsstelle die gewünschte Genehmigung zu erteilen.“ Aufzeichnung Jolas' über die Unterhaltung vom 28.02.31 (28.02.31), in: Ebd.

¹⁶⁰⁶ Brief der GSV an Hans Kratz, Nürnberg (20.05.31), in: BA-R 8014/511. Vogel weigerte sich beharrlich, die Eigenständigkeit der Ortsgruppe München zu akzeptieren: Vgl. Brief der GSV an das AA (13.04.31), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093.

¹⁶⁰⁷ Der oben erhobene Vorwurf von Johannes, der Zentrumsman Scheuer (1882–1944) sei von der GSV geködert worden, dürfte kaum zutreffen. Tatsächlich schlichtete Scheuer mindestens seit 1927 regelmäßig im Konflikt zwischen Berlin und München. Da er auch zu den Vertrauten von Jolas zählte – allein 1928 hielt er sich insgesamt an 35 Tagen zu Besprechungen in der bayerischen Landeshauptstadt auf – war es ein geschickter Schachzug Vogels, ihn um Vermittlung zu bitten: Vgl. Brief der GSV an Scheuer (08.04.31), in: LA Saarbrücken, NL Scheuer 61; Auflistungen von Scheuer, in: BayHStA, MA 106.124. Der Kommandant der französischen Garnisonstruppen im Saargebiet zählte ihn schon seit Jahren zu einem der „agents les mieux placés et les plus actifs de l'officine d'espionnage et de propagande“: Bericht Général Frantz' (28.07.25), in: Archives de S.H.A.T, 7 N/ 2668/6.

¹⁶⁰⁸ Vgl. Brief des BayMInn an die GSV (04.05.31), in: BA-R 8014/511.

c) Ortsgruppen jenseits der Reichsgrenzen

In Beuthen gründete sich Anfang September 1922 eine „Oberschlesische Landesgruppe“, die ihre seit 2½ Jahren stattfindenden monatlichen Zusammenkünfte in Beuthen, Hindenburg, Gleiwitz sowie in dem an Polen gefallenem Königshütte aufgrund der französischen Besetzung Oberschlesiens nur im geheimen abhalten konnte. Den Vorsitz hatte der Hindenburger Chefchemiker Schlegel inne. Trotz der Wahl von Vertrauensleuten zur Gründung neuer Ortsgruppen in Oberschlesien schloß die Gruppe schon Ende 1923 wieder ein¹⁶⁰⁹.

Erfolgreicher als die gescheiterten Versuche auf den Philippinen¹⁶¹⁰ und in Brasilien¹⁶¹¹ in den Zwanzigern verlief die Gründung eines argentinischen Saarvereins, der Mitte April 1932 in Buenos Aires aus der Taufe gehoben wurde¹⁶¹². Charakteristisch für deutsche Saargruppen im Ausland war die besondere Pflege des heimatlichen Brauchtums, weshalb die Schilderungen der Weihnachtsfeiern in Südamerika fast identisch mit den Berichten reichsdeutscher Ortsgruppen sind¹⁶¹³. Der argentinische Verein, der es immerhin auf zweistellige Mitgliederzahlen brachte, kann durchaus als ambitioniert bezeichnet werden; für das Frühjahr 1933 plante er eine groß aufgezogene Werbekundgebung.

Eines der zentralen Anliegen des Bundes der Saarvereine war neben der Sensibilisierung der reichsdeutschen Bevölkerung für saarspezifische Belange die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Ausland. Obschon die Vereinigten Staaten nicht dem Völkerbund beitraten und hierdurch keinen unmittelbaren Einfluß auf eine vorzeitige Änderung des Saarstatuts nehmen konnten, besaß die Stimme der USA als bedeutendsten Gläubigerstaates nach dem Ersten Weltkrieg kaum zu überschätzendes Gewicht¹⁶¹⁴. Folglich versuchte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bereits Anfang der zwanziger Jahre, auch auf dem amerikanischen Kontinent Fuß zu fassen¹⁶¹⁵.

¹⁶⁰⁹ Ungeachtet dessen tauchte sie in späteren Verzeichnisse des Bundes auf: Siehe S. 303. Zur Gruppe vgl. SF 3 (1922) 20, S. 307; SF 4 (1923) 2, S. 21; Brief der GSV an Schlegel (05.11.24), in: BA-R 8014/151. Nachdem ähnliche Versuche des „Reichsverbands der Rheinländer“ 1922 behindert worden waren, erfolgte im Frühjahr 1929 in Breslau die Wiedergründung einer „Schlesischen Gruppe“, die allerdings erst zu Jahresende 1933 größere Aktivität entfaltete: Vgl. SF 10 (1929) 7, S. 136; Schriftverkehr mit Ortsgruppe Breslau, in: BA-R 8014/276.

¹⁶¹⁰ In Manila sollte ein Malermeister eine Saargruppe gründen: Vgl. Brief der GSV an Kraut (25.07.28), in: BA-R 8014/1028.

¹⁶¹¹ Vgl. Brief der deutschen Gesandtschaft Rio de Janeiro an die GSV (11.03.26), in: BA-R 8014/1028.

¹⁶¹² Vgl. Brief des Saarvereins Argentinien an die GSV (12.05.32), in: BA-R 8014/1031; SF 14 (1933) 10, S. 162 f.; SF 15 (1934) 4, S. 68.

¹⁶¹³ Auch das Briefpapier mit dem obligatorischen Winterbergdenkmal orientierte sich an den reichsdeutschen Vorbildern.

¹⁶¹⁴ Vgl. den Appell an Präsident Harding, in: SF 2 (1921) 7, S. 83.

¹⁶¹⁵ Vgl. Brief der GSV an einen Wilhelm Thomae (22.08.21), in: BA-R 8014/1027. Der 1857 im saarländischen St. Johann geborene Thomae war bereits 1882 in die Vereinigten Staaten ausgewandert. Während der Inflation unterstützte er die GSV mit Devisen: Vgl. SF 8 (1927) 8, S. 127.

Es sollte allerdings noch mehrere Jahre dauern, bis sich 1928 die Detroit Ortsgruppe des „Bundes der Frontsoldaten, Gau Nordamerika“ unter der Leitung von Vogels Neffen Tankred Ziegler als körperschaftliches Mitglied anschloß¹⁶¹⁶. Die deutschsprachige „Detroitter Abendpost“ übernahm fortan sowohl bereits im „Saar-Freund“ publizierte als auch eigens von Vogel für amerikanische Leser verfaßte Artikel¹⁶¹⁷.

Die Gründung einer eigenständigen Saarländervereinigung in den USA erfolgte erst im Frühjahr 1934 in New York¹⁶¹⁸. Anzeigen in den deutschen Blättern der Ostküste riefen die potentiellen Abstimmungsberechtigten auf, sich um die Zuteilung der notwendigen Unterlagen zu bemühen¹⁶¹⁹. Die Untersuchungen des ebenfalls 1934 gegründeten „Dickstein Committee“¹⁶²⁰ ließen kurzzeitig die Frage des korporativen Beitritts zur reichsdeutschen Bundesorganisation in ein neues Licht rücken, zumal die „jüdische“ Presse der Vereinigten Staaten die Behauptung erhoben haben soll, daß alle Ableger deutscher Verbände entweder Nazi-Spione oder -Propagandisten seien¹⁶²¹. Da sich der New Yorker Verein aber im Laufe des Frühjahres auch formal dem Bund der Saarvereine anschloß, konnten die vorhandenen Bedenken innerhalb der Ortsgruppenführung offensichtlich zerstreut werden. Zumindest der Schriftführer Alfons Wenz geriet in keinen Loyalitätskonflikt; er selbst bezeichnete sich als treuen Deutschen und zugleich guten amerikanischen Bürger¹⁶²².

Es ist anzunehmen, daß die New Yorker Gruppe, die im Sommer 1934 immerhin 327 abstimmungsberechtigte Mitglieder zählte¹⁶²³, Vorbild für die Gründung weiterer Saarvereinigungen in den Vereinigten Staaten war. So konstituierten sich in der zweiten Jahreshälfte in Los

¹⁶¹⁶ Vgl. Brief Zieglers (*1892) an die GSV (07.11.28), in: BA-R 8014/1030. Der Sohn von Vogels Schwester war erst nach dem Krieg emigriert und hatte die amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen: Vgl. Brief Zieglers an Vogel (10.09.29), in: BA-R 8014/1031. Während seines Aufenthaltes in Bremen sollte er bereits dort eine Ortsgruppe des Bundes initiieren: Vgl. Brief Vogels an Ziegler (23.03.21), in: BA-R 8014/147. Zur Tätigkeit der Detroitter Stahlhelm- bzw. Saarvereinsgruppe vgl. SF 10 (1929) 4, S. 78; SF 11 (1930) 10, S. 190.

¹⁶¹⁷ Über die Berliner Vertretung der nordamerikanischen Agenturen versuchte Vogel zu dieser Zeit, weitere Zeitungsartikel zu lancieren: Vgl. Brief der GSV an Posselt (08.02.29), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5.

¹⁶¹⁸ Vgl. Brief des deutschen Generalkonsulats New York an das AA (05.04.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.473. Hier fühlten sich sogar unabhängig voneinander zwei ehemalige Saarländer aufgerufen, aktiv zu werden. Beiden Gruppen vereinigten sich schließlich: Vgl. Brief Wenz' an die GSV (12.02.34), in: BA-R 8014/1031.

¹⁶¹⁹ Vgl. die Anzeige in der „Deutschen Zeitung“: „Saarländer! Tut Eure Pflicht! Ganz gleich, ob Sie nun schon Amerikaner sind oder nicht, wählen Sie für den Wiederanschluß an Deutschland! Registrieren Sie sich noch heute!“: SF 15 (1934) 8, S. 147.

¹⁶²⁰ Benannt nach seinem stellvertretenden Vorsitzenden und eigentlichen Initiator, dem Vorsitzenden des Einwanderungs-Amtes Samuel Dickstein, untersuchte es „unamerikanische“ Aktivitäten in den Vereinigten Staaten.

¹⁶²¹ Vgl. Brief Wenz' an die GSV (05.04.34), in: BA-R 8014/530.

¹⁶²² Vgl. ebd.

¹⁶²³ Vgl. Brief Wenz' an Röchling (21.07.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.473. Etwa zu dieser Zeit wurde sogar ein besoldeter Geschäftsführer eingestellt: Vgl. Brief des deutschen Generalkonsulats New York an das AA (17.07.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.478.

Angeles eine Ortsgruppe „Kalifornien“¹⁶²⁴ und an der kanadischen Grenze der „Saarländerverein für Chicago und den Mittelwesten“¹⁶²⁵. Letzterer trat dem Bund der Saarvereine im Oktober 1934 mit insgesamt 256 Mitgliedern bei. Nach seinen Statuten konnte jede im Saargebiet geborene Person sowie jeder Deutsch-Amerikaner die Mitgliedschaft erlangen; der Verein bezeichnete sich selbst als „politisch unbedingt neutral“¹⁶²⁶.

Hatten sich die im Ausland bestehenden Saarvereine schon vor der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ am Verlauf der Saarkundgebungen ihrer reichsdeutschen Schwesterverbände orientiert, so imitierten die nordamerikanischen Gruppen nun den nach 1933 gängigen Veranstaltungsstil. Im Grunde unterschieden sich die Aufmärsche vom Original nur durch das obligatorische einleitende „Star Spangled Banner“¹⁶²⁷. Die Inszenierung der Saarkundgebung, welche der New Yorker Saarverein am 28. Oktober 1934 im „Yorkville Casino“ abhielt, glich bis ins Detail den musikumrahmten, fahngeschmückten und mit Hakenkreuzen drapierten Versammlungen im Deutschen Reich. Selbst ein übermannshohes Gemälde des Winterbergdenkmals fehlte nicht¹⁶²⁸. Ursprünglich waren etwa 8.000 Besucher erwartet worden,



Abb. 19: Saarkundgebung in New York (28.10.34)

den, doch letztendlich folgten etwa nur halb so viele dem Aufruf des Vereins¹⁶²⁹, der aufgrund einer Boykottmaßnahme in ein kleines Casino umziehen mußte. Trotz der angekündigten

¹⁶²⁴ An der Westküste hatten sich nur 27 abstimmungsberechtigte Saarländer zusammengefunden: Vgl. Brief Emil Schmidts an die GSV (30.10.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.482. Schmidt war 1921 bereits maßgeblich an der Gründung der Karlsruher Ortsgruppe beteiligt gewesen: Vgl. Brief Schmidts an das AA (15.11.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.485.

¹⁶²⁵ Schon die von 70 Personen besuchte Gründungsversammlung wurde von den Organisatoren zum Ausfüllen der Abstimmungsanträge genutzt: Vgl. Brief des deutschen Generalkonsulats Chicago an das AA (21.08.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.477.

¹⁶²⁶ Vgl. Brief des „Saarländer-Vereins für Chicago und den Mittelwesten“ an die GSV (08.10.34), in: BA-R 8014/292; SF 15 (1934) 23, S. 507. Den dürftigen Informationen über den Vorstand des Chicagoer Vereins zufolge war dessen Präsident Joseph P. Martin gebürtiger Wehrdener; der 1893 in Neunkirchen geborene Schriftführer und Kassierer Hans Dietz hatte 1929 die amerikanische Staatsbürgerschaft erhalten und betrieb eine Hühnerfarm: Vgl. SF 15 (1934) 23, S. 504; Brief des deutschen Generalkonsulats Chicago an das AA (21.08.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.478. Die Ortsgruppe Chicago beteiligte sich Ende Oktober am „Deutschen Tag“, zu dem 20.000 Besucher gekommen sein sollen. Weitere kleinere Veranstaltungen, auch im benachbarten Milwaukee, folgten: Vgl. SF 15 (1934) 22, S. 469; Brief des deutschen Generalkonsulats Chicago an die deutsche Botschaft Washington (11.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.883. Der letzte Hinweis auf die Ortsgruppe stammt von Mai 1935, in: BA-R 8014/292.

¹⁶²⁷ Vgl. das Festprogramm sowie ein Foto des Gründungsfestes der New Yorker Gruppe (19.05.34), in: BA-R 8014/530. Auf der Veranstaltung traten neben Vereinsangehörigen auch Vertreter der „Steuben Society“, des „Bundes der Freunde des Neuen Deutschlands“ sowie des „Stahlhelm“ auf: Vgl. SF 15 (1934) 13, S. 254 f.

¹⁶²⁸ Vgl. die beiden Fotos in SF 15 (1934) 24. Ankündigungen in SF 15 (1934) 20, S. 423.

¹⁶²⁹ Die deutschen Blätter meldeten unisono 50.000 Besucher, die zur Zeremonie erschienen sein sollen: Vgl. SF 15 (1934) 22, S. 472; DNB-Meldung (29.10.34), in: BA-R 8036/5, „Deutscher Saar-Dienst“ Nr. 41 (05.11.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.520.

antifaschistischen Gegendemonstrationen und Störmanöver¹⁶³⁰ verlief der Abend weitgehend ohne Zwischenfälle. Höhepunkt war die schon auf den Plakaten angekündigte Fahnenweihe¹⁶³¹.

Die vorgegangenen Ausführungen über die Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine haben gezeigt, daß dieser kein streng homogener Verband war, sondern daß die Ableger der Berliner Zentrale oftmals gruppeninterne Interessen verfolgten und sich stärker lokalen Traditionen als den übergeordneten Richtlinien des Bundes verpflichtet fühlten. Die hieraus resultierende Eigendynamik mußte zwangsläufig zu Interessenkonflikten mit der Geschäftsstelle führen, welche die Ernsthaftigkeit der Saarvereinsarbeit gewahrt sehen wollte. Für Vogel stand stets die Frage „*In welcher Weise kann die betreffende Versammlung den Zielen der Ortsgruppe des Bundes ‚Saar-Verein‘ dienen?*“ im Vordergrund¹⁶³². Letztendlich besaßen die Ortsverbände in viel größerem Umfang den Charakter landsmannschaftlicher Freizeitvereine, als dies die Zentrale wahrhaben wollte.

Deren streng zentralistischer und autoritärer Kurs degradierte die Ortsgruppen nicht nur in finanzieller Hinsicht zu reinen Befehlsempfängern und läßt Defizite im vereinsinternen Demokratieverständnis Vogels erkennen.

Die scharfe Kritik der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ muß allerdings relativiert werden: Nur aus Vogels Sicht waren die unpolitischen geselligen Zusammenkünfte und Freizeitveranstaltungen der Sand im Getriebe der Saarpropaganda¹⁶³³. Die Ortsgruppen arbeiteten im Rahmen ihrer Möglichkeiten, sie hielten während der fünfzehnjährigen Völkerbundsverwaltung Tausende von Versammlungen ab, organisierten Hunderte von Kundgebungen und verfaßten unzählige Presseartikel über die Saarfrage für die Lokalblätter. Selbstverständlich war diese Art der Propaganda keineswegs immer anspruchsvoll¹⁶³⁴ und wurden auch gänzlich unpolitische Themen

¹⁶³⁰ Allem Anschein nach gab es auch eine verhaltene Gegenpropaganda in Nordamerika: So distanzierte sich die New Yorker Gruppe von einem „Saarländischen Kulturbund“, und die deutsche Vertretung warnte vor einem dort ansässigen „Status quo Komitee“ unter der Führung eines Franzosen namens Gibardi. Dieser sowie ein gewisser Andrey kooperierten mit dem kommunistischen Deutschen Arbeiter-Klub und wurden nach deutschen Informationen finanziell durch die Anti-Nazi-Federation unterstützt: Vgl. „Deutscher Saar-Dienst“ Nr. 15 (21.04.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.518; Brief des deutschen Generalkonsulats New York an das AA (07.11.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.719.

¹⁶³¹ Vgl. auch PAUL/ SCHOCK, S. 68 (Abb. 52). Vgl. Bericht des deutschen Generalkonsulats New York an das AA (31.10.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.481; SF 15 (1934) 24, S. 534 f.; „New Yorker Staatszeitung“ (29.10.34). Die Ortsgruppe hatte das Generalkonsulat zuvor um Überlassung von Werbeschriften gebeten: Vgl. Brief des deutschen Generalkonsulats Chicago an das AA (10.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.644. In den siebziger Jahren gelangte die Fahne als Geschenk der Nachfahren des einstigen New Yorker Vereinsvorsitzenden in den Bestand des saarländischen Landesarchivs: Vgl. Foto der Fahne in: Saarheimat 21 (1977) 8, S. 148.

¹⁶³² Vgl. Tätigkeitsbericht Vogels auf der Mitgliederversammlung 1922 (07.05.22), in: SF 3 (1922) 10, S. 151.

¹⁶³³ Im jahrelangen Konflikt zwischen Berlin und den autonomistischen süddeutschen Gruppen wurden hingegen tatsächlich Kräfte vergeudet.

¹⁶³⁴ Selbst im Bundesorgan finden sich Hinweise darauf, daß die Vereinsmeierei als Problem erkannt worden war: Vgl. SF 11 (1930) 13/14, S. 256.

in den Vordergrund gerückt, aber gerade darin lag die Stärke der Ortsgruppen: Gerade weil sie auf die Bedürfnisse ihrer Mitglieder zugeschnitten waren und deren Erwartungen erfüllten, war ihre Propaganda glaubwürdig und – zumindest auf den Kreis ihrer Mitglieder bezogen – auch effizient. Der Zulauf zu den verschiedenen Saarvereinigungen legt sogar den Schluß nahe, daß sie zu einem gewissen Grad auch nicht unmittelbar von der Saarfrage betroffene Personen erreichte.

Die Berliner Geschäftsstelle hätte auf sich gestellt die lokalen Verhältnisse nicht überblicken können. Ihre Forderung, die Saar bei allen Kundgebungen, „*die sich mit dem vergewaltigten Vaterland beschäftigen*“, zu thematisieren¹⁶³⁵, war überhaupt nur durch eine dezentrale Organisation möglich. Unbeschadet aller Eigenmächtigkeiten der Ortsgruppen wurde durch den Bund der Saarvereine zumindest eine halbwegs einheitliche Propaganda gewährleistet, die ihre Vorgaben und Richtlinien von einer Zentrale erhielt.

Da eine Verkürzung der im Versailler Vertrag festgelegten 15jährigen Frist bis zum Plebiszit nicht ausgeschlossen werden konnte, war von Anfang an die Erfassung der Abstimmungsberechtigten intendiert¹⁶³⁶. Natürlich mußte man diese nicht eigens überzeugen, ihre Wahl zugunsten der dritten Alternative, der Rückgliederung an Deutschland, zu treffen, wohl aber war es notwendig, sie bei der Stange halten. Als Sammelbecken abstimmungsberechtigter Saarländer bildeten die Ortsgruppen damit die Voraussetzung für die Mobilisierung der 48.000 Wähler aus dem Reichsgebiet, die am 13. Januar 1935 zur Stimmabgabe an die Saar fuhren. Bis dahin suggerierten sie den dort Verbliebenen eine das ganze Reich umfassende Volksbewegung.

Bisweilen ging die Pflege der Beziehungen zum Saargebiet über symbolische Akte wie Mutmachen und Versichern der Treue hinaus: Beispielsweise reifte im Laufe des Jahres 1922 die Idee heran, daß die elf größten Ortsgruppen des Bundes ein Patronatsverhältnis mit einem saarländischen Landkreis oder einer Stadt eingehen sollten. So wäre die Berliner Gruppe für Saarbrücken, die rheinischen Ortsgruppen gemeinsam für den Kreis Ottweiler zuständig gewesen¹⁶³⁷.

¹⁶³⁵ SF 13 (1932) 1, S. 14.

¹⁶³⁶ Vogel hierzu auf der Gründungssitzung in Berlin am 30.10.19: „*Die Bedeutung der Saarländervereinigung sei schließlich noch, für den Fall der im Friedensvertrag vorgesehenen Abstimmung, von langer Hand vorbereitet, eine Organisation zu haben, auf Grund derer die stimmberechtigten Saarländer sofort aufzufinden und nach dem Saarlande zu entsenden seien.*“: Vgl. Protokoll der Sitzung der Berliner Ortsgruppen vom 30.10.19 (31.10.19), in: LA Berlin, Rep. 042/26.420.

¹⁶³⁷ Der Entschluß hierzu fiel auf der Bundestagung 1922 in Dortmund; Hinweise auf die konkrete Ausgestaltung konnten allerdings nicht gefunden werden. Spätestens mit der Einführung des Francs im Juni 1923 und der parallel im Reich grassierenden Inflation erledigte sich das Vorhaben: Vgl. undatiertes Protokoll der Arbeitssitzung (07.05.22), in: BA-R 8014/21; Brief der GSV an Scholl (25.11.22), in: BA-R 8014/333. Vgl. auch BA-R 8014/975. Jahre später griffen studentische Verbände den Patenschaftsgedanken in modifizierter Form wieder auf: 16 grenznahe Gemeinden zwischen Klarenthal und Niedaltdorf wurden 1932 und 1933 von verschiedenen rheinländischen Burschenschaften, Corps und Verbindungen betreut. Bedürftige Kinder erhielten zu Weihnachten Geldgeschenke und Ortsbibliotheken wurden Bücher übersandt: Vgl. die undatierte Liste der „Betreuungsorte und Betreuungsverbände im Grenzgebiet des Saargebietes“ (Frühjahr 1933), in: Staatsarchiv Würzburg, RSF I 32 g 107. Zu den Hilfsmaßnahmen der Ortsgruppen bei Unglücken im Saargebiet siehe Kap. 3.2 b.

Im Tätigkeitsbericht des Jahres 1931 tauchte erstmals ein neuer Gedanke auf: Die Arbeit in den Ortsgruppen sollte es erleichtern, partei- und klassenbedingte Schranken zu überwinden, den weltanschaulich anders Denkenden kennenzulernen und zu achten. Das gemeinschaftliche Ziehen an einem Strang

*„drängt damit ganz von selber den Gedanken der Volksgemeinschaft in den Vordergrund und trägt so zu einer Stärkung eines gesunden und notwendigen Nationalbewußtseins bei.“*¹⁶³⁸

Gerade weil die Volksgemeinschaft in den Ortsgruppen so häufig durch die Geschäftsstelle beschworen wurde, liegt der Verdacht nahe, daß sie eben gerade nicht verwirklicht war, und daß Ressentiments politischer, konfessioneller oder sozialer Natur keineswegs im Dienst der Sache hintangestellt wurden. Innerhalb der Ortsgruppen waren zwar verschiedene Milieus repräsentiert, doch setzten sich die am Arbeitsplatz vorgefundenen sozialen Strukturen und Beziehungen in der Regel auch innerhalb der Vereine fort, die – wie oben gezeigt werden konnte – mehrheitlich von Akademikern geführt wurden. Insofern waren die Ortsgruppen ein Spiegelbild der deutschen Gesellschaft zwischen den Kriegen¹⁶³⁹.

¹⁶³⁸ Vgl. Jahresbericht 1931 des „Bundes der Saarvereine“ und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin 1932, S. 12 f.; Jahres-Bericht 1932 über die Arbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ für die Deutscherhaltung des Saargebiets, Berlin 1933, S. 15.

¹⁶³⁹ Zur Fragmentierung der politischen Kultur Weimars vgl. Detlef LEHNERT/ Klaus MEGERLE (Hrsg.): Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1989.

Kapitel 5: Die Medien der Saarpropaganda

Die gesamte Arbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, der Aufbau des Bundes mit seinen Ortsgruppen und die unzähligen Schriftwechsel zwischen Zentrale und Verbänden, Ministerien und Privatpersonen wären nichts anderes als Ausprägungen einer ausufernden Vereinsmeierei gewesen, wenn es der Geschäftsstelle unter Vogels Leitung nicht gelungen wäre, ihre Anliegen an die – deutsche wie ausländische – Öffentlichkeit zu transportieren. Sie griff hierbei ebenso auf die kostengünstige Vortragspropaganda und traditionelle Instrumente wie Zeitungen, Bücher, Druckschriften und Flugblätter zurück, wie sie sich „moderner“ Medien wie des Rundfunks oder des Films bediente. Der Einsatz dieser neuen Techniken blieb allerdings eher die Ausnahme, so daß das gedruckte bzw. vor einem Publikum gesprochene Wort nach wie vor das Kernstück der Saarvereins-Propaganda bildete.

Kap. 5.1: Der Aufbau der Presseabteilung

Die prekäre Lage des saarländischen Zeitungsmarktes nach dem Einmarsch der französischen Armee wurde an anderer Stelle bereits angerissen. Wie im sonstigen besetzten Gebiet hatte die Militärverwaltung auch an der Saar das wichtigste Instrument der Meinungsbildung und Meinunglenkung umgehend unter ihre Kontrolle gebracht. Mögen es die strikten Zensurvorschriften, mögen es die von französischer Seite lancierten Meldungen, mag es die gesteuerte Verknappung von Papier und sonstigen Druckmaterialien durch die Erhöhung der Zoll- und Transportgebühren oder mag es das über den Redakteuren schwebende Damoklesschwert der Ausweisung gewesen sein – kritische Äußerungen über die „pénétration pacifique“ verschwanden zusehends aus den Blättern. Die Separation von den rechtsrheinischen Agenturen gefährdete die wirtschaftliche Existenz vieler Zeitungsbetriebe und schwächte damit direkt die deutsche Position, da mit jedem Verschwinden eines Blattes nicht nur die bisherige prodeutsche Meinungshoheit an der Saar gegenüber der frankophilen Presse ins Hintertreffen zu geraten drohte, sondern der Gegenseite die Möglichkeit eröffnet wurde, jede Insolvenz propagandistisch als Symptom für den allgemeinen Niedergang des Deutschtums auszuschlachten¹⁶⁴⁰.

Angesichts dessen ist es verständlich, daß der Auf- und Ausbau eines Presseapparates zu den ersten Maßnahmen zählte, die Vogel – selbst jahrzehntelang auf dem Pressesektor tätig – für die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Angriff nahm. Schon Mitte Juli 1919 präsentierte er verschiedenen Reichsministerien seine Vorstellungen „für eine neue Presseorganisation zur Beeinflussung der besetzten und abgetretenen Gebiete“¹⁶⁴¹. Bevor er im einzelnen die Verhält-

¹⁶⁴⁰ Vgl. hierzu: BALDAUF, S. 69–74; Eugen WAGNER, S. 47–80.

¹⁶⁴¹ Vgl. im folgenden: Denkschrift der GSV an das RMFinanz (18.07.19), in: BA-R 8014/662. Text der Denkschrift (von Kristian Kraus) in: BA-R 8014/2. Vgl. ebenso: Die Protokolle des Preußischen Staats-

nisse im Saargebiet rekapitulierte, kam er zunächst auf die zu leistende Pressepropaganda zu sprechen, deren wichtigste Aufgabe es sein sollte, den deutschen Gedanken und die getrübte „Freude an dem preußischen Staate und dem Reiche“ aufrechtzuerhalten. Hilfreich könne hierbei, so Vogel, die Betonung der neuen demokratischen Strukturen des Vaterlandes sein. Da wirtschaftliche Schwierigkeiten ebenso in den anderen Staaten Europas zu verzeichnen seien, könnten sie in den Artikeln vernachlässigt werden. In verklausulierter Form sprach sich Vogel sogar für eine Zensur der Berichterstattung im besetzten Gebiet aus. Als entscheidende Stärke des neuen Nachrichtendienstes schien ihm, daß die Blätter im besetzten Rheinland nicht länger von den Berliner Feuilletonkorrespondenzen versorgt werden mußten, die der gegnerischen Propaganda wegen ihrer Berichterstattung über die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Berlin, Hamburg oder München in die Hände gearbeitet hätten. Die Vorzüge der neuen Presseorganisation seien offensichtlich:

„Durch eine systematische Beeinflussung würde dann auch das unklare Wünschen des Volkes dirigiert werden können und zwar in einer Richtung, in der sich Rechte und Pflichten sowohl der partikulären Bevölkerung als auch der Staatsregierung treffen.“

Dies sollte durch die Versorgung der Zeitungen mit geeigneten Artikeln und Sonderberichten geschehen. Gleichzeitig schlug Vogel vor, religiöse, sportliche, volksbildende und Unterhaltungsvereine ebenso wie die christlichen und sozialistischen Gewerkschaften als Träger der deutschen Propaganda heranzuziehen. Nach außen sollte dieser Dienst wie die etablierten Nachrichtenagenturen arbeiten, ohne daß die amtlichen Herausgeber in Erscheinung traten. Der wahre Charakter der Korrespondenz, deren Ausdehnung auf den unbesetzten Teil des Reiches in Erwägung gezogen wurde, sollte somit verborgen bleiben.

Aus Vogels Sicht gestaltete sich die Lage an der Saar wie folgt:

1. Da der Eigentümer der „Saarbrücker Zeitung“, Richard Hofer, auf einen Posten bei der künftigen Regierungskommission spekuliere, sei er ein unsicherer Kantonist und aufgrund dieser frankophilen Haltung Hofers¹⁶⁴² fiel das traditionsreichste Saarbrücker Blatt als Publikationsorgan für eine prodeutsche Saarpropaganda aus. Mit den zuverlässigen Redakteuren der Zeitung solle demgegenüber auf Honorarbasis kooperiert werden.
2. Nur eine Intervention der preußischen Regierung könne verhindern, daß die „Saarlouiser Zeitung“ das gleiche Schicksal des „Saarlouiser Tageblatts“ ereile, welches in den Besitz des profranzösischen „Saarlouiser Journals“ übergegangen sei.

ministeriums 1817–1934/38, bearb. von Gerhard SCHULZE. Bd. 11: 14. November 1918 bis 31. März 1925, Hildesheim [u.a.] 2002, Dok. 66, S. 113 f. Vogel wies hier auf die Notwendigkeit der Schaffung einer einheitlichen Zentralstelle für die amtliche Pressearbeit hin, wie sie zum 01.10.19 durch die „Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes“ verwirklicht wurde: Vgl. Peter BAUER: Die Organisation der amtlichen Pressepolitik in der Weimarer Zeit (Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes), Berlin 1962.

¹⁶⁴² Gegenüber seinem Vertrauen Prof. Herwig beschimpfte Vogel Hofer sogar als „dummstolz und Idiot“: Brief der GSV an Herwig (24.07.19), in: BA-R 8014/159.

3. In Völklingen legte Vogel den Wechsel des „Saarbrücker Kreisblatts“ in die Hände Karl Ruppss¹⁶⁴³ nahe.
4. Der inzwischen eingestellte „Bergmannsfreund“ solle durch ein ähnliches Organ wieder neu entstehen; dessen einstige Bedeutung habe die Ausweisung Vogels durch das französische Militär gezeigt.
5. Auch wenn die anderen Blätter nur lokale Verbreitung fänden¹⁶⁴⁴, spielten sie eine große Rolle in der Beeinflussung der bodenverbundenen Arbeiterschaft und müßten daher ebenfalls erhalten bleiben.

Konkret schlug Vogel den Aufbau eines politisch-wirtschaftlichen Nachrichtendienstes mit belletristischem Feuilleton vor. In Verhandlungen mit den Besitzern, Herausgebern und Redakteuren der saarländischen Zeitungen sollten deren Wünsche und Ziele festgestellt und bei Bedarf die Blätter auch finanziell subventioniert werden. Dies bot nach Ansicht Vogels die Möglichkeit, korrigierend in die personelle Besetzung der Redaktionen einzugreifen.

Der Aufbau dieser Presseorganisation sollte wegen der großen Gefahr der Unterwanderung durch französische Spitzel nicht der Zentrale für Heimatdienst übertragen werden. Statt dessen schien die konspirative Struktur des Saarvereins die notwendige Diskretion zu gewährleisten:

„Die neue Organisation tritt als solche gar nicht hervor, ebensowenig ihre einzelnen Träger. Ihre Arbeit leiten sie durch neutrale Mittelstellen dahin, wo sie ihre Wirkung ausüben wollen.“

Vogel verfolgte demnach in der Gründungsphase der Geschäftsstelle auf dem pressepolitischen Sektor zwei miteinander kombinierte Ziele: Die Bewahrung des – den aktuellen Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßten – Status quo auf dem saarländischen Zeitungsmarkt und die Errichtung eines Monopols für den wechselseitigen Austausch von Informationen zwischen Saargebiet und unbesetztem Deutschland zugunsten der Geschäftsstelle. Mit dieser Intention unterbreitete er kurze Zeit später dem preußischen Ministerpräsidenten seine Vorstellungen¹⁶⁴⁵: Das neue Pressebüro sollte formal unabhängig vom Saarverein sein, um die Arbeitsfähigkeit der Geschäftsstelle bei den zu erwartenden französischen Gegenmaßnahmen aufrechtzuerhalten. Sein Zweck sei die Beobachtung der saarländischen Zeitungen und die Weiterleitung der Informationen an die reichsdeutsche und ausländische Presse über das Wolff'sche Telegraphenbüro. Parallel hierzu sollte eine Korrespondenz für alle besetzten und abgetrennten Gebiete aufgebaut werden, wozu Vogel erklärte, bereits Vorbereitungen eingeleitet zu haben. Durch die Hervorhebung der demokratischen Leistungen und sozialen Errungenschaften sollte diese

¹⁶⁴³ Privatsekretär Hermann Röchlings.

¹⁶⁴⁴ Angesichts einer Auflage von 15.000 Exemplaren (1928) der sozialdemokratischen „Volksstimme“ und 21.000 (1920) der zentrumsnahen „Saarbrücker Landeszeitung“ dürfte dies eher dem Wunschenken des Redakteursohnes entsprochen haben: Vgl. Eugen WAGNER, S. 36 und S. 45. Zur saarländischen Presselandschaft vgl. allgemein: Ebd., S. 28–45 sowie BALDAUF.

¹⁶⁴⁵ Vgl. Denkschrift der GSV (06.08.19), in: BA-R 8014/662.

Generalkorrespondenz für Deutschland und die deutschen Länder werben¹⁶⁴⁶. Als Leiter brachte Vogel den zehn Jahre jüngeren Kristian Kraus ins Gespräch, der schon die Presseabteilung des Saargebietsschutzes aufgebaut hatte¹⁶⁴⁷. Dieser wandte sich am gleichen Tag ebenfalls an Hirsch und versuchte, sich für die neue Propagandaagentur zu empfehlen, indem er detaillierte Angaben über die Verhältnisse auf dem saarländischen Pressesektor übermittelte¹⁶⁴⁸. Kraus bediente sich dabei einer Strategie, welche die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ mit nur geringen Modifikationen immer wieder anwandte:

Zunächst schilderte er die Maßnahmen, welche die gegnerische Seite bereits ergriffen hatte und entwarf ein Bedrohungsszenario, wie es sich an der Saar durch die Gründung des zweisprachigen „Neuen Saar-Kuriers“ (NSK) darstelle. Die Franzosen hätten das frühere Organ der Burbacher Hütte aufgekauft und unterstützten es nun mit 400.000 Mark, so daß dieses einzige Saarbrücker Abendblatt binnen zwei Wochen die deutsch gesinnten Blätter zu verdrängen drohe¹⁶⁴⁹. Schließlich kam Kraus auf die notwendigen Gegenmaßnahmen zu sprechen. Da die „Saarbrücker Zeitung“ wegen Hofers franzosenfreundlicher Gesinnung nicht mehr zuverlässig sei, müßten statt ihrer die sozialdemokratische „Volksstimme“ und die zentrumsnahe „Saarpost“ durch eine finanzielle Unterstützung der preußischen Staatsregierung in die Lage versetzt werden, sich der französischen Propaganda zu widersetzen. Die Redaktion der „Volksstimme“ veranschlage eine Summe von 40.000 Mark jährlich, die selbstverständlich auch der „Saarpost“ zur Verfügung gestellt werden müsse. Diese Finanzhilfe ermögliche es, beide Blätter zur Einstellung ihrer bisherigen parteipolitisch und weltanschaulich bedingten Kämpfe gegeneinander zu bewegen. Kraus riet sogar, sie

„zur Abfassung und Aufnahme von Artikeln [zu verpflichten], die auch in schwierigen Augenblicken zur Kräftigung des Gedankens an das gemeinsame Vaterland Preußen und das Reich beitragen“.

Obwohl keine Reaktionen auf die beiden Schreiben gefunden werden konnten, müssen die Behörden zumindest in Teilbereichen ihre Zustimmung signalisiert haben, da Vogel im September den beiden saarländischen Redaktionen über seinen Frankfurter Vertrauensmann mitteilen ließ, daß sie je 20.000 Mark von der Geschäftsstelle erhalten würden. Den finanziellen Zuschuß

¹⁶⁴⁶ Die „Nachrichten aus dem Saargebiet“ widmeten sich in der Tat dieser Aufgabe; so erbat Vogel weitere Details in Sachfragen, um den reibungslosen Ablauf des Wirtschaftslebens in Berlin hervorheben zu können: Vgl. Brief der GSV an das PrMI (13.09.19), in: Ebd.

¹⁶⁴⁷ Der Neunkircher Kraus (1880–1970) hatte Germanistik, Literaturgeschichte, Philosophie und Geschichte in Berlin und München studiert, wo er zum Dr. phil. promoviert wurde. Schon während des Krieges hatte er die Nachrichtenabteilung der deutschen Botschaft in Konstantinopel geleitet; unmittelbar nach dem militärischen Zusammenbruch arbeitete er zunächst in der Berliner Zentrale des AA. Dort empfang er den telegraphisch übermittelten Text des Versailler Vertrages: Vgl. Hajo KNEBEL: Erinnerungen an den saarländischen Schriftsteller Kristian Kraus (1880–1970), in: Saarheimat 15 (1971) 4–5, S. 79 f.

¹⁶⁴⁸ Vgl. Brief von Kraus an den preußischen Ministerpräsidenten (06.08.19), in: BA-R 8014/2.

¹⁶⁴⁹ Siehe S. 470 f. ausführlicher zum NSK.

knüpfte er jedoch an die Voraussetzung, daß beide Blätter einerseits ihren Straßenverkauf ausbauten und andererseits ihre bisherige prodeutsche Einstellung nicht änderten¹⁶⁵⁰.

Die Gefahr der Verdrängung deutscher Zeitungen war keineswegs ein spezifisch saarländisches Phänomen, sondern zeigte sich in praktisch allen Gebieten, deren Zugehörigkeit zum Deutschen Reich durch den Versailler Vertrag entweder beendet oder einer Volksabstimmung unterworfen wurde. Am 20. Oktober 1919 beschloß daher eine Konferenz verschiedener Ministerien und Verbände im Auswärtigen Amt den Aufbau einer überparteilichen und betriebswirtschaftlich gewinnorientierten Organisation zur „*Erhaltung und Förderung des Deutschtums in den Ostprovinzen*“¹⁶⁵¹. Nach Klärung der Finanzierung – Preußen und das Reich sollten bis 1923 je fünfzig Millionen Mark beisteuern – konnte der Gesellschaftsvertrag der „Konkordia Literarische Anstalt GmbH“ im Dezember 1919 geschlossen werden. Zweck der Organisation war

„*die Versorgung deutscher Zeitungen und Zeitschriften mit Material und die Beteiligung an Unternehmungen, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen.*“¹⁶⁵²

Die Konkordia wurde in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zu einem der wichtigsten Faktoren der Deutschtumsarbeit; sie weitete ihre Tätigkeit sukzessive von den Ostgebieten auf weitere gefährdete Regionen des Reiches aus, wo es galt, deutschen bzw. deutschsprachigen Zeitungen das erforderliche wirtschaftliche Fundament zu schaffen. Der Aufsichtsrat mit seinem vierköpfigen parlamentarischen Beirat entschied über die Vergabe finanzieller Hilfen bzw. die Beteiligung der Konkordia an einem in Not geratenen Zeitungsunternehmen. In der Anfangsphase begleitete zunächst der Geheime Oberfinanzrat Dr. Ernst Springer das Amt des Vorsitzenden, zwischen 1922 und März 1930 folgte der spätere Reichsfinanzminister Dr. Hermann Dietrich (DDP). Wichtigste Persönlichkeit der Konkordia war jedoch ihr Geschäftsführer Max Winkler¹⁶⁵³, der die Fäden der Gesellschaft mit ihren zahlreichen Nebengründungen bis in die

¹⁶⁵⁰ Vgl. Brief der GSV an Lillig (13.09.19), in: BA-R 8014/340. Das Geld für die „Volksstimme“ wurde im Winter 1919 dem sozialdemokratischen Rechtsanwalt Dr. Lehmann in Saarbrücken überwiesen: Brief der GSV an das PrMFinanz (17.12.19), in: BA-R 8014/663.

¹⁶⁵¹ Das „Zehn-Punkteprogramm für die deutsche Presse“ ist zitiert bei KREKELER: Deutschtumspolitik, S. 58 f.

¹⁶⁵² Zitiert nach Helga WERMUTH: Dr. h.c. Max Winkler - Ein Gehilfe staatlicher Pressepolitik in der Weimarer Republik, München 1975, S. 26. Zur Organisation der Konkordia: Ebd., S. 26–31; Kurt KOSZYK: Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III, Berlin 1972, S. 271–274. In einer Sitzung der RVP wurde das Aufgabengebiet der Konkordia wie folgt umrissen: Aufkauf und selbständiges Weiterführen gefährdeter Zeitungsunternehmen bzw. finanzielle Unterstützungen an diesselben, Gewährleistung einer ausreichenden Papierversorgung sowie Zahlung von Beihilfen infolge von Erscheinungsverboten: Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung vom 16.12.20, in: BA-R 1603/2538.

¹⁶⁵³ Der DDP-Abgeordnete (1875–1961) im Preußischen Landtag war zugleich stellvertretender Vorsitzender der „Deutschen Stiftung“ und wurde 1926 ebenfalls Geschäftsführer der neu gegründeten OSSA. 1920 wurde dem gebürtigen Westpreußen und ehemaligen Bürgermeister von Graudenz (1919) die Ehrendoktorwürde der Technischen Hochschule in Danzig verliehen: Vgl. WERMUTH, S. 42 f.; KREKELER: Deutschtumspolitik, S. 58–64. Winkler entspricht der MOHLERSchen Klassifikation des Managers der „Konservativen Revolution“: Vgl. MOHLER, S. 66. Dem Aufsichts- und Beratungsausschuß der GSV gehörte Winkler seit 1923 an.

Zeit der nationalsozialistischen Diktatur in der Hand hielt¹⁶⁵⁴. Dank seiner Hilfe verfügte das Auswärtige Amt im Osten über einen leistungsfähigen Presseapparat in Gestalt zahlreicher lokaler Blätter, die aufgrund des konspirativen Geschäftsgebarens von Winkler nicht über die Herkunft der Subventionen und Kredite informiert waren. Stets wurden Vereinbarungen nur direkt zwischen der Konkordia und dem hilfeschuchenden Unternehmen getroffen, was zur Folge hatte, daß an einem Ort miteinander konkurrierende Zeitungen unterstützt wurden, ohne jeweils von den anderen Finanzhilfen zu wissen. Die parteipolitische Ausrichtung der unterstützten Presseunternehmen interessierte Winkler nur insofern, als sie im prodeutschen Lager zu stehen hatten und als „national zuverlässig“ gelten mußten. Da es offiziell auch keine Verbindung zwischen der Konkordia und den amtlichen Stellen gab, die Gesellschaft in ihrer Geschäftsführung nur dem Rechnungshof des Deutschen Reiches verantwortlich war und die notwendigen Entscheidungen im paritätisch besetzten Beirat fielen, war die Konkordia und ihr beträchtlicher Etat nie Gegenstand parlamentarischer Debatten.

Während die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ noch mit der RfH die Modalitäten der finanziellen Subventionen für die „Volksstimme“ und die „Saarpost“ verhandelte, traf Vogel an der Grenze des besetzten Gebietes mit dem Geschäftsführer der „Saarbrücker Zeitung“ zusammen. Anscheinend ist es Paul Hoffmann gelungen, Vogels Zweifel an der „nationalen Zuverlässigkeit“ Hofers zu zerstreuen, denn fortan wurde die „Saarbrücker Zeitung“ wieder in die Planungen zur Unterstützung der Saarpresse einbezogen¹⁶⁵⁵. Deutlich wurde dies Anfang November 1919 in Vogels Plädoyer zugunsten der Unterstützung bereits bestehender Verlage und Zeitungen anstelle der Neugründung eines umfangreichen, von den Reichsstellen finanziell subventionierten und gesteuerten Presseunternehmens. Hiergegen führte er nicht nur Kostengründe ins Feld¹⁶⁵⁶, sondern gab zu bedenken, daß ein neues Blatt unweigerlich die Aufmerksamkeit der Franzosen auf sich gezogen hätte und wegen seines offensichtlich offziösen Charakters ohnehin kaum zur saarländischen Bevölkerung vorgedrungen wäre. Da sich die „Saarbrücker Zeitung“ inzwischen vom Verdacht der Franzosenfreundlichkeit befreit habe und ihr Verleger Richard Hofer wieder einwandfreie deutsche Gesinnung zeige, müsse alles getan werden, um das

¹⁶⁵⁴ Aus der Revisionsabteilung der Konkordia ging im Frühjahr 1926 die „Cura Revisionsgesellschaft mbH“ hervor, die im Januar 1932 schließlich zur „Cura Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH“ umbenannt wurde. Die „Cautio Treuhand GmbH“, Anfang 1929 ins Leben gerufen, diente ebenfalls der Verschleierung von Reichsbeteiligungen an Presseunternehmen. Zur Tarnung finanzieller Unterstützungszahlungen an Verleger im besetzten Rheinland nutzte Winkler hingegen die im Sommer 1922 gegründete „Rheinische Verlagsanstalt GmbH“, überwiegend zur Vermittlung von Darlehen fungierte ab 1923 die „Zeitungsbedarf GmbH“: Vgl. WERMUTH, S. 32–44.

¹⁶⁵⁵ Statt dessen einigten sich Vogel und Hoffmann, den Besitzer des NSK als Landesverräter anzuprangern: Vgl. undatiertes Bericht Vogels über seine Reise vom 19.08.–27.08.19, in: BA-R 8014/868.

¹⁶⁵⁶ Selbst wenn es gelungen wäre, das Bedürfnis nach einem neuen Blatt zu wecken, wäre dies mit ungleich höheren Kosten verbunden gewesen, als bestehende Zeitungen mit einem festen Leserstamm zu instrumentalisieren.

Übergleiten dieses traditionsreichen nationalliberalen Blattes in die Hände Frankreichs abzuwehren¹⁶⁵⁷. Vogel schlug folgende Hilfsmaßnahmen vor:

1. Erhöhung des Papierkontingents auf die doppelte Menge, also 130–140 t monatlich¹⁶⁵⁸;
2. Bewilligung einer Staatsfernsprech-Verbindung zwischen Berlin und Saarbrücken zur zuverlässigen Nachrichtenübermittlung;
3. Hilfeleistungen bei der Gründung eines Berliner Büros¹⁶⁵⁹;
4. Vermittlung von Fachleuten bei Sonderfragen;
5. Aufbau einer Nachrichtenstelle in Paris, um die Unabhängigkeit der „Saarbrücker Zeitung“ von französischen Agenturen zu sichern;
6. Freigabe von Betriebsstoffen zur schnellen Auslieferung durch Kraftwagen;
7. Errichtung einer drahtlosen Station in Saarbrücken zur Entgegennahme wichtiger Presse- und Börsennachrichten.

Mit der Leitung des Umbaus wollte Vogel den Lokalredakteur der „Saarbrücker Zeitung“ Richard Posselt betraut wissen, dessen Rückkehr an die Saar nach seiner Ausweisung im August 1919 bevorstand¹⁶⁶⁰. Die Antwort der RfH sollte zehn Wochen auf sich warten lassen. Während die Punkte 4 und 5 vom Auswärtigen Amt bereits erledigt seien, könnten die gewünschten Fernsprechverbindungen ebensowenig wie die drahtlose Station aufgrund des Friedensvertrages realisiert werden. Wegen der Erhöhung des Papierkontingents solle sich der Saarverein mit der Zeitung zur Klärung ihrer Bedürfnisse in Verbindung setzen¹⁶⁶¹.

Die Gefahr, daß große Teile des saarländischen Zeitungsmarkts in französische Hände gerieten, war mit dieser Intervention allerdings nicht dauerhaft gebannt. Noch im Herbst 1919 mußte Vogel die Reichsbehörden erneut auf ein bedrohtes Unternehmen aufmerksam machen. Diesmal handelte es sich um die Buchdruckerei und den Verlag Scheuer in Völklingen, der von französischer Seite 1.900.000 Mark und damit mehr als das Doppelte des Taxwertes geboten bekommen hatte. Obwohl die RfH gegenüber dem deutschen Interessenten Richard Hofer ihre Bereitschaft

¹⁶⁵⁷ Hofer wurde zu dieser Zeit von einem französischen Zeitungskonsortium bedrängt, seine Mehrheitsanteile an der Zeitung abzutreten, die zum Jahresende 1919 wieder eine Auflage von 114.000 Exemplare vorweisen konnte: Vgl. BRUCH: Weg und Schicksal, S. 148.

¹⁶⁵⁸ Weitere Interventionen Vogels zur ausreichenden Papierversorgung aller prodeutschen Saarzeitungen: Vgl. Brief der GSV an die Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe (15.12.19), in: BA-R 8014/663; Brief der GSV an das PrMFinanz (11.02.20) und das RMI (14.02.20), in: BA-R 1601/1696. Am 30.03.20 teilte das RMWirtschaft dem RMI mit, daß die Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe angewiesen worden sei, „die deutsche Presse des Saargebietes soweit nur möglich bevorzugt mit Druckpapier zu versorgen“, wohingegen das Kontingent der frankophilen Zeitungen zu reduzieren sei, in: Ebd. Noch Jahre später bemühte sich die GSV, die deutschgesinnte Saarpresse mit ausreichendem Papier zu versorgen: Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 07.05.22 (18.05.22), in: BA-R 8014/21.

¹⁶⁵⁹ Der zweite Chefredakteur Dr. Carl Puetzfeld übernahm im Juli 1920 mit der Berliner Hauptvertretung der S.Z. deren erste auswärtige Redaktion: Vgl. BRUCH: Weg und Schicksal, S. 150.

¹⁶⁶⁰ Vgl. Brief der GSV an das AA (08.11.19), in: BA-R 8014/662. Posselt wandte sich Anfang Februar 1920 mit ähnlichen Forderungen an die Presseabteilung des AA (06.02.20), in: BA-R 8014/664.

¹⁶⁶¹ Vgl. Brief Strahls an die GSV (20.01.20), in: BA-R 8014/775.

erklärt hatte, die Differenzsumme von immerhin einer Million zu übernehmen, zogen sich die Verhandlungen hin. Ein aus deutscher Sicht schwerer Fehler, so Vogel, denn das abwartende Verhalten der deutschen Regierungsstellen dürfte im Saargebiet

*„einen moralischen Eindruck hervorrufen, der alle Bemühungen dort, das Deutschtum der französischen Propaganda gegenüber zu kräftigen und aufrechtzuerhalten, aufs bedauerlichste erschweren wird.“*¹⁶⁶²

Auch mit dem Antritt der Regierungskommission erfolgte keine Besserung der angespannten Lage auf dem saarländischen Pressesektor; abgesehen von der gewachsenen französischen Konkurrenz hatten die deutschen Zeitungen weiterhin mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Allein im Jahr 1920 stiegen die Papierpreise um 550%, die Kosten für Druckfarben um 700%, Bleimaterial wurde sogar um 1.800% teurer, die Löhne und Gehälter verdreifachten sich¹⁶⁶³. Demgegenüber konnten die Blätter im Umfeld des „Neuen Saar-Kuriers“ achtseitige Probenummern kostenlos verteilen, was Vogel zu dem warnenden Hinweis veranlaßte, es bestünde die Gefahr, daß die deutschgesinnte Presse ins Hintertreffen gerate,

*„da man mit der Psyche des Durchschnittszeitungsbezieher rechnen muß, der heute die lokale Zeitungsfrage zum großen Teil von der Menge des gelieferten Papiers beurteilt“.*¹⁶⁶⁴

Es lag auf der Hand, daß der oben bereits erwähnte überparteiliche Saarausschuß neben der Förderung kultureller Einrichtungen im Saargebiet auch der saarländischen Presse unter die Arme greifen mußte. In seinem „Programm für die Verwendung der bewilligten 5½ Millionen“ von April 1920 hieß es hierzu:

*„Es ist vorgesehen, die Verbilligung des Papiers in der Art durchzuführen, daß die Saarkommission an die zuverlässigen Zeitungen herantritt und ihnen mitteilt, daß von privater Seite der halbe Preis ihres Papiers bezahlt würde, daß also die ihnen monatlich zugehenden Rechnungen monatlich zur Hälfte zu begleichen sind, solange sie den ihnen gestellten Verbindungen treu bleiben. [...] Schwieriger wird sich die Mehrbelieferung mit Papier gestalten, um nicht eine Rückwirkung auf die Ansprüche der übrigen rheinischen und gar gesamt-deutschen Presse herbeizuführen. Es wäre hier der Weg zu gehen, daß eine Privatperson große Papiermengen aufkauft, und diese den einzelnen Zeitungen zustellt.“*¹⁶⁶⁵

¹⁶⁶² Brief der GSV an Reichskanzler Bauer (15.12.19), in: BA-R 43-I/239. Die Übernahme des Unternehmens in den Hoferschen Verlag, der nun auch die „Völklinger Nachrichten“ herausgab, verlief letztendlich doch erfolgreich: Vgl. WERMUTH, S. 129.

¹⁶⁶³ Vgl. BRUCH: Weg und Schicksal, S. 148.

¹⁶⁶⁴ Brief der GSV an das PrMFinanz (11.02.20), in: BA-R 1601/1696. Vgl. auch die Denkschrift über die Aufgaben der GSV (01.04.20), in: BA-R 8014/2.

¹⁶⁶⁵ Zitiert nach ANSCHÜTZ, S. 53. Schon bevor die Winklersche Konkordia die saarländischen Zeitungen finanziell und ideell förderte, wurde die Herkunft der Reichsmittel bei Pressesubventionen erfolgreich verdeckt: Obwohl die saarländische „Volksstimme“ im Frühjahr 1920 aus Mitteln der RVP 250.000 Mark sowie ein Darlehen in Höhe von 300.000 Mark erhalten hatte, protestierte der Neunkircher Gemeinderat Herzberger (USP) nach der Enttarnung Ollmerts noch gegen den Vorwurf, daß die sozialdemokratische Presse infiltriert sei. Den lokalen bürgerlichen Blättern hingegen warf er vor, sich die Hälfte ihrer Papierkosten vom Berliner „Heimatsdienst“ zahlen zu lassen: Vgl. WERMUTH, S. 146 f.; „Volksstimme“ Nr. 194 (20.08.20).

Zwei Wochen vor der entscheidenden Sitzung des Saarausschusses in Heidelberg veröffentlichte die „Saarbrücker Zeitung“ einen Brief, den Vogel im Namen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ angeblich an das Auswärtige Amt gerichtet habe.

„Die nationalpolitische Leitung der gesamten Saarzeitungen ist nun nach längeren Verhandlungen endgültig in unseren Händen. Auf dem Boden der deutschen Nationalpolitik stehen nach vertraglichen Vereinbarungen die vier Tageszeitungen des Saargebiets [...]. Seit der Vereinbarung mit den hier aufgeführten Zeitungen wird eine für die Franzosen nicht mißzuverstehende Sprache geführt. Das Herz geht einem beim Lesen vollständig auf.“¹⁶⁶⁶

Angesichts der desolaten Lage der Presse im besetzten Gebiet konstituierte sich gegen Jahresende 1920 innerhalb der Konkordia ein am Vorbild des Ostbeirates orientierter Westbeirat aus den Abgeordneten Erkelenz (DDP), Lauscher (Zentrum), Moldenhauer (DVP) und Zörgiebel (SPD). Winkler gehörte dem Gremium kraft Amtes an. Es bestand Einigkeit darüber, daß die Konkordia einen Fonds in Höhe von 20–25 Millionen Mark für Presseangelegenheiten im Westen schaffen und die RVP bei der Vergabe der Mittel beratende Stimme erhalten sollte¹⁶⁶⁷. Da die vorgesehene Summe von drei Millionen wegen der Auflösung des Saarausschusses nicht mehr zur Auszahlung gelangte, war die „Saarbrücker Zeitung“ im Dezember 1920 das erste Unternehmen, das Winkler für sein Konsortium erwarb¹⁶⁶⁸. Sein Vorgehen in diesem Fall war symptomatisch: Zur Sicherstellung der Geheimhaltung¹⁶⁶⁹ übernahmen pro forma ortsansässige

¹⁶⁶⁶ S.Z. Nr. 182 (11.07.20). Obwohl das Schreiben weder in den Unterlagen der Behörden noch des BdS gefunden werden konnte und sich alle darin belasteten Institutionen – außer der S.Z., der „Volksstimme“, der „Saar-Post“ und der „Saarbrücker Volkszeitung“ auch die Handelskammer sowie die Gewerkschaften – ausdrücklich gegen den Vorwurf des Korrumpierens durch die GSV zur Wehr setzten, sind Zweifel an diesen Dementi angebracht. Die Ausführungen passen exakt in die bis dahin verfolgte Linie der Vogelschen Pressepolitik und seines Vertrauensmännerapparates; zudem hätte nur ein intimer Kenner Vogels Stil imitieren können. Das Schreiben war ursprünglich in ein Flugblatt der USP anlässlich der saarländischen Kommunalwahlen eingebettet, in welchem vor den „nationalistisch-kapitalistischen Volksbetrüger[n]“ gewarnt wurde: Vgl. Flugblatt (Juli 1920), in: MAE, Sarre 115; SF 1 (1920) 13, S. 110; SF 1 (1920) 21, S. 211.

¹⁶⁶⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung vom 16.12.20, in: BA-R 1603/2538.

¹⁶⁶⁸ Wegen der zahlreichen Verbindungen zur GSV war die S.Z. von den Repressalien im Zuge des Beamtenstreiks besonders stark betroffen: Schon am 08.08.20 wurde das Blatt und sein Völklinger Ableger auf vier Wochen verboten; der Großteil der Redaktion (Chefredakteur Albert Zühlke, die Redakteure Otto Eckler, Richard Posselt, Adolf Franke und Ludwig Bruch sowie Hofer selbst und der kaufmännische Direktor Carl Ditges) hatte sich tags zuvor seiner Verhaftung durch Flucht zu entziehen verstanden. Am 16.08.20 verfügte der kommandierende General die Ausweisung der Journalisten, so daß die Zeitung während der folgenden Monate aus Baden-Baden und Mannheim herausgegeben wurde. BRUCH (Weg und Schicksal, S. 154–157, Zitat S. 157) erinnerte sich vierzig Jahre später an die Zeit der Exilredaktion: „Für das leibliche Wohl hatten nicht nur Richard Hofer, sondern auch Reichsstellen und der Bund der Saarvereine großzügig gesorgt.“

¹⁶⁶⁹ In einer Besprechung im RMI wurde am 12.10.21 vereinbart: „Der Aufgabenkreis der Konkordia soll geheim gehalten werden.“ Zitiert nach WERMUTH, S. 268. Abgesehen von der Vorgabe der Reichs- und Staatsregierung, keine Rückschlüsse auf den Ursprung der beträchtlichen Subventionsmittel ziehen zu können, sprachen auch pragmatische Gründe für die Diskretion Winklers: Das Wissen von der Existenz einer derartigen Geldverteilungsorganisation wie der Konkordia hätte massenhafte Unterstützungsgesuche geradezu provoziert. Ferner wäre die Wirkung der dosierten Lancierung von Presseartikeln verpufft, wenn die offiziellen Kanäle der Informationen und Gelder in der Bevölkerung bekannt geworden wären; entsprechende Gegenmaßnahmen der ausländischen Staatsorgane in den Grenzgebieten wären außerdem die Folge gewesen:

Persönlichkeiten Anteile an dem betreffenden Unternehmen oder traten offiziell als Finanziere auf. So verbargen sich hinter der „Buchgewerbehaus Aktiengesellschaft“ saarländische Industrielle: Der Aufsichtsratsvorsitzende Leo Wentzel, ferner Luitwin von Boch, Bodo Karcher, Heinrich Lampert, Wilhelm Schmelzer und Wilhelm Rautenstrauch¹⁶⁷⁰. Wie in anderen Fällen blieb der wirkliche Treuhänder, die Konkordia, im Hintergrund und nahm keine einschneidenden Veränderungen vor, bestand aber auf Einsicht in die Bilanzen¹⁶⁷¹. Winklers Aufgabe beschränkte sich allerdings nicht alleine auf die finanzielle Unterstützung der in Not geratenen Presseunternehmen, sondern er war bemüht, Zusammenbrüche durch die Beratung der Verlage oder durch Hilfsleistungen im Vertrieb und Anzeigewesen abzuwenden. Auf der anderen Seite boten die von ihm gewinnbringend verwalteten Gelder die Möglichkeit, Blätter, die sich schon im französischen Fahrwasser befanden, wieder auf deutschen Kurs zu bringen. Unterhalb der Ebene der offiziellen deutschen Außenpolitik intervenierte Winkler damit zugunsten der nationalen Ausrichtung der Unternehmen, enthielt sich aber Eingriffen in die jeweilige ideologische oder parteipolitische Haltung und bewahrte somit die Segmentierung des saarländischen Zeitungsmarkts. Letztendlich unterstützte die Konkordia während der Völkerbundszeit nahezu alle bedeutenderen saarländischen Zeitungen durch indirekte Beteiligungen und Darlehen, für die Winkler in der Regel Sicherheiten wie die Übertragung von Druckmaschinen oder Hypotheken auf Immobilien verlangte¹⁶⁷².

Mit der Entscheidung verschiedener Reichsressorts im September 1921, künftig alle Unterstützungsgesuche von Grenzgebietszeitungen der Konkordia zuzuleiten, schied dieser Aufgabenbereich sukzessive aus dem Presseengagement der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ aus. Sie stellte dafür allerdings in den folgenden Jahren bisweilen die notwendige Fassade, hinter welcher Winkler Gelder an die Saar fließen lassen konnte, ohne selbst in Erscheinung zu treten¹⁶⁷³. „Zuverlässigen“ saarländischen Zeitungen vermittelte Vogel fortan Darlehen bei der Konkordia,

Vgl. ebd., S. 268–279.

¹⁶⁷⁰ Vgl. BRUCH: Weg und Schicksal, S. 160; WERMUTH, S. 130 ff. Vogels Kritik an der Zusammensetzung der saarländischen Verlags-Aktiengesellschaft – es seien ausschließlich Industrielle, die in der Arbeiterschaft Ressentiments hervorrufen könnten – war lediglich ein Vorwand, um dagegen zu protestieren, daß er erneut nicht zu einer so wichtigen Besprechung eingeladen worden war, obwohl er über große Kenntnis der Sachlage und der Persönlichkeiten verfüge. Vogel bat daher, „auch den Vertreter unserer Geschäftsstelle zur Beratung aller wichtigen Saarangelegenheiten gefl. hinzuziehen lassen zu wollen.“: Brief der GSV an das RMI (18.01.21), in: BA-R 1601/1696.

¹⁶⁷¹ Vgl. WERMUTH, S. 264 ff.

¹⁶⁷² Vgl. ebd., S. 127–158.

¹⁶⁷³ So konnte beispielsweise 1922 auf Winklers Veranlassung die Saarbrücker „Großstadtbrille“ durch die Überweisung von zweimal 50.000 Mk. für die deutsche Propaganda gewonnen werden: Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung des BdS vom 27.10.22 (27.10.22), in: BA-R 8014/7. Der Herausgeber der Zeitung, Fritz Kühner, gehörte zu den Vertrauensleuten Vogels und erhielt daher im November 1924 auf Vermittlung der GSV eine erneute Beihilfe von 1.000 RM: Vgl. verschiedene Briefe der GSV an Ministerien (Oktober 1924), in: BA-R 8014/674. Vgl. allgemein: BA-R 8014/1078–1081.

wobei es nicht immer gelang, die Zahlungen vor den Franzosen zu verbergen¹⁶⁷⁴. Insgesamt begann man in der Königgrätzer Straße zu dieser Zeit schon den Aufbau einer speziellen Pressekorrespondenz zu favorisieren, aus der schließlich mit dem „Saar-Freund“ eine eigene Zeitschrift hervorging.

Schon vor seiner Denkschrift an den preußischen Ministerpräsidenten hatte Kraus ab Mitte August 1919 fast täglich seine „Nachrichten aus dem Saargebiet“ an Feuilletonkorrespondenzen und Zeitungen sowie an mehrere Reichsministerien, ausgewählte Abgeordnete der Weimarer Nationalversammlung und zahlreiche private Vereinigungen übersandt. Im Stil polemisch, versuchte diese Revue des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Tagesgeschehens an der Saar auf jeweils mehreren Seiten, die Verfehlungen der Franzosen anzuprangern¹⁶⁷⁵. Die Krauschen Informationen basierten einerseits auf Berichten Ausgewiesener und Geschäftsreisender und stützten sich auf der anderen Seite auf die saarländische Presse einschließlich der kleineren Dorfblätter bzw. auf die bedeutenden deutschen und ausländischen Zeitungen¹⁶⁷⁶. Durch seine Beharrlichkeit gelang es Kraus, der den Behörden immer wieder neue Vorschläge zur Organisation eines Informationsdienstes unterbreitete¹⁶⁷⁷, nach der Enttarnung des Presseapparates der RfH im Frühjahr 1920¹⁶⁷⁸, zum Leiter der „Politischen West-Ost-Nachrichtenagentur“ (Polwona) ernannt zu werden, welche als formal private Organisation die Aufgabe eines Lektorats der „Rheinischen Volkspflege“ wahrnahm. In „engster Verbindung zur Presseabteilung der Reichs-

¹⁶⁷⁴ Aber auch sie durchschauten das Winklersche Finanzierungssystem nicht vollständig: Vgl. Renseignement (30.10.22), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 603: Die Leitung der „Volksstimme“ habe in den vergangenen Tagen vom Saarverein auf Rechnung des RMI 200.000 Mark erhalten; die Summe sei Valentin Schäfer übergeben worden, wohingegen die „Großstadtbrille“ vierteljährlich 60.000 Mark durch den Saarverein beziehe.

¹⁶⁷⁵ Vgl. BA-R 1501/102.860; BA-R 8014/1058–1061 sowie PA AA, Friedensabteilung, R 95.913. Gleichzeitig verschickte Kraus an den gleichen Adressatenkreis die „Nachrichten aus dem Westen“, die das gesamte besetzte Gebiet abdeckten. Um das Saargebiet in das Gedächtnis einer breiten Öffentlichkeit zu rufen, lancierte die GSV parallel hierzu in den verschiedensten innerdeutschen Zeitungen und ausländischen Blättern Artikel über das Saargebiet: Vgl. die Korrespondenz der GSV mit diversen Zeitungen, in: BA-R 8014/1017.

¹⁶⁷⁶ Vgl. Vorschläge Kraus' zur „Organisation eines Pressebureaus für die Interessen der besetzten Westgebiete“ (09.09.19), in: BA-R 8014/1058. Wie schon der Titel seines Schreibens suggeriert, plante Kraus die Ausweitung seiner Tätigkeit für das gesamte besetzte Gebiet einschließlich Elsaß-Lothringens, wofür er monatlich 5.500 Mark veranschlagte.

¹⁶⁷⁷ Vgl. beispielsweise die mehrseitigen Konzepte vom 17.02.20 und 06.04.20, die Kraus der RVP übersandte, in: BA-R 1603/2692. Eine Zentrale in Berlin sollte im wechselseitigen Austausch mit den beiden Filialen in Frankfurt am Main und Köln stehen, welche gleichzeitig als Sammelstellen für Informationen aus dem besetzten Gebiet fungieren sollten. Speziell in Saarbrücken sah Kraus das Büro des Zeitungsverlegervereins als Empfänger der lancierten Nachrichten vor. Einen nicht zu unterschätzenden Vorteil seines Informationsdienstes sah er in der aktiven Bekämpfung des rheinischen Separatismus, dem somit von deutscher Seite etwas Gleichwertiges entgegengestellt werde.

¹⁶⁷⁸ Vgl. „Rapport au sujet du ‚Heimatdienst‘“ des E.M.A. (16.07.20), in: MAE, Allemagne 415: Sowohl die „Neue Rheinische Korrespondenz“ als auch ihr Nachfolger, der „Westdeutsche Zeitungsdienst“, mußten ihr Erscheinen einstellen.

regierung“¹⁶⁷⁹ arbeitete die Polwona als Relais für Informationen aus den besetzten Gebieten und dem Reich. Kraus versorgte nach dem gleichen Konzept wie zuvor bei den „Nachrichten aus dem Westen“ sowohl die ausländische und reichsdeutsche Presse als auch staatliche Behörden¹⁶⁸⁰, Parlamentarier und sonstige Interessenten mit Neuigkeiten aus dem Rheinland: Neben einer täglich erscheinenden Umdruckausgabe der „Polwona“ versandte das Büro zweimal wöchentlich die mehrseitige „Übersicht über die Ereignisse und Pressestimmen der besetzten und abgetrennten deutschen Gebiete im Osten und Westen“. Für diese Synthese zeichnete vorübergehend der spätere saarländische Ministerpräsident Johannes Hoffmann verantwortlich¹⁶⁸¹. Die Finanzierung der Polwona erfolgte aus Mitteln der RVP; alleine im Rechnungsjahr 1920/21 mußten dem Lektorat „zur Sammlung der Nachrichten aus dem besetzten Gebiet und zur Hebung des Interesses der Presse an diesen Nachrichten“ etwa 1,25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden¹⁶⁸². Insgesamt scheint sie ihr Ziel, die reichsdeutsche Presse für die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Probleme des Westens zu interessieren, erreicht zu haben:

*„Fast sämtliche Artikel und Nachrichten über das besetzte Rheinland, die in der letzten Zeit in der großen Berliner Presse erschienen sind, sind durch die Polwona lanciert. Die Pressestelle ist dadurch in die Lage gekommen, ein außerordentlich wirksames Instrument zur Geltendmachung der westlichen Fragen zu werden. [...] Durch die Pressestelle Polwona ist fernerhin die Möglichkeit gegeben, die gesamte Presse des besetzten Westens und des übrigen Deutschlands nachhaltig im Sinne der Arbeit der RVP zu interessieren. Dies geschieht in immer sich steigendem Maße.“*¹⁶⁸³

Zur gleichen Zeit lancierte Kraus über seine Zweigniederlassungen Köln, Frankfurt und Mannheim auch solche Nachrichten, die das „Wolff'sche Telegraphenbüro“ (WTB) aufgrund des

¹⁶⁷⁹ Nicht unterzeichnete und undatierte Aktennotiz (wahrscheinlich Sommer 1920), in: PA AA, Presseabteilung, R 122.462. Vgl. hierzu WIPPERMANN, S. 204 f.

¹⁶⁸⁰ Das AA beispielsweise leitete spezielle Auslandsausgaben an ausgewählte deutsche Botschaften und Gesandtschaften weiter: Vgl. PA AA, Presseabteilung, R 122.464.

¹⁶⁸¹ Vgl. beispielsweise „Polwona Nr. 10“ (30.06.20), in: BA-R 1501/102.883. Der ergänzende Zusatz „Polwona“ tauchte erstmals am 25.03.20 im Kopf der Nachrichtensammlung auf; zwei Monate später erschien „Polwona Nr. 1“ als eigenständiges Periodikum: Vgl. die Ausgaben 1–78 in: BA-R 8014/1061. Die ursprüngliche Idee der RfH, die Arbeit des Lektorates auch im größerem Maße auf die Ostgebiete auszudehnen, wurde wieder fallengelassen; dennoch fanden die Ereignisse im Osten regelmäßig Beachtung in den hektographierten Nachrichtensammlungen: Vgl. Brief der Polwona an die Presseabteilung der Reichsregierung mit einem Bericht über die polnische Agitation im Rheinland für die bevorstehende Abstimmung in Oberschlesien (15.12.20), in: PA AA, Presseabteilung, R 122.464.

¹⁶⁸² Dies entsprach etwas mehr als 10% des Etats der Tarnorganisation: Vgl. Brief der RVP an StS Brugger (04.05.21), in: BA-R 1603/2156. Das Zitat stammt aus dem Entwurf eines Schreibens des RMI (15.09.20), in: PA AA, Presseabteilung, R 122.462. Als Leiter des Lektorates besaß Kraus einen nicht zu unterschätzenden Einfluß; so wurde er auch zu den Besprechungen über die Reorganisation der RVP hinzugezogen: Vgl. Protokoll einer Sitzung im AA (19.11.20), in: Ebd.

¹⁶⁸³ „Bericht über den Aufbau der Rheinischen Volkspflege und ihre einzelnen Arbeitszweige“ (21.08.20), in: BA-R 1603/2154.

Abkommens mit der französischen Havas nicht nach dort weiterleiten konnte¹⁶⁸⁴. Ein weiterer Ableger der Polwona, die Saarbrücker „Saar-Korrespondenz“, wurde von Johannes Hoffmann gegründet und etwa ein Jahr lang geleitet; sie diente ebenso wie die anderen Agenturen als Drehscheibe für Informationen über bzw. für das Saargebiet¹⁶⁸⁵. Kurz vor Ausbruch des Beamtenstreiks konnte Kraus befriedigt konstatieren, „daß in der nächsten Zeit die Aufnahme- und Verteilungsstelle für die Nachrichtengebung nach Saarbrücken fertiggestellt“ sei. Bis dahin übermittelte er Hoffmanns „Saar-Korrespondenz“ telefonisch dreimal täglich die wichtigsten Nachrichten¹⁶⁸⁶.

Da Kraus auch weiterhin die Presseabteilung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Personalunion führte, verfügte die Königgrätzer Straße nun über eine indirekte Anbindung an die offiziöse RVP. Nicht zuletzt dieser Doppelfunktion von Kraus ist es zuzuschreiben, daß die Polwona in den Akten oft synonym für die Presseabteilung verwandt wurde¹⁶⁸⁷; auch der französische Sicherheitsdienst hatte Schwierigkeiten, beide Organisationen zu unterscheiden:

„Les renseignements reçus depuis le dernier C.B. [gemeint war vermutlich C.R. für compte rendu – F.B.] sur la ‚Reichszentrale für Heimatdienst‘ et ses agences auxiliaires: ‚Dena‘¹⁶⁸⁸, ‚Laar-Verein‘ [sic!] et ‚Lektorat Kraus‘, restent quelque peu vague dans leur ensemble. Ces différents bureaux sont d'un accès difficile, néanmoins l'informateur conserve l'espoir de s'y introduire.

Il semble que jusqu'à présent l'activité de ces bureaux se porte tout entière sur la propagande antifrançaise dans le bassin de la Sarre et sur l'obtention de renseignements provenant des territoires occupés par les troupes françaises et belges. Il a été constaté que ces services ne re-

¹⁶⁸⁴ Kraus erhielt hierzu von der RVP detaillierte Weisungen: Vgl. Brief Kraus' an die RVP (26.10.20), in: BA-R 1603/2692. Unter der Leitung Lilligs arbeitete das Frankfurter Nachrichtenbüro in der Taunusstraße 14 als Umschlagstelle für Nachrichten nach Saarbrücken und Mannheim, wo das „Oberrheinische Nachrichtenbüro“ (ONB) zur Versorgung der pfälzischen Presse aufgebaut wurde. In Köln übernahm „Mirbach's telegraphisches Büro“ diese Aufgabe für die Polwona: Vgl. nicht unterzeichnete und undatierte Aktennotiz (wahrscheinlich Sommer 1920), in: PA AA, Presseabteilung, R 122.462. Die Notwendigkeit der Berliner Zentrale ergab sich in erster Linie durch ihre Funktion als übergeordnete Koordinierungs- und Sammelstelle aller Informationen, die anschließend entweder telefonisch, telegraphisch oder per Post übermittelt wurden. Zum Wolff-Havas-Abkommen vom November 1919 vgl. KOSZYK, S. 98–102. Zum Mirbach-Konsortium vgl. Renseignement (11.07.22), in: MAE, Sarre 116, die undatierte Aufzeichnung Kraus' (1930), in: BA-R 43-I/2479 sowie KOSZYK, S. 100 f.

¹⁶⁸⁵ Anschließend kehrte Hoffmann nach einer vorübergehenden Tätigkeit beim Mannheimer ONB in die Berliner Zentrale zurück, die inzwischen in „Mirbach's telegraphisches Büro“ umbenannt worden war: Vgl. Johannes HOFFMANN: Journalistische Erfahrungen im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Vortrag vor den Studenten des Instituts für Zeitungswissenschaften der Ludwig-Maximilians- Universität München am 18. November 1965, in: StA Saarbrücken, Handbibliothek 453/76, S. 5; Brigitte STEINLE: Sein Weg bis zur Emigration, in: DIES. (Hrsg.): Johannes Hoffmann - ein Leben, Saarbrücken 1990, S. 12–18, hier: S. 13.

¹⁶⁸⁶ Vgl. Rechenschaftsbericht der Pressestelle der GSV (01.08.20), in: BA-R 8014/1076. Längerfristig war auch der Aufbau einer Agentur in Paris vorgesehen: Vgl. ebd. und Denkschrift über die Aufgaben der GSV (01.04.20), in: BA-R 8014/2.

¹⁶⁸⁷ Vgl. Denkschrift über die Aufgaben der GSV (01.04.20), in: BA-R 8014/2. Vgl. allgemein: BA-R 8014/1076.

¹⁶⁸⁸ Die „Deutsche Nachrichten-Agentur“ wurde im Herbst 1919 „zur besonderen Wahrnehmung der Interessen der abzutretenden und bedrohten Gebiete in den östlichen, westlichen und nördlichen Grenzländern wie auch in den Abstimmungsgebieten“ als Nachrichten-Vermittlungsstelle des „Reichsverbandes Ostschutz“, des „Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände“ und des DSB unter Leitung Dr. Niels ins Leben gerufen und beabsichtigte, Zweigstellen jenseits der neuen Reichsgrenzen aufzubauen: Vgl. Rundschreiben des „Reichsverbandes Ostschutz“ (10.11.19), in: BA-R 8014/1017.

çoivent ou tout au moins n'exploitent pas les renseignements concernant les zones d'occupation anglaise ou américaine. [...]

Un agent du ‚Saar-Verein‘ serait le nommé Bosselt [sic!] rédacteur au Saarbrücker Zeitung depuis le 1.12.1919. Celui-ci, ainsi que les frères Hofer, du même journal et le nommé Kansert [...] seraient, sous les ordres de Th. Vogel, les principaux auteurs de la propagande antifrançaise dans le bassin de la Sarre.“¹⁶⁸⁹

Wenn die Struktur der prodeutschen Pressepropaganda an der Saar den Franzosen zwar nicht gänzlich verborgen blieb¹⁶⁹⁰, erlitt die Organisation erst infolge der Verhaftung Ollmerts einen herben Rückschlag. Denn durch die Verhaftung und Enttarnung zahlreicher Vertrauensleute büßte der Nachrichtendienst nicht nur den Großteil seiner Informanten an der Saar ein, sondern die bei Ollmert gefundenen Schriftstücke dokumentierten in aller Deutlichkeit die Verbindungslinien zwischen Polwona, der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und der RfH bzw. ihrem Ableger RVP¹⁶⁹¹.

Daher geriet auch die Polwona durch den Zwischenfall ins Kreuzfeuer der Kritik, was ihre Umbenennung in „Allgemeines Politisches Informationsbüro“ zur Folge hatte. Gleichzeitig wurde sie in eine GmbH umgewandelt¹⁶⁹². An der Arbeitsweise änderte sich nichts, wobei Kraus zur Verbreitung von Nachrichten im unbesetzten Teil des Reiches nun ein Kartell mit dem „Verein deutscher Zeitungsverleger“ einging. Die lokalen Zweigstellen in Köln („Mirbach's telegraphisches Büro“), Mannheim (ONB), Mainz („Südwestdeutscher Zeitungsdienst“, VDZ) und Saarbrücken („Saar-Korrespondenz“) fungierten weiterhin als Vermittler¹⁶⁹³, und auch die bisherige Symbiose mit der RVP wurde nach der Reorganisation beibehalten¹⁶⁹⁴. An die Stelle

¹⁶⁸⁹ Feuille de renseignement Nr. 2880 (21.02.20), in: MAE, Sarre 115. Die zahlreichen Konsonantenfehler bei der Schreibweise der angeführten Namen – Dröge taucht als „Tröge“ auf – legen den Schluß nahe, daß die französische Sûreté zu diesem Zeitpunkt noch vor allem mündliche Auskünfte über die Arbeit des Saarvereins erhielt.

¹⁶⁹⁰ Vgl. „L'Echo de Forbach“ (21.05.20): „Der Reichszentrale beigeordnet ist das Lektorat Kraus, Lützowstr. 73. [...] Es umfaßt die Nachrichtenverbreitungsstelle der Zentrale und des Auswärtigen Amtes. Zum Teil wird es aus Staatsgeldern, die die Reichszentrale für Heimatdienst ausbezahlt, unterhalten. Zum Teil stehen dahinter große Finanz- und Wirtschaftstruppen auf [sic!] viele Offiziere. Das Lektorat ist ein recht kostspieliger Apparat. Das Nachrichtenbüro ist gruppiert in Ostabteilungen [...]; Südwestabteilungen: Saargebiet. Für jedes Fach ist ein tüchtiger Nachrichtenredakteur angestellt: Ost: Dr. Michaelis; West: Dr. Byk, Saar: Dr. Gansser. Die Leitartikel bearbeitet Dr. Kraus.“ Das Büro Kraus sollte so umgebaut werden, daß es künftig keine Staatsgelder mehr benötige. „Es soll mit der Zeit eine Irredentistenzentrale für alle von Deutschland abgetretenen Gebiete werden.“ Der Artikel stammte von Ludwig Fink, einem französischen Spitzel im Büro der Polwona. Vgl. hierzu S. 563 f.

¹⁶⁹¹ Vgl. ANSCHÜTZ, S. 49 f. Es war daher auch kein Zufall, daß Mitarbeiter saarländischer Zeitungen überproportional von den Ausweisungen im August 1920 betroffen waren.

¹⁶⁹² Vgl. Aufzeichnung Kraus' über die Gestaltung des Nachrichtendienstes (14.12.20), in: BA-R 1501/102.860 und undatierte Aufzeichnung (Dezember 1920), in: PA AA, Presseabteilung, R 122.462. Mitglied im Aufsichtsrat war u.a. der Vorsitzende des „Vereins deutscher Zeitungsverleger“ Dr. Fleischer.

¹⁶⁹³ Geplant waren ursprünglich weitere Zweigstellen im Westen (Köln mit Ableger Koblenz, Frankfurt mit Ableger Mainz, Saarbrücken und Mannheim), Norden (Flensburg) und Osten (Königsberg, Allenstein, Marienwerder, Scheidemühl und Danzig), die jedoch nicht realisiert wurden.

¹⁶⁹⁴ Vgl. „Haushaltungsplan des Lektorates der Rheinischen Volkspflege“ (31.12.20; stammte von Kraus), in: BA-R 1603/2692. Dort findet sich auch der Entwurf eines Vertrages zwischen der RVP und dem Krauschen

der periodischen „Polwona“-Nachrichten trat ab Mai 1921 die „Grenzlandkorrespondenz der deutschen Zeitungsverleger“¹⁶⁹⁵, die nun verstärkt auch separatistische Blätter sowie französische und belgische Zeitungen beobachtete¹⁶⁹⁶. Obwohl die reformierte Gesellschaft nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien geführt und sogar einen Überschuß erzielen sollte, veranschlagte Kraus zum Unterhalt des Lektorates einen jährlichen Zuschußbedarf von 300.000 Mark¹⁶⁹⁷. Gerade an diesem Punkt, der vermeintlichen Vergeudung von Reichsmitteln für den Krausschen Nachrichtendienst, setzte die Kritik der bayerischen Pfalzzentrale an. In einem ausführlichen Gutachten versuchte Eugen Thoma Ende August 1921 nachzuweisen, daß das „Allgemeine politische Informationsbüro“ lediglich eine Agentur dritten Ranges sei, da sie selbst ihre Informationen aus zweiter Hand beziehe und vielfach andere Pressedienste wie das WTB oder Dammert kopiere¹⁶⁹⁸. Die diffamierende und aggressive Kritik an der Arbeit der Nachrichtenagentur dürfte jedoch weniger durch objektive Fakten gerechtfertigt sein, als sie sich durch die Auflösung der Pfalzzentrale im Sommer 1921 erklären läßt und somit als energischer Versuch gewertet werden muß, die Existenzberechtigung der eigenen Pressestelle gegenüber der seit langem von Bayern angefeindeten Reichsstelle zu verteidigen¹⁶⁹⁹.

Trotz derartiger Anfeindungen bestand das „Allgemeine Politische Informationsbüro“ mit fast allen Nebenstellen bis zum Frühjahr 1930 und ermöglichte der Presseabteilung der Reichsregierung, sich in Propagandafragen des Westens im Hintergrund zu halten¹⁷⁰⁰. Im Sommer 1922 wurde dem Büro sogar ein Korrespondenz- und Materndienst für die Presse des besetzten Gebietes angegliedert. Hiermit versuchte die RVP, dem vom französischen Pressedienst in Koblenz kostenlos herausgegebenen „Nachrichtenblatt“ entgegenzutreten, das vor allem in der

Informationsbüro vom Juli 1922, der zum 01.10.22 in Kraft treten sollte.

¹⁶⁹⁵ Offizieller verantwortlicher Herausgeber war das „Nachrichtenbüro Deutscher Zeitungsverleger GmbH“ in der Berliner Zimmerstraße. Vgl. hierzu: BA-R 8014/816 und 817.

¹⁶⁹⁶ Im Frühjahr 1921 schloß Kraus sogar mit der Berliner Nachrichtenagentur „Est-Europe“ – einem französischen Tarnunternehmen – ein Kooperationsabkommen, das seinem Informationsbüro die Möglichkeit eröffnete, den Vertrieb der französischen Propagandameldungen im Rheinland zu redigieren. „Est-Europe“ kündigte daher die Zusammenarbeit schon nach wenigen Monaten auf: Vgl. Aktennotiz Kraus' (Oktober 1921), in: BA-R 1601/1649; Hans-Jürgen MÜLLER: Auswärtige Pressepolitik und Propaganda zwischen Ruhrkampf und Locarno (1923–1925). Eine Untersuchung über die Rolle der Öffentlichkeit in der Außenpolitik Stresemanns, Frankfurt am Main [u.a.] 1991, S. 56 ff.

¹⁶⁹⁷ Vgl. „Haushaltungsplan des Lektorates der Rheinischen Volkspflege“ (31.12.20), in: BA-R 1603/2692.

¹⁶⁹⁸ Vgl. Gutachten (29.08.21), in: BayHStA, Haupthilfsstelle Pfalz 2.

¹⁶⁹⁹ Vgl. hierzu auch Vorschläge Eberleins zur Reorganisation der Pfalzzentrale (19.08.21), in: BayHStA, Haupthilfsstelle Pfalz 1. Im Sommer 1920 hatte Kraus in Frankfurt am Main mit Thoma über die Neuorganisation des Pressewesens verhandelt und dabei auch die Idee einer Mannheimer Reichspressestelle ins Gespräch gebracht. Dies stieß den Bayern als Eingriff in ihre Kulturhoheit negativ auf: Vgl. Brief des BayMA an das RMI (19.08.20), in: BA-R 1601/1696 sowie das Konzept der Pressestelle, in: BayHStA, Haupthilfsstelle 67. Vgl. ebenfalls GEMBRIES, S. 180 f.

¹⁷⁰⁰ Vgl. Brief Posselts an das RMBesGeb (08.04.30), in: BA-R 1601/1650. Im April 1921 wurde die „Saar-Korrespondenz“ von der „Buchgewerbehaus Aktiengesellschaft“ übernommen: Vgl. Renseignement (11.07.22), in: MAE, Sarre 116.

Provinz den Bezug deutscher Nachrichtenquellen zu verdrängen drohte¹⁷⁰¹. Für die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ erwies es sich von großem Vorteil, Kraus weiterhin für die eigene Organisation verpflichten zu können, da sie gleichermaßen von den Ressourcen der RVP profitierte und ihr eigenes Lektorat als „*erste zuverlässige Presseorganisation über und für das Saargebiet*“¹⁷⁰² anpreisen konnte. In der Anfangsphase war Kraus auch für den Ausbau und die Pflege des Archives zuständig, in welchem wichtige Meldungen aus saarländischen Zeitungen sowie alle Nachrichten und Mitteilungen der Vertrauensleute gesammelt wurden. Sukzessive übernahm sein Angestellter, der ehemalige Lokal- und Kommunalredakteur der „Saarbrücker Zeitung“, Richard Posselt, diese Aufgaben¹⁷⁰³.

Das Scheitern der deutsch-französischen Saarverhandlungen in Paris 1929/30 war für den Bund der Saarvereine Anlaß zur Gründung eines speziellen Presseausschusses, um den Auswüchsen der erwarteten intensivierten französischen Saarpropaganda entgegenzutreten zu können. Wie Vogel auf der eigens hierfür einberufenen Dortmunder Vertretertagung ausführte, sollte der aus ihm selbst, Ollmert, Posselt, Eckler und Dr. Kill bestehende Ausschuß¹⁷⁰⁴ noch stärker als bisher französische Thesen widerlegen und alles relevante Material zur Saarfrage systematisch sammeln. Insbesondere für die Redaktionen des In- und Auslandes, die sich bislang kaum mit Saarbetreffen auseinandergesetzt hatten, sollte der Ausschuß Aufsätze zum jeweils aktuellen Stand der Saarfrage in allgemein verständlicher Form ausarbeiten¹⁷⁰⁵. Im Februar des darauf folgenden Jahres wandte er sich daher an insgesamt 63 saarländische Politiker und Wirtschaftsexperten bzw. an zuständige Behörden mit der Bitte, für den „Saar-Freund“ Artikel über politische und ökonomische Aspekte der Saarfrage zu verfassen. Der gewünschte Erfolg blieb jedoch aus: Die Mehrzahl der angeschriebenen Persönlichkeiten reagierte entweder gar nicht oder erteilte dem Ansinnen eine Absage¹⁷⁰⁶.

¹⁷⁰¹ Vgl. Brief Rühlmanns (RVP) an den StSbesGeb (28.06.22) sowie Denkschrift Kraus' (23.06.22), in: BA-R 1601/1649. In diesem Zusammenhang wurde auch der oben erwähnte Vertrag zwischen der RVP und dem Informationsbüro geschlossen. Als Referent der RVP nahm Kraus in den folgenden Jahren an verschiedenen internen Besprechungen teil, beispielsweise im Februar 1922 auf einer Kulturkonferenz mit den Regierungspräsidenten des besetzten Gebietes und den Dezernenten verschiedener Kultusministerien: Vgl. Aktennotiz Knochs (02.03.22), in: BayHStA, Vertreter beim Reichskommissar 31. Kraus war ferner Mitglied im Aufsichtsrat der Drahtlose Dienst AG (Dradag): Vgl. Winfried B. LERG: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980, S. 299.

¹⁷⁰² POSSELT: Die pressepolitischen Aufgaben, S. 257; Denkschrift über die Aufgaben der GSV (01.04.20), in: BA-R 8014/2.

¹⁷⁰³ Posselt arbeitete jeweils zur Hälfte in der Redaktion des SF und bei Mirbach.

¹⁷⁰⁴ Vgl. SF 11 (1930) 23, S. 419.

¹⁷⁰⁵ Vgl. undatierte Mitschrift des Vortrags von Vogel vom 30.11.30, in: LA Saarbrücken, NL Scheuer 61.

¹⁷⁰⁶ Ein zweiter Versuch im Herbst 1931 verlief ebenfalls im Sande: Vgl. Rundschreiben der GSV (Februar 1931 und 08.10.31), in: StA Saarbrücken, Großstadt 2862. Zu den Reaktionen der Saarländer, unter ihnen Max Braun und Hermann Röchling, vgl. BA-R 8014/117. Vgl. ebenfalls das Rundschreiben „Saarbitte an die deutsche Presse“ (07.06.32), in: LA Saarbrücken, NL Scheuer 61; SF 13 (1932) 11, S. 171.

Kap. 5.2: Der „Saar-Freund“

Im Unterschied zur Zeitung besitzt die in periodischen Abständen erscheinende Zeitschrift den Vorteil, tagespolitische Ereignisse aus einer relativen Distanz heraus darstellen und erste Synthesen anfertigen zu können¹⁷⁰⁷. Ihre Einzelhefte werden als Teil eines Gesamtwerkes verstanden, was am augenscheinlichsten durch eine fortlaufende Seitenzählung zum Ausdruck kommt. Auch im Hinblick auf das Herzstück der Pressepropaganda des Bundes der Saarvereine, den „Saar-Freund“, erweist sich die von Wilmont HAACKE geprägte Definition der „politischen Zeitschrift“ als hilfreich:

„Die politische Zeitschrift ist eine periodische Publikation, deren Tendenz sich aus dem von ihr verkündeten Programm ergibt. In deren Sinn behandelt sie fortwirkend staatliche, gesellschaftliche, soziale und kulturelle Erscheinungen aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. [...]

Politische Zeitschriften stellen sich in den Dienst des Proklamierens von Anschauungen und Gesinnungen sowohl einzelner Persönlichkeiten wie ganzer Gruppen. Oft dienen sie Einzelnen zur Gruppenbildung oder Gruppen zum Gewinnen Einzelner für ihre Ziele.

Politische Zeitschriften erfassen zeitgebundene oder überzeitliche Strömungen entsprechend ihrer politischen Einstellung. Aus propagandistischen Prinzipien nehmen sie indes – zumindest formal– Rücksicht auf Meinungen des Publikums, das sie im Sinne ihres Programms zu beeinflussen wünschen.

Die publizistische Aufgabe der politischen Zeitschrift ist es, die durch sie dargebotenen Auffassungen in dem Sinne zu vertreten, daß auf ihren Zuruf als kommunikatives Echo Zustimmung erfolgt.“¹⁷⁰⁸

Bereits in der Gründungsphase der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ stand fest, daß an die Stelle der hektographierten Nachrichtensammlungen und Presserevuen des Saargebietsschutzes eine Halbmonatsschrift treten sollte. Die Erstausgabe des „Saar-Freund“ (17. Januar 1920) mit dem Untertitel



Abb. 20: Kopf des „Saar-Freund“ 1920/21

„Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet“ hatte eine Startauflage von 2.000 Exemplaren und begann mit einer Erläuterung der programmatischen Ausrichtung des neuen

¹⁷⁰⁷ „Während die Zeitung in den ersten Linien des politischen Kampfes kämpft, steht die Zeitschrift hinter der Front, um von dort aus alles das in die vorderen Gräben zu tragen, was dort Mut, Kraft, Treue zu stärken vermag. Sie betrachtet ihrem Wesen gemäß die Geschehnisse von höherer, weniger umstürmter Warte aus, verarbeitet sie, scheidet das Wichtige vom Wertlosen und trägt so gleichsam die von der Tagespresse gesammelten Steine zu einem großen Mosaikbilde zusammen.“: BALDAUF, S. 167. Vgl. speziell zum SF: Ebd., S. 168–172.

¹⁷⁰⁸ Wilmont HAACKE: Die politische Zeitschrift 1665–1965, Bd. 1, Stuttgart 1968, S. 207 f. Siehe dort auch allgemeine Kennzeichen einer Zeitschrift: S. 102–115.

Organs¹⁷⁰⁹. Angesichts der großen Not im Saargebiet, über welche kaum im unbesetzten Teil des Reiches berichtet werde, wolle der „Saar-Freund“ den durch die französische Zensur geknebelten Saarländern seine Stimme leihen. Das Blatt stehe fest auf dem Boden des Versailler Friedensvertrages, auf dessen loyale Durchführung es stets achten werde. Ungeachtet dessen, daß eines seiner Ziele sei, die französische Propaganda unschädlich zu machen, betreibe der „Saar-Freund“ keine Gegenpropaganda,

„die nur verhetzend wirkt. Unsere Aufgabe ist es, Unwahrheiten richtig zu stellen. Denn nur bei klarer Erkenntnis des Tatsächlichen ist es möglich, die deutschen und französischen Grenzen so festzulegen, daß die Völker, die auf beiden Seiten wohnen, sich die Hände reichen können zu gemeinsamer Kulturarbeit, zu der alle Völker berufen sind.“

Derart versöhnliche und von Polemik freie Töne gegenüber dem „Erbfeind“ im Westen fanden sich in den folgenden 15 Jahren nur selten. Natürlich durfte auch das obligatorische Lippenbekenntnis zur Überparteilichkeit nicht fehlen, welche die Tätigkeit des „Saar-Freund“ aus den Niederungen des engstirnigen Parteienstreits erheben sollte:

„Wer im ‚Saar-Freund‘ spricht, soll nichts anderes zu sagen haben, als was seiner Heimat Schicksal betrifft. Das ist eine deutsche Sache und hat nichts mit Parteipolitik zu tun. Über allen Hader innerer Parteien steht das Schicksal des Deutschen Volkes an der Saar!“¹⁷¹⁰

In welche Hände die Herausgeber dieses Schicksal am liebsten gelegt sehen wollten, bewiesen sie durch ein Zitat von Hindenburgs, das dem ersten Leitartikel – und damit der gesamten Zeitschrift – vorangestellt war.

Das Blatt erschien nach anfänglichen Anlaufschwierigkeiten zweimal monatlich¹⁷¹¹. Zunächst im Berliner „Ost-West-Verlag“, ab der sechsten Ausgabe im Verlag der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, herausgegeben und gedruckt beim „Deutschen Schriftenverlag GmbH“ kostete seine Einzelnummer 50 Pfennig. Ende 1921 mußte der Preis angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung verdoppelt werden. Gleichzeitig stieg aber auch die Auflage des Bundesorgans auf 5.000 Exemplare¹⁷¹². Der Umfang einzelner Ausgaben schwankte zwischen vier und 52 Seiten, lag aber im Schnitt bei 16 Seiten. Die Graphik auf der nächsten Seite spiegelt den Gesamtumfang der 15 Jahrgänge wieder; sie zeigt, wie stark der „Saar-Freund“ von der wirtschaftlichen Gesamtlage und damit Spenden und Zuwendungen der öffentlichen Hand abhängig war.

¹⁷⁰⁹ Vgl. im folgenden: SF 1 (1920) 1, S. 1 („Was wir wollen“). Die fortlaufende Seitenzählung setzte erst ab dem zweiten Heft ein. Die Erstausgabe ging den Reichs- und Staatsbehörden sowie zahlreichen Kommunen zu: Vgl. beispielsweise Rundschreiben der GSV an Städte (06.01.20, in: StA Freiburg, C 4/ IX/ 2/1), die RfH (06.01.20, in: BA-R 1603/2508) und das RMFinanz (08.01.20), in: BA-R 2/2689.

¹⁷¹⁰ Der SF wollte hierdurch eine allseits beklagte Lücke schließen und sich von anderen Blättern wie der „Volksstimme“, der S.Z. oder der späteren „Saarbrücker Landeszeitung“ abheben.

¹⁷¹¹ Papiermangel und Finanzierungsnöte verzögerten den halbmonatlichen Rhythmus (vgl. SF 1 (1920) 11, S. 80); an den langen Auszügen aus anderen Zeitschriften wird deutlich, daß die Redaktion im ersten Jahr noch Schwierigkeiten hatte, die Zeitschrift mit eigenen Beiträgen zu füllen.

¹⁷¹² Vgl. Tätigkeitsbericht Schulz van Enderts auf der Mitgliederversammlung in Kassel (03.04.21), in: BA-R 8014/18. Zu dieser Zeit mußten pro Abonnement jährlich 24 Mk. zugeschossen werden: Vgl. ebd.

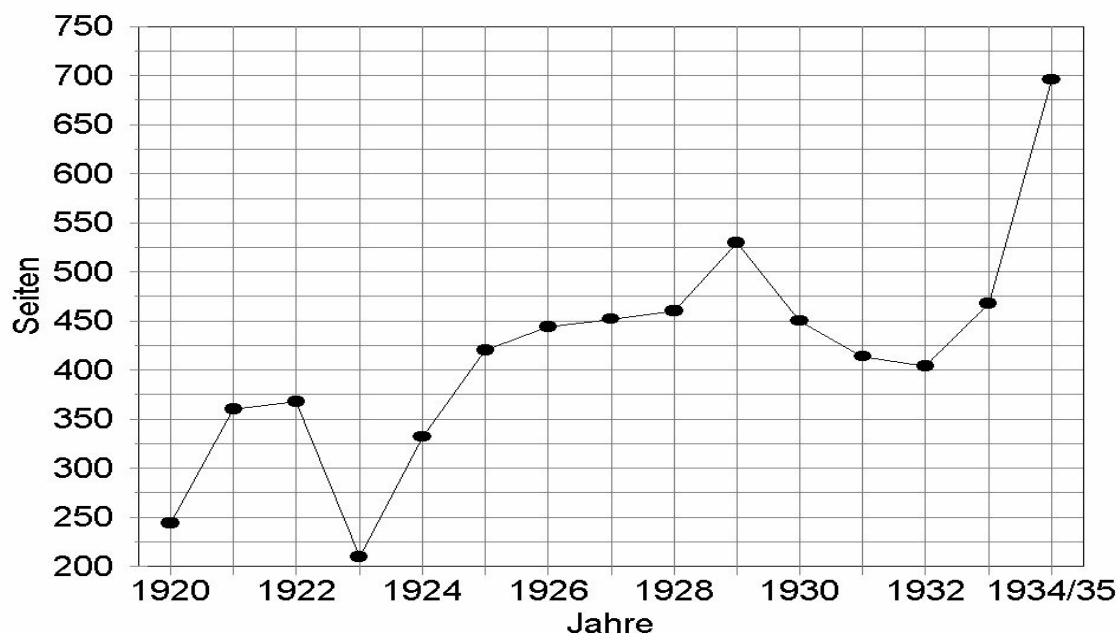


Abb. 21: Seitenumfang der Jahrgänge des „Saar-Freund“ 1920–1935

Während der ersten Monate wechselte die Schriftleitung noch häufig: Zunächst zeichnete Hellmut Gansser¹⁷¹³ für die ersten zehn Ausgaben verantwortlich, ihm folgten bis Ende 1921 Herbert Mertens und Dr. Günther Schulz van Endert. Größere Kontinuität brachten erst Oswald Jaensch¹⁷¹⁴, Karl Ommert¹⁷¹⁵ und Kurt Meurer¹⁷¹⁶. Von Mitte 1928 bis zum Einstellen des „Saar-Freund“ Anfang 1935 zeichnete Richard Posselt nun auch offiziell als Schriftleiter verant-

¹⁷¹³ Der damals 22jährige Neffe Vogels arbeitete nach seinem kurzen Gastspiel in der Redaktion des SF zunächst weiterhin in Berlin als Journalist, bis er 1923 zur S.Z. wechselte. Ab 1926 war er Chefredakteur des „Saarbrücker Abendblattes“, bis er 1928 in Genf das Depeschensbüro „Europapress“ übernahm und damit sowohl die S.Z. als auch das Blatt seines Onkels mit Informationen über den Völkerbund versorgte. Kurzzeitig zog er 1932 nach Paris um, mußte aber krankheitsbedingt seine Arbeit aufgeben. 1933 verstarb er in Saarbrücken: Vgl. BRUCH: Weg und Schicksal, S. 168; SF 12 (1931) 13/14, S. 200; SF 14 (1933) 9, S. 143 f.

¹⁷¹⁴ SF 2 (1921) 18–24; SF 3 (1922) 1 – SF 3 (1922) 23.

¹⁷¹⁵ SF 4 (1923) 1 – SF 6 (1925) 20. Karl Ommert (*1875; Foto: SF 8 (1927) 16, S. 260), der dem rechten Flügel der DDP in der Preußischen Landesversammlung zugerechnet werden kann, zählte zu den Gründern des BdS in Bielefeld. Seine Ausweisung im August 1920 war die Folge eines bei Ollmert Ende Juli gefundenen Schriftstücks (Vgl. „Der Tag“ Nr. 211 (01.10.20)). In scharfer Form griff er anschließend die USPD an und bezichtigte sie, Henkersdienste für die Regierungskommission geleistet zu haben. („*Ich meine, zuerst kommt bei uns der Nationalismus und dann kommt der Internationalismus.*“): Vgl. Rede Ommerts (17.09.20), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 17; NSK Nr. 253 (21.09.20); NSK Nr. 255 (23.09.20). In den folgenden Jahren war er als Agent des AA im besetzten Gebiet tätig, wo er vor zahlreichen Saarvereins-Ortsgruppen Vorträge hielt. Getarnt wurden seine Reisen durch seine Tätigkeit bei der technischen Abteilung des Berliner Eisenbahnenzentramtes: Vgl. Brief der RVP an das RMI (11.04.21), in: BA-R 1603/2526. Ommert gehörte dem Aufsichts- und Beratungsausschuß der GSV seit dessen Gründung an und war Vorsitzender des Fürsorge- und Unterstützungsausschusses; nach seinem Wegzug als Verwaltungsinspektor nach Niederschreiberhau wurde er zum Ehrenmitglied der Ortsgruppe Berlin ernannt: Vgl. SF 9 (1928) 9, S. 143; BA-R 8014/155. Kurz vor Vogels Tod regte er unter ehemaligen Saarvereinsmitgliedern eine Geldsammlung für den erkrankten Geschäftsführer an: Vgl. Brief Ommerts an Röchling (03.06.42), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19.

¹⁷¹⁶ SF 6 (1925) 21 – SF 9 (1928) 9. Meurer war zudem vom 27.02.24 bis Sommer 1930 verantwortlich für die Buch- und Kassenführung in der GSV: Vgl. Brief der GSV an Johannes (01.09.30), in: BA-R 8014/511.

wortlich, nachdem er schon seit 1921 die treibende Kraft hinter der Zeitschrift gewesen war. Ohne eine führende Position innerhalb des Bundes innezuhaben, prägte er dessen Propaganda wegen seiner langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit¹⁷¹⁷ entscheidend mit.

Der 1885 geborene Posselt hatte von 1909 bis zu seiner endgültigen Ausweisung 1920 den



Abb. 22: Richard Posselt

Lokal- und Kommunalteil der „Saarbrücker Zeitung“ betreut. Nach eigener Darstellung war er während der gesamten Kriegsjahre an der Front eingesetzt und wurde – mit dem EK I und II dekoriert – im Januar 1919 aus der Reichswehr entlassen. Bis zur Auflösung des Saarbrücker national-liberalen Wahlvereins war der Protestant dort Mitglied; obwohl er nicht immer mit dem außenpolitischen Kurs Stresemanns konform ging, trat er nach dem Krieg der DVP bei¹⁷¹⁸.

Wegen angeblicher Aufhetzung der Arbeiterschaft¹⁷¹⁹ wurde Posselt im August 1919 verhaftet und über den Rhein deportiert. Drei Wochen später hielt er auf Veranlassung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ vor

Vertretern der Berliner Presse einen Vortrag im Herrenhaus über die aktuelle Entwicklung der pressepolitischen Lage im Saargebiet¹⁷²⁰. Als Vertrauensmann Vogels wieder zur „Saarbrücker Zeitung“ zurückgekehrt¹⁷²¹, sollte Posselt im darauffolgenden Sommer erneut wegen Tätigkeit für den Heimatdienst bzw. den Saarverein des Landes verwiesen werden¹⁷²²; gemeinsam mit der gesamten Redaktion des nationalliberalen Saarbrücker Blattes entzog er sich der Verhaftung durch rechtzeitige Flucht nach Baden-Baden¹⁷²³.

¹⁷¹⁷ Posselt erhielt erst 1932 eine Vergütung für seine Arbeit in der Redaktion; zuvor waren ihm lediglich Sondergratifikationen und Urlaubsgelder gewährt worden: Vgl. Briefe der GSV an Posselt (14.04.27, 03.07.29, 15.12.30, 08.07.31 und 22.12.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 4–7; Brief Posselts an die GSV (12.09.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 7. Zu Posselt vgl. Theodor VOGEL: Richard Posselt, in: DERS. (Hrsg.): Saar-Befreiungskampf, S. 34 f.

¹⁷¹⁸ Vgl. Brief der GSV an den Landesverband Groß-Berlin des Stahlhelm (29.07.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6.

¹⁷¹⁹ Er scheint entgegen der Anordnung der Militärverwaltung eine Meldung veröffentlicht zu haben, daß das von der Reichsregierung erlassene Betriebsrätegesetz im Saargebiet keine Gültigkeit habe. Nach Ansicht seines Redaktionskollegen BRUCH (Weg und Schicksal, S. 144) war er der erste Journalist, der des Landes verwiesen wurde. Vgl. auch Brief der GSV an das AA und die Waffenstillstandskommission (04.09.19), in: BA-R 8014/662.

¹⁷²⁰ Posselt mahnte hierin dringend, alle Berichte zurückzuweisen bzw. zu ignorieren, in welchen von vermeintlichen Sympathien der Saarbevölkerung für Frankreich die Rede war: Vgl. Wortlaut der Rede vom 16.09.19 im Brief der GSV an das PrMI (20.09.19), in: Ebd.

¹⁷²¹ Vgl. Brief der GSV an das AA (08.11.19), in: Ebd.

¹⁷²² Vgl. Liste der Ausgewiesenen (07.09.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.624. „[...] *le nommé Posseldt, redacteur Saarbrücker Zeitung, doit être considéré comme élément dangereux et de désordre, susceptible de troubler l'ordre public. [...] Posseldt sera expulsé sur la Rive droite du Rhin, Territoire non occupé par les Armées Alliées.*“: Ausweisungsbefehl (um 13.08.20), in: StA Saarbrücken, Großstadt 1070; SF 7 (1926) 2, S. 23.

¹⁷²³ Vgl. BRUCH: Weg und Schicksal, S. 156. Posselt war erst wenige Tage zuvor, am 11.07.20, für die bürgerlich-liberalen Kräfte in die Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung gewählt worden: Vgl. Fritz

Posselt, der auch Radiovorträge über die Saarfrage hielt¹⁷²⁴, fand Anfang 1921 eine Anstellung in der Berliner Zweigstelle von „Mirbach's telegraphischem Büro“, wo er insbesondere den „Deutschen Saarpresdienst“ betreute und darüber hinaus für Fragen des gesamten besetzten Gebiets, Danzigs und Memels zuständig war. Mit der Hälfte seiner Arbeitszeit wurde er zur Herausgabe des „Saar-Freund“ freigestellt¹⁷²⁵. Als im Frühjahr 1930 das „Allgemeine Politische Informationsbüro“ und damit auch das Mirbach-Konsortium in seiner bisherigen Form aufgelöst wurden, plädierten Hermann Röchling und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ für den Ausbau des bisherigen „Saarpresdienstes“ zu einer allgemeinen Grenzlandagentur, die sich ebenfalls den immer wichtiger werdenden Ostfragen zuwenden sollte¹⁷²⁶. Da derartige Pläne nicht zur realisieren waren, wurde Posselt im Herbst 1930 in den Provinziallanddienst übernommen¹⁷²⁷.

Das Verhältnis zwischen Posselt und dem 15 Jahre älteren Vogel war nach außen hin kollegial. Vogel scheute sich aber nicht, die Duz-Freundschaft zu Posselt auszunutzen und beispielsweise anstehende Presseaufsätze auf diesen abzuwälzen, ihm Arbeitsaufträge sogar in den Urlaub nachzusenden oder bisweilen auch mehrmals täglich Vorschläge für die Veröffentlichung eingesandter Artikel zu unterbreiten. Die endgültige Auswahl überließ er zwar seinem Presse-spezialisten, forderte allerdings stets das Material zur eigenen Archivierung zurück. Auf diese Weise entledigte sich Vogel unangenehmer Entscheidungen, behielt letzten Endes aber die Fäden des „Saar-Freund“ in der Hand.

Posselt hatte im Gegensatz zu Vogel das journalistische Handwerk von Grund auf gelernt. Er fand in seinen Beiträgen zwar deutliche Worte, argumentierte aber zumindest in den unter seinem Namen veröffentlichten Artikeln weitaus sachlicher als der cholerische Vogel und verzichtete weitgehend auf grobe Polemik¹⁷²⁸. Nach 1933 schlug er allerdings in die gleiche Kerbe und gebärdete sich dabei noch radikaler als andere Autoren des „Saar-Freund“. Wenn- gleich nicht auszuschließen ist, daß Posselt tatsächlich einen Gesinnungswandel durchlebt hatte, scheint es doch plausibel, daß seine plötzlichen antisemitischen Phrasen, Huldigungen an die nationalsozialistische Führung und euphorischen Heilserwartungen für die Zeit nach der Rück-

KLOEVEKORN: Saarbrücken. Werden, Vergehen, Wiederauferstehen einer deutschen Grenzstadt, Saarbrücken 1960, S. 197 f.

¹⁷²⁴ Vgl. SF 7 (1926) 7, S. 107 ff.

¹⁷²⁵ Vgl. Brief Posselts an das RMbesGeb (08.04.30), in: BA-R 1601/1650.

¹⁷²⁶ Vgl. Brief Röchlings an Außenminister Curtius und Brief der GSV an die Presseabteilung der Reichsregierung (18.02.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5. Der Pressechef der Reichsregierung, Walther Zechlin, sah sich aus finanziellen Gründen nur imstande, Posselts Gehalt weitere sechs Monate zu übernehmen: Vgl. Brief Zechlins an die GSV (18.03.30), in: Ebd.

¹⁷²⁷ Vgl. Brief des AA an das RMbesGeb (04.09.30), in: BA-R 1601/1650.

¹⁷²⁸ Vgl. beispielsweise SF 9 (1928) 17, S. 320 ff.

gliederung¹⁷²⁹ lediglich Lippenbekenntnisse waren: Er war im Frühjahr 1935 gerade erst 49 Jahre alt und mußte sich dem neuen Regime als politisch zuverlässig präsentieren¹⁷³⁰.

Charakteristisch für Posselts ausgeprägte Selbstidentifikation als Frontkämpfer war die militärische Färbung seiner Sprache, die er kontinuierlich in seine Artikel einfließen ließ. Die selektiven Erinnerungen an die Kameradschaft in den Schützengräben und die Glorifizierung des vermeintlichen Heldentums konstruierten eine schwülstig-pathetische Idylle und sollten gleichermaßen dem Publikum helfen, die negativen Kriegserlebnisse zu verdrängen, wie sie dem Autor die Möglichkeit bot, die Niederlage publizistisch zu verarbeiten¹⁷³¹.

Die metapherschwangere Kriegsrhetorik im „Saar-Freund“ knüpfte an die Erfahrung der meisten Deutschen an, denen die Bilder des Krieges und dessen Terminologie vertraut waren. Ebenso wie wenige Jahre zuvor konnte kein Zweifel daran herrschen, wo der Feind stand, geschweige denn, daß der Kampf um eine gerechte Sache gehe. Frankreich hatte zwar die militärische Auseinandersetzung durch die Unterstützung seiner Alliierten für sich entscheiden und die vorübergehende Abtrennung des Saargebiets erreichen können, den endgültigen Sieg sollte aber die deutsche Seite aufgrund der propagandistischen Betätigung der Saarvereine davontragen. „*Neue Angriffe des Gegners*“ seien bereits im Gange, weshalb das Saargebiet „*kampfbereit*“ sein müsse. Wie vor allen wichtigen Schlachten gelte: „*Das Kampffeld muß zu übersehen sein, das Kampfziel muß feststehen.*“¹⁷³² Angesichts der französischen Taktik, durch die Anlage neuer Schachanlagen ähnliche wirtschaftliche Verhältnisse wie in Oberschlesien zu schaffen, sollten die Aufgaben für den bevorstehenden Kampf neu verteilt, die Kampffront neu geordnet und weitere Freiwillige geworben werden.

¹⁷²⁹ Vgl. SF 15/16 (1934/35) 28, S. 609; SF 15/16 (1934/35) 29, S. 636.

¹⁷³⁰ Sein Werdegang nach 1935 konnte leider nur fragmentarisch rekonstruiert werden: Posselt trat zum 01.05.37 in die NSDAP ein. Ferner war er Mitglied der „Deutschen Arbeitsfront“, der „NS-Volkswohlfahrt“, im „Reichsluftschutzbund“ und „NS-Kriegerbund“ sowie als Journalist selbstredend in der Reichskulturkammer: Vgl. BDC, NSDAP-Mitgliedskarte Posselt (5588654).

¹⁷³¹ Vgl. Reinhart KOSELLECK: Der Einfluß der beiden Weltkriege auf das soziale Bewußtsein, in: Wolfram WETTE (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes, München 1992, S. 324–343, v.a. S. 325–333. Vgl. auch George L. MOSSE: Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben, Stuttgart 1993, S. 224 ff.; Patrick KRASSNITZER: Die Geburt des Nationalsozialismus im Schützengraben. Formen der Brutalisierung in den Autobiographien von nationalsozialistischen Frontsoldaten, in: DÜLFFER/ KRUMEICH (Hrsg.): Der verlorene Frieden, S. 119–148, hier: S. 120–125 und S. 139 ff. sowie den gesamten Sammelband.

¹⁷³² Vgl. SF 9 (1928) 13, S. 197 f. Vgl. auch SF 3 (1922) 18, S. 268; SF 8 (1927) 14, S. 217. In einem Rundschreiben der GSV von Januar 1927 (in: StA Saarbrücken, Großstadt 802) hieß es dazu: „*Die veränderten Verhältnisse müssen natürlich auch rückwirken auf die Kampfmittel, deren wir uns bedienen, aber das Ziel bleibt immer das gleiche: Befreiung des Saargebietes. Wir sehen uns in unserem Befreiungskampf etwa in der Lage die sich bei militärischen Kämpfen ergibt, wenn die kämpfenden Parteien in Vorverhandlungen über eine Beendigung des Kampfes eingetreten sind, ohne den Kampf selbst abzubrechen, da über das Verhandlungsziel noch keine Klarheit herbeigeführt ist. Der Zustand eines Waffenstillstandes ist in der Saarfrage noch nicht erreicht.*“

„Unser wird der Sieg sein, wenn wir uns alle in die Reihen des Bundes der Saarvereine stellen und aller Welt verkünden: Ein Volk, ein Wille, ein Vaterland, von der Memel bis zur Saar!“¹⁷³³

Zwei Jahre vor dem Plebiszit verglich Posselt die aktuelle Lage schließlich mit einem Stellungskrieg, in welchem es der deutschen Seite gelungen sei, die in der Jahrtausendfeier errungene Position zu verteidigen¹⁷³⁴. Friedrich Schön blies zur gleichen Zeit „Zum Endkampf“:

<i>„Frischauf zum letzten, harten Kampf Um unsere deutsche Saar! Mit Eisen nicht und Pulverdampf, Mit Worten hell und klar Zum Kampf um unser Recht Geht es nun zum Gefecht! Erhebet die scharfe Wehre Für unserer Heimat Ehre! [...]</i>	<i>Frischauf zum letzten, harten Streit Um unsre deutsche Saar! Die Waffen haltet all bereit, Die Waffen rein und klar! Und stünden wir allein, Gott wird dann mit uns sein: Die Wahrheit wird erretten Das Saarland aus den Ketten!“¹⁷³⁵</i>
---	--

Ebenso charakteristisch für eine Vielzahl der „Saar-Freund“-Artikel ist deren Tendenz, vor allem negative Entwicklungen aufzuzeigen. Diese pessimistische Grundhaltung ging einher mit einer kaum zu Differenzierungen neigenden Schwarzweißmalerei, welche dem Triumvirat aus Regierungskommission, Völkerbund und französischem Staat pauschal die Verantwortung an der gegenwärtigen Situation zuschrieb.

Der „Saar-Freund“ orientierte sich in seinem Aufbau und seiner Ausrichtung zumindest in der ersten Zeit stark an dem von Vogel jahrzehntelang geleiteten „Bergmannsfreund“, der auch Pate für die Namengebung gestanden haben dürfte. Ähnlich moralisierend, mit bisweilen unverhohlener Zeigefingerpädagogik, warb Vogel nun nicht mehr für die Saarbrücker Bergwerksdirektion, sondern setzte seine Erfahrungen in der Vermittlung obrigkeitshöriger Gesinnung nun dazu ein, *„die Interessen der deutschen Regierung im unbesetzten Gebiet wie besonders im Saargebiet zu stützen.“¹⁷³⁶*

Die Reichs- und Staatsbehörden beurteilten demgegenüber die offerierten Hilfsdienste des „Saar-Freund“ eher skeptisch. Auf einer gemeinsamen Besprechung Ende 1920 kritisierten die Delegierten des Auswärtigen Amtes und der RVP den „*alldeutschen Ton*“ des Blattes, welches bislang nicht die Erwartungen als Plattform zum Lancieren amtlicher Artikel erfüllt habe und eine zu heftige Polemik gegen Frankreich und die Regierungskommission betreibe. Über die monatlichen 5.000 Mark der RVP versuchten die Reichsstellen daher, steuernd zu intervenie-

¹⁷³³ SF 8 (1927) 16, S. 253.

¹⁷³⁴ Vgl. SF 14 (1933) 1, S. 1 f.

¹⁷³⁵ SF 14 (1933) 1, S. 2.

¹⁷³⁶ Vgl. Brief der GSV an die Konkordia (09.10.22), in: BA-R 1601/1696.

ren¹⁷³⁷. Auch wenn die Wilhelmstraße in der aufgeheizten Stimmung während des Ruhrkampfes dafür plädierte, „*der Zeitschrift seine [sic!] bisherige, wenn auch manchmal recht grobklotzige Eigenart [zu] erhalten*“, stimmte sie dem Vorschlag des Innenressorts zu, daß eine Einflußnahme nötig war, „*um Entgleisungen zu verhüten, wie sie schon mehrfach vorkamen.*“¹⁷³⁸ Der jeweilige Leiter der RVP sollte mit dieser Kontrolle betraut werden, die schon deshalb kaum allzu wirkungsvoll werden konnte, weil in der getarnten Reichsbehörde zwar die Ausgaben des „Saar-Freund“ gesammelt, aber nicht zur Kenntnis genommen wurden¹⁷³⁹.

Als sich die Herausgeber des „Saar-Freund“ nach der Inflation bemühten, wieder Fuß zu fassen und verschiedene Zeitungsredaktionen wie auch Reichsministerien, Ministerialbeamte und Repräsentanten des Staates baten, dem Saarorgan Empfehlungsschreiben auszustellen, bekannten sie sich erneut zur Objektivität und Ausgewogenheit:

*„Alle parteipolitischen und konfessionellen Erörterungen sind grundsätzlich ausgeschlossen von dem Gesichtspunkt aus, daß erfolgreiche Saargebietsarbeit nur erreicht werden kann, wenn sie unter Heranziehung und Zusammenfassung aller Parteien und Konfessionen geführt wird.“*¹⁷⁴⁰

Daß es in der Praxis mit dieser Überparteilichkeit nicht allzu weit her war, blieb auch den Behörden nicht verborgen¹⁷⁴¹. Wenn überhaupt Sozialdemokraten im „Saar-Freund“ das Wort ergriffen, dann stießen sie in das gleiche national-patriotische Horn wie die anderen Autoren; schon allein quantitativ verschwinden ihre Beiträge unter den Hunderten von Artikeln aus der Feder bürgerlicher und rechtstehender Parteigänger¹⁷⁴².

Wer verfaßte nun die Beiträge der immerhin 15 Jahrgänge? Ein nicht unerhebliches Problem bei dieser Analyse stellt der Umstand dar, daß schätzungsweise die Hälfte der Artikel nicht namentlich gekennzeichnet war. Der überlieferte Schriftverkehr läßt den Schluß zu, daß die meisten dieser Aufsätze und Miscellen von Posselt stammten; allerdings baten gerade saarländische

¹⁷³⁷ Vgl. Aktenvermerk (17.12.20), in: BA-R 1603/2526; Brief der RVP an die GSV (15.02.21), in: BA-R 1603/2519. Sonstige – auch durchaus positive – Urteile über den SF: Vgl. BA-R 8014/1091 f.

¹⁷³⁸ Brief Sperr an das BayMA (10.03.23), in: BayHStA, MA 108.208. An der Besprechung zur weiteren Finanzierung der GSV und des SF nahmen Vertreter des RMFinanz, RMI, PrMI, AA, BayMA und der RVP teil.

¹⁷³⁹ Nur bei wenigen der RVP übersandten Exemplaren des SF wurden die Blattbögen überhaupt aufgeschnitten: Vgl. BA-R 1603/2521.

¹⁷⁴⁰ Vgl. Rundschreiben der GSV an verschiedene Schriftleitungen (19.01.24) sowie an Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Marx, zahlreiche Minister und Ministerialbeamte (26.03.24), in: BA-R 8014/1091.

¹⁷⁴¹ Vgl. Protokoll einer Referentenbesprechung vom 27.05.27 (31.05.27), in: BA-R 1603/2712. Zweifel an der Überparteilichkeit waren schon dadurch angebracht, daß das Rundschreiben weder dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ noch anderen dezidiert linksorientierten Redaktionen zuing.

¹⁷⁴² Sofern die Aufsätze namentlich gekennzeichnet sind, steuerte das Mitglied im Aufsichts- und Beratungsausschuß Heinrich Löffler lediglich einen Artikel (SF 14 (1933) 2, S. 19–22) bei. Die beiden im September 1922 ausgewiesenen Redakteure der „Volksstimme“ Bernhard Rausch und Kurt Lehmann publizierten zusammen fünf Aufsätze (SF 3 (1922) 20, S. 295 f.; SF 3 (1922) 22, S. 327 f.; SF 4 (1923) 6/7, S. 70 f.; SF 4 (1923) 15, S. 201 bzw. SF 3 (1922) 19, S. 277). Rausch wechselte nach kurzem Gastspiel beim SF zur RfH über, wo er für das Ruhrgebiet zuständig war.

Autoren, nicht in Verbindung mit dem „Saar-Freund“ bzw. dem dahinter stehenden Bund der Saarvereine gebracht zu werden und zogen es vor, anonym zu publizieren¹⁷⁴³.

Somit ergibt sich folgendes Bild: Der Großteil des „Saar-Freund“ wurde vom engeren Mitarbeiterstab der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und der festen Redaktion des Blattes erstellt. Sieht man von den in einer eigenen Rubrik abgedruckten Berichten über die Tätigkeit der einzelnen Ortsgruppen ab, so trugen deren Mitglieder nur sehr selten Aufsätze allgemeinerer Art bei¹⁷⁴⁴. Um das Interesse der im Reich lebenden Saarländer zu wecken, war Vogel bemüht, sich der Mitarbeit im Saargebiet bekannter Persönlichkeiten zu versichern. Sei es, daß sich exponierte Köpfe der einstigen staatlichen Verwaltung oder der Bergwerksdirektion zu Wort meldeten¹⁷⁴⁵, sei es, daß führende saarländische Politiker der Völkerbundsjahre wie Hermann Röchling oder Peter Kiefer das Forum im „Saar-Freund“ nutzen, sei es, daß Journalisten saarländischer Zeitungen Artikel beitrugen¹⁷⁴⁶ oder sei es, daß beliebte Autoren wie Liesbet Dill, Friedrich Schön oder Friedrich Thamerus¹⁷⁴⁷ unterhaltende Gedichte und Kurzgeschichten veröffentlichten – an der fachlichen Kompetenz ihrer Mitarbeiter in Saarfragen ließ die Redaktion keinen Zweifel:

„Die Schriftleitung und Verwaltung liegen in den Händen von ausgewiesenen Persönlichkeiten, die als geborene Saarländer oder durch ihren mehrjährigen Aufenthalt im Saargebiet selbst die örtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets aus eigener Erfahrung

¹⁷⁴³ Selbst Vogel zog es vor, verschiedene Artikel unter dem Pseudonym „Werner Pardolt“ zu veröffentlichen: Vgl. BA-R 8014/1063.

¹⁷⁴⁴ Im Schriftverkehr zwischen Vogel und Posselt finden sich regelmäßig dessen Klagen über die Mißachtung seiner Person und Arbeit durch die führenden Köpfe des Bundes: Diese publizierten zwar in den verschiedensten Zeitschriften, lehnten es aber ab, Beiträge für den SF zu verfassen: Vgl. Brief (31.12.26, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 4) und Postkarte Posselts an die GSV (Mai 1932), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6. Auch nach der Gleichschaltung änderte sich nichts an Posselts Gefühl, von der Bundesleitung übergangen zu werden: Vgl. Brief Posselts an die GSV (12.09.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 7. Außer Andres, der selbst insgesamt nur sechs Aufsätze beisteuerte, publizierten gelegentlich Walter Giersberg (Magdeburg), Oberregierungsrat Dr. Stegner (Stettin/ Halle) oder Landgerichtsdirektor Dr. von Kraewel (Frankfurt am Main).

¹⁷⁴⁵ Vgl. die Artikel des einstigen Landrats von Ottweiler, Waldemar Moritz, in: SF 5 (1924) 17, S. 260 f.; SF 5 (1924) 18, S. 277 f.

¹⁷⁴⁶ Hier wären neben Albert Zühlke und Emil Heitjan insbesondere der zwischen 1918 und 1928 für Politik zuständige stellvertretende Chefredakteur der S.Z., Adolf Franke, zu nennen, der 1923 in einem Meineidprozeß gegen das saarländische Mitglied der Regierungskommission relativen Bekanntheitsgrad erlangte. Ende der Zwanziger zog er nach Köln und wurde dort Agenturleiter der Telegraphen-Union: Vgl. BRUCH: Weg und Schicksal, S. 169. Otto Eckler, der Nachfolger Zühlkes als Chefredakteur der S.Z. (1920–1925), bearbeitete vor allem innenpolitische Themen des Saargebiets; mancher Artikel, der unter Vogels Namen in anderen Zeitschriften erschien, stammte aus der Feder seines Saarbrücker Vertrauensmannes: Vgl. Brief der GSV an Eckler (31.05.32), in: BA-R 8014/1032; SK 11 (1933), S. 121 und S. 125 ff. Eckler, der von den Ausweisungen im August 1920 betroffen war, hatte bereits im Herbst 1920 die Bielefelder Bundessatzungen ausgearbeitet: Vgl. Brief der GSV an das AA (19.08.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.623.

¹⁷⁴⁷ Vgl. hierzu: Günter SCHOLDT: Die Saarabstimmung 1935 aus der Sicht von Schriftstellern und Publizisten, in: ZGSaarg 45 (1997), S. 170–200, hier: S. 171–177.

*heraus kennen und mit dem Leben der Saargebietsbevölkerung heute noch in engster Verbindung stehen.*¹⁷⁴⁸

Über Joseph Görgen, der sich im Laufe des Jahres 1926 als Journalist und Berichterstatter der „Saarländischen Landeszeitung“ in Genf niederließ, erhielt Vogel nützliche Informationen über den Völkerbund. Anfangs publizierte Görgen noch regelmäßig im „Saar-Freund“, doch spätestens als Vogels Neffe Hellmut Gansser 1928 ebenfalls als Auslandsvertreter – für die „Saarbrücker Zeitung“ – nach Genf zog, schwand das Interesse der Berliner Redaktion an dem engagierten Katholiken¹⁷⁴⁹.

Auf der Suche nach neuen Finanzquellen umschrieb Vogel im Herbst 1922 die Aufgaben des „Saar-Freund“ wie folgt:

- * Chronologische Zusammenfassung aller Nachrichten aus dem Saargebiet.
- * Feststellung aller Rechtsverletzungen, Übergriffe und Verstöße seitens der Regierungskommission und des französischen Militärs.
- * Aufarbeiten sämtlicher Themen, welche für die Werbe- und Aufklärungsarbeit der Ortsgruppen von besonderer Bedeutung sein könnten und Wiedergabe in allgemein verständlicher Form.
- * Gezieltes Lancieren von Artikeln, in denen das Interesse an der wirtschaftlichen, politischen und nationalen Notlage der Saarbevölkerung zum Ausdruck gebracht werde. Hierdurch solle den Saarländern das Gefühl vermittelt werden, das gesamte deutsche Volk stünde hinter den Problemen der bedrängten Saar.
- * Das Heimatgefühl der außerhalb des Saargebiets lebenden Saarländer solle durch volkstümliche Erzählungen, heimatkundliche Schilderungen und bildliche Darstellungen gestärkt werden.
- * Große Bedeutung besitze auch die Wirtschaftspropaganda: Alle verdeckten Französisierungsmaßnahmen sollten enttarnt und zugleich die Verbindung zwischen dem Reich und der Saar gestärkt werden.

¹⁷⁴⁸ SF 6 (1925) 1, S. 16. Diese Werbeanzeige wurde im SF über mehrere Monate geschaltet. Ein wesentlicher Grund für das Herausstellen der saarländischen Herkunft dürften Anfeindungen aus dem Lager der Autonomisten gewesen sein, das es nicht hinnehmen wollte, daß sich „Herren, die weder Ar noch Halm im Saargebiet besitzen oder jemals besessen haben“, in interne Saarangelegenheiten einmischten: NSK Nr .72 (09.04.21).

¹⁷⁴⁹ Zum Schriftwechsel zwischen Görgen und der GSV (1926–1932) vgl. BA-R 8014/802 f. Görgen wandte sich naturgemäß vor allem Fragen des Völkerbundes zu und untersuchte die neueste Saarliteratur: Vgl. SF 7 (1926) 20, S. 367 f.; SF 7 (1926) 21, S. 382 ff.; SF 7 (1926) 22, S. 402 f.; SF 7 (1926) 23, S. 413 f.; SF 8 (1927) 20, S. 292–298; SF 8 (1927) 20, S. 375; SF 9 (1928) 13, S. 208–212; SF 11 (1930) 9, S. 165 ff.; SF 11 (1930) 11, S. 198 f.; SF 11 (1930) 12, S. 213 ff. Nach 1933 fiel Görgen in Ungnade, da er gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder Hermann Presseartikel katholischer Widerstandsgruppen publizierte: Vgl. SF 14 (1933) 22, S. 418; SF 14 (1933) 15, S. 238 ff. Vgl. hierzu: Hermann GÖRGEN: Ein Leben gegen Hitler. Geschichte und Rettung der „Gruppe Görgen“. Autobiographische Skizzen, Münster [u.a.] 1997, S. 56–72.

* Als Bundesorgan komme der Zeitschrift schließlich die Aufgabe zu, über die Vereinsarbeit in den Ortsgruppen zu berichten¹⁷⁵⁰.

Diese anvisierten Ziele schlugen sich in verschiedenen Rubriken und Miszellen nieder, auf welche im folgenden kurz eingegangen werden soll.

Ein zentrales Leitthema, das im ersten Artikel eines jeweiligen Heftes einleitend erörtert und in den folgenden Beiträgen aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet wurde, läßt sich beim „Saar-Freund“ nicht feststellen. Zwar bildete sich bis 1921 der Typus des Leitartikels¹⁷⁵¹ heraus, doch komprimierte dieser nur die wichtigsten Ereignisse der zurückliegenden beiden Wochen und stand in keiner direkten Verbindung zu den sonstigen Beiträgen. Längere, zusammenhängende Aufsätze fehlten in den ersten Ausgaben des „Saar-Freund“ noch. Statt dessen berichteten Rubriken wie das oft seitenlange „Der Saarlande Not unter der französischen Fremdherrschaft“ über die tatsächlichen oder zumindest unterstellten Verstöße des französischen Militärs, der Bergwerksdirektion, der Regierungskommission und sonstiger Vertreter des Völkerbundes. Der Saarbevölkerung sollte hier die Möglichkeit eingeräumt werden, sich selbst zu Wort zu melden, um der Weltöffentlichkeit von ihren bedrückenden Sorgen zu berichten¹⁷⁵². Engpässe der Lebensmittelversorgung, Übergriffe (farbiger) französischer Soldaten auf die Zivilbevölkerung, Unterdrückung der Meinungsfreiheit und die Bemühungen zur Einführung des Franc wurden ebenso angeprangert wie Verfehlungen franzosenfreundlicher Saarländer und deren Maßnahmen zur Verselbständigung des Saargebietes.

Die „Sonstigen Nachrichten aus dem Saargebiet“ gliederten sich in verschiedene Unterrubriken: „Stadt und Land“, „Vereinsnachrichten“, „Personalnachrichten“¹⁷⁵³, „Todesfälle“ oder auch „Nachrichten aus dem benachbarten Elsaß-Lothringen“. Hierin finden sich beispielsweise im Jahrgang 1921 Berichte über Ausweisungen aus dem Nachbarland, die Meldung über ein schweres Eisenbahnunglück in Elsaß-Lothringen, welches der mangelnden Betriebssicherheit

¹⁷⁵⁰ Vgl. Brief der GSV an die Konkordia (09.10.22), in: BA-R 1601/1696. Schließlich hob er noch den hohen Anspruch des Blattes hervor: „Grundsatz für den Inhalt des ‚Saar-Freund‘ sollte der sein, alles herauszulassen, was dem Organ den Charakter einer einfachen Vereinszeitschrift geben kann, hingegen alles zu unterstreichen, was die besonderen Aufgaben des Bundes und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ kennzeichnet.“

¹⁷⁵¹ Das „im Grunde vorweggenommene Massenurteil, selbstverständlich in der Differenziertheit ‚seiner‘ Leserschaft“ (Sigmund NEUMANN: Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart [u.a.] ⁵1986, S. 103) stammte von verschiedenen Autoren.

¹⁷⁵² Vgl. SF 1 (1920) 1, S. 4. Korrekterweise wurde die Rubrik ab SF 2 (1921) 6 umbenannt in „Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft“, ab SF 4 (1923) 21 teilte sie sich in „Die Saar in Ketten“ und „Das Saargebiet unter Herrschaft des Völkerbundes“.

¹⁷⁵³ Hierin finden sich neben ausführlichen Berichten über die Verleihung von Kriegsauszeichnungen und sonstigen Ehrungen vor allem Meldungen über Versetzungen und Beförderungen, die Rückschlüsse auf den Adressatenkreis des SF zulassen. Schon früh bat die GSV die Abteilung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen im PrMHandel (29.06.21, in: BA-R 8014/666), ihr alle Personalveränderungen in der preußischen Bergverwaltung mitzuteilen. Ferner äußerte sie den Wunsch, Fachaufsätze über die Entwicklung der Saargruben unter französischer Verwaltung zu erhalten. Ab 1928 erhielt der SF sogar eigene Rubriken: „Aus der preußischen Bergverwaltung“ sowie „Personalnachrichten der Preußischen Bergbehörde“.

zugeschrieben wurde, die Behauptung, daß die Schlafkrankheit durch französische farbige Soldaten eingeschleppt worden sei, statistische Angaben zur Einwohnerzahl Saarbrückens im Jahr 1919 ebenso wie zur Kohlenförderung, Warnungen vor der Postzensur, der Abdruck der Fußballigatabelle aus dem Saarkreis, mehrfache Meldungen über Vergewaltigungen durch französische Soldaten oder auch der befriedigende Kommentar *„Blut und Boden sind eben stärker als Politik“* zu der Nachricht, daß auch in Straßburg wieder deutsche Theaterstücke zur Aufführung gelangten¹⁷⁵⁴. Kerngedanke aller Berichte war die Beweisführung, daß Elsaß-Lothringen deutsches Land sei; in späteren Jahren häuften sich die Meldungen über die Schwierigkeiten der Rückgliederung beider Provinzen in den französischen Zentralstaat und die Unterdrückung der deutschen Minderheit:

*„Elsaß-Lothringen ist in jeder Beziehung ein Musterbeispiel für den heutigen französischen Vernichtungskrieg allem Deutschen gegenüber.“*¹⁷⁵⁵

Miszellen, die während der zweiten Jahreshälfte 1921 in der Rubrik „Aus dem besetzten Rheinland“ erschienen, zielten darauf ab, durch Berichte über das dortige Vorgehen der französischen Besatzungstruppen auch zugleich gegen die französischen Soldaten an der Saar aufzuwiegeln¹⁷⁵⁶. Der rheinische Separatismus hingegen fand kaum Beachtung. Rubriken wie „Wirtschaftliche Nachrichten“, „Vom Saarbergbau“ oder „Saarbergbau und Saarindustrie“ berichteten über die Produktion der saarländischen Hochöfen, Grubenunfälle, Fördermengen auf den einzelnen Zechen, Belegschaftsentwicklungen und Haldenbrände¹⁷⁵⁷. Die nach Gemeinden gegliederte und vermutlich von den Vertrauensleuten Vogels an der Saar¹⁷⁵⁸ erstellte „Kleine Tageschronik“ meldete meist Belanglosigkeiten wie die Festnahme eines Wilddiebes oder die Hochwasserlage in Saarbrücken und berichtete über den harmonisch verlaufenen Volkstrauertrag in Saarbrücken oder die Verschleppung von Jugendlichen zur Fremdenlegion¹⁷⁵⁹. „Anfragen und Auskünfte“ bzw. „Deutsche Treue in Saarbrücker Briefen!“ sollten die Akzeptanz des Blattes als Informationsorgan für Saarländer suggerieren. Bei manchen dieser angeblichen Leserbriefe drängt sich die Vermutung auf, daß sie aus der Feder der Schriftleitung stammten: Statistische

¹⁷⁵⁴ Zitat: SF 2 (1921) 1, S. 6. Andere Meldungen vgl. SF 2 (1921) 2, S. 16 ff.; SF 2 (1921) 3, S. 27 ff.; SF 2 (1921) 4, S. 40–44; SF 2 (1921) 19, S. 278 f.; SF 2 (1921) 21, S. 309.

¹⁷⁵⁵ SF 5 (1924) 7, S. 95. Der Leser sollte hieraus den Schluß ziehen, daß die Französisierung – bereits in Elsaß-Lothringen gescheitert – im Saargebiet gänzlich abwegig sei: Vgl. auch SF 2 (1921) 8, S. 93; SF 5 (1924) 10, S. 147 f.; SF 5 (1924) 13, S. 191; SF 7 (1926) 12, S. 183 f.; SF 7 (1926) 14, S. 219 f.; SF 7 (1926) 22, S. 407 f.; SF 8 (1927) 9, S. 138 f.; SF 8 (1927) 20, S. 381 f.; SF 8 (1927) 21, S. 393 f.; SF 10 (1929) 6, S. 111 f.; SF 14 (1933) 8, S. 123. Vgl. hierzu: François ROTH: *La vie politique en Lorraine au XXe siècle*, Metz 1985, S. 35–59; DERS.: *Die Rückkehr Elsaß-Lothringens*.

¹⁷⁵⁶ Vgl. SF 2 (1921) 6, S. 71 ff.; SF 4 (1923) 18, S. 250; SF 5 (1924) 8, S. 110 f.; SF 11 (1930) 13/14, S. 253 ff.; SF 12 (1931) 2, S. 18 f.; SF 15 (1934) 2, S. 19 f.; SF 15 (1934) 23, S. 477 f.

¹⁷⁵⁷ Da die Redaktion des SF nicht wie die RfH über eine graphische Abteilung verfügte, vermißt man ansprechend illustrierte Statistiken anstelle nüchterner Tabellen.

¹⁷⁵⁸ Hierauf deuten Formulierungen wie *„Unser Ort zählte Ende Oktober 19.061 Einwohner“* (Püttlingen) bzw. *„von hier“* hin.

¹⁷⁵⁹ Vgl. SF 7 (1926) 3, S. 48; SF 7 (1926) 5, S. 77 f.; SF 7 (1926) 6, S. 94 ff.; SF 7 (1926) 7, S. 111 f.

Angaben waren überaus detailliert und ergänzten zu oft andere Artikel im gleichen Heft¹⁷⁶⁰. Diese Rubriken waren in der Regel noch aggressiver („*Erbfeind*“) als die anderen Aufsätze gehalten und dienten daher vermutlich als eine Art Ventil, um über Vorgänge und Zustände berichten zu können, die im Hauptteil der Zeitschrift wegen deren vermeintlicher Objektivität nicht möglich waren.

Zur Manipulation der Leserschaft wurden als wichtig empfundene Phrasen durch Fettdruck oder

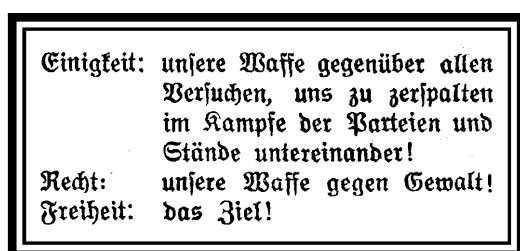


Abb. 23

gesperrt hervorgehoben. Gerade in den ersten Jahren erschienen des öfteren Werbe- und Durchhalteparolen wie „*Unterstützt das Deutschtum im Saargebiet!*“, „*Werbet für den ‚Saar-Freund!*““, „*Schließt Euch zusammen im Bunde ‚Saar-Verein!*““ oder „*Arbeitet mit und helf!*“¹⁷⁶¹.

Die erste kommerzielle Werbung erschien erst Mitte 1921 für die Süddeutsche Klassenlotterie¹⁷⁶². Es überrascht, daß der „Saar-Freund“ in Phasen, in welchen sein weiteres Erscheinen am seidenen Faden hing, nicht stärker diese Möglichkeit der Finanzierung nutzte¹⁷⁶³. Statt dessen bot er ausgewiesenen Saarländern die Möglichkeit, unentgeltlich Stellengesuche zu schalten¹⁷⁶⁴ und warb für die Publikationen anderer Verbände wie den „Rheinischer Beobachter“ oder die „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“.

Ergänzend zu Vogels obiger Selbstdarstellung aus dem Herbst 1922 lassen sich folgende Hauptfunktionen des „Saar-Freund“ erkennen:

1. Gegen die französische Besatzung, gegen die französischen „*Mines Domaniales*“, gegen Frankreich als Nation, gegen die Politik der vom ehemaligen Kriegsgegner dominierten Regierungskommission und gegen den im französischen Fahrwasser schwimmenden Genfer Völkerbund polemisierte der „Saar-Freund“ von Anfang an in heftiger Weise. Jeder noch so belanglose Verstoß gegen die Versailler Friedensordnung – oder zumindest das, was die Redaktion als solche empfand – schlug sich umgehend in der Berichterstattung nieder, wurde kontinuierlich wiederholt und in manchen Fällen nach Jahren erneut aufgegriffen. Die Abonnenten des „Saar-Freund“, die in aller Regel kaum Zweifel am Wahrheitsgehalt der-

¹⁷⁶⁰ Zumindest entsprachen die Zuschriften stets der Meinung der Redaktion: Vgl. beispielsweise SF 2 (1921) 8, S. 111.

¹⁷⁶¹ SF 2 (1921) 2, S. 23; SF 4 (1923) 9, S. 106. Ebenso forderte der SF: „*Schafft deutschem Gewerbefleiß Absatz! Kauft keine Feindbundwaren! Schafft deutschen Arbeitern Brot!*“: SF 2 (1921) 13, S. 177.

¹⁷⁶² Vgl. SF 2 (1921) 12, S. 164. Die innenpolitischen Veränderungen nach 1933 wirkten sich selbst in den Werbeanzeigen aus: „*Denke daran, daß du ein Deutscher bist und kaufe nur deutsche Nähmaschinen sowie Fahrräder.*“: SF 14 (1933) 16/17, S. 312.

¹⁷⁶³ Ausführlicher zur Finanzierung des Blattes siehe Kap. 9.

¹⁷⁶⁴ Vgl. SF 2 (1921) 2, S. 24; SF 4 (1923) 14, S. 200; SF 4 (1923) 16, S. 235; SF 4 (1923) 17, S. 244; SF 7 (1926) 11, S. 180.

artiger Berichte gehabt haben dürften, wurden durch sie in ihrem (Vor-) Urteil regelmäßig bestätigt. Der Bund der Saarvereine entwickelte sich durch diese Polemik im „Saar-Freund“ zu einem permanenten Störfaktor der saarländischen Innenpolitik, denn alles, was nicht geeignet oder geneigt schien, die deutsche Position zu stärken, geriet in den Bannkreis der Verachtung und Ausgrenzung.

2. Wie sehr sich der Verein in seiner Funktion als „Gralshüter“ der richtigen Gesinnung gefiel, zeigen die verschiedenen Diffamierungskampagnen. Das öffentliche Anprangern und Stigmatisieren des politischen Gegners, wie es die DF in den letzten Monaten vor dem Plebiszit im großen Stil praktizierte, gehörte bereits seit Jahren zum propagandistischen Handwerkszeug der Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Von Anfang an finden sich im „Saar-Freund“ Meldungen über vermeintlich landesverräterisches Verhalten, gefolgt von entsprechenden Mahnungen, diese Vergehen weder nachzusehen noch sie zu vergessen. Parolen des Abstimmungskampfes wie *„Wer seinem Vaterland die Treue bricht, der hält sie auch dem Herrgott nicht!“*¹⁷⁶⁵ knüpften an eine auch im „Saar-Freund“ praktizierte Tradition an, nationalen Verrätern das gleiche Schicksal wie dem biblischen Judas zu wünschen¹⁷⁶⁶. Selbst wenn nicht immer so weit gegangen wurde, zugleich religiöse Kategorien zu Grunde zu legen, konnten die wegen ihrer politischen oder nationalen Gesinnung Gebranntmarkten ihrer moralischen Vorverurteilung sicher sein. Der anschließende Schritt, sie für vogelfrei zu erklären, war dann nur noch Formsache¹⁷⁶⁷.

Offene Drohungen gegenüber ganzen Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise 1920 an die Adresse der Elsässer und Lothringer, die bis Kriegsende Preußen unterstützt und sich anschließend in den Dienst der Franzosen gestellt hätten¹⁷⁶⁸, oder das Stigmatisieren einzelner Personen, wie im Fall des zum Bergmeister beförderten Obersteigers, der früher Vorsitzender

¹⁷⁶⁵ Nicht näher lokalisierte und datierte Giebelinschrift, in: N.N.: Die Deutsche Front: Heimkehr ins neue Deutschland?, in: VAN DÜLMEN [u.a.] (Hrsg.): Erinnerungsarbeit, S. 47–64, hier: S. 58.

¹⁷⁶⁶ Vgl. SF 2 (1921) 15, S. 214; SF 14 (1933) 20, S. 389. Zu den Anprangerungen allgemein vgl. SF 1 (1920) 13, S. 119 f.; SF 1 (1920) 16, S. 164; SF 1 (1920) 18, S. 187; SF 1 (1920) 20, S. 208; SF 1 (1920) 21, S. 212 f.; SF 2 (1921) 2, S. 24; SF 2 (1921) 10, S. 139 f.; SF 2 (1921) 11, S. 143; SF 2 (1921) 15, S. 214; SF 2 (1921) 16, S. 230; SF 3 (1922) 1, S. 6 ff.; SF 3 (1922) 7, S. 104 f.; SF 3 (1922) 8, S. 123; SF 3 (1922) 21, S. 318; SF 4 (1923) 1, S. 5; SF 4 (1923) 18, S. 246; SF 4 (1923) 19, S. 255 f.; SF 5 (1924) 7, S. 99; SF 5 (1924) 20, S. 311; SF 6 (1925) 19, S. 126; SF 6 (1925) 15, S. 252; SF 7 (1926) 1, S. 17; SF 7 (1926) 4, S. 59; SF 7 (1926) 5, S. 76; SF 7 (1926) 20, S. 373; SF 8 (1927) 10, S. 161; SF 8 (1927) 14, S. 225; SF 9 (1928) 23, S. 426–429; SF 11 (1930) 6, S. 116 f.; SF 11 (1930) 8, S. 144 f.; SF 11 (1930) 17, S. 322 f.; SF 11 (1930) 22, S. 411; SF 12 (1931) 11, S. 166 f.; SF 13 (1932) 1, S. 11; SF 13 (1932) 3, S. 42. Vgl. die Liste mit Firmen, welche die Einheitsfront unterstützt haben sollen (29.09.34), in: BA-R 8036/55. Auf diese idealtypische „Übertragung des totalisierten Freund-Feind-Denkens auf den innenpolitischen Gegner“ hat unlängst KRASSNITZER (S. 130) hingewiesen.

¹⁷⁶⁷ Diffamierung und Denunziation wurden auf diese Weise salonfähig: Vgl. PAUL: Deutsche Mutter, S. 58 ff.

¹⁷⁶⁸ „Am Tage der Abrechnung werden diese Kreaturen an den Pranger gestellt, so wie sie es verdienen, dafür sorgen unsere braven Saarländer schon!“: SF 1 (1920) 3, S. 12.

eines Kriegervereins gewesen sei¹⁷⁶⁹, mündeten nicht selten in kaum verhohlenen Aufruf zur Lynchjustiz:

*„Jeder rechtlich denkende Mensch würde es begreiflich finden, wenn die Bevölkerung zur Selbsthilfe griffe gegen ein Individuum, das sich als Bluthund gegen sie betätigt hat und von der zuständigen Behörde nicht unschädlich gemacht wird.“*¹⁷⁷⁰

Während die Existenz „schwarzer Listen“ dementiert wurde¹⁷⁷¹, half Vogel dem – wie es wenige Jahre später hieß – „gesunden Volksempfinden“ auf die Sprünge: Kollaborateure, die ihre nationale Gesinnung wie ein Hemd wechselten, hätten ihren Anspruch auf Zugehörigkeit zum deutschen Volk verwirkt und müßten daher der Verachtung anheimfallen. Das öffentliche Ausstoßen aus dem warmen Mutterschoß der Volksgemeinschaft wurde somit lange vor 1933 zur gängigen Methode, auch wenn diese erst gegenüber den Emigranten ihren Höhepunkt erlebte¹⁷⁷². Da Vogel nicht davor zurückschreckte, Namen und Adressen von Inserenten im NSK, von Teilnehmern an einer Propagandafahrt über französische Schlachtfelder¹⁷⁷³, von Lehrern, die sich der französischen Schulpropaganda zur Verfügung stellten oder von Mitgliedern frankophiler Organisationen zu nennen, zeigten die Anprangerungen bisweilen auch konkrete Erfolge: Manch eine der – vielfach sicherlich zu Unrecht – diffamierten Personen distanzierte sich öffentlich von franzosenfreundlichen Vereinigungen und dementierte jede Verbindung zu ihnen¹⁷⁷⁴. Als der Hauptausschuß des Preußischen Landtages auf Anregung des Handelsministeriums disziplinarische Maßnahmen gegen Mitglieder des Saarbundes beschloß, führte dies dort unmittelbar zu Massenaustritten¹⁷⁷⁵. Reine Mitläufer, die ihre Fahne vorübergehend in den günstigen französischen Wind zu hängen gedachten, mußten nun die möglichen Konsequenzen abwägen, welche die Nennung ihres Namens im „Saar-Freund“ oder einem im Saargebiet erscheinenden Blatt für sie haben konnte.

¹⁷⁶⁹ „Es ist System im Vorgehen der Franzosen, sie verstehen es ganz gut, sich die richtigen Leute auszusuchen, aber es wird auch einmal wieder anders kommen, dann wird mancher Mann sich wieder einmal zu ‚häuten‘ suchen. Daß alles ordentlich für die spätere ‚Abrechnung‘ verbucht wird, ist sehr gut. Es gibt leider viele, die eben so oder so können!“: SF 1 (1920) 15, S. 148.

¹⁷⁷⁰ SF 3 (1922) 18, S. 266. Daß Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung akzeptiert war, zeigen auch andere Artikel: Vgl. SF 2 (1921) 8, S. 111; SF 13 (1932) 2, S. 27; SF 13 (1932) 3, S. 44.

¹⁷⁷¹ Vgl. SF 2 (1921) 1, S. 12; SF 2 (1921) 2, S. 24.

¹⁷⁷² „Ein ‚Deutscher‘, der sich unter den Schutz der französischen Besatzung stellt, ist kein Deutscher, sondern ein Verräter.“: Vgl. SF 6 (1925) 14, S. 223; SF 11 (1930) 24, S. 438 ff.; SF 14 (1933) 22, S. 413 f.

¹⁷⁷³ Vgl. SF 4 (1923) 17, S. 243; SF 4 (1923) 18, S. 246; SF 4 (1923) 19, S. 255 f.

¹⁷⁷⁴ Vgl. SF 4 (1923) 22, S. 280.

¹⁷⁷⁵ Vgl. SF 5 (1924) 10, S. 150; SF 5 (1924) 12, S. 177. Derartige Forderungen waren im Saargebiet selbst erhoben worden: Auf einer Sitzung nach Beendigung des hunderttägigen Bergarbeiterstreiks klagte Karius über den Mangel an deutscher Gesinnung in den bessergestellten Kreisen des Saargebiets. Das Verhalten vieler Bergbeamter sei geradezu landesverräterisch gewesen; ihnen müsse von der preußischen Regierung mit Entlassung gedroht werden: „Jeder Fall schmachlichen Verhaltens müsse in Zukunft rücksichtslos an den Pranger gestellt werden.“ Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 19.06.23 (22.06.23), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2. Schon im Vorjahr hatte die GSV von Behörden verlangt, einzelne „Verräter“ zur Rechenschaft zu ziehen: Vgl. Brief der GSV an das AA, RMI und PrMI (28.09.22), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.577.

In einer eigens für derartige Zwecke angelegten Presseauschnittsammlung mit dem Titel „Persönliche Nachrichten, Skandalgeschichten usw.“¹⁷⁷⁶ fertigte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ insbesondere über Personen des öffentlichen Lebens Dossiers mit belastendem Material an. Bei passender Gelegenheit veröffentlichte sie die durch Berichte ihrer Vertrauensleute angereicherten Informationen entweder im eigenen „Saar-Freund“ oder scheinbar unverdächtigen anderen Blättern. Eines der ersten Opfer wurde der Zentrums Politiker und Rechtsanwalt Dr. Johann Peter Muth, um welchen sich die Gegner der preußisch-protestantischen Bevormundung gesammelt hatten¹⁷⁷⁷. Er war es auch, der im Frühjahr 1919 eine von Vogel initiierte Entschließung gegen die drohende Einverleibung des Saargebiets durch Frankreich in der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung zu Fall gebracht hatte¹⁷⁷⁸, was den Konflikt für Vogel zu einer persönlichen Abrechnung machte. Die Entscheidung, Muth konsequent und systematisch als Hochverräter zu stigmatisieren, war bereits im Herbst 1919 gefallen¹⁷⁷⁹. Als „*Mephistoteles innerhalb der reindenkenden und reinfühlenden Saarbevölkerung*“¹⁷⁸⁰ diffamiert, erfolgte Muths Ausschluß aus dem saarländischen Zentrum im April 1920. In Rücksprache mit Kraus veröffentlichte Vogel ihm zugespielte Dokumente, in welchen exponierte Persönlichkeiten des saarländischen Zentrums und insbesondere Muth schwer belastet wurden¹⁷⁸¹. Auch in den folgenden Jahren stand der „*Renegat des Volkstums*“¹⁷⁸² wegen seiner umstrittenen profranzösischen Schulpolitik derart im Kreuzfeuer der Kritik, daß sich selbst ein sonst besonnener Mann wie Karius zu der Bemerkung hinreißen ließ: „*Der Mann (Herr Dr. Muth) gehört vom deutschen Standpunkt aus an die Wand gestellt und erschossen.*“¹⁷⁸³

¹⁷⁷⁶ Vgl. BA-R 8014/897–902.

¹⁷⁷⁷ Vgl. SF 1 (1920) 4, S. 19; SF 1 (1920) 5/6, S. 27; SF 2 (1921) 15, S. 203 („*der bestgehaßte Mann im Saargebiet*“); SF 3 (1922) 1, S. 9; SF 3 (1922) 6, S. 82 ff.; SF 4 (1923) 5, S. 54 („*Verräter am Deutschtum*“). Der Präsident der Regierungskommission schlug „*Jean Pierre Mouth*“ für die Verleihung des Kreuzes der Ehrenlegion vor; der französische Staatspräsident Millerand befürwortete diesen Antrag; Vgl. Note pour le Service de Protocole (29.07.21), in: MAE, IG Sarre 666. Im März 1922 starb der 77jährige Muth an den Folgen eines Verkehrsunfalls; Vgl. SF 3 (1922) 7, S. 108.

¹⁷⁷⁸ Vgl. Brief der GSV an Franke (03.11.26), in: BA-R 8014/1079; SF 11 (1930) 20, S. 375.

¹⁷⁷⁹ Vgl. Brief der GSV an Dr. Maurer (29.10.19), in: BA-R 8014/142.

¹⁷⁸⁰ SF 1 (1920) 8, S. 45.

¹⁷⁸¹ Vgl. Aktennotiz Vogels (August 1920), in: BA-R 8014/705. In einer Versammlung von Juni 1919 hatten sie gelobt, „*die neue Regierung ohne Hintergedanken frei und aufrichtig zu unterstützen, von welcher die Katholiken hoffen und erwarten, daß sie besser als das alte preußische Regime die Rechte, Gewohnheiten und Gebräuche der Bevölkerung achtet*“ und darum gebeten, General Andlauer als Militärverwalter des Saargebiet zu belassen. Muth wurde hier als saarländischer Kandidat für die Regierungskommission ins Spiel gebracht; Vgl. Protokoll der Versammlung der „*Führer der ehemaligen Zentrumspartei und der Dekane der Priesterschaft des Saargebietes*“ vom 24.06.19 (24.06.19), in: ***: Hochverrat im Saargebiet, in: 20. Jahrhundert. Dokumente zur Zeitgeschichte 2 (1920) 14, S. 211 f. und S. 220 ff. Die Originale finden sich in: MAE, Sarre 1, von Kraus angefertigte Abschriften der Übersetzungen in: BA-R 8014/705.

¹⁷⁸² BRUCH: Franzosen im Saargebiet, S. 42.

¹⁷⁸³ Brief von Karius an die GSV (22.12.31), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 12.

3. Der „Saar-Freund“ entwickelte sich zunehmend zu einem Sprachrohr für Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur des Saargebietes, denen er durch den Abdruck von Petitionen, die Ankündigung von Veranstaltungen, die Wiedergabe von Reden und programmatischen Erklärungen eine Stimme lieh¹⁷⁸⁴. Insbesondere dem 1922 auf Druck der Bevölkerung geschaffenen saarländischen Landesrat, der selbst über kein eigenes Publikationsorgan verfügte, bot der „Saar-Freund“ mit einer eigenen Rubrik ein Forum zur Selbstdarstellung¹⁷⁸⁵. Nie wurde das Blatt müde, in seinen Berichten auf die *„unerschütterliche deutsche Front an der Saar“*¹⁷⁸⁶ hinzuweisen und die fehlenden Befugnisse des „Scheinparlaments“ zu beklagen. Erst als sich verschiedene Mitglieder des Landesrates Ende 1925 selbst gegen den Ausbau zu einem ordnungsgemäßen Parlament aussprachen¹⁷⁸⁷, verstummten derartige Forderungen.
4. Durch den wörtlichen Abdruck verschiedener Gutachten des Landesrates, von Denkschriften an den Völkerbundsrat, von Berichten über die Verhandlungen kommunaler Vertretungen, von Protestnoten der Parteien sowie die Wiedergabe saarländischer und reichsdeutscher Parlamentsdebatten entwickelte sich der „Saar-Freund“ im Laufe der Jahre zu einem Dokumentationsorgan und Spiegelbild des politischen Lebens im Saargebiet¹⁷⁸⁸. Die Chroniken des Tagesgeschehens in den verschiedenen



Abb. 24: Kopf des „Saar-Freund“ 1921–1926

¹⁷⁸⁴ Vgl. beispielsweise SF 2 (1921) 23, S. 331; SF 2 (1921) 24, S. 353 ff.

¹⁷⁸⁵ Der im Juni 1922 erstmals frei, geheim, direkt und gleich gewählte 30köpfige Landesrat verfügte nicht über die klassischen parlamentarischen Kontrollfunktionen wie Gesetzesinitiative oder Budgetrecht, sondern bildete eine Art unverbindliches Beratergremium für die Regierungskommission, die sowohl deren Vorsitzenden ernannte als auch die Tagesordnung festlegte. Durch seine überparteilich besetzten Delegationen zum Genfer Völkerbundsrat verschaffte sich das auf drei Jahre gewählte Gremium dennoch Gehör. Vgl. hierzu allgemein: ZENNER: Parteien und Politik sowie SF 3 (1922) 7, S. 97 f.; SF 3 (1922) 8, S. 117 f.; SF 3 (1922) 9, S. 131 ff.; SF 3 (1922) 12, S. 178 f.; SF 3 (1922) 15, S. 221 ff.; SF 3 (1922) 18, S. 261 f.; SF 4 (1923) 21, S. 270; SF 5 (1924) 1, S. 2 f.; SF 5 (1924) 2, S. 13 f.; SF 5 (1924) 3, S. 32 f.; SF 5 (1924) 4, S. 50 f. („Wir sind deutsch und werden deutsch bleiben!“); SF 9 (1928) 7, S. 98–101; SF 9 (1928) 13, S. 240 ff. („Aufgaben und Wirken des Saar-Landesrates“); SF 13 (1932) 9, S. 136 f.

¹⁷⁸⁶ SF 9 (1928) 6, S. 85. Vgl. auch SF 7 (1926) 13, S. 197 f.; SF 9 (1928) 7, S. 98 f.; SF 13 (1932) 5, S. 73; SF 13 (1932) 81 f.

¹⁷⁸⁷ Fast gleichzeitig hatten sich der Landesratspräsident Peter Scheuer und der Vorsitzende der Deutsch-Saarländischen Volkspartei Wilhelm Schmelzer ablehnend geäußert: Vgl. SF 6 (1925) 24, S. 402; Aufzeichnung Jolas' (08.12.25), in: BayHStA, MInn 47.088.

¹⁷⁸⁸ Es finden sich ebenso Berichte über internationale Verhandlungen wie über Parteitage und Bezirkskonferenzen oder beispielsweise das Budget der angefeindeten Regierungskommission. Ab Mitte der zwanziger Jahre nahmen derartige Beiträge immer breiteren Raum ein. Zahlreiche zeitgenössische Arbeiten griffen trotz aller Skepsis gegenüber der Saarvereinspropaganda auf den SF als Quelle zurück. *„Der ‚Saar-Freund‘ ist in den 14 Jahren seines Erscheinens zum Sammelpunkt der wahrheitsgemäßen Schilderung der Vorgänge im Saargebiet geworden, wie er auch die wertvolle Quelle ist über die Entwicklung der Saarfrage, über die wirtschaftlichen Verhältnisse und über Land und Leute an der Saar [...]“*: Sonderdruck aus den Vereinigten Werkszeitungen des Dinta in der Deutschen Arbeitsfront (Sommer 1934), S. 8, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19.

saarländischen Gemeinden mit ihren Meldungen über Unglücksfälle, Einbrüche, Brände, Lebensmittelschiebereien, steigende Lebenshaltungskosten, Hausverkäufe, Einweihungen von Kirchenglocken, Gedenk- und Ehrentafeln oder die Entwicklung der Einwohnerzahlen liefern darüber hinaus wertvolles statistisches Material und ebenso wie der „Saarkalender“ Details über Vorgänge auch außerhalb der Saarmetropole. Es würde zu weit führen, den „Saar-Freund“ als prodeutsche Alternative zum offiziellen Amtsblatt der Regierungskommission zu bezeichnen, doch gerade seine ersten Jahrgänge berichten immer wieder über die rechtlichen Vorschriften zur Einreise in das Saargebiet¹⁷⁸⁹ und weisen auf wichtige Anlaufstellen von Behörden in Berlin hin¹⁷⁹⁰. Meldungen über die aktuellen Kohlen-, Strom- und Gaspreise an der Saar deuten darauf hin, daß die Zeitung durchaus auch ein Informationsorgan im Saargebiet selbst sein wollte¹⁷⁹¹. Nach ihrem Verbot reduzierten sich derartige Miszellen vor allem auf Klagen über die überproportional hohen Lebenshaltungskosten, welche der Mißwirtschaft der Saarregierung zugeschoben wurden. Da es Vogel gelungen war, mit Dr. Walther Cartellieri¹⁷⁹², Dr. Georg Krause-Wichmann¹⁷⁹³, Matthias Karius¹⁷⁹⁴ oder Dr. Curt Groten¹⁷⁹⁵ Spezialisten für die Erörterung wirtschaftlicher, juristischer und sozialer Fragen zu gewinnen, traten etwa ab 1927 neben die bisherigen polemischen Artikel auch verstärkt im Gutachtenstil verfaßte Aufsätze.

Wenngleich dies kaum die Intension seiner Herausgeber gewesen sein dürfte, stellt der „Saar-Freund“ damit aus heutiger Sicht eine überaus wichtige Quelle für die Forschung über

¹⁷⁸⁹ Vgl. SF 1 (1920) 11, S. 92; SF 1 (1920) 13, S. 120; SF 1 (1920) 16, S. 162; SF 1 (1920) 20, S. 207; SF 2 (1921) 4, S. 44 f. Aus gegebenem Anlaß wurde dieser Service nach 1933 erneut aufgegriffen: Vgl. beispielsweise SF 14 (1933) 11, S. 173.

¹⁷⁹⁰ Vgl. SF 1 (1920) 11, S. 92; SF 1 (1920) 12, S. 104; SF 1 (1920) 22, S. 232. Ebenso findet sich der exakte Zugfahrplan von Saarbrücken nach München und Frankfurt am Main: Vgl. SF 5 (1924) 4, S. 58.

¹⁷⁹¹ Vgl. SF 1 (1920) 5/6, S. 35.

¹⁷⁹² Der Sohn des Historikers Alexander Cartellieri wechselte im Jahr 1923 aus dem Heidelberger Privatsekretariat Hermann Röchlings an die Saar, wo er vier Jahre später die Leitung des neu gegründeten Saarwirtschaftsarchives der Saarbrücker Handelskammer übernahm. Im Namen des Saarvereins hielt Cartellieri zahlreiche Vorträge vor akademischem Publikum, so beispielsweise im Januar 1933 an tschechischen und österreichischen Hochschulen: Vgl. Ehren-Tafel treubewährter Helfer und Mitarbeiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, des Bundes der Saarvereine, seiner Landes- und Ortsgruppenleiter im Deutschen Saarabwehrkampf 1918–1935, in: VOGEL (Hrsg.): Saar-Befreiungskampf, S. 351–390, hier: S. 358; HELLWIG: Das Saarwirtschaftsarchiv, S. 16. Zum Kontakt zwischen GSV und Saarwirtschaftsarchiv, vgl. LA Saarbrücken, Saar-Verein 9. Gelegentlich publizierte auch der Geschäftsführer der Handelskammer (Albert Lütke) selbst: Vgl. SF 10 (1929) 22, S. 475; SF 11 (1930) 4, S. 73 ff.

¹⁷⁹³ Die Verbindungen des späteren stellvertretenden Syndikus der Trierer Industrie- und Handelskammer (*1901) zum BdS waren auch der französischen Sûreté nicht verborgen geblieben: Vgl. Aufzeichnung der Sûreté générale (28.01.22), in: MAE, Sarre 115. Aus seiner Feder stammten während der Jahre 1926–1929 nicht nur Aufsätze mit wirtschaftlichem Hintergrund, sondern der gebürtige Saarbrücker beschäftigte sich ebenso mit Fragen des französischen Militärs wie auch allgemeinen Aspekten der Völkerbundsregierung: SF 8 (1927) 1, S. 5 f.; SF 8 (1927) 8, S. 119 f.; SF 9 (1928) 8, S. 113 f.

¹⁷⁹⁴ Siehe hierzu Anm. 878.

¹⁷⁹⁵ Die Darlegungen des Gerichtsassessors und Mitarbeiters der SFG über Themen wie „Der völkerrechtliche Wohnsitzbegriff“ (vgl. SF 12 (1931) 1, S. 8) oder „Abstimmungsfragen“ (vgl. SF 12 (1931) 24, S. 392 f.) fanden auch die Beachtung der Behörden und wurden von diesen als Informationsquelle weiterempfohlen: Vgl. Aktennotiz (04.12.31), in: BayHStA, MA 106.099. Zu Groten vgl. FREUND, S. 77.

politische, wirtschaftliche und kulturelle Aspekte der saarländischen Zwischenkriegszeit dar. Um so mehr überrascht es, daß er diesbezüglich erst unzureichend Beachtung gefunden hat¹⁷⁹⁶.

5. Von Anfang an intendierte die Aufklärungsarbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, werbend für die deutsche Reichsregierung bzw. die bayerische und preußische Staatsregierung einzutreten¹⁷⁹⁷. Abgesehen von den stetig ausgeweiteten Vortragsveranstaltungen fiel den Publikationen und hier insbesondere dem „Saar-Freund“ eine zentrale Rolle in dieser privaten, apologetischen Regierungspropaganda zu. Sowohl die Rechte des deutschen Staates wurden immer wieder betont und eingefordert, wie auch versucht wurde, der Saarbevölkerung das Gefühl zu vermitteln, „daß sie ihre stärkste Stütze zur Wahrung ihres Rechts im deutschen Volk und bei den deutschen Behörden findet.“¹⁷⁹⁸ Verklärend historisierende Darstellungen der saarabischen Vergangenheit und des „Systems Stumm“, welches an der Saar eine kerndeutsche und national selbstbewußte Arbeiterschaft geschaffen habe¹⁷⁹⁹, sollten dies ebenso leisten wie die Berichte über die bisher vom deutschen Staat geleisteten (materiellen und ideellen) Hilfen:

„Millionen hat Deutschland für das Saargebiet aufwenden müssen, um der Bevölkerung dort noch Lebensmöglichkeiten zu geben. Diese deutsche Nothilfe denke man sich weg – was dann? Mit Hilfe der Saargruben hat Frankreich das Saargebiet wirtschaftlich in die Hände bekommen, durch sie hat es die Saarwirtschaft erschüttert, die Saararbeiterschaft verelendet, die Gesamtbevölkerung verarmt. Was müßte geschehen, wenn Frankreich die Saargruben verbleiben? Verödung des einst blühenden Landes an der Saar, restlose Verarmung der Bevölkerung, politische Gleichgültigkeit des Gebietsbewohner wären die zwingenden Folgen.“¹⁸⁰⁰

Immer wieder betonte der „Saar-Freund“ die Rückständigkeit des französischen Arbeitsrechts im Vergleich zu den sozialpolitischen Errungenschaften im Reich und unterstrich die Bedeutung der Zollstundungen nach 1925, die erst das künstliche Konstrukt „Saargebiet“ am Leben gehalten hätten¹⁸⁰¹. Kritik an Maßnahmen der Reichsregierung wurden in aller Regel als

¹⁷⁹⁶ Vgl. aber Scholdt (Die Saarabstimmung 1935), der seine These, daß die „wichtigsten literarischen Stoff-, Empfindungs- und Argumentationsmuster der späteren Deutschen Front [...] bereits jetzt [in den zwanziger Jahren – F.B.] geprägt und ab 1933 nurmehr verschärft“ wurden (S. 172), sogar hauptsächlich mit Zitaten aus dem SF belegt, obwohl die im Saargebiet zwischen 1918 und 1933 erscheinenden Zeitungen dies ebenfalls untermauert hätten.

¹⁷⁹⁷ Vgl. Denkschrift der GSV an den preußischen Ministerpräsidenten Hirsch (06.08.19), in: BA-R 8014/662. Wenig später bat Vogel das preußische Innenressort um detaillierte Angaben in Sachfragen, um den geordneten Gang des werktätigen Lebens in Berlin mit Fakten untermauern zu können: Vgl. Brief der GSV an das PrMI (13.09.19), in: Ebd.

¹⁷⁹⁸ SF 3 (1922) 10, S. 146.

¹⁷⁹⁹ Zu dieser Zeit habe der saarländische Steinkohlebergbau seine Blütephase erlebt. Vgl. zu diesem legitimatorischen Geschichtsbild: SF 7 (1926) 7, S. 110 f.; SF 7 (1926) 16, S. 274–278; SF 1 (1920) 9, S. 66 f.

¹⁸⁰⁰ Einladungsschreiben zur Bundestagung (Juni 1928), in: BA-R 8014/49. Hervorhebung im Original. Vgl. auch SF 8 (1927) 16, S. 273–276.

¹⁸⁰¹ Vgl. SF 2 (1921) 15, S. 211 f.; SF 3 (1922) 15, S. 227–230; SF 12 (1931) 13/14, S. 224–227; SF 12 (1931) 15/16, S. 269. Vgl. auch VOGEL: Das deutsche Saargebiet, S. 30. Vgl. Auflistung der Leistungen aus öffentlichen Mitteln für das Saargebiet (09.03.31), in: BA-R 43-I/251 sowie eine vorläufige Aufstellung

kontraproduktiv zurückgewiesen. Als sich beispielsweise saarländische Beamte gegen die Ratifizierung des Baden-Badener Abkommens aussprachen, erfolgte umgehend eine Rüge: Sie könnten aus der Ferne nicht beurteilen, wie unermesslich viel die deutsche Regierung in Berlin für sie leiste. Wenn noch nicht alle Mißstände beseitigt seien, so sei das der Politik der Regierungskommission zuzuschreiben¹⁸⁰². Und als sich der „Saar-Freund“ zwei Jahre später in eine innersaarländische Pressefehde einschaltete, mahnte er die beiden Blätter nicht nur zur Einigkeit, sondern erinnerte daran, „daß die deutsche Politik in Berlin nicht lediglich von Dilettanten gemacht“ werde¹⁸⁰³. Aus diesem Grunde verzichtete er – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen – auf eine kritische Kommentierung innenpolitischer Ereignisse während der Weimarer Republik¹⁸⁰⁴.

6. Die Abwehr der französischen Pressepropaganda durch das umgehende Dementieren entsprechender Behauptungen wurde bereits an anderer Stelle erörtert. In diesem Zusammenhang sind auch die in eigener Sache betriebenen Rechtfertigungsversuche zu sehen, mit welchen



Abb. 25: Kopf des „Saar-Freund“ 1926–1934

sich die Geschäfts-stelle „Saar-Verein“ gegen den Vorwurf der Konspiration zur Wehr setzte¹⁸⁰⁵. Sie profitierte von dem Umstand, ihre Maßnahmen zur „Deutscherhaltung“ der Saar über das Bundesorgan in ein rechtes Licht

rücken zu können.

7. Der unterhaltende Teil des „Saar-Freund“ kann nicht völlig losgelöst von seiner politischen Intention betrachtet werden. In den ersten beiden Jahrgängen versuchte die Redaktion noch, ihrer Leserschaft das Saargebiet in einer Art Reiseführer näherzubringen; zahlreiche Fotos sollten die Exilsaarländer an markante Stellen ihrer Heimat erinnern und hierdurch

(25.07.30), in: BA-R 43-I/249: Insgesamt flossen zwischen 1924 und 1930 317,5 Millionen RM an die Saar, davon allein für die Sozialversicherung etwa 62,5 Millionen und für kulturelle Fürsorge 2,7 Millionen. Im Abstimmungskampf erhielt dieser Aspekt der treu sorgenden deutschen Mutter selbstredend neuen Auftrieb: Vgl. Die Maßnahmen der Deutschen Regierung für das Saargebiet, o.O. [ca. 1934], S. 19: „Der Saarbergmann wird ohne weiteres einsehen, daß Deutschland gegenüber seinen deutschstämmigen Arbeitern an der Saar seine sozialen Aufgaben eifriger erfüllen wird, als Frankreich.“

¹⁸⁰² Vgl. SF 7 (1926) 11, S. 167 ff.; SF 7 (1926) 13, S. 206.

¹⁸⁰³ SF 9 (1928) 4, S. 55.

¹⁸⁰⁴ Nur in ihrer Frühphase hatte die GSV noch sehr deutliche Worte gegen die staatlichen Institutionen gefunden: Siehe S. 181. Allerdings sucht man schon im Frühjahr 1920 vergeblich nach Hinweisen auf den gescheiterten Kapp-Putsch im SF. Seine Regierungsnähe erreichte in der Ära Stresemann den Höhepunkt; so verteidigte er beispielsweise den Kompromiß in der Frage des Abzuges französischer Truppen aus dem Saargebiet: Vgl. SF 8 (1927) 6, S. 84–87; SF 8 (1927) 7, S. 101 ff.

¹⁸⁰⁵ Siehe hierzu S. 220.

jahrzehntealte Bindungen konservieren¹⁸⁰⁶. Aus Kostengründen verschwanden die Illustrationen allerdings im Laufe des Jahres 1922.

Um das Bedürfnis der Leserschaft nach mehr Unterhaltung zu befriedigen¹⁸⁰⁷, wurde der „Saar-Freund“ um ein Feuilleton ergänzt, in welchem sich fortan allgemeine belehrende Artikel¹⁸⁰⁸, Beschreibungen saarländischer Landschaften, Denkmäler oder Bauwerke¹⁸⁰⁹, unterhaltsame Beiträge¹⁸¹⁰ und verschiedene „Erinnerungsanker“ an die alte Heimat¹⁸¹¹ fanden. Als illustrierte Monatsbeilage zum „Saar-Freund“ erschienen die „Saarheimatbilder“ erstmals am 15. Mai 1925¹⁸¹². In ihnen wurden vor allem die landschaftlichen Reize des Saargebietes vorgestellt, aber ebenso bereits im „Saar-Freund“ angeschnittene Themen vertieft¹⁸¹³. Die durchschnittlich vier Seiten starken und auf besserem Papier gedruckten Heimatbilder ermöglichten es, die Kosten für die eigentliche Zeitschrift relativ stabil zu halten, da fortan auf den Abdruck von Fotos im „Saar-Freund“ verzichtet werden konnte¹⁸¹⁴.

¹⁸⁰⁶ Auch bei der Auswahl der Beiträge und Motive im SF zeigt sich, wie sehr sich die Vorstellungen der GSV vom Saargebiet anfangs auf den preußischen Gebietsteil reduzierten und die ehemals bayerischen Bezirke größtenteils ausgeblendet wurden. Siehe hierzu die „Saarbrücker Landschaftsbilder“, in: SF 1 (1920) 4, S. 22; SF 1 (1920) 9, S. 68; SF 1 (1920) 10, S. 78; SF 1 (1920) 17, S. 175. Vgl. auch SF 1 (1920) 22, S. 228 f.; SF 1 (1920) 23, S. 239 ff.; SF 2 (1921) 1, S. 9 f. Illustrierte Berichte über Wanderungen an der Saar: Vgl. SF 2 (1921) 4, S. 47; SF 2 (1921) 5, S. 55 f.; SF 2 (1921) 7, S. 89; SF 2 (1921) 8, S. 110. Trotz der geographischen Lage und engen Verbindungen zur benachbarten Pfalz wurde auch diese im SF eher vernachlässigt: Vgl. SF 2 (1921) 13, S. 178 f.; SF 9 (1928) 17, S. 340 f. Selbst die dortigen separatistischen Bewegungen fanden nur am Rande Beachtung: Vgl. SF 1 (1920) 7, S. 43 ff.; SF 2 (1921) 6, S. 71 ff.; SF 5 (1924) 3, S. 36; SF 5 (1924) 5, S. 61 f.; SF 5 (1924) 8, S. 110 f.

¹⁸⁰⁷ Vgl. undatierter Tätigkeitsbericht Vogels auf der Mitgliederversammlung in Hannover (06.06.25), in: BA-R 8014/27. Die Ortsgruppen hatten erheiternde Beiträge im SF eingefordert.

¹⁸⁰⁸ Beispielsweise „Deutsche Forstwirtschaft an der Saar“, in: SF 6 (1925) 14, S. 232; „Vom deutschen Radsport an der Saar“ (Dr. H. T. Schorn), in: SF 7 (1926) 13, S. 212; „Die Vogelfauna von Saarbrücken um 1870“ (Julius Kiefer), in: SF 12 (1931) 7, S. 98 ff.

¹⁸⁰⁹ „Die katholische Pfarrkirche zu Merzig“, in: SF 5 (1924) 11, S. 174; „Homburg (Saar-Pfalz) und Umgebung“, in: SF 10 (1929) 17, S. 367 f.

¹⁸¹⁰ Vgl. „Saarländer Humor in alter und neuer Zeit“ (Albert Zühlke), in: SF 7 (1926) 16, S. 292 f., „Saarländische Originale“, in: SF 8 (1927) 4, S. 56 f.; „Warum de Deiwel kån Pälzer mäh holt“, in: SF 12 (1931) 11, S. 165.

¹⁸¹¹ Vgl. „Saarbrücker Turn- und Spielfest“, in: SF (1925) 16, S. 276 f.; „Aus Alt-Saarbrücker Kindheitstagen“ (Berta Schmidt-Bickelmann), in: SF 5 (1924) 24, S. 400; „Die Ortsneckereien an der Saar“, in: SF 10 (1929) 2, S. 29–32. Vogel zählte die Stärkung des Heimatgefühls explizit zu den Aufgaben des SF: Vgl. Brief der GSV an verschiedene Schriftleitungen (19.01.24), in: BA-R 8014/1091.

¹⁸¹² Die GSV bzw. der SF zog so mit dem „Rheinischen Beobachter“ gleich, welcher zuvor die Beilage „Der schöne Rhein“ eingeführt hatte. Die SHB sollten „ein kulturelles geschichtliches und völkisches Spiegelbild“ des Saargebiets sein: Vortrag Vogels auf der Vertreterversammlung in Saarbrücken (23.03.35), in: BA-R 8014/113. Eine Auflistung aller Themenhefte siehe im Anhang, Dok. 14.

¹⁸¹³ Beispielsweise wies Fritz Kloevekorn in SHB 4 (1928) 3 auf die strategische Bedeutung Homburgs für die Franzosen hin, während Otto Peters in seinem Beitrag über saarländische Burgenromantik „kein Ineinanderschieben zweier Kulturen, kein Vermischen der Völker“ an der Saar erkennen konnte: Vgl. SHB 3 (1927) 8.

¹⁸¹⁴ Lediglich die Sondernummern der Bundestagungen wurden reichlich mit bekannten saarländischen Motiven und Porträts illustriert, welche die GSV in aller Regel über Max Wentz bezog. Der Leiter des Lichtbild- und Filmamtes der Stadt Saarbrücken verschaffte dem SF außerdem weitere Abonnenten und koordinierte die Beiträge für die SHB: Vgl. BA-R 8014/1104–1107.

Als Autoren der Beilage wurden schon früh Fritz Kloevekorn und Karl Willi Strauch gewonnen¹⁸¹⁵; außer ihnen steuerte der Saarbrücker Lehrer Theo Schmidt zahlreiche Beiträge bei¹⁸¹⁶. Der feuilletonistische Teil des „Saar-Freund“ nahm immer breiteren Raum ein; ab Herbst 1928 änderte sich infolgedessen das durchgängige zweispaltige Layout dahingehend, daß auf der unteren Seitenhälfte regelmäßig Fortsetzungsromane und -geschichten zum Abdruck gelangten¹⁸¹⁷. Immer wieder finden sich im „Saar-Freund“ Gedichte und kürzere Erzählungen in saarländischer (rheinfränkischer) Mundart¹⁸¹⁸; daß die Verse der meist unbekanntesten Dichter keineswegs unpolitischer Art waren, zeigt ein Spottgedicht über die 150.000 „Saarfranzosen“:

„[...] *Do neilich mußst mer heere,
Daß hie aus unserm Land
Sich Hunderduffzig Dausend
Zu Frankreich hin bekannt.*

*Mir sinn doch iwwerall hie
In Dorf un Stadt verkehrt,
Mir han vun dere Bittschrift
Doch nirjens nix geheert.*

*Ken Minsch wääß dovun ebbes,
Wo in Saarbrigge wohnt,
Die Hunderduffzig Dausend,
Die Lääwe uff'm Mond.*

*Mir kinne uns beherrsche,
Das is doch jedem Klaar,
Mi sin un wille bleiwe
Nur deitsch hie an der Saar.“¹⁸¹⁹*

Wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, fühlte sich die Historikerzunft ebenfalls berufen, ihren Beitrag zur Untermauerung der deutschen Position in der Saarfrage zu leisten¹⁸²⁰. Im Grunde unpolitische Artikel über einzelne Geschichtsepochen des Saargebietes besaßen somit instrumentalen Charakter, versuchten sie doch, eine tausendjährige deutsche Tradition und Kultur an der Saar herauszuarbeiten und dabei die französische Aggression nach Osten zu

¹⁸¹⁵ Vgl. Brief Wentz' an die GSV (15.07.25), in: BA-R 8014/1104.

¹⁸¹⁶ Schmidt publizierte auch unter den Pseudonymen „Dora“ und „A. Scheith“. Vgl. BA-R 8014/1103, 1105 und 1108.

¹⁸¹⁷ „Unruhige Zeiten an der Saar“ (A. Michels) SF 9 (1928) 16 – SF 9 (1928) 19; „Die Traumfahrt“ (Kristian Kraus) SF 9 (1928) 20 – SF 10 (1929) 21. In diesem auch optisch abgetrennten Teil des SF fanden sich des weiteren zahlreiche Abhandlungen über aktuelle kulturelle Themen.

¹⁸¹⁸ Als typisches Element der regionalen Kultur sollte der Dialekt zur Stärkung des Heimatgefühls und der Bindungen an die Saargegend beitragen: Vgl. SF 1 (1920) 1, S. 8 (Friedrich Schön: „Die Aussicht vumm Winderbergdenggmäl“); SF 1 (1920) 10, S. 79 (Friedrich Schön: „'s Saarbricker Herz“); SF 2 (1921) 1, S. 1; SF 2 (1921) 10, S. 135 f.; SF 2 (1921) 11, S. 149; SF 2 (1921) 13, S. 177; SF 2 (1921) 14, S. 193; SF 5 (1924) 6, S. 89; SF 8 (1927) 18, S. 350 f.; SF 11 (1930) 20, S. 367 f. Saarbrücker Sprichwörter und Originale in: SF 5 (1924) 8, S. 118.

¹⁸¹⁹ SF 2 (1921) 17, S. 247. Vgl. auch: SF 2 (1921) 6, S. 76; SF 2 (1921) 10, S. 127; SF 2 (1921) 15, S. 214 ff.; SF 5 (1924) 6, S. 90; SF 6 (1925) 12/13, S. 215; SF 7 (1926) 7, S. 101; SF 12 (1931) 4, S. 58. Meist glorifizierten die Gedichte Begriffe wie Heimat und Ehre bzw. griffen die Franzosen an.

¹⁸²⁰ Die beiden bekanntesten saarländischen Vertreter Albert Ruppertsberg (1854–1930) und Fritz Kloevekorn steuerten auch gelegentlich Artikel zum SF bei: Zu Ruppertsberg vgl. SF 3 (1922) 6, S. 87; SF 3 (1922) 7, S. 102; SF 5 (1924) 7, S. 100 f. Zu Kloevekorn vgl. SF 8 (1927) 16, S. 256–259; SF 11 (1930) 13/14, S. 230–237; SF 14 (1933) 16/17, S. 266–270; SF 15/16 (1934/35) 28, S. 618–622.

brandmarken¹⁸²¹ oder aber die Tapferkeit der Saarländer im Krieg von 1870 als Exempel zu statuieren und somit zum erneuten Durchhalten zu animieren¹⁸²².

8. Mindestens ebenso charakteristisch wie seine immer wiederkehrenden Rubriken und regelmäßigen Ausschweifungen gegen die Machenschaften des „*annexionslüsternen französischen Ländergeiers*“¹⁸²³ ist das Ausblenden bzw. die entstellende Wiedergabe wichtiger Ereignisse im Saargebiet. So verzichtete der „Saar-Freund“ darauf, die von mehreren Tausend Teilnehmern besuchten Veranstaltungen der politischen Linken wie die alljährlichen Maifeiern oder Anti-Kriegskundgebungen¹⁸²⁴ zu thematisieren, während Versammlungen der bürgerlichen Parteien und christlichen Gewerkschaften selbst in kleinsten Ortschaften Beachtung fanden. Derartige Ausprägungen verweigerter Kommunikation mit der saarländischen Sozialdemokratie, deren Tätigkeit schlichtweg ignoriert wurde, lassen die allorts proklamierte parteipolitische Objektivität des Blattes fragwürdig erscheinen.
9. Als Bundesorgan bildete der „Saar-Freund“ das Scharnier zwischen den Einzelmitgliedern, den Ortsgruppen und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Durch Aufsätze zu aktuellen Themen der Tagespolitik wollte er den Ortsgruppen das notwendige Vortragsmaterial zur Verfügung stellen; die lokalen Ableger sollten sich in ihrer Arbeit wechselseitig befruchten, indem sie die Zeitschrift als Forum für Berichte über ihre Tätigkeit nutzten¹⁸²⁵. Doch gingen hier einmal mehr Anspruch und Wirklichkeit auseinander: Nur in Ausnahmefällen weichen die Meldungen innerhalb der Rubrik „Vom ‚Bund der Saarvereine‘“ von der reinen Wiedergabe der Programmpunkte von Ortsgruppensitzungen und Vortragsveranstaltungen ab. Da regelmäßige Mahnungen, auf die Übersendung von Berichten über ausschließlich unterhaltsame Orts-

¹⁸²¹ Vgl. allein für die ersten drei Jahrgänge: SF 1 (1920) 4, S. 22 ff.; SF 1 (1920) 10, S. 76 ff.; SF 1 (1920) 22, S. 229 f.; SF 2 (1921) 7, S. 89 f.; SF 2 (1921) 19, S. 267 f.; SF 2 (1921) 22, S. 320 f.; SF 2 (1921) 23, S. 341 f.; SF 2 (1921) 24, S. 352 f.; SF 3 (1922) 1, S. 8 f.; SF 3 (1922) 2, S. 23 f.; SF 3 (1922) 3, S. 39; SF 3 (1922) 4, S. 55; SF 3 (1922) 5, S. 71.

¹⁸²² „*Spichern ist und bleibt ein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte; der Spicherer Berg bleibt uns heilig.*“: SF 9 (1928) 2, S. 26. Vgl. ebenso: SF 1 (1920) 14, S. 122; SF 11 (1930) 20, S. 368. Weitere historische Lehrstücke im SF: SF 9 (1928) 13, S. 205–208; SF 11 (1930) 13/14, S. 232–237. Mit seinen Anekdoten über historische Personen und Ereignisse beabsichtigte der SF, die Erinnerungen an „richtige“ Entscheidungen in der Vergangenheit wachzuhalten; in der Selbstdarstellung verwies der Verein gerne auf die Parallelen zwischen ihm und der Leitfigur Heinrich Böcking: Vgl. VOGEL: Oberbergrat Heinrich Böcking. Ein derartiger Rückgriff auf Teilaspekte der Geschichte „*hat nostalgische Züge der Selbstvergewisserung, die gesucht wird, weil eine ungewisse Zukunft Unsicherheit schafft [...]*“. Vgl. Étienne FRANÇOIS: Einstellung zur Geschichte, in: Jacques LEENHARDT/ Robert PICTH (Hrsg.): *Esprit/ Geist. 100 Schlüsselbegriffe für Deutsche und Franzosen*, München - Zürich 1989, S. 15–20, hier: S. 15.

¹⁸²³ SF 5 (1924) 3, S. 29.

¹⁸²⁴ Allerdings sucht man auch vergebens nach Berichten über den ersten Gautag der NSDAP-Saar im August 1932: Vgl. HELLWIG/ OLLMERT, S. 74.

¹⁸²⁵ Vgl. SF 1 (1920) 1, S. 8; SF 1 (1920) 4, S. 24. Vgl. Vortrag Vogels auf der Mitgliederversammlung in Dortmund (07.05.22), in: SF 3 (1922) 10, S. 151.

gruppentreffen zu verzichten¹⁸²⁶, nicht fruchteten, liegt die Vermutung nahe, daß der Alltag in den lokalen Vereinen vor allem durch eben dieses geselliges Beisammensein geprägt war.

Bleibe nun noch die Frage nach dem Leserkreis des „Saar-Freund“. Nach eigener Darstellung hat sich das Bundesorgan „*immer mehr zum geistigen Mittelpunkt aller vertriebenen Saardeutschen*“¹⁸²⁷ entwickelt, doch hält diese Behauptung einer Überprüfung nicht stand: Im Sommer 1928 mußte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ selbst eingestehen, daß von den etwa 5.000 Mitgliedern in den lokalen Saarvereinen nur jeder Fünfte den „Saar-Freund“ bezog¹⁸²⁸, und in den folgenden Jahren konnte das Verhältnis nur geringfügig verbessert werden. Als Ergebnis einer Rundfrage bei den Ortsgruppen trat zu Tage, daß durchschnittlich ein Drittel der Mitglieder den „Saar-Freund“ bezog, doch ist hier der allgemeine Mitgliederschwund infolge der Weltwirtschaftskrise in Rechnung zu stellen¹⁸²⁹. Weder die permanenten Ermahnungen auf den Bundestagungen, noch die eigens aufgestellten Richtlinien¹⁸³⁰ führten demnach zu einer nennenswerten Änderung.

Nach Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse pendelte sich die Auflage des „Saar-Freund“ wieder auf einer Höhe von 5.000 Exemplaren ein¹⁸³¹. Ein nicht unerheblicher Teil hiervon war zur Verteilung an die reichsdeutschen Ministerien, befreundete Organisationen und

¹⁸²⁶ Vgl. ebd.; SF 12 (1931) 2, S. 30.

¹⁸²⁷ SF 1 (1920) 21, S. 210.

¹⁸²⁸ Vgl. Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (August 1928), in: BA-R 8014/124. Ein undatiertes „Verzeichnis der Postabonnenten der einzelnen Ortsgruppen der Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ vom Herbst 1925 (in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2) verzeichnet insgesamt 72 Ortsgruppen, von denen 20 gar keinen SF bezogen und 28, die weniger als 10 Exemplare erhielten. Insgesamt gingen den Ortsgruppen 895 Exemplare zu, davon allein 277 an die Ortsgruppe Berlin, während sich die anderen 618 Hefte auf 51 Vereine verteilten.

¹⁸²⁹ Insofern könnte die Erhöhung der Quote auch dem Austritt mittelloser Mitglieder zuzuschreiben sein: Vgl. Postkarten der Ortsgruppen Duisburg, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Ibbenbüren, Köln, Mörs-Meerbeck und Waltrop an die GSV (Oktober/November 1931 bzw. Oktober 1932), in: BA-R 8014/37, 322, 326, 344, 391, 396, 422, 445, 493 und 637. In Mörs-Meerbeck fand sich nur ein Abonnent, während in Hannover von 33 Mitgliedern immerhin 23 das Bundesorgan regelmäßig bezogen.

¹⁸³⁰ Vgl. SF 6 (1925) 5, S. 83; drittes Gebot des „Katechismus des Bundes der Saarvereine“ (Juni 1929), in: BA-R 8014/125.

¹⁸³¹ Exemplarisch zur Verteilung: Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 30.03.22 (31.03.22), in: BA-R 8014/7. Anlässlich von Bundestagungen gab die GSV (erstmalig 1926 in Köln) auch jeweils eine Sondernummer heraus, welche – in höherer Auflage und auf besserem Papier gedruckt – die Besucher allgemein in die Saarproblematik einführen sollte: Vgl. Rundschreiben der GSV (Mai 1925), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 4. 1928 verschickte das AA die Heidelberger Sondernummer sogar an seine Auslandsvertretungen, während das hessische Kultusministerium 1.200 der 20.000 Exemplare zur Verteilung an Schulen bestellte: Vgl. Rundschreiben des AA (10.08.28), in: PA AA, Botschaft Paris, 714 a. Demgegenüber untersagte das sozialdemokratisch geführte Volksbildungsministerium in Braunschweig explizit den Gebrauch des SF wegen der nationalistischen Haltung des Bundes. Siehe hierzu den Schriftverkehr in: BA-R 8014/1095.

vor allem andere Redaktionen bestimmt¹⁸³². Schätzungsweise gingen etwa zweihundert Gratis-exemplare ausländischen Zeitungen zu; außerdem wurden Wartesäle und Züge der Reichsbahn, Bahnhofsbuchhandlungen, öffentliche Lesehallen und Bibliotheken bestückt¹⁸³³.

Ein heikles Thema war die Verbreitung des „Saar-Freundes“ im Saargebiet: Nachdem der Postbezug der ersten Ausgaben bereits von der französischen Militärverwaltung verboten worden war, wandte sich Vogel schließlich Mitte Mai 1920 an die Regierungskommission mit der Bitte, diese Verfügung aufzuheben. Einerseits sei sie nur schwer mit dem Prinzipien der Pressefreiheit in Einklang zu bringen und auf der anderen Seite könne die Saarregierung so aller Welt demonstrieren, daß sie gewillt sei, ihre Arbeit tatsächlich objektiv im Interesse der Saarbevölkerung auszuüben¹⁸³⁴. Als die Antwort auf das Schreiben ausblieb, schaltete Vogel den Völkerbundsrat ein¹⁸³⁵. Nach einer zweijährigen Phase, in welcher der „Saar-Freund“ zwar nicht offiziell indiziert, aber sein Vertrieb eingeschränkt war, gehörte er zu den ersten Zeitungen, die im März 1923 im Zuge einer Notverordnung vorübergehend verboten wurden¹⁸³⁶. Das dauerhafte – und erst im Januar 1935 aufgehobene – Einfuhr- und Vertriebsverbot erfolgte Anfang Oktober des gleichen Jahres aufgrund der „Ersatz-Notverordnung“ vom 18. Juni 1923¹⁸³⁷.

So sehr Vogel auch nach außen bemüht war, das Verbot als Indiz für die Effizienz der Saarvereinsarbeit darzustellen, welche der französisch dominierten Regierungskommission offensichtlich unangenehm sei¹⁸³⁸, appellierte er doch an jeden ihrer Präsidenten, das Verbot „*im Geiste von Locarno und wahrer Völkerdemokratie*“ aufzuheben. Doch weder Stephens oder Wilton,

¹⁸³² Nach einer internen Auflistung (17.04.31, in: BA-R 8014/117) erhielten alle national „zuverlässigen“ Zeitungen des Saargebiets sowie die wichtigsten Berliner und überregionalen Blätter einschließlich des „Vorwärts“ die Halbmonatsschrift.

¹⁸³³ Vgl. Brief der GSV an verschiedene ausländische Zeitungsredaktionen (02.07.27, in: BA-R 8014/1029) sowie an den Direktor der Heil- und Pflegeanstalt des Saargebiets (29.08.33), in: BA-R 8014/15; SF 8 (1927) 8, S. 127; VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 230.

¹⁸³⁴ Vgl. Brief der GSV an die Regierungskommission (14.05.20), in: BA-R 8014/664; SF 2 (1921) 15, S. 199 f.

¹⁸³⁵ Vgl. Brief der GSV an den Völkerbundsrat (31.03.21), in: Arch. SDN 19-27, Sous-Section Saar Basin, R 92/11.966/2; SF 2 (1921) 7, S. 83.

¹⁸³⁶ Neben einigen anderen Blättern mit kürzeren Verbotsfristen wurde er zusammen mit der „L'Humanité“, dem „Simplicissimus“ und dem Stuttgarter „Wahren Jakob“ auf sechs Monate verboten: Vgl. SF 4 (1923) 6/7, S. 82 f.; Verordnung Nr. 209 (31.03.23), in: Amtsblatt der Regierungskommission 4 (1923) 7, S. 62; BALDAUF, S. 112 f. Im Grunde überrascht es, daß der SF nicht wie zahlreiche andere deutschsprachige Zeitungen von der Direction des Services Généraux de Police d'Alsace et de Lorraine im Frühjahr 1923 verboten wurde. Zu den dortigen Verboten vgl. AN, AJ³⁰ 228. Ebenso wenig tauchen Publikationen des BdS oder der SF in den Verbotslisten der H.I.C.T.R. auf: Vgl. AN, AJ⁹ 6333 f.

¹⁸³⁷ Vgl. SF 4 (1923) 21, S. 273. Das Verbot erfolgte „*bis auf Weiteres*“: Vgl. Verordnung Nr. 559 (03.10.23), in: Amtsblatt der Regierungskommission 4 (1923) 24, S. 226; NSK Nr. 239 (13.10.23). Vgl. allgemein: BA-R 8014/1094; LA Saarbrücken, Saar-Verein 5.

¹⁸³⁸ Vgl. Denkschrift der GSV (01.04.20), in: BA-R 8014/2; Brief der GSV an das AA (24.01.24), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091.

noch der letzte Vorsitzende der Völkerbundsregierung an der Saar, Geoffrey Knox, ließen sich von seiner Argumentation überzeugen:

„In dem Gesuch hat die Geschäftsstelle keinerlei Versprechungen dahingehend abgegeben, daß eine Änderung in der Haltung des Blattes eintreten wird, sei es bezüglich der durch den Friedensvertrag von Versailles geschaffenen Staatsform im allgemeinen, sei es gegenüber der Regierungskommission im besonderen.

Da die Gründe des Verbotes vom Jahre 1923 zur Zeit noch fortbestehen, bin ich infolgedessen der Ansicht, daß das vorerwähnte Verbot aufrecht zu erhalten ist.“¹⁸³⁹

Ebensowenig waren die sonstigen Versuche von Erfolg gekrönt, die Indizierung des „Saar-Freund“ aufheben zu lassen¹⁸⁴⁰, weshalb Vogel dazu überging, das Verbot auf verschiedenen Wegen zu umgehen: Zum einen verschickte er die Zeitschrift einzeln in neutralen Umschlägen an die ihm bekannten Abonnenten, wobei er immer stärker auf die Mitwirkung der Ortsgruppen im unbesetzten Teil Deutschlands zurückgriff. Die dortigen Bezieher wurden außerdem aufgefordert, das Blatt nach der eigenen Lektüre an Bekannte im Saargebiet zu senden¹⁸⁴¹. Dieses Verfahren war nicht nur sehr aufwendig, sondern auch äußerst kostenintensiv, weshalb die Geschäftsstelle schließlich Pakete mit mehreren Heften an Saar-Vertrauensleute schickte. Hier tat sich insbesondere einer der wichtigsten Ansprechpartner Vogels, der 1928 gestorbene Steiger Nikolaus Schäfer¹⁸⁴², hervor, der schon die Verteilung des Blattes nach der Inflation reorganisiert hatte: Vor allem in den größeren Bergmannsdörfern rekrutierte er jeweils mehrere Kontaktpersonen, die ihrerseits Zeitungspakete zur Verteilung in Empfang nahmen¹⁸⁴³. Obwohl Vogel darauf achtete, unverdächtige Absender zur Tarnung einzusetzen, gingen immer wieder für die Verteilung an der Saar bestimmte Auflagen des „Saar-Freund“ den Kontrolleuren der saarländischen Behörden ins Netz¹⁸⁴⁴. Zeitweise versuchte die Geschäftsstelle außerdem, den „Saar-Freund“

¹⁸³⁹ Vgl. Mitteilung Knox' an die Regierungskommission (21.11.32) und Absage an die GSV (05.12.32), in: Arch. SDN, CdG 338/130. Vgl. ferner den Brief der GSV an Stephens (10.05.26) und Absage (25.05.26); Briefe der GSV an Wilton (30.12.27 und 25.08.28) und Absage (15.01.29), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097; SF 13 (1932) 2, S. 22.

¹⁸⁴⁰ Beispielsweise dachte Vogel an eine offizielle Beschwerde des Landesrates an den Völkerbundsrat und versuchte, über den schwedischen Oberst Petersen, das finnische Mitglied der Regierungskommission zu beeinflussen: Vgl. Briefe der GSV an Röchling (31.05.26), an Petersen (25.08.28) und Eckler (15.12.31), in: BA-R 8014/1094.

¹⁸⁴¹ Vgl. VOGEL: Aufgaben des Bundes, S. 14; Geschäftsbericht der GSV (24.10.24), in: BA-R 8014/7; Brief der GSV an Eduard Kuhn (26.04.22, in: BA-R 8014/150) und Otto Scheidhauer (16.07.23), in: BA-R 8014/347.

¹⁸⁴² Vgl. Schriftverkehr der GSV mit Schäfer (1925–1928), in: BA-R 8014/1097.

¹⁸⁴³ Mitte 1925 äußerte sich Schäfer optimistisch, binnen weniger Wochen in allen saarländischen Bergmannsgemeinden jeweils 5–6 Exemplare absetzen zu können; im März des darauffolgenden Jahres übersandte er eine Liste mit insgesamt 19 Ortschaften, in welche je bis zu 26 Exemplare gingen: Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung (06.06.25), in: BA-R 8014/27; Auflistung (März 1926), in: BA-R 8014/1097.

¹⁸⁴⁴ Vgl. SF 5 (1924) 12, S. 178. Zehn Jahre später, am 16.02.34, waren 3.000 Exemplare auf dem Hauptgüterbahnhof Saarbrücken beschlagnahmt worden, weshalb Vogel für den 15.05.34 vor die I. Strafkammer des Landgerichts Saarbrücken geladen wurde. Ihm drohten als Vertreiber der verbotenen Schriften nach einer Verordnung vom 28.11.33 zwei Wochen bis drei Monate Haft: Vgl. Briefe des AA an Vogel (18.04.34) und Koßmann (24.04.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097; Brief der GSV an Posselt (22.05.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6.

unter einem anderen Namen und verändertem Umschlag in das Saargebiet und das besetzte Rheinland zu schmuggeln¹⁸⁴⁵. Daß sie damit Erfolg hatte, mußten selbst seine Gegner eingestehen: *„Im Saargebiet verboten, zirkulierte er [der „Saar-Freund“ – F.B.] ohne allzu viel Hindernisse doch überall.“*¹⁸⁴⁶

Wie bereits erwähnt, wurde der „Saar-Freund“ ungeachtet seines Verbots von nahezu allen saarländischen Zeitungen mit Ausnahme der „Volksstimme“ bezogen. Gleichwohl fanden die alteingesessenen Blätter nicht nur Gefallen an ihm. Auf dem Höhepunkt des Streites zwischen der Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und dem Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“ im Sommer 1928 sprach Nagel dem Bundesorgan das Recht und vor allem die Befähigung ab, die Darstellungen saarländischer Zeitungen zu kritisieren, da ihm dazu in der fernen Reichshauptstadt der nötige Einblick fehle. Ohne die Verdienste des Bundes anzweifeln zu wollen, wies er die Versuche zurück, sich zum Zensor der politischen Persönlichkeiten und Zeitungen im Saargebiet aufzuschwingen. Seines Erachtens würde es im Saargebiet große Heiterkeit hervorrufen, wenn er

„einmal über den Bund der Saarvereine und den ‚Saar-Freund‘ die bissigen Bemerkungen veröffentlichen wollte, die allen mir bekannten Saarbrückern auf der Zunge liegen.“

Nüchtern konstatierte er schließlich: *„Wir machen Politik – der Saarbund macht Propaganda“*¹⁸⁴⁷.

Mit diesem Urteil stand Nagel keineswegs allein. Auch der spätere Wirtschaftsberater der DF, Hermann Savelkoul, hegte Bedenken gegen den mangelnden Realitätssinn des Blattes, das seiner nach Ansicht gegen Windmühlen kämpfe. Er plädierte ebenfalls dafür, daß die Propaganda aus der saarländischen Bevölkerung heraus und eben nicht aus dem fernen Berlin erfolgen müsse¹⁸⁴⁸. Ende der zwanziger Jahre glätteten sich die Wogen nach einer von Vogel initiierten

¹⁸⁴⁵ Vgl. Brief der GSV an die RVP (03.01.24), in: BA-R 1603/2521. Ein Exemplar (SF 5 (1924) 5) der SF-Jahrgänge in der Saarbrücker Universitäts- und Landesbibliothek trägt den Titel „Deutsche Saarwacht“. Im Rheinland war der SF zwar nicht verboten, ging seinen Lesern aber ebenso in verschlossenen Umschlägen zu. Vgl. hierzu das Kapitel „Die Pressebestimmungen im besetzten Gebiet“, in: Erna KÖNIG: Die politische Publizistik und Kulturpropaganda zu den Loslösungsbestrebungen im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg. Ein Beitrag zur Erforschung der Methode der Pressepropaganda, Wien 1962, S. 32–37; Koszyk, S. 84–102.

¹⁸⁴⁶ BRINGOLF, S. 234. Es bedurfte sogar noch während des Abstimmungskampfes erst eines Hinweises der „Volksstimme“ (Nr. 67 (20.03.34)), damit die in der Saarbrücker Stadtbibliothek ausliegende Ausgabe des SF von der Polizeidirektion beschlagnahmt wurde: Vgl. Brief Dr. Kochs an die GSV (22.03.34), in: BA-R 8014/1094.

¹⁸⁴⁷ Nagel meinte damit freilich nicht die frankophile Organisation, sondern den BdS. Er verbat sich insbesondere, daß ihm Vogel *„so ein bisschen und indirekt mit dem big stick des HERRN Röchling“* gedroht habe: Vgl. Briefe Nagels an Kraus (04.07.28 und 13.07.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 10.

¹⁸⁴⁸ Vgl. Savelkoul: Franc, S. 122. Siehe dort auch S. 91: *„Der Redakteur [Vogel – F.B.] verfällt öfter der Gefahr, die allen droht, welche von der Verteidigung eines Programms ihren Unterhalt beziehen: er wird zum Papst und versendet Anerkennung und Tadel und gelegentlich auch Bannflüche.“* Vgl. hierzu ebenfalls die kritischen Anmerkungen von Josef Karl KÖNIG, S. 110.

Aussprache¹⁸⁴⁹, was sich unter anderem darin äußerte, daß ungeachtet des Verbotes und der sicherlich weiterhin vorhandenen Vorbehalte etwa ab 1929 auch die saarländischen Zeitungen die vorgefertigten Artikel der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ übernahmen. Sie schalteten außerdem Werbeanzeigen für den „Saar-Freund“ und andere Publikationen des Bundes, die im Tenor der Anzeige in der „Deutschen Tageszeitung“ entsprachen:

„Der Saarfreund‘ ist ein lebendiges Zeugnis für die niemals ruhende Tätigkeit der Geschäftsstelle des Bundes der Saarvereine, die, ohne über irgendwelche nennenswerten materiellen Mittel zu verfügen, hier das tut, was man im besten Sinne des Wortes vaterländische Propaganda nennt.“¹⁸⁵⁰

Die Pressepropaganda des Bundes konnte sich nicht darauf beschränken, Saargelegenheiten im eigenen Blatt zu thematisieren, sondern mußte weitere Redaktionen im In- und Ausland „für die Geltendmachung des deutschen Anspruches auf die Rückgabe des Saargebietes an das Deutsche Reich“ gewinnen¹⁸⁵¹. Durch diese publizistische Breitenwirkung konnte ein allgemeines öffentliches Interesse an der Saarfrage suggeriert werden, zumal die gleichen Anschuldigungen gegenüber dem politischen Regime an der Saar in vermeintlich „neutralen“ Zeitungen glaubhafter schienen als in einem speziellen „Kampforgan“¹⁸⁵², wie es der „Saar-Freund“ zu sein beanspruchte. Derart lancierte Artikel steigerten außerdem den Bekanntheitsgrad der Saarorganisation¹⁸⁵³, die ihrerseits mit Kritik an der reichsdeutschen Presse nicht hinter dem Berg hielt. Schließlich werde der Wille der Saarbevölkerung zur Rückkehr nach Deutschland noch immer ignoriert:

„Das ist des Volkes Stimme an der Saar! Völker der ganzen Welt, hört sie! Und auch ihr tauben Journalistenohren in Berlin hört sie! Es ist eine Schmach, euch daran erinnern zu müssen!“¹⁸⁵⁴

¹⁸⁴⁹ Anlässlich der Bundestagung in Münster arrangierte die GSV erstmals einen Presse-Abend im Rathaus, auf welchem Vertreter der saarländischen Zeitungen mit Journalisten reichsdeutscher Blätter zusammenkamen: Vgl. SF 10 (1929) 12/13, S. 254; BA-R 8014/60. Ollmert empfahl in seinem Vortrag über „Die Bedeutung der Presse für den Befreiungskampf der Saar“ die Kooperation mit dem BdS, da dieser die Presse „schnell, zuverlässig und gut“ bedienen könne.

¹⁸⁵⁰ „Deutsche Tageszeitung“ Nr. 544 (21.12.31). Vgl. den Schriftwechsel zwischen GSV und saarländischen Redaktionen (1920–1935), in: BA-8014/1055 ff. und 1078–1082. Unter den übersandten Belegexemplaren in BA-R 8014/1068 und 1080 fehlen die Blätter der saarländischen Linkspresse: Während der „Vorwärts“ auch weiterhin mit Artikeln versorgt wurde, ließ Vogel die „Volksstimme“ schon vor 1933 aus dem Verteiler streichen.

¹⁸⁵¹ SF 12 (1931) 5, S. 76. Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 19.06.23 (22.06.23), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

¹⁸⁵² POSSELT: Die pressepolitischen Aufgaben, S. 265.

¹⁸⁵³ Zu den Presseberichten reichsdeutscher Zeitungen über die Tätigkeit der Bundesorganisation sowie vereinzelte Ortsgruppen und deren Kundgebungen vgl. BayHStA, Slg. Rhese 2215, 2217 und 2222. Ebenso wie Posselt publizierte Vogel zielgruppenunspezifische Artikel in Illustrierten und Zeitschriften, so beispielsweise in: „Bilder zur Zeitgeschichte“, „Die Gegenrechnung“ („Die Fremdherrschaft an der Saar“, in: 2 (1922) 3, S. 49–68)“, „Das Echo“, „Nationale Jugend“ oder in der „Täglichen Rundschau“. Vgl. hierzu: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 07.05.22 (18.05.22), in: BA-R 8014/21; LA Saarbrücken, NL Vogel 30; LA Saarbrücken, Saar-Verein 17. „Der Jungdeutsche“ übernahm unter der Rubrik „Der Saarspiegel“ regelmäßig Artikel aus dem SF: Vgl. Brief der GSV an Posselt (16.09.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5.

¹⁸⁵⁴ SF 1 (1920) 5/6, S. 27. Vgl. ebenso: SF 2 (1921) 1, S. 10; SF 2 (1921) 2, S. 23 f.

Einmal mehr erwiesen sich die Ortsgruppen als nützliche Hilfsorgane: Während die persönliche Fühlungnahme zur Provinzpresse über die lokalen Ableger erfolgte, die mindestens einmal jährlich Presseartikel über das Saargebiet veröffentlichen bzw. Bildbeilagen in Illustrierten beisteuern sollten¹⁸⁵⁵, nahm sich die Berliner Zentrale insbesondere der wichtigen Hauptstadt-*Presse*¹⁸⁵⁶ an. Entweder über die Pressestellen der deutschen Landesregierungen und die engen Verbindungen zu „Mirbach“ bzw. zum „Wolff’schen Telegraphenbüro“¹⁸⁵⁷ oder über direkte Kontakte bediente sie im Laufe der Jahre immer weitere Redaktionen im In- und Ausland. Schon auf der ersten Bundestagung in Kassel wies der zuständige Schriftleiter des „Saar-Freund“ darauf hin, daß die Presseabteilung regelmäßig 102 deutsche Zeitungen und 32 illustrierte Blätter versorge und im Kontakt zu allen 72 deutschsprachigen Zeitungen des Auslands stehe¹⁸⁵⁸. Diese Behauptungen findet im überlieferten Schriftverkehr allerdings keine Stütze, denn die Zahl der kooperierenden Blätter wuchs erheblich langsamer¹⁸⁵⁹: Im März 1924 lassen sich lediglich 30 Zeitungen nachweisen, im April 1931 immerhin 67 Blätter und Mitte des darauf folgenden Jahres ging ein Artikel insgesamt an 202 Redaktionen im Reich und an 67 saarländische Zeitun-

¹⁸⁵⁵ Vgl. sechstes, achttes und neuntes Gebot des „Katechismus des Bundes der Saarvereine“ (Juni 1929), in: BA-R 8014/125. Offensichtlich waren einige Ortsgruppen mit ihren Forderungen zu forsch aufgetreten, denn keine zwei Jahre später verabreichte der SF den Presseausschüssen praktische Hinweise über die Kooperation mit lokalen Redaktionen: Zur besseren Verständigung sollten diese von den Ortsgruppen eingeladen werden und bereits ausgearbeitete Berichte über Veranstaltungen erhalten: Vgl. SF 12 (1931) 5, S. 75 f.

¹⁸⁵⁶ Die Bedeutung der Berliner Presse war schon deshalb nicht zu unterschätzen, weil sie stark von Regierungsbehörden und Zeitungen des Auslandes rezipiert wurde.

¹⁸⁵⁷ Da nach Vogels Wissen nur die „Frankfurter Zeitung“ und die „Kölnische Zeitung“ über eigene Saargebiet-Korrespondenten verfügten (vgl. Brief der GSV an Posselt (27.01.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 4) waren die anderen Blätter auf Informationsmaterial der Presseagenturen angewiesen. WTB, das wichtigste deutsche Nachrichtenbüro mit 42 inländischen Filialen und halb so vielen Niederlassungen im Ausland, versorgte etwa 1.300 Zeitungen direkt sowie weitere 800 bis 900 über Maternagenturen. Ohne daß es hierzu eines förmlichen Abkommens bedurft hätte, nutzten Regierungsstellen das Büro zum Lancieren amtlicher Meldungen: Vgl. KOSZYK, S. 127–134; Hans-Jürgen MÜLLER, S. 48–52.

¹⁸⁵⁸ Vgl. Tätigkeitsbericht Schulz van Enderts auf der Mitgliederversammlung in Kassel (03.04.21), in: BA-R 8014/18. Er habe dafür Sorge getragen, daß der SF in der Reisezeit in allen großen Hotels des In- und Auslandes auslag.

¹⁸⁵⁹ Eine Sonderrolle spielten die Berichte über Bundestagungen, die eine größere Aufmerksamkeit erzeugten: Vgl. zur Kasseler Tagung: „Berliner Lokalanzeiger“ Nr. 164 (08.04.21), „Vorwärts“ Nr. 159 (06.04.21), „Frankfurter Zeitung“ Nr. 253 (07.04.21); „Bremer Nachrichten“ (05.05.21); „Heidelberger Neueste Nachrichten“ Nr. 82 (09.04.21); „Völkischer Beobachter“ Nr. 29 (14.04.21). Die Denkschrift der GSV anlässlich der Bundestagung wurde 62 Auslandszeitungen übersandt (04.04.21, in: BA-R 8014/1027), der zusammenfassende Bericht über den Verlauf der Bundestagung 1922 ging bereits an 285 verschiedene Zeitungen des In- und Auslandes: Vgl. Rundschreiben der GSV (08.05.22), in: BA-R 8014/21. In späteren Jahren fertigte die GSV zur publizistischen Nachbereitung Sonderdrucke der Reden und Entschließungen an, die von den Zeitungen erst ab einem bestimmten Datum veröffentlicht werden durften. Es verstand sich von selbst, daß hierin stets der Erfolg der Tagung, ihre Sachlichkeit, ihre reibungslose Organisation und der Wert der dortigen Debatten als Richtschnur für die weitere Saarpropaganda herausgestellt wurde. Zugleich nutzte der Verein sie zur Eigenwerbung, indem Grußworte und Auszüge aus den Ansprachen bekannter Persönlichkeiten hervorgehoben wurden: Vgl. Pressemeldung „Volksgemeinschaft der Tat“ (15.06.25), in: BA-R 8014/27; Rundschreiben der GSV an verschiedene Schriftleitungen (02.07.31), in: BA-R 8014/84; Presseartikel (Juli 1931), in: BA-R 8014/80.

gen¹⁸⁶⁰. Die Bandbreite der Blätter reichte zwar vom sozialdemokratischen „Vorwärts“ über nationalliberale („Deutsche Allgemeine Zeitung“) und demokratische („Berliner Morgenpost“) bis hin zu Zeitungen der politischen Rechten wie dem „Berliner Lokalanzeiger“, der „Deutschen Tageszeitung“ oder der „Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung“¹⁸⁶¹, doch quantitativ überwogen eindeutig die Kontakte zur Rechtspresse. Allerdings kann dieses Mißverhältnis nur zum Teil der einseitigen Ausrichtung der „Saar-Freund“-Redaktion angelastet werden, denn wie diese schon Anfang 1925 treffend feststellte, standen bei den rechtgerichteten Blättern *„die nationalen Belange mehr im Vordergrund“*, während sich die sonstige Presse mit parteipolitischen Fragen beschäftigte¹⁸⁶². Die gemäßigten Kräfte in den Ausschüssen haben schlichtweg versäumt, ihre Organe für die Saarpropaganda einzuspannen und somit rechtslastigen Zeitungen das Meinungsmonopol allzu bereitwillig überlassen¹⁸⁶³. Vorwürfe aus dieser Ecke, daß der Bund der Saarvereine die deutsche Rechtspresse stiefmütterlich behandle, konnte Vogel im Mai 1932 guten Gewissens als unbegründet zurückweisen¹⁸⁶⁴.

Die Kontakte zwischen den nichtsozialistischen Redaktionen des Saargebietes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ funktionierten in den frühen Dreißigern ohne größere Reibungsverluste. Vogel korrespondierte in dieser Phase regelmäßig mit Johannes Hoffmann¹⁸⁶⁵, dem Chefredakteur der zentrumsnahen „Saarbrücker Landeszeitung“, der ab Frühjahr 1933 wegen seiner kritischen Äußerungen gegenüber dem Nationalsozialismus schlagartig ähnlich hart attackiert wurde wie Max Braun von der sozialdemokratischen „Volksstimme“. Ab dieser Zeit konnte der Abdruck von der Geschäftsstelle übersandter Aufsätze aus dem „Saar-Freund“ negative Konsequenzen für die Saarzeitungen nach sich ziehen. Ein Lokalblatt, das binnen eines Monats bereits zum zweiten Mal verboten worden war, informierte Vogel aus diesem Grund im Sommer 1933, künftig keine Berliner Artikel mehr übernehmen zu wollen¹⁸⁶⁶.

¹⁸⁶⁰ Vgl. hingegen die Aktennotiz (Dezember 1929), in: BA-R 8014/1144: *„Bei besonderen Anlässen werden mehr als 2.500 Zeitungen mit Nachrichtenmaterial bedient.“*

¹⁸⁶¹ In einem anderen Verteiler vom 30.11.32 finden sich neben dem „Vorwärts“ ebenso die Münchener „National-Sozialistische Parteikorrespondenz“ und die Berliner „Nationalsozialistische Pressestelle“: Vgl. BA-R 8014/ 1047 f. und 1092.

¹⁸⁶² Vgl. SF 6 (1925) 2, S. 20.

¹⁸⁶³ Vgl. den Schriftwechsel zwischen GSV und Zeitungsredaktionen (1920–1935), in: BA-8014/121–138, 1058–1075 und 1077; Presseberichtsammlung (März 1919 – Dezember 1921), in: BA-R 8014/3. Die einzige Ausnahme, die sich ermitteln ließ, war der Artikel des Sozialdemokraten Löffler „Vom deutschen Saargebiet“ in der „Illustrierten Reichsbanner-Zeitung“ Nr. 43 (22.10.27).

¹⁸⁶⁴ Beispielsweise habe die „Deutschen Tageszeitung“ *„die Artikel fast alle gebracht [...], was wir jedoch von einem großen Teil der übrigen, der demokratischen und sozialdemokratischen Presse nicht zu sprechen, leider durchaus nicht sagen können.“*: Vgl. Brief der GSV an Helmuth Bohlmann (21.05.32), in: BA-R 8014/1081. Der Saarbrücker Schrifteiter Bohlmann gehörte kurzzeitig der saarländischen NSDAP an und versorgte vor allem bündische Zeitschriften: Vgl. Aktennotiz (Mai 1933), in: BayHStA, MA 106.127.

¹⁸⁶⁵ Es fanden auch mehrere persönliche Zusammenkünfte zwischen Vogel und dem späteren saarländischen Ministerpräsidenten statt.

¹⁸⁶⁶ *„Der deutsche Zeitungsverlegerverein hat schon einmal gewarnt, Ihre Artikel zu bringen, da man Gefahr laufe, sich ein Zeitungsverbot einzuziehen.“*: Vgl. Brief der „Sulzbacher Volkszeitung“ an die GSV

Kap. 5.3: Publikationen und Druckschriften

Über ihr Presseengagement hinaus regte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die Herausgabe zahlreicher Broschüren und Bücher an, publizierte einige davon im eigenen Verlag und übernahm die Verteilung von Propagandamaterial anderer Verbände und von Behörden¹⁸⁶⁷. Die Bedeutung solcher Schriften wurde schon von Zeitgenossen nicht verkannt:

*„Nachdenklichere und tiefer schürfende Geister müssen mit schwereren Waffen angegriffen werden, als dies die Presse mit ihren doch stark flüchtigen Eindrücken tut. Dazu dient die Artillerie des Propagandakampfes, die leichte, die Broschüre, und die schwere des Buches. Broschüre und Buch verstärken die Wirkung nicht nur des geschriebenen Wortes, der Presse, sondern sie unterstreichen auch den Eindruck des werbenden Wortes des Vortrages.“*¹⁸⁶⁸

Da das Arsenal der zwischen 1918 und 1935 erschienenen Broschüren, Druckschriften und Bücher¹⁸⁶⁹ kaum über quantifizierende Feststellungen hinausgehende Aussagen zuläßt, sollen im folgenden stellvertretend nur die nicht periodisch erschienenen Schriften und Publikationen der „dauermobilisierten“ Geschäftsstelle „Saar-Verein“ untersucht werden. Deren „Geschütze“ variierten von denen anderer Autoren aus dem deutschen Lager nur insofern, als sie nicht nur ein „Belegstellenscharmützel um die ‚Deutschheit der Saar‘“¹⁸⁷⁰ ausfochten, sondern in aller Regel zugleich für die Saarorganisation warben¹⁸⁷¹.

(09.08.33), in: BA-R 8014/1081. Vgl. hierzu: LV, periodischer Rapport der Regierungskommission an den Völkerbund (30.09.33), in: JO 15 (1933) 1, S. 37. Auch die S.Z. wurde wegen eines Artikels über die bevorstehende Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein für eine Woche verboten: Vgl. S.Z. Nr. 169 (25.06.33) und Nr. 172 (28.06.33); Verfügung der Regierungskommission vom 27.06.33, in: JO 14 (1933) 10-I, S. 1126.

¹⁸⁶⁷ Vgl. allgemein: POSSELT: Die pressepolitischen Aufgaben, S. 265–281. Vgl. „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2; SF 7 (1926) 9, S. 145 f. Ein frühes Verzeichnis der von der GSV vertriebenen Druckschriften: Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 07.05.22 (18.05.22), in: BA-R 8014/21. Das Bücherprogramm der GSV umfaßte in späteren Jahren Werke mit saarländischem Heimatkolorit wie die RUPPERSBERGSche „Saarbrücker Kriegschronik“ (Vgl. SF 2 (1921) 14, S. 196) oder die „Geschichte der Abtei Fraulautern“ von Rudolf REHANEK (Vgl. SF 12 (1931) 11, S. 176), Broschüren kooperierender Verbände (Farbige Franzosen am Rhein. Ein Notschrei deutscher Frauen, Berlin ³1921; Walter VOGEL: Frankreichs Länderraub seit 1000 Jahren, Berlin 1923; Vgl. SF 5 (1924) 4, S. 53 f.) oder auch das Weißbuch der Reichsregierung. Im Vorfeld der Abstimmung fanden staatsrechtliche Untersuchungen stärkere Beachtung: Vgl. SF 14 (1933) 16/17, S. 314; SF 15 (1934) 2; SF 15 (1934) 8. Die GSV vertrieb auch nicht unmittelbar mit dem Saargebiet zusammenhängende Broschüren wie die „Kriegsverbrechen der Alliierten“: Vgl. Brief der GSV an Oberstleutnant Stülpnagel (06.10.21), in: BA-R 8014/1022. Siehe hierzu allgemein Dok. 2 im Anhang.

¹⁸⁶⁸ MAYER: Französische Politik, S. 71.

¹⁸⁶⁹ Vgl. hierzu: Walter CARTELLIERI: Verzeichnis der Saardissertationen, Berlin 1933; Die deutsche Saar, in: Mitteilungen der Pfälzischen Landesbibliothek Speyer N. F. 2 (1935); Josef M. GÖRGEN: Die Saarliteratur von 1920–1930, in: SF 11 (1930) 9, S. 165–168; SF 11 (1930) 11, S. 198 f.; SF 11 (1930) 12, S. 213 ff.; Georg REISMÜLLER/ Josef HOFMANN: Zehn Jahre Rheinlandbesetzung. Beschreibendes Verzeichnis des Schrifttums über die Westfragen mit Einschluß des Saargebietes und Eupen-Malmedy, Breslau 1929. Vgl. auch FREUND, S. 90–98.

¹⁸⁷⁰ HANNIG: Die deutsche Saar 1935 und 1955, S. 28.

¹⁸⁷¹ So stellte beispielsweise VOGEL auf den letzten Seiten der 1933 erschienenen volkstümlichen Broschüre „Das deutsche Saargebiet. Vom deutschen Schicksal der deutschen Saar“ den BdS sowie die GSV ausführlich vor. Im folgenden sollen vereinsinterne Schriften wie die ab 1926 gedruckten Tätigkeitsberichte, Richtlinien für die Ortsgruppen und Satzungen keine Beachtung finden. Zu den Auflagen verschiedener Aufklärungs-

Gegen Jahresende 1919 hatte im Saargebiet eine Propagandaschrift mit dem Titel „Aus Saarbrückens Vergangenheit. Ein Rückblick“ in mehreren hundert Exemplaren Verbreitung gefunden, in welcher der Nachweis zu führen versucht wurde, daß Saarbrücken bis 1815 entweder fester Bestandteil Frankreichs gewesen sei oder zumindest zu dessen Interessensphäre gehört habe¹⁸⁷². Vogel initiierte daraufhin eine ähnlich aufgebaute Gegenschrift aus der Feder des bekannten Saarbrücker Historikers RUPPERSBERG, die – aus Tarngründen von den verschiedenen Ortsgruppen des Bundes in das Saargebiet verschickt und von Vogels Vertrauensleuten dort verteilt – mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren das ursprüngliche Werk verdrängte¹⁸⁷³. Nachdem Vogel im Frühjahr 1920 den Stein zur Herausgabe eines reich illustrierten Sammelbandes ins Rollen gebracht hatte¹⁸⁷⁴, wandte sich die Geschäftsstelle erstmals im August des gleichen Jahres mit einer eigenen Publikation an die Öffentlichkeit: Die achtseitige Broschüre „Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Saar-Verein wissen muß“ ging zahlreichen befreundeten Verbänden und Vereinigungen sowie den Parteien und Fraktionen der beiden Berliner Parlamente zu¹⁸⁷⁵. Schon nach wenigen Monaten erschien eine überarbeitete, im Seitenumfang verdoppelte zweite Fassung mit zahlreichen Fotos saarländischer Landschafts- und Industriemotive. Bei den Behörden rief sie allerdings geteilte Resonanz hervor: Während die RVP der Bitte um Erstattung der Kosten für eine Neuauflage nachgeben wollte, äußerte das Auswärtige Amt Bedenken gegen einen solchen außerordentlichen Zuschuß. Hielt es von Friedberg schon allgemein für unklug, eine Publikation über das Saargebiet mit dem Saarverein in Verbindung zu bringen, da dieser dort angefeindet werde, konnte er der Broschüre auch inhaltlich nicht zustimmen:

schriften in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre vgl.: Tätigkeitsbericht ... über das Geschäftsjahr 1926, S. 8. Am Rande sei erwähnt, daß sich die Ortsgruppen anlässlich interner Feierlichkeiten ebenfalls publizistisch betätigten: Vgl. die 56seitige, von der Kölner Ortsgruppe herausgegebene „Festschrift zum 5. Stiftungsfest verbunden mit Fahnenweihe und Kundgebung für unsere bedrängte Saarheimat vom 7. bis 9. Juni 1930 in Köln“, in: BA-R 8014/444; „Festschrift zur Deutschen Saar-Kundgebung“ der Ortsgruppe Herne anlässlich ihres zwölfjährigen Vereinsjubiläums (12./ 13.09.31), in: StA Herne, Bund der Saarvereine.

¹⁸⁷² Vgl. SF 16 (1935) 26, S. 570 f. Hinter dem Pseudonym Prof. Dr. D. Wiese, das den französischen Ursprung verbergen und eine vermeintliche Objektivität suggerieren sollte, verbarg sich der namhafte französische Historiker Ernest Babelon. Die französische Gegenseite beobachtete zu dieser Zeit die publizistische Tätigkeit des Saargebietsschutzes sehr genau; beispielsweise konnte der *État-Major* der X. Armee dem Kriegsministerium die Stückzahlen der verteilten Propagandabroschüren mitteilen (01.10.19), in: MAE, Sarre 115.

¹⁸⁷³ [Albert RUPPERSBERG:] *Aus Saarbrückens Vergangenheit. Eine Antwort an Prof. Dr. D. Wiese*. Mit 5 Abbildungen, Berlin 1920. Um Ruppertsberg vor Repressalien zu schützen, tauchte sein Name in der Schrift, die von der RfH mit 6.300 Mark bezuschußt wurde, nicht auf: Vgl. Brief der RfH an die GSV (28.04.20), in: BA-R 1603/2519. Vgl. auch BA-R 8014/664.

¹⁸⁷⁴ Vgl. Brief der GSV an die RfH (06.02.20), in: BA-R 8014/1018. Der Band – *Das Saargebiet in Wort und Bild, Saarbrücken [u.a.] 1920* – sollte vom Saarausschuß mit 200.000 Mark subventioniert werden: Vgl. Brief der GSV an Ollmert (28.04.20), in: BA-R 8014/775. Richard POSSELT (*Das Saargebiet*, S. 5 f., hier: S. 6) mahnte hierin gleich zu Anfang: „*Vergeßt das Saarland nicht, vergeßt nicht Saarlands Söhne!*“

¹⁸⁷⁵ Vgl. BA-R 8014/734. Abdruck des Textes in: SF 1 (1920) 10, S. 68 f.

„Das meiste ist zwar zutreffend, zuweilen aber fehlt die nötige Sachlichkeit und Genauigkeit; [...] Der nationale Gedanke scheint mir etwas stark betont zu sein; solche Übertreibungen sind gerade gegenüber der Bevölkerung des Saargebiets weder nötig, da sie auf ihr Deutschtum nicht erst hingewiesen zu werden braucht, noch zweckmäßig, da gewisse Kreise dahinter ‚nationalistische‘ und ‚alldeutsche‘ Bestrebungen vermuten, was bei ihnen sofort zur Folge hat, das Ganze in Mißkredit zu bringen.“¹⁸⁷⁶

Das 16seitige Büchlein, das massenhaft in Bibliotheken, Lesehallen, Wartezimmern, Aufenthaltsräumen und Zügen ausgelegt wurde¹⁸⁷⁷, gab ebenso wie die Erstaufgabe auf rhetorische Fragen¹⁸⁷⁸ direkte Antworten wie es in seinem darstellenden Teil die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebiets thematisierte¹⁸⁷⁹. Neben der Propaganda für das Saargebiet warb die Broschüre ebenso für den kürzlich gegründeten Bund „Saar-Verein“. Entsprechend wurden die in Bielefeld beschlossenen Satzungen veröffentlicht und die bisher etablierten Ortsgruppen vorgestellt. Unter ähnlichem Namen legte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ den Band – inzwischen auf 32 qualitativ hochwertige Seiten angewachsen und reichlich illustriert – vier Jahre später erneut auf¹⁸⁸⁰. Vogel mußte jedoch erkennen, daß er die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkannt hatte: So paßte die bisherige Polemik der „Saar-Freunde“ angesichts des im Herbst 1925 allseits beschworenen „neuen Geistes“ in den deutsch-französischen Beziehungen nicht mehr ins Bild. Textpassagen wie „das verbrecherische Betrugsmanöver Clemenceaus“ in Versailles, die „blutbefleckten Finger Frankreichs“ oder Hoffnungen auf die „Befreiung von dem Franzosenjoch“ trugen dazu bei, daß die Reichsressorts trotz aller Anerkennung der ansprechenden Aufmachung die Gewährung finanzieller Zuschüsse verweigerten. Die unterschwellige Behauptung,

¹⁸⁷⁶ Brief des AA an das RMI (24.11.21), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090. Von Friedberg mahnte eine „größere Sachlichkeit und Zurückhaltung“ an und wollte lediglich für die bereits erschienene erste Auflage (10.000 Exemplare) Gelder bereitstellen. In einem sich mehrere Monate hinziehenden Schriftwechsel gelang es Vogel schließlich doch, dem AA die Zustimmung zur korrigierten Neuauflage abzutrotzen.

¹⁸⁷⁷ Vgl. Brief der GSV an die RVP (11.03.21), in: BA-R 8014/780. Im Mai 1922 war die Gesamtauflage von immerhin 20.000 Stück vergriffen: Vgl. Brief der GSV an das AA (22.05.22), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090. Für einen positiven Absatz unter den Verbänden der Deutschtumspflege hatte zweifellos auch die Besprechung im Organ des DAI Stuttgart „Der Auslandsdeutsche“ (Nr. 4 (1921) 19, S. 603) gesorgt: „Eine knappe, sehr brauchbare Zusammenfassung über das Saargebiet und seine Leiden unter der französischen Zwangsherrschaft [...]“

¹⁸⁷⁸ „Was ist das Saargebiet?“, „Was haben die Bestimmungen von Versailles dem Saargebiet gebracht?“, „Wie wehren sich die Saardeutschen gegen diesen moralischen und materiellen Terror?“ usw.

¹⁸⁷⁹ Eine Beschreibung der Wohlfahrtseinrichtungen saarländischer Industrieunternehmen rundete das statistische Datenmaterial über Förderung, Produktion und Belegschaft ab (S. 11–14).

¹⁸⁸⁰ Vgl. VOGEL: Deutsch die Saar immerdar!, Berlin 1925; SF 15 (1934) 26, S. 594 f. Vgl. hierzu: Josef NIESSEN: Das Saargebiet. Literaturbericht 1928/29, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 1 (1931) 1, S. 78–84, hier: S. 82.

als offiziöse Mittelstelle zwischen den Berliner Ministerien und der Saarbevölkerung zu agieren, trug das Ihre zu der Ablehnung bei¹⁸⁸¹. Obwohl die Schrift auch anderenorts nicht die erhoffte Zustimmung fand¹⁸⁸², konnten binnen dreier Jahre insgesamt 60.000 Exemplare an Schulen, Behörden, Verbände und Privatpersonen abgesetzt werden¹⁸⁸³. Schon im Frühjahr 1928 dachte man in der Königgrätzer Straße über eine zweite Auflage nach, die im darauf folgenden Jahr realisiert wurde¹⁸⁸⁴. Mit 112 Seiten und 63 Fotos in Kupfertiefdruck auf den dreifachen ursprünglichen Umfang angewachsen, war sie im Ton wesentlich konzilianter als ihre Erstauflage. Die Wilhelmstraße zeigte zwar noch immer kein großes Interesse an der Verbreitung der Aufklärungsschrift¹⁸⁸⁵, doch da das preußische Innenministerium die Broschüre als Informationsquelle empfahl¹⁸⁸⁶, konnten binnen eines Vierteljahres über ein Drittel der 30.000 Exemplare abgesetzt werden¹⁸⁸⁷. Danach machte sich die schwere Wirtschaftskrise auch hier bemerkbar: Trotz eines äußerst günstigen Verkaufspreises von nur 1,50 RM, trotz wohlwollender Werbeschreiben saarländischer und reichsdeutscher Politiker und trotz der Empfehlungen öffentlicher Institutionen und Behörden¹⁸⁸⁸ waren im Frühjahr 1931 noch 14.000 Exemplare



Abb. 26: Werbeschrift „Deutsch die Saar immerdar!“

¹⁸⁸¹ Das AA schlug in seinen Briefen an das RMBesGeb und das PrMI (Oktober 1925, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091) vor, die Verbreitung auf das Inland zu beschränken. Vgl. ebenso: Brief des PrMI an die GSV (06.12.25), in: BA-1603/2522.

¹⁸⁸² Vgl. Aktennotiz (12.11.25), in: HStA Stuttgart, B 130 b/ 2631: „Über die Zweckmäßigkeit und Bedeutung der Aufklärungsschrift wird man verschiedener Auffassung sein können.“

¹⁸⁸³ Maßgeblichen Anteil am Absatz hatte ein Empfehlungsschreiben des Duisburger Oberbürgermeisters Karl Jarres (November 1925, in: StA Bonn, Pr 10/325; Beschluß des Freiburger Stadtrates (12.12.25), in: StA Freiburg, C 4/ IX/ 2/ 1), der sich im Frühjahr um die Reichspräsidentschaft beworben hatte.

¹⁸⁸⁴ Vgl. Brief der GSV an Hilger (04.05.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19. Vgl. ebenfalls: SF 10 (1929) 5, S. 82; VOGEL: Deutsch die Saar immerdar!, Berlin 1929.

¹⁸⁸⁵ Vgl. Aktennotiz (18.02.30), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093. Nichtsdestotrotz bezog die Presseabteilung der Reichsregierung 300 Exemplare. Sozialdemokraten kritisierten die Schrift ebenfalls, „da die Herausgeber nur allzu sehr in denselben Fehler verfallen, der sowohl von gewissen deutschen Kreisen als auch von einem Teil der Franzosen gemacht wird: sie kehren eine nationalistische - chauvinistische Tendenz heraus.“: „Hamburger Echo“ Nr. 35 (04.02.30). Der Autor des Artikels, Paul SIEGMANN, war geborener Saarbrücker und flüchtete nach 1933 zurück an die Saar. Seine Tagebuchaufzeichnungen wurden nach dem Krieg veröffentlicht: Vor vierzig Jahren. Der Kampf um den 13. Januar 1935. Tagebuch-Auszüge, in: ZGSaarg 22 (1974), S. 224–325.

¹⁸⁸⁶ Vgl. Rundschreiben des PrMI an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten (27.11.29), in: LHA Koblenz, 442/7523.

¹⁸⁸⁷ Vgl. Rundschreiben der GSV (Februar 1930), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093.

¹⁸⁸⁸ Vgl. die Rundschreiben des Regierungspräsidiums von Mittelfranken (16.11.29) sowie des „Deutschen Städtetages“ (30.03.31), in: StA Erlangen, 406/110; Brief der GSV an Direktor Winkler (05.04.30), in: LA

vorrätig¹⁸⁸⁹. Obwohl sie nicht mehr dem Zeitgeist entsprachen, konnten sie mit anderen Schriften im Vorfeld der Abstimmung abgesetzt werden.

Mitte der zwanziger Jahre legte der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine Otto ANDRES drei juristische Untersuchungen über die Saarfrage vor¹⁸⁹⁰. Mit seinen „Grundlagen des Rechtes im Saargebiet“, einer wissenschaftlichen Darstellung, die Andres nach eigenem Bekunden „*sine ira et studio*“ angefertigt habe¹⁸⁹¹, reagierte er auf das zwei Jahre zuvor erschienene Buch Alexandre Allots¹⁸⁹². Aus deutscher Sicht lange Zeit die einzige umfassende Interpretation des materiellen Rechts im Saargebiet¹⁸⁹³, entwickelte sie sich rasch zu einer Standardschrift, die weitere Detailuntersuchungen anregte¹⁸⁹⁴. Andres stellte darin zunächst die Richtlinien für die Auslegung der Versailler Saarbestimmungen dar, gab einen Überblick über die Bereiche, in welchen das Saarstatut die bis dahin herrschende Rechtsordnung geändert hatte und thematisierte anschließend die Auswirkungen der zeitlich befristeten Suspendierung der deutschen Souveränität. Nicht ohne darauf zu verzichten, bisherige Verstöße anzumahnen, skizzierte Andres die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich der Regierung, zählte die (Vor-) Rechte Frankreichs im Saargebiet auf und erörterte die Rechtsvorschriften über die Volksabstimmung.

Saarbrücken, Saar-Verein 5. Auch das bayerische Kultusministerium empfahl über das Ministerialamtsblatt den bayerischen Schulen die Anschaffung der Schrift: Vgl. BayHStA, MK 15.573. „*Die reichillustrierte Aufklärungsschrift ‚Deutsch die Saar immerdar‘ muß von jeder deutschen Familie gelesen werden.*“: SF 11 (1930) 19, S. 359.

¹⁸⁸⁹ Vgl. Brief der GSV an das AA (07.04.31), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093. Zwei Jahre später befanden sich noch immer 12.000 Exemplare auf Lager: Vgl. Brief der GSV an Johannes (04.02.33), in: BA-R 8014/511; Brief der GSV an das RMI (11.04.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

¹⁸⁹⁰ Vgl. Otto ANDRES: Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft. Sonderdruck aus: Hochland 22 (1925), Berlin 1925; DERS.: Grundlagen des Rechtes im Saargebiet, Berlin 1926; DERS.: Die Saarfrage, Langensalza 1928. Vgl. hierzu: SF 7 (1926) 19, S. 350 f.; SF 15 (1934) 25, S. 551.

¹⁸⁹¹ ANDRES: Grundlagen des Rechtes, S. 12.

¹⁸⁹² Vgl. Alexandre ALLOT: Le Bassin de la Sarre. Organisation politique et administrative. Finances – Douanes, Paris 1924.

¹⁸⁹³ Ein anderes Werk (Hans WEHBERG: Saargebiet. Die staats- und völkerrechtliche Stellung des Saargebietes, Mönchen-Gladbach 1924) schien sich durch seine nicht eindeutig prodeutsche Position diskreditiert zu haben: „*Die Schrift Wehbergs ist ein bedauerlicher Mißgriff - sie grenzt an einen Skandal.*“: SF 7 (1926) 19, S. 350. Ursprünglich sollte von dem ausgewiesenen Anwalt Walter Giersberg ein Kommentar über die Abstimmungsvorschriften des Saarstatut herausgegeben werden, wogegen sich alle Ministerien unisono aussprachen: Vgl. SF 7 (1926) 9, S. 145 f.; Brief der GSV an Karius (24.09.25), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 25; Denkschrift der GSV (18.12.25), in: BA-R 8014/676; Brief des AA an die GSV (09.03.26), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.092.

¹⁸⁹⁴ ANDRES' These, daß das Saargebiet kein Sukzessionsstaat des Deutschen Reiches sei (S. 40) entwickelte sich nachfolgend zum „Common sense“ des deutschen Völkerrechts: Vgl. Hans WESTHOFF (Bearb.): Recht und Verwaltung im Saargebiet, Trier 1934, S. 2. Die Auflage des ANDRESSchen Werkes betrug 400 Exemplare: Vgl. SF 7 (1926) 9, S. 145 f.

An ein breiteres Publikum richtete sich hingegen seine im nächsten Jahr erschienene Darstellung über die Saarfrage, die stärker den Charakter einer Kampfschrift besaß¹⁸⁹⁵, aber ansonsten dem Aufbau seines ersten Buches folgte. Andres schloß seine Ausführungen mit den Worten:

*„Aus dem Gesagten geht klar hervor, daß das Saargebiet in seiner jetzigen Gestaltung nicht lebensfähig ist. Der Völkerbund kann das seiner Obhut anvertraute Gebiet nicht dem Siechtum preisgeben. Warum also noch länger zögern mit dem entscheidenden Schritt, der doch einmal getan werden muß. Das einzige Heilmittel zur Herbeiführung gesunder Zustände besteht in der baldigen Rückkehr des Saargebietes zum Deutschen Reiche. Wir sind der Überzeugung, daß der Völkerbund nach einer genauen Untersuchung der wirklichen Zustände des Saargebietes zu keinem anderen Urteil kommen kann.“*¹⁸⁹⁶

Sein juristischer Sachverstand wurde nicht nur von seiten der Behörden geschätzt; so zeichnete Andres für den Eintrag „Saargebiet“ in der 1926 herausgegebenen Deutschen Verwaltungskartothek¹⁸⁹⁷ verantwortlich. Drei Jahre später verfaßte er den Beitrag über „Recht und Saargebiet“ in dem von Fritz KLOEVEKORN herausgegebenen Standardwerk, das von staatlicher Seite maßgeblich gefördert worden war¹⁸⁹⁸. Es entstand aus der Motivation heraus,

*„die Kenntnis vom deutschen Saargebiet im gesamten deutschen Volke zu verbreiten und zu vertiefen, und darauf aufmerksam zu machen, daß dieses seiner wirtschaftlichen Bedeutung und Bevölkerung nach gleich wertvolle Gebiet immer noch gefährdet ist“*¹⁸⁹⁹,

verfolgte also prinzipiell die gleichen Ziele wie die Publikationen des Bundes der Saarvereine. Allem Anschein nach wurde dessen Schrifttum von den deutschen Behörden als nicht ausreichend erachtet.

Der Beitrag, den Andres 1934 in den „Grundlagen des Saarkampfes“ verfassen durfte, zeigt das Renommee, über welches der langjährige Bundesvorsitzende auch noch nach seiner Ablösung verfügte¹⁹⁰⁰; hingegen fand er in dem dritten großen Sammelband über das Saargebiet, der ebenfalls 1934 unter der Ägide der zuständigen Gauleiter erschien, keine Berücksichtigung mehr¹⁹⁰¹.

¹⁸⁹⁵ Beispielsweise nahmen die unterstellten französischen Expansionsabsichten ab dem Mittelalter einen verhältnismäßig breiten Raum ein: Vgl. ANDRES: Die Saarfrage, S. 7–24.

¹⁸⁹⁶ Ebd., S. 71.

¹⁸⁹⁷ Vgl. Karte (01.07.26), in: HStA Düsseldorf, Reg. Aachen 18.480.

¹⁸⁹⁸ Vgl. Otto ANDRES: Recht und Saargebiet, in: KLOEVEKORN (Hrsg.): Saargebiet, S. 439–467. Die Vorarbeiten zur Herausgabe einer Gesamtdarstellung der Saarfrage liefen bereits seit Mitte der zwanziger Jahre bei der RVP zusammen: Vgl. Aktennotiz (09.05.27), in: BA-R 8014/1024; FREUND, S. 53 ff.

¹⁸⁹⁹ Wilhelm SCHMELZER: Vom Zweck dieses Buches, in: KLOEVEKORN (Hrsg.): Saargebiet, S. 9–12.

¹⁹⁰⁰ Vgl. Otto ANDRES: Die Bedeutung der Zeitschranke in der Regierungsordnung des Saargebietes, in: GRABOWSKY/ SANTE (Hrsg.): Grundlagen des Saarkampfes, S. 175–185; FREUND, S. 122–125.

¹⁹⁰¹ Vgl. BÜRCKEL [u.a.] (Hrsg.): Kampf um die Saar.

Die letzte hier näher erörterte Publikation aus den Reihen des Bundes der Saarvereine besaß eine längere Vorgeschichte. Aus diesem Grund sollen zunächst die Hintergründe beleuchtet werden, die 1925 zur Herausgabe der „Saarlüge“ Walter GIERBERGS¹⁹⁰² führten.

Als Georges Clemenceau am 28. März 1919 gegenüber Lloyd George und Wilson angesichts der festgefahrenen Versailler Verhandlungen saarländische Ergebnisadressen ins Spiel brachte, die nach dem Waffenstillstand an den französischen Präsidenten gerichtet worden sein sollen, war der Mythos der 150.000 „Saarfranzosen“ geboren:

*„Il y a là 150.000 hommes qui sont des Français. Ces hommes, qui ont envoyé en 1918 des adresses au président Poincaré, ont, eux aussi, droit à la justice. Vous voulez respecter les droits des Allemands, moi aussi. Mais tenez compte du droit de ces Français, - comme vous aurez à tenir compte du droit historique de la Bohême et de la Pologne.“*¹⁹⁰³

Es spricht einiges dafür, daß es diese Unterschriftenlisten nie gegeben hat. Zum einen ließen sie sich nicht in den Beständen des französischen Außenministeriums finden, zum anderen deutet gerade die ins Feld geführte Größenordnung von 150.000 Personen darauf hin, daß Clemenceau den Nachfahren jener im Jahr 1802 in der Saarregion lebenden Menschen¹⁹⁰⁴ pauschal profranzösische Ambitionen unterstellte. Er könnte also in Versailles die Ergebnisadresse mit tatsächlich nachweisbaren Petitionen lothringischer Bürger verwechselt oder aber – wie von der deutschen Propaganda behauptet – mit dem Rücken an der Wand zu einer Notlüge gegriffen und saarländische Solidaritätsadressen schlichtweg erfunden haben. Die Erwartungshaltung der französischen Öffentlichkeit und der Erfolgsdruck, unter dem auch Clemenceau in Versailles stand, lassen beide Schlußfolgerungen zu.

Die tatsächliche Bedeutung dieses Arguments für die Abfassung des wenige Tage später verabschiedeten Saarstatuts steht in krassem Mißverhältnis zu dem Aufwand, den insbesondere die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu seiner Widerlegung betrieben hat. Als stehe und falle dadurch das gesamte Versailler Vertragswerk, bedrängte Vogel im Sommer 1921 den Reichskanzler sowie alle zuständigen Reichs- und Länderregierungen und Parlamentsfraktionen, von Frankreich die Vorlage der Solidaritätsadresse mit den Unterschriften einzufordern. Sollte es überhaupt eine derartige Liste geben, so könne sie nur aufgrund von Fälschungen entstanden sein. Schließlich seien vor der französischen Besetzung nur verschwindend wenige Franzosen im Saargebiet ansässig gewesen und eine derartige Unterschriftenaktion hätte nicht im stillen

¹⁹⁰² Aufgrund einer Denkschrift des Saarbrücker Anwaltsvereins, die Giersberg (*1879) als dessen Schriftführer im August 1920 veröffentlichte, wurde der Rechtsanwalt im Zuge des Beamtenstreiks des Landes verwiesen. Erst wenige Tage zuvor war er für den bürgerlich-liberalen Sammlungsblock in die Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung gewählt worden: Vgl. KLOEVEKORN: Saarbrücken, S. 197 f. Obwohl Giersberg zu Jahresende wieder zurückkehren durfte, verließ er 1921 aus wirtschaftlichen Gründen das Saargebiet und siedelte nach Magdeburg über, wo er die dortige Ortsgruppe ins Leben rief. Von 1925 bis 1933 war er Beisitzer im BdS, 1934 wurde er zum Landesgruppenleiter für Hannover-Braunschweig ernannt: Vgl. Ehren-Tafel treubewährter Helfer und Mitarbeiter, S. 359; „Der Mitteldeutsche“ Nr. 306 (07.11.39).

¹⁹⁰³ TARDIEU, S. 293. Wenige Seiten später (S. 306) relativierte er die Aussage bezüglich der Nationalität: „[...] près de 150.000 Sarrois, aussi Français de cœur et de volonté que les Alsaciens et les Lorrains [...]“.

¹⁹⁰⁴ Vgl. Jean REVIRE: La Sarre. Note sur le problème de la Sarre, Lyon 1926, S. 10.

ablaufen können. Außerdem widersprächen die unzähligen Loyalitätskundgebungen für Deutschland der These einer beachtenswerten französischen Minderheit¹⁹⁰⁵. Auch ohne daß die Behörden darum gebeten hätten, schaltete die Geschäftsstelle im „Saar-Freund“ folgende Anzeige:

*„Wer Auskunft darüber geben kann wie der bekannte Betrug am deutschen Saargebiet durch die Sammlung von Unterschriften, besonders in Lothringen anfangs 1919 zustande gebracht worden ist, der teile alle Einzelheiten und alles, was darüber bekannt geworden ist, umgehend mit der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘.“*¹⁹⁰⁶

Obwohl sie bereits Anfang 1922 in der Lage war, ihr bis dahin zusammengetragenes Material den Behörden zur Verfügung zu stellen¹⁹⁰⁷, sollten noch drei weitere Jahre ins Land gehen, bis die Vorarbeiten zur publizistischen Aufarbeitung der „Saarlüge“ in ein konkretes Stadium traten¹⁹⁰⁸. Mit der Bearbeitung des Themas wurde der Rechtsanwalt und Notar Walter Giersberg betraut, der dem Bund seit Jahren eine wichtige intellektuelle Stütze war. Mehrfach schon hatte



Abb. 27: Walter Giersberg

sich Vogel in juristischen Fragen zunächst an den besonnenen Wahlmagdeburger Giersberg¹⁹⁰⁹ gewandt, bevor er den Bundesvorsitzenden Andres konsultierte.

Inhaltlich brachte die kleine Broschüre, mit deren Hilfe Giersberg „den französischen Imperialismus seiner Freiheits- und Gerechtigkeitsmaske“ beraubt habe¹⁹¹⁰, kaum Neues: Die französische Verhandlungsdelegation habe sich in Versailles in einer aussichtslosen Lage befunden, was Clemenceau dazu verleitet habe, den amerikanischen Präsidenten Wilson wissentlich über die Nationalitätenverhältnisse an der Saar zu täuschen. Giersberg nannte zwei Quellen der Unterschriften:

Ein Teil der Listen sei in der Tat kurz nach dem Waffenstillstand in den preußischen Kreisen Merzig und Saarlouis gesammelt worden, wobei die Unterzeichner im Glauben gelassen worden seien, sich in Verzeichnisse zur Verbesserung der Lebens- und Futtermittelversorgung einzutragen. In ihrer überwiegenden Mehrheit stammten sie allerdings aus denjenigen lothringischen Städten und Ortschaften, welche – am Oberlauf der Saar liegend

¹⁹⁰⁵ Vgl. Rundschreiben der GSV u.a. an die bayerische Staatsregierung (22.07.21), in: BayHStA, MA 108.107; SF 2 (1921) 15, S. 201 f. Die Eingabe erschien auch in zahlreichen überregionalen Zeitungen und bildete den Hintergrund für die Anfrage des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Reichert am 30.09.21 im Reichstag, wie die Reichsregierung auf die gefälschte Adresse reagieren wolle: Vgl. SF 2 (1921) 20, S. 288 f. Ihr Auslöser dürfte die Veröffentlichung des Buches von TARDIEU gewesen sein, welches die seit Jahren schwelenden Gerüchte zu bestätigen schien. Siehe hierzu auch Dok. 16 im Anhang.

¹⁹⁰⁶ SF 2 (1921) 21, S. 309; SF 2 (1921) 22, S. 326; SF 2 (1921) 23, S. 341.

¹⁹⁰⁷ Vgl. Brief der GSV an das RMI (27.02.22), in: BA-R 8014/667.

¹⁹⁰⁸ Auf der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 25.07.25 unterbreitete Giersberg den Vorschlag, die „Saarlüge“ gemeinsam mit der „Kriegsschuldlüge“ propagandistisch aufzurollen. Dabei sollte vor allem die ausländische Öffentlichkeit im Auge behalten werden: Vgl. SF 6 (1925) 15, S. 259. Erstmals wurde die Schrift in SF 6 (1925) 17, S. 284 angekündigt.

¹⁹⁰⁹ Giersberg war auch der Autor mehrerer Artikel mit juristischen Hintergrund im SF.

¹⁹¹⁰ SF 15 (1934) 25, S. 551.

– den Fluß in ihrem Namen trugen. In Bürgerversammlungen seien die Neufranzosen aufgefordert worden, ausliegende Listen ohne Textkopf zu unterschreiben; sei es, um auf diese Weise ihre Ansprüche auf Lebensmittel zu verteidigen, sei es, daß sie von der Absicht wußten, die Verzeichnisse der französischen Regierung als Solidaritätsadressen zu übersenden¹⁹¹¹. Anscheinend zur nachträglichen Rechtfertigung wurden im Frühjahr 1919 im Saargebiet erneut Listen ausgelegt. Beispielsweise sollten Bergleute angebliche Petitionen zur Begnadigung ihrer nach einem Streik bestraften Arbeitskollegen unterzeichnen, in welchen sie zugleich „*der Freude darüber, daß die Arbeiterschaft durch Frankreich von dem preußischen Joch befreit werde*“ Ausdruck verliehen¹⁹¹². Giersberg kam zu dem Schluß:

*„Es ist dies ein Betrug, eine Urkundenfälschung, ein Verbrechen, das im bürgerlichen Leben mit Zuchthaus geahndet wird. [...] Das war kein fair play. Das war ein Schurkenstreich! Und zugleich das widerlichste Bild der Weltgeschichte. Drei Richter: Ein Betrüger und zwei Betrogene als Richter über die Welt!“*¹⁹¹³

Die ersten beiden Auflagen mit je 5.000 Exemplaren, welche die RVP mit 750,- RM bezuschusste, waren im Frühjahr 1926 bereits vergriffen¹⁹¹⁴; die dritte Auflage ließ nicht lange auf sich warten. Auf Initiative der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ wurde die „Saarlüge“ ins Englische übersetzt und im anglo-amerikanischen Sprachraum an Politiker und Journalisten verteilt¹⁹¹⁵. Selbstverständlich sorgte die Geschäftsstelle dafür, daß das Thema in den folgenden Jahren immer wieder im „Saar-Freund“ aufgewärmt wurde¹⁹¹⁶; 1929 stand die Münsteraner Bundestagung unter dem Motto „Fort mit der Saar-Lüge! Endlich Schluß mit dem Unrecht an der Saar!“.

Schon der erste Blick in die Bibliographien zur Saarliteratur zeigt, daß weder die Redakteure der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ noch die Autoren in ihrem Dunstkreis während der Völkerbundsjahre ein Monopol zur propagandistischen Aufbereitung von Saargelegenheiten besaßen. Dennoch achtete Vogel sehr darauf, sich gerade auf dem Sektor der Broschüren und Druckschriften unliebsame Konkurrenz vom Hals zu halten. Beispielsweise forderte er seinen Saar-

¹⁹¹¹ Vgl. Walter GIERSBERG: Die Saarlüge, Berlin ⁴1934, S. 14–17. Diese Information verdankte die GSV dem „Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich“: Vgl. VOGEL: Das deutsche Saargebiet, S. 23; Sonderdruck aus den Vereinigten Werkszeitungen des Dinta in der Deutschen Arbeitsfront (Sommer 1934), S. 5, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19. Vgl. auch LEMPERT, S. 29 ff.; „Die 150.000 Saarfranzosen entdeckt!“, in: SK 4 (1926), S. 37.

¹⁹¹² Die einfache Bevölkerung dürfte in den meisten Fällen nicht gewußt haben, was sie tatsächlich unterschrieb, da der Text auf französisch verfaßt war bzw. der Listenkopf völlig fehlte: RÖCHLING: Wir halten die Saar!, S. 27; Weißbuch, Dok. 22, S. 48. Auch der französische Vertreter in der Regierungskommission war eingeweiht: Vgl. Brief Raults an Ministerpräsident Leygues (11.01.21), in: MAE, Sarre 2.

¹⁹¹³ GIERSBERG, S. 18.

¹⁹¹⁴ Vgl. Briefe der GSV an die RVP (02.01.26 bzw. 06.05.26), in: BA-R 8014/801 bzw. BA-R 1603/2523.

¹⁹¹⁵ Vgl. Brief der WPG an die GSV (05.02.26), in: BA-R 8014/1049; vgl. SF 7 (1926) 9, S. 145 f.

¹⁹¹⁶ Vgl. SF 5 (1924) 3, S. 30; SF 7 (1926) 11, S. 169; SF 7 (1926) 14, S. 218; SF 8 (1927) 16, S. 287–291; SF 9 (1928) 13, S. 248 f. („Die 150.000 Saarfranzosen, die nicht da sind und nicht da waren“ von Kristian Kraus); SF 11 (1930) 10, S. 179 f.

brücker Vertrauensmann Max Wentz auf, ihn zu informieren, wenn er von dritter Seite um die Überlassung von Bildmaterial oder Aufsätzen angegangen werde; es ginge darum, „*die Herausgabe solcher Werke wenn auch nicht zu verhindern, so doch nicht zu unterstützen.*“¹⁹¹⁷ Dabei richtete sich die Kritik an nicht von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ initiierten Veröffentlichungen nur vordergründig gegen die mangelnde Sachkenntnis der Autoren¹⁹¹⁸; gerade in den beiden Krisenphasen (Inflation und Weltwirtschaftskrise) bestand die Gefahr der Zersplitterung der ohnehin nie üppigen Mittel aus den Propagandafonds der Behörden. Je breiter das Angebot an Saarliteratur auf dem Büchermarkt wurde, desto schwieriger mußte es werden, die eigenen Publikationen abzusetzen bzw. überhaupt zu finanzieren¹⁹¹⁹. Manches geplante Projekt wie die Herausgabe eines zweiten Weißbuches zur Saarfrage, eines illustrierten Saarheimatbuches oder eines Wandwochenkalenders mit Bildern des Saargebiets scheiterte daher nicht an technischen Schwierigkeiten, sondern an den fehlenden Finanzmitteln¹⁹²⁰. Zu ihrem Leidwesen vermochte die Geschäftsstelle auch nicht den Beispielen des DSB oder der RVP zu folgen und eine eigene Schriftenreihe über das Saargebiet zu etablieren¹⁹²¹.

¹⁹¹⁷ Brief der GSV an Wentz (18.01.28), in: BA-R 8014/1106. Im Gegenzug für sein Entgegenkommen ließ die GSV 5.000 Exemplare der Wentz'schen Postkarten über die Schulabteilung des VDA an den deutschen Schulen verteilen: Vgl. SF 9 (1928) 9, S. 142; Jahres-Rückschau ... für das Jahr 1928, S. 24.

¹⁹¹⁸ „*Es mußte sehr bald festgestellt werden, daß zahlreiche Vielschreiber ihr Unwesen trieben, um aus der Saarnot ein Geschäft zu machen. Meist ohne Kenntnis der saarpolitischen Verhältnisse, maßten sich diese Leute Auslegungen von Saarstatutsbestimmungen und politische Schulmeisterei an, die der deutschen Saarsache nur Abbruch tun konnten. Besonders unangenehm und schädlich wirkten dabei gewisse Journalisten, die sich in Genf niedergelassen hatten [gemeint war Josef Görgen – F.B.] und nun von dort aus auf Grund ihrer angeblichen ausgezeichneten Verbindungen mit Völkerbundskreisen den staunenden deutschen Volksgenossen ihre politische Saarweisheit verzapften. Ihre Überheblichkeit ging zum Teil so weit, daß sie nicht davor zurückscheuten, einzelne Bestimmungen des Saarstatuts in einem Sinne ‚juristisch‘ auszulegen, der dem deutschen Interesse aufs stärkste entgegenliefe.*“: POSSELT: Die pressepolitischen Aufgaben, S. 261.

¹⁹¹⁹ Die Konkurrenzsituation zeigte sich deutlich bei der Intervention gegen die Veröffentlichung der Propagandaschrift „Das Saargebiet“ von Erwin Stein und Johannes Dierkes im Frühjahr 1931. Vogel forderte die dafür vorgesehenen Autoren wie den Saarbrücker Oberbürgermeister Neikes, den Direktor des Saarlandmuseums Keuth oder Cartellieri offen zum Boykott auf: Vgl. Brief der GSV an Keuth (06.03.31), in: Saarlandmuseum, SM 42; StA Saarbrücken, Großstadt 2944.

¹⁹²⁰ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 17.11.23, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; vgl. Tagesordnung der Sitzung des Vorstandes, des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 24.05.24, in: Ebd.; Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 21.01.28 (25.01.28), in: BA-R 8014/7. Besonders schmerzhaft empfand es Vogel, daß bedeutende reichsdeutsche Firmen im franzosenfreundlichen „Saarbrücker Bergmannskalender“ inserierten, anstelle den Publikationen der GSV die ihnen gebührende Beachtung zu schenken: Vgl. Briefe der GSV an Wentz (15.04.29, in: LA Saarbrücken, NL Scheuer 61) und Posselt (17.12.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6.

¹⁹²¹ So erschien im Jahr 1925 als Band 8 des „Taschenbuchs des Grenz- und Auslandsdeutschtums“ die Überblicksdarstellung von Albert RUPPERSBERG: Das Saargebiet [Berlin 1925]. Nach außen hin trat der Westauschuß für Rhein, Saar, Ruhr und Pfalz für die RVP als Herausgeberin der „Rheinischen Schicksalsfragen“ auf.

*„1934 trat die Saar über die Ufer. Saarpropaganda überschwemmte das Land. Weitum tauchten ‚Saarkorrespondenzen‘ auf. Aus Saarsonderheften und Saarbroschüren rieselte seichte Phraseologie und lief zu Pfützen trüben Chauvinismus zusammen.“*¹⁹²²

Es verstand sich von selbst, daß der inzwischen gleichgeschaltete Bund der Saarvereine ebenfalls Wasser auf die Mühlen des literarischen Saarkampfes leitete. Giersbergs „Saarlüge“ erlebte seine vierte und fünfte Auflage, und abgesehen von seinen sonstigen Beiträgen in Zeitschriften dokumentierte Theodor Vogel mit „Das deutsche Saarland unter dem Zwange von Versailles“¹⁹²³, daß auch die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im publizistischen „Endkampf“ mitmischen würde. Gemessen an der insgesamt 1934 auf dem Markt geworfenen Saarliteratur verblaßt jedoch ihr Anteil, zumal auch das Auswärtige Amt anderen Broschüren und Büchern den Vorzug gab¹⁹²⁴. Glaubhafter als die offiziöse Saarorganisation schienen nach Ansicht der Wilhelmstraße persönlich nicht involvierte Autoren des „neutralen“ Auslandes für die deutsche Position werben zu können. Anstatt selbst im großen Maßstab zu publizieren, wurde die Geschäftsstelle daher von den deutschen Behörden für die Verbreitung diverser Broschüren eingespannt¹⁹²⁵.

Phasenweise war die Geschäftsstelle im letzten Jahr vor der Abstimmung überfordert, die gesteigerte Nachfrage nach Informationsmaterial zur Saarfrage zu bedienen¹⁹²⁶. Vermutlich setzte Vogel daher im Abstimmungskampf stärker als in früheren Jahren auf die propagandistische Wirkung von Flugblättern, mit denen die Besucher der Saarkundgebungen – um das zu Anfang dieses Kapitels benutzte Bild wieder aufzugreifen – einfacher und kostengünstiger zu bombardieren waren als mit aufwendigeren, mehrseitigen Broschüren. Daß er hierbei auf nur geringfügig überarbeitete Sonderdrucke von Aufsätzen aus dem Jahr 1928 zurückgriff, mutet anachronistisch an, da die Aufsätze nicht einmal ansatzweise politisch opportune Sprachregelungen beachteten¹⁹²⁷. Im krassen Gegensatz zu diesen eher gemäßigten Äußerungen steht die

¹⁹²² FREUND, S. 90. Vgl. hierzu: SCHOLDT: Die Saarabstimmung 1935, S. 177 f.

¹⁹²³ Berlin 1934. Die Broschüre erlebte 1935 sogar noch eine zweite Auflage.

¹⁹²⁴ Das AA übersandte in erster Linie folgende Werke an deutsche Auslandsvertretungen: GRIMM: Frankreich an der Saar; VON PUTTKAMER; RÖCHLING: Wir halten die Saar!; Heinrich SCHNEIDER: Unsere Saar, Berlin 1934: Vgl. Schriftverkehr (1934), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.641–75.647.

¹⁹²⁵ Vgl. Brief des AA an die GSV (20.11.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.638. Es handelte sich um: Louis MAISCH: Zum Verständnis für das Saargebiet und zur Verständigung, Solothurn 1933. Der Schweizer Jurist MAISCH faßte die Entstehung des Saarstatuts sowie dessen Inhalt recht objektiv, aber dennoch deutschfreundlich zusammen. Außerdem förderte die GSV die Entstehung weiterer Publikationen: Vgl. Briefe Westhoffs (19.08.33) und von Puttkamers an die GSV (20.09.33), in: BA-R 8014/1034; Jahresbericht 1933, S. 15 f. Publikationen der Status-quo-Befürworter wurden schlichtweg nicht zur Kenntnis genommen: Vgl. Schriftverkehr über neue Saarliteratur (1933–1934), in: BA-R 8014/1051.

¹⁹²⁶ Beispielsweise sah sie sich außerstande, der Bitte der Auslandsorganisation der NSDAP nachzukommen, für deren Ortsgruppen 50.000 Exemplare einer allgemein gehaltenen Broschüre in deutscher Sprache und mindestens je 10.000 in englisch, französisch, portugiesisch, spanisch und italienisch zur Verfügung zu stellen. Vgl. Brief der AO der NSDAP-Reichsleitung an die GSV (22.05.34) und Antwort (24.05.34), in: BA-R 8014/1038.

¹⁹²⁷ Vgl. „Das Saargebiet“ von Hermann RÖCHLING, in welchem das Saargebiet als Zufluchtsort von Frankreich bedrängter Minderheiten gepriesen wurde, „Die geschichtliche Vergangenheit des Saargebiets“ von Fritz

vom neuen Bundesvorsitzenden Gustav Simon initiierte Flugschrift „Deutsch die Saar immerdar. Die deutsche Saar nicht vergessen“ von Jahresende 1933. Der Koblenzer Gauleiter stellte die gewaltsame Trennung der Saarländer vom Mutterland als „*schweres moralisches, ja sittliches Vergehen*“ und zugleich „*wirtschaftliche Sünde*“ dar¹⁹²⁸; gleichzeitig warb er mit stark antifranzösischen Nuancen für die Saarvereinsorganisation.

Kap. 5.4: Die Bildpropaganda

Bereits zu Anfang des vergangenen Jahrhunderts hatte sich die aufkommende Reklameindustrie die Erkenntnis zu eigen gemacht, daß Bilder und visuelle Reize im direkten Vergleich zu gelesenen oder gehörten Texten länger im Gedächtnis haften bleiben. Sie zielen auf das Unterbewußtsein des Betrachters ab und versuchen, bei diesem verborgene Wünsche zu wecken, Bedürfnisse zu befriedigen sowie bestehende (Vor-) Urteile und Ängste aufzugreifen. Ihre Botschaften blenden meist rationale Argumente gegenüber emotionalen Wahrnehmungen aus. Während Texte den Vorzug besitzen, Unklarheiten durch ergänzende Erläuterungen beseitigen zu können, müssen die Aussagen der Bilder so eindeutig sein, daß der visuelle Code vom Betrachter unmittelbar erfaßt und verstanden wird. Dies gilt insbesondere für die Plakatpropaganda, deren Stärke darin besteht, daß sich ihr der vorbeigehende Passant bei entsprechend massenhafter Verbreitung kaum entziehen kann¹⁹²⁹. Der Besuch einer Vortragsveranstaltung oder das Lesen eines Artikels in der Presse setzt ein Mindestmaß an Interesse voraus; Plakate mit ihrer „Haftwirkung“ drängen sich hingegen selbst denjenigen auf, die mit der transportierten Aussage nicht übereinstimmen.

Obwohl die verantwortlichen Kräfte in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ von der Wirkung bildhafter Propaganda wußten und schon früh Photographien sowohl im „Saar-Freund“ als auch bei ihren Lichtbildvorträgen einsetzten, kam Plakaten und Karikaturen nur eine marginale Bedeutung zu. Erst in der Endphase der Weimarer Republik gingen sie dazu über, für die

KLOEVEKORN, „Französische Schulpolitik im Saargebiet“ von Pfarrer Heinrich BECKER, „Die politisch-geographische Lage des Saargebiets“ von Friedrich METZ, „Frankreichs wirtschafts- und nationalpolitische Bestrebungen im Kampf um den Warndt und ihre Rückwirkungen auf den Saarbergbau“ von Heinrich JAHNS, „Die Saarbergleute“ von Peter KIEFER, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19. Obige Aufsätze stammen aus dem Politischen Monatsheft 11/12 (1928).

¹⁹²⁸ „Die Welt darf es nicht dulden, daß ein rein deutscher Volksteil mit seiner deutschen Saarheimat seinem Mutterlande nach Sprache, Kultur und völkischer Blutgemeinschaft entrissen und durch diplomatische Intrigen einem so wesensfremden Volke wie den französischen verschachert wird. Hier ist die Aufgabe der deutschen Volksgemeinschaft, sich eins zu fühlen mit diesen gefährdeten Volksgenossen, mit aller Kraft dahin zu streben, sie aus der Fremdherrschaft wieder zu erlösen.“: Flugschrift „Deutsch die Saar immerdar. Die deutsche Saar nicht vergessen“ (Dezember 1933), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097.

¹⁹²⁹ Gerhard PAUL (Aufstand der Bilder, S. 150) hat darauf hingewiesen, daß schon 1930 im Reichsgebiet 31.000 vermietbare Plakatanschlagflächen vorhanden waren, davon etwa 10% allein in der Reichshauptstadt. Vgl. hierzu Klaus WOLBERT: Agitationsstil und Ikonographie politischer Plakate in der Weimarer Republik. Zur politischen Metaphorik in Plakaten bürgerlicher Parteien, in: Politische Plakate der Weimarer Republik 1918–1933, hrsg. vom Hessischen Landesmuseum Darmstadt, Darmstadt 1980, S. 14–25.

Saarpropaganda reichsweit zu plakatieren, sahen sich aber bald zu Handlangern der Nationalsozialisten degradiert. Ungeachtet dessen soll im folgenden der Versuch unternommen werden, die wenigen Einzelstücke der Bildpropaganda vorzustellen.

Illustrationen in den Publikationen des Saarvereins beschränkten sich fast ausschließlich auf die Wiedergabe von Portraits verdienter Mitarbeiter, von landschaftlichen und industriellen Motiven sowie bekannten Bauwerken. Zwar wurden die Sondernummern des „Saar-Freund“ anlässlich der Bundestagungen besonders verziert, doch fehlten der Geschäftsstelle Zeichner und Graphiker, welche die jeweils aktuellen Propagandathemen in pointierter Form hätten zuspitzen können. Insgesamt finden sich in den 16 Jahrgängen nur zwei Karikaturen, die allerdings keine konkreten Personen darstellten, sondern in dem einen Fall die offene Grenze nach Frankreich kritisierte¹⁹³⁰ und im anderen Fall die Ausbeutung der saarländischen Warndtkohlenfelder von lothringischer Seite anprangerte. Hier greift eine ausgemergelte Klaue – für eine stilisierte Hand fehlt der fünfte Finger – aus der Versenkung gierig nach der südwestlichen Ecke des Saargebietes, was mit der



Abb. 28

Forderung „Hände weg vom Saargebiet!“ kommentiert wird. In modifizierter Form kehrte das Motiv Jahre später auf einem Plakat der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ wieder.

Gewissermaßen als Ersatz für eine reichsweit angelegte Plakatpropaganda trat Vogel im Sommer 1921 an die Behörden mit dem Vorschlag heran, Briefverschlusssmarken in Millionenaufgabe mit Motiven aus dem Saargebiet herauszugeben. Mit finanzieller Unterstützung der RVP gelangten im darauf folgenden Frühjahr schließlich zwei farbige Marken, eine Saar-Landschaftsidylle sowie das obligatorische Winterbergdenkmal, zur massenhaften Verbreitung. Eine dritte Saarmarke, auf welcher sich ein hagerer französischer Offizier an der üppigen Frucht „Saar“ die Zähne ausbiß, konnte hingegen nicht die Zustimmung der amtlichen Stellen finden¹⁹³¹.

¹⁹³⁰ In SF 5 (1924) 8, S. 114 verneigt sich ein nicht näher zu identifizierendes Mitglied der Regierungskommission vor einem französischen Offizier, der mit Gepäck problemlos die Grenze zwischen dem Saargebiet und Frankreich überschreitet, während die Grenze nach Deutschland mit einem Stacheldraht geschützt und von einem französischen Soldaten mit aufgefanztem Bajonett bewacht wird. Die Zeichnung trägt die Überschrift „Das ‚unparteiische‘ Regiment des Völkerbundes im Saargebiet“. Sonst waren es eher eingefügte Gedichte, die das starre zweispaltige Druckbild auflockerten.

¹⁹³¹ Abbildungen der drei Marken in SF 3 (1922) 8, S. 128. Auf der Offiziersmarke findet sich zudem noch ein erläuterndes Gedicht: „Die Saar ist eine harte Frucht für den, der sie zu beißen sucht. Drum laßt sie lieber ungestört beim Deutschen Reich, dem sie gehört!“ Die RVP gewährte der GSV für die Herstellung der beiden Saarmarken, die mit Gewinn verkauft werden sollten, ein Darlehen von 10.000 Mark: Vgl. Briefe der RVP an die GSV (16.02.22 und 01.08.22), in: BA-R 1603/2520. In eigener Regie hatte die Stuttgarter Saarvereinigung 1922 gemeinsam mit der Akademie der Bildenden Künste ein Preisausschreiben über künstlerisch gestaltete Postkarten zu Propagandazwecken veranstaltet. Leider ließen sich keine Akten zur Resonanz oder

Im Frühjahr 1927 unternahm die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ den Versuch, in den Personenzügen der Reichsbahn kleinformatige Anschläge mit der Mahnung „Denkt immer an das deutsche Saargebiet!“ anzubringen¹⁹³². Sie stammten ebenso wie obige Skizze des „Kohlenraubes“ aus der Feder des Graphikers Toni Zepf. Da die Reichsbahn nicht gewillt war, ihre Werbeflächen gratis zur Verfügung zu stellen¹⁹³³, ließen sie sich allerdings aus Kostengründen nicht realisieren. Letztendlich sollte die Geschäftsstelle bis 1932 nur ein einziges großformatiges Textplakat zur Verbreitung bringen – anonym im Saargebiet. Hierin protestierte sie im Namen aller „Saardeutschen“ gegen deren Entrechtung und die Verstöße Frankreichs bzw. der Regierungskommission gegen das Saarstatut¹⁹³⁴.

Etwa zur gleichen Zeit, zu der die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die Verteilung des Plakats „Saarbrücken nicht vergessen“¹⁹³⁵ übernahm, initiierte sie selbst zwei Graphiken, die beide als Poster im DIN-A2-Format gedruckt wurden¹⁹³⁶.



Abb. 29: Werbeplakat der Geschäftsstelle „Saar-Verein“

Es handelte sich zum einen um die mit „*Wahr bleibt wahr: Deutsch die Saar!*“ überschriebene Reliefkarte des Saargebietes, auf welcher Kohlengruben, Eisenhütten, Standorte der Glas- und Keramik-Industrie sowie der Verlauf der Kohlenflöze eingezeichnet waren. Nahm sich der

Realisierung finden: Vgl. SF 3 (1922) 5, S. 80.

¹⁹³² Vgl. Briefe der GSV an Generaldirektor Dormmüller (24.05.27 und 21.06.27), in: BA-R 8014/679. Ein ähnliches Vorhaben war bereits Ende 1920 daran gescheitert, daß das RMPPost der Anbringung von Werbeplakaten in Postämtern nur gegen Bezahlung zustimmen wollte: Vgl. Brief der GSV an das RMPPost (12.11.20) und Antwortschreiben (29.11.20), in: BA-R 8014/665.

¹⁹³³ Vgl. Schriftwechsel zwischen GSV und der Reichsbahndirektion sowie mit Max Wentz (Frühjahr/ Sommer 1927), in: Ebd. bzw. BA-R 8014/1106. Von Wentz stammte auch der Vorschlag, dem Vorbild französischer und Schweizer Süßwarenfirmen zu folgen und Schokoladenpackungen Bilder des Saargebietes beizufügen. Vogel kontaktierte schon drei Tage später die Berliner „Sarotti“, dessen Direktor Dietz stellvertretender Vorsitzender der Ortsgruppe Berlin war: Vgl. Brief Wentz' an die GSV (13.03.26) und Brief der GSV an die Firma „Sarotti“ (16.03.26), in: BA-R 8014/1123.

¹⁹³⁴ Das auf rotem Hintergrund gedruckte Plakat (etwa 1924, in: BA-R 8014/165) schloß mit den Worten „*Wir Saardeutsche glauben an den Sieg des deutschen Rechts und der deutschen Treue. Wir wollen uns in der Abwehr fest und eng zu einem Volksganzen zusammenschließen, an dem welscher Lug und Trug zerschellen wird. Deutsch bleibt die Saar! Deutsch immerdar!*“

¹⁹³⁵ Vgl. Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (27.05.32), in: BA-R 8014/127.

¹⁹³⁶ Siehe hierzu das Foto in: VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 232.

Betrachter die Zeit, das Plakat genauer zu studieren, fand er auch Hinweise auf die jeweilige Förder- und Produktionsleistung sowie die Höhe der gegenwärtigen Belegschaften. Diese Kombination von Text- und Bildplakat mit relativ vielen Sachinformationen findet man auch bei der anderen Graphik eines unbekanntenen Künstlers.

Ähnlich wie auf dem Zepfschen Bild im „Saar-Freund“ versucht eine Hand, sich des Saargebiets zu bemächtigen. Obwohl sie von links oben hineinragt und daher eher aus Luxemburg denn aus Frankreich stammte, erläutert die Beschriftung eindeutig, gegen wen sich die Parole „*Hände weg von der deutschen Saar!*“ richtete¹⁹³⁷. Anders als auf der Vorlage von 1927 ist das Saargebiet diesmal dem Zugriff des Eindringlings nicht schutzlos ausgeliefert: Bevor sich die Hand des Landes bemächtigen konnte, wurde sie von den kräftigen Krallen des deutschen Adlers gepackt und legt daher nur einen dunklen Schatten über die Saar¹⁹³⁸. 10.000 Exemplare dieses Plakates wurden schon 1932 vertrieben; im Frühjahr 1934 gingen allein 6.000 weitere Drucke an die Reichsbahndirektion, die – anders als Jahre zuvor – nun bereitwillig ihre Werbeflächen in Personenzügen und Bahnhöfen zur Verfügung stellte¹⁹³⁹.

Deutsch die Saar immerdar!

Helft die deutsche Saar befreien!



Bund der Saarvereine
Geschäftsstelle „Saarverein“
Berlin SW 11, Stresemannstr. 42

Abb. 30: Werbeplatat der Geschäftsstelle „Saar-Verein“

¹⁹³⁷ Die hier verwandte Vorlage weicht geringfügig vom ursprünglichen Plattext ab. Siehe hierzu die Erläuterungen bei PAUL/SCHOCK, S. 32. (Dort findet sich das Plakat auf S. 36, Abb. 27).

¹⁹³⁸ Aus ikonographischer Plausibilität ist davon auszugehen, daß der Kölner Maler und Graphiker Heinz Lauscher mit dem Raubvogel einen Adler darstellen wollte. Die Diebeshand erscheint im Vergleich zur Klaue von 1927 sehr gepflegt – also keineswegs die Hand eines aufrechten (deutschen) Arbeiters! Der Leiter des Saarwirtschaftsarchives Walther Cartellieri regte an, sie knochiger, d.h. gieriger zu zeichnen: Vgl. Brief Cartellieris an Lauscher (18.07.32), in: BA-R 8014/1121.

¹⁹³⁹ Vgl. Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (08.06.34), in: BA-R 8014/134; Jahres-Bericht 1932, S. 18. In den beiden letzten Jahren vor dem Plebiszit wurde die Graphik reichsweit in deutschen Zeitungen abgedruckt (vgl. Belegexemplare, in: BA-R 8014/1070 und 1074); ebenso wies der RMPost die Postanstalten an (03.07.34), in: BA-R 8014/135), das Plakat bis zur Abstimmung anzubringen. Das AA bewilligte Gelder für insgesamt 20.000 Exemplare: Vgl. Brief der GSV an das AA (14.05.34) und Antwortschreiben (19.05.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.641.

Alle hier angeführten Beispiele haben eines gemeinsam: Sofern sie den nationalen Gegner überhaupt thematisierten, dann derart, daß sie versuchten, ihn entweder lächerlich zu machen (verknöchertes Offizier) oder ihn mit negativen Attributen zu belegen (filigrane Diebeshand). Doch erst im aufgeheizten Klima des Abstimmungskampfes ging auch die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ dazu über, ihn zu dämonisieren und zu entmenschlichen. Sie wählte aus dem „visuellen Alphabet“¹⁹⁴⁰ der christlichen Ikonographie dafür die rangniedrigste, aber nichtsdestotrotz



Abb. 31: VOGEL: Das deutsche Saarland unter dem Zwange von Versailles

Gefahr symbolisierende Tierallegorie: Frankreich erschien nun nicht mehr als der verschlagene Annexionist oder der übermütige Soldat, sondern wurde mit der hinterlistigen Schlange gleichgesetzt¹⁹⁴¹. Die Schlange windet sich mit ihrer gespaltenen Zunge aus dem französischen Abgrund dem blühenden Wirtschaftsstandort Saar entgegen. Aus dem lichtdurchfluteten Norden dieses Industriegebietes kommt nun erneut der bekannte kraftvolle deutsche Adler, der sich der drohenden Gefahr mit aller Kraft entgegenstellt. Hiermit geht das Wappentier des Deutschen Reiches zwar selbst ein Risiko ein, doch konnte der unbekannt

Künstler davon ausgehen, daß einer religiös geprägten Bevölkerung wie der saarländischen der Ausgang dieses traditionellen Kampfes Gut gegen Böse bekannt war. Ähnlich wie der Heilige Georg den Drachen besiegt hatte, würde auch das starke nationalsozialistische Deutschland nach der Beseitigung der Bedrohung das Saargebiet schützend unter seine Fittiche nehmen.

Im Abstimmungskampf kam mit dem Plakat „Deutsch die Saar immerdar!“ schließlich in drittes, relativ neutral gehaltenes Motiv hinzu. Es kombiniert verschiedene saarländische Landschaftselemente wie das Winterbergdenkmal, die Saarschleife, Fördertürme und Hochöfen miteinander und wird ähnlich wie das Plakat zur Niederwaldtagung 1933¹⁹⁴² von einer überdimensionalen Schwurhand dominiert. Auch das Motto der vorletzten Saarkundgebung von Paul Warncke wurde wieder aufgegriffen. Wäre nicht ein frei schwebendes Hakenkreuz integriert worden, so hätte diese Allegorie bereits in den zwanziger Jahren Verbreitung finden können.

¹⁹⁴⁰ Vgl. WOLBERT, S. 15.

¹⁹⁴¹ Die Raubtier-Metapher zierte allerdings lediglich eine 1934 erstmals erschienene Broschüre Theodor VOGELS (Das deutsche Saarland unter dem Zwange von Versailles, Berlin 1935). Ihre massenhafte Verbreitung hätte den Friedensbeteuerungen der nationalsozialistischen Reichsregierung zu deutlich widersprochen. Das Bild als solches war nicht neu: Anlässlich der Wahlen zum Landesrat 1932 sollte der Saarbund mit einem Plakat diskreditiert werden, auf welchem sich eine Schlange um die stilisierte „Marianne“ wand: Vgl. PAUL/SCHOCK, S. 50 (Abb. 40).

¹⁹⁴² Siehe Kap. 13. Das Niederwaldmotiv wurde auch massenhaft als Postkarte verteilt: Vgl. hierzu allgemein: StA Saarbrücken, Ansichtskartensammlung.



Abb. 32: Werbeplakat der Geschäftsstelle „Saar-Verein“

Da die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ keinen Einfluß auf den „Plakat-, Transparenten- und Fahnenkrieg“ nehmen konnte, der 1934 flächendeckend von der DF im Saargebiet geführt wurde, sollen die drei Hauptplakate des Abstimmungskampfes nicht weiter im Rahmen dieser Untersuchung thematisiert werden¹⁹⁴³.

Insbesondere in den ersten Jahren der staatsrechtlichen Separation des Saargebiets vom Deutschen Reich hatte die Geschäftsstelle gegen die mangelnden geographischen Kenntnisse in der deutschen wie auch ausländischen Öffentlichkeit zu kämpfen. Ihre zahlreichen Proteste wegen fehlerhafter Adressangaben, welche Saarbrücken Lothringen zuordneten, legen hierfür deutliches Zeugnis ab. Nachdem sich bereits der Saargebietsschutz diesem Problem in zwei seiner Publikationen zugewandt hatte¹⁹⁴⁴, veröffentlichte der „Saar-Freund“ zur Jahresmitte 1921 eine „Karte des Saargebiets“, welche fortan zahlreiche Druckwerke des Saarvereins zierte¹⁹⁴⁵. Sie verzeichnete natürlich neben den großen Eisenbahnlinien auch die Standorte der preußischen und bayerischen Kohlengruben sowie die Hüttenwerke der Eisen- und Glasindustrie, galt es doch, die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebiets stets ins Gedächtnis zu rufen. Die Karte suggerierte¹⁹⁴⁶ darüber hinaus aber auch den noch immer deutschen Charakter der lothringischen Ortschaften, die in ihrer deutschen Schreibweise erschienen. Zwischen Wadern im Norden und Saargemünd im Süden, Menskirchen im Westen und Wiesbach im Osten findet sich mit Ausnahme der Zeche La Houve bei Kreuzwald kein französischer Gemeindegemeinde.

¹⁹⁴³ Vgl. hierzu G[erhard] P[AUL]: „Deutsche Mutter - heim zu Dir!“, in: MALLMANN [u.a.] (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie, S. 148–156; PAUL/ SCHOCK, S. 61–69. Der Papensche Saarausschuß hatte sich außerdem gegen die Verbreitung des Plakates „Französischer Kohlenraub im Warndt“ entschieden: Vgl. Brief der GSV an das AA (07.05.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.640. Zu dem bedeutendsten Graphiker der NSDAP Mjölner (Hans Schweitzer), der 1935 zum „Reichsbeauftragten für künstlerische Formgebung“ avancierte, vgl. PAUL: Aufstand der Bilder, S. 161–164.

¹⁹⁴⁴ Vgl. die identische Karte des Saargebietes im Anhang bei FRANK und STEGEMANN, die aber noch nicht die aktuellen Grenzen, sondern nur die nationalen Verschiebungen zwischen 1648 und 1801 verzeichnete. Im Frühjahr 1920 hatte sich die Gebr. Hofer Verlagsanstalt eine Rüge Vogels eingehandelt, da sie eine „Handkarte des Saarstaates“ anstelle „des Saargebietes“ herausgab: Vgl. Brief der GSV an die Gebr. Hofer Verlagsanstalt (03.04.20), in: BA-R 8014/1019.

¹⁹⁴⁵ Die Karte (Siehe Dok. 1 im Anhang) erschien im Format 1:300.000: Vgl. SF 2 (1921) 10, S. 133; VOGEL: Deutsch die Saar immerdar!, Berlin 1925, S. 8 f.; DERS. (Hrsg.): Saar-Befreiungskampf, S. 395.

¹⁹⁴⁶ Vgl. hierzu allgemein das Kapitel „Maps as Weapons: The Development of suggestive cartography“, in: Henrik HERB: Under the map of Germany. Nationalism and propaganda 1918–1945, London - New York 1997, S. 76–94.

Ganz so, als habe es die Versailler Friedensordnung nie gegeben, sucht man ebenso die Grenzlinie zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich vergebens¹⁹⁴⁷.

Im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung trat die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Anfang 1934 an die Behörden mit dem Vorschlag heran, im großen Stil Handkarten des Saargebiets herstellen zu lassen. Der reichsdeutschen Bevölkerung sollte eine geographische Vorstellung der Region vermittelt werden, deren Rückgliederung eines der großen Themen im laufenden Jahr sein würde¹⁹⁴⁸. Die Anfrage blieb unbeantwortet, was zum einen daran gelegen haben könnte, daß bereits das Saarwirtschaftsarchiv eine ähnliche Karte auf den Weg gebracht hatte¹⁹⁴⁹ und zum anderen die Herausgabe des „Saar-Atlas“ unmittelbar bevorstand¹⁹⁵⁰.

Wenngleich das gedruckte Wort und Bild quantitativ am bedeutsamsten war, beschränkte sich die Propaganda des Bundes der Saarvereine keineswegs nur auf dieses Medium. Das Aufkommen moderner Techniken forderte auch von der Saarorganisation eine Anpassung an neu geweckte Bedürfnisse des Publikums. Lange bevor sie aber Film und Funk in den Dienst ihrer Aufklärung stellte, baute sie mit der Vortragspropaganda den zweiten tragenden Pfeiler ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf. Der Erfolg schien garantiert:

„Der Mensch will heute nicht mehr lesen, er will sehen und hören. Ihre Organisation ist der richtige Ort von dem aus durch lebendige belehrende Vorträge an allen Städten das Wissen um das Saargebiet, das Erwecken des Interesses für es getragen werden soll.“¹⁹⁵¹

¹⁹⁴⁷ Dafür ist die ehemalige Grenze zwischen dem bayerischen und preußischen Teil angedeutet. Der Zeichner beging den Fehler, sie im Süden über die Saargrenze hinaus nach Lothringen zu verlängern. Auf der Reliefkarte des Saargebiets aus dem Jahr 1932, die als Plakat massenhafte Verbreitung fand, sind die Reichsgrenzen von 1914 zumindest noch angedeutet: Siehe S. 414.

¹⁹⁴⁸ Vogel schwebte eine Auflage von bis zu 100.000 Exemplaren vor. Zusätzlich sollten 50 großformatige Karten für Vortragsredner aufgezogen werden: Vgl. Brief der GSV u.a. an das AA (05.01.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096.

¹⁹⁴⁹ Vgl. Übersichtskarte der Verwaltungseinheiten des Saargebiets 1:200.000, hergestellt vom Reichsamt für Landesaufnahme, Berlin 1934. Im gleichen Jahr ebenfalls: Friedrich LANGE (Bearb.): Deutsch die Saar! Übersichtskarte des Saargebiets mit Darstellung der Kohlenvorkommen und statistischen Angaben, Berlin 1934.

¹⁹⁵⁰ Der nach jahrelanger Vorlaufzeit im Auftrag der SFG 1934 publizierte Atlas richtete sich primär an ein wissenschaftlich nicht vorgebildetes und mit der Saarproblematik kaum vertrautes Publikum. Die zahlreichen Karten und Graphiken sollten zum Durchblättern animieren, wodurch die Kernaussage des Werkes – die Saar ist ein unbestritten deutsches Land – mittels dieser optischen Reize in das Unterbewußtsein des Betrachters eindringen sollte: Vgl. Brief Santes an Busley (16.01.33), in: Archiv des LVR, 3794. Zur Entstehung des „Saar-Atlas“ vgl. FREUND, S. 99–110.

¹⁹⁵¹ Vgl. Brief Keuths an die GSV (10.03.31), in: Saarlandmuseum, SM 42.

Kap. 5.5: Die Vortragspropaganda des Bundes der Saarvereine¹⁹⁵²

Stärker als beim gedruckten Wort, das sich vor allem in den großen überregionalen Zeitungen an ein breites Publikum richtete, und anders als über den Rundfunk mußten die unzähligen Vorträge der Saarvereinsredner auf die jeweilige Zuhörerschaft zugeschnitten sein, galt es doch die Dialektik zwischen Sender und Empfänger der Propaganda zu berücksichtigen. Infolgedessen standen bei der Vortragspropaganda weniger vernunftorientierte, wissenschaftliche Belehrung und fundierte, differenzierte Aufklärung als vielmehr gefühlsgeleitete und volkstümliche Suggestion im Vordergrund. Polemische Seitenhiebe gegen die vermeintlich Verantwortlichen für die vorübergehende Separation des Saargebiets vom deutschen Mutterland fanden guten Anklang, da die Zuhörer so Bekanntes und Vertrautes in nur geringfügig modifizierter Form erneut rezipieren und damit in ihrer Vorstellungswelt bestätigt werden wollten. Widerspruch war dann vom Publikum nicht zu erwarten. Obwohl sich die Berichte über Vortragsveranstaltungen des Bundes wie die empirische Bestätigung der theoretischen Überlegungen Gustave LE BONS¹⁹⁵³ lesen und nicht auszuschließen ist, daß diese von Vogel rezipiert wurden, findet sich im umfangreichen Schriftverkehr, den die Geschäftsstelle unter seiner Ägide führte, keine Bestätigung für eine derartige Vermutung. Zur Entwicklung eines erfolgreichen Propagandakonzeptes mußte er ebensowenig die entsprechenden Passagen in HITLERS „Mein Kampf“¹⁹⁵⁴ studiert haben – Vogel übertrug die in jahrzehntelanger Partei- und Vereinsarbeit an der Saar bewährte Vortragsstrategie schlichtweg auf sein neues Tätigkeitsfeld. Der ritualisierte und den Besuchern vertraute Ablauf der Kundgebungen mit Aufmärschen, Fahndeputationen, musikalischer Untermalung oder emotionalen Treueschwüren und Entschließungen¹⁹⁵⁵ band die Zuschauer als Teilnehmer

¹⁹⁵² Siehe hierzu ebenso die Ausführungen über die Saarkundgebungen der Ortsgruppen (Kap. 4.3), akademische Saarvorträge (Kap. 3.4 d) sowie die alljährlichen Bundestagungen (Kap. 7). Vgl. LA Saarbrücken, Saar-Verein 17; LA Saarbrücken, NL Vogel 29 und 31; BA-R 8014/1042–1045, 1100 f. und 1116.

¹⁹⁵³ LE BON ging 1895 davon aus, daß in einer größeren Gruppe versammelte Individuen eine spezifische „Massenseele“ entwickeln, deren Wesenszüge dem Charakter ihrer Einzelmitglieder teilweise diametral gegenüberstehen. Diese psychologische Masse handelt nach eigenen Gesetzen, der einzelne gibt unter Ausschaltung der Logik seine eigene Individualität auf; „*er ist ein Automat geworden, dessen Betrieb sein Wille nicht mehr in der Gewalt hat.*“ (S. 17) Die (Groß-) Gruppe beschreibt LE BON als triebhaft, erregbar, beweglich, beeinflussbar, leichtgläubig, überschwenglich, einseitig, unduldsam, herrschsüchtig, konservativ und gewaltbereit und vergleicht ihr Wesen mit dem eines Kindes oder unzivilisierten Wilden: „*Unter den Massen übertragen sich Ideen, Gefühle, Erregungen, Glaubenslehren mit ebenso starken Ansteckungskraft wie Mikroben.*“ (S. 89). Vgl. allgemein: Gustave LE BON: *Psychologie der Massen*, Stuttgart 1973, S. 10–37; Carl HUNDHAUSEN: *Propaganda. Grundlagen. Prinzipien. Materialien. Quellen*, Essen 1975, S. 31–35.

¹⁹⁵⁴ Vorträge mußten sich an der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten ihrer Zuhörer orientieren: Vgl. Adolf HITLER: *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band, München ^{509–513} 1939, S. 196–201. Für HITLER waren Massenversammlung „*der einzige Weg einer wirklich wirkungsvollen, weil unmittelbar persönlichen Beeinflussung und dadurch allein möglichen Gewinnung großer Volksteile*“ (S. 115).

¹⁹⁵⁵ Üblicherweise endeten Versammlung mit einem gemeinsam gesungenen Lied, vor welchem eine Resolution verabschiedet wurde, die als Beweis der Aktivität der Gruppe den Behörden oder zumindest der lokalen Presse zugeht. In aller Regel erfolgte auf diese Entschließungen keine Reaktion: Vgl. Sitzungen der Ortsgruppe Ickern am 18.06.21 (SF 2 (1921) 13, S. 179) und 14.06.31 (SF 12 (1931) 13/14, S. 234) oder Resolution der Ortsgruppe Berlin vom 24.01.22, die dem preußischen Ministerpräsidenten Braun für dessen Ausführungen im Landtag dankte: Vgl. SF 3 (1922) 3, S. 37. Beschluß der Gründungsversammlung der

aktiv in die Veranstaltung ein und schuf hierdurch eine Atmosphäre, in welcher sie bereit waren, sich auch mit einem bislang peripheren Problem wie der Saarfrage auseinanderzusetzen¹⁹⁵⁶. Um die Suggestivkraft von Massenversammlungen effektiv zu nutzen, empfahl Vogel den Ortsgruppen, eher kleine Säle für Vortragsveranstaltungen zu nehmen, als vor einem verstreuten Publikum zu referieren. Weniger die inhaltliche Botschaft der regelmäßig wiederholten einheitlichen Parolen als vielmehr die Art der Präsentation solcher Überzeugungsreden war entscheidend.

Wie im vorangegangenen Kapitel bereits dargelegt, erfüllten die lokalen Vereine in ihrer Gesamtheit allerdings weder inhaltlich noch quantitativ¹⁹⁵⁷ die in sie gesteckten Erwartungen: Der öffentliche Vortrag, der einmal im Jahr – nötigenfalls in Kooperation mit anderen vaterländischen Verbänden und politischen Parteien – auf die Beine gestellt wurde und publizistisch aufbereitet der Lokalpresse zur Veröffentlichung zugeing, dürfte die Ausnahme dargestellt haben. Um so mehr überrascht es, daß die Geschäftsstelle darauf verzichtete, geeignete Kandidaten aus den Ortsgruppen in Rednerkursen auf ihre Aufgabe vorzubereiten¹⁹⁵⁸. Statt dessen gab sie ihnen über den „Saar-Freund“ das notwendige Informationsmaterial für Vorträge an die Hand¹⁹⁵⁹ und konzipierte mehrere ausformulierte Vortragsmanuskripte, die unentgeltlich bezogen werden konnten¹⁹⁶⁰. Explizit zur Verbreitung unter den Saarvereinsortsgruppen ließ die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Mitte April 1932 eine Schallplatte mit dem Vortrag „Das Saarunrecht von Versailles“ pressen. Vogel skizzierte hierin in geraffter Form die Hauptvorwürfe gegen die noch

Ortsgruppe Gelsenkirchen: *„Solange es noch Saardeutsche gibt, solange ein Winterbergdenkmal stolz hinab ins Saartal blickt als Sinnbild einst ruhmvoller Tage für die Bewohner und als Sinnbild der preußisch-deutschen Kraft, mit der vereint das Saargebiet zu Blüte und zu Wohlstand gelangt ist, solange wird kein echter deutscher Saarsohn seine deutsche Mutter verleugnen.“* SF 3 (1922) 4, S. 63.

¹⁹⁵⁶ Schließlich zog nur eine erfolgreiche Veranstaltung die ebenso wichtige „Mund-zu-Mund-Propaganda“ nach sich.

¹⁹⁵⁷ Der Tätigkeitsbericht aus dem Jahr 1928 gibt einen guten Einblick in die Relation: In etwa jeder zweiten Ortsgruppe (36) fanden im Laufe des Jahres Saarovorträge statt; während sich Stuttgart mit elf Veranstaltungen profilierte, gelang es Bochum im gleichen Zeitraum gerade an zwei Abenden, die Saarfrage öffentlich zu diskutieren: Vgl. Jahres-Rückschau ... für das Jahr 1928, S. 28 f. Immerhin fanden 1924 in 60 Städten und im darauf folgenden Jahr bereits in über 100 Städten Vorträge über die Saarfrage statt: Vgl. „Denkschrift über Bund und Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ (Januar/ Februar 1925), in: StA Freiburg C 4/ IX/ 2/ 1, S. 4; „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

¹⁹⁵⁸ Lediglich in den frühen Zwanzigern fand einmalig eine spezielle Schulung auf Betreiben der RVP statt: Vgl. Brief der GSV an die RVP (03.11.21), in: BA-R 1603/2723.

¹⁹⁵⁹ Vgl. POSSELT: Die pressepolitischen Aufgaben, S. 260 f.

¹⁹⁶⁰ „Deutsches Land an der Saar“ von Richard Posselt, „Freiheit für die Saar“ von Otto Pick, „Was jeder von der Volksabstimmung wissen muß“ von Curt Groten, „Das Saargebiet“, „Präsident Knox!“, „Die deutsche Saar nicht vergessen“, „Das Saarunrecht von Versailles“ und „Das deutsche Saargebiet“ von Vogel sowie „Das deutsche Saargebiet“ von Otto Andres: Vgl. SF 11 (1930) 19, S. 364; Jahresbericht 1933, S. 16. Manche dieser Standardvorträge wurden durch Lichtbilder ergänzt. Der Vortrag von Andres stammte aus dem Jahr 1928: Vgl. Institut für geschichtliche Landeskunde FB 8714.

immer unter französischer Dominanz stehende Regierungskommission, was zur Folge hatte, daß die Einfuhr der Platte ins Saargebiet untersagt wurde¹⁹⁶¹.

In aller Regel waren die lokalen Niederlassungen des Bundes lediglich für die Organisation vor Ort zuständig, während ein von der Berliner Zentrale delegierter Redner auf Kosten des Vereins anreiste¹⁹⁶².

Vogel selbst war der mit weitem Abstand aktivste und am stärksten nachgefragte Redner. Grob überschlagen hielt er zwischen April 1919 und März 1935 neben seiner Tätigkeit in der Berliner Zentrale insgesamt mindestens 280 Vorträge; er besuchte hierbei praktisch alle größeren Städte zwischen Königsberg, Trier, Flensburg und Wien¹⁹⁶³. Nach ihm war Karl Ollmert, der sich nach seiner Flucht aus dem Saargebiet im Herbst 1920 zunächst in Fulda niederließ¹⁹⁶⁴, in die Rednerpropaganda involviert. Durchschnittlich zwei bis drei Vorträge im Jahr hielt der Nationalversammlungsabgeordnete reichsweit ebenso vor Ortsverbänden des Zentrums wie vor verschiedenen Studentenschaften und natürlich Ortsgruppen des Bundes¹⁹⁶⁵. Schenkt man den Berichten im „Saar-Freund“ Glauben, so hielt Richard Posselt, einer der maßgeblichen Köpfe der literarischen Saarpropaganda, lediglich vier Vorträge. Auch der demokratische Abgeordnete Karl Ommert war im Grunde nur in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre rednerisch aktiv. Etwa zur gleichen Zeit engagierten sich Ernst Debusmann und andere Ortsgruppenvorsitzende wie der Düsseldorfer Dr. Kill oder der Magdeburger Walter Giersberg verstärkt in der Vortragspropaganda. Gern gesehene Gäste und damit eine wichtige Stütze waren saarländische Persönlichkeiten wie

¹⁹⁶¹ Vgl. SF 13 (1932) 16, S. 245 f. Text des Vortrages (aufgenommenen bei der Electrola GmbH), in: BA-R 8014/1032. Vgl. auch SF 13 (1932) 16, S. 245 f.; SF 13 (1932) 16, S. 251 f.; „Magdeburger Tagblatt“ Nr. 149 (28.08.32). Zuvor hatte sich Vogel die etwa sechseitigen Ausführungen von Voigt absegnen lassen: Vgl. Brief der GSV an das AA (11.02.32) und Antwortschreiben (05.03.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.094.

¹⁹⁶² Teilweise griff sie auch auf externe Redner zurück, beispielsweise aus dem Kader der Heidelberger Pfalzzentrale: Vgl. Brief der RVP an die GSV (08.03.24), in: BA-R 8014/782.

¹⁹⁶³ Dabei versuchte er von Anfang an, selbst auf privaten Reisen Auftritten einzuflechten: Vgl. Brief des Kurdirektors von Bad Nauheim an Vogel (18.07.19), in: BA-R 8014/9. Auftritte von Saarvereinsrednern im Ausland wurden von den jeweiligen französischen Vertretungen mit großem Interesse verfolgt: Vgl. beispielsweise Brief der französischen Gesandtschaft Wien an Außenminister Briand (19.12.27) anlässlich des Auftritts Andres' an der Wiener Universität am 09.11.27, in: MAE, Sarre 117. Vgl. hierzu allgemein: BA-R 8014/1117.

¹⁹⁶⁴ Vgl. Brief Ollmerts an die GSV (05.11.20), in: BA-R 8014/146. Als Mitarbeiter der RfH lieferte er dreimal monatlich mehrseitige Berichte an die Polwona: Vgl. Berichte Ollmerts über die Vorgänge im Saargebiet (Januar – Oktober 1922), in: BA-R 1603/2513. Mitte der zwanziger Jahre hoffte er, daß das gegen ihn verhangene Urteil im Zuge der deutsch-französischen Entspannungspolitik revidiert werden würde, um ohne Gefahr durch das besetzte Rheinland reisen zu können: Vgl. Schriftwechsel zwischen Ollmert, dem AA und der Regierungskommission (1925–1927), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.894. Anfang 1932 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der Frankfurter Ortsgruppe gewählt (vgl. SF 13 (1932) 4, S. 62 f.), zwei Jahre später in die Saar-Abteilung der NSDAP nach Berlin berufen: Vgl. SF 15 (1934) 3, S. 51; BA-R 8014/1140.

¹⁹⁶⁵ Vgl. Schriftverkehr in: BA-R 8014/146 sowie SF 2 (1921) 11, S. 151 ff.; SF 2 (1921) 16, S. 231; SF 2 (1921) 18, S. 263 f.; SF 2 (1921) 19, S. 279 f.; SF 2 (1921) 20, S. 295; SF 2 (1921) 23, S. 342 ff.; SF 3 (1922) 23, S. 354; SF 6 (1925) 19, S. 325 f.; SF 6 (1925) 22, S. 375; SF 7 (1926) 13, S. 211; SF 7 (1926) 15, S. 246 f.; SF 9 (1928) 9, S. 146; SF 10 (1929) 2, S. 37; SF 10 (1929) 4, S. 76; SF 10 (1929) 5, S. 94 f.; SF 10 (1929) 21, S. 460 f.; SF 11 (1930) 6, S. 122; SF 13 (1932) 5, S. 74 f.; SF 15 (1934) 8, S. 146 f.; SF 15 (1934) 20, S. 422 f.

Hermann Röchling¹⁹⁶⁶, Otto Pick, Pfarrer Peter Wilhelm, Walther Cartellieri¹⁹⁶⁷ oder Fritz Kloevekorn¹⁹⁶⁸, die vor allem vor akademischem Publikum über die Saarfrage referierten.

Nach der „Machtergreifung“ und Gleichschaltung des Bundes fanden Vortragsveranstaltungen im Grunde nur noch unter Mitwirkung der lokalen Parteigliederungen statt. Neben den Redner über saarspezifische Themen trat ein Propagandist der NSDAP¹⁹⁶⁹, die zunehmend die Ortsgruppen als Veranstalter von Vorträgen verdrängte.

Kap. 5.6: Die Lichtbild- und Filmpropaganda

Es gehörte insbesondere in der Frühphase der Weimarer Republik zum guten Ton, die deutsche Niederlage einerseits durch den „Dolchstoß“ der Heimatfront zu erklären und andererseits der Überlegenheit der alliierten Propaganda anzulasten. Dienten derartige Behauptungen primär der Exkulpation der erfolglosen Obersten Heeresleitung, so trafen sie insofern zu, als die staatliche deutsche Filmpropaganda während des Ersten Weltkrieges tatsächlich noch in den Kinderschuhen steckte, wohingegen die alliierte Filmberichterstattung beachtenswerte Erfolge verzeichnete¹⁹⁷⁰. Der Siegeszug der bewegten Bilder als neues Medium der Massenbeeinflussung setzte sich nach dem Friedensschluß fort. Nicht nur Unterhaltungstreifen erfreuten sich beim Publikum großer Beliebtheit, auch Dokumentar- und volksbildende Filme waren willkommene Alternativen der Freizeitgestaltung. Das Angebot an geeigneten Lichtspielsälen und Projektoren konnte in der Provinz die stetig wachsende Nachfrage kaum mehr befriedigen¹⁹⁷¹.

Wie zuvor der Saargebietsschutz versuchte auch die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, die visuellen Suggestionen des Zelluloid für ihre Propagandazwecke einzusetzen. So sondierte Vogel bereits im Sommer 1920 beim Reichsverband Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer die Möglichkeiten,

¹⁹⁶⁶ Freilich besaß der BdS auch auf diesem Gebiet kein Monopol: Beispielsweise sprachen Hermann Röchling und der Fraktionsführer des Zentrums im saarländischen Landesrat, Franz Levacher, Anfang 1927 in Danzig auf Einladung des dortigen Heimatdienstes, ohne daß die Königgrätzer Straße einbezogen worden wäre: Vgl. SF 8 (1927) 5, S. 74 f.

¹⁹⁶⁷ Vgl. SF 13 (1932) 4, S. 61 f.; SF 13 (1932) 6, S. 95 f.; SF 13 (1932) 7, S. 111 f.; SF 14 (1933) 4, S. 66.

¹⁹⁶⁸ Vgl. SF 8 (1927) 2, S. 31 f.; SF 8 (1927) 15, S. 242 f.; SF 9 (1928) 2, S. 23–26; SF 9 (1928) 3, S. 39–42; SF 10 (1929) 3, S. 56 f.; SF 10 (1929) 22, S. 483; SF 10 (1929) 23, S. 503 f.; SF 10 (1929) 24, S. 518 f.; „Saar-Zeitung“ Nr. 272 (25.11.29).

¹⁹⁶⁹ Vgl. Richtlinien für das I. Quartal 1934 (18.11.33), in: BA-R 8014/139.

¹⁹⁷⁰ Vgl. Hans BARKHAUSEN: Filmpropaganda für Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hildesheim [u.a.] 1982, S. 7–181.

¹⁹⁷¹ Vgl. allgemein: Jan-Pieter BARBIAN: Politik und Film in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Kulturpolitik der Jahre 1918 bis 1933, in: AKG 80 (1998), S. 213–245. Detaillierte quantifizierende Angaben über Kinobesuche während der Weimarer Republik: Vgl. K.C. FÜHRER: Auf dem Weg zur „Massenkultur“. Kino und Rundfunk in der Weimarer Republik, in: HZ 262 (1996), S. 739–781, hier: S. 742–756.

„zwecks Hebung des Interesses für das im übrigen Deutschland leider schon ziemlich in Vergessenheit geratene Saargebiet die Schaffung eines Saarlandfilmes in die Wege zu leiten.“¹⁹⁷²

Obschon ein ähnlicher Propagandastreifen erst wenige Monate zuvor im Vorfeld der Volksabstimmung in Schleswig realisiert worden war¹⁹⁷³ und sowohl die „Universum-Film AG“ als auch die „Titan-Film Co.“ Interesse an dem Projekt bekundeten, erteilte das Reichsinnenministerium dem Vorhaben eine Absage¹⁹⁷⁴. Ungeachtet dessen hielt die Geschäftsstelle an ihrem Vorhaben fest, den Industriefilm „Heiliges Feuer“ als Schauspiel in sechs Akten zu initiieren. Das Drehbuch zu diesem Film, dessen 1,5-Millionen-Budget zu zwei Dritteln von saarländischen Industriellen aufgebracht werden sollte¹⁹⁷⁵, stammte von Maximiliane Ackers; als Regisseur hatte Generalleutnant Heidborn den Intendanten der Staatlichen Schauspiele Berlin, Leopold Jessner, ins Auge gefaßt¹⁹⁷⁶. Letzten Endes wurde das Projekt nicht realisiert, da sich die privaten Geldgeber, unter denen der Industrie- und Finanzverbund der Röchlings tonangebend gewesen sein dürfte, nicht mit Ackers kritischer Darstellung der Streiks im Saarrevier anfreunden konnten¹⁹⁷⁷.

Auf längere Sicht konnten sich aber die staatlichen Stellen ihre Passivität in der Kinopropaganda nicht leisten, da das Ende Mai 1920 in Kraft getretene „Gesetz über die Prüfung von Bildstreifen für Lichtspiele“¹⁹⁷⁸ im Saargebiet keine Anwendung fand und damit dem Einzug des französischen Propagandafilms die Tür geöffnet war. Zunächst allerdings blieben die in den besetzten Gebieten getroffenen Gegenmaßnahmen defensiver Natur¹⁹⁷⁹. Auch die Berichte der Vertrauens-

¹⁹⁷² Vgl. Brief der GSV an den Reichsverband Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer e.V. (09.07.20), in: BA-R 8014/1019. Die Anregung hierzu stammte vermutlich vom Saarverein Düsseldorf (09.06.20), in: BA-R 8014/313.

¹⁹⁷³ Neben einigen anderen Filmen hatte die RfH auch „Meerumschlungen“ produziert: Vgl. WIPPERMANN, S. 281 (Anm. 125); BARBIAN, S. 223.

¹⁹⁷⁴ Vgl. Brief des RMI an den Reichsverband Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer e.V. (28.08.20), in: BA-R 8014/1125. Von Seiten der RfH war keine Unterstützung zu erwarten: Sie hatte darauf verzichtet, das Bild- und Filmamt (Bufa) des Kriegsministeriums zu übernehmen und löste die Reichsfilmstelle 1922 auf. Erst gegen Ende der Weimarer Republik ging sie zu eigenen Filmproduktionen über: Vgl. WIPPERMANN, S. 93 und S. 280–287; VOGEL: Propaganda, S. 73.

¹⁹⁷⁵ Vgl. Brief der GSV an den DSB (23.10.20), in: BA-R 8014/1125; Brief der RVP an Pressechef Heilbron (27.11.20), in: BA-R 1603/2519.

¹⁹⁷⁶ Vgl. Brief Heidborns an Ackers (16.11.20) und an die GSV (22.11.20), in: BA-R 8014/1125.

¹⁹⁷⁷ Vgl. Brief der GSV an Ackers (01.02.21), in: Ebd. Aus dem bereits abgedrehten Material entstand daher der Industriefilm „Die bedrohte Eisenindustrie im Saargebiet“, der außer der wirtschaftlichen Bedeutung des Saarreviers auch dessen landschaftlichen Reize aufzeigen wollte. Obwohl er im Juli 1921 der „Deutschen Lichtbild-Gesellschaft“ überreicht wurde, gelangte der Film nie zur öffentlichen Aufführung; Ende 1921 lief er in geschlossener Vorstellung vor den Mitgliedern der Berliner Ortsgruppe: Vgl. Schriftwechsel in: BA-R 8014/1125; SF 3 (1922) 1, S. 16; Bericht Schulz van Enderts über seine Tätigkeit auf der Kasseler Bundestagung (03.04.21), in: BA-R 8014/18.

¹⁹⁷⁸ Vgl. BARBIAN, S. 229–238.

¹⁹⁷⁹ Beispielsweise empfahl das PrMWissenschaft Staatskommissar von Winterstein (22.03.21, in: BayHStA, MA 108.038) lediglich die technische und finanzielle Förderung „einwandfreier [deutscher – F.B.] Lichtspielbetriebe“ insbesondere in ländlichen Regionen.

leute an die Ministerien beschränkten sich auf reine Bestandsaufnahmen¹⁹⁸⁰, obwohl im Saargebiet nach einer gemäßigten Phase zunehmend während des Krieges gedrehte Filme zur Aufführung gelangten, die das deutsche Nationalgefühl aufs Tiefste verletzten¹⁹⁸¹ und darauf angelegt seien,

„in den dargestellten Deutschen die Verkörperung niederträchtiger, gemeiner Gesinnung zu zeigen, während die Angehörigen der Entente als reine Idealgestalten“¹⁹⁸²

erschieden. Zwar gelang es den französischen Propagandastreifen – auch aufgrund der schwachen Mark – nicht, den deutschen Film an der Saar zu verdrängen, jedoch erwiesen sich französische Filme wegen der zweisprachigen Untertitelung als „*excellent moyen de commencer [...] de faire lire et comprendre un peu de français*“¹⁹⁸³. Es sollte noch drei Jahre dauern, bis die deutsche Seite mit „Fröhlich Pfalz, Gott erhalt's“ aktiv in die Filmpolitik eingriff. Dieser in der zweiten Jahreshälfte 1924 von der „Europa-Film AG“ mit finanzieller Unterstützung des Reichs und Bayerns hergestellte und Anfang Januar 1925 uraufgeführte Streifen versuchte als Reaktion auf die Separatismusbewegung, die jahrhundertalte Verbundenheit der Pfalz mit Bayern anhand landschaftlicher Aufnahmen zu belegen¹⁹⁸⁴.

Ähnliche Bestrebungen verfolgte die etwa zu dieser Zeit im Saargebiet unter dem Vorsitz des Saarbrücker Stadtschuldirektors und Leiters des Saar-Sänger-Bundes Hans Bongard ins Leben gerufene „Deutsche Lichtbild- und Filmgemeinschaft an der Saar e.V.“, die ihr hauptsächliches Betätigungsfeld an den saarländischen Schulen sowie in der Kooperation mit Vereinen sah – „sofern der beabsichtigte Zweck nicht den Interessen des Deutschtums widerläuft.“¹⁹⁸⁵ Innerhalb der Saarbrücker Stadtbibliothek waren der Filmgemeinschaft zwei Räume zur Verfügung gestellt worden; zwölf weitere dezentrale Bezirksstellen, die jeweils mit Projektionsapparaten und einer Grundausrüstung von 500 Dias versehen waren, sorgten für die „Förderung und Erhaltung der

¹⁹⁸⁰ Vgl. Bericht eines Vertrauensmanns über das „Lichtspielwesen im Saargebiet“ (24.05.21), in: Ebd. Am 15.06.21 folgte ein analoger Bericht über die Lage in der Pfalz.

¹⁹⁸¹ Vgl. Brief des RMI an die Landesregierungen (18.02.21), in: Ebd.

¹⁹⁸² Vgl. Brief des PrMWissenschaft an Staatskommissar von Winterstein (22.03.21), in: Ebd. Etwa zur gleichen Zeit skizzierte hingegen der Metzger Filmexporteur Baillard seine Konzeption eines zweistündigen Abendprogramms (Vgl. Brief Baillards an Dr. Schüler, Saarbrücken (26.02.21), in: Ebd.):

1. *Vue des sites les plus jolis de la France et de nos colonies.*
2. *Un film comique choisi.*
3. *Une projection scientifique instructive sur la bactériologie.*
4. *Quelques films silhouettes, réclames de nos produits français, marques à lancer ou déjà lancées.*
5. *Un roman choisi.*

¹⁹⁸³ Ebd.

¹⁹⁸⁴ Vgl. den entsprechenden Schriftwechsel in: Ebd.

¹⁹⁸⁵ Vgl. Aufzeichnung des Geschäftsführers Wagner (04.09.25), in: BayHStA, MA 108.221. Die beiden Lehrer Bongard und Wagner setzten für den weiteren Aufbau auf die Unterstützung der saarländischen Geistlichkeit und der Lehrerschaft. Zum Zentrumsmittglied Bongard, der ab Anfang 1930 Mitglied im Kulturbeirat des Südwestdeutschen Rundfunks in Frankfurt und ab Herbst 1931 in gleicher Funktion beim Bayerischen Rundfunk in München vertreten war, vgl. Ansgar DILLER: Der Frankfurter Rundfunk 1923–1945 unter besonderer Berücksichtigung der Zeit des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1975, S. 35 ff.; DERS.: Rundfunkpolitik im Dritten Reich, München 1980, S. 233; FREUND, S. 82 f.; MICHALIK: Chorgesangwesen, S. 23.

deutschen Kultur im Saargebiet“ mittels Lichtbildern und Film¹⁹⁸⁶. An das außersaarländische Publikum richteten sich hingegen die vom Geschäftsführer der Filmgemeinschaft stammenden beiden Entwürfe eines Saar-Dokumentarfilms, der in dieser Form jedoch nie realisiert wurde¹⁹⁸⁷. Als die Initiative zur Herstellung eines Saar-Wirtschaftsfilms im Sommer 1925 vermutlich von der Bundesfilm AG ausging, stieß das Vorhaben bei der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auf offene Ohren. Wie schon vier Jahre zuvor erklärte die saarländische Privatwirtschaft auch dieses Mal ihre Bereitschaft zur Co-Finanzierung¹⁹⁸⁸. Obwohl die Aufnahmen anscheinend schon zu Jahresende abgedreht waren¹⁹⁸⁹, zog sich die Zeit bis zur ersten öffentlichen Vorführung von „Das deutsche Land an der Saar“ noch bis Ende 1930 hin¹⁹⁹⁰. Welche Vorbehalte das preußische Innenministerium im einzelnen gegen den Streifen geltend machte¹⁹⁹¹, ließ sich nicht eruieren, doch verstrichen weitere 16 Monate, bis das etwa eineinhalbstündige Werk Mitte März 1932 erneut uraufgeführt werden konnte¹⁹⁹². Ohne eigentliche Handlung zeigte er dokumentarisch Aufnahmen verschiedener saarländischer Landschaften und Städte sowie Fertigungs- und Förderungsprozesse der Gruben-, Hütten-, Glas- und Keramikindustrie. Ohne die Darstellung einzelner Feierlichkeiten, saarländischen Brauchtums und herausragender Bauwerke hätte er auf die Zuschauer phasenweise wie ein Werbefilm der saarländischen Wirtschaft wirken können¹⁹⁹³. Er endete mit Bildern, welche die „Deutsche Lichtbild- und Filmgemeinschaft an der Saar e.V.“ auf der Heidelberger Tagung des Bundes der Saarvereine aufgenommen hatte¹⁹⁹⁴ und klang mit

¹⁹⁸⁶ Vgl. ebd. In den folgenden Jahren wuchs der Lichtbild- und Filmbestand der Gemeinschaft auf mehrere Zehntausend Lichtbilder und etwa 600 km Film an: Vgl. Hans BONGARD: Das Kulturleben an der Saar, in: KLOEVEKORN (Hrsg.): Das Saargebiet, S. 409–438, hier: S. 435 f.; DERS.: Grundlinien deutscher Kulturpolitik an der Saar, in: GRABOWSKY/ SANTE (Hrsg.): Grundlagen des Saarkampfes, S. 307–336, hier: S. 327.

¹⁹⁸⁷ Vgl. Briefe Wagners an die GSV (11.07.27 und 14.04.28), in: BA-R 8014/1125.

¹⁹⁸⁸ Vgl. Brief der GSV an die „Bundesfilm AG“ (06.08.25), Antwortschreiben (28.09.25) und Brief Hermann Röchlings an die GSV (04.01.26), in: Ebd. Der Saarfilm hätte sich damit in die Reihe weiterer Filme über die westlichen Grenzgebiete eingefügt, die Mitte der zwanziger Jahre entstanden.

¹⁹⁸⁹ Vgl. Brief der „Bundesfilm AG“ an die GSV (25.11.25), in: Ebd.

¹⁹⁹⁰ Sie fand am 23. und 24.11.30 im Rahmen der Vortragsreihe „Verkehr und Industrie“ des Reichsbundes Deutscher Technik in Berlin statt: Vgl. Alfred-Helmut JACOB, S. 114; SF 12 (1931) 1, S. 2 f. Parallel hierzu liefen auch Verhandlungen der GSV mit der kinematographischen Abteilung der Friedrich Krupp AG über einen Saar-Kulturfilm, die sich allerdings aufgrund des Streifens der „Bundesfilm AG“ zerschlugen: Vgl. Schriftwechsel zwischen GSV und Franz Windeck (Oktober 1930), in: BA-R 8014/118 und 1125.

¹⁹⁹¹ In technischer Hinsicht sei der Film einwandfrei, „jedoch in politischer Hinsicht noch unvollkommen und erheblich verbesserungsfähig“, so daß er dem Ministerium „in seiner heutigen Fassung für den gedachten Propagandazweck nicht geeignet“ schien: Vgl. Brief des PrMI an die GSV (04.04.31), in: BA-R 8014/681.

¹⁹⁹² Vgl. SF 13 (1932) 5, S. 82 f. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten ihn lediglich die Ortsgruppen des Bundes in Berlin, Leipzig und Mengede vor ihren Mitgliedern gezeigt: Vgl. SF 12 (1931) 1, S. 16; SF 12 (1931) 21, S. 363.

¹⁹⁹³ Vgl. SF 13 (1932) 22, S. 370. Vgl. ebenso BA-R 8014/1108 sowie die Liste der Untertitel in: BA-R 8014/1125 (Dok. 15 im Anhang).

¹⁹⁹⁴ Aus finanziellen Gründen hatte die GSV seinerzeit verzichtet, die etwa 250 Meter Filmaufnahmen, die allabendlich in saarländischen Kinotheatern liefen, von der Gemeinschaft zu erwerben: Vgl. Brief der GSV an Wentz (30.07.28), in: BA-R 8014/1107.

dem Deutschlandlied aus. Nach Gesprächen Bongards und Wagners mit Dr. Heimburger, dem Direktor der Innenabteilung der Regierungskommission, durfte „Das deutsche Land an der Saar“ auch im Saargebiet aufgeführt werden; am 27. November 1932 lief die erste öffentliche Vorstellung im Saarbrücker Ufa-Palast¹⁹⁹⁵.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ verfügte zwar nun über ein modernes Propagandamedium, dessen Wirkung aber größtenteils verpuffte, da es ihr nicht gelang, den Streifen auch außerhalb der für die Saarfrage ohnehin sensibilisierten Ortsgruppen¹⁹⁹⁶ aufzuführen. Angesichts der strukturellen Krise der deutschen Filmindustrie ab Mitte der zwanziger Jahre, die infolge der Brüningsschen Deflationspolitik weiter verstärkt wurde¹⁹⁹⁷, sowie den allgemein rückläufigen Besucherzahlen in den deutschen Lichtspielhäusern dürfte „Das deutsche Land an der Saar“ zu spät auf den Markt gelangt sein, um ein größeres Publikum über die Problematik des Saargebiets aufzuklären: Zum 1. Januar 1934 erging ohnehin ein parteiamtliches Verbot gegen den Film, „*da er auf die neuste Zeitgeschichte des Deutschen Reiches nicht*“ einging¹⁹⁹⁸. Das Reichsministerium für Propaganda und Aufklärung bemühte sich im Laufe des Jahres 1934 vergeblich, rechtzeitig vor dem Plebiszit mehrere kürzere Filme zu produzieren, die den Saarfilm ersetzen sollten; gelegentlich gelangten die Aufnahmen der Saartreuestaffel von 1934 unter dem Namen „Wir tragen die Treue von Hand zu Hand“ zur Aufführung¹⁹⁹⁹. Aus ideologischer Engstirnigkeit hatten sich die Nationalsozialisten selbst eines der wirksamsten Propagandamittel im Abstimmungskampf beraubt²⁰⁰⁰. Es blieb bei Wochenschauberichten, beispielsweise über den 30. Januar 1934 in Saarbrücken²⁰⁰¹.

¹⁹⁹⁵ Die Regierungskommission störte sich vor allem an der Erwähnung der Grubenschäden in Schnappach, welche die „Administration des Mines Domaniales“ im Vergleich zur fürsorglich dar gestellten preußischen Grubenverwaltung in ein schlechtes Licht rückte: Vgl. Aktennotiz Bongards und Wagners (20.04.32), in: LHA Koblenz, 403/16.856. Zur Uraufführung in Saarbrücken vgl. Aufzeichnung Wagners (01.12.32), in: LHA Koblenz, 403/16.857.

¹⁹⁹⁶ Vgl. VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 227 sowie die entsprechenden Berichte in: SF 13 (1932) 17, S. 295 f.; SF 14 (1933) 1, S. 15; SF 14 (1933) 8, S. 130; SF 14 (1933) 9, S. 147 f.; SF 14 (1933) 10, S. 162; SF 14 (1933) 21, S. 411. Anfang 1933 zeigte die Ortsgruppe Wiesbaden den Film an allen städtischen Schulen vor insgesamt über 7.000 Schülern: Vgl. SF 14 (1933) 4, S. 68.

¹⁹⁹⁷ Vgl. BARBIAN, S. 241 f.

¹⁹⁹⁸ Vgl. Brief der GSV an das Sanatorium Agra (24.05.34), in: BA-R 8014/183. Damit war der Film schon vor Inkrafttreten des Reichsfilmgesetzes vom 16.02.34 verboten worden, das eine Vorzensur von Manuskripten sowie eine generelle Kontrolle der vorher produzierten Filme vorsah: Vgl. RGBL. 1934/I, S. 95–99. Zur NS-Filmpolitik vgl. David WELCH: Propaganda and the German Cinema 1933–1945, New York 1983, S. 6–30.

¹⁹⁹⁹ Vgl. den entsprechenden Schriftwechsel in BA-R 8014/240, 1110 und 1112.

²⁰⁰⁰ In Paris hingegen lief im Jahr 1934 „La Tragédie de la Sarre“, der die kulturelle, volkswirtschaftliche und geographische Zugehörigkeit des Saargebiets zu Frankreich belegen sollte. Vgl. Inhaltsangabe (Februar 1934), in: BA-R 8014/446.

²⁰⁰¹ Vgl. „Volksstimme“ Nr. 33 (08.02.34) sowie Brief Wagners an die Landesbildstelle (08.02.34), in: LHA Koblenz, 403/16.859. Die GSV hatte vor 1933 keinen Einfluß auf die deutschen Wochenschauen genommen.

Die Lichtbildpropaganda²⁰⁰² der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ war weitaus erfolgreicher als ihre Filmpropaganda, was dem Umstand zu verdanken war, daß die Diaserien nicht nur wesentlich günstiger herzustellen waren, sondern auch ohne größeren technischen Aufwand aufgeführt werden konnten. Für den Lichtbildervortrag „Unser Saargebiet in Wort und Bild“ erhielt die Geschäftsstelle sogar je 10.000 RM durch das preußische Innenministerium und den Staatssekretär für die besetzten Gebiete²⁰⁰³, was insofern überrascht, als die RVP dem Vortrag keinen Wert beimaß:

*„Jegliche propagandistische Wirkung in dem Sinne, wie wir sie brauchen, geht dem Vortrag ab. [...] Der Verfasser ist ohne eigentliche Kenntnis der einzelnen geographischen Begriffe.“*²⁰⁰⁴

Mitgelieferte Begleittexte zu den Diaserien ermöglichten auch Ortsgruppenmitgliedern ohne rhetorische Vorbildung, ansprechende Vorträge über die Saarheimat zu halten. Dies erklärt auch die überaus rege Nachfrage nach den stetig ergänzten Serien.

Anfangs hatte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ noch Schwierigkeiten, an geeignete Aufnahmen für die Lichtbildervorträge zu gelangen²⁰⁰⁵, spätestens jedoch mit der Einrichtung des Lichtbild- und Filmamts der Stadt Saarbrücken im Jahr 1925 wurde sie von dessen Leiter Max Wentz unentgeltlich mit qualitativ hochwertigen Photographien versorgt²⁰⁰⁶. Wegen der jahrelangen Verzögerungen, die sich bei der Herstellung von „Das deutsche Land an der Saar“ ergaben, intensivierte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ab 1928 ihre Lichtbildpropaganda im Vorprogramm der deutschen Kinos²⁰⁰⁷. Wentz, der zu diesem Zweck vom Saarbrücker Oberbürgermeister drei Wochen beurlaubt wurde²⁰⁰⁸, fertigte eine neue Serie aus 35 Photographien an, welche mit Unterschriften wie „Vergeßt nicht das deutsche Land an der Saar“ oder „Denkt immer an das deut-



Abb. 33: Max Wentz

²⁰⁰² Im folgenden, sofern keine andere Quelle genannt: BA-R 8014/1102–1112. Vogels 1934 überarbeiteter Standardvortrag, in: LA Saarbrücken, NL Vogel 31. Auch die RfH, die 1922 den Deutsche Lichtbild-Dienst als privatwirtschaftlichen Betrieb gründete, verfügte über mindestens zwei einschlägige Lichtbildreihen: „Das Saargebiet“ sowie „Das Land an der Saar“: Vgl. RICHTER, S. 182; WIPPERMANN, S. 109.

²⁰⁰³ Ferner war Kinoreklame vorgesehen: Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 16.08.22 (17.08.22), in: BA-R 8014/7; Brief des PrMI (22.09.22) und des StSbesGeb (03.11.22) an die GSV, in: BA-R 8014/669.

²⁰⁰⁴ Vgl. undatiertes Gutachten des Studienrats Hengstenberg für die RVP, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090.

²⁰⁰⁵ Vgl. Brief der GSV an Architekt Kreuchauff (11.08.19), in: BA-R 8014/9.

²⁰⁰⁶ Im Gegenzug warb die GSV für die Bildermappen von Wentz, so beispielsweise in SF 13 (1932) 9. Siehe hierzu den umfangreichen Schriftverkehr zwischen GSV und Wentz (1929–1934), in: BA-R 8014/809 ff. Während der Jahre, die sich Vogel zwangsweise in Berlin aufhielt, kümmerte sich Wentz um dessen Anwesen auf dem Saarbrücker Triller.

²⁰⁰⁷ Vgl. Protokolle der Sitzungen des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 21.01.28 (25.01.28), 23.03.29 (28.03.29) und 16.10.28 (20.10.28), in: BA-R 8014/7; Jahres-Rückschau ... für das Jahr 1928, S. 22.

²⁰⁰⁸ Vgl. Brief Neikes' an die GSV (18.07.28), in: BA-R 8014/1107.

sche Saargebiet“ versehen waren²⁰⁰⁹. Allem Anschein nach erfüllten die verschiedenen Filmgesellschaften und die Besitzer der Kinos ihre Zusagen²⁰¹⁰, so daß diese Propagandaoffensive erfolgreich verlaufen sein dürfte; zur Kontrolle zog die Geschäftsstelle die im Reich verstreuten Ortsgruppen heran²⁰¹¹.

Im Vorfeld der Abstimmung kursierten etwa 50 verschiedene Serien mit je 80–100 Bildern, welche allerdings kaum die Anfragen der zahlreichen neuen Ortsgruppen befriedigen konnten²⁰¹². Um nicht Gefahr zu laufen, daß die Lichtbildervorträge ebenso wie der Saarfilm aufgrund mangelnder Aktualität verboten wurden, nahm die Geschäftsstelle Anfang 1934 entsprechende Ergänzungen der Serien vor²⁰¹³.

Kap. 5.7: Die Rundfunkpropaganda

Die Entdeckung des Radios für die Saarpropaganda durch die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ fällt in das Frühjahr 1925. In sehr allgemeiner Form schilderte Vogel bei der Berliner „Funkstunde AG“ zunächst die deutsche Vergangenheit des Saargebiets, um anschließend die Verfehlungen Frankreichs und der Regierungskommission anprangern²⁰¹⁴. Obwohl sein Vortrag sogar an der Saar zu empfangen war²⁰¹⁵, konnte er zwangsweise nur ein kleines Publikum erreichen: erst Ende des Jahres überschritt die Zahl der deutschen Rundfunkhörer die Millionenmarke²⁰¹⁶. Bis dahin waren weitere Vorträge Vogels in Königsberg (Ostmarken-Rundfunk AG) und bei der Mirag (Mitteldeutsche Rundfunk AG) in Leipzig gefolgt, die auch der dortigen Ortsgruppe Mitte Juni 1925 das Mikrophon überließ. Ende des gleichen Jahres folgte die Norag (Nordische

²⁰⁰⁹ Der Vorstand des Reichsverbandes Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer empfahl, die Bilder in regelmäßigem Wechsel zu zeigen: Vgl. SF 10 (1929) 4, S. 75 f.

²⁰¹⁰ Vgl. Korrespondenz, in: BA-R 8014/1123 f.

²⁰¹¹ So lautete Punkt 11 des 1929 versandten Katechismus: „*Du sollst dafür sorgen, daß Deine Kinos den von der Geschäftsstelle den Kinos zur Verfügung gestellten Hinweis auf das Saargebiet unter den Reklamen bringt.*“ „Der Katechismus des Bundes der Saarvereine“ (Juni 1929), in: BA-R 8014/125. Im Frühjahr 1933 wurde die Bitte wiederholt; ein entsprechender Aufruf in den einschlägigen Filmzeitschriften erinnerte die Kinobetreiber an ihre Pflicht: Vgl. Brief der GSV an den Reichsverband deutscher Lichtspieltheaterbesitzer (08.02.33), in: BA-R 8014/1124.

²⁰¹² Vgl. VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 226 f.; Jahresbericht 1933, S. 14.

²⁰¹³ Vgl. BA-R 8014/1037. Vgl. auch Brief der GSV an Cartellieri (07.12.33), in: BA-R 8014/1035.

²⁰¹⁴ Vgl. Vortrag Vogels „Das Saargebiet im Spiegel der französischen Annexionspolitik“ (29.03.25), in: SF 6 (1925) 7, S. 104 f.

²⁰¹⁵ Vgl. SF 6 (1925) 9, S. 145.

²⁰¹⁶ Vgl. Winfried B. LERG: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980, S. 524. Dort (S. 148–168) auch eine Übersicht der 1925 gegründeten neun Regionalgesellschaften. Vgl. auch Klaus ALTMEYER: Fünf Jahrzehnte Rundfunk im Saarland, in: Saarbrücker Bergmannskalender (1974), S. 124–133, hier: S. 124 ff.; FÜHRER, S. 766–780.

Rundfunk AG) in Hamburg diesem Beispiel²⁰¹⁷. Die in der Regel auf einige Minuten beschränkte Sendezeit, die Heterogenität und das fehlende Vorwissen der Hörerschaft brachten es mit sich, daß die übertragenen Saarvorträge nur allgemeiner Natur sein konnten. Bisweilen nutzen die Sprecher der Saarvereine die Gelegenheit, befürchtete Vorurteile zu beseitigen²⁰¹⁸.

Trotz dieses ambitionierten Starts kam dem Rundfunk als Propagandamittel der Saarvereine in den folgenden Jahren keine größere Bedeutung mehr zu. Zwar ermahnte der Katechismus des Bundes 1929 die Ortsgruppen, dafür Sorge zu tragen, daß die lokalen Anstalten alljährlich einen Rundfunkvortrag über die Saarfrage brächten²⁰¹⁹, doch deuten die vereinzelt Hinweise im „Saar-Freund“ nicht darauf hin, daß dieser Aufforderung Folge geleistet wurde. Demnach gingen nach 1926 bis zur Verstaatlichung des Rundfunkwesens 1932 insgesamt nur vier Saarvorträge über den Äther²⁰²⁰. An der rundfunktechnischen Infrastruktur kann es nicht gelegen haben, da sich zwischen 1929 und 1933 die Kapazitäten aller deutschen Sender von 78,2 kW auf 525,25 kW vervielfachten und die Hörerzahl im gleichen Zeitraum rapide auf über vier Millionen stieg²⁰²¹. Explizit um der saarländischen Bevölkerung „*Trost und Stärkung in ihrem Kampf gegen die Fremdherrschaft*“²⁰²² zu spenden, hatte bereits 1928 der Rundfunksender Kaiserslautern seinen Betrieb aufgenommen. Vielmehr dürften die Kooperationen der Westdeutschen Rundfunk AG und des Südwestdeutschen Rundfunkdienstes mit saarländischen Politikern, Gewerkschaftlern, Industriellen und Kulturschaffenden, die in den Jahren 1929 bis 1931 in verschiedene Sendezyklen mündeten²⁰²³, diese überraschende Vernachlässigung eines modernen Propagandamediums seitens des Bundes der Saarvereine erklären.

²⁰¹⁷ Vgl. SF 7 (1926) 7, S. 107 (Vogel); SF 6 (1925) 14, S. 237 (Sester); SF 7 (1926) 3, S. 50 (Eißenbeis). Vgl. „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

²⁰¹⁸ So schloß beispielsweise Richard Posselt am 25.03.26 seinen Vortrag bei der Berliner „Funkstunde AG“ mit der Feststellung: „*An der Saar spricht man nicht französisch, wie man immer noch verschiedentlich im Innern Deutschlands annimmt, dort spricht man deutsch, denkt, fühlt und handelt deutsch.*“: SF 7 (1926) 7, S. 109. Sofern die Vorträge überliefert sind, verzichteten sie auf Eigenwerbung für den BdS.

²⁰¹⁹ Vgl. zehntes Gebot des „Katechismus des Bundes der Saarvereine“ (Juni 1929), in: BA-R 8014/125.

²⁰²⁰ Am 26.02.28 über die Mirag (Vgl. SF 9 (1928) 4, S. 62), am 10.03.29 ergriff Andres beim Südwestdeutschen Rundfunkdienst Frankfurt das Wort (Vgl. SF 10 (1929) 9, S. 165–168; SF 10 (1929) 10, S. 184 ff.), am 16.09.29 sendete die Schlesische Funkstunde AG Breslau „Deutsches Land an der Saar“ (Vgl. SF 10 (1929) 19, S. 415) sowie am 10.10.30 erneut die Norag über „Die kulturelle Bedeutung des deutschen Saarlandes“ (Vgl. SF 11 (1930) 19, S. 362). Zur Übertragung von Bundestagungen siehe S. 512 ff.

²⁰²¹ Vgl. LERG, S. 357, S. 371 und S. 524.

²⁰²² Brief des RMPost an die Abteilung München (11.03.27), zitiert nach DILLER: Rundfunkpolitik, S. 231.

²⁰²³ Vgl. SF 11 (1930) 1, S. 19 f; SF 11 (1930) 3, S. 48–56. Vgl. Briefe der Westdeutschen Rundfunk AG an Reichskanzler Müller (09.01.30, in: BA-R 43-I/248) und an Oberbürgermeister Neikes (13.02.30, in: StA Saarbrücken, Großstadt 2938. Vgl. ferner SF 12 (1931) 6, S. 91 ff., DILLER: Der Frankfurter Rundfunk, S. 244 f. sowie den Sammelband mit den gesendeten Vorträgen: Georg Wilhelm SANTE (Hrsg.): Die Saarfrage, Saarbrücken 1931. Seine energischen Äußerungen über „Saar und Völkerbund“ (S. 77–84) wurden Max BRAUN 1934 als Beweis seines Opportunismus ausgelegt: Vgl. SF 15 (1934) 22, S. 469.

Im Sommer 1932 versuchte Vogel, die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ wieder ins Rundfunkpropagandistische Spiel zu bringen, als er nach Ausstrahlung des Hörspiels „Das Saarland, Stimme des Grenzlandes“ über alle deutschen Sender dem Autor Dr. Paul Laven konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreitete und die verantwortlichen Sendeanstalten bat, vor dem geplanten zweiten Teil maßgebenden Persönlichkeiten die Möglichkeit einzuräumen, den Beitrag einer Prüfung zu unterziehen²⁰²⁴. Offensichtlich hatte Laven im folgenden Frühjahr darauf verzichtet, denn wenige Tage, nachdem ein weiteres Hörspiel über den Südwestfunk lief²⁰²⁵, äußerte Vogel erneut vorsichtig inhaltliche Kritik, was insofern problematisch war, als in einem Beitrag Hermann Röchling zu Wort kam. Da dieser im Sommer 1933 bereits dem dreiköpfigen Arbeitssausschuß um Gauleiter Bürckel angehörte, konnte Vogel dem Autor nur empfehlen, sich

*„auch mit anderen seit Jahrzehnten im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten, die Land und Leute an der Saar so genau wie ihre eigene Hosentasche kennen, ins Einvernehmen [zu] setzen [...], um von ihnen vielleicht die eine oder andere ganz gewiß dankbare Anregung, Rat und Vorschläge usw. entgegenzunehmen.“*²⁰²⁶

Doch auch hier mußte er erkennen, daß seine jahrelange Erfahrung in der Saarpropaganda nicht mehr gefragt war. Die im folgenden Jahr beim Frankfurter Rundfunk wöchentlich ausgestrahlte Sendereihe „Unsere Saar – der Weg frei zur Verständigung“ lief somit ohne Beteiligung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ab²⁰²⁷.

Kap. 5.8: Saarausstellungen vor 1933²⁰²⁸

Als Ende Januar 1923 die von der RVP initiierte Wanderausstellung „Rheinlandnot“ in Würzburg durch den bayerischen Ministerpräsidenten von Knilling feierlich eröffnet wurde, war sie

²⁰²⁴ Vgl. Brief der GSV an den Südwestfunk und die Reichsrundfunkgesellschaft Berlin (15.08.32), in: BA-R 8014/1126. Nach Schilderung der Landschaft, Geographie, Einwohner und einer kurzen Erörterung der Rückgliederungsproblematik wurde ein kurzes Interview Lavens mit von Papen gesendet: Vgl. SF 13 (1932) 16, S. 242 ff.; S.Z. Nr. 217 (10.08.32); „Saarländische Landeszeitung“ Nr. 217 (11.08.32). Vgl. hierzu allgemein: Adelheid VON SALDERN: Volk and Heimat Culture in Radio Broadcasting during the Period of Transition from Weimar to Nazi Germany, in: Journal of Modern History 76 (2004) 2, S. 312–346.

²⁰²⁵ Vgl. SF 14 (1933) 13, S. 203 ff.; SF 14 (1933) 14, S. 221.

²⁰²⁶ Brief der GSV an Dr. Laven (22.06.33) sowie an das RMPpropaganda, die Reichsrundfunkgesellschaft, Dröge und Ernst (29.06.33), in: BA-R 8014/1126.

²⁰²⁷ Vgl. Brief der GSV an Posselt (12.05.34), in: Ebd. Zum Einsatz des Rundfunks im Vorfeld der Saarabstimmung mit etwa 1.220 Sendungen vgl. DILLER: Rundfunkpolitik, S. 230–245; DERS.: Frankfurter Rundfunk, S. 258–266; JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 140–143.

²⁰²⁸ Nicht nur in bezug auf totalitäre Systeme trifft THAMERS Feststellung zu: *„Ausstellungen als Schauplätze einer konstruierten Wirklichkeit eigneten sich in hervorragender Weise zur Manipulierung der Wahrnehmung und zur Instrumentalisierung einer traditionellen ästhetischen Praxis wie moderner audiovisueller Methoden, um im Kampf der (Geschichts-)Bilder und Gefühle das Deutungsmonopol zu erobern bzw. zu sichern.“*: Hans-Ulrich THAMER: Die Repräsentation der Diktatur. Geschichts- und Propagandaausstellungen im nationalsozialistischen Deutschland und im faschistischen Italien, in: Christoph DIPPER/ Rainer HUDEMANN/ Jens PETERSEN (Hrsg.): Faschismus und Faschismen im Vergleich. Wolfgang SCHIEDER zum 60. Geburtstag, Köln 1998, S. 229–246, hier: S. 230.

bereits vom Gang der Ereignisse überholt: Zwei Wochen zuvor hatten französisch-belgische Truppenverbände das Ruhrgebiet besetzt und damit das im vorangegangenen Herbst entworfene Konzept in Frage gestellt. Drei überarbeitete Kopien wanderten schließlich in den folgenden Jahren durch zahlreiche Städte, um die dortige Bevölkerung für die wirtschaftlichen Probleme des Rheinlandes zu sensibilisieren bzw. in volkstümlich-didaktischer Form über rheinische Landschaften, Geschichte und Kultur aufzuklären²⁰²⁹. Fotos, Statistiken und Graphiken thematisierten sowohl Aspekte der Rheinfrage wie sie auch das Problem der Saar erörterten. Obwohl die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ den Ortsgruppen des Bundes den Besuch der Ausstellung nahelegte, vertrat sie den Standpunkt, daß „*die besonderen Verhältnisse des Saargebietes eine bessere Darstellung verdient*“ hätten²⁰³⁰. Es sollte aber noch fast zehn Jahre dauern, bis sie eine eigene²⁰³¹ Saar-Ausstellung auf die Beine gestellt hatte.

Die ursprünglichen Pläne, die Ausstellung des Leipziger Museums für Länderkunde, die 1930 zu einem Großteil aus Mitteln des Reiches und der Länder finanziert worden war, im Anschluß auch in der Reichshauptstadt zu präsentieren, ließen sich angesichts der katastrophalen Wirtschaftskrise nicht realisieren²⁰³². Erst im Herbst 1932 griff das Reichsinnenministerium die Angelegenheit wieder auf und erkundigte sich in München nach dem dortigen Interesse an den Leipziger Exponaten²⁰³³. Da die bayerische Landesregierung nach außen nicht in Erscheinung treten wollte, kam in einer Dienstbesprechung Anfang November die Idee ins Spiel, gemeinsam mit dem Leipziger Museum die Landesgruppe Bayern des Bundes als offiziellen Veranstalter zu nominieren²⁰³⁴. Der feierlichen Eröffnung am 14. Januar 1933 wohnte daher neben dem bayerischen Ministerpräsidenten Held, dem Staatskommissar Jolas, Landesratspräsident Scheuer und dem Leipziger Stadtoberhaupt Goerdeler auch Franz Johannes als Vorsitzender des Münchener

²⁰²⁹ Wie die Ausstellungsleitung meldete, seien allein in Stuttgart 17.000 Besucher zu verzeichnen gewesen: Vgl. Tätigkeitsbericht der Ausstellung „Rheinlandnot“ (Januar 1924), in: BayHStA, Bayerische Gesandtschaft 1752; „Aufgabenkreis und Organisation der ‚Rheinischen Volkspflege‘“ (Februar 1923), in: BA-R 1603/2155; Brief der RVP an die GSV (03.07.23), in: BA-R 8014/782.

²⁰³⁰ Vgl. SF 4 (1923) 5, S. 64.

²⁰³¹ Im Sommer 1919 hatte Vogel noch die Pläne der konkurrierenden Stuttgarter Saarvereinigung mit der Begründung verworfen, eine saarspezifische Ausstellung sei nicht nur zu kostenintensiv, sondern arbeite der französischen Propaganda in die Hände, da sie eine nicht vorhandene Eigenständigkeit der Saar suggeriere. Sowohl das RMI als auch das RMFinanz lehnten im Folgejahr eine finanzielle Beteiligung ab: Vgl. Brief der GSV an Teich (22.07.19), in: BA-R 8014/1017; Denkschrift der „Vereinigung gegen die Lostrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz“ (08.09.20), in: BA-R 2/2689; Brief der Stuttgarter Vereinigung an das PrMI (10.11.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.431. Eine weitere Ausstellung, die im September 1924 im Rahmen der Frankfurter Kunstmesse dargeboten wurde und letztlich die Initialzündung zur Schaffung des Saarbrücker Heimatmuseums gab, war hingegen eher unpolitisch: Vgl. LINSMAYER: Politische Kultur, S. 324–331; SF 5 (1924) 17, S. 264 f.

²⁰³² Vgl. Brief des Rates der Stadt Leipzig an das BayMA (25.03.30), in: BayHStA, MA 108.217. Vgl. auch das Programm der Ausstellung, die am 19.06.30 auf 1.000 m² ihre Pforten öffnete. Zu den Verhandlungen zwischen dem Leipziger Museum und der GSV vgl. BA-R 8014/1026 und 1120.

²⁰³³ Vgl. Brief des RMI an das BayMA (10.10.32), in: BayHStA, MA 106.132. Die Zusage erfolgte am 17.10.32.

²⁰³⁴ Vgl. Aktennotiz Jolas' (05.11.32), in: Ebd.

Ortsvereins bei. Dessen gute Kontakte zu den bayerischen Behörden hatten sich letztlich doch ausgezahlt; auf der Grundlage dieses Prestigegewinns glaubte Johannes in den folgenden Monaten, wieder einen schärferen Ton gegenüber der Berliner Zentrale anschlagen zu können²⁰³⁵.

Die Ausstellung im Weißen Saal der Polizeidirektion war dreigeteilt²⁰³⁶: In einer ersten Sektion wurde den Besuchern vor Augen geführt, daß das Saargebiet keine historische, geographische oder kulturelle Sondereinheit darstelle, sondern künstlich aus dem Reichsterritorium herausgeschnitten wurde. Anschließend beleuchteten 13 Abteilungen ausgewählte Aspekte der saarländischen Kultur, der Gesellschaft und des Alltagslebens, wobei die Erörterung der ökonomischen Bedeutung der Saarwirtschaft im Vordergrund stand. Ein Leseraum mit Literatur über das Saargebiet schloß sich an den letzten, stärker politischen Teil der Ausstellung an, in welchem die Saarfrage thematisiert wurde. Ziel und Zweck der Präsentation sei es gewesen,

- „1. *Weiteste Kreise mit den geographischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen des bedrohten Grenzlandes an der Saar bekannt zu machen und damit ihr Interesse und ihren Anteil an diesem Gebiet des deutschen Vaterlandes zu erhöhen.*
2. *Der Saarbevölkerung zu zeigen, daß sie im Mutterlande nicht vergessen ist, daß wir im Gegenteil ihre kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen zu würdigen wissen und an ihrem schweren Schicksal aufrichtigen Anteil nehmen.*“

Die Münchner Saarausstellung mußte bereits nach 23 Tagen schließen²⁰³⁷, da ihre Räumlichkeiten wegen der vorgezogenen Reichstagswahlen benötigt wurden. Obwohl Stuttgart als nächste Station der Wanderausstellung bereits feststand, zog sich die Wiedereröffnung – bedingt durch die innenpolitischen Umwälzungen in Deutschland – unter dem Namen „Die deutsche Saar“ noch bis August 1933 hin²⁰³⁸.

Offensichtlich nicht von den Planungen des Reichsinnenministeriums informiert, ließ die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Herbst 1932 eine eigene kleine Wanderausstellung „Saarland“ mit 50 Wandbildern und Tafeln erstellen, die trotz einiger graphischer Darstellungen eher die landschaftlichen Reize des Saargebietes betonten als sie breit gefächert alle Dimensionen der

²⁰³⁵ Vgl. BA-R 8014/511.

²⁰³⁶ Vgl. zu den folgenden Ausführungen den „Schlußbericht zur Saarland-Ausstellung“ (nach Februar 1933), in: BayHStA, MA 108.215; SF 14 (1933) 2, S. 30; SF 14 (1933) 3, S. 34 f.; „Bayerische Staatszeitung“ Nr. 3 (04.01.33). Eine Gliederung der Ausstellung in: SF 14 (1933) 13, S. 206.

²⁰³⁷ Das öffentliche Interesse war groß; insgesamt verzeichnete die Leitung über 12.500 Besucher. Auch der Vorsitzende des Münchener Saarvereins übernahm einen Teil der über 300 Schulführungen, die binnen kurzer Zeit durch die Ausstellung geschleust wurden: Vgl. SF 14 (1933) 4, S. 51; SF 14 (1933) 6, S. 100. Selbst der französische Gesandte in der bayerischen Landeshauptstadt berichtete anerkennend seine Eindrücke: *Mit typisch deutscher Perfektion habe man zu zeigen versucht, „que la Sarre est uniquement allemande et que la France a, sans cesse, au cours de l'histoire, tenté de s'emparer par la violence d'une région qui n'a rien de français.“* Für die Kinder sei sie eine *„belle école pour donner à la jeunesse des principes destinés à plaire aux HITLER et aux HUGENBERG.“*: Brief der Münchener Gesandtschaft an das Außenministerium (06.02.33), in: MAE, Sarre 280.

²⁰³⁸ Vgl. SF 14 (1933) 13, S. 206; SF 14 (1933) 14, S. 232; SF 15 (1934) 3, S. 49. In Stuttgart sollen sogar 20.000 Besucher die Ausstellung gesehen haben.

Saarfrage präsentierte²⁰³⁹. Sie konnte kaum mit der Darbietung des Leipziger Museums konkurrieren, in welcher Originalgemälde, Photographien, Modelle, Karten, Reliefs, Dioramen sowie Rohstoff- und Warenproben gezeigt wurden²⁰⁴⁰. Daher zerschlugen sich auch die Pläne, die Ausstellung nach ihrer ersten Station in Gladbeck in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu deponieren und von dort ähnlich wie die Lichtbildersammlung bei Bedarf auszuleihen²⁰⁴¹. Im Laufe des Jahres 1933 übernahm das Reichspropagandaministerium die Ausstellung in ihren Verantwortungsbereich, was zur Folge hatte, daß sie 1934 nur noch zweimal – in Hannover und Stralsund – gezeigt wurde, bevor sie in die mit großem Aufwand inszenierte Kölner Saarausstellung integriert wurde²⁰⁴².

Kap. 5.9: Saarpropaganda durch Symbole

Die Saarfrage während der Periode der Völkerbundsverwaltung auch in nicht unmittelbar betroffenen Kreisen des unbesetzten Deutschlands präsent zu halten, war eine der Hauptschwierigkeiten, mit denen sich die Saarvereine konfrontiert sahen. Es mußten Methoden gefunden werden, um den Dreh- und Angelpunkt der Saarpropaganda – die Saar ist deutsches Territorium – tagtäglich auch ohne besondere Inszenierung ins Gedächtnis zu rufen. Daß das unbewußt Wahrgenommene von den Rezipienten dann schließlich als Tatsache empfunden werden würde, war auch den verantwortlichen Kräften in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bekannt. Aus diesem Grund erging erstmals von der Bundestagung 1925 die Empfehlung an die Ortsgruppen, ergänzend zu der bisherigen publizistischen, rednerischen und karitativen Propagandaarbeit dafür Sorge zu tragen, daß das Saargebiet künftig bei der Benennung neuer Straßen und Plätze gebührend berücksichtigt werde²⁰⁴³.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert hatten Straßennamen (Hodonyme) immer mehr ihre bisherige Funktion als Orientierungshilfe zugunsten „*einer durch Historisierung vermittelten Selbstinterpretation der Gesellschaft im Kaiserreich*“ eingebüßt. Im Zuge dieses Prozesses wurden sowohl Namensgebungen aus Ehrerweisung gegenüber herausragenden Persönlichkeiten als auch die Verwendung geographischer Bezeichnungen ohne direkten lokalen Bezug gebräuchlich²⁰⁴⁴.

²⁰³⁹ Vgl. VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 227.

²⁰⁴⁰ Vgl. SF 14 (1933) 13, S. 206.

²⁰⁴¹ Vgl. Brief Wentz' an die Gebr. Hofer, die Hansen Verlagsgesellschaft Saarlouis und die „Saarbrücker Landeszeitung“ (17.12.32); Brief der Ortsgruppe Gladbeck an die GSV (27.01.33); undatierte „Richtlinien für den Verleih der ‚Wanderausstellung Saarland‘“, in: BA-R 8014/1119.

²⁰⁴² Vgl. Brief der GSV an einen Bremer Studienrat (27.11.33), in: Ebd. Zur Kölner Saarausstellung siehe Exkurs 4.

²⁰⁴³ Punkt 16 der auf der Bundestagung in Hannover 1925 beschlossenen Leitsätze (Juli 1925), in: BA-R 8014/28; ebenso 12. Gebot des „Katechismus des Bundes der Saarvereine“ (Juni 1929), in: BA-R 8014/125.

²⁰⁴⁴ Vgl. Hartmut BOOCKMANN: Alte Straßen, neue Namen, in: GWU 45 (1994), S. 579–591, hier: S. 585 f.; Dietz BERING/ Klaus GROSSSTEINBECK: Die Kulturgeschichte von Straßennamen. Neue Perspektiven auf

Während die Praxis der Straßenbenennungen und -umbenennungen in Saarbrücken bereits ausführlich dargestellt wurde²⁰⁴⁵, fehlen bislang derartige Untersuchungen über die Verwendung saarländischer Ortschaften, Flüsse und Landstriche als Namensgeber für Wege außerhalb der Saarregion.

Abgesehen von ihrer vordergründigen Orientierungsfunktion²⁰⁴⁶ erlauben Straßenbenennungen den Regierenden, „*Wahrnehmungs- und Erinnerungsstrukturen im öffentlichen Raum zu besetzen*“²⁰⁴⁷; Straßennamen sollen Identitäten stiften und diese bekräftigen. So sehr die Verwendung der Namen von Städten und Landschaften, die infolge des Versailler Vertrages nicht mehr zum Deutschen Reich gehörten, nach dem Ersten Weltkrieg auch eine verbreitete Modeerscheinung war, ging sie keineswegs willkürlich vonstatten²⁰⁴⁸.

Als erster lokaler Saarverein meldete die Ortsgruppe Halle schon unmittelbar nach der Bundestagung, daß es ihr in Kürze gelingen werde, einen Platz oder eine Straße nach der Saar zu benennen. Als dies fast zwei Jahre später auch erfolgte²⁰⁴⁹, existierten auf Initiative der jeweiligen Ortsgruppe bereits derartige Saarwege, Saarstraßen und Saarplätze in Bad Freienwalde, Belgard, München, Naugard, Neustettin, Pasewalk, Polzin, Stardgard und Stettin; insbesondere der dortige Saarverein zeigte eine überaus rege Aktivität in dieser Richtung²⁰⁵⁰. „*Zur Ehrung der von den Folgen des Krieges hart betroffenen Saarländer*“ wurde auch in Leipzig eine Straße entsprechend umbenannt²⁰⁵¹. Während der Weimarer Republik trugen Verkehrswege in mindestens 32 Kommunen Namen, die auf Initiative des Bundes der Saarvereine vergeben worden waren;

altem Terrain, gewonnen am Beispiel Köln, in: *Muttersprache* 104 (1994) 2, S. 97–117.

²⁰⁴⁵ Vgl. hierzu: Armin FLENDER: *Öffentliche Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg. Untersuchungen über den Zusammenhang von Geschichte und Identität*, Baden-Baden 1998, S. 71–107; Karl-August SCHLEIDEN: *Straßennamen als Ausdruck politischer Einflußnahme am Beispiel von Saarbrücken*. Teil I: Die schöne Luise und der General aus Pappe, in: Eckstein. *Journal für Geschichte* 4 (1992/93), S. 16–19. Teil II: Von Gustav Stresemann über Adolf Hitler zu Max Braun, in: Eckstein. *Journal für Geschichte* 5 (1994), S. 11 ff.

²⁰⁴⁶ Straßen prägen die Binnenstruktur einer Siedlung, ihre Namen bilden das notwendige sprachliche Scharnier zwischen dieser vorhandenen räumlichen Struktur und den Vorstellungen davon: Vgl. Elisabeth FUCHSHUBER-WEISS: *Straßennamen: deutsch*, in: Ernst EICHLER (Hrsg.): *Namenforschung. Ein internationales Handbuch zur Onomastik*, Bd. 2, Berlin – New York 1996, S. 1468–1475, hier: S. 1468.

²⁰⁴⁷ Armin FLENDER: *Die Inszenierung der Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: DILLMANN/ VAN DÜLMEN (Hrsg.): *Lebenserfahrungen an der Saar*, S. 14–39 und S. 410–415, hier: S. 15.

²⁰⁴⁸ Vgl. FUCHSHUBER-WEISS, S. 1472.

²⁰⁴⁹ Vgl. SF 6 (1925) 14, S. 231; SF 8 (1927) 11, S. 184. Ähnlich frühe Meldungen von den Ortsgruppen Hannover (SF 6 (1926) 19, S. 324) und Dortmund (SF 6 (1925) 16, S. 279). Im Jahr 1927 wurde der westliche Teil der Talstraße in „Saarlandstraße“ umbenannt, die bereits 1934 in „Saarbrücker Straße“ geändert wurde. 1963 folgte die endgültige Benennung in Ernst-Grube-Straße: Vgl. Mitteilung des StA Halle (18.12.2001).

²⁰⁵⁰ Vgl. SF 7 (1926) 8, S. 131; SF 7 (1926) 11, S. 179; SF 7 (1926) 12, S. 194; SF 7 (1926) 17, S. 330 f.; SF 7 (1926) 19, S. 364; SF 7 (1926) 20, S. 379; SF 7 (1926) 24, S. 443; SF 8 (1927) 13, S. 215. Nach dem Jahresbericht für 1927 hatten die Bemühungen der Gruppe bereits in 14 Kommunen Erfolg gehabt, in weiteren 19 Gemeinden stünden Benennungen bevor: Vgl. SF 9 (1928) 5, S. 77 f.

²⁰⁵¹ Vgl. SF 7 (1926) 5, S. 80.

dabei verstand es sich von selbst, keine dieser Straßen mit dem Präfix „Saargebiet“ zu versehen²⁰⁵².

Die Versuche, das Gedenken an das Saargebiet zu lokalisieren, übertrugen sich ebenso auf das Pflanzen sogenannter Saareichen und Saarbuchen; an den Feierlichkeiten zur Weihe der Wiesbadener „Saarland-Eiche“ am 18. September 1932 beteiligten sich zahlreiche lokale Vereine mit Fahndeputationen und Gesangsbeiträgen. Etwa 3.000 Besucher soll das Schauspiel angezogen haben²⁰⁵³. Im westfälischen Ibbenbüren waren indes zwei Kohlenflöze „Saar“ und „Reden“ getauft worden²⁰⁵⁴.

Wie effizient diese instrumentalisierten Benennungen waren, ist aus heutiger Perspektive schwer zu ermessen. Es ist anzunehmen, daß der Mobilisierungseffekt und Solidarisierungsschub mit dem Saargebiet bzw. den Saarländern nach einer aufwendig inszenierten Benennungszeremonie²⁰⁵⁵ im Alltag recht schnell nachließ und die tägliche Konfrontation mit den verlorenen Gebieten mit der Zeit abstumpfte²⁰⁵⁶. Auf der anderen Seite dürfte die Verankerung der Saarregion im kommunalen Gedächtnis zumindest den Erfolg gezeitigt haben, Zweifel an deren „deutschen Charakter“ auszuräumen. Außerdem besaßen die Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine nun auch einen Ort in der Öffentlichkeit, an welchem sie das Gedenken an die Saar symbolträchtig zelebrieren konnten. Dies geschah durch Umzüge durch Saarstraßen bzw. Kundgebungen auf einem Saarplatz oder unter einer Saareiche²⁰⁵⁷, die somit fehlende Saardenk-mäler ersetzten²⁰⁵⁸.

Ebenso wie Straßenumbenennungen nach 1933 ein weit verbreitetes Phänomen waren, um dem nationalsozialistischen Führungskorps an exponierter Stelle zu huldigen, entschlossen sich einige deutsche Kommunen im Vorfeld der Abstimmung vom 13. Januar 1935, die Saar und vor

²⁰⁵² Es ist zu vermuten, daß die Saarstraßen in die örtliche Straßennamensystematik integriert waren, daß also in neu erschlossenen Baugebieten die Saar neben anderen westdeutschen Flüssen als Namensgeberin fungierte bzw. in entsprechenden Fluß- und Landschaftsvierteln zu finden war. Zu den internen Beratungen der Kommunen vgl. exemplarisch: StA Frankfurt, S 2086.

²⁰⁵³ Vgl. SF 13 (1932) 18/19, S. 322.

²⁰⁵⁴ Vgl. SF 7 (1926) 11, S. 179.

²⁰⁵⁵ Es waren in erster Linie diese Einweihungsfeierlichkeiten, welche die Saar für eine kurze Zeit in den Mittelpunkt des städtischen Interesses rückten.

²⁰⁵⁶ Eine Befragung der Einwohner einer fränkischen Kleinstadt Anfang der Achtziger ergab, daß die Mehrzahl der Anwohner dem Namen ihrer Straße eher gleichgültig gegenüberstand und sie als Resultat eines Verwaltungsaktes der Behörden empfand: Vgl. Elisabeth FUCHSHUBER: Der Mann von der Straße und die Straßennamen. Regionalismus, Namenforschung und Deutschunterricht, in: Der Deutschunterricht 35 (1983) 2, S. 22–36.

²⁰⁵⁷ Vgl. SF 14 (1933) 19, S. 379.

²⁰⁵⁸ Erst unmittelbar vor dem Plebiszit setzten vereinzelte Initiativen für die Errichtung von Denkmälern ein, so beispielsweise in Koblenz: Vgl. Brief Kellners an Oberbürgermeister Wittgen (03.04.34), in: LHA Koblenz, 661,11/27. Siehe hierzu S. 651 ff.

allem ihre Metropole als Paten zur Benennung von Straßen heranzuziehen²⁰⁵⁹. Die mit großem Aufwand inszenierten Einweihungsfeierlichkeiten fügten sich damit in die lange Reihe der Versuche ein, die abstimmungsberechtigten Saarländer zu hofieren.

Obige Ausführungen haben gezeigt, daß sich die Propagandamittel des Bundes der Saarvereine nicht allein auf die verbale oder literarische Kommunikation beschränkten. Nichts wurde unversucht gelassen, was geeignet schien, die reichsdeutsche und ausländische Öffentlichkeit vom deutschen Charakter des Saargebietes zu überzeugen. Vergleichbar mit kommerzieller Werbung galt es, das Produkt „Deutsche Saar“ nicht nur allorts bekannt zu machen, sondern es zugleich mit einem positiven Image zu besetzen. Mit dem gleichen Ziel fanden auch die Vereinsbegegnungen im Reich statt, und engagierte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ karitativ. Am Beispiel der Flüchtlingsfürsorge wurde bereits deutlich, daß die unbürokratische Betreuung, Versorgung und gegebenenfalls Alimentierung geflüchteter und vertriebener Saarländer sowohl bei den unmittelbar Betroffenen als auch bei deren Angehörigen und sonstigen Abstimmungsberechtigten dem Eindruck entgegenwirken sollte, daß die Saar von reichsdeutscher Seite aufgegeben worden sei. Konkrete Hilfsmaßnahmen mußten zwar von Regierungsseite getroffen und finanziert werden, die Werbung konnte aber von niemandem besser geleistet werden als von einer privaten Organisation.

Der Vergleich der Saarvereinspropaganda mit kommerzieller Produktwerbung läßt sich über die Inhalte hinaus auch an der äußeren Symbolik des Vereins festmachen, der über einen prägnanten Slogan und über ein optisches Erkennungszeichen verfügte.

„*Deutsch die Saar immerdar*“, die verkürzte erste Zeile des bekanntesten Saarliedes der Zwischen- und Nachkriegszeit, tauchte nicht nur im Titel verschiedener Publikationen und Plakate der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auf, sondern sie entwickelte sich schließlich zu einer Art obligatorischer Schlußformel nach Saarvorträgen. „*Deutsch die Saar immerdar*“ war die auf eine kurze Parole reduzierte Antwort auf die französische These, daß die Saarländer wenn schon nicht französisch, so doch zumindest frankophil seien. Es war das Feststellen des nationalen Status quo, wie es auch die Zuversicht über die künftige staatsrechtliche Zugehörigkeit des Saargebietes ausdrückte. Stetige Wiederholung und regelmäßiges



Abb. 34: Saarkundgebung im Sportpalast
(vermutlich 6. Januar 1935)

²⁰⁵⁹ Vgl. SF 15 (1934) 8, S. 145; SF 15 (1934) 10, S. 185 f.; SF 15 (1934) 13, S. 252; SF 15 (1934) 22, S. 473; SF 15 (1934) 26, S. 577.

Aufgreifen sollte den Zuhörern und Lesern die Parole so oft einhämmern, bis sie von den Rezipienten als Tatsache empfunden wurde²⁰⁶⁰. Im Abstimmungskampf okkupierten die Nationalsozialisten schließlich das Schlagwort; meterlange Transparente schmückten die große Saarkundgebung im Berliner Sportpalast am 6. Januar 1935.



Abb 35: Das Saarbrücker Winterbergdenkmal

Um seine Verbundenheit mit dem Saargebiet zum Ausdruck zu bringen, hätte der Bund der Saarvereine kein geeigneteres Identifikationssymbol als das Saarbrücker Winterbergdenkmal finden können. Am vierten Jahrestag der Schlacht an der deutsch-französischen Grenze wurde es 1874 durch den preußischen Kriegsminister feierlich eingeweiht. Aus der Mitte einer fünf Meter hohen zehneckigen Halle mit gotischen Spitzbögen ragte ein 20 Meter hoher, mit einem steinernen Helm besetzter Turm heraus. Die dem Schlachtfeld zugewandte Seite trug die Tafel mit der Inschrift „*Deutschlands Helden 1870–1871*“²⁰⁶¹.

Bereits im Kaiserreich war es das Wahrzeichen Saarbrückens: Die Besichtigung des Denkmals gehörte ebenso zum Pflichtprogramm auswärtiger Delegationen in der Saarmetropole wie zum sonntäglichen Spaziergang der Saarbrücker Bürger; Fotos und Skizzen zierte zahlreiche Postkar-

ten und Werbeschriften der Stadt²⁰⁶². Anfang September 1939 wurde das Winterbergdenkmal durch die Deutsche Wehrmacht gesprengt, um der französischen Artillerie keinen Orientierungspunkt zu bieten²⁰⁶³.

²⁰⁶⁰ Vgl. hierzu: LE BON, S. 88 f. Auf dieser sprachlichen Ebene wurde die Bekräftigungsformel stets von Phrasen wie „deutsche Saar“, „saardeutsch“ und „Saardeutsche“ als Synonyme für das Saargebiet, saarländisch und den Saarländer flankiert. Zur Funktion von Parolen und Schlagwörtern als Mittel der Kommunikation mit einer heterogenen Masse vgl. Walther DIECKMANN: Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache, Heidelberg 1969, S. 101–106; STERN-RUBARTH, S. 11 f.

²⁰⁶¹ Ein Reliefband in halber Höhe des Turmes verzeichnete die deutschen Truppenverbände, die im Sommer 1870 bei Saarbrücken gekämpft hatten: Vgl. G[erhard] P[AUL]: Das Winterbergdenkmal, in: MALLMANN [u.a.] (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie, S. 82 f. Vgl. ebenso den Artikel „Winterbergdenkmal (1874–1939)“ von Gerhild KREBS, im Internet unter www.memotransfront.uni-saarland.de sowie auf der CD-ROM: Rainer HUDEMANN (Hrsg.): Stätten grenzüberschreitender Erinnerung. Spuren der Vernetzung des Saar-Lor-Lux-Raumes im 19. und 20. Jahrhundert - Lieux de la mémoire transfrontalière. Traces et réseaux dans l'espace Saar-Lor-Lux aux XIXe et XXe siècles, Saarbrücken 2002.

²⁰⁶² Vgl. LINSMAYER: Politische Kultur, S. 39 f.

²⁰⁶³ Das Winterbergdenkmal ist geradezu ein Paradebeispiel für die Erklärungsbedürftigkeit von Symbolen und deren Kontextgebundenheit: In den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts bemühten sich erste Initiativen um die originalgetreue Rekonstruktion des Denkmals, das als erneuertes Wahrzeichen Saarbrückens nun allerdings an die beiden Saarabstimmungen erinnern sollte. Bereits zum hundertjährigen Jubiläum sammelte das „Kuratorium zum Wiederaufbau des Winterbergdenkmals Saarbrücken“ zu eben diesem Zwecke Spendengelder; auch noch 30 Jahre später finden sich entsprechende Aufrufe: Vgl. Dieter HEINZ: Winterbergdenkmal Saarbrücken, in: Saarheimat 18 (1974) 9–10, S. 189–195; FLENDER: Öffentliche Erinnerungs-

Weithin sichtbar über der Stadt gelegen, verkörperte es ursprünglich den von Erfolg gekrönten Widerstandswillen der Saarmetropole, der bereits im Kaiserreich auf die gesamte Grenzregion übertragen wurde. Es bedurfte daher keiner generellen Uminterpretation, sondern lediglich einer Erweiterung seines bisherigen Symbolgehalts, um das Monument nach dem Ersten Weltkrieg zum Zeichen des erneuten Abwehrkampfes gegen den Erbfeind im Westen zu machen: Nach allgemeinem Verständnis war der Sieg im deutsch-französischen Krieg vor allem durch die Einheit und Einigkeit der Deutschen errungen worden. An diese vielbeschworene „Volksgemeinschaft“, die im Ersten Weltkrieg ihre vermeintliche Wiederbelebung erfahren hatte, sollte nun angesichts erneuter französischer Bedrohung angeknüpft werden – und was bot sich als verbindendes Symbol eher an als das Saarbrücker Winterbergdenkmal? Im Unterbewußtsein assoziierte es sowohl aufgrund der bisherigen Konnotation als Siegeszeichen über Frankreich als auch durch seine an eine mittelalterliche Burg erinnernde Monumentalität und Massivität beim Betrachter Stärke und Macht²⁰⁶⁴. Es versprach Schutz und war zugleich Garant für den erfolgreichen Ausgang dieses erneuten Kampfes um die nationale Integrität des Vaterlandes.

Für die Mitglieder des Bundes der Saarvereine erhielt das Winterbergdenkmal, dessen Schattenumriß bereits seit Herbst 1919 den Briefkopf der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zierte, noch eine weitere Bedeutung: Es symbolisierte nicht nur die ruhmreiche deutsche Vergangenheit, sondern war ein wichtiges partei-, klassen-, konfessionsübergreifendes Identifikationsmedium mit der nicht leichtfertig aufgegebenen Heimat. Ähnlich wie das Schlagwort der „deutschen Saar“ erhielt damit auch das Winterbergdenkmal eine Doppelfunktion: Einerseits wirkte das Piktogramm des Wahrzeichens binnensymbolisierend und trug zur „Corporate Identity“ des Vereins bei²⁰⁶⁵, während es andererseits komprimiert die deutsche Position zur Saarfrage in die Öffentlichkeit transportierte.

Schon auf der ersten Mitgliederversammlung 1921 in Kassel wurde das Winterdenkmal zum „Kampfsymbol des Bundes der Saarvereine“ erklärt²⁰⁶⁶. Um den Ortsgruppen ein einheitliches Erscheinungsbild nach außen zu geben, fertigte die Geschäftsstelle Klischees für deren Briefbö-



Abb. 36: Briefkopf der Geschäftsstelle „Saar-Verein“

kultur, S. 153. Zum Wiederaufbau vgl. „Wochenspiegel“ Nr. 32 (09.08.2000).

²⁰⁶⁴ „Solange ein Winterberg-Denkmal stolz hinabschaut ins Saartal als Sinnbild einst ruhmvoller Tage für die Bewohner und als ein Sinnbild der preußisch-deutschen Kraft, mit der vereint das Saargebiet zu Blüte und Wohlstand gelangt ist, solange wird kein echter deutscher Sohn seine deutsche Mutter verleugnen.“: SF 2 (1921) 10, S. 131. Vgl. hierzu MOSSE: Die Nationalisierung der Massen, S. 17: „Symbole sind sichtbare, konkrete Vergegenständlichungen von Mythen, an denen man teilhaben kann.“

²⁰⁶⁵ Vgl. Rüdiger VOIGT: Mythen, Rituale und Symbole in der Politik, in: DERS. (Hrsg.): Politik der Symbole. Symbole der Politik, Opladen 1989, S. 9–37, hier: S. 14. Eine derartige Binnenpropaganda war wichtig, um die Mitglieder auch in den Krisenzeiten bei der Stange zu halten.

²⁰⁶⁶ Vgl. Tätigkeitsbericht Schulz van Enderts (03.04.21), in: BA-R 8014/18. Zitat: SF 14 (1933) 5, S. 76.

gen an. Die ebenfalls in Kassel getroffene Entscheidung, zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls ein „Ehrenabzeichen für alle Saarkämpfer und Anhänger unserer Bestrebungen“ anzuschaffen²⁰⁶⁷, wurde wenige Monate später umgesetzt: Eine Nadel mit rundem Emblem zeigte ein stilisiertes Winterbergdenkmal mit der Umschrift „Bund Saar-Verein. Deutsch sei die Saar – immerdar!“²⁰⁶⁸.

Das von der Bundesführung verordnete Kollektivsymbol wurde von den Ortsgruppen bereitwillig angenommen²⁰⁶⁹. Sofern es ihre Finanzen erlaubten, ließen die Vereine das Denkmal auf eigenes Papier prägen und wie alle Bundespublikationen zierte das Emblem auch kleinere Broschüren²⁰⁷⁰. Handwerklich und künstlerisch begabte Vereinsmitglieder ließen vor größeren Veranstaltungen ihrer Kreativität freien Lauf: Im September 1924 beteiligte sich die Karlsruher Ortsgruppe am alemannisch-pfälzischen Heimattag mit einem eigenen Festwagen, auf welchem ein Gipsmodell des Winterbergdenkmals montiert war – eine Anregung, die im darauffolgenden Jahr beim historischen Festzug anlässlich der Jahrtausendfeier in Hannover von der Bundesleitung aufgegriffen wurde und verschiedene weitere Ortsgruppen nachahmten²⁰⁷¹. Ebenso schmückten bei zahlreichen kleineren Saarkundgebungen gewaltige Gemälde des Denkmals die Vortragsbühnen, um ein Stück der fernen Heimat in die Versammlungssäle zu projizieren²⁰⁷². Dabei achtete die Geschäftsstelle darauf, das Symbol vor Mißbrauch zu schützen: So lehnte Vogel die Initiative einer kleinen saarländischen Gruppe ab, mit einem Modell des Winterbergdenkmals durch Deutschland zu ziehen²⁰⁷³.

²⁰⁶⁷ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung in Kassel (03.04.21), in: BA-R 8014/18. Zitat: SF 6 (1925) 1, S. 1.

²⁰⁶⁸ Vgl. SF 3 (1922) 8, S. 126. Dort auch eine Skizze der Nadel. Das Winterbergdenkmal fand sich auch auf einer der zur gleichen Zeit vertriebenen Briefverschlußmarken wieder. Vgl. ebenso SF 4 (1923) 11, S. 152; SF 4 (1923) 21, S. 275; SF 6 (1925) 14, S. 223. Zur Integration der zahlreichen neuen Mitglieder im Vorfeld der Abstimmung wurde die Bundesnadel 1934 wieder neu geprägt: Vgl. SF 15 (1934) 9.

²⁰⁶⁹ Der „Saar- und Pfalzverein Leipzig“ stellte es gar mit dem Völkerschlachtdenkmal auf eine Stufe: Vgl. Festblatt „Zur Erinnerung an die 1. Sächsische Kundgebung zur Deutscherhaltung des Saargebietes“ am 28.06.22, in: HStA Dresden, Ministerium des Innern 11.106 a. Aufgrund der „Verordnung zum Schutz der Republik“ nach der Ermordung des Reichsaußenministers Rathenau wurde die Veranstaltung verboten.

²⁰⁷⁰ Ungeachtet mehrfacher Modifikationen war das Winterbergdenkmal in alle Titelköpfe des SF integriert. Auch andere Landsmannschaften bedienten sich derartiger „Verdichtungssymbole“: Den „Rheinischer Beobachter“ des Reichsverbandes der Rheinländer schmückte der stilisierte Kölner Dom, während die „Elsaß-Lothringischen Heimatstimmen“ das Straßburger Münster in den Kopf der Zeitschrift nahmen.

²⁰⁷¹ Vgl. SF 5 (1924) 16, S. 248; SF 8 (1927) 5, S. 81 f.; SF 10 (1929) 23, S. 503 f.; SF 11 (1930) 24, S. 441 ff. Zur rheinischen Jahrtausendfeier stiftete eine Süßwarenfirma der Kölner Ortsgruppe ein Modell des Denkmals aus Schokolade und Marzipan: Vgl. SF 6 (1925) 16, S. 278 f. Ein Foto findet sich in BA-R 8014/443.

²⁰⁷² Vgl. ebd. sowie SF 8 (1927) 2, S. 30; LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 796-1.

²⁰⁷³ Diese hatten von den deutschen Behörden das Geld für die Herstellung des Modells erbeten: Vgl. Brief der GSV an das AA (25.08.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.444.

Kapitel 6: Aspekte der Saarvereinspropaganda

Nach den bisherigen Ausführungen über Träger und Organisation der Saarpropaganda stellt sich die Frage nach deren Inhalten. Selbstverständlich fand die gesamte Arbeit des Bundes der Saarvereine unter der Prämisse statt, die Rückkehr des Saargebietes nach einer voraussichtlich 15jährigen Übergangsphase abzusichern. Bereits an anderer Stelle wurde erörtert, daß sie sich in vier Kategorien einteilen läßt: Ermutigung der Saarländer, organisatorische Vorbereitung des Plebiszits, Aufklärung über die gegenwärtige Lage an der Saar und Abwehr aller französischen Versuche, eine Änderung der künftigen staatsrechtlichen Zugehörigkeit der Saar herbeizuführen. Insbesondere die beiden letzten Aspekte waren eng miteinander verknüpft: Durchaus vergleichbar mit der kommerziellen Werbung galt es, in dem Maße, wie für die „deutsche Saar“ geworben wurde, mit ihr konkurrierende Angebote wie die „französische Saar“ oder die „neutrale Saar“ zu diskreditieren und aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen. Kein ausschließlich sachlich-objektiver Vortrag über die Saarfrage wurde gehalten, welcher das Unrechtssystem nicht angeprangert, keine Publikation erschien unter Federführung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, in welcher die nationale Not der Saarländer nicht thematisiert worden wäre, und die unzähligen Artikel im „Saar-Freund“ über die Verfehlungen des französischen Militärs, die Unrechtmäßigkeit der Franceinführung oder die instrumentalisierte saarländische Schulpolitik könnten jeweils eigene Bände füllen. Während in den vorangegangenen Kapiteln bereits die „praktische“ Propaganda des Bundes der Saarvereine erörtert wurde, wie sie sich in seinen verschiedenen karitativen Initiativen, seinen Bemühungen, als Bindeglied zwischen Saar und Reich zu fungieren, und bisweilen seinen offenen Sabotageversuchen artikuliert, soll hier nun die verbale und schriftliche Agitation im Vordergrund stehen. Dabei werden die folgenden Ausführungen aus zwei Gründen relativ kurz gehalten:

1. Prinzipielles Ziel des Bundes war die Destabilisierung der gegenwärtigen Rechtsordnung, weshalb keine noch so belanglose Maßnahme der Regierungskommission nach außen in einem positiven Licht erscheinen durfte. Während der eineinhalb Jahrzehnte seiner aufklärend-abwehrenden Tätigkeit wiederholten sich jedoch die Vorwürfe des Bundes gegenüber dem Fünferkollegium oder den französischen Truppen, so daß es genügt, deren Grundmuster zu skizzieren.
2. Der Bund der Saarvereine stieß ins gleiche Horn wie die politischen Parteien an der Saar, weshalb im allgemeinen keine gravierenden Unterschiede zu der Propaganda festzustellen ist, wie sie in den saarländischen Zeitungen, im Landesrat oder den unzähligen Versammlungen, Kundgebungen und Vorträgen während der Mandats Herrschaft des Völkerbundes betrieben wurde.

Kap. 6.1: Die Agitation gegen das Völkerbundsregime an der Saar

Der anfängliche Schock und die quer durch alle politischen und sozialen Lager gehende tiefgreifende Enttäuschung über die Bestimmungen des Versailler Vertragswerkes²⁰⁷⁴ motivierten auch die Mitarbeiter im Saarverein, den Kampf gegen das „Schanddiktat“ anzutreten. Ungeachtet dessen, daß bereits der Saargebietsschutz versucht hatte, die saarrelevanten Passagen zu modifizieren und die Ausgestaltung des Saarstatuts zu beeinflussen, legte die Redaktion des „Saar-Freund“ aber ein Lippenbekenntnis zur loyalen Erfüllung der oktroyierten Vertragsklauseln ab. Schließlich opponiere ja auch die Saarbevölkerung nicht aus Chauvinismus gegen Frankreich, sondern sei „beseelt von dem Glauben an Recht und Menschlichkeit“ und wolle nichts als die Umsetzung der Vertragsbestimmungen²⁰⁷⁵. Wo immer aber die Männer und Frauen im Umfeld der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die Chance sahen, das „Teufelswerk, das durch Worte die satanischen Absichten gewisser Weltyrannen verbergen soll“²⁰⁷⁶, in Mißkredit zu bringen, nutzten sie die Gelegenheit: Sei es, daß sie mit einschlägigen Verbänden kooperierten, sei es, daß sie selbst im „Saar-Freund“ an die drückendsten Vertragsbestimmungen erinnerten²⁰⁷⁷ und dafür plädierten, das Vertragswerk in den deutschen Schulen zu unterrichten²⁰⁷⁸ oder daß sie die wichtigsten deutschen bzw. den deutschen Standpunkt wiedergebenden Publikationen im „Saar-Freund“ besprachen – stets hatten sie das Ziel der Revision jener „politische[n] Vergewaltigung“²⁰⁷⁹ vor Augen, welche für die Perpetuierung des Krieges verantwortlich gemacht wurde²⁰⁸⁰. Nach ihrer Ansicht sei Deutschland im Herbst 1918 mit später nicht eingehaltenen

²⁰⁷⁴ Während des Krieges war die deutsche Bevölkerung auf einen Siegfrieden eingeschworen worden, welcher die Hegemonialstellung des Reiches begründen sollte. Trotz der sich abzeichnenden territorialen Verluste herrschte bei Kriegsende zumindest Einigkeit darüber, daß der Friedensvertrag erträglich ausfallen würde. Wenn sich auch die politische Linke von der Annexionspolitik distanzierte, hatte sie sich der Hoffnung auf einen Verständigungsfrieden hingegeben und resignierte ebenso nach der Bekanntgabe der alliierten Bedingungen: „Damit wurde die Revision von Versailles für jeden deutschen Politiker, von ganz rechts bis zur äußersten Linken, zum politischen Imperativ.“: Hagen SCHULZE: Versailles, in: Étienne FRANÇOIS/ DERS.: Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 407–421 und S. 700 f., hier: S. 417. Zur heutigen differenzierteren Wertung des Versailler Vertragswerks vgl. den von KRUMEICH und FEHLEMANN herausgegebenen Sammelband Versailles 1919. Ziele - Wirkung - Wahrnehmung, Essen 2001 und dort insbesondere den Beitrag von Thomas WÜRTENBERGER/ Gernot SYDOW: Versailles und das Völkerrecht, S. 35–52 sowie: Klaus SCHWABE: Einleitung, in: DERS. (Hrsg.): Quellen zum Friedensschluß von Versailles, Darmstadt 1997, S. 1–38, hier: S. 34–38.

²⁰⁷⁵ Vgl. SF 1 (1920) 2, S. 1; SF 1 (1920) 14, S. 122; SF 1 (1920) 17, S. 165. Dies entsprach auch dem offiziellen Standpunkt nach der Gründung des Bundes in Bielefeld: „Bei dieser unablässigen Betonung nationalen Empfindens und nationaler Pflichten liegt uns jede Aufhetzung der Saarbevölkerung gegen die ihr durch die Bestimmungen des Vertrages von Versailles vorgesezte Regierungskommission und die französische Besatzung fern.“: Vgl. SF 1 (1920) 21, S. 209.

²⁰⁷⁶ SF 3 (1922) 6, S. 81.

²⁰⁷⁷ Vgl. SF 2 (1921) 5, S. 56 f.; SF 2 (1921) 9, S. 113 f.; SF 2 (1921) 11, S. 141 f.; SF 3 (1922) 21, S. 309.

²⁰⁷⁸ Vgl. SF 1 (1920) 22, S. 221. Ebenso sollte sich jeder Deutsche täglich mit den Bestimmungen des Vertrages auseinandersetzen: Vgl. SF 2 (1921) 5, S. 56 f.

²⁰⁷⁹ Vgl. OLLMERT: Die Regelung der Saarfrage, S. 41. Ähnlich äußerte sich Ollmert am 10.05.21 vor der Berliner Ortsgruppe, in: SF 2 (1921) 11, S. 151.

²⁰⁸⁰ Vgl. Vortrag Vogels in Stettin (22.02.25), in: SF 6 (1925) 6, S. 97.

Versprechen wie dem Selbstbestimmungsrecht getäuscht worden. Frankreich habe das Rheinland über die Zwischenstufe scheinautonomer Kleinstaaten als französische Kolonie einverleiben und das Saargebiet annektieren wollen. Als sich der amerikanische Präsident Wilson diesem Ansinnen widersetzte, habe Clemenceau die Lüge mit den 150.000 Saarfranzosen ins Spiel gebracht²⁰⁸¹. Ohnehin glichen die Verhandlungen bei Paris eher einem groß angelegten Schachergeschäft:

„Am Schicksalstisch im gold'nen Versailles: Um deutsches Land – das Saarrevier.
Die Rache, das Recht und die Heuchelei. Die beinernen Knobel sind grausam knöchern –
Es würfeln die Drei fiebernd vor Gier Wie Schädel mit toten Augenlöchern. [...]“²⁰⁸²

Für den Bund der Saarvereine war es eine immer wieder aufs Neue bekräftigte Tatsache, daß das Saarstatut nur durch Lügen und Fälschungen in Versailles zustande gekommen war²⁰⁸³. Möglicherweise dienten entsprechende Hinweise an die Adresse des Reichskanzlers nur dem Versuch, die Saarfrage angesichts des Ruhrkampfes nicht in Vergessenheit geraten zu lassen²⁰⁸⁴, doch zeigt die jahrelang betriebene literarisch-rednerische Aufbereitung der „Saarlüge“, daß die äußerst polemisch geführte Agitation²⁰⁸⁵ gegen die moralisch verwerfliche Genese der Saarklauseln ein zweifellos überschätztes Instrument zur allgemeinen Revision des Versailler Vertragswerkes sein sollte. Nach Beseitigung der Kriegsschäden in Nordfrankreich, die in Versailles zur Legitimierung für das Ausbeutungsrecht auf den saarländischen Gruben herangezogen wurden, erhob der „Saar-Freund“ in regelmäßiger Folge die Forderung nach einer Revision des Saarstatuts, da weder seine juristischen geschweige denn seine moralischen Voraussetzungen gegeben seien²⁰⁸⁶.

Auch nach über einem Jahrzehnt mußte der von den Alliierten diktierte Frieden als Erklärung für sämtliche Mißstände herhalten, mit welchen das Deutsche Reich seit dem Weltkrieg konfrontiert worden war: Gehörte es von Anfang an zum guten Ton der Republikgegner, Revolution, innenpolitische Kämpfe und außenpolitische Machtlosigkeit dem Vertrag zuzuschreiben²⁰⁸⁷,

²⁰⁸¹ Vgl. SF 2 (1921) 8, S. 93.

²⁰⁸² Vorspruch von Leopold Reitz zur Neustädter Bundestagung, in: SF 12 (1931) 15/16, S. 251.

²⁰⁸³ Vgl. Vortrag Ollmerts in Halle (06.09.21), in: SF 2 (1921) 18, S. 263. Vgl. mit dem gleichen Tenor: SF 1 (1920) 13, S. 106–110; SF 1 (1920) 15, S. 133–137; SF 3 (1922) 6, S. 81 f.; SF 5 (1924) 2, S. 16 f.; SF 5 (1924) 13, S. 185 f.; SF 14 (1933) 3, S. 39 f. In seinem Vortrag vor der Berliner Ortsgruppe (27.07.20) verglich der spätere Bundesvorsitzende Zillesen den Versailler Vertrag mit dem Diktatfrieden zwischen Rom und Karthago, in: SF 1 (1920) 15, S. 133. Vogel ging unter seinem Pseudonym Pardolt sogar so weit zu behaupten, daß Frankreich mit seinem Vorgehen in Versailles aus der Reihe der Kulturvölker ausgeschieden sei; durch die Veröffentlichung der Erinnerungen Tardieus sei „der französischen Teufelsfratze die Maske völlig vom Gesicht“ gerissen worden: Vgl. SF 3 (1922) 16, S. 237 f.

²⁰⁸⁴ Vgl. Brief der GSV an Reichskanzler Cuno (15.03.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091.

²⁰⁸⁵ „Will man von uns verlangen, daß wir still mit ansehen, wie unsere deutschen Volksgenossen in Polen zu Tode gemartert werden [...]?“: SF 11 (1930) 24, S. 434.

²⁰⁸⁶ Vgl. SF 4 (1923) 22, S. 278.

²⁰⁸⁷ Vgl. Gerd KRUMEICH: Versailles 1919. Der Krieg in den Köpfen, in: DERS./ FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919, S. 53–64; Pierre-Paul SAGAVE: Versailles (1682, 1789, 1871, 1919), in: LEENHARDT/ PICTH (Hrsg.): Esprit/ Geist, S. 34–39; Hagen SCHULZE: Versailles, S. 418.

so galt er in den frühen Dreißigern auch der Saarvereinigung für die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise verantwortlich²⁰⁸⁸. Die Revision des Vertrages schien das Allheilmittel zu sein:

*„Alles Unheil, das die Welt heute bedroht, alle Not und alles Elend, die, wie die gespenstrigen Reiter der Apokalypse, vor keinem Teil der Erde mehr haltmachen, sind, mittelbar oder unmittelbar, verursacht durch ein Dokument, das der Welt einst als einzige Garantie des Völkerglücks angepriesen wurde: durch den Versailler Vertrag!“*²⁰⁸⁹

Nach dem Scheitern der deutsch-französischen Gespräche intensivierte der „Saar-Freund“ seine Anstrengungen, den Versailler Vertrag zu diskreditieren. Schwächen wurden aufgezeigt, „objektive“ Beweise für nicht gegebene Voraussetzung vorgelegt und Frankreich erneut als kriegstreibender Aggressor an den Pranger gestellt.

Schon sehr früh wurde die internationale Regierungskommission des Saargebiets als die am offenkundigsten wahrnehmbare Repräsentantin des Versailler Systems zum Hauptziel der Saarvereinsagitation. Vogel, der schon Monate vor deren Amtsantritt – ohne Kenntnis ihrer späteren Zusammensetzung – jede Kooperation entschieden ablehnte²⁰⁹⁰, sorgte dafür, daß ihr zu Jahresbeginn 1920 von Seiten der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ keinerlei Vertrauensbonus eingeräumt wurde. Die ersten Artikel des „Saar-Freund“ unterstellten der Regierungskommission, ohnehin nur die Marionette Frankreichs zu sein. Ihre proklamierte Unabhängigkeit könne sie allein dadurch unter Beweis stellen, daß sie nicht nur offiziell das Besatzungsregime beende, sondern fortan energisch der französischen Militäradministration die Stirn biete²⁰⁹¹. Ernsthafte Zweifel am Willen der Kommission zur Umsetzung dieser Forderungen wurden schon nach wenigen Wochen laut. De facto bestünde die Militärdiktatur an der Saar durch das Fünferkollegium weiter; lediglich die Uniformen seien ausgezogen worden²⁰⁹². Von nun an rissen die Vorwürfe nicht mehr ab, daß die Regierungskommission keinerlei Interesse zeige, die französische Nebenregierung an der Saar tatsächlich in die durch das Saarstatut vorgegebenen Schranken zu weisen. Obwohl es ihre „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ sei, jeden Eingriff in ihre Kompetenzen seitens einer anderen Regierung zurückzuweisen und gegebenenfalls die Hilfe des

²⁰⁸⁸ Vgl. „Die deutsche Saar nicht vergessen. Ein Mahnruf des ‚Bundes der Saarvereine‘“ (Mai 1932), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6.

²⁰⁸⁹ Vgl. SF 12 (1931) 21, S. 352 ff., Zitat: S. 352.

²⁰⁹⁰ Vgl. Brief der GSV an Dr. Maurer (29.10.19), in: BA-R 8014/141. Zur kühlen „Begrüßung“ der Völkerbundskommission durch die Saarländer vgl. exemplarisch: S.Z. Nr. 56 und Nr. 65 (04.03.20 und 13.03.20).

²⁰⁹¹ Vgl. SF 1 (1920) 4, S. 13–17; SF 1 (1920) 4, S. 21 f.; SF 1 (1920) 5/6, S. 26; SF 1 (1920) 5/6, S. 31.

²⁰⁹² Vgl. SF 1 (1920) 8, S. 46 f. Die Regierungskommission sei nichts anderes „als eine durchsichtige Maske vor dem Bild der reinen französischen Militärdiktatur“ (Vortrag Zillessen vor Berliner Ortsgruppe (27.07.20), in: SF 1 (1920) 15, S. 133) bzw. „eine Attrappe in den Händen der französischen Militärpartei“: SF 1 (1920) 2, S. 221. Der SF stand mit derartiger Polemik nicht allein; selbst sozialdemokratische Zeitgenossen schlugen noch Jahre später einen ähnlichen Ton zur Charakterisierung des Regimes an: „Die Deutschen an der Saar leben unter einer Fremdherrschaft, die materiell und seelisch so drückend ist, wie man sie draußen sich nicht leicht vorstellen kann. Die Regierungsweise dieser landfremden, der Annexionspolitik Frankreichs ganz gefügigen Kommission ist schrankenloser, nackter Absolutismus, der die Saarbevölkerung heute im Zeitalter der Demokratie politisch völlig rechtlos macht.“: Wilhelm HOFFMANN, S. 52 f.

Völkerbunds anzurufen, verhalte sie sich keineswegs neutral, sondern begünstige in frappierender Weise die französischen Interessen. So kontingentierte die französische Grubenverwaltung die Kohlelieferungen nach eigenem Ermessen, lösten französische Embleme, Wappen und Fahnen die deutschen Hoheitszeichen ab, blieben die Ausweisungen der Militärverwaltung weiterhin gültig, verzögere sich der Abzug der französischen Garnison, würde die französische Propaganda nicht unterbunden und würden nahezu ausschließlich Franzosen in leitende Funktionen der saarländischen Zentralverwaltung berufen²⁰⁹³. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hatte mit der Regierungskommission ihren Ersatzfeind gefunden: Von Zeit zu Zeit in überblicksartigen Zusammenfassungen komprimiert, häuften sich fortan die Meldungen im „Saar-Freund“ über die profranzösische Ausrichtung der Regierungskommission. Der Vorwurf, sie leiste *„Vorspannarbeit für die französischen Annexionsbestrebungen“*²⁰⁹⁴ zog sich als roter Faden durch alle Publikationen und Vorträge. Bis das Bundesorgan im Frühjahr 1935 nach über 15 Jahren sein Erscheinen einstellte, dürfte es keine Ausgabe des „Saar-Freund“ gegeben haben, in welcher die Regierungskommission nicht neuer Amtsvergehen und Vertragsbrüche bezichtigt worden wäre²⁰⁹⁵.

In der Beamtenfrage erreichte die polemische Kritik an dem Gremium ihren ersten Höhepunkt²⁰⁹⁶. Aus der Notwendigkeit heraus, sich auf loyale Staatsdiener stützen zu können, hatte die Regierungskommission im Laufe des Frühjahrs 1920 eine Änderung des bestehenden Beamtenstatuts ins Auge gefaßt, woraufhin die saarländischen Beamten im August 1920 in einen mehrtägigen Streik traten. Da der französische Kommandant der Garnisonstruppen, General Brissaud-Desmaillet, unter den Bedingungen des daraufhin verhängten Belagerungs-

²⁰⁹³ Vgl. SF 1 (1920) 8, S. 47; SF 1 (1920) 9, S. 57 ff.

²⁰⁹⁴ Vgl. Rundschreiben an 285 Zeitungsredaktionen (08.05.22), in: BA-R 8014/21.

²⁰⁹⁵ Allein bezogen auf das Jahr 1925 erhob der SF die Vorwürfe, daß die Regierungskommission der französischen „Société Houllière de Sarre et Moselle“ erlaubt habe, von lothringischer Seite saarländische Flöze abzubauen, während sie die durch Raubbau bedingten Grubenschäden dulde. Sie lehne eine höhere Besoldung der Beamten ab, da sie die Steuererleichterungen für den französischen Fiskus nicht antasten wolle und sabotiere eine ordnungsgemäße Rechtsprechung, indem sie die Richter nicht bestätige. Die Arbeitskammer verfüge lediglich über Akklamationsrechte. Da ihr die Wohlfahrt der saarländischen Bevölkerung keineswegs am Herzen liege, habe die Regierungskommission nichts gegen die zollpolitische Abschnürung des Saargebiets unternommen und die Einführung des Franc aktiv begünstigt, während die saarländischen Sozialversicherungsleistungen bis zu 80% hinter den reichsdeutschen zurückblieben. Entgegen eindeutigen Bestimmungen des Saarstatuts habe sie neue Steuern nach französischem Vorbild wie auch andere Verordnungen ohne vorherige Befragung des Landesrates eingeführt und trotz der Aufforderung des Völkerbundsrates nichts in der Schulfrage unternommen. Mit Billigung der Regierungskommission seien im Saargebiet Werber für die Fremdenlegion unterwegs, die Tätigkeitsberichte an den Völkerbund seien stets tendenziell gehalten. Sie verbiete den saarländischen Beamten die Teilnahme an offiziellen Veranstaltungen der Jahrtausendfeier, während Rault persönlich die französischen Militärparaden abnehme. Sie habe die Spannungen auf dem Wohnungsmarkt zu verantworten und setze ihre Machtbefugnisse diktatorisch ein, wohingegen sie im Vorfeld des Generalstreiks auf den Gruben untätig geblieben sei. Derartiges Anprangern der Unzulänglichkeiten des Saarstatuts und Anklagen an die Adresse der Regierungskommission gehörte während der Völkerbundsverwaltung zum festen Repertoire der Publikationen aus dem prodeutschen Lager.

²⁰⁹⁶ Zum Beamtenstreik siehe S. 152–155; HIRSCH: Die Saar von Genf, S. 19–26. HIRSCH zeichnet insgesamt ein gemäßigtes Bild von Raults Tätigkeit und der Arbeit der Regierungskommission: Vgl. S. 52 ff. und S. 65–86.

zustandes wieder für kurze Zeit das Heft des Handels in die Hand genommen hatte, schienen sich die Vorwürfe zu bestätigen, daß die Regierungskommission in Krisensituationen lediglich als Erfüllungsgehilfin Frankreichs fungiere. Aus Sicht des „Saar-Freund“ hatte sich das vermeintlich neutrale Gremium damit endgültig selbst diskreditiert:

„Und all das sieht die Saarregierung mit an! Kann der Saarländer zu ihr Vertrauen haben? Kann er glauben, sie handle zu seinem Besten? Nicht nach französischem Willen? Die Fragen beantworten sich selbst nach den Tatsachen.“²⁰⁹⁷

Ähnlich leidenschaftlich polemisierte der inzwischen gefestigte Bund der Saarvereine zweieinhalb Jahre später anlässlich des hunderttägigen Streiks der saarländischen Bergleute. Nach außen hin handelte es sich um einen Lohnkampf, der Ende 1922 mit der Aufkündigung des bestehenden Tarifvertrages durch die beiden großen gewerkschaftlichen Bergarbeitervereinigungen seinen Anfang genommen hatte und an welchem sich zwischen Februar und Mai 1923 etwa 73.000 Bergleute beteiligten. De facto flankierte die von Berlin mit massiven Geldmitteln unterstützte Arbeitsniederlegung jedoch den passiven Widerstand, den die Reichsregierung als Erwiderung auf den Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet ausgerufen hatte: „In dieser an den August 1914 erinnernden Hochstimmung kam der gekündigte Tarifvertrag gerade recht.“²⁰⁹⁸ Selbstverständlich stand der „Saar-Freund“ in diesem Machtkampf zwischen Regierungskommission und französischer Grubenverwaltung auf der einen und der saarländischen Bevölkerung unter Führung der prodeutschen Gewerkschaften auf der anderen Seite Gewehr bei Fuß: Jeglicher Zusammenhang zwischen den Lohnforderungen der Bergleute und den Zwischenfällen an der Ruhr wurden ebenso als französische Propaganda dementiert, wie das scharfe Vorgehen des französischen Militärs und die Einschränkung der Gasversorgung als bewußte Provokationen zur Entfachung weiterer Unruhen angeprangert wurden²⁰⁹⁹. Während das Blatt unentwegt an den Durchhaltewillen der Streikenden appellierte, auszuharren, bis „ein deutscher Friede kommen“ werde²¹⁰⁰, maß es der Auseinandersetzung eine weiterreichende Bedeutung bei, da die Arbeiterschaft aus ihr „geläutert und gefestigt“ her-

²⁰⁹⁷ SF 1 (1920) 16, S. 153.

²⁰⁹⁸ MALLMANN/STEFFENS, S. 155. Der Ausstand endete nach über drei Monaten mit einem Kompromiß, der den streikenden Bergleuten einen Lohnzuwachs von 3,50 Francs brachte – lediglich 50 Centimes über dem ursprünglichen Angebot der „Administration des Mines Domaniales“. Zum Streik allgemein vgl. ebd., S. 154–163; Klaus-Michael MALLMANN: Klassenkampf fürs Vaterland. Der Bergarbeiterstreik 1923, in: DERS. [u.a.] (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie, S. 103–108. Der Streik wirkte als Katalysator zur Herausbildung jener Konfliktlinien, die ein Jahrzehnt später den Abstimmungskampf prägten; MALLMANN (S. 108) charakterisiert ihn daher als Wendepunkt.

²⁰⁹⁹ Vgl. SF 4 (1923) 4, S. 41 ff.; SF 4 (1923) 5, S. 58; SF 4 (1923) 6/7, S. 82; SF 4 (1923) 8, S. 96 f.; SF 4 (1923) 12, S. 159; SF 6 (1925) 5, S. 79 f.

²¹⁰⁰ SF 4 (1923) 6/7, S. 80. Während des Streiks bot die GSV der Reichsregierung bereitwillig ihre Unterstützung zur Erhaltung der deutschen Gesinnung im Saargebiet an: Vgl. Brief der GSV an Reichskanzler Cuno (15.03.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091. Die Ortsgruppen wurden im Nachklang des Arbeitskampfes vor angeblichen Flüchtlingen gewarnt, die in Wirklichkeit Streikbrecher seien und die nun berechtigterweise Repressalien ihrer Kollegen fürchteten: SF 4 (1923) 12, S. 168.

vorgehe²¹⁰¹. Zunächst hatte der Bund der Saarvereine allerdings selbst mit den politischen Folgen des Bergarbeiterstreiks zu kämpfen: Eine Anfang März 1923 von Rault mit knapper Mehrheit durchgesetzte Notverordnung zum Schutz der Beamten im Dienst der Regierungskommission²¹⁰² eröffnete die Möglichkeit zum Verbot einzelner Zeitungen und Zeitschriften, woraufhin die Einfuhr des „Saar-Freund“ zunächst auf sechs Monate, ab Herbst auf unbestimmte Zeit untersagt war²¹⁰³.

Derartige Maßnahmen setzten die Regierungskommission dem Vorwurf aus, sie nehme ihr Mandat mit dem ausschließlichen Ziel wahr, das Deutschtum zu schwächen und Frankreich zu begünstigen. Diese Behauptung erhielt dadurch eine neue Qualität, daß der Verein ihr vorsätzliches Handeln attestierte: Beispielsweise nehme sie mit voller Absicht den Ruin der saarländischen Wirtschaft und eine Hungersnot in Kauf, um die angeschlagene Mark durch die französische Währung zu verdrängen²¹⁰⁴. Als „Platzhalterin der französischen Annexionisten“ stehe sie unter dem beherrschenden Einfluß der Bergwerksdirektion, welche die eigentliche Regierung im Saargebiet darstelle²¹⁰⁵. Paradoxerweise forderte ausgerechnet der Bund der Saarvereine von der Regierungskommission und dem Völkerbund demokratische Strukturen ein²¹⁰⁶, während seine eigenen Protagonisten – allen voran Vogel – noch immer dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat nachtrauerten.

Aufgrund seiner autokratischen Amtsführung manifestierte sich die Kritik am Fünfergremium in erster Linie an dessen ersten Präsidenten Victor Rault²¹⁰⁷. Der Völkerbundsrat hatte einen

²¹⁰¹ SF 4 (1923) 9, S. 128. Wieder einmal stigmatisierte der SF die politischen Gegner – in diesem Fall die Protagonisten der neu gegründeten autonomistischen Bergarbeiterverbände Karl Krämer und Emil Becker, die lediglich „Verräterkreaturen [seien], die sich aus allzu durchsichtigen Gründen von den Sachwaltern Poincaréscher Gewaltpolitik im Saargebiet haben einfangen lassen.“ Beide hatten schon im August 1920 gegen die streikenden Beamten Partei ergriffen: Vgl. ANSCHÜTZ, S. 57–63.

²¹⁰² Verordnung Nr. 167 (07.03.23), in: Amtsblatt der Regierungskommission 4 (1923) 5, S. 49 ff. Zur Reaktion des Völkerbundsrates auf die Notverordnung, die am 02.05.23 durch eine Ersatz-Notverordnung abgelöst wurde: Vgl. ZENNER: Parteien und Politik, S. 73–81; Eugen WAGNER, S. 113–128. Vgl. auch die ausführliche Berichterstattung im SF: SF 4 (1923) 8, S. 89–92; SF 4 (1923) 9, S. 111; SF 4 (1923) 10, S. 122 ff.; SF 4 (1923) 10, S. 130; SF 4 (1923) 11, S. 139–142; SF 4 (1923) 12, S. 154 f.; SF 4 (1923) 13, S. 169 f.; SF 4 (1923) 14, S. 188–192; SF 4 (1923) 16, S. 224 ff.

²¹⁰³ Siehe S. 395 ff.

²¹⁰⁴ Vgl. SF 4 (1923) 6/7, S. 80. Im Verlauf dieser Kontroverse um die Einführung des Francs mußte sich die Regierungskommission die Unterstellung gefallen lassen, sie kalkuliere den Tod der hinsiechenden saarländischen Sozialrentner bewußt ein, damit diese den Tag der Abstimmung nicht mehr erlebten: Vgl. SF 3 (1922) 17, S. 245 f. Siehe auch SF 6 (1925) 3, S. 35 f.; SF 6 (1925) 6, S. 90 f.

²¹⁰⁵ Vgl. SF 6 (1925) 3, S. 33 f. Zitat: SF 6 (1925) 2, S. 19.

²¹⁰⁶ Vgl. SF 7 (1926) 14, S. 213 f.

²¹⁰⁷ Rault, der bis Kriegsende Präfekt in Lyon gewesen war, beherrschte weder die deutsche Sprache noch konnte er als ausgewiesener Kenner Deutschlands gelten. Selbst Jean Revire, einer der ambitioniertesten Streiter für die französische Sache, räumte Ende der zwanziger Jahre ein, daß die französische Entscheidung, Rault als Vorsitzenden der Regierungskommission zu nominieren, ein Fehlgriff war: Vgl. Jean REVIRE: *Perdrons-nous la Sarre?*, Paris 1929, S. 41 f.

Franzosen zum Vorsitzenden ernannt, da Frankreich bedeutende Vorrechte bei den Gruben eingeräumt worden waren und es daher einer reibungslosen Koordinierung bedurfte. Raults starke Position beruhte darauf, daß seine Stimme innerhalb der Kommission den Ausschlag gab, ferner oblagen ihm die Ressorts des Inneren, der auswärtigen Angelegenheiten sowie der Handel, die Industrie und das Arbeitswesen. Sein Selbstverständnis äußerte er offen gegenüber



Abb. 37: Victor Rault
(1866–1930)

einem französischen Abgeordneten, der ihm seine Unterstützung zur Verteidigung der französischen Interessen an der Saar zugesichert hatte. Er sei, so Rault, gleichzeitig Präsident der Regierungskommission und „*Commissaire français chargé de défendre des intérêts de la France*“, weshalb er ebenfalls von dem Wunsch, „*de faire triompher ici la cause française*“ inspiriert sei²¹⁰⁸. Ähnlich charakterisierte er auch im Juli 1923 vor dem Völkerbundsrat seine Doppelrolle, die ihm außer dem Wohlergehen der saarländischen Bevölkerung zugleich die permanente Überwachung der Frankreich garantierten Vorrechte abverlange²¹⁰⁹.

Selbst in den Fällen, in welchen die Regierungskommission als Ganze aktiv geworden war, bildete Rault den Kristallisationskern der Saarvereinspolemik; er war gleichermaßen die Quelle wie auch die Personifizierung allen Übels, das aufgrund des Saarstatuts über das Mandatsgebiet hereingebrochen war. Als „*französischer Annexionskommissar*“ habe er seinerzeit vom Minister für den Aufbau der zerstörten Gebiete geheime Anweisungen erhalten²¹¹⁰, die er in den sechs Jahren seiner Präsidentschaft rücksichtslos umzusetzen gewillt gewesen sei. Sogar vor versteckten Aufrufen zur Selbstjustiz schreckte der „Saar-Freund“ nicht zurück: Nach dem Vorwurf, daß Rault offensichtlichen Amtsmissbrauch betreibe, wogegen der Völkerbund nichts unternehme, stellte Mitte 1925 ein unbekannter Autor die Frage nach dem Richter, der ihn zur Verantwortung ziehe²¹¹¹. Insbesondere anlässlich seiner alljährlichen Bestätigung stand Rault unter publizistischem Beschuß und wurden sämtliche Vorwürfe aufs neue aufgerollt²¹¹². Entsprechend groß war die Freude über seine Demission im Frühjahr 1926²¹¹³.

²¹⁰⁸ Vgl. Brief Raults an den Abgeordneten Bouvet (Januar 1921), in: MAE, Sarre 2. Rault legt in dem Schreiben explizit seine bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung des deutschen Einflusses und Erfolge zur Stärkung Frankreichs dar. Er hoffte auf eine Gesetzesänderung in Frankreich, damit es den Saarländern möglich werde, sich vor der sonst üblichen Frist von fünf Jahren naturalisieren zu lassen.

²¹⁰⁹ Vgl. JO 4 (1923) 8, S. 909.

²¹¹⁰ SF 2 (1921) 21, S. 298.

²¹¹¹ Vgl. SF 6 (1925) 14, S. 225 f.

²¹¹² Vgl. beispielsweise SF 7 (1926) 7, S. 104. Spekulationen über seinen Nachfolger: SF 6 (1925) 9, S. 138 f.; SF 7 (1926) 2, S. 28 f.

²¹¹³ Vgl. Brief Raults an Generalsekretär Drummond (23.02.26), in: Arch. SDN 19–27, Sous-Section Saar Basin, R 102/11.348; SF 7 (1926) 5, S. 70 f.; SF 7 (1926) 6, S. 86 f.; SF 7 (1926) 7, S. 103 ff. Nach dem Ausscheiden Raults konzentrierte sich die Kritik auf das nun dienstälteste Mitglied der Regierungskommission, den für Öffentliche Arbeiten, Eisenbahn und Postwesen zuständigen Belgier Jacques Lambert: Vgl. SF 8 (1927) 6, S. 86; SF 9 (1928) 9, S. 137.

Sein Tod im Sommer 1930 wurde weitgehend mit Gleichgültigkeit aufgenommen, zugleich aber als willkommene Gelegenheit genutzt, seine Politik der Unterdrückung erneut zu brandmarken²¹¹⁴.

Die Haltung des Saarvereins zu den anderen Mitglieder der ersten Regierungskommission war zwar durch Skepsis geprägt, blieb allerdings anfangs noch weitgehend sachlich und objektiv²¹¹⁵. Da sie jedoch wenig Interesse an einer neutralen Amtsführung zeigten und aus ihrer Affinität zu Frankreich keinen Hehl machten, gerieten Jacques Lambert (1920–1928) und Graf von Moltke-Huitfeld, der Vertreter Dänemarks im Fünfergremium²¹¹⁶, ebenfalls in den Fokus der Attacken aus Berlin. Lediglich im kanadischen Mitglied Richard Deans Waugh²¹¹⁷ schien die prodeutsche Partei einen Fürsprecher gefunden zu haben. Wegen seiner Außenseiterrolle in der französisch dominierten Regierungskommission²¹¹⁸ wurde der ehemalige Bürgermeister von Winnipeg durchweg positiv wahrgenommen und mehrfach explizit von der Kritik ausgenommen. Der „Saar-Freund“ zollte ihm anlässlich seines Rücktritts großen Respekt und hob seine Verdienste auch nach Jahren immer wieder anerkennend hervor²¹¹⁹.

Trotz aller Ressentiments, die der „Saar-Freund“ der Regierungskommission als Institution entgegenbrachte, ernteten ihre neuen Mitglieder in späteren Jahren zunächst Vorschußlorbeeren – sofern sie nicht offensichtlich dem französischen Lager zuzurechnen waren²¹²⁰: Zwar nahm der „Saar-Freund“ die Entspannung der innersaarländischen Verhältnisse wohlwollend zur Kenntnis²¹²¹, doch wurde Jean Morize als Vertreter des Nachbarlandes von Anfang an angefeindet. Vom Neffen des scheidenden Präsidenten erwartete der Saarverein, daß der ehemalige Geschichtspräsident Raults Rolle als böser Geist der Kommission einnehme, zumal er als Verantwortlicher für Finanzen, Wirtschaft und Bergwerksangelegenheiten über die notwendige

²¹¹⁴ Vgl. SF 11 (1930) 15, S. 293; SF 15 (1934) 18, S. 338 f.

²¹¹⁵ Vgl. SF 1 (1920) 4, S. 17.

²¹¹⁶ Der in Paris lebende Graf war zuständig für die Justiz sowie das Schul- und Kultuswesen (1920–1924).

²¹¹⁷ Zuständig für Finanzen und Lebensmittelversorgung sowie Forsten (1920–1923).

²¹¹⁸ Waugh geriet mehrfach mit seinen Kollegen in Konflikt: Beispielsweise erklärte er, daß der Versailler Vertrag für ihn seine Bibel sei „*et il faudrait être sûr de ne pas aller à l'encontre de ses dispositions*“, worauf Moltke-Huitfeld ihm antwortete, daß es die Aufgabe der Regierungskommission sei, den Vertrag eben genau wie die Bibel zu interpretieren: Vgl. Procès-Verbal vom 28.07.20, in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 1. Während eines Kurzaufenthaltes in Amsterdam ließ Rault Waugh durch die französische Vertretung in Den Haag observieren, um das Ziel seiner Reise und die Personen, mit denen er sich traf, in Erfahrung zu bringen: Vgl. Telegramm Raults an das französische Außenministerium (08.12.21) und Brief Briands an die französische Vertretung Den Haag (09.12.21), in: MAE, IG Sarre 666.

²¹¹⁹ Vgl. SF 2 (1921) 22, S. 321; SF 4 (1923) 14, S. 193 f. („*der einzige Lichtpunkt*“); SF 4 (1923) 16, S. 230 f.; SF 4 (1923) 17, S. 240; SF 6 (1925) 7, S. 103 f. Waugh's zwei Jahre später veröffentlichter Erlebnisbericht wurde mit großer Genugtuung aufgenommen: Vgl. S.Z. Nr. 79 (21.03.25).

²¹²⁰ Vgl. zur Ernennung Carlos Espinosa de los Monteros (1924), in: SF 5 (1924) 5, S. 66 f.; SF 5 (1924) 6, S. 80; SF 5 (1924) 10, S. 137 f.; SF 5 (1924) 14, S. 204. Zur Ernennung Leo d'Ehrnrooths (1928–1935): SF 9 (1928) 6, S. 81 ff.; SF 9 (1928) 7, S. 101 f.

²¹²¹ Vgl. SF 7 (1926) 17, S. 328 f.; SF 7 (1926) 19, S. 354; SF 7 (1926) 21, S. 395; SF 7 (1926) 24, S. 432 f.

Machtfülle verfügte²¹²². Es lag in der Natur der Sache, daß sich die drei Nachfolger Raults als Präsidenten der Regierungskommission stärker der Kritik an ihrer Amtsführung ausgesetzt sahen als die Verantwortlichen der anderen Ressorts²¹²³. Die Reichsregierung forcierte dabei aus außenpolitischen Erwägungen keineswegs die Ernennung eines saarländischen Präsidenten, da sich die prodeutsche Propaganda hätte größere Zurückhaltung auferlegen müssen, während der deutsche Vorsitzende gezwungen gewesen wäre, Entscheidungen mitzutragen, die den Interessen des Reichs entgegenstanden²¹²⁴.

Das Verhältnis zu den insgesamt vier saarländischen Mitgliedern der Regierungskommission, die in aller Regel für Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Volkswohlfahrt und Sozialversicherung zuständig waren, läßt sich nicht auf einen Nenner bringen: Alfred von Boch (1920) zollte der Verein vor allem rückblickend Anerkennung für seine Entscheidung, aus Protest gegen das Vorgehen Raults während des Beamtenstreiks zurückzutreten. Jacob Hector (1920–1923) sah sich wegen seines profranzösischen Kurses von Anfang an heftiger Kritik ausgesetzt²¹²⁵, während sein Nachfolger Julius Land (1923–1924) als Marionette in den Händen der französischen

²¹²² Vgl. SF 7 (1926) 7, S. 103; SF 7 (1926) 8, S. 118 ff. Auch der Präsident des Landesrates war der Ansicht, daß Morize die tonangebende Figur im Kabinett sei: „*Großer Fleiß, umfassende Kenntnis des ganzen Systems [...], jetzt der Mann, der die Finanzen unter sich hat, machen ihn gewissermaßen zum Beherrscher des ganzen Apparates.*“: Aufzeichnung Scheuers (Dezember 1928), in: BayHStA, MInn 47.090. Zwei der späteren Präsidenten der Regierungskommission, Wilton und Knox, wurden als Marionetten Morizes bezeichnet: Vgl. SF 13 (1932) 2, S. 17 ff.; SF 13 (1932) 23, S. 381.

²¹²³ Zu George Washington Stephens (1923–1926, Präsident 1926–1927): SF 4 (1923) 19, S. 254 f.; SF 4 (1923) 21, S. 273; SF 7 (1926) 5, S. 73 f.; SF 7 (1926) 7, S. 101–105. Harsche Kritik an seiner Person nach seinem Rücktritt als Präsident der Regierungskommission: Vgl. SF 8 (1927) 12, S. 188 f. Zu Sir Ernest Wilton (Präsident 1927–1932): Vgl. SF 8 (1927) 13, S. 205; SF 8 (1927) 14, S. 218 ff.; SF 8 (1927) 18, S. 344 f. Meldungen zu seinem Rücktritt: SF 13 (1932) 2, S. 19–22 („*Wenn sie aber dann durch die harte Sprache der Tatsachen eines Besseren belehrt werden, dann verlassen die Ratten eben das sinkende Schiff.*“); SF 13 (1932) 8, S. 115–118. Zu Sir Geoffrey George Knox (Präsident 1932–1935): SF 13 (1932) 8, S. 116; SF 13 (1932) 13, S. 201 („*Der neue Präsident scheint also doch mehr Wert auf eine Fühlungnahme mit der Saarbevölkerung zu legen.*“). Spätestens mit der Gleichschaltung des Bundes wurde der in Australien geborene Brite zur Hauptzielscheibe der SF-Propaganda gegen die Regierungskommission. Vgl. zu Knox: HIRSCH: Saar von Genf, S. 86–89.

²¹²⁴ Das AA teilte hier die Bedenken des saarländischen Mitgliedes Koßmann. Auf der anderen Seite sprach nach Ansicht der Wilhelmstraße gegen einen deutschen Präsidenten, daß es diesem gelingen könnte, die „*Verhältnisse für die Bevölkerung so zu gestalten, daß diese einigermaßen zufriedengestellt würde. Dies würde starken Nährboden für immer stärker hervortretende Tendenz der Franzosen nach Autonomie Saargebiets bilden.*“: Vgl. Brief von Bülow's an die deutsche Delegation in Genf (29.09.30), in: PA AA, Referat Völkerbund, R 97.302. Vgl. ebenso: JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, Dok. 5, S. 214.

²¹²⁵ Als kommissarischer Bürgermeister von Saarlouis hatte der Arzt (1872–1954) im Juli 1919 eine nicht autorisierte Ergebniseinsicht der Stadt an Clemenceau gerichtet. Da er in einem Gerichtsverfahren unter Eid leugnete, das Schreiben verfaßt zu haben, mußte er im März 1923 zurücktreten; für den „*Verräter am Deutschtum*“ (SF 4 (1923) 5, S. 54) hatte der Meineid jedoch keine juristische Konsequenzen: Vgl. die Sammelmappe „*Dr. Hector Saarlouis Landesverrat*“ (1919–1934), in: BA-R 8014/894; SF 1 (1920) 13, S. 110; SF 2 (1921) 21, S. 302; SF 3 (1922) 1, S. 6 ff.; SF 3 (1922) 15, S. 225; SF 3 (1922) 18, S. 263 ff.; SF 4 (1923) 4, S. 44; SF 4 (1923) 5, S. 54–57; SF 4 (1923) 6/7, S. 76 f. („*In seiner Brust lebten die Knechtsseele und der Tyrannenteufel.*“); SF 4 (1923) 6/7, S. 82 f.; SF 4 (1923) 11, S. 144 („*abgefeimter Betrüger, Dokumentenfälscher, Hochverräter, charakterloser Lump und Meineidiger*“); SF 4 (1923) 12, S. 157; SF 4 (1923) 13, S. 179; SF 5 (1924) 1, S. 6; SF 6 (1925) 18, S. 300 ff.; SF 13 (1932) 3, S. 32 ff. Im eigentlichen Abstimmungskampf betätigte er sich ebenso wie sein Sohn Edgar in der „*Saarländischen Wirtschaftvereinigung*“ zugunsten des Status quo: Vgl. ZENNER: Parteien und Politik, S. 314 f.

Partei galt und sich durch sein Eintreten für die Notverordnung 1923 vollends diskreditierte²¹²⁶. Erst zu Bartholomäus Koßmann (1924–1935) entwickelte sich nach anfänglichen Differenzen ein weitgehend reibungsfreies Verhältnis²¹²⁷.

Für die nachgeordneten ausländischen Beamten im Dienst der Regierungskommission hatte der „Saar-Freund“ meist nur Hohn und Spott übrig²¹²⁸. Akribisch prangerte er deren tatsächliche oder zumindest aus deutscher Sicht so empfundene Verfehlungen an und berichtete mit großer Genugtuung über laufende Gerichtsverfahren und Verurteilungen²¹²⁹. Saarländische Institutionen sahen sich ebenfalls der Anfeindung aus Berlin ausgesetzt, insbesondere wenn es sich wie im Falle der französisch-saarländischen Handelskammer²¹³⁰ um neu geschaffene Körperschaften handelte. Als „*Feigenblatt für die Saarregierung*“ bzw. „*Babelgerichtshof*“ wurde der Oberste Gerichtshof in Saarlouis ebenso wie die 1921 gegen den Willen der Kreisvertretungen durchgesetzte Justizreform vor allem deshalb abgelehnt, weil er die traditionellen Verbindungen zum Leipziger Reichsgericht unterband und somit den Autonomiegedanken förderte²¹³¹.

Nach der Rückgliederung schrieb sich der Verein selbst das Verdienst zu, das Ränkespiel der Regierungskommission um die Saar empfindlich gestört zu haben²¹³². Dabei polemisierte er nicht nur gegen das Völkerbundsorgan als solches, sondern agitierte ebenso gegen einzelne politische Entscheidungen. Drei seiner hauptsächlichen Propagandathemen aus dem Bereich der saarländischen Innenpolitik sollen im folgenden exemplarisch analysiert und dargestellt werden. Der Kampf der deutschen Propaganda gegen die französische Schule und den französischen Sprachunterricht stand in keinem Verhältnis zu der eigentlichen Bedeutung des Problems: Trotz aller Vergünstigungen für die Kinder und deren Eltern und trotz teilweise massiver Druckmittel

²¹²⁶ Vgl. SF 4 (1923) 16, S. 232; SF 5 (1924) 3, S. 31 f.

²¹²⁷ Über Koßmann (1883–1952) war ein Dossier in der GSV angelegt worden, mit welchem er wegen seines Eintretens für den Verbleib General Andlauer 1919 hätte an den Pranger gestellt werden können. Während seiner Zeit als Präsident des Landesrates stand er mehrfach im Zentrum der Kritik: Vgl. undatiertes Dossier, in: BA-R 8014/891; SF 3 (1922) 3, S. 30; SF 3 (1922) 8, S. 92 f.; SF 3 (1922) 15, S. 233. Er zählte zu den wichtigsten Vertrauensleuten des Saarreferenten Voigt im Saargebiet. Nach 1933 hoffte Koßmanns Amtskollege Morize vergeblich, ihn als Führer einer Status-quo-Bewegung gewinnen zu können: Vgl. Brief Binders an Voigt (05.09.33), in: BayHStA, StK 6100. Zu Koßmann allgemein, der 1944 im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler verhaftet, aus Mangel an Beweisen aber freigesprochen wurde, vgl. Klaus-Michael MALLMANN/ Gerhard PAUL: Bartholomäus Koßmann, in: DIES.: Das zersplitterte Nein, S. 137–145 und S. 311 f.; Reinhold BOST: Bartholomäus Koßmann. Christ. Gewerkschaftler. Politiker 1883–1952, Blieskastel 2002.

²¹²⁸ Vgl. SF 4 (1923) 4, S. 44 f.; SF 5 (1924) 11, S. 164.

²¹²⁹ Vgl. beispielsweise den Prozeß gegen den Kommandanten der Saarbrücker Schutzmannschaft Paul Dörfert, der im Herbst 1924 wegen Unterschlagung, Strafvereitelung und Bestechung verhaftet und zu insgesamt drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, in: SF 5 (1924) 18, S. 279 f.; SF 6 (1925) 1, S. 8 f.; SF 6 (1925) 6, S. 94. Gleichzeitig rollte der SF den Fall des Chefs der Obersten Polizeiverwaltung, Adler, auf: Vgl. SF 6 (1925) 1, S. 7 f.; SF 6 (1925) 7, S. 109; SF 6 (1925) 8, S. 123.

²¹³⁰ Vgl. SF 1 (1920) 18, S. 182. Vgl. hierzu: BRINGOLF, S. 219–234.

²¹³¹ Vgl. SF 1 (1920) 13, S. 112 f.; SF 2 (1921) 17, S. 235 ff. Zitate: SF 2 (1921) 16, S. 223.

²¹³² VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 231.

seitens der Grubenverwaltung²¹³³ besuchten auf dem Höhepunkt der Werbekampagne lediglich etwa 5% der schulpflichtigen saarländischen Kinder französische Schulen. Drei Jahre vor dem Plebiszit waren es nach einem starken Rückgang zu Ende der zwanziger Jahre ungefähr 3.200 Kinder²¹³⁴. Dessenungeachtet stand für das Bundesorgan fest:

„Die französische Schule ist eine Pestbeule an dem saarländischen Schulkörper. Sie zu bekämpfen, muß uns jedes Mittel recht sein, das sittlich erlaubt und erfolgversprechend ist [...]. Hinweg mit diesem welschen Gewächs!“²¹³⁵

Die Agitation nahm teilweise groteske Formen an. So heroisierte der „Saar-Freund“ beispielsweise die mangelnde Lernbereitschaft einer saarländischen Oberklasse im Französischunterricht als Akt des stillen Widerstandes²¹³⁶. In zahlreichen Artikeln und Vorträgen ereiferten sich Vogels Mitstreiter vor allem gegen die Zurückdrängung der traditionellen Konfessionsschule, gegen die mangelnde Befähigung der protegierten französischen Lehrerschaft, die es den Kindern später unmöglich mache, ein Studium in Deutschland aufzunehmen und machte gegen den Druck auf Eltern und Schüler sowie die inhaltliche Ausrichtung der reformierten Schulbücher mobil, die den saarländischen Heimatgedanken auf Kosten des deutschen Nationalgefühls überbetonten: *„Mit der Heimatliebe soll die Vaterlandsliebe totgeschlagen werden.“²¹³⁷*

Ebenso war das im Saargebiet stationierte französische Militär vielen Mitgliedern des Bundes der Saarvereine ein Dorn im Auge, hatten die meisten von ihnen doch selbst im Feld gestanden und während der etwa 15monatigen Dauer des Besatzungsregimes eigene leidvolle Erfahrungen sammeln können²¹³⁸. Mit dem Inkrafttreten des Saarstatuts und dem Amtsantritt der Regierungskommission Ende Februar 1920 war die Phase der französischen Militärverwaltung zwar de iure beendet, tatsächlich verstand es die erste Völkerbundsregierung aber, den Abzug der zu Garni-

²¹³³ Auf den französischen Schulen herrschte Lehrmittelfreiheit. An die Kinder wurden zu den großen Festen Spielsachen und sonstige Geschenke verteilt, während sich ihre Väter bessere Aufstiegschancen auf den Zechen bzw. im Falle der Weigerung schlechtere Arbeitsbedingungen und gegebenenfalls ihre Entlassung ausrechnen konnten: Vgl. SF 4 (1923) 2, S. 16; SF 4 (1923) 20, S. 262; SF 4 (1923) 22, S. 282; SF 5 (1924) 12, S. 176.

²¹³⁴ Vgl. SF 14 (1933) 6, S. 92.

²¹³⁵ SF 8 (1927) 11, S. 171.

²¹³⁶ Vgl. SF 8 (1927) 8, S. 125.

²¹³⁷ FITTBOGEN, S. 64. Vgl. zur deutschen Position: Jürgen HANNIG: Historisch-politische Erziehung im Saargebiet in der Völkerbundszeit und in der Zeit des Nationalsozialismus 1920–1945, in: Rolf WITTENBROCK (Hrsg.): Schule und Identitätsbildung in der Region Saar-Lor-Lux. Enseignement scolaire et formation d'identités collectives dans l'espace Sar-Lor-Lux, Saarbrücken 1994, S. 71–90, hier: S. 73–76. Vgl. allgemein zum „Schulkampf“: SF 4 (1923) 3, S. 25 ff.; SF 5 (1924) 6, S. 78 f.; SF 5 (1924) 9, S. 134 f.; SF 5 (1924) 10, S. 137–142; SF 5 (1924) 10, S. 146; SF 7 (1926) 21, S. 386 ff.; SF 8 (1927) 12, S. 192 f.; SF 11 (1930) 13/14, S. 248 ff.; SF 11 (1930) 22, S. 406 ff.; SF 12 (1931) 4, S. 55 f.; SF 12 (1931) 6, S. 90 f.; SF 12 (1931) 13/14, S. 209–212; SF 12 (1931) 13/14, S. 222–227; SF 12 (1931) 20, S. 337 f.; SF 12 (1931) 21, S. 355 f.; SF 12 (1931) 22, S. 369 f.; SF 12 (1931) 23, S. 402 ff.

²¹³⁸ Die ausgewiesenen „Märtyrer“ jener ersten Phase bildeten, wie bereits erörtert, häufig die Keimzelle neuer Ortsverbände.

sonstruppen umgewandelten französischen Regimenter zu verzögern²¹³⁹. Die beiden Hauptargumente, mit denen sie der Errichtung einer saarländischen Gendarmerie – wie sie in § 30 des Saarstatuts vorgesehen war – entgegentrat, waren die unterstellte mangelnde Qualifikation der Saarländer sowie die immense finanzielle Belastung, welche den saarländischen Haushalt überfordern müsse. Regelmäßig trugen die saarländischen Parteien und die deutsche Reichsregierung dem Genfer Völkerbundsrat ihre Beschwerden vor, der somit bis 1930 in nahezu allen saarrelevanten Sitzungen zum Problem der französischen Soldaten an der Saar Stellung beziehen mußte. Auf internationalen Druck wurde die lokale Gendarmerie ausgebaut, während sich die Zahl der kasernierten Truppen sukzessive reduzierte, bis diese 1927 durch ein gemischt französisch-belgisch-britisches Bahnschutzkorps ersetzt wurden. Drei Jahre später zog dieses etwa 800 Mann starke Kontingent im Zuge der Rheinlandräumung ab, womit einer der jahrelang am energischsten ausgetragenen Konfliktherde zu den Akten gelegt werden konnte²¹⁴⁰.

Bis zur Entspannungsperiode zwischen Frankreich und Deutschland in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre sah es der Saarverein als eine seiner vordringlichsten literarisch-publizistischen Aufgaben an, die im Saartal stationierten Truppen um jeden Preis zu diskreditieren. Die Gründe für deren vertragswidrige Anwesenheit schienen offensichtlich: Die saarländische Bevölkerung sollte eingeschüchtert bleiben und daran gehindert werden, ihre freie Überzeugung öffentlich zu artikulieren. Außerdem leisteten die Truppen Spitzeldienste gegen Deutschland, erfüllten den Zweck von Etappenformationen für die französischen Regimenter im Rheinland²¹⁴¹ und sollten aus ausschließlich propagandistischen Gründen bis zur Abstimmung 1935 an der Saar bleiben²¹⁴². Infolgedessen wurde jeder noch so belanglose Zwischenfall wiedergegeben, jedes noch so fragwürdige Gerücht aufgegriffen, wenn es nur dem Ziel diene, die Anwesenheit der französischen Soldaten in ein schlechtes Licht zu rücken. Hierbei schwang sich der „Saar-

²¹³⁹ Während der Krise im August 1920 und anlässlich des Bergarbeiterstreiks von 1923 übertrug sie die Befehlsgewalt erneut dem französischen Oberkommandierenden.

²¹⁴⁰ Vgl. SF 4 (1923) 6/7, S. 71–75; SF 5 (1924) 6, S. 83 f.; SF 5 (1924) 11, S. 158; SF 5 (1924) 14, S. 211 f.; SF 5 (1924) 16, S. 240 ff.; SF 7 (1926) 5, S. 70 f.; SF 8 (1927) 3, S. 35–38; SF 8 (1927) 19, S. 153 ff.; SF 9 (1928) 13, S. 238 f.; SF 11 (1930) 15, S. 293 f.; SF 11 (1930) 18, S. 333–336; SF 11 (1930) 24, S. 434–438; BUMILLER; HIRSCH: Saar von Genf, S. 14–17; Weißbuch, Dok. 86–107, S. 129–152. Vgl. auch die polemische Denkschrift: Zwecklosigkeit, Rechtswidrigkeit und Übergriffe des französischen Militärs im Saargebiet, hrsg. von den Fraktionen des Landesrates des Saargebietes, Saarbrücken 1924.

²¹⁴¹ Diesen unterstellte das Blatt noch nach Jahren weitergehende politische Aufgaben in den linksrheinischen Gebieten: Vgl. SF 7 (1926) 12, S. 181 f.; SF 7 (1926) 23, S. 413 f.

²¹⁴² Vgl. SF 4 (1923) 2, S. 17; SF 4 (1923) 6/7, S. 71. Gänzlich an den Haaren herbeigezogen war die letzte Behauptung nicht: Anfang 1926 streifte eine französische Denkschrift zur gegenwärtigen Lage an der Saar auch militärische Aspekte und konstatierte: „*La présence en tout temps d'une garnison réduite, organe de la gare régulatrice, aurait l'avantage que les uniformes français ne disparaîtraient pas de Sarre; sans parler de prestige, la réquisition, en cas de nécessité, des troupes stationnées en Lorraine paraîtrait beaucoup moins anormale à la population sarroise si elle n'a pas perdu l'habitude de voir des uniformes français.*“: Vgl. Denkschrift (Januar 1926), in: MAE, Sarre 13.

Freund“ immer dann zum Hüter der Moral auf, wenn die Gefahr drohte, daß Teile der saarländischen Bevölkerung mit den Franzosen fraternisierten²¹⁴³.

Abgesehen von dem generellen Verstoß gegen das Saarstatut, der sich aus der reinen Präsenz bewaffneter regulärer Verbände ergab²¹⁴⁴ und sonstigen juristischen Erwägungen, prangerte der Bund der Saarvereine bis zum Abzug der Truppen unerläßlich vermeintliche und tatsächliche Verfehlungen der Franzosen an. Sie wurden nicht nur für die dramatische Verschärfung der Situation auf dem saarländischen Wohnungsmarkt²¹⁴⁵ und das ungehinderte Werben für die Fremdenlegion verantwortlich gemacht²¹⁴⁶, ihnen wurden nicht allein die Flurschäden zur Last gelegt, die Truppenbewegungen und Manöver anrichteten²¹⁴⁷, sondern der „Saar-Freund“ schreckte nicht davor zurück, die Angehörigen der französischen Garnison ihrer menschlicher Züge zu entkleiden. Ausführlich schilderte er die Willkürakte gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung. Die französische „Landplage“²¹⁴⁸ achte weder auf die primitivsten Regeln des Anstandes noch auf das Leben der Saarländer, die fast täglich gewaltsamen Übergriffen ausgeliefert seien. Wildes nächtliches Schießen betrunkenen Soldaten im Wald war noch einer der harmloseren Vorwürfe; durch gezielten – natürlich ungerechtfertigten – Waffengebrauch seien sogar zahlreiche Tote zu beklagen²¹⁴⁹. Da die gegen die Schuldigen verhängten Strafen in aller Regel verhältnismäßig mild ausfielen, stand für den „Saar-Freund“ fest: „*Diese Herrschaften durften morden, vergewaltigen, anrempeln, schlagen, stechen, schießen. Herr Rault lächelte nur befriedigt [...]*“²¹⁵⁰. Vor allem Frauen und Kinder fielen immer wieder dem ungebührlichen

²¹⁴³ Insbesondere „*leichtsinnige Frauenzimmer*“ zogen den Zorn des Bundesorgans auf sich, wenn sie „*mit den unkultivierten Völkern aus Afrika*“ verkehrten, was als Indiz für den „*moralischen Tiefstand und die sittliche Verwilderung*“ gewertet wurde: Zitate aus: SF 1 (1920) 11, S. 86; SF 1 (1920) 18, S. 187. Französische Soldaten gingen einem verwerflichen Lebenswandel nach; für sie seien eigene Bordelle eingerichtet worden: Vgl. SF 1 (1920) 20, S. 201.

²¹⁴⁴ Entsprechend große Aufmerksamkeit widmete das Blatt dem Abzug der Truppen sowie dem Aufbau der lokalen Gendarmerie: Vgl. SF 5 (1924) 5, S. 65; SF 6 (1925) 6, S. 94; SF 7 (1926) 3, S. 41; SF 7 (1926) 9, S. 133 f. 1926 übernahm die GSV die Prozeßkosten eines Gerichtsverfahrens, welches ein von einem französischen Militärfahrzeug angefahrener Saarländer gegen die Regierungskommission anstrebte und in dessen Verlauf die Frage der Rechtmäßigkeit der Garnisonstruppen erörtert wurde: Vgl. Schriftverkehr, in: BA-R 8014/733.

²¹⁴⁵ Vgl. SF 1 (1920) 11, S. 82; SF 6 (1925) 9, S. 137 f.; SF 7 (1926) 7, S. 111 f.; SF 8 (1927) 6, S. 88 f.; SF 8 (1927) 15, S. 236 f.

²¹⁴⁶ Vgl. SF 1 (1920) 1, S. 6; SF 2 (1921) 20, S. 293; SF 6 (1925) 6, S. 94; SF 6 (1925) 7, S. 113; SF 6 (1925) 14, S. 228 f.; SF 6 (1925) 15, S. 249; SF 6 (1925) 17, S. 286; Vgl. 7 (1926) 111 f.; SF 7 (1926) 15, S. 241.

²¹⁴⁷ Vgl. SF 1 (1920) 12, S. 98. Zusätzliches Ärgernis stellte das Überfliegen und sonstige Verletzungen der französisch-saarländischen Grenze durch innerfranzösische Verbände dar: Vgl. SF 7 (1926) 15, S. 240 f.; SF 8 (1927) 14, S. 225; SF 11 (1930) 1, S. 16.

²¹⁴⁸ SF 7 (1926) 9, S. 142. Die Unzufriedenheit unter den französischen Soldaten nach Kriegsende und deren enttäuschte Erwartungen, die manche Entgleisung zwar nicht rechtfertigen, aber verständlicher machen können, hat CABANES untersucht.

²¹⁴⁹ Insgesamt zehn Opfer gingen tatsächlich bis 1924 auf das Konto der französischen Truppen: Vgl. BRUCH: Franzosen im Saargebiet, S. 5.

²¹⁵⁰ SF 7 (1926) 5, S. 77. Ein Jahr später hieß es dazu: „*Erschreckend ist die Zahl der Blutopfer, der geschändeten Frauen und Mädchen, der Mißhandelten, an Leib und Seele Geschädigten, Verstümmelten, die das Schuld-*

Verhalten der französischen Soldaten zum Opfer; die Bandbreite der unterstellten Delikte reicht von einfacher Belästigung auf offener Straße über Vergewaltigung bis hin zum Sexualmord²¹⁵¹. In noch viel stärkerem Maße als die einfachen Soldaten aus Innerfrankreich waren die farbigen Besatzungstruppen den verbalen Haßtiraden des Vereins ausgeliefert. Ähnlich wie im gesamten Rheinland wurden auch an der Saar die aus Nordafrika und Indochina stammenden Verbände als Provokation der angestammten deutschen Bevölkerung empfunden. Schon die reine Anwesenheit des „*verbrecherischen Gesindels aus dem Osten*“ bzw. der „*schwarze[n] Pest*“²¹⁵² galt als Gefahr für die Zivilbevölkerung: Nicht nur die Zahl der mit Geschlechtskrankheiten infizierten Personen sei dramatisch angestiegen, sondern die farbigen Soldaten wurden bezichtigt, die Schlafkrankheit eingeschleppt zu haben²¹⁵³. Die gesamte europäische Zivilisation schien durch die Kolonialregimenter aufs schärfste bedroht²¹⁵⁴. In ihrem Propagandafeldzug kooperierte die Berliner Zentrale mit verschiedenen Organisationen wie beispielsweise der „Rheinischen Frauenliga“, in deren Auftrag sie die Flugschrift „*Farbige Franzosen am Rhein*“ einer frühen Ausgabe des „*Saar-Freund*“ beilegte²¹⁵⁵. Der geschäftsführende Vorsitzende des „*Deutschen Notbundes gegen die schwarze Schmach*“ wurde 1920 als Referent zur Dezemberversammlung der Berliner Ortsgruppe eingeladen und Vogel bestellte 150 Exemplare der Monatsschrift „*Die Schmach am Rhein*“ zur Verteilung unter den Ortsgruppen²¹⁵⁶. Da bis Anfang 1922 alle farbigen Regimenter aus dem Saargebiet abgezogen waren, rückte die rassistische Komponente der Saarvereinsagitation gegen die französischen Verbände in den Hintergrund.

konto der französischen Besatzung belasten.“: SF 8 (1927) 12, S. 185. Sonstige ähnliche Vorwürfe – allein bezogen auf das Jahr 1920 –, in: SF 1 (1920) 7, S. 40; SF 1 (1920) 8, S. 47 f.; SF 1 (1920) 9, S. 62; SF 1 (1920) 13, S. 114 ff.; SF 1 (1920) 14, S. 125; SF 1 (1920) 17, S. 170; SF 1 (1920) 20, S. 203; SF 1 (1920) 22, S. 223; Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Saar-Verein wissen muß, S. 4. Vgl. hierzu auch: HELLWIG/OLLMERT.

²¹⁵¹ Vgl. die Berichte über die Vergewaltigung eines Dienstmädchens durch zwei asiatische Soldaten, in: SF 1 (1920) 3, S. 11; SF 1 (1920) 8, S. 48. Vgl. auch SF 1 (1920) 11, S. 87; SF 1 (1920) 16, S. 155; SF 7 (1926) 19, S. 361 f.; SF 10 (1929) 10, S. 186 f. Zum Mord an einer 17jährigen wird nur vermerkt: „*Wer das Mädchen umgebracht hat, dürfte wohl leicht zu erraten sein.*“: SF 1 (1920) 12, S. 97 f.

²¹⁵² SF 1 (1920) 9, S. 63. Weitere Ausfälligkeiten gegen die farbigen Soldaten: „*Unheil stiftenden Heuschreckenschwarm*“ (SF 2 (1921) 3, S. 27), „*Niggergreuel im besetzten Gebiet*“ (SF 2 (1921) 12, S. 164) oder auch „*finstere Menschen finsterner Erdteile*“ (SF 2 (1921) 2, S. 15).

²¹⁵³ Vgl. SF 2 (1921) 3, S. 29; SF 2 (1921) 7, S. 82.

²¹⁵⁴ Vgl. SF 1 (1920) 16, S. 155; SF 2 (1921) 6, S. 68 f.; SF 2 (1921) 6, S. 86; SF 2 (1921) 7, S. 102.

²¹⁵⁵ Vgl. SF 1 (1920) 12, S. 95 ff. und S. 104. In der Druckschrift wurde vor allem über Vergewaltigungen, „*welche die schwarzen Prätorianer des französischen Imperialismus an deutschen Frauen verübt haben*“, berichtet und der SF warnte eigens vor der „*bestialischen Wollust afrikanischer Wilder*“. Protestkundgebungen im Reich gegen die „*schwarze Schmach*“ fanden ebenfalls die Beachtung des Bundesorgans: Vgl. Berichte über Veranstaltungen in Freiburg und Berlin, in: SF 1 (1920) 13, S. 111; SF 1 (1920) 14, S. 123.

²¹⁵⁶ Satzungsgemäß bezweckte der Bund die „*Aufklärung über die Gefährdung der weißen Rasse*“. Vgl. hierzu den Schriftverkehr der GSV mit dem „*Notbund gegen die schwarze Schmach*“ (1920–1921), in: BA-R 8014/725. Jahre später teilte der Vorsitzende der bayerischen Landesvereinigung mit, daß die Münchener Bundeszentrale sich mit der dortigen Geschäftsstelle des Saarvereins vereinigt habe, um gegenüber dem Ausland zu verbergen, daß der Notbund inzwischen aus finanziellen Gründen eingegangen sei: Vgl. Brief Johannes' an die GSV (15.10.26), in: BA-R 8014/511.

Die Umwandlung der französischen Garnisonstruppen in ein internationales Bahnschutzkorps im Frühjahr 1927 stellte den Verein vor das Problem, diese von Reichsaußenminister Stresemann entscheidend mitgestaltete Kompromißformel zu verteidigen. Während sich frühere Regierungen stets einen Tadel einhandelten, wenn sie damit liebäugelten, im Interesse des Reiches Zugeständnisse auf Kosten des Saargebiets zu machen, wurde die Saarfrage nun als „Bestandteil jenes außenpolitischen Gesamtkomplexes“ betrachtet,

„der der Klärung in der internationalen Politik zugeführt werden muß, wenn Deutschland aus der politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht wieder herauskommen will.“²¹⁵⁷

Völlig im Widerspruch zu früheren Positionen²¹⁵⁸ begrüßte der „Saar-Freund“ das Vorhaben Stresemanns, im Ausgleich für die vollständige Räumung des Rheinlandes auf einen vollständigen Abzug der französischen Soldaten zu verzichten. Neu war auch der Ton gegenüber dem französischen Außenminister: Briands Verständigungspolitik mit Deutschland sei zum Scheitern verurteilt, wenn er durch die Zurückweisung seines Kompromißvorschlages brüskiert werde. Diese überraschende Zurückhaltung währte indes nicht lange: Wenige Monate später veröffentlichte das Bundesorgan wieder eine Auflistung aller in der Zwischenzeit gegen den Bahnschutz gesammelten Vorwürfe, die sich inhaltlich kaum von den Kritikpunkten unterschieden, die bisher den französischen Truppen vorgehalten wurden²¹⁵⁹. Zu Anfang des darauf folgenden Jahres wurde die deutsche Zustimmung zur Einrichtung des Bahnschutzes in einem Grundsatzartikel schließlich als schwerer taktischer Fehler bezeichnet²¹⁶⁰.

Die Auseinandersetzung um die sukzessive Einführung des Francs als alleiniges Zahlungsmittel im Saargebiet wurde in der Literatur als „Paradebeispiel für die zum Teil blindwütig nationalistisch geführten Auseinandersetzungen“ des Bundes der Saarvereine bezeichnet²¹⁶¹. In der Tat protestierten die Berliner „Saar-Freunde“ noch immer vehement gegen die Verdrängung der wertlos gewordenen Mark, als sich nicht nur der Großteil der saarländischen Bevölkerung damit abgefunden hatte, sondern wirtschaftliche Vernunft diesen Schritt zum Gebot der Stunde machte. Den rechtlichen Rahmen zum Währungswechsel bot der Versailler Vertrag: § 32 des Saarstatuts stellte es dem französischen Staat frei, sich bei allen Transaktionen im Zusammenhang mit der Ausbeutung der Gruben oder ihrer Nebenanlagen des französischen Geldes zu bedienen und verbot jede Einschränkung seines Umlaufs.

²¹⁵⁷ Vgl. SF 8 (1927) 6, S. 84–87. Zitat: S. 86. Vgl. hierzu die Aufzeichnung Voigts (14.12.26), in: ADAP B I/2, Dok. 264, S. 611–615.

²¹⁵⁸ Vgl. SF 8 (1927) 5, S. 67 ff.

²¹⁵⁹ Vgl. SF 8 (1927) 15, S. 234–237.

²¹⁶⁰ Vgl. SF 9 (1928) 1, S. 1 f.

²¹⁶¹ Joachim HEINZ: Darbende Marklohnempfänger und Frankenkönige. Die Einführung des Franc im Saargebiet 1920–1923. Ein Beispiel für die Nationalisierung aller Lebensbereiche im Saargebiet der Völkerbundzeit, in: Arbeitnehmer 41 (1993), S. 292 f., hier: S. 292.

Schon vor Inkrafttreten des Vertrageswerkes machte sich der Währungs dualismus an der Saar bemerkbar: Aufgrund starker Kursschwankungen verfügten die in Lothringen angelegten Bergleute im Sommer 1919 über ein Vielfaches der Löhne ihrer Kollegen auf den staatlichen Saargruben. Der drohende Ausverkauf des Landes konnte zwar durch eine Verordnung des französischen Oberkommandierenden verhindert werden, doch hatten die Saarländer die Vorzüge des vergleichsweise stabilen Franc kennen und schätzen gelernt. So verband sich im Frühjahr 1920 persönlicher Eigennutz mit ökonomischem Pragmatismus und ließ die Forderung nach allgemeiner Einführung der französischen – oder zumindest einer am Franc orientierten – Währung laut werden²¹⁶². Auch die Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ vertrat in dieser frühen Phase noch eine relativ moderate Haltung und stigmatisierte die Idee, den französischen Franc anstelle der Mark einzuführen, noch nicht als nationalen Verrat. Da die ökonomische Grundlage einer eigenen Saarwährung fehle, bliebe nur die Alternative zwischen der französischen und deutschen Währung. Generell müsse zwar alles getan werden, um die Mark als gesetzliches Zahlungsmittel an der Saar zu erhalten, doch ließen sich die wirtschaftlichen Vorzüge der Franceinführung nicht von der Hand weisen: Hierdurch „*wäre insofern eine Besserung erzielt, als damit der Ausverkauf des Saargebietes durch Ausländer ein Ende erreicht hätte.*“²¹⁶³ Zur gleichen Zeit machte die Geschäftsstelle allerdings bei den deutschen Behörden gegen die Währungsumstellung mobil, indem sie für die Verbreitung des Vortrages „Zur Währungsfrage im Saargebiet“ sorgte²¹⁶⁴.

Als kalkulierten wirtschaftlichen Fehlschlag²¹⁶⁵ hatte die französische Grubenverwaltung zum 1. Februar 1920 Francpreise für den Export der Saarkohlen eingeführt. Zwar erzielte sie damit im Geschäftsjahr 1920 noch einen Bruttoüberschuß von über 130 Millionen Francs, doch machten sich zu Jahresende bereits die Auswirkungen jener Absatzkrise bemerkbar, die durch den Verlust des süddeutschen Marktes provoziert wurde. Erste unmittelbare Nutznießer dieser Umstellung waren die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Saargruben, die ab dem 1. Juli 1920 in Franc entlohnt wurden und durch Währungsspekulation über eine bislang nie gekannte Kaufkraft verfügten. Die psychologische Wirkung kann kaum überschätzt werden: Noch immer waren die Erinnerungen der Bergleute an die Zeiten der preußischen Verwaltung wach, während derer sie gezwungenermaßen eine bescheidene Lebenshaltung führen mußten. Als „Frankenkö-

²¹⁶² Vgl. SAVELKOULS: Franc, S. 23–35. Vgl. zu den folgenden Ausführungen: Weißbuch, Dok. 170–189, S. 254–309; Eugen BARTH; KRAUSE-WICHMANN, S. 32–119; STRAUS, S. 93–105; Gerhard WIEGAND: Französische Währungs- und Zollpolitik im Saargebiet, Berlin - Leipzig 1929.

²¹⁶³ Vgl. SF 1 (1920) 3, S. 10. Ähnlich argumentierte das Blatt eineinhalb Jahre später, als es zu dem Schluß gelangte, daß die Einführung des Francs aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit notwendig sei: Vgl. SF 2 (1921) 16, S. 227 ff.

²¹⁶⁴ Vgl. Brief der GSV u.a. an das RMFinanz (18.02.20), in: BA-R 2/2690: In der 15seitigen Denkschrift von Januar 1923 riet der Vizepräsidenten des Reichsbankdirektoriums Dr. von Glasenapp sowohl von der Schaffung einer eigenen Saarmark als auch von der Einführung des Franc ab und empfahl statt dessen die Beibehaltung der Mark.

²¹⁶⁵ So die Interpretation von MALLMANN/ STEFFENS, S. 150.

nige“ hingegen waren für sie plötzlich Luxusgüter erschwinglich geworden, was entscheidend dazu beitrug, die emotionalen Bindungen an das Reich zu lockern. Während die Arbeiterschaft kaum in die Verlegenheit geriet, der Mark nachzutruern, konnte sich der französische Staat auf subtile Art als Hort der finanzpolitischen und wirtschaftlichen Stabilität präsentieren. Die Strategie der „Administration des Mines Domaniales“, die Francentlohnung der Bergarbeiter als trojanisches Pferd²¹⁶⁶ zur generellen Währungsumstellung einzusetzen, ging auf: Binnen weniger Monate forderten auch die freigewerkschaftlichen Hüttenarbeiterorganisationen die Einführung des Franc in der saarländischen Eisenindustrie. Durch Verordnung der Regierungskommission folgten im Frühjahr 1921 die Angestellten, Beamten und Arbeiter der saarländischen Eisenbahnen, Post- und Telegraphenverwaltung, bis im Sommer 1921 auch die öffentliche Hand ausschließlich in Franc entlohnte²¹⁶⁷. Aufgrund der Absatzkrisen im Bergbau und der eisenverarbeitenden Industrie gehörten Feierschichten zwar ab 1921 zur Tagesordnung, doch konnten die Francempfänger den Verdienstaufschlag noch lange Zeit mit ihren Valutagewinnen kompensieren²¹⁶⁸. Leidtragende dieses Währungsdualismus waren vor allem die Pensionäre, die ihre Ruhebezüge weiterhin in der immer wertloser werdenden Mark erhielten und damit der dramatischen Teuerung doppelt ausgeliefert waren²¹⁶⁹.

Aus Sicht der prodeutschen Propaganda war der unaufhaltsame Niedergang der Mark verhängnisvoll, schien er doch symptomatisch für den Niedergang Deutschlands zu sein und drohte dadurch ein noch stärkerer Loyalitätsverlust gegenüber dem Reich als unmittelbar nach Kriegsende. Dem Bund der Saarvereine blieb allerdings nur wenig anderes übrig, als – wider besseres Wissen – zu behaupten, daß die saarländische Bevölkerung an der Mark festhalten wolle, und immer wieder mahnend auf die katastrophalen Folgen für die saarländische Wirtschaft hinzuweisen. Die immense Teuerung wurde dabei nur als die Spitze des Eisberges dargestellt, da das Saargebiet längerfristig gesehen nicht nur den deutschen Absatzmarkt verliere, sondern fortan nicht mehr in der Lage sein werde, dringend benötigte Waren wie normierte Ersatzteile aus dem Reich zu beziehen. Berichte über erste Schließungen von saarländischen Betrieben sollten derartige Behauptungen untermauern²¹⁷⁰. Nationalpolitische Argumente wurden kaum ins

²¹⁶⁶ Vgl. HIRSCH: Saar von Genf, S. 30.

²¹⁶⁷ Vgl. die entsprechenden Bericht in: SF 1 (1920) 15, S. 142; SF 1 (1920) 23, S. 235; SF 2 (1921) 1, S. 7; SF 2 (1921) 7, S. 80.

²¹⁶⁸ Erst als der Franc Ende 1922 fast in allen Lebensbereichen die Reichswährung verdrängt hatte und sich seine Kaufkraft damit auf das ursprüngliche Niveau einzupendeln begann, wurden Forderungen nach Lohn-erhöhungen laut. Bis dahin hatte der SF für die Spekulanten meist nur verächtlichen Spott übrig. Zu den Kursschwankungen vgl. LÜTKE, S. 53 f.

²¹⁶⁹ Zeitweise führte Saarbrücken die Liste der teuersten deutschen Städten an; binnen sieben Jahren verdreizehnfachten sich die Preise: Vgl. SF 2 (1921) 15, S. 208 f.; SF 2 (1921) 18, S. 259; HEINZ: Darbende Marklohnempfänger, S. 293.

²¹⁷⁰ Aus der Vielzahl der Artikel über die Franceinführung zwischen 1920 und 1923 vgl. nur beispielsweise SF 1 (1920) 2, S. 14; SF 1 (1920) 22, S. 227 f.; SF 2 (1921) 6, S. 63; SF 2 (1921) 19, S. 278; SF 2 (1921) 22, S. 317 ff.; SF 2 (1921) 23, S. 331 ff. Besondere Beachtung verdient das Gutachten „Das Saargebiet und die Frankenwährung“, in: SF 2 (1921) 17, S. 242–246.

Feld geführt, was angesichts des drastischen Wertverlustes der Mark auch wenig überzeugend gewirkt hätte. In vorsichtiger Weise gestand der „Saar-Freund“ im Herbst 1922 sogar ein, daß die Einführung des Francs nicht zwangsläufig etwas an der deutschen Gesinnung der Saarländer ändern müsse; da sie sich aber auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse fatal auswirke, sei sie im Hinblick auf die Abstimmung abzulehnen²¹⁷¹. Ihre Vorwürfe richteten sich vor allem an die Adresse der Regierungskommission, die in der Tat wenig unternahm, um der Verbreitung des Franc entgegenzusteuern. Ebenso handelten sich diejenigen Verbände und Organisationen, die für die Entlohnung durch die französische Währung votiert hatten, regelmäßig Rügen aus Berlin ein²¹⁷².

Mit der Ankündigung, daß der Franc zum 1. Juni 1923 als alleinige gesetzliche Währung zu gelten habe²¹⁷³, schuf die Regierungskommission vollendete Tatsachen und beendete dadurch den seit vier Jahren währenden Dualismus zwischen Franc und Mark. Obwohl diese Maßnahme entscheidend dazu beitrug, die Gemüter nach dem gerade erst beigelegten Bergarbeiterstreik zu beruhigen und von finanzpolitischer Vernunft diktiert wurde, drückte die Königgrätzer Straße ihr Bedauern über diesen Schritt aus. Ihrer Ansicht nach zerriß der Wechsel ein „wesentliches Band der Zusammengehörigkeit zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland“²¹⁷⁴, woraufhin sie den Anstieg der Preise und die Stilllegung saarländischer Betriebe fortan noch akribischer als zuvor vermerkte²¹⁷⁵.

Kaum hatten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Krisenjahr 1923 in Deutschland gefestigt, trat die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ mit der Forderung an die Öffentlichkeit, die Reichsmark auch im Saargebiet einzuführen – trotz der nun spürbar werdenden Francinflation ein währungs- und wirtschaftspolitischer Irrsinn, dem sie auch nach Jahren nicht abschwor²¹⁷⁶.

Die sukzessive Verdrängung der deutschen Mark paßte in das Bild des scheinbar konsequent gegen Deutschland gerichteten, die französische Seite begünstigenden Autonomiekurses des Präsidenten Rault. Wie dieser nach eineinhalb Jahren nach Paris meldete, war er tatsächlich von dem Wunsch beseelt,

²¹⁷¹ Vgl. SF 3 (1922) 19, S. 278 f.

²¹⁷² Vgl. hierzu die Stellungnahme des SF zur Versammlung der Freien Gewerkschaften am 12.11.22, in welcher die Regierungskommission aufgefordert wurde, durchgreifende Maßnahmen zur Beendigung des Währungsdualismus zu ergreifen, in: SF 4 (1923) 1, S. 4; SF 4 (1923) 11, S. 137 f.; Eugen BARTH, S. 83.

²¹⁷³ Vgl. LÜTKE, S. 7–14; Verordnung Nr. 352 (22.05.23), in: Amtsblatt der Regierungskommission 4 (1923) 13, S. 114 f.

²¹⁷⁴ Vgl. SF 4 (1923) 11, S. 137.

²¹⁷⁵ Vgl. SF 4 (1923) 15, S. 212. Vogel konstatierte mit Häme und Genugtuung, daß sich die Hoffnung all jener zerschlagen habe, die sich von der Einführung des Francs eine wirtschaftliche Verbesserung versprochen.

²¹⁷⁶ Vgl. SF 5 (1924) 2, S. 18 f.; SF 5 (1924) 4, S. 48; SF 5 (1924) 7, S. 104; SF 5 (1924) 9, S. 134; SF 7 (1926) 1, S. 14; SF 7 (1926) 21, S. 390 f.

*„de ne rien abandonner des droits que la Commission du Gouvernement tient du Traité de Paix, d'assurer la complète autonomie du Territoire de la Sarre et de rendre effective sa séparation d'avec l'Empire [...]“*²¹⁷⁷

So versuchte die Regierungskommission von Anfang an, die Eigenstaatlichkeit des Saargebietes unter anderem durch eine eigene schwarz-weiß-blaue Flagge, ein eigenes Wappen, Briefmarken, die Einführung der westeuropäische Zeit, eigene Mitgliedschaft im Welttelegraphen- und Weltpostverein, durch die Schaffung der „Saareinwohnerschaft“, der Abkoppelung der Sozialversicherung oder die Separation des Saargebiets vom reichsdeutschen Justizwesen zu unterstreichen²¹⁷⁸. Wurden diese Schritte ohnehin von Seiten Frankreichs begrüßt und gefördert²¹⁷⁹, so forcierten die französischen Vertreter an der Saar den Autonomiekurs ab dem Moment, als sich die bisherigen Hoffnungen auf eine nachträgliche Annexion bzw. einen für Frankreich erfolgreichen Ausgang des Plebiszits als Illusion entpuppten. Konsul Koechlin, um nur ein Beispiel zu nennen, gab angesichts der aufgeheizten Stimmung während des hunderttägigen Bergarbeiterstreiks an der Saar zu bedenken, daß Frankreich auf ein Plebiszit verzichten und sich mit Deutschland auf direktem Weg einigen solle. Selbst wenn der französische Staat bis 1935 das im Saarstatut festgeschriebene Ausbeutungsrecht behalten könne, werde die deutsche Propaganda wie bisher die wirtschaftliche Entwicklung konsequent zu sabotieren wissen. Da Koechlin ohnehin nur an ein für Frankreich günstiges Referendum glauben wollte, wenn bis dahin ein autonomer rheinischer Staat existiere, schlug er schon im Frühjahr 1923 die – selbstverständlich durch Frankreich kontrollierte – Autonomie als Konzessionsvorschlag für Verhandlungen mit Deutschland vor²¹⁸⁰. Eine wenig später im französischen Außenministerium hierzu angefertigte Aufzeichnung²¹⁸¹ führte den Gedanken dahingehend fort, daß Deutschland auf ein Kompensationsgeschäft an der Saar eingehen müsse, da es nicht in der Lage sei, seine Reparationszahlungen in voller Höhe zu leisten:

²¹⁷⁷ Vgl. Brief Rault an Außenminister Briand (09.06.21), in: MAE, Sarre 3. Vgl. ebenso: Weißbuch, Dok. 200–210, S. 319–333; V. periodischer Bericht der Regierungskommission (25.10.20), in: JO 1 (1920) 8, S. 66 f; IX. periodischer Bericht der Regierungskommission (03.01.22.), in: JO 3 (1922) 3, S. 234 f.

²¹⁷⁸ Vgl. HERRMANN: Der Oberpräsident, S. 755 ff.; ZENNER: Parteien und Politik, S. 49–54; SF 2 (1921) 4, S. 39; SF 3 (1922) 17, S. 254; SF 4 (1923) 11, S. 145; SF 8 (1927) 20, S. 373 f. Versuche, ein eigenständiges Saarbistum zu errichten, scheiterten nicht zuletzt am energischen Widerstand der Trierer und Speyerer Bischöfe.

²¹⁷⁹ Vgl. LEMPERT.

²¹⁸⁰ Vgl. Note Koechlins (07.03.23), in: Archives de S.H.A.T., 7 N/2639/1. Vgl. ebenso die Denkschrift Deflines „Formation d'un état autonome de la Sarre“ (um 1924), in: Ebd.

²¹⁸¹ Vgl. „Note sur la Sarre“ (23.05.23), in: MAE, Sarre 8. Vgl. auch „Echo de Paris“ (24.06.23); SF 4 (1923) 13, S. 171. Allerdings gab es ebenso durchaus kritische Stimmen zur Schaffung eines autonomen, deutschsprachigen und katholisch geprägten Saarstaates in unmittelbarer Nachbarschaft Elsaß-Lothringens, so beispielsweise in der Note des französischen Außenministeriums „Negociations eventuelles avec l'Allemagne“ (13.05.29), in: MAE, Sarre 14.

„La Sarre devrait être créée en pays autonome sous le contrôle de la France, c'est-à-dire que la Sarre pourrait avoir la situation du Luxembourg reliée économiquement avec la France, sous le contrôle de la France uniquement, avec un Haut-Commissaire français. La Société des Nations n'aurait plus rien à dire dans la Sarre.“

Sofern der Verbleib der Minen und des saarländischen Eisenbahnnetzes unter französischer Kontrolle garantiert sei, versprach sich Frankreich von der Förderung der Autonomie die größtmöglichen wirtschaftlichen Vorteile, zumal ein eigenständiges Saargebiet nicht das ökonomische Potential des einstigen Kriegsgegners stärken konnte²¹⁸².

Zeit seines Bestehens lief der Bund der Saarvereine gegen derartige Bestrebungen Sturm und kritisierte aufs Schärfste sämtliche Maßnahmen der Regierungskommission, welche auf die Eigenständigkeit des Grenzlandes bzw. eine dauerhafte Separation abzielten²¹⁸³. Schließlich waren die Saarländer Deutsche und wollten *„bis auf einen lächerlich geringen Prozentsatz mit französischem Geld gekaufter Verräter“*²¹⁸⁴ auch Deutsche bleiben. Ausgiebig beschäftigte sich erstmals die „Saar-Freund“-Sondernummer zur Würzburger Bundestagung 1927 mit den wirtschaftlichen, kulturellen, bevölkerungspolitischen und völkerbundspolitischen Voraussetzungen eines autonomes Saargebietes. Übereinstimmend gelangten mehrere Autoren zu dem Schluß, daß keiner der von ihnen untersuchten Aspekte für die Abspaltung der Saar vom Deutschen Reich sprechen könne²¹⁸⁵. Unter dem Eindruck der bilateralen deutsch-französischen Verhandlungen wandte sich die Trierer Sondernummer drei Jahre später erneut der Frage eines autonomen Saarstaates zu²¹⁸⁶. Nachdem der ehemalige Direktor der Saarbrücker Oberrealschule Dr. Maurer die Kriegsschuld zum wiederholten Male Frankreich und seinen Verbündeten zugeschoben hatte, prangerte er die bereits zurückgedrängten Separatismusbestrebungen in der Pfalz und im Rheinland an²¹⁸⁷. Sie seien ebenso wie die saarländische Autonomiebewegung an der deutschen Treue gescheitert: *„Zu stark wirkt doch der Einheitsgedanke, wie er unter dem schwarz-weiß-roten Banner das deutsche Volk zusammengeschweißt hat.“* Entgegen aller Versprechungen aus Paris werde eine autonome Saar nichts anderes als eine *„Ausbeutungskolonie Frankreichs“* sein, die lediglich die Vorstufe zur Annexion bilde. Nach wie vor sei das nationale Pflichtbewußtsein das entscheidende Motiv für den Wunsch der Saarländer, zum Deutschen Reich zurückzukehren, und wankelmütige Geister sollten sich vor Augen führen, daß

²¹⁸² Nach außen hin wurde dieser Umschwung durch die Förderung des autonomistisch orientierten Saarbundes deutlich. Siehe hierzu S. 473–477.

²¹⁸³ Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 07.05.22 (18.05.22), in: BA-R 8014/21. Längerfristig plane Paris, einen „Duodezstaat von Frankreichs Gnaden“ zu errichten: Vgl. SF 2 (1921) 18, S. 255. Aus der Flut von ähnlichlautenden Artikeln im SF vgl. exemplarisch: SF 12 (1931) 4, S. 48 ff.

²¹⁸⁴ Vgl. SF 5 (1924) 15, S. 218.

²¹⁸⁵ Vgl. SF 8 (1927) 16, S. 278–287.

²¹⁸⁶ Vgl. SF 11 (1930) 13/14, S. 253 ff.

²¹⁸⁷ Zum rheinischen Separatismus vgl. KÖHLER, S. 225–257; MCDUGALL, S. 305–359 sowie mit weiterführender Literatur: REIMER. Im Abstimmungskampf wurde er als *„Verkörperung des Abschaums der Menschheit“* erneut thematisiert, um die Anhänger des Status quo zu diskreditieren: Vgl. SF 15 (1934) 23, S. 477; Sondernummer 2 (1934/35), S. 23 ff.

das Saargebiet ohne die finanzielle Unterstützung, die Zollstundungen und wirtschaftlichen Sonderkonditionen, die Berlin dem bedrängten Grenzland gewähre, nicht lebensfähig sei²¹⁸⁸. Außerdem besitze die Autonomiebewegung an der Saar keine Aussicht auf Erfolg, da ihr der „*Unterbau einer Volksgemeinschaft*“ fehle²¹⁸⁹.

Schon allein durch die Einbindung der Völkerbundssatzung in das Versailler Vertragswerk mußte das als Aufsichts- und Schiedsorgan konzipierte Gremium zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte und zur Wahrung der kollektiven Sicherheit den Deutschen verdächtig erscheinen. Ihre Befürchtungen schienen sich dadurch zu bestätigen, daß Deutschland in seiner Pariastellung verharren mußte und erst nach kontroversen Auseinandersetzungen Mitte der zwanziger Jahre als gleichberechtigtes Mitglied in die Völkergemeinschaft aufgenommen wurde²¹⁹⁰. Angesichts der bereits dargestellten Spannungsfelder zwischen Regierungskommission als Repräsentantin des Treuhänders und der saarländischen Bevölkerung konnten sich die Saarkämpfer während der 15jährigen Mandatszeit nie wirklich für das in Genf ansässige „*recht zweifelhafte Institut*“²¹⁹¹ erwärmen.

Nach außen hin brachte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ dem Völkerbund allerdings zunächst Vertrauen entgegen. Am Beispiel des Saargebietes sollte er seine Existenzberechtigung und Neutralität unter Beweis stellen und seiner Pflicht nachkommen, „*das Volk an der Saar vor einem Martyrium zu bewahren*.“ Die Saar werde somit zum „*Prüfstein des hohen Gedankens der Völkerversöhnung*.“²¹⁹² Schon nach wenigen Monaten und den ersten Zusammenstößen zwischen Regierungskommission und Saarbevölkerung, in deren Verlauf sich der Völkerbund weitestgehend passiv verhalten hatte, war der anfängliche Kredit verspielt und die Staatengemeinschaft galt fortan als „*Versicherungsgesellschaft zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes, in der die Hauptaktionäre England, Frankreich und Amerika sind*.“²¹⁹³

²¹⁸⁸ Vgl. SF 10 (1929) 9, S. 163 f.; SF 11 (1930) 24, S. 438 ff.; SF 11 (1930) 21, S. 385 f.; SF 11 (1930) 23, S. 424 f.

²¹⁸⁹ Vgl. Jahresbericht 1931, S. 21.

²¹⁹⁰ Vgl. Alfred PFEIL: Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976; Franz KNIPPING (Hrsg.): Das System der Vereinten Nationen und seine Vorläufer. Bd. 2: Vorläufer der Vereinten Nationen. 19. Jahrhundert und Völkerbundszeit, München 1996, S. 360–1447, insbesondere: S. 1378–1415. Speziell zum Problem der Saar findet sich in der neuen Forschung über den Völkerbund nur wenig: Vgl. Fred S. NORTHEGE: The League of Nations. Its Life and Times 1920–1946, Leicester 1988, S. 72 f.; Gary B. OSTROWER: The League of Nations from 1919 to 1929, New York 1996, S. 36 f.

²¹⁹¹ SF 1 (1920) 22, S. 221. Die Selbstsicht des Völkerbundes: Das Saargebiet und die Freie Stadt Danzig, hrsg. von der Nachrichten-Abteilung des Sekretariats des Völkerbundes, Wien 1924.

²¹⁹² Vgl. Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Saar-Verein wissen muß, S. 6.

²¹⁹³ Vortrag Zillessens vor der Berliner Ortsgruppe (27.07.20), in: SF 1 (1920) 15, S. 135. Erstmals wurde eine derartige Kritik im Mai 1920 laut, als der Völkerbund Vertragsverletzungen der Franzosen scheinbar kommentarlos akzeptierte: Vgl. SF 1 (1920) 9, S. 57. Die Ära der Völkerbundsregierung und Abtrennung setzte der SF wiederholt mit Sklaverei gleich. Vgl. hierzu das Gedicht „Herr, mach uns frei!“, in: SF 5 (1924) 11, S. 166.

Die Haltung, welche der Bund der Saarvereine zum Völkerbund einnahm, war in erster Linie durch Mißtrauen geprägt. Regelmäßig mußte sich die „*G.m.b.H. für Kuhhandel*“²¹⁹⁴ den Vorwurf gefallen lassen, sie nehme ihre Pflichten als Treuhänderin nicht wahr, ignoriere die anstehenden Probleme und ergreife einseitig Partei, indem sie nach Konflikten lediglich der Regierungskommission, nicht aber der saarländischen Bevölkerung Gelegenheit gebe, Stellung zu beziehen²¹⁹⁵. Hierdurch mache er sich „zum Mitschuldigen bei der Vergewaltigung der Saargebietsbevölkerung!“²¹⁹⁶ Spätestens nach der Entscheidung des Völkerbundsrates in der Oberschlesienfrage stünde fest, daß Deutschland und somit auch das Saargebiet von diesem parteiischen Gremium nichts zu erwarten habe²¹⁹⁷. Unabhängig davon, daß er den Völkerbund als Marionettentheater bezeichnete²¹⁹⁸, appellierte der „Saar-Freund“ aber bei Bedarf an die hohen Ideale der Gemeinschaft, betonte, daß die saarländische Bevölkerung nichts sehnlicher wünsche, als im Geiste der Völkerverständigung zu leben und versuchte, den Bund als Schiedsrichterinstanz zu gewinnen²¹⁹⁹. In einem ihrer wenigen direkten Schriftstücke an den Völkerbund entlastete die Geschäftsstelle moralisch die Genfer Organisation, die – von Frankreich konsequent falsch informiert – völlig ahnungslos über die wahren Zustände an der Saar sei. Angesicht des übersandten Aufklärungsmaterials solle der Bund seine Aufgabe als Schutzherr des Saargebietes wahrnehmen²²⁰⁰.

Angesichts der skizzierten Haltung gegenüber dem Völkerbund überrascht es, daß die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auch gegen den Willen einzelner Vorstandsmitglieder Kontakte zur Ende 1918 in Berlin gegründeten „Deutschen Liga für Völkerbund“ unterhielt²²⁰¹. Obwohl der

²¹⁹⁴ So Karius auf der Saarkundgebung der Kölner Ortsgruppe am 12.03.26, in: SF 7 (1926) 13, S. 211.

²¹⁹⁵ Die hieraus resultierende Enttäuschung der saarländischen Bevölkerung habe sich der Völkerbund selbst zuschreiben: Vgl. SF 1 (1920) 20, S. 198; SF 1 (1920) 22, S. 221 f.; SF 2 (1921) 1, S. 3; SF 2 (1921) 14, S. 181 ff.; SF 4 (1923) 14, S. 188–191. Nahezu alle deutschsprachigen staats- und völkerrechtlichen Untersuchungen über das Saargebiet betonten die Pflichtverletzungen des Völkerbundes. Vgl. hierzu insbesondere: Felix BRITTEN: Die Treuhänderschaft des Völkerbundes gegenüber dem Saargebiet. Ihre Organisation und ihre Funktionen auf legislatorischem Gebiete, Münster 1923; Ludwig MÜLLER: Der Völkerbund; Rudolf WIRSING: Der Völkerbund als Treuhänder im Saargebiet, Würzburg 1923. Nichtsdestotrotz genossen einzelne Vertreter des Bundes wie beispielsweise der schwedische Ministerpräsident und Friedensnobelpreispräeger Hjalmar Branting hohes Ansehen: Vgl. SF 3 (1922) 8, S. 118 f.; SF 4 (1923) 11, S. 143 f.; SF 6 (1925) 5, S. 80.

²¹⁹⁶ SF 3 (1922) 2, S. 18.

²¹⁹⁷ Vgl. SF 2 (1921) 21, S. 298; SF 2 (1921) 23, S. 343.

²¹⁹⁸ Vgl. SF 1 (1920) 23, S. 234.

²¹⁹⁹ Vgl. derartige Lippenbekenntnisse, in: SF 2 (1921) 4, S. 39; SF 2 (1921) 8, S. 102; SF 3 (1922) 2, S. 17. Exemplarisch während des Bergarbeiterstreiks: SF 4 (1923) 6/7, S. 77 f.; SF 4 (1923) 12, S. 159.

²²⁰⁰ Vgl. Entschließung (03.04.21), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1. Siehe auch Dok. 16 im Anhang. Schon in der Entschließung 1922 wurde der Völkerbund wegen seiner Versäumnisse hinsichtlich des französischen Militärs, der Einführung des Francs, der Ausweisungen, der Französisierungskampagnen etc. wieder hart attackiert: Vgl. Rundschreiben der GSV an 285 Zeitungsredaktionen (08.05.22), in: BA-R 8014/21.

²²⁰¹ Die Protektion der Liga durch das AA und verschiedene Kabinettsmitglieder erklärt unter Umständen den Schritt der GSV. Nach ihren Satzungen bezweckte die Liga die „Vorbereitung und Sicherung des Völkerbundes, Erfüllung des deutschen Volkes mit wahrer Völkerbundsgesinnung und Zusammenarbeit mit gleichgerichteten Organisationen des In- und Auslandes.“ Zitiert nach BODEN, S. 102. Vgl. hierzu Günter

württembergische Vertreter eine Zusammenarbeit mit einer derartig pazifistischen Organisation als „Unmöglichkeit“ verwarf²²⁰², unterstützte der Bund der Saarvereine sogar die Schaffung einer saarländischen Sektion des „Weltverbandes der Völkerbundgesellschaften“²²⁰³.

Ungeachtet dessen grenzte er sich in der Frage des deutschen Beitritts zum Völkerbund klar von „fanatischen“ Befürwortern des Völkerbundsgedankens ab und sympathisierte mit der DVP Außenminister Stresemanns: Vor einem überstürzten Beitritt müsse zunächst die Frage geklärt werden, welchen Platz Deutschland künftig in der Staatengemeinschaft einnehmen solle. Bevor jedoch überhaupt diesbezügliche Verhandlungen aufgenommen werden könnten, müsse als grundsätzliche Prämisse der Art. 231 aus dem Versailler Vertrag gestrichen werden: „*Hinein in den Völkerbund, wenn der Schuldparagraph gefallen ist.*“²²⁰⁴ Schon in den vorangegangenen Wochen und Monaten hatte der Verein massiv Stimmung gegen den Beitritt gemacht und schien in dieser Position durch das Verhalten des Völkerbundsrats auf der Herbstsitzung 1924 bestätigt: Obwohl die deutsche Intervention von Großbritannien unterstützt wurde, sei das Gremium nicht in der Lage gewesen, die drei eingegangenen Noten der Reichsregierung über die Stationierung des französischen Militärs, die Schulfrage und die wirtschaftlichen Verhältnisse in befriedigender Weise zu berücksichtigen. Da der Rat „*nicht das Organ zur Wahrung des Rechtes und der Selbstbestimmung der Völker*“ sei, habe Deutschland auch weiterhin von der Gemeinschaft nichts zu erwarten²²⁰⁵. Die hieran geknüpfte Forderung nach Reform des Bundes zog sich wie ein roter Faden durch das Jahr 1925: Das Reich müsse ernsthaft abwägen, ob es einem Völkerbund mit bisheriger Ausrichtung angehören wolle – schließlich würde sich Deutschland mit-schuldig an der Politik des Bundes machen und durch den Beitritt auch de facto die Bestimmungen des Versailler Vertrages akzeptieren. Insbesondere drohe die Gefahr, daß eine mit deutscher

HÖHNE: Deutsche Liga für Völkerbund (DLfV) 1918–April 1933, in: FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, Köln 1984, S. 9–16.

²²⁰² Vgl. Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 27.10.22 (27.10.22), in: BA-R 8014/7.

²²⁰³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 16.08.22 (17.08.22), in: Ebd. Schon im Vorjahr hatte Vogel der Liga auf deren Wunsch mehrere Exemplare der Kasseler Entschließung zur Verteilung an ausländische Völkerbundgesellschaften übersandt: Vgl. Brief der GSV an die „Deutsche Liga für Völkerbund“ (30.06.21), in: BA-R 8014/725. In den Jahren 1922 bis 1926 sind Begrüßungstelegramme zu den Jahrestagungen der Saarvereine belegt, für die darauf folgenden Jahre dürfen sie ebenfalls angenommen werden: Vgl. SF 3 (1922) 10, S. 149; SF 5 (1924) 10, S. 150; SF 6 (1925) 12/13, S. 205; SF 7 (1926) 17, S. 312.

²²⁰⁴ Vgl. SF 5 (1924) 15, S. 221 f. (Zitat: S. 222). Gerade die Ehrenparagrafen des Versailler Vertrages hatten die Weimarer Republik Zeit ihres Bestehens stark belastet: „*Die Ehre war ein Teil der sozialen Identität, ihr ‚Raub‘ wurde häufig als sozialer Tod angesehen.*“: DÜLFFER: Frieden schließen nach einem Weltkrieg?, S. 34.

²²⁰⁵ Vgl. SF 5 (1924) 16, S. 238 f. („Der Völkerbund will nicht“) und SF 5 (1924) 16, S. 240 ff. („Wie der Völkerbund das Saargebiet behandelt“). Vgl. auch SF 5 (1924) 4, S. 45; SF 5 (1924) 4, S. 46 f.; SF 5 (1924) 11, S. 157; SF 5 (1924) 16, S. 243; SF 5 (1924) 17, S. 252 ff.

Stimme verabschiedete Resolution im Saargebiet den Eindruck hervorrufen könne, die Saar werde zugunsten anderer Reichsinteressen geopfert²²⁰⁶.

Um nicht in den Verdacht zu geraten, sich in Fundamentalopposition zum offiziellen Kurs der Reichsregierung zu begeben, mußte der „Saar-Freund“ im unmittelbaren Vorfeld des Beitritts (September 1926) seine bisherige Position revidieren: Deutschland solle die Entscheidung unabhängig vom Saargebiet treffen und sich im Interesse des Gesamtstaates auf keine Konzessionen zugunsten des Mandatsgebietes einlassen. Allerdings empfahl das Blatt den deutschen Verhandlungsführern, aus dem Beitritt das größtmögliche Kapital zu schlagen, da die Entente ihn mindestens ebenso wünsche²²⁰⁷. Von dem ständigen Sitz im Völkerbundsrat versprach sich die Redaktion eine bessere Kommunikation zwischen den verschiedenen Institutionen des Völkerbundes auf der einen und den politischen Vertretern der Saarbevölkerung auf der anderen Seite. Insgesamt äußerte sie sich positiv und hoffte auf Verbesserungen durch den Beitritt Deutschlands²²⁰⁸.

Schon binnen weniger Monate entpuppten sich derartige Erwartungen nach Ansicht des „Saar-Freund“ als Illusion. Während die weitreichende Bedeutung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund geflissentlich übergangen wurde, attestierte das Blatt der Arbeit der Staatengemeinschaft eine negative Bilanz. Auch in den kommenden Jahren riß diese Kritik nicht ab, wenngleich sie nicht mehr so leidenschaftlich wie in den vorangegangenen Jahren geäußert wurde²²⁰⁹. Der Austritt Hitlerdeutschlands aus dem „*Instrument ententistischer Intrigen*“²²¹⁰ im Jahr 1933 galt den „Saar-Freunden“ nach einer jahrelangen und durch Enttäuschungen geprägten Mitgliedschaft daher als adäquate Maßnahme²²¹¹.

²²⁰⁶ Vgl. SF 6 (1925) 1, S. 6 f.; SF 6 (1925) 6, S. 86 ff.; SF 6 (1925) 6, S. 97; SF 6 (1925) 7, S. 108; SF 6 (1925) 11, S. 167 f.; SF 6 (1925) 14, S. 217; SF 7 (1926) 5, S. 72 f. Vgl. ebenso den Tätigkeitsbericht Vogels auf der Hannoveraner Bundestagung (06.06.25), in: BA-R 8014/27; SF 6 (1925) 12/13, S. 180. Vermeintliche Verfehlungen des Völkerbundes wie sein Verhalten im „Danziger Briefkastenstreit“ wurden immer wieder aufgegriffen, selbst wenn sie mit dem Saargebiet nichts zu tun hatten: Vgl. SF 6 (1925) 20, S. 331 f.

²²⁰⁷ Vgl. SF 6 (1925) 14, S. 231; SF 6 (1925) 19, S. 314. Schon seit Monaten hatten die Beratungen des Völkerbundsrates stärkere Beachtung gefunden und wurden im SF inhaltlich wiedergegeben. Den Reisen der verschiedenen saarländischen Delegationen nach Genf widmete man ohnehin wohlwollende Aufmerksamkeit: Vgl. SF 2 (1921) 20, S. 281–286; SF 3 (1922) 9, S. 133 f.; SF 3 (1922) 10, S. 146 f.

²²⁰⁸ Vgl. SF 7 (1926) 4, S. 53 f.; SF 7 (1926) 18, S. 333 f.

²²⁰⁹ Vgl. SF 8 (1927) 13, S. 201–204; SF 8 (1927) 20, S. 377 f.; SF 9 (1928) 10, S. 149 f.; SF 11 (1930) 23, S. 417 f.; SF 12 (1931) 8, S. 117 f.; SF 12 (1931) 18, S. 305 ff.; SF 12 (1931) 13/14, S. 206–209. Zur polemischen Zurückweisung des Vorschlages, den Sitz des Völkerbundes nach Saarbrücken zu verlegen: Vgl. SF 11 (1930) 23, S. 424; SF 11 (1930) 24, S. 440 f.; SF 12 (1931) 2, S. 21 ff.

²²¹⁰ SF 7 (1926) 6, S. 85.

²²¹¹ Vgl. SF 14 (1933) 21, S. 397 f.; SF 14 (1933) 22, S. 413 f.

Kap. 6.2: Die Bekämpfung der französischen Propaganda an der Saar

Kurz nach dem Einmarsch der französischen Besatzungstruppen in den linksrheinischen Gebieten und parallel zum Aufbau des militärischen bzw. des bergfiskalischen Verwaltungsapparates startete im Winter 1918/19 die erste französische Propagandaoffensive mit dem Ziel, für die bevorstehende Friedenskonferenz Fakten zu schaffen. Frankreichs Ambitionen, das Saarbecken zu annektieren, scheiterten zwar in Versailles am Widerstand der anderen Delegationen, doch hatte das Saarstatut dem französischen Staat eine Fülle von Vorrechten eingeräumt, die er in den folgenden Jahren gezielt dazu einsetzte, die in Aussicht gestellte Abstimmung für sich zu entscheiden. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ als Nachfolgerin des Mitte 1919 aufgelösten Saargebietsschutzes setzte ihrerseits alles daran, den einstigen Kriegsgegner seiner Chancen zu berauben, dauerhaft an der Saar Fuß zu fassen und die von den Franzosen anvisierte Konsolidierung der Verhältnisse zu sabotieren.

Im Verlauf seiner Gespräche mit den saarländischen Abgeordneten der Nationalversammlung in Weimar erörterte Vogel unter anderem auch die Strategie für das weitere Vorgehen im Saargebiet. Schnell herrschte Einigkeit darüber, daß die Geschäftsstelle die momentan ungünstige Stimmung gegenüber der französischen Besatzung ausnutzen und die aus unpopulären Maßnahmen resultierende Unzufriedenheit²²¹² künstlich wachhalten sollte, um den gleichzeitigen Werbemaßnahmen der Franzosen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Insbesondere der Arbeiterschaft sollte vor Auge geführt werden, daß Frankreich keine mit Deutschland vergleichbare Sozialgesetzgebung, Wohlfahrtseinrichtungen oder betriebliche Mitbestimmung besaß. Ferner war geplant, nach Antritt der Völkerbundskommission unverzüglich auf das Recht der Saarländer auf freie Betätigung zu drängen²²¹³:

„Die Rollen müssen von dem Augenblicke an, in dem die neue Regierung eingesetzt wird, vertauscht werden, von diesem Augenblicke an müssen wir mit unserer Agitation beginnen.“

Einen Vorgeschmack auf den künftigen Konfrontationskurs der Berliner Organisation erhielten die Vertreter Frankreichs schon im Herbst 1919, als es die Geschäftsstelle wenige Monate nach obiger Aussprache zu einer ersten indirekten Kraftprobe mit der französischen Besatzung

²²¹² Der Entzug ihrer Deputatkohlen sorgte bei den Bergleuten für großen Unmut; zahlreiche Berichte über Vergewaltigungen und Einquartierungen vergifteten die Atmosphäre weiter. Seine Strategie, die franzosenfeindliche Stimmung zusätzlich anzuheizen, behielt der SF bei: So gab er kommentarlos den vergleichsweise üppigen Speisezetteln der französischen Truppen wieder (vgl. SF 2 (1921) 12, S. 156) oder druckte zweifelte Briefe ab, die an den Landeswohlfahrtsausschuß der christlichen Gewerkschaften gerichtet waren: Vgl. SF 8 (1927) 18, S. 348 f.

²²¹³ Protokoll der Besprechung mit den saarländischen Abgeordneten der Nationalversammlung (31.07.19), in: BA-R 8014/1058. Eine ähnliche Taktik wandte ebenfalls die RfH an: Vgl. Politische Richtlinie Nr. 1 (07.11.19), in: WIPPERMANN, S. 426. Wie wenig realistisch dieses Vorhaben war, die Regierungskommission nicht zur Ruhe kommen zu lassen und sie dazu zu verdammen, lediglich auf die Propagandamaßnahmen der GSV zu reagieren, zeigte sich spätestens anlässlich des Beamtenstreiks im August 1920. Auch die Gegenseite betrachtete die propagandistische Auseinandersetzung als Kampf: Unmittelbar nach dem Antritt der Regierungskommission schrieb die „Libre Parole“ (22.01.20): „[...] la lutte est donc déjà engagée entre la France et l'Allemagne [...]“. Und eine Note im französischen Außenministerium (pour Mr. Vignon (20.10.21), in: MAE, Sarre 3) stellte fest: „M. Rault estime que c'est là une première escarmouche.“

ankommen ließ: Die Teuerung im Saargebiet hatte durch den Kaufkraftverlust der Mark im Laufe des Jahres 1919 katastrophale Ausmaße angenommen, so daß selbst Produkte des täglichen Bedarfs entweder gar nicht oder nur zu horrenden Preisen zu erhalten waren. Auf der anderen Seite blühte trotz aller Gegenmaßnahmen der Militärverwaltung der Schleichhandel²²¹⁴. Spontane Arbeitsniederlegungen der Saarbrücker Hüttenarbeiter und Beschäftigten der Eisenbahnwerkstätten Anfang Oktober 1919 bildeten den Startschuß für einen Generalstreik, der innerhalb eines Tages das gesamte Saarrevier erfaßte. Angesichts der Plünderungen in den Städten erklärte der „Administrateur supérieur“ den Belagerungszustand. Etwa 600 Personen wurden verhaftet; unter dem nun wieder geltenden Kriegsrecht verhängte Andlauer teilweise drakonische Strafen gegen aufgegriffene Aufrührer²²¹⁵.

Das Ausmaß der Beteiligung der Berliner Geschäftsstelle an diesen Krawallen ist schwer zu ermessen. Aus dem Lager der USPD und von seiten der Franzosen wurde der Vorwurf erhoben, sowohl der Streik als auch die anschließende Eskalation der Gewalt seien vom „Heimatdienst“ inszeniert worden²²¹⁶. Wahrscheinlicher dürfte hingegen sein, daß die Vertrauensleute Vogels bzw. der RfH getreu obiger Strategie die bereits ausgebrochenen Unruhen geschickt nutzten, um die französische Besatzungsmacht zu weiteren unpopulären Maßnahmen zu provozieren und auf diese Weise die vorhandene Unzufriedenheit in der saarländischen Bevölkerung zu schüren. Ein Schreiben Vogels an seinen ehemaligen Vorgesetzten und Vertrauten Ewald Hilger belegt zumindest, daß die Geschäftsstelle nicht, wie sie stets beteuerte, gänzlich unbeteiligt war:

*„Was sagen Sie zu den Vorgängen im Saarrevier? Wir haben unsere Hand dabei mit im Spiel, die Franzosen werden noch manche Überraschung dort erleben. Der Saarbrücker wird nie Franzose und Saarbrücken niemals französisch.“*²²¹⁷

Ähnliche Zwischenfälle, die sich zu Anfang der zwanziger Jahre wiederholt nachweisen lassen, trugen maßgeblich zu einer Neuorientierung der französischen Saarpolitik bei. Während unmittelbar nach Einzug der Besatzungstruppen die Meinung dominierte, aufgrund der noch immer vorhandenen Frankophilie der Saarländer leichtes Spiel zu haben, richteten sich die an die Saar delegierten Akteure bald auf eine längere und beschwerlichere Auseinandersetzung ein²²¹⁸.

²²¹⁴ Vgl. BUMILLER, S. 23 f.

²²¹⁵ Vgl. Klaus-Michael MALLMANN: „Jetz' mache mir de Spartakus!“ Die Hungerkrawalle 1919, in: Saarheimat 32 (1988) 5, S. 109–112; MALLMANN/ STEFFENS, S. 143–149. Während der Unruhen wurde auch das Todesurteil gegen den später zum Schlageter des Saargebiets stilisierten Jakob Johannes vollstreckt: Vgl. hierzu: Anm. 3007.

²²¹⁶ Vgl. „Volksstimme“ Nr. 194 (20.08.20); „Rapport au sujet du ‚Heimatdienst‘“ (16.07.20), in: MAE, Allemagne 415.

²²¹⁷ Brief Vogels an Hilger (10.10.19), in: BA-R 8014/9.

²²¹⁸ Vgl. hierzu die beiden unterschiedlichen Einschätzungen des „Service d'Alsace et Lorraine“ (Brief an das französische Außenministerium (30.05.19), in: MAE, Sarre 1) und Victor Raults (Brief an das französische Außenministerium (08.03.20), in: MAE, Sarre 4).

Im großen und ganzen lassen sich drei Phasen der französischen Saarpolitik mit jeweils fließenden Übergängen nachzeichnen²²¹⁹: In den ersten Jahren bis 1926 vertrauten die Vertreter Frankreichs noch der Strategie von „Zuckerbrot und Peitsche“, die ihnen helfen sollte, entweder das im Raum stehende Plebiszit für sich entscheiden oder die Versailler Regelung durch ein vorzeitiges Abkommen zu ihren Gunsten revidieren zu können²²²⁰. Im Zuge der Entspannung zwischen Berlin und Paris und spätestens nach dem eindeutigen prodeutschen Bekenntnis der Saarbevölkerung anlässlich der Jahrtausendfeier 1925 mußten derartige Ambitionen als nicht mehr realisierbare Illusionen zu den Akten gelegt werden²²²¹. Was folgte, war eine Politik der Besitzstandswahrung: Die durch den Versailler Vertrag eingeräumten wirtschaftlichen Vorrechte sollten durch bilaterale Abkommen zumindest teilweise über die vorgesehene 15jährige Frist hinaus gesichert werden²²²². Erst mit dem Regierungswechsel im Reich trat 1933 eine erneute Änderung dergestalt ein, daß sich Frankreich durch die Unterstützung der dritten Option, der Möglichkeit zur Beibehaltung des bisherigen Systems, längerfristig die größten Vorteile ausrechnete.

In groben Zügen basierte die französische Politik an der Saar während der 15jährigen Völkerbundsverwaltung auf zwei Pfeilern:

Ungeachtet dessen, daß das Amt des Präsidenten der internationalen Regierungskommission nur in den ersten sechs Jahren durch Victor Rault besetzt war, oblagen auch seinem Nachfolger Jean Morize, der ebenfalls auf eine von Franzosen dominierte Verwaltung zurückgreifen konnte, die wichtigsten Ressorts. Beide umgingen vielfach den vorgesehenen Weg über den jeweiligen französischen Vertreter in Genf und kommunizierten direkt mit dem Pariser Außenministerium.

²²¹⁹ Die folgenden Ausführungen basieren – sofern keine andere Quelle genannt ist – auf der Arbeit von Peter LEMPERT, S. 49–121. Vgl. hierzu ebenso: KERN, S. 321–324; Ludwig ZIMMERMANN: Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawesplan, Göttingen [u.a.] 1971, S. 162–167. Aus zeitgenössischer Sicht: Martin HEROLD/ Josef NIESSEN/ Franz STEINBACH: Geschichte der französischen Saarpolitik, Bonn 1934; Die Saar. Eine brennende Frage Europas. Eindrücke zweier Ausländer, Genf 1934, S. 99–115; Fritz MAYER, S. 26–91; Hans MAYER-GWENSEN: Französische Spionage und Propaganda am Rhein und an der Saar. 18 Monate im Dienst der „Großen Nation“, Berlin 1923, S. 51–84. Als polemische Zusammenstellung von bis ins Mittelalter zurückreichenden französischen Äußerungen über die Saar bzw. den Rhein vgl. Franzosen sprechen über die Saar.

²²²⁰ Vgl. Note der Direction des Affaires Politiques et Commerciales (06.02.20), in: MAE, Sarre 149.

²²²¹ Eine umfangreiche vertrauliche Note des französischen Außenministeriums (26.01.22, in: MAE, Sarre 4) notierte hierzu bereits Anfang 1922: „*Si le plébiscite avait lieu actuellement, un résultat allemand ne serait pas douteux et l'Allemagne aurait plus de voix qu'en 1919.*“ Auf längere Sicht hielt der Quai d'Orsay den Ausgang der Auseinandersetzung („*duel franco-allemand*“) nicht für endgültig entschieden und unterbreitete konkrete Vorschläge – beispielsweise den forcierten Ausbau der Autonomie -, wie die Saarländer auf die Seite Frankreichs gezogen werden könnten. Siehe hierzu auch die wenige Monate darauf vom gleichen unbekanntem Autor festgehaltenen Gedanken in einer weiteren Note (25.07.22, in: MAE, Sarre 6).

²²²² Nichtsdestotrotz unternahm Frankreich ab etwa 1928 den Versuch, zumindest einige Gebiete links der Saar wie die Gegend um Saarlouis und den kohlenreichen Warndt dauerhaft an Frankreich anschließen zu können: Vgl. Brief Morizes an Außenminister Briand (31.12.28), in: MAE, Sarre 14; „*Negociations eventuelles avec l'Allemagne*“ (13.05.29), in: Ebd. Eindringliche Warnungen des Bundes vgl. in: SHB 4 (1928) 1; SF 9 (1928) 1, S. 1–6; SF 9 (1928) 7, S. 102 f.; SF 9 (1928) 8, S. 118 f.; SF 11 (1930) 8, S. 147 f.; SF 12 (1931) 10, S. 153 f.; SF 12 (1931) 15/16, S. 272 f. VOGEL: Deutsch die Saar immerdar!, Berlin 1929, S. 68–74 und S. 97–102.

Ihre Doppelrolle als Delegierte des Völkerbundes und Vertreter Frankreichs übten sie vorwiegend im Interesse des Quai d'Orsay aus²²²³: Nach dort gaben sie konkrete Anregungen und leiteten Interna der saarländischen Politik weiter bzw. erhielten über den offiziell als Chef des „Bureau de renseignement et d'action politique“ bei der Bergwerksdirektion eingesetzten Repräsentanten der „Direction des Affaires Politiques et Commerciales“²²²⁴ ihre Instruktionen. Wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, verfügte die „Administration des Mines“ als größte Arbeitgeberin im Revier über eine im Saarstatut nicht explizit zugewiesene Machtbasis und damit Möglichkeiten, politischen und wirtschaftlichen Druck auszuüben, zumal sie im Gegensatz zur Regierungskommission nicht dem Völkerbund unterstand²²²⁵.

Die Arbeitshypothese, daß es zwischen den diversen französischen Propagandaorganisationen und dem Bund der Saarvereine zu einem nennenswerten publizistischen Schlagabtausch gekommen wäre, ließ sich nicht bestätigen. Aus diesem Grunde wurde darauf verzichtet, die ganze Bandbreite der verschiedenen privaten und offiziellen Vereinigungen wie beispielsweise der „Union des grandes Associations Françaises pour l'essor national“, des ihr angeschlossenen und während des Krieges entstandenen „Comité de la rive gauche du Rhin“ oder dem „Office central d'expansion nationale“ (November 1919) einschließlich ihrer Verbindungslinien zu höchsten Pariser Regierungskreisen zu thematisieren, zumal eine ihnen angemessene Darstellung eine eigene Abhandlung füllen und damit den Rahmen dieser Untersuchung sprengen würde²²²⁶. Ebensowenig kann es im folgenden darum gehen, die miteinander konkurrierenden Konzepte und Direktiven der offiziellen französischen Saarpolitik, die ihren Akteuren weitgehende Handlungsfreiheit ließ²²²⁷, detailliert nachzuzeichnen; diese werden ebenfalls nur insofern

²²²³ „Si les buts sont atteints [,de rompre le contact avec l'Allemagne et de donner une personnalité à la Sarre“ – F.B.], la Commission aura, en l'espèce, aussi bien travaillé pour la France que pour la Société des Nations.“: Vgl. vertrauliche Note des französischen Außenministeriums (26.01.22), in: MAE, Sarre 4.

²²²⁴ Von 1920 bis 1926 bekleidete Edgar Koechlin das Amt des „Conseiller technique“, der seinen Tätigkeitsbereich wie folgt umschrieb: „1)-rédiger et expédier la correspondance du membre français de la Commission de Gouvernement avec le département; 2)-contrôler l'activité politique de l'Administration des Mines, politique ouvrière et politique scolaire; 3)-fournir au département sur le territoire de la Sarre; 4)-assurer la direction ou la surveillance des associations françaises ou sarroises subventionnées par le département.“: Vgl. Note Koechlins an das französische Außenministerium (12.09.25), in: MAE, Sarre 150. Auf Koechlin folgte Étienne Vaysset. Daß die Saargelegenheiten an der Seine einer eigenen Abteilung der „Sous-Direction Europe“ überantwortet wurden, zeigt den Stellenwert, den das französische Außenministerium dem Saargebiet beimaß.

²²²⁵ „[...] les Mines domaniales françaises de la Sarre doivent être le pivot de notre politique“: Vertrauliche Note des französischen Außenministeriums (26.01.22), in: MAE, Sarre 4. Vgl. hierzu auch: REVIRE: La Sarre, S. 20.

²²²⁶ Siehe hierzu im Bundesarchiv Berlin mit zahlreichen Dossiers über französische Propagandaorganisationen (1919–1922): BA-R 1603/2302; LA Speyer, H 38/1429; KADEN/ SPRINGER, S. 11–25. Vgl. ebenso die ausführliche Darstellung Fritz Hellwigs, die auszugsweise in zahlreichen deutschen Zeitungen übernommen wurde, in: BA-R 8036/7; SF 15 (1934) 2, S. 19 ff. Eine Auflistung der französischen Propagandaorganisationen: Vgl. „Frankreichs Organisationen zur Eroberung der Saar“ (Januar 1934), in: BA-R 8036/41. Siehe Anhang, Dok. 17.

²²²⁷ Vgl. Brief Morizes an Außenminister Paul-Boncour (17.02.33), in: MAE, Sarre 302.

erörtert, wie sie von der Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und ihrer Bundesorganisation aufgegriffen und instrumentalisiert wurden²²²⁸.

Vogel und sein Mitarbeiterstab verfolgten mit der Beobachtung der französischen Propaganda im Saargebiet primär drei eng miteinander verbundene Ziele²²²⁹:

1. Der Bund der Saarvereine konnte sich bei den reichsdeutschen Behörden durch die Weiterleitung mehr oder weniger vertraulicher Berichte als kompetente und nützliche Informationsquelle profilieren.
2. Die Übermittlung tatsächlicher oder zumindest unterstellter französischer Propagandakonzepte ging stets mit konkreten Vorschlägen zur unverzüglich einzuleitenden Gegenmaßnahmen einher²²³⁰.
3. Hierdurch erhielt die Saarorganisation eine weitere Gelegenheit, ihre eigene Notwendigkeit unter Beweis zu stellen und damit die künftige Finanzierung zu sichern. Vogel zögerte in diesem Zusammenhang nicht, die Trumpfkarte der vermeintlich wesentlich erfolgreicher agierenden französischen nichtstaatlichen Organisationen auszuspielen²²³¹; ebensowenig fehlten in den Berichten über die französische Propaganda an der Saar die Hinweise auf die scheinbar immensen, aber selten genauer spezifizierten finanziellen Ressourcen²²³².

War bereits der Saargebietsschutz im Frühjahr 1919 mit dem Vorhaben auf den Plan getreten, der französischen Publizistik entgegenzuwirken und das durch Ausweisungen, Zensur sowie Papierkontingentierung hervorgerufene Informationsmonopol zu beseitigen, so rechtfertigte im Sommer die junge Geschäftsstelle „Saar-Verein“ den Aufbau ihrer Presseabteilung ebenfalls mit

²²²⁸ Der Propagandakampf des BdS gegen die vertragswidrige Stationierung französischer Truppen, die sukzessive Einführung des Francs als alleiniges Zahlungsmittel sowie die franzosenfreundliche Schulpolitik der Regierungskommission wurde in groben Zügen bereits im vorangegangenen Unterkapitel dargestellt und soll aus diesem Grund hier nicht wieder erneut aufgegriffen werden.

²²²⁹ Vergleichbare Aufgaben nahmen ebenso die Fürsorgestellten Hessens, Bayerns und Preußens in Mannheim wahr: Vgl. Denkschrift von Wintersteins (Januar 1921), in: BayHStA, Haupthilfsstelle Pfalz 1. Sie erhoben allerdings nicht den Anspruch, mit ihrer Tätigkeit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des Friedens in Europa zu leisten, wie es Vogel tat: Vgl. SF 9 (1928) 13, S. 226 ff.

²²³⁰ Beispielsweise warnte der Verein nach der militärischen Räumung des Rheinlandes davor, daß sich Frankreich nun vollständig auf die Saar konzentrieren könne: Vgl. SF 11 (1930) 1, S. 3 ff.

²²³¹ Vgl. Rundschreiben der GSV u.a. an das AA (05.07.21, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.717), in welchem es um ein im Saargebiet verbreitetes Rundschreiben der „Union Française“ vom Mai 1920 ging: Vgl. Weißbuch, Dok. 231, S. 361 f.; SF 2 (1921) 15, S. 197–200. Mit dem gleichen Ziel zitierte der SF des öfteren aus französischen Kammerdebatten: Vgl. beispielsweise SF 2 (1921) 13, S. 165–168; SF 4 (1923) 13, S. 170.

²²³² Vgl. exemplarisch SF 1 (1920) 18, S. 180; SF 2 (1921) 17, S. 233 ff.; SF 2 (1921) 21, S. 313; SF 5 (1924) 1, S. 1 f.; SF 5 (1924) 21, S. 329 f.; SF 7 (1926) 2, S. 30 f.; SF 9 (1928) 9, S. 129 f.; SF 9 (1928) 13, S. 216–220; SF 12 (1931) 4, S. 55. Anfang der zwanziger Jahre standen dem Präsidenten der Regierungskommission hingegen lediglich monatliche 15.000 Francs zur Verfügung, wovon nur ein Drittel ausschließlich für propagandistische Zwecke verwendet werden konnte. Weitere 39.000 Francs, die Koechlin monatlich erhielt, waren größtenteils zweckgebunden, beispielsweise für die Unterstützung des NSK (15.000 Francs) oder die „Société des Alsaciens-Lorrains“ (10.000 Francs): Vgl. Annexe 1 in der Note des Direktors Laroche (02.03.23), in: MAE, Sarre 7. Die französische Gegenseite erhob allerdings ähnliche Behauptungen, beispielsweise erklärte die „Libre Parole“ (22.01.20), daß den aus dem Saargebiet Ausgewiesenen unbeschränkte Geldmittel zur Verfügung stünden.

dem Hinweis auf die ansonsten kaum zu verhindernde französische Meinungshoheit. Konkreter Anlaß war die Gründung des zweisprachigen „Neuen Saar-Kuriers/ Le Nouveau Courrier de la Sarre“ Mitte Juni 1919, ein Abendblatt mit einer anfänglichen Auflage von etwa 3.000–4.000 Exemplaren, das vor allem im Großraum Saarbrücken Verbreitung fand. Als halbamtliches Organ der französisch dominierten Regierungskommission²²³³ verteidigte es deren umstrittene Maßnahmen wie die Einführung des Francs oder die Ausweitung des französischen Sprachunterrichts, wobei es zugleich suggerierte, daß das Saargebiet eine zweisprachige Region sei²²³⁴. Inhaltlich fand die publizistische Auseinandersetzung zwischen dem Kurier und dem Berliner „Saar-Freund“ auf niedrigem Niveau statt. Während das von Viktor Weber redigierte achtseitige Blatt nicht müde wurde, auf die nationalistischen Ambitionen und den beschränkten politischen Horizont der Saarvereinsprotagonisten hinzuweisen, deren Engagement für die Aufrechterhaltung der deutschen Gesinnung als von Berlin ferngesteuerte, unverantwortliche Agitation gegen die deutsch-französische Aussöhnung brandmarkte und Enthüllungen über den Heimatdienst breiten Raum bot²²³⁵, diskreditierte das Bundesorgan der Saarvereine derartige Äußerungen mit dem Hinweis auf die Finanzspritzen aus Paris als plumpe französische Propaganda. Anstelle einer wirklichen Beschäftigung mit den Positionen der französischen Propaganda konzentrierte sich der „Saar-Freund“ darauf, die Mitarbeiter des Kurier als „Lumpengarde“ oder „*personifizierte Schmach deutscher Gesinnungslumperei*“ zu diffamieren, deutsche Inserenten bloßzustellen und abfällige Bemerkungen gegenüber der deutschen Regierung und Staatsorganen zu kommentieren²²³⁶. Vogel beobachtete das „undeutsche“ Blatt²²³⁷ allerdings sehr genau, wußte beispielsweise über die exakte Summe der Pariser Subventionen zu berichten²²³⁸, unternahm aber nur in Ausnahmefällen die Gratwanderung, auf Anschuldigungen zu reagieren und ihnen dadurch Bedeutung beizumessen²²³⁹.

²²³³ Selbst französische Blätter wie „L'Eclair“ bezeichneten ihn als „*l'organ officiel de la propagande française*“: Vgl. SF 2 (1921) 15, S. 197.

²²³⁴ Das Startkapital wurde dem Herausgeber Schaal vom französischen Staat zur Verfügung gestellt: Vgl. BALDAUF, S. 39–43; LEMPERT, S. 410–420.

²²³⁵ Vgl. NSK Nr. 253 (21.09.20); NSK Nr. 255 (23.09.20); NSK Nr. 24 (29.01.20); NSK Nr. 72 (08.04.21); NSK Nr. 133 (21.06.21). Schaal war über die Mitarbeiter der GSV umfassend informiert: Vgl. Brief Hofers an die GSV (11.03.20), in: BA-R 8014/13.

²²³⁶ Vgl. SF 1 (1920) 16, S. 158; SF 2 (1921) 5, S. 52; SF 3 (1922) 17, S. 255; SF 3 (1922) 21, S. 318; SF 3 (1922) 22, S. 333; SF 4 (1923) 1, S. 5; SF 5 (1924) 3, S. 35; SF 7 (1926) 2, S. 31; SF 7 (1926) 4, S. 59.

²²³⁷ Vgl. SF 2 (1921) 9, S. 116.

²²³⁸ Vgl. SF 4 (1923) 11, S. 138 und S. 147.

²²³⁹ So beginnen zahlreiche Erwiderungen mit dem Hinweis, daß die erhobenen Behauptungen zwar gänzlich aus der Luft gegriffen seien, man sich aber dennoch im Interesse der Wahrheit dazu äußern und ihre Haltlosigkeit demonstrieren wolle: Vgl. SF 2 (1921) 4, S. 38; SF 2 (1921) 14, S. 187 f.; SF 2 (1921) 23, S. 333 f. Auch die deutsche Botschaft Paris plädierte dafür, über die Polwona – und damit indirekt den SF – der französischen Propaganda im NSK entgegen zu arbeiten: Vgl. Brief der deutschen Botschaft Paris an das AA (20.06.24), in: PA AA, Botschaft Paris 712 b.

Die einseitige profranzösische Prägung des Kuriers veranlaßte den Präsidenten der Regierungskommission Rault im Herbst 1921, bei der französischen Regierung auf die Gründung einer formal unabhängigen, deutschsprachigen Arbeiterzeitung zu drängen. Er beabsichtigte deren inhaltliche Ausrichtung selbst zu bestimmen und auf diese Weise den traditionellen prodeutschen Blättern entgegenzuwirken²²⁴⁰. Der Quai d'Orsay konnte sich allerdings weder zu diesem noch zu einem späteren Zeitpunkt durchringen, die hierfür veranschlagten zwei Millionen Francs zur Verfügung zu stellen; somit beschränkte sich sein pressepolitisches Engagement an der Saar weiterhin auf den Erwerb bestehender Zeitungen und Zeitschriften, die fortan im Sinne Frankreichs redigiert wurden²²⁴¹. Im Frühjahr 1923 entfielen der französische Untertitel des NSK sowie sein französischsprachiger Teil, was als Indiz dafür gewertet werden kann, daß er selbst unter den im Saargebiet ansässigen Franzosen nur unzureichenden Absatz fand²²⁴². Besaß das Blatt, das etwa zur gleichen Zeit zum offiziellen Organ des autonomistisch ausgerichteten Saarbundes erklärt wurde, zu dieser Zeit angeblich nur noch 500 Abonnenten²²⁴³, mußte es Anfang 1926 sein Erscheinen gänzlich einstellen, da auch sein neuer Chefredakteur Wilhelm Schöttler es nicht vermochte, das Versiegen der französischen Subventionsquellen abzuwenden. Überdeutlich zeigte der „Saar-Freund“ seine Genugtuung über das langsame Eingehen der gegnerischen Zeitung: *„Die Richertsche französische Giftnatter, der sogenannte ‚Neue Saarkurier‘ ist eingegangen, verreckt im eigenen Kot.“*²²⁴⁴

Anfangs gelang es der Redaktion den „Saar-Freund“ nur sporadisch, die innerfranzösische Presselandschaft zu beobachten und deren Berichte über die Lage an der Saar im deutschen Sinn zu kommentieren bzw. zu dementieren²²⁴⁵. Die 1921 gegründete Vierteljahrsschrift „Rhein-Saar-Ruhr“ schien dieser Aufgabe eher gewachsen zu sein. Gemeinsam von Bayern und dem preußi-

²²⁴⁰ Vgl. „Note pour Mr. Vignon“ (20.10.21), in: MAE, Sarre 3.

²²⁴¹ Neben dem 1921 unter französischer Leitung erneut herausgegebenen „Bergmannskalender“ mit einer Auflage von 20.000–25.000 Exemplaren erschienen die „Bildstock-Friedrichsthaler Nachrichten“, die „Blies- und Osterzeitung“ sowie das „Saarlouiser Journal“ als Lokalausgaben des NSK: Vgl. BALDAUF, S. 59–63; Alfred-Helmut JACOB, S. 58 ff.; LEMPert, S. 421–434 und S. 450.

²²⁴² Vgl. NSK Nr. 130 (08.06.23); LEMPert, S. 419.

²²⁴³ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 22.06.23, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

²²⁴⁴ SF 7 (1926) 3, S. 46. Vgl. ebenso: SF 6 (1925) 7, S. 109; SF 6 (1925) 17, S. 282; SF 6 (1925) 19, S. 320. Mitte Juni 1931 erschien mit der „Saar-Chronik“, die nach eigenem Bekunden nichts anderes wollte, als die Interessen der Saarländer zu verteidigen („Saar-Chronik“ Nr. 1 (14.06.31)), wöchentlich wieder eine Zeitschrift im Saargebiet, die offen für die Autonomie des Mandatslandes eintrat. Ihre Anfangsausgabe von 6.000 Exemplaren konnte sie nicht aufrechterhalten; bis Mitte November 1934 sank sie auf eine Stückzahl von 1.200: Vgl. BALDAUF, S. 44–49; LEMPert, S. 438–447; SF 12 (1931) 19, S. 324 ff.; SF 12 (1931) 20, S. 342; SF 12 (1931) 21, S. 349 ff.

²²⁴⁵ Vgl. SF 2 (1921) 5, S. 51. Ausführlicher über „die französische Pressepropaganda im Saargebiet“ in: SF 2 (1921) 12, S. 160; SF 2 (1921) 13, S. 173 f. Hierin werden neben den NSK auch weitere Organe aus dem Rheinland wie das „Echo du Rhin“, die „Rheinische Republik“ oder die preiswert vertriebene, zweisprachig feuilletonistische „Revue Rhénane“ charakterisiert. Vgl. zu den genannten Blättern: Ingrid VOSS/ Jürgen VOSS: Die „Revue Rhénane“ als Instrument der französischen Kulturpolitik am Rhein (1920–1930), in: AKG 64 (1982), S. 403–451; KADEN/ SPRINGER, S. 26–42.

schen Innenministerium wurde die Zeitschrift an reichsdeutsche Abgeordnete, Redakteure, Geistliche, Partei- und Gewerkschaftsführer verschickt. Sie muß in den frühen zwanziger Jahren dort auf ein positives Echo gestoßen sein, da sich verschiedene Reichs- und Länderministerien im Herbst 1923 für ihren Erhalt einsetzten²²⁴⁶. Nachdem das Erscheinen der bis zu 70 Seiten umfassenden Presseschau inflationsbedingt kurzzeitig unterbrochen worden war und an ihrer Stelle einmalig das vierseitige, von der RVP publizierte „Echo des Auslandes über Rhein, Ruhr und Saar“ erschien²²⁴⁷, sprangen das bayerische Außenministerium bzw. die bayerische Haupthilfsstelle für die Pfalz in Heidelberg bis Jahresende 1926 als Herausgeber ein²²⁴⁸.

Gegen Ende der zwanziger Jahre begann der „Saar-Freund“ wieder verstärkt, Artikel mit Saarbetreffen in französischen Zeitungen zu sichten²²⁴⁹. Nach dem Scheitern der bilateralen Verhandlungen in Paris setzte sich Vogel sogar in einer eigenen Rubrik ausschließlich mit der französischen Presse sowie der allgemeinen französischen (Saar-) Politik auseinander und versuchte, Behauptungen bzw. Beschuldigungen mehr oder weniger stichhaltig zu widerlegen²²⁵⁰. Meist beschränkten sich die Kommentare jedoch darauf, mißliebige Ausführungen als „*Seifenblasen eines offenbar Geistesgestörten*“²²⁵¹ abzuqualifizieren.

In ähnlicher Weise verfuhr Vogel und die Autoren des „Saar-Freund“ mit der französischen Saarliteratur, die nach dem Ersten Weltkrieg die bisher populäre Rheinliteratur ablöste²²⁵². Meist titulierte die Rezensionen die Untersuchungen aus der Feder französischer Autoren als „*Illusio-*

²²⁴⁶ Vgl. Brief des PrMI an die Reichspressestelle (14.11.23), in: PA AA, Presseabteilung, R 122.241. Den Auszügen der Zeitschrift zufolge konzentrierte sich die französische Presse vor allem auf Hermann Röchling als Urheber nationalistischer Veranstaltungen im Saargebiet; der BdS wurde nicht zur Kenntnis genommen. Die Jahrgänge 1921 und 1922 finden sich im Institut für geschichtliche Landeskunde Bonn, Fb 7890.

²²⁴⁷ Vgl. Brief der RVP an die Presseabteilung der Reichsregierung (20.12.23), in: Ebd. Weitere Ausgaben scheiterten daran, daß das RMbesGeb nicht die benötigten Geldmittel zur Verfügung stellte.

²²⁴⁸ Vgl. Brief des BayMA an das RMbesGeb (30.10.26), in: BA-R 1601/1650. Im Abstimmungskampf trat mit dem „Deutschen Saar-Dienst“, einer wöchentlichen Presseschau europäischer, später auch sowjetischer und nordamerikanischer Zeitungen, erneut ein Spezialorgan auf den Plan: Vgl. PA AA, II a Saargebiet, R 75.518 ff. Vgl. ebenso das 15seitige Verzeichnis französischer Pressestimmen (August 1934), in: BA-R 43-I/255.

²²⁴⁹ Vgl. SF 8 (1927) 10, S. 156 ff.; SF 9 (1928) 9, S. 131 f.; SF 9 (1928) 16, S. 304 ff.; SF 9 (1928) 22, S. 410; SF 10 (1929) 7, S. 123 f.

²²⁵⁰ Vgl. SF 11 (1930) 23, S. 422 ff.; SF 12 (1931) 6, S. 82–86; SF 12 (1931) 7, S. 100 ff.; SF 12 (1931) 10, S. 147–150; SF 12 (1931) 11, S. 162–165; SF 12 (1931) 18, S. 302–305; SF 12 (1931) 23, S. 386 ff.; SF 13 (1932) 8, S. 113 f.; SF 14 (1933) 10, S. 150 ff. Ab 1934 führte Rudolf von Xylander diese Rubrik weiter: Vgl. beispielsweise SF 15 (1934) 18/19, S. 390 ff. mit den französischen Reaktionen auf die Bundestagung. Schon Mitte 1933 stellte Vogel befriedigt fest, daß der Verein „*die Herren Franzosen durch jahrelange, systematisch durchgeführte Festnagelung ihrer in Zeitungen und Zeitschriften, Versammlungen und Massenentschließungen geäußerten Saarwünsche, -pläne und -begierden recht genau kontrollieren*“ konnte: Vgl. SF 14 (1933) 16/17, S. 261.

²²⁵¹ SF 12 (1931) 18, S. 302. Damit vermied der Bund den Fehler, vor dem STERN-RUBARTH (S. 114) bereits 1921 gewarnt hatte: Er verzichtete auf eine ins Leere laufende Gegenpropaganda, die lediglich danach trachtete, französische Argumente zu widerlegen. Statt dessen betrieb er eine „prohibitive Propaganda“, d.h. er versuchte der gegnerischen Propaganda frühzeitig das Wasser abzugraben.

²²⁵² Vgl. KERN, S. 321–325. Zur französischen Saarforschung vgl. insbesondere Fritz HELLOWIG (Die Saarliteratur Frankreichs und des übrigen Auslandes von 1914–1935, Kaiserslautern 1937), der für die beiden Jahrzehnte über 300 französische Titel nachweisen konnte.

nen und Geschichtsklitterungen“²²⁵³, um am Ende zu dem Schluß zu gelangen, daß allein schon ihre Existenz die Notwendigkeit der Saarvereinsarbeit unterstreiche und forderte ein energisches Entgegenreten ein²²⁵⁴. Neutral gehaltene französische Werke wurden in aller Regel genau wie die Literatur der Status-quo-Anhänger im Abstimmungskampf gänzlich ignoriert²²⁵⁵.

In welchem Maße der Verein das Gefahrenpotential aufbauschte, um das Gespenst der französischen Bedrohung wachzuhalten, soll am Beispiel zweier Vereinigungen dargestellt werden, die ebenso wie ihre zugehörigen Publikationsorgane aufs Schärfste angefeindet und bekämpft wurden. Dabei mußten Vogel und seine Mitstreiter allzu oft den Spagat unternehmen, auf der einen Seite die Zukunft des Saargebietes ohne entsprechende deutsche Abwehrmaßnahmen in den dunkelsten Farben zu malen und so die Gefahr möglichst drastisch zu schildern, ohne den gegnerischen Organisationen damit den Nimbus der Stärke zu verleihen, der sie für die Saarländer attraktiv gemacht hätte.

a) Der Saarbund

Als Sammelbecken verschiedener saarländischer Gruppierungen, die sich – sei es aus ökonomischen Motiven, sei es aufgrund antipreußischer Ressentiments – bewußt von den anderen, prodeutsch orientierten Parteien distanzieren wollten, gründete sich in der zweiten Jahreshälfte 1920 der anfangs noch stark wirtschaftspolitisch ausgerichtete Saarbund. Nach außen gab er sich den Anstrich einer gewerkschaftlichen Organisation, die gemäß ihrer Satzung für die loyale Kooperation mit der ansonsten umstrittenen Regierungskommission plädierte²²⁵⁶.

²²⁵³ Vgl. SF 5 (1924) 11, S. 159 ff. Hier handelte es sich um das Buch Angel MARVAUDS: *Le Territoire de la Sarre*.

²²⁵⁴ Vgl. die Besprechungen von BOURSON (in: SF 11 (1930) 23, S. 424) und REVIRE: *La Sarre*, in: SF 9 (1928) 11, S. 167–171. Jean Revire war das Pseudonym Robert Herlys, einer der wichtigsten Gegenspieler der prodeutschen Saarpropaganda in der französischen Publizistik, der drei Jahre später öffentlich die Frage *Perdrons-nous la Sarre?*“ (Paris 1929) stellte. Die Reaktion des Vereins in: SF 11 (1930) 5, S. 95 ff. Herly fungierte offiziell als Magazinverwalter der saarländischen Grubendirektion Dudweiler und war zugleich Generalsekretär der „Société des Amis de la Sarre“ sowie der 1928 gegründeten „Association Française de la Sarre“ und spielte auch in der „Union Franco-Sarroise“ eine maßgebliche Rolle.

²²⁵⁵ Vgl. beispielsweise Robert CAPOT-REY: *Quand la Sarre était française*, Paris 1928.

²²⁵⁶ Vgl. vorläufige Satzungen (1920), in: BayHStA, MA 106.121. Anfang 1923 gab sich der Bund neue Satzungen: *„Zweck des Saarbundes ist die restlose Sammlung aller denkenden, aufrechten und friedfertigen Saarländer, die Pflege pazifistischer Ideen, Erforschung und Pflege heimatlicher Tradition und Geschichte, Schutz, Ausbau und Vervollkommnung der allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, Schutz der Heimat und der Saarbewohner, der Sitten und Gebräuche und Gewohnheiten, Erziehung und Bildung der Bevölkerung zu gegenseitigem Verstehen, zu Ruhe, Frieden und Völkerversöhnung, zu selbständigem Denken und Handeln und objektiver Würdigung und Beurteilung ihrer Gesamtverhältnisse des Landes und seiner Bevölkerung und deren Zukunft. [...] Allgemein und politisch steht der Saarbund auf dem Boden des Versailler Friedensvertrages und der daraus resultierenden weiteren Tatsache.“*: Zitiert nach LEMPERT, S. 130. Zum Saarbund allgemein vgl. BALDAUF, S. 33 ff.; Gerhard BUNGERT/ Klaus-Michael MALLMANN: *Der Saarbund*, in: *Saarheimat* 20 (1976) 11, S. 204–207; LEMPERT, S. 123–150; Gerhard PAUL: *„Das Saarland den Saarländern!“ Zur Geschichte des Autonomiegedankens 1918–1947*, in: MALLMANN [u.a.] (Hrsg.): *Richtig daheim waren wir nie*, S. 232–238; VOGEL: *Deutsch die Saar immerdar*, Berlin 1929, S. 44–47.

Anfangs maß die Berliner Geschäftsstelle der etwa 2.000 Mitglieder zählenden Vereinigung kaum Bedeutung bei und es dauerte zwei Jahre, bis sich der „Saar-Freund“ erstmals mit ihr beschäftigte²²⁵⁷. Erst als der Saarbund im Laufe des hunderttägigen Bergarbeiterstreikes 1923 auch nach außen eine größere Aktivität entfaltete und „Saarbündler“ im Sprachgebrauch der prodeutschen Propaganda als Synonym für „Streikbrecher“ respektive „Landesverräter“ verwendet wurde, rückte er in den Fokus der privaten Abwehrorganisation. Fortan forderte der „Saar-Freund“ angesichts des erneuten Kräftemessens mit der französischen Bergwerksdirektion energisch: *„Deshalb darf kein Deutscher dem ‚Saarbund‘ angehören.“*²²⁵⁸ Während er in den folgenden Monaten mit großer Genugtuung Parteiausschlüsse und soziale Ausgrenzung von Saarbundmitgliedern verfolgte, dieses Vorgehen als leuchtendes Beispiel empfahl und sogar Gewaltanwendung gegenüber den Saarbündlern gut hieß²²⁵⁹, versuchte der „Saar-Freund“, die noch verbleibenden Anhänger zu stigmatisieren und deren Werbemethoden anzuprangern²²⁶⁰. Als der Saarbund im Frühjahr 1923 dazu überging, sich unter der Parole „Das Saarland den Saarländern!“²²⁶¹ für ein eigenständiges Saargebiet stark zu machen, war es für die prodeutsche Propaganda ein Leichtes, Analogien zum pfälzischen und rheinischen Separatismus aufzuzeigen, der aufgrund seiner Protektion und finanziellen Subvention durch Frankreich zur Genüge diskreditiert war. Während die Saarländer durch derartige konstruierte Parallelen abgeschreckt werden sollten, ihrerseits die – als Handlangerin französischer Annexionisten stark überzeichnete – saarländische Autonomiebewegung zu unterstützen, war die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bemüht, das Ausmaß der Bedrohung möglichst drastisch darzustellen, um ihre eigene Notwendigkeit als Abwehrorganisation zu legitimieren. Nachgeordnete deutsche Regierungsbehörden begrüßten diese Strategie, da sie nach Beendigung des Bergarbeiterstreikes glaubten, *„nationale Müdigkeitserscheinungen“*²²⁶² in der saarländischen Bevölkerung zu erkennen. Am Tag vor der Landesratswahl schien Vogel der geeignete Zeitpunkt gekommen, aus diesem Bedrohungsszenario Kapital zu schlagen: Angesichts der stetig zunehmenden französischen Propaganda im Saargebiet, der von deutscher Seite wegen ausbleibender finanzieller Unterstüt-

²²⁵⁷ Vgl. SF 3 (1922) 15, S. 226 f.

²²⁵⁸ SF 4 (1923) 3, S. 32.

²²⁵⁹ Vgl. SF 4 (1923) 9, S. 115; SF 4 (1923) 12, S. 164; SF 5 (1924) 19, S. 292; SF 6 (1925) 6, S. 95.

²²⁶⁰ Vgl. SF 5 (1924) 7, S. 107; SF 5 (1924) 8, S. 120; SF 5 (1924) 12, S. 179; SF 5 (1924) 19, S. 290; SF 10 (1929) 10, S. 189; SF 12 (1931) 17, S. 291 f.; SF 13 (1932) 1, S. 11; SF 13 (1932) 2, S. 22 f.; SF 13 (1932) 4, S. 58. Bergleute, die wegen ihrer Mitgliedschaft im Saarbund berufliche Vorteile ernteten, hießen im Volksmund „Galoppsteiger“: Vgl. BUNGERT/MALLMANN: Saarbund, S. 205.

²²⁶¹ Ende 1923 verabschiedete der Saarbund anlässlich der bevorstehenden Landesratswahl ein neues Parteiprogramm, das mit den Worten begann: *„Der Saarbund ist eine alle Kreise der Bevölkerung umfassende politische Organisation, die, auf dem Boden des Versailler Vertrages stehend, ihr Ziel in der Parole zusammenfaßt: ‚Das Saarland den Saarländern!‘“*: NSK Nr. 280 (03.12.23); SF 4 (1923) 22, S. 279; SF 4 (1923) 23, S. 290. Das Schlagwort war keineswegs neu; schon der NSK hatte es zu Jahresanfang 1920 aufgeworfen: Vgl. NSK Nr. 11 (11.01.20).

²²⁶² Vgl. Brief der RVP an die GSV (15.11.23), in: BA-R 8014/782.

zung nichts Ebenbürtiges entgegengesetzt werden könne, mahnte er, die bisherige Zurückhaltung schnellstens aufzugeben: „*Es ist vielleicht die letzte Gelegenheit, der großen Gefahr mit verhältnismäßig kleinen Mitteln zu begegnen, wenn umgehend solche freigemacht werden.*“²²⁶³ Freilich ohne von dieser Petition zu wissen, ging der Saarbund zum Gegenangriff über: Am Wahltag, dem 27. Januar 1924, publizierte der NSK die Rede des Steigers Wilhelm Reinhard „Aus dem Sumpf des preuß. ‚Heimattienstes‘. Ehren-Vogel am Pranger!“, in welcher Reinhard die Behauptung erhob, daß Vogel nun von Berlin aus nationalchauvinistische Propaganda betreibe, im Winter 1918/19 aber insgesamt fünfmal mit der Bitte an ihn herangetreten sei, sich bei der französischen Bergverwaltung für ihn einzusetzen²²⁶⁴. Während die „Saarländische Arbeitsgemeinschaft“ mit Hilfe dieser Bloßstellung – vergeblich – hoffte, bei der kritischen Arbeiterschaft Boden zu gewinnen²²⁶⁵, dementierte der in die Defensive gedrängte Vogel diese Vorwürfe umgehend. So hilfreich die Anfeindungen aus dem Lager frankophiler, separatistischer oder französischer Organisationen sonst auch waren, der Verdacht, selbst gemeinsame Sache mit den Franzosen gemacht zu haben, konnte Vogel keineswegs auf sich beruhen lassen. Schon am Tag nach der Wahl protestierte er daher beim Saarlouiser Verlag des NSK und gab öffentlich sein Ehrenwort, daß alle Kollaborationsvorwürfe aus der Luft gegriffen seien²²⁶⁶. Nach ihrem Wahldebakel Anfang 1924 reorganisierte sich die „Prätorianergarde“ der französischen Bergverwaltung²²⁶⁷. Der neue Vorsitzende Wilhelm Schöttler, seit September 1923 auch Chefredakteur des „Saar-Kuriers“²²⁶⁸, zog in den folgenden beiden Jahren die Haßtiraden aus der Königgrätzer Straße auf sich; praktisch in keiner Ausgabe des „Saar-Freund“ fehlten die Hinweise auf das vermeintlich landesverräterische Verhalten Schöttlers²²⁶⁹. Doch letztendlich erwiesen sich diese Verbalattacken, die darauf abzielten, die moralische Integrität des Gegners

²²⁶³ Vgl. Brief der GSV an das RMFinanz (26.01.24), in: R 2/2693. Der SF (5 (1924) 2, S. 25) flankiert diese Forderung: „*Die beste Abwehr der französischen ‚Saarbund‘-Bestrebungen ist die lebendige und tatkräftige Unterstützung der ‚Saar-Vereins‘-Arbeit!*“. Zur Wahl bildete der Saarbund gemeinsam mit der Saar-Wirtschaft-Partei in der „Saarländische Arbeitsgemeinschaft“ ein Wahlbündnis.

²²⁶⁴ Vgl. NSK Nr. 19 (27.01.24).

²²⁶⁵ Von über 250.000 abgegebenen Stimmen entfielen nur knapp 6.600 (2,7%) auf das Bündnis um die Kandidaten Johann Thiery und Karl Krämer: Vgl. SF 3 (1922) 3, S. 32 f.

²²⁶⁶ Vgl. SF 5 (1924) 2, S. 17 f.; Rundschreiben der GSV an verschiedene Zeitungsredaktionen (28.01.24), in: LA Saarbrücken, NL Scheuer 61. Per Gerichtsbeschluß mußte Vogels Gegendarstellung auch im NSK abgedruckt werden: Vgl. SF 5 (1924) 8, S. 120.

²²⁶⁷ Vgl. SF 5 (1924) 7, S. 107. Zur Neugruppierung des Bundes, der auch weiterhin für die Autonomie des Völkerbundslandes eintrat, vgl. SF 5 (1924) 5, S. 68 f.; NSK Nr. 68 (24.03.24).

²²⁶⁸ Zum Verhältnis zwischen NSK, Saarbund, Regierungskommission und „Administration des Mines Domaniales“ bzw. Koechlin vgl. die Tagebuchaufzeichnungen Eckels (Januar – März 1925), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 26.

²²⁶⁹ Vgl. exemplarisch: SF 5 (1924) 20, S. 311; SF 6 (1925) 14, S. 223. Der „*französische Propagandaparasit*“ sollte im August 1925 von einer rechtsgerichteten Gruppierung nach München verschleppt werden, was durch rechtzeitige Aufdeckung des Planes allerdings verhindert wurde: Vgl. SF 6 (1925) 16, S. 273 f.; SF 6 (1925) 17, S. 282 ff.; PAUL: NSDAP des Saargebiets, S. 43 f. Ende 1925 flüchtete Schöttler nach Frankreich: Vgl. SF 6 (1925) 23, S. 388.

in Frage zu stellen²²⁷⁰, weitaus weniger erfolgreich zur Bekämpfung des Saarbundes als der Beschluß des preußischen Staatsministeriums, alle ihm angeschlossenen Bergbeamten auf dem Disziplinarweg zur Verantwortung zu ziehen. Während der ernüchternde Ausgang der Landesratswahlen sein Übriges dazu beitrug, mußte die separatistische Vereinigung einen nicht zu verkraftenden Aderlaß hinnehmen. Der Druck auf die Saarländer, die sich aus reinem Opportunismus dem Saarbund angeschlossen hatten, wurde zusätzlich dadurch erhöht, daß verschiedene saarländische und reichsdeutsche Zeitungen Listen vermeintlicher Mitglieder veröffentlichten. Ein Großteil dieser auf Denunziation beruhenden Verzeichnisse stammte von den Vertrauensleuten der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, die fortlaufend die Berliner Ministerien mit weiteren Information versorgte²²⁷¹. Von dieser Austrittswelle erholte sich der Saarbund nicht mehr; zu den letzten Kommunalwahlen 1932 trat er zwar erneut als „Unabhängige Arbeiter- und Bürgerpartei“ an, konnte aber insgesamt in 13 Gemeinden nur 1.423 Stimmen und damit sieben Mandate erringen. So unbedeutend die autonomistisch ausgerichteten Kräfte wenige Jahre vor der Abstimmung tatsächlich waren, leisteten sie mit ihrer Neuformierung – freilich ohne dies zu wollen – der Berliner Saarorganisation erneut wertvolle Schützenhilfe, konnte diese doch das Wiederaufleben separatistischer Parteien als Indiz für die drohende Gefahr ausschlichten²²⁷². Bis zu einem gewissen Grad ist es sogar berechtigt zu behaupten, daß die deutsche Gegenpropaganda in der heißen Phase des „Endkampfes um die Saar“ am stärksten von der Existenz

²²⁷⁰ Vgl. LINSMAYER: Politische Kultur, S. 170 f.

²²⁷¹ Vgl. Brief des AA an die GSV (31.03.24), in: BA-R 8014/673; Geschäftsbericht der GSV (24.10.24), in: BA-R 8014/7; SF 5 (1924) 10, S. 150; SF 5 (1924) 12, S. 177; SF 6 (1925) 10, S. 153 f.; S.Z. Nr. 153 (22.06.24); Petition des Saarbundes an den Völkerbundsrat (11.07.24), in: MAE, Sarre 11. Nach 1933 wandten sich einige der seit den zwanziger Jahren „Proskribierten“ an die Berliner Stresemannstraße mit der Bitte, bei ihrer Rehabilitierung zu helfen, da sie zu Unrecht auf die Mitgliederlisten gesetzt worden seien. Vogel wies in der Regel derartige Forderungen mit der Begründung zurück, ihm lägen keine gesicherten Belege vor, daß die Behauptungen nicht zuträfen: Vgl. Schriftverkehr (1933 f.), in: BA-R 8014/884; SF 13 (1932) 2, S. 42.

²²⁷² Vgl. SF 13 (1932) 21, S. 247 f.; SF 13 (1932) 22, S. 363 ff.; SF 13 (1932) 23, S. 373–378; SF 13 (1932) 24, S. 398; SF 14 (1933) 7, S. 106. Anfang der dreißiger Jahre sah sich die deutsche Gegenpropaganda mit mehreren ähnlich ausgerichteten Organisationen wie beispielsweise dem Warndtbund konfrontiert: Vgl. SF 12 (1931) 4, S. 49 ff.; SF 13 (1932) 8, S. 97–100. Zur Rolle der SSP und SWV siehe S. 634.

derartiger separatistischer bzw. frankophiler Vereinigungen profitierte, denn aufgrund ihres teilweise ungeschickten Agierens – verbunden mit der Offenlegung ihrer Verbindungslinien nach Paris – war der Autonomie verheißende Status quo für die meisten Saarländer schon lange vor 1935 keine erstrebenswerte Alternative mehr²²⁷³.

Seien es Anfang der zwanziger Jahre die Machenschaften des dämonisierten französischen Majors Richert²²⁷⁴, sei es die Existenz des eher separatistisch als tatsächlich frankophil orientierten Saarbundes, sei es die Behauptung, daß Frankreich nach seiner politischen Niederlage im Kampf um die Annexion der Saar nun auf wirtschaftlichem Terrain versuche, sich Vorteile über den Tag der Rückgliederung hinaus zu sichern²²⁷⁵, oder sei es das Scheitern der Pariser Verhandlungen²²⁷⁶ – stets zog die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ aus der drastischen Schilderung der permanent drohenden Gefahren für das deutsche Saargebiet das gleiche Fazit: Die deutsche Seite müsse nun ebenfalls auf den Plan treten, um der verschlagenen, aber überaus erfolgreichen französischen Propaganda Paroli bieten zu können. Untrennbar damit verbunden war die Forderung, entsprechende finanzielle Hilfsmittel für die eigene Organisation zur Verfügung zu stellen²²⁷⁷.



Abb. 38: Xavier August Richert (1887–1975)

Als sich in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre eine Entspannung des deutsch-französischen Verhältnisses abzuzeichnen begann, kam die „*optimistische Stimmungsmache*“²²⁷⁸ des Aus-

²²⁷³ Vgl. ebenso PAUL: Deutsche Mutter, S. 59.

²²⁷⁴ Vom Leiter des französischen Propagandaapparates behauptete der SF, daß er als Neffe Clemenceaus der wirkliche Präsident der Regierungskommission und für die Eskalation der Situation während des Beamtenstreiks 1920 verantwortlich gewesen sei: Vgl. SF 1 (1920) 10, S. 71 ff.; SF 1 (1920) 16, S. 150; SF 2 (1921) 14, S. 182; SF 3 (1922) 9, S. 139; SF 3 (1922) 6/7, S. 78. 1923 wurde Richert von der französischen Regierung wegen seiner Verstrickung in einen Münchener Putschversuch gegen seinen Willen nach Frankreich versetzt: Vgl. Note des französischen Außenministeriums (02.03.23), in: MAE, Sarre 7; SF 4 (1923) 16, S. 229 f.; SF 4 (1923) 19, S. 256 ff.; SF 4 (1923) 20, S. 263 ff. Noch Jahre später erinnerte sich das Bundesorgan an den ehrgeizigen Major: „Dieser Mann war die Seele der französischen Propaganda, er unterstützte alles, was die Bevölkerung unter sich verhetzen konnte, er war die Seele der Gewaltpolitik, die man gegen ein wehrloses Volk anwendete.“: SF 15 (1934) 16/17, S. 335. Vgl. auch BARIÉTY: Les relations, S. 213, Anm. 40; BRUCH (Franzosen im Saargebiet, S. 39 f.) beschrieb Richert als „scheinbar germanophil, ein Meister der Maske, von diabolischen Kräften getrieben“.

²²⁷⁵ Vgl. Rundschreiben der GSV (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2; SF 7 (1926) 7, S. 110 f.

²²⁷⁶ Vgl. Vortrag Vogels auf der Vertreterversammlung in Dortmund (30.11.30), in: LA Saarbrücken, NL Scheuer 61.

²²⁷⁷ Das Schicksal des Bundes wurde untrennbar mit dem der Saar verbunden, wenn beispielsweise Vogel behauptete, daß die französische Propaganda sicherlich den Abstimmungskampf gewinnen werde, sofern der GSV nicht ähnliche finanzielle Hilfsmittel zur Verfügung gestellt würden: Vgl. Das Wirken der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ... im Jahre 1930, Berlin 1931, S. 2; Jahresbericht 1931, S. 5. Vgl. auch SF 12 (1931) 9, S. 129 f.; SF 12 (1931) 15/16, S. 252 f. Wie das Werk REVIREs: Perdrons-nous la Sarre zeigt, argumentierte der französische Gegenpart analog, um seinerseits die Pariser Regierung zu einem stärkeren Engagement zu veranlassen.

²²⁷⁸ Vgl. Brief Karius' an die GSV (02.01.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 11.

wärtigen Amtes dem Verein höchst ungelegen, stellte sie doch das jahrelang sorgfältig aufgebaute und gepflegte Bedrohungspotential in Frage, durch welches sich die finanzielle Unterstützung des Bundes rechtfertigen ließ. Aus Furcht, der deutsch-französischen Verständigungspolitik zum Opfer zu fallen, rissen die regelmäßigen Hinweise auf die trotz allem noch immer nicht beseitigten Gefahren nie ab²²⁷⁹. Gleichwohl hatten sich die Phrasen im Laufe der Jahre abgenutzt, zumal die Rahmenbedingungen für die Saarländer ab der zweiten Hälfte des Jahrzehnts wesentlich erträglicher geworden waren und ein Großteil sich mit den durch den Versailler Vertrag geschaffenen Verhältnissen arrangiert hatte.

Aus Sicht des Bundes der Saarvereine erfolgte die Gründung der „Association Française de la Sarre“ (AFS) zur Legitimierung der eigenen Tätigkeit gerade zum richtigen Zeitpunkt. Schon auf der bald folgenden Heidelberger Bundestagung konnte er sich gegenüber der deutschen Öffentlichkeit erneut als berufene Abwehrinstanz präsentieren²²⁸⁰, deren vordergründige Aufgaben es seien, auch diese neue französische Propaganda gründlich zu beobachten, ihre Argumentation zu entkräften und damit ihre Erfolgchancen zu paralysieren.

b) Die „Association Française de la Sarre“

Während sich die offiziellen Pariser Saarvertreter zu dieser Zeit bereits dafür entschieden hatten, eine Politik der Besitzstandswahrung zu betreiben, um so die wirtschaftlichen Vorteile an der Saar möglichst lange zu konservieren, hielt die am 14. Februar 1928 in Paris gegründete AFS an den bisherigen Positionen fest:

²²⁷⁹ Vgl. SF 6 (1925) 5, S. 78; SF 8 (1927) 12, S. 192 f.; SF 10 (1929) 8, S. 150 f. Von französischen Beobachtern hingegen wurden die Erfolgsaussichten der eigenen Propaganda weitaus pessimistischer beurteilt. So stellte der französische Gesandte in München nach dem Besuch der Saarausstellung resigniert fest: *„Lorsque nous voyons le développement et la puissance de toute propagande en Allemagne, la perfection que celle-ci atteint (il faut le connaître objectivement, même lorsqu'elle est tournée contre nous), nous devons, hélas, constater la supériorité écrasante de la propagande allemande sur la propagande française. Celle-ci est partout à peu près inexistante. De tous côtés, qu'il s'agisse de cinémas, de revues, de journaux, d'expositions, de conférences, nous nous fions à notre Droit et à la Justice. Quelques primordiales qualités qu'aient ces grands et nobles principes, nous restons trop à l'écart des masses, nous laissons l'adversaire prendre les initiatives, sans agir et même sans réagir. Tandis que l'économie française - pour ne pas dire, hélas, l'avarice française! - pleure misère et gémit, l'étranger, certainement moins riche que nous, dépense largement, développe partout ses moyens d'action et en tire avantage. Que de fois les Agents diplomatiques français ont jeté à ce sujet un cri d'alarme: l'Exposition de la Sarre que nous venons de visiter à Munich, donne une raison de plus de lancer un nouvel appel. La France a perdu bien du temps depuis la Guerre sur ce terrain: souhaitons qu'il ne soit pas trop tard pour agir vigoureusement, tout au moins dans un sens définitif.“*: Brief der französischen Gesandtschaft München an das Außenministerium (06.02.33), in: MAE, Sarre 280.

²²⁸⁰ Vgl. SF 9 (1928) 14/15, S. 264–287. *„Es ist sicher, daß die französische Propaganda noch weiterarbeiten wird. Sie wird in den sechs Jahren bis 1935 noch manches versuchen. Wir Deutsche haben die Pflicht, zu wachen, daß nicht deutschem Volksgut weiter Unrecht geschieht.“*: VOGEL: Deutsch die Saar immerdar, Berlin 1929, S. 50. Dies sahen auch die Referenten des AA ähnlich: Vgl. Brief des AA an die deutsche Botschaft Paris (12.07.28), in: PA AA, Botschaft Paris 714 a.

„[Elle – F.B.] estime que les dispositions du traité ne permettent pas d'apporter avant 1935 une modification au régime de la Sarre, il convient d'y maintenir le statu quo tout en s'efforçant d'accroître l'influence française dans le Bassin.“²²⁸¹

Unter der Leitung ihres Präsidenten Henry Rossignol, zugleich Präsident der „Union Nationale des Combattants“ und ihres Ehrenpräsidenten Jacques Bardoux, Professor an der Staatswissenschaftlichen Lehranstalt in Paris, Mitglied der Académie Française und während des Krieges Berater Maréchal Fochs²²⁸², verzichtete die AFS darauf, eine dem Bund der Saarvereine vergleichbare Organisation aufzubauen: Sie hielt zwar ebenfalls jährlich eine Generalversammlung ab und vereinigte sowohl Einzelmitglieder als auch Körperschaften²²⁸³, doch blieb sie zentralistisch nach Paris orientiert und konnte sich nicht landesweit auf lokale Ableger stützen²²⁸⁴.

Nach Artikel 2 ihrer Statuten verfolgte die Vereinigung das Ziel,

„d'étudier et de mettre en œuvre tout ce qui peut contribuer à la défense et au développement des intérêts généraux de la France, dans le territoire de la Sarre.

*Elle réalise cet objet par tout les moyens légaux, notamment par des publications, réunions, conférences, par une coopération avec des groupements similaires et une collaboration éventuelle avec les Pouvoirs publics.“*²²⁸⁵

Ab Januar 1929 erschien vierteljährlich das anfangs zwölfseitige „Journal des Français de la Sarre“, ein in Nancy publiziertes Blatt, das zwar die Verbindung zu privaten Vereinigungen geschweige denn amtlichen Geldgebern dementierte²²⁸⁶, dessen Anzeigen- und Informations

²²⁸¹ Entschließung der AFS auf der Jahresversammlung (06.12.28), in: AN, F¹⁴ 18.206. Zur AFS eingehend: LEMPERT, S. 459–468.

²²⁸² Vgl. MIQUEL: Versailles, S. 11. Einer der beiden Vizepräsidenten war der Präsident der Ende 1922 gegründeten „Société des Amis de la Sarre“, Commandant Lanrezac. Zur Person Lanrezacs, der das Pseudonym „Cazernal“ benutzte, vgl. Brief Lanrezacs an den Minister für öffentliche Arbeiten (Mitte April 1929) sowie Note für den Minister (14.04.29), in: AN, F¹⁴ 18.206; SF 10 (1929) 1, S. 11 f.; SF 11 (1930) 4, S. 71 f.; SF 15 (1934) 6, S. 95 f. Zur „Société“ und ihrem bis 1934 erschienenen Bulletin, das Ähnlichkeiten mit dem „Saarkalender“ Albert ZÜHLKES aufwies, vgl. BALDAUF, S. 52–59; LEMPERT, S. 455–458. Die AFS verfügte über zwei Generalsekretäre: Robert Herly im Saargebiet sowie Edmond Bloch in Paris, zugleich Generalsekretär der „Association des Mutilés de Guerre“.

²²⁸³ Unter diesen spielten Wirtschafts- und Frontkämpferverbände die maßgebende Rolle. Intern war die AFS in eben diese beiden Flügel gespalten: In ihrem Verwaltungsrat und Vorstand dominierten die Vertreter nationalistischer Organisationen wie der „Ligue des Patriotes“, der „Ligue Française“, des „Comité de la Rive Gauche du Rhin“ und der „Union Fédérale des Associations Françaises des Victimes de la Guerre“, während ihre eigentlichen Initiatoren in den Reihen des „Groupement des Français possédant des intérêts en Sarre“ zu suchen waren. Diese französischen Industriellen standen einer aus ökonomischer Vernunft diktierten Kompromißlösung aufgeschlossen gegenüber.

²²⁸⁴ Sie hatte damit auch nichts mit der „Association des Sarrois“ gemein, die sich in den Jahren 1919 bis 1921 in Metz und Straßburg für die zurückgewonnenen Ostprovinzen konstituierte: Vgl. NSK Nr. 21 (26.01.21); Abschrift eines übersetzten Artikels aus „La République“ (15.01.21), in: BayHStA, MA 106.121; LEMPERT, S. 452 f. Der Lothringer Mutterverein verfolgte nach Ansicht eines ehemaligen Mitgliedes primär wirtschaftliche Ziele: Vgl. Brief Ludw. Müllers an die GSV (26.04.22), in: BA-R 8014/343.

²²⁸⁵ Vgl. Statuten der AFS (Frühjahr 1928), in: BA-R 8014/881. Die Finanzierung erfolgte durch: „1° Des cotisations; 2° Des subventions; 3° Des intérêts et revenus de ses biens.“ (Artikel 21). Mit dem Scheitern der Saarverhandlungen zogen sich die Saarindustriellen allerdings zurück, so daß die AFS verstärkt auf die Förderung durch die öffentliche Hand angewiesen war, die sich entgegen den Behauptungen aus dem deutschen Lager in Grenzen hielt.

²²⁸⁶ „Le Journal de la Sarre n'est le journal officieux ni officiel d'aucune association. Il ne reçoit aucune subvention du Gouvernement français et est par conséquent complètement indépendant [...] Il ne fait pas de

abteilung jedoch die gleiche Pariser Anschrift wie die „Association Française“ trug²²⁸⁷. Jedes Heft besaß einen thematischen Schwerpunkt, dem Berichte über heimatkundliche und wirtschaftliche Themen sowie eine Presseschau englischer und französischer Zeitungen über die Saar folgten²²⁸⁸. Da das Journal ähnliche Ziele in Frankreich verfolgte wie der „Saar-Freund“ im Deutschen Reich, sah es sich scharfer Attacken ausgesetzt²²⁸⁹.

Schon im Einladungsschreiben zu seiner Heidelberger Tagung warnte der Bund eindringlich vor dem vermeintlich großen Einfluß der AFS, die durch die Einbindung der „Anciens combattants“ über eine breite Stütze in der französischen Bevölkerung verfüge: *„Die Gefahr für das Saargebiet ist groß. [...] Hinter dieser Bewegung stecken die französischen Annexionisten.“*²²⁹⁰ Die Gründung der neuen französischen Propagandaorganisation verhalf dem Bund zu einem wirkungsvollen Auftritt vor der Kulisse des einst von Franzosen zerstörten kurpfälzischen Schlosses²²⁹¹. Es blieb ausgerechnet Hermann Röchling vorbehalten, auf die diversen Verbindungslinien der AFS zur französischen Schwerindustrie bzw. zum „Comité des Forges“ hinzuweisen. In der abschließenden Entschließung brandmarkte der Bund die Tätigkeit der Association als bedauernswerte Abkehr von der Stresemann-Briandschen Verständigungspolitik und appellierte gleichmaßen an das Weltgewissen wie auch an den Völkerbund, die *„Saarfrage als ‚Unruheherd in Europa‘ im Geiste von Locarno sobald wie möglich“* zu beseitigen²²⁹². Anders als beim Saarbund beschränkten sich Vogel und seine Mitstreiter nicht auf die Beobachtung der Aktivitäten ihres Gegenparts, sondern kommentierten diese ausführlich im „Saar-Freund“²²⁹³. Offensichtlich glaubte man in der Königgrätzerstraße, hierdurch der AFS keine unerwünschten

politique intérieure. [...] il s'adresse aux Français de France comme à ceux de la Sarre. Il n'est pas un organe de propagande en Sarre.“: „Journal des Français de la Sarre“ Nr. 2 (Avril 1929). Vgl. LEMPERS, S. 486–490.

²²⁸⁷ Vgl. ferner den Brief Lanrezacs an den Minister für öffentliche Arbeiten (Mitte April 1929), in: AN, F¹⁴ 18.206.

²²⁸⁸ Vgl. hierzu einzelne Ausgaben in: MAE, PA-AP 212/3. Ab 1931 änderte die Zeitschrift ihren Namen in „Journal de la Sarre“.

²²⁸⁹ Vgl. SF 10 (1929) 2, S. 26 ff.; SF 10 (1929) 7, S. 125–128; SF 11 (1930) 5, S. 99 f.; SF 12 (1931) 24, S. 405 f.

²²⁹⁰ Einladungsschreiben zur Bundestagung (Juni 1928), in: BA-R 8014/49. Hervorhebung im Original. Tatsächlich waren 1935 etwa drei Millionen französische Weltkriegsteilnehmer in Dutzenden von Veteranenverbänden organisiert, deren politische Vertreter im Parlament und bei der Regierungen Gehör fanden: Vgl. Roland RAY: *Annäherung an Frankreich im Dienste Hitlers? Otto Abez und die deutsche Frankreichpolitik 1930–1942*, München 2000, S. 139–142.

²²⁹¹ Vgl. Brief des AA an die deutsche Botschaft Paris (12.07.28), in: PA AA, Botschaft Paris 714 a; SF 9 (1928) 14/15, S. 264–287.

²²⁹² Vgl. SF 9 (1928) 14/15, S. 168. Auch das französische Außenministerium erkannte, daß sich die Kreise, die sich in der Association zusammengeschlossen hatten, den bilateralen Verhandlungen mit dem Ziel einer vorzeitigen Rückgliederung der Saar widersetzen und ein stärkeres Engagement Frankreichs an der Saar einforderten: Vgl. Note des Außenministeriums (14.03.29), in: MAE, Sarre 14.

²²⁹³ Vgl. SF 9 (1928) 12, S. 183; SF 9 (1928) 13, S. 208–212; SF 10 (1929) 2, S. 19 ff.; SF 10 (1929) 12/13, S. 276 f.; SF 13 (1932) 12, S. 177–182; SF 14 (1933) 11, S. 167–170. Vgl. insbesondere die Berichte über die erste Jahresversammlung Anfang Dezember 1928 in Paris, in: SF 9 (1928) 24, S. 447 ff.; SF 10 (1929) 2, S. 29 f. Vgl. hierzu: Entschließung der Association (06.12.28), in: AN, F¹⁴ 18.206; Brief des AA an das BayMA (20.12.28), in: BayHStA, MA 106.121.

Werbedienste zu leisten, da sich diese ohnehin primär an Franzosen und nicht so sehr an Saarländer richtete und somit keinen nennenswerten Anhang an der Saar finden konnte.

Die Existenz der Pariser Association diene dem Bund als willkommener Vorwand, der rückläufigen Spendenfreudigkeit entgegenzuwirken. Nach Ansicht der Geschäftsstelle habe Frankreich – obwohl der Kampf um die Saar politisch verloren sei – mit der Gründung der AFS

„seine Saarannexionstruppen neugeordnet, ihre Kampftaktik geändert, das Ziel aber beibehalten [...] Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Frankreich zum Entscheidungskampf in der Saarfrage vorstößt.“

Es sei die Pflicht des ganzen deutschen Volkes, sich geschlossen diesen neuen Vorstößen entgegenzustellen²²⁹⁴ – und wie konnte dies besser geschehen, als durch die Unterstützung einer jahrelang bewährten Abwehrorganisation wie des Bundes der Saarvereine?

Nachdem die AFS bereits die bilateralen deutsch-französischen Saarverhandlungen torpediert hatte²²⁹⁵, warb sie im Vorfeld der Reparationskonferenz von Lausanne für die Beibehaltung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Status quo. In Rundschreiben versuchte sie, Druck auf die eigene Regierung auszuüben, daß

*„toute réduction et, a fortiori, toute suspension dans le paiement des Réparations entraîne automatiquement le renonciation, par l'Allemagne, à la faculté de racheter à l'Etat Français, la propriété des Mines de la Sarre.“*²²⁹⁶

Gleichzeitig wandte sich ihr neuer Präsident Maurice Ordinaire²²⁹⁷ in einem persönlichen Schreiben an Ministerpräsident Herriot mit der Forderung, das Plebiszit als Gegenleistung für Konzessionen in der Reparationsfrage zu verschieben.

In der „heißen Phase“ des Abstimmungskampfes entfaltete die „Association Française de la Sarre“ ähnliche Aktivitäten bei der Erfassung, der Mobilisierung und dem Transport der Abstimmungsberechtigten aus Frankreich und seinen Kolonien wie der Bund der Saarvereine für die reichsdeutschen Wähler²²⁹⁸.

²²⁹⁴ Vgl. Rundschreiben der GSV an die Einzelmitglieder (08.02.29), in: BA-R 8014/156. Die Association werde „getragen von annexionslüsternen Politikern, von Großindustriellen, von Wissenschaftlern, also von Leuten Frankreichs, die Einfluß haben und die ihrem Willen Nachdruck zu verschaffen verstehen.“

²²⁹⁵ Vgl. hierzu das undatierte „Memorandum sur la question sarroise“, in: AN, F¹⁰ 2069.

²²⁹⁶ Vgl. Rundschreiben der AFS (Juni 1932), in: MAE, PA-AP 212/3. Die Passage stammte aus der Entschließung der Generalversammlung der AFS (04.06.32).

²²⁹⁷ Der Vizepräsident des französischen Senats war zugleich führender Kopf der „Union républicaine“. Vgl. Bericht des Amtlichen Preußischen Pressedienstes (Januar 1934), in: BA-R 8036/7; SF 15 (1934) 2, S. 20.

²²⁹⁸ Siehe hierzu Exkurs 6.

Kap. 6.3: Das Sabotieren der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich

Die Feindbilder, die sich vor und insbesondere während des Weltkrieges verfestigt hatten, waren selbstverständlich mit dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen nicht beseitigt. Sie blieben virulent und prägten sowohl in Frankreich als auch in Deutschland die Sicht auf den ehemaligen Kontrahenten. Während dem Deutschen Reich jede Möglichkeit genommen werden sollte, erneut die „Grande Nation“ militärisch zu bedrohen, wurden die demokratischen Veränderungen in Deutschland bis in die zwanziger Jahre hinein an der Seine bewußt nicht zur Kenntnis genommen. Frankreich hingegen schien sich am besiegten und durch den Versailler Vertrag gedemütigten Deutschland schadlos halten zu wollen - so die deutsche Position. Auf beiden Seiten des Rheins blieb der Krieg omnipräsent - im Grunde genommen denkbar schlechte Voraussetzungen für jene Verständigungspolitik, wie sie ab Mitte der zwanziger Jahre - sei es aus Überzeugung, sei es aus außenpolitischem Pragmatismus - eingeleitet wurde²²⁹⁹.

Der Bund der Saarvereine wirkte der Aussöhnung der einstigen Kriegsgegner bewußt entgegen und entwickelte sich so zum Stachel in den deutsch-französischen Beziehungen. Regelmäßig wärmte er die Erinnerungen an die Besatzungsmonate auf, um unter den (Exil-) Saarländern keine Sympathien für Frankreich aufkommen zu lassen²³⁰⁰. Ähnlich wie dies auch die prodeutsch gesinnten Zeitungen des Saargebietes taten, konservierte der „Saar-Freund“ die Angst vor einer Wiederholung der leidvollen - oder zumindest als solche in der öffentlichen Erinnerung überlieferten - Okkupationszeit. Somit war es für die deutsche Propaganda im Abstimmungskampf ein Leichtes, an diese Vorarbeiten anzuknüpfen und jede der nicht die Rückgliederung an Deutschland verheißenden Optionen zu diskreditieren, da sie die Möglichkeit eines späteren Anschlusses an Frankreich nicht definitiv vereitelten.

Bevor im folgenden die Reaktionen der privaten Saarorganisation auf die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen skizziert wird, soll zunächst das Klischee - der Heterostereotyp - vom westlichen Nachbarn näher untersucht werden, auf welches die Zuhörer- und

²²⁹⁹ Zu den deutsch-französischen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen vgl. AREND; BARIÉTY: *Les relations*; MCDUGALL; Hermann HAGSPIEL: *Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich? Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder*, Bonn 1987; KÖHLER; LOTH: *Die Saarfrage*; Michael-Olaf MAXELON: *Stresemann und Frankreich 1914–1929. Deutsche Politik der Ost- West-Balance*, Düsseldorf 1972; MIQUEL: *Versailles*; Robert W. MÜHLE: *Frankreich und Hitler. Die französische Deutschland- und Außenpolitik 1933–1935*, Paderborn [u.a.] 1995; POIDEVIN/ BARIÉTY; RAY; Clemens WURM: *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926*, Frankfurt am Main [u.a.] 1979. Ein Querschnitt durch die Jahrhunderte: Hans FENSKE: *Nachbarn - Erbfeinde - Freunde. Zu den Schwierigkeiten der deutsch-französischen Beziehungen seit dem 17. Jahrhundert*, in: *JbWestdtLG* 17 (1991), S. 263–298.

²³⁰⁰ Vgl. hierzu beispielsweise die Rubrik „Vor zehn Jahren“, in: *SF* 10 (1929) 7, S. 129 ff.; *SF* 10 (1929) 9, S. 168–171; *SF* 10 (1929) 10, S. 187 f.; *SF* 11 (1930) 6, S. 114 ff.; *SF* 11 (1930) 9, S. 168 f. Mit ähnlicher Intention: *SF* 9 (1928) 22, S. 405–410.

Leserschaft konditioniert werden und welches in Abgrenzung zum eigenen positiven Selbstbild - dem Autostereotyp - vereinsintern das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken sollte²³⁰¹.

Das Denken in dichotomischen Freund-Feind-Schemata setzt das Vorhandensein von Vorurteilen und Stereotypen voraus, die sowohl offen zu Tage treten wie sie auch unterschwellig transportiert werden können. Ihre (Re-) Aktivierung findet insbesondere im Verlauf gewaltsamer Konfliktaustragungen statt. Sie dienen der auf Distanz gehenden Gruppe zur Bewältigung eigener Unsicherheit und Angst, stabilisieren dabei das Selbstverständnis und die Wahrnehmung der eigenen Wertigkeit, was insbesondere den schwächeren Mitgliedern innerhalb der Gemeinschaft das Gefühl der Geborgenheit und Sicherheit vermittelt. Durch eine gruppenintern gebildete Aggressionsprojektion lenken sie Spannungen nach außen ab²³⁰². Nach der „Regel der Distinktion“, einer der Konstitutionsmechanismen für Stereotype, wird der (nationale) Gegner pauschal mit den ins Negative gespiegelten Charaktereigenschaften des Autostereotyps versehen²³⁰³. Basierend auf der Überzeugung, daß die deutsche der französischen Nation in vielerlei Hinsicht überlegen sei, wärmten die Autoren und Redner des Bundes der Saarvereine²³⁰⁴ jene stereotypen Eigenschaftszuweisungen, die während des Krieges von der deutschen Propaganda verkündet worden waren, erneut auf. Sie bedienten gängige Topoi wie die der französi-

²³⁰¹ „Was eine Grenze in den Boden ‚gräbt‘, sind weder Gendarmen noch Zöllner noch Kanonen auf Befestigungswällen. Sondern Gefühle, erregte Leidenschaften - und Haß.“: FEBVRE, S. 164. Vgl. Hans Manfred BOCK: Tradition und Topik des populären Frankreich-Klischees in Deutschland von 1925 bis 1955, in: *Francia* 14 (1986), 475–508, hier: S. 475–488; Dieter TIEMANN: Michel und Marianne. Forschungsprobleme des Deutschenbildes der Franzosen und des Franzosenbildes der Deutschen, in: Rüdiger VOIGT (Hrsg.): *Politik der Symbole. Symbole der Politik*, Opladen 1989, S. 89–100. Vgl. ebenso die Arbeit von Michael JEISMANN (*Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918*, Stuttgart 1992) sowie allgemein: Peter R. HOFSTÄTTER: *Wie Völker einander sehen*, in: Anitra KARSTEN (Hrsg.): *Vorurteil. Ergebnisse psychologischer und sozialpsychologischer Forschung*, Darmstadt 1978, S. 300–320.

²³⁰² Vgl. Aenne OSTERMANN/ Hans NICKLAS: *Vorurteile und Feindbilder*, München [u.a.] 1976, S. 5–9; Günther WAGENLEHNER: *Feindbild*, in: DERS. (Hrsg.): *Feindbild. Geschichte - Dokumentation - Problematik*, Frankfurt am Main 1989, S. 6–16. Vgl. hierzu ebenso das Kapitel „Die pragmatische Funktion des Stereotyps“ in: Adam SCHAFF: *Stereotypen und das menschliche Handeln*, Wien [u.a.] 1980, S. 89–106 sowie: Bernard-Marie BOYER: *Wechselseitige Stereotypen in Deutschland und Frankreich*, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch* 23 (1973) 3, S. 65–70; Johannes HOFFMANN: *Stereotypen, Vorurteile, Völkerbilder in Ost und West*. In *Wissenschaft und Unterricht. Eine Bibliographie*, Wiesbaden 1986.

²³⁰³ Feindbilder kontrastieren also das Selbstbild einer Gruppe: Vgl. Ute GERHARD/ Jürgen LINK: *Zum Anteil der Kollektivsymbolik an den Nationalstereotypen*, in: DERS./ Wulf WÜLFING (Hrsg.): *Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Stuttgart 1991, S. 16–52, hier: S. 32. Vgl. ebenso: Jacques-Philippe LEYENS/ Vincent YZERBYT/ Georges SCHADRON: *Stereotypes and social Cognition*, London [u.a.] 1994, insbesondere S. 52–73.

²³⁰⁴ Das negative Franzosenbild schlug sich ebenso in verschiedenen Saarliedern nieder und wurde in der zeitgenössischen Literatur verbreitet: Vgl. *Saarlieder-Buch des Bundes der Saarvereine*. Aus der Fülle der Saarromane vgl.: DILL; Johannes KIRSCHWENG: *Das wachsende Reich*, Bonn 1935; M. KORBACH: *Saarvolk will heim! Roman aus dem Saargebiet, Königsbrück i. Sa.* 1934.

schen Sittenlosigkeit, Frivolität und Dekadenz²³⁰⁵, hoben in arroganter Weise die Leichtlebigkeit und Naivität des französischen Volkes hervor²³⁰⁶, das zugleich verweichlicht, atheistisch²³⁰⁷ und verschlagen sei. Schon allein der Zustand der französischen Arrestzellen während der Besatzungsmonate an der Saar galt als stichhaltiges Indiz für den Abstand zwischen der deutschen und französischen Kultur²³⁰⁸, wie sich auch das deutsche Handwerk durch Qualitätserzeugnisse empfehle, wohingegen französische Produkte lediglich aus billiger, schnell verschleißender Dutzendware bestehe²³⁰⁹. Jene „*Hostifikation*“²³¹⁰ wäre ohne die ähnlich simplifizierten, klišeehaften deutschen Charaktereigenschaften unvollständig geblieben: Rechtschaffenheit, Aufrichtigkeit, Tugendhaftigkeit, Ernst, und Gründlichkeit zeichneten das deutsche Volk ebenso aus wie „*preußische Sauberkeit, Disziplin, Pflichtbewußtsein und Ehrlichkeit*“²³¹¹.

Aufgrund seiner dominierenden Rolle innerhalb der Organisation war Vogels Franzosenbild prägend und wegweisend für die gesamte Propaganda der Saarvereinigung. Mental befand er sich noch im Krieg: So bekannte sich Vogel während der französischen Besatzungszeit dazu, „*von einem aufrichtigen Haß gegen die Franzosen beseelt*“ zu sein und „*aus einem grimmigen*

²³⁰⁵ Insbesondere die „*Pariser Modedämchen*“, die im Gegensatz zur hart arbeitenden deutschen Frau mit ebenfalls geschminkten französischen Offizieren durch die Saarbrücker Straßen flanierten, provozierten mehrfach Verbalattacken im SF: „*Die deutsche Seele wehrte sich instinktiv dagegen, scheute die Berührung mit diesen ‚Kulturträgern‘*“: Vgl. SF 7 (1926) 16, S. 264. Ähnlich: Vgl. SF 4 (1923) 5, S. 53; SF 7 (1926) 21, S. 394; Bericht Vogels (September 1919), in: BA-R 8014/141. In einer Untersuchung, die wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland durchgeführt wurde, zählten neben Charme und Esprit vor allem Genuß- und Ruhmsucht zu den Eigenschaften, die überproportional Franzosen zugeschrieben wurden: Vgl. Kripal Singh SODHI/Rudolf BERGIUS: Nationale Vorurteile. Eine sozialpsychologische Untersuchung an 881 Personen, Berlin 1953, S. 39 und S. 45.

²³⁰⁶ Vgl. SF 11 (1930) 3, S. 47 f.

²³⁰⁷ Phasenweise nahm die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich quasireligiöse Züge an: Der Kampf Gut gegen Böse, Recht gegen Willkür und Ohnmacht gegen Gewalt wurde insbesondere in zeitlicher Nähe zu kirchlichen Feiertagen beschworen. Beispielsweise verknüpfte Posselt im Osterartikel 1922 das Schicksal der Saar, dessen Hoffnung in Versailles „*ans Kreuz geheftet*“ worden sei, mit der christlichen Auferstehungsmithologie, womit er Frankreich und den Völkerbund in die Rolle der heidnischen (römischen) Besatzungsmacht verwies: Vgl. SF 3 (1922) 8, S. 113.

²³⁰⁸ Vgl. RÖCHLING: Wir halten die Saar!, S. 25–29. In der Festnummer zur Trierer Bundestagung hieß es hierzu: „*Wenn französische Unsauberkeit, französische Eitelkeit, französisches Parfüm Zeichen eines hohen Kulturstandes sind, dann wollen wir lieber - Barbaren bleiben, die auf solche Errungenschaften verzichten können*“: Vgl. SF 11 (1930) 13/14, S. 240. Zwei Jahre zuvor verkündete Giersberg vor seiner Magdeburger Ortsgruppe: „*Der deutsche Bauer und der deutsche Arbeiter hätten im Kriege in Frankreich erkannt, daß der Kulturzustand des französischen Volkes dem deutschen nicht überlegen, sondern zurückgeblieben sei*“: SF 10 (1929) 5, S. 96.

²³⁰⁹ Vgl. hierzu die Ausführung des Syndikus der Handelskammer in Saarbrücken, Karl Reutler (Das Handwerk im Saargebiet), in: SF 7 (1926) 16, S. 283 f.

²³¹⁰ Tilman MAYER: Prinzip Nation. Dimensionen der nationalen Frage am Beispiel Deutschlands, Opladen 1988, S. 192.

²³¹¹ SF 8 (1927) 10, S. 158. In seinen unzähligen Appellen zum Aufbau der überparteilichen Einheitsfront knüpfte der Bund ebenfalls an Traditionen aus dem Krieg an und stellte - wie es Jeffrey VERHEY (Der „Geist von 1914“, S. 220–223) allgemein für die deutsche Gesellschaft nachgewiesen hat - die „Ideen von 1914“ den „Ideen von 1789“ entgegen. Das für die NS-Publizistik typische Gegensatzpaar „Dynamik des Reiches“ - „rückständiges, traditionelles Frankreich“ schlug sich in der Propaganda des BdS hingegen nicht nieder.

Haß gegen die Franzosen“ heraus zu arbeiten²³¹². Für ihn war Frankreich nichts anderes als eine erbärmliche und nichtsnutzige Nation und Franzosen galten ihm als „*verbrecherische Mörder, rohe Plünderer und freche Räuber*“²³¹³. Unmißverständlich trat er vor der Stettiner Ortsgruppe Anfang 1925 für eine Revanche ein:

„All das, was das deutsche Volk jenseits des Rheins täglich im Stillen zu ertragen habe, werde und dürfe niemals vergessen werden. Die Beschmutzung der Seelen, die Schändung der Ehre, das sadistische Quälen der Familien, der Frauen und Kinder, Raub, Plünderungen, Mord, Totschlag, Verhaftungen und Ausweisungen, all das sei ein Werk erbärmlicher Feigheit, ein weltgeschichtliches Denkmal von Schmach und Schande für Frankreich. [...] Wir wollen keinen Rachekrieg, aber wir vertrauen, so wehrlos wir auch sind, auf den unsterblichen Geist, der den Sieg erficht. Wir vertrauen auf Gott, der gesagt hat: Die Rache ist mein, und wenn er uns die Stunde beschert, wo wir die Ketten abschütteln dürfen, werden wir ihn bitten: Herr Gott, mache uns würdig, Werkzeuge Deines Willens zu sein, laß uns siegen oder sterben für das Vaterland.“²³¹⁴

Bei den Ortsgruppen fielen solche kernigen Aussagen auf einen fruchtbaren Boden. Gerade unter den ausgewiesenen und geflüchteten Mitgliedern war die Abgrenzung zu Frankreich äußerst populär und wirkte - ähnlich wie bei der Konstituierung nationaler Gemeinschaften²³¹⁵ - integrierend und binnenstabilisierend. So konnte ein Gastredner aus Ickern Mitte 1921 in Dortmund mit allgemeiner Zustimmung rechnen, obwohl er sich zunächst scheinbar von Hetzereien gegen Frankreich distanzierte: Die Besatzer sorgten durch ihr Auftreten schon selbst dafür, daß der von ihnen gesäte Haß eines Tages auf sie zurückfalle²³¹⁶. Vermutlich nicht erst infolge der aufgeheizten Atmosphäre des Abstimmungskampfes bekannte der Vorsitzende des Hamburger Saarvereins, daß - unabhängig, was in Deutschland innenpolitisch geschehe -

„niemals die Liebe des katholischen deutschen Mannes und der katholischen deutschen Frau zu dem zynischen, laizistischen und bis in den Tod gehaßten Frankreich“ erweckt werden könne²³¹⁷.

In seiner Frankophobie verzichtete der „Saar-Freund“ weitgehend auf Differenzierung; ungeachtet dessen, daß verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen in Frankreich durchaus der

²³¹² Vgl. Briefe der GSV an Hans Weiser (18.12.19, in: BA-R 8014/341) und Karl Bretschneider (02.10.19), in: BA-R 8014/144.

²³¹³ Vgl. Brief der GSV an Forstmeister Bohne (13.10.21), in: BA-R 8014/148; SF 4 (1923) 5, S. 65. Die Franzosen seien ein wesensfremdes Volk: Vgl. VOGEL: *Deutsch die Saar immerdar!*, Berlin 1929, S. 54.

²³¹⁴ Anschließend sang die Versammlung das Deutschlandlied: Vgl. SF 6 (1925) 6, S. 97. Ähnliche aggressive Töne hatte er bereits im Vorjahr auf dem „Deutschen Pfalztag“ in Königsberg (März 1924) angeschlagen: Als Vogel auf den Versailler Vertrag zu sprechen kam, forderte er angesichts der französischen Politik während des zurückliegenden Jahrfünfts: „Wenn es hierfür überhaupt eine Vergeltung gäbe, dann könne es nur die einzige sein: Frankreichs Ausrottung!“: Vgl. SF 5 (1924) 5, S. 76. Übertreibungen rundeten das Feindbild ab: So bezeichnete Vogel im Oktober 1925 vor Offizieren und Beamten der Berliner Garnison „die Entgermanisierung des Saargebiets und Verwelschung desselben“ als eigentliche politische Intention des Saarstatuts: Vgl. Vortragsmanuskript Vogels (19.10.31), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 31; SF 6 (1925) 21, S. 356.

²³¹⁵ Vgl. Dieter LANGEWIESCHE: *Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: Zwischen Partizipation und Aggression*, Bonn - Bad Godesberg 1994, S. 21.

²³¹⁶ Vgl. SF 2 (1921) 14, S. 195.

²³¹⁷ Vgl. Brief Dr. Kuhns an die GSV (08.08.34), in: BA-R 8014/391.

Verständigung mit Deutschland aufgeschlossen gegenüber standen, wurden „die Franzosen“ - seien es offizielle Vertreter der französischen Außenpolitik²³¹⁸, seien es Angehörige rechtsgerichteter Vereinigungen - pauschal über einen Kamm geschoren²³¹⁹. Scheinbare Bekenntnisse zur Aussöhnung oder gar die Bereitschaft, sich mit dem nationalen Gegner „sine ira et studio“ auseinanderzusetzen, finden sich in dem Bundesorgan nur selten²³²⁰. Typischer sind hingegen ostentative Abgrenzungen wie in der Erstausgabe von Januar 1920:

„Und dazu wird ein Volkselement von 800.000 unvermischten Deutschen von dem Nährboden ihrer Kultur losgerissen und unter die Herrschaft eines fremden Volks gestellt, mit dem sie nichts, rein nichts gemein haben, nicht Charakter, nicht Gesinnung, nicht Geschichte, nicht Ideale, nichts, nichts, nichts!“²³²¹

Jeder noch so belanglose Zwischenfall und jedes Gerücht, das zur Diskreditierung Frankreichs beitrug, bot willkommene Gelegenheit, das „gallische Gesindel“²³²² an den Pranger zu stellen: Beispielsweise sorgte zu Jahresende 1921 die Meldung, daß Frankreich an der Saar das Weih-

²³¹⁸ Unmittelbar am Zustandekommen der Versailler Nachkriegsordnung Beteiligte wie Tardieu („*Exponent des unverhohlenen und rücksichtslosesten Imperialismus*“: SF 13 (1932) 5, S. 68) oder Clemenceau standen hierbei am stärksten im Kreuzfeuer der SF-Kritik. Anlässlich des Todes von Clemenceau prangerte das Blatt noch einmal das ungeheuerliche Verbrechen an, welche der „Tiger“ in seinem Lechzen „nach Verkleinerung, Verstümmelung, Ausplünderungen und Demütigung des deutschen Nachbarn“ am Saargebiet und seiner Bevölkerung verübt habe: Vgl. SF 8 (1927) 16, S. 288; SF 10 (1929) 23, S. 500 f. Der Regierungswechsel von Poincaré zu Herriot wurde mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, erhoffte man sich doch Auswirkungen auf die personelle Konstellation der Regierungskommission: Vgl. SF 5 (1924) 11, S. 154; SF 5 (1924) 12, S. 176 f.; SF 5 (1924) 20, S. 306 f.; SF 5 (1924) 21, S. 318; SF 6 (1925) 3, S. 39. Wegen Verzögerungen bei der Räumung der Kölner Zone verspielte Herriot schon bald diesen Kredit: Vgl. SF 6 (1925) 3, S. 33 f.; SF 6 (1925) 4, S. 58 f.; SF 6 (1925) 8, S. 117 f.; SF 13 (1932) 10, S. 145 ff. Relativ neutral wurde Pierre Laval gewertet; sein Amtsantritt am Quai d'Orsay wurde sogar begrüßt: SF 15 (1934) 24, S. 511 f.; Sondernummer 1 (1934/35), S. 3 ff.

²³¹⁹ Ähnliches galt für die Einordnung der gegenwärtigen französischen Politik in die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen: Das Saargebiet „war von je das Ziel französischer Eroberer, seit König Ludwig XIV. Die Revolutionsmänner von 1793 gestanden offen, daß es ihnen weniger um die Freiheit der Bewohner ginge, als um die Kohlenschätze. Nichts anderes wollte auch das Frankreich Napoleons III. und nichts anderes wollen die heutigen französischen Republikaner. Allen früheren Annexionsabsichten gegenüber erscholl wie auch heute immer wieder der Ruf der Saarländer: ‚Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben!‘“: Was jeder Deutsche, S. 2. Vgl. auch SF 1 (1920) 2, S. 5: „Die Geschichte des Saargebietes ist eine einzige Abfolge französischer Überfälle.“ SF 4 (1923) 6/7, S. 70 f. Vgl. Hermann ONCKEN: Die historische Rheinpolitik der Franzosen, Stuttgart - Gotha 1922 sowie die historische Revue, in: SF 13 (1932) 17, S. 274–278.

²³²⁰ Vgl. SF 1 (1920) 17, S. 165. Es sollte Jahre dauern, bis erneut gemäßigte Worte gegenüber Frankreich fielen: Die Saarbevölkerung habe nichts gegen die Franzosen, sie lehne nur deren Angriffe auf das Deutschtum, deren Kultur und Zivilisation ab. Eine Freundschaft zwischen beiden Ländern sei denkbar: „Der eine muß eben den anderen in Ruhe lassen, vor allem, so weit es sich um nationale oder kulturelle Angelegenheiten handelt.“: Vgl. SF 7 (1926) 23, S. 415 f.; SF 8 (1927) 16, S. 286 f.

²³²¹ Vgl. SF 1 (1920) 1, S. 2. Das Bedürfnis nach Abgrenzung war stärker, als es den tatsächlichen kulturellen Gegebenheiten entsprochen hätte. So war beispielsweise das Verhältnis zwischen den saarländischen und lothringischen Bergleuten auf den französischen Gruben bei weitem nicht so schlecht, wie der SF seinen Lesern Glauben machen wollte; treffender ist die Feststellung François ROTHS (*La frontière franco-allemande de la Moselle au Rhin 1918–1939*, in: Jeanne-Marie DEMAROLLE (Hrsg.): *Frontières (?) en Europe occidentale et médiane de l'Antiquité à l'an 2000*, Metz 2001, S. 127–138, hier: S. 134): „[...] c'étaient des voisins avec lesquels on pouvait parler en dialecte; là où les deux langues séparaient, le dialecte unissait.“

²³²² SF 2 (1921) 12, S. 164.

nachtsfest abschaffen wolle, unter den gläubigen Saarländern für Aufruhr²³²³. Nicht weniger Wirkung zeigten die Artikel über die fehlende Achtung der Franzosen vor den Gefallenen des Krieges: Während sämtliche Gräber an der Saar unabhängig von der Nation des toten Soldaten gepflegt würden, seien deutsche Kriegsgräber in Lothringen immer wieder das Ziel von Verwüstung und Schändung²³²⁴. Anfang 1922 druckte der „Saar-Freund“ die extrem franzosenfeindliche Novelle „Der weiße Schrei“ von Genovesa ab, welche einer von farbigen Franzosen vergewaltigte Saarländerin die letzten Worte „*Nur dies eine bitte ich - wehrt euch gegen die fremde Rasse - denn das Blut wehrt sich und das irrt sich nicht.*“ in den Mund legte²³²⁵. Schon lange vor dem Einmarsch des „*annexionslüsternen französischen Ländergeiers*“²³²⁶ in das Ruhrgebiet hatte der Bund der Saarvereine zur Aufrechterhaltung und Zementierung des Erbfeindbildes an der Saar einen entscheidenden Beitrag geleistet. Frankreich wurde, wo immer es sich anzubieten schien, in die Rolle des Sündenbocks gedrängt. Selbst für die drohenden Entlassungen infolge der Weltwirtschaftskrise 1931 galten in erster Linie Franzosen verantwortlich, welche auf Kosten des wirtschaftlichen Ruins des Saargebiets ihre eigene Volkswirtschaft sanieren und politische Vorteile erzwingen wollten²³²⁷. Meist ging die Verteufelung des nationalen Gegners mit beißender Polemik einher. Die Tränen der Hungernden im Saargebiet seien

„*eine flammende Anklage gegen die schlemmenden und prassenden Parasiten aus dem Westen, die mit ihren parfümierten Dirnen die Straßen und Lokale Saarbrückens verschandeln.*“²³²⁸

Durch derartige Zustände nehme die saarländische Jugend Schaden an ihrer sonst - typisch deutschen - moralischen Integrität²³²⁹.

Die Abgrenzung von Frankreich setzte sich im Widerstand gegen die Sprache fort. Es sei demütigend, so der „Saar-Freund“, sich als deutscher Saarländer offiziell als „*Sarrois*“ bezeichnen lassen zu müssen, wie auch die zahlreichen französischsprachigen Straßenschilder an der Saar nicht zu verstehen seien²³³⁰. Sofern es im Saarbrücker Dialekt überhaupt französisch-

²³²³ Vgl. SF 2 (1921) 24, S. 345 f. Auch in späteren Jahren setzte das Blatt den französischen Laizismus gerne mit Gottlosigkeit gleich: Vgl. SF 4 (1923) 23, S. 289; SF 5 (1924) 21, S. 317 f.; SF 8 (1927) 24, S. 436 f.

²³²⁴ Vgl. SF 5 (1924) 19, S. 295; SF 5 (1924) 20, S. 310; SF 6 (1925) 11, S. 174 f.

²³²⁵ Vgl. SF 3 (1922) 6, S. 86; SF 3 (1922) 7, S. 102. Farbige französische Truppen schreckten nicht davor zurück, Greisinnen und Kinder zu schänden: Vgl. Vortrag Heinrichs auf der Gründungsversammlung der Ortsgruppe Hannover, in: SF 2 (1921) 13, S. 179 f.

²³²⁶ SF 5 (1924) 3, S. 29.

²³²⁷ Vgl. SF 12 (1931) 12, S. 182; SF 13 (1932) 1, S. 5 ff.; SF 13 (1932) 1, S. 165–169.

²³²⁸ SF 3 (1922) 17, S. 245.

²³²⁹ Der SF tat sich leicht, die Ursachen für zwei Vergewaltigungen durch saarländische Jugendliche zu benennen: „*Unter den Wirkungen der Doppelwährung, der systematisch betriebenen Erschütterung der Autorität der Beamten und Erzieher infolge des korrumpierenden Denunzianten- und Spitzelwesens, des schamlosen Treibens französischer Schieber und Frankenspekulanten, des sittenlosen Benehmens französischer Beamten, Offiziere und Soldaten, des frivolen Treibens französischer Dirnen und sonstiger übler Nebenerscheinungen französischer „Kultur*““ müsse man mit derartigen Auswüchsen rechnen: Vgl. SF 3 (1922) 18, S. 272.

²³³⁰ Vgl. SF 4 (1923) 17, S. 241. Daher protestierte der SF auch gegen französische Briefköpfe saarländischer Firmen: Vgl. SF 13 (1932) 14, S. 220 f.; SF 13 (1932) 16, S. 252.

stämmige Fremdwörter gäbe, stigmatisierten diese Personen („*Madamm*“) und Zustände. Schließlich sei dem Saarbrücker seine eigene Muttersprache zu wertvoll, um seinen Unmut kundzutun - in diesem Falle greife er zu „*Welschworten*“²³³¹.

In den ersten Jahrgängen des „*Saar-Freund*“ klangen in verschiedenen Artikeln und Zuschriften mehr oder weniger versteckte Drohungen an die Adresse der Franzosen durch. Sollte sich beispielsweise herausstellen, daß der Völkerbund nicht in der Lage sei, der „*internationalen Gerechtigkeit*“ Ausdruck zu verleihen,

*„dann wird das deutsche Volk wissen, daß es auf dieser Erde keine andere Hilfe mehr hat als seine eigene Kraft, die es Ungeheures leiden und erdulden läßt und die auch heute noch nicht gebrochen ist.“*²³³²

Die Redaktion schloß eine vorzeitige gewaltsame Lösung der Saarfrage nicht aus - freilich ohne die Forderung explizit zu erheben:

*„Zersplittert, zerhackt, zertreten, zerschlagen, so sollen wir Sklavenfesseln tragen. Das ist der Wille Frankreichs, des Diktators im Obersten Rat und im Völkerbund. Doch Geduld. Das Schwert ist zerschlagen, aber die Faust ist noch ganz.“*²³³³

Ähnlich konsequent, wie der „*Saar-Freund*“ den westlichen Nachbarn regelmäßig mit Beleidigungen überzog, äußerte er sich auch gegenüber Frankreichs Verbündeten. Anlässlich der Abtrennung Oberschlesiens an das „*kulturfinstere Polen*“ wies er Mitte 1922 in einer stilisierten Traueranzeige auf die bevorstehende „*polnische Knechtschaft*“ hin²³³⁴. Nationalchauvinistisch prangerte Vogel die „*polnische Wirtschaft*“²³³⁵ an und gedachte Ende 1930 der „*Opfer polnischen Terrors, polnischer Blutgier und polnischer Willkür*“²³³⁶.

²³³¹ Vgl. SF 5 (1924) 11, S. 166 f. Zur Methode, die Sprache zur Stigmatisierung des Gegners politisch zu instrumentalisieren: Vgl. Reinhart KOSELLECK: Feindbegriffe, in: Jahrbuch 1993 der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, Darmstadt 1994, S. 83–90.

²³³² SF 1 (1920) 22, S. 222.

²³³³ Vgl. SF 2 (1921) 7, S. 82. „*Man muß wieder herb werden. Du deutsches Volk, es steht dir schlecht an, Notschreie zu erlassen, zu betteln und zu flennen. Beiß dir die Zunge ab, sei stolz, laß dir nichts anmerken, wie es tut, wenn man in den Staub getreten ist.*“: SF 2 (1921) 8, S. 112. Vgl. ebenso: SF 2 (1921) 6, S. 61 f.; SF 2 (1921) 12, S. 156; SF 5 (1924) 6, S. 91 f.

²³³⁴ Vgl. SF 3 (1922) 12, S. 180.

²³³⁵ SF 2 (1921) 21, S. 297. „*Polen, ein neu ins Leben gerufener Staat, der seinen Lebenszweck noch nicht bewiesen, die Staatsgeschäfte noch nicht erlernt, weder kulturelle Ansätze, noch weniger kulturelle Erfolge zu verzeichnen hat, aber ausgerüstet ist mit einem Landhunger, der über die Prinzipien der Völkerdemokratie und des Völkerbundes rücksichtslos hinwegschreitet.*“: Ebd., S. 298.

²³³⁶ Vgl. SF 11 (1930) 23, S. 417.

Als infolge der Besetzung des schwerindustriell geprägten Ruhrgebiets durch belgische und französische Truppen Anfang 1923 die nationale Leidenschaft im Deutschen Reich wieder aufkochte, war es für die Mitarbeiter in der Berliner Königgrätzerstraße eine Selbstverständlichkeit, sich in die publizistisch-propagandistische Abwehrfront einzureihen - schien doch ohnehin festzustehen, daß Frankreich durch seine Annäherung an Litauen, Polen und Dänemark versuche, einen „Erdrosselungsgürtel“ um Deutschland zu legen²³³⁷. Als „größte[r] Raubstaat der Weltgeschichte“ sei Frankreich „in ein wehrloses, friedliches Land eingebrochen [und habe ...] den Krieg mit der Waffe wieder aufgenommen.“²³³⁸ Somit könne der Versailler Vertrag, jenes Sammelwerk

„französischer Rechtsverdrehung, diplomatischen Betruges und angewandter Gewaltpolitik, das französische Hinterhältigkeit in den Rahmen scheinbarer ‚Rechtsnormen‘ gebracht hat“,

keine Gültigkeit mehr beanspruchen²³³⁹. In dieser aufgeheizten Stimmung verglich der „Saar-Freund“ den von der Reichsregierung initiierten passiven Widerstand mit der Verteidigung deutscher Territorien im August 1914 und postulierte kämpferisch: „Trotz Frankreichs Raub sind Ruhr und Saar/ treudeutsch und



Geschäftsstelle
„Saar-Verein“
 Berlin SW. 11
 Königgrätzer Straße 94 II
 Fernsprecher: Lüchow 3249

Geschäftsführung des Bundes „Saar-Verein“
 Auskunftsstelle für alle das Saargebiet
 betreffenden Fragen
 Beratungsstelle für Flüchtlinge und Aus-
 gewiesene aus dem Saargebiet

Bund Saar-Verein

Der Bund „Saar-Verein“
 und seine in vielen Städten bestehenden Ortsgruppen werden in allen
 Orten unseres Vaterlandes Mitglieder zur Mithilfe in dem Be-
 streben, das rein deutsche Saargebiet mit seiner fern- und treudeutschen
 Bevölkerung dem deutschen Vaterlande und dem deutschen Volke zu er-
 halten. Die Saarbevölkerung hält fest am deutschen Mutterlande, nur so
 lauter erhebt sie aber auch nach dem nichtbesetzten Mutterlande den Ruf:

Vergeßt uns nicht!
 Dieser Ruf darf nie und nimmer ungehört bei uns verhallen. Jeder
 Deutsche muß sich vertraut machen mit den Kämpfern und Mätern der
 deutschen Brüder und Schwestern im Saargebiet. Gegenüber der franzö-
 sischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Propaganda muß alles
 gefördert werden, was geeignet ist, dem Saargebiet deutsches Volksbewußt-
 sein und Liebe zur Muttersprache und zum Mutterlande lebendig zu er-
 halten.

Im Verlage der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ erscheint die Halb-
 monatsschrift

„Saar-Freund“
 Nachrichten aus dem abgetretenen Saar- und Palzgebiet

ein gut geleitetes Blatt, welches sich nicht schon einem großen Freundes-
 kreis erworben hat. Der „Saar-Freund“ erscheint monatlich zwei-
 mal. Die Heftnummern 1-12 des Jahres 1923 sind in den Postämtern
 (Postzeitungssätze Seite 206) entgegen. Probenummern können von der Ge-
 schäftsstelle bezogen werden. Der Bezugspreis
 beträgt monatlich M. 150,-, die einzelne Nummer M. 100,-.

Für denselben Verlage ist das mit Bildern und einer sehr guten Karte
 des Saargebietes ausgestattete Merkblatt erschienen:

**Was jeder Deutsche
 vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein“ wissen muß.**

Es kann ebenfalls zum Preise von M. 200,- von der genannten Ge-
 schäftsstelle bezogen werden, desgl. haben viele sonstige Druck-
 schriften über das Saargebiet zur Aufklärung und für Vor-
 träge u. a. zur Verfügung.

Mitgliedernamen und Anfragen jeglicher Art
 sind zu richten an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, welche jederzeit bereit-
 willigst allen Freunden des Saargebietes zur Verfügung steht.

Die Sache des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ muß
 Sache des ganzen deutschen Volkes werden, das Saargebiet selbst soll und
 muß das Sorgenkind Mitdeutschlands sein!

Druck: Deutscher Schriftenerlag G. m. b. H., Berlin SW 11.

Abb. 39: Werbeanzeige des Bundes (1923)

²³³⁷ Vgl. SF 3 (1922) 17, S. 248 f. Die Einkreisung diene dem Ziel des französischen Präsidenten Raymond Poincaré, jenen gefährlichen Bevölkerungsüberschuß von 20 Millionen Menschen in Deutschland systematisch zu vernichten: Vgl. SF 3 (1922) 22, S. 325 f.; SF 3 (1922) 24, S. 357 f. Poincaré, dem eine maßgebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges angelastet wurde, galt dem SF als „personifizierter französischer Nationalistenwüterich“ (SF 3 (1922) 4, S. 50). In der Bewertung seiner Person zeigten sich auch antisemitische Ressentiments der Redaktion, indem sie den Franzosen mit dem Shylock aus dem „Kaufmann von Venedig“ verglich: Vgl. SF 5 (1924) 12, S. 169; SF 8 (1927) 19, S. 360.

²³³⁸ Vgl. SF 4 (1923) 2, S. 13 f.

²³³⁹ SF 4 (1923) 5, S. 53. Einzig der Verschlagenheit der Franzosen habe Deutschland die harten Bedingungen des Friedens zu verdanken. Es müsse auch weiterhin gegen einen siegestrunkenen und mächtigen Feind kämpfen, „der sich nicht einmal scheut, Lug und Trug und Gewaltmittel aller Art anzuwenden.“: Vgl. VOGEL: Aufgaben des Bundes „Saar-Verein“, S. 3 und S. 6. Vgl. ebenso: Was jeder Deutsche, S. 3. „Das Versailler Machwerk, das den Frieden der Welt verbürgen sollte, ist ein Teufelswerk, das durch Worte die satanischen Absichten gewisser Welttyrannen verbergen soll.“: SF 3 (1922) 6, S. 81. Frankreich sei der „Urheber des satanischen Lügentraktats von Versailles“: SF 5 (1924) 11, S. 153.

*einig immerdar!*²³⁴⁰ Während der ersten Monate des Ruhrkampfes²³⁴¹ erreichte die polemische Agitation gegen die Invasoren aus dem Westen ihren Höhepunkt. Kontakte zu ihnen galten den Kämpfern um die „deutsche Saar“ als landesverräterischer Akt und wurden moralisch verurteilt:

<i>„Wer einen Franzosen im deutschen Land</i>	<i>Ihn labt mit einem Bissen Brot,</i>
<i>Obdach gewährt und Unterstand,</i>	<i>Ihm Hilfe leiht, wann er in Not -</i>
<i>Wer die verfluchte Hand ihm faßt,</i>	<i>Wer einen Becher Wein ihm reicht,</i>
<i>Ihn nicht verachtet und tödlich haßt,</i>	<i>Wer, wie von Aas, von ihm nicht weicht -</i>
<i>Ihn eines Blickes würdig hält,</i>	<i>Der sei fortan im deutschen Land</i>
<i>Wie Gift nicht meidet sein gleißend Geld,</i>	<i>Ein ehrvergeßner Lump genannt!</i> ²³⁴²

Durch seine erneuten Annexionsabsichten habe sich Frankreich vom sittlichen Moralkodex der zivilisierten Staaten Europas distanziert und sei aus der Reihe der Kulturvölker ausgeschieden, zumal es allem Anschein nach nur noch in der Lage sei, farbige „Kulturträger“ ins barbarische Deutschland zu entsenden²³⁴³. Überraschenderweise hielten sich die Ortsgruppen des Bundes während der Ruhrbesetzung sehr zurück; auch im unbesetzten Teil des Reiches blieb die Reaktion abgesehen von vereinzelt Protestkundgebungen eher verhalten²³⁴⁴.

Zwei Jahre nach dem „*Verdun of the peace battle*“ (Tardieu)²³⁴⁵ wurde die Konferenz von Locarno, die den völkerrechtlich abgesicherten Verzicht auf eine gewaltsame Änderung der Westgrenzen brachte²³⁴⁶, vom Bund der Saarvereine mit Skepsis erwartet. Zurückhaltend, aber nichtsdestoweniger deutlich, unterbreitete der „Saar-Freund“ der deutschen Reichsregierung

²³⁴⁰ SF 4 (1923) 2, S. 13 f. In einer Adresse versicherte der BdS den Bürgermeistern von Essen und Dortmund seine Solidarität: Vgl. SF 4 (1923) 2, S. 15. Gleichzeitig rief er zum Boykott französischer Waren und Produkte auf und verbot den Besuch französischer Kulturveranstaltungen: Vgl. SF 4 (1923) 2, S. 14; SF 4 (1923) 3, S. 29.

²³⁴¹ Vgl. allgemein zum Ruhrkampf: BARIÉTY: *Les relations*, S. 101–120; HAGSPIEL, S. 135–201; Stanislas JEANNESSON: *Poincaré, la France et la Ruhr 1922–1924. Histoire d'une occupation*, Strasbourg 1998; MCDUGALL, S. 214–304; ZIMMERMANN.

²³⁴² SF 4 (1923) 5, S. 65. Derartige Gedichte wie dieses von Paul Warnke aus dem „Kladderadatsch“ erfreuten sich großer Beliebtheit: Vgl. SF 4 (1923) 1, S. 7; SF 7 (1926) 8, S. 128.

²³⁴³ Vgl. SF 3 (1922) 16, S. 237; SF 4 (1923) 16, S. 226 f.; SF 5 (1924) 8, S. 111 f. „*Der Kampf gegen die französische Politik ist daher nicht entfernt nur ein Kampf um Deutschlands Schicksal, sondern ein Kampf um die höchsten sittlichen Ideale, ein Kampf, den die sittlichen Kräfte der Welt aufnehmen und durchfechten müssen, wenn sie Geltung und Leben behaupten wollen.*“: SF 4 (1923) 16, S. 226.

²³⁴⁴ Vgl. aber das Lob für den „hochverdienten, tatkräftigen Reichskanzler Dr. Cuno“ am 07.02.23 auf der Protestversammlung der Ortsgruppe Halle durch Vogel, in: SF 4 (1923) 2, S. 49 sowie weitere Berichte in: SF 4 (1923) 4, S. 48 f.; SF 4 (1923) 5, S. 64 f.; SF 4 (1923) 6/7, S. 84 f. Auch in den Akten des französischen Außenministeriums, das die Meldungen über Kundgebungen sammelte, ließen sich keine Hinweise auf Protestaktionen lokaler Saarvereine finden: Vgl. MAE, Ruhr 42 ff.

²³⁴⁵ MCDUGALL, S. 277.

²³⁴⁶ Die Initiative zu der wegweisenden Konferenz war vom deutschen Außenminister Stresemann ausgegangen, der sich vom energischen Verfechter eines Siegfriedens zum „Vernunftrepublikaner“ wandelte. Der Preis, den er für die außenpolitische Handlungsfreiheit und Rückkehr Deutschlands in den Kreis der Großmächte zu zahlen bereit war, war die Anerkennung großer Teile des Versailler Vertrages. Seine Verständigungspolitik mit dem Westen besaß insofern instrumentalen Charakter, als sie den Weg zur Revision des Vertrages im Osten öffnen sollte. Frankreich hingegen hoffte, Deutschland in ein internationales Sicherheitsnetz integrieren zu können: Vgl. hierzu: HAGSPIEL, S. 165–171 und S. 248–287; KRÜGER: *Außenpolitik*, S. 269–372; MAXELON, S. 164–241; NÉRÉ, S. 71–76; WURM.

Vorschläge für die bevorstehende Verhandlungsführung²³⁴⁷. Insbesondere in Hinblick auf das Schicksal des Saargebietes hatte er natürlich konkrete Vorstellungen, galt ihm doch das Vorgehen der Entente in der Saarfrage als Gradmesser für deren ehrlichen Willen, einen dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen. Im Verlauf der elf Tage, während derer die Delegationen in dem schweizerischen Ort verhandelten, untermauerten weitere Artikel die Forderungen des Bundes: Angesichts dessen, daß Briand²³⁴⁸ in Locarno kein ehrliches Spiel treibe und gemeinsam mit dem britischen Premier Chamberlain einen Verhandlungskrieg führe, müsse das Ziel der deutschen Politik sein, die Abstimmung an der Saar möglichst weit vorzuverlegen. Unter keinen Umständen könne allerdings auf das Plebiszit verzichtet werden²³⁴⁹.

Die Reaktion des Bundes der Saarvereine auf das Vertragswerk, das Ende November 1925 nach kontroversen Diskussionen im Reichstag angenommen wurde, war ambivalent: Einerseits trug er die Entschließung des „Westausschusses“ mit, derzufolge der Vertrag als Fortschritt auf dem Weg der Befriedung Europas gewertet wurde²³⁵⁰, machte aber auf der anderen Seite keinen Hehl aus seiner Kritik an der Kompromißlösung. Vermutlich erst nach einer deutlichen Aufforderung seitens der Berliner Wilhelmstraße wertete der „Saar-Freund“ die Ausblendung der Saarfrage in Locarno nicht länger als Verrat, sondern interpretierte sie als klugen diplomatischen Schachzug, der die Möglichkeit zu weiteren bilateralen Verhandlungen mit Paris eröffnet habe²³⁵¹. Ein weiteres Mal hatte das Bundesorgan seine Bereitschaft unter Beweis gestellt, dem Auswärtigen Amt als verlängertes Sprachrohr zu dienen. Auf das hieraus resultierende Wohlwollen bauend bat die Vereinsführung Reichsaußenminister Stresemann um eine Aussprache auf höchster Ebene. Vordergründig sollte zwar nur die weitere Propaganda mit den Reichsbehörden koordi-

²³⁴⁷ Beispielsweise sollte sich Deutschland den Beitritt zum Völkerbund durch Zugeständnisse honorieren lassen - sei es durch die Aufgabe der „Kriegsschuldfrage“, sei es durch die Anerkennung der Westgrenze durch Frankreich oder durch die überfällige Räumung der Kölner Zone: Vgl. SF 6 (1925) 19, S. 313 f.

²³⁴⁸ Nach dem Tod seines kongenialen Partners Stresemann häuften sich die Ausfälle gegen den mehrmaligen französischen Außenminister: Als „*Meister der Verdrehungskunst*“ (SF 10 (1929) 24, S. 517) sah sich Briand ähnlich heftigen Verbalattacken wie die meisten anderen französischen Politiker ausgesetzt: Vgl. SF 6 (1925) 11, S. 165 f.; SF 8 (1927) 20, S. 375; SF 9 (1928) 24, S. 449; SF 10 (1929) S. 473 ff. Anlässlich seines Todes 1932 fand der SF nur wenige Worte des Bedauerns: Vgl. SF 13 (1932) 6, S. 90.

²³⁴⁹ Vgl. SF 6 (1925) 20, S. 329–334. Vgl. hierzu auch den Runderlaß des AA (14.10.24, in: ADAP, A XI, Dok. 110, S. 263 f.), die Aufzeichnung Köpkes (07.01.26, in: ADAP, B I/1, Dok. 30, S. 97) sowie die Aufzeichnung Voigts (29.08.26, in: ADAP, B I/2, Dok. 65, S. 137–142). In dieser Frage zeigte sich der SF in den folgenden Jahren konzilianter, da Frankreich durch den deutschen Verzicht auf das Referendum eine moralische Niederlage erspart zu bleiben schien und aus diesem Entgegenkommen Konzessionen abgerungen werden konnten: Vgl. SF 6 (1925) 21, S. 350 f.; SF 7 (1926) 8, S. 123 f.; SF 8 (1927) 15, S. 233 f.; SF 9 (1928) 9, S. 129 f. Vgl. auch: GROTEN: Die Volksabstimmung im Saargebiet, S. 61–69.

²³⁵⁰ Vgl. Entwurf einer Entschließung (23.10.25), in: BA-R 1603/2778. In seiner Doppelfunktion - Mehrmann war zugleich Geschäftsführer des Westausschusses wie auch des „Deutschen Rhein“ - forderte Mehrmann hingegen von der Reichsregierung, die Annahme des Vertrages zu vertagen, um sich nicht der Möglichkeit zu berauben, Druck in der Frage der alliierten Rheinlandkommission auszuüben: Vgl. Brief des „Deutschen Rhein“ an Reichskanzler Luther (17.11.25), in: BA-R 43-I/195.

²³⁵¹ Vgl. die positiven Stellungnahmen in: SF 6 (1925) 21, S. 345 f.; SF 6 (1925) 22, S. 361 f.; SF 6 (1925) 23, S. 377 f.; SF 7 (1926) 2, S. 26.

niert werden, de facto bedeutete dies aber die Anerkennung des Bundes als Aufklärungs- und Abwehrorganisation und damit die Sicherung seiner Existenz in der Phase deutsch-französischer Entspannung²³⁵². In den folgenden Wochen und Monaten war die Haltung des Bundes zum Abkommen von Locarno durch sein beharrliches Insistieren auf notwendige Erleichterungen infolge von Teilrevisionen des Versailler Vertrages gekennzeichnet. Hierbei entwickelte sich der vielbeschworene „Geist von Locarno“ schnell zu einem geflügelten Wort²³⁵³: Alles, was den deutsch-saarländischen Interessen und Wünschen zuwiderlief, stellte automatisch die Verständigungsbereitschaft Frankreichs in Frage, wohingegen positive Entwicklungen wie die Räumung der Kölner Zone als Selbstverständlichkeiten bagatellisiert wurden²³⁵⁴.

Wie viele zeitgenössische Beobachter setzte auch der Bund große Hoffnungen in die informellen Gespräche, die Mitte August 1926 zwischen den Außenministern Frankreichs und Deutschlands im französischen Thoiry²³⁵⁵ stattfanden. Ohne über Einzelheiten informiert zu sein, spekulierte der „Saar-Freund“ schon über die zu erwartende Summe für den Rückkauf der saarländischen Gruben durch die Reichsregierung²³⁵⁶ und beteiligte sich ebenso an der Diskussion über die künftige verwaltungspolitische Zuordnung des Saargebietes nach seiner Rückgliederung²³⁵⁷. Als

²³⁵² Die Vereinsführung untermauerte dies erneut mit dem Hinweis auf den Wunsch der „führenden Persönlichkeiten in dem Abwehrkampf des Saargebiets [...], daß sie ihre künftige Arbeit mehr noch als bisher in engster Anlehnung an die deutsche Gesamtpolitik und in engster Fühlung mit der Arbeit des Bundes der Saarvereine ausüben müssen, damit keine Unterscheidung der zu beschreitenden Wege und keine Abweichung der im einzelnen zu erstrebenden Ziele eintritt.“: Vgl. Brief der GSV an Reichsaußenminister Stresemann (15.12.25), in: BA-R 8014/676.

²³⁵³ Ein derartiges Vorgehen hatte der „Deutsche Rhein“ kurz nach der Ratifizierung des Vertrages empfohlen: „Man mag gegen den allzu reichlichen Gebrauch der Phrase vom Geist von Locarno noch so heftige Abneigung haben. Aber im Streben nach Erleichterung und Befreiung der Rheinlande wird man fortan die Pflicht haben, den ‚Geist von Locarno‘ so häufig und so unermüdlich zu zitieren, bis sich das ästhetische Feingefühl der Pariser aus Überdruß und ihre Angst vor einer Kompromittierung durch den von ihnen selbst heraufbeschworenen Versöhnungsgeist zur Nachgiebigkeit entschließt.“: Vgl. Stellungnahme des „Deutschen Rhein“ zum Vertrag von Locarno (Dezember 1925), in: BA-R 43-I/195.

²³⁵⁴ Vgl. SF 6 (1925) 5, S. 72 f.; SF 6 (1925) 24, S. 398 f.; SF 7 (1926) 2, S. 26; SF 7 (1926) 3, S. 40 f.; SF 7 (1926) 4, S. 64.

²³⁵⁵ Zum Höhepunkt der Aussöhnungspolitik vgl. Marc POULAIN: Zur Vorgeschichte der Thoiry-Gespräche vom 17. September 1926, in: Wolfgang BENZ/ Hermann GRAML (Hrsg.): Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans ROTHFELS zum Gedächtnis, Stuttgart 1976, S. 87–120; Heinz-Otto SIEBURG: Das Gespräch zu Thoiry 1926, in: Ernst SCHULIN (Hrsg.): Gedenkschrift Martin GÖHRING. Studien zur europäischen Geschichte, Wiesbaden 1968, S. 317–337. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. von Herbert MICHAELIS/ Ernst SCHRAEPLER, Bd. 6: Die Weimarer Republik. Die Wende der Nachkriegspolitik 1924–1928. Rapallo - Dawesplan - Genf, Berlin 1961, Dok. 1384 a-c, S. 501–510; ADAP B I/2, Dok. 88, S. 188–191 und Dok. 94, S. 202–210; AdR, Kabinett Marx III/IV, Dok. 83, S. 209–285 und Dok. 84, S. 235–240.

²³⁵⁶ Angesichts der katastrophalen Mißwirtschaft und des Raubbaus, der seit 1919 durch die Franzosen dort betrieben worden sei, könnte für die Grubenanlagen maximal 75% des ursprünglichen Wertes veranschlagt werden: Vgl. SF 7 (1926) 19, S. 352 f.

²³⁵⁷ Vgl. SF 7 (1926) 21, S. 393. Eine baldige Lösung des Saarproblems wurde von verschiedenen Seiten erwartet: Vgl. SF 6 (1925) 23, S. 378 f.; SF 6 (1925) 24, S. 401 ff.; SF 7 (1926) 10, S. 149 f.; SF 7 (1926) 17, S. 308 f.; SF 7 (1926) 20, S. 367 ff.; SF 7 (1926) 21, S. 381–384; SF 7 (1926) 22, S. 402 f.

sich im Laufe des gleichen Herbstes allerdings immer stärker abzeichnete, daß sich Briand in Frankreich nicht gegen seine politischen Gegner würde durchsetzen können und die in Thoiry getroffenen Vereinbarungen in absehbarer Zeit nicht zu realisieren sein würden, kehrte der „Saar-Freund“ nach einer kurzen Phase der Mäßigung in sein altes Fahrwasser zurück: Erneut war wieder die Behauptung zu lesen, daß Frankreich gemeinsam mit Rußland den Krieg systematisch vorbereitet und vom Zaun gebrochen habe²³⁵⁸. Ende 1926 galt der Vertrag von Locarno nur noch als „angebliche Friedensgarantie“ bzw. „Papierfrieden“²³⁵⁹ und ein halbes Jahr später konstatierte ein unbekannter Autor: „*Der Geist von Locarno ist tot, Thoiry zur historischen Erinnerung geworden. Der Poincarismus regiert wieder in Frankreich.*“²³⁶⁰ Bis zur Aufnahme der deutsch-französischen Saarverhandlungen in Paris im Herbst 1929 hielt der Bund an dem Grundsatz fest, daß sich die mit „Thoiry“ und „Locarno“ geweckten Erwartungen als Illusionen erwiesen hätten und warnte daher vor französischen Offerten, die unter dem Deckmantel der Verständigungsbereitschaft nichts anderes wollten, als die französischen Wirtschaftsinteressen über das Datum der Rückgliederung hinaus zu befriedigen²³⁶¹. Ein deutscher Verzicht auf die Abstimmung kam für ihn nur als Folge französischer Konzessionen in Frage²³⁶².

Nachdem die Saarfrage auf der vorangegangenen Konferenz in Haag ausgeklammert worden war²³⁶³, stieß die Aufnahme direkter bilateraler Gespräche zwischen der deutschen und französischen Regierung auf allgemeine Zustimmung in der Berliner Königgrätzer Straße²³⁶⁴. Entgegen seinem sonstigen Gebaren akzeptierte Vogel, daß kein Vertreter des Bundes in eines der beiden

²³⁵⁸ Selbst mit versteckten Drohungen hielt der SF nicht mehr hinter dem Berg: Während Frankreich eine sinkende Geburtenziffer besitze und somit ein aussterbendes Volk sei, habe „das deutsche Volk nach wie vor Merkmale zunehmender Volkskraft aufzuweisen [...]. Das ungeschriebene Gesetz des Selbsterhaltungstriebes muß daher, wenn Frankreich seine Unterdrückungs- und Haßmethoden gegen Deutschland weiter verfolgt, sich eines Tages automatisch gegen Frankreich wenden, dann nämlich, wenn das deutsche Volk über die ihm willkürlich und absichtlich zu eng gezogenen Grenzen naturnotwendig hinauswächst, den Ring sprengt, der ihn Knechtschaft halten soll.“: SF 7 (1926) 22, S. 397 ff. (Zitat: S. 398). Vgl. auch SF 8 (1927) 9, S. 133 f.

²³⁵⁹ SF 7 (1926) 24, S. 430.

²³⁶⁰ SF 8 (1927) 15, S. 241. Nach dem abermaligen Scheitern deutsch-französischer Verhandlungen warf Mehrmann Anfang der Dreißiger gar die Frage auf, ob es wirklich die richtige Entscheidung gewesen sei, in Locarno auf Straßburg und den elsäß-lothringischen „Grenzprellbock“ zu verzichten: Vgl. SF 12 (1931) 20, S. 333 ff.

²³⁶¹ Vgl. Rundschreiben der GSV (Januar 1927), in: StA Saarbrücken, Großstadt 802; Jahres-Rückschau ... für das Jahr 1928, S. 5–8; Einladungsschreiben zur Bundestagung (Juni 1928), in: BA-R 8014/49. „Locarno hat nicht das gehalten, was es versprach.“: VOGEL: Deutsch die Saar immerdar!, Berlin 1929, S. 62.

²³⁶² Gespräche mit verschiedenen saarländischen Persönlichkeiten Anfang Mai 1929 zeigten der Vereinsführung jedoch, daß diese dem zollpolitischen Verbleib des Saargebiets bis 1935 aufgeschlossen gegenüber standen: Vgl. Protokoll der Reise (15.05.29), in: BA-R 8014/831.

²³⁶³ Vgl. SF 10 (1929) 15, S. 317 ff.; SF 10 (1929) 18, S. 377–381. Vgl. hierzu Martin VOGT: Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931–1933, Boppard 1970, S. 273–384.

²³⁶⁴ Insgeheim fühlte sich die GSV sogar als Wegbereiterin der Verhandlungen: „Saaraufklärung und Saarabwehr waren notwendig, um jene Möglichkeiten vorzubereiten, die sich heute aus den deutsch-französischen Verhandlungen über Rheinlandräumung und Saarliquidierung ergeben.“: SF 10 (1929) 4, S. 69.

saarländischen Gremien berufen wurde, die der Reichsregierung beratend zur Seite standen²³⁶⁵. Er schloß sich sogar der Meinung des Bundesvorsitzenden Andres an, die Gespräche nicht durch eigenwillige Maßnahmen zu stören, die den Verhandlungsdelegationen ungelegen sein könnten²³⁶⁶.

In der ergebnisoffenen Situation des Herbstes 1929 beanspruchte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ für sich zwei Aufgabenfelder: Wie in den zurückliegenden Jahren auch wollte sie weiterhin ihre Funktion als Hüterin der deutschen Gesinnung und zugleich als Beobachterin französischer Propagandaoffensiven an der Saar beibehalten, zumal sich abzeichnete, daß Frankreich aus der vorzeitigen Liquidierung der Saarfrage größtmöglichen wirtschaftlichen Profit ziehen wollen²³⁶⁷. Erstmals zeichnete sich aber mit der Rückgliederung ein neues Betätigungsfeld für den Bund der Saarvereine ab, der offensichtlich nicht gewillt war, sich nach der Erfüllung seines ursprünglichen Ziels zurückzuziehen oder gar aufzulösen: Nach Ansicht Vogels könne die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bei der Wiedereingliederung der saarländischen Wirtschaft in den deutschen Wirtschaftsorganismus wertvolle Unterstützungsarbeit leisten, indem sie beispielsweise bei der Öffnung des deutschen Marktes behilflich sein werde. Während von ihr sowie den Vertretern der Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerverbände und den Handelskammern des Saargebiet alle maßgebenden Stellen des In- und Auslandes über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Saargebiets aufgeklärt und hierdurch Interesse und Verständnis für die wirtschaftspolitische Entwicklung des Saargebiets geweckt werden sollte, wollte Vogel alle Bestrebungen unterstützen, die geeignet schienen, die Rahmenbedingungen an der Saar den Gegebenheiten des Reiches anzugleichen. Über diesen primär ökonomisch orien-

²³⁶⁵ Gremium A („*Verbindungsoffiziere*“) bestand aus exponierten Vertretern der saarländischen Parteien und Gewerkschaften, das umfangreichere Gremium B stellte eine Expertenkommission dar. Schon auf der Vorbesprechung in Heidelberg war der BdS nur indirekt über Wilhelm, Pick, Kuhnen, Röchling und Pfarrer Becker repräsentiert: Vgl. Protokoll der Besprechung vom 23.09.29 (02.10.29), in: BA-R 43-I/246; SF 10 (1929) 19, S. 398–401. Von Friedberg erörterte in Heidelberg das deutsche Verhandlungsziel: „*Frühzeitige Rückgliederung des gesamten Saargebiets sowie Rückführung der Saargruben in staatlichen Besitz.*“ Konzessionen gegenüber Frankreich seien notwendig, da sich bezüglich dieser Forderungen keine deutschen Ansprüche aus dem Versailler Vertrag ergäben. Man müsse damit rechnen, daß Frankreich die Sicherung des Absatzes französischer Produkte auf dem deutschen Markt sowie eine Beteiligung an den Saargruben bzw. einer internationalen Betriebsgemeinschaft fordern werde.

²³⁶⁶ Vgl. Brief der GSV an Giersberg (19.09.29), in: BA-R 8014/482. Siehe hingegen den Artikel Giersbergs in: SF 10 (1929) 19, S. 404 ff.

²³⁶⁷ Insbesondere die Kontakte der französischen Delegation zur AFS und zur „Französisch-deutschen Handelskammer“ galten als alarmierende Indizien in diese Richtung: Vgl. SF 10 (1929) 20, S. 423 f.; SF 10 (1929) 21, S. 449–453; Rundschreiben der GSV (November 1929), in: StA Freiburg, C 4/ IX/2/ 1. In diesem Rundschreiben betrachtete es die GSV als ihren Verdienst, daß Frankreich von seinem ursprünglichen politischen Ziel der Saarannexion abgerückt sei und seine Kräfte nun auf wirtschaftliche Ziele konzentrierte. Wie üblich erging die Bitte um die Gewährung einer finanziellen Unterstützung. Vgl. ebenso Rundschreiben der GSV (Januar 1930), in: Staatsarchiv Bremen, 3-V.2/2053.

tierten Lobbyismus hinaus sollte die Dominanz der französischen Industrie an der Saar sukzessive zurückgedrängt werden²³⁶⁸.

Die hinter diesen Gedankengängen liegende Intention dürfte nicht zuletzt gewesen sein, sich - unabhängig vom Ausgang der Gespräche - selbst unentbehrlich zu machen, um nicht im Zuge der deutsch-französischen Verständigung ausgebootet und von anderen Organisationen verdrängt zu werden. Unterstützung in seinen Bemühungen, die eigene Existenzberechtigung unter Beweis zu stellen, fand der Verein in den Reihen der Saarländer ihrer beiden Beratungsgremien. Otto Pick beispielsweise forderte schon vor Beginn der Pariser Konferenz, dem Bund fortan die Aufklärungsarbeit über die Saarwirtschaft und deren Nöte zu übertragen²³⁶⁹, wie sich auch Hermann Röchling Anfang des darauffolgenden Jahres für die „Saar-Freunde“ und insbesondere für Posselt stark machte²³⁷⁰.

Die Position des Bundes in den Wochen vor Beginn der Konferenz in Paris (21. November 1929)²³⁷¹ läßt sich auf folgenden Nenner bringen:

„Restlose Rückgabe des Saargebiets ohne Preisgabe auch nur eines Quadratcentimeters saar-deutschen Bodens, restlose Eingliederung der saarländischen Wirtschaft in die Wirtschaft des Reiches, Lösung der Saarfrage in Verbindung mit der Räumung des Rheinlandes als unverrückbare Vorbedingung für die Übernahme der Lasten der Reparationseinigung und für eine Verständigung mit Frankreich!“²³⁷²

²³⁶⁸ Vgl. Protokoll der Besprechungen vom 30./ 31.08.29 (04.09.29), in: BA-R 8014/8; Vortrag Vogels vor der Berliner Ortsgruppe (26.10.29), in: SF 10 (1929) 21, S. 449–453.

²³⁶⁹ „Andere Stellen und Persönlichkeiten, die sich jetzt nach getaner Arbeit vielleicht vordrängen möchten, aber mögen die Finger davon lassen.“: Vortrag Picks vor der Berliner Ortsgruppe (26.10.29), in: SF 10 (1929) 21, S. 445–449. Pick bekannte sich auf der Versammlung gleichzeitig zur Volksgemeinschaft und zur Republik: Die saarländische Bevölkerung, die an der Grenze einen „geistigen Grenzwall“ bilde, werde „in unlösbarer Schicksalsgemeinschaft mit allen deutschen Volksgenossen am Aufbau und Ausbau eines deutschen Vaterlandes mitarbeiten, von dem wir singen und sagen wollen: ‚Blüh im Glanze dieses Glückes, Blühe deutsches Vaterland.‘“: Ebd. Vgl. hierzu ebenso die Denkschrift Picks (09.06.29, in: BA-R 8014/8; Aufzeichnung Andres' (30.06.29), in: Ebd.), die beim PrMI auf große Zustimmung stieß: Vgl. Brief des PrMI u.a. an das AA (24.06.29), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093.

²³⁷⁰ Da Posselt durch die Auflösung von „Mirbachs telegraphischem Büro“ arbeitslos zu werden drohte, empfahl Röchling, den Deutsche SaarpresseDienst umzugestalten und Posselt zu übertragen. Die dort geleisteten (Vor-) Arbeiten könnten bei der Rückgliederung von großem Nutzen sein, um einen reibungslosen Übergang und die Stabilisierung der neuen Verhältnisse zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang dachte er auch an den Ausbau des Dienstes zu einer allgemeinen Grenzlandagentur, da Fragen des Ostens künftig stärker forciert werden würden: Vgl. Briefe Hermann Röchlings an Außenminister Curtius und den Pressechef der Reichsregierung, Zechlin (18.02.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5; Rundschreiben der GSV (27.03.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19.

²³⁷¹ Vgl. Franz KNIPPING: Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987, S. 74–84, S. 124–131 und S. 148–154. Ferner: HIRSCH: Saar von Genf, S. 47–51; JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 67–79; Andreas RÖDDER: Stresemanns Erbe: Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929–1931, Paderborn [u.a.] 1996, S. 96–13; ZENNER: Parteien und Politik, S. 211–250; BA-R 43-I/247. Vgl. auch die regelmäßigen Berichte im SF: Siehe Anm. 2375.

²³⁷² SF 10 (1929) 12/13, S. 254.

Da sich die deutsche Seite ihres Erfolges bei der Abstimmung 1935 absolut sicher sein könne, sollten die Verhandlungsführer um Staatssekretär Ernst von Simson keine überflüssigen Kompromisse eingehen und Konzessionen nur in dem Rahmen gewähren, wie sie aus Sicht der gesamtpolitischen Lage zu verantworten seien²³⁷³. Um den Jahreswechsel 1929/30 schien die Saarfrage an ihrem entscheidenden Wendepunkt angelangt zu sein; zahlreiche Vorträge über den Gang der Verhandlungen zeigen, daß auch die Ortsgruppen mit großem Interesse die Gespräche in Paris verfolgten²³⁷⁴. Während der gesamten sieben Monate, die sich die Konferenz mit zwei Unterbrechungen hinzog, ging der „Saar-Freund“ in seiner Aufgabe auf, der deutschen Delegation propagandistische Schützenhilfe zu leisten. Die bisherige Polemik wurde in dieser Phase zugunsten wissenschaftlich fundierter Artikel zurückgestellt, wenngleich sie nicht gänzlich aufgegeben wurde²³⁷⁵. Als sich im Frühjahr 1930 jedoch abzeichnete, daß sich die beiden Delegationen vor allem in der Grubenfrage nicht würden einigen können²³⁷⁶, verschärfte sich der Ton:

„Muß man es jenen Herrschaften, die solche Zumutungen an Deutsche stellen, denn immer wieder sagen, daß es in Deutschland - von einigen halbirren Schwachköpfen vielleicht abgesehen - überhaupt keinen Menschen gibt, der irgendwelche anderen Rechte Frankreichs, als solche, wie sie in Versailles erpreßt wurden, anerkennt? - Wir verzichten auf jede deutsch-französische Zusammenarbeit an der Saar, die in Wahrheit nichts anderes wäre als ein Verkauf deutschen Gebietes, deutscher Volksgenossen, deutscher Wirtschaftsgüter! Wir brauchen solche Zusammen-

²³⁷³ Vgl. SF 10 (1929) 22, S. 469 f.; Die Tätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ... im Jahre 1929, S. 6; SF 10 (1929) 23, S. 503. Im Tätigkeitsbericht des darauf folgenden Jahres lehnte der Verein bereits alle Konzessionen ab: Vgl. Das Wirken der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ... im Jahre 1930, S. 4.

²³⁷⁴ Im Zusammenhang mit der Pariser Konferenz wird erneut deutlich, daß die Ortsgruppen unter anderem die Funktion hatten, den von der Berliner Zentrale vorgegebenen Kurs gewissermaßen auf breiter Basis zu unterstützen und damit deren Vorstöße zu legitimieren: So verabschiedete am 25.10.29 eine Versammlung des Düsseldorfer Saarvereins mit 2.000 Besuchern eine Entschließung, welche den sofortigen Abbruch der Gespräche für den Fall forderte, daß die bedingungslose Rückgabe des Saargebiets nicht zu realisieren sein werde: Vgl. SF 10 (1929) 21, S. 461 f. In einem streng vertraulichen Rundschreiben (21.02.30, in: BA-R 8014/125) legte die GSV den Ortsgruppen den Standpunkt dar, den sie nach außen zu vertreten hatten. Hierin mahnte sie zugleich zur Mäßigung: *„Wir haben es nicht nötig in unseren Kundgebungen und Äußerungen die Eitelkeit und Eigenliebe der Franzosen jetzt mit besonderer Wucht vor den Kopf zu stoßen. Wir sind jetzt Verhandeln und es ist nicht klug, die Atmosphäre mit Explosionsstoffen zu füllen.“*

²³⁷⁵ Beispielsweise wertete der SF das Beharren der französischen Delegation in der Grubenfrage als Indiz *„für die Hinterhältigkeit französischer ‚Friedenspolitik‘“*: SF 11 (1930) 8, S. 144. Zum Verlauf der Konferenz aus Sicht des SF vgl. SF 10 (1929) 22, S. 473 ff.; SF 10 (1929) 23, S. 493–496; SF 10 (1929) 24, S. 517 f.; SF 11 (1930) 2, S. 27 f.; SF 11 (1930) 2, S. 32 f.; SF 11 (1930) 4, S. 72–75; SF 11 (1930) 5, S. 93–97; SF 11 (1930) 5, S. 100 f.; SF 11 (1930) 6, S. 110–114; SF 11 (1930) 7, S. 130 ff.; SF 11 (1930) 8, S. 148–152; SF 11 (1930) 9, S. 165; SF 11 (1930) 10, 175–179; SF 11 (1930) 10, S. 182 ff.; SF 11 (1930) 11, S. 194 f.; SF 11 (1930) 12, S. 209 ff. Siehe hierzu auch die geognostische Übersichtskarte über die Bodenschätze des Saargebiets im Anhang Dok. 18.

²³⁷⁶ Frankreich beharrte auf der Privatisierung der Saargruben, die in eine gemischt deutsch-französische Kapitalgesellschaft überführt werden sollten, während die deutsche Delegation in Rücksprache mit den beiden saarländischen Beratergremien an der Rückkehr der Zechen in preußischen bzw. bayerischen Staatsbesitz eintrat.

*arbeit nicht, wir vermögen weder ihre Existenzberechtigung noch gar ihre Notwendigkeit einzusehen; wir lehnen sie daher radikal ab, wir verzichten dankend und mit Vergnügen!*²³⁷⁷

Die deutschen Verhandlungsführer sollten in den Kernfragen hart bleiben und keinen unüberlegten Kompromißformeln zustimmen. Schließlich habe die Saarbevölkerung bereits zehn Jahre der Trennung hinter sich gebracht, so daß sie lieber weitere fünf Jahre ausharre, als über 1935 hinausreichende Opfer erdulden zu müssen²³⁷⁸:

<i>„Brecht ab! - Laßt sie laufen!</i>	<i>Wills eben nicht klappen,</i>
<i>Mir wird schon ganz schlecht!</i>	<i>Gebt nicht zuviel nach!</i>
<i>Wer mag sich denn raufen</i>	<i>Laßt uns die Entscheidung</i>
<i>Mit Räubern ums Recht? [...]</i>	<i>Am Abstimmungstag!</i> ²³⁷⁹

Ungeachtet dessen, daß der „Saar-Freund“ in den zurückliegenden Monaten selbst massiv die Hoffnungen auf eine baldige Rückkehr des Saargebiets genährt hatte, stellte er sich nach dem offiziellen Ende der Verhandlungen Anfang Juli 1930 auf den Standpunkt, daß das Scheitern der Gespräche aus saarländischer Sicht zu begrüßen sei²³⁸⁰. Die Pariser Saarkonferenz habe der Weltöffentlichkeit eindringlich die Annexionspläne Frankreichs offenbart, wie sie im Grunde seit Kriegsende unverändert bestanden hätten. Da die französische Regierung keine gerechte Lösung der Saarfrage angestrebt habe, sondern unter Berufung auf wirtschaftliche Bindungen dauerhaft die deutsche Souveränität an der Saar zurückdrängen wollte, habe es der politischen Vernunft entsprochen, bis zum Referendum 1935 zu warten²³⁸¹.

²³⁷⁷ Ebenso lehnte Vogel die Gründung einer deutsch-französischen Gemeinschaftsuniversität in Saarlouis ab: Vgl. SF 11 (1930) 5, S. 100. *„Die seit sieben Monaten in Gang befindlichen deutsch-französischen Saar-Verhandlungen sind eine Farce, sind französische Taktik, um die deutschen Unterhändler mürbe zu machen für Konzessionen, die Frankreichs Saarziel wenigstens in getarnter Form erreichen läßt.“*: SF 11 (1930) 12, S. 207. Vgl. ebenso: SF 11 (1930) 6, S. 120 f.; SF 11 (1930) 19, S. 352 f.

²³⁷⁸ Karius und Vogel plädierten zu dieser Zeit bereits für den Abbruch der Pariser Verhandlungen: Vgl. Brief Karius' an die GSV und Antwortschreiben (07.04.30 und 11.04.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 12; Monatsbericht des „Deutschen Rhein“ (April 1930), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19; SF 11 (1930) 8, S. 148 ff.; SF 11 (1930) 17, S. 317 ff. Zur gleichen Zeit sondierte Vogel beim AA (11.04.30, in: BA-R 8014/680), ob von seiten der Westverbände eine größere Propagandaaktion eingeleitet werden sollte, um Frankreich unter Druck zu setzen.

²³⁷⁹ Das Gedicht „Saar-Delegation“ stammte von Thamerus, in: SF 11 (1930) 16, S. 305.

²³⁸⁰ Ohnehin seien die Saarverhandlungen falsch aufgezoogen worden, da die Verbindung mit der Räumung des besetzten Gebietes fallen gelassen wurde. *„Man brauch[t] durchaus nicht rechts zu stehen, um zu erkennen, daß die Auffassungen von rechts sich auf die Dauer nicht als unrichtig erweisen.“*: Vgl. Brief Karius' an die GSV (25.10.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 12.

²³⁸¹ Vgl. SF 11 (1930) 15, S. 278 ff.; SF 11 (1930) 22, S. 401 ff.; SF 11 (1930) 22, S. 414 f.; SF 11 (1930) 23, S. 419 f.; SF 12 (1931) 3, S. 33 f.; SF 12 (1931) 6, S. 81 f.; VOGEL: Das deutsche Saargebiet, S. 31 ff. Im Falle einer Wiederaufnahme der Saarverhandlungen dürfe nicht über ein französisches Mitbestimmungsrecht an den Saargruben verhandelt werden. Die Pachtverträge seien spätestens bei der Rückgliederung außer Kraft zu setzen. Ansprüche Frankreichs, die über den Versailler Vertrag hinausgingen, seien abzulehnen: Vgl. Entschließung der Vertreterversammlung in Dortmund (30.11.30), in: SF 11 (1930) 23, S. 422. Überraschenderweise brachte ein Antrag auf der außerplanmäßigen Vertreterversammlung ernsthaft Saarbrücken als Austragungsort der nächsten Tagung in Vorschlag, was vom AA mit Staunen zur Kenntnis genommen wurde: Vgl. Einladungsschreiben der GSV (18.11.30) und Aktennotiz Voigts (25.11.30), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093.

Mit dem Scheitern der Verhandlungen kehrte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ wieder zu ihrer Fundamentalopposition und Polemik²³⁸² vergangener Jahre zurück. Das Schlußkommuniqué vom 6. Juli 1930 wertete sie als Startsignal für die Intensivierung ihrer Propaganda: Der Redaktion des „Saar-Freund“ stellte sie zu diesem Zweck einen Presseausschuß zur Seite, sie weitete die bisherigen Vortragsveranstaltungen aus und erstmals seit Jahren beschäftigte sich die Vereinigung wieder mit den organisatorischen Vorbereitungen zur Erfassung der Saarabstimmungsberechtigten²³⁸³. Zugleich galt es im nun einsetzenden „*Endkampf um die Deutscherhaltung des Saargebiets*“²³⁸⁴, die Behörden davon zu überzeugen, daß die Mitarbeit der Berliner Geschäftsstelle aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung „*unentbehrlich*“ sei²³⁸⁵. Wenn in den folgenden Jahren von seiten des Bundes noch von einer Verständigung mit Frankreich die Rede war, handelte es sich meist um Lippenbekenntnisse, in welchen der gegenwärtige Stand der Saarfrage im „Saar-Freund“ beleuchtet wurde²³⁸⁶.

Den Bemühungen der verschiedenen Organisationen, die sich für die deutsch-französische Aussöhnung stark machten, brachte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ nur insofern Verständnis entgegen, wie sich diese Vereinigungen für die eigenen Ziele als nützlich erwiesen. So bezog Vogel über das „Deutsch-Französische Studienkomitee“ (Mayrisch-Komitee) schon Ende Juni 1928 die Statuten der kurz zuvor gegründeten autonomistischen „Association Française de la Sarre“²³⁸⁷. Die Kontakte zu den Pariser und Berliner Büros des Komitees waren allerdings nur

²³⁸² Vgl. hierzu „Was lehrt uns die Geschichte der ‚Saar‘?“ (in: SF 11 (1930) 19, 355 f.; SK 9 (1931), S. 31 f.), in welchem Zühlke das germanische Erbe und die germanische Kultur der Saarländer beschwor, die sich schon immer gegen die Gefahren aus dem Westen zur Wehr setzen mußten: „*Sie haben durch Jahrhunderte gegen den unruhigen und eroberungslüsternden Geist gerungen, der den Franzosen erb- und eigentümlich ist in seiner ganzen Wesensart des Unrechts, der Unfähigkeit und Ohnmacht im Aufbau, in der sprichwörtlich gewordenen gallischen Geldgier und Habsucht sowie in der Mißachtung des Geistes geschlossener Verträge. Der Franzose ist damit zu einer geistigen Eroberung durch seine Natur überhaupt unfähig.*“ Dies vor allem, „*wenn er auf eine von der Gesamtheit empfundene und getragene Kulturgemeinschaft stößt, wie sie Sage, Geschichte, Sitte und Sprache darstellen.*“ Die Saar sei die „*Opferflamme Germanias*“. Zühlke gebrauchte auch das im späteren Abstimmungskampf populäre Bild der treusorgenden deutschen Mutter.

²³⁸³ Siehe hierzu: S. 297 f.

²³⁸⁴ Vgl. SF 11 (1930) 23, S. 419. Ähnliche Formulierungen tauchten fortan regelmäßig auf, beispielsweise in der Sondernummer zur darauffolgenden Bundestagung in Neustadt: Es gelte, den „*Entscheidungskampf für restlose deutsche Freiheit, für die Wiedergutmachung eines dem deutschen Vaterland und vor allem dem deutschen Land an der Saar angetanen Unrecht*“ zu führen: Vgl. SF 12 (1931) 13/14, S. 193.

²³⁸⁵ Vgl. Brief der GSV an die Reichskanzlei (Januar 1932), in: BA-R 43-I/252. Vgl. ebenso: Brief der GSV an das AA (15.07.30), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093; Jahresbericht 1931, S. 5 f.; SF 11 (1930) 19, S. 352.

²³⁸⁶ Aus ihrer Sicht könne sie nur auf der Grundlage der vollständigen Rückgabe des Saargebietes an Deutschland erfolgen: Vgl. SF 12 (1931) 15/16, S. 249 f. Ähnlich auch die Quintessenz der Neustädter Entschliebung in: SF 12 (1931) 15/16, S. 269. Als Belege für die Behauptung, daß Frankreich nicht an einer Verständigung mit Deutschland interessiert sei, zitierte Vogel ausgiebig die scharfen Reaktionen der französischen Presse auf die Neustädter Bundestagung 1931: Vgl. SF 12 (1931) 17, S. 287–290.

²³⁸⁷ Vgl. Schriftwechsel zwischen GSV und Dr. Elvers (24.05.28, 25.06.28 und 30.06.28), in: BA-R 8014/881. Das Komitee war Ende Mai 1926 auf Anregung Emil Mayrischs im Einvernehmen mit beiden Regierungen in Luxemburg gegründet worden. Der deutschen Sektion gehörten u.a. Walter Simons, Victor Bruns (Direktor des Berliner Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht) und Friedrich Schmitt-Ott

von kurzer Dauer. Ähnlich verhielt es sich mit der 1927 ins Leben gerufenen „Deutsch-Französischen Gesellschaft“, die satzungsgemäß das Verständnis für Frankreich in Deutschland heben und vertiefen wollte. Mitte 1930 wurde Andres die Mitgliedschaft angetragen; ob sein Beitritt schließlich erfolgte, ließ sich aus dem Schriftwechsel nicht erkennen, ist aber kaum anzunehmen²³⁸⁸ - im „Saar-Freund“ sucht man jedenfalls vergeblich nach Berichten über die Versöhnungsbemühungen der vom Auswärtigen Amt protegierten Vereinigung. Ebenso wenig nahm das Bundesorgan Notiz vom bahnbrechenden „Sohlbergtreffen“ im Sommer 1930 zwischen französischen und deutschen Jugendlichen²³⁸⁹. Vielmehr warnte es davor, das Saargebiet zum Experimentierfeld für (Briands) Pan-Europagedanken zu mißbrauchen²³⁹⁰.

Wenige Monate vor den innenpolitischen Umwälzungen im Deutschen Reich hatte die Abgrenzung von Frankreich ein solches Ausmaß angenommen, daß Posselt sogar abriet, das Saargebiet in die Rolle der verbindenden Brücke zwischen beiden Staaten zu drängen, weil Frankreich unter dem Deckmantel der Verständigung lediglich wirtschaftliche Interessen durchzusetzen versuche²³⁹¹.

(Präsident der „Notgemeinschaft“) an: Vgl. Tätigkeitsbericht des Studienkomitees, in: BA-R 8014/882. Zum korporativen Beitritt konnte sich das Komitee zwar nicht entscheiden, erbat aber die Zusendung des SF: Vgl. Brief Dr. Jessens an die GSV (23.02.28), in: BA-R 8014/725.

²³⁸⁸ Vgl. BA-R 8014/882. Vor einer Entscheidung erbat Vogel in Namen des Bundes eine Stellungnahme zur gegenwärtigen Einschätzung der Saarfrage. Sein Mißtrauen gegenüber dem führenden Kopf der Gesellschaft, Dr. Otto Grautoff, hatte er bereits Jahre zuvor zum Ausdruck gebracht, als er dem angesehenen Frankreichpublizisten mangelndes „nationales Empfinden“ unterstellte: Vgl. SF 5 (1924) 10, S. 147 f. Zu den beiden erwähnten Organisationen vgl.: Hans Manfred BOCK: Die deutsch-französische Gesellschaft 1926 bis 1934. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, in: Francia 17 (1990) 3, S. 57–101; DERS.: Zwischen Locarno und Vichy. Die deutsch-französischen Kulturbeziehungen der dreißiger Jahre als Forschungsfeld, in: DERS./ Reinhard MEYER-KALKUS/ Michel TREBITSCH (Hrsg.): Entre Locarno et Vichy. Les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930, Bd. 1, Paris 1993, S. 25–61, hier: S. 42–48; Fernand L'HUILLIER: Dialogues franco-allemands 1925–1933, Strasbourg 1971.

²³⁸⁹ Vgl. Dieter TIEMANN: Deutsch-französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit, Berlin 1989; RAY, S. 23–71.

²³⁹⁰ Ebenfalls auf strikte Ablehnung stieß die Idee, den Völkerbundssitz nach Saarbrücken zu verlegen: Vgl. SF 12 (1931) 1, S. 2; SF 12 (1931) 3, S. 35 f.

²³⁹¹ SF 13 (1932) 17, S. 269 f. Wie in früheren Jahren sollten die Saarländer als Preis für die Distanzierung wieder wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen: SF 5 (1924) 6, S. 85 f.

Kapitel 7: Die alljährlichen Saarkundgebungen im Reich

Über die unzähligen kleineren Vortragsveranstaltungen hinaus suchten die „Saar-Freunde“ einmal im Jahr auch in größerem Maßstab den direkten Kontakt zur Öffentlichkeit²³⁹². Wenn gleich geselliges Beisammensein zum festen Bestandteil einer jeden Jahresversammlung gehörte, sollten die Foren der propagandistischen Selbstpräsentation, die Bundestagungen mit ihren anschließenden Saarkundgebungen, stets den Charakter einer höheren Zielen geweihten Feier besitzen²³⁹³. Um dem eigenen Anspruch gerecht zu werden, eine ernste, vaterländische Aufgabe zu erfüllen, wurden selbst Vergnügungsveranstaltungen und Bierabende genutzt, aufklärende Vorträge darzubieten oder zumindest die zahlreich eingegangenen Begrüßungstelegramme zu verlesen²³⁹⁴. Mitunter waren die Tagungen derart mit Programmpunkten überfrachtet, daß sogar die Vereinsführung die fehlende Möglichkeit ungezwungener Unterhaltung monierte²³⁹⁵.

Im folgenden soll der Ablauf der Heidelberger Tagung 1928 in groben Zügen skizziert werden, da er als exemplarisch für den Stil der Saarvereins-Bundestagungen der während der Weimarer Republik angesehen werden kann.

²³⁹² Erste Überblickdarstellungen zu den Mitgliederversammlungen, die während der Weimarer Republik in Kassel, Dortmund, Karlsruhe, Leipzig, Hannover, Köln, Würzburg, Heidelberg, Münster, Trier, Neustadt an der Weinstraße und Koblenz stattfanden, in: SF 11 (1930) 13/14, S. 255–264; Theodor VOGEL: Die großen deutschen Saarkundgebungen des Bundes der Saarvereine im Reich und die Schlußtagung in Saarbrücken (1921–1935), in: DERS. (Hrsg.): Saar-Befreiungskampf, S. 283–320. Generell muß bei der Wertung der vereinsinternen Berichterstattung in Rechnung gestellt werden, daß sie zur Selbststilisierung unerwünschte Begleiterscheinungen der Veranstaltungen ausgeblendet.

²³⁹³ „Nicht Feste wollen wir feiern, sondern ernste, sachliche fördernde Arbeit leisten, Heimatarbeit, Vaterlandsdienst.“: SF 3 (1922) 9, S. 129. Die historische Festforschung unterscheidet zwischen der geplanten, in einem mehr oder weniger starren organisatorischen Rahmen ablaufenden und wertrationalen Feier sowie dem eher emotional und affektgeprägten Fest: Vgl. Hermann BAUSINGER: „Das Abwerfen einer großen Last...“ Gedanken zur städtischen Festkultur, in: Paul HUGGER (Hrsg.): Stadt und Fest. Zu Geschichte und Gegenwart europäischer Festkultur, Stuttgart 1987, S. 251–267, hier: S. 252; Dieter DÜDING: Einleitung. Politische Öffentlichkeit – politisches Fest – politische Kultur, in: DERS. (Hrsg.): Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Hamburg 1988, S. 10–24; Winfried GEBHARDT: Fest, Feier und Alltag. Über die gesellschaftliche Wirklichkeit des Menschen und ihre Deutung, Frankfurt am Main 1987, S. 53; Michael MAURER: Feste und Feiern als historischer Forschungsstand, in: HZ 253 (1991), S. 101–130; George L. MOSSE: Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 1976, S. 91–121; Kiran PATEL: Neuerscheinungen zur öffentlichen Festkultur, in: AfS 35 (1995), S. 410–418. Wie Fotos von verschiedenen Kundgebung zeigen, unterstrichen die „Saar-Freunde“ den feierlichen Charakter ihrer Bundestagungen mit ihrer festtäglichen Kleiderwahl.

²³⁹⁴ Vgl. SF 6 (1925) 12/13, S. 196. Selbst wenn sie über Standardfloskeln nicht hinausreichten, waren die Grußworte der Behörden und natürlich die alljährlichen Begrüßungsschreiben Eberts und Hindenburgs zu den verschiedenen Bundestagungen für die Außendarstellung des Vereins immanent wichtig, konnte er doch hierdurch das Wohlwollen der Reichsspitze suggerieren. Sie nahmen in den Berichten des SF über die Bundestagungen teilweise erheblichen Raum ein. Zur Leipziger Tagung 1924 schrieb Ebert: „[...] *Möge die Tagung erneut ein Beweis dafür werden, daß das ganze deutsche Volk sich mit seinen in vorbildlicher Treue ausharrenden Brüdern und Schwestern an der Saar unlöslich verbunden fühlt und mit ihnen in unerschütterlicher Gewißheit dem Tage entgegenseht, an dem die Trennung ihr Ende erreichen wird.*“: SF 5 (1924) 8, S. 109. Im folgenden Jahr übernahm von Hindenburg sogar das Protektorat über die Tagung in Hannover.

²³⁹⁵ Vgl. Brief Debusmanns an die GSV (20.11.30), in: BA-R 8014/118.

Nachdem die Entscheidung zugunsten des in räumlicher Nähe zum Saargebiet liegenden Heidelberg gefallen war, konnte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die organisatorischen Vorbereitungen in die Wege leiten. Auf der Suche nach Rednern zur Beleuchtung der Saarfrage unter politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten fragte sie gezielt Vertreter aller republiktragenden Parteien an. Die Herstellung des parteipolitischen Proporz es erwies sich auch in diesem Jahr als schwieriges Unterfangen, sei es, weil der vorgesehene Zentrumsredner es ablehnte, sein Manuskript der Rundfunk-Gesellschaft vorab zur Prüfung zur Verfügung zu stellen²³⁹⁶, sei es, weil sich der sozialdemokratische Kandidat aus Rücksicht auf die Haltung seiner Partei im Saargebiet zu Veranstaltungen des Bundes nicht in der Lage sah, der Bitte zu entsprechen²³⁹⁷.

Erstmals übersandte der Verein auch der saarländischen Regierungskommission eine offizielle Einladung zu ihrer Tagung, was angesichts der regelmäßigen verbalen und schriftlichen Ausfälle gegen das Fünfergremium kaum anders als als offene Provokation zu verstehen war²³⁹⁸. Der Besonnenheit des saarländischen Mitglieds war es zu verdanken, daß dem Verein nur eine kurze sachliche Absage erteilt und nicht durch eine scharfe Antwort neues Agitationsmaterial in die Hände gespielt wurde²³⁹⁹. Daß diese Taktik der Nadelstiche auch in den kommenden Jahren beibehalten wurde²⁴⁰⁰, überrascht weniger als die Tatsache, daß das Auswärtige Amt nicht dagegen einschritt.

Am späten Nachmittag des 30. Juni 1928 begann der geschäftliche Teil der Tagung unter der Leitung des Bundesvorsitzenden Andres²⁴⁰¹, nachdem die Vereinsführung am Grab Eberts einen

²³⁹⁶ Sowohl 1928 als auch im Folgejahr gelang es trotz anfänglicher Zusagen nicht, den Vorsitzenden des reichsdeutschen Zentrums, Prälat Kaas, als Redner für die Tagung zu verpflichten: Vgl. Brief Kaas' an die GSV (25.05.28), in: BA-R 8014/49. Von französischer Seite wurde die Bitte an Kaas, das zentrale Referat der Saarkundgebung zu übernehmen, als Zugeständnis an die politische Linke gewertet, um sich vom Vorwurf der Rechtslastigkeit zu befreien: Vgl. Brief Morizes an Außenminister Briand (04.06.28), in: MAE, Sarre 117.

²³⁹⁷ Anstelle des Saarländers Valentin Schäfer, der in Heidelberg zum Ehrenmitglied hätte ernannt werden sollen, sprach sein Parteifreund Löffler. Dieser hatte Vogel eindringlich vor der Übernahme eines Referates durch Schäfer gewarnt, da dessen Stellung an der Saar unnötig erschwert werde: Vgl. Briefe Schäfers (30.04.28) und Löfflers (04.05.28) an die GSV, in: BA-R 8014/49.

²³⁹⁸ Vgl. Einladungsschreiben der GSV an Präsident Wilton (09.06.28), in: BA-R 8014/49. Schadenfroh berichtete Vogel schließlich nach der Veranstaltung, daß sich die Kommission „mächtig geärgert haben soll“: Vgl. Brief Vogels an Posselt (17.07.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5.

²³⁹⁹ Vgl. Procès-Verbal (27.06.28), in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 5; Antwortschreiben Heimburgers (11.06.28) an die GSV, in: BA-R 8014/52; Aktennotiz im AA (13.07.28), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.092; SF 9 (1928) 14/15, S. 287.

²⁴⁰⁰ Vgl. Brief der Regierungskommission an die GSV (03.06.29), in: BA-R 8014/67; Brief des Privatsekretariats von Wilton an die GSV (20.06.30), in: BA-R 8014/74; Brief der GSV an die Regierungskommission (18.08.32), in: BA-R 8014/89.

²⁴⁰¹ Vgl. Programmübersicht in: SF 9 (1928) 13, S. 195 f. und umfassender Bericht in SF 9 (1928) 14/15, S. 264–287 sowie in: BA-R 8014/54. Im Laufe des Tages wurden Flugzettel mit dem Programm und einem Aufruf an die Bevölkerung über der Stadt abgeworfen: Vgl. Textentwürfe Posselts (25.06.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5. Siehe auch die Sonderausgabe des „Rheinischen Beobachters“ 7 (1928) 14 zur Bundestagung sowie „Die Heidelberger Tagung des Bundes der Saarvereine“, in: SK 7 (1929), S. 141 f.

Eichenkranz niedergelegt hatte. Traditionell erstattete Vogel den Tätigkeitsbericht für das zurückliegende Kalenderjahr, nicht ohne ausdrücklich auf die mangelnde Zahlungsmoral der Ortsgruppen hinzuweisen. Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den „Goldenen Zwanzigern“ spiegelte sich in der hohen Zahl der versammelten lokalen Vereine wider; mit 60 Delegationen waren erstmals fast alle als aktiv zu wertenden Ortsgruppen in Heidelberg vertreten²⁴⁰². Nachdem die Neu- bzw. Wiederwahl des Vorstandes bis auf einen Beisitzer keine Veränderung ergeben hatte, wurden wie schon im Vorjahr in Würzburg verdiente Persönlichkeiten zu Ehrenmitgliedern des Bundes ernannt. Daß die Wahl neben dem Direktor des kurpfälzischen Museums Heidelberg Karl Lohmeyer und dem Essener Bergrat Dr. Herbig mit Hermann Röchling und Peter Kiefer auf zwei weitere Saarländer²⁴⁰³ fiel, drückte das Selbstverständnis des Vereins aus, Bindeglied zwischen der bedrängten Saar und dem deutschen Vaterland zu sein.

Hatte Vogel in seinem Referat die zurückliegende Arbeit des Bundes dargestellt, so skizzierte Andres im Groben die geplante künftige Entwicklung, bevor die Beschlußfassung über die beiden eingegangenen Anträge auf der Tagesordnung stand. Große Impulse aus den Reihen der Ortsgruppen kamen auch dieses Mal nicht; die Forderung der rheinisch-westfälischen Saarvereine nach einem verstärkten Engagement des Bundes zugunsten der Saarpensionäre wurde trotz der Skepsis Vogel immerhin aufgegriffen, während der Antrag zur Schaffung eines „Deutschen Hauses“ von seiten der „Vereinigung der Landsmannschaften im Saargebiet“ wegen deren Nichterscheinen zur Tagung erst gar nicht verhandelt wurde. Als die Entscheidung über den Ort der nächsten Bundestagung anstand, setzte sich die Ortsgruppe Münster gegen vier weitere Bewerber durch. Eine anschließende Aussprache beendete den geschäftlichen Teil der Mitgliederversammlung.

Am Abend gaben die 1.200 aus dem Saargebiet angereisten Sänger ein Festkonzert in der Heidelberger Stadthalle, bevor der erste Tag der Jahresversammlung²⁴⁰⁴ schließlich mit einem „Saar-Unterhaltungsabend“ unter Beteiligung der Röchling'schen Werkskapelle, saarländischen und Heidelberger Sängern sowie turnerischen Darbietungen ausklang.

²⁴⁰² Gesteigert werden konnte dies nur im Folgejahr mit 72 Gruppen; sonst lag die Beteiligung zwischen 24 (1925) und 52 (1926) Vereinen.

²⁴⁰³ Im August 1927 wurden bereits der Neunkircher Pfarrer Heinrich Becker, der Saarbrücker Pfarrer Johannes Schlich und der ehemalige Chefredakteur der S.Z., Albert Zühlke, geehrt: Vgl. SF 8 (1927) 17, S. 316; SF 8 (1927) 21, S. 395 ff. Wenige Tage nach Gründung des Bundes in Bielefeld waren der ehemalige Vorsitzende der Grenzregulierungskommission Oberst Rudolf von Xylander, der Vorsitzende der Berliner Saarländervereinigung Matthias Fett, Bergwerksdirektor Adolf Dröge und der Geheime Bergrat Ewald Hilger zu Ehrenmitgliedern des Bundes ernannt worden: Vgl. Brief Zillesens und Vogels an Xylander (24.11.20), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1. In Listen aus den Jahren 1928 und 1931 tauchen sie allerdings nicht mehr auf. Von einem besonderen Engagement Lohmeyers für die Saarfrage ist nichts bekannt, während Herbig und Röchling bereits im Saargebietsschutz mitgearbeitet hatten. Um die Gewerkschaftsbewegung an der Saar durch die Ernennung zweier Industrieller nicht vor den Kopf zu stoßen, mußte auch Kiefer zum Ehrenmitglied ernannt werden, obwohl sich dieser zuvor kaum für die Saarvereinsarbeit interessiert hatte.

²⁴⁰⁴ Zweitägige Bundestagungen waren seit 1922 die Regel.

Der folgende Sonntagmorgen²⁴⁰⁵ war durch den politischen Teil der Arbeitstagung ausgefüllt. Sieben Referenten, je zwei Mitglieder des Reichstages und des saarländischen Landesrates²⁴⁰⁶,



Abb. 40: Deckblatt der „Saar-Freund“-Sondernummer 1928

die Geschäftsführer des „Verbandes Deutscher Techniker“ und des „Arbeitsausschusses Deutscher Verbände“ sowie der Direktor des Reichskohlenverbandes, erörterten vor den Delegierten der Ortsgruppen Aspekte der deutsch-französischen Verständigungspolitik, die Kriegsschuldfrage, Zukunftsperspektiven der saarländischen Wirtschaft und die soziale Notlage der Arbeiter an der Saar.

Traditioneller Höhepunkt einer jeden Bundestagung war die öffentliche Saarkundgebung im Anschluß an die vereinsinternen Aussprachen und organisatorischen Beratungen. Hier konnte der Bund die ungelöste Saarfrage und sich selbst vor einem breiten Publikum präsentieren, hier galt es, für die Saar zu sensibilisieren, weitere Sympathisanten zu gewinnen und für die kommenden Monate neue Finanzquellen zu erschließen. Es lag auf der Hand, die

Kundgebung im Hof des Heidelberger Schlosses stattfinden zu lassen, welches zwar nicht annähernd die gleiche Symbolkraft besaß wie vier Jahre zuvor das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, sich doch für eine Protestversammlung gegen die französische Aggression hervorragend eignete²⁴⁰⁷.

„In glühender Juliglut hatten sich hier Saargebietler, Saarfreunde, Bürger, Studenten, Sänger, Turner, Männer und Frauen, alt und jung eingefunden. Hunderte von Fahnen studentischer Korporationen, die Wimpel von Jugendgruppen, die Chargierten der Heidelberger Korps, die Völklinger Hüttenkapelle, die Saar-Mädel in blau-weißer Tracht mit Fähnchen usw. brachten ein farbenfreudiges Bild in die im übrigen dicht bei dicht stehenden Menschenmassen.“²⁴⁰⁸

Kurz nach 16 Uhr begann die Kundgebung mit dem „Deutschen Sängerguß“ und weiteren Vorträgen der angereisten 1.200 saarländischen Sänger²⁴⁰⁹, deren Auftritt sich als bis ins

²⁴⁰⁵ Auf der vorangegangenen Tagung in Würzburg wurde erstmals die Möglichkeit zum Besuch der Gottesdienste eingeräumt, die in Heidelberg vermutlich den zahlreichen Vorträgen zum Opfer fiel. In den Programmen zu den Tagungen 1929 (Münster) und 1930 (Trier) finden sich für die „Israeliten“ Hinweise zum Besuch der Synagoge: Vgl. SF 10 (1929) 12/13, S. 240; SF 11 (1930) 13/14, S. 275.

²⁴⁰⁶ Durch die Einbeziehung saarländischer Redner hoffte der Verein, die stets erhobenen Behauptungen, im Saargebiet anerkannt zu sein und aufgrund der engen Kontakt zu saarländischen Persönlichkeiten die Lage vor Ort bestens zu kennen, unter Beweis stellen zu können: Vgl. Tätigkeitsbericht ... über das Geschäftsjahr 1927, S. 15. Nach 1925 ergriffen regelmäßig Redner aus dem Saargebiet auf den Tagungen das Wort.

²⁴⁰⁷ Während des Pfälzischen Erbfolgekrieges sprengten französische Truppen das Schloß im September 1693.

²⁴⁰⁸ SF 9 (1928) 14/15, S. 283.

²⁴⁰⁹ „Der Weihe der Stunde entsprechend erklangen nicht musikalisch künstlerische Kompositionen, sondern schlichte deutsche Lieder, die an die Seele rührten und in einfacher, aber packender Tonsymphonie die Sehnsucht nach Heimat und Vaterland zum Ausdruck brachten. Mit der Saarhymne von Schwartz begann das Konzert: es endete mit dem Gelöbnis ‚Vaterland‘ und dem brausenden Fanal der Treue: ‚Brüder, das ist des

Saargebiet reichender Publikumsmagnet erwies: Statt der ursprünglich erwarteten 1.500 Besucher machten sich etwa 5.000 Saarländer auf den Weg nach Heidelberg, so daß drei Sonderzüge eingesetzt werden mußten²⁴¹⁰. Nach begrüßenden Worten des Bundesvorsitzenden Otto Andres und des Heidelberger Bürgermeisters Wielandt hielt der Vorsitzende des Saar-Sänger-Bundes, Hans Bongard, das erste der beiden Hauptreferate. Der Saarbrücker Stadtschulrat griff in einer mit großem Pathos vorgetragenen Rede das Motto der Tagung „Vaterland, Saardeutschland ruft dich!“²⁴¹¹ auf und stellte die aktuelle Versammlung in eine Reihe mit der Solidaritätsadresse der Saarbrücker Bürgerschaft von 1815 und der 1925 zelebrierten Jahrtausendfeier.

Der ehemalige Reichsminister Johannes Bell²⁴¹² hielt nach erneuten Gesangsdarbietungen der Saarländer aus der Perspektive des Reiches die Gegenrede „Ganz Deutschland hört!“ zu Bongards Ausführungen. Ähnlich pathetisch verkündete der Zentrumspolitiker:

„Wir stehen zu Euch, bis zum Tode getreu, in Blutsbrüderschaft unauflöslich mit Euch vereint. Wir rasten nicht, wir ruhen nicht, bis ihr von euren Leiden, euren Sorgen, die unsere Leiden sind, unsere Sorgen, erlöst werdet, bis sich Eure Hoffnungen, eure Forderungen, die unsere Hoffnungen sind, unsere Forderungen restlos erfüllen. Seid fest und harret unentwegt aufs neue Morgenrot. Auch an euch wird sich bewahrheiten der alte Spruch: ‚Gott verläßt keinen Deutschen‘.“²⁴¹³

Nachdem Bell seinen Vortrag mit dem gemeinsam gesprochenen Rütli-Schwur beendet und der Heidelberger Sängerverband ein weiteres Stück dargeboten hatte, war der Boden für die Verlesung der Heidelberger EntschlieÙung bereitet. Offiziell als spontane Reaktion auf die Vorträge und Aussprachen der beiden zurückliegenden Tage, in Wirklichkeit bereits vier Wochen zuvor dem Auswärtigen Amt zur Genehmigung übersandt, mündete Vogels Synthese in der Forderung:

„ÄuÙerste Gefahr [für den Gedanken der Völkerversöhnung – F.B.] ist im Verzuge. Es gibt nur eine Abhilfe: ein Ende zu machen mit dem Saarexperiment des Versailler Vertrages, das sich in acht Jahren als völlig verfehlt erwiesen hat, durch die ungeschmälierte Rückgabe des Saargebietes und seiner Kohlenlager an Deutschland.“²⁴¹⁴

Stürmischer Beifall, der in Hochrufen auf das deutsche Vaterland und die bedrängte Saarheimat übergang, bekundete die Zustimmung der Menschenmasse zu dieser EntschlieÙung. Das gemein-

Saarlochs Schwur, deutsch bleiben Berge, Tal und Flur, deutsch bleibt das Herz, das uns durchglüht und ewig deutsch des Saarlochs Lied!“: Saar-Sänger-Bund 8 (1928) 5, S. 106. Ausführlicher Bericht über die Fahrt der 1.200 Sänger und 200 Mädchen des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz nach Heidelberg und das dargebotene Programm, in: Ebd., S. 105–109; MICHALIK: Chorgesangwesen, S. 64 f.

²⁴¹⁰ Vgl. Bericht Rühlmanns für das RMbesGeb (14.07.28), in: BA-R 1601/1698. Die Zahlenangaben schwanken allerdings recht stark: Während Wentz von nur 1.700 bis 2.100 Personen sprach, brüstete sich der Verein selbst mit 10.000 „gewallfahrten“ Saarländern, „vom kleinen Zeitungsträger bis hinauf zum saardeutschen Großindustriellen“: Vgl. Brief Wentz' an die GSV (07.08.28), in: BA-R 8014/1107; SF 9 (1928) 14/15, S. 257 (dort Zitat); SF 9 (1928) 14/15, S. 286 f.; SF 9 (1928) 16, S. 298 f.

²⁴¹¹ Die jährlich wechselnden Parolen wie „Das Saargebiet will heim!“ (1927) und „Saar und Pfalz, dem Reich erhalt's“ (1931) sollten den Tenor der Tagungen und Kundgebungen knapp und bündig in die Öffentlichkeit transportieren.

²⁴¹² Bell, einer der Unterzeichner des Versailler Vertrages, war für seinen Parteifreund Kaas eingesprungen.

²⁴¹³ SF 9 (1928) 14/15, S. 285.

²⁴¹⁴ SF 9 (1928) 14/15, S. 286. Vgl. Brief Andres' an das AA (05.06.28), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.092.

sam mit den Hunderten von Sängern intonierte „Deutschlandlied“ beendete die Kundgebung in erhabener und weihevoller Stimmung. Ihren offiziellen Abschluß fand die Bundestagung mit der feierlichen Illumination des Schlosses und der alten Neckarbrücke, über welcher während eines Feuerwerks auch das Tagungsmotto „Vaterland, Saardeutschland ruft Dich!“ in Flammenschrift entzündet wurde.

Obligatorisch war die publizistische Nachbereitung der Bundestagungen. Selbstbewußt wie nie zuvor resümierte Posselt:

*„Entsprossen aus der Seelennot, dem Heimweh ausgewiesener Saarheimatverteidiger, emporgewachsen trotz Acht und Bann landfremder Saarherren, ist heute der Bund der Saar-Vereine fest verwurzelt mit und in den Herzen der Saarbevölkerung. Nach der Jahrtausendfeier an der Saar ist die Heidelberger Saarkundgebung die bedeutsamste, die gewaltigste, und, wie wir hoffen, die nachhaltigste in ihrer außenpolitischen Auswirkung aller bisher verzeichneten saarpolitischen, saardeutschen Unternehmungen.“*²⁴¹⁵

Bevor im folgenden einzelne Aspekte der stets zweigeteilten Bundestagungen²⁴¹⁶ näher dargestellt werden sollen, seien zunächst einige charakteristische Wesenszüge genannt. Sie erfüllten sowohl vereinsinterne als auch nach außen gerichtete Aufgaben²⁴¹⁷:

1. *„Prüfsteine an dem Wege [...] zur Erreichung unseres Zieles“*²⁴¹⁸: Die Mitgliederversammlungen boten der Saarorganisation die Möglichkeit, ihre Ziele in einem begrenzten Rahmen zu reflektieren, zu modifizieren und gegebenenfalls neu zu formulieren. In der Praxis fiel jedoch der Berliner Zentrale die Aufgabe zu, sowohl die bisherige Arbeit zu bilanzieren als auch die Marschroute für das kommende Jahr festzulegen. Anregungen aus den Reihen der Ortsgruppen bildeten die Ausnahme, so daß die Mitgliederversammlung weniger Beratergremium als Sanktionierungsinstanz des von der Geschäftsstelle vorgegebenen Kurses war. In der Selbstdarstellung verglichen die „Saar-Freunde“ ihre Tagungen mit *„Heerschauen“*, auf welchen die Ortsgruppen das notwendige *„Rüstzeug“* erhielten²⁴¹⁹.
2. Binnenstabilisierung: Wie bereits ausgeführt, pendelte sich die Zahl der Ortsgruppen nach 1922 auf einem Niveau von etwa 60 bis 70 ordnungsgemäßen Vereinen ein. Diese galt es im Gesamtverband zu halten wie junge Gruppen in die Bundesorganisation integriert werden mußten. Alle Ortsgruppen sollte auf den Tagungen das Gefühl vermittelt werden, Teil einer machtvollen Bewegung zu sein und damit auf der „richtigen“ Seite zu stehen. Das regelmäßige Aufwärmen allseits bekannter und von niemandem in Zweifel gezogener Gemeinplätze wirkte auf die Mitglieder der Ortsgruppen – anders als vielleicht auf den

²⁴¹⁵ SF 9 (1928) 14/15, S. 285.

²⁴¹⁶ Nach der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten schloß sich die öffentliche Saarkundgebung an.

²⁴¹⁷ Nach der Abstimmung wurden die Kundgebungen als *„Vorläufer in der überparteilichen Einigung deutschen Volkswillens für eine vaterländische Aufgabe und ein vaterländisches Ziel“* gedeutet, welche im Nationalsozialismus ihre Krönung gefunden hätten: Vgl. VOGEL: Die großen deutschen Saarkundgebungen, S. 285.

²⁴¹⁸ Vgl. SF 6 (1925) 9, S. 133. Ähnliche Formulierungen finden sich bereits im Einladungsschreiben der GSV zur Bundestagung in Dortmund (April 1922), in: BA-R 8014/20.

²⁴¹⁹ Vgl. SF 15 (1934) 23, S. 499.

außenstehenden nichtinvolvierten Beobachter – keineswegs ermüdend. Innerhalb einer tausendköpfigen Versammlung wirkte das Rekapitulieren, eine von den Franzosen national bedrängte Opfergruppe zu sein, identitätsstiftend und -begründend; es wertete die eigene Person auf und förderte das Gemeinschaftsgefühl innerhalb des Bundes.

3. Forum der Saarpropaganda: Die Saarkundgebungen boten eine willkommene Gelegenheit, die Saarfrage alljährlich in der Öffentlichkeit zu präsentieren und über die aktuelle Entwicklung aufzuklären. Vorbereitende, begleitende und resümierende Artikel in der regionalen, in- und ausländischen Presse und reichsweit verbreiteten Zeitungen hatten einen konkreten Anlaß, an dem sie anknüpfen konnten. Indem die Geschäftsstelle dafür Sorge trug, daß sich die Saarkundgebungen institutionalisierten, wurden die Probleme des Saargebiets – sozusagen als Ersatz für einen Saarfeiertag – jedes Jahr aufs neue ins Gedächtnis gerufen²⁴²⁰. Gleichzeitig boten die Feierlichkeiten den Saarländern eine Plattform, um ihren Patriotismus zu demonstrieren²⁴²¹.
4. Solidarisierungsgeste: Wie prinzipiell die gesamte Saarvereinsarbeit dienten auch die „*machtvollen Willenskundgebungen*“²⁴²² im Reich dem Zweck, die Saarländer zum Ausharren zu ermutigen. Je näher das Datum der Abstimmung rückte, desto wichtiger schienen derartige Appelle zu werden; so ist auch die Zunahme kleinerer, regionaler „Bundestagungen“ nach 1930, vor allem im Rheinland, zu erklären²⁴²³.
5. Warnung nach außen: Die im gemeinschaftlichen Auftreten demonstrierte Gruppenidentität signalisierte dem imaginären Gegner – Frankreich, dem Völkerbund, der Regierungskommission – sich angesichts dieser Geschlossenheit und Stärke keiner Illusion über die nationale Zukunft des Saargebietes hinzugeben: Jeder Versuch, das Schicksal der Saar außerhalb des deutschen Staatsverbandes gestalten zu wollen, sähe sich mit einer gewaltigen Volksbewegung innerhalb des Reiches konfrontiert.
6. Werbung: Das Organisationstalent, eine Kundgebung für die Befreiung bzw. Rückgliederung der Saar publikumswirksam inszenieren zu können, empfahl den Verein sowohl bei den Behörden als möglichen Kooperationspartner, wie es möglichen finanziellen Förderern suggerierte, ihre Gelder einer sinnvollen Aufgabe zuzuführen. Ebenso waren beeindruckende Veranstaltungen am ehesten dazu geeignet, neue Mitglieder für die Saarvereinsbewegung zu

²⁴²⁰ „Durch diese Kundgebungen wurde das ganze deutsche Volk für die Saar interessiert und wenigstens in einer Frage zu einem geschlossenen vaterländischen Block vereinigt.“ (SF 15 (1934) 23, S. 499) bzw.: „Auf diesen Tagungen machte er sich durch die damit verbundenen großen deutschen Saarkundgebungen zum Sprachrohr für die deutsche Saarbevölkerung, zum Ankläger gegen die Vergewaltigung an der Saar durch die Fremdherrschaft und zum Ankläger gegen das schwere Unrecht von Versailles am Saargebiet.“: SF 15 (1934) 16/17, S. 317.

²⁴²¹ Vgl. Richard VAN DÜLMEN/ Jürgen HANNIG/ Ludwig LINSMAYER: Der Weg der Saarländer ins Dritte Reich, in: DIES. (Hrsg.): Erinnerungsarbeit, S. 33–46, hier: S. 39.

²⁴²² Vgl. SF 13 (1932) 9, S. 130.

²⁴²³ Vgl. die Vertreterversammlung am 20.06.31 in Mülheim an der Ruhr mit 42 Vertretern von 17 rheinischen Ortsgruppen, in: SF 12 (1931) 13/14, S. 233; SF 12 (1931) 15/16, S. 281 f.

rekrutieren. Gerade weil der Verein keine politische Partei war und sich somit nicht in Wahlen messen konnte, bedurfte er der Außendarstellung über die Bundestagungen und öffentlichen Kundgebungen als Stimmungsbarometer für seine Bedeutung. Sie waren unerlässlich für die Weiterentwicklung des Vereins, denn nur die permanente Präsenz in der Öffentlichkeit versprach, sich gegenüber konkurrierenden Vereinigungen behaupten zu können.

Kurz gesagt: Die eigene Klientel sollte durch diese nationalen Bekenntnisakte bei der Stange gehalten werden, während die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bemüht war, externe Kräfte entweder zu beeindrucken oder einzuschüchtern.

Die Saarvereine begründeten keine spezifische Feierform, vielmehr waren ihre Bundestagungen eklektizistische Inszenierungen mit Vorbildern aus der kirchlichen Liturgie und Anlehnungen an das traditionelle Fest- und Feierrepertoire bürgerlicher Vereine²⁴²⁴. Der Rückgriff auf diese Formen der öffentlichen Artikulation war sinnvoll, weil sie den Besuchern vertraut waren und damit deren Erwartungshaltung befriedigten. So wiederholte sich die religiöse Terminologie in der Überhöhung der Saarvereinsarbeit als „heiliger Aufgabe“ und wurden Glaubensbekenntnisse wie auf der Kundgebung am Leipziger Völkerschlachtdenkmal 1924 zu nationalen Treuebezeugungen modifiziert: Nach dem gemeinschaftlichen Singen des „Niederländischen Dankgebets“²⁴²⁵ klang die Veranstaltung vor angeblich 80.000 Besuchern mit der vom Vorsitzenden der Leipziger Ortsgruppe vorgetragenen leicht modifizierten Version des „Rütli-Schwures“ aus:

*„Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
in keiner Not uns trennen und Gefahr.
Wir wollen frei sein wie die Väter waren,
eher den Tod, als Frankreich angehören.
Gott sei unser Zeuge.“*

*Fahnen und Standarten senkten sich, die Bergmannslampen und Schwurhände aber reckten
sich zum Himmel: Wir wollen frei sein!“*²⁴²⁶

Dramaturgisch ausgereift präsentierte sich auch die Schlußkundgebung 1929 in Münster: Der prozessionsartige kurze Festzug von der Stadthalle zum Domplatz wurde zu nächtlicher Stunde von Fackelträgern und Musikkapellen flankiert, die Türme der Stadt waren erleuchtet und als feierlicher Höhepunkt der Veranstaltung trug ein Massenchor aus 1.500 Münsteraner Sängern und 2.000 Schülern nationales Liedgut vor. Zum Abschluß der Feier nach Mitternacht läuteten

²⁴²⁴ Wie GEBHARDT (Fest, Feier und Alltag, S. 122–130) feststellte, ähnelten sich derartige nationale Feiern grenzüberschreitend in ganz Europa.

²⁴²⁵ Dieser Hymnus aus dem Jahr 1597 bildete seit dem 19. Jahrhundert oft das standardisierte Ende nationaler Feiern: Vgl. MOSSE: Nationalisierung, S. 98. Mindestens viermal in den folgenden Jahren wurde er auf den Saarkundgebungen vorgetragen: Vgl. SF 6 (1925) 12/13, S. 196; SF 10 (1929) 12/13, S. 273; SF 12 (1931) 15/16, S. 270; SF 13 (1932) 18/19, S. 316. Nach 1933 galt das Dankgebet nur noch in einer modifizierten Fassung als opportun.

²⁴²⁶ Vgl. SF 5 (1924) 9, S. 133. Im Schillerschen Original lauten die Zeilen: „Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.“

alle Kirchenglocken der Stadt²⁴²⁷. Wenngleich dies der unbestrittene Höhepunkt der Tagung war, so begann die Inszenierung doch schon während der internen Vereinsaussprachen und vorangegangenen öffentlichen Vortragsveranstaltungen im großen Rathaussaal bzw. der festlich geschmückten Stadthalle: Das Raumarrangement war derart getroffen worden, daß die Bühne von einem Gebirge aus Fahnen beherrscht wurde. Durch diese gewaltige Kulisse aus uniformierten Korpsstudenten, Ortsgruppendeputationen und Münsteraner Vereinen erhielt der im Vordergrund Referierende eine eindrucksvolle Rückenstärkung²⁴²⁸.

Die Vorträge waren in aller Regel allgemein gehalten, da sie sich an ein breites und mit der Saarproblematik bestenfalls rudimentär vertrautes Publikum richteten. Aus Sicht der Veranstalter war die Motivation zum Besuch der Veranstaltungen sekundärer Natur; gleichgültig, ob die Zuhörer aus Interesse am Schicksal des Saargebietes, aus Neugier oder zur Befriedigung des Bedürfnisses nach Ablenkung den Weg zu den Kundgebungen gefunden hatten, relevant war zunächst, daß sie in großer Zahl kamen und damit als Erfolgsbarometer der Veranstaltung dienten. Gut besuchte Veranstaltungen wirkten von sich als Publikumsmagnet und Selbstläufer; in der öffentlichen Wahrnehmung galt der Zulauf als Gradmesser für die Bedeutung des erörterten Themas²⁴²⁹. Hierzu war es unerlässlich, die Veranstaltungen als Gegenpol zum Alltag in Szene zu setzen, weshalb prominente Gäste und Redner stets willkommene Staffage waren²⁴³⁰, werteten sie doch die Kundgebung auf und zogen damit weitere Interessenten an²⁴³¹. Die Fähigkeit des Vereins, das Problem der „deutschen Saar“ vor einer imposanten Kulisse zu

²⁴²⁷ Vgl. SF 10 (1929) 12/13, S. 273. Noch Jahre später erinnerten sich Besucher an den erhebenden Eindruck dieser Inszenierung: Vgl. GÄRTNER: Botschafterin, S. 166.

²⁴²⁸ Vgl. SF 10 (1929) 12/13, S. 264–273. Vgl. auch die Fotomappe über die Veranstaltung, in: StA Münster, NL Sperlich 67.

²⁴²⁹ Daher lag es auf der Hand, die Bevölkerung der näheren Umgebung im Vorfeld von Bundestagungen auf das bevorstehende Großereignis entsprechend einzustimmen, zumal die Ausrichtung an jeweils wechselnden Orten die Herausbildung einer lokalen Festtradition und diesbezügliche Kontinuität verhinderte: Vgl. exemplarisch die Ankündigungen zur Bundestagung 1931 im „Neustädter Stadt- und Dorfanzeiger“ Nr. 155 (07.07.31), Nr. 156 (08.07.31), Nr. 157 (09.07.31), Nr. 158 (10.07.31) und Nr. 159 (11.07.31). Somit paßten sich auch die Bundestagungen dem allgemeinen Trend der zwanziger Jahre mit immer imposanteren Großveranstaltungen an: Vgl. LINSMAYER: Politische Kultur, S. 418.

²⁴³⁰ Namhafte Redner konnte der BdS erstmals 1928 in Heidelberg gewinnen, wohingegen schon im Juni 1924 mit Luther und Jarres zwei Reichsminister auf der Jahrestagung des „Reichsverbandes der Rheinländer“ sprachen: Vgl. SF 5 (1924) 7, S. 107 f. Das Fehlen offizieller Vertreter der Reichsregierung war wiederholt Anlaß für Klagen: Vgl. Brief Ommerts an die GSV (12.06.24), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; SF 8 (1927) 17, S. 311; Brief Clara Mendes an das RMbesGeb (18.10.27), in: BA-R 1601/1698. Die Behörden rechtfertigten ihr Fernbleiben damit, außenpolitische Verwicklungen vermeiden zu müssen: Vgl. Aktennotiz der Reichskanzlei (Oktober 1927), in: BA-R 43-I/244. Immerhin übernahmen bekannte Politiker das Protektorat über verschiedene Tagungen, so von Hindenburg 1925 in Hannover, der ehemalige Reichskanzler Marx 1929 in Münster, der Oberpräsident der Rheinprovinz 1930 in Trier sowie der bayerische Ministerpräsident Held im Folgejahr in Neustadt.

²⁴³¹ Vgl. Andreas C. BIMMER: Besucher von Festen. Beiträge zur systematischen Erforschung, in: Konrad KÖSTLIN/Hermann BAUSINGER (Hrsg.): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur, Neumünster 1980, S. 81–90. GEBHARDT'S Feststellung (Fest, Feier und Alltag, S. 128), daß die Besucher staatlich organisierter Massenveranstaltungen „eher durch die Monumentalität des Spektakels beeindruckt, denn von der ‚Richtigkeit‘ seiner ‚Botschaft‘ überzeugt werden“ sollten, trifft ebenso auf die Kundgebungen des BdS zu: Eine so große Zahl von Besuchern konnte sich schließlich nicht irren.

präsentieren, blieb den teilnehmenden Zuschauern stärker in Erinnerung, als es die sachliche Erörterung politischer, kultureller und wirtschaftlicher Aspekte der Saarfrage vermochten. Nachdem mit emotionssteigernden visuellen und auditiven Eindrücken einer positiven Grundstimmung der Boden bereitet worden war²⁴³², konnte eine größere Akzeptanz des von diesen Tagungen ausgehenden Appells erwartet werden; beeindruckt von dem dargebotenen Schauspiel wurde auch bei bisher der Saarproblematik fernstehenden Besuchern Interesse geweckt. Die positive Besetzung des Themas „Deutsche Saar“ versprach eine über den engen Kreis der Besucher hinaus reichende Solidarisierung. Doch lag der Reiz, derartigen Kundgebungen beizuwohnen, nicht allein an deren Unterhaltungswert, sondern die Aufmärsche boten zugleich die Möglichkeit, politische Überzeugungen ohne größeren Aufwand – und vor allem: ohne sich in die Niederungen der verachteten Parteipolitik begeben zu müssen – zur Schau zu tragen. Das Publikum konnte selbst entscheiden, ob es der Veranstaltung beiwohnen wollte oder eben nicht; ein Fernbleiben hatte ebensowenig längerfristige Konsequenzen wie das Mitmarschieren.

Die größtenteils passive Zuschauermenge wurde in den ritualisierten Ablauf integriert: Nachdem eine obligatorische Entschließung als Fazit der Versammlung per Akklamation verabschiedet worden war, klangen die Kundgebungen durch gemeinschaftliches Singen nationalen Liedgutes oder das Mitsprechen bekannter Gebete und Schwüre aus. Nach innen förderten diese formal verbindlichen Bekenntnisse die Einheit und Geschlossenheit der Versammlung, welche ebenfalls nach außen demonstriert werden sollte. Dramaturgisch geschickt suggerierte das kollektive Singen den Teilnehmern zumindest punktuelle Übereinstimmung und vermittelte dem Einzelnen durch das Verschmelzen in der Masse das Gefühl, auf der richtigen Seite zu stehen.

Die Bundestagungen entwickelten sich zunehmend zu einem Wirtschaftsfaktor für die gastgebende Stadt: Erstmals 1926 mußte Vogel sogar das Angebot Duisburgs ausschlagen, da bereits Köln als Tagungsort feststand²⁴³³. Für die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ war dies von großem Vorteil, da sie nun auch selbst organisatorische Forderungen an die Kommunen stellen konnte. Anders als der Deutsche Schutzbund, der schon 1929 auf seine kostenintensiven Jahrestagungen verzichtete²⁴³⁴, hielt der Bund der Saarvereine bis zuletzt an den Veranstaltungen

²⁴³² Außer der Menschenmasse an sich trugen auch die Fahnenparaden, Musikkapellen und selbstverständlich die Ansprachen zur Emotionalisierung der Teilnehmer bei.

²⁴³³ Vgl. Brief der GSV an den Oberbürgermeister von Duisburg (02.12.25), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2. Im Herbst 1926 erfolgte eine erneute Absage an Duisburg, das sich ebenso wie Magdeburg für die Ausrichtung der Tagung 1927 empfohlen hatte: Vgl. Schriftverkehr, auch in den kommenden Jahren mit Braunschweig, Leipzig, Kassel, Koblenz, Essen und Düren, in: Ebd. sowie in BA-R 8014/58. Der Münsteraner Verkehrsverein widmete 1929 eine seiner Werbebroschüren der Tagung: Vgl. StA Münster, NL Sperlich 67.

²⁴³⁴ Vgl. FENSCH: Deutscher Schutzbund, S. 307. Für die Heidelberger Tagung 1928 entstanden der GSV knapp 20.000 RM an Unkosten, weitere 3.000 RM mußten vor Ort investiert werden: Vgl. Brief der GSV an die RVP (März 1929), in: BA-R 8014/58. Trotz der Erhöhung der Staatszuschüsse bewilligte das RMbesGeb insgesamt 2.000 RM und das PrMI bzw. die Badische Regierung jeweils 500 RM an Unterstützung: Vgl. Aktenvermerk des RMbesGeb (06.07.28), in: BA-R 1601/1698. Wie auch die Gesamtfinanzierung, sollten diese Zuschüsse ebenfalls verschwiegen werden. So trug sich der Vorsitzende der Ortsgruppe Hannover die Kritik Vogels ein, da er in einem Rundschreiben an lokale Honoratioren (01.05.25, in: BA-R 8014/25)

fest. Als 1932 die Koblenzer Tagung an der unzureichenden Finanzierung zu scheitern drohte und statt dessen lediglich eine Zentralveranstaltung im Berliner Reichstag und mehrere kleinere Kundgebungen im Reich stattfinden sollten, sprang das Auswärtige Amt zur Deckung der Unkosten ein²⁴³⁵. Es bedurfte zu diesem Zeitpunkt also gar nicht mehr der Hinweise im „Saar-Freund“, daß die Absage der traditionellen Tagungen bei der saarländischen Bevölkerung außer Bedauern auch Skepsis über das Interesse des Reiches an der Saar hervorgerufen hätte²⁴³⁶.

Die von verschiedener Seite unternommenen Versuche, den seit 1. Juni 1932 als Reichskanzler amtierenden Franz von Papen als Ehrengast gewinnen zu können, scheiterten zwar ebenso wie die Initiative, ihm das Protektorat der Tagung anzutragen²⁴³⁷, doch tat dies der Wirkung der Veranstaltung keinen Abbruch. Nicht nur die inoffiziell anwesenden Vertreter der Staats- und Reichsbehörden waren sich in ihrem Urteil einig, eine eindrucksvolle und würdige Kundgebung erlebt zu haben²⁴³⁸, sondern selbst die französischen Beobachter berichteten von der imposanten Zeremonie bzw. der bedeutsamen Demonstration in Koblenz²⁴³⁹.

Vier Aspekte verdienen an der Koblenzer Bundestagung 1932 hervorgehoben zu werden:

bemerkte: „Reichs- und Staatsbehörden pp. haben bereits in anerkennenswerter Weise ihre finanzielle Unterstützung zugesagt.“

²⁴³⁵ Vgl. undatierte Aufzeichnung, in: BA-R 8014/89. Als mögliche Redner im Plenarsaal waren von saarländischer Seite Röchling, Kuhnen, Wilhelm und Pfarrer Becker vorgesehen. Wie von Friedberg zu verstehen gab, bestanden im AA wegen „evtl. Entgleisungen, vielleicht auch von Regierungsvertretern“ Bedenken gegen die Veranstaltung im Reichstag, die einen unerwünschten amtlichen Charakter erhalten hätte: Vgl. Brief des AA an Andres (06.04.32), in: Ebd.; Brief des AA an das RMI (23.06.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.094.

²⁴³⁶ Vgl. SF 13 (1932) 11, S. 161 f. und S. 174 f. Vgl. auch Telegramm der rheinisch-westfälischen Vertreterversammlung an Brüning (12.06.32), in: BA-R 43-I/252. Im Grunde hatte es bis zur Würzburger Tagung 1927 gedauert, bis die deutschen Behörden überhaupt die Bundestagungen als relevantes Forum zur Artikulation saarländischer Interessen wahrnahmen: Vgl. Brief des Vertreters der Reichsregierung in München (Krebs) an die Reichskanzlei (18.08.27), in: BA-R 43-I/244.

²⁴³⁷ Vgl. Brief der GSV an von Papen (05.08.32), in: BA-R 8014/89; Telegramme Debusmanns (06.09.32), Kellners (07.09.32) und Dr. Rosendahls (07.09.32) an von Papen, in: BA-R 43-I/252. Das AA riet aus zwei Gründen von der Übernahme des Protektorates: Einerseits sei dies bisher nicht üblich gewesen und arbeite man damit der französischen Propaganda in die Hände und andererseits beraube sich die Regierung für die kommenden beiden Jahre jeder Steigerungsmöglichkeit. Wenn überhaupt, dann solle ein Reichskanzler erst in der Abschlußkundgebung 1934 in den Vordergrund treten. Das Geleitwort von Papens im SF stammte schließlich aus der Feder von Friedbergs: Vgl. Aktenvermerk Bülow's (19.08.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.094; SF 13 (1932) 17, S. 261. Statt von Papens Protektorat wurde ein Ehrenpräsidium aus immerhin zwei Oberpräsidenten (Fuchs, von Halfern), zwei Regierungspräsidenten (Saassen, von Sybel), dem Landeshauptmann der Rheinprovinz (Horion) sowie den Oberbürgermeistern von Saarbrücken (Neikes), Trier (Weitz) und Koblenz (Rosendahl) gebildet: Vgl. SF 13 (1932) 17, S. 299. Fuchs als Reichskommissar für die Übergabe des Saargebietes wurde offiziell als Vertreter der Reichsregierung delegiert: Vgl. Brief Voigts an Fuchs (01.09.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.094.

²⁴³⁸ Vgl. Brief Sperrs an das BayMA (12.09.32), in: BayHStA, MA 106.120, Aktennotiz Voigts (14.09.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 96.094.

²⁴³⁹ Vgl. Bericht des E.M.A. (12.09.32), in: Archives des S.H.A.T., 7 N/ 2639. Die Präsenz eines Vertreters des französischen Konsulates und weiterer Spitzel auf den nicht öffentlichen Versammlungen war den Veranstaltern selbst bekannt: Vgl. SF 13 (1932) 18/19, S. 309; Brief Rupps an die GSV (10.08.32), in: BA-R 8014/89; Aktennotiz Voigts (14.09.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 96.094.

1. Erstmals erfolgte eine offizielle Beteiligung von Nationalsozialisten an einer Veranstaltung des Bundes der Saarvereine. Im Vorjahr hatte es der Neustädter Gauleiter Joseph Bürckel noch abgelehnt, dem Ehrenausschuß der Bundestagung beizutreten, weil kein Redner der – zu diesem Zeitpunkt politisch unbedeutenden – saarländischen NSDAP vorgesehen war²⁴⁴⁰. Daran änderte sich zwar auch in Koblenz nichts Prinzipielles, da aber bis auf einen hessischen Sozialdemokraten sämtliche SPD-Fraktionen und -Parteigliederungen abgesagt hatten²⁴⁴¹, stand einer Teilnahme der in Koblenz ansässigen Gauleitung und Mitgliedern der NSDAP-Reichstagsfraktion nichts mehr im Wege²⁴⁴². Schon während der öffentlichen Versammlung in der Städtischen Festhalle hatten sich Nationalsozialisten am Vormittag zu Wort gemeldet; beim Aufmarsch verschiedener Koblenzer Vereine zur Abschlußkundgebung am Deutschen Eck stachen sie schon allein optisch durch ihre geschlossene Formation und Uniformierung hervor. Am Denkmal des Reichsgründers angelangt, begaben sich die Fahnenträger nicht zu den anderen 200 Deputationen hinter das Rednerpult, sondern blieben auf dem Vorplatz stehen²⁴⁴³. Die hierdurch erzielte Wirkung besaß Symbolcharakter: Aus der gewaltigen Menschenmenge²⁴⁴⁴ ragte – als einzige und damit dominant – die Hakenkreuzfahne hervor. Das Publikum hatte sich anscheinend in den zurückliegenden Jahren an diesen Anblick gewöhnt, denn während die Beteiligung uniformierter und fahnentragender Na-

²⁴⁴⁰ Vgl. Brief der NSDAP Gau Rheinpfalz an die GSV (08.06.31), in: BA-R 8014/79. Am gleichen Tag richtete Bürckel ein weiteres Schreiben an die GSV: „[...] *Wir bitten die Nichtbeteiligung schon mit dem Hinweis auf die Tatsache zu entschuldigen, daß Sozialdemokraten und Zentrumsleute (Reichstagsabgeordneter Hoffmann usw.) auch Einladungen zu Ihrem Ehrenausschuß erhalten haben.* [...]“ Vogel begründete die Übergehung der Nationalsozialisten, daß diese nicht im saarländischen Landesrat vertreten waren: Vgl. Brief der GSV an Bohlmann (15.06.32), in: BA-R 8014/1081. Die Reichs-NSDAP erhielt 1931 erstmals eine Einladung, wollte aber nicht verbindlich zusagen: Vgl. Brief der NSDAP an die GSV (03.07.31), in: BA-R 8014/86.

²⁴⁴¹ So sagte beispielsweise die SPD-Reichstagsfraktion wegen der angespannten politischen Lage ab, die ihre Anwesenheit in Berlin erfordere: Vgl. Brief der SPD-Reichstagsfraktion an die GSV (09.09.32), in: BA-R 8014/91. Offiziell konnte die saarländische SPD wegen einer parallelen Veranstaltung des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ sowie anderer republikanischer Vereinigungen in Zweibrücken anlässlich der Einweihung eines Denkmals für Ebert, Erzberger und Rathenau nicht teilnehmen. Außer Max Braun und Hermann Petri sprach dort auch der suspendierte preußische Innenminister Carl Severing vor etwa 15.000 Personen: Vgl. Bericht des E.M.A. (12.09.32), in: Archives des S.H.A.T., 7 N/ 2639; Brief Morizes an Außenminister Herriot (13.09.32), in: MAE, Sarre 280. Tatsächlich boykottierte Braun die Veranstaltung aufgrund der Zwischenfälle im Vorjahr: Siehe hierzu S. 534 f.

²⁴⁴² Vgl. die Zusage des Koblenzer Gauleiters Gustav Simon (21.08.32), in: BA-R 8014/91. Der Vorsitzende der Landesgruppe Bayern hatte im Vorfeld explizit Partei für die Einladung der Nationalsozialisten ergriffen, die angesichts ihrer Bedeutung – aus den Juliwahlen 1932 war die NSDAP mit 37,3% als stärkste Reichstagsfraktion hervorgegangen und hatte damit ihre Mandatszahl mehr als verdoppeln können – und ihres Rückhaltes in der Saarbevölkerung nicht mehr länger ignoriert werden könne: Vgl. Brief Johannes' an die GSV (21.08.32), in: BA-R 8014/93.

²⁴⁴³ Vgl. Aktennotiz Voigts (14.09.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 96.094; SF 13 (1932) 18/19, S. 314. Vgl. Foto der Menschenmasse vor dem Denkmal Wilhelms I., in: StA Koblenz, FA 2/4292 sowie die Bilderbeilage zu SF 13 (1932) 18/19. Vgl. auch den Bericht über die Kundgebung im SK 12 (1934), S. 67 f.

²⁴⁴⁴ Die Zahlenangaben über die Beteiligung schwanken zwischen 7.000 (vgl. Rapport des Comm. Gén. Sarreguemes an die Direction de la Sûreté Générale Paris (12.09.32), in: AN, F⁷ 13.472) bzw. 10–12.000 Personen (Bericht des E.M.A. (12.09.32), in: Archives des S.H.A.T., 7 N/ 2639; Brief des französischen Konsulats Mainz an Außenminister Herriot (12.09.32), in: MAE, Sarre 280) und 25.000 (Vgl. „Die Chronik“ (14.09.32)).

tionalsozialisten in Köln 1926 noch Aufsehen erregte, gehörten die Braunhemden in Koblenz bereits zum Straßenbild:

*„Bei dieser Kundgebung wehte zum ersten Male die Hakenkreuzfahne über einer Saarkundgebung, und auf meine Veranlassung übernahm SA Absperrdienste. Den Vertretern der Partei [...] hatte ich bevorzugte Ehrenplätze angewiesen, worüber die Judenpresse furchtbar empört war.“*²⁴⁴⁵

Auch die französischen Beobachter störten sich eher an der Anwesenheit einer uniformierten Reichwehrkapelle in der entmilitarisierten Zone als an den Nationalsozialisten auf dem Podium²⁴⁴⁶. Ein Indiz die veränderte Rahmenlage war die Tatsache, daß die Dominanz antirepublikanischer Symbole eher beifällig zur Kenntnis genommen wurde, als daß sie wie in den zurückliegenden Jahren Gegenstand erbitterter Auseinandersetzungen gewesen wäre²⁴⁴⁷.

2. Eine weitere Neuerung der Koblenzer Tagung war die reichsweite Übertragung der Kundgebung am Deutschen Eck über den Deutschlandsender²⁴⁴⁸. Seit der Kölner Bundestagung 1926²⁴⁴⁹ war die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zwar alljährlich mit diesem Vorhaben an verschiedene Sender oder den Programmrat der deutschen Rundfunk-Gesellschaften herangetreten, die Versuche scheiterten allerdings trotz prinzipieller Zustimmung der Reichsbehörden²⁴⁵⁰ entweder an konkurrierenden Sendeplänen der Rundfunkanstalten²⁴⁵¹, technischen Schwierigkeiten²⁴⁵² oder wie 1928 daran, daß einige Redner improvisierten und sich nicht an die zuvor eingereichten Texte hielten²⁴⁵³. Dieser Durchbruch dürfte als eine der

²⁴⁴⁵ Vgl. Tätigkeitsbericht Kellners (30.04.37), in: LHA Koblenz, 661, 11/24. Zu der „Judenpresse“ zählte Kellner insbesondere „Die Chronik“ (14.09.32) sowie die „Rheinische Warte“ (13.09.32), die sich in der Tat über die Anmaßung von polizeilichen Befugnissen durch die SA erregte.

²⁴⁴⁶ Vgl. Brief François-Poncets an Außenminister Herriot (14.09.32), in: MAE, Sarre 280. Dank der eindringlichen Bitte Vogels hatte das Reichwehrministerium den Auftritt der Kapelle eines Gießener Infanterieregiments gestattet: Vgl. Brief der GSV an den Reichwehrminister (25.07.32), in: BA-R 8014/89.

²⁴⁴⁷ Nach dem „Secret Renseignement“ des E.M.A vom 19.09.32 (in: Archives des S.H.A.T., 7 N/ 2639) war die Denkmalkulisse mit preußischen und republikanischen Fahnen geschmückt, während sich die Mehrzahl der mitmarschierenden Vereine zu „Schwarz-weiß-rot“ bekannte.

²⁴⁴⁸ Vgl. Schriftwechsel zwischen der GSV und der „Deutschen Welle“, in: BA-R 8014/1032; SF 13 (1932) 18/19, S. 301 f. („Die Stimme der Saar“).

²⁴⁴⁹ Vgl. beispielsweise die Briefe der GSV an die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (02.08.26, in: BA-R 8014/36) und an den Programmrat der deutschen Rundfunk-Gesellschaften (17.06.30, in: BA-R 8014/68). 1926 übertrug die Deutsche Welle 90 Minuten auf dem Königswusterhausener Sender. Die Feststellung DILLERS (Frankfurter Rundfunk, S. 37 und Rundfunkpolitik, S. 239), die Übertragung der Saarkundgebungen sei in den letzten Jahren der Weimarer Republik zur Tradition geworden, trifft also nicht zu.

²⁴⁵⁰ Vgl. Brief des AA an das RMI (16.06.28), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.092

²⁴⁵¹ Vgl. Brief der GSV an John (05.08.26), in: BA-R 8014/36.

²⁴⁵² Vgl. Brief des Programmrates der deutschen Rundfunk-Gesellschaften an die GSV (01.08.27), in: BA-R 8014/45. Entsprechende Anfrage der GSV ebenso an die Berliner Funkstunde AG (15.07.27), in: BA-R 8014/44.

²⁴⁵³ Obwohl ursprünglich alle deutschen Rundfunkgesellschaften von 16–17 Uhr die Übertragung zugesagt hatten, schaltete sich der Kaiserslauterer Sender von der Heidelberger Tagung ab, wohingegen die Westdeutsche Rundfunk AG trotz Bedenken weiter übertrug: Vgl. Brief der GSV an Andres (27.06.28), in: BA-R 8014/55; Brief der Westdeutschen Rundfunk AG an die GSV (13.08.28), in: BA-R 8014/57. Zur Heidelberger Tagung vgl. DILLER: Frankfurter Rundfunk, S. 17. Zum Folgejahr: SF 15 (1934) 16/17, S. 329.



Abb. 41: Die Saarkundgebung am Deutschen Eck in Koblenz 1932

ersten Folgen der Verstaatlichung der deutschen Rundfunkanstalten im Sommer 1932 zu werten sein²⁴⁵⁴.

Die Pause zwischen dem Platzkonzert der Reichswehrkapelle und dem eigentlichen Beginn der Kundgebung überbrückte der Ortsgruppenvorsitzende Kellner durch ein nicht genehmigtes fiktives Zwiegespräch mit dem Rundfunksprecher Werner Knöckel²⁴⁵⁵, dessen propagandistische Wirkung aufgrund der mangelnden rhetorischen Begabung Kellners allerdings nicht sehr hoch eingeschätzt werden dürfte²⁴⁵⁶. Auch die französischen Hörer kommentierten den Zwischenfall wenig beeindruckt²⁴⁵⁷.

Wie eine Panoramaaufnahme der Menschenmasse zeigt²⁴⁵⁸, wurden auch Filmaufnahmen von der Tagung aufgezeichnet, die allerdings keinen Eingang in die Wochenschauen fanden²⁴⁵⁹.

3. Im Gegensatz zu den Massenwallfahrten der beiden folgenden Tagungen am Niederwald und auf dem Ehrenbreitstein hielt sich 1932 die Beteiligung von Besuchern aus dem Saargebiet wie auch schon im Vorjahr in Grenzen²⁴⁶⁰. Dies ist nicht allein ein Indikator für die wirt

²⁴⁵⁴ Vgl. DILLER: Frankfurter Rundfunk, S. 38. Zur Umwandlung der Rundfunkgesellschaften in gemeinnützige Gesellschaften vgl. LERG, S. 438–468.

²⁴⁵⁵ Vgl. „Koblenzer Nationalblatt“ (12./ 13.01.35). Zum Zeitpunkt der Volksabstimmung war Knöckel bereits zum stellvertretenden Intendanten des Frankfurter Reichssenders aufgestiegen.

²⁴⁵⁶ Vgl. „Die Chronik“ (14.09.32).

²⁴⁵⁷ „Pour l'édification des auditeurs de téléphonie sans fil, une sorte de conférence dialoguée, intercalée entre deux intermèdes musicaux, avait au préalable fait connaître l'état de tyrannie [...] et d'oppression auquel la malheureuse population sarroise est actuellement soumise, et, notamment, l'insupportable pression exercée sur les infortunés parents pour les forcer à envoyer leurs enfants aux écoles françaises.“ Bericht des E.M.A. (12.09.32), in: Archives des S.H.A.T., 7 N/ 2639.

²⁴⁵⁸ Vgl. Bilderbeilage zu SF 13 (1932) 18/19.

²⁴⁵⁹ Vgl. auch Brief der GSV an die Ufa, Deutsche Fox-Film AG und Emelka-Tonwoche (23.09.32), in: BA-R 8014/93; Brief der GSV an Posselt (06.10.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6.

²⁴⁶⁰ Vgl. Aktennotiz Voigts (14.09.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 96.094. „Ich weiß nicht, ob es stimmt, daß bei den Saarlandtagungen in Neustadt und in Koblenz der Besuch von ‚echten Saarländern‘ (die im

schaftlichen Schwierigkeiten der Saarländer²⁴⁶¹, sondern zeigt auch, daß das Interesse an den unter der Regie der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ inszenierten Veranstaltungen allmählich nachließ. Waren 1928 noch etwa 5.000 Personen aus dem Saargebiet mit der Bahn nach Heidelberg gefahren²⁴⁶², so besaß selbst ein so symbolträchtiger Ort wie das Denkmal Wilhelms I. am Deutschen Eck mehr nicht die notwendige Attraktivität. Fahngeschmückte Aufmärsche mit patriotischen Reden und Bekenntnissen zum Deutschtum konnten schließlich im Saargebiet einfacher zelebriert werden. Im folgenden Jahr hingegen lockte die Bühne am Niederwald mit ihrem Hauptdarsteller Hitler – nur der Bund der Saarvereine war bis dahin zur Nebenfigur und ihre Bundestagung zur Staffage geworden.

Die französische Seite registrierte die mangelnde Beteiligung aus dem Saargebiet naturgemäß mit großer Befriedigung. So versuchte beispielsweise der Generalstab die Bedeutung der Tagung mit dem ausdrücklichen Hinweis herunterzuspielen, daß die Redebeiträge generell wenig Beifall gefunden hätten²⁴⁶³, um dann festzustellen: „*Une manifestation patriotique de plus - en faveur de la SARRE celle-là - mais sans Sarrois!*“²⁴⁶⁴ Allerdings verstiegen sich französischen Beobachter nicht darauf, die fehlende Präsenz von Saarländern als alleinigen Gradmesser für die Bedeutung der Kundgebung zu werten:

*„Il ne s'agit donc en rien d'une manifestation des populations de la SARRE; mais les discours prononcés au 12^e Congrès de la Fédération des Sociétés Sarroises du Reich, ainsi que la participation des autorités, démontrent nettement l'importance que l'Allemagne attache au retour de la Sarre au Reich et la volonté agissante des organisateurs. On peut donc s'attendre au cours des 2 années qui nous séparent encore du plébiscite (début de 1935) à la plus active propagande.“*²⁴⁶⁵

Saargebiet wohnen) sehr niedrig gewesen sein soll, etwa 200 Personen bei jeder Tagung.“: Brief eines Vertrauensmanns an Binder (18.10.32), in: LA Speyer, H 38/1416-II. Hierbei waren die zahlreichen Kinder vermutlich bereits mitgezählt. Siehe auch Aktennotiz Voigts zur Tagung 1931 (23.07.31), in: PA AA, II a Saargebiet, R 96.093. Zu den Versuchen der GSV, in den Jahren 1925–1927 saarländische Vereine, Verbände, Bergbeamte Bürgermeister und sonstige Persönlichkeiten zum Besuch zu motivieren vgl. SF 6 (1925) 8, S. 129; SF 6 (1925) 9, S. 134; Aufruf der GSV (August 1926), in: BA-R 8014/36.

²⁴⁶¹ Im Jahr 1932 verzeichnete das Saargebiet die höchste Arbeitslosenquote der Völkerbundsjahre: Im Durchschnitt waren 41.439 Personen ohne Arbeit (30,13%): Vgl. SWS 9 (1934), S. 75 f. Aus Rücksicht auf die allgemeine angespannte Lage waren die Veranstaltungen auf einen Tag zusammengestrichen worden, um Übernachtungskosten zu sparen: Vgl. SF 13 (1932) 13, S. 205 f.

²⁴⁶² Vgl. Bericht Rühlmanns für das RMbesGeb (14.07.28), in: BA-R 1601/1698.

²⁴⁶³ Die Mehrzahl der Teilnehmer seien überhaupt nur wegen der Reichswehrkapelle erschienen: Vgl. Secret Renseignement des E.M.A (19.09.32), in: Archives des S.H.A.T., 7 N/ 2639.

²⁴⁶⁴ Vgl. zweiter Secret Renseignement des E.M.A (19.09.32), in: Ebd. Vgl. auch Brief Morizes an Außenminister Herriot (13.09.32), in: MAE, Sarre 280.

²⁴⁶⁵ Vgl. zweiter Secret Renseignement des E.M.A (19.09.32), in: Archives des S.H.A.T., 7 N/ 2639. Auch die saarländische „Chronik“ (14.09.32) konstatierte, daß bei stetiger Abnahme der Chancen für eine Rückgliederung an Deutschland das „*nationale Gebrüll*“ lauter und der „*chauvinistische Saarschwindel*“ größer werde. Man habe in Koblenz „*wieder einmal einen Rückgliederungsradau, veranstaltet von dem berühmtesten faschistischen ‚Saar-Verein‘ des Reiches am sogenannten Deutschen Eck*“ erlebt.

Die Resonanz der Tagung war daher auf französischer Seite größer denn je, auch wenn die Reaktionen der französischen Presse im üblichen Rahmen blieben und sich vor allem auf die Ausführungen Röchlings konzentrierten²⁴⁶⁶.

4. Die im Abstimmungskampf omnipräsente Allegorie der treusorgenden deutschen Mutter, die den heimkehrenden Sohn in ihre Arme schließt und Geborgenheit, Sicherheit und Wärme symbolisiert, war keine Erfindung der Nationalsozialisten. Schon mehrfach war dieses Motiv auf Bundestagungen bemüht²⁴⁶⁷ und im „Saar-Freund“ aufgegriffen worden²⁴⁶⁸, bis Pfarrer Wilhelm schließlich in Koblenz pathetisch verkündete:

*„Siehe, Mutter Germania, am Rhein, an Deutschlands Strom, stehen heute deine treuen Kinder von der Saar. Höre, Mutter Germania, diese Kinder rufen nach dir; sie verlangen nach dir; sie wollen wieder bei dir sein, - aber bedingungslos, restlos, auf immer!“*²⁴⁶⁹

²⁴⁶⁶ Siehe hierzu allgemein Kap. 9. Vgl. den einspaltigen Artikel in „Le Temps“ (13.09.32). Röchling bekannte sich zwar einerseits zur Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich und gestand ein, daß der Saarbevölkerung eine Brückenfunktion zukommen könne, hielt sich aber dann mit Drohungen nicht zurück: *„Aber wenn nicht ein großes Reinemachen auf politischem Gebiete vor sich geht - ein Reinemachen, das das deutsche Volk befriedigt - so wird niemand, kein noch so friedlich gesinnter Staatsmann es verhindern können, daß die Geschichte um ein weiteres Kapitel der blutigen Auseinandersetzungen vermehrt wird.“*: Vgl. SF 13 (1932) 18/19, S. 310 f. Der eigentliche Redner der Saarkundgebung am Deutschen Eck, Pfarrer Wilhelm aus dem saarländischen Wehrden, hatte sich seinen Auftritt im Vorfeld vom Bischöflichen Generalvikariat genehmigen lassen: Vgl. Brief Wilhelms an das Generalvikariat (05.08.32), in: Bistumsarchiv Trier, 85/1985.

²⁴⁶⁷ Unter dem Motto der Bundestagung „Das Saargebiet will heim!“ führte Pfarrer Bungarten in Würzburg aus, daß das Saarproblem einzig und allein durch die Umsetzung der Forderung *„Zurück zum lieben deutschen Vaterland, heim mit dem kranken deutschen Saarkind zur leidgebeugten deutschen Mutter!“* gelöst werden könne: Vgl. SF 8 (1927) 17, S. 309; SF 8 (1927) 17, S. 326. Im darauf folgenden Jahr bedienten sich Andres sowie der Heidelberger Bürgermeister Wielandt des gleichen Bildes: Vgl. SF 9 (1928) 14/15, S. 283.

²⁴⁶⁸ Vgl. SCHOLDT: Die Saarabstimmung 1935, S. 172.

²⁴⁶⁹ Vgl. SF 12 (1931) 18/19, S. 316.

Kapitel 8: „Unbeirrt und unbeeinflußt von parteipolitischen Strömungen“²⁴⁷⁰. Die vermeintliche Objektivität des Bundes der Saarvereine

Kap. 8.1: Die Überparteilichkeit

So sehr die geistigen Strömungen dieser Zeit in den unzähligen Vorträgen und Aufsätzen durchschimmerten, die im Laufe der eineinhalb Jahrzehnte über die Saarfrage gehalten und geschrieben wurden, so sehr die Gedanken der diversen jungkonservativen, völkischen, national-revolutionären und bündischen Kreise²⁴⁷¹ auch den „Saarfreunden“ vertraut waren, so wenig läßt sich bei ihnen auf der Grundlage der überlieferten Quellen eine – über ein prinzipielles Wohlwollen hinausreichende – Affinität zu den Protagonisten in der Berliner Motzstraße erkennen. Vogel war viel zu sehr praktischer Propagandist, als daß er sich intensiver mit derartigen theoretischen Erwägungen auseinandergesetzt hätte. Für ihn fand die Kooperation mit anderen Organisationen, Zirkeln und Institutionen stets unter der Prämisse statt, welchen Nutzen diese für die Saarvereinsarbeit haben konnte. Fiel die Antwort auf diese Frage negativ aus oder überwogen die in Kauf zu nehmenden Nachteile, so zögerte Vogel nicht, selbst Vereinigungen wie dem „Deutschen Schutzbund“ die Zusammenarbeit aufzukündigen²⁴⁷².

Trotz zweifellos nicht nur latent vorhandener nationalistischer Neigungen der Saarvereinsmitglieder, die vereinzelt auch den pervertierten extremen Varianten des „nationalen Patriotismus“²⁴⁷³ anhängen, zeichnete sich entgegen anfänglicher Hypothesen im Laufe dieser Untersuchung ab, daß aus den überlieferten Quellen keine neuen Impulse für die Nationalismusforschung zu erwarten sind. Aus diesem Grund mußte auf eine eingehende Beschäftigung mit dieser Thematik verzichtet werden²⁴⁷⁴.

²⁴⁷⁰ Zitiert nach dem Entwurf eines Rundschreibens der GSV an die Fraktionsvorsitzenden im Preußischen Landtag und Reichstag (27.05.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6: „Unbeirrt und unbeeinflußt von parteipolitischen Strömungen haben wir die Unterstützung unserer vaterländischen Aufklärungsarbeit von allen Parteien genommen, nicht um irgendeiner Partei, sondern um dem Saargebiet zu dienen, erfüllt von der Überzeugung, daß in allen Parteien der Gedanke der Saarbefreiung lebt.“ Hervorhebung im Original.

²⁴⁷¹ Zu dieser Kategorisierung vgl. MOHLER, S. 130–165.

²⁴⁷² Siehe hierzu die Ausführungen in Kap. 3.4.

²⁴⁷³ Eric J. HOBBSAWM: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, München 1998, S. 59.

²⁴⁷⁴ Zur aktuellen Diskussion vgl. Dieter LANGEWIESCHE: Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: NPL 40 (1995), S. 190–236.

Auf der schmalen Gratlinie zwischen Patriotismus, Nationalismus²⁴⁷⁵, Revanchismus und Konservativismus²⁴⁷⁶ erhob Vogel stets für den Bund der Saarvereine das Postulat der parteipolitischen, konfessionellen und gesellschaftlich-sozialen Objektivität²⁴⁷⁷. Doch so er in den Jahren bis zur nationalsozialistischen „Machtergreifung“ bemüht war, nach außen diese Unvoreingenommenheit zu demonstrieren²⁴⁷⁸, so sehr lassen seine regelmäßigen Beteuerungen, überparteilich und gegenüber keiner gesellschaftlichen Gruppierung verpflichtet zu sein, Zweifel an dieser Haltung aufkommen. Zum einen fanden sie seitens der Ortsgruppen nicht die gebührende Beachtung, da Vertreter der Berliner Geschäftsstelle bei Besuchen in der Provinz mehrfach auf die Einhaltung der Prinzipien pochten und sie in internen Ortsgruppenversammlungen thematisierten²⁴⁷⁹. Zum anderen sah sich der Verein von dritter Seite immer wieder mit den Vorwürfen fehlender Ausgewogenheit, nationalistischer Hetze und kaum verhohlener Rechtslastigkeit konfrontiert, worauf schon alleine die zahlreichen Rechtfertigungsversuche in Publikationen und sonstigem Propagandamaterial hindeuten:

*„Zur Durchführung unserer Aufgaben [...] sind] parteipolitische und konfessionelle Gesichtspunkte [...] restlos auszuschalten; es ist vielmehr danach zu streben, daß alle politischen Parteien für diese gemeinsame Arbeit interessiert und gewonnen werden. Unsere Arbeit gilt der gesamten Saarbevölkerung ohne Unterschied der Partei und der Konfession, dementsprechend muß diese Arbeit losgelöst sein von irgendwelchen parteipolitischen Erwägungen, Standes- oder sozialen Gesichtspunkten.“*²⁴⁸⁰

²⁴⁷⁵ Nationalismus ist hier im Sinne Otto DANNs (Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990, München 1993, S. 17) zu verstehen: „[...] ein politisches Verhalten, das nicht von der Überzeugung einer Gleichwertigkeit aller Menschen und Nationen getragen ist, das fremde Völker und Nationen als minderwertig einschätzt und behandelt. Nationalismus tritt auf als Ideologie, als soziale Verhaltensweise und seit den 1880er Jahren auch als eine organisierte politische Bewegung.“ Zu den verschiedenen Spielarten des Nationalismus während der Weimarer Republik: Vgl. ebd., S. 268–272; Hans MOMMSEN: Nationalismus in der Weimarer Republik, in: Otto DANN (Hrsg.): Die deutsche Nation. Geschichte - Probleme - Perspektiven, Vierow 1994, S. 83–95.

²⁴⁷⁶ Vgl. hierzu: Stefan BREUER: Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt 1995; Raimund VON DEM BUSSCHE: Konservativismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen, Heidelberg 1998; Axel SCHILDT: Konservativismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998, S. 131–181.

²⁴⁷⁷ Beispielsweise sei es Aufgabe des Bundes, so Vogel in seinem Vortrag auf der Bielefelder Gründungsversammlung, im Bereich der politischen Propaganda „Einigkeit und Einheit aller Parteien [sowie einen] Burgfrieden“ herzustellen: Vgl. Vortrag Vogels „Der Zweck und die Aufgaben des Bundes Saar-Verein“ (10.10.20), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1.

²⁴⁷⁸ Für eine Saarkundgebung ermahnte er einen Vertrauten ausdrücklich, keine Parteiagitator zu betreiben: Vgl. Brief der GSV an Studienrat Dr. Maurer (12.03.20), in: BA-R 8014/211.

²⁴⁷⁹ Vgl. beispielsweise die Veranstaltungen am 28.11.25 in Herne (SF 6 (1925) 24, S. 415), am 15.11.26 in Osnabrück (SF 7 (1926) 23, S. 427 f.), in Gladbeck (SF 9 (1928) 9, S. 145), am 03.02.28 in Darmstadt (SF 9 (1928) 4, S. 61 f.) oder am 01.12.29 in Duisburg (SF 10 (1929) 24, S. 523 f.).

²⁴⁸⁰ VOGEL: Die Aufgaben des Bundes „Saar-Verein“, S. 5. Vgl. auch das Protokoll der Vorstandssitzung des Bundes vom 02.04.22 (04.04.22), in: BA-R 8014/21 sowie die Begrüßung der 1.200 Saarsänger in Heidelberg, in: SF 9 (1928) 14/15, S. 267. Wenn Ollmert rückblickend auf die Bundestagung 1925 betonte, „daß der Saar-Verein kein Tummelplatz für parteipolitische oder nationalistische Neigungen sein“ (SF 6 (1925) 14, S. 225) dürfe, so zeigt dies, daß es entsprechende Kräfte gab oder der Bund zumindest in der Öffentlichkeit so wahrgenommen wurde.

Im folgenden wird es darum gehen, anhand ausgewählter Problemfelder die Überparteilichkeit des Bundes der Saarvereine und ihrer Protagonisten kritisch zu hinterfragen und den selbst erhobenen Anspruch mit der Realität zu konfrontieren.

Nach offizieller Lesart des Bundes war die Saarfrage eine nationale Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes, die nicht in die Niederungen parteipolitischer Querelen absinken durfte. Hierdurch wurde das Problem der staatsrechtlichen Zugehörigkeit des Mandatslandes in moralischen Kategorien gehandelt und weitestgehend entpolitisiert, was sich unter anderem darin äußerte, daß die „Saar-Freunde“ versuchten, in Erinnerung an die Burgfriedensphase während des Weltkrieges eine überparteiliche Einheitsfront²⁴⁸¹ aller zur Mitarbeit entschlossenen Kräfte aufzubauen. Diese sollte so lange Bestand haben, bis die Rückgliederung des Saargebiets an das Deutsche Reich vollzogen sein würde.

Die Auswertung der Korrespondenz zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und den politischen Parteien ergibt zwar den eindeutigen Befund, daß die Kontakte zum bürgerlich-konservativen Lager weit überwogen²⁴⁸² und es war sicher kein Zufall, daß die deutschnationalen, rechtsliberalen und konservativen Parteivertreter größeres Interesse für die Kooperation mit dem Bund der Saarvereine als ihre sozialdemokratischen oder gar kommunistischen Kollegen aufbrachten, doch muß dies nicht zwangsweise als Indiz für eine einseitige Orientierung der Saarorganisation gewertet werden²⁴⁸³. Gerade in der Übergangsphase 1919/20 suchte Vogel den Kontakt zu den Linksparteien. Dabei machte er allerdings gegenüber seinen Vertrauensleuten keinen Hehl, daß die Überparteilichkeit der Saarvereine nicht seiner inneren Überzeugung entsprang, sondern notwendige Konzession an den Zeitgeist respektive die Erwartungen der Berliner Ministerien war. Schließlich müsse man der Tatsache ins Auge sehen, daß die saarlän-

²⁴⁸¹ Zu diesem partei-, klassen- und konfessionsübergreifenden Volksgemeinschaftskonstrukt siehe unten, S. 521 ff. Vgl. hierzu: JEISMANN, S. 312 ff.

²⁴⁸² Vgl. BA-R 8014/695–698. Unter den Berichten über Parteitage saarländischer Parteien und Bezirksversammlungen saarländischer Gewerkschaften finden sich außerdem im SF deutlich weniger Meldungen über Versammlungen der SPD und der freien Gewerkschaften: Vgl. beispielsweise SF 5 (1924) 12, S. 183; SF 5 (1924) 15, S. 226; SF 5 (1924) 19, S. 293; SF 8 (1927) 12, S. 193 ff.

²⁴⁸³ Ein stichhaltigeres Indiz in diese Richtung sind die Themen, die nicht im SF zur Sprache gebracht wurden, beispielsweise wenn das Bundesorgan auf Berichte über Veranstaltungen zum 1. Mai an der Saar verzichtete. Im zwölften Jahr der Republik enthielt es sich einer positiven Stellungnahme zur gegenwärtigen Staatsform und stellte in einem Artikel über die Verfassungsfeiern im Saargebiet 1931 lediglich fest, daß die Feiern ein „*Bekennnis des reinen unverfälschten Deutschtums der Saarbevölkerung*“ seien: Vgl. SF 12 (1931) 17, S. 293. Schon 1923 wurde die GSV von der Reichsregierung aufgefordert, anlässlich des Verfassungstages weniger die Staatsform als das Gedenken an die abgetrennten und besetzten Gebiete in den Vordergrund zu stellen. „*Aus diesem Grunde bitten wir, etwa bestehende parteipolitische Bedenken zurückzudrängen und den Gedanken der landsmannschaftlichen Treue zum entscheidenden Gesichtspunkte der Feier machen zu wollen.*“: Vgl. Brief der GSV an den Reichskunstwart (26.07.23), in: BA-R 8014/671. Vgl. hierzu allgemein: Klaus REIMUS: „Das Reich muß uns doch bleiben!“ Die nationale Rechte, in: LEHNERT/MEGERLE (Hrsg.), S. 231–253, hier: S. 243–246.

dische Arbeiterschaft nach vier Kriegsjahren zwar fest im deutschen Lager stünde²⁴⁸⁴, aber „heute auch zum großen Teil ins sozialdemokratische Fahrwasser übergegangen“ sei²⁴⁸⁵.

Ohne Umschweife gaben die Mitarbeiter der Bundesorganisation zu, daß die Überparteilichkeit dort an ihre Grenzen stoße, wo sich frankophile oder gar separatistische Strömungen breit machten. „Seine Grundlage [des Bundes – F.B.] ist die nationale und wird es bleiben.“²⁴⁸⁶ Infolgedessen wurden konsequent alle Kontakte zu den Kommunisten und – nach einer einmaligen Aufforderung zur Kooperation – ebenso zu den Unabhängigen Sozialdemokraten²⁴⁸⁷ gemieden. Sofern der „Saar-Freund“ überhaupt parteiinterne Angelegenheiten zur Sprache brachte, stigmatisierte er die politische Linke als „Schrittmacher des französischen Militarismus“²⁴⁸⁸, die durch ihre Handlangerdienste für die Feinde Deutschlands Landesverrat beginge²⁴⁸⁹. Schon sehr früh erfolgte der Ausschluß aus der nationalen „Volksgemeinschaft“: Da KPD und USPD im Gegensatz zu den anderen politischen Parteien des Saargebiets für die Einführung des Francs als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel plädierten und ebenso die profranzösische Schulpolitik unterstützten, widerlegten sie die Behauptung, die gesamte Saarbevölkerung befände sich in genereller Opposition zu den Maßnahmen der Regierungskommission. Als sich die „bedeutungslose[n] Kommunisten und Unabhängige[n]“²⁴⁹⁰ im Herbst 1921 dazu verstiegen, die erste saarländische Delegation nach Genf zu torpedieren, weil sie von Vertretern der saarländischen Wirtschaft und Industrie dominiert wurde und wenige Wochen darauf eine eigene Denkschrift an den Völkerbund verfaßten, erfolgte der endgültige Bruch: In einem Vortrag vor der Berliner Ortsgruppe erklärte Vogel, die Linksparteien seien fortan nicht mehr als deutsche Brüder anzusehen²⁴⁹¹. Es überrascht daher kaum, daß die RVP in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“

²⁴⁸⁴ Vgl. Bericht Vogels aus dem Saargebiet (September 1919), in: BA-R 8014/141.

²⁴⁸⁵ Er allerdings glaube fest an die politische „Gesundheit“ der Bergleute: Vgl. Brief der GSV an Hilger (29.09.19), in: BA-R 8014/9. Dem preußischen Beamten Vogel fiel es sichtlich schwer, aus seiner bisherigen Rolle zu schlüpfen und die Arbeiterschaft als gleichberechtigten Gesprächspartner zu akzeptieren. So klagte er gegenüber Dr. Maurer (29.10.19, in: BA-R 8014/141): „Es wäre zu wünschen gewesen, die Arbeitervertreter hätten mehr Kraft und Willen gezeigt, um sich von den Gesichtspunkten aus leiten zu lassen, die ich ihnen hundertmal auseinandergesetzt habe.“

²⁴⁸⁶ SF 7 (1926) 11, S. 167.

²⁴⁸⁷ Die zweitstärkste Fraktion im Reichstag wurde neben den anderen großen Parteien im Februar 1921 noch aufgefordert, für die Bundestagung in Kassel einen Redner zu entsenden. Mit ihrer Absage trug die USPD im Prinzip selbst dazu bei, daß die Versammlung eine relativ einseitige Ausrichtung erhielt: Vgl. Brief der GSV an die Fraktionen von USPD, SPD, Zentrum, DDP, DVP und DNVP (15.02.21), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1; Absage der USPD-Fraktion an die GSV (10.03.21), in: BA-R 8014/695. Das Einschwenken der saarländischen USPD auf Moskauer Kurs im Herbst 1920 mit der daraus resultierenden Stärkung der im Vorjahr gegründeten saarländischen Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde im SF kritisch kommentiert: Vgl. SF 1 (1920) 21, S. 211.

²⁴⁸⁸ SF 2 (1921) 13, S. 171.

²⁴⁸⁹ Vgl. SF 1 (1920) 23, S. 235; SF 2 (1921) 7, S. 85; SF 2 (1921) 21, S. 304 f.

²⁴⁹⁰ SF 3 (1922) 4, S. 61.

²⁴⁹¹ Vgl. Vortrag Vogels (27.10.21), in: SF 2 (1921) 22, S. 327 f. Wenn fortan von „allen Parteien“ die Rede war, mit denen die GSV kooperieren wolle und denen sie ihr Propagandamaterial zukommen ließ, so hieß das in ihrem Sprachgebrauch, daß die Schreiben den verschiedenen Fraktionen der SPD, des Zentrums, der DDP,

einen bereitwilligen Kooperationspartner zur Schaffung eines deutsch orientierten saarländischen Kriegsbeschädigtenverbandes als Gegenstück zum kommunistisch ausgerichteten „Einheitsverband der Kriegsoffer des Saargebietes“ vermutete²⁴⁹². Die Ausgrenzung der „*moskauwitschen Lumpen*“²⁴⁹³ zeigte sich in den folgenden Jahren unter anderem daran, daß diese weder in die Planungen zur Wiederbelebung des interfraktionellen Saarausschusses eingebunden, noch ihre parlamentarische Präsenz überhaupt zur Kenntnis genommen wurde²⁴⁹⁴.

Wie das bereits erwähnte Rundschreiben zur Bundestagung in Kassel zeigt, war die Geschäftsstelle bemüht, in größeren Vortragsveranstaltungen eine Parität der Parteien herzustellen. Die Umsetzung dieses Prinzips bereitete mitunter beträchtliche Schwierigkeiten, insbesondere was die Bereitschaft von Sozialdemokraten zur Mitarbeit in der Saarvereinsbewegung anging. Doch wenn schon nicht die extreme politische Linke vor den Propagandakarren der Geschäftsstelle gespannt werden konnte, mußten die Gemäßigten umso mehr bei der Stange gehalten werden, ließ sich doch nur so das Einheitsfrontidyll aufrechterhalten.

An entsprechenden Appellen mangelte es gerade in den ersten Jahren nicht²⁴⁹⁵. Stets wurde die Saarbevölkerung dem restlichen Deutschland als leuchtendes Beispiel präsentiert, da sie die – aus nationaler Sicht – sinnlosen Parteikämpfe überwunden und mit dem Ziel, das Saargebiet dem Deutschen Reich zu bewahren, eine Art Burgfrieden geschlossen habe:

*„Ja, nur jetzt weg mit den vielköpfigen Meinungen, dafür eine feste Einheitsfront nach innen und außen, Manneswürde und unerschütterliches Selbstvertrauen; denn wir allein müssen und können uns am besten helfen. Nur so können wir wieder das werden, was wir waren: Ein ,Deutschland hoch in Ehren!‘“*²⁴⁹⁶

der DVP, der DNVP sowie deren Nachfolge- und Splitterparteien zuzugingen. Erste routinemäßige Kontakte zur NSDAP ergaben sich erst nach deren Wahlerfolg 1930.

²⁴⁹² Vgl. Rundschreiben der RVP (06.09.23), in: BA-R 8014/782.

²⁴⁹³ Brief Vogels an Kellner (20.09.32), in: BA-R 8014/89. In die Berliner Zeitschrift „Fridericus“ war ein Flugblatt eingelegt, das angeblich aus französischen Mitteln bezahlt worden sei und gegen Reichsregierung und Bund der Saarvereine gehetzt habe. Die Zeitschrift wurde während der Saarkundgebung am Deutschen Eck 1932 verteilt: Vgl. SF 13 (1932) 18/19, S. 320.

²⁴⁹⁴ Vgl. Rundschreiben der GSV an die Landesratsfraktionen (24.03.32), in: BA-R 8014/697; Rundschreiben der GSV an die Fraktionen des Reichstages und der Landtage (14.06.32 und 23.11.32), in: BA-R 8014/698. 1926 forderte Vogel sogar die Reichsregierung auf, auf eine Verschiebung der saarländischen Landesratswahlen hinzuwirken, da eine Stärkung der Kommunisten zu befürchten sei. Das AA erteilte diesem nicht zu realisierenden Anliegen umgehend eine Absage: Vgl. Brief der GSV an das AA (23.11.26) und Antwortschreiben (25.11.26), in: BA-R 8014/678.

²⁴⁹⁵ Vgl. SF 2 (1921) 4, S. 40; SF 2 (1921) 7, S. 83; SF 2 (1921) 7, S. 90 f.; SF 3 (1922) 1, S. 2; SF 4 (1923) 20, S. 261 („Ist da nicht jeder einzelne Volksgenosse verpflichtet, sich in die Reihe der Kämpfer einzureihen, um die Einheitsfront gegen den unerbitterlichen Feind herzustellen? [...] Also eine Einheitsfront von der sozialdemokratischen bis zur deutschnationalen Volkspartei! Feuerdisziplin!“); SF 4 (1923) 22, S. 279; SF 5 (1924) 1, S. 11; SF 5 (1924) 9, S. 125. Der Aufbau der Einheitsfront zählte zu den zentralen politischen Aufgaben, die sich die GSV in ihrer Denkschrift vom 01.04.20 (in: BA-R 8014/2) selbst stellte. Siehe den Text der Kasseler Entschließung (03.04.21), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1 (Dok. 16 im Anhang).

²⁴⁹⁶ SF 2 (1921) 11, S. 145. Vgl. ebenso: SF 7 (1926) 6, S. 86 f. Der Zusammenschluß der „Liberalen Volkspartei des Saargebiets“ und der „Deutsch-Demokratischen Partei“ zur „Deutsch-Saarländischen Volkspartei“ Anfang 1924 wurde als Schritt in die richtige Richtung gewertet, da er dazu beitrug, die anstehende Entscheidung beim Plebiszit auf die Optionen „pro Deutschland“ oder „pro Frankreich“ zu reduzieren.

Alle rückgliederungswilligen Parteien sollten sich in diese Einheitsfront einreihen; das Ausscheren der Sozialdemokraten galt als kontraproduktiv für die nationale Sache²⁴⁹⁷. Überdeutlich zeigte sich dies im Herbst 1924: Während die politische Verantwortung für die mehrwöchige Betriebsstilllegung der Völklinger Hütte²⁴⁹⁸ zu gleichen Teilen der Regierungskommission wegen der Einführung des Francs sowie der französischen Grubendirektion wegen deren überhöhter Kohlenpreise zugeschoben wurde, galt Röchlings Entschluß, 7.000 Arbeiter fast zwei Monate auszusperrern, als heroischer Akt. Für die Aufkündigung der überparteilichen Einheitsfront durch die saarländische SPD hatte der „Saar-Freund“ nur Bedauern übrig. Protest gegen die Abschaffung des Achtstundentages und die 25%ige Lohnkürzung sei aus wirtschaftlichen Erwägungen vielleicht nachvollziehbar, nationalpolitisch sei er nicht zu verantworten. Anstatt mit Röchling einen seiner wichtigen Förderer zu kritisieren²⁴⁹⁹, kochte der Saarverein das alte Vorurteile der mangelnden nationalen Zuverlässigkeit im linken Lager auf und wies ihr damit die Schuld am Zerbrechen der Einheitsfront zu²⁵⁰⁰.

Lange bevor die Nationalsozialisten die „Volksgemeinschaft“ vermeintlich in die Tat umsetzten²⁵⁰¹, wurde diese schon im „Saar-Freund“ beschworen:

„Durch Geburt und Abstammung, durch die Sprache, die wir reden, gehören wir mit den Volksgenossen zusammen zu einer Volksgemeinschaft, die ihr Eigenleben, ihre eigene Seele, ihren eigenen Stolz hat, gerade so gut wie der Einzelne in ihr.“²⁵⁰²

Durch die harten Erfahrungen „völkische[r] Not“, in welcher sich alle Deutschen zusammengefunden hätten²⁵⁰³, sei die Gemeinschaft in den westlichen Grenzgebieten spätestens nach dem Ruhrkampf Wirklichkeit geworden. Als „Hort der deutschen Einheit“ sollte fortan vom Rhein

²⁴⁹⁷ Vgl. SF 5 (1924) 1, S. 7 ff. und S. 11; SF 6 (1925) 2, S. 17 f.

²⁴⁹⁸ Zwar konnte Röchling hierdurch eine Änderung der Kohlenpolitik der Administration des Mines Domaniales erzwingen, doch verschlechterte sein Vorgehen das Klima zwischen Betriebsführung und Belegschaft. Die Wiederaufnahme erfolgte am 03.11.24 auf Intervention des AA: Vgl. hierzu LA Saarbrücken, Saar-Verein 16 sowie Hubert KESTERNICH: „Stehe jeder auf seinem Posten“. Die siebenwöchige Aussperrung der Völklinger Hüttenarbeiter im Jahre 1924, in: Arbeitnehmer 42 (1994) 9, S. 341 f.; RÖCHLING: Wir halten die Saar!, S. 116–119; SEIBOLD, S. 185.

²⁴⁹⁹ Röchling erhielt Ende Oktober 1924 sogar vor der Berliner Ortsgruppe und anschließend im SF ein Forum, die Betriebsstilllegung zu rechtfertigen: Vgl. SF 5 (1924) 20, S. 301 f. Die unternehmerfreundliche Haltung des SF zeichnete sich auch anderenorts ab: Vgl. SF 8 (1927) 1, S. 9 f. Anfang der Dreißiger legte Röchling sein Konzept zur Behebung der Krisensymptome dar: Einschränkung des Konsums, Zunftzwang und Abbau zu hoher Beiträge bei Genossenschaften und Sozialversicherungen gehörten ebenso zu seiner Lösungsstrategie wie umfassende Zollunionen in Europa oder die Umsiedlung arbeitsloser Industriearbeiter in landwirtschaftliche Betriebe: Vgl. SF 12 (1931) 13/14, S. 203–206; SF 12 (1931) 22, S. 370 f.

²⁵⁰⁰ Vgl. SF 5 (1924) 14, S. 226 f.; SF 5 (1924) 15, S. 227; SF 5 (1924) 16, S. 237 f.; SF 5 (1924) 21, S. 328. Die GSV behauptete selbst, „unparteiisch vom politischen Standpunkte“ aus berichtet zu haben: Vgl. Geschäftsbericht der GSV (24.10.24), in: BA-R 8014/7. Gleichzeitig sprach sie der Arbeiterschaft mehr oder weniger die Fähigkeit ab, die politische Dimension der aktuellen Lage im Saargebiet überblicken zu können: Vgl. SF 5 (1924) 18, S. 269 ff.

²⁵⁰¹ Vgl. Heinrich August WINKLER: Vom Mythos der Volksgemeinschaft, in: AfS 17 (1977), S. 484–490.

²⁵⁰² SF 1 (1920) 3, S. 9. Die Bundestagung in Hannover wurde nachträglich unter das Motto „Volksgemeinschaft der Tat“ gestellt: Vgl. Pressemeldung (15.06.25), in: BA-R 8014/27.

²⁵⁰³ SF 3 (1922) 2, S. 25.

der Impuls ausgehen, daß für Konfessionshader, Parteiengezänk und Klassenkampf kein Raum mehr sei²⁵⁰⁴. Nach Ansicht Vogels habe die überparteilich ausgerichtete Organisation des Bundes einen entscheidenden Beitrag zur Realisierung der – im republikanischen Lager ebenfalls populären²⁵⁰⁵ – Volksgemeinschaft geleistet, da sie die Menschen einander näher gebracht habe:

„Man lerne den politisch, wirtschaftlich und weltanschaulich Andersdenkenden persönlich kennen und durchweg auch achten, sehe nicht nur das Trennende, sondern auch das gemeinschaftlich Verbindende und erkenne die eigentliche Selbstverständlichkeit, aber das bei uns Deutschen doch verhältnismäßig Seltene, daß auch der Andersdenkende ein sehr anständiger Mensch sein könne und sei, und gewöhne sich allmählich daran, auch dem politischen Gegner die Achtung entgegenzubringen, die man für sich und seine eigene Überzeugung erwarte. Diese ehrliche Zusammenarbeit habe besonders im Bund der Saar-Vereine zu einer Abschwächung und Überbrückung der Gegensätze geführt. Die nicht zuletzt in der Liebe zur gemeinsamen Heimat wurzelnde Tätigkeit des Bundes und das Zusammenwirken von Menschen verschiedener Richtungen in der Saarfrage dränge sozusagen ganz von selber den Gedanken der Volksgemeinschaft in den Vordergrund, lasse die Not- und Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen [...] deutlich fühlbar werden und trage so zu einer Stärkung des gesunden und notwendigen Nationalbewußtseins bei, ohne in Chauvinismus zu verfallen. Vor ihm bewahrt gerade die Arbeit in der Saar-Vereinsbewegung, die ja in steter und enger Fühlungnahme mit den führenden Leuten im Saargebiet erfolgt, die ihrerseits durch den vielfachen Verkehr, den die mit den führenden Männern der verschiedensten Nationen zu pflegen haben, sicherlich viel stärker als viele andere längst erkannt haben, daß echtes Nationalgefühl nichts zu tun hat mit nationalistischer Überheblichkeit.“²⁵⁰⁶

Mit ihren Versuchen, eine am Ideal der Volksgemeinschaft ausgerichtete Einheitsbewegung zu konstruieren, griff der Bund der Saarvereine der späteren „Deutschen Front“ vor. Wie wenige Monaten nach ihm der „Saarbevollmächtigte der Reichsregierung“ (Bürckel) reduzierte Posselt schon Anfang 1932 die Entscheidung über das künftige Schicksal der Saar auf die einfache Formel, daß letzten Endes

„alles deutsch [sei], was an der Saar lebt, arbeitet und vorwärts strebt. Und alles was deutsch ist, will heim zum Reich. Das allein muß ausschlaggebend sein für die politischen Auseinandersetzungen.“²⁵⁰⁷

²⁵⁰⁴ Vgl. Aufruf, in: SF 5 (1924) 6, S. 82. „Nationale Volkssolidarität“ sei „über die internationale Klassensolidarität“ zu stellen: SF 5 (1924) 21, S. 325.

²⁵⁰⁵ Vgl. Kurt SONTHEIMER: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München ³1992, S. 250 ff.

²⁵⁰⁶ Gerade im bevorstehenden Wahlkampf sehne sich das deutsche Volk nach einer „parteilosen Sphäre“: SF 9 (1928) 9, S. 135. Vgl. ebenso Tätigkeitsbericht ... über das Geschäftsjahr 1927, S. 11; Jahresbericht 1931, S. 12 f.; Jahres-Bericht 1932, S. 11 f. sowie SF 13 (1932) 18/19, S. 303.

²⁵⁰⁷ SF 13 (1932) 1, S. 4. Dreieinhalb Jahre zuvor warb bereits ein Gedicht von Helene Triem für die Einheitsfront: „Wir wollen nichts andres als Deutsche sein, an der deutschen Saar, - an dem deutschen Rhein! Zuerst das Vaterland, - wie es auch sei! - Und dann wir selbst. - Und erst dann die Partei. [...]“: SF 9 (1928) 17, S. 322. Siehe auch die Ausführungen von Andres auf der Saarbrücker Schlußtagung, in: SF 15/16 (1934/35) 31, S. 686.

Das Verhältnis zwischen dem Bund der Saarvereine und der Sozialdemokratie war dadurch geprägt, eine Normalität nach außen zu demonstrieren, die hinter den Kulissen kaum vorhanden war. Die Art und Weise, wie der „Saar-Freund“ Äußerungen saarländischer Sozialdemokraten wiedergab, zeigt, daß einerseits die Leserschaft von ihren Vorurteilen befreit werden mußte, andererseits aber auch die „nationale Zuverlässigkeit“ der SPD innerhalb der Redaktion in Zweifel gezogen wurde. Um aber dem Anspruch der in den Satzungen verbrieften Überparteilichkeit gerecht zu werden, mußte er die linke Arbeiterschaft gewinnen²⁵⁰⁸. Die „Volksstimme“, das Organ der Saar-SPD, war sich solange wohlwollender Kommentare sicher, wie sie die Positionen des „Saar-Freund“ einnahm²⁵⁰⁹. Ihre beiden im September 1922 ausgewiesenen Redakteure Bernhard Rausch und Kurt Lehmann²⁵¹⁰ erhielten vor der Berliner Ortsgruppe die Gelegenheit, über den „*Despotismus an der Saar*“ zu berichten²⁵¹¹. Derartige Auftritte von Sozialdemokraten auf Veranstaltungen des Bundes stellten zwar keinen Einzelfall dar, doch müssen sie als etwas besonderes empfunden worden sein, da der „Saar-Freund“ explizit auf die Parteizugehörigkeit hinwies, worauf er bei Rednern anderer Parteien verzichtete²⁵¹². Ebenso wie der Bund der Saarvereine bemüht war, seine Überparteilichkeit durch Redner der SPD unter Beweis zu stellen, sahen sich deren Delegierte in der Pflicht, die nationale Zuverlässigkeit ihrer Partei hervorzuheben²⁵¹³. Auf diese Weise trugen die sozialdemokratischen Referenten in Kassel und Dortmund entscheidend zum einseitigen, nationalistisch gefärbten Charakter der Veranstaltungen bei.

Reichspräsident Ebert blieb von unterschwelliger Kritik an der Sozialdemokratie ausgenommen; der ansonsten militärhörige Vogel bezog sogar Stellung gegen einen Hauptmann, als dieser die

²⁵⁰⁸ Vgl. SF 1 (1920) 5/6, S. 26; SF 1 (1920) 20, S. 200 f. („den saarländischen Sozialdemokraten sei die loyale Erfüllung ihrer internationalen Pflicht nur im Rahmen des Deutschtums, deutscher Sitte, und Gebräuche, Deutscher Sprache und Gesetze möglich“); SF 1 (1920) 23, S. 233 ff.; SF 2 (1921) 19, S. 275 f.; SF 3 (1922) 2, S. 31; SF 3 (1922) 3, S. 33–37. Insbesondere im Jahr 1922 wandte sich der SF auffallend oft der Sozialdemokratie zu.

²⁵⁰⁹ „Die sozialdemokratische ‚Volksstimme‘ in Saarbrücken hat in vorbildlicher Weise den Kampf gegen die Französisierungsbestrebungen im Saargebiet und gegen die völlige politische, parlamentarische und wirtschaftliche Entrechtung der Bevölkerung durch die Saarregierung geführt.“: SF 3 (1922) 19, S. 278. Vgl. auch SF 1 (1920) 23, S. 234; SF 2 (1921) 4, S. 40; SF 2 (1921) 5, S. 51 f.; SF 2 (1921) 8, S. 103; SF 2 (1921) 9, S. 115 ff.; SF 2 (1921) 10, S. 128–131; SF 2 (1921) 11, S. 142; SF 2 (1921) 16, S. 224; SF 2 (1921) 17, S. 235; SF 2 (1921) 18, S. 257; SF 3 (1922) 20, S. 306; SF 2 (1921) 22, S. 322; SF 2 (1921) 23, S. 335. Vgl. weitere Belegstellen für die „konforme“ Haltung der „Volksstimme“ bei Eugen WAGNER, S. 88–93.

²⁵¹⁰ Lehmann war nach seiner Ausweisung sogar kurze Zeit in der GSV tätig, bevor er zur RfH wechselte. Vogel stellte ihm am 24.11.22 ein Empfehlungsschreiben aus, in: BA-R 8014/11-1. Rausch wertete den preußischen Militarismus im Vergleich mit dem derzeitigen Regime an der Saar als „humane, moderne Demokratie“: SF 3 (1922) 23, S. 328.

²⁵¹¹ Vgl. SF 3 (1922) 20, S. 295 f.

²⁵¹² Vgl. SF 2 (1921) 23, S. 343 f.

²⁵¹³ Vgl. Redebeitrag Hauschildts (03.04.21), in: SF 2 (1921) 8, S. 97; Redebeitrag Bäumgens (07.05.22) im Rundschreiben an 285 Zeitungsredaktionen (08.05.22), in: BA-R 8014/21.

Mitarbeit in einem Verein aufkündigte, der mit dem einstigen Sattler in Verbindung stehe²⁵¹⁴ und wies mehrfach Vorwürfe zurück, die sich an den vereinzelt Kontakten zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und Ebert fest gemacht hatten²⁵¹⁵. Anlässlich Eberts Tod schmückte sich der Verein mit den gewährten Audienzen und Grußtelegrammen zu den Bundestagungen, während der „Saar-Freund“ der Tätigkeit des ersten Präsidenten der Republik in den zurückliegenden Jahren kaum Beachtung geschenkt hatte²⁵¹⁶.

Einigen wenigen Vertretern des rechten Flügels der SPD, wie beispielsweise dem Barmener Ortsgruppenvorsitzenden Karl Rau, dessen aufrechte und ehrliche Offiziersgesinnung Vogels eigenen Erfahrungshorizont widerspiegelte²⁵¹⁷, brachte der Herzensmonarchist durchaus Sympathie entgegen. Als Rau im Herbst 1921 von sich aus anbot, den Vorsitz niederzulegen, um potentielle Interessenten nicht vom Beitritt abzuhalten, wurde er von Vogel ausdrücklich ermutigt, sein Amt weiterzuführen²⁵¹⁸. Zu Valentin Schäfer, dem saarländischen Parteivorsitzenden bis 1928, pflegte Vogel sogar ein freundschaftliches Verhältnis²⁵¹⁹. Schäfers aktive Mitarbeit in verschiedenen Gremien der Geschäftsstelle, seine pragmatische Kooperationsbereitschaft mit den anderen großen saarländischen Parteien und der nationale Kurs, den die Saar-SPD unter seiner Führung einschlug, brachten ihm die Anerkennung der Königgrätzer Straße ein. Die Nominierung des einstigen Sekretärs des Bauarbeiterverbandes zur preußischen Landtagswahl 1921 kommentiert der „Saar-Freund“ daher durchweg positiv:

*„Überhaupt hat, die Gerechtigkeit fordert dies Anerkenntnis, gerade die Sozialdemokratie des besetzten Gebietes in nationaler Hinsicht eine hervorragende Instinktsicherheit und Zuverlässigkeit gezeigt, und es ist nur zu wünschen, daß die bürgerlichen Parteien sich hierin nicht von ihr beschämen lassen.“*²⁵²⁰

²⁵¹⁴ „Ich [Vogel – F.B.] halte es als national empfindender Mann für meine Pflicht, in erster Linie das Vaterland über alles zu stellen, nach dessen Rettung erst die weiteren Fragen erörtert werden können. Wenn jeder Deutsche so denken würde, so hätten wir die innere Einigkeit, ohne die wir unser Vaterland zu retten niemals in der Lage sein werden.“: Brief der GSV an Hauptmann Wackerzapp (05.08.24), in: BA-R 8014/219.

²⁵¹⁵ Vgl. Tätigkeitsbericht Vogels auf der Mitgliederversammlung der Berliner Ortsgruppe (24.03.25), in: LA Berlin, Rep. 042/26.420; Briefe der GSV an Ludwig Vopelius (23.06.22) und Ingenieur Lievenbruck (21.09.22), in: BA-R 8014/509. Im April 1923 wurden Andres und Vogel von Ebert empfangen: Vgl. SF 4 (1923) 9, S. 111.

²⁵¹⁶ Vgl. SF 6 (1925) 6, S. 85 f.; SF 8 (1927) 20, S. 380. Vgl. hierzu: Eberhard KOLB (Hrsg.): Friedrich Ebert als Reichspräsident. Amtsführung und Amtsverständnis, München 1997.

²⁵¹⁷ Vgl. Brief der GSV an Karl Rau (14.05.21), in: BA-R 8014/202.

²⁵¹⁸ Vgl. Schriftwechsel zwischen Karl Rau und der GSV (30.10.21 und 07.11.21), in: Ebd. Im Herbst 1922 trat Rau allerdings dennoch zurück: Vgl. Ebd.

²⁵¹⁹ Schon Anfang Juli 1919 ging er in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der neuen Saarorganisation auf das einstige Mitglied des Saarbrücker Arbeiter- und Soldatenrates zu und forderte diesen unter Zurückstellung bisheriger politischer Gegensätze zur Mitarbeit auf: Vgl. Brief Vogels an Schäfer (09.07.19), in: BA-R 8014/159. 1934 distanzierte sich Schäfer von Kurs der saarländischen Sozialdemokratie, was im SF mit Genugtuung zur Kenntnis genommen wurde: Vgl. SF 15 (1934) 12, S. 232; KUNKEL, S. 88; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 46.

²⁵²⁰ SF 2 (1921) 3, S. 25 f. Vgl. auch SF 3 (1922) 19, S. 280; SF 3 (1922) 21, S. 311 ff.; SF 4 (1923) 4, S. 40 f.

Grund für die Spannungen zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und der saarländischen Sozialdemokratie, war nicht etwa, daß diese vor 1933 Zweifel an ihrem Willen zur Rückgliederung des Saargebietes hätte aufkommen lassen, sondern daß sie im Herbst 1924 ihre Mitarbeit in der bisherigen interfraktionellen Einheitsfront aufkündigte und damit das Korsett erzwungener Einmütigkeit abstreifte. Fortan sah sie sich mit dem Vorwurf konfrontiert, mit ihrem Ausscheren die Chancen auf eine baldige Rückkehr der Saar zu unterminieren und damit der Gegenseite in die Hände zu arbeiten. Auch nach Beendigung der siebenwöchigen Betriebsstilllegung auf der Völklinger Hütte verfolgte sie ihren eigenen Kurs und grenzte sich insbesondere in Fragen der Verständigung mit Frankreich, der Wertung des Völkerbundes und des klaren Bekenntnisses zur Republik von ihren einstigen Kooperationspartnern in der interparteilichen Einheitsfront ab²⁵²¹.

Gerade dieses Verhalten wurde Ende Januar 1925 auf einer Konferenz des Bundes in Berlin getadelt. Wichtiger als die Verfolgung parteiegoistischer Interessen sei es, daß von der Saar der Impuls zur Bildung einer geschlossenen „*Front zur Erkämpfung der nationalen und politischen Freiheit Deutschlands*“ ausgehe. Die Vorwürfe richteten sich ausschließlich an die saarländische SPD und deren „Volksstimme“, die nach Jahren vorbildlicher Haltung „*im Kampf um deutsches Recht und deutsche Freiheit*“ nun andere Prioritäten setze²⁵²². Auch ohne seinen Namen explizit zu erwähnen, griff der „Saar-Freund“ damit erstmals den als Nachfolger der beiden ausgewiesenen Redakteure Rausch und Lehmann kurz nach dem Ausbruch des hunderttägigen Bergarbeiterstreiks nach Saarbrücken gekommenen Chefredakteur Max Braun an, der in den folgenden Jahren zur prägenden Person der saarländischen SPD aufsteigen und wegen seiner Haltung im Abstimmungskampf schließlich als „meistgehaßter Mann“ des Saargebiets gelten konnte²⁵²³. Schon bald wurde die Redaktion des „Saar-Freund“ konkreter, indem sie sich in den internen Konflikt zwischen Braun und dem Geschäftsführer der „Volksstimme“ Johann Feld²⁵²⁴ einmischte und die saarländischen Sozialdemokraten mehrfach offen aufforderte, sich von den Kreisen um Braun abzuwenden. Sie stellte schließlich die Frage in den Raum, ob die Voraussetzungen für eine schnelle Rückgliederung der Saar tatsächlich innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu realisieren sei²⁵²⁵.

²⁵²¹ Vgl. hierzu: ZENNER: Parteien und Politik, S. 184 ff.

²⁵²² Vgl. SF 6 (1925) 5, S. 77 f. Auf dieser Versammlung war Direktor Löffler der einzige eingeladene und anwesende Sozialdemokrat.

²⁵²³ Vgl. zum 1892 im niederrheinischen Neuß geborenen Matthias Braun (†1945) Gerhard PAUL: Max Braun. Eine politische Biographie, St. Ingbert 1987.

²⁵²⁴ Feld begründete die Niederlegung seines Amtes und den Parteiaustritt mit der „*als landesverräterisch empfundenen Tätigkeit des Redakteurs Braun*“: SF 6 (1925) 6, S. 92.

²⁵²⁵ Vgl. SF 6 (1925) 6, S. 92 f.; SF 6 (1925) 7, S. 108.

Braun seinerseits griff den Fehdehandschuh auf, indem er den „Saar-Freund“ als „*nationalistisch und verrannt*“ bezeichnete²⁵²⁶. Die Art und Weise, wie die Geschäftsstelle und der „Saar-Freund“ nun in den folgenden Monaten propagandistisch gegen Braun vorging, skizzierte bereits die Methoden des späteren Abstimmungskampfes vor. So griff sie beispielsweise zum Mittel der Stigmatisierung: Braun rücke mit seinen polemischen Artikeln immer weiter in die Nähe französischer Propagandaorgane, so daß Zweifel angebracht seien, ob er tatsächlich noch als Vertreter des Deutschtums angesehen werden könne²⁵²⁷. Während Vogel Wert darauf legte, daß sich die Polemik des „Saar-Freund“ nicht pauschal gegen die saarländische Sozialdemokratie als solche²⁵²⁸, sondern nur gegen den Redakteur der „Volksstimme“ richtete, der mit einer Minderheit die Partei terrorisiere, verbannte er ihn in das Lager der Separatisten²⁵²⁹. Ähnlich wie später die „Deutsche Front“ reduzierte der „Saar-Freund“ die möglichen Alternativen auf

*„zwei Parteien, die, die dem Deutschtum nützen und andere, die ihm schaden wollen. In der Schriftleitung der ‚Volksstimme‘ wird man ja wissen, zu welcher Partei man dort zu rechnen ist!“*²⁵³⁰

Obwohl Vogel die Sozialdemokraten bei ihrem wunden Punkt zu packen versuchte – auch im sechsten Jahr der Republik war klar, daß kein Parteimitglied den Verdacht nationaler Unzuverlässigkeit auf sich sitzen lassen würde -, führte seine Vorgehensweise „*in der sachlichen Bekämpfung der sozialdemokratischen Führer im Saargebiet*“²⁵³¹ nicht zum gewünschten Ziel: Trotz aller Verleumdungen, die im Saargebiet von unterschiedlicher Seite unterstützt wurden, trennte sich die SPD nicht von ihrem Chefredakteur; ein innerparteiliches Schiedsgerichtsverfahren über Brauns „nationale Zuverlässigkeit“ ging zu seinen Gunsten aus²⁵³².

Die Wogen der Auseinandersetzung hatten sich gerade erst geglättet, als nun der Bund der Saarvereine seinerseits ins Kreuzfeuer der Kritik geriet: Nach der mit großem Aufwand aufgezogenen Tagung in Hannover 1925 stand er im Folgejahr unter dem Druck, erneut eine Massenkundgebung zu inszenieren. Rückläufiger Besuch hätte sich aus propagandistischer Sicht als

²⁵²⁶ „Volksstimme“ Nr. 78 (02.04.25). Etwa zur gleichen Zeit griff er nach der Wahl des damals 78jährigen von Hindenburg zum Reichspräsidenten die Leitfigur der republikkritischen Kreise an. Dieser sei ein „*Gamaschenknopf mit dem Brett vor der Stirne, mit der Stupidität des Empfindens [...] und der Armut und dem Mangel an jeder politischen und staatsmännischen Idee*“: „Volksstimme“ Nr. 97 (27.04.25). Brauns Haltung zur mit großem Aufwand inszenierten Jahrtausendfeier 1925 vergrößerte den Graben weiter.

²⁵²⁷ Vgl. SF 6 (1925) 9, S. 140. Wenige Wochen später bezeichnet der SF Braun sogar als Busenfreund des Chefredakteurs des NSK und Vorsitzenden des „Saarbundes“, Wilhelm Schöttler: SF 6 (1925) 17, S. 286.

²⁵²⁸ Dem preußischen Innenminister Severing sowie dem saarländischen Parteivorsitzenden Schäfer widerfahren zur gleichen Zeit positive Wertungen im SF: Vgl. SF 6 (1925) 11, S. 175; SF 6 (1925) 17, S. 284.

²⁵²⁹ Vgl. SF 6 (1925) 8, S. 140; SF 6 (1925) 12/13, S. 183 ff.; SF 6 (1925) 14, S. 220.

²⁵³⁰ SF 6 (1925) 8, S. 124.

²⁵³¹ Brief der GSV an Karius (09.04.25), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 25.

²⁵³² Vgl. PAUL: Max Braun, S. 52–56.

kontraproduktiv erwiesen²⁵³³, zumal der Bund in direkter Konkurrenz zu anderen Vereinen stand. Nachdem Köln als größte Stadt des Westens und der geräumten ersten Zone als Tagungs-ort für Mitte August 1926²⁵³⁴ feststand, fiel schon früh die Entscheidung, nicht nur die anderen landsmannschaftlichen Spitzenorganisationen des Westausschusses einzubeziehen und die Veranstaltung damit zu einer Kundgebung für Rhein, Saar, Pfalz auszuweiten, sondern eine

Vielzahl lokaler Verbände zum Besuch zu animieren²⁵³⁵.



Abb. 42: Deckblatt der „Saar-Freund“-Sondernummer 1926

Wie in früheren Jahren bemühte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, den Parteienproporz zu wahren, indem sie alle gemäßigten Fraktionen aufforderte, Redner zu benennen²⁵³⁶. Die nachfolgende Presseberichterstattung über inhaltliche Debatten oder vereinsinterne Beratungen verblaßte allerdings völlig angesichts der Welle der Entrüstung, welche der als feierlicher Höhepunkt vorgesehene zweistündige Festzug²⁵³⁷ auslöste: Weit über die Hälfte der mitmarschierenden Teilnehmer gehörten rechtsgerichteten Verbänden wie dem „Werwolf“, dem „Stahlhelm“, dem „Jungdeutschen Orden“ oder dem „Kyffhäuserbund“ an, die ebenso wie die Kölner Nationalsozialisten ihre Fahnen als „Verdichtungssymbole“²⁵³⁸ zur Schau trugen. Auf Intervention des Saarvereins wurde zwar die Reichsflagge –

²⁵³³ Vgl. SF 7 (1926) 9, S. 145 f. Aus diesem Grund wurde auch 1923 wegen der ausbleibenden rheinisch-westfälischen Ortsgruppen und der allgemeinen Finanzkrise zeitweise erwogen, die Karlsruher Tagung gänzlich abzusagen.

²⁵³⁴ Ursprünglich sollte die Kölner Bundestagung am 19. und 20.06.26 stattfinden, wurde aber vom Bundesvorstand auf Mitte August verschoben, da am 20.06.26 der Volksentscheid zur Fürstenenteignung angesetzt worden war. Dies sei um so mehr ein Beleg für die parteipolitische Neutralität des Bundes, so Ollmert, zumal die „Mitglieder des Bundes der Saarvereine [...] grundsätzlich einen anderen Standpunkt in der Frage der Fürstenabstimmung einnehmen, als die Veranlasser der Abstimmung und ihr nahestehenden Kreise [...]“: SF 7 (1926) 11, S. 166 f.

²⁵³⁵ Vgl. Protokolle der Besprechung vom 13.03.26 (19.03.26) und 12.04.26, in: BA-R 8014/30; SF 7 (1926) 9, S. 145. Vgl. auch SF 7 (1926) 9, S. 145 sowie das Einladungsschreiben (Juli 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19. Der Inszenierung der öffentlichen Kundgebung wurde im Vorfeld weitaus mehr Aufmerksamkeit als der vereinsinternen Vertreterversammlung gewidmet.

²⁵³⁶ Traditionell bildete sich im Vorfeld einer Tagung ein Ehrenausschuß aus lokalen Honoratioren und Repräsentanten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft: So finden sich im Ehrenausschuß zur Kölner Bundestagung 1926 neben Oberbürgermeister Adenauer und Reichskanzler Marx auch 45 sozialdemokratische, deutschnationale, demokratische und katholische Parlamentarier: Vgl. ebd.

²⁵³⁷ Vgl. Programm zur Bundestagung 1926, in: SF 7 (1926) 15, S. 248. Die Vorzüge dieser Demonstrationspropaganda lagen auf der Hand: Schon allein das Zuschauen möglichst vieler Personen konnte als Erfolg verbucht werden, während der Besuch eines Vortrags in geschlossenen Räumen eine bewußte Entscheidung der Zuhörer war und somit ein Mindestmaß an Interesse voraussetzte. Paraden waren seit der Kaiserzeit populär; das Marschieren in geschlossenen Formationen drückte Kraft und Selbstbewußtsein aus und vermittelte den Zuschauern das Gefühl von Ordnung, Disziplin und Sicherheit.

²⁵³⁸ LINSMAYER: Politische Kultur, S. 59.

gemeinsam mit einer schwarz-weiß-roten Handelsflagge und den vier Landesfahnen – vorangestellt, doch dominierten innerhalb des Zuges die antirepublikanischen Farben und Banner. Der Flaggenstreit²⁵³⁹ hatte bereits die beiden vorangegangenen Bundestagungen überschattet. Nach der Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal 1924 monierte die liberale „Frankfurter Zeitung“, daß politisch neutrale Kundgebungen durch „*monarchistisch-reaktionäre Kreise für ihre Zwecke*“ ausgeschlachtet würden und am Denkmal republikanische Zeichen vermißt worden seien. Während studentische Verbindungen, Nationalsozialisten, der „Werwolf“ sowie verschiedene Arbeitersportvereine mit ihren eigenen Fahnen und Abzeichen erschienen waren, habe die deutsche Nationalflagge gefehlt²⁵⁴⁰. Schon in Hannover im Folgejahr drohte die parteipolitische Ausgewogenheit der Tagungsbesucher ins Wanken zu geraten. Als Kompromiß gegenüber den Forderungen der SPD sorgte Vogel dafür, daß sowohl die alte Reichsflagge als auch die republikanischen Farben gebührend zur Geltung kamen²⁵⁴¹. Der „Saar-Freund“ kommentierte die Auseinandersetzung als kontraproduktiv, da sie lediglich Kräfte binde, die an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden könnten: „*Das Saargebiet soll Reichsland sein, ohne daß wir fragen dürfen, ob dieses Reichsland unter Schwarz-Weiß-Rot oder unter Schwarz-Rot-Gold kämpft.*“²⁵⁴²

Bereits Wochen vor der Kölner Tagung war abzusehen, daß die angestrebte Parität nicht zu erreichen sein würde: Sowohl der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“²⁵⁴³ als auch die Freien Gewerkschaften und das sozialdemokratische Reichsbanner lehnten ihre Teilnahme

²⁵³⁹ Der zu Anfang der Republik getroffene Kompromiß, neben der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge auch die alte schwarz-weiß-rote Fahne als Handelsflagge mit den republikanischen Farben als Gösch bestehen zu lassen, weichte in den folgenden Jahren durch zwei Flaggenverordnungen immer mehr zugunsten der monarchischen Farben auf. Die Republikaner mußten dem entgegenwirken, wollten sie nicht hinnehmen, daß das „alte“ Deutschland weiterhin zur Schau getragen wurde: Vgl. WINKLER: Weimar, S. 311.

²⁵⁴⁰ Vgl. „Frankfurter Zeitung“ Nr. 399 (29.05.24). Ähnlich äußert sich auch die „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 122 (26.05.24). Die Rechtspresse sah dies natürlich wesentlich gelassener: Vgl. „Germania“ Nr. 203 (24.05.24); „Preußische Kreuzzeitung“ Nr. 246 (26.05.24). Vgl. auch Protokoll der Mitgliederversammlung vom 24.05.24 (10.06.24), in: BA-R 8014/24.

²⁵⁴¹ Vgl. hierzu den Brief der GSV an Löffler (27.05.25), in: BA-R 8014/25: „*Sie [Löffler – F.B.] bestätigen ferner, daß ein großer Teil des deutschen Volkes sich für Schwarz-Weiß-Rot erklärt hat. Darf der Saarverein die Anhänger von Schwarz-Weiß-Rot deshalb zurückweisen, weil sie Anhänger der alten Reichsfarben sind? Gerade weil der Saarverein sich von jeder politischen Einstellung fern zu halten wünscht und auf die Mitarbeit möglichst des ganzen deutschen Volkes ohne Unterschied der Partei angewiesen ist, deshalb mußte er sich dazu verstehen, auch die alten Reichsfarben zuzulassen.*“ Anderenfalls drohe eine klägliche Beteiligung in Hannover, da nur wenige republikanische Organisationen sich solchen Kundgebungen anschließen. Vgl. ebenso den Brief der GSV an Ollmert (18.05.27), in: BA-R 8014/27.

²⁵⁴² SF 6 (1925) 11, S. 167. Vgl. auch SF 6 (1925) 23, S. 387. „*Im Saargebiet steht bis zur endgültigen Entscheidung seines Schicksals nicht die Frage der Staatsform des Deutschen Reiches zur Besprechung und Entscheidung, sondern allein die Frage, ob das Saargebiet deutsch sein und bleiben will!*“: SF 6 (1925) 14, S. 220.

²⁵⁴³ Beispielsweise teilte der Kölner Ortsausschuß des ADGB dem Vorbereitungsausschuß am 12.07.26 mit (in: BA-R 8014/743): „*Die Veranstaltung geht aus vom Vorstande des Bundes der Saarvereine, in dem die saarländischen Industriellen starken Einfluß ausüben. Dieser Vorstand bietet keine Gewähr dafür, daß diese Veranstaltung nicht zu einer üblen nationalistischen Hetze gegen die republikanische Staatsform ausartet.*“ Vgl. auch Brief Karius' an die GSV (27.04.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 25.

ab²⁵⁴⁴. Ebenso entschlossen sich die christlichen Gewerkschaften²⁵⁴⁵, der „Reichsverband der Rheinländer“ sowie etwa 20 weitere Gruppierungen kurzfristig, der Festveranstaltung fernzubleiben, nachdem die nationalistischen Vereinigungen ihre Teilnahme davon abhängig gemacht hatten, daß die Reichsfahne keine übergeordnete Rolle spielen werde. Der Bund der Saarvereine und insbesondere Vogel sahen sich daher in den Wochen nach Köln mit dem Vorwurf konfrontiert, die Einseitigkeit der Veranstaltung billigend in Kauf genommen und es den Nationalsozialisten ermöglicht zu haben, die Kundgebung zu Provokationen der verfassungstreuen Bevölkerung zu mißbrauchen. Von sozialdemokratischer Seite stand Vogel zusätzlich unter Druck, da versäumt wurde, das Begrüßungsschreiben des preußischen Innenministers Severing zu verlesen²⁵⁴⁶. Zwei Wochen nach dem Kölner Zwischenfall beschloss der Vorstand der Saar-SPD und die Landesratsfraktion einstimmig in gemeinsamer Sitzung,

*„jede Mitarbeit am Bunde der Saarvereine in seiner heutigen Tendenz und an seinem Organ, dem ‚Saarfreund‘, für die Zukunft abzulehnen, und den Bezirksvorstand ‚Obere Rheinprovinz‘ sowie den Hauptvorstand, Berlin [... zu bitten], diesem Beschluß auch für die innerdeutsche Partei und ihre Mitglieder beizutreten.“*²⁵⁴⁷

Vogels Strategie der zurückliegenden Tage, durch individuelle Schreiben zu beschwichtigen und sich bei führenden Sozialdemokraten um eine politische Schadensbegrenzung für die „schwarzweißrote Hakenkreuzdemonstration“²⁵⁴⁸ zu bemühen, lief angesichts dieser eindeutigen Distanzierung der saarländischen SPD ins Leere. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Vorwürfen kam für ihn allerdings schon daher nicht in Frage, da er zu wissen glaubte, wer für die Eskalation des Zwischenfalls verantwortlich war:

*„Der alleinige Drahtzieher der ganzen Sache ist [...] der sozialdemokratische Redakteur und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in Saarbrücken, Braun, ein übler Junge, über den wir uns gelegentlich einmal mit Ihnen näher unterhalten werden.“*²⁵⁴⁹

²⁵⁴⁴ Vgl. Brief Johns an Ollmert (24.07.26), in: BA-8014/36; „Rheinische Zeitung“ Nr. 159 (10.07.26).

²⁵⁴⁵ Ollmert war eigens von der GSV beauftragt worden, mit den lokalen Gewerkschaftsführern und Vertretern des Reichsbanners zu verhandeln: Vgl. SF 7 (1926) 17, S. 303 ff.

²⁵⁴⁶ Vgl. „Die ungerechtfertigten Angriffe gegen den Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ anlässlich der Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar in Köln am Rhein am 15. August 1926“ (20.08.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19; Erklärung der GSV (01.09.26), in: BA-R 8014/678; SF 7 (1926) 17, S. 301–305; „Berliner Tageblatt“ Nr. 384 (16.08.26) und Nr. 388 (18.08.26); „Kölner Tageblatt“ Nr. 385 (18.08.26); „Frankfurter Zeitung“ Nr. 703 (21.09.26); S.Z. Nr. 226 (21.08.26); „Volksstimme“ Nr. 189 (17.08.26) und Nr. 195 (25.08.26). Paul Tirard charakterisierte den Festzug als „*manifestation purement nationaliste*“: Vgl. Brief Tirards an Außenminister Briand (18.08.26), in: MAE, Sarre 116.

²⁵⁴⁷ Vgl. „Volksstimme“ Nr. 200 (30.08.26).

²⁵⁴⁸ „Rheinische Zeitung“ Nr. 189 (16.08.26); „Vorwärts“ Nr. 385 (17.08.26). Vgl. Briefe der GSV an Severing (18.08.26 und 31.08.26, in: BA-R 8014/39) sowie den Kölner Ortsausschuß des ADGB (26.08.26), in: BA-R 8014/31.

²⁵⁴⁹ Vgl. Brief der GSV an Debusmann (08.09.26), in: BA-R 8014/333. Nach Vogels Ansicht habe man es noch immer mit der alten Sozialdemokratie zu tun, „*die international eingestellt ist und für Nationales kein Verständnis hat.*“ Vgl. Brief der GSV an Hilger (02.09.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19.

So überrascht es wenig, daß der „Saar-Freund“ am gleichen Tag, an dem der Zentralverband der SPD zu einer Aussprache eingeladen wurde²⁵⁵⁰, eine heftige Polemik gegen Braun veröffentlichte:

Aus kleinlicher Rache habe dieser wegen der Auseinandersetzungen des zurückliegenden Jahres nicht nur die freien Gewerkschaften von deren Teilnahme am Festzug abgehalten, sondern auch den Beschluß des Parteivorstandes erwirkt. Noch verzichte man aus nationalpolitischer Rücksichtnahme auf eine eingehende Erörterung der gegenwärtigen Mißstände im Saargebiet, doch werde diese zu gegebener Zeit erfolgen²⁵⁵¹. Um so größer war die Befriedigung Vogels, sich sieben Jahre später öffentlich in die Phalanx der Gegner Brauns einreihen zu können.

Da die sozialdemokratischen Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse aus Solidarität der Anfang September anberaumten Versammlung fernblieben, erfolgte nach einer erneuten Rechtfertigung die Entlastung des Bundesvorstands sowie der Geschäftsführung des Saarvereins. Auch wenn es mit der Intention geschah, die Verantwortung für den Eklat der gegnerischen Seite zuzuschieben, sprach Vogel durchaus treffend ein generelles Problem an: Die Saarkundgebung konnte erst dadurch eine einseitige Prägung erhalten, daß die politische Linke den vaterländischen und nationalistisch-völkischen Organisationen kampflos das Feld überlassen hatte. Ihre eigene Passivität bei der Zusammenarbeit mit dem Bund der Saarvereine stärkte die Rolle der den Rechtsparteien nahestehenden Persönlichkeiten, die den Bestrebungen des Vereins *„bisher nicht nur das größte Interesse, sondern auch eine weitgehende finanzielle Unterstützung hatten zuteil werden lassen.“*²⁵⁵²

Vordergründig ließ sich der Konflikt zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und Braun bis Jahresende beilegen. Nach einer Aussprache zwischen dem Präsidenten des Preußischen Landtages und Winklers von der Konkordia mit Vogel sowie einem weiteren Treffen zwischen Bartels und Posselt wenige Tage später, veröffentlichte die Schriftleitung des „Saar-Freund“ eine Erklärung, derzufolge sich der Verein bei der saarländischen Sozialdemokratie entschuldigte und nichts sehnlicher wünsche, als fortan mit ihr in der Frage des Deutschtums wieder zusammenzuarbeiten²⁵⁵³. Schon Anfang des nächsten Jahres wurde Braun neben Schäfer, Südekum und Löffler zu einer Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses ins Preußische

²⁵⁵⁰ Vgl. Brief der GSV an den Zentralverband der SPD (01.09.26), in: BA-R 8014/39. Die freundliche Absage erfolgte zwei Tage später (BA-R 8014/40).

²⁵⁵¹ Vgl. „M. Braun und der Saarverein“, in: SF 7 (1926) 17, S. 305 f. Vgl. auch SF 7 (1926) 18, S. 337 ff.

²⁵⁵² Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses der GSV und des Bundesvorstandes vom 07.09.26 (24.09.26), in: BA-R 8014/40. Im Grunde nahm nur Löffler regelmäßig an Sitzungen teil; meist erschienen zu außerordentlichen Besprechungen keine Vertreter der saarländischen SPD, obwohl auch an sie Einladungen ergingen: Vgl. beispielsweise SF 6 (1925) 4, S. 64 f.

²⁵⁵³ Vgl. SF 7 (1926) 23, S. 417. Siehe hierzu Brief der Reichs-SPD an Südekum (18.09.26), in: BA-R 8014/39; Protokolle der Besprechungen vom 18.11.26 (20.11.26) und 23.11.26, in: BA-R 8014/40.

Abgeordnetenhaus eingeladen²⁵⁵⁴. Hinter den Kulissen hingegen bedauerte Vogel den strategischen Rückzieher wegen der damit verbundenen Stärkung Brauns²⁵⁵⁵.

Zu dieser Zeit besaßen die Maßnahmen, ihr beschädigtes Ansehen aufzupolieren und das Vertrauen zurückzugewinnen, höchste Priorität für die Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Ihr verstärktes Engagement zur Aufbesserung der Knappschaftspensionen im Herbst und Winter 1926 besaß somit auch instrumentellen Charakter²⁵⁵⁶. Verschiedene Artikel in saarländischen und Kölner Zeitungen flankierten diese Kampagne und wiesen nationalistische Tendenzen zurück, während sie die jahrelange Aufklärungstätigkeit des Bundes hervorhoben²⁵⁵⁷. Schadensbegrenzung war nicht nur im Hinblick auf die Wahrnehmung des Vereins im Saargebiet geboten, sondern mußte ebenso bei den Ortsgruppen erfolgen, wo es verschiedentlich zu Austritten aufgrund der Kölner Zwischenfälle gekommen war²⁵⁵⁸.

Die Geschäftsstelle zog verschiedene Lehren aus der Kölner Bundestagung: Sie delegierte zwar auch weiterhin die Planungen im Vorfeld an einen lokalen Ausschuß, hielt aber die Zügel stärker in der Hand. Im folgenden Jahr wurde explizit darauf geachtet, daß alle Räumlichkeiten, die im Rahmen der Bundestagung genutzt wurden, sowohl schwarz-weiß-rot als auch schwarz-rot-gold sowie mit den Fahnen Bayerns und Preußens geschmückt waren. Schon vorab übermittelte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ saarländischen Zeitungen die Grußworte des neuen preußischen Innenministers Albert Grzesinski (SPD)²⁵⁵⁹. Von Festumzügen wurde wieder Abstand genommen, um vor allem das leidige Flaggenproblem zu umgehen. Die Aufmärsche der Jahre 1925 und 1926 blieben somit Ausnahmen, bis sich das innenpolitische Klima zu Anfang der dreißiger Jahre so gewandelt hatte, daß man anlässlich der Koblenzer Bundestagung bisherige Bedenken fallenließ und die weithin sichtbare Hakenkreuzfahne kaum mehr Aufsehen erregte.

Ihre Bemühungen um parteipolitische Ausgeglichenheit gingen so weit, daß die Geschäftsstelle nach einer Beschwerde Johannes Hoffmanns die für die Trierer Tagung (1930) vorgesehenen Redner austauschte; anstelle des Historikers Kloeve Korn ergriff das Zentrumsmitglied Martin

²⁵⁵⁴ Vgl. Brief der GSV an Braun (27.01.27), in: Ebd.

²⁵⁵⁵ Vgl. Brief der GSV an Karius (11.12.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 11.

²⁵⁵⁶ Vgl. den Schriftwechsel zwischen GSV und Karius (November 1926 – Januar 1927), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 11. Siehe hierzu S. 205 f.

²⁵⁵⁷ Vgl. „Die Wahrheit über den Saar-Verein“, in: „Völklinger Nachrichten“ Nr. 288 (11.12.26), „Köllertaler Zeitung“ Nr. 290 (14.11.26); S.Z. Nr. 344 (19.12.26); „Kölnische Volkszeitung“ Nr. 135 (21.02.27). Der Aufsatz ging den körperschaftlichen Mitgliedern auch als Sonderdruck zu: Vgl. StA Saarbrücken, Großstadt 802.

²⁵⁵⁸ Vgl. SF 7 (1926) 19, S. 364 (Duisburg); BA-R 8014/223 (Berlin). Die neu gegründete „Saarländer- und Pfälzervereinigung Oberhausen und Umgebung“ zögerte bis Anfang 1927, dem Bund beizutreten: Vgl. Brief Laufens an die GSV (25.11.26), in: BA-R 8014/538.

²⁵⁵⁹ Vgl. Protokoll der Besprechungen in Würzburg (07.06.–10.06.27), in: BA-R 8014/42; Brief der GSV an 22 saarländische Redaktionen (11.08.27), in: BA-R 8014/43.

das Wort²⁵⁶⁰. In Heidelberg (1928) präsentierte sich der Verein ausschließlich in republikanischen Farben, was von den Behörden wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde²⁵⁶¹. Des Weiteren distanzierte sich der Verein in den Monaten nach Köln von dezidiert rechtsgerichteten Verbänden und achtete bei der Auswahl eingesandter Artikel stärker auf deren Ausgewogenheit²⁵⁶².

In den bisherigen Ausführungen standen die Schwierigkeiten im Vordergrund, die sich auf Seiten der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Umgang mit der Sozialdemokratie ergaben. Zu Vogels persönlichen Aversionen gegen die neue Leitfigur der Saar-SPD kamen Vorbehalte aus den Reihen der körperschaftlichen Mitglieder, die eine Kooperation mit den noch vor einigen Jahren verschrieenen „vaterlandslosen Gesellen“ erschwerten. Derartige Blockaden lassen sich allerdings ebenso innerhalb der Sozialdemokratie ausmachen: Beispielsweise lehnte Braun nach einem Beschluß des Parteivorstandes und der Landesratsfraktion das Angebot höflich ab, einen Vertreter zur Würzburger Bundestagung zu entsenden bzw. selbst ein Referat zu übernehmen²⁵⁶³. Nach Ansicht Löfflers sei diese Absage

*„nur darauf zurückzuführen [...], daß die Sozialdemokraten wegen der immer größer werdenden Radikalisierung der Arbeiterschaft im Saargebiet einen Teil ihrer Anhänger durch eine Teilnahme an unseren Bundestagungen zu verlieren glauben. Sie glauben, daß ihnen von der K.P.D. durch eine Teilnahme an unserer Tagung Vorwürfe gemacht würden, vor allen Dingen auch wegen ihrer Stellungnahme zur Kölner Tagung.“*²⁵⁶⁴

²⁵⁶⁰ Vgl. Brief Johannes Hoffmanns an die GSV (20.06.30), in: BA-R 8014/68; Programmübersicht in: SF 11 (1930) 12, S. 221; SF 11 (1930) 13/14, S. 274. Schon im Vorjahr hatte sich die GSV an alle Parteivorsitzenden (mit Ausnahme der KPD und NSDAP) mit der Bitte gewandt, zur Saarfrage im SF Stellung zu beziehen. An die saarländischen Sektionen der beiden Parteien vom Rand des politischen Spektrums ergingen keine Einladungen nach Münster: Vgl. Briefe der GSV an Stresemann (18.04.29, in: BA-R 8014/58) sowie die Saarabteilung des AA (24.04.29, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093); Einladungsschreiben der GSV (Mai 1929), in: BA-R 8014/66. Dem Ehrenausschuß zur Tagung gehörten 54 Parlamentarier aller gemäßigten Parteien an: Vgl. Schriftverkehr (April – Mai 1929), in: BA-R 8014/62.

²⁵⁶¹ „Die dem Saar-Verein von gewisser Seite gemachten Vorwürfe nationalistischer Betätigungen haben in Heidelberg keine Bestätigung gefunden. [...] Die Gesamtveranstaltung kann hinsichtlich der politischen Seite als durchaus gelungen bezeichnet werden.“: Vgl. Bericht Rühlmanns für das RMBesGeb (14.07.28), in: BA-R 1601/1698; „Volksstimme“ Nr. 151 (02.07.28). Weitere Stellungnahmen anläßlich von Bundestagungen: Vgl. Brief der GSV an die RfH (19.04.27), in: BA-R 8014/42; Aktennotiz (11.04.29), in: BA-R 8014/58; Brief des PrMI u.a. an das AA (24.06.29), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093.

²⁵⁶² „Die Überparteilichkeit des Bundes und seiner Aufgaben verlangen es, daß sich solche Vorgänge nicht wiederholen.“: SF 7 (1926) 17, S. 305. So untersagte Vogel unter Berufung auf die eigene Überparteilichkeit mehrfach dem „Aufklärungsausschuß betr. die Kriegsschuldfrage“, den BdS als Unterzeichner von Rundschreiben aufzuführen und war bemüht, sich öffentlich von diesem Verband zu distanzieren: Vgl. Briefe der GSV an den „Aufklärungsausschuß betr. die Kriegsschuldfrage“ (01.09.26 und 11.09.26), in: BA-R 8014/725. Vgl. auch Brief der GSV an Posselt (03.11.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 4.

²⁵⁶³ Vgl. Brief Brauns an die GSV (01.07.27), in: BA-R 8014/42.

²⁵⁶⁴ Tatsächlich stünden die saarländische Sozialdemokraten der Tagung durchaus aufgeschlossen gegenüber: Vgl. Aktennotiz für Vogel (13.07.27), in: BA-R 8014/44. Ausschlaggebend hierfür dürften wohlwollende Berichte im SF gewesen sein: Vgl. SF 8 (1927) 5, S. 73; SF 8 (1927) 6, S. 87.

Zwar sprach im nächsten Jahr in Heidelberg erstmals wieder ein Sozialdemokrat auf einer Bundestagung²⁵⁶⁵, doch mußte es Valentin Schäfer wegen der Einstellung seiner Partei zu derartigen Veranstaltungen der Saarvereine ablehnen, ein Referat auf der Arbeitstagung zu übernehmen, obwohl er dort zum Ehrenmitglied des Bundes hätte ernannt werden sollen²⁵⁶⁶.

So sehr beide Seiten nach außen auch bemüht waren, die Normalität ihres Verhältnisses zu betonen, wirkten derartige Bekenntnisse oftmals verkrampft²⁵⁶⁷ und entsprachen eher taktischen Erwägungen als innerer Überzeugung. Nur einmal versuchte Braun, den Bund als Forum zu nutzen, scheiterte dabei aber an der Skepsis der anderen Parteien²⁵⁶⁸. Mit seinen zur damaligen Zeit utopischen Parolen wie „*Es lebe das neue Europa saarländischer und deutscher Freiheit und deutsch-französischer Verständigung*“²⁵⁶⁹ konnte die Mehrheit der Mitarbeiter im Bund der Saarvereine nur wenig anfangen. Vielmehr entrüsteten sie sich über das extravagante Auftreten Brauns und seiner Gattin und fühlten sich zu erzieherischen Maßnahmen gegenüber der sozialdemokratischen Partei verpflichtet²⁵⁷⁰. Über die Dissonanzen konnten auch Brauns Auftritte auf Veranstaltungen des Bundes nicht hinwegtäuschen²⁵⁷¹, wengleich der „Saar-Freund“ dies als

²⁵⁶⁵ Im gleichen Jahr untersagte das sozialdemokratisch geführte Braunschweigische Volksbildungsministerium die Verbreitung der SF-Sondernummer in den Schulen: „*Das Staatsministerium hat es für richtig gehalten, dem Saarverein die bisher gezahlten Zuschüsse wegen seiner nationalistischen Haltung nicht mehr zu gewähren.*“: Vgl. Brief der GSV an das Braunschweigische Volksbildungsministerium (27.09.28), in: BA-R 8014/ 1095. Dort auch die Reaktionen der GSV auf diesen Zwischenfall.

²⁵⁶⁶ Vgl. Brief Schäfers an die GSV (30.04.28), in: BA-R 8014/49. Da Schäfer im Herbst zum Leiter des Arbeitsamtes der Regierungskommission ernannt werden sollte, mußte er zudem Konflikte mit dem Völkerbundsgremium vermeiden. Schon 1921 hatte die GSV mit Rücksicht auf zu erwartende Repressionen darauf verzichtet, ihn als Redner in Kassel zu nominieren: Vgl. Brief der GSV an Rau (18.03.21), in: BA-R 8014/202.

²⁵⁶⁷ Auf einer vom Bund initiierten Vortragsveranstaltung ergriff Braun erstmals am 30.11.27 vor einer größeren Zahl von Parlamentariern und Behördenvertretern in Berlin persönlich das Wort und referierte über sozial- und wirtschaftspolitische Fragen. Seiner Ansicht nach sei man sich „*in der Deutschbehauptung und in der Erleichterung des Existenzkampfes des Gebietes stets einig*“ gewesen, nur in der Wahl des Weges seien die jeweiligen Ansichten des öfteren abgewichen: Vgl. SF 8 (1927) 24, S. 446.

²⁵⁶⁸ Ihm schwebte eine Vortragsveranstaltung vor, auf welcher sich auch Levacher (Zentrum) und Schmelzer (DSVP) im Festsaal einer staatlichen Behörde zu Wort melden sollten. Er selbst knüpfte daran die Bedingung, daß er nicht als Initiator in Erscheinung treten würde. Vogel fertigte aus Mißtrauen eine genaue Mitschrift der Verhandlungen mit Braun an: Vgl. Protokoll der Besprechungen (24.02.30) und Rundschreiben der GSV an Braun, Levacher und Schmelzer (26.02.30), in: BA-R 8014/831. Das AA empfahl angesichts der laufenden Gespräche in Paris, die Veranstaltung abzusagen: Vgl. Brief Voigts an König (08.03.30), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093.

²⁵⁶⁹ Braun auf der Kundgebung im Saarbrücker Saalbau anläßlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages (28.06.29), in: SF 10 (1929) 14, S. 296. Demgegenüber erschöpfte sich Vogels Politikverständnis eher in Freund-Feind-Kategorien.

²⁵⁷⁰ Vgl. Brief der GSV an das AA (31.10.30, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093) und Ollmert (21.11.30), in: BA-R 8014/118. Siehe hierzu: PAUL: Max Braun, S. 31–36. Der Hamburger Ortsgruppenvorsitzende Kuhn schrieb am 25.02.30 an Vogel (in: BA-R 8014/390), daß ihm besonders viel daran liege, „*gerade Arbeiter und Sozialdemokraten in den Verein hineinzubringen, um auch diesen Leuten zu zeigen, daß es etwas Höheres gibt als die Partei. Die Liebe zur Heimat muß eben auch Opfer bringen lernen und diese Opfer dürfen nicht davor zurückschrecken, auch einem Feinde wie Frankreich entgegenzutreten. Daß ein solcher Widerstand natürlich sehr leicht nationalistisch aussieht, ist für mich klar.*“

²⁵⁷¹ Vgl. Bericht über die Saarkundgebung am 25.11.30 in Frankfurt am Main mit Vortrag Brauns, in: SF 11 (1930) 24, S. 441 ff.; S.Z. Nr. 324 (28.11.30).

Zeichen der neu formierten Einheitsfront wertete. Der endgültige Bruch zwischen dem Bund der Saarvereine und der saarländischen Sozialdemokratie erfolgte unmittelbar nach der Neustädter Bundestagung 1931, auf welcher Braun über die „Lösung der Saarfrage“ referiert und eine Lanze für die deutsch-französische Aussöhnung gebrochen hatte²⁵⁷². Da der „Saar-Freund“ nach Ansicht Brauns von seinen Ausführungen

„nur das veröffentlicht habe, was den schwarz-weiß-roten Herren noch gerade in den Kram paßt, aber alles unterschlagen habe, was den Chauvinisten bezüglich der deutsch-französischen Verständigung und anderer Ausführungen in der Rede des sozialdemokratischen Referenten unangenehm und unwillkommen war und ist“²⁵⁷³,

ließ er sich auch von den anschließenden Rechtfertigungsversuchen Vogels²⁵⁷⁴ nicht überzeugen. Er schlug gegenüber dem Bund der Saarvereine nun selbst einen aggressiveren Ton an, beispielsweise kritisierte er die Verwendung von 1.000 Frs. aus dem Etat Saarbrückens zur Anschaffung der „Saar-Freund“-Sondernummern als Verschwendung städtischer Gelder. Während er den Aufruf zur Bundestagung noch unterzeichnet hatte, sucht man Brauns Unterschrift auf den nun folgenden Rundschreiben zur finanziellen Unterstützung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ vergebens²⁵⁷⁵. Der Mitte der zwanziger Jahre entstandene und trotz aller beidseitiger Lippenbekenntnisse seitdem nie wirklich zugeschüttete Graben zwischen der saarländischen Sozialdemokratie und dem Bund der Saarvereine war erneut aufgerissen; bereits eineinhalb Jahre bevor Braun von Hitler während der Reichstagsdebatte zum Ermächtigungsgesetz als Landesverräter beschimpft wurde, hatte die Zusammenarbeit zwischen ihm und der Berliner Geschäftsstelle ein Ende gefunden. Vogel drängte darauf, grundsätzlich zu vermeiden, *„den Namen Braun in unserem ‚Saar-Freund‘ auch nur zu erwähnen“²⁵⁷⁶*; durch konsequente Nichtbeachtung sollte das Problem ausgeblendet werden²⁵⁷⁷.

²⁵⁷² *„Wir wenden uns auch von hier aus und in dieser Stunde an die große Kulturnation des kontinental-europäischen Westens: Die Saarfrage ist der letzte noch zu bereinigende Rest der kontinental-europäischen Westgrenze. Bereinigen wir, Franzosen und Deutsche, diesen Rest unter gegenseitiger Achtung unseres Volkstums und unter Ausbalancierung unserer wirtschaftlichen Belange!“* SF 12 (1931) 15/16, S. 264 f.; „Volksstimme“ Nr. 159 (13.07.31). Sinngemäß wiederholte Hitler drei Jahre später auf der Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein sogar die Ausführungen Brauns.

²⁵⁷³ „Volksstimme“ Nr. 230 (03.10.31).

²⁵⁷⁴ Vgl. Brief der GSV an die Redaktion der „Volksstimme“ sowie Braun (09.10.31), in: BA-R 8014/893; SF 12 (1931) 21, S. 357 ff.

²⁵⁷⁵ Vgl. SF 12 (1931) 13/14, S. 236. Vgl. Aufruf „Ein ernstes Wort zu ernster Stunde“ (15.12.31), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19; Rundschreiben der GSV (Januar 1932), in: StA Bonn, P10/325; „Notruf für die deutsche Saar“ (Frühjahr 1933), in: BA-R 8014/790 sowie die Empfehlungsschreiben aus der ersten Jahreshälfte 1932, in: SF 13 (1932) 2–11.

²⁵⁷⁶ Vgl. Brief der GSV an Posselt (04.08.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6. Er kam damit den Wünschen aus den Reihen der Ortsgruppen entgegen; beispielsweise forderte der Karlsruher Saarverein (18.08.32, in: BA-R 8014/89), Braun keinesfalls das Wort auf der Koblenzer Bundestagung zu erteilen.

²⁵⁷⁷ In der Sondernummer des SF zur Niederwald-Bundestagung 1933 hingegen findet sich praktisch kein Artikel, der nicht in irgendeiner Form Braun zu diffamieren versuchte.

Auf der Arbeitssitzung der ersten Bundestagung unter nationalsozialistischer Führung charakterisierte der stellvertretende Bundesvorsitzende Debusmann die bisherige Haltung zur Sozialdemokratie wie folgt:

„Bei der seit Bestehen einwandfreien kerndeutschen nationalen Einstellung des Bundes der Saarvereine sei es erklärlich, daß die Saarvereine von sozialistischen und kommunistischen Elementen vollständig frei geblieben seien, denn diese Elemente hätten es gewußt, daß sich ihre internationalen Träumereien mit wahrer Heimatliebe nie vertragen könnten.“²⁵⁷⁸

Das Verhältnis zum früheren politischen Hauptgegner Vogels, dem Zentrum²⁵⁷⁹, war demgegenüber nicht durch derartige leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen geprägt. Anders als bei der politischen Linken richtete sich die Kritik der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ nicht gegen die gesamte Partei, sondern nur gegen einzelne Mitglieder wie Muth, Colling und Notton, die exemplarisch an den Pranger gestellt wurden²⁵⁸⁰. In nationalpolitischen Fragen nahm der „Saar-Freund“ das Zentrum in aller Regel in Schutz, wertete abweichende Äußerungen von der Linie des Bundes als Entgleisungen Einzelner²⁵⁸¹ und forderte die Partei offen auf, sich von den „Schädlingen am Deutschtum“ zu trennen²⁵⁸². „In Anerkennung der Verdienste, die sich der Saarverein um die Saarsache erworben hat und noch erwirbt“, erhielt die Geschäftsstelle im Frühjahr 1926 von der Landesratsfraktion des Zentrums eine finanzielle Zuwendung, was Vogel als Schlußstrich unter die früheren parteipolitischen Kämpfe wertete²⁵⁸³. Zur Bewahrung ihres guten Verhältnisses zum Zentrum bzw. zur christlichen Gewerkschaftsbewegung nahm die Redaktion des „Saar-Freund“ sogar in Kauf, daß sich beide den Hauptanteil am Freiheitskampf zuschrieben. Diese Bescheidenheit endete allerdings in dem Moment, an welchem zu befürchten war, daß wichtigen Geldgebern aus der Industrie auf die Füße getreten werden könnte²⁵⁸⁴.

Entgegen mehrfacher Beteuerungen, sich fortan politischer Stellungnahmen zu enthalten und keine Parteipolitik mehr betreiben zu wollen²⁵⁸⁵, fühlte sich der einstige nationalliberale Vogel bei der klassischen Unternehmerpartei der Weimarer Republik, der „Deutschen Volkspartei“

²⁵⁷⁸ SF 14 (1933) 18, S. 322.

²⁵⁷⁹ Siehe hierzu S. 64.

²⁵⁸⁰ Vgl. hierzu beispielsweise SF 2 (1921) 24, S. 350 f.; SF 4 (1923) 4, S. 44 f.; SF 5 (1924) 18, S. 274; SF 6 (1925) 1, S. 9 f.; SF 8 (1927) 22, S. 414.

²⁵⁸¹ Vgl. SF 2 (1921) 24, S. 350 f. Vertreter der christlichen Gewerkschaften wie Pick, Kuhnen oder Ollmert sorgten dafür, daß statt dessen die regelmäßigen Bekenntnisse des saarländischen Zentrums und ihrer Verbände zur Rückkehr nach Deutschland hervorgehoben wurden.

²⁵⁸² SF 5 (1924) 17, S. 257.

²⁵⁸³ Vgl. Brief der Zentrumsfraktion an die GSV (29.03.26, in: BA-R 1603/2523) und Antwortschreiben (06.04.26, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 25.

²⁵⁸⁴ Vgl. SF 11 (1930) 17, S. 324 f.; Brief Posselts an die GSV (28.05.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5; Brief der GSV an Posselt (07.01.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6.

²⁵⁸⁵ Vgl. beispielsweise Brief Vogels an seinen Neffen Tankred Ziegler (16.09.19), in: BA-R 8014/9. Vgl. auch die Äußerungen von Andres anlässlich Vogels 60. Geburtstag in: SF 11 (1930) 20, S. 366.

beheimatet, in deren Auftrag er im Sommer 1920 eine größere Geldsumme an den saarländischen Parteibleger weiterleitete²⁵⁸⁶. Seine anfängliche Verehrung für Stresemann²⁵⁸⁷ ebte in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zwar ab, doch verteidigte der „Saar-Freund“ auch weiterhin konsequent die Konzessionsbereitschaft des Auswärtigen Amtes selbst in Angelegenheiten, in welchen frühere Reichsregierungen scharf kritisiert worden waren²⁵⁸⁸.

Zähneknirschend verzichtete die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auf eine Stellungnahme zugunsten des von der nationalen Rechten initiierten Volksbegehrens gegen den Youngplan²⁵⁸⁹, obwohl Vogel nur eine Woche nach Konstituierung des Reichsausschusses aus DNVP, NSDAP und Stahlhelm für eine Politik der Stärke gegenüber Frankreich plädiert hatte. Die deutsche Reichsregierung dürfe auf der bevorstehenden Liquidationskonferenz in Den Haag nicht den gleichen Fehler wie Jahre zuvor in Locarno begehen und die Saarfrage durch ein Rahmenabkommen abfertigen. Aus Sicht des Bundes könne es nur heißen: *„keine Ratifikation des Youngplanes ohne vorherige Räumung des besetzten Gebietes und ohne vorherige Freigabe der Saar!“*²⁵⁹⁰. Vermutlich aufgrund einer entsprechenden Instruktion aus dem Auswärtigen Amt enthielt er sich in den entscheidenden Wochen im Herbst 1929 derartiger Äußerungen und verzichtete mit dem Hinweis auf die strenge Überparteilichkeit des Bundes darauf, Aufrufe des

²⁵⁸⁶ Vgl. Brief Vogels an Otto Eckler (07.07.20), in: BA-R 8014/13.

²⁵⁸⁷ Vgl. Brief der GSV an Otto Ludwig (26.03.24), in: BA-R 8014/342; SF 4 (1923) 17, S. 238.

²⁵⁸⁸ Vgl. SF 7 (1926) 11, S. 165 f.; SF 8 (1927) 6, S. 84–87; SF 8 (1927) 7, S. 101 ff.; SF 10 (1929) 20, S. 421 f. Demgegenüber bildet Vogels Äußerung gegenüber dem ehemaligen Direktor der Saarbrücker Oberrealschule die Ausnahme: Nach der Konferenz von Locarno gab Vogel diesem zu verstehen, daß er persönlich nur an einen Wiederaufstieg Deutschlands glaube, *„wenn uns wieder einmal ein Bismarck anstelle von Stresemann und Luther gegeben ist.“*: Vgl. Brief der GSV an Geheimrat Dr. Maurer (27.11.25), in: BA-R 8014/502. Nichtsdestotrotz empfand es Vogel nach dem Tod des langjährigen Außenministers als Schande, *„daß die Bezeichnung ‚Königgrätzerstraße‘ weichen mußte dem Namen eines Mannes, dem zu Unrecht Verdienste nachgerühmt werden und über den einmal eine andere Zeit noch ein ganz anderes Urteil fällen wird, als es ihm jetzt künstlich geprägt wird durch das Wort: ‚Dem Befreier des Rheins‘.“*: Vgl. Brief der GSV an Maurer (08.07.31), in: Ebd.

²⁵⁸⁹ Zum „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes (Freiheitsgesetz)“ vgl. Volker R. BERGHAHN: Das Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Ursprünge des Präsidialregimes 1928–1930, in: Dirk STEGMANN/Bernd-Jürgen WENDT/Peter-Christian WITT (Hrsg.): Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Festschrift für Fritz FISCHER zum siebzigsten Geburtstag, Bonn 1978, S. 431–446; Philipp HEYDE: Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932, Paderborn [u.a.] 1998, S. 35–75; Kurt HOLZ: Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, 2 Bde., Frankfurt am Main 1977; Martin VOGT.

²⁵⁹⁰ Vgl. Rundschreiben der GSV (16.07.29), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19. In dem Schreiben an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens forderte Vogel die Adressaten auf, über Parteiorgane und -presse sowie nahestehende Parlamentarier entsprechend Einfluß zu nehmen. Es erntete zwar viel Zustimmung im bürgerlichen Lager, aber ebenso sehr Ablehnung durch die Sozialdemokraten: Vgl. „Volksstimme“ Nr. 180 (06.08.29) und Nr. 211 (11.09.29). Zu den Reaktionen vgl. BA-R 8014/842; SF 10 (1929) 19, S. 414. Eine Eingabe an die deutsche Delegation in Den Haag Anfang 1930 verlief aufgrund des sozialdemokratischen Widerstandes im Sande: Vgl. Schriftwechsel zwischen GSV, von Halfern und Mehrmann sowie Entwurf des Schreibens (Januar 1930), in: BA-R 8014/842.

Reichsausschusses für das Volksbegehren zu unterzeichnen²⁵⁹¹. Selbst nach dem Scheitern der Initiative (22. Dezember 1929) mahnte er die Ortsgruppen streng vertraulich, öffentlich keine Stellung zum Youngplan zu beziehen, da sich dies nicht mit der satzungsgemäßen Objektivität vereinbaren ließe²⁵⁹².

Bis zuletzt hielt der Bund der Saarvereine am Postulat der parteipolitischen Unabhängigkeit fest²⁵⁹³. Während er in den frühen Dreißigern versuchte, damit vor allem die wachsende Schar der Parteiverdrossenen für die Arbeit des Vereins bzw. dessen finanzielle Unterstützung zu gewinnen, erhielt die Parole nach 1933 eine neue Sinnggebung: Die Berufung auf die jahrelange Objektivität diente zur Rechtfertigung der Kooperation mit dem Weimarer Parteienstaat²⁵⁹⁴. Im Hinblick auf das bevorstehende Plebiszit schien es dem gleichgeschalteten Bund unverzichtbar, die Fassade der Überparteilichkeit weiterhin zu pflegen, galt es doch, die Abstimmungsberechtigten aller politischen Lager für die deutsche Option zu gewinnen²⁵⁹⁵.

Kap. 8.2: Die Überkonfessionalität²⁵⁹⁶:

Anders als die Überparteilichkeit geriet die konfessionsübergreifende Ausrichtung des Bundes nicht ins Kreuzfeuer der Kritik; ebensowenig lassen sich Klagen über fehlende Ausgewogenheit finden. Stets wurde die – freilich nicht ganz uneigennützig – ablehnende Haltung der beiden Trierer Bischöfe Michael Felix Korum und Rudolf Bornewasser gegenüber einem eigenständigen

²⁵⁹¹ Vogel ging sogar so weit, den BdS als Gegner des Volksbegehrens zu bezeichnen: Vgl. Brief der GSV an Hermann Goessler (26.10.29), in: BA-R 8014/1031.

²⁵⁹² Vgl. Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (21.02.30), in: BA-R 8014/125. In dieser Phase der Pariser Saarverhandlungen hätte die deutsche Reichsregierung derartige Störmanöver sicherlich auch kaum honoriert. Eineinhalb Jahre später war von dieser Zurückhaltung freilich nichts mehr zu spüren: Im Herbst 1931 druckt der SF (12 (1931) 17, S. 290 f.) einen Artikel aus „Dem Weg zur Freiheit“, der Monatschrift des „Arbeitsausschusses Deutscher Verbände“ ab, in welchem offen die Forderung nach Revision des Youngplans erhoben wurde. Ähnlich auch SF 12 (1931) 23, S. 385 f. Schon Anfang 1930 forderte Posselt von der deutschen Außenpolitik, „ihre ganze Aufmerksamkeit und ihren vollen Freiheitswillen“ sich im Falle einer Entspannung im Westen nun auf den Osten zu konzentrieren: Vgl. SF 11 (1930) 6, S. 108 ff. Zu den nie aufgegebenen geopolitischen Ambitionen im östlichen Europa und Österreich vgl. SF 4 (1923) 23, S. 293 f.; SF 9 (1928) 19, S. 361.

²⁵⁹³ Den gleichen Anspruch erhob auch das Bundesorgan: Der SF habe „es deshalb stets abgelehnt, sich der einen oder anderen Partei zur Verfügung zu stellen, und er hat seine Entscheidungen und seine Meinungen lediglich nach dem Gesichtspunkt der nationalpolitischen Bedeutung des Saargebiets eingestellt in der Überzeugung, daß die Saarfrage in Verbindung mit der Parteipolitik letzten Endes die Auslieferung des Saargebiets an Frankreich bedeuten würde.“: Vgl. „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

²⁵⁹⁴ Vgl. Rundbrief der GSV an die Ortsgruppen (23.01.35), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27.

²⁵⁹⁵ Vgl. hierfür exemplarisch den Brief der GSV an Kellner (18.04.33), in: LHA Koblenz, 661,11/2.

²⁵⁹⁶ Vgl. Dieter Robert BETTINGER: Die Verschiebung der Konfessionsverhältnisse im Saarland, in: Die evangelische Kirche an der Saar gestern und heute, hrsg. von den Kirchenkreisen Ottweiler, Saarbrücken und Völklingen der Evangelischen Kirche im Rheinland, Saarbrücken 1975, S. 202–220.

gen Saarbistum hervorgehoben²⁵⁹⁷. Katholiken waren in allen Gremien des Bundes vertreten und Priester wie Wilhelm und Schlich unterstützten nachhaltig die Bestrebungen des Vereins. Für einen illustrierten Artikel ließ die protestantisch dominierte Berliner Geschäftsstelle sogar nachträglich einige katholische Kirchen fotografieren²⁵⁹⁸.

Nicht ganz so unkompliziert waren hingegen die Kontakte des Bundes zu Angehörigen jüdischen Glaubens. Die Weimarer Reichsverfassung, welche den deutschen Juden zwar die formale Gleichberechtigung brachte und ihnen erstmals den Zugang zu höheren Positionen im Staatsdienst eröffnete, bot indessen keinen wirksamen Schutz vor dem religiös-kulturell motivierten Antisemitismus. Schon während des Krieges kursierten Gerüchte, die Juden entzögen sich nicht nur der Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes, sondern betätigten sich überdies noch als Kriegsgewinnler. Der Schock der militärischen Niederlage, das Trauma des Zusammenbruchs der alten Gesellschaftsordnung, die verwirrenden Erfahrungen der Revolution und die demütigenden Artikel des Versailler Diktatfriedens ließen die Suche nach Sündenböcken evident werden. Hier boten sich die deutschen Juden, die ihre als privilegiert empfundene ökonomische Stellung scheinbar unbeschadet vom Kaiserreich in die Republik hatten retten können, geradezu an, zumal sie – weit über die Anhängerschaft der politischen Rechten hinaus – Internationalismus, Parlamentarismus, und paradoxerweise ebenso Kapitalismus wie Sozialismus zu verkörpern schienen²⁵⁹⁹.

Antisemitische Vorurteile und protestantische Glaubensintoleranz sind auch bei Theodor Vogel nachzuweisen, wenn er beispielsweise die nationale Zuverlässigkeit der Juden in Frage stellte. Aus einer Besprechung mit seinen Vertrauensleuten in Frankfurt am Main zog er das Fazit:

*„Alle guten Saarlouiser Bürger sind und bleiben deutsch gestimmt. Nur die Juden, Lumpengesindel und zweifelhafte Elemente sind es, die man als Französlinge anzusehen hat.“*²⁶⁰⁰

Auch sonstige gängige Klischeebilder hatten sich bei ihm festgesetzt. Ungeachtet der Tatsache, daß zwischen 1914 und 1918 über 100.000 Juden an vorderster Front mitgekämpft und etwa 12.000 ihr Leben auf den verschiedenen Schlachtfeldern gelassen hatten, bezichtigte er die

²⁵⁹⁷ Vgl. SF 2 (1921) 10, S. 129; SF 3 (1922) 1, S. 9; SF 11 (1930) 9, S. 166; SF 4 (1923) 12, S. 160; SF 6 (1925) 23, S. 384 f. Vgl. hierzu: Klaus ALTMAYER: „Saardiözese“ und „Evangelische Landeskirche des Saarlandes“. Die Bemühungen um eine eigenständige Kirchenorganisation nach den beiden Weltkriegen, in: Die evangelische Kirche an der Saar gestern und heute, S. 261–278, hier: S. 261–267.

²⁵⁹⁸ Vgl. Brief der GSV an Wentz (20.11.25), in: BA-R 8014/1104. Ollmert wies eigens darauf hin, daß die Überkonfessionalität gerade auch katholische Belange berücksichtige; bislang sei im SF nichts erschienen „was vom katholischen Standpunkt aus zu beanstanden gewesen wäre.“: Vgl. „Saarländische Landeszeitung“ Nr. 49 (19.02.28).

²⁵⁹⁹ Vgl. Werner JOCHMANN: Die Funktion des Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: Günter BRAKELMANN/Martin ROSOWSKI (Hrsg.): Antisemitismus, Göttingen 1989, S. 147–178; Heinrich August WINKLER: Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus. Juden als „Blitzableiter“, in: Günther B. GINZEL (Hrsg.): Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Bielefeld 1991, S. 181–191.

²⁶⁰⁰ Vgl. Bericht Vogels (09.09.19), in: BA-R 8014/141. Schon in der Nachrichtensammlung des Saargebietschutzes wurde die Juden des Landesverrats bezichtigt, so beispielsweise in der Meldung, daß sich einige jüdische Schulkinder mit ihrer Saarlouiser Lehrerin bereit erklärt hätten, zum Empfang Marschall Fochs französische Lieder vorzutragen: Vgl. Aufsatz (April 1919), in: BA-R 8014/5.

Juden pauschal, sich „*während des Krieges in der gemeinsten Weise zu drücken verstanden*“ zu haben²⁶⁰¹. Einige Ressentiments, die sich allerdings vom „Radauantisemitismus“ völkischer Kreise unterschieden, lassen sich vielleicht zu einem gewissen Teil aus seiner neuen Lebenssituation in der Millionenmetropole Berlin erklären. In Saarbrücken gab es zwar auch eine etwa 2.000 Köpfe starke jüdische Gemeinde, deren Mitglieder aber weitgehend assimiliert waren und am gesellschaftlichen Leben der Doppelstadt teilnahmen²⁶⁰². In Berlin hingegen, wo etwa ein Drittel der deutschen Juden und unter ihnen viele orthodoxe Ostjuden lebten, traf Vogel auf eine eigenständige, ihm bislang unbekannte und fremde jüdische Kultur.

Die mühsam errichtete und in unzähligen Beteuerungen regelmäßig erneuerte Fassade der Überparteilichkeit und Interkonfessionalität ließ es angeraten erscheinen, zumindest in den Publikationen und Vorträgen des Bundes der Saarvereine die vorhandenen Ressentiments nicht öffentlich zu artikulieren. Sofern überhaupt Juden im „Saar-Freund“ thematisiert wurden, handelte es meist um Nachrufe auf prodeutsch gesinnte und damit national „zuverlässige“ Persönlichkeiten der jüdischen Gemeinden²⁶⁰³. Offensichtlich ergaben sich aus der Mitgliedschaft von Juden in den Ortsgruppen des Bundes keine Schwierigkeiten: Nur ein einziger Fall ist dokumentiert, in welchem sich als Reaktion auf das Einschleichen „jüdischen Geistes“ in den Vorstand des Bernburger „Vereins der Rheinländer“ – zwei Juden gehörten dem dortigen Vorstand an – im Frühjahr 1923 der „Verein heimattreuer Rheinländer“ mit 60 Mitgliedern „*auf nationaler Grundlage*“ als Gegenründung konstituierte²⁶⁰⁴.

Während Vogel nicht zögerte, auch den „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ um finanzielle Unterstützung der Saarvereinsbestrebungen zu bitten²⁶⁰⁵, entsprang die zeitweise angedachte rednerische Beteiligung eines Rabbiners auf der Bundestagung 1925 in Hannover keineswegs seiner inneren Überzeugung. Vielmehr schien sie ihm ein probates Mittel,

²⁶⁰¹ Vgl. Brief Vogels an seinen ehemaligen Bataillonskommandanten Meißner (17.11.19), in: BA-R 8014/141.

²⁶⁰² Zur Geschichte und Entwicklung der in der saarländischen Bevölkerung integrierten jüdischen Gemeinden während der Völkerbundsjahre vgl.: Albert MARX: Die Geschichte der Juden im Saarland. Vom Ancien Régime bis zum Zweiten Weltkrieg, Saarbrücken 1992, S. 160–197. Auch Hans-Walter HERRMANN (Das Schicksal der Juden im Saarland 1920 bis 1945, in: Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, hrsg. von der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Koblenz 1974, S. 257–491, hier: S. 264 f.) hebt das weitgehend spannungsfreie Zusammenleben zwischen Christen und Juden bis 1933 hervor.

²⁶⁰³ Vgl. SF 3 (1922) 9, S. 143; SF 5 (1924) 10, S. 151; SF 6 (1925) 11, S. 176; SF 8 (1927) 17, S. 337; SF 9 (1928) 24, S. 452.

²⁶⁰⁴ Vgl. Brief des Schriftführers Kuhnen an die GSV (30.06.23), in: BA-R 8014/247. Hervorhebung im Original. Der jüngere Verein erklärte anschließend seinen Beitritt zum BdS.

²⁶⁰⁵ Vgl. Brief der GSV an den Vorsitzenden Otto Kraft (26.01.24), in: BA-R 8014/220. Ab Januar 1926 bezog die Geschäftsstelle sogar die „CV-Zeitung“ im Abonnement, nachdem sie im Vorjahr 100 Exemplare einer Rheinland-Sondernummer den Ortsgruppen übersandt hatte: Vgl. Briefe der GSV an den „Verband Groß-Berliner Ortsgruppen des CV deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (18.07.25, in: BA-R 8014/1064 und 15.01.26, in: BA-R 8014/14).

„ganz gewiß in weiteren Kreisen das größte Vertrauen hervor[zu]rufen, da für uns Parteipolitik und konfessionelle Fragen grundsätzlich ausgeschlossen sein müssen.“²⁶⁰⁶

Zumindest, was die jüdische Glaubensgemeinschaft betraf, war die Interkonfessionalität des Bundes lediglich Teil seiner seriösen Außendarstellung. Sofern jüdische Organisationen nützlich erschienen, kooperierte Vogel, ohne jedoch die antisemitischen Vorurteile dabei aufzugeben.

Nach 1933, als rassistisch begründeter Antisemitismus zur Staatsdoktrin erhoben wurde, war innerhalb der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ eine Radikalisierung festzustellen. Hatte sie sich in den zurückliegenden Jahren bei französisierten Adressangaben auf Brief- und Postsendungen ins Saargebiet noch begnügt, dies als Zeichen mangelnden Feingefühls oder schlichter Unwissenheit über die nationalen Verhältnisse an der Saar zu rügen, so erkundigte sie sich nun in einem Fall, ob der Absender arischer oder jüdischer Abstammung war. Ob Vogel die geplante Anprangerung in der reichsdeutschen Presse aus eigener Überzeugung vornehmen wollte oder hierin eine Möglichkeit sah, konformes Verhalten zu demonstrieren, läßt sich nicht entscheiden. Letztendlich ließ er die Angelegenheit, die sich als Fehler eines Lehrlings der in deutschen Besitz befindlichen Firma entpuppte, auf sich beruhen²⁶⁰⁷. Mit Rücksicht auf das bevorstehende Plebiszit – im Jahr 1919 hatten über 3.700 Juden im Saargebiet gelebt, die größtenteils die Abstimmungsberechtigung besaßen²⁶⁰⁸ – blieb es der Schriftleitung des „Saar-Freund“ erspart, sich durch antisemitische und rassistische Äußerungen zu profilieren. Lediglich einmal erschien eine verhaltene Drohung an zwei Saarlouiser jüdische Firmen, die jeweils Angestellte – angeblich wegen deren Teilnahme an der Rüdeshheimer Saarkundgebung – entlassen hatten²⁶⁰⁹. Und wenn der ungeliebte Leiter der Innenabteilung der Regierungskommission nach der Abstimmung nur noch als „Jude Heimburger“²⁶¹⁰ titulierte wurde, dürfte dies in erster Linie ein Zugeständnis an die „neuen Verhältnisse“ als Ausdruck tiefgehender eigener Überzeugung gewesen sein.

Als ihn im Mai 1933 aus Mainz die Anfrage erreichte, ob die Ortsgruppenmitgliedschaft auch für Juden möglich sei, tat sich Vogel mit der Antwort schwer. Schließlich riet er dem dortigen Vorsitzenden, daß das jüdische Bekenntnis nach den vereinsinternen Bundessatzungen und den Satzungen der Ortsgruppen kein Hinderungsgrund für die Aufnahme sei.

²⁶⁰⁶ Vgl. Brief der GSV an Heinrich (Oktober 1924), in: BA-R 8014/25.

²⁶⁰⁷ Vgl. Brief der GSV an den Magistrat der Stadt Augsburg (28.08.33), in: BA-R 8014/16.

²⁶⁰⁸ Vgl. MARX, S. 160.

²⁶⁰⁹ Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 350.

²⁶¹⁰ Vgl. SF 15 (1935) 28, S. 609; SF 15 (1934) 30, S. 657.

„Das wird auch so bleiben müssen, da ja auch Juden abstimmungsberechtigt sind. Selbstverständlich kann nur aufgenommen werden, wer sich rückhaltslos für die deutsche Zukunft des Saargebietes einzusetzen bereit ist und ein Überwiegen von Juden bei den Mitgliedern oder in der Leitung des Vereins wird ein richtiger Takt zu vermeiden wissen. [...] Am besten wird die Judenfrage überhaupt nicht berührt in der Gründungsversammlung. Läßt sie sich nicht vermeiden, dann wird man darauf hinweisen müssen, daß das Saargebiet Abstimmungsgebiet ist, und daß es bei unserer Arbeit darauf ankommen muß, die Stimmen aller abstimmungsberechtigter Personen für die Volksabstimmung zu erfassen.“²⁶¹¹

Der neue Bundesvorsitzende Simon war in diesen Fragen allerdings weitaus weniger konziliant: Im Oktober des gleichen Jahres ordnete er unter Berufung auf die revidierten Satzungen – die freilich nie ausgearbeitet wurden – an, daß die Mitgliedschaft von Juden und Marxisten zum Bund fortan untersagt sei. Sollte sich herausstellen, daß ein Ortsgruppenvorsitzender marxistischen Organisationen angehört habe oder *„Nichtarier im Sinne der betreffenden Bestimmungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“* war, mußte er unverzüglich seines Amtes enthoben werden²⁶¹². Obwohl aus diesem Grunde noch im Herbst 1934 einem Saar-Obmann die Befugnisse zur Betreuung der Abstimmungsberechtigten entzogen wurde²⁶¹³, ist kaum anzunehmen, daß sich nach dem personellen Revirement noch eine nennenswerte Zahl jüdischer Bürger unter den Ortsgruppenvorständen befand.

Kap. 8.3: Nationalismus und Militarismus gegen Pazifismus und Völkerverständigung

Ähnlich suspekt wie die Verständigung mit Frankreich war den Mitarbeitern in der Berliner Königgrätzer Straße pazifistisches Gedankengut, das für sie nichts anderes war, als *„die bewußte Herabsetzung des deutschen Namens und die Anschwärzung des deutschen Volkes.“* Besser schien es ihnen, – unter Umständen auch gewaltsam – gegen die Kräfte jenseits des Rheins vorzugehen, die noch im Militarismus verhaftet waren und einen neuen Krieg vorbereiteten. Es könne nicht angehen, so der „Saar-Freund“ 1924, daß vermeintliche imperialistische und militaristische Strömungen vom Ausland aufgebauscht würden, während das Unrecht, welches Deutschland durch den Versailler Vertrag erdulden müsse, ungesühnt bliebe. Selbst wenn ein neuer Krieg angesichts der modernen Waffen für alle Beteiligten Selbstmord wäre, dürfe man nicht darauf verzichten, die vertragswidrigen Zustände anzuprangern, weil sie

„dem pazifistischen Gedanken weit mehr ins Gesicht schlagen als die halb so schlimmen Hakenkreuzler, die in Aufbauschung ihrer Bedeutung alle Tage ein paarmal von den deutschen Pazifisten durchbohrt werden.“

Wahrer Pazifismus bedeutete nach Ansicht des „Saar-Freund“, die Ursachen für den Nationalismus dadurch zu beseitigen, daß den Menschen der Glauben an die Notwendigkeit des Krieges

²⁶¹¹ Brief der GSV an Paulus (23.05.33), in: BA-R 8014/484.

²⁶¹² Vgl. Rundschreiben Simons an die Ortsgruppen (18.10.33), in: BA-R 8014/130. Siehe Dok. 19 im Anhang.

²⁶¹³ Vgl. Brief der GSV an die Geheime Staatspolizei (12.09.34), in: BA-R 8014/1145-1.

genommen werde²⁶¹⁴. Während das Blatt einerseits das destruktive Potential der Nationalsozialisten unterschätzte, verunglimpfte es auf der anderen Seite führende Vertreter des deutschen Pazifismus. Ludwig Quidde und Paul Freiherr von Schoenaich sahen sich Mitte der zwanziger Jahre ebenso den Anfeindungen aus Berlin ausgesetzt wie Hellmut von Gerlach, dessen kritische Artikel in der „Welt am Montag“ die Forderung provozieren, ihn zu gegebener Zeit strafrechtlich zu belangen²⁶¹⁵. Ähnliches mußte sich auch der „wenig geachtete deutsche Überpazifist“ Friedrich Wilhelm Foerster²⁶¹⁶ gefallen lassen, der über Jahre hinweg im franzosenfreundlichen NSK publizierte. Seine Enthüllungen über die geheime Rüstung der Reichswehr in den zwanziger Jahren trugen mit zu seiner Diskreditierung in der Redaktion des „Saar-Freund“ bei. Fünf Tage, nachdem Foerstes „undeutsche“ Schriften im Mai 1933 öffentlich verbrannt wurden, bezichtigte ihn das Blatt der „Gesinnungslumperei“²⁶¹⁷.

Pazifistisches Ideengut wurde nicht zuletzt deshalb als französische Propaganda stigmatisiert und bekämpft²⁶¹⁸, weil es die These der deutschen Kriegsschuld stützte. Derartige Überlegungen über die mögliche Verantwortung der kaiserlichen Außenpolitik an der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ galten den „Saarfreunden“ als verpönt. So ist es kein Wunder, daß sich der erste längere Leitartikel des Bundesorgans ausgerechnet mit diesem Tabuthema auseinandersetzte²⁶¹⁹ und es als Hebel zur Revision des Versailler Vertrages nutzen wollte. Im Wesentlichen basierte die Argumentation – auch in späteren Jahren – auf zwei Prämissen:

- a) Deutschland sei im Sommer 1914 zu einem Verteidigungskrieg gezwungen worden, der – von langer Hand geplant – gemeinsam von Frankreich und Rußland vom Zaun gebrochen wurde. Dabei sei es nicht nur um Elsaß-Lothringen gegangen, sondern Frankreich habe sich sämtli-

²⁶¹⁴ Vgl. SF 5 (1924) 19, S. 290 f.

²⁶¹⁵ Auslöser war ein gemeinsamer Auftritt von Gerlachs mit einem französischen Rechtsanwalt auf einer Veranstaltung der saarländischen Friedensliga Anfang 1925: Vgl. SF 6 (1925) 1, S. 5; SF 6 (1925) 3, S. 39. Zum Engagement Quiddes, von Schoenaichs und von Gerlachs in der 1892 gegründeten „Deutschen Friedensgesellschaft“, dem „Bund Neues Vaterland“ bzw. der „Deutschen Liga für Menschenrechte“, die Anfang 1922 mit ihrem französischen Pendant einen gemeinsamen Aufruf „An die Demokratien Deutschlands und Frankreichs!“ veröffentlichte: Vgl. Werner FRITSCH: Deutsche Liga für Menschenrechte (DLfM) 1922–1933, in: FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Köln 1983, S. 749–759; Dieter FRICKE/ Werner FRITSCH: Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) 1892–1933, in: Ebd., S. 667–699; Franz Gerrit SCHULTE: Der Publizist Hellmut von Gerlach (1866–1935), München [u.a.] 1988.

²⁶¹⁶ Vgl. SF 5 (1924) 2, S. 20 f.

²⁶¹⁷ Die verbalen Attacken gegen den Pädagogen können als weitere Versuche des SF im Frühjahr 1933 gewertet werden, konformes Verhalten zu demonstrieren: Vgl. SF 14 (1933) 10, S. 149 f. Vgl. ebenso: SF 14 (1933) 11, S. 167–170. Posselt hatte allerdings schon im Vorjahr im Hinblick auf die Vertreter des deutschen Pazifismus gefordert: „Solchen Leuten [...] sollte man aus Gründen nationaler Selbstachtung das Recht, sich Deutsche zu nennen, bestreiten. Sie erschweren den deutschen Freiheitskampf und stören den deutschen Einheitswillen.“: SF 13 (1932) 17, S. 271.

²⁶¹⁸ Die saarländische Friedensliga sei abzulehnen, da sie „dem französischen Annektionismus und Imperialismus im Saartal Vorspanndienste“ leiste: Vgl. SF 5 (1924) 19, S. 290 f. Vgl. ebenfalls die Ausführungen Mehrmanns, in: SF 6 (1925) 4, S. 53 f.

²⁶¹⁹ Vgl. „Die Schuldanklagen gegen Deutschland als Grundlage für die Härten des Friedensdiktats“, in: SF 2 (1921) 7, S. 77 ff.

cher linksrheinischer Gebiete bemächtigen wollen. Zur Unterstützung der deutschen Exkulpationsanstrengungen zitierte der „Saar-Freund“ regelmäßig aus den oben bereits erwähnten russischen Geheimdokumenten²⁶²⁰.

- b) Ebensowenig wie Deutschland eine Schuld am Kriege angelastet werden könne, seien alle Vorwürfe über deutsche Verbrechen im Krieg aus der Luft gegriffen und beruhten auf Verleumdung der Entente. Lediglich „unter dem Zwange militärischer Notwendigkeiten [seien ...] *manche an sich beklagenswerten Maßnahmen vorgenommen*“, aber niemals die Grenze der militärischen Notwendigkeit „*irgendwie wesentlich überschritten worden*“. Die deutsche Öffentlichkeit müsse endlich zum propagandistischen Gegenangriff übergehen und die Kriegsgreuel der Alliierten aufdecken, um so die Vorwürfe „*weltfremder deutscher Pazifisten, die sich in der Rolle als Selbstankläger gefallen*“, zu widerlegen²⁶²¹. Die Weigerung, die deutsche Heeresleitung als Kriegsverbrecher auszuliefern, hielt der „Saar-Freund“ für einen Schritt in die richtige Richtung, wie er auch stets von Ludendorff und von Hindenburg vor derartigen Vorwürfen in Schutz nahm²⁶²².

Ende 1921 bestellte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ 70 Exemplare der Schrift „Die Kriegsbeschuldigten“ zur Verteilung an die Ortsgruppen und bot ähnlich einseitigen Publikationen wie „Dem Weg zur Freiheit“ ebenso wie rechtsgerichteten Vereinigungen die Möglichkeit zur Werbung²⁶²³. Trotzig reagierte sie auf alle Anschuldigungen im Zusammenhang mit deutscher Verantwortung am oder im Krieg:

²⁶²⁰ Vgl. SF 2 (1921) 8, S. 93; SF 5 (1924) 11, S. 155 ff.; SF 7 (1926) 3, S. 45; SF 12 (1931) 21, S. 357; SF 15 (1934) 15, S. 277. Im Herbst 1922 rollte der SF verstärkt die Kriegsschuldfrage auf und lastete die alleinige Verantwortung Frankreich bzw. Poincaré an: Vgl. SF 3 (1922) 16, S. 237 f.; SF 3 (1922) 17, S. 246 f.; SF 3 (1922) 20, S. 293 f.; SF 3 (1922) 20, S. 305 f.; SF 3 (1922) 22, S. 337–340. Auseinandersetzungen um den § 231 des Versailler Vertrages in späteren Jahren: SF 5 (1924) 11, S. 153 ff.; SF 5 (1924) 12, S. 169 f.; SF 5 (1924) 13, S. 187 f.; SF 6 (1925) 20, S. 416; SF 7 (1926) 5, S. 69; SF 7 (1926) 5, S. 82 f.; SF 7 (1926) 18, S. 347 f.; SF 7 (1926) 22, S. 397 ff.; SF 8 (1927) 15, S. 242 f.; SF 10 (1929) 10, S. 179 f. („*Der Artikel 231 des Versailler Diktats ist in sich eine Unwahrheit, also eine Lüge.*“); SF 10 (1929) 12/13, S. 274 f.; SF 11 (1930) 17, S. 317; SF 11 (1930) 20, S. 369; SF 12 (1931) 7, S. 97 f.; SF 12 (1931) 21, S. 367 ff. Vgl. hierzu: Jörg FISCH: Vom Gottesurteil zur Polizeiaktion. Die Rolle der Kriegsschuld im Friedensschluß, in: Otto KRAUS (Hrsg.): „Vae Victis!“ - Über den Umgang mit Besiegten, Göttingen 1998, S. 197–214; HEINEMANN: Die verdrängte Niederlage.

²⁶²¹ Äußerst geeignet schien dazu die Schrift Major Ottos von Stülpnagel „Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen“.

²⁶²² Vgl. SF 2 (1921) 1, S. 11 f.; SF 2 (1921) 7, S. 81 f. Insbesondere der nationale Übervater von Hindenburg blieb sakrosankt: Vgl. SF 8 (1927) 18, S. 346 f.; SF 8 (1927) 19, S. 357 f.; SF 8 (1927) 20, S. 379 ff. („*den verehrungswürdigen Mann, den greisen, pflichttreuen Führer, den bewundernswerten und geliebten wahren Vater des Vaterlandes*“); SF 13 (1932) 20, S. 335. Im Sommer 1925 hatte er eine Vereinsabordnung empfangen und zuvor das Protektorat der Bundestagung übernommen: Vgl. S.Z. Nr. 203 (28.07.25); SF 6 (1925) 15, S. 254. Infolgedessen sind die bissigen Kommentare der saarländischen „Volksstimme“ (Nr. 97 (27.04.25)) nach der Wahl von Hindenburgs zum Reichspräsidenten eine weitere Erklärung für die Vorbehalte der GSV gegenüber Max Braun.

²⁶²³ Vgl. Brief der GSV an Oberstleutnant Fleck (09.12.21), in: BA-R 8014/711. Vgl. SF 6 (1925) 1, S. 16. Aufruf der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Wahrheit, Recht und Ehre“, in: SF 2 (1921) 8, S. 112; Aufruf des „Nationalverbandes Deutscher Offiziere“, in: SF 2 (1921) 10, S. 140.

„Wir sind der Haß der Erden,
Ob Mann, ob Weib, ob Kind.
Doch was auch daraus werde,
Wir bleiben, was wir sind.

Drum laßt uns schwör'n und singen
In Sturm und Nacht hinein:
Deutsch bis zum Todesringen
Und nichts als deutsch zu sein.“²⁶²⁴

Eng verwoben mit diesen beiden Aspekten war ein dritter, der ebenso häufig im „Saar-Freund“ thematisiert wurde: Schon in einer seiner ersten Ausgaben erinnerte er sich an die Situation im Herbst 1918, als das deutsche Heer durch das Saargebiet zurückmarschierte:

„siegreich in so vielen Kämpfen, bezwungen aber von der erdrückenden Not im Reiche und der Revolution, die ihm die letzte Stärke geraubt und einen erträglichen Frieden damit verhindert habe.“²⁶²⁵

Indem sich das Bundesorgan für die Variante des „Dolchstoßes“ entschied, nach der die katastrophalen Folgen des Zusammenbruchs dem Versagen der „Heimatfront“ angelastet wurden²⁶²⁶, bezog es indirekt Stellung gegen das republikanische Deutschland, das sich aus der Revolution entwickelte. Die Umwälzungen des Herbstes 1918 blieben dauerhaft negativ konnotiert; erst durch Politiker wie den „Erzlumpen Erzberger“²⁶²⁷ sei die im Krieg vermeintlich gefestigte Volksgemeinschaft aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und sozialen Schichten auseinandergebrochen²⁶²⁸. Das Trauma des verlorenen Krieges hingegen wurde auch im „Saar-Freund“ durch die Glorifizierung des Heldentodes und die Verklärung der Frontkameradschaft kompensiert. Auf diese Weise ließ sich die Legende des „im Felde unbesiegten“ Heeres aufrechterhalten und dem massenhaften Sterben einen nachträglichen Sinn geben²⁶²⁹: Der millionenfache Tod auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges galt – auch den Propagandisten in der Königgrätzer Straße – als freiwilliges Selbstopfer zu Ehren des Vaterlandes, womit sie sich von alternativen

²⁶²⁴ „Saardeutscher Schwur“, in: Saarlieder-Buch des Bundes der Saarvereine, S. 1.

²⁶²⁵ SF 1 (1920) 4, S. 15. Weitere Belegstellen für die verdrängte Niederlage: SF 3 (1922) 15, S. 224; SF 4 (1923) 18, S. 245 f.; SF 6 (1925) 6, S. 97; SF 6 (1925) 21, S. 356 ff.; SF 8 (1927) 10, S. 159 ff.; VOGEL: Das deutsche Saargebiet, S. 11 f.

²⁶²⁶ Vgl. hierzu: Boris BARTH; Gerd KRUMEICH: Die Dolchstoß-Legende, in: FRANÇOIS/SCHULZE: Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 585–599 und S. 712 ff.; Ulrich HEINEMAN: Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion, in: BRACHER [u.a.] (Hrsg.), S. 371–386; Benjamin ZIEMANN: Die Konstruktion des Kriegsveteranen und die Symbolik seiner Erinnerung 1918–1933, in: DÜLFFER/KRUMEICH (Hrsg.): Der verlorene Frieden, S. 101–118, hier: S. 110–118.

²⁶²⁷ Brief Vogels an seinen ehemaligen Bataillonskommandanten Meißner (17.11.19), in: BA-R 8014/141.

²⁶²⁸ Vgl. SF 1 (1920) 19, S. 189; SF 8 (1927) 18, S. 349; Dirk SCHUMANN: Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grunddispositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen middle classes), in: Hans MOMMSEN (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderungen in der Politik, Köln-Weimar 2000, S. 83–105, hier: S. 105; REIMUS, S. 235–238; VERHEY: Der „Geist von 1914“, S. 344–362.

²⁶²⁹ Vgl. Sabine BEHRENBECK: Zwischen Trauer und Heroisierung. Vom Umgang mit Kriegstod und Niederlage nach 1918, in: Jörg DUPPLER/Gerhard P. GROSS (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999, S. 315–339, hier: S. 316–321; KOSELLECK: Der Einfluß der beiden Weltkriege, S. 325–333. Unter den unzähligen Berichten über die Einweihung von Kriegerdenkmälern vgl. exemplarisch: SF 12 (1931) 24, S. 407.

Deutungen aus dem linken Milieu abgrenzten²⁶³⁰. Dem Mythos der soldatischen deutschen Überlegenheit bzw. der Darstellung des heroischen Kampfes räumten sie als ehemalige Weltkriegsteilnehmer nur allzu gerne Platz ein²⁶³¹. In welchem Umfang Vogel und seine Mitstreiter mit ihrer Militärhörigkeit ein Stück des alten Kaiserreiches in die ungeliebte Republik hinüber retteten, zeigt die große Rolle, welche das Militär innerhalb des Bundes spielte²⁶³²: Die Saarkundgebungen bedienten sich großzügig aus dem rituellen Repertoire der Kriegervereinsveranstaltungen, der „Saar-Freund“ leitete den sozialen Status einzelner Persönlichkeiten aus deren militärischen Verdiensten und dem Dienstgrad ab, soldatische Traditionen und Tugenden wurden glorifiziert und Berichte über Regimentsvereine, erfreuten sich großer Beliebtheit²⁶³³. Da die militärische Niederlage 1918 anders als nach dem Zweiten Weltkrieg nicht in einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands endete, rettete sich das traditionelle Großmachtdenken ohne größere Brüche von der Kaiserzeit in die Republik. Der Glaube an die Überlegenheit der deutschen Nation zeigte sich sowohl in der tagesaktuellen Distanzierung gegenüber Frankreich und dessen Verbündeten in Ostmitteleuropa²⁶³⁴ als auch in allgemeinen Ausführungen zur jüngeren deutschen Geschichte: *„Kein Reich der Welt war an innerer Gesundheit und*

²⁶³⁰ Neben tagespolitischen Themen „wurde die politische Kultur massiv durch die Auseinandersetzung um die Wahrnehmung, Deutung und Darstellung des Ersten Weltkrieges und damit durch den Kampf um die ‚richtige‘ Erinnerung an den Krieg geprägt. Auch in diesem Gedächtnis-Diskurs verfügte das nationale Lager über ein Primat in der Ausdeutung und Sinnstiftung des Weltkrieges. Die ausgebliebenen Früchte des Sieges, die Unerfülltheit der annexionistischen Hoffnungen und die daraus resultierende scheinbare Sinnlosigkeit der Opfer und des Leidens führten im bürgerlichen Milieu zu einer Heroisierung und Mythisierung des Kriegserlebnisses an sich. Vor allem von Seiten des sich rasch formierenden neuen Nationalismus wurde der Weltkrieg aus seinem historischen Zusammenhang gelöst und als ‚reinigendes Naturereignis‘ betrachtet, was zu einer Ästhetisierung des Krieges und zu einer Glorifizierung von Gewalt und Männlichkeit führte. Damit erfuhr das Kriegserlebnis eine entscheidende Politisierung: eine idealisierte ‚Frontkameradschaft‘ diente als Folie für die kommende ‚Volksgemeinschaft‘ und der ‚stahlharte Frontkämpfer‘ des Schützengrabens markierte einen neuen Menschentypus.“: KRASSNITZER, S. 121 f. Zum „Krieg der Erinnerungen“ (WOLFRUM) vgl.: Bernd ULRICH/ Benjamin ZIEMANN (Hrsg.): Krieg im Frieden. Die umkämpfte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1997; DERS.: Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg; Edgar WOLFRUM: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001, S. 26–38.

²⁶³¹ Vgl. SF 2 (1921) 3, S. 32 f.; SF 2 (1921) 16, S. 230 f.; SF 9 (1928) 22, S. 405 ff.; SF 9 (1928) 23, S. 423 f.

²⁶³² Vgl. Jürgen HANNIG: Im Schatten von Spichern: Militarismus und Nationalismus im Saarrevier vor dem Ersten Weltkrieg, in: „Als der Krieg über uns gekommen war...“, S. 20–37; ROHKRÄMER: Zur Bedeutung des Militarismus innerhalb der politischen Kultur der Weimarer Republik vgl. DANN: Nation und Nationalismus, S. 256–261; Hans MOMMSEN; SCHUMANN, S. 83 ff.; Andreas HILLGRUBER: Militarismus am Ende der Weimarer Republik und im Dritten Reich, in: DERS. (Hrsg.): Deutsche Großmacht- und Weltpolitik, Düsseldorf 1977, S. 134–148. Zu den militärisch gefärbten Sprachbildern im SF und Posselts Frontkämpfernationalismus siehe S. 376 f.

²⁶³³ Insbesondere wurden natürlich diejenigen Verbände berücksichtigt, die bis 1914 in der Saarregion stationiert waren: Vgl. beispielsweise: SF 9 (1928) 14/15, S. 296; SF 9 (1928) 17, S. 331; SF 9 (1928) 19, S. 365. Im Einladungsschreiben zu einem Unterhaltungsabend des Berliner Saarvereins am 15.02.27, zu dem auch der Chef der Heeresleitung Wilhelm Heye erschien, hieß es: *„Wir Offiziere der ehemaligen Saargarnisonen haben die Ehrenpflicht, unser Interesse für das schöne, kerndeutsche Saargebiet zu bezeugen, das in besseren Tagen unsere Heimat war, und die vaterländische Aufklärungsarbeit des Bundes der Saarvereine zu unterstützen.“*: Vgl. SF 8 (1927) 5, S. 80 f. Zahlreiche Offiziere traten anschließend der Ortsgruppe bei.

²⁶³⁴ Siehe hierzu Kap. 6.3.

*Kraft dem Deutschen Reiche vergleichbar.*²⁶³⁵ Zehn Jahre vor der in Aussicht gestellten Abstimmung tröstete der „Saar-Freund“ seine Leser:

<i>„Eines wird ihm nicht gelingen,</i>	<i>Daß der Tag der Freiheit kommt,</i>
<i>Deutschland wird nicht untergehn -</i>	<i>Daß wir einig uns erheben,</i>
<i>Deutsches Können, deutsches Wissen</i>	<i>wie es deutschem Geiste frommt –</i>
<i>Zwingt die Welt zu Deutschlands Füßen!</i>	<i>Werden dann dem Feinde zeigen,</i>
<i>Und wir werden's noch erleben,</i>	<i>Welche Grenzen ihm zu eigen!</i> ²⁶³⁶

Angesichts derartiger Äußerungen wirken Beschwichtigungsversuche, wie sie ab Mitte der zwanziger Jahre häufiger zu lesen waren, wenig überzeugend: Der Gedanke des „Deutschland über alles“ sei keineswegs als nationalchauvinistische Überheblichkeit gegenüber anderen Ländern und Völkern zu verstehen, sondern lediglich Ausdruck starker Verbundenheit zum deutschen Vaterland²⁶³⁷. Vielmehr sei die Auseinandersetzung zwischen der saarländischen Bevölkerung und dem imperialistischen Frankreich geradezu ein Paradebeispiel für den Unterschied zwischen nationalem Selbstbewußtsein und überzogenem Nationalismus²⁶³⁸. Es gehe der Bundesleitung keineswegs um „*nationale Überspannung oder Überheblichkeit*“, sondern lediglich darum, gemeinsam mit den Saarländern die nationalen Werte hervorzuheben²⁶³⁹. Sollten bei Veranstaltungen nationalistische Töne angeschlagen worden sein, so habe dies am nationalen Übereifer gelegen, den man einer Grenzlandorganisation nachsehen müsse²⁶⁴⁰.

²⁶³⁵ Daher müsse „*dieses Reich, das über Europa dahingestrahlt hat, ein Hort des Friedens und der Gesittung, der Kraft und der Freiheit*“, erneuert werden: Vgl. SF 12 (1931) 2, S. 17 f.

²⁶³⁶ SF 6 (1925) 3, S. 51.

²⁶³⁷ Vgl. SF 7 (1926) 17, S. 324; Tätigkeitsbericht ... über das Geschäftsjahr 1927, S. 16. Die Forderung eines sozialdemokratischen Ortsgruppenvorsitzenden, im Interesse der parteipolitischen Ausgewogenheit auf der Kasseler Bundestagung auf das Singen der ersten Strophe der Hymne zu verzichten, wies Vogel mit der Begründung zurück, daß man es förmlich singen müsse, solange noch der Feind auf deutschem Boden stehe: Vgl. Brief der GSV an Karl Rau (23.03.21), in: BA-R 8014/202. Vgl. ebenso: SF 5 (1924) 8, S. 123.

²⁶³⁸ Vgl. SF 11 (1930) 18, S. 338 f.; SF 12 (1931) 6, S. 86 f.

²⁶³⁹ Vgl. SF 7 (1926) 11, S. 167. Es lag in der Regel an Ollmert, die regelmäßig in der Presse gegen den BdS erhobenen Vorwürfe mit derartigen Grundsatzartikeln zurückzuweisen. Beispielsweise forderte er nach der Bundestagung in Hannover explizit politische, religiöse und soziale Toleranz als Voraussetzungen für eine Mitarbeit bei den „Saarfreunden“: Vgl. SF 6 (1925) 14, S. 225.

²⁶⁴⁰ Von seinen Strukturen sei der Verein jedenfalls überparteilich und überkonfessionell: Vgl. „Saarländische Landeszeitung“ Nr. 49 (19.02.28). Vor saarländischen Fußballern wies Debusmann zur gleichen Zeit ähnlichlautende Vorwürfe zurück: Vgl. SF 9 (1928) 9, S. 145.

Kapitel 9: Die Finanzierung der Propagandaarbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine 1919–1933

Nachdem bereits an verschiedenen Stellen die Problematik der Finanzierung einzelner Aufgabenfelder angeschnitten wurde, soll im folgenden versucht werden, einen Gesamtüberblick über die Finanzquellen zu geben, welche die Geschäftsstelle und die Ortsgruppen während ihrer 15jährigen Tätigkeit speisten. Das Hauptproblem hierbei besteht darin, daß sich in den Akten des Bundes keine Kassenbücher finden ließen und die veröffentlichten Tätigkeitsberichte ein verzerrtes Bild vorgaukeln, so daß die bis zuletzt verschwiegenen Finanzkanäle anhand des umfangreichen Schriftwechsels rekonstruiert werden müssen²⁶⁴¹.

Zum Einwerben von Geldern instrumentalisierte Vogel das scheinbare Desinteresse am Saarproblem, was zur Folge hatte, daß die Klagen über die marginale finanzielle Unterstützung im Grunde nie abrissen. Gerade wenn es galt, neue finanzielle Hilfsquellen zu erschließen, wurde die vermeintliche „Aschenbrödel-Rolle“²⁶⁴² des Saargebiets hervorgehoben: Die deutsche Bevölkerung sei nicht nur unzureichend informiert, sie ignoriere auch schlichtweg die nationale Notlage an der südwestlichen Ecke des Reiches²⁶⁴³. Im Laufe der Jahre rückte Vogel zwar zunehmend von diesem Vorwurf ab, zog aber die gleiche Konsequenz aus den geänderten Rahmenbedingungen: Während derartige Klagen in den frühen Zwanzigern in erster Linie die reichsdeutsche Bevölkerung motivieren sollten, sich stärker der Saarfrage zuzuwenden – was letztendlich am effektivsten über eine Organisation wie dem Bund der Saarvereine erfolgen könne –, heftete er dem in späteren Jahren das Verdienst an die Brust, die Saar zum „Gemeingut des deutschen Volkes“²⁶⁴⁴ gemacht zu haben, weswegen seine finanzielle Unterstützung auch weiterhin Gewähr für eine erfolgreiche Abwehr- und Aufklärungsarbeit biete.

Die Anschubfinanzierung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ erfolgte durch die preußische Staatsregierung in einem Umfang, daß allein die Zinsen aus dem 3-Millionen-Propagandafonds die „Saar-Freunde“ in ihrer Frühphase in die Lage versetzt hätten, auf weitere Zuschüsse von dritter Seite zu verzichten²⁶⁴⁵. Um sich allerdings als volkstümliche Massenbewegung präsentieren

²⁶⁴¹ Hier sollen allerdings nur die Mittel für den laufenden Betrieb und nicht die Sonderzuwendungen für Spezialaufgaben berücksichtigt werden, da diese Gelder in aller Regel weitergeleitet wurden.

²⁶⁴² SF 4 (1923) 22, S. 277.

²⁶⁴³ Vgl. undatierte Pressemitteilung der GSV (1924), in: BA-R 8014/4; SF 5 (1924) 10, S. 142; SF 6 (1925) 1, S. 5 f.; SF 11 (1930) 20, S. 372 ff.; SF 12 (1931) 11, S. 161 f.; SF 12 (1931) 12, S. 177 ff.

²⁶⁴⁴ Rundschreiben der GSV (Januar 1932), in: BA-R 43-I/252. Vgl. ebenso: SF 7 (1926) 18, S. 335; Rundschreiben der GSV (Februar 1927), in: StA Freiburg, C 4/IX/2/1; SF 10 (1929) 11, S. 234; SF 10 (1929) 21, S. 449; SF 13 (1932) 18/19, S. 302 ff.; Das Wirken der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ... im Jahre 1930, S. 11; Brief der GSV an das AA (01.02.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

²⁶⁴⁵ Vgl. Brief der GSV an die RVP (14.04.28), in: BA-R 8014/784. Während der Inflation wurden die drei Millionen Mark restlos aufgebraucht: Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 23.03.29 (28.03.29), in: BA-R 8014/7; Brief Ommerts an Röchling (03.06.42), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 19. Weitere 300.000 Mark erhielt die Berliner Zentrale von der RVP über den ehemaligen Vorsitzen-

zu können und vor allem nicht in den Verdacht zu geraten, auf Rechnung offizieller Regierungskreise zu arbeiten, bemühte sich Vogel, zusätzliche Finanzquellen bei Privatpersonen, Kommunen und Körperschaften zu erschließen²⁶⁴⁶. Im Herbst 1919 wandte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ aus diesem Grund hilfeschend an deutsche Städte und Kreise:

„Von allen Vergewaltigungen, die der sogenannte Frieden von Versailles für das deutsche Volk festgelegt hat, ist keine so folgenschwer wie die Losreißung des Saargebiets vom Deutschen Reich. Konnten die Verbandsmächte bei der Abtrennung unserer Ostmark noch durch den Hinweis auf die dortige gemischte Bevölkerung ihre Annektionsabsichten notdürftig bemänteln, so versagt auch diese Ausrede dem Saargebiet gegenüber, dessen Bevölkerung schon von jeher rein deutschen Blutes war, vollkommen. [...] Inzwischen kämpft das von der Heimat abgeschnittene Volk an der Saar einen Verzweiflungskampf um sein Deutschtum. In diesem Kampfe, der schwerer ist, als die meisten von uns ahnen, gilt es, unsere Brüder im Saarlande zu unterstützen [...]. Unsere Aufgabe ist es, das Deutschtum an der Saar zu wahren und zu schützen. Mit allen Mitteln muß darauf hingearbeitet werden, daß das losgerissene urdeutsche Land wieder zu Deutschland zurückkehrt. [...] Deutschland bildet ein einziges untrennbares Ganzes, und die Verstümmelung eines einzelnen Gliedes macht sich im ganzen Volkskörper bemerkbar.“²⁶⁴⁷

Aus Solidarität mit den notleidenden „Brüder[n] an der Saar“, deren schweres Schicksal den Deutschen im unbesetzten Teil des Reiches erspart geblieben sei, und aus Pflichtgefühl sollten die Kommunen den Kampf um die Deutscherhaltung des Saargebiets unterstützen. Der emotional gehaltene Appell verklang – Dank einer befürwortenden Stellungnahme des Deutschen Städtetages²⁶⁴⁸ – nicht ungehört. Beispielsweise erklärte sich Leipzig zur Zahlung von insgesamt 800 Mark bereit, Bremen und Düsseldorf überwiesen 500 Mark, das Koblenzer Regierungspräsidium immerhin noch 300 Mark²⁶⁴⁹. Die uneinheitliche Reaktion der badischen Städte dürfte exemplarisch für das Verhalten reichsdeutscher Kommunen gewesen sein: Einige Städte wie Freiburg und Pforzheim gewährten eine finanzielle Unterstützung, während Lahr diese ablehnte

den der Saarbrücker Bergwerksdirektion: Vgl. Brief der GSV an Hilger (20.03.20), in: BA-R 8014/665; „L'Echo de Forbach“ (21.05.20). Eventuell forderte die RfH die Gelder im Zusammenhang mit der Affäre Ollmert zurück; jedenfalls zahlte der Strohmann Hilger am 20.09.20 die gleiche Summe wieder auf das Konto der RVP bei der Orientbank ein: Vgl. Brief Dr. Strahls (RfH) an die RVP (16.03.21), in: PA AA, Presseabteilung, R 122.463. Sicher ist, daß die GSV aus dem Etat der RVP zwischen Oktober 1919 und April 1921 knapp 200.000 Mark erhielt: Vgl. Brief des AA an das BayMA (18.08.20), in: BayHStA, MA 108.203; Brief der GSV an von Wrochem (01.09.20), in: BA-R 1602/2519; Kontoauszug der RVP für die GSV (04.11.21), in: BA-R 8014/780. Nach einem Treffen mit Landrat Dilthey erklärte sich der Reichskommissar für die besetzten Gebiete zur Zahlung von 50.000 Mark bereit: Vgl. undatierte Niederschrift Vogels über das Treffen vom 17.09.19, in: BA-R 8014/662.

²⁶⁴⁶ Hierzu war er aufgrund der Satzungen der GSV verpflichtet (§ 3). Entsprechend lautete auch der Passus in den Bundessatzungen (§ 10): „Die Mittel des Bundes bestehen aus den Mitgliederbeiträgen, Stiftungen, freiwilligen Zuwendungen und Sammlungen, welche der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ für ihre Zwecke zur Verfügung gestellt sind.“: Vgl. Dok. 3 und 4 im Anhang.

²⁶⁴⁷ Dieses Rundschreiben ging zunächst an alle preußischen Kommunen und den Vorsitzenden des Preußischen Städtetages, bevor es im darauf folgenden Monat an zahlreiche rechtsrheinische Städte versandt wurde: Vgl. Rundschreiben „Gedenket der Deutschen an der Saar“ (September 1919), in: StA Hannover, HR 15/693 bzw. Oktober 1919, in: StA Freiburg, C 4/ IX/ 2/ 1.

²⁶⁴⁸ Vgl. vertrauliches Rundschreiben des Deutschen Städtetages (23.10.19), in: StA Frankfurt, S 2086.

²⁶⁴⁹ Vgl. StA Leipzig, Kap 35, Nr. 1252/1; StA Düsseldorf, III/1299; Staatsarchiv Bremen, 3-V.2/2053; Brief der GSV an Freiherr von Schorlemer (06.11.19), in: BA-R 8014/662.

und andere Städte (Mannheim und Karlsruhe) zunächst Erkundigungen beim Deutschen Städte- tag einzogen. Konstanz, Baden-Baden und Bruchsal hatten kein Schreiben erhalten²⁶⁵⁰.

Die typische Vorgehensweise in praktisch allen Rundschreiben, die bis 1935 zur Sicherung der Finanzierung versandt wurden, war, zunächst die drohenden Gefahren möglichst drastisch an die Wand zu malen, um dem Leser anschließend den Schaden vor Augen zu führen, der der deut- schen Wirtschaft und dem deutschen Volk durch den Verlust der Saar mit seiner „kerndeut- schen“ Bevölkerung entstünde. Beispielsweise trat die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Rundschreiben „Saarhilfe!“ (Frühjahr 1923) an die körperschaftlichen Bundesmitglieder mit der Bitte heran, die Jahresbeiträge zu erhöhen, da hinter der französischen Propaganda die mit Staatsmitteln gut ausgestattete „Union française“ stehe. Im ungünstigsten, aber zu befürchtenden Fall ginge dem Reich eine Jahresförderung von 14 Millionen Tonnen Steinkohle und 800.000 treudeutsche Saarländer verloren, eine Gefahr, die lediglich durch eine breite Volksbewegung abgewehrt werden könne²⁶⁵¹ – für die aber auch ausreichende finanzielle Opfer erbracht werden müßten. Pflicht des deutschen Volkes sollte es sein, den französischen Angriff gemeinsam mit dem Bund und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ abzuwehren:

*„Wie aber der Soldat nicht ohne Pulver und Blei seine Heimat verteidigen kann, so kann der ‚Saar-Verein‘ seinen Abwehrkampf nicht ohne finanzielle Mittel durchführen.“*²⁶⁵²

Diese Strategie war natürlich immer dann gefährdet, wenn in der reichsdeutschen Presse die Verhältnisse im Saargebiet nicht in den dunkelsten Farben gezeichnet wurden. Lisbeth Dill, die bekannte saarländische Heimatdichterin, handelte sich daher wegen positiver Äußerungen umgehend eine Zurechtweisung durch Vogel ein²⁶⁵³. Während der Entspannungsperiode in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre sah sich der Saarverein vor das Problem gestellt, eben jenes Bedrohungsszenario aufrechtzuerhalten, zumal der Hinweis auf die noch immer vorhandenen französischen Ambitionen spätestens nach der auch im Saargebiet mit großem Aufwand aufge- zogenen Jahrtausendfeier keineswegs mehr seine ursprüngliche Überzeugungskraft besaß²⁶⁵⁴. Vogel konnte sehr aufbrausend reagieren, wenn ihm die erhoffte Unterstützung verwehrt wurde: Beispielsweise bezeichnete er den preußischen Saarvertrauensmann Watermann in Köln gegenüber einem Vertrauen als Schwätzer und beklagte, daß verschiedene Organisationen durch

²⁶⁵⁰ Vgl. daher auch für die folgenden Jahre die entsprechenden Reaktionen des badischen Städteverbandes, in: StA Freiburg, C 4/ IX/ 2/1; StA Konstanz, II/4415.

²⁶⁵¹ Ein beliebtes Mittel war es, innenpolitische Maßnahmen in Frankreich in die historische Pariser Rhein- und Saarpolitik einzubetten: Vgl. Rundschreiben der GSV (20.03.23), in: StA Freiburg, C 4/ IX/ 2/ 1. Vgl. ebenso SF 12 (1931) 7, S. 98 ff.

²⁶⁵² Vgl. Rundschreiben „Vaterland, Saardeutschland ruft Dich!“ (November 1928), in: LA Saarbrücken, Saar- Verein 19.

²⁶⁵³ Vgl. SF 5 (1924) 1, S. 6; Brief der GSV an Dill (03.09.23), in: BA-R 8014/672. In der Tat erwies sich der Artikel Dills im „Berliner Lokalanzeiger“ als kontraproduktiv, wurde er doch noch fünf Jahre später als Beleg für das prosperierende Saargebiet in einer französischen Propagandaschrift zitiert: Vgl. REVIRE: *Perdrons- nous la Sarre?*, S. 83.

²⁶⁵⁴ Vgl. hingegen: „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

ihn mit staatlichen Mittel gefördert würden, „während man den anderen Stellen, die eine wirklich erfolgreiche Aufklärungsarbeit leisten, so gut wie nichts zur Verfügung stellt.“²⁶⁵⁵ Diplomatisch war Vogel nur dann, wenn er die Möglichkeit zur Steigerung der Einnahmen sah; Anfang 1932 sollte ein Artikel über eine Versammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes gekürzt werden, da die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ von dem Verband keine finanzielle Unterstützung erwarten konnte – hingegen aber von den im Artikel kritisierten Industriellen²⁶⁵⁶.

Im Sommer 1920 herrschten in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ noch gesunde finanzielle Verhältnisse. Ausgaben in Höhe von etwa 55.000 Mark für Verwaltung, Bürobedarf und die Herausgabe des „Saar-Freund“ stand die gleiche Summe an Einnahmen durch die RVP gegenüber, so daß sich Vogel sogar erlauben konnte, die 100.000 Mark des Saarausschusses als Reserve zu erhalten und nur die Zinsen zu verwenden²⁶⁵⁷. Die Sammlung freiwilliger Beiträge, die anfangs vor allem dem Zweck diente, die neu gegründete Saarorganisation reichsweit bekannt zu machen, wurde allerdings in dem Maße notwendiger, wie die Inflation die Mittel aus den verschiedenen staatlichen Propagandafonds aufzehrte²⁶⁵⁸. Als die Geschäftsstelle im Sommer 1921 dazu überging, mit der Werbung neuer Anhänger Gelder für ihre Arbeit einzutreiben²⁶⁵⁹, rief sie nicht allein den Widerstand Bayerns hervor, sondern riskierte auch, im bevölkerungsreichsten Land Preußen die bis dato regelmäßig erneuerte Genehmigung zur Mitgliederrekrutierung zu verlieren²⁶⁶⁰.

Mit dem Übergang der galoppierenden Inflation zur Hyperinflation im Sommer 1922 hatte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ massiv mit den Auswirkungen der Geldentwertung zu kämpfen,

²⁶⁵⁵ Hintergrund war eine im Sand verlaufene Eingabe zur Bezuschussung der Bundestagung in Münster: Vgl. Brief der GSV an Watermann (27.06.29, in: BA-R 8014/67) und Wentz (16.07.29), in: BA-R 8014/1107.

²⁶⁵⁶ Vgl. Brief der GSV an Posselt (07.01.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6. In der Hoffnung auf finanzielle Unterstützung durch das Neunkircher Eisenwerk gab der SF hingegen einen ursprünglich gekürzten Aufsatz der Gräfin Sierstorpff in unveränderter Länge wieder: Vgl. Brief der GSV an Posselt (13.07.29), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5; SF 10 (1929) 16, S. 242–246. Vogel sorgte dafür, daß der Artikel über Röchlings 60. Geburtstag entsprechend wohlwollend verfaßt wurde, standen doch die Gelder für 1931 und 1932 noch aus: Vgl. Brief der GSV an Posselt (12.11.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6; SF 13 (1932) 22, S. 357 ff.

²⁶⁵⁷ Vgl. Kostenauflistung und Brief der GSV an von Wrochem (18.09.20), in: BA-R 8014/780.

²⁶⁵⁸ Im Jahr 1921 hatte die GSV bereits Ausgaben in Höhe von 460.000 Mark: Vgl. Tätigkeitsbericht Vogels auf der Mitgliederversammlung (07.05.22), in: SF 3 (1922) 10, S. 151; Protokoll der Mitgliederversammlung vom 07.05.22 (18.05.22), in: BA-R 8014/21. Allerdings war Vogel noch immer in der Lage, die Berliner Ortsgruppe zu subventionieren, die ohne Zuschüsse nicht lebensfähig gewesen wäre: Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 16.08.22 (17.08.22), in: BA-R 8014/7.

²⁶⁵⁹ Vgl. Rundschreiben der GSV an alle Staatsregierungen (30.07.21), in: BayHStA, MInn 47.098.

²⁶⁶⁰ Vgl. Schriftverkehr zwischen der GSV und dem Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege (1919–1922), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1; Brief des BayMInn an den BdS (05.09.21), in: BA-R 8014/509. Auch Thüringen zeigte für die Sammlung von Geldern kein Verständnis.

da die Preise für Papier und Druckerzeugnisse überproportional stiegen²⁶⁶¹. Wieder einmal erwiesen sich Vogels Kontakte aus Saarbrücker Tagen als hilfreich, denn im Gegensatz zur preußischen Staatsregierung, die sich außerstande sah, weitere fortlaufende Unterstützungen für den Verein zu zahlen²⁶⁶², plädierte der ehemalige Landrat von Ottweiler und Saarbrücken Carl von Halfern, inzwischen Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, für eine außergewöhnliche Zuweisung aus Mitteln des Reiches. Eine eigens einberufene Ausschußsitzung billigte ein stärkeres finanzielles Engagement der öffentlichen Hand, um der Abhängigkeit des Vereins von Wirtschaftsverbänden entgegenzusteuern²⁶⁶³. Während sich die Situation im Laufe der kommenden Wochen zusehends verschärfte, herrschte in den internen Gremien des Bundes Einigkeit darüber, daß der Geschäftsbetrieb um nahezu jeden Preis aufrechterhalten werden sollte²⁶⁶⁴. Ein Neuanfang nach Beendigung der Wirtschaftskrise wäre nicht nur erheblich schwieriger gewesen, sondern hätte vor allem auf die saarländische Bevölkerung befremdlich gewirkt. Diesem Argument konnte sich auch das Auswärtige Amt nicht verschließen, welches im Herbst 1922 großes Gewicht darauf legte, die Saarorganisation durch eine angemessene Erhöhung der Reichszuschüsse in die Lage zu versetzen, ihre Tätigkeit im gewohnten Umfange fortsetzen zu können²⁶⁶⁵. Selbst dies brachte nicht die erhoffte Konsolidierung, denn noch immer standen Einnahmen in Höhe von 2,16 Millionen Mark Ausgaben von 3,27 Millionen Mark gegenüber, unter denen die Herstellungskosten für den „Saar-Freund“ (1,7 Millionen Mark) und die Gehälter (800.000 Mark) die größten Posten ausmachten²⁶⁶⁶. Ihre Forderung nach einer der Inflation angepaßten Erhöhung der Staatszuschüsse unterstrichen Andres, Dröge und Vogel mit der Drohung, im Falle der Ablehnung den Vertrauensleuten im Saargebiet mitzuteilen,

²⁶⁶¹ Gemessen am Wechselkurs von 1913 war die Mark gegenüber dem amerikanischen Dollar 1921 nur noch den fünfundzwanzigsten Teil wert. Im Jahresdurchschnitt 1922 kostete ein Dollar bereits knapp 450 Mark; vor der Währungsreform Ende 1923 4,2 Billionen Mark: Vgl. zur Inflation, die einerseits zwar nahezu die Vollbeschäftigung brachte, auf der anderen Seite aber das Vertrauen von Millionen Sparern in den Staat nachhaltig erschütterte: Carl-Ludwig HOLTFRERICH: Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin - New York 1980.

²⁶⁶² Im Jahr 1922 erhielt der Bund aus dem Etat des PrMI 80.000 Mark; weitere 100.000 Mark stammten aus den Monatszahlungen der RVP: Vgl. Brief der GSV an das AA (12.01.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090.

²⁶⁶³ Als Ergebnis seiner Verhandlungen mit dem Kalisyndikat stellte Dröge die Errichtung eines Fonds in Höhe von drei bis vier Millionen Mark in Aussicht: Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 16.08.22 (17.08.22), in: BA-R 8014/7. Vermutlich wurde obige Summe nie gezahlt.

²⁶⁶⁴ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 28.10.22, in: BA-R 8014/7. Vogel hatte ein handfestes Eigeninteresse: Er wäre durch die Schließung der GSV arbeitslos geworden.

²⁶⁶⁵ Vgl. Aktennotiz (02.11.22), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090.

²⁶⁶⁶ Vgl. Brief der GSV an das AA (12.01.23), in: Ebd. Der auf der Mitgliederversammlung in Dortmund genehmigte Haushaltsplan für 1922 hatte noch ein Etatvolumen von nur 88.000 Mark vorgesehen: Vgl. BA-R 8014/21.

„daß trotz aller bisher unternommenen Schritte der ‚Saar-Freund‘ sein Erscheinen einstellen muß und daß unseren Bestrebungen von den amtlichen Stellen nicht das Verständnis entgegengebracht wird, das im Saargebiet allgemein heute noch erwartet wird.“²⁶⁶⁷

Die nun folgenden Monate waren ein Wettlauf gegen die sich dramatisch beschleunigende Geldentwertung. Den Behörden übermittelte Etatentwürfe²⁶⁶⁸ erwiesen sich ebenso schnell als Makulatur wie die finanziellen Zuwendungen seitens der öffentlichen Hand verpufften. Obwohl

Werbefür den „Saar-Freund“

In der schweren Aufgabe, trotz der großen Geldentwertung den „Saar-Freund“ noch weiter erscheinen zu lassen, bitten wir, uns dadurch zu unterstützen, daß der „Saar-Freund“ in größeren Betrieben zur Verteilung an Beamte und Arbeiter in größerer Anzahl bestellt wird.
Werbefür Freundes- u. Bekanntenkreisen neue Bezüge. Probenummern stehen gern zur Verfügung.

Abb 43: Anzeige im „Saar-Freund“ im Inflationsjahr

das preußische Handelsministerium Anfang Februar 1923 drei Millionen Mark bewilligte, die beiden Berliner Innenministerien im März jeweils 800.000 Mark gewährten, die RVP ihre Zahlungen auf monatlich 500.000 Mark aufstockte und Reichspräsident Ebert die Arbeit des Bundes mit zwei Millionen förderte²⁶⁶⁹, obwohl die deutschen Landesregierungen und Staatsministerien nach einer entsprechenden Bitte der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Summen zwischen 50.000 und 7,5 Billionen Mark überwiesen²⁶⁷⁰ und auch der Deutsche Städtetag die Bestrebungen des Bundes unterstützte²⁶⁷¹ – die finanzielle Lage der Saarorganisation stellte sich katastrophal dar. Weder gelang es ihr, die allgemeine Sensibilisierung für die Westgebiete infolge des Ruhrkampfes zur Beseitigung ihrer Etatlöcher zu nutzen²⁶⁷², noch ihr Vorhaben zu realisieren, US-amerikanische Kommunen um Unterstützung zu bitten²⁶⁷³. Daher sah sich Vogel im Juli 1923 gezwungen, alle Mitarbeiter bis auf eine Sekretärin und eine Hilfskraft zu entlassen²⁶⁷⁴. Im Sommer 1923 charakterisierte Vogel die verzweifelte Lage mit den Worten:

²⁶⁶⁷ Vgl. Brief der GSV an die Reichskanzlei (12.01.23), in: BA-R 43-I/240 a.

²⁶⁶⁸ Vgl. beispielsweise die beiden Haushaltsentwürfe mit einem Volumen von 15,3 Millionen Mark (20.01.23, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090) bzw. 34 Millionen Mark (08.03.23, in: BA-R 1601/1696). Der Kassenbericht 1923 (BA-R 8014/24) schloß mit Einnahmen in Höhe von 60 Billionen gegenüber 73,8 Billionen Mark Ausgaben.

²⁶⁶⁹ Vgl. Brief des PrMHandel an die GSV (07.02.23), in: BA-R 8014/669; Brief der Reichskanzlei an Stresemann (02.03.23), in: BA-R 43-I/240 a; Brief der RVP an die GSV (03.04.23), in: BA-R 8014/181; Aufzeichnung (17.04.23), in: BA-R 8014/670.

²⁶⁷⁰ Vgl. Rundschreiben der GSV an alle Landesregierungen (26.05.23), in: Ebd.; undatierte Auflistung, in: BA-R 8014/791. Hatte Vogel das Gefühl, daß eine Landesregierung nicht ihren Möglichkeiten entsprechend Gelder bewilligt hatte, konfrontierte er sie mit den Zuschüssen der anderen Länder: Vgl. Brief der GSV an das Württembergische Staatsministerium (30.07.23), in: HStA Stuttgart, E 130b/1631.

²⁶⁷¹ Vgl. Rundschreiben des Deutschen Städtetages (05.05.23), in: StA Konstanz, S II/ 4415.

²⁶⁷² Vgl. entsprechende Ideen im Brief Ollmerts an die GSV (26.02.23), in: BA-R 8014/146. Das Vorhaben scheiterte, obwohl Regierungspräsident Momm zugleich Mitglied im Aufsichts- und Beratungsausschuß und Vorsitzender des Ausschusses für die Ruhrhilfe war.

²⁶⁷³ Vgl. Vorschlag Andres' auf der Karlsruher Bundestagung (15.07.23), in: SF 4 (1923) 15, S. 204.

²⁶⁷⁴ Vgl. Brief der GSV an das PrMFinanz (23.07.23), in: BA-R 1601/1697.

„Für uns handelt es sich unter diesen Umständen nunmehr um Sein oder Nichtsein.“²⁶⁷⁵ Angesichts dessen zögerte er nicht, Konkurrenten am Verteilungstopf öffentlicher Gelder auszusteichen und ging sogar das Risiko ein, die wohlwollende Unterstützung durch die Behörden zu verlieren, als er versuchte, verschiedene Regierungsstellen gegeneinander auszuspielen: Nur einen Tag, nachdem die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Reichsaußenminister Stresemann um eine der RVP und dem „Rheinischen Beobachter“ analoge Finanzierung²⁶⁷⁶ gebeten hatte, beklagte sie sich gegenüber dem Reichspräsidenten über die unzureichende Unterstützung seitens der Behörden. Ebert sollte als Schiedsrichter dafür Sorge tragen, daß die Zuschüsse der verschiedenen Ministerien die rasende Geldvernichtung proportional berücksichtigten²⁶⁷⁷. Die Verstimmung im Auswärtigen Amt muß sich allerdings in Grenzen gehalten haben, da es die Wilhelmstraße war, welche die Forderung der Geschäftsstelle befürwortete: Sie war der Ansicht, daß die Tätigkeit des Vereins „im großen und ganzen als verdienstvoll und notwendig zu betrachten [war ...], und daß daher alles geschehen [mußte ...], um ihm das Fortbestehen zu ermöglichen.“²⁶⁷⁸ Im Vergleich zu den anderen Landsmannschaften des Westens erhielt der Bund der Saarvereine während der Inflation somit die meisten Zuwendungen aus der Reichskasse. Gleichwohl waren die Beträge der Monate September und Oktober 1923 nichts weiter als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein²⁶⁷⁹. Entgegen ihrer ursprünglichen Absicht sah sich die Geschäftsstelle daher gezwungen, der Empfehlung einer Referentenbesprechung im Reichsinnenministerium nachzugeben und das Saargebiet stärker zur Finanzierung der Saarpropaganda heranzuziehen²⁶⁸⁰. Obwohl die Organisation seit ihrem Bestehen durchaus Gelder von saarländischen Privatpersonen, Verbänden und Industriellen erhalten hatte²⁶⁸¹ und allein in den ersten

²⁶⁷⁵ Vgl. Brief der GSV an StS Adelman (10.08.23), in: BA-R 1601/1697. Wie schlecht es persönlich um Vogel und die GSV stand, zeigt das Rundschreiben an Gutsbesitzer in Pommern (Herbst 1923, in: BA-R 8014/149), welche gebeten wurden, Lebensmittel zu günstigen Preisen nach Berlin zu schicken. Die Heizmittel für die GSV stellte Firma Gebr. Röchling zur Verfügung, während eine Berliner Fabrik die Büromaterialien stiftete: Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 24.05.24 (10.06.24), in: BA-R 8014/24; SF 5 (1924) 9, S. 127.

²⁶⁷⁶ Siehe hierzu S. 163 ff. Die Preise für die Einzelnummer stiegen im Laufe des Jahres von 20 Mk. auf vier Milliarden Mk.: Vgl. SF 4 (1923) 1, S. 1; SF 4 (1923) 21, S. 375.

²⁶⁷⁷ Vgl. Brief der GSV an Stresemann (22.08.23), in: BA-R 1601/1697; Brief der GSV an Ebert (23.08.23), in: BA-R 8014/671. Am gleichen Tag ging ein gleichlautendes Schreiben an Südekum.

²⁶⁷⁸ Vgl. Brief des AA an den RMbesGeb (19.09.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091.

²⁶⁷⁹

[in Millionen Mark]	Sept.	Okt.	Dez. [Goldmark]	Vgl. Brief des RMI an die RVP (29.08.23), in: BA-R 1601/1697; undatiertes Protokoll der Referentenbesprechung im RMI (28.09.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091. Wie die Zahlen von Dezember 1923 zeigen, wurde die Relation auch nach dem Währungsschnitt beibehalten: Vgl. Aktennotiz (18.12.23), in: BA-R 1603/2521.
Bund der Saarvereine	100	22.000	250	
Reichsverband der Rheinländer	100	17.400	200	
Rheinischer Verkehrsverband	40	6.000	150	
Landsmannschaft Eupen-Malmedy	2	100	25	

²⁶⁸⁰ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Vorstandes, des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 17.11.23, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091.

²⁶⁸¹ Beispielsweise erhielt die GSV schon bald nach ihrer Gründung materielle Zuwendungen vom Saarbrücker „Bismarck-Klub der Getreuen“, dessen Vorsitz Zillessen bis zu seiner Ausweisung innehatte (vgl. Brief der

drei Quartalen des Inflationsjahres 1923 annähernd 1,4 Billionen Mark von dort geflossen waren²⁶⁸², hatte Vogel bis dahin diesen Schritt abgelehnt²⁶⁸³. Mit Einführung der Rentenmark (15. November) und der bald einsetzenden Francinflation erledigte sich die Frage allerdings von selbst²⁶⁸⁴.

Überraschend schnell gelang es dem Verein, seine finanziellen Verhältnisse neu zu ordnen und sich von der Krise zu erholen²⁶⁸⁵. In den beiden darauffolgenden Jahren konnte er sogar mit einem bescheidenen Überschuß schließen²⁶⁸⁶, da es Vogel nicht nur verstanden hatte, beträchtliche Summen von deutschen Großbanken, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern einzuwerben²⁶⁸⁷, sondern ebenso die Behörden von der Notwendigkeit kontinuierlicher Unterstützungszahlungen zu überzeugen. Nach verschiedenen Eingaben im Herbst 1924, in welchen er erneut die einseitige Bevorzugung des „Rheinischen Beobachters“ beklagte und die staatlichen Subsidienleistungen den laufenden Ausgaben der Saarorganisation gegenüberstellte²⁶⁸⁸, verschlossen sich die zuständigen Ressorts nicht mehr länger dem Drängen aus der Königgrätzer Straße. Entscheidendes Motiv für die Änderung der bisherigen Haltung war die Sorge um die Erstarkung der profranzösischen und autonomistischen Propaganda im Saargebiet, welche den Ausgang des Plebiszits auf ungünstige Weise zu beeinflussen drohten. Es schien daher

GSV an Zillessen (10.09.19), in: BA-R 8014/141), sowie 20.000 Mark von der Drahtzieherei Heckel: Vgl. Brief der GSV an Oberbergrat Heckel (17.11.19), in: BA-R 8014/144. Heckels Bruder Georg hatte sich im November 1918 bereits im Saarbrücker Bürgerausschuß engagiert.

²⁶⁸² Vgl. Brief der GSV an Winkler (08.10.23), in: BA-R 1601/1697.

²⁶⁸³ Er befürchtete, den Eindruck bei der dortigen Bevölkerung zu erzeugen, daß sich Berlin nur um Rhein und Ruhr, nicht aber um die Saar kümmere, und wollte der Regierungskommission keinen Vorwand geben, den BdS als im Saargebiet aktiven Geheimbund zu diskreditieren: Vgl. Brief der GSV an das RMbesGeb (08.11.23), in: Ebd.

²⁶⁸⁴ Vgl. Brief der GSV an das RMbesGeb (02.01.24), in: Ebd. Sehr viel länger hätte die GSV die Krise nicht mehr durchgestanden, da Anfang November 1923 die letzten Gelder aus Preußen und am 12.11.23 von seiten des Reiches eingingen: Vgl. Brief der RVP an das RMbesGeb (12.11.23), in: Ebd.

²⁶⁸⁵ Vogel zog aus den Wirren der Inflation die Lehre, umgehend eine Sicherheitsreserve anzulegen, die sich allerdings wegen des laufenden Geschäftsbetriebs nur in ungenügendem Umfang realisieren ließ: Vgl. Rundschreiben der GSV an preußische Städte (10.01.24), in: StA Bonn, P10/325, an verschiedene Schriftleitungen (19.01.24), in: BA-R 8014/1091 und an Reichsministerien (Januar 1924), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; SF 5 (1924) 2, S. 25.

²⁶⁸⁶ Vgl. Auflistung in: BA-R 8014/28; „Die Jahresarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ im Jahre 1925“ (Januar 1926), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

²⁶⁸⁷ Vgl. Geschäftsbericht der GSV (24.10.24), in: BA-R 8014/7; SF 5 (1924) 20, S. 313. Vgl. ebenfalls das Empfehlungsschreiben der Saarbrücker Handwerkskammer an den Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag (23.09.25, in: BA-R 2/2698), welches den deutschen Kammern den Beitritt oder zumindest die finanzielle Unterstützung des Vereins nahelegte. Weitere Gelder stammten von Röchlings Geschäftspartnern.

²⁶⁸⁸ Von verschiedenen Reichsministerien und preußischen Ressorts hatte der Verein in den ersten drei Quartalen für seine Propagandaarbeit und die Leipziger Bundestagung insgesamt 5.500 RM erhalten, während Ausgaben in Höhe von 21.900 RM zu bewältigen waren: Vgl. Brief der GSV an den Westausschuß (27.09.24, in: BA-R 8014/674) sowie u.a. an das AA (02.10.24), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091.

„von wesentlicher Bedeutung, reichsseitig und auch von Seiten der beteiligten Länder einen solchen Einfluß zu gewinnen, damit aus der einseitigen Betonung der Sonderinteressen des Saargebietes kein Saar-Separatismus entsteht, der im Jahre 1935 die unangenehmsten Folgen zeitigen könnte.“²⁶⁸⁹

Mit Jahresbeginn 1925 wurde die Finanzierung des Bundes der Saarvereine somit auf ein neues Fundament gestellt, wobei der von Vogel aufgezeigte voraussichtliche jährliche Fehlbedarf von 20.000 RM²⁶⁹⁰ die Grundlage für die nachfolgend getroffene Regelung bildete. Mitte Februar



Abb. 44: Theodor Vogel
(um 1930)

kamen die beteiligten Ressorts in einer Referentenbesprechung unter Vorsitz des Staatssekretärs für die besetzten Gebiete überein²⁶⁹¹, daß das Reich fortan über die RVP vierteljährlich 9.000 RM für die Propagandaarbeit des Bundes und der Geschäftsstelle beisteuern sollte und auch die 2.500 RM für die Freifahrkarte Vogels übernahm²⁶⁹². Ausgehend von der Einwohnerzahl im einstigen bayerischen und preußischen Teil des Saargebiets teilten sich die Münchner und Berliner Staatsregierung weitere 10.000 RM im Verhältnis 1:7 auf. Da Winklers Konkordia den Zuschuß für den „Saar-Freund“ auf vierteljährliche 1.500 RM erhöhte²⁶⁹³, konnte die Berliner Geschäftsstelle fortan mit gesicherten laufenden Einnahmen von etwa 25.000 RM aus staatlichen Quellen rechnen – im Vorjahr waren nicht einmal 10.000 RM bewilligt worden. Hinzu kamen weitere außerordentliche

Zuwendungen bei der Herausgabe verschiedener Publikationen sowie anlässlich der immer aufwendiger inszenierten Bundestagungen²⁶⁹⁴.

²⁶⁸⁹ Brief der RVP an das AA (30.10.24), in: BA-R 1601/1697. Vgl. auch Brief des RMI an das AA (23.10.24), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; Brief Stresemanns an das RMbesGeb (24.11.24), in: BA-R 1601/1697.

²⁶⁹⁰ Vgl. Briefe der GSV u.a. an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, den preußischen und bayerischen Ministerpräsidenten, das AA und das RMI (31.01.25), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091.

²⁶⁹¹ Vgl. Brief des AA an das RMbesGeb (12.02.25), in: Ebd.: „Die Gewährung einer Beihilfe in der erbetenen Höhe befürworte ich deshalb aufs wärmste“. Vgl. Brief des RMbesGeb an Andres und Dröge (25.02.25), in: BA-R 1601/1697. Zur Sitzung, an welcher Vertreter des AA, des RMbesGeb, des PrMI, der RVP sowie der bayrischen Gesandtschaft teilnahmen, vgl. das undatierte Protokoll vom 14.02.25, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091.

²⁶⁹² Die Forderung nach Gewährung derartigen Freifahrtscheine zog sich von Gründung der GSV durch den Schriftverkehr mit allen erdenklichen staatlichen Stellen. Vgl. exemplarisch: BA-R 8014/668 f.

²⁶⁹³ Vgl. Brief der Konkordia an das RMbesGeb (24.12.24), in: BA-R 1603/2522.

²⁶⁹⁴ Vgl. undatierte Zusammenstellung der staatlichen Zuschüsse für Bundestagungen aus den Jahren 1929–1932, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095. Allein im Jahr 1925 erhielt der Verein 3.500 RM von der RVP: Vgl. Brief der RVP an die GSV (20.05.25), in: BA-R 1603/2522.

Für die Jahre bis zu Beginn des Abstimmungskampfes ergibt sich folgendes Bild:

[in RM]	1925	1926 ²⁶⁹⁵	1927	1928 ²⁶⁹⁶	1929	1930	1931 ²⁶⁹⁷	1932	1933
Reich ²⁶⁹⁸	9.000	8.000	10.000	14.000	14.000	6.000	12.000	12.000	16.000
Preußen	8.700	3.500	6.000	6.000	6.000	6.500	6.000	4.000	8.000
Bayern	1.300	1.300	1.000	1.000	700	800	300	300	300
Konkordia	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
Summe	25.000	18.800	23.000	27.000	26.700	19.300	24.300	22.300	30.300

Die Tabelle zeigt, daß die bayerische Staatsregierung nur anfangs gewillt war, ihren Teil zur Finanzierung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ beizutragen. Die Reduzierung auf schließlich 300 RM läßt sich weniger durch die allgemeinen Sparmaßnahmen infolge der Weltwirtschaftskrise erklären, als vielmehr durch die schwindende Bereitschaft des Freistaates zur Kooperation mit der Berliner Organisation²⁶⁹⁹. Wie eine Übersicht über die Verwendung bayerischer Gelder für kulturelle Zwecke aus dem Jahr 1930 zeigt²⁷⁰⁰, suchten die Münchner Stellen nach Auflösung der Pfalzzentrale nicht den Umweg über den Bund der Saarvereine, sondern leiteten ihre Subventionen direkt in die Saarpfalz.

Obige Übersicht widerlegt deutlich alle Versuche des Vereins, sich unabhängig von öffentlichen Geldern darzustellen. Entsprechende Vorwürfe wurden regelmäßig von seiten des nationalen

²⁶⁹⁵ Im Grunde stand die Vereinbarung bereits nach 1½ Jahren wieder zur Diskussion: Wegen der Räumung der Kölner Zone verfügte die RVP nur noch über 2/3 des ursprünglichen Etats, was die Kürzung der Zuschüsse für landsmannschaftliche Verbände um 1/3 und größere Konkurrenz zur Folge hatte: Vgl. Brief des RMBes-Geb u.a. an die RVP, das AA und Winkler (14.06.26), in: BA-R 1603/2712; undatiertes Protokoll der Besprechung vom 06.07.26 zwischen Meurer, Ommert und Rühlmann, in: BA-R 8014/783. Wie zu ersehen, hatte die Neuregelung allerdings keine gravierenden Auswirkungen auf die Gesamtsumme der Reichszuschüsse.

²⁶⁹⁶ Vgl. hierzu auch ADAP, B VIII, Dok. 258, S. 545 f.

²⁶⁹⁷ In den Jahren 1931 und 1932 erhielt der Verein zusätzlich 15.000 bzw. 40.000 RM aus dem Erlös der preußischen Wohlfahrtslotterie: Vgl. Tagesordnung einer Ausschußsitzung im AA (21.01.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

²⁶⁹⁸ Gemessen an den Reichszuschüssen für die gesamte Deutschtumsarbeit hielten sich die Zahlungen an den Bund eher in Grenzen: 1929 verteilten AA, RMI und Reichskanzlei zusammen über 17 Millionen RM an die verschiedenen Organisationen, wobei die Ostverbände den Löwenanteil erhielten: Vgl. MÖLLER, S. 10.

²⁶⁹⁹ Bayern zeigte von Anfang an weniger Interesse an der Zusammenarbeit als die Berliner Stellen: Vgl. Brief der GSV an die bayerische Staatsregierung (18.11.19), in: BA-R 8014/663; Brief Meyers an den bayerischen Ministerpräsidenten (20.06.20), in: BayHStA, MA 108.206; Brief des AA an das BayMA (18.08.20), in: BayHStA, MA 108.203. Vogels arrogantes Auftreten gegenüber der bayerischen Pfalzzentrale dürfte auch kaum dazu beigetragen haben, die Hilfszahlungen aus München zu erhöhen (vgl. Aufzeichnung Wappes' (14.12.21), in: BayHStA, MA 108.206) bzw. Mittel aus dem mit zehn Millionen RM dotierten „Pfälzischen Hilfsfonds“ zu erhalten. Zur Verteilung der Gelder, von denen etwa der siebte Teil für „Politische Zwecke“ vorgesehen war, vgl. Brief des bayerischen Staatskommissars für die Pfalz an das PrMWissenschaft (08.04.21), in: BayHStA, MA 108.205; CELIA APPLGATE: A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat, Berkeley [u.a.] 1990, S. 120–148; GEMBRIES, S. 171–177. Zur finanziellen Unterstützung des BdS aus Bayern allgemein: Vgl. BayHStA, MA 106.120 und 108.207 f.

²⁷⁰⁰ Vgl. Übersichtsplan (05.11.30), in: BayHStA, MInn 47.093.

Gegners aufgebracht: Als beispielsweise der „Neue Saar-Kurier“ Ende 1923 die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und den „Saar-Freund“ als „Saarheimatdienst“ bezeichnete, der über unerschöpfliche Geldmittel aus staatlichen Quellen verfüge, dementierte das Bundesorgan umgehend. Im Gegensatz zur französischen Propaganda müsse sich der Verein ständig nach neuen Finanzquellen umsehen, die *„aber von den amtlichen sehr, sehr weit entfernt [seien ...], ihnen entquillt für uns kein Tropfen.“*²⁷⁰¹ Tatsächlich erhielt die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ aber etwa jede fünfte Reichsmark von staatlichen Behörden; fast den gleichen Anteil brachten die körperschaftlich angeschlossenen Kommunen auf. Da allerdings weder die Ministerien in Berlin und München noch die „Saar-Freunde“ in der Königgrätzer Straße ein Interesse daran haben konnten, die Verbindungslinien und Finanzierungskanäle publik zu machen²⁷⁰², wurde die Fassade der unabhängigen Saarpropaganda konsequent bis zuletzt nach außen aufrecht erhalten:

*„Aufgebaut auf der deutschen Selbsthilfe aus eigener Kraft, dienen die Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ und ihre Bundesorganisation ihrem Ziele ohne finanzielle Unterstützung seitens des Reiches oder anderer amtlicher Stellen, die Geschäftsstelle ist angewiesen auf die Opferwilligkeit der ihr angeschlossenen Einzelmitglieder, Körperschaften, Ortsgruppen usw.“*²⁷⁰³

Da diese Regelung vor den anderen dem Westausschuß angeschlossenen Verbände nicht geheimgehalten werden konnte, erzeugte sie dort verständlicherweise Verstimmung und Mißgunst²⁷⁰⁴. Der Vergleich der staatlichen Zuwendungen an die Landsmannschaften des Westens ergibt allerdings ein relativ ausgewogenes Bild²⁷⁰⁵:

²⁷⁰¹ Vgl. SF 5 (1924) 1, S. 6. Auch Jahre später wies der SF die Feststellung frankreichfreundlicher Journalisten zurück, daß die GSV gewaltige Finanzmittel vom AA und dem RMI erhalte: Vgl. SF 9 (1928) 3, S. 34 f.

²⁷⁰² Die propagandistische Wirkung der Massenversammlungen wäre verpufft, wenn sich der Verdacht erhärtet hätte, daß die Teilnehmer mit staatlichen Geldern gekauft waren. Wie alle Landsmannschaften büßte der Bund als Preis einen Teil seiner Autonomie ein, was insbesondere dann beklagt wurde, wenn seiner Ansicht nach Regierungsstellen falsche Illusionen nährten: Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Westausschusses vom 28.09.28, in: BA-R 1603/2780.

²⁷⁰³ VOGEL: Das deutsche Saargebiet, Berlin 1933, S. 44. Vgl. hierzu analog: Jahresrückschau ... für das Jahr 1928, S. 12; VOGEL: Deutsch die Saar immerdar!, Berlin 1929, S. 94; SF 14 (1933) 13, S. 201 f.; SF 15 (1934) 18/19, S. 370; SF 15 (1934) 24, S. 526; Rundschreiben der GSV (Februar 1934), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097; Geschäftsbericht 1934/35 der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin, Berlin 1935, S. 7; Rundschreiben der GSV (Mai 1935), in: StA Heidelberg AA 239/6.

²⁷⁰⁴ Der „Reichsverband der Rheinländer“ erbat *„unter Bewertung des weit größeren Arbeitsgebietes“* ebenfalls 20.000 RM für das laufende Geschäftsjahr 1925: Vgl. Eingabe des „Reichsverbandes der Rheinländer“ an das RMbesGeb (12.07.25), in: PA AA, II a Besetztes Rheinland, R 74.593. Bewilligt wurden 12.000 RM vom Reich und Preußen im Verhältnis 2:1: Vgl. Antwortschreiben (31.07.25), in: Ebd.

²⁷⁰⁵ Vgl. *„Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der landsmannschaftlichen Verbände für das Rechnungsjahr 1926“* (Mai 1927), in: BA-R 1603/2712. Unter die *„Öffentlichen Zuwendungen“* wurden auch Sonderzuwendungen für Publikationen, Veranstaltungen usw. subsumiert. Während die Relation im Folgejahr ähnlich blieb (vgl. *„Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der landsmannschaftlichen Verbände für das Rechnungsjahr 1927“* (27.04.28), in: BA-R 1601/1608) verschob sie sich 1928 zugunsten des Bundes: Reichsverband: 17.000 RM, BdS: 26.000 RM, Landsmannschaft: 2.200 RM und Pfälzer: 1.000 RM: Vgl. Protokoll der Ressortbesprechung vom 27.04.28 (27.04.28), in: Ebd.

Einnahmen 1926 [in RM]	Reichsverband der Rheinländer	Bund der Saarvereine	Landsmannschaft Eupen-Malmedy	Verein der Pfälzer
Eigene Einnahmen	14.200	68.170	ca. 20	ca. 2.000
Öffentliche Zuwendungen	30.500	24.560	5.420	1.600
Summe der Einnahmen	44.700	92.730	ca. 5.440	ca. 3.600

Ausgaben 1926 [in RM]	Reichsverband der Rheinländer	Bund der Saarvereine	Landsmannschaft Eupen-Malmedy	Verein der Pfälzer
Verwaltungskosten, davon	24.500	53.301 ²⁷⁰⁶	ca. 3.400	-
1. Personalkosten	13.200	21.297	ca. 2.000	
2. Geschäftsbedürfnisse	9.800	17.868	1.000	
3. Reisen	1.500	14.136	400	
Sachkosten der Abwehrarbeit	31.500	45.562	2.020	1.000
Summe der Ausgaben	56.000	98.863	ca. 5.420	1.000

Gemäß den offiziellen Berichten des Vereins erreichten seine Ausgaben im Jahr 1929 mit knapp 130.000 RM ihren Höhepunkt²⁷⁰⁷. Etwa 20% hiervon mußten für die Verwaltungskosten, also die Gehälter und Löhne für insgesamt 5–6 Mitarbeiter und den laufenden Geschäftsbedarf, aufgebracht werden. Die Druckkosten für den „Saar-Freund“ einschließlich Sondernummer und „Saarheimatbilder“ beliefen sich auf etwas mehr als 37.000 RM²⁷⁰⁸, während die Herstellung und Verbreitung von Druckschriften im In- und Ausland, Kosten für die Bundestagung, Unterstützung der Vertrauensleute im Saargebiet, Fürsorgetätigkeit sowie die Subventionierung der Schülerreisen mit 28.500 RM zu Buche schlug. Honorare für Aufsätze und Originalfotographien sowie „für besondere vertrauliche Feststellungen“ kosteten den Verein 8.200 RM und während

²⁷⁰⁶ Die hohen Zahlenwerte für Verwaltungskosten widersprechen dem Kassenbericht der GSV, der für das Kalenderjahr 1926 lediglich 25.000 RM ausweist: Vgl. Tätigkeitsbericht ... über das Geschäftsjahr 1926, S. 12. Vermutlich zählte die RVP auch die Kosten für die Herstellung des SF zu diesem Posten, denn eine Kassenrevision in der GSV ergab, daß die Mittel zweckmäßig im Verhältnis 1:5 (Verwaltung:Sachausgaben) verwandt wurden: Vgl. Aufzeichnung des Ministerialamtmanns Schneider (23.03.29), in: BA-R 8014/680.

²⁷⁰⁷ Vgl. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ... im Jahre 1929, S. 10 f.

²⁷⁰⁸ Die Kosten (Schriftleitung und Druck) für den SF mit den „Saarheimatbildern“ schwankten zwischen 1926 und 1935 zwischen 25.000 und 67.400 RM, was im Durchschnitt etwa 27–35% der jährlichen Gesamtausgaben ausmachte: Vgl. die Tätigkeitsberichte der Jahre 1926–1934/35. Detaillierte Zahlen liegen nur für die Jahre 1925–1928 vor:

	1925/26	1926/27	1927/28
Bezugsgelder	11.600	13.000	11.500
Konkordia	6.000	6.000	6.000
Einnahmen	17.600	19.000	17.500
Schriftleitung, Honorare	8.783	10.818	9.970
Herstellung	16.778	20.024	19.200
Ausgaben	25.510	30.842	29.170
Differenz/ Defizit	7.910	11.842	11.670

Belegstellen siehe Anm. 2710. Immerhin konnte sich die Redaktion leisten, den SF ab 1928 auf teurem satinierten Papier zu drucken und ab 1929 jede Ausgabe mit einem illustrierten Umschlag zu versehen, was die Werbefläche zugleich vergrößerte: Vgl. Brief der GSV an Posselt (27.09.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5; SF 10 (1929) 1, S. 11.

die Lichtbildpropaganda in 3.500 deutschen Lichtspieltheatern mit 2.000 RM verhältnismäßig günstig war, machten die Reisekosten für Vortragsredner, Aufwendungen für Veranstaltungen wie die akademischen Vortragsabende, Besprechungen mit Vertrauensleuten und die Unkosten der Vorstandsversammlungen insgesamt 15.500 RM erforderlich. Schließlich summierten sich noch einmal 8.700 RM für Postgebühren²⁷⁰⁹, Telegramme, Fernsprecher und Paketversand sowie 4.800 RM für Schreibmaterialien, Bücher, Zeitungen, Drucksachen und Packmaterial. Über die Einnahmen wurde in aller Regel geschwiegen, doch gibt eine interne Auflistung Aufschluß hierüber: Demnach förderten die Reichsinstanzen die Bestrebungen des Vereins mit 14.000 RM, die preußische Staatsregierung überwies 6.000 RM, weitere 40.000 RM stammten von den Mitgliedern²⁷¹⁰ und 30.000 RM erhielt die Geschäftsstelle durch außerordentliche Sammlungen. Von den deutschen Kommunen und Landkreisen flossen weitere 20.000 RM in die Bundeskasse²⁷¹¹, womit sich die Befürchtungen Vogels als unbegründet erwiesen, der Verein erleide durch die Gründung des Deutschtumfonds des Deutschen Städtetages finanzielle Einbußen²⁷¹². Letztendlich glichen die guten Kontakte zu dem Zentralverband, der unter seinen Mitgliedern die

²⁷⁰⁹ Zur Sicherstellung ihrer ausreichenden Finanzierung verschickte die GSV 1927 1.500 Exemplare eines Rundschreibens an alle dem Bund angeschlossenen Gemeinden, Ämter, Städte, Landkreise, Industriellen und Banken sowie an alle Regierungen der Einzelstaaten, alle Provinzen, Landwirtschaftskammern, Industrie- und Handelskammern, Handwerks- und Gewerbekammern. Hinzu kamen weitere 1.100 Exemplare an die im Reichsstädtebund angeschlossenen Kommunen: Vgl. undatierte Aktennotiz, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2. Vergleichbare Rundschreiben gingen regelmäßig in den ersten Wochen eines neuen Jahres heraus.

²⁷¹⁰

in [RM]		1925/26		1926/27		1927/28	
Ortsgruppen	Solleinnahme	2.500		2.000		1.500	
	Isteinnahme	1.200	4,6%	1.230	4,6%	1.080	3,4%
Einzelmitglieder	Solleinnahme	3.500		3.000		2.500	
	Isteinnahme	2.500	9,5%	1.700	6,3%	1.250	4,0%
Körperschaften	Solleinnahme	15.000		20.000		20.000	
	Isteinnahme	22.500	85,9%	24.000	89,1%	29.000	92,6%
Summe	Solleinnahme	21.000		25.000		24.000	
	Isteinnahme	26.200	100%	26.930	100%	31.330	100%

Die Tabelle zeigt, wie gering der Beitrag der Ortsgruppen zur Finanzierung der GSV auch in den wirtschaftlich gesunden Jahren der Weimarer Republik war. Vgl. „Soll- und Ist-Einnahme vom 1. April 1925 bis 31. März 1926“ (30.01.26), in: BA-R 1603/2523; „Soll- und Ist-Einnahme vom 1. April 1926 bis 31. März 1927“ (04.05.27), in: BA-R 8014/783; „Soll- und Ist-Einnahme vom 1. April 1927 bis 31. März 1928“ (14.04.28), in: BA-R 8014/784. Die Behörden gingen hingegen davon aus, daß die Ortsgruppen jährlich 70–80.000 RM an die Zentrale abführten: Vgl. Brief des PrMI u.a. an das AA (24.06.29), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093.

²⁷¹¹ Vgl. Auflistung (Oktober 1929), in: BA-R 8014/680. Nicht erwähnt sind die 6.000 RM von der Konkordia sowie die 700 RM von der bayerischen Staatsregierung.

²⁷¹² Vgl. Brief der GSV an Otto Bauer (13.01.27), in: BA-R 8014/1082. Die Entscheidung des Städtetages, welcher Ende der zwanziger Jahre etwa 300 Mitglieder – unter ihnen die größten Städte des Reiches – zählte (vgl. JOHN, S. 311), hätte allerdings zu einem Einbruch der Einnahmen geführt, wenn nicht zahlreiche Kommunen sowohl in den Fonds als auch direkt an die GSV Gelder abgeführt hätten. Auf diese Weise gelangte die Erörterung der Saarfrage auch weiterhin alljährlich im Rahmen der städtischen Etatberatungen auf die Tagesordnung.

Publikationen des Bundes bewarb, den Ausfall von Einnahmen aus kleineren Kommunen aus²⁷¹³.

Ohne zu diesem Zeitpunkt dazu gezwungen gewesen zu sein – das Geschäftsjahr 1927/28 brachte einen bescheidenen Überschuß von etwas mehr als 3.000 RM -, faßte der Aufsichts- und Beratungsausschuß im Oktober 1927 den Entschluß, das Saargebiet stärker zur Finanzierung heranzuziehen²⁷¹⁴. Damit griff der Verein eine Empfehlung der reichsdeutschen Wirtschaft auf, deren Spendenfreudigkeit sich in einer zuvor angelaufenen Werbekampagne sehr in Grenzen gehalten hatte²⁷¹⁵. Großer Erfolg war der Saar-Sammelaktion im Winter 1927/28 allerdings nicht beschieden, wobei die anvisierte Summe von 40–50.000 RM ohnehin illusorisch war²⁷¹⁶.

Zu Beginn des neuen Jahrzehnts verschlechterte sich die finanzielle Lage der Saarorganisation dramatisch. Durch die Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete, welches in den zurückliegenden Jahren den Großteil der Reichszuschüsse bestritten hatte, büßte die Geschäftsstelle 1930 fast ein Drittel ihrer staatlichen Zuwendungen ein, was sich um so stärker bemerkbar machte, als daß infolge der Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit nun auch private und kommunale Zuwendungen ausfielen²⁷¹⁷: Leipzig, das zwischen 1925 und 1930 jährlich 500 RM überwiesen hatte, reduzierte den Betrag 1931 auf 50 RM und strich ihn im darauf folgenden Jahr gänzlich, Göttingen halbierte seinen Beitrag auf 100 RM, während Düsseldorf und Hannover ihre Mitgliedschaft aufkündigten²⁷¹⁸. Schon im Frühjahr 1930 bezeich

²⁷¹³ Vgl. Rundschreiben des Deutschen Städtetages (18.07.31), in: StA Leipzig, Kap 35, Nr. 1252/3. Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 21.01.28 (25.01.28), in: BA-R 8014/7; Brief der GSV an das Präsidium des Deutschen Städtetages (24.09.30), in: BA-R 8014/799.

²⁷¹⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 08.10.27 (14.10.27), in: BA-R 8014/7. Aus dem 6-Millionen-Geheimfonds des AA erbat die GSV ferner eine größere Summe zum Aufbau ihrer Sicherheitsrücklage: Vgl. Brief der GSV an Stresemann (09.11.27), in: BA-R 8014/704; Brief der GSV an Mehrmann (27.01.28), in: BA-R 8014/798.

²⁷¹⁵ Zuständiger Ansprechpartner war der Direktor des niedersächsischen Kohlensyndikats Matthias Karius, der schon in den vergangenen Jahren Gelder bei anderen Syndikaten loseisen konnte und im Sommer 1927 eine detaillierte Auflistung möglicher Geldgeber erstellte (23.06.27), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 11. Im Frühjahr 1928 unternahm der Verein einen weiteren Versuch bei 200 Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, 50 Syndikaten sowie 50 Wirtschaftsverbänden: Vgl. undatierte Aufzeichnung (Frühjahr 1928), in: BA-R 8014/679. Immerhin mußte sich Vogel nicht mehr wie in früheren Jahren gegen die Vorbehalte aus den Reihen der Ortsgruppen rechtfertigen, wenn er bei der deutschen Industrie Gelder einwarb. In der Frühphase begründete er dieses Vorgehen damit, daß die benötigten gewaltigen Finanzmittel nicht von einfachen Arbeitern und Angestellten aufgebracht werden könnten: Vgl. Brief der GSV an Gewerkschaftssekretär Schneider (25.06.20), in: BA-R 8014/405.

²⁷¹⁶ Vgl. Brief Karius' an Röchling (19.09.27), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 11.

²⁷¹⁷ Ebenso brach eine erfolgversprechende Finanzierungskampagne an der Saar nach bereits einem Jahr in sich zusammen: Hatten verschiedene saarländische Firmen wie der Röchlingverbund oder Villeroy&Boch 1930 noch insgesamt 8.500 RM aufbringen können, reduzierte sich die Summe im Folgejahr auf 1.825 RM: Vgl. Brief der GSV an Posselt (08.09.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5; Brief der GSV an Lütke (20.07.31), in: BA-R 8014/1144; Brief der GSV an Cartellieri (07.08.31), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 9.

²⁷¹⁸ Vgl. Schriftverkehr zwischen der GSV und der Stadt Leipzig (1925–1932), in: StA Leipzig, Kap. 35, 1252/2 f.; Briefe der Stadt Göttingen und der GSV (1926–1932), in: StA Göttingen, II A 15/7; Brief des Oberbürgermeisters von Düsseldorf an die GSV (01.03.32), in: StA Düsseldorf, III/1299; Brief des Magistrats der Stadt

nete Vogel die finanzielle Lage als katastrophal, wenige Monate später mußte er eingestehen, daß sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ nur noch kurze Zeit über Wasser halten werden könne, da sie – verglichen mit 1929 – über insgesamt 40.000 RM weniger an Einnahmen verfügte²⁷¹⁹. In dieser kritischen Phase mußte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ noch stärker als in früheren Jahren ihr Monopol der nichtstaatlich gelenkten Saarpropaganda wahren. Auch wenn sich keine Anzeichen dafür finden ließen, daß die Behörden Anfang der dreißiger Jahre ernsthaft über eine Neuordnung in diesem Bereich nachdachten, hätte eine Zersplitterung der Kräfte das Ende des finanziell angeschlagenen Bundes bedeutet. Das Scheitern der Saarverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich kam dem Verein in dieser Situation gerade recht, schien es doch am eindringlichsten die Notwendigkeit seiner weiteren Betätigung zu dokumentieren²⁷²⁰. Mit dem Hinweis, die erste Organisation gewesen zu sein, die sich ausnahmslos und kontinuierlich der Saarfrage zugewandt habe, erhob die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ daher den Anspruch

*„im Endkampf um die Saar den Platz an der Seite der Saar zu behalten, ein Platz, der uns nicht bestritten werden kann und bestritten werden darf.“*²⁷²¹

Es dauerte noch bis Jahresende, daß sich die Ministerien auf eine Lösung verständigen konnten: Die zunehmende französische Propaganda und der immer näher rückende Abstimmungstermin erforderten nach Ansicht des Reichsministeriums des Innern nicht nur die Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeit, sondern machten ihren Ausbau notwendig. Hierzu veranschlagte der zuständige Referent einen gesicherten Jahresetat von 100.000 RM für den Bund der Saarvereine, was angesichts zurückgegangener privater Zuwendungen ein stärkeres staatliches Engagement erfordere. Ferner sollte der Bund an den Einnahmen der preußischen Landeslotterie „Grenz- und Heimatschutz“ beteiligt werden²⁷²².

Hannover an die GSV (06.10.31), in: StA Hannover, HR 15/694.

²⁷¹⁹ Vgl. Briefe der GSV an Karius (11.04.30, 20.11.30 und 07.04.31), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 12.

²⁷²⁰ Vgl. Rundschreiben der GSV „Wir wollen die Saar behalten!“ (Februar 1931), in: BA-R 8014/6 und „Ein ernstes Wort zu ernster Stunde“ (15.12.31), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19. Wie üblich unterzeichneten namhafte Persönlichkeiten des Saargebiets und aus dem Reich die Bittschriften.

²⁷²¹ SF 12 (1931) 3, S. 34. Gegenwärtig versuchten „parteiliche Unterströmungen“, sich der Aufklärungsarbeit des Bundes zu bemächtigen. „Diesen Kreisen sei hier ausdrücklich und entschieden erklärt, daß der Bund der Saarvereine sich die Führung in dem Abwehrkampf für das Saargebiet nicht aus der Hand winden lassen wird. [...] Er ist nicht willens, jetzt nach der Liquidierung anderer Organe aus parteilichem und persönlichem Egoismus den Schlußkampf an einen anderen abzutreten. Wir warnen rechtzeitig!“: Vgl. ebenso: Brief der GSV an das AA, BayMA, PrMI und RMbesGeb (25.06.29), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093; Rundschreiben der GSV (27.03.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19; SF 11 (1930) 19, S. 352; SF 12 (1931) 1, S. 2; SF 12 (1931) 4, S. 59; SF 12 (1931) 5, S. 71 f.; Das Wirken der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ... im Jahre 1930, S. 5 f.; Jahresbericht 1931, S. 3 f.

²⁷²² Vgl. Brief des RMI an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen (29.12.30), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093. Mindestens 50.000 RM sollten dem BdS aus dem Erlös der Wohlfahrtslotterie zugute kommen: Vgl. Brief des RMI an das PrMVolkswohlfahrt (11.02.31), in: BA-R 1601/1699; Briefe der GSV an das PrMVolkswohlfahrt (23.01.31 und 09.09.31), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093 f.; Brief des PrMVolkswohlfahrt an das AA (23.03.31), in: Ebd. Schon 1924 hatten verschiedene Gremien eine ähnliche Finanzierung angeregt: Vgl. Tagesordnung der Sitzung des Vorstandes, des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 27.06.24, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; SF 5 (1924) 11, S. 167 f.

Neben teilweise beträchtlichen Zuwendungen der noch immer solventen Industrie²⁷²³ kompensierten somit vor allem die aufgestockten Reichszuschüsse den Zahlungsausfall der Einzelmitglieder und angeschlossenen Körperschaften. Die Gelder stammten aus der 1926/27 geschaffenen und mit 13,5 Millionen Reichsmark dotierten „Westhilfe“, von der 1,5 Millionen für kulturelle Zwecke vorgesehen waren. Durch den Wegfall des Fonds für besondere Zwecke des besetzten Gebiets 1930 zueigten die Behörden insgesamt 100.000 RM aus diesem Topf für Publikationen über die Westgebiete sowie die betreffenden Landsmannschaften ab²⁷²⁴; auch 1932 stammte der Reichszuschuß ebenfalls aus den Mitteln der kulturellen Westhilfe, die *„ganz überwiegend und wesentlich schärfer als im Vorjahr den unmittelbaren und mittelbaren Belangen der Wiedergewinnung des Saargebietes dienen“* sollte²⁷²⁵.

²⁷²³ Die IG Farben überwies der GSV im Februar 1931 5.000 RM, für die Bundestagung in Neustadt folgten weitere 500 RM: Vgl. Brief der IG Farben an die GSV (07.07.31), in: BA-R 8014/83. Vgl. auch das Empfehlungsschreiben des „Deutschen Industrie- und Handelstages“ an seine Mitglieder (12.02.32, in: BA-R 43-I/252), welches nahelegte, die Bestrebungen des Bundes *„moralisch wie insbesondere finanziell zu unterstützen“*.

²⁷²⁴ Die restlichen 1,4 Millionen wurden anteilig an die betroffenen Länder Baden, Bayern, Hessen, Oldenburg und Preußen verteilt: Vgl. Rundschreiben des RMI an verschiedene Länder- und Reichsressorts (17.08.31), in: BA-R 2/4410; Aktennotiz Voigts (August 1931), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.143. LINSMAYER (S. 428) lag also falsch, als er dem BdS allein jährlich 100.000 RM Reichszuschüsse zuschrieb. Die Reichswesthilfe sollte vor allem längerfristig angelegte Wirtschaftsprojekte im westlichen Grenzgebiet fördern. Besonderes Augenmerk galt der Eifel, dem Hunsrück, der Pfalz, dem Hochwald und mit Blick auf die Abstimmung dem Saargrenzgebiet. Die Vergabe erfolgte im Einvernehmen der Länder unter Kontrolle einer zentralen Reichsstelle und bezweckte in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe. Im Gegensatz zur „Osthilfe“ erschien sie im offiziellen Reichshaushalt: Vgl. Richtlinien für die Westhilfe (August 1930), in: BA-R 2/4409; BLAICH: Grenzlandpolitik im Westen, S. 72–98.

²⁷²⁵ Vgl. Brief des RMI an die GSV (23.06.32), in: BA-R 43-I/252. Zitat: Brief des RMI an das RMFinanz (15.08.32), in: BA-R 2/4412.

Kapitel 10: Die Reaktionen Frankreichs, der Regierungskommission und des Völkerbundes auf die Propaganda des Bundes der Saarvereine

Angesichts des Umfangs ihrer Aktivitäten war es nur eine Frage der Zeit, bis die Saarbrücker, Pariser und Genfer Behörden der Saarorganisation auf die Schliche kamen. Während der Völkerbund keinen Anlaß sah, selbst gegen die Arbeit des Bundes einzuschreiten, hatten die Regierungskommission und die Vertreter Frankreichs ein wachsames Auge auf die Propaganda, die von der Berliner Königgrätzer bzw. Stresemannstraße ausging.

Praktisch zur gleichen Zeit, als Vogel mit großer Genugtuung feststellte, daß es ihm bislang gelungen sei, die tatsächliche Propagandaarbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ vor den Franzosen geheimzuhalten²⁷²⁶, kursierte im Quai d'Orsay ein Dossier, demzufolge Posselt und ein gewisser Kansert unter Vogels Leitung als die Hauptprotagonisten der antifranzösischen Pressepropaganda an der Saar anzusehen seien. Der unbekannte Autor mußte allerdings einräumen, daß die neusten Informationen über den Saarverein *„restent quelque peu vague dans leur ensemble“*²⁷²⁷. Einen ersten Rückschlag hatte die konspirativ aufgezogene Saarheimat-schutzorganisation allerdings schon Monate vor der Verhaftung Ollmerts Ende Juli hinzunehmen: Dem Leiter der französischen Propagandastelle im Saargebiet, Major Richert, war es gelungen, einen Spitzel in die Berliner Geschäftsstelle des Saarvereins einzuschleusen. Als Flüchtling getarnt, kundschaftete der aus dem saarländischen Altenwald stammende Ludwig Fink die Zentrale in der Königgrätzer Straße im Frühjahr 1920 aus und entwendete allem Anschein nach auch verschiedene vertrauliche Schreiben. Zwar war Kristian Kraus bemüht, den entstandenen Schaden herunterzuspielen, indem er den von Fink gewonnenen Informationen wegen ihres allgemeinen Charakters nur untergeordnete Bedeutung beimaß²⁷²⁸, doch ergeben die Veröffentlichungen des Spions in einer grenznahen französischen Zeitung ein anderes Bild: Fink deckte sowohl die Strukturen der Polwona auf, wie er die dort tätigen Mitarbeiter namentlich nannte²⁷²⁹. Etwa zwei Wochen vor der endgültigen Enttarnung der Saarvereins- bzw. Heimatdienstaktivitäten an der Saar veröffentlichte die USP anläßlich der Kommunalwahlen ein Flugblatt, in welchem sie die Verbindungen zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und den

²⁷²⁶ „Eine solche Verschleierung herbeizuführen, ist von uns auch durchaus beabsichtigt.“: Vgl. Brief der GSV an das AA (23.02.20), in: BA-R 8014/664. Vgl. ebenso Brief der GSV an die RfH (14.02.20), in: BA-R 8014/775. Hintergrund war ein Artikel in der „Libre Parole“ vom 22.01.20, in welcher der Autor zwar über unermeßliche Subsidienzahlungen zu berichten wußte, welche die prodeutsche Propaganda von der Berliner Regierung erhielt, den Saarverein aber auf seine Frankfurter Nebenstelle beschränkte. *„Le ‚Saarverein‘ n'hésite pas également à faire paraître dans les journaux de la rive droite des dépêches fausses ou des nouvelles tendancieuses [...]“*.

²⁷²⁷ Feuille de renseignement Nr. 2880 (21.02.20), in: MAE, Sarre 115.

²⁷²⁸ Vgl. Brief Kraus' an das AA (08.06.20), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090. Die Berliner Wilhelmstraße war bereits vorher über die Machenschaften Finks informiert: Vgl. Brief von Schulenburgs (03.06.20) und Brief Dr. Rühls an das AA (08.06.20), in: Ebd.

²⁷²⁹ Vgl. „L'Echo de Forbach“ (21.05.20).

vier großen saarländischen Tageszeitungen aufdeckte²⁷³⁰. Umgehend wandte sich Vogel daraufhin an den Staatskommissar für die öffentliche Ordnung mit der Bitte, Fink verhaften zu lassen. Ähnlich wie Kraus dementierte auch er den Schaden, der von dem Spion angerichtet worden sei; da man Fink durchschaut habe, seien ihm bewußt fingierte Meldungen in die Hände gespielt worden²⁷³¹.

Verglichen mit den bereits erörterten katastrophalen Auswirkungen, welche die Verhaftung Ollmerts für die Saarvereinspropaganda im Saargebiet zunächst hatte, war die Affäre Fink tatsächlich nur eine nebensächliche Episode. Sie demonstrierte aber die Anfälligkeit der als sicher geglaubten Berliner Zentrale für Spitzel²⁷³². Zwar gelang es Vogel im Laufe des folgenden Jahres, das Vertrauen der Behörden zurückzugewinnen, doch blieb die „*ligue de protestation en faveur des habitants de la Sarre*“²⁷³³ nun dauerhaft im Fokus des französischen Nachrichtendienstes²⁷³⁴ und damit auch der Regierungskommission.

Dabei blieb es in aller Regel dem jeweiligen französischen Mitglied vorbehalten, die Aktivitäten des Saarvereins zu beobachten und entsprechende Dossiers nach Paris weiterzuleiten. Als Ganzes reagierte das Fünfergremium hingegen nur selten auf die Berliner Propaganda Vogel-scher Prägung. Zwar klagte Rault schon in seinem ersten Rapport an den Völkerbund über die Agitation gewisser Kreise an der Saar und jenseits der neuen Grenzen, welche die Unzufriedenheit schürten und die Unruhe nutzten, um die Arbeit der Regierungskommission zu sabotieren²⁷³⁵, doch verwies er nur ein einziges Mal auf den Saarverein als Urheber der Destabilisierungsversuche. Anfang Juni berichtete er nach Genf:

²⁷³⁰ Das zugrundeliegende Schreiben Vogels an das AA war von Fink seinerzeit entwendet worden: Vgl. Flugblatt (Juli 1920), in: MAE, Sarre 115; SF 1 (1920) 13, S. 110; SF 1 (1920) 21, S. 211.

²⁷³¹ Vgl. Brief der GSV an den Staatskommissar für die öffentliche Ordnung (12.07.20), in: BA-R 1603/2509; SF 1 (1920) 12, S. 104; SF 1 (1920) 13, S. 110; SF 1 (1920) 14, S. 125; SF 2 (1921) 1, S. 4; „B.Z. am Mittag“ Nr. 15 (19.01.21). Fink wurde in der Tat wegen des Verdachts auf Spionage vorübergehend inhaftiert; die Angelegenheit beschäftigte schließlich sogar den Oberreichsanwalt in Leipzig: Vgl. Briefe des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung an die GSV (23.09.20 und 04.02.21), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090. Zu den weiteren in der Öffentlichkeit ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen Vogel und Fink vgl. NSK Nr. 215 (10.08.20); NSK Nr. 24 (29.01.21); SF 2 (1921) 2, S. 15 f.; SF 2 (1921) 4, S. 38.

²⁷³² Um so heftiger reagierte der SF, als sich Jahre später erneut ein Spionageverdacht gegen einen ehemaligen Mitarbeiter in der GSV erhärtete bzw. ein weiterer französischer Spion enttarnt wurde: Vgl. Brief der GSV an Posselt (28.02.28), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 4; SF 9 (1928) 3, S. 34 f.; SF 9 (1928) 14/15, S. 295. Warnungen vor französischen Spitzeln, in: SF 2 (1921) 6, S. 75; SF 2 (1921) 8, S. 103.

²⁷³³ Renseignement d'Alsace (26.10.20), in: AN, AJ⁹ 3155. Der Informant wußte von mehreren Tausend Mitgliedern und 315 dem Bund angeschlossenen Vereinigungen zu berichten.

²⁷³⁴ Vgl. hierzu die Momentaufnahme des PrMI aus dem Jahr 1927 über die verschiedenen Stellen in Saarbrücken, Sarreguemines und Forbach: Briefe des PrMI an das AA (01.06.27 und 28.06.27), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.129. Vgl. auch das Gutachten des französischen Abgeordneten Désiré Ferrys im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über den Plan zur Schaffung eines Bergamtes für die Saargruben im Saargebiet (19.04.21), zitiert nach: Fritz MAYER, S. 92–97; SF 2 (1921) 16, S. 217–221.

²⁷³⁵ Vgl. I. periodischer Bericht der Regierungskommission (25.03.20), in: JO 1 (1920) 3, S. 102. Ähnlich äußerte er sich im folgenden Bericht (01.05.20, in: JO 1 (1920) 4, S. 199), als er eine „*agitation entretenue par l'étranger*“ konstatierte.

„Malgré les efforts qu'elle a multipliés pour assurer le bien-être des habitants et remplir son mandat, la Commission de Gouvernement a eu le regret de constater qu'on y répond trop souvent par le dénigrement et l'hostilité. Parmi les habitants du Territoire, il en est un grand nombre qui se refusent à accepter le Traité de Paix et l'autorité de la Société des Nations. Ces éléments adverses se rencontrent surtout parmi les fonctionnaires, le corps enseignant, le clergé et les classes élevées de l'Industrie et du Commerce. Ceux-là ont mis leur influence au service de l'Allemagne, et ils s'efforcent de faire échec à toutes les mesures prises par la Commission de Gouvernement pour constituer dans la Sarre, conformément au Traité de Paix, une administration autonome, indépendante de Berlin.

C'est ainsi qu'on a retrouvé dans le Bassin la trace de certaines organisations allemandes telles que le ‚Heimatschutz‘ et le ‚Saarverein‘ destinés à entraver par tous les moyens dans les territoires soumis aux plébiscites l'application du Traité de Paix.

Ces organisations ont à leur disposition les journaux locaux les plus répandus. La Commission de Gouvernement respecte scrupuleusement la liberté de la Presse; aucune atteinte n'a été portée au droit que se sont arrogé les journalistes de suspecter sa loyauté et de dénaturer ses intentions. La Commission ne s'étonne ni se s'émue de ces attaques; mais il faut bien convenir que leur violence et leur mauvaise foi finissent par avoir une action regrettable sur une population assez fruste en général et encline à accorder créance aux assertions des journaux.

C'est ainsi qu'en plusieurs circonstances la Commission s'est heurtée à d'inexplicables résistances: l'Ordonnance qu'elle a promulguée pour régler la question des logements et qui améliorait singulièrement la Situation antérieure a provoqué des protestations peu justifiées. Il n'est pour ainsi dire pas un de ses actes qui n'ait été, au mépris de toute loyauté, exploité contre elle. On s'efforce de discréditer à la fois la Société des Nations et le Traité de Paix, de prouver que ce dernier est inexécutable et que l'œuvre tente dans le Territoire de la Sarre est condamnée à un irrémédiable échec. Tels sont les thèmes quotidiennement développés dans les journaux du Bassin et notamment dans le plus important d'entre eux, la ‚Saarbrücker Zeitung‘. Si la Commission de Gouvernement croit devoir mentionner ici cette campagne d'opposition systématique, c'est qu'elle complique singulièrement sa tâche et rend difficile une collaboration confiante de la population. On ne saurait trop déplorer que les agissements d'une minorité stipendiée viennent entraver la mission déjà si délicate qui lui a été confiée.“²⁷³⁶

Ohne darauf Bezug zu nehmen²⁷³⁷, wandte sich Vogel Anfang Juli mit einem offenen Brief im „Saar-Freund“ an Rault, in welchem er die bisherige mangelnde Objektivität der Regierungskommission anprangerte und zugleich sein persönliches Schicksal als Ausgewiesener darlegte – ein nicht ungeschicktes Vorgehen, da er sich dadurch einem wachsenden Leserkreis als energischer, mutiger, kämpferischer sowie vor allem kompetenter Fachmann in Saargelegenheiten präsentierte und die Regierungskommission zu einer Entscheidung in seinem Fall nötigte²⁷³⁸. Rault blieb – wie nicht anders zu erwarten – die Antwort schuldig, weshalb Vogel

²⁷³⁶ Ungeachtet dessen wolle er an der bisherigen Linie festhalten: „Elle [la Commission de Gouvernement – F.B.] est toutefois certaine de ne jamais s'être écartée de la lettre ni de l'esprit du Traité et, sans se laisser troubler par des attaques injustes, elle s'efforcera de gouverner le territoire de la Sarre en toute impartialité et conformément aux principes de la Société des Nations.“: III. periodischer Bericht der Regierungskommission (01.06.20), in: JO 1 (1920) 5, S. 284 f.

²⁷³⁷ Es ist ohnehin fraglich, ob Vogel zu diesem frühen Zeitpunkt überhaupt das „Journal Officiel“ des Völkerbundes kannte.

²⁷³⁸ Anderenfalls müsse sich Rault vorhalten lassen, daß er „nicht der Treuhänder der Deutschen [... sei], nicht der Treuhänder der Bevölkerung, nicht der Treuhänder der internationalen Gerechtigkeit!“: SF 1 (1920) 12, S. 93 f., hier: S. 94.

jeden Wechsel in der Präsidentschaft der Regierungskommission nutzte, sein Anliegen erneut vorzubringen und eine offizielle Aufhebung des Ausweisungsbefehls zu erwirken. Eine formale Annullierung erfolgte zwar nicht, doch stand Vogel aufgrund einer Verordnung vom April 1925 das Recht der freien Einreise bzw. der dauerhaften Niederlassung auf besonderen Antrag zu. Weder Stephens, noch Wilton oder Knox waren gewillt, dem unliebsamen Vogel jene pauschale Genehmigung zum permanenten Aufenthalt zu erteilen, die er regelmäßig seit 1930 einforderte²⁷³⁹. Seine Eingaben an die Innenabteilung der Regierungskommission beschäftigten im Herbst 1932 sogar den Stabschef der französischen Armee, der seinen Außenminister warnte, *„que l'installation de VOGEL dans la Sarre aurait certainement pour résultat une recrudescence de l'activité des services allemands dans ce territoire.“*²⁷⁴⁰ Aus der in Prinzip nebensächlichen – da einfach zu beantwortenden – Frage, ob ein ausgewiesener Saarländer einen Persilschein erhalten könne, der ihn trotz politischem Engagement vor einer erneuten Verbannung schützen sollte, war somit ein Politikum geworden, über welches der französische Außenminister wünschte, auf dem laufenden gehalten zu werden²⁷⁴¹.

Abgesehen von Vogels persönlichem Anliegen und den regelmäßigen Interpellationen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, das im Oktober 1923 verhängte Verbot des „Saar-Freund“ aufheben zu lassen²⁷⁴², beschäftigte sich die Regierungskommission während der 15 Jahre ihrer Verwaltungstätigkeit an der Saar nur zu besonderen Anlässen mit der Saarheimatschutzorganisation²⁷⁴³. Es wäre jedoch falsch, hieraus den Schluß ziehen zu wollen, daß sich die Völkerbundsregierung völlig desinteressiert an der Arbeit des Vereins gezeigt

²⁷³⁹ Er ließ sich hierbei nicht vom Rat des Bundesvorsitzenden Andres beeinflussen, der ihm von weiteren Eingaben abriet: Vgl. Brief Andres' an die GSV (12.05.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 10. Eine Sammlung des Schriftwechsels zwischen Vogel und Regierungskommission befindet sich im Brief der GSV an das AA (05.01.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095; SF 15 (1934) 12, S. 223–227.

²⁷⁴⁰ Vgl. Brief des E.M.A. an Außenminister Herriot (26.10.32), in: MAE, Sarre 280. Vgl. ebenso: Secret Renseignement (03.10.32), in: Archives des S.H.A.T., 7 N/ 2639.

²⁷⁴¹ Vgl. Brief Außenminister Herriots an Morize (31.10.32), in: MAE, Sarre 280; Mitteilung Knox' an die Regierungskommission (21.11.32), in: Arch. SDN, CdG 338/130; Procès-Verbaux vom 30.11.32 (638. Sitzung), in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 18; Brief Morizes an Außenminister Herriot (02.12.32), in: MAE, Sarre 280.

²⁷⁴² Vgl. hierzu Kap. 5.2.

²⁷⁴³ Insgesamt vier Veranstaltungen fanden demnach vor 1933 in den internen Beratungen überhaupt Beachtung: Die bereits erörterten Auftritte Schlichs vor den Ortsgruppen Frankfurt und Berlin (Vgl. Procès-Verbaux vom 27.10.27, 02.11.27 und 20.01.28, in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 36 f.), die Einladung der Regierungskommission anlässlich der Heidelberger Bundestagung (Vgl. Procès-Verbaux vom 27.06.28, in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 5) sowie die Teilnahme des Landesratspräsidenten Scheuer an der Bundestagung in Neustadt (Vgl. Procès-Verbaux vom 08.07.31 (558. Sitzung), in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 15). Erst die beiden letzten großen Saarkundgebungen 1933 und 1934 beschäftigten die Regierungskommission stärker: Vgl. Procès-Verbaux vom 18.07.33 (680. Sitzung), 12.08.33 (686. Sitzung), 29.08.33 (687. Sitzung), in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 20. Vgl. Procès-Verbaux vom 19.07.34 (748. Sitzung), 02.08.34 (751. Sitzung), 08.08.34 (753. Sitzung), in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 41. Zu den Reaktionen Frankreichs vgl. Kap. 13.

habe²⁷⁴⁴. Sie übergang die unzähligen verbalen und in verschiedenen Druckschriften verbreiteten Provokationen bewußt, um den Verein durch eine offizielle Reaktion nicht ungewollt aufzuwerten und ihm damit die Bedeutung beizumessen, die er sich selbst gerne zuschrieb. Der Schriftwechsel zwischen Saarbrücken und Paris zeigt hingegen, daß zumindest das französische Mitglied den Berliner Aktivitäten größere Aufmerksamkeit schenkte.

Während die Gründungsversammlung in Bielefeld ebenso wie die erste Tagung des Bundes in Kassel nur eher beiläufig zur Kenntnis genommen wurde, interessierten sich die französischen Vertretungen stärker für die nachfolgenden Kongresse. Etwa bis Frühjahr 1922 scheint sich herauskristallisiert zu haben, daß der Saarverein nicht zu den zahlreichen, oft völlig spontan gegründeten und ebenso schnell wieder von der national-patriotischen Bildfläche verschwundenen Organisationen zählte, sondern eine feste Größe innerhalb des deutschen Propagandadienstes darstellte²⁷⁴⁵. Bis dahin wurde er sogar mit dem völlig konträre Ziele verfolgenden Saarbund verwechselt²⁷⁴⁶.

Dank eines Spitzels, den das Düsseldorfer Konsulat eingeschleust hatte²⁷⁴⁷, erfuhren die Franzosen auch Details aus den internen Beratungen der Dortmunder Bundestagung 1922. Dem unbekanntem Beobachter zufolge verliefen die Sitzungen

*„dans une atmosphère surchargée de nationalisme exaspéré. De l'aveu même de plusieurs congressistes, par leur manque de modération, l'oubli de la juste mesure, l'exagération des sentiments de haine et l'appel à des représailles impossibles, la plupart des orateurs dépassèrent le but qu'ils se proposaient.“*²⁷⁴⁸

Es sollten allerdings noch einige Jahre ins Land gehen, bis die Franzosen realisierten, daß der Bund der Saarvereine nicht alleine antifranzösische Ressentiments weckte und schürte – was schon Grund genug gewesen war, ihn zu bekämpfen –, sondern zugleich eine auf das Plebiszit ausgerichtete prodeutsche Propaganda betrieb. Etiketten wie „Association pangermaniste“ bzw. „nationaliste“ verwischten die eigentliche Bedeutung des Saarvereins, indem sie ihn mit

²⁷⁴⁴ Daß sich Kontakte von Saarländern zu Ortsgruppen des Bundes negativ auswirken konnten, zeigt das Beispiel einer Gruppenreise saarländischer Lehrerinnen durch Norddeutschland. Nachdem sie vom Hamburger Saarverein empfangen worden waren, stand die Leiterin unter Überwachung der Regierungskommission. Die anderen Teilnehmerinnen hatten ebenfalls mit Schwierigkeiten zu kämpfen: Vgl. Brief des PrMI an das RMbesGeb (07.09.25), in: BA-R 1601/1698.

²⁷⁴⁵ Vgl. Renseignement (30.10.22), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 603. In internen Verzeichnissen aus dem Jahr 1922 ist er einmal unter den „Associations spéciales de Propagande“ (25.01.22, in: Archives de S.H.A.T., 7 N/ 2635) aufgeführt und erscheint ein anderes mal unter den „Sociétés irrédentistes“ (ohne Datum, in: Ebd.). Der Stabchef der französischen Armee ließ etwa zu dieser Zeit ein zweiseitiges Dossier anlegen: Vgl. ebd. Ein Compte-rendue trimestriel zählte ihn zu den „Groupements de Protection du Germanisme“ (31.03.23), in: Archives de S.H.A.T., 6 N/ 83.

²⁷⁴⁶ Vgl. Renseignement (06.09.21), in: MAE, Sarre 115.

²⁷⁴⁷ Im SF 3 (1922) 8, S. 122 war eigens darauf hingewiesen worden, daß sich die Delegierten der Ortsgruppen durch Ausweise zu legitimieren hatten.

²⁷⁴⁸ Die Zuhörerschaft habe den Rednern applaudiert und selbst „chants militaristes de revanche“ angestimmt: Vgl. Brief des französischen Konsulats Düsseldorf an Außenminister Poincaré (08.05.22), in: MAE, IG Sarre 666. Zusammenfassungen der jeweiligen Vorträge rundeten das Bild einer nationalistischen Kundgebung ab. Vgl. auch Renseignement (24.05.22), in: MAE, Sarre 115.

rechtsgerichteten Verbänden auf eine Stufe stellten. Gerade im Hinblick auf das Rheinland, wo die Bundesorganisation im Laufe der zwanziger Jahre kontinuierlich wuchs²⁷⁴⁹, überrascht es, daß die „Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans“ ihr nur verhältnismäßig wenig Beachtung schenkte²⁷⁵⁰. Auch die regulären diplomatischen und konsularischen Vertretungen Frankreichs konzentrierten sich erheblich stärker auf die Aktivität der bayerischen Pfalzzentrale in Mannheim bzw. Heidelberg²⁷⁵¹ sowie die stets der Konspiration bezichtigte Reichszentrale für Heimatdienst, deren Aufgabe es sei „*combattre, dans le domaine moral, économique et politique, toutes nos manifestations*.“²⁷⁵²

Dieser quantitativ und qualitativ durch die Auswertung der entsprechenden Akten des Quai d'Orsay gestützte Befund bietet nun Raum für zwei einander ergänzende Interpretationen:

1. Es war dem Bund der Saarvereine gelungen, seine Tätigkeit weitestgehend im Verborgenen zu betreiben und die französischen Beobachter zu täuschen.
2. Der französische Nachrichtendienst erachtete die Propaganda der privaten Saarorganisation als zu unbedeutend, um sich eingehender mit ihr auseinanderzusetzen²⁷⁵³.

Selbstverständlich konnte Vogel kein Interesse daran haben, die Strukturen des Bundes und noch viel weniger seine Verbindungskanäle den Franzosen offenzulegen. Doch um sich von den verschiedenen konkurrierenden Verbänden abzugrenzen und somit in den Genuß staatlicher wie

²⁷⁴⁹ Im Grunde wurde die Aktivität der lokalen Saarvereine nur in Städten registriert, in welchen eine französische Auslandsvertretung ansässig war, wobei das Stuttgarter Konsulat verhältnismäßig oft von der württembergischen Vereinigung zu berichten mußte: Vgl. Schriftwechsel zwischen dem französischem Konsulat Stuttgart und französischer Botschaft Berlin (1921–1930), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 355.

²⁷⁵⁰ Tirard beschränkte sich darauf, über vereinzelte Kundgebungen und Rundschreiben des Vereins nach Paris zu berichten. Einmal ermächtigte ihn Außenminister Briand, „*de vouloir bien rechercher les moyens qu'il vous serait possible d'employer en vue de combattre l'activité du SAAR VEREIN*.“: Vgl. Brief Briands an Tirard (30.05.25), in: MAE, Rive Gauche 197. Vgl. hingegen die umfangreichen Dossiers über andere Organisationen, die unter der Rubrik „Propagande allemande“ subsumiert wurden, in: AN, AJ⁹ 683, 2905 f., 3154–3160, 3163–3168, 6330–6336; MAE, Rive Gauche 194–199 und 288. Die Beobachtungen, welche von den verschiedenen Polizeistellen entlang der saarländisch-französischen Grenze über die Aktivitäten des Saarvereins angestellt wurden, waren nur sehr allgemeiner Art und beschränkten sich in der Regel auf die Wiedergabe von Presseberichten deutscher Blätter: Vgl. hierzu: AN, F⁷ 13.471 f.

²⁷⁵¹ Zur Pfalzzentrale und den anderen Fürsorgestellen vgl. Renseignement de la Sarre (18.04.21), in: MAE, Sarre 115; Note Tirards für die H.I.C.T.R (06.07.21), in: MAE, Rive Gauche 194; Brief Tirards an Außenminister Briand (08.08.21), in: MAE, Sarre 115; Renseignement (Organisation du Heimatdienst, 29.11.21), in: MAE, Allemagne 416; undatierter „Rapport d'Ensemble sur la Situation actuelle des anciennes Fürsorgestellen“, in: AN, AJ⁹ 3154/1; Anhang einer politischen Depesche (07.02.22), in: MAE, Sarre 5; „Note sur les organisations allemandes de propagande dans les Territoires Occupés“ (26.01.24) und „Étude sur le Mouvement Nationaliste en Allemagne et les Territoires Occupés“ (29.02.24), in: MAE, Rive Gauche 196. Den Leiter der Pfalzzentrale Ritter von Eberlein hielt Tirard für „*un des chefs les plus dangereux de la propagande anti-française en Allemagne*“: Brief Tirards an Außenminister Poincaré (11.04.23), in: Ebd. Obwohl MARVAUD der deutschen Propaganda gegen den Friedensvertrag ein eigenes Kapitel widmete (S. 104–111), klammerte er die Agitation des Saarvereins aus.

²⁷⁵² Brief Tirards an Außenminister Poincaré (23.02.22), in: MAE, Sarre 416. Eine gute Zusammenfassung des französischen Kenntnisstandes bietet der „Rapport au sujet du ‚Heimatdienst‘“ (16.07.20, in: MAE, Allemagne 415 bzw. die „Note sur le ‚Heimatdienst‘“ (26.01.22), in: AN, AJ⁹ 3154/1.

²⁷⁵³ Für diese These spricht, daß es auch keine erwähnenswerten Reaktionen der diversen privaten französischen Propagandaorganisationen auf den BdS gab.

privater Finanzspritzen zu gelangen, war der Verein geradezu darauf angewiesen, in der französischen Öffentlichkeit nicht nur Beachtung zu finden, sondern ihn mußte darüber hinaus die Aura des bekämpften Widersachers umgeben. Die gelegentlichen Warnungen der französischen Presse vor dem Bund der Saarvereine²⁷⁵⁴ oder die Tatsache, daß der „Saar-Freund“ auf unbestimmte Zeit im Saargebiet verboten war, schien die Effizienz der Saarvereinspropaganda unter Beweis zu stellen und zu zeigen, daß er „den Lindwurm bei seiner empfindlichsten Stelle gepackt“ habe²⁷⁵⁵. Explizit mit Hinweis auf derartige Gegenmaßnahmen Frankreichs und der Völkerbundsregierung wandte sich die Geschäftsstelle an die deutschen Behörden mit der Bitte, die erfolgreiche Organisation auch weiterhin mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten²⁷⁵⁶.

Die Regierungskommission war keineswegs so schutzlos den Angriffen des Saarvereins ausgeliefert, wie ein französischer Beobachter urteilte²⁷⁵⁷ – jede überzogene Reaktion aus Saarbrücken oder Paris hätte die Berliner Saar-Freunde ungewollt aufgewertet. Aus dieser taktisch bedingten Passivität heraus ist es auch zu erklären, daß Jean Morize, der 1926 seinen Onkel als französisches Mitglied der Regierungskommission ablöste, zwar Veranstaltungen des Bundes und insbesondere dessen jährliche Kongresse schon im Vorfeld mit großem Interesse verfolgte, bis auf die wenigen oben bereits erwähnten Einzelfälle aber vermied, offiziell dazu Stellung zu beziehen. Interessanter als seine unmittelbaren Reaktionen auf den seines Erachtens „ultra-nationalistischen“ Saarverein²⁷⁵⁸ sind vielmehr die Schlußfolgerungen, die hieraus er für

²⁷⁵⁴ Vgl. SF 1 (1920) 23, S. 236; SF 2 (1921) 6, S. 65; SF 2 (1921) 12, S. 159; SF 4 (1923) 16, S. 218 ff. Eine umfassende Auswertung der wichtigsten französischen Blätter ließ sich im Rahmen dieser Arbeit nicht bewerkstelligen. Die Durchsicht des 1920–1921 erschienenen „Compte-Rendue Mensuel de Renseignements concernant la Propagande Allemande“ (hrsg. vom Service des Œuvres Françaises à l'Étranger, in: AN, AJ⁹ 3167 und 6336), der mehrseitigen „La Propagande Allemande pendant l'Année d'après l'Étude de la Presse“ (in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 458) sowie auf deutscher Seite der „Rhein-Saar-Ruhr“-Hefte (1921–1926, hrsg. von der Pfalzzentrale, in: PA AA, Presseabteilung, R 122.241) ergab das Bild, daß die französische Presse den Saarverein meist ignorierte und seine Veranstaltungen und Publikationen nur oberflächlich zur Kenntnis nahm.

²⁷⁵⁵ SF 2 (1921) 6, S. 65. „Keine Propaganda von deutscher Seite war den Franzosen und ihren Freunden so verhaßt, wie der ‚Saarfreund‘, der Saarverein und dessen Jahrestagungen im Reich [...]“: Brief Wilhelms an von Papen (18.07.33), in: BA-R 53/91. Anders verhielt es sich mit dem Vorwurf der Regierungskommission im Frühjahr 1923, daß der Saarverein mit reichsdeutschen Geheimbünden in Verbindung stünde. Die GSV hatte ein lebhaftes Interesse, ihn schnellstmöglich aus der Welt zu schaffen, da er sich kontraproduktiv im Hinblick auf staatliche Unterstützung auswirken konnte. Während der Bundestagung 1923 stand dieser Aspekt daher im Mittelpunkt der Erörterungen und man einigte sich darauf, der Regierungskommission alle bisherigen Veröffentlichungen des Vereins zu übersenden: Vgl. SF 4 (1923) 14, S. 185; SF 4 (1923) 15, S. 202–207; Protokoll der Mitgliederversammlung vom 24.05.24 (10.06.24), in: BA-R 8014/24; SF 5 (1924) 14, S. 203; Theodor VOGEL: Was jeder Deutsche vom kerndeutschen Saargebiet wissen muß, in: Deutsche Flugschriften (1925), S. 1–8, hier: S. 7 f.

²⁷⁵⁶ Vgl. Brief der GSV an das AA (24.01.24), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.091; SF 5 (1924) 9, S. 126; Vgl. Jahres-Rückschau ... für das Jahr 1928, S. 7; SF 14 (1933) 15, S. 246.

²⁷⁵⁷ Sie habe nichts „que sa bonne foi et sa bonne volonté à opposer aux intrigues du Saar-Verein, à l'activité formidable du Heimatdienst et aux mensonges du Saarfreund. C'est peu.“: BOURSON, S. 92.

²⁷⁵⁸ Vgl. Brief Morizes an Außenminister Briand (19.02.27), in: MAE, Sarre 117. Auswirkungen der deutsch-französischen Verständigung konnte er auf der Würzburger Bundestagung im gleichen Jahr nicht ausmachen: „Rarement le ton des orateurs du Saar-Verein avait été plus haineux que lors de la réunion de Würzburg. Ils

die Position Frankreichs und damit die französische (Gegen-) Propaganda zog: In einer 51seitigen „Note sur la Question de la Sarre“, in welcher er Anfang 1928 die Chancen für den Ausgang des Plebiszits auslotete²⁷⁵⁹, relativierte Morize die Aussagekraft der verschiedenen Demonstrationen, Kundgebungen und Entschließungen, die keineswegs „*une idée exacte des sentiments des habitants du Territoire*“ widerspiegelten. Einzig wegen ihrer gewaltigen Geldmittel sei die deutsche Propaganda in der Lage, die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit derartig zu verfälschen. Im gesamten Reichsgebiet organisierte der Saarverein – „*très largement subventionnée*“²⁷⁶⁰ – Konferenzen mit dem Ziel, dort Sympathien und Interesse für die Saarfrage zu wecken. Wegen des halboffiziellen Charakters, den die fünf Monate später veranstaltete Heidelberger Bundestagung in seinen Augen besessen habe, zog Morize zum einen den Schluß, daß die deutsche Propaganda in ein neues Stadium getreten sein müsse, da sie insbesondere auf die Wirkung im Ausland abziele.

„*En second lieu, on doit s'attendre de la part du Gouvernement allemand, à un effort pour représenter comme une politique impérialiste contraire à l'idée de réconciliation franco-allemande toute tentative de régler le problème sarrois autrement que par un plébiscite anticipé, c'est-à-dire toute négociation qui aurait pour objet de conserver à la France, à titre permanent, certains des bénéfices qu'elle retire actuellement du régime de la Sarre.*“²⁷⁶¹

In der Wahrnehmung des französischen Regierungskommissionsmitgliedes zählte der Bund der Saarvereine zu den irredentistischen Organisationen, die sich selbst in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten nicht scheuten, „*de semer [...] des germes d'excitation et de désordre.*“²⁷⁶² Der Quai d'Orsay beauftragte aufgrund seiner Berichte den Berliner Botschafter, bei der deutschen Reichsregierung vorstellig zu werden und darauf zu drängen, daß künftig derartige Kundgebungen in der Nähe der französischen Grenze unterblieben²⁷⁶³. Entsprechend

n'ont pas montré plus de modération qu'en 1923 lors de l'occupation de la Ruhr.“: Brief Morizes an Außenminister Briand (29.08.27), in: MAE, Sarre 13.

²⁷⁵⁹ In: MAE, Sarre 14. Morize gelangte zu der Erkenntnis, daß Frankreich kaum mehr erwarten könne, die Abstimmung insgesamt für sich zu entscheiden: „*Du plébiscite, on ne peut pas en aucun cas attendre qu'il soit, dans l'ensemble, favorable à la France.*“ Lediglich in der Gegend um Saarlouis auf dem linken Saarufer hätten sich noch profranzösische Sympathien gehalten bzw. seien solche nach dem Waffenstillstand bekräftigt worden. Größeren Erfolg versprach er sich daher von der Stärkung des Autonomiegedankens: Vgl. LEMPERT, S. 80–95.

²⁷⁶⁰ Die Behauptung, daß der Saarverein über gewaltige finanzielle Mittel verfüge, zieht sich wie ein roter Faden durch die französischen Dossiers. Schon im Herbst 1921 stellte ein unbekannter Autor fest: „*Le ‚Saar-Verein‘ dispose de fonds que l'on dit très importante. Pourtant, ses nombreux correspondants en Sarre, la plupart dans une situation aisée, auraient pris l'engagement d'honneur de travailler uniquement par patriotisme.*“: Renseignement (06.10.21), in: MAE, Sarre 115. Vgl. ebenso die Vorwürfe, die Jean Revire im „Le Figaro“ (Nr. 213 (31.07.32); SF 13 (1932) 16, S. 246 ff.) gegen den Verein erhob.

²⁷⁶¹ Brief Morizes an Außenminister Briand (05.07.28), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 605.

²⁷⁶² Brief Morizes an Außenminister Briand (14.07.31), in: MAE, Sarre 280. Zu den Vorbereitungen vgl. Brief Morizes an Außenminister Briand (02.04.30), in: MAE, Rive Gauche 258.

²⁷⁶³ Vgl. Brief des französischen Außenministeriums an die französische Botschaft Berlin (18.07.31), in: MAE, Sarre 280; Note der französischen Botschaft Berlin (23.07.31), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093. Der Botschafter de Margerie konnte die Beschwerde nur bedingt nachvollziehen, da ihm die kritisierten Redebeiträge Röchlings und Helds im Vergleich zu früheren Tagungen moderat erschienen: Vgl. Brief des AA an die deutsche Botschaft Paris (24.07.31), in: PA AA, Botschaft Paris 716 a.

befriedigt nahm Morize vermeintliche Rückschläge zur Kenntnis, beispielsweise, als anlässlich der Tagung in Münster 1929 kein Sonderzug aus Saarbrücken zustande kam und der deutsche Rundfunk sich weigerte, die Veranstaltung zu übertragen²⁷⁶⁴.

Angesichts dessen, daß Paul Tirard kontinuierlich den „Rheinischen Beobachter“ des „Reichsverbands der Rheinländer“ bzw. der RVP studierte²⁷⁶⁵, überrascht es um so mehr, daß es mehrere Monate dauerte, bis das Bundesorgan der Saarvereine den französischen Vertretungen überhaupt auffiel²⁷⁶⁶. Und obwohl sie über dessen Verbreitungswege bestens informiert waren²⁷⁶⁷, wurde der „Saar-Freund“ auch in den folgenden Jahren sowohl von den französischen Mitgliedern der Regierungskommission als den sonstigen Repräsentanten des Quai d'Orsay in Deutschland inhaltlich kaum zur Kenntnis genommen²⁷⁶⁸. Daß das Blatt den Franzosen aber durchaus ein Dorn im Auge war, zeigt nicht nur das Verbot im Saargebiet, sondern belegt auch der Bericht Morizes an seinen Außenminister, demzufolge

*„le journal le ‚Saarfreund‘ s'est toujours exprimé dans les termes les plus haineux, non seulement à l'égard de la France, mais aussi de la Société des Nations et qui a répandu sur les membres de la Commission de Gouvernement les plus odieuses calomnies.“*²⁷⁶⁹

Der hier als Opfer der Propagandaattacken genannte Völkerbund zeigte keine Ambitionen, sich inhaltlich mit dem Bund der Saarvereine, dessen Verbandsorgan oder seinen sonstigen Publikationen auseinanderzusetzen. Weder die überlieferten Akten in Genf noch die Protokolle der Ratsversammlungen thematisierten die Saarorganisation, die ihrerseits verschiedentlich versuchte, die nach dem Weltkrieg ins Leben gerufene Völkergemeinschaft als Fürsprecherin zu gewinnen. Ende März 1921 gingen dem Rat mehrere Nummern des „Saar-Freund“ mit der Bitte zu, sich selbst ein Bild von den wahren Verhältnissen an der Saar zu machen und nicht den

²⁷⁶⁴ Vgl. Brief Morizes an Außenminister Briand (25.06.29), in: MAE, Sarre 117. Im Hinblick auf die Bundestagung 1932 siehe S. 510–515.

²⁷⁶⁵ Vgl. MAE, Rive Gauche 195.

²⁷⁶⁶ Erst Mitte Mai 1920 teilte der französische Botschafter die bevorstehende (!) Gründung einer Halbmonatsschrift „L'Ami de la Sarre“ mit: „*Le but de cette publication est de resserrer les liens économiques qui existent entre le bassin de la Sarre et l'Allemagne.*“: Brief der französischen Botschaft Berlin an Außenminister Millerand (16.05.20), in: MAE, Sarre 115.

²⁷⁶⁷ Er werde von Mannheim aus in Paketen verschickt und im Saargebiet zusammen mit weiteren Broschüren des Saarvereins von Vertrauensleuten – in aller Regel Postbeamte und Eisenbahner – verteilt. Eine Teilaufgabe ging von der RVP auch direkt an Interessenten: Renseignement (06.10.21), in: Ebd.; Aktennotiz (06.09.22), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 604.

²⁷⁶⁸ Lediglich dem ersten längeren Leitartikel widerfuhr eine gewisse Beachtung; der Mainzer Generalkonsul übersandte ihn in Übersetzung an Außenminister Briand (12.04.21), in: MAE, Allemagne 228; SF 2 (1921) 7, S. 77 ff.

²⁷⁶⁹ Vgl. Brief Morizes an Außenminister Briand (04.06.28), in: MAE, Sarre 117.

einseitig gefärbten Berichten der Regierungskommission Glauben zu schenken²⁷⁷⁰. Wenige Tage später reichte Vogel die Entschließung der Kasseler Bundestagung²⁷⁷¹ nach. Auf Vermittlung der „Schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund“ folgte schon im Herbst des gleichen Jahres weiteres Propagandamaterial aus der Feder des Saarvereins²⁷⁷² und obwohl Vogel im besten Fall eine Bestätigung der zugesandten Schreiben und Druckschriften erhielt, übersandte er bis 1934 weiterhin ausgewählte Publikationen nach Genf²⁷⁷³. Daß die Geschäftsstelle dort nicht massiver auf den Plan trat, mag daran gelegen haben, daß die saarländischen Parteien bereits regelmäßig Vertreter zu den Völkerbundtagungen entsandten. Eine stärkere Initiative der Berliner Zentrale hätte den propagandistischen Wert der Delegationen geschmälert, deren Ziel es war, sich als Repräsentanten des unverfälschten Willens der Saarbevölkerung darzustellen. Darüber hinaus hätte die Berliner Wilhelmstraße vermutlich wenig Verständnis für ein Engagement der Geschäftsstelle auf dem Genfer Parkett aufgebracht.

Die Gleichschaltung des Bundes wurde allem Anschein nach weder in Saarbrücken, noch Genf oder Paris als wichtig erachtet. Die Saarpolitik der neuen nationalsozialistischen Reichsregierung ließ das Interesse an den internen Auseinandersetzungen der meist als lästig empfundenen Organisation noch weiter erlahmen, was dazu führte, daß die französischen Vertreter in Deutschland nur unzureichend über den veränderten Bund der Saarvereine instruiert worden waren²⁷⁷⁴. Während die Jahrestagungen sonst regelmäßig Anlaß boten, sich erneut mit dem Verein zu beschäftigen, schien die Statistenrolle, welche er auf den beiden großen Saarkundgebungen in Rüdesheim und Koblenz noch einnahm, diese Ignoranz zu rechtfertigen. Ohnehin rückte für die Franzosen in den letzten Monaten vor der Abstimmung stärker die Frage in den Vordergrund, wie sie der deutschen Saarpropaganda inhaltlich und organisatorisch

²⁷⁷⁰ Vgl. Brief der GSV an den Völkerbundsrat (31.03.21), in: Arch. SDN 19–27, Sous-Section Saar Basin, R 92/11.966/ 2. Gleichzeitig erhielt auch Staatsrat Usteri in Bern sowie der Präsident der Eidgenossenschaft die gleichen Belegexemplare: Vgl. Brief der GSV an die RVP (01.04.21), in: BA-R 8014/780. Ebenso versuchte die GSV, gezielt einzelne Mitglieder des Völkerbundsrates auf ihre Seite zu ziehen: Vgl. Brief der GSV an Branting (03.08.23), in: BA-R 8014/1028; SF 4 (1923) 11, S. 143 f.

²⁷⁷¹ Zur Würzburger Tagung 1926 erging sogar eine eigene Einladung an den Völkerbundsrat. Vgl. Einladungsschreiben der GSV (Juli 1927), in: Arch. SDN 19–27, Sous-Section Saar Basin, R 118/60.762.

²⁷⁷² Vgl. Brief der „Schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund“ an das Generalsekretariat des Völkerbundes (17.09.21) und Antwortschreiben des Direktors der Mandatssektion, Prof. Rappard (20.09.21), in: Arch. SDN 19–27, Sous-Section Saar Basin, R 105/15.915. Zumindest verschiedene Artikel des SF fanden Eingang in die Presseauschnittsammlung zum Plebiszit: Vgl. Arch. SDN, S 317/1–4.

²⁷⁷³ Vgl. beispielsweise Briefe der GSV an das Generalsekretariat des Völkerbundes (07.03.28 und 28.03.28), in: Arch. SDN 28–32, Sous-Section Saar Basin, R 1926/2541.

²⁷⁷⁴ Nach Ansicht des französischen Generalkonsuls Hamburg (vgl. Brief an die französische Botschaft Berlin (17.05.34), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 671) stand er unter der gemeinsamen Kontrolle des Vizekanzler von Papen sowie des RMPpropaganda. Zwar erkannte Maurice Saugon, daß Staatsrat Simon eine bedeutende Rolle spielte, benannte ihn allerdings nicht als Vorsitzenden. Die Aufgabe der von Mitgliedern der Hamburger NSDAP geleiteten Ortsgruppe sei es, die im Reich lebenden Saarländer in Zusammenarbeit mit der Polizei, der Gestapo und verschiedenen Parteiorganen zu erfassen und „*d'user sur eux de toute leur influence en faveur de la cause allemande.*“

entgegentreten sollten. Mit der „Association Française de la Sarre“ und der „Union Franco-Sarroise“ unterstützten sie Vereinigungen, die in ihrer Struktur dem reichsdeutschen Bund der Saarvereine ähnelten²⁷⁷⁵.

²⁷⁷⁵ Siehe hierzu Exkurs 6. Französische Zeitungen wandten sich ebenfalls in der entscheidenden Phase eher den Vorbereitungsmaßnahmen zum Plebiszit als dem BdS zu: Vgl. Presseauschnittsammlung (1934 f.), in: Archives de S.H.A.T., 7 N/ 2639. Ausgewertet wurden „Le Temps“, „Le Journal des Débats“ und „L’Echo de Paris“.

TEIL II

PRIVATE SAARPROPAGANDA
1933 – 1945

Kapitel 11: Der gleichgeschaltete Bund der Saarvereine

Kap. 11.1: Der Gleichschaltungsprozeß²⁷⁷⁶ bis zur Übernahme durch Gauleiter Simon

Die weitreichenden Dimensionen des 30. Januar 1933, der den Beginn einer zwölfjährigen Diktatur in Deutschland markierte, wurden in der Stresemannstraße zunächst nicht wahrgenommen²⁷⁷⁷. Anders als verschiedene lokale Saarvereine im Reich hatte die Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bis dahin ihre Kontakte zur NSDAP und anderen völkischen Organisationen auf das Notwendigste beschränkt. Schon um nicht den Ausnahmegeetzen zum Opfer zu fallen, die nach der Ermordung des Außenministers Walther Rathenau in Kraft traten²⁷⁷⁸, grenzte sie sich unter Berufung auf ihre Überparteilichkeit von „rechtsfanatischen“ Kreisen ab²⁷⁷⁹. Vogel ging bewußt zur völkischen „Saararbeitsstelle des Deutschen Hochschulrings“ auf Distanz, die in den Jahren 1924 und 1925 mehrfach ihre Unterstützung angeboten hatte²⁷⁸⁰ und lehnte es ab, für Kundgebungen des „Bundes für den Großdeutschen Gedanken“ bzw. der „Deutschvölkischen Freiheitsbewegung“ zu werben²⁷⁸¹ oder sich am Volksbegehren zur Auflösung des Preußischen Landtages zu beteiligen²⁷⁸².

²⁷⁷⁶ Die Gleichschaltung war kein punktuelles Ereignis, sondern ein – im Prinzip bis zur Auflösung des Vereins – fortwährender Prozeß, dessen wichtigste Ausprägungen im folgenden dargestellt werden sollen. Allgemein diente die Gleichschaltung privater Vereine, die erst nach der Reorganisation von Ländern, Parteien und Gewerkschaften erfolgte, den Ziel, diese gesellschaftlichen Gruppierungen am Aufbau des neuen Staates aktiv zu beteiligen und die in ihnen vereinten Mitglieder entsprechend den nationalsozialistischen Maximen umzuerziehen. Ferner bezweckte sie die Zusammenfassung aller gleichgerichteten Kräfte, was zugleich die Herausbildung oppositioneller Kräfte erschwerte: Vgl. hierzu die idealisierenden theoretischen Überlegungen bei Alfred RUPF: *Der Einfluß des Führerprinzips auf das Verhältnis von Verein und Ortsgruppe*, Tübingen 1935, insbesondere: S. 8–20.

²⁷⁷⁷ Vgl. SF 14 (1933) 4, S. 63. Aus der Fülle der Literatur zum Dritten Reich vgl. exemplarisch mit weiterreichenden bibliographischen Hinweisen: Klaus HILDEBRAND: *Das Dritte Reich*, München ⁶2003; Karl-Dietrich BRACHER/ Manfred FUNKE/ Hans-Adolf JACOBSEN (Hrsg.): *Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft*, Bonn ²1993; Norbert FREI: *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933–1945*, München ⁶2001; Gerhard HIRSCHFELD/ Lothar KETTENACKER (Hrsg.): *Der „Führerstaat“. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches*, Stuttgart 1981. Hans-Ulrich THAMER: *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945*, Berlin 1986.

²⁷⁷⁸ Vgl. WINKLER: *Weimar*, S. 175 ff.

²⁷⁷⁹ Vgl. SF 3 (1922) 13/14, S. 212; Brief der GSV an Fett (05.08.22), in: BA-R 8014/216. Im Frühjahr 1924 wies Vogel das Angebot eines Oberstleutnant Wilhelm Tellenbach zurück (vgl. Schriftwechsel, in: BA-R 8014/14), der angeboten hatte, die westlichen Reichsgebiete ohne Kampfhandlungen zu befreien, sofern ihm die nötigen Gelder zur Verfügung gestellt würden.

²⁷⁸⁰ Siehe Anm. 1293. Die Zurückhaltung Vogels lag vor allem darin begründet, sich keine Konkurrenz heranziehen zu wollen: Vgl. u.a. Brief der GSV an Bergemann (07.03.24), in: BA-R 8014/300. Zu Bergemann vgl. PAUL: *Die NSDAP des Saargebietes*, S. 80, Anm. 26.

²⁷⁸¹ Vgl. Briefe der GSV an die Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Verbände (28.11.25) bzw. die „Deutschvölkische Freiheitsbewegung“ (07.01.30), in: BA-R 8014/30 bzw. BA-R 8014/747.

²⁷⁸² Vgl. Brief der GSV an das Stahlhelm-Bundesamt (18.02.31), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093.

Gelegentlich klang zwar in einzelnen Artikeln des „Saar-Freund“ auch völkisches²⁷⁸³ oder großdeutsches Gedankengut durch, doch lassen sich derartige Passagen als Ansichten einzelner Autoren verstehen, die kaum die Meinung der gesamten Redaktion wiedergaben. Beispielsweise hielt der deutsche Vertreter in der Grenzregulierungskommission Ritter Rudolf von Xylander nach seinem Ausscheiden Anfang 1921 einen Vortrag vor der Ortsgruppe Hamburg, in welchem er außer der Rückkehr der Deutschen aus den abgetrennten Gebieten *„auch die Brüder, die noch nicht zum Reich gehören, die aber zu ihm gehören sollen und zwar im Süden und Südosten“* in ein künftiges Deutschland zu integrieren gedachte²⁷⁸⁴. In dieser Deutlichkeit blieb die Forderung einzigartig; selbst als die Realisierung des großdeutschen Reiches in greifbare Nähe zu rücken schien, wahrte der „Saar-Freund“ seine bisherige Zurückhaltung.

Direkte Verbindungslinien zur NSDAP beschränkten sich vor 1933 auf ein Minimum²⁷⁸⁵: Das dreijährige Verbot der Hitler-Partei im Saargebiet zwischen 1924 und 1926 fand nur eher beiläufige Erwähnung im „Saar-Freund“²⁷⁸⁶, was daran gelegen haben könnte, daß Vogel ihr Organ, die „Saardeutsche Volksstimme“ als *„richtige Jauchegrube“* empfand²⁷⁸⁷. Daher tat man Vogel nach den Kölner Zwischenfällen sicherlich Unrecht, ihn in die Nähe der Nationalsozialisten zu rücken. Als ehemaliger Nationalliberaler und Monarchist konnte er mit den um eine Generation jüngeren Störenfriedern wenig anfangen, obwohl ihm die Weimarer Republik Zeit

²⁷⁸³ Auf die Verordnung der Regierungskommission, zur Landesratswahl 1924 die freie Listenwahl einzuführen, entgegnete ein anonymen Verfasser, daß hierdurch bewußt die traditionellen deutschen Parteien geschwächt werden sollte. Die Verordnung richte sich zugleich auch *„gegen die deutschvölkische Idee als solche, als sturmerprobtes einigendes Band der politischen Parteien. Völkisch heißt: Bestimmt durch ein Volksganzes. Volk ist ein geistiges Ganzes, ein geistiger Organismus von bestimmter Eigenart. Das individualistische bestimmte Denken und Handeln, so wie es mit psychologischer Notwendigkeit politischer Ausfluß des freien Listensystems ist, kennt keine Ganzheiten, sein Mittelpunkt ist das selbstische Ich.“*: SF 5 (1924) 1, S. 2.

²⁷⁸⁴ Vgl. Rede von Xylanders vor der Ortsgruppe Hamburg (28.01.21), in: SF 2 (1921) 4, S. 47 f.; SF 2 (1921) 10, S. 136–139; SF 2 (1921) 11, S. 150 f.; SF 2 (1921) 12, S. 163. In den Jahren 1920 bis 1923 engagierte sich der zum Oberst beförderte von Xylander noch rege innerhalb des Bundes; beispielsweise wirkte er bei der Gründung der Ortsgruppe München mit und war Delegierter des Saarvereins auf dem DNVP-Parteitag 1921. In den ersten Jahren zog er wegen seiner herausgehobenen Position die Aufmerksamkeit auf sich und lenkte so von der GSV ab. Vgl. Schriftverkehr zwischen GSV und von Xylander (1920–1935), in: BA-R 8014/812; SF 1 (1920) 20, S. 201; SF 1 (1920) 20, S. 207; SF 2 (1921) 14, S. 187; NSK Nr. 133 und Nr. 135 (21.06.21 und 23.06.21); NSK Nr. 189 (25.08.22); NSK Nr. 228 (10.10.22); NSK Nr. 17 (20.01.23); vertraulicher Vermerk des AA (16.05.23), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.893; Aussageprotokoll Paul Wellsteins (19.06.23), in: Bistumsarchiv Trier, 59/70; ADAP, A III, Dok. 150, S. 270 ff. Nach einer Verschwörungskampagne, die teilweise mit französischen Geldern finanziert werden sollte, zog er sich zurück, um im April 1933 erneut seine Unterstützung anzubieten. Von Xylander gehörte im Dezember 1922 zu den Gründern der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“, die ähnliche Ziele wie die NSDAP (*„Frei vom Diktat von Versailles! Frei vom unfruchtbaren Parlamentarismus! Frei von Judenherrschaft und Börsen-Kapitalismus! Frei von jeder Ausbeutung der Arbeit! Frei vom Marxismus und Bolschewismus, vom Klassenkampf und Kastengeist!“*), allerdings mit anderen Methoden verfolgte: Vgl. Manfred WEISSBECKER: Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) 1922–1933, in: FRICKE [u.a.] Bd. 2, Köln 1984, S. 550–558, hier: S. 552.

²⁷⁸⁵ Dabei hätte er schon früh den Weg zu den Nationalsozialisten finden können: Beispielsweise übersandte ihm der spätere Vorsitzende der Ortsgruppe Dortmund schon im April 1921 Flugblätter Anton Drexlers und des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“, die Vogel aber nur beiläufig zur Kenntnis nahm: Vgl. Schriftwechsel, in: BA-R 8014/616.

²⁷⁸⁶ Vgl. SF 5 (1924) 5, S. 68; PAUL: Die NSDAP des Saargebietes, S. 39–44.

²⁷⁸⁷ Vgl. Brief der GSV an Karius (15.01.29), in: BA-R 8014/806.

ihres Bestehend suspekt blieb und ihm die Entschlossenheit imponierte, mit der die Nationalsozialisten ihre Ziele angingen:

*„Ihren Standpunkt, daß die alten pol. Parteien incl. Z. es versäumt haben, schon vor Jahren die aufstrebende Bewegung des N.-S., die manche guten Elemente für den Aufbau nach dem Niederbruch der Revolution der Nachkriegszeit enthält, zu erkennen und abzufangen, zu klären u. womöglich nach ihren besseren Zielen zu verstärken, teile ich vollkommen.“*²⁷⁸⁸

Gegenüber dem Koblenzer Ortsgruppenvorsitzenden bekannte Vogel, daß er den Vorstellungen des „Stahlhelm“ näher als dem nationalsozialistischen Gedankengut stünde²⁷⁸⁹.

Obwohl die NSDAP seit Mai 1928 auch im Reichstag vertreten war, wurde sie von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ geflissentlich übergangen bzw. mußte sich gar den Vorwurf gefallen lassen, den Separatismus zu fördern, indem sie saarländische Politiker attackierte²⁷⁹⁰. Nach ihrem Erdrutschsieg im September 1930 ließ sich die zweitstärkste Fraktion im Reichstag allerdings nicht länger ignorieren. Mit der Aufnahme von zwei Abgeordneten der NSDAP in ihre interfraktionellen Saarausschüsse trug die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ allerdings vor allem dem Postulat der Überparteilichkeit Rechnung, denn es sollte noch eineinhalb Jahre dauern, bis der Reichstagsfraktion regelmäßig Exemplare des „Saar-Freund“ zuzugingen²⁷⁹¹. Und während sowohl saarländische Zentrumspolitiker als auch Sozialdemokraten in den letzten vor der „Machtergreifung“ publizierten Broschüren zu Wort kamen, wurden die Nationalsozialisten mit keinem Wort erwähnt²⁷⁹². Etwa drei Monate vor der „Machtergreifung“ Hitlers wies Vogel energisch die Vorschläge eines jungen saarländischen Nationalsozialisten zurück, einen offiziellen Reichsausschuß in Berlin sowie ein geheimes Saargremium in Saarbrücken unter dem Vorsitz Röchlings zu gründen²⁷⁹³. Im Interesse der Objektivität signalisierte Vogel lediglich, „zu

²⁷⁸⁸ Vgl. Brief Wilhelms an die GSV (17.08.32), in: BA-R 8014/89. Das Originalschreiben Vogels konnte nicht ermittelt werden. Vgl. ebenso den Schriftwechsel zwischen Joseph Görge und Vogel, in welchem sich Vogel klar von der Hakenkreuzfahne distanzierte (August 1926), in: BA-R 8014/802. Im Unterschied zu den nüchternen, kühlen und unpersönlichen NS-Funktionären war Vogel eher emotional und volkstümlich.

²⁷⁸⁹ Vgl. Brief der GSV an Kellner (06.09.32), in: BA-R 8014/93.

²⁷⁹⁰ Vgl. Begrüßungsschreiben zur Heidelberger Bundestagung, in: SF 9 (1928) 14/15, S. 258–264; BA-R 8014/53; SF 9 (1928) 21, S. 395.

²⁷⁹¹ Der preußische Landtagsabgeordnete Wilhelm Kube monierte, „daß ihre Vereinigung bisher keinen Wert darauf gelegt hat, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in ihren Ausschüssen vertreten zu sehen.“: Vgl. Brief Kubes an die GSV (24.11.30) und Brief der GSV an Franz Stöhr sowie Heinrich Haake (10.12.30), in: BA-R 8014/887. Vgl. ebenso Brief der GSV an Hans Hinkel (30.05.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13. Vogel verwendet in dem Schreiben zweimal die Bezeichnung „NSDRP“, was darauf schließen läßt, daß er sich mit der Partei bislang kaum auseinandergesetzt hat. Mit den saarländischen Nationalsozialisten beschäftigte sich die GSV erst nach deren Einzug in den Landesrat 1932: Vgl. Brief der GSV an Wentz (14.03.32), in: BA-R 8014/810.

²⁷⁹² Vgl. VOGEL: Das deutsche Saargebiet; Jahres-Bericht 1932, S. 37. Insofern läßt sich die Feststellung von HAUPERT/ SCHÄFER (Saarländischer katholischer Klerus, S. 130, Anm. 89) – „Der Bund der Saarvereine stand bereits sehr früh der NSDAP nahe und wurde seit etwa 1930 maßgeblich von Nationalsozialisten beeinflusst.“ – inhaltlich nicht halten.

²⁷⁹³ Es handelte sich hierbei um den späteren Saarreferenden im RMPpropaganda, Carl Kuhlmann: Vgl. JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 96; PAUL: Deutsche Mutter, S. 70. Er agierte nicht ungeschickt, da er an den Ehrgeiz Vogels appellierte: Als Vorsitzender des Reichsausschusses solle Vogel endlich die Reputationsen erhalten, die er so lange verdiene. Kuhlmann selbst sah für sich die Rolle des bei der

jeglicher Zusammenarbeit mit Ihnen und Ihrer Partei, wie mit den Vertretern aller übrigen Parteien bereit“ zu sein, distanzierte sich aber in aller Form von den Plänen Kuhlmanns²⁷⁹⁴.

Angesichts dieser Haltung war es sicherlich kein Zufall, daß die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zunächst nicht als einschneidendes Ereignis wahrgenommen wurde. Die neue Regierung der „nationalen Konzentration“ schien lediglich die bisherigen Präsidialkabinette um ein weiteres zu ergänzen und die nationalsozialistischen Mitglieder von den konservativen bürgerlichen Kräften um Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath, Vizekanzler Franz von Papen und Wirtschaftsminister Alfred Hugenberg kontrolliert. Vogels Reaktion unterschied sich daher kaum von den Initiativen der Geschäftsstelle nach früheren Regierungswechseln: Ähnlich wie wenige Wochen zuvor an die Adresse von Schleichers²⁷⁹⁵ wollte er dem neuen Regime die finanzielle Sicherung des Bundes der Saarvereine ans Herz legen. Wie gewöhnlich setzte Vogel großes Vertrauen auf die jahrelange Erfahrung seiner Organisation in der Saarpropaganda, die ihm die nötige Gewähr zu bieten schien, daß der Verein in der entscheidenden Phase vor der Abstimmung nicht ausgebootet werden würde. Der Berliner Geschäftsstelle sollte weiterhin

„die Führung in diesem Kampfe um die Befreiung des Saargebiets im Reich [...] vorbehalten [...] bleiben], schon um eine Sicherheit dafür zu haben, daß dieser Kampf auch so geführt wird, wie es die Reichs- und Staatsregierung im eigensten Interesse wünscht.“²⁷⁹⁶

Es sollten allerdings noch drei Monate ins Land gehen, bis die Eingabe an Hitler realisiert wurde. Zunächst verhinderten die Explosion des Neunkircher Gasbehälters am 10. Februar 1933, bei der über 60 Menschen den Tod fanden²⁷⁹⁷, bzw. die mit großem Nachdruck betriebenen Hilfsmaßnahmen der Geschäftsstelle eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Reichsregierung.

Saarbrücker Handelskammer beheimateten Koordinators zwischen beiden Gremien vor: *„Es wird so eine Front geschaffen, die im Kampfgebiet geheim und im Reichsgebiet vom Reichsausschuß öffentlich so alle recht vielseitigen Vorarbeiten erledigt, daß etwa ab Ende 1933 ganz groß die Propagandaarbeit für die Abstimmung, sich stetig steigend bis zum Abstimmungstage selbst, eingesetzt werden kann.“*: Vgl. Brief Kuhlmanns an die GSV (13.10.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.094.

²⁷⁹⁴ Vgl. Briefe der GSV an Kuhlmann sowie an das AA, das RMI, das PrMI und Röchling (26.10.32), in: Ebd. Der ehrgeizige Nationalsozialist versuchte, sich mit aller Macht ins Spiel zu bringen: Bereits einen Tag nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler offerierte er StS Lammers seine Dienste, verfaßte im Februar und März 1933 zwei Denkschriften, in welchen er die Zusammenlegung der bisherigen Aufgabengebiete des preußischen Saarvertrauensmanns Watermann und Ollmerts von der RfH vorschlug. Er selbst könne beide Ämter übernehmen: Vgl. Briefe Kuhlmanns an Lammers (31.01.33) sowie die beiden Denkschriften (16.02.33 und 07.03.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097. Seine Initiativen scheiterten am Widerstand des AA: Vgl. Brief des AA an Lammers (24.02.33), in: Ebd.

²⁷⁹⁵ Die Reichskanzlei erteilte der eindringlichen Bitte (19.12.32) allerdings nicht nur einen abschlägigen Bescheid (24.12.32), sondern wies auch das Anliegen Vogels (03.01.33) zurück, seine Vorstellungen von Schleicher in einer persönlichen Audienz vortragen zu dürfen (07.01.33): Vgl. Schriftwechsel zwischen GSV und Reichskanzlei, in: BA-R 8014/682.

²⁷⁹⁶ Vgl. Brief der GSV an Posselt (07.02.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6.

²⁷⁹⁷ Vgl. S. 203 f.

Erste Phase: „Flucht nach vorn“

Binnen weniger Wochen hatte sich jedoch gezeigt, daß Hitler keineswegs eine Übergangserscheinung sein würde: Die Verordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 setzte wesentliche Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft und legte das Fundament für den bis 1945 währenden permanenten Ausnahmezustand. Die Verhaftungswelle im Vorfeld der Märzahlen bewies, wie die braunen Machthaber mit regimekritischen Geistern umzugehen gedachten und das gegen den Widerstand der Sozialdemokraten im Reichstag verabschiedete Ermächtigungsgesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (24. März 1933) öffnete der ihrer parlamentarischen Kontrolle entledigten staatlichen Willkür Tür und Tor. Zeitlich gestaffelt und mit einer „*unterschiedliche[n] Dosierung des Zwanges und der Gewalt*“²⁷⁹⁸ brachten die neuen Machthaber im Laufe des Frühjahres 1933 alle Bereiche des öffentlichen Lebens auf nationalsozialistischen Kurs: Angefangen von den Ländern, in welchen die demokratisch gewählten Regierungen putschartig durch Nationalsozialisten oder scheinlegal durch Reichsstatthalter ersetzt wurden, über die politischen Parteien, die schließlich zugunsten der NSDAP entweder verboten wurden oder sich selbst auflösten, bis hin zur kleinsten unpolitischen lokalen Vereinigung, die fortan eine den neuen Verhältnissen angepaßte Leitung erhielt, wurden Staat und Gesellschaft sukzessive gleichgeschaltet.

Angesichts dessen setzte sich auch in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die Erkenntnis durch, daß die Klärung ihres Verhältnisses zur nationalsozialistischen Reichsregierung mehr als nur ein taktisches Manöver, sondern vielmehr eine Frage des Überlebens war. Zur Vermeidung tiefgreifender Veränderungen in ihrer Struktur und in der personellen Konstellation der Saarorganisation verfolgte sie im Frühjahr 1933 eine dreigeteilte Strategie:

- a) Zunächst galt es, durch anbiedernde Loyalitätsbekundungen der nationalsozialistischen Führung und den ausgetauschten Spitzen der staatlichen Bürokratie²⁷⁹⁹ die bedingungslose Kooperationsbereitschaft zu signalisieren. Diesem Ziel dienten ebenfalls die Aufnahme von Nationalsozialisten in die verschiedenen Gremien des Bundes sowie die ostentative Ab-

²⁷⁹⁸ Martin BROZAT: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 192000, S. 117. Zur Phase der Gleichschaltung siehe insbesondere: Erich MATTHIAS/Rudolf MORSEY (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1984; Gerhard SCHULZ: Permanente Gleichschaltung des öffentlichen Lebens und Entstehung des nationalsozialistischen Führerstaates in Deutschland, in: DERS. (Hrsg.): Die Große Krise der dreißiger Jahre. Vom Niedergang der Weltwirtschaft zum Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1985, S. 72–100; THAMER: Verführung und Gewalt, S. 282–303. Andere Verbände wie der „Stahlhelm“ schalteten sich selbst gleich.

²⁷⁹⁹ Ebensovienig wie durch die Revolution 1918/19 fanden nach 1933 personelle Wechsel innerhalb des Beamtenapparates des Auswärtigen Amtes in größerem Maßstab statt; viele Referenten nahmen zwar eine distanzierte Haltung zu den ideologischen Zielsetzungen der „Bewegung“ ein, verrichteten allerdings loyal ihren Dienst, zumal sie sich mit der aktiven Revisionspolitik der Nationalsozialisten weitgehend identifizieren konnten. Wie viele ihrer Zeitgenossen erkannten auch sie zu spät, daß sie lediglich das Vorspiel zur aggressiven Expansionspolitik war: Vgl. DÖSCHER, S. 56–153; Hans-Adolf JACOBSEN: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt am Main - Berlin 1968, S. 20–45; DERS.: Zur Rolle der Diplomatie im Dritten Reich, in: SCHWABE (Hrsg.): Das diplomatische Korps, S. 171–199. Zur Organisation der Saarstellen nach 1933 vgl. JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 90–100 sowie das „Verzeichnis der Saarreferenten in Reich, Preußen und Bayern“ (11.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.070.

grenzung von Gegnern des neuen Regimes. Dieser Prozeß setzte schon unmittelbar nach der Ernennung Hitlers ein: Obwohl beispielsweise der spätere bayerische Reichstatthalter Franz von Epp am 29. Januar 1933 abgelehnt hatte, dem „Ehrenbeirat für den Saarheimatschutz“ beizutreten, folgte zwei Tage später eine erneute Bitte an den prominenten Nationalsozialisten²⁸⁰⁰.

b) In der Stresemannstraße wurde die Legende geschmiedet, daß der Bund der Saarvereine nicht nur zeit seines Bestehens nationalpolitisch zuverlässig gewesen sei, sondern ähnlich wie die nationalsozialistische Bewegung seit jeher die Sammlung aller vaterländischen Kräfte betrieben habe.

c) Schließlich versuchte Vogel zu suggerieren, daß die Reichsregierung angesichts der nahenden Abstimmung nicht auf die jahrelangen Erfahrungen, die bewährten Strukturen und personellen Ressourcen der einzigen privaten „Saarheimat-Schutzorganisation“ verzichten könne.

Solange er noch glaubte, das Heft des Handelns in der Hand zu halten, entfaltete Vogel unter diesen Prämissen auf verschiedenen Ebenen eine gesteigerte Aktivität; binnen weniger Wochen mußte aber auch er erkennen, daß sich die Gleichschaltung des Bundes der Saarvereine nicht verhindern ließ.

Ende März 1933 baten Dröge, Andres und Vogel in unterwürfigem Ton den neu ernannten Minister für Volksaufklärung und Propaganda, über ihre bisherige Arbeit Bericht erstatten zu dürfen²⁸⁰¹. Fast gleichzeitig versuchte Vogel, den veränderten Rahmenbedingungen dadurch Rechnung zu tragen, daß er auch saarländische Mitglieder der NSDAP in dem zu Jahresanfang aus der Taufe gehobenen „Ehrenbeirat für Saarheimatschutz“ zu integrieren und die Loyalität des Bundes durch mehrere anbiedernde Artikel im „Saar-Freund“ unter Beweis zu stellen gedachte²⁸⁰². Die hektische Betriebsamkeit steigerte sich noch, nachdem Vogel vom Leiter der

²⁸⁰⁰ Vgl. Brief von Epps an die GSV (29.01.33) und Antwortschreiben (31.01.33), in: BA-R 8014/790. Mögliche Beitrittskandidaten wurden im Winter 1932/33 unter anderem von saarländischen Persönlichkeiten sowie verschiedenen Saarreferenten vorgeschlagen. Der erste Aufruf hierzu erging in einem Rundschreiben der GSV (Januar 1933), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19.

²⁸⁰¹ Vgl. Brief der GSV an Goebbels (28.03.33), in: BA-R 8014/682. Eine Antwort konnte nicht gefunden werden.

²⁸⁰² Erstmals wurde hier das „*Wiedererwachen des nationalen Deutschlands*“ thematisiert: Vgl. SF 14 (1933) 7, S. 101 f.; SF 14 (1933) 6, S. 85 f. Briefe der GSV an Carl Friedrich Eckert (05.04.33 und 19.04.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13. Ferner übersandte Vogel sowohl an die neue staatliche Berliner Bürokratie wie auch an die Neustädter Gauleitung Informationsmaterial des Bundes mit der Bitte um „*jegliche Anregungen, den Kampf um die Befreiung des Saargebietes betreffend*“: Vgl. Briefe der GSV an das RMI (07.04.33, in: BA-R 8014/682) und die Geschäftsstelle der NSDAP in Neustadt (13.04.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13. In einer frühen Version der Mitgliederliste jenes „Ehrenbeirates“ fand sich unter den Unterzeichnern auch der Saarbrücker Rabbiner Shlomo Rülff. Bis Sommer 1933 traten insgesamt etwa 350 Personen dem Ehrenbeirat bei, unter ihnen 120 aus dem Saargebiet, mindestens 14 ehemalige Reichs- und Staatsminister und etwa 30 Parlamentarier, mit Brüning, Marx und von Papen drei ehemalige Reichskanzler sowie aus dem neuen Kabinett von Papen, Frick, von Neurath und Hugenberg. Sinn und Zweck des Ausschusses war die finanzielle Förderung des Bundes: Vgl. Rundschreiben der GSV (Juli 1933), in: BA-R 53/91; Brief der GSV an Wagner (16.05.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13.

Abteilung Grenzland in Kenntnis gesetzt worden war, daß dieser beabsichtige, „entscheidende Schritte auch in der Frage der Saararbeit zu unternehmen“²⁸⁰³: Schon am nächsten Tag traf Dröge in seiner Eigenschaft als Treuhänder mit einem Vertrauten des Neustädter Gauleiters Bürckel zusammen, um auf diesem Weg direkte Kontakte zu Hitler und Goebbels anzubahnen. Auch Dröge gelangte schließlich zu dem Fazit: „Es wird also hohe Zeit für den Saarverein, die Fühlung zu den hiesigen ersten Stellen zu erhalten.“²⁸⁰⁴

Da alle bisherigen Initiativen im Sand verlaufen waren, griff Vogel seine Idee von Anfang Februar auf und wandte sich direkt an Reichskanzler Hitler, Reichspräsident von Hindenburg, Vizekanzler von Papen sowie den preußischen Ministerpräsidenten Göring²⁸⁰⁵. Die Vorbereitungsmaßnahmen zur Bundestagung boten hierfür den erforderlichen Vorwand. Vogel hob in dem Schreiben an Hitler die bisherigen Verdienste des Vereins zur „Deutscherhaltung“ der Saar hervor und verwies auf den „betont vaterländischen Ton“ der zurückliegenden Tagungen. Es überrascht, mit welcher Naivität er versuchte, das Interesse des Reichskanzlers mit dem Hinweis zu wecken, daß die Geschäftsstelle von Hindenburg bitten werde, erneut das Protektorat der Saarkundgebung zu übernehmen²⁸⁰⁶. Vor allem hätten ihm die ersten drei Monate der braunen Diktatur klarmachen müssen, daß sich Hitler keineswegs damit zufrieden geben würde, neben Vertretern anderer Parteien über ein vorgegebenes Thema zu referieren. Wenn Vogel schließlich noch den Hinweis anbrachte, mit seiner Rede könne der „Führer“ der bedrängten saarländischen nationalsozialistischen Bewegung neue Impulse verleihen, so wird deutlich, wie sehr Vogel die neue Reichsregierung verkannte und die Bedeutung der eigenen Organisation überschätzte²⁸⁰⁷.

²⁸⁰³ Vgl. Brief Dr. Isperts an die GSV (19.04.33), in: Ebd. Ispert sah im Außenpolitischen Amt Rosenbergs einen möglichen Ansprechpartner für die Belange des BdS. Ungeachtet dessen, daß Ispert dem Verein untersagte, grundsätzliche Maßnahmen in die Wege zu leiten, debattierte Vogel wenige Tage später in Rüdesheim über den aktuellen Stand der Vorbereitungen zur Bundestagung am Niederwalddenkmal und trug sich mit dem Gedanken, anschließend nach Neustadt zu reisen: Vgl. Sitzungsprotokoll vom 22.04.33 in Rüdesheim (28.04.33), in: StA Rüdesheim, III/50; Telefonnotiz (24.04.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13.

²⁸⁰⁴ Allem Anschein nach zählte Dröge zu den Vertrauten des Reichsbankpräsidenten, denn Selzner habe in ihm „den geeigneten Schlüssel zum Reichsgeldschrank“ gesehen und als Gegenleistung für seine Vermittlungsdienste aus Mitteln der Reichsbank 100.000 RM für die Herausgabe der „Saarfront“, einer 12seitigen Tageszeitung der pfälzischen Gauleitung, gefordert: Vgl. Niederschrift der Besprechung vom 20.04.33 (21.04.33), in: Ebd. Wie wenig sich der Bundesvorsitzende Andres bislang mit dem Nationalsozialismus bzw. dessen Repräsentanten auseinandergesetzt hatte, wird in dem Begleitschreiben deutlich, in welchem er Vogel die Ergebnisse Dröges übermittelte: „Bürkel“ und „Goehring“ waren offensichtlich für ihn nur Namen ohne persönlichen Bezug: Vgl. Brief Andres' an die GSV (22.04.33), in: Ebd. sowie in: Brief Andres' an Röchling (23.05.33), in: BA-R 8014/682.

²⁸⁰⁵ Vgl. Briefe der GSV an Hitler (03.05.33, in: BA-R 43-I/253), an von Papen (03.05.33) und Göring (04.05.33), in: BA-R 8014/682 sowie an den „Retter für Ostpreußen“ von Hindenburg (03.05.33, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095). Insbesondere die Begrüßungsschreiben und anerkennenden Worte von Hindenburgs, der zweimal die Schirmherrschaft über Bundestagungen (1925 in Hannover und 1933 am Niederwald) übernommen hatte, galten nun als wertvolle Indizien der nationalen Zuverlässigkeit: Vgl. Brief der GSV an Posselt (16.08.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 7.

²⁸⁰⁶ Durch das Ermächtigungsgesetz vom 24.03.33 hatte der „böhmische Gefreite“ gezeigt, daß er seine Amtsgeschäfte unabhängig vom kaiserlichen Generalfeldmarschall führen wollte.

²⁸⁰⁷ Wie in den vergangenen Jahren üblich zog er es vor, „in vorzüglicher Hochachtung mit treudeutschem Saargruß“ zu unterzeichnen.

Nur wenige Tage nach dem Schreiben bemühte sich die Bundesführung schließlich um eine persönliche Audienz bei Hitler²⁸⁰⁸.

Vorangegangen war diesem Vorstoß, der ebensowenig wie die bisherigen von Erfolg gekrönt war, eine klare Positionierung des Vereins im „Saar-Freund“. In der ersten Maiausgabe bezog Vogel in einem auch als Sonderdruck an Parteinstanzen, Schriftleitungen und Behörden im ganzen Reich versandten Artikel „Nationalsozialismus und Bund der Saar-Vereine“ Stellung²⁸⁰⁹ und hob insbesondere die jahrelange patriotische Pflichterfüllung hervor. Zunächst beschwor Vogel die noch immer akute Gefahr für das Saargebiet: Gerade in den zurückliegenden Wochen habe Frankreich eine rege Propaganda betrieben, um das letzte Pfand aus dem Krieg nicht zu verlieren. *„Französische Söldlinge und vaterlandslose Separatisten laufen im Saargebiet geschäftiger denn je landauf und landab“*, wobei sie sich der wohlwollenden Unterstützung der Regierungskommission sicher sein könnten. Da zu erwarten sei, daß bei der anstehenden Entscheidung des Völkerbunds *„über die völkische Zukunft des Saargebiets“* wieder diplomatische Tricks angewandt würden, könne kaum Zweifel über die Existenzberechtigung einer Abwehrorganisation herrschen. Nun ging Vogel zur offenen Anbiederung über:

„Wir begrüßen es daher um so mehr, an der Spitze des Reiches eine Regierung zu wissen, die entschlossener und nachdrücklicher auch nach außen deutsches Recht zu wahren sich zur Aufgabe gemacht hat. [...] So vertrauen wir denn darauf, daß die Regierung unter dem Volkskanzler Hitler nachdrücklicher, als es in den zurückliegenden Jahren geschehen, sich auch der Saar annehmen wird, um das Unrecht von Versailles am Saargebiet zu beseitigen.“

Als er die Entwicklung der Bundesorganisation kurz streifte, ließ er es sich nicht nehmen, seine eigenen Verdienste gebührend hervorzuheben. Da er als einziger Mitarbeiter namentlich in Erscheinung trat, wirkt das Statement zur innenpolitischen Lage wie eine Visitenkarte des langjährigen Geschäftsführers.

„Wenn heute im Reiche der unerschütterliche Wille im deutschen Volke geweckt und gefestigt ist, geschlossen die deutsche Forderung nach Freigabe der Saar von der schmachvollen Fremdherrschaft zu erheben, so ist das gewiß mit unser Werk, dem wir unermüdlich unsere Kräfte gewidmet haben.

Immer galt unser Ruf zur Mitarbeit den besten vaterländischen Kreisen und Kräften, die über die Enge parteipolitischer Klitterung hinaus sich für vaterländische Ideale einsetzen.“

²⁸⁰⁸ Vgl. Brief Andres' an das AA (09.05.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

²⁸⁰⁹ Vgl. SF 14 (1933) 9, S. 135 ff.; Rundschreiben der GSV (Mai 1933), in: BA-R 8014/130.

Als Fazit gab Vogel dem Leser auf den Weg:

„In der Stunde schwerer Gefahr für das Saargebiet darf nicht lahmgelegt werden das Werk jahrelangen, mühsamen Aufbaues, das wir zur Stütze seines Deutschtums errichtet haben, alle Kräfte müssen erhalten und erfaßt werden, um diese Deutscherhaltung zu schützen. Gleichschaltung aller, die ehrlichen Willens sind, am Aufbau und an der Erhaltung dessen, was deutsch ist, tätig zu helfen. Diesem Werk haben wir uns seit Jahren ehrlich gewidmet, denn Dienst am Reiche ist es, für die gefährdete deutsche Westmark an der Saar einzutreten. Der Wille des Saarvolkes selbst ist es, mit uns [!!! – F.B.] und den Brüdern im Reiche in diesem Kampf bis zum Ende der Fremdherrschaft gemeinsam auszuharren.

Gern und freudig schließen wir uns daher in die Gleichschaltung aller bewußt nationalen Kräfte ein und stellen uns hinter unsere Regierung der nationalen Tat, von der wir überzeugt sind, daß sie des Saarvolkes Reichstreue zu schätzen wissen und alle Anschläge gegen die Saar abzuwehren wissen wird. Für uns bedarf es dazu keiner Umstellung [...].“²⁸¹⁰

Diese Form des vorauseilenden Gehorsams schien sich zunächst auszuzahlen. Zwar rief die Geschäftsstelle noch immer vergebens ihren Wunsch nach Aussprache in Erinnerung²⁸¹¹, doch wähnte sich Vogel zumindest vorübergehend in Sicherheit: Nach einem Gespräch mit Hans-Werner Zengen, bis 1926 Geschäftsführer der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und nach 1933 Wirtschaftskommissar für die Provinz Hessen-Nassau und Thüringen, gab sich Vogel zuversichtlich, daß der von ihm eingeschlagene Kurs des mit Loyalitätsbekundungen gemischten vorsichtigen Lavierens zwischen den noch möglich scheinenden Alternativen von Erfolg gekrönt sein würde²⁸¹².

Nichtsdestotrotz litt die Arbeitsfähigkeit des Vereins unter dem seit Mitte April währenden Schwebezustand²⁸¹³. Dem energischen Drängen nach Klärung der Verhältnisse auf der einen Seite stand auf der anderen eine Orientierungslosigkeit gegenüber, wie sie beispielsweise in der Frage der Gestaltung neuer Briefverschlusmarken deutlich wurde: Die Bandbreite der Entwürfe erstreckte sich von unpolitisch vereinsinterner über republikanische bis hin zu explizit nationalsozialistischer Symbolik²⁸¹⁴.

²⁸¹⁰ Hervorhebungen im Original.

²⁸¹¹ Beispielsweise erinnerte Vogel den Verbindungsstab der NSDAP an die erbetene Besprechung mit den traditionellen Saarstellen und der neuen nationalsozialistischen Führung über den künftigen Kurs des BdS und dessen Finanzierung. Er schlug folgende Teilnehmer vor: Vom AA Geheimrat Dr. Voigt, Ministerialrat Dr. Müller vom RMI, Ministerialrat Dr. Krauthausen vom PrMI, den Trierer Regierungspräsidenten Dr. Saassen sowie außer Dr. Ispert einen Vertreter des RMPpropaganda und die beiden Gauleiter Simon und Bürckel: Vgl. Brief der GSV an Legationsrat Reiner (11.05.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13.

²⁸¹² „Er [Zengen – F.B.] hält es für ausgeschlossen, daß an der Organisation des Bundes der Saarvereine etwas geändert wird.“: Niederschrift der Besprechung vom 16.05.33 (16.05.33), in: Ebd.

²⁸¹³ Erschwerend kam hinzu, daß Vogel, der nach dem Tod seines Sohnes einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte, fünf Wochen lang nur begrenzt einsatzfähig war, da er sich zur Kur in Karlsbad aufhielt: Vgl. Brief der GSV an Dr. Kuhn (05.04.33), in: BA-R 8014/391. Die GSV hatte zwar schon in den vergangenen Jahren seine mehrwöchigen Krankenhausaufenthalte, Badekuren und Urlaube verkraftet, doch war in diesem Frühjahr seine Anwesenheit in Berlin notwendiger denn je.

²⁸¹⁴ Die Marke mit dem Reichswappen und der Umschrift „Laßt siegen uns in diesem Zeichen, Saarlüge muß der Wahrheit weichen“ konkurrierte mit einem eichenkranzgeschmückten Hakenkreuz: „Das Sonnenzeichen im Lande der Saar heißt Freiheit, so deutsch und wahr.“: Vgl. Entwürfe Posselts (Mai 1933), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6. Realisiert wurde allerdings keiner der Entwürfe.

An anderer Stelle wurden bereits die berechtigten Zweifel an der tatsächlichen Objektivität und Überparteilichkeit des Bundes während der Weimarer Jahre erörtert. Ausgerechnet diese beiden in den Satzungen festgeschriebenen Charakteristika drohten anfänglich zum Stolperstein in den Bemühungen zu werden, das Verhältnis zu den Nationalsozialisten zu ordnen²⁸¹⁵, zumal sich die Kontakte zur Hitlerbewegung bis dato auf ein Minimum beschränkt hatten. Dabei zeichnete sich angesichts der ablehnenden Haltung, welche die saarländische Sozialdemokratie schon sehr früh gegenüber dem neuen Regime einnahm und welche sich auch in Teilen des Zentrums abzeichnete²⁸¹⁶, rasch ab, wie notwendig eine überparteiliche Sammlungsbewegung sein würde. Konnte es sich Vogel Ende 1931 noch leisten, den Bruch mit der Saar-SPD billigend in Kauf zu nehmen, da diese selbst keine Zweifel an ihrem Wunsch nach Rückgliederung aufkommen ließ, so geriet die überwältigende Majorität der prodeutschen Option im bevorstehenden Votum durch die Reaktion der SPD auf die braune Reichsregierung ins Wanken. Gerade die opponierenden Skeptiker in den Reihen der Sozialdemokratie – und ebenso innerhalb des politischen Katholizismus – galt es, wieder zurück ins „deutsche Boot“ zu holen²⁸¹⁷. Auf der anderen Seite sah die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in der neu aufgelegten Überparteilichkeit eine Möglichkeit, das eigene Überleben zu sichern, indem sie als weiterhin private und formal von den Nationalsozialisten unabhängige Organisation eine Nischenfunktion ausfüllte. Diese Alternative sagte den führenden Köpfen des Bundes umso mehr zu, als daß sie – im Gegensatz zu den Vorsitzenden einiger Ortsgruppen – keine wirkliche Affinität zur neuen Staatsdoktrin besaßen²⁸¹⁸.

²⁸¹⁵ Vgl. hierzu die in der Retrospektive verfaßte Rechtfertigung VOGELS für die Kooperation mit den Parteien des Weimarer Systems, in: VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 224: „Es war die schwerste und undankbarste Aufgabe für die Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘, immer zu lavieren, es mit keinem zu verderben, nicht nachzulassen in dem Bestreben, bei jeder der wechselnden Gestalten den Willen zu stärken, die Saar zu halten und danach zu handeln. Es war nicht vor auszusehen, daß, wenn der Saarkampf sich seinem Ende zuneigte, in Deutschland die Parteien überwunden sein würde und eine zielsichere und starke Hand den Staat führte. In der rein überparteilichen Gestaltung des Saarkampfes waren die Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ und der Bund der Saarvereine mit Wegbereiter [!] für die Überwindung der Parteien.“ Vgl. ebenso: SF 15/16 (1934/35) 28, S. 601: „Die vaterländische Arbeit unserer Organisation war von Anfang an auf überparteilicher, rein nationaler Grundlage aufgebaut.“

²⁸¹⁶ Vgl. zur seit November 1933 eigenständigen „Sozialdemokratischen Landespartei des Saargebietes“: KUNKEL, S. 71–119; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 81–103; PAUL: Max Braun, S. 60–99; ZENNER: Parteien und Politik, S. 282–287 und S. 295–298. Zum Katholizismus vgl. VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 120–138; GESTIER, S. 29–129; HAUPERT/ SCHÄFER: Saarländischer katholischer Klerus; „Saarländische Landeszeitung“ Nr. 172 (28.03.33).

²⁸¹⁷ Kein anderes Ziel verfolgte letzten Endes auch die „Deutsche Front“ des Saargebietes.

²⁸¹⁸ Aus Rücksicht auf die Abstimmung wies Vogel den Vorschlag des bayerischen Landesgruppenvorsitzenden Johannes für ein Plakat zur Bundestagung (schwarz-weiß-rote Kokarde mit Hakenkreuz und Jahreszahl 1933) ab, da es gelte, unabhängig von Parteien Angehörige aller Kreise zu gewinnen. „Ich selbst bin ein alter Nationalliberaler, der zeitlebens für die Devise ‚Mit Gott für König und Vaterland‘ gekämpft hat, durchaus national eingestellt und brauche keine Gleich- oder Umschaltung, zumal ich durchaus davon beseelt bin, daß es Pflicht eines jeden guten Deutschen, der guten Willens ist, sein muß, dafür zu sorgen, daß uns die nationale Regierung im Vertrauen auf den Reichskanzler Adolf Hitler erhalten bleibt. Dazu ist aber m.E. auch notwendig, daß Freunde für diese nationale Regierung in weitestem Umfange gewonnen werden [...]“: Vgl. Brief der GSV an Johannes (26.05.33), in: BA-R 8014/511.

Schon in seinem ersten informellen Gespräch, das Dröge im April 1933 mit einem Vertrauen Bürckels führte und bei dem auch die Frage der Objektivität tangiert wurde, klang der instrumentale Charakter der bisherigen Neutralität durch. Für die Zukunft warnte der reservierte Treuhänder vor weiteren Maßnahmen wie der Boykottaktion gegen jüdische Geschäfte, die er im Hinblick auf das Plebiszit für kontraproduktiv hielt. Ebenso fürchtete er, daß sich nicht nur saarländische Sozialdemokraten vor den Kopf gestoßen fühlen könnten, wenn die künftige Propaganda zu stark auf die NSDAP ausgerichtet sei:

*„Der Saarverein selbst müsse auf dem überparteilichen Boden sich weiter bewegen, wenn nicht stimmenmäßig wertvolle Teile der Saarbevölkerung verprellt werden sollten.“*²⁸¹⁹

Die Notwendigkeit der überparteilichen Sammlung aller rückgliederungswilligen Kräfte wurde prinzipiell auch in der Besprechung zwischen Hitler und einer saarländischen Delegation am 15. Mai in der Reichskanzlei erkannt. Der „Führer“ selbst rechnete dem Ausgang des Plebiszits die größten Chancen aus, wenn die bisherigen Parteien bestehen blieben und so *„in mehreren Kolonnen marschiert werden könnte.“*²⁸²⁰ Ein dreiköpfiger Arbeitsausschuß aus dem Gewerkschaftssekretär Peter Kiefer, dem saarländischen Unternehmer Hermann Röchling sowie dem Neustädter Gauleiter Joseph Bürckel als Vertreter der NSDAP wurde am folgenden Tag im Auswärtigen Amt ins Leben gerufen. Bereits auf dieser Sitzung kündigte Voigt die Einberufung einer ressortübergreifenden Besprechung über den Bund der Saarvereine und die Saarkundgebung auf dem Niederwald an²⁸²¹. Vogel, der von der Wilhelmstraße über den Inhalt des Treffens in Kenntnis gesetzt worden war, insistierte wenige Tage später beim Saarreferenten, schnellstmöglich zu einer Klärung der Verhältnisse zu gelangen und versuchte über die Gattin von Papens eine Aussprache mit dem Vizekanzler in die Wege zu leiten²⁸²². Ebenfalls mit dem Ziel, dem Bund seine auf Eis gelegte Handlungsfähigkeit zurückzugeben, wandte sich zur gleichen Zeit Andres an Hermann Röchling²⁸²³, der 1931 vorübergehend Mitglied des Aufsichts-

²⁸¹⁹ Vgl. Niederschrift der Besprechung vom 20.04.33 (21.04.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13. Wir *„müssen [...] unbedingt an dem bisherigen Grundsatz festhalten, daß das Saargebiet bei der Volksabstimmung nur mit Hilfe sämtlicher abstimmungsberechtigter Einwohner, gleich welcher Partei sie angehören, gerettet werden kann.“*: Brief der GSV an Kellner (18.04.33), in: LHA Koblenz, 661,11/2.

²⁸²⁰ Vgl. Protokoll (15.05.33), in: BA-R 43-I/253; KUNKEL, Anl. 3 f., S. 125–133; Protokoll Sperrs (16.05.33), in: BayHStA, Stk 6100; ZENNER: Parteien und Politik, S. 277 ff.; JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 104 f.

²⁸²¹ Vgl. KUNKEL, Anl. 5, S. 134–137. Anfang Juni übertrug Voigt dem Ausschuß die Zuständigkeit für die Belange des Bundes: Vgl. Briefe des AA an Bürckel, Kiefer und Röchling (03.06.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

²⁸²² Vgl. Briefe der GSV an das AA (26.05.33, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095) und Frau von Papen (23.05.33), in: BA-R 8014/682. Auch ohne in einem Vereinsgremium vertreten zu sein, unterhielt von Papen mindestens seit 1923 besondere Beziehungen zum BdS: Vgl. Protokolle der Sitzungen des Aufsichts- und Beratungsausschusses sowie des interfraktionellen Saarausschusses vom 23.03.23 (24.03.23, in: BA-R 1603/1697 und 08.04.23, in: BA-R 8014/7) und vom 19.06.23 (22.06.23), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

²⁸²³ Vgl. Brief Andres' an Röchling (23.05.33), in: BA-R 8014/682. Siehe auch Dok. 20 im Anhang.

und Beratungsausschusses der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gewesen war; die Früchte des jahrelangen Hofierens sollten sich nun auszahlen.

„Nachdem nunmehr das Triumvirat Röchling, Kiefer, Bürkel [sic!] gebildet ist, darf ich mit Ihnen gewiß auch über unsere eigenen Sorgen sprechen.

Diese Sorgen bestehen zunächst in einer gewissen Unsicherheit, ob wir bei den neuen Männern im Reich das richtige Verständnis für die Notwendigkeit unserer Arbeit finden werden, insbesondere auch dafür, daß wir bleiben, was wir sind, eine private Organisation, die geboren ist aus dem spontanen Gefühl der Landsleute von der Saar im Reich, daß sie dabei sein wollen beim Befreiungskampf.“

Andres äußerte seine Bedenken über die Überparteilichkeit des Bundes, die der neuen Regierung ein Dorn im Auge sein könne. Dabei bekannte er sich ohne Umschweife zu diesem jahrelangen gepflegten Grundsatz, da diejenigen, die sich nicht mit dem Ziel des Vereines „Zurück zum Reich“ identifizieren konnten, ohnehin als Kooperationspartner ausgeschieden seien.

„Wer aber dem Endziel treu bleibt, den sollten wir nicht deshalb von uns stoßen, weil er vielleicht über manche politischen Fragen anders denkt als die Nationalsozialisten oder die Deutschnationalen. Dieser Standpunkt scheint mir auch der einzig gangbare mit Rücksicht darauf, daß im Saargebiet bei der Volksabstimmung doch jeder stimmberechtigt ist [...]“

Schließlich sprach Andres die bisher ergebnislos verlaufenen Versuche an, mit führenden Vertretern der neuen Reichsregierung ins Gespräch zu kommen. Vogel stehe zwar inzwischen in Kontakt mit den saarländischen Nationalsozialisten,

„aber nachdem nunmehr Herr Bürkel [sic!] im Triumvirat ist, ist es wohl das Gegebene, daß wir über ihn die Fühlung zu gewinnen suchen. Er ist ja wohl auch die Persönlichkeit, mit der man die Abgrenzung unserer Arbeit von der Propagandaarbeit der Nationalsozialistischen Partei zu besprechen hätte. Eine klare Abgrenzung scheint mir hier sehr nötig zu sein.“

Noch immer in dem Glauben, der Bund der Saarvereine hätte es in der Hand, sein neues Tätigkeitsfeld in Absprache mit den neuen Machthabern selbst abzustecken, bat Andres den saarländischen Industriellen, ein derartiges Treffen zwischen der Vereinsführung und dem Triumvirat²⁸²⁴ zu initiieren. Mehrfach wies er darauf hin, daß die Zeit dränge; insbesondere müßten die Vorbereitungen für die Niederwaldkundgebung unverzüglich getroffen werden. Andres konnte nicht wissen, daß am gleichen Tag das preußische Innenministerium bei verschiedenen Ressorts die Zustimmung einholte, die Federführung für die Inszenierung übernehmen zu dürfen – der Bund der Saarvereine wurde in dem Schreiben mit keinem Wort erwähnt²⁸²⁵.

Bevor das seit Monaten erbetene Treffen tatsächlich Mitte Juni im Auswärtigen Amt stattfand, hatten sich die Rahmenbedingungen insofern geändert, als daß eine neue Organisation für die Verbände des Westens ins Leben gerufen worden war. Für wenige Wochen schien es möglich, ein personelles Revirement und tiefergehende strukturelle Einschnitte im Bund durch die Kooperation mit dieser nationalsozialistischen Schöpfung zu verhindern.

²⁸²⁴ Die Bezeichnung „Triumvirat“ für das demokratisch nicht legitimierte Machtkartell traf das Wesen des Aktionsausschusses besser, als es Andres vermutlich bewußt gewesen sein dürfte.

²⁸²⁵ Vgl. Brief des PrMI an das AA, RMPpropaganda und RMI (23.05.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

2. Phase: Gleichschaltung durch Anschluß an den „Bund Deutscher Westen“?

An anderer Stelle wurde bereits ausgeführt, daß der „Westausschuß für Rhein, Pfalz und Saar“ infolge der Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete nach 1930 nur noch ein Schattendasein fristete. Sein langjähriger Geschäftsführer Mehrmann erkannte im Frühjahr 1933 die Chance, die sich für eine Wiederbelebung der Dachorganisation durch die entschiedene Revisionspolitik Hitlers boten. Er plädierte in seiner Denkschrift „Rheinische Propaganda im großdeutschen Raum“ entschieden dafür, daß sich alle Verbände des Westens zusammenschließen und sich die materiellen Ressourcen der NSDAP, des Stahlhelm und des VDA zunutze machen sollten. Anderenfalls drohten die Belange des Westens gegenüber der anstehenden Ostproblematik in den Hintergrund zu rücken²⁸²⁶.

Mehrmanns theoretische Überlegungen wurden schneller realisiert, als er es selbst für möglich gehalten hätte: Nur zwei Tage nach Konstituierung des „Bundes Deutscher Osten“ erfolgte völlig überstürzt am Abend des 29. Mai 1933 die Gründung der Parallelvereinigung „Bund Deutscher Westen“²⁸²⁷. Die Initiative hierzu war vom „Führer“ des DSB und Vorsitzenden der Elsaß-Lothringer im Reich, Robert Ernst, sowie dem nationalsozialistischen Berliner Stadtverordnetenvorsteher Eduard Karl Spiewok ausgegangen, die sich fortan die Leitung als Führer bzw. Präsident teilten. Widerstände der potentiellen Mitgliedsverbände nahmen beide zugunsten der schnellen Gründung billigend in Kauf²⁸²⁸. Während Mehrmann am nächsten Tag nach einem klärenden Gespräch mit Ernst mit dem Versprechen, die Geschäftsführung des neuen Dachverbandes wahrnehmen zu dürfen, gewonnen werden konnte und infolgedessen den Westausschuß in den „Bund Deutscher Westen“ überführte²⁸²⁹, stieß der ambitionierte VDA-Westreferent Ernst beim Bund der Saarvereine zunächst auf heftige Gegenwehr. Da die Zielsetzung des neuen Westbundes bislang noch im dunkeln liege, aber aller Voraussicht nicht mit den Intentionen des Saarvereins ein Einklang zu bringen sei, hielten es Vogel und Posselt in einer umgehend einberufenen Besprechung mit Mehrmann aus außenpolitischen Erwägungen für geraten, den Beitritt nicht zu vollziehen.

²⁸²⁶ Vgl. Denkschrift Mehrmanns (vermutlich Mai 1933), in: BA-R 8014/753.

²⁸²⁷ Vgl. Manfred WEISSBECKER: Bund Deutscher Osten (BDO) 1933–1937 (1945), in: FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Köln 1983, S. 308–315; DERS.: Bund Deutscher Westen (BDW) 1933–1937, in: Ebd., S. 316 f.; FREUND, S. 50; ERNST, S. 208. Nach seinen Satzungen (Juli 1933, in: BA-R 8014/753) diente er „*der Zusammenfassung der volksdeutschen und landsmannschaftlichen Körperschaften des Westens zwecks gemeinsamer Arbeit zur Wahrung deutschen Kulturgutes und sichert[e] den angeschlossenen Einsatz aller Kräfte in den volkspolitischen Lebensfragen des deutschen Westens. Die Selbständigkeit der einzelnen ihm angeschlossenen Körperschaften [... bleiben] bestehen.*“ (§ 1). Mitglieder waren in der Volkstumsarbeit tätige volksdeutsche und landsmannschaftliche Körperschaften des deutschen Westens, „*vertreten durch ihre Führer [handschriftlich eingefügt:] arischer Abkunft [...]*“ (§ 3).

²⁸²⁸ Vgl. Brief Mehrmanns an die GSV (30.05.33), in: BA-R 8014/801. Die Konzentration verschiedener Einzelorganisationen in Dachverbänden ist charakteristisch für die nationalsozialistische Vereinspolitik: Vgl. RUPF, S. 20 f.

²⁸²⁹ Vgl. Brief Mehrmanns an die GSV (30.05.33), in: BA-R 8014/801.

*„Bei dieser Überlegung war mit ausschlaggebend die Auffassung im Auswärtigen Amt, daß der Bund der Saarvereine sich nicht mit Aufgaben befassen sollte, wie sie etwa von den Elsaß-Lothringern verfolgt werden. [...] Für den Bund der Saarvereine muß heute mehr denn je der Gesichtspunkt maßgebend sein [,] alles zu vermeiden, was die geradlinige Aufklärungsarbeit zur Durchführung der Volksabstimmung beeinträchtigen könnte.“*²⁸³⁰

Da der gesamten Bundesleitung²⁸³¹ die Reaktivierung des zur Passivität verurteilten Westausschusses sinnvoller schien, suchte sie in von Papen einen Fürsprecher ihrer Unabhängigkeit: Neben allgemeinen Fragen über die künftige Finanzierung des Bundes – Vogel veranschlagte schon zu diesem Zeitpunkt die Summe von 150.000 RM – wurde auf dem Empfang beim Vizekanzler am 9. Juni auch das Problem der *„Erhaltung der selbständigen Organisation und Vermeidung jeglicher Überorganisationen“*²⁸³² – vergeblich: Im Verlauf der lange erbetenen Aussprache mit dem neuen Aktionsausschuß und den Spitzen der staatlichen und parteiinternen Bürokratie erging die Weisung, dem Führungsstab des „Bundes Deutscher Westen“ beizutreten. Dies schien der Preis für den Fortbestand der Saarorganisation zu sein, deren Arbeit von allen maßgebenden Stellen anerkannt wurde. Die Konferenz am 15. Juni 1933 beendete somit den seit zwei Monaten währenden Schwebezustand, wenn auch die Entscheidung über die Aufbringung der von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ermittelten fehlenden 170.000 RM als Reichszuschuß vertagt wurde²⁸³³.

Auf der ersten regulären Sitzung des „Bundes Deutscher Westen“ am 23. Juni 1933 wurden daher Andres und Vogel stellvertretend für den Bund der Saarvereine in den Führungsstab aufgenommen. Nach einer kurzen Überblicksdarstellung über die Geschichte seiner Organisation erörterte Vogel deren Selbstverständnis:

²⁸³⁰ Außerdem sei noch nicht abzusehen, ob die führenden Köpfe des BDW in Saarfragen überhaupt kompetent seien: Vgl. undatiertes Protokoll der Besprechung vom 31.05.33, in: Ebd. Vgl. auch den vorangehenden Brief Ernsts an die GSV (30.05.33), in: Ebd. Ernst war den Mitgliedern der Berliner Ortsgruppe kein Unbekannter: Bereits am 28.04.24 hielt er einen Lichtbildervortrag über „Unser Elsaß, der Nachbar des deutschen Saargebietes“: Vgl. SF 5 (1924) 8, S. 123 f.; BA-R 8014/219.

²⁸³¹ Auch Debusmann fand es *„unmöglich, daß etwa der Bund der Saarvereine diesem Bunde beitrifft. [...] Wenn ein solcher Bund gegründet wird, dann können nur wir, als die größte Organisation die Führung haben. Unter Dr. Ernst aber marschieren wir nicht. [...] Ich betone noch einmal, besonders mit Rücksicht auf den Kampfbund West unter Dr. Isperts Führung, daß ich in keiner Weise unseren Bund der Saarvereine in die zweite Reihe rücken lasse. So lange ich dort mitarbeite, wird das auch nicht geschehen.“*: Brief Debusmanns an die GSV (07.06.33), in: BA-R 8014/100.

²⁸³² Vgl. undatierte Tagesordnungspunkte, in: BA-R 8014/682.

²⁸³³ Neben den „Triumvirn“ Bürckel, Röchling und Kiefer nahmen unter dem Vorsitz Voigts im AA Vertreter des RMPpropaganda, des RMI, Preußens und Bayerns sowie Selzner von der pfälzischen Gauleitung und Ernst vom BDW teil. Vogel und Andres vertraten die Interessen des Bundes: Vgl. Brief der GSV an von Papen (16.06.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095; Brief Sperrs an die StK (16.06.33), in: BayHStA, StK 6100.

*„Eine Gleich- oder Umschaltung brauche für den Bund der Saarvereine schon deshalb nicht in Frage zu kommen, weil dieser von der ersten Stunde ab sich nur in ausgesprochen nationalem Sinne betätigt habe, getreu dem Grundsatz, daß die Lösung der Saarfrage nur im ausgesprochen nationalem Sinne erfolgen könne. [...] Besonderen Wert lege man deshalb darauf, daß der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ ihre bisher in allen Kreisen allgemein anerkannte erfolgreiche, den im Saargebiet bestehenden politischen Verhältnissen Rechnung tragende Aufklärungsarbeit in durchaus selbständiger und nach wie vor individuell eingestellter Weise fortsetzen könnten.“*²⁸³⁴

Offensichtlich glaubte er tatsächlich, daß der Bund mit dem Beitritt seine Schuldigkeit getan hatte. Mit weitergehenden Konzessionen an die „neuen Verhältnisse“ rechnete er nicht. Die Beschwichtigungen des Präsidenten Spiewok mögen das ihre zu dieser Fehleinschätzung beigetragen haben: Jeder der angeschlossenen Verbände könne in dem ihm übertragenen (geographischen) Gebiet autonom agieren, stelle somit dort eine Art Generalstab dar, während der „Bund Deutscher Westen“ wie eine „strategische Heeresleitung in allen Westfragen“ koordine²⁸³⁵. Diese Charakterisierung befriedigte auch Vogel, der auf der ersten öffentlichen Versammlung des „Bundes Deutscher Westen“ am 30. Juni in Berlin noch einmal eindringlich den Bund der Saarvereine von gewöhnlichen Landsmannschaften des Westens abgrenzte²⁸³⁶.

Der Dachorganisation, die im Jahr 1937 in der „Volksdeutschen Mittelstelle“ aufging, gehörten im Sommer korporativ an²⁸³⁷:

- * Vereinigte Landsmannschaften Eupen-Malmedy-Monschau
- * Bund der Saarvereine
- * Bund der Elsaß-Lothringer im Reich
- * Verein der Badener
- * Verein der Hessen
- * Westfalenbund

²⁸³⁴ SF 14 (1933) 13, S. 212 f. Er selbst bekante gegenüber Kellner, daß er sich nichts vorzuwerfen habe, sondern immer seine Pflicht getreu dem Wahlspruch „Mit Gott für König und Vaterland“ erfüllt habe. „Jedenfalls zähle ich zu denjenigen Menschen, die auf ihre bisherige Betätigung stolz sind und die die innerste Überzeugung haben, daß für sie eine Um- oder Gleichschaltung deshalb nicht in Frage kommen kann, weil sie sich immer selber in punkto nationalen Pflichten und Nationalbewußtsein treu geblieben sind.“: Brief der GSV an Kellner (10.07.33), in: LHA Koblenz, 661,11/2.

²⁸³⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung vom 23.06.33 (24.06.33), in: BA-R 8014/753. Mit der Bitte um „strengste Diskretion“ weihte Spiewok die Anwesenden anschließend in die außenpolitischen Zielsetzungen des neuen Regimes ein: „Im Osten wolle sie Expansionspolitik treiben und großzügig siedeln lassen, wozu die Bevölkerung aller deutschen Stämme herangezogen werden solle. Gesamtbedingung hierfür sei aber eine feste Linie im Westen. Das endgültige Ziel sei, im Westen die politische Grenze mit der Sprachgrenze in Übereinstimmung zu bringen.“ Hieraus die Folgerung zu ziehen, daß der BDW ein aktives Mittel der Kriegsvorbereitung gegen Frankreich und Belgien gewesen sei, führt zu weit. Vgl. aber WEISSBECKER: Bund Deutscher Westen, S. 316.

²⁸³⁶ Vgl. Presseartikel (Juli 1933), in: BA-R 8014/753; SF 14 (1933) 14, S. 226–229. Auch nach vollzogener Gleichschaltung stand für Vogel fest: „Eine innere Umstellung des Saarvereins, der von jeher eine klare völkische Haltung zeigte und ein reines nationales Streben verfolgte, hatte der Saarverein nicht nötig, aber als Ausdruck seiner äußeren Einstellung vollzog er seine Eingliederung in diese Bewegung und seinen Beitritt zum Bund Deutscher Westen.“: Vgl. undatiertes Protokoll der Mitgliederversammlung der Berliner Ortsgruppe (05.10.33), in: LA Berlin, Rep. 042/26.420.

²⁸³⁷ Vgl. Brief Mehrmanns an die GSV (14.07.33), in: BA-R 8014/753.

- * Saarländischer Gebirgsverein
- * Reichsverband der Rheinländer
- * Siegerländer Verein zu Berlin
- * Bund der Flamenfreunde

Obwohl sich sein engeres „Kampfgebiet“ auf die Region „zwischen der Sprachgrenze im Westen des Rheins und der Entmilitarisierungsgrenze im Osten des Stromes“ erstreckte, waren die Ortsgruppen wegen der engen Wechselwirkung zwischen dem Schicksal des Westens und der Zukunft im Osten gehalten, auf lokaler Ebene mit den Ortsvereinen des „Bundes Deutscher Osten“ zu kooperieren.

*„Der Zweck des Bundes [Deutscher Westen – F.B.] ist: im Westen unseres Vaterlandes Schutz des deutschen Bodens und Blutes, der deutschen Sprache, Kultur und Wirtschaft. [...] Der Bund betätigt sich im Kampf gegen das dem deutschen Volk an seiner Westgrenze zugefügte Unrecht des Versailler Diktats.“*²⁸³⁸

Zur Koordinierung und Information gab er einen hektographierten monatlichen Pressespiegel, die „Westdeutsche Chronik“ heraus²⁸³⁹. Innerhalb des Dachverbandes zeigte der Bund der Saarvereine kein größeres Engagement, was auch vom neuen Treuhänder von Halfern abgesegnet wurde²⁸⁴⁰.

Neben dem nur widerwillig vollzogenen Beitritt zum „Bund Deutscher Westen“ bemühte sich Vogel Ende Juni 1933, die vereinsinternen Gremien der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ durch die Aufnahme von Nationalsozialisten derart umzustrukturieren, daß auf diese Weise das leidige Thema der Gleichschaltung vom Tisch sein würde²⁸⁴¹. Da der Aufsichts- und Beratungsausschuß in den vergangenen Jahren zwar einflußreiche Persönlichkeiten an den Saarverein gebunden, dabei aber kaum wirkliche Kontrollfunktionen wahrgenommen und in aller Regel den Vorschlägen Vogels seine Zustimmung erteilt hatte, schien dieser Schritt keine gravierenden realen Veränderungen nach sich zu ziehen. Außer einem Oberstleutnant Sichtung, der bereits 1932 dem Ausschuß angehörte, wurden von Xylander, Major von Zengen, ein aus Rosenheim stammender

²⁸³⁸ Vgl. Entwurf der „Richtlinien für die Ortsgruppen der landsmannschaftlichen Verbände“ (August 1933), in: BA-R 8014/753.

²⁸³⁹ Vgl. BA-R 8014/753 f.

²⁸⁴⁰ Vgl. Protokoll der Besprechung vom 15.11.33 (16.11.33), in: BA-R 8014/7. Der modifizierte Bund der Saar- und Pfalzvereine setzte die Kooperation mit dem BDW nach 1935 nicht fort; zumindest traten seine Vertreter auf Veranstaltungen und Besprechungen nicht mehr in Erscheinung: Vgl. Archiv des LVR, 11.215.

²⁸⁴¹ In seinem Brief an Kellner (10.07.33, in: LHA Koblenz, 661,11/2) bemerkte er: „Da wir nun in Berlin selbst durch den veranlaßten Beitritt zu dem Bund Deutscher Westen, [...] an dessen Spitze ausgerechnet die beiden NSDAP-Leute [...] als Führer stehen, gewissermaßen, um den modernen Ausdruck zu gebrauchen, gleichgeschaltet sind, so sollte man uns mit all diesen Dingen doch allmählich schon deshalb in Ruhe lassen, weil die Arbeit, die wir zu leisten haben, wie unsere fast vierzehnjährige Tätigkeit mit den zahlreichen Erfolgen beweist, eine ausgesprochen sachliche und vaterländische ist [...].“ Man müsse sich offen und ehrlich fragen, „ob denn damit nicht allem genügt ist und welchen Zweck dann alle möglichen Herumdoktereien und Herumriechereien haben.“ Möglicherweise aus wirklicher Bewunderung, möglicherweise aber auch aus Selbstschutz nahm Vogel den „ganz gewiß nur das Beste wollenden Volkskanzler Adolf Hitler“ von seiner Kritik an den Begleiterscheinungen der Gleichschaltung aus.

Innleiten sowie Dr. Ispert in das Gremium gebeten. Ferner trat Vogel auch an den Koblenzer Gauleiter Simon heran, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß auch dessen Neustädter Kollege Bürckel zur Mitarbeit gewonnen werden sollte²⁸⁴². Nur wenige Tage später mußte Vogel allerdings erkennen, daß seine Strategie der halbfreiwilligen Kooperationsbereitschaft Schiffbruch erlitt: Die Gleichschaltung des Bundes der Saarvereine konnte durch seine offensichtlich widerwillig eingeräumten Konzessionen nicht verhindert werden. Sie wäre in dieser Art jedoch nie ohne die persönlichen ehrgeizigen Ambitionen dreier Männer umgesetzt worden.

Dritte Phase: „Revolution von unten“ und Austausch der Köpfe

Mitte des darauffolgenden Monats überschlugen sich die Ereignisse; binnen weniger Tage wurden die entscheidenden Weichen für die Gleichschaltung des Bundes gestellt.

Am 11. Juli 1933 verfaßte der Vorsitzende der Koblenzer Ortsgruppe, der aus Neunkirchen stammende Verwaltungsobersekretär Heinz Kellner, gemeinsam mit dem Bürgermeister des benachbarten Ehrenbreitstein ein Schreiben an Reichsinnenminister Frick. Sie plädierten darin nicht nur für die Anwendung des Führerprinzips auf den Bund der Saarvereine, sondern brachten zugleich den Gauleiter von Koblenz-Trier-Birkenfeld, Gustav Simon, als Nachfolger von Otto Andres in Vorschlag. Dieser sei als gebürtiger Saarländer mit den Problemen und Nöten der Saarbevölkerung vertraut, kenne ebenso die Methoden der Rückgliederungsgegner und besitze auch innerhalb der Partei den notwendigen Rückhalt. Abgesehen von seinen organisatorischen und rhetorischen Fähigkeiten verfüge er als Gauleiter, Staatsrat und Präsident des rheinischen Provinziallandtages über die notwendige Autorität, die zur Lösung der anstehenden Schwierigkeiten erforderlich sei. Immerhin bewies Kellner noch gewisse Loyalität gegenüber Vogel, da er empfahl, diesen auf seinem Posten in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu belassen²⁸⁴³.

Der 1888 geborene Kellner²⁸⁴⁴ war aufgrund seines Engagements als Vorstandsmitglied der Bezirksgruppe Saar des Deutschen Beamtenbundes, für den er im Laufe des Jahres 1921 mehrfach mit verschiedenen Ministerien in Berlin verhandelt hatte, von der Regierungskommis-

²⁸⁴² Vgl. Briefe der GSV an Dr. Ispert (28.06.33, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13) und Simon (28.06.33), in: BA-R 8014/753. Vogel versuchte, die bekannte Rivalität zwischen den beiden Gauleitern für seine Zwecke zu nutzen: Das Schreiben an Bürckel ging nämlich erst am gleichen Tag wie der Brief an Simon ab. Es endet mit der Aufforderung, dem Ausschuß beizutreten: „Sodann gestatten wir uns Ihnen mitzuteilen, daß uns seitens unserer Koblenzer Ortsgruppe empfohlen worden ist, den Gauleiter von Koblenz der NSDAP., Herrn Simon, zu bitten, diesem Ausschuß beizutreten, einer Aufforderung, der wir gern nachkommen, wenn wir auch Ihre sehr geschätzte Ansicht darüber kennengelernt haben. Wir würden uns jedenfalls aufrichtig freuen, wenn Sie, wie auch Herr Simon, durch eine gefl. Zusage unserer Bitte entsprechen würden.“: Brief der GSV an „Bürkel“ (28.06.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13.

²⁸⁴³ Vgl. Brief Kellners und Wagners an Frick (11.07.33), in: BA-R 8014/441. Siehe auch Dok. 21 im Anhang.

²⁸⁴⁴ Als Trainer des Fußballvereins Borussia Neunkirchen, der als siebtgrößter Verein im Deutschen Fußballbund in der Spielzeit 1920/21 süddeutscher Meister wurde, erlangte Kellner einen relativ hohen Bekanntheitsgrad in seiner Heimatstadt: Vgl. Tätigkeitsbericht Kellners (30.04.37), in: LHA Koblenz, 661,11/24; „Saar- und Blies-Zeitung“ (25.08.33).

sion zum Jahresanfang 1922 wieder der Deutschen Regierung zur Verfügung gestellt worden. Er selbst pochte noch Jahre später darauf, infolge einer Auseinandersetzung mit dem umstrittenen Mitglied der Regierungskommission Hector förmlich ausgewiesen worden zu sein²⁸⁴⁵. Für kurze Zeit fand er Anstellung in Neuwied, wo er an der Gründung der bereits 1922 wieder von der Rheinlandkommission verbotenen Ortsgruppe mitwirkte, wurde aber schon 1924 nach Koblenz versetzt. Nach der „Machtergreifung“ lief Kellner mit wehenden Fahnen zum Nationalsozialismus über; gegenüber Vogel bekannte er schon im Frühjahr:

„[...] *Die nationale Revolution ist wirklich eine Geisteswende. Es ist dies das Verdienst unseres Volkskanzlers und Führers Adolf Hitler. Auch in unserem Bunde muß manches anders werden, es müssen Dir Männer der Tat zur Seite gestellt werden, die Bonzen und Drohnen müssen auch aus unseren Reihen verschwinden, Namen brauchen wir keine im Freiheitskampf, sondern Männer mit Herzen für die Heimat. Der weitere Kampf kann nur aufgebaut werden, auf den nationalen Verbänden und Mithilfe derer Führer. Alle Angehörigen jüdischer Rasse und Personen die sich in der marxistischen Bewegung herausgestellt haben, müssen ausgemerzt werden. Mein persönlicher Kampf richtet sich, wie schon bisher, künftighin noch vermehrt auch gegen den Jesuiten Kossmann, der es gewagt hat, als sogenannter deutscher Vertreter in dem französischen Vereinsvorstandes genannt Reg. Kom. seine Stimme für das Verbot der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung im Saargebiet herzugeben. [...]*“²⁸⁴⁶

Nach dieser eindeutigen Positionierung überraschte es Vogel kaum mehr, daß Kellner relativ schnell auf der Karriereleiter nach oben kletterte: Anfang Juli 1933 wurde er zum Beauftragten des Grenzamts West und des Reichskommissars ernannt²⁸⁴⁷. Seine Loyalität gegenüber seinem Gauleiter mag aufrichtiger Natur gewesen sein; jedenfalls konnte der kriegsbeschädigte niedere Beamte Kellner darauf bauen, im Gefolge Simons parteiintern und gesellschaftlich die größten Aufstiegschancen zu erlangen. Immer wieder hatte er in den zurückliegenden Jahren die Erfahrung machen müssen, daß Vogels autokratischer Führungsstil in der Berliner Geschäftsstelle keine Konkurrenz auf lokaler Ebene duldet; im Sommer 1932 kündigte er daher an, sich wegen des gegenüber ihm geäußerten Mißtrauens aus der Saarvereinsarbeit zurückziehen zu wollen²⁸⁴⁸. Daß Kellner sich für einen Wechsel innerhalb der Vereinsführung starkmachen würde, hatte er bereits in seinem Schreiben an Vogel angekündigt. Die Intervention beim Reichsinnenminister war indes nur der Höhepunkt einer seit Wochen währenden Unterminderungsarbeit mit dem Ziel, den Koblenzer Gauleiter an die Spitze des Bundes der Saarvereine zu setzen²⁸⁴⁹. Einen wertvol-

²⁸⁴⁵ Vgl. Tätigkeitsbericht Kellners (30.04.37), in: LHA Koblenz, 661,11/24; Brief der Regierungskommission an Kellner (24.11.21), in: BA-R 8014/160.

²⁸⁴⁶ Vgl. Brief Kellners an die GSV (16.04.33), in: LHA Koblenz, 661,11/2. Hervorhebung und Rechtschreibfehler im Original. Vgl. auch Brief Kellners an Willi Cartellieri (26.04.33, in: Ebd.), in welchem sich Kellner offen bekennt, „aus innerster Überzeugung [...] seine] ganze Person in den Dienst unseres Führers Adolf Hitler“ stellen zu wollen.

²⁸⁴⁷ Vgl. Brief der GSV an Kellner (10.07.33), in: LHA Koblenz, 661,11/2.

²⁸⁴⁸ Vgl. Brief Kellners an die GSV (03.08.32), in: BA-R 8014/89.

²⁸⁴⁹ Allem Anschein nach hatte Kellner schon Ende April 1933 nach einer Vorbesprechung in Rüdesheim versucht, Vogel auf die Seite Simons zu ziehen, der ihn im Gegenzug zum Regierungsrat ernennen wollte. Dieses Ansinnen habe Vogel mit Empörung abgelehnt: Vgl. Brief Frieda Vogels an Mangold (26.07.33), in:

len Verbündeten fanden er und Simon in Dr. Heinrich Schneider, dem neu ernannten Saarreferenten im preußischen Innenministerium und Leiter der Saarabteilung der NSDAP-Reichsleitung²⁸⁵⁰.

Am gleichen Tag, an welchem Kellner und Wagner den Konflikt an die oberste Reichsspitze trugen, führte Schneider in Berlin ein Gespräch mit Alois Spaniol, dem saarländischen Landesleiter der NSDAP, um das künftige Verhältnis zwischen Partei und Bund der Saarvereine zu klären. Beide kamen überein, mit Simon einen Nationalsozialisten als neuen Vorsitzenden zu berufen, was Schneider umgehend Vogel in einem persönlichen Gespräch mitteilte. Auf Vogels Reaktion, die Geschäftsführung mit sofortiger Wirkung niederzulegen²⁸⁵¹, falls der langjährige Bundesvorsitzende Andres tatsächlich abgesetzt werden sollte, entgegnete Schneider,

„daß ja gar nicht daran gedacht sei, irgendwie in die selbständige Tätigkeit des Saarvereins hineinzureden, sondern daß man nur die Absicht habe, durch eine offizielle Mitwirkung der NSDAP. der ganzen Saarsache propagandistisch einen größeren Nachdruck und größere Bedeutung zu geben. Gleichzeitig bestehe die Absicht, alle im ganzen Reiche vorgesehenen Saarkundgebungen unter einen Hut zu bringen. Gauleiter Simon [...] sei ein in jeder Beziehung sehr netter Mensch, mit dem man durchaus auskommen könne; er sei ein vortrefflicher Redner und Organisator und lege sicher lediglich Wert darauf, in irgendeiner Beziehung zum Saarverein in führende Stellung zu kommen; persönlicher Ehrgeiz läge ihm fern.“

Schließlich gelang es dem neuen Saarreferenten, Vogel mit der Zusage zu beschwichtigen, dessen Kompromißvorschlag Simon unterbreiten zu wollen: Ähnlich wie der „Bund Deutscher Westen“ sollte auch der Bund der Saarvereine künftig eine Doppelspitze dergestalt erhalten, daß neben dem Vorsitzenden Otto Andres Gustav Simon als Präsident amtiere²⁸⁵². Befriedigt mit seinem scheinbaren Erfolg teilte Vogel noch am gleichen Tag Andres das Ergebnis seiner Verhandlungen mit und da er sich keine Illusionen machte, wer hinter der vereinsinternen Revolte steckte, informierte er ebenfalls Kellner und den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ernst Debusmann: Gewissermaßen als Warnung an die beiden Querulanten in der Provinz setzte

BA-R 8014/157; Brief der GSV an Mehrmann (27.07.33), in: BA-R 8014/753; Brief Vogels an Kellner (15.11.33), in: BA-R 8014/441.

²⁸⁵⁰ Der Saarbrücker Gerichtsassessor (1907–1974) war bereits im Mai 1933 an verschiedene Reichsbehörden mit dem Plan einer zentral gelenkten Saarpropaganda unter nationalsozialistischer Führung herangetreten, mit deren Hilfe der Agitation der Marxisten ebenso wie der der französischen Annexionisten und der im Saargebiet eingewanderten polnisch-galizischen Juden begegnet werden sollte. *„Da die Berichte nicht im Saargebiet wohnender Personen unzutreffend“* seien, sollte eine Pressestelle in Saarbrücken errichtet werden. Hitler lehnte seine Initiative *„aus psychologischen Gründen“* ab: Vgl. Denkschrift Schneiders (10.05.33) und Vermerk der Reichskanzlei (16.05.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.457; JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 91 f. Ungeachtet dessen verfaßte er Anfang Juli eine weitere Eingabe: Vgl. Brief Schneiders an StS Grauert (05.07.33), in: GehStA Dahlem, Rep. 77/36. Im zweiten Abstimmungskampf zählte er zu den Hauptprotagonisten des Heimatbundes, der gegen das Saarstatut und damit gegen eine autonome Saar kämpfte.

²⁸⁵¹ Vogel liebäugelte schon vor Bekanntwerden der vereinsinternen Revolte damit, den Bettel hinzuwerfen, doch scheint diese Drohung nur wenig glaubhaft: Vgl. Brief der GSV an Kellner (10.07.33), in: LHA Koblenz, 661,11/2.

²⁸⁵² Vgl. Brief der GSV an Andres (11.07.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13. Siehe auch Dok. 22 im Anhang.

er sie darüber in Kenntnis, daß sich fortan weitere Maßnahmen von dritter Seite erübrigten. „Die Selbständigkeit des Bundes der Saarvereine ist gewährleistet.“²⁸⁵³

Derartige Hoffnungen zerschlugen sich jedoch schon bald, da Simon keineswegs gewillt war, sich auf einen Ehrenposten zu beschränken. Er reklamierte die Gesamtleitung des Bundes, dessen Geschäftsstelle aus organisatorischen Gründen zum 1. Oktober nach Koblenz verlegt werden sollte²⁸⁵⁴. Erstmals zeigte sich dieser Führungsanspruch am 15. Juli 1933 im Verlauf der Vorbereitungssitzung zur Niederwaldkundgebung. Nach einer vorangegangenen Aussprache zwischen Simon und Andres erklärte dieser, daß Simon den Vorsitz des Bundes übernommen habe. Als der Koblenzer Gauleiter schließlich verspätet erschien, übertrug er ihm bereits die Leitung der Sitzung²⁸⁵⁵. Drei Tage später erklärte Andres offiziell seinen Rücktritt²⁸⁵⁶.

Gegenüber Personen seines Vertrauens hielt Vogel mit seiner Enttäuschung nicht hinter dem Berg. Hatte er die gesamte „Gleichschalterei“²⁸⁵⁷ schon bei Kellner kritisiert, so räumte er gegenüber Posselt ein, daß seine Strategie der anbietenden Konformität gescheitert war. Resigniert stellte er fest, daß der Bund als Veranstalter der Saarkundgebung kaltgestellt sei.

²⁸⁵³ Vgl. Briefe der GSV an Kellner und Debusmann (11.07.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13. Unabhängig von Kellner hatte Debusmann offensichtlich versucht, Ispert in eine führende Position innerhalb des Bundes zu lancieren: Vgl. Brief der GSV an Kellner (10.07.33), in: LHA Koblenz, 661,11/2.

²⁸⁵⁴ Vgl. Aktennotiz (13.07.33), in: BA-R 8014/682. Unter diesen Umständen kündigte Vogel an, aus dem Bund ausscheiden zu wollen und fortan ein „ausgesprochen journalistisches Informationsbüro“ in Berlin weiterzuführen. Dem Personal der GSV sollte noch am gleichen Tag gekündigt werden. Zu dieser Zeit litt Vogel an einer Augenerkrankung, in deren Verlauf ihm im Juli das linke Auge operativ entfernt und durch eine Glasprothese ersetzt werden mußte: Vgl. Brief Frieda Vogels an Mangold (26.07.33), in: BA-R 8014/157.

²⁸⁵⁵ Simon hatte in Rüdesheim ein leichtes Spiel: Neben Vertretern des Saarbrücker Arbeitsausschusses waren ausschließlich linientreue Parteimitglieder anwesend: Vgl. Sitzungsprotokoll vom 15.07.33 (18.07.33), in: BA-R 8014/100; Brief des Rüdesheimer Bürgermeisters an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden (21.07.33), in: StA Rüdesheim III/50.

²⁸⁵⁶ Vgl. Briefe Andres' an Simon und Vogel (18.07.33, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19) sowie an das AA (18.07.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095. Andres beurteilte die Lage realistisch. Widerstand gegen die Pläne Simons wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Fortan begrüßte er opportunistisch das verstärkte Engagement der Nationalsozialisten: Vgl. Brief Andres' an Rühlmann (22.07.33), in: BA-N 2252/1. Andres war tatsächlich am Schicksal Vogels interessiert: Dies beweisen nicht nur seine zahlreichen Schreiben an verschiedene Persönlichkeiten im Juli 1933, sondern er ließ es sich auch nicht nehmen, im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten Vogels Verdienste um die Saarvereinsarbeit auf der Arbeitstagung in Bingen hervorzuheben: Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 326 f.

²⁸⁵⁷ Brief der GSV an Andres (11.07.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13.

*„Mit dem Dank des Vaterlandes hat das meiner inneren Überzeugung nach nichts zu tun, da mein Vaterland immer noch das ist, was ich früher darunter verstanden habe, und an dem ich auch, komme, was da kommen mag, festhalten werde.“*²⁸⁵⁸

Noch immer spielte er mit dem Gedanken, die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ als eigenständiges Unternehmen unter dem Namen „Saargebietsschutz der Geschäftsstelle „Saar-Verein““ weiterzuführen und auch den „Saar-Freund“ als Publikationsorgan beizubehalten. Doch so wenig Vogel bereit war, das Feld der Saarpropaganda den neuen Emporkömmlingen kampflos zu überlassen²⁸⁵⁹, so wenig zutreffend wäre es, sein Verhalten mit den Kategorien „Resistenz“ oder „Widerstand“ zu erklären. Hier scheint der von MALLMANN und PAUL geprägte Begriff der „loyalen Widerwilligkeit“ weitaus passender, da sich die Distanz Vogels nur punktuell und bezogen auf seinen bisherigen autonomen Wirkungsbereich artikulierte²⁸⁶⁰. Ebenso wenig wie der nationalliberale Monarchist Vogel Ambitionen zeigte, die Weimarer Demokratie und deren Parlamentarismus zu verteidigen, ebensowenig wie in der Stresemannstraße tatsächlich ein Gesinnungswandel stattfand und Vogel zum überzeugten Nationalsozialisten mutierte, so wenig läßt sich bei ihm eine generelle fehlende Loyalität zum neuen Regime feststellen²⁸⁶¹. Vogel war intelligent genug, sich dem Zeitgeist anzupassen, wenngleich seine Huldigungen an die neuen Machthaber nicht immer glaubhaft wirkten und eher Lippenbekenntnisse und Pflichtübungen waren als sie innerer Überzeugung entsprangen²⁸⁶². Wie viele seiner Zeitgenossen gab er sich der Illusion hin, die Begleiterscheinungen des nationalsozialistischen Terrorregimes von der Person *„unseres Volkskanzlers Adolf Hitler, der gewiß den ehrlichsten und besten Willen“* zur

²⁸⁵⁸ Vgl. Brief der GSV an Posselt (18.07.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6. Daß Andres „abgebaut“ werden solle, sei ebenso wie sein eigenes Schicksal *„unsagbarer Undank“*: Vgl. Brief der GSV an Neikes (18.07.33), in: StA Saarbrücken, Großstadt 2944. Im Grunde baute Vogel auf den Widerstand seiner Anhänger und saarländischen Gefolgsleute: *„Ich bin persönlich nur neugierig, ob meine Getreuen im Bunde sich das bieten lassen und ob sich nun auch nur eine Hand gegen dieses Unrecht erhebt, ohne sich gegen unsere nationalsozialistische Regierung zu versündigen, der wir alle mit Herz und Hand treu ergeben sind.“*: Brief der GSV an die Ortsgruppe Halle (19.07.33), in: BA-R 8014/384. Vgl. auch Brief der GSV an die Ortsgruppe Stettin (27.07.33), in: BA-R 8014/100.

²⁸⁵⁹ Der neue Briefbogen der GSV trug den Kopf *„Saargebietsschutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Gegründet 1919 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel - Berlin. Politische Aufklärung zur Deutscherhaltung des Saargebiets.“*: Vgl. Brief der GSV an das AA (19.08.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.457; Brief der GSV an Posselt (27.12.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6. Sein Unmut über die personellen Veränderungen schimmerte auch noch nach der Rückgliederung durch: Vgl. VOGEL: Senatspräsident Otto Andres, S. 25; Brief der GSV an Sutter (28.02.35), in: BA-R 8014/335.

²⁸⁶⁰ Vgl. Klaus-Michael MALLMANN/ Gerhard PAUL: Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: ZfG 41 (1993) 2, S. 99–116. Die Feststellung SCHÖNDORFS (Die Aktivität der Saar-Vereine im Reich, S. 50), der Bund sei *„mit fliegenden Fahnen in das Fahrwasser der nationalsozialistischen Bewegung“* gewechselt, geht sicherlich in die falsche Richtung. Vogel wies vielmehr die idealtypische *„breite Palette sich widersprechender, aber auch ergänzender Verhaltensweisen, eine Gemengelage aus Mitmachen, Adaption, Umbiegen, Sich-nutzbar-Machen, Eigensinn und Widerstehen“* auf: Gerhard PAUL: Widerstand an der Saar - Bilanz eines Forschungsprojektes. Braune Jahre - wie die Bevölkerung an der Saar die NS-Zeit erlebte, St. Ingbert 1993, S. 9.

²⁸⁶¹ Mit gewissen Abstrichen gilt dies für die gesamte ehemalige Vereinsführung.

²⁸⁶² Vgl. die Flugschrift *„Deutsch die Saar immerdar. Die deutsche Saar nicht vergessen“* (Dezember 1933), in welcher die altvertraute Parole *„Deutsch die Saar immerdar“* von zwei Hakenkreuzen umsäumt ist, sich aber inhaltlich nur wenig von früheren Publikationen abhebt, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097.

Rückkehr der Saar habe, trennen zu können²⁸⁶³. Vogel bewegte sich in einem Spannungsfeld zwischen anbietender Anpassung und passiver Resistenz: Kritische Töne außer gegenüber seinen engsten Vertrauten sucht man bei ihm vergebens, wohingegen er den neuen Machthabern Tribut zollte und ihnen nach dem Mund redete²⁸⁶⁴. Auf der einen Seite wahrte Vogel innere Distanz zum Regime²⁸⁶⁵, zeigte sich tief darüber enttäuscht, daß seine eigenen Verdienste zu wenig Beachtung fanden²⁸⁶⁶ und gestand ein, wie schwer es ihm falle, „mit den jugendlichen Stürmern zusammen zu arbeiten.“²⁸⁶⁷ Andererseits stellte er aber das Bundesorgan dem Nationalsozialismus bereitwillig als Werbepattform zur Verfügung bzw. trug zu dessen Festigung bei²⁸⁶⁸. Verboten sich andere Positionen als die ostentative Zustimmung zum Rücktritt Deutschlands von der Abrüstungskonferenz und Austritt aus dem Völkerbund von selbst²⁸⁶⁹, so nahm die Anbietung schon früh byzantinische Züge an: In seinem Osterartikel 1933 konstruierte der „Saar-Freund“ Analogien zwischen der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ und Elementen der christlichen Heilsgeschichte²⁸⁷⁰. Am Ende dieser Entwicklung präsentierte Vogel die Saarorganisation als willfähiges Instrument auf dem Silbertablett²⁸⁷¹. In rückblickenden Stilisierungen erschien der Bund und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ als Teil der „Bewegung“; erst

²⁸⁶³ Vgl. Brief der GSV an Posselt (05.10.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6.

²⁸⁶⁴ Beispielsweise betet er die Phrase des „Blutträgers des alten Adels“ nach, welche der saarländische NSDAP-Landesleiter Spaniol in seinem Dankesbrief über einen Artikel im SF gebrauchte: Vgl. Brief Spaniols an die GSV (23.10.33) und Antwortschreiben (15.11.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13; SF 14 (1933) 20, S. 390.

²⁸⁶⁵ Noch Ende August 1933 unterzeichnete er Briefe an das AA wie die Jahre zuvor „mit treudeutschem Saargruß“; auch in späteren Jahren präferierte er im privaten Schriftverkehr „Mit deutschem Gruß!“ und griff nur bei offiziellen Schreiben zum Hitlergruß: Vgl. Brief der GSV an das AA (28.08.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.638; Brief Vogels an Hauptschriftleiter Wilhelm Fischdick (16.01.39), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 38.

²⁸⁶⁶ In relativ kurzer Zeit hatte Vogel mehrere Schicksalsschläge hinzunehmen, die für ihn selbst nahezu die gleiche Wertigkeit besaßen: Der Verlust seines einzigen Sohnes, die Amputation seines linken Auges und schließlich das schleichende Einbüßen seines Einflusses im BdS: Vgl. beispielsweise den Brief Vogels an die Tochter eines verstorbenen Freundes (04.07.34), in: BA-R 8014/736.

²⁸⁶⁷ Vgl. Brief der GSV an Emil Strecker (12.04.34), in: BA-R 8014/1031. Vogels Offenheit in dem Schreiben überrascht: Während vor einem Jahr sichere 99% für die Rückgliederung nach Deutschland zu erwarten gewesen seien, könne man derzeit nur von 99% gegen die Vereinigung mit Frankreich ausgehen. Das Vorgehen der Nationalsozialisten habe die Option des Status quo überhaupt erst ins Spiel gebracht. Gegenüber einem Bittsteller bekannte Vogel, so gut wie keine persönlichen Beziehungen zur NSDAP zu unterhalten: Vgl. Brief der GSV an Herrmann Meyer (23.05.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 8.

²⁸⁶⁸ Vgl. beispielsweise SF 14 (1933) 8, S. 118 f.; SF 14 (1933) 16/17, S. 254 ff.; SF 14 (1933) 21, S. 397 f.; SF 14 (1933) 22, S. 413 f.; „Deutsche Tageszeitung Nr. 361 (31.12.33).

²⁸⁶⁹ Vgl. Jahresbericht 1933, S. 3–6.

²⁸⁷⁰ „Deutschland ist auferstanden und baut sich nun das Reich, in dem alle, die deutschen Blutes, deutschen Glaubens und deutschen Willens sind, leben können. Niemand soll ausgeschlossen sein. [...] Deutschlands Auferstehung bedeutet deshalb für das Saargebiet neue Hoffnung und neuen Glauben.“: SF 14 (1933) 8, S. 118.

²⁸⁷¹ Die GSV sei als eine private Stelle ins Leben gerufen worden, „die ihren privaten Charakter auch heute unbedingt beibehalten muß, insbesondere, weil der amtlichen Wahlbeeinflussung wegen die Reichsregierung eine solche private Stelle zur jederzeitigen Bedienung haben muß.“: Vgl. Brief der GSV an Posselt (27.12.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6.

durch das Führerprinzip und die damit verbundene Neuorganisation des Bundes sei in den Ortsgruppen schlagartig neues Leben erwacht. Es verstand sich von selbst, daß in der Außendarstellung kein Platz für kritische Anmerkungen über die Gleichschaltung war²⁸⁷². Dies galt in gleichem Maße auch für die Person des neuen Bundesvorsitzenden Gustav Simon,

*„welcher den ehrlichen Willen und die Entschlußkraft mitbrachte, in dem Endkampfe um die Saar seine ganze Persönlichkeit und mit ihr seinen Einfluß auf weiteste Kreise des deutschen Volkes einzusetzen“*²⁸⁷³.

Exkurs 2: Gustav Simon (1900–1945)

Gustav Simon wurde am 2. August 1900 als Sohn eines Reichsbahnbeamten in Saarbrücken geboren²⁸⁷⁴. Zu Jahresanfang 1920 absolvierte der Katholik die Abschlußprüfung des Lehrerseminars in Merzig, sah sich aber gezwungen, die folgenden Jahre als Eisenbahnaushelfer und Zolldeklarant zu überbrücken, bis er im Herbst 1923 in Frankfurt am Main ein volkswirtschaftliches, ab 1925 auch rechtswissenschaftliches Studium aufnehmen konnte. Als Diplomhandelslehrer verließ Simon im Jahr 1927 die Universität, wo er nach seinem Eintritt in die NSDAP (1925) die dortige Hochschulegruppe des NSDStB initiiert hatte. Bei den AStA-Wahlen 1927 wurde er zum reichsweit ersten nationalsozialistischen Vorsitzenden einer Studentenschaft gewählt. Seinen Beruf als Handelslehrer übte er nur kurze Zeit aus; bereits 1928 quittierte er den Schuldienst und widmete sich fortan hauptamtlich der NSDAP.



Abb. 45: Gustav Simon
(1900–1945)

Simons Parteikarriere ging steil nach oben: Nach einem kurzen Zwischenspiel als Bezirksleiter für Trier-Birkenfeld²⁸⁷⁵ wurde er von Robert Ley zum Leiter des Bezirks Koblenz-Trier ernannt, wo er fortan für den kontinuierlichen

²⁸⁷² Die „Eingliederung in die nationale Front der NSDAP war daher nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern wir haben sie auch mit innerer Genugtuung vollzogen.“ Vgl. Jahresbericht 1933, S. 9 und S. 22. Vgl. ebenso Vogels 1934 überarbeiteter Standardvortrag, in: LA Saarbrücken, NL Vogel 31. In SF 14 (1933) 9, S. 133 bringt der unbekannte Autor seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß die „Bewegung“ mit dem Parteienstaat und der Parteienherrschaft aufgeräumt habe.

²⁸⁷³ SF 15 (1934) 16/17, S. 316. Simon habe mit dem BdS „die Stoßtrups in diesem Kampfaufgestellt, jetzt muß das Gros der Kämpfer gesammelt und gedrillt werden. Denn es ist ein schwerer Kampf der ausgefochten werden muß. Aber der Sieg ist uns sicher.“ SF 15 (1934) 6, S. 90.

²⁸⁷⁴ Vgl. im folgenden: Das deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin 1934, S. 459; Karl HÖFFKES: Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches - Ein biographisches Nachschlagewerk, Tübingen 1997, S. 317 ff.; Emile KRIER: Gustav Simon, in: Rheinische Lebensbilder 16 (1997), S. 255–285; Aloyse RATHS: Wer war Gustav Simon?, in: Rappel. Revue mensuelle de la L.P.P.D. 30 (1975), S. 79–87; Baldur VON SCHIRACH: Die Pioniere des Dritten Reiches, Essen 1933, S. 205–208. Noch immer wertvoll: Franz-Josef HEYEN: Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier, Boppard 1967. Aus Simons 1942 geschiedener Ehe stammte ein 1931 geborener Sohn.

²⁸⁷⁵ Hier hatte er im Herbst 1926 in Hermeskeil eine Ortsgruppe der Partei ins Leben gerufen und sich erstmals außerhalb der Universität propagandistisch betätigt.

Aufbau der Parteiorganisation durch Gründung neuer Ortsgruppen und Festigung der bestehenden Vereinigungen verantwortlich war. Gestützt auf seine Erfolge bei Kommunal- und Reichstagswahlen²⁸⁷⁶ erreichte Simon im Frühjahr 1931 gegen den Willen seines Kollegen Ley die Teilung des Gaues Rheinland und seine eigene Ernennung zum ersten Gauleiter des südlichen Gaues Koblenz-Trier²⁸⁷⁷.

Seine fehlende Fronterfahrung machte er wie viele seiner Altersgenossen durch seine berechnende Sachlichkeit, Härte im Umgang mit politischen Gegnern und Entschlossenheit gegenüber parteiinternen Konkurrenten wett. Der Idee des Nationalsozialismus hatte er sich vollständig verschrieben, bot sie dem „körperlich kleinste[n] Gauleiter“²⁸⁷⁸ doch die Möglichkeit, seine Minderwertigkeitsgefühle zu kompensieren. Simons maßloser Ehrgeiz und seine Geltungssucht, sein arrogant-cholerisches Auftreten und sein Nepotismus stießen selbst bei Parteifreunden auf Ablehnung²⁸⁷⁹.

Im Laufe des Jahres 1933 erweiterte sich Simons Reputation durch seine Wahl zum Präsidenten des Rheinischen Provinziallandtages sowie seine Erhebung zum Preußischen Staatsrat²⁸⁸⁰. Verglichen mit anderen Gauleitern besaß der ambitionierte Emporkömmling jedoch relativ wenig Einfluß: Weder wurde er zum Reichsstatthalter ernannt noch verfügte er über die Kompetenzen eines Oberpräsidenten²⁸⁸¹. Als Saarländer mußte es ihn besonders schmerzen, daß Hitler an seiner Stelle dem pfälzischen Gauleiter Bürckel im Februar 1933 das Amt eines Saarkommis-

²⁸⁷⁶ Im November 1929 errang die NSDAP mit 38,5% der gültigen Stimmen mehr Mandate im Koblenzer Stadtrat als die SPD und KPD zusammen; es war das prozentual beste Ergebnis für die Partei in ganz Preußen. Im Folgejahr zog Simon neben vier Zentrumsabgeordneten in den Reichstag ein: Vgl. Martin DÖRING: „Parlamentarischer Arm der Bewegung“. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik, Düsseldorf 2001; In den Wahlen 1932 wurde die NSDAP im katholisch dominierten Wahlkreis gar stärkste Partei und Simon errang ein Mandat im Preußischen Landtag: Vgl. Anton GOLECKI: Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Geschichte der Stadt Koblenz. Bd. 2: Von der französischen Stadt bis zur Gegenwart, hrsg. von der Energieversorgung Mittelrhein GmbH., Stuttgart 1993, S. 119–169, hier: S. 167 f.

²⁸⁷⁷ „Jetzt entfaltet Gustav Simon sein ganzes großes Können, seinen ganzen zähen Willen, seinen eisernen rastlosen Fleiß um die Westmark.“: VON SCHIRACH, S. 208. Koblenz-Trier war mit 12.000 km² der weitaus größte Gau in der Rheinprovinz, zugleich aber auch der am dünnsten besiedelte: Vgl. Albrecht TYRELL: Führergedanke und Gauleiterwechsel. Die Teilung des Gaues Rheinland der NSDAP 1931, in: VjhZG 23 (1975) 4, S. 341–374, hier: S. 365–371; KRIER, S. 258 f.

²⁸⁷⁸ Heinrich EMMENDÖRFER: Das Buch Trotzdem. Bilanz aus „tausend“ Jahren, Regensburg 1971, S. 102.

²⁸⁷⁹ Vgl. Brief eines Trierer Parteimitglieds an die Reichsleitung der NSDAP (28.03.33), in: HEYEN, S. 311 f. (Dok. 183). KRIER (S. 255) charakterisiert Simon als „kämpferisch, rücksichtslos, radikal, brutal und gewalttätig“.

²⁸⁸⁰ Anders als sein historischer Vorläufer aus dem 19. Jahrhundert erfüllte der Anfang Juli 1933 eingerichtete neue preußische Staatsrat die Funktion eines dem italienischen Faschistischen Großrat ähnelndem Führergremiums, in welches neben dem Ministerpräsidenten, den Staatsministern und -sekretären auch weitere „um Staat und Volk verdiente Männer“ berufen wurden. Er besaß lediglich beratende Funktion bei Gesetzesvorhaben, ohne daß seine Entschlüsse bindende Kraft besessen hätten: Vgl. Franz NÜSSLEIN: Der preußische Staatsrat, Göttingen 1934.

²⁸⁸¹ Auch Peter HÜTTENBERGER (Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 88) zählte ihn zu den unbedeutenderen Gauführern.

sars übertrug²⁸⁸². Ähnlich wie er selbst hatte der ihm an persönlichem Ehrgeiz und Selbstherrlichkeit in nichts nachstehende, fünf Jahre ältere Bürckel ebenfalls zunächst die Lehrerlaufbahn eingeschlagen, bis er sich Mitte der zwanziger Jahre verstärkt innerhalb der Partei engagierte. Im Frühjahr 1926 übernahm er die Führung des Gaues Rheinpfalz mit seiner ein Jahr später nach Neustadt verlegten Zentrale. Gleichzeitig mit Simon zog Bürckel 1930 in den Reichstag ein, wo er zum linken Parteiflügel tendierte²⁸⁸³. Schon früh hatte er sich den Ruf eines hervorragenden Organisators erworben, der zudem über gute Verbindungen zu bayerischen Saarstellen verfügte und im Hinblick auf den hohen Anteil von Arbeitern in der saarländischen Bevölkerung schien er wegen seines sozialrevolutionären Kurses der geeignete Mann zu sein, der noch verhältnismäßig schwachen NSDAP des Saargebiets neue Impulse zu verleihen. Für diese Perspektive war die Reichspartei bereit, die zu erwartenden internen Querelen in Kauf zu nehmen.

Der Antagonismus zwischen Saarbrücken und Neustadt währte drei Monate, während derer Bürckel den saarländischen Gau de facto seiner Zentrale angliederte. Als der bisherige Gauleiter Brück Anfang Mai 1933 als Reichshauptstellenleiter ins Reichsorganisationsamt der Partei nach Berlin berufen wurde²⁸⁸⁴, hatte sich der pfälzische Gauleiter zwar durchgesetzt, sah sich jedoch zu Monatsende mit der Verordnung der Regierungskommission zur Änderung des deutschen Vereinsgesetzes von 1908 konfrontiert: Zum Schutz ihrer Unabhängigkeit hatten die saarländischen Vereinigungen, Parteien und Verbände fortan alle Bindungen zu übergeordneten Organisationen außerhalb des Saargebietes zu lösen. Da die jeweiligen Vorstände Saareinwohner sein mußten²⁸⁸⁵, war Bürckel gezwungen, die Leitung der saarländischen NSDAP an den bisherigen stellvertretenden Gauleiter Alois Spaniol abzutreten. In ihm fand Simon wiederum

²⁸⁸² Der bisherige Gauleiter des Saargebiets, Karl Brück, wurde hierdurch de facto entmachtet, setzte sich jedoch bis Mai 1933 gegen die Einflußnahme aus der Pfalz zur Wehr: Vgl. JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 96; PAUL: NSDAP, S. 68 f.

²⁸⁸³ Dank Bürckels populistischem Antikapitalismus und aktiver Sozialpolitik gelang es der pfälzischen NSDAP, in das proletarische Milieu vorzustoßen und dort sowohl Wähler als auch Mitglieder zu rekrutieren: Zu Bürckel allgemein vgl. Hans FENSKE: Josef Bürckel - Porträt eines Gauleiters, in: Hans-Georg MEYER/ Hans BERKESSEL (Hrsg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz. Bd.1: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit“, Mainz 2000, S. 120–137; HÖFFKES, S. 43–47; Gerhard PAUL: Josef Bürckel - der rote Gauleiter, in: Ronald SMELSER/ Enrico SYRING/ Rainer ZITELMANN (Hrsg.): Die braune Elite, Bd. 2. 21 weitere biographische Skizzen, Darmstadt 1993, S. 51–65; VON SCHIRACH, S. 30–33; Dieter WOLFANGER: Populist und Machtpolitiker. Josef Bürckel: Vom Gauleiter der Pfalz zum Chef der Zivilverwaltung in Lothringen, in: NESTLER/ ZIEGLER (Hrsg.): Die Pfalz unterm Hakenkreuz, S. 63–86.

²⁸⁸⁴ Vgl. VON SCHIRACH, S. 26 f. Die GSV vermied in dieser Phase, Stellung zu beziehen, und übersandte beiden nominellen Gauleitern im April 1933 Propagandamaterial: Vgl. Briefe der GSV an Bürckel (13.04.33 und 13.05.33) und Brück (27.04.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13.

²⁸⁸⁵ Vgl. Verordnung Nr. 257 (20.05.33), in: Amtsblatt der Regierungskommission 14 (1933) 21, S. 179–182; Verordnung Nr. 278 (31.05.33), in: Amtsblatt der Regierungskommission 14 (1933) 23, S. 210 f.; Procès-Verbal der 669. Sitzung (18.05.33) und der 670. Sitzung (20.05.33), in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 40; LIV. periodischer Bericht der Regierungskommission an den Völkerbund (30.06.33), in: JO 14 (1933) 10-I, S. 1127 f.

einen Verbündeten, der nicht nur ähnlich wie er selbst ein Gegner Bürckels war, sondern der seine Kandidatur um den Vorsitz im Bund der Saarvereine unterstützte²⁸⁸⁶.

Parteiinterne Konkurrenten hatte Simon nicht zu fürchten. Bürckel maß der Propaganda des Bundes der Saarvereine nie größere Bedeutung bei, und er selbst konnte darauf verweisen, daß sein Gauggebiet mit den ehemaligen preußischen Landkreisen den größten Teil des Saargebiets umfaßte und er als gebürtiger Saarländer für diese Funktion prädestiniert wäre. Längerfristig ging jedoch Simons Rechnung nicht auf, Bürckel innerhalb der Partei als Saarkommissar zu beerben und über den Bund der Saarvereine den Fuß in der Tür zu haben, um zu gegebener Zeit seinen Einfluß bei der Rückgliederung des Saargebiets geltend zu machen: Am 10. August 1934 übernahm der pfälzische Gauleiter von dem nach Wien abgeschobenen von Papen das Amt des Saarbevollmächtigten der Reichsregierung²⁸⁸⁷. Konsequenterweise wurde Bürckel auch im Januar 1935 zum „Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes“ ernannt; am Tag der Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem Reich trat er die Leitung des neuen Gaues Saarpfalz an, die er selbst während seiner eineinhalbjährigen Tätigkeit als Gauleiter von Wien (Januar 1939 – August 1940) nominell nicht aufgab²⁸⁸⁸. Die erbitterteten Rivalitäten zwischen den beiden Kontrahenten rissen nach der Rückgliederung des Saargebiets keineswegs ab. Simon mußte sogar hinnehmen, daß Bürckel die von ihm für seinen eigenen Gau beanspruchte Westmark-Mythologie für den Gau Saarpfalz okkupierte²⁸⁸⁹.

Infolge der Besetzung Luxemburgs durch die deutsche Wehrmacht wurde Gustav Simon im Juli 1940 zum Chef der dortigen Zivilverwaltung ernannt. In dieser Funktion war er Hitler unmittelbar weisungsgebunden und betrieb bis zur Befreiung des Großherzogtums im Herbst 1944 eine radikale Germanisierungs- und Nazifizierungspolitik, in deren Verlauf Deportationen, Umsiedlungen und Verhaftungen zum Alltag gehörten²⁸⁹⁰. Während des Krieges spitzte sich der

²⁸⁸⁶ Vgl. Brief der GSV an Andres (11.07.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13. Siehe auch Dok. 22 im Anhang. Vgl. HÖFFKES, S. 322; PAUL: NSDAP, S. 181 f. Spaniol wurde Ende Februar 1934 als NSDAP-Landesleiter von Bürckel ausgebootet; er zog sich im April des folgenden Jahres auf den Posten des Bürgermeisters von Andernach zurück, den er bis Kriegsende innehatte.

²⁸⁸⁷ Hiermit fiel die Entscheidung, die Saarfrage zu einer Parteisache zu machen; der gemeinsame Vorschlag des AA und des RMI, eine „Aktionsgemeinschaft der politischen Referate“ zu bilden, war von Hitler am 17.07.34 abgelehnt worden: Vgl. AdR, Regierung Hitler II/1, Dok. 1, S. 1, Anm. 1. Unter dem noch frischen Eindruck seiner Verhaftung im Zusammenhang mit der „Röhm-Affäre“ (vgl. THAMER: Verführung und Gewalt, S. 320–334) bat von Papen am 04.07.34 um seine Entlassung als Saarbevollmächtigter: Vgl. Brief von Papens an Hitler (04.07.34), in: Ursachen und Folgen X, Dok. 2381 c, S. 193 f.; „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 19 (12.01.35); RGBl. 1935/I, S. 66 ff.

²⁸⁸⁸ Basierend auf seinen Erfahrungen wurde Bürckel im April 1938 zum „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ berufen. 1940 folgte seine Ernennung zum Chef der Zivilverwaltung im besetzten Lothringen, 1941 wurde er Reichsstatthalter in der Westmark. Ende September 1944 starb Bürckel unter mysteriösen Umständen.

²⁸⁸⁹ Zu den Reformplänen, die sich hinter diesem Konzept verbargen vgl. E. D. R. HARRISON: Gauleiter Bürckel and the Bavarian Palatinat 1933–1940, in: Proceedings of the Leeds Philosophical and Literary Society, Literacy and Historical Studies 20 (1986) 3, S. 271–291, hier: S. 276–291 sowie allgemein: MUSKALLA.

²⁸⁹⁰ Vgl. Paul DOSTERT: Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe. Die deutsche Besatzungspolitik und die Volksdeutsche Bewegung 1940–1945, Luxemburg 1985; KRIER, S. 272–280. Zu

Konflikt mit Bürckel erneut zu, so daß ein Zeitgenosse in der Umgebung Simons die Bemerkung fallen ließ:

*„Wenn wir zwei Jahrhunderte zurückklagen, wäre schon Krieg zwischen den Herzögen von Luxemburg und Lothringen ausgebrochen!“*²⁸⁹¹

Ein halbes Jahr nach der bedingungslosen Kapitulation wurde Simon in Paderborn von den Briten verhaftet; verschiedene Versionen konkurrieren um die näheren Umstände seines Todes wenige Tage später²⁸⁹².

Das Auswärtige Amt wurde von der vereinsinternen Entwicklung ebenso überrascht wie die Mehrzahl der angeschlossenen Ortsgruppen des Bundes. In fast konspirativer Weise legte Simon zwischen dem 15. und 18. Juli den weiteren Kurs der Organisation fest; lediglich Schneider und Loehrs vom preußischen Innenressort wohnten der Besprechung mit Andres und Spiewok bei²⁸⁹³. Unter Wahrung der formalen Überparteilichkeit sollte sich der Bund auch in Zukunft – zumindest offiziell – nicht im Saargebiet selbst betätigen und keine selbständige Politik betreiben, sondern sich den allgemeinen Richtlinien der Reichsregierung unterordnen. Nichtsdestotrotz suchte Simon den Kontakt zu den opportun scheinenden politischen Führern des Saargebiets. Von seinem ursprünglichen Vorhaben, die Geschäftsstelle ganz an den Rhein zu verlagern, konnte er abgebracht werden; nicht zuletzt der eindringlichen Bitte des demissionierten Bundesvorsitzenden ist es zuzuschreiben, daß die Berliner Geschäftsstelle nicht nur erhalten blieb, sondern auch weiterhin in Vogels Verantwortung belassen wurde²⁸⁹⁴. Hiermit zerschlug sich dessen vermutlich ohnehin nur halbherzig verfolgtes Vorhaben, unabhängig vom Bund der Saarvereine journalistische Aufklärungsarbeit zu leisten.

Die Reaktionen auf den Wechsel der Bundesführung, den die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ einen Tag nach dem offiziellen Rücktritt von Andres den Mitgliedern, Verbänden und Behörden mitteilte²⁸⁹⁵, hielten sich im Rahmen. Aus verständlichen Gründen verspürten die Drahtzieher der Gleichschaltung große Genugtuung²⁸⁹⁶; Kellner fühlte sich in seiner Position so gefestigt,

Simons Vision eines 90 Millionen Menschen umfassenden Großdeutschen Reiches vgl. seine Ausführungen auf der Bundestagung 1933: S. 677.

²⁸⁹¹ Zitiert nach: Dieter WOLFANGER: Josef Bürckel und Gustav Simon. Zwei Gauleiter der NSDAP und ihr Streit um die „Westmark“, in: HAUBRICHS [u.a.] (Hrsg.): Zwischen Saar und Mosel, S. 397–409, hier: S. 408.

²⁸⁹² Vgl. HÖFFKES, S. 319. Offiziell verstarb er am 18.12.45.

²⁸⁹³ Vgl. Aktennotiz Voigts (20.07.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

²⁸⁹⁴ Vgl. Brief Andres' an Simon und Vogel (18.07.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19. Auch im katholischen Pfarrer Wilhelm und dem Saarreferenten Voigt fand Vogel Fürsprecher: Vgl. Brief Wilhelms an von Papen (18.07.33), in: BA-R 53/91; Brief des AA an Andres (21.07.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095; Brief Frieda Vogels an Mangold (26.07.33), in: BA-R 8014/157.

²⁸⁹⁵ Vgl. Rundschreiben der GSV (19.07.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19. Vgl. auch S.Z. Nr. 184 (17.07.33) und Nr. 185 (18.07.33); „Deutsche Tageszeitung“ Nr. 198 (20.07.33); „Frankfurter Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“ (20.07.33); „Berliner Börsenzeitung“ (21.07.33). Über Konsequenzen des Führungswechsels für die Ortsgruppen schwieg sich Vogel zunächst aus.

²⁸⁹⁶ Vgl. Brief Kellners an einen Saarbrücker Dr. Schulz (18.07.33), in: LHA Koblenz, 661,11/23.

daß er schon wenige Tage nach dem Führungswechsel glaubte, gönnerhaft für das politische Schicksal Vogels eintreten zu können. Im Herbst 1933 offenbarte er ihm gegenüber, daß er gemeinsam mit Debusmann und dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Düsseldorf, Kill²⁸⁹⁷, die Verantwortung für die Veränderung in der Bundesführung trage²⁸⁹⁸. Aus den Reihen der stetig zunehmenden Ortsgruppenvorsitzenden bezogen zur zwei langjährige Mitstreiter Stellung: Der Magdeburger Jurist Walter Giersberg hielt die Unterstellung des Bundes unter nationalsozialistische Führung „für ein unbedingtes Erfordernis“. Der Austausch verdienter Persönlichkeiten schien ihm das notwendige Opfer zu sein, das angesichts des „außerordentlichen Elans der nationalsozialistischen Bewegung“ gebracht werden müsse²⁸⁹⁹. Auch der Hamburger Kuhn begrüßte die Veränderung, glaubte aber, daß sich der Verein nichts habe zuschulden kommen lassen:

*„Eine Gleichschaltung braucht man sonst bei uns bestimmt nicht vorzunehmen. Der Saarverein und seine Vertreter waren bestimmt schon längst gleichgeschaltet, noch ehe man an die große Gleichschaltung im letzten Jahre gedacht hatte. Aus dem Revolutionstaumel der ersten Nachkriegszeit erhoben sich zuerst die Grenzlandvereine und sangen es weit schallend hinaus das Lied von der Heimat- und Vaterlandsliebe. Wir wußten es, noch ehe ein nationalsozialistisches Programm erdacht war, daß das Leben höhere Werte birgt als Marxismus und jüdischer Sozialismus. Es ist immerhin sehr bemerkenswert, daß die Grenzlandvereine und wohl besonders die Saarvereine von sozialistischen und kommunistischen Elementen vollständig frei waren; diese Elemente haben es gewußt, daß ihre verschwommenen internationalen Träumereien sich mit wahrer Heimatliebe nicht vertragen konnten.“*²⁹⁰⁰

Im „Saar-Freund“ erschien lediglich eine Randnotiz, derzufolge der ehemalige Bürgermeister von Dillingen und Schriftführer der Ortsgruppe Düsseldorf die äußere Gleichschaltung des Bundes als nicht notwendig erachtete, da seine Arbeit in den vergangenen 14 Jahren immer „treudeutsch und national“ gewesen sei²⁹⁰¹. Während von französischer Seite den Vorgängen

²⁸⁹⁷ Oberstudiendirektor Dr. Kill wurde im November 1933 zum Saarreferenten der Düsseldorfer NSDAP ernannt, scheiterte aber als Landesgruppenführer an seinem Aachener Konkurrenten Reden. Der Ortsgruppe gehörte er bereits seit ihrer Gründung im Winter 1919 an: Vgl. Briefe der Koblenzer Geschäftsstelle an Kill (07.11.34) und Kills an die GSV (09.03.35), in: BA-R 8014/184.

²⁸⁹⁸ Vgl. Briefe Kellners an Frieda Vogel (25.07.33, in: LHA Koblenz, 661,11/2) und Theodor Vogel (01.11.33), in: BA-R 8014/441.

²⁸⁹⁹ So sehr er das Führerprinzip begrüßte, machte er seine Teilnahme an der bevorstehenden Bundestagung davon abhängig, daß der Vorstand noch etwas zu beraten habe. Zum Absegnen bereits gefallener Entscheidungen wollte er nicht nach Rüdesheim reisen: Vgl. Brief Giersbergs an Frieda und Theodor Vogel (28.07.33), in: BA-R 8014/482.

²⁹⁰⁰ Brief Dr. Kuhns an Vogel (09.08.33), in: BA-R 8014/391. Siehe auch die euphorische Äußerung Kuhns zur „Machtergreifung“ Hitlers in seinem Brief an die GSV (04.04.33), in: Ebd. Siehe S. 606 f.

²⁹⁰¹ Vgl. SF 14 (1933) 13, S. 214. Vogels einstiger Vorgesetzter und langjähriger Vertrauter Ewald Hilger wollte sich nicht schriftlich über die neue Führung auslassen, stand aber Simon wie auch dem Nationalsozialismus insgesamt skeptisch gegenüber: Vgl. Brief Hilgers an die GSV (20.02.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 17.

kaum Bedeutung beigemessen wurde²⁹⁰², hatte die saarländische Sozialdemokratie für das Schicksal Vogels nur hämischen Spott übrig²⁹⁰³.

Vor seinen Vertrauten skizzierte Simon in Rüdesheim, welche Aufgaben dem Bund der Saarvereine unter seiner Führung gestellt seien²⁹⁰⁴. Den Saarländern sollte fortan in noch stärkerem Maße die Möglichkeit eröffnet werden, in direkten Kontakt zur reichsdeutschen Bevölkerung zu kommen, die ihrerseits umfassend über das Schicksal der Saar zu unterrichten war.

„Die Saarbevölkerung muß, wie jede Grenzbevölkerung, fanatisiert werden. Gerade an den Grenzen muß die Vaterlandsliebe und das Bekenntnis zum Deutschtum besonders stark ausgeprägt sein. Dieses sei das einzige Mittel, um Kriege zu vermeiden. Denn wenn die Bevölkerung eines Gebiets eindeutig und klar ihr Vaterlandsgefühl zum Ausdruck bringt, könne ein neidischer Nachbar gar nicht auf den Gedanken kommen, diese Bevölkerung bzw. ihr Land für sich zu begehren.“

Schon recht bald mußte Simon jedoch erkennen, daß sich sein Beitrag zur Fanatisierung der Saarländer darauf beschränkte, vom Reichsgebiet auf die Saar auszustrahlen. An eine Aktivität des Bundes innerhalb des Saargebiets war nach der nationalsozialistischen Regierungsübernahme noch viel weniger zu denken als zu Weimarer Zeiten. Darüber hinaus entzogen sich die insgesamt drei zwischen Juli 1933 und März 1934 gebildeten parteiübergreifenden Zusammenschlüsse der „Deutschen Front“ seinem Einfluß; mit der Ausschaltung Spaniols als Landesleiter der NSDAP-Saar hielt wieder Bürckel von Neustadt aus die Fäden der innersaarländischen Propaganda in der Hand.

Unbeschadet der Anordnung des preußischen Innenministeriums, daß alle privaten, amtlichen und parteiamtlichen Nachrichtendienste außer der Staatspolizeistelle Stelle aufzulösen seien²⁹⁰⁵, hatte Simon in den zurückliegenden Monaten dieses Manko durch einen eigenen Dienst zu kompensieren versucht, dessen Anfänge bereits in den Herbst 1933 zurückreichen²⁹⁰⁶. Eine tatsächliche Bedeutung dürfte er ebensowenig wie die 14 nebeneinander arbeitenden Nachrichtendienste der Pfalz erlangt haben, die im Frühjahr 1934 durch einen weiteren des bayeri-

²⁹⁰² Morize meldet erst nach vier Wochen: „La ‚Saarverein‘ a été en effet, ‚synchronisé‘ comme toutes les associations allemandes.“: Brief Morizes an Außenminister Paul-Boncour (10.08.33), in: MAE, Sarre 281.

²⁹⁰³ Trotz seiner rechtsradikalen Einstellung habe Vogel zu spät die Wendung vom „Stahlhelm“ zur NSDAP vollzogen. Obwohl es stets die Versuche des Saarvereins, die deutsch-französische Verständigung zu sabotieren, bekämpft habe, zolle das sozialdemokratische Organ der alten Führungsriege im begrenzten Rahmen Respekt: Vgl. „Volksstimme“ (21.07.33).

²⁹⁰⁴ Vgl. Sitzungsprotokoll vom 15.07.33 (18.07.33), in: BA-R 8014/100.

²⁹⁰⁵ Vgl. Rundschreiben des PrMI an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten der Rheinprovinz, Westfalen, Hessen-Nassau und Hannover (11.09.33), in: LHA Koblenz, 442/7526. Siehe hierzu die erneute Ermahnung Görings (07.03.34), in: ADAP, C II/2, Dok. 304, S. 554 ff.; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 78; Klaus-Michael MALLMANN/ Gerhard PAUL: Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991, S. 188–192.

²⁹⁰⁶ Vgl. Brief Schneiders an StS Grauert (17.11.33) und Brief StS Grauert an Simon (22.11.33), in: GehStA Dahlem, Rep. 77/36. Leiter des Nachrichtendienstes sollte der Vorsitzende der Landesgruppe Westmark Heinz Kellner sein.

schen „Generalbevollmächtigten für die Rhein- und Saarpfalz“ ergänzt wurden. Nach seiner Ernennung zum Saarbevollmächtigten konzentrierte Bürckel die verschiedenen Organisationen in Neustadt; es gelang ihm, den bisherigen Mitarbeiter Sieberts, Karl Barth, für seine eigene pfälzische Zentralstelle zu verpflichten²⁹⁰⁷.

Der personelle Wechsel von Andres zu Simon hätte im Prinzip zu keiner einschneidenden Veränderung geführt²⁹⁰⁸, wenn nicht die Berliner Zentrale sukzessive von der Koblenzer Geschäftsstelle bzw. der dortigen Gauleitung entmachtet worden wäre. Zwar waren die wichtigeren Rundschreiben in aller Regel von der „Doppelspitze“ Simon und Vogel unterzeichnet, doch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß das tatsächliche Entscheidungszentrum nun am Rhein lag. Die Berliner Geschäftsstelle wurde zu einem Hilfsorgan degradiert und mußte schließlich um die Durchschläge der Koblenzer Korrespondenz bitten²⁹⁰⁹.



Abb. 46: Die Landesgruppenleiter des Bundes der Saarvereine (Herbst 1934)

Strukturell änderte sich im Grunde nur wenig: Als Simon Mitte September 1933 erstmals die Geschäftsräume in der Stresemannstraße besichtigte, fiel dort die Entscheidung, den ehemaligen Landrat von Ottweiler und langjährigen Besitzer des Bundes, Staatsrat von Halfern²⁹¹⁰, zum Nachfolger des verstorbenen Treuhänders Adolf Dröge einzusetzen. Auch der Aufsichts- und Beratungsausschuß blieb bestehen, reduzierte sich allerdings auf einen kleineren Arbeitszirkel aus Simon, An-

²⁹⁰⁷ Vgl. Aktennotiz (18.12.33), in: BayHStA; MInn 47.094; Aktennotiz (14.03.34), in: LA Speyer, H38/1416; Brief Barths an Siebert (24.09.34), in: BayHStA, StK 6091.

²⁹⁰⁸ Auch der Name der Saarorganisation wurde nicht wie sonst üblich mit dem Präfix „nationalsozialistisch“ versehen. Die Ortsgruppe Münster schlug vor, den Bund in „Kampfbund der Saardeutschen“ umzubenennen, wovon sie sich eine „befeuernde Rückwirkung auf die Hebung des Kampfgeistes im letzten Jahre vor der Abstimmung“ versprach. Vgl. Brief Jaegers an die GSV (29.07.33) und Ablehnung Vogels (12.08.33), in: BA-R 8014/514.

²⁹⁰⁹ Vgl. Brief der GSV an Simon (25.11.33), in: BA-R 8014/259. Innerhalb der Gauzentrale zeichnete der 21jährige Albert Urmes als Gauamtsleiter verantwortlich; Michels war zuständig für Propagandafragen.

²⁹¹⁰ Landrat Carl von Halfern (1873–1937), der zeitweise als Kandidat für das Amt eines saarländischen Regierungspräsidenten gehandelt und im Dezember 1919 ausgewiesen worden war, leistete dem Bund in seinen Funktionen als Ministerialrat im PrMFinanz, später als Regierungspräsident von Hildesheim (1922–1927) und Stettin (1927–1930) bzw. Oberpräsident von Pommern (1930–1933), wertvolle Dienste. Dem Aufsichts- und Beratungsausschuß gehörte er seit dessen Bestehen 1922 an. Seit Jahresmitte beurlaubt, trat er zum 01.10.33 in den Ruhestand, nahm aber das Ehrenamt des Preußischen Staatsrats an: Vgl. undatiertes Protokoll einer Besprechung vom 13.07.19, in: BayHStA, MA 108.225; Rundschreiben von Halferns an Landräte, Magistrate und selbständige Städte (04.08.24, 12.02.26, 14.02.27 und 16.02.28), in: StA Göttingen, II A 15/7; Führerlexikon 1934/35, S. 168, SF 3 (1922) 20, S. 303; SF 14 (1933) 15, S. 233 f. Vgl. zur Frühphase 1918/19: HERRMANN: Der Oberpräsident, S. 750 ff.

dres, Vogel, Debusmann, Posselt sowie Carl Röchling²⁹¹¹. An die Stelle des Beisitzergremiums im Bundesvorstand trat im Oktober 1934 ein etwa 20köpfiger Führerrat, in welchen die von Simon reichsweit ernannten Landesgruppenleiter sowie einige weitere Persönlichkeiten berufen wurden²⁹¹². Die Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ versuchte die Rückkehr zu vertrauten Verhaltensformen, beispielsweise gab sie schon bald wieder Ratschläge an die Behörden²⁹¹³; neben ihren eigenen Publikationen und Lichtbildern verschickte sie auch Plakate, Postkarten und Broschüren anderer Autoren, vermittelte Redner, beriet im Vorfeld von Kundgebungen, übersandte Vortragmaterial²⁹¹⁴ oder diente als Anlauf- und Auskunftstelle. Insgesamt erhob sie in ihrer Tätigkeit einen ähnlichen Anspruch wie unmittelbar nach Kriegsende 1918/19: Da die freie Meinung im Saargebiet unterdrückt werde, müsse sie für die entsprechende Aufklärung im Reich sorgen. Im Laufe der Monate paßte sich ihr Korrespondenzstil immer stärker dem Sprachduktus parteiamtlicher Schreiben an²⁹¹⁵.

Simon hatte sogar auf der Bingener Arbeitstagung explizit betont, *„daß die bisherige Führung in 13 jähriger Arbeit bewiesen hat, daß ihre völkische Haltung kristallklar ist.“* Die Gleichschaltung des Bundes sei daher keineswegs aus Mißtrauen oder allein aufgrund des Totalitätsstrebens der nationalsozialistischen Bewegung erfolgt, sondern habe angesichts der Gemeinsamkeiten zwischen Nationalsozialismus und Bund der Saarvereine auf der Hand gelegen²⁹¹⁶. Während Vogel aus diesem Persilschein für die Jahre der Weimarer Republik noch die Zuversicht schöpfte,

„daß unser alter Kämpferkreis in seiner kristallklaren völkischen Haltung auch im Geiste des neuen Führertums berufen bleiben wird, in der neuen deutschen Volksgemeinschaft und nach dem Willen und Verlangen der Bevölkerung des Saargebiets selbst bis zum Siege der deutschen For-

²⁹¹¹ Auch wenn der einstige Mitgründer des Saargebietschutzes in den vergangenen Jahren nicht mehr im Zusammenhang mit dem Bund in Erscheinung getreten war, spricht seine Ernennung dafür, daß er sich nicht völlig zurückgezogen hatte: Vgl. Jahresbericht 1933, S. 11; SF 14 (1933) 19, S. 376.

²⁹¹² Vgl. Brief der Geschäftsstelle Koblenz an Kill (07.11.34), in: BA-R 8014/184. Siehe Anhang Dok. 5 und Abb. 46. Bereits der „Katechismus des Bundes der Saarvereine“ (Juni 1929, in: BA-R 8014/125) hatte den Zusammenschluß zu Bezirks- und Landesverbänden gefordert.

²⁹¹³ Vogel setzte Propagandaminister Goebbels über die Kernpunkte einer Besprechung des reformierten Aufsichts- und Beratungsausschusses in Kenntnis (19.09.33, in: BA-R 8014/683) und wies ihn darauf hin, daß es angebracht erscheine, *„den einzelnen Instanzen des Völkerbundes zur Kenntnis zu bringen, daß Deutschland sich mit einer solchen Handhabung der Verwaltungsbefugnisse der Regierungskommission des Saargebiets nicht einverstanden erklären kann und gegen die Beeinflussungsversuche der Saarregierung auf die Bevölkerung mit allen sich ergebenden Konsequenzen schon jetzt Einspruch erhebt.“* Hervorhebung im Original.

²⁹¹⁴ Vgl. Schriftwechsel, in: BA-R 8014/1036–1040.

²⁹¹⁵ Vgl. Rundschreiben der GSV (Februar 1934), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097.

²⁹¹⁶ Der zentrale Berührungspunkt zwischen beiden sei die *„bewußte und betonte völkische Einstellung“* – die nationale Zuverlässigkeit alleine genüge also nicht mehr! Es gelte, so Simon, fortan den Elan des Nationalsozialismus in den Dienst der Saarpropaganda zu stellen, um bis 1935 die reichsdeutsche Bevölkerung *„wachgetrommelt“* zu haben. Personelle Veränderungen in der Bundesführung schloß Simon aus: Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 324 ff.

*derung nach Rückgabe des Saargebiets an das Reich Schulter an Schulter mit den Trägern unserer Volksgemeinschaft zu wirken*²⁹¹⁷,

wurde im Hinblick auf die Ortsgruppen bald deutlich, wie sehr die Gleichschaltung das Wesen des Bundes veränderte und bisherige Traditionen und Rituale aufgegeben werden mußten. Simons Pläne gingen weit über eine rein formale Gleichschaltung hinaus.

Kap. 11.2: Die Ortsgruppen des Bundes nach 1933

Sofern Reaktionen der Ortsgruppen auf die „Machtergreifung“ Hitlers überliefert sind, finden sich durchgängig positive Stellungnahmen zur neuen Regierung. Die meisten lokalen Saarvereine legten während des Frühjahrs 1933 ein entschiedenes Bekenntnis zu den innenpolitischen Umwälzungen und der neuen Staatspartei ab. Beispielsweise verabschiedete die Ortsgruppe Herne anlässlich ihrer Monatsversammlung am 9. April eine Entschliebung, in welcher sie die „*nationale Erhebung*“ begrüßte, welche

*„in dem Willen zur Gestaltung der deutschen Nation auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Stände und Volksgenossen ein neues, großes Deutsches Reich geschaffen hat.“*²⁹¹⁸

Die Vereinsaktivitäten nach 1933 sind durch die Verknüpfung von bisherigen Saarvereinstraditionen mit nationalsozialistischen Symbolen charakterisiert. Sinnfälliger konnte die von den meisten Mitgliedern bereitwillig mitgetragene Symbiose kaum zum Ausdruck gebracht werden als bei der Ortsgruppe Ibbenbüren: Ab Mitte Mai 1933 wurde das in den alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot gehaltene Tischbanner durch einen Hakenkreuzwimpel sowie einen Wimpel in den Saarbrücker Farben – vorläufig mit Trauerschleife – ergänzt²⁹¹⁹. Auch die Mitglieder des Duisburger Saarvereins bekräftigten anlässlich eines Werbeabends ihre Verbundenheit zu Hindenburg und Hitler; im Anschluß an das obligatorische Saarlid folgte das Horst-Wessel-Lied²⁹²⁰. Mancher der seit Jahren im Bund der Saarvereine aktiven Vorstände witterte gar wie der Vorsitzende der Hamburger Gruppe Morgenluft: Als selbständig Gewerbetreibendem mache ihm der Umschwung in Deutschland Mut; den „Tag von Potsdam“ erlebe er als historische Stunde.

²⁹¹⁷ SF 15 (1934) 16/17, S. 319.

²⁹¹⁸ Die Versammlung stellte sich „*einsatzbereit hinter die Regierung*“. Vgl. SF 14 (1933) 9, S. 147. Ähnlich-lautende Bekenntnisse auch bei den Ortsgruppen Köln (SF 13 (1932) 11, S. 182), Meiderich (SF 14 (1933) 12, S. 198), Stettin (SF 14 (1933) 11, S. 183) oder der Landesgruppe Rhein (SF 13 (1932) 13, S. 213 f.). Wegen des Vorwurfes fehlender nationaler Gesinnung an die anderen Parteien durch die NSDAP und DNVP im Vorfeld der Reichstagswahl erklärte der katholische Strafanstaltspfarrer von Düsseldorf hingegen seinen Austritt aus dem BdS. Er blieb damit ein bemerkenswerter Einzelfall gegenüber den massenhaften Beitritten und dem Wiederaufleben bestehender Mitgliedschaften nach 1933: Vgl. Brief Faßbenders an die GSV (18.02.33), in: BA-R 8014/157.

²⁹¹⁹ Vgl. SF 14 (1933) 11, S. 182.

²⁹²⁰ Vgl. SF 14 (1933) 21, S. 409 f. Bisweilen wurde das Saarlid auf vereinsinternen Veranstaltungen zugunsten nationalsozialistischer Stücke gestrichen.

„Wir finden wieder heim zu unserer großen geschichtlichen Tradition und zu unserer deutschen Eigenart. Was wir seit Kriegsende erlebt haben, das war nicht deutsch! [...] Es ist wieder Frühling geworden in Deutschland!“²⁹²¹

Die auch unter den Mitgliedern vorherrschende Euphorie über die nationalsozialistische Regierungsübernahme schlug sich zunächst nicht in der quantitativen Entwicklung des Bundes nieder. Zu Jahresanfang 1933 existierten nach eigenen Angaben des Vereins 87 Ortsgruppen²⁹²², bis Herbst des gleichen Jahres waren es etwa 100 Vereinigungen. Erst die von Simon im Oktober verordnete „Mobilmachung“ der Ortsgruppen sorgte für eine Art Initialzündung²⁹²³: Binnen weniger Wochen stieg die Zahl der lokalen Saarvereine rapide an. Durchschnittlich entstanden zwischen November 1933 und Mai 1934 monatlich etwa 40 neue Ortsgruppen und Stützpunkte²⁹²⁴. Nachfolgende Graphiken verdeutlichen deren explosionsartige Zunahme. Ihren Höhepunkt erreichte die Entwicklung um den Jahreswechsel 1934/35 mit etwas mehr als 400 Ablegern²⁹²⁵. An deren regionaler Konzentration entlang des Rheins hatte sich im Vergleich zu früheren Jahren nichts geändert.

²⁹²¹ Vgl. Brief Dr. Kuhns an Vogel (04.04.33), in: BA-R 8014/391. Von Kuhn stammte auch die Äußerung, daß die Ermordung Röhm ein Segen sei, habe sie doch die Unruhe und die akute Bedrohung beseitigt. Zur Behauptung der Status-quo-Befürworter, man könne solange nicht für Deutschland stimmen, wie Hitler an der Macht sei: *„Nein, es geht nicht um Hitler - es GEHT UM DIE SAAR!!! Stimmt das Saarvolk gegen Hitler, dann stimmt es gegen Deutschland, dann stimmt es gegen die Rückkehr zum Vaterland, dann ist es eben vorläufig für uns verloren, bis wir es uns einstens mit Waffengewalt wieder heimholen.“*: Brief Dr. Kuhns an Vogel (02.07.34 und 08.08.34), in: BA-R 8014/391. Hervorhebung im Original. Der Gestapo galt Kuhn als zuverlässig: Vgl. Brief der Gestapo Berlin an das AA (19.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.467.

²⁹²² Vgl. Jahresbericht 1933, S. 18 f. und S. 22. Dieser Tätigkeitsbericht widerlegt die jahrelang nach außen propagierte Zahl von 160 im Reich verstreuten Vereinigungen: Siehe hierzu S. 301 f.

²⁹²³ Ein ab Jahresende mehrfach in überregionalen Zeitungen geschalteter weiterer Aufruf Simons appellierte an das Pflichtgefühl eines jeden Deutschen, die Saarbevölkerung in ihrem Kampf zu unterstützen und Mitglied im Bund der Saar-Vereine zu werden. 800.000 Volksgenossen stünden an der Saar unter art- und volksfremder Herrschaft; während die Regierungskommission desertierten marxistischen und jüdischen Volksverrättern Asyl gewähre, litten diejenigen, die sich zu Deutschland bekennen, Not: Vgl. undatierter Aufruf Simons, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19; SF 14 (1933) 23, S. 430; „Berliner Börsenzeitung“ Nr. 123 (14.03.34). Siehe Anhang Dok. Nr. 23. Ähnliche Aufrufe der GSV vor der Gleichschaltung waren zwar nicht weniger emotional, dafür in der Tat parteipolitisch neutraler gehalten.

²⁹²⁴ Die gewaltige Zunahme der Ortsgruppen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch weiterhin keineswegs alle Gründungsinitiativen erfolgreich verliefen. Beispielsweise gelang es erst nach mehreren Anlaufen, im pfälzischen Neustadt einen Stützpunkt der Ortsgruppe Mannheim ins Leben zu rufen: Vgl. BA-R 8014/339; SF 15/16 (1935) 26, S. 576. Trotz des Engagements eines von der Koblenzer Geschäftsstelle bestellten Vertrauensmanns scheiterte die Gründung einer Gruppe im schlesischen Lähn: Vgl. Schriftverkehr mit der GSV (1934), in: BA-R 8014/456.

²⁹²⁵ Das Datenmaterial stützt sich auf das „Verzeichnis der Ortsgruppen und Stützpunkte und der selbständigen Saarobmänner im Reich“ (1934, in: StA Kaiserslautern, S 242 NS) sowie auf die Rubrik „Vom Bunde der Saarverein“ im SF. Da dort nur in wenigen Fällen exakte Gründungsdaten erwähnt sind, wurde als Zeitpunkt der Konstituierung der Vormonat der erstmaligen Erwähnung zugrunde gelegt. Dies erschien zulässig, da die Werte nur geringfügig von anderen gesicherten Belegstellen abweichen. So erwähnt der Tätigkeitsbericht 1933, daß zum Jahresende 150 Vereine existierten, wohingegen nach den Angaben des SF von 145 Ortsgruppen ausgegangen werden konnte.

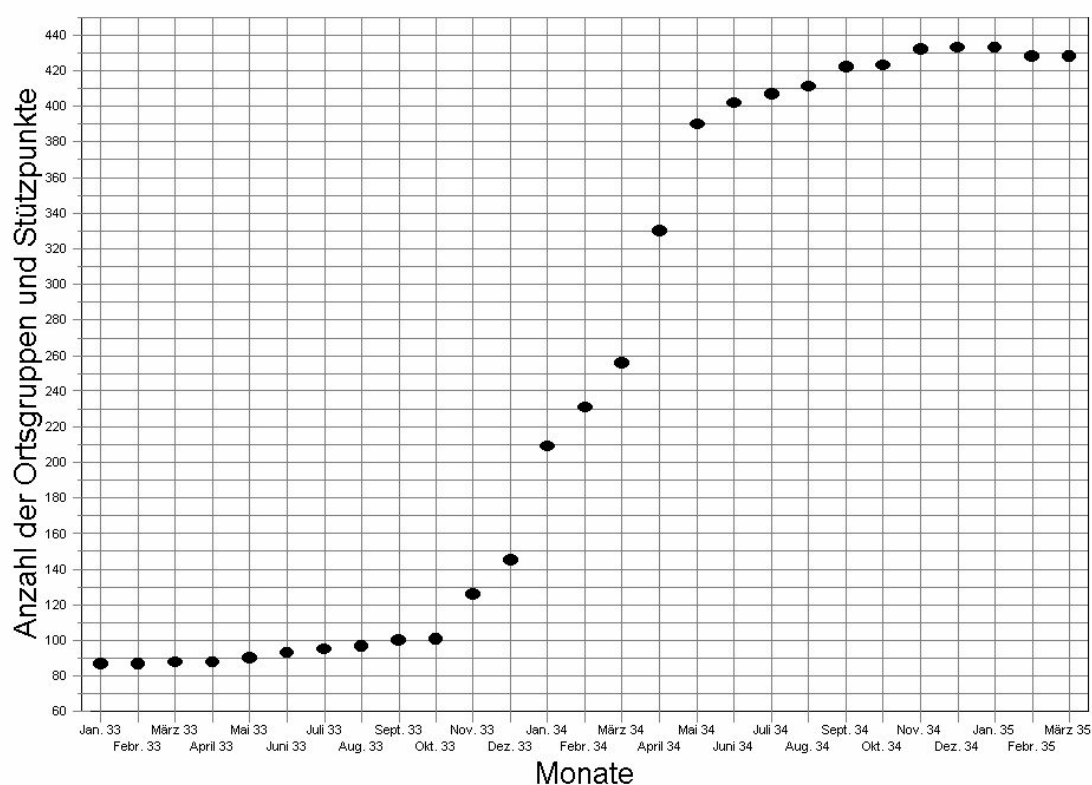


Abb. 47: Entwicklung der Ortsgruppen (Januar 1933 – März 1935)

Eine pauschale Aussage darüber zu treffen, wer nach 1933 die Initiative zur Gründung einer Ortsgruppe ergriffen hat, ist kaum möglich: Im Falle Freiburgs wurde beispielsweise der dortige Oberbürgermeister aktiv, dessen Ziel es war, die Abstimmungsberechtigten in einer „Ver- einigung ‚Reichstreuer Saarländer‘“ zusammenzufassen. Diesbezügliche Vorarbeiten wurden von der Stadtverwaltung geleistet. Letzten Endes führten allerdings die parallel laufenden Bemühungen des Saarländers Ludwig Temme im Februar 1934 zur Gründung des Vereins²⁹²⁶, der charakteristisch für jenen neuen Ortsgruppentypus nach 1933 war: Als reine Zweckgrün- dung wurde dieser im Grunde nur zur Erfassung und Sammlung der Abstimmungsberechtigten aktiv. Landsmannschaftliche Gedanken traten anders als in früheren Jahren in den Hinter- grund²⁹²⁷. Ähnlich ließe sich auch der Nürnberger Saarverein kennzeichnen²⁹²⁸, der wie viele der nach 1933 überstürzt gegründeten Ortsgruppen weder über eigene Satzungen noch über eigenes Vermögen verfügte. Derartige kurzfristig initiierte Zweckbündnisse besaßen daher kaum mehr

²⁹²⁶ Vgl. Briefe des Freiburger Oberbürgermeisters an das Bezirksamt Freiburg (16.01.34 und 23.02.34), in: StA Freiburg, C 4/ XIII/ 23/ 8.

²⁹²⁷ Als beispielsweise Anfang November 1934 eine Gruppe von 82 Saarländern eine Woche in der Stadt weilte, wurde von seiten der Stadtverwaltung ein reges Programm veranstaltet. Eine Beteiligung der Ortsgruppe ist nicht zu erkennen: Vgl. Bericht des Kreisamtsleiters der NSV (November 1934), in: Ebd.

²⁹²⁸ Vgl. Brief der Gendarmerie-Station Zirndorf an die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth (03.01.34), in: StA Nürnberg C 7/ V/ 7001.



Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin

(Begründer am 8. Juli 1919)

Treuhänder:

Staatsrat und Oberpräsident i. R. Dr. jur. von Galfern, Berlin

Leitung: Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin

Politische Aufklärung zur Erhaltung und Kräftigung des gefährdeten Deutschtums im Saargebiet und zur Sicherung der Wiedervereinigung des Saarlandes mit seinem Mutterlande durch die Volksabstimmung.

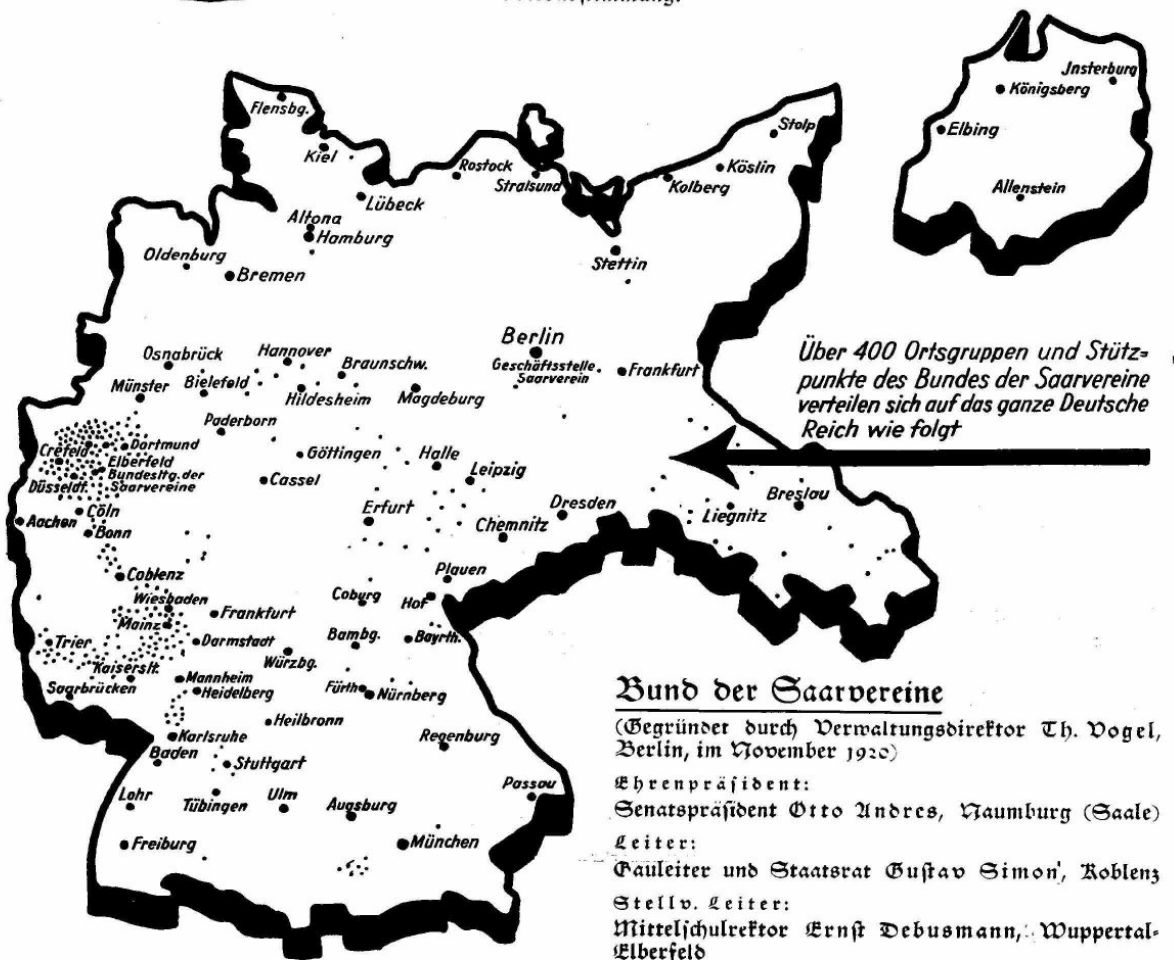


Abb. 48: Ortsgruppen im Deutschen Reich 1935

den Charakter eigenständiger Vereine, sondern waren lediglich „dezentrale Verwaltungsstellen“²⁹²⁹. In noch stärkerem Maße gilt dies für die zahlreichen Stützpunkte des Bundes der Saarvereine²⁹³⁰.

²⁹²⁹ Zur Unterscheidung vgl. BÄREND, S. 16–24. Simon legte auf derartige scheinbare Nebensächlichkeiten keinen Wert, denn trotz mehrfacher Ankündigung erhielt auch die Bundesorganisation keine neuen Satzungen, obwohl die alten Richtlinien mit seinem Amtsantritt ihre Gültigkeit verloren hatten. Vogel verschickte noch Monate nach der Gleichschaltung die bisherigen Satzungen mit der Bitte um Vertraulichkeit: Vgl. Schriftverkehr der GSV (1933–1934), in: BA-R 8014/1034. Vgl. insbesondere auch Brief der Koblenzer Geschäftsstelle an Fixemer (27.02.34), in: BA-R 8014/548: „Die Frage von Satzungen für die einzelnen Saarvereine ist absolut nicht dringlich.“

²⁹³⁰ Stützpunkte unterschieden sich von regulären Ortsgruppen durch ihre geringere Mitgliederzahl (10–20 Personen) und ihre Zuordnung zu bestehenden lokalen Vereinigungen in der näheren Umgebung. Ferner

Die vermutlich idealtypische Gründung einer neuen Ortsgruppe sowie deren Ausbau beschrieb der Vorsitzende einer mitteldeutschen Vereinigung:

*„Es wird überall gruppenweise in der Bevölkerung vorgegangen, um alle zu erfassen. In Görlitz z.B. ist mit den Schulen begonnen worden, es folgen dann die übrigen Beamtengruppen, von denen 2.500 erfaßt werden sollen. Dann wird in die großen Betriebe hineingegangen, die Angestellten-schaft der großen Geschäfte wird gleichfalls auf Sammelmeldebogen erfaßt, so daß mit einer nach Tausenden zählenden Mitgliederzahl allein in Görlitz in kurzer Zeit zu rechnen sein dürfte.“*²⁹³¹

Initiierte die Berliner Geschäftsstelle eine Neugründung, griff sie in aller Regel wie bisher auf bereits bestehende Kontakte und Einzelmitglieder zurück; erfolgte die Gründung von Koblenz aus, verlief sie meist über die Parteischiene durch die vor Ort ansässigen Gliederungen. Entsprechend wurden die Ortsgruppen auch wahrgenommen²⁹³². Im Extremfall führte diese Zweigleisigkeit zu einem offenen Konkurrenzkampf zwischen Ortsgruppen, die sich weiterhin nach Berlin orientierten und Vereinigungen, die ihre Existenz der Koblenzer Geschäftsstelle verdankten. Derartige Konflikt setzten sich sogar innerhalb seit Jahren bestehender Saarvereine fort, da sich die von Simon eingesetzten neuen Vorstände im Besitz einer höheren Autorität glaubten²⁹³³. Wie das Beispiel des Erfurter Stützpunktes Jena zeigt, kam es durchaus vor, daß selbst auf reinen Parteibefehl ins Leben gerufene Ortsgruppen eine lebhaftere Eigeninitiative entwickelten: Nach einer entsprechenden Weisung leitete der dort ansässige Lehrer Hofem Anfang 1934 die Gründung in die Wege; obwohl die Gruppe selbst nur 12 Mitglieder zählte, organisierte sie im laufenden Jahr etwa 40 Veranstaltungen²⁹³⁴.

Die Zunahme der Ortsgruppen stellte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zugleich vor das Problem, die neuen Mitglieder umfassend mit Informations- und Propagandamaterial zu versorgen. In vielen Fällen beschränkte sich der Schriftverkehr zwischen den neuen Stützpunkten und der Berliner Zentrale auf Bestellscheine der dort aufgelegten Broschüren, Plakate und sonstigem Material; vielfach mußten die aus dem Boden schießenden Ortsgruppen erst auf die Gepflogenheiten des Vereins hingewiesen werden²⁹³⁵.

bedurften die Vorsitzenden von Stützpunkten nicht der Bestätigung durch die Koblenzer Bundesführung: Vgl. Briefe der Geschäftsstelle Koblenz an A. Tholey (28.11.33, in: BA-R 8014/404), Kurt Krämer (03.01.34, in: BA-R 8014/186) und Anschütz (10.02.34), in: BA-R 8014/346. Ein nicht unerhebliches Problem stellte die Finanzierung der zahlreichen Ortsgruppen dar, die noch weniger als in früheren Jahren auf Zuschüsse aus Berlin hoffen konnten. Vogel empfahl den Gruppen, den Erlös aus dem Verkauf von Propagandamaterial zur Deckung der sonstigen Auslagen zu verwenden: Vgl. Brief der GSV an die Ortsgruppe Merkstei (31.01.34), in: BA-R 8014/498.

²⁹³¹ Vgl. Brief Hartmanns an die GSV (21.04.34), in: BA-R 8014/365.

²⁹³² Beispielsweise zählte die Nürnberger Ortsgruppe zu den Koblenz-treuen Vereinigungen: Vgl. Brief der Gendarmerie-Station Zirndorf an die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth (09.01.34), in: StA Nürnberg, C 7/V/7001.

²⁹³³ So diffamierte der Hamburger Vorsitzende Oswald seinen Vorgänger Helfgen bei Debusmann (24.09.34), in: BA-R 8014/1151) mit dem Vorwurf, dieser stünde noch immer mit der Berliner Zentrale in Verbindung.

²⁹³⁴ Vgl. Rechenschaftsbericht Adolf Hofems an die GSV (26.12.34), in: BA-R 8014/424. Weitere Beispiele der Ortsgruppenpropaganda siehe Kap. 12.

²⁹³⁵ Vgl. beispielsweise Brief der GSV an Paul Sanetra (24.05.34), in: BA-R 8014/457. In der Regel übersandte die GSV nach Bekanntgabe der Existenz einer neuen Ortsgruppe unaufgefordert Propaganda- und Werbema-

Es entstanden allerdings nicht nur neue Ortsgruppen und Stützpunkte des Bundes, sondern die bereits bestehenden Vereinigungen erlebten einen massenhaften Zulauf. Die Duisburger Ortsgruppe verdoppelte beispielsweise 1933 Mitgliederzahl auf 148²⁹³⁶, ähnlich verhielt es sich auch in Erfurt, wo die Zahl von 40 auf 91 stieg²⁹³⁷. In Bochum zählte die dortige Ortsgruppe nach zwei Jahren insgesamt 570 eingeschriebene Mitglieder – gegenüber 50 zu Jahresanfang 1933²⁹³⁸. Die äußerst rührige Stettiner Ortsgruppe, die im November 1933 gerade auf 47 Mitglieder verweisen konnte, wuchs binnen zweier Monate schlagartig auf 177 Mitglieder an. Zur Jahresmitte 1934 existierten in Pommern schon 50 Stützpunkte mit zusammen 1.900 Mitgliedern²⁹³⁹. Die Bezirksgruppe Sauerland konnte angeblich nach nur zweimonatigem Bestehen bereits 6.000 Mitglieder verzeichnen, wobei sie in absehbarer Zeit mit der zweieinhalb-fachen Zahl rechnete²⁹⁴⁰. Vier Gründe dürften maßgeblich für den verstärkten Zulauf der Saarvereins-Ortsgruppen gewesen sein²⁹⁴¹:

1. Durch die Mitgliedschaft ließ sich konformes Verhalten demonstrieren, ohne sich in originär nationalsozialistischen Organisationen engagieren zu müssen.
2. Ein Engagement in einer lokalen Ortsgruppe konnte sich positiv für eine Parteikarriere auswirken bzw. brachte mitunter sonstige materielle Vorteile mit sich²⁹⁴².
3. Gerade in kleineren Gemeinden war der Gesinnungsdruck auf Saarländer – abstimmungsberechtigt oder nicht – sehr hoch, womit die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft – eigentlich konstitutives Charakteristikum für Vereine²⁹⁴³ – nicht mehr gegeben war²⁹⁴⁴.

terial sowie einige Exemplare des SF mit der Aufforderung, das Bundesorgan zu abonnieren: Vgl. undatierte Standardschreiben der GSV an die Ortsgruppen Rothenburg und Wirschweiler (1934), in: BA-R 8014/582 und 652.

²⁹³⁶ Vgl. BA-R 8014/317.

²⁹³⁷ Vgl. undatierter Jahresbericht der Ortsgruppe Erfurt, in: BA-R 8014/327.

²⁹³⁸ Vgl. SF 15 (1934) 22, S. 473.

²⁹³⁹ Vgl. SF 15 (1934) 2, S. 31; SF 15 (1934) 11, S. 209. Beispielweise waren im schlesischen Greiffenberg aus 700 Haushalten 312 Personen dem Verein beigetreten: Vgl. Mitteilung an die GSV (06.06.34), in: BA-R 8014/370.

²⁹⁴⁰ Vgl. SF 15 (1934) 14, S. 275.

²⁹⁴¹ Die rapide Zunahme der Mitglieder in den Ortsgruppen läßt für die Zeit nach 1933 noch sehr viel weniger qualitative Aussagen über Veränderungen der Sozialstruktur in bereits bestehenden bzw. den neu gegründeten Vereinen zu.

²⁹⁴² Beispielsweise intervenierte die Koblenzer Geschäftsstelle bei der Stadtverwaltung von Oberhausen (04.01.34, in: BA-R 8014/538), um dem dortigen Vorsitzenden eine Anstellung zu verschaffen. Der ehemalige Vorsitzende der Ortsgruppe Cöthen forderte im Herbst 1934 die formale Gleichstellung der hervorragenden Saarvereinsprotagonisten mit den „Alten Kämpfern“ der NSDAP: Vgl. Brief Barnicks an die GSV (22.10.34), in: BA-R 8014/450. Allem Anschein nach sollte die fördernde Mitgliedschaft im Saarverein auf die Mitgliedschaft der DF und damit auch der NSDAP angerechnet werden: Vgl. Brief Posselts an die GSV (12.02.35), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 7.

²⁹⁴³ Vgl. Max Hildebert BOEHM: Die nationale Bedeutung des deutschen Vereinswesen, in: PRAESENT (Hrsg.): Die Verbände, S. 11–19, hier: S. 13.

²⁹⁴⁴ Die Ende Mai 1933 gegründete Ortsgruppe Mainz bemühte sich beispielsweise, die Namen der nicht zur Gründungsversammlung erschienen Saarländer zu eruieren: Vgl. SF 14 (1933) 14, S. 232. Anders als durch

4. Stärker als noch in früheren Jahren konnte der Bund auf die Unterstützung der Behörden zählen²⁹⁴⁵.

Meist rief der jeweilige Vorstand zu einer weiteren Intensivierung der Mitgliederwerbung auf:

*„Ich erwarte, daß jedes Mitglied bis zur nächsten Monatsversammlung uns mindestens 3 neue Mitglieder zuführt.“*²⁹⁴⁶

Interessanter ist im Grunde allerdings die Relation zwischen Mitgliedern einer Ortsgruppe und Abstimmungsberechtigten: Wie an anderer Stelle noch auszuführen sein wird, konnte das Ziel, ausnahmslos alle reichsdeutschen Berechtigten in den Ortsgruppen zu erfassen, nicht realisiert werden. Wenn beispielsweise der 1928 gegründete Mannheimer Verein im Sommer 1934 behauptete, bei etwa 1.200 Abstimmungsberechtigten immerhin 1.150 Mitglieder zu zählen²⁹⁴⁷, so sollten diese Zahlenwerte eine hohe Erfassungsquote suggerieren. Ein Vergleich mit anderen Vereinen ergibt jedoch ein abweichendes Bild: Die monatlichen Tätigkeitsberichte der Ortsgruppe Trier an Landesgruppenführer Kellner lassen den Schluß zu, daß nur etwa jedes zweite Mitglied tatsächlich abstimmungsberechtigt war. Demnach gehörten dem vier Jahr zuvor gegründeten Saarverein an²⁹⁴⁸:

Mai 1934:	1.001 (477)	September 1934:	1.217 (631)
Juni 1934:	1.050 (484)	Oktober 1934:	1.224 (637)
Juli 1934:	1.129 (501)	November 1934:	1.244 (649)
August 1934:	1.165 (576)		

Umgekehrt war es der Wiesbadener Gruppe zwar gelungen, bis September 1934 262 Mitglieder zu rekrutieren, doch lebten in ihrem Einzugsgebiet mehr als doppelt so viele Abstimmungsberechtigte²⁹⁴⁹.

Zwang dürfte es auch nicht zu erklären sein, daß angeblich alle Einwohner des Hunsrückortes Sohrscheid Mitglieder des Bundes geworden waren: Vgl. S.Z. Nr. 88 (04.04.34).

²⁹⁴⁵ Vgl. Randnotiz im Rundschreiben des BayMInn (31.03.34), in: BayHStA, MInn 47.097

²⁹⁴⁶ Vgl. Rundschreiben Richard Hellwigs an die Mitglieder der Berliner Ortsgruppe (30.04.34), in: BA-R 8014/134. Aus Elberfeld: Vgl. SF 14 (1933) 24, S. 465.

²⁹⁴⁷ Vgl. SF 15 (1934) 3, S. 50 sowie Monatsberichte in: BA-R 8014/486.

²⁹⁴⁸ Stichtag ist jeweils der Monatsanfang; die Werte in Klammern geben die Zahl der darunter erfaßten Abstimmungsberechtigten wieder: Vgl. LHA Koblenz, 661,11/32. Vgl. auch SF 15 (1934) 24, S. 539. Aufgrund einer Bitte des Trierer Regierungspräsidenten Saaßen traten im Frühjahr 1934 etwa 60 Angehörige des Regierungspräsidiums der Ortsgruppe bei, darunter auch Saaßen selbst. Die Initiative hierzu war von der Ortsgruppe ausgegangen: Vgl. Brief Schuncks an Saaßen (16.03.34), in: LHA Koblenz, 442/8546. Vgl. auch „Neue Mannheimer Zeitung“ Nr. 247 (04.06.34): Von 1.200 Mitgliedern der Mannheimer Gruppe seien 606 abstimmungsberechtigt.

²⁹⁴⁹ Vgl. BA-R 8014/648. Nach Ende der ersten Meldefrist (31.08.34) waren von den eingetragenen 490 Hamburger Abstimmungsberechtigten nur 350 Mitglieder der dortigen Ortsgruppe: Vgl. Brief der Gestapo Berlin an das AA (19.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.467.

In den Ausführungsbestimmungen zu Simons ersten Rundschreiben an die Ortsgruppen fanden sich erläuternde Hinweise zur praktischen Handhabung des nun geltenden Führerprinzips: Der bisherige Vorsitzende eines lokalen Saarvereins sollte unter der Bedingung dessen Führer bleiben, daß er sich in den vergangenen Jahren weder marxistisch betätigt habe, noch

*„Nichtarier im Sinne der betreffenden Bestimmungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ist, wie überhaupt die Mitgliedschaft von Marxisten und Nichtariern zum Bund der Saarvereine nach den neuen Satzungen untersagt ist.“*²⁹⁵⁰

In eigener Verantwortung ernannte der Führer seinen auf wenige Personen beschränkten Mitarbeiterstab²⁹⁵¹. Auf Grundlage dieser Anordnung lassen sich die Vorsitzenden der Saarvereine nach 1933 grob in fünf Kategorien einteilen:

1. In vielen Ortsvereinen änderte sich an der personellen Zusammensetzung des Vorstandes auch durch die Gleichschaltung des Bundes nichts. Grundvoraussetzung hierfür war allerdings die Ernennung bzw. Bestätigung bereits amtierender Vorsitzender durch Simon. In derartigen lokalen Ablegern überdauerten die alten Vereinsstrukturen oftmals die kommenden beiden Jahre ohne tiefgreifende Veränderungen.
2. Das Führerprinzip ermöglichte es, unliebsame Ortsgruppenleiter abzuservieren. In Heidelberg sorgte die Ortsgruppe für einen Austausch ihres Vorsitzenden²⁹⁵², in Mörs-Meerbeck scheiterte die dortige Vereinigung bei einem ähnlichen Versuch²⁹⁵³. Mitunter legten Vorstände aber auch aus eigener Entscheidung ihr Amt nieder, wohinter sich nicht zwangsweise politische Motive verbargen²⁹⁵⁴.
3. In Einzelfällen wie in Bonn intervenierte Simon persönlich und sorgte für einen Wechsel²⁹⁵⁵; die Gefahr, die Mitglieder durch diese Intervention gegebenenfalls zu verprellen, ging er ein.
4. Ungeachtet dessen, daß eine Führeranordnung von September 1933 in ihrer Präambel festlegte, daß mit *„Unterstellung des Bundes der Saarvereine unter nationalsozialistische Führung*

²⁹⁵⁰ Vgl. Rundschreiben Simons an die Ortsgruppen (18.10.33), in: BA-R 8014/130. Siehe Dok. 19 im Anhang. Voller Stolz verkündete daraufhin die Bonner Vereinigung: *„Änderungen in der Leitung des Vereins sind in Bonn z.Zt. nicht notwendig, es befanden sich in unserem Vorstand seit dem Bestehen der Ortsgruppe keine Marxisten und keine Nichtarier.“*: Vgl. Brief der Ortsgruppe Bonn an die GSV (31.10.33), in: BA-R 8014/268. Vgl. auch Brief der GSV an die Ortsgruppe Kassel (25.10.33), in: BA-R 8014/431.

²⁹⁵¹ In Ibbenbüren überwachte der stellvertretende NSDAP-Ortsgruppenführer die Sitzung, in welcher das Führerprinzip Einzug hielt und die Mitglieder des Vorstandes vom Vorsitzenden ernannt wurden: SF 14 (1933) 23, S. 446 f.

²⁹⁵² Vgl. Brief der GSV an die Ortsgruppe Heidelberg (27.11.33) und Ernennungsschreiben Simons (02.01.34), in: BA-R 8014/400.

²⁹⁵³ Vgl. Brief der Koblenzer Geschäftsstelle an die NSDAP-Dienststelle Mörs-Meerbeck (17.01.34), in: BA-R 8014/504.

²⁹⁵⁴ Beispielsweise lag der Rückzug des Vorsitzenden aus Münster darin begründet, daß er nicht länger bereits war, Befehle auszuführen, die über seinen Kopf getroffen worden waren: Vgl. Briefe Jaegers an die GSV (01.08.33 und 08.10.33), in: BA-R 8014/514.

²⁹⁵⁵ Vgl. Ernennungsschreiben Simons für Klamp (07.12.33), in: BA-R 8014/268. Offiziell legte Vogel aus Altersgründen den Vorsitz nieder: Vgl. SF 15 (1934) 3, S. 48 sowie Rundschreiben Klamps (02.01.34), in: StA Bonn, Pr 10/325.

[...] *auch im Bund mit dem demokratischen Prinzip gebrochen worden*“ sei²⁹⁵⁶, wurden die Vorstände zahlreicher Ortsgruppen durch (Wieder-) Wahl bestimmt. Zwar erhielt die Wahl erst durch die nachträgliche Bestätigung aus Koblenz ihre Gültigkeit, doch zeigt dies das Vorhandensein rudimentärer demokratischer Reste auf Ortsgruppenebene²⁹⁵⁷.

5. Viele der lokalen Führer der neu gegründeten Ortsverbände wurden per Parteibefehl von Simon ernannt. Das Beispiel Herfords zeigt, daß sich der neue Vorsitzende eher aus Gehorsam als aus eigener Überzeugung engagierte und sich zunächst über die eigentlichen Aufgaben der Saarvereine informieren mußte²⁹⁵⁸.

Gerade nach 1933 konnte die Bundesführung oftmals nur wenig wählerisch bei der Auswahl lokaler Saarvereinsleiter sein; mitunter beherrschten diese die deutsche Sprache und Grammatik nur rudimentär²⁹⁵⁹ bzw. besaßen unzureichende organisatorische Fähigkeiten. Die hohe Fluktuation der Ortsgruppenvorsitzenden bei manchen Neugründungen stützt diese Vermutung²⁹⁶⁰. Schließlich forderte die Koblenzer Zentrale von potentiellen Bewerbern um den Posten eines Ortsgruppenführers lediglich ein Gutachten der zuständigen NSDAP-Dienststelle über deren politische Zuverlässigkeit²⁹⁶¹. Obwohl Nationalsozialisten damit prinzipiell gute Chancen bei ihrer Kandidatur besaßen, war die Parteimitgliedschaft keine zwingende Voraussetzung für eine Ernennung bzw. Bestätigung²⁹⁶². Gegen die Skepsis lokaler Parteistellen nahm die Bundesführung auch ehemalige Zentrumsanhänger in Schutz²⁹⁶³.

²⁹⁵⁶ Vgl. Führeranordnung (September 1933), in: LHA Koblenz, 661,11/27. Möglicherweise handelt es sich hier um einen Entwurf aus der Feder Kellners für Simon.

²⁹⁵⁷ Wahlen fanden beispielsweise statt in: Altona und Bochum (SF 14 (1933) 23, S. 444), Berlin (SF 14 (1933) 20, S. 393), Erfurt (SF 15 (1934) 5, S. 87), Eschweiler (SF 14 (1933) 10, S. 162), Mannheim (SF 14 (1933) 15, S. 250), Stettin (SF 14 (1933) 6, S. 98), Trier (SF 14 (1933) 12, S. 198 f.) und Waltrop (SF 15 (1934) 21, S. 410 f.).

²⁹⁵⁸ Vgl. Ernennungsschreiben Simons (05.03.34) und Brief Beines an die GSV (07.03.34), in: BA-R 8014/403. Unmittelbar nach der Abstimmung löste sich die Gruppe wieder auf.

²⁹⁵⁹ Vgl. Brief Jungs (Waldagesheim) an die GSV (13.03.34), in: BA-R 8014/631.

²⁹⁶⁰ Beispielsweise amtierten zwischen November 1933 und Dezember 1934 in Rostock insgesamt vier Ortsgruppenleiter: Vgl. Schriftwechsel zwischen der GSV und der Ortsgruppe Rostock (1933–1934), in: BA-R 8014/581; SF 14 (1933) 24, S. 464.

²⁹⁶¹ Vgl. u.a. Brief der Geschäftsstelle Koblenz an Willi Bunke (12.01.34), in: BA-R 8014/658.

²⁹⁶² Vgl. Briefe der GSV an P. Kreuzenbeck (23.01.34, in: BA-R 8014/774) und Gerhard Nüßler (31.01.34), in: BA-R 8014/277. Simon hatte lediglich angeordnet, daß die Vorsitzenden „möglichst der NSDAP angehören“ sollten, während die ältere Vorlage noch forderte: „*Der Führer der Ortsgruppe oder sein Stellvertreter müssen der N.S.D.A.P. angehören.*“: Vgl. Rundschreiben Simons an die Ortsgruppen (18.10.33), in: BA-R 8014/130; Führeranordnung (September 1933), in: LHA Koblenz, 661,11/27. Von den insgesamt 200 Ortsgruppenleitern, die im „Saarbefreiungskampf“ (S. 381–390) mit einem Portraitfoto verewigt wurden, trugen nur 24 Parteiuniformen bzw. Uniformen der SS oder SA.

²⁹⁶³ Vgl. Brief Debusmanns an die NSDAP-Kreisleitung Gießen (25.09.34), in: BA-R 8014/359. Einstige SPD-Funktionäre waren schon im Sommer 1933 von ihren Posten entfernt worden. Vogel leitete wenige Tage nach dem offiziellen Führungswechsel an der Spitze des Bundes ein Schreiben der Ortsgruppe Erkenschwiek an Simon mit der Bemerkung weiter (21.07.33, in: BA-R 8014/330), der inzwischen inhaftierte Vorsitzende habe sich „*zweifellos gewisse Verdienste*“ um die Gruppe erworben.

Ab Mitte 1934 sah sich die Koblenzer Geschäftsstelle gezwungen, dem blinden Aktionismus mancher Ortsgruppenvorsitzender Einhalt zu gebieten. Der oben bereits erwähnte Leiter des Görlitzer Saarvereins wurde ebenso wie der spätere Landesgruppenführer von Schlesien in Breslau gemahnt, von weiteren Neugründungen abzusehen und sich stärker dem inneren Ausbau der vorhandenen Ableger zuzuwenden²⁹⁶⁴. Verschiedentlich versuchten lokale Vorsitzende – ermutigt durch die erfolgreiche Gründung zahlreicher Ortsgruppen und Stützpunkte –, sich zu Kleinführern aufzuschwingen. Der von Kellner ernannte Vorsitzende der Ortsgruppe Kreuznach²⁹⁶⁵ legte sich beispielsweise den Titel „Kreisleiter“ zu, was ihm Anfang 1934 ebenso wie das Eintreiben von Pflichtbeiträgen bei „seinen“ Ortsgruppen von der Koblenzer Geschäftsstelle untersagt wurde²⁹⁶⁶.

Zu einem ernsthaften Problem entwickelte sich das Verhalten des Stettiner Ortsgruppenvorsitzenden Herrmann, der auf offenen Konfrontationskurs zur Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ging²⁹⁶⁷. Seine Eigenmächtigkeiten steigerten sich in der zweiten Jahreshälfte 1933 stetig, bis er dazu überging, Unterstützungsgelder für die Zentrale selbst abzuschöpfen und trotz Zurechtweisung aus Koblenz in seinem näheren Einflußgebiet sowohl Ortsgruppen als auch Korporationen an seine eigene Geschäftsstelle in Stettin zu binden. Selbstbewußt lehnte es Herrmann, der sich mit dem Titel „*Beauftragter der Saar-Werbe- und Aufklärungs-Propaganda für Pommern, Ostpreußen, Kurmark, Danzig und Mecklenburg*“ schmückte, schließlich ab, überhaupt mit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu verkehren, da diese seine Arbeitsfreudigkeit und den Ernst der Sache störe. Die Herausgabe des Mitteilungsblattes „Der Saarländer“²⁹⁶⁸ bildete den Höhepunkt der Auseinandersetzung. Kostenlos an die etwa 3.000 Mitglieder der Landesgruppe verteilt, wirkte es sich nicht nur negativ auf den Absatz des „Saar-Freund“ in Pommern aus, sondern stärkte im gleichen Maß die Machtposition Herrmanns, wie es die Autorität der Berliner Geschäftsstelle untergrub. Obwohl die Landesstelle des Reichspropa-

²⁹⁶⁴ In der Oberlausitz waren sich beide Stammgruppen ins Gehege gekommen: Vgl. Brief der Geschäftsstelle Koblenz an Nüßler (01.06.34, in: BA-R 8014/277) und Hartmann (16.06.34), in: BA-R 8014/365. Schon im Vorjahr hatte der Vorsitzende der Ortsgruppe Oberhausen Vogel gebeten, eine „*Nichtgründungs-Erlaubnis*“ auszusprechen, da sich in Osterfeld eine zweite Gruppe gebildet hatte, die überwiegend aus den Ausgeschlossenen des Muttervereins bestand: Vgl. Briefe Karrenbauers an die GSV (01.06.33 und 27.07.33), in: BA-R 8014/538. Siehe ebenso: BA-R 8014/553.

²⁹⁶⁵ Ende 1933 konnte Lordt auf 11 Ortsgruppen mit etwa 1.000 Mitgliedern zurückblicken, zur Zeit seiner Maßregelung waren es bereits 14 Ortsgruppen und 42 Stützpunkte mit insgesamt 1.900 Mitgliedern, die bis Ende Oktober 1934 auf 130 Ortsgruppen und Stützpunkte mit zusammen 14.000 Mitgliedern anwachsen: Vgl. Schriftwechsel mit der GSV, in: BA-R 8014/455.

²⁹⁶⁶ Vgl. Brief der Geschäftsstelle Koblenz an Lordt (10.02.34), in: Ebd. Nachdem ein Erlaß des RMI vom Frühjahr 1934 bereits bestimmte Bezeichnungen wie „Führer“, „Reichsleiter“ oder „Gauleiter“ für die NSDAP reserviert hatte (vgl. Rundschreiben des thüringischen Kreisamts an Stadt- und Gemeindevorstände des Landkreises (23.03.34), in: StA Weimar, 12/ 1-10-23), ordnete die Oberste Leitung der PO zu Jahresende an, daß künftig das Wort „Führer“ durch „Leiter“ zu ersetzen sei: Vgl. SF 15 (1934) 15, S. 293; SF 15 (1934) 23, S. 505.

²⁹⁶⁷ Im folgenden: Schriftwechsel (1933–1934), in: BA-R 8014/611 f.

²⁹⁶⁸ Vgl. SF 15 (1934) 4, S. 67. Das monatlich erscheinende Organ übernahm Artikel saarländischer Zeitungen, druckte Verfügungen der Regierungskommission ab und verzeichnete die Stützpunkte.

gandaministeriums entschieden Partei ergriff und Herrmanns Engagement anderen Gruppen als Vorbild präsentierte, untersagte die Bundesführung die Verbreitung. Erst der Hinweis auf die Bestimmungen des Schriftleitergesetzes brachte im Oktober 1934 den eigensinnigen Lokalfürst zum Einlenken. Ein zur gleichen Zeit stattfindendes klärendes Gespräch zwischen Herrmann und Vogel legte die Reibereien zumindest bis zur Abstimmung auf Eis.

Das Bemerkenswerte an dem Konflikt war weniger, daß sich Herrmann – gestützt auf die Protektion der lokalen NSDAP – nicht länger dem um Anerkennung und Geltung ringenden Vogel²⁹⁶⁹ unterordnen wollte, sondern daß er sich mehrfach leisten konnte, ausdrückliche Weisungen aus Koblenz zu ignorieren, ohne abgesetzt zu werden. Ein möglicher Grund hierfür mag sein bemerkenswertes Organisationstalent gewesen sein, welches im Februar 1934 auf der Koblenzer Führertagung eigens hervorgehoben wurde²⁹⁷⁰.

Innerhalb des Bundes erlebten nur wenige Ortsgruppen einen solchen Aufschwung wie die Landesgruppe Westmark um deren Koblenzer Mutterverein. Dank einer umfangreichen Quellenüberlieferung im Landeshauptarchiv Koblenz ist sie auch organisatorisch gut zu fassen.

Exkurs 3: Die Landesgruppe Westmark

Die im März 1929 gegründete und Anfang Oktober 1929 dem Bund der Saarvereine beigetretene Ortsgruppe Koblenz²⁹⁷¹ nahm in den Jahren bis 1933 eine mit anderen Saarvereinigungen vergleichbare Entwicklung. Ihre etwa 130 Mitglieder waren sowohl in der ehemaligen Garnisonsstadt als auch im näherem Einzugsgebiet ansässig²⁹⁷²; geleitet wurde die Gruppe von Anfang an von Heinz Kellner, der seit 1931 ehrenamtlicher Mitarbeiter des „Koblenzer Nationalblattes“²⁹⁷³ war. Ihren bedeutsamsten propagandistischen Erfolg konnte die Ortsgruppe mit der Ausrichtung der Saarkundgebung am Deutschen Eck während der Bundestagung 1932 verbuchen. Angeblich habe Kellner anschließend von der französischen Presse den Beinamen „Saar-Kellner“ erhalten und sei von der Koblenzer KPD auf deren schwarze Liste gesetzt worden²⁹⁷⁴.

²⁹⁶⁹ Vogel beklagte sich ausgerechnet bei Kellner (11.08.34, in: BA-R 8014/1122): *„Wegen diesen 460 Leuten spielt sich Herr Herrmann seit Monaten so auf, als wenn das Saargebiet nur mit seiner Hilfe gerettet werden könnte. Hoffentlich bietet sich mir nun bald einmal Gelegenheit, mit ihm gründlich abrechnen zu dürfen. Denn es ist die höchste Zeit, daß diesem Manne endlich ein Halt geboten wird.“*

²⁹⁷⁰ Die Aktivität des Stettiner Saarvereins wurde den anderen Ortsgruppen als leuchtendes Beispiel empfohlen, was selbst der ehemalige Vorsitzende für unklug hielt, da es demotivierend wirken müsse: Vgl. Brief der GSV an Stegner (01.03.34), in: BA-R 8014/326. Beispielsweise beteiligte sich die Gruppe an der „Braunen Messe“ Ende September 1934 mit einem eigenen, aufwendig gestalteten Stand. Foto in: SF 15 (1934) 21.

²⁹⁷¹ Vgl. SF 10 (1929) 19, S. 415.

²⁹⁷² Vgl. SF 11 (1930) 5, S. 106. Auch Mitglieder des 1922 aufgelösten Neuwieder Saarvereins zählten zur Koblenzer Gruppe.

²⁹⁷³ Vgl. hierzu: Peter STEIN: Die NS-Gaupresse 1925–1933. Forschungsbericht – Quellenkritik – neue Bestandsaufnahme, München [u.a.] 1987, S. 272.

²⁹⁷⁴ Vgl. Tätigkeitsbericht Kellners (30.04.37), in: LHA Koblenz, 661,11/24.

Seine Treue gegenüber Simon, den er als Nachfolger für den langjährigen Bundesvorsitzenden Andres ins Spiel gebracht hatte, sollte sich auszahlen: Kellner wurde nicht nur mit der gesamten Grenzlandarbeit im mittelhheinischen Gebiet betraut und im Oktober 1933 zum Gaunachrichtenleiter ernannt²⁹⁷⁵, sondern Ende 1933 von Simon auch zum Gebietsleiter der Saarvereine im Gau Koblenz-Trier-Birkenfeld berufen²⁹⁷⁶. Wie er weder in zahlreichen Briefen während des Abstimmungskampfes noch Jahre nach dem Plebiszit müde wurde zu betonen, trug er damit die Verantwortung für die Erfassung von insgesamt 11.000 Abstimmungsberechtigten, was etwa 23% aller Wähler im Reich entsprochen habe²⁹⁷⁷. Zusätzliche Machtfülle erfuhr er durch einen eigenen Vertrauensmännerstab, den er im Saargebiet unterhielt, sowie als Beauftragter des Reichskommissars Haake²⁹⁷⁸.

Auf dieser Grundlage baute Kellner die Zentrale seiner Koblenzer Ortsgruppe²⁹⁷⁹ zu einer Nebengeschäftsstelle aus, die erste Anlaufstelle für die Gauortsgruppen sein sollte. Die Berliner Stresemannstraße hingegen wurde immer weiter ausgebootet: So forderte Kellner in seinem ihm eigenen Kommandoton Ende November 1933 explizit von den Vereinigungen in Bingerbrück, Birkenfeld, Hermeskeil, Kirn, Koblenz, Kreuznach, Mayen, Neuwied und Trier, daß alle Schreiben in Bundesangelegenheiten künftig an ihn zu richten seien²⁹⁸⁰. Keine zwei Monate später erhob er die Forderung, daß die Durchschläge aller an Simon gerichteten Schreiben ebenfalls an ihn zu gehen hätten, um im Mai den inzwischen 50 Vereinigungen des Gaus mitzuteilen, daß sie nur noch mit ihm zu korrespondieren hätten; er leite die Berichte anschließend an Simon weiter²⁹⁸¹. Mit der regionalen Neugliederung des Bundes der Saarvereine stieg Kellner im Herbst 1934 auch offiziell zum Leiter der Landesgruppe „Westmark“ auf²⁹⁸²; während der letzten Monate vor der Abstimmung war er aufgrund dieser Funktion von seiner Dienststelle beurlaubt. Standardisierte Vordrucke für die monatlichen Tätigkeitsberichte und die

²⁹⁷⁵ Vgl. ebd.

²⁹⁷⁶ Vgl. SF 14 (1933) 23, S. 442. Im Vorfeld der Niederwaldtagung wurde er sogar von Hitler in Berchtesgaden empfangen: Vgl. Brief Dierkes an Kellner (16.08.33), in: LHA Koblenz, 661,11/23.

²⁹⁷⁷ Vgl. Tätigkeitsbericht Kellners (30.04.37), in: LHA Koblenz, 661,11/24. Davon lebten allein im Regierungsbezirk Trier etwa 7.300 abstimmungsberechtigte Personen: Vgl. Brief Dr. Steegmanns an Kellner (20.11.34), in: LHA Koblenz, 661,11/5.

²⁹⁷⁸ Vgl. Brief Kellners an die GSV (02.08.33), in: BA-R 8014/455.

²⁹⁷⁹ Dabei zählte diese Ortsgruppe bei weitem nicht zu den größten nach der Gleichschaltung des Bundes: Im Juli 1934 vereinte sie nur 293 Mitglieder – unter ihnen 134 Abstimmungsberechtigte – und erreichte ihren Höchststand im November 1934 mit 325 Mitgliedern (155 Abstimmungsberechtigte). Vgl. die monatlichen Tätigkeitsberichte der Ortsgruppe Koblenz, in: LHA Koblenz, 661,11/31.

²⁹⁸⁰ Vgl. Rundschreiben Kellners an die Ortsgruppen (24.11.33), in: LHA Koblenz, 661,11/7: „*Helft die deutsche Saar befreien! Wer nicht freudig für die Befreiung der Heimat mitkämpft, der ist nicht wert, Deutscher genannt zu werden.*“ Dieser Sinnspruch wurde schließlich in den Briefkopf der Landesgruppe übernommen.

²⁹⁸¹ Vgl. Rundschreiben Kellners an die Ortsgruppen (15.01.34 und 12.05.34), in: Ebd.

²⁹⁸² Vgl. Rundschreiben Kellners an die Ortsgruppen (01.10.34), in: Ebd.

aktuellen Mitgliederzahlen erwiesen sich als ein nicht zu unterschätzendes Kontrollmittel in der Hand Kellners, der die Konkurrenz unter den Ortsgruppen und Stützpunkten bewußt schürte²⁹⁸³. Innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches führte Kellner auch eigene, von der Berliner Zentrale losgelöste Richtlinien ein; dank seiner guten Kontakte zur Koblenzer Gauführung konnte er sich dieses Vorgehen leisten. Ohne, daß es zu Interventionen wie im Falle Stettins gekommen wäre, verdrängte das von einem Bruder des Gauleiters geführte und um eine Saarbeilage ergänzte „Koblenzer Nationalblatt“ zunehmend das ursprüngliche Verbandsorgan „Saar-Freund“²⁹⁸⁴. Vorausgegangen waren regelmäßige Beschwerden Kellners, die Aktivitäten der Ortsgruppen im Gaugebiet und insbesondere er selbst fänden im eigentlichen Bundesorgan nicht die ihnen gebührende Beachtung²⁹⁸⁵. In der Zeit vom 25. Februar bis 15. Mai 1934 verpflichtete Kellner die Ortsgruppen zur Veranstaltung eines „Deutschen Abends“ mit einem bis ins Detail einheitlichen Programm. Nach einer einleitenden Marschmusik sollte die Veranstaltung durch den jeweiligen Ortsgruppenleiter eröffnet werden. Ein weiterer Marsch zur Schaffung der gewünschten Atmosphäre sollte zu einem Gedicht überleiten, bevor ein Männerchor „Arm Saarvögelein“ und „Deutsch ist die Saar“ vortrug. Als Höhepunkt des Abends sah Kellner seine mit Lichtbildern illustrierte Ansprache vor, die gegebenenfalls noch durch eine weitere des Bundesführers Simons gekrönt werden konnte. Das nach einem erneuten Marsch an die Versammelten zu richtende Schlußwort sollte die standardisierte Inszenierung schließlich beenden²⁹⁸⁶. Kellner sorgte sich um weit mehr als nur um die Rahmgestaltung der Abende: So klagte er beispielsweise in einem seiner zahlreichen Rundschreiben darüber, daß Musikstücke ausländischer Komponisten in das Programm aufgenommen worden seien.

²⁹⁸³ Vgl. LHA Koblenz, 661,11/3, 4 und 25 ff.

²⁹⁸⁴ Während die Ortsgruppe gehalten waren, für je 50 Mitglieder mindestens ein Exemplar des SF zu beziehen, erklärte Kellner das „Koblenzer Nationalblatt“ zur Pflichtlektüre: Vgl. Rundschreiben Kellners an die Ortsgruppen (15.01.34), in: LHA Koblenz, 661,11/7. Außerordentlich viele Berichte über die Aktivität der Ortsgruppen finden sich auch in der „Koblenzer Volkszeitung“ sowie dem „Koblenzer Generalanzeiger“: Vgl. LHA Koblenz, 661,11/1.

²⁹⁸⁵ Vgl. Briefe Kellners an Wentz (04.10.33, in: LHA Koblenz, 661,11/2) und Richard Hellwig (08.11.34), in: LHA Koblenz, 661,11/27; Rundschreiben Kellners an die Ortsgruppen (01.10.34), in: LHA Koblenz, 661,11/7. Bei der Vielzahl von Kundgebungen nach 1933 war es auch kaum mehr möglich, jede Veranstaltung zu berücksichtigen. Selbst eine Saarkundgebung in Mannheim am 02./03.06.34 mit 10.000 Teilnehmern reichte gerade noch für eine Randnotiz. Allerdings muß auch in Rechnung gestellt werden, daß Vogel kaum daran interessiert sein konnte, seinem Widersacher ein breites Forum zur Selbstdarstellung zu überlassen. Ein gutes Bild der Ortsgruppenarbeit in der „Westmark“ vermitteln die Berichte in: LHA Koblenz, 661,11/31 f.

²⁹⁸⁶ Erstmals wurden wie bei Parteiveranstaltungen auch Eintrittsgelder erhoben: 10 Pfennig waren für jeden Besucher an die Gebietsführung abzutreten: Vgl. Rundschreiben Kellners an die Ortsgruppen (15.01.34), in: LHA Koblenz, 661,11/7. Der Kommerzialisierung mußte schon bald durch das Verbot des Verkaufs von Postkarten etc. entgegengetreten werden: Vgl. Rundschreiben Kellners an die Ortsgruppen (12.05.34), in: Ebd.

*„Wir sind so reich an wertvoller, wahrer deutscher Musik, daß wir sie auch demgemäß auswerten sollten. Ferner ist es angebracht, [... daß] unsere Veranstaltungen nicht als Übunde der Kapelle gelten.“*²⁹⁸⁷

Insgesamt 108 Ortsgruppen und Stützpunkte zählte die Landesgruppe Ende 1934²⁹⁸⁸; nach einer internen Auflistung von August 1934, derzufolge zwar 16.236 Mitglieder in der Landesgruppe vereint waren, befanden sich zu diesem Zeitpunkt allerdings erst 2.968 Abstimmungsberechtigte unter ihnen²⁹⁸⁹. Stärker als andere Landesgruppen wurde die „Westmark“ zusehends nach dem Vorbild eines Parteigaus organisiert; als Mittelinstanz zwischen Ortsgruppenleiter und Landesgruppenführer ernannte Kellner nach dem Führerprinzip Kreisleiter, die in ihrem Bereich wiederum die absolute Weisungsberechtigung in Saarvereinsangelegenheiten besaßen²⁹⁹⁰.

Aus den Akten läßt sich nicht mehr rekonstruieren, ob es grenzenlose Selbstüberschätzung oder eine Anweisung des gegenüber Bürckel ins Hintertreffen geratenen Simon war, daß Kellner Ende November 1934 Debusmann aufforderte, auf eine Mitwirkung des Bundes bei den bevorstehenden Saarverhandlungen in Rom zu drängen. Ihm schien es zumindest

*„ganz selbstverständlich, daß der Bund der Saarvereine seiner Bedeutung und seiner bisherigen Arbeit entsprechend bei den Saarverhandlungen durch Vertreter mit beteiligt sein muß.“*²⁹⁹¹

Möglicherweise witterte Vogel nun die Chance, mit seinem Koblenzer Widersacher abzurechnen. Denn während der inzwischen de facto zum Bundesführer aufgestiegene Debusmann Kellners Ansinnen lediglich zurückwies und ablehnte, es an die zuständigen Reichsbehörden weiterzuleiten²⁹⁹², übersandte Vogel Anfang Dezember eine Abschrift des Briefes an das Reichsinnenministerium mit dem Kommentar:

*„Es kann nicht Aufgabe des Bundes der Saarvereine sein, sich in die hochpolitischen Besprechungen, die die Reichsregierung in Bezug auf die Rückgliederung der Saar führt, einzuschalten. Die Aufgaben des Bundes der Saarvereine haben dank ihrer Initiative in den letzten Monaten eine solche Bedeutung erfahren, daß der Bund wirklich z.Zt. Träger des Saarkampfes, soweit er im Reich geführt werden muß, geworden ist.“*²⁹⁹³

Direkte Konsequenzen aus dem Vorstoß Kellners ließen sich nicht nachweisen, jedoch könnte Vogels Kalkül aufgegangen sein: Trotz seiner bis dahin unangefochtenen Position in der „Westmark“, seiner hervorragenden Verbindungen zur Koblenzer Gauleitung und damit zur

²⁹⁸⁷ Vgl. ebd.

²⁹⁸⁸ Vgl. Ortsgruppenverzeichnis (Dezember 1934), in: LHA Koblenz, 661,11/6.

²⁹⁸⁹ Vgl. Aufstellung (August 1934), in: LHA Koblenz, 661,11/21. Im März 1934 zählte Kellners eigene Ortsgruppe nur 245 Mitglieder, von denen knapp die Hälfte die Abstimmungsberechtigung besaßen: Vgl. „Koblenzer Nationalblatt“ (26.03.34).

²⁹⁹⁰ Vgl. Rundschreiben Kellners an die Ortsgruppen (12.05.34), in: LHA Koblenz, 661,11/7. Außer durch derartige Rundschreiben erhielten die Funktionäre der Landesgruppe ihre Instruktionen auf sogenannten Führertagungen: Vgl. SF 15 (1934) 13, S. 252.

²⁹⁹¹ Vgl. Brief Kellners an Debusmann (30.11.34), in: BA-R 8014/442.

²⁹⁹² Vgl. Brief Debusmanns an Kellner (04.12.34), in: Ebd.

²⁹⁹³ Vgl. Brief der GSV an Vollert (04.12.34), in: BA-R 8014/685.

Bundesführung der Saarvereine, hatte er keine Einladung zu den Rückgliederungsfeierlichkeiten in Saarbrücken erhalten. So stellte Kellner Jahre später resigniert fest:

*„Der 1. März 1935 aber war mit der Befreiung meiner Heimat vom fremden Joch für mich und meine Familie in persönlicher Beziehung ein Tag tiefer Erniedrigung.“*²⁹⁹⁴

Die Landesgruppe Westmark mit ihrer Koblenzer Zentrale führt die strukturellen Folgen der Gleichschaltung des Bundes der Saarvereine deutlich vor Augen: Bis 1933 war der Führungsanspruch der Berliner Geschäftsstelle zwar von einigen Ortsgruppen nur widerwillig akzeptiert, aber unter dem Strich nie ernsthaft angezweifelt worden. Mit dem Einzug des ambitionierten Koblenzer Gauleiters in die Bundesführung gelangten nun Ortsgruppenvorstände wie Kellner in Machtpositionen, die primär auf ihrer loyalen Parteimitgliedschaft basierten. Das bisherige Prädikat, durch die französische Besatzung ausgewiesen worden oder zumindest gebürtiger Saarländer zu sein, verkam zur Nebensache. Entscheidender war nach 1933 das Bekenntnis zum Nationalsozialismus und die Anerkennung der Führungsrolle Simons.

Dieser ließ sich nach der Übernahme der Bundesführung drei Monate Zeit, bis er für die gleichgeschalteten Ortsgruppen verbindliche Richtlinien erließ. Bis dahin hatten sich die lokalen Ablegen schon weitgehend am Vorbild der NSDAP-Ortsgruppen orientiert und eigene Propagandaleiter ernannt, die nun für die Organisation, Durchführung und publizistische Aufbereitung der zahlreichen Vortragsveranstaltungen zuständig waren²⁹⁹⁵. So spät Simons oben bereits erwähntes Rundschreiben²⁹⁹⁶ von Mitte Oktober auch erging – es kam einer Mobilmachung der Ortsgruppen gleich.

„Der Bund der Saarvereine muß im kommenden Jahr nicht allein jeden Abstimmungsberechtigten im Reich, sondern darüber hinaus jeden Volksgenossen propagandistisch erfassen. Durch das ganze deutsche Volk muß es wie ein einziger mächtiger Sturm gehen, der alle Gelüste der Gegner zu Schanden werden läßt.“

Zum Erreichen des gesteckten Ziels ordnete Simon an:

1. Jede Ortsgruppe hatte fortan „in gesteigerter Propagandatätigkeit“ zu stehen; abgesehen von größeren Kundgebungen waren alle Mitglieder aufgefordert, Mund-zu-Mund-Propaganda für das Saargebiet und für die Saarfrage zu betreiben. Das erforderliche Material war von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu beziehen.

²⁹⁹⁴ Vgl. Tätigkeitsbericht Kellners (30.04.37), in: LHA Koblenz, 661,11/24. Schon im Programmheft zur Abschlußtagung in Saarbrücken hatte er den Titel „15. Tagung des Bundes der Saarvereine verbunden mit der Wiedersehensfeier aller Mitarbeiter“ abgewandelt in „15. Tagung des Vogelverein verbunden mit der Wiedersehensfeier aller vorgespannten Arbeiter“ und vermerkt auf der letzten Seite neben dem Namen Vogels vermerkt: „Wann hört dieser Kult endlich mal auf??“, in: LHA Koblenz, 661,11/25.

²⁹⁹⁵ Vgl. Randall L. BYTWERK: Die nationalsozialistische Versammlungspraxis. Die Anfänge vor 1933, in: Gerald DIESENER/ Rainer GRIES (Hrsg.): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, Darmstadt 1996, S. 35–50.

²⁹⁹⁶ Vgl. Rundschreiben Simons an die Ortsgruppen (18.10.33), in: BA-R 8014/130. Siehe Dok. 19 im Anhang.

2. Eine straffere Organisation – nicht anderes als die Einführung des Führerprinzips war gemeint – galt Simon der Ortsgruppen als unumgänglich.
3. Schon im Herbst 1933 sollten die Abstimmungsberechtigten im Einzugsgebiet der jeweiligen Ortsgruppe in Listen erfaßt werden.
4. Mitgliedsbeiträge waren „*unbedingt pünktlichst einzuziehen und an die Führung weiterzuleiten.*“²⁹⁹⁷
5. Stempel und Aufdrucke auf allen Postsendungen sollten auf das Saarproblem hinweisen.
6. Jede Ortsgruppe hatte sich unverzüglich – insbesondere vor Propagandaveranstaltungen – mit der jeweiligen NSDAP-Ortsgruppe in Verbindung zu setzen. Redner mußten bei der Bundesleitung angefordert oder zumindest genehmigt werden.
7. Größere Veranstaltungen bedurften der vorherigen Genehmigung durch die Bundesführung.
8. Listen aller Mitglieder waren der Koblenzer Zentrale zu übersenden.

Viele der genannten Forderungen hatte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ebenfalls seit Jahren erhoben. Wirklich neu war hingegen die Methode, wie die formal private Saarpropaganda in die Praxis umgesetzt werden sollte: Bis dato war es den Ortsgruppen weitgehend freigestellt, nach eigenem Ermessen werbend für die deutsche Saar einzutreten. Vogels Versuche, die Zügel der Gesamtorganisation in der Hand zu halten, wirkten allzuoft die zentrifugalen Kräfte innerhalb der lokalen Vereine entgegen. Während seiner etwa einjährigen Tätigkeit als Bundesvorsitzender führte Simon die Ortsgruppen am Gängelband, was sich unter anderem darin ausdrückte, daß der bayerische Landesvorsitzende Johannes ein kategorisches politisches Betätigungsverbot erhielt²⁹⁹⁸.

Das Auswärtige Amt beobachtete die Mobilisierungskampagne Simons mit Skepsis. Einerseits kritisierte der Saarreferent Voigt, daß sie nicht mit der – noch – federführenden Wilhelmstraße abgestimmt war, zum anderen fürchtete er eine Zersplitterung der Kräfte zwischen Berlin und Koblenz²⁹⁹⁹. Kritische Stimmen aus den Reihen des Bundes selbst störten sich am Führungsanspruch der NSDAP auf Ortsgruppenebene, da ein Hervorheben einer einzelnen Partei die Mitglieder der anderen politischen Gruppierungen deklassieren und im schlimmsten Fall von weiterem Engagement für die Saar abhalten könnte³⁰⁰⁰. Schließlich plädierte auch der neu ernannte Saarbevollmächtigte der Reichsregierung, Vizekanzler von Papen, dafür, daß der Bund im Hinblick auf die politischen Verhältnisse an der Saar seine Unabhängigkeit wahren und sich

²⁹⁹⁷ Die normale Mitgliedschaft im Bund kostete 10 RM, die fördernde Mitgliedschaft 20 RM.

²⁹⁹⁸ Nach Ansicht Simons sollte er sich zunächst „*auf Werbearbeit und innere Festigung der einzelnen Ortsgruppen*“ beschränken: Vgl. Brief Johannes' an die GSV (15.12.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096.

²⁹⁹⁹ Das Rundschreiben war ohne Wissen der GSV versandt worden: Vgl. Protokoll einer Sitzung vom 26.10.33 (27.10.33), in: BA-R 8014/683.

³⁰⁰⁰ Vgl. Brief Richard Hellwigs an die GSV (30.10.33), in: BA-R 8014/236; undatiertes Protokoll der Besprechungen mit Simon vom 18.11.33, in: BA-R 8014/7.

Veränderungen nur auf das Notwendigste beschränken sollten³⁰⁰¹. Vermutlich lag es an derartigen Protesten und der ernüchternden Erfahrung, aus den Reihen der nationalsozialistischen Parteisoldaten nicht in ausreichender Zahl Persönlichkeiten mit der notwendigen Befähigung finden zu können, daß letztendlich eine modifizierte Form der Überparteilichkeit auch nach 1933 aufrechterhalten wurde: Vor der Gleichschaltung des Bundes drückte sich die Objektivität in erster Linie in der stets bekundeten Kooperationsbereitschaft mit allen rückgliederungsbefürwortenden Kräften aus. Nun besagte die Überparteilichkeit der Saarvereinsorganisation, daß auch leitende Posten auf der Ebene der Ortsgruppen nicht zwangsweise mit NSDAP-Mitgliedern besetzt sein mußten. Die Zurückhaltung des Bundes während der Weimarer Jahre verteidigte Vogel mit innen- und außenpolitischen Zwängen³⁰⁰², betonte aber, daß der Bund

*„im Sinne einer einheitlichen nationalen Organisation für die Saar schon seit seiner Gründung für die Ausschaltung von parteilichen Zerklüftungen tätig gewesen [sei] und [...] alle nationalwilligen Kräfte für den Dienst um eine wahrhaft nationale Aufgabe, nämlich der Sicherung deutschen Bodens, zu gewinnen gesucht [habe] im treu vaterländischen Sinne.“*³⁰⁰³

Der Alltag der mobilisierten Ortsgruppen veränderte sich ab Herbst 1933 entscheidend. Lange Jahre hatte das gesellige Beisammensein mit Gleichgesinnten für viele Mitglieder zu den entscheidenden Motiven ihres dortigen freiwilligen Engagements gezählt; nun wurden sie nicht nur zum Besuch der monatlichen Versammlungen verpflichtet³⁰⁰⁴, sondern mußten auch hinnehmen, daß nach der Gleichschaltung des Bundes Vergnügungsveranstaltungen entweder gänzlich abgesagt wurden bzw. Koblenz erheblich in den Ablauf eingriff³⁰⁰⁵. Ehemals zwanglose Monatstreffen wurden zu ernstesten Kundgebungen für das Deutschtum stilisiert; das anschließende gesellige Beisammensein war zwar nicht generell verboten, doch galten diesbezügliche Berichte als nicht mehr opportun: Mit dem Hinweis darauf, daß Meldungen über Tanzveranstaltungen, Ausflüge und Bierabende einen immer breiteren Raum im „Saar-Freund“ einnahmen, ordnete

³⁰⁰¹ Er „glaube, daß der Bund der Saarvereine nach seiner bisherigen Tätigkeit volle Gewähr für einen Einsatz aller seiner Kräfte im Dienste der Abstimmung bietet.“: Vgl. Brief des Saarbevollmächtigten von Papen an Simon (16.01.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097. Einen Monat zuvor fand eine Besprechung mit von Papen statt, in welcher dieser über die Entstehungsgeschichte des Bundes seit 1919 und die Veränderungen infolge der Gleichschaltung aufgeklärt wurde. Zugleich legte Vogel das Arbeitsprogramm und – nicht zu vergessen – den Finanzierungsplan für 1934 vor: Vgl. undatierte „Zusammenstellung der mit Herrn Vizekanzler von Papen am Sonnabend, den 16. Dezember 1933 besprochenen Punkte“, in: BA-R 8014/683; Brief der GSV an Posselt (27.12.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6.

³⁰⁰² Vgl. Brief Vogels an Kellner (15.11.33), in: BA-R 8014/441.

³⁰⁰³ SF 15 (1934) 16/17, S. 316.

³⁰⁰⁴ Vgl. SF 14 (1933) 22, S. 427 f., SF 15 (1934) 3, S. 48 ff. Die Gefahr, daß die Arbeit in den Ortsgruppen nun nur noch aus Zwang und nicht wie bisher aus innerer Überzeugung erfolge, sahen langjährige Mitarbeiter des Bundes mit Sorge: Vgl. Brief Dr. Maurers an Simon (08.12.33), in: BA-R 8014/502.

³⁰⁰⁵ Während Simon eine Saarkundgebung der Ortsgruppe Alsdorf genehmigte, untersagte er eine Tanzveranstaltung der Ortsgruppe Palenberg mit der Begründung, die Saarvereinsarbeit sei „viel zu ernst und bedeutungsvoll“. Simon ließ der Gruppe ausrichten, daß die geplanten Gedichtsvorträge nicht von Frauen übernommen werden sollten; er ließ sogar andere als die zur Genehmigung vorgelegten Gedichte zurückschicken: Vgl. Briefe der Geschäftsstelle Koblenz an die Ortsgruppe Alsdorf (24.03.34 und 27.03.34), in: BA-R 8014/186.

Vogel zu Jahresende 1933 an, daß fortan nur noch Artikel eingesandt werden sollten, die neue Impulse in der Saarpropaganda gäben und Anregungen für andere Ortsgruppen bereit hielten³⁰⁰⁶. Aufgrund der Personalunion zwischen Parteifunktionären und Führungskräften lokaler Saarvereine, überrascht es nicht, daß gerade die nach 1933 neu gegründeten Ortsgruppen die Versammlungsrituale der NSDAP übernahmen³⁰⁰⁷. In ihrem Repertoire dominierte nationalsozialistisches Liedgut; anders als bei den älteren Ortsgruppen bildeten sich bei ihnen nur selten eigenständige Rituale und Symbole heraus³⁰⁰⁸. Wie auch schon in früheren Jahren erfreuten sich Fahnenweihen großer Beliebtheit. Das Erscheinen von Abordnungen der benachbarten Ortsgruppen wurde zur „nationalen Ehrensache“ erklärt³⁰⁰⁹. Im Gedenken an die Schlacht bei Spichern nahm Anfang August 1933 Kreisleiter Piekarski die feierliche Weihe einer Saarvereinsfahne in Wiesbaden mit einer Hakenkreuzfahne vor – „damit etwas von deren Geist auf die neue Fahne überflösse.“³⁰¹⁰ Vereinzelte Berichte im „Saar-Freund“ belegen jedoch, daß viele Ortsgruppen ungeachtet der Koblenzer Weisungen am traditionellen Ablauf ihrer Monatsversammlungen festhielten – ausgerechnet in Simons Gaubezirk sogar mit ausdrücklicher Zustimmung durch Landesgruppenleiter Kellner³⁰¹¹.

³⁰⁰⁶ Vgl. SF 14 (1933) 24, S. 463. Eine ähnliche Forderung, die sich aber offensichtlich nicht hatte durchsetzen können, hatte Vogel schon auf der Dortmunder Mitgliederversammlung 1922 erhoben: Vgl. Tätigkeitsbericht Vogels (07.05.22), in: BA-R 8014/21. Mit der Gleichschaltung des Bundes waren Bemerkungen wie anlässlich eines Saarabends der Hamburger Ortsgruppe Anfang September 1933, daß die Versammelten „noch lange in ernstem Gespräch über die Zukunft des Heimatlandes beisammen“ blieben, nun keine Seltenheit mehr: Vgl. SF 14 (1933) 19, S. 376.

³⁰⁰⁷ Beispielsweise gedachte die Monatsversammlung am 10.11.34 in Mülheim/Ruhr eigens der Opfer des mißlungenen Putsches von 1923: Vgl. SF 15 (1934) 24, S. 538. Einzelne Ortsgruppen pflegten auch den nationalsozialistischen Märtyrerkult. Hierbei rückte der während des Belagerungszustandes im Oktober 1919 von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilte und wenige Tage später exekutierte Jakob Johannes zunehmend in den Vordergrund. Zühlkes „Saarkalender“ hatte nach Jahren erstmals wieder die Umstände seines Todes in Erinnerung gerufen (Vgl. hierzu: SK 8 (1930), S. 37–41; Brief der GSV u.a. an das AA (15.11.19), in: BA-R 8014/662; BRUCH: Franzosen im Saargebiet, S. 81 f.; PAUL: Deutsche Mutter, S. 176; SF 14 (1933) 16/17, S. 276 ff.), was schließlich dazu führte, daß Johannes im Abstimmungskampf zum „Schlageter des Saargebiets“ (VOGEL: Das deutsche Saarland unter dem Zwange von Versailles. Mit 88 Abbildungen, in: DERS. (Hrsg.): Saarbefreiungskampf, S. 37–112, hier: S. 57 f.) stilisiert wurde. Anlässlich eines Saarheimatabends wurde Ende Juni 1934 in Bremen das Schauspiel „Opferung“ aufgeführt, das den Tod des jungen Eisenbahnarbeiters thematisierte: Vgl. SF 15 (1934) 14, S. 275. Explizit im SF erwähnt sind zwei weitere Veranstaltungen, auf welchen Johannes zum Märtyrer seiner deutschen Gesinnung erhoben wurde: Am 30.07.33 in Baesweiler (vgl. SF 14 (1933) 16/17, S. 297; SF 15 (1934) 24, S. 539) und am 26./27.05.34 in Wattenscheid mit einer Ansprache Spaniols: Vgl. SF 15 (1934) 12, S. 233 f.

³⁰⁰⁸ Hier traten das Horst-Wessel-Lied und das Hakenkreuz neben das Saarlid und das Winterbergemblem anstatt es wie bei den Neugründungen zu verdrängen.

³⁰⁰⁹ Vgl. Ankündigungen der Fahnenweihe in Oberhausen am 25.06.33, in: SF 14 (1933) 10, S. 160 ff.; SF 14 (1933) 12, S. 198 und den ausführlichen Bericht über die Weihezeremonie in: SF 14 (1933) 14, S. 231. Vgl. ebenso in Datteln am 04.02.34, in: SF 15 (1934) 4, S. 67.

³⁰¹⁰ Vgl. SF 14 (1933) 16/17, S. 295.

³⁰¹¹ „Bei allem Ernst der Arbeit bitte ich, die landsmannschaftliche Verbundenheit der Mitglieder durch Veranstaltung landsmännischer Heimatabende weiter zu pflegen und zu vertiefen.“: Vgl. Rundschreiben Kellners an die Ortsgruppen (12.09.34), in: LHA Koblenz, 661,11/7.

Kap. 11.3: Simons Rückzug aus der Bundesführung

Für den ehrgeizigen Gustav Simon war der Bund der Saarvereine in erster Linie ein Instrument, sein politisches Gewicht in Saargelegenheiten zu erhöhen, um so bei der anstehenden territorialen Neuordnung ein entscheidendes Wort mitreden zu können. Hatte er selbst der einst privaten Saarorganisation bis zur seiner Übernahme der Führung kaum Beachtung geschenkt, versuchte er nun, die Bedeutung „seines“ Vereines mit aller Kraft aufzuwerten und dessen jahrelange erfolgreiche Tätigkeit in den Vordergrund zu stellen³⁰¹². Simon hoffte, dem Bund über diese nachträgliche Stilisierung ein Monopol für die Saarpropaganda im Reich zu schaffen, stieß dabei allerdings auf den Widerstand der anderen involvierten Stellen wie des Saarbevollmächtigten, des Reichspropagandaministeriums oder des Auswärtigen Amtes³⁰¹³.

Etwa drei Wochen nach der Ernennung von Papens zum Verantwortlichen der Reichsregierung in Saarfragen³⁰¹⁴, betonte Simon die Notwendigkeit einer wissenschaftlich-publizistischen Kontrollinstanz und stellte zugleich klar, wer seiner Ansicht nach die treibende Kraft der prodeutschen Propaganda sein sollte – nicht etwa von Papen als Saarbevollmächtigter oder gar sein Erzrivale Bürckel als Saarbeauftragter der NSDAP, sondern er selbst bzw. die von ihm geführte Organisation:

³⁰¹² Vgl. den Artikel SIMONS in einem der wichtigsten Sammelbände zur Saarfrage: Gustav SIMON: Aufgaben und Ziele der Saarvereine im Reich, in: BÜRCKEL [u.a.] (Hrsg.): Kampf um die Saar, S. 380–384. Vgl. auch „Völkischer Beobachter“ Nr. 51 (20.02.34): Bereits seit 14 Jahren warben die Saarvereine „mit eiserner Energie für Verständnis für den Kampf des Saarvolks um sein Deutschtum“.

³⁰¹³ Vgl. zum Konglomerat untereinander rivalisierender Gruppierungen und Unterführer während des Dritten Reiches allgemein: Wolfgang BENZ: Partei und Staat. Mechanismen nationalsozialistischer Herrschaft, in: DERS.: Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat. Studien zur Struktur- und Mentalitätsgeschichte, Frankfurt am Main 1990, S. 29–46; Peter HÜTTENBERGER: Nationalsozialistische Polykratie, in: GG 2 (1976) 4, S. 417–442.

³⁰¹⁴ Das Kabinett traf diese Entscheidung am 14.11.33. Damit waren von Papen die Sachbearbeiter der Reichsministerien und nachgeordneten Behörden unterstellt. Nach dem Austritt aus dem Völkerbund sollte die Ernennung des konservativen ehemaligen Reichskanzlers im Ausland den Eindruck von Kontinuität erwecken: Vgl. AdR, Regierung Hitler I/2, Dok. 244, S. 941 ff.; JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 94 f.; Franz VON PAPAN: Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 338. Vgl. hierzu ebenfalls den Brief der Ortsgruppe Leipzig sowie das Telegramm von 45 rheinisch-westfälischen Ortsgruppenführern an von Papen (16.11.33), in: BA-R 53/144; undatiertes Protokoll der Sitzung vom 23.11.33, in: BayHStA, StK 6126; SF 14 (1933) 23, S. 429 f. Von Papen beabsichtigte schon vor seiner Ernennung, sich stärker in Saarfragen zu engagieren und beispielsweise zum Ausgleich der vorhandenen Interessengegensätze zwischen Bayern und Preußen in Fragen der künftigen Zugehörigkeit der Saar beizutragen: Vgl. Aktennotiz für von Neurath (04.10.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.070.

„Da der Bund der Saarvereine als Träger des Saarkampfes im Reich anzusehen ist³⁰¹⁵, bitte ich Sie, doch anweisen zu wollen, daß die Arbeiten der Universitäten zu ihrer weiteren propagandistischen Auswertung mir zugestellt werden.“³⁰¹⁶

Nach der Koblenzer Führertagung Mitte Februar 1934³⁰¹⁷ bat Vogel in Simons Namen den Saarbevollmächtigten, alle amtlichen Stellen darüber in Kenntnis zu setzen, daß der Bund „grundsätzlich“ als Veranstalter aller größeren Saarkundgebungen im Reich zu gelten habe³⁰¹⁸. Wäre diese Forderung realisiert worden, so hätte Simon ein wirkungsvolles Kontrollinstrument besessen, da selbst Reichsministerien und Parteigliederungen auf seine ausdrückliche Zustimmung angewiesen gewesen wären, während sich der Bund auf deren Kosten hätte profilieren können. Obwohl von Papens Referent versicherte, die deutschen Behörden in diesem Sinne instruieren zu wollen, konnte sich der Saarbevollmächtigte selbst nicht zu einer solchen Regelung durchringen: Zwar hielt auch er es für prinzipiell wünschenswert,

„daß alle größeren Saarkundgebungen im Einvernehmen mit dem Bund der Saarvereine erfolgen sollen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß der Bund der Saarvereine ein Monopol für Saarkundgebungen und Saarpropaganda im Reich hat. [...] Daß in Städten, wo ein Saarverein besteht, nur dieser für Saarpropaganda-Veranstaltungen zeichnen soll, wie dies in dem Schreiben des Herrn Staatsrat Simon gesagt wird, kann nicht im Sinne einer verstärkten Saarpropaganda liegen, da die örtlichen Saarvereine nicht immer eine ausreichende Grundlage für die Veranstaltung derartiger Kundgebungen bilden dürften.“³⁰¹⁹

Aus pragmatischen Erwägungen empfahl von Papen daher eine Zusammenarbeit zwischen lokalen Saarvereinen und den Landesstellen des Propagandaministeriums, das ohnehin auf Beschluß des „Allgemeinen Saarausschusses“ vom 21. Februar 1934 die Federführung in

³⁰¹⁵ Sinngemäß hatte Vogel diese Behauptung ein Jahr zuvor auf eine der letzten größeren Saarkundgebungen vor der Machtergreifung in der Bonner Beethovenhalle erhoben: Vgl. SF 14 (1933) 1, S. 7–10.

³⁰¹⁶ Vgl. Brief Simons an den Saarbevollmächtigten von Papen (04.12.33), in: BA-R 8014/688. Zwei Tage zuvor hatte von Papen einen ursprünglich sechsköpfigen „Saarpropagandaausschuß“ unter der Leitung des Saarreferenten Voigt „zur laufenden Bearbeitung sämtlicher Propagandafragen, die der Vorbereitung der Saarabstimmung dienen“, ins Leben gerufen. Das Gremium, in welchem ferner die Presseabteilung (Braun von Stumm), das RMPropaganda (Bade), das PrMI (Schneider), Sperr (Vertretung Bayerns beim Reich) und für den Saarbevollmächtigten Oberregierungsrat von Bose – später auch Kuhlmann von der Reichspropagandaleitung – vertreten waren, versammelte sich erstmals am 11.12.33. Vgl. Erlaß von Papens (02.12.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.070; ADAP, C I/2, Dok. 482, S. 876; ADAP, C II/1, Dok. 94, S. 160 f.; JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 95.

³⁰¹⁷ Die Führertagung am 17.02.34 diente der Festlegung des weiteren Kurses für den bevorstehenden Abstimmungskampf: Vgl. SF 15 (1934) 5, S. 76 ff.; „Berliner Tageblatt“ Nr. 84 (19.02.34), „Westland“ Nr. 8 (24.02.34). Die Behauptung der kurz zuvor gegründeten oppositionellen NSDAP des Saargebiets, dort sei die Durchführung einer Vorabstimmung beschlossen worden, um festzustellen, „ob die breite Bevölkerung des Saargebietes sich [bei] einem Berliner Befehl zu einer ‚Volkserhebung an der Saar gegen die verhaßte Fremdherrschaft‘ entweder aktiv an der Ausführung des Befehls beteiligen oder aber neutral verhalten wird“, dürfte jeder Grundlage entbehren: Vgl. Brief Paul Kuzias an die Regierungskommission (10.04.34), in: LHA Koblenz 403/16.860.

³⁰¹⁸ Vgl. Brief der GSV an den Saarbevollmächtigten von Papen (26.02.34), in: BA-R 8014/688.

³⁰¹⁹ Vgl. Brief Kunckels an die GSV (02.03.34) und Brief des Saarbevollmächtigten von Papen an das RMPropaganda (13.03.34), in: Ebd.

Saarvereinsangelegenheiten übernommen hatte³⁰²⁰. Da er zum dortigen Saarreferenten Carl Kuhlmann, seit Januar in der Reichspropagandaleitung für alle Saarfragen allein verantwortlich³⁰²¹, ein eher gespanntes Verhältnis besaß, konnte Simon aus dieser verordneten Kooperation kein Kapital schlagen³⁰²². Deutlich wurde dies beispielsweise während des Besuchs von 2.000 saarländischen Arbeitern in der Reichshauptstadt anlässlich der Feierlichkeiten zum 1. Mai 1934, als Simon erst über den Vorsitzenden der Berliner Ortsgruppe von der Anwesenheit der Saarländer erfuhr³⁰²³.

Zu dieser Zeit befand sich der Stern des karrierebesessenen Koblenzer Gauleiters bereits am Sinken: Nach wiederholten antiklerikalen Ausfällen hatte sich sein Vertrauter Spaniol als Landesleiter der saarländischen NSDAP als nicht länger tragbar erwiesen. Auf Druck Bürckels akzeptierte er seine Entmachtung und die Bestellung des weniger eigensinnigen 34jährigen Verwaltungssekretärs Jakob Pirro zu seinem Nachfolger³⁰²⁴. Nahezu gleichzeitig wies der Pfälzer mit Heinrich Schneider einen weiteren Widersacher in die Schranken, der ebenfalls Simons Kandidatur im Frühjahr 1933 unterstützt hatte: Die Auflösung der Saarabteilung in der Obersten Leitung der P.O. Ende Februar 1934 beraubte Schneider seines parteiinternen Standbeins; seine Tätigkeit im preußischen Innenministerium quittierte dieser im Herbst 1934 schließlich freiwillig³⁰²⁵. Auf Schützenhilfe seines Neustädter Konkurrenten brauchte Simon ohnehin nicht zu hoffen. Anfang Mai hatte Bürckel dem Koblenzer Gauamtsleiter Urmes unmißverständlich klargemacht,

³⁰²⁰ Seither lag auch die alleine Finanzierung im Verantwortungsbereich des RMPpropaganda: Vgl. Aktennotiz (22.02.34), in: BayHStA, StK 6126; Brief des PrMI an Simon und die GSV (23.02.34), in: LHA Koblenz, 442/8546; Aktenvermerk Voigts (26.02.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096.

³⁰²¹ Vgl. Rundschreiben des RMPpropaganda (20.01.34), in: BayHStA, StK 6126.

³⁰²² Vgl. Aktennotiz Vogels (05.03.34), in: BA-R 8014/683.

³⁰²³ Vgl. Brief Hellwigs an Simon (07.05.34), in: BA-R 8014/238.

³⁰²⁴ Gleichzeitig erfolgte die von Bürckel initiierte Auflösung der NSDAP-Saar und ihre Eingliederung in die – inzwischen dritte – „Deutsche Front“: Vgl. PAUL: NSDAP, S. 71 ff.; JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 114–122. Ab dem 01.03.34 startete eine forcierte Eintrittskampagne in die als überparteiliches Sammelbecken titulierte „saarländische Eidgenossenschaft“, in der jeder Deutsche Mitglied werden konnte, „*der sich lossagt von allem Parteilichen und bereit ist, sich im Rahmen des gesetzlich Erlaubten für die Rückgliederung zum Reich einzusetzen*“: Vgl. Abb. 6 (Mitgliedskarte der DF), in: PAUL: Deutsche Mutter, S. 73. Organisatorisch kopierte die DF vollständig den Aufbau der NSDAP, auch wenn sie nach außen hin von bürgerlichen Kräften repräsentiert wurde. Kommentare der GSV zur DF vgl. in: SF 15 (1934) 5, S. 74 f.; SF 15 (1934) 6, S. 89 f.

³⁰²⁵ Schneider überschätzte seine Rolle maßlos, als er das Gewicht Preußens dank seiner eigenen Autorität als maßgebend in Saargelegenheiten charakterisierte: Vgl. Brief Schneiders an StS Grauert (06.03.34), in: GehStA Dahlem, Rep. 77/36. Resigniert zog er sich als Rechtsanwalt nach Saarbrücken zurück: Vgl. Brief Schneiders an Regierungsassessor von Werder (04.11.34), in: LHA Koblenz, 700,41/17.

„daß er jede Versammlung und Kundgebung im Reich für die Saar für überflüssig halte. (somit also auch die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine.)“³⁰²⁶

Ungeachtet all dieser Rückschläge hielt Simon zunächst am Monopolanspruch „seines“ Vereins fest: Ohne hierzu autorisiert zu sein, ließ er die Erfurter NSDAP-Kreisleitung darauf hinweisen, daß der Bund nicht nur „auf Wunsch amtlicher Stellen [als] der Träger der Saarpropaganda im Reich schlechthin“ zu gelten habe, sondern daß Saarveranstaltungen nur noch nach einer vorherigen Begutachtung durch den lokalen Saarverein genehmigt werden könnten³⁰²⁷. Dies änderte sich allerdings schlagartig, nachdem Bürckel offiziell mit der Durchführung der Saarpropaganda in der heißen Phase betraut³⁰²⁸ und in den ersten Augusttagen von Hitler zum Nachfolger des nach Wien abgeschobenen von Papen ernannt worden war³⁰²⁹. Spätestens hier zeigte sich, daß die private Organisation nur instrumentalen Charakter für Simon hatte: Kaum, daß Bürckel sich als derjenige durchgesetzt hatte, der die Belange des Reichs bei der Rückgliederung des Saargebiets vertreten würde, verlor der unterlegene Rivale Simon jegliches Interesse am Bund der Saarvereine. Aus seiner Enttäuschung macht er keinen Hehl: Obwohl er seit einem Jahr Führer des Bundes der Saarvereine war, legte er keinen Wert mehr darauf, auf der Koblenzer Arbeitstagung zu erscheinen. Seinen Auftritt auf der gewaltigen Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein, wo er nach Bürckel das Wort ergriff, ließ er sich natürlich nicht nehmen, doch markiert seine Ansprache das Ende seines Engagements im Abstimmungskampf: Anfang September betraute er seinen Stellvertreter Debusmann „bis auf Weiteres“ mit der Leitung des Bundes³⁰³⁰, was er offiziell mit seiner Arbeitsüberlastung als Gauleiter begründete³⁰³¹. Nominell

³⁰²⁶ Brief Kellners an die GSV (05.05.34), in: BA-R 8014/442. Ob Bürckel seine Ankündigung in die Tat umsetzte und eigene Richtlinien für die Gründung von Ortsgruppen in der Pfalz erließ, konnte nicht ermittelt werden: Vgl. Brief Emil Langs (Frankenthal) an Simon (26.03.34), in: BA-R 8014/339. Die Rivalität zwischen beiden Gauleitern bleibt auch saarländischen Beobachtern nicht verborgen: Am 11.07.34 veröffentlichte Hoffmanns „Saar-Post“ einen Artikel mit dem Titel „Die zwei feindlichen Brüder“.

³⁰²⁷ Vgl. Brief der Geschäftsstelle Koblenz an Stegner (22.05.34), in: BA-R 8014/326. Um „seine“ Organisation nicht ins Hintertreffen geraten zu lassen, machte Simon die Genehmigung einer Saar-Wanderausstellung im Regierungsbezirks Trier davon abhängig, daß die Ortsgruppen „bei der Organisation, wie bei der Ausstellung als auch in der Presse mindestens gleichberechtigt mit dem VDA in Erscheinung“ zu treten hätten: Vgl. Brief der NSDAP-Gauleitung Koblenz-Trier an die NSDAP-Kreisleitung Trier (27.04.34), in: LHA Koblenz, 661,11/5.

³⁰²⁸ Damit konnte Bürckel auf den Apparat des RMPpropaganda zurückgreifen: Vgl. Rundschreiben Goebbels' an alle Reichsministerien und Landesregierungen, die DAF und NSBO, Reichsjugendführer Baldur von Schirach, die Reichsleitung der NSDAP, die Reichsleitung der SS sowie die Oberste SA-Führung in München (18.07.34), in: BA-R 43-I/255.

³⁰²⁹ Vgl. Erlaß Hitlers (07.08.34), in: BA-R 43-I/259; AdR, Regierung Hitler II/1, Dok. 1, S. 1; BARTZ, S. 99 ff. Der SF schenkte der Ernennung Bürckels weniger Beachtung als dem 40jährigen Dienstjubiläum eines saarländischen Eisenbahnersekretärs: Vgl. SF 15 (1934) 16/17, S. 347.

³⁰³⁰ Vgl. Rundschreiben Debusmanns an die Ortsgruppen (05.09.34), in: BA-R 8014/239. Derartige offizielle Rundschreiben des Bundes waren fortan von Debusmann und Vogel gemeinsam unterzeichnet: Vgl. SF 15 (1934) 26, S. 557; SF 15/16 (1934/35) 28, S. 601.

³⁰³¹ Debusmann selbst vermutete dahinter jedoch, „daß hier das gespannte Verhältnis zwischen Simon und dem Gauleiter Bürckel, der ja bekanntlich zum Saarbevollmächtigten ernannt worden ist, eine große Rolle spiele.“: Vgl. Brief der GSV an von Kraewel (12.09.34), in: BA-R 8014/419.

zwar noch bis zu seinem offiziellen Rücktritt im Januar 1935 Vorsitzender des Bundes³⁰³², verzichtete er nach der Niederlage auf weitere Einflußnahme. So ist es auch zu erklären, daß Simons Beitrag für die Rückgliederung der Saar schon bald in Vergessenheit geriet³⁰³³. Wenn es Bürckels propagandistisches Verdienst war, die ursprünglich drei Abstimmungsoptionen auf die Alternative „Für oder gegen Deutschland“ zu reduzieren, damit die keineswegs beseitigten parteipolitisch-ideologisch bedingten Vorbehalte gegen das nationalsozialistische Reich zu nivellieren und dem Status quo als einzig potentiell erfolgreicher Alternative die Basis zu entziehen³⁰³⁴, so ließ Simon bis Sommer 1934 keine Gelegenheit aus, die Parole der wechselseitigen Treue auszugeben³⁰³⁵. Die Deutschen jenseits der Saargebietsgrenzen sollten die Treue der Saarländer honorieren und ihre eigene Verbundenheit mit der Saar durch die moralische, finanzielle und organisatorische Unterstützung der Saarvereinsbewegung zum Ausdruck bringen.

Ernst Debusmann, der seit der Bundestagung 1929 in Münster als Nachfolger Fetts das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden innehatte³⁰³⁶, erbte von Simon einen in sich zerstrittenen und bei den maßgeblichen Regierungsstellen im Mißkredit geratenen Verein. Nachdem er in persönlichen Gesprächen das „*Dornengestrüpp*“ beseitigt hatte, welches in den vergangenen Monaten zwischen der Bundesführung und dem Saarbevollmächtigten Bürckel bzw. dem Reichspropagandaministerium gewuchert war³⁰³⁷, zählte es zu einer seiner ersten Maßnahmen,

³⁰³² Vgl. Theodor VOGEL: Staatsrat und Gauleiter Gustav Simon. Leiter des Bundes der Saarvereine im Endkampf 1933/34, in: DERS. (Hrsg.): Saar-Befreiungskampf, S. 27 f., hier: S. 28; SF 15/16 (1934/35) 28, S. 608.

³⁰³³ Bürckels Hagiograph BARTZ trug das übrige hierzu bei. Immerhin bekundete die Partei-Kanzlei aber im Jahr 1943: „*Als Führer des Bundes der Saarvereine hat er sich unvergängliche Verdienste um die Rückgliederung des Saargebietes erworben. Der einzigartige Sieg an der Saar war nicht zuletzt auf sein opferbereites Wirken zurückzuführen.*“: Zitiert nach: RATHS, S. 80.

³⁰³⁴ Vgl. BARTZ, S. 34. Vgl. die Rede Bürckels am 18.10.34 in Kaiserslautern: „*So stehen die Fronten klar: Hier Deutsche und hier Nichtdeutsche, die aber auch keine Franzosen sind. Hier die Menschen, die heim wollen zu ihrem Vaterland und Führer, und dort jene, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt. Die Stimme dieses Gewissens ist Verrat und Unehre! Wir wollen den Frieden, sie leben vom Haß!*“: SF 15 (1934) 22, S. 446–450, hier: S. 448.

³⁰³⁵ Vgl. Rundschreiben Simons an die Ortsgruppen des Bundes (18.10.33), in: BA-R 8014/130 (Anhang Dok. Nr. 19); undatiertes Aufruf Simons, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19 (Anhang Dok. Nr. 23); Reden Simons auf der Essener Vertretertagung (18.11.33) und der Koblenzer Führertagung (17.02.34), in: SF 14 (1933) 23, S. 441 und SF 15 (1934) 5, S. 76 f.; Geleitwort Simons, in: WESTHOFF (Bearb.): Deutsches Land, S. 12. „*Den Kampf unserer Saardeutschen zur Sache des ganzen Volkes zu machen, ist deshalb für uns eine Frage der Ehre!*“: SIMON, S. 383 f. Folgerichtig nannte sich beispielsweise die Bingener Ortsgruppe im Sommer 1933 „Saartreue“: Vgl. SF 14 (1933) 12, S. 197.

³⁰³⁶ Vgl. VOGEL: Ernst Debusmann, S. 30. Debusmanns Bruder Wilhelm engagierte sich ebenfalls im Bund der Saarvereine. Seit 1933 Vorsitzender der Ortsgruppe Neuwied, ernannte ihn Kellner gegen Jahresende zum Kreisgruppenführer ernannt: Vgl. SF 14 (1933) 23, S. 447; SF 14 (1933) 24, S. 465. Als Saaramtsleiter der Universität Münster publizierte sein 1909 geborener Sohn im Abstimmungsjahr ein reichlich illustriertes Buch: Vgl. Ernst DEBUSMANN: Die Saar. Deutschlands treuestes und darum liebstes Kind, Bielefeld - Leipzig 1934.

³⁰³⁷ Vgl. Brief Debusmanns an Johannes (09.10.34), in: BA-R 8014/512. Da von verschiedenen Seiten Zweifel an der Effizienz der Bundesarbeit geäußert wurden, forderte Debusmann in einem Rundschreiben an die

die immer selbstherrlicher auftretenden Landesgruppenführer zur Ordnung zu rufen. In deren Reihen hatte der Unmut über den langjährigen Geschäftsführer Vogel ein Ausmaß angenommen, welches die Arbeitsfähigkeit der Gesamtorganisation bedrohte. Insbesondere die Vorsitzen-



Abb. 49: Ernst Debusmann
(1883–1949)

zenden in Stettin, Koblenz und München wollten die Gängeleien aus der Stresemannstraße nicht länger hinnehmen und fühlten sich aufgrund ihres regionalen Einflusses ermutigt, Proteste zunehmend lauter zu artikulieren. Während Kellner beispielsweise noch immer damit haderte, daß Vogel für seine Tätigkeit entlohnt wurde, während er selbst ehrenamtlich arbeiten mußte³⁰³⁸, setzte sich das angespannte Verhältnis zwischen der Berliner Zentrale und der teilautonomen bayerischen Landesgruppe, auch nach 1933 fort³⁰³⁹. Insbesondere an den Versuchen der Geschäftsstelle, auf die finanziellen Mittel der von den Münchener Behörden protegierten Gruppe zurückzugreifen, entzündeten sich immer wieder neue Konfliktherde. Das Verhältnis zur Zentrale war wenige Monate vor der Abstimmung so zerfahren, daß es Johannes

sogar ablehnte, Anfang Oktober zu einer Aussprache nach Erfurt zu kommen. Er setzte seine Hoffnung auf die Polykratie des Systems und drohte Debusmann damit, sich in Neustadt über die Bundesführung und vor allem Vogel zu beschweren. Um derartige Eigenmächtigkeiten zu unterbinden, erinnerte ihn Debusmann daran, daß Verhandlungen mit staatlichen Stellen seiner Genehmigung bedurften. Er selbst fühlte sich keineswegs als die Marionette eines Andere und gab daher dem opponierenden Johannes unmißverständlich zu verstehen, daß er „*auch für die letzten 3 Monate Führer und kein Platzhalter sein*“ wolle³⁰⁴⁰. Die Aufgabe, vor die sich der um Ausgleich bemühte Mittelschulrektor gestellt sah, war keineswegs einfach: So mußte er in den vier Monaten seines kommissarischen Vorsitzes zweimal wöchentlich nach Berlin fahren, um die anstehenden Arbeiten in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu koordinieren. Theoretisch verfügte er zwar dank Simons Ernennung über die notwendige Autorität innerhalb des Bundes, doch fehlte ihm trotz seiner NSDAP-Mitgliedschaft der erforderliche Rückhalt in der Partei³⁰⁴¹.

Ortsgruppen (26.09.34, in: BA-R 8014/135), daß bis Mitte Oktober Tätigkeitsberichte über das zurückliegende Jahr einzureichen waren.

³⁰³⁸ Vgl. Briefe Kellners an Wentz (04.10.33, in: LHA Koblenz, 661,11/2) und Richard Hellwig (30.10.34), in: LHA Koblenz, 661,11/8.

³⁰³⁹ Vgl. Brief Johannes' an die GSV (28.09.34), in: BA-R 8014/512. Die Landesgruppe drückte ihre Eigenständigkeit durch ein eigenes Abzeichen aus: Anstelle des sonst auch bei neu gegründeten Ortsgruppen obligatorischen Winterbergdenkmals bildete eine Schwurhand hinter dem auf einem Hakenkreuz sitzenden Adler das Logo des Vereins. Johannes' Partikularismus war Vogel seit längerem ein Dorn im Auge: Seiner Ansicht nach besaß der Münchener keinen offenen, ehrlichen Charakter, hänge seinen Mantel in den Wind und sei „*ein alter Stänker*“: Vgl. Brief der GSV an Scheuer (15.04.31), in: LA Saarbrücken, NL Scheuer 61; Brief der GSV an Posselt (26.09.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 7.

³⁰⁴⁰ Vgl. Brief Debusmanns an Johannes (09.10.34), in: BA-R 8014/512.

³⁰⁴¹ Wegen seiner früheren DVP-Mitgliedschaft stand Debusmann im Herbst 1935 unter Druck. „*Ihre [der DVP – F.B.] große geschichtliche Bedeutung wird niemand absprechen können. Was mir an ihr gefallen hat, war*

Gleich zu Anfang seiner Tätigkeit mußte er die Machtdemonstration des neuen Saarbevollmächtigten über sich ergehen lassen, daß fortan er, Bürckel, für die Genehmigung aller Saarkundgebungen im Reich zuständig sei³⁰⁴². Noch in den letzten Wochen vor dem Plebiszit war Debusmann erneut gezwungen, seine selbstbewußten „Landesfürsten“ zur Raison zu rufen³⁰⁴³.

ihre echt deutsche Haltung, ohne dabei reaktionär zu sein. Und so möchte ich auch mein neues Deutschland sehen und allen zum Trotz werde ich zu unserem Führer stehen und ihm die Treue halten - auch wenn man es nicht glauben will.“: Vgl. Brief Debusmanns an Vogel (05.11.35), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 27.

³⁰⁴² Vgl. Brief des Saarbevollmächtigten Bürckel an Debusmann (27.09.34), in: BA-R 8014/684. Bereits Ende Juni 1934 hatte das RMPpropaganda die Zuständigkeit an sich gezogen. Siehe hierzu: Anm. 3095.

³⁰⁴³ Vgl. Rundschreiben Debusmanns an die Landesgruppenleiter (18.12.34), in: LHA Koblenz, 661,11/10. Sofern er es konnte, stellte sich Debusmann schützend vor Vogel. Er empfand es selbst als Unrecht, was diesem „nach der sogenannten Gleichschaltung“ widerfahren sei und unterstützte die Verleihung eines Ehrendokortitels an Vogel: Vgl. Brief Debusmanns an Andres (30.08.34), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 7.

Kapitel 12: Die Propaganda des Bundes der Saarvereine im Abstimmungskampf

Ab Sommer 1933 war die Saar in der reichsdeutschen Öffentlichkeit allgegenwärtig. Kein zur damaligen Zeit zur Verfügung stehendes Medium wurde ausgelassen, der Bevölkerung die Parole von der „Deutschen Saar“ einzuhämmern, hinter welcher das gesamte Volk wie ein Mann stehen müsse. Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Flugblätter, Plakate, Rundfunksendungen und Filmberichte, Vorträge an Hochschulen und Saarkundgebungen allerorten trugen zu dieser Mobilisierung bei³⁰⁴⁴. Gleich, welche Propagandaform in den letzten Monaten vor dem Plebiszit eingesetzt wurde, alle dienten sie dem Ziel, auf den „Tag X“ der Abstimmung hinzuwirken, indem sie die reichsdeutsche Bevölkerung sensibilisierten, potentielle Abstimmungsberechtigte erfaßten und den Gegnern des nationalsozialistischen Regimes den Wind aus den Segeln zu nehmen versuchten.

Entgegen der ursprünglichen Absicht erwies sich die zur Weimarer Republik analoge Untersuchung der Propagandaformen für die beiden Jahre vor dem Plebiszit als nicht sinnvoll: Zum einen wäre bei vielen Aspekten eine Redundanz nicht zu vermeiden gewesen, zum anderen war der Beitrag des Bundes nach 1933 in manchem Bereich, der schon im ersten Teil erörtert wurde, zu marginal. Während die „Saar-Freunde“ vor ihrer Gleichschaltung mit Recht darauf verweisen konnten, daß sie als einzige Organisation über eine jahrelange kontinuierliche Erfahrung in der privaten Saarpropaganda verfügten, traten ab dem Frühjahr 1933 neue Protagonisten in Gestalt der verschiedenen Parteiformationen hervor. Dabei profitierte der Bund der Saarvereine bzw. die formal private Saarpropaganda zweifellos von den organisatorischen, personellen und finanziellen Ressourcen des Nationalsozialismus. Selbst Vogel mußte im Herbst 1933 einräumen, daß die propagandistische Wirkung der Niederwaldtagung in erster Linie der organisatorischen Unterstützung durch die Partei zu verdanken war³⁰⁴⁵. Da es jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, detailliert auf die amtlichen³⁰⁴⁶, offiziellen oder vielfach auch selbst

³⁰⁴⁴ Die Saarlouiser „Tabak- & Cigarettenfabrik Orient“ gab beispielsweise das Sammelalbum „Die deutsche Saar“ mit 216 Zigarettenbildern heraus, auf welchen u.a. Ansichten von Saarbrücken und Saarlouis sowie verschiedener industrieller Anlagen abgebildet waren. Selbst speziell für Kinder und Jugendliche wurden Propagandaideen entwickelt: Der „Hamburger Anzeiger“ fügte einer sechswöchigen Artikelserie über die Saarfrage jeweils Ausschnitte einer Saarlandkarte zum Aufkleben bei und prämierte die schönsten eingesandten Karten: Vgl. Brief des französischen Generalkonsulats Hamburg an den Quai d'Orsay (01.03.34), in: MAE, Sarre 281.

³⁰⁴⁵ Vgl. Brief Vogels an Kellner (15.11.33), in: BA-R 8014/441. Die in dem Schreiben durchschimmernde Bewunderung des neuen Regimes dürfte Ausdruck von Vogels anbietenden Opportunismus nach der Gleichschaltung gewesen sein.

³⁰⁴⁶ Vgl. hierzu die noch immer hervorragende Arbeit von JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 83–158. Charakteristisch für den totalitären Staat waren die Unterdrückung alternativer Meinungen und die strikte Kontrolle der Kommunikationsmittel durch das im März 1933 errichtete Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Vgl. zur nationalsozialistischen Propaganda allgemein: BRAMSTED; Jutta SYWOTTEK: Mobilisierung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg, Opladen 1976; Richard TAYLOR: Goebbels and the Function of Propaganda, in: WELCH (Hrsg.): Nazi Propaganda, S. 29–44; Zbynek ZEMAN: Nazi Propaganda, Oxford

ernannten Akteure der Saarpropaganda einzugehen, werden aus forschungspragmatischen Gründen im folgenden vor allem Veränderungen und Neuerung der Propagandatätigkeit des Bundes der Saarvereine nachgezeichnet.

Wie in den vorangegangenen Jahren auch, sollte der „Saar-Freund“ das Flaggschiff der literarisch-publizistischen Aufklärung und Werbung bleiben. Vogel sah in ihm

„ein Kampforgan, das in volkstümlicher Sprache jedem deutschen Volksgenossen verständlich zu machen versucht, um was es in der Saarfrage geht und wie sich die Dinge an der Saar entwickeln.“³⁰⁴⁷



Abb. 50: Kopf des „Saar-Freund“ 1934

Der Gesamtseitenumfang nahm durch kürzere Erscheinungsintervalle und jeweils stärkere Einzelausgaben gegen Jahresende 1934 erheblich zu³⁰⁴⁸. Dieser Jahrgang des „Saar-Freund“ präsentierte sich seinen Lesern erstmals mit einem veränderten Titelkopf: Die schon von den Plakaten zur Niederwaldtagung bekannte Schwurhand trat hinter das skizzierte Winterbergdenkmal und

überragte mit diesem eine im Schattenumriß dargestellte Industrielandschaft. Fortan wandelte sich der Untertitel in „Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf. Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine“. Als sichtbares Indiz für die gleichgeschaltete Zeitung erschien nun auch das

University Press, London 1973.

³⁰⁴⁷ Vgl. Denkschrift „Der ‚Saar-Freund‘ im Endkampf um die Saarlösung“ (Dezember 1933), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096. Zur Instrumentalisierung der Presse durch die Partei und den Staat während des Nationalsozialismus, der die einstige freie Konkurrenz beseitigte und an die Stelle von Information die Manipulation setzte, vgl. KOSZYK, S. 347–427, insbesondere S. 409–427: „Die Lenkung der Zeitschriftenpresse“. Vgl. außerdem: Karl-Dietrich ABEL: Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968, v.a. S. 48 f.; BRAMSTED, S. 148–174; Norbert FREI/ Johannes SCHMITZ: Journalismus im Dritten Reich, München ²1989, S. 9–38; André UZULIS: Nachrichtenagenturen im Nationalsozialismus. Propagandainstrumente und Mittel der Presselenkung, Frankfurt am Main – New York 1995. Mit dem Schwerpunkt auf die späten Jahre der NS-Diktatur: Jürgen HAGEMANN: Die Presselenkung im Dritten Reich, Bonn, 1970, S. 25–118. Während die Linkspresse durch entsprechende Verbote ausgeschaltet war, trugen personelle Wechsel in der Redaktionen der bürgerlichen Zeitungen dafür Sorge, daß die Blätter künftig einen konformen Kurs fuhren. Zahlreiche Zeitungen wurden entweder unter Beibehaltung des Titels über Treuhandgesellschaften dem parteieigenen Eher-Verlag in München angegliedert. Durch die obligatorische Mitgliedschaft in Reichspressekammer als Kontroll- und Steuerinstrument des Propagandaministeriums, ergänzt durch das Schriftleitergesetz vom 04.10.33, wurde die deutsche Presse schließlich zu dem „Klavier [...], auf dem die Regierung spielen“ konnte: Goebbels (15.03.33), zitiert nach: Günther GILLESSEN: Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986, S. 152. Auch bei der Gleichschaltung der bürgerlichen Presse agierte wieder Max Winkler im Hintergrund.

³⁰⁴⁸ Vgl. hierzu Abb. 21 auf S. 373.

Hakenkreuz im Kopf der Halbmonatsschrift, deren Auflage schließlich 45.000 Exemplare erreichte³⁰⁴⁹.

Abgesehen von diesen äußeren Veränderungen legte sich der „Saar-Freund“ nach 1933 einen wesentlich aggressiveren und härteren Ton gegen politische Gegner zu. Die Radikalisierung der Sprache machte selbst vor dem sonst eher nüchternen Juristen Andres nicht halt, der bei öffentlichen Auftritten nun auch auf das Repertoire der Blut- und Boden-Terminologie zurückgriff, um die Rückgliederung zu rechtfertigen³⁰⁵⁰. Da die Regierungskommission und Frankreich ebenso wie der Völkerbund als Ziele der verbalen Attacken ausschieden³⁰⁵¹, konzentrierte sich die Redaktion unter Posselts Leitung in erster Linie darauf, die Gegner der Rückgliederung bzw. Anhänger des Status quo zu diskreditieren. Formulierungen wie

*„Wer wird sich mit diesen ärmlichen Kreaturen noch befassen wollen, die schuldbewußt schon vorzeitig um Amnestie betteln? Vergeltung! Sie haben sich schon längst selbst gerichtet. Vor verdienter Verachtung wird niemand sie zu schützen vermögen.“*³⁰⁵²

gingen weit über die „Feindbildpräparierung“³⁰⁵³ des „Saar-Freund“ während der Weimarer Jahre hinaus. An die Stelle nationaler Zuverlässigkeit trat fortan die völkische Verbundenheit. Vermutlich, um ihnen keine indirekte Schützenhilfe zu leisten, verzichtete das gleichgeschaltete Bundesorgan darauf, ähnlich energisch wie in früheren Jahren gegen den Saarbund gegen die „Saarländische Sozialistische Partei“ (SSP) bzw. die „Saarländische Wirtschaftsvereinigung“

³⁰⁴⁹ Vgl. Brief der GSV an Posselt (24.11.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 7. Zu Jahresanfang 1934 lag die geringfügig nach oben frisierte Auflage noch bei 4.000 Exemplaren: Vgl. Brief der GSV an Dr. Brill (06.01.34), in: BA-R 8014/764. Wie schon in früheren Jahren versuchte Vogel stets, den Leserkreis zu erweitern, beispielsweise durch die Empfehlung, daß alle reichsdeutschen Behörden den SF bis zum Ende des Saarkampfes kostenpflichtig beziehen sollten: Vgl. Rundschreiben der GSV an die preußischen und Reichsministerien (25.04.34), in: PA AA, II a Sargebiet, R 76.097. Mit derartigen Maßnahmen sollte zugleich der Konkurrenz durch eigene Ortsgruppenblätter wie dem Stettiner „Saarländer“ entgegengetreten werden.

³⁰⁵⁰ Vgl. SF 15 (1934) 16/17, S. 319 ff. DIECKMANNs (S. 108) Kriterien des „totalitären Sprachstils“ finden sich in zahlreichen Artikeln des SF nach 1933 wieder.

³⁰⁵¹ Die reichsdeutsche Presse erhielt im April 1934 die Ermahnung, unter allen Umständen Polemiken zu unterlassen, „in denen das französische Volk als rassistisch minderwertig bezeichnet wird. Solche Polemiken sollen auch gegenüber der Regierungskommission des Sargebietes unterbleiben [...] Im ganzen soll die Polemik sachlich und entschieden, aber in der Form diplomatisch und zurückhaltend geführt werden.“ Vgl. Presseanweisung Nr. 420 (07.04.34), zitiert nach BRAMSTED, S. 231. Umgehend widmete sich der SF der „Neutralität“ der Regierungskommission“, in: SF 15 (1934) 8, S. 125–133. Ganz stringent wurde diese Vorgabe allerdings nicht eingehalten und die Polemik der Berliner Zentrale setzte sich in Vorträgen der Ortsgruppen fort, wenn beispielsweise der Präsident der Regierungskommission vor der Ortsgruppe Limburg als „englischer Menschenknechter“ beschimpft wurde: Vgl. SF 15 (1934) 2, S. 48. In Vogels 1934 überarbeitetem Standard-Lichtbildvortrag (LA Saarbrücken, NL Vogel 31) hieß es zum Ehrenmal der Stadt Saarbrücken auf dem Nußberg: „Der Volkswitz sagt: An den 5 Pfeilern sollen die 5 Mitglieder der Saar-Regierungskommission nach dem Abstimmungstag aufgehängt werden.“

³⁰⁵² SF 15 (1934) 18/19, S. 367. Mit solchen Parolen verzichtete der SF darauf, den Kritikern des neues Regimes Brücken zum Votum für Deutschland zu bauen.

³⁰⁵³ PAUL: Deutsche Mutter, S. 193. Anregungen stammten unter anderem von der Gestapo: Vgl. Schriftwechsel zwischen der GSV und dem Berliner Gestapoamt (Frühjahr 1934), in: BA-R 8014/683. Vgl. hierzu: SF 14 (1933) 24, S. 456 ff.; SF 15 (1934) 16/17, S. 329 ff.; SF 15 (1934) 22; Sondernummer 1 (1934/35), S. 12 f.; Sondernummer 2 (1934/35), S. 19–23. Zur Ausgrenzung der Rückgliederungsgegner im Alltag vgl. KUNKEL, S. 27; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 211–221; PAUL: Deutsche Mutter.

(SWV) Stellung zu beziehen, obwohl beide Parteien konsequent für den Status quo und die Autonomie des Saargebietes eintraten.

Größere Bedeutung konnte die von Angehörigen des Saarbundes und des Verbandes der Saarbergleute im Mai 1933 gegründete antikapitalistisch-sozialrevolutionäre SSP ohnehin nicht erlangen, da sie sich zu sehr mit innerparteilichen Querelen auseinandersetzte als konstruktive Arbeit für die Beibehaltung des Status quo zu leisten. So wurden ihre Kräfte durch den internen Führungsstreit um den ehemaligen saarländischen KPD-Bezirksleiter Max Waltz gebunden, der im Herbst 1933 wegen Unterschlagung von Parteigelder ausgeschlossen wurde³⁰⁵⁴. Im Herbst 1934 verfügte die SSP zwar über etwa 2.200 Mitglieder in 32 Ortsgruppen, doch wußte die „Deutsche Front“ ihre Nähe zu französischen Organisationen propagandistisch auszuschlachten und sie somit als Handlangerin Frankreichs zu diskreditieren³⁰⁵⁵.

Das im Herbst 1933 gegründete bürgerliche Pendant, die vor allem im Saarlouiser Raum starke SWV, versuchte anfangs, den Saarländern den Status quo vor allem mit ökonomischen Argumenten näherzubringen. Gleichzeitig hatte sie kritische Katholiken im Visier, welche die Selbstpreisgabe des Zentrums zugunsten der DF nicht mitzutragen bereit waren. Mit Jakob Hector, dem einstigen saarländischen Mitglied der Regierungskommission, wählte die Wirtschaftsvereinigung einen zugleich prominenten, aber höchst umstrittenen Vorsitzenden. Gemeinsam mit seinem ältesten Sohn Edgar, dem stellvertretenden Vorsitzenden der „Union Franco-Sarroise“, wurde er zur Zielscheibe der prodeutschen Propaganda, die leichtes Spiel hatte, die autonomistische Partei zu diskreditieren³⁰⁵⁶. Während die Fassade der parteipolitischen Objektivität bis 1933 mühevoll gegen Kritiker im eigenen Lager und Zweifler von außen aufrechterhalten wurde, galten die einstigen scharfen Angriffe gegen die nationalistische Saarvereinspropaganda nun geradezu als Empfehlung. Als Beleg für ihre Konformität grenzte sich die Saarorganisation nicht nur demonstrativ von den einstigen „Systempolitikern“ ab³⁰⁵⁷

³⁰⁵⁴ Wegen seiner angeblichen Agententätigkeit für die Regierungskommission war Waltz (1889–1964), der gleichzeitig Präsident der „Saarländischen Liga für Menschenrechte“ war, bereits 1922 ebenfalls aus der KPD ausgeschlossen worden.

³⁰⁵⁵ Vgl. SF 14 (1933) 11, S. 175; LEMPERT, S. 219–273; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 141–149.

³⁰⁵⁶ Gleichwohl wurde die Bewegung nicht unterschätzt: „Die Tätigkeit der SWV. stellt im gegenwärtigen Zeitpunkt für die Rückgliederung wohl die ernsteste Gefahr dar.“: Vgl. Bericht der Gestapo (29.01.34), in: LHA Koblenz, 442/7526. Zur SWV allgemein vgl. LEMPERT, S. 283–334; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 149–154; BA-R 8036/58. Organigramm der SWV mit ihren Verbindungslinien nach Paris (11.04.34), in: BayHStA, StK 6082; Versammlungsberichte in: BayHStA, StK 6122; SF 15 (1934) 12, S. 221 ff.

³⁰⁵⁷ Vgl. beispielsweise den Aufruf zur Niederwaldkundgebung: „Welche Fülle aufopfernder Arbeit in nationalem Sinne der Bund der Saarvereine mit seinen alljährlichen Tagungen geleistet hat, läßt sich schon aus der Tatsache ersehen, daß die jeweiligen marxistischen oder marxistisch beeinflussten Regierungen des Reiches die gesamte von uns geleistete Aufklärung als eine ihrer Annäherungspolitik gefährliche Sache ansahen, und sich demzufolge von unseren Tagungen fernhielten.“: SF 14 (1933) 15, S. 246. Vogel mußte allerdings noch über ein Jahr nach der „Machtergreifung“ davon abgehalten werden, seine früheren guten Kontakte zur preußischen Regierung zu betonen, da dies von den neuen Herren in Berlin als politische Gesinnungsgenossenschaft ausgelegt werden könnte: Vgl. Brief Posselts an die GSV (05.03.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 7. Die Namen der sozialdemokratischen und kommunistischen Landtagsmitglieder waren nach der nationalen Erhebung aus dem Adressverteiler der SF-Abonnenten entfernt worden: Vgl. Brief

und entledigte sich auch formal der bisherigen parteipolitischen Objektivität, sondern bemühte sich im Falle Max Brauns sogar, die NS-Presse noch rechts zu überholen³⁰⁵⁸. Frühere Kontakte zum „*Diktator der saarländischen Sozialdemokratie*“ wurden dabei konsequent ausgeblendet. Unter den neuen Rahmenbedingungen konnte Vogel endlich auch seine jahrelang aufgestauten Aversionen gegen den „größte[n] Maulheld der Saarseparatisten“³⁰⁵⁹ abarbeiten, dem er als Nichtabstimmungsberechtigten die Legitimation absprach, im Namen der saarländischen Bevölkerung zu sprechen³⁰⁶⁰. Ähnlich verhielt sich der „Saar-Freund“ nun auch gegenüber Johannes Hoffmann, dessen „Saar-Post“ ab Mai 1934 einen Gegenpol zur gleichgeschalteten Zentrumspresse bilden wollte und der im November maßgeblich an der Gründung des „Deutschen Volksbundes für christlich-soziale Gemeinschaft an der Saar“ beteiligt war³⁰⁶¹. Hatte Vogel noch im Mai 1933 in ihm einen Verbündeten in seinem Kampf gegen Braun gesehen³⁰⁶²,

der GSV an den Landesgeschäftsführer der DF (01.09.34), in: BA-R 8014/17.

³⁰⁵⁸ Vgl. SF 14 (1933) 24, S. 467. Aus der Reihe der unzähligen Angriffe gegen Braun, die auch vor persönlicher Diffamierung nicht halt machten, vgl. Jahresbericht 1933, S. 3–6; SF 14 (1933) 9, S. 133 ff. Das oftmals namentliche Anprangern der politisch bzw. nationalen Gegner wie beispielsweise der „*Semigranten*“, die „*wie eine Heuschreckenplage des Land überfallen*“ (SF 15 (1934) 4, S. 53) hätten, erlebte 1933 eine Intensivierung: Vgl. hierzu: SF 15 (1934) 4, S. 56 f.; SF 15 (1934) 5, S. 75; SF 15 (1934) 7, S. 112 ff. („*politisch mehr oder weniger Belasteter und krimineller Elemente [...] Treiben von lichtscheuem Gesindel*“); SF 15 (1934) 11, S. 189 f. („*Harlunkenpack*“); SF 15 (1934) 12, S. 221 ff.; SF 15 (1934) 26, S. 558 f.; SF 15/16 (1934/35) 29, S. 631 f.; Sondernummer des SF (1934/35) 1, S. 7 („*Schlangengezücht der Marxisten, Kommunisten und Emigranten*“). Zu den Emigranten vgl. BA-R 8036/59–63 und 65–69; Gerhard BUNGERT/Klaus-Michael MALLMANN: Exil an der Saar 1933–1935, in: Saarheimat 22 (1978) 5, S. 134–138; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 168–179; Ralph SCHOCK: Saargebiet: 1933–1935, in: Claus-Dieter KROHN (Hrsg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Sp. 367–371; SF 15 (1934) 2, S. 26; SF 15 (1934) 13, S. 237 f.; SF 14 (1933) 20, S. 380 (Die Regierungskommission „*läßt nur jene Elemente noch zu Worte kommen, die aus begreiflichen Gründen die deutschen Grenzen hinter sich gelassen haben, oder die aus materieller Raffsucht oder politischer Rachsucht bereit sind, jedes Vaterland zu verkaufen, da sie selbst nie eines besessen haben.*“).

³⁰⁵⁹ SF 14 (1933) 20, S. 388; SF 15 (1934) 2, S. 24. Das vorübergehende Einstellen der Fehde zwischen GSV und Braun wurde mit damals notwendigen nationalpolitischen Erfordernissen legitimiert. Nach der „Macht-ergreifung“ spekuliere er auf einen Posten bei der künftigen Saar-Regierung, weshalb er die Rückgliederung des Saargebiets um jeden Preis verhindern wolle: Vgl. Brief der GSV an Fixemer (15.05.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6; SF 14 (1933) 9, S. 133 f.; SF 14 (1933) 11, S. 172 f.; SF 14 (1933) 19, S. 368 f.; SF 14 (1933) 21, S. 412 (Braun sei durch „*seine schamlose Hetze [...] der treueste Schildknappe der französischen Begehrlichkeit. [...] Das verdiente Schicksal wird auch diesen Verräter sicher einmal ereilen.*“); SF 15 (1934) 13, S. 238–241; SF 15/16 (1934/35) 30, S. 646 f.; POSSELT: Die pressepolitischen Aufgaben, S. 263.

³⁰⁶⁰ Dieser Schuß hätte nach hinten losgehen können: Weder die beiden Saarbevollmächtigten von Papen und Bürckel, noch der Bundesführer Simon genügten den Bestimmungen des Saarstatuts, um 1935 ihre Stimme abgeben zu dürfen. Dank einer Ausnahmegenehmigung des preußischen Innenministeriums für den weiteren Bezug der im Reich verbotenen „Volksstimme“ konnte Braun im Visier gehalten werden: Vgl. Brief der GSV an Mehrmann (06.09.33), in: BA-R 8014/799. Zur Reaktion auf die „*geradezu landesverräterische Haltung des sozialdemokratischen Blattes in Saarbrücken*“ vgl. SF 14 (1933) 7, S. 108 f. Zur „Volksstimme“ während des Abstimmungskampfes vgl. SIEGMANN.

³⁰⁶¹ Vgl. hierzu: Johannes HOFFMANN: Journalistische Erfahrungen, S. 11–15; GESTIER, S. 77–82 und S. 112–128; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 124 f. und S. 135–138.

³⁰⁶² Vgl. Brief der GSV an Hoffmann (13.05.33), in: BA-R 8014/1081. Das Verhältnis zwischen dem Chefredakteur der „Saarländischen Landeszeitung“ und dem Protestanten Vogel vor 1933 war weitgehend frei von Konflikten: Vgl. Brief der GSV an Hoffmann (28.10.30), in: BA-R 8014/339. In einem Empfehlungsschreiben vom Frühjahr 1930 hatte Hoffmann eigens auf die „*überaus segensreiche Aufklärungsarbeit*“ des BdS verwiesen: Vgl. SF 11 (1930) 3, S. 59.

wurde Hoffmann bald mit vermeintlichen Landesverrättern wie Muth oder Notton auf eine Stufe gestellt³⁰⁶³. Vor dem Abdruck von Artikel heiklen Inhalts versuchte Vogel, sich bei den Reichsbehörden in noch stärkerem Umfang als in früheren Jahren rückzuversichern³⁰⁶⁴.

In einer Denkschrift warb Vogel für die ausreichende Finanzierung des Blattes im bevorstehenden Abstimmungskampf. Da die Regierungskommission zunehmend die Meinungsfreiheit



„Saar-Freund“ und „Saarheimatbilder“ im getrennt 1920 bzw. 1925 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin

Abb. 51: Propagandaschriften der Geschäftsstelle „Saar-Verein“

im Saargebiet beschneide, müsse der „Saar-Freund“ den Ausfall der prodeutschen Stimmen kompensieren und als Ersatzsprachrohr dienen. Dafür sei die „engste lebendige Fühlung mit der Bevölkerung, größte Sachlichkeit in der Beurteilung der Lage“ sowie „kämpferisches Temperament“ erforderlich. Vogel schwebte eine großflächige kostenlose Verteilung im Saargebiet vor, wobei das noch immer nicht aufgehobene Verbot der Zeitschrift durch Sonderdrucke umgangen werden sollte. Trotz der engen Zusammenarbeit mit amtlichen Stellen dürfe keinesfalls der Eindruck entstehen, daß die Ausführungen im „Saar-Freund“ amtlichen Charakter besäßen³⁰⁶⁵. Angesichts der Flut konkurrierender Saarsondernummern³⁰⁶⁶ sah sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ immer wieder gezwungen, auf die Kontinuität des

³⁰⁶³ Vgl. SF 15 (1934) 13, S. 237 f.; SF 15 (1934) 15, S. 277 ff. („Ein Christ aber, der das Zeichen der göttlichen Liebe und Treue sich erwählt, um damit seine politische Ehrlosigkeit zu decken, der hat sich dem Teufel verschrieben.“); SF 15 (1934) 25, S. 549 f.; Sondernummer 2 (1934/35), S. 29 („Der Saar-Separatismus ist entlarvt als das Sammelbecken alles Schmutzes, aller Lüge, aller Verleumdung und aller unsauberen Geschäftemacher! Und Hoffmann ist der ‚größte‘ unter ihnen.“).

³⁰⁶⁴ Vgl. beispielsweise Brief des AA an die GSV (08.04.33), in: BA-R 8014/682.

³⁰⁶⁵ Vgl. Denkschrift „Der ‚Saar-Freund‘ im Endkampf um die Saarlösung“ (Dezember 1933), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096. Im Vergleich zu den großen saarländischen Zeitungen erkannten die Behörden dem SF keine übermäßige Rolle zu: Die GSV erhielt lediglich zusätzliche 1.000 RM monatlich von Winkler: Vgl. Bericht der „Cura Revision- und Treuhand-Gesellschaft m.b.H.“ (31.10.35), in: BA-R 55/752. Wenn es darum ging, Sondernummern kostenlos auch im Ausland abzusetzen, griff das AA eher zur freiwillig gleichgeschalteten S.Z. oder der „Saarbrücker Landeszeitung“, verschickte aber auch einzelne Ausgaben des SF an seine Auslandsvertretungen: Vgl. Brief des AA an die GSV (06.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.098. Im Abstimmungskampf sollten alle Abstimmungsberechtigten das Kampforgan unentgeltlich erhalten: Vgl. Rundbrief der GSV an die Saarobleute (22.10.34), in: LA Speyer, H 38/403.

³⁰⁶⁶ Anfang April wurde die reichsdeutsche Presse angewiesen, derartige Sonderausgaben und Beilagen vorzubereiten: Vgl. BRAMSTED, S. 227. Schon Simon war Ende November 1933 an den neu ernannten Saarbollmchtigten von Papen mit der Bitte um ein handschriftliches Geleitwort für die von ihm geplante Saarsonderseite herangetreten, die ab dem ersten Januar-Samstag 1934 monatlich reichsweit in allen deutschen Zeitungen erscheinen sollte: Vgl. Brief Simons an den Saarbollmchtigten von Papen (25.11.33), in: BA-R 8014/688.

Blattes hinzuweisen, das von Anfang an die politische, kulturelle und wirtschaftliche Geschichte des Saargebietes dokumentiert habe. Damit sei der „Saar-Freund“ das

„getreue Spiegelbild der Not und des Kampfes der deutschen Saarbevölkerung während der Zeit der Besetzung und der ‚treuhänderischen‘ Verwaltung durch den Völkerbund [...], aber] auch der treue Wegbegleiter der Saarländer und der geistige Trommler zu Weckung und Wacherhaltung des Interesses für die Deutscherhaltung des Saargebietes.“³⁰⁶⁷

Im eigentlichen Abstimmungskampf leistete der „Saar-Freund“ der Rückgliederungsbewegung energische Schützenhilfe. Führende Köpfe der „Deutschen Front“ ergriffen in ihm das Wort und lieferten den zahlreichen neuen, oftmals mit der Saarproblematik kaum betrauten Stützpunkten in komprimierter Form ausreichendes Vortragsmaterial zur Mobilisierung der reichsdeutschen Bevölkerung³⁰⁶⁸.

Neben Propagandaelementen in Schrift und Bild³⁰⁶⁹ dominierte noch immer die Propaganda des Wortes. Wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, gelang es dem Bund der Saarvereine nach 1933 nicht mehr, im Bereich des Rundfunkwesens Fuß zu fassen. Dank der im Vorjahr erfolgten Verstaatlichung fiel es hingegen den Nationalsozialisten leicht, das moderne Informations- und Unterhaltungsmedium zu kontrollieren³⁰⁷⁰. Die großen Saarkundgebungen am Niederwald, in Zweibrücken und auf dem Ehrenbreitstein wurden reichsweit übertragen, während Bürckels Kaiserslauterer „Haussender“ zahlreiche kleinere Veranstaltungen des Saarbevollmächtigten über den Äther schickte. Auch in diesem Bereich konnte er seinen Widersacher Simon klar ausstechen. Neben derartigen inszenierten Sondersendungen gehörten verschiedene Hörspiele und Hörfolgen sowie regelmäßige Nachrichtenbeiträge zum Repertoire der nationalsozialistischen Saarpropaganda, die damit in direkter Konkurrenz zum Programmangebot des Straßburger Senders stand³⁰⁷¹.

³⁰⁶⁷ Vgl. SF 15 (1934) 24, S. 518. Ähnliche Gedanken in: SF 15 (1934) 16/17, S. 317; Jahresbericht 1933, S. 17 f.; POSSELT: Die pressepolitischen Aufgaben, S. 265.

³⁰⁶⁸ Unterhaltsame Artikel sowie Berichte über Ortsgruppenaktivitäten wurden zugunsten der „Erfassung und systematischen Bearbeitung der Abstimmungsberechtigten“ und mehrerer gutachterlicher Artikel stark reduziert: Vgl. Brief der GSV an Posselt (06.07.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6; SF 15 (1934) 11, S. 199 f.; SF 15 (1934) 12, S. 219 ff.; SF 15 (1934) 13, S. 241 ff.

³⁰⁶⁹ Siehe hierzu Kap. 5.3

³⁰⁷⁰ Goebbels, der dem Rundfunk eine herausragende propagandistische Funktion beimaß (vgl. Ansprache Goebbels' an die Intendanten und Direktoren der Rundfunkgesellschaften (25.03.33), in: HEIBER, S. 91), konzentrierte umgehend die Zuständigkeiten in seinem neu geschaffenen Ministerium und förderte massiv den technischen Ausbau des Sendernetzes sowie die Erhöhung der Teilnehmerdichte durch den „Volksempfänger“. Zum Rundfunk nach 1933 allgemein vgl. DILLER: Rundfunkpolitik; FREI/ SCHMITZ, S. 83–95; Peter LONGERICH: Nationalsozialistische Propaganda, in: BRACHER/ FUNKE/ JACOBSEN (Hrsg.), S. 291–314, hier: S. 299–302.

³⁰⁷¹ Die Rolle des Radios im Abstimmungskampf hat bereits eine eingehende Untersuchung erlebt bei: PAUL: Deutsche Mutter, S. 126–131. Zu verschiedenen Sendeformaten 1934 vgl. JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 141 ff.; DILLER: Frankfurter Rundfunk, S. 258–261, insbesondere die Übersicht „Die deutsche Rundfunkorganisation während des ‚Saarkampfes‘“ (S. 261). Zur Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses am 15.01.35 wurde für Belegschaften, Verwaltungen und Parteigliederungen reichsweit Gemeinschaftsempfang angeordnet. Vgl. ebenso: MUSKALLA, S. 583–586; MALLMANN/ PAUL: Herr-

Wesentlich bedeutsamer hingegen war die konventionelle Vortragstätigkeit des Bundes in den letzten Monaten vor der Saarabstimmung. Simon war es nach persönlicher Intervention bei Goebbels gelungen, daß die zuständigen städtischen Behörden von den jeweiligen Landespropagandastellen des Ministeriums zur kostenlosen Überlassung von Sälen für Veranstaltungen des Bundes der Saarvereine angewiesen wurden – eine der ersten spürbaren Auswirkungen der Zwangssymbiose von Partei und Verein³⁰⁷². Er selbst, der parteiintern als hervorragender Redner galt und ähnlich wie Hitler bis zu zwei Stunden monologisieren konnte, absolvierte in dem Jahr seines Vorsitzes nur etwa 20 Gastauftritte vor Ortsgruppen und einige weitere vor anderen Verbänden, was – verglichen mit den insgesamt über 350 Versammlungen, die er in dem Zeitraum zwischen April 1932 und März 1933 ableistete³⁰⁷³ und gemessen an der Veranstaltungsflut dieser Monate – eine verschwindend geringe Zahl darstellte.



Abb. 52: Bundesführer Gustav Simon als Redner

Auch bei Propagandaauftritten Simons fällt auf, wie sehr sich die Nationalsozialisten traditioneller Versammlungsformen bedienten. Diese bildeten – republikanischer Reminiszenzen entledigt – weiterhin das vertraute Gerüst, an welchem nationalsozialistische Symbole und Riten aufgehängt wurden. So hatte es sich seit Jahren in Herne eingebürgert, anlässlich des Jahrestags der Reichsgründung eine Saarkundgebung zu veranstalten und dort einen Treueschwur gegenüber der Saar abzulegen.

„Es ist der gleiche Schwur, den in den vergangenen Jahren die Vertreter eines Reiches der Schwäche und der Hoffnungslosigkeit, eines Staates der Zwietracht und des Niederganges entgegennahmen. [...]“

Am 20. Januar 1934 allerdings stand die Kundgebung im Zeichen des wiedererwachten Deutschlands und wollte eine Antwort auf die „Lügenpropaganda“ der Emigranten an der Saar geben³⁰⁷⁴. Das Podium war von zwei überdimensionalen Grubenlampen sowie zwei Bergmannsfiguren in saarländischer Grubenuniform eingerahmt, während der örtliche Männergesangsverein im Wechsel mit der Marschmusik der NSBO-Kapelle vaterländische Lieder vortrug.

schaft und Alltag, S. 126 ff.

³⁰⁷² Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (30.11.33), in: BA-R 8014/130; SF 14 (1933) 23, S. 442.

³⁰⁷³ Vgl. KRIER, S. 260.

³⁰⁷⁴ Vgl. „Herner Anzeiger“ Nr. 17 (20.01.34). Zum folgenden vgl. SF 15 (1934) 4, S. 66; SF 15 (1934) 5, S. 87; „Herner Anzeiger“ Nr. 18 und Nr. 19 (22.01.34 und 23.01.34); „Wanne-Eickeler Zeitung“ (22.01.34). In den Lokalblättern finden sich auch Fotos der Veranstaltung. Der Verein gab sogar eine eigene Festschrift heraus: Vgl. StA Herne, Bund der Saarvereine.

Simon hob in seiner anschließenden Standardrede den deutschen Friedenswillen hervor; ähnlich wie Hitler am Niederwalddenkmal maß er der Liquidierung der Saarfrage große Bedeutung für die Wahrung des Friedens in Europa bei. Auch Simon verzichtete nicht darauf, Altbekanntes und seit Jahren auf derartigen Veranstaltungen kontinuierlich Wiederholtes vor dem Publikum aufzuwärmen: Für die Versailler Regelung der Saarfrage habe es keine Rechtfertigung gegeben wie auch die zurückliegenden Jahre das Scheitern des dort errichteten Systems mehr als deutlich unter Beweis gestellt hätten. Trotz aller Anstrengungen Frankreichs sei

„genau das Umgekehrte von dem eingetreten, was Frankreich erhoffte: die Saarbevölkerung ist nicht franzosenfreundlich, sie ist vielmehr fanatisch deutsch geworden, so daß diese 800.000 Saardeutschen bei der Abstimmung wie ein Block aus Granit oder Stahl dastehen werden, in dem man keinen Splitter hineinschlagen kann. (Begeisterter Beifall.) [...] Aber die Saarbevölkerung ist schon deshalb nationalsozialistisch, weil sie deutsch ist, weil sie mit dem übrigen Deutschland eines Blutes und eines Herzens ist. [...] Im ganzen Saargebiet ist heute nur 1 Wille, 1 Sehnsucht: zurück zu Deutschland, zum Reich zu Adolf Hitler, dem großen Führer (Bravo).“

Doch nicht alleine diese 800.000 Saarländer, sondern insgesamt 65 Millionen Deutsche befanden sich im Abstimmungskampf und unterstützten die Forderung nach Rückgliederung. Simons Rede hätte – ohne die eingestreuten Huldigungen an das Dritte Reich und Hitler – in dieser Art ohne weiteres ebenso vor der „Machtergreifung“ gehalten werden können.

Auch der Ablauf des sonstigen Rahmenprogramms glich dem früherer Jahre; es unterschied sich äußerlich lediglich durch die Beteiligung der lokalen Parteiformationen. Am Vormittag des nächsten Tages kündigten Trommlerkorps den Propagandazug durch die Stadt an, während BDM-Mädel mit Sammelbüchsen durch die Straßen zogen und ein Platzkonzert die Bevölkerung zum Besuch der Kundgebung animierte. Nach Ansprachen Debusmanns und dem Verlesen der obligatorischen Entschließung durch den Herner Oberbürgermeister folgte der mehrstündige Umzug der verschiedenen Kolonnen in 6er-Reihen durch die Straßen der Stadt. Tags zuvor wurden die mitmarschierenden Vereine aufgefordert, für Transparente und Plakate mit Aufschriften wie *„Wir kämpfen für die Saar!“* Sorge zu tragen³⁰⁷⁵.

Charakteristisch für die Saarkundgebungen in den letzten beiden Jahren des Völkerbundmandats waren zum einen ihre große Zahl; zum anderen zeichneten sich viele der mit großem Aufwand inszenierten Spektakel durch ihr gewaltiges Publikum aus. Während die Zuschauer zu Zeiten der Republik aus freien Stücken – sei es aus Interesse oder Neugier – derartige Kundgebungen besuchten, kamen nun durch Parteibefehle³⁰⁷⁶ und sozialen Druck neue Motive hinzu. Abgese-

³⁰⁷⁵ Vgl. „Herner Anzeiger“ Nr. 17 (20.01.34). Propagandamärsche erfreuten sich ungebrochener Beliebtheit: Gemeinsam von Saarvereinsortsgruppe und der NSDAP-Kreisleitung organisiert, vereinigten sich am 13.05.34 sechs Propagandazüge mit 300 Fahnenträgern und 60.000 Teilnehmern im Zentrum des festlich geschmückten Gelsenkirchen, wo der Oberbürgermeister gemeinsam mit dem Gauinspektor das Wort an die Versammlung richtete: Vgl. SF 15 (1934) 11, S. 208.

³⁰⁷⁶ Zur Saarkundgebung an Ostern 1934 in Gießen: *„Jeder Vereinsführer ist persönlich dafür verantwortlich, daß sein Verein geschlossen teilnimmt.“*: Vgl. „Oberhessische Tageszeitung“ Nr. 87 (29.03.34). Schon im Frühjahr 1933 warnte ein Vertrauensmann der GSV (12.06.33, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.457) vor Rückschlüssen aus den Kundgebungen auf die tatsächliche Stimmungslage und den Ausgang des Plebiszits.

hen von den beiden Bundestagungen, die eine Sonderrolle einnahmen und daher auch in einem eigenen Kapitel untersucht werden sollen, gehörten Veranstaltungen wie die Saarkundgebung im Oktober 1934 im Rahmen des thüringischen Flugtages in Erfurt, auf welcher der Landesgruppenleiter Stegner und Vogel gemeinsam mit Robert Ley und Reichsstatthalter Sauckel vor etwa 100.000 Zuschauern sprachen, fast zur Tagesordnung³⁰⁷⁷. Insbesondere die Landesgruppenleiter mit ehrgeizigen eigenen Ambitionen waren bemüht, sich durch möglichst aufwendige Kundgebungen selbst in Szene zu setzen. Im Münchener Löwenbräukeller fand am ersten Aprilwochenende 1934 eine große Saarfeier in Anwesenheit und unter dem Protektorat des bayerischen Ministerpräsidenten Siebert statt, die gegen dessen Willen auch auszugsweise im Rundfunk übertragen wurde. Überraschenderweise sprang der gerade erst abgesetzte Landesleiter der „Deutschen Front“ Spaniol für den verhinderten Simon ein³⁰⁷⁸. Johannes war es auch, der anlässlich der Durchreise einer saarländischen Pilgergruppe Anfang September 1934 eine weitere Kundgebung inszenieren ließ³⁰⁷⁹. Die bayerische Landesgruppe konnte es als ihren Verdienst verbuchen, daß die 1.000 Pilgern um Pfarrer Wüsten anstatt ins französische Lourdes nach Altötting und Oberammergau fuhren. Derartige Versuche waren in den vergangenen Jahren meist gescheitert, doch verfügte die Gruppe inzwischen über effektivere Machtmittel:

„In diesem Jahr des Endkampfes um unsere Heimat haben wir einigen Veranstaltern von Pilgerfahrten die Pistole auf die Brust gesetzt, so daß sie eine Werbung für Lourdes unterließen.“³⁰⁸⁰

Ein Blick in die Provinzpresse des Reiches genügt, um zu erkennen, daß Simons Monopolanspruch auf die Ausrichtung von Saarkundgebungen nie verwirklicht wurde. Auch ohne die Initiative, aktive Beteiligung oder wenigstens die Einbindung der vor Ort ansässigen Saarvereine fanden in den Monaten vor der Abstimmung im ganzen Reich Saarkundgebungen statt. Insbesondere die Parteigliederungen taten sich hier hervor³⁰⁸¹. Am gleichen Tag, an welchem Simon in Herne auftrat, veranstaltete beispielsweise der Reichsverband der Lehrer an gewerb-

³⁰⁷⁷ Vgl. SF 15 (1934) 22, S. 454 ff.

³⁰⁷⁸ Vgl. Einladungsschreiben an Siebert (02.03.34) und Brief Sieberts an Johannes (21.03.34), in: BayHStA, StK 6120; Bericht der französischen Gesandtschaft München an das Außenministerium (12.04.34), in: MAE, Sarre 281; SF 14 (1933) 8, S. 143 f.

³⁰⁷⁹ Vgl. SF 15 (1934) 20, S. 417; Einladungsschreiben der Landesgruppe Bayern an Oberbürgermeister Fiehler (02.09.34), in: StA München, BuR 970.

³⁰⁸⁰ Vgl. Gutachten des Propagandawartes Becker (Juni 1934), in: BayHStA, StK 6128. Vgl. hierzu die 17seitige Flugschrift „Wir rüsten zur Pilgerfahrt durch heilige deutsche Erde“, die in einer Auflage von 50.000 Exemplaren erschien und über die DF katholischen Haushalten im Saargebiet zuging (Dezember 1934), in: BayHStA, Reichsstatthalter 23. Auch der spätere persönliche Referent Bürckels, Oberkirchenrat Karl Barth, begrüßte das Engagement der Gruppe und empfahl, daß die Saarvereine mit allen bischöflichen Behörden diesbezüglich in Kontakt treten sollten: Vgl. Brief Barths an Siebert (05.07.34), in: BayHStA, StK 6128.

³⁰⁸¹ Beispielsweise wurde die Saarfrage auf über einhundert Sprechabenden der fränkischen NSDAP und DAF erörtert: Vgl. Berichte des Diplomhandelslehrers Kafitz, „Führer des Gebietes Oberfranken und Propagandaleiter des Gebietes Mittelfranken im Bund der Saarvereine“ (Dezember 1934), in: BA-R 1501/5002. Ein Anfang 1934 als Ableger der Ortsgruppe Gelsenkirchen gegründete Saarverein rühmte sich, während des zurückliegenden Jahres in fast allen Vereinen und NSDAP-Untergruppen Saarvorträge gehalten zu haben: Vgl. „Horster Zeitung“ Nr. 4 (05.01.35). Siehe auch KRONHAUSEN, S. 197 ff.

lichen und Fachschulen unter anderem mit Peter Kiefer, Hermann Savelkouls und Alois Spaniol eine Saarkundgebung im Berliner VdI-Haus. Zwei Monate später erhielt die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ lediglich eine Einladung zu einer ähnlichen Veranstaltung, auf welcher eine Broschüre über Abstimmungsfragen verkauft wurde, die selbst Vogel unbekannt war³⁰⁸². Von Vorteil war allerdings, daß die Saarfrage jeweils anschließend publizistisch aufbereitet wurde, ohne daß die Ortsgruppen hierfür Sorge tragen mußten³⁰⁸³.

Es bedurfte nicht einmal der Anwesenheit eines hohen Repräsentanten aus Partei oder Staat, um die Abhaltung einer Saarkundgebung zu rechtfertigen. Zwar mußte Debusmann Ende Oktober 1934 die Ortsgruppen mahnen,

„nicht so sehr auf klingenden Namen oder Titel zu sehen, als darauf, daß der Redner es versteht, seine Zuhörer für die deutschen Sache unserer Heimat zu erwärmen“³⁰⁸⁴,

doch war gerade den jungen Ortsgruppen schon der kleinste Anlaß willkommen, sich durch eine möglichst gewaltige Inszenierung zu profilieren. Als beispielsweise im September 1934 zufällig 300 Urlaubsgäste aus dem Saargebiet auf der Durchreise in Duisburg weilten, ließ es sich die Ortsgruppe nicht nehmen, eine Kundgebung auf dem Theatervorplatz zu veranstalten, der eine weitere in den Abendstunden mit den Duisburger Abstimmungsberechtigten und verschiedenen Parteiformationen folgte³⁰⁸⁵. Solch überbordender Enthusiasmus in den neuen Ortsgruppen und Stützpunkten mündete bisweilen in Konflikten mit Parteistellen, die ihrerseits nicht genehmigte Saarkundgebungen zu unterbinden versuchten³⁰⁸⁶.

Gänzlich ohne Beteiligung des Bundes zelebrierten Bürckel, Pirro und Goebbels am 6. Mai 1934 im grenznahen Zweibrücken den „Tag der deutschen Saar“, der nicht alleine wegen seines massenhaften Besuchs von herausragender Bedeutung im Abstimmungskampf war, sondern weil dort erstmals die Erfolgsmeldungen über die Beitrittskampagne in die „Deutsche Front“ veröffentlicht wurden. Mit über 450.000 Mitgliedern war es den Werbern gelungen, binnen zweier Monate etwa 93% aller Abstimmungsberechtigten zu erfassen. Wenn auch der oftmals unter Druck erfolgte Beitritt keinesfalls eine Gewähr für das anschließende Votum für Deutschland

³⁰⁸² Vgl. Einladungsschreiben (31.03.34) und undatierte Aktennotiz Voigts, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097.

³⁰⁸³ Vgl. „Berliner Tageblatt“ (21.01.34). Vgl. ebenso den Bericht über die Tagung des Reichsbundes deutscher Beamten und des Nationalsozialistischen Lehrerbundes in Würzburg (Dezember 1934) mit dem vollständigen Abdruck des Vortrages über den „Kampf um die Saar“, in: „Würzburger General-Anzeiger“ Nr. 290 (19.12.34).

³⁰⁸⁴ Vgl. Rundschreiben Debusmanns an die Ortsgruppen (29.10.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27. Besonders Redner der DF waren begehrt. Die Behörden verzichteten auf die Herausgabe von Rednerbriefen für Saarkundgebungen, um der daraus resultierenden Gleichförmigkeit entgegen zu wirken: Vgl. Brief Sperrs an die bayerische Staatskanzlei (21.12.33), in: BayHStA, MIIn 47.097.

³⁰⁸⁵ Vgl. SF 15 (1934) 21, S. 442.

³⁰⁸⁶ „Bemerken möchte ich noch, daß der Bund der Saarvereine in letzter Zeit schon des öfteren Dummheiten begangen hat.“: Vgl. Brief der NSDAP-Gauleitung Koblenz-Trier an Michels (11.01.35), in: LHA Koblenz, 661,11/6. Die betreffende Ortsgruppe (Merxheim) hatte sich Anfang 1934 konstituiert: Vgl. SF 15 (1934) 6, S. 104.

war, rief das Zahlenverhältnis bei den Gegnern die Rückgliederung im gleichen Maße Bestürzung hervor wie es die Siegeszuversicht der prodeutschen Fraktion stärkte³⁰⁸⁷.

Schon bald nahmen die Saarkundgebungen überhand. Die württembergische NSDAP trat Anfang Februar 1934 mit dem ehrgeizigen Vorhaben auf den Plan, in allen Ortschaften Württembergs mit mehr als 800 Einwohnern jeweils eigene Kundgebungen zu initiieren. In der Tat bildete die Zentralveranstaltung in Stuttgart am 5. April 1934 mit Reichsstatthalter Murr, Gauleiter Schmidt, Ministerpräsident Mergenthaler sowie weiteren Vertretern von Behörden und Organisationen den Auftakt zu etwa 1.000 Kundgebungen im ganzen Land, die sich in den darauffolgenden beiden Wochen anschlossen³⁰⁸⁸. Angesichts dieser Flut an saarspezifischen Veranstaltungen überrascht es nicht, daß selbst Saarkundgebungen, die zu Weimarer Zeiten zu den größeren Auftritten des Bundes gezählt hätten, nun nur noch als Randnotiz im „Saar-Freund“ erschienen³⁰⁸⁹. Die Beobachtung der Kundgebungen durch die französischen Vertretungen konnte in noch stärkerem Maße als zu Zeiten der Republik nur sporadisch erfolgen; selbst in einer einzelnen Stadt ließen sich die saarspezifischen Aktivitäten nicht mehr überblicken: Allein in Hamburg sollen in den beiden Jahren vor der Abstimmung von der Ortsgruppe in Kooperation mit der Landesstelle des Propagandaministeriums etwa 200 Veranstaltungen mit insgesamt etwa 200.000 Menschen aufgezo-gen worden sein³⁰⁹⁰.

³⁰⁸⁷ Vgl. Kurt SCHÖNDORF: Der „Tag der deutschen Saar“ 1934 in Zweibrücken, in: Saarpfalz. Blätter für Geschichte und Volkskunde 47 (1995) 4, S. 38 f.; BARTZ, S. 66–71; SF 14 (1933) 10, S. 165 ff., S. 170 ff. und S. 176 ff. Zeitgenössische Beobachter werteten die Entscheidung zum Beitritt in die DF als Vorabstimmung für 1935: Vgl. Brief eines unbekanntenen Saarländers an Posselt (09.03.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 7. Zur DF, die einen eigenen uniformierten und an der SA orientierten Ordnungsdienst unterhielt, vgl. JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 102–122; N.N.: Die Deutsche Front, S. 47–64 (insbesondere die schematische Übersicht S. 51); Kunkel, S. 47–58; PAUL: Deutsche Mutter, S. 69–162. RÖCHLING (Wir halten die Saar!, S. 143) umschrieb den Sinn der Front damit, „daß niemand gefragt werden soll: Von welcher Partei kommst du her; bist du bisher Zentrumsmann, Sozialdemokrat oder Kommunist gewesen?, sondern daß die Frage nur lauten soll: Wohin willst du? Jedem, der zurück zum Reiche will, steht der Weg zur Deutschen Front offen. Jeder, der diesen Weg beschreiten will, ist uns wertvoll.“

³⁰⁸⁸ Neben Rednern aus dem Saargebiet engagierten sich vor allem auch die Stuttgarter Vorsitzenden Schellenberger und Bur: Vgl. SF 15 (1934) 3, S. 49; SF 15 (1934) 9, S. 161; SF 15 (1934) 12, S. 334 f.

³⁰⁸⁹ Vgl. die Berichte zu den Kundgebungen am 02./03.06.34 in Mannheim mit 10.000 Teilnehmern oder die eine Woche später in Karlsruhe stattfindende Inszenierung mit etwa 50.000 Besuchern, in: SF 15 (1934) 14, S. 275; SF 15 (1934) 13, S. 254.

³⁰⁹⁰ Vgl. Tätigkeitsbericht der Ortsgruppe Hamburg (30.11.34), in: BA-R 8014/391. Der französische Generalkonsul in Hamburg stellte der Propaganda des Saarvereins hingegen kein gutes Zeugnis aus: Es scheine, als sei es den Agitatoren bislang nicht gelungen, dort außergewöhnlichen Enthusiasmus zu entfachen. Gerade 5% der im Großraum Hamburg lebenden Saarländer seien in der Vereinigung erfaßt, deren Versammlungen nur schwachen Zulauf erhielten: Vgl. Brief des französischen Generalkonsuls Maurice Saugon an die französische Botschaft in Berlin (17.05.34), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 671. Vgl. auch den Bericht des französischen Generalkonsulats Hamburg an das Außenministerium (05.03.34), in: MAE, Sarre 281.

Gerade in der Reichshauptstadt, wo die ohnehin zur Tagesordnung gehörenden Aufmärsche und Akklamationsveranstaltungen nun noch um saarspezifische Inszenierungen erweitert wurden, führte die Mobilisierungskampagne zu ersten Ermüdungserscheinungen³⁰⁹¹ bzw. ebte das Interesse der Berliner Bevölkerung am „*heroischen Kampf*“ um das Schicksal der Saar in dem Maße ab, wie schließlich nahezu jeder Bereich des öffentlichen Lebens mit Saarpropaganda überfrachtet war³⁰⁹². Die permanente Präsenz der Saarfrage in der reichsdeutschen Öffentlichkeit – selbst im fernen Königsberg wurde die Bevölkerung durch Plakate zum Besuch der Koblenzer Saarkundgebung aufgerufen³⁰⁹³ – drohte im Laufe des Sommers 1934 kontraproduktiv zu werden, zumal viele Veranstaltungen von propagandistischen Laien dilettantisch aufgezo- gen waren. Folglich ordnete der Saarbevollmächtigte von Papen Anfang Juni 1934 an, fortan Propagandaveranstaltungen außerhalb des Saargebiets

*„auf das normale, für den Abstimmungskampf notwendige Maß zu beschränken. Es ist Vorsorge zu treffen, daß nicht jede aus irgend einem Anlaß stattfindende Kundgebung zu einer ‚Saarkundgebung‘ ausgestaltet wird, weil dies der Wichtigkeit, Würde und nationalen Bedeutung dieser Frage nicht gerecht würde.“*³⁰⁹⁴

Eine Woche später bekräftigte das Reichspropagandaministerium den Erlaß und zog die Zuständigkeit für alle Saarkundgebungen im Reich an sich³⁰⁹⁵; obwohl Simon weiterhin vollmundig das Monopol für derartige Veranstaltungen reklamierte, war er als zentrale Entscheidungsinstanz ausgebootet.

³⁰⁹¹ Vgl. Rundschreiben Hellwigs an die Mitglieder der Berliner Ortsgruppe (30.04.34), in: BA-R 8014/134. Verschiedene Saarreferenten hatten „*vor einer zu frühzeitig einsetzenden intensiven Propaganda [gewarnt]; eine Bevölkerung von über 800.000 Menschen läßt sich zwar eine Zeitlang unter Stimmungshochdruck halten, aber nicht zu lange. Die Wirkung verpufft sonst mit der Zeit und lockt auch zu frühzeitig eine starke westliche Gegenpropaganda heraus.*“: Brief Binders an die bayerische Politische Polizei (21.08.33), in: BayHStA, StK 6100. Ähnlich äußerte sich auch ein Monat später der Speyerer Oberkirchenrat Karl Barth: Vgl. Lagebericht Barths (23.09.33), in: Ebd. Vgl. ebenso die Aufzeichnung Voigts (13.03.33), in: ADAP, C I/1, Dok. 80, S. 152 f.

³⁰⁹² Auch den französischen Beobachtern blieb dies nicht verborgen: „*La distribution des tracts est entravée par la besogne qui incombe aux S.A., du fait de leurs propres quêtes, et, d'un autre côté, la population hambourgeoise a fini par se laisser de la dîme quasi-quotidienne et ne se soucie guère de cette nouvelle propagande onéreuse.*“: Vgl. Brief des französischen Generalkonsulats Hamburg an die französische Botschaft in Berlin (17.05.34), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 671. Vgl. ebenso die Beobachtungen Robert JUNGS: Spontane Saarkundgebung in Berlin, in: Ralph SCHOCK: *Haltet die Saar, Genossen! Antifaschistische Schriftsteller im Abstimmungskampf 1935*, Berlin – Bonn 1984, S. 212 ff.

³⁰⁹³ Vgl. Foto einer Litfaßsäule (August 1934), in: BA-R 8014/447.

³⁰⁹⁴ Vgl. Rundschreiben des Saarbevollmächtigten von Papen an die Reichsministerien, Länder und Kommunen sowie NSDAP-Dienststellen (05.06.34), in: BayHStA, MInn 47.097. Im gleichen Schreiben forderte er als unmittelbare Folge der wechselseitigen Garantieverpflichtung Deutschlands und Frankreichs vom 04.06.34, „*sich jedes unmittelbaren oder mittelbaren Druckes zu enthalten, der die Freiheit und die Aufrichtigkeit der Stimmabgabe beeinträchtigen könnte*“ und alle Maßnahmen zu unterlassen, die als Drohung auf die saarländische Bevölkerung verstanden werden könnten.

³⁰⁹⁵ Hierunter fielen allerdings nicht die normalen Mitgliederversammlungen oder Saar-Vortragsveranstaltungen: Vgl. Rundschreiben Goebbels' an die Reichsminister, Landes- und Gaupropagandastellen, die Reichsführung der Deutschen Studentenschaft, den Reichssportführer und an den Vorsitzenden den BdS (12.06.34), in: Ebd.; SF 15 (1934) 14, S. 273.

Von Seiten der Status-quo-Befürworter wurde die verordnete Beschränkung als Signal gewertet, daß die reichsdeutschen Behörden den Saarländern nicht länger die Möglichkeit geben wollten, sich selbst von den Verhältnissen im nationalsozialistischen Deutschland ein Bild zu machen und wieder ernüchert ins Saargebiet zurückzukehren³⁰⁹⁶. In den zurückliegenden Monaten hatte praktisch an jedem Wochenende ein von den saarländischen Vereinen organisierter Massensexodus ins vermeintlich freie Mutterland stattgefunden. Die meisten dieser Fahrten endeten zwar in der Nähe des Saargrenze³⁰⁹⁷, doch ebenso führten zahlreiche Reisen quer durch das Reichsgebiet. Wie in allen Fällen, in denen die Volksgemeinschaft nach außen demonstriert und zelebriert wurde, besaßen die Vereinsfahrten eine mehrfache propagandistische Funktion. Zum einen waren selbstverständlich die Mitglieder der reisenden saarländischen Vereine angesprochen, denen die Errungenschaften des neuen, „erwachten“ Deutschlands vor Augen geführt werden sollten³⁰⁹⁸. Über die ausführlichen Berichte in den saarländischen Lokalblättern erfuhren die Zurückgebliebenen von der ehrenvollen Aufnahme „ihres“ Vereins im Reich. Gleichzeitig diente der Besuch von Saarländern in aller Regel als willkommener Anlaß zur Veranstaltung einer mit meist großem Aufwand arrangierten Saarkundgebung, welche sowohl die Mitglieder der einladenden reichsdeutschen Vereine als auch die im Ort ansässige Bevölkerung auf die anstehende Lösung der Saarfrage vorbereitete. Schließlich und letztlich hofften die inszenierten Demonstrationen blutmäßigen Zusammengehörigkeitsgefühls auch auf eine entsprechende Wirkung im Ausland, insbesondere bei den in Genf vertretenen Staaten³⁰⁹⁹.

Anders als noch vor 1933 benötigten die saarländischen Vereine keine Anlässe mehr für ihre Reise; die Reise als solche und das Zusammentreffen mit Reichsdeutschen jenseits der Saargebietsgrenzen war Motivation genug.

³⁰⁹⁶ Vgl. „Volksstimme“ Nr. 142 (22.06.34).

³⁰⁹⁷ Angeblich waren im Einzugsgebiet der Landesgruppe Westmark allwöchentlich 40–50 saarländische Gruppen zu Besuch; die dort ansässigen Ortsverbände waren von Kellner explizit gehalten, mit lokalen Vereinen Kontakt aufzunehmen, gemeinsam saarländische Vereine einzuladen und national zuverlässige reichsdeutsche Vereine aufzufordern, ihrerseits das Saargebiet zu bereisen: Vgl. Rundschreiben Kellners an die Ortsgruppen (14.02.34 und 12.05.34), in: LHA Koblenz, 661,11/7 und Tätigkeitsbericht Kellners (30.04.37), in: LHA Koblenz, 661,11/24. In LHA Koblenz, 661,11/5 finden sich entsprechende Anfragen saarländischer Vereine. Bei Gegenbesuchen an der Saar widerstanden die reichsdeutschen Vereine offensichtlich nicht der Versuchung, sich mit inzwischen im Reich verbotenen Zeitungen einzudecken: Vgl. Brief der Polizeidirektion Ludwigshafen an die bayerische Politische Polizei (26.06.34), in: BayHStA, StK 6128. Vgl. ebenso den Brief des Gaus 13 der „Deutschen Turnerschaft“ an das RMI (08.12.33), in: BayHStA, StK 6125.

³⁰⁹⁸ Jürgen HANNIG (Die deutsche Saar 1935, S. 31) hat auf die bedeutende Rolle der verschiedenen saarländischen Vereine im Abstimmungskampf hingewiesen, über die es die DF im Saargebiet vermochte, „Zugänge und Wirksamkeit in Bevölkerungskreisen [zu erlangen], die dem NS-Regime eher reserviert gegenüberstanden“. Insbesondere auf die mittellosen und bedürftigen Saarländer mußten die Reisen und Urlaubsfahrten eine große Anziehungskraft ausüben: „Niemand hat sich bis heute besonders um ihn, um den kriegsbeschädigten Röchling-Arbeiter gekümmert. Kein Aas. Bis ihn vor wenigen Wochen das Dritte Reich zur Erholung einlud. [...] Was soll das bedeuten? Hat Hitler am Ende doch den Sozialismus gebracht?“. BALK, S. 41 f.

³⁰⁹⁹ Vgl. die Feststellung des SF anlässlich des 15. Deutschen Turnfests in Stuttgart: „Viele Saarländer hielten nach den Erlebnissen des Freitagabends eine Steigerung des Zusammengehörigkeitsgefühls nicht mehr für möglich.“: SF 15 (1934) 16/17, S. 286.

Als Höhepunkt der „saardeutschen Wallfahrten“ zu Ostern 1934, die verschiedene Reisegruppen nach Bremen, Dortmund, Essen, Hannover, Köln oder auch München führten, galt der Kundgebungsmarathon in der Reichshauptstadt. Mit zwei fahnen geschmückten Sonderzügen trafen am Gründonnerstag mehrere Hundert saarländische Sänger, Turner, Sportler und Frauen am ebenfalls mit Girlanden und Fahnen dekorierten Anhalter Bahnhof ein, wo sie von der Berliner Ortsgruppe feierlich empfangen wurden. Vor der Ansprache Vogels in der Bahnhofsvorhalle intonierte eine SA-Kapelle das Saarlied, was der Saarbrücker Männergesangsverein mit dem „Saarsängergruß“ erwiderte³¹⁰⁰. Zahlreiche Behördenvertreter erwiesen der Reisegruppe ebenfalls bereits am Bahnhof ihre Reverenz.

Nach dieser ersten improvisierten Saarkundgebung nahmen die Saarländer am gleichen Abend an der „NS-Hago-Veranstaltung für das deutsche Handwerk“ im Sportpalast teil. Es verstand sich von selbst, daß sich die Gruppe zunächst zu sammeln hatte, um dann in geschlossener Formation zur Versammlungshalle zu marschieren. Ebenfalls obligatorisch waren die Willkommensbotschaften; Robert Ley gab beispielsweise seiner Freude darüber Ausdruck, daß die saarländischen Gäste nach Berlin gekommen seien,

„um das neue Deutschland kennen zu lernen. Sie wollten heim zum Reiche! Es müsse etwas Wundervolles sein, nach Jahren der Trennung in das Vaterhaus zurückzukehren.“

Während der Karfreitag zu Besichtigungen in Berlin und Potsdam sowie einigen sportlichen Veranstaltungen genutzt wurde, fand am Nachmittag des Karsamstags ein Fußballspiel zwischen dem Gau Brandenburg und S.C. 05 Saarbrücken auf dem Tempelhofer Preußenplatz statt. Das fahnumsäumte Stadion bildete zuvor die Kulisse für den Einzug der saarländischen Sportler und Sänger, die von einer Gruppe von Bergleuten in Uniform angeführt wurden. Über der Szenerie ragte ein meterlanges Transparent mit der Kampfparole „Die Saar bleibt deutsch“.

Gemeinsam trugen der Saarbrücker Männergesangsverein und der Berliner Sängerbund verschiedene vaterländische Lieder vor; wie bei einem kollektiven Schwur erhoben sich die Hände der mehreren Tausend Zuschauer während des Saarlieses zum Deutschen Gruß.

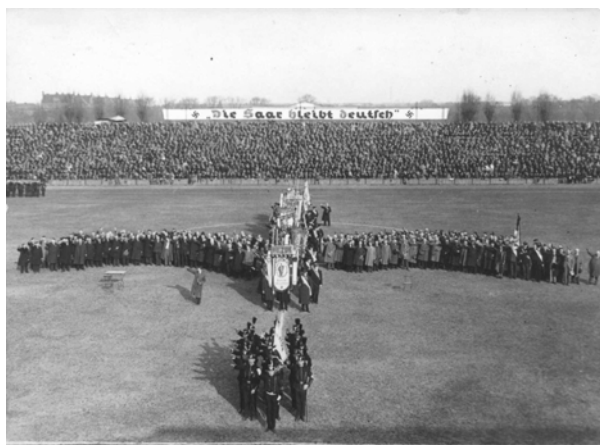


Abb. 53: Saarkundgebung in Berlin-Tempelhof (Ostern 1934)

³¹⁰⁰ Im folgenden vgl. SF 15 (1934) 8, S. 136–140. Programm in: SF 15 (1934) 7, S. 124. Für derartige Sängerreisen empfahl die Verbandszeitschrift geeignete Lieder und Arrangements: Vgl. Saar-Sänger-Bund 12 (1934/35) 5, S. 99. In den beiden Jahrgängen 11 (1933/34) und 12 (1934/35) finden sich zahlreiche Berichte über Saarkundgebungen mit Beteiligung saarländischer Sänger, beispielsweise an Pfingsten 1934 in Diez mit 1.300 Mitwirkenden: Vgl. Saar-Sänger-Bund 12 (1934/35) 4, S. 82 f.; MICHALIK: Chorgesangwesen, S. 80–102.

Wenige Stunden später folgte die nächste Kundgebung im Berliner Konzerthaus „Clou“. Wie schon am Nachmittag fanden sich zahlreiche Vertreter der Behörden, von Parteiformationen, befreundeten Landsmannschaften oder auch der Reichswehr zu der abendlichen Veranstaltung ein. Selbst Vizekanzler von Papen ließ es sich nicht nehmen, in seiner Eigenschaft als Saarbollmächtinger den musikalischen und sportlichen Darbietungen beizuwohnen, die von mehreren Reden unterbrochen wurden. Nach einer Kranzniederlegung für die Gefallenen des Weltkrieges am Ehrenmal Unter den Linden bildete ein weiterer Festabend im Saal der Kroll-Oper am Ostersonntag den offiziellen Abschluß des Besuchsprogramms. Wieder erlebten die saarländischen Gäste eine perfekt durchinszenierte Veranstaltung mit musikalischer Untermalung, Ansprachen³¹⁰¹ und anschließendem Tanz.

Ebenso pompös wie sich der Empfang vier Tage zuvor gestaltete, erfolgte auch die feierliche Verabschiedung am Anhalter Bahnhof. Mahnende Worte, dem deutschen Vaterland die Treue zu halten und an der Saar von den erhebenden Eindrücken zu berichten, wurden den Saarländern mit auf den Weg gegeben. Während die Sportler den direkten Weg nach Saarbrücken wählten, legte der Männergesangsverein in den folgenden Tagen weitere Zwischenstationen in Dortmund, Essen und Köln ein.

Der Ablauf der dortigen Kundgebungen ähnelte in groben Zügen den Berliner Veranstaltungen³¹⁰²; die Konformität der standardisierten Besuchsprogramme spiegelt sich auch in zahlreichen Berichten über andere saarländische Reisegruppen wider³¹⁰³: Die Gäste wurden in aller Regel mit großem Aufwand am Bahnhof von Vertretern der städtischen Behörden, lokalen Parteigrößen und einer größeren Menschenmenge feierlich empfangen³¹⁰⁴. Gegebenenfalls sorgten Zwangsabordnungen für die gewünschte Kulisse. Nach ersten Begrüßungen und wechselseitigen Treueerklärungen, die in das gemeinsame Singen vaterländischer bzw. nationalsozialistischer Lieder mündeten, wurden die Saarländer der gastgebenden Stadt in einem Festzug durch die geschmückten Hauptstraßen präsentiert. Sofern die Zeit dafür reichte, schloß sich in den Abendstunden eine Saarkundgebung an, in deren Verlauf die Redner erneut einander versicherten, dem Reich bzw. der Saar die Treue zu wahren, ein Versprechen, das bei der Verabschiedung am Bahnhof erneut bekräftigt wurde. Für die Dauer ihres Aufenthaltes standen

³¹⁰¹ Es fällt auf, daß Vogel den SF noch stärker als in früheren Jahren als Forum seiner Selbstdarstellung nutzte. Die ehrenden Ausführungen über seine Person nehmen in den Berichten über die jeweiligen Veranstaltungen etwa den gleichen Raum ein wie die Zusammenfassungen der Reden.

³¹⁰² Vgl. SF 15 (1934) 8, S. 139 f. sowie die Sonderausgabe „Saarkundgebungen im Reich“ über die Osterreisen saarländischer Sportler nach Berlin und andere reichsdeutsche Städte, in: Vereinsnachrichten des Sportvereins „Saar“ 05 e.V. (April 1934), in: BA-R 8014/735.

³¹⁰³ Vgl. Presseberichte in: BA-R 8014/895 sowie die zahlreichen Hinweise in den beiden SF-Jahrgängen 1933 und 1934. Ebenso: Berichte über die Saarkundgebung am Ostersonntag 1934 in Hannover, in: SF 15 (1934) 8, S. 145 f. sowie den Brief der DAF-Bezirksleitung Niedersachsen an Oberbürgermeister Dr. Menge, Hannover (15.06.34) bzw. das Plakat der Kundgebung im Hindenburg-Stadion, in: StA Hannover, HR 15/109. Vgl. auch StA Hannover, HR 15/694.

³¹⁰⁴ Mitunter wurden sogar nur durchreisende Vereine am Bahnhof begrüßt, z.B. der Postgesangsverein Saarbrücken am 09.07.34 und die Kraftsportvereinigung Saarbrücken am 14.07.34: Vgl. SF 15 (1934) 15, S. 294.

die Saarländer im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses; entsprechende Inszenierungen sollten ihnen den Eindruck vermitteln, etwas Besonderes zu sein. Kostenlose Aufnahme und Verpflegung verstanden sich von selbst, ebenso die ehrenden öffentlichen Ansprachen. Viele Städte betrieben in ihrem Bemühen, das Integrationskonzept „Volksgemeinschaft“ zur Schau zu stellen, einen verhältnismäßig großen Aufwand, um die saarländischen Gäste zu hofieren. Beispielsweise wurde Gießen für den Besuch von lediglich 30 Saarländern in ein Fahnenmeer verwandelt³¹⁰⁵.

Die Besuche saarländischer Vereine nahmen 1934 ein solches Ausmaß an, daß sich die Koblenzer Geschäftsstelle Anfang Juni – und damit vor dem zu erwartenden noch größeren Reiseboom in den Sommermonaten – veranlaßt sah, grundsätzlich größere Kundgebungen bei Empfängen von Vereinen aus dem Saargebiet zu untersagen. Simon hoffte auf diese Weise dem Eindruck entgegenzuwirken, daß „*Erholungs- und Vergnügensreisen unter dem Deckmantel von Saartreuekundgebungen*“ stattfanden³¹⁰⁶. Der Reisefreudigkeit der Saarländer tat dies freilich keinen Abbruch: Der Vorstand der Berliner Ortsgruppe befürchtete sogar berufliche Konsequenzen für die Mitglieder seiner Vereinigung, wenn diese weiterhin so viele saarländische Vereine und Reisegesellschaften in der Reichshauptstadt zu betreuen hätten. Angesichts der mitunter hohen Erwartungshaltung der durchreisenden Gruppen³¹⁰⁷ plädierte er für eine strengere Reglementierung bei der Bewilligung von Fahrpreisermäßigungen³¹⁰⁸ oder aber die Einstellung einer hauptamtlichen Kraft in der Ortsgruppe³¹⁰⁹.

Wie das Beispiel der oben beschriebenen „Osterwallfahrt“ nach Berlin zeigt, war die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bei den Fahrten saarländischer Vereine ins Reichsgebiet bereits seit längerem eher ausführender Kooperationspartner als selbstständig agierende Initiativekraft: Etwa

³¹⁰⁵ Vgl. den Brief des Beigeordneten Bartholomäus an das städtische Hoch- und Tiefbauamt (29.03.34), in: StA Gießen, N 64. Hierin schildert der Beigeordnete die noch zu erledigenden Arbeiten: „*Es sind soviel Fahnen aufzustellen, wie dies nur irgend möglich ist. Auf dem Sportplatz der Spielvereinigung 1900 müssen weitere Fahnenmaste aufgestellt werden, da die vorhandenen Maste nicht ausreichend sind.*“

³¹⁰⁶ Vgl. Brief der Geschäftsstelle Koblenz an die Ortsgruppe Ludwigsburg (01.06.34), in: BA-R 8014/477. Sicherlich war diese Befürchtung nicht gänzlich unbegründet, wie die Klagen zahlreicher überfordertes Ortsgruppen zeigen. Zu Vereinsreisen nach 1933 vgl. Sonderausgabe „Saarkundgebungen im Reich“ der Vereinsnachrichten des Sportvereins „Saar“ 05 e.V. Saarbrücken (April 1934) sowie den allgemeinen Schriftverkehr in: BA-R 8036/48, BA-R 8014/735 f. und 895. Teilweise kam das Vereinsleben im Saargebiet wegen der Reiselust zum Erliegen: Vgl. „Deutsche Front“ (02.05.34).

³¹⁰⁷ Vgl. auch den Bericht des Kreisamtsleiters der NS-Volkswohlfahrt, Kreis Heidelberg, Abt. Erholungspflege über die saarländische Urlaubsgruppe, die Anfang November 1934 in Heidelberg und Umgebung zu Gast war und einen äußerst schlechten Eindruck hinterließ (22.11.34), in: StA Heidelberg, AA 239/6.

³¹⁰⁸ Die Reichsbahn gewährte bei Vereinsreisen eine 75%ige Ermäßigung: Vgl. „Deutsche Front“ (16.06.34).

³¹⁰⁹ Vgl. Brief Richard Hellwigs an die GSV (03.07.34), in: BA-R 8014/239. Im SF finden sich mehrere Belege für vielköpfige Reisegruppen in der Reichshauptstadt: Vgl. SF 15 (1934) 8, S. 136–139; SF 15 (1934) 12, S. 233; SF 15 (1934) 14, S. 273; SF 15 (1934) 16/17, S. 349. Schon im Herbst 1933 war die GSV um Unterstützung bei der Unterbringung von 2–3.000 Saarländern in der Reichshauptstadt während der Vorweihnachtszeit angegangen worden: Vgl. Schriftwechsel zwischen der GSV und dem Reisebüro Müller (November – Dezember 1933), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.446.

vier Wochen vor dem geplanten Termin war sie vom Vorsitzenden des Saarbrücker Männergesangsvereins lediglich über die Pläne des Landeskulturwarts der saarländischen NSDAP informiert worden. Simons Standpunkt, daß der Bund der Saarvereine der *„der Träger aller großen Saar-Kundgebungen im Deutschen Reiche sein und bleiben“* müsse, war von Theo Schlemmer schlichtweg ignoriert worden³¹¹⁰. Im Laufe des Frühjahres 1934 ging die Zuständigkeit für Vereinsreisen zunehmend von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auf die „Deutsche Front“ des Saargebiets über, welche nun von Saarbrücken aus zentral die Reisen organisierte und koordinierte³¹¹¹, bis das Reichspropagandaministerium Mitte Juli den ausufernden Veranstaltungen mit saarländischen Vereinen auch offiziell einen Riegel vorschob: Während allgemeine Saarkundgebungen seit einigen Wochen der ausdrücklichen Genehmigung durch die jeweiligen Landesstellen bedurften, wurde die „Deutsche Front“ zur alleinigen Entscheidungsinstanz für weitere Saarreisegruppen deklariert³¹¹². Angesichts der Vielzahl von Reisen saarländischer Gruppen ins Reichsgebiet, die ohne Wissen und ohne Beteiligung der immerhin 400 lokalen Saarvereine stattfanden³¹¹³, läßt sich die Behauptung, der Bund sei nach seiner eigenen Gleichschaltung eine der wichtigsten *„Schaltstellen‘ für die bürgerlichen Vereine im Saargebiet“*³¹¹⁴ geworden, kaum aufrechterhalten.

Die Reglementierung und Einschränkung unkoordinierter Saarspektakel war nicht nur notwendig geworden, weil die Reisefreudigkeit der Saarländer vielen Ortsgruppen über den Kopf gewachsen war, sondern weil die deutsche Rückgliederungspropaganda in direkter Konkurrenz zu französischen Werbekampagnen stand, und die Spannung auf alle Fälle bis zu der entscheidenden Saarkundgebung des Jahres 1934 gehalten werden mußte³¹¹⁵: Die als Staatsakt der

³¹¹⁰ Vgl. Briefe Ludwig Pecheurs an die GSV (24.02.34 und 01.03.34) sowie Antwortschreiben der GSV (26.02.34), in: BA-R 8014/895. Nichtsdestotrotz war die GSV bei der Quartierbeschaffung behilflich, was angesichts der 134 aktiven und 650 inaktiven Sportler und Sänger eine nicht unerhebliche Leistung darstellte.

³¹¹¹ *„Wir selbst haben infolgedessen keine Möglichkeit mehr, mit einzelnen Vereinen und Verbänden selbst zu verhandeln und empfehlen Ihnen, sich dieserhalb mit der genannten Anschrift in Verbindung zu setzen.“*: Briefe der GSV an den Neunkircher Schützenverein „Adlerauge“ und ein Saarbrücker Männer-Quartett (26.05.34), in: BA-R 8014/729. Ähnlich auch Brief der GSV an den Friedrichsthaler Peter Schmidt (05.06.34), in: BA-R 8014/735.

³¹¹² Vgl. Brief des RMPropaganda an das BayMInn (16.07.34), in: BayHStA, MInn 47.097.

³¹¹³ Vgl. BA-R 8036/ 46 ff. Diese Feststellung gilt selbst für Städte mit sehr aktiven Ortsverbänden: So zeigen die zahlreichen Anträge um kostenlose Unterkunft bzw. Vergünstigungen beim Oberbürgermeister der bayerischen Landeshauptstadt, die sich zu einem ähnlich begehrte Reiseziel wie Berlin entwickelte, daß die Saarvereine keinesfalls als zentrale Anlaufstelle dienten: Vgl. den entsprechenden Schriftverkehr aus dem Jahr 1934 in: StA München, BuR 970 sowie die Einladungsschreiben des Stadtverbandes der Soldatenvereine Pirmasens bzw. der Münchener Studentenschaften an das BayMA (28.07.34 bzw. Dezember 1934), in: BayHStA, StK 6126; SF 15 (1934) 11, S. 209 f.

³¹¹⁴ BUNGERT/ LEHNERT, S. 92.

³¹¹⁵ Auch Goebbels plädierte für eine dosierte Indoktrination: *„[...] Man darf nicht immer trommeln. Denn wenn man immer trommelt, dann gewöhnt das Publikum sich allmählich an den Trommelton und überhört ihn dann. Man muß die Trommel in Reserve haben. [...] Wenn wir immer schreien und krakeelen wollten, dann würde sich die Öffentlichkeit allmählich an dieses Geschrei gewöhnen.“*: Rede Goebbels' bei der Sondertagung der Gau- und Kreispropagandaleiter anlässlich des 7. Reichsparteitags der NSDAP (16.09.35), in:

Reichsregierung konzipierte Heerschau auf dem Ehrenbreitstein bei Koblenz, auf welcher Hitler wie schon im Vorjahr das Wort ergreifen wollte. Wie der Vertreter des saarländischen Arbeitssausschusses in einer Besprechung zwei Monate vor der Bundestagung andeutete, habe sich die Stimmung im Saargebiet gegenüber dem Vorjahr dergestalt verschlechtert, als daß die Saarländer durch die diversen Saarfeiern im Reiche übersättigt seien und sich „eine gewisse Aufmarschmüdigkeit“ breit mache. Bei einer 75%igen Ermäßigung auf den Strecken der Reichsbahn rechnete er nur mit maximal 25.000 Saarländern, die den Weg nach Koblenz finden würden; bei einer Gratisfahrt seien immerhin die vierfache Zahl zur Teilnahme zu motivieren³¹¹⁶.

Abgesehen von der Übersättigung der deutschen Bevölkerung³¹¹⁷ drohten zwei weitere Begleiterscheinungen der unzähligen Saarkundgebungen, die Stimmung kippen zu lassen. Aus gegebenem Anlaß mußte Simon mehrfach die „Verquickung wirtschaftlicher Dinge mit unserer Saarpropaganda“³¹¹⁸ untersagen, da vielfach von den jeweils vor Ort ansässigen Gastronomiebetrieben überzogene Preise verlangt wurden und fliegende Händler aus dem Verkauf diverser Saardevotionalien und nicht autorisierter Broschüren Gewinn schlagen wollten. Außerdem zeigte sich die saarländische Geschäftswelt alles andere als angetan von den nahezu jedes Wochenende außerhalb des Saargebietes aufgezogenen Veranstaltungen³¹¹⁹. Das Auswärtige Amt verfolgte insbesondere diese Entwicklung mit Sorge:

„Abgesehen hiervon bin ich auch der Ansicht, daß eine gewisse Milderung der Saarpropaganda im Reich selbst nützlich sein dürfte. Der schwache Besuch der Saarausstellung in Köln, wie verschiedene Äußerungen aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung, lassen mich darauf schließen, daß man anfängt, in Deutschland die Saar etwas leid zu werden.“³¹²⁰

In viel stärkerem Maße als durch die literarische und rednerische Agitation der unterschiedlichen Protagonisten konnte die Saar während des Sommers 1934 infolge der massiv eingesetzten Bildpropaganda in das Bewußtsein der reichsdeutschen Bevölkerung vordringen. Blendet man die künstlerisch gestalteten Plakate und Postkarten des Abstimmungskampfes aus³¹²¹, so lag es

HEIBER, S. 238.

³¹¹⁶ Demgegenüber bereiteten die Planungen der französischen Gegenseite dem Ausschuß Sorge, da die saarländischen Teilnehmer am Nationalfeiertag für umgerechnet 50 Pfennig zum Besuch der Stadt Metz eingeladen werden sollten und darüber hinaus ein Festmahl in Aussicht gestellt war: Vgl. Protokoll der Vorbereitungssitzung vom 02.07.34 (05.07.34), in: StA Koblenz, 623/6194.

³¹¹⁷ „Eine Zeit hatte es den Anschein, als werde etwas zuviel getrommelt.“: VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 243.

³¹¹⁸ SF 15 (1934) 9, S. 160. Der Anordnung scheint nicht der erhoffte Erfolg beschieden gewesen zu sein: Simon sah sich gezwungen, sie mehrfach zu wiederholen: Vgl. SF 15 (1934) 10, S. 183; SF 15 (1934) 15, S. 293.

³¹¹⁹ Vgl. Telefonnotiz für Vogel (18.07.34), in: BA-R 8014/107. „In den Lokalen standen Kellner herum und wehten Servietten über leere Tische, die Straßen waren zu leeren Schächten geworden, in denen jedes Leben fehlte.“ BARTZ, S. 105. In ähnlicher Weise äußerte sich auch ein Vertrauensmann Binders: Vgl. Brief der Bezirksamtsaußenstelle Waldmohr an Binder (11.05.34), in: LA Speyer, H 38/1416.

³¹²⁰ Vgl. Bericht Fritz von Stumms (08.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.468.

³¹²¹ Wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, konnte die GSV auf die Motive der vor allem im Saargebiet angeschlagenen Plakate keinen Einfluß nehmen: Vgl. hierzu die Ausführungen über die werbepsychologische



Abb. 54: Werbung der Ortsgruppe Aachen (1934)

insbesondere an den Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine, die Saarfrage optisch präsent zu halten. Am Schnittpunkt von fünf Straßen ließ der Saarverein ein zweiseitig beschriftetes Transparent „Deutsche denkt an die Saar“ und in Straßenbahnen Hunderte entsprechender Werbetafeln anbringen³¹²². Der Vorteil dieser Art von Propaganda lag auf der Hand: Sie war nicht nur kostengünstig und damit von den Ortsgruppen leicht zu bewerkstelligen, sondern kon-

frontierte die gesamte Bevölkerung einer Stadt mit der Saarfrage. Das Lesen eines Artikels oder gar der Besuch einer Veranstaltung setzte eine aktive Beteiligung des Rezipienten voraus, während er sich den kurzen und eingängigen Parolen im Straßenbild praktisch kaum entziehen konnte. Der Phantasie der Ortsgruppen waren praktisch keine Grenzen gesetzt, beispielsweise beteiligte sich die äußerst rege Saarvereinsgruppe in Halle 1933 und 1934 mit einem eigenen Boot am städtischen Laternenfestes vor 160.000 Zuschauern. In der Nähe der Burg Gibichenstein hatte sie eine Stellwand mit der zwei Meter hohen Parole „Freie Saale, denk an die Saar“ angebracht, die nachts entzündet wurde³¹²³.



Abb. 55: Werbung der Ortsgruppe Goslar (1934)

Im Grunde genommen überrascht die Feststellung, daß erst im Jahr 1934 von privater Seite Initiativen zur Errichtung von Saardenkmälern ausgingen. Selbstverständlich konnte weder die öffentliche Hand noch die führenden Köpfe in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ein Interesse daran besitzen, den unerwünschten Saarstaat durch Materie gewordene Erinnerung zu ehren und damit zu legitimieren, doch hätten Saar-

Dimension der Rückgliederungsplakate, mit denen die textüberladenen Graphiken der Status-quo-Befürworter kaum konkurrieren konnten, in: PAUL/ SCHOCK, S. 61–69. Vgl. allgemein: Birgit DOERING: Plakatpropaganda im Dritten Reich - Eine Analyse aus kunsthistorischer Sicht, in: „... bis zum letzten Atemzuge...“ Propaganda in der NS-Zeit, hrsg. vom Museumsverband Südniedersachsen e. V., Göttingen 1995, S. 143–168.

³¹²² Vgl. BA-R 8013/184. Ähnliche Transparente ließen auch die Ortsgruppen in Dinslaken, Dortmund, Erfurt und Essen an den Verkehrsknotenpunkten der Stadt aufstellen: Vgl. SF 15 (1934) 8, S. 147; SF 15 (1934) 11, S. 207; SF 15 (1934) 13, S. 252; VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 243. Zur Werbung in Straßenbahnen vgl. Walter DACH: Volksgenosse Müller II. Erzählungen der Arbeit, Berlin 1935, S. 16 und S. 24.

³¹²³ Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 357; SF 15 (1934) 18/19, S. 398. Auf eigene Kosten ließ die Gruppe 30 Stempel für den Briefverkehr großer Firmen und Behörden mit der Aufschrift „Deutsch die Saar“ anfertigen (Vgl. SF 14 (1933) 23, S. 442); 1934 intensivierte sie ihre Vortragspropaganda: innerhalb von nur 20 Tagen fanden 14 Vorträge statt: Vgl. SF 15 (1934) 5, S. 86; SF 15 (1934) 9, S. 163.

mahnmäler³¹²⁴ schon vor der Rückgliederung einen wichtigen Beitrag leisten können, um die Saar im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern. Gedenkstätten können ohnehin nicht für sich genommen existieren und bedürfen einer feierlichen öffentlichen Einweihungszeremonie als Interpretationsvorgabe für die meist ikonographisch-künstlerisch versteckte Aussage. So wäre es angesichts des nur durch die Hyperinflation vorübergehend gestoppten Baubooms für Denkmäler³¹²⁵ ein Leichtes gewesen, zu Zeiten der Republik einem Ehrenmal eine weitere Konnotation zuzuschreiben. Die öffentliche Erinnerung an das Schicksal der Saar wäre so ein Teil des Alltagslebens geworden. Als Mittel der Identitätsstiftung³¹²⁶ hätte an geeigneten erscheinenden Gedenktagen wie dem 10. Januar, dem 28. Juni (Inkrafttreten bzw. Unterzeichnung des Versailler Vertrages) oder dem 6. August (Schlacht bei Spichern) an der Erinnerungsstätte die Zugehörigkeit der Mitglieder zu ihren jeweiligen Ortsvereinen bzw. der Gesamtorganisation aufs neue bekräftigt werden können – dies um so mehr, als daß Denkmäler als Ausdruck der politischen Kultur gerade auch an der Saar eine lange Tradition besaßen.

Höchstwahrscheinlich spielte der Essener Saarverein eine Vorreiterrolle, als er im Herbst 1934 vor dem dortigen Hauptbahnhof einen Saabelisken errichten ließ, auf dessen Sockel die Anschrift der Ortsgruppe angebracht war. Vor dem Monument stand eine erleuchtete Tafel mit der Zahl der noch bis zur Abstimmung verbleibenden Tage³¹²⁷. Ähnlich wenig Interpretationsgabe verlangte das nach den Entwürfen des Oberbaurats Haller geschaffene Heidelberger Saardenkmal dem Betrachter ab:

³¹²⁴ Zur pragmatischen Abgrenzung der beiden Begriffe, die ihre Gültigkeit ebenso für die Zeit vor 1945 besitzt, vgl. Jochen GERZ (2146 Steine. Mahnmahl gegen Rassismus, Saarbrücken, Stuttgart 1993, S. 8): „*Mahnmal, das ist eher wie ein Aufruf. Dieses Wort wird insbesondere seit dem letzten Krieg verwendet. Ich würde sagen: Denkmal = positive Vergangenheit, Mahnmahl = negative Vergangenheit.*“

³¹²⁵ Vgl. Meinhold LURZ: Kriegerdenkmäler in Deutschland. Bd. 3: 1. Weltkrieg, Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985; Ulrich SCHLIE: Die Nation erinnert sich. Die Denkmäler der Deutschen, München 2002, S. 70–97.

³¹²⁶ Vgl. hierzu: Reinhart KOSELLECK: Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: Odo MARQUARD/ Karlheinz STIERLE (Hrsg.): Identität, München 1996, S. 255–276; Biljana MENKOVIC: Politische Gedenkkultur. Denkmäler - Die Visualisierung politischer Macht im öffentlichen Raum, Wien 1999; Charlotte TACKE: Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert, Göttingen 1995, S. 13–28. Bezogen auf das Saargebiet: LINSMAYER, S. 37–84.

³¹²⁷ Vgl. Chronik der Stadt Essen für das Jahr 1935, Essen 1936, S. 9. Vgl. Schriftwechsel, in: BA-R 8014/335. Dort auch zwei Fotos des Obelisken. Derartige Countdowns erfreuten sich großer Beliebtheit sowohl an der Saar selbst (vgl. Umschlagsfoto des Sammelbandes „Erinnerungsarbeit“) als auch bei den Ortsgruppen im Reich: In Goslar zählte eine Tafel am Rathaus die Tage (vgl. Fotos in: BA-R 8014/367), auf der Dresdener August-Brücke brannte eine Flamme auf einer sechs Meter hohen Säule, an welcher die verbleibende Zeit vermerkt war: Vgl. „Metzer Freies Journal“ Nr. 285 (08.12.34).

*„Ein Adler, gegossen aus dem Erz der Saargruben, stehend auf einem Sandsteinblock aus der Saar, rechts und links beleuchtet von den Flammen zweier Kandelaber [...] und die angeschmiedete Kette mit dem Gewicht der erzernen Kugel erinnert alle Vorbeigehenden, was dies treu Land in 16 Jahren der Schmach und Knechtschaft erduldet hat.“*³¹²⁸

Es wurde am 6. Januar 1935 an der Südwestecke des Rathauses in feierlicher Zeremonie durch Oberbürgermeister Dr. Neinhaus eingeweiht. Auf eine nächtliche Atmosphäre hatte man bewußt verzichtet, um der anschließenden Rundfunkübertragung der Veranstaltung in Berliner Sportpalast gemeinsam zu folgen. Wenige Tage nach der Abstimmung wurde in einem ähnlichen aufgezogenen Rahmen die grobgliedrige Kette symbolträchtig gesprengt. Nach Kriegsende entfernte die Stadtverwaltung das Arrangement³¹²⁹.

Erst zwei Jahre nach der Saarrückgliederung fand in Herne die erste – und reichsweit vermutlich einzige – Einweihung eines Saardenkmals im engeren Sinne statt. Es zeigte den etwa lebensgroßen nur knapp verhüllten Prototypen eines kraftvollen Arbeiters, der auf einem Sockel mit der Aufschrift *„Frei die Saar / 13.1.1935 / Saar- und Pfalzverein / Ortsgr. Herne“* stand. Ein ganzes Märzwochenende rückte damit das inzwischen zu „Saarland“ umbenannte Saargebiet wieder in den Fokus des Interesses, da die Einweihungsfeierlichkeiten durch weitere Programmpunkte wie die Aufführung des Melodrams *„Erlebnisse der Saarabstimmung vom 13. Januar 1935“* umrahmt wurden. Im Sommer 1945 beseitigte die britische Armee das von Wilhelm Jahn jr. geschaffene Kunstwerk³¹³⁰.

Wie bereits mehrfach angeklungen, sparte die Propagandalawine für die Rückkehr des Saargebietes keinen Lebensbereich aus und machte daher auch vor den Schulen nicht halt. Die Gewohnheit, im Vorfeld einer Saarkundgebung vorbereitende Saar-Unterrichtsstunden abzuhalten³¹³¹, wurde Ende 1933 zur Pflicht: Im Abstimmungsjahr mußten sich alle reichsdeutschen Schulen und Hochschulen monatlich jeweils eine Stunde den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Aspekten der Saarfrage zuwenden³¹³². Verschiedene Länderministerien gingen sogar noch weiter: Beispielsweise ordnete das bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus – entsprechende Anregungen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ aufgreifend – im Frühjahr 1934 an, *„bei allen sich bietenden Gelegenheiten, insbesondere im Geschichts- und Erdkundeunterricht [...] in den Schulen aller Art der Saar zu gedenken.“* Bei Schulausflügen und

³¹²⁸ Zitiert aus dem Bericht des „Heidelberger Volksblattes“ nach Christmut PRÄGER: Die Heidelberger Rathausloggia 1935–1952: Ort von Schuld und Sühne, in: Neue Hefte zur Stadtentwicklung und Stadtgeschichte 2 (1982), S. 94–103, hier: S. 96. Ein Foto des Denkmals vom Abend der Einweihung: S. 95. Vgl. SF 15 (1934) 3, S. 50. Der Sandsteinblock maß etwa 1,50 Meter auf 1 Meter; auf seiner Vorderseite war „Saar“ eingemeißelt. Vgl. auch: „Volksgemeinschaft“ Nr. 6 (07.01.35); vgl. StA Heidelberg, AA 239/6.

³¹²⁹ Vgl. PRÄGER, S. 97.

³¹³⁰ Vgl. Klaus FÜSSMANN: Das Saardenkmal, in: Frank BRASSEL/ Michael CLARKE/ Cornelia OBJARTEL-BALLIET (Hrsg.): „Nichts ist so schön wie...“ Geschichte und Geschichten aus Herne und Wanne-Eickel, Essen 1991, S. 207 f. Ein Foto des Denkmals findet sich auf S. 207.

³¹³¹ Vgl. SF 15 (1934) 6, S. 104.

³¹³² Vgl. Erlaß des RMI (22.12.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096.

Aufmärschen sollte dem Lux'schen Saarlid eine bevorzugte Stellung eingeräumt werden³¹³³. Parallel hierzu hielten Vertreter von Saarvereins-Ortsgruppen allgemeine Vorträge³¹³⁴.

Die Schulen der Rheinprovinz waren gehalten, im zweiten Drittel des laufenden Schuljahres die große nationale Bedeutung der Saarrückgliederung im Unterricht zu thematisieren. Fächerübergreifend sollten Arbeitsgemeinschaften der Deutsch-, Erdkunde- und Geschichtslehrer methodische Konzepte ausarbeiten³¹³⁵.

Nicht zu vernachlässigen war auch die „Propaganda der unscheinbaren Dinge“³¹³⁶, wie sie beispielsweise durch das Berufs-Bildungsamt für das deutsche Gaststättengewerbe betrieben wurde. Die Zentralstelle beabsichtigte, am Abstimmungswochenende besondere Saargerichte

auf die Speisekarten der deutschen Gastronomiebetriebe setzen zu lassen. Diesbezügliche kulinarische Anregungen stammten von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“³¹³⁷.

Anlässlich der Koblenzer Saarkundgebung 1934 publizierte die Deutsche Reichspost zwei Saar-Sondermarken. Da das Reichspropagandaministerium darüber hinaus 60 Briefstempelmaschinen für die größeren Postämter im Reich mit dem Aufdruck „Saar-Abstimmung 13. Januar 1935“ anschaffen ließ, verzichtete die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auf die Herausgabe eigener Briefverschlusssmarken³¹³⁸. Von der „Deutsche Front“ des Saargebietes hingegen wurde nebenstehende Marke in tausendfacher Auflage an der Saar



Abb. 56: Briefverschlusssmarke der „Deutschen Front“ (1934)

³¹³³ Vgl. Rundschreiben des bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultur an die Regierungen und Kammern des Innern (09.03.34), in: Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Neunburg, 1760. Das Schreiben erhielten ursprünglich auch alle Rektorate der Landesuniversitäten und der Technischen Hochschule sowie die Vorstände technischer, kunstgewerblicher und landwirtschaftlicher Fachschulen: Vgl. Universitätsarchiv Erlangen, A 1/3a, Nr. 910. Ein entsprechend lautender Runderlaß des RMI an die Unterrichtsverwaltungen der Länder und die preußischen Staatsministerien (20.12.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096.

³¹³⁴ Beispielsweise referierte der Diplomhandelslehrer Franz Kafitz in der Zeit vom 26.11.34 – 07.12.34 insgesamt 15 mal vor Nürnberger Berufsschülern: Vgl. Berichte Kafitz' (Dezember 1934), in: BA-R 1501/5002.

³¹³⁵ Siehe hierzu die nach Jahrgangsstufen differenzierten Empfehlungen für die drei Fächer im Erlaß des Oberpräsidenten der Rheinprovinz (24.08.34), in: StA Duisburg, 406/72. Auch im Religions-, Musik- und Kunstunterricht sah die Abteilung für das höhere Schulwesen Möglichkeiten, „*Kenntnis und Verständnis der Vergangenheit und Gegenwart des Saargebiets zu fördern*.“ Unter den für den Schulunterricht empfohlenen Hilfsmitteln fanden sich allerdings keine Veröffentlichungen der GSV.

³¹³⁶ Vgl. STURMINGER, S. 338–353.

³¹³⁷ Vgl. Brief der GSV an verschiedene Schriftleitungen (04.01.35), in: BA-R 8014/137.

³¹³⁸ Vgl. SF 15 (1934) 16/17, S. 341; Brief des RMPPost an die GSV (03.11.34), in: BA-R 8014/684. Die Essener Ortsgruppe hingegen vertrieb in kleinerem Umfang eine eigene Briefverschlusssmarke: Auf rotem Grund umgab ein weißes, mit Hakenkreuz verziertes Feld die ebenfalls weiße Prägeschrift: „Rettet die deutsche Saar! Jeder muß helfen!“: Vgl. SF 15 (1934) 4, S. 66. Eine Abbildung der Marke in: BA-R 8014/325.

wie auch im Reich verteilt; der Erlös aus dem Verkauf der Marken kam dem Propagandafonds der Front zugute³¹³⁹.

Bevor die beiden aus der Masse der unzähligen Saarkundgebungen herausragenden Inszenierungen von Rüdesheim und Koblenz näher beleuchtet werden, soll zunächst die Frage der Finanzierung nach 1933 in den Fokus rücken.

An anderer Stelle wurde bereits ausgeführt, daß die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zwar nicht spurlos am Bund der Saarvereine vorbeigegangen waren, sein Bankrott aber dank massiver Finanzspritzen aus der reichsdeutschen Wirtschaft und der öffentlichen Hand abgewendet werden konnte. Mit dem Einzug der braunen Machthaber in die Reichs- und Länderministerien blieben die staatlichen Gelder bis zur Klärung der Zuständigkeit zunächst aus³¹⁴⁰, was den Bund vorübergehend seiner Handlungsfähigkeit beraubte. Erst Ende Mai kam die erlösende Nachricht, daß die beiden Berliner Ministerien für das laufende Rechnungsjahr wieder regelmäßige Zahlungen in Aussicht stellen würden³¹⁴¹.

Nachdem die prinzipielle Entscheidung gefallen war, in den kommenden eineinhalb Jahren bis zum Plebiszit die Agitation zur Rückgliederung der Saar in erheblichem Maße zu steigern und den Bund der Saarvereine hierzu vor den nun unter nationalsozialistischer Regie fahrenden Propagandakarren zu spannen, lag es auf der Hand, daß seine bisherigen Finanzmittel zur Bewältigung der anvisierten Aufgaben nicht ausreichen würden. Auch ohne daß er bereits zu diesem frühen Zeitpunkt als offizieller Organisator des Transports der reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten ins Auge gefaßt worden wäre, verständigte sich die Vereinsspitze um Vogel und Andres in einer Besprechung mit Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Reichsinnenministeriums, Preußens, Bayerns, des „Bundes Deutscher Westen“ sowie dem im Vormonat ernannten Dreierausschuß auf die Zahlung staatlicher Zuschüsse in Höhe von 170.000 RM³¹⁴² – eine Verzehnfachung binnen eines Jahres!

³¹³⁹ Vgl. Brief der Landesgeschäftsstelle der DF an Kaufmann Heinz Raber (08.10.34) und Rundschreiben Rabers (13.11.34), in: StA Gießen, N 123.

³¹⁴⁰ Vgl. Brief der GSV an Wentz (16.05.33), in: BA-R 8014/811. In dieser Phase spielte Vogel die Karte der nahenden Abstimmung sehr bewußt aus: So meldete er bei der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landsmannschaften“ die Ansprüche des Saarvereins auf die Einnahmen einer Grenzlandsammlung mit der Begründung an, daß in den folgenden Monaten derartige finanzielle und ideelle Unterstützung einzig dem Saargebiet und damit dem Saarverein zugute kommen dürfe: Vgl. Brief der GSV an Oberregierungsrat Hoffmann (16.02.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095. Schon während Weimarer Zeiten bemühte sich Vogel um derartige Zuteilungen aus dem „Deutschen Notopfer“ oder der „Pfalz- und Rheinspende“: Vgl. Brief der GSV an den Verteilungsausschuß der Pfalz- und Rheinspende (13.05.24), in: BA-R 8014/791 sowie den Schriftverkehr und Bewilligungsbescheide aus den Jahren 1923–1926, in: BA-R 8014/755.

³¹⁴¹ In vierteljährlichen Raten sagte das RMI insgesamt 16.000 RM zu, das PrMI bewilligte wenige Tage später 8.000 RM für den gleichen Zeitraum: Vgl. Briefe des RMI bzw. PrMI an die GSV (31.05.33 und 10.06.33), in: BA-R 8014/682.

³¹⁴² 80.000 RM glaubte der Verein aus eigener Kraft aufbringen zu können: Aktennotiz (16.06.33), in: BayHStA, StK 6120. Die Reichsmittel stammten aus dem Etat der kulturellen Westhilfe, die in den Jahren 1933 und

Anfang 1934 präsentierten die beiden Geschäftsstellen in Berlin und Koblenz jeweils ihre Etatentwürfe für die letzten Monate des Abstimmungskampfes. Abzüglich der Verwaltungskosten in Höhe von immerhin 51.500 RM veranschlagte Vogel etwa die dreifache Summe für die Herausgabe von großformatigen Werbeplakaten, Neuauflagen der wichtigsten Publikationen sowie die Verbreitung verschiedener Broschüren, Postkarten, Druckschriften und sonstigem Propagandamaterial. Simon reklamierte pauschal 200.000 RM für die letzte große Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein sowie 100.000 RM für die Durchführung der Saarpropaganda in den Ortsgruppen des Bundes³¹⁴³. Insgesamt sahen sich die staatlichen Behörden im Frühjahr 1934 mit finanziellen Forderungen in Höhe von etwa einer halben Million RM konfrontiert, ohne daß hierfür schon Mittel für die Erfassung oder gar den Transport der Abstimmungsberechtigten enthalten gewesen wären.

Angesichts der engen Verbindungen, welche das Reichspropagandaministerium an den anderen Ressorts vorbei zur Koblenzer Geschäftsstelle unterhielt, dürfte dem Saarausschuß die Entscheidung nicht schwergefallen sein, die Federführung in Fragen, welche den Bund der Saarvereine betrafen, an das Goebbels-Ministerium abzugeben. Seit Ende Februar 1934 oblag dem dortigen Referenten Kuhlmann damit zugleich auch die alleinige Verantwortung für den Bund³¹⁴⁴. Wie eine nachfolgende Besprechung zeigt, waren die anderen Reichsressort allerdings zu weiteren Zugeständnissen auf dem Gebiet der Saarpropaganda nicht bereit³¹⁴⁵.

Die genaue Summe, welche der Bund der Saarvereine nach 1933 tatsächlich aus Reichs- und Staatsmitteln erhalten hat, läßt sich nur ungefähr abschätzen, weil sich spätestens mit der Übertragung organisatorischer Fragen im Zusammenhang mit der Abstimmung Zuwendungen für allgemeine Propaganda mit der Erstattung der Auslagen für Erfassung, Betreuung und

1934 eine erhebliche Aufstockung erlebte und sich insbesondere der Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Grenzgebiet verschrieben hatte: Vgl. Brief des RMI an das RMFinanz (07.08.33), in: BA-R 2/4413. Vgl. zur „Westhilfe als Instrument der Saarpropaganda“: BLAICH: Grenzlandpolitik im Westen, S. 104–110. Während der beiden letzten Jahre vor dem Plebiszit förderte das Reich aus diesem Etat unter anderem die beiden Bundestagungen und die Verteilung von Propagandabroschüren an die höheren Schulen der Rheinprovinz, unterstützte die Verwaltungsarbeit der GSV und finanzierte die Erfassung und Betreuung der Abstimmungsberechtigten: Vgl. diverse Auflistungen (1933 ff.), in: BA-R 2/4412–4420.

³¹⁴³ Vgl. Protokoll der Sitzung vom 26.10.33 (27.10.33), in: BA-R 8014/683; Etatentwurf des BdS für das Jahr 1934 (05.01.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096.

³¹⁴⁴ Vgl. Aktennotiz (22.02.34), in: BayHStA, StK 6126; Aktenvermerk (26.02.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096.

³¹⁴⁵ Das RMPropaganda hatte aus dem Kriegslastenhaushalt einen Etat in Höhe von fünf Millionen RM ausschließlich für den bevorstehenden Abstimmungskampf veranschlagt. Nach Einspruch des RMI wurde die Summe auf zwei Millionen RM zusammengestrichen: Vgl. Brief des RMPropaganda an Vizekanzler von Papen (27.11.33) und Spezifizierung der Kosten (04.12.33, in: BA-R 2/4414); Brief des RMPropaganda an das RMI (03.05.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.462; Aktennotiz (27.11.34), in: BA-R 2/4416. In der erwähnten Chefbesprechung Mitte Mai mit von Papen monierten die anwesenden Saarreferenten die von Kuhlmann für den BdS ausgewiesenen 200.000 RM: Vgl. Protokoll der Besprechung vom 14.05.34 (17.05.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.462.

Transport mischten. Offiziell wies Vogel in den beiden letzten Jahren vor dem Plebiszit Ausgaben von etwa 126.000 RM (1933) bzw. 217.000 RM (1934) nach³¹⁴⁶.

³¹⁴⁶ Vgl. Jahresbericht 1933, S. 30–33; Geschäftsbericht 1934/35, S. 16 f.

Kapitel 13: Staatsakte der Reichsregierung: Die Saarkundgebungen 1933 und 1934

Den letzten beiden Bundestagungen vor der Saarabstimmung kommt eine besondere Bedeutung zu. Zum einen, weil die Verantwortung für ihre Ausrichtung nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ nicht mehr in den Händen des Bundes der Saarvereine lag und sich das neue Regime den Saarländern öffentlichkeitswirksam präsentieren konnte, zum anderen zeichnete sich schon frühzeitig ab, daß sie im Hinblick auf den Ausgang des Plebiszits sowohl von Seiten Frankreichs wie Deutschlands als Gradmesser für die Stimmungslage an der Saar gewertet würden. Angesichts dessen liefen schon im Herbst 1932 die Vorbereitungen für die nachfolgende Bundestagung auf Hochtouren³¹⁴⁷. Dem Vorschlag des Auswärtigen Amtes folgend³¹⁴⁸ wählte der Verein wie im Vorjahr mit dem 1883 von Wilhelm I. eingeweihten Niederwalddenkmal bei Rüdesheim einen symbolträchtigen Ort für die Ausrichtung der Saarkundgebung: Über den in den Weinberg geschnittenen Vorplatz ragt eine über zwölf Meter hohe bronzene Germania auf einem quadratischen Aufbau empor; unbeschadet der Tatsache, daß die Zeitgenossen darüber stritten, ob es sich um ein Friedens- oder Siegesdenkmal handelte, rangierte es mit dem Hermannsdenkmal und der Reiterstatue des Reichsgründers in Koblenz auf einer Stufe³¹⁴⁹.

Der ursprünglich von Vogel ins Auge gefaßte Termin, der 6. August in Erinnerung an die Schlacht bei Spichern, wurde ebenso wie ein späterer Vorschlag des Vizekanzlers von Papen verworfen, die Tagung in das Frühjahr 1934 zu verschieben³¹⁵⁰. Nach ersten Besprechungen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ am Rhein einigten sich die Verantwortlichen auf das erste Septemberwochenende. Schon sehr früh bemühte sich Vogel, eine Massenbeteiligung saarländischer Vereine und Schulklassen sowie reichsdeutscher Organisationen sicher zu stellen³¹⁵¹. Schließlich galt es,

³¹⁴⁷ Vgl. Aktennotiz (November 1932), in: BA-R 8014/96.

³¹⁴⁸ Vgl. „Berliner Börsen-Courier“ Nr. 12 (07.01.33); Brief der GSV u.a. an das AA und die Reichskanzlei (25.01.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095; Sitzungsprotokoll vom 22.04.33 in Rüdesheim (24.04.33), in: StA Rüdesheim, III/50; SF 14 (1933) 9, S. 140. Hiermit zerschlugen sich die Pläne Kellners, die Tagung im grenznahen Saarburg auszurichten: Vgl. Brief Kellners an den Saarburger Bürgermeister (29.09.32) und Antwortschreiben (03.10.32), in: LHA Koblenz, 442/7525.

³¹⁴⁹ Zu beiden Seiten der schwerhaltenden Symbolfigur finden sich die Genien Krieg und Frieden: Vgl. hierzu das Kapitel „Die Entstehungsgeschichte des Niederwalddenkmals“, in: Esther-Beatrice VON BRUCHHAUSEN: Das Zeichen im Kostümball - Marianne und Germania in der politischen Ikonographie, Phil. Diss. Halle-Wittenberg (<http://sundoc.bibliothek.uni-halle.de/diss-online/00/01H066/index.htm> am 04.12.2003), S. 185–252. Fahrten an das Denkmal hatten im Saargebiet eine lange Tradition und standen hoch im Kurs: Vgl. HANNIG: Im Schatten von Spichern, S. 28: Auf einem Foto, das anlässlich einer Fahrt des Saarbrücker Kriegervereins aufgenommen worden war, ist auch Vogel zu erkennen.

³¹⁵⁰ Vgl. Brief des Bürgermeisters von Rüdesheim an die GSV (13.01.33), in: StA Rüdesheim, III/50; Aktennotiz Köpkes (20.06.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.095.

³¹⁵¹ Vgl. Einladungsschreiben u.a. an den „Deutschen Sängerbund“, die „Deutsche Turnerschaft“, den „Stahlhelm“ und den „Jungdeutschen Orden“ (Januar/Februar 1933), in: BA-R 8014/96. Vgl. auch die Presseartikel an 416 deutsche Zeitungen (04.01.33), denen im Laufe des Jahres weitere folgten, in: BA-R 8014/97; SF 14 (1933) 2, S. 29.

*„durch ein Massenaufgebot die Forderung an die Welt so eindrucks- und wirkungsvoll wie möglich zu gestalten, um allen Völkern zum Bewußtsein zu bringen, daß Deutschland nicht gewillt ist, kerndeutsche Grenzgebiet verschieben zu lassen, wie Steine auf einem Schachbrett.“*³¹⁵²

Ähnlich wie die Jahrtausendfeier acht Jahre zuvor sollte die Niederwaldkundgebung den Charakter einer „*Probeabstimmung*“ erhalten³¹⁵³.

Die Vorbereitungen für die Tagung, deren Leitmotto vom verstorbenen Redakteur des „Kladde-radatsch“, Paul Warncke, stammte³¹⁵⁴, ähneln bis weit in das Frühjahr 1933 denen vorangegangener Bundesversammlungen³¹⁵⁵. Im April fanden erste Besprechungen über logistische Fragen mit Vertretern der angrenzenden Gemeinden sowie der Düsseldorfer Rheinschiffahrtsgesellschaft statt, die verbilligte Transferschiffe ab Mainz und Koblenz einzusetzen versprach³¹⁵⁶. Auch die Stadt Rüdesheim bewies Eigeninitiative: So schlug der Bürgermeister vor, in den Monaten vor der Tagung eine Ausstellung saarländischer Künstler und Maler zu veranstalten, eine Idee, die von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zwar interessiert aufgegriffen, letztendlich aber ebensowenig wie ein Festzug in historischen Uniformen realisiert wurde³¹⁵⁷.

Dennoch zeigte sich, daß sich die Tagung von den früheren Veranstaltungen unterscheiden würde. Nicht nur, daß die reichsdeutsche Presse die generalstabsmäßigen Planung schon frühzeitig verfolgte³¹⁵⁸, sondern anders als in den Jahren der Weimarer Republik führte das Auswärtige Amt keine Bedenken gegen die Übernahme des Protektorates durch Reichspräsident von Hindenburg ins Feld. Seine endgültige Entscheidung wollte es vom Ausgang der Besprechung Hitlers mit der saarländischen Delegation Mitte Mai 1933 abhängig machen³¹⁵⁹. Die am gleichen Tag an Reichskanzler Hitler gerichtete Bitte, ein Referat auf der Saarkundgebung zu übernehmen, zeigt zum einen, daß der Bund der Saarvereine die innenpolitischen Veränderungen im Reich nicht richtig einschätzte und zum anderen noch zu diesem Zeitpunkt glaubte, die Fäden der Veranstaltung in der Hand zu haben³¹⁶⁰.

³¹⁵² SF 14 (1933) 8, S. 129.

³¹⁵³ Vgl. Sitzungsprotokoll des Arbeitsausschusses (23.06.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

³¹⁵⁴ „Schwört und spricht: Recht bleibt Recht. Wahr bleibt wahr: Deutsch die Saar!“

³¹⁵⁵ Beispielsweise wurden wie in früheren Jahren Reichs- und Staatsminister – 1933 auch die neu ernannten Statthalter – gebeten, für die Festnummer des SF einen Beitrag zu verfassen: Vgl. Brief der GSV an Posselt (08.07.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6.

³¹⁵⁶ Vgl. SF 14 (1933) 9, S. 140 f.; Sitzungsprotokoll vom 22.04.33 in Rüdesheim (28.04.33), in: StA Rüdesheim, III/50. Wegen des anvisierten Massenbesuchs sollten die Straßen zum Denkmal rechtzeitig instand gesetzt werden: Vgl. Brief der Stadt Rüdesheim an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden (24.04.33), in: Ebd.

³¹⁵⁷ Vgl. Briefe der Stadt Rüdesheim an die GSV (06.02.33, 19.02.33 und 01.07.33) sowie Antwortschreiben (08.02.33 und 22.02.33), in: Ebd.

³¹⁵⁸ Vgl. beispielsweise „Deutsche Tageszeitung“ Nr. 125 (07.05.33).

³¹⁵⁹ Vgl. Brief der GSV an den „*Retter für Ostpreußen*“ von Hindenburg (03.05.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095; Brief des StS im Büro des Reichspräsidenten an das AA (14.06.33), in: Ebd.

³¹⁶⁰ Vgl. Brief der GSV an Hitler (03.05.33), in: BA-R 43-I/253. Die Entscheidung der Reichskanzlei zog sich noch bis Mitte August hin: Am 18.08.33 teilte der StS in der Reichskanzlei mit, daß Hitler „*voraussichtlich*“ der Einladung Folge leisten werde; drei Monate zuvor hatte er durchblicken lassen, daß der Reichskanzler „*nicht abgeneigt*“ sei: Vgl. Briefe des StS in der Reichskanzlei an die GSV (26.05.33 und 18.08.33), in: BA-

Deutlich wird dies auch daran, daß Vogel Ende April 1933 über seine Vertrauensleute an der Saar einen Saarbrücker Arbeitsausschuß initiieren ließ, welcher der zuständige Ansprechpartner für die teilnehmenden Vereine aus dem Saargebiet sein sollte und dem die Aufgabe zufiel, diesbezügliche organisatorische Angelegenheiten zu regeln³¹⁶¹. Den Vorsitz des schließlich etwa dreißigköpfigen Gremiums³¹⁶² führte der Aufsichtsratsvorsitzende der „Saarbrücker Zeitung“ und Vertrauensmann der Konkordia, Hüttenbesitzer Leo Wentzel; als Stellvertreter wurde Walther Cartellieri und als Schriftführer Dr. Schmidt von der Gebr. Hofer AG tätig. Am 23. Juni 1933 trat der Ausschuß erstmals zusammen. Cartellieri skizzierte die hauptsächlichen Aufgaben³¹⁶³:

1. Werbung: Die im Ausschuß vertretenen Vorsitzenden mitgliederstarker Verbände an der Saar sollten eifrig die Werbetrommel rühren, um den erwünschten Massenbesuch der Kundgebung zu garantieren. Da das Auswärtige Amt großen Wert auf die umfassende Teilnahme von Kindern legte, waren diese über die jeweiligen Jugendorganisationen und den VDA zu erfassen. Vorläufige Teilnehmerlisten sollten helfen, die Kosten kalkulierbar zu machen. Im Laufe der kommenden Wochen entwickelten sich diese zu Zwangsinstrumenten, in welche sich auch Skeptiker des Saarspektakels am Rhein eintragen ließen, um dem sozialen Druck zu entgehen³¹⁶⁴.
2. Finanzierung: Zugleich sollte der Ausschuß bei Privatpersonen, Vereinen und Verbänden Gelder eintreiben, um den Transport der Saarländer nach Rüdesheim möglichst preisgünstig bewerkstelligen zu können. Je 5.000 Teilnehmer wurden etwa 150.000 Francs veranschlagt³¹⁶⁵.
3. Transport: Schließlich und letztlich sollte auch die Beförderung mit Sonderzügen zentral an der Saar organisiert werden.

„Da von vornherein klar in Erscheinung treten muß, daß diese ganze Kundgebung aus dem Saargebiet spontan erfolgt und nicht etwa Reichsstellen dahinter vermutet werden“³¹⁶⁶,

stand schon früh fest, daß die im Saargebiet veröffentlichten Aufrufe zur Teilnahme nur von jenen 24 vaterländischen Verbänden und Organisationen, die im Ausschuß vertreten waren,

R 43-I/253.

³¹⁶¹ Vgl. Sitzungsprotokoll vom 22.04.33 in Rüdesheim (28.04.33), in: StA Rüdesheim, III/50. Vgl. hierzu den Schriftverkehr in: BA-R 8014/96.

³¹⁶² Vgl. Sitzungsprotokoll des Arbeitsausschusses vom 23.06.33 (23.06.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095 sowie Dok. 24 im Anhang. Zu diesem Zeitpunkt war auch noch Johannes Hoffmann als Mitglied vorgesehen.

³¹⁶³ Vgl. ebd.

³¹⁶⁴ Vgl. „Volksstimme“ Nr. 195 (23.08.33).

³¹⁶⁵ Vgl. hierzu Brief Wentzels an Schmelzer (17.08.33), in: LA Saarbrücken, NL Schmelzer 20.

³¹⁶⁶ Vgl. Brief Wentz' an Kellner (30.05.33), in: LHA Koblenz, 661,11/23; Aufruf, u.a. in: S.Z. Nr. 177 (10.07.33); S.Z. Nr. 183 (16.07.33); SF 14 (1933) 15, S. 246.

nicht aber von den saarländischen Parteien oder dem Bund der Saarvereine unterzeichnet werden sollte. Das Gremium, das über eigenes Briefpapier verfügte, besaß somit eine doppelte Funktion: Während es den massenhaften Besuch von Saarländern initiierte, war es gleichzeitig ein Instrument der Verschleierung, um die Niederwaldkundgebung gegenüber der Öffentlichkeit als patriotische Volksbewegung zu präsentieren. Auch wenn im Sommer 1933 kaum ein Zeitgenosse daran geglaubt haben dürfte, daß die Veranstaltung nicht von Berliner Regierungs- und Parteistellen gesteuert wurde, war diese offizielle Darstellung aus propagandistischen Gründen notwendig. Offiziell stammten alle finanziellen Mittel für den verbilligten Transport aus freiwilligen Spenden, die im Saargebiet gesammelt worden waren, offiziell riefen nur unpolitische Vereinigungen – und eben nicht die erstarkende saarländische NSDAP – zum Besuch auf und offiziell war wie in den zurückliegenden Jahren der unabhängige, überparteiliche und interkonfessionell ausgerichtete Bund der Saarvereine der Ausrichter der Veranstaltung.

Dabei war dieser zum Zeitpunkt des Aufrufs (10. Juli) bereits von verschiedenen Seiten ausgebootet worden: Wie oben ausgeführt, übertrug das Auswärtige Amt Anfang Juni dem aus Bürckel, Kiefer und Röchling gebildeten Aktionsausschuß auch die Zuständigkeit für die Planungen zur Bundestagung³¹⁶⁷ und selbst der von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ initiierte Saarbrücker Arbeitsausschuß entschloß sich einen Monat später, auf dem offiziellen Kundgebungsplakat von Toni Zepf die Hinweise auf den Bund als Veranstalter zu entfernen³¹⁶⁸. Gleichmaßen unbeirrbar wie blauäugig trieb Vogel unterdessen die Vorbereitungen weiter. Er übersandte der Reichskanzlei einen Entwurf für die öffentliche Kundgebung am Denkmal, in welchem Hitler immerhin die Rolle des Hauptred-



Abb. 57: Offizielles Plakat zur Saarkundgebung am Niederwald 1933

³¹⁶⁷ Vgl. Briefe des AA an Bürckel, Kiefer und Röchling (03.06.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095. Wenige Tage zuvor hatte sich bereits das PrMI um die Federführung der Bundestagung beworben: Vgl. Brief des PrMI an das AA, RMI und RMPopaganda (23.05.33), in: Ebd. Der Ministerialdirektor für national- und grenzpolitische Angelegenheiten Loehrs verzichtete in den Schreiben darauf, die Rolle des BdS überhaupt zu thematisieren.

³¹⁶⁸ Vgl. undatiertes Sitzungsprotokoll des Arbeitsausschusses vom 01.07.33, in: BA-R 8014/100. Vom Graphiker der Gebr. Hofer AG Toni Zepf stammten auch die Illustrationen der SF-Sondernummern anlässlich früherer Bundestagungen. Im Frühjahr 1934 protestierte Heinz Lauscher, der das Plakat „Hände weg von der deutschen Saar“ entworfen hatte, gegen die vermeintliche Urheberverletzung Zepfs: Indem dieser eine Schwurhand hinter dem Niederwalddenkmal arrangierte, habe er seinen eigenen Entwurf für die Einladungsschreiben zur Koblenzer Bundestagung 1932 kopiert: Vgl. Brief Lauschers an die GSV (20.03.34), in: BA-R 8014/1121. In polemischer Weise beschäftigte sich auch Max Braun mit dem Plakat und unterstellte dem Künstler eine visionäre Intuition: Das Hakenkreuz verblasse gegenüber der aufsteigenden roten Sonne des Sozialismus: Vgl. „Volksstimme“ Nr. 189 (16.08.33).

ners eingeräumt wurde, traf Anfang Juli mit Voigt und Wentzel in Berlin zusammen und fragte den Saarbrücker Oberbürgermeister Neikes als Referenten für den Abend vor der Kundgebung an³¹⁶⁹. Wenige Tage darauf mußte Andres dem Stadtoberhaupt mitteilen, daß dessen Vortrag in Frage gestellt sei³¹⁷⁰: Auf der gleichen Sitzung, in welcher Simon putschartig die Bundesführung übernommen hatte, hatte die Koblenzer Gauleitung auch die Planungen für die Saartagung an sich gerissen³¹⁷¹. Fortan warb die NSDAP mit ihren Gliederungen im Reich für die um eine Woche vorverlegte Kundgebung³¹⁷² am Niederwalddenkmal; die ursprüngliche Rolle des Bundes der Saarvereine wurde in der nationalsozialistischen Presse schon bald völlig ausgeblendet³¹⁷³.

Doch wie läßt sich das im Vergleich zu den Vorjahren enorme Interesse der neuen Reichsregierung an der Ausrichtung einer Bundestagung erklären, für die ihre Vorgänger bestenfalls Grußworte und erst nach eindringlichen Bitten finanzielle Mittel übrig hatten? Sicherlich muß die bevorstehende Abstimmung an der Saar³¹⁷⁴ als Begründung ins Feld geführt werden, die es auch den bürgerlichen und sozialdemokratisch geführten Weimarer Kabinetten nahegelegt hätte, sich stärker als zuvor zu engagieren. Für die Nationalsozialisten bot sie darüber hinaus ein äußerst willkommenes Forum, sich den Saarländern zu präsentieren und zugleich für das „neue Deutschland“ zu werben bzw. die vermeintliche Hetze der Emigranten zu widerlegen³¹⁷⁵. Für die

³¹⁶⁹ Vgl. „Entwurf der Reihenfolge des Festaktes für die große deutsche Kundgebung für das abgetrennte Saar- und Pfalzgebiet“ (Juli 1933), in: BA-R 43-I/253; Sitzungsprotokoll vom 05.07.33 (06.07.33), in: BA-R 8014/100; Brief der GSV an Neikes (12.07.33) und Antwortschreiben (13.07.33), in: StA Saarbrücken, Großstadt 2944.

³¹⁷⁰ Vgl. Brief Andres' an Neikes (19.07.33), in: Ebd.

³¹⁷¹ Vgl. Sitzungsprotokoll vom 15.07.33 (18.07.33), in: BA-R 8014/100. Sie habe das Programm der GSV übernommen „und sich mit allen Mitteln und der ganzen organisatorischen Stoßkraft des Gauers Trier-Koblenz der Nationalsozialistischen Partei für die erfolgreiche Durchführung eingesetzt.“: SF 14 (1933) 18, S. 320.

³¹⁷² Damit die Saarfeier wegen des Reichsparteitages der NSDAP „nicht in den Schatten der Nürnberger Tagung gerät, sondern in ihrer vollen Bedeutung von allen deutschen Volksgenossen und auch im Auslande gewürdigt werden kann“, wurde sie auf das letzte Augustwochenende verschoben: Vgl. Rundschreiben der GSV (19.07.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19; Brief des Saar-Arbeitsausschusses an die GSV (11.07.33), in: BA-R 8014/100.

³¹⁷³ Vgl. Postkarte mit zwei SA-lern vor dem Reichstag mit einer Werbetafel zum Besuch der Niederwaldtagung, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13; „Saarfront“ Nr. 132 (29.07.33).

³¹⁷⁴ Drei Tage vor der Niederwaldkundgebung erklärte der saarländische NSDAP-Gauleiter Spaniol über den Südfunk, daß der Abstimmungskampf mit der Tagung eröffnet werde: Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 338; SF 14 (1933) 18, S. 317. Auch französische Beobachter sahen dies ähnlich: Vgl. Briefe Morizes bzw. François-Poncets an Außenminister Paul-Boncour (28.08.33), in: MAE, Sarre 281.

³¹⁷⁵ Vgl. den Aufruf Simons, in: SF 14 (1933) 16/17, S. 300: Die saarländischen Teilnehmer werden nach Rüdeshheim kommen, „und für über 800.000 deutsche Blutsgenossen in der Saarheimat den Schwur der Treue ablegen. Es ist der gleiche Schwur, den in den vergangenen Jahren die Vertreter des Reiches der Schwäche und der Hoffnungslosigkeit, eines Staates der Zwietracht und des Niederganges entgegennahmen und der nun dem Reiche der Kraft und Einigkeit und seinem starken Führer Adolf Hitler gilt.“ Die Wiedervereinigung der Saar mit Deutschland sei „eine dem Frieden dienende Selbstverständlichkeit [...] Zugleich wird die Kundgebung der Saarvereine eine schlagende Antwort an jene landflüchtigen und isolierten Volksverräter sein, die an der Saar ein vorübergehendes Asyl gefunden haben und dort dem Tage der Abstimmung des Jahres 1935 entgegenzittern; jenem Tage, der 800.000 der besten Deutschen die langentbehrte staatliche Heimat im

überwiegende Mehrheit der saarländischen Besucher dürfte am Niederwald der erste persönliche Kontakt mit dem reichsdeutschen Nationalsozialismus und seinen Protagonisten stattgefunden haben, weshalb man im Vorfeld besonderen Wert darauf legen mußte, den Tag zu einem bleibenden Erlebnis zu inszenieren. Anders als den saarländischen Ableger der NSDAP umgab die Reichspartei der Nimbus der Stärke und insbesondere Hitler schien die lang ersehnte Heilsgestalt zu sein. So wundert es nicht, daß der Staatssekretär im Reichspropagandaministerium Mitte August darauf insistierte, daß der Reichskanzler

„im Interesse der in meinem Ministerium zusammengefaßten Saarpropaganda, welche mit dieser Tagung ihren Anfang nehmen und systematisch weitergeführt werden soll“,

auf jeden Fall auftreten werde. Der Niederwaldkundgebung maß er eine weitaus größere Bedeutung als der am gleichen Tag stattfindenden Feier am Tannenbergsdenkmal bei³¹⁷⁶.

Hier zeigt sich ein weiterer Unterschied zu früheren Tagungen des Bundes der Saarvereine: Zwar war man in den vorangegangenen Jahren stets bemüht, eine möglichst große Zahl von Saarländern als Gradmesser der eigenen Bedeutung zum Besuch der Kundgebungen animieren zu können, und hatte schon vor der Gleichschaltung entsprechende Maßnahmen in die Wege geleitet, doch richteten sich die Veranstaltungen in erster Linie an das reichsdeutsche Publikum und die dort lebenden Saarländer. Unter nationalsozialistischer Regie änderte sich dies entscheidend: Nun waren die Saareinwohner aufgerufen, ihre persönliche Einstellung zum zukünftigen Schicksal des Saargebiets durch ihre Beteiligung an den Saarkundgebungen unter Beweis zu stellen. Dementsprechend reizvoll mußte es sein, die eng begrenzte Freizeit zugunsten einer ganztägigen Propagandaveranstaltung zu opfern und abgesehen von möglichen Repressalien des Arbeitsgebers auch die Strapazen einer mehrstündigen Bahnreise in Kauf zu nehmen:

„Den niederdrückenden, fast maschenlosen Verboten den Regierungskommission entronnen, werden sie aufatmen in freier deutscher Luft, unter leuchtenden deutschen Fahnen. Sie werden überschäumen vor Begeisterung, und den braunen Kämpfern Adolf Hitlers, der SA., zujubeln, die im Saargebiete nicht bestehen darf. Sie werden den stürmischen Drang der neuen Jugend verspüren, das unbegrenzte Vertrauen zu Adolf Hitler und den Glauben aller an einen Wiederauf-

Reiche Adolf Hitlers wiedergeben wird.“ Vgl. auch den Beitrag Simons im „Völkischen Beobachter“ Nr. 237 (25.08.33), nachgedruckt in: „Saarfront“ Nr. 158 (26.08.33).

³¹⁷⁶ Vgl. Brief Funks an die Reichskanzlei (18.08.33), in: BA-R 43-I/253. Ähnlich äußerte sich auch StS von Bülow (AA) gegenüber Reichsaußenminister von Neurath (10.08.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095. Als alternative Redner für Hitler waren Goebbels und Göring im Gespräch: Vgl. „Generalanzeiger für den Mittelrhein“ (14.08.33); Brief Morizes an Außenminister Paul-Boncour (10.08.33), in: MAE, Sarre 281.

*stieg zur Freiheit und Größe Deutschlands. Was sie sehen, hören und innerlich erleben, wird sie nicht mehr loslassen. Der Geist, den sie in sich aufnehmen, wird sie in die Heimat begleiten und dort fortwirken bis zu der Stunde, wo die Grenzen fallen, die Regierungskommission die Koffer packt, die Verräter ausreisen und beim Klange des Deutschlandliedes die Fahne des Dritten Reiches hochgeht zum Zeichen der Wiedervereinigung von Saar und Reich.*³¹⁷⁷



Abb. 58: Straßenszene in Rüdeshcim 1933

Ebenso wichtig wie die Wirkung auf die abstimmungsberechtigten Saarländer war die Resonanz des Auslandes auf die Tagung. Das nationalsozialistische Deutschland hatte sich selbst in den zurückliegenden Monaten international weitgehend isoliert³¹⁷⁸.

Um ein möglichst einheitliches Erscheinungsbild zu erreichen, wurden die umliegenden Gemeinden auf Anordnung der Koblenzer Gauleitung aufgefordert, die öffentlichen Gebäude ausschließlich mit Hakenkreuzfahnen zu beflaggen und mit Tannengrün zu schmücken. Die gleiche Richtlinie galt auch für die Privathäuser³¹⁷⁹. Noch zwei Tage vor der Veranstaltung schaltete sich Simon persönlich ein und

befahl die Aufstellung von etwa 20 bis 30 Transparent-Triumphbögen in Rüdeshcim und Umgebung³¹⁸⁰. Für derartige Vorbereitungsdienste wurden Angehörige der Hitlerjugend und Arbeitsdienstleistende aus dem Lager Bingen rekrutiert. Der dortige Bürgermeister mahnte im Vorfeld die ansässige Bevölkerung, ihre „vaterländische Pflicht“ zu erfüllen und für die saarländischen Volksgenossen Quartiere in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen³¹⁸¹. Auch die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zeigte in den Straßen Rüdeshcims Präsenz: Wenige Tage vor der Kundgebung gingen der Stadt 100



Abb. 59: Straßenszene in Rüdeshcim 1933

³¹⁷⁷ SF 14 (1933) 16/17, S. 253.

³¹⁷⁸ Vgl. hierzu: Axel KUHN: Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919–1939, Stuttgart 1970, S. 141–146; MÜHLE, S. 41–96. Auch das französische Mitglied der Regierungskommission hegte keinen Zweifel daran, daß nicht alles getan werde, „pour frapper l'opinion publique étrangère par le caractère grandiose de la démonstration“.: Brief Morizes an Außenminister Paul-Boncour (10.08.33), in: MAE, Sarre 281.

³¹⁷⁹ Vgl. Brief der Stadt Rüdeshcim an die Lokalredaktion (18.08.33), in: StA Rüdeshcim, III/50; „Generalanzeiger für den Mittelrhein“ (19.08.33).

³¹⁸⁰ Vgl. Brief der Organisationsleitung der Saarkundgebung an den Bürgermeister von Rüdeshcim (24.08.33), in: StA Rüdeshcim, III/50.

³¹⁸¹ Vgl. „Generalanzeiger für den Mittelrhein“ (12.08.33).

Exemplare ihres Plakates „Hände weg von der deutschen Saar“ zum Aushang in Schaufenstern zu³¹⁸².

Der Verlauf der Tagung³¹⁸³ ähnelte nur auf dem ersten Blick dem Aufbau früherer Mitgliederversammlungen des Bundes. Waren diese bisweilen mit Vorträgen über wirtschaftliche, politische und kulturelle Aspekte der Saarfrage überfrachtet gewesen, so beschränkten sich die wenigen Ansprachen darauf, der großen Rede Hitlers den Boden zu bereiten. Dies zeigte sich bereits während der Arbeitstagung in der städtischen Festhalle Bingen³¹⁸⁴.

Während der mehrstündigen Versammlung fiel Debusmann die schwierige Aufgabe zu, die Verdienste der alten Bundesführung um Dröge und Andres gebührend hervorzuheben³¹⁸⁵ und gleichzeitig dem neuen Regime, insbesondere dem Bundesführer Simon, zu huldigen. Da Vogel wegen seiner Augenoperation selbst nicht an der Tagung teilnehmen konnte³¹⁸⁶, übernahm der stellvertretende Bundesvorsitzende auch die Gratwanderung, den Tätigkeitsbericht des zurückliegenden Jahres zu präsentieren, was in diesem Fall einer Rechtfertigung der seit Gründung des Bundes geleisteten Arbeit gleichkam. Die Teilnahme von Ortsgruppen des Bundes war verhältnismäßig gering: Obwohl in keinem Rundschreiben versäumt worden war, auf die Anwesenheit Hitlers hinzuweisen, waren mit 45 lokalen Saarvereinen nur etwa die Hälfte aller bestehenden Ortsgruppen vertreten³¹⁸⁷. Diese repräsentierten ihrerseits allerdings immerhin 21.000 Mitglieder.

Wie in den früheren Jahren lag es am Bundesvorsitzenden, den weiteren Kurs der Saarvereine auf der Mitgliedertagung vorzustellen: Simon nutzte dies, um in Gestalt der propagandistischen und organisatorischen Unterstützung durch die NSDAP die Vorzüge der jüngst erfolgten Gleichschaltung des Bundes hervorzuheben. Während er explizit betonte, die künftige Arbeit mit den bisherigen Kräften fortsetzen zu wollen, forderte er, daß im folgenden Jahr an jedem größeren Ort in Kooperation mit den nationalsozialistischen Kräften eine Kundgebung für die Saar initiiert werden müsse. Das Heranziehen guter Redner sei erforderlich, um

³¹⁸² Vgl. Brief der GSV an Rüdesheim (21.08.33), in: StA Rüdesheim, III/50.

³¹⁸³ Vgl. Programmheft, in: Ebd.; SF 14 (1933) 16/17, S. 299–302. Berichte über die Tagung in: Ernst DEBUSMANN: Die Saar. Deutschlands treuestes und darum liebstes Kind, Bielefeld - Leipzig 1934, S. 53; SK 13 (1935), S. 79 ff. Mit zahlreichen Fotos: Saar-Kundgebung am Niederwald-Denkmal 27. August 1933, Saarbrücken 1933; VON PUTTKAMER, S. 83–112; SF 14 (1933) 18, S. 318–341.

³¹⁸⁴ Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 320–327; VON PUTTKAMER, S. 92 und S. 98. Nach Darstellung der „Volksstimme“ (Nr. 200 (29.08.33)) war die Festhalle durch bewaffnete SS gesichert und die anwesenden Redakteure mußten ihre Mitschriften vor Verlassen des Saales zur Zensur vorlegen.

³¹⁸⁵ Angesichts der erst einen Monat zurückliegenden Gleichschaltung von oben ist es auch kein Zufall, daß sich unter den wenigen im SF abgedruckten Begrüßungsschreiben insbesondere solche finden, in welchen die jahrelangen Verdienste des Bundes hervorgehoben wurden: Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 335.

³¹⁸⁶ Jean Revire deutete hingegen das Fernbleiben Vogels als Zeichen dafür, daß dieser vom neuen Regime ausgebootet worden sei: Vgl. „Figaro“ Nr. 281 (08.10.33). Vgl. das Dementi Vogels, in: SF 14 (1933) 20, S. 383 ff.

³¹⁸⁷ Vgl. Zu- und Absagen, auch von bekannten Persönlichkeiten, in: BA-R 8014/98 und 103.

„gemeinsam mit dem gesamten nationalen Deutschland und gestärkt durch die nationalsozialistische Bewegung das deutsche Volk so aufzurütteln, daß man an der Saar und darüber hinaus wisse, daß Deutschland sich sein Recht an der Saar nicht nehmen lasse.“

Spätestens auf dieser Arbeitstagung wurde deutlich, daß die Übernahme der Bundesleitung durch Simon das definitive Ende der – ohnehin rudimentären – vereinsinternen Demokratie markierte: Auf Beratungen und Aussprachen über eingegangene Anträge wurde verzichtet und Simon ermächtigt, diese nach eigenem Ermessen zu beherzigen.



Abb. 60: Saarländische Volkstanzgruppe im Stadion von Bingen

Großes öffentliches Interesse fanden sowohl der anschließende Saar-Heimatabend in der Rheinhalle Bingen³¹⁸⁸ wie auch die Turn- und Sportveranstaltungen am nächsten Vormittag im Adolf-Hitler-Stadion. Sportliche Wettspiele waren seit dem frühen 19. Jahrhundert ein gängiges Element nationaler Feiern und hatten daher schon während der zurückliegenden Bundestagungen einen festen Platz im Programm eingenommen³¹⁸⁹. Als Beauftragter für Turnen und Sport war der Koblenzer Ortsgruppenvorsitzende

Kellner im Frühjahr 1933 mehrfach mit Vertretern saarländischer Sportorganisationen zusammengetroffen³¹⁹⁰. Diese ließen sich ebenso wie die reichsdeutschen Sportvereine nur allzu gerne in die Propagandamaschinerie einbauen³¹⁹¹.

Der Vormittag begann mit der Darbietung saarländischer Volkstänze; es folgte ein Radballspiel, Barrenvorführungen einer saarländischen Turnerriege sowie ein Fußballspiel zwischen SC 1900 und VFW Lützel, das mit dem Sieg der saarländischen Mannschaft endete³¹⁹². Schon während

³¹⁸⁸ Der Andrang sei so groß gewesen, daß die Ansprachen Spaniols, Debusmanns und Andres', musikalische Darbietungen der Reichwehrkapelle sowie die Aufführung „Das Herz an der Saar“ von Lux mit Lautsprechern nach außen übertragen werden mußten: Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 327 f.

³¹⁸⁹ Vgl. MOSSE: Nationalisierung, S. 91–121. Schon 1929 hatte ein Fußballspiel zwischen einem Saarbrücker und Münsteraner Verein stattgefunden (vgl. SF 10 (1929) 12/13, S. 268); zwei Jahre später stiftete die GSV erstmals einen Wanderpokal, der alljährlich in einem Fußballspiel am Ort der jeweiligen Bundestagung erkämpft werden und 1935 im Besitz des siegreichen Vereins bleiben sollte: Vgl. „Stadt- und Dorfanzeiger Neustadt“ Nr. 157 (09.07.31). Vgl. auch SF 13 (1932) 18/19, S. 316.

³¹⁹⁰ Nach dem Führungswechsel im Juli wohnte der Koblenzer Propagandaleiter Michels ebenfalls den Besprechungen bei: Vgl. Sitzungsprotokoll vom 22.04.33 in Rüdesheim (28.04.33), in: StA Rüdesheim, III/50; Protokoll der Versammlung vom 10.06.33 in Saarbrücken (12.06.33), in: LHA Koblenz, 661,11/23. Der gesamte Ordner beschäftigt sich mit den Planungen zur sportlichen Beteiligung saarländischer Vereine. Kellner bat den „Reichssportführer“ im Namen der saarländischen Sportler, an der Bundestagung teilzunehmen: Vgl. Brief Kellners an von Tschammer und Osten (10.07.33), in: Ebd.

³¹⁹¹ „In zielbewußtem Einsatz wird eine Aktion der anderen folgen! Zielsetzung dieses Feldzuges wird sein 1935 zum heiligen Jahre des Deutschtums an der Saar zu gestalten. Im Rahmen dieser Kämpfe ist den Kanuten eine besonders ehrenvolle Stellung zuerkannt worden.“: Aufruf der Arbeitsgemeinschaft West der Deutschen Kanuvereine (August 1933), in: Ebd.

³¹⁹² Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 332 ff.

dieser im Grunde unpolitischen Veranstaltung wurden die etwa 7.000 Zuschauer durch Ansprachen des Bingener Bürgermeisters, Kellners und Spaniols auf die bevorstehende Saarkundgebung am Nachmittag eingestimmt. Scheinbar spontan, quasi zur Befriedigung eines tiefen inneren Bedürfnisses, wurden die einzelnen Beiträge mit dem Singen des Deutschland- bzw. Horst-Wessel-Liedes bekräftigt. Das Luxsche Saarlid sollte erst am Niederwalddenkmal zum Vortrag kommen.

Nach der Mittagspause³¹⁹³ zog sich ein stundenlanger prozessionsartiger Aufmarsch zum Denkmal hin, an dessen Fuß etwa 100 Fahnenträger verschiedener Parteigliederungen, des Stahlhelm, von Kriegervereinen und Ortsgruppen des Bundes Aufstellung nahmen. Mit Fanfarenklängen der Reichswehrkapelle begann kurz nach 17 Uhr die Kundgebung unter dem Protektorat von Hindenburgs. Während 600 Sänger des SSB die „Mahnung“ Hans Heinrichs vortrugen³¹⁹⁴ und der „Treuschwur des Volkes an der Saar“ von Lux verkündet wurde, kreiste ein Flugzeug über der Menschenmenge und warf einen Blumenstrauß ab. Etwa 400 Ruderer zogen unterhalb des Denkmals auf dem Rhein vorbei. Simon ergriff als erster Redner das Wort und heizte mit seinen Ausfällen gegen die Kritiker am neuen Deutschland und die Emigranten an der Saar die Stimmung an. Für diese Verräter werde das Plebiszit



Abb. 61: Fahnendeputationen am Niederwalddenkmal

„zu einer fürchterlichen Abrechnung werden. Heute noch hetzen sie gegen uns. Morgen werden wir sie hetzen. Ihre Hoffnung, aus dem Saargebiet ein dauerndes Obdachlosen-Asyl für flüchtige Novembervbrecher zu machen, wird zuschanden werden. Das Saarland ist keine Schlupfhöhle für politische Untermenschen. Wir setzen gegen den Verrat der Hergelaufenen die Treue des Heimatvolkes und gegen ihren Haß die fanatische Liebe zur Nation.“

Er sparte genausowenig mit antisemitischen Haßtiraden und Polemiken gegen führende Köpfe der Rückgliederungsgegner³¹⁹⁵. Bevor der preußische Kultusminister Rust, der vermutlich in das Programm eingeschoben wurde, um die Pause bis zur Ankunft Hitlers zu überbrücken, sich in ähnlicher Weise wie sein Vorredner zu Ausfällen gegen die Weimarer Republik, die Demokratie als solche und den Marxismus im besonderen hinreißen ließ, leistete ein Saarbergmann – gewis-

³¹⁹³ Die Berichte über die Verpflegung der mehreren Zehntausend Besucher strotzen vor Pathos: So sei die Versorgung über die Feldküchen ein Gefecht, der Feind sei der Hunger und die Munition die Erbsensuppe gewesen: Vgl. „Generalanzeiger für den Mittelrhein“ (30.08.33).

³¹⁹⁴ Vgl. Saar-Sänger-Bund 11 (1933/34) 7, S. 153 ff.; SF 14 (1933) 18, S. 328–332. Auch Liesbet DILL (S. 167–175) läßt ihre Hauptfigur aus „Wir an der Saar“ an der Kundgebung teilnehmen, mit welcher zugleich der Roman endet. Vgl. aus französischer Sicht den ausführlichen illustrierten „Rapport sur la manifestation sarroise au Niederwald du 27 août 1933“ (31.08.33) eines Beobachters des „Comité Alsacien d'Études et d'Information“, in: MAE, Sarre 281.

³¹⁹⁵ Die Saarabstimmung sei eine Frage des Blutes, der Sprache und historischer Traditionen und keinesfalls eine wirtschaftliche Angelegenheit: „Wir sind keine Juden, wir lassen nicht mit uns handeln!“ Max Braun sei der „Judas Ischariot der Saararbeiter“. Vgl. auch W.T.B. (28.08.33).

sermaßen als Identifikationsfigur für die gesamte saarländische Bevölkerung – einen Treuschwur auf die Rückkehr der Saar³¹⁹⁶.

Einen ersten liturgischen Höhepunkt hatte die Veranstaltung durch das gemeinschaftliche Singen des Saarlieses erfahren. Die Worte des Bergmanns wirkten nach dem kollektiven Bekräftigungsakt wie ein Glaubensbekenntnis. Während es schon in den zwanziger Jahren einen rasanten Siegeszug sowohl an der Saar wie innerhalb der Ortsgruppen des Bundes erlebt hatte, entwickelte sich das Saarlid in den Monaten bis zur Abstimmung zu dem Bekenntnislied der Rückgliederungsbefürworter³¹⁹⁷.

Gegen 19 Uhr traf schließlich Hitler, vom Tannenberghdenkmal per Flugzeug kommend, am Rhein ein³¹⁹⁸. Anders als seine beiden Vorredner verzichtete er in seiner Rede auf polemische Ausfälle³¹⁹⁹. Das eigentliche Thema seiner Ausführungen, die offizielle Haltung der deutschen Reichsregierung zur Saarfrage, war eingebettet zwischen offensiver Werbung für das neue nationalsozialistische Deutschland³²⁰⁰ und der Diskreditierung seiner politischen Gegner als Lügner und Volksverräter. Ganz im Stil seiner in den ersten Jahren des Dritten Reiches unermüdlich beteuerten Friedenspropaganda³²⁰¹ beharrte er darauf, daß die Rückkehr des Saar-

³¹⁹⁶ Vgl. Fritz KLOEVEKORN: Saarland? Deutsches Land!, Berlin - Leipzig 1934, S. 81.

³¹⁹⁷ Vgl. PAUL: Deutsche Mutter, S. 122. Noch im gleichen Jahr wurde es per Erlaß des RMI zum „Gemeingut des Deutschen Volkes“ erklärt: Vgl. Jürgen HANNIG: „Deutsch ist die Saar“. Das Saarlid von Hanns Maria Lux, in: MALLMANN [u.a.] (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie, S. 117–122, hier: S. 118. Um so mehr überrascht es, daß ausgerechnet die GSV Ende 1933 aufrief, das traditionsreiche Gedicht „Arm' Saar-Vöglein“ ebenfalls zu vertonen, um es künftig bei Kundgebungen, Konzerten und Rundfunkabenden vortragen zu lassen: Vgl. SF 14 (1933) 23, S. 437. Auf Anordnung von Heß war es untersagt, beim Singen des Saarlieses den rechten Arm zum nationalsozialistischen Gruß zu heben; dies sollte weiterhin dem Deutschland- und dem Horst-Wessel-Lied vorbehalten bleiben: Vgl. SF 15 (1934) 10, S. 186. Im zweiten Abstimmungskampf an der Saar 1955 erlebte die inoffizielle Saalhymne eine Renaissance. Heinrich Schneider, einer der entschiedensten Kämpfer für die Rückgliederung, behauptete gar, die Saar sei „heimgesungen“ worden: Vgl. Heinrich SCHNEIDER: Das Wunder an der Saar. Ein Erfolg politischer Gemeinsamkeit, Stuttgart 1974, S. 143; HANNIG: Das Saarlid, S. 118.

³¹⁹⁸ Vorsorglich war im Programmheft des Tages nur die „Ansprache eines namhaften deutschen Führers“ angekündigt worden.

³¹⁹⁹ Zur Rede Hitlers vgl. SF 14 (1933) 18, S. 331; W.T.B. (28.08.33). Vgl. den Entwurf Voigts (August 1933), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096. SEIBOLD (S. 209) versteigt sich zu der Behauptung, die Rede sei von Hermann Röchling initiiert worden. Zahlreiche Parolen aus ihr wurden in den kommenden Monaten von der reichsdeutschen Propaganda aufgegriffen. Somit bot die Bundestagung der neuen Reichsregierung das gewünschte Forum: Vgl. S.A. DELGES: Stimmen der Saar zum Befreiungskampf der Saardeutschen, Saarbrücken 1933, S. 31 f.; Franzosen sprechen über die Saar, S. 237; Fritz HELLOWIG: Einführung in die Saarfrage, Leipzig 1934, S. 5; Fritz KLOEVEKORN: Deutsches Land - Deutsches Volk. Ein Buch von der Saar, Frankfurt am Main 1934, S. 107 f.; SCHNEIDER: Unsere Saar, S. 15. Es fand auch über propagandistische Devotionalien Verbreitung: Vgl. Postkarte (September 1933), in: BA-R 53/91.

³²⁰⁰ So appellierte Hitler zum Ende seiner Ansprache, „das im Deutschen Reich nunmehr Gesehene mit ins Saargebiet zu nehmen. Tragen Sie es hinaus und verteidigen Sie dort des Reiches Ehre und Wahrhaftigkeit.“

³²⁰¹ Da die Realisierung seiner Lebensraumvision von dem Vorhandensein einer schlagkräftigen Armee entscheidend abhing, betrieb Hitler während der ersten Jahre eine bewußte Beschwichtigungspolitik gegenüber Paris, um mit Hilfe dieser „Strategie grandioser Selbstverharmlosung“ (JACOBSEN: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 328–339) die nötige Atempause für die Aufrüstung der deutschen Wehrmacht zu erhalten. Diese Phase gemäßigter Revisionsforderungen diente zugleich der innenpolitischen Konsolidierung der nationalsozialistischen Herrschaft: Vgl. Wilhelm VON SCHRAMM: ... sprich vom Frieden, wenn Du den Krieg willst. Die psychologischen Offensiven Hitlers gegen die Franzosen 1933–1939. Ein Bericht, Mainz 1973, S.

gebietes zu den natürlichen Rechten der Gegenwart gehöre. Basierend auf diesem durch göttlichen Willen abgesegneten Rechtsstandpunkt, verkündete Hitler:

*„Wir wollen gerne mit Frankreich in allen wirtschaftlichen Dingen reden. Wir wollen gerne uns mit Frankreich verständigen. In einem aber gibt es keine Verständigung: Weder kann das Reich Verzicht leisten auf euch, noch könnt Ihr Verzicht leisten auf Deutschland. (Starker Beifall.)“*³²⁰²

Ferner könne sich „kein wirklich Deutscher“ in der anstehenden Abstimmung für ein autonomes Saargebiet oder gar den Anschluß an Frankreich zu votieren:

„Es gibt nur die dritte Lösung, und für die wird jeder eintreten, der an die Heiligkeit des Vaterlandes und an die Größe der Nation glaubt und die heißt: Zurück zu Deutschland! (Langanhaltender Beifall.)“



Abb. 62: Die Saarkundgebung am Niederwalddenkmal 1933

Nach seinen Ausführungen endete die Veranstaltung mit dem obligatorischen Deutschland- und Horst-Wessel-Lied³²⁰³.

Ähnlich wie die nachfolgende Bundestagung auf dem Ehrenbreitstein 1934 paßte auch die Niederwaldkundgebung in das Versammlungsritual, das sich ab Anfang der dreißiger Jahre eingespielt hatte³²⁰⁴. Weniger der sachliche Diskurs als vielmehr die äußere Wirkung war entscheidend. Allein die Anwesen-

heit Hitlers war der Grund, weswegen sich Tausende Saarländer und Reichsdeutsche auf den

33–59. Zum Zielkonflikt zwischen dem AA und Hitler vgl. Franz KNIPPING: Die deutsche Diplomatie und Frankreich 1933–1936, in: *Francia* 5 (1977), S. 491–512; Klaus HILDEBRAND: Die Frankreichpolitik Hitlers bis 1936, in: *Francia* 5 (1977), S. 591–625. Dort (S. 605 ff.) sowie bei POIDEVIN/BARIÉTY (S. 369–372) auch Ausführungen zum Frankreichkonzept Hitlers in den zwanziger Jahren.

³²⁰² Der letzte Satz dieser Textpassage gab einer ganzen Abteilung der Kölner Saarausstellung 1934 den Namen. Dort wurde auch ein Sonderdruck der gesamten Rede präsentiert: Vgl. HessHStA, NL Sante 89. Die öffentlichen Äußerungen Hitlers über Frankreich nach der „Machtergreifung“ unterschieden sich deutlich von seiner Polemik der zwanziger Jahre: *„Der unerbittliche Todfeind des deutschen Volkes ist und bleibt Frankreich. Ganz gleich, wer in Frankreich regierte oder regieren wird [...]“*: HITLER, S. 699. Wenige Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler hatte er vor Vertretern der Generalität ausgeführt: *„Gefährlichste Zeit ist die des Aufbaus der Wehrmacht. Da wird sich zeigen, ob Fr(ankreich) Staatsmänner hat; wenn ja, wird es uns Zeit nicht lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Ost-Trabanten).“*: Ansprache Hitlers vom 03.02.33, in: Walther HOFER (Hrsg.): *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945*, Frankfurt am Main 1982, S. 181. Vgl. hierzu ebenso KUHN, S. 41 f. und S. 74–80, demzufolge die Versöhnungsgesten dem Zieldienten, die verdeckten Kriegsvorbereitungen zu kaschieren, die zur Realisierung der Lebensraumkonzeption Hitlers notwendig waren.

³²⁰³ Zuvor waren Hitler die Urkunden eines Staffellaufes von der unteren Saar, dem Warndt, dem roten Berg bei Spichern, dem Prims- und Köllertal, dem Schaumberg, der Blies-Mündung bei Saargemünd sowie der Saarpfalz und Neunkirchen überreicht worden: Vgl. „Saarfront“ Nr. 159 (28.08.33). Texte ihrer überbrachten Urkunden in: *SF* 14 (1933) 18, S. 333 f. Ein Lauf sollte ursprünglich in Frankreich starten: Vgl. LHA Koblenz, 661,11/23.

³²⁰⁴ *„Le programme et son exécution correspondaient bien à la mentalité allemande et à son goût pour le symbolisme et le romantisme.“*: Vgl. „Rapport sur la manifestation sarroise au Niederwald du 27 août 1933“ (31.08.33), in: MAE, Sarre 281.

Weg gemacht hatten. Der Verzicht auf Vorträge wie bei früheren Tagungen sollte die Bedeutung der Rede Hitlers in den Vordergrund stellen³²⁰⁵. Seine Verspätung war ein gezielt eingesetztes taktisches Mittel zur Steigerung der Spannung³²⁰⁶.

Die Saarkundgebung dürfte eine Veranstaltung ganz nach Hitlers Geschmack gewesen sein³²⁰⁷: Nach seinem Dafürhalten konnte ein in die Breite wirkender Einfluß auf die Bevölkerung nur durch derartige Massenversammlungen und unzählige immer wieder nach dem gleichen Muster ablaufende Kundgebungen erreicht werden³²⁰⁸. Die Topographie des Vorplatzes ließ zwar nicht die aus Wochenschauberichten über die Nürnberger Parteitage bekannte Formierung der Zuschauer zu Menschenblöcken zu, doch dürfte die gewaltige Menschenmenge hoch über dem Rhein vor der Kulisse des Denkmalgebirges mit dem davor drapierten Fahnenwald, den Fanfarenklängen und der Marschmusik eine eigene Faszinationskraft auf die Teilnehmer wie auch auf unbeteiligte Beobachter ausgeübt haben.

Vergleicht man nun die Presseberichte über die Saarkundgebung am Niederwalddenkmal in deutschen und französischen Blättern, so scheint es, als sei von zwei verschiedenen Tagungen die Rede³²⁰⁹. Am augenscheinlichsten wird das beim Feilschen um die Teilnehmerzahlen.

Erste Schätzungen im Frühjahr 1933 prognostizierten die Zahl der saarländischen Besucher mit 15–20.000 Personen, ein Wert, den der Vorsitzende des Saarbrücker Arbeitsausschusses Anfang Juli schon auf etwa 30.000 an hob. Kurz vor Monatsende rechnete

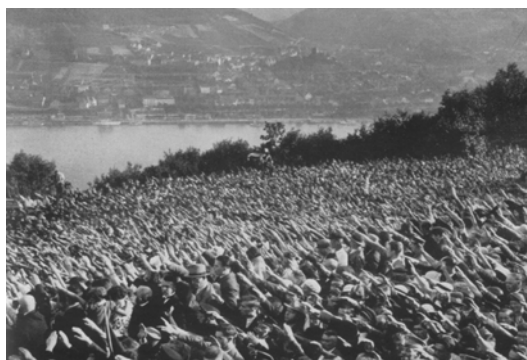


Abb. 63: Die Zuschauermenge unterhalb des Denkmals

³²⁰⁵ Vgl. VOGEL: Die großen deutschen Saarkundgebungen, S. 285. Vgl. die Ausführungen von JACOBSEN (Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 339–347) über die Reden Hitlers als Instrument zur Bestimmung des künftigen Kurses sowie MOSSE: Nationalisierung, S. 234. „Die Reden waren logisch aufgebaut, die innere Logik wurde jedoch von Rhythmus und Stimmenaufwand vernebelt. Die Zuhörerschaft erfaßte also die Logik der Rede emotionell, empfand den Kampfgeist und den ‚fanatischen‘ Glauben, ohne den eigentlichen Inhalt zu erfassen oder über den Sinn der Rede nachzudenken.“

³²⁰⁶ Die Zeit bis zum Eintreffen Hitlers am Denkmal wurde durch die Musik der Reichwehrcapelle überbrückt.

³²⁰⁷ Vgl. PAUL: Aufstand der Bilder, S. 122 ff.; Eugen HADAMOVSKY: Propaganda und nationale Macht. Die Organisation der öffentlichen Meinung für die nationale Politik, Oldenburg 1933, S. 42–49. Daß die Nationalsozialisten keineswegs einen eigenen originären Feiertag entwickelt hatten, sondern eklektizistisch Bekanntes, Bewährtes und Erwartetes miteinander verbanden, hatte schon MOSSE (Nationalisierung) schlüssig festgestellt. „Die nationalsozialistische Herrschaft gründete sich auf Ekstase der Beherrschten“: Wolfgang BENZ: Herrschaft und Gesellschaft. Die Inszenierung der Ekstase, in: DERS.: Herrschaft und Gesellschaft, S. 9–28, hier: S. 9. Der Emotionalität auf der Seite der Zuschauer stand eine minutiöse rationale Planung gegenüber.

³²⁰⁸ Er selbst war vor dem Weltkrieg durch das geschlossene geballte Auftreten der Wiener Arbeiterschaft in den Bann gezogen worden.

³²⁰⁹ Zu den deutschen Presseberichten vgl. BayHStA, Slg. Rhese 2229; S.Z. Nr. 224 (26.08.33); S.Z. Nr. 225 (27.08.33); S.Z. Nr. 226 (28.08.33). Die Bandbreite der französischen Artikel reichte von Bewunderung für das deutsche Organisationstalent, neidvollem Anerkennen des Erfolges bis zu unverhohlenem Haß auf Hitler und – wie im folgenden dargelegt wird – Herunterspielen der Bedeutung der Kundgebung: Vgl. die Aufzeichnung der Landespressestelle Saar (30.08.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096.

Wentzel mit insgesamt 50.000 Saarländern³²¹⁰. In der Festnummer der Tagung gab sich Simon zuversichtlich, daß allein in den 50 Sonderzügen 70.000 Saarländer anreisen würden. Insbesondere die von den Verleumdungen der „*marxistischen Landesverräter*“ angewiderte Arbeiterschaft werde nach Rüdesheim kommen,

„um dort in Deutschland das Gegenteil von dem festzustellen, was der Judas Ischariot der Saararbeiter, der Marxistenführer M. Braun, in seinen frankophilen Blättern zusammenlügt.“³²¹¹

Angesichts dieses Massenandrangs, zu dem noch die reichsdeutschen Besucher hinzugerechnet werden mußten, zog die Stadt Rüdesheim in Erwägung, den Wald um das Denkmal auslichten zu lassen³²¹².

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ verfolgte im Vorfeld der Tagung eine Doppelstrategie: Zum einen zog sie die hohen Zahlen eingegangener Anmeldungen, die ohnehin nur durch massiven Druck innerhalb der Betriebe erreicht worden seien, in Zweifel und versuchte zugleich, das am Niederwald erwartete Bekenntnis zur Rückgliederung vorsorglich von der Zustimmung zur nationalsozialistischen Regierung zu entkoppeln. Einen Tag vor Beginn der Bundestagung streute sie die Nachricht, daß Hitler entgegen anderslautenden Behauptungen sich inzwischen entschieden habe, auf einen Auftritt zu verzichten, da er nicht mehr an einen Sieg der deutschen Option glaube³²¹³.

Großer Erfolg war derartigen Sabotagemaßnahmen nicht beschieden: Schenkt man den Angaben im „Saar-Freund“ Glauben, so waren insgesamt 43 Sonderzüge mit 44.000 Personen zur Tagung gerollt; außer 2.000 Eisenbahnern fuhren weitere 13.000 Personen mit regulären Zügen. 18.000 Besucher seien mit Privatfahrzeugen, Bussen oder Krafrädern gekommen, zu denen weitere 5.000 Saarländer zu rechnen waren, welche entweder vorausgereist waren oder sich mittels anderer Verkehrsmittel an den Rhein begaben. Alles in allem seien 82.000 Personen von der Saar dem Ruf gefolgt, zu denen sich mindestens die gleiche Zahl an reichsdeutschen Teilnehmern gesellte³²¹⁴.

³²¹⁰ Vgl. Brief des kommissarischen Regierungspräsidenten von Wiesbaden an das AA (06.05.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095; Sitzungsprotokoll vom 05.07.33 (06.07.33) und Telefonnotiz (29.07.33), in: BA-R 8014/100. Zwei Wochen vor der Kundgebung ging die Organisationsleitung trotz der Restriktionen der Regierungskommission von 60.000 saarländischen Besuchern aus. Selbst für den Fall, daß das Innenressort keine ausreichenden Kapazitäten auf den Saarbahnen genehmigt hätte, existierte ein Alternativplan zum Transport an die Saargrenze: Vgl. Aktennotiz Voigts (10.08.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

³²¹¹ SF 14 (1933) 16/17, S. 253.

³²¹² Vgl. Brief der Stadt Rüdesheim an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden (02.08.33), in: StA Rüdesheim, III/50.

³²¹³ Vgl. „Volksstimme“ Nr. 195 (23.08.33) und Nr. 197 (25.08.33).

³²¹⁴ Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 336. VON PUTTKAMER (S. 92) sprach sogar von insgesamt 200.000 Teilnehmern: „Endlos marschieren Gesichter vorbei, immer andere und doch immer wieder dieselben, so rassengleich, so ähnlich, so deutsch. [...] Dicht bei dicht stehen die Menschen, ein einziger Block aus einem Guß.“ (S. 102)



Abb. 64: Die Saarkundgebung am Niederwalddenkmal

Von französischer Seite waren die Vorbereitungen schon seit Monaten beobachtet worden³²¹⁵. Nach Angaben der saarländischen Eisenbahndirektion wurden von den ursprünglich 65 reservierten Sonderzügen nur 43 tatsächlich angefordert. Zuzüglich der etwa 8–9.000 Personen, die per Lastkraft- bzw. Personenkraftwagen oder Bussen an den Rhein transportiert wurden und der Reisenden in regulären Zügen rechnete Étienne Vaysset, der Vertreter des Quai d'Orsay bei der Bergwerksdirektion, mit etwa 50–55.000 Saarländern, welche der Niederwaldkundgebung beiwohnten. Nicht ohne Genugtuung vermerkte er in seinem Bericht: *„Par rapport aux 100.000 qui avaient été annoncées, le nouveau chiffre accuse un très gros déchet.“*³²¹⁶ Unabhängig von Vayssets Zahlenkalkulationen meldete auch der Commissaire Spécial de Sarreguemines seinem Sous-Préfet am gleichen Tag eine identische Größenordnung³²¹⁷. Versuchte die französische

Seite den Erfolg der Veranstaltung schon in quantitativer Hinsicht in Frage zu stellen, so glaubte sie, das Scheitern der deutschen Saarpropaganda endgültig beweisen zu können, indem sie qualitativ differenzierte: Etwa 70% der reisenden Teilnehmer seien Kinder oder Jugendliche gewesen, so daß maximal 15.000 Abstimmungsberechtigte nach Rüdesheim gefahren seien. Selbst unter den Erwachsenen müsse mit einer größeren Zahl von Personen gerechnet werden, die sich erst nach 1919 im Saargebiet niedergelassen hätten³²¹⁸. Angesichts der immensen

³²¹⁵ Vgl. Rapport des Commissaire Spécial de Boulay an den Sous-Préfet (21.07.33), in: AN, F⁷ 13.472. Vgl. auch die Pressemeldungen der Agence Havas (10.08.33 und 18.08.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

³²¹⁶ Vgl. Brief Vayssets an das französische Außenministerium (26.08.33), in: MAE, Sarre 281.

³²¹⁷ Vgl. Rapport des Commissaire Spécial de Sarreguemines an den Sous-Préfet (26.08.33), in: AN, F⁷ 13.472. Französische Zeitungen übernahmen diese Angaben mit nur geringfügigen Variationen: Vgl. Pressemeldung der Agence Havas (27.08.33), in: MAE, Sarre 281; „Le Temps“ (28.08.33); „Eclaireur de Nice et du Sud-Est“ Nr. 245 (02.09.33).

³²¹⁸ Vgl. Briefe Vayssets (26.08.33) und Morizes (28.08.33) an das französische Außenministerium, in: MAE, Sarre 281. Morize hatte die Hoffnung auf einen Sieg des Status quo noch nicht zu den Akten gelegt. Zwingend notwendig hierfür schien ihm aber, daß Frankreich seine bisherige Zurückhaltung aufgebe. *„Il ne saurait évidemment être question pour nous de répondre à la tapageuse journée du Niederwald par une manifestation du même ordre: il suffira - mais il est nécessaire - que le Gouvernement français rassure les Sarrois intimidés par des déclarations dans le sens indiqué plus haut et que je me permets de souhaiter catégoriques et prochaines. Il importe de dissiper au plus tôt le trouble jeté dans trop d'esprits par le*

investierten Geldmittel hätte man eine weitaus größere Beteiligung aus dem Saargebiet erwarten können³²¹⁹.

Auch die Autoren der späteren Einheitsfront waren bemüht, die Zahl der saarländischen Besucher zu relativieren und sie auf den Druck zurückzuführen, der auf die Saarbevölkerung im Vorfeld ausgeübt worden war: Beispielsweise ordnete der saarländische Großindustrielle Knöchling – unschwer mit dem Völklinger Hüttenbesitzer Hermann Röchling zu identifizieren – in Gustav REGLERS Roman „Im Kreuzfeuer“ an, daß alle seine Angestellten an der Kundgebung teilzunehmen hätten. Gleichzeitig spielt REGLER die Bedeutung der seiner Ansicht nach nur 40.000 Saarländer in Rüdesheim qualitativ herunter; unter ihnen hätten sich kaum Arbeiter befunden:

„Leer waren die Straßen [Saarbrückens – F.B.], nach Rüdesheim war Herr Studienassessor und Herr Rendant gefahren, [...] Am deutschen Rhein waren auch alle Pennäler, die Beleber des Straßenbilds kleiner Städte, die Flaneure der Abendstunden, heute in der Pubertät, morgen reif zur SA.“³²²⁰

Sinn und Zweck dieser ganzen Zahlenspielereien war natürlich, aus der Beteiligung der saarländischen Bevölkerung direkte Rückschlüsse auf die Stimmungslage an der Saar ziehen zu können und Prognosen über den Ausgang des Plebiszits Anfang 1935 zu treffen. Ohne dies so prononciert auszusprechen, wertete auch Simon in seiner Rede am Denkmal die gesamte Veranstaltung als Gradmesser³²²¹.

Aus naheliegenden Gründen divergieren ebenso die Berichte über die Wirkung und den Nutzen der Niederwaldkundgebung: Ähnlich wie Hitler die langersehnte Volksgemeinschaft in den Mittelpunkt des ersten Teils seiner Rede stellte, hoben auch die deutschen Beobachter fast unisono die Zusammenkunft von Menschen aus verschiedenen Regionen des deutschen Reiches, unterschiedlicher sozialer Herkunft, parteipolitischer Hintergründe und Konfession hervor, die gemeinsam für ein nationales Ziel eingetreten seien: Die ungeschmälerte Rückkehr der Saar zum Deutschen Reich. Simon maß der Niederwaldkundgebung rückblickend gar die Funktion eines

déploiement de la force allemande au monument de la Germania.“: Brief Morizes an Außenminister Paul-Boncour (04.09.33), in: Ebd.

³²¹⁹ Vgl. „Rapport sur la manifestation sarroise au Niederwald du 27 août 1933“ (31.08.33), in: Ebd.

³²²⁰ Vgl. Gustav REGLER: Im Kreuzfeuer. Ein Saar-Roman, Paris 1934. Ndr. Hildesheim 1978, S. 196, 271–274 und S. 286. Auch Morize berichtete am 04.09.33 seinem Außenminister (in: MAE, Sarre 281) von den kursierenden Listen im Röchlingwerk.

³²²¹ Während für die Anhänger der Angliederung an Frankreich ein Nebenzimmer genüge, reiche der Platz kaum aus, um die Befürworter der Rückgliederung aufzunehmen: Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 329. Der bayerische Vertrauensmann Binder beurteilte dies bereits nüchterner: Trotz des erdrückenden Verhältnisses von 80.000 Saarländern am Rhein gegen insgesamt 12.000 in Neunkirchen und Saarbrücken, sah er die Gefahr, daß der Völkerbund das Saargebiet nicht ungeteilt an Deutschland zurückgeben werde: Vgl. Brief Binders an einen namentlich nicht genannten Staatsrat (06.09.33), in: BayHStA, StK 6100.

Katalysators zur Bildung der „Deutschen Front“ bei; die Skepsis vieler Saarländer sei durch die Begegnung mit Hitler beseitigt worden³²²².

Französische Kommentatoren zweifelten gerade diesen erhabenen Charakter der Kundgebung an: Der „einfache“ Saarländer habe sich anstatt um das Denkmal, dessen Plateau für die offiziellen Gäste³²²³ reserviert gewesen sei, im Schatten der umliegenden Bäume um eine Flasche Wein versammelt. Waren schon die Klassenschranken nicht aufgehoben worden, so unterstellten zahlreiche französische Blätter den Teilnehmern gar eine niedere Gesinnung: Die saarländischen „Pilger“ seien in erster Linie wegen der Festgelage und Unmengen an Delikatessen an den Rhein gekommen. Kaum den Zügen entstiegen, hätten sie sich umgehend Alkoholexzessen hingegeben. Nach jedem Festredner sei ein neues Glas geleert worden. Somit erschien die Kundgebung in den Berichten der französischen Zeitungen als hemmungslose Orgie mit nur politischer Fassade³²²⁴. Auch in seinem offiziellen Bericht über die Vorbereitungen zur Tagung hob das französische Mitglied der Regierungskommission den Ausflugscharakter hervor: Für die Saarländer sei es äußerst reizvoll, nahezu kostenlos eine Reise an den Rhein zu unternehmen. Erwachsene zahlten lediglich 30 Francs, Kinder und Jugendliche die Hälfte, während Arbeitslose und Kriegsbeschädigte Freifahrt genießen sollten³²²⁵.

Unbeschadet dessen, daß die Teilnehmerzahlen heruntergerechnet, die organisatorischen Mängel kritisiert³²²⁶, der Sinn und Zweck der Tagung in Frage gestellt und die kompromittierenden verbalen Ausfälle Simons, Spaniols und Rusts von französischer Seite bewußt überinterpretiert

³²²² Vgl. SF 15 (1934) 5, S. 76 ff.

³²²³ Nach einem undatierten Verzeichnis der Ehrenkarten (in: StA Rüdeshcim, III/50) wurden alle Reichsminister, Gauleiter, Kreisleiter aus der näheren Umgebung, saarländische Landräte, höhere SA- und SS-Führer sowie saarländische Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Kultur eingeladen. Die Entscheidung über die Bewilligung einer Ehrenkarte lag wie die gesamte Organisation in den Händen der Koblenzer Gauleitung: Vgl. Rundschreiben der GSV (15.08.33), in: BayHStA, StK 6120. Selbstverständlich waren „*lediglich solche Persönlichkeiten in Vorschlag zu bringen, welche auf dem Boden der nationalen Regierung stehen.*“: Vgl. Brief des Regierungspräsidenten von Aachen an die Landräte des Bezirks und den Oberbürgermeister von Aachen (14.06.33), in: StA Aachen, OB-Reg. 2-17.

³²²⁴ Schon im Vorfeld hatte die französische Agence Havas vor allem die unterhaltenden Elemente der Tagung wie die Sportveranstaltungen, die Reichswehrkapelle oder die Mitwirkung der Chöre betont (19.08.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095. Vgl. „L'Intransigeant“ (28.08.33, 29.08.33 und 30.08.33); „La Liberté“ (28.08.33). Vgl. ebenfalls Jean Revires Polemiken im „Figaro“ Nr. 242 (30.08.33), Nr. 243 (31.08.33) und Nr. 248 (05.09.33).

³²²⁵ Vgl. Brief Morizes an Außenminister Paul-Boncour (10.08.33), in: MAE, Sarre 281. Seine Beobachtung war keineswegs aus der Luft gegriffen: Der Großteil der 15.000 Saarländer, die ihre Reise an den Rhein nicht selbst bezahlen konnten oder wollten, knüpfte seine Teilnahme an die Bedingung, daß die Kosten vollständig von dritter Seite übernommen würden: Vgl. Telefonnotiz (29.07.33), in: BA-R 8014/100. Der Volksfestcharakter klingt bei aller Würdigung des hohen sittlichen und patriotischen Wertes der Kundgebung auch in den Berichten deutscher Zeitungen durch: Vgl. den ortsansässigen „Rheingauer Anzeiger“ Nr. 199 (28.08.33).

³²²⁶ Während der französische Beobachter anmerkte, daß nur etwa ein Drittel der Menge die Reden tatsächlich habe hören können und der Rest deren Verhalten lediglich imitierte, lobte der SF explizit die gute Akustik. Insgesamt seien eigens für diese Veranstaltung 80 km Kabel verlegt worden, um die Ansprachen vom Denkmal auch nach Bingen, Aßmannshausen und Rüdeshcim zu übertragen: Vgl. „Rapport sur la manifestation sarroise au Niederwald du 27 août 1933“ (31.08.33), in: MAE, Sarre 281; SF 14 (1933) 18, S. 336.

wurden³²²⁷, belegt das breite Presseecho, daß die Niederwaldkundgebung dort ihre Wirkung nicht verfehlt hatte. Insbesondere das Bekenntnis Hitlers – *„animés d'un souci de prudence et d'un désir de ne pas froisser les susceptibilités étrangères“*³²²⁸ – zur Verständigung mit Frankreich fand rege Beachtung³²²⁹.

Welche Haltung nahm die Regierungskommission zu dieser ersten Bundestagung unter nationalsozialistischem Vorzeichen ein? Wie so oft schon während der vergangenen Jahre zerfiel das Gremium in verschiedene Fraktionen. Auf der einen Seite stand Bartholomäus Koßmann, auf der anderen das französische Mitglied Morize, der schon in den vorangehenden Wochen mehrfach versuchte, den anvisierten Massentransport an den Rhein zu verhindern. Beispielsweise gab er zwei Wochen vor der Veranstaltung zu bedenken, daß allein schon die erwarteten 100.000 Teilnehmer ein Sicherheitsrisiko darstellten und dadurch die saarländischen Polizeikräfte nicht mehr in der Lage seien, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu garantieren. Der um Neutralität bemühte Präsident der Regierungskommission Knox relativierte hingegen die Gefahr; vorsorglich wurden jegliche Demonstration auf der Straße und im Bahnhofsbereich ausdrücklich verboten³²³⁰. Wenn nun der Vertreter des französischen Außenministeriums bei der Saarbrücker Bergwerksdirektion von der Abfahrt der ersten Sonderzüge am Hauptbahnhof zu berichten wußte, daß entgegen der Versprechungen der Organisationsleitung

„chaque départ a donné lieu à de petites démonstrations et s'est accompagné de chants hostiles à la France tels que ‚Siegreich wollen wir Frankreich schlagen‘ et aux parties de gauche: ‚Rotfront schlagen wir entzwei‘“,

so stellt sich durchaus die Frage der Authentizität seiner Beobachtung. Möglichweise dramatisierte Vaysset die Situation, um ein Eingreifen Frankreichs zu provozieren³²³¹. Die deutsche Propaganda hingegen wurde nicht müde zu betonen, daß die „Administration des Mines Domaniales“ denjenigen Bergleuten mit Entlassung gedroht habe, die an der Kundgebung teilzunehmen gedachten³²³².

³²²⁷ Vgl. „Le Petit Marseillais“ (28.08.33); „L’Echo de Paris“ (29.08.33).

³²²⁸ Vgl. Telegramm François-Poncets an Ministerpräsident Daladier (28.08.33), in: MAE, Sarre 281.

³²²⁹ Vgl. Brief der Deutschen Botschaft Paris an das AA (15.09.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096; Telegramm François-Poncets an Ministerpräsident Daladier (29.08.33), in: MAE, Sarre 281. Reaktionen der Presse wurden auszugsweise wiedergegeben in: SF 14 (1933) 18, S. 340 f.; SF 14 (1933) 19, S. 365 f. Allem Anschein nach liefen Sequenzen aus Hitlers Rede auch in französischen Wochenschauen: Vgl. „Saarfront“ Nr. 170 (09.09.33).

³²³⁰ Vgl. Procès-Verbaux der 680. Sitzung (18.07.33) und der 686. Sitzung (12.08.33), in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 20.

³²³¹ Immerhin mußte er eingestehen: *„Il n’y a cependant pas eu d’incidents.“* Vgl. Brief Vayssets an das französische Außenministerium (26.08.33), in: MAE, Sarre 281.

³²³² Vgl. SF 14 (1933) 16/17, S. 260; SF 14 (1933) 18, S. 317 f. Insgesamt wurden allerdings nur sechs Fälle bekannt, in denen deutsche Bergleute angeblich wegen ihrer Teilnahme am Deutschen Turnertag in Stuttgart bzw. an der Niederwaldkundgebung abgelegt wurden: Vgl. Brief des AA an die Deutsche Botschaft Paris (14.09.33), in: PA AA, Botschaft Paris 716 b. Der SF wußte von zwei jüdischen Firmen zu berichten, die aus dem gleichen Grund Mitarbeiter entließen: Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 350.

In zwei Fällen griff die Regierungskommission aktiv in die Saarbrücker Vorbereitungen zur Bundestagung ein: Sie untersagte dem Saarbrücker Oberbürgermeister Neikes, die Gehälter der kommunalen Angestellten und Arbeiter bereits am 26. August auszuzahlen³²³³, und sie intervenierte gegen die kostenlose Überlassung der städtischen Säulen und Tafeln für Plakatanschläge im Zeitraum zwischen dem 16. und 27. August³²³⁴. Insgesamt räumte sie der Veranstaltung sonst allerdings keine Steine in den Weg³²³⁵.

Aus Gründen der formalen Ausgeglichenheit protegierte Morize auch gegen die Skepsis des britischen Kollegen die beiden Gegenveranstaltungen in Saarbrücken (KPD-Saar) und in Neunkirchen (SPD-Saar). Insbesondere der sozialdemokratischen Feier außerhalb der Saarmetropole maß er wegen der im Vergleich zur Niederwaldfeier prozentual höheren Zahl von Abstimmungsberechtigten größere Bedeutung bei³²³⁶. Beide Veranstaltungen zeigen, daß die im Reich bereits verbotenen Linksparteien der deutschen Saarpropaganda nicht kampfflos das Feld überlassen wollten. Schon Tage vor dem großen Kräftenessen gab sich Max Braun in der „Volksstimme“ siegessicher: Auch wenn er ein Verbot der Sonderzüge durch die Regierungskommission für angemessen halte, plädierte er dafür, die Saarländer an den Rhein fahren zu lassen. Schließlich würden schon

„die offiziellen Nazireden, der ganze unehrliche Apparat und sein blechklirrendes Getöse, insbesondere aber die nicht ganz zu vermeidende Fühlungnahme mit den kleinen Leuten am Rhein schon für die nötige Aufklärung vieler Saardeutschen auch dann sorgen, wenn die eingeschüchterte Bevölkerung nur wenig aus sich herauszugehen wagen sollte!“³²³⁷

³²³³ Vgl. Agence Havas (19.08.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095; Aktennotiz (10.08.33), in: StA Saarbrücken, Großstadt 3899; JACOBY: Neikes, S. 506.

³²³⁴ Ein entsprechender Antrag war vom „Saar-Arbeitsausschuß für die Kundgebung“ gestellt, kurz vor der Tagung aber wieder zurückgezogen worden, da er mit genügend Spendengeldern rechnete, um die Anschläge zu bezahlen: Vgl. Briefe des Arbeitsausschusses an die Stadt Saarbrücken (27.07.33 und 23.08.33), in: StA Saarbrücken, Großstadt 3147; „Volksstimme“ Nr. 188 (15.08.33) und Nr. 189 (16.08.33). Obwohl die Vorbereitungen des saarländischen Arbeitsausschusses mehrfach Thema von Beratungen der Regierungskommission waren, blendete diese die Maßnahmen im Zusammenhang mit Kundgebung in ihrem Bericht an den Völkerbund völlig aus: Vgl. LV. periodischer Rapport der Regierungskommission an den Völkerbund (30.09.33), in: JO 15 (1934) 1, S. 34–45.

³²³⁵ Wie das saarländische Mitglied Koßmann dem AA mitteilte (20.09.33, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096), sei es dem Präsidenten Knox zu verdanken gewesen, daß sich die Obstruktionsversuche Morizes nicht durchsetzten.

³²³⁶ Vgl. Procès-Verbaux der 685. Sitzung (09.08.33) und 686. Sitzung (12.08.33), in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 20; Brief Morizes an Außenminister Paul-Boncour (28.08.33), in: MAE, Sarre 281.

³²³⁷ Vgl. „Volksstimme“ Nr. 189 (16.08.33). Am Tag selbst stellte er die beiden Veranstaltungen gegenüber: *„Am Niederwalddenkmal wird demonstriert für: Unterdrückung, Ausbeutung, Krieg, Mord, Sklaverei, Elend, Not, Knechtschaft, Muckertum, Feigheit, Gleichschaltung, Terror, mit einem Wort Faschismus. In Neunkirchen demonstriert das klassenbewußte Proletariat für: Menschenrechte, gegen Unterdrückung, Ausbeutung, Krieg, Mord, Sklaverei, Not und Elend. Für Freiheit und Recht. Mit einem Wort für den Sozialismus.“* Vgl. „Volksstimme“ Nr. 198 (26.08.33). Paul SIEGMANN (S. 239) nannte die Neunkircher Versammlung ein „Fiasko“. Vgl. hierzu BIES: Klassenkampf an der Saar, S. 94 f.; „Le Petit Parisien“ (29.08.33); Bericht eines Vertrauensmanns an Binder (30.08.33), in: LA Speyer, H 38/1427; Bericht des Gestapoamtes (13.09.33), in: BA-R 8036/74.

Braun irrte sich kolossal, sollte er wirklich geglaubt haben, die Tagung werde zu einem ernüchternden Erlebnis für die Saarländer werden. Alle Besucher – gleich welcher Veranstaltung an der Saar³²³⁸ oder am Rhein – wurden in ihren Erwartungen bestätigt: Die Antifaschisten erfuhren in Saarbrücken und Neunkirchen moralische Stärkung ihrer Positionen, während denjenigen, die sich über Saargebietsgrenzen begeben hatten, ein beeindruckendes Spektakel geboten wurde. Die Vorstellung, daß ein noch unentschlossener Besucher erst durch derartige Veranstaltungen überzeugt wurde bzw. gar in das andere politische Lager wechselte, zeugt von einer gewissen Realitätsferne. Lediglich eine schwach besuchte Veranstaltung hätte in diese Richtung wirken können – ein weiterer Grund, weshalb es in erster Linie auf die äußere Form der Kundgebungen und nicht auf die Inhalte der Redebeiträge ankam. Wer eine nationale Feier mit dem neuen Reichskanzler am Rhein erleben wollte, sah ohnehin über die von der gegnerischen Seite überbetonten Unannehmlichkeiten³²³⁹ geflissentlich hinweg: Vielmehr legen die Ausführungen Brauns über angebliche Wucherpreise bei der Verpflegung ein deutliches Zeugnis dafür ab, wie ratlos die saarländische Sozialdemokratie nach der Niederwaldtagung war. Durch Karikaturen oder Spottverse in der „Volksstimme“ versuchte sie, ihre Konfusion zu kaschieren:



Abb. 65: Karikatur aus der „Volksstimme“
Auf dem Schild links oben:
„Reiner Wein wird hier nicht eingeschenkt.“

*Dann gibt's Erbsupp, warme Wurst,
Kaltes Bier auch für den Durst,
Marschmusike, Freifahrtschein:
O, wie herrlich ist's am Rhein!*

„Die Niederwald-Kundgebung

*Zum Saarland sprach am Niederwald
Der Hitler: Liebe Brüder, bald
Kommt für Euch die schöne Zeit,
Fürs ‚dritte Reich‘ halt Euch bereit.*

*Nun die Rechte hoch und schwört
Laut, daß alle Welt es hört,
Schwört, und mag die Welt auch lachen:
Hitler wird uns frei einst machen!*

*Und jetzt singt das schöne Lied,
Wie's Euch nach der Heimat zieht!
Singt mit Inbrunst und Verstand,
Singt vom deutschen Vaterland.*

*Doch ich hört durch alles Singen
Furchtbar in den Ohren klingen,
Tausendfältig Marter-Schreien:
Wann wird Deutschland man befreien?³²⁴⁰*

³²³⁸ Parallel zur Niederwaldkundgebung fanden am 27.08.33 zwei weitere Grenzlandfeiern in Saarburg und Wadern mit mehreren Tausend Besuchern statt; die Rüdeshheimer Zeremonie wurde nach dort mit Lautsprechern übertragen: Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 351 f.

³²³⁹ Vgl. „Volksstimme“ Nr. 204 und Nr. 205 (02.09.33 und 03.09.33). Vgl. dagegen Brief eines Albert Dorscheid an Kellner (30.08.33), in: LHA Koblenz, 661,11/23.

³²⁴⁰ „Volksstimme“ Nr. 202 (31.08.33).

Braun war es allerdings zu verdanken, daß die vom „Saar-Freund“ geflissentlich überangenen „*längeren Ausführungen über das Grenzlanddeutschum*“, welche Simon auf der internen Vereinssitzung dargelegt hatte, in der „Volksstimme“ an die Öffentlichkeit gelangten:

„So weit die deutsche Zunge reicht, so weit deutsches Blut in den Adern rollt, so weit reicht das große Deutschland! Wir begnügen uns nicht mit der Saar. Darüber hinaus reicht die deutsche Zunge bis nach Metz und herunter nach Mülhausen. Die Saar, Elsaß-Lothringen, Österreich, Luxemburg, Teile von Belgien und die Niederlande sind alle einmal deutsch gewesen und deutsche Eigenart ist noch heute dort zu Hause. Deutschland will nicht nur ein 60-Millionen-Volk sein, sondern ein Volk von 90 Millionen Einwohnern werden. Im Mittelpunkt dieser Hauptaufgabe, die sich das deutsche Reich gestellt hat, steht die Saarfrage: Die Eroberung der Saar wird der Anfang zu weiteren Erfolgen in der Außenpolitik Deutschlands auch nach Westen hin sein. Nicht eher wird der Nationalsozialismus und wird das ‚dritte Reich‘ mit dem Volkskanzler und Führer ruhen, als bis das Ziel eines Großdeutschland von 90 Millionen erreicht ist.“³²⁴¹

Zwei Wochen später richtete die saarländische SPD eine Eingabe an den Völkerbund, in welcher sie allgemein die Radikalisierung des öffentlichen Lebens, die schwindende freie Meinungsäußerung und die zunehmende Terrorisierung der saarländischen Bevölkerung infolge der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ beklagte und eine stärkere Beachtung der faschistischen Propaganda einforderte. In dieser Denkschrift zitierte sie neben Äußerungen Spaniols in der Festnummer des „Saar-Freund“

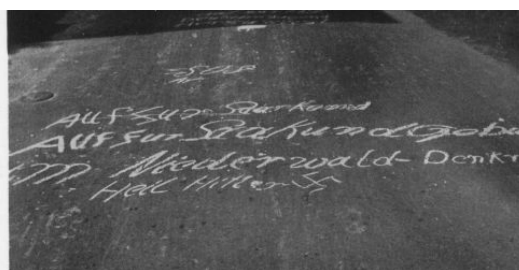


Abb. 66: Straßenwerbung im Saargebiet für die Niederwaldtagung

auch folgende Passage aus dessen Rede auf dem Bingener Heimatabend:

„Schmerz durchzittert uns in dieser Feierstunde, wenn wir bedenken, daß zur gleichen Stunde Verbrecher drüben am Werke sind, unser Volk und Vaterland zu schmähen, zur Schande unserer Heimat. Aber der Tag wird kommen, wo wir mit diesen Verbrechern abrechnen. Dann werden wir die Henker an den deutschen Kinderseelen schlagen wie tolle Hunde.“³²⁴²

Unterstützung fand Braun bei Jean Morize, dem französischen Mitglied der Regierungskommission, der schon den ersten Bericht des sozialdemokratischen Blattes umgehend an den Quai d'Orsay weiterleitete. Er stufte ihn als durchaus glaubwürdig ein³²⁴³. Da Simon aber nicht mehr

³²⁴¹ Vgl. „Volksstimme“ Nr. 200 (29.08.33). Der Vorsitzende des BDW Spiewok habe diese Passage sogar noch einmal unterstrichen.

³²⁴² Vgl. Petition der Saar-SPD an den Völkerbund (16.09.33), in: JO 15 (1934) 1, S. 53–56; BA-R 43-I/253. Auch Simon stieß am folgenden Tag am Denkmal in das gleiche Horn: „*Il ne s'agit plus de phrases internationales opposées à la voix du sang qui nous appelle. Il y a du traites sur la Sarre. Mais qu'on nous 24 heures et nous nous chargeons d'expulser la vermine avec un balai de fer.*“: Agence Havas (27.08.33), in: MAE, Sarre 281.

³²⁴³ Da auch von Papen zwei Wochen später vor dem Preußischen Staatsrat erklärte, etwa ein Drittel aller Deutschen lebten jenseits der gegenwärtigen Grenzen, sah sich Morize bestärkt, zumal mit Ausnahme der „Saarfront“ (Nr. 162 (31.08.33)) kein Dementi der Textpassage erfolgte: Vgl. Briefe Morizes an Außenminister Paul-Boncour (29.08.33 und 13.09.33), in: MAE, Sarre 281. Die Angelegenheit zeigt zugleich aber, daß von französischer Seite keine Beobachter in die Versammlung eingeschleust worden waren. Die Äußerungen Simons führten selbst im deutschen Lager zu Irritationen: Vgl. Brief eines Oberberghauptmanns an StS Grauert (12.09.33), in: GehStA Berlin-Dahlem, Rep. 77/36.

im Saargebiet wohnte, besaß die Saarregierung keinerlei Handhabe, um gegen seine Ausführungen rechtliche Schritte einzuleiten. Auf Antrag Morizes beauftragte sie aber die Justizabteilung, zu prüfen, ob die Ausfälle des im Saargebiet ansässigen preußischen Staatsrates Spaniol gegen die Bestimmungen der Verordnung vom 20. Mai 1933 zur Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit verstießen³²⁴⁴. Weitergehende Konsequenzen hatte die Angelegenheit allerdings nicht.

In den Tagen vor und nach den Kundgebungen wurde die Auseinandersetzung zwischen den Niederwaldfahrern und Besuchern der beiden Gegenveranstaltungen vielfach auf der Straße ausgetragen. Diejenigen, die nicht an den Rhein pilgern konnten oder durften, waren aufgefordert, ihre Verbundenheit durch Beflaggung der Häuser zu zeigen. Nach Ansicht des „Saar-Freund“ sei das Saargebiet infolgedessen ein rauschendes Fahnenmeer und geschmückt mit nationalsozialistischen Symbolen gewesen³²⁴⁵. Um auch über den Besucherkreis hinaus in das Saargebiet auszustrahlen, rief die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ dazu auf, am Tag der Kundgebung allerorten die Festabzeichen zu tragen, die über die saarländischen Vereine und Verbände sowie die Koblenzer Gauleitung zu beziehen waren³²⁴⁶. Während der Kirmes in Püttlingen zahlten einige Sympathisanten dafür einen hohen Preis: Sie wurden wegen ihres Abzeichens gewaltsam aus dem dortigen Volkshaus entfernt und mißhandelt. Zumindest den Meldungen des Saarlouiser Generalstaatsanwalts zufolge standen die Rückgliederungsgegner ihren Kontrahenten im Sommer 1933 in nichts nach, was ihre Präsenz auf der Straße und Gewaltbereitschaft betraf³²⁴⁷.

Exemplarisch soll anhand der Niederwaldkundgebung die Finanzierung der beiden Staatsakte 1933 und 1934 aufgezeigt werden.

Schon Ende Juni 1933 bezifferte Vogel die zu erwartenden Kosten auf etwa 60.000 RM, was etwa dem fünffachen Betrag entsprochen hätte, den die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ anlässlich ihrer letzten Bundestagungen aufzubringen hatte³²⁴⁸. Ende Juli folgte eine detaillierte Auflistung³²⁴⁹:

³²⁴⁴ Vgl. Procès-Verbal der 687. Sitzung (29.08.33), in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 20; LIV. periodischer Report der Regierungskommission (30.06.33), in: JO 14 (1933) 10-1, S. 1126 ff.

³²⁴⁵ Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 320.

³²⁴⁶ Vgl. SF 14 (1933) 15, S. 247.

³²⁴⁷ Vgl. 20.–22. Bericht des Generalstaatsanwalts, in: Arch. SDN, C 338/140. In den meisten Fällen ging es allerdings nicht so brutal wie in Püttlingen zu, sondern wurden einzelne Personen wegen des Anbringens antifaschistischer Parolen an Gebäuden oder auf öffentlichen Wegen verurteilt.

³²⁴⁸ Vgl. Brief der GSV an das AA (20.06.33), in: BA-R 8014/682. Beispielsweise betrug das anfängliche Defizit der Münsteraner Tagung 1929 etwa 9.000 RM gegenüber Kosten in Höhe von 11.500 RM: Vgl. BA-R 8014/67.

³²⁴⁹ Vgl. Brief der GSV an das AA (31.07.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095.

A Ausgaben der Geschäftsstelle „Saar-Verein“:

a) Vorbereitungsarbeiten, Telefon, Reisekosten, Rundschreiben, etc.	2.200,-
b) Druckkosten für 12–15.000 Einladungen mit Porto	650,-
c) Druckkosten für das Presse-material (Reden, Aufrufe, etc.)	2.000,-
d) Reisekosten zur Tagung für Vorstand, Redner, Verpflegung für Hilfsper- sonal, Trinkgelder	750,-
e) Herstellungskosten für die Festnummer des „Saar-Freund“ in einer Auf- lage von 15–20.000 Exemplaren	9.600,-
voraussichtliche Gesamtkosten ³²⁵⁰ für die Geschäftsstelle „Saar-Verein“	15.200,-

B Aufwendung für die NSDAP-Gauleitung:

a) Reisekosten, Tagegelder, Porto etc.	1.800,-
b) Reisekosten für Musiker, Sänger, SA, SS, BdM, etc.	2.000,-
c) Herstellungskosten für Plakate und Plakatierung	2.500,-
d) Verpflegung der 15–20.000 Saarkinder	8.000,-
e) Zuschüsse für die Beförderung von Einzelpersonen, Vereinen, Schulen und den Saarsängern	6.000,-
f) sonstiges	1.700,-
voraussichtliche Gesamtkosten für die Koblenzer Gauleitung	22.000,-

Summe A und B **37.200**

Die Bedeutung, welche die Behörden der Saarkundgebung beimaßen, spiegelte sich unmittelbar in ihren Reaktionen auf diesen Antrag wider: Binnen weniger Tage konnten sich das Reichspropagandaministerium, das Auswärtige Amt, die beiden Berliner Innenressorts sowie die Vertretung Bayerns beim Reich darauf einigen, insgesamt 25.000 RM zu bewilligen und bei der zu erwartenden Überschreitung der beantragten 38.000 RM weitere Mittel bereit zu stellen³²⁵¹. Insgesamt erhielten die beiden Geschäftsstellen des Bundes 13.700 RM vom Reichsinnenministerium, 9.000 RM vom Auswärtigen Amt sowie 5.800 RM vom Preußischen Innenministerium³²⁵².

³²⁵⁰ Tatsächlich betragen die Kosten der GSV etwas mehr als 14.300 RM: Vgl. Abrechnung (29.09.33), in: BA-R 8014/101.

³²⁵¹ Vgl. Aktennotiz (05.08.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095; Brief Sperrs an die Bayerische Staatskanzlei (05.08.33), in: BayHStA, StK 6100.

³²⁵² Aus staatlichen Quellen flossen also 28.500 RM für die Niederwaldkundgebung: Vgl. Brief des AA an die GSV (16.11.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096. Auf Anraten Voigts wurden die Gelder nicht der Koblenzer Bundesführung, sondern der Berliner GSV mit einer entsprechenden Auflage überwiesen: Vgl.

Weitere, teilweise erhebliche Zuwendungen gingen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ von saarländischen Firmen und Privatleuten zu, wobei diese in aller Regel direkt den Saarbrücker Arbeitsausschuß unterstützten³²⁵³. Nach offizieller Lesart waren dies die einzigen Mittel, galt es doch die wesentlich umfangreichere staatliche Finanzspritze zu verschweigen, um so dem Mythos der Volksgemeinschaft Auftrieb zu verleihen. Insbesondere die Gelder für den Transfer an den Rhein seien bis auf den letzten Centimes aus freiwilligen Spenden sowie durch den Verkauf des Festabzeichens aufgebracht worden³²⁵⁴.

Nach den Erfahrungen der Niederwaldtagung lag es auf der Hand, daß Simon die letzte große Saarkundgebung vor der Abstimmung ebenfalls in seinem Gaubezirk austragen lassen würde, um so die Vorbereitungen unter seiner unmittelbaren Kontrolle treffen zu können. Die Rüdeshheimer Bundestagung war noch nicht vollends propagandistisch ausgeschlachtet, da brachte er schon den Ehrenbreitstein bei Koblenz als Veranstaltungsort für das Folgejahr ins Spiel³²⁵⁵ und ließ in dem preußischen Verwaltungs- und Verkehrszentrum am Rhein erste vorbereitende bauliche Maßnahmen treffen³²⁵⁶. Wie in den früheren Jahren bewarben sich mehrere Städte um die Ausrichtung der Tagung³²⁵⁷. Spätestens Anfang November 1933 stand jedoch fest, daß sie in Simons Gauzentrale aufgezoogen werden würde³²⁵⁸, obwohl die Veranstalter anderenorts günstigere Rahmenbedingungen hätten vorfinden können: Ein noch immer kaum gebrochener Einfluß der katholischen Kirche sowie der vergleichsweise langsame Rückgang der Arbeitslosenzahlen hatten zur Folge, daß die Zustimmung der Koblenzer Bevölkerung – ohnehin durch

Aktennotiz (13.11.33), in: Ebd. Wie eine undatierte Auflistung der Jahre 1929–1932 zeigt (in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.095), steigerten die Reichsbehörden damit ihre Unterstützung gewaltig: 1929 bezuschußte das AA die Tagung in Münster mit 2.000 RM, im folgenden Jahr fielen die staatlichen Gelder gänzlich aus, um in den Jahren 1931 und 1932 auf 4.000 bzw. 6.500 RM anzuwachsen, die gemeinsam vom AA, RMI und PrMI aufgebracht wurden.

³²⁵³ Beispielsweise überwies die Neunkircher Eisenwerk AG 2.500,- RM: Vgl. hierzu ausführlicher: BA-R 8014/101 und 104 f.

³²⁵⁴ Vgl. SF 14 (1933) 18, S. 336.

³²⁵⁵ Vgl. „Rheingauer Anzeiger“ Nr. 199 (28.08.33).

³²⁵⁶ Vgl. Brief der NSDAP-Gauleitung Koblenz-Trier an den Oberbürgermeister von Koblenz (25.09.34), in: StA Koblenz, 623/6194.

³²⁵⁷ Bundestagungen bzw. Saarkundgebungen entwickelten sich immer stärker zum Wirtschaftsfaktor; nach dem Massenbesuch am Niederwald kontaktierten nun erstmals zahlreiche Firmen – beispielsweise wegen des Vertriebs von Festabzeichen – die GSV: Vgl. Schriftwechsel mit der GSV (1933–1934), in: BA-R 8014/107.

³²⁵⁸ Vgl. Aktenvermerk (02.11.33), in: StA Leipzig, Kap. 35, Nr. 1252/3. Leipzig hatte sich auf Betreiben des dortigen Ortsgruppenvorsitzenden Sester ebenfalls um die Austragung beworben: Vgl. Schriftwechsel zwischen der GSV und der Stadt Leipzig (Juli 1933), in: Ebd. Die Landespropagandaleitung der DF plädierte hingegen für Kreuznach oder Kirn anstelle von Koblenz: Vgl. Brief der Landespropagandaleitung an die GSV (17.10.33), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13. Noch im Frühjahr 1934 favorisierte der Landesführer der DF Zweibrücken: Vgl. Brief Pirros an Hitler (24.05.34), in: BA-R 43-I/254.

zahlreiche Massenaufmärsche der Gauleitung im Laufe der Monate abgestumpft – zum Regime unter dem Reichsdurchschnitt lag³²⁵⁹.



Abb. 67: Simon auf der Führertagung des Bundes in Koblenz (Februar 1934)

In noch stärkerem Maße als im Vorjahr sahen sich die Berliner Saarvereinsmitarbeiter von den Planungen zur Tagung ausgeschlossen³²⁶⁰. Wie von Simon beabsichtigt, lag die Organisationsleitung in den Händen der neu errichteten Koblenzer Geschäftsstelle und somit der dortigen Gauzentrale, die für Mitte Februar 1934 eine Führertagung zur Vorbereitung der Großveranstaltung einberief. Gaupropagandaleiter Michels machte dort nähere Ausführungen zur Tagung, die erneut am letzten Augustwochenende stattfinden sollte. Der Drang zur Monumentalität zeigte sich schon Monate vor der Veranstaltung: Im Hinblick auf das bevorstehende Plebiszit müsse die Tagung alle bisherigen Saarkundgebungen in den Schatten stellen und zur eindrucksvollsten Veranstaltung des Jahres werden. Michels ging von etwa 300–350.000 Teilnehmern aus, da

Hitler bereits seine Zusage erteilt hatte³²⁶¹. Mit Unterstützung der DAF Berlin und der lokalen Propagandastelle widmete sich die Ortsgruppe Koblenz den Vorbereitungen für zwei Saarfeierwochen: Insbesondere minderbemittelten Reichs- und Auslandsdeutschen wurden im Gegenzug für ihren Arbeitseinsatz im Vorfeld der Bundestagung vom 21. bis 26. bzw. vom 26. bis 31. August in Koblenz günstiges Quartier, Verpflegung und ein begleitendes Rahmen- und Ausflugsprogramm geboten³²⁶². Wie schon im Vorjahr bildete sich auch im Saargebiet ein Arbeitssausschuß unter der Leitung Leo Wenzels³²⁶³.

³²⁵⁹ Etwa jeder Sechste votierte bei der Volksabstimmung vom 19.08.34 über die Verschmelzung des Amtes des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers gegen die Vorlage; reichsweit war es nur jeder Zehnte: Vgl. Peter BUCHER: Koblenz während der nationalsozialistischen Zeit, in: JbWestdtLG 11 (1985), S. 211–245, hier: S. 234 ff. Die wirtschaftliche Lage in Koblenz hatte sich erst nach Beendigung der Rheinlandbesetzung langsam gebessert.

³²⁶⁰ „Über die Tagung in Koblenz ist hier bei uns nichts Näheres bekannt.“ Vgl. Brief der GSV an die OG Hanau (28.06.34), in: BA-R 8014/394. Vgl. ebenso den Brief der GSV an den Völklinger Theater-Verein Thalia (09.05.34), in: BA-R 8014/729; SF 15 (1934) 8, S. 143. In einer Besprechung zwischen Vertretern beider Geschäftsstellen wurden an die GSV lediglich nebensächliche Aufgaben wie das Versenden von Propagandamaterial übertragen: Vgl. Sitzungsprotokoll vom 21.07.34 (21.07.34), in: LHA Koblenz, 661,11/22.

³²⁶¹ Vgl. SF 15 (1934) 5, S. 76 ff.; SF 15 (1934) 8, S. 143.

³²⁶² Für die Dauer dieser beiden Wochen entstanden mehrere Zeltstädte: Vgl. Werbeprospekt (Januar 1934) und nicht zur Veröffentlichung bestimmten Programmwurf (März 1934), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097. Hierin findet sich schon eine bis ins Detail ausgearbeitete Orientierungskarte für die Tagung.

³²⁶³ Außer den beiden Vorsitzenden Wenzel und Cartellieri sowie dem Geschäftsführer Dr. Max Iven und einem Kassenwart gab es spezielle Referenten für Propaganda, Transportfragen, Presse, Plakate und Prospekte, Sportverbände, die Saar-Sängerschaft, den Kriegsoffer-Verband, für Automobilverkehr, für die Beteiligung der HJ sowie für die Durchführung der Saar-Feierwochen: Vgl. Rundschreiben der NSDAP-Gauleitung Koblenz (03.07.34), in: LHA Koblenz, 661,11/22. Im Laufe des Frühsommers fanden in den saarländischen

Ursprünglich sollte das Motiv der Schwurhand aus dem Vorjahr auf den Plakaten zur Tagung wieder aufgegriffen werden. Anstelle des wenig geschickt arrangierten Emblems – der auf einem Hakenkreuz stehende Reichsadler verdeckte fast die Schwurhand – zierten zwei idealtypische Vertreter der saarländischen Arbeiterschaft, die fest auf dem Boden des (als Reliefkarte angedeuteten) Saargebiets standen, die großformatigen Anschläge. Wie ein Wall grenzte die Parole „*Deutsch ist, deutsch war, deutsch bleibt die Saar!*“ das Saarbecken vom benachbarten Frankreich ab³²⁶⁴.

Ungeachtet dessen, daß der Bund der Saarvereine nach außen weiterhin als Ausrichter fungierte, okkupierte das Reichspropagandaministerium in den entscheidenden letz-

ten Wochen vor der Koblenzer Tagung die organisatorische Leitung, so daß selbst Simon nicht mehr in alle Details eingeweiht war – geschweige denn die ansässigen Staatsbehörden³²⁶⁵. Der Vertreter des Ministeriums rechtfertigte diesen Schritt damit, daß die Feier

*„weder als Parteiveranstaltung noch als Veranstaltung des Bundes der Saarvereine zu gelten hätte, sondern der offizielle Staatsakt der Reichsregierung und des ganzen deutschen Volkes zur Saarfrage sei.“*³²⁶⁶

Bis zum 26. August, dem Tag, an dem der für Großveranstaltungen zuständige Stab des Goebbelsministeriums in Koblenz Quartier bezog, liefen die Fäden in der Hand von Regierungsrat Gutterer als Leiter der Landespropagandastelle Koblenz zusammen. Eine der Hauptschwierigkeiten, vor die sich die Veranstalter gestellt sahen, war die Finanzierung der Kundgebung. Anders als noch im Vorjahr fiel die Saarindustrie als Geldgeber aus und erhebliche Summen waren für den Transport der Saarländer an den Rhein aufzubringen. Von der pfälzischen



Abb. 68: Deckblatt der „Saar-Freund“-Sondernummer 1934

Gemeinden Besprechungen der DF-Amtswalter über die Organisation des Transportes und allgemeine Fragen zur Bundestagung statt: Vgl. Abschrift eines Landjäger-Berichtes (20.07.34), in: LA Saarbrücken, LRA Saarbrücken 315.

³²⁶⁴ Vgl. den nicht zur Veröffentlichung bestimmten Programmentwurf (März 1934), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097; SF 15 (1934) 16/17. Die propagandistische Intention, den saarländischen Arbeiter zu hofieren, hat bereits PÄTZOLD (S. 72) erkannt.

³²⁶⁵ Vgl. Brief des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an StS Lammers und Göring (27.08.34), in: BA-R 43-I/255. Selbst treue Parteigänger wie Kellner wurden ausgebootet: Vgl. Brief Kellners an Simon (03.08.34), in: LHA Koblenz, 661,11/22. Die Saarvereins-Akten im Berliner Bundesarchiv geben auch nur noch Nebensächlichkeiten wieder: Vgl. BA-R 8014/105–111.

³²⁶⁶ Vgl. Protokoll der Vorbereitungssitzung vom 02.07.34 (05.07.34), in: StA Koblenz, 623/6194. Da es das Innenressort aus außenpolitischen Erwägungen für bedenklich hielt, die Veranstaltung auch offiziell als Staatsakt zu bezeichnen, erließ das RMPpropaganda Anfang August die Sprachregelung, diese Formulierung fortan zu vermeiden. „Weiter darf nicht gemeldet werden, daß das Diplomatische Korps an der Kundgebung teilnimmt.“: Vgl. Brief des PrMI an das AA (20.07.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097; Brief der Geschäftsstelle Koblenz an die GSV (01.08.34), in: BA-R 8014/107. Dies leitete die GSV umgehend an verschiedene Schriftleitungen weiter: Vgl. Rundschreiben der GSV (03.08.34), in: BA-R 8014/135.

Gauleitung war ebensowenig eine finanzielle Unterstützung zu erwarten, da Simons alter Rivale Bürckel die Auffassung vertrat,

*„daß die vorhandenen Mittel nicht für Aufmärsche und Kundgebungen verausgabt werden sollen, sondern vielmehr dazu dienen sollten, dem Saargebiet direkt zu helfen.“*³²⁶⁷

Somit standen für die Veranstaltung lediglich 50.000 RM zur Verfügung, was dazu führte, daß ein Großteil der in Koblenz angebrachten Fahnen ebenso wie zahlreiche Transparente, Parolen und sonstiger Häuserschmuck aus dem Fundus der zentralen Erntedankfestfeier des Vorjahres stammte³²⁶⁸.

Die eigentliche Bundestagung wurde wie üblich mit einer Vertreterversammlung eröffnet, doch sah das Programm keine Beratung mehr vor. Zwischen musikalischen Darbietungen referierten Debusmann, Vogel und Giersberg über die Arbeit in den Ortsgruppen, die Vorarbeiten zur



Abb. 69: Die Vertreterversammlung der Koblenzer Bundestagung 1934

Erfassung und Betreuung der Abstimmungsberechtigten, die allgemeine Tätigkeit des Bundes sowie über rechtliche Bestimmungen der bevorstehenden Volksabstimmung. Während keinerlei kritische Töne über die Gleichschaltung des Bundes im Vorjahr angeschlagen wurden, versuchten alle Redner, die langjährige Saarvereinsarbeit als beeindruckende Erfolgsgeschichte zu präsentieren, die sich nun, unterstützt von der nationalso-

zialistischen Bewegung, auf dem Höhepunkt ihres Schaffens befinde. Insbesondere die Verdienste Vogels standen immer wieder im Zentrum der Ausführungen. Tatsächlich war der Verein aber im Niedergang begriffen; schenkt man dem Programm Glauben, so war für die gesamte interne Versammlung nur eine halbe Stunde veranschlagt worden³²⁶⁹. So wenig auch immer der inhaltliche Kurs auf früheren Bundestagungen debattiert worden war, förderten die Jahressitzungen doch den inneren Zusammenhalt unter den Bundesmitgliedern. Nach 14 Jahren gab die Bundesversammlung nur noch eine inhaltsleere Kulisse für die Inszenierung des nächsten Nachmittags ab – bezeichnenderweise blieb selbst der Bundesvorsitzende Simon der Veranstaltung fern. So lag es an seinem Stellvertreter Debusmann, die Versammlung mit dem gemeinsamen Singen des Saarlieses zu schließen³²⁷⁰.

³²⁶⁷ Vgl. Protokoll der Vorbereitungssitzung vom 02.07.34 (05.07.34), in: StA Koblenz, 623/6194.

³²⁶⁸ Vgl. BUCHER, S. 225.

³²⁶⁹ Vgl. SF 15 (1934) 16/17, S. 351–354. Wegen der Zeitnot scheint es nicht einmal führenden Köpfen des Bundes gelungen zu sein, miteinander zu sprechen, was bei den „alten Saarkämpfern“ Unmut erzeugte: Vgl. undatiertes Brief der Ortsgruppe Bielefeld an die GSV, in: BA-R 8014/255; Brief der GSV an Johannes (10.09.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 30.

³²⁷⁰ Vgl. SF 15 (1934) 18/19, S. 367–372. Der Abend klang mit einem Saar-Heimatabend in der Koblenzer Rhein- und Stadthalle aus.

Der nächste Tag stand ganz im Zeichen der Saarkundgebung³²⁷¹. Ab dem frühen Vormittag fanden an verschiedenen Stellen der Stadt sportliche Veranstaltungen statt, denen in den anschließenden Berichten nicht die gleiche Beachtung geschenkt wurde wie den nach Konfessionen getrennten Feldgottesdiensten. Knapp zwei Monate nach der blutigen Säuberungsaktion an Regimekritikern, der neben SA-Führern auch mehrere angesehene Vertreter des politischen Katholizismus zum Opfer gefallen waren, nutzte das Regime die Gelegenheit, das Vertrauen der in Unruhe geratenen Katholiken zurückzugewinnen. Insbesondere im Hinblick auf die religiös tief verwurzelte saarländische Bevölkerung konnte die NS-Führung nicht den Vorwurf der Kirchenfeindlichkeit auf sich sitzenlassen. So war es in ihrem Sinne, daß sich außer dem Dechanten Homscheid auch der protestantische Pfarrer Wolfrum vor den Karren der Abstimmungspropaganda spannen ließ und in seiner Predigt der Entscheidung im bevorstehenden Plebiszit religiösen Charakter verlieh³²⁷².

Der Aufmarsch der Teilnehmer erfolgte entweder von den Unterkünften³²⁷³ oder in geschlossenen 6er-Formationen direkt von den Bahnhöfen über fünf Routen zum Ehrenbreitstein. Mehrere Hundertschaften der Polizei aus Koblenz, Köln, Frankfurt, Hanau und Bonn, 2.000 Mann vom SS-Oberabschnitt Rhein sowie insgesamt 13.000 SA-Leute aus verschiedenen Brigaden achteten darauf, daß die Kolonnen ständig in Bewegung blieben. Aus Sicherheitsgründen war beim Überschreiten der Brücken, deren Pfeiler seit dem Vorabend eigens überwacht wurden, Gleichschritt und Marschmusik verboten³²⁷⁴. Zur Entlastung der Fähren und vorhandenen Rheinübergänge bildeten mehrere Dampfschiffe eine zusätzliche Brücke, die ausschließlich für die mit einem Festabzeichen geschmückten saarländischen Besucher reserviert blieb. Symbolträchtig

³²⁷¹ Vgl. hierzu die reich illustrierte 32seitige Broschüre: Saar-Treuekundgebung auf dem Ehrenbreitstein am Sonntag, den 26. August 1934, Saarbrücken 1934; SF 15 (1934) 18/19, S. 372–377. Vgl. ebenso: EMMENDORFER, S. 103 f.; HARIG, S. 57 ff.; Bernhard HAUPERT/ Franz-Josef SCHÄFER: Jugend zwischen Kreuz und Hakenkreuz, Frankfurt am Main 1992, S. 66 f. Zu den Presseberichten über die Tagung und die Staffel vgl. BayHStA, Slg. Rhese 2230 ff.; SK 13 (1935), S. 153–156; Sonderausgabe des „Nationalblattes“ (26.08.34); „Nationalblatt“ Nr. 196 und Nr. 197 (27.08.34 und 28.08.34); „Koblenzer Generalanzeiger“ Nr. 196 und Nr. 197 (27.08.34 und 28.08.34); „Koblenzer Volkszeitung“ Nr. 197 (28.08.34); „Saardeutsche Illustrierte“ Nr. 26 (12.09.34). Sonstige euphorische Reaktionen der deutschen Presse, die insbesondere auch den reibungslosen Ablauf in den Vordergrund stellte, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097. Vgl. Augustbericht des Koblenzer Regierungspräsidenten an das RMI (10.09.34), in: LHA Koblenz, 442/15.625. „*Presse und Bildberichterstatter werden nur in beschränktem Umfange zugelassen und erhalten besondere Ausweise.*“: Sonderbefehl Nr. 2 des Regierungspräsidenten (21.08.34), in: StA Koblenz, 623/6194.

³²⁷² Vgl. DNB-Bericht (27.08.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.098; SF 15 (1934) 18/19, S. 372.

³²⁷³ Noch eine Woche vor Beginn fehlten 40.000 Schlafquartiere für die Nacht zum 26. August. Der Koblenzer Oberbürgermeister appellierte daher in der Presse, einen „*Strohsack und eine Wolldecke in einem stillen Winkel der Wohnung*“ zur Verfügung zu stellen: Vgl. Aufruf des Koblenzer Oberbürgermeisters (17.08.34), in: StA Koblenz 623/6194. Vgl. auch den Aufruf der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung (06.07.34), in: LHA Koblenz, 661,11/7.

³²⁷⁴ Vgl. Sonderbefehl Nr. 2 des Regierungspräsidenten (21.08.34), in: StA Koblenz, 623/6194; „Saar-Zeitung“ Nr. 198 (01.09.34).

überragte in der Mitte des Flusses ein Modell des Winterbergdenkmals die Schiffskette: Das Saargebiet erschien als Bindeglied zwischen links- und rechtsrheinischem Deutschland³²⁷⁵.

Das Kundgebungsgelände war durch Holzschranken in fünf Felder eingeteilt, wobei die mittlere Sektion vor der Rednertribüne den angereisten Saarländern die Möglichkeit bieten sollte, Hitler aus der Nähe zu sehen. Theoretisch war geplant, den Platz zunächst mit ihnen zu füllen und erst anschließend Besucher aus dem Reich zum Ehrenbreitstein zu führen³²⁷⁶. Im Chaos der Menschenmassen ließ sich eine derartige Separation nicht mehr realisieren. Da abzusehen war, daß das Freigelände bei weitem nicht ausreichen würde, alle Interessierten aufzunehmen, standen Ausweichplätze am Deutschen Eck, auf dem Schloßplatz, in den Rheinanlagen oder bei den Oberwerther Sportanlagen³²⁷⁷ zur Verfügung.

Während sich die einzelnen mit Lautsprechern bestückten Kundgebungsareale in Koblenz mit Menschen füllten, eröffnete Hitler mit seinem Propagandaminister rheinabwärts die Kölner Saarausstellung.

Exkurs 4: Die Kölner Saarausstellung 1934³²⁷⁸

Die Entscheidung, in Verbindung mit der Bundestagung eine Saarausstellung auszurichten, war Anfang Februar 1934 auf der Sitzung des Papenschen „Allgemeinen politischen Saarausschusses“ gefallen. Die Ausstellung sollte anschließend – ähnlich wie die Leipziger Schau aus dem Jahr 1930 – durch deutsche Großstädte wandern³²⁷⁹. Mit der Gesamtleitung beauftragte das federführende Reichspropagandaministerium den Saarbrücker Wirtschaftshistoriker und Volkswirt Fritz Hellwig³²⁸⁰, der Mitte April auf der Basis mehrerer Besprechungen erste „Richtlinien

³²⁷⁵ Vgl. den nicht zur Veröffentlichung bestimmten Programmentwurf (März 1934), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097. Parallel zu den beiden Saarfeierwochen in Koblenz fand eine schwimmende „Braune Messe“ auf dem Rhein statt, die vom „Institut für deutsche Wirtschaftspropaganda“ veranstaltet wurde und das Modell in ihre Ausstellung integrierte. Das Tragen des Abzeichens wurde im Saargebiet untersagt: Vgl. Brief Heimburgers an Iven (13.08.34), in: BA-R 8036/35; zweiter Bericht der Abstimmungskommission (31.08.34), in: JO 15 (1934) 9, S. 1161.

³²⁷⁶ Vgl. Sonderbefehl Nr. 2 des Regierungspräsidenten (21.08.34), in: StA Koblenz, 623/6194.

³²⁷⁷ Eigens für die Saarkundgebung wurde diese für insgesamt 140.000 RM erweitert: Vgl. Finanzierungsplan (07.03.34), in: LHA Koblenz, 661,11/21.

³²⁷⁸ Vgl. FREUND, S. 125–131; BA-R 8014/1121 f.; HELWIG: Das Saarwirtschaftsarchiv, S. 18; Die deutsche Saar. Zur Ausstellung in Köln vom 26. Aug[ust] – 30. Sept[ember] 1934, Saarbrücken 1934. Zu den Saarausstellungen vor der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ vgl. Kap. 5.8. Weitere saarspezifische Wanderausstellungen, die teilweise auf Eigeninitiative von Ortsgruppen geschaffen worden waren, gastierten in den letzten beiden Jahren vor dem Plebiszit in Frankfurt, im Regierungsbezirk Trier, in Görlitz, Dresden, Hamburg, Köln, Berlin und Königsberg: Vgl. SF 14 (1933) 19, S. 363 ff.; SF 15 (1934) 3, S. 44; SF 15 (1934) 10, S. 181; SF 15 (1934) 13, S. 248; SF 15 (1934) 22, S. 474; BayHStA, Sammlung Rehse 2164; BayHStA, StK 6132; HStA Dresden, Außenministerium 1690/2.

³²⁷⁹ Vgl. Aktennotiz (08.02.34), in: StK 6.126.

³²⁸⁰ Hellwig (*1912) stand kurz vor seiner Promotion. Zu seiner Biographie und weiteren bibliographischen Angaben vgl. FREUND, S. 127 f.; HELWIG: Das Saarwirtschaftsarchiv, S. 19. Im Vorfeld des zweiten Abstimmungskampfes um die nationale Zugehörigkeit der Saar fungierte Hellwig, der zwischen 1953 und

und Messe-GmbH dargeboten wurde³²⁸². Für die inhaltliche Gestaltung der unterschiedlichen Abteilungen konnte auf die Mitglieder der Saarforschungsgemeinschaft zurückgegriffen werden, die kurz zuvor den „Saar-Atlas“ publiziert hatten. Unter den festen Mitarbeitern der Ausstellung zeichnete der Aachener Geograph Hermann Overbeck³²⁸³ für die Bereiche Geographie und Bevölkerungsgeographie verantwortlich, der Saarbrücker Historiker Fritz Kloeve Korn für Kulturgeschichte, Georg Wilhelm Sante nahm sich der politischen Geschichte an, während Walter Zimmermann kunstgeschichtliche Aspekte beleuchtete. Hans Bongard, der Leiter des Saar-Sängerbundes, wandte sich dem saarländischen Volks- und Chorgesang zu und der Propagandaleiter der DF, Peter Kiefer, besann sich auf sein hauptsächliches Betätigungsfeld vor 1933, den Bergbau. Hellwig selbst übernahm gemeinsam mit seinem Vorgänger im Saarbrücker Saarwirtschaftsarchiv die Verantwortung für die umfangreiche Sektion Wirtschaft. Mit der Umsetzung der Abteilung „Politik“ betrauten die Ausstellungsmacher die Landesleitung der DF, der die beiden Geschäftsstellen des Bundes in Berlin und Koblenz unterstützend zur Seite gestellt wurden³²⁸⁴.

Obwohl Simons Gaupropagandachef Michels im Gegensatz zu Vogel in die Vorbereitungen einbezogen wurde³²⁸⁵, kann von einer wirklichen Präsenz der Saarorganisation auf der Kölner Ausstellung keine Rede sein: Sukzessive wurde der ihr zur Verfügung gestellte Raum beschnitten, so daß Vogels Ansprechpartner in der Domstadt, der Vorsitzende der Kölner Ortsgruppe, sich schließlich entschloß, ganz auf die Präsentation der zugesandten Fotos, Karten, Lichtbilder, Drucksachen, Publikationen und Presseberichte zu verzichten³²⁸⁶. Während Hellwig als Gesamtverantwortlicher sachliche und ausstellungstechnische Argumente für die Änderungen ins Feld führte³²⁸⁷, übergab Vogel auch konkrete Verbesserungsvorschläge³²⁸⁸ und nahm

³²⁸² Den weitaus größten Teil nahm mit 4.000 m² die wirtschaftliche Abteilung ein, in der nach dem Konzept der „Leistungsschau mit wirtschaftlichen und kulturgeschichtlichen Elementen“ (Hans-Ulrich THAMER: Geschichte und Propaganda. Kulturhistorische Ausstellungen in der NS-Zeit, in: GG 24 (1998) 3, S. 349–381, hier: S. 360–370) Produkte der saarländischen Industrie, des Handwerks und der Landwirtschaft neben geschichts-trächtigen Exponaten dargeboten wurden. Hellwig veranschlagte die Gesamtkosten für Material und Transport noch auf 95.000 RM. Im schließlichen zwischen dem RMPpropaganda und der Messe-GmbH getroffenen Vertrag (10.07.34, in: Ebd.) erklärte sich das Reich schon zur Übernahme von 85% der inzwischen erforderlichen 200.000 RM bereit. Ein Foto der Großplastik des Saarbergmanns im Ehrenhof in: SF 15 (1934) 21.

³²⁸³ Zur Biographie Overbecks (1900–1982) vgl.: FREUND, S. 110–114.

³²⁸⁴ Neben dem Leiter des Leipziger Museums für Länderkunde arbeitete auch Karl Mehrmann für den BDW an der Ausstellung mit. Vgl. das ausführliche Verzeichnis Hellwigs über die Mitarbeiter der Saar-Ausstellung in Köln (26.04.34), in: HessHStA, NL Sante 89.

³²⁸⁵ Vgl. Protokoll der Besprechungen in der Landesstelle „Rheinland“ des RMPpropaganda vom 14.05.34 (14.05.34), in: LHA Koblenz, 403/16.860.

³²⁸⁶ Anfang Juni hatte die GSV noch um die Überlassung eines 6 * 6 m großen Raumes innerhalb der etwa 1.000 m² großen politischen Abteilung gebeten, Ende August beklagte sich Vogel, daß von den zugesicherten vier Vitrinen nur noch eine übrig geblieben sei: Vgl. Briefe der GSV an Watermann (05.06.34) und Hellwig (30.08.34), in: BA-R 8014/1122.

³²⁸⁷ Nach seiner Meinung war das Material der GSV „sowohl ausstellungstechnisch unzulänglich, als auch inhaltlich nicht der Tendenz der Gesamtausstellung entsprechend [...], indem die Tätigkeit reichsdeutscher

wie so oft eine Trotzhaltung ein. Die nüchterne Kritik eines gerade 22jährigen Jungakademikers konnte der cholerische Vogel nicht akzeptieren; die Ablehnung seiner eigenen Konzeption schien sich in die lange Reihe der Enttäuschungen und Zurückweisungen seit der Gleichschaltung des Bundes einzufügen. Voll Zorn drohte er Hellwig eine entsprechende Abrechnung im „Saar-Befreiungskampf“ an³²⁸⁹.

Das Interesse an der Ausstellung selbst ließ zu wünschen übrig³²⁹⁰. Am 26. August wurde sie von Hitler und Goebbels in Anwesenheit von Vertretern verschiedener Staatsbehörden, Parteien und Repräsentanten des öffentlichen Lebens eröffnet. Gustav Simon wohnte ihr als Bundesführer der Saarvereine bei³²⁹¹. Der enge Zeitplan³²⁹² sah nach der Eröffnungsveranstaltung am Vormittag lediglich einen einstündigen Rundgang vor, da der Sonderzug nach Koblenz für die Ehrengäste bereits um die Mittagszeit abfahren mußte. Bis zum 30. September gastierte die Saarschau in Köln und sollte ursprünglich in den letzten drei Monaten des Jahres auf Wanderschaft durch deutsche Großstädte gehen. Eine Intervention der Stadt Saarbrücken, die an den vom Reichspropagandaministerium angefertigten Exponaten ihr Interesse bekundete, verhinderte allerdings diese Pläne³²⁹³. Die Eröffnung der bereits konzipierten Saarbrücker Ausstellung „Saarländische Kultur und Wirtschaft“ scheiterte vor der Abstimmung an der fehlenden Genehmigung der Regierungskommission, die aus verständlichen Gründen wenig geneigt war, einer Neuauflage der Kölner Saarausstellung ihre Zustimmung zu erteilen. Insbesondere die politische Abteilung schien kaum vereinbar mit den Grundsätzen, welche zwischen der deutschen und der französischen Regierung Anfang Juni 1934 getroffen worden

Stellen und ihre Saar-Betreuungsarbeit dargestellt würde, nicht dagegen erkenntlich sei, daß es sich um saarländische Arbeit handelt, die von der Saarbevölkerung selbst ausging.“: Vgl. Brief Hellwigs an die GSV (07.09.34), in: Ebd.

³²⁸⁸ Da weder die Saararbeit der Behörden, noch die der deutschen Hochschulen, der Presse oder anderer Organisationen im Reich berücksichtigt werden sollte, erachtete Hellwig es als sinnvoller, die Sektion nicht mit „Was ist der Bund der Saarvereine?“, sondern mit „Was tun die Saarländer im Reich für ihre Heimat?“ zu überschreiben: Vgl. Brief Hellwigs an die GSV (28.09.34), in: Ebd. Wie Herr Hellwig in einem Gespräch am 04.06.2002 mitteilte, hatte die Ausstellungsleitung auch mit den Partikularinteressen anderer Verbände und Vereinigungen zu kämpfen.

³²⁸⁹ Vgl. Brief der GSV an Hellwig (10.09.34), in: Ebd. Letztendlich wurde Hellwig lediglich durch Nichterwähnung „gestraft“.

³²⁹⁰ Vgl. Bericht Fritz von Stumms (08.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.468.

³²⁹¹ Vgl. AdR, Regierung Hitler I/2, Dok. 268, S. 1019. In einer Vitrine der Abteilung Ib („Gewalt geht vor Recht“) war ein Faksimile-Abdruck des französischen Kriegsgerichtsurteils gegen Ollmert vom 20.10.20 ausgestellt und natürlich durfte eine Reproduktion des Bekenntnisses der Saarbrücker Bürgerschaft von 1815 auch hier nicht fehlen: Vgl. HessHStA Wiesbaden, NL Sante 89; Brief Santes an das Staatsarchiv Dahlem (31.07.34), in: BA-R 8036/7.

³²⁹² Vgl. Aufzeichnung Cartellieris und Hellwigs (08.08.34), in: Archiv des LVR, 28.303.

³²⁹³ Als Ausgleich für die monatelange Beurlaubung von Sante und Keuth wollte der Saarbrücker Oberbürgermeister einige Ausstellungsstücke für das städtische Heimatmuseum erwerben, wo sie nach seiner Ansicht sinnvollere propagandistische Zwecke erfüllen konnten als im Reich oder im Leipziger Museum: Vgl. Brief Neikes' an Kuhlmann (27.09.34) und Protokoll der Besprechungen vom 01.10.34 in Köln, in: StA Saarbrücken, Großstadt 3149.

waren. Selbst das finnische Mitglied d'Ehrnrooth – dem man nach Ansicht seines Kollegen Morize nicht vorwerfen könne, „*saurait taxer de germanophobie*“ – vertrat nach einem Besuch in Köln den Standpunkt, das Ansehen Frankreichs sowie der Völkerbundregierung werde in den Schmutz gezogen³²⁹⁴. Die Erkundigungen, welche die französische Regierung über ihr dortiges Generalkonsulat einzog, untermauerten diese Behauptung³²⁹⁵.

Gegen 14.30 begann das Spektakel in Koblenz vor etwa 200.000 Zuschauern mit dem halbstündigen Einzug der Fahnendeputationen. 300 Fahnenträger der SA, SS, der PO der NSDAP,



Abb. 71: Fahnenabordnungen auf der Koblenzer Saarkundgebung 1934

des Freiwilligen Arbeitsdienstes, des NS-Frontkämpferbundes, der Hitlerjugend, des Bundes Deutscher Mädel und des Jungvolks, flankiert von 200 Fahnenbegleitern, nahmen auf der Tribüne hinter dem Rednerpult Stellung. Währenddessen trafen die zahlreichen Ehrengäste auf dem Kundgebungsgelände ein³²⁹⁶. Ein 2.000 Mann starker Chor eröffnete die Veranstaltung mit dem Lied „Freiheit, die ich meine“.

Simon in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundes und Gauleiter des gastgebenden Koblenz ergriff als erster das Wort. Obwohl er selbst in seiner etwa 20minütigen Rede die bevorstehende Entscheidung auf das Votum für oder gegen Deutschland reduzierte³²⁹⁷, verknüpfte er die Abstimmung mit dem Bekenntnis zu Hitler und dem Nationalsozialismus. Weitschweifend erinnerte er die Zuhörer an ihre moralische Verpflichtung, den Gefallenen des Weltkriegs die Ehre zu erweisen, indem sie deren Testament – die Deutscherhaltung der Saar – vollstreckten. Dies sei zugleich göttliches Gebot, so der kaum im Verdacht übermäßiger Religiosität stehende Simon, denn wer wie die Status-quo-ler Völker auseinanderreißen wolle, der vergehe sich an Gott.

³²⁹⁴ Vgl. Brief Morizes an Außenminister Barthou (12.09.34), in: MAE, Sarre 282.

³²⁹⁵ So wußte der französische Generalkonsul in Köln einerseits von einer riesigen Tafel zu berichten, welche im Hinblick auf die Schulpolitik Frankreichs an der Saar die Unterschrift „Lüge schuf Gewalt“ trug und von links nach rechts feuerspeiende Schlangen in den Farben der Trikolore zeigte. Die Regierungskommission hingegen wurde unter anderem durch einen Mann mit je einem europäisch weißhäutigen, einen asiatisch anmutenden sowie einem negriden Kopf verunglimpft. Dieses Monster verging sich an den Saarländern: Vgl. Briefe Doblens an den Außenminister (21.09.34 und 20.10.34), in: Ebd.

³²⁹⁶ Vgl. Minutenplan der Kundgebung (August 1934), in: LHA Koblenz, 661,11/22.

³²⁹⁷ Die Anhänger der Autonomie wollten das Plebiszit zu einer „*Abstimmung innenpolitischer Art machen, eine Art Mißtrauensantrag gegen die nationalsozialistische Regierungsform in Deutschland. Es geht am 13. Januar nicht um die Regierungsform in Deutschland, sondern einzig und allein um die Frage: deutsch oder undeutsch? [...] Am 13. Januar steht ausschließlich die Frage nach dem Deutschtum zur Entscheidung.*“: DNB-Bericht (27.08.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.098.

Nach ihm wandte sich sein Konkurrent im Ringen um die parteiinterne Vorherrschaft über Saaranangelegenheiten, der neu ernannte Saarbevollmächtigte Bürckel an die Massen. Seine kurzen Ausführungen³²⁹⁸ zielten darauf ab, die Illusion einer möglichen zweiten Abstimmung zu zerstören sowie die Rückgliederungsfront zur Disziplin zu mahnen, um so dem politischen und nationalen Gegner keine rechtliche Handhabe zur Intervention zu geben.

Beide Gauleiter appellierten an die Abstimmungsberechtigten, die Chance im bevorstehenden Plebiszit zu nutzen, um die Verbundenheit der Saar mit dem Reich unter Beweis zu stellen. Große Überzeugungsarbeit mußten sie hierbei freilich nicht mehr leisten; vielmehr galt es, die Zehntausenden, die sich auf den Weg zum Rhein gemacht hatten, in ihrer Haltung zu bestätigen. Alle „Argumente“, die von Bürckel und Simon ins Feld geführt wurden, dienten dem Zweck, bereits vorhandene Positionen und Meinungen zu bekräftigen und zu festigen: Man erfülle lediglich seine vaterländische Pflicht, am 13. Januar für die Rückgliederung zu stimmen, zumal die Saarländer seit jeher Deutsche gewesen seien und es keine Option eines zweites Plebiszits geben werde.

Höhepunkt der gesamten Kundgebung war selbstverständlich die Ansprache Hitlers, der am Nachmittag nach der feierlichen Eröffnung der Saarausstellung mit dem Schiff aus Köln eintraf. Möglicherweise aus Angst vor einem Anschlag auf den „Führer und Reichskanzler“³²⁹⁹ wählte sein Autokorso kleinere Feldwege zum Kundgebungsgelände, obwohl er von Hunderttausenden entlang der Hauptstraßen erwartet worden war³³⁰⁰. Wie bei derartigen Massenveranstaltungen üblich, durchschritt er auf dem Weg zum Rednerpult eine lange Gasse zwischen den Menschenblöcken, um an der Tribüne angelangt, deren minutenlangen Ovationen entgegenzunehmen. Anders als vor ihm Simon und Bürckel gab sich Hitler in seiner etwa einstündigen Ansprache betont staatsmännisch. Er verzichtete auf scharfe Angriffe auf seine politischen Gegner und begnügte sich damit, die an die Saar geflüchteten Emigranten als Vaterlandsverräter zu brandmarken, deren Hauptanliegen es sei, das neue Deutschland aus Eigennutz zu verunglimpfen. Neben grundsätzlichen Prinzipien der nationalsozialistischen Außen- und Innenpolitik³³⁰¹

³²⁹⁸ Das interne Programm sah lediglich eine vierminütige Rede vor.

³²⁹⁹ Hitlers Route sollte besonders gut durch die SS und SA gesichert werden. Die Rheinschiffahrt war zwischen Samstag Abend und Montag Morgen im Bereich Koblenz untersagt; gleichzeitig wurde dort eine Luftsperrung verhängt: Vgl. Sonderbefehl Nr. 2 des Regierungspräsidenten (21.08.34), in: StA Koblenz, 623/6194; Saar-Treuekundgebung auf dem Ehrenbreitstein.

³³⁰⁰ Freiherr von Lüninck führte dies in seinem Beschwerdeschreiben als ein Beispiel für die fehlende Koordination zwischen der Reichspropagandaleitung und den mit den lokalen Begebenheiten vertrauten Stellen an: Vgl. Brief des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an StS Lammers und Göring (27.08.34), in: BA-R 43-I/255. Ähnliche Klagen erhoben auch der Koblenzer Regierungspräsident (29.08.34) sowie der Koblenzer Oberbürgermeister (31.08.34) bei Hitler, in: Ebd.

³³⁰¹ „Außenpolitisch: Erhaltung des Friedens, aber auch Sicherung der deutschen Gleichberechtigung. [...] Hierzu Verteidigung der Freiheit und der Ehre unseres Volkes. [...] Innenpolitisch kämpfen wir für das Dasein des deutschen Bauern, des deutschen Arbeiters, des deutschen Mittelstandes, des ganzen deutschen Volkes in seinen wirklich schaffenden Kräften und Kreisen.“

standen die Verdienste und bisherigen Erfolge seiner Regierung im Mittelpunkt der Ausführungen. Hitler malte das Bild der „deutschen Mutter“ in den kräftigsten Farben³³⁰²: Wirtschaftlich gehe es seit eineinhalb Jahren steil bergauf, 4,5 Millionen Arbeitslose seien wieder in Beschäftigung gebracht worden, innenpolitisch seien Parteienstreit und Partikularismus überwunden, und außenpolitisch stehe das Reich erstmals wieder selbstbewußt neben den anderen Völkern. Acht Wochen nach der parteiinternen „Nacht der langen Messer“ setze sich Hitler gegen den Vorwurf der Gottlosigkeit zur Wehr. Der Nationalsozialismus stehe fest „auf dem Boden eines wirklichen Christentums“, das frei von Kulturbolschewismus und Klassenkampf sei.

Erst im letzten Drittel seiner durch minutenlange „Heilrufe“ und Applaus unterbrochenen Rede

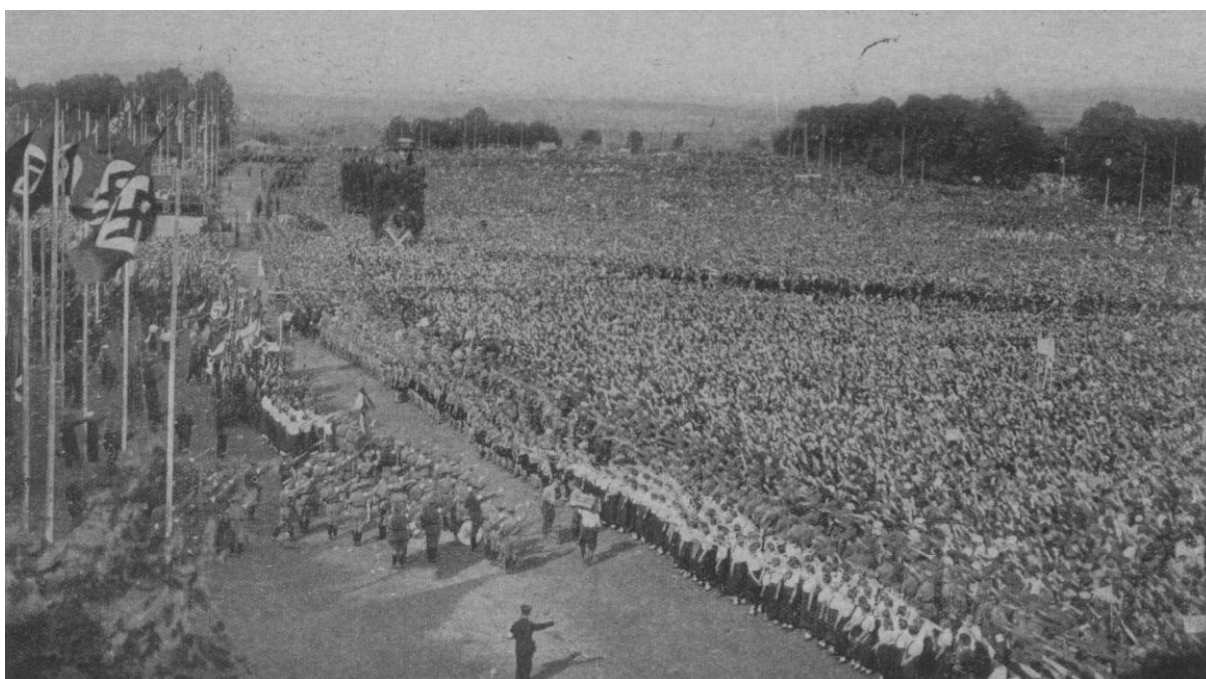


Abb. 72: Die Zuschauermasse der Koblenzer Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein 1934

ging er auf die bevorstehende Saarabstimmung ein. Hatte er anfangs für die Segnungen des Dritten Reiches geworben, so schmeichelte er den vor ihm stehenden Saarländern nun mit deren jahrelanger Treue zu Deutschland. Sie würden mit offenen Armen „zum Eintritt in das deutsche Vaterhaus“ empfangen werden. Konkret habe sich seine Regierung zwei Aufgaben gestellt:

³³⁰² Neben der gefühlsbestimmten Entscheidung für Deutschland sollten auch rationale Argumente das Votum der Saarländer beeinflussen. Im weiteren Verlauf der Rede ordnete Hitler die Saarfrage in größere Zusammenhänge ein, indem er die Entscheidung für Deutschland als wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung in Europa wertete.

„Aussöhnung und Versöhnung ohne Rücksicht auf die frühere Parteizugehörigkeit im heutigen Deutschen Reich und seiner Bewegung. (Brausender Beifall.) Jeder, der nur in dem einen sich als Sohn unseres Volkes erweist, daß er bekennt: Ich bin deutsch und ich will deutsch sein, der wird bei uns die offene Hand finden. (Lebhafte Heil-Rufe.) Wir werden ihn aufnehmen in unsere innere Gemeinschaft, und er wird es nicht bereuen, wenn er einzieht in die stolzeste Gemeinschaft, die Deutschland je gekannt hat. (Jubelnde Zustimmung). [...] Und Sie, die Sie heute hier stehen, Sie werden einmal glücklich sein, in dieser Gemeinschaft aufgehen und in ihr mitkämpfen zu können (Nicht endenwollende Beifallsstürme). Und zweitens: Wir wollen dann die wirtschaftlichen Wunden heilen und alles tun, was getan werden kann, um dieses Gebiet nur noch fester in Deutschland aufzunehmen, noch fester an unser Deutsches Reich und Volk zu ketten. Die Welt wird erleben, daß, wenn am 13. Januar 99 v.H. für Deutschland stimmen, 10 Jahre später 100 v.H. für Deutschland eintreten werden. (Lebhafte begeisterte Zustimmungskundgebungen).“

Die Ehrenbreitsteinrede Hitlers zählt zu seinen Versuchen, gerade im Ausland um Vertrauen zu werben. Gab er sich schon konzilient gegenüber den Regimekritikern im eigenen Land und versprach den einstigen Oppositionellen an der Saar Amnestie zu gewähren, so signalisierte er an die Adresse Frankreichs die Verständigungsbereitschaft des nationalsozialistischen Deutschlands. Wie auch schon im Vorjahr zu Füßen der Germania am Niederwald bezeichnete er die Saarfrage als letztes noch zwischen beiden Staaten nicht bereinigtes territoriales Streitobjekt und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, daß es nach der Rückgliederung der Saar zu einer gemeinsamen Lösung der großen zeitgenössischen Aufgaben kommen werde³³⁰³.

Mit dem gemeinsamen Singen des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes fand die Kundgebung direkt nach Hitlers Auftritt ihr Ende³³⁰⁴. Wiederum dauerte es Stunden, bis die gewaltige Menschenmasse zu den Bahnhöfen im Tal abmarschiert war.

Parallel zu den Vorbereitungen zur eigentlichen Saarkundgebung liefen ebenfalls in Koblenz die Fäden für die begleitenden sportlichen Aktivitäten zusammen. Es galt, die *„im Sport verkörperte Volkskraft“* am 26. August *„in den Dienst der Saarsache“* zu stellen³³⁰⁵ und so die reichsdeutsche Bevölkerung auf das in wenigen Monaten anstehende Plebiszit einzustimmen. Mit maßgeblicher Unterstützung des Reichssportführer von Tschammer und Osten initiierte der Vorsit-

³³⁰³ Fast auf den Tag genau nur zwei Monate später widersprach der Führer des BDW auf einer gemeinsamen Tagung mit dem Westreferat des VDA in Aachen den Friedensbeteuerungen Hitlers vom Ehrenbreitstein: *„Es muß die weitverbreitete Meinung ausgerottet werden, als sei im Westen alles in schönster Ordnung, wenn nach der Rückkehr der Saar zwischen dem Reich und Frankreich keine territorialpolitische Frage mehr besteht. Im Westen ist die Arbeit nie zu Ende. [...] Es ist nicht so: Westen oder Osten, sondern: sowohl der Westen wie der Osten.“*: Vgl. undatiertes Protokoll der Arbeitstagung von BDW und VDA am 28.10.34, in: BA-R 8014/754. Zeitgenössische Beobachter beurteilten diese Aussagen eher skeptisch: Vgl. die Tagebucheinträge des Schriftstellers Erich EBERMAYER (Denn heute gehört uns Deutschland Persönliches und politisches Tagebuch. Von der Machtergreifung bis zum 31. Dezember 1935, Hamburg - Wien 1959) vom 30.08.34 (S. 377) und vom 15.01.35 (S. 467).

³³⁰⁴ Ursprünglich war noch der Aufflug von 45.000 Brieftauben vorgesehen gewesen: Vgl. den nicht zur Veröffentlichung bestimmten Programmentwurf (März 1934), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097.

³³⁰⁵ SF 15 (1934) 16/17, S. 354.

zende der Landesgruppe Westmark, Heinz Kellner³³⁰⁶, wie schon in den beiden zurückliegenden Jahren eine Saar-Treuestaffel³³⁰⁷: In der Woche vor der Kundgebung starteten die 10 Haupt- und insgesamt 87 Nebenläufe mit einer Gesamtlänge von fast 19.000 km unter anderem im Saarbrücker Ehrental, am Obersalzberg, in Friedrichshafen, am Schönauer Schlageterdenkmal und



Abb. 73: Übergabe einer Urkunde an Hitler durch einen Staffelläufer

auf Helgoland. Anlässlich der drei in Berlin eintreffenden Staffeln aus Ostpreußen, Schleswig und Oberschlesien fand am 23. August eine Saarkundgebung im Lustgarten mit 40.000 Turnern statt³³⁰⁸. Der sportliche Wettlauf ermöglichte es, die Saar auch in den entfernter liegenden Gebieten zum Ereignis zu stilisieren³³⁰⁹ und besaß zugleich eine hohe Symbolkraft: Über die weit verzweigten Strecken waren letztendlich alle Teile des Reiches mit dem Kundgebungsgelände am Rhein verbunden.

Die gesamte Veranstaltung, schon Wochen zuvor minutiös geplant und mit großem organisatorischen Aufwand in Szene gesetzt, diente in noch stärkerem Maße als frühere Kundgebungen dem Ziel, den auf dem Ehrenbreitstein Versammelten das Gefühl zu vermitteln, sich auf der richtigen Seite zu befinden und gegen alle potentiellen Gegner – Regierungskommission, Frankreich, Status-quo-Sympathisanten – bestehen zu können.

Die einzelnen Teilnehmer gingen in der scheinbar homogenen Masse auf, die ihnen Macht und Stärke suggerierte. Dramaturgisch war das massenpsychologische Hapening auf die charismatische Erscheinung Hitlers zugeschnitten³³¹⁰; mittels vorangehender Redebeiträge und musikalischer Untermalung sollte die Spannung bis zum erlösenden Eintreffen des „Führers“ gesteigert und gehalten werden. Derartig in kollektive Euphorie gesetzt, war die Bereitschaft, den Worten des Reichskanzlers Glauben zu schenken, um ein

³³⁰⁶ Er sei seit 1930 vom Bund „mit der Durchführung der turnerischen und sportlichen Propaganda betraut“: Vgl. Brief Kellners an Michels (26.03.34), in: LHA Koblenz, 661,11/21.

³³⁰⁷ Staffelläufe zu einem zentralen Ziel erfreuten sich großer Beliebtheit: Im August 1925 beteiligten sich 110.000 Läufer auf 16 Hauptstrecken an einem Sternlauf zum Hermanns-Denkmal: Vgl. SK 4 (1926), S. 139. 1932 traf der Schlußläufer aus Neunkirchen während der Kundgebung am Deutschen Eck ein; insgesamt 350 mal wechselte die überbrachte Urkunde den Träger: Vgl. SF 13 (1932) 18/19, S. 316. Vgl. Foto, in: BA-R 8014/93.

³³⁰⁸ Vgl. „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 392 (24.04.34).

³³⁰⁹ Vgl. „Niederdeutscher Beobachter“ (23.08.34 und 24.08.34); „Berliner Börsenzeitung“ Nr. 381 (16.08.34); „Turnblatt Niedersachsen“ 1 (1934) 35 vom 28.08.34. Alle angeblich 123.460 Teilnehmer erhielten eine feierliche Urkunde: Vgl. Urkunde (rückdatiert auf 26.08.34), in: StA Nürnberg, E 6/82/378.

³³¹⁰ Wie auch schon im Vorjahr war er der Publikumsmagnet, für den die Besucher aus dem Saargebiet teilweise stundenlange Strapazen auf sich nahmen: Vgl. RÖCHLING: Wir halten die Saar!, S. 14; BALK, S. 145; SF 15 (1934) 18/19, S. 377.

Vielfaches größer³³¹¹. Ferner galt es, die nicht nach Koblenz gereisten Abstimmungsberechtigten sowie die noch Unentschlossenen in einen ähnlichen Bann zu ziehen und vor allem den Kritikern des nationalsozialistischen Regimes vor Augen zu führen, wie die Machtverhältnisse vier Monate vor dem Plebiszit verteilt seien. Dies war um so wichtiger, als parallel zur „*manifestation monstre pour le retour de la Sarre au Reich*“³³¹² in der saarländischen Bergarbeitergemeinde Sulzbach eine Gegenkundgebung der Status-quo-Anhänger stattfand. Anschließend setzte auf beiden Seiten ein Feilschen um die jeweiligen Teilnehmerzahlen sowie deren quantitative Zusammensetzung ein, so daß die inhaltlichen Ausführungen fast in den Hintergrund gerieten.

Exkurs 5: Die „Heerschau der gesamten Antifaschistischen Front des Saargebietes“³³¹³ in Sulzbach

Anders als noch im Vorjahr, als die saarländische KPD in Saarbrücken und die saarländischen Sozialdemokraten in Neunkirchen gegen die Niederwaldkundgebung mobil machten, riefen sie 1934 gemeinsam zu einer Gegenveranstaltung auf. Viel zu spät hatten sich die Parteiführungen Anfang Juli 1934 dazu durchgerungen, unter Wahrung der jeweiligen Eigenständigkeit beider Parteien ein Einheitsfrontabkommen zu schließen. Kleinster gemeinsamer Nenner war der Übereinkunft, die Rückgliederung an das nationalsozialistische Deutschland zu verhindern und statt dessen für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes an der Saar einzutreten. Nach ersten Kooperationen auf lokaler Ebene, die bis in den Herbst 1933 zurückreichten³³¹⁴ und im Laufe des darauf folgenden Frühjahres auch gegen den anfänglichen Willen der Führungsgremien ausgebaut wurden, richteten Max Braun und Fritz Pfordt den Appell an die saarländische Bevölkerung, überall, wo dies möglich schien, Aktionskomitees zur Stärkung des Status quo zu bilden³³¹⁵.

³³¹¹ Zu den Veränderungen, die der Einzelne innerhalb einer Masse erfährt, vgl. Alois HEINEMANN: Individuum und Masse, in: Helge PROSS/ Eugen BUSS (Hrsg.): Soziologie der Masse, Heidelberg 1984, S. 70–94. Schon LE BON (S. 10–37) wies Ende des 19. Jahrhunderts auf die triebhafte, leichtgläubige, bewegliche, überschwengliche und einseitige „Gemeinschaftsseele“ der Masse hin: „*Unter den Massen übertragen sich Ideen, Gefühle, Erregungen, Glaubenslehren mit ebenso starker Ansteckungskraft wie Mikroben.*“ (S. 89).

³³¹² „Le Matin“ (22.08.34).

³³¹³ Vgl. „Volksstimme“ Nr. 166 (20.07.34). Abgedruckt bei KUNKEL, Anl. 9, S. 143 f.

³³¹⁴ Vgl. den Bericht über „*ein paar unentwegte, unbelehrbare und irreführte Kommunisten und Sozialisten*“ in Dillingen (Oktober 1933), in: LHA Koblenz, 442/8532.

³³¹⁵ Vgl. „An das Saarvolk“, in: „Volksstimme“ Nr. 152 (04.07.34); Sondernummer der „Arbeiterzeitung“ (04.07.34). Abgedruckt bei KUNKEL, Anl. 8, S. 142. Zur Einheits- bzw. Freiheitsfront, die anders als ihr Gegenpart, die „Deutsche Front“, keine feste Organisationsform annahm und lediglich über eine „Geschäftsstelle für Abstimmungsfragen“ als Informationsdrehscheibe verfügte, vgl. ebd., S. 93–102; Joachim HEINZ: „Haltet die Saar, Genossen“. Zum Einheitsfront-Abkommen von SPD und KPD 1934 im Saargebiet, in: Arbeitnehmer 42 (1994) 10, S. 374 f.; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 195–210; PAUL: Max Braun, S. 79–84. Aus orthodox marxistischer Sicht, die das Hauptverdienst am Zustandekommen der Zweckkoalition der saarländischen KP zuschrieb: Luitwin BIES: Das Einheitsfrontabkommen im Saargebiet in Geschichtswissenschaft und Politik der Gegenwart, in: Der Kampf um die Zukunft des Saargebietes, S. 11–23; DERS.: Klassenkampf an der Saar, S. 106–129.

Etwa eineinhalb Stunden nach der Kundgebung in Koblenz begann auf dem lückenlos umzäunten Areal³³¹⁶ des Reichsbannerheims in Sulzbach die Gegenveranstaltung der Einheitsfront³³¹⁷. Zwar wies sie mit ihren Rede- und Musikbeiträgen ähnliche Elemente auf wie die Inszenierung am Rhein und appellierten Fahnen und Spruchbänder ebenso an den Durchhaltewillen, doch konnte sie – abgesehen von der geringeren Teilnehmerzahl – kaum mit dieser konkurrieren: Im Gegensatz zur ausgereiften Veranstaltungsliturgie der Nationalsozialisten hatten die Organisatoren der Sulzbacher Kundgebung auf ein in sich geschlossenes dramaturgisches Konzept verzichtet. Die Vorträge der drei Redner reihten sich fast beliebig aneinander, zwischen ihnen lagen längere Pausen mit der Möglichkeit des Austauschs, so daß die Veranstaltung eher einem geselligen Beisammensein als einer politischen Demonstration glich.

„Während ihr rationaler Teil durchdacht war, blieb ihr psychologischer Teil dem Zufall überlassen. Er war den Propagandisten weit weniger bedeutsam als den Nazis, die das Bedürfnis der Menschen nach Sinnlichkeit betrügerisch ernst nahmen. Die Kundgebungen des Status quo waren auf der Gefühlsebene bestenfalls Gemeinschaftsbekundungen des eigenen Lagers, die Mut machen sollten und den oft vereinzelt und isolierten saarländischen Antifaschisten demonstrierten, daß sie nicht alleine waren. Hierin erschöpften sie sich aber auch schon. Massenpsychologisch und agitatorisch blieben sie ohne Bedeutung.“³³¹⁸

Einer kurzen Begrüßungsansprache des sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretärs Richard Kirm folgte der Dichter Erich Weinert mit seinem Appell „Einheitsfront wachse“³³¹⁹, bevor der Vorsitzende der saarländischen Kommunisten, Fritz Pfordt, das Wort ergriff. Nach seinen Versuchen, die katholische Arbeiterschaft in das Lager der Rückgliederungsgegner zu ziehen, sprach zur allgemeinen Überraschung der Steyler Missionspater Hugolinus Dörr – ein katholischer Geistlicher in Soutane auf einer Kundgebung zweier Linksparteien!³³²⁰ Als letzter Redner

³³¹⁶ Dies war eine der Auflagen, welche die Regierungskommission den Veranstaltern gemacht hatte. Scharfe Einlaßkontrollen, die lediglich saarländischen Mitgliedern der Einheitsfront den Zutritt gewähren sollten, und das Verbot, den Anmarsch oder die Auflösung der Kundgebung zu Demonstrationen außerhalb der Anlage zu nutzen, zielten darauf ab, die mittlerweile alltäglichen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Abstimmungslagern zu vermeiden. Sinngemäße Auflagen galten auch für die Teilnehmer der Veranstaltung auf dem Ehrenbreitstein: Vgl. Brief der Direktion des Innern an die Freiheitsfront des Saargebietes (22.08.34) und Protokoll der Besprechung mit Landrat Vogler vom 24.08.34 (24.08.34), in: LA Saarbrücken, LRA Saarbrücken 315.

³³¹⁷ Vgl. Landjägerbericht zum Verlauf der Kundgebung vom 26.08.34 (26.08.34), in: Ebd. Vgl. ebenso: Joachim HEINZ: Die größte antifaschistische Kundgebung an der Saar, in: *Arbeitnehmer* 42 (1994) 9, S. 343 f.; BIES: *Klassenkampf an der Saar*, S. 122; HARIG, S. 59 ff.; KUNKEL, S. 97 f.; MICHALIK: *Saarsängerbund*, S. 391; VON ZUR MÜHLEN: *Schlagt Hitler*, S. 134 und S. 215 f.; PAUL: *Max Braun*, S. 87 f.

³³¹⁸ Vgl. DERS.: *Deutsche Mutter*, S. 292–296, hier: S. 294 ff.

³³¹⁹ Vgl. Dieter SCHILLER: *Schriftsteller im Saarkampf*, in: *Der Kampf um die Zukunft des Saargebietes 1934/1935. Das Einheitsfrontabkommen*, S. 76–85, hier: S. 78; Ralph SCHOCK: „Schlagt Hitler an der Saar!“ *Formen kultureller Gegenöffentlichkeit im Abstimmungskampf 1933–1935*, in: *Zehn statt tausend Jahre. Die Zeit des Nationalsozialismus an der Saar 1935–1945. Katalog zur Ausstellung des regionalgeschichtlichen Museums im Saarbrücker Schloß*, hrsg. vom Stadtverband Saarbrücken - Regionalgeschichtliches Museum, Merzig 1988, S. 27–34, hier: S. 29.

³³²⁰ Vgl. LEMPERT, S. 497. Die DF überzog Dörr, der in den folgenden Monaten mehrfach auf Veranstaltungen der Einheitsfront auftrat, mit einer publizistischen Schmutzkampagne; so wurde ihm beispielsweise nachgesagt, geisteskrank und sexuell pervers veranlagt zu sein. Unter ungeklärten Umständen kam er im Juni 1940 in französischer Internierung ums Leben: Vgl. MALLMANN/ PAUL: *Hugolinus Dörr*, in: DIES.: *Das*

präsentierte Max Braun einen Zehn-Punkte-Katalog, der die wesentlichen Forderungen der Status-quo-Befürworter umriß. Eine Tränengasbombe sorgte für eine kurzzeitige Unterbrechung seiner Ausführungen³³²¹. Nach etwa vier Stunden klang die Kundgebung mit dem „Roten Saarlid“ Weinerts aus. Im Auftrag der „Union Franco-Sarroise“ entstanden im Verlauf der Gegenveranstaltung in Sulzbach Filmaufnahmen der Pariser „Compagnie Continentale pour la Presse et l'Industrie“, die den saarländischen Ortsgruppen vorgeführt wurden³³²².

Die Meinungen über die Teilnehmerzahlen der beiden Kundgebungen am 26. August und infolgedessen über deren Bedeutung gingen stark auseinander. Sie sagen mehr über die Zugehörigkeit des Autors zum jeweiligen Lager aus, als daß sie Rückschlüsse über die tatsächlichen Größenverhältnisse zulassen³³²³. Nach Ansicht der örtlichen Sicherheitskräfte hatten sich etwa 12.000 Besucher auf dem Gelände des Reichsbannerheims eingefunden, unter ihnen etwa die Hälfte Frauen und Kinder sowie zahlreiche Elsaß-Lothringer³³²⁴. Simon hingegen spottete in seiner Rede auf dem Ehrenbreitstein über insgesamt nur 7.000 Personen, die mehrheitlich keine Saarländer seien³³²⁵. Gerade aus der Tatsache, daß die „Deutsche Front“ bemüht war, die Zahlen herunterzuspielen, zog der jugoslawische Arzt und Journalist Theodor BALK den Schluß, daß die

zersplitterte Nein, S. 50–54 und S. 301. Obwohl er den Auftritt Dörrs für ungeschickt hielt, da hierdurch die katholische Opposition im Saargebiet in Schwierigkeiten geraten könne, hielt Morize dessen Ausführungen für so bedeutend, daß er sie als einzige in Übersetzung weiterleitete: Vgl. Brief Morizes an Außenminister Barthou (27.08.34), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 672. Zur katholischen Opposition im Abstimmungskampf vgl. GESTIER, S. 70–103, zu Dörr: S. 104 f.

³³²¹ Ebenso wie Anhänger der DF die Kundgebung in Sulzbach stören wollten, versuchten die Befürworter des Status quo, das Koblenzer Spektakel zu sabotieren. Wie das Gestapoamt Berlin dem AA mitteilte (06.09.34, in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.098), seien in der Nacht vom 25. auf den 26.08.34 die Achsenlager von 20 Wagen des Saarbrücker Eisenbahnwagenparks mit Sand gefüllt worden. Der Anschlag sei noch rechtzeitig entdeckt worden, so daß kein größerer Schaden entstand. In Koblenz schließlich tauchten etwa 70–80 Flugblätter auf: „*Nie zu Hitler! Das schwören wir Werktätigen der Saar. Gemeinsam kämpfen wir für den Sturz Hitlers. Die Saar wird erst zurückkehren, wenn Deutschland frei ist. Die Werktätigen der Saar.*“ Vgl. Brief des Koblenzer Regierungspräsidenten an das AA (28.08.34), in: Ebd.

³³²² Vgl. SCHOCK: „Schlagt Hitler an der Saar!“, S. 32. Angeblich habe die „Union“ Teile aus einem Bericht am Ehrenbreitstein in den Streifen eingefügt, um so eine größere Wirkung zu erzielen: Vgl. Brief der deutschen Botschaft Paris an das AA (21.09.34), in: PA AA, Botschaft Paris 718 b; Rundschreiben des AA (30.09.34), in: BA-R 8036/76; „Westmark-Korrespondenz“ (31.08.34). Weitere Aufnahmen seien drei Tage nach der Veranstaltung auf dem Dach der Arbeiterwohlfahrt in Saarbrücken nachgestellt worden: Vgl. „Westmark-Korrespondenz“ (31.08.34).

³³²³ „*Es war ein Feilschen um Zahlen, ein Handel mit Wörtern, ein Wettstreit der schönsten Sätze: hie die falsche Rheinromantik, die braune Fatamorgana, der pseudopatriotische Kitsch von Koblenz, da die altersschwachen, zahnlosen Hunde von Sulzbach, die sich die letzten, brüchigen Zähne an Parolen eines importierten Popen ausbeißen.*“: HARIG, S. 63.

³³²⁴ Vgl. Landjägerbericht zum Verlauf der Kundgebung vom 26.08.34 (26.08.34), in: LA Saarbrücken, LRA Saarbrücken 315.

³³²⁵ Selbstverständlich stand der SF nicht hinten an, die Versammlung in Sulzbach als eine Demonstration von Söldlingen zu diskreditieren; „*mit innerer Überzeugung oder gar mit heimatverwachsenem Volkswillen hatte diese Veranstaltung nichts zu tun. Die wahre Volksmeinung von der Saar war auf dem Ehrenbreitstein vertreten. Es ist beschämend für jeden Deutschen, daß es Deutsche fertig bringen, ein so eindeutiges und einmütiges Bekenntnis zum Deutschtum umzufälschen oder gar zu verhöhnern. So etwas können nur Lumpen tun.*“: SF 15 (1934) 18/19, S. 363.

Sulzbacher Kundgebung alle Erwartungen und Befürchtungen übertroffen habe: „*Sulzbach wurde zu einem Begriff. Zum Begriff der Offensive, zum Begriff der Zuversicht.*“³³²⁶ Französische Beobachter gingen von 60–70.000 Besuchern aus, während die Veranstalter Teilnehmerzahlen von bis zu 100.000 Menschen proklamierten³³²⁷.

Noch schwieriger ist es, die tatsächlichen Größenverhältnisse der Ehrenbreitsteinkundgebung wiederzugeben. Wie der Vertreter des saarländischen Arbeitsausschusses in einer Referentenbesprechung zur Koblenzer Bundestagung andeutete, habe sich die Stimmung im Saargebiet gegenüber dem Vorjahr dergestalt verschlechtert, daß die Saarländer durch die diversen Saarfeiern im Reiche übersättigt seien und sich „*eine gewisse Aufmarschmüdigkeit*“ breitmache. Bei einer 75%igen Ermäßigung auf den Strecken der Reichsbahn rechnete er nur mit maximal 25.000 Saarländern, die den Weg nach Koblenz finden würden; eine Gratisfahrt könnte immerhin die vierfache Zahl zur Teilnahme motivieren³³²⁸. Sechs Wochen später meldete der Ausschuß hingegen, daß nach 150.000 Anmeldungen aus dem Saargebiet die Transportkapazitäten erschöpft seien³³²⁹. Daß die Mobilisierungskampagne letzten Endes doch erfolgreich verlief, lag hauptsächlich an folgenden Faktoren:

1. In den Monaten Juli und August 1934 war die Kundgebung in der saarländischen Öffentlichkeit allgegenwärtig. Die freiwillig gleichgeschalteten Zeitungen waren voll mit euphorischen Artikeln über das bevorstehende Spektakel und sofern sie nicht dem Lager der Rückgliederungsgegner zuzurechnen waren, warben praktisch alle saarländischen Vereine und Verbände für den Besuch.
2. Zu dem Werben gesellte sich wie schon im Vorjahr ein immer stärkerer Druck, da die Teilnehmerlisten gemeindeweise erstellt wurden und die Presse ausgiebig über den aktuellen Stand der zu erwartenden Besucher berichtete³³³⁰. So konnten auch anfangs noch zögernde Saarländer im Laufe der Wochen abschätzen, daß sie letzten Endes zu einer isolierten Minderheit gehören würden³³³¹.

³³²⁶ BALK, S. 160. Eine ähnlich euphorische Wertung hält sich bis heute in Teilen der Sekundärliteratur: Vgl. BIES: Klassenkampf an der Saar, S. 122; HEINZ: Die größte antifaschistische Kundgebung, S. 344.

³³²⁷ Zu den Zahlenspielerien vgl. VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 215 (Anm. 11).

³³²⁸ Die deutsche Rückgliederungspropaganda stand in direkter Konkurrenz zu französischen Werbekampagnen: So bereiteten die Planungen zum Besuch der Stadt Metz dem Ausschuß Sorge, da die saarländischen Teilnehmer am Nationalfeiertag für umgerechnet 50 Pfennig freie Fahrt sowie ein Festmahl erhalten sollten: Vgl. Protokoll der Vorbereitungssitzung vom 02.07.34 (05.07.34), in: StA Koblenz, 623/6194.

³³²⁹ Vgl. Brief Cartellieris an das AA (17.08.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.465. Auf der anderen Seite dürfte die Einschätzung der Koblenzer Geschäftsstelle, daß nach anfänglich schleppenden Anmeldungen nun mit bis zu 800.000 Besuchern gerechnet werden könne, kaum realistisch gewesen sein: Vgl. Brief der Geschäftsstelle Koblenz an die GSV (20.08.34), in: BA-R 8014/107.

³³³⁰ Beispielsweise meldete die „Saar- und Blies-Zeitung“ (Nr. 182 (10.08.34)) zwei Wochen vor der Kundgebung, daß sich aus dem saarländischen Heiligenwald 980 Personen angemeldet hätten.

³³³¹ Der Druck erhöhte sich dort um ein Vielfaches, wo Anhänger der DF durch persönliche Besuche an der Haustür die Listen zu füllen versuchten. Die sozialdemokratische Opposition fühlte sich durch diese vordergründig logistische Erfassung an die Zeiten Stumms und Hilgers erinnert und unterstellte den Hinter-

3. Angesichts der obigen Einschätzung des saarländischen Arbeitsausschusses lagen französische Beobachter sicherlich nicht völlig falsch mit ihrer Behauptung, daß viele Rheinfahrer „ont fait le déplacement pour passer une journée à Coblenz au moindre prix.“³³³² Anstelle von 120 Francs kosteten Hin- und Rückfahrt einschließlich des Mittagessens maximal 20 Francs, teilweise wurden Ermäßigungen und Freifahrten gewährt³³³³.

Die Koblenzer Behörden rechneten wenige Tage zuvor mit etwa 400.000 Besuchern, darunter etwa 150.000 Personen aus dem Saargebiet. Allein der Saarbrücker Verkehrsverein, einer der Hauptverantwortlichen für die Transportfrage, bestellte 122 Sonderzüge, die von 91 saarländischen Bahnhöfen etwa 125.000 Personen aufnehmen und befördern sollten³³³⁴. Obwohl die Ortsgruppen im Vorfeld verpflichtet worden waren, Vertreter zu delegieren und ihnen verheißen wurde, gemeinsam mit den Saarländern bevorzugte Plätze in der Nähe des Rednerpultes zu erhalten³³³⁵, stieß die Veranstaltung auf ein geteiltes Echo. Auf der einen Seite meldeten sich Saarvereine aus der näheren Umgebung mit mehreren Tausend Mitgliedern an und strahlte die

gedanken, die „Abtrünnigen“ anschließend gezielter bearbeiten zu wollen: Vgl. „Volksstimme“ Nr. 160 (13.07.34). Zumindest von den Warndtgemeinden (Ludweiler, Lauterbach, Karlsbrunn, Naßweiler, St. Nikolaus, Emmersweiler, Großrosseln) kursierten genaue Auflistungen über den Besuch der beiden Kundgebungen: 2.203 Ehrenbreitsteinfahrer standen hier 172 Antifaschisten gegenüber: Vgl. Tabelle (12.09.34), in: BA-R 8036/49. Die Weitergabe der Namen von 58 Teilnehmern an der Sulzbacher Tagung beschäftigten sogar das Sekretariat des Völkerbundes: Vgl. Arch. SDN 33–46, Sous-Section Saar Basin, R 3722/1185. Die Spaltung der saarländischen Bevölkerung spiegelt sich auch in den Berichten des Generalstaatsanwalts wider (in: Arch. SDN, C 338/152 ff.), in welchen Rückgliederungsgegner und -befürworter einander heftig bekämpften.

³³³² Vgl. Brief Morizes an Außenminister Barthou (27.08.34), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 672. Fritz Hellwig, unter anderem Gesamtverantwortlicher für die Kölner Saarausstellung, der die Koblenzer Kundgebung persönlich miterlebte, faßte seine Eindrücke wie folgt zusammen: „Die Masse der Teilnehmer aus dem Saargebiet genoß das ‚Festival‘ – der politische Inhalt der Reden trat dahinter zurück.“ (Brief Hellwigs (30.01.2000)) und „In den Gaststätten und auf den Bahnhöfen herrschte die Stimmung eines rheinischen Winzerfestes. Das bestätigten auch spätere Unterhaltungen mit Teilnehmern.“ (Brief Hellwigs 14.07.2002). Verantwortlich für die Verpflegung in der Nähe des Kundgebungsgeländes war der Hilfszug „Bayern“, der insgesamt über 200.000 Essensrationen austeilte. Vergleichbar mit heutigen mobilen Katastropheneinsatzverbänden diente er vor allem der Verpflegung der Menschenmassen bei derartigen Großveranstaltungen und war zugleich ein Propagandainstrument zur Außendarstellung des effizienten NS-Staates: Vgl. Horst HINRICHSEN: Reichsautozug „Deutschland“ und Hilfszug „Bayern“. Die beiden größten Autozüge der Welt in den 30-er Jahren, Wölfersheim 1998, S. 19–34 und S. 110; „Saar-Zeitung“ Nr. 198 (01.09.34).

³³³³ Die Kosten für den Transport der Saarländer lagen innerhalb des Saargebiets bei etwa einer Million Francs, auf der Reichsbahnstrecke bei etwa 250.000 RM: Vgl. Brief Wenzels an die GSV (04.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.098.

³³³⁴ Vgl. Sonderbefehl Nr. 2 des Regierungspräsidenten (21.08.34), in: StA Koblenz, 623/6194. Nach Gemeinden geordnete detaillierte Übersicht der Sonderzüge zur Bundestagung (August 1934), in: LA Saarbrücken, LRA Saarbrücken 315. Der „Völkischer Beobachter“ (Nr. 231/32 (19.08.34)) hingegen ging von mindestens 600.000 Teilnehmern aus, unter ihnen 200.000 Saarländer. Spätere Berichte bezifferten die Zahl der saarländischen „Pilger“ auf 160–170.000, die mit den insgesamt 127 Sonderzügen, weiteren regulären Verbindungen, unzähligen Autos und Bussen gekommen seien. Der SF schätzte die Gesamtbesucher auf etwa 500.000 Personen: Vgl. Saar-Treuekundgebung auf dem Ehrenbreitstein; SF 15 (1934) 18/19, S. 372.

³³³⁵ Vgl. SF 15 (1934) 15, S. 293; Brief der Geschäftsstelle Koblenz an Max Korthen (14.05.34), in: BA-R 8014/373.

Kundgebung noch bis nach Erfurt aus³³³⁶, auf der anderen Seite sah sich die mit Aufmärschen, Paraden, Massenversammlungen und Ansprachen Hitlers übersättigte Berliner Ortsgruppe nicht in der Lage, genügend Teilnehmer für einen Sonderzug zu sammeln³³³⁷.

Zwischen den euphorisch positiven Sonderberichten der reichsdeutschen bzw. rückgliederungsnahen saarländischen Presse und den nicht weniger einseitigen Versuchen der Status-quo-Anhänger, die Koblenzer Tagung zu diskreditieren³³³⁸, bewegen sich die Meinungen nüchterner Beobachter. Das emotionsgeladene und massenpsychologisch durchdachte Spektakel zog auch bis dahin liberal gesinnte Saarländer in seinen Bann; der kollektive Rausch erfaßte selbst bis dahin dem Nationalsozialismus kritisch eingestellte Zeitgenossen³³³⁹. Schon am folgenden Tag nach der Kundgebung warnte der Trierer Bischof Bornewasser davor, voreilige Rückschlüsse über den Ausgang der Abstimmung zu ziehen und sich *„durch noch so glanzvolle Kundgebungen über die bestehenden Gefahren hinwegzutäuschen.“*³³⁴⁰ Auch die Berliner Wilhelmstraße beurteilte die Tagung differenzierter:

*„Die Rede des Führers auf dem Ehrenbreitstein hat günstig und beruhigend gewirkt, wenn ich mich auch nicht der Ansicht eines Optimisten anschließen kann, daß in den Kreisen der hiesigen katholischen Bevölkerung alle Ereignisse des 30. Juni bereits vollkommen vergessen worden seien. Im übrigen hat die Feier auf dem Ehrenbreitstein an eine große Anzahl der Teilnehmer so erhebliche physische Anforderungen gestellt, daß diese nicht in allen Fällen durch die unzweifelhaft erweckte Begeisterung wett gemacht worden sind. Insofern liegt in der Veranstaltung derartig umfangreicher Feiern - es soll für den Herbst eine weitere in Zweibrücken geplant sein - ein gewisses Risiko, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf.“*³³⁴¹

³³³⁶ Die Kreuznacher Gruppe reiste mit 3.500 Personen, die Erfurter mit 1.000 Mitgliedern an: Vgl. Briefe an die Landesgruppe Westmark (13.08.34 und 03.08.34), in: LHA Koblenz, 661,11/21.

³³³⁷ Vgl. Rundschreiben der Ortsgruppe Berlin an 23 Mitglieder (21.08.34), in: BA-R 8014/107 sowie den Schriftverkehr in BA-R 8014/244 f. Der Aachener Regierungspräsident bewilligte sogar für einzelne Ortsgruppen Zuschüsse für den Besuch der Kundgebung: Vgl. Schriftverkehr (Juni – August 1934), in: HStA Düsseldorf, Reg. Aachen 19.951.

³³³⁸ Beispielsweise stellte „Westland“ (Nr. 35 (01.09.34)) die organisatorischen Mängel der *„Wallfahrt nach Koblenz“* in den Mittelpunkt ihrer Berichte; imaginäre Zitate von SA-lern sollten den saarländischen Lesern den Eindruck vermitteln, daß der Stern des neuen Deutschlands schon am sinken und die Volksgemeinschaft reine Illusion sei.

³³³⁹ Vgl. die vom letzten Rabbiner der Saarbrücker jüdischen Gemeinde vor der Rückgliederung beschriebenen Reaktionen auf die Koblenzer Inszenierung, in: Shlomo RÜLF: Ströme im dürrn Land. Erinnerungen, Stuttgart 1964, S. 106.

³³⁴⁰ Ferner kritisierte er die Behandlung von Katholiken im Reich sowie die Inhaftierung von Geistlichen, was die einst sicher geglaubte Abstimmung aufs schwerste gefährde. Offiziell nahm Bornewasser aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Tagung teil: Vgl. Brief Bornewassers an Hitler (27.08.34), in: Bistumsarchiv Trier 59/48. Zu Bornewasser (1866–1951), der ebenso wie sein Speyerer Bischofskollege Sebastian glaubte, sich mit dem Nationalsozialismus arrangieren zu können, aber schon kurz nach der Rückgliederung der Saar kritische Töne verlauten ließ, vgl.: Franz-Josef HEYEN: Franz Rudolf Bornewasser (1922–1951), in: Martin PERSCH/ Michael EMBACH (Hrsg.): Die Bischöfe von Trier seit 1802. Festgabe für Dr. Hermann Josef Spital zum 70. Geburtstag am 31. Dezember 1995, Trier 1996, S. 169–188. Vgl. insbesondere auch den Brief Bornewassers an Vogel (31.08.35), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 7.

³³⁴¹ Vgl. Bericht Fritz von Stumms (08.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.468. Vgl. auch BALK, S. 34.

Angesichts vereinzelter kritischer Äußerungen enttäuschter Rheinfahrer wollten die Rückgliederungsgegner nach Koblenz ihren Anhängern gar glauben machen, daß die Status-quo-Bewegung gute Chancen besitze. Schließlich seien in Sulzbach doch mit 70–100.000 Saarländern immerhin annähernd so viele wie am Ehrenbreitstein (100–150.000) gewesen. Während davon ausgegangen werden könne, daß alle Besucher der Einheitsfrontfeier sich gegen die Vereinigung der Saar mit dem nationalsozialistischen Deutschland aussprechen werden, sei dies umgekehrt für die Teilnehmer der Koblenzer Kundgebung nicht gegeben³³⁴². Genährt wurde diese – letzten Endes verhängnisvolle – Illusion durch den Umstand, daß sich bei weitem nicht alle Teilnehmer aus freien Stücken auf den Weg zum Rhein gemacht hatten und die kostenlose bzw. vergünstigte Abgabe von Nahrungsmitteln auf den beiden großen Saartagungen 1933 und 1934 ihren eigenen Reiz ausübte. Es war kein Wunder, daß schon im Vorfeld der Eindruck vorherrschte, daß es sich um eine Vergnügungsfahrt nach Koblenz handele: Selbst der „Völkische Beobachter“ aus München warb mit Überschriften wie „*Noch nie so billig zum Rhein! Saartreuekundgebung in Koblenz*“ und „*Sonderzug mit 75% Fahrpreisermäßigung vom 21. bis 27. August 1934*“. Der propagandistische Hintergrund der Tagung wurde hingegen bewußt ausgeblendet:

*„Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß zum Bezug der Gutscheine für Quartier und Veranstaltungen keine Verpflichtung besteht und während des Aufenthaltes in Koblenz die Teilnehmer an kein bestimmtes Programm gebunden sind.“*³³⁴³

Infolgedessen finden sich in den Koblenzer Akten verschiedene Beschwerdeschreiben über die wenig patriotischen Motive manches Teilnehmers³³⁴⁴.

Während Morize noch Ende April 1934 seinem Außenminister in Paris nur mitteilte, daß die Jahresversammlung der Saarvereine im August in Köln gemeinsam mit einer Ausstellung industrieller und landwirtschaftlicher saarländischer Produkte stattfinden³³⁴⁵, berichtete die französische Presse in den letzten Wochen ausführlich von den Vorbereitungen in Koblenz³³⁴⁶. Schon am Tag nach den beiden Kundgebungen wagte Morize eine erste Analyse: Die Koblenzer Veranstaltung sei mit einem immensen organisatorischen und finanziellen Aufwand³³⁴⁷ mit der Absicht aufgezogen worden, die öffentliche Meinung sowohl in Deutschland als auch im Ausland zu beeinflussen. Nach seiner Einschätzung folgten etwa 100.000 Saarländer dem Ruf

³³⁴² Vgl. „Westland“ Nr. 35 (01.09.34).

³³⁴³ Vgl. „Völkischer Beobachter“ Nr. 222 (10.08.34) und Nr. 227 (15.08.34).

³³⁴⁴ Vgl. beispielsweise den Brief der Ortsgruppe Baumholder an Kellner (23.07.34), in: LHA Koblenz, 661,11/3.

³³⁴⁵ Vgl. Brief Morizes an Außenminister Barthou (30.04.34), in: MAE, Sarre 281.

³³⁴⁶ Vgl. Presseauschnitte (Juli – August 1934), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.098. Vgl. Bericht des Commissaire Spécial Sarreguemines an den Commissaire Divisionnaire in Straßburg (18.08.34), in: AN, F⁷ 13.472.

³³⁴⁷ Allein die Modernisierung des Koblenzer Bahnhofs habe eine Million RM gekostet: Vgl. Brief Morizes an Außenminister Barthou (27.08.34), in: C.A.D.N., Amb. Berlin B 672. Die Regierungskommission beschäftigte sich wie im Vorjahr meist auf Betreiben ihres französischen Mitgliedes mit der reichsdeutschen Saarkundgebung am Rhein, so in den Sitzungen vom 19.07.34 (748.), 02.08.34 (751.) und 08.08.34 (753.), in: LA Saarbrücken, NL Koßmann 34.

an den Rhein, was er dem hohen moralischen Druck zuschrieb, der in den vorangegangenen Wochen ausgeübt worden sei. In Sulzbach hingegen seien nach Auskunft eines Bahnbeamten 60.000 Saarländer erschienen. Angesichts dessen, daß es den Arbeitern, die nicht auf den saarländischen Gruben angelegt waren, großen Mut abverlangte, und den dortigen Organisatoren nur 60.000 Francs zur Verfügung standen, schien dies eine beträchtliche Zahl zu sein. Die plötzliche Krankheit des kurz vor Koblenz abservierten einstigen Saarbevollmächtigten von Papen wertete das französische Mitglied der Regierungskommission als Indiz für die Unstimmigkeiten in der deutschen Saarpolitik³³⁴⁸.

Auch sonst mischten sich in den Reaktion Frankreichs auf die Ehrenbreitstein-Tagung oftmals Wunschdenken mit tatsächlichen Begebenheiten. So rechnete ein Beobachter des französischen Konsulats die maximale Teilnehmerzahl auf 200–300.000 runter – von denen zudem ein Drittel dienstverpflichtet worden sei – bevor er zu dem Fazit gelangte: *„L'impression produite ne parait pas être celle que l'on se proposait.“*³³⁴⁹ Den Versuch, die Bedeutung der Koblenzer Saarkundgebung zugunsten der Sulzbacher Versammlung mittels subjektiv gefärbter Berichte und hämischer Seitenbemerkungen herunterzuspielen³³⁵⁰, werteten die deutschen Behörden als Beleg dafür, daß die Tagung auch in Frankreich die erhoffte Wirkung erzielt habe³³⁵¹. Die Rede Hitlers zumindest fand in der französischen Presse bis auf wenige Ausnahmen³³⁵² überwiegend günstige Aufnahme und wurde zumeist als Versöhnungsgeste gewertet³³⁵³. Auch das offizielle Frankreich atmete auf, da sich die Befürchtung, Hitler könnte das Forum nutzen, die antifranzösische Propaganda zu verschärfen und die Kampagne gegen den Versailler Vertrag ihrem Höhepunkt

³³⁴⁸ Ursprünglich war von Papen sogar als Redner in Koblenz eingeplant: Vgl. Minutenplan der Kundgebung (August 1934), in: LHA Koblenz, 661, 11/22. Schon im Vorjahr verlautete aus seiner Umgebung, daß er vorhabe, *„nicht an der Niederwald-Denkmal-Kundgebung teilzunehmen; letzteres soll aber jetzt noch nicht bekannt werden.“*: Vgl. Brief eines Unleserlich an von Tschirschky (20.08.33), in: BA-R 53/129. Hervorhebung im Original. Wie auf verschiedenen Fotos zu erkennen, nahm von Papen allerdings doch an der Niederwaldtagung teil.

³³⁴⁹ Die Saarländer seien in ihrer Mehrheit unzufrieden gewesen, da sie mehr als zwölf Stunden ausharren mußten, um Hitler in weiter Entfernung zu sehen: Vgl. Brief des französischen Konsulats Mainz an Außenminister Barthou (29.08.34), in: MAE, Sarre 282. Auch M. André-Fribourg, Vizepräsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, sah dies ähnlich: *„La manifestation d'Ehrenbreitstein, en suscitant celle de Sulzbach, a eu un résultat exactement inverse de celui que souhaitait le Führer. Sulzbach a été un succès qui a stupéfait ses organisateurs eux-mêmes.“*: „Le Capital“ (07.09.34).

³³⁵⁰ *„Ces esclaves célèbrent la liberté...“*: „L'Echo de Paris“ (27.08.34).

³³⁵¹ Vgl. Rundschreiben des AA u.a. an die bayerische Staatskanzlei (07.09.34), in: BayHStA, StK 6131; SF 15 (1934) 18/19, S. 390 ff.

³³⁵² Beispielsweise kommentierte Henry Bérenger, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des französischen Senats, die Aussage Hitlers, daß es nach Regelung der Saarfrage keine territorialen Forderungen mehr an Frankreich gebe, als sinnlos. Grenzfragen seien durch die Verträge von Versailles und Locarno definitiv gelöst: *„Les avances de Coblenz se réduisent donc à rien du tout.“*: Vgl. „Agence Economique et Financière“ (30.08.34).

³³⁵³ Vgl. „Deutscher Saar-Dienst“ Nr. 33 (28.08.34). Zu den französischen Erwartungen hinsichtlich der Hitlerrede vgl. Telegramm François-Poncets an das französische Außenministerium (21.08.34), in: MAE, Sarre 282.

entgegenzuführen, als nicht berechtigt erwies: „*le discours de Hitler à Coblenz ait pris la forme plutôt d'une manifestation de conciliation que d'une provocation.*“³³⁵⁴

Die beiden großen Saarkundgebungen 1933 und 1934 wurden von verschiedenen Seiten mit den Reichsparteitagen vergleichbare Probeabstimmungen gewertet. Zumindest die Ehrenbreitsteintagung war darüber hinaus auch ein groß aufgezogener organisatorischer Testlauf: Die Erfahrungen der Saarvereins-Landesgruppe Westmark, die Ankunft der insgesamt etwa 200 Sonderzüge innerhalb weniger Stunden am Verkehrsknotenpunkt Koblenz zu koordinieren³³⁵⁵, flossen direkt in die Planungen ein, welche im Vorfeld des 13. Januar in bezug auf den Transport der Abstimmungsberechtigten aus dem Reichsgebiet und dem Ausland angestellt wurden. Und es war es sicherlich kein Zufall, daß die beiden für Transportfragen verantwortlichen Mitglieder des saarländischen Vorbereitungsausschusses, Dr. Max Iven und Wallacher, Mitte September auf Empfehlung Hermann Röchlings mit der Aufgabe betraut wurden, die logistischen Vorbereitungen für die Anreise der nichtsaarländischen Abstimmungsberechtigten zu treffen³³⁵⁶.

In der öffentlichen Wahrnehmung handelte es sich bei beiden Tagungen um Veranstaltungen der reichsdeutschen NSDAP und SA; die zwar reduzierte, aber nicht gänzlich eingestellte Beteiligung des Bundes rückte schon in den zeitgenössischen Presseberichten in den Hintergrund. „*Der Führer hatte gerufen [...]*“³³⁵⁷ – nicht mehr die Saarvereine!

³³⁵⁴ Vgl. Brief des Chargé d'Affaires Berlin an Außenminister Barthou (05.09.34), in: Ebd. Er ordnete die Kundgebung und die Ansprache Hitlers in größere Zusammenhänge ein: „*La Sarre est le seul succès de politique extérieure qu'il puisse raisonnablement attendre. On peut être assuré que M. Hitler va mettre tous ses soins à le préparer.*“ Kritische Anmerkungen zur Rede vgl.: Erich EBERMAYER: Denn heute gehört uns Deutschland ... Persönliches und politisches Tagebuch. Von der Machtergreifung bis zum 31. Dezember 1935, Hamburg - Wien 1959, S. 376 f. (Eintrag vom 30.08.34).

³³⁵⁵ Vgl. den Schriftverkehr in: LHA Koblenz, 661,11/21.

³³⁵⁶ Vgl. Protokoll der Besprechung vom 13.09.34 (13.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.466.

³³⁵⁷ DILL, S. 167. Vgl. ebenso: SIEGMANN, S. 286.

Kapitel 14: Das Plebiszit vom 13. Januar 1935

Kap. 14.1: Die Erfassung der Abstimmungsberechtigten

Gemäß § 34 der Anlage zu Artikel 50 des Versailler Vertrages sollten nach Ablauf einer 15jährigen Übergangsfrist alle bis dahin über 20 Jahre alten Personen, die am Tag der Unterzeichnung des Friedensvertrages in den Grenzen des Saargebietes gewohnt hatten, über die künftige staatsrechtliche Zugehörigkeit des Retortenstaates entscheiden. Ihre Wahl war beschränkt auf drei Alternativen:

- „a) *maintien du régime établi par le présent Traité et par la présente Annexe;*
- b) *union à la France;*
- c) *union à l'Allemagne.*³³⁵⁸

Immer wieder während der eineinhalb Jahrzehnte keimte die Hoffnung auf, daß die Rückgliederung der Saar auch ohne vorhergehendes Plebiszit stattfinden könnte, doch nach dem Scheitern der Pariser Konferenz standen die Chancen einer zwischenstaatlichen Einigung schlechter als zuvor. Wenige Monate vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler konstatierte der langjährige Vertreter der bayerischen Staatsregierung in Berlin, daß gegenüber dem Vorjahr ein Stimmungsumschwung eingetreten sei;

„man rechnet nun nicht mehr mit einer vorzeitigen Lösung unter Ausschaltung der Volksabstimmung, sondern man will die Volksabstimmung im Jahre 1935 und rüstet auf.“³³⁵⁹

In den frühen Dreißigern lavierte der Bund der Saarvereine zwischen den beiden Alternativen Verzicht oder Durchführung der Abstimmung. So forderte er Ende 1931, daß es nur eine politische Lösung durch die Abstimmung geben könne³³⁶⁰, übernahm dann aber notgedrungen im darauf folgenden Frühjahr den Standpunkt des Auswärtigen Amtes, daß prinzipiell jede Chance genutzt werden sollte, das Regime vor 1935 zu beenden – sofern Deutschland nicht zu überzogenen Konzessionen genötigt werde. Die Abstimmung dürfe lediglich die letzte Option bleiben und nicht um ihrer selbst willen stattfinden. Ein Verzicht auf das Referendum setze ein entsprechendes Entgegenkommen Frankreich voraus, das ein wesentlich stärkeres Interesse als Deutschland habe, sich die demütigende Niederlage infolge einer Volksabstimmung zu ersparen³³⁶¹. Als der zuständige Saarreferent in der Wilhelmstraße nach der nationalsozialisti-

³³⁵⁸ Zitiert nach ALLOT, S. 368.

³³⁵⁹ Vgl. Brief Sperrs an das BayMA (12.09.32), in: BayHStA, MA 106.120.

³³⁶⁰ Vgl. SF 12 (1931) 22, S. 365 f.

³³⁶¹ Vgl. SF 13 (1932) 14, S. 211; SF 14 (1933) 3, S. 33 f. In einer umfangreichen Denkschrift (April 1932, in: BA-R 43-I/252) hatte Voigt den Stand der Saarfrage dargelegt und war zu dem Schluß gelangt, daß die Saarländer sich für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes entscheiden könnten, ohne zu realisieren, daß 75% der Einnahmen des Saarhaushaltes vom Deutschen Reich bestritten würden. Das Risiko, daß sich die Saarländer in einem Referendum gegen das wirtschaftlich angeschlagene Deutschland und für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes aussprechen könnten, galt Voigt ebenso als Argument für den Verzicht auf die Abstimmung wie die daraus resultierende Aufladung der nationalen Leidenschaften auf beiden Seiten. Frühere Stellungnahmen des AA zur Frage der Abstimmung: Vgl. ADAP, B I/1, Dok. 30, S. 97; B I/2, Dok. 65, S. 137–142; B XX, Dok. 261, S. 569–572.

schen Machtergreifung keine realistische Chance für das Zustandekommen der von ihm präferierten Verständigungslösung zwischen beiden Staaten erkennen konnte, plädierte er ebenso wie sein Kollege aus dem Innenressort für die Durchführung des Plebiszits³³⁶².

Unverändert hingegen war der Stand der Erfassung der reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten. Im November 1931 teilte das Statistische Reichsamt nach einer vorangegangenen Anfrage mit, daß bislang auf eine genaue Nachprüfung der Stimmberechtigung verzichtet worden sei. Zum einen begründete das Amt dies mit den unpräzisen Formulierungen des Saarstatuts – beispielsweise über die Bedeutung des Wohnsitz-Begriffs -, zum anderen zog es die Möglichkeit einer Ausweitung der Abstimmungsberechtigung nicht außer Betracht. Schließlich und endlich resümierte der Sachbearbeiter: „*In der Saarkartei wird daher ein mehr oder weniger großer Teil von Personen geführt, deren Abstimmungsberechtigung in Frage steht.*“³³⁶³

Ähnlich wie in früheren Jahren gab sich Vogel auch nach Gleichschaltung des Bundes nicht mit der Begründung des Auswärtigen Amtes zufrieden, zunächst die vom Völkerbund zu erlassenden Ausführungsbestimmungen abwarten zu müssen, bevor konkrete Maßnahmen eingeleitet werden könnten³³⁶⁴: Er übersandte nicht nur in unregelmäßigen Abständen vorgeblich in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ eingegangene Anregungen, sondern wandte sich an das Statistische Reichsamt mit der Bitte, wenigstens bei der nun bevorstehenden Volkszählung nicht erneut die Chance verstreichen zu lassen, nach dem Wohnort am Tag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages zu fragen – allerdings mit ähnlich geringem Erfolg wie acht Jahre zuvor³³⁶⁵.

Die abwartende Passivität der Wilhelmstraße läßt sich nur zum Teil durch die pragmatische Erwägung erklären, keine unnötige Arbeit in die Erfassung der Abstimmungsberechtigten zu investieren, bevor nicht die Rahmenbedingungen definiert seien³³⁶⁶. Auch der langjährige

³³⁶² Konkreter Anlaß war die Anfrage Vogels, wie das AA zum Abdruck des Aufsatzes von Groten „Rechtsvoraussetzungen einer Unterlassung der Saarabstimmung“ stehe. Voigt entgegnete, „*daß Artikel, die die Möglichkeit einer Verständigung behandeln, politisch nicht zweckmäßig*“ seien, da das Reich dies nicht öffentlich eingestehen könne: Vgl. Brief des AA an die GSV (08.04.33), in: BA-R 8014/682. Vgl. hierzu ebenso: SF 15 (1934) 5, S. 69 f.; Protokoll der Ministerbesprechung (07.04.33), in: AdR, Regierung Hitler I/1, Dok. 93, S. 314; Aufzeichnung Voigts (13.03.33), in: ADAP, C I/1, Dok. 80, S. 152 f.; JACOBSEN: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 327.

³³⁶³ Vgl. Brief des Statistischen Reichsamtes an die GSV (20.11.31), in: BA-R 8014/1127. Ähnlich auch: Aufzeichnung des Statistischen Reichsamtes (27.12.33), in: BA-R 43-I/243. Wie oben bereits ausgeführt, waren über die Volkszählung 1925 etwa 37.000 Personen ermittelt worden, die Aussicht auf Aufnahme in den Kreis der Wahlberechtigten besaßen.

³³⁶⁴ Vgl. Brief des AA an die GSV (07.07.33), in: BA-R 8014/1129.

³³⁶⁵ Vgl. Brief der GSV an das Statistische Reichsamt (06.05.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.457; Brief des Statistischen Reichsamtes an die GSV (27.05.33), in: BA-R 8014/1127. Schon im Mai 1933 trug sie dem AA ihr Anliegen vor, mit finanzieller Unterstützung des Reiches ein Merkblatt zur Abstimmung in großer Zahl verbreiten zu wollen: Vgl. Brief der GSV an das AA (02.05.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.457.

³³⁶⁶ Da im Saarstatut ein relatives Wahlalter von 20 Jahren festgeschrieben, das Datum des Plebiszits hingegen noch nicht bekannt war, hätte der Personenkreis unter Umständen stark variieren können. Außerdem mußte zumindest noch 1933 in Betracht gezogen werden, daß unter den veränderten Rahmenbedingungen ein bilaterales Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich die Lösung der Saarfrage ohne Abstimmung

Saarreferent im Auswärtigen Amt, Hermann Voigt, der die personelle Kontinuität garantierte und dessen Fachverstand allgemein anerkannt war, unterschätzte sehr lange die zu bewältigenden Schwierigkeiten. Insbesondere im Hinblick auf die stimmberechtigten Saarländer im Ausland kann den Reichsbehörden nicht der Vorwurf der Blauäugigkeit erspart werden.

Selbst als der Trierer Regierungspräsident Saassen, unterstützt vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Freiherr von Lüninck, im Herbst 1933 den konkreten Handlungsbedarf aufzeigte³³⁶⁷ und das preußische Innenressort im Interesse einer einheitlichen Durchführung der anstehenden Saarfragen auf die Einberufung einer Referentenbesprechung drängte³³⁶⁸, beharrte das Auswärtige Amt auf seinem bisherigen Standpunkt, daß es noch immer verfrüht sei, Schritte zur Erfassung einzuleiten, bevor der Völkerbund diesbezügliche Richtlinien erlassen habe³³⁶⁹. Erst Ende Januar 1934 kam der Stein ins Rollen, als die Genfer Tagung des Völkerbundes weder einen Abstimmungstermin benannt noch organisatorische Details geklärt hatte³³⁷⁰, während das Statistische Reichsamt seinerseits nun ebenfalls auf den Plan trat. Wegen des verhältnismäßig kleinen Personenkreises habe die Zuverlässigkeit der 1925 ermittelten Bestandsaufnahme von im Reich lebenden Abstimmungsberechtigten erhebliche Einbußen erlitten:

„Unter diesen Umständen muß angenommen werden, daß die Saarkartei heute - also nach 8 Jahren - nicht mehr die restlose Ermittlung der Abstimmungsberechtigten verbürgt.“³³⁷¹

Nach Ansicht des Präsidenten des Reichsamtes sollte die bleibende Zeit nun genutzt werden, auf der Grundlage der alten, überholten Kartei ein aktuelles Verzeichnis der abstimmungsberechtig-

bringen könnte. Vgl. JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 150.

³³⁶⁷ Das Hauptmeldeamt Trier ging davon aus, daß jährlich etwa 1% der im dortigen Regierungsbezirk wohnenden Abstimmungsberechtigten ihren Wohnsitz verlagert hatten, so daß im Zeitraum zwischen 1925 und dem Plebiszit mindestens 7–8% abgewandert seien. Bei einer geschätzten Zahl von 50–60.000 Abstimmungsberechtigten im Reich sei das eine nicht zu vernachlässigende Größe, weshalb Saassen anregte, daß sich das Statistische Reichsamt möglichst bald Klarheit über den gegenwärtigen Wohnsitz der in den Saarkarten von 1925 verzeichneten Abstimmungsberechtigten verschaffen solle: Vgl. Briefe Saassens und von Lünicks an das PrMI (27.10.33 und 04.11.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.458; Brief von Lünicks an Saassen (04.12.33), in: LHA Koblenz, 442/8537. Zur gleichen Zeit beschränkten sich andere Landesbehörden darauf, die allgemeinen Hinweise zur Erfassung aus den zwanziger Jahren ins Gedächtnis zu rufen: vgl. Rundschreiben des badischen Innenministers u.a. an die Bezirksämter und Polizeipräsidien (03.10.33), in: GLA Karlsruhe, 344/7192.

³³⁶⁸ Vgl. Brief des PrMI an von Papen, das AA, RMI und RMProp (20.11.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.458.

³³⁶⁹ Vgl. Brief des AA an das PrMI (27.11.33), in: Ebd.

³³⁷⁰ Diesbezüglich ernannte der Völkerbundsrat einen dreiköpfigen Ausschuß unter dem Vorsitz des italienischen Barons Pompeo Aloisi, dem ferner der Argentinier José Maria Cantilo und der Spanier Salvador de Madariaga bzw. dessen Nachfolger Julio López Oliván angehörten: Vgl. JO 15 (1934) 2-I, S. 160–163. Die Reaktion des SF auf die Ernennung des Ausschusses war zurückhaltend positiv: Die deutsch-saarländischen Hoffnungen seien zwar nicht vollständig erfüllt, die französischen Pläne hingegen gründlich durchkreuzt worden: Vgl. SF 15 (1934) 3, S. 33 ff.; SF 15 (1934) 9, S. 151. Zu den weiteren Maßnahmen des Völkerbunds und der Regierungskommission im Vorfeld der Saarabstimmung vgl. WAMBAUGH, S. 129–322.

³³⁷¹ Insbesondere dürften die beiden bestehenden Verzeichnisse – in den jeweiligen Gemeinden sowie der Zentrale des Reichsamtes – nicht mehr kongruent sein: Vgl. Brief des Präsidenten des Statistischen Reichsamtes an den RMWirtschaft (23.01.34), in: BA-R 43-I/243.

ten Saarländer zu erstellen. Er zeigte sich auch empfänglich für den Gedanken einer Kooperation mit der Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“:

*„Die Saarkarten dieser Personen könnten gegebenenfalls dem Bund der Saarvereine sofort zur Verfügung gestellt werden. Dieser Organisation könnte meines Erachtens die weitere sehr wichtige Aufgabe zufallen, die tatsächlich Abstimmungsberechtigten anzuhalten, daß sie sich schon jetzt Nachweise über ihren Wohnsitz im Saargebiet verschaffen [...]“*³³⁷²

Zwar konnte Voigt in der Zwischenzeit überzeugt werden, die Erfassung der Abstimmungsberechtigten unabhängig von den noch ausstehenden Rahmenvorschriften des Völkerbundes in die Wege zu leiten, doch zeigte er sich skeptisch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Bund³³⁷³: Um die Erfassung binnen dreier Monate abzuwickeln, könne der Verein in einigen Städten behilflich sein, wobei seines Erachtens nur die amtliche Bearbeitung Gewähr für die Vollständigkeit des statistischen Materials bot. Im Einverständnis mit dem Saarbevollmächtigten von Papen sollte das Reichsministerium des Innern die Federführung der gesamten Angelegenheit übernehmen³³⁷⁴. Obwohl sich der Saarpropagandaausschuß dieser Haltung umgehend anschloß³³⁷⁵, muß in den ersten Februartagen ein Umschwung in der Wilhelmstraße eingetreten sein, da der Leiter der Abteilung Westeuropa vorschlug, auf die langjährigen Erfahrungen des Saarvereins zurückzugreifen und diesen in die Planungen einzubinden:

*„Bei der Erfassung der Abstimmungsberechtigten wird es sich meines Erachtens empfehlen, den Bund der Saarvereine zur Mithilfe heranzuziehen, zumal da der Bund auf diesem Gebiet in der Vergangenheit bereits gewissen Vorarbeiten geleistet hat.“*³³⁷⁶

Konsequenterweise ergingen zur ressortübergreifenden Referentenbesprechung Mitte März 1934 auch Einladungen an die beiden Geschäftsstellen des Bundes in Berlin und Koblenz³³⁷⁷.

³³⁷² Allerdings verkannte auch er das Ausmaß der bevorstehenden Erfassung, da er die alljährliche Personenaufnahme der Finanzverwaltung vom 10.10.34 als Notlösung ins Auge faßte, falls es sich als nicht realisierbar herausstellen sollte, an alle 18 Millionen deutschen Haushalte gesonderte Fragebögen zu versenden.

³³⁷³ Simon hatte zuvor darum gebeten, bezüglich der Erfassung mit ihm Verbindung aufzunehmen: Vgl. Brief der Koblenzer Geschäftsstelle an RMI Frick (19.12.33), in: BA-R 8014/683. Etwa zur gleichen Zeit erklärte er den SF zum Pflichtorgan für die Ortsgruppen, die ein wirkungsvolles Instrument zur späteren Erfassung der Abstimmungsberechtigten darstellen sollten: Vgl. Rundschreiben Simons an die Ortsgruppen (01.12.33), in: BA-R 8014/130.

³³⁷⁴ Vgl. Brief des AA an Dr. Wingen (27.01.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097; Brief des AA an von Lüninck (24.01.34), in: LHA Koblenz, 442/8537. Zur Erfassung durch die Behörden vgl. MUSKALLA, S. 38–41.

³³⁷⁵ „Sofern die Saarvereine hierbei behilflich sind, wird dies gern angenommen. Es kann aber nicht so weit gehen, daß die Saarvereine nun ihrerseits die Hilfe der Behörden in Anspruch nehmen.“: Vgl. Aktennotiz (08.02.34), in: BayHStA, StK 6126; Rundschreiben des BayMInn (31.03.34), in: BayHStA, MInn 47.097. Anfang Dezember hatte von Papen den Ausschuß unter dem Vorsitz Voigts „zur laufenden Bearbeitung sämtlicher Propagandafragen, die der Vorbereitung der Saarabstimmung dienen“, ins Leben gerufen: Siehe Anm. 3016.

³³⁷⁶ Vgl. Brief des AA (Köpke) u.a. an den StS in der Reichskanzlei (12.02.34), in: BA-R 43-I/254.

³³⁷⁷ Erstmals tauchen beide Geschäftsstellen damit formal gleichberechtigt neben dem Saarbevollmächtigten von Papen, dem AA, dem Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, dem Trierer Regierungspräsidenten sowie den preußischen, bayerischen und oldenburgischen Vertretern beim Reich auf: Vgl. Rundschreiben des RMI (05.03.34), in: BA-R 8014/683. Zu den Maßnahmen des Bundes allgemein vgl. VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 234–239.

Bis Ostern sollten die zuständigen lokalen Behörden informiert und potentielle Abstimmungsberechtigte über die Presse aufgerufen werden, sich zwischen dem 3. und 12. Mai bei ihren Polizeimeldestellen einzufinden, um dort die erforderlichen Angaben zu machen. Auf der Grundlage dieser ersten Erhebung hatten die Meldeämter zwei Karteien – alphabetisch bzw. nach saarländischen Gemeinden geordnet – zu erstellen, deren Duplikate umgehend dem Statistischen Reichsamt zuzuleiten waren³³⁷⁸. Personen, die über keine Belege für ihren Wohnsitz am 28. Juni 1919 im Saargebiet verfügten, sollten umgehend aufgefordert werden, sich bei der zuständigen saarländischen Gemeinde um einen schriftlichen Nachweis zu bemühen. Angesichts dieser teilweise erheblichen Mehrbelastung mahnte das Innenministerium die Meldebeamten zu größt-möglichem Entgegenkommen, um die Abstimmungsberechtigten nicht zu verprellen³³⁷⁹. In der ersten Maihälfte intensivierten sich die Appelle an die möglichen Stimmberechtigten: Aufrufe im Rundfunk und in den Lichtspielhäusern sowie Anzeigen in überregionalen Zeitungen und kleinsten Lokalblättern, die vom inzwischen federführenden Reichspropagandaministerium³³⁸⁰ geschaltet worden waren, mahnten die im Reich lebenden Saarländer, ihre vaterländische Pflicht zu erfüllen³³⁸¹.

Am 4. Juni 1934 erteilte der Völkerbundrat dem kurz zuvor vom Dreierausschuß vorgeschlagenen Abstimmungstermin seine Zustimmung: Bereits am ersten Sonntag nach Ablauf der 15jährigen Völkerbundsverwaltung, am 13. Januar 1935, sollte über die staatsrechtliche Zukunft des Saargebietes entschieden werden³³⁸². Einen Monat später trat die ebenfalls am 4. Juni ernannte

³³⁷⁸ Vgl. Bericht des Gesandten Sperr an das BayMA über die Referentenbesprechung vom 14.03.34 (14.03.34), in: BayHStA, StK 6100; Protokoll der Sitzung vom 14.03.34 (22.03.34), in: LHA Koblenz, 442/8537.

³³⁷⁹ Analog zur Verfahrensweise bei der letzten Erfassung 1925 sollten die nun hellblauen Saarkarten bei Wohnungswechseln und Namensänderungen eines erfaßten Abstimmungsberechtigten an die neue Ortsbehörde weitergeleitet sowie alle vorhandenen Karten aktualisiert werden. Vgl. das nicht zur Veröffentlichung bestimmte Rundschreiben des RMI mit detaillierten Ausführungsbestimmungen (27.03.34) und das Rundschreiben des Präsidenten des Statistischen Reichsamtes (18.04.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.473. Saarkarten in: BA-R 905/316 f.; Staatsarchiv Darmstadt, G 15 Kreisamt Friedberg, C 38. Eigentlich sollten die Karten nach dem Plebiszit vernichtet werden: Vgl. Rundschreiben des Pr/RMI (22.02.35), in: BA-R 43-I/257.

³³⁸⁰ Siehe hierzu die Kompetenzabgrenzung zwischen RMI und RMPropaganda in: Rundschreiben des RMI (08.06.34), in: BayHStA, MIInn 47.095: Während das RMI wie bisher für die Pflege von Wissenschaft und Schule, Unterstützung von Studierenden aus dem Saargebiet, Büchereiwesen, Bearbeitung kirchlicher Angelegenheiten, Jugend- und Sportfürsorge, Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, die Kreuznacher Saarkurse, die Unterstützung von Bergarbeitern, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie alle im Zusammenhang mit der Abstimmung stehenden Angelegenheiten wie Erfassung oder Transport der Abstimmungsberechtigten zuständig war, zeichnete das Propagandaministerium verantwortlich für allgemeine Propaganda durch Kundgebungen, Plakate oder Broschüren, den Rundfunk, den Film und die Presse sowie für die Kölner Saarausstellung, den BdS oder auch das Saar-Urlaubswerk.

³³⁸¹ Vgl. SF 15 (1934) 10, S. 168.

³³⁸² Vgl. SF 15 (1934) 11, S. 189; SF 15 (1934) 12, S. 215 ff.; JO 15 (1934) 6-II, S. 644–656. Am gleichen Tag verpflichteten sich Frankreich und Deutschland in einer gleichlautenden Garantievereinbarung, sich jeden mittelbaren und unmittelbaren Druckes zu enthalten, der die Freiheit und Objektivität der Abstimmung beeinflussen könnte: Vgl. ADAP, C II/2, Dok. 481, S. 851 f. Nachdem sich die Gegner der Rückgliederung im Mai 1934 noch sehr zuversichtlich über den Ausgang des Plebiszits waren, erhielten sie durch den frühen Abstimmungstermin einen empfindlichen Dämpfer: Vgl. SIEGMANN, S. 269 und S. 272 f.

dreiköpfige Abstimmungskommission, bestehend aus dem Schweden Alan E. Rodhe, dem Niederländer Daniel de Jongh und dem Schweizer Victor Henry ihr Amt an und markierte damit den Beginn der Abstimmungsperiode³³⁸³. Binnen Wochenfrist (7. Juli 1934) veröffentlichte die Regierungskommission die vom Völkerbundsrat beschlossene Wahlordnung³³⁸⁴, auf deren Grundlage nun auch von offizieller reichsdeutscher Seite konkrete Schritte zur möglichst restlosen Erfassung, Mobilisierung und schließlich zum Transport der Abstimmungsberechtigten an die Urnen in die Wege geleitet werden konnten. Für die prodeutsche Option bedeuteten die insgesamt 76 Artikel der Wahlordnung eine enorme Stütze, da sie nicht nur explizit die Stimm-berechtigung der saarländischen Studenten, Militärangehörigen wie auch der bis zum Stichtag Ausgewiesenen und Inhaftierten betonte, sondern den französischen Besatzungstruppen eben dieses Recht vorenthielt. Da mit einer Vielzahl von Einsprüchen gegen die Gewährung bzw. Ablehnung der Abstimmungsberechtigung gerechnet wurde, sollten die Kreisbüros der acht Abstimmungskreise in erster Instanz entscheiden³³⁸⁵.

Die Wahlordnung legte fest, daß in den kommenden Wochen per öffentlicher Bekanntmachung alle potentiell stimmberechtigten Personen aufgerufen werden sollten, ihre Eintragung in die Listen zu beantragen. Ein entsprechendes Gesuch war in der Zeit zwischen dem 25. Juli und 31. August an einen der insgesamt 83 Gemeindeausschüsse zu richten, die innerhalb der Abstimmungsbezirke³³⁸⁶ für die Anlage der vorläufigen Listen der Stimmungsberechtigten verantwortlich waren. Während die im Saargebiet ansässigen Personen, welche die Voraussetzungen zur Zuerkennung der Berechtigung offensichtlich erfüllten, von Amts wegen in die Listen eingetragen wurden, bedurfte es bei den außerhalb des Mandatsgebietes lebenden Stimmwilligen eines besonderen Antrages. Dreieinhalb Wochen (26. September) nach Beendigung der

³³⁸³ Vgl. Aufruf der Abstimmungskommission (01.07.34), in: WAMBAUGH, S. 353. Wambaugh selbst war der Kommission als Sachverständige beigeordnet.

³³⁸⁴ Réglement pour le vote plébiscitaire dans le Territoire du Bassin de la Sarre du 7 juillet 1934/ Wahlordnung für die Volksabstimmung im Saarbeckengebiet vom 7. Juli 1934, Saarbrücken 1934; Verordnung Nr. 28 (08.07.34), in: Amtsblatt der Regierungskommission 15 (1934) 28, S. 272–287; Curt GROTEN (Hrsg.): Kommentar zu den Abstimmungsvorschriften des Saargebietes, Saarbrücken 1934, S. 8–48; WAMBAUGH, S. 354–395. Vgl. aus der Flut staats- und völkerrechtlicher Untersuchungen zur Abstimmung: Viktor BRUNS: Die Volksabstimmung im Saargebiet, Berlin 1934, S. 64–99; Jakob Friedrich BRÜHL: Die Rechtslage des Saargebiets vor der Abstimmung und die Abstimmungsberechtigung im Saargebiet, Gießen 1934, S. 70–136; Josef M. GÖRGEN, S. 74–120; GROTEN: Die Volksabstimmung im Saargebiet. Hierin finden sich neben Ausführungen über die Kosten der Abstimmung, die Garantieerklärungen oder die Frage der Interpretation des Abstimmungsergebnisses auch Gedankengänge über den Wohnsitzbegriff oder die Berechtigung der Regierungskommission, französische Truppen zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung anfordern zu dürfen.

³³⁸⁵ Geleitet wurden diese Büros neben den drei Mitglieder der Kommission von insgesamt 43 neutralen Ausländern, die wiederum den Vorsitz in einem oder mehreren der Abstimmungsbezirke innehatten.

³³⁸⁶ Diese orientierten sich größtenteils an den bestehenden Gemeindegrenzen, umfaßten aber mitunter mehrere Bürgermeistereien. Der Antrag mußte in dem Bezirk gestellt werden, in welchem die antragstellende Person am 28.06.19 ihren Wohnsitz hatte.

Eintragungsfrist wurden die vorläufigen Listen öffentlich an den amtlichen Anschlagstafeln ausgehängt, um gegebenenfalls Korrekturen vornehmen zu lassen. Innerhalb einer Zeitspanne von dreißig Tagen, bis 25. Oktober, bestand die Möglichkeit, schriftlich die Streichung einer Person, die Berichtigung von Namen oder die Aufnahme nicht verzeichneter Personen zu beantragen. Die Kreisbüros hatten bis 9. November Zeit, über den Einspruch zu entscheiden und den Antragsteller zu informieren, der seinerseits innerhalb von 15 Tagen Rekurs gegen den Beschluß in erster Instanz einlegen konnte. Ein eigens errichteter Abstimmungsgerichtshof fällte in zweiter und letzter Instanz bis 17. Dezember die endgültige Entscheidung. Bis 6. Januar 1935 hatten die Gemeindeausschüsse für jeden nun ermittelten Abstimmungsberechtigten einen fortlaufend nummerierten Ausweis auszustellen.

Kap. 4.2: Die „Betreuung“ der Abstimmungsberechtigten durch den Bund der Saarvereine

Lange bevor die staatlichen Behörden erneut mit der systematischen Erfassung der Abstimmungsberechtigten im Reich begonnen haben, unternahmen einzelne Ortsgruppen des Bundes aus Eigeninitiative erste Schritte in diese Richtung. Schon im Herbst 1932 hatte der Erfurter Saarverein die mangelnde Vertrautheit der thüringischen Meldeämter mit den geographischen Gegebenheiten des Saargebiets moniert, da in den Saarkarteien nur die in Saarbrücken gebürtigen Abstimmungsberechtigten erfaßt, während die bis 1909 selbständigen Stadtteile Malstatt und Burbach übersehen worden waren³³⁸⁷. Der Ortsgruppenvorsitzende Stegner ließ daher im Laufe des Sommers 1933 vorgefertigte Anträge für die Bescheinigung des Wohnsitzes im Jahr 1919 an alle potentiellen Berechtigten versenden, die diese nur noch unterzeichnen mußten. Dabei denunzierte die Gruppe Desinteresse am Ausgang der Abstimmung: Wer es versäumte, sich in den Besitz der erforderlichen Nachweise zu bringen, galt als unwürdig, ein Deutscher zu sein³³⁸⁸. Und auch im Ruhrgebiet entschloß sich beispielsweise der Duisburger Verein auf seiner Generalversammlung im Februar 1933, die Erstellung von Listen aller Berechtigten in Angriff zu nehmen³³⁸⁹. Die Eigeninitiative der Ortsvereine, die von ihrer Berliner Zentrale organisatorische Rückendeckung erhielt, nahm ein solches Ausmaß an, daß sich der Saarbevollmächtigte von Papen Anfang 1934 an Bundesführer Simon mit der Bitte wandte, derartige Erscheinungen

³³⁸⁷ Vgl. SF 13 (1932) 16, S. 257.

³³⁸⁸ Vgl. Brief der Ortsgruppe Erfurt an die GSV (11.08.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.457. Erfurt war hier kein Einzelfall. Auch anderenorts übten die Ortsgruppen – ohne hierzu explizit autorisiert worden zu sein – moralischen Druck auf die Abstimmungsberechtigten aus. Beispielsweise schaltete der Leipziger Saarverein Ende 1933 in der Lokalpresse einen Aufruf an diejenigen 150 Abstimmungsberechtigten, die noch kein Mitglied der Ortsgruppe waren: „Saardeutsche, übt keinen Verrat an Eurer schönen Heimat! [...] Wir kennen keine Klassenunterschiede, wir kennen nur Deutsche. [...]“: Vgl. SF 14 (1933) 23, S. 442.

³³⁸⁹ Vgl. SF 14 (1933) 5, S. 83.

im Interesse eines einheitlichen Vorgehens zu unterbinden³³⁹⁰. In Bayern zeigten sich die dortigen Behörden wenig geneigt, der Landesgruppe Listen der Abstimmungsberechtigten auszuhändigen, da zu befürchten stand, daß die Verzeichnisse in erster Linie zur Mitgliederwerbung dienen sollten³³⁹¹. Diese Haltung änderte sich allerdings bald nach der ressortübergreifenden Referentenbesprechung Mitte März: Zwar wolle man keine pauschale Genehmigung zur Unterstützung des bayerischen Saarvereins geben, um der Reichsregierung in dieser Frage nicht vorzugreifen, doch wurde nun das Vorhaben unterstützt, in allen bayerischen Städten Ortsgruppen zu gründen. Daher erhielt der Stadtrat von Hof die Genehmigung, dem Verein Abschriften der relevanten Listen aushändigen³³⁹². Am gleichen Tag, an dem das Reichsministerium des Innern mit der amtlichen Erfassung der Abstimmungsberechtigten begann, schärfte die Berliner Geschäftsstelle den Ortsgruppen jedoch ein, ihre bisherigen unkoordinierten Maßnahmen unverzüglich einzustellen, die bis dahin gesammelten Informationen über die Berechtigten dem Bundesführer zu übermitteln sowie den Behörden ihre Mitarbeit zur Verfügung zu stellen³³⁹³. Nach ersten Besprechungen mit Regierungsstellen, denen in der zweiten Jahreshälfte zahlreiche weitere folgten³³⁹⁴, waren sich beide Seiten darüber einig, daß es die besondere Aufgabe des Bundes sein müsse,

*„die [...] ermittelten Abstimmungsberechtigten über alle wichtigen Saarfragen aufzuklären und auf dem Laufenden zu halten, insbesondere durch die regelmäßige Übersendung des ‚Saar-Freund‘ und aller übrigen Aufklärungsdruckschriften. Dieser Sache muß jedenfalls die größte Bedeutung beigemessen werden, damit so eine lebendige Propaganda für die Abstimmungsberechtigten im ganzen Deutschen Reiche durchgeführt wird. In besonders geeigneter Weise müßte aber auch, und zwar vertraulich, möglichst eine gute Auskunft über die Zuverlässigkeit der in Frage kommenden abstimmungsberechtigten Saarländer eingeholt werden.“*³³⁹⁵

Jeweils 20 Abstimmungsberechtigten wurde ein eigens ernannter Saarobmann zugeteilt, der anfangs vor allem dafür zu sorgen hatte, daß sich die im Reich verstreuten Saarländer rechtzeitig in den Besitz der erforderlichen amtlichen Nachweise brachten³³⁹⁶. Unmittelbar nach Erhalt der ersten vorläufigen Abstimmungslisten Ende Juni 1934 setzte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ daher mit ihren Obleuten in Verbindung und instruierte sie entsprechend obiger Ab-

³³⁹⁰ Das Statistische Reichsamt werde in Kürze Vorschläge für eine rasche und umfassende Erfassung unterbreiten: Vgl. Brief von Papens an Simon (16.01.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.097.

³³⁹¹ Vgl. Brief Johannes' an den bayerischen Ministerpräsidenten Siebert (09.12.33) und Aktennotiz der Staatskanzlei (27.01.34), in: BayHStA, StK 6120.

³³⁹² Vgl. Randnotiz im Rundschreiben des BayMInn (31.03.34), in: BayHStA, MInn 47.097.

³³⁹³ Vgl. Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (27.03.34), in: BA-R 8014/134.

³³⁹⁴ Die Erfahrungen ihrer praktischen Arbeit und der intensive Kontakt zu den Abstimmungsberechtigten versetzten die GSV in die Lage, auf noch ungelöste Probleme im Zusammenhang mit der Abstimmung (Arbeitsbefreiung von Abstimmenden, Paßfragen etc.) hinzuweisen: Vgl. Brief der GSV an das RMI (01.09.34), in: BA-R 8014/684.

³³⁹⁵ Vgl. Aktennotiz (09.05.34), in: BA-R 8014/1030. Tags zuvor hatte die GSV beantragt, ihr die Aufgabe zu übertragen, den Transport der Abstimmungsberechtigten zu den Wahlurnen zu organisieren: Vgl. Brief der GSV an das RMI (08.05.34), in: Ebd.

³³⁹⁶ Vgl. Brief des RMI an von Papen und das AA (10.04.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.474.

sprache³³⁹⁷. Die Rekrutierung der Vertrauensmänner, deren Gesamtzahl nicht ermittelt werden konnte, rein rechnerisch aber die Tausendergrenze überschritten haben dürfte³³⁹⁸, erfolgte in



Schwört und precht:
Nicht Nicht Recht.
Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!
P. Wernke

Volksabstimmung im Saargebiet am 13. Januar 1935

Ausweis

Herr _____
Frau _____
Geb. _____
in _____

wird hiermit zum **Saar-Obmann** bestellt.

Seine Aufgabe ist es, die Saar-Abstimmungsberechtigten ohne Rücksicht darauf, ob sie einer Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine angehören, zu betreuen durch persönliche Fühlungnahme, durch Unterföhrung bei der Eintragung in die Abstimmungslisten, bei der Beschaffung der erforderlichen Papiere und durch Hilfeleistung bei der Zuföhrung der Abstimmungsberechtigten zu den Bügen, die sie ins Saargebiet bringen sollen.

Die hohe vaterländische Bedeutung der Saar-Abstimmung legt dem Saar-Obmann die Ehrenpflicht auf, die ihm übertragenen Aufgaben mit größter Sorgfalt und besser Gewissenhaftigkeit zu fördern und bis zum guten Abschluß durchzuführen.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“

Berlin SW11, den 1. August 1934.
Streuemonat. 42

Abb. 74: Obmannausweis (1934)

aller Regel aufgrund eines Vorschlags der Ortsgruppen bzw. lag es nahe, sich auf altbewährte Mitarbeiter zu stützen³³⁹⁹. In dünner besiedelten Gebieten bat die Geschäftsstelle bei den Gemeindebehörden um Amtshilfe³⁴⁰⁰. Offensichtlich erregte ihr Vorgehen in manchen Ortsverbänden Unmut, da diese zwar weiterhin aktiv in die Rückgliederungspropaganda eingespannt waren und die Abstimmungsberechtigten in ihren Reihen aufnehmen sollten, hinsichtlich der Erfassung und gegebenenfalls psychologischen Bearbeitung der Wähler aber übergangen wurden³⁴⁰¹.

Mitte Juli 1934 teilte Reichsinnenminister Frick den mit dem Plebiszit betrauten Stellen die näheren Abstimmungsmodalitäten auf der Basis der inzwischen veröffentlichten Wahlordnung mit und verwies dabei explizit auf die Kooperation mit der Saarorganisation:

³³⁹⁷ Am Vortag war Vogel von Oberregierungsrat Vollert (RMI) hierzu aufgefordert worden: Vgl. undatiertes Protokoll der Besprechung vom 22.06.34, in: BA-R 8014/1130. Neben der persönlichen Fühlungnahme und Hilfsleistungen bei der Eintragung in die Abstimmungslisten, der Beschaffung der erforderlichen Papiere sowie dem bevorstehenden Transport waren die Saarobmänner für die „Feststellung der nationalen Zuverlässigkeit“ zuständig. Dieser Punkt fehlte selbstverständlich auf den offiziellen Ausweisen der Obleute: Vgl. erstes vertrauliches Rundschreiben der GSV an die Obleute (26.06.34) und erste Anweisung für die Saar-Obmänner (09.08.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27.

³³⁹⁸ Nur in einem einzigen Fall ließen sich weitergehende Informationen gewinnen: So waren von den 34 Obmännern des Restkreises Merzig-Wadern 16 Gemeindegemeinschaften, acht Lehrer sowie fünf Ortsgruppen- oder Stützpunktleiter: Vgl. Verzeichnis der Obleute (Dezember 1934), in: LHA Koblenz, 661,11/19.

³³⁹⁹ Beispielsweise entfaltete der ehemalige Landesrat Abgeordnete Hans Kratz, der in den zwanziger Jahren bereits maßgeblich beim Ausbau des Vertrauensmännerapparates an der Saar involviert war, in Berlin als einer der dortigen 43 Obleute eine rege Tätigkeit: Vgl. Rundschreiben Nr. 5 (14.11.34), in: BA-R NS 5 VI/2087. Vgl. ebenso: BA-R NS 5 VI/2098; Rundschreiben der GSV an Berliner Obleute (29.11.34), in: BA-R 8014/135.

³⁴⁰⁰ Vgl. Vordrucke von Rundschreiben der GSV an Landräte und Bürgermeister bzw. potentielle Obleute (August 1934), in: BA-R 8014/135; zweites vertrauliches Rundschreiben der GSV (27.07.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27. Juden waren nicht als Obleute zugelassen: Vgl. Brief der GSV an die Geheime Staatspolizei Berlin (12.09.34), in: BA-R 8014/1145-1.

³⁴⁰¹ Die GSV mußte die Ortsgruppenführer zur Kooperation mit den Obleuten mahnen und ihnen eigens versichern, daß die Bedeutung der lokalen Vereine durch die neuen Verbindungsleute nicht geschmälert werde: Vgl. viertes vertrauliches Rundschreiben der GSV (11.09.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27. Die verschiedenen Instruktionen an die Obleute stammten vom Magdeburger Landesgruppenführer Giersberg: Vgl. Brief Giersbergs an die GSV (30.07.34), in: BA-R 8014/1130.

*„Die Abstimmungsberechtigten werden bis zur Abstimmung von Vertrauensleuten des Bundes der Saarvereine betreut werden. Diese mit dem Ausweis des Bundes versehenen Vertrauensleute sind von den amtlichen Saarmeldestellen bei Erfüllung ihrer Aufgaben in jeder Weise zu unterstützen.“*³⁴⁰²

Was die verantwortlichen Stellen unter „Betreuung“ verstanden wissen wollten, hatten sie in den internen Besprechungen mit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bereits zwei Monate zuvor zum Ausdruck gebracht. Die ermittelten Abstimmungsberechtigten sollten durch persönliche Besuche der Obleute mit dem bevorstehenden Plebiszit und ihrer Rolle hierbei konfrontiert werden. Regelmäßiges Erinnern an die nationale Pflicht konnte zwar kaum die offensichtlichen Gegner der Rückgliederung überzeugen, aber sicherlich bei einer Vielzahl von Berechtigten dazu beitragen, daß sie die aufwendige Registrierungsprozedur sowie anschließend die Strapazen der Reise auf sich nahmen. Den Ortsgruppen und Stützpunkten fiel in diesen letzten Monaten vor der Abstimmung die wichtige Aufgabe zu, die erfaßten Abstimmungsberechtigten nicht nur durch zahlreiche Vorträge, Kundgebungen und Unterhaltungsveranstaltungen bei Laune zu halten, sondern ihnen das Gefühl zu vermitteln, einer privilegierten Gemeinschaft anzugehören³⁴⁰³. Die seit Wochen betriebene Mobilisierungskampagne in der Presse, dem Rundfunk und in Kinos zur Eintragung in die Abstimmungslisten erlebte ab dem 20. August noch eine Intensivierung³⁴⁰⁴, führte aber – wie ein weiteres Rundschreiben des Reichsinnenministeriums zeigt – nicht zu dem gewünschten Ergebnis: Im Hinblick auf das auslaufende Ende der Frist wurden die kommunalen Behörden aufgefordert, die Abstimmungsberechtigten mündlich zur Eintragung in die Abstimmungslisten zu bewegen; tags zuvor erging eine ähnliche Anweisung über den Polizei-Funkdienst an den ortsansässigen Saarverein. Gleichzeitig wurden die Angehörigen der P.O. aufgerufen, persönlich bei den Abstimmungsberechtigten vorstellig zu werden, um sich zu überzeugen, daß diese eingetragen waren³⁴⁰⁵. *„Belehrungen über ihr deutsches Verhalten, Besprechungen und Vorwahl stärkten diese in ihrem Deutschtum“*, stellte der Ortsgruppenvorsitzende von Langenlonsheim mit Befriedigung fest³⁴⁰⁶. Wie verschiedene

³⁴⁰² Rundschreiben des RMI (14.07.34), in: BA-R 43-I/255. Da es nach seinem ersten Rundschreiben von März 1934 Beschwerden potentieller Abstimmungsberechtigter gegeben hatte, die von den Behörden brüskiert worden waren, mahnte Frick in dieser Verfügung, nur offenkundig nicht berechtigte Antragsteller zurückzuweisen.

³⁴⁰³ Vgl. hierzu den Artikel über die Koblenzer Bezirksgruppe im „Koblenzer General-Anzeiger“ (18.10.34): *„So entsteht ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Verbundenheit zwischen allen Personen, die aus dem hiesigen Bezirk im Januar zur Abstimmung in ihre Saarheimat fahren.“*

³⁴⁰⁴ Vgl. Brief Pfundtners an Oberpräsident von Lüninck (August 1934), in: BA-R 905/312. *„Für sämtliche Abstimmungsberechtigte im Reich ist es nationale Pflicht, ihren Antrag auf Eintragung in die Stimmliste bis spätestens zum 31. August 1934 an den zuständigen Gemeindevorstand im Saargebiet gelangen zu lassen.“*: SF 15 (1934) 16/17, S. 341.

³⁴⁰⁵ Vgl. Rundschreiben des RMI an alle Polizeistellen, Einwohnermeldeämter, Landrats- und Bezirksamter (23.08.34), in: StA Göttingen, II A 15/ 7; Meldung des Polizei-Funkdienstes (22.08.34), in: GLA Karlsruhe 344/7192; Brief Barths an Siebert (17.08.34), in: BayHStA, MIInn 47.097.

³⁴⁰⁶ Die Gruppe zählte zusammen mit ihren verschiedenen Stützpunkten insgesamt 1.200 Mitglieder, unter denen sich nur 22 Abstimmungsberechtigte befanden: Vgl. Bericht über die Ortsgruppenarbeit (09.02.35), in: LHA Koblenz, 661,11/4; BA-R 8014/459. Die Selbstdarstellung der Hamburger Ortsgruppe (30.11.34, in: BA-R

überlieferte Fälle zeigen, leisteten die Obleute und die lokalen Vereine schon in der ersten Phase bis Ende August weitaus mehr als nur Hilfsdienste bei der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Abfassung der Anträge³⁴⁰⁷; sie ermittelten wie die Kasseler Ortsgruppe eine Reihe Abstimmungsberechtigter, die von den Behörden übersehen worden waren³⁴⁰⁸. In Königsberg wäre ohne die Tätigkeit der Landesgruppe sogar die Hälfte der letztendlich registrierten Wähler des 13. Januar unter den Tisch gefallen³⁴⁰⁹. Auf der anderen Seite läßt sich nicht verschweigen, daß selbst jahrelang eingespielte Ortsgruppen die Erfassung unbeabsichtigterweise behinderten³⁴¹⁰. Entsprechend der Wahlordnung vom 7. Juli 1934 mußte auf allen bei den Gemeindeausschüssen eingehenden Anträgen eine Anschrift im Saargebiet benannt sein, über welche der nachfolgende Schriftverkehr abgewickelt und an die zu gegebener Zeit die Abstimmungsausweise verschickt werden sollte. Die ursprünglichen Pläne der reichsdeutschen Behörden sahen vor, daß auch die reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten auf die „Beratungsstelle der Deutschen Front für Abstimmungsberechtigte in Saarbrücken III, Kaiserstraße 9“ verwiesen. Gleichzeitig waren sie gehalten, eine Abschrift ihres Antrages an diese formal unabhängige saarländische Zentralstelle zu senden³⁴¹¹. Doch schon nach wenigen Wochen war abzusehen, daß die Beratungsstelle

8014/391) dürfte nicht von der Hand zu weisen sein, daß die Erfassung durch den BdS als nach außen private Organisation effektiver war, weil die Abstimmungsberechtigten den Weg leichter zu ihm als zu den Polizeidienststellen fanden.

³⁴⁰⁷ Die Ortsgruppe Bonn hatte aus eigener Initiative die Anträge für alle Abstimmungsberechtigten vorbereitet, die von diesen nur noch unterschrieben werden mußten. Die Versendung der Anträge an die saarländischen Gemeindebehörden erfolgte ebenfalls durch die Ortsgruppe. Drei Tage vor Ablauf der Frist konnte der Oberbürgermeister am 28.08.34 vermerken, daß dadurch alle in Bonn wohnenden 487 Abstimmungsberechtigten durch den Verein erfaßt seien: Vgl. Schriftwechsel, in: StA Bonn, P 10/163; „Westdeutscher Beobachter“ (27.07.34). Nach einer vorangegangenen Beschwerde über die unzureichende Kooperationsbereitschaft der Behörden auf unterer Ebene mahnte das hessische Staatsministerium die Kreisämter, Polizeidirektionen und Polizeiämter (16.08.34, in: Staatsarchiv Darmstadt, G 15 Büdingen C 17), binnen dreier Tage Verzeichnisse der Abstimmungsberechtigten zu erstellen.

³⁴⁰⁸ Vgl. SF 15 (1934) 4, S. 66; SF 15 (1934) 22, S. 467 f. Selbst kleinere und kleinste Ortsgruppen beteiligten sich mit großem Engagement an der Erfassung: Vgl. Rundschreiben der Ortsgruppe Weimar (26.09.34), in: StA Weimar, 12/0-00-9; Brief der Ortsgruppe Dinslaken an die Saarbrücker Botenmeisterei (07.01.35), in: StA Saarbrücken, Großstadt 2967.

³⁴⁰⁹ Vgl. Brief Konsul Jonas' an die GSV (20.12.34) und Antwortschreiben Vogels (23.12.34), in: BA-R 8014/447. Gerade in ländlichen Regionen war der Aufwand zur Erfassung gewaltig: So fanden sich in den 139 Gemeinden des Bezirksamts Regensburg insgesamt nur fünf Abstimmungsberechtigte in drei Gemeinden: Vgl. Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Regensburg 5232. Siehe von Behördenseite hierzu auch: Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Amberg 9214; StA Leipzig, Knautnaundorf 4; LA Speyer, H 38/ 963. Zur Betreuungsarbeit der Obleute, die vor allem in ländlichen Gegenden große Strapazen auf sich nehmen mußten: Vgl. SF 15 (1934) 18/19, S. 389 f.

³⁴¹⁰ In Stuttgart, wo die Richtlinien Fricks erst mit einmonatiger Verspätung eingingen, hatte der ansässige Saarverein den Abstimmungsberechtigten einen derart unzureichenden Vordruck zur Eintragung in die Abstimmungslisten übersandt, daß sich das Statistische Amt der Stadt Stuttgart in die Pflicht genommen sah, binnen weniger Tage den insgesamt 278 Abstimmungsberechtigten die richtigen Anträge zukommen zu lassen und selbst dafür Sorge zu tragen, daß sie rechtzeitig zum 31. August in der saarländischen Gemeinde eintrafen: Vgl. Brief des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart an das Bürgermeisteramt (17.09.34), in: HStA Stuttgart, E 151/ 02/ 121.

³⁴¹¹ Vgl. Rundschreiben des RMI (14.07.34), in: BA-R 43-I/255; Besprechungsprotokoll zwischen Beratungsstelle und GSV vom 02.08.34 (02.08.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 28; Besprechungsprotokoll (Juli 1934), in: BA-R 8014/1130. Trotz dieser Kompetenzabgrenzung wurden potentielle Abstimmungsberechtigte

überfordert sein würde – ein Eindruck, der sich mit Beginn der Einspruchsfrist (26. September) erhärtete³⁴¹².

Bis dahin hatten insgesamt 532.740 Abstimmungsberechtigte ihre Eintragung in die vorläufigen Wählerverzeichnisse beantragt, unter ihnen 55.794 Personen, die ihren Wohnsitz außerhalb des Saargebietes hatten³⁴¹³. Etwa gegen jeden elften Antrag (46.033) wurde Einspruch eingelegt, wozu weitere 32.854 Einsprüche auf nicht erfolgte Eintragung kamen³⁴¹⁴. Angesichts dessen trafen die DF-Beratungsstelle in Saarbrücken und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ – vermutlich schon im Laufe des August – die Übereinkunft, daß der Bund der Saarvereine fortan für die Bearbeitung der gegen reichsdeutsche Abstimmungsberechtigte bzw. der von diesen eingelegten Einsprüche zuständig sei³⁴¹⁵. Etwa 12.000 Aufforderungen zur nachträglichen Eintragung wurden in den kommenden Wochen (bis 25. Oktober) versandt³⁴¹⁶, während der Geschäftsstelle 3.000 Einsprüche zur Prüfung „auf schlüssige Beweisführung und formelle Richtigkeit“ von der Beratungsstelle zugingen³⁴¹⁷. Während der bleibenden Monate bis zum Plebiszit wuchs Vogels Mitarbeiterstab in der Stresemannstraße von ursprünglich etwa einem halben Dutzend Angestellten auf etwa 60–70 Personen; allein 25 Stenotypistinnen erledigten unter Leitung des

von drei Seiten mit den Antragsformularen bedacht: Der Beratungsstelle, der GSV sowie den lokalen Meldestellen im Reich: Vgl. Brief Freudenbergers an die GSV (21.08.34), in: BA-R 8014/1130.

³⁴¹² Vgl. hierzu die Statistik über die Tätigkeit der Beratungsstelle in der Zeit zwischen 01.08.34 und 31.01.35 (13.02.35), in: LHA Koblenz 442/8538.

³⁴¹³ Vgl. dritter Bericht der Abstimmungskommission (31.10.34), in: JO 15 (1934) 12-I, S. 1660; SF 15 (1934) 24, S. 526 f. In Frankreich kursierten daraufhin Mutmaßungen über die Frage, ob diese Zahlen nicht zu hoch gegriffen seien. Basierend auf dem Datenmaterial von Versicherungen prognostizierten verschiedene Berechnungen eine maximale Zahl von 451.000 Abstimmungsberechtigten: Vgl. „Le Temps“ (27.09.34); Note technique (30.09.34) und undatierter Bericht George Bonaldis an den Vizepräsidenten der „Association Française“, in: MAE, PA AP 212/1.

³⁴¹⁴ Diese Art des Einspruchs betraf den Personenkreis, der es versäumt hatte, sich rechtzeitig bis 31.08.34 in die Listen eintragen zu lassen. Insgesamt lagen 107.145 Einsprüche vor, da in 28.258 Fällen noch Namenskorrekturen beantragt wurden: Vgl. vierter Bericht der Abstimmungskommission (15.11.34), in: JO 15 (1934) 12-I, S. 1671.

³⁴¹⁵ Vgl. Merkblatt 2 und zweite Anweisung an die Saar-Obmänner (10.09.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27; Funkspruch der Berliner Polizeifunkstelle Nr. 138 (18.09.34), in: Staatsarchiv Freiburg, A 96/1/ 2197; Rundschreiben der GSV an die Obleute (01.10.34), in: LHA Koblenz, 661,11/9; Arbeitsbericht des Leiters der Beratungsstelle Freudenberger (04.02.35), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.491.

³⁴¹⁶ Beispielsweise waren in Münster zum Ende der ersten Frist 124 Personen bei den städtischen Behörden gemeldet, unter ihnen zahlreiche Studenten. Drei Monate später waren es zwar bereits 182 Personen. 14 potentielle Abstimmungsberechtigte waren der Aufforderung nach Meldung nicht nachgekommen: Vgl. Aufzeichnungen in: StA Münster, Stadtregistratur 10/9.

³⁴¹⁷ Vgl. SF 15 (1934) 22, S. 464 f.; SF 15 (1934) 24, S. 522 f.; nach Gemeinden geordnete Unterlagen der Beratungsstelle (Oktober 1934), in: BA-R 8014/1160. Zum Schriftwechsel zwischen Beratungsstelle und GSV (August 1934 – März 1935) vgl. BA-R 8014/1139. In der GSV entstand auf diese Weise eine eigene Kartei der reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten: Vgl. undatiertes Protokoll der Besprechung mit Vollert im RMI am 06.08.34, in: BA-R 8014/1145; Aufzeichnung (Oktober 1934), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 28; Aktennotiz (Januar 1935), in: BA-R 8014/1132. Listen der Ortsgruppen mit der Anzahl der dort gemeldeten Abstimmungsberechtigten und Einsprüchen, in: BA-R 8014/1152–1155. Selbst wenn die Voraussetzungen offensichtlich nicht gegeben waren, wurde zahlreichen Antragstellern beim Einlegen ihres Einspruches geholfen, sofern sie im deutschen Interesse abzustimmen versprochen: Vgl. Brief der Ortsgruppe Hamburg an die Saarbrücker Botenmeisterei (28.12.34), in: StA Saarbrücken, Großstadt 2967.

Bürovorstehers Schahn den Schriftverkehr in der um einige Räumlichkeiten erweiterten Geschäftsstelle³⁴¹⁸.

Auf Vorschlag des Referenten im Reichsinnenministerium bat die Geschäftsstelle etwa 30–40 Richter und Rechtsanwälte des Berliner NS-Juristenbundes, ehrenamtlich bei der Bearbeitung der komplizierteren Einspruchsfälle zu helfen³⁴¹⁹. Aufgrund der Masse eingegangener Ablehnungsbescheide und der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit³⁴²⁰ delegierte Vogel die Bearbeitung der Einsprüche an die Ortsgruppen weiter. So forderte der Führer der Landesgruppe Westmark ebenfalls die Ortsgruppenleiter seines Einflusbereiches auf, sich mit juristisch geschulten Personen in Verbindung zu setzen³⁴²¹.



Abb. 75: Die Registratur der Geschäftsstelle „Saar-Verein“

Nicht nur in der zeitgenössischen prodeutschen Literatur wurde bislang vor allem darauf hingewiesen, daß von Seiten der Einheitsfront massenhaft Einsprüche gegen die Stimmberechtigung offensichtlicher Rückgliederungsbefürworter eingelegt worden sei, um das Plebiszit zu verzögern³⁴²². Sechs von sieben dieser Einsprüche

³⁴¹⁸ Vgl. Brief der GSV an Karius (25.10.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 12; Geschäftsbericht 1934/35, S. 15. Bis 1912 war Schahn Sekretär beim Saarbrücker Knappschaftsverein und in den darauf folgenden Jahren bis 1919 Direktor der Reichsversicherungsanstalt Berlin: Vgl. Brief Vogels an Posselt (11.09.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 7. Detaillierter läßt sich nur der berufliche Werdegang von Vogels Sekretärin Elsa Brondke (*1893) nachzeichnen: Nach dem Besuch der höheren Mädchenschule und eines Töchterpensionats studierte Brondke Englisch in Hull. Zwischenzeitlich war sie als Privatlehrerin in Budapest und St. Petersburg tätig, bevor sie von 1922 bis 1932 als Sekretärin in leitender Position beim brasilianischen Bundeskommissar Oberst Gaelzer-Netto arbeitete. Zahlreiche Dienstreisen führten sie ins Ausland. 1933 verpflichtete sie der VDA, von dem aus sie für ein halbes Jahr in die Landesstellenleitung des Deutschen Nationalsozialistischen Frauenarbeitsdienstes wechselte, bevor sie zwischen Oktober 1934 und März 1935 ihre Arbeit in der GSV versah: Vgl. Lebenslauf der Elsa Brondke (22.03.35), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.098.

³⁴¹⁹ Vgl. Brief der GSV an das RMI (10.09.34), in: BA-R 8014/1130; Brief des RMI an den „Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“ in Berlin (10.09.34), in: BA-R 8014/1141. Unter den Juristen, die ihre Zusage erteilten, befanden sich u.a. die StS a.D. Dr. Brugger und Dr. Mängel sowie Oberlandesgerichtspräsident i.R. Dr. Holthöfer: Vgl. Liste (Oktober 1934), in: BA-R 8014/1139. Entsprechende Vordrucke für die Abstimmungsberechtigten ermächtigten einen Vertreter der GSV zu dieser Rechtshilfe: Vgl. LA Saarbrücken, Saar-Verein 27.

³⁴²⁰ Die Einspruchsfrist endete zwar erst am 25.10.34, doch hatten Personen, welche aus den vorläufigen Listen gestrichen werden sollten, lediglich vier Tage Zeit, beim zuständigen Kreisbüro zu reagieren: Vgl. Pressenotiz des BdS (20.10.34), in: BA-R 1501/5409. Die aktuellen Richtlinien wurden selbstverständlich auch im SF veröffentlicht, hier: SF 15 (1934) 22, S. 475. Vgl. auch SF 15 (1934) 20, S. 415 f.; SF 15 (1934) 21, S. 432; SF 15 (1934) 26, S. 562 ff.; SF 15 (1934) 26, S. 579 sowie die drei Sondernummern.

³⁴²¹ Kellner schlug hierbei auch die Kooperation mit dem NS-Lehrerbund vor: Vgl. Rundschreiben Kellners an die Ortsgruppen (12.09.34), in: LHA Koblenz, 661,11/7. In Erfurt bestand ebenfalls eine Filiale zur Bearbeitung der Einsprüche: Vgl. SF 15 (1934) 22, S. 473.

³⁴²² Vgl. nur exemplarisch: SF 15 (1934) 22, S. 475; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 225. Allein im Bezirksamt Kusel kamen auf 674 Abstimmungsberechtigte 440 Einsprüche: Vgl. Auflistung (02.11.34), in: LA Speyer, H 38/403.

wurden zwar zurückgewiesen, aber immerhin 7.217 als begründet angesehen. Auf der anderen Seite trugen die deutschen Behörden ebenso dazu bei, die Fristen in Frage zu stellen: So informierte das Reichsinnenministerium die Regierungspräsidenten noch vor Beginn der Einspruchsfrist darüber, daß das Neunkircher – gemeint war das Ottweiler – Kreisbüro im Gegensatz zu den anderen sieben Zentralen die Abstimmungsberechtigung von Saargängern³⁴²³ anerkenne. Aus diesem Grund sollten die Einsprüche auf Nichteintragung von dort zu registrierenden Saargängern bis unmittelbar vor Ablauf des Fristtermins gesammelt und erst dann an das Kreisbüro weitergeleitet werden³⁴²⁴.

So vollständig und umfassend die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ alle prodeutsch gesinnten Abstimmungsberechtigten erfaßt und mobilisiert wissen wollte, so zurückhaltend verhielt sie sich gegenüber vermeintlichen Gegnern der Rückgliederung. Von mehreren Obleuten und Ortsgruppen kam während des Sommers die Anfrage, wie sie mit politisch und national „unzuverlässigen“ Abstimmungsberechtigten zu verfahren hätten. Dem Gladbecker Saarverein schien beispielsweise ein Mann suspekt, der in betrunkenem Zustand behauptet habe, für Frankreich stimmen zu wollen. Ferner hegte die Gruppe Argwohn gegenüber einem „fanatischen Anhänger der sog. Bibelforschersekte“, einen Fremdenlegionär und dessen Mutter sowie einer Frau, die längere Zeit in Frankreich gelebt hatte³⁴²⁵. Wenn es die Geschäftsstelle auch in der Regel den Obleuten vor Ort anheimstellte, die notwendige Entscheidungen zu treffen³⁴²⁶, gab sie in Einzelfällen detaillierte Anregungen: Hinsichtlich ihrer Reiseunterlagen sollte die Frau

³⁴²³ Gemeint war damit der Personenkreis, der seinen Wohnsitz am 28.06.19 zwar offiziell außerhalb der Saargebietsgrenzen hatte, allerdings erst am Wochenende nach dort zurückkehrte und unterhalb der Woche in Schlafhäusern oder bei Privatpersonen im Saargebiet lebte.

³⁴²⁴ Dies sollte den zuständigen Saarmeldestellen nicht mitgeteilt werden: Vgl. Rundschreiben des RMI an die Regierungspräsidenten (19.09.34), in: LHA Koblenz 442/8537; WAMBAUGH, S. 236 f. Weitere Verzögerungen gab es durch ein Mißverständnis: Die saarländischen Gemeindebehörden waren gehalten, den Eingang des Antrages auf Eintragung in die Listen zu bestätigen, was viele potentielle Abstimmungsberechtigte bereits als tatsächliche Anerkennung ihrer Berechtigung verstanden. Erst sehr spät fiel den reichsdeutschen Behörden auf, daß zahlreiche Antragsteller letztendlich nicht verzeichnet waren: Vgl. Brief des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart an das württembergische Ministerium des Innern (26.10.34), in: HStA Stuttgart, E 151/ 2/ 121.

³⁴²⁵ Vgl. Brief der Ortsgruppe Gladbeck an die GSV (28.08.34), in: BA-R 8014/1158. Ein Kommunist aus Herzogenrath, von dem der Ortsgruppenleiter glaubte, ihn nicht zur Pflichterfüllung bewegen zu können (24.09.34, in: Ebd.), eine Frau aus Kirrberg mit Desinteresse an der Abstimmung (11.10.34, in: Ebd.), ein Mitglied des Saarbundes aus Solingen (12.10.34, in: Ebd.), eine Jüdin aus Viersen, von der auszugehen sei, daß sie gegen Deutschland stimme (15.10.34, in: Ebd.) sowie eine Familie aus Nonnweiler, die sich nicht an der Volksbefragung am 12.11.33 und Abstimmung 19.08.34 beteiligt hatte (20.10.34, in: Ebd.). Die Ortsgruppe Bremen teilte mit, daß sie Bedenken gegenüber einer abstimmungsberechtigten Jüdin habe, bei deren Mann es sich „anscheinend um einen streng rituellen Juden, bei dem nationale Zuverlässigkeit ausgeschlossen ist“, handele: Vgl. Brief der Ortsgruppe Bremen an die GSV (12.10.34) in: BA-R 8014/1145-1.

³⁴²⁶ Sie überließ es dem Ermessen des jeweiligen Obmanns, „ob der Betreffende in politischer Hinsicht als zuverlässig anzusehen ist, und ob Sie [der Obmann – F.B.] eine nachträgliche Antragsstellung im Wege des Einspruchs verantworten können.“: Vgl. Rundschreiben der GSV an die Obleute (29.09.34), in: BA-R 8014/1158.

eines bereits ins Ausland geflüchteten Juden bis nach der Abstimmung getröstet werden, da die Gefahr bestünde, daß sie ebenfalls die Gelegenheit zur Flucht nach Frankreich nutze:

*„Meiner Ansicht nach ist der obige Weg gangbar, und besser, eine Stimme weniger für uns als eine Stimme mehr für Frankreich, zumal eine Stimme für Frankreich für uns viel unangenehmer wäre.“*³⁴²⁷

Ähnliche Restriktionen galten auch für Personen, die nach der nationalsozialistischen Ideologie als asozial einzustufen waren. Trinkern beispielsweise sollte trotz ihrer Abstimmungsberechtigung die Teilnahme am Plebiszit verweigert werden, da sie mehrheitlich gegen die Reichsregierung eingestellt seien und ihren Aufenthalt an der Saar zur Hetzerei nutzen könnten³⁴²⁸. Die Aufnahme von Juden in den Ortsgruppen war nach Simons Führererlaß von Oktober 1933 nicht mehr statthaft. Im Vorfeld der Abstimmung stellte sie sich allerdings erneut: So sah sich die Koblenzer Gauleitung genötigt, auf eine entsprechende Anfrage der Ortsgruppe Trier zu antworten:

*„Grundsätzlich können Nichtarier nicht Mitglieder des Bundes der Saarvereine werden. Bei abstimmungsberechtigten Saardeutschen kann jedoch mit Rücksicht auf die Abstimmung im Saargebiet eine Ausnahme gemacht werden, falls der Vereinsführer für die unbedingte Zuverlässigkeit des in Frage stehenden Abstimmungsberechtigten die volle Garantie übernehmen kann. Selbstverständlich soll ein solches Mitglied nicht mit irgend welchen Ämtern betraut werden, wie überhaupt darauf aufmerksam zu machen ist, daß ein Nichtarier, der abstimmungsberechtigt und infolgedessen Mitglied geworden ist, nicht als solches in Erscheinung treten darf.“*³⁴²⁹

Die in dem Schreiben angesprochene beabsichtigte Erfassung aller Abstimmungsberechtigten in den Ortsgruppen des Bundes blieb bestenfalls ein Idealziel und konnte – abgesehen von einigen kleineren Stützpunkten – nicht realisiert werden³⁴³⁰.

Insgesamt waren 539.541 Personen die Abstimmungsberechtigung zuerkannt worden, von denen etwa 48.000 im Laufe der inzwischen verstrichenen 15 Jahre ihren Wohnsitz in das Deutsche Reich verlegt hatten³⁴³¹. Unter den Abstimmungsberechtigten des 13. Januar befanden sich

³⁴²⁷ Vgl. Brief der GSV an die Ortsgruppe Stettin (13.12.34), in: BA-R 8014/1137.

³⁴²⁸ Vgl. Brief des Direktors der Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler an Oberpräsident von Lüninck (05.01.35), in: Archiv des LVR 4848. Unter der Voraussetzung, daß ihre Reststrafen nicht höher als sechs Monate dauerten und die öffentliche Ordnung nicht gefährdet wurde, durften Strafgefangene bzw. in Haft befindliche Abstimmungsberechtigte hingegen teilnehmen: Vgl. Brief des Reichs- und preußischen Justizministers an die Generalstaatsanwälte (15.12.34), in: Staatsarchiv Bremen, 3-M2h2, 54/ 251/ 9.

³⁴²⁹ Vgl. Brief der Geschäftsstelle Koblenz an Kellner (03.08.34), in: LHA Koblenz, 661,11/26. Generell galt, *„daß solche Juden, die keinen Zweifel daran lassen, daß sie für Deutschland stimmen, mit zur Abstimmung genommen werden, die Teilnahme der übrigen aber verhindert wird. Vorläufig muß dieses ganze Problem noch zurückgestellt werden.“*: Vgl. Brief der Geschäftsstelle Koblenz an Dr. Kuhn (29.03.34), in: BA-R 8014/391.

³⁴³⁰ Siehe hierzu S. 612 f.

³⁴³¹ Vgl. JO 16 (1935) 2, S. 247; Auflistung der Abstimmungsberechtigten nach deutschen Ländern (15.10.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 28. Demnach stammten allein 1.700 aus Berlin und über 18.200 aus der Rheinprovinz. Die Zahlen decken sich mit den Angaben aus der Kartothek der GSV, die insgesamt 52.045 Personen umfaßte, unter denen sich 1.074 Nichtabstimmungsberechtigte und 161 Nichtabstimmungsfähige befanden, während bei 5.553 die Berechtigung noch nicht geklärt war. 2.106 waren zwischenzeitlich ins Saargebiet zurückgekehrt: Vgl. Aktennotiz (Januar 1935), in: BA-R 8014/1132. Besonders ergiebig sind die Unterlagen aus dem Regierungsbezirk Trier, wo in fast jeder Gemeinde Abstimmungsberechtigte gemeldet

ferner mehrere Tausend Personen, die aus beruflichen oder wirtschaftlichen Gründen Deutschland verlassen und ins Ausland gezogen waren. Auf diese quantitativ zunächst völlig unterschätzte Gruppe soll nun das Augenmerk gerichtet werden.

Kap. 14.3: Die ausländischen Abstimmungsberechtigten und ihr Transport nach Deutschland

Auf der gleichen ressortübergreifenden Referentenbesprechung im Reichsministerium des Innern Mitte März 1934, auf welcher der Stein zur Erfassung der geschätzten 33.000 reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten ins Rollen gebracht wurde, stand auch die Frage zur Debatte, wie mit den jenseits der Reichsgrenzen lebenden Wahlberechtigten zu verfahren sei. Da lediglich in Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden größere Gruppen vermutet wurden, denen die Wilhelmstraße zum damaligen Zeitpunkt allerdings keine weiterreichende Bedeutung beimaß³⁴³², waren die ersten Schritte zu deren Erfassung im Frühjahr 1934 eher verhalten. Voigt als zuständiger Saarreferent des Auswärtigen Amtes überließ es den deutschen diplomatischen Vertretungen,

„ob die Gründung einer besonderen privaten Organisation, etwa eines Saarvereins, möglich und zweckmäßig erscheint, oder ob die Ermittlungen mit Hilfe der bereits bestehenden deutschen Vereine durchgeführt werden sollen.“³⁴³³

Wichtig sei aber in jedem Fall, daß Aufrufe in der Presse von privaten und nicht von offiziellen reichsdeutschen Stellen geschaltet würden, wodurch er die späteren Garantievereinbarungen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich ihres Sinnes beraubte³⁴³⁴. Noch ein halbes Jahr vor dem inzwischen festgelegten Abstimmungstermin entfalteten die reichsdeutschen Behörden keine übermäßige Aktivität: Bis Mitte Juni 1934 hatte das Auswärtige Amt erst knapp 900 mögliche Berechtigte außerhalb Frankreichs und Deutschlands ermitteln können, darunter 560 Personen aus europäischen Staaten. Wenn seiner Ansicht nach auch die etwa 325 in Nord- und Südamerika beheimateten Saarländer für den Ausgang des Plebiszits quantitativ kaum ins

waren. Eine Auflistung von Mitte November 1934 verzeichnete 7.299 Abstimmungsberechtigte in zehn Landkreisen bzw. der Stadt Trier: Vgl. LHA Koblenz, 442/8538. Da in Bremerhaven die Erfassung der saarländischen Seeleute erfolgte, stammten ebenfalls relativ viele Saarländer von dort: Vgl. undatiertes Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten von Bremerhaven, in: StA Bremerhaven, F 365/1.

³⁴³² Vgl. Rundschreiben des AA an die Botschaften, Gesandtschaften, Generalkonsulate und Konsulate im Ausland (06.02.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.473; Bericht des Gesandten Sperr an das BayMA über die Referentenbesprechung vom 14.03.34 (14.03.34), in: BayHStA, StK 6100.

³⁴³³ Vgl. Rundschreiben des AA an die Botschaften, Gesandtschaften, Generalkonsulate und Konsulate im Ausland (18.03.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.473. Aus einer internen Auflistung von Mai 1934 geht hervor, daß sowohl in Schleswig als auch in Ostpreußen, Marienwerder und Oberschlesien sowie Kärnten und Ödenburg private deutsche Organisationen involviert waren: Vgl. Auflistung des Assessors Hobein (03.05.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.462.

³⁴³⁴ Ohnehin verstießen sowohl Frankreich als auch Deutschland durch ihr Wettfeiern um die Abstimmungsberechtigten außerhalb des Saargebietes gegen den Buchstaben der Wahlordnung, die in Artikel 17 festgelegt hatte, daß es Sache der Abstimmungskommission sei, dort den Aufruf zur Eintragung in die Stimmlisten mit geeignet erscheinenden Mitteln bekannt zu machen.

Gewicht fielen, so verkannte Voigt keineswegs die „*hohe moralische und propagandistische Wirkung*“, welche ihre Heranführung besaß³⁴³⁵. Aus diesem Grund plädierte er dafür, von Reichsseite die Kosten für den Transfer zu den Urnen zu übernehmen³⁴³⁶.

Ein wirklich durchgreifender Wandel machte sich erst in der zweiten Jahreshälfte bemerkbar, als sich abzeichnete, daß die Gesamtzahl der in Frage kommenden Personen nicht nur höher sein würde, als bis zum damaligen Zeitpunkt angenommen worden war, sondern daß ein Teil der Abstimmungsberechtigten aus kleinen Dörfern an der deutsch-französischen Grenze stammte, in denen selbst wenige Stimmen das Zünglein an der Waage sein konnten. Auch wenn die exakte Zahl der ausländischen Abstimmungsberechtigten noch immer nicht feststehe,

*„scheint es bei den gegenwärtigen Aussichten über das Gesamtergebnis der Abstimmung schwer vertretbar, nicht alles zu tun, was einer Verbesserung dieses Ergebnisses dienlich sein könnte. Da gemeindeweise abgestimmt wird und nicht ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich ist, daß der Völkerbund gegebenenfalls eine Teilung des Gebiets vornimmt, können in der Tat für manche Gemeinden Mehrheiten von einigen ganz wenigen Stimmen von Bedeutung sein und demzufolge eine etwaige Grenzziehung beeinflussen.“*³⁴³⁷

Erst jetzt ließ das Reichsfinanzministerium seine Bedenken gegen die Verwendung der beantragten 300.000 RM für den Transport der Abstimmungsberechtigten aus Übersee fallen³⁴³⁸, deren Zahl sich zu diesem Zeitpunkt im Vergleich zur letzten Erhebung mit 830 Personen mehr als verdoppelt hatte³⁴³⁹. Die Frage der Zuständigkeit für die Bearbeitung von Anträgen ausländischer Abstimmungsberechtigter war hingegen noch nicht geklärt³⁴⁴⁰. Je näher das Plebiszit rückte und sich damit die Größenordnung der ausländischen Abstimmungsberechtigten abzeich-

³⁴³⁵ Vgl. Brief des AA an das RMI (16.07.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.474. Hierin auch eine Auflistung nach Ländern.

³⁴³⁶ Voigt rechnete mit etwa 10.000 RM für die europäischen Abstimmungsberechtigten und mit etwa 230–270.000 RM für die erwarteten 300–325 Wähler aus Übersee. Insgesamt beantragte er 300.000 RM: Vgl. ebd. Erste Anfragen zur Kostenübernahme stammten von den deutschen Auslandsvertretungen: Vgl. Brief der deutschen Botschaft Rom an das AA (11.05.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.522.

³⁴³⁷ Vgl. Aktenvermerk im RMFinanz (30.08.34), in: R 2/4416. Außerdem hätte Frankreich eine Quote von unter 70% für die Rückgliederung als moralische Niederlage für Deutschland interpretiert: Vgl. Brief Morizes an Außenminister Paul-Boncour (08.12.33), in: MAE, Sarre 236. Früher als die Entscheidungsträger in Berlin und München hatte der bayerische Saarvertrauensmann an der Grenze zum Saargebiet die propagandistische Notwendigkeit einer möglichst vollständigen Erfassung und Mobilisierung erkannt: Nur wenn es gelang, alle eingetragenen Abstimmungsberechtigten zur Stimmabgabe zu bewegen, so Binder in seinem Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten Siebert (09.05.34, in: BayHStA, StK 6083), könne der Anteil der Rückgliederungsgegner gering gehalten und das anvisierte Ziel der 90%-igen Majorität für Deutschland erreicht werden.

³⁴³⁸ Vgl. Brief des RMFinanz an das RMI (30.08.34), in: R 2/4416.

³⁴³⁹ So waren bis Anfang September 1934 über die deutschen Auslandsvertretungen insgesamt 1.533 Abstimmungsberechtigte erfaßt worden, darunter 703 aus dem europäischen Ausland ohne Frankreich, 621 aus den Vereinigten Staaten, 27 aus Kanada, 65 aus Argentinien und 64 aus Brasilien: Vgl. Brief des AA an verschiedene Reichsministerien (11.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.477.

³⁴⁴⁰ Vgl. Brief der GSV an die Beratungsstelle der DF (28.09.34), in: BA-R 8014/1139. Erst in der zweiten Jahreshälfte erfolgte zwischen den Berliner Ressorts eine Abgrenzung der Kompetenzen dergestalt, daß das RMI für die reichsdeutschen, das AA hingegen für die ausländischen Abstimmungsberechtigten verantwortlich zeichnete: Vgl. Brief des PrMI/RMI an das RMFinanz (30.11.34), in: BA-R 2/4416.

nete, desto schneller wuchs die Summe der für den Transport beantragten Gelder, die ebenso wie die Mittel für die reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten offiziell aus Spendeneingängen für den „Saarkalender“ und einem eigens eingeführten Abstimmungskalender stammten³⁴⁴¹.

Schließlich befanden sich unter den etwa 540.000 abstimmungsberechtigten Personen etwa 7.000 zugelassene Wähler, die ihren Wohnsitz im Laufe der 15jährigen Völkerbundsverwaltung ins Ausland verlegt hatten. Unter diesen stellte Frankreich mit etwa 5.000 Personen das weitaus größte Kontingent, gefolgt von den Vereinigten Staaten und Kanada mit 900, Luxemburg mit 360 und den Niederlanden mit etwa 280 Personen³⁴⁴². Hinsichtlich der Erfassung und Mobilisierung dieser ausländischen Abstimmungsberechtigten gab es unterschiedliche länderspezifische Strategien.

a) Die Abstimmungsberechtigten aus dem europäischen Ausland

Obwohl das Auswärtige Amt noch im Dezember 1933 von der Gründung einer Ortsgruppe des Saarvereins in Luxemburg abgeraten hatte³⁴⁴³, formierte sich auch im Großherzogtum ein „Verein heimattreuer Saarländer“, der sich die Erfassung, Mobilisierung und Betreuung der Abstimmungsberechtigten auf die Fahnen geschrieben hatte. Die treibende Kraft hinter der Gruppe waren die beiden Ingenieure Robert Lordt und Wilhelm Timmer, die ebenso wie die verantwortlichen Leiter anderer ausländischer Ortsgruppen des Bundes nach der Abstimmung mit einem handsignierten Bild und einem Dankeschreiben Hitlers bedacht wurden³⁴⁴⁴. Ähnliche Organisationen, wie sie von den deutschen diplomatischen Vertretungen beispielsweise aus der

³⁴⁴¹ Mitte November schienen noch 500.000 RM ausreichend, Ende des gleichen Monats war diese Summe bereits auf das Doppelte angewachsen und schon am 05.12.34 vermerkte das Finanzministerium (R 2/4416): „Für die Heranführung und Betreuung der Saarabstimmungsberechtigten aus Übersee und dem Auslande sind dem Ausw.Amt [...] 1.000.000 RM [...] für das Rechnungsjahr 1934 zur Verfügung gestellt worden. Mit einer Überschreitung des Titels bis zu 500.000 RM aus diesem Anlaß ist zu rechnen.“ Vgl. dort auch die oben geschilderte Entwicklung sowie Aktenvermerk im AA (24.11.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.484.

³⁴⁴² Aus Mittel- und Südamerika stammten 210, aus Afrika und Asien zusammen 30 Abstimmungsberechtigte. In Italien konnten 33, in der Schweiz 70, in Belgien 84, in Spanien 43, in Österreich 27, in Großbritannien 17 und in Polen 210 Personen ermittelt werden. Aus anderen Staaten reisten jeweils nur einzelne Abstimmungsberechtigte an: Vgl. SF 15 (1934) 25, S. 550 f.; Sondernummer 1 (1934/35), S. 14.

³⁴⁴³ Aufgrund der politischen Heterogenität der dortigen Abstimmungsberechtigten schwebte dem Saarreferenten als mögliche Alternative die Bildung eines allgemeinen Ausschusses vor, der dann allerdings mit der reichsdeutschen Organisation kooperieren sollte: Vgl. Brief des AA an die deutsche Gesandtschaft Luxemburg (07.12.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.096. Die Gesandtschaft ihrerseits hatte am 21.09.33 um die Vermittlung von Kontakten zur GSV gebeten, dachte aber in erster Linie an eine Erfassung der luxemburgischen Abstimmungsberechtigten durch eine dem VDA angegliederte Organisation, in: Ebd.

³⁴⁴⁴ Zum Luxemburger Saarverein: Vgl. Schriftwechsel in LHA Koblenz, 661,11/12 (Liste der Abstimmungsberechtigten) und 14. Zu den Dankeschreiben vgl. Brief des AA an Bürckel (11.01.35, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.488) sowie Briefe der Reichskanzlei (23.01.35), in: BA-R 43-I/256.

Tschechoslowakei³⁴⁴⁵, der Schweiz³⁴⁴⁶ oder den Niederlanden³⁴⁴⁷ gemeldet wurden, dürften eher den Charakter spontan gegründeter Aktionskomitees als reguläre Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine besessen haben. In Belgien³⁴⁴⁸ sowie Danzig³⁴⁴⁹ wurde die Erfassung von reichsdeutschen Saar-Obleuten wahrgenommen, obwohl Simon den Ortsgruppen offiziell jede propagandistische Betätigung im Ausland zur Vermeidung außenpolitischer Verwicklungen untersagte³⁴⁵⁰.

Schon allein die geographischen Gegebenheiten brachten es mit sich, daß eine größere Zahl abstimmungsberechtigter Saarländer nach 1919 ihren Wohnsitz in Frankreich genommen hatten, zumal die lothringischen Bergwerksgesellschaften ab Mitte der zwanziger Jahre die Abwanderung saarländischer Bergarbeiter förderten³⁴⁵¹. Nach einer Untersuchung aus Gewerkschaftskreisen lebten in den benachbarten Gemeinden Lothringens ungefähr 2.300 abstimmungsberechtigte Bergleute, deren Gattinnen meist ebenfalls die Abstimmungsberechtigung besaßen³⁴⁵². Während die deutschen Behörden schon früh ein relativ hohes Wählerkontingent aus Frankreich einkalkulieren konnten, waren ihnen dort stärker als bei anderen europäischen

³⁴⁴⁵ Dort wollte ein Peter Lorang den „Heimatverein der Saarländer“ initiieren: Vgl. Brief der deutschen Gesandtschaft Prag an das AA (25.06.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.474.

³⁴⁴⁶ Vgl. Brief des deutschen Konsulats St. Gallen an das AA (02.06.34), in: Ebd.

³⁴⁴⁷ Vgl. Brief der deutschen Gesandtschaft Den Haag an das AA (15.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.487. Der Stützpunktleiter Walter Linn appellierte im Namen der „Arbeitsgemeinschaft der Saardeutschen in Holland“ in verschiedenen Zeitungen an potentielle Abstimmungsberechtigte, sich an die Amsterdamer Zentrale zu wenden: Vgl. Inserat im „Algemeen Handelsblad“ (09.08.34), in: MAE, Sarre 282. Ähnliche Aufrufe des „Deutschen Bundes“ meldete das französische Generalkonsulat Johannesburg seinem Außenministerium (20.08.34): Vgl. ebd.

³⁴⁴⁸ Neben der Ortsgruppe Herzogenrath (vgl. BA-R 8014/410) engagierte sich der Aachener Saarverein in der Erfassung der belgischen Abstimmungsberechtigten. Wegen der hieraus resultierenden enormen Belastung des Landesgruppenführers Reden wurde dieser bis Jahresende 1934 vom Schuldienst freigestellt: Vgl. Brief der Geschäftsstelle Koblenz an den Regierungspräsidenten von Aachen (03.11.34), in: BA-R 8014/184.

³⁴⁴⁹ Als ehrenamtlicher Mitarbeiter des RMPpropaganda war der Landesgruppenleiter für Ostpreußen, Konsul Jonas, nicht nur dort für alle Saarfragen zuständig, sondern auch mit der Betreuung der Abstimmungsberechtigten aus Danzig, Memel und dem Baltikum betraut: Vgl. Brief Jonas' an die GSV (10.11.34), in: BA-R 8014/1137. Für die europäischen Abstimmungsberechtigten galten die Ortsgruppen Königsberg, Breslau, Stettin, Hamburg, Bremen, Aachen, Köln und München als zuständige Anlaufstellen: Vgl. Brief der GSV an das AA (17.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.487. So wurden beispielsweise fünf Abstimmungsberechtigte aus dem norwegischen Bergen durch die Ortsgruppe Hamburg betreut: Vgl. Brief des AA an das deutsche Konsulat Bergen (10.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.486.

³⁴⁵⁰ Vgl. Brief Simons an das AA (12.05.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.473; Brief der Geschäftsstelle Koblenz an die Ortsgruppe Beuthen (11.05.34), in: BA-R 8014/253.

³⁴⁵¹ Da die saarländische „Administration des Mines Domaniales“ Entlassungen im größeren Umfang vorgenommen hatte, boten die grenznahen lothringischen Gruben trotz geringerer Löhne und Sozialleistungen für viele Bergleute die einzige Alternative: Vgl. HERR/ JAHNS, S. 211 ff.

³⁴⁵² Verteilung nach Gemeinden: Kleinrosseln: 835, Stiering-Wendel: 260, Forbach: 156, Merlebach: 242, Freyming: 454, Spittel: 210, Creutzwald: 145. Aufgrund von Entlassungen waren Anfang 1933 allerdings viele dieser Abstimmungsberechtigten wieder an die Saar verzogen: Vgl. Bericht über in Lothringen lebende Abstimmungsberechtigte (08.01.33), in: LHA Koblenz, 442/7500. Am 18.03.33 übersandte das RMI diese Liste dem AA, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.457. Vgl. hierzu die Auflistung der „Association Française“ (02.11.33), in: AN, F⁷ 13.472.

und überseeischen Staaten die Hände gebunden³⁴⁵³. Frankreich als selbst am Ausgang des Plebiszits interessierte Macht duldete – gestützt auf die Anfang Juni mit dem Deutschen Reich getroffenen Garantievereinbarungen – auf seinem Territorium bzw. den Kolonien und Mandatsgebieten keine Werbekampagnen für die dritte Option. Als Kompromiß wurde schließlich sehr zum Mißfallen der französischen Behörden der Vorschlag des Auswärtigen Amtes realisiert, sowohl die grenznahen als auch die zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallenden innerfranzösischen Abstimmungsberechtigten vom Saargebiet aus zu erfassen³⁴⁵⁴. Die Saarbrücker Beratungsstelle der „Deutschen Front“ betreute auf diese Weise über ihre Vertrauensleute in Elsaß-Lothringen eine Vielzahl ausgewanderter Abstimmungsberechtigter. Eine Sonderrolle spielten hierbei die in Paris ansässigen Saarländer, die von einem „Deutschen Hilfsverein“ betreut und denen auf Antrag auch entsprechende Reisekosten von reichsdeutscher Seite erstattet wurden³⁴⁵⁵.

Exkurs 6: Die französischen Maßnahmen im Vorfeld des Saarreferendums

Angesichts der Tatsache, daß profranzösische oder autonomistische Organisationen und Parteien in den zurückliegenden Jahren – wenn überhaupt – nur kurzzeitige Erfolge verbuchen konnten, verzichtete Frankreich bis zur nationalsozialistischen „Machtergreifung“ darauf, konkrete Maßnahmen zur Erfassung potentieller Abstimmungsberechtigter in die Wege zu leiten. Eine Reaktion auf das Angebot der „Association Française de la Sarre“ (AFS) an die Pariser Regierung von Mitte Mai 1932, gegen eine finanzielle Unterstützung von 150.000 Francs „*sous le contrôle secret de l'Etat*“ die organisatorischen Vorarbeiten zu leisten³⁴⁵⁶, erfolgte erst Anfang 1933, als sich an der Saar infolge der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ein Stimmungsumschwung abzeichnete. Frankreich witterte plötzlich Morgenluft und rechnet sich nun wieder Chancen aus³⁴⁵⁷, zumindest so viele Stimmen für die Option des Status quo mobilisieren zu können, daß das Mandatsgebiet entweder geteilt oder die französischen Interessen ihre gebüh-

³⁴⁵³ In Polen versuchten die deutschen Auslandsvertretungen, sich hinter der privaten Organisation des Bundes zu verstecken, der als Initiator von Aufrufen in der deutschsprachigen Presse fungieren sollte: Vgl. Brief des deutschen Konsulats Thorn an das AA (19.07.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.475.

³⁴⁵⁴ Vgl. Arbeitsbericht der Beratungsstelle der DF (04.02.35), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.491 sowie Briefe des AA an die deutsche Botschaft Paris (18.03.34, in: Botschaft Paris, 717 b bzw. 20.10.34, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.480). Im Herbst 1933 hatte Voigt explizit davor gewarnt, bei der Erfassung der „*gut deutsch*“ gesinnten Abstimmungsberechtigten in Frankreich „*die sonst unter Deutschen so beliebte Form geräuschvoller Vereinsmeierei*“ zu wählen, da dies großes Aufsehen erregen und damit Repressalien für die Mitglieder nach sich ziehen könnte. Dennoch empfahl er Schritte einzuleiten, um diese Gruppe gegen französische Einflüsse zu immunisieren: Vgl. Brief des AA an die deutsche Botschaft (20.11.33), in: PA AA, Botschaft Paris 716 b.

³⁴⁵⁵ Vgl. Briefe des AA an die deutsche Botschaft Paris (20.10.34, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.480 und 30.12.34, in: Botschaft Paris, 719) sowie Brief der deutschen Botschaft Paris an das AA (28.01.35), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.491.

³⁴⁵⁶ Vgl. Brief der AFS an den französischen Präsidenten (13.05.32), in: MAE, Sarre 302. Bardoux schlug in dem Schreiben vor, die in Frankreich lebenden abstimmungsberechtigten Saarländer in eigenen Organisationen zusammenzufassen und die frankophilen Verbänden im Saargebiet finanziell zu unterstützen.

³⁴⁵⁷ Jahrelang kursierten eher pessimistische Prognosen wie im „*Le Croix*“ vom 22.03.27, der mit maximal 5.000 Stimmen für Frankreich rechnete: Vgl. SF 8 (1927) 9, S. 135.

rende Berücksichtigung finden würden. Erheblich früher als ihre deutschen Gegenspieler entschieden die französischen Behörden im Frühjahr 1933, sich einer privaten Vereinigung zur Erfassung, Mobilisierung und Betreuung der innerfranzösischen Abstimmungsberechtigten zu bedienen; ab April 1933 flossen hierfür monatlich 7.500 Francs an die AFS³⁴⁵⁸. Schon bald stießen die wenigen Mitarbeiter³⁴⁵⁹ an ihre Grenzen, eine landesweite Registrierung der Wahlberechtigten zu bewerkstelligen. Aus diesem Grunde rief die AFS im Sommer 1933 mit der „Union Franco-Sarroise“ (UFS) eine Tochterorganisation ins Leben, die sich ausschließlich auf die logistische und propagandistische Vorbereitung des Saarreferendums konzentrierte. Sie verfolgte gemäß ihren Satzungen den Zweck,

„die in Frankreich lebenden Saarländer zu gruppieren, um:

- 1. die guten Beziehungen zwischen Saarländern zu pflegen und zu fördern;*
- 2. sich mit allen die Gesamtheit der Mitglieder befassenden Fragen gegenüber den französischen und saarländischen Behörden zu befassen;*
- 3. alle im Interesse der Mitglieder für notwendig erachteten Schritte bei den Behörden zu unternehmen;*
- 4. die Banden der Kameradschaft und Landsmannschaft unter den in Frankreich lebenden Saarländern zu befestigen;*
- 5. in Ausnahmefällen diejenigen ihrer Mitglieder finanziell zu unterstützen, die in Not geraten, sich zur Beantragung einer Unterstützung gezwungen sehen.“³⁴⁶⁰*

Wie ein Werbeschreiben der Union an potentielle Interessenten zeigt³⁴⁶¹, verschwieg die Vereinigung nach außen hin ihre tatsächlichen Ziele. Nur zwischen den Zeilen war zu erkennen, daß sie im Hinblick auf das bevorstehende Plebiszit gegründet worden war: Eher beiläufig wurde auf der Beitrittserklärung nach dem Wohnsitz am 28. Juni 1919 gefragt und den Satzungen zufolge sollte die Mitgliedschaft gebürtigen Saarländern, deren Kindern sowie Saarabstimmungsberechtigten vorbehalten bleiben (Artikel 4).

Die deutsche Seite durchschaute das Tarnmanöver: Im Herbst 1933 berichtete der „Saar-Freund“ erstmals über den „Verein der Saarländer in Frankreich“, der neben die bisher bestehenden Organisationen wie die „Société des Amis des Pays de la Sarre“ oder den „Groupement Economique des Français ayant des intérêts en Sarre“ getreten sei und sich die Erfassung

³⁴⁵⁸ Vgl. Note des französischen Außenministeriums (08.04.33), in: MAE, Sarre 302. Das französische Mitglied der Regierungskommission, Jean Morize, stand der Tätigkeit der Association mit Skepsis gegenüber und wollte diese wegen ihres schlechten Ansehens an der Saar auf das französische Territorium beschränken: Vgl. Note Morizes (24.02.33), in: Ebd. Zur Haltung der offiziellen französischen Außenpolitik in der Saarfrage vgl. MÜHLE, S. 344–350.

³⁴⁵⁹ LEMPERT (S. 469 ff.) zufolge waren lediglich Robert Herly und der Saarlouiser Jean Louis Dêve gemeinsam mit Lanrezac für die Ermittlung der abstimmungsberechtigten Saarländer zuständig.

³⁴⁶⁰ Vgl. undatiertes „Auszug aus den Statuten der Union Franco-Sarroise“, in: LHA Koblenz, 403/16.872; Brief des AA an die deutsche Botschaft Paris (04.11.33), in: PA AA, Botschaft Paris 716 b. Vgl. Robert HERLY: Le mouvement francophile en Sarre, in: HIRSCH: Die Saar von Genf, S. 92–96, hier: S 94; LEMPERT, S. 471–486; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 152 f.

³⁴⁶¹ Vgl. undatiertes Werbeschreiben der UFS, in: PA AA, Botschaft Paris 716 b. Offiziell gab es keine Verbindungen zur AFS, die allerdings ebenso wie die Union Franco-Sarroise in der Pariser Rue Taitbout ansässig war.

und Mobilisierung der schätzungsweise 10.000 abstimmungsberechtigten Saarländer in Frankreich auf die Fahnen geschrieben habe³⁴⁶². Was Vogel hingegen verschwieg, waren die zahlreichen Parallelen, welche die Union zum Bund der Saarvereine aufwies³⁴⁶³: Ähnlich wie die französische Vereinigung präsentierte sich dieser als Interessenvertreter der friedensliebenden Saarländer und sonstiger Abstimmungsberechtigter, wobei es allerdings noch Monate dauern sollte, bis sich die Reichsregierung entschließen konnte, ihn aktiv in die organisatorischen Vorbereitungen des Plebiszits einzubeziehen. Die Union untergliederte sich ebenfalls in lokale Ortsverbände, über welche regionale Comités zur Entlastung der Pariser Zentrale errichtet wurden³⁴⁶⁴. Die Gesamtleitung oblag nach der ersten Generalversammlung am 27. Juli 1933 in Paris einem zehnköpfigen Verwaltungsrat unter der Führung des Präsidenten Paul Collong, seinen Stellvertretern Jules Wenger und Villeroy de Galhau sowie dem Generalsekretär und Schatzmeister Jean Louis Dève³⁴⁶⁵.

Die Suche nach potentiellen Abstimmungsberechtigten in Frankreich, welche die AFS/UFS gemeinsam mit den Präfekturen unternahm, brachte rasche Erfolge: Allein in 30 Gemeinden des Arrondissements Forbach konnten bis Anfang November 1.388 abstimmungsberechtigte Saarländer festgestellt werden, wovon sich 1.275 Personen in acht Orten konzentrierten. Sektionen der „Union Franco-Sarroise“ existieren zu diesem Zeitpunkt in den Gemeinden Freyming, Merlebach und Petite Rosselle, in welchen jeweils 109, 159 und 431 Abstimmungsberechtigte lebten. Robert Herly, Generalsekretär der AFS, stellte voller Zufriedenheit fest:

³⁴⁶² Aus diesem Grund habe Anfang November eine Werbeveranstaltung im lothringischen Petite Roselle mit verschiedenen französischen Parlamentariern stattgefunden, die eine „*übereinstimmende Annexionsfront*“ von den Kommunisten zu den Industriellen schmiedeten: Vgl. SF 14 (1933) 22, S. 414 ff.; „Volksstimme“ (04.11.33); „Saarfront“ Nr. 219 (07.11.33). Wie auch schon in den vorangegangenen Jahren stießen die Generalversammlung der AFS – letztmalig am 25.05.34 in der Sorbonne vor 3.000 Zuhörern mit Referaten des Vizepräsidenten des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten André Fribourg, Jean Revires und des späteren saarländischen Innenministers Edgar Hector – beim BdS auf reges Interesse: Vgl. SF 15 (1934) 12, S. 233; SF 15 (1934) 14, S. 270; Einladungsschreiben der AFS (14.05.34), in: Arch. SDN 33–46, Sous-Section Saar Basin, R 3739/11.338.

³⁴⁶³ Im Grunde erhob sie einen ähnlichen Anspruch wie der BdS – bezogen auf Frankreich: Vgl. „Saar-Chronik“ Nr. 321 (11.08.34); Dok. 25 im Anhang. Da die französische Regierung ebenfalls an die Garantievereinbarungen von Anfang Juni 1934 gebunden waren, erfüllte die AFS/UFS auch dort vergleichbare Handlungsdienste und ermöglichte den Behörden, sich hinter der Tarnorganisation zu verbergen.

³⁴⁶⁴ Allein im grenznahen Département Moselle existierten die im Herbst 1934 acht Bezirke; die Pariser Sektion konstituierte sich unter dem Namen „Fédération Sarroise“.

³⁴⁶⁵ Vgl. undatiertes „Auszug aus den Statuten der Union Franco-Sarroise“, in: LHA Koblenz, 403/16.872; LEMPert, S. 473 f. Ab Juli 1933 amtierte der Sohn des umstrittenen saarländischen Regierungskommissionsmitglieds Edgar Hector ebenfalls als Vizepräsident. Zu Hector, der seit 1930 die französische Staatsbürgerschaft besaß und nach dem Zweiten Weltkrieg saarländischer Innenminister wurde, vgl. Alexis ANDRES: Edgar Hector und die Saarfrage 1920–1960, in: Rainer HUDEMANN/ Burkhard JELONEK/ Bernd RAULS (Hrsg.): Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1960, St. Ingbert 1997, S. 163–176. Ehrenmitglieder des etwa zur gleichen Zeit eingerichteten Propagandakomitees der AFS waren neben verschiedenen Mitgliedern der Académie des Sciences u.a. Gaston Doumergue und Edouard Herriot: Vgl. undatiertes Flugblatt, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.718.

„On voit que nous sommes loin d'être démunis d'armes sérieuses. Il n'importe que de coordonner et d'utiliser nos moyens.“³⁴⁶⁶

Die regionalen Mitarbeiter der Association, der es nach deutschen Informationen gelungen sein soll, ihren Mitgliederstamm nach 1933 zu verfünffachen und ihre Einnahmen erheblich zu



Abb. 76: Aufkleber der Union Franco-Sarroise

steigern³⁴⁶⁷, nahmen vergleichbare Aufgaben wahr wie die Obleute und Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine³⁴⁶⁸. Sie waren verantwortlich für die Gründung weiterer lokaler Niederlassungen, die Beobachtung der französischen Presse, welche sie mit Artikeln zu versorgen hatte³⁴⁶⁹ oder auch das Auffinden von Saarländern, denen sie zu vermitteln hatten, daß Frankreich keineswegs am Ausgang des Plebiszits desinteressiert sei³⁴⁷⁰. In Zeitungen, durch

Flugschriften, Aufkleber³⁴⁷¹, Kundgebungen und ähnliche öffentlichkeitswirksame Maßnahmen sollten sie das Saarproblem der französischen Bevölkerung näherbringen.

Hierzu stellte die Pariser Zentrale der AFS vorgefertigte Artikel und Vortragstexte sowie Lichtbilder zur Verfügung. Schließlich trugen die Mitarbeiter die Verantwortung für die fristgerechte Überweisung der Mitgliedsbeiträge³⁴⁷² an die Association, die sich betont überparteilich gab: Da das Schicksal der Saar eine nationale Frage sei, sollte kein Franzose aus den lokalen Comités ausgeschlossen sein, vielmehr gelte es, dort alle politischen Richtungen und Konfessionen zu repräsentieren, ohne selbst Partei- oder Religionspolitik zu betreiben. Als Vorsitzende wurden Persönlichkeiten mit lokalem Ansehen und Einfluß selbstredend bevorzugt.

³⁴⁶⁶ Vgl. Auflistung der AFS (02.11.33), in: AN, F⁷ 13.472. Unter den 1.388 Abstimmungsberechtigten befanden sich 795 Frauen; die 593 Männer waren mehrheitlich Bergleute. Der Nationalität nach wurden neben 784 Deutschen und 41 Ausländern 563 Franzosen ermittelt – unter ihnen lediglich fünf durch Geburt! Über die Hälfte (52%) stimmte in den grenznahen Gemeinden links der Saar ab.

³⁴⁶⁷ Vgl. Brief der deutschen Botschaft Paris an das AA (29.05.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.717.

³⁴⁶⁸ Vgl. undatiertes vertrauliches Rundschreiben der AFS, in: MAE, PA-AP 212/1.

³⁴⁶⁹ So galt es, von der deutschen Seite gestreute Gerüchte und Vorurteile zu widerlegen: Nach Ansicht der Association seien die Saarländer keine Deutsche, sondern „Sarrois“. Außerdem stehe das Ergebnis der Abstimmung keineswegs bereits fest, wobei selbst ein Votum gegen Frankreich nicht als Niederlage für die „Grande Nation“ gewertet werden könne, da sie keine Ansprüche auf das Saargebiet erhebe. Alles in allem werde Frankreich seine Interessen nicht durch einen Verzicht auf das Plebiszit wahren, dessen Verschiebung bedauerlicherweise nicht zu erwarten sei.

³⁴⁷⁰ In einem Werbeschreiben (30.11.33, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.459) bat sie die Adressaten, ihr mitzuteilen, ob diese die formalen Kriterien zur Abstimmungsberechtigung besaßen bzw. über amtliche Urkunden zum Beweis derselben verfügten. Einer der so ermittelten Personen wandte sich hilfeschend an die deutsche konsularische Vertretung, welche ihr auf Anraten der Berliner Wilhelmstraße empfahl, auf das Schreiben nicht zu reagieren: Vgl. Schriftwechsel (Dezember 1933), in: ebd.

³⁴⁷¹ Die AFS verbreitete Klebmarken mit dem Aufdruck: „Volksabstimmung 1935/ Unser Interesse, unsere Sicherheit,/ das Interesse der Saarländer/ erfordern die Aufrechterhaltung des/ Status quo im Saargebiet/ unter dem Schutz des Völkerbundes.“ Übersetzung des französischen Originals in: „Saarbrücker Abendblatt“ Nr. 199 (15.10.34).

³⁴⁷² Die örtlichen Komitees sollten sich durch Spenden von Industriellen und Handeltreibenden finanzieren, die daran interessiert waren, daß das Saargebiet weiterhin im französischen Zollgebiet verblieb.

Bei der Ermittlung potentieller Mitglieder scheute sich die „Union Franco-Sarroise“ ebensowenig wie ihr reichsdeutsches Pendant, Druck auszuüben: Einem Saarländer aus dem grenznahen Stieringen drohte sie beispielsweise mit der Ausweisung und damit dem Verlust des Arbeitsplatzes, sollte er sich weiterhin weigern, der UFS beizutreten³⁴⁷³. Da sich deren Büros oft in Räumlichkeiten der Gemeinden befanden – in Straßburg sogar direkt auf der Präfektur – wurde die Grenze zwischen privater Organisation und staatlicher Behörde verwischt³⁴⁷⁴. Ferner redete sie den potentiellen Wählern in den letzten Tagen vor der Abstimmung ins Gewissen:

*„Votre participation au plébiscite de la Sarre n'étant pas seulement un droit, mais aussi un devoir, nous comptons que vous ferez tout votre possible pour nous aider dans notre tâche en vous conformant aux recommandations de la présente circulaire.“*³⁴⁷⁵

Allerdings konnte sich die „Association Française“ nicht darauf konzentrieren, lediglich die Abstimmungsberechtigten auf ihre Seite ziehen, sondern sie hatte gleichermaßen mit Vorurteilen aus dem eigenen Lager zu kämpfen, dem sie die Vorzüge der Aufrechterhaltung des Status quo gegenüber einer bilateralen Einigung zwischen Deutschland und Frankreich vermitteln mußte. In einem ihrer Memoranden warnte ein unbekannter Autor:

*„Soyons forts, et en 1935 l'Allemagne acceptera le maintien du statu-quo. Soyons faibles, ce n'est pas la Sarre seulement qui sera sacrifiée, c'est le sort des colonies françaises qui sera remis en question, c'est la question d'Alsace Lorraine remise sur le terrain; c'est la France constamment dominée par l'Allemagne, incapable d'avoir une politique indépendante.“*³⁴⁷⁶

Die Sammlung der Saarländer in den landesweit verstreuten Ortsgruppen der Union³⁴⁷⁷ war allerdings nur das Mittel zu dem eigentlichen Zweck, diejenigen unter ihnen, welchen die Abstimmungsberechtigung zuerteilt werden würde, letztendlich auch zur Teilnahme am Referendum zu bewegen. Mit Beginn der Frist zur Eintragung in die Listen der saarländischen Abstimmungsbezirke mahnte der französische Innenminister die Präfekten, in ihren Départements dafür Sorge zu tragen, daß alle potentiellen Abstimmungsberechtigten von den Vertretern beider Vereinigungen erreicht und ihnen die Formulare zugestellt werden konnten. Die zurück-

³⁴⁷³ Weitere Beispiele vgl. bei LEMPERT, S. 476 f. Außerdem grassierten Gerüchte bei den deutschen Meldebehörden, daß die Franzosen ihrerseits die Abstimmungsberechtigten mit Verpflichtungsscheinen zu beeinflussen versuchten: Vgl. Brief der Polizeidirektion Ludwigshafen an den Oberbürgermeister von Speyer (06.08.34), in: StA Speyer, Best. 6/ I A 17 d. Anderen Gerüchten zufolge soll die UFS separatistische Verbände im Saargebiet mit Schnellfeuerwaffen beliefert haben: Vgl. Brief (29.10.34) und Telegramm (05.11.34) der deutschen Botschaft Paris an das AA, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.719.

³⁴⁷⁴ Vgl. Brief des AA an die deutsche Botschaft Paris (20.11.34), in: PA AA, Botschaft Paris 719.

³⁴⁷⁵ Vgl. Rundschreiben der UFS an die Abstimmungsberechtigten in Frankreich (27.12.34), in: MAE, Sarre 243. Hervorhebung im Original.

³⁴⁷⁶ Vgl. Memorandum der AFS (Juli 1934), in: MAE, PA-AP 212/1.

³⁴⁷⁷ Außer in diversen lothringischen und elsässischen Gemeinden bestanden zumindest kurzzeitig saarländische Ortsgruppen der UFS in Bettingen, Dillingen, Dudweiler, Gersweiler, Merzig, Mettlach, Ober- und Mittelbexbach, Püttlingen, Rohrbach, Saarbrücken, Sulzbach, Völklingen, Walsheim und Wallerfangen: Vgl. Rundschreiben des AA (10.10.34), in: BA-R 8036/44; Brief Binders an die bayerische StK (19.12.34), in: BayHStA, StK 6122. Insgesamt habe sie dort etwa 2.000 Mitglieder – größtenteils Franzosen ohne Abstimmungsberechtigung – besessen: Vgl. Rundschreiben des AA an verschiedene deutsche Auslandsvertretungen (22.11.34), in: PA AA, Botschaft Paris 719.

laufenden Anträge sollten schnellstmöglichst über die Präfektur an das Außenministerium geschickt werden, von wo aus der fristgerechte Versand an das zuständige saarländische Gemeindebüro erfolgte³⁴⁷⁸. Durch die Einbindung der AFS/UFS, der die ausgefüllten Anträge zur vorherigen Prüfung zuzugingen, sollte zum einen die zentrale Erfassung aller Wähler gewährleistet und zum anderen die Anträge potentieller Befürworter der Rückgliederung an Deutschland zurückgehalten werden³⁴⁷⁹. Zentrale Abstimmungsbüros waren hierzu von der Union in Paris, Saarbrücken und Metz eingerichtet worden; dem Lothringer Büro unterstanden weitere sechs Zweigstellen³⁴⁸⁰. Ebenso wie von deutscher, gab es auch von französischer Seite Versuche, die Zahl der Abstimmungsberechtigten in die Höhe zu treiben. Auf Veranlassung der Union sollten alle Personen Anträge stellen, bei denen auch nur der Verdacht bestand, daß sie abstimmungsberechtigt sein könnten. Ein Informationsblatt forderte potentielle Wähler sogar explizit auf,

*„die Bedingungen der Abstimmungskommission nicht zu beachten. Das Zentralwahlbüro [in Metz – F.B.] wird anhand Ihres Antrages feststellen, ob Sie abstimmungsberechtigt sind oder nicht.“*³⁴⁸¹

Unter den über 7.000 eingegangenen Anträgen vermutete die „Union Franco-Sarroise“ maximal 4.000 tatsächlich berechnigte Personen. Gleichzeitig spekulierte sie über die Gründe, die zahlreiche Franzosen abgehalten hatten, sich registrieren zu lassen:

„Il est cependant à craindre, qu'un grand nombre de Français, ayant le droit de prendre part au vote, ne se soit pas fait inscrire, soit qu'ils n'ont pu être touchés, soit, parcequ'ils n'ont pas voulu se déranger, soit, parcequ'ils considèrent la question de la Sarre comme résolue à notre détriment, et que le rattachement au Reich ne fait aucun doute.“

Die Ursachen sah sie in erster Linie an der unzureichenden französischen Propaganda, der trotz aller Anstrengungen der Association die notwendigen finanziellen Mittel fehlten. Diese zur Verfügung zu stellen, sei in den letzten drei Monaten vor dem Referendum vor allem deshalb so wichtig, weil entgegen den Behauptungen der „Deutschen Front“ des Saargebiets der Ausgang

³⁴⁷⁸ Gegebenenfalls sollten die Präfekten den Wählern freien Transport und eine Verpflegung während der Reise zusichern: Vgl. Rundschreiben des französischen Innenministeriums an die Präfekten (01.08.34), in: MAE, Sarre 243.

³⁴⁷⁹ Vgl. Brief Herlys an den französischen Außenminister Barthou (09.08.34), in: MAE, Sarre 238. Abstimmungsberechtigte, die ihre Unterlagen direkt an die saarländischen Behörden geschickt hatten, wurden aus dem gleichen Grund aufgefordert, einen zweiten Antrag an die Union zu richten.

³⁴⁸⁰ Vgl. Brief des AA an die deutsche Botschaft Paris (20.11.34), in: PA AA, Botschaft Paris 719; WAMBAUGH, S. 201.

³⁴⁸¹ Vgl. Rundschreiben der UFS (August 1934), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.718. Hervorhebung im Original. Den deutschen Behörden blieb diese Taktik nicht verborgen: *„Die Bürgermeisterämter sind beauftragt für sämtliche aus dem Saargebiet Zugezogenen Antrag auf Eintragung in die Abstimmungsberechtigtenliste zu stellen, ohne Prüfung, ob sie tatsächlich abstimmungsberechtigt sind oder nicht. Es werden also in der nächsten Zeit die bis jetzt ausgebliebenen Anträge aus Elsaß-Lothringen massenweise eingehen.“*: Vgl. Brief Binders an den Beauftragten des Generalbevollmächtigten für die Rhein- und Saarpfalz (21.08.34), in: LA Speyer, H 38/1424. Sofern die in Frankreich lebenden Abstimmungsberechtigten keine Privatadresse im Saargebiet angegeben hatten, trugen die Büros der UFS die Anschrift Lanrezacs auf dem Antrag ein: Vgl. Arbeitsbericht der Beratungsstelle der DF (04.02.35), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.491.

des Urnengangs am 13. Januar keineswegs als sicher angesehen werden könne³⁴⁸². Denn schließlich übten die in Frankreich lebenden Saarländer großen Einfluß auf ihre Familien und Freunde an der Saar aus; auch die Flugblätter der Union fänden dort rege Verbreitung³⁴⁸³ und zu Versammlungen in Grenznähe erschiene immer eine große Zahl von Saarländern³⁴⁸⁴. Mit dem Ziel, eben jene Ergebnisoffenheit der Abstimmung zu proklamieren und die Wichtigkeit der eigenen Arbeit hervorzuheben³⁴⁸⁵, fanden in Frankreich in den Monaten August und September zahlreiche Versammlungen der lokalen Sektionen der UFS statt, die quantitativ bei weitem nicht an die unzähligen Saarkundgebungen im Deutschen Reich heranreichten. So plante die „Union Franco-Sarroise“ am 23. September 1934 eine große Saarkundgebung auf den Spicherer Höhen, zu der sie etwa 50–70.000 saarländische Besucher erwartete. Als Redner waren Max Braun sowie die Abgeordneten Fribourg und Oberkirch vorgesehen. Der Präfekt von Metz verweigerte allerdings die Genehmigung zu der Veranstaltung, da sie bei der dort ansässigen Bevölkerung, den Sektionen des „Souvenir Français“ sowie unter den ehemaligen Frontkämpferverbänden auf erbitterten Widerstand und Ablehnung stieß³⁴⁸⁶.

Wie eine undatierte Aufzeichnung belegt, gaben sich selbst führende Köpfe der „Association Française de la Sarre“ noch im Herbst 1934 der Selbsttäuschung hin: Bei jeder der prognostizierten drei möglichen Ausgänge des Plebiszits schwankte die Anzahl der Stimmen für Deutsch-

³⁴⁸² Anders sei der gewaltige Aufwand, der von der deutschen Gegenseite für die Erfassung der Abstimmungsberechtigten betrieben werde, nicht zu erklären. Sogar an die Mitglieder der Union hätten die deutschen Organisationen im Osten Frankreichs Unterlagen verschickt.

³⁴⁸³ Flugblätter der UFS griffen sowohl aktuelle Themen als auch generelle Fragen auf, versuchten die saarländischen Katholiken auf ihre Seite zu ziehen und stellten die wirtschaftlichen Vorteile der fortdauernden Symbiose mit dem benachbarten Lothringen in den Vordergrund, ohne dabei die Zielsetzungen der Union zu thematisieren: „Ist die Sterilisation, vom Standpunkt der religiösen Moral aus betrachtet, erlaubt?“, „Was Ausländer an der Saar beobachten.“ und „Chaos und Ruin, wenn die Saar von Lothringen getrennt würde!“ (04.04.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.717. „Les National-Socialistes et le Christianisme“ und „Les Sarrois veulent-ils rester Sarrois ou devenir Prussiens?“ (Herbst 1934), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.718. Verschiedene Flugblätter der AFS warnten in beiden Sprachen vor dem wirtschaftlichen Niedergang des Saargebiets im Falle der Rückgliederung, den gewaltigen finanziellen Belastungen, die auf den französischen Staat zukämen sowie die erhöhte Gefahr eines Krieges, da das Deutsche Reich ein wertvolles Aufmarschgebiet erhalte: Vgl. undatierte Flugblätter, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.718. Die deutsche Übersetzung, die Simons nationalistische Äußerungen von der Bingerer Führertagung 1933 über ein Großdeutsches Reich aufgriff, weist zahlreiche Rechtschreibfehler auf. Vgl. ebenso: Hans-Walter HERRMANN: Die Volksabstimmung vom 13. Januar 1935, in: Saarheimat 29 (1985) 1–2, S. 21–24, hier: S. 22.

³⁴⁸⁴ Vgl. Bericht über die Tätigkeit der UFS (nach 30.09.34), in: MAE, PA-AP 212/1; Rundschreiben des AA (10.10.34), in: BA-R 8036/44; Berichte der Gestapo über Versammlungen der UFS in Grenznähe mit Listen der teilnehmenden Personen in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.717 sowie BA-R 8036/56 und 74. Verschiedene Meldungen der lothringischen Polizei an den Metzger Präfekten, in: AN, F⁷ 13.472.

³⁴⁸⁵ Ihre Arbeit sei schon allein aus technischen Gründen erforderlich, um notwendige Unterlagen bei zurückgewiesenen Antragstellern zu beschaffen, wofür die Union bis Januar 1935 für ihre beiden Büros in Metz und Saarbrücken insgesamt 18.300 Francs monatlich beantragte. Die Finanzierung des Pariser Büros sei bereits im Juli geregelt worden: Vgl. Aufzeichnung der UFS (nach 30.09.34), in: MAE, PA-AP 212/1.

³⁴⁸⁶ Außerdem würde sie in der öffentlichen Wahrnehmung lediglich als Replik auf die imposante Inszenierung am Rhein vier Wochen zuvor gewertet werden: Vgl. Briefe des Metzger Präfekten an die Direction Générale de la Sûreté Nationale (01.09.34 und 05.09.34), in: AN, F⁷ 13.472; Protokoll der Sitzung der SWV vom 02.09.34 (03.09.34), in: BA-R 8036/58; LEMPERT, S. 362 f.; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 153.

land bzw. den Status quo jeweils zwischen 210.000 und 240.000³⁴⁸⁷. Trotz dieser nach außen bekundeten Siegeszuversicht machten sie sich auch Gedanken über die Möglichkeit, daß der Status quo nicht die Mehrheit, sondern lediglich eine bedeutende Minderheit der Stimmen auf sich vereinigen könnte. Der Verwaltungsrat der AFS beschloß Mitte Dezember 1934, daß Frankreich für diesen Fall bei den Regierungen Großbritanniens und Italiens darauf drängen sollte, daß das Saargebiet geteilt werde und die zu erwartenden Flüchtlinge in einem international verwalteten autonomen Teilstaat Zuflucht erhielten³⁴⁸⁸.

Eine weitere Analogie zu den reichsdeutschen Vorbereitungen des Plebiszits stellt die Organisation des Transports der Abstimmungsberechtigten aus Frankreich an die Saar dar: Ende November 1934 wurde die AFS auf eigenen Wunsch ermächtigt, diesbezügliche Schritte zu unternehmen, wofür ihr 300.000 Francs zur Verfügung gestellt wurden³⁴⁸⁹. Wenngleich der Aufwand für etwa 5.000 Wähler³⁴⁹⁰ natürlich geringer als für die mehreren Zehntausend Abstimmungsberechtigten im Reich war, hinkte Frankreich in dieser Frage im Vergleich zu Deutschland mehrere Monate hinterher³⁴⁹¹. Dabei läßt sich feststellen, daß die französische Regierung mit Problemen ganz anderer Art zu kämpfen hatte: Das „Comité de Direction des Grands Réseaux de Chemin de fer Français“ stellte anfangs für den Transport der Abstimmungsberechtigten in Frankreich lediglich eine Reduktion in Höhe von 75% in Aussicht und wollte die Frage der

³⁴⁸⁷ Vgl. undatierte Aufzeichnung für Lanrezac, in: MAE, PA-AP, 212/1. André Fribourgs führte am 06.12.34 in Nancy aus: „*Sarrelouis, ainsi que la partie de la Sarre touchant à la frontière française, est française de cœur et d'idées et demande la réintégration dans la nationalité française.*“: Brief des Commissariats Special de Nancy an den Präfekten von Nancy (07.12.34), in: AN, F⁷ 13.472.

³⁴⁸⁸ Vgl. Communiqué der ASF (nach 13.12.34), in: MAE, PA-AP 212/2. General Larras, Generalsekretär des Propagandakomitees der AFS, verfaßte hierzu zwei Aufrufe: „Les Sarrois doivent rester en Sarre“ (01.01.35), in welchem er zu dem Schluß gelangt: „*Il est préférable de donner aux Sarrois, sans plus attendre, sur leur propre territoire, le refuge qui leur est indispensable pour échapper au massacre. L'application loyale et sans faiblesse du Traité et des résultats du Plébiscite leur assurera ce refuge.*“ (Hervorhebung im Original). In „Pas de ‚majorité‘ en Sarre“ (04.01.35, in: Ebd.) führte Larras neben humanitären vor allem auch militärstrategische Gründe für die Teilung des Abstimmungsgebietes an und plädierte für ein zweites Plebiszit. Vgl. hierzu auch „Le Temps“ (19.12.34); SF 15/16 (1934/35) 28, S. 613–616.

³⁴⁸⁹ Vgl. Note des französischen Außenministeriums (04.12.34), in: MAE, Sarre 243. Eine Aufstockung der finanziellen Mittel sowohl für die Organisation als auch die Unterbringung und Verpflegung der Abstimmungsberechtigten schien schon bald unumgänglich; allein für die Verpflegung veranschlagte die AFS 120.000 Francs: Vgl. „Note relative au transport des votants en Sarre“ (03.12.34) und Brief Lanrezacs an Außenminister Laval (13.12.34), in: Ebd.

³⁴⁹⁰ Nach Ablauf der Eintragungsfristen waren in Frankreich und seinen Kolonien insgesamt etwa 5.000 Abstimmungsberechtigte ermittelt worden. Etwa 70% stammten aus den östlichen Départements Moselle, Bas-Rhin und Meurthe et Moselle, 20% aus dem Großraum Paris sowie insgesamt etwa 500 Personen aus dem restlichen Frankreich sowie dem nichtdeutschen Ausland: Vgl. Brief der AFS an Außenminister Laval (26.11.34), in: Ebd. Eine alphabetische und nach Wohnorten geordnete Auflistung von 3.269 Abstimmungsberechtigten in aller Welt (02.01.35), in: Ebd. Die Differenz der Zahlenwerte ergibt sich aus der Tatsache, daß bei weitem nicht alle Abstimmungsberechtigten aus Frankreich den Weg über die Tarnorganisation wählten, sondern ihre Anträge direkt an die saarländischen Gemeindebüros richteten.

³⁴⁹¹ Zu diesem Zeitpunkt hatte außerdem nur jeder zweite Abstimmungsberechtigte auf eine Anfrage der AFS geantwortet, von welchem innerfranzösischen zu welchem saarländischen Bahnhof sie zu reisen gedachten: Vgl. Brief Lanrezacs an Tondeur-Schaeffler (06.12.34), in: Ebd.

freien Fahrt davon abhängig machen, wie groß der Kreis der Nutzer sein würde³⁴⁹². Ferner erklärten sich die privaten Schifffahrtsgesellschaften des Mittelmeeres nur zu einer maximalen Ermäßigung von 50% für die aus Nordafrika anreisenden Abstimmungsberechtigten bereit, und Außenminister Laval mußte sich gleichzeitig gegen Widerstände innerhalb des eigenen Kabinetts durchsetzen³⁴⁹³.

Ähnlich wie der Bund der Saarvereine im Bezug auf die deutschen Behörden machten die „Union Franco-Sarroise“ und die „Association Française de la Sarre“³⁴⁹⁴ die französische Regierung auf organisatorische Versäumnisse aufmerksam und halfen – beispielsweise in der Frage der Beschaffung notwendiger Reiseunterlagen³⁴⁹⁵ – aktiv bei ihrer Beseitigung. Nach außen hin traten sie ebenfalls als Finanziers des Transports der französischen Abstimmungsberechtigten zu den Wahlurnen auf³⁴⁹⁶. Um hierfür die erforderlichen Geldmittel zu erhalten, malten die Privatorganisationen ähnlich wie der Bund der Saarvereine die Zukunft des Saargebiets nach einem deutschen Sieg in dunklen Farben und scheuten sich nicht, Gerüchte zu streuen:

„D'après une autre information, le gouvernement Allemand aurait déjà désigné un grand terrain comme emplacement pour le champ de concentration après le plébiscite.“³⁴⁹⁷

Indem sie darauf drängte, keine Gemeinschaftstransporte zu veranstalten, sondern die Wähler bewußt individuell ins Saargebiet reisen zu lassen³⁴⁹⁸, verspielte die AFS selbst die Chance, die

³⁴⁹² Vgl. Noten des französischen Außenministeriums (24.08.34, 29.10.34 und 17.11.34), in: Ebd. Letztlich wurde doch kostenloser Transport gewährt: Vgl. Note des französischen Außenministeriums (08.01.35), in: MAE, Sarre 217.

³⁴⁹³ Vgl. Brief der „Services Contractuels des Messageries Maritimes“ an das Außenministerium (18.12.34) sowie Brief Außenminister Lavals an den Minister für Öffentliche Arbeiten (11.12.34) und den Präsidenten der Regierungskommission Knox (21.12.34), in: Ebd.

³⁴⁹⁴ Neben den beiden Gruppierungen konstituierte sich unter der Leitung André Fribourgs im Dezember 1934 mit der „Association d'entraide pour la Sarre“ noch eine dritte Vereinigung welche sich ebenfalls um die technischen Seiten des Transportes und die Verpflegung der französischen Abstimmungsberechtigten kümmerte. In seinem Propagandakomitee waren 16 Senatoren und 20 Kammerabgeordnete vertreten: Vgl. Brief des Generalsekretärs Klein an den Abgeordneten Soulier (27.12.34), in: MAE, Sarre 243.

³⁴⁹⁵ Vgl. Rundschreiben der UFS an die Abstimmungsberechtigten in Frankreich (27.12.34) und die Präfekten (30.12.34), in: Ebd. Hierin wurden die Präfekten gebeten, die kostenlosen Reisepässe für französische Abstimmungsberechtigte schnell und unbürokratisch auszustellen. Die UFS übernahm die Verteilung der Formulare zur Beantragung der Pässe.

³⁴⁹⁶ „Deine Reise von Deinem gegenwärtigen Wohnort bis zu Deinem Abstimmungsort im Saargebiet bezahlt die Union Franco-Sarroise.“: Rundschreiben der UFS (Januar 1935), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.720.

³⁴⁹⁷ Vgl. Brief des Generalsekretärs Klein („Association d'entraide pour la Sarre“) an den Abgeordneten Soulier (31.12.34), in: MAE, Sarre 243. Klein hatte es mit dem Hinweis auf entsprechende deutsche Maßnahmen wenige Tage zuvor als eine heilige Aufgabe für Frankreich bezeichnet, die in Frankreich lebenden Abstimmungsberechtigten nicht im Stich zu lassen: Vgl. Brief Kleins an Soulier (27.12.34), in: Ebd.

³⁴⁹⁸ Vgl. Transportgutschein (Januar 1935), in: Ebd. Aus dieser flexiblen Handhabung des Transportes resultierte letztendlich das Problem, daß die AFS/UFS nicht in der Lage war, die zu erwartende Zahl von anreisenden Wählern abzuschätzen bzw. in Kauf nehmen mußte, daß Abstimmungsberechtigte ihre Anreise zu spät antraten: Vgl. Aufzeichnung der AFS (02.01.35), in: Ebd. Einen Teil der aus entfernteren Regionen Frankreichs anreisenden Saarländer hoffte die Association in den Schlafhäusern der „Administration des Mines Domaniales“ unterbringen zu können. Gemeinsam mit ihren Abstimmungsausweisen und den Pässen erhielten die Wähler Verpflegungs- und Unterkunftsgutscheine: Vgl. Rundschreiben der UFS an die Ab-

französischen Abstimmungsberechtigten emotional auf das Plebiszit bzw. den Status quo einzustimmen. Geschah dies mit der Intention, sich von den reichsdeutschen Transporten abzugrenzen, fehlte den anreisenden Abstimmungsberechtigten so das Gefühl der Stärke, welches sie in der Masse hätten erleben können. Während die reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten in den vorangegangenen Wochen einen Kundgebungsmarathon absolviert hatten, letzte ermahrende Instruktionen unmittelbar am Bahnhof erhielten und gemeinsam in geschmückten Sonderzügen an die Saar fuhren, waren die französischen Wähler auf sich gestellt³⁴⁹⁹. Da die „Association Française“ zudem jede Verantwortung für den Transport innerhalb des Saargebietes ablehnte³⁵⁰⁰, haktten die prodeutschen Stellen an der Saar hier ein und übernahmen ab der Grenze die Betreuung der aus Frankreich angereisten Abstimmungsberechtigten, die anscheinend auch rege in Anspruch genommen wurde³⁵⁰¹.

Die Erfassung profranzösisch orientierter Abstimmungsberechtigter außerhalb Frankreichs erfolgte über die französischen Auslandsvertretungen, die nur in den Vereinigten Staaten auf die Mithilfe privater Organisationen zurückgreifen konnten³⁵⁰². Die Franzosen sahen sich somit bei ihrer Suche nach verstreuten Saarländern, die nicht ohnehin für die Rückgliederung an Deutschland stimmen würden, vor noch größere Schwierigkeiten als ihre deutschen diplomatischen und konsularischen Gegenspieler gestellt³⁵⁰³. Da in aller Regel Einzelreisen bezahlt werden mußten, bedeutete der Transport einen überproportional hohen finanziellen Aufwand³⁵⁰⁴. Wie das

stimmungsberechtigten in Frankreich (27.12.35 und 03.01.35), in: Ebd.

³⁴⁹⁹ Lediglich aus den grenznahen Gemeinden rollten fünf Sonderzüge nach Saarbrücken: Vgl. WAMBAUGH, S. 298.

³⁵⁰⁰ An den Grenzbahnhöfen kümmerten sich am 13.01.35 etwa 400 Helfer mit Armbinden „Union Franco-Sarroise“ um die Anreisenden aus Frankreich. Bei der Verteilung von Essen wurden sie von Mitgliedern der „Action Française“ unterstützt, die allerdings nicht propagandistisch in Erscheinung traten: Vgl. Brief des Metzger Präfekten an die Direction Générale de la Sûreté Nationale (11.01.35), in: MAE, Sarre 243; Brief des Commissaire Spécial de Boulay an den dortigen Unterpräfekten (11.02.35), in: Ebd.

³⁵⁰¹ Vgl. Arbeitsbericht der Beratungsstelle der DF (04.02.35), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.491. Überzeugte Status-quo-Anhänger dürften sich natürlich auch durch diese Maßnahme nicht haben beirren lassen, doch wird man deren propagandistische Wirkung auf einen Teil der noch Unentschlossenen nicht in Abrede stellen können.

³⁵⁰² Vgl. Brief des Gestapoamtes Berlin an das AA (04.12.33), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.458; Brief des deutschen Generalkonsulates Chicago an die deutsche Botschaft Washington (04.06.34), in: PA AA, Botschaft Paris 718 a; Brief des AA an das deutsche Generalkonsulat Kattowitz (18.07.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.474. Das Innenressort der Regierungskommission verfolgte diese Bemühungen mit großem Interesse: Vgl. Brief des Leiters der Polizeiabteilung der Regierungskommission an den Kreisinspektor von Saarbrücken (13.08.34), in: PA AA, Botschaft Paris 718 b.

³⁵⁰³ Immerhin tröstete sich der französische Konsul mit dem Hinweis, daß die naturalisierten Franzosen in Chicago zwar in der absoluten Minderheit seien, dafür aber zur höheren Gesellschaft gehörten: Vgl. Brief des französischen Konsulats Chicago an das Außenministerium (08.12.34), in: C.A.D.N., Cons. Sarrebruck A 1.

³⁵⁰⁴ Vgl. Note für Außenminister Laval (17.11.34), in: MAE, Sarre 243. Beispielsweise machten zwei Abstimmungsberechtigte aus Spanien ihre Teilnahme davon abhängig, daß sie weder auf einem deutschen Schiff noch über Reichsgebiet zur Wahl anreisten: Vgl. den Schriftverkehr in: C.A.D.N. Amb. Madrid C 193. Einem einzelnen in München wohnenden Lothringer gewährte die dortige Vertretung ebenfalls freie Fahrt auf Kosten des französischen Staates: Vgl. Brief des französischen Generalkonsulats München an das Außen-

Beispiel der jüdischen Gemeinde São Paulo zeigt, verzichteten Abstimmungsberechtigte mitunter auch darauf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Zumindest hatte der dortige Konsul wenig Hoffnung, viele Mitglieder für die Stimmabgabe zugunsten des Status quo bewegen zu können: Sie seien zwar einhellig für die erste Abstimmungsoption,

*„mais qu'ils craignent, au cas où ils réclameraient leur inscription sur les listes électorales et nous feraient parvenir leurs votes, de voir des représailles violentes s'exercer sur ceux des leurs restés en territoire plébiscité.“*³⁵⁰⁵

Eine spezielle Teilgruppe unter den von Frankreich ermittelten potentiellen Abstimmungsberechtigten stellten die Angehörigen der französischen Besatzungsarmee dar, die zur Zeit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages im Saargebiet stationiert waren. Obwohl französische und frankophile saarländische Blätter Ende 1933 den Versuchsballon starteten, deren Abstimmungsberechtigung als über jeden Zweifel erhaben darzustellen, scheiterte ihr Vorstoß am völkerrechtlichen Wohnortbegriff³⁵⁰⁶. Anders hingegen verhielt es sich mit den saarländischen Angehörigen der Fremdenlegion³⁵⁰⁷.

Gemeinsam mit dem französischen Konsulat in Saarbrücken und der AFS übernahm die „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der saarländischen Interessen“ die Eintragung der Legionäre in die vorläufigen Stimmlisten. Bis Mitte September 1934 waren in den verschiedenen Kolonien, Protektoraten und Territorien unter französischem Mandat insgesamt 189 Saarländer erfaßt worden³⁵⁰⁸; drei Monate später waren es 256, denen der französische Kriegsminister allerdings die Erlaubnis vorenthalten wollte, zum Plebiszit zu reisen. Seiner Ansicht zufolge fielen sie ohnehin nicht ins Gewicht, wobei für ihn die Befürchtung stärker wog, daß die Legionäre die Abstimmung zur Flucht nutzen könnten³⁵⁰⁹ – er sollte letztendlich recht behalten: Obwohl Anfang Dezember die Reiseberechtigung auf diejenigen eingeschränkt wurde, *„dont les chefs de*

ministerium (07.12.34), in: C.A.D.N., Cons. Munich A 85. Ebenso wie Deutschland machte Frankreich die Gewährung von Unterstützungsgeldern von der politischen Zuverlässigkeit der Wähler abhängig: Vgl. Briefe des französischen Außenministeriums an die französischen Botschaften Madrid (17.12.34) und Bern (18.12.34), in: MAE, Sarre 243.

³⁵⁰⁵ Angesichts der deutschen Propaganda und der dahinterstehenden finanziellen Mittel zweifelten sie insgesamt am Sinn der französischen Bemühungen: Vgl. Brief des französischen Konsulat São Paulo an das Außenministerium (29.09.34), in: Ebd.

³⁵⁰⁶ Vgl. SF 14 (1933) 21, S. 405. Siehe hierzu das Gutachten Grotens in SF 14 (1933) 24, S. 459 f.

³⁵⁰⁷ Bereits im Jahr 1919 wurde die „Société des anciens Légionnaires de la Sarre“ gegründet, die nicht nur ehemaligen Legionären die Wiedereingliederung ins Zivilleben erleichtern, sondern unter dem Ehrenvorsitz Major Richerts auch ausgesprochen propagandistische Aufgaben übernehmen sollte. Ferner unterstützte sie die Saarbrücker Werbestelle der Fremdenlegion. Nach einer handschriftlichen Aufzeichnung von April 1934 (in: S.H.A.T., 7 N, 2639/2) dienten insgesamt 462 Saarländer in fünf Regimentern einschließlich einer Kavallerieabteilung. Zur Société allgemein vgl. MAYER-GWENSEN, S. 80–84; LEMPERT, S. 383–386.

³⁵⁰⁸ Vgl. Liste (14.09.34), in: MAE, Sarre 243.

³⁵⁰⁹ Vgl. Brief des Kriegsministers an Außenminister Laval (12.11.34), in: S.H.A.T., 7 N, 2639/2. Die schlecht informierte Gestapo schätzte im Frühjahr 1934 die Zahl der abstimmungsberechtigten Fremdenlegionäre im Saargebiet auf 1.600–1.800 Personen: Vgl. Bericht der Gestapo (29.03.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.461.

*corps croient pouvoir se porter garants à tous égards*³⁵¹⁰ und trotz einer im Vorfeld durchgeführten Probeabstimmung unter den berechtigten Legionären³⁵¹¹, kehrten von den insgesamt 72 Rekruten, die über das nahegelegene Forbach zur Abstimmung reisten, vier Tage später nur noch zwölf zurück. Den großen Schwund versuchte der verantwortliche Kommandant unter anderem mit dem psychischen Druck, dem die Legionäre durch ihre Angehörigen ausgesetzt gewesen seien, sowie durch die Werbemaßnahmen der Nationalsozialisten für den Arbeitsdienst, „*que l'on leur a représenté comme un éden*“ zu rechtfertigen³⁵¹².

Die „Association Française de la Sarre“ bzw. die „Union Franco-Sarroise“ lösten sich nach dem Plebiszit nicht auf, sondern „*s'occuperont surtout des Sarrois résidant en France, de manière à que leur assimilation puisse se faire sans secousse*.“³⁵¹³ Am ersten Jahrestag der Abstimmung wandte sich die AFS erneut an ihre einstigen Mitstreiter mit der Bitte, ihren Kampf, der sich nach der Niederlage an der Saar nun auf das Elsaß und Lothringen konzentrierte, zu unterstützen³⁵¹⁴. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie durch General Andlauer reaktiviert und unterhielt enge Beziehungen zum „Mouvement pour la Libération de la Sarre“, der sich schließlich in „Mouvement pour le Rattachement de la Sarre à la France“ umbenannte³⁵¹⁵.

b) Die Abstimmungsberechtigten aus Übersee³⁵¹⁶

Wie bereits ausgeführt, schreckte der finanzielle Aufwand die deutschen Behörden zunächst ab, größere Anstrengungen im Hinblick auf die Erfassung und insbesondere den Transfer der außereuropäischen Abstimmungsberechtigten zu unternehmen, die mit etwa 2% der Gesamtähler tatsächlich kaum ins Gewicht fielen. Derartige Bedenken wurden jedoch in dem Moment zerstreut, als sich nicht nur abzeichnete, daß sie gegebenenfalls in einigen Wahlbezirken das berühmte Zünglein an der Waage sein konnten, sondern man das propagandistische Kapital

³⁵¹⁰ Vgl. Aufzeichnung (05.12.34) und Anweisung des Kriegsministers an die Befehlshaber der Legionäre (17.12.34), in: S.H.A.T., 7 N, 2639/2.

³⁵¹¹ Vgl. Rundschreiben des AA (04.01.35), in: BayHStA, StK 6101.

³⁵¹² Von den mitgereisten drei Unteroffizieren traten alle wieder die Rückreise an, von den vier Gefreiten fehlte einer: Vgl. Bericht des Capitaine Dutailly (22.01.35), in: S.H.A.T., 7 N, 2639/2.

³⁵¹³ Vgl. undatierter Brief Lanrezacs an das französische Konsulat Saarbrücken, in: MAE, Sarre 306; Rundschreiben der AFS (23.10.35), in: MAE, PA-AP 212/2.

³⁵¹⁴ Vgl. Rundschreiben der AFS (13.01.36), in: Ebd. Während des Krieges gab sie die Broschüre von Gauthier GEBELEIN: *La France et le problème sarrois* (Paris 1940) heraus, die den bezeichnenden Untertitel „Le 13 janvier 1935, la France a perdu la première bataille de la guerre“ trug. Sechs Jahre später trat der gleiche Autor mit der Schrift „13. Januar 1935 - Was in Wirklichkeit geschah“ (Saarbrücken 1946) an die Öffentlichkeit und zog das Fazit, daß die Saarländer erneut abstimmen sollten, da das erste Votum aus verschiedenen Gründen keine Gültigkeit besessen habe.

³⁵¹⁵ Vgl. LEMPERT, S. 508–512; Robert H. SCHMIDT: *Saarpolitik 1945–1957*, Bd. 1, Berlin 1959, S. 149–157.

³⁵¹⁶ Die Namensregister der Abstimmungsberechtigten aus aller Welt im Politischen Archiv des AA waren nicht vorlagefähig: Vgl. PA AA, II a Saargebiet, R 76.318 ff. Vgl. hingegen die Auflistung nach Herkunftsländern in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.492.

erkannte, das aus ihnen zu schlagen war: Wie hätte das nationalsozialistische „erwachte“ Deutschland die gebetsmühlenartig wiederholte Parole der „Volksgemeinschaft“ besser demonstrieren können, als dadurch, weder Kosten noch Mühen zu scheuen, um selbst den Abstimmungsberechtigten aus Übersee die Möglichkeit zu bieten, ihr Votum abzugeben? In noch viel stärkerem Maße als dies für die reichsdeutschen Wähler des 13. Januar galt³⁵¹⁷, besaßen die nord- und südamerikanischen Abstimmungsberechtigten eine propagandistische Funktion, indem ihr entsprechend aufwendiger Empfang im deutschen Mutterland vor allem die Gruppe der noch unentschlossenen Saarländer auf die Seite der Rückgliederungsbefürworter ziehen sollte³⁵¹⁸. Gleichzeitig beabsichtigten die deutschen Behörden, die wieder in ihre Wahlheimat zurückkehrenden Abstimmungsberechtigten als aktive Werbeträger für das neue Deutschland zu nutzen³⁵¹⁹.

Schon im Frühjahr 1933 warf der argentinische Saarverein in Buenos Aires erstmals die Frage des Transports der jenseits des Atlantiks seßhaft gewordenen Abstimmungsberechtigten auf³⁵²⁰. Er war es auch, der sich in den südamerikanischen Staaten auf die Suche nach möglichen Wählern machte³⁵²¹ und in Kooperation mit der deutschen Gesandtschaft schließlich jene 26 Personen ermittelte, die Ende November 1934 mit dem Schiff in Richtung Europa aufbrachen³⁵²². Einen Monat später, am 19. Dezember, lief die M/S. Monte Olivia im Hamburger Hafen ein, wo die Abstimmungsberechtigten gemeinsam von den Staatsbehörden und Landesgruppenleiter Dr. Kuhn feierlich begrüßt wurden³⁵²³. Auch die nordamerikanischen Saarvereinigungen kooperierten bei der Suche und Erfassung potentieller Berechtigter eng mit den

³⁵¹⁷ Vgl. BARTZ, S. 202.

³⁵¹⁸ Die ausländischen Abstimmungsberechtigten verfehlten ihre Wirkung selbst auf Gegner des Regimes nicht: Vgl. Karl RETZLAW: Spartakus. Aufstieg und Niedergang, Frankfurt am Main ²1972, S. 390 f.

³⁵¹⁹ Aus diesem Grund plädierte der deutsche Generalkonsul in Chicago auch dafür, die amerikanischen Abstimmungsberechtigten bereits vor Weihnachten anreisen und dann längere Zeit im Saargebiet verweilen zu lassen, damit diese mit möglichst positiven Eindrücken des nationalsozialistischen Deutschlands nach Hause zurückkehren könnten: Vgl. Brief Jaegers an das AA (26.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.479. Mit Blick auf die propagandistische Wirkung verfuhr das AA auch großzügiger bei der Gewährung von Freifahrtscheinen für Familienangehörige. Selbst nicht abstimmungsberechtigte Mitglieder erhielten wie im Fall des Schriftführers Dietz (Chicago) einen Reisezuschuß vom RMPropaganda: Vgl. Briefe des deutschen Generalkonsulats Chicago an das AA (25.01.35 und 24.02.35), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.491 f. sowie des deutschen Generalkonsulats New York an das AA (21.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.497.

³⁵²⁰ Vgl. Brief der Ortsgruppe Argentinien an die GSV (24.04.33), die dieses umgehend an das AA weiterleitete, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.457.

³⁵²¹ Vgl. Briefe der deutschen Gesandtschaft Buenos Aires an das AA (18.10.33, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.458, 21.03.34, in: R 75.473 und 14.08.34, in: R 75.476). In aller Regel liefen die organisatorischen Vorbereitungen zur Saarabstimmung über die deutschen auswärtigen Vertretungen und nicht über die GSV.

³⁵²² Vgl. Brief der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft an das AA (05.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.486. Für die Passagen aus Südamerika stellte die Gesellschaft über 40.000 RM in Rechnung.

³⁵²³ Vgl. „Nordwestdeutsche Zeitung“ (22.12.34); „Berliner Börsen-Zeitung“ Nr. 597 (21.12.34). Eine weitere Gruppe aus Südamerika traf am nächsten Tag auf der „Cap Arcona“ ebenfalls in Hamburg ein: Vgl. „Nordwestdeutsche Zeitung“ (24.12.34).

deutschen Auslandsvertretungen. So fungierte die New Yorker Gruppe an der Ostküste offiziell als Sammelstelle für Abstimmungsunterlagen, bevor sie diese an das dortige Generalkonsulat weiterleitete. Sie ließ es sich nicht nehmen, wohlgemeinte Vorarbeit zu leisten, indem sie Anträge von Personen kennzeichnete, die ihrer Ansicht nach im Verdacht standen, mit Frankreich oder dem Status quo zu sympathisieren³⁵²⁴. Für den Fall, daß bei einer abstimmungsberechtigten Person einwandfrei festgestellt werden konnte, daß sie sich gegen Deutschland aussprechen werde, erhielten die deutschen Auslandsvertretungen vom Auswärtigen Amt die Genehmigung, auch bereits erteilte Beförderungsaufträge zu widerrufen³⁵²⁵. Aus diesem Grund riet die Auskunftsstelle der „Einheitsfront“ in Saarbrücken abstimmungswilligen Hitlergegnern im Ausland, ihre Einstellung nicht öffentlich zu äußern, um den kostenlosen Transfer an die Saar in Anspruch nehmen zu können³⁵²⁶.

Mitte Dezember stach der Schnelldampfer „Bremen“ mit Abstimmungsberechtigten aus Chicago und New York in See. Zwischen beiden Gruppen scheint es an Bord zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen zu sein, da der finanzschwache New Yorker Saarverein seinem Chicagoer Pendant unterstellte, höhere amtliche Zuwendungen erhalten zu haben³⁵²⁷. Während der Überfahrt wurden sie durch die Landesstelle Übersee des Reichspropagandaministeriums betreut. Am 18. Dezember inszenierte es an Bord einen Saabend, auf welchem die NS-Propagandafilme „Aus der Tiefe empor“ und „Unser Führer“ gezeigt wurden. Hätte die Veranstaltung nicht auf hoher See stattgefunden, so wären kaum Unterschiede zu den unzähligen Kundgebungen im Reichsgebiet während der zurückliegenden Monate festzustellen gewesen³⁵²⁸.

Drei Tage später trafen die etwa 300 nordamerikanischen Abstimmungsberechtigten in Bremerhaven ein. Das ihnen dort gebotene Spektakel war das Ergebnis mehrmonatiger Planungen

³⁵²⁴ Vgl. Briefe des deutschen Generalkonsulates New York an das AA (21.08.34 und 20.11.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.476 und R 75.485.

³⁵²⁵ Vgl. Brief des AA an das deutsche Generalkonsulat Montreal (10.11.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.797 bzw. New York (04.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.485. Demgegenüber kam das AA nicht umhin, deutschlandkritischen Abstimmungsberechtigten den erforderlichen visierten Reisepaß kostenfrei auszustellen: Vgl. Rundschreiben des RMI (19.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.468, Brief des AA an das deutsche Generalkonsulat Jerusalem (10.12.34), in: Ebd.

³⁵²⁶ Das Schreiben wurde am 26.11.34 von Binder an den bayerischen Ministerpräsidenten Siebert weitergeleitet: Vgl. Brief der Auskunftsstelle für Abstimmungsfragen an einen Abstimmungsberechtigten in Kapstadt (17.11.34), in: BayHStA, StK 6100. Auf Vorschlag des „Norddeutschen Lloyd“ wurde der Saarverein gegenüber der amerikanischen Einwanderungsbehörde als offizieller Geldgeber der Passage angeführt, tatsächlich erstattete das AA der Gesellschaft die Kosten: Vgl. Runderlaß des AA (11.10.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.479; Brief der GSV an das AA (08.01.35), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.489. *„Auf unsere Frage, wer und wie denn die Saardeutschen in den verschiedenen Teilen der Erde zusammengerufen, wurde uns erzählt von der unermüdlichen Arbeit der Saarvereine und des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA). Durch mannigfaltige Veranstaltungen sei das Geld für die Reise aufgebracht worden. Viele Volksgenossen hätten die Fahrtkosten auch aus eigenen Mitteln bestritten.“*: Vgl. „Wesermünder Neueste Nachrichten“ (24.12.34). Sinngemäß auch in weiteren Zeitungen.

³⁵²⁷ Vgl. Brief des deutschen Generalkonsulates Chicago an das AA (08.02.35), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.492.

³⁵²⁸ Vgl. Bericht im AA (21.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.488; Brief des Pr/RMI an das AA (24.11.34), in: BA-R 8014/1141.

des erst im März 1934 gegründeten Bremer Saarvereins. Die Vorschläge des Ortsgruppenvorsitzenden zur Betreuung der aus Übersee stammenden Abstimmungsberechtigten flossen direkt in die offiziellen Richtlinien ein³⁵²⁹. Nach einer Besprechung mit Vertretern der Reichsbahn, des Saarbrücker Quartier- und Verkehrsbüros der „Deutschen Front“, des Norddeutschen Lloyd, der beiden Saarvereine Hamburg und Bremen sowie der zuständigen Propagandastellen³⁵³⁰ teilte die Berliner Zentrale des Ministeriums mit:

„Vom 22. Dezember 1934 bis 11. Januar 1935 werden in Hamburg bzw. Bremen etwa 1200 abstimmungsberechtigte Saarländer eintreffen, um an der Abstimmung im Saargebiet teilzunehmen. Sie werden während der Überfahrt von der Auslandsabteilung der NSDAP (Pg. Dr. Erich) betreut. Bei der Ankunft der Dampfer sind Kundgebungen, die spontanen Charakter haben sollen, durchzuführen. Träger dieser Veranstaltung ist die Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine; die organisatorische Leitung liegt bei Ihnen [Landesstelle Weser-Ems des Reichspropagandaministeriums – F.B.]. Vertreter der Landesstelle Berlin werden bei diesen Kundgebungen die Auslands-saarländer im Namen der Stadt Berlin zu einer Besichtigungsreise nach Berlin einladen und diejenigen, die dieser Einladung Folge leisten, nach Berlin geleiten.“³⁵³¹

Wenige Tage vor der letzten „Kriegsweihnacht in den Schützengräben der deutschen Saar“³⁵³² bereitete der Bremer Saarverein den aus Nordamerika anreisenden Abstimmungsberechtigten eine feierliche Begrüßung³⁵³³, dem ein offizieller Empfang im festlich geschmückten Rathaus durch den Senat folgte³⁵³⁴. Sofern die Amerikaner nicht in Privatquartieren der Ortsgruppe Platz fanden, sorgten verschiedene Parteigliederungen für ihre Verpflegung und Unterkunft. Während ihres kurzen Aufenthaltes in Bremen – schon am 23. Dezember traf die Reisegruppe in Saarbrücken ein³⁵³⁵ – fanden mehrere Unterhaltungsabende statt.

³⁵²⁹ Vgl. Brief Wittmanns an die GSV (15.11.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.484. Die Bremer Gruppe selbst zählte bei etwa 125 Abstimmungsberechtigten in der Hansestadt zum damaligen Zeitpunkt ungefähr 150 Mitglieder: Vgl. BA-R 8014/275; Auszug aus Senatorenbesprechung beim Regierenden Bürgermeister (16.11.34), in: Staatsarchiv Bremen, 3-M2h2, 54/ 251/ 9.

³⁵³⁰ Vgl. Aufzeichnung (14.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.488.

³⁵³¹ Schnellbrief des RMPpropaganda an die Landesstelle Weser-Ems (14.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.486.

³⁵³² Rundschreiben Kellners an die Mitglieder (Januar 1935), in: LHA Koblenz, 661,11/6.

³⁵³³ Etwa einhundert Verwandte waren eigens hierzu aus dem Saargebiet eingetroffen: Vgl. „Nordwestdeutsche Zeitung“ (22.12.34). Auch Debusmann empfing die 296 Abstimmungsberechtigten: Vgl. „Nordwestdeutsche Zeitung“ (24.12.34).

³⁵³⁴ Senatspräsident Dr. Brauneck war selbst Saarländer. Vgl. Auszug aus Senatorenbesprechungen beim Regierenden Bürgermeister (16.11.34 und 07.12.34), in: Staatsarchiv Bremen, 3-M2h2, 54/ 251/ 9. Im Bremen bildete sich ein Ausschuß aus Vertretern des Senats, der NSV, des Norddeutschen Lloyd und des Fremdenverkehrsvereins.

³⁵³⁵ Vgl. Aktenvermerk Voigts (02.01.35), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.488; Aktenvermerk (24.12.34), in: BA-R 8014/1149; „Nordwestdeutsche Zeitung“ (24.12.34).



Abb. 77: Empfang der amerikanischen Abstimmungsberechtigten in Hamburg

Die Hamburger Ortsgruppe mit ihren Ende November insgesamt 384 Mitgliedern³⁵³⁶ war ebenso wie ihr Bremer Pendant das erste Glied in der langen Kette der verschiedenen Instanzen, die den Abstimmungsberechtigten aus Übersee ihre Verbundenheit ausdrückten. Kleinere in der Hansestadt eintreffende Gruppen wurden direkt in ihre Freiquartiere gebracht, während die beiden mehrere hundert Personen umfassenden Transporte vom 21. Dezember und

4. Januar eine aufwendige Propagandainszenierung erlebten und offiziell im Rathaus der Stadt empfangen wurden³⁵³⁷.

Zu Anfang des neuen Jahres trafen weitere 400 Abstimmungsberechtigte aus Übersee in Cuxhaven ein. Nach einer kurzen Zwischenstation in Hamburg reisten sie in die Reichshauptstadt weiter, wo die Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gemeinsam mit der dortigen Landesstelle des Propagandaministeriums die Betreuung übernahm³⁵³⁸. Der Willkommensfeier im „Clou“ schlossen sich verschiedene Besichtigungsfahrten durch Berlin und Potsdam an, in deren Verlauf die Gruppe auch von Oberbürgermeister Dr. Sahn offiziell empfangen wurde. Höhepunkte ihres mehrtägigen Aufenthaltes waren die feierliche Eröffnung der nach Berlin verlegten Saarausstellung und die große Saarkundgebung der Reichsregierung im Sportpalast am 6. Januar³⁵³⁹. Anlässlich ihrer Verabschiedung am folgenden Tag mahnte sie Vogel noch einmal, ihrer vaterländischen Pflicht nachzukommen; sie stünden gemeinsam mit den reichsdeutschen und den im Saargebiet wohnenden Wählern in einer vereinten



Abb. 78: Saarkundgebung im Berliner Sportpalast (06.01.35)

³⁵³⁶ Vgl. Tätigkeitsbericht der Ortsgruppe Hamburg (30.11.34), in: BA-R 8014/391.

³⁵³⁷ Abends standen kostenlose Theaterbesuche auf dem Programm: Vgl. Brief Dr. Kuhns an das AA (19.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.487.

³⁵³⁸ Allein für das in den nächsten Tagen folgende Besichtigungsprogramm stellte das Ministerium 35.000 RM zur Verfügung: Vgl. Brief des RMPpropaganda an die Landesstelle Berlin (14.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.487. Hierzu: SF 15/16 (1934) 27, S. 598 f. Auf S. 599 auch Foto vom Empfang der amerikanischen Abstimmungsberechtigten am Berliner Bahnhof.

³⁵³⁹ Die Saarkundgebung am 06.01.35 im Sportpalast war eine reine Parteiveranstaltung, für welche die Berliner Ortsgruppe lediglich noch Eintrittskarten verkaufen durfte: Vgl. BA-R 8014/241 und 896; Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (19.12.34), in: BA-R 8014/135; SF 15/16 (1934/35) 27, S. 586 f. Die im Rundfunk übertragenen Reden wurden reichsweit an vielen Orten von den versammelten Abstimmungsberechtigten gemeinschaftlich gehört: Vgl. Brief Johannes' an Siebert (04.01.35), in: BayHStA, StK 6126. Zur Saarausstellung: Vgl. UFA-Tonwoche Nr. 227 (1935), in: Filmdokumente zur Saarabstimmung 1935, Grünwald 1979; SF 15/16 (1934/35) 27, S. 589 f.

Front. Ihr Eintreffen sorgte in Saarbrücken für großen Aufruhr; schon am Bahnhof wurden ihnen, ähnlich wie bei den vorangegangenen Transporten, ein begeisterter Empfang bereitet³⁵⁴⁰.

Verschiedene der aus Amerika angereisten Berechtigten nutzten die Gelegenheit des kostenlosen Transfers und blieben mehrere Monate in Deutschland bzw. siedelten vollständig über³⁵⁴¹.



Abb. 79: Ankunft der Abstimmungsberechtigten aus Übersee in Saarbrücken

Kap. 4.4: Der Transport der reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten

Während die letzten Erwidern auf Einsprüche mit dem Flugzeug aus der Reichshauptstadt nach Saarbrücken unterwegs waren³⁵⁴², liefen in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die Vorbereitungen für die zweite Phase ihrer Hilfstätigkeit im Vorfeld des Plebiszits an: Die Organisation des Transports der reichsdeutschen und ausländischen Abstimmungsberechtigten an die Wahlurnen.

Mitte September hatte hierzu ein Treffen zwischen Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Reichministeriums des Innern und Preußens mit dem Führerrat der „Deutschen Front“ stattgefunden, auf welchem die beiden Verantwortlichen für den wenige Wochen zurückliegenden Transport der Saarländer zur Massenkundgebung auf dem Ehrenbreitstein, Wallacher und Dr. Max Iven, mit der Organisation der Heranführung der auswärtigen Wähler am 13. Januar betraut wurden. Offiziell sollten die erforderlichen finanziellen Mittel hierfür durch Spenden der reichsdeutschen Bevölkerung aufgebracht werden³⁵⁴³ und der Bund der Saarvereine die nachfolgende Verteilung der Freifahrtscheine vornehmen³⁵⁴⁴. An dieser Version hielt zumindest die prodeutsche Presse bis zuletzt fest³⁵⁴⁵, obwohl sich die Deutsche Reichsbahngesellschaft schon Anfang Oktober bereit erklärte, die Kosten für den Bahntransport der reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten zu übernehmen³⁵⁴⁶. So wiederholte sich an der Saar das Procedere der

³⁵⁴⁰ Ihre Betreuung im Saargebiet übernahm des Verkehrs- und Quartieramt der DF unter der Leitung von Max Iven.

³⁵⁴¹ Aus diesem Grund ließen sich die letztendlichen Kosten des Transportes auch noch im darauffolgenden Herbst nicht abschließend fixieren: Vgl. Brief des AA an das RMFinanz (30.09.35), in: BA-R 2/4419.

³⁵⁴² Vgl. Brief des RMI an das AA (24.10.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.481. Die Mitwirkung des BdS bei der Erarbeitung der insgesamt 9.248 Rekursanträge soll hier nicht weiter thematisiert werden.

³⁵⁴³ Vgl. Protokoll der Besprechung am 13.09.34 (13.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.466.

³⁵⁴⁴ Vgl. Brief der Reichsbahngesellschaft Hauptverwaltung Berlin an das AA, RMI, RMPropaganda, RMFinanz und RMVerkehr (24.09.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.478.

³⁵⁴⁵ Vgl. Sondernummer 3 (1934/35), S. 47 f.; „Berliner Börsen-Zeitung“ Nr. 600 (22.12.34).

³⁵⁴⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung vom 03.10.34 (11.10.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.480; Protokoll der Sitzung vom 02.11.34 (02.11.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 28; Brief des Saarbevollmächtigten Bürckel an das RMFinanz (30.11.34), in: BA-R 2/4416.

Abstimmungen in Schleswig, Ostpreußen und Oberschlesien, wo ebenfalls Tarnorganisationen die Verteilung der Staats- und Regierungsgelder vorgenommen hatten³⁵⁴⁷.

In den letzten Wochen vor dem Plebiszit fanden aus diesem Grund weitere Besprechungen zwischen Vertretern der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und der Reichsbahndirektion Trier statt³⁵⁴⁸, die federführend in der Frage des Transports war. Aufgrund der räumlichen Nähe des Eisenbahnknotenpunkts Koblenz zum Saargebiet und ihrer reichhaltigen Erfahrungen, die sie anlässlich der letzten großen Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein sammeln konnte, spielte auch die Landesgruppe Westmark eine große Rolle³⁵⁴⁹; keine andere Ortsgruppe nahm ihre Obleute derart in die Pflicht:

*„Alle Organe des Bundes der Saarvereine sind dem deutschen Volke dafür verantwortlich, daß auch der letzte Saarabstimmungs-berechtigte ordnungsgemäß zur Abstimmung geführt wird. Nur Todesgefahr und andere schwere Erkrankungen entbinden von der Abstimmungspflicht.“*³⁵⁵⁰



Abb. 80: Saarkundgebung in Breslau (1934)

Wie bereits an anderer Stelle angeklungen, bestand die Hauptaufgabe der schließlich über 400 Ortsgruppen und Stützpunkte des Bundes in der zweiten Jahreshälfte 1934 darin, den Behörden nicht nur bei der Erfassung der Abstimmungsberechtigten behilflich zu sein, sondern die ermittelten Exilsaarländer bis zum Plebiszit bei Laune zu halten, sie immer wieder auf die dritte Option, die Rückkehr nach Deutschland, einzuschwören und ihren Durchhaltewillen zu

stärken. Inhaltliche Überzeugungsarbeit mußte hingegen keine mehr geleistet werden; vielmehr galt es, ihnen das Gefühl zu vermitteln, einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau des neuen

³⁵⁴⁷ Vgl. zum „Deutschen Ausschuß für das Herzogtum Schleswig“: AdR, Kabinett Scheidemann, S. 444, Anm. 3; WIPPERMANN, S. 193–196. Für die Oberschlesien-Propaganda im Reichsgebiet wurde ebenfalls die RfH aktiv, die sich der Unterstützung des DSB versicherte. Ähnlich wie im Vorfeld der Saarabstimmung hatte der Schutzbund damals erkannt, *„daß der Geist freudigen Bekenntnisses zum Deutschtum, der die heimatstreuen Abstimmungsfahrer erfüllte, auf die Stimmung der an Ort und Stelle Verbliebenen eine ganz starke Wirkung ausübte, Schwachmütige wieder aufrichtete, den Abwehrwillen stärkte.“*: VON LOESCH/ VON UNGER, S. 18. Zu den Hilfsmaßnahmen des DSB, die zahlreiche weitere Parallelen aufweisen: Vgl. ebd., S. 14–20; FENSCH: Vorgeschichte, S. 126–149; NEUBACH, S. 111 ff.; Richtlinien für die Zweigstellen ..., WIPPERMANN, S. 171–196.

³⁵⁴⁸ Ihr Präsident Dr. Sarter wurde am 06.12.34 zum Saarkommissar der Reichsbahn ernannt: Vgl. Brief des Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft an das PrMI und das BayMIInn (09.12.34), in: BayHStA, StK 6085. In der GSV waren insgesamt sechs Angestellte mit der Organisation des Transports betraut: Vgl. Aktenvermerk (15.11.34), in: BA-R 8014/1149.

³⁵⁴⁹ Vgl. die detaillierten Unterlagen zum Transport der Abstimmungsberechtigten mit Namenslisten und Sonderanträgen, die Rückschlüsse über den organisatorischen und technischen Aufwand ermöglichen: Vgl. LHA Koblenz, 661,11/10–20 und 30.

³⁵⁵⁰ Die Obleute wurden persönlich für die Überprüfung der vollständigen Abstimmungsunterlagen verantwortlich gemacht und erhielten in dem Schreiben detaillierte Anweisungen für den würdevollen, geschlossenen Marsch zum Bahnhof: Vgl. Rundschreiben der Landesgruppe Westmark an die Ortsgruppenleiter und Saarobmänner (02.01.35), in: LHA Koblenz, 661,11/12. Der Presse konnten die Abstimmungsberechtigten den für sie zuständigen Ansprechpartner entnehmen: Vgl. beispielsweise das Verzeichnis der badischen Saarobmänner, Stützpunktleiter und Ortsgruppenleiter, in: „Der Führer“ (05.01.35).

Deutschlands zu leisten³⁵⁵¹. Die Abstimmungsberechtigten waren mehr oder weniger freiwillig in das Vereinsleben integriert³⁵⁵² und wurden der übrigen Bevölkerung in unzähligen Kundgebungen oder Aufmärschen präsentiert. Auf Weisung des Saarbevollmächtigten mußten im Dezember 1934 in allen Dependancen des Bundes Versammlungen der Abstimmungsberechtigten einberufen werden, auf welchen die lokalen Leiter der P.O. das Wort ergriffen³⁵⁵³.

Die um den Jahreswechsel 1934/35 tagtäglich geschalteten Aufrufe und Insetrate, die Straßentransparente, Rundfunkansprachen und Kundgebungen³⁵⁵⁴ besaßen unter der Maßgabe der Mobilisierung daher eine doppelte Aufgabe: Zum einen sollten sie den Berechtigten noch einmal die wichtigsten Abstimmungsmodalitäten und organisatorischen Einzelheiten ins Gedächtnis rufen³⁵⁵⁵, andererseits zielten die Appelle auf das Ehrgefühl und Pflichtbewußtsein der Wahlberechtigten und erhöhten den moralischen Druck:



Abb. 81: Flugblatt (1935)

³⁵⁵¹ Die Wiesbadener Ortsgruppe veranstaltete an Himmelfahrt 1934 einen Ausflug mit allen 2.000 Abstimmungsberechtigten aus Hessen-Nassau nach Gonsenheim: Vgl. SF 15 (1934) 11, S. 207. Auch in Duisburg wurden die Abstimmungsberechtigten hofiert: Vgl. SF 16 (1935) 26, S. 576. Vgl. ebenso die Saarkundgebung in der Berliner Philharmonie am 19.11.34, in: SF 15 (1934) 24, S. 515 f. Einladungen waren wie immer auch an die Behörden der Reichshauptstadt ergangen: Vgl. beispielsweise Brief der GSV an Reichsaußenminister von Neurath (14.11.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.098.

³⁵⁵² Vgl. hierzu die Stimmungsberichte aus den Ortsgruppen des Landesgruppe Westmark, die zwischen „durchaus zuversichtlich und hoffnungsfreudig“ (Hermeskeil, 04.01.35) und „vorzüglich“ (Wadern, 03.01.35) schwankte, in: LHA Koblenz, 661,11/6. Die verschiedenen Propagandastellen mußten insbesondere in den letzten Wochen vor dem Plebiszit auf die richtige Balance achten: Es durfte nicht zuviel Siegeszuversicht verbreitet werden, da dies das Bedrohungspotential relativiert und damit dem angestrebten Mobilisierungseffekt geschadet hätte.

³⁵⁵³ Vgl. Rundschreiben Debusmanns an die Ortsgruppen (03.12.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27. Er sorgte für die Einhaltung der Anweisung, indem er um Mitteilung über Termin und Ort der Kundgebungen bat.

³⁵⁵⁴ Beobachter aus dem Saargebiet warnten allerdings davor, daß diese letzte Mobilisierungswelle bei manchen Abstimmungsberechtigten kontraproduktiv sein könnte: Sie hielten es beispielsweise für sinnvoller, „wenn man die Saargrenzgänger überhaupt nicht zu Kundgebungen einlädt, sondern sie ruhig an die Saar fahren läßt. Dort werden sie in die Hochstimmung der Saarbevölkerung bei der Abstimmung hineingeraten, und wo einer zweifelhaft ist, wird er an der Saar sicherlich bekehrt.“: Vgl. Brief des Neunkircher Schriftleiters Dorscheid an Kellner (29.12.34), in: LHA Koblenz, 661,11/6.

³⁵⁵⁵ Vgl. Belegeexemplare des Aufrufs „Was jeder von der Volksabstimmung wissen muß“, in: BA-R 8014/1129. Zur gleichen Zeit erschienen insgesamt drei Sonderausgaben des SF speziell für die Abstimmungsberechtigten im Reich, in welchen die wichtigsten Bestimmungen erneut genannt wurden. Wie notwendig derartige Aufrufe trotz der monatelangen Vorarbeiten war, zeigt das Beispiel aus Coburg, wo ein abstimmungsberechtigtes Ehepaar weder einen Reisepaß erhalten hatte, noch über die Benutzung der Sonderzüge aufgeklärt worden war: Vgl. Brief des Landratsamtes Coburg an die GSV (21.12.34), in: Staatsarchiv Coburg, LRA Coburg 9127. Ein Aufruf des Bundes in der reichsdeutschen Presse belegt ebenfalls, daß die Erfassung nicht lückenlos gelungen war: Vgl. Rundschreiben Debusmanns an die Landesgruppen- und Transportleiter (27.12.34), in: LHA Koblenz, 661,11/16.

„Gedenke Deiner heiligen, nationalen Vaterlandspflicht, der Pflicht der Treue und der Pflicht zur Heimat durch die rechtzeitige und richtige Abgabe Deiner Stimme. [...] Denke immer daran, daß es sich nicht um eine Vergnügungsfahrt handelt, sondern um eine ernste vaterländische Aufgabe, deren Erfüllung für Dich eine ganz besondere Ehre ist.“³⁵⁵⁶

Das Merkblatt, aus welchem die beiden Zitate stammen, wurde in den Tagen vor dem 13. Januar in 60.000 Exemplaren an die Abstimmungsberechtigten verteilt. In dieser Hinsicht hatte Vogel immerhin jenes Ziel erreicht, welches die Behörden und insbesondere das Auswärtige Amt während der Weimarer Jahre stets zu vermeiden gewußt hatten: Die von offizieller Seite abgeseignete Selbstpräsentation des Vereins als verlängerter Arm der Reichsregierung.

Zu der vereinbarten Betreuung der Abstimmungsberechtigten zählte in den letzten Wochen vor dem Plebiszit auch die Fürsorge für Arbeitslose und soziale Härtefälle. Eine Anregung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ von Anfang September³⁵⁵⁷ aufgreifend, einigten sich die Sachbearbeiter der verschiedenen Ministerien und Saardienststellen im Herbst 1934 darauf, daß erwerbslose Abstimmungsberechtigte für die Reise ins Saargebiet neu eingekleidet werden sollten. Saarobleute des Bundes waren daher aufgefordert, Verzeichnisse bedürftiger Saarländer in ihrem Einzugsgebiet zu erstellen und gemeinsam mit der Reichsleitung der „Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt“ (NSV)³⁵⁵⁸ aus den Mitteln des Winterhilfswerks entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Gleichzeitig sollten sie Erkundigungen über notwendige Geschäftsvertretungen, Lohnfortzahlungen für abstimmungsberechtigte Arbeiter und Angestellte³⁵⁵⁹ sowie

³⁵⁵⁶ „Merkblatt für die Abstimmungsberechtigten im Reiche“ (Ende Dezember 1934), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27. Posselt formulierte den Appell noch drastischer, indem er die Teilnahme an der Abstimmung mit dem Ruf zur Fahne verglich: „*Wer diesem Ruf nicht folgt, verletzt seine Treuepflicht gegenüber dem Vaterland und ist als Deserteur anzusehen.*“ Es komme auf jede einzelne Stimme an und je deutlicher das Votum ausfalle, desto leichter gestalte sich die deutsch-französische Verständigung und damit die Sicherung des Friedens in Europa: Vgl. Sondernummer 1 (1934/35), S. 1 f.; Sondernummer 3 (1934/35), S. 33 ff. Ähnlich auch der Aufruf „Angetreten“ in der Sondernummer 2 (1934/35) 18 f., in welchem sich Posselt militärrhetorischer Bilder bediente: Wer am 13. Januar nicht seine Stimme abgebe, habe sie damit den Gegnern Deutschlands geschenkt. „*Abstimmungsberechtigung bedeutet Abstimmungspflicht, bedeutet heiligen Kampf fürs deutsche Vaterland, für die saardeutsche Heimat.*“

³⁵⁵⁷ Vgl. Brief der GSV an das RMI (01.09.34), in: BA-R 8014/684. Zur Kooperation der GSV mit den Landesarbeitsämtern 1934 siehe S. 207 f.

³⁵⁵⁸ Seit Anfang Mai 1933 besaß die NSV das Monopol in der Wohlfahrtspflege und Fürsorge: Vgl. Herwart VORLÄNDER: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard 1988.

³⁵⁵⁹ Hingegen sah sich die NSV außer Stande, die Vertretungskosten abstimmungsberechtigter Geistlicher zu übernehmen; der stellvertretende Landesgruppenleiter der Westmark bat daher, daß im Bistum Trier die Gottesdienste unentgeltlich von Amtskollegen zelebriert werden sollten: Vgl. Brief der Ortsgruppe Trier an das Bischöfliche Generalvikariat (05.12.34), in: Bistumsarchiv Trier, 59/48. Während die beiden Bischöfe von Speyer und Trier offiziell die katholische Geistlichkeit zur Zurückhaltung im Abstimmungskampf aufriefen (vgl. „Deutsche Front“ Nr. 206 (17.11.34); Bistumsarchiv Trier, 59/39), hofften sie, der Kirche durch ihre nach außen stets betonte Loyalität Freiräume zu bewahren und belastete Priester vor Repressalien zu schützen. Damit trugen sie entscheidend zur Stabilisierung des Nationalsozialismus bei und sabotierten die Bemühungen der katholischen Status-quo-Opposition um Johannes Hoffmann. Allgemein zur Rolle der Kirchen im Abstimmungskampf vgl. Thomas FANDEL: *Konfession und Nationalsozialismus. Evangelische und katholische Pfarrer in der Pfalz 1930–1939*, Paderborn [u.a.] 1997, S. 236–264; GESTIER, S. 29–129; Vgl. HAUPERT/SCHÄFER: *Saarländischer katholischer Klerus*; Fritz JACOBY: *Die evangelische Kirche an der Saar im Abstimmungskampf 1933 bis 1935*, in: *Die evangelische Kirche an der Saar. Gestern und heute*,

erforderliche Betreuung von Kleinkindern und Pflegefällen einziehen³⁵⁶⁰. Selbstverständlich führte die Anweisung der NSDAP-Reichsleitung, daß die Unterstützung der Saarabstimmungsberechtigten aus den Mitteln der NSV „*nicht in engherziger Weise geschehen*“ dürfe³⁵⁶¹, auch zu Mißbrauch und Übereifer³⁵⁶², doch wurden diese Auswüchse notgedrungen akzeptiert, um zu vermeiden, daß sogenannte verschämte Arme nur deshalb nicht zur Abstimmung fuhren, weil es ihnen an der nötigen Winterbekleidung fehlte³⁵⁶³. Auf Antrag der Ortsgruppenleiter bzw. Obleute erhielten bedürftige Abstimmungsberechtigte auch kleinere Geldsummen als Zehrgeld während ihres Aufenthaltes im Saargebiet bzw. wurden Selbständige entschädigt und Verdienstauffälle ausgeglichen³⁵⁶⁴. Während auf diese Weise zumindest die reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten nicht aus wirtschaftlichen Gründen den Wahlurnen fernblieben, konnte sich die nationalsozialistische Reichsregierung als eben jene treusorgende Mutter präsentieren, wie es die Plakate der „Deutschen Front“ zu suggerieren bemüht waren³⁵⁶⁵.

Saarbrücken 1975, S. 279–285; PAUL: Deutsche Mutter, S. 233–256; Kurt SCHÖNDORF: „Für Christus und Deutschland - Gegen Hitler und die Neuheiden“. Zum Widerstand katholischer Geistlicher gegen Hitler in der Saarpfalz vor der Saarabstimmung 1935, in: Saarpfalz. Blätter für Geschichte und Volkskunde 46 (1994) 2, S. 25–34.

³⁵⁶⁰ Vgl. Aktennotiz (23.10.34), in: BA-R 8014/1131; Protokoll der Sitzung vom 23.10.34 (23.10.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.481; Rundschreiben der GSV (23.10.34) und vierte Anweisung der GSV an die Saarobmänner (09.11.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27; Rundschreiben der NSDAP-Gauleitung Koblenz an die Kreisamtsleiter der NSV (26.10.34), in: LHA Koblenz, 661,11/29.

³⁵⁶¹ Vgl. Brief der NSDAP-Reichsleitung an alle Gauleitungen der NSDAP und den Gauamtsleiter des Amtes für Volkswohlfahrt (28.11.34), in: BA-R 8014/1145. Hiervon ausgenommen waren selbstverständlich offensichtliche Gegner der Rückgliederung: Vgl. Aktenvermerk (08.01.35), in: BA-R 8014/689.

³⁵⁶² Bei seiner Anmeldung in Aachen wurde ein mittelloses Ehepaar auf ihre Abstimmungsberechtigung aufmerksam gemacht und an die ansässige Ortsgruppe verwiesen. „*Dort kann das Ehepaar Peters feststellen, daß sich im Dritten Reich leben läßt, wenn man Saarländer und abstimmb. ist. Sie erfahren, daß der Saarverein selbst abstimmb. Tippelbrüder von der Landstraße aufgreift und sie völlig neu einkleidet. Die einzige Gegenleistung, die verlangt wird: Ihr stimmt doch für uns!*“: Vgl. Abschrift eines Artikels aus der „Grenzland“ (Dezember 1934), in: StA Aachen, OB-Reg 2-17. Siehe auch den Bericht eines aus einem Konzentrationslager entlassenen Kommunisten, in: PAUL: Deutsche Mutter, S. 361. Die Behauptungen decken sich mit Berichten der Obleute: Vgl. Brief des Kreisobmanns von Baumholder an die Landesgruppe Westmark (28.12.34), in: LHA Koblenz, 661,11/10.

³⁵⁶³ Vgl. Rundschreiben der NS-Frauenschafter Gau Koblenz-Trier an alle Kreis- und Orts-Frauenschafterleiterinnen und Sozialreferentinnen des Gaus (04.12.34), in: LHA Koblenz, 661,11/29.

³⁵⁶⁴ Vgl. Rundbrief Debusmanns (31.12.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27; Sonderrundschreiben der NSV an Gauleiter und Gauamtsleiter Nr. 2, in: BA-R 8014/992. Meldebögen für bedürftige Saarländer, in: LA Speyer H 38/402. Vgl. den umfangreichen Schriftverkehr über Betreuungsfragen, in: BA-R 8014/993–998.

³⁵⁶⁵ Kellner rief die „*Wirtschaftsführer und Volksgenossen der Westmark*“ (in: „Koblenzer Generalanzeiger“ (23.12.34)) auf, die Bezüge weiter zu zahlen bzw. sich zu vergewissern, ob sie nicht einen Abstimmungsberechtigten auf der Arbeit oder bei der Betreuung Pflegebedürftiger vertreten können. Zwei Monate nach dem Plebiszit teilte das Gauamt für Volkswohlfahrt der Landesgruppe Westmark die allein dort angefallenen Kosten mit (07.03.35, in: LHA Koblenz, 661,11/29): Etwa 58.000 RM mußten für die Einkleidung, 14.500 RM für die Kinderbetreuung sowie über 15.000 RM für Reisezuschüsse aufgebracht werden.

Ein Ukas des Reichspropagandaministeriums garantierte, daß die Verabschiedung der mehreren Tausend Abstimmungsberechtigten ein einheitliches Bild bot:

„In der Zeit vom 10. bis 12. Januar 1935 werden 47.000 im Reich wohnende abstimmungsberechtigte Saarländer in 57 Sonderzügen nach dem Saargebiet zur Abstimmung befördert. Die Leitung liegt in den Händen des Bundes der Saarvereine. Bei der Abfahrt der Abstimmungsberechtigten sind in allen Hauptabfahrtsorten Saarkundgebungen zu veranstalten. Die Bahnhöfe, Straßen, Züge und die wichtigsten Teile der Fahrtstrecke sind zu schmücken. Die Bevölkerung versammelt sich möglichst am Bahnhof oder an der Bahnstrecke. Lieder, die eine kriegerische Stimmung hervorrufen könnten wie ‚Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen‘, ‚Die Wacht am Rhein‘ usw. dürfen nicht gesungen werden. Um dies zu verhindern, sind geeignete Amtswalter in der Menge so zu verteilen, daß sie gegebenenfalls durch Rufe das Singen solcher Lieder verhindern können. [...] Die am 14. bis 16. Januar 1935 erfolgende Rückfahrt der Abstimmungsberechtigten ins Reich ist im gleichen Rahmen zu gestalten.“³⁵⁶⁶

Ehrensoliere von Parteigliederungen empfingen am Bahnhof die in geschlossenen Formationen eintreffenden Abstimmungsberechtigten³⁵⁶⁷ gemeinsam mit einer nach Tausenden zählenden Zuschauermenge. Je nach Entfernung zum Saargebiet erfolgten die reichsweit ähnlichen Inszenierungen zu nächtlicher Stunde, wobei Fackelträger, Musikkapellen und pathetische Ansprachen den feierlich-sakralen Charakter des bevorstehenden Wahlaktes noch unterstrichen. In aller Regel hatten sich die Ortsgruppen gemeinsam mit den lokalen Parteidienststellen darum gekümmert, daß die Wege zum Bahnhof festlich geschmückt waren³⁵⁶⁸. Gehörten derartige Aufmärsche bereits zum nationalsozialistischen Alltag, so bezweckten sie in den Tagen vor dem Plebiszit, den Abstimmungsberechtigten noch einmal den Rückhalt der reichsdeutschen Bevölkerung zu suggerieren³⁵⁶⁹.

³⁵⁶⁶ Schnellbrief des RMPpropaganda an alle Landesstellen (17.12.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.487. Die erwähnten nationalistischen Lieder hätten die Friedens- und Versöhnungspropaganda Hitlers gestört. Sinngemäß schlug sich dieser Erlaß in der lokalen Presse nieder. Vgl. am Beispiel Castrop-Rauxels: „Stadtanzeiger“ (09.01.35, 11.01.35 und 12.01.35); „Tremonia“ (12.01.35 und 13.01.35 („Triumphzug zum Bahnhof Rauxel“)); „Westfälische Landeszeitung“ (12.01.35).

³⁵⁶⁷ In München, von wo drei der insgesamt sieben Sonderzüge für die bayerischen Abstimmungsberechtigten abfahren, erfolgte die Zusammenkunft bereits um 14 Uhr, um sieben Stunden später zum Hauptbahnhof zu marschieren: Vgl. Brief Johannes' an Siebert (09.01.35) und Antwortschreiben Sieberts (10.01.35), in: BayHStA, StK 6120. Groß aufgezogene Saarkundgebungen wie in München anlässlich der Verabschiedung waren keine Seltenheit. Siehe hierzu die etwa 90sekündigen Filmaufnahmen „Aufbruch der Abstimmungsberechtigten zur Saarabstimmung“ aus Mannheim in der Nacht zum 13.01.35, in: StA Mannheim, Filmsammlung 6.

³⁵⁶⁸ Die Aufbruchsstimmung an den Bahnhöfen erinnerte stark an die Verabschiedung der Fronttruppen im August 1914: Vgl. „Würzburger General-Anzeiger“ Nr. 9 und Nr. 10 (11.01.35 und 12.01.35); „Fränkisches Volksblatt“ Nr. 12 (15.01.35); „Gladbecker Volkszeitung“ Nr. 12 (13.01.35); „General-Anzeiger für das nordwestliche Industriegebiet und des westliche Münsterland“ Nr. 13 (13.01.35); „N.S.Z.“ (14.01.35); Chronik der Stadt Essen für das Jahr 1935, S. 10. So sehr die Ortsgruppen des Bundes auch in den zurückliegenden Wochen in die Erfassung, Mobilisierung und Stimulierung der Abstimmungsberechtigten involviert waren, so selten tauchten sie in den Berichten der Lokalpresse auf.

³⁵⁶⁹ Vgl. die Anzeige des Oberbürgermeisters von Castrop-Rauxel im „Stadtanzeiger“ (11.01.35); „Tremonia“ (11.01.35), „Dortmunder Zeitung“ (11.01.35), „Westfälische Landeszeitung“ (11.01.35): „[...] Seid überzeugt, daß nicht nur die Bevölkerung unserer Stadt, sondern das ganze Deutschland am Sonntag Schulter an Schulter mit Euch marschiert für unsere deutsche Saar. [...]“

Die Beförderung erfolgte in Sonderzügen dritter Klasse³⁵⁷⁰; in Ausnahmefällen, über welche die Obleute des Bundes zu entscheiden hatten, wurden auch höhere Klassen bzw. Einzelreisen bewilligt. Um den Kreis der Reisenden möglichst klein zu halten, mußten die Abstimmungsberechtigten auf die Mitnahme von Familienangehörigen verzichten³⁵⁷¹, zumal die Einreise in das Saargebiet zwischen Ende Dezember 1934 und Ende Januar 1935 von Seiten der Regierungskommission stark reglementiert worden war³⁵⁷². Für jeden der insgesamt 56 außerplanmäßig eingesetzten Züge war ein Transportleiter verantwortlich, der sich seinerseits auf die für jeden einzelnen Waggon ernannten Obleute stützen konnte und für die ausreichende medizinische Versorgung, die Ausschmückung des Zuges³⁵⁷³, gegebenenfalls notwendige Verpflegung und in Kooperation mit dem Quartier- und Verkehrsbüro der DF für die Verteilung der Abstimmungsberechtigten auf die Abstimmungsgemeinden zu sorgen hatte³⁵⁷⁴. Aus der Reichshauptstadt fuhren beispielsweise am 11. und 12. Januar 1935 insgesamt vier Sonderzüge an die Saar, die am 15. Januar um die Mittagszeit wieder in Berlin eintrafen³⁵⁷⁵. Etwa 16 Stunden waren diese Abstimmungsberechtigten mit bis zu 1.200 Gleichgesinnten unterwegs, während die

³⁵⁷⁰ Vgl. „Anweisung für die Transportleiter“ (Dezember 1934) und „Die tarifarische und abfertigungstechnische Organisation der Abstimmungsreisen (08.12.34)“, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 28; Sondernummer 3 (1934/35), S. 47 f.; „Berliner Börsen-Zeitung“, Nr. 600 (22.12.34). Das „Nationalsozialistische Kraftfahrkorps“ und die Post übernahmen gemeinsam den Transport der Abstimmungsberechtigten zu den Bahnhöfen. Selbst die französischen Auslandsvertretungen zollten den organisatorischen Vorbereitungen des Transports Anerkennung: Vgl. Brief des französischen Generalkonsulats München an Außenminister Laval (14.12.34), in: MAE, Sarre 243. Die Maßnahmen der bayerischen Landesgruppe waren seit längerem beobachtet worden: Vgl. Brief des französischen Generalkonsulats München an die französische Botschaft Berlin (24.09.34), in: C.A.D.N., Amb. Berlin Série B 672.

³⁵⁷¹ Auf Antrag eines Obmanns konnten auch hier Sonderkonditionen vereinbart werden: Vgl. „Richtlinien für die Benutzung der 2. Klasse, Zulassung von Begleitern und für freizügige Reisen“ (08.12.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 28. Wie bereits oben erwähnt, sorgte die NS-Frauenschaft für die Betreuung der Kinder und Pflegebedürftiger. Bedurfte ein Abstimmungsberechtigter aus Gesundheitsgründen eine nichtabstimmungsberechtigte Begleitperson, fiel die Erteilung einer Genehmigung ebenfalls in den Ermessensspielraum der Obleute: Vgl. vierte Anweisung an die Saar-Obmänner (09.11.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27.

³⁵⁷² Vgl. Verordnung Nr. 602 (29.11.34), in: Amtsblatt der Regierungskommission 15 (1934) 50, S. 501 f. Außerdem durften die reichsdeutschen Sonderzüge frühestens am 12.01.35 ab 8⁰⁰ Uhr ins Saargebiet rollen und mußten dieses bis Montag, 14.01.35, 21⁰⁰ Uhr, wieder verlassen haben: Vgl. SF 15 (1934) 25, S. 550 f.

³⁵⁷³ Die Transparente mußten vor der Einreise in das Abstimmungsgebiet wieder entfernt werden, wie es den Wählern auch untersagt war, NS-Uniformen oder sichtbare nationalsozialistische Symbole zu tragen: Rundschreiben der GSV an die Saarobmänner (07.12.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27.

³⁵⁷⁴ Hierbei galt als Richtwert, daß die reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten unabhängig von der Witterung in der Lage sein sollten, ihr Wahllokal am Abstimmungstag binnen einer halben Stunde zu erreichen: Vgl. Protokoll der Sitzung (02.11.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 28. Zum Schutz vor Devisenschiebereien duften die Abstimmungsberechtigten gegen Vorlage ihres Abstimmungsausweises nur maximal 25 RM in französische Francs tauschen. Sonst lag die Obergrenze bei zehn RM: Vgl. Rundschreiben der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank an Zweigniederlassungen und Wechselstuben (02.01.35), in: LHA Koblenz, 661,11/16.

³⁵⁷⁵ Vgl. undatierte „Nachweisung der Sonderzüge für die Saarabstimmungsberechtigten im Reiche“, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27; Fahrpläne der Berliner Sonderzüge (20.12.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 28. In einem Sonderzug wurde sogar ein Kind geboren: Vgl. SF 15/16 (1934/35) 31, S. 696; BARTZ, S. 246.

Mitglieder der Lübecker Ortsgruppe bereits am 10. Januar aufbrechen mußten, um rechtzeitig im Hamburger Sonderzug über Osnabrück und Koblenz nach Saarbrücken zu gelangen³⁵⁷⁶.

Die Fahrt selbst war der letzte Akt der von den verschiedenste Gerüchten³⁵⁷⁷ begleiteten Propa-

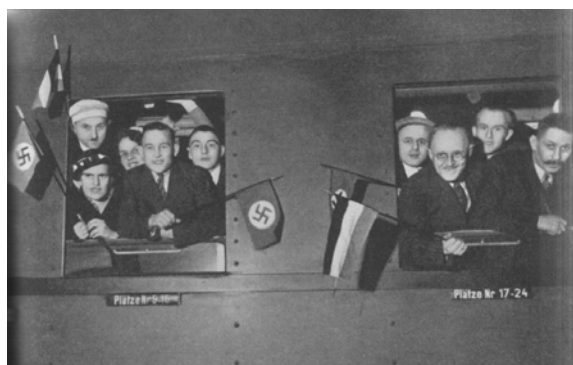


Abb. 82: Saarabstimmungsberechtigte in einem Sonderzug (1935)

gandaaufführung: In den Zügen ließ die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Muster offizieller Stimmzettel an die Abstimmungsberechtigten verteilen, um diesen noch einmal vor Augen zu führen, „wie und wo das Kreuz zu machen ist“³⁵⁷⁸, während sogar an kleinsten, feierlich geschmückten Bahnhöfen Musikkapellen aufspielten und ab dem Vorabend des 13. Januar kurz vor der Saargrenze auf 70 Hügeln weithin sichtbar Höhenfeuer brannten³⁵⁷⁹.

Anders als beim Empfang der wenige Tage zuvor euphorisch begrüßten ausländischen Wähler verlief die Ankunft der reichsdeutschen Sonderzüge eher kühl und sachlich, um der Regierungskommission angesichts der gereizten Stimmung des Abstimmungswochenendes keinen Vorwand zur Intervention zu bieten. Max Brauns diesbezügliche Beobachtungen decken sich weitgehend mit der Feststellung zeitgenössischer Rückgliederungsbefürworter:

„Die 60.000 außersaarländischen Abstimmungsberechtigten wurden am Bahnhof von einer SA- und SS-Kette in Empfang genommen und durch ein mehrfaches Spalier dieser mit polizeilich ge-

³⁵⁷⁶ Vgl. hierzu den anschaulichen Bericht des bereits zitierten Kommunisten (PAUL: Deutsche Mutter, S. 361 f.) sowie von Hans RUPPE: Die Saar ist deutsch! Selbsterlebtes auf der Fahrt zur Abstimmung, in: Lübeckische Blätter 77 (1935) 4, S. 50 ff. Mit Ausnahme der Abstimmungsberechtigten aus Übersee und den Niederlanden wurden die aus dem Ausland eintreffenden Wähler an der Reichsgrenze von Abordnungen des BdS feierlich empfangen und auf die verschiedenen Sonderzüge verteilt, welche die grenznahen Städte ansteuerten: Vgl. Protokoll der Sitzung (02.11.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 28; Brief des Quartierbüros der DF an das AA (10.11.34), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.487. Die Landesgruppe Bayern betreute daher auch die Abstimmungsberechtigten aus Italien, Österreich und den Balkanstaaten.

³⁵⁷⁷ Den Worten des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn zufolge sollten die Sonderzüge beschossen oder sogar gesprengt werden. Vgl. hierzu auch die Parolen des RMPropaganda vom 03.01.35 und 04.01.35, in: BOHRMANN/ TOEPSER-ZIEGERT, Bd. 3/I: 1935, S. 2 und S. 6. Harmloser hingegen war die Warnung vor Versuchen der Rückgliederungsgegner, in den Besitz der Abstimmungsausweise zu gelangen: Vgl. SF 15 (1934) 23, S. 483.

³⁵⁷⁸ Vgl. Rundschreiben der GSV (08.01.35), in: LHA Koblenz, 661,11/12. Am gleichen Tag erging ein weiteres Rundschreiben an Schriftleitungen, in: BA-R 8014/137. Vgl. hierzu auch: Ludwig MÜLLER: Dein Abstimmungsbuch. Das Rüstzeug und die Waffe für den Abstimmungsberechtigten zur Volksabstimmung im Saargebiet und Erinnerungsbuch an die große Zeit der Saardeutschen, Saarbrücken 1934.

³⁵⁷⁹ Die Resonanz auf eine entsprechende Anregung der Landesgruppe Westmark war erfolgreicher, als die Initiatoren erwartet hatten. Schon zwei Wochen vor dem Plebiszit konnte der Propagandawart der Landesgruppe melden, daß sich sämtliche Einwohner der Dörfer an ihren Höhenfeuern versammeln wollten: Vgl. Brief Dubs an Kellner (27.12.34), in: LHA Koblenz, 661,11/6. Dort auch ein undatiertes Verzeichnis der Höhenfeuer. Siehe den Aufruf für die Presse (09.01.35), in: LHA Koblenz, 661,11/7.

*stempelten Armbinden ausgestatteten Hitlersoldaten in das Propagandabüro der Hitlerfront geführt, dort entsprechend ‚behandelt‘ und noch in ihren Quartieren überwacht.*³⁵⁸⁰

Ein internationales Kontingent aus 1.500 britischen, 1.300 italienischen sowie jeweils 250 schwedischen und niederländischen Soldaten, welches seit Dezember 1934 als sogenannte Abstimmungspolizei in verschiedenen saarländischen Ortschaften kaserniert war, sorgte auch am eigentlichen Wahltag für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Transport der versiegelten Urnen zur zentralen Auszählungsstelle in Saarbrücken³⁵⁸¹.

Der lang ersehnte „Tag X“ war nun gekommen. Nüchtern betrachtet erhielt lediglich eine halbe Million Menschen die Gelegenheit, über die künftige staatsrechtliche Zugehörigkeit eines kleinen Industriereviere an der westlichen Peripherie des Reiches abzustimmen. Ein Großteil der Wähler des 13. Januar dürfte es allerdings – nach mehrmonatiger Besatzungsherrschaft und 15jähriger Völkerbundsverwaltung, die das Wohl der Bevölkerung viel stärker im Auge hatte, als es die Saarländer wahrnehmen oder eingestehen wollten – als nationale Großtat³⁵⁸² und psychologischer Befreiungsschlag empfunden haben. Insbesondere während des zurückliegenden Jahres war die Stimmung derart angeheizt worden, daß sich praktisch alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens auf diesen einen Tag ausrichteten: Zeitungen zählten die Tage bis zum Sakralakt des Plebiszits herunter³⁵⁸³ und Durchhalteparolen steigerten die Spannung in den letzten Wochen ins Unermeßliche.

Dank zahlreicher zeitgenössischer Berichte und Lebenserinnerungen sind Einzelheiten über den Verlauf des 13. Januar 1935 an der Saar mit seinen seltsam anmutenden Wahlvorschriften und der „Schmückpsychose“³⁵⁸⁴ der DF seit langem bekannt und sollen daher in diesem Zusammen-

³⁵⁸⁰ Zitiert nach Joachim HEINZ: 13. Januar 1935 - Saarabstimmung. Fiasko der Status-quo-Bewegung - Wahlfälschung?, in: Arbeitnehmer 43 (1995) 1, S. 39 f., hier: S. 40. Auch BARTZ (S. 199) erinnerten die reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten an verurteilte Verbrecher, die ihre Verbannung antraten.

³⁵⁸¹ Vgl. Maurice BROC: La police internationale de la Sarre, in: Revue de la Gendarmerie 8 (1935), S. 258–269; WAMBAUGH, S. 282–286.

³⁵⁸² Ein neutraler Beobachter aus der Schweiz urteilte hierüber: *„Ich habe selten in meinem Leben einem so feierlichen, ja ergreifenden Akte beigewohnt wie dieser Abstimmung. Das Ganze trug einen vollkommen gottesdienstlichen Charakter. Die Männer und Frauen, die da, sonntäglich gekleidet, in feierlichem Schweigen standen und warteten, bis sie an den Tisch vortreten, den Stimmzettel in Empfang nehmen und hinter dem Vorhang verschwinden durften, der die Stimmzelle abschloß, standen ganz zweifellos unter dem Eindruck, daß ihre Stimmabgabe vielleicht der wichtigste und verantwortungsvollste Akt sei, den sie in ihrem ganzen Leben zu vollziehen hätten. Es war, als stünden sie vor Gott, und seien berufen, eine Handlung zu vollziehen, von der nicht nur ihr ganzes Leben, sondern ihr Seelenheil abhängt. [...] Ich bin sicher, daß mancher, der bis zum letzten Augenblick geschwankt hatte, erst unter dem feierlichen Eindruck dieser Wahlversammlung, wo alles Äußerliche, alles Parteiwesen verschwunden war, die Frage, die es galt zu beantworten, in ihrer sittlichen Bedeutung und Größe ganz erfaßte: für oder gegen Dein Vaterland?“*: Aufzeichnung (Januar 1935), in: BA-R 43-I/256. Nach seiner Ansicht hatten die strengen Vorschriften der Abstimmungskommission der deutschen Sache eher genutzt als geschadet.

³⁵⁸³ Zusätzlich publizierte die „Deutsche Arbeitsfront“ einen hunderttägigen Abstimmungskalender, dessen Reinertrag dem Aufbau des Winterhilfswerks dienen bzw. den Transport der auswärtigen Abstimmungsberechtigten finanzieren sollte: Vgl. Bekanntmachung Leys (16.09.34), in: StA Göttingen, II A 15/7. Ein Exemplar eines solchen Kalenders findet sich im HStA Stuttgart, J 150 340/1.

³⁵⁸⁴ SIEGMANN, S. 308.

hang nicht weiter erörtert werden³⁵⁸⁵. Das von Experten erwartete Verkehrschaos³⁵⁸⁶ hielt sich in Grenzen, da die bis zum Vorabend eingetroffenen Abstimmungsberechtigten bereits die Nacht in der Nähe der Wahllokale verbracht hatten.

Ähnlich lautende Aufrufe in der Lokalpresse forderten die Bevölkerung an den beiden folgenden Tagen auf, den heimkehrenden Saarländern einen ebenso festlichen Empfang wie bei ihrer Verabschiedung zu bereiten. So überrascht es kaum, daß sich die inszenierten Aufmärsche und die scheinbar spontanen Ausbrüche nationaler Begeisterung hinsichtlich des Ablaufs und der Beteiligung nur geringfügig von den nächtlichen Feiern im Vorfeld des Plebiszits unterschieden³⁵⁸⁷. Die nord- und ostdeutschen Abstimmungsberechtigten befanden sich meist noch in den Sonderzügen, als am Morgen des 15. Januar 1935 der Vorsitzende der Abstimmungskommission Alan E. Rohde das mit höchster Spannung erwartete Ergebnis verkündete.



Abb. 83: Die Ankunft der Berliner Abstimmungsberechtigten am Potsdamer Bahnhof

Von den 539.541 registrierten Wählern hatten 528.105 ihre

Stimme abgegeben. Entsprechend der drei alternativen Optionen entfielen

- * auf die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes 46.613 Stimmen,
- * auf die Vereinigung mit Frankreich 2.124 Stimmen,
- * auf die Vereinigung mit Deutschland 477.119 Stimmen³⁵⁸⁸.

Es hatten sich nicht nur über 90% für die Rückgliederung des Mandatsgebiets an das inzwischen nationalsozialistische Deutschland ausgesprochen, sondern es waren sogar mehr Abstimmungsberechtigte von außerhalb an die Saar gereist, als gemeinsam Stimmen auf die Beibehaltung des Status quo und den Anschluß an Frankreich entfielen³⁵⁸⁹.

³⁵⁸⁵ Vgl. ebd., S. 309 ff.; WAMBAUGH, S. 300 ff.; PAUL: Deutsche Mutter, S. 362–370.

³⁵⁸⁶ Vgl. Protokoll der Besprechung vom 06.12.34 (07.12.34), in: StA Saarbrücken, Großstadt 2264. Im Saargebiet lebende Abstimmungsberechtigte genossen auf den Saarbahnen am 13.01.35 freie Fahrt: Vgl. Brief Knox' an den französischen Außenminister Laval (11.12.34), in: MAE, Sarre 243.

³⁵⁸⁷ Repräsentanten der staatlichen Behörden empfingen gemeinsam mit Vertretern der Partei die übermüdeten Abstimmungsberechtigten, die meist unter Glockengeläut durch die noch immer geschmückten Straßen zu einem zentralen Kundgebungsplatz geführt wurden: Vgl. „Niederdeutscher Beobachter“ (13.01.35); „Tremonia“ (14.01.35); „Würzburger General-Anzeiger“ Nr. 11 und Nr. 12 (14.01.35 und 15.01.35); „Gladbecker Volkszeitung“ Nr. 14 (15.01.35); „Alemanne“ Nr. 15 (15.01.35); „Neue National-Zeitung“ (16.01.35); „Dresdner Anzeiger“ Nr. 16 (16.01.35); Chronik der Stadt Essen für das Jahr 1935, S. 10.

³⁵⁸⁸ 905 Personen hatten ungültige, 1.292 weiße Wahlzettel abgegeben: Vgl. JO 16 (1935) 2, S. 243–247; DNB Nr. 75 (15.01.35); SIEGMANN, S. 311 ff.

³⁵⁸⁹ Das Stimmverhalten der reichsdeutschen Abstimmungsberechtigten ist natürlich nicht mehr zu rekonstruieren, doch dürfte die Behauptung Erich WEINERTS (Das Saargeheimnis, in: Die neue Weltbühne 7 (1935), S. 208–212, hier: S. 209) nach dem Plebiszit, daß mindestens die Hälfte von ihnen für den Status quo gestimmt hatte, in erster Linie seinem Wunschenken entsprochen haben.

Die Mobilisierung der reichsdeutschen Öffentlichkeit für die Saar erreichte in jenen Tagen ihren absoluten Höhepunkt. Während mancherorts die Aufmärsche zur Begrüßung der heimkehrenden Abstimmungsberechtigten gerade ausklangen und verschiedene Sonderzüge noch unterwegs waren, erfolgte bereits der nächste Appell:

*„Es ist in sämtlichen Schulen morgen früh 8 Uhr Gemeinschaftsempfang des Saarabstimmungsergebnisses und der Ansprachen von Ruhde, Bürkel [sic!], des Führers und Dr. Goebbels anzuordnen. Im Anschluß an die Ansprache von Dr. Goebbels hat Flaggenhissung zu erfolgen.“*³⁵⁹⁰

In den meisten Fabriken, Betrieben, Behörden und Verwaltungen, auf öffentlichen Plätzen und in Gaststätten, in Universitäten und Wartehallen war die deutsche Bevölkerung gehalten, ihr Interesse an der staatsrechtlichen Zukunft der Saar und ihre Verbundenheit mit ihren „saardeutschen Brüdern und Schwestern“ durch das gemeinsame Hören der Rundfunkübertragung aus der Saarbrücker Wartburg unter Beweis zu stellen. Nach der propagandistischen Vorarbeit der zurückliegenden Monate dürfte die nach außen in den nun folgenden Feierlichkeiten zum Ausdruck gebrachte Freude über den Ausgang des Plebiszits bei vielen Deutschen einer inneren Überzeugung entsprochen haben. Schließlich wurde mit der nun allseits erwarteten Rückkehr des Saargebiets zum Deutschen Reich eine weitere territoriale Bestimmung des Versailler „Diktatfriedens“ zu Grabe getragen. Nach den beeindruckenden Erfolgen bei der Reduzierung der Arbeitslosenzahlen konnte sich die nationalsozialistische Reichsregierung unter der Führung Hitlers nun als Vollstreckerin der allseits ersehnten Revision präsentieren.

Wiederum weisen die Feierlichkeiten nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses große Ähnlichkeit untereinander auf. Sofern die Häuser nicht ohnehin noch den Fahnen-, Girlanden- und Blumenschmuck der vergangenen Tage trugen, wurden sie erneut staffiert, während den ganzen Tag über Marschkolonnen durch die Straßen zogen und die örtlichen Parteiformationen die Vorbereitungen für die abendlichen Saartreuekundgebungen trafen. Reichsweit läuteten um die Mittagszeit für eine Stunde die Glocken³⁵⁹¹. In den Schulen endete der Unterricht und die städtischen Verwaltungen stellten bereits am frühen Nachmittag die Arbeit ein. Lange defilierten am Abend Fackelzüge der Reichswehr, von sämtlichen lokalen Parteigliederungen, von Vereinen und den inzwischen eingetroffenen Abstimmungsberechtigten an den Repräsentanten aus Staat und Partei vorbei, es erklangen Fanfaren und der Genialität des „Führers“ wurde in

³⁵⁹⁰ Vgl. Funkspruch der Regierung von Oberfranken und Mittelfranken (14.01.35), in: Staatsarchiv Coburg, LRA Coburg 9127. Vgl. ebenso das Rundschreiben des Regierungspräsidenten von Aachen an Landräte des Bezirks und den Oberbürgermeister von Aachen (14.01.35), in: StA Aachen, OB-Reg 2-17.

³⁵⁹¹ Die Staatspolizei ermittelte in den folgenden Wochen gegen Geistliche, die das angeordnete Glockengeläut verweigert oder gar verhindert hatten: „Eine solche Handlungsweise läßt auf einen [...] Tiefstand der Gesinnung schließen [...]“: Vgl. Rundschreiben des hessischen Staatspolizeiamtes an die Stapostellen, Kreis- und Polizeiamter (26.01.35), in: Staatsarchiv Darmstadt, G15 Bensheim C7. Siehe auch Schnellbrief des Politischen Polizeikommandeurs der Länder an die Staatspolizeistellen und Politischen Polizeibehörden der Länder (22.01.35), in: Ursachen und Folgen X, Dok. 2427, S. 301 f.

pathetischen Ansprachen gehuldigt, bevor in vielen Orten Feuerwerke die Zeremonien beendeten³⁵⁹².

Der Ausgang des Referendums bot den Nationalsozialisten die willkommene Gelegenheit, das Andenken an den verachteten Außenminister der „Systemzeit“³⁵⁹³ zu beenden: Die Berliner Stresemannstraße zwischen Potsdamer Platz und Halleschem Tor, in welcher auch die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ seit 1919 ihren Sitz hatte, wurde am 26. Januar 1935 in „Saarlandstraße“ umbenannt³⁵⁹⁴.

³⁵⁹² Vgl. „Gladbecker Volkszeitung“ Nr. 15 und Nr. 16 (16.01.35 und 17.01.35); „General-Anzeiger für das nordwestliche Industriegebiet und das westliche Münsterland“ Nr. 15 und Nr. 16 (15.01.35 und 16.01.35); „Fränkisches Volksblatt“ Nr. 13 (16.01.35); „Niederdeutscher Beobachter“ (16.01.35); „Tremonia“ (16.01.35); „Westfälische Landeszeitung“ (16.01.35 und 19.01.35); Chronik der Stadt Essen für das Jahr 1935, S. 10.

³⁵⁹³ Goebbels hatte am Tag von Stresemanns Tod triumphierend in sein Tagebuch notiert, daß sich dieser hierdurch dem „*kommenden Strafgericht*“ entzogen habe: Joseph GOEBBELS: Tagebücher 1924–1945, hrsg. von Ralf Georg REUTH, Bd. 1: 1924–1929, München - Zürich 1992, S. 413 (Eintrag vom 03.10.29). Zur Wahrnehmung Stresemanns durch den Nationalsozialismus vgl. Werner WEIDENFELD: Gustav Stresemann - der Mythos vom engagierten Europäer, in: GWU 14 (1973), S. 740–750, hier: S. 741 f.

³⁵⁹⁴ Vgl. DNB-Meldung (15.01.35). Ende Juli 1947 erfolgte die Rückbenennung in „Stresemannstraße“: Vgl. MENDE, Bd. 3, S. 528; Bd. 4, S. 159.

TEIL III

NACHKLANG

Kapitel 15: Die Auflösung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und die weitere Entwicklung des Bundes der Saarvereine

Verständlicherweise wurde das Ergebnis des Saarreferendums in den verschiedenen Abstimmungslagern unterschiedlich aufgenommen. Das katastrophale Abschneiden der zweiten Option, der Vereinigung mit Frankreich, überraschte die Öffentlichkeit weitaus weniger als das überwältigende Votum zugunsten der Rückgliederung an das inzwischen nationalsozialistische Deutschland³⁵⁹⁵. Hatten selbst überzeugte Anhänger der „Deutschen Front“ nicht mit diesem Erfolg gerechnet und die Chancen für die Beibehaltung des „Status quo“ überschätzt, fühlten sich kritische Beobachter des NS-Regimes nach Bekanntgabe des Ergebnisses *„tief bedrückt“*. Der jüdische Romanist Victor Klemperer beispielsweise nahm es als Anlaß, seine bisherigen Illusionen über die Kurzlebigkeit des Regimes zu reflektieren:

„[...] Die 90 Prozent Saarstimmen sind doch wirklich nicht nur Stimmen für Deutschland, sondern buchstäblich für Hitlerdeutschland. Damit hat Goebbels schon recht. Es hat ja nicht an Aufklärung, Gegenpropaganda, Freiheit der Wahl gefehlt. Wahrscheinlich halten wir, die wir von Gärung sprechen, unsere Wunschträume für Wahrheit und überschätzen die vorhandene Gegnerschaft aufs äußerste. Auch im Reich wollen 90 Prozent den Führer und die Knechtschaft und den Tod der Wissenschaft, des Denkens, des Geistes, der Juden [...].“³⁵⁹⁶

Und während sich bei der reichsdeutschen Bevölkerung der nationale Freudentaumel mit der Erleichterung mischte, daß die im Herbst 1934 kursierenden Kriegsgerüchte letzten Endes ihrer Grundlage entbehrten³⁵⁹⁷, wurde auf der anderen Seite des Rheins der Ausgang der Abstimmung als Prestigeverlust der „Grande Nation“ empfunden. Ein Gefühl des *„Mißbehagens (malaise), wie nach der Rheinlandräumung“*, das die Entspannung der Beziehungen zwischen beiden Ländern keineswegs zu fördern in der Lage war, konnte Friedrich GRIMM ausmachen. Nüchtern konstatierte er: *„Man schmollt, daher die Schikanen überall.“³⁵⁹⁸*

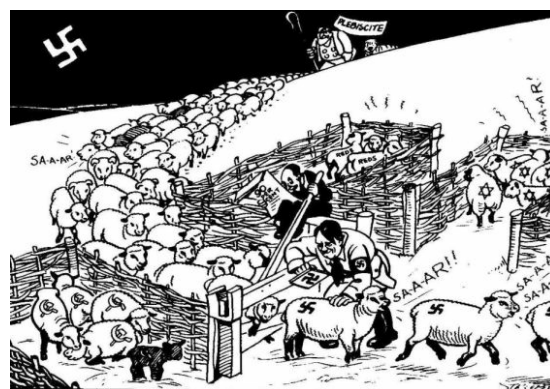


Abb. 84: Saarabstimmung (Daily Express, 16.01.35)

³⁵⁹⁵ Vgl. hierzu: VON WEGNER.

³⁵⁹⁶ Victor KLEMPERER: Tagebücher 1935–1936, Bd. 2, hrsg. von Walter NOWOJSKI/ Hadwig KLEMPERER, Berlin 21999, S. 7 f. (Einträge vom 15.01.35 und 16.01.35, Zitat: 16.01.35).

³⁵⁹⁷ Vgl. Halbmonatsberichte der Regierung der Oberpfalz (09.11.34, 07.12.34, 08.01.35 und 02.02.35), in: Staatsarchiv Amberg, Regierung der Oberpfalz 22.041; Januarbericht des Regierungspräsidenten von Trier an das RMI (06.02.35), in: LHA 442/15.625.

³⁵⁹⁸ Vgl. Lagebericht (13.03.35), in: Friedrich GRIMM: Frankreich-Berichte 1934 bis 1944, Bodman 1972, S. 31. Vgl. hierzu Haim SHAMIR: Le plébiscite de la Sarre et l'opinion publique en France, in: Revue d'Histoire moderne et contemporaine 17 (1970), S. 104–111.

Die Anfangseuphorie nach dem erfolgreichen Ausgang des Referendums mischte sich bei Vogel mit dem Gefühl, von den Nationalsozialisten aus den eigenen Reihen ausgebootet worden zu sein³⁵⁹⁹. Zweifellos verschafften die persönlichen Dankeschreiben der Reichsregierung³⁶⁰⁰ einem Mann wie Vogel, der stets größten Wert auf seine gesellschaftliche Reputation gelegt hatte, vorübergehende Genugtuung, doch machte er sich nun keine Illusion mehr über die fehlenden Zukunftsperspektiven „seines“ Bundes der Saarvereine. Dabei hatte er noch Anfang 1934 wie schon unmittelbar nach dem Scheitern der bilateralen Gespräche in Paris 1929/30 versucht, dem Verband für die Übergangsphase der Rückgliederung neue politische Betätigungsfelder als Wirtschaftslobbyist zu sichern³⁶⁰¹. In der zweiten Jahreshälfte 1934 zeichnete sich allerdings ab, daß dieses Konzept am Widerstand der Nationalsozialisten scheitern und daß die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ nach der Abstimmung abgewickelt werden würde³⁶⁰². Ähnlich wie andere Westverbände sollte der Bund lediglich noch die *„Pflegerlandschaftlicher Beziehungen der im Reiche lebenden Saarländer und damit die Wacherhaltung der Liebe zu der alten Saarheimat“*³⁶⁰³ betreiben. Trotzdem schmerzte es Vogel, daß der Bund schon unmittelbar nach dem Plebiszit in die Ecke gedrängt und anlässlich der zahlreichen Veranstaltungen im

³⁵⁹⁹ Darüber hinaus mußte er es als besonders schmerzhaft empfinden, daß ihm, der in jahrelanger Tätigkeit Tausende Stimmen für die prodeutsche Option mobilisiert hatte, letzten Endes selbst die Abstimmungsberechtigung verweigert worden war, da von seiten der Status-quo-Anhänger gegen seinen Antrag Einspruch eingelegt worden war. Während seine Gattin über den Rekurs noch als abstimmungsberechtigt verzeichnet wurde, teilte der Oberste Abstimmungsgerichtshof wenige Tage vor dem Plebiszit mit, daß keine Revision seines Ablehnungsbescheides mehr möglich sei. Ungeachtet dessen reiste er nach Saarbrücken und wurde dort Zeuge der Volksabstimmung: Vgl. Briefe Vogels an Voigt (23.12.34), die Präsidenten der Abstimmungskommission Victor Henry (29.12.34) und Alan E. Rodhe (03.01.35), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.488 f.; Brief Vogels an den Präsidenten des Obersten Abstimmungsgerichtshof Bindo Galli (05.01.35) und Antwortschreiben (09.01.35) sowie Eintrag im Reisepaß Vogels, in: LA Saarbrücken, NL Vogel 11; SF 15/16 (1934/35) 27, S. 593 f.; SF 15/16 (1934/35) 30, S. 656. Andres, der am gleichen Tag wie Vogel ausgewiesen worden war, erhielt die Berechtigung ohne derartige Schwierigkeiten: Vgl. undatierte Aktennotiz Voigts, in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.488.

³⁶⁰⁰ *„Der Sieg an der Saar ist gewonnen. Was wir stets gefühlt und vorausgesehen haben, ist Wirklichkeit geworden. Mit überwältigender Mehrheit haben sich die Deutschen an der Saar zu Volk, Reich und Heimat bekannt. Die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine hat in erheblichem Umfange dazu beigetragen, daß der Sieg erkämpft wurde.“* Dankeschreiben Fricks an Vogel (24.01.35), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 7. Es sollte noch weitere fünf Monate dauern, bis ihm diese Ehre auch vom Saarbevollmächtigten Bürckel zuteil wurde, der erst Ende Juni 1935 die Anerkennung für Vogels *„selbstlose und hingebungsvolle Arbeit als Leiter der Geschäftsstelle „Saarverein“* aussprach – ein weiterer Beleg dafür, wie wenig der Rivale Simons von der Organisation hielt: Vgl. Brief Bürckels an Vogel (25.06.35), in: Ebd. Anlässlich der Rückgliederung hatte ihm Bürckel den Saardank-Ring verliehen, Goebbels bedankte sich am gleichen Tag mit der Saar-Gedenk-Münze des Saarhilfswerks in Silber (01.03.35) sowie einem Exemplar der Heimkehrplakette (06.04.35), in: Ebd. Vgl. auch Auflistung Vogels (Februar 1936), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 2; VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 251.

³⁶⁰¹ Vgl. Brief der GSV an das AA (15.07.30), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093; Jahresbericht 1933, S. 28.

³⁶⁰² Vgl. Brief der GSV an Cartellieri (01.10.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 9. Derartige Befürchtungen hatte Vogel bereits Jahre zuvor gegenüber Karius (02.04.30, in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 12) geäußert..

³⁶⁰³ SF 15 (1934) 17/18, S. 367. Siehe hierzu auch Die Tätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ... im Jahre 1929, S. 11: *„Aufgabe der Zukunft wird es sein, den ‚Bund der Saarvereine‘ auch nach der Lösung seiner Gründungsaufgabe als eine Pflegstätte heimatlicher Beziehungen zur Saar zu erhalten.“*

Frühjahr 1935 weitgehend übergangen wurde³⁶⁰⁴. Am augenscheinlichsten zeigte sich dies am Tag der Saarrückgliederung.



Abb. 85: Rückgliederungsfeierlichkeiten in Saarbrücken (1. März 1935)

Bereits am Vortrag hatte der letzte Präsident der Regierungskommission, Geoffrey Knox, seine Amtsgeschäfte dem Vorsitzenden der Abstimmungskommission Baron Aloisi anvertraut, der sie seinerseits am 1. März den Vertretern der deutschen Reichsregierung übertrug. Schon vor dem offiziellen Amtsantritt der deutschen Autoritäten fanden allorts Umzüge statt, während sich die größeren saarländischen Gemeinden einander mit ihrer festlichen Ausstaffierung mit Girlanden, Fahnen, Transparenten, Tannengrün und Lichterketten zu übertreffen versuchten. Am Nachmittag defilierte ein nicht enden wollender Festzug vor dem Saarbrücker Rathaus an Hitler vorbei³⁶⁰⁵.

Vertreter des Bundes der Saarvereine spielten weder während des Staatsaktes noch bei den Rahmenfeierlichkeiten eine herausragende Rolle. Insgesamt hatte die

Saarvereinigung anstatt der erbetenen zwölf nur drei Ehrenkarten für die Feierlichkeiten erhalten³⁶⁰⁶ und in den zahlreichen Ansprachen wurden die Verdienste des Bundes aus Sicht seines langjährigen Geschäftsführers nur unzureichend gewürdigt³⁶⁰⁷.

Eine derartige Entwicklung hatte sich bereits in den letzten Monaten abgezeichnet: Fast alle Publikationen, die anlässlich des Plebiszits auf den Markt geworfen wurden, blendeten die Rolle des Bundes der Saarvereine bei der Erfassung und Mobilisierung der Abstimmungsberechtigten aus. Insbesondere die beiden großen Saarkundgebungen am Rhein 1933 und 1934 erschienen ausschließlich als organisatorische Glanzleistung der Nationalsozialisten – das Interesse an den

³⁶⁰⁴ Er selbst tröstete sich mit der Gewißheit, seine Pflicht erfüllt zu haben: Vgl. Brief der GSV an Heinrich Trompeter (26.02.35), in: BA-R 8014/17.

³⁶⁰⁵ Ablauf der Veranstaltung: Vgl. SF 15/16 (1934/35) 30, S. 648–656. Vgl. ebenso das Minutenprogramm aus der Feder des RMPpropaganda (28.02.35), in: BA-R 43-I/257; REUTH, Bd. 3, S. 857 f. (Eintrag vom 02.03.35). Die Feierlichkeiten anlässlich der Saarrückgliederung im Reich verliefen am 01.03.35 ähnlich, allerdings noch weitaus weniger spontan als die Veranstaltungen Mitte Januar 1935: „Nach dem Willen des Führers soll der Tag der Heimkehr der Saardeutschen in ihr Vaterland einer der erhabensten Feiertage des Jahres 1935 sein, den das ganze deutsche Volk festlich begehen soll.“: Vgl. Rundbrief des Deutschen Gemeindetages an alle deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände (25.02.35) und Brief der NSDAP Nessen-Nassau an die Stadt Gießen (27.02.35), in: StA Gießen, N 122.

³⁶⁰⁶ Vgl. Brief der GSV an Sutter (28.02.35), in: BA-R 8014/335; Ehrenkarte Vogels (26.02.35), in: BA-R 8014/1132. Neben Vogel nahmen Andres und Debusmann am Staatsakt teil. Einladungen zu den öffentlichen Feierlichkeiten waren an 428 Ortsgruppen ergangen: Vgl. Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (20.02.35), in: BA-R 8014/137.

³⁶⁰⁷ Vgl. Brief der GSV an Frau Böcking (03.05.35), in: BA-R 8014/113.

ursprünglichen Initiatoren dieser Versammlungen reichte in den meisten Fällen nicht einmal mehr für Randnotizen³⁶⁰⁸.

Wie läßt sich dieses Phänomen erklären? Die Vermutung, der Verein sei vom neu ernannten Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes dafür abgestraft worden, daß er Bürckels Rivalen Gustav Simon geholfen habe, seinen Einfluß in Saarfragen zu stärken, läßt sich anhand der Quellen nicht verifizieren. Plausibler scheint die These, daß der Bund der Saarvereine nicht mehr zum Zeitgeist paßte, der nach außen durch Kooperation und nicht mehr durch Konfrontation gegenüber dem einstigen „Erbfeind“ geprägt war. Mit Polemiken wie

„Wird dieses [die Rückkehr des Saargebietes – F.B.], was uns zusteht und zugesichert ist, nicht geschehen, durch deine Schuld, Frankreich, dann wollen wir lieber untergehen und an Stelle der Freudentränen soll diesen heiligen Boden unser Blut tränken. Und aus diesem Blut wird dir, Frankreich, ein Fluch erwachsen, mit dem beladen wirst auch du untergehen. Denn dieser Boden, auf dem wir stehen und kämpfen, er ist nicht dein, und so du ihn an dich reiße, so ist es dein Unglück. ,Wir können versinken, aber Deutschland wird sein!‘“³⁶⁰⁹

stand der Verein der Friedens- und Versöhnungspropaganda Hitlers entgegen und konterkarierte dessen „pazifistische Platte“³⁶¹⁰, die Beschwichtigungspolitik zur Vertuschung der geheimen Aggressionspläne³⁶¹¹. Nach der Saarrückgliederung waren Organisationen wie die im Oktober 1935 neu gegründete „Deutsch-Französische Gesellschaft“ und Publikationen in der Art der „Deutsch-französischen Monatshefte“³⁶¹² gefragt. Die offizielle deutsche Außenpolitik bemühte sich, unnötige Provokationen Frankreichs zu vermeiden. Aus diesem Grund wurde beispielsweise die Verbreitung des am 16. November 1934 im Berliner Hotel „Kaiserhof“ von Vogel präsentierten „Saarbuch“ von Friedrich HEISS auf Veranlassung des Propagandaministeriums unterbunden und die im Folgejahr erschienene überarbeitete zweite Auflage um ihre aggressiven antifranzösischen Passagen entschärft³⁶¹³. Insgesamt stimmte der Bund der Saarvereine zu spät das Hohelied der deutsch-französischen Verständigung an, beispielsweise als er behauptete, ein

³⁶⁰⁸ Vgl. hierzu die entsprechenden Passagen in: GRIMM: Frankreich an der Saar; Alfred-Helmut JACOB, S. 69–82 (Die Ortsgruppen des Bundes hätten bei der Abwehr der französischen Propaganda lediglich mitgewirkt); Eberhard KRONHAUSEN: Saarvolk im Kampf. Stellung und Bedeutung des Saargebietes im Volksstaat, Stuttgart - Berlin - Leipzig ²1934, S. 175 f. und S. 217; Die Saar. Eine brennende Frage Europas, S. 64, S. 80, S. 84 ff., S. 115–133; Paul OSTWALD: Der Freiheitskampf des deutschen Saarlandes, Leipzig ²1934. Auch die Anhänger der Freiheitsfront erwiesen dem Verein nicht die Ehre, dessen Arbeit zu beachten: Vgl. BALK.

³⁶⁰⁹ SF 14 (1933) 15, S. 241. Es dürfte kaum Zufall gewesen sein, daß dieser Artikel in der gleichen Ausgabe wie die Meldung über die Veränderungen an der Vereinsspitze erschien.

³⁶¹⁰ Den Ausdruck verwandte Hitler selbst, als er am 10.11.38 in einer Rede vor der deutschen Presse den instrumentellen Charakter seiner jahrelang betriebenen Friedenspropaganda erläuterte: Vgl. Wilhelm TREUE: Rede Hitlers vor der deutschen Presse, in: VjhZG 6 (1958) 2, S. 175–191, hier: S. 183.

³⁶¹¹ Siehe hierzu Anm. 3201.

³⁶¹² Vgl. BOCK: Die deutsch-französische Gesellschaft, S. 96 ff.; RAY, S. 156–189.

³⁶¹³ Vgl. Friedrich HEISS: Das Saarbuch. Schicksal einer deutschen Landschaft, Berlin 1934. Berlin ²1935. Vgl. hierzu Vortrag Vogels (16.11.34), in: BA-R 8014/896; DNB-Rundruf vom 17.11.34, in: BOHRMANN/TOEPSER-ZIEGERT (Hrsg.): Bd. 2: 1934, S. 505 f.; Brief François-Poncets an Außenminister Laval (20.11.34), in: MAE, Sarre 282. Nach der Abstimmung sollte das „Saarbuch“ in überarbeiteter Form als „Saar-Erinnerungsbuch“ veröffentlicht werden: Vgl. Brief der Stiftung „Volk und Reich“ an Landeshauptmann Haake (08.02.35), in: Archiv des LVR 4848.

dauerhafter Ausgleich lasse sich nur durch den eindeutigen Ausgang der Abstimmung realisieren und markiere den Beginn einer gesamteuropäischen Friedensordnung³⁶¹⁴.

Etwa bis Sommer 1935 fungierte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, die ihren aufgeblähten



Abb. 86: Mitarbeiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ (Ende 1934)

Mitarbeiterstab rasch zurückfahren mußte, wieder als Anlauf- und Auskunftsinstanz³⁶¹⁵. Ab dem darauf folgenden Frühjahr bezog Vogel ein monatliches Gehalt von 600 RM für die Abwicklung seiner Geschäftsstelle; während dieser Zeit bereitete er die Übergabe der Akten des Vereins und des Schriftverkehrs mit Behörden, Privatpersonen und den Ortsgruppen an das Reichsarchiv Potsdam vor³⁶¹⁶. Damit zerschlug sich das Vorhaben Fritz Hellwigs, 1934

verantwortlich für die Organisation der Kölner Saarausstellung, innerhalb eines zu errichtenden Grenzlandinstituts in Saarbrücken auch eine Abteilung „Geschichte und Politik“ zu schaffen. Zur Vorbeugung künftiger französischer Annexionspläne sollten alle relevanten Akten der Abtrennungszeit, also ebenso die Saarvereinsunterlagen, erworben und archiviert werden. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts sollten gleichzeitig als Lehrer in der aufzubauenden Lehrerakademie tätig sein³⁶¹⁷.

Es war absehbar, daß der „Saar-Freund“ nicht mehr lange nach der Abstimmung zur Verfügung stehen würde³⁶¹⁸. Deshalb startete der einstige Mitarbeiter im Pressereferat der RfH, Dr. Rochlitz, bereits in den letzten Monaten des Jahres 1934 die Artikelserie „190 Monate Kampf um Saarrecht, Saarwahrheit und Saarfreiheit“, welche das Kerngerüst der späteren Gesamtdar-

³⁶¹⁴ Vgl. SF 15/16 (1934/35) 27, S. 581 ff.; SF 15/16 (1934/35) 28, S. 602 ff. „Wir hegen keinen Haß gegen die Franzosen als solche, wissen wir doch, daß das französische Volk selbst die Unterdrückung der Saar nicht will.“: Sondernummer (1934/35) 1, S. 8.

³⁶¹⁵ Während dieser Zeit gingen insbesondere zahlreiche Gesuche um Stellenvermittlung bei ihr ein: Vgl. Schriftverkehr in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.494 und BA-R 8014/972. Nach der Abstimmung verteilte die GSV von Debusmann und Vogel unterzeichnete Urkunden als Anerkennung für die opferbereite Unterstützung: Vgl. Urkunde (Januar 1935), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27.

³⁶¹⁶ Diese Tätigkeit verschaffte dem ehemaligen Geschäftsstellenleiter bis Ende März 1940 ein kleines Auskommen: Vgl. Briefe von Halferns an Vogel (28.08.35 und 03.02.36), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 8 und 1. Vgl. ebenso: BA-R 8014/12. Zur Aktenüberlieferung vgl. Brief des Reichsarchivs an die GSV (09.08.35), in: BA-R 8014/685. Die Kartei der Abstimmungsberechtigten ging an das Statistische Reichsamtsamt: Vgl. Brief der GSV an das RMI (20.02.35), in: Ebd.

³⁶¹⁷ Das Grenzlandinstitut sollte nach den Plänen Hellwigs die Saarbibliothek, das Saarmuseum und das Saararchiv umfassen: Vgl. Denkschrift Hellwigs (14.03.35), in: Saarlandmuseum, SM 45.

³⁶¹⁸ Tatsächlich stellte das Kampforgan Ende Februar 1934 sein Erscheinen ein, wobei Vogel sogar explizit die weitere Herausgabe des SF unter gleichem Namen untersagte: Vgl. Brief der GSV an Posselt (07.02.35), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 7; Brief der GSV an Wiegand (23.01.35), in: BA-R 8014/322. In der Ausgabe, die am Abstimmungstag erschien, hatte Posselt dem Saarpblebiszit noch dadurch eine welthistorische Bedeutung beizumessen versucht, daß es die unnatürlichen Grenzen beseitige und damit dazu beitrage, den „deutsche[n] Blutkreis“ wieder zu schließen: Vgl. SF 15/16 (1934/35) 27, S. 581.

stellung bildete³⁶¹⁹. Eine wichtige Triebfeder für diese Art der Selbststilisierung dürfte die Furcht vor Bedeutungslosigkeit und der gekränkte Stolz Vogels gewesen sein, von anderer Seite nicht entsprechend gewürdigt zu werden. Zugleich besaß die Außendarstellung einen durchaus pragmatischen Grund: Die Aufarbeitung der eigenen Geschichte noch vor dem Plebiszit wurde in dem Maße notwendiger, wie nach dem Rückzug Simons aus der Bundesführung das Damoklesschwert der von Bürckel erzwungenen Auflösung über dem Verein schwebte³⁶²⁰.

Im Spätsommer 1935 folgte mit dem etwa 400seitigen „Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935“, der als „*Gedenkbuch für den 16jährigen Treuekampf der deutschen Saarbevölkerung gegen Gewalt- und Fremdherrschaft*“ beworben wurde³⁶²¹, eine Gesamtdarstellung der politischen und wirtschaftlichen Geschichte des inzwischen rückgegliederten Saargebiets. Noch einmal wurden die Verstöße der Regierungskommission und Frankreichs aufgerollt und in das saarvereinstypische Interpretationsschema eingeordnet³⁶²². Der eigentliche Zweck des reichlich illustrierten Bandes war allerdings,

*„vor der Geschichte festzuhalten, welche Elemente innen- und außenpolitischer Art gegen das politische Naturrecht des Saarvolkes ankämpften und welche Kräfte alle Gefahren abwehrten.“*³⁶²³

Nach Kurzbiographien der führenden Saarvereinsmitstreiter beleuchteten verschiedene Aufsätze die Tätigkeit des Saargebietsschutzes, ihrer Rechtsnachfolgerin, der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ sowie der Ortsgruppen, um auf dieser Grundlage zu dem Fazit zu gelangen: „*An dem glänzenden Saarsiege hat auch die Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ ehrenvollen Anteil.*“³⁶²⁴ Vogel, der schon lange vor der Abstimmung mit den Vorarbeiten begonnen hatte³⁶²⁵, beging allerdings den Fehler, die Verdienste der NSDAP am Ausgang des Plebiszits nicht dem Zeitgeist entsprechend ausreichend zu würdigen. Er wollte sich konzeptionell bewußt von der anderen Saarliteratur und insbesondere von der „Weltgeschichte an der Saar“ abgrenzen, in welcher

³⁶¹⁹ Vgl. SF 15 (1934) 22, S. 457–461; SF 15 (1934) 23, S. 497 ff.; SF 15 (1934) 24, S. 518 ff.; SF 15 (1934) 25, S. 551 f.; SF 15 (1934) 26, S. 568–571; SF 15/16 (1934/35) 27, S. 594 ff.; SF 15/16 (1934/35) S. 618–622. Rochlitz war im Frühjahr 1934 eigens zur Aufarbeitung alter SF-Ausgaben eingestellt worden: Vgl. Brief der GSV an Posselt (09.05.34), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 7. Nur vier Tage nach dem Plebiszit verschickte er den Artikel „Ein Vorkämpfer im Saarfreiheitskampf“, in welchem er „*die hingebende und aufopferungsvolle Arbeit all der Männer [...], die in jahrelanger unermüdlicher vaterländischer Tätigkeit diesen ewigen denkwürdigen Sieg vorbereitet haben*“, und insbesondere das Wirken Vogels hervorhob: Vgl. Rundschreiben Rochlitz’ an verschiedene Schriftleitungen (17.01.35), in: BA-R 8014/137.

³⁶²⁰ Vgl. die ersten Rückblicke in: SF 15 (1934) 16/17, S. 307–311 und S. 313–319: „*An der überparteilichen nationalen Aufgabe für die deutsche Saar mitzuwirken war unseren Ortsgruppen, den Leitern wie den Mitgliedern, oberstes Gesetz und innere Verpflichtung gewesen, und es wäre ein Unrecht, sie mit rein landsmannschaftlichen oder anderen Vereinen zu geselligen Zwecken auf eine Stufe zu stellen.*“ (S. 316). Die Anbiederung an die nationalsozialistische Reichsregierung erreichte im Herbst 1934 eine gesteigerte Intensität und Qualität.

³⁶²¹ Vgl. Rundschreiben der GSV (August 1935), in: StA Erlangen, 406/110 a.

³⁶²² Vgl. beispielsweise den Abschnitt „Wie in Versailles das Verbrechen am deutschen Saargebiet begangen wurde“, in: VOGEL: Das deutsche Saarland unter dem Zwange von Versailles, S. 49 ff.

³⁶²³ Vgl. Rundschreiben Vogels (07.07.37), in: Staatsarchiv Sigmaringen, Wü 65/36 T 7/32.

³⁶²⁴ VOGEL: Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, S. 250.

³⁶²⁵ Vgl. Brief der GSV an Oberstudienrat Kneuper (18.09.33), in: BA-R 8014/875.

Bürckels Hagiograph Karl BARTZ den Erfolg der Abstimmung in erster Linie seinem Gauleiter zuschrieb³⁶²⁶. So war es sicherlich kein Zufall, daß die Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutz des NS-Schrifttums Ende 1936 Einwände gegen das weitere Erscheinen des Buches erhob; erst nach einem klärenden Gespräch mit Vogel sah die Kommission von einem generellen Verbot ab, untersagte aber den öffentlichen Vertrieb über den Buchhandel³⁶²⁷. Infolgedessen verlief der Absatz der 5.000 Exemplare trotz des günstigen Preises von 5 RM nur sehr schleppend; für den Vertrieb der letzten 2.000 Bücher brauchte Vogel ganze fünf Jahre³⁶²⁸.

Offizieller Schlußpunkt der politischen Arbeit des Bundes der Saarvereine war dessen Jahrestagung Ende März 1935 in Saarbrücken³⁶²⁹. Erstmals verzichtete man bei einer Bundestagung auf die sonst obligatorische öffentliche Massenkundgebung. Die Wiedersehensfeier verlief nicht nur im Vergleich zu den beiden Staatsakten der vergangenen Jahre eher unspektakulär, was den Beobachter des Auswärtigen Amtes zu der Feststellung veranlaßte, daß sie bei ihm keinen besonders starken Eindruck hinterlassen habe. Bemerkenswerter schien ihm hingegen, daß

*„dabei, natürlich in vorsichtiger Form, eine gewisse Mißstimmung über die Zurücksetzung des Saarvereins und auch der Vorkämpfer der deutschen Sache im Saargebiet selbst zum Ausdruck [kam], insbesondere in der Ansprache des Ehrenpräsidenten, Senatspräsident Andres.“*³⁶³⁰

In der Tat verfolgte die einstige Vereinsspitze mit ihrer Abschlußtagung zwei Absichten: Einerseits sollte über die künftige Gestalt des Bundes debattiert werden, während auf der anderen Seite der Verdienste der „Saarfreunde“ gedacht werden sollte³⁶³¹.

Die Resonanz auf die Einladung zur Vertreterversammlung am vorletzten Märzwochenende war gewaltig; 268 Ortsgruppen waren durch Delegierte und selbständige Obleute repräsentiert, wobei zahlreiche Ortsverbände ihre Beteiligung von einem Fahrgeldzuschuß abhängig machten³⁶³². Von seiten der Behörden und der Partei hingegen wurde kaum Interesse bekundet;

³⁶²⁶ Vgl. Brief Vogels an Andres (01.10.35), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 2. BARTZ diskreditierte die Arbeit des BdS durch dessen Nichterwähnung. Zwischen den Zeilen läßt sich sogar Kritik an der privaten Organisation erkennen, wenn er beispielsweise ausführt, daß im Reiche „von Unberufenen oft unwissend und leichtfertig Dinge gesagt worden [seien], die dem Saarvolk das Blut ins Gesicht trieben und die Gegner frohlocken ließen“ (S. 11). Bürckel sei es zu verdanken, daß er als Saarbevollmächtigter intervenierte, wenn im Reichsgebiet „aus Unkenntnis der Lage von allzu Eifrigen Fehler gemacht wurden“ (S. 97) Für Bartz bestand kein Zweifel: „Von der Pfalz wurde der Kampf um die Saar geführt.“ (S. 12) Siehe das Geleitwort Fricks (S. 5).

³⁶²⁷ Vgl. Briefe der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutz des NS-Schrifttums an Vogel (03.11.36 und 17.11.36), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 27.

³⁶²⁸ Erst im Dezember 1941 waren alle 5.000 Exemplare verkauft: Vgl. den Schriftverkehr in: Ebd.

³⁶²⁹ Vgl. VOGEL: Die großen deutschen Saarkundgebungen, S. 312–318; SF 15/16 (1934/35) 31, S. 671–694; Tagesordnung (12.03.35), in: BA-R 8014/116; „Völkischer Beobachter“ (24.03.35); „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (26.03.35). Das Motto der Tagung stammte von Vogel: „„Deutsch die Saar immerdar!‘ Der Saarvereine Kampfruf war. Er war der Leitstern 15 Jahr: Nun ist und bleibt deutsch die Saar.“

³⁶³⁰ Vgl. Aufzeichnung Strohm (25.03.35), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.098.

³⁶³¹ Vgl. Brief der GSV an Andres (13.03.35), in: BA-R 8014/113.

³⁶³² Vgl. Einladungsschreiben zur Abschlußtagung (23.01.35), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 27; Aktennotiz (23.02.35), in: BA-R 8014/114; Rundschreiben der GSV an die Ortsgruppen (20.03.35), in: BA-R 8014/116.

zwar nahmen Voigt und Neikes offiziell an den verschiedenen Sitzungen teil und es gingen wieder zahlreiche Begrüßungsschreiben der Ministerien ein, aber die Reichskanzlei hielt es schon nicht mehr für notwendig, Geleitworte zu übersenden. Reichskommissar Bürckel dankte dem Bund zwar schriftlich für die geleistete Arbeit, verzichtete allerdings darauf, einen Stellvertreter zu entsenden.

Die Delegiertenversammlung im Festsaal des Saarbrücker Rathauses begann mit der kontrovers geführten Debatte über die Zukunft des Bundes. Ein Teil der Saarvereinsvertreter hielt die Organisation für nicht weiter lebensfähig und riet zur Auflösung, andere Redner plädierten dafür, es in das Ermessen der Ortsgruppen zu stellen, ob sie weiterhin als landsmannschaftliche Vereinigungen innerhalb eines modifizierten Bundes bestehen wollten. Debusmann, der als Bundesvorsitzender die Sitzung leitete und sich für die Umwandlung der Organisation in den „Bund der Saar- und Pfalzvereine“ aussprach, konnte in der anschließenden Abstimmung die Mehrheit hinter sich bringen. Einstimmig wurde er auch von den Delegierten zum Vorsitzenden der Landsmannschaft gewählt³⁶³³.

Während der anschließenden, lediglich einstündigen öffentlichen Festsitzung im städtischen Saalbau, dessen Podium mit einem überdimensionalen Gemälde des Winterbergdenkmals geschmückt war, zogen Vogel und Andres Gesamtbilanzen der Saarvereinsarbeit. Der langjährige Geschäftsführer scheute sich nicht, seine eigenen Verdienste ohne Umschweife hervorzuheben, war aber zu diesem Zeitpunkt noch so vorsichtig, die Gleichschaltung des Bundes zu begrüßen und damit die Führungsrolle der Partei zumindest offiziell zu akzeptieren:

„Die Eingliederung des Bundes der Saarvereine in die Nationalsozialistische Bewegung und damit seine Verschmelzung mit der neu informierten [sic!] deutschen Volksgemeinschaft hat die Kraft unseres Abwehrkampfes für die Deutscherhaltung des Saargebietes noch ganz wesentlich verstärkt; sodass wir in der festen Zuversicht des Sieges unserer Sache noch fester sein durften [...]. Wir scheiden nicht leichten Herzens von unserem Werk. Aber das Scheiden wird uns leichter dadurch, daß wir das Saargebiet heute in guter Hut wissen. Der im Nationalsozialismus lebendige nationale Gedanke beherrscht heute Deutschlands Politik. Gesundes, stolzes Nationalempfinden ist Gemeingut des deutschen Volks geworden. [...] Der Begriff ‚Saargebiet‘ ist mit dem 1. März ausgelöscht. Dafür hat der Führer diesem deutschesten aller deutschen Gaue die Ehrenbezeichnung ‚Saarland‘ gegeben, damit es den lebenden und den kommenden Geschlechtern Kunde gibt von dem heroischen Kampf, den die Bevölkerung an der Saar sechzehn Jahre um ihr Deutschtum und ihre Freiheit, ihr Vaterland geführt hat. Deshalb grüßen wir zum Schluß unserer Tagung unsere geliebte Saarheimat mit dem alten Bergmannsgruß: Glückauf zu neuem Aufstieg im Reiche Adolf Hitlers. Unser Saarland, unser Vaterland und unser Führer Adolf Hitler Sieg Heil!“³⁶³⁴

³⁶³³ Damit kam er der Forderung des BDW sowie des Neustädter Gauleiters Bürckel nach, der dem Bund in seiner ursprünglichen Form zwar nie große Sympathien und Interesse entgegengebracht hatte, nichtsdestotrotz aber wünschte, „daß auch nach Auflösung des Bundes der Saar-Vereine diese landsmannschaftliche Verbundenheit in irgendeiner Form aufrechterhalten bleibt, und daß sie weiterhin für das Aufbauwerk im Gau Pfalz-Saar zur Verfügung stehen.“: Geleitworte Bürckels zur Tagung, in: SF 15/16 (1934/35) 31, S. 692. Der Leiter des Bundes sollte als Sachberater bei der Gauleitung fungieren. Vgl. DOLLWET, S. 5.

³⁶³⁴ Schlußansprache Vogels auf der Vertreterversammlung (23.03.35), in: BA-R 8014/113.

Wie der Vertreter der Wilhelmstraße in bereits erwähntem Bericht konstatierte, kleidete Andres seine Kritik an der systematischen Mißachtung der jahrelangen Verdienste in vorsichtige Worte:

„Mancher unter den treuen Saarkämpfern hätte sich wohl eine sichtbare Anerkennung unserer Mitarbeit gewünscht oder erwartet: er möge sich aber getrösten der alten Erfahrung, daß gar oft der Soldat der Schlacht beim Gedränge der Siegesfeier in die hintere Reihe gerät, er möge sich auch getrösten des Erlebnisses, daß mancher unerschrockene Freiheitskämpfer an der Saar jetzt im Hintergrunde dem Jubel zuschaut. Das fechte uns nicht, an, denn nicht um Dank habe man gekämpft, der Lohn, der uns vorgeschwebt habe, sei die Befreiung der Saarheimat gewesen, und diesen Lohn hätten wir erhalten.“³⁶³⁵

Der Abend klang mit einer Wiedersehensfeier im Saalbau aus. Vogel fiel die Ehre zu, die Schlußansprache zu halten und das neue Deutschland sowie dessen „Führer“ hochleben zu lassen. Nach dem Besuch der Gottesdienste legte eine Delegation des Bundes am folgenden Tag an den Gräbern verschiedener Saarvereinsmitstreiter Kränze nieder, bevor sich die „Saarfreunde“ abends erneut zu einem gemütlichen Beisammensein trafen. Erstmals in seiner Geschichte beschäftigte sich der Bund auf einer Jahrestagung ausschließlich mit sich selbst; im Vergleich zu früheren Versammlungen entbehrte die Saarbrücker Abschlußtagung jedes politischen Charakters.

Als Rechtsnachfolger des Bundes der Saarvereine und der Arbeitsgemeinschaft der pfälzischen Vereine gab sich der „Bund der Saar- und Pfalz-Vereine“ unter der Leitung Debusmanns im Frühjahr 1935 eigene Satzungen. Ihnen zufolge übernahm der modifizierte Bund die *„Pfleger des heimatlichen Volkstums und die Unterstützung aller Bestrebungen [...], die den kulturellen Zusammenhang zwischen Pfalz und Saar zu vertiefen geeignet“* schienen. Hauptgeschäftsstelle sollte Saarbrücken sein. Die Basis des Bundes sollten zwar wie bisher im Deutschen Reich verstreute Orts- und Landesgruppen sein, doch bestimmte § 7 ausdrücklich, daß den Untergliederungen des Verbandes keine satzungsgemäße Bedeutung zukam. Dem Bundesleiter stand ein von ihm selbst ernannter „Führerrat“³⁶³⁶ zur Seite; zur Bewältigung der organisatorischen Angelegenheiten sollte eine Geschäftsstelle eingerichtet werden, für deren spätere Existenz sich keine Hinweise finden ließen³⁶³⁷.

Vogel distanzierte sich schon sehr früh von dem neugestalteten Bund – offiziell, weil er der Ansicht war, daß nach der Abstimmung vor allem die Gemeinsamkeiten mit dem Reich hervorgehoben werden sollten und nicht, wie durch den Verein intendiert, ein landsmännisches Sonderbewußtsein gefördert werden solle: *„Wir haben uns ja auch früher immer als Rheinlän-*

³⁶³⁵ VOGEL: Die großen deutschen Saarkundgebungen, S. 316. In der zeitnahen Zusammenfassung des SF fehlte diese Passage noch.

³⁶³⁶ Aus den Quellen ließ sich die Zusammensetzung dieses Gremiums nicht rekonstruieren.

³⁶³⁷ Vgl. Satzungen des „Bundes der Saar- und Pfalz-Vereine“ (08.05.35), in: BA-R 8014/113. Siehe auch Anhang, Dok. 26.

der bezeichnet, den Ausdruck ‚Saarländer‘ haben wir kaum gekannt.“³⁶³⁸ Der eigentliche Grund dürfte allerdings gewesen sein, daß er „seine“ Organisation nicht unter anderer Flagge sehen wollte. Konsequenterweise lehnte er die Mitarbeit im Bund oder auch nur den Beitritt zur Berliner Ortsgruppe ab³⁶³⁹. Fast schadenfroh stellte er nach wenigen Monaten fest, daß Debusmanns anfängliche Euphorie einen herben Rückschlag erlitten habe und er zusehends von einem Gefolgsmann des saarpfälzischen Gauleiters und Reichskommissars Bürckels an die Wand gedrängt werde³⁶⁴⁰.

Wie das Beispiel des erst 1933 entstandenen Nürnberger Saarvereins zeigt, entschlossen sich selbst ausgesprochene Zweckgründungen, zur „*Pflege des Heimatgedankens und der Geselligkeit*“³⁶⁴¹ fortzubestehen. Verschiedentlich erhielten die lokalen Verbände sogar noch außerordentliche staatliche Beihilfen³⁶⁴², doch dürfen diese Einzelfälle nicht darüber hinwegtäuschen, daß der überwiegende Teil der Ortsgruppen nach dem Referendum schlagartig seine Tätigkeit einstellte und dem Bund von seiten der Behörden im allgemeinen keine Bedeutung mehr beigemessen wurde³⁶⁴³. Zumindest in den ersten Jahren existierten noch weitere Ortsverbände³⁶⁴⁴, doch bleiben die Erkenntnisse über diese Gruppen dürftig: Der Stuttgarter Verein bestand weiter unter Leitung des Obermedizinalrats Dr. Kremer³⁶⁴⁵, Johannes leitete auch noch drei Jahre nach dem Plebiszit die bayerische Landesgruppe³⁶⁴⁶ und in Hamburg³⁶⁴⁷, Koblenz³⁶⁴⁸,

³⁶³⁸ Vgl. Brief der GSV an Maurer (20.03.35, in: BA-R 8014/113), Müller (11.03.35, in: BA-R 8014/648 und an Twelker (17.05.35), in: BA-R 8014/396.

³⁶³⁹ Vgl. Brief Vogels an Alff (02.11.35), in: LA Berlin, Rep. 042/26.420.

³⁶⁴⁰ Vgl. Brief der GSV an Müller (22.05.35), in: BA-R 8014/648.

³⁶⁴¹ „Nürnberger Zeitung“ Nr. 115 (18./19.05.35). Der Verein existiert noch mindestens bis Ende der dreißiger Jahre: Vgl. „Fränkischer Kurier“ Nr. 12 (13.01.36); Brief der Schutzpolizei-Abteilung Nürnberg an die Stapostelle Nürnberg (30.01.39), in: StA Nürnberg, C 7/ V/ 7001.

³⁶⁴² Vgl. Brief der GSV an Borchardt (Potsdam; 02.03.35), in: BA-R 8014/113; Brief der Ortsgruppe Selm an die Reichskanzlei (30.04.35) und Antwortschreiben (06.05.35), in: BA-R 43-I/257.

³⁶⁴³ Vgl. Brief des bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an die Rektoren der bayerischen Universitäten (17.10.36), in: UA Erlangen, A1/ 3a/ 910; UA München, Sen 746/25.

³⁶⁴⁴ Vgl. hierzu die Berichte den Jahrgängen 1 (1935/36) bis 4 (1938/39) von „Unsere Heimat. Blätter für saarländisch-pfälzisches Volkstum. Zwei Jahre nach der Abstimmung gab es demnach noch 60 Ortsgruppen: Vgl. Unsere Heimat 3 (1937/38) 3, S. 97.

³⁶⁴⁵ Mitteilung des StA Stuttgart vom 07.01.2002.

³⁶⁴⁶ Vgl. den Schriftverkehr in: BayHStA, StK 6101.

³⁶⁴⁷ Vgl. Brief der Ortsgruppe Hamburg an die AO der NSDAP (06.03.36), in: PA AA, II a Saargebiet, R 75.497. Die benachbarte Ortsgruppe Altona sperrte sich gegen die Union mit den Pfälzern: Vgl. Brief der Ortsgruppe Altona an die GSV (07.05.35), in: BA-R 8014/190.

³⁶⁴⁸ Vgl. Rundschreiben der Landesgruppe Westmark an die Kreisobleute (15.03.35), in: LHA Koblenz, 661,11/7.

Magdeburg³⁶⁴⁹, Mannheim³⁶⁵⁰ sowie im Rheinland³⁶⁵¹ lassen sich ebenfalls Aktivitäten nachweisen. Die vermutlich traditionsreichste Ortsgruppe dürfte der 1921 gegründete „Saar-Pfalz-Verein“ Bottrop gewesen sein, dessen Auflösung erst 1968 erfolgte³⁶⁵².

Der „Saarverein Berlin“ spielte erneut eine Sonderrolle, da er zwar im Frühjahr 1935 gegen die Auflösung und Abwicklung votierte, sich aber zum Jahresende vom „Bund der Saar- und Pfalz-Vereine“ trennte und unter Führung eines dreiköpfigen Vorstandes noch bis in den Krieg hinein existierte³⁶⁵³. Als im Zuge der Räumung der „roten Zone“ zahlreiche Saarländer im Herbst 1939 in die Mainmetropole evakuiert wurden³⁶⁵⁴, unterstützte der Frankfurter Saarverein – noch immer unter der Führung des „Landesgruppenleiters für Hessen und Hessen-Nassau“ Anschütz³⁶⁵⁵ – die Betreuungsarbeit von Partei- und Amtsstellen. Beispielsweise fand am 9. Dezember im großen Saal des städtischen Saalbaus ein Saarländer-Abend statt, den die Ortsgruppe gemeinsam mit der DAF-Untergliederung „Kraft durch Freude“ aufgezogen hatte³⁶⁵⁶.

Vogel, der kontinuierlich mit der Regierungskommission um die offizielle Aufhebung seines Ausweisungsbeschlusses gestritten hatte, kehrte nach der Abstimmung nicht an die Saar zurück,

³⁶⁴⁹ Vgl. „Der Mitteldeutsche“ Nr. 306 (07.11.39).

³⁶⁵⁰ Vgl. „Neue Mannheimer Zeitung“ Nr. 21 (14.01.36); „Neue Mannheimer Zeitung“ Nr. 25 (17.01.38).

³⁶⁵¹ Die Landesgruppe rheinisch-westfälisches Industriegebiet traf sich erstmals seit der Saarbrücker Abschlußtagung wieder am 17.11.35 in Essen, wo sie Vogel anlässlich seines 65. Geburtstages zum Ehrenmitglied ernannte. In den kommenden Jahren wollte sich die Gruppe weiterhin der Aufgabe widmen, die Saar im Gedächtnis der reichsdeutschen Bevölkerung zu verankern. So wollte sie auch nach der erfolgreichen Abstimmung für die Bereitstellung von Sonderzüge aus dem Rheinland Sorge tragen: Vgl. „National-Zeitung Essen“ (19.11.35).

³⁶⁵² Vgl. „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ (16.10.68) sowie Mitteilung des StA Bottrop (28.01.2002).

³⁶⁵³ Mitte März 1935 zählte die Ortsgruppe 436 Mitglieder, da so viele Einladungen zur Abschlußtagung verschickt wurden: Vgl. BA-R 8014/241; undatiertes Protokoll der Mitgliederversammlung vom 04.04.35, in: Ebd. Der neue Vorstand gruppierte sich um Dr. Paul Alff, Emil Ruttman als Schriftführer sowie den Kassenwart Albert Wolter: Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 09.05.35 (10.05.35), in: LA Berlin, Rep. 042/26.420. Wie Alff Anfang 1938 mitteilte, hatte der Verein seit längerem keine Versammlung mehr abgehalten, und es bestand bereits zum damaligen Zeitpunkt die Absicht, die Auflösung des Vereins vorzunehmen: Vgl. Brief des Polizeipräsidenten in Berlin an das Amtsgericht Berlin (18.01.35), in: Ebd. Der Schriftwechsel zur Auflösung der Ortsgruppe zieht sich allerdings noch bis 1942 hin. Zehn Jahre nach Kriegsende informierte das Amtsgericht Charlottenburg den Polizeipräsidenten in Tempelhof (28.02.55), daß der „Bund der Saarvereine Ortsgruppe Berlin“ noch immer im Vereinsregister eingetragen sei. Die Löschung erfolgte schließlich am 10.03.55: Vgl. ebd.

³⁶⁵⁴ Während des Krieges betätigte sich der Bund propagandistisch für die Germanisierung oder – anders ausgedrückt – die „Förderung des deutschen Kulturschaffens in Lothringen.“: Vgl. „Westdeutsche Chronik“ April 1942. In zahlreichen deutschen Großstädten führte der im BDW erfaßte „Bund der Saar- und Pfalz-Vereine“ mit Unterstützung des VDA Veranstaltungen zum Thema „Lothringen - deutsches Land in Dichtung und Lied“ durch: Vgl. Schriftverkehr in: Archiv des LVR, 11.215.

³⁶⁵⁵ Anschütz bemühte sich drei Jahre nach der Abstimmung um die Überlassung von Duplikaten für die Saarabteilung des noch einzurichtenden Frankfurter Kriegsmuseums: Vgl. Brief Anschütz' an das Saarmuseum (15.03.38), in: Saarländermuseum, SM 46. Zur Frankfurter Gruppe finden sich regelmäßige Hinweise in den ersten Jahrgängen von „Unsere Heimat“.

³⁶⁵⁶ Vgl. hier den Schriftwechsel im StA Frankfurt, 2478; „Neueste Zeitung Frankfurt am Main“ (14.12.39); „NSZ Rheinfront“ (28.02.40).

sondern nahm seinen Alterswohnsitz in Berlin-Wilmersdorf. Anlässlich seines 65. Geburtstages wurde auf Anregung von Halferns eine „Theodor-Vogel-Stiftung zur Förderung der bergmännischen Berufsausbildung von Bergmannskindern aus dem Saargebiet“ bei der Saarbrücker Grubenverwaltung eingerichtet³⁶⁵⁷. In den kommenden Jahren bemühte er sich vergeblich um die Verleihung des Titels „Bergrat“; erste Versuche, unter Berufung auf seine über 30jährige Dienstzeit als preußischer Beamter eine Höhergruppierung zu erreichen, lassen sich schon in den frühen zwanziger Jahren finden³⁶⁵⁸. Kurz vor seinem Tod im Oktober 1942 war Vogel auf Spenden seiner einstigen Mitstreiter angewiesen³⁶⁵⁹.

Welchen Stellenwert die seinerzeit *„einzige Heimatschutzorganisation für die Deutscherhaltung des Saargebiets“*³⁶⁶⁰ in der öffentlichen Wahrnehmung noch hatte, zeigte sich schon wenige Jahre nach dem Referendum: Bereits 1938 wurde darauf verzichtet, einen Vertreter des ehemaligen Bundes der Saarvereine zu den Feierlichkeiten anlässlich des dritten Jahrestages der Saarabstimmung einzuladen³⁶⁶¹.

³⁶⁵⁷ Vgl. Entwurf eines Briefes von Andres (01.10.35), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 2; „Saarbergmann“ Nr. 17 (26.10.35). Zum Geburtstag Vogels 1935 vgl. Rundschreiben Andres' (Oktober 1935), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 22 sowie LA Saarbrücken, NL Vogel 7 und 14. Zu seinem 70. Geburtstag erhielt Vogel die „2. Stufe des Ehrenzeichens für Volkspflege“: Vgl. Urkunde Hitlers (27.09.40), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 7; „Saarbrücker Stadtzeitung“ Nr. 108 (02.11.42).

³⁶⁵⁸ Vgl. Brief der GSV an das PrMinHandel (02.03.23), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 13. Zahlreiche weitere Schreiben und Gutachten folgten in den Jahren bis 1935. Siehe hierzu den entsprechenden Schriftverkehr in: LA Saarbrücken, NL Vogel 1, 13 und 39 sowie BA-R 8014/22. Für die Zeit nach 1935 vgl. den Schriftwechsel Vogels mit Hermann Röchling, Bergrat Herbig, dem kaufmännischen Direktor der Saargrubenverwaltung und einstigen Ortsgruppenvorsitzenden des Berliner Saarvereins Richard Hellwig sowie Oberberghauptmann Schlattmann (1935–1938), in: LA Saarbrücken, NL Vogel 2. Seine Tätigkeit als Geschäftsführer sollte ihm als Dienstzeit im Staatsdienst angerechnet werden: Vgl. Entwurf eines Briefes Debusmanns an das RMArbeit (13.02.35), in: Ebd.

³⁶⁵⁹ Vgl. Schriftwechsel in LA Saarbrücken, NL Vogel 19.

³⁶⁶⁰ SF 11 (1930) 19, S. 352.

³⁶⁶¹ Vgl. Programm der Feierlichkeiten (13.01.38), in: StA Saarbrücken, Großstadt 3156.

Epilog: Das Saarland bis zur zweiten Saarabstimmung 1955

Gegen die Bedenken des Auswärtigen Amtes und der Länder erfolgte nach dem 1. März 1935 keine Rückgliederung des Saargebiets an Preußen und Bayern. Vielmehr gelang es dem zum Reichskommissar ernannten pfälzischen Gauleiter Bürckel, das Territorium als eigenständige Verwaltungseinheit zu erhalten und den schließlich in „Saarland“ umbenannten Retortenstaat Versailler Prägung seinem Machtbereich zu unterstellen³⁶⁶². Ein von der Volkswagen-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt³⁶⁶³ zeigte, daß die breite Masse der Saarländer – unabhängig davon, wie widerwillig sie auch immer am 13. Januar 1935 ihre Stimme für die Rückgliederung gegeben hatten oder ob sie die Anhänger des Status quo gewesen waren – ihren Frieden mit dem neuen Regime an der Saar gefunden hat. Gerhard PAUL geht sogar so weit, von einem „Volk ohne Widerstand“ zu sprechen:

„Traditionslasten wie Stigmatisierungs- und Außenseiterängste, mentale Dispositionen wie der bis weit in die Linke hinein reichende Autoritarismus, ein mehr oder minder offenkundiger Nationalismus sowie die Fortexistenz von Milieubarrieren standen somit neben den terroristischen und sozialintegrativen Eigenleistungen des NS-Regimes einem breiteren Widerstand entgegen.“³⁶⁶⁴

Begünstigt wurde diese nur durch wenige, punktuelle Konflikte unterbrochene Friedhofsruhe durch die Flucht der exponierten Regimegegner und die Emigration Tausender Saarländer in den folgenden Monaten nach Frankreich³⁶⁶⁵.

Mit Kriegsbeginn wurde die „rote Zone“, der Gebietsstreifen zwischen deutsch-französischer Grenze und den Befestigungsanlagen des Westwalls, binnen dreier Tage geräumt. Die dort ansässige Bevölkerung konnte nach dem Blitzsieg im Westen im Frühjahr 1940 zwar wieder zurückkehren, doch als sich das Blatt gegen Kriegsende wendete, mußte die Zivilbevölkerung erneut nach Osten evakuiert werden³⁶⁶⁶.

Das kollektive Gedächtnis vieler Saarländer war geprägt durch deren Erinnerungen an die erste Besatzungszeit; vereinzelt Übergriffe der französischen Soldaten nach Kriegsende und Engpässe in der Lebensmittelversorgung schienen die Befürchtung zur „selbsterfüllenden Prophezeiung“ zu machen, daß sich Frankreich für die vergangenen fünf Jahre rächen werde³⁶⁶⁷. Ohne

³⁶⁶² Zur nationalsozialistische Machtübernahme an der Saar und den diversen Überlegungen einer Reichsreform vgl. Hans-Walter HERRMANN: Pfalz und Saarland in den Plänen zur Neugliederung des Reichsgebietes 1933–1941, in: MittHistVPfalz 83 (1985), S. 321–361; JACOBY: Nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 159–199; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 234–243; MUSKALLA.

³⁶⁶³ Vgl. MALLMANN/ PAUL: Herrschaft und Alltag; DIES.: Milieus und Widerstand.

³⁶⁶⁴ Vgl. PAUL: Widerstand an der Saar, S. 12–19 (Zitate: S. 12 und S. 19).

³⁶⁶⁵ Vgl. Hans-Walter HERRMANN: Beiträge zur Geschichte der saarländischen Emigration 1935–1939, in: JbWestdLG 4 (1978), S. 361–412; VON ZUR MÜHLEN: Schlagt Hitler, S. 244–260; Dieter Marc SCHNEIDER: Saarpolitik und Exil 1933–1955, in: VjhZG 25/26 (1977/78), S. 467–545.

³⁶⁶⁶ Vgl. HERRMANN/ SANTE, S. 41 ff.

³⁶⁶⁷ In der „doppelten Erinnerung“ (WOLFRUM) vermischten sich Kriegs- und Besatzungsalltag. Vgl. hierzu: Rainer HUDEMANN: Frankreichs Besatzungspolitik nach dem 1. und 2. Weltkrieg, in: Heinz DUCHARDT (Hrsg.): In Europas Mitte. Deutschland und seine Nachbarn, Bonn 1988, S. 144–151; DERS.: Die französische

kritisch zu reflektieren konstruierte die saarländische Bevölkerung – wie im übrigen auch die nachfolgende historische Forschung – Parallelen zwischen den beiden Nachkriegsphasen 1919/20 und 1945/47. Noch vierzig Jahre später schien die These plausibel, daß die französische Zone zu einer „Ausbeutungskolonie“ degradiert worden sei, in welcher Frankreich eine nur an den eigenen Interessen ausgerichtete Sicherheits- und Reparationspolitik betrieben habe, während es ähnlich wie 1918 das Industrierevier an der Saar annektieren wollte. Durch die Öffnung des französischen Besatzungsarchivs in Colmar erfolgte in den letzten eineinhalb Jahrzehnten eine Korrektur dieser Sichtweise: Wenn auch zahlreiche Stimmen 1944/45 unverblümt die Annexion der Saar forderten, zog das offizielle Frankreich die Lehre aus dem fehlgeschlagenen Saarexperiment der Zwischenkriegszeit und verzichtete auf die Ausarbeitung von Annexionsszenarien³⁶⁶⁸. Die durchaus ambivalente französische Deutschland³⁶⁶⁹- und Saarpolitik – letztere ging stärker von Baden-Baden und Saarbrücken als von der Pariser Zentrale aus – basierte statt dessen auf einer von Frankreich kontrollierten politischen Autonomie mit enger ökonomischer Symbiose zum westlichen Nachbarn³⁶⁷⁰.

Der demokratisch gewählte saarländische Landtag verabschiedete im Herbst 1947 die saarländische Verfassung³⁶⁷¹, die im Dezember in Kraft trat und die Voraussetzung für das Ende der

Besatzung in Deutschland nach 1945, in: GRUNER/ MÜLLER (Hrsg.), S. 443–473; Edgar WOLFRUM: Die Besatzungsherrschaft der Franzosen 1945 bis 1949 in der Erinnerung der Deutschen, in: GWU 46 (1995) 10, S. 567–582.

³⁶⁶⁸ Vgl. Rainer HUDEMANN: Die Saar zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1947, in: DERS./ Raymond POIDEVIN (Hrsg.): Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte. La Sarre 1945–1955. Un problème de l’histoire européenne, München 1992, S. 13–34, insbesondere: S. 23–34; Heinrich KÜPPERS: Wollte Frankreich das Saarland annektieren?, in: JbWestdtLG 9 (1983), S. 345–356.

³⁶⁶⁹ Vgl. Rainer HUDEMANN: Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945, in: APZG 6/97, S. 31–40; Dietmar HÜSER: Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950, Berlin 1996; Stefan MARTENS (Hrsg.): Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993; Ulrich LAPPENKÜPER: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“. Bd. 1: 1949–1958, München 2001, S. 316–497 und S. 1076–1138; Rainer MÖHLER: Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952, Mainz 1992; Claus SCHARF/ Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983.

³⁶⁷⁰ Bereits Anfang 1946 kamen die saarländischen Eisenwerke und Bergwerke unter französische Verwaltung, Ende des gleichen Jahres wurde die deutsch-französische Zollgrenze nach Osten verschoben, 1947 wurde der französische Franc als Zahlungsmittel an der Saar eingeführt und ab dem Frühjahr 1948 trat die Zollunion zwischen dem Saarland und Frankreich in Kraft.

³⁶⁷¹ Zur Entwicklung des Saarlands bis zur Rückgliederung an die Bundesrepublik vgl. Per FISCHER: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945–1949, Berlin 1959; Jacques FREYMOND: Die Saar 1945–1955, München 1961; Armin HEINEN: Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945–1955, Stuttgart 1996; HUDEMANN/ POIDEVIN (Hrsg.): Die Saar; HUDEMANN/ JELONEK/ RAULS (Hrsg.): Grenz-Fall; Robert H. SCHMIDT: Saarpolitik 1945–1957. 3 Bde., Berlin 1959 ff.; Von der „Stunde 0“ zum „Tag X“. Das Saarland 1945–1959. Katalog zur Ausstellung des Regionalgeschichtlichen Museums im Saarbrücker Schloß, hrsg. vom Stadtverband Saarbrücken, Saarbrücken 1990; ZENNER: Das Saargebiet 1920–1935 und 1945–1957, S. 596–605; DIES.: Die Sonderentwicklung an der Saar nach dem Zweiten Weltkrieg. Überblick und offene Fragen, in: 25 Jahre Volksabstimmung an der Saar. Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Saarbrücken am 25. Oktober 1980, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung,

Militärregierung unter dem Délégué Général Gilbert Grandval bildete. Ministerpräsident einer Koalitionsregierung aus Christlicher Volkspartei (CVP) und Sozialdemokratischer Partei Saar (SPS) wurde Johannes Hoffmann, der 1935 nach Brasilien emigrierte Chefredakteur der „Saarbrücker Landeszeitung“ und Leitfigur der katholischen Opposition im Abstimmungskampf 1934/35. Hoffmann machte während seiner bis Oktober 1955 währenden Amtszeit die Stärkung der Saar-Autonomie zur Chefsache; er versuchte, das Saarland in das zusammenwachsende Europa zu integrieren und erreichte im Mai 1950 mehr als einen Achtungserfolg, als der Zwergstaat gleichzeitig mit der Bundesrepublik als assoziiertes Mitglied im Europarat aufgenommen wurde.

Längerfristig konnte die Saar ihrer Funktion als Brücke zwischen Frankreich und Deutschland nicht gerecht werden und erschwerte die Annäherung der Nachbarn eher als sie diese beflügelte. Die Bundesrepublik unter Konrad Adenauer, der dem Saarstaat die Anerkennung verweigerte und infolgedessen auch von einer saarländischen Staatsangehörigkeit nichts wissen wollte, wurde durch den Ost-West-Konflikt in gleichem Maße ein zunehmend wichtigerer Bündnispartner, wie Frankreich gezwungen war, sich auf die Bewältigung der Konflikte innerhalb seines Kolonialreichs zu konzentrieren. An der Saar selbst wuchs der Widerstand gegen Hoffmanns Autonomiekurs und insbesondere seinen autokratischen Regierungsstil³⁶⁷².

Als Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Mendès France am 23. Oktober 1954 das Saarstatut in Paris unterzeichneten, konnten sie noch davon ausgehen, daß der vereinbarte europäische Status der Saar dort auf eine breite Zustimmung stoßen würde. Dem Ministerrat der Europäischen Union sollte die Aufgabe zufallen, den Saarkommissar zu ernennen, welcher das Saarland nach außen vertreten und für die Einhaltung des Statuts Gewähr bieten sollte. Die deutsch-saarländischen Wirtschaftsbeziehungen sollten sukzessive ausgebaut werden und sich längerfristig an der saarländisch-französischen Wirtschaftsunion orientieren.

Der nun folgende, vehement und leidenschaftlich geführte zweite Abstimmungskampf um die staatsrechtliche Zukunft der Saarregion³⁶⁷³ spaltete bis in Familien hinein die saarländische Gesellschaft. „Separatisten“ standen „Nationalisten“ und „Ja-Sager“ den „Nein-Sagern“ in einer unversöhnlichen Front gegenüber. Keine der beiden Seiten schreckte vor persönlicher Diffamie-

Melle 1980, S. 21–53. Weiterführende Literatur siehe bei Armin HEINEN: Probleme regionaler Gegenwartsgeschichte am Beispiel des Saarlandes nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Alfred WAHL (Hrsg.): L'Histoire moderne et contemporaine en Sarre-Lorraine-Luxembourg. Actes du Colloque de Metz. Novembre 1988, Metz 1990, S. 185–205; Hans-Walter HERRMANN: Literatur zur frühen Nachkriegsgeschichte des Saarlandes 1945–1957, in: Revue d'Allemagne 18 (1986), S. 115–142.

³⁶⁷² Bis 1955 blieb den „prodeutsch“ orientierten Parteien ihre Zulassung verwehrt. Armin HEINEN (Saarjahre, S. 238) charakterisierte das saarländische Modell daher treffend als „*Demokratie unter pädagogischem Vorbehalt*“.

³⁶⁷³ Vgl. 25 Jahre Volksabstimmung an der Saar; Jürgen HANNIG: Separatisten – Nationalisten? Zum Abstimmungskampf 1955, in: HUDEMANN/ POIDEVIN (Hrsg.): Die Saar, S. 381–396; Otto KLINKHAMMER: „Nein“ war positiv, „Ja“ war negativ. Die Abstimmung über das Saar-Statut 1955, in: MALLMANN [u.a.] (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie, S. 258–263.

zung zurück, wenn es galt, den nun nicht einmal mehr einem parteipolitischen Lager³⁶⁷⁴ zuzuordnenden Gegner zu diskreditieren. Am 23. Oktober 1955 votierten 67,7% der Wähler gegen das Saarstatut. Die Europäisierung der Saar schien den Saarländern keine echte Alternative zu sein; wie schon zwanzig Jahre zuvor überwog das Gefühl der nationalen Zugehörigkeit.

Auf der Grundlage dieses Referendums beschloß der neugewählte saarländische Landtag Ende Januar 1956, die politische und wirtschaftliche Wiedervereinigung des Saarlandes mit der Bundesrepublik in die Wege zu leiten. Zum 1. Januar 1957 trat das Saarland als zehntes Bundesland dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei, zweieinhalb Jahre später fielen die bisherigen wirtschaftlichen Übergangsregelungen.

Im Vorfeld dieser zweiten Saarabstimmung konstituierte sich auf Betreiben des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen³⁶⁷⁵ mit dem „Deutschen Saarbund e.V.“ erneut eine nach außen rein private Vereinigung, die sich die „Deutscherhaltung“ der Saar auf die Fahnen geschrieben hatte. Gegründet am 12. Juni 1951 in Wiesbaden, wies der „Deutsche Saarbund“ strukturelle Ähnlichkeiten mit dem Bund der Saarvereine der Zwischenkriegszeit auf. So gliederte er sich in Landes- und Ortsverbände und erneut konnten alle Deutschen – in den Grenzen von 1937 – und insbesondere die außerhalb des Saargebiet ansässigen Saarländer sowie juristische Personen die Mitgliedschaft erwerben. Im erweiterten Bundesvorstand spiegelte sich die föderalistische Struktur der Bundesrepublik wider. Auch die Satzungen des Saarbundes glichen dem eineinhalb Jahrzehnte zuvor abgewickelten Vorläufer:

„Der Verein ‚Deutscher Saarbund e.V.‘ bezweckt:

- a) eine besonders intensive Heimatpflege aller außerhalb des Saargebietes ansässigen Saarländer,*
- b) die Pflege der Verbundenheit der Mitglieder des Bundes mit der Bevölkerung an der Saar,*
- c) die Unterstützung seiner Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer Rechte,*
- d) die Unterrichtung der deutschen und außerdeutschen Öffentlichkeit über die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse an der Saar“.*

Lediglich im letzten Punkt unterschieden sich beide Organisation deutlich voneinander:

„e) Förderung internationaler Gesinnung der Toleranz auf dem Gebiete der Kultur und der Völkerverständigung.“³⁶⁷⁶

³⁶⁷⁴ Die erst im Sommer 1955 zugelassen „prodeutschen“ Parteien („Deutsche Sozialdemokratische Partei“ DSP, „Demokratische Partei Saar“ DPS und „Christlich-Demokratische Union“ CDU) schlossen sich im September 1955 zum „Deutschen Heimatbund“ zusammen und legen sich auf die Ablehnung des Statuts fest, während die CVP und SPS für die Annahme des Saarstatuts warben: Vgl. Winfried BECKER: Die Entwicklung der politischen Parteien im Saarland 1945 bis 1955 nach französischen Quellen, in: HUDEMANN/ POIDEVIN (Hrsg.): Die Saar, S. 253–296.

³⁶⁷⁵ *„Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Angelegenheiten bedient sich des Saarbundes, wenn das Ministerium selbst oder der Bund nicht in Erscheinung treten wollen.“*: Brief der Präsidialkanzlei des Senatspräsidenten an die Bremische Vertretung beim Bund (10.08.51), in: Staatsarchiv Bremen, 3-V.2/ 2879.

³⁶⁷⁶ Satzungen des „Deutschen Saarbundes e.V.“ (1951), in: StA Frankfurt, 2478 (Siehe auch Dok. 27 im Anhang). Erst auf der Wiesbadener Generalversammlung 1953 erfolgte das Bekenntnis zum Grundgesetz sowie zur parteipolitischen und konfessionellen Neutralität: Vgl. Anlage zum Protokoll zur Generalversammlung des „DSB“ am 19. April 1953 in Wiesbaden (Taunus-Hotel), in: Ebd.

Zum Vorsitzenden des Gründungsvorstandes wurde der ausgewiesene Pfarrer Bungarten³⁶⁷⁷ gewählt, den auf der ersten Generalversammlung in Wiesbaden am 30. März 1952 der kaum in Erscheinung tretende Otto Hoffmann ablöste. Während der ersten beiden Jahre fungierte Fritz Hellwig³⁶⁷⁸ als zweiter Vorsitzender, der FDP-Bundestagsabgeordnete Hubertus Prinz zu Löwenstein als Schriftführer sowie Carl Arnold Becker als Schatzmeister. Zuständig für Presse, Propaganda und Organisationsfragen war Hermann Kresse³⁶⁷⁹. Auf dem Höhepunkt seines Wirkens, unmittelbar vor dem Saarreferendum 1955, zählte der Saarbund jeden siebten Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu seinen Mitgliedern; zu diesem Zeitpunkt soll er über seine korporativ angeschlossenen Verbände insgesamt etwa eine Million Menschen repräsentiert haben³⁶⁸⁰.

Robert H. SCHMIDT, der ihn aus diesem Grund in eine Reihe neben die bundesdeutschen Parteien, die Saar-Ausschüsse der Bundestagsfraktionen und Saarreferate der Bundesministerien einordnete, überschätzte damit ebenso wie der einstige Saarreferent im preußischen Innenministerium, Heinrich SCHNEIDER, und Jacques FREYMOND das politische Gewicht der Organisation. Die Feststellung Armin HEINENS, daß der Saarbund immer bedeutungslos geblieben sei, deckt sich hingegen mit dem Urteil des zeitweiligen stellvertretenden Vorsitzenden Fritz Hellwig³⁶⁸¹. Nach dessen Ansicht gab es auch keine Kontinuität zum Bund der Saarvereine³⁶⁸². Schenkt man den Verlautbarungen des Bundes Glauben, so unterschied er sich tatsächlich von Vogels Saarvereinen: Er sei

³⁶⁷⁷ Die Verteidigungsschrift des späteren Ehrevorsitzenden legte den Grundstein für die Schriftenreihe des Saarbundes: Vgl. Franz BUNGARTEN: Ich darf nicht schweigen. Meine Ausweisung aus dem Saargebiet, Köln 1951. Weitere sechs Bände ließen sich in HERRMANN: Literatur zur frühen Nachkriegsgeschichte des Saarlandes, S. 129–133 nachweisen.

³⁶⁷⁸ Zu Hellwig siehe Anm. 3280.

³⁶⁷⁹ Im Frühjahr 1953 konstituierte sich ein neuer Vorstand um Heinrich Lietzmann und Prinz zu Löwenstein. Hellwig blieb Beisitzer, die Geschäftsführung übernahm Heinz Voigt: Vgl. SCHMIDT: Saarpolitik, Bd. 1, S. 527 f.; SCHNEIDER: Wunder an der Saar, S. 346 f.

³⁶⁸⁰ Vgl. Mitteilungen des DSB 47/55 (12.09.55), in: StA Mannheim, Dezernatsregistratur 2: Neben dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, und verschiedenen Länderministern gehörten dem „Deutschen Saarbund“ jeweils 17 Abgeordnete der SPD- und CDU/CSU-Fraktion an (unter ihnen Annemarie Renger und Otto Fürst von Bismarck), 15 Vertreter der FDP, 10 Mitglieder der BHE-Fraktion sowie fünf Abgeordnete der DP an. Mindestens in Rheinland-Pfalz und Hessen gab es Landesverbände.

³⁶⁸¹ Vgl. hierzu: SCHMIDT: Saarpolitik, Bd. 1, S. 527–531; SCHNEIDER: Wunder an der Saar, S. 346–350; FREYMOND, S. 120 f. und S. 318 f.; HEINEN: Saarjahre, S. 227; Auskunft Fritz Hellwigs (04.06.2002). Auch die Stadt Mannheim glaubte seinerzeit nicht daran, daß eine private Organisation einen wesentlichen Beitrag zur Rückkehr der Saar leisten könne: Vgl. Brief der Stadt Mannheim an Dittler (21.05.53), in: StA Mannheim, Dezernatsregistratur 2.

³⁶⁸² „Wenn überhaupt diese Erinnerung [an den BdS – F.B.] noch eine Rolle spielte, dann in Einzelfällen der persönlichen Mitgliedschaft in einem örtlichen Saarverein vor 1935 und der Anmeldung im Deutschen Saarbund.“: Brief Fritz Hellwigs (14.07.2002). Viele kommunalen Verwaltungen steckten den „Deutschen Saarbund“ hingegen mit dem BdS buchstäblich in eine Schublade, so daß sich in zahlreichen Aktenordnern der Schriftverkehr mit beiden Saarhilfsorganisationen befindet: Vgl. StA Göttingen, II A 15/7; StA Frankfurt, 2478.

*„allein vom Gesichtspunkt der gesamtdeutschen Sache bestrebt [...], an der Lösung der Saarfrage mitzuarbeiten, sodaß deren Ausgang nicht zu einer kontinuierlichen Belastung des deutsch-französischen und damit des europäischen Verhältnisses unter den Völkern wird.“*³⁶⁸³

Daß es allerdings nicht allzuweit mit dem in solchen Formulierungen geäußerten Wunsch nach Völkerverständigung oder dem in der Satzung proklamierten Europagedanken her war, belegt ein Schreiben des hessischen Landesleiters an den Frankfurter Oberbürgermeister Kolb: Das Saargebiet als Teil des Deutschen Reiches dürfe nicht *„zu Gunsten eines Europas geopfert werden [...], das in seiner Gemeinschaft heute noch gar nicht besteht“*.³⁶⁸⁴ Vermutlich aufgrund ähnlicher Stellungnahmen hatte der Saarbund mit vergleichbaren Schwierigkeiten wie seinerzeit der Bund der Saarvereine zu kämpfen; Sozialdemokraten zeigten sich den Bestrebungen des Bundes gegenüber reservierter als die Anhänger konservativer und rechtstehender Parteien³⁶⁸⁵. Beim Werben einflußreicher Fürsprecher versuchte der Bund daher, politische Parteien gegeneinander auszuspielen³⁶⁸⁶. Seine Propagandamethoden unterschieden sich nur geringfügig von denen des Bundes der Saarvereine, wenngleich sie keineswegs deren Ausmaß annahmen. Er kommunizierte rege mit Kommunen, Landes- und Bundesbehörden, organisierte Versammlungen, gab verschiedene Propagandaschriften sowie ein eigenes Verbandsorgan, die „Deutsche Saar-Zeitung“³⁶⁸⁷, heraus und trat über Flugblätter an die bundesdeutsche Öffentlichkeit. Eine Anregung des Bundes aufgreifend, führte ein Frankfurter Gastronomie-Großbetrieb im Sommer 1955 einen „Saar-Pfennig“ ein, der als Solidaritätsgeste auf alle Rechnungen aufgeschlagen wurde³⁶⁸⁸. Den Vorschlag, daß bundesdeutsche Städte die Patenschaft für saarländische Städte übernehmen sollten, wies der Deutsche Städtetag hingegen mit der Begründung zurück,

³⁶⁸³ Brief der Geschäftsführers Voigt an den Senat der Hansestadt Bremen (21.05.51), in: Staatsarchiv Bremen, 3-V.2/ 2879. Das Bundesamt für Verfassungsschutz zerstreute die Bedenken der Bremer Landesbehörde, der „Deutsche Saarbund“ wolle eine illegale Untergrundorganisation an der Saar aufbauen: Vgl. Briefe des Bremer Landesamtes für Verfassungsschutz an den Bremer Senatspräsidenten (20.07.51) und der Präsidialkanzlei des Senatspräsidenten an die Bremische Vertretung beim Bund (10.08.51), in: Ebd.

³⁶⁸⁴ Vgl. Brief des Landesleiters Hessen an den Frankfurter Oberbürgermeister Kolb (26.02.54), in: StA Frankfurt, 2478.

³⁶⁸⁵ Vgl. Aufzeichnung Assessor Gollners (27.02.54), in: Ebd.

³⁶⁸⁶ Vgl. Brief des Landesverbandes Hessen an den sozialdemokratischen Frankfurter Oberbürgermeister Kolb (12.03.54), in: StA Frankfurt, 2478: Bestürzung über Entwicklung der Saarfrage. *„Sie kommt einem nationalen Unglück gleich und die Haltung des Bundeskanzlers ist bei allem guten Willen zu einem geeinten Europa nicht mehr zu verstehen. Hier erwächst der sozialdemokratischen Partei, namentlich in Hessen, eine politische Aufgabe ersten Ranges.“* Vgl. ebenso: Brief der hessischen StK an den Frankfurter Oberbürgermeister Kolb (17.03.54), in: Ebd.

³⁶⁸⁷ Die „Deutsche Saar-Zeitung“ erschien ab Anfang Dezember 1951 vierzehntägig. Als Chefredakteur zeichnete Hermann Kresse verantwortlich, der zugleich dafür Sorge trug, daß die an der Saar verbotene Zeitung von Bad Kreuznach über die Grenze ins Saarland geschmuggelt wurde. Zahlreiche Artikel wie auch sonstige Publikationen stammten aus der Feder Heinrich Schneiders: Vgl. SCHNEIDER: Wunder an der Saar, S. 348 ff. Die Wiesbadener Bundesgeschäftsführung veröffentlichte phasenweise wöchentlich weiterführendes „Material zur Saarfrage“, in: Staatsarchiv Bremen, 3-V.2/ 2879.

³⁶⁸⁸ Außerdem ließ der Inhaber der Gaststätte jeden Abend zweimal die inoffizielle Saarhymne „Deutsch ist die Saar“ von seiner Kapelle spielen: Vgl. Brief Dettmers an den Frankfurter Oberbürgermeister Kolb (31.08.55), in: StA Frankfurt, 2478. Das gleiche Schreiben ging an verschiedene hochrangige Bundespolitiker. Selbst die französische Presse wurde auf den „Saar-Pfennig“ aufmerksam: Vgl. „Le Monde“ (28./29.08.55).

daß die Saarkommunen damit auf eine Stufe mit den Städten der abgetretenen Ostgebiete gestellt würden, was kaum im Interesse der Bundespolitik liegen konnte³⁶⁸⁹.

Wegen seiner Agitation gegen das von der Regierung Adenauer ausgehandelte Saarstatut wurde dem „Deutschen Saarbund“ im Herbst 1954 die finanzielle Unterstützung der Bundesregierung entzogen³⁶⁹⁰, was ihn vor die Notwendigkeit stellte, in noch stärkerem Maße als zuvor zahlungskräftige Mitglieder zu werben. Zugleich hatte er sich damit als Kooperationspartner bei der Erfassung der abstimmungsberechtigten Saarländer disqualifiziert. Zwar sprachen keine juristischen Gründe gegen die Amtshilfe der Einwohnermeldeämter, doch warnte der rheinland-pfälzische Innenminister vor dem Arbeitsaufwand und hielt es für ausreichend, wenn der Saarbund an die möglichen Abstimmungsberechtigten über Presse und Rundfunk appellierte, ihm ihre Anschriften mitzuteilen³⁶⁹¹.

Nach dem Referendum nannte sich der Saarbund im Frühjahr 1956 in „Deutscher Saarbund e.V., Volksbund für die Wiedervereinigung Deutschlands“ um³⁶⁹². Ungeachtet dessen, daß von öffentlicher Hand die finanzielle Unterstützung immer weiter zurückgeschraubt wurde, warb der Bund weiter für seine neuen Aufgaben³⁶⁹³.

³⁶⁸⁹ Vgl. Brief des „Deutschen Städtetages“ an die Stadt Mannheim (März 1953), in: StA Mannheim, Dezernatsregistratur 2.

³⁶⁹⁰ Vgl. „Kleine Anfrage 154 der SPD betr. Sperrung der Fördermittel für den Saarbund e.V.“ (16.02.55), in: Staatsarchiv Bremen, 3-V.2/ 2879; SCHMIDT: Saarpolitik, Bd. 1, S. 529 f.; SCHNEIDER: Wunder an der Saar, S. 347. Zur Subventionierung der „Deutschen Saar-Zeitung“ vgl. Werner ECKHARDT: Die Saar fließt nach Europa, Frankfurt am Main 1954, S. 155.

³⁶⁹¹ Vgl. Brief Innenminister Zimmers an Ministerpräsident Altmeier (27.09.54), in: LHA Koblenz, 860/1055. Stimmberechtigt waren alle gebürtigen Saarländer, die am 23.10.54 dort ihren Wohnsitz hatten bzw. seit mindestens fünf Jahren im Saarland ansässig waren, Personen, die aus politischen Gründen nach dem 08.05.45 aus dem Saarland ausgewiesen worden waren, sowie der Personenkreis, der nach den saarländischen Gesetzen die saarländische Staatsangehörigkeit besaß. Diejenigen Abstimmungsberechtigten, die zum Referendum ins Saarland reisen mußten, erhielten eine Reisegeldbeihilfe und Zehrgeld aus Bundesmitteln: Vgl. Bekanntmachung des Bundesinnenministers (06.08.55) und Rundschreiben des badischen Innenministers an die Regierungspräsidenten (08.09.55), in: StA Mannheim, Hauptregistratur 464.

³⁶⁹² Vgl. SCHMIDT: Saarpolitik, Bd. 1, S. 531.

³⁶⁹³ Vgl. Brief des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Fritz Steinhoff, an Finanzminister Willi Weyer (25.06.56), in: HStA Düsseldorf, NW 414/51; Rundschreiben an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages (Oktober 1956), in: StA Frankfurt, 2478; Mitteilungen des DSB (1956), in: Ebd.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Auf dem Fundament eines stetig wachsenden Ortsgruppennetzes im Deutschen Reich, mit Verbindungsmännern im Saargebiet und in enger Kooperation mit Landsmannschaften, vaterländischen Verbänden und Vereinigungen sowie in kontinuierlichem, wenn auch phasenweise konfliktrichtigem Kontakt zu Staats- und Regierungsbehörden, nahmen Bund und Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Funktionen wahr, welche die amtliche deutsche Politik oftmals nicht ausüben wollte oder konnte. Das durch den Bund vermittelte Gedankengut, ein eklektizistisches Konglomerat revisionistischer, national-großdeutscher, stellenweise nationalistischer und latent antisemitischer Ideen, schlug sich in zahlreichen Druckschriften, Zeitungsbeiträgen sowie in (Massen-) Kundgebungen nieder. Während der Weimarer Republik fanden die Saarvereine kaum die selbst geforderte Anerkennung. Erst infolge der nationalsozialistischen „Macht-ergreifung“ erlebten sie den Höhepunkt ihrer Bedeutung, zugleich aber auch das Ende ihrer Selbständigkeit und der bislang nach außen propagierten parteipolitischen Neutralität. Aus unterschiedlichen Motiven ließen sich bis dato dem Nationalsozialismus fernstehende „Saar-Freunde“ allzu gerne in den Dienst der Abstimmungspropaganda einspannen. Die braunen Machthaber ihrerseits konnten auf jahrelang bewährte Strukturen zurückgreifen und so das Referendum des 13. Januar 1935 als einen der ersten außenpolitischen Erfolge des „erwachten Deutschland“ verbuchen³⁶⁹⁴.

Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Auf Initiative saarländischer Industrieller und mit massiver Unterstützung des preußischen Staates gründete sich in Berlin noch während der alliierten Verhandlungen in Versailles eine formal private Abwehrorganisation mit dem programmatischen Namen „Saargebietsschutz“. Während ihrer viermonatigen Tätigkeit rief die Vorläuferin der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die reichsdeutsche Bevölkerung zu Solidaritätsbekundungen zugunsten des von französischer Annexion bedrohten Saarbeckens auf, agitierte gegen gerüchteweise aus Versailles bekanntgewordene Vertragsbestimmungen und beeinflusste in den Wochen vor Unterzeichnung des Friedensvertrages die deutsche Delegation ebenso wie die in Weimar tagende Nationalversammlung. Auf den frühen Kontakten des Saargebietsschutzes baute die Propaganda des Bundes der Saarvereine auf, der in ähnlicher Weise konspirativ arbeitete, sich zugleich aber auch an eine breite Öffentlichkeit jenseits der neuen Saargebietsgrenzen richtete.
2. Herzstück der privat organisierten Saarpropaganda zwischen 1919 und 1935 war die in Berlin ansässige Geschäftsstelle „Saar-Verein“ unter der Leitung des ausgewiesenen Saarbrücker Bergwerksdirektionssekretärs Theodor Vogel. Der monarchisch gesinnte, national-liberale

³⁶⁹⁴ Die Nationalsozialisten waren sich des Erfolgsdrucks durchaus bewußt: Vgl. Brief der Botschaft Paris an das AA (30.09.34), in: ADAP, C III/1, Dok. 228, S. 440 f.

Protestant sorgte während der 16 Jahre für den stetigen Auf- und Ausbau der Organisation, deren lokale Ableger sich im Herbst 1920 zum Bund der Saarvereine zusammenschlossen. Namhafte Persönlichkeiten der Weimarer Republik engagierten sich in verschiedenen Ausschüssen des Bundes und der Geschäftsstelle, deren Handlungsfreiheit allerdings weniger durch derartige Kontrollgremien als vielmehr durch finanzielle Engpässe eingeschränkt war.

3. Der Vorteil, sich auf ein relativ kleines Gebiet konzentrieren und auf wenige zentrale Themen fokussieren zu können, führte phasenweise dazu, daß die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die gesamtpolitische Lage aus den Augen verlor und in ihrem Bemühen, das Saargebiet zum „Sorgenkind Alldeutschlands“³⁶⁹⁵ zu machen, die offiziellen Saarstellen brüskierte. Da die Saarreferenten Dr. Hermann Voigt und Heinrich von Friedberg aber das propagandistische Potential des Vereins erkannt hatten, sahen sie sogar über die Versuche hinweg, die Koordination der Saargelegenheiten dem Auswärtigen Amt entziehen zu lassen, und befürworteten in Krisenzeiten die finanzielle Sicherung der privaten Abwehrstelle: Schließlich konnte diese ähnlich wie ihre Schwesterorganisationen in den Ostgebieten – anders als die Reichsregierung mit ihren nachgeordneten Dienststellen – in irredentistischen Grauzonen ihre Tätigkeit entfalten. Im Gegenzug erhielt das Ministerium die Möglichkeit, kontraproduktive, unzeitgemäße und sinnlose Propagandamaßnahmen stoppen oder korrigieren zu können, ohne dabei die Grenzen zwischen privater Vereinsarbeit und offizieller Regierungspolitik zu verwischen.

Dank überwiegend guter Kontakte zu den Berliner und Münchener Reichs- und Länderressorts entwickelte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Laufe der Jahre zu einer rege frequentierten Anlauf- und Auskunftsstation für die verschiedensten Saarbetreffe, ohne dabei zu einer institutionalisierten Verwaltungsstelle einer Behörde zu werden. Ihr karitatives, wirtschafts-, kultur- und gesellschaftspolitisches Engagement an der Saar warb für die deutsche Option 1935 und war damit neben den schon früh eingeleiteten Maßnahmen zur Erfassung der potentiellen Abstimmungsberechtigten eine weitere Facette ihres Propagandakonzepts.

4. Der Berliner Zentrale unterstand ein weit verzweigtes Ortsgruppenetz im Deutschen Reich. Hatten sich bis Ende der Weimarer Republik etwa 100 lokale Niederlassungen dauerhaft etabliert, so forcierten die Nationalsozialisten den Ausbau angesichts der bevorstehenden Abstimmung derart, daß sich die Ortsgruppenzahl binnen zweier Jahre vervierfachte. Regelmäßige Mahnungen seitens der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ deuten darauf hin, daß die Dependancen nicht immer die Erwartungen erfüllten: Typische Vereinsangelegenheiten prägten den Alltag der Ortsgruppen stärker als die eingeforderte ernste „Arbeit zur Befreiung des kerndeutschen Saargebiets“³⁶⁹⁶, und Ressentiments gegen den Berliner Kurs förderten

³⁶⁹⁵ Vgl. Pressemeldung an den „Rheinischen Beobachter“ (März 1922), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1.

³⁶⁹⁶ SF 7 (1926) 7, S. 114.

einerseits zwar die Herausbildung regionaler Zusammenschlüsse, doch behinderten die Konflikte zwischen den machtbewußten Landesverbänden und der Zentrale konstruktivere Propagandatätigkeiten. Nichtsdestotrotz konnte der „*Geselligkeitsverein mit totaler Beanspruchung*“³⁶⁹⁷ nur dank seiner Niederlassungen erfolgreich wirken, da über sie das Problem der staatsrechtlichen Zukunft der Saar auch auf lokaler Ebene an ein breites Publikum herangetragen werden konnte. Ferner leisteten die Ortsgruppen schon früh entscheidende Vorarbeiten zur Erfassung und Mobilisierung der abstimmungsberechtigten Saarländer. So sehr der Bund auch den konstruierten Charakter des Saargebietes hervorhob, förderten die Saarvereine – ohne es im Grunde zu wollen – mit ihrer Tätigkeit die Herausbildung eines saarländischen Regionalbewußtseins.

5. Der Anspruch, entscheidend dazu beigetragen zu haben, „*daß das deutsche Volk der Saarfrage nicht nur Aufmerksamkeit, sondern weitgehendes Verständnis*“³⁶⁹⁸, zieht sich wie ein roter Faden durch die Selbstdarstellung des Vereins, muß aber vor dem Hintergrund der Verteilungskämpfe um öffentliche und private Gelder gesehen werden. Obwohl er alle Hebel in Bewegung setzte, über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus Interesse für die Belange der Saar zu wecken, erreichte der Bund damit vermutlich nur den Teil der reichsdeutschen und ausländischen Öffentlichkeit, der derartigen Problemen gegenüber ohnehin aufgeschlossen war. Die breite Masse der Bevölkerung blieb auch weiterhin passiv, wengleich die Parole der „deutschen Saar“ bei ihr auf Zustimmung stieß.

Die prinzipielle Notwendigkeit der Tätigkeit des Bundes schmälert auch dieses nüchterne Fazit nicht: Als Sprachrohr für die Interessen der saarländischen Bevölkerung füllte er die Lücke aus, welche durch das anfängliche Fehlen einer Volksvertretung sowie die durch Erscheinungsverbote gehemmte saarländische Presse entstanden war³⁶⁹⁹. Über eine eigene Verbandszeitschrift und verschiedene Publikationen, in unzähligen Kundgebungen und Vorträgen, mittels traditioneller Propagandamedien und moderner Techniken klärte die Organisation im In- und Ausland – meist einseitig gefärbt – über die Verhältnisse an der Saar, die Verfehlungen der nationalen und politischen Gegner sowie die fürsorglichen Leistungen der deutschen Regierung auf.

6. Der Aufklärung auf der einen Seite stand auf der anderen Seite die Abwehr der zentrifugalen Kräfte gegenüber, die in politischen und ökonomischen Krisensituationen freigesetzt wurden und zu einer dauerhaften Separation der Saar vom Deutschen Reich hätten führen können. Wengleich Warnungen, die Saarländer könnten sich aus dem Gefühl der Isolation heraus

³⁶⁹⁷ FOLTIN, S. 3.

³⁶⁹⁸ Vgl. undatiertes Protokoll der Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses vom 24.01.25, in: BA-R 8014/7.

³⁶⁹⁹ „Der Bund ‚Saar-Verein‘ ist überall auf dem Plan, wo es gilt, der saarländischen Bevölkerung, die unter brutaler Gewalt verstummt, eine Zunge zu leihen.“: SF 2 (1921) 1, S. 3.

dem französischen Nachbarn anschließen³⁷⁰⁰, schon allein aufgrund der Sprachbarriere kaum ernst zu nehmen waren, bettete der Bund seine Tätigkeit gerne in größere Zusammenhänge ein: Es gehe nicht um einen 15jährigen Widerstand, sondern um einen 1000jährigen Abwehrkampf gegen die Bedrohung aus dem Westen³⁷⁰¹. Aus Gründen „*völkischer, historischer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit*“³⁷⁰² konnte Frankreich keine Ansprüche auf das Saargebiet haben, und folglich wurde die phasenweise starke französische Saarpropaganda bei allen sich bietenden Gelegenheiten bekämpft. Dabei schoß die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ auch über das Ziel hinaus, wenn sie beispielsweise den Entspannungskurs zwischen Berlin und Paris sabotierte oder in der ihr eigenen Polemik den Genfer Völkerbund attackierte.

7. Auf den alljährlichen Bundestagungen mit ihren anschließenden Saarkundgebungen erreichte der Verein seine größte Breitenwirkung. Ebenso wie die unzähligen kleineren Vortrags- und Propagandaveranstaltungen, die reichsweit von den Ortsgruppen ausgerichtet wurden, bedienten sich die immer imposanter aufgezogenen Saarspektakel aus dem Fundus nationaler Festritten und gaben sich mit Umzügen, musikalischer Untermalung und pathetischen Ansprachen vor einer Massenkulisse einen betont feierlichen Anstrich.

8. Während die proklamierte überkonfessionelle Ausrichtung trotz der Dominanz der protestantischen Vereinsführung kaum Anlaß zu ernstesten Konflikten gab, konnten die wenigen sozialdemokratischen Vertreter in den Ausschüssen ebensowenig wie die Beteuerung,

*„Brennpunkt aller jener Kreise des deutschen Volkes [zu sein], die die große vaterländische und weltpolitische Bedeutung der Saarfrage erkannt haben und ihre Lösung in rein vaterländischem Sinne anstreben“*³⁷⁰³,

kaum die einseitige Orientierung des Vereins kaschieren. National-patriotische Töne mischten sich mit nationalistischen Parolen zu einem rechtslastigen Kanon, in welchen einzustimmen sich die Vertreter linker Parteien schwertaten. Diente die gebetsmühlenartig beteuerte Überparteilichkeit zu Weimarer Zeiten noch dazu, potentielle Interessenten aller nicht-kommunistischen und prodeutschen Parteien anzusprechen, so fungierte sie nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ als Entschuldigung gegenüber dem neuen Regime, früher mit dessen politischen Widersachern kooperiert zu haben. Abgesehen von einigen nach 1933 aufgestiegenen Ortsgruppenvorsitzenden und einzelnen Mitgliedern besaß der Bund der Saarvereine als Gesamtorganisation keine besondere Affinität zum Nationalsozialismus, wenngleich dies in der Retrospektive anders dargestellt wurde³⁷⁰⁴.

³⁷⁰⁰ „Die französische Kultur besitzt eine große Anziehungskraft für die Rheinländer, besonders der Mittel- und Oberklassen, die diese durch stark antipreußische und antiberliner Neigungen unterstützen“: „Die kulturpolitische Arbeit der Beigestelle“ (Juni 1920), in: BA-R 1603/2154.

³⁷⁰¹ Vgl. SF 12 (1931) 7, S. 98 ff.

³⁷⁰² VOGEL: Deutsch die Saar immerdar!, Berlin 1929, S. 64.

³⁷⁰³ Vgl. Jahres-Bericht 1932, S. 5.

³⁷⁰⁴ Vgl. die Ansprache des langjährigen Bundesvorsitzenden Andres auf der Saarbrücker Abschlußtagung (23.03.35), in: SF 15/16 (1934/35) 31, S. 686: „Wir haben trotz unserer unerfreulichen aber nicht vergebli-

9. Nach einer großzügig bemessenen Anschubfinanzierung durch die Preußische Staatsregierung wurden die finanziellen Ressourcen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ durch die galoppierende Inflation aufgezehrt. Selbst in den „Goldenen Zwanzigern“ hatten die „Saar-Freunde“ einen Großteil ihrer Arbeitskraft darauf zu verwenden, die erforderlichen Mittel bei ihren Mitgliedern, den angeschlossenen Körperschaften, Verbänden, Kommunen, Ländern oder aus dem Reichsetat einzuwerben. Insbesondere während der beiden wirtschaftlichen Krisen 1922/23 und 1929–1932, als die Verteilungskämpfe um die staatlichen und privaten Gelder immer erbitterter ausgefochten wurden, mußte sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gegen unerwünschte Konkurrenz auf dem Sektor der privaten Saarpropaganda wehren.
10. Die tatsächlich feststellbaren Reaktionen der Regierungskommission, des Völkerbundes oder der französischen Regierung auf die Aktivität des Bundes der Saarvereine fielen deutlich gemäßigter aus, als es zu erwarten gewesen wäre. Zum einen mag dies daran gelegen haben, daß anfangs die propagandistischen Tätigkeiten der Geschäftsstelle hinter ihrer karitativen Fassade verborgen werden konnten. Zum anderen dürfte in Paris der Arbeit der Königgrätzer Straße in dem Maße weniger Bedeutung beigemessen worden sein, wie die Erfolgsaussichten auf einen für Frankreich günstigen Ausgang des Plebiszits schwanden. Im Saargebiet selbst war der „Saar-Freund“, das halbmonatlich erscheinende Bundesorgan, auf Betreiben der Regierungskommission zwar verboten, doch kursierte er dort dank des vereins-eigenen Vertrauensmännersystems trotzdem.
11. Die Gleichschaltung des Bundes der Saarvereine vollzog sich bis Sommer 1933 in mehreren Etappen, während denen die nationalkonservative Vereinsführung versuchte, strukturelle und personelle Eingriffe durch Anbiederung und vorausseilende Loyalitätsbekundungen zu verhindern. Sie scheiterte dabei aufgrund der persönlichen Ambitionen verschiedener Ortsgruppenvorsitzender, die innerhalb der nationalsozialistischen Polykratie neue Bündnispartner gefunden und den Koblenzer Gauleiter Gustav Simon als Führer des Bundes ins Spiel gebracht hatten. Unter seinem Vorsitz erfolgten gravierende Veränderungen: Nach der parteipolitischen Säuberung der Ortsgruppenvorstände hielt auch innerhalb der stetig wachsenden und zunehmenden lokalen Ableger das Führerprinzip Einzug, wodurch die letzten rudimentären Reste der jahrelang proklamierten Überparteilichkeit beseitigt wurden. In den Publikationen des Bundes wurde ebenso wie auf den unzähligen Vortragsveranstaltungen der Jahre 1933/34 fortan ins nationalsozialistische Horn gestoßen.
- Für den ehrgeizigen Simon war der Bund der Saarvereine lediglich Mittel zum Zweck, seine parteiinterne Hausmacht gegenüber seinem Neustädter Konkurrenten Josef Bürckel zu

chen Lavierarbeit immer die Empfindung gehabt, daß wir mit Wegbereiter waren für die Überwindung der Parteien: die Parteien waren gegebene Größen, aber wir in Geschäftsstelle und Bund hatten uns von ihnen gelöst in der folgerichtigen Durchführung einer strengen Überparteilichkeit. [...] In dieser Zusammenarbeit reiner Vaterlandsliebe hatten wir [...] die großen Gedanken der Volksverbundenheit und des Führertums schon lange vorgelebt, und wir fühlen uns auch darum als Wegbereiter guter Gedanken der neuen Zeit.“

verbessern. Kaum hatte sich dieser im Sommer 1934 als Saarbevollmächtigter durchgesetzt, übertrug Simon den Vorsitz an seinen bisherigen Stellvertreter.

12. Nach der Gleichschaltung des Bundes sank dessen Bedeutung als Propagandaorganisation, da Parteigliederungen und andere Verbände in zunehmendem Maße die Rolle einnahmen, die die Saarvereine jahrelang fast monopolartig verteidigt hatten. Sie waren innerhalb der Saarpropagandamaschinerie fortan nur ein Rädchen unter vielen anderen. Größere Bedeutung erlangte der Bund erst wieder im Zusammenhang mit der Erfassung, Mobilisierung, Betreuung und Einstimmung der abstimmungsberechtigten Saarländer, die zum 13. Januar 1935 aus dem Reichsgebiet oder dem Ausland zur Stimmabgabe an die Saar reisten. Nichtsdestotrotz hielt er an der seit 1919 verfochtenen Linie fest:

*„Der berufene Vorkämpfer an diesen Dingen [gemeint war der Abwehrkampf – F.B.] ist der Bund der Saarvereine, der in gleichem Schritt und Tritt mit dem Führer und den maßgebenden Instanzen des Reiches marschiert.“*³⁷⁰⁵

13. Die nationalsozialistische Reichsregierung usurpierte in den beiden letzten Jahren vor der Abstimmung die traditionellen Saarkundgebungen des Bundes für ihre eigenen Zwecke. Nicht zuletzt die Anwesenheit Hitlers wirkte als Publikumsmagnet, der Hunderttausende von Schaulustigen in den Jahren 1933 und 1934 an den Rhein nach Rüdesheim bzw. Koblenz zog. Dort präsentierte sich mit großem Aufwand der Weltöffentlichkeit ein kraftvolles „neues Deutschland“, dessen suggerierter Volksgemeinschaft die Rückgliederungsgegner an der Saar nichts Adäquates entgegenzusetzen hatten.

14. Im unmittelbaren Vorfeld der Abstimmung unterstützte der Bund der Saarvereine die reichsdeutschen Behörden bei der Erfassung der Abstimmungsberechtigten, der Koordinierung der Sonderzüge und der Betreuung von Angehörigen und Pflegebedürftigen. Obleute des Vereins gaben das amtliche Material an die Abstimmungsberechtigten weiter, halfen als Transportleiter in den Zügen und stimmten die Saarländer in den letzten Wochen mit einem aufwendigen propagandistischen Rahmenprogramm auf den lange erwarteten „Tag X“ ein³⁷⁰⁶. Wenngleich mangels soziodemographischer Untersuchungen keine unmittelbaren Rückschlüsse auf das Wahlverhalten der reichs- und auslandsdeutschen Abstimmungsberechtigten möglich sind, dürfte der Anteil der Status-quo-Anhänger oder gar Befürworter einer Vereinigung mit Frankreich unter ihnen aufgrund der anfänglich allgemeinen Akzeptanz des neuen Regimes in Deutschland zu vernachlässigen sein³⁷⁰⁷. Es kann natürlich kein Zweifel daran herrschen, daß es den Nationalsozialisten ebenfalls gelungen wäre, die Abstimmungsberechtigten zu erfassen und für die dritte Option zu mobilisieren. Die Existenz des Bundes

³⁷⁰⁵ „Steglitzer Anzeiger“ Nr. 197 (24.09.34).

³⁷⁰⁶ Regimekritische Zeitgenossen wurden der permanenten Präsenz der Saar in der reichsdeutschen Öffentlichkeit überdrüssig: Vgl. Tagebucheinträge EBERMAYERS vom 08.01.35, 10.01.35 („Der Saar-Rummel nimmt täglich zu. Es ist zu deutsch gesagt, zum Kotzen. Wenn sie bloß endlich heimkehrte ins Reich – damit Ruhe wird! [...]“) und 13.01.35 (S. 462 ff.).

³⁷⁰⁷ Unsicheren Kantonisten verweigerten die deutschen Behörden ohnehin die Freifahrtscheine.

der Saarvereine gestattete es den Partei- und Regierungsstellen allerdings, ohne größere Anlaufschwierigkeiten auf bestehende Strukturen im gesamten Reichsgebiet zurückzugreifen und sich ihrer im Abstimmungskampf zu bedienen.

15. Ein wesentlicher Grund, weshalb die private Berliner Saarhilfsorganisation nach dem Plebiszit in Vergessen geriet, ist darin zu sehen, daß die Leistungen der konservativen Vereinigung in der öffentlichen Erinnerung auf Betreiben der Nationalsozialisten zumeist verschwiegen wurden. Sie hatte mit dem erfolgreichen Ausgang des Referendums ihre Aufgabe als Sammlungsbewegung, Propagandavereinigung und Tarnorganisation erfüllt. Ihr Nachfolger, der „Bund der Saar- und Pfalzvereine“, setzte noch bis in die Jahre des Zweiten Weltkrieges die landsmannschaftliche Kontinuität fort. An die politische, ideelle und propagandistische Bedeutung des Saargebietsschutzes, der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine konnte er nicht anknüpfen.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt, Berlin
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AdR	Akten der Reichskanzlei
AEKR	Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AFS	Association Française de la Sarre
AKG	Archiv für Kulturgeschichte
AN	Archives Nationales, Paris
APZG	Aus Politik und Zeitgeschichte
Arch. SDN, CdG	Archives de la Société des Nations, Commission de Gouvernement de la Sarre
Arch. SDN 19–27	Archives de la Société des Nations, Registry 1919–1927
Arch. SDN 28–32	Archives de la Société des Nations, Registry 1928–1932
Arch. SDN 33–46	Archives de la Société des Nations, Registry 1933–1946
BA	Bundesarchiv, Berlin
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München
BayMA	Bayerisches Staatsministerium des Äußeren
BayMInn	Bayerisches Staatsministerium des Inneren
BDLG	Blätter für deutsche Landesgeschichte
BdS	Bund der Saarvereine
BDW	Bund Deutscher Westen
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
C.A.D.N.	Centre des Archives Diplomatiques de Nantes
CdG	Commission de Gouvernement de la Sarre
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
CVP	Christliche Volkspartei
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAI	Deutsches Auslands-Institut
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DF	Deutsche Front
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DPS	Demokratische Partei Saar

DSB	Deutscher Schutzbund (für das Grenz- und Auslandsdeutschtum)
DSP	Deutsche Sozialdemokratische Partei
DVP	Deutsche Volkspartei
E.M.A.	État-Major de l'Armée
FAD	Freiwilliger Arbeitsdienst
FDP	Freie Demokratische Partei
GehStA	Geheimes Staatsarchiv
GG	Geschichte und Gesellschaft
GSV	Geschäftsstelle „Saar-Verein“
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HessHStA	Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden
JbWestdtLG	Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte
JO	Journal Officiel de la Société des Nations
LA	Landesarchiv
LHA	Landeshauptarchiv
LRA	Landratsamt
MAE	Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris
MittHistVPfalz	Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz
NL	Nachlaß
NPL	Neue Politische Literatur
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSK	„Neuer Saar-Kurier“
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
OHL	Oberste Heeresleitung
ONB	Oberrheinisches Nachrichtenbüro
PrMI	Preußisches Ministerium des Innern
PrMFinanz	Preußisches Finanzministerium
PrMHandel	Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe
PrMJustiz	Preußisches Justizministerium
PrMVolkswohlfahrt	Preußisches Ministerium für Volkswohlfahrt
PrMWissenschaft	Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RfH	Reichszentrale für Heimatdienst
RGBI	Reichsgesetzblatt
RH	Revue Historique

RMArbeit	Reichsarbeitsministerium
RMbesGeb	Reichsministerium für die besetzten rheinischen Gebiete
RMFinanz	Reichsfinanzministerium
RMI	Reichsministerium des Inneren
RMPost	Reichspostministerium
RMPropaganda	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RMVerkehr	Reichsverkehrsministerium
RMWirtschaft	Reichswirtschaftsministerium
RVP	Rheinische Volkspflege
SF	„Der Saar-Freund“
SFG	Saarforschungsgemeinschaft
S.H.A.T.	Service Historique de l'Armée de Terre
SHB	„Saarheimatbilder“
SK	„Der Saarkalender“
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPS	Sozialdemokratische Partei Saar
SSB	Saarsängerbund
StA	Stadtarchiv
StK	Staatskanzlei
StS	Staatssekretär
StSbesGeb	Staatssekretär für die besetzten Gebiete
SWS	Saarwirtschaftsstatistik
S.Z.	„Saarbrücker Zeitung“
UA	Universitätsarchiv
UFS	Union Franco-Sarroise
UStS	Unterstaatssekretär
VDA	Verein/ Volksbund für das Deutschtum im Ausland
VjhZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VV	Versailler Vertrag
WPG	Wirtschaftspolitische Gesellschaft
WTB	Wolffsches Telegraphenbüro
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfH	Zentralstelle für Heimatschutz
ZGsaarg	Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend

Nachweis der Photographien und Graphiken

Nr.	Seite	Quelle
1	58	Frank Becker
2	86	PAUL/ SCHOCK, S. 35 (Abb. 26)
3	101	PAUL/ SCHOCK, S. 34 (Abb. 25)
4	109	SF 14 (1933) 18, S. 349
5	110	LA Saarbrücken, NL Vogel 4
6	126	VOGEL: Saar-Befreiungskampf, S. 25
7	143	SF 7 (1926) 2, S. 25
8	145	SF 8 (1927) 16, S. 262
9	169	LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 783-1
10	179	SF 4 (1923) 11, S. 142
11	228	SK 5 (1927), S. 98
12	285	SF 9 (1928) 13, S. 214
13	301	Frank Becker
14	304	Raimund Zimmermann
15	304	Raimund Zimmermann
16	314	Frank Becker
17	336	SF 8 (1927) 16, S. 262
18	346	LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 817-2
19	351	PA AA, II a Saargebiet, R 75.481
20	371	SF 1 (1920) 8, S. 45
21	373	Frank Becker
22	374	SF 8 (1927) 16, S. 261
23	383	SF 4 (1923) 9, S. 109
24	387	SF 4 (1923) 1, S. 1
25	390	SF 7 (1926) 10, S. 149
26	404	SF 12 (1931) 20
27	408	SF 8 (1927) 16, S. 263
28	413	SF 8 (1927) 11, S. 197
29	414	PAUL/ SCHOCK, S. 33 (Abb. 24)
30	415	LA Saarbrücken, Saar-Verein 32
31	416	VOGEL: Saar-Befreiungskampf, S. 275
32	417	LA Saarbrücken, Saar-Verein 32
33	427	SF 9 (1928) 13, S. 213

- 34 436 LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 789
- 35 437 LA Saarbrücken, Bildersammlung 762-2
- 36 438 LA Saarbrücken, Saar-Verein 1
- 37 447 BRUCH: Franzosen im Saargebiet, S. 88
- 38 477 BRUCH: Franzosen im Saargebiet, S. 88
- 39 489 LA Saarbrücken, Saar-Verein 1
- 40 503 SF 9 (1928) 13
- 41 513 Bilder-Beilage zu SF 13 (1932) 18/19
- 42 527 SF 7 (1926) 16
- 43 552 SF 4 (1923) 9, S. 116
- 44 555 SF 11 (1930) 20
- 45 597 Kampf um die Saar, nach S. 392
- 46 604 VOGEL: Saar-Befreiungskampf, S. 245
- 47 608 Frank Becker
- 48 609 VOGEL: Saar-Befreiungskampf, S. 252
- 49 629 VOGEL: Saar-Befreiungskampf, S. 29
- 50 632 SF 15 (1934) 1, S. 1
- 51 636 VOGEL: Saar-Befreiungskampf, S. 258
- 52 638 SF 15 (1934) 5, nach S. 88
- 53 645 LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 790-1
- 54 650 LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 784-1
- 55 650 LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 799-1
- 56 653 StA Gießen, N 123
- 57 660 PAUL/ SCHOCK, S. 70 (Abb. 54)
- 58 663 VON PUTTKAMER, S. 105
- 59 663 LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 822-12
- 60 665 VON PUTTKAMER, S. 65
- 61 666 VON PUTTKAMER, S. 109
- 62 668 LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 822-1a
- 63 669 Heinrich HOFFMANN (Hrsg.), S. 6
- 64 671 Kampf um die Saar, nach S. 48
- 65 676 „Volksstimme“ Nr. 204 (02.09.33)
- 66 677 VON PUTTKAMER, S. 14
- 67 681 LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 823
- 68 682 SF 15 (1934) 16/17

-
- 69 683 LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 824
- 70 686 Die deutsche Saar, S. 15
- 71 689 Heinrich HOFFMANN (Hrsg.), S. 17
- 72 691 SF 15 (1934) 18/19, S. 378
- 73 693 Kampf um die Saar, nach S. 72
- 74 711 LA Saarbrücken, Saar-Verein 27
- 75 715 LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 783-8
- 76 725 Brief des „Comité de Nîmes et du Gard“ der AFS an Außenminister Laval
(03.01.35), in: MAE, Rel. Com. C, Sarre 4
- 77 737 VOGEL: Saar-Befreiungskampf, S. 250
- 78 737 LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 789
- 79 738 Heinrich HOFFMANN (Hrsg.), S. 20
- 80 739 LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 786-1
- 81 740 Arch. SDN, Historical Collection and Museum items, PM Box 4
- 82 745 BARTZ, S. 177
- 83 747 LA Saarbrücken, Bildersammlung HV 785-2
- 84 751 Zbynek ZEMAN: Das Dritte Reich in der Karikatur, München 1984, S. 146
- 85 753 Heinrich HOFFMANN (Hrsg.), S. 41
- 86 755 VOGEL: Saar-Befreiungskampf, S. 223

Archivverzeichnis

1. BUNDESARCHIVE

- 1.1 Bundesarchiv Berlin
- 1.2 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes

2. LÄNDER- UND KOMMUNALARCHIVE

2.1 BADEN-WÜRTTEMBERG

- 2.1.1 Hauptstaatsarchiv Stuttgart
- 2.1.2 Generalstaatsarchiv Karlsruhe
- 2.1.3 Staatsarchiv Freiburg
- 2.1.4 Staatsarchiv Sigmaringen
- 2.1.5 Stadtarchiv Freiburg
- 2.1.6 Stadtarchiv Heidelberg
- 2.1.7 Stadtarchiv Konstanz
- 2.1.8 Stadtarchiv Mannheim

2.2 BAYERN

- 2.2.1 Hauptstaatsarchiv München
- 2.2.2 Staatsarchiv Amberg
- 2.2.3 Staatsarchiv Augsburg
- 2.2.4 Staatsarchiv Bamberg
- 2.2.5 Staatsarchiv Coburg
- 2.2.6 Staatsarchiv Würzburg
- 2.2.7 Stadtarchiv Erlangen
- 2.2.8 Stadtarchiv München
- 2.2.9 Stadtarchiv Nürnberg
- 2.2.10 Universitätsarchiv Erlangen
- 2.2.11 Universitätsarchiv München

2.3 BERLIN

- 2.3.1 Landesarchiv Berlin
- 2.3.2 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

2.4 BREMEN

- 2.4.1 Staatsarchiv Bremen
- 2.4.2 Stadtarchiv Bremerhaven

2.5 HESSEN

- 2.5.1 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
- 2.5.2 Staatsarchiv Darmstadt
- 2.5.3 Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main
- 2.5.4 Stadtarchiv Gießen
- 2.5.5 Stadtarchiv Rüdelsheim

2.6 NIEDERSACHSEN

- 2.6.1 Stadtarchiv Göttingen
- 2.6.2 Stadtarchiv Hannover

2.7 NORDRHEIN-WESTFALEN

- 2.7.1 Nordrheinwestfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
- 2.7.2 Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland
- 2.7.3 Stadtarchiv Aachen
- 2.7.4 Stadtarchiv Bonn
- 2.7.5 Stadtarchiv Duisburg
- 2.7.6 Stadtarchiv Düsseldorf
- 2.7.7 Stadtarchiv Essen
- 2.7.8 Stadtarchiv Herne
- 2.7.9 Stadtarchiv Münster
- 2.7.10 Institut für geschichtliche Landeskunde Bonn
- 2.7.11 Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland

2.8 RHEINLAND-PFALZ

- 2.8.1 Landeshauptarchiv Koblenz
- 2.8.2 Landesarchiv Speyer
- 2.8.3 Stadtarchiv Kaiserslautern
- 2.8.4 Stadtarchiv Koblenz
- 2.8.5 Stadtarchiv Mainz
- 2.8.6 Stadtarchiv Speyer
- 2.8.7 Bistumsarchiv Trier

2.9 SAARLAND

- 2.9.1 Landesarchiv Saarbrücken
- 2.9.2 Stadtarchiv Saarbrücken
- 2.9.3 Saarlandmuseum Saarbrücken

2.10 SACHSEN

- 2.10.1 Hauptstaatsarchiv Dresden
- 2.10.2 Stadtarchiv Leipzig

2.11 THÜRINGEN

- 2.11.1 Stadtarchiv Weimar

3. ARCHIVE IM AUSLAND

- 3.1 Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris
- 3.2 Centre des Archives Diplomatiques de Nantes
- 3.3 Archives Nationales, Paris
- 3.4 Archives du S.H.A.T, Paris
- 3.5 Völkerbundsarchiv Genf

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellen

1.1 Archivalien

1. BUNDESARCHIVE

1.1 Bundesarchiv Berlin BA

N 2252 Nachlaß Rühlmann

1 Schriftwechsel 1918–1933

NS 5 VI Deutsche Arbeitsfront / Arbeitswissenschaftliches Institut

2087 Zeitungsausschnittsammlung –

2098 –

R 2 Reichsfinanzministerium

2689 Ausführung des Friedensvertrages bezüglich des Bd. 1: 01.08.19 – 30.09.20

2690 Saargebietes Bd. 2: 01.01.21 – 31.07.21

2691 Bd. 3: 01.08.21 – 10.05.22

2692 Bd. 4: 11.05.22 – 14.07.23

2693 Bd. 5: 15.07.23 – 01.05.25

2694 Bd. 7: 18.05.26 – 30.11.27

2695 Bd. 8: 01.12.27 – 06.08.28

2696 Bd. 9: 07.08.28 – 27.11.29

2697 Bd. 10: 28.11.29 – 05.11.30

2698 Bd. 6: 02.05.25 – 17.05.26

4409 Kriegskosten: Westgrenzhilfe Bd. 1: 16.01.30 – 08.01.31

4410 Bd. 2: 23.01.31 – 04.12.31

4411 Bd. 3: 21.12.31 – 06.07.32

4412 Bd. 4: 08.07.32 – 09.03.33

4413 Bd. 5: 10.03.33 – 17.10.33

4414 Bd. 7: 01.03.34 – 23.05.34

4415 Bd. 8: 24.05.34 – 28.07.34

4416 Bd. 9: 29.07.34 – 17.12.34

4417 Bd. 10: 17.12.34 – 16.02.35

4418 Bd. 11: 17.02.35 – 11.07.35

4419 Bd. 12: 12.07.35 – 31.10.35

4420 Bd. 13: 01.11.35 –

R 43-I Alte Reichskanzlei

195 Besetztes Rheingebiet Bd. 23: Okt. 1925 – Jan. 1926

239 Saargebiet Bd. 1: Nov. 1919 – 31.12.20

240 Bd. 2: 01.01.21 – 31.12.22

240 a Bd. 3: 01.01.23 – 31.12.24

241 Bd. 4: 01.01.25 – 31.12.25

242 Bd. 5: 01.01.26 – 31.12.26

243 Bd. 6: 01.01.27 – 31.07.27

244 Bd. 7: 01.07.27 – 30.04.28

- | | | |
|--|---|-------------------------------|
| 245 | Saargebiet | Bd. 8: 01.05.28 – 30.06.29 |
| 246 | | Bd. 9: 01.07.29 – 15.11.29 |
| 247 | Saar-Verhandlungen. Handakten Reichskanzler Müller | Mai 1929 – Feb. 1930 |
| 248 | Saargebiet | Bd. 10: 16.11.29 – 30.04.30 |
| 249 | | Bd. 11: 01.05.30 – 31.07.30 |
| 250 | Saargebiet. Pariser Verhandlungen | 1930 |
| 251 | Saargebiet | Bd. 12: 01.08.30 – 31.12.31 |
| 252 | | Bd. 13: 01.01.32 – 31.01.33 |
| 253 | | Bd. 14: 01.02.33 – 31.12.33 |
| 254 | | Bd. 15: 01.01.34 – 30.06.34 |
| 255 | | Bd. 16: 01.07.34 – 31.12.34 |
| 256 | | Bd. 17: 01.12.34 – 31.01.35 |
| 257 | | Bd. 18: 01.02.35 – 31.05.35 |
| 259 | Saarbevollmächtigter des Reichskanzlers | Nov. 1933 – Feb. 1936 |
| 770 | Vereinswesen. Vaterländische Vereine | Bd. 1: Sept. 23 – 31.01.33 |
| 2479 | Nichtamtliche Presse und Pressevertreter | Bd. 7: 01.01.29 – 31.12.30 |
| 2504 | Zentrale für Heimatdienst | Bd. 4: 01.03.20 – 30.06.20 |
| R 53 Stellvertreter des Reichskanzlers (Vizekanzlei von Papen) | | |
| 91 | Probleme des Saargebietes | Mai – Okt. 1933 |
| 129 | Saar-Kundgebung 25.08.33 | 1933 |
| 144 | Glückwünsche zur Ernennung | 141133 |
| R 55 Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda | | |
| 752 | Mittel für Propaganda zur Saarabstimmung und ihre Durchführung | 1935–1941 |
| R 905 Reichskommissar für die Übergabe des Saargebietes | | |
| 312 | Abstimmung im Saargebiet, Allgemeines | Bd. 1: Dez. 1920 – Jan. 1935 |
| 316 | Saarkarten betr. Saarabstimmung | Bd. 1: Juli 1926 – Aug. 1934 |
| 317 | | Bd. 2: Aug. 1934 – Jan. 1935 |
| R 1501 Reichsministerium des Innern | | |
| 5002 | Zusendung von Presse-, Buch- und sonstigen Veröffentlichungen sowie von Manuskripten an den Reichsminister des Innern | 1933 – 1934 |
| 5409 | Vorbereitung der Saarabstimmung, Betreuung der Abstimmungsberechtigten und ihrer Angehörigen | 1934 |
| 102.860 | Mitteilungen des Saarvereins über die Lage im besetzten Gebiet | Aug. 1919 – April 1921 |
| 102.861 | Die Saarländervereinigung zu Berlin | Feb. 1921 – Mai 1921 |
| 102.881 | Bericht der RfH über Angelegenheiten der besetzten Gebiete und der Abstimmungsgebiete | Bd. 1: 01.05.20 – 15.08.20 |
| 102.882 | | Bd. 2: 16.08.20 – 30.04.21 |
| 102.883 | Die Reichszentrale für Heimatdienst und die Rheinische Volkspflege | Aug. 1920 – Mai 1921 |
| R 1601 / Abt. I / 1 Reichsministerium für die besetzten Gebiete | | |
| 1608 | Organisationen und Einrichtungen mit propagandistischen Aufgaben. Allgemeines | Juli 1927 – März 1930 |
| 1649 | Nachrichten-Organisation | Bd. 1: Mai 1921 – Dez. 1923 |
| 1650 | Nachrichten-Organisation | Bd. 2: Dez. 1923 – Sept. 1930 |

1696	Saar-Verein	Bd. 1: Feb. 1920 – März 1923
1697		Bd. 2: Nov. 1922 – Juni 1925
1698		Bd. 3: Juni 1925 – Dez. 1929
1699		Bd. 4: Feb. 1930 – Juni 1931
1705	Allgemeines	Bd. 2: Sept. 1924 – April 1928
2204	Redakteur Adam Lillig. Betreuung	Nov. 1925 – Jan. 1928

R 1603 Rheinische Volkspflege

2153	Richtlinien für die eigene Arbeit. Dienstbetrieb im	Bd. 1: 1919 – 1929
2154	Allgemeinen	Bd. 1b: 01.10.19 – 30.04.21
2155		Bd. 2: 1919 – 11.07.24
2156		Bd. 3: 24.03.21 – 21.09.21
2157		Bd. 4: 24.06.22 – 22.06.29
2277	Allgemeines	Bd. 1: Juni 1919 – 31.03.20
2302	Franz. Propaganda und Propagandaorganisationen	1919 – 25.01.22
2373	Ersatzansprüche für Besetzungsschäden	10.02.20 – 08.12.20
2508	Das Saargebiet im Allgemeinen. Berichte, Lage im	Bd. 1: 11.02.19 – 28.06.20
2509	Saargebiet	Bd. 2: 01.07.20 – 11.06.25
2511	Feindliche Politik und Übergriffe	21.05.20 – 25.02.29
2512	Politische Arbeit	Bd. 1: 26.01.20 – 19.12.21
2513		Bd. 2: 09.01.22 – 15.10.24
2519	Saarverein	Bd. 1: 16.02.20 – 24.09.22
2520		Bd. 2: 17.11.20 – 13.10.23
2521		Bd. 3: 15.10.23 – 23.12.24
2522		Bd. 4: 24.12.24 – 21.12.25
2523		Bd. 5: 26.11.25 – 22.07.27
2524		Bd. 6: 18.07.27 – 29.08.28
2525		Bd. 7: 22.08.28 – 24.09.30
2526	Kulturelle Arbeit, Propaganda, Presse	12.03.20 – 12.03.29
2538	Concordia	21.06.20 – 01.04.21
2692	Polwona, Kraus	17.02.20 – 01.02.24
2708	Etat, Allgemeines	Bd. 3: 11.01.26 – 21.12.28
2712	Unterstützungen an Einzelpersonen und Organisationen,	Bd. 2: 14.06.26 – 21.12.27
2722	Allgemeine Organisation, Durchgliederung im besetzten Gebiet (Gewerkschaften, Reichsverband d. Rheinländer)	16.06.21 – 21.01.22
2723	Allgemeine Organisation, Rednerliste	01.11.19 – 19.01.29
2776	Westausschuß für Rhein, Saar und Pfalz	Bd. 1: 17.11.22 – 31.05.24
2777		Bd. 2: 26.02.24 – Feb. 1925
2778		Bd. 3: 21.03.25 – 15.12.25
2779		Bd. 4: 06.01.26 – 26.07.28
2780		Bd. 5: 30.08.28 – 15.08.30
2793	Abrechnung früherer Mitarbeiter	Nov. 1920 – Dez. 1925

R 8014 Bund der Saarvereine

- | | | | |
|------|--|---|-------------------------------|
| 1 | Gründung des „Bundes Saar-Verein“ am 16. Okt. 1920 in Bielefeld | – | |
| 2 | Denkschrift über die Aufgaben der Geschäftsstelle Saarverein | Aug. 1919 – April 1920 | |
| 3 | Organisation und Tätigkeit des Saargebietsschutzes und des Bundes der Saarvereine. Zeitungsausschnitte. | Bd. 1: März 1919 – Dez. 1921 | |
| 4 | | Bd. 2: März 1922 – Juli 1928 | |
| 5 | | Bd. 3: – | |
| 6 | Organisation und Tätigkeit des Bundes der Saarvereine. Verschiedene Drucksachen | 1920 – 1931 | |
| 7 | Sitzungsberichte des Arbeitsausschusses, des Beratungs- und Aufsichtsausschusses der Geschäftsstelle Saarverein und des Vorstandes des Bundes der Saarvereine. Geschäftsbericht der Geschäftsstelle Saarverein | März 1922 – Nov. 1933 | |
| 8 | Tätigkeit der Geschäftsstelle Saarverein, Berlin | Juni 1929 – Okt. 1929 | |
| 9 | Personalangelegenheiten der Geschäftsstelle Saarverein, Berlin | Bd. 2: Juli 1919 – Feb. 1920 | |
| 10 | | Bd. 4: Feb. 1920 – Sept. 1920 | |
| 11 | | Bd. 5: Sept. 1920 – März 1922 | |
| 11/1 | | Bd. 6: Dez. 1921 – März 1925 | |
| 12 | Auflösung der Geschäftsstelle Saarverein | Aug. 1935 – Nov. 1935 | |
| 13 | Allgemeiner Schriftverkehr des Leiters der Geschäftsstelle Saarverein, Theodor Vogel | Bd. 3: März 1920 – Juli 1920 | |
| 14 | | Bd. 7: März 1923 – Okt. 1930 | |
| 15 | | Aug. 1933 – Okt. 1933 | |
| 16 | | Aug. 1933 – Juli 1934 | |
| 17 | | Juli 1934 – Mai 1935 | |
| 18 | | 1. Tagung des Bundes der Saarvereine in Kassel am 3. April 1921 | Bd. 1: März 1921 – April 1921 |
| 20 | | 2. Tagung des Bundes der Saarvereine in Dortmund am 6./7. Mai 1922 | Bd. 1: März 1922 – Juni 1922 |
| 21 | Bd. 2: April 1922 – Mai 1922 | | |
| 22 | 3. Tagung des Bundes der Saarvereine in Karlsruhe am 14./15. Juli 1923 | Mai 1923 – Juli 1923 | |
| 23 | 4. Tagung des Bundes der Saarvereine in Leipzig am 24./25. Mai 1924 | Bd. 1: Jan. 1924 – Mai 1924 | |
| 24 | | Bd. 2: Mai 1924 | |
| 25 | 5. Tagung des Bundes der Saarvereine in Hannover am 6./7. Juni 1925 | Bd. 1: Aug. 1924 – Juni 1925 | |
| 27 | | Bd. 3: Mai 1925 – Juni 1925 | |
| 28 | | Bd. 4: Mai 1925 – Juni 1925 | |
| 29 | | Bd. 5: Juni 1925 – Sept. 1925 | |
| 30 | | Bd. 1: Nov. 1925 – Juni 1926 | |
| 31 | 6. Tagung des Bundes der Saarvereine in Köln am 14./ 15. Aug. 1926 | Bd. 2: April 1926 – Sept. 1926 | |
| 32 | | Bd. 3: April 1926 – Sept. 1926 | |
| 36 | | Bd. 7: Juli 1926 – Aug. 1926 | |
| 37 | | Bd. 8: Juli 1926 – Aug. 1926 | |
| 39 | | Bd. 10: Aug. 1926 – Nov. 1926 | |
| 40 | | Bd. 11: Aug. 1926 – Feb. 1927 | |
| 42 | | 7. Tagung des Bundes der Saarvereine in Würzburg am 13./14. Aug. 1927 | Bd. 1: April 1927 – Aug. 1927 |

43	7. Tagung des Bundes der Saarvereine in Würzburg am 13./14. Aug. 1927	Bd. 2: Juni 1927 – Aug. 1927	
44		Bd. 3: Juli 1927	
45		Bd. 4: Juli 1927 – Aug. 1927	
49	8. Tagung des Bundes der Saarvereine in Heidelberg am 30. Juni und 1. Juli 1928	Bd. 1: Aug. 1927 – Mai 1928	
50		Bd. 2: März 1928 – Juli 1928	
52		Bd. 4: Juni 1928	
53		Bd. 5: Juni 1928	
54		Bd. 6: Juni 1928 – Juli 1928	
55		Bd. 7: Juni 1928 – Juli 1928	
57	9. Tagung des Bundes der Saarvereine in Münster in Westfalen am 8./9. Juni 1929	Bd. 9: Juli 1928 – Aug. 1929	
58		Bd. 1: Juni 1928 – Mai 1929	
60		Bd. 3: Dez. 1928 – Juli 1929	
62		Bd. 5: April 1929 – Mai 1929	
63		Bd. 6: April 1929 – Mai 1929	
66		Bd. 9: Mai 1929 – Juni 1929	
67	10. Tagung des Bundes der Saarvereine in Trier am 5./6. Juli 1930	Bd. 10: Mai 1929 – Okt. 1929	
68		Bd. 1: Mai 1929 – Juni 1930	
74		Bd. 7: Juni 1930 – Aug. 1930	
75		Bd. 8: Juni 1930 – Okt. 1930	
78		11. Tagung des Bundes der Saarvereine in Neustadt an der Haardt am 11./12. Juli 1931	Bd. 1: Dez. 1930 – Juni 1931
79			Bd. 2: Mai 1931 – Juli 1931
80	Bd. 3: Mai 1931 – Okt. 1931		
82	Bd. 5: Juni 1931 – Juli 1931		
83	Bd. 6: Juni 1931 – Nov. 1931		
84	Bd. 7: Juni 1931 – Aug. 1931		
85	Bd. 8: Juli 1931		
86	Bd. 9: Juli 1931		
88	Schriftverkehr mit dem Provinzialschulkollegium der Provinz Brandenburg und Berlins	März 1930 – Mai 1931	
89	12. Tagung des Bundes der Saarvereine in Koblenz am 11. Sept. 1932	Bd. 1: Jan. 1932 – Aug. 1932	
91		Bd. 3: Aug. 1932 – Sept. 1932	
93		Bd. 5: Aug. 1932 – Nov. 1932	
96	13. Tagung des Bundes der Saarvereine am Nieder- walddenkmal zu Rüdesheim am 26./27. Aug. 1933	Bd. 1: Juni 1932 – Juli 1933	
97		Bd. 2: Jan. 1933 – Juli 1933	
98		Bd. 3: Jan. 1933 – Aug. 1933	
100		Bd. 5: Mai 1933 – Juli 1933	
101		Bd. 6: Juli 1933 – März 1934	
103		Bd. 8: Aug. 1933 – Sept. 1933	
104		Bd. 9: Aug. 1933, Aug. 1934	
105		Bd. 10: Sept. 1933 – Okt. 1933	
106	Bd. 11: Sept. 1933 – Okt. 1933		
107	14. Tagung des Bundes der Saarvereine in Koblenz- Ober-Ehrenbreitstein am 25./26. August 1934	Bd. 1: Dez. 1933 – Aug. 1934	
108		Bd. 2: Feb. 1934 – Jan. 1935	
109		Bd. 3: Mai 1934 – Aug. 1934	
110		Bd. 4: Juli 1934 – Aug. 1934	
111		Bd. 5: Juli 1934 – Aug. 1934	

113	15. Tagung des Bundes der Saarvereine in Saarbrücken am 23. März 1935	Bd. 2: Jan. 1934 – Mai 1935
114		Bd. 3: Feb. 1935
116		Bd. 5: März 1935
117	Presseausschuß der Geschäftsstelle Saarverein. Vertretertagung in Dortmund	1930 – Feb. 1932
118	Vertretertagung in Dortmund	Bd. 1: Juni 1930 – Dez. 1930
119		Bd. 2: Okt. 1930 – Dez. 1930
121	Rund- und Begleitschreiben verschiedener Art an Ortsgruppen und Tageszeitungen	Bd. 1: Juni 1922 – Dez. 1926
122		Bd. 2: Jan. 1926 – Nov. 1928
123		Bd. 3: Jan. 1927 – Dez. 1927
124		Bd. 4: Feb. 1928 – Juli 1929
125		Bd. 5: Jan. 1929 – Juni 1932
126		Bd. 6: Juli 1929 – Dez. 1931
127		Bd. 7: Jan. 1932 – Juni 1932
128		Bd. 8: Juli 1932 – Dez. 1932
129		Bd. 9: Juli 1932 – Dez. 1932
130		Bd. 10: Jan. 1933 – Juni 1933
131		Bd. 11: Jan. 1933 – Juni 1933
132		Bd. 12: Juli 1933 – Dez. 1933
133		Bd. 13: Juli 1933 – Dez. 1933
134		Bd. 14: Jan. 1934 – Juni 1934
135		Bd. 15: Jan. 1934 – Dez. 1934
136		Bd. 16: Juli 1934 – Dez. 1934
137		Bd. 17: Jan. 1935 – Mai 1935
138		Bd. 18: Jan. 1935 – Mai 1935
139	Arbeitsgemeinschaft der Ortsgruppen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks	Mai 1922 – Nov. 1933
140	Verzeichnis der Vertrauensleute	–
141	Mitarbeiter und Vertrauensleute im Deutschen Reich.	Bd. 1: Sept. 1919 – Feb. 1920
142	Allgemeiner Schriftwechsel	Bd. 2: Okt. 1919 – März 1920
143		Bd. 3: Feb. 1920 – Sept. 1920
144		Bd. 4: Sept. 1919 – April 1920
145		Bd. 6: Sept. 1920 – März 1921
146		Bd. 7: Juli 1920 – Juni 1923
147		Bd. 8: Feb. 1921 – Juli 1921
148		Bd. 9: Juli 1921 – Feb. 1922
149		Bd. 10: Nov. 1922 – Okt. 1923
150		Bd. 11: März 1922 – Juli 1923
151		Bd. 12: Feb. 1923 – Dez. 1924
152		Bd. 13: Jan. 1925 – Okt. 1925
153		Bd. 14: Sept. 1925, Jan. 1928 – Dez. 1929
155		Bd. 16: März 1927 – Dez. 1928
156		Bd. 18: Jan. 1929 – Aug. 1931
157		Bd. 19: Sept. 1931 – Nov. 1933

- 159 Mitarbeiter und Vertrauensleute im Saargebiet. All-
160 gemeiner Schriftwechsel
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183 Allgemeiner Schriftwechsel mit Auslandsdeutschen
184 Aachen
186 Alsdorf b. Aachen
188 Altenwald/ Saar
190 Altona
193 Anklam
202 Barmen
203 Barsinghausen
210 Berlin
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
- Bd. 1: Juli 1919 – Sept. 1919
Bd. 2: Jan. 1920 – Jan. 1922
Bd. 3: Dez. 1921 – Sept. 1922
Bd. 4: Sept. 1922 – Feb. 1923
Bd. 5: Feb. 1923 – Jan. 1924
Bd. 6: Jan. 1924 – Aug. 1924
Bd. 7: Aug. 1924 – Okt. 1924
Bd. 8: Okt. 1924 – April 1925
Bd. 9: April 1925 – Juli 1925
Bd. 10: Juni 1925 – Aug. 1925
Bd. 11: Sept. 1925 – Nov. 1925
Bd. 12: Sept. 1919, Nov. 1925 –
Feb. 1926
Bd. 13: Dez. 1925 – Mai 1926
Bd. 14: Mai 1926 – Okt. 1926
Bd. 14a: Juli 1926 – Okt. 1926
Bd. 15: Okt. 1926 – März 1927
Bd. 16: April 1927 – Juli 1927
Bd. 17: Aug. 1927 – Feb. 1928
Bd. 18: Feb. 1928 – Okt. 1928
Bd. 19: Nov. 1928 – März 1929
Bd. 20: März 1929 – Okt. 1929
Bd. 21: Okt. 1929 – März 1930
Bd. 22: Feb. 1930 – Mai 1931
Bd. 23: Mai 1931 – Sept. 1932
Mai 1934 – Mai 1935
Okt. 1920 – April 1935
Aug. 1933 – April 1935
Feb. 1921 – Sept. 1922
Feb. 1934 – Mai 1935
Aug. 1921 – Feb. 1924
Okt. 1920 – März 1934
April 1921 – Mai 1935
Bd. 1: Juli 1919 – Dez. 1919
Bd. 1a: Okt. 1919 – März 1920
Bd. 2: März 1920 – Nov. 1920
Bd. 3: Nov. 1920 – März 1921
Bd. 4: März 1921 – Okt. 1921
Bd. 5: Okt. 1921 – April 1922
Bd. 6: April 1922 – Sept. 1922
Bd. 7: Okt. 1922 – Mai 1923
Bd. 8: Mai 1923 – Sept. 1923
Bd. 9: Sept. 1923 – Okt. 1924
Bd. 10: Okt. 1924 – April 1925
Bd. 11: April 1925 – Nov. 1925
Bd. 12: Nov. 1925 – März 1926

223	Berlin	Bd. 13: April 1926 – Dez. 1926
224		Bd. 14: Dez. 1926 – Mai 1927
225		Bd. 15: Juni 1927 – Dez. 1927
226		Bd. 16: Jan. 1928 – Mai 1928
227		Bd. 17: Juni 1928 – Aug. 1928
228		Bd. 18: Okt. 1928 – Nov. 1928
229		Bd. 19: Nov. 1928 – März 1929
230		Bd. 20: Juni 1926 – Okt. 1929
231		Bd. 21: Okt. 1929 – April 1930
232		Bd. 22: April 1930 – Okt. 1930
233		Bd. 23: Okt. 1930 – Aug. 1931
234		Bd. 24: Sept. 1931 – Juni 1932
235		Bd. 25: Juli 1932 – April 1933
236		Bd. 26: April 1933 – Dez. 1933
237		Bd. 27: Jan. 1934 – März 1934
238		Bd. 28: März 1934 – Juni 1934
239		Bd. 29: Juni 1934 – Nov. 1934
240		Bd. 30: Nov. 1934 – Jan. 1935
241		Bd. 31: Nov. 1934 – Okt. 1935
242		Bd. 32: Okt. 1927 – Feb. 1928
243		Bd. 34: Nov. 1925 – Juni 1927
244		Bd. 35: Juli 1934 – Sept. 1934
245		Bd. 36: Mai 1934 – Aug. 1934
246		Bd. 39: Sept. 1928
247	Bernburg	Juni 1923 – Mai 1934
253	Beuthen/ Oberschlesien	März 1934 – Okt. 1934
255	Bielefeld	Okt. 1920 – Okt. 1934
259	Birkenfeld	Aug. 1933 – März 1935
267	Bonn	Bd. 1: Juni 1920 – Nov. 1932
268		Bd. 2: Dez. 1932 – März 1935
273	Braunschweig	Nov. 1921 – Dez. 1927
275	Bremen	Nov. 1921 – Juli 1934
276	Breslau/ Oberschlesien	Bd. 1: April 1922 – Dez. 1933
277		Bd. 2: Jan. 1934 – Mai 1935
292	Chicago	Okt. 1934 – Nov. 1934
297	Cottbus	Juni 1923 – Nov. 1924
300	Darmstadt	Bd. 1: April 1921 – Juni 1934
307	Dortmund	Bd. 1: März 1920 – Okt. 1924
310	Dresden	Dez. 1921 – Mai 1934
313	Düsseldorf	Bd. 1: Dez. 1919 – Okt. 1920
316	Duisburg	Bd. 1: Jan. 1920 – Okt. 1927
317		Bd. 2: Nov. 1927 – April 1935
322	Elberfeld	Aug. 1923 – April 1935
325	Emden	Mai 1934 – Juli 1934
326	Erfurt	Bd. 1: Feb. 1923 – Juni 1934
327		Bd. 2: Juli 1934 – April 1935

330	Erkenschwick	März 1921; Mai 1929 – Jan. 1935
332	Essen	Bd. 1: Aug. 1919 – Sept. 1922
333		Bd. 2: Sept. 1922 – Okt. 1926
335		Bd. 4: Aug. 1933 – April 1935
339	Frankenthal	Dez. 1933 – April 1935
340	Frankfurt/Main	Bd. 1: Sept. 1919 – Dez. 1919
341		Bd. 2: Sept. 1919 – Juli 1923
342		Bd. 3: Mai 1923 – Juli 1925
343		Bd. 4: Juli 1925 – Mai 1927
344		Bd. 5: Juni 1927 – März 1931
346		Bd. 7: Nov. 1933 – Mai 1935
347	Freiburg/ Breisgau	Juli 1921 – Feb. 1935
351	Fulda	Juli 1923, März 1927 – April 1927
358	Gießen	Bd. 1: April 1925 – Jan. 1929
359		Bd. 2: Juni 1934 – Okt. 1934
361	Gladbeck	Jan. 1921 – Nov. 1934
365	Görlitz	Feb. 1934 – Dez. 1934
367	Goslar	Mai 1925 – Feb. 1935
370	Greiffenberg	Juni 1934 – April 1935
373	Grünberg	Feb. 1934 – Dez. 1934
374	Grünstadt/ Pfalz	Mai 1934 – Sept. 1934
381	Halle/ Saale	Bd. 1a: Nov. 1919 – Feb. 1923
382		Bd. 1: Feb. 1923 – März 1925
383		Bd. 2: März 1925 – Jan. 1929
384		Bd. 3: Jan. 1929 – Aug. 1933
388	Hamburg	Bd. 1: Juli 1925 – Okt. 1928
390		Bd. 3: Nov. 1928 – Jan. 1931
391		Bd. 4: Jan. 1931 – Mai 1935
394	Hanau	Okt. 1933 – Mai 1935
396	Hannover	Bd. 2: Jan. 1927 – Mai 1935
400	Heidelberg	Bd. 2: Nov. 1927 – Okt. 1934
401	Heilbronn	Feb. 1931 – Dez. 1934
403	Herford	März 1934 – Mai 1935
404	Hermeskeil	Nov. 1933 – April 1935
405	Herne	Bd. 1: Mai 1920 – Dez. 1922
406		Bd. 2: Juni 1923 – Sept. 1931
410	Herzogenrath	Dez. 1933 – Dez. 1934
419	Bad Homburg vor der Höhe	Dez. 1933 – Mai 1935
422	Ibbenbüren	Bd. 1: Jan. 1923 – März 1934
424	Jena	März 1934 – Feb. 1935
431	Kassel	Bd. 2: Nov. 1926 – April 1935
441	Koblenz	Bd. 1: März 1929 – Dez. 1933
442		Bd. 2: Dez. 1933 – Mai 1935
443	Köln	Bd. 1: Feb. 1925 – Okt. 1927
444		Bd. 2: Nov. 1927 – Aug. 1931

445	Köln	Bd. 3: Okt. 1931 – April 1933
446		Bd. 4: April 1933 – Mai 1935
447	Königsberg	Bd. 1: März 1922 – Nov. 1928
448		Bd. 2: Nov. 1928 – März 1935
450	Köthen	Nov. 1924 – Okt. 1928, Feb. 1932 – Feb. 1935
451	Kolberg	Sept. 1924 – Feb. 1925, März 1935
453	Konz-Karthaus	Feb. 1934 – Aug. 1934
455	Kreuznach	Aug. 1933 – Dez. 1934
456	Lähn/Schlesien	April 1934 – Juni 1934
457	Lamsdorf	Mai 1934
459	Langenlonsheim	Mai 1934 – Feb. 1935
464	Leipzig	Bd. 2: Juli 1923 – Okt. 1926
465		Bd. 3: Nov. 1926 – Dez. 1929
466		Bd. 4: Dez. 1929 – April 1935
472	Lintfort	Feb. 1929 – März 1935
477	Ludwigsburg	Jan. 1934 – April 1935
478	Lübeck	Sept. 1933 – April 1935
481	Magdeburg	Bd. 1: Jan. 1923 – Okt. 1926
482		Bd. 2: Nov. 1926 – Dez. 1933
484	Mainz	Mai 1933 – April 1935
485	Mannheim	Bd. 1: März 1921 – Sept. 1929
486		Bd. 2: Okt. 1929 – April 1935
493	Meerbeck	Juni 1927 – Dez. 1933
498	Merkstein	Jan. 1934 – April 1935
502	Minden	Mai 1922 – Nov. 1934
504	Mörs-Meerbeck	April 1932 – Mai 1935
509	München	Bd. 1: Juni 1920 – Juli 1923
510		Bd. 1a: Aug. 1922 – Aug. 1926
511		Bd. 2: Sept. 1926 – Aug. 1933
512		Bd. 3: Dez. 1921, Sept. 1933 – Feb. 1935
513	Münster	Bd. 1: April 1921 – Mai 1931
514		Bd. 2: Mai 1931 – April 1935
530	New York	März 1934 – Dez. 1934, Jan. 1936
538	Oberhausen	Sept. 1920 – Mai 1935
548	Opladen	Okt. 1933 – Feb. 1935
552	Osnabrück	April 1922 – April 1935
553	Osterfeld/ Sterkrade	Mai 1933 – Jan. 1934
570	Recklinghausen	Jan. 1921 – März 1935
581	Rostock	Aug. 1933 – Dez. 1934
582	Rothenburg/Oberlausitz	Juni 1934
587	Scherlebeck	Sept. 1920 – Sept. 1928
595	Siegerland	Mai 1922 – Dez. 1934
608	Stettin	Bd. 1: Juni 1920 – März 1926

609	Stettin	Bd. 2: März 1926 – Okt. 1928
610		Bd. 3: Okt. 1928 – Dez. 1931
611		Bd. 4: Jan. 1932 – Feb. 1934
612		Bd. 5: Feb. 1934 – Jan. 1935
616	Stuttgart	Bd. 1: Aug. 1919 – Juli 1921
617		Bd. 2: Juli 1921 – Nov. 1923
618		Bd. 3: Nov. 1923 – März 1926, Okt. 1935
619		Bd. 4: April 1926 – Feb. 1929
620		Bd. 5: Feb. 1929 – Mai 1933
621		Bd. 6: Juni 1933 – Jan. 1935
624	Trier	Bd. 2: Okt. 1930 – Sept. 1934
631	Waldalgesheim	März 1934 – Mai 1934
637	Waltrop	Sept. 1920 – Nov. 1934
648	Wiesbaden	Nov. 1930 – Mai 1935
652	Wirschweiler/Hunsrück	Juli 1934 – Aug. 1934
658	Worms	Jan. 1934 – Aug. 1934
660	Zirndorf	Juli 1934
661	Zossen	Mai 1934
662	Schriftwechsel mit Reichs- und Staatsbehörden	Bd. 1: Juli 1919 – Nov. 1919
663		Bd. 2: Nov. 1919 – Jan. 1920
664		Bd. 3: Jan. 1920 – Mai 1920
665		Bd. 4: Juni 1920 – Dez. 1920
666		Bd. 5: Dez. 1920 – Aug. 1921
667		Bd. 6: Sept. 1921 – März 1922
668		Bd. 7: März 1922 – Sept. 1922
669		Bd. 8: Jan. 1922 – Aug. 1923
670		Bd. 9: März 1923 – Juli 1923
671		Bd. 10: Juni 1923 – Aug. 1923
672		Bd. 11: Mai 1923 – Jan. 1924
673		Bd. 12: Dez. 1923 – Okt. 1924
674		Bd. 13: Okt. 1924 – Feb. 1925
675		Bd. 14: Feb. 1925 – Juli 1925
676		Bd. 15: Aug. 1925 – Dez. 1925
677		Bd. 16: Jan. 1926 – Juli 1926
678		Bd. 17: Juli 1926 – Mai 1927
679		Bd. 18: Juni 1927 – Mai 1928
680		Bd. 19: Juni 1928 – Mai 1931
681		Bd. 20: März 1931 – Sept. 1932
682	Schriftwechsel mit Reichs- und Staatsbehörden	Bd. 21: Okt. 1932 – Nov. 1933
683		Bd. 22: Sept. 1933 – Mai 1934
684		Bd. 23: Mai 1934 – Nov. 1934
685		Bd. 24: Mai 1934 – Nov. 1935
686	Schriftwechsel mit dem Auswärtigen Amt	Bd. 1: Juli 1934 – April 1935
687		Bd. 2: Feb. 1935 – Sept. 1935

688	Schriftwechsel mit dem Bevollmächtigten der Reichsregierung, Vizekanzler von Papen	Nov. 1933 – Aug. 1934
689		Dez. 1934 – März 1935
690	Schriftwechsel mit der Reichswehr. Auskünfte der Reichswehr bzw. der Marine über Saarländer, die in die Reichswehr eintreten wollen	Bd. 1: Mai 1925 – Jan. 1926
691		Bd. 2: Jan. 1926 – Sept. 1928
692		Bd. 3: Nov. 1928 – Juli 1930
693		Bd. 4: Juli 1930 – Sept. 1932
695	Fühlungnahme mit politischen Parteien	Bd. 1: Okt. 1919 – Sept. 1924
696		Bd. 2: Juli 1921 – Aug. 1921
697		Bd. 3: Okt. 1924 – März 1932
698		Bd. 4: März 1932 – März 1933
704	Deutsche Volkspartei	Dez. 1923 – Juli 1933
705	Zentrumspartei	Juni 1919 – April 1920
708	Verschiedene Vereine und Verbände	Bd. 1: Juli 1919 – Juni 1920
709		Bd. 2: Sept. 1920 – April 1921
710		Bd. 3: März 1921 – Juni 1922
711		Bd. 4: Dez. 1921 – Aug. 1922
712		Bd. 5: Aug. 1922 – März 1923
713	Verschiedene Vereine und Verbände.	Bd. 1: Juli 1919 – Dez. 1920
714	Zeitungsausschnitte	Bd. 2: Jan. 1921 – Dez. 1922
715		Bd. 3: März 1923 – März 1928
716	Akademische Stellen. Andere Vereine und Verbände (Universitäten, Hochschulen, Korporationen, Kriegervereine, Stahlhelm, Deutscher Offiziersbund)	Bd. 1: Okt. 1929 – Juni 1931
717		Bd. 2: Aug. 1931 – Jan. 1932
718		Bd. 3: Feb. 1932 – Sept. 1932
719		Bd. 4: April 1932 – Feb. 1933
720	„Vaterländische“ Verbände	Bd. 1: Sept. 1919 – Feb. 1924
721		Bd. 2: Feb. 1924 – März 1925
722		Bd. 3: März 1925 – Feb. 1934
723	Offiziersvereine und Truppenverbände	Juni 1920 – Juni 1927
724	Offiziersvereine	Sept. 1927 – Mai 1934
725	Verschiedene Vereine und Verbände im Saargebiet	Bd. 1: Sept. 1926 – Feb. 1931
726		Bd. 2: Aug. 1927 – Sept. 1928
727		Bd. 3: Sept. 1928 – Juli 1930
728		Bd. 4: Juli 1930 – Juni 1932
729		Bd. 5: Juni 1932 – Juni 1934
730		Bd. 6: Feb. 1934 – April 1935
731	Sport- und andere Vereine und Verbände im Saargebiet. Schriftwechsel über Unterstützungen	Bd. 1: Juni 1924 – Okt. 1925
732		Bd. 2: Nov. 1925 – Juli 1926
733	Sport- und andere Vereine und Verbände im Saargebiet. Schriftwechsel über Unterstützungen	Bd. 3: Aug. 1926 – Aug. 1927
734	Zusammenarbeit mit lokalen Saarvereinigungen	Juni 1920 – Mai 1922
735	Besuch von Saarbrücker Vereinen in Berlin	Bd. 1: April 1934 – Juni 1934
736		Bd. 2: Mai 1934 – Sept. 1934
737	Saarbrücker Vereine	Juli 1919 – Feb. 1920
738	Begrüßungsabend der Saarbrücker Turner in Berlin 1922. Angelegenheit der Saarbrücker Turnvereine	Juni 1922 – Feb. 1926

739	Akademischer Schutzbund für die Saarlande	Bd. 1: Juli 1919 – Sept. 1921
740		Bd. 2: Sept. 1921 – März 1922
741		Bd. 3: März 1922 – Dez. 1924
742		Bd. 4: Jan. 1925 – Juni 1929
743	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsaus- schuß Köln	Juli 1926 – Aug. 1926
744	Arbeitsausschuß deutscher Verbände und andere Ver- bände	Bd. 1: März 1923 – Feb. 1925
745		Bd. 2: März 1925 – Juli 1926
746		Bd. 3: Aug. 1926 – Mai 1928
747		Bd. 4: Juni 1928 – Feb. 1930
748		Bd. 5: März 1930 – April 1932
749		Bd. 6: Mai 1932 – Mai 1935
750	Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Landsmannschaf- ten in Berlin	Dez. 1927 – Juli 1928
751	Arbeitsgemeinschaft a) für das gesamte (nicht amtliche Flüchtlingswesen) b) der Interessenvertretungen für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden c) Geschäftsstelle der Deutschen Arbeitsgemein- schaft, Wien III	ohne
752	Bund der deutschen Grenzmarken	Sept. 1921 – März 1928
753	Bund Deutscher Westen	Bd. 1: Mai 1933 – Sept. 1933
754		Bd. 2: Okt. 1933 – Mai 1935
755	Deutsche Nothilfe	April 1923 – Juni 1930
756	Deutscher Schutzbund	Bd. 1: Juni 1919 – Mai 1920
757		Bd. 2: Mai 1920 – Sept. 1921
758		Bd. 3: Sept. 1921 – Feb. 1924
759		Bd. 4: Nov. 1928 – April 1935
760	Deutscher Schutzbund. Deutsche Wirtschaftsstelle. Schutzgemeinschaft	März 1924 – Mai 1925
761		Juli 1925 – Okt. 1929
762	Handelskammer Saarbrücken. Zweigstelle Berlin	Feb. 1920 – Juni 1922
763	Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich	Bd. 1: Aug. 1919 – Feb. 1925
764		Bd. 2: März 1927 – April 1935
765	Kreis-Kriegerverband Saarbrücken	Okt. 1928 – Feb. 1935
766	Männergesangverein Saarbrücken	Bd. 1: Jan. 1926 – April 1926
767		Bd. 2: Mai 1926
768		Bd. 3: Mai 1926 – Feb. 1929
769	Nationaler Studentenbund, Tübingen	Okt. 1920 – Dez. 1924
770	Reichsverband der Rheinländer. Rheinischer Hilfs- ausschuß. Rheinischer Verkehrsverein	Sept. 1919 – Feb. 1925
771	Reichsverband der Rheinländer	Bd. 1: April 1925 – Feb. 1928
772		Bd. 2: Feb. 1928 – Aug. 1933
773		Bd. 3: März 1931 – Juni 1934
774	Reichsverband der Rheinländer. Verein der Rheinlän- der	Aug. 1933 – März 1935
775	Reichszentrale für Heimatdienst	Bd. 1: Sept. 1919 – Juli 1920
776		Bd. 2: Feb. 1923 – Sept. 1926

- | | | |
|-----|--|---|
| 777 | Reichszentrale für Heimatdienst | Bd. 3: Nov. 1926 – Dez. 1931 |
| 778 | Reichszentrale für Heimatdienst. Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften | Jan. 1931– Sept. 1933 |
| 779 | Rheinische Frauenliga. Deutscher Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldlüge | März 1924 – Okt. 1933 |
| 780 | Rheinische Volkspflege | Bd. 1: Juli 1920 – März 1922 |
| 781 | | Bd. 2: März 1922 – Juli 1923 |
| 782 | | Bd. 3: Juli 1923 – Nov. 1924 |
| 783 | | Bd. 4: Dez. 1924 – Aug. 1927 |
| 784 | | Bd. 5: Aug. 1927 – Okt. 1933 |
| 785 | Rotes Kreuz, Düsseldorf | Juli 1920 – Jan. 1922 |
| 786 | Rotes Kreuz, Erfurt | Sept. 1920 – Jan. 1921 |
| 787 | Rotes Kreuz, Frankfurt/ Main | Aug. 1919 – Dez. 1921 |
| 788 | Rotes Kreuz, Mannheim | Aug. 1920 – Dez. 1921 |
| 789 | Rotes Kreuz, Stettin, München, Braunschweig | Sept. 1920 – Feb. 1922 |
| 790 | Saarheimatschutz | Jan. 1933 – Aug. 1933 |
| 791 | Verein der Pfälzer in Berlin. Pfälzer Hilfsausschuß | Juli 1919 – Dez. 1928 |
| 792 | Verein der Pfälzer in Berlin | Jan. 1928 – März 1935 |
| 793 | Verein für das Deutschtum im Ausland | Bd. 1: April 1920 – Okt. 1927 |
| 794 | | Bd. 2: Dez. 1927 – Mai 1935 |
| 795 | Vereinigung der deutsche Arbeitgeberverbände | Sept. 1921 – Juli 1926 |
| 796 | Vereinigung der Gesang- und Musikfreunde, Hom-
burg/ Saar | Juli 1924 – Juli 1925 |
| 797 | Vereinigung Saardeutscher Studierender zu Marburg | Nov. 1929 – Dez. 1930 |
| 798 | Volksbund „Deutscher Rhein“. Oberbürgermeister | Bd. 1: Okt. 1923 – Juli 1923 |
| 799 | Dr. Jarres | Bd. 2: Aug. 1929 – Sept. 1933 |
| 800 | Volksbund für die bedingungslose Freigabe der be-
setzten Gebiete, Köln | Jan 1928 – Aug. 1928 |
| 801 | Westausschuß für Rhein, Saar, Mosel. Dr. Mehrmann | Jan. 1925 – Mai 1933 |
| 802 | Josef M. Görden, Journalist in Genf | Bd. 1: Mai 1926 – Mai 1929 |
| 803 | | Bd. 2: Juni 1929 – Mai 1932 |
| 805 | Oberstleutnant Koch | Aug. 1923 – April 1927 |
| 806 | Dr. Krause-Wichmann, Saarbrücken | Jan. 1927 – April 1927 |
| 807 | A. Lillig, Redakteur in Frankfurt/ Main | Feb. 1921 – Okt. 1922 |
| 809 | Stadtoberinspektor Max Wentz | Bd. 1: Nov. 1929 – Feb. 1931 |
| 810 | | Bd. 2: Feb. 1931 – April 1932 |
| 811 | | Bd. 3: Mai 1932 – Mai 1934 |
| 812 | Oberst a.D. Ritter von Xylander | Okt. 1920 – März 1923;
April 1933 – Mai 1935 |
| 813 | Nachrichten aus dem Saargebiet, Rheinland und | Bd. 1: Mai 1919 – Dez. 1921 |
| 814 | Oberschlesien. Zeitungsausschnitte | Bd. 2: April 1921 – Jan. 1928 |
| 815 | Nachrichten über das Saargebiet. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Feb. 1921 – Feb. 1935 |
| 816 | | Bd. 2: März 1925 – Dez. 1925 |
| 817 | | Bd. 3: Dez. 1925 – April 1928 |
| 818 | Tägliche Informationen aus den besetzten Gebieten | Bd. 1: März 1921 – Juni 1921 |
| 819 | | Bd. 2: Juli 1921 – Aug. 1921 |
| 820 | Pressenachrichten aus dem Saargebiet | März 1919 – Juni 1919 |

- | | | |
|-----|---|-------------------------------|
| 821 | Rhein-Saarpressediens | Juni 1931 – April 1932 |
| 822 | Hochverratsprozeß gegen Fuchs und Genossen in Bayern (Pläne zur Abtrennung Bayerns vom Reich). Zeitungsausschnitte | Juni 1923 |
| 823 | Abtrennung des Saargebietes. Völkerrechtlicher Status. Fragen der späteren Volksabstimmung. | Bd. 1: Jan. 1919 – Dez. 1919 |
| 824 | Zeitungsausschnitte | Bd. 2: Jan. 1920 – Juni 1928 |
| 825 | Saargebiet und Völkerbund. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Aug. 1920 – Dez. 1921 |
| 826 | | Bd. 2: Jan. 1922 – Dez. 1922 |
| 827 | | Bd. 3: Dez. 1923 – Dez. 1924 |
| 828 | | Bd. 4: Jan. 1925 – Juni 1928 |
| 829 | Verhandlungen über die Wiederangliederung des Saargebietes und die Rückgabe der Saargruben an Deutschland. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Juni 1929 – Dez. 1929 |
| 830 | | Bd. 2: Sept. 1929 – Nov. 1929 |
| 831 | Saarverhandlungen in Paris. Information des Saarvereins | Dez. 1929 – Dez. 1930 |
| 832 | Saarverhandlungen in Paris. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Jan. 1930 – Mai 1930 |
| 833 | | Bd. 2: Juni 1930 – Feb. 1931 |
| 834 | Protokoll über die Abgrenzung des Saargebietes. Deutsch-saarländischer Teil | Dez. 1921 |
| 835 | Vorbereitung von Protestaktionen gegen die Abtrennung des Saargebietes durch den Ausschuß für Saargebietsschutz. | Feb. 1919 – März 1919 |
| 836 | Protestaktionen gegen die Abtrennung des Saargebietes | März 1919 – Sept. 1921 |
| 837 | Protestkundgebung gegen die Abtretung des Saargebietes am 18. Mai 1919 im Residenztheater Dresden. Zeitungsausschnitte | Mai 1919 |
| 838 | Kundgebungen gegen die Abtretung des Saargebietes. Zeitungsausschnitte | Aug. 1932 – Feb. 1933 |
| 839 | Separatismus im Saargebiet. Zeitungsausschnitte | Mai 1922 – Jan. 1929 |
| 840 | Propagierung des Gedankens der Saarautonomie in der Pfalz und im Saargebiet. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Jan. 1931 – Dez. 1932 |
| 841 | | Bd. 2: Jan. 1933 – Jan. 1935 |
| 842 | Reaktion verschiedener Organisationen und Institutionen zu Rundschreiben der Geschäftsstelle Saarverein über die auf der Haager Konferenz 1929 aufgetretenen Saarfragen | Juli 1929 – Jan. 1930 |
| 844 | Japanische Studienkommission im Saargebiet | März 1932 – Mai 1932 |
| 845 | Regierungskommission des Saargebietes. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Juni 1919 – Dez. 1920 |
| 846 | | Bd. 2: Jan. 1921 – Dez. 1922 |
| 847 | | Bd. 3: Jan. 1923 – Dez. 1925 |
| 848 | Regierungswechsel im Saargebiet. Zeitungsausschnitte | Jan. 1926 – April 1928 |
| 849 | Landesrat des Saargebietes | Bd. 1: April 1920 – Dez. 1922 |
| 850 | | Bd. 2: März 1923 – Okt. 1924 |
| 851 | | Bd. 3: Febr. 1925 – März 1928 |
| 852 | Nachrichten über Verwaltung und Gesetzgebung im Saargebiet. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Aug. 1919 – Dez. 1921 |
| 853 | | Bd. 2: März 1920 – Feb. 1927 |
| 854 | | Bd. 3: Jan. 1922 – Juli 1928 |

- | | | |
|-----|---|---|
| 855 | Politische Verordnungen für das Saargebiet. Zeitungsausschnitte | Jan. 1919 – Feb. 1920 |
| 856 | Verordnung über die Saareinwohnerschaft. Zeitungsausschnitte | April 1921 – Juli 1923 |
| 857 | Zoll- und Paßbestimmungen für die Einreise in das Saargebiet | Juni 1919 – Mai 1920 |
| 858 | Einreise- und postalische Bestimmungen für das Saargebiet. Zeitungsausschnitte | Nov. 1923 – Mai 1927 |
| 859 | Militärgerichtsbarkeit im Saargebiet. Zeitungsausschnitte | Jan. 1919 – Juni 1921 |
| 860 | Kommunalangelegenheiten von Gemeinden, Städten und Kreisen. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Feb. 1919 – Dez. 1920 |
| 861 | | Bd. 2: Jan. 1921 – Dez. 1922 |
| 862 | | Bd. 3: Jan. 1923 – Nov. 1925 |
| 863 | | Bd. 4: Jan. 1926 – Juli 1928 |
| 864 | Stellung Englands und Frankreichs zur Saarfrage. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Jan. 1919 – Dez. 1921 |
| 865 | | Bd. 2: Juni 1922 – Dez. 1923 |
| 866 | | Bd. 3: Jan. 1924 – Dez. 1925 |
| 867 | | Bd. 4: Jan. 1926 – Aug. 1928 |
| 868 | Französische Saarpolitik. Verschiedene Berichte und Unterlagen | Sept. 1919 – Feb. 1921 |
| 869 | Französische Saarpolitik. Zeitungsausschnitte | Dez. 1931 – Juli 1932 |
| 870 | Das Saargebiet und Frankreich (Abhandlung) | – |
| 871 | Allgemeine Nachrichten über die französische Militärverwaltung. Zeitungsausschnitte | März 1919 – Nov. 1919 |
| 872 | Schikanen der Verwaltung und Übergriffe der französischen Truppen gegenüber der Bevölkerung des Saargebietes. Zeitungsausschnitte | Feb. 1919 – Feb. 1920 |
| 873 | Übergriffe der französischen Truppen gegenüber der Bevölkerung des Saargebietes. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Feb. 1920 – Okt. 1925 |
| 874 | | Bd. 2: März 1926 – Juli 1927 |
| 875 | Verhaftungen und Ausweisungen verschiedener Persönlichkeiten durch die französische Militärbehörde | April 1919 – März 1922, Mai 1925, Nov. 1930 – Jan. 1934 |
| 876 | Französische Kolonialtruppen im Saargebiet („Schwarze Schmach“). Werbungen für die Fremdenlegion im Saargebiet | Mai 1920 – Aug. 1925 |
| 877 | Französische Propaganda im Saargebiet | Nov. 1919 – Juni 1923 |
| 878 | Französische Propaganda im Saargebiet. Dr. Eugen Feien | Jan. 1933 – Mai 1933 |
| 879 | Französische Zeitungen und Druckschriften | Jan. 1929 – Nov. 1930 |
| 880 | Saar-Chronik (Französisches Zeitungsorgan im Saargebiet). Zeitungsausschnitte | Juni 1931– Jan. 1934 |
| 881 | Association Française de la Sarre. Zeitungsausschnitte | Mai 1928 – Aug. 1928 |
| 882 | Deutsch-französische Gesellschaft e.V., Berlin | Jan. 1928 – Juli 1930 |
| 883 | Saarbund. Verband der Saarbergleute. Andere Organisationen im Saargebiet | Nov. 1920 – April 1925 |
| 884 | Feststellungen über die Mitgliedschaft im „Saarbund“ | Juni 1931 – Jan. 1935 |
| 885 | Saargebiet und Deutschland. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: März 1919 – Dez. 1923 |
| 886 | | Bd. 2: Jan. 1924 – Juli 1928 |
| 887 | Parlamentarischer Saarausschuß der Reichs- und | Sept. 1922 – Juli 1931 |

- Landtagsfraktionen
- 888 Bildung eines Saargebietsausschusses auf Initiative des Bundes der Saarvereine Juli 1924 – Nov. 1928
- 889 Beratung der Saarfrage im Preußischen Landtag Jan. 1922 – Okt. 1922
- 890 Verzeichnis über die in den Dienst der Regierungskommission des Saargebiets beurlaubten bayerischen Beamten Dez. 1928 – Jan. 1929
- 891 Schriftwechsel über „verdächtige“ bzw. „national unzuverlässige Saarlanddeutsche“ Bd. 1: Jan. 1921 – April 1926
- 892 unzuverlässige Saarlanddeutsche Bd. 2: Mai 1925 – Juni 1926
- 893 Politische Tätigkeit von Matz Braun, Chefredakteur der „Volksstimme“, Saarbrücken März 1930 – Jan. 1935
- 894 Angeblicher Landesverrat von Dr. Hector, saarländisches Mitglied der Regierungskommission Okt. 1921 – Sept. 1925; Juni 1934
- 895 Besuch von Saarländern anlässlich der Saarkundgebungen Ostern 1934 in Berlin Feb. 1934 – April 1934
- 896 Saarkundgebung am 6. Jan. 1935 in Berlin Sept. 1934 – April 1935
- 897 Politische und persönliche Affären. Nachrichten über Personen. Zeitungsausschnitte Bd. 1: März 1919 – Dez. 1923
- 898 Bd. 2: Jan. 1924 – Dez. 1924
- 899 Bd. 3: Jan. 1925 – Nov. 1926
- 900 Bd. 4: März 1925 – Dez. 1925
- 901 Bd. 5: Jan. 1926 – März 1928
- 902 Bd. 6: Feb. 1926 – Aug. 1928
- 903 Allgemeine Nachrichten über die wirtschaftliche Lage im Saargebiet. Zeitungsausschnitte Bd. 1: März 1919 – Dez. 1920
- 904 Bd. 2: Jan. 1921 – Dez. 1921
- 905 Bd. 3: Jan. 1922 – Dez. 1923
- 906 Bd. 4: Jan. 1924 – Feb. 1928
- 907 Verordnungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Zeitungsausschnitte März 1919 – Feb. 1920
- 908 Die Saarwirtschaft in der deutsch-französischen Kooperation (Druckschrift) Nov. 1931
- 909 Regierungs-, Sparkassen- und Wirtschaftsangelegenheiten, Bahnschutz, Industrie. Zeitungsausschnitte Bd. 1: Dez. 1929 – Dez. 1930
- 910 Bd. 2: Dez. 1930 – Mai 1931
- 911 Bd. 3: Mai 1931 – Jan. 1932
- 912 Regierungs-, Sparkassen- und Wirtschaftsangelegenheiten, Bahnschutz, Industrie. Zeitungsausschnitte Bd. 4: Okt. 1928 – April 1932
- 913 Bd. 5: April 1932 – Dez. 1932
- 914 Bd. 6: Jan. 1933 – Juni 1933
- 915 Bd. 7: Juli 1933 – Nov. 1933
- 916 Bd. 8: Nov. 1933 – Jan. 1934
- 917 Bd. 9: Jan. 1934 – März 1934
- 918 Bd. 10: April 1934 – Juli 1934
- 919 Bd. 11: Juli 1934 – Okt. 1934
- 920 Bd. 12: Nov. 1934 – Feb. 1935
- 921 Währungsprobleme (Frankenwährung). Zeitungsausschnitte Bd. 1: 1919–1920
- 922 Bd. 2: Jan. 1921 – Dez. 1921
- 923 Bd. 3: Jan. 1922 – Aug. 1928
- 924 Zoll- und Steuerfragen. Zeitungsausschnitte Bd. 1: Sept. 1919 – Dez. 1920

- | | | |
|-----|--|--|
| 925 | Zoll- und Steuerfragen. Zeitungsausschnitte | Bd. 2: Jan. 1921 – Dez. 1924 |
| 926 | | Bd. 3: Jan. 1925 – Dez. 1925 |
| 927 | | Bd. 4: Jan. 1926 – Aug. 1928 |
| 928 | Industrie. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Feb. 1919 – Okt. 1924 |
| 929 | | Bd. 2: Sept. 1924 – Aug. 1928 |
| 930 | Bergbau. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Jan. 1919 – Dez. 1920 |
| 931 | | Bd. 2: Dez. 1920 – Jan. 1922 |
| 932 | | Bd. 3: Jan. 1922 – Dez. 1923 |
| 933 | | Bd. 4: Feb. 1924 – Juli 1928 |
| 934 | | Bd. 5: Nov. 1929 – Nov. 1931 |
| 935 | | Bd. 6: Nov. 1931 – Okt. 1933 |
| 936 | | Bd. 7: Okt. 1933 – Dez. 1934 |
| 937 | Saargruben unter französischer Verwaltung | Nov. 1919 – Sept. 1922 |
| 938 | Micumangelegenheiten. Zeitungsausschnitte | Okt. 1924 – Dez. 1924 |
| 939 | Bergbeamtenangelegenheiten | Bd. 1: Juli 1919 – Sept. 1921 |
| 940 | | Bd. 2: Juli 1919 – Nov. 1924 |
| 941 | | Bd. 4 (?): Jan. 1925 – Sep. 1925 |
| 942 | | Bd. 5: Okt. 1925 – Mai 1928 |
| 943 | | Bd. 6 (?): Mai 1928 – Nov. 1934 |
| 944 | Mitglieder und Mitarbeiter bei staatlichen Bergbehörden | März 1921 – Sept. 1927 |
| 945 | Gas- und Elektrizitätswirtschaft. Zeitungsausschnitte | Juli 1920, Juni 1921,
Jan. 1926 – Aug. 1928 |
| 946 | Landwirtschaft. Zeitungsausschnitte | Mai 1921 – März 1928 |
| 947 | Handel und Verkehr. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Juni 1919 – Dez. 1920 |
| 948 | | Bd. 2: 1921–1922 |
| 949 | | Bd. 3: März 1923– Juli 1928 |
| 950 | Verordnungen auf verkehrspolitischem Gebiet. Zeitungsausschnitte | Dez. 1918 – Febr. 1920 |
| 951 | Arbeiterfragen. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: März 1919 – Dez. 1920 |
| 952 | | Bd. 2: Jan. 1921 – Dez. 1922 |
| 953 | | Bd. 3: Jan. 1923 – Dez. 1924 |
| 954 | Arbeiterfragen. Zeitungsausschnitte | Bd. 4: März 1925 – Dez. 1925 |
| 955 | | Bd. 5: Jan. 1926 – Juni 1928 |
| 956 | Aktionen der Arbeiter gegen die Unternehmer. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Aug. 1919 – Dez. 1922 |
| 957 | | Bd. 2: Jan. 1923 – Dez. 1924 |
| 958 | Streiks im Saargebiet. Zeitungsausschnitte | Feb. 1925 – Juli 1928 |
| 959 | Beamtenstreik im Saargebiet. Zeitungsausschnitte | April 1920 – Dez. 1920 |
| 960 | Beamten- und Angestelltenfragen. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Juni 1919 – Dez. 1920 |
| 961 | | Bd. 2: Jan. 1921 – Dez. 1923 |
| 962 | | Bd. 3: Jan. 1924 – Juli 1928 |
| 963 | Soziales. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Juni 1919 – Dez. 1920, Jan. 1921, Jan. 1922 |
| 964 | | Bd. 2: Jan. 1921 – Dez. 1922 |
| 965 | | Bd. 3: Jan. 1923 – Juni 1928 |
| 966 | Fürsorge- und Unterstützungsausschuß des Bundes der Saarvereine | Dez. 1921 – Mai 1923 |

- | | | |
|------|---|--------------------------------|
| 967 | Unterstützungen verschiedener Art | Bd. 1: Jan. 30 – Juli 1931 |
| 968 | | Bd. 2: Juli 1931 – Okt. 1932 |
| 969 | | Bd. 3: Sept. 1932 – Sept. 1933 |
| 970 | | Bd. 4: Sept. 1933 – Juni 1934 |
| 971 | | Bd. 5: Juli 1934 – Okt. 1934 |
| 972 | | Bd. 6: Juli 1934 – Juni 1935 |
| 973 | Grenzmarken-Schutzverbände. Flüchtlingsfürsorge | Mai 1919 – Okt. 1921 |
| 974 | Flüchtlingsfürsorge. Allgemeine Unterstützungsangelegenheiten | Sept. 1919 – Aug. 1920 |
| 975 | Flüchtlingsfürsorge | Mai 1922 – April 1923 |
| 976 | Fürsorge für aus dem Saargebiet Verdrängte und | Bd. 1: März 1921 – Okt. 1924 |
| 977 | Ausgewiesene. Entschädigungsansprüche. | Bd. 2: Aug. 1921 – Juli 1925 |
| 978 | Arbeits- und Wohnungsnachweis für Flüchtlinge | Aug. 1919 – Aug. 1920 |
| 979 | Staatliches Fürsorgeamt für Beamte in den Grenzgebieten | Okt. 1919 – Nov. 1920 |
| 980 | Fürsorge für Altpensionäre | Febr. 1924 – März 1931 |
| 981 | Rote-Kreuz-Fürsorge | Okt. 1920 – Sept. 1927 |
| 982 | Betreuung von Saardeutschen im Deutschen Reich. | Bd. 1: Juli 1924 – Nov. 1925 |
| 983 | Allgemeine Fürsorge | Bd. 2: Mai 1924 – Dez. 1926 |
| 984 | Unterstützungsgesuche von Saarländern an den Bund der Saarvereine, Berlin | Febr. 1925 |
| 986 | Unterstützungen an saarländische Studenten. Akademische Angelegenheiten | Bd. 1: Febr. 1924 – Juni 1926 |
| 987 | | Bd. 2: Juni 1926 – Juli 1927 |
| 988 | | Bd. 3: Aug. 1927 – Nov. 1929 |
| 989 | | Bd. 4: Nov. 1929 – Aug. 1934 |
| 992 | Schriftwechsel mit der NS-Volkswohlfahrt, Allgemeines | Nov. 1934 – Juni 1935 |
| 993 | Verhandlungen mit der Nationalsozialismus- | Bd. 1: Dez. 1934 – Jan. 1935 |
| 994 | Volkswohlfahrt (Ortsgruppen, Kreise, Gaue) über | Bd. 2: Nov. 1934 – Feb. 1935 |
| 995 | Unterstützungen | Bd. 3: Dez. 1934 – Jan. 1935 |
| 996 | | Bd. 4: Dez. 1934 – Jan. 1935 |
| 997 | Verhandlungen mit der Nationalsozialismus- | Bd. 5: Dez. 1934 – Jan. 1935 |
| 998 | Volkswohlfahrt (Ortsgruppen, Kreise, Gaue) über | Bd. 6: Okt. 1934 – Dez. 1934 |
| 999 | Unterstützungen | |
| 999 | Schulangelegenheiten. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Febr. 1930 – Okt. 1931 |
| 1000 | | Bd. 2: Nov. 1931 – Juli 1934 |
| 1001 | Schulwesen im Saargebiet | Mai 1933 – Febr. 1934 |
| 1002 | Saarbund und französische Schulen. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: 1919–1923 |
| 1003 | | Bd. 2: Jan. 1924 – April 1926 |
| 1004 | Verzeichnis der in den Dienst der Regierungskommission des Saargebietes beurlaubten preußischen Volksschullehrpersonen nach dem Stichtage vom 1.12.1923 | Jan. 1929 |
| 1006 | Ferienkinder aus dem Saargebiet. Schülerwanderungen | Bd. 1: Juli 1922 – Sept. 1923 |
| 1007 | | Bd. 2: Aug. 1923 – Nov. 1924 |
| 1008 | | Bd. 3: Dez. 1924 – Juni 1926 |
| 1009 | | Bd. 4: Mai 1926 – Juni 1928 |

- | | | |
|------|--|---|
| 1010 | Ferienkinder aus dem Saargebiet. Schülerwanderungen | Bd. 5: Juli 1928 – Aug. 1934 |
| 1011 | Universitäten | Juli 1933 – Mai 1935 |
| 1012 | Kulturelle Angelegenheiten. Zeitungsausschnitte | Bd. 1: Juli 1919 – Dez. 1921 |
| 1013 | | Bd. 2: April 1920 – Mai 1921 |
| 1014 | | Bd. 3: Jan. 1922 – Dez. 1924 |
| 1015 | | Bd. 4: Juli 1925 – Aug. 1928 |
| 1016 | Saar-Sänger-Fahrten | Jan. 1926 – Juni 1929 |
| 1017 | Propaganda verschiedener Art im Inlande. Vereine | Bd. 1: Juni 1919 – Nov. 1919 |
| 1018 | und Verbände, Veranstaltungen, Herausgabe und | Bd. 2: Nov. 1919 – Feb. 1920 |
| 1019 | Vorbereitung von Druckschriften | Bd. 3: Febr. 1920 – Juni 1920 |
| 1020 | | Bd. 4: Juli 1920 – Nov. 1920 |
| 1022 | | Bd. 6: Juli 1921 – Juni 1922 |
| 1023 | | Bd. 7: Juni 1922– Nov. 1925 |
| 1027 | Propaganda im Auslande. Mitglieder im Auslande | Bd. 1: Juni 1920 – Dez. 1922 |
| 1028 | | Bd. 2: Dez. 1922 – März 1926 |
| 1029 | | Bd. 3: April 1923 – Aug. 1928 |
| 1030 | | Bd. 4: Sept. 1928 – Sept. 1929 |
| 1031 | | Bd. 5: Sept. 1929 – Okt. 1933 |
| 1032 | Propaganda verschiedener Art | Bd. 11: Sept. 1930 – Sept. 1932 |
| 1034 | | Bd. 13: Aug. 1933 – Okt. 1933 |
| 1036 | | Bd. 15: Jan. 1934 – Feb. 1934 |
| 1037 | | Bd. 16: Jan. 1934 – Feb. 1934 |
| 1038 | | Bd. 17: Jan. 1934 – Aug. 1934 |
| 1039 | | Bd. 18: Feb. 1934 – März 1934 |
| 1040 | | Bd. 19: März 1934 – April 1934 |
| 1042 | Ansprachen, Vorträge und Zeitungsartikel | Bd. 1: Juli 1919, Okt. 1921, Juli 1931, Dez. 1931 |
| 1043 | | Bd. 2: 1930 – 1932 |
| 1044 | | Bd. 3: Dez. 1933 – Juli 1934 |
| 1045 | | Bd. 4: Okt. 1934 – Dez. 1935 |
| 1047 | Drucksachen und Presseveröffentlichungen über politische Angelegenheiten | Bd. 1: Nov. 1932 – April 1933 |
| 1048 | | Bd. 2: Mai 1933 – Nov. 1933 |
| 1049 | Druckschrift „Saarlüge“. Herstellung und Vertrieb | Juli 1921 – Juli 1926 |
| 1051 | Neue Saarliteratur. Verhandlungen über Sonderausgaben | Jan. 1934 – Nov. 1934 |
| 1055 | Presse des Saargebiets, Allgemeines, Zeitungsausschnitte | Bd. 1: April 1919 – Dez. 1920 |
| 1056 | | Bd. 2: Jan. 1921 – Dez. 1921 |
| 1057 | | Bd. 3: Jan. 1922 – Dez. 1924 |
| 1058 | Presseangelegenheiten | Juli 1919 – Dez. 1921 |
| 1059 | | Okt. 1919 – Jan. 1920 |
| 1060 | | Jan. 1920 – Juni 1920 |
| 1061 | | März 1920 – Aug. 1920 |
| 1062 | Propaganda durch die Tagespresse und illustrierte Zeitschriften | Bd. 1: Jan. 1921 – Aug. 1922 |
| 1063 | | Bd. 2: Sept. 1922 – Okt. 1923 |
| 1064 | | Bd. 3: Nov. 1923 – Okt. 1925 |

1065	Propaganda durch die Tagespresse und illustrierte	Bd. 4: Okt. 1925 – Okt. 1927
1066	Zeitschriften	Bd. 5: Nov. 1927 – Juni 1929
1067		Bd. 6: Juni 1929 – Jan. 1932
1068		Bd. 7: Jan. 1932 – Sept. 1932
1069		Bd. 8: Okt. 1932 – Juni 1933
1070		Bd. 9: Jan. 1933 – März 1934
1071		Bd. 10: Juni 1933 – Sept. 1933
1072		Bd. 11: Aug. 1933 – Dez. 1933
1073		Bd. 12: Dez. 1933 – Juni 1934
1074		Bd. 13: Mai 1934 – Nov. 1934
1075		Bd. 14: Aug. 1934 – April 1935
1076	Zusammenarbeit mit dem Korrespondenzdienst Pol- wona (Politische West-Ost-Nachrichtenagentur)	Jan. 1920 – Okt. 1922
1077	Schriftwechsel mit Zeitungen im Reich über Veröf- fentlichung von Artikeln	Juli 1928 – Juli 1932
1078	Schriftwechsel mit saarländischen Zeitschriften und	Bd. 1: Feb. 1924 – Dez. 1925
1079	Zeitungen über Veröffentlichungen von Artikeln und	Bd. 2: Dez. 1925 – Feb. 1928
1080	über Unterstützungen	Bd. 3: März 1928 – Juli 1932
1081		Bd. 4: Juli 1932 – April 1935
1082	Schriftwechsel mit dem Zeitungsverlag O.H. Bauer, Neunkirchen	Juni 1926 – Juli 1930
1087	Westdeutsche Nachrichten Nr. 1-10	April 1921 – Aug. 1921
1089	Saarnummer der Deutschen Steuben-Gesellschaft	Aug. 1930 – April 1935
1091	Urteile über den Saarfreund	Jan. 1924 – Jan. 1933
1092	Urteile über den Saarfreund. Mitarbeit am Saarfreund	Okt. 1932 – Mai 1925
1094	Verbot des „Saarfreund“ im Saargebiet	Mai 1926 – Jan. 1935
1095	Verbot der Festnummer des „Saarfreund“ durch das Braunschweigische Volksbildungsministerium	Sept. 1928 – Okt. 1928
1097	Vertrieb des „Saarfreund“ im Saargebiet. Schrift- wechsel mit Vertrauensleuten	Jan. 1925 – März 1928
1098	Werbung von Einzelmitgliedern und Beziehern des „Saarfreund“ durch Rundschreiben an die deutschen Städte	April 1928 – Sept. 1928
1100	Manuskripte für Vorträge	Feb. 1925 – Okt. 1929
1101	Pressestimmen über Vorträge. Zeitungsausschnitte	Feb. 1922 – Nov. 1922
1102	Zusammenstellung und Versand von Lichtbildern für	Bd. 1: Jan. 1921 – Nov. 1924
1103	Vorträge	Bd. 2: Dez. 1924 – Juni 1926
1104		Bd. 3: Juni 1925 – Mai 1927
1105		Bd. 4: Juni 1926 – Dez. 1928
1106		Bd. 5: Juni 1927 – Juni 1928
1107		Bd. 6: Juli 1928 – Okt. 1929
1108		Bd. 7: Dez. 1928 – Nov. 1933
1109		Bd. 8: Dez. 1933 – März 1934
1110		Bd. 9: März 1934 – April 1934
1111		Bd. 10: April 1934 – Sept. 1934
1112		Bd. 11: Sept. 1934 – Nov. 1934

- | | | |
|--------|--|-------------------------------|
| 1113 | Saargebietsvorträge an Universitäten und höheren | Bd. 1: Aug. 1924 – Juli 1927 |
| 1114 | Lehranstalten | Bd. 2: Juni 1927 – Okt. 1929 |
| 1115 | | Bd. 3: Feb. 1933 – Jan. 1935 |
| 1116 | Vortragsveranstaltung in Berlin 1933 | März 1933 – Dez. 1933 |
| 1117 | Saarvorträge in Innsbruck, Wien, Graz, Prag | Okt. 1931 – Jan. 1932 |
| 1118 | Aufnahme eines Saarvortrages von Dr. Vogel auf
Elektrola-Schallplatten | Dez. 1931 – Mai 1932 |
| 1119 | Wanderausstellung „Saarland“ und andere
Saarausstellungen | Dez. 1932 – Nov. 1934 |
| 1120 | Saarausstellung in Stuttgart im Museum für Länder-
kunde | Aug. 1930 – Juli 1933 |
| 1121 | Saarausstellung in Köln 1934 | Bd. 1: März 1932 – Aug. 1934 |
| 1122 | | Bd 2: Mai 1934 – Okt. 1934 |
| 1123 | Propaganda in den deutschen Lichtspieltheatern | Bd. 1: März 1928 – Aug. 1930 |
| 1124 | | Bd. 2: Feb. 1933 – Nov. 1933 |
| 1125 | Saar-Film-Korrespondenz. Bundesfilm AG Berlin | Okt. 1920 – Juni 1931 |
| 1126 | Saarländisches Hörspiel im Rundfunk | Aug. 1932 – Juni 1934 |
| 1127 | Allgemeiner Schriftwechsel | Bd. 1: Mai 1920 – Mai 1933 |
| 1128 | | Bd. 2: Mai 1921 – Okt. 1931 |
| 1129 | | Bd. 3: Juni 1933 – April 1934 |
| 1130 | | Bd. 4: März 1934 – Sept. 1934 |
| 1131 | | Bd. 5: Mai 1934 – Feb. 1935 |
| 1132 | | Bd. 6: Sept. 1934 – Feb. 1935 |
| 1137 | Schriftwechsel mit den Landesgruppenführern | Dez. 1934 – Mai 1935 |
| 1138 | Schriftwechsel mit Berliner Obleuten | Aug. 1934 – Nov. 1934 |
| 1139 | Schriftwechsel mit der „Deutschen Front“ | Aug. 1934 – März 1935 |
| 1140 | Schriftwechsel mit Behörden | Sept. 1934 – Apr. 1935 |
| 1141 | Verhandlungen mit dem Reichs- und Preußischen
Ministerium des Innern | Sept. 1934 – Aug. 1935 |
| 1144 | Obmannverzeichnis | März 1930 – Dez. 1931 |
| 1145 | Saarabstimmungsvorschriften | Juli 1934 – Dez. 1934 |
| 1145/1 | Saarabstimmung. Sammlung von Bestimmungen,
Verfahrensvorschriften u.ä. | Aug. 1934 – Nov. 1934 |
| 1149 | Unterlagen für die Saarabstimmung für Direktor Vo-
gel | Nov. 1934 – Jan. 1935 |
| 1151 | Abstimmungsberechtigte | Bd. 1: Juli 1934 – Feb. 1935 |
| 1152 | | Bd. 2: Okt. 1934 – Nov. 1934 |
| 1153 | Feststellung der Abstimmungsberechtigten nach Orts-
gruppen, A– F | Bd. 1: Okt. 1934 |
| 1154 | G – M | Bd. 2: Okt. 1934 – Nov. 1934 |
| 1155 | N – Z | Bd. 3: Okt. 1934 – Nov. 1934 |
| 1158 | Abstimmungsberechtigte, die für die Erhaltung des
Status quo eintreten | Aug. 1934 – März 1935 |
| 1160 | Beratungsstelle der Deutschen Front für Ab-
stimmungsberechtigte | Sept. 1934 – Okt. 1934 |
| 1161 | Schriftwechsel mit Landesarbeitsämtern über die Ar-
beitsfürsorge für die Abstimmungsberechtigten | Nov. 1934 – Dez. 1934 |

- 1162 Betreuung der erwerbslosen Abstimmungsberechtigten Nov. 1934 – Jan. 1935
- 1163 Stellenvermittlung für erwerbslose Abstimmungsrechte durch die Geschäftsstelle Saarverein, Berlin Jan. 1935 – Feb. 1935

R 8036 Saarbildarchiv

- 4 Pressekorrespondenzen über das Saargebiet Dez. 1934 – Jan. 1935
- 5 Ausländische Pressestimmen zur Saarfrage Sept. 1934 – Dez. 1934
- 7 Lageberichte und kulturelle Fragen Nov. 1933 – Juli 1934
- 35 Verordnungen und Verbote der Regierungskommission Juli 1934 – Jan. 1935
- 41 Verhältnis zwischen Saargebiet und Frankreich Bd. 1 Dez. 1933 – Juli 1934
- 44 Französische Propagandatätigkeit im Saargebiet Juni 1934 – Okt. 1934
- 46 Deutsche Propaganda für die Rückgliederung des Saargebiets Bd. 1: Okt. 1933 – Mai 1934
- 47 Bd. 2: Dez. 1933 – Juni 1934
- 48 Bd. 3: Juli 1934 – Jan. 1935
- 49 Saar-Kundgebung Koblenz am 26.08.34 Juli 1934 – Sept. 1934
- 55 Antifaschistische Parteien und Organisationen Bd. 1: Nov. 1933 – Nov. 1934
- 56 Bd. 2: Juli 1934 – Nov. 1934
- 58 Saarländische Wirtschaftsvereinigung (SWV) Feb. 1934 – Nov. 1934
- 59 Deutsche Emigranten im Saargebiet Bd. 1: Jan. 1934 – Jan. 1935
- 60 Bd. 2: Juli 1934 – Okt. 1934
- 61 Bd. 3: Dez. 1933 – Nov. 1934
- 62 Bd. 4: Jan. 1934 – Nov. 1934
- 63 Bd. 5: Aug. 1934 – Sept. 1934
- 65 Einzelne Vertreter antifaschistischer und frankophiler Parteien und Organisationen, Persönlichkeiten der politischen Emigration im Saargebiet Bd. 1: Feb. 1934 – Dez. 1934
- 66 Bd. 2: April 1934 – Dez. 1934
- 67 Bd. 3: Juni 1934 – Nov. 1934
- 68 Bd. 4: Okt. 1933 – April 1934
- 69 Bd. 5: Juni 1934 – Jan. 1935
- 74 Kundgebungen und Demonstrationen der antifaschistischen Einheitsfront Bd. 1: Jan. 1934 – Okt. 1934
- 76 Bd. 3: Aug. 1934 – Dez. 1934

R 8039 Deutscher Schutzbund

- 13 Werbung für den Deutschen Schutzbund Bd. 2 Juni 1922 – April 1923
- 29 Gründung, Organisation, Ziele und Tätigkeit der Schutzgemeinschaft Bd. 1: Juli 1920 – Juli 1928
- 30 Bd. 2: Aug. 1928 – Aug. 1933
- 59 Rheinische Volkspflege Feb. 1921 – April 1921

Berlin Document Center (BDC)

Mitgliedsakte Posselt –

1.2 Politisches Archiv des Auswärtiges Amtes Berlin (PA AA)**Deutsche Delegation Paris Versailles 1919–1922**

- 22.536 Saargebiet Bd. 1: Mai – Juli 1919
- 22.537 Bd. 1: Juni 1919 – März 1920
- 22.755 Handakten Göppert Saargebiet Jan. – Feb. 1920

Pol. Abteilung II Besetzte Gebiete, Besetztes Rheinland

- 74.593 Jahrtausendfeier d. Rheinlandes 1925 Bd. 2: 12.24-12.25
74.606 Auflösung der Pfalzzentrale Heidelberg und gefälschtes Regiegeld Mai 1924 – Aug. 1924
75.205 Berichte der Zentrale für Heimatdienst über das besetzte Rheinland März 1920 – Aug. 1920

Pol. Abteilung II Besetzte Gebiete, Saargebiet

- 75.430 Allgemeine Angelegenheiten des Saargebiets Bd. 1: März 1920 – Okt. 1920
75.431 Bd. 2: Okt. 1920 – Dez. 1921
75.432 Bd. 3: Dez. 1921 – Juli 1922
75.433 Bd. 4: Juli 1922 – Mai 1924
75.434 Bd. 5: Mai 1924 – Dez. 1925
75.435 Bd. 6: Jan. 1926 – Dez. 1926
75.436 Bd. 7: Jan. 1927 – Dez. 1927
75.437 Bd. 8: Dez. 1927 – Juli 1928
75.438 Bd. 9: Juli 1928 – März 1929
75.439 Bd. 10: März 1929 – Okt. 1929
75.440 Bd. 11: Okt. 1929 – Aug. 1930
75.441 Bd. 12: Aug. 1930 – Dez. 1930
75.442 Bd. 13: Jan. 1931 – Juli 1931
75.443 Bd. 14: Juli 1931– Mai 1932
75.444 Bd. 15: Juni 1932 – Dez. 1932
75.445 Bd. 16: Jan. 1933 – Juli 1933
75.446 Bd. 17: Juli 1933 – Dez. 1933
75.447 Bd. 18: Jan. 1934 – April 1934
75.448 Bd. 19: April 1934 – Aug. 1934
75.449 Bd. 20: Sept. 1934 – März 1936
75.454 Abstimmung im Saargebiet Bd. 1:
75.455 Bd. 2:
75.456 Bd. 3:
75.457 Bd. 4: April 1920 – Dez. 1933
75.458 Bd. 5: April 1920 – Dez. 1933
75.459 Bd. 6:
75.460 Bd. 7:
75.461 Bd. 8:
75.462 Bd. 9:
75.463 Bd. 10:
75.464 Bd. 11:
75.465 Bd. 12:
75.466 Bd. 13:
75.467 Bd. 14: Mai 1934 – Nov. 1934
75.468 Bd. 15:
75.469 Bd. 16:
75.470 Bd. 17:
75.471 Bd. 18:

- | | | |
|--------|--|---------------------------------|
| 75.473 | Abstimmung im Saargebiet adh. I: Erfassung der Ab- | Bd. 1: März 1934 – Juli 1934 |
| 75.474 | stimmungsberechtigten | Bd. 2: |
| 75.475 | | Bd. 3: |
| 75.476 | | Bd. 4: |
| 75.477 | | Bd. 5: |
| 75.478 | | Bd. 6: |
| 75.479 | | Bd. 7: |
| 75.480 | | Bd. 8: |
| 75.481 | | Bd. 9: |
| 75.482 | | Bd. 10: |
| 75.483 | | Bd. 11: |
| 75.484 | | Bd. 12: |
| 75.485 | | Bd. 13: |
| 75.486 | | Bd. 14: |
| 75.487 | | Bd. 15: |
| 75.488 | | Bd. 16: |
| 75.489 | | Bd. 17: |
| 75.490 | | Bd. 18: |
| 75.491 | | Bd. 19: |
| 75.492 | | Bd. 20: |
| 75.493 | | Bd. 21: |
| 75.494 | | Bd. 22: |
| 75.495 | | Bd. 23: |
| 75.496 | | Bd. 24: |
| 75.497 | | Bd. 25: |
| 75.518 | Deutscher Saar-Dienst: Das Ausland über die Saar | Bd. 1: Jan. 1934 – Juni 1934 |
| 75.519 | | Bd. 2: Juni 1934 – Sept. 1934 |
| 75.520 | | Bd. 3: Sept. 1934 – Dez. 1934 |
| 75.522 | Die Kosten der Volksabstimmung im Saargebiet | Bd. 1: April 1934 – April 1936 |
| 75.577 | Ausweisungen aus dem Saargebiet | März 1920 – Nov. 1935 |
| 75.623 | Beamtenstreik im Saargebiet (Herbst 1920). Massen- | Bd. 1–3: Aug. 1920 – April 1935 |
| 75.624 | ausweisungen | |
| 75.625 | | |
| 75.638 | Deutsche Werbeschriften und anderes Werbematerial | Bd. 1: |
| 75.640 | | Bd. 3: |
| 75.641 | | Bd. 4: |
| 75.642 | | Bd. 5: |
| 75.643 | | Bd. 6: |
| 75.644 | | Bd. 7: |
| 75.645 | | Bd. 8: |
| 75.646 | | Bd. 9: |
| 75.647 | | Bd. 10: |
| 75.717 | Französische Propaganda im Saargebiet. Propagan- | Bd. 1: |
| 75.718 | daunternehmungen | Bd. 2: |
| 75.719 | | Bd. 3: |
| 75.720 | | Bd. 4: |

- | | | |
|--------------------------------|--|--------------------------------|
| 75.797 | Parteien im Saargebiet | Bd. 14: Nov. – Dez. 1934 |
| 75.883 | Politische Angelegenheiten des Saargebiets. Allgemeines. Völkerbund und Saargebiet | Bd. 69: Jan. – April 1935 |
| 75.893 | Friedrich Kennel | Dez. 1922 – Juni 1935 |
| 75.894 | Verhaftung und Verurteilung des ehemaligen Abgeordneten und Redakteur Karl Ollmert aus Saarbrücken | Aug. 1920 – März 1935 |
| 75.979 | Saarverein. adh. 1: Pressestimmen | Dez. 1933 – Nov. 1935 |
| 76.068 | Bildung eines Saarausschusses | Bd. 1: April 1927 – Juli 1930 |
| 76.069 | | Bd. 2: Aug. 1930 – Juni 1933 |
| 76.070 | Politische Angelegenheiten des Saargebiets. Pressestimmen | Bd. 3: Okt. 1933 – Mai 1935 |
| 76.090 | Saarverein | Bd. 1: April 1920 – April 1923 |
| 76.091 | | Bd. 2: April 1923 – Sept. 1925 |
| 76.092 | | Bd. 3: Sept. 1925 – Juli 1928 |
| 76.093 | | Bd. 4: Aug. 1928 – Aug. 1931 |
| 76.094 | | Bd. 5: Aug. 1931 – Nov. 1932 |
| 76.095 | | Bd. 6: Dez. 1932 – Aug. 1933 |
| 76.096 | | Bd. 7: Aug. 1933 – Jan. 1934 |
| 76.097 | | Bd. 8: Jan. 1934 – Aug. 1934 |
| 76.098 | | Bd. 9: Aug. 1934 – Jan. 1936 |
| 76.129 | Französische Spionage im Saargebiet (Major Richert) | Bd. 1: Juni 1920 – Jan. 1929 |
| 76.140 | Theater, Kunst, Musik, Film und Sport im Saargebiet | Bd. 1: April 1921 – März 1925 |
| 76.141 | | Bd. 2: März 1925 – Aug. 1926 |
| 76.142 | | Bd. 3: Aug. 1926 – Dez. 1929 |
| 76.143 | | Bd. 4: Jan. 1930 – Dez. 1932 |
| 76.318 | Abstimmungsberechtigte Saargebiet. Namensregister: Europa, Asien, A-Z Afrika, Süd- und Mittelamerika | 1934–1936 |
| 76.319 | Abstimmungsberechtigte Saargebiet: Luxemburg-Niederlande | 1934–1936 |
| 76.320 | Abstimmungsberechtigte Saargebiet: Nordamerika | 1934–1936 |
| Handakten von Friedberg | | |
| 76.672 | Saar-Berichte | März 1925 – Juli 1925 |
| Friedensabteilung | | |
| 95.913 | Berichte des Saarvereins (Christian Kraus) | – |
| Referat Völkerbund | | |
| 97.302 | Beziehungen zwischen Deutschland/ Frankreich-Saargebiet | Bd. 7: Okt. 1929 – Dez. 1932 |
| Presseabteilung | | |
| 122.241 | Rhein, Saar und Ruhr | Bd. 1–2: Nov. 1923–Feb. 1927 |
| 122.242 | | |
| 122.448 | Reichszentrale für den Heimatdienst | März 1919 – Mai 1923 |
| 122.462 | Rheinische Volkspflege. Polwona | Bd. 1: Aug. 1920 – Jan. 1921 |
| 122.463 | | Bd. 2: Feb. 1921 – April 1931 |
| 122.464 | Rheinische Volkspflege und Polwona | Bd. 1–2: Aug. 1920 – Feb. 1921 |
| 122.465 | | |

Botschaft Paris 1817–1944

712 b	Saargebiet	Bd. 7/8: Nov. 1923 – Nov. 1924
714 a		Bd. 13/14: Nov. 1927 – Dez. 1928
716 a		Bd. 21/22: Mai 1931 – April 1933
716 b		Bd. 23/24: Mai 1933 – Dez. 1933
717 b		Bd. 27/28: März 1934 – Mai 1934
718 a		Bd. 29/30: Mai 1934 – Juli 1934
718 b		Bd. 31/32: Juli 1934 – Nov. 1934
719		Bd. 33/34: Okt. 1934 – Jan. 1935

2. LÄNDER- UND KOMMUNALARCHIVE**2.1 BADEN-WÜRTTEMBERG****2.1.1 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStA Stuttgart)****E 130 b Württembergisches Staatsministerium**

Bü	Bund der Saar-Vereine	Bd. 1: 1923–1927
2631		
Bü		Bd. 2: 1928–1935
2632		

E 151/02 Württembergisches Ministerium des Innern

Bü 121	Saargebiet Abstimmung	1920–1935
--------	-----------------------	-----------

J 150 Flugschriftensammlung bis 194

340/1	Abstimmungskalender [Leipzig 1934]	1934
-------	------------------------------------	------

2.1.2 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA Karlsruhe)**Abt. 344 Bezirksamt Bruchsal**

7192	Zählung der Abstimmungsberechtigten des Saargebiets und Durchführung der Saarabstimmung	1925–1935
------	---	-----------

2.1.3 Staatsarchiv Freiburg**A 96/1 Der Landeskommissär für die Kreise Konstanz, Villingen und Waldshut**

2197	Saarabstimmung und Saarrückgliederung	1925–1935
------	---------------------------------------	-----------

2.1.4 Staatsarchiv Sigmaringen**Wü 65/36 Landratsamt Tübingen**

T 7/ 32	Saargebiet. Allgemeines	1892–1939
---------	-------------------------	-----------

2.1.5 Stadtarchiv Freiburg (StA Freiburg)**C 4 Städtische Hauptverwaltung**

IX/ 2/ 1	Saar-Verein	1919–1930
XIII/	Saarabstimmung	1920–1945
23/ 8		

2.1.6 Stadtarchiv Heidelberg (StA Heidelberg)

AA	Saarabstimmung 1935, Errichtung eines Saarmahn-	1934–1937
239/ 6	males, Gewährung von Freikuren an Saarurlauber	

2.1.7 Stadtarchiv Konstanz (StA Konstanz)

S II Städtisches Hauptamt

- | | | |
|------|--|-----------|
| 4047 | Rückgliederung der Saar an Deutschland | 1934–1936 |
| 4415 | Saar-Verein | 1923–1934 |

2.1.8 Stadtarchiv Mannheim (StA Mannheim)**Hauptregistratur, Zug. 1955–64**

- | | | |
|-----|-----------|---|
| 464 | Saarfrage | – |
|-----|-----------|---|

Dezernatsregistratur

- | | | |
|---|---|---|
| 2 | Volksabstimmung an der Saar am 23.10.55 | – |
|---|---|---|

Filmsammlung

- | | | |
|---|-------------------------------------|---|
| 6 | Mit dem Kurbelkasten durch Mannheim | – |
|---|-------------------------------------|---|

2.2 BAYERN**2.2.1 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BayHStA)****Ministerium des Innern MIIn**

- | | | |
|-------|-----------------------------------|------------------------------|
| 47085 | Die Saarpfalz und das Saargebiet | Bd. 1: 1919 – Juni 1921 |
| 47088 | | Bd. 4: Juli 1925 – Juni 1926 |
| 47089 | | Bd. 5: Juli 1926 – 1927 |
| 47090 | | Bd. 6: 1928 – Juni 1929 |
| 47091 | | Bd. 7: Juli 1929 – Dez. 1929 |
| 47093 | | Bd. 9: Juli 1930 – Aug. 1931 |
| 47094 | | Bd. 10: Sept. 1931 – 1933 |
| 47095 | | Bd. 11: 1934 – Feb. 1935 |
| 47097 | Saarabstimmung am 13. Januar 1935 | 1934–1935 |
| 47098 | Saarverein | 1921–1934 |

Ministerium des Äußern MA

- | | | |
|--------|--|------------------|
| 106099 | Abstimmung über die Saarrückgliederung | Bd. 2: 1926–1933 |
| 106120 | Saarverein | Bd. 3: 1932–1933 |
| 106121 | Der Saarbund, französische Saarvereine, westlich orientierte Saarvereine, französische Saarpropaganda und deutschfeindliche Bestrebungen | 1933–1935 |
| 106124 | Unterstützungen, Sammelakt (finanzielle Förderung der deutschen Abwehr) | Bd. 2: 1926–1933 |
| 106127 | Presse | 1933–1934 |
| 106132 | Saarlandausstellung | Bd. 2: 1932–1933 |
| 108025 | Kulturpflege im besetzten rhein. Gebiet, deutsche | Bd.1: 1919–1922 |
| 108026 | Abwehrpropaganda | Bd.2: 1922–1923 |
| 108027 | | Bd.3: 1922–1924 |
| 108028 | | Bd.4: 1923–1924 |
| 108038 | Deutsche und französische Filmpropaganda; Lichtspielwesen im besetzten Gebiet | 1921–1929 |
| 108043 | Pfälzer Hilfsbund in Unterfranken, Sitz Würzburg | 1919–1930 |
| 108044 | Rheinischer Heimatbund, Sitz Düsseldorf und Reichsverband der Rheinländer | 1920–1931 |

108045	Deutscher Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum	1920–1926
108046	Pfälzer Treubund München	1923–1934
108047	Westausschuß für Rhein, Saar, Ruhr und Pfalz	1925–1929
108048	Verein der Pfälzer in Berlin	1924–1932
108097	Fürsorge für Flüchtlinge vor dem Ruhrkampf	1919–1923
108107	Friedensvertrag; Abtrennung des Saargebietes im Vollzug des Friedensvertrages	Bd. 1: 1919–1921
108177	Stipendien für Studierende aus dem Saargebiet	Bd. 1: 1921–1936
108178		Bd. 2: 1921–1936
108202	Abstimmung über die Saarrückgliederung	Bd. 1: 1920–1925
108203	Unterstützungen, Sammelakt (finanzielle Förderung der deutschen Abwehr)	Bd. 1: 1919–1925
108204	Forschungsgemeinschaft für die Saarlande	1926–1934
108205	Vereine, Parteien, Sammelakt	Bd. 1: 1920–1933
108206	Saarverein	Bd. 1: 1919–1930
108207		Bd. 2: 1931
108208	Bund der Saarvereine, Saarverein Berlin. Zuschüsse an Saarvereine	1921–1930
108209	Aktionsausschuß für die Saarpfalz	1920–1921
108211	Schützenvereine	1920–1929
108214	Deutsche Saarpropaganda	Bd. 1: 1920–1929
108215	Saarlandausstellung	Bd. 1: 1932–1933
108216	Kriegervereine im Saargebiet	1925–1933
108217	Theater, Musik, Büchereien, Volksbildung, Sammelakt	1921–1934
108218	Musik- und Gesangvereine im Saargebiet	1922–1933
108220	Büchereien im Saargebiet	1921–1928
108221	Lichtbild- und Filmpropaganda im Saargebiet	1924–1934
108225	Material vom Ausschuß für Saargebietschutz	1918–1919
108236	Unterstützung von Saargebietsflüchtlingen	1920–1921
Staatsministerium für Unterricht und Kultus MK		
15573	Verhältnisse im besetzten Gebiet: Saargebiet	Bd. 4: 1929–1933
Haupthilfsstelle Pfalz		
1	Organisation der Pfalzzentrale	Bd. 1: 1920–1921
2		Bd. 2: 1921–1923
11	Berichte der Pfalzzentrale	1920
27	Fürsorge	1921–1923
67	Deutsche Propaganda, Pressestelle	1920–1923
78	Rheinische Volkspflege und Haupthilfsstelle	1921–1924
89	Deutsche Propaganda. Kommunistische Propaganda. Rheinlandausschuß	1920–1923
100	Saargebietsangelegenheiten	Bd. 1: 1921
104	Protokolle von Saarflüchtlingen	1920
Bayerische Gesandtschaft Berlin		
1542	Saargebiet: Vollzug des Friedensvertrages	Bd. 3: 1922–1926
1751	Gegenpropaganda in den besetzten Gebieten (Haupt-	1925–1926

	hilfsstelle für die Pfalz, RVP, nationale Organisationen)	
1752	Kulturelle Propaganda des Reichs für und in den besetzten Gebieten	1920–1927
Vertreter beim Reichskommissar		
11	Fürsorgestellen	1921–1922
31	Deutsche Propaganda	1920–1922
Presseartikelsammlung Rhese		
2164	Saarausstellungen	1930–1937
2215	Bund der Saarvereine	–
2217	Saarvereine im Reich	–
2222	Saarkundgebungen im Reich	1928–1932
2229	Bundestagung 1933 am Niederwald	1933
2230	Bundestagung 1934 in Koblenz	1934
2231	Saarplakette zur Saartreuekundgebung	1934
2232	Saartreuestaffel durch bayerische Städte	1934
Sammlung Varia		
264	Bund Saar-Verein	–
Staatskanzlei		
6082	Die Lage im Saargebiet	Bd. 1: 1934
6083		Bd. 2: 1933–1934
6085	Reichs- und Staatskommissar. Tätigkeitsberichte	1933–1935
6091	Die Zentralnachrichtenstelle bei der Regierung der Pfalz in Speyer	1934–1935
6100	Abstimmung über die Saarrückgliederung	Bd. 1: 1934
6101		Bd. 2: 1935–1938
6120	Der Saar-Verein	1933–1935
6122	Der Saarbund, französische Saarvereine, westlich orientierte Saarvereine, französische Saarpropaganda und deutschfeindliche Bestrebungen	1933–1935
6125	Finanzielle Förderung der deutschen Abwehr, Unterstützungen (Sammelakt)	1934–1935
6126	Deutsche Saarpropaganda	1933–1935
6128	Presse	1933–1935
6131	Ausländische Aufsätze über das Saargebiet, Presseäußerungen usw.	1933–1935
6132	Saarlandausstellungen	1933–1935
NL Jolas		
10	Briefwechsel mit dem bayer. Ministerpräsidenten Siebert	März/ April 1934
Reichsstatthalter		
23	Saargebiet	Bd. 1: 1933–1934

2.2.2 Staatsarchiv Amberg

Regierung der Oberpfalz, Kammer des Innern

21082	Ausführungen des Friedensvertrages von Versailles, Propagandakampf, besetzte Gebiete (Saargebiet)	1920–1931
-------	---	-----------

- | | | |
|---|--|---------------------|
| 21083 | Verkehr mit den alliierten Besatzungsbehörden und Kommissionen (v.a. Saargebiet) | 1920–1925 |
| 22041 | Halbmonatsberichte der Regierung | 01.04.34 – 31.12.36 |
| Regierung der Oberpfalz, Bezirksamt Amberg | | |
| 9214 | Saarabstimmung | 1934–1935 |
| Regierung der Oberpfalz, Bezirksamt Burglengenfeld | | |
| 16108 | Erfassung der Stimmberechtigten für die Saarabstimmung | 1929–1934 |
| Regierung der Oberpfalz, Bezirksamt Neunburg | | |
| 1754 | Die Durchführung des Friedensvertrages. | 1919–1931 |
| 1760 | Die Saarabstimmung | 1934–1935 |
| Regierung der Oberpfalz, Bezirksamt Regensburg | | |
| 1031 | Pflegestellen für Saarkinder | 1933–1934 |
| 5232 | Saarabstimmung im Jahre 1935 | 1930–1935 |
|
 | | |
| 2.2.3 Staatsarchiv Augsburg | | |
| Bezirksamt Illertissen | | |
| 2871 | Maßnahmen wegen des Einmarsches des Feindes in deutsche Gebiete (Saargebiet) sowie Flüchtlingsfürsorge | 1921–1933 |
|
 | | |
| 2.2.4 Staatsarchiv Bamberg | | |
| Regierung von Oberfranken K3 | | |
| 1967/
4850 | Geschäftsstelle für vaterländische Propaganda, Abteilung für Pfalz-Saar-Rhein in Stuttgart | 1921 |
|
 | | |
| 2.2.5 Staatsarchiv Coburg | | |
| Landratsamt Coburg | | |
| 9127 | Erfassung der Saarabstimmungsberechtigten | 1925–1934 |
|
 | | |
| 2.2.6 Staatsarchiv Würzburg | | |
| RSF I 32 g Deutsche Studentenschaft, Abt. Außenamt | | |
| 107 | Saarreferat: Korrespondenz, Berichte, Anfragen | 1934–1935 |
|
 | | |
| 2.2.7 Stadtarchiv Erlangen (StA Erlangen) | | |
| Fach 406 Stadtrat Erlangen | | |
| 110 | Saarverein | Bd. 1: 1921–1932 |
| 110 a | | Bd. 2: 1933–1935 |
|
 | | |
| 2.2.8 Stadtarchiv München (StA München) | | |
| BuR Bürgermeister und Rat | | |
| 970 | Saar-Abstimmung 1935 | – |
|
 | | |
| 2.2.9 Stadtarchiv Nürnberg (StA Nürnberg) | | |
| C 7/ V Vereinspolizeiakten | | |
| 7001 | Saar-Verein, Ortsg. Nürnberg u. Umgebung | 1933 – 1939 |

E 6 Vereinsarchive

82/378 Turn- und Sportverein 1846 Nürnberg e.V. 1925–1973

2.2.10 Universitätsarchiv Erlangen (UA Erlangen)

A 1/ 3a/ Bund der Saarvereine 1933–1934
910

2.2.11 Universitätsarchiv München (UA München)

Sen Saarverein 1918–1936
746/25

2.3 BERLIN:**2.3.1 Landesarchiv Berlin (LA Berlin)****Rep. 042 Acc. 2147 Amtsgericht Charlottenburg**

26420 Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Berlin 1919–1955

2.3.2 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GehStA Dahlem)**I HA Rep. 77 Ministerium des Innern**

36 Staatssekretär Grauert 1933–1936

2.4 BREMEN:**2.4.1 Staatsarchiv Bremen****3-V.2 Senatsregistratur, Vereine, Verbände, Stiftungen und Gesellschaften**

2053 Bund Saar-Verein 1919–1935

2879 Deutscher Saarbund 1951–1955

3-M2h2 Senatsregistratur, Krieg 1914/18

54/251/ Akte betreffend die Volksabstimmung im 1934–1935
9 Saargebiet

2.4.2 Stadtarchiv Bremerhaven (StA Bremerhaven)

042/9/6 Stadt Wesermünde: Beihilfe an Vereine 1930–1937

F 365/1 Magistrat Bremerhaven: Statistische Erfassung der 1927–1935
abstimmungsberechtigten Saarländer

2.5 HESSEN:**2.5.1 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HessHStA)****Abt. 1150 NL Sante**

53 Jahresversammlungen und Jahresberichte 1927–1935

56 Gründung der Saar-Forschungsgemeinschaft 1925–1929

57 Allgemeiner Schriftverkehr 1927–1939

84 Schriftverkehr zu Aufsätzen und Vorträgen 1930–1933

89 Ausstellung „Deutsche Saar“ in Köln 1934 1934–1935

2.5.2 Staatsarchiv Darmstadt**G 15 Kreisamt Bensheim**

C 7 Saarabstimmung –

G 15 Kreisamt Büdingen

C 17 Saarabstimmung –

G 15 Kreisamt Friedberg

C 38 Saarabstimmung –

2.5.3 Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (StA Frankfurt)**Magistratsakten**

S 2086 Saarverein in Berlin, Bund der Saarvereine in Frankfurt 1919–1930

2478 Saar-Vereine 1930–1940, 1954–1957

2.5.4 Stadtarchiv Gießen (StA Gießen)L 1365/ Vereine A-Z 1904–1930
III

N 64 Saarkundgebung 1937

N 123 Spende für den Rückkauf der Saargruben 1935

2.5.5 Stadtarchiv Rüdeshheim (StA Rüdeshheim)

III/50 Saarkundgebung 27. August 1933 1933

2.6 NIEDERSACHSEN:**2.6.1 Stadtarchiv Göttingen (StA Göttingen)****Alte Hauptregistratur II A 15**

7 Saar-Verein, Sitz Berlin 1919–1935, 1951

2.6.2 Stadtarchiv Hannover (StA Hannover)**HR 15**

109 Verschiedene nationale und lokalpatriotische Feiernlichkeiten –

693 Saarverein Bd. 1: 1920–1930

694 Bd. 2: 1931–1937

2.7 NORDRHEIN-WESTFALEN:**2.7.1 Nordrheinwestfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStA Düsseldorf)****Regierung Aachen**

18.480 Abstimmung Saargebiet 1926–1929

19.951 Saarabstimmung, Saarvereine 1934–1935

23.813 Einzelvorgänge –

NW 414 Staatskanzlei: Regierungsplanung, Ressortkoordinierung

- | | | |
|----|--|------|
| 51 | Tätigkeit des Ministerpräsidenten und dessen Infor-
mierung | 1956 |
|----|--|------|

2.7.2 Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland (Archiv des LVR)

- | | | |
|-------|---|-----------|
| 3794 | Arbeitsgemeinschaft saarl. Heimatvereine und Mu-
seen | 1931–1938 |
| 4848 | Rückgliederung des Saargebietes | 1934 |
| 4858c | Rückgliederung des Saargebietes (VDA/ Saargebiet) | 1934–1935 |
| 11215 | Bund deutscher Westen, Sekretariat des VDA | 1935–1942 |
| 28303 | Deutsche Saar (Gestaltung der Ausstellung in der
Messe Köln) | – |

2.7.3 Stadtarchiv Aachen (StA Aachen)

Oberbürgermeister-Registratur

- | | | |
|------|---|-----------|
| 2/17 | Das Saargebiet. Teilnahme der Stadt Aachen an der
Förderung des Deutschtums während der Völker-
bund-Herrschaft | 1932–1936 |
|------|---|-----------|

2.7.4 Stadtarchiv Bonn (StA Bonn)

Pr 10 Büro Oberbürgermeister

- | | | |
|-----|-------------------------|---|
| 325 | Akten betr. Saar-Verein | – |
|-----|-------------------------|---|

Pr 20 Polizei

- | | | |
|-----|----------------|---|
| 163 | Saarabstimmung | – |
|-----|----------------|---|

2.7.5 Stadtarchiv Duisburg (StA Duisburg)

406 Realgymnasium Meiderich/ Max-Planck-Gymnasium

- | | | |
|----|------------|-----------|
| 72 | Geschichte | 1926–1959 |
|----|------------|-----------|

2.7.6 Stadtarchiv Düsseldorf (StA Düsseldorf)

- | | | |
|--------------|-------------|-----------|
| III/
1299 | Saar-Verein | 1919–1933 |
|--------------|-------------|-----------|

2.7.7 Stadtarchiv Essen (StA Essen)

Chronik der Stadt Essen für das Jahr 1935, Essen 1936.

2.7.8 Stadtarchiv Herne (StA Herne)

- | | | |
|---|----------------------|-----------|
| – | Bund der Saarvereine | 1931–1934 |
|---|----------------------|-----------|

2.7.9 Stadtarchiv Münster (StA Münster)

NL Sperlich

- | | | |
|----|--|------|
| 67 | Vereinigung des Bundes der Saar-Vereine in Münster
1929 | 1929 |
|----|--|------|

Stadtregistratur

- | | | |
|-------|---|-----------|
| 10/ 9 | Saarabstimmung von Saarländern in Münster | 1934–1935 |
|-------|---|-----------|

2.7.10 Institut für geschichtliche Landeskunde Bonn

FB 7890	„Rhein-Saar-Ruhr“-Hefte	1921–1922
FB 8714	Otto Andres: Vortragsmaterial über „Das deutsche Saargebiet“	1928

2.7.11 Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland (AEKR)**Best. Konsistorium**

B I a 27 Beiakte 2, Bd. III	Saargebiet	1923–1927
--------------------------------------	------------	-----------

2.8 RHEINLAND-PFALZ:**2.8.1 Landeshauptarchiv Koblenz (LHA Koblenz)****403 Oberpräsidium der Rheinprovinz**

16856	Angelegenheiten des Saargebiets	Bd. 1: Sept. 1931 – Nov. 1932
16857		Bd. 2: Nov. 1932 – Juli 1933
16857		Bd. 3: 07.07.33 – 29.09.33
16859		Bd. 4: Okt. 1933 – April 1934
16860		Bd. 5: 10.04.34 – 04.08.34
16861		Bd. 6: 04.08.34 – 30.11.34
16872	Politische Verhältnisse in Frankreich	–

442 Bezirksregierung Trier

7500	Abstimmung im Saargebiet	1933–1935
7502	Abstimmung im Saargebiet	1926–1932
7520	Angelegenheiten des Saargebiets	Bd. 1: 16.09.22 – 30.12.26
7521		Bd. 2: 01.01.27 – 30.10.27
7522		Bd. 3: 01.11.27 – 30.11.28
7523		Bd. 4: 01.12.28 – 30.11.30
7524		Bd. 5: 01.12.30 – 30.09.32
7525		Bd. 6: 01.10.32 – 30.04.33
7526		Bd. 7: 01.05.33 – 06.01.35
8528	Presse	–
8532	KPD und verwandte Organisationen	–
8537	Saar-Abstimmung Generalia	1933–1935
8538	Saar-Abstimmung (Spec.)	1934–1935
8546	Bund der Saarvereine	–
15625	Berichterstattung in pol. Angelegenheiten	1934–1936

661,11 Bund der Saarvereine, Landesgruppe Westmark

1	Zeitungsausschnittssammlung	–
2	Schriftwechsel des Landesgruppenleiters, überwiegend mit Ortsgruppen außerhalb der Landesgruppe Westmark	–
3	Schriftwechsel mit den Ortsgruppen A–C	1933–1935

4	Schriftwechsel mit den Ortsgruppen L–O	1933–1935
5	Schriftwechsel mit einzelnen Personen, Vereinen, Verbänden und Körperschaften A–Z	1933–1935
6	Saarabstimmung	–
7	Rundschreiben an die Presse und die Ortsgruppen	–
8	Erfassung und Betreuung der Saarabstimmungsberechtigten	–
9	Einsprüche und Rekurse der Abstimmungsberechtigten von Koblenz und Umgebung	–
10	Sonderzüge zur Saarabstimmung aus der Landesgruppe Westmark, Allgemeines	–
11	Sonderzüge zur Saarabstimmung, Nr. 32	1934–1935
12	Sonderzüge zur Saarabstimmung, Nr. 33	1934–1935
13	Schriftwechsel zu den Sonderzügen Nr. 33, 34, 35	–
14	Sonderzüge zur Saarabstimmung, Nr. 35	1934–1935
15	Sonderzüge zur Saarabstimmung, Nr. 36	1935
16	Sonderzüge zur Saarabstimmung, Nr. 37	1935
17	Sonderzüge zur Saarabstimmung, Nr. 38	1934–1935
18	Sonderzüge zur Saarabstimmung, Nr. 39	1934–1935
19	Sonderzüge zur Saarabstimmung, Nr. 52	1934–1935
20	Sonderzüge zur Saarabstimmung, Nr. 55	1934–1935
21	Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein (26.8.1934)	Bd. 1: 1934
22		Bd. 2: 1934
23	Allgemeiner Schriftwechsel des Landesgruppenleiters	–
24	Tätigkeitsbericht des Landesgruppenleiters Heinz Kellner	–
25	Schriftwechsel mit den Ortsgruppen D–K	1933–1935
26	Schriftwechsel mit den Ortsgruppen P–Z	1933–1935
27	Schriftwechsel mit einzelnen Personen, Vereinen, Verbänden und Körperschaften F–Z	1934
29	Soziale Betreuung der Abstimmungsberechtigten	–
30	Sonderanträge von Abstimmungsberechtigten	–
31	Tätigkeitsberichte und Programme von Veranstaltungen der Ortsgruppen A–M	1934
32	Tätigkeitsberichte und Programme von Veranstaltungen der Ortsgruppen N–Z	1934
700,41 Nachlaß v. Lüninck		
17	Privater Schriftwechsel des Oberpräsidenten	–
860 Staatskanzlei Rheinland-Pfalz		
1055	Verschiedenes	–
2.8.2 Landesarchiv Speyer (LA Speyer)		
H 38 Bezirksamt Kusel		
402	Saarabstimmung	1934
403		1934–1935
1149	Rückgliederung des Saargebietes	1929–1935
1151	Korrespondenz mit dem Schriftführer der	1931–1934

	Saarforschungsgemeinschaft Dr. Sante	
1416	Saargebiet allgemein (3 Bde.)	1934–1938
1419	Saarschulungskurse	1933–1934
1424	Rückgliederung des Saargebietes	1929–1935
1427	KPD	1931–1935
1429	Franz. Propaganda	1932–1935

Bibliothek

L 342	Heinrich JOLAS: Saar-Denkschrift, München 1933.	
-------	---	--

2.8.3 Stadtarchiv Kaiserslautern (StA Kaiserslautern)

S 242	Verzeichnis der Ortsgruppen und Stützpunkte und der	
NS	selbständigen Saarobmänner im Reich [Berlin 1934]	

2.8.4 Stadtarchiv Koblenz (StA Koblenz)**623 Stadt Koblenz**

6194	Saarkundgebung	1934
------	----------------	------

FA 2 Fotosammlung

4294	ohne	1932
------	------	------

2.8.5 Stadtarchiv Mainz (StA Mainz)**Best. 70 Großherzogliche Bürgermeisterei Mainz**

XIX/ 17	Vereine Ru-Sa.	–
------------	----------------	---

2.8.6 Stadtarchiv Speyer (StA Speyer)**Best. 6**

I A 17 d	Saarabstimmung am 13. Januar 1935	27.3.1934 – 22.7.1935
-------------	-----------------------------------	-----------------------

2.8.9 Bistumsarchiv Trier**Abt. 59: Das Bistum Trier und staatliche Behörden 1821 ff.**

39	Bischöfliches Verbot der politischen Tätigkeit von Geistlichen	1930
42	Saarkinder-Landverschickung	1933–1935
48	Flaggen in Saarfarben, Korrespondenz mit dem Saarbevollmächtigten	1934–1935
51	Vorkommnisse an der Saar; Gottesdienste; Prozessionen; Fahnen, Jugendvereine, Kollekten, Zoll, Kundgebungen, Weltliche Feiern, „Göring-Rede“	1935
61	Der Katholizismus und die Saarabstimmung	01.06.1935
70	Notton-Bungarten Schulstreit	1923–1924

Abt. 85: Weltklerus Diözese Trier (Personalakten)

206	Bungarten, Franz-Josef (1876–1965)	–
1554	Schlich, Dr. Johann Ludger (1876–1950)	–
1985	Wilhelm, Peter (Wehrden)	–

Abt. 134: Nationalsozialismus

- 95 Sammlung des Pfarrer Schlichs über die Schwierigkeiten in der Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus 1934–1943

2.9 SAARLAND:**2.9.1 Landesarchiv Saarbrücken (LA Saarbrücken)****Saar-Verein, Berlin**

- | | | |
|----|---|------------------------------|
| 1 | Geschäftsführung | Bd. 1: Feb. 1920 – März 1922 |
| 2 | | Bd. 2: Juli 1923 – Juli 1933 |
| 3 | Rundschreiben | 1919 ff. |
| 4 | Korrespondenz mit Richard Posselt, Chefredakteur des „Saar-Freund“ mit den Saarheimatbildern | Bd. 1: 1925–1928 |
| 5 | | Bd. 2: 1928–1931 |
| 6 | | Bd. 3: 1931–1934 |
| 7 | | Bd. 4: 1933–1935 |
| 8 | Korrespondenz mit Prof. Dr. Theodor Meyer (Vorsitzender des Saarbrücker Volksbildungsvereins, †1920) | 1919 f.; 1934 |
| 9 | Korrespondenz mit Dr. Cartellieri, Saarwirtschaftsarchiv, Saarbrücken | Jan. 1930 – Mai 1935 |
| 10 | Korrespondenz mit Chefredakteur Nagel, Saarbrücker Zeitung | Feb. 1928 – April 1932 |
| 11 | Korrespondenz mit Matthias Karius, Geschäftsführer des Niedersächsischen Kohlensyndikats, Hannover | Bd. 2: 1926–1928 |
| 12 | Korrespondenz mit Matthias Karius, Geschäftsführer des Niedersächsischen Kohlensyndikats, Hannover | Bd. 3: 1928–1934 |
| 13 | Schriftwechsel mit der NSDAP | Mai 1932 – Mai 1934 |
| 15 | Explosionsunglück in Neunkirchen vom 10.02.1933 | Feb. 1933 – Aug. 1933 |
| 16 | Stilllegung Eisenwerk Geb. Röchling Völklingen/Saar vom 11.9.1924 – 20.11.30 | 1924–1926; 1930 |
| 17 | Reden und Abhandlungen betr. das Saargebiet | 1919–1925 |
| 18 | Bilder im „Saar-Freund“, Jg I und II | – |
| 19 | Saaraufklärungsmaterial aus den hinterlassenen Papieren des Ehrenmitglieds des Bundes der Saarvereine, Herrn Geh. Bergrat Dr. Hilger, Haus Kynast/Zitzschewig b. Dresden | 1926–1934 |
| 20 | Saarlieder | 1921–1927 |
| 21 | | 1927–1929 |
| 22 | | – |
| 23 | | – |
| 24 | Originalentwurf zum Kopf der „Saarheimatbilder“; Originalentwurf v. P. Lorscheider zum Titelblatt des „Saarlied“, Gedicht v. Fr. Thamerus für vierstimmigen Männerchor, komponiert v. M. Beck, gewidmet Th. Vogel | – |
| 25 | Korrespondenz mit Matthias Karius, Geschäftsführer des Niedersächsischen Kohlensyndikats, Hannover | Bd. 1: 1924–1926 |
| 26 | Abschriften aus dem Tagebuch des Steigers Eckel, ms. 148 Blätter | – |
| 27 | Saarabstimmung (1935): Rundschreiben, Merkblätter, Anweisungen für Saarobmänner, Vordrucke und | 1934–1935 |

	sonstige Drucksachen	
28	Volksabstimmung im Saargebiet: Beförderung durch Sonderzüge p.p.	1934–1935
29	Sammlung von Saarliedern	–
30	Saarlied „Deutsch die Saar, immerdar“ von Hanns Maria Lux, 1932, 1934	1932, 1934
32	Geschäftsberichte	1928–1934/35
Landratsamt Saarbrücken		
315	Öffentliche Versammlungen, Umzüge und Maifeiern	Juli - Okt. 1934
Nachlaß Koßmann		
1–46	Procès-Verbaux de la Commission de Gouvernement de la Sarre	1920–1935
Nachlaß Vogel		
1	Empfang der Ruhegehaltsbezüge	Juni 1923 – Dez. 1941
2	Antrag auf Verleihung des Titels „Bergrat“	Feb. 1935 – März 1939
3	Laufbahn als Bergbeamter bei der Bergwerksdirektion Saarbrücken	Aug. 1882 – Feb. 1936
4	Militärische Dienstzeit, Teilnahme am 1. Weltkrieg und Ordensverleihungen	März 1891 – Juni 1936
5	Ordensverleihungen an Freida Vogel	April 1916 – Mai 1935
6	Ausweisung aus dem Saargebiet und Verleumdung durch Christian Strack	April 1919 – Dez. 1920
7	Anerkennungsschreiben von Behörden und Persönlichkeiten Enthält u.a.: Gratulation zum 65. Geburtstag	Feb. 1925 – Sept. 1940
8	Abwicklung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und Gehaltszahlungen an Theodor Vogel	Mai 1935 – Juli 1938
9	Übernahme der Leitung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin	Juni 1919 – Aug. 1923 (1931)
10	Aufhebung der Ausweisung aus dem Saargebiet	April 1926 – April 1934
11	Bemühungen um die Anerkennung als Abstimmungsberechtigter für die Saarabstimmung am 13. Januar 1935	Aug. 1934 – Jan. 1935
12	Teilnahme von Vertretern des „Saar-Vereins“ beim Stapellauf des Dampfers „Saarbrücken“ in Bremen	Mai 1923 – Nov. 1937
13	Bemühungen um eine Neufestsetzung des Ruhegehaltes	Aug. 1912 – Feb. 1942
14	Glückwünsche und Zeitungsartikel anlässlich des 65. und 70. Geburtstages	Okt. 1935 – Okt. 1940
19	Organisation einer Freundesspende für Theodor Vogel durch Karl Ommert	Juni 1942 – Sept. 1942
22	Rundschreiben des Ehrenpräsidenten des Bundes der Saarvereine Otto Andres anlässlich des 65. Geburtstages vom Theodor Vogel am 14. Oktober 1935	14.10.35
24	Schriftwechsel mit dem Bataillonskommandeur Siegmann des Bataillons Hagenau, dem Infanterie-Regiment 46 sowie private Korrespondenz	April 1917 – Jan. 1918
27	Vertrieb, Kritik und Anerkennung des Werkes „Der Saarbefreiungskampf im Reich 1918–1935“	Nov. 1934 – Dez. 1941

- | | | |
|----|--|-----------------------|
| 29 | Vortragsmanuskript „Die Bedeutung des Saargebietes und seiner 15jährigen Besetzung“ | Jan. 1924 |
| 30 | Presseartikel und kleinere Veröffentlichungen von Theodor Vogel über das Saargebiet | Juni 1919 – Nov. 1934 |
| 31 | Vorträge Theodor Vogels u.a. über die politische und wirtschaftliche Situation des Saargebietes | 1919–1935 |
| 32 | Vorträge von Frieda Vogel über das Saargebiet in Frauenvereinen | März 1930 – Jan. 1935 |
| 38 | Schriftverkehr mit Dr. Wilhelm Fischdick | März 1938 – Juni 1941 |
| 39 | Materialsammlung und Manuskript zu einer Autobiographie | 1905–1942 |
| 51 | Ehrenmitgliedsurkunde des Naßmacher-Clubs „Kohlenstaub“ Dudweiler Menage | 17.04.1899 |
| 52 | Ehrenmitgliedsurkunde des Bergmanns-Unterstützungs-Vereins Dudweiler-Herrensohr-Fischbach-Neuweiler, Dudweiler | 01.01.02 |
| 53 | Ehrenmitgliedsurkunde des Kappen-Vereins Neudorf-Altenkessel | 19.07.03 |
| 54 | Ernennung zum Fechtmeister der Deutschen Reichsfechtsschule, Verband Rheinland | 25.11.06 |
| 55 | Ehrenmitgliedsurkunde des Vereins ehemaliger 70er Saarbrücken und Umgebung | 07.05.10 |
| 56 | Ehren-Diplom des Kriegs-Veteranen-Vereins Saarbrücken-Malstatt | April 1912 |
| 57 | Ehrenmitgliedsurkunde des Männergesangsvereins Saarbrücken | 02.10.30 |
| 58 | Ehrenmitgliedsurkunde der Ortsgruppe Halle des Bundes der Saarvereine | 14.10.30 |
| 59 | Ehrenmitgliedsurkunde der Ortsgruppe Frankfurt a. M. des Bundes der Saarvereine | 14.10.30 |
| 60 | Ehrenmitgliedsurkunde der Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine | 14.10.30 |
| 61 | Ehrenmitgliedsurkunde der Ortsgruppe Köln des Bundes der Saarvereine | Oktober 1933 |
| 62 | Ehrenmitgliedsurkunde der Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine | 01.03.35 |
| 63 | Ehrenmitgliedsurkunde der Ortsgruppe Bochum des Bundes der Saarvereine | 12.10.35 |
| 64 | Ehrenmitgliedsurkunde der Kriegskameradschaft Püttlingen | Mai 1935 |
| 65 | Glückwunschurkunde der Deutschen Zentraldruckerei (Druckerei des „Saar-Freund“) zum 65. Geburtstag | 14.10.35 |
| 66 | Ehrenmitgliedsurkunde der Kameradschaft ehemaliger Angehöriger der Torpedo- und Ubootswaffe Wilhelmshaven | 14.10.35 |
| 67 | Ehrenmitgliedsurkunde des Bundes der Kameraden des ehemaligen 8. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 70 | 01.01.36 |

NL Scheuer

61	Saar-Verein	–
----	-------------	---

NL Schmelzer

7	Gründung eines Bürgerausschusses	Nov. 1928
20	Saarkundgebung am Niederwalddenkmal am 27. August 1933	27. Aug. 1933

Bibliothek

K 62/ 1134	Fritz HELLWIG/ Karl OLLMERT: Die Saar unter Fremdherrschaft. Eine Chronik der Tatsachen, Saarbrücken 1934 f.
---------------	--

Bildersammlung

762-2; HV 783-1; HV 783-8; HV 784-1; HV 785-2; HV 786-1; –
HV 789; HV 790-1; HV 799-1; HV 817-2; HV 822-1a; HV
822-12; HV 823; HV 824

2.9.2 Stadtarchiv Saarbrücken (StA Saarbrücken)**Alt-Saarbrücken**

1728	Nationalliberaler Verein für den Kreis Saarbrücken	1885
------	--	------

Großstadt

797	Beteiligung der Stadt an der Herausgabe einer Werbeschrift durch den Saar-Verein	1928–1929
801	Kreis-Krieger-Verband Saarbrücken	1918
802	Bund der Saarvereine	1927–1928
885	Lloyd-Dampfer „Saarbrücken“	1923
1070	Bestrafung und Ausweisung Saarbrücker Bürger	Aug. 1920
1552	Heimatdienst, Aufklärung	1918
2073	Beteiligung der Stadt an der Saarforschungsgemeinschaft	1927–1935
2264	„Technische“ Einzelheiten der Abstimmung	1934–1935
2271	Rekurse von Verwaltungsdirektor Theodor Vogel vom Saar-Verein zu Berlin und von Heinrich Schloßer zu Linz/Do. wegen ihrer Abstimmungsberechtigung	1934–1935
2862	Rundschreiben des Saar-Vereins	1931
2874	Beiträge des OB über die Gemeinden des Saargebietes	1927–1928
2910	Aufenthalt einer Delegation der Stadt Saarbrücken in Bremen anlässlich des Stapellaufs des Lloyd dampfers „Saarbrücken“ am 28. Juni 1923	1924
2938	Korrespondenz mit Verbänden, Vereinen, Institutionen und Organisationen	1922–1934
2944	Korrespondenz mit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zu Berlin und deren Geschäftsführer Theodor Vogel	1931–1934
2958	Schreiben der Stadtverordneten Theodor Vogel und Dr. Zillessen an den Komm. Bürgermeister August Klein über ihre Ausweisung aus dem Saargebiet	Mai – Sept. 1919
2967	Einsprüche und Rekurse wegen der Eintragung in die Liste der Abstimmungsberechtigten	1934–1935

3147	Öffentliche Feier, Tagungen, Repräsentation der	Bd. 2: Feb. 1933 – April 1934
3149	Stadt, Glückwünsche und Adressen der Stadt an In-	Bd. 4: Juni 1934 – Juli 1935
3156	stitutionen und Personen	Bd. 11: März 1936; Sept. 1937 – Juni 1938
3199	Pflege und Förderung des Volkstums an der Saar	1930–1933
3322	Vereinsbeiträge und Beihilfen. Einzelfälle	Nov. 1933 – Feb. 1941
3323	Schriftwechsel mit dem Deutschen Städte- bzw. Gemeindetag wegen der Mitgliedschaft in einzelnen Vereinen und Verbänden	1931–1938
3899	Werbungsmaßnahmen für die Saarkundgebung am Niederwald-Denkmal	Juli – Aug. 1933
3906	–	1935
5871	–	1914–1919

Handbibliothek

453/76	Johannes HOFFMANN: Journalistische Erfahrungen im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Vortrag vor den Studenten des Instituts für Zeitungswissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München am 18. November 1965.
--------	--

2.9.3 Saarlandmuseum, Saarbrücken

Bestand SM

5	Diverser Schriftwechsel	März 1951 – Dez. 1951
42	Diverser Schriftwechsel	Jan. 1931 – Dez. 1931
45	Diverser Schriftwechsel	April 1935 – Nov. 1936
46	Diverser Schriftwechsel	Nov. 1937 – Dez. 1938

2.10 SACHSEN:

2.10.1 Hauptstaatsarchiv Dresden (HStA Dresden)

10717 Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten

1690/2	Die Saarausstellung	1930–1934
--------	---------------------	-----------

2.10.2 Stadtarchiv Leipzig (StA Leipzig)

Kap. 35 Vereine, Innungen, Genossenschaften

1252	Den Ausschuß für den Saargebietsschutz und den Saarverein betreffend	Bd. 1: 1919 ff. Bd. 2: 1928 Bd. 3: 1931 ff.
------	--	---

Gemeinderat Knautnaundorf

4	Volksbegehren und Volksentscheid	1926–1934
---	----------------------------------	-----------

2.11 THÜRINGEN:

2.11.1 Stadtarchiv Weimar (StA Weimar)

Stadtverwaltung 1919–1945

12/0-00-9	Volksabstimmung Saargebiet	1925–1934
-----------	----------------------------	-----------

3. ARCHIVE IM AUSLAND

3.1 Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris (MAE)

Série A Paix 1914–1920

- | | | |
|----|--|-----------|
| 59 | Notes et études sur les conditions de la paix et les clauses à insérer dans les traités de paix. Clauses concernant la France (1917-1919) | 1918–1919 |
| 60 | Notes et études sur les conditions de la paix et les clauses à insérer dans les traités de paix. Clauses concernant l'Allemagne, la Belgique et l'Autriche-Hongrie | 1917–1919 |

Série Société des Nations, Sous-Série IG Sarre 1920–1940

- | | | |
|-----|-------------|-------------------------|
| 666 | Généralités | 1921–1922 |
| 671 | Généralités | 1927, oct. – 1928, déc. |

Série Z Europe, Sous-Série Allemagne 1918–1929

- | | | |
|-----|------------------------------------|--------------------------|
| 228 | Revision du traité de Versailles | 1920–1929 |
| 342 | Associations politiques | 1922, janv. – 1925, fév. |
| 343 | | 1925, mars – sept. |
| 344 | | 1925, oct. – 1926, mai |
| 345 | | 1926, juin – 1929, déc. |
| 415 | Propagande allemande. Heimatdienst | 1919, oct. – 1920, déc. |
| 416 | | 1921, janv. – 1928, juin |

Série Z Europe, Sous-Série Rive gauche du Rhin 1918–1929

- | | | |
|-----|----------------------|--------------------------|
| 194 | Propagande allemande | 1921, janv. – 1922, fév. |
| 195 | | 1922, mars – sept. |
| 196 | | 1922, oct. – 1924, sept. |
| 197 | | 1924, oct. – 1926, avril |
| 198 | | 1926, mai – 1928, mai |
| 199 | | 1928, juin – 1929, déc. |

Série Z Europe, Sous-Série Rive gauche du Rhin 1930–1940

- | | | |
|-----|---|---------------------------|
| 258 | Évacuation des 2 ^e et 3 ^e zones | 1930, 1er janv. – 15 juin |
| 288 | Propagande allemande | 1930 |

Série Z Europe, Sous-Série Ruhr 1918–1929

- | | | |
|----|--|---------------------------------|
| 42 | Manifestations en Allemagne contre la France à l'occasion de l'occupation de la Ruhr | 1922, 4 nov. – 1923, 20 fév. |
| 43 | | 1923, 21 fév. – 31 mai |
| 44 | | 1923, 1er juin – 1925, 15 sept. |

Série Z Europe, Sous-Série Sarre 1918–1929

- | | | |
|----|-----------------|---------------------------|
| 1 | Dossier général | 1916, juin – 1920, fév. |
| 2 | | 1920, mars – 1921, avril |
| 3 | | 1921, mai – oct. |
| 4 | | 1921, nov. – 1922, janv. |
| 5 | | 1922, 1er janv. – 14 mai |
| 6 | | 1922, 15 mai – 15 déc. |
| 7 | | 1923, 1er janv. – 15 mai |
| 8 | | 1923, 16 mai – 15 juin |
| 11 | | 1924, 1er janv. – 30 nov. |
| 13 | | 1926, janv. – 1927 août |

14	Dossier général	1927, sept. – 1929, mai
19	Plébiscite	1921, nov. – 1928, déc.
115	Propaganda allemande	1919, oct. – 1922, juin
116		1922, juil. – 1926, déc.
117		1927–1929
149	Service de la Sarre	1920–1923
150		1924–1925
Série Z Europe, Sous-Série Sarre 1930–1940		
208	Dossier général	1930–1932
217		1934, 10 déc. – 1935, 13 janv.
236	Organisation du Plébiscite	1933, 7 nov. – 1934, 19 avril
238		1934, 1er juil. – 19 oct.
243	Transport des votants sarrois	1934, août – 1935, nov.
280	Propaganda allemande	1930, 24 août – 1933, 9 août
281		1933, 10 août – 1934, 27 juin
282		1934, 1er août – 1935, 21 fév.
302	Propaganda française	1932, janv. – 1933, mai
306		1934, août – 1935, déc.
Série Relations Commerciales Sous-Série C Sarre		
3	Affaires générales. Comité de la Sarre. Information politique et économique	1929–1935
4	Affaires générales. Comité de la Sarre. Information politique et économique. Plébiscite	1932–1935
PA-AP 212: Papier Larras		
1	Plébiscite sarrois	1921–1934
2		1934–1939
3	Plébiscite sarrois. Documentation. Tracts	–
3.2 Centre des Archives Diplomatiques de Nantes (C.A.D.N.)		
Ambassade de France à Berlin, Série B		
353	Correspondance de Dusseldorf, Francfort	1920–1933
355	Correspondance de Stuttgart	1920–1933
458	Politique extérieur allemande	1925–1931
603	Sarre. Dossier général. Plébiscite. Frontières, etc.	1920–1926
604	Sarre. Commission de gouvernement. Charbons et Mines. Divers	1921–1925
605	Dossier général	1926–1930
641	Contrôle militaire. Sociétés secrètes. Organisation Consul	1920–1925
671	Sarre	1934, janv. – juin
672		1934, juil. – nov.
Consulat de France à Munich, Série A		
46	Correspondance générale sur les pays occupés: Sarre	1920–1926
85	Hitlérisme et Sarre	1934–1936
Consulat de France à Sarrebruck, Série A		
1	Télégrammes	1934, nov. – 1935, mai

Ambassade de France à Madrid, Série C

193	Mandats: Sarre	1920, 30 août – 1935, 2 mars
-----	----------------	------------------------------

3.3 Archives Nationales (AN)**Série AJ⁹: Haute Commission interalliée de Rhénanie**

683	Associations. Négociations	1925–1928
2905	Propagande	1918–1920
2906	Propagande	1918–1920
3154	Propagande allemande	–
3155	Associations	–
3156		–
3157		–
3158		–
3159	Propagande allemande	–
3160		–
3163		–
3164		–
3165		–
3166		–
3167		–
3168		–
6330	Propagande allemande	–
6331		–
6332		–
6333		–
6334		–
6335		–
6336		–

Série AJ³⁰: Administration provisoire de l'Alsace-Lorraine après 1914

228	Affaires politiques. Incidents. Propagande anti-française	1922–1925
-----	---	-----------

Série F⁷: Police Générale

13.471	Sarre. Agitation pro-allemande, communisme, nazisme	1926–1929
13.472	Sarre. Agitation pro-allemande, communisme, nazisme	1930–1934
	Avant le plébiscite	1934, oct. – 1935, janv.

Série F¹⁰: Agriculture

2069	Documentation sur les produits agricole. Sarre. Questions frontalières	1929–1935
------	--	-----------

Série F¹⁴: Travaux Publics

18.206	Personnel des Mines. Réponses à des requêtes particulières émanant du personnel	1920–1934
--------	---	-----------

3.4 Archives du Service Historique de l'Armée de Terre (Archives de S.H.A.T.)**6 N Fonds Clemenceau**

83 Négociations avec les associations 1925–1928

7 N État-Major de l'Armée (E.M.A.)

2635 Divers 1922–1932

2639 Sarre 1923–1935

3.5 Archives de la Société des Nations (Arch. SDN)**Reg 1919–1927, Sous-Section Saar Basin**

R 90 Saar Basin Administrative Commission –

R 91 Saar Basin Administrative Commission –

R 92 Saar Basin Administrative Commission –

R 96 Saar Basin Administrative Commission –

R 100/ 5895 Grèves dans le territoire de la Sarre –

R 102/ 11.348 Monsieur Rault, President of the Saar Basin
Governing Commission –

R 102/ 11.557 Deportation of Dr. Franz Faber by the Saar
Basin Governing Commission –

R 105/ 15.915 Publications of the Saar Verein in Berlin –

R 118/ 60.762 7ème session de l'union des associations sar-
roises 1927

R 118A Saar Plebiscite: Preliminary measures 1922

R 119 Saar Plebiscite: Preliminary measures 1922

R 120 Saar Plebiscite 1935 1924

R 121/ 33.634 Plebiscite archives – quarterly reports from
local offices 1924

Reg 1928–1932, Sous-Section Saar Basin

1926/ 2541 Supply of documents by the „Saar Verein“ 1928

Reg 1933–1946, Sous-Section Saar Basin

3722/ 1185 Governing Commission –

3739/ 11.338 Correspondance with the Association françai-
se de la Sarre, Paris 1934

Commission Files: Commission de Gouvernement de la Sarre

C 338/ 130 Rapports à la Commission du Gouvernement 1932

C 338/ 140 Rapports à la Commission du Gouvernement 1933

C 338/ 152 Rapports à la Commission du Gouvernement 1934

C 338/ 153 Rapports à la Commission du Gouvernement 1934

C 338/ 154 Rapports à la Commission du Gouvernement 1934

C 385 Correspondance avec le Ministère des Affaires Étran-
gères, Paris 1924

C 396 Correspondance avec le Ministère des Affaires Étran-
gères, Berlin 1920

Section Files: Administrative Commission

S 317/ 1–4 Plébiscite 1931–1934

S 319/ 8 Plébiscite 1920–1929

Historical Collection and Museum items

Box 4 Printed Materials and Musical Compositions –

1.2 Veröffentlichte Quellen

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945.

Serie A: 1918–1925

Bd. I: 9. November 1918 bis 5. Mai 1919, Göttingen 1982.

Bd. III: 1. Januar bis 30. September 1920, Göttingen 1985.

Bd. X: 7. April bis 4. August 1924, Göttingen 1992.

Bd. XI: 5. August bis 31. Dezember 1924, Göttingen 1993.

Serie B: 1925–1933

Bd. I/1: Dezember 1925 bis Juli 1926, Göttingen 1966.

Bd. I/2: August bis Dezember 1926, Göttingen 1968.

Bd. VIII: 1. Januar bis 30. April 1928, Göttingen 1976.

Bd. IX: 1. Mai bis 30. August 1928, Göttingen 1976.

Bd. X: 1. September bis 31. Dezember 1928, Göttingen 1977.

Bd. XX: 1. März bis 15. August 1932, Göttingen 1983.

Serie C: 1933–1937. Das Dritte Reich. Die ersten Jahre

Bd. I/1: 30. Januar bis 15. Mai 1933, Göttingen 1971.

Bd. I/2: 16. Mai bis 14. Oktober 1933, Göttingen 1971.

Bd. II/1: 14. Oktober 1933 bis 31. Januar 1934, Göttingen 1973.

Bd. II/2: 1. Februar bis 13. Juli 1934, Göttingen 1973.

Bd. III/1: 14. Juli bis 31. Oktober 1934, Göttingen 1973.

Bd. III/2: 1. November 1934 bis 30. März 1935, Göttingen 1973.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Scheidemann. 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearb. von Hagen SCHULZE, Boppard 1971.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Fehrenbach. 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921, bearb. von Peter WULF, Boppard 1972.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Luther I und II. 15. Januar 1925 bis 20. Januar 1926. 20. Januar 1926 bis 17. Mai 1926, 2 Bde., bearb. von Karl-Heinz MINUTH, Boppard 1977.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Marx III und IV. 17. Mai 1926 bis 29. Januar 1927. 29. Januar 1927 bis 29. Juni 1928, 2 Bde., bearb. von Günter ABRAMOWSKI, Boppard 1988.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II. 28. Juni 1928 bis 27. März 1930, 2 Bde., bearb. von Martin VOGT, Boppard 1970.

Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler. Teil I: 1933/34, Bd. 1: 30. Januar bis 31. August 1933, Bd. 2: 12. September 1933 bis 27. August 1934, bearb. von Karl-Heinz MINUTH, Boppard 1983; Teil II: 1934/35, Bd. 1: August 1934 – Mai 1935, bearb. von Friedrich HARTMANNGRUBER, München 1999.

BOHRMANN, Hans/ TOEPSER-ZIEGERT, Gabriele (Hrsg.): NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation, Bd. 1: 1933, München 1984. Bd. 2: 1934, München 1985. Bd. 3/I: 1935, München 1987.

- Die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, hrsg. von Eduard HEILFRON, Bde. 1–5, Berlin 1921.
- Documents diplomatiques français sur l'Allemagne 1920, hrsg. von Stefan MARTENS/ Martina KESSEL. Bd. 1: 9. Januar – 30. Juni, Bonn – Berlin 1992 [Pariser Historische Studien; 33/1].
- Der Friedensvertrag von Versailles. Unter Hervorhebung der abgeänderten Teile mit Inhaltsaufbau, Karten und Sachregister, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes, Berlin 1919.
- GOEBBELS, Joseph: Tagebücher 1924–1945, hrsg. von Ralf Georg REUTH, Bd. 1: 1924–1929, Bd. 3: 1935–1939, München - Zürich 1992.
- GRIMM, Friedrich: Frankreich-Berichte 1934 bis 1944, Bodman 1972.
- HEIBER, Helmut (Hrsg.): Goebbels-Reden, Bd. 1: 1932–1939, Düsseldorf 1971.
- HEYEN, Franz-Josef: Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier, Boppard 1967.
- HOFER, Walther (Hrsg.): Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945, Frankfurt am Main 1982.
- Journal Officiel, hrsg. von der Société des Nations, 1 (1920) – 16 (1935).
- KLEIN, Hanns: Preußens Ende an der Saar. Das persönliche Kriegstagebuch des Generalleutnants Fritz von Unger, des letzten Kommandierenden Generals des Saarbrücker Generalkommandos XXI./XVI. Armee Korps von Januar bis November 1918, in: Irmtraud EDERSTEIN [u.a.] (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte von Gewerbe, Industrie und Verwaltung im Westrich und an der Saar. Für und mit Hanns KLEIN aus Anlaß seines 75. Geburtstages, St. Ingbert 1995, S. 363–411.
- KLEMPERER, Victor: Tagebücher 1935–1936, Bd. 2, hrsg. von Walter NOWOJSKI/ Hadwig KLEMPERER, Berlin 1999.
- KNIPPING, Franz (Hrsg.): Das System der Vereinten Nationen und seine Vorläufer. Bd. 2: Vorläufer der Vereinten Nationen. 19. Jahrhundert und Völkerbundszeit, München 1996.
- Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38, bearb. von Gerhard SCHULZE. Bd. 11: 14. November 1918 bis 31. März 1925, Hildesheim [u.a.] 2002 [Acta Borussica, NF].
- Réglement pour le vote plébiscitaire dans le Territoire du Bassin de la Sarre du 7 juillet 1934/ Wahlordnung für die Volksabstimmung im Saarbeckengebiet vom 7. Juli 1934, Saarbrücken 1934.
- Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1919/I; 1934/I; 1935/I.
- TREUE, Wilhelm: Rede Hitlers vor der deutschen Presse, in: VjhZG 6 (1958) 2, S. 175–191.
- Urkunden zum Friedensvertrage von Versailles vom 28. Juni 1919, zusammengestellt von Herbert KRAUS/ Gustav RÖDIGER, 2 Bde, Berlin 1920 f.
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. von Herbert MICHAELIS/ Ernst SCHRAEPLER, Bd. 6: Die Weimarer Republik. Die Wende der Nachkriegspolitik 1924–1928. Rapallo - Dawesplan - Genf, Berlin 1961.
- Bd. 10: Das Dritte Reich. Die Errichtung des Führerstaates. Die Abwendung von dem System der kollektiven Sicherheit, Berlin 1965.

2. Darstellungen

2.1 Bibliographien

- BOHLENDER, Rolf (Bearb.): Bibliographie der Pfalz und des Saarlandes, hrsg. von der Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, Speyer 1927–1950.
- CARTELLIERI, Walter: Verzeichnis der Saardissertationen, Berlin 1933.
- Die deutsche Saar, in: Mitteilungen der Pfälzischen Landesbibliothek Speyer N. F. 2 (1935).
- GÖRGEN, Josef M.: Die Saarliteratur von 1920–1930, in: SF 11 (1930) 9, S. 165–168; SF 11 (1930) 11, S. 198 f.; SF 11 (1930) 12, S. 213 ff.
- HELLWIG, Fritz: Die Saarliteratur Frankreichs und des übrigen Auslandes von 1914–1935, Kaiserslautern 1937.
- HERRMANN, Hans-Walter: Literatur zur frühen Nachkriegsgeschichte des Saarlandes 1945–1957, in: Revue d'Allemagne 18 (1986), S. 115–142.
- KOCH, Walther: Verzeichnis des Schrifttums über das Saargebiet seit 1929 und der wichtigsten vorher erschienenen Literatur, in: Adolf GRABOWSKY/ Georg Wilhelm SANTE (Hrsg.): Grundlagen des Saarkampfes. Handbuch zur Volksabstimmung, Berlin 1934, S. 339–359.
- MENYESCH, Dieter/ MANAC'H, Bérénice: France - Allemagne. Deutschland - Frankreich. Bibliographie, Bd. 1: 1963–1982, München 1984, Bd. 2: 1983–1990, München 1994.
- NIESSEN, Josef: Das Saargebiet. Literaturbericht 1928/29, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 1 (1931) 1, S. 78–84.
- REISMÜLLER, Georg/ HOFMANN, Josef: Zehn Jahre Rheinlandbesetzung. Beschreibendes Verzeichnis des Schrifttums über die Westfragen mit Einschluß des Saargebietes und Eupen-Malmedy, Breslau 1929.
- Saarländische Bibliographie. Saarbrücken 1964 –.

2.2 Zeitgenössische Literatur

- ALLOT, Alexandre: Le Bassin de la Sarre. Organisation politique et administrative. Finances – Douanes, Paris 1924.
- ANDRES, Otto: Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft. Sonderdruck aus: Hochland 22 (1925) 1, Berlin 1925.
- : Grundlagen des Rechtes im Saargebiet, Berlin 1926 [Völkerrechtsfragen; 13].
- : Die Saarfrage, Langensalza 1928 [Schriften zur politischen Bildung; 7].
- : Recht und Saargebiet, in: Fritz KLOEVEKORN (Hrsg.): Das Saargebiet. Seine Struktur, seine Probleme, Saarbrücken 1929, S. 439–467.
- : Die Bedeutung der Zeitschranke in der Regierungsordnung des Saargebietes, in: Adolf GRABOWSKY/ Georg Wilhelm SANTE (Hrsg.): Die Grundlagen des Saarkampfes. Handbuch zur Volksabstimmung, Berlin 1934, S. 175–185.
- ANSCHÜTZ, Hugo: Der Kampf der Saarbeamten unter der Völkerbundsregierung, Frankfurt am Main 1922.
- BALDAUF, Heinrich: Fünfzehn Jahre publizistischer Kampf um die Saar, Saarbrücken 1934 [Zeitung und Leben; 16].
- BALK, Theodor: Hier spricht die Saar. Ein Land wird interviewt, Ndr. St. Ingbert 1984.

- BÄREND, Werner: Das Verhältnis von Verein und Ortsgruppe, Freiburg 1927.
- BARTH, Eugen: Die französische Währungs- und Zollpolitik im Saargebiet und ihre Auswirkungen auf die saarländischen Wirtschaftsverhältnisse, Erlangen 1924.
- BARTZ, Karl: Weltgeschichte an der Saar, Neustadt an der Haardt 1935.
- Die Bevölkerung des Saargebietes nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 19.7.1927, hrsg. vom Statistischen Amt der Regierungskommission des Saargebietes. Bd. 1, Saarbrücken 1930.
- BOEHM, Max Hildebert: Die nationale Bedeutung des deutschen Vereinswesens, in: Hans PRAESENT (Hrsg.): Die Verbände des Deutschen Schutzbundes und ihre Veröffentlichungen, Berlin 1928, S. 11–19.
- BONGARD, Hans: Das Kulturleben an der Saar, in: Fritz KLOEVEKORN (Hrsg.): Das Saargebiet. Seine Struktur, seine Probleme, Saarbrücken 1929, S. 409–438.
- : Grundlinien deutscher Kulturpolitik an der Saar, in: Adolf GRABOWSKY/ Georg Wilhelm SANTE (Hrsg.): Die Grundlagen des Saarkampfes. Handbuch zur Volksabstimmung, Berlin 1934, S. 307–336.
- BOURSON, Paul: Autour de la question sarroise, Strasbourg 1930.
- BRAUN, Matthias: Saar und Völkerbund, in: Georg Wilhelm SANTE (Hrsg.): Die Saarfrage, Saarbrücken 1931, S. 77–84.
- BRINGOLF, Hans: Der Lebensroman des Leutnants Bringolf sel., Zürich 1927.
- BRITTEN, Felix: Die Treuhänderschaft des Völkerbundes gegenüber dem Saargebiet. Ihre Organisation und ihre Funktionen auf legislatorischem Gebiete, Münster 1923.
- BROC, Maurice: La police internationale de la Sarre, in: Revue de la Gendarmerie 8 (1935), S. 258–269.
- BRUCH, Ludwig: Die Franzosen im Saargebiet. Erinnerungen an die ersten saarländischen Besatzungsjahre, Saarbrücken 1934.
- BRÜCKNER, Ekkart: Die völkerrechtliche Stellung des Gebietes, der Einwohner und der Staatsgewalt im Saargebiet 1919–1934, Marburg 1935.
- BRÜHL, Jakob Friedrich: Die Rechtslage des Saargebiets vor der Abstimmung und die Abstimmungsberechtigung im Saargebiet, Gießen 1934.
- BRUNS, Viktor: Die Volksabstimmung im Saargebiet, Berlin 1934 [Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht; 22].
- BÜRCKEL, Josef: „Wir wollen den Frieden, sie leben vom Haß“, in: DERS./ Jakob PIRRO/ Gustav SIMON (Hrsg.): Kampf um die Saar, Stuttgart - Berlin 1934, S. 401–423.
- BUMILLER, J. M.: Die völkerrechtliche Stellung der fremden Truppen im Saargebiet, Berlin – Leipzig 1928 [Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht; 8].
- CAPOT-REY, Robert: Quand la Sarre était française, Paris 1928 [Les Cahiers Rhénans; 7].
- : La région industrielle Sarroise. Territoire de la Sarre et Bassin Houiller de la Moselle, Paris 1934.
- CARTELLIERI, Walther: Die Eisenindustrie an der Saar, in: Fritz KLOEVEKORN (Hrsg.): Das Saargebiet. Seine Struktur, seine Probleme, Saarbrücken 1929, S. 223–262.
- : Das „Saargebiet“ in Zahlen, in: Adolf GRABOWSKY/ Georg Wilhelm SANTE (Hrsg.): Grundlagen des Saarkampfes. Handbuch zur Volksabstimmung, Berlin 1934, S. 83–90.
- : Wirtschaftskunde des Saargebietes, Saarlouis ³1934.
- DACH, Walter: Volksgenosse Müller II. Erzählungen der Arbeit, Berlin 1935.

- DEBUSMANN, Ernst: Die Saar. Deutschlands treuestes und darum liebstes Kind, Bielefeld - Leipzig 1934.
- DELGES, S. A.: Stimmen der Saar zum Befreiungskampf der Saardeutschen, Saarbrücken 1933. Das deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin 1934.
- Die deutsche Saar. Zur Ausstellung in Köln vom 26. Aug[ust] – 30. Sept[ember] 1934, Saarbrücken 1934.
- DILL, Liesbet: Wir von der Saar, Stuttgart 1934.
- DRAEGER, Hans (Hrsg.): Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände 1921–1931, Berlin 1931.
- ECKLER, Otto: Verwaltungsdirektor Theodor Vogel. Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und Gründer des Bundes der Saarvereine, in: Theodor VOGEL (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 31 ff.
- : Die Ausweisungen aus dem Saargebiet, in: Theodor VOGEL (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 211–217.
- Ehren-Tafel treubewährter Helfer und Mitarbeiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, des Bundes der Saarvereine, seiner Landes- und Ortsgruppenleiter im Deutschen Saarabwehrkampf 1918–1935, in: Theodor VOGEL (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 351–390.
- EMMRICH, Franz: Die Nachkriegsentwicklung der Eisen-Industrie im Saargebiet (eine volkswirtschaftliche Studie), Neunkirchen 1931.
- FISCHER, Aloys: Einführung in den Heimatgedanken, München 1930.
- FISCHER, E. W.: Die Verhandlungen über die Saarfrage auf der Pariser Friedenskonferenz, Berlin 1924 [Schriftenreihe der Preußischen Jahrbücher; 17].
- FITTOGEN, Gottfried: Die französischen Schulen im Saargebiet. Eine Studie, Berlin 1925 [Rheinische Schicksalsfragen; 4].
- FRANK, Reinhard: Das Saargebiet im Friedensschluß. The Saar-District at the conclusion of peace. Le Bassin de la Sarre au Traité de Paix, München 1919.
- Franzosen sprechen über die Saar. Politische, wissenschaftliche und publizistische Stimmen zur Saar- und Rheinpolitik von 1444 bis 1934, zusammengestellt von Martin HEROLD und Josef NIESSEN, Köln 1935.
- Die französischen Domanienschulen im Saargebiet. Denkschrift der III. Lehrerkammer für das Saargebiet, Saarbrücken 1929.
- Führer durch das industrielle Saargebiet, bearbeitet von der Handelskammer zu Saarbrücken, Saarbrücken³1934.
- GABEL, Karl Alfred: Kämpfe und Werden der Hüttenarbeiter-Organisationen an der Saar, Saarbrücken 1921.
- GEBELEIN, Gauthier: La France et le problème sarrois, Paris 1940.
- Gegen Frankreichs Anspruch auf Pfalz und Saarbecken. Protestkundgebung von Lehrkörper und Studentenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1. März 1919, Heidelberg 1919.
- GEIERSBACH, Horst: Staatsangehörigkeitsfragen im Saargebiet, Göttingen 1934.
- GEIMER, Alexander: Die völkerrechtliche Stellung des Saargebietes unter besonderer Berücksichtigung der ausländischen Literatur, Saarbrücken 1931.
- Geschäftsbericht 1934/35 der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin, Berlin 1935.
- GIERBERG, Walter: Die Saarlüge, Berlin⁴1934.
- GÖRGEN, Josef M.: Die Volksabstimmung im Saargebiet. Eine historisch politische Studie, München 1927.

- GRIMM, Friedrich: Frankreich an der Saar. Der Kampf um die Saar im Lichte der historischen französischen Rheinpolitik, Hamburg 1934.
- GROSS, Hermann: Die saarländische Landwirtschaft, in: Josef BÜRCKEL/ Jakob PIRRO/ Gustav SIMON (Hrsg.): Kampf um die Saar, Stuttgart - Berlin 1934, S. 217–266.
- GROTEN, Curt: Urkunden zur Entstehungsgeschichte des Saarstatuts, in: Adolf GRABOWSKY/ Georg Wilhelm SANTE (Hrsg.): Grundlagen des Saarkampfes. Handbuch zur Volksabstimmung, Berlin 1934, S. 374–379.
- : Das Regierungssystem des Saargebiets, in: Josef BÜRCKEL/ Jakob PIRRO/ Gustav SIMON (Hrsg.): Kampf um die Saar, Stuttgart - Berlin 1934, S. 113–157.
- : Die Volksabstimmung im Saargebiet. Eine völkerrechtliche Studie in allgemeinverständlicher Bearbeitung, Berlin 1934.
- (Hrsg.): Kommentar zu den Abstimmungsvorschriften des Saargebietes, Saarbrücken 1934.
- Die Grundlagen der Rückgliederung des Saargebietes. Der Völkerbundsbericht vom 5. Dezember 1934, bearb. und hrsg. von Curt GROTEN, Saarbrücken 1935.
- GUILLAUME, Marin: Der technische Betrieb der Saargruben unter der französischen Verwaltung, Saarlouis 1934.
- HADAMOVSKY, Eugen: Propaganda und nationale Macht. Die Organisation der öffentlichen Meinung für die nationale Politik, Oldenburg 1933.
- Handel und Industrie im Saargebiet, Saarbrücken [u.a.] 1924.
- HEISS, Friedrich: Das Saarbuch. Schicksal einer deutschen Landschaft, Berlin 1935.
- HELLWIG, Fritz: Der Kampf um die Saar 1860–1870. Beiträge zur Rheinpolitik Napoleons III., Leipzig 1934 [Mitteilungen des Historischen Vereins für die Saargegend; 20].
- : Einführung in die Saarfrage, Leipzig 1934.
- : Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg (1836–1901), Heidelberg – Saarbrücken 1936.
- : Das Saarwirtschaftsarchiv. Werdegang und Aufgaben, Völklingen - Saarbrücken 1938 [Saar- Wirtschaftsfragen; 6].
- HEROLD, Martin/ NIESSEN, Josef/ STEINBACH, Franz: Geschichte der französischen Saarpolitik, Bonn 1934.
- HERR, Gustav/ JAHNS, Heinrich: Die Kohlenlagerstätte und der Bergbau an der Saar, in: Fritz KLOEVEKORN (Hrsg.): Das Saargebiet. Seine Struktur, seine Probleme, Saarbrücken 1929, S. 149–221.
- HITLER, Adolf: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band, München ^{509–513} 1939.
- HOFFMANN, Heinrich (Hrsg.): Hitler holt die Saar heim, Berlin 1938.
- HOFFMANN, Wilhelm: Die Ideenwelt der mehrheitssozialistischen Bergarbeiterschaft im Saargebiet, Bonn 1923.
- HÖLZLE, Erwin: Die Saarentscheidung auf der Pariser Friedenskonferenz, Stuttgart 1935.
- HÜLCHRATH, Erwin: Rheinlandnot. Die Nöte und Leiden der Rheinlande (Rheinprovinz, Westfalen, Nassau, Saargebiet, Rheinlandpfalz, Rheinhessen, Birkenfeld und Kehl), Berlin 1923.
- JACOB, Alfred-Helmut: Das Ende des Separatismus in Deutschland. Dargestellt am Abwehrkampf der deutschen Publizistik in der Pfalz und an der Saar 1919 bis 1935, Berlin 1940.
- Jahres-Rückschau und Tätigkeits-Bericht der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des „Bundes der Saarvereine“ für das Jahr 1928, Berlin 1929.
- Jahresbericht 1931 des „Bundes der Saarvereine“ und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin 1932.

- Jahres-Bericht 1932 über die Arbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ für die Deutscherhaltung des Saargebiets, Berlin 1933.
- Jahresbericht 1933 über den deutschen Saarfreiheitskampf des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin, Berlin 1934
- KADEN, Erich-Hans/ SPRINGER, Max: Der politische Charakter der französischen Kulturpropaganda am Rhein auf Grund authentischer Dokumente, Berlin 1924.
- VON DER KALL, Max: Das Saargebiet in der Politik der Gegenwart, in: Fritz KLOEVEKORN (Hrsg.): Das Saargebiet. Seine Struktur, seine Probleme, Saarbrücken 1929, S. 469–548.
- : Versailles – das Schicksal des Saargebietes, in: Fritz KLOEVEKORN (Hrsg.): Deutsches Land – Deutsches Volk. Ein Buch von der Saar, Frankfurt am Main 1934, S. 88–93.
- Der Kampf um die deutsche Saar! Aufruf an die deutschen Hochschulen und die Deutschen Studentenschaften! An die akademische Jugend des gesamten deutschen Sprachgebietes!, hrsg. vom Bund und Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin 1932.
- KARIUS, Matthias: Zur Sozialpolitik im Saargebiet, in: Fritz KLOEVEKORN (Hrsg.): Das Saargebiet. Seine Struktur, seine Probleme, Saarbrücken 1929, S. 345–387.
- KEYNES, John Maynard: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, München – Leipzig 1920.
- KIEFER, Peter: Der Saarbergmann, in: Adolf GRABOWSKY/ Georg Wilhelm SANTE (Hrsg.): Die Grundlagen des Saarkampfes. Handbuch zur Volksabstimmung, Berlin 1934, S. 295–303.
- KIRSCHWENG, Johannes: Das wachsende Reich, Bonn 1935.
- KLOEVEKORN, Fritz: Zur politischen Geschichte des Saargebietes: Preußischer Gebietsteil, in: DERS. (Hrsg.): Das Saargebiet. Seine Struktur, seine Probleme, Saarbrücken 1929, S. 67–119.
- : Deutsches Land - Deutsches Volk. Ein Buch von der Saar, Frankfurt am Main 1934.
- : Saarland? Deutsches Land!, Berlin - Leipzig 1934.
- KÖNIG, Josef Karl: Die Einwirkung der französischen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen auf die Psyche der Saarbergarbeiter, Köln 1924.
- KORBACH, M.: Saarloch will heim! Roman aus dem Saargebiet, Königsbrück i. Sa. 1934.
- KRAUSE-WICHMANN, Georg: Arbeiterverhältnisse im Saargebiet vor und nach dem Kriege, Gießen 1923.
- KRONHAUSEN, Eberhard: Saarloch im Kampf. Stellung und Bedeutung des Saargebietes im Volksstaat, Stuttgart - Berlin - Leipzig 1934.
- KURZ, Hermann: Das Standortsproblem der saarländischen Eisenindustrie vor und nach der Rückgliederung des Saargebietes, München 1940.
- LANGE, Friedrich (Bearb.): Deutsch die Saar! Übersichtskarte des Saargebiets mit Darstellung der Kohlenvorkommen und statistischen Angaben, Berlin 1934.
- LEHMANN, Werner: Abriß der Wirtschaftsgeschichte des Saargebietes. Teil I, Saarbrücken 1925 [Unsere Saarheimat; 9].
- VON LOESCH, Karl Christian: Der Deutsche Schutzbund und seine Verbände, in: Hans PRAESENT (Hrsg.): Die Verbände des Deutschen Schutzbundes und ihre Veröffentlichungen, Berlin 1928, S. 1–10.
- LOESCH, Karl Christian/ VON UNGER, Fritz: Zehn Jahre Deutscher Schutzbund, in: Deutscher Schutzbund 1919–1929, Berlin 1929, S. 9–37.
- LÜTKE, Albert (Hrsg.): Die Währungsverordnung und die Umstellungsbestimmungen für das Saargebiet vom 18. Mai 1923, Saarbrücken [u.a.] 1923.
- MAISCH, Louis: Zum Verständnis für das Saargebiet und zur Verständigung, Solothurn 1933.

- MARTIN, Wilhelm: Die französische Schule im Saargebiet, in: Josef BÜRCKEL/ Jakob PIRRO/ Gustav SIMON (Hrsg.): Kampf um die Saar, Stuttgart - Berlin 1934, S. 317–326.
- MARVAUD, Angel: Le Territoire de la Sarre. Son évolution économique et sociale, Paris 1924. Die Maßnahmen der Deutschen Regierung für das Saargebiet, o.O. [ca. 1934].
- MAYER, Fritz: Französische Politik im Saargebiet. (Eine völkerrechtliche Studie), Würzburg 1923.
- MAYER-GWENSEN, Hans: Französische Spionage und Propaganda am Rhein und an der Saar. 18 Monate im Dienst der „Großen Nation“, Berlin 1923.
- METZ, Friedrich: Zur Geographie des Saargebiets, in: Fritz KLOEVEKORN (Hrsg.): Das Saargebiet. Seine Struktur, seine Probleme, Saarbrücken 1929, S. 13–66.
- MÖLLER, Karl: Die deutsche Grenzrevisionsbewegung. Eine Materialsammlung, o.O. 1930.
- MORGENROTH, Leon: Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus im Saargebiet, Würzburg 1931.
- MÜLLER, Ludwig: Der Völkerbund als Treuhänder des Saargebiets, Würzburg 1931.
- MÜLLER, Ludwig: Dein Abstimmungsbuch. Das Rüstzeug und die Waffe für den Abstimmungsberechtigten zur Volksabstimmung im Saargebiet und Erinnerungsbuch an die große Zeit der Saardeutschen, Saarbrücken 1934.
- NIEDER, Ludwig: Die Arbeitsleistung der Saarbergleute in den kgl. Steingruben bei Saarbrücken seit dem Jahre 1888, Stuttgart 1909 [Münchener Volkswirtschaftliche Studien; 90]. Der Notenwechsel über die französischen Schulen im Saargebiet, Berlin 1924.
- NÜSSLEIN, Franz: Der preußische Staatsrat, Göttingen 1934.
- OBLASSER, Fritz: Das deutsche Schrifttum an der Saar, in: Josef BÜRCKEL/ Jakob PIRRO/ Gustav SIMON (Hrsg.): Kampf um die Saar, Stuttgart - Berlin 1934, S. 327–359.
- OLLMERT, Karl: Die Regelung der Saarfrage auf der Pariser Friedenskonferenz, in: Der Weg zur Freiheit 10 (1930) 3, S. 41–44.
- : Stimmungsbilder aus dem Saarkampf, in: Theodor VOGEL (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 175–186.
- ONCKEN, Hermann: Die historische Rheinpolitik der Franzosen, Stuttgart – Gotha 1922.
- : Nach zehn Jahren, in: DERS. (Hrsg.): Nation und Geschichte. Reden und Aufsätze 1919–1935, Berlin 1935, S. 91–118.
- : Die Rückkehr Saarbrückens, in: DERS. (Hrsg.): Nation und Geschichte. Reden und Aufsätze 1919–1935, Berlin 1935, S. 232–247.
- OSTWALD, Paul: Der Freiheitskampf des deutschen Saarlandes, Leipzig ²1934 [Nationalpolitische Bücherei; 2].
- PACK, Friedrich: Französische Wirtschaftspolitik im Saargebiet, Bottrop 1934.
- PÖHLMANN, Carl: Zur politischen Geschichte des Saargebietes: Bayerischer Gebietsteil, in: Fritz KLOEVEKORN (Hrsg.): Das Saargebiet. Seine Struktur, seine Probleme, Saarbrücken 1929, S. 121–147.
- POSSELT, Richard: Das Saargebiet, in: Das Saargebiet in Wort und Bild, Saarbrücken [u.a.] 1920 [Aus Welt und Zeit], S. 5 f.
- : Die pressepolitischen Aufgaben der Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Saar-Freund/ Saarheimatbilder. Flugschriften. Broschüren und Saarliteratur, in: Theodor VOGEL (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 253–281.
- PRAESENT, Hans (Hrsg.): Die Verbände des Deutschen Schutzbundes und ihre Veröffentlichungen, Berlin 1928.

- PURPER, Carl: Das Verdrängungsschädengesetz. Gesetz über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden, Berlin 1921.
- VON PUTTKAMER, Jesco: Wahr bleibt wahr. Deutsch die Saar, Oldenburg – Berlin 1934.
- RAUCH, Eduard: Souveränität und Staatsgewalt und ihre Auswirkungen im Saargebiet, Erlangen 1928.
- RAUECKER, Bruno: Die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet 1920–1935, Heidelberg - Berlin 1937.
- RAUSCH, Bernhard: Die Saarpolitik Frankreichs. Vorläufer und Vorbild seiner Politik am Rhein und an der Ruhr, Berlin 1923.
- REGLER, Gustav: Im Kreuzfeuer. Ein Saar-Roman, Paris 1934. Ndr. Hildesheim 1978.
- : Das Ohr des Malchus, Frankfurt am Main 1975.
- REVIRE, Jean: La Sarre. Note sur le problème de la Sarre, Lyon 1926.
- : Perdrons-nous la Sarre?, Paris 1929.
- Richtlinien für die Zweigstellen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsausschüsse und Auskunftsstellen des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen zur Ermittlung und Aufklärung der Abstimmungsberechtigten und zur Vorbereitung der Reise der Abstimmungsberechtigten in die Abstimmungsgebiete von Ostpreußen, Westpreußen und Oberschlesien, Berlin 21920.
- RIXECKER, Otto: Die Bevölkerungsverteilung im Saargebiet, Berlin 1930.
- RÖCHLING, Hermann: Das Saargebiet und der Völkerbund, in: Adolf GRABOWSKY/ Georg Wilhelm SANTE (Hrsg.): Grundlagen des Saarkampfes. Handbuch zur Volksabstimmung, Berlin 1934, S. 204–221.
- : Wir halten die Saar!, Berlin 21935.
- RUPF, Alfred: Der Einfluß des Führerprinzips auf das Verhältnis von Verein und Ortsgruppe, Tübingen 1935.
- RUPPE, Hans: Die Saar ist deutsch! Selbsterlebtes auf der Fahrt zur Abstimmung, in: Lübeckische Blätter 77 (1935) 4, S. 50 ff.
- [RUPPERSBERG, Albert:] Aus Saarbrückens Vergangenheit. Eine Antwort an Prof. Dr. D. Wiese. Mit 5 Abbildungen, Berlin 1920. (32 S.)
- : Das Saargebiet, Berlin 1925 [Taschenbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums; 8].
- RUSSELL, Frank M.: The International Government of the Saar, Berkeley (Cal.) 1926.
- Die Saar. Eine brennende Frage Europas. Eindrücke zweier Ausländer, Genf 1934.
- Saarabien vor Gericht. Bericht über den Prozeß Hilger gegen Krämer unter Benutzung stenographischer Aufzeichnungen, Berlin 1904.
- Saar-Atlas, hrsg. und bearb. im Auftrag der Saar-Forschungsgemeinschaft von Hermann OVERBECK und Georg Wilhelm SANTE, Gotha 1934.
- Das Saargebiet in Gefahr! Ein Notschrei an die Studentenschaften sämtlicher deutschen Hochschulen! An die akademische Jugend des gesamten deutschen Sprachgebiets!, hrsg. vom Bund und Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin 1922.
- Das Saargebiet und die Freie Stadt Danzig, hrsg. von der Nachrichten-Abteilung des Sekretariats des Völkerbundes, Wien 1924.
- Das Saargebiet unter der Herrschaft des Waffenstillstandsabkommens und des Vertrags von Versailles. Als Weißbuch von der deutschen Regierung dem Reichstag vorgelegt, Berlin 1921.

- Saarlieder-Buch des Bundes der Saarvereine, zusammengestellt von Theodor VOGEL, Berlin 1927.
- Saar-Kundgebung am Niederwald-Denkmal 27. August 1933, Saarbrücken 1933.
- Saar-Treuekundgebung auf dem Ehrenbreitstein am Sonntag, den 26. August 1934, Saarbrücken 1934.
- Die Saarwirtschaft zwischen Deutschland und Frankreich, Köln 1934.
- Saarwirtschaftsstatistik 5 (1931), hrsg. vom Saarwirtschaftsarchiv, Saarbrücken 1932.
- Saarwirtschaftsstatistik 9 (1934), hrsg. vom Saarwirtschaftsarchiv, Saarbrücken 1935.
- SANTE, Georg Wilhelm (Hrsg.): Die Saarfrage, Saarbrücken 1931.
- SAVELKOULS, Hermann: Der Franc im Saargebiet, Stuttgart – Berlin ²1922 [Münchener Volkswirtschaftliche Studien; 145].
- : Die Wirtschaft im Saargebiet, in: Josef BÜRCKEL/ Jakob PIRRO/ Gustav SIMON (Hrsg.): Kampf um die Saar, Stuttgart - Berlin 1934, S. 158–216.
- SCHIERLE, A. J.: Zur Psychologie des saarländischen Arbeiters, in: Josef BÜRCKEL/ Jakob PIRRO/ Gustav SIMON (Hrsg.): Kampf um die Saar, Stuttgart - Berlin 1934, S. 274–291.
- VON SCHIRACH, Baldur: Die Pioniere des Dritten Reiches, Essen 1933.
- SCHMELZER, Wilhelm: Vom Zweck dieses Buches, in: Fritz KLOEVEKORN (Hrsg.): Das Saargebiet. Seine Struktur, seine Probleme, Saarbrücken 1929, S. 9–12.
- SCHMIDT, Elisabeth: Die Grenze zwischen Pfalz und Saargebiet, München 1935.
- SCHMITZ, Wilhelm: Politische Zustände und Personen in Saarbrücken in den Jahren 1813, 1814 und 1814, in: August KROHN (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Saargegend, Saarbrücken 1901 [Mitteilungen des Historischen Vereins für die Saargegend; 8,3], S. 221–429.
- SCHNEIDER, Heinrich: Unsere Saar, Berlin 1934 [Grenzkampf-Schriften; 3].
- SCHNELL, Karl: Die Bergarbeiterbewegung im Saargebiet seit der französischen Okkupation, München 1924.
- SCHÖMER, Wolfram: Die Entwicklung der Sozial-Versicherung im Saargebiet 1920–1935 unter dem Einfluß der deutschen, elsässisch-lothringischen und französischen Sozial-Versicherungs-Gesetzgebung, Freiburg 1937.
- SCHWARZ, Julius: Das Saargebiet, sein Bergbau und seine Sozialpolitik, Kämpfe der Bergarbeiter und des Verbandes der Bergarbeiter, Saarbrücken 1926.
- SIMON, Gustav: Aufgaben und Ziele der Saarvereine im Reich, in: Josef BÜRCKEL/ Jakob PIRRO/ DERS. (Hrsg.): Kampf um die Saar, Stuttgart-Berlin 1934, S. 380–384.
- STEGEMANN, Herbert: Rettet das Saarland! Ein Aufruf, Berlin 1919.
- : Die elsäß-lothringische Frage, Berlin 1919.
- STERN-RUBARTH, Edgar: Die Propaganda als politisches Instrument, Berlin 1921.
- STILZ, Philipp (Hrsg.): Sang von der Saar, Saarbrücken 1926 [Unsere Saarheimat; 12].
- STRAUS, Emil: Die gesellschaftliche Gliederung des Saargebietes. Eine soziographische Beschreibung, Würzburg 1935.
- SZLISKA, Jakob: Westliche Kulturbestrebungen, in: Josef BÜRCKEL/ Jakob PIRRO/ Gustav SIMON (Hrsg.): Kampf um die Saar, Stuttgart - Berlin 1934, S. 292–316.
- TARDIEU, André: La Paix, Paris 1921.
- Tätigkeitsbericht des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ über das Geschäftsjahr 1926, Berlin 1927.
- Tätigkeitsbericht des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ über das Geschäftsjahr 1927, Berlin 1928.

- Die Tätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des „Bundes der Saarvereine“ im Dienste der Befreiung des Saargebiets im Jahre 1929, Berlin 1930.
- TRITTELVITZ, Bernhard: Meine Patienten, die Kumpels und ich. 27 Jahre Arzt an der Saar, Leipzig 1934.
- Übersichtskarte der Verwaltungseinheiten des Saargebiets 1:200.000, hergestellt vom Reichsamt für Landesaufnahme, Berlin 1934.
- UPCLAIR, Sincton: Die Korruptionszentrale (RfH), Berlin 1920.
- VOGEL, Theodor: Die Fremdherrschaft an der Saar, in: Die Gegenrechnung, Monatsschrift für Wahrheit und Recht 2 (1922) 3, S. 49–68.
- : Die Aufgaben des Bundes „Saar-Verein“ und seiner Ortsgruppen, Berlin 1923.
- : Deutsch die Saar immerdar! Was jeder Deutsche vom Saargebiet und vom „Bund der Saarvereine“ wissen muß. Ein Merkblatt mit Bildern und der Karte des Saargebietes, Berlin 1925.
- : Was jeder Deutsche vom kerndeutschen Saargebiet wissen muß, in: Deutsche Flugschriften (1925), S. 1–8.
- : Deutsch die Saar immerdar! Was jeder Deutsche vom Saargebiet und dem Bunde der Saarvereine wissen muß. Ein Merkblatt mit 63 Bildern und der Karte das Saargebietes, Berlin 1929.
- : Das deutsche Saargebiet. Vom deutschen Schicksal an der deutschen Saar, Berlin 1933.
- : Das deutsche Saarland unter dem Zwange von Versailles, Berlin 1935 [Deutsches Volksbuch, 10].
- : Oberberggrat Heinrich Böcking. Ein Vorkämpfer für das Deutschtum an der Saar, in: DERS. (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 17–22.
- : Senatspräsident Otto Andres. Ehren-Präsident des Bundes der Saar-Vereine, in: DERS. (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 26 f.
- : Staatsrat und Gauleiter Gustav Simon. Leiter des Bundes der Saarvereine im Endkampf 1933/34, in: DERS. (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 27 f.
- : Schulrat Ernst Debusmann. Stellv. Leiter des Bundes der Saarvereine, in: DERS. (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 29 f.
- : Richard Posselt, in: DERS. (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 34 f.
- : Das deutsche Saarland unter dem Zwange von Versailles. Mit 88 Abbildungen, in: DERS. (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 37–112.
- : Saargebiets-Schutz. Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Bund der Saarvereine, in: DERS. (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 219–252.
- : Die großen deutschen Saarkundgebungen des Bundes der Saarvereine im Reich und die Schlußtagung in Saarbrücken (1921–1935), in: DERS. (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1935, Berlin 1935, S. 283–320.
- VOGEL, Walter: Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933, in: Zeitungswissenschaft 16 (1941) 8/9, S. 1–108.
- VOGT, Peter Alwin: Die rechtlichen Grundlagen der französischen Schulpolitik im Saargebiet, Köln 1929.

- WAGNER, Eugen: Die Presse des Saargebietes und ihr Kampf gegen die französischen Annexionsbestrebungen 1918 bis 1925, Saarbrücken 1933.
- WAMBAUGH, Sarah: The Saar Plebiscite. With a Collection of official Documents, Cambridge (Mass.) 1940.
- Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein“ wissen muß, Berlin 1920.
- WEBER, Hans Siegfried: Der Kampf um die Saar, Berlin 1928.
- Wegweiser durch das Saargebiet. Ein Handbüchlein der Verwaltung und Behörden, der sozialen Organisationen und Einrichtungen der Gemeinden und deren Einwohnerzahlen; genauestes Ortsverzeichnis, Saarbrücken 1928.
- WEHBERG, Hans: Saargebiet. Die staats- und völkerrechtliche Stellung des Saargebietes, Mönchen-Gladbach 1924.
- WEINERT, Erich: Das Saargeheimnis, in: Die neue Weltbühne 7 (1935), S. 208–212.
- WESTHOFF, Hans (Bearb.): Recht und Verwaltung im Saargebiet, Trier 1934.
- : Deutsches Land an Rhein, Mosel und Saar. Festgabe des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland anlässlich seiner „Saarbrücker Tagung an Rhein und Mosel“ Pfingsten 1934, hrsg. von der Reichsführung des VDA, Mainz 1934.
- WIEGAND, Gerhard: Französische Währungs- und Zollpolitik im Saargebiet, Berlin - Leipzig 1929 [Sozialwissenschaftliche Forschungen: Abteilung 4; 7].
- VON WIESE, Leopold: System der Allgemeinen Soziologie als Lehre von den sozialen Prozessen und den sozialen Gebilden der Menschen (Beziehungslehre), München – Leipzig 1933.
- Das Wirken der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des „Bundes der Saarvereine“ um die Befreiung der Saar im Jahre 1930, Berlin 1931.
- WIRSING, Rudolf: Der Völkerbund als Treuhänder im Saargebiet, Würzburg 1923.
- Zwecklosigkeit, Rechtswidrigkeit und Übergriffe des französischen Militärs im Saargebiet, hrsg. von den Fraktionen des Landesrates des Saargebietes, Saarbrücken 1924.
- ***: Hochverrat im Saargebiet, in: 20. Jahrhundert. Dokumente zur Zeitgeschichte 2 (1920) 14, S. 211 f. und S. 220 ff.

2.3 Zeitgenössische Zeitschriften und Zeitungen

- Deutsche Grenzlande 10 (1931) 11/12.
- Rheinischer Beobachter 4 (1924) 23; 7 (1928) 14.
- Der Saarfreund 1 (1920) – 15/16 (1934/35).
- Der Saarkalender 1 (1923) – 14 (1936).
- Saar-Sänger-Bund 11 (1933/34) und 12 (1934/35).
- Unsere Heimat 1 (1935/36) – 4 (1938/39).

2.4 Literatur nach 1945

- ABEL, Karl-Dietrich: Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968 [Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin; 2].
- ALBERTIN, Lothar: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei,

- Düsseldorf 1972 [Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 45].
- ALTMAYER, Klaus: Fünf Jahrzehnte Rundfunk im Saarland, in: Saarbrücker Bergmannskalender (1974), S. 124–133.
- : „Saardiözese“ und „Evangelische Landeskirche des Saarlandes“. Die Bemühungen um eine eigenständige Kirchenorganisation nach den beiden Weltkriegen, in: Die evangelische Kirche an der Saar gestern und heute, hrsg. von den Kirchenkreisen Ottweiler, Saarbrücken und Völklingen der Evangelischen Kirche im Rheinland, Saarbrücken 1975, S. 261–278.
- AMES, Gerhard: Arbeiten auf der Hütte. Lebenskontexte von Hüttenarbeitern, in: Richard VAN DÜLMEN (Hrsg.): Industriekultur an der Saar. Leben und Arbeit in einer Industrieregion 1840–1914, München 1989, S. 109–122 und S. 275.
- : „Ein ungeheurer Faktor ist der Bergmann im Kriege ...“ Die Saarbergleute und der Erste Weltkrieg, in: „Als der Krieg über uns gekommen war...“. Die Saarregion und der Erste Weltkrieg, hrsg. vom Stadtverband Saarbrücken, Merzig 1993, S. 190–205.
- ANDRES, Alexis: Edgar Hector und die Saarfrage 1920–1960, in: Rainer HUDEMANN/ Burkhard JELLONEK/ Bernd RAULS (Hrsg.): Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1960, St. Ingbert 1997 [Geschichte, Politik & Gesellschaft; 1], S. 163–176.
- APPLEGATE, Celia: A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat, Berkeley [u.a.] 1990.
- AREND, Heike: Gleichzeitigkeit des Unvereinbaren. Verständigungskonzepte und kulturelle Begegnungen in den deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, in: Francia 20 (1993) 3, S. 131–149.
- ASSMANN, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München ⁴2002.
- AUDOIN-ROUZEAU, Stéphane: Die Delegation der „gueules cassées“ in Versailles am 28. Juni 1919, in: Gerd KRUMEICH/ Silke FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001 [Schriften der Bibliothek zur Zeitgeschichte NF; 14], S. 280–287.
- BANKEN, Ralf: Die Industrialisierung der Saarregion 1815–1914. Bd. 1: Die Frühindustrialisierung 1815–1850, Stuttgart 2000; Bd. 2: Take-Off-Phase und Hochindustrialisierung 1850–1914, Stuttgart 2003 [Regionale Industrialisierung; 1 und 4].
- BARBIAN, Jan-Pieter: Politik und Film in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Kulturpolitik der Jahre 1918 bis 1933, in: AKG 80 (1998), S. 213–245.
- BARIÉTY, Jacques: Le rôle de la minette dans la sidérurgie allemande et la restructuration de la sidérurgie allemande après le traité de Versailles, in: Travaux et Recherches, Metz 1973 [Centre de Recherches Relations Internationales de l'Université de Metz; 3], S. 233–277.
- : L'administration des territoires rhénans occupés pendant la période de l'armistice. 11 novembre 1918 – 18 juin 1919, in: Travaux et Recherches 1973/2, Metz 1974 [Publication du Centre de recherches relations internationales de l'Université de Metz; 5], S. 59–78.
- : La Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans, in: Problèmes de la Rhénanie 1919–1930. Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg. Actes du Colloque d'Otzenhausen 14–16 octobre 1974, Metz 1975 [Centre des recherches relations internatines de l'Université de Metz; 6], S. 15–28.
- : Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale. 10 novembre 1918 – 10 janvier 1925. De l'exécution à la négociation, Paris 1977.

- : Die Französische Besatzungspolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Historisch-politische Mythen und geostrategische Realitäten, in: Tilman KOOPS/ Martin VOGT (Hrsg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919–1930 und 1945–1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchives und der Universität Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994, Koblenz 1995, S. 5–18.
- BARCKHAUSEN, Hans: Filmpropaganda für Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hildesheim [u.a.] 1982.
- BARTH, Boris: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf 2003 [Schriften des Bundesarchivs; 61].
- BAUER, Peter: Die Organisation der amtlichen Pressepolitik in der Weimarer Zeit (Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes), Berlin 1962.
- BAUSINGER, Helmut: Heimat und Identität, in: Konrad KÖSTLIN/ DERS. (Hrsg.): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur, Neumünster 1980 [Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte Schleswig-Holsteins; 7], S. 9–24.
- : „Das Abwerfen einer großen Last...“ Gedanken zur städtischen Festkultur, in: Paul HUGGER (Hrsg.): Stadt und Fest. Zu Geschichte und Gegenwart europäischer Festkultur, Stuttgart 1987, S. 251–267.
- BECKER, Jean-Jacques: Frankreich und der gescheiterte Versuch, das Deutsche Reich zu zerstören, in: Gerd KRUMEICH/ Silke FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001 [Schriften der Bibliothek zur Zeitgeschichte NF; 14], S. 65–70.
- : Frankreich, in: Gerhard HIRSCHFELD/ Gerd KRUMEICH/ Irina RENZ (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn [u.a.] 2003, S. 31–43.
- BECKER, Winfried: Die Entwicklung der politischen Parteien im Saarland 1945 bis 1955 nach französischen Quellen, in: Rainer HUDEMANN/ Raymond POIDEVIN (Hrsg.): Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte. La Sarre 1945–1955. Un problème de l'histoire européenne, München 1992, S. 253–296.
- BEHRENBECK, Sabine: Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945, Köln 1995 [Kölner Beiträge zur Nationsforschung; 2].
- : „Der Führer“. Die Einführung eines politischen Massenartikels, in: Gerald DIESENER/ Rainer GRIES (Hrsg.): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, Darmstadt 1996, S. 51–78.
- : Zwischen Trauer und Heroisierung. Vom Umgang mit Kriegstod und Niederlage nach 1918, in: Jörg DUPPLER/ Gerhard P. GROSS (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999 [Beiträge zur Militärgeschichte; 53], S. 315–339.
- BELLOT, Joseph: Hundert Jahre politisches Leben an der Saar unter preußischer Herrschaft (1815–1918), Bonn 1954 [Rheinisches Archiv; 45].
- BENZ, Wolfgang: Herrschaft und Gesellschaft. Die Inszenierung der Ekstase, in: DERS.: Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat. Studien zur Struktur- und Mentalitätsgeschichte, Frankfurt am Main 1990, S. 9–28.
- : Partei und Staat. Mechanismen nationalsozialistischer Herrschaft, in: DERS.: Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat. Studien zur Struktur- und Mentalitätsgeschichte, Frankfurt am Main 1990, S. 29–46.
- BERGHAHN, Volker R.: Das Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Ursprünge des Präsidialregimes 1928–1930, in: Dirk STEGMANN/ Bernd-Jürgen WENDT/ Peter-Christian

- WITT (Hrsg.): Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Festschrift für Fritz FISCHER zum siebzigsten Geburtstag, Bonn 1978 [Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; 137], S. 431–446.
- BERING, Dietz/ GROSSSTEINBECK, Klaus: Die Kulturgeschichte von Straßennamen. Neue Perspektiven auf altem Terrain, gewonnen am Beispiel Köln, in: Muttersprache 104 (1994) 2, S. 97–117.
- BERS, Günter: Der Bezirk Mittelrhein/ Saar der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Jahre 1922, Wentorf/Hamburg 1975 [Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden; 5].
- BESSEL, Richard: Die Heimkehr der Soldaten: Das Bild der Frontsoldaten in der Öffentlichkeit der Weimarer Republik, in: Gerhard HIRSCHFELD/ Gerd KRUMEICH/ Irina RENZ (Hrsg.): „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch...“. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, Essen 1993 [Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte N.F.; 1], S. 221–239.
- BETTINGER, Dieter Robert: Die Verschiebung der Konfessionsverhältnisse im Saarland, in: Die evangelische Kirche an der Saar gestern und heute, hrsg. von den Kirchenkreisen Ottweiler, Saarbrücken und Völklingen der Evangelischen Kirche im Rheinland, Saarbrücken 1975, S. 202–220.
- BIEBER, Hans-Joachim: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–1920, Hamburg 1992 [Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; 28].
- Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, hrsg. vom Historischen Dienst des Auswärtigen Amtes, Bd. 1: A–F, Paderborn [u.a.] 2000.
- BIES, Luitwin: Zur Entwicklung der faschistischen NSDAP im Saargebiet (1926–1929). Kleinbürgerliche Kräfte auf kapitalistischen Positionen, Saarbrücken 1977.
- : Klassenkampf an der Saar 1919–1935. Die KPD im Saargebiet im Ringen um die soziale und nationale Befreiung des Volkes, Frankfurt am Main 1978 [Marxistische Paperbacks; 84].
- : Das Einheitsfrontabkommen im Saargebiet in Geschichtswissenschaft und Politik der Gegenwart, in: Der Kampf um die Zukunft des Saargebietes 1934/1935. Das Einheitsfrontabkommen der KPD und SPD im Saargebiet vom 2. Juli 1934 zum gemeinsamen Kampf gegen den Hitlerfaschismus, Berlin 1984 [Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin], S. 11–23.
- BIMMER, Andreas C.: Besucher von Festen. Beiträge zur systematischen Erforschung, in: Konrad KÖSTLIN/ Hermann BAUSINGER (Hrsg.): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur, Neumünster 1980 [Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte Schleswig-Holsteins; 7], S. 81–90.
- BLAICH, Fritz: Der „30-Millionen-Fonds“. Die Auseinandersetzung um eine soziale Ruhrentschädigung 1925–1927, in: BDLG 113 (1977), S. 450–476.
- : Grenzlandpolitik im Westen 1926–1936. Die „Westhilfe“ zwischen Reichspolitik und Länderinteressen, Stuttgart 1978 [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; 36].
- BLESSING, Werner K.: Fest und Vergnügen der „kleinen Leute“. Wandlungen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, in: Richard VAN DÜLMEN/ Norbert SCHINDLER (Hrsg.): Volkskultur. Zur Wiederentdeckung des vergessenen Alltags (16.–20. Jahrhundert), Frankfurt am Main 1984, S. 352–379 und S. 432–437.
- BOCK, Hans Manfred: Tradition und Topik des populären Frankreich-Klischees in Deutschland von 1925 bis 1955, in: Francia 14 (1986), 475–508.

- : Die deutsch-französische Gesellschaft 1926 bis 1934. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, in: *Francia* 17 (1990) 3, S. 57–101.
- : Zwischen Locarno und Vichy. Die deutsch-französischen Kulturbeziehungen der dreißiger Jahre als Forschungsfeld, in: DERS./ Reinhard MEYER-KALKUS/ Michel TREBITSCH (Hrsg.): *Entre Locarno et Vichy. Les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930*, Bd. 1, Paris 1993, S. 25–61.
- BODEN, Ragna: Die Weimarer Nationalversammlung und die deutsche Außenpolitik. Waffentillstand, Friedensverhandlungen und internationale Beziehungen in den Debatten von Februar bis August 1919, Frankfurt am Main [u.a.] 2000.
- BOEHM, Max Hildebert: Die Reorganisation der Deutschtumsarbeit nach dem ersten Weltkrieg, in: *Ostdeutsche Wissenschaft. Jahrbuch des Ostdeutschen Kulturrates* 5 (1959), S. 9–34.
- BÖHM, Uwe-Peter: Zwischen Képi und Pickelhaube. Der deutsch-französische Krieg 1870/71 und der Mythos von Spichern, in: Lieselotte KUGLER (Hrsg.): *GrenzenLos. Lebenswelten in der deutsch-französischen Region an Saar und Mosel seit 1840*, Saarbrücken 1998, S. 91–113.
- BOHR, Kurt: Ein besonderes Land. Politische Kultur im Saarland, in: *Das Saarland. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung*, hrsg. vom Chef der Staatskanzlei, Saarbrücken 1990, S. 141–149.
- BOLLNOW, Otto Friedrich: Der Mensch braucht heimatliche Geborgenheit. Philosophische Betrachtungen, in: Hans-Georg WEHLING: (Red.): *Heimat heute*, Stuttgart [u.a.] 1984, S. 28–33.
- BOOCKMANN, Hartmut: Alte Straßen, neue Namen, in: *GWU* 45 (1994), S. 579–591.
- BOST, Reinhold: Bartholomäus Koßmann. Christ. Gewerkschaftler. Politiker 1883–1952, Blieskastel 2002 [Malstätter Beiträge aus Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur].
- BOYER, Bernard-Marie: Wechselseitige Stereotypen in Deutschland und Frankreich, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch* 23 (1973) 3, S. 65–70.
- BRACHER, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln – Berlin 1969.
- : Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf ⁵1984.
- BRACHER, Karl Dietrich/ FUNKE, Manfred/ JACOBSEN, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft, Bonn ²1988.
- : Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn ²1993.
- BRAMSTED, Ernest K.: Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925–1945, Frankfurt 1971.
- BREUER, Stefan: Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt ²1995.
- BRIESEN, Detlef: „Historische Ausprägung und historischer Wandel von regionaler Identität in ausgewählten Montanregionen“. Einleitung zu einem Abschlußbericht, in: DERS./ Rüdiger GANS/ Armin FLENDER (Hrsg.): *Regionalbewußtsein in Montanregionen im 19. und 20. Jahrhundert. Saarland - Siegerland - Ruhrgebiet*, Bochum 1994 [Mobilität und Normenwandel; 10], S. 7–47.
- BROSZAT, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München ¹⁵2000 [dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts; 9].

- BRUCH, Ludwig: Weg und Schicksal einer deutschen Zeitung, in: 200 Jahre Saarbrücker Zeitung 1761–1961, Saarbrücken 1961, S. 15–203.
- : Vor 100 Jahren gegründet - Der Bergmannsfreund, in: Saarbrücker Bergmannskalender 1970, S. 68–83.
- VON BRUCHHAUSEN, Esther-Beatrice: Das Zeichen im Kostümball - Marianne und Germania in der politischen Ikonographie, Phil. Diss. Halle-Wittenberg (<http://sundoc.bibliothek.uni-halle.de/diss-online/00/01H066/index.htm> am 04.12.2003).
- BRÜCKNER, Peter: Psychologie und Geschichte. Vorlesungen im „Club Voltaire“ 1980/81, Berlin 1982.
- BUCHER, Peter: Koblenz während der nationalsozialistischen Zeit, in: JbWestdtLG 11 (1985), S. 211–245.
- BÜHLER, Walter/ KANITZ, Horst/ SIEWERT, Hans-Jörg: Lokale Freizeitvereine. Entwicklung, Aufgaben, Tendenzen, St. Augustin 1978.
- BUNGARTEN, Franz: Ich darf nicht schweigen. Meine Ausweisung aus dem Saargebiet, Köln 1951 [Schriften des Deutschen Saarbundes e.V.; 1].
- BUNGERT, Gerhard/ LEHNERT, Charly: Vereine im Saarland, Saarbrücken 1988.
- BUNGERT, Gerhard/ MALLMANN, Klaus-Michael: Der Saarbund, in: Saarheimat 20 (1976) 11, S. 204–207.
- : Die Domanienschulen, in: Saarheimat 20 (1976) 12, S. 228–231.
- : „Glückauf der Steiger kommt“ oder „Deutsch ist die Saar“. Die Geschichte eines Liedes, in: Saarheimat 21 (1977) 10, S. 196 f.
- : Exil an der Saar 1933–1935, in: Saarheimat 22 (1978) 5, S. 134–138.
- : Der „schwarze Freitag“. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise an der Saar, in: Arbeitnehmer 27 (1979) 10, S. 373 ff.
- VON DEM BUSSCHE, Raimund: Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen, Heidelberg 1998 [Heidelberger Abhandlungen zur Mittleren und Neueren Geschichte; 11].
- BYTWERK, Randall L.: Die nationalsozialistische Versammlungspraxis. Die Anfänge vor 1933, in: Gerald DIESENER/ Rainer GRIES (Hrsg.): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, Darmstadt 1996, S. 35–50.
- CABANES, Bruno: Die französischen Soldaten und der „Verlust des Sieges“, in: Gerd KRUMEICH/ Silke FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001 [Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte NF; 14], S. 269–279.
- CAHÉN, Fritz Max: Der Weg nach Versailles. Erinnerungen 1912/1919. Schicksals epoche einer Generation, Boppard 1963.
- CHILDS, Harwood L.: Public Opinion: Nature, Formation, and Role, Princeton (N.J.) 1965.
- CORNELISSEN, Christoph: „Schuld am Weltfrieden“. Politische Kommentare und Deutungsversuche deutscher Historiker zum Versailler Vertrag 1919–1933, in: Gerd KRUMEICH/ Silke FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001 [Schriften der Bibliothek zur Zeitgeschichte NF; 14], S. 237–258.
- COWAN, Laing Gray: France and the Saar 1680–1948, New York 1950.
- CULL, Nicholas/ CULBERT, David/ WELCH, David: Propaganda and Mass Persuasion. A Historical Encyclopedia, 1500 to the Present, Santa Barbara (Cal.) 2003.

- DANIEL, Ute/ SIEMANN, Wolfram: Historische Dimensionen der Propaganda, in: DIES. (Hrsg.): Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung (1789–1989), Frankfurt am Main 1994, S. 7–20.
- DANN, Otto (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984 [HZ Beiheft 9].
- : Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990, München 1993.
- DIECKMANN, Walther: Zum Wörterbuch des Unmenschen: IV. Propaganda, in: Zeitschrift für deutsche Sprache 21 (1965), S. 105–114.
- : Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache, Heidelberg 1969.
- DIEHL, James M.: Von der „Vaterlandspartei“ zur „nationalen Revolution“: Die „Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands“ (VVVD) 1922–1932, in: VfZG 33 (1985), S. 617–639.
- DILLER, Ansgar: Der Frankfurter Rundfunk 1923–1945 unter besonderer Berücksichtigung der Zeit des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1975.
- : Rundfunkpolitik im Dritten Reich, München 1980 [Rundfunk in Deutschland; 2].
- DILLMANN, Edwin: „Land und Leute“. Regionalbewußtsein und Sozialkultur an der Saar, in: Lebenserfahrungen an der Saar. Studien zur Alltagskultur 1945–1995, hrsg. von DERS./ Richard VAN DÜLMEN, St. Ingbert 1996 [Saarland-Bibliothek; 12], S. 362–407 und S. 472–483.
- DOLLWET, Joachim: Der „Bund der Saarvereine“ und die Volksabstimmung von 1935, in: Zwölftes Jahrbuch des Vereins für Heimatkunde im Kreis Merzig-Wadern e. V., Merzig 1983, S. 3–6.
- DOERING, Birgit: Plakatpropaganda im Dritten Reich - Eine Analyse aus kunsthistorischer Sicht, in: „... bis zum letzten Atemzuge...“ Propaganda in der NS-Zeit, hrsg. vom Museumsverband Südniedersachsen e. V., Göttingen 1995, S. 143–168.
- DÖRING, Martin: „Parlamentarischer Arm der Bewegung“. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik, Düsseldorf 2001 [Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 130].
- DÖSCHER, Hans-Jürgen: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“, Berlin 1987.
- DOSS, Kurt: Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1977.
- DOSTERT, Paul: Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe. Die deutsche Besatzungspolitik und die Volksdeutsche Bewegung 1940–1945, Luxemburg 1985.
- DÜDING, Dieter: Einleitung. Politische Öffentlichkeit - politisches Fest - politische Kultur, in: DERS. (Hrsg.): Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Hamburg 1988, S. 10–24.
- DÜLFFER, Jost: Die französische Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, in: AfS 21 (1981), S. 593–601.
- : Versailles und die Friedensschlüsse des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Gerd KRUMEICH/ Silke FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001 [Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte NF; 14], S. 17–34.
- : Frieden schließen nach einem Weltkrieg? Die mentale Verlängerung der Kriegssituation in den Friedensschluß, in: DERS./ Gerd KRUMEICH (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und

- Kriegskultur nach 1918, Essen 2002 [Schriften der Bibliothek zur Zeitgeschichte NF; 15], S. 19–37.
- VAN DÜLMEN, Richard/ HANNIG, Jürgen/ LINSMAYER, Ludwig: Der Weg der Saarländer ins Dritte Reich, in: DIES. (Hrsg.): Erinnerungsarbeit: Die Saar '33–'35, Ausstellung zur 50jährigen Wiederkehr der Saarabstimmung vom 13. Januar 1935, Saarbrücken 1985, S. 33–46.
- DUNCKELMANN, Henning: Lokale Öffentlichkeit. Eine gemeindesoziologische Untersuchung, Stuttgart [u.a.] 1975 [Schriften des deutschen Instituts für Urbanistik; 51].
- DUPEUX, Louis: Aspects du fondamentalisme national en Allemagne de 1890 à 1945 et essais complémentaires, Strasbourg 2001 [Les mondes germaniques; 10].
- EBERMAYER, Erich: Denn heute gehört uns Deutschland Persönliches und politisches Tagebuch. Von der Machtergreifung bis zum 31. Dezember 1935, Hamburg - Wien 1959.
- ECKHARDT, Werner: Die Saar fließt nach Europa, Frankfurt am Main 1954.
- ELBEN, Wolfgang: Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919, Düsseldorf 1965.
- ELZ, Wolfgang: Die Weimarer Republik und ihre Außenpolitik: Ein Forschungs- und Literaturbericht, in: Historisches Jahrbuch 119 (1999), S. 307–375.
- EMMENDÖRFER, Heinrich: Das Buch Trotzdem. Bilanz aus „tausend“ Jahren, Regensburg 1971.
- ERNST, Robert: Rechenschaftbericht eines Elsässers, Berlin 1954 [Schriften gegen Diffamierung und Vorurteile; 5].
- EURICH, Claus: Kommunikationstheorien, in: Kurt KOSZYK/ Karl Hugo PRUYS (Hrsg.): Handbuch der Massenkommunikation, München [u.a.] 1981, S. 122–132.
- EVEN, Pascal: Deux siècles de relations franco-allemandes, in: Francia 16 (1989) 3, S. 83–97.
- FABRY, Philipp W.: Bewährung im Grenzland. Genossenschaftsarbeit an der Saar von 1860 bis zur Gegenwart, Saarbrücken 1986.
- FALTER, Jürgen W./ LINDENBERGER, Thomas/ SCHUMANN, Siegfried: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986.
- FANDEL, Thomas: Konfession und Nationalsozialismus. Evangelische und katholische Pfarrer in der Pfalz 1930–1939, Paderborn [u.a.] 1997 [Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte; 76].
- FAULENBACH, Bernd: Nach der Niederlage. Zeitgeschichtliche Fragen und apologetische Tendenzen in der Historiographie der Weimarer Zeit, in: Peter SCHÖTTLER (Hrsg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt am Main 1999, S. 31–51.
- FAUS, Fritz: Männer im Saarbergbau, in: Saarbrücker Bergmannskalender 1966, S. 77–82, 1967, S. 89–93, 1968, S. 92–95, 1969, S. 84 ff., 1970, S. 84–87.
- FEBVRE, Lucien: Der Rhein und seine Geschichte, hrsg., übers. und mit einem Nachwort versehen von Peter SCHÖTTLER, Frankfurt am Main 1995.
- FENSCH, Dorothea: Zur Vorgeschichte, Organisation und Tätigkeit des Deutschen Schutzbundes in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Revanchismus, Rostock 1966.
- : Deutscher Schutzbund (DtSB) 1919–1936, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 2, Köln 1984, S. 290–310.

- FENSKE, Hans: Nachbarn – Erbfeinde – Freunde. Zu den Schwierigkeiten der deutsch-französi-
schen Beziehungen seit dem 17. Jahrhundert, in: *JbWestdtLG* 17 (1991), S. 263–298.
- : Josef Bürckel - Porträt eines Gauleiters, in: Hans-Georg MEYER/ Hans BERKESSEL (Hrsg.):
Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz. Bd. 1: „Eine nationalsozialistische
Revolution ist eine gründliche Angelegenheit“, Mainz 2000, S. 120–137.
- Filmdokumente zur Saarabstimmung 1935, Grünwald 1979.
- FINKER, Kurt: Vereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands (VvVD) 1922–1933/34, in:
Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbür-
gerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 4, Köln 1986, S. 314–321.
- FINKER, Kurt/ GIERSCH, Reinhard: Werwolf. Bund deutscher Männer und Frontkrieger (Wer-
wolf) 1923–1933, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die
bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd.
4, Köln 1986, S. 475–481.
- FISCH, Jörg: Vom Gottesurteil zur Polizeiaktion. Die Rolle der Kriegsschuld im Friedensschluß,
in: Otto KRAUS (Hrsg.): „Vae Victis!“ - Über den Umgang mit Besiegten, Göttingen 1998
[Veröffentlichung der Joachim Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften Hamburg; 86], S.
197–214.
- FISCHER, Per: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von
1945–1949, Berlin 1959.
- FLENDER, Armin: Vom Saargebiet zum Saarland. Zum Gebrauch kollektiver Erinnerungen in
einer Grenzregion nach dem Ersten Weltkrieg, in: Detlef BRIESEN/ Rüdiger GANS/ DERS.
(Hrsg.): Regionalbewußtsein in Montanregionen im 19. und 20. Jahrhundert. Saarland -
Siegerland - Ruhrgebiet, Bochum 1994 [Mobilität und Normenwandel; 10], S. 107–143.
- : Die Inszenierung der Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg, in:
Edwin DILLMANN/ Richard VAN DÜLMEN (Hrsg.): Lebenserfahrungen an der Saar. Studien
zur Alltagskultur 1945–1995, St. Ingbert 1996 [Saarland-Bibliothek; 12], S. 14–39 und S.
410–415.
- : Öffentliche Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg. Untersuchungen
über den Zusammenhang von Geschichte und Identität, Baden-Baden 1998 [Schriftenreihe
des Instituts für Europäische Regionalforschungen; 2].
- FLIESS, Gerhard/ JOHN, Jürgen: Deutsche Studentenschaft (DSt) 1919–1936, in: Dieter FRICKE
[u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen
Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 1, Köln 1983, S. 367–379.
- : Deutscher Hochschulring (DHR) 1920–1933, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur
Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in
Deutschland (1789–1945), Bd. 2, Köln 1984, S. 116–127.
- FOLTIN, Hans-Friedrich: Geschichte und Perspektiven der Vereinsforschung, in: DERS./ Dieter
KRÄMER (Hrsg.): Vereinsforschung, Gießen 1984 [Hessische Blätter für Volks- und Kultur-
forschung; 16], S. 3–31.
- FORSTER, Bernhard: Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschaftler,
Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003.
- FRANÇOIS, Étienne: Einstellung zur Geschichte, in: Jacques LEENHARDT/ Robert PICT (Hrsg.):
Esprit/ Geist. 100 Schlüsselbegriffe für Deutsche und Franzosen, München - Zürich 1989, S.
15–20.
- FREI, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933–1945, München 2001.

- FREI, Norbert/ SCHMITZ, Johannes: Journalismus im Dritten Reich, München 21989.
- FREUND, Wolfgang: Volk, Reich und Westgrenze: Wissenschaften und Politik in der Pfalz, im Saarland und im annektierten Lothringen 1925–1945, phil. Diss. Saarbrücken 2001.
- FREYMOND, Jacques: Die Saar 1945–1955, München 1961.
- FRICKE, Dieter/ FRITSCH, Werner: Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) 1892–1933, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 1, Köln 1983, S. 667–699.
- FRITSCH, Werner: Deutsche Liga für Menschenrechte (DLfM) 1922–1933, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 1, Köln 1983, S. 749–759.
- FUCHS, Konrad: Hermann Röchling, in: Peter NEUMANN (Hrsg.): Saarländische Lebensbilder, Bd. 2, Saarbrücken 1984, S. 221–251.
- FUCHSHUBER, Elisabeth: Der Mann von der Straße und die Straßennamen. Regionalismus, Namenforschung und Deutschunterricht, in: Der Deutschunterricht 35 (1983) 2, S. 22–36.
- FUCHSHUBER-WEISS, Elisabeth: Straßennamen: deutsch, in: Ernst EICHLER (Hrsg.): Namenforschung. Ein internationales Handbuch zur Onomastik, Bd. 2, Berlin – New York 1996 [Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft; 11/2], S. 1468–1475.
- FÜHRER, K.C.: Auf dem Weg zur „Massenkultur“. Kino und Rundfunk in der Weimarer Republik, in: HZ 262 (1996), S. 739–781.
- FÜSSMANN, Klaus: Das Saardenkmal, in: Frank BRASSEL/ Michael CLARKE/ Cornelia OBJARTEL-BALLIET (Hrsg.): „Nichts ist so schön wie...“ Geschichte und Geschichten aus Herne und Wanne-Eickel, Essen 1991, S. 207 f.
- GÄRTNER, Margarete: Botschafterin des guten Willens. Außenpolitische Arbeit 1914–1950, Bonn 1955.
- GAY, Peter: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit 1918–1933, Frankfurt am Main 1970.
- GEBELEIN, Gauthier: 13. Januar 1935 - Was in Wirklichkeit geschah, Saarbrücken 1946.
- GEBHARDT, Dieter: Das Saargebiet (1919–1935), in: Saarheimat 19 (1975) 1, S. 5–12; 2, S. 29–32; 3, S. 51–55; 4, S. 70–77; 5, S. 96–103.
- GEBHARDT, Winfried: Fest, Feier und Alltag. Über die gesellschaftliche Wirklichkeit des Menschen und ihre Deutung, Frankfurt am Main 1987.
- GEHLEN, Rita: Ein einzig Volk von Brüdern? Das „Augusterlebnis“ der Menschen an der Saar, in: „Als der Krieg über uns gekommen war...“. Die Saarregion und der Erste Weltkrieg, hrsg. vom Stadtverband Saarbrücken, Merzig 1993, S. 38–51.
- : „Wäre kein Kampf, so wäre keine Wehr“? Saarländische und lothringische Katholiken im protestantischen Kaiserreich, in: Lieselotte KUGLER (Hrsg.): GrenzenLos. Lebenswelten in der deutsch-französischen Region an Saar und Mosel seit 1840, Saarbrücken 1998, S. 233–255.
- GEMBRIES, Helmut: Verwaltung und Politik in der besetzten Pfalz zur Zeit der Weimarer Republik, Speyer 1991 [Beiträge zur pfälzischen Geschichte; 4].
- GERHARD, Ute/ LINK, Jürgen: Zum Anteil der Kollektivsymbolik an den Nationalstereotypen, in: DERS./ Wulf WÜLFING (Hrsg.): Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1991 [Sprache und Geschichte; 16], S. 16–52
- GERZ, Jochen: 2146 Steine. Mahnmahl gegen Rassismus, Saarbrücken, Stuttgart 1993.

- GESTIER, Markus: Die christlichen Parteien an der Saar und ihr Verhältnis zum deutschen Nationalstaat in den Abstimmungskämpfen 1935 und 1955, St. Ingbert 1991 [Saarbrücker Hochschulschriften; 15].
- GILLESSEN, Günther: Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986.
- GLÜCK-CHRISTMANN, Charlotte: Das häusliche Leben. Die Hüttenarbeiter und ihre Familien, in: Richard VAN DÜLMEN/ Joachim JACOB (Hrsg.): Stumm in Neunkirchen. Unternehmerschaft und Arbeiterleben im 19. Jahrhundert. Bilder und Skizzen aus einer Industriegemeinde, St. Ingbert 1993 [Saarland-Bibliothek; 5], S. 61–78.
- GLUNK, Rolf: Erfolg und Mißerfolg der nationalsozialistischen Sprachlenkung, in: Zeitschrift für deutsche Sprache 27 (1971), 1/2, S. 112–123.
- GOLECKI, Anton: Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Geschichte der Stadt Koblenz. Bd. 2: Von der französischen Stadt bis zur Gegenwart, hrsg. von der Energieversorgung Mittelrhein GmbH., Stuttgart 1993, S. 119–169.
- GORDON, C. Wayne/ BABCHUK, Nicholas: A Typology of Voluntary Associations, in: American Sociological Review 24 (1959) 1, S. 22–29.
- GÖRGEN, Hermann: Ein Leben gegen Hitler. Geschichte und Rettung der „Gruppe Görge“. Autobiographische Skizzen, Münster [u.a.] 1997.
- GRUNDMANN, Karl-Heinz: Deutschtumspolitik zur Zeit der Weimarer Republik. Eine Studie der deutsch-baltischen Minderheit in Estland und in Lettland, Hannover-Döhren 1977 [Beiträge zur baltischen Geschichte; 7].
- GRUPP, Peter: Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918–1920. Zur Politik des Auswärtigen Amtes vom Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrags, Paderborn 1988.
- GRUPP, Peter/ JARDIN, Pierre: Une tentative de renouvellement de la diplomatie traditionnelle. La „Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen“ (1919), in: Francia 13 (1986), S. 447–473.
- HAACKE, Wilmont: Die politische Zeitschrift 1665–1665, Bd. 1, Stuttgart 1968.
- HAGEMANN, Jürgen: Die Presselenkung im Dritten Reich, Bonn, 1970.
- HAGSPIEL, Hermann: Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich? Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder, Bonn 1987 [Pariser historische Studien; 24].
- HAHN, Eva: Die Sudetendeutschen in der deutschen Gesellschaft: ein halbes Jahrhundert politischer Geschichte zwischen „Heimat“ und „Zuhause“, in: Jörg K. HOENSCH/ Hans LEMBERG (Hrsg.): Begegnung und Konflikt. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815–1989, Essen 2001, S. 249–270.
- HAHN, Hans-Werner: „Die preußische Art, ein Land zu verwalten ...“. Die Beamten, in: Richard VAN DÜLMEN (Hrsg.): Industriekultur an der Saar. Leben und Arbeit in einer Industrieregion 1840–1914, München 1989, S. 122–131 und S. 275.
- HAHN, Marcus: Das Saarland im doppelten Strukturwandel 1956–1970. Regionale Politik zwischen Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland und Kohlekrise, Saarbrücken 2003 [Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung; 36].
- HALBWACHS, Maurice: Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt am Main 1985.

- HANNIG, Jürgen: Die deutsche Saar 1935 und 1955. Nationalbewußtsein als politisches Argument, in: Informationen für den Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer 34 (1987), S. 25–37.
- : Der gelenkte Blick. Ikonographie einer Flußlandschaft, in: Richard VAN DÜLMEN/ Eva LABOUVIE (Hrsg.): Die Saar. Geschichte eines Flusses, St. Ingbert 1992 [Saarland-Bibliothek; 3], S. 238–262 und S. 381 f.
- : Separatisten – Nationalisten? Zum Abstimmungskampf 1955, in: Rainer HUDEMANN/ Raymond POIDEVIN (Hrsg.): Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte. La Sarre 1945–1955. Un problème de l'histoire européenne, München 1992, S. 381–396.
- : Im Schatten von Spichern: Militarismus und Nationalismus im Saarrevier vor dem Ersten Weltkrieg, in: „Als der Krieg über uns gekommen war...“. Die Saarregion und der Erste Weltkrieg, hrsg. vom Stadtverband Saarbrücken, Merzig 1993, S. 20–37.
- : Historisch-politische Erziehung im Saargebiet in der Völkerbundzeit und in der Zeit des Nationalsozialismus 1920–1945, in: Rolf WITTENBROCK (Hrsg.): Schule und Identitätsbildung in der Region Saar-Lor-Lux. Enseignement scolaire et formation d'identités collectives dans l'espace Sar-Lor-Lux, Saarbrücken 1994, S. 71–90.
- : „Deutsch ist die Saar“. Das Saarlid von Hanns Maria Lux, in: Klaus-Michael MALLMANN/ Gerhard PAUL/ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken 31995, S. 117–122.
- HARIG, Ludwig: Weh dem, der aus der Reihe tanzt, München - Wien 1990.
- HARRISON, E. D. R.: Gauleiter Bürckel and the Bavarian Palatinat 1933–1940, in: Proceedings of the Leeds Philosophical and Literary Society, Literacy and Historical Studies 20 (1986) 3, S. 271–291.
- HARTMANN, Wolfgang: Der historische Festzug. Seine Entstehung und Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, München 1976.
- HAUBRICHS, Wolfgang: Über die allmähliche Verfestigung von Sprachgrenzen. Das Beispiel der Kontaktzonen von Germania und Romania, in: DERS./ Reinhard SCHNEIDER (Hrsg.): Grenzen und Grenzregionen. Frontières et régions frontalières. Borders and Border Regions, Saarbrücken 1994, S. 99–130.
- HAUPERT, Bernhard/ SCHÄFER, Franz-Josef: Jugend zwischen Kreuz und Hakenkreuz, Frankfurt am Main 21992.
- : Saarländischer katholischer Klerus zwischen Anpassung und Widerstand 1933–1935. Studie zum politischen Verständnis und Handeln des katholischen Klerus, in: ZGSaarg 46 (1998), S. 99–157.
- HAUPTS, Leo: Deutsche Friedenspolitik 1918–19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges?, Düsseldorf 1976.
- HEINEMANN, Alois: Individuum und Masse, in: Helge PROSS/ Eugen BUSS (Hrsg.): Soziologie der Masse, Heidelberg 1984, S. 70–94.
- HEINEMANN, Ulrich: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983 [Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 59].
- : Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion, in: Karl-Dietrich BRACHER/ Manfred FUNKE/ Hans-Adolf JACOBSEN (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft, Bonn 21988, S. 371–386.

- HEINEN, Armin: Probleme regionaler Gegenwartsgeschichte am Beispiel des Saarlandes nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Alfred WAHL (Hrsg.): *L'Histoire moderne et contemporaine en Sarre-Lorraine-Luxembourg. Actes du Colloque de Metz. Novembre 1988*, Metz 1990, S. 185–205 [Centre de Recherche Histoire et Civilisation de l'Université de Metz; 18].
- : *Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945–1955*, Stuttgart 1996 [Historische Mitteilungen: Beiheft; 19].
- HEINZ, Dieter: Winterbergdenkmal Saarbrücken, in: *Saarheimat* 18 (1974) 9–10, S. 189–195.
- HEINZ, Joachim: Zum Abstimmungskampf an der Saar 1933–1935, in: *ZG Saarg* 38/39 (1990/91), S. 118–147.
- : *Darbende Marklohnempfänger und Frankenkönige. Die Einführung des Franc im Saargebiet 1920–1923. Ein Beispiel für die Nationalisierung aller Lebensbereiche im Saargebiet der Völkerbundzeit*, in: *Arbeitnehmer* 41 (1993), S. 292 f.
- : 19. Januar 1919. Wahlen zur Nationalversammlung im Saargebiet. Vor 75 Jahren fanden die ersten freien, gleichen und geheimen Wahlen im Saargebiet statt, in: *Arbeitnehmer* 42 (1994) 1, S. 37 ff.
- : Die größte antifaschistische Kundgebung an der Saar, in: *Arbeitnehmer* 42 (1994) 9, S. 343 f.
- : „Haltet die Saar, Genossen“. Zum Einheitsfront-Abkommen von SPD und KPD 1934 im Saargebiet, in: *Arbeitnehmer* 42 (1994) 10, S. 374 f.
- : 13. Januar 1935 - Saarabstimmung. Fiasko der Status-quo-Bewegung - Wahlfälschung?, in: *Arbeitnehmer* 43 (1995) 1, S. 39 f.
- : Älteste deutsche Werkzeitschrift feiert 125jähriges Jubiläum, in: *Saarbrücker Bergmannskalender* 1996, S. 37–55.
- HELLWIG, Fritz: *Saar zwischen Ost und West. Die wirtschaftliche Verflechtung des Saarindustriebezirks mit seinen Nachbargebieten*, Bonn 1954 [Veröffentlichung des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn].
- HENNING, Hansjoachim: *Kriegervereine in den preußischen Westprovinzen. Ein Beitrag zur preußischen Innenpolitik zwischen 1860 und 1914*, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter* 32 (1968), S. 430–475.
- HERB, Guntram Henrik: *Under the map of Germany. Nationalism and propaganda 1918–1945*, London - New York 1997.
- HERBERT, Ulrich: „Generation der Sachlichkeit.“ Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre, in: DERS. (Hrsg.): *Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1995, S. 31–58 und S. 234–241.
- : *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989*, Bonn 2001.
- HERING, Rainer: *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939*, Hamburg 2003 [Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Darstellungen; 40].
- HERLY, Robert: *Le mouvement francophile en Sarre*, in: Helmut HIRSCH: *Die Saar von Genf. Die Saarfrage während des Völkerbundregimes von 1920–1935*, Bonn 1954 [Rheinisches Archiv; 46], S. 92–96.
- HERRMANN, Hans-Christian: *Hermann Röchling in der deutschen Kriegswirtschaft. Ein Beitrag zum Verhältnis Politik und Wirtschaft im Dritten Reich und zur Polykratiendiskussion sowie zur deutsch-französischen Kollaboration*, in: *JbWestdtLG* 20 (1994), S. 405–450.

- HERRMANN, Hans-Walter: Das Schicksal der Juden im Saarland 1920 bis 1945, in: Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, hrsg. von der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Koblenz 1974, S. 257–491.
- : Beiträge zur Geschichte der saarländischen Emigration 1935–1939, in: JbWestdLG 4 (1978), S. 361–412.
- : Pfalz und Saarland in den Plänen zur Neugliederung des Reichsgebietes 1933–1941, in: MittHistVPfalz 83 (1985), S. 321–361.
- : Die Volksabstimmung vom 13. Januar 1935, in: Saarheimat 29 (1985) 1–2, S. 21–24.
- : Der Oberpräsident der Rheinprovinz als Reichskommissar für die Übergabe des Saargebietes, in: Friedrich P. KAHLENBERG (Hrsg.): Aus der Arbeit der Archive. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und zur Geschichte. Fschr. für Hans BOOMS, Boppard am Rhein 1989, S. 746–770.
- : Das Saarrevier zwischen Reichsgründung und Kriegsende, in: DERS. (Hrsg.): Das Saarrevier zwischen Reichsgründung und Kriegsende (1871–1918). Referate eines Kolloquiums in Dillingen am 29./ 30. September 1988, Saarbrücken 1990 [Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung; 18], S. 9–39.
- : 1919 – Schicksalsjahr für die Saar, in: „Als der Krieg über uns gekommen war...“. Die Saarregion und der Erste Weltkrieg, hrsg. vom Stadtverband Saarbrücken, Merzig 1993, S. 248–265.
- HERRMANN, Hans-Walter/ KLEIN, Hanns: Zur sozialen Entwicklung im Landkreis Saarbrücken, in: Grenze als Schicksal – 150 Jahre Landkreis Saarbrücken, hrsg. von der Kreisverwaltung Saarbrücken, Saarbrücken 1966, S. 132–144.
- HERRMANN, Hans-Walter/ SANTE, Georg Wilhelm: Geschichte des Saarlandes, Würzburg 1972.
- HEYDE, Philipp: Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932, Paderborn [u.a.] 1998.
- HEYEN, Franz-Josef: Franz Rudolf Bornewasser (1922–1951), in: Martin PERSCH/ Michael EMBACH (Hrsg.): Die Bischöfe von Trier seit 1802. Festgabe für Dr. Hermann Josef Spital zum 70. Geburtstag am 31. Dezember 1995, Trier 1996 [Veröffentlichungen des Bistumsarchivs Trier; 30], S. 169–188.
- HILDEBRAND, Klaus: Die Frankreichpolitik Hitlers bis 1936, in: Francia 5 (1977), S. 591–625.
- : Das Dritte Reich, München ⁶2003 [Oldenbourg Grundriß der Geschichte; 17].
- HILLGRUBER, Andreas: Militarismus am Ende der Weimarer Republik und im Dritten Reich, in: DERS. (Hrsg.): Deutsche Großmacht- und Weltpolitik, Düsseldorf 1977, S. 134–148.
- : Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871–1945, Düsseldorf 1980.
- HINRICHSSEN, Horst: Reichsautozug „Deutschland“ und Hilfszug „Bayern“. Die beiden größten Autozüge der Welt in den 30-er Jahren, Wölfersheim 1998.
- HIRSCH, Helmut: The Saar-Plebiscite of 1935, in: The South Atlantic Quarterly 45 (1946), S. 13–30.
- : Die Saar in Versailles. Die Saarfrage auf der Friedenskonferenz von 1919, Bonn 1952 [Rheinisches Archiv; 42].
- : Die Saar von Genf. Die Saarfrage während des Völkerbundregimes von 1920–1935, Bonn 1954 [Rheinisches Archiv; 46].
- HIRSCHFELD, Gerhard/ KETTENACKER, Lothar (Hrsg.): Der „Führerstaat“. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981.

- HOBBSAWM, Eric J.: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, München 21998.
- HÖFFKES, Karl: Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches - Ein biographisches Nachschlagewerk, Tübingen 21997 [Veröffentlichungen des Instituts für Deutsche Nachkriegsgeschichte; 13].
- HOFFMANN, Johannes: Stereotypen, Vorurteile, Völkerbilder in Ost und West. In Wissenschaft und Unterricht. Eine Bibliographie, Wiesbaden 1986 [Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund; 1].
- HOFSTÄTTER, Peter R.: Wie Völker einander sehen, in: Anitra KARSTEN (Hrsg.): Vorurteil. Ergebnisse psychologischer und sozialpsychologischer Forschung, Darmstadt 1978 [Wege der Forschung; 401], S. 300–320.
- HOHBERG, Claudia: Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie (HB) 1909–1934, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 3, Köln 1985, S. 91–108.
- HÖHNE, Günter: Deutsche Liga für Völkerbund (DLfV) 1918–April 1933, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 2, Köln 1984, S. 9–16.
- HOLTFREYER, Carl-Ludwig: Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin - New York 1980.
- HOLZ, Kurt: Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, 2. Bde., Frankfurt am Main 1977.
- HONECKER, Erich: Erich Honecker. Aus meinem Leben, Berlin 1980.
- HORCH, Hans: Saarländische Legenden. Anmerkungen zur regionalistischen Geschichtsschreibung, in: Saarbrücker Hefte 63 (1990), S. 33–38.
- : Herr und Knecht im Hause Stumm, in: Klaus-Michael MALLMANN/ Gerhard PAUL/ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken 31995, S. 55–60.
- HUDEMANN, Rainer: Frankreichs Besatzungspolitik nach dem 1. und 2. Weltkrieg, in: Heinz DUCHARDT (Hrsg.): In Europas Mitte. Deutschland und seine Nachbarn, Bonn 1988, S. 144–151.
- : Die Saar zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1947, in: DERS./ Raymond POIDEVIN (Hrsg.): Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte. La Sarre 1945–1955. Un problème de l'histoire européenne, München 1992, S. 13–34.
- : Die französische Besatzung in Deutschland nach 1945, in: Wolf D. GRUNER/ Klaus-Jürgen MÜLLER (Hrsg.): Über Frankreich nach Europa. Frankreich in Geschichte und Gegenwart, Hamburg 1996 [Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte; 10], S. 443–473.
- : Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945, in: APZG 6/97, S. 31–40.
- L'HUILLIER, Fernand: Dialogues franco-allemands 1925–1933, Strasbourg 1971.
- HUNDHAUSEN, Carl: Propaganda. Grundlagen. Prinzipien. Materialien. Quellen, Essen 1975.
- HÜSER, Dietmar: Wahlen, Parteien und politische Kultur im Saarland der 70er und 80er Jahre - Aspekte eines Umbruchs mit Konstanten, in: Edwin DILLMANN/ Richard VAN DÜLMEN (Hrsg.): Lebenserfahrungen an der Saar. Studien zur Alltagskultur 1945–1995, St. Ingbert 1996 [Saarland-Bibliothek; 12], S. 40–65 und S. 415–424.

- : Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950, Berlin 1996 [Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen e.V.; 77].
- HÜTTENBERGER, Peter: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969 [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; 19].
- : Nationalsozialistische Polykratie, in: GG 2 (1976) 4, S. 417–442.
- JACOB, Joachim: Carl Ferdinand Stumm. Hüttenbesitzer und Politiker, in: Richard VAN DÜLMEN/ DERS. (Hrsg.): Stumm in Neunkirchen. Unternehmerschaft und Arbeiterleben im 19. Jahrhundert. Bilder und Skizzen aus einer Industriegemeinde, St. Ingbert 1993 [Saarland-Bibliothek; 5], S. 13–38.
- JACOBSEN, Hans-Adolf: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt am Main - Berlin 1968.
- : Hans Steinacher. Bundesleiter des VDA 1933–1937. Erinnerungen und Dokumente, Boppard 1970 [Schriften des Bundesarchivs; 19].
- : Zur Rolle der Diplomatie im Dritten Reich, in: Klaus SCHWABE (Hrsg.): Das diplomatische Korps 1871–1945, Boppard am Rhein 1985 [Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit; 16], S. 171–199.
- JACOBY, Fritz: Oberbürgermeister Hans Neikes, eine bedeutende Persönlichkeit im Saargebiet, in: ZGSaarg 19 (1971), S. 497–508.
- : Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar. Die innenpolitischen Probleme der Rückgliederung des Saargebietes bis 1935, Saarbrücken 1973 [Veröffentlichungen der Kommission für saarländische Landesgeschichte und Volksforschung; 6].
- : Die evangelische Kirche an der Saar im Abstimmungskampf 1933 bis 1935, in: Die evangelische Kirche an der Saar. Gestern und heute, Saarbrücken 1975, S. 279–285.
- : Bayern und Preußen an der Saar, in: Klaus-Michael MALLMANN/ Gerhard PAUL/ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken 1995, S. 27–30.
- JARDIN, Pierre: La politique rhénane de Paul Tirard (1920–1923), in: Revue d'Allemagne 21 (1989), S. 208–216.
- JEANNESSON, Stanislas: Poincaré, la France et la Ruhr 1922–1924. Histoire d'une occupation, Strasbourg 1998.
- JEISMANN, Michael: Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918, Stuttgart 1992 [Sprache und Geschichte; 19].
- JOCHMANN, Werner: Die Funktion des Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: Günter BRAKELMANN/ Martin ROSOWSKI (Hrsg.): Antisemitismus, Göttingen 1989, S. 147–178.
- JOHN, Jürgen: Deutscher Städtetag (DStT) 1905–1933, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 1, Köln 1983, S. 311–319.
- JOWETT, Garth S./ O'DONNELL, Victoria: Propaganda and Persuasion, Thousand Oaks (Cal.) 1999.
- JUNG, Reiner: Selbst- und Fremdbilder in Kalendern des Saargebiets 1920–1935, in: Lieselotte KUGLER (Hrsg.): GrenzenLos. Lebenswelten in der deutsch-französischen Region an Saar und Mosel seit 1840, Saarbrücken 1998, S. 322–343.

- KARBACH, Jürgen/ THOMES, Paul: Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes, Bd. 3, Teil 2: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Saarlandes (1792–1918), hrsg. von Hans-Walter HERRMANN, Saarbrücken 1994 [Mitteilungen des Historischen Vereins für die Saargegend e.V.; NF 5].
- KATER, Michael H.: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975 [Historische Perspektiven; 1].
- KERN, Werner: Die Rheintheorie in der historisch-politischen Literatur Frankreichs im Ersten Weltkrieg, Saarbrücken 1973.
- KERSHAW, Ian: How effective was Nazi Propaganda?, in: David WELCH (Hrsg.): Nazi Propaganda. The Power and the Limitations, London [u.a.] 1983, S. 180–205.
- KESTERNICH, Hubert: „Stehe jeder auf seinem Posten“. Die siebenwöchige Aussperrung der Völklinger Hüttenarbeiter im Jahre 1924, in: Arbeitnehmer 42 (1994) 9, S. 341 f.
- KLEIN, Hanns: Geschichte des Landkreises Saarbrücken 1815–1965, in: Grenze als Schicksal – 150 Jahre Landkreis Saarbrücken, hrsg. von der Kreisverwaltung Saarbrücken, Saarbrücken 1966, S. 37–108 und S. 210–215.
- : Das stellvertretende Generalkommando des Saarbrücker XXI./XVI. Armeekorps als Organ der Militärverwaltung im Ersten Weltkrieg, in: Hans-Walter HERRMANN (Hrsg.): Das Saarrevier zwischen Reichsgründung und Kriegsende (1871–1918). Referate eines Kolloquiums in Dillingen am 29./30. September 1988, Saarbrücken 1990 [Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung; 18], S. 148–184.
- KLENKE, Dietmar: Zwischen nationalkriegerischem Gemeinschaftsideal und bürgerlich-ziviler Modernität. Zum Vereinsnationalismus der Sängers, Schützen und Turner im Deutschen Kaiserreich, in: GWU 45 (1994), S. 207–223.
- : Der Gesangsverein, in: Étienne FRANÇOIS/ Hagen SCHULZE (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 3, München 2001, S. 392–407 und S. 717 f.
- KLINKHAMMER, Otto: „Nein“ war positiv, „Ja“ war negativ. Die Abstimmung über das Saarstatut 1955, in: Klaus-Michael MALLMANN/ Gerhard PAUL/ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken 1995, S. 258–263.
- KLOEVEKORN, Fritz: Saarbrücken. Werden, Vergehen, Wiederauferstehen einer deutschen Grenzstadt, Saarbrücken 1960.
- KNEBEL, Hajo: Erinnerungen an den saarländischen Schriftsteller Kristian Kraus (1880–1970), in: Saarheimat 15 (1971) 4–5, S. 79 f.
- KNIPPING, Franz: Die deutsche Diplomatie und Frankreich 1933–1936, in: Francia 5 (1977), S. 491–512.
- : Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987.
- KÖHLER, Henning: Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschlandpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1980.
- : Französische Besatzungspolitik 1918–1923, in: Peter HÜTTENBERGER/ Hansgeorg MOLITOR (Hrsg.): Franzosen und Deutsche am Rhein: 1789–1918–1945, Essen 1989, S. 113–126.
- KOLB, Eberhard (Hrsg.): Friedrich Ebert als Reichspräsident. Amtsführung und Amtsverständnis, München 1997 [Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Ebert-Gedenkstätte; 4].

- KÖNIG, Erna: Die politische Publizistik und Kulturpropaganda zu den Loslösungsbestrebungen im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg. Ein Beitrag zur Erforschung der Methode der Pressepropaganda, Wien 1962.
- KOSSELLECK, Reinhart: Der Einfluß der beiden Weltkriege auf das soziale Bewußtsein, in: Wolfram WETTE (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes, München 1992, S. 324–343.
- : Feindbegriffe, in: Jahrbuch 1993 der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, Darmstadt 1994, S. 83–90.
- : Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: Odo MARQUARD/ Karlheinz STIERLE (Hrsg.): Identität, München 1996 [Poetik und Hermeneutik; 8], S. 255–276.
- KOSZYK, Kurt: Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III, Berlin 1972 [Abhandlungen und Materialien zur Publizistik; 7].
- KRASSNITZER, Harald: Die Geburt des Nationalsozialismus im Schützengraben. Formen der Brutalisierung in den Autobiographien von nationalsozialistischen Frontsoldaten, in: Jost DÜLFFER/ Gerd KRUMEICH (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002 [Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte NF; 15], S. 119–148.
- KREBS, Gerhild: Winterbergdenkmal (1874–1939), in: Rainer HUDEMANN (Hrsg.): Stätten grenzüberschreitender Erinnerung. Spuren der Vernetzung des Saar-Lor-Lux-Raumes im 19. und 20. Jahrhundert - Lieux de la mémoire transfrontalière. Traces et réseaux dans l'espace Saar-Lor-Lux aux XIXe et XXe siècles, Saarbrücken 2002 (CD-ROM).
- KREKELER, Norbert Friedrich: Zur Deutschtumspolitik des Auswärtigen Amtes in den durch den Versailler Vertrag abgetretenen Gebieten 1918–1933. Der Revisionsanspruch und die finanzielle Unterstützung deutscher Volksgruppen in Polen, Bonn 1972.
- : Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen, Stuttgart 1973 [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; 27].
- KREWER, Bernd/ MOMPER, Mechthild/ ECKENSBERGER, Lutz H.: Das Saarland war zumeist Objekt der Geschichte. Zur Identität des Saarländers, in: Regionale politische Kultur, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart [u.a.] 1985, S. 90–115.
- KRIER, Emile: Gustav Simon, in: Rheinische Lebensbilder 16 (1997), S. 255–285.
- KRÜGER, Peter: Deutschland und die Reparationen 1918–1919. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973 [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; 25]
- : Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.
- : Struktur, Organisation und außenpolitische Wirkungsmöglichkeiten der leitenden Beamten des Auswärtigen Dienstes 1921–1933, in: Klaus SCHWABE (Hrsg.): Das diplomatische Korps 1871–1945, Boppard am Rhein 1985 [Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit; 16], S. 101–169.
- KRUMEICH, Gerd: Die Dolchstoß-Legende, in: Étienne FRANÇOIS/ Hagen SCHULZE: Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 585–599 und S. 712 ff.
- : Versailles 1919. Der Krieg in den Köpfen, in: DERS./ Silke FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001 [Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte NF; 14], S. 53–64.
- KUHN, Axel: Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919–1939, Stuttgart 1970 [Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik; 5].

- KUNKEL, Ernst: Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes im Abstimmungskampf 1933–1935, Saarbrücken 1968.
- KÜPPERS, Heinrich: Wollte Frankreich das Saarland annektieren?, in: *JbWestdtLG* 9 (1983), S. 345–356.
- LABOUVIE, Eva: Flußbeschreibungen. Geschichte einer Wahrnehmung, in: Richard VAN DÜLMEN/ DIES. (Hrsg.): *Die Saar. Geschichte eines Flusses*, St. Ingbert 1992 [Saarland-Bibliothek; 3], S. 203–237 und S. 377–381.
- LAMBAUER, Barbara: *Otto Abetz et les Français ou l'envers de la collaboration*, Paris 2001 [Pour une histoire du XXe siècle].
- LANGEWIESCHE, Dieter: *Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: Zwischen Partizipation und Aggression*, Bonn-Bad Godesberg 1994 [Gesprächskreis Geschichte; 6].
- : *Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, in: *NPL* 40 (1995), S. 190–236.
- LAPPENKÜPER, Ulrich: *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“*. Bd. 1: 1949–1958, München 2001 [Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 49].
- LATZ, Rolf E.: *Die Entwicklung der Schwerindustrie des Saargebietes während des Völkerbundsregimes 1920 bis 1935. Eine Studie zur Entwicklung von Kohlebergbau und eisen-schaffender Industrie unter dem Einfluß der deutsch-französischen Wirtschaftsinteressen*, Saarbrücken 1978.
- LAUFER, Wolfgang/ DOLLWET, Joachim: *Akten des „Bundes der Saarvereine“*, in: *Unsere Archive* 21 (1984), S. 9 ff.
- : *Der Weg zum „Saarland“*. Beobachtungen zur Benennung einer Region, in: Wolfgang HAUBRICHS/ DERS./ Reinhard SCHNEIDER (Hrsg.): *Zwischen Saar und Mosel. Festschrift für Hans-Walter HERRMANN zum 65. Geburtstag*, Saarbrücken 1995 [Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung; 24], S. 367–380.
- LE BON, Gustave: *Psychologie der Massen*, Stuttgart 1973.
- LEINER, Stefan: *Die Inszenierung des Feierns. Die Festkultur*, in: Richard VAN DÜLMEN (Hrsg.): *Industriekultur an der Saar. Leben und Arbeit in einer Industrieregion 1840–1914*, München 1989, S. 236–247 und S. 277.
- LEMPERT, Peter: *Das Saarland den Saarländern! Die frankophilen Bestrebungen im Saargebiet 1918–1935*, Köln 1985 [Kölner Schriften zur romanischen Kultur; 3].
- LEPSIUS, Mario Rainer: *Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: DERS. (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993 [Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 100], S. 25–50 und S. 337 ff.
- LERG, Winfried B.: *Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik*, München 1980 [Rundfunk in Deutschland; 1].
- LEYENS, Jacques-Philippe/ YZERBYT, Vincent/ SCHADRON, Georges: *Stereotypes and social Cognition*, London [u.a.] 1994.
- LINDEN, Gerd: *Der Steinkohlenbergbau an der Saar unter preußischer Verwaltung (1815–1920)*, Graz 1961.
- LINSMAYER, Ludwig: *Geselligkeit und Selbstbestimmung. Die Vereinskultur*, in: Richard VAN DÜLMEN (Hrsg.): *Industriekultur an der Saar. Leben und Arbeit in einer Industrieregion 1840–1914*, München 1989, S. 222–234 und S. 277.

- : Politische Kultur im Saargebiet 1920–1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region, St. Ingbert 1992 [Saarland-Bibliothek; 2].
- LONGERICH, Peter: Nationalsozialistische Propaganda, in: Karl-Dietrich BRACHER/ Manfred FUNKE/ Hans-Adolf JACOBSEN (Hrsg.): Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn ²1993, S. 291–314.
- LOTH, Winfried: Die Saarfrage und die deutsch-französische Verständigung. Versuch einer Bilanz, in: ZGSaarg 34/35 (1986/87), S. 276–291.
- : Frankreichs Abschied von der Saar, in: Richard VAN DÜLMEN/ Jürgen HANNIG/ Ludwig LINSMAYER (Hrsg.): Erinnerungsarbeit: Die Saar '33–'35, Ausstellung zur 50jährigen Wiederkehr der Saarabstimmung vom 13. Januar 1935, Saarbrücken 1985, S. 65–74.
- LURZ, Meinhold: Kriegerdenkmäler in Deutschland. Bd. 3: 1. Weltkrieg, Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985.
- LUTHER, Rudolf: Blau oder braun? Der Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) im NS-Staat 1933–1937, Neumünster 1999.
- MALETZKE, Gerhard: Propaganda. Eine begriffskritische Analyse, in: Publizistik 17 (1972), S. 153–165.
- MALLMANN, Klaus-Michael: Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung an der Saar (1848–1904), Saarbrücken 1981 [Veröffentlichungen der Kommission für saarländische Landesgeschichte und Volksforschung; 12].
- : Neue Bücher zu einem schwierigen Jubiläum, in: ZGSaarg 33 (1985), S. 184–205.
- : „Jetzt' mache mir de Spartakus!“ Die Hungerkrawalle 1919, in: Saarheimat 32 (1988) 5, S. 109–112.
- : Verfleißigung und Eigensinn. Bergmännische Lebenswelten, in: Richard VAN DÜLMEN (Hrsg.): Industriekultur an der Saar. Leben und Arbeit in einer Industrieregion 1840–1914, München 1989, S. 98–108 und S. 274 f.
- : Zwischen Machtanbetung und Revolte – Protestanten und Proletarisierung an der Saar, in: Hans-Walter HERRMANN (Hrsg.): Das Saarrevier zwischen Reichsgründung und Kriegsende (1871–1918). Referate eines Kolloquiums in Dillingen am 29./ 30. September 1988, Saarbrücken 1990 [Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung; 18], S. 57–70.
- : Die heilige Borussia. Das Saarrevier als preußische Industriekolonie, in: DERS./ Gerhard PAUL/ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken ³1995, S. 16–20.
- : „Dies Gebiet ist bis jetzt noch eine vollständige terra incognita“. Die verspätete SPD im Saarrevier in: DERS./ Gerhard PAUL/ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken ³1995, S. 65–70.
- : „Auf dem Bürgermeisteramt ist die rote Fahne zu hissen.“ Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz, in: DERS./ Gerhard PAUL/ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken ³1995, S. 90–95.
- : Klassenkampf fürs Vaterland. Der Bergarbeiterstreik 1923, in: DERS./ Gerhard PAUL/ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken ³1995, S. 103–108.

- MALLMANN, Klaus-Michael/ PAUL, Gerhard: Hugolinus Dörr, in: DIES.: Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler, Bonn 1989 [Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945; 1], S. 50–54 und S. 301.
- : Bartholomäus Koßmann, in: DIES.: Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler, Bonn 1989 [Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945; 1], S. 137–145 und S. 311 f.
- : Fritz Kuhnen, in: DIES.: Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler, Bonn 1989 [Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945; 1], S. 149–155 und S. 313 f.
- : Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991 [Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945; 2].
- : Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: ZfG 41 (1993) 2, S. 99–116.
- : Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995 [Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945; 3].
- MALLMANN, Klaus-Michael/ STEFFENS, Horst: Lohn der Mühen. Geschichte der Bergarbeiter an der Saar, München 1989 [Bergbau und Bergarbeit].
- MARKUS, Gertrud: Die deutsch-französischen Auseinandersetzungen um das Saargebiet 1918–1935, Berlin (Ost) 1967.
- MARTENS, Stefan (Hrsg.): Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993 [Beihefte der Francia; 27].
- MARTI, Roland: Einleitung, in: DERS. (Hrsg.): Sprachenpolitik in Grenzregionen. Politique linguistique dans les régions frontalières, Saarbrücken 1996 [Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung; 29], S. 11–16.
- MARX, Albert: Die Geschichte der Juden im Saarland. Vom Ancien Régime bis zum Zweiten Weltkrieg, Saarbrücken 1992.
- MATTHIAS, Erich/ MORSEY, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1984.
- MAURER, Michael: Feste und Feiern als historischer Forschungsstand, in: HZ 253 (1991), S. 101–130.
- MAYER, Karl J.: Die Weimarer Republik und das Problem der Sicherheit in den deutsch-französischen Beziehungen 1918–1925, Frankfurt am Main [u.a.] 1990.
- MAYER, Tilman: Prinzip Nation. Dimensionen der nationalen Frage am Beispiel Deutschlands, Opladen 1988.
- MAXELON, Michael-Olaf: Stresemann und Frankreich 1914–1929. Deutsche Politik der Ost-West-Balance, Düsseldorf 1972 [Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft; 5].
- MCDUGALL, Walter A.: France's Rhineland Diplomacy 1914–1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe, Princeton (N.J.) 1978.
- MEINZER, Lothar: Von der Dauerkrise in die Staatskonjunktur. Die pfälzische Industrie in der Zwischenkriegszeit, in: Gerhard NESTLER/ Hannes ZIEGLER (Hrsg.): Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, Landau 1993, S. 161–184.
- MENDE, Hans-Jürgen (Hrsg.): Lexikon Alle Berliner Straßen und Plätze. Von der Gründung bis zur Gegenwart, Bde. 2 ff., Berlin 1998.

- MENKOVIC, Biljana: Politische Gedenkkultur. Denkmäler - Die Visualisierung politischer Macht im öffentlichen Raum, Wien 1999 [Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit; 12].
- MERTEN, Klaus/ GIEGLER, Helmut/ UHR, Friederike: Grundlegende Ansätze und Methoden der Medienwirkungsforschung, Wiesbaden 1992 [Materialien zur Bevölkerungswissenschaft; 20].
- METZMACHER, Helmut: Die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates in Saarbrücken 1918, in: ZGSaarg 19 (1971), S. 230–248.
- MICHALIK, Hans-Ulrich: Untersuchungen zum Chorgesangwesen im Saargebiet zur Zeit der Verwaltung durch den Völkerbund, Saarbrücken 1987.
- : Saarsängerbund und Arbeitersängerbund im Saargebiet 1919–1935, in: JbWestdtLG 16 (1990), S. 381–397.
- MIQUEL, Pierre: La paix de Versailles et l'opinion publique française, Paris 1972.
- : Versailles im politischen Meinungsstreit Frankreichs 1919–1926, in: VjhZG 20 (1972) 1, S. 1–15.
- MOHLER, Armin: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch, Darmstadt 1972.
- MÖHLER, Rainer: Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952, Mainz 1992 [Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz; 17].
- MOMMSEN, Hans: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918–1933, Berlin 1989 [Propyläen Geschichte Deutschlands; 8].
- : Nationalismus in der Weimarer Republik, in: Otto DANN (Hrsg.): Die deutsche Nation. Geschichte - Probleme - Perspektiven, Vierow 1994 [Kölner Beiträge zur Nationsforschung; 1], S. 83–95.
- MOMMSEN, Wolfgang J.: Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, Tübingen 1974.
- : Max Weber und die deutsche Revolution 1918/19, Heidelberg 1994 [Kleine Schriften. Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte; 18].
- : Das Zeitalter des Imperialismus, Augsburg 1998 [Weltbild Weltgeschichte; 28].
- MOSSE, George L.: Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 1976.
- : Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben, Stuttgart 1993.
- MÜHLE, Robert W.: Frankreich und Hitler. Die französische Deutschland- und Außenpolitik 1933–1935, Paderborn [u.a.] 1995.
- VON ZUR MÜHLEN, Patrik: „Schlagt Hitler an der Saar!“ Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933–1935, Bonn 1981 [Reihe Politik und Gesellschaftsgeschichte; 7].
- : War die Volksabstimmung am 13. Januar 1935 eine Fälschung?, in: ZGSaarg 30 (1982), S. 114–118.
- MÜLLER, Hans-Jürgen: Auswärtige Pressepolitik und Propaganda zwischen Ruhrkampf und Locarno (1923–1925). Eine Untersuchung über die Rolle der Öffentlichkeit in der Außenpolitik Stresemanns, Frankfurt am Main [u.a.] 1991 [Moderne Geschichte und Politik; 8].
- MÜLLER, Sven Oliver: Zweierlei Kriegsausbrüche. Neue Tendenzen in der Kultur- und Politikgeschichte des Ersten Weltkriegs, in: AfS 41 (2001), S. 556–565.

- MUSKALLA, Dieter: NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel. Gleichschaltung - Neuordnung - Verwaltung, Saarbrücken 1995 [Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung; 25].
- NÉRÉ, J.: *The Foreign Policy of France from 1914 to 1945*, London – Boston 1975.
- NEUBACH, Helmut: Die Abstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921, in: Richard BREYER (Hrsg.): *Deutschland und das Recht auf Selbstbestimmung nach dem Ersten Weltkrieg. Probleme der Volksabstimmungen im Osten (1918–1922)*, Bonn 1985, S. 92–129.
- NEUMANN, Sigmund: *Die Parteien der Weimarer Republik*, Stuttgart [u.a.] ⁵1986.
- NEUMEYER, Michael: *Heimat. Zu Geschichte und Begriff eines Phänomens*, Kiel 1992 [Kieler geographische Schriften; 84].
- NEWTON, Douglas: *British Policy and the Weimar Republic 1918–1919*, Oxford 1997.
- NICKLAS, Thomas: Rheinpoesie und Rheinpolitik. Maurice Barrès, Frankreich und der Rhein 1919–1923, in: *Historisches Jahrbuch* 122 (2002), S. 263–285.
- NIEDHART, Gottfried: *Die Außenpolitik der Weimarer Republik*, München 1999 [Enzyklopädie deutscher Geschichte; 53].
- N.N.: Die Deutsche Front: Heimkehr ins neue Deutschland?, in: Richard VAN DÜLMEN/ Jürgen HANNIG/ Ludwig LINSMAYER (Hrsg.): *Erinnerungsarbeit: Die Saar '33–'35, Ausstellung zur 50jährigen Wiederkehr der Saarabstimmung vom 13. Januar 1935*, Saarbrücken 1985, S. 47–64.
- NIPPERDEY, Thomas: *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 1: *Arbeitswelt und Bürgergeist*, München ³1993.
- NOBLE, George Bernard: *Policies and opinions at Paris 1919. Wilsonian diplomacy, the Versailles Peace and French public opinion*, Ndr. New York 1968.
- NORTHEGE, Fred S.: *The League of Nations. Its Life and Times 1920–1946*, Leicester ²1988.
- OLSCHEWSKI, Christa: Die ökonomische Bedeutung des Saargebietes für den faschistischen deutschen Imperialismus, in: *Der Kampf um die Zukunft des Saargebietes 1934/1935. Das Einheitsfrontabkommen der KPD und SPD im Saargebiet vom 2. Juli 1934 zum gemeinsamen Kampf gegen den Hitlerfaschismus*, Berlin 1984 [Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin], S. 25–28.
- OSTERMANN, Aenne/ NICKLAS, Hans: *Vorurteile und Feindbilder*, München [u.a.] 1976.
- OSTROWER, Gary B.: *The League of Nations from 1919 to 1929*, New York 1996 [Partners for peace; 1].
- VON PAPEN, Franz: *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952.
- PATEL, Kiran: Neuerscheinungen zur öffentlichen Festkultur, in: *AfS* 35 (1995), S. 410–418.
- : „Soldaten der Arbeit“. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945, Göttingen 2003 [Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 157].
- PÄTZOLD, Kurt: Demagogie, Terror und Korruption bei der imperialistischen Beeinflussung der Saarbevölkerung, in: *Der Kampf um die Zukunft des Saargebietes 1934/1935. Das Einheitsfrontabkommen der KPD und SPD im Saargebiet vom 2. Juli 1934 zum gemeinsamen Kampf gegen den Hitlerfaschismus*, Berlin 1984 [Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin], S. 68–75.
- PAUL, Gerhard: „Deutsche Mutter - heim zu Dir!“ Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933–1935, Köln 1984.
- : Die Saarabstimmung 1935. Determinanten eines verhinderten Lernprozesses über den Faschismus an der Macht, in: *PVS* 26 (1985) 1, S. 5–28.

- : Max Braun. Eine politische Biographie, St. Ingbert 1987.
- : Die NSDAP des Saargebietes 1920–1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987.
- : Von der Bastion im Westen zur Brücke der Verständigung. Politische Geschichte 1815–1957, in: Das Saarland. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, hrsg. vom Chef der Staatskanzlei, Saarbrücken 1990, S. 23–50.
- : Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.
- : Das Winterbergdenkmal, in: Klaus-Michael MALLMANN/ DERS./ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken 31995, S. 82 f.
- : „Schlagt die Hakenkreuzler mit dem Knüppel zum Dorf hinaus!“ Die NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, in: Klaus-Michael MALLMANN/ DERS./ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken 31995, S. 140–143.
- : „Deutsche Mutter - heim zu Dir!“, in: Klaus-Michael MALLMANN/ DERS./ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken 31995, S. 148–156.
- : „Das Saarland den Saarländern!“ Zur Geschichte des Autonomiegedankens 1918–1947, in: Klaus-Michael MALLMANN/ DERS./ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken 31995, S. 232–238.
- : Josef Bürckel - der rote Gauleiter, in: Ronald SMELSER/ Enrico SYRING/ Rainer ZITELMANN (Hrsg.): Die braune Elite, Bd. 2. 21 weitere biographische Skizzen, Darmstadt 1993, S. 51–65.
- : Widerstand an der Saar - Bilanz eines Forschungsprojektes. Braune Jahre - wie die Bevölkerung an der Saar die NS-Zeit erlebte, St. Ingbert 1993 [Beiträge zur Regionalgeschichte; 17].
- PAUL, Gerhard/ SCHOCK, Ralph: Saargeschichte im Plakat 1918–1957, Saarbrücken 1987.
- PEUKERT, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987 [Moderne Deutsche Geschichte; 9].
- PFEIL, Alfred: Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976 [Erträge der Forschung; 58].
- POHL, Karl Heinrich: Der „Rheinlandkommissar“ und die besetzten deutschen Gebiete. Regionale Einflüsse bei den innenpolitischen Auseinandersetzungen um die „Rückwirkungen“ von Locarno, in: JbWestdtLG 5 (1979), S. 273–301.
- POIDEVIN, Raymond/ BARIÉTY, Jacques: Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982.
- POULAIN, Marc: Zur Vorgeschichte der Thoiry-Gespräche vom 17. September 1926, in: Wolfgang BENZ/ Hermann GRAML (Hrsg.): Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans ROTHFELS zum Gedächtnis, Stuttgart 1976, S. 87–120.
- PRÄGER, Christmut: Die Heidelberger Rathausloggia 1935–1952: Ort von Schuld und Sühne, in: Neue Hefte zur Stadtentwicklung und Stadtgeschichte 2 (1982), S. 94–103.
- RAMMERT, Werner: Kollektive Identitäten und kulturelle Innovationen: Thema und Beiträge, in: DERS./ Gunther KNAUTHE/ Klaus BUCHENER/ Florian ALTENHÖNER (Hrsg.): Kollektive Identitäten und kulturelle Innovationen. Ethnologische, soziologische und historische Studien, Leipzig 2001, S. 9–20.

- RATHS, Aloyse: Wer war Gustav Simon?, in: *Rappel. Revue mensuelle de la L.P.P.D.* 30 (1975), S. 79–87.
- RAY, Roland: *Annäherung an Frankreich im Dienste Hitlers? Otto Abetz und die deutsche Frankreichpolitik 1930–1942*, München 2000 [Studien zur Zeitgeschichte; 59].
- RECOLATOR, Remigius: *Betrachtungen zur Saarabstimmung von 1935*, in: *Saarheimat* 19 (1975) 5–6, S. 105–108.
- REIMER, Klaus: *Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918–1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland*, Frankfurt am Main [u.a.] 1979.
- REIMUS, Klaus: „Das Reich muß uns doch bleiben!“ Die nationale Rechte, in: Detlef LEHNERT/Klaus MEGERLE (Hrsg.): *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik*, Opladen 1989, S. 231–253.
- RENOUVIN, Pierre: *Les buts de guerre du gouvernement français, 1914–1918*, in: *RH* 90 (1966) 235, S. 1–38.
- RETZLAW, Karl: *Spartakus. Aufstieg und Niedergang*, Frankfurt am Main 1972.
- REULECKE, Jürgen: *Von der Landesgeschichte zur Regionalgeschichte*, in: *Geschichte im Westen* 6 (1991), S. 202–207.
- RICHTER, Johannes Karl: *Die Reichszentrale für Heimatdienst. Geschichte der ersten politischen Bildungsstelle in Deutschland und Untersuchung ihrer Rolle in der Weimarer Republik*, Berlin 1963.
- RICHTER, Ludwig: *Die deutsche Volkspartei 1918–1933*, Düsseldorf 2002 [Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 134].
- RIESENBERGER, Dieter: *Das Deutsche Rote Kreuz. Eine Geschichte 1864–1990*, Paderborn 2002.
- RITTER, Ernst: *Das deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917–1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen*, Wiesbaden 1976 [Frankfurter historische Abhandlungen; 14].
- RÖDDER, Andreas: *Stresemanns Erbe: Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929–1931*, Paderborn [u.a.] 1996.
- ROHKRÄMER, Thomas: *Der Militarismus der „kleinen Leute“. Die Kriegervereine im deutschen Kaiserreich 1871–1914*, München 1990.
- ROTH, François: *La vie politique en Lorraine au XXe siècle*, Metz 1985.
- : *Die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich*, in: Gerd KRUMEICH/Silke FEHLEMANN (Hrsg.): *Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung*, Essen 2001 [Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte NF; 14], S. 126–144.
- : *La frontière franco-allemande de la Moselle au Rhin 1918–1939*, in: Jeanne-Marie DEMAROLLE (Hrsg.): *Frontières (?) en Europe occidentale et médiane de l’Antiquité à l’an 2000*, Metz 2001 [Centre de Recherche Histoire et Civilisation de l’Université de Metz; 22], S. 127–138.
- RÜLF, Shlomo: *Ströme im dünnen Land. Erinnerungen*, Stuttgart 1964.
- RUSSELL, Frank M.: *The Saar. Battleground and Pawn*, New York 1951, Ndr. 1970.
- SAHNER, Heinz: *Vereine und Verbände in der modernen Gesellschaft*, in: Heinrich BEST (Hrsg.): *Vereine in Deutschland. Vom Geheimbund zur freien gesellschaftlichen Organisation*, Bonn 1993, S. 11–118.
- SALEWSKI, Michael: *Der Erste Weltkrieg*, Paderborn [u.a.] 2003.

- SANDER, Michael: Gewerkschaftsbewegung im Montanrevier - Arbeiter und ihre Organisation an der Saar, in: Hans-Walter HERRMANN (Hrsg.): Das Saarrevier zwischen Reichsgründung und Kriegsende (1871–1918). Referate eines Kolloquiums in Dillingen am 29./ 30. September 1988, Saarbrücken 1990 [Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung; 18], S. 40–56.
- SAGAVE, Pierre-Paul: Versailles (1682, 1789, 1871, 1919), in: Jacques LEENHARDT/ Robert PICT (Hrsg.): *Esprit/ Geist. 100 Schlüsselbegriffe für Deutsche und Franzosen*, München - Zürich 1989, S. 34–39.
- VON SALDERN, Adelheid: Volk and Heimat Culture in Radio Broadcasting during the Period of Transition from Weimar to Nazi Germany, in: *Journal of Modern History* 76 (2004) 2, S. 312–346.
- SASSE, Heinz Günther: Zur Geschichte des Auswärtigen Amtes, in: 100 Jahre Auswärtiges Amt 1870–1970, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1970, S. 23–46.
- SCHAFF, Adam: Stereotypen und das menschliche Handeln, Wien [u.a.] 1980.
- SCHARF, Claus/ SCHRÖDER, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983 [Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Main, Abteilung Universalgeschichte; Beiheft 14].
- SCHECK, Raffael: Wahrung des Burgfriedens. Die Wirkung des Ersten Weltkrieges auf die bürgerliche Frauenbewegung der Weimarer Republik, in: Jost DÜLFFER/ Gerd KRUMEICH (Hrsg.): *Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918*, Essen 2002 [Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte NF; 15], S. 215–228.
- SCHEIDEMANN, Christiane: Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869–1928). Eine politische Biographie, Frankfurt am Main [u.a.] 1998.
- SCHIEDER, Wolfgang/ DIPPER, Christoph: Propaganda, in: Otto BRUNNER/ Werner CONZE/ Reinhart KOSELLECK (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 69–112.
- SCHILDT, Axel: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998.
- SCHILLY, Ernst: Friedrich Meinecke und die Saarfrage 1919. Zum Verhältnis von Geschichtsschreibung und Politik, in: *Saarbrücker Hefte* 54 (1983), S. 21–55.
- SCHILLER, Dieter: Schriftsteller im Saarkampf, in: *Der Kampf um die Zukunft des Saargebietes 1934/1935. Das Einheitsfrontabkommen der KPD und SPD im Saargebiet vom 2. Juli 1934 zum gemeinsamen Kampf gegen den Hitlerfaschismus*, Berlin 1984 [Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin], S. 76–85.
- SCHLEIDEN, Karl-August: Straßennamen als Ausdruck politischer Einflußnahme am Beispiel von Saarbrücken. Teil I: Die schöne Luise und der General aus Pappe, in: *Eckstein. Journal für Geschichte* 4 (1992/93), S. 16–19. Teil II: Von Gustav Stresemann über Adolf Hitler zu Max Braun, in: *Eckstein. Journal für Geschichte* 5 (1994), S. 11 ff.
- SCHLIE, Ulrich: *Die Nation erinnert sich. Die Denkmäler der Deutschen*, München 2002.
- SCHMIDT, Robert H.: *Saarpolitik 1945–1957*. 3 Bde., Berlin 1959 ff.
- SCHNEIDER, Dieter Marc: Saarpolitik und Exil 1933–1955, in: *VjhZG* 25/26 (1977/78), S. 467–545.
- SCHNEIDER, Heinrich: *Das Wunder an der Saar. Ein Erfolg politischer Gemeinsamkeit*, Stuttgart 1974.

- SCHOCK, Ralph: Haltet die Saar, Genossen! Antifaschistische Schriftsteller im Abstimmungs-kampf 1935, Berlin – Bonn 1984.
- : „Schlagt Hitler an der Saar!“ Formen kultureller Gegenöffentlichkeit im Abstimmungs-kampf 1933–1935, in: Zehn statt tausend Jahre. Die Zeit des Nationalsozialismus an der Saar 1935–1945. Katalog zur Ausstellung des regionalgeschichtlichen Museums im Saarbrücker Schloß, hrsg. vom Stadtverband Saarbrücken - Regionalgeschichtliches Museum, Merzig 1988, S. 27–34.
- : Saargebiet: 1933–1935, in: Claus-Dieter KROHN (Hrsg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Sp. 367–371.
- SCHOLDT, Günter: Liesbet Dill, in: Peter NEUMANN (Hrsg.): Saarländische Lebensbilder, Bd. 3, Saarbrücken 1986, S. 219–242.
- : Die Saarabstimmung 1935 aus der Sicht von Schriftstellern und Publizisten, in: ZGSaarg 45 (1997), S. 170–200.
- SCHÖNDORF, Kurt: „Für Christus und Deutschland - Gegen Hitler und die Neuheiden“. Zum Widerstand katholischer Geistlicher gegen Hitler in der Saarpfalz vor der Saarabstimmung 1935, in: Saarpfalz. Blätter für Geschichte und Volkskunde 46 (1994) 2, S. 25–34.
- : Der „Tag der deutschen Saar“ 1934 in Zweibrücken, in: Saarpfalz. Blätter für Geschichte und Volkskunde 47 (1995) 4, S. 38 f.
- : Die Aktivität der Saar-Vereine im Reich während der Saargebietszeit, in: Saarpfalz. Blätter für Geschichte und Volkskunde 50 (1996) 3, S. 49–52.
- SCHÖNWÄLDER, Karen: Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main - New York 1992 [Historische Studien; 9].
- SCHOT, Bastiaan: Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Zur Völkerbundspolitik der Stresemann-Ära, Marburg 1988 [Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien; 4].
- SCHÖTTLER, Peter: Der Rhein als Konfliktthema zwischen deutschen und französischen Historikern in der Zwischenkriegszeit, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 9 (1994) 2, S. 46–67.
- : Lucien Febvres Beitrag zur Entmythologisierung der rheinischen Geschichte, in: Lucien FEBVRE: Der Rhein und seine Geschichte, hrsg., übers. und mit einem Nachwort versehen von Peter SCHÖTTLER, Frankfurt am Main 1995, S. 217–263.
- : Die historische „Westforschung“ zwischen „Abwehrkampf“ und territorialer Offensive, in: DERS. (Hrsg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt am Main 1999, S. 204–261.
- VON SCHRAMM, Wilhelm: ... sprich vom Frieden, wenn Du den Krieg willst. Die psychologischen Offensiven Hitlers gegen die Franzosen 1933–1939. Ein Bericht, Mainz 1973.
- SCHULIN, Ernst: Das Frankreichbild deutscher Historiker in der Zeit der Weimarer Republik, in: Francia 4 (1976), S. 659–673.
- : Weltkriegserfahrung und Historikerreaktion, in: Wolfgang KÜTTLER/ Jörn RÜSEN/ DERS. (Hrsg.): Geschichtsdiskurs. Bd. 4: Krisenbewußtsein, Katastrophenerfahrungen und Innovationen 1880–1945, Frankfurt am Main 1997, S. 165–188.
- SCHULTE, Franz Gerrit: Der Publizist Hellmut von Gerlach (1866–1935), München [u.a.] 1988 [Kommunikation und Politik; 19].
- SCHULZ, Gerhard: Permanente Gleichschaltung des öffentlichen Lebens und Entstehung des nationalsozialistischen Führerstaates in Deutschland, in: DERS. (Hrsg.): Die Große Krise der

- dreißiger Jahre. Vom Niedergang der Weltwirtschaft zum Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1985, S. 72–100.
- : Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930, Berlin ²1987. Bd. 2: Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin 1987. Bd. 3: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933, Berlin - New York 1992.
- SCHULZE, Hagen: Versailles, in: Étienne FRANÇOIS/ DERS.: Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 407–421 und S. 700 f.
- SCHULZE, Winfried/ OEXLE, Otto Gerhard (Hrsg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main ²2000.
- SCHUMANN, Dirk: Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grunddispositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen middle classes), in: Hans MOMMSEN (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderungen in der Politik, Köln-Weimar 2000 [Industrielle Welt; 60], S. 83–105.
- SCHWABE, Klaus: Hermann Oncken, in: Hans-Ulrich WEHLER (Hrsg.): Deutsche Historiker, Bd. 2, Göttingen 1971, S. 81–97.
- : Deutsche Revolution und Wilson-Friede. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971.
- : Die Saarlandfrage in Versailles, in: Saarheimat 29 (1985), S. 17–20.
- : Einleitung, in: DERS. (Hrsg.): Quellen zum Friedensschluß von Versailles, Darmstadt 1997 [Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit; 30], S. 1–38.
- : „Gerechtigkeit für die Großmacht Deutschland“ – Die deutsche Friedensstrategie in Versailles, in: Gerd KRUMEICH/ Silke FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001 [Schriften der Bibliothek zur Zeitgeschichte NF; 14], S. 71–86.
- : L'Allemagne à Versailles: Stratégie diplomatique et contraintes intérieurs, in: Francia 27 (2000) 3, S. 49–62.
- SCHWARTZ, Michael: Schützenvereine im „Dritten Reich“. Etappen der Gleichschaltung traditioneller Vereinskultur am Beispiel des ländlich-katholischen Schützenvereinswesens Westfalens 1933–1939, in: AKG 79 (1997), S. 439–484.
- SCHWARZ, Hans: Das Vereinswesen an der Saar bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Der Verein als Medium der sozialen Kommunikation, Saarbrücken 1991 [Veröffentlichungen des Instituts für Landeskunde im Saarland; 35]
- SCHWARZ, Jürgen: Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik, Berlin 1971 [Ordo Politicus; 12].
- SEIBOLD, Gerhard: Röchling. Kontinuität im Wandel, Stuttgart 2001.
- SHAMIR, Haim: Le plébiscite de la Sarre et l'opinion publique en France, in: Revue d'Histoire moderne et contemporaine 17 (1970), S. 104–111.
- SIEBURG, Heinz-Otto: Das Gespräch zu Thoiry 1926, in: Ernst SCHULIN (Hrsg.): Gedenkschrift Martin GÖHRING. Studien zur europäischen Geschichte, Wiesbaden 1968 [Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz; 50], S. 317–337.
- : Geschichte Frankreichs, Stuttgart [u.a.] ⁵1995.
- SIEGMANN, Paul: Vor vierzig Jahren. Der Kampf um den 13. Januar 1935. Tagebuch-Auszüge, in: ZGSaarg 22 (1974), S. 224–325.

- SIEWERT, Hans-Jörg: Zur Thematisierung des Vereinswesens in der Deutschen Soziologie, in: Otto DANN (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984 [HZ; Beiheft 9], S. 151–180.
- SODHI, Kripal Singh/ BERGIUS, Rudolf: Nationale Vorurteile. Eine sozialpsychologische Untersuchung an 881 Personen, Berlin 1953 [Forschungen zur Sozialpsychologie und Ethnologie; 1]
- SOMMER, Hermann: Der Landrat und der Arbeiter- und Soldatenrat im November des Kriegsjahres 1918 in St. Wendel, in: Heimatbuch des Landkreises St. Wendel 21 (1985/86), S. 171–181.
- : Französische Besetzung St. Wendels im Dezember 1918, in: Heimatbuch des Landkreises St. Wendel 22 (1987/88), S. 136–149.
- : Bevor der Landkreis St. Wendel 1919 geteilt wurde. Das Ende der Amtszeit des letzten preußischen Landrats, in: Heimatbuch des Landkreises St. Wendel 23 (1989/90), S. 117–136.
- SONTHEIMER, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München³1992.
- SOUTOU, Georges-Henri: La France et les Marches de l'Est 1914–1919, in: RH 260 (1978), S. 341–388.
- : L'Allemagne et la France en 1919, in: Jacques BARIÉTY/ Alfred GUTH/ Jean-Marie VALENTIN (Hrsg.): La France et l'Allemagne entre les deux guerres mondiales. Actes du colloque tenu en Sorbonne (Paris IV). 15-16-17 janvier 1987, Nancy 1987, S. 9–20.
- : L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre mondiale, Paris 1989.
- : Die Kriegsziele Frankreichs im Ersten Weltkrieg, in: Wolf D. GRUNER/ Klaus-Jürgen MÜLLER (Hrsg.): Über Frankreich nach Europa. Frankreich in Geschichte und Gegenwart, Hamburg 1996 [Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte; 10], S. 327–339.
- : The French Peacemakers and their Home Front, in: Manfred BOEMEKE (Hrsg.): The Treaty of Versailles. 75 Years later, Cambridge 1998, S. 167–188.
- STEFFENS, Horst: Arbeitstag, Arbeitszumutungen und Widerstand. Bergmännische Arbeitserfahrungen an der Saar in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: AfS 21 (1981), S. 1–54.
- STEIN, Peter: Die NS-Gaupresse 1925–1933. Forschungsbericht – Quellenkritik – neue Bestandsaufnahme, München [u.a.] 1987 [Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung; 42].
- STEINLE, Brigitte: Sein Weg bis zur Emigration, in: DIES. (Hrsg.): Johannes Hoffmann - ein Leben, Saarbrücken 1990, S. 12–18.
- STEINMEYER, Gitta: Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1919, Stuttgart 1979 [Geschichte und Theorie der Politik, Unterreihe A; 3].
- STEVENSON, David: French War Aims and Peace Planning, in: Manfred BOEMEKE (Hrsg.): The Treaty of Versailles. 75 Years later, Cambridge 1998, S. 87–109.
- STRAUSS, Gerhard/ HASS, Ulrike/ HARRAS, Gisela: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist, Berlin - New York 1989.
- STURMINGER, Alfred: 3000 Jahre politische Propaganda, Wien 1960.
- SÜCHTING-HÄNGER, Andrea: Die Anti-Versailles-Propaganda konservativer Frauen in der Weimarer Republik - Eine weibliche Dankeschuld?, in: Gerd KRUMEICH/ Silke FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001 [Schriften der Bibliothek zur Zeitgeschichte NF; 14], S. 302–313.

- : Das „Gewissen der Nation“. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937, Düsseldorf 2002 [Schriften des Bundesarchivs; 59].
- SÜSS, Martin: Rheinhessen unter Französischer Besatzung. Vom Waffenstillstand im November 1918 bis zum Ende der Separatistenunruhen im Februar 1924, Stuttgart 1988 [Geschichtliche Landeskunde; 31].
- SYWOTTEK, Jutta: Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg, Opladen 1976 [Studien zur modernen Geschichte; 18]
- TACKE, Charlotte: Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert, Göttingen 1995 [Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 108].
- TAYLOR, Richard: Goebbels and the Function of Propaganda, in: David WELCH (Hrsg.): Nazi Propaganda. The Power and the Limitations, London [u.a.] 1983, S. 29–44.
- TENFELDE, Klaus: Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert, in: DERS./ Hans-Ulrich WEHLER (Hrsg.): Wege zur Geschichte des Bürgertums. Vierzehn Beiträge, Göttingen 1994, S. 317–353.
- VON THADDEN, Rudolf: Aufbau nationaler Identität. Deutschland und Frankreich im Vergleich, in: Bernhard GIESEN (Hrsg.): Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit, Frankfurt ³1996, S. 493–510.
- THAMER, Hans-Ulrich: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986 [Die Deutschen und ihre Nation; 6].
- : Geschichte und Propaganda. Kulturhistorische Ausstellungen in der NS-Zeit, in: GG 24 (1998) 3, S. 349–381.
- : Die Repräsentation der Diktatur. Geschichts- und Propagandaausstellungen im nationalsozialistischen Deutschland und im faschistischen Italien, in: Christoph DIPPER/ Rainer HUDEMANN/ Jens PETERSEN (Hrsg.): Faschismus und Faschismen im Vergleich. Wolfgang SCHIEDER zum 60. Geburtstag, Köln 1998 [Italien in der Moderne; 3], S. 229–246.
- TIEMANN, Dieter: Deutsch-französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit, Berlin 1989 [Pariser historische Studien; 28]
- : Michel und Marianne. Forschungsprobleme des Deutschenbildes der Franzosen und des Franzosenbildes der Deutschen, in: Rüdiger VOIGT (Hrsg.): Politik der Symbole. Symbole der Politik, Opladen 1989, S. 89–100.
- TREPESCH, Christof: Ein Jahrhundertdenkmal für Heinrich Böcking, in: Zeitriss. Mitteilungen zur regionalen Kultur und Geschichte 5 (2001) 2, S. 10 ff.
- TYRELL, Albrecht: Führergedanke und Gauleiterwechsel. Die Teilung des Gaues Rheinland der NSDAP 1931, in: VjhZG 23 (1975) 4, S. 341–374.
- ULLRICH, Volker: Zur inneren Revolutionierung der wilhelminischen Gesellschaft des Jahres 1918, in: Jörg DUPPLER/ Gerhard P. GROSS (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999 [Beiträge zur Militärgeschichte; 53], S. 273–283.
- ULRICH, Bernd/ ZIEMANN, Benjamin (Hrsg.): Krieg im Frieden. Die umkämpfte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1997.
- UZULIS, André: Nachrichtenagenturen im Nationalsozialismus. Propagandainstrumente und Mittel der Presselenkung, Frankfurt am Main – New York 1995.
- VAÏSSE, Maurice: La ligne stratégique du Rhin (1919–1930). De la réalité au mythe, in: Problèmes de la Rhénanie 1919–1930. Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg. Actes du

- Colloque d'Otzenhausen 14–16 octobre 1974, Metz 1975 [Centre des recherches relations internatines de l'Université de Metz; 6], S. 1–13.
- VERHEY, Jeffrey: Some Lessons of the War. The Discourse on Propaganda and Public Opinion in Germany in the 1920s, in: Bernd HÜPPAUF (Hrsg.): War, Violence and the Structure of Modernity, New York 1997, S. 99–118.
- : Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000.
- : Neuere Arbeiten zur Propagandageschichte, in: AfS 41 (2001), S. 624–632.
- VOELKER, Judith: „Unerträglich, unerfüllbar und deshalb unannehmbar.“ Kollektiver Protest gegen Versailles im Rheinland in den Monaten Mai und Juni 1919, in: Jost DÜLFFER/ Gerd KRUMEICH (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002 [Schriften der Bibliothek zur Zeitgeschichte NF; 15], S. 229–241.
- VOGT, Martin: Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931–1933, Boppard 1970 [Schriften des Bundesarchivs; 15].
- VOIGT, Rüdiger: Mythen, Rituale und Symbole in der Politik, in: DERS. (Hrsg.): Politik der Symbole. Symbole der Politik, Opladen 1989, S. 9–37.
- Von der „Stunde 0“ zum „Tag X“. Das Saarland 1945–1959. Katalog zur Ausstellung des Regionalgeschichtlichen Museums im Saarbrücker Schloß, hrsg. vom Stadtverband Saarbrücken, Saarbrücken 1990.
- VORLÄNDER, Herwart: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard 1988 [Schriften des Bundesarchivs; 35].
- VOSS, Ingrid/ VOSS, Jürgen: Die „Revue Rhénane“ als Instrument der französischen Kulturpolitik am Rhein (1920–1930), in: AKG 64 (1982), S. 403–451.
- WAGENLEHNER, Günther: Feindbild, in: DERS. (Hrsg.): Feindbild. Geschichte – Dokumentation – Problematik, Frankfurt am Main 1989, S. 6–16.
- WEBER, Jürgen: Verbände, in: Staatslexikon. Recht. Wirtschaft. Gesellschaft, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, Bd. 5, Freiburg [u.a.] ⁷1989, Sp. 594–600.
- WEBER, Max: Geschäftsbericht, in: Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages vom 19.–22.10.1910 in Frankfurt/M., Tübingen 1911, S. 52–56.
- VON WEGNER, Alexander: Die „Saarländische Sphinx“. Zur Interpretation der Saarabstimmung 1935, in: JbWestdtLG 20 (1994), S. 273–317.
- WEHLER, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995; Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003.
- WEHLING, Hans-Georg: Heimat Verein. Leistung und Funktionen des lokalen Vereinswesens, in: DERS. (Red.): Heimat heute, Stuttgart [u.a.] 1984, S. 86–99.
- WEIDENFELD, Werner: Gustav Stresemann - der Mythos vom engagierten Europäer, in: GWU 14 (1973), S. 740–750.
- WEIN, Franziska: Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919–1930, Essen 1992 [Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 33].
- WEINACHT, Paul-Ludwig: Alte und neue Bodenständigkeit. Eine typologische Studie zur Politischen Kultur in Deutschland, in: Wolfgang LIPP (Hrsg.): Industriegesellschaft und Regionalkultur. Untersuchungen für Europa, Köln [u.a.] 1984 [Schriftenreihe der Hochschule für Politik München; 6], S. 105–122.

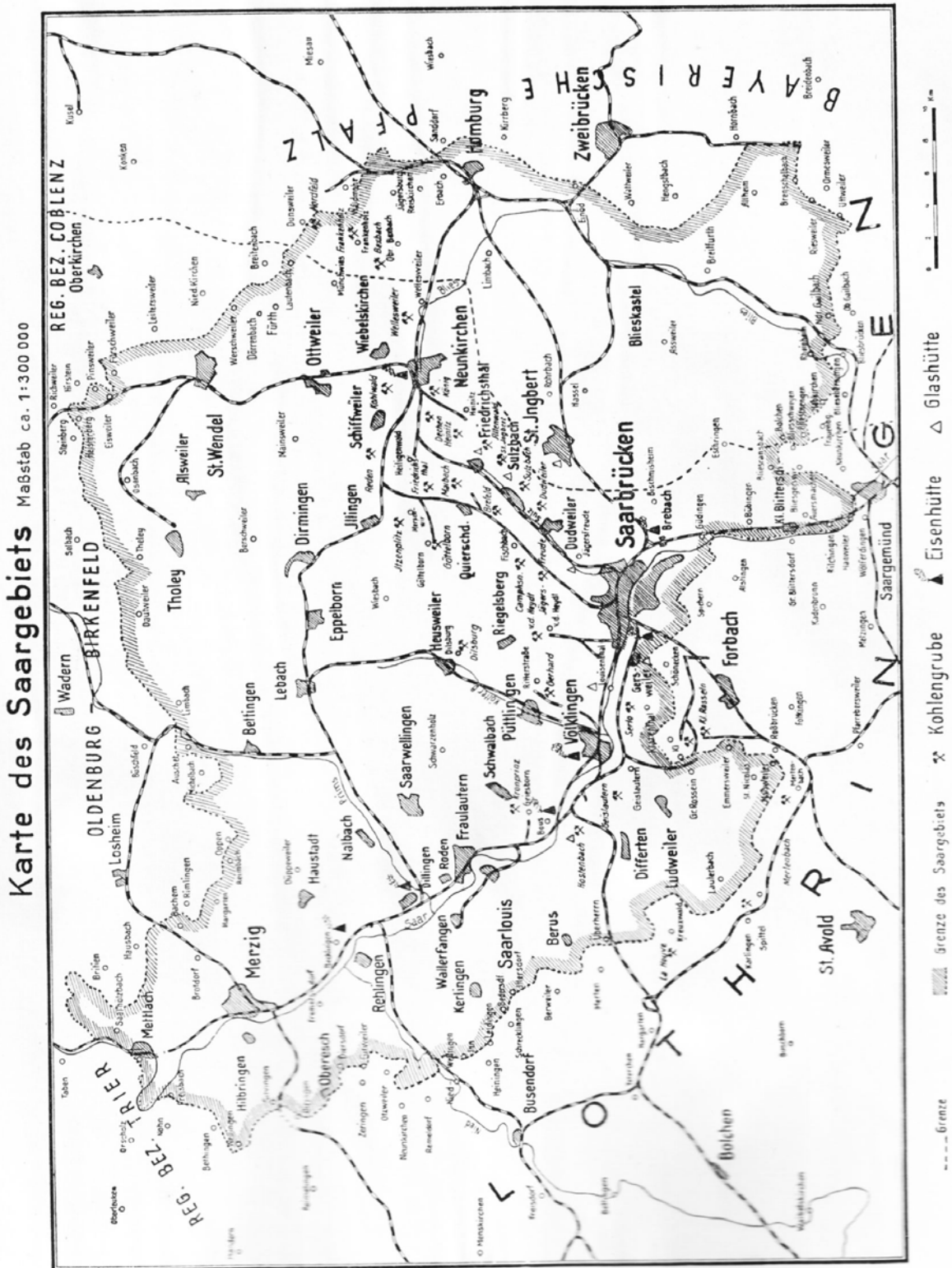
- WEISSBECKER, Manfred: Bund der Saarvereine (BSv) 1920–1935, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 1, Köln 1983, S. 278–281.
- : Bund Deutscher Osten (BDO) 1933–1937 (1945), in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 1, Köln 1983, S. 308–315.
- : Bund Deutscher Westen (BDW) 1933–1937, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 1, Köln 1983, S. 316 f.
- : Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) 1922–1933, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 2, Köln 1984, S. 550–558.
- : Wirtschaftspolitische Gesellschaft (WPG) 1922–1945, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 4, Köln 1986, S. 493 ff.
- : Zweckverband der freien Deutschtumsvereine (ZfD) 1922–1932/33, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 4, Köln 1986, S. 642–646.
- WELCH, David: Propaganda and the German Cinema 1933–1945, New York 1983.
- : Propaganda and Indoctrination in the Third Reich: Success or Failure?, in: *European History Quarterly* 17 (1987), S. 403–422.
- WERMUTH, Helga: Dr. h.c. Max Winkler - Ein Gehilfe staatlicher Pressepolitik in der Weimarer Republik, München 1975.
- WILKE, Jürgen: Deutsche Auslandspropaganda im Ersten Weltkrieg: Die Zentralstelle für Auslandsdienst, in: DERS. (Hrsg.): *Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg*, Köln - Weimar - Wien 1997 [Medien in Geschichte und Gegenwart; 7], S. 79–125.
- WILKENS, Andreas: Archivführer Paris 19. und 20. Jahrhundert. Zentrale Bestände zu Politik, Wissenschaft und Gesellschaft in Archiven und Bibliotheken, Sigmaringen 1997 [Instrumenta; 2].
- WINKLER, Heinrich August: Vom Mythos der Volksgemeinschaft, in: *AfS* 17 (1977), S. 484–490.
- : Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus. Juden als „Blitzableiter“, in: Günther B. GINZEL (Hrsg.): *Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute*, Bielefeld 1991, S. 181–191.
- : *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1998.
- WIPPERMANN, Klaus W.: Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Köln 1976 [Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; 114].
- WIRSCHING, Andreas: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999 [Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 40].
- : *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft*, München 2000 [Enzyklopädie deutscher Geschichte; 58].

- WITT, Peter-Christian: Zur Finanzierung des Abstimmungskampfes und der Selbstschutzorganisationen in Oberschlesien 1920–1922, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 13 (1973), S. 59–76.
- WITTENBROCK, Rolf: Identitätsbildung in einer Grenzregion: Das Saarland bis 1935, in: ZGSaarg 41 (1993), S. 219–227.
- WOLBERT, Klaus: Agitationsstil und Ikonographie politischer Plakate in der Weimarer Republik. Zur politischen Metaphorik in Plakaten bürgerlicher Parteien, in: Politische Plakate der Weimarer Republik 1918–1933, hrsg. vom Hessischen Landesmuseum Darmstadt, Darmstadt 1980, S. 14–25.
- WOLFANGER, Dieter: Populist und Machtpolitiker. Josef Bürckel: Vom Gauleiter der Pfalz zum Chef der Zivilverwaltung in Lothringen, in: Gerhard NESTLER/ Hannes ZIEGLER (Hrsg.): Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, Landau 1993, S. 63–86.
- : Josef Bürckel und Gustav Simon. Zwei Gauleiter der NSDAP und ihr Streit um die „Westmark“, in: Wolfgang HAUBRICHS/ Wolfgang LAUFER/ Reinhard SCHNEIDER (Hrsg.): Zwischen Saar und Mosel. Festschrift für Hans-Walter HERRMANN zum 65. Geburtstag, Saarbrücken 1995 [Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung; 24], S. 397–409.
- WOLFRUM, Edgar: Die Besatzungsherrschaft der Franzosen 1945 bis 1949 in der Erinnerung der Deutschen, in: GWU 46 (1995) 10, S. 567–582.
- : Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.
- WOLKOWICZ, Max: Arbeitsausschuß Deutscher Verbände (AADV) 1921–1937, in: Dieter FRICKE [u.a.] (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 1, Köln 1983, S. 102–113.
- WÜRTEMBERGER, Thomas/ SYDOW, Gernot: Versailles und das Völkerrecht, in: Gerd KRUMMEICH/ Silke FEHLEMANN (Hrsg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001 [Schriften der Bibliothek zur Zeitgeschichte NF; 14], S. 35–52.
- WURM, Clemens: Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926, Frankfurt am Main [u.a.] 1979.
- ZEMAN, Zbynek: Nazi Propaganda, Oxford University Press, London 1973.
- : Das Dritte Reich in der Karikatur, München 1984.
- ZENNER, Maria: Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920–1935, Saarbrücken 1966 [Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung; 3].
- : Das Saargebiet 1920–1935 und 1945–1957, in: Theodor SCHIEDER (Hrsg.): Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7: Europa im Zeitalter der Weltmächte, Stuttgart 1979, S. 586–605.
- : Die Sonderentwicklung an der Saar nach dem Zweiten Weltkrieg. Überblick und offene Fragen, in: 25 Jahre Volksabstimmung an der Saar. Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Saarbrücken am 25. Oktober 1980, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Melle 1980 [Forschungsbericht; 9], S. 21–53.
- : Saarländischer Katholizismus in der Völkerbundszeit, in: Klaus-Michael MALLMANN/ Gerhard PAUL/ Ralph SCHOCK/ Reinhard KLIMMT (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815–1955, Saarbrücken ³1995, S. 143–147.

- ZIEMANN, Benjamin: Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in den Milieukulturen der Weimarer Republik, in: Thomas F. SCHNEIDER (Hrsg.): Kriegserlebnis und Legendenbildung. Das Bild des „modernen“ Krieges in Literatur, Theater, Photographie und Film, Bd. 1, Osnabrück 1999, S. 249–270.
- : Die Konstruktion des Kriegsveteranen und die Symbolik seiner Erinnerung 1918–1933, in: Jost DÜLFFER/ Gerd KRUMEICH (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002 [Schriften der Bibliothek zur Zeitgeschichte NF; 15], S. 101–118.
- ZIMMERMANN, Ludwig: Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawesplan, Göttingen [u.a.] 1971.
- 25 Jahre Volksabstimmung an der Saar. Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Saarbrücken am 25. Oktober 1980, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Melle 1980 [Forschungsbericht; 9].

ANHANG

1. Übersichtskarte des Saargebiets



2. Eigene und von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bzw. dem Saargebietsschutz herausgegebene Veröffentlichungen

1919:

Sondernummern von Zeitschriften:

Die Woche 21 (1919) 10.

Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung 4 (1919) 15/16.

Lustige Blätter (1919).

FRANK, Reinhard: Das Saargebiet im Friedensschluß. The Saar-District at the conclusion of peace. Le Bassin de la Sarre au Traité de Paix, München 1919. (30 S.)

Gegen Frankreichs Anspruch auf Pfalz und Saarbecken. Protestkundgebung von Lehrkörper und Studentenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1. März 1919, Heidelberg 1919. (38 S.)

Das Saargebiet in den durch den vorgeschlagenen Vorfrieden geschaffenen Verhältnissen. Als Manuskript gedruckt, Berlin 1919. (24 S.)

STEGEMANN, Herbert: Rettet das Saarland! Ein Aufruf, Berlin 1919. (40 S.)

—: Save the Saar Land! An Appeal, Berlin 1919. (40 S.)

—: Die elsäß-lothringische Frage, Berlin 1919. (12 S.)

1920:

Der Saar-Freund. Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet. Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“, Berlin 1920–1935.

Das Saargebiet in Wort und Bild, Saarbrücken [u.a.] 1920 [Aus Welt und Zeit]. (96 S.)

[RUPPERSBERG, Albert:] Aus Saarbrückens Vergangenheit. Eine Antwort an Prof Dr. D. Wiese. Mit 5 Abbildungen, Berlin 1920. (32 S.)

Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Saar-Verein wissen muß, Berlin 1920. (8 S.)

1921:

SIEBOLD, Hans: Saarlid, Berlin 1921.

Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein“ wissen muß. Ein Merkblatt mit Bildern und der Karte des Saargebietes, Berlin 1921. (16 S.)

1922:

Das Saargebiet in Gefahr! Ein Notschrei an die Studentenschaften sämtlicher deutschen Hochschulen! An die akademische Jugend des gesamten deutschen Sprachgebiets!, hrsg. vom Bund und Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin 1922. (8 S.)

1923:

VOGEL, Theodor: Die Aufgaben des Bundes „Saar-Verein“ und seiner Ortsgruppen, Berlin 1923. (16 S.)

1925:

ANDRES, Otto: Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft. Sonderdruck aus: Hochland 22 (1925), Berlin 1925. (18 S.)

Denkschrift über Bund und Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin 1925. (8 S.)

GIERSBERG, Walter: Die Saarlüge. Bearbeitet auf Grund von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zusammengestellten Materials, Berlin 1925. ²1925. ³1934. ⁴1934. ⁵1934. (24 S.)

VOGEL, Theodor: Deutsch die Saar immerdar! Was jeder Deutsche vom Saargebiet und vom „Bund der Saar-Vereine“ wissen muß. Ein Merkblatt mit Bildern und der Karte des Saargebietes, Berlin 1925. (32 S.)

—: Das deutsche Saargebiet, Berlin 1925. (8 S.)

1926:

ANDRES, Otto: Grundlagen des Rechtes im Saargebiet, Berlin 1926. [Völkerrechtsfragen; 13] (114 S.)

1927:

Tätigkeitsbericht des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ über das Geschäftsjahr 1926, Berlin 1927. (16 S.)

VOGEL, Theodor (Hrsg.): Saarliederbuch des Bundes der Saar-Vereine, Berlin 1927. (16 S.)

1928:

ANDRES, Otto: Die Saarfrage, Langensalza 1928 [Schriften zur politischen Bildung; 7]. (74 S.)

Tätigkeitsbericht des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ über das Geschäftsjahr 1927, Berlin 1928. (24 S.)

1929:

VOGEL, Theodor: Deutsch die Saar immerdar! Was jeder Deutsche vom Saargebiet und dem Bunde der Saarvereine wissen muß, Berlin 1929. (112 S.)

Jahres-Rückschau und Tätigkeits-Bericht der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine für das Jahr 1928, hrsg. von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin 1929. (32 S.)

1930:

KLOEVEKORN, Fritz: Das Schicksal des Saargebietes und seine Geschichte, Köln 1930 (MS). (24 S.)

Die Tätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des „Bundes der Saarvereine“ im Dienste der Befreiung des Saargebiets im Jahre 1929, Berlin 1930. (24 S.)

1931:

Das Wirken der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des „Bundes der Saarvereine“ um die Befreiung der Saar im Jahre 1930, Berlin 1931. (12 S.)

1932:

Jahresbericht 1931 des „Bundes der Saarvereine“ und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin 1932. (22 S.)

Der Kampf um die deutsche Saar! Aufruf an die deutschen Hochschulen und die Deutschen Studentenschaften! An die akademische Jugend des gesamten deutschen Sprachgebietes!, hrsg. vom Bund und Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin 1932. (12 S.)

1933:

CARTELLIERI, Walther: Verzeichnis der Saardissertationen, Berlin 1933. (20 S.)

Jahres-Bericht 1932 über die Arbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ für die Deutscherhaltung des Saargebiets, Berlin 1933. (24 S.)

VOGEL, Theodor: Das deutsche Saargebiet. Vom deutschen Schicksal an der deutschen Saar, Berlin 1933. (48 S.)

1934:

Jahresbericht 1933 über den deutschen Saarfreiheitskampf des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin, Berlin 1934. (46 S.)

VOGEL, Theodor: Das deutsche Saarland unter dem Zwange von Versailles, Berlin 1934. ²1935 [Deutsches Volksbuch; 10]. (128 S.)

1935:

Das Saargebiet in Gefahr! Ein Notschrei an die Studentenschaften sämtlicher deutschen Hochschulen! An die akademische Jugend des gesamten deutschen Sprachgebiets!, hrsg. vom Bund und Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin 1935. (8 S.)

Geschäftsbericht 1934/35 der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin, Berlin 1935. (24 S.)

VOGEL, Theodor (Hrsg.): Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918–1925, Berlin 1935. (399 S.)

3. Geschäftsordnung für die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin

§ 1

Gründung

Anstelle des sogenannten „Saargebietsschutz“ ist in einer Sitzung vom 8. Juli 1919 unter Leitung des Herrn Geh. Justizrat Dr. Karl Röchling und unter Teilnahme einer Anzahl anderer Persönlichkeiten die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin ins Leben gerufen worden.

§ 2

Zweck

Das Unternehmen verfolgt den Zweck, durch eine unabhängige Propaganda die Befreiung des Saargebietes aus der Fremdherrschaft zu fördern und eine reibungslose Überleitung in die alten Verhältnisse nach der Rückgliederung sicher zu stellen.

§ 3

Mittel

Die Mittel sollen durch die Sammlung freiwilliger Beiträge beschafft werden.

§ 4

Treuhänder

Als Treuhänder für die Verwaltung und Verwendung der gesammelten Gelder ist Herr Bergasessor und Bergwerksdirektor a.D. Dröge in Berlin gewonnen worden.

§ 5

Leiter der Geschäftsstelle

Der Treuhänder hat die selbständige Leitung der Geschäftsstelle Herrn Verwaltungsdirektor Th. Vogel in Berlin übertragen; die Rechtsbeziehungen sind durch einen besonderen Vertrag festgelegt.

§ 6

Aufsicht

Die Geschäftsführung untersteht der Aufsicht des Treuhänders und eines Beratungs- und Aufsichtsausschusses, den der Treuhänder bestellt und nach Bedürfnis zusammenruft.

§ 7

Arbeitsausschuß

Der Treuhänder kann nach Bedarf auch einen engeren aus 4 bis 6 Personen bestehenden Arbeitsausschuß berufen, der die laufende Geschäftsordnung überwachen soll.

§ 8

Bund der Saarvereine

Als Mittel zum Zwecke liegt es der Geschäftsstelle ob, möglichst viele „Saarvereine“ zusammenzuschließen. Die Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine und der Bund der Saarvereine sind selbständig: Die Geschäftsstelle hat ihnen aber auch bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

§ 9

„Saar-Freund“ und sonstige Aufklärungsarbeit

Als weiteres Mittel zum Zweck liegt es der Geschäftsstelle ob, eine Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ herauszugeben. Die Veranstaltung von Vorträgen über die Saarfrage, durch Aufklärungsarbeit in Wort, Schrift oder Film, die Herausgabe von Aufklärungsdruckschriften, die Versendung von Pressenotizen sowie jede sonstige literarische und rednerische Aufklärung sind ein Teil der weiteren Aufgaben.

§ 10

Rechnungslegung

Der Leiter der Geschäftsstelle hat alljährlich dem Treuhänder und, falls es gewünscht wird, auch dem Arbeitsausschuss und dem Beratungs- und Aufsichtsausschuss über die Einnahmen und Ausgaben Rechnung zu legen und einen Geschäftsbericht zu erstatten. Der Kassenbericht ist von einem staatlichen Verwaltungsbeamten auf Grund der Bücher und Belege zu prüfen: seine Richtigkeit ist von dem Leiter der Geschäftsstelle zu bescheinigen.

§ 11

Auflösung

Der Treuhänder bestimmt, wann die Zeit für die Auflösung gekommen ist. Im Falle der Auflösung erfolgt eine Liquidation: der Treuhänder bestimmt, was mit dem etwa vorhandenen Vermögen zu geschehen hat.

Berlin, den 18. Juli 1919

gez. Dr. Carl Röchling
Geh. Justizrat

gez. Th. Vogel
Verwaltungsdirektor

4. Satzungen des Bundes „Saar-Verein“ e.V.

Name und Zweck.

§ 1. Der Bund trägt den Namen „**Saar-Verein**“ und bezweckt die Erhaltung und Kräftigung des Deutschtums im Saargebiet, die Sicherung der im Friedensvertrag nach fünfzehn Jahren vorgesehenen Abstimmung, die Pflege der Landsmannschaft, die Unterstützung ausgewiesener oder flüchtiger Saarländer und die Förderung und Fühlungnahme der das gleiche Ziel verfolgenden Vereine (Saarländer-Vereinigungen usw.) untereinander und mit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Konfessionelle Fragen und parteipolitische Bestrebungen sind ausgeschlossen.

Sitz, Geschäftsjahr.

§ 2. Sitz des Bundes ist Berlin. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Der Bund ist auf unbestimmte Zeit gegründet.

Mitgliedschaft, Jahresbeitrag, Austritt.

§ 3. Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ kann jede Einzelperson und jede Personenmehrheit (Behörden, Korporationen, Gesellschaften, Vereine) werden, welche bereit sind, im Sinn der Zwecke des Bundes mitzuwirken.

§ 4. Der **Beitritt** erfolgt durch schriftliche Anmeldung an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11. Königgrätzer Straße 94, II, und gilt als erfolgt mit der schriftlichen Bestätigung durch den Leiter der genannten Geschäftsstelle. Trägt derselbe bezüglich der Aufnahme Bedenken, so entscheidet der Vorstand. Der Vorstand ist befugt, Mitglieder und Personen, die sich um die Förderung der Saargebietsache besondere Verdienste erworben haben, zu Ehrenmitgliedern zu ernennen. Der **Austritt** kann jederzeit durch schriftliche Erklärung erfolgen. Ausgetretene Mitglieder haben keinen Anspruch auf Rückzahlung von Beiträgen oder auf das Vermögen des Vereins.

§ 5. Der **Mitgliedsbeitrag** für jedes Einzelmitglied beträgt jährlich mindestens M. 10,-, für Vereine bis zu 50 Mitgliedern mindestens M. 20,-, für jede angefangenen weiteren 50 Mitglieder M. 10,- mehr, zahlbar bis zum 1. Februar jeden Jahres, soweit nicht im Einzelfall besondere Beitragszahlweise vereinbart wird.

Organe des Bundes.

§ 6. Die Organe des Bundes sind der **Vorstand** und die **Mitgliederversammlung**.

§ 7. Der **Vorstand** besteht aus dem Vorsitzenden, dem Geschäftsführer und drei Beisitzern. Der Vorsitzende und die Beisitzer werden auf drei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt, der Geschäftsführer ist für die Dauer des Bestehens des Bundes der jeweilige Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Demselben liegt die gesamte Geschäftsführung ob.

Mitgliederversammlung.

§ 8. Die **Mitgliederversammlung** findet möglichst alljährlich an dem von der Mitgliederversammlung bestimmten Orte statt, und zwar im Laufe des ersten Viertels des Kalenderjahres. Die Einladung mit der Tagesordnung ist mindestens vier Wochen vor der Tagung bekanntzugeben. Der Vorstand ist berechtigt, außerordentliche Mitgliederversammlungen zu berufen. Bei **Abstimmungen** entscheidet einfache Stimmenmehrheit, soweit nicht in § 10 oder gesetzlich etwas anderes vorgeschrieben ist. Die körperschaftlich angeschlossenen Saarländer-Vereinigungen (Ortsgruppen) haben für je 50 Mitglieder eine Stimme, mindestens eine Stimme und nicht her als zehn Stimmen. Für Stadt- und Landkreise und Körperschaften wird für die Abstimmung der Jahresbeiträge in der Weise zugrunde gelegt, daß auf je M. 100,- Beitrag eine Stimme, höchstens aber 10 Stimmen entfallen. Mitglieder, welche mehrere Stimmen haben, können sie nur einheitlich durch einen Vertreter abgeben.

Gesetzliche Vertretung.

§ 9. Der Vorstand vertritt den Bund gerichtlich und außergerichtlich. Alle Veröffentlichungen erfolgen im Organ des Bundes „**Saar-Freund**“.

Verwendung der Geldmittel und des Vermögens

§ 10. Die Mittel des Bundes bestehen aus den Mitgliederbeiträgen, Stiftungen, freiwilligen Zuwendungen und Sammlungen, welche der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ für ihre Zwecke zur Verfügung gestellt sind. Der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ist zur Rechnungslegung darüber dem ihm bestimmten Treuhänder gegenüber verpflichtet.

Satzungsänderung und Auflösung.

§ 11. Die **Auflösung** des Bundes vor vollständiger Erreichung seiner Zwecke oder die **Änderung der Satzungen** kann nur mit Dreiviertel-Mehrheit beschlossen werden. Nach Auflösung fällt das Vereinsvermögen an einen Verein oder eine Richtung, welche ähnliche Zwecke zur Stärkung des Deutschtums im Saargebiet verfolgen.

§ 12. Im übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere diejenigen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

Bielefeld, den 10. Oktober 1920.

Vorsitzender:
Dr. Zillessen – Berlin

Geschäftsführer:
Th. Vogel – Berlin

Beisitzer:
Studienrat Dr. Scholl – Essen a. d. Ruhr.
H. Schneider – Herne i. Westf. Gustav Pillon – Düsseldorf

5. Vorstand und Beisitzer des Bundes der Saarvereine 1920–1935³⁷⁰⁸

	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934 ³⁷⁰⁹	1935
Vorsitz	Otto Zillessen	Otto Andres												Andres/ Simon	Gustav Simon	
Stellvertreter	-	Heinrich Schnei- der	?	Matthias Fett (Berlin † Juli 1928)				Mittelschulrektor Ernst Debusmann (Wuppertal)				Ernst Debusmann				
Bundes- geschäftsführer	Verwaltungsdirektor Theodor Vogel															
Beisitzer	Dr. Schöll (Essen)		?	Mittelschulrektor Ernst Debusmann (Essen)				Rechtsanwalt Max Spengler (Berlin)		Max Heckel (Berlin)	Richard Hellwig (Berlin)*					
	Heinrich Schneider (Herne)	Meyer (M)	Kunstmaler Franz Johannes (München) ^{3710*}													
	Gustav Pillon (Düsseldorf)		?	Dr. Kuhn (Hamburg)*												
	Gewerkschaftssekretär Johannes Rauber (Hamborn)															
	Adam Stegerwald		Landgerichtsdirektor (i.R.) von Kraewel (Frankfurt)								Hugo Anschütz (Frankfurt)*					
	Albert Südekum		Oberregierungsrat Stegner (Stettin bzw. ab Sommer 1932 Erfurt)*													
	Adolf Dominicus		Erster Bergrat Willert (Hannover)								Heinz Kellner (Koblenz)*					
	Kaufmann Hermann Weil (München)				Kaufmann Eich (Mannheim)		Josef Kremp (Mannheim)		Hans Neurohr (Karlsruhe)*							
	von Maur (Stuttgart)	?	Kaufmann Julius Schellenberger (Stuttgart)*													
	Regierungsrat Julius Bachem				Staatsminister a.D. Max Wallraf								August Sutter (Essen)*			
	Ingenieur Oesterle (Karlsruhe)	?	Fritz Hermann (Stettin)*													
	Reichsminister a.D. Johannes Becker ³⁷¹¹		Rechtsanwalt Walter Giersberg (Magdeburg)*													
	Adolf Jaeger (L)	?	Reichsgerichtsrat Linz (Leipzig)								Konsul Jonas (Königsberg)*					
	Oberreichsbahningenieur Karl Ost (Dortmund)*															
	Schiffbauer (Frankfurt am Main)				Generaldirektor Moser (Düsseldorf)				Lehrer Reden (Aachen)*							
	Woll (HD)	?														
	Chefchemiker Schlegel (Hindenburg/ Oberschlesien)				Direktor Holtze (Breslau)				Gerhard Nüssler (Breslau)*							
	Regierungspräsident Julius von Henle															
	Ingenieur A. Sester (Leipzig)*															
	Ingenieur Ludwig Schumacher (Halle) ³⁷¹²				Studienrat Otto Kopelke (Halle)				Bergrat Abels (Halle)*							
Bergreviersekretär K. Baumüller (Köln)				Oberpostsekretär Klaus Weyand (Köln)*												
Stillenmunkes (Mainz)																

* Landesgruppenleiter

³⁷⁰⁸ Zugrundeliegender Stichtag bis 1933 ist jeweils die Neuwahl des Bundesvorstandes auf der alljährlichen Mitgliederversammlung.

³⁷⁰⁹ Vgl. Auflistung der Landesgruppenleiter (Dezember 1934), in: BA-R 8014/135; Foto siehe Abb. 46.

³⁷¹⁰ Ab Jahresmitte 1923: Vgl. „Die Organisation des Bundes und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘“ (Juni 1923), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

³⁷¹¹ Schon mindestens seit Januar 1923: Vgl. „Die Organisation des Bundes und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘“ (Januar 1923), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.090.

³⁷¹² Bis Ende 1928. Kurzzeitiger Nachfolger wurde ein Grubensteiger J. A.: Vgl. Rundschreiben der GSV „Vaterland, Saardeutschland ruft Dich!“ (November 1928), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19.

6. Vorstand und Beisitzer der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ 1919–1935

	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934			
Geschäftsführer	Theodor <u>Vogel</u>																		
Beratungs- und Aufsichtsausschuß Arbeitsausschuß (seit 1926)	wurde erst 1922 gegründet			Bergassessor und Bergwerksdirektor Adolf <u>Dröge</u> (Vorsitz)											Treuhänder: von Halfern				
	Regierungspräsident (1922–1930) und Oberpräsident (1930–1933) Carl von <u>Halfern</u>													Ispert					
	Direktor Matthias Fett (†1928)								Her- mann Röch- ling	Bertha Gräfin v. Siers- topff	Oberst von Xy- lander	Ernst Debus- mann							
	Berghauptmann (i.R.) Cleff (†1932)												Zengen	Gustav Simon					
	Oberlandesgerichtsrat bzw. Senatspräsident (1928) Otto <u>Andres</u>													Innlei- ten	Otto Andres				
	Verwaltungsinspektor Karl Ommert													Carl Röch- ling					
	Direktor <u>Löffler</u>														Richard Posselt				
	Direktor Max Winkler																		
	August Brust (†1924)									Oberregierungsrat Prof. Paul Rühl- mann									
	Regierungspräsident Momm ¹								?	Redakteur Peter Scheuer									
	Redakteur Karl <u>Ollmert</u>																		
	Oberberghauptmann Fleming ²																		
	Reichsminister a.D. Johannes Becker																		
	Geschäftsführer Matthias Karius																		
	Schulrat Spurtzem																		
	Ministerpräsident a.D. und Reichsminister Adam Stegerwald																		
	Staatsminister a.D. Albert Südekum																		
	Oberstleutnant a.D. Sichtung																		
	Geh. Bergrat Ewald Hilger (†1934)																		
	Oberbürgermeister und Reichsminister (a.D.) Karl Jarres																		
	Major a.D. Wartemberger																		
	Oberbürgermeister und Staatsminister a.D. Adolf Dominicus																		
	Generalleutnant a.D. von Maur																		
Oberpostdirektor a.D. Georg Holle (†1929)									Oberregierungsrat Frisch										
Oberbürgermeister (a.D.) Emil Mangold																			
Geh. Studienrat Maurer																			
Bürgermeister Wilhelm John																			
Max Schlenker																			
Stadtschulrat Hans Bongard																			
Staatssekretär Brugger																			
										Hüttenbesitzer Leo Wentzel									
										Max v. Voep- lius (†1932)									

¹ Ab Jahresmitte 1923: Vgl. „Die Organisation des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein““ (Juni 1923), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2.

² Zuwahl im Herbst 1924: Vgl. SF 5 (1924) 20, S. 313.

7. Mitglieder des interfraktionellen Saarausschusses

Reichstag:

	1923/24 ¹	1927 ²	1928/29 ³	1932/33 ⁴
SPD	Redakteur Wilhelm SOLLMANN	Ministerialrat Emil KIRSCHMANN	Ministerialrat Emil KIRSCHMANN ⁵	-
DDP/ Deutsche Staats- partei	Pfarrer Adolf KORELL	Pfarrer Adolf KORELL Fabrikant Dr. Friedrich RASCHIG Schriftsteller Dr. Theodor HEUSS	Schriftleiter Anton ERKELENZ Staatsrat a.D. Dr. Ludwig HAAS Minister a.D. Prof. Dr. Willy HELLPACH	
BVP			Geh. Sanitätsrat Dr. Michael BAYERSDÖRFER	
Bay. Bauern- und Mittel- standsbund	-	-	-	Staatsminister a.D. Dr. FEHR
Zentrum	Oberlehrer Herbert HOFMANN	Landwirt Mathias NEYSES	Oberlehrer Herbert HOFMANN	Oberlehrer Herbert HOFMANN Fritz KUHNEN
DVP	Prof. Dr. Paul MOLDENHAUER	Prof. Dr. Paul MOLDENHAUER Bergassessor Helmuth ALBRECHT Minister a.D. Dr. Johannes BECKER Clara MENDE	Bergassessor a.D. Helmuth ALBRECHT Minister a.D. Dr. Johannes BECKER Oberstudiendirektorin Dr. MATZ Prof. Dr. Paul MOLDENHAUER	Richard MERTON
Reichspartei des dt. Mittelstandes/ Wirtschaftspartei			Kaufmann PALLMANN	Minister a.D. Prof. Johann BREDT
DNVP	Oberregierungsrat a.D. Wilhelm LAVERRENZ	Geh. Oberregierungsrat Dr. Gottfried VON DRYANDER Studienrat Dr. Hans ELLENBEK	Geh. Oberregierungsrat Dr. Gottfried VON DRYANDER Amtsrichter a.D. Ernst ERDMANN VON LINDEINER-WILDAU Staatsminister a.D. Max WAFFRAF	Dr. BRUNOW
NSDAP	-	-	-	Franz STÖHR ⁶ Rudolf SCHMEER

Bayerischer Landtag:

	1923/24–1928	1928–1932	1932/33
SPD	Gastwirt Bruno KÖRNER	Karl FISCHER	-
DDP	Oberlehrer Friedrich BÜHLER Richard MÜLLER	-	-
BVP	-	Hauptlehrerin Klara BARTH Chefredakteur Karl BERNZOTT Pfarrer FINK	Hauptlehrerin Klara BARTH Wilhelm SPINDLER
Bay. Bauern- und Mittelstandsbund	-	-	Fritz SCHEUFERLE
DVP der Pfalz	Direktor Friedrich BURGER	Direktor Friedrich BURGER Landesökonomierat Ludwig MATTL	-
DNVP	Ökonomierat Carl MUNZINGER	Landwirt Friedrich BOSSERT	-
NSDAP	-	-	Fritz SCHWITZGEBEL

¹ Vgl. „Die Organisation des Bundes und der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘“ (Juni 1923), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 2. Im Jahr 1924 noch immer unveränderte Zusammensetzung: Vgl. SF 5 (1924) 11, S. 167.

² Vgl. Tätigkeitsbericht ... über das Geschäftsjahr 1927, S. 7.

³ Vgl. „Die Organisation der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ und des Bundes der Saarvereine (1928), in: BA-R 8014/887 sowie „Die Organisation der Geschäftsstelle ‚Saar-Verein‘ und des Bundes der Saarvereine (1929), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1.

⁴ Reaktionen auf ein Rundschreiben der GSV an die Reichstags- und Landtagsfraktionen in Berlin und München (23.11.32), in: BA-R 8104/698.

⁵ Mindestens schon seit Ende 1926: Vgl. SF 7 (1926) 24, S. 442.

⁶ Ab November 1930: Vgl. Brief Wilhelm Kubes an die GSV (24.11.30), in: BA-R 8014/887.

Preußischer Landtag:

	1923/24–1928	1928–1932	1932/33	
SPD	Bezirkssekretär Friedrich LEWERENZ	Frau E. KIRSCHMANN-RÖHL Bezirkssekretär Friedrich LEWERENZ	Bezirkssekretär Friedrich LEWERENZ	
DDP/ Deutsche Staatspartei	Oberbürgermeister und Staatsminister a.D. Alexander DOMINICUS	Schriftsteller Dr. Theodor BOHNER Rechtsanwalt Bernhard FALK Generalsekretär Oswald RIEDEL	Otto NUSCHKE	
Zentrum	Metalldreher Albert SCHMIDT	Weingutsbesitzer Jacob DIEHL Metalldreher Albert SCHMIDT Geschäftsführer August METZINGER	Karl HILLENBRAND	
DVP	Landgerichtsdirektor Franz EICHHOFF	Schriftsteller Josef BUCHHORN Landgerichtspräsident Franz EICHHOFF Lehrerin Anny VON KULESZA	Dr. Willy BOEHM	
Reichspartei des dt. Mittelstandes/ Wirtschaftspartei		Weingutbesitzer VON DETTELN Bäckermeister GRÜTER		
DNVP	Regierungsrat Julius BACHEM	Regierungsrat Julius BACHEM Generalsekretär Richard MARTIN Bankdirektor a.D. Dr. VON WALDTHAUSEN	-	
NSDAP	-	-	Heinrich HAAKE ⁷	Felix PIEKARSKI

Württembergischer Landtag (1923):

Arbeitersekretär Josef Andre (Zentrum)

Hofrat Theodor Bickes (DVP)

⁷ Ab November 1930: Vgl. ebd.

8. Vertrag zwischen der RfH und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“

Vertrag

Zwischen dem Saar-Verein, Berlin, und der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin, wird folgendes Abkommen geschlossen:

1. Die Reichszentrale für Heimatdienst zahlt an den Saar-Verein eine monatliche Unterstützung von Mk. 5.000,- (in Worten: Fünftausend Mark).
2. Der Apparat des Vereins steht der Reichszentrale für Heimatdienst zur Durchführung zu vereinbarenden Propagandaaufgaben zur Verfügung.
3. Der Saar-Verein darf keine Arbeit leisten, die der Reichszentrale für Heimatdienst zuwiderläuft, sie erschwert oder schon in derselben Weise und bei den gleichen Bevölkerungskreisen von der R.f.H. geleistet ist, so daß eine Zersplitterung der Geldmittel die Folge ist. Ferner darf der Verein keine Nachricht an die Presse geben, die den Direktiven der Reichszentrale für Heimatdienst zuwiderläuft.
4. Der Vertrauensmännerapparat des Vereins muß im allgemeinen von der Reichszentrale für Heimatdienst völlig getrennt bleiben, nur die Obleute des Vereins hätten sich mit den Landesstellen in Verbindung zu halten.
5. Alle politischen Fragen von Bedeutung, ferner solche, über die Stimmung und Klagen der Bevölkerung, die dem Verein von seinen Mitgliedern nahegebracht werden, sind der Reichszentrale für Heimatdienst mitzuteilen, falls sie eine aufklärende Propagandaarbeit erfordern. Ferner solche Nachrichten, die im Großen zur Beeinflussung der Presse geeignet sind.
6. Wo der Verein für solche Aufgaben, die das Tätigkeitsfeld der Reichszentrale für Heimatdienst berühren, mit anderen Behörden in Verbindung tritt, muß er der R.f.H. davon Kenntnis geben.
7. Der Verein muß seine Gelder in der Öffentlichkeit stets als aus privater Quelle kommend darstellen und [sic] nach außen hin jede Zusammenarbeit mit der Reichszentrale für Heimatdienst zu verschleiern.
8. Die Reichszentrale für Heimatdienst hat jederzeit die Berechtigung, falls sie glaubt, daß obige Punkte nicht eingehalten werden, die Unterstützung einzustellen. Es wird ausdrücklich vereinbart, daß eine schriftliche Mitteilung der R.f.H. an den Saar-Verein zur Einstellung der in diesem Vertrage ausgesetzten Unterstützung genügt.

[handschriftlich] Der Leiter der Geschäftsstelle Saar-Verein

Th. Vogel

Verwaltungsdirektor

9. Vorschlag für die Regelung der Zusammenarbeit der Rheinischen Volkspflege mit den Landesregierungen

- 1.) Die Rheinische Volkspflege ist die dem Reichsministerium d. Innern (Staatssekretär für die besetzten Gebiete) angegliederte amtliche Stelle, deren Arbeiten die Erhaltung der westlichen Reichsgrenze zum Ziel hat. Zur Wahrung ihres geheimen Charakters erscheint sie nach außen als privates Unternehmen.
- 2.) Zur Erlangung ihres Zieles führt die Rheinische Volkspflege den Abwehrkampf gegen alle von den feindlichen Mächten zur Anwendung gebrachten Maßnahmen, die auf eine Abtrennung des Rheinlandes vom Deutschen Reich oder seine Abhängigmachung von fremdländischem Einfluß hinzielen. Sie sucht dies gleichzeitig durch geeignete Beeinflussung der rheinischen Bevölkerung zur stärkeren Bindung an das Mutterland und durch die Festigung des deutschen Gedankens im Rheinlande zu erreichen.
- 3.) Die Durchführung der Aufgaben im einzelnen erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen der Verfassungen des Reiches und der einzelnen Länder im Benehmen mit den zuständigen Reich- und Landesbehörden derart, daß die Federführung nur in den den Abwehrkampf und die unter 2.) dargelegten Aufgaben berührenden Fragen beim Reiche, vertreten durch die Rheinische Volkspflege, liegt, während die sachliche Durchführung den Landesregierungen überlassen bleibt, soweit dies zu dem besonderen Aufgabengebiet der Länder gehört.
- 4.) Den Reichszentralbehörden und den Regierungen der beteiligten Länder wird von der amtlichen Stellung der Rheinischen Volkspflege und ihren Aufgaben Kenntnis gegeben mit dem Ersuchen, die Stelle selbst, wie auch ihre Arbeiten, geheim zu halten. Die Reichsbehörden sind anzuhalten, der Rheinischen Volkspflege alle für ihre Arbeiten erforderlichen Auskünfte zu erteilen, sowie sie von allen ihnen bekannt werdenden feindlichen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen. Die Zuziehung der Organe der Rheinischen Volkspflege zu Besprechungen in denen Fragen des besetzten Gebietes erörtert werden, ist zu gewährleisten.
- 5.) Der Verkehr mit den Landesregierungen soll durch die bestehenden amtlichen Fürsorgestellen geschehen, wie sich andererseits die Fürsorgestellen für den Verkehr mit den Reichsbehörden der Vermittlung der Rheinischen Volkspflege unter gleichzeitiger Benachrichtigung ihrer Landesregierungen bedienen. In dringenden Fällen erfolgt dieser Verkehr unmittelbar mit dem Staatssekretär für die besetzten Gebiete, doch sind die betreffenden Landesregierungen und die Rheinische Volkspflege zu informieren.
- 6.) Die Abgrenzung des Aufgabengebietes der Rheinischen Volkspflege von dem der Fürsorgestellen der Länder geschieht in der Weise, daß von Fall zu Fall gemeinsame Richtlinien für die Arbeit festgelegt werden, nachdem durch die Landesbehörden, die Fürsorgestellen oder durch die großen an der Arbeit beteiligten Organisationen der Bevölkerung die Wünsche, Beschwerden und die Meinung der rheinischen Bevölkerung festgestellt und bei der

Rheinischen Volkspflege gesammelt worden sind. Die Rheinische Volkspflege holt jeweils die Entscheidung der Reichsregierung für die Behandlung der betreffenden Angelegenheit ein und übermittelt diese Entscheidung den Fürsorgestellen, die sich wegen der Durchführung mit ihren Landesregierungen in Verbindung setzen.

- 7.) Zur Wahrung des Einflusses der Länder auf die Arbeiten der Rheinischen Volkspflege sollen vor Inangriffnahme größerer Arbeiten, insbesondere vor der Abhaltung von Besprechungen mit den zur Arbeit herangezogenen Organisationen der Bevölkerung, informatorische Besprechungen stattfinden. Des weiteren sollen bei der Rheinischen Volkspflege Referenten angestellt werden, die als Vertrauensleute der einzelnen Landesregierungen und der Rheinischen Volkspflege die Verbindung aufrecht erhalten und die Einheitlichkeit der Arbeit unter Berücksichtigung der Interessen der beteiligten Länder wahren.

10. Gliederung der Rheinischen Volkspflege

11. Satzungen für die „Saarländervereinigung in Berlin“

- § 1 Name und Zweck.** Die Vereinigung trägt den Namen „Saarländervereinigung in Berlin“. Die Friedensbedingungen zielen darauf hin, das Saargebiet wirtschaftlich sofort und politisch nach fünfzehn Jahren vom deutschen Reichsgebiet loszulösen. Der Zweck der Saarländervereinigung ist, das hierdurch gefährdete Deutschtum im Saargebiet zu erhalten und zu kräftigen und die Wiedervereinigung des Saarlandes mit seinem Mutterlande Deutschland durch die im Friedensvertrage vorgesehene Abstimmung nach fünfzehn Jahren zu sichern, ferner die Pflege der Landsmannschaft und Liebe zur Saarheimat, sowie ganz besonders die Unterstützung ausgewiesener und flüchtiger Landsleute mit Rat und Tat. Parteipolitische Bestrebungen sind in den Saarländervereinigungen ausgeschlossen.
- § 2 Sitz/ Geschäftsjahr/ Eintragung.** Sitz der „Saarländervereinigung in Berlin“ ist Berlin, Amtsgericht Berlin-Mitte
Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Der Verein ist in das Vereinsregister eingetragen.
- § 3 Mitgliedschaft/ Jahresbeitrag/ Austritt.** Mitglieder können alle Saarländer und Freunde des Saarlandes werden, welche bereit sind, an der Aufgabe, die sich der Verein gestellt hat, mitzuarbeiten.
Der Beitritt erfolgt durch die Aufnahme in den Verein und durch die Einhändigung der Mitgliedskarte.
Der Jahresbeitrag wird in der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit festgelegt, beträgt aber mindestens 10 Mark, außerdem kann jedes Mitglied sich zur Zahlung eines außerordentlichen Jahresbeitrages verpflichten.
Zu Ehrenmitgliedern kann der Verein um die Bestrebungen um die Saarländervereinigung hervorragend verdiente Personen ernennen.
Der Austritt kann jederzeit durch schriftliche Erklärung erfolgen. Ausscheidende Mitglieder haben keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des bezahlten Jahresbeitrages oder des außerordentlichen Jahresbeitrages.
- § 4 Organe der Vereinigung.** Die Organe der Vereinigung sind:
1. Der Vorstand,
2. Die Mitgliederversammlung.
- § 5 Geschäftsführung.** Die Geschäfte der Saarländervereinigung werden wahrgenommen von dem Vorstande, welcher aus dem Vorsitzenden, einem Schriftführer und einem Schatzmeister, sowie den erforderlichen Vertretern besteht. Die Vorstandsmitglieder werden auf ein Jahr gewählt und sind wieder wählbar. Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Ablauf des Jahres aus, so hat der Vorstand das Recht, sich durch Zuwahl in der nächsten Mitgliederversammlung zu ergänzen.
Der Vorstand wird vom Vorsitzenden zusammengerufen, so oft die Lage der Geschäfte es erfordert.
Die Einladungen erfolgen schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung. Zur Beschlußfassung gehört die Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern.

- § 6 Mitgliederversammlung.** Über die Versammlung ist ein Protokoll zu führen, in dem die Beschlüsse beurkundet und von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer unterzeichnet werden. Bei Abstimmungen entscheidet einfache Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Alle Mitgliederversammlungen, welche der Vorstand jederzeit einberufen kann und zu berufen verpflichtet ist, wenn der fünfte Teil der Mitglieder die Berufung schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangt, sind unter Angabe der Tagesordnung rechtzeitig durch schriftliche Einladung bekannt zu geben.
Einmal im Jahre, möglichst im Oktober, findet eine Mitgliederversammlung statt; sie soll die Berichterstattung über das ablaufende Geschäftsjahr, die Rechnungslage des Schatzmeisters entgegennehmen und die Neuwahl des Vorstandes vornehmen.
- § 7 Gesetzliche Vertretung.** Der Vorsitzende, im Behinderungsfalle sein Stellvertreter, ist Vorstand im Sinne des § 26 B.G.B. So lange die Eintragung in das Vereinsregister nicht erfolgt ist, ist der Vorsitzende mit der Geschäftsführung beauftragt.
- § 8 Verwendung der Geldmittel und des Vermögens.** Die Mittel der Vereinigung bestehen aus den Mitgliedsbeiträgen, Stiftungen, freiwilligen Zuwendungen und Sammlungen.
Grundsätzlich sollen alle Geldmittel, welche nicht zur Führung der laufenden Geschäfte erforderlich sind, einer noch näher zu bezeichnenden Zentralstelle für die im § 1 der Satzungen bezeichneten Zwecke zur Verfügung gestellt werden.
- § 9 Satzungsänderungen.** Satzungsänderungen können nur in einer Versammlung mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Der Vorstand wird ermächtigt, diejenigen Änderungen der Statuten zu beschließen, welche vom Registerrichter für notwendig erachtet werden.
- § 10 Auflösung.** Die Auflösung der Vereinigung erfolgt mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Mitgliederversammlung in einer besonders einzuberufenden Tagung. Gleichzeitig ist mit einfacher Mehrheit die Verwendung des Vermögens zu beschließen, das gegebenenfalls einer vaterländischen Aufgabe zugewandt werden könnte.

12. Der Katechismus des Bundes der Saarvereine

I. Das Bekenntnis

1. Ich weiß, daß meine Brüder und Schwestern an der Saar gegen ihren Willen einer Fremdherrschaft unterworfen wurden und daß sie im schweren Kampf für ihre Befreiung stehen.
2. Ich vertraue, daß ihre leuchtende Treue belohnt werden wird mit der endlichen Rückkehr ins Vaterhaus.
3. Ich gelobe mit allen meinen Kräften ihnen zur Seite zu stehen im heiligen Befreiungskampf.

II. Die sechzehn Gebote für die Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine

1. Du sollst in jedem Jahre zehn neue Mitglieder werben.
2. Du sollst in jedem Jahre eine neue Ortsgruppe gründen.
3. Du sollst in jedem Jahre zehn neue Bezieher des „Saar-Freund“ gewinnen.
4. Du sollst Deine Beziehungen zum Saargebiet pflegen.
5. Du sollst in vernünftigen Grenzen die Geselligkeit pflegen.
6. Du sollst in jedem Jahre einen öffentlichen Vortrag über die Saarfrage veranstalten.
7. Du sollst dafür sorgen, daß bei allen Veranstaltungen anderer aber der Saarfrage verwandte Gegenstände ein Mann zur Stelle ist, der den Befreiungskampf an der Saar blitzartig beleuchtet.
8. Du sollst dafür sorgen, daß Deine Presse in jedem Jahr einmal die Saarfrage ausführlich bespricht.
9. Du sollst dafür sorgen, daß die Bilderbeilage Deiner Presse in jedem Jahr einmal Bilder aus dem Saargebiet bringt.
10. Du sollst dafür sorgen, daß Dein Sender in jedem Jahr einmal einen Rundfunkvortrag über die Saarfrage bringt.
11. Du sollst dafür sorgen, daß Deine Kinos den von der Geschäftsstelle den Kinos zur Verfügung gestellten Hinweis auf das Saargebiet unter den Reklamen bringt.
12. Du sollst dafür sorgen, daß Deine Stadt eine Straße „Saarstraße“ nennt und daß Dein Verschönerungsverein eine „Saareiche“ pflanzt.
13. Du sollst eine Kartei über die Landsleute Deines Gebietes führen, die am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt haben und die im Jahre 1935 oder früher das zwanzigste Lebensjahr vollenden oder vollendet haben.
14. Du sollst Deine Aufwendungen aus eigenen Mitteln bestreiten.
15. Du sollst spätestens am 1.5. jeden Jahres einen Bericht über Deine Tätigkeit im verflommenen Jahr an den Bund erstatten.
16. Du sollst nicht wähen genug getan zu haben, wenn Du alle diese Gebote erfüllt hast: wenn Du eine Gelegenheit ungenützt vorübergehen läßt, bei der Du den Befreiungskampf Deiner Brüder an der Saar unterstützen konntest, versäumst Du Deine Pflicht. [...]

13. Das Bundeslied der Saarvereine

Bundeslied der Saarvereine.

Aufführungsrecht
vorbehalten.

Worte und Weise von Fr. Schön.

Gesang.

Klavier.

1. Was ist's, was uns zu - sam - men zu un - serm Bun - de schließt, daß
 2. Die Mut - ter steht in Trau - ern, die Hei - mat ist nicht frei. In
 3. Wie Feu - er aus der Koh - le in hei - Ben Flammen glüht, ent -
 4. Hört es, ihr lie - ben Brü - der dort drü - ben an der Saar: wir

1. es wie Feu - er - flam - men durch uns' re See - len schießt? Die Hei - mat ist's, die
 2. dunk - len Wet - ter - schau - ern sehnt sie das Licht her - bei. Auf, laßt uns ret - ten,
 3. flammt sich uns zum Woh - le der Hei - mat das Ge - müt! Wie aus dem har - ten
 4. ma - chen uns' re Lie - der in deutscher Treu - e wahr! Wir ste - hen auf der

1. trau - te, die je - dem Mut - ter war, der ein - mal es er - schau - te, das
 2. schir - men der Mut - ter teu - res Haupt, daß ihr der Zei - ten Stür - men nicht
 3. Ei - sen er - steht der här - re Stahl, soll un - ser Arm er - wei - sen sich
 4. Schan - ze und ruhn und ra - sten nicht, bis daß in hel - lem Glan - ze euch

1. schö - ne Land der Saar, der ein - mal es er - schau - te, das schö - ne Land der Saar!
 2. auch das Letz - te raubt, daß ihr der Zei - ten Stür - men nicht auch das Letz - te raubt!
 3. stark für's Hei - mat - tal, soll un - ser Arm er - wei - sen sich stark für's Hei - mat - tall!
 4. strahlt der Frei - heit Licht, bis daß in hel - lem Glan - ze euch strahlt der Frei - heit Licht!

Verlag und Eigentum. Geschäftsstelle „Saar - Verein“ Berlin S. W. 11.

Nachdruck verboten. Aufführungs-, Arrangements-, Vervielfältigungs- und Übersetzungsrechte für alle
Länder vorbehalten.

Stich u. Druck. Berliner Musikalien-Druckerei G. m. b. H.

14. Themen der Saarheimatbilder

Jahr	Nr.	Thema	Autor
1925	1	Saarlouis, eine deutsche Stadt	–
	2	Das Saargebiet der Gegenwart	Th. Raff
	3	Burgen des Saarlandes	Th. Saar
	4	Wo die Sonne den Saarwein reift	A. Scheith
	5	Aus der Geschichte der Keramik des Saargebietes	Th. Raff
	6	Blieskastel, die ehemalige Residenz	–
1926	1	Das Saargebiet als engere Heimat	Karl Willy Straub
	2	Das Saarbrücker Heimatmuseum	D.K.
	3	?	–
	4	Mettlach	–
	5	?	–
	6	Aus der Geschichte des Bergmannsortes Püttlingen	Kaplan W. Schwickerath
	7	Vom Ludwigsplatz und von der Ludwigskirche	Dr. Hoenes
	8	Saarlandschaft	Fritz Kloevekorn
	9	Saarbrücker Hütte im Alpenlande	Fritz Jacobi
	10	Der Name der Saar	A. Scheith
	11	Völklingen und das Haus Röchling	H.P. Buchleitner
	12	Heimatliche Bilder der Weihnacht	Th. Schmidt
1927	1	Stimmungsvolle Winkel im Saargebiet	Karl Willy Straub
	2	An der Blies entlang!	Fritz Kloevekorn
	3	Lenzweben der Heimat	A. Scheith
	4	Berus	Dr. Th. Hoenes
	5	Der Luftkrieg gegen des Saargebiet vom 2. August 1915 bis 6. November 1918	A.[lbert] Z.[ühlke]
	6	Saarbrücken und St. Johann im 18. Jahrhundert	Fritz Kloevekorn
	7	Älteste Steindenkmäler unserer Heimat	A. Scheith
	8	Burgenromantik im Saarland	Dr. Otto Peters
	9	Der Warndt in Gefahr!	–
	10	Eine alte Kulturstätte im Saarland. Tholey am Schaumberg	Dr. Kloevekorn
	11	Die Stadt des heiligen Wendelin	Hermann Joseph Becker
	12	Das Saargebiet im Schnee	Karl Willy Straub
1928	1	Eine Wanderung durch den Warndt	H. P. Buchleitner
	2	Ältere Eisengewinnung in unserem Heimatgebiet	Th. Raff
	3	Homburg und der Schloßberg	Fritz Kloevekorn
	4	Von Lenz und Seele der Heimat	A. Scheith
	5	Das untergehende Schnappach	–
	6	Bilder aus dem Naturleben des Saarlandes	Fred Holm
	7	Eine schöne Kirche im Saarland St. Martin in Köllen	Dr. Th. Hoenes
	8	St. Ingbert	Gewerbelehrer Fleck
	9	Neue Kunstdenkmäler im Saargebiet	Karl Willy Straub
	10	Wanderung durchs Niedtal	Dr. Feyerabend
	11	Die Grabdenkmäler der Grafen und Fürsten von Nassau-Saarbrücken	Fritz Kloevekorn
	12	Winterbilder der Heimat	A. Scheith
1929	1	Am Sagenborn unserer Heimat	Th. Schmidt
	2	Wanderfahrt durch den westlichen Warndtwald	H. P. Buchleitner
	3	Dorfkirchen an der Saar	Hermann Keuth
	4	Gräfinthal	Hermann Joseph Becker
	5	Rheinheim, ein saarländisches Dorfbild	Hermann Keuth
	6	Lenzwerden im deutschen Land	A. Scheith
	7	Neunkirchen	Bertha Gräfin Sierstorpf
1929	8	Alte Wegkreuze im Saar- und Bliesgau	Dr. Th. Hoenes

	9	Ottweiler, ein altfränkisches Städtchen an der Blies	Walter Kremp
	10	Deutsches Weidwerk unserer Heimat	Th. Schmidt
	11	Mit der Kamera die Saar entlang	Hugo Hayn
	12	Winter in der Saarheimat	Hugo Hayn
1930	1-2	Johann Friedrich Dryander	Karl Lohmeyer
	3	Naturdenkmäler unserer Heimat	Th. Schmidt
	4	Merzig, Kreisstadt an der Grenzmark des Westens	Becker-Krapp
	5	Eine Wanderung an der Südgrenze des Saarlands	Dr. Feyerabend
	6-8	Renaissancebauten in der Saargegend	F. Kloevekorn
	9	Neue Architektur in Saarbrücken	Edith Cartellieri
	10	Im Winkel von Saar und Nied	-
	11	Jägersburg	Dr. Th. Hoenes
	12	Wintertage in Stadt und Land	Dr. Fritz Kloevekorn
1931	1	Türme, Dächer, Höhen	Max Wentz
	2	Die Kirche in Böckweiler	Dr. Th. Hoenes
	3	Schloß Ludwigsberg bei Saarbrücken	Dr. Walther Zimmermann
	4	Das alte Kirchdorf an der Ill	Hermann Joseph Becker
	5	Aus dem Innern der Arnualer Stiftskirche	Dr. Th. Hoenes
	6	Frühlingstage in Saargebiet	Otto Eckler
	7	Sonnenland an der unteren Saar	R. Rudolf Rehanek
	8	Kletterfahrten in den Saar-Dolomiten	Max Wentz
	9	Das Fachwerkhaus der mittleren Saarlandschaft	Keuth
	10	Winterbilder von der Saar	Otto Eckler
1932	1	Die Kornkammer des Saarbrücker Landes	Martin
	2	Ein Königsgrab an der Saar	N. Lackas
	3	St. Wendel, die 600jährige Stadt	P. Heintz
	4	Dem oberen Saartal entgegen	Martin
	5	Homburg-Saarpfalz	R. Betsch
	6	Die Berginspektion XI Camphausen im Saar-Revier vor dem Kriege	Jordan
	7-9	Die deutsche Saar den toten Soldaten	Hugo Hayn
	10	Saarpfälzisches Grenzgebiet	Fr. Kl.
	11	Rund um den Schaumberg	Hugo Hayn
1933	1	Winterzauber im Saar-Walde	Otto Eckler
	2	Baumpatriarchen als Naturdenkmäler in unserer Heimat	Walter Kremp
	3	Bildhauer aus der Barockzeit an der Saar	Dr. Walther Zimmermann
	4	Fahrten im unbekanntem Saarland	R. Rudolf Rehanek
	5	Lebach	-
	6	Saarbrücken als Barockstadt	Dr. Walther Zimmermann
	7	Deutsche Stimmungsbilder aus dem Saarlande	Otto Eckler
	8	Der Hauptfriedhof im Saarbrücken, ein Beispiel deutscher Garten- und Landschaftsgestaltung	W. Barkenowitz
	9	Saarland in Weiß	-
1934	1	Dillingen an der Saar	K.R.
	2	Landwirtschaft an der Saar	W. Martin
	3	Das landschaftliche Gesicht der Saar	Hans Pfeiffer
	4	Saarlouis und der Gau	S.
	5	Ottweiler, ein kleines Rothenburg	-
	6	Die 15jährige Trennung des Saargebiets von Deutschland	Dr. Fritz Kloevekorn
	7	Das Antlitz der Industriestadt Neunkirchen	H. Pfeiffer
	8	Der „Gau“ bei Saarlouis	Dr. K in S.
	9	Winterbilder aus dem Saargebiet	Otto Eckler

15. Untertitel des Saarfilms

Titelliste

Haupttitel: Das deutsche Land an der Saar

Herstellerin: Bundesfilm A.-G. Berlin

Untertitel 1: Ein Land der Arbeit.

2: Ein Land des Friedens.

3: 1914.

4: 1918.

5: Die Reise beginnt

6: Stummsche Hütte in Neunkirchen

7: Schichtwechsel!

8: An der Hütte ist heute französisches Kapital beteiligt, das auch in verschiedenen anderen Werken Einfluß gewonnen hat.

9: Rote Kreuz-Siedlung bei Neunkirchen. Die Siedlungstätigkeit im Saargebiet ist stark entwickelt.

10: Der Holzreichtum der Wälder um St. Ingbert führte frühzeitig zur Gründung von Glashütten

11: Die Vopelius und Wentzel'sche Glashütte, eins der ältesten industriellen Unternehmen des Saargebietes.

12: Herstellung von Fensterglas in dem heute kaum noch geübten Blasverfahren. Auch die Vopeliussche Hütte besitzt heute amerikanische Glasziehmaschinen.

13: Zusammenschütten des Rohmaterials.

14: Einkippen des Rohmaterials und der Glasscherben in den Ofen.

15: Einwicklung des Glaszylinders durch Blasen.

16: Ab- und Aufsprengen des Glaszylinders.

17: Glätten der Glasscheibe.

18: Die Arbeitskolonie der Fabrik.

19: Die starke Ausnutzung der in französischem Besitz befindlichen Saargruben hat in einigen Orten, so besonders in Schnappach, zu schweren Beschädigungen der Gebäude geführt.

20: Zerstörte Kirche

21: Ende des 1. Aktes.

2. Akt

- 1: Rathaus.
- 2: Sitz der Regierungskommission.
- 3: Verkehr am Bahnhof in der Reichsstraße.
- 4: Ludwigskirche.
- 5: Altes Schloß mit Ulanendenkmal.
- 6: Bergwerksdirektion.
- 7: Die Trikolore.
- 8: Burbacher Hütte.
- 9: Das Rückgrat der Wirtschaft bilden die Kohlengruben, seit 1815 in Händen des Preußischen Staates. Sie wurden von Frankreich in Besitz genommen, um das lothringische Erzgebiet abzurunden und sich völlig unabhängig vom Weltmarkt zu machen.
- 10: Im Jahre 1913 betrug die jährliche Förderung rund 13 Millionen Tonnen.
- 11: Die Saar ist nur schiffbar von Saarbrücken aufwärts. Sie dient daher im wesentlichen dem Verkehr nach Frankreich.
- 12: Kohlentransport auf der Saar.
- 13: Der Saarhafen.
- 14: Saarbrücken, das immer als Bahnknotenpunkt schon von Bedeutung war, ist heute auch wichtiger Flughafen auf der Strecke Berlin-Paris.
- 15: Flughafen, im Hintergrund die Kirche von St. Arnual.
- 16: Kontrolle durch den französischen Zoll.
- 17: Die Hauptstadt Saarbrücken, in der sich das Leben dieses Landes in allen seinen Auswirkungen widerspiegelt, ist auch die Stätte der großen Feiern, zu denen sich die Bevölkerung zusammenfindet.
- 18: Das Gustav-Adolf-Fest.
- 19: Alljährlich am Spicherntage, dem 6. August, werden die Kriegergräber von 1870 mit Blumen geschmückt.
- 20: Wie die großen religiösen Feiern, so ist auch diese alte Sitte nicht eine leere Form. Sie entspringt dem tiefen nationalen Gefühl des Grenzvolkes.
- 21: Die Einweihung des katholischen Kriegerdenkmals auf dem Schaumberg bei Tholey, dem höchsten Punkt des Saargebiets.
- 22: Die alte Abteikirche in Tholey.
- 23: Festesjubiläum.
- 24: Die Kundgebung auf dem Schaumberg, bei der 4 Bischöfe, darunter der Bischof von Trier, anwesend waren.
- 25: Ende des 2. Aktes

3. Akt

- 1: Blick über Völklingen und die Hütte.
- 2: An die Kohlenerzeugung hat sich die Eisenindustrie mit großen Werken angeschlossen. Das Lothringer Erz, gegenwärtig auch in französischem Besitz, und die Saarkohle haben hier eine gewaltige Industrie entstehen lassen, deren wichtigste Namen Neunkirchen, Burbach, Völklingen, Dillingen u.a. Weltruf haben.
- 3: Die Völklinger Hütte. Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke.
- 4: Ein Wahrzeichen des Saargebiets ist die Berghalde von Völklingen.
- 5: Eine interessante Heckel-Seilbahn führt die Hochofen-Abfälle herauf.
- 6: Die Seilbahnwagen kuppeln sich in den Stationen selbsttätig an das endlose Zugseil an.
- 7: Endstrecke der Seilbahn mit der ca. 110 m hohen Turmstation. Hier entleeren sich die Seilbahnwagen selbsttätig während der Fahrt.
- 8: Rundblick von der Turmstation aus, die im Jahre 1912 bei ganz kurzer Betriebsunterbrechung von 50 m auf 110 m erhöht wurde.
- 9: Gesamtlänge dieser, aus 6 Seilbahnstrecken bestehenden Förderanlage Heckel: ca. 1730 m. Vorgesehene Förderleistung ca. 180 Tonnen in der Stunde. Fassungsvermögen der Seilbahnwagen: 6 hl = 500–800 kg Material.
- 10: Mit den Seilbahnen wird gefördert:
 - 1) Schlacke aus den unterirdischen Abfallbehältern der Hochöfen nach den Haldengeländen,
 - 2) Kohlenschlamm aus den Klärteichen nach dem Haldengelände,
 - 3) Gichtstaub aus den Hochöfen nach einer Brickettfabrik.
- 11: Seilbahnen und andere Förderanlagen von Heckel, der selbst einer der wichtigsten Eisen verarbeitenden Großbetriebe im Saargebiet ist, begegnen wir überall im Saargebiet und weit darüber hinaus in aller Welt. Der Export der Eisen verarbeitenden Industrie ist eine der wichtigsten Stützpunkte der saarländischen Wirtschaft.
- 12: In der Hütte von Röchling.
- 13: Das flüssige Roheisen wird in einer Pfanne zum Stahlwerk gebracht und in den Mischer entleert.
- 14: Die Konverter, in denen das Roheisen zu Stahl umgewandelt wird.
- 15: Das Gießen von Stahlblöcken in Kokillen.
- 16: Das Blockwalzwerk. Der gegossene Block muß vor der Verarbeitung nochmals erwärmt werden. Dies geschieht in den sogenannten Tieföfen, die unterirdisch liegen.
- 17: Der Stahlblock wird im Blockwalzwerk auf einen kleineren Querschnitt verwalzt und abgeschnitten.

- 18: Auf einer anderen Walzenstraße wird der Träger nunmehr ausgewalzt. In noch warmen Zustände wird er durch Kreissägen in bestimmte Längen geschnitten.
- 19: Stahl aus einem Martin-Ofen wird in einen elektrischen Ofen eingeleert. Nach etwa 6 Stunden kann er als Edelstahl in Formen zu Blöcken vergossen werden.
- 20: Das Schmieden eines Edelstahlblockes unter einer Presse.
- 21: Drahtwalzwerk. Aus einem Vorwärmofen werden vorgewalzte Blöcke auf einem Walzwerk mit kleineren Walzen zu Draht ausgewalzt.
- 22: Der fertige Draht wird auf Haspeln aufgewickelt und wandert über ein Kühlbrett [sic!] zur Verladung.
- 23: Ende des 3. Aktes.

4. Akt

- 1: Alte Umwallung der von Vauban erbauten Festung Saarlouis
- 2: Blick über das Saargebiet. Von Dillingen, Völklingen bis an die Berge des Warndtgebietes schweift der Blick.
- 3: In diesen Teilen des Saargebiets ist die Landwirtschaft besonders entwickelt. Große Güter sind im Saargebiet selten, dafür ist aber durchweg der Hütten- und Zechenarbeiter durch eine weitsichtige Siedlungspolitik auf eigenem Grund und Boden angesessen.
- 4: Starke Kalivorkommen haben zur Anlage von Kalk- und Zementwerken geführt.
- 5: Kalk- und Zementwerk Überherrn/Saar.
- 6: Eine Seilbahn Heckel fördert die Kalksteine aus dem 3.125 m entfernten Kalksteinbruch nach der Fabrik, wo die beladenen Seilbahnwagen entweder direkt bis zu den Füllstellen geleitet oder auf dem Lagerplatz automatisch entleert werden.
- 7: Eine Elektrohängebahn Heckel versorgt den Kalkofen mit Kohlen.
- 8: Fremersheim an der Saar, auf dem Wege nach Beckingen.
- 9: Schraubenfabrik Fr. Karcher, C. Roth & Cie. Beckingen/Saar.
- 10: Kaltmutterpressen.
- 11: Aus dem laufenden Flacheisen werden Muttern kalt herausgepreßt.
- 12: Warmmutterpressen.
- 13: Die größeren Muttern werden aus glühendem Eisen gepreßt.
- 14: Die Pressen von Muttern 2½ Zoll Lochdurchmesser.
- 15: Fabrikation von Schraubenbolzen.
- 16: Scheren.
- 17: Abschneiden des Eisens auf die vorgeschriebenen Längen.

- 18: Aufpressen des Kopfes.
- 19: Entfernen des Preßgrates.
- 20: Abgraten der Muttern.
- 21: Gewindeschneide.
- 22: Aufdrehen der Muttern.
- 23: Packraum.
- 24: Verladen.
- 25: Werkzeug- und Maschinenbau.
- 26: Krankenhaus und Schlafhäuser des Werkes. Beamtenhäuser.
- 27: Ende des 4. Aktes

5. Akt

- 1: Alte romanische Kirche.
- 2: Die Bevölkerung besteht auch hier größtenteils aus Ackerbürgern. Ein Beweis dafür ist das Dreschen auf dem großen Stadtplatz neben der Kirche.
- 3: Bürgermeisteramt Merzig, ein ehemaliges kurfürstliches Jagdschloß.
- 4: Mettlach, eine Stätte alter Klosterkultur.
- 5: Partie aus dem Mettlacher Park.
- 6: Alter Turm der Abtei Mettlach (erbaut 994).
- 7: Mosaik- und Porzellanfabrik von Villeroy & Boch in der ehemaligen Abtei.
- 8: Portal der Steingutfabrik.
- 9: Präparieren der formlosen Masse mittels Tonschneider.
- 10: Transport der Masse mit Paternosterwerk in die Arbeitsräume.
- 11: Anfertigung eines Kuchens.
- 12: Auflegen des Kuchens auf die Arbeitsform und Ausdrehen des Tellers.
- 13: Einsetzen der geformten Teller in den Trockenraum.
- 14: Trockenraum.
- 15: Abnahme der getrockneten Teller von den Formen.
- 16: Ablieferraum der fertig geformten Steingutwaren.
- 17: Einfüllen der Rohwaren in die Kapseln.
- 18: Abtransport der gefüllten Kapseln in den Ofen.
- 19: Ofenfeuerung.
- 20: Inneres eines Rundofens beim Ausnehmen der Ware.
- 21: Sortieren, Putzen und Stempeln der Ware.
- 22: Kupferdruckerei.
- 23: Auftragen der Farbe auf die Druckplatte.

- 24: Abziehen des Dekors durch den Kupferdrucker.
- 25: Ein auf Seidenpapier abgezogener Kupferdruckdekor.
- 26: Auflegen des Steindrucks.
- 27: Malerei.
- 28: Rändern des Tellers durch eine Malerin.
- 29: Glasurstube.
- 30: Einfüllen der glasierten Waren in die Kapseln.
- 31: Kanalofenhalle von oben gesehen.
- 32: Entleeren der Kapseln, Aufsetzen der gebrannten und dekorierten Ware auf die Schwebbahn. Abtransport nach dem Magazin.
- 33: Isolatorendreherei.
- 34: Aufdrehen eines Kabels.
- 35: Abdrehen eines Stützisolators.
- 36: Prüfung von Hochspannungsisolatoren.
- 37: Packsaal.
- 38: Musterzimmer.
- 39: Ausgang aus der Fabrik.
- 40: Blick von der Cloef auf die Saarschleife.
- 41: Künstlich und willkürlich ist die Grenze gezogen. Bei Deutschland geblieben ist das Weinbaugebiet an der Saar.
- 42: Weinberge bei Serrig.
- 43: Tausende von Saarländern bei einer Kundgebung in Heidelberg.
- 44: Deutsch die Saar immerdar!

Ende

16. EntschlieÙung der Kasseler Bundestagung 1921

Saarkundgebung
auf der ersten Tagung des Bundes „Saar-Verein“
am 3. April 1921 in Cassel.

EntschlieÙung

Die am 3. April d.J. in Cassel versammelten Vertreter sämtlicher Ortsgruppen des Bundes „Saar-Verein“, der sämtlichen angeschlossenen öffentlichen Körperschaften, Vereine usw. und zahlreiche Einzelmitglieder des Bundes sowie die in gewaltiger Menge erschienen Angehörigen aller politischen Parteien Deutschland richten im Namen des Volkes an der Saar, das durch ein durch nichts zu rechtfertigendes Militärregime im Saargebiet mundtot gemacht ist, einen **Aufruf an das ganze deutsche Volk und weit über die Grenzen hinaus an alle zivilisierten Völker der Erde**, insbesondere aber an jene Völker, die dem **Völkerbund** angehören: **„Helft dem Volke an der Saar, befreit es aus seiner politischen und moralischen Unfreiheit, Rechtlosigkeit und Tyrannei.** Laßt nicht zu, daß ein hochzivilisiertes Volk im Herzen Europas als willenloser Spielball des französischen Propagandaregimes mißbraucht wird, das darauf ausgeht, die Seele dieses Volkes zu vergiften, es durch wirtschaftliche Not in seinen reinen Gefühlen zu vergewaltigen.“

Noch einmal muß, wie es schon vorher so oft geschah, festgestellt werden: Clemenceau log bewußt, als er den Vertretern jener Völker, die am Friedensdiktat von Versailles beteiligt sind, das **Saargebiet** als französisches Interessengebiet bezeichnete wegen der angeblich dort seßhaften Franzosen. Im Saargebiet wohnten vor dem Kriege nicht mehr Franzosen als in jedem anderen Gebiet Deutschlands, wo sich einzelne Franzosen aus persönlichen Interessen niederließen. **Die gesamte Bevölkerung ist und war von jeher rein deutsch.** Die französische Regierung soll jene **Adresse** mit den angeblichen 150.000 Unterschriften vorlegen, worin diese angeblichen 150.000 Franzosen des Saargebietes den Präsidenten der französischen Republik um Annexion des Saargebietes bitten. Diese angeblichen 150.000 Unterschriften der Franzosen sind eine gemeine **Lüge** oder eine noch gemeinere **Fälschung**. Auf Grund dieser Lüge oder Fälschung sind die drückenden Bestimmungen des Friedensvertrages über das Saargebiet gefaßt worden, die ein blutiger Hohn sind auf den demokratischen Gedanken und auf das Recht der Selbstbestimmung eines Volkes. Sollen die Völker auf dem Boden des Rechtes untereinander verkehren, so muß zuallererst dieses Unrecht aus der Welt geschaffen werden, das dem Volk an der Saar angetan wurde.

Laßt Euch nicht täuschen über die Ruhe, die im Saargebiet herrscht. **Ein Terror sondergleichen lastet auf dem Volk an der Saar.** Obwohl das Saargebiet der Verwaltung des Völkerbundes untersteht, herrscht heute noch das französische Militär dort, in Verbindung mit der seelenfängerischen, vor nichts zurückschreckenden **französischen Propaganda**. Jede Äußerung, die irgendwie diesen beiden über alles Recht sich hinwegsetzenden Gewalten mißfällt, selbst wenn sie im Sinne der Vertragsbestimmungen lautet, wird mit **Ausweisung** der betreffenden Person bestraft. Rücksichtslos werden auf Grund gemeiner **Spitzelberichte** und **Denunziationen** Familienmitglieder auseinander gerissen, Existenzen vernichtet und Freiheit und Recht des Einzelnen und der Gesamtheit mit Füßen getreten. **Das Volk muß schweigen, will es sich nicht**

brutaler Gewalt ausliefern. Keine Hilfe steht ihm zur Verfügung, ihm bleibt nur der **Appell an die Gerechtigkeit der Welt** und der Appell an den ihm zum Schutzherrn bestellten **Völkerbund**.

Wir wissen, daß der Völkerbund einseitig durch die Organe der französischen Annexionspolitik im Saargebiet informiert wird. Wir wissen, **daß der Völkerbund deshalb keine Ahnung hat von den wahren Zuständen des Saargebietes**, daß er nichts weiß von der **wahren Stimmung des Volkes**, nichts weiß vor allem von dem niederschmetternden Gefühl der **völligen Rechtlosigkeit und der politischen Machtlosigkeit des Volkes**, das einfach hinzunehmen gezwungen ist, was die französische Politik ihm auflädt unter Vergewaltigung des öffentlichen Willens.

Wir wenden uns auch an Euch, Ihr Heimats- und Volksgenossen an der Saar! Ihr wißt, daß die französische Politik Hand in Hand mit einer skrupellosen Propaganda im Saargebiet nichts weiter will, **als das Saargebiet trotz der Bestimmungen des Friedensvertrages endgültig Frankreich einzuverleiben, zu annektieren.** Nicht um Euretwillen, denn auch die französischen Staatsmänner wissen ganz genau, **daß Ihr ein unverfälscht rein deutsches Volk seid, sondern um des Kohlen- und Industriereichtums willen.** Zielsicher arbeiten sie mit dem nichtswürdigen Mittel: **Zwietracht unter Euch zu säen.** Sie benutzen dazu Eure innerpolitischen Meinungsverschiedenheiten. Ihr steht einem entschlossenen Feinde gegenüber. **Schließt deshalb ebenso geschlossen Eure Reihen gegen diesen Euch von außen bedrängenden Feind. Seid deshalb einig!** Stellt inneren Streit und Hader zurück vor der Euch allen gemeinsam drohenden Gefahr: die Vernichtung Eures Volkstums.

Seid einig und erhebt gemeinsam Eure Stimme vor Eurem Schutzherrn, dem Völkerbund! Er soll durch den gemeinsamen Appell aller endlich einmal erkennen, **daß Euch bitteres Unrecht geschieht von einer Macht, die nur egoistische und materielle Interessen verfolgt auf der Basis der Lüge!**

17. Organisationen, die gegen die Rückgliederung an Deutschland kämpften (1934)

Frankreichs Organisationen zur Eroberung der Saar

Franz. Außenministerium:

A. In Frankreich.

1. Office central d'expansion national (Zentralstelle für Nationale Ausdehnung)
2. Union des grandes Associations françaises pour l'essor national
 - a) Comité de la rive gauche (Ausschuß für das linke Rheinufer)
Ltg.: Prof. Jules Dentenville, Jean Revire
 - b) Comité Dupleix
1922 gegr. Spezialorg. f. d. Arbeit im linken Rheinland.
 - c) Association française de la Sarre = Französischer Saarverein
gegr. 1928. 1. Vors. Ordinaire, 2. Rossignol, 3. Jean Revire.
 - d) Société des amis des Pays de la Saarverein [sic!]
Saarfreunde; gegr. 1922 Präs. Defline, Rault, Revire.
Werbung im nicht franz. Ausland.
 - e) Union Franco-Sarroise, auch Union française de la Sarre
saarl.-französ. Vereinigung.
Gegründet 1933. Zusammenfassung und Org. der Abstimmungsberechtigten in
Frankreich.
Im Saargebiet: Klintz.

B) Vertretung an der Saar:

Bergverwaltung, zuerst Richert, dann Vaysset.

3. Arbeitsgemeinschaft der frankophilen Parteien und Verbände
Führer: Rossenbeck.
 - a) Vereinigung der Elsaß-Lothringer, Saarbrücken, Poinsignon.
 - b) Union der elsäß-lothr. Beamten, Angestellten und Kriegsgeschädigten im Saargebiet,
Ministerialrat Karges (Metz).
 - c) Vereinigung ehemaliger Fremdenlegionäre im Saargebiet,
Société des anciens légionnaires du bassin de la Sarre.
Amtsdiener Peter Hell.
 - d) Bund der Naturalisierten (Franzosen) im Saargebiet
Association des Naturalisés de la Sarre
Ltg. Klintz.
 - e) Verband der Saarbergleute (früher Saarbund)
(im Warndt = Warndtbund)
Mitglied des C.G.T. = Confédération générale du Travail. Franz. Gewerkschaft
Führer: Krämer und Becker (Frankenbecker)
 - f) Berufsverband der saarländischen Bergbauangestellten
= „Bedsab“; Ltg. Fahrsteiger Wilhelm
 - g) Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung saarländischer Interessen.

- h) Oppositionsgruppe des Verbandes der Saarbergleute
Podevin
- i) Saarländisches Aktions-Comité, auch genannt Herrenklub
Ltg. Simon, Robin.
- j) Verband der Autonomisten des Saargebiets.
Ltg. Fillunger.
- k) Vereinigung der Grubeningenieur
Ltg. Robin, Schöller.
- l) Elternvereinigung der Domanialschulen.
Fahrsteiger Dahm.
- m) Unabhängige Bürger- und Arbeiterpartei (Warndt)
Ltg. Müller, Bernd, Wilhelm.
- n) Freie Bauernschaft.
Ltg. Wagner – Piccard.
- o) Saarländische Wirtschaftsvereinigung Ltg. Hektor.
- oo) Saarl. Freiheitsmiliz – (Kampftruppe)
- p) Franco-Saarländische Front (Kieffer, Hoffmann)
(Opposition der S.W.V.)
- q) Freie Saar-Front (Feien – Rissé)
(Opposition der S.W.V.)
- r) Saarländische Sozialistische Partei (SSP)
- rr) Saar-Sturm-Abteilungen (Kampftruppen)
- s) Sozialistische Aktion (Waltz) Opposition zur vorherigen Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiter des Saargebiets.
- t) Saarländische Friedensgesellschaft und Liga für Menschenrecht (Max Waltz)
- u) Kulturgemeinschaft der Freiheitsfront freie Saar (Waltz)
Anhang zu t.
- v) Saareisenbahnverband.

In Vorbereitung:

- w) Franko-saarländische Volkspartei
- x) Volkswirtschaftliche Vereinigung
Dachdecker Bernhard Braun, Altenkessel.

4. Freiheits- (oder Einheits-) Front (oder -Aktion)

- a) Kommunistische Partei des Saargebietes
- b) Internationale Kommunisten (Trotzkisten) (Eggersdörfer)
Oppositon.
- c) Union der Gegner des Anschlusses an Hitler-Deutschland
(Woll)
- d) Rote Hilfe.
- f) Rotfrontkämpferbund.
- ff) Rote Jung-Front.
- g) Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)

auch Einheitsverband der Bergarbeiter des Saargebietes.

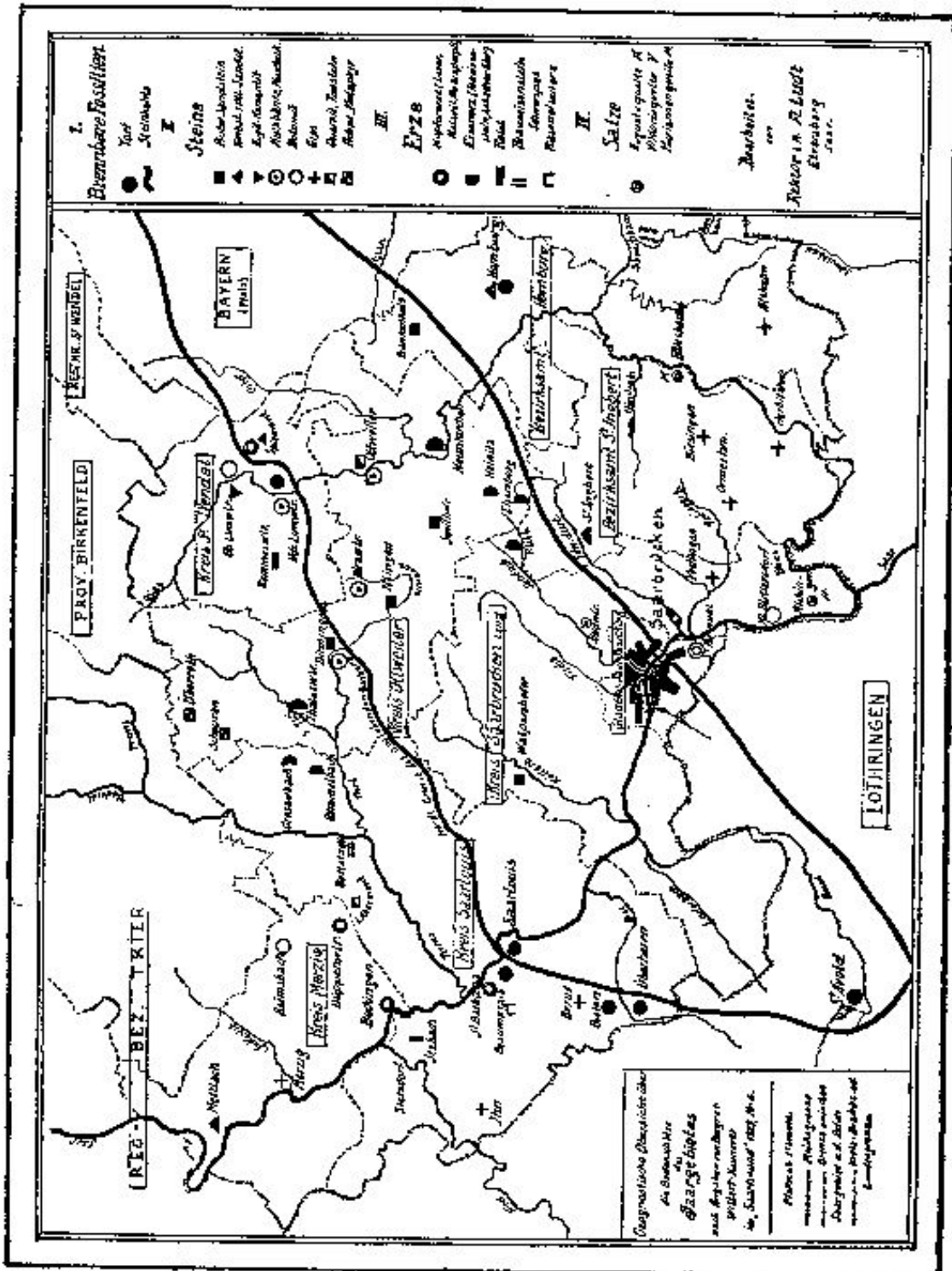
- h) Sozialdemokratische Partei des Saargebietes (SpdS)
Braun – Kirschmann
- j) S.S.B. = Saarländischer Schutzbund (früheres Reichsbanner)
- k) Sozialistische Arbeiter-Jugend (SAJ)
- l) Schwarzer Ring (Arbeitsgemeinschaft nationaler Antifaschisten (Otto Strasser)).
- m) Volksschulungs- und Hilfsdienstverein e.V. (Kuzia, Goldhagen, Vassen, Schäfer)
- n) Heimatbund Saarland, Zentralverband abstimmungsberechtigter Saarländer (Pfar-
rer a.d. Bormann).
- o) Hitler-Opposition an der Saar (Schäfer)

5. Wirtschaftliche Organisationen:

- a) Association des Industriels et Commerçants français de la Sarre. = Vereinigung
Industrieller und Kaufleute des Saargeb.
- b) Association des porpiétaires [sic!] et commerçants françaises de la Sarre. = Ver-
einigung franz. Hausbesitzer und Geschäftsleute des Saargebiets.
- c) Franco-Saarländische Handelskammer.
- d) Schutzverband für Haus-, Grund- und Hypothekenbesitzer des Saargebietes (Bal-
tes, Duch, Klintz).

18. Saarverhandlungen 1929/30

Zu den Pariser Saar-Verhandlungen



Geognostische Übersichtskarte über die Bodenschätze des Saargebietes

19. Rundschreiben Simons

**Der Führer
des Bundes der Saarvereine**
Preuß. Staatsrat Gustav Simon
Gauleiter der N.S.D.A.P.
Koblenz – Trier – Birkenfeld

Koblenz, den 18.10.1933
Schloßstraße 45
Fernsprecher: Koblenz 3942

Rundschreiben 1

An die Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine!

Deutsche Volksgenossen! Saarländer!

Das entscheidende Kampfjahr 1934 in unserem Ringen um die Rückgliederung des dem Reich entrissenen Volks- und Gebietsteils an der Saar steht bevor. Damit tritt der Bund der Saarvereine in den letzten und schwersten Abschnitt seiner Aufgaben.

Wir müssen in diesem Jahr aus der Verteidigungsstellung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, mit unserem ganzen Erfolg zum propagandistischen Angriff gegen die fremden und separatistischen Versuche übergehen.

Treue um Treue!

Die Sache unserer deutschen Brüder im Saarland muß uns heiligste Verpflichtung sein.

Der Bund der Saarvereine muß im kommenden Jahr nicht allein jeden Abstimmungsberechtigten im Reich, sondern darüber hinaus jeden Volksgenossen propagandistisch erfassen. Durch das ganze deutsche Volk muß es wie ein einziger mächtiger Sturm gehen, der alle Gelüste der Gegner zu Schanden werden läßt.

Die gewaltige Kundgebung unseres Bundes am Niederwalddenkmal soll der Auftakt der neuen Etappe unseres Kampfes sein!

Wie durch die nationalsozialistische Revolution unser deutsches Volk und Reich erst zu dieser unerschütterlichen Einheit, frei von allem Parteihader, frei von allen volksfremden Ideen und Klassenhaß geworden ist, so erhält unser Bund durch dieses neue, einigende deutsche Volk und Reich des Führers Adolf Hitler diesen inneren kraftvollen, staatlichen Rückhalt, der in diesem letzten, entscheidenden Kampfabschnitt um unsere Brüder an der Saar erforderlich ist.

Unsere Aufgaben sind groß und schwer, aber unser Ziel ist jedes Opfer und jeden Einsatz wert!

Zur Ermöglichung und Durchführung unserer Aufgaben ordne ich folgendes an:

1. Jede Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine steht ab sofort in gesteigerter Propagandatätigkeit! Ziel: Jeder deutsche Volksgenosse muß die sog. „Saarfrage“ kennen.

2. In den einzelnen Ortsgruppen muß sofort ein festerer Zusammenschluß der Mitglieder und eine straffe Organisation hergestellt werden.

3. Sämtliche Abstimmungsberechtigte für die Abstimmung 1935 sind bis zu einem noch bekannt zu gebenden Termin zu erfassen, d.h. in dem Gebiet der Ortsgruppe zumindest festzustellen.

4. Die Mitgliedsbeiträge sind unbedingt pünktlichst einzuziehen und an die Führung weiterzuleiten.

5. Alle Briefe, Karten und sonstige mit der Post beförderte Sendungen der Ortsgruppen und deren Mitglieder haben eine Aufschrift auf der Verpackung zu tragen, die auf das Deutschtum an der Saar hinweist, wie etwa: Deutsch die Saar! Deutscher, denk an die deutsche Saar! u.ä. Für Herstellung entsprechender Stempel ist Sorge zu tragen. Bei Verwandten, Bekannten, Geschäftsfreunden usw. im Saargebiet ist das gleiche anzuregen. Ein Verbot hierzu besteht im Saargebiet nicht.

6. Jede Ortsgruppe tritt sofort in Fühlung mit der zuständigen Ortsgruppe der NSDAP. Besonders vor irgendwelchen propagandistischen Veranstaltungen, Kundgebungen oder dergl. ist Verbindung mit der zuständigen Ortsgruppe der NSDAP aufzunehmen und mit ihr zusammenzuarbeiten. Redner sind bei der Bundesleitung anzufordern bzw. anzumelden. Bisher schon in der Saarpropaganda aufgetretene Redner sind zwecks Bestätigung sofort der Bundesführung mitzuteilen.

7. Jede geplante größere Veranstaltung ist mindestens drei Wochen vorher der Bundesführung mitzuteilen und um ihre Genehmigung einzukommen.

8. Der Bundesführung ist umgehend eine Listen sämtlicher Mitglieder zwecks Anlegung einer Kartei zuzusenden. Besonders zu vermerken ist, welche Mitglieder ein besonderes Amt bekleiden in den einzelnen Ortsgruppen, und welche Mitglieder zur Verwendung in der Saarpropaganda besonders geeignet erscheinen und weshalb.

(Beachte zu 1., 2., 3., 5. und 6. die beiliegenden Ausführungsbestimmungen.)

Für die restlose Durchführung dieser Anordnung mache ich die einzelnen Führer der Ortsgruppen verantwortlich.

Seid Euch bewußt, daß Ihr einer gewaltigen geschichtlichen Aufgabe, unserem Volke und unserer Heimat dient. Jeder einzelne muß so handeln, als sei er allein verantwortlich für die siegreiche Durchführung unseres Kampfes. Unsere Brüder an der Saar bewiesen durch 15 lange Jahre ihre Treue zum deutschen Volk und Reich.

Seid ihrer würdig!

Heil Hitler!

gez. Gustav Simon

NB. Dieses Rundschreiben ist auf einer sofort einzuberufenden Mitgliederversammlung den Mitgliedern bekanntzugeben.

Ausführungsbestimmungen

zum Rundschreiben 1 vom 18.10.1933.

Zu 1) Bis auf weiteres ist hierunter Kleinarbeit der einzelnen Mitglieder zu verstehen, Aufklärung von Mund zu Mund über das Saargebiet, seine unnatürliche Abtrennung durch das Versailler Diktat, den Kampf des Deutschtums an der Saar, Abstimmung 1935 usw. Material hierzu liefert auf Bestellung die Geschäftsstelle Saarverein, Berlin.

Zu 2) Einführung des Führerprinzips.

Der bisherige Vorsitzende bleibt, sofern nichts anderes bestimmt ist, Führer der Ortsgruppe. Jedoch ist er seines Amtes hiermit enthoben, falls er sich in den letzten Jahren marxistisch betätigt hat oder Nichtarier im Sinne der betreffenden Bestimmungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ist, wie überhaupt die Mitgliedschaft von Marxisten und Nichtariern zum Bund der Saarvereine nach den neuen Satzungen untersagt ist.

In diesem Falle führt der bisherige Stellvertreter des Ortsgruppenleiters vorläufig die Geschäfte; es ist sofort an den Bundesführer zwecks Ernennung eines Führers der Ortsgruppe zu berichten.

Der Ortsgruppenführer ernennt seine Mitarbeiter. Die bisher bewährten Kräfte sind dabei in ihren Ämtern zu belassen. Es wird empfohlen, einen Presse- und Propagandawart zu bestellen.

Im übrigen soll die innere Arbeit der Gruppen verstärkt werden durch Sprechabende mit Gästen über das Saargebiet, Veranstaltung von Heimatabenden usw.

Zu 3) Aufstellung von Listen der Abstimmungsberechtigten. Evtl. Erkundigungen bei den amtlichen Stellen, Meldeämtern.

Zu 5) Hierzu ist festzustellen, welche Mitglieder bereit sind (grundsätzlich haben alle die Verpflichtung hierzu) sich entsprechende Stempel anzuschaffen. Diese sind bei einer Stempelfabrik in Auftrag zu geben.

Zu 6) Der jeweilige Ortsgruppenführer soll möglichst der NSDAP angehören und sich mit seinem Ortsgruppenführer in Verbindung setzen.

20. Brief von Otto Andres an Hermann Röchling

Otto Andres

Abschrift.

Senatspräsident.

Naumburg, 23.05.1933.

1. Vers. d. Bundes d. Saarvereine

Sehr verehrter Herr Kommerzienrat!

Herr Vogel hat mir seinen Briefwechsel mit Ihnen mitgeteilt und mir auch sonst über das Ergebnis Ihrer Besprechungen mit dem Herrn Reichskanzler, dem Herrn Außenminister und die anschließende im Auswärtigen Amt, soweit es ihm bekannt geworden ist, berichtet. Ich bin getreu unserem Grundsatz, unsere Hände aus der Politik, die an der Saar gemacht wird, herauszulassen, im Saarverein dafür eingetreten, daß wir erst einmal abwarten, wie der Hase läuft, ehe wir unsere eigene Fühlung mit dem Saargebiet entsprechend der Wendung, die unsere inneren Verhältnisse durch die nationale Revolution genommen haben, neu ordnen. Ich darf hinzufügen, daß ich keinen Augenblick das Vertrauen verloren habe, daß sich die gesamte Saarbevölkerung, nachdem die ersten Überraschungen verdaut waren, zurückfinden werde zu dem alten rückhaltlosen deutschen Bekenntnis.

Nachdem nunmehr das Triumvirat Röchling, Kiefer, Bürkel gebildet ist, darf ich mit Ihnen gewiß auch über unsere eigenen Sorgen sprechen.

Diese Sorgen bestehen zunächst in einer gewissen Unsicherheit, ob wir bei den neuen Männern im Reich das richtige Verständnis für die Notwendigkeit unserer Arbeit finden werden, insbesondere auch dafür, daß wir bleiben, was wir sind, eine private Organisation, die geboren ist aus dem spontanen Gefühl der Landsleute von der Saar im Reich, daß sie dabei sein wollen beim Befreiungskampf.

Eine weitere Sorge ist, daß unser bisher mit so großer Schärfe betonter Grundsatz der Überparteilichkeit ein Stein des Anstoßes für die neue Regierung sein könnte. Ich muß sagen, daß ich die Beibehaltung dieses Grundsatzes auch für die Zukunft für richtig halte. Wer wegen der Wendung der Dinge in Deutschland, die ihm nicht paßt, sich nicht mehr zu unserem Endziel „Zurück zum Reich“ bekennt, nun der scheidet sich damit selbst von uns und hat natürlich keinen Platz mehr in unseren Reihen. Wer aber dem Endziel treu bleibt, den sollten wir nicht deshalb von uns stoßen, weil er vielleicht über manche politischen Fragen anders denkt als die Nationalsozialisten oder die Deutschnationalen. Dieser Standpunkt scheint mir auch der einzig gangbare mit Rücksicht darauf, daß im Saargebiet bei der Volksabstimmung doch jeder stimmberechtigt ist, und daß die Gleichschaltung sich im Saargebiet kaum in dem Ausmaße vollziehen wird wie im Reich. Und wenn auch nur die Rückstände blieben, wie sie selbst im Reich bleiben, muß doch unser Bestreben darauf gerichtet sein, auch diese Rückstände für die Bejahung der

deutschen Zukunftsfrage zu erhalten. Wir dürfen sie also nicht von uns stoßen durch eine Aufgabe unserer Überparteilichkeit.

Die dritte Sorge ist die Führung mit den neuen Männern. In dieser Beziehung haben wir uns schon die größte Mühe gegeben, ohne damit bisher sehr weit gekommen zu sein. Hitler, Goebbels und Goehring haben uns auf unsere Bitten um einen Empfang noch keine Antwort gegeben. Lediglich eine Besprechung mit Legationsrat Reiner – einem Herrn aus der Umgebung Hitlers – hat uns Herr Dröges vermittelt. Herr Reiner zeigte auch Verständnis für unsere Sache. Er hat zugesagt, eine weitere Besprechung mit einer Reihe in Betracht kommender Persönlichkeiten zu veranlassen. Aber seitdem ist es wieder still geworden. Ich wollte mit der Ergänzung unseres engeren Arbeitsausschusses und unseres Vorstandes durch Heranziehung geeigneter Nationalsozialisten warten, bis ich die Herren persönlich kennengelernt habe. Aber allmählich wird es Zeit, daß hier etwas geschieht.

Neben dieser Führung läuft auch die Führung mit den Nationalsozialisten im Saargebiet. Herr Vogel hat hier schon vorbereitende Schritte getan, aber nachdem nunmehr Herr Bürkel im Triumvirat ist, ist es wohl das Gegebene, daß wir über ihn die Führung zu gewinnen suchen. Er ist ja wohl auch die Persönlichkeit, mit der man die Abgrenzung unserer Arbeit von der Propagandaarbeit der Nationalsozialistischen Partei zu besprechen hätte. Eine klare Abgrenzung scheint mir hier sehr nötig zu sein.

Bei allem drängt die Sache, weil unsere Niederwaldkundgebung immer näher rückt und es auch Zeit wird, daß wir uns ein klares Bild über die Aufgaben machen, die uns im Endkampf zufallen.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir – etwa Dröge, Vogel und ich – wenigstens die Möglichkeit hätten, sei es in Saarbrücken oder in Berlin oder an einem dritten Orte wenigstens mit dem Triumvirat Röchling, Kiefer, Bürkel uns auszusprechen. Eine Aussprache würde sich natürlich erübrigen, wenn die größere Besprechung, die die Herren Voigt und Reiner in Aussicht gestellt haben unter Zuziehung des Triumvirats in allernächster Zeit zustande kommt. Aber lange können wir nicht mehr warten. Ich wäre Ihnen darum sehr dankbar, wenn Sie uns unabhängig davon die Gelegenheit zu einer Besprechung mit dem Saarbrücker Triumvirat geben könnten.

Mit bestem Gruß bin ich Ihr ergebenster

gez. Andres

21. Brief Kellners und Wagners an Reichsinnenminister Frick

Heimatbund der Saarländer Abschrift
für Koblenz und Umgebung

Koblenz, den 11. Juli 1933

Gleichschaltung des Bundes der Saarvereine
mit der Regierung der nationalsozialistischen Revolution

Auf Grund des Art. 4 Abs. 2 des Versailler Friedensvertrages wird nach Ablauf der 15 Jahre, während der Deutschland auf die Regierung des Saargebietes verzichten mußte „Die Bevölkerung des Saargebiets zu einer Äußerung darüber berufen, unter welche Souveränität sie zu treten wünscht.“ Da der Versailler Vertrag am 11. Januar 1920 in Kraft getreten ist, läuft diese Frist am 10. Januar 1935 ab.

Die Rückgliederung des Saargebiets an das Deutsche Reich ist das Ziel und der Hauptinhalt der Tätigkeit des Bundes der Saarvereine – Berlin, der unter der Leitung des Herrn Senatspräsidenten Otto Andres zu Naumburg steht. Die Arbeit dieses Bundes war bisher rührig und ersprießlich und entsprach durchaus den Möglichkeiten, wie sie durch die parlamentarisch-demokratischen Verwaltungseinrichtungen gegeben waren.

Die Auswirkung der nationalen Revolution hat im Gefüge der öffentlichen Verwaltung nach Ausschaltung der Parteien den Führergedanken zum Fundament des staatlichen Aufbaues gemacht. Wenn irgendwo der Grundsatz des ziel- und verantwortungsbewußten Führers anzuwenden ist, dann ist dies bei der Aufbauarbeit der Rückgliederung des Saargebiets der Fall, und zwar muß der „Führer“ dieser tief in die Reichs- und Staatsbelange eingreifenden Bewegung Eigenschaften besitzen, die zugleich auch den Forderungen von Reich und Staat gerecht werden. Der „Führer“ wird also durchaus über die Absichten und Zieleinrichtungen der öffentlichen Verwaltung unterrichtet sein. Er muß der Seele des Saarvolkes nahestehen und deren Regungen zu erfassen wissen. Er muß im Saarvolk durch seine Persönlichkeit und seine Stellung Vertrauen besitzen und ständig lebendig halten und muß auch die Ziele, die Methoden und die Waffen des gegnerischen Kampfparters kennen. Er muß weiter vermöge seiner Stellung diese Kenntnisse der Dinge nach allen Kräften und gestützt auf sein Verantwortungsgefühl dem Reich, dem Staate und dem Saarland gegenüber mit der erforderlichen Autorität bei den zuständigen Stellen vertreten können, um die allein erfolgverheißende Einheitlichkeit des Handelns zu sichern.

Die diesen Voraussetzungen entsprechende Persönlichkeit sind wir in der Lage, vorzuschlagen: Es ist der Gauleiter des Gaues Koblenz-Trier, der durch zielbewußte, zähe und alle Widerstände brechende erfolgreiche Arbeit den Gau Koblenz-Trier nicht nur geschaffen, sondern auch zu einem vorbildlichen Verwaltungsgebiet ausgebaut und gesichert hat. Gauleiter Gustav Simon ist der Mann, der mit klarer Erkenntnis sein Ziel erfaßt, erstrebt und erreicht hat. Seine Persönlichkeit erfüllt Voraussetzungen, die das große Werk der Rückgliederung des Saargebiets an das Reich von seinem Führer verlangt.

- 1) Er ist gebürtiger Saarländer und durch seine Tätigkeit als Lehrer im Saargebiet bis zum Jahre 1929 mit den Bedrängnissen und Nöten, mit den Wünschen der Saarbevölkerung wie mit den Methoden des Gegenpartners durchaus vertraut.
- 2) Bereits jetzt ist [Simon – F.B.] der Führer der im Saargebiet bestehenden Ortsgruppen der N.S.D.A.P., die mit dem Untergauleiter Spaniol seine Bestellung zum Führer des Bundes der Saarvereine wünschen.
- 3) Dieser Wunsch wird auch aus N.S.D.A.P.-Organisationen des Inlandes geäußert, wie dies ausdrücklich von der Ortsgruppe Stettin (Verbindung des Ostens) beantragt ist.
- 4) Als Gauleiter ist er der oberste Führer des staatlichen Verwaltungsbezirks, aus dem s.Zt. der preußische Teil des Saargebiets herausgerissen [wurde – F.B.] und in das er wieder einzugliedern sein wird.
- 5) Als Staatsrat ist er nicht nur unterrichtet über die Absichten und Grundsätze der staatlichen Reichsverwaltung, sondern in erster Linie berufen, diese Gedanken und Forderungen zur Durchführung zu bringen.
- 6) Gauleiter Simon ist zugleich Präsident des Provinziallandtages der Rheinprovinz und steht dadurch noch unmittelbarer in dem Lebenskreis der beteiligten Verbände.
- 7) In seiner Person verkörpert sich das höchste Vertrauen sowohl des aufnehmenden preußischen Regierungsbezirks wie auch der in das Mutterland zurückzuführenden Saarbevölkerung.

Daher halten wir nicht nur die Ernennung des Gauleiters Gustav Simon zum Führer des Bundes der Saarvereine und die Unterstellung ihrer Tätigkeit unter seine Anordnungsgewalt für angebracht, sondern halten dies für die einzige Möglichkeit, die Gleichschaltung der auf die Rückkehr des Saargebiets zum angestammten Heimatland gerichteten Bestrebungen mit der staatlichen Verwaltungsarbeit durchzuführen.

Wir erlauben uns daher, Sie, Herr Reichsinnenminister, zu bitten, durch Ernennung des Gauleiters Gustav Simon zum Führer des Bundes der Saarvereine diesem die gleichgeschaltete Richtung zu geben. Dabei möchten wir uns erlauben, dem neuen Führer zu empfehlen, den bisherigen tüchtigen und als gebürtigen Saarländer wie als früherer Bergbeamter mit der Seele des Saargebiets verwachsenen Geschäftsführer Theodor Vogel zu Berlin in seinem von ihm geschaffenen Arbeitsbereich weiter zu betätigen und zu beschäftigen.

„Heil Hitler“

für die Bezirksgruppe Koblenz
gez. Kellner
1. Vorsitzender
verdrängt aus Neunkirchen-Saar

gez. Wagner
Bürgermeister zu Ehrenbreitstein

An den Herrn Reichsminister Dr. Frick
zu Berlin.

22. Brief Vogel an Andres

Sehr verehrter Herr Senatspräsident!

Über eine soeben mit Herrn Gerichtsassessor Dr. Schneider gehabte wichtige Besprechung wird Ihnen Herr Hauptmann Müller mündlich eingehend berichten. Für heute in aller Kürze folgendes:

Herr Dr. Schneider ist geborener Saarbrücker, sein Großvater war ein Duzfreund von mir, ein ehrenwerter und braver Schreinermeister in St. Johann. Herr Schneider hat vor einigen Tagen das Gerichtsassessorexamen abgelegt und ist als eifriges Mitglied der NSDAP. gleich gefragt worden, ob er bereit sei, das Saardezernat im Preußischen Ministerium des Innern zu übernehmen, was er nach einiger Überlegung bejahte. Er teilte uns dann mit, daß er heute mit Vertretern aus dem Saargebiet, darunter den Gauleiter Spaniol, wegen der zukünftigen Gestaltung des Verhältnisses der NSDAP. zum Bund der Saarvereine, um einen möglichst großen Einfluß auf denselben zu gewinnen verhandelt hat, und schließlich zu dem Ergebnis gekommen sei, Gauleiter Simon in Koblenz an Ihrer Stelle als 1. Vorsitzenden des Bundes der Saarvereine einzusetzen. Als ich ihm darauf erklärte, daß ich persönlich dies unter keinen Umständen zugeben und eintretendenfalls sofort die Leitung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ niederlegen würde, lenkte er ein und meinte, daß sei ja nicht so wörtlich zu nehmen, sondern es soll nur für Herrn Simon eine geeignete Stelle geschaffen werden, die nach außen hin seine Beziehungen zum Bund der Saarvereine kennzeichnet. Ich habe Herrn Dr. Schneider darauf aufmerksam gemacht, daß es doch auch im Saargebiet und weit darüber hinaus, berechtigtes Aufsehen erregen würde, wenn man einen Mann mit Ihren Verdiensten, besonders auf juristischem Gebiete, auf die Seite drücken würde, und ich selbst durch all das, was seit Wochen in dieser Richtung hin bezüglich Gleichschalterei und unter Einflußkommen führender Leute der NSDAP. sich abgespielt hat, derartig verärgert und arbeitsunfreudig geworden sei, daß ich persönlich den Gedanken hege, die Leitung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ niederzulegen und mich in eine private stillere Tätigkeit zurückzuziehen. Herr Dr. Schneider versuchte dann darzutun, daß ja gar nicht daran gedacht sei, irgendwie in die selbständige Tätigkeit des Saarvereins hineinzureden, sondern daß man nur die Absicht habe, durch eine offizielle Mitwirkung der NSDAP. der ganzen Saarsache propagandistisch einen größeren Nachdruck und größere Bedeutung zu geben. Gleichzeitig bestehe die Absicht, alle im ganzen Reiche vorgesehenen Saarkundgebungen unter einen Hut zu bringen. Gauleiter Simon, Mitglied des neuernannten Staatsrats, sei ein in jeder Beziehung sehr netter Mensch, mit dem man durchaus auskommen könne; er sei ein vortrefflicher Redner und Organisator und lege sicher lediglich Wert darauf, in irgendeiner Beziehung zum Saarverein in führende Stellung zu kommen; persönlicher Ehrgeiz läge ihm fern. Daraufhin machte ich Herrn Dr. Schneider den Vorschlag, daß ich meine Tätigkeit einstweilen nur unter Ihnen fortsetzen würde, und daß Sie als 1. Vorsitzender des Bundes der Saarvereine unbedingt erhalten bleiben müßten; ein Ausweg wäre vielleicht der, um den Forderungen der NSDAP. entgegenzukommen,

sich damit einverstanden zu erklären, daß das Mitglied des Staatsrats und Gauleiter Simon-Koblenz als Präsident des Bundes der Saarvereine geführt wird. Herr Dr. Schneider sagte das zu und erklärte sich bereit, diesen Vorschlag Herrn Simon zu unterbreiten und uns in Laufe des morgigen Tages Bescheid zu geben.

Ich habe Herrn Dr. Schneider darüber nicht im Unklaren gelassen, was bisher von den verschiedenen Seiten alles versucht worden sei: Zunächst die Schaffung des Bundes deutscher Westen als Beginn der Gleichschaltung, dem Herr Dr. Schneider aber nach seiner Erklärung eine besondere Bedeutung nicht beimesse, sondern nach der Neuregelung möglichst bald in seine Schranken zurückweisen wird. Ich habe ihm dann weiter gesagt, daß das Verlangen des 2. Vorsitzenden des Bundes der Saarvereine, des Herrn Mittelschulrektor Debusmann, Mitglied der NSDAP., darauf hinauslaufe, in einer leitenden Stellung den Führer der NSDAP. Dr. Ispert hineingebracht zu sehen, und ich habe ihn schließlich darüber nicht im Unklaren gelassen, daß hinter den Vorschlägen des an und für sich durchaus ehrenwerten Staatsratsmitglieds, Gauleiter Simon-Koblenz wohl niemand anderes stehe, als der kleine Kellner, der ja schon seit Wochen und Monaten, wie mir s. Zt. Herr Geheimrat Voigt schon andeutete, in diesem Sinne fühlend tätig gewesen sei. Das Nähere über Herrn Kellner werden Sie aus einem seiner Briefe, den Herr Hauptmann Müller mitbringt, und aus der ihm s. Zt. erteilten Antwort ergehen. - Auf meine nochmalige Bemerkung, daß ich jederzeit bereit wäre, auszuscheiden, bemerkte Herr Dr. Schneider ausdrücklich, daß man das, grade jetzt im Endkampf nur beklagen würde, und daß sich alle darüber einig gewesen wären, an mir unter allen Umständen festzuhalten.

Ihnen das in aller Eile heute noch zu berichten, habe ich für meine Pflicht gehalten.

Mit der Bitte, mir gefl. mitteilen zu wollen, wie Sie selbst darüber denken und ob Sie mit dem unverbindlich gemachten Vorschlag einverstanden sind, verbleibe ich, mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen und mit treudeutschem Saargruß!

Ihr ergebenster
gez. Vogel

23. Aufruf Simons

Aufruf an alle Deutsche. Deutscher Volksgenosse!

Weißt Du, daß 800.000 Deutsche an der Saar vom deutschen Vaterland durch das Versailler Diktat abgetrennt unter art- und volksfremder Herrschaft stehen?

Weißt Du, daß im Saargebiet die aus Deutschland desertierten marxistischen und jüdischen Volksverräter unter wohlwollender Duldung der Regierungskommission unsere deutschbewußten Saarbrüder beschimpfen und terrorisieren, das Deutsche Reich, seine Regierung und den Führer Adolf Hitler öffentlich verleumden dürfen, ja in ihren Zeitungen offenen Landesverrat begehen?

Weißt Du, daß dort an der Saar täglich deutsche Arbeiter, weil sie ihr Deutschtum nicht verleugnen, auf die Straße fliegen, Hunger und Elend leiden samt ihren Familien für Deutschland, für ihr Volk und damit für Dich, deutscher Volksgenosse?

Weißt Du, daß trotz aller Bedrückung, trotz aller Schikanen, allem Terror, trotz Not und Elend das deutsche Volk an der Saar und vor allem der deutsche Handarbeiter und Bergkumpel seit 15 Jahren einen heroischen, beispiellosen Kampf um sein Deutschtum führt?

Deutscher Volksgenosse, und was tust Du für Deine Brüder an der Saar?

Die Saardeutschen erwarten von Dir Verständnis und Rückhalt in ihrem Kampf! Und sie haben durch ihr 15jähriges treues Ringen um die Rückgliederung an Deutschland ein Recht darauf, daß Du und jeder deutsche Volksgenosse Schulter an Schulter mit dem Deutschtum im Saargebiet steht, daß nicht ihr Kampf und ihre Not bei uns im Reich vergessen wird.

Wir wollen das ganze deutsche Volk aufrufen, zur Anteilnahme und Mitarbeit zum Beweis deutscher Schicksalsgemeinschaft und so **den Abstimmungstag 1935** zu einem gemeinsamen Bekenntnis der großen deutschen Volksgemeinschaft werden lassen.

Jeder Deutsche kann hierzu Mitarbeiter und Mitkämpfer werden als Mitglied des Bundes der Saarvereine, dessen Ortsgruppen sich in allen Teilen Deutschlands befinden. **Anmeldungen** sind weiter zu richten an den **Führer des Bundes der Saarvereine, Koblenz, Schloßstraße 45**, oder an die **Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42**.

**Der Führer des Bundes der Saarvereine.
Gustav Simon.**
Preußischer Staatsrat.

24. Arbeitsausschuß für die Saarkundgebung am Niederwalddenkmal

Anwesenheitsliste für die Sitzung am 23. Juni 1933.

Dr. Cartellieri, stellv. Vorsitzender des AA. Saarbr. 3, Staden 25

Dir. Dr. Schmidt, Schriftführer des AA. Verlag Gebr. Hofer A.G.

Direktor Hall, Saarbrücker Druckerei und Verlag A.G.

Chefredakteur Eckler, Saarbrücken 1, Eisenbahnstraße 16

Redakteur Bruch, Saarbrücker Zeitung

Redakteur Hagn, Saarbrücker Landeszeitung

Redakteur Dr. Schäfer, Saarbrücker Druckerei und Verlag A.G.

Redakteur Adt, Saar-Front, St. Johannerstr. 38

Gauleiter Spaniol, NSDAP Saargebiet, Saarbr. 3, Bahnhofstraße

Reg.Rat Dr. Schell, " " Lessingstraße 58

Stadtver. Eckert, " " Rathaus

Dr. Savelkouls, " " Kaiserstr. 18

Hoos, Saarkriegerbund, Neunkirchen

Steueramtmann P. Minn, Kyffhäuser-Jugend, Saarbr. 3, Hellwigstr. 38

Dr. Bongard, Saarsängerbund, Saarbrücken 1, Feldmannstr. 158

Dr. Schulz, Stadtverband für Leibesübungen

Russel, Deutsche Turnerschaft (i.V. von Herrn Burk), Gersweiler

Frau Helene von Vopelius, Volksbund f.d. Deutschtum i. Ausl., Sulzbach

Studienrätin Frl. Dr. Nitz, Saarbrücken

Stadtschulrat Martin, Saarbrücken 3, Heimgarten 1 +)

F. Lorenz, Hitlerjugend, Saarbrücken 1, Kameckestr. 11

W. Keuhl, " Völklingen, Hofstattstraße 12

Münch, " Saarbrücken 1, Hohenzollernstraße 52

Fr. Schmidt, " Saarbrücken 1, Kameckestr. 11

Theisen, " Großrosseln, Bahnhofstr. 18

Steiger Zimmer, Verband der techn. Bergbeamten, Saarbr. 2, Christl. Gew.

Peter Giehr, Christl. Gewerksch. (i.V. von Herrn Kiefer), Saarbr. 2

Stadtoberinspektor Max Wentz, Saarverein, Saarbrücken 3, Rathaus

Weiter waren eingeladen, aber nicht erschienen, z.Z. entschuldigt bzw. durch Stellvertreter vertreten:

Steuerinspektor Raesch, Stahlhelm, Saarbrücken 1, Feldmannstr. 32

Dr. Gross, Kreiskriegerverband, Schafbrücke, Stahlhammer 54 (vertr.)

Burk, Deutsche Turnerschaft, Saarbrücken 3, August-Kleinstraße (vertr.)

Redakteur Dr. Singer, Saarbrücker Landeszeitung (vertr.)

Redakteur Dr. Hofmann, Saarbrücker Landeszeitung (vertr.)

Stadtschulrat Schneider, Saarbrücken 3, Rathaus (vertr.)

Pfarrer Becker, Neunkirchen (entschuldigt)

Pfarrer Wilhelm, Wehrden

Peter Kiefer, Christl. Gewerkschaften, Saarbrücken 2 (vertr.)

Generalsekretär Rupp, Röchling-Völklingen

Redakteur Mages, Saar-Front (vertr.)

Frau Gräfin Sierstorpf, Neunkirchen (vertr.)

+) Professor Dr. Kloewekorn, Saarbrücken 1, Zähringerstr.

25. Aufruf der Union Franco-Sarroise

Saarländer in Frankreich, die Union Franco-Sarroise ruft euch!

Die Union Franco-Sarroise ist im vergangenen Jahr von in Frankreich lebenden Saarländern ins Leben gerufen und seither, von Monat zu Monat unaufhaltsam wachsend, zur maßgebenden landsmannschaftlichen Vereinigung zur Pflege des saarländischen Volkstums innerhalb Frankreichs geworden.

Die Union Franco-Sarroise will durch gesellschaftliche Veranstaltungen, Pflege des Sports und des Gemeinschaftsgedankens das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den in Frankreich lebenden Saarländern wachhalten und sie zu einer einzigen großen Familie zusammenfassen.

Die Union Franco-Sarroise tritt immer und überall ein für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte.

Die Union Franco-Sarroise kennt keinen Unterscheid der politischen Richtung, der Rassenzugehörigkeit, der sozialen Stellung oder des Religionsbekenntnisses.

Die Union Franco-Sarroise arbeitet unermüdlich an der Pflege und Vertiefung der alten Verbundenheit zwischen Saarländern und Franzosen, zu der die in Frankreich lebenden Saarländer mehr als alle anderen berufen sind.

Die Union Franco-Sarroise ist aufgebaut auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe und des gegenseitigen Verständnisses.

Die Union Franco-Sarroise bietet ihren Mitgliedern Rat und Hilfe in allen Lebenslagen.

Die Union Franco-Sarroise wacht insbesondere über die Wahrung der Rechte der in Frankreich lebenden Saarländer hinsichtlich der Abstammung und erteilt diesbezüglich in ihren Büros an jeden Abstimmungsberechtigten kostenlos alle erforderlichen Auskünfte.

Die Union Franco-Sarroise arbeitet, ohne dem freien Willensentschluß des Einzelnen vorgreifen zu wollen, mit allen Kräften an der Aufklärung der in Frankreich lebenden abstimmungsberechtigten Saarländer über die Konsequenzen, die sich politisch, wirtschaftlich und kulturell aus jeder der drei zur Wahl stehenden Entscheidungen ergeben müssen.

Die Union Franco-Sarroise vertritt darüber hinaus auch in allen sonstigen Fragen des täglichen Lebens die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den französischen und saarländischen Behörden, die ihrer Tätigkeit von Anfang an ehrliche Sympathie und warmherziges Verständnis entgegengebracht haben.

Jeder in Frankreich lebende Saarländer gehört darum in die Union Franco-Sarroise hinein. Jeder in Frankreich lebende Saarländer liest im eigenen Interesse die „Saar-Chronik“, das Kampfblatt des um seine Freiheit ringenden Saarvolkes.

Anmeldungen und Anfragen nehmen die Geschäftsstellen und Vertrauensleute der einzelnen Sektionen entgegen, oder man wende sich direkt an die Administration der „Saar-Chronik“, 154–156, rue Nationale, Forbach (Département de la Moselle), durch die Anfragen und Gesuche weitergeleitet werden.

26. Satzungen des Bundes der Saar- und Pfalz-Vereine

Bund der Saar- und Pfalz-Vereine

Satzungen

1. Name und Zweck.

§ 1. Der Bund trägt den Namen „Bund der Saar- und Pfalz-Vereine“. Er übernimmt die Pflege der landsmannschaftlichen Beziehungen unter den Pfälzern und Saarländern im Reiche und insbesondere mit der Heimat. Als seine kulturpolitische Aufgabe sieht der Bund in erster Linie die Pflege des heimatlichen Volkstums und die Unterstützung aller Bestrebungen an, die den kulturellen Zusammenhang zwischen Pfalz und Saar zu vertiefen geeignet sind.

2. Sitz.

§ 2. Der Sitz des Bundes ist der jeweilige Wohnort des Bundesleiters. Die Hauptgeschäftsstelle ist in Saarbrücken. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

3. Mitgliedschaft.

§ 3. Außerordentliche Mitglieder des Bundes können alle Volksgenossen beiderlei Geschlechts werden, welche im Gau Pfalz-Saar beheimatet sind oder durch längeren Wohnsitz im Gau Pfalz-Saar zu demselben persönliche Beziehungen gewonnen und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Ordentliche Mitglieder im Sinne des § 13 sind die Vorsitzenden der Ortsgruppen im Reich. Das Aufnahmegesuch hat schriftlich unter Benutzung des vom Verband herausgegebenen Aufnahmeformulars zu erfolgen. Die Mitgliedschaft wird erst durch Aushändigung der Mitgliedskarte erworben. Bei Ablehnung der Mitgliedschaft ist Angabe des Grundes nicht erforderlich. Korporative Mitglieder können nur aufgenommen werden, wenn sie die Zwecke des Bundes verfolgen. Darüber entscheidet der Bundesleiter.

4. Organisation.

§ 4. Der Bund bildet zur Vertiefung der Arbeit im Reichsgebiet einzelne Ortsgruppen, die dem Bundesführer unterstellt sind.

§ 5. Nach Bedarf werden die Ortsgruppen unter Landesleitungen zusammengefaßt. Die Landesleiter werden vom Bundesführer bestimmt.

§ 6. Der Bund haftet nicht für Schäden, die aus der Tätigkeit der Untergliederungen (Ortsgruppen) entstehen. Verantwortlich für die Leitung der Landes- oder Ortsgruppen ist deren jeweiliger Vorsitzender.

§ 7. Über die Bestimmungen der §§ 5 und 6 hinaus kommt den Untergliederungen des Verbandes eine satzungsgemäße Bedeutung nicht zu.

5. Rechte und Pflichten der Mitglieder.

§ 8. Die Mitglieder haben das Recht, Einrichtungen und Veranstaltungen des Bundes nach den festgesetzten Bedingungen zu benutzen.

§ 9. Die Mitglieder sind verpflichtet, an der Erreichung des Verbandszweckes mitzuarbeiten und die von der Bundesleitung festgesetzten Beiträge zu leisten. Auf Ersuchen der Bundesleitung sind die Mitglieder verpflichtet, über die von ihnen geleistete Arbeit Bericht zu erstatten.

§ 10. Die Mitgliedschaft erlischt durch:

- a) Austritt,
- b) Ausschluß,
- c) Tod des Einzelmitgliedes,
- d) Auflösung des korporativen Mitgliedes.

§ 11. Der Austritt kann nur zu Ende des Geschäftsjahres erfolgen. Bis zu diesem Zeitpunkt besteht die Beitragspflicht weiter. Der Austritt kann nur durch schriftliche Erklärung erfolgen.

§ 12. Der Ausschluß kann wegen eines wichtigen dem Bundeszweck widerstrebenden Grundes erfolgen. Insbesondere wegen:

1. Zuwiderhandlung gegen den Bundeszweck;
2. Satzungswidrigkeiten, Mißbrauch der Einrichtungen und Veranstaltungen des Bundes;
3. fortgesetzte Interessenlosigkeit gegenüber dem Bund;
4. Nichtentrichtung des Beitrages für einen längeren Zeitraum als 1 Jahr, trotz Mahnung;
5. ehrlosen Verhaltens.

Der Ausschluß erfolgt durch den Bundesführer.

6. Organe des Bundes.

§ 13. Organe des Bundes sind:

- a) der Bundesleiter;
- b) der Führerrat;
- c) die Mitgliederversammlung.

Der Bundesleiter wird aus der Reihe der ordentlichen Mitglieder auf drei Jahre gewählt. Der Leiter des Bundes bildet den Vorstand des Vereins im Sinne des § 26 des B.G.B. Im Falle der Verhinderung tritt an seine Stelle sein von ihm ernannter Stellvertreter. Dieser Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich.

§ 14. Der Bundesleiter ernennt den Führerrat. Der Führerrat berät in gemeinsamen Sitzungen. Die Sitzungen werden vom Bundesleiter unter Angabe von Zeit, Ort und Tagesordnungen nach Bedarf oder auf Antrag von mindestens 2 Mitgliedern des Führerrates einberufen. Über die Sitzungen des Führerrates ist durch den Schriftführer ein Protokoll aufzunehmen. Der Bundesleiter kann bestimmte Aufgaben an Mitglieder des Führerrates oder den Leiter der Geschäftsstelle übertragen.

§ 15. Die Mitgliederversammlung findet möglichst alljährlich an dem vom Leiter bestimmten Ort und zu der von ihm bestimmten Zeit statt. Der Leiter ist berechtigt, auch außerordentliche Mitgliederversammlungen einzuberufen. Die Mitgliederversammlung wird vom Leiter berufen, der auch die Tagesordnung festsetzt. Die Einladung mit der Tagesordnung ist zu angemessener Frist vor der Tagung bekannt zu machen. Die Aufgabe der Mitgliederversammlung ist die Wahl des Bundesleiters und der Kassenprüfer, die Entgegennahme des Jahres- und Kassenberichts und die Beschlußfassung über die Auflösung des Bundes. Alle

anderen Entscheidungen und Beschlüsse trifft allein der Bundesleiter. Änderung der Satzung kann nur vom Leiter vorgenommen werden.

7. Bundesgeschäftsleiter und Geschäftsstelle.

§ 16. Zur Geschäftsführung kann eine Geschäftsstelle eingerichtet werden, die dem Bundesgeschäftsleiter untersteht. Der Geschäftsleiter wird vom Bundesleiter bestellt. Er ist hauptamtlich auf Dienstvertrag anzustellen. Seine Befugnisse und Verpflichtungen richten sich nach der von dem Bundesleiter aufzustellenden Geschäftsordnung. Die übrigen Hilfskräfte der Geschäftsstelle stellt der Bundesleiter auf Dienstvertrag an.

8. Revisoren.

§ 17. Alljährlich nach Beendigung des Geschäftsjahres und vor der Jahresmitgliederversammlung müssen die Kassenverwaltungen und die Bücher des Bundes durch zwei von der Mitgliederversammlung bestätigte Revisoren geprüft werden. Über die stattgefundene Revision ist der Jahresmitgliederversammlung ein kurzer Bericht zu erstatten.

§ 18. Alle Ortsgruppen sind verpflichtet, für je 50 Mitglieder eine Nummer der kulturpolitischen Zeitschrift „Die Westmark“ zu beziehen. Es ist Aufgabe der Ortsgruppen, sich für den Bezug der Bundeszeitschrift „Unsere Heimat“, Blätter für pfälzisch-saarländische Volkstumsarbeit, wärmstens einzusetzen, in der auch die öffentlichen Bekanntmachungen des Bundes erscheinen.

§ 19. Der Bund wird in das Vereinsregister eingetragen und ist Rechtsnachfolger des Bundes der Saarvereine und der Arbeitsgemeinschaft der pfälzischen Vereine.

9. Gemeinsame Bestimmungen.

§ 20. Soweit nicht in der Satzung haupt- oder nebenamtliche Beschäftigung festgesetzt ist, ist jede Tätigkeit für den Bund ehrenamtlich. Tagesspesen und notwendige Auslagen werden nach der von dem Bundesleiter aufzustellenden Spesenordnung dem Bundesleiter, den Mitgliedern des Führerrates, dem Bundesgeschäftsführer und den Angestellten der Geschäftsstelle ersetzt.

10. Auflösung des Bundes.

§ 21. Zur Auflösung des Bundes ist erforderlich:

1. Einstimmiger Antrag der Bundesleitung;
2. Beschlußfassung einer zu diesem Zweck eigens einberufenen Mitgliederversammlung;
3. Anwesenheit von mindestens der Hälfte der ordentlichen Mitglieder;
4. Stimmenmehrheit von mindestens $\frac{3}{4}$ der erschienenen ordentlichen Mitglieder.

Ist die Mitgliederversammlung nach Ziff. 3 beschlußunfähig, so ist binnen eines Monats eine weitere Mitgliederversammlung zu berufen, auf die Ziffer 3 keine Anwendung findet. Über die Verwendung des Reinvermögens des Bundes entscheidet bei der Auflösung der Bundesleiter zugunsten der ursprünglichen Bestimmung der Mittel.

Wuppertal, den 8. Mai 1935.

gez. Debusmann
Leiter des Bundes der Saar- und Pfalz-Vereine

27. Satzung des „Deutschen Saarbundes e. V.“

§ 1

Name, Sitz

Der Verein führt den Namen: „Deutscher Saarbund e.V.“ – nachstehend DSB genannt – und hat seinen Sitz in Frankfurt (Main)*

§ 2

Zweck

Der Verein „Deutscher Saarbund e.V.“ bezweckt:

- a) eine besonders intensive Heimatpflege aller außerhalb des Saargebietes ansässigen Saarländer,
- b) die Pflege der Verbundenheit der Mitglieder des Bundes mit der Bevölkerung an der Saar,
- c) die Unterstützung seiner Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer Rechte,
- d) die Unterrichtung der deutschen und außerdeutschen Öffentlichkeit über die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse an der Saar,
- e) Förderung internationaler Gesinnung der Toleranz auf dem Gebiete der Kultur und der Völkerverständigung.

§ 3

Mitgliedschaft

(1) Mitglied des DSB können werden:

- a) alle deutschen Staatsangehörigen, die ihren Wohnsitz innerhalb der Grenzen des Jahres 1937 des Deutschen Reiches haben, unter besonderer Berücksichtigung aller außerhalb des Saargebietes ansässigen Saarländer,
- b) juristische Personen, Vereine, Organisationen, Handels- und Industrie-Unternehmen, die ihren Geschäfts- oder Verbandssitz wie unter a) haben,
- c) nicht-deutsche Staatsangehörige oder unter b) aufgeführte juristische Personen usw., außerhalb der unter a) genannten Grenzen können als fördernde Mitglieder dem Bund beitreten. Näheres bestimmt die Geschäftsordnung.

Mitglieder, die sich um den DSB besondere Verdienste erworben haben, können auf Vorschlag des Vorstandes von der Generalversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Ehrenmitglieder sind von der Beitragszahlung befreit.

(2) Der Beitritt erfolgt durch schriftlichen Antrag.

(3) Über die Aufnahme beschließt der Vorstand. Nach der Aufnahme erhält das Mitglied einen Ausweis über die Mitgliedschaft.

(4) Die Mitgliedschaft wird beendet durch:

- a) schriftliche Austrittserklärung,
- b) Tod,
- c) Ausschluß des Mitglieds aus wichtigem Grund.

*) Die Bundesgeschäftsführung des DSB wurde am 15.5.1952 von Frankfurt nach Wiesbaden verlegt; ein die Satzungen ändernder Beschluß, der die Verlegung des Sitzes des DSB zum Gegenstand hat, kann auf der nächsten Generalversammlung herbeigeführt werden.

- (5) Die Austrittserklärung hat mit vierteljährlicher Frist zum Jahresende schriftlich zu erfolgen.
(6) Der Ausschluß kann erfolgen, wenn ein Mitglied trotz schriftlicher Ermahnung die Zwecke des DSB schädigt.

Das ausgeschlossene Mitglied kann innerhalb einer Frist von 4 Wochen nach Zustellung des schriftlichen Ausschlußbescheides Berufung beim erweiterten Vorstand des DSB einlegen, der endgültig entscheidet.

§ 4

Gliederung

- (1) Der DSB wird in Landesverbände und Ortsverbände unterteilt, die je nach Zweckmäßigkeit und Bedürfnis eingerichtet werden können. An der Spitze eines Landes- oder Ortsverbandes steht ein Vorstand, der sich zusammensetzt aus einem Vorsitzenden und mindestens zwei weiteren Mitgliedern.

Jeder Ortsverband wählt seinen Vorstand in einer Mitgliederversammlung mit Stimmenmehrheit auf 1 Jahr.

Der Vorstand eines Landesverbandes wird mit Stimmenmehrheit auf 1 Jahr von den Delegierten der Ortsverbände in der Landesdelegiertenversammlung gewählt. Seine Wahl unterliegt der Genehmigung durch den erweiterten Bundesvorstand. Jeder Ortsverband entsendet für je angefangene 100 Einzelmitglieder je einen Delegierten zur Landesdelegiertenversammlung. Der Vorstand des Ortsverbandes hat tunlichst halbjährlich eine Mitgliederversammlung, der Vorstand des Landesverbandes jährlich eine Landesdelegiertenversammlung einzuberufen.

- (2) Die Delegierten der Ortsverbände nehmen als Delegierte des Landesverbandes an der Generalversammlung teil. Soweit Einzelmitglieder auf diese Weise nicht vertreten sind, wählt die Landesdelegiertenversammlung für je angefangene 100 Einzelmitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit je einen Delegierten für die Generalversammlung.

§ 5

Verwaltungsorgane

1. der Vorstand,
2. der erweiterte Vorstand,
3. die Generalversammlung.

§ 6

Vorstand des DSB (Bundesvorstand)

- (1) Der Vorstand besteht aus dem

1. Vorsitzenden,
2. Vorsitzenden,
3. Vorsitzenden,
1. Schriftführer,
2. Schriftführer,
- Schatzmeister,
- 5 Beisitzern.

- (2) Die Vorsitzenden, die Schriftführer, der Schatzmeister und die Beisitzer werden in der ordentlichen Generalversammlung mit Stimmenmehrheit gewählt.
- (3) Die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstandes beträgt 1 Jahr. Bei Ersatzwahlen richtet sich die Amtsdauer des Ersatzmannes nach derjenigen des ausgeschiedenen Mitgliedes.
- (4) Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vorzeitig infolge Tod oder aus einem anderen Grunde aus, so tritt an seine Stelle bis zur nächsten Mitgliederversammlung ein vom erweiterten Vorstand mit Stimmenmehrheit gewähltes Vereinsmitglied.
- (5) Der Vorsitzende beruft den Vorstand nach Bedarf ein. Die Einberufung muß erfolgen, wenn sie von mehr als 1/3 der Mitglieder des Vorstandes beantragt wird.
- (6) Dem Vorstand obliegt die Leitung und Überwachung der laufenden Arbeiten des DSB; er beschließt über die Anstellung von Geschäftsführern und die Ausgabengestaltung. Er kann einzelne Vorstandsmitglieder mit besonderen Aufgaben betrauen.
- (7) Der Vorstand ist bei Anwesenheit von mindestens 7 Mitgliedern beschlußfähig. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.
- (8) Vorstand im Sinne des § 26 BGB ist der 1. Vorsitzende des Vorstandes oder sein Stellvertreter. Er vertritt den DSB gerichtlich und außergerichtlich.

[...]